

# Barzel:

## „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“



Die Protokolle des  
CDU-Bundesvorstands  
1969–1973

Droste

Die Protokolle  
des CDU-Bundesvorstands  
1969–1973

# Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte

Im Auftrag der  
Konrad-Adenauer-Stiftung  
herausgegeben von Günter Buchstab,  
Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts,  
Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz

Band 56

Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“  
Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973

Droste

Die Protokolle  
des CDU-Bundesvorstands  
1969–1973

# Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte

Im Auftrag der  
Konrad-Adenauer-Stiftung  
herausgegeben von Günter Buchstab,  
Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts,  
Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz

Band 56

Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“  
Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973

Droste

Barzel:  
„Unsere Alternativen  
für die Zeit der Opposition“

Die Protokolle  
des CDU-Bundesvorstands  
1969–1973

Bearbeitet von  
Günter Buchstab  
mit  
Denise Lindsay

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2009 Droste Verlag GmbH, Düsseldorf  
Satz: SatzWeise, Föhren  
Druck und Einband: Verlagsdruckerei Schmidt, Neustadt an der Aisch  
ISBN 978-3-7700-1907-6

# Inhalt

Einleitung . . . . .	VII
Übersicht über die Protokolle . . . . .	XXXVII
Zusammensetzung des Bundesvorstands . . . . .	XL
Sprecher und namentlich erwähnte Teilnehmer der Sitzungen . . . . .	XLII
Zusammensetzung der Kabinette . . . . .	L
Protokolle . . . . .	1
Abkürzungen und Zeichen . . . . .	1548
Quellen und Literatur . . . . .	1552
Personenregister . . . . .	1558
Sachregister . . . . .	1573





# Einleitung

Die Bundestagswahl vom 28. September 1969 bedeutete für die bis dahin erfolgsverwöhnten Unionsparteien einen tiefen Einschnitt. Zwar blieben sie mit einem Stimmenanteil von 46,1 % stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag und konnten ihre führende Position im Parteienspektrum behaupten; das Wahlergebnis konnte sich also durchaus sehen lassen. Die CDU kam auf 36,6 % der Wählerstimmen und 193 Sitze, die CSU auf 9,5 % und 49 Sitze, beide insgesamt also auf 242 von 496 Sitzen. Die SPD erreichte 42,7 % (224 Mandate), während die FDP ein Debakel – „fast eine Katastrophe“<sup>1</sup> – erlebte und von 9,5 % (1965) auf 5,8 % einbrach, also fast halbiert wurde (30 Mandate). Hinzu kamen die 22 nicht voll stimmberechtigten Berliner Abgeordneten, von denen die SPD 13, die CDU acht und die FDP einen stellte. Die Unionsparteien hatten aber die absolute Mehrheit der Mandate verfehlt, so dass eine Regierungsbildung auch ohne sie möglich war. Schon vor Bildung der Großen Koalition Ende 1966 sah Kurt Georg Kiesinger die „Gefahr, daß eine Koalition zwischen SPD und FDP zustande kam und daß dann die CDU in die Opposition gedrängt wurde“.<sup>2</sup>

Bereits in der Wahlnacht verständigten sich SPD und FDP auf die Bildung einer Koalition. Auf diese Situation war die Union überhaupt nicht vorbereitet. Sofort setzten Bemühungen ein<sup>3</sup>, die Liberalen mit einem langfristigen Angebot und einem „umfassenden Regierungsprogramm für die siebziger Jahre in Bund und Ländern“<sup>4</sup> doch noch für ein schwarz-gelbes Bündnis zu ködern. Diese Avancen liefen jedoch ebenso ins Leere wie die vage Hoffnung, unsichere Kantonisten aus der FDP, die den spätestens seit dem Wechsel im Parteivorsitz von Erich Mende auf Walter Scheel im Jahr 1968 und der Wahl Gustav Heinemanns zum Bundespräsidenten am 5. März 1969 vollzogenen Linksschwenk ihrer Partei skeptisch beurteilten, zu sich herüberzuziehen und gegen ein Votum für die Wahl des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt zum Kanzler zu gewinnen. Die schnelle Einigung der neuen Koalitionäre in Sach- und Personalfragen zerschlug jedoch die Hoffnung der Union auf den Erhalt der Regierungsverantwortung.<sup>5</sup> Um die Bemühungen der Union, einige nationalliberale FDP-Abgeordnete abzuwerben und so bei den knappen Mehrheitsverhältnissen den „Machtwechsel“ zu verhindern, im Keim zu ersticken, hatten die Sozialdemokraten und Liberalen bei ihren Koalitionsverhandlungen ein rasantes Tempo vorgelegt; bereits fünf Tage nach

---

1 Wolfgang SCHOLLWER: „Da gibt es in der FDP noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten ...“. Aufzeichnungen aus der FDP-Bundesgeschäftsstelle 1966–1970. Hg. von Jürgen FRÖLICH. Bremen 2007 S. 227.

2 PROTOKOLLE 5 S. 376.

3 Vgl. dazu Nr. 1.

4 „Die Welt“ vom 2. Oktober 1969 „Kiesinger macht der FDP Koalitionsangebot“.

5 Vgl. Philipp GASSERT: Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten. München 2006 S. 724f.

## Einleitung

der Wahl waren die beiden Parteien sich über ein Regierungsbündnis einig.<sup>6</sup> CDU und CSU sahen sich in die Rolle des Zuschauens verbannt. Am 21. Oktober 1969 wurde der neue Bundeskanzler mit 251 von 495 abgegebenen Stimmen gewählt, d. h. mit nur zwei Stimmen über dem erforderlichen Quorum von 249; 235 Abgeordnete stimmten gegen ihn, fünf enthielten sich, vier Stimmen waren ungültig.<sup>7</sup>

Der unerwartete Verlust der Regierungsverantwortung traf die Unionsparteien ins Mark. Die Enttäuschung war angesichts eines durchaus erfolgreichen Wahlkampfes und guten Wahlergebnisses – immerhin des drittbesten nach 1957 und 1965 – groß, ebenso die Beunruhigung über den nun einzuschlagenden Weg. Kiesinger sprach von „Katzenjammer“.<sup>8</sup> Sollte die CDU als „verhinderte Regierungspartei“ die Rolle einer Opposition, für die sie nicht gerüstet war, in konstruktiver, ja kooperativer Weise wahrnehmen oder sich als Gegenregierung verstehen und auf einen frühen Sturz der SPD/FDP-Regierung hinarbeiten, die nur über die schmale Marge von fünf Mandaten über der absoluten Mehrheit im Deutschen Bundestag verfügte?

Abgesehen von dieser Grundsatzfrage stand die neue Opposition vor einem weiteren schwerwiegenden Problem: Die Wahlanalysen von 1969 deuteten an, dass die Union aufgrund der Popularität ihres Kanzlers Kurt Georg Kiesinger zwar stärkste Gruppierung geblieben war, aber die SPD von der Wählerschaft durchweg als die leistungsfähigere Partei angesehen wurde.<sup>9</sup> Die traditionellen Ziele der Unionsparteien – Wiederaufbau, Soziale Marktwirtschaft und Sicherung der freiheitlichen Ordnung durch Integration in das westliche Bündnissystem – schienen weitestgehend erreicht und hatten für die zukünftige Politik nur noch bedingte Ausstrahlung. Hier besaßen SPD und FDP mit ihren Slogans „Reform“ – von der Bildungs- und Gesellschaftspolitik bis hin zur Gestaltung der persönlichen Lebensentwürfe und des Intimlebens – und „Entspannung“ in den Ost-West-Beziehungen größere Anziehungskraft, was gewissermaßen als Gegenentwurf zu den überkommenen Leitbildern der Union gelten konnte, der ein Modernitätsdefizit in der Innen- und Gesellschaftspolitik, aber auch in der Außenpolitik und vor allem der Ost- und Deutschlandpolitik attestiert wurde. Wie sollte der gesellschaftlichen Aufbruchstimmung, dem politischen Gestaltungswillen von SPD und FDP, der charismatischen Führungsfigur Brandt, wie dem eigenen Vertrauensschwund und dem nach 20-jähriger Regierungstätigkeit erkennbaren Abnutzungsprozess begegnet werden? Wie sollte die Chance zur Regeneration im „Jungbrunnen“ der Opposition, die Rainer Barzel „eine harte Schule“ nannte, wahrgenommen, wie auf die Auflösung der die Union bislang tragenden alten Milieus reagiert werden? Bis 1969 war die CDU in erster Linie Kanzlerpartei; von einer Mitgliederpartei konnte bei etwa 300.000 Mitgliedern vor dem Hintergrund ihrer Wählerzahlen kaum die Rede sein. Auch hier waren neue Überlegungen angesagt. Fragen und Pro-

---

6 Vgl. dazu die Fraktionssitzung der SPD vom 3. Oktober 1969. In: Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1966–1969. Bearb. von Bettina TÜFFERS. Düsseldorf 2009 S. 652–658.

7 DATENHANDBUCH 1 S. 1021.

8 Nr. 6 S. 192.

9 EBD S. 183–190; Nr. 30 S. 1005; KALTEFLEITER S. 9.

bleme gab es also zu Beginn der neuen Legislaturperiode zuhauf. Ein „Weg durch Disteln und Dornen“ stand bevor – so Barzel auf dem Parteitag vom 17./18. November 1969 in Mainz: „Nur wenn wir uns einrichten auf viermal 365 Tage und Nächte, auf Durststrecken und Ungewißheiten, wird die Opposition Regeneration bedeuten“.<sup>10</sup>

Zunächst musste sich die CDU/CSU-Fraktion auf die veränderte Lage einstellen, denn sie hatte im Parlament die Hauptlast der Oppositionsarbeit zu tragen. Für die Fraktion kam der abrupte Übergang in die Opposition einem Sprung ins kalte Wasser gleich. Die ehemalige Regierungsfraktion war gefordert, „keinen Tag (zu) vertändeln“ (Barzel) und eine effektive Oppositionsstrategie zu entwickeln. Eine Schonfrist sollte der Koalition nicht gewährt werden. Der Stab der Fraktion musste ausgebaut, und die Voraussetzungen für eine intensive Informations-, Beratungs- und Öffentlichkeitsarbeit mussten geschaffen werden.<sup>11</sup> Die Neuausrichtung führte zu einer erheblichen Verjüngung des engeren Fraktionsvorstands. Dabei kam dem Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel eine Schlüsselrolle zu, die er mit der schnellen Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Fraktion zu nutzen und durch die Ablösung Kurt Georg Kiesingers im CDU-Bundesvorsitz 1971 zusätzlich zu stärken wusste. Schon unmittelbar nach der Wahl Brandts am 21. Oktober 1969 zeigte sich, dass nicht der Parteivorsitzende Kiesinger, sondern der Fraktionsvorsitzende Barzel die Führung in der Opposition übernahm; als erster gratulierte er dem neuen Kanzler, während der Altkanzler sich – widerwillig – erst nach ihm zu einem Glückwunsch durchrang.<sup>12</sup>

## DER KAMPF UM DIE PARTEISPITZE

In der neuen und für die CDU ungewohnten Konstellation ging es also zunächst um die Rolle des Parteivorsitzenden Kiesinger, der den Regierungswechsel als „gestohlenen Sieg“ und „Verrat am Wähler“ ansah und mit einer Rückkehr zur Macht vor Ablauf der Legislaturperiode rechnete. Ihm ging es eher um eine baldige Ablösung der neuen Regierung als um die tatkräftige und zügige Umsetzung eines programmatischen und organisatorischen Neuanfangs. Aus seiner Abneigung gegen die mühsame Parteiarbeit und -politik hatte er nie einen Hehl gemacht. Deshalb blieb unklar, wie er die Partei auf die neuen Gegebenheiten ausrichten wollte und ob er dazu seine Energien überhaupt einzusetzen gedachte. Diese Zweifel drückte das Ergebnis seiner Wiederwahl zum Vorsitzenden auf dem Mainzer Parteitag am 17./18. November 1969 aus. Ohne Gegenkandidaten erhielt Kiesinger nur 386 von 471 abgegebenen Stimmen – ein deutliches Signal dafür, dass er auf Abruf bestellt war. Der frühe Parteitagstermin nach der Wahl hatte die Aufstellung eines Konkurrenten verhindert. Die Stellvertreter

---

10 CDU, 17. BUNDESPARTEITAG S. 121.

11 Hans-Joachim VEEN: Opposition im Bundestag. Bonn 1976; SCHÖNBOHM S. 100.

12 Symptomatisch für die Rollenverteilung ist die Sitzung vom 12. Dezember 1969 (Nr. 4), in der der Parteivorsitzende und der Fraktionsvorsitzende erstmals jeweils eigene Berichte zur Lage abgaben.

## Einleitung

erzielten z.T. bessere Ergebnisse als Kiesinger – an der Spitze Gerhard Stoltenberg mit 451, Helmut Kohl mit 392 und Hans Katzer mit 387 Stimmen. Weitere Stellvertreter wurden Helga Wex (312) und Gerhard Schröder (267); bei den weiteren Wahlen zum Bundesvorstand entfielen die Spitzenplätze auf Richard von Weizsäcker (443), Heinrich Windelen (398) und Alfred Dregger (396).<sup>13</sup>

Obwohl Kiesinger sich eher als Kanzler im Wartestand fühlte und infolgedessen wenig Interesse an der täglichen Kleinarbeit als Parteivorsitzender erkennen ließ, stellte er mit seinem Generalsekretär Bruno Heck, der schon 1966 die Zeichen der Zeit erkannte und ein Konzept für die zukünftige Parteireform vorgelegt hatte<sup>14</sup>, in Mainz doch erste Weichen, um „die Union der Zukunft zu präsentieren“ und als „Partei der integrierenden Mitte“ zu profilieren. Dafür wurde eine „Reformkommission“ eingesetzt, die „unter Berücksichtigung der neuen Aufgaben der Union ein Reformkonzept“ erarbeiten sollte. Als dringlich galten nicht nur eine programmatische Neuausrichtung, sondern auch eine Stärkung der Parteizentrale, für die ein adäquater Neubau errichtet werden sollte, sowie eine Reform der Parteiorganisation und der Ausbau des Parteiapparats insgesamt.<sup>15</sup> Doch dies war ein mittel- und langfristiger Prozess, der nicht schnelle Erfolge erwarten ließ.

Währenddessen konnte sich Barzel, der unumstrittene Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, als eigentliche Speerspitze der Opposition profilieren. Die Führungsfrage war also nur aufgeschoben. Schon kurz nach Kiesingers Wiederwahl in Mainz setzte sowohl parteiinterne wie auch öffentlich geäußerte Kritik an ihm ein. Bereits am 13. März 1970 hatte sich der Bundesvorstand mit dieser Kritik zu befassen, wobei Kiesinger seine Parteifreunde aufforderte, den „Verschleißprozeß“ zu stoppen und mit dem Personalgerede aufzuhören.<sup>16</sup> Beenden konnte er die Diskussion damit allerdings nicht; sie schwelte vielmehr weiter und flackerte immer wieder neu auf.

Hintergrund dafür war nicht nur die Unzufriedenheit mit Kiesingers präsidentischer Führung, sondern vor allem die „K-Frage“, wer denn nun die „Nummer Eins“ innerhalb der CDU sei und als künftiger Kanzlerkandidat ins Rennen gehen sollte. Naturgemäß sah sich Barzel für diese Position aufgrund seiner anerkannten Stellung in der Fraktion prädestiniert und beanspruchte deshalb neben seinem Amt als Fraktionsvorsitzender auch das des Parteivorsitzenden, um seine mögliche Kanzlerkandidatur abzusichern. Doch in Helmut Kohl, der im Herbst 1970 seine Bereitschaft andeutete, ebenfalls für den Parteivorsitz zu kandidieren, erwuchs ihm ein ernsthafter Konkurrent. Kohl verband mit seiner Kandidatur für das Parteiamt allerdings nur das Ziel, die Parteireform als die vorrangige Zukunftsaufgabe vorantreiben zu wollen.<sup>17</sup> Unterstützung fand er bei Kurt Biedenkopf, der daran zweifelte, ob durch eine Ämterkonzentration in den Händen von Barzel diese Aufgabe zufriedenstellend gelöst werden

---

13 Zusammensetzung des Vorstands s. S. XL–XLI.

14 Udo ZOLLEIS: Die CDU. Das politische Leitbild im Wandel der Zeit. Wiesbaden 2008 S. 137–139.

15 Vgl. dazu Nr. 4 S. 82–107.

16 Nr. 6 S. 192, 194f., 212f.

17 Helmut KOHL: Erinnerungen 1930–1982. München 2004 S. 286–291.

könne.<sup>18</sup> Auch Kiesinger plädierte für eine Trennung von Fraktions- und Parteivorsitz, als er – durch die andauernde Kritik an seiner Person zermürbt – am 5. Juli 1971 schließlich erklärte, nicht mehr für den Parteivorsitz zu Verfügung zu stehen.

Bei der Auseinandersetzung um den Parteivorsitz ging es jedoch nicht nur um eine Personalfrage; mit ihr eng verknüpft waren prinzipielle Sachfragen: die Verbesserung der Organisation und die programmatische Neuausrichtung der Partei. Bei dieser Kombination stand die Partei vor einem Dilemma. Einerseits war klar, dass die Realisierung eines Reformprogramms für ihre Zukunftsfähigkeit von entscheidender Bedeutung sein würde. Andererseits aber legte die geringe Mehrheit der neuen Koalitionsregierung, die höchst instabil schien, die Überlegung nahe, möglichst schnell in die Regierungsverantwortung zurückzukehren. Einige Vorstandsmitglieder wollten auf einen schnellen Regierungssturz hinaus, andere traten dafür ein, die Oppositionsrolle für einen längeren Zeitraum anzunehmen und die Chance für eine personelle wie programmatische Regeneration der Partei zu nutzen. Eine grundsätzliche Diskussion über die Vereinbarkeit der beiden Konzepte – Reformprogramm und Ablösung der SPD/FDP-Koalition –, die sich nicht von vornherein gegenseitig blockieren mussten, wurde allerdings nicht geführt. So bestand die Möglichkeit weiter, die innerparteilichen Reformen zugunsten der Vorbereitung auf einen vorzeitigen Regierungswechsel zurückzustellen.<sup>19</sup> Dieses Dilemma konnte nicht vollständig aufgelöst werden und durchzog die Oppositionszeit bis zur vorgezogenen Bundestagswahl im November 1972; es wurde zudem verstärkt durch anhaltende Kontroversen in anderen Fragen der aktuellen Politik.

Neben der Auseinandersetzung um die Führung an der Parteispitze brach kurzzeitig noch eine Debatte um die Funktionen und Kompetenzen von Generalsekretär und Bundesgeschäftsführer auf. Bundesgeschäftsführer Rüdiger Göb hatte im September 1971 in einer Veröffentlichung gefordert, die Position des Generalsekretärs aufzugeben, einen ersten stellvertretenden Vorsitzenden zu schaffen und die Funktion des Bundesgeschäftsführers als Chef des Parteiapparats zu stärken. Auf Gegenliebe stieß dieser Vorstoß im Bundesvorstand jedoch nicht, und die Diskussion wurde vertagt, d. h. im Keim erstickt.<sup>20</sup>

Der Saarbrücker Parteitag vom 4./5. Oktober 1971 klärte die Frage des Parteivorsitzes. Barzel vermochte den Führungsanspruch Helmut Kohls auf den Parteivorsitz abzuwehren: 344 Delegierte stimmten für ihn, nur 174 für Kohl.<sup>21</sup> Die Befürchtungen der Befürworter einer Ämtertrennung traten nicht ein: Unter seinem Vorsitz und vor allem durch die Tätigkeit des neuen Generalsekretärs Konrad Kraske, der nur 305 von 492 abgegebenen Stimmen erreicht hatte, wurde die Organisation der Partei gestrafft, der Weg von der Wähler- zur Mitgliederpartei – Ende 1972 zählte die CDU bereits knapp 423.000 Mitglieder (ein Aufwuchs von über 35 % gegenüber 1969) – und zur

---

18 SCHÖNBOHM S. 103f.

19 Zur Strategiediskussion vgl. Nr. 6 S. 191–209, Nr. 7 S. 258–275 (hier vornehmlich zur Deutschland- und Ostpolitik).

20 Nr. 17 S. 519, 537–542.

21 Vgl. Anm. 13.

programmatischen Erneuerung eingeleitet. Die „Reformkommission“ zur Fortschreibung des Berliner Programms vom 11. Juli 1968 hatte hierzu seit dem 20. Januar 1970 unter dem Vorsitz des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kohl bereits erste Schritte getan. Nicht zuletzt wurde die Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion intensiviert und besser als in der Vergangenheit miteinander verzahnt; immerhin gehörten dem 30-köpfigen Bundesvorstand 17 Fraktionsmitglieder an. Doch unumstritten war der neue Parteivorsitzende nicht<sup>22</sup>; Barzel mangelte es an der Gabe, Sympathie zu erwerben und die Menschen für sich einzunehmen – kurz: ihm fehlte das Charisma, um die Parteiherzen zu gewinnen und sich gegenüber dem immer populärer werdenden Kanzler Brandt profilieren zu können. Dennoch nominierten die Unionsparteien ihn am 9. Dezember 1971 zum Kanzlerkandidaten.<sup>23</sup>

Hauptangriffspunkte für die Opposition bot die Politik der Regierung im Bereich der inneren Reformen. Das Führungsgremium der CDU reagierte – nach z. T. längeren Diskussionen und heftigen Kontroversen – mit eigenen Akzenten auf die hochgesteckten Ziele der Regierung für eine „breit angelegte, konsistente Reformpolitik“ (Horst Ehmke), die von planungsorientierten Machbarkeitsvorstellungen ausging, sich jedoch bald an der mangelnden Finanzierbarkeit festlief. Hier vor allem setzte der CDU-Vorstand seine Kritik an „Wogegen wir sind, hat sich rumgesprochen. Das heißt, unsere Alternative muß immer deutlicher werden. ... Es nützt uns nichts, wenn wir schadenfroh von Inflation und Zerstörung der finanziellen Basis für Reformen sprechen. Wir müssen dies festhalten. Aber wir müssen dem unsere Reformmöglichkeiten entgegensetzen“ – so Barzel am 25. Oktober 1971.<sup>24</sup> In der Gesellschaftspolitik, in der Mitbestimmungsfrage (in der die FDP keinen Zweifel daran ließ, dass sie die von der SPD geforderte „paritätische Mitbestimmung“ ablehnte), in der Vermögenspolitik, im Bau- und Bodenrecht, in der Bildungs- und in der Rentenpolitik, im Bereich der inneren Sicherheit und nicht zuletzt in der wirtschaftlichen Stabilitätspolitik entwickelte sie Vorstellungen, die denen der Regierung entgegengestellt wurden und auch finanzierbar sein sollten.

Doch wurde schließlich die Auseinandersetzung um die Neuorientierung in der Deutschland- und Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel zur Nagelprobe und diente nach dem Fraktionswechsel von FDP- und SPD-Abgeordneten<sup>25</sup> – begleitet von heftigen innerparteilichen Debatten – als Hebel zum Sturz der Regierung. Als weiteres Signal, diesen Schritt zu wagen, verstand der CDU-Vorstand den fulminanten Wahlsieg vom 23. April 1972 in Baden-Württemberg unter Ministerpräsident Hans Filbinger, bei dem die CDU die absolute Mehrheit mit 52,9 % erreichte. Den Ausgang dieser

---

22 Vgl. Nr. 19 S. 551.

23 Nr. 20 S. 637 f.

24 Nr. 19 S. 551.

25 Am 9. Oktober 1970 hatten Erich Mende, Heinz Starke und Siegfried Zoglmann (alle FDP), am 14. Oktober 1971 Klaus-Peter Schulz, am 29. Februar 1972 Herbert Hupka, am 2. März Franz Seume (beide SPD), am 23. April Wilhelm Helms (FDP) und schließlich am 17. Mai Günther Müller (SPD) die Regierungskoalition verlassen – DATENHANDBUCH 1 S. 925 f.

Landtagswahl, die die SPD in ihrem Wahlkampf als Plebiszit über die Ostpolitik verstehen wollte<sup>26</sup>, interpretierte der Vorstand in der tags darauf anberaumten Sitzung als Beweis dafür, dass die Mehrheit der Wähler die Politik der SPD/FDP-Regierung ablehne und die der Union präferiere. Wie aber sollte nun weiter verfahren werden? Nach sorgfältiger Abwägung des Für und Wider – der Wahlaussichten 1973, des weiteren Verfahrens im Hinblick auf die Ostverträge und des Versuchs eines sofortigen Kanzlersturzes und möglicher Neuwahlen 1972 – tendierte der Vorstand dazu, eine schnelle Regierungsübernahme anzustreben. Die damit verbundenen Unwägbarkeiten wurden aber durchaus auch kritisch gesehen. Kohl sprach von einem „erheblichen Risiko“; denn die verfasste öffentliche Meinung werde alles tun, um die Regierung zu verteidigen. „Da ist zu sehen, daß in der Minute eine Dolchstoßlegende für die Bundesrepublik begründet wird, etwa so aussehend, daß jetzt ein Friedenskanzler, ein Nobelpreisträger und alles, was hier mitschwingt, hundert Meter vor dem Ziel abgefangen wird.“<sup>27</sup> Das weitere Verfahren in dieser schwierigen Situation sollte aber der Bundestagsfraktion vorbehalten bleiben. Tatsächlich scheiterte Barzel mit dem konstruktiven Misstrauensvotum am 27. April 1972 – auch durch „Nachhilfen“ an finanziell zugängliche Unionsabgeordnete<sup>28</sup>. Tags darauf wurde der Kanzlerhaushalt aufgrund des Patts zwischen den Koalitionsfraktionen und der CDU/CSU-Fraktion abgelehnt; Neuwahlen boten den Ausweg aus der verfahrenen Situation.

Für den Wahlgang am 19. November 1972 schien die CDU gut gerüstet. Am 21. August und am 25. September legte Kraske dem Bundesvorstand die Wahlkampfkonzeption der CDU vor. Die Auseinandersetzung mit der SPD sollte in den Mittelpunkt gestellt werden. Unter Bezug auf eine Umfrage stellte er fest, dass Themen wie Preisstabilität, Verbrechensbekämpfung und die Bekämpfung extremistischer Gruppen bei der Wählerschaft politische Priorität hätten und hier die Union gegenüber der Koalition einen Kompetenzvorsprung habe. Hauptthema des Wahlkampfes sollte also die Wiedergewinnung der wirtschaftlichen, sozialen und inneren Stabilität der Bundesrepublik sein mit dem Slogan: „Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität“.<sup>29</sup> Die Entspannungspolitik der Regierung wurde als weniger wichtig angesehen. Dieser Einschätzung entsprach das Wahlprogramm, das erstmals von CDU und CSU gemeinsam verabschiedet wurde und den innenpolitischen Themen den absoluten Vorrang vor den Fragen der Außen-, Sicherheits-, Deutschland- und Ostpolitik einräumte.<sup>30</sup> Es lag ganz auf der Linie, die Barzel am 13. März 1972 vorgegeben hatte: „Vergessen wir nicht, daß die allererste Sorge der Mitbürger im wirtschaftlichen, gesellschaftspolitischen, sozialen und finanzpolitischen Bereich liegt. Und vergessen wir nicht, dort unsere besseren Ideen zu sagen. Lassen wir uns nicht abdrängen auf die beiden anderen Punkte.“ Er meinte damit die Ostpolitik und die Bekämpfung des Radikalismus. Für den Fall einer Re-

---

26 Nr. 22 S. 703.

27 Vgl. Nr. 23 S. 758.

28 Vgl. Andreas GRAU: Auf der Suche nach den fehlenden Stimmen. Zu den Nachwirkungen des gescheiterten Misstrauensvotums vom 27. April 1972. In: HPM 16 (2009), S. 1–17.

29 Vgl. Nr. 28 S. 945–982, hier S. 952.

30 Zur Diskussion vgl. Nr. 28.



gierungsübernahme, nach einer Bundestagswahl, meinte er, dürften die Unionsparteien „nicht die falschen Themen gehabt haben“.<sup>31</sup>

Das Ergebnis der vorgezogenen Bundestagswahl zeigte jedoch, dass diese Strategie, die auf Argumente und Informationen und weniger auf Emotionen setzte, nicht aufging.<sup>32</sup> Zum einen hatte der Streit um die Deutschland- und Ostpolitik in den Jahren 1971 und 1972 alle anderen politischen Themen überdeckt. Zudem war Bundeskanzler Willy Brandt für diese Politik am 10. Dezember 1971 der Friedensnobelpreis verliehen worden. Am 8. November 1972 wurde der „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR“ paraphiert. Die SPD wusste um ihre Versäumnisse in der Innen- und vor allem der Wirtschaftspolitik und setzte deshalb im Wahlkampf mit dem Slogan „Willy wählen“ ganz auf Emotionalisierung, auf den Friedenskanzler und seine „Friedenspolitik“. Wenige Tage vor dem Wahlgang musste Kraske in einem Rundschreiben an die wichtigsten Funktions- und Mandatsträger der Partei konzedieren, dass der SPD in der Deutschlandpolitik seitens der Wähler mehr vertraut werde als der Union. In der Tat war die Deutschland- und Ostpolitik das Thema der Regierung, bei dem sie aufgrund der verbreiteten Hoffnung auf Entspannung und des verminderten Bedrohungsgefühls punkten konnte. Die Opposition hingegen war geprägt durch das Image, sie sei gegen diese Ostpolitik, zu der CDU und CSU keine einheitliche Haltung fanden, was selbst die eigenen Anhänger kaum verstehen und nachvollziehen konnten.<sup>33</sup>

Die Union, zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik in der Rolle der Herausforderin, hatte „die falschen Themen“ gehabt. Eine Mehrheit der Wähler war für Frieden und Gewaltverzicht, für die Ergänzung der Westbindung durch eine Ost- und Entspannungspolitik. So wurde die Bundestagswahl 1972 letztlich zu einem Plebiszit über die Ostpolitik. Aber die Niederlage beruhte nicht nur auf den falschen Themen. Es lag wohl auch am Spitzenkandidaten, der im Vergleich zu Brandt stets schlechtere Umfrageergebnisse vorzuweisen hatte. Aufgrund seines Images – Barzel galt als zu glatt, zu eitel, zu modisch und nicht zuletzt als opportunistisch – und seiner bereits angeschlagenen Autorität sah die CDU sich gezwungen, ihn in ein Mannschaftsgefüge – ein Schattenkabinett – einzubauen, das allerdings teils mit öffentlich unbekanntem (wie Karl Bewerunge), teils mit umstrittenen Personen (wie Franz Josef Strauß) besetzt war.<sup>34</sup> Damit konnte Rainer Barzel nicht reüssieren.<sup>35</sup> „Ich sei der

---

31 Nr. 22 S. 698. – Johann Baptist Gradl hatte bereits am 15. Mai 1972 davor gewarnt, möglicherweise „auf ein falsches Kampffeld abgedrängt (zu) werden“ (Nr. 25 S. 811).

32 Zu dieser Strategie vgl. Kraske Nr. 26 S. 853–865; vgl. Martin HUBER: Die Bundestagswahlkämpfe der CDU/CSU als Oppositionsparteien 1972, 1976, 1980, 2002. München 2008 S. 27–48.

33 Die unklare Haltung, die Frage der Glaubwürdigkeit, soll aber nach den Erkenntnissen der Demoskopien nicht wahlentscheidend gewesen sein, was von Kohl energisch bestritten wurde (vgl. Nr 32 S. 1130f., 1136f.).

34 Dazu Nr. 26 S. 856–877, Nr. 28 S. 953f., passim.

35 Vgl. Daniela FORKMANN; Rainer Barzel. Der tragische Held. In: Daniela FORKMANN/Saskia RICHTER (Hg.): Gescheiterte Kanzlerkandidaten. Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber. Wiesbaden 2007 S. 141–173.

falsche Kandidat gewesen“, resümierte er aufgrund der Wahlanalyse von Elisabeth Noelle-Neumann.<sup>36</sup>

Das Ergebnis der Wahl war für die Union eine schwere Niederlage: Es war mit 44,9 % nicht nur das schlechteste Ergebnis seit 1953; erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik stellte die CDU/CSU auch nicht mehr die stärkste Fraktion im Bundestag. Die Blütenträume einer erneuten Regierungsübernahme, die sie während der gesamten 6. Wahlperiode nicht aufgegeben hatte, waren endgültig zerstoßen; die Union war nun definitiv in die Opposition verbannt. Barzel äußerte am 4. Dezember 1972: „Sagen wir ein ganz ungequältes Ja zur Opposition! Das ist unser Auftrag. Also packen wir nun die Koffer aus in dieser Wohnung.“<sup>37</sup> Da die CSU im Gegensatz zur CDU in etwa stabil geblieben war, lastete sie das Wahldesaster der CDU und insbesondere ihrem Vorsitzenden Barzel an. Am 21. November 1972 stellte sie die Fraktionsgemeinschaft ernsthaft in Frage. Die Idee einer „Vierten Partei“ unter der Führung der CSU, die seit Anfang 1970 die Gemüter bewegte, schien konkrete Form anzunehmen. Schon im Frühjahr 1970, als erste „CSU-Freundskreise“ sich gegründet hatten, wurde diese Gefahr im Bundesvorstand thematisiert. Helmut Kohl warnte eindringlich vor einer möglichen Parteineugründung und der „Katastrophe“ einer Neuauflage der Auseinandersetzungen zwischen der Zentrumsparterie und der Bayerischen Volkspartei in der Zeit der Weimarer Republik. Mit distanzierenden Erklärungen der CSU könne man sich nicht zufriedengeben, vielmehr solle man die CSU auffordern, rechtliche Schritte gegen diese Freundskreise, die als „Konkursmasse der NPD“, aber auch „Krankheitssymptom der CDU“ bezeichnet wurden, einzuleiten.<sup>38</sup> Nach vierzehn Tagen konnte das „Platzpatronenfeuer“ (Hans Evers), das die CSU und die CSU-Landesgruppe entfacht hatten, zwar erstickt werden, doch endgültig begraben waren die CSU-Vorstellungen, die auch in Richtung einer „Vierten Partei“ gingen, damit nicht. Die Krise schwelte weiter, wie sich im Frühjahr 1973, als die Gegensätze zwischen den Unionsparteien durch die „Sondertänze“ der CSU<sup>39</sup> erneut aufbrachen und einige in der CDU sich für die Trennung von der bayerischen Schwester aussprachen<sup>40</sup>, und vor allem vier Jahre später im Trauma von Wildbad-Kreuth zeigen sollte.<sup>41</sup>

Aufgrund des dreimaligen Scheiterns – beim Misstrauensvotum, bei der Verweigerung seiner Fraktion in der Abstimmung über die Ostverträge und nun auch bei den vorgezogenen Bundestagswahlen – erodierte die Machtbasis Barzels und leitete seine Ablösung sowohl im Fraktions- und auch im Parteivorsitz ein. Die Zweifel an seinen

---

36 Rainer BARZEL: Ein gewagtes Leben. Stuttgart/Leipzig 2001 S. 302.

37 Nr. 31 S. 1041.

38 Nr. 6 S. 178–183; vgl. dazu auch die Diskussion über das Verhalten gegenüber der „Deutschen Union“ in Nr. 16 S. 437–454.

39 Kiesinger in Nr. 35 S. 1419.

40 Nr. 35 S. 1353, 1376.

41 Vgl. Nr. 31 S. 1035–1083, Nr. 33 S. 1296, Nr. 35 passim; Günter BUCHSTAB: Ein parlamentarisches Unikum: die CDU/CSU-Fraktionsgemeinschaft. In: SCHWARZ S. 255–274, hier S. 267–269.

Führungsqualitäten wurden lauter. Doch gab er sich zunächst kämpferisch und ließ sich auch nicht von der Forderung Kohls nach einer „Trennung der Ämter zwischen dem Fraktionsvorsitzenden und dem Parteivorsitzenden“ und dessen Ankündigung auf der Klausurtagung des Bundesvorstands am 27. Januar 1973 beeindrucken, auf dem nächsten Parteitag wieder für den Parteivorsitz zu kandidieren.<sup>42</sup> „Das Gesellschaftsspiel der Union, die Personalfrage,“ – so Barzel am 2. April 1973<sup>43</sup> – war wieder aufgenommen. Nachdem er aber bei der Abstimmung über den Beitritt der Bundesrepublik zur UNO von seiner Fraktion erneut düpiert worden war, trat er am 9. Mai vom Fraktionsvorsitz zurück. Er hatte – bestärkt durch Beschlüsse des Präsidiums und der CDU-Ministerpräsidenten – die Zustimmung empfohlen, um „Anschluß an die Weltpolitik“ zu finden<sup>44</sup>. Nach der mehrheitlichen Ablehnung in der Fraktion resignierte er und wurde am 17. Mai 1973 als Fraktionsvorsitzender von Karl Carstens abgelöst, der erst seit einem guten halben Jahr dem Bundestag angehörte. Einen Tag zuvor hatte Barzel in einem Brief an die Mitglieder des Parteipräsidiums, des Bundesvorstands und der CDU/CSU-Fraktion auch seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur für den Parteivorsitz erklärt.

Barzel hatte zwar seit dem Saarbrücker Parteitag vom 4./5. Oktober 1971 als Vorsitzender der Partei und Fraktion die wichtigsten Führungsämter innegehabt, doch war es ihm nur bedingt gelungen, seine Machtposition in beiden Gremien wirksam zur Geltung zu bringen. Seine Schwierigkeit, die Interessen der verschiedenen Gruppierungen zu bündeln, war sicher auch dem Umstand zuzuschreiben, dass erstmals in der Geschichte von Partei und Fraktion die disziplinierende Wirkung der Regierungsverantwortung entfallen war. Insofern war sein Bemühen sicherlich konsequent, den Ausgleich zu suchen und tragfähige Kompromisse zu finden.<sup>45</sup> Wenn er hingegen einmal mit seinen Vorstellungen an die Öffentlichkeit ging, ohne sie vorher in Partei und Fraktion abzustimmen – wie in der Frage des UNO-Beitritts oder der Nichtanrufung des Bundesverfassungsgerichts –, wurde ihm dies sofort übelgenommen. In die gleiche Kalamität geriet er, wenn er die Entgegennahme seiner Berichte im Vorstand – wenn sie nicht auf massiven Widerspruch gestoßen waren – nach außen als Zustimmung und gar als Beschluss interpretierte.<sup>46</sup> In seinen Lageberichten bestach er zwar durch seine analytischen Fähigkeiten, mit denen er die verschiedenen Argumente auf den Punkt brachte, doch blieben die Schlussfolgerungen, die er daraus zog, wohl aus dem Grund, nicht präjudizieren zu wollen, meist seltsam vage. Trotz seiner herausgehobenen Stellung verstand er die Parteilarbeit vorrangig als Pflicht „zu dienen“<sup>47</sup> und ließ „die Interessen seiner Person hinter der Sache“ zurücktreten<sup>48</sup>. Die „innere Unschlüssig-

---

42 Nr. 32 S. 1137–1139.

43 Nr. 34 S. 1324.

44 Nr. 35 S. 1346.

45 „Ich habe mich immer bemüht, Kompromisse herbeizuführen“ (Nr. 31 S. 1060).

46 Nr. 35 S. 1402, 1405 f.

47 Nr. 32 S. 1093.

48 Nr. 35 S. 1338.

keit<sup>49</sup>, die hierin – trotz seines unverkennbaren Machtstrebens – zum Ausdruck kam und die CDU/CSU verwirrte, zeigte sich insbesondere in den verschiedenen Phasen der Ostpolitik: Ob er sie im Prinzip befürwortete oder ob er sie aus der Sorge ablehnte, die SPD/FDP-Koalition verspiele die deutsche Einheit für alle Zeiten, blieb im Zwielflicht. „Er wollte für das Ja nur kämpfen, wenn er nicht scheiterte“.<sup>50</sup> Am 12. Mai 1973 räumte er nach seinem Rücktritt vom Fraktionsvorsitz selbstkritisch ein, vielleicht „zu viel Kompromisse mit Gruppen und mit der CSU gemacht“ und „zu viel Rücksicht“ genommen zu haben.<sup>51</sup> Darin – an den Schwierigkeiten mit internen Oppositionskräften, vor allem der CSU – lag eine der Ursachen seines Scheiterns.

Mit seinem Verzicht war der Weg frei für Helmut Kohl. Beim vorgezogenen 21. Parteitag am 12. Juni 1973 in Bonn erreichte Kohl von 600 abgegebenen gültigen Stimmen 520 bei 51 Gegenstimmen und 29 Enthaltungen. Damit war er mit 86,66 % der Delegiertenstimmen zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er blieb es bis 1998.

#### PARTEIREFORM UND PROGRAMMATISCHE NEUORIENTIERUNG

Auf dem Mainzer Parteitag hielt Generalsekretär Heck eine vielbeachtete Reformrede, in der er ein langfristiges Konzept verlangte, mit dem die 1970er Jahre politisch gestaltet werden könnten.<sup>52</sup> Die CDU finde vor allem bei den jüngeren Wählern, den urbanen Mittelschichten und den jungen, berufstätigen Frauen nur noch wenig Resonanz; der „Genosse Trend“ spreche für die SPD. Diesen Wählerschichten müsse sich die Partei öffnen, intensivere Diskussionen mit ihnen führen und ihre politischen Erwartungen erfüllen. Als Themen wurden benannt: Bildungspolitik, Mitbestimmung, Vermögensbildung, Rolle der Frau, Städtebau und Umweltschutz. Dass dafür eine Parteireform unumgänglich war – stärkere Mitgliederwerbung, Ausweitung der hauptamtlichen Kräfte und Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Parteiapparats in allen Gliederungen –, traf auf einhellige Zustimmung. Der im Januar 1970 neu berufene Bundesgeschäftsführer Rüdiger Göb legte dem Bundesvorstand bereits am 13. März ein Konzept zur Verbesserung der Parteiarbeit und zum Ausbau der Bundesgeschäftsstelle vor.<sup>53</sup> Schwerpunkte dieses Konzepts waren Verbesserung der Information, Koordination und Kommunikation zwischen Bundespartei und den Landes- und Kreisverbänden, Mitgliederwerbung, Aufbau eines Instrumentariums zu systematischer Personalpolitik sowie Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit. Dafür waren Umstrukturierungen und Ausweitungen der Abteilungen der Bundesgeschäftsstelle notwendig,

---

49 Alois RUMMEL: Rainer Barzel (1924–2006). In: *Zeitgeschichte in Lebensbildern* Bd. 12 (2007) S. 215–227, hier S. 225.

50 Christian HACKE: Rainer Barzel. In: *Persönlichkeit und Politik in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Politische Porträts*. Hg. von Walther L. BERNECKER/Volker DOTTERWEICH. Bd. 1, Göttingen 1982 S. 40–49, hier S. 45.

51 Nr. 35 S. 1341.

52 Vgl. zum Folgenden SCHÖNBOHM S. 116–126; KLEINMANN S. 315–347.

53 Nr. 6 S. 205–208.

zumal der Informationsfluss aus dem Regierungsapparat versiegte. Doch die Finanzlage der Partei stoppte allzu hoch fliegende Pläne, so dass sich der Bundesvorstand zu einem radikalen Sanierungskonzept veranlasst sah.<sup>54</sup> Immer wieder hatte sich der Vorstand mit der problematischen Haushaltslage der Bundespartei zu befassen.<sup>55</sup> Auf dem Wiesbadener Parteitag vom 9.–11. Oktober 1972 konnten Kraske und Schatzmeister Walther Leisler Kiep schließlich erste Erfolge vermelden: Die Finanzlage hatte sich stabilisiert, die innerparteiliche Kommunikation verbessert und der Mitgliederzuwachs erfreulich entwickelt. Überlagert wurde der Parteitag indes von dem bevorstehenden Wahlkampf.

Ganz ohne Probleme ging auch die ebenfalls in Mainz eingeleitete Programmarbeit nicht voran, wurde doch der Spielraum der eingesetzten Kommission durch den Bundesvorstand insoweit eingeengt, als es nicht um eine grundlegende Neuorientierung, sondern nur um eine Weiterentwicklung des Berliner Programms von 1968 gehen sollte. Mit den ersten Ergebnissen dieser Arbeit befasste sich der Bundesvorstand auf seiner Klausurtagung vom 26.–28. November 1970.<sup>56</sup> Der dabei erarbeitete Entwurf wurde auf dem Parteitag vom 25.–27. Januar 1971 in Düsseldorf ohne wesentliche Änderungen als „Berliner Programm 2. Fassung“ verabschiedet. Kontrovers wurde allerdings die Frage der Mitbestimmung diskutiert, bei der sich der Antrag des Landesverbands Hessen – gegen die Vorlage des Bundesvorstands und der CDA-Vertreter – durchsetzte.

Beendet war die Reformarbeit mit der Verabschiedung der „2. Fassung des Berliner Programms“ allerdings nicht. Auf dem Saarbrücker Parteitag regte der neue Parteivorsitzende Barzel eine „Grundsatzkommission“ an, deren Leitung Richard von Weizsäcker übernahm. Erste Überlegungen stellte er bereits am 9. Dezember 1971 zur Diskussion.<sup>57</sup> Durch die turbulenten Ereignisse des Jahres 1972 trat diese Arbeit etwas in den Hintergrund, auch wenn von Weizsäcker die Grundlinien der Kommission auf dem Wiesbadener Parteitag vom 9.–11. Oktober 1972 unter „langanhaltendem Beifall“ vorstellte<sup>58</sup>. Nach dem schweren Wahlschock vom November 1972 war aber klar, dass die Diskussion um Programmreform und Strategie erneut aufflammen würde.<sup>59</sup> Allerdings stand erst am 25. Mai 1973 wieder ein Bericht der Kommission offiziell auf der Tagesordnung; dabei musste von Weizsäcker einräumen, dass er im Gegensatz zu den Kommissionen, die sich mit den Themen Bodenrecht<sup>60</sup>, Berufliche Bildung<sup>61</sup>

---

54 Nr. 10 S. 330–332, Nr. 14 S. 366–376, Nr. 15 S. 385–390, Nr. 16 S. 436 f., Nr. 17 S. 514 f., 542–545. Aufgrund ihrer Überschuldung drohte der Partei 1971 die Gefahr, einen Konkursantrag stellen zu müssen (vgl. Nr. 20 S. 638).

55 Vgl. Nr. 21 S. 677–691.

56 Nr. 11 S. 339 f. Ein Protokoll ist nicht überliefert.

57 Nr. 20 S. 648–655.

58 CDU, 20. BUNDESPARTEITAG S. 61–78.

59 Vgl. dazu die Diskussion um die Ausarbeitung von Christian Schwarz-Schilling und Gerd Langguth in Nr. 32 S. 1165 f., 1228–1230.

60 Nr. 36 S. 1504–1522.

61 EBD. S. 1522–1537.

sowie Medienpolitik<sup>62</sup> befassten, noch „keinen fertigen Text zu einer endgültigen Beschlußfassung über Grundsätze für den Hamburger Parteitag vorlegen“ könne.<sup>63</sup>

Zu einer Generaldebatte über eine neue Oppositionsstrategie kam es nach einer gründlichen Wahlanalyse bei der Klausurtagung am 27./28. Januar 1973. Dabei wurden nicht nur Wunden geleckt, Dampf abgelassen und die Fehler und Versäumnisse der vergangenen Legislaturperiode in allen Einzelheiten und „mit offenem Visier“<sup>64</sup> eingehend diskutiert. Es wurde in dieser Grundsatzdebatte auch gefordert, weitreichende Konsequenzen zu ziehen. Barzel und Kraske versuchten sofort, die Initiative zu ergreifen und steckten vor dem Hintergrund der Wahlanalysen weitreichende Ziele zur Aktivierung der Partei.<sup>65</sup> Zwar wurden diese in den Führungsgremien in den kommenden Wochen eingehend diskutiert und weitere Beschlüsse gefasst. Diese Sacharbeit mit dem Ziel, die Partei besser in der Bevölkerung zu verankern, stand jedoch unter Vorbehalt, weil sowohl der Vorsitzende wie der Generalsekretär in der Kritik standen. Spätestens seit der Bundestagswahl war ihre Autorität massiv beeinträchtigt, so dass es fraglich war, ob sie ihre Positionen an der Spitze der Partei noch lange halten und ihre Vorstellungen selbst noch weiterverfolgen könnten.

#### OST- UND DEUTSCHLANDPOLITIK

Die 6. Wahlperiode ist vornehmlich durch die konfrontativ-fundamentale Auseinandersetzung zwischen SPD/FDP einerseits und CDU/CSU andererseits um die Deutschland- und Ostpolitik im kollektiven Gedächtnis geblieben. Sie überlagerte in der öffentlichen Wahrnehmung die ansonsten durchaus konstruktive Arbeit der Opposition. Es verging praktisch keine Sitzung des Bundesvorstands, in der sich seine Mitglieder nicht mit diesem Thema befassten. Unmittelbar nach Regierungsantritt stellte die Koalition in diesem Politikfeld neue Weichen. Die Opposition konnte zunächst nur auf die Verlautbarungen der Regierung reagieren; eine gestaltende Mitwirkung war ihr versagt. Zwar hatte der neue Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 den Willen der sozialliberalen Koalition bekundet, die Deutschland- und Ostpolitik in die Kontinuität der Vorgängerregierung zu stellen und am Konzept einer europäischen Friedensordnung und der Einbettung der deutschen Frage in dieses Konzept festzuhalten. Auf dieser Grundlage sollte mit der DDR auf Regierungsebene verhandelt und ein Abkommen über gegenseitigen Gewaltverzicht angestrebt werden, ohne die DDR völkerrechtlich anzuerkennen.<sup>66</sup> Doch ver-

---

62 Nr. 36 S. 1486–1492.

63 EBD. S. 1537–1539.

64 Barzel in Nr. 32 S. 1173.

65 Vgl. Nr. 32.

66 Vgl. zum Folgenden Werner LINK: Die CDU/CSU-Fraktion und die neue Ostpolitik – in den Phasen der Regierungsverantwortung und der Opposition, 1966 bis 1975. In: SCHWARZ S. 115–139, hier S. 126–135; GRAU: Gegen den Strom.

stand die Opposition unter der Formel Brandts von den zwei Staaten in einer Nation sofort ein Abrücken von der bisherigen bundesdeutschen Haltung, wie sie noch in der Resolution der Großen Koalition vom 25. September 1968 festgehalten worden war. Demnach sollte die „Anerkennung des anderen Teils Deutschlands als Ausland oder als zweiter souveräner Staat deutscher Nation“ nicht in Betracht kommen. An diesem Punkt setzten sofort massive Vorbehalte der Opposition ein – an ihrer Spitze der Parteivorsitzende Kiesinger.<sup>67</sup> Auch die Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrags am 28. November 1969, den die Unionsmehrheit stets abgelehnt hatte, wurde auf das schärfste kritisiert. Vor allem für die CSU hatte die Ablehnung des Atomwaffensperrvertrags „den Charakter einer parteipolitischen Prestigefrage“ angenommen.

Allerdings zeigte sich schon bald, dass diese harte, von vornherein auf Konfrontation zur Regierung zielende Marschlinie Kiesingers nicht uneingeschränkt geteilt wurde. Unterstützt wurde er darin aber von politischen Schwergewichten, u. a. von Gerhard Schröder, Franz Amrehn und Alfred Dregger sowie von Franz Josef Strauß und der geschlossenen CSU, die – anders als die CDU – nicht mit vergleichbaren strukturellen, sachlichen und personellen Problemen zu kämpfen hatte und sich insofern in einer wesentlich stabileren Position befand. Barzel und mit ihm andere hingegen verfolgten – bei allem Misstrauen und Unmut über die durch Indiskretionen bekanntgewordenen Verhandlungsergebnisse Egon Bahrs – eine flexiblere Linie.<sup>68</sup> Schon während der Großen Koalition hatte er versucht, die Union auf ein konditioniertes Ja zum Nichtverbreitungsvertrag festzulegen; allerdings war es bis zum Regierungswechsel nicht mehr zum Schwur gekommen. In der Deutschland- und Ostpolitik setzte er auf die Strategie, die Opposition regierungsfähig zu erhalten bzw. zu machen. So meinte er am 12. Dezember 1969, man sollte „eine Regierung nicht deshalb schon kritisieren, weil sie Schritte unternimmt in einer Richtung, die wir auch unternommen hätten“<sup>69</sup>. Weil die Regierung aber bisher geltende gemeinsame Grundsatzpositionen zur Disposition stellte, attackierte er sie zunächst heftig und teils sehr polemisch wegen der für die Opposition unklaren Verhandlungsziele, die Bahr in Moskau und Warschau verfolgte, und der mangelnden Eindeutigkeit der Vertragstexte. Intern signalisierte er aber, man dürfe sich nicht in die totale Konfrontation begeben, sondern müsse einen konstruktiven Beitrag zur Außenpolitik der Bundesrepublik leisten und vor allem bemüht sein, die deutsche Frage offen zu halten und in den Verhandlungen soviel wie möglich für die Menschen im geteilten Deutschland herauszuholen. Dafür waren die Durchsetzung der Menschenrechte, Freizügigkeit für die Bürger in der DDR, für Informationen und Meinungen und das Selbstbestimmungsrecht oberste Richtschnur.<sup>70</sup> Solange diese Punkte nicht befriedigend geklärt waren, blieb es bei der ablehnenden Haltung des CDU-Vorstands. Nicht zuletzt sahen sich dessen Mitglieder darin bestärkt

---

67 Vgl. Nr. 2 S. 8, Nr. 5 S. 133: „Diese Regierung hat unsere Positionen verspielt, und wir sind verpflichtet, noch zu retten, was zu retten ist.“

68 Vgl. z. B. von Weizsäcker und Blüm in Nr. 5 S. 128f., 132f., Echternach in Nr. 7 S. 262f.

69 Nr. 4 S. 66.

70 Vgl. Nr. 2 S. 23; die wesentlichen Punkte zur Ostpolitik der CDU skizzierte er in Nr. 9 S. 288.

durch das nur mühsam verborgene Misstrauen gegen die Politik der Bonner Regierung in den westlichen Hauptstädten.<sup>71</sup>

Barzels anfangs abwartende, auf bessere Ergebnisse orientierte Linie traf aber nicht auf allgemeine Zustimmung. Seiner Auffassung waren zwar in der ersten ausführlicheren Diskussion im Vorstand am 23. Januar 1970 u. a. Norbert Blüm, Hans Katzer, Richard von Weizsäcker und der Berliner Johann Baptist Gradl, der davor warnte, rückwärtsgewandt zu diskutieren und sich bei den Jüngeren den Vorwurf zuzuziehen, „daß wir nicht entwicklungsfähig sind, daß wir rückständig sind, also wenn sie vornehm sind, sagen sie, daß wir konservativ sind“<sup>72</sup>. Doch gelang es Barzel trotz mancher Nachbesserungen und Klarstellungen der Vertragstexte in der Folgezeit nicht, Vorstand und Fraktion auf eine einigermaßen geschlossene Haltung zum Moskauer (Unterzeichnung am 12. August 1970) und zum Warschauer Vertrag (Unterzeichnung am 7. Dezember 1970) einzuschwören, wenn auch der Wille zur Versöhnung mit Polen allenthalben ausgeprägt war, dieser aber seine Grenzen in der Oder-Neiße-Frage – hier hatte Kiesinger schon am 12. Dezember 1969 klar gegen eine Festlegung Position bezogen<sup>73</sup> – und in der unklaren Rechtslage der in den ehemaligen deutschen Ostgebieten verbliebenen Deutschen (Minderheitenschutz) fand<sup>74</sup>.

In den Auseinandersetzungen um die Ratifizierung der ausgehandelten Verträge ging die uneinige CDU davon aus, dass möglicherweise die Berlin-Verhandlungen der Vier Mächte, die im März 1970 aufgenommen worden waren, zu keinem Ergebnis führen würden. Dann hätte aufgrund des Junktims, mit dem die SPD/FDP-Regierung das Inkrafttreten des Moskauer Vertrags an eine befriedigende Berlin-Lösung geknüpft hatte, dieser auch ohne Zustimmung der Opposition scheitern können, so dass sie keine Stellung hätte beziehen müssen.<sup>75</sup> Obwohl die Union bei den Berlin-Verhandlungen der Vier Siegermächte naturgemäß nicht beteiligt war, befasste sich der CDU-Vorstand – in der nicht unbegründeten Hoffnung, in irgendeiner Weise doch darauf indirekt einwirken zu können<sup>76</sup> –, eingehend mit den bekanntgewordenen Detailregelungen, gegen die zum Teil erhebliche Vorbehalte artikuliert wurden.<sup>77</sup> Der erfolgreiche Abschluss der Vier-Mächte-Verhandlungen am 3. September 1971 durchkreuzte diese strategischen Überlegungen. Trotz mancher Kritik in Einzelpunkten neigte man der Auffassung zu, dass das Berlin-Abkommen ein *Modus Vivendi* sei, mit dessen Ergebnis man leben könne.<sup>78</sup>

Die CDU kam aufgrund der damit veränderten Lage nun nicht umhin, zu den Ost-

---

71 Nr. 7 S. 224, Nr. 19 S. 552 f., Nr. 23 S. 763 f.; vgl. dazu Dominik GEPPERT: Großbritannien und die Neue Ostpolitik der Bundesrepublik. In: *VfZ* 3/2009 S. 385–412; Carole FINK/Bernd SCHÄFER: *Ostpolitik, 1969–1974. European and Global Responses*. New York 2009.

72 Nr. 5 S. 139 f.

73 Nr. 4 S. 60; vgl. auch Kohl in Nr. 20 S. 622.

74 Nr. 13 S. 360 f., Nr. 20 S. 626 f.

75 Dazu Barzel in Nr. 10 S. 327.

76 Nr. 9 S. 296 f., 299–306, Nr. 14 S. 378. Vgl. auch die Ausführungen Barzels in Nr. 17 S. 467–477.

77 Zusammenfassung der Bedenken in Nr. 17 S. 460.

78 Eingehende Diskussion EBD. S. 458–495.



verträgen Stellung zu beziehen. Am 25. Oktober 1971 meinte Barzel, „es hat sich aus unserer Sicht an der Sache nichts geändert, d. h. an der Ablehnung der Verträge“<sup>79</sup>, und am 16. Dezember 1971 legte er sich auch im CDU-Präsidium fest: Der Moskauer Vertrag sei so nicht annehmbar, „weil 1. keine Bereitschaft zur Anerkennung der Realität Europa (EWG), ganz zu schweigen von politischer Union, 2. keine Aufnahme der Frage der Freizügigkeit (Menschen, Informationen, Meinungen) in dem Bereich Entspannungspolitik, 3. keine Aufnahme der Frage des Selbstbestimmungsrechts in den Vertrag“ erkennbar sei.<sup>80</sup> Weil diese „essentials“ dem Bundesvorstand nicht befriedigend geklärt schienen, verabschiedete er am 24. Januar 1972 einstimmig eine Resolution, in der die Verträge abgelehnt wurden. Die in der Sitzung vom 25. Oktober 1971 mehrfach ausgesprochene Warnung, dass die CDU es mit einer derart klaren Haltung sehr schwer haben würde, die Mehrheit zu überzeugen, deutete bereits auf das Problem hin, das mit einer „Neinsager-Rolle“ verbunden war. Deshalb forderte Kohl in der gleichen Sitzung: „Dieses Nein muß auf eine sehr differenzierte, argumentierende Art begründet und vorgetragen werden.“<sup>81</sup> In diesem Sinne argumentierte Barzel in der ersten Lesung der Ostverträge am 23. Februar 1972 mit seinem „So nicht“. Zu einer in der Öffentlichkeit als wirklich eindeutig wahrgenommenen Haltung kam es aber nicht. Vielmehr setzte sich der Eindruck fest, die CDU laviere und befinde sich in einem totalen „Wirrwarr“ („Die Zeit“), der ihr nicht erlaube, eine klare Position zu beziehen. Strauß tat dies zwar als Medienkampagne ab, musste gleichzeitig aber einräumen, dass es in der Union durchaus unterschiedliche Meinungen gebe.<sup>82</sup> Und von Weizsäcker stellte mit Bedauern fest, „es wäre viel bequemer, wenn wir uns in der Ostpolitik nicht so prinzipiell in die Schlacht geworfen hätten“.<sup>83</sup>

Mit dem Misstrauensvotum vom 27. April 1972, dem „spontane“ Arbeitsniederlegungen, Protestkundgebungen, Resolutionen, Telegramme und Drohungen vorausgingen<sup>84</sup>, hoffte die Union, das Ziel zu erreichen, nach einer Regierungsübernahme mit Moskau und Warschau neu zu verhandeln, um die Verträge zu verbessern. Es scheiterte jedoch. Vorherige Angebote der CDU, gemeinsam mit der Regierung dieses Ziel zu verfolgen, waren abgelehnt worden.<sup>85</sup> Nach dem Patt bei der Abstimmung um den Kanzleretat am folgenden Tag ergab sich aber die Chance, auf die Ostpolitik der Regierung erstmals direkten Einfluss nehmen zu können. Der Hebel dafür sollte eine gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestags sein, die eine verbindliche Interpretation der Ostverträge aller Fraktionen fixieren und sie „durch die entscheidende Klarstellung, daß sie die deutsche Frage nicht präjudizieren und einem Friedens-

---

79 Nr. 19 S. 555.

80 Tagebucheintrag Kiep vom 16. Dezember 1971 (ACDP 01–867); vgl. auch Nr. 20 S. 612–616.

81 EBD. S. 621.

82 Nr. 23 S. 784.

83 EBD. S. 776.

84 „Der Sturz einer Regierung ist eine Sache, die die Deutschen nicht goutieren“ – so notierte Kiep in seinem Tagebuch vom 27. April 1972 (ACDP 01–867).

85 Vgl. Nr. 23 S. 756, 792.

vertrag nicht vorgereifen, zustimmungsfähig machen“ sollte.<sup>86</sup> In der Vorstandssitzung vom 15. Mai 1972 ließ Barzel – wohl im Wissen um die divergierenden Meinungen im Vorstand und in der Fraktion – seine eigene Haltung offen und machte sie von weiteren Verhandlungen mit der Regierung abhängig. Dennoch verstand sich der Vorstand dazu – bei nur einer Gegenstimme (Franz Amrehn) und einer Enthaltung (Heinrich Windelen) – die Zustimmung zu dieser „Gemeinsamen Entschließung“ zu empfehlen, die am 9. Mai von Horst Ehmke, Hans-Dietrich Genscher, Werner Marx und Franz Josef Strauß ausgehandelt worden war.<sup>87</sup> Das „Ja“ zu den Ostverträgen schien damit in greifbarer Nähe. Allerdings stand das nach langer Diskussion im Vorstand fast einmütig erreichte positive Votum unter dem Vorbehalt, dass „die letzte Entscheidung“ bei der Fraktion liege, die bei den Verträgen bisher immer auf Ablehnungskurs gewesen war.<sup>88</sup> So war es wenig verwunderlich, dass sich einflussreiche Fraktionsmitglieder weigerten – insbesondere legte sich die CSU-Landesgruppe quer –, aufgrund dieser Entschließung des Bundestags am 17. Mai 1972 nun doch geschlossen den Ostverträgen zuzustimmen. Die CDU/CSU-Fraktion folgte also ihrem Vorsitzenden nicht, der, nachdem die Sowjetregierung signalisiert hatte, die „Gemeinsame Entschließung“ entgegenzunehmen, für ein „Ja“ zu den Verträgen plädierte, sondern einigte sich unmittelbar vor der entscheidenden Abstimmung im Bundestag auf den kleinsten gemeinsamen Nenner – die Stimmenthaltung.<sup>89</sup> Barzel meinte, damit „die Ehre gewahrt“ zu haben.

Doch selbst hier erreichte Barzel die Integration der Fraktion mit dem Ziel eines geschlossenen Auftretens der Opposition nicht: Zehn Abgeordnete stimmten gegen den Moskauer und 17 gegen den Warschauer Vertrag. Obwohl die Union die „Entschließung“ gemeinsam mit der Koalition verabschiedete und mit ihrem Abstimmungsverhalten die Verträge in Kraft treten ließ, haftete ihr in der Bevölkerung, die mehrheitlich zugunsten der Ostpolitik der Koalition eingestellt war, der Ruch einer totalen Konfrontationspolitik an. Der Wählerschaft präsentierte sie sich als Partei von gestern – eine denkbar schlechte Voraussetzung für kommende Wahlauseinandersetzungen. Auch das Ansehen des Fraktions- und Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten war durch sein Lavieren und sein zweimaliges Scheitern – beim abgelehnten

---

86 Nr. 24 S. 794 f.

87 Tagebuch Kiep vom 8. Mai 1972: „Die Positionen der CDU-Politik sind hierin voll gewahrt.“ (ACDP 01–867) – Zur Diskussion vgl. Nr. 25.

88 LINK (wie Anm. 66) S. 132.

89 Der Schock über die Entscheidung des 17. Mai 1972 wirkte noch lange nach (vgl. Nr. 33 S. 1288, 1292–1294, Nr. 33 S. 1261). Kiep hielt dazu in seinem Tagebuch am 5. Oktober 1973 (ACDP 01–867) nach einem Gespräch mit Werner Marx fest: „Was er dazu sagt, ist sensationell! Danach hat Barzel ihn und Strauss bis kurz vor Ende im Glauben gelassen, er wolle auf ein Nein hinaus und betrachte die Gemeinsame Erklärung lediglich als eine Interpretationsskizze für eine künftige CDU-Regierung. Erst wenige Tage vor der Abstimmung habe er dann Farbe bekannt! Wenn dies zutrifft, wird auch erklärlich, wieso Strauss bei der Erwähnung Barzel und 17. Mai jedes Mal apoplektisch anläuft.“ – Vgl. Wolfgang JÄGER: Die Innenpolitik der sozialliberalen Koalition 1969–1974. In: Karl-Dietrich BRACHER/Wolfgang JÄGER/Werner LINK: Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt. Stuttgart 1986 S. 64 f.

## Einleitung

Misstrauensvotum und bei der Verweigerung, seinem Appell zu folgen, den Ostverträgen zuzustimmen – innerhalb kurzer Zeit erheblich beschädigt.

Zehn Tage vor der Bundestagswahl wurde der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR paraphiert. Nach der schweren Wahlniederlage von 1972 war die Union nicht mehr in der Lage, sein Inkrafttreten zu verhindern. Sie war nun aber frei von außenpolitischen Rücksichtnahmen und parteitaktischen Erwägungen, so dass sie klarer als bei den Ostverträgen ihre politischen Grundpositionen vertreten konnte. Sie kritisierte unter Verweis auf das im Grundgesetz festgeschriebene Ziel, die staatliche Einheit aller Deutschen anzustreben, nicht nur scharf, dass der Vertrag die Existenz zweier selbständiger, voneinander unabhängiger deutscher Staaten und damit die Teilung Deutschlands festschreibe, sondern auch, dass die DDR als Unrechtsstaat hingenommen werde.<sup>90</sup> So lehnte sie den Vertrag mit großer Mehrheit ab. Dass diese Geschlossenheit brüchig war, zeigte sich jedoch sehr schnell, als es um die Frage ging, ob die Union gegen den Vertrag Klage vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe erheben sollte, um dessen Verfassungswidrigkeit feststellen zu lassen. Vorstand und Präsidium waren dagegen und plädierten für eine politische Auseinandersetzung, aber wiederum gelang es – vor allem wegen anderer Vorstellungen der CSU – nicht, die CDU/CSU zu einer einheitlichen Haltung zu bewegen: Nur 93 stimmten ihm in der Fraktionssitzung am 8. Mai 1973 zu, 101 Fraktionsmitglieder (bei einer Enthaltung) votierten gegen Barzels Empfehlung.<sup>91</sup>

## INNERE REFORMEN

Auch in der Innenpolitik grenzte sich die Opposition scharf von der Regierung ab, suchte allerdings im Gesetzgebungsverfahren durchaus konstruktiv mitzuarbeiten und so die Politik durch Alternativangebote mitzuprägen.<sup>92</sup> Tatsächlich wurden die ersten Gesetzentwürfe nach der Bundestagswahl von der CDU/CSU eingebracht.<sup>93</sup> In der gesamten Wahlperiode legte die CDU/CSU 122 Entwürfe vor, die zu einem nicht geringen Teil in die Regierungsvorlagen übernommen wurden. Etwa 93 % der Gesetzesvorlagen stimmte die Opposition zu<sup>94</sup>; von einer Verweigerungshaltung wie bei der Ostpolitik war sie im innenpolitischen Bereich also weit entfernt, wobei die Alternati-

---

90 Vgl. dazu die Diskussion in Nr. 31.

91 LINK (wie Anm. 65) S. 134f. Erste Überlegungen für eine mögliche Klage in Nr. 20 S. 611, Nr. 31 S. 1078; vgl. auch Nr. 33 S. 1262.

92 Vgl. Nr. 7 S. 217: „Auf den ... Gebieten der Innenpolitik bietet sich statt des bloßen Angriffs, der bloßen Kritik – an der Regierung natürlich – an, daß wir selber Zeichen setzen.“ Vgl. auch S. 247.

93 Änderung des Wohngeldgesetzes (BT-Drs. VI/2), Änderung des Wohnungsbindungsgesetzes (BT-Drs. VI/3), Gaststättengesetz (BT-Drs. VI/5), Schutz gegen Fluglärm in der Umgebung von Flughäfen (BT-Drs. VI/7), Änderung des Wehrsoldes (BT-Drs. VI/8).

94 Im Juli 1971 – so Barzel – hatte die CDU/CSU nur elf von 152 Gesetzen nicht zugestimmt (Nr. 16 S. 422).

ven der Union in der veröffentlichten Meinung regelmäßig „als Nein zur Sache gewertet“ würden, wie Gerhard Stoltenberg beklagte<sup>95</sup>. In der Wirtschafts- und Stabilitätspolitik verfolgte sie allerdings einen scharfen Konfrontationskurs. Aus dem breiten Spektrum der im CDU-Vorstand behandelten innenpolitischen Themen seien nur einige als exemplarisch für die breite Diskussion und Meinungsbildung herausgegriffen.

### *Stabilitätspolitik*

In erster Linie bekam die Union durch die überhitzte Konjunktur mit ihren starken inflationären Tendenzen Munition gegen die Regierung an die Hand, deren Reformpläne durch die Finanzprobleme erheblich beeinträchtigt wurden. Skepsis dazu hatte Kiesinger schon am 2. Oktober 1969 angemeldet.<sup>96</sup> Auftrieb erhielt die Union dabei durch den Rücktritt von Bundesfinanzminister Alex Möller im Mai 1971. Schon Anfang 1970 hatte Kiesinger ihn als „äußerst soliden Finanzminister“ bezeichnet, „der eher mit seiner eigenen Partei brechen würde, als mit dem Ruf eines schlechten Finanzministers in die Geschichte“ einzugehen.<sup>97</sup> Als schließlich im Juli 1972 auch „Superminister“ Karl Schiller zurücktrat, der zusätzlich zu seinem Amt als Bundeswirtschaftsminister von Möller auch das Finanzressort übernommen hatte und schließlich aus der SPD austrat, fühlte sich die Union in ihrer kritischen Einstellung bestätigt. Die Begründung für seinen Rücktritt – die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Brandt und die Verletzung der Grundsätze der Marktwirtschaft – war Wasser auf die Mühlen der Union. Es fiel ihr angesichts der Überhitzung der Konjunktur leicht, der Regierung wirtschafts- und finanzpolitisches Versagen vorzuwerfen, zumal die Inflationsrate von 1970 bis 1971 um fast 6 % anstieg.

Der Vorstand – federführend war in diesem Feld Stoltenberg – sah in der vorgesehenen Steuerreform der Regierung Probleme mit dem Länderfinanzausgleich, kritisierte das Haushaltsgebaren und die deshalb fast unausweichlichen Steuererhöhungen<sup>98</sup> und gab vor der Landtagswahl von Baden-Württemberg eine scharfe Erklärung ab, die offensichtlich ihre Wirkung nicht verfehlte. So meinte Barzel aufgrund der CDU-Positionen in diesem Sektor, mit Selbstbewusstsein in die Bundestagswahl 1972 gehen zu können. Er bezeichnete es als falsch, dass viele meinten, „wir lebten jetzt nur von den Fehlern anderer. ... Wir haben Opposition betrieben, die argumentativ war, die nicht geballert hat, die Alternativen geboten hat. Wir haben mit beinahe gnadenloser Konsequenz drei Jahre Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik als eines gesehen.“<sup>99</sup>

Nach der Wahl war man klüger als vor der Wahl. So stellte am 20. November 1972 Wilfried Hasselmann fest, „daß nach den drei Jahren in der Bevölkerung die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht spürbar geworden und damit ins Be-

---

95 Nr. 19 S. 568; vgl. auch S. 571, 578.

96 Nr. 2 S. 7, Nr. 7 S. 215 : „Diese Regierung (hat) den Mund sehr voll genommen und in der Tat nicht gehalten, was sie versprochen hat“; vgl. auch Gerhard Stoltenberg Nr. 5 S. 164–167.

97 Nr. 5 S. 167.

98 Nr. 17 S. 495–508, Nr. 27 S. 888–894.

99 Nr. 26 S. 851.

## *Einleitung*

ußtsein der Bevölkerung gegangen sind“.<sup>100</sup> Und Stoltenberg bemängelte, dass die Partei – aber nicht allein in diesem Feld – „personell und vor allem strukturell“ schlecht aufgestellt wäre.<sup>101</sup> Grundsätzlich blieb der Vorstand jedoch seiner bisherigen Linie treu und warf der neuen Regierung vor, sie betreibe Stabilitätspolitik „unter Umgehung des Stabilitätsgesetzes“<sup>102</sup>. Die Auseinandersetzung hielt also auch in der neuen Legislaturperiode an.

Gegen die aufgrund der Haushaltsprobleme steckengebliebenen oder gar ausgebliebenen Reformen der SPD/FDP-Koalition, an deren allzu optimistischen Planung die Union von Anfang an erhebliche Zweifel geäußert hatte, waren von der CDU im Lauf der 6. Legislaturperiode verstärkt eigene Initiativen entwickelt worden – nicht zuletzt, um ihr Profil zu schärfen und den Wählern eine Alternative zu bieten, also um neue Attraktivität zu gewinnen und den Vorwurf mangelnder Modernität zu entkräften – und gewissermaßen mit der Regierung um die besten Gesetze zu wetteifern.<sup>103</sup> Dazu zählten insbesondere die Gesellschaftspolitik (Vermögensbildung, Mitbestimmung), die Bildungspolitik, die Rentenpolitik, der Bereich der Inneren Sicherheit, um nur einige der Politikfelder zu nennen, mit denen sich der CDU-Bundesvorstand intensiv befasste.

### *Sozialpolitik*

Im Bereich der sozialen Sicherung ragte das Rentenreformgesetz von 1972 heraus. Hier war die CDU – allen voran der frühere Arbeitsminister Hans Katzer – die treibende Kraft. Aufgrund der Zahlen der Regierung sah er für Reformen einen Spielraum von 136 Mrd. D-Mark für Rentenanpassungen und die Einführung der flexiblen Altersgrenze.<sup>104</sup> Aber die CDU musste erfahren, dass das von ihr im Bundestag gegen den ursprünglichen Willen der Regierung und der Koalitionsfraktionen 1972 durchgesetzte Reformvorhaben – Vorziehung der jährlichen Rentenanpassung auf den 1. Juli jeden Jahres, Rentenniveausicherungsklausel, Einführung der flexiblen Altersrente, Öffnung der gesetzlichen Rentenversicherung für Selbständige und Handwerker<sup>105</sup> – nicht ihr, sondern der Regierung zugeschrieben wurde.<sup>106</sup>

Auch in der Vermögenspolitik stellte die CDU der Regierung, die nicht grundsätzlich neue Weichen zu stellen vermochte, ein eigenes Konzept entgegen. Zwar erhöhte diese im Dritten Vermögensbildungsgesetz von 1970 die jährlichen Leistungen von 312 auf 624 D-Mark, doch gedieh ihr Plan, Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand zu

---

100 Nr. 30 S. 1014.

101 Nr. 32 S. 1155.

102 Nr. 33 S. 1277–1280.

103 Nr. 7 S. 232: „Was wir jetzt da begonnen haben, ist der Versuch, daß wir nicht unbedingt eine Kontrastpartei mit einer Kontrastpolitik sind, sondern daß wir eine Wettbewerbspolitik betreiben um die bessere Idee und die klügeren Gedanken“ (Hans Katzer).

104 Nr. 16 S. 409f., S. 412–414.

105 Nr. 11 S. 340.

106 Nr. 19 S. 571, Nr. 30 S. 1010, 1015 usw.

schaffen, nicht über Vorarbeiten hinaus. Kraske warf der SPD sogar eine „Vermögensblockade“ vor.<sup>107</sup> Federführend für die vermögenspolitischen Vorstellungen der CDU war Fritz Burgbacher, der bereits 1969 einen Plan vorgelegt hatte, der nach intensiven Diskussionen im CDU-Vorstand in erweiterter Form als Gesetzesentwurf der CDU/CSU-Fraktion in den Bundestag eingebracht wurde.<sup>108</sup> Allerdings waren Burgbachers Vorstellungen in seiner Partei nicht unumstritten. Vor allem die Mittelstandsvereinigung machte wettbewerbs- und strukturpolitische Bedenken geltend, so dass seine Bemühungen von Parteiseite nur halbherzig unterstützt wurden, von der Ablehnungsfront aus Wirtschaft, Gewerkschaften und SPD/FDP-Regierung ganz zu schweigen.<sup>109</sup> Da das Thema in der 6. Wahlperiode nicht weiterverfolgt wurde, brachte die CDU/CSU-Fraktion es 1973 erneut in den Bundestag.<sup>110</sup> Auch stellte eine „Sonderkommission Eigentum“ des CDU-Vorstands im Frühjahr 1973 die weiterentwickelten Vorstellungen in der Vorstandssitzung am 25. Mai zur Diskussion.<sup>111</sup> Obwohl der Antrag über die vermögenspolitischen Leitsätze auf dem Hamburger Parteitag fast einstimmig verabschiedet wurde, gelang es trotz aller Bemühungen nicht, im Parlament eine Mehrheit für das vermögenspolitische Konzept zu erreichen. Langfristig verlief diese Initiative im Sande.

### *Bildungspolitik*

War die Bildungspolitik in den 1960er Jahren noch von einem überparteilichen Konsens getragen, so stellte sich bald nach Antritt der sozialliberalen Koalition heraus, dass die bildungspolitischen Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien aufgrund der gesellschaftspolitischen Ansprüche der Regierung aufgekündigt wurden.<sup>112</sup> Es kam zu einem „fanatisch geführten Kulturkampf“, der sich an den Fragen Gesamtschule und Orientierungsstufe, Lehrerbildung, Berufliche Bildung, Hochschulmitbestimmung und nicht zuletzt an den hessischen Rahmenrichtlinien für Deutsch und Gemeinschaftskunde<sup>113</sup> entzündete. Die CDU sah in den Vorstellungen der Regierung ein Einmünden in das Fahrwasser ideologisch geprägter linker Gesellschaftskritik und Systemveränderung. Als die Bundesregierung im Juni 1970 einen Bericht zur Bildungspolitik vorlegte, der die bisherige Politik der Länder in Frage stellte und Gesamtschule und Gesamthochschule als einzige Normalformen forderte, verhärteten sich die Fronten zusehends. CDU und CSU lehnten die erstrebte Ausweitung der Bundeskompetenzen ab und pochten auf die Kulturhoheit der Länder.<sup>114</sup>

Immer wieder kam auch der Komplex „Berufliche Bildung“ zur Sprache, zu dem

---

107 Nr. 26 S. 865. Vgl. auch Nr. 7 S. 233–235.

108 BT-Drs. VI/3526 vom 14. Juni 1972.

109 Vgl. Nr. 35 S. 1468.

110 BT-Drs. VII/294.

111 Nr. 36. S. 1492–1503.

112 JÄGER (wie Anm. 89) S. 129–137.

113 Vgl. Nr. 33 S. 1305.

114 Vgl. Nr. 16 S. 414–429.

## *Einleitung*

die CDU/CSU-Fraktion am 25. Januar 1972 einen eigenen Gesetzentwurf einbrachte. Doch erst mit der „Gölter-Kommission“, einer Kommission der Fraktion, kam es im Jahr 1973 zu einer systematischen Befassung. Gölter legte dazu im Vorstand am 25. Mai drei Alternativmodelle vor.<sup>115</sup> Allerdings blieb auch nach längerer kontroverser Diskussion die Frage offen, für welches der drei Modelle sich CDU und CSU und die CDU/CSU-Fraktion entscheiden würden. Einheitlichkeit sollte der Kernpunkt der neuen Oppositionsstrategie sein, die Barzel an diesem Beispiel aufgrund seiner eigenen leidvollen Erfahrungen in der abgelaufenen Legislaturperiode am 12. Mai 1973 annahmte.<sup>116</sup>

Intensiv diskutierte der CDU-Vorstand u. a. auch die Frage der Mitbestimmung an den Hochschulen, das Hochschulrahmengesetz und das Berufsbildungsförderungsgesetz, das die Regierung 1971 auf den Weg brachte. Die Union legte einen eigenen Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes vor, das die Funktionsfähigkeit der Hochschulen, vor allem die Freiheit von Forschung und Lehre für eine sachgerechte wissenschaftliche Ausbildung sichern sollte. Auch hier zeigte sich die Schwierigkeit, eine einheitliche Linie zu finden.

### *Mitbestimmung*

Im Januar 1972 trat das neue Betriebsverfassungsgesetz in Kraft, dem auch ein Teil der Opposition zustimmte. Dabei war in der CDU die Frage der Mitbestimmung in den Aufsichtsräten der Unternehmen heftig umstritten.<sup>117</sup> Noch in der Großen Koalition war eine Mitbestimmungskommission unter Leitung von Kurt Biedenkopf eingesetzt worden, die in ihrem Bericht Anfang 1970 nicht die von der SPD favorisierte paritätische Lösung empfahl. Auf diesen Bericht ging erstmals Hans Katzer am 23. Januar 1970 mit kritischen Bemerkungen ein, an die sich sofort eine kontroverse Diskussion anschloss.<sup>118</sup> Auf dem Düsseldorfer Parteitag von 1971 setzte sich zwar die Auffassung Alfred Dreggers und des CDU-Wirtschaftsrats mit der Formel „sieben Kapitaleigner : fünf Arbeitnehmer“ durch<sup>119</sup>, doch damit flaute die innerparteiliche Diskussion keineswegs ab. Mit dieser Mehrheitsentscheidung wollten sich vor allem die Vertreter der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft nicht abgeben und verlangten eine Neudiskussion. Der innerparteiliche Streit um das richtige Konzept dauerte weiter an. In den Diskussionen des CDU-Vorstands prallten die Meinungen zwischen dem wirtschaftliberalen und dem christlich-sozialen Flügel sowie den Vertre-

---

115 Nr. 36 S. 1522–1537.

116 Nr. 35 S. 1342.

117 Vgl. ZOLLEIS (wie Anm. 14) S. 151–179.

118 Nr. 5 S. 157–163.

119 Kohl war zwar für das Modell Biedenkopfs, wonach die Vertreter der Arbeitnehmer bei Personalentscheidungen und sozialen Belangen des Betriebs, nicht aber bei Investitionsentscheidungen weitgehend mitwirken konnten, stimmte aber versehentlich für das Dregger-Modell, was er als den „dümmsten Fauxpas“ in seinem politischen Leben bezeichnete (wie Anm. 17 S. 277f.; vgl. auch Nr. 17 S. 523).

tern der Nachwuchsorganisationen, die sich insgesamt für eine stärkere Partizipation der Bürger und die Demokratisierung der Gesellschaft aussprachen, heftig aufeinander. Repräsentiert wurden diese Gruppen durch Dregger und den Vorsitzenden der Mittelstandsvereinigung Egon Lampersbach auf der einen und Katzer, Norbert Blüm, der JU und des RCDS auf der anderen Seite. Vergeblich appellierte Kraske an die Kritiker des Entscheids von Düsseldorf, auch dann die Mehrheit zu vertreten, wenn sie selbst eine andere Meinung hätten und in der Abstimmung unterlegen seien.<sup>120</sup> Zur Lösung der umstrittenen Frage waren in der Union verschiedene Kommissionen tätig: in der CDU/CSU-Fraktion, in der CSU-Landesgruppe, und in der CDU befasste sich die Programmkommission mit dem Thema.<sup>121</sup> Das Problem wurde schließlich der Vorbereitungskommission für den Hamburger Parteitag vom 18.–20. November 1973 anvertraut. Sie arbeitete einen Beschlussantrag aus, der zwar im Grundsatz die paritätische Besetzung der Aufsichtsräte vorsah, dieses Gleichgewicht aber dadurch einschränkte, dass leitende Angestellte als eigene Gruppe betrachtet wurden und darüber hinaus sichergestellt sein sollte, dass die Kapitaleseite in Patt-situationen die Entscheidung treffen konnte.

### *Rechtspolitik*

Umstritten zwischen Regierung und Opposition war auch die Rechtsreformpolitik. Schon das Dritte Gesetz zur Reform des Strafrechts von 1970 wurde gegen den Widerstand der CDU/CSU durchgesetzt. Es betraf u. a. die Änderung des Demonstrationsstrafrechts.<sup>122</sup> Der Tatbestand des Landfriedensbruchs wurde erheblich eingeschränkt. Für parteipolitischen Streit sorgte vor allem die darin enthaltene Zielsetzung, den Strafvollzug als Verhinderung von Sozialschädlichkeit zur Resozialisierung der Täter und nicht mehr als Sühne und Strafe zu betrachten. Im Hintergrund dieser Regelung stand die Einschätzung der SPD, Straftaten seien auf gesellschaftliche Umstände zurückzuführen; die CDU bestand aufgrund ihres Menschenbilds auf individueller Verantwortung.

Im Prinzip spielte die unterschiedliche rechtliche und ideologische Position der Parteien auch bei der Auseinandersetzung um die umstrittene Reform des Abtreibungsparagraphen 218 StGB eine Rolle, der seit den 1960er Jahren die Öffentlichkeit bewegte wie kaum ein anderes Thema. Das von der sozialliberalen Koalition vorgelegte Fristenregelungsmodell vom 21. März 1973, das auf einen Entwurf von liberalen Strafrechtslehrern von 1970 zurückging, lehnte die CDU ab. Bis Ende 1972 versuchte der Bundesvorstand, eine Festlegung in der Frage einer gesetzlichen Neuregelung möglichst zu vermeiden, da in der CDU „kein Gleichlauf“<sup>123</sup> festzustellen war und die Meinungsbildung in der SPD noch als offen und kompromissfähig eingeschätzt wurde.

---

120 „Handelsblatt“ vom 27. April 1972. Vgl. dazu auch Franz Amrehn in Nr. 19 S. 563.

121 Vgl. Nr. 7 S. 236–238.

122 Vgl. Nr. 6 S. 202.

123 So Barzel in Nr. 20 S. 619.



## Einleitung

Erst als sich abzeichnete, dass dieser Prozess zu einem für die CDU unbefriedigenden Ergebnis führen würde, kam der Vorstand auf seinen Beschluss vom 9. Dezember 1971 zurück, in dem er die Gleichwertigkeit von ungeborenem und geborenem Leben betont und sich deshalb gegen die Freigabe der Abtreibung wie auch gegen die Fristenlösung und für eine Indikationslösung ausgesprochen hatte.<sup>124</sup> Allerdings war dieses Votum postwendend mit einem Fragezeichen versehen worden, weil das Gremium an sich nicht mehr beschlussfähig war.<sup>125</sup>

Erst am 2. April 1973 stand das Thema erneut auf der Agenda<sup>126</sup>. Dieser Diskussion im CDU-Vorstand war eine kontroverse Debatte in der Fraktion vorausgegangen, in der die Mehrheit einen Indikationentwurf befürwortet hatte, der durch gezielte „flankierende Maßnahmen“ die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen für die Abtreibung beseitigen sollte. Dazu zählte neben einer Verbesserung des Familienlastenausgleichs die Einführung eines Erziehungsgeldes, das den Müttern während der ersten drei Lebensjahre des Kindes die Betreuung und Erziehung des Kindes ermöglichen sollte, so dass sie – wirtschaftlich abgesichert – keiner Berufstätigkeit nachgehen mussten. Eine Minderheit von ca. 20–30 Abgeordneten hatte sich aber für eine nur medizinische Indikationsregelung stark gemacht, die als Gruppenantrag Dr. Heck in den Bundestag eingebracht wurde<sup>127</sup>, zwei Abgeordnete sprachen sich für die Fristenlösung aus. Aufgrund dieser unterschiedlichen Positionen in der CDU befürchtete Helga Wex, dass im Bundestag eine Mehrheit dem SPD/FDP-Antrag zustimmen werde<sup>128</sup> – und so kam es auch am 25./26. April 1973.

### *Innere Sicherheit*

Die Innere Sicherheit hatte für die CDU eine „hohe Präferenz“<sup>129</sup> und galt als ein Thema „mit der Zielrichtung, den Gegner anzugreifen“, „das am besten auch die Partei integriert und nach vorne bringt“ – so hieß es vor der Bundestagswahl 1972<sup>130</sup>. Gemeint war damit die Bekämpfung von allgemeiner Kriminalität, Gewaltverbrechen, Rauschgiftdelikten sowie von Rechts- und Linksradikalismus. Aufgrund dieser Einschätzung spielte das Thema in zahlreichen Sitzungen – wenn auch nicht immer vorrangig – eine Rolle. Vornehmlich galt das Interesse dem „Radikalismus“, wobei festgestellt wurde, dass „die Grenzen zwischen Bekämpfung der Kriminalität und politischem Radikalismus fließend geworden“ seien<sup>131</sup>. Mit der Frage des Radikalismus befasste sich unter einem eigenen Tagesordnungspunkt Alfred Dregger in der Sitzung vom 13. März

---

124 Nr. 20 S. 624, 656–665.

125 EBD. S. 667.

126 Nr. 34 S. 1326–1335.

127 Dazu GANTE S. 155 f.

128 Nr. 34 S. 1329.

129 Nr. 28 S. 951.

130 EBD. S. 1286.

131 Nr. 22 S. 744.

1972.<sup>132</sup> Die eigentlich überfällige Debatte darüber war – wie Barzel am 9. Dezember 1971 sich ausdrückte – „ein wenig angehalten“ worden<sup>133</sup>, weil sich die unterschiedliche Zuständigkeit von Bund und Ländern, bei denen die SPD-geführten in der Überzahl waren, als problematisch herausstellte. Bei aller Bedeutung, die der CDU-Vorstand dem Thema beimaß – das wichtigste nach der Stabilitätspolitik<sup>134</sup> –, musste er doch am 20. November 1972 bei der Analyse der verlorenen Wahl von Professor Werner Kaltefleiter vernehmen, dass die Kriminalitätsbekämpfung für die Imageverbesserung der CDU „nicht von so großer Bedeutung“ gewesen war<sup>135</sup>.

### *Bau- und Bodenrecht*

Zu einem von der Koalition als wichtig angesehenen Gesetzesvorhaben zählte das Städtebauförderungsgesetz. Während die Regierung auf die raumordnungspolitische Planung zur Durchsetzung einer funktionsgerechten Stadt durch den Staat setzte, betonte die CDU aufgrund ihrer programmatischen Schwerpunkte vorrangig die Autonomie privater wirtschaftlicher Entscheidungen. Aber nicht nur wegen dieses ideologischen Gegensatzes waren die Vorstellungen der Regierungsseite heftig umstritten; sie waren es auch, weil sie die Kompetenzen von Ländern und Kommunen massiv tangierten. Dennoch wollte die CDU sich nicht auf eine „Neinsager-Rolle“ festlegen lassen und einen Konfrontationskurs fahren<sup>136</sup>. Sie zeigte sich vielmehr kompromissbereit in der Hoffnung auf entscheidende Verbesserungen und Veränderungen durch den Vermittlungsausschuss. Das am 12. Juli 1972 in Kraft getretene Gesetz war aber von vornherein „weitgehend tot, weil keine große Gemeinde in Deutschland die finanziellen Mittel hat, nach dem Gesetz zu verfahren“ – so Franz Josef Strauß am 14./15. September 1972.<sup>137</sup>

Verquickt war die von der Regierung vorgesehene Förderung des Städte- und Wohnungsbaus mit Fragen des Miet- und Wohnrechts sowie des Bodenrechts. Zwar wurde das Gesetz über Maßnahmen zur Verbesserung des Mietrechts und zur Begrenzung des Mietanstiegs sowie das Erste Wohnraumkündigungsschutzgesetz (1971) nach anfänglichen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition fast einstimmig verabschiedet; es geriet jedoch bald in die Kritik, weil es die Belange der Mieter über die der Vermieter stellte, wirtschaftliche Interessen also hintanstellte, was zu einem Rückgang des Sozialen Wohnungsbaus führte.<sup>138</sup>

Nicht zuletzt aufgrund der Bodenspekulation im Gefolge von Preissteigerungen kam es zu Überlegungen in allen Parteien, das Bodenrecht neu zu regeln. Während die SPD in ihren „Vorschlägen zur Reform der Bodenordnung“ vom Juli 1972 vor-

---

132 Nr. 22 S. 708–729.

133 Nr. 20 S. 618.

134 Nr. 28 S. 961.

135 Nr. 30 S. 1005.

136 Nr. 16 S. 397, 402f., 405–412.

137 Nr. 27 S. 906, vgl. auch Nr. 26 S. 871 f.

138 Vgl. Nr. 7 S. 232, Nr. 19 S. 556f.

nehmlich darauf abzielte, die Gewinne bei Maklern und Spekulanten abzubauen, was im CDU-Vorstand zur Sorge führte, damit erfolge ein Durchbruch zum Enteignungsprinzip<sup>139</sup>, setzte die CDU andere Prioritäten. Zu einer intensiven und kontroversen Diskussion dieser komplizierten politischen und rechtlichen Materie kam es erst in der Sitzung am 25. Mai 1973. Der frühere Bundesgeschäftsführer Göb als Vorsitzender der Kommission „Bodenrecht“ skizzierte als Ziele zur Weiterentwicklung des Bodenmarkts die Schaffung sozialen Eigentums, die Erweiterung des Zugangs zu Grund und Boden aus sozialen Gründen, die steuerliche Gerechtigkeit sowie städtebauliche Notwendigkeiten.<sup>140</sup> Es wurde – trotz teils erheblicher Einwände – beschlossen, das „Göb-Papier“ in den Parteigremien zur Diskussion zu stellen, um es dann auf dem Parteitag am 18.–20. November in Hamburg endgültig zu behandeln.

## BILANZ

Die Protokolle der 36 Sitzungen des Bundesvorstands, der sich gegenüber dem Lenkungsorgan Präsidium als „politisches Beschlußgremium“ verstand<sup>141</sup>, eröffnen für die Entwicklung der CDU jener Jahre im Bund und in den Ländern und für die Auseinandersetzung mit der Politik der sozialliberalen Koalition in all ihren Facetten tiefe Einblicke. Insbesondere vermitteln sie Motive und Ziele der innen- und außenpolitischen Diskussionen und Weichenstellungen in einer umstrittenen Zeitspanne der Bundesrepublik, die vielfach als „Neugründung“ oder „Umgründung“<sup>142</sup> apostrophiert worden ist. Dabei war allerdings in der Oppositionsphase weniger der Bundesvorstand als vielmehr die Bundestagsfraktion das öffentlichkeitswirksame politische Gravitationszentrum.<sup>143</sup> Die Fraktion hatte schon in der Amtszeit Kiesingers als Parteivorsitzender und erst recht nach seiner Ablösung durch Barzel die Führungsrolle in der politischen Auseinandersetzung eingenommen. Doch zeigen die intensiven Diskussionen im Parteivorstand, dass in diesem „Beschlußgremium“ ein großer Bedarf an parteiinterner Abstimmung und Neuorientierung, aber auch an mitwirkender Politikgestaltung bestand; seine Impulse kamen allerdings nur partiell zum Tragen. Der Grund dafür lag nicht nur in seiner mangelnden Einmütigkeit, sondern vor allem auch in der Eigenständigkeit und Eigenwilligkeit der Fraktion. Auf diesen Tatbestand wies Barzel im Zusammenhang der „Sorge vor einer Fraktionspartei“ hin, als er meinte, es sei die „Pflicht einer politischen Parteiführung, ihre Meinung zu entwickeln und zu sagen“, aber „das Recht und die Pflicht der Abgeordneten, das zu vollziehen oder nicht zu voll-

---

139 Nr. 27 S. 907.

140 Nr. 36 S. 1504–1522.

141 Nr. 36 S. 1541 f. Vgl. auch Kiesinger in Nr. 6 S. 199.

142 Manfred GÖRTEMAKER: Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. München 2002 S. 271; Clemens ALBRECHT u. a.: Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule. Frankfurt/Main 1999 S. 497 f.

143 Dazu Schwarz-Schilling in Nr. 6 S. 204.

ziehen“.<sup>144</sup> Mit dieser Aussage traf er den Kern der Probleme, die ihm, aber auch der gesamten CDU in der ersten Oppositionsphase die Arbeit schwergemacht hatten. Denn während die CSU mit ihrer Landesgruppe durch ihre Geschlossenheit in der gemeinsamen Fraktion entscheidenden Einfluss gewinnen konnte, zeigten sich die CDU-Abgeordneten in den meisten Fragen – sowohl in der Ost- und Deutschlandpolitik wie auch in der Gesellschaftspolitik – uneins, wenn nicht gar zerstritten. Ob sich hier Versäumnisse hinsichtlich der Klärung inhaltlicher Probleme auswirkten, die während der 1960er Jahre, also vor der Verdrängung in die Opposition, nicht bis zur Entscheidungsreife ausdiskutiert worden waren, ob die Partei den Zug der Zeit teilweise verpasst und die „geistige Führung“ verloren hatte – wie Barzel am 27. Januar 1973 meinte<sup>145</sup> –, oder ob sie von dem Gestaltungswillen und dem rasanten Tempo der SPD/FDP überrollt wurde, sind offene Fragen. Jedenfalls gelang es ihr in den Jahren von 1969 bis 1972 nur bedingt, den notwendigen programmatischen, personellen und organisatorischen Regenerationsprozess so effektiv zu gestalten und das Image einer „womöglich ... altmodischen Partei“<sup>146</sup> abzulegen, dass sie gegenüber der SPD/FDP-Regierung als wählbare Alternative wahrgenommen worden wäre. Noch auf dem Wiesbadener Parteitag hatte Barzel gemeint, „daß wir unsere Alternativen für die Zeit der Opposition deutlich gemacht haben“.<sup>147</sup> Immerhin: Erste Weichen waren mit der Klausurtagung vom 27./28. Januar 1973 gestellt; die Ergebnisse wirkten sich aber erst ab 1973 aus.

#### ZUR EDITION

Die Eingrenzung der ersten fünf Bände der Protokolle des CDU-Bundesvorstands auf die jeweiligen Legislaturperioden war darin begründet, dass die Partei ihre programmatischen und politischen Ziele jeweils auf den Termin der nächsten Bundestagswahlen ausgerichtet hatte. Beim vorliegenden Band ist von diesem Verfahren abgewichen worden, weil weniger die vorgezogene Bundestagswahl von 1972 einen derartigen Einschnitt bedeutet, als vielmehr der Wechsel im Parteivorsitz von Barzel zu Kohl im Juni 1973. Er leitete für die CDU nach den Turbulenzen der ersten Oppositionsjahre eine neue Ära ein, in der der neue Vorsitzende für 25 Jahre eine fast unangefochtene Stellung erlangte.

Die Einrichtung der Edition folgt den Regeln der bereits veröffentlichten Bände der CDU-Bundesvorstandsprotokolle. In den Kopfregeisten sind nur die Sprecher aufgenommen; in eckige Klammern wurden jene Teilnehmer gesetzt, die als Anwesende erwähnt oder besonders begrüßt worden sind.<sup>148</sup> Von zahlreichen Sitzungen sind zwar Anwesenheitslisten überliefert; sie sind jedoch aus Platzgründen nicht eigens abgedruckt.

Die ungekürzt veröffentlichten Texte beruhen ausschließlich auf den im Archiv für

---

144 Nr. 35 S. 1340.

145 Nr. 32 S. 1087.

146 So Kraske in Nr. 32 S. 1101.

147 CDU, 20. BUNDESPARTEITAG S. 39.

148 Vgl. die Übersicht S. XLII–XLIX.

## Einleitung

Christlich-Demokratische Politik archivierten Protokollen. Sie sind bis zum 26. April 1971 – also einschließlich des Protokolls Nr. 15 – als Manuskripte vorhanden – allerdings mit Ausnahmen: Das erste Protokoll ist „wegen unvorhergesehener technischer Störungen bei der Bandaufnahme“ unvollständig. Von der Sitzung am 19. Juni 1970 existiert nur ein Kurzprotokoll, von der Sitzung vom 22. März 1971 ein Verlaufsprotokoll. Die Klausurtagung vom 26.–28. November 1970 ist weder als Transkript noch als Tonbandmitschnitt überliefert. Darüber liegt nur eine Pressemitteilung vor. Auch von der Sitzung am 17. Dezember 1970 fehlt ein Protokoll, hier ist auf ein Kurzprotokoll des CDU-Bundesausschusses zurückgegriffen worden (Nr. 12); Nr. 14 und 15 sind eine Mischform von Verlaufs- und Wortprotokoll. Redaktionell wurde nur marginal eingegriffen: Unvollständige Sätze wurden ergänzt; diese Ergänzungen sind jeweils durch eckige Klammern kenntlich gemacht; offenkundige Hör- oder Schreibfehler wurden stillschweigend berichtigt, fehlerhafte Orthographie, Grammatik und Interpunktion korrigiert. War die Abweichung von der richtigen Schreibweise (etwa bei Namen) allzu groß, weist eine Anmerkung („in der Vorlage“) auf den Eingriff hin.

Ab dem 5. Juli 1971 existieren – bis auf wenige Teiltranskripte – nur noch Tonbandaufzeichnungen der Sitzungen (außer von den Sitzungen am 3. Oktober 1971 und 8. Mai 1972; hier ist auf ein Ergebnisprotokoll bzw. eine Pressemitteilung zurückgegriffen worden).<sup>149</sup> Diese vom Tonband übertragenen Texte sind – soweit möglich – im Wortlaut abgedruckt. Ihre Transkription warf allerdings erhebliche Probleme auf, da die Mitschnitte zum Teil von überaus schlechter Qualität sind. Bei nicht wenigen Sitzungen stand offensichtlich nur ein einziges Mikrofon zur Verfügung, das in der Regel wohl vor dem Vorsitzenden platziert war, so dass entfernter sitzende Sprecher nur schwer oder gar nicht zu verstehen sind; teilweise waren sie auch nicht zu identifizieren. Ihre Beiträge konnten deshalb nicht immer vollständig übertragen werden. Einige Tonbandaufzeichnungen sind sogar von so miserabler Qualität, dass eine Transkription unmöglich ist. Generell war für die Tonbandabschriften erhebliche redaktionelle Arbeit vonnöten, um die Wortbeiträge in eine lesbare Form zu bringen. So sind die vielfach unvollständigen Sätze ergänzt und grammatikalische Eigenheiten korrigiert worden.

In einigen Fällen – etwa von Ausführungen des Vorsitzenden oder des Generalsekretärs, teilweise auch von sonstigen Teilnehmern, die ausführlich zu einzelnen Themenkomplexen Stellung bezogen haben<sup>150</sup> – liegen schriftliche Übertragungen vor. Sie wurden in der Regel für den Druck übernommen. Die Überprüfung an den Tonbandaufzeichnungen ergab, dass diese Manuskripte nicht in allen Nuancen mit dem tatsächlich Gesagten übereinstimmen. Waren stärkere Abweichungen festzustellen, sind Ergänzungen anhand der Tonbandabschriften vorgenommen worden – so z. B. bei Nr. 16, wo nur ein unvollständiges und unkorrigiertes Manuskript vorlag. Festzuhalten ist

---

149 Als Grund, dass keine ausführlichen Wortprotokolle mehr angefertigt wurden, nennt Barzel die „große Vertraulichkeit“ der Sitzungen: „Wir sollten deshalb dabei bleiben, Protokolle dieser Vorstandssitzungen nicht anzufertigen, aber wohl eine Aufzeichnung, die vertraulich festgehalten wird, so daß man daran kann, wenn es sein muß“ (Nr. 19 S. 550).  
150 Z. B. Werner Marx Nr. 17 S. 477–492.

## Einleitung

aber, dass die Schriftform inhaltlich nicht wesentlich von den Tonbandmitschnitten abweicht.<sup>151</sup>

Die Kurzbiographien in den Anmerkungen beruhen im Wesentlichen auf den Angaben einschlägiger biographischer Nachschlagewerke und Handbücher. Dabei sind vornehmlich nur jene Funktionen und Ämter vermerkt, die die betreffenden Personen im Zeitraum 1969–1973 innehatten. Ansonsten ist – sofern sie bereits in den ersten fünf Bänden erläutert worden sind – auf die dort enthaltenen ausführlicheren Informationen verwiesen.

Literaturhinweise sind bewusst sparsam gehalten, da nach aller Erfahrung zeitgeschichtliche Literatur schnell überholt ist.

Das Literaturverzeichnis enthält nur die in den Anmerkungen mehrfach erwähnten Titel, während nur einmal zitierte Veröffentlichungen im jeweiligen Zusammenhang bibliographisch nachgewiesen sind.

Auf die intensive Auswertung verschiedener Nachlässe von Mitgliedern des Bundesvorstands, die nicht im ACDP, sondern in anderen Archiven verwahrt werden (z. B. der Nachlass von Rainer Barzel im Bundesarchiv) ist verzichtet worden, da der umfangreiche Bestand des CDU-Präsidiums und -Bundesvorstands, der CDU-Bundesgeschäftsstelle sowie der CDU/CSU-Fraktion für die erforderlichen Nachweise eine hinreichende Quellengrundlage bietet.

Den Mitarbeitern des Archivs für Christlich-Demokratische Politik, seiner Bibliothek und Dokumentation danke ich für tatkräftige Mithilfe. Insbesondere gilt mein Dank Frau Denise Lindsay für ihr anhaltendes Engagement bei den Vorbereitungen für die Kommentierung und die sachgerechte Aufarbeitung der Texte und Anmerkungen sowie für die Erstellung des Sachregisters, Frau Helga Berben für das Korrekturlesen, die Erstellung des Personenregisters sowie sonstige vielfältige Unterstützung, Herrn Michel Hansmann und Herrn Konrad Kühne für die teilweise schwierigen und langwierigen Recherchen in den Beständen der CDU/CSU-Fraktion bzw. der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Zu danken habe ich auch den Leitern und Mitarbeitern zahlreicher Institutionen und Archive für ihre kollegiale Unterstützung. Und nicht zuletzt gebührt ein herzlicher Dank Herrn Professor Dr. Hans-Otto Kleinmann für freundschaftlichen Rat und Herrn Professor Dr. Dr. h. c. Rudolf Morsey für seine wie immer hilfreichen Anregungen; er hat sich auch wieder der Mühe unterzogen, das umfangliche Manuskript kritisch durchzusehen.

Günter Buchstab

---

151 Diese Feststellung dürfte auch für die schriftlich überlieferten Wortprotokolle aus dem gesamten Zeitraum von 1950 bis 1971 gelten – was schon in Bd. 1 der Protokollserie S. XXVI vermutet worden ist.



# Übersicht über die Protokolle

Nr.	Datum	
1	29. September 1969	1
	Ergebnis der Bundestagswahl.	
2	28. Oktober 1969	7
	Bericht zur Lage.	
3	7. November 1969	30
	Vorbereitung des Bundesparteitags in Mainz.	
4	12. Dezember 1969	58
	Politische Lage. Aufgabenverteilung im Präsidium. Ergebnisse des Bundesparteitags. Mitgliederwerbaktion. Bau des Bundesparteihauses. Bundesparteitag 1970. Verschiedenes.	
5	23. Januar 1970	116
	Politische Lage. Bundesparteitag 1970. Nominierung von fünf Mitgliedern für den Fernsehrat der Anstalt Zweites Deutsches Fernsehen. Bundesrednereinsatz bei den Landtagswahlen des Jahres 1970. Bau der Parteizentrale. Verschiedenes.	
6	13. März 1970	177
	Politischer Lagebericht. CSU-Freundeskreise. Wahlanalyse. Strategie der Opposition. Verschiedenes.	
7	23. April 1970	214
	Bericht zur Lage. Strategie der Opposition – Konsequenzen aus der Wahlanalyse. Vorbereitung der Landtagswahlkämpfe.	
8	19. Juni 1970	280
	Ergebnis der Landtagswahl vom 14. Juni 1970. Verabschiedung des Haushalts 1970 der Bundesgeschäftsstelle. Vorbereitung des Bundesparteitags in Hamburg. Vorbereitung der Sitzung des Bundesausschusses. Änderung des Statuts der CDU auf Antrag des Vorsitzenden der CDU in Baden-Württemberg. Verschiedenes.	
9	8. September 1970	283
	Parteitag Hamburg. Politische Lage. Vorbereitung einer Sitzung des Bundesausschusses. Vorbereitung der Landtagswahlen Hessen. Verschiedenes.	
10	9. November 1970	317
	Ergebnis der Landtagswahl in Hessen. Politische Lage. Antrag der Mittelstandsvereinigung auf Gewährung eines Zuschusses für den Mittelstandskongreß.	
11	26.–28. November 1970	339
	Beratung des Entwurfs für das Berliner Programm (2. Fassung).	
12	17. Dezember 1970	341
12a	17. Dezember 1970	
	Bericht des Parteivorsitzenden. Bericht des Fraktionsvorsitzenden. Geschäftsordnung für den Parteitag. Genehmigung der Satzungen der Vereinigungen. Verschiedenes.	



*Übersicht über die Protokolle*

Nr.	Datum	
13	24. Januar 1971	346
	Vorbereitung des Bundesparteitags. Bericht Dr. Gerhard Schröders über seine Moskau-Reise. Bericht Dr. Rainer Barzels über seine Warschau-Reise.	
14	22. März 1971	366
	Ergebnis der Landtagswahlen. Haushalt der Bundesgeschäftsstelle und Finanzlage der Partei. Vorbereitung des nächsten Bundesparteitags. Einsetzung einer Steuerreformkommission. Zusammenlegung der Ausschüsse für Ballungsräume und Strukturpolitik. Verschiedenes.	
15	26. April 1971	384
	Politische Lage nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Finanzlage der Partei. Kurzfassung des Parteiprogramms. Vorbereitung der Bundesausschußsitzung am 10. Mai 1971. Verschiedenes.	
16	5. Juli 1971	392
	Vorbereitung des Parteitags in Saarbrücken. Politische Lage (Städtebauförderungsgesetz, Rentenanpassungsgesetz, Bildungsplanung, Universität Bremen). Debatte über Pressekonferenz von Dr. Heck am Vormittag betr. Dr. Barzel/Dr. Schröder. Finanzlage der Partei. Deutsche Union. Verschiedenes.	
17	3. September 1971	458
	Berlin. Neuverteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern. Vorbereitung des Parteitags. Aufgaben des Generalsekretärs und des Bundesgeschäftsführers. Einrichtung eines Finanzbüros beim Bundesschatzmeister. Verschiedenes.	
18	3. Oktober 1971	547
	Vorbereitung des Parteitags. Finanzierung der Betriebsratswahlen.	
19	25. Oktober 1971	549
	Konstituierung des Vorstands. Politische Lage. Durchführung der Beschlüsse des Parteitags. Die CDU im gegenwärtigen Meinungsbild unter besonderer Berücksichtigung der Bremer Wahlen. Verschiedenes.	
20	9. Dezember 1971	607
	Politische Lage. Kanzlerkandidatur 1973. Bericht des Schatzmeisters. Bericht von Frau Dr. Wex zum Thema Massenmedien. Bericht des Vorsitzenden der Grundsatzkommission. § 218 StGB. Terminplan für 1972. Rednereinsatz in Baden-Württemberg.	
21	24. Januar 1972	671
	Haushaltsplan 1972. Verschiedenes.	
22	13. März 1972	695
	Bericht zur Lage. Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg. Radikalismus.	
23	24. April 1972	753
	Politische Lage nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg.	
24	8. Mai 1972	794
25	15. Mai 1972	796
	Politische Lage.	

*Übersicht über die Protokolle*

Nr.	Datum	
26	21. August 1972	846
	Politische Lage. Stand der Wahlkampf vorbereitungen. Bundesredner-Einsatz. Bundesparteitag.	
27	14./15. September 1972	888
	Regierungsprogramm.	
28	25. September 1972	943
	Politische Lage. 20. Bundesparteitag. Bundestagswahlkampf.	
29	9. Oktober 1972	983
	Vorbereitung des Parteitags. Verschiedenes.	
30	20. November 1972	1001
	Lage nach der Bundestagswahl. Wahlkampfkoordination. Verschiedenes.	
31	4. Dezember 1972	1031
	Politische Lage.	
32	27./28. Januar 1973	1086
	Allgemeine Aussprache.	
32a	27./28. Januar 1973	1207
33	19. Februar 1973	1259
	Politische Lage. Berichte der Präsidiumsmitglieder über ihre Arbeitsbereiche. Schwerpunkte der künftigen politischen und organisatorischen Arbeit der Partei. Verschiedenes.	
34	2. April 1973	1322
	Politische Lage. Vorbereitung der anschließenden Bundesausschußsitzung.	
35	12. Mai 1973	1337
	Rücktritt Barzels vom Fraktionsvorsitz. Festlegung der innen- und außenpolitischen Grundsätze der CDU. Verschiedenes.	
36	25. Mai 1973	1480
	Politische Lage. Beratung der Vorlagen zu den Themen: Medienpolitik, Eigentums- politik, Bodenrecht, Berufliche Bildung, Grundsatzkommission. Bericht der Organisationskommission. Bundesparteitag 1973. Etat der Bundesgeschäftsstelle für 1973. Verschiedenes.	

# Zusammensetzung des Bundesvorstands

*Nach dem vom Bundesparteitag 1967 in Braunschweig beschlossenen Statut (S. 33) besteht der Bundesvorstand aus 30 Mitgliedern. Er setzt sich zusammen aus:*

- a) dem Vorsitzenden, dem Generalsekretär, fünf stellvertretenden Vorsitzenden, dem Bundesschatzmeister und den weiteren gewählten Mitgliedern*
- b) dem Bundeskanzler und dem Bundestagspräsident, sofern sie der CDU angehören*
- c) dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion*
- d) dem Bundesgeschäftsführer*

*Die Mitglieder des Bundesvorstands können sich nicht vertreten lassen.*

*Auf dem Bundesparteitag 1969 in Mainz wurde § 33 des Statuts insofern geändert, dass der Bundesgeschäftsführer nur noch „mit beratender Stimme an den Sitzungen“ teilnimmt.*

## MAINZER PARTEITAG 1969<sup>1</sup>

Kurt Georg Kiesinger  
Gerhard Stoltenberg  
Helmut Kohl  
Hans Katzer  
Helga Wex  
Gerhard Schröder  
Bruno Heck, Generalsekretär  
Kurt Schmücker, Schatzmeister

Gustav Niermann  
Manfred Schäfer  
Klaus H. Scheufelen  
Christian Schwarz-Schilling  
Josef Stingl  
Richard von Weizsäcker  
Heinrich Windelen

Rainer Barzel, Fraktionsvorsitzender  
Kai-Uwe von Hassel,  
Bundestagspräsident

Eduard Adorno  
Franz Amrehn  
Norbert Blüm  
Aenne Brauksiepe  
Alfred Dregger  
Jürgen Echternach  
Hans Filbinger  
Johann Baptist Gradl  
Wilhelm Hahn  
Wilfried Hasselmann  
Konrad Kraske  
Helmut Lemke  
Peter Lorenz

---

1 CDU, 17. BUNDESPARTEITAG S. 187.

*Zusammensetzung des Bundesvorstands*

SAARBRÜCKER PARTEITAG 1971<sup>2</sup>

Rainer Barzel  
Helmut Kohl  
Helga Wex  
Gerhard Stoltenberg  
Hans Katzer  
Gerhard Schröder  
Konrad Kraske, Generalsekretär  
Walther Leisler Kiep, Schatzmeister

Ernst Müller-Hermann  
Rudolf Seiters  
Manfred Schäfer  
Christian Schwarz-Schilling  
Josef Stigl  
Friedrich Vogel  
Richard von Weizsäcker  
Heinrich Windelen

Franz Amrehn  
Norbert Blüm  
Aenne Brauksiepe  
Alfred Dregger  
Jürgen Echternach  
Hans Filbinger  
Wilhelm Hahn  
Wilfried Hasselmann  
Heinrich Köppler  
Gerd Langguth  
Egon Lampersbach  
Helmut Lemke  
Peter Lorenz

Kai-Uwe von Hassel,  
Bundestagspräsident

---

<sup>2</sup> CDU, 19. BUNDESPARTEITAG S. 205.

## Sprecher und namentlich erwähnte Teilnehmer der Sitzungen

	29. 9. 1969	28. 10. 1969	7. 11. 1969	12. 12. 1969	23. 1. 1970	13. 3. 1970	23. 4. 1970	19. 6. 1970	8. 9. 1970	9. 11. 1970	26.-28. 11. 1970	17. 12. 1970	24. 1. 1971	22. 3. 1971	26. 4. 1971	5. 7. 1971	3. 9. 1971	3. 10. 1971	25. 10. 1971	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
Ackermann																				x
Adorno							x		x		x	x		x			x			
Althammer					x															
Amrehn	x	x		x	x	x				x	x	x		x		x	x	x	x	x
Barzel	x	x		x		x	x	x	x	x	x		x	x	x	x	x	x	x	x
Bewerunge																				
Bilke							x													
Birrenbach		x																		
Blüm					x	x	x		x		x	x		x		x	x	x		
Blumenfeld		x																		
Brauksiepe			x			x					x		x						x	
Broll																				
Carstens																				
Czaja																				
Dollinger																				
Dregger				x	x	x	x		x	x				x		x	x	x		
Duffhues			x																	
Echternach					x	x	x		x		x	x				x	x			x
Elschner						x														
Erhard				x													x	x		
Eyrich																				
Falke												x								
Filbinger			x	x			x				x					x	x	x		
Fricke			x																	
Gleichauf																	x			
Glup																			x	
Göb						x		x	x		x	x		x		x	x	x		
Gölter																				
Götz																				

*Sprecher und namentlich erwähnte Teilnehmer der Sitzungen*

	9.12.1971	24.1.1972	13.3.1972	24.4.1972	8.5.1972	15.5.1972	21.8.1972	14./15.9.1972	25.9.1972	9.10.1972	20.11.1972	4.12.1972	27./28.1.1973	27./28.1.1973	19.2.1973	2.4.1973	12.5.1973	25.5.1973
	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	32a	33	34	35	36
Ackermann						×												
Adorno			×				×											
Althammer																		
Amrehn		×	×	×	×	×	×		×		×	×	×	×	×	×	×	×
Barzel	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Bewerunge																		
Bilke	×									×							×	
Birrenbach						×												
Blüm	×	×	×	×	×	×				×	×	×		×	×		×	×
Blumenfeld																		
Brauksiepe			×		×								×	×				
Broll									×									
Carstens																		×
Czaja					×	×												
Dollinger								×										
Dregger	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×		×	×
Dufhues													×					
Echternach	×			×	×					×			×	×			×	×
Elschner																		
Erhard				×	×			×	×	×		×	×					
Eyrich	×																	
Falke																		
Filbinger	×		×	×	×	×		×			×					×	×	×
Fricke																		
Gleichauf																		
Glup																		
Göb	×																	×
Gölter																		×
Götz					×													

*Sprecher und namentlich erwähnte Teilnehmer der Sitzungen*

	29. 9. 1969	28. 10. 1969	7. 11. 1969	12. 12. 1969	23. 1. 1970	13. 3. 1970	23. 4. 1970	19. 6. 1970	8. 9. 1970	9. 11. 1970	26.-28. 11. 1970	17. 12. 1970	24. 1. 1971	22. 3. 1971	26. 4. 1971	5. 7. 1971	3. 9. 1971	3. 10. 1971	25. 10. 1971	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
Goppel																				
Gradl			×	×	×	×					×	×				×	×	×		
Griesinger																				
Hahn						×			×		×	×				×	×	×	×	×
Harlander												×				×				×
v. Hassel			×	×	×				×		×								×	×
Hasselmann				×	×	×		×		×	×	×		×		×	×	×	×	×
Heck	×		×	×	×		×	×	×	×	×	×		×		×	×	×	×	
Hennig																				×
Hillermeier																	×			
Höcherl																				
Jäger																				
Jahn																			×	
Kaase																				
Kaltefleiter										×				×	×					×
Katzer					×		×		×	×	×	×				×		×	×	×
Kiep																				
Kiesinger	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×		×	×	×	×	×	×	×
Köppler								×										×	×	×
Kohl	×		×	×		×	×			×	×			×		×	×	×	×	×
Krakow																				
Kraske			×	×	×	×			×		×	×		×		×	×	×	×	×
Lampersbach							×													×
Langeheine																			×	
Langguth																				×
Leicht																				
Lemke	×										×	×			×	×	×	×	×	×
M. Lenz																				
Lemmer		×																		
Lorenz				×	×				×		×			×		×	×	×	×	
Mahler																				
Marx																	×			
Mertes																				

*Sprecher und namentlich erwähnte Teilnehmer der Sitzungen*

	9.12.1971	24.1.1972	13.3.1972	24.4.1972	8.5.1972	15.5.1972	21.8.1972	14/15.9.1972	25.9.1972	9.10.1972	20.11.1972	4.12.1972	27/28.1.1973	27/28.1.1973	19.2.1973	2.4.1973	12.5.1973	25.5.1973
	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	32a	33	34	35	36
Goppel								×			×							
Gradl						×			×	×			×	×				
Griesinger			×		×													
Hahn	×		×	×	×						×		×					×
Harlander			×															
v. Hassel	×	×	×		×	×		×	×	×		×	×	×	×		×	
Hasselmann	×			×	×	×		×	×	×	×	×	×	×		×	×	×
Heck					×	×												
Hennig	×	×			×		×		×	×				×	×			×
Hillermeier																		
Höcherl								×										
Jäger															×			
Jahn																		
Kaase													×	×				
Kaltefleiter				×					×		×		×	×				
Katzer	×	×		×	×		×	×	×		×	×	×	×	×	×	×	×
Kiep	×	×			×	×			×	×	×	×	×				×	×
Kiesinger	×				×	×	×			×		×			×		×	
Köppler	×	×		×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Kohl	×		×	×	×		×		×	×	×	×	×	×	×		×	×
Krakow						×	×		×									
Kraske	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Lampersbach		×							×	×	×	×	×	×				×
Langeheine																		
Langguth	×	×	×		×		×		×	×	×	×	×	×	×		×	×
Leicht					×													
Lemke	×		×	×	×	×	×		×	×	×	×	×	×	×			
M. Lenz	×																	
Lemmer																		
Lorenz		×		×	×	×		×		×	×	×	×	×	×		×	
Mahler			×															
Marx					×	×		×										
Mertes					×	×												



*Sprecher und namentlich erwähnte Teilnehmer der Sitzungen*

	29. 9. 1969	28. 10. 1969	7. 11. 1969	12. 12. 1969	23. 1. 1970	13. 3. 1970	23. 4. 1970	19. 6. 1970	8. 9. 1970	9. 11. 1970	26.-28. 11. 1970	17. 12. 1970	24. 1. 1971	22. 3. 1971	26. 4. 1971	5. 7. 1971	3. 9. 1971	3. 10. 1971	25. 10. 1971	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
Meyer																				
Meyers			×																	
Mikat																				
Müllenbach																	×			
Müller-Hermann															×			×	×	
Narjes																				
Nathan																				
Pieroth																				
Pöppinghaus							×													
Pütz							×													
Rawe																				
Rehlinger																				
Röder			×					×										×		
Rösing																				
Rollmann														×			×			
Rummler				×																
Schäfer						×					×						×	×		
Scheib																	×			
Scheufelen			×				×		×		×	×		×		×		×		
Schmücker			×	×	×			×		×	×	×		×	×	×	×	×	×	
Schröder			×	×	×	×					×		×			×	×	×	×	
Schwarz-haupt			×																	
Schwarz-Schilling				×	×	×			×	×	×			×		×	×	×	×	
Seidl																				
Seiters																				
Stingl			×	×	×	×										×		×	×	
Stoltenberg	×		×		×		×		×	×	×			×	×	×	×			×
Struve																				
Strauß	×	×																		
Stücklen																				
Tandler																	×			

*Sprecher und namentlich erwähnte Teilnehmer der Sitzungen*

	9.12.1971	24.1.1972	13.3.1972	24.4.1972	8.5.1972	15.5.1972	21.8.1972	14/15.9.1972	25.9.1972	9.10.1972	20.11.1972	4.12.1972	27/28.1.1973	27/28.1.1973	19.2.1973	2.4.1973	12.5.1973	25.5.1973
	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	32a	33	34	35	36
Meyer							×		×									
Meyers																		
Mikat					×	×	×	×					×	×				
Müllenbach																		
Müller-Hermann	×				×	×	×	×	×	×		×	×	×	×		×	×
Narjes							×	×										
Nathan		×																
Pieroth																		×
Pöppinghaus																		
Pütz																		
Rawe					×													
Rehlinger					×													
Röder																		
Rösing					×													
Rollmann								×					×	×				
Rummler																		
Schäfer							×						×	×	×		×	
Scheib																		
Scheufelen																		
Schmücker																		
Schröder		×	×	×	×		×	×	×	×		×	×				×	
Schwarz-haupt																		
Schwarz-Schilling	×	×	×	×	×	×	×		×		×		×	×	×		×	
Seidl								×										
Seiters					×	×						×	×	×	×		×	
Stingl	×	×			×	×						×	×	×			×	
Stoltenberg			×	×			×	×	×	×	×	×	×	×	×		×	×
Struve					×													
Strauß				×				×										
Stücklen				×				×										
Tandler				×			×											

*Sprecher und namentlich erwähnte Teilnehmer der Sitzungen*

	29. 9. 1969	28. 10. 1969	7. 11. 1969	12. 12. 1969	23. 1. 1970	13. 3. 1970	23. 4. 1970	19. 6. 1970	8. 9. 1970	9. 11. 1970	26.-28. 11. 1970	17. 12. 1970	24. 1. 1971	22. 3. 1971	26. 4. 1971	5. 7. 1971	3. 9. 1971	3. 10. 1971	25. 10. 1971	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
F. Vogel																				
Wagner																				
Weiskirch																×				×
v. Weizsäcker				×	×	×	×		×		×	×				×	×	×		
Wex				×			×		×		×	×				×	×	×	×	×
Wild		×																		
Windelen				×	×				×		×	×		×		×	×	×	×	×
v. Wrangel																				
Wörner																				
Zeitel																				
Zimmermann																				

*Sprecher und namentlich erwähnte Teilnehmer der Sitzungen*

	9.12.1971	24.1.1972	13.3.1972	24.4.1972	8.5.1972	15.5.1972	21.8.1972	14/15.9.1972	25.9.1972	9.10.1972	20.11.1972	4.12.1972	27/28.1.1973	27/28.1.1973	19.2.1973	2.4.1973	12.5.1973	25.5.1973
	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	32a	33	34	35	36
F. Vogel	×	×	×		×			×	×	×						×	×	×
Wagner								×										
Weiskirch				×													×	
v. Weizsäcker	×		×	×	×	×	×	×	×	×		×	×	×	×			×
Wex	×				×		×	×	×	×	×		×	×	×	×	×	×
Wild																		
Windelen	×	×			×	×		×	×	×	×	×	×	×			×	×
v. Wrangel					×													
Wörner					×			×										
Zeitel			×															
Zimmermann																		×

# Zusammensetzung der Kabinette

## DAS 1. KABINETT VON BUNDESKANZLER BRANDT (21. 10. 1969–14. 12. 1972)

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	Willy Brandt	SPD
Stellvertreter des Bundeskanzlers	Walter Scheel	FDP
Bundesminister des Auswärtigen	Walter Scheel	FDP
Bundesminister des Innern	Hans-Dietrich Genscher	FDP
Bundesminister der Justiz	Gerhard Jahn	SPD
Bundesminister der Finanzen	Alex Möller <i>(bis 13. 5. 1971)</i>	SPD
Bundesminister für Wirtschaft	Karl Schiller <i>(bis 13. 5. 1971)</i>	SPD
Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen	Karl Schiller <i>(ab 13. 5. 1971 bis 7. 7. 1972)</i> Helmut Schmidt <i>(ab 7. 7. 1972)</i>	SPD SPD
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Josef Ertl	FDP
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	Walter Arendt	SPD
Bundesminister der Verteidigung	Helmut Schmidt <i>(bis 7. 7. 1972)</i> Georg Leber <i>(ab 7. 7. 1972)</i>	SPD SPD
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	Käte Strobel	SPD
Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	Georg Leber <i>(bis 7. 7. 1972)</i> Lauritz Lauritzen <i>(ab 7. 7. 1972)</i>	SPD SPD
Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	Lauritz Lauritzen <i>(bis 7. 7. 1972)</i>	SPD
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	Egon Franke	SPD

*Zusammensetzung der Kabinette*

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	Hans Leussink <i>(bis 15. 3. 1972)</i> Klaus von Dohnanyi <i>(ab 15. 3. 1972)</i>	partei- los <sup>1</sup>  SPD
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	Erhard Eppler	SPD
Bundesminister für besondere Aufgaben	Horst Ehmke	SPD

DAS 2. KABINETT VON BUNDESKANZLER BRANDT  
15. 12. 1972 – 16. 5. 1974

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	Willy Brandt <i>(bis 6. 5. 1974)</i>	SPD
Stellvertreter des Bundeskanzlers	Walter Scheel <i>(bis 16. 5. 1974)</i>	FDP
Bundesminister des Auswärtigen	Walter Scheel <i>(bis 16. 5. 1974)</i>	FDP
Bundesminister des Innern	Hans-Dietrich Genscher <i>(bis 15. 5. 1974)</i>	FDP
Bundesminister der Justiz	Gerhard Jahn <i>(bis 16. 5. 1974)</i>	SPD
Bundesminister der Finanzen	Helmut Schmidt <i>(bis 15. 5. 1974)</i>	SPD
Bundesminister für Wirtschaft	Hans Friderichs	FDP <sup>2</sup>
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Josef Ertl	FDP
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	Walter Arendt	SPD
Bundesminister der Verteidigung	Georg Leber	SPD
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	Katharina Focke	SPD
Bundesminister für Verkehr	Lauritz Lauritzen <i>(bis 16. 5. 1974)</i>	SPD

<sup>1</sup> In dieser Wahlperiode nicht MdB.

<sup>2</sup> In dieser Wahlperiode nicht MdB.

*Zusammensetzung der Kabinette*

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	Hans-Jochen Vogel <i>(bis 16. 5. 1974)</i>	SPD
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	Egon Franke	SPD
Bundesminister für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen	Horst Ehmke <i>(bis 16. 5. 1974)</i>	SPD
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	Klaus von Dohnanyi <i>(ab 16. 5. 1974)</i>	SPD
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	Erhard Eppler	SPD
Bundesminister für besondere Aufgaben	Egon Bahr <i>(bis 7. 5. 1974)</i> Werner Maihofer <i>(bis 7. 5. 1974)</i>	SPD FDP
Bundespräsident	Gustav Heinemann <i>(1. 7. 1969–30. 6. 1974)</i>	SPD
Bundestagspräsident	Kai-Uwe von Hassel <i>(5. 2. 1969–13. 12. 1972)</i> Annemarie Renger <i>(13. 12. 1972–14. 12. 1976)</i>	CDU
Bundesratspräsident	Franz Josef Röder <i>(1. 11. 1969–31. 10. 1970)</i> Hans Koschnick <i>(1. 11. 1970–31. 10. 1971)</i> Heinz Kühn <i>(1. 11. 1971–31. 10. 1972)</i> Alfons Goppel <i>(1. 11. 1972–31. 10. 1973)</i>	CDU SPD SPD CSU

# 1

Bonn, Montag 29. September 1969

*Sprecher: Amrehn, Barzel, Heck, Kiesinger, Kohl, Lemke, Stoltenberg, Strauß.*

*Ergebnis der Bundestagswahl.*

*Beginn: 17.00 Uhr*

*Ende: 17.45 Uhr*

## ERGEBNIS DER BUNDESTAGSWAHL

*Kiesinger*<sup>1</sup>: Meine Damen und Herren! Ich war eben noch beim Bundespräsidenten<sup>2</sup> und habe ihm gebührend angemeldet, daß ich mich aufgrund des gestrigen Wahlergebnisses<sup>3</sup> für das Amt des Bundeskanzlers bemühen werde. Er hat das gebührend zur Kenntnis genommen und war sehr gelassen. Es schien ja gestern abend schon alles gelöst zu sein nach einer schönen Hochrechnung, aber die beiden anderen konnten nicht zusammenkommen. Aber zu später Stunde war das dann doch noch anders, und jetzt sieht die Sache so aus, daß die Führung der FDP auf Kurs Mini-Koalition losgeht. Natürlich kennen wir eine ganze Reihe von Leuten, die ganz anders denken und die sich einer solchen Koalition widersetzen werden. Und auf diese Leute wird es ankommen. Ich glaube nicht, daß die FDP-Spitze sich durchsetzen wird. Herr Scheel<sup>4</sup> hat mir geschrieben, morgen werde die FDP über ihre Möglichkeiten sprechen, und er will mich unmittelbar danach von dem Ergebnis unterrichten. Nun, wollen wir mal abwarten, wie er mich unterrichtet.

Alles in allem, wenn ich einmal ein Wort zur Wahl sagen darf, ist ja die Wahl – außer in Nordrhein-Westfalen<sup>5</sup> – sehr gut gelaufen. In Hamburg<sup>6</sup> haben wir allerdings auch einen Sitz verloren. Sonst haben wir unsere Position behauptet oder verbessert. Dies

---

1 Kurt Georg Kiesinger (1904–1988), Jurist; 1966–1969 Bundeskanzler, 1967–1971 Bundesvorsitzender der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 3 Anm. 10; Günter BUCHSTAB/Philipp GASSERT/Peter Thaddäus LANG (Hg.): Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Von Ebingen ins Kanzleramt. Freiburg/Br. 2005.

2 Dr. Gustav Heinemann (1899–1976), Jurist; 1945 CDU, 1952 GVP, 1957 SPD, 1969–1974 Bundespräsident. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 198 Anm. 6.

3 Ergebnis der Bundestagswahl am 28. September 1969: CDU 36,6 %, CSU 9,5 %, SPD 42,7 %, FDP 5,8 %, NPD 4,3 %. Vgl. FISCHER S. 25.

4 Walter Scheel (geb. 1919), Bankkaufmann; 1953–1974 MdB, 1968–1974 Bundesvorsitzender der FDP, 1969–1974 Bundesminister des Auswärtigen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 408 Anm. 45.

5 Stimmenanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen 1969, bezogen auf Nordrhein-Westfalen: CDU 43,6 %, SPD 46,8 %, FDP 5,4 %. Vgl. FISCHER S. 812.

6 Stimmenanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen 1969, bezogen auf Hamburg: CDU 34 %, SPD 54,6 %, FDP 6,3 %. Vgl. FISCHER S. 503.



ist ein außerordentlich beachtlicher Erfolg. Die Sache in Nordrhein-Westfalen habe ich befürchtet. Das war jedem, der sehen konnte, offenbar, und das wird heißen, daß wir uns für das nächste Jahr gleich gewaltig heranmachen müssen.<sup>7</sup> Es ist nicht so, daß das nicht aufzuholen wäre, wenn wir nur kämpfen wollen. Wir haben uns im Präsidium zusammengesetzt und folgende Erklärung herausgegeben. (*Generalsekretär Dr. Heck*<sup>8</sup> verliest eine Erklärung über die Präsidiumssitzung am 29. September 1969<sup>9</sup>. An der Präsidiumssitzung nahmen der Vorsitzende der CSU, Dr. Strauß<sup>10</sup>, der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Stücklen<sup>11</sup>, sowie der Vorsitzende des Landesverbandes Rheinland und Westfalen<sup>12</sup> der CDU teil.) Ja, ich glaube, wir müssen jetzt versuchen, die Meinungsbildung innerhalb der FDP sorgfältig zu beobachten, um zu sehen, wohin man kommt. Dabei müssen wir uns klar darüber sein, daß es denen bei der FDP auf gar nichts anderes ankommt, als die CDU muß geduckt werden. Das hat Scheel bereits angesprochen.<sup>13</sup> Das sind die einen, aber das sind natürlich keineswegs alle. Das sind nur ein paar Leute, die diesen Sprung nach links weiter mitmachen würden. Der Vergleich, der immer gezogen wird mit Berlin und der Bundespräsidentenwahl<sup>14</sup>, hinkt, denn jetzt haben sie ja sicherlich die Quittung dafür bekommen. Und daher würde ich meinen, jetzt haben sie keine anderen Überlegungen als die, wer diesen Kurs nehmen wird. Sollte es uns nicht gelingen, die Meinungsbildung in dieser Fraktion so zu gestalten, daß eine Mini-Koalition nicht zustande kommen kann, dann hätten wir immer noch genug Zeit, die neue Situation zu überlegen. Ich würde jetzt auch nicht vorschlagen, daß wir eine große Analyse machen sollten, was geschehen ist. Wir sehen ganz genau, worauf wir in Zukunft unser Augenmerk richten müssen, d. h. Nordrhein-Westfalen. Da wird man dann sehen. Das ist ja nur eine nüchterne Feststellung, aber hier

---

7 Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen fanden am 14. Juni 1970 statt (CDU 46,3 %, SPD 46,1 %, FDP 5,5 %). Vgl. FISCHER S. 850.

8 Dr. Bruno Heck (1917–1989), Lehrer; 1957–1976 MdB, 1967–1971 Generalsekretär der CDU, 1968–1989 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 110 Anm. 3.

9 Zum Protokoll der Präsidiumssitzung vgl. ACDP 07–001–1402. Die Sitzung begann um 15.00 Uhr.

10 Franz Josef Strauß (1915–1988), Landrat; 1949–1978 MdB, 1961–1988 CSU-Vorsitzender. Vgl. PROTOKOLLE 5, S. 6 Anm. 15; Stefan FINGER: Franz Josef Strauß. Ein politisches Leben. München 2005; Werner BIERMANN: Strauß. Aufstieg und Fall einer Familie. Berlin 2006; Wilfried SCHARNAGL: Mein Strauß. Staatsmann und Freund. Neuried 2008.

11 Richard Stücklen (1916–2002), Elektroingenieur; 1949–1990 MdB (1967–1976 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe und stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 691 Anm. 55.

12 Dr. Wilhelm Lenz (geb. 1921), Lehrer; 1946 CDU, 1958–1980 MdL Nordrhein-Westfalen, 1963–1972 Vorsitzender des KV Köln-Stadt, Februar 1969–Februar 1970 Vorsitzender des Präsidiums der nordrhein-westfälischen CDU.

13 Walter Scheel sagte in einem Interview mit der „Bild“ am 17. September 1969, „daß es sowohl für den Staat als auch für die anderen betroffenen Parteien am besten wäre, wenn die CDU einmal in der Opposition die Gelegenheit erhielte, sich zu modernisieren [...]“.

14 In der Bundesversammlung am 5. März 1969 in Berlin entfielen im 3. Wahlgang auf Gustav Heinemann 512 und auf Gerhard Schröder 506 Stimmen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1340 Anm. 1.

liegt einfach die Aufgabe. Sie ist schon gegeben für das nächste Jahr. Hier muß mit aller Kraft eingestiegen werden. Was wir machen können, das kann ich nicht überschauen im Augenblick; aber überall, wo man arbeitet, stellt sich auch ein gewisser Erfolg ein.

*Kohl*<sup>15</sup>: Wir sollten uns jetzt hier im klaren darüber werden, was in der jetzigen Situation noch geschehen kann. Nach meinen Informationen ist das, was wir gestern abend zu befürchten begannen, der Fall, nämlich daß die SPD drauf und dran ist, die FDP zu Höchstmarktpreisen einzukaufen. Denn was wir gerade eben hörten über das Gespräch des FDP-Vorsitzenden, müssen wir davon ausgehen, daß er einen langfristigen Vertrag, einen Vorvertrag, angeboten bekommen hat zu Höchstbedingungen für die Regierung der nächsten Jahre mit dem Ergebnis, daß zu diesem Preis natürlich auch die FDP Nordrhein-Westfalens umfallen wird. Ich hoffe, daß eine Reihe der Freien Demokraten, die einen regionalpolitischen Beweggrund auch von der Sache her haben, die Angelegenheit sachlich betrachten. Ich meine, daß wir alles versuchen sollten, den Teil der Ansprechbaren durchaus auch mit Höchstbedingungen anzusprechen. Das ist eine Frage für den Kollegen Dr. Röder<sup>16</sup> im Saarland, das gilt aber auch für Rheinland-Pfalz und darüber hinaus für Schleswig-Holstein, d. h. daß die FDP in den Ländern zu befriedigenden ist, wo sie kaum die CDU-Hürde überspringen kann.

*Kiesinger*: Ja, nun gut, wir müssen aber eine Prozedur finden. Diese Gruppe ist ein bißchen groß, um eine solche Strategie durchzuführen. Deswegen wird es gut sein, wenn wir einen kleinen Kreis bilden, der nun die Richtlinien festlegt.

*Barzel*<sup>17</sup>: Meine Damen und Herren! Darf ich folgende paar Sätze sagen. Erstens: Vielleicht sind nicht alle Kollegen, die an diesem Tisch sitzen, voll informiert über das, was die Sozialdemokraten betreiben, weil möglicherweise unsere Ausgangslage nicht zu Tage trat aus den Informationen für viele, die erst angereist sind. Deshalb zunächst zwei Sätze von Brandts<sup>18</sup> Erklärung heute: „Aufgrund des Ergebnisses der Bundestagswahl im Zusammenhang mit dem Wahlkampf werde ich mich um die Zustimmung der Mehrheit im Bundestag für die Wahl zum Bundeskanzler bemühen. Den Herrn Bundespräsidenten habe ich von dieser Absicht in Kenntnis gesetzt.“<sup>19</sup> Das müssen alle die ad notam nehmen, die uns jetzt noch mit Telegrammen und Anrufen bestür-

---

15 Dr. Helmut Kohl (geb. 1930), Historiker; 1959–1976 MdL Rheinland-Pfalz, 1969–1976 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 1973–1998 Bundesvorsitzender der CDU; 1982–1998 Bundeskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 6 Anm. 13; Memoiren: Erinnerungen 1930–1982. München 2004; Erinnerungen 1982–1990. München 2005; Erinnerungen 1990–1994. München 2007.

16 Dr. Franz Josef Röder (1909–1979), Studienrat; 1955–1979 MdL Saarland (CDU), 1959–1979 Ministerpräsident des Saarlands. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 45 Anm. 34.

17 Dr. Rainer Barzel (1924–2006), Jurist; 1957–1987 MdB (CDU), 1964–1973 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1971–1973 Bundesvorsitzender der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 9 Anm. 22; Alois RUMMEL: Rainer Barzel (1924–2006). In: ZEITGESCHICHTE IN LEBENSBIODERN S. 215–227.

18 Willy Brandt (1913–1992), Journalist; 1949–1957, 1961 und 1969–1992 MdB, 1964–1987 Bundesvorsitzender der SPD, 1969–1974 Bundeskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 17 Anm. 41.

19 Brandt erklärte seinen Anspruch in einem Telefonat mit Bundespräsident Heinemann, vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 29. September 1969 „Die Nacht endete anders, als sie begann“.

men, wir sollten doch der SPD zum Wahlrecht einen Vorschlag machen. Der SPD geht es nicht um das Wahlrecht, sondern ihr geht es um den Kanzler – mit der FDP.

Zweitens: Wir sollten alles versuchen, uns jetzt nicht in eine Stimmung hineinbringen zu lassen: Na gut, dann gehen wir eben mal in die Opposition. Diese Stimmung hat man schneller, als man das nachher durchhält. Und jeder weiß, was das bedeutet. Deshalb muß alles geschehen, um die Mini-Links-Koalition zu verhindern. Da gibt es also keine Möglichkeit mit der SPD, und der Herr Bundeskanzler hat völlig klar zum Ausdruck gebracht – nur mit der FDP. Das muß unser Arbeitsziel sein, die Fraktion der Freien Demokraten, die aus 30 besteht, in den nächsten Stunden so zu beeinflussen – ich werde jetzt ganz konkret –, daß sie nicht morgen ein Abkommen treffen kann, ohne den Beschluß zu fassen, erst auch mit uns gesprochen zu haben.

Wenn wir das nicht erreichen, liegen die morgen mittag fest. Ob sie fest bleiben bis zum 21. Oktober ist eine zweite Frage. Die Durchsicht der Liste der 30 gewählten FDP-Bundestagsabgeordneten ist nicht so, daß man automatisch davon ausgehen kann, daß dort ohne besondere Bemühungen die sieben sind, ohne die es eine Kanzlerwahl nicht geben kann. Deshalb müssen wir versuchen, dies Gespräch zu erreichen. Nur wenn wir das schaffen können, gibt es eine Chance, auch noch die Probleme der Sachprogramme überhaupt ins Gespräch zu bringen. Und nur dann gibt es die Möglichkeit, daß Herr Scheel sagen kann, ich habe es ja versucht mit der Mini-Koalition, habe mich aber sachlich nicht einigen können, und um jetzt die Einheit der Partei zu wahren, gehe ich den Weg zu Kiesinger. Eine andere Möglichkeit sehe ich nicht. Das wichtigste scheint mir deshalb jetzt zu sein, daß wir hier nicht allzu lange Diskussionen führen über die Analyse der Wahl. Heute kommt es darauf an, dem Kanzler schnell eine Vollmacht zu geben und möglichst bald jeder an seine Möglichkeiten zu gehen, um das Arbeitsziel zu erreichen, daß mindestens das Gespräch mit uns eröffnet werden kann.

*Kiesinger:* Ich stimme der Analyse und der Folgen, die Sie aufzeigen, voll zu. Nur ergibt sich die Frage, wie kommen wir an die Leute heran?

*Kohl:* Man muß natürlich noch etwas unter der Schwelle tun.

*Kiesinger:* Deswegen würde ich vorschlagen, daß wir jetzt nicht an diesem Tisch uns lang und breit darüber unterhalten, sondern daß wir eine kleine Gruppe bilden. Dazu müßten gehören die beiden Parteivorsitzenden, der Generalsekretär, die beiden Fraktionsvorsitzenden und ihre Stellvertreter und dann die, die bereits jetzt Fühlung haben. Natürlich spielt Nordrhein-Westfalen eine wichtige Rolle, so daß es ganz gut wäre, wenn Herr Dufhues<sup>20</sup> dazukäme.

*Lemke:*<sup>21</sup> Es wäre vielleicht ganz gut, wenn Herr Stoltenberg<sup>22</sup> dabei wäre, weil er auch gute Verbindungen zur FDP hat.

---

20 Josef Hermann Dufhues (1908–1971), Rechtsanwalt und Notar; 1946/47 und 1950–1971 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1959–1970 Vorsitzender des LV Westfalen-Lippe. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 7 Anm. 18.

21 Dr. Helmut Lemke (1907–1990), Jurist; 1955–1983 MdL Schleswig-Holstein (CDU), 1963–1971 Ministerpräsident. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 21 Anm. 44.

22 Dr. Gerhard Stoltenberg (1928–2001), Historiker; 1957–1971 und 1983–1988 MdB (CDU),

*Kiesinger:* Gut, das ist mir recht. – Ich halte es für zweckmäßig, wenn diese Arbeitsgruppe sich dann gleich nachher zusammensetzen könnte, um die Dinge zu besprechen. Ist der Vorstand mit diesem Vorschlag einverstanden? (*Zwischenfrage:* Ist Herr Dr. Kohl auch dabei?) – Ja, ja, Herr Kohl ist dabei. (*Zustimmung.*) Gut.

*Strauß:* Ich teile die Auffassung des Herrn Bundeskanzlers und der CDU. Wir müssen von jetzt an die Kontakte, die seit jeher laufen, weiterlaufen lassen. Drei bayerische Abgeordnete der FDP sind an sich zur Koalition mit uns bereit, der vierte nicht.<sup>23</sup> Aber wir haben eben gerade noch telefoniert. Es sieht so aus, als ob die SPD dem Ertl<sup>24</sup> das Landwirtschaftsministerium, dem Scheel das Auswärtige Amt und dem Starke<sup>25</sup> so gut als ob das Finanzministerium angeboten hat. Ich glaube nicht, daß es bei ihm drin ist. Aber ich bin sicher, daß man heute mittag schon über konkrete Angebote verhandelt. Also wenn wir mit ihnen im Gespräch sind, werden wir so verfahren müssen, wie es Herr Dr. Kohl vertreten hat. Wir werden sonst lange nicht mehr die Möglichkeit dazu haben.

*Kiesinger:* Gut.

*Amrehn*<sup>26</sup>: Ich glaube, wie es in der Zeit der Bundespräsidentenwahl eine Fülle von Einwirkungen auf die FDP gegeben hat, könnte sich in dieser Richtung auch noch etwas tun. Aber die etwas tun können, müssen die Leute ansprechen.

*Kiesinger:* Das nützt nicht viel. Da kann höchstens noch der eine oder der andere den einen oder den anderen ansprechen. Das nützt nicht viel. Ich würde vorschlagen, dieser Kreis trifft sich jetzt gleich anschließend und berät sofort.

*Barzel:* Ich bitte aber noch zu bedenken, daß wir auch der Presse etwas sagen müssen, und zwar daß wir erwarten, daß keiner der Koalitionspartner Vorgespräche führt. Das ist der Gedanke. Das muß auch in der Presse stehen. Die Bevölkerung wird den ganzen Tag berieselt mit „Machtwechsel“, „Machtwechsel“. Wir müssen auf die andere Richtung hinweisen wie Führungsanspruch, Wählerwillen usw.

*Stoltenberg:* Ich würde den Gedanken nur noch etwas positiver zum Ausdruck bringen. Ich würde sagen, wir gehen davon aus, daß die Parteien die großen Sachfragen der deutschen Politik gründlich behandeln. Wir sind gewillt, diese Fragen zu erörtern.

---

1965–1969 Bundesminister für wissenschaftliche Forschung. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 13 Anm. 30.

23 Von den vier Bundestagsabgeordneten der bayerischen FDP wurde besonders Josef Ertl, Albrecht Haas und Heinz Starke ein Interesse an einer Regierungsbildung mit der CDU/CSU nachgesagt. Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 30. September 1969 „Die FDP steuert auf die SPD zu“.

24 Josef Ertl (1925–2000), Diplom-Landwirt; 1952 FDP, 1952–1959 Tätigkeit im bayerischen Landwirtschaftsministerium, 1961–1987 MdB, 1964–1970 stv. und 1971–1983 Vorsitzender der FDP in Bayern, 1969–1983 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Vgl. KEMPF/MERZ S. 241–244.

25 Dr. Heinz Starke (1911–2001), Jurist; 1950–1961 Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Oberfranken, 1953 FDP, 1953–1980 MdB, 1961/62 Bundesminister der Finanzen, 9. Oktober 1970 Wechsel zur CDU. Vgl. KEMPF/MERZ S. 674–677.

26 Franz Amrehn (1912–1981), Rechtsanwalt und Notar, 1950–1969 MdA Berlin (CDU), 1961–1969 Vorsitzender der CDU Berlin, 1969–1981 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 15 Anm. 38.

*Kiesinger:* Gut. Meine Damen und Herren! Wünscht jetzt noch jemand das Wort?

*Stoltenberg:* Können wir etwas über die Kabinettsitzung erfahren? (*Es folgen Ausführungen des Bundesministers der Finanzen, Dr. Franz Josef Strauß.*)<sup>27</sup>

*Kiesinger:* Das ist eine andere Situation; angesichts der politischen Lage und all dem, was vorangegangen ist, ist natürlich eine Spekulation projiziert, der wir diesmal ohne wirklich einschneidende Maßnahmen nicht Herr werden können. Denn solange die Regierungsbildung nicht feststeht, gibt es keine Nachrichten, keine Angaben.

Hat noch jemand irgendeine Bemerkung zu machen? Das ist nicht der Fall. Dann würden wir in absehbarer Zeit wieder zusammenkommen. Jetzt bitte ich das Gremium, von dem wir eben gesprochen haben, sich drinnen im Hallstein-Zimmer zusammenzusetzen. Danke sehr.

*Das Protokoll konnte wegen unvorhergesehener technischer Störungen bei der Bandaufnahme nur unvollständig und nicht bis zum Ende angefertigt werden. Die Tonbandaufnahme von der Sitzung kann jederzeit angefordert werden.*<sup>28</sup>

---

<sup>27</sup> In der Kabinettsitzung am 23. September 1969 ging es u. a. um den Tarifstreit im Öffentlichen Dienst, vgl. Interview von Strauß in der SWF-Sendung „Heute Mittag“ am 23. September 1969 (BPA Abt. Nachrichten Referat II/4).

<sup>28</sup> So der Text im Manuskript.

## 2

Bonn, Dienstag 28. Oktober 1969

*Sprecher: Amrehn, Barzel, Birrenbach, Blumenfeld, Kiesinger, Lemmer, Strauß, [Wild].*

*Bericht zur Lage.*

*Beginn: 11.30 Uhr*

*Ende: 13.15 Uhr*

### BERICHT ZUR LAGE

*Kiesinger:* Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie alle herzlich willkommen und danke Ihnen, daß Sie meiner Einladung Folge geleistet haben. Wir sind in einer neuen Situation. Wir befinden uns in der Opposition und selbstverständlich nicht nur in der Opposition hier in diesem Hause, sondern in der Opposition in der vollen Breite der deutschen politischen Wirklichkeit. Das heißt also, es geht bei unseren Überlegungen nicht nur darum, wie wir hier im Bundestag vorgehen, sondern wir ziehen in diese Überlegungen – und müssen es tun – ein den Bundesrat ebenso wie die Länder, die Länderregierungen, die Landtage bis zu den Gemeinden. Wir werden diesen Kampf um die Wiedergewinnung der Regierungsposition nur gewinnen, wenn wir ihn auf all diesen Ebenen führen. Deswegen freue ich mich, daß wir heute – ich glaube, es ist das erstmal, daß wir etwas Derartiges unternehmen – die Führungsgremien der CDU und der CSU mit der Fraktion<sup>1</sup> beisammenhaben. Wir haben ja organisatorisch CDU und CSU in der Fraktion des Bundestages beisammen, während wir außerhalb des Bundestages zwar organisatorisch getrennt sind, aber unsere Politik selbstverständlich kontinuierlich koordinieren.

Ich möchte nicht heute bei dieser Gelegenheit nun dieses ganze riesige Feld künftiger Aktivität darstellen. Dazu werden wir in den kommenden Wochen und Monaten genug zu tun haben. Sie haben eben die Regierungserklärung gehört.<sup>2</sup> Ich will jetzt noch kein genaues Urteil über sie fällen, aber Sie alle haben sicherlich den Eindruck gehabt, daß es eine Erklärung war, die versucht, allen Vieles zu versprechen, ohne daß dabei deutlich wird, woher zu alledem, was da versprochen wird, die Mittel für jene solide Finanzpolitik genommen werden sollen, die in der Regierungserklärung in Aussicht gestellt worden sind. Hier wäre ganz entschieden für diese Regierungserklärung weniger mehr gewesen. Wir haben alle auf der letzten Seite dieser Regierungserklä-

---

1 Gemeint ist die „engere Fraktionsführung“ – so Barzel in der anschließenden Sitzung der CDU/CSU-Fraktion, an der auch einige Mitglieder der beiden Parteivorstände teilnahmen (ACDP 08–001–1020/1).

2 Zur Regierungserklärung Willy Brandts vgl. Sten.Ber. 6. WP 5. Sitzung S. 20–34, hier S. 34.

rung eine dreiste Bemerkung vernommen, die besagt – ich muß es noch einmal vorlesen – (*Barzel*: Das ist so unappetitlich, das lesen wir gar nicht.)

Ja doch, das wollen wir schon sehen: „Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.“ Gut, wir haben diese Geschmack- und Taktlosigkeit, die sich der neue Bundeskanzler nicht versagen konnte, gehört und werden gebührend darauf antworten. Das für mich gravierendste Stück dieser Regierungserklärung ist die Stellungnahme zur Deutschlandpolitik. Es ist gar kein Zweifel, daß hier ein unlösbarer Widerspruch in der Aussage des neuen Bundeskanzlers vorliegt. Man kann nicht im selben Atemzug davon sprechen, daß es zwei deutsche Staaten gebe und dann davon reden, daß sich über das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes nicht verhandeln lasse. Man kann nicht Formeln wählen wie diese, daß eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR nicht in Frage komme, obwohl man sie als einen zweiten deutschen Staat bezeichnet, indem man die Formel anwendet, im Verhältnis zueinander seien wir ja nicht Ausland. Ich stelle die Frage, welche Antwort müssen wir dann aus Pankow hören über unseren völkerrechtlichen Status, wenn man sich auf diese Rabulistik einläßt? Hier bedeutet die Versicherung der Kontinuität und der Erneuerung das, was an verschiedenen Stellen zum Ausdruck kommt: Man beruft sich auf Aktionen früherer Regierungen, die Friedensnote der Regierung Erhard<sup>3</sup>, die Regierungserklärung von Ende 1966<sup>4</sup> und spricht dann, ohne zu sagen, was das heißen soll, von einer konsequenten Weiterentwicklung. Wie diese konsequente Weiterentwicklung verstanden wird, meine Damen und Herren, das hat Breschnew<sup>5</sup> zur rechten Zeit gesagt. Ich darf zitieren, was er sagte: „Wir sind uns natürlich bewußt, daß es auf dem Weg zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit nicht wenige Hindernisse gibt. Das wichtigste von ihnen ist schon seit vielen Jahren die unrealistische, revanchistische Politik der herrschenden Kreise der westdeutschen Bundesrepublik, die sich mit den politischen Ergebnissen des antifaschistischen Kampfes der Völker während des Zweiten Weltkrieges nicht abfinden wollen, die sich intensiv bewaffnen und von einer Veränderung der Karte Europas träumen. Die neue Regierungskoalition gab eine Reihe von Erklärungen ab, in denen der Wunsch unterstrichen wird, in internationalen Fragen eine realistischere Haltung einzunehmen. Wir möchten glauben, daß das ernst gemeint ist. Die führenden Kreise der Bundesrepublik haben ausreichende Möglichkeit, diese Absichten in die Tat umzusetzen. Es ist unschwer zu begreifen, welche Bedeutung beispielsweise die offizielle Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen einschließlich der Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR, die Anerken-

---

3 Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur deutschen Friedenspolitik vom 25. März 1966, vgl. DzD IV/12 S. 381–385.

4 Zur Regierungserklärung Kurt Georg Kiesingers am 13. Dezember 1966 im Bundestag vgl. Sten.Ber. 5. WP 80. Sitzung S. 3656–3665.

5 Leonid Iljitsch Breschnew (1906–1982), sowjetischer Politiker; 1964–1982 Erster (seit 1966 General-)Sekretär der KPdSU. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1087 Anm. 47. – Zur Erklärung Breschnews vom 27. Oktober 1969 vgl. BPA-Nachrichtenspiegel I vom 28. Oktober 1969 S. 2; „Süddeutsche Zeitung“ vom 28. Oktober 1969 „Breschnew spricht von Unterstützung für ‚realistischere‘ Politik Bonns“.

nung des Münchener Abkommens<sup>6</sup> als von Anfang an ungültig durch die westdeutsche Regierung, ihr Verzicht auf die von der CDU-Regierung widerrechtlich erhobene Alleinvertretungsanmaßung usw. hätten. Derartige Schritte sowie ein Beitritt der Bundesrepublik zum Atomsperrvertrag und ihre Beteiligung an der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa gemeinsam mit anderen Staaten würden unbestreitbar einen positiven Beitrag zur Lösung der Probleme bilden, von denen ...“

Meine Damen und Herren! Das ist die alte sowjetrussische Haltung. Wir kennen sie zur Genüge. Aber es ist eine Haltung, die sich ermutigt fühlt durch die bisherigen Äußerungen, die ja schon vor der Regierungserklärung, zu Recht von Dr. Barzel gerügt, abgegeben worden sind und die nun heute in dieser Regierungserklärung ihre Bestätigung gefunden haben. Denn der ganze Teig um diesen einen Kern herum darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier ein ganz entscheidender Schritt vollzogen worden ist. Und so wird das ja auch im Ausland verstanden. State Departement-Sprecher McCloskey wurde am Montag um eine Stellungnahme zu einem Bericht gebeten, daß Bonn die Existenz zweier Deutschlands anerkenne. McCloskey antwortete: „Ich bin nicht völlig auf dem laufenden darüber, was in Bonn erklärt wurde. In der gesamtdeutschen Frage gibt es so viele Klippen und Untiefen, daß ich so lange nicht dazu Stellung nehmen möchte, bis ich besser unterrichtet bin.“<sup>7</sup> Meine Damen und Herren! Noch in den letzten Tagen, als ich Gelegenheit hatte, die Telegramme unserer Botschaft, vor allem auch unseres Botschafters bei den Vereinten Nationen<sup>8</sup>, zu lesen, kam überall zum Ausdruck die Sorge, die Furcht davor, daß es infolge dieser Erklärungen nun zu einem Erdbeben in der deutschen Frage, d.h. in der Anerkennung der DDR, kommen würde. Sie erinnern sich, daß der neue Außenminister, Herr Scheel, in dem Gespräch der vier Parteivorsitzenden im Fernsehen erklärt hat, daß die FDP nichts dagegen einzuwenden habe, daß die übrigen Staaten Beziehungen zur DDR aufnehmen.<sup>9</sup> Was bedeutet das? Das bedeutet, daß man bewußt diese Aufnahme von Beziehungen und damit die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, gegen die dieser Kanzler eben in seiner Regierungserklärung Stellung genommen hat, provoziert. Es ist

---

6 Abkommen vom 29. September 1938. Druck: ADAP Serie D (1937–1945) Bd. II: Deutschland und die Tschechoslowakei (1937–1938) Nr. 675 S. 812–814.

7 Robert James McCloskey (1922–1996), amerikanischer Journalist und Diplomat; 1955 Eintritt in das State Department, 1968–1973 Leiter des Office for Press Relations, 1973/74 Botschafter auf Zypern, 1974/75 und 1976–1978 in den Niederlanden, 1978–1981 in Griechenland. – McCloskey (BPA-Nachrichtenspiegel I vom 28. Oktober 1969 S. 3) bezog sich auf die Erklärung von Conrad Ahlers vom 27. Oktober 1969, „die neue SPD/FDP-Regierung geht von einer Existenz zweier deutscher Staaten innerhalb einer deutschen Nation aus“ (dpa vom 27. Oktober 1969).

8 Dr. Alexander Böker (1912–1997), Jurist und Journalist; 1948/49 Tätigkeit im Verwaltungsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1949 Tätigkeit im Bundeskanzleramt, Beteiligung am Aufbau des Auswärtigen Amtes, 1956–1958 Leiter des Westeuropa-Referats, 1958–1963 Politischer Direktor im NATO-Generalsekretariat in Paris, 1968–1971 Botschafter bei den Vereinten Nationen, 1971–1977 beim Hl. Stuhl. – Zum Bericht Bökers über sein Gespräch mit dem rumänischen Außenminister Mircea Malitza vgl. AAPD 1969 Nr. 327.

9 Scheel hatte sich im Verlauf des Wahlkampfes verschiedentlich in diesem Sinne geäußert, vgl. Interview mit „Bild“ am 17. September 1969.



dann gar nicht mehr nötig, daß wir dazu irgend etwas sagen, wenn die übrige Welt erst einmal die DDR anerkannt hat, indem allgemein jene Beziehungen aufgenommen worden sind, von denen Herr Scheel spricht. Wir werden die Herren in der Debatte auf diesen Punkt sehr genau hin fragen müssen.

Ich will nicht zu den vielen Erklärungen, Versprechungen, vagen Inaussichtstellungen im Augenblick Stellung nehmen. Es ist ja in Aussicht gestellt worden eine Reihe von Berichten, in denen man dann genauer erfahren wird – ich glaube, ein halbes Dutzend sind es –, was diese Regierung wolle. Meine Damen und Herren! Es war die Rede in dieser Regierungserklärung – auch eine dieser schönen Rosinen, ich habe sie jetzt nicht wörtlich da –, wo der neue Bundeskanzler sagt, das deutsche Volk habe durch seine [Entscheidung] – offenbar ist die Wahlentscheidung gemeint – die Fähigkeit zum Wandel bewiesen, und dadurch sei das Vertrauen in das deutsche Volk in der Welt gestärkt worden. Meine Damen und Herren! Das Ergebnis dieser Wahlen – ich sage es in dieser Kreise, denn ich finde nicht, daß es viel Sinn hat, das immer und immer wieder in der Öffentlichkeit zu wiederholen – hat keinerlei Wandel in der politischen Willensrichtung des deutschen Volkes erwiesen, sondern das deutsche Volk hat noch einmal eindrucksvoll die CDU und die CSU als die stärkste und gewichtigste politische Kraft in der Bundesrepublik bestätigt. Was sich geändert hat, ist der politische Wille der in den Wahlen jämmerlich geschlagenen FDP, die nach links abgewandert ist. Das ist das, was sich vollzogen hat. Theoretisch hätte dies geschehen können seit dem Jahre 1961, denn seit jenem Jahr hatten wir eine Mehrheit der SPD und der FDP, im Jahre 1961 sogar größer als heute. Wir hatten sie auch im Jahre 1965. Und als ich hier die Verhandlungen über die Regierungsbildung im Jahre 1966 zusammen mit einem Kreis von Freunden aus der Fraktion zu führen hatte, ging ja der Kampf damals schon darum, ob nicht dieselbe Koalition, die sich jetzt gebildet hat, hergestellt würde. Die FDP hat damals auf das entschiedenste eine solche Koalition angestrebt, ein Koalitionsangebot an die SPD gemacht, und in der SPD gab es starke Kräfte, voran auch der jetzige Bundeskanzler, die eine solche Koalition mit der FDP wollten. Das ist die Lage. Das muß man sagen zu dieser dreisten Behauptung über die Fähigkeit des Wandels im deutschen Volk, die uns nun Vertrauen im Ausland eingetragen habe.

Aber, meine Damen und Herren, ich halte nichts davon, daß wir uns etwa in dieser Debatte groß auf diese Dinge einlassen. Wir wollen diese Debatte souverän, gelassen führen, so daß man im Volk den Eindruck bekommt, daß wir das, was uns zugefallen ist, akzeptieren als eine neue Aufgabe, eine neue Verantwortung, und deswegen wird man jedenfalls von mir in dieser Debatte nichts hören etwa über Verfälschung des Wählerwillens und derartige Dinge. Nur das allerdings muß man zurückweisen, was in einer solchen Behauptung – ich sage, es ist eine dreiste Behauptung – als Beginn einer historischen Legendenbildung versucht worden ist. Die Regierungserklärung selber wird uns reichlich Gelegenheit geben, unsere Stellung zu beziehen. Sie, diese Regierungserklärung, ist ja Gegenstand der Aussprache in diesem Hause.

Nun fanden wir es gut, daß wir uns vor einem so wichtigen Ereignis, nicht nur in diesem Hause, im Parlament, sondern für die zukünftige Entwicklung der Dinge in unserem Land, nicht nur innerhalb der Fraktion treffen sollten, sondern zusammen

mit der Fraktion und den Führungsgremien der CDU und der CSU. Wir haben in der Fraktion schon sehr eingehend diskutiert<sup>10</sup> über die Art und Weise der Stellungnahme, über die Methode der oppositionellen Antwort, die wir zu geben haben. Wir sind übereingekommen, daß der Reigen eröffnet wird durch den Fraktionsvorsitzenden, daß eine Reihe von Fraktionskollegen zu bestimmten Themen sich bereithalten. Davon wird der eine zu Wort kommen, der andere möglicherweise nicht, und daß auch die beiden Vorsitzenden der CDU und der CSU in dieser Debatte das Wort nehmen. Ich glaube – ich habe noch nicht Gelegenheit gehabt, mit dem Vorsitzenden der CSU zu sprechen –, wir werden sicher außer ein paar allgemeinen Bemerkungen eine gewisse Arbeitsteilung wohl vornehmen, daß wir nicht über alle Gebiete beide sprechen. Ich nehme an, daß Du [Strauß] wahrscheinlich bei allem diese wirtschafts- und finanzpolitischen Dinge behandeln wirst, und ich werde mich stärker auf das außenpolitische Gebiet einlassen. Aber darüber können wir ja noch sprechen.

Meine Damen und Herren! Der Sinn dieser Zusammenkunft soll es sein, daß wir uns nun, abgesehen von dem, was in den nächsten Tagen hier im Parlament geschieht, auch ruhig einmal ein bißchen darüber aussprechen, wie nimmt sich das, was hier angekündigt worden ist, aus gegenüber der Politik der Länder, in den Ländern, also der eigentlichen Landespolitik – dazu ist ja einiges Interessantes gesagt worden – und zweitens, wie nimmt es sich aus gegenüber der Politik der Länder, soweit sie bundespolitische Bedeutung hat, also der Politik der Länder im Bundesrat. Ich bin nicht der Meinung, daß wir nun versuchen sollten, über den Bundesrat alles und jedes, was in diesem Hause gegen uns entschieden wird, zu blockieren. Aber allerdings der Meinung bin ich als Vorsitzender der CDU, und ich hoffe, daß auch der Vorsitzende der CSU mir recht gibt, daß, wenn es um ganz entscheidende Dinge, für uns entscheidende Dinge geht, nunmehr der Bundesrat eine politische Rolle zu spielen hat, die er eben im Laufe der vergangenen Jahre, so wie die Dinge lagen, nicht spielen konnte. Das alles hoffe ich – ich kenne auch die Schwierigkeiten natürlich, ich war ja lange genug Ministerpräsident – können wir in freundschaftlichem und kameradschaftlichem Zusammenspiel in den kommenden Monaten miteinander zuwege bringen. Ich will, da wir hier am 9. November Kommunalwahlen<sup>11</sup> haben, nur folgendes sagen: Wir alle wissen, wie es in der Bundesrepublik hier aussieht, und zwar sowohl für die CDU wie auch für die CSU. Wir haben hier Positionen verloren, und zwar im Laufe der Jahre verloren, die sehr schwer wieder zu gewinnen sind, die wir aber gewinnen müssen, denn ohne diesen Unterbau werden wir auf die Dauer uns nicht die Hoffnung machen können, daß wir auch bei den Bundestagswahlen die Mehrheit bekommen. Auf die Dauer wird sich dieser Unterbau, den die SPD vor allem in den Großstädten gewonnen hat, zu unserem Nachteil bemerkbar machen. Und das ist ja auch schon in Wahrheit geschehen. Wir werden also dieser Arbeit ganz besondere Aufmerksamkeit widmen müssen. Und drittens lassen Sie mich noch sagen, daß ich glaube, daß es gegenwärtig viele

---

10 Vgl. die Sitzungen vom 20., 21. und 22. Oktober 1969 (ACDP 08–001–1020/1)

11 Am 9. November 1969 fanden Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen statt: SPD 46,60 %, CDU 45,26 %, FDP 6,14 %, vgl. AdG 1969 S. 15046.

Leute gibt, die bereit sind, nun, nachdem sie lange CDU gewählt haben, auch noch den anderen Schritt zu tun und Mitglieder zu werden. Ich kenne eine ganze Reihe von Leuten, die gekommen sind und gesagt haben: „So, jetzt trete ich in die CDU ein.“ Ich weiß es nicht, wie es bei der CSU ist. Ihr habt ja, glaube ich, gleich von Anfang an einen bemerkenswerten [Zuwachs] (*Strauß*: Wir haben schon 2.000 neue Mitglieder.) – 2.000 neue Mitglieder schon. Also, so ist es auch hier. Wir sollten diesen Aufwind nützen, damit wir eine breitere Grundlage auch in den Mitgliedern für den kommenden Kampf haben.

Es ist in dieser Regierungserklärung, meine Damen und Herren, eine Stelle, die sehr deutlich hat aufscheinen lassen, wie sich die neue Regierung, der neue Bundeskanzler die Entwicklung denkt. An der Stelle, wo er über den Sport spricht, hat er angeleuchtet, die kommenden Olympischen Spiele<sup>12</sup> würden die Gelegenheit geben, der Welt das moderne Deutschland zu zeigen. Und wir sollten diese Bemerkung ernst nehmen, denn auf diesen Olympischen Spielen wird ein aus der Sozialdemokratie stammender Bundespräsident, ein der Sozialdemokratie angehöriger Bundeskanzler und ein der Sozialdemokratie angehöriger Münchener Oberbürgermeister<sup>13</sup> sein, und es wird für den bayerischen Ministerpräsidenten<sup>14</sup> keine leichte Aufgabe sein, dabei uns – und ich sage hier uns beide – mitzurepräsentieren. Diese Spekulation auf einen gewissen Höhepunkt, der dann kommen soll und mit dem man sich vielleicht noch andere politische Möglichkeiten ausrechnet, ist als Hinweis für uns wichtig. Wenn man sagt in diesem Lande, daß wir als Opposition den Willen haben, so rasch wie möglich die Dinge wieder zu ändern, dann liest man gelegentlich, wir seien schlechte Verlierer.

Meine Damen und Herren! Lassen wir uns doch um Himmels willen durch derartige Phrasen nicht beeindrucken. Wenn ein Fußballverein ein Spiel verloren hat, dann ist er ein schlechter Verlierer, wenn er hinterher schimpft oder wenn er gar eine Prügelei anfängt. Aber er ist ganz gewiß kein schlechter Verlierer, wenn er sagt: „Gut, ihr habt für dieses Mal gewonnen; das nächste Mal wollen wir versuchen, die Dinge zu ändern.“ Und das wird ja auch unser fester Entschluß sein. Wie wir das machen und wie wir das fertigbringen können, das wird noch manche Überlegung kosten. Hier wird die Achillesferse dieser Koalition natürlich die FDP sein und die letztliche Unmöglichkeit dieser beiden nun politisch verbündeten Parteien, auf weiten Gebieten, insbesondere der Gesellschaftspolitik, aber vielleicht auch auf anderen Gebieten, eine gemeinsame Politik zu machen. Und hier werden wir hineinstechen müssen und versuchen, diese Koalition, die ohnehin eine sehr schmale Basis hat<sup>15</sup>, zu schwächen. So sollten

---

12 Die olympischen Sommerspiele fanden vom 26. August bis 11. September 1972 in München statt.

13 Dr. Hans-Jochen Vogel (geb. 1926), Jurist; 1950 SPD, 1960–1972 Oberbürgermeister von München. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 856 Anm. 15.

14 Alfons Goppel (1905–1991), Jurist; 1965–1978 MdL Bayern (CSU), 1962–1978 Ministerpräsident. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 240 Anm. 75.

15 In der 6. WP hatte die SPD 237 und die FDP 31 Sitze im Bundestag, die CDU/CSU verfügte über 250 Sitze. Vgl. DATENHANDBUCH 1 S. 903.

wir in diese kommenden Monate hineingehen. Ich bin durchaus Ihrer Meinung, Herr Amrehn, wir sollten uns keineswegs von vornherein resignierend damit abfinden, daß das vier Jahre dauert. Es ist gar nicht nötig, daß wir das verkünden, daß wir das hinausposaunen, sondern unser Handeln muß eben so sein, daß wir die Möglichkeit herbeiführen, daß diese Koalition, die tatsächlich ausklammern muß – die Regierungserklärung hat es ja gezeigt –, wenn sie zusammenhalten will, vage Versprechungen nicht konkretisieren kann, wenn es zum Schwure kommt, um dieser Koalition das Leben eben so schwer wie nur möglich zu machen. Vier Jahre lang mit dieser Methode nur neutrale Dinge zu treiben, zu denen jeder ja sagen muß, das kann man nicht machen. Es hat da ein Vertreter der Koalition mir gesagt: „Es wird eine Allparteien-Koalition geben. So wird das Programm aussehen.“ Ich sagte ihm: „Das ist also eure Vorstellung. Eine Allparteien-Koalition, bei der ihr uns die Rolle der Opposition zumutet. Glaubt ja nicht, daß wir uns auf dieses Spiel einlassen werden.“ Aber das wird das Spiel sein. Das deutet die Regierungserklärung ja auch deutlich an.

Ich sehe also die Gefahr nicht so sehr in einzelnen angekündigten programmatischen Dingen, da steckt sicher auch einiges Bedenkliche drin, lieber Herr Wild<sup>16</sup>. Die Forderungen des Handwerks, ja, da wird ganz freundlich von dieser neuen Koalition Stellung genommen. Wir sollten aber sehr vorsichtig sein und uns fragen, was davon verwirklicht werden wird und was nicht. Man wird beschwichtigen – das hat sich gezeigt in den Erklärungen des Bundeskanzlers – nach allen Seiten, und die SPD wird wahrscheinlich, vielleicht im Zusammenhang mit diesen Olympischen Spielen in München, sich eine Möglichkeit ausrechnen, eines Tages aus eigener Kraft die Politik zu machen, die man eben bei der Sozialdemokratie, und ja nicht zu vergessen bei den Gewerkschaften, die ja in ihr drin stecken, machen will. Und darum lassen wir uns also bitte nicht irreführen. Wir werden bestimmt zu dem ja sagen, zu dem man ja sagen muß, aber wir werden nicht nachlassen in dem Versuch, die anderen dazu zu bringen, konkret und immer konkreter zu werden in ihren Aussagen. Das für die kommende Arbeit.

Wir werden hier in Bonn uns natürlich sehr viel deutlicher darstellen müssen als Opposition, als das bisher geschehen ist, d. h. nicht nur im Bundeshaus. Deswegen hat die CDU beschlossen, nun ihr Parteigebäude – wir haben ja seit langem einen guten Platz hier in der Nähe – so rasch wie möglich, und zwar mit modernen, raschen Baumethoden zu errichten, so daß wir hier ein Hauptquartier haben.<sup>17</sup> Ich habe vor, mit dem Vorsitzenden der CSU darüber zu sprechen, ob wir dies nicht gemeinsam tun können, so daß wir beide unter einem Dache untergebracht sind. Ich hielt das für angemessen. Meine Damen und Herren, wir brauchen diese Zentrale, die wir ja in der Vergangenheit in diesem Winkel in der Nassestraße gehabt haben – schon baulich repräsentativ völlig ungenügend –, wir brauchen sie nun, und wir brauchen sie rasch,

---

16 Joseph Wild (1901–1993), Bäcker; 1955–1973 Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, 1956–1979 Mitglied des Bayerischen Senats (CSU).

17 Die Parteizentrale der CDU, das Konrad-Adenauer-Haus an der Friedrich-Ebert-Allee in Bonn, wurde am 27. Januar 1973 eingeweiht. Vgl. KLEINMANN S. 261. Vgl. auch Nr. 32 Anm. 61.

nicht erst nach zwei oder drei Jahren. Es gibt ja moderne Fertigungen, davon ist sogar in der Regierungserklärung – wie Sie gehört haben – im Zusammenhang mit dem Hochschulbau die Rede, die es uns erlauben, einen solchen Bau früher als einen konventionellen herzustellen. Und ich hoffe, daß dann diese Zentrale eine Stätte der Begegnung sein wird für all die Kräfte der CDU und der CSU, die diesen bundesweiten Kampf um die Wiedergewinnung der Regierungsposition in der Bundesrepublik führen, aber auch für die Gewinnung von Positionen in den Ländern. Wir haben fünf Landtagswahlen im kommenden Jahr<sup>18</sup>, und unser Entschluß muß sein, mit der äußersten Energie dafür zu kämpfen, daß wir bei diesen Landtagswahlen besser abschneiden – ich will es bescheiden formulieren – als bei den letzten. Und wenn dabei das Ergebnis herauskommt – in Bayern sind sie ja schon seit geraumer Zeit soweit –, daß dann die Partei, die diesen Amoklauf begonnen hat, die FDP, aus den einzelnen Landtagen verschwindet, dann wird das hier in Bonn uns natürlich ganz erheblich helfen, weil es viele Leute, die heute noch der FDP anhängen, nachdenklich machen wird. Dies, meine Damen und Herren, ist der Rahmen, den ich setzen wollte. Aber das soll keineswegs eine Beschränkung für Sie selbst sein, für unsere Aussprache hier, und ich möchte Sie bitten, daß wir uns gemeinsam vornehmen, von Zeit zu Zeit in derselben Weise zusammenzukommen – das kann auch einmal ruhig in München geschehen, das braucht nicht immer in Bonn zu sein –, um uns über unsere Situation und das, was wir gemeinsam tun wollen, klar zu werden. Meine Losung heißt, in der neuen Position, in der Opposition, kraftvoll, souverän, mit dem Willen, so rasch wie möglich die Regierungsposition wiederzugewinnen, zu arbeiten. (*Beifall.*)

*Strauß:* Sehr verehrter, lieber Parteifreund Kiesinger! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst darf ich für die Anregung danken, eine gemeinsame Sitzung hier in Bonn durchzuführen, und für die am Schluß gegebene Anregung, diese Sitzungen fortzusetzen. Ich glaube, daß ich ohne weitere Konsultation legitimiert bin zu sagen, daß die CSU selbstverständlich damit einverstanden ist und gleich mit dem Vorsitzenden der CDU in den nächsten Tagen einen Termin ausmachen will, wann wir uns abwechselnd dann treffen, und zwar das nächste Mal in München. Wir laden Sie sehr gerne dazu ein, und ich glaube, daß es in München auch eine Atmosphäre gibt, die der gemeinsamen Arbeit während unserer Sitzung und nach der Sitzung förderlich sein kann.

Ich darf zu den Themen, die hier anstehen, einige Bemerkungen machen: Der Unterschied zwischen der CDU und der CSU auf der einen Seite und der SPD auf der anderen Seite – das hat sich in dieser Regierungserklärung wieder ganz genau gezeigt – liegt darin, daß wir uns in der Vergangenheit nicht unter Aufgebot aller Kräfte – das

---

18 Es fanden 1970 sechs Landtagswahlen statt: in Hamburg am 22. März (SPD 55,3 %, CDU 32,8 %, FDP 7,1 %, NPD 2,7 %); in Niedersachsen (SPD 46,3 %, CDU 45,7 %, FDP 4,4 %, NPD 3,2 %), Nordrhein-Westfalen (CDU 46,3 %, SPD 46,1 %, FDP 5,5 %) und dem Saarland (CDU 47,8 %, SPD 40,8 %, FDP 4,4 %, NPD 3,4 %) am 14. Juni; in Hessen am 8. November (SPD 45,6 %, CDU 39,7 %, FDP 10,1 %, NPD 3 %); in Bayern am 22. November (CSU 56,4 %, SPD 33,3 %, FDP 5,6 %). Zur Landtagswahl in Niedersachsen vgl. ZICK S. 150–154.

muß ich sagen – bemüht haben, gegen zahlreiche Widerstände unsere Politik der Öffentlichkeit verständlich zu machen. Also nicht mit Aufgebot aller Kräfte gegen zahlreiche Widerstände, siehe die Einheitsfront der Massenmedien mit verschwindenden Ausnahmen, uns bemüht haben, immerhin mit einem gewissen beträchtlichen Erfolg unsere Politik der Öffentlichkeit verständlich zu machen bis in unsere letzten Zielsetzungen hinein. Die Strategie der SPD besteht darin, unter Aufgebot von mehr Kräften [zu agieren], als wir im allgemeinen zur Verfügung stellen, denn daß sie fleißiger sind als wir, kann man im Durchschnitt gesehen nicht bestreiten. Das trifft nicht den Einzelnen, aber das trifft viele, daß hier [die SPD] unter Aufgebot von mehr Kräften mit Unterstützung der massenwirksamen Kräfte, Massenmedien und vor allen Dingen Deutscher Gewerkschaftsbund, der noch nie so schamlos in den Wahlkampf zugunsten der SPD eingegriffen hat wie diesmal, einschließlich der Postgewerkschaft usw. – ich habe die Flugblätter ja in der Hand gehabt – sich mit einem erstaunlichen Erfolg bemüht, ihre Politik vor der Öffentlichkeit zu verschleiern. Das ist für mich der Hauptunterschied in der Strategie und in der Taktik zwischen CDU/CSU und SPD. Wir erreichen es kaum, unsere Politik verständlich zu machen. Sie ist eine Politik der Vernunft, der sauberen Grundsätze, der klaren Zielorientierungen, und die Politik der SPD besteht darin, mit all dem Geschwätz von Kontinuität und der Beschwörung des Erbes sogar von Konrad Adenauer<sup>19</sup> und seines „Freundes“ Schumacher<sup>20</sup>, von Theodor Heuss<sup>21</sup> – den Erhard<sup>22</sup> und den Kurt Georg Kiesinger haben sie vergessen – und der Beschwörung der Kontinuität der Friedensnoten und früherer Kanzlerreden und Regierungserklärungen ganz andere Ziele anzustreben, als wir bisher angestrebt haben und auch in Zukunft anstreben dürfen und würden. Das ist das infame Spiel, das auch bei dieser Regierungserklärung betrieben wird. Man muß Brandt sagen, wenn er heute den Zwischenruf machte „Alles muß gelernt sein“ – er meinte das Zuhören und in der Opposition zuhören, Regierungserklärungen zuhören –, alles muß gelernt sein, nämlich auch, sich in der Phrase der perfekten Unverbindlichkeit so auszudrücken, daß man jedermann etwas gibt und trotzdem jedermann täuscht. Das ist nämlich in dieser Regierungserklärung – wenn ich es hier in unserem freundschaftlichen Kreise sage – unverkennbar zum Ausdruck gekommen.

Für uns besteht kein Grund, etwa aufgrund des Wahlergebnisses in Sack und Asche zu gehen, wie es da oder dort begonnen hat. Und es besteht deshalb auch kein Grund,

---

19 Konrad Adenauer (1876–1967), Jurist; 1949–1963 Bundeskanzler, 1949–1967 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1 Anm. 2; Günter BUCHSTAB: Wege der Adenauer-Forschung. In: Ulrich SCHLIE (Hg.): Horst Osterheld und seine Zeit (1919–1998). Wien/Köln 2006 S. 63–79; DERS.: Wertgrundlagen und Politikverständnis. In: Erik GIESEKING u. a. (Hg.): Zum Ideologieproblem in der Geschichte. Herbert Hömig zum 65. Geburtstag (Subsidia Academica Reihe A Bd. 8), Lauf a. d. Pegnitz 2006 S. 279–294.

20 Dr. Kurt Schumacher (1895–1952), Redakteur; 1946–1952 Vorsitzender der SPD, 1949–1952 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 653 Anm. 92.

21 Theodor Heuss (1884–1963), Journalist; 1949–1959 Bundespräsident. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1343 Anm. 3.

22 Dr. Ludwig Erhard (1897–1977), Honorarprofessor; 1963–1966 Bundeskanzler, 1966/67 Bundesvorsitzender der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1 Anm. 1.

in eine Bilderstürmerei zu verfallen und mit der Machete durch die Parteien zu sausen, um bloß noch Köpfe rollen zu lassen. Aber es besteht auch kein Grund, so zu tun, als ob alles in Ordnung wäre bei uns. Die drei Dinge muß man zusammennehmen, dann stimmt es wieder. Wenn man einen oder zwei von den Punkten allein nimmt, dann wäre es falsch. Dazu gehört auch eine Frage, bei der wir schon in Zukunft uns sehr unsere Diktion überlegen müssen, nämlich die Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlalters. Ich habe es seinerzeit – bitte nehmen Sie es mir nicht übel, aber wir sind ja hier in einer sehr offenen gegenseitigen Aussprache – sehr bedauert, daß die CDU sich auf 18 statt 21 Jahre festgelegt hat. Ich glaube, daß wir in Bayern trotz unserer Rückständigkeit, oder gerade wegen unserer Rückständigkeit, werden manche sagen, keinen einzigen Wähler verloren haben, weil wir nach einer Aussprache in unserer Programmkommission, ohne uns anderweitig festzulegen, uns auf dieses heiße Eisen nicht eingelassen haben. Denn für uns hängt die Frage, ob wir bei einer kommenden Wahlentscheidung noch die Mehrheit erringen können – angenommen es kommen Bundestagswahlen vor Ablauf der vier Jahre oder nach den vier Jahren – davon ab, daß wir die sieben Jahrgänge, um die es geht, davon überzeugen, daß wir die bessere, die modernere, die wirksamere, die fortschrittlichere Partei sind. Und wenn wir hier zu der Auffassung kommen, daß wir dieses Wahlrecht nicht ändern können, dann müssen wir eine gemeinsame Sprachregelung dafür finden und sollten uns nicht durch früher einmal eingegangene programmatische Festlegungen davon abhalten lassen, das zu tun, was wir in der Sache für notwendig halten. Denn da liegt ein ganz gefährlicher Punkt drin. Wenn Brandt heute bestätigt hat, daß die neue Kombination die Fähigkeit des deutschen Volkes zum Wandel bewiesen hat, dann hat er das deutsche Volk mit der FDP identifiziert, denn das Wahlergebnis hat nicht die Fähigkeit des deutschen Volkes oder gar etwa seinen bewußten Willen zu einem Wandel der politischen Verhältnisse gezeigt, nein, im Gegenteil – und damit komme ich zu meiner ersten Bemerkung zurück –, ein großer Teil der SPD-Wähler hat weder diesen Kanzler gewollt, noch die Politik, die er mit Hilfe des Herrn Bahr<sup>23</sup> vor allen Dingen auf außen-, deutschland- und ostpolitischem Gebiet vor hat. Die Regierungserklärung setzt sich ja aus mehreren Komponenten zusammen. Der allgemeine Schmus stammt von Ahlers<sup>24</sup>. Dann gibt es eine Abteilung, die nennt sich Bahr. Dann gibt es eine Abteilung, die nennt sich Bauer<sup>25</sup>, das ist der frühere KP-Abgeordnete gewesen, dann Leiter des Deutschlandsenders drüben in der Zone. Und der Schlußteil schließlich

---

23 Egon Bahr (geb. 1922), Journalist, 1967–1969 Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt (SPD), 1969–1972 Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Bundesbevollmächtigter für Berlin. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 358 Anm. 27; Daniela MÜNDEL (Hg.): Deutschland im Blick. Egon Bahr zum 85. Geburtstag. Berlin 2007.

24 Conrad Ahlers (1922–1980), Journalist; 1969–1972 Staatssekretär und Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 673 Anm. 28.

25 Leo Bauer (1912–1972), Journalist; 1932 KPD, 1933–1945 Emigration, 1946–1949 MdL Hessen (KPD), 1949/50 Leiter des Deutschlandsenders in Ost-Berlin, 1950 Ausschluß aus der SED und Verhaftung, 1952–1955 Deportation und Arbeitslager in der UdSSR, 1955 Rückkehr in die Bundesrepublik, Tätigkeit als freier Journalist, 1968–1972 Chefredakteur der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“. Vgl. Leo BAUER: Gespräche (mit einem Vorwort von

könnte von Günter Grass<sup>26</sup> stammen. Da kommt dann: „Wir sind nicht erwählt, sondern gewählt“, dann so der Seitenhieb „Keine würdige Gespreiztheit“ oder wie es da immer auch heißt, dabei hat aber Brandt heute gesprochen wie ein Selbstgesalbter. Er hätte früher, so vor drei Generationen, damit die Predigerprüfung bestanden in der katholischen Kirche – ich sage vor drei Generationen, also ungefähr ein Jahrhundert vor dem Vatikanum II<sup>27</sup>. Genauso ist er mir heute erschienen.

Aber nach diesen kritischen und ironischen Bemerkungen, die sich z. T. auch an die eigene Adresse richten, da werden wir noch öfter über das zu reden haben, was bei uns – ich sage nicht bilderstürmerisch wütend – umgeworfen werden muß, sondern was bei uns geändert werden muß, nur noch einige Bemerkungen. Ich werde zu dem, was heute sich abgespielt hat, das verdammte Gefühl nicht los, daß wir heute so einen Hauch der Geschichte zu spüren bekommen haben. Und wer weiß, wenn es uns nicht gelingt, dem einen Widerstand entgegenzusetzen und das zu unterbrechen, ob nicht die 20 Jahre von 1949 bis 1969 als die goldenen fünfziger und sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts nach dem Zweiten Weltkrieg in die Erinnerung eingehen werden. Was heute sehr vorsichtig, sehr verhüllt, sehr geschickt in phraseologischen Verpackungen serviert worden ist, das ist der Marsch ins Abenteuer, das ist die Tänzerei in die Traumlandschaft der selbstgebastelten ostpolitischen Illusionen, das ist die Ausführung dessen, was Herr Bahr, der in Zukunft als Oberkanzler neben Ehmke<sup>28</sup> operieren wird – wir werden Oberkanzler 1 und Oberkanzler 2 haben und einen Normalkanzler, der als Sprachrohr für das, was die beiden, der eine mehr in der Innen- und der andere in der Außenpolitik, dem deutschen Volke zu verkünden haben –, dann in Wirklichkeit als „his master's voice“ sozusagen dann auszudrücken haben wird. Ich habe Herrn Brandt getroffen neulich im Flughafen in New York<sup>29</sup>, das wird Kurt Georg Kiesinger interessieren – ich hatte bisher noch keine Gelegenheit, es ihm zu sagen. Ich hatte zufällig vorher einen Zettel gesehen im Capitol in einem Zimmer, so daß ich dann kombinierte – und eine Rückfrage hat das im großen und ganzen bestätigt. Er hat einen Teil der Regierungserklärung, nämlich den von ihm gebastelten Teil, Herrn Kissinger<sup>30</sup> vor-

---

Herbert Wehner). Bonn-Bad Godesberg 1973; Peter BRANDT u. a.: Karrieren eines Außenseiters. Leo Bauer zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie 1912–1972. Berlin 1983.

26 Günter Grass (geb. 1927), Schriftsteller. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 654 Anm. 95; Memoiren: Beim Häuten der Zwiebel. Göttingen 2006.

27 Das Zweite Vatikanische Konzil (Vatikanum II) fand vom 11. Oktober 1962 bis zum 8. Dezember 1965 statt. Vgl. LEXIKON S. 671 f.

28 Dr. Horst Ehmke (geb. 1927), Jurist; 1969–1972 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 836 Anm. 62; Memoiren: Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit. Berlin 1994.

29 Willy Brandt hielt sich anlässlich der Eröffnung der UN-Vollversammlung vom 21. bis 23. September 1969 in New York auf, vgl. AdG 1969 S. 14931.

30 Dr. Henry Kissinger (geb. 1923), amerikanischer Politiker; 1969–1973 Berater des Präsidenten (National Security Advisor), 1973–1977 Außenminister. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 173 Anm. 16; Holger KLITZING: The Nemesis of Stability. Henry A. Kissinger's Ambivalent Relationship with Germany (Mosaic. Studien und Texte zur amerikanischen Kultur und Geschichte Bd. 30). Trier 2007; Jeremi SURI: Henry Kissinger and the American Century. Cambridge/Mass. 2007.



gelegt, um damit den Segen der Administration Nixon<sup>31</sup>, jedenfalls keinen offenen Widerspruch gegen diese Pläne, zu ernten. Da war er lautlos drüben, und sein Besuch diente ausschließlich dazu, diesen Teil, den materiellen Inhalt – ob schon die letzten Formulierungen dabei waren, weiß ich nicht – aber den materiellen Inhalt dem Herrn Kissinger zu unterbreiten, damit die Administration Nixon nicht gegen bestimmte Teile der Regierungserklärung kühle Skepsis usw. übt, so wie es z. B. von McCloskey schon zum Ausdruck gebracht worden ist.

Es stehen in dieser Regierungserklärung nicht nur glatte Ungereimtheiten drin und Unsinnigkeiten, z. B. das schwere wirtschaftliche Erbe, das die SPD übernommen hat. Ich wollte, daß wir immer ein so schwieriges wirtschaftliches Erbe hätten wie das, was wir jetzt hinterlassen. Ich werde zum Thema Aufwertung mich dazu äußern, denn die eigentlichen Folgen dieser Aufwertung, die hat er ja völlig verschwiegen, also die eigentlichen Folgen für unsere Wirtschaft. Ich habe hier einen ganz einfachen Schlüssel, ohne Nationalist zu sein. Das laute Jubelgeschrei unserer Konkurrenten auf den Weltmärkten, am stärksten in Großbritannien, etwas gelassener in der Wall Street, laut auch in Paris und man darf beinahe sagen mit asiatischer Schlitzäugigkeit und -ohrigkeit in Japan – sie begrüßen die Aufwertung der D-Mark und sehen selbst keinen Grund, den Yen aufzuwerten. Wer weiß, wie die Verhältnisse auf den Weltmärkten zwischen deutschen und japanischen Konkurrenten in den einschlägigen Industrien sind, kann sehen, mit welcher Naivität diese Regierung sich von einem reinen Theoretiker namens Schiller<sup>32</sup>, dem Obersteuerer und Überbremser, in dieses Dilemma ausweglos hineinschwätzen läßt, und zwar ausweglos; die hatten ja gar keine Wahl mehr, sich anders zu verhalten. Dann kommt die Darstellung – allerdings so zwischen den Zeilen –, daß die finanzielle Lage nicht so günstig sei, wie es von bestimmter Seite – damit war ich gemeint – dargestellt worden sei. Die ist natürlich mit den Zusagen und Verpflichtungen, die die vergangene Regierung eingegangen ist, durchaus zu vereinbaren. Aber mit dem, was jetzt an zusätzlichen Versprechungen sowohl auf der Ausgabenseite wie auf der Einnahmenseite in dieser Regierungserklärung gemacht wird – da ist ja immer wieder ein SPD-Teil drin und ein FDP-Teil –, das eine richtet sich an die Arbeitnehmer, Erhöhung der Freibeträge um das Doppelte, und das andere richtet sich dann an die Mittelschicht, das ist so die Schicht, von der die FDP glaubt, daß sie noch sie wählen würde das nächste Mal, sie muß also hier dann von statt 32.000 auf 64.000 [DM] hinaus. Das kann man immer sehen. Man kann beinahe ausrechnen, wenn man Zeit hätte, was kostet die SPD-Zusage in der Regierungserklärung, was kostet die FDP-Zusage in der Regierungserklärung? Aber all das zusammengenommen ergibt eine schwere finanzielle Bürde, die eines nicht erlauben wird, was eine saubere Finanzpolitik ermöglicht hätte, nämlich sowohl im Jahre 1969 wie im Jahre

---

31 Richard Nixon (1913–1994), amerikanischer Politiker (Republikanische Partei); 1968–1974 Präsident. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1007 Anm. 16; Robert DALLEK: Nixon and Kissinger. Partners in Power. New York 2007.

32 Dr. Karl Schiller (1911–1994), Hochschullehrer; 1966–1971 Bundesminister für Wirtschaft, 1971/72 auch für Finanzen (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 384 Anm. 13; Torben LÜTJEN: Karl Schiller (1911–1994). „Superminister“ Willy Brandts. Bonn 2007.

1970 ohne Schuldenaufnahme auszukommen. Das ist mit Bestimmtheit nicht möglich, und das muß ihnen auch gesagt werden. Hier wollen wir etwas mehr wissen, als diese höchst dürrtigen Sätze.

Ich habe es als einen besonderen Beitrag zur Toleranz empfunden, von der Brandt am Schluß gesprochen hat, daß in meinem Hause sechs höhere Beamte auf Knall und Fall einfach hinausgeschmissen worden sind. Gut, man kann bei Staatssekretär Hettlage<sup>33</sup> mit Recht der Meinung sein, daß er in Ehren verabschiedet werden muß. Er wäre es auch von mir geworden. Aber daß sich der Minister weigert, diese Beamten zu einer Abschiedsveranstaltung einzuladen und sie würdig und feierlich zu verabschieden und ihnen für die ein Leben lang geleisteten treuen Dienste zu danken, sondern daß er seinen Parlamentarischen Staatssekretär hinschickt, den Reischl<sup>34</sup>, der es noch einigermaßen menschlich versucht hat, aber trotzdem natürlich die Peinlichkeit der Situation nicht verbergen konnte und denen ihren Hinauswurf übermitteln läßt, das haben alle diese nicht verdient. Bei Hettlage war die Zeit allmählich abgelaufen, da haben wir schon zweimal verlängert. Bei Staatssekretär Grund<sup>35</sup> bestand nicht der leiseste Grund, diesen Mann so hinauszuschmeißen, wie es hier geschehen ist. Das ist ein Stück Machtübernahme, das ist ein Stück, wie es im März 1933 damals in den Landesregierungen bei der Gleichschaltung passiert ist. Der Leiter meiner Personalabteilung<sup>36</sup> ist genauso behandelt worden. Der allen bekannte und von allen hochgeschätzte Leiter der Haushaltsabteilung, Ministerialdirektor Korff<sup>37</sup>, ein Mann, den man keiner Partei zurechnen kann – ich habe ihn sogar eher für einen FDP-Wähler als für einen CSU-Wähler zeitweise gehalten –, und der Leiter der Zoll- und Verbrauchssteuer-Abteilung<sup>38</sup> und der Leiter der Steuerabteilung<sup>39</sup>. Sie sind hinausgeschmissen worden, wie es nicht einmal früher im amerikanischen Schichtwechsel, wo man sowieso immer alles radikal ausgewechselt hat, der Methode nach jedenfalls vorgekommen ist. Das ist ein unwürdiger Vorgang. Das bezeichnet genau die Praxis

---

33 Dr. Karl-Maria Hettlage (1902–1995), Jurist; 1959–1962 und 1967–1969 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, 1965–1976 Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 627 Anm. 53.

34 In der Vorlage: Reichel. – Dr. Gerhard Reischl (1918–1998), Jurist; 1953 SPD, 1961–1972 MdB, 1969–1971 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, 1971–1973 MdEP.

35 Walter Grund (1907–1986), Rechtsanwalt; 1963–1969 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen.

36 Zuständig für Personalfragen war seit 1967 die Abteilung Z (vgl. Anm. 40).

37 Hans Clausen Korff (1905–2000), Ministerialdirektor; 1950 Eintritt in das Bundesministerium der Finanzen, 1950–1957 Leiter des Referats II A 2, 1957/58 Leiter der Unterabteilung VI A, 1958/59 Leiter der Abteilung VI, 1959–23. Oktober 1969 Leiter der Abteilung II.

38 Walter Schädel (1909–1993), Ministerialdirektor; 1950 Eintritt in das Bundesministerium der Finanzen, 1952 Leiter des Referats III B 6, 1959–1965 Leiter des Referats III B 1, 1965–1967 Leiter der Unterabteilung I B, 1967–1969 Leiter der Unterabteilung III B, 3. April–23. Oktober 1969 Leiter der Abteilung III.

39 Dr. Ludwig Falk (1907–1995), Ministerialdirektor; 1951–1956 Leiter der Referate IV 3, IV A 3, IV B 3, IV B 1, 1957–1963 Leiter der Unterabteilung IV B, 1963–23. Oktober 1969 Leiter der Abteilung IV im Bundesministerium der Finanzen.

der Intoleranz der Machtergreifung, mit der sie den Apparat in die Hände zu kriegen bekommen. Ich darf noch einmal sagen, daß von den sechs Beamten, die sie hinausgeschmissen haben, eines schon uraltes Mitglied der CDU ist, das ist der Karl-Maria Hettlage, wie Sie wissen. Einer ist ebenfalls Gründungsmitglied der CDU, das ist der Ministerialdirektor Aegidius von Schoenebeck<sup>40</sup>. Den hätte man in eine andere Abteilung versetzen können, der ist etwa gut fünfzig heute. Die anderen Grund, Korff, Schädel, Falk sind parteipolitisch nicht gebundene, objektive Berufsbeamte, die von mir auch immer so behandelt worden sind. Ich habe sie weder gefragt, welche Partei sie wählen, noch habe ich sie gedrängt, einer Partei beizutreten, und sie haben mir offen und rückhaltlos ihre Meinung gesagt. Wer immer noch im Hause mit Haushalts- oder Finanzfragen zu tun hatte, kennt ja diese Personen alle und wird meine Hochschätzung für sie teilen. Ich habe mich oft über ihre Unbeweglichkeit natürlich geärgert. Ich habe mich oft über ihre Spitzfindigkeit mokiert usw., aber ich habe ihnen immer nicht nur den menschlichen Anstand, sondern vor allen Dingen auch die sachliche Hochachtung erwiesen. Und ich habe deshalb das Ministerium Herrn Möller<sup>41</sup> nicht übergeben. Ich habe mich verabschiedet von meinen Leuten, weil ich diesen Hinauswurf von fünf führenden Beamten plus Staatssekretär Hettlage sowohl in der Form wie im Zeitpunkt für einen ganz klaren Verstoß gegen die Grundsätze der Menschenführung und der inneren Führung der Verwaltung halte. Ich hätte übergeben, selbstverständlich, wenn nicht dieser Hinauswurf einer Reihe von Beamten, von besten Beamten der Bundesverwaltung muß man sagen, erfolgt wäre. So macht man es einfach nicht, auch wenn man dabei so dreinschaut, als wenn man chronische Magenschmerzen hätte.

Eine letzte Bemerkung: Ich sprach vorher so vom Hauch der Geschichte. Da ist ein Pflichtbekenntnis zur europäischen Einheit enthalten mit Angeboten für die Erweiterung der EWG, für Ausdehnung der Zusammenarbeit mit Frankreich in einem unverbrüchlichen Sinne, aber die eigentliche Frage, wie nämlich das Verhältnis europäische Sicherheitskonferenz und europäische Friedensordnung zu einem Ausbau der europäischen Einheit im Westen stehen soll, darüber ist wie immer kein Wort gesagt worden. Hier werden punktuell sektoral nebeneinander zwei schöne Dinge hingenannt. Beim ersten weiß man, daß man es mit dem zweiten kaputt macht, und das zweite verfolgt man nämlich in Wirklichkeit mit dem, was Herr Bahr vorhat. Und ich muß auch sagen, lieber Kurt Georg Kiesinger, heute hat er noch offen zugegeben, daß er im Namen der Bundesregierung am 12. September in Helsinki eine Note mit einem Ja zu dem sowjetisch-finnischen Vorschlag über eine europäische Sicherheitskonferenz übergeben hat.<sup>42</sup> Ich kann nur sagen, das ist in der Bundesregierung meines Wissens niemals Gegenstand der Unterredung gewesen, ist in keiner Kabinettsitzung jemals

---

40 Dr. Aegidius von Schoenebeck (1913–1991), Ministerialdirektor; 1949 Eintritt in das Bundesministerium der Finanzen, 1967–23. Oktober 1969 Leiter der Abteilung Z (Organisation und Personalien, Allgemeine Verwaltung).

41 Alex Möller (1903–1985), Redakteur; 1969–1971 Bundesminister der Finanzen (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 622 Anm. 42.

42 Zur Antwort der Bundesregierung vom 11. September 1969 auf das finnische Memorandum vom 5. Mai 1969 (Text in *EUROPA-ARCHIV* 13/1969 D 309–310) vgl. AAPD 1969 Dok. 297

behandelt worden, und das vom Außenminister im Namen der Bundesregierung in einer lebenswichtigen Frage übergebene Memorandum ist keinem Mitglied der ehemaligen Bundesregierung mit Ausnahme des Kanzlers, den ich persönlich nicht gefragt habe, jemals überhaupt nur zur Kenntnis gekommen. (*Kiesinger*: Das hat er hinter dem Rücken des Bundeskanzlers gemacht.)

Das hat er hinter dem Rücken des Bundeskanzlers gemacht, ohne sein Wissen und ohne seinen Willen, d. h. daß also hier eine Geheimpolitik mit Hilfe des Herrn Bahr schon damals getrieben worden ist. Und die Ziele dieser Geheimpolitik kennen wir doch. Sie beruhen – ich möchte gar nicht böse werden – auf einer totalen Fehleinschätzung der wirklichen Ziele der sowjetischen Politik, auf einer totalen Fehlanalyse der eigentlichen Verhältnisse innerhalb des Warschauer Paktes, und sie beruhen auf der selbstgebastelten Traumgrundlage, als ob man durch eine solche Politik allmählich eine Auflösung der Blöcke, eine Auflösung der NATO und des Warschauer Paktes, und eine Wiederausammenführung der deutschen Nation erreichen könnte. Und ich empfehle zu sagen, daß hier der Auftrag in der Präambel des Grundgesetzes verletzt worden ist, daß es nämlich unsere Aufgabe ist, die Einheit der Nation wiederherzustellen. Man kann die Einheit der Nation nicht wiederherstellen, indem man ihre Spaltung feierlich anerkennt. Das ist eine schizophrene Logik, die ebenso schizophren ist, wie die Aussage des Herrn Brandt unverbindlich ist bzw. irreführend ist.

Ich habe diese Äußerungen gemacht, meine Damen und Herren, um meine Meinung – die kann natürlich falsch sein, in der Sache glaube ich, sie nicht für sehr falsch halten zu müssen – der Sache wie auch der Form nach zu sagen. Wir müssen auf allen Fronten angreifen, nicht fleghaft angreifen, nicht rüde angreifen, aber wir müssen sie zwingen, ihre wirklichen politischen Absichten auf deutschland- und außenpolitischem Gebiete bis zur letzten Konsequenz auch der Öffentlichkeit darzulegen, wohin sie eigentlich wollen, und ihre Denkvorgänge, ihre Zusammenhänge, ihre Wirkungs- und Ursachenzusammenhänge einmal darzulegen, so wie sie sich hier nämlich abspielen. Und innenpolitisch müssen sie uns sagen, was, welche Methoden und welche Finanzmittel sie für die Erfüllung dieses z. T. widersprüchlichen, z. T. aufgrund der Additionsarithmetik entstandenen Neckermann-Katalogs<sup>43</sup> der öffentlichen Zusagen, die wir heute gehört haben, benötigen, wie es damit steht. Wenn wir so Opposition machen, haben wir eine Chance, in den Landtagswahlen der FDP zu Leibe zu rücken, die SPD wieder dahin zu stellen, wohin sie gehört und besser gerüstet in die nächste Auseinandersetzung im Bunde zu gehen, über die wir uns ein anderes Mal noch unterhalten müssen, denn taktisch müssen wir da ansetzen, wo die Gegensätze zwischen SPD und den mühsam gewonnenen MdBs der FDP stecken. Das müssen wir uns noch mal überlegen, dafür ist es heute noch zu früh. Wer heute gesehen hat, wie die FDP Beifall geklatscht hat, der hat schon gemerkt, wo hier die Demarkationslinien liegen. Und

---

S. 1059 Anm. 15; „Frankfurter Rundschau“ vom 17. September 1969 „Brandt will mit Moskau verhandeln“; AdG 1969 S. 14920).

43 Warenhauskonzern, gegründet von Josef Neckermann (1912–1992). Vgl. Thomas VESZELITS: Die Neckermanns. Licht und Schatten einer Unternehmerfamilie. Frankfurt/Main 2005.

man hat mit einer Fülle von Versprechungen, Pressionsversuchen usw. und auch unter Ausnutzung echter oder unberechtigter Verstimmungen gegen uns eine Reihe von FDP-Abgeordneten für diese Koalition gewonnen, die jetzt schon fragen, was soll das, z. B. Ausdehnung des Betriebsverfassungsgesetzes, was soll das auf diesem oder jenem Gebiete? Und in die Ecke müssen wir immer und immer wieder hineinstoßen. Das schließt aber dann aus, meine sehr verehrten Freunde, daß sich Mehrheiten für diese Koalition bilden können in der Form, daß bei Ausfall von Koalitionsmitgliedern der Ersatz durch die Union gestellt wird. Das muß ausgeschlossen sein. Wenn das einreißt, sei es ein gruppenegoistisches oder ein persönlich-genial-egoistisches Denken, daß einer glaubt, er sei hier zu besonderen Heldentaten gegenüber dieser Koalition verpflichtet, wenn dem so ist, dann sehe ich keine Möglichkeit mehr, die absolute Mehrheit der SPD bei den nächsten Bundestagswahlen, wenn sie genug Zeit haben, ihren Machtapparat auszunutzen und sich zu etablieren, dann noch zu verhindern. An dem Scheideweg stehen wir, und darauf gemeinsam zu achten, ist die Aufgabe der beiden Parteivorstände. Ich danke Ihnen sehr. *(Beifall.)*

*Barzel:* Meine Damen und Herren! Ich mache es ganz kurz. Ich hatte auch eigentlich nicht die Absicht zu sprechen, sondern nur, weil es gleich 13.00 Uhr ist, wollte ich einen ersten Vorschlag machen. Diese Zusammenkunft beruht auf unserer Anregung, auch meiner ganz persönlichen, weil wir hier eine Möglichkeit schaffen müssen, die deutlich macht, daß der Bundeskanzler Kiesinger unser erster Mann ist. Wir werden sicherlich nicht in geraumer Zeit hier fertig werden; ich möchte daher die Kollegen und Kolleginnen, die nicht zur Fraktion gehören, einladen, an der Fraktionssitzung um 15.00 Uhr sich zu beteiligen, wenn es ihnen genehm ist.

Darf ich ganz wenig sagen, weil ich ja morgen das Vergnügen haben werde zu eröffnen, und wir uns ja ein bißchen abstimmen müssen. Ich werde kein zorniges Wort sagen und kein Wort, das in die Vergangenheit geht, mit Ausnahme dessen, was gesagt werden muß über die Tatsache, daß der falsche Mann auf dem Platz dort steht, auf dem Platz sitzt, den der Kanzler hat. Was den Stil betrifft, so scheint es mir wichtig – und ich mache es so präzise, wie es hier nötig und möglich ist –, daß das, was wir als Opposition tun werden, wir besprochen haben in dieser Fraktion, da gab es ein schriftliches Papier, das haben wir dann auch erörtert und so beschlossen; ich will dem nichts hinzufügen, es ist bekannt genug, auch in der Partei.

Was diese Rede [Brandts] von heute betrifft, so finde ich sie für die Demokratie zunächst eine vertane Chance, denn daß dem Vorgänger nicht gedankt worden ist, ist schäbig. Das, was über die 20 Jahre der Demokratie nicht gesagt worden ist, ist unerhört. Und daß man diesem Parlament wagt zu sagen, man werde Polen ein Angebot machen, aber nicht einmal skizziert, in welcher Richtung dieses besteht, ist eine ganz schreckliche Geschichte. Was die Deutschland- und Ostpolitik betrifft, so, meine Freunde, bin ich der Auffassung, daß der wichtigste Satz der gesamten Regierungserklärung auf der Seite 40 steht, nämlich wo sie sagt, daß man in dieser Erklärung über den gesetzten Rahmen hinaus Festlegungen nicht vorzunehmen dächte. Das ist der wichtigste Satz. Deshalb müssen wir so einsteigen, daß wir versuchen, solche Festlegungen zu erreichen und hier das zu erreichen, was die Fortsetzung der bisherigen

Politik ermöglicht. Wer hier Pflöcke von der bisherigen Gemeinsamkeit ausreißt, muß es sichtbar tun. Das sollen die anderen sein. Den ersten Pflöck haben sie ausgerissen. Sie haben die Kontinuität in der Frage zweier deutscher Staaten verlassen. Hier ist auf die Präambel des Grundgesetzes mit Recht hingewiesen worden. Ich möchte erwähnen, was wir noch am 25. September einstimmig hier im Hause – und ich kenne keine feierlichere Form, sein Wort zu geben, als durch Abstimmung im Bundestag – gesagt haben: „Die Anerkennung des anderen Teiles Deutschlands als Ausland oder als zweiter souveräner Staat deutscher Nation kommt nicht in Betracht.“<sup>44</sup> Das war am 25. September 1968. Das hat der Wähler im Ohr gehabt. Die andere Frage, wo wir noch Kontinuitäten und Gemeinsamkeiten haben, müssen wir versuchen einzuräumen. Ich werde deshalb morgen möglichst viele gemeinsame Erklärungen und ihre Daten wenigstens zitieren, damit sie im Protokoll stehen und damit wir darauf zurückkommen können.

Eine Frage, meine Freunde, möchte ich hier ganz offen besprechen, weil wir das wissen müssen, wie wir durchkommen. Wir haben die Olympiade in dieser Periode, und wir müssen damit rechnen, daß entweder die Moskauer oder die Pankower vielleicht irgendeine kleine Geste an diese Leute machen. Und es ist natürlich auch berechnet von dieser neuen Regierung, uns mit dieser Formulierung von den zwei Staaten in eine Ecke zu stellen, aus der wir die nächsten vier Jahre nicht mehr herauskommen. Ich habe nicht die Absicht, hier irgend etwas von unserer Position aufzugeben. Und ich habe auch nicht die Absicht, dies in der Grenzfrage zu tun. Aber ich meine, wir müssen für uns eine Aussage finden, die mehr trägt als diese vier Jahre. Und die Aussage hat der Bundeskanzler früher gegeben. Der Bundeskanzler hat ja das Gespräch angeboten. Es hätte ja sein können, daß noch in der letzten Periode wir unterschrieben hätten, daß Sie, Herr Bundeskanzler, sich mit Herrn Stoph<sup>45</sup> getroffen hätten. Dies war das Angebot, und davon wollen wir ja nicht zurück, können wir auch nicht zurück. Deshalb müssen wir einen zentralen Maßstab aufstellen – so scheint mir –, und der kann nur sein für uns, daß wir die Menschenrechte als Maßstab machen. Wer also kommt und sagt, er bringt die Menschenrechte, dann wollen wir nicht fragen, ob die Tinte grün oder blau oder schwarz, ob das Formular quer- oder geradegestreift ist, dann wollen wir das machen. Wer ohne das kommt, der kann mit anderem nicht rechnen. Und ich meine, es wäre gut, wenn man für diese europäische Sicherheitskonferenz nicht nur davon ausgeht, daß man den Status quo von Staaten her sichern will, sondern daß die deutsche Seite endlich mal den Status menschenwürdigen Lebens überall in Europa zur Basis macht. Dann haben wir, glaube ich, eine Aussage, mit der wir durch all diese Geschichten durchkommen. Das ist das, was wir hier früher entwickelt haben. Ich wollte es nur sagen, damit wir uns hier verstehen.

---

44 Auszug aus dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD (Umdruck 505) zu der Erklärung der Bundesregierung vom 25. September 1968, verabschiedet in der Bundestags-sitzung am 26. September 1968 (Sten.Ber. 5. WP 186. Sitzung S. 10121 f., hier S. 10122).

45 Willi Stoph (1914–1999), Maurer; 1964–1973 Vorsitzender des Ministerrats der DDR. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 686 Anm. 46. – Zum Briefwechsel vgl. DZD V/1 S. 1115–1117 (Brief Stophs vom 10. Mai 1967) und EBD. S. 1668–1670 (Brief Stophs vom 18. September 1967).

Nächster und letzter Punkt zu dieser Ostpolitik: Das, was die Regierung sagt, ist weniger, als was sie tut. Was sie tut, ist eine Fülle von Vorleistungen an die Sowjetunion. Der Bundeskanzler kennt und er hat darauf verzichtet – aber ich bin nicht so gebunden wie er als früherer Amtsträger – die Gespräche mit der Sowjetunion über Beginn von Entlastungen in Berlin. Wenn Sie das alles angeboten hätten, Herr Bundeskanzler, wäre es ganz anders gegangen mit Moskau. Da ging es um so bescheidene Fragen wie, ob mal ein Ausschuß nicht nach Berlin gehen könne. Was ist der Start dieser Regierung? Kein gesamtdeutscher, sondern ein binnendeutscher Minister; ein Bundesbevollmächtigter, der nicht mehr in Berlin, sondern in Bonn amtiert (früher hätte man das Demontage genannt, Franz Amrehn); die Weigerung der beiden anderen Partner gestern im Ältestenrat, unserer Anregung, im Januar wenigstens eine Ausschuß- und Fraktionswoche in Berlin zu machen, zuzustimmen.<sup>46</sup> Man hat nicht gewagt, gleich das abzulehnen, man hat gesagt, man müsse das überlegen, aber man hat sehr negative Einwände dagegen gemacht. Und wenn Sie das alles zusammensehen, dann haben Sie hier mehr noch Fakten, die noch schlimmer sind, als dieser eine Satz, der uns alle sicherlich schon stört.

Der dritte Punkt – ich mache das ganz kurz – ist, glaube ich, folgender: Wir müssen der Regierung Leichtfertigkeit auf dem finanziellen Gebiet vorwerfen, denn ich meine, ohne einen Gesamtplan hier vorzuhaben oder erst mal einen auszugeben, zu sagen, der eine kriegt diese Steuer und der andere jene Steuer, wie das so überhaupt auf dem ganzen Gebiet, auch mit der Wehrpflicht, gemacht wird, das wird alles so leichthändig und leichtfertig gemacht. Wir sollten uns auf der anderen Seite nicht gegen irgendeine dieser Sachen wenden, sondern sollten uns berümen, daß diese Opposition nicht mit dem Geldausgeben angefangen hat. Denn wenn wir eine Opposition aus dem Geist wären wie im Jahre 1965 die SPD, die sich weigerte, das Haushaltssicherungsgesetz<sup>47</sup> zu machen, dann hätten wir doch längst die Überbrückungszahlung für die Kriegsoffer beantragt, die Überbrückungszahlung für die Beamten beantragt und all diese schönen Sachen, die im Gelände sind. Das haben wir nicht getan. Das Ausgeben von Geld ohne Gesamtplan blieb denen vorbehalten, und das sollte man auch, glaube ich, gebührend kritisieren.

Letzter Punkt, meine Freunde: Ich glaube, wir sollten festhalten, nicht nur auf dem finanziellen Gebiet und dem wirtschaftlichen Gebiet – da stimme ich Franz Josef Strauß zu –, sondern insgesamt, daß noch niemals ein Bundeskanzler bei seinem Amtsantritt solche Möglichkeiten hatte, wie dieser jetzt. Das ist wahr. Die Trümmer sind weg. Die Hektik des Wiederaufbaus ist weg. Und wenn man sich umsieht in der Welt, gibt es auch ein paar neue Möglichkeiten. Das sollten wir minutiös festhalten, um daran dann zu messen, was dieser Mann mit seiner Regierung daraus zu machen imstande ist. (*Beifall.*)

---

46 SPD und FDP sprachen sich gegen gemeinsame Ausschuß-, Fraktions- und Arbeitskreissitzungen in Berlin aus. Vgl. „Die Welt“ vom 28. Oktober 1969 „Erste Kontroverse über Bundestagswoche in Berlin“.

47 „Gesetz zur Sicherung des Haushaltsausgleichs (Haushaltssicherungsgesetz)“ vom 20. Dezember 1965, BGBl. 1965 I S. 2065.

*Kiesinger*: Meine Damen und Herren! Jetzt erhebt sich die Frage einer Aussprache zu dem, was wir drei hier versucht haben darzustellen. Ich würde vorschlagen, wenn jemand noch einen Beitrag zu leisten hat, der hier vor allem noch nicht artikuliert wurde, wäre es sachdienlich, und Anregungen, die zu der Regierungserklärung zu machen sind von dem einen oder anderen, wären – glaube ich – auch nützlich. Ich würde also vorschlagen – wir haben jetzt 13.00 Uhr, die Fraktions-sitzung ist um 15.00 Uhr, doch eine gewisse Spanne für eine Aussprache noch vorsehen. Darf ich um Wortmeldungen bitten.

*Birrenbach*<sup>48</sup>: Herr Vorsitzender! Ich möchte auf drei Punkte ganz kurz hinweisen:

1. Die eindeutige Priorität, die Herr Brandt auch in Gremien, in denen ich zusammen mit ihm vertreten bin, immer wieder der europäischen Friedensordnung vor dem Problem der europäischen Einigung gibt. Das sollten wir sehr stark beachten. Nicht umsonst setzt sich Herr Brandt von der Einbeziehung Schwedens in die europäische Einheit ab. Das bedeutet praktisch die Aufgabe des Zieles, das wir uns immer gesetzt haben, der eigentlichen politischen Einigung Europas.

2. Seine Erklärungen zum europäischen Sicherheitssystem – ich hätte im übrigen noch hinzufügen können zu dem, was Herr Strauß gesagt hat zu der Erklärung, die der Bundesaußenminister auf der Konferenz in Washington der NATO<sup>49</sup> zusammen mit Herrn Nenni<sup>50</sup> abgegeben hat, auch die waren nicht eindeutig abgestimmt. Da war er der einzige neben dem Sozialisten Nenni, der dieser Konferenz einen besonderen Vorrang eingeräumt hat. Die Erklärungen zur europäischen Sicherheitskonferenz sind das Dürftigste, was in der ganzen Regierungserklärung steht.

3. Sie wissen, meine Freunde hier in der Fraktion, wie sehr ich verbittert gewesen bin über die gaullistische Politik der letzten Jahre. Aber die Tatsache, wie das Problem Frankreich mit einer Silbe nur angefaßt ist, halte ich für höchst bedenklich.

*Amrehn*: Meine Herren Vorsitzende! Der Herr Bundeskanzler hat eingangs gesagt, er wolle nicht mehr davon sprechen, daß es sich um eine Verfälschung des Wählerwillens bei der Bildung der Regierung handelt. (*Kiesinger*: Nicht im Bundestag.) Vielleicht benutzt man nicht den Ausdruck. Aber ich glaube, wir können gar nicht darauf verzichten, zum Ausdruck zu bringen, daß hier doch eine Manipulation vorgelegen hat, alle FDP-Stimmen der Linken zuzuschlagen. Wir müssen es einfach auch zum Ausdruck bringen, wenn wir der Werbung Auftrieb geben wollen, von der vorhin die Rede war.

Wir haben von dem Auftrieb gesprochen, Herr Bundeskanzler; ich darf ein weiteres Beispiel erwähnen. Unser neuer Berliner Landesvorsitzender<sup>51</sup> hat in der letzten Wo-

---

48 Dr. Kurt Birrenbach (1907–1987), Jurist; 1957–1976 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 844 Anm. 75.

49 Tagung des NATO-Rates am 10./11. April 1969 in Washington. Zum Schlußkommuniqué vgl. BULLETIN Nr. 46 vom 15. April 1969 S. 294 f.

50 Pietro Nenni (1891–1980), italienischer Politiker; 1968/69 Außenminister. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1384 Anm. 17. Zu den Äußerungen Nennis vgl. EBD.

51 Peter Lorenz (1922–1987), Rechtsanwalt und Notar; 1945 CDU, 1946–1949 und 1953 Vorsitzender der JU Berlin, 1954–1980 MdB, 1969–1981 Vorsitzender des LV Berlin, 1976/77



che in einer Berliner Tageszeitung eine große Anzeige veröffentlicht mit einem Schein, auf dem man sein Interesse für Mitgliedschaft bekunden konnte. Auf diese eine Anzeige sind in Berlin 240 Anmeldungen eingegangen. Das ist ein ganz ungeheures Ergebnis – 240 auf eine Anzeige. Und ich möchte damit verstärkt zum Ausdruck bringen, Herr Bundeskanzler, darin wird doch auch mit einer solchen Anmeldung gesagt, daß man mit den entscheidenden Sätzen dieser Regierungserklärung nicht einverstanden ist. Man kann nicht behaupten, man sei gewählt, um zwei deutsche Staaten zu proklamieren. Das Schreckliche ist ja, daß sich solche Erklärungen eines Kanzlers überhaupt nicht mehr zurückrufen lassen, wenn sie erst einmal ausgesprochen sind. Aber ich frage mich, wie die Kollegen agieren sollen, die morgen in Neu-Delhi sind bei der Interparlamentarischen Union<sup>52</sup>, um den Eintritt der Zone in diesen Bund zu verhindern. Den Auftrag hat mir die Fraktion gegeben, und ich spreche jetzt, weil ich nachher schon weg sein werde. Wie soll man jetzt eigentlich noch argumentieren? Und in diesem Zusammenhang nur noch der eine Satz, der an sich keine Grundlage schafft: Wir erkennen völkerrechtlich nicht an den Nutzen, um unseren Standpunkt zu vertreten, aber wir haben keine Rückendeckung mehr durch die eigene Regierung. Und der sozialdemokratische Kollege hat ja vor wenigen Tagen gesagt, wir sollen es noch einmal tun, aber wir können es auf die Dauer nicht aufhalten. So reisen wir da schon hin.

In diesem Zusammenhang möchte ich wenigstens auf drei Passagen noch aufmerksam machen, die genau bestätigen, was schon gesagt worden ist. Es wird unendlich viel geredet über innere Reformen und solche Geschichten, ein Sammelsurium bereitwilliger Ministerien. Das, was man eigentlich will, findet nur geringen Ausdruck. Und hier möchte ich aufmerksam machen auf Seite 37 oben. Da steht doch: „Unsere gemeinsamen Interessen bedürfen zusätzlicher Versicherungen nicht, noch sich wiederholender Erklärungen. Sie sind tragfähig für eine selbständigere deutsche Politik in einer aktiveren Partnerschaft.“ Sicher ist der Satz mit Herrn Kissinger auch abgestimmt, aber mit der größeren Selbständigkeit wird ja jener Wankelmut angedeutet und jene Schaukelfähigkeit, mit der man künftig also arbeiten will. Dazu gehört auch, daß man zu den Abmachungen bereit sei gegenüber der uns unmittelbar benachbarten Tschechoslowakei, die über die Vergangenheit hinausführen. Damit ist doch undeutlich gesagt, daß man mehr tun will und schon tun wird, bevor das Volk etwas davon erfährt. Letzter Satz hierzu: Man sagt, man werde den Nichtverbreitungsvertrag<sup>53</sup> un-

---

und 1980–1987 MdB, 1982–1987 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeskanzler und Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin. – Die Berliner CDU warb in diversen Berliner Tageszeitungen, vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 25./26. Oktober 1969 „Berliner CDU wirbt verstärkt um neue Mitglieder“. Eine Anzeige mit dem Bild von Peter Lorenz erschien am 22. Oktober 1969 in der „Berliner Morgenpost“.

52 Die 57. IPU-Tagung fand vom 30. Oktober bis 7. November 1969 statt. Zur Bedeutung der deutschen Teilnahme vgl. das Schreiben von Gerhard Jahn an Rainer Barzel vom 2. Oktober 1969 in ACDP 08–001–349/2. Resolutionen als BT-Drs. VI/235, weitere Unterlagen in ACDP 01–294–049/3. – Gerhard Jahn (1927–1998), Rechtsanwalt und Notar; 1969–1974 Bundesminister der Justiz (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 704 Anm. 74.

53 Der Vertrag (Treaty On The Non-Proliferation Of Nuclear Weapons) wurde am 1. Juli 1968 von den USA, der Sowjetunion und Großbritannien unterzeichnet und trat am 5. März 1970

terzeichnen, sobald die noch ausstehenden Klärungen herbeigeführt sind. Ob positiv oder negativ, wird in diesem Zusammenhang völlig offengelassen. Man hat eine Antwort bekommen und unterzeichnet dann, weil man die Antwort in jedem Falle positiv interpretiert, obwohl sie so nicht ausgelegt werden darf. Im übrigen meine ich, haben wir ein kleines Stück Parteireform schon vollzogen, indem die Vorstände nach meiner Erinnerung erstmals gemeinsam tagen. Ich finde, das ist ein guter Anfang.

*Blumenfeld*<sup>54</sup>: Ich möchte nur zwei Bemerkungen machen dürfen: Herr Vorsitzender, ich glaube, daß Franz Josef Strauß völlig recht hat, wenn er darauf hinweist, daß gerade diese europäische Sicherheitskonferenz wirklich eine historische Weichenstellung bedeuten würde, wenn wir dem Kurs folgen, der in der Unverbindlichkeit der Aussage der Regierungserklärung liegt. Ohne das nun zu wiederholen, was der Kollege Strauß gesagt hat, so möchte ich also ganz deutlich sagen, daß das in Wirklichkeit die vertragliche Pax sovjetica sein würde, die wir dann haben würden. Deswegen müssen wir in dieser Frage ganz deutlich werden. Ich habe mir erlaubt, in unserem Arbeitskreis V schon vor einigen Tagen dieses Thema als eines der zentralsten anzusprechen<sup>55</sup>, und wir werden ja Gelegenheit haben, nachher noch darüber zu verhandeln, wie und in welcher Form wir das im Bundestag morgen darstellen. Ich möchte nur hierzu hinzufügen dürfen, meine Freunde, daß es der zufälligen Anwesenheit des CDU-Abgeordneten, der hier vor Ihnen im Moment steht, zu verdanken ist, daß im Europarat in Straßburg keine Entschließung in dieser Richtung, wie sie die Sozialisten Europas wollten, formuliert wurde.<sup>56</sup> Ich habe also damals einen vehementen Einspruch erhoben, und sie ist zurückgezogen worden. (*Kiesinger*: Hinsichtlich welcher Art?) Hinsichtlich der geplanten europäischen Sicherheitskonferenz, und zwar in genau der Richtung, die hier von den deutschen Sozialdemokraten ganz offensichtlich eingespielt wird. Und ich hatte Gelegenheit, neulich in Brüssel bei der NATO-Parlamentarier-Konferenz<sup>57</sup>, mit meinem vorgelegten Bericht immerhin die Mehrheit aller Parlamentarier der Mitgliedsstaaten dahingehend zumindest zu beeinflussen, daß

---

in Kraft. Er untersagt den Nichtkernwaffenstaaten die atomare Rüstung, sichert ihnen aber gleichzeitig Hilfe bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu. Die Bundesrepublik Deutschland trat dem Vertrag am 28. November 1969 bei, die Ratifizierung erfolgte am 5. Februar 1975. – Vertragstext in BULLETIN Nr. 145 vom 29. November 1969 S. 1237–1240. Liste der Unterzeichnerstaaten im Internet: <http://www.fas.org/nuke/control/npt/text/npt3.htm>.

54 Erik Bernhard Blumenfeld (1915–1997), Kaufmann; 1961–1980 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 45 Anm. 32.

55 Es handelt sich um die Sitzung vom 23. Oktober 1969, von der kein Protokoll existiert. Vgl. dazu auch ACDP 08–001–412/2.

56 Tagung der Beratenden Versammlung des Europarats vom 29. September bis 4. Oktober 1969 in Straßburg, vgl. AdG 1969 S. 15149f. Die Resolution über die Befürwortung einer europäischen Sicherheitskonferenz wurde zurückgestellt, vgl. dpa vom 2. Oktober 1969 „Psychologischer Rückschlag für europäische Entspannungspolitik“.

57 15. Sitzung der NATO-Parlamentarier vom 16. bis 21. Oktober 1969 in Brüssel. Blumenfeld sprach sich für die Einrichtung einer NATO-Eingreiftruppe („NATO-Feuerwehr“) aus, vgl. „Die Welt“ vom 21. Oktober 1969 „NATO-Parlamentarier warnen vor Reduzierung der US-Truppen“.

sie von unseren Argumenten in der Realität und in der pessimistischen Beurteilung einer solchen Sicherheitskonferenz aufgrund der bisher vorliegenden Tatsachen soweit beeindruckt waren, daß sie es ebenfalls nicht zu einer Entschließung haben kommen lassen, sondern unserem Standpunkt gefolgt sind. Was will ich damit sagen? Ich will damit sagen, Herr Vorsitzender, daß die Möglichkeit besteht, eine breite Mehrheit auch in der internationalen Öffentlichkeit für unseren Standpunkt zu gewinnen und daß wir das also sehr deutlich machen sollten.

Zweiter Punkt: Obwohl ich also von der Fraktion dafür gar nicht legitimiert bin zu sprechen, so möchte ich meinen, daß die Erklärung des Herrn Brandt im Hinblick auf den innenpolitischen und gesellschaftspolitischen Teil sehr dürftig gewesen ist. Da das bisher in unserer Diskussion hier heute etwas zu kurz gekommen ist, möchte ich mir die Anregung erlauben, daß darüber noch sehr deutlich gesprochen werden müßte. Es muß uns auch gelingen, die junge Generation ein bißchen von der Glaubwürdigkeit der von uns vertretenen Politik in diesen Bereichen zu überzeugen.

*Kiesinger:* Wird noch das Wort gewünscht?

*Lemmer*<sup>58</sup>: Ich möchte darauf hinweisen, daß die von mir geführten mitteldeutschen Verbände<sup>59</sup>, die ja jetzt zusammengefaßt sind, auf meinen Rat geschwiegen haben bis zu dieser Stunde, weil wir erst die Regierungserklärung zur Kenntnis nehmen wollten, die ich am Sonntag in einer Woche bei einer großen Tagung<sup>60</sup> in der Stadthalle Kassel genauso angreifen werde, wie es hier von meinen Vorrednern geschehen ist. Auf dieser überparteilichen Plattform kann ich nun angreifen, nachdem die Regierungserklärung vorliegt. Vorher etwas zu sagen, lehnte ich ab, weil ich es ja schwer habe, mit Rücksicht auf Anwesenheit von Bundestagsabgeordneten der beiden Regierungsfractionen mich durchzusetzen mit meiner kritischen Auffassung an der Regierungserklärung, die ja für die, die mitteldeutsche Politik betreiben, völlig unbefriedigend gewesen ist. Dann darf ich noch zur Kenntnis bringen, weil ich von Bundeskanzler Erhard her einen kulturellen, politischen Sonderauftrag für Berlin hatte, daß ich den selbstverständlich am Tag der Wahl des neuen Bundeskanzlers zurückgegeben habe nach den guten Regeln parlamentarischer Demokratie. Nicht daß der Eindruck entsteht, ich drücke mich etwa und versuche zu spekulieren, diese nette Sache, die mir die Arbeit erleichtert hat, etwa fortsetzen zu wollen. Also, damit hier absolute Klarheit geschaffen worden ist, diese meine Bemerkung.

*Kiesinger:* Wird sonst noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir werden ja reichlich Gelegenheit haben, insbesondere Herr Blumenfeld, zu dem innenpoli-

---

58 Ernst Lemmer (1898–1970), Redakteur; 1950–1969 MdA Berlin (CDU), 1961–1970 Vorsitzender der Exil-CDU. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 84 Anm. 26.

59 Bund der Mitteldeutschen, gegründet 19./20. April 1969 (aufgelöst am 31. Dezember 1993), in Berlin. Mitglieder waren u. a. der Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge, die Vereinigten Landsmannschaften Mitteldeutschlands und die Interessengemeinschaft der in der Zone enteigneten Betriebe.

60 Politische Arbeitstagung des Bundes der Mitteldeutschen am 8./9. November 1969 in Kassel (Arbeitsmaterialien in ACDP 01–280–066/5).

*Nr. 2: 28. Oktober 1969*

tischen Teil der Erklärung Stellung zu nehmen. Deswegen danke ich Ihnen dafür noch einmal, daß Sie gekommen sind, und wir wollen das zu einer guten Tradition machen, daß wir so wie heute in diesem Kreis von Zeit zu Zeit uns hier in Bonn oder in München zusammenfinden. Ich danke Ihnen.

### 3

Bonn, Freitag 7. November 1969

*Sprecher: Brauksiepe, Dufhues, Filbinger, Fricke, Gradl, von Hassel, Heck, Katzer, Kiesinger, Kohl, Kraske, Meyers, Röder, Scheufelen, Schmücker, Schröder, Schwarzhaupt, Stingl, Stoltenberg.*

*Vorbereitung des Bundesparteitags in Mainz.*

*Beginn: 16.15 Uhr*

*Ende: 19.45 Uhr*

*Kiesinger:* Es fehlen noch viele, aber ich glaube, wir sollten trotzdem beginnen. Ich bitte zunächst Herrn Dr. Heck, die Anwesenheit festzustellen.

*Heck:* Herr Dr. Barzel hat sich entschuldigt, Herr Lücke<sup>1</sup> und Herr Dr. Fricke<sup>2</sup> sind krank, Herr von Hassel<sup>3</sup> und Herr Dr. Kohl kommen zu spät. Dann fehlen noch Herr Dr. Fay<sup>4</sup>, Herr Professor Hahn<sup>5</sup>, Ernst Lemmer und Herr Dr. Stoltenberg. Herr von Weizsäcker<sup>6</sup> hat sich entschuldigt.

#### VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGS IN MAINZ

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe die Aufgabe, über die Sitzung des Präsidiums und das Ergebnis der Beratungen des Präsidiums zunächst zu berichten.<sup>7</sup> Wir hatten ursprünglich vorgesehen, den Bundesparteitag am Montag, dem 17. November 1969, um 11.00 Uhr zu beginnen, weil wir davon ausgegangen sind, daß dann so im Umkreis von 200 km am Montagvormittag noch angereist werden kön-

- 
- 1 Paul Lücke (1914–1976), Schlosser; 1949–1972 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 76 Anm. 21.
  - 2 Dr. Otto Fricke (1902–1972), Unternehmer; 1947–1951 und 1955–1970 MdL Niedersachsen, 1960–1969 Vorsitzender der CDU in Niedersachsen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 29 Anm. 56.
  - 3 Kai-Uwe von Hassel (1913–1997), Kaufmann; 1965–1980 MdB (CDU), 1969–1972 Präsident des Bundestags. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 24 Anm. 50; Volker Koop: Kai-Uwe von Hassel. Eine politische Biographie. Köln 2007.
  - 4 Dr. Wilhelm Fay (1911–1980), Landgerichtsrat; 1953–1970 MdL Hessen (CDU), 1966–1972 Bürgermeister von Frankfurt. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 82 Anm. 24.
  - 5 Dr. Wilhelm Hahn (1909–1996), Theologe; 1950 Professor für Praktische Theologie an der Universität Heidelberg, 1968–1980 MdL Baden-Württemberg (CDU), 1964–1978 Kultusminister. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 601 Anm. 28.
  - 6 Dr. Richard von Weizsäcker (geb. 1920), Jurist; 1969–1981 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 177 Anm. 6.
  - 7 Protokoll der CDU-Präsidiumssitzung vom 6. November 1969 in ACDP 07–001–1402.

ne. In der Zwischenzeit haben wir festgestellt, daß es ein sehr intensives Bedürfnis gibt, daß die Bundespartei sich landesverbandsweise aufgegliedert am Sonntagabend zur Vorbereitung des Parteitages zu treffen wünscht, so daß wir unterstellen können, daß die Delegierten im großen und ganzen bereits am Sonntagabend in Mainz anwesend sind. Es entfällt also der Grund dafür, um 11.00 Uhr erst mit dem Parteitag zu beginnen, und ich glaube, daß es dann nur nützlich ist, wenn wir den Beginn auf 9.00 Uhr vorverlegen, weil wir dann zwei Stunden für die Beratungen gewinnen. Das Präsidium empfiehlt diese Regelung.

Wir haben dann beraten, wer für das Präsidium des Parteitages vorgeschlagen werden soll. Sie wissen, daß es üblich ist, daß der gastgebende Landesvorsitzende Präsident des Parteitages ist. Dies ist in diesem Fall Herr Ministerpräsident Dr. Kohl. Als Mitglieder schlagen wir vor: Herrn Benda<sup>8</sup>, Berlin; Herrn Blüm<sup>9</sup>, Rheinland-Pfalz; Herrn Echternach<sup>10</sup>, Hamburg; Frau Griesinger<sup>11</sup>, Baden-Württemberg; Herrn Lenz, Rheinland; Frau Pieser<sup>12</sup>, Berlin; Herrn Ritz<sup>13</sup>, Niedersachsen; Herrn Stoltenberg, Schleswig-Holstein; Herrn Vogel<sup>14</sup>, Westfalen. Das liegt Ihnen vor. Das Präsidium empfiehlt, daß diese Zusammensetzung des Parteitagspräsidiums vom Vorstand aus dem Bundesausschuß vorgeschlagen wird.

Nun zur Redaktionskommission. Die Redaktionskommission soll unter dem Vorsitz des Generalsekretärs tagen. Da aber gerade bei diesem Parteitag mit Sicherheit der Generalsekretär bei den Beratungen des Parteitages im Plenum anwesend sein muß, scheint es mir richtig und wichtig zu sein, daß wir hier Herrn Dr. Kraske<sup>15</sup> als

- 
- 8 Ernst Benda (1925–2009), Rechtsanwalt; 1957–1971 MdB (CDU), 1968/69 Bundesminister des Innern. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 168 Anm. 6.
- 9 Dr. Norbert Blüm (geb. 1935), Werkzeugmacher; 1949–1957 Tätigkeit bei der Adam Opel AG, 1950 CDU, 1961–1967 Studium, 1966–1968 Redakteur bei der Zeitschrift „Soziale Ordnung“, 1968–1975 Hauptgeschäftsführer der CDA, 1972–1981 und 1983–2002 MdB, 1977–1987 Bundesvorsitzender der CDA, 1982–1998 Bundesminister für Arbeit, 1987–1999 Vorsitzender des LV Nordrhein-Westfalen. Vgl. LEXIKON S. 197 f.
- 10 Jürgen Echternach (1937–2006), Jurist; 1964–1970 Vorsitzender der JU Hamburg, 1969–1973 Bundesvorsitzender der JU, 1966–1981 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1974–1992 Vorsitzender des LV Hamburg, 1980–1994 MdB. Vgl. LEXIKON S. 226.
- 11 Annemarie Griesinger (geb. 1924), Jugend- und Wirtschaftsfürsorgerin; 1956–1959 JU Nordwürttemberg, 1964–1972 MdB, 1972–1980 Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung und 1980–1984 für Bundesangelegenheiten und Europa-Beauftragte in Baden-Württemberg, 1976–1984 MdL Baden-Württemberg. Memoiren: Annemarie Griesinger: Heidenei, Frau Minister! Lachen ist die beste Politik. Hg. von Martin HONECKER. Stuttgart/Leipzig 2006.
- 12 Liselotte Pieser (1917–1998), Diplom-Volkswirtin; 1968–1980 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 168 Anm. 3.
- 13 Burkhard Ritz (geb. 1931), Diplom-Landwirt; 1956 CDU, 1965–1980 MdB, 1969–1972 Bundesvorsitzender der Katholischen Landvolkbewegung Deutschlands, 1980–1986 Finanzminister und 1986–1990 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Niedersachsen, 1982–1994 MdL Niedersachsen.
- 14 Friedrich Vogel (1929–2005), Jurist; 1965/66 und 1969–1994 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 498 Anm. 21.
- 15 Konrad Kraske (geb. 1926), Historiker; 1958–1970 Bundesgeschäftsführer der CDU, 1965–

Stellvertreter bestimmen, weil es möglich wäre, daß während des Parteitages die Redaktionskommission einmal zusammentreten muß. Und wie gesagt, ich möchte mich dann nicht mit der Begründung aus dem Plenum entfernen.

Sonst werden vorgeschlagen: Herr Echternach, Herr Hasselmann<sup>16</sup>, Herr Köppler<sup>17</sup>, Frau Laurien<sup>18</sup>, Herr Lummer<sup>19</sup>, Herr Russe<sup>20</sup>, Herr Schäfer<sup>21</sup>, Herr Schwarz-Schilling<sup>22</sup>, Herr Stingl<sup>23</sup>, Herr Vogel<sup>24</sup>, Herr von Weizsäcker, Herr von Wrangel<sup>25</sup>, Herr Lampersbach<sup>26</sup>. Vielleicht ist es am besten, falls irgendwelche Änderungswünsche sind, daß wir das jeweils gleich erledigen. Dann können wir davon ausgehen, daß der Vorstand sich dem Vorschlag des Präsidiums anschließt.

---

1980 MdB, 1962–2002 Mitglied des ZDF-Fernsehrates (1992–2002 Vorsitzender). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 2 Anm. 7

- 16 Wilfried Hasselmann (1924–2003), Landwirt; 1963–1994 MdL Niedersachsen (CDU), 1965–1970 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1968–1990 Vorsitzender der CDU in Niedersachsen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1232 Anm. 2.
- 17 Heinrich Köppler (1925–1980), Jurist; 1965–1970 MdB (CDU), 1969–1980 Vorsitzender der CDU Rheinland. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 942 Anm. 20; Stefan MARX: Heinrich Köppler (1925–1980). Politik aus christlicher Verantwortung (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 51). Düsseldorf 2006.
- 18 Dr. Hanna-Renate Laurien (geb. 1928), Studienrätin; bis 1957 im Schuldienst, 1957–1963 Ministerialrätin im Kultusministerium Nordrhein-Westfalen, 1966 CDU, 1971–1976 Staatssekretärin und 1976–1981 Kultusministerin in Rheinland-Pfalz, 1981–1995 MdA Berlin. Vgl. LEXIKON S. 308 f.
- 19 Heinrich Lummer (geb. 1932), Diplom-Politologe; 1953 CDU, 1965–1969 Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin, 1967–1986 MdA, 1981–1984 Bürgermeister von Berlin, 1981–1986 Senator für Inneres, 1987–1998 MdB.
- 20 Hermann Josef Russe (1922–2008), Diplom-Volkswirt; 1965–1980 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 84 Anm. 27.
- 21 Dr. Manfred Schäfer (1921–1999), Diplom-Volkswirt; 1968–1970 Vorsitzender des Wirtschaftsrats der CDU e. V. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 963 Anm. 56.
- 22 Dr. Christian Schwarz-Schilling (geb. 1930), Unternehmer; 1960 CDU, 1964–1968 Mitglied der Kreistagsfraktion in Büdingen, 1966–1976 MdL Hessen, 1967–1980 Generalsekretär der CDU Hessen, 1971–1982 Mitglied des ZDF-Fernsehrates, 1976–2002 MdB, 1982–1989 Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen und 1989–1992 für Post- und Telekommunikation. Vgl. LEXIKON S. 363 f.
- 23 Josef Stingl (1919–2004), Diplom-Politologe; 1968–1984 Präsident der Bundesanstalt für Arbeit. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 28 Anm. 55; Günter BUCHSTAB: Josef Stingl (1919–2004). In: ZEITGESCHICHTE IN LEBENSBILDERN S. 187–199.
- 24 Dr. Bernhard Vogel (geb. 1932), Politologe; 1967–1971 Minister für Unterricht und Kultus und 1971–1976 Kultusminister von Rheinland-Pfalz, 1971–1988 MdL Rheinland-Pfalz (CDU), 1976–1988 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 1989–1995 und seit 2001 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 1992–2003 Ministerpräsident von Thüringen. Vgl. Dieter ALTHAUS/Günter BUCHSTAB/Norbert LAMMERT/Peter MOLT (Hg.): Mut, Hoffnung, Zuversicht. Festschrift für Bernhard Vogel zum 75. Geburtstag. Paderborn 2007.
- 25 Olaf Baron von Wrangel (1928–2009), Journalist; 1965–1982 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 805 Anm. 17.
- 26 Egon Lampersbach (1917–1982), Kaufmann; 1965–1982 MdB (CDU), 1968–1977 Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1233 Anm. 4.

Wir kommen dann zur Mandatsprüfungskommission. Vorsitzender: Staatssekretär Dr. Holkenbrink<sup>27</sup>; Mitglieder: Herr Rummmler<sup>28</sup>, Herr Kalisch<sup>29</sup>, Herr Schiestl<sup>30</sup>. – Ich kann auch hier feststellen, daß Sie damit einverstanden sind.

Dann ist die vorläufige Tagesordnung, die Ihnen zugegangen ist, ergänzt worden durch die Punkte „Anträge“ und „Beschlüßfassung über eine Beitrags- und Finanzordnung“. Ich glaube nicht, daß dazu etwas Besonderes zu bemerken ist.

Zu Beginn des Parteitages ist vorgesehen, daß folgende Persönlichkeiten Grußworte sprechen: 1. Der Präsident des Parteitages, Herr Dr. Kohl; 2. der Oberbürgermeister von Mainz, Jockel Fuchs<sup>31</sup>; 3. ein Vertreter der CSU<sup>32</sup>; 4. zwei Vertreter der ausländischen Ehrengäste. Wir verfahren hier wiederum so wie in Berlin, daß hier nicht zehn Reden gehalten werden, sondern daß einer für die christlich-demokratischen Parteien und einer für die konservativen Parteien des Nordens spricht. Das wird für die christlichen Parteien der Vizepräsident der EUCD, Dr. Rosenberg<sup>33</sup> aus der Schweiz, sein, der allen wohlbekannt ist, und für die konservativen Parteien die Lady Emmet<sup>34</sup>.

Die zeitliche Abfolge des Parteitages ist dann wie folgt gedacht: um 9.00 Uhr Eröffnung, Begrüßung und Grußworte. Das Ganze sollte bis 10.00 Uhr etwa abgewickelt sein. Dann käme eine erste Ansprache des Vorsitzenden. Der Vorsitzende hat von sich aus vorgeschlagen, daß er zu Beginn des Parteitages nicht eine große, lange Rede hält, sondern etwa eine halbe Stunde spricht und dann am Ende der Aussprache, wenn also

---

27 Heinrich Holkenbrink (1920–1998), Studienrat; 1945 CDU, 1958–1961 Landesvorsitzender der JU Rheinland-Pfalz, 1959–1961 MdL Rheinland-Pfalz, 1961–1967 MdB, 1967–1971 Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, 1971–1985 Minister für Wirtschaft und Verkehr in Rheinland-Pfalz. Vgl. Christoph STOLLENWERK (Hg.): Heinrich Holkenbrink. Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Rheinland-Pfalz 1971–1985. So sehen ihn Freunde und Wegbegleiter. Mainz 1985.

28 Gerold Rummmler (1924–1997), seit 1953 Mitarbeiter des CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1970–1995 Hauptgeschäftsführer der OMV. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 547 Anm. 37.

29 Joachim Kalisch (geb. 1929), Großhandelskaufmann; 1948 CDU, 1949–1965 Kreisvorsitzender der JU, 1959–1965 stv. Landesvorsitzender, 1960–1964 Landessekretär der JU Berlin, 1965–1971 Landesgeschäftsführer der CDU Berlin, 1980–1990 MdB.

30 Martin Schiestl (1924–1993), Kaufmann; 1948 BCSV, 1954–1959 Sozialsekretär und 1959–1988 Geschäftsführer des CDU-Landes- bzw. Bezirksverbands Südbaden, Mitglied des Bundesfinanzausschusses und der Bundesfinanzkommission der CDU, stv. Vorsitzender der Stiftung Versorgungswerk der CDU.

31 Jockel (Jakob) Fuchs (1919–2002), Journalist; 1948 SPD, 1955–1971 MdL Rheinland-Pfalz, 1958–1965 Chefredakteur „Die Freiheit“ (Mainz), seit 1962 Mitglied des ZDF-Fernsehrates (1976–1992 Vorsitzender), 1965–1987 Oberbürgermeister von Mainz, 1966–1970 Vorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz.

32 Max Streibl (1932–1998), Jurist; 1967–1971 Generalsekretär der CSU. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 853 Anm. 8.

33 Dr. Martin Rosenberg (1908–1976), Schweizer Journalist und Politiker; 1941–1968 Generalsekretär der Christlichdemokratischen Volkspartei. – Statt seiner sprach Mario Scelba (1901–1991), italienischer Politiker (DC); 1954/55 Ministerpräsident, 1969–1971 Präsident des Europäischen Parlaments.

34 Evelyn Emmet, Baroness Emmet of Amberley (1899–1980), britische Politikerin (Konservative Partei); 1955–1964 Abgeordnete des Unterhauses, 1964–1980 Mitglied des Oberhauses.



die Aussprache abgeschlossen ist, eine zusammenfassende Rede, eine Rede, die sich dann weniger mit der Vergangenheit befaßt, sondern mehr mit dem, was in den nächsten Jahren für uns zu tun ist. Um 10.30 Uhr käme dann der Bericht des Generalsekretärs, anschließend die Aussprache. Wir werden also sicher bis zum Mittagessen noch 1 ½ Stunden Zeit für die Aussprache haben, die nach dem Mittagessen von 15.00 Uhr bis 19.00 Uhr, wenn notwendig auch bis 20.00 Uhr fortgesetzt werden kann. Das sind immerhin sechs bis sieben Stunden. Wir müßten mit dem gastgebenden Landesvorsitzenden noch die eine Frage klären. Er hat ja für den Abend eingeladen. Vielleicht können wir die Dinge etwas elastisch gestalten, so daß diese Einladung eventuell von 20.00 Uhr auf 21.00 Uhr verschoben werden kann.

Wir würden dann am Dienstag um 9.00 Uhr beginnen mit dem Bericht des Vorsitzenden der Fraktion. Danach ist die Fortsetzung der Aussprache vorgesehen. Am Ende der Aussprache käme die Beschlußfassung über die vorliegenden Anträge. Und dann sollte der Vorsitzende seine große Rede halten. Wir sind der Meinung, daß wir für den Dienstag dann nicht mehr als eine Stunde Mittagspause vorsehen sollten, einfach deswegen, weil wir davon ausgehen müssen, daß wir am Nachmittag eventuell für die Wahlen sehr viel Zeit brauchen. Sie erinnern sich, in Braunschweig waren teilweise sechs Wahlgänge notwendig. Aber wir hätten dann am Nachmittag noch die Beitrags- und Finanzordnung zu verabschieden, den Bericht der Rechnungsprüfer entgegenzunehmen und die Entlastung des Vorstandes. Daran würden sich die Wahlen anschließen. Das ist also das Konzept für den Ablauf des Parteitagcs.<sup>35</sup>

Es sind bei uns fristgerecht 20 Anträge eingegangen, von denen vier eine Änderung der Satzung vorschlagen, acht sich auf die allgemeine Arbeit der Partei beziehen und die übrigen politische Sachfragen ansprechen.<sup>36</sup> Am besten ist vielleicht doch, wenn hier Herr Dr. Kraske über die Anträge kurz berichtet. Die Anträge werden an die Redaktionskommission überwiesen und von dort vorgetragen, weil es für uns doch wichtig ist, vom Vorstand eine Meinung zu den einzelnen Anträgen zu haben, damit wir in etwa im Sinne des Vorstands in der Redaktionskommission tätig werden können.

*Kraske:* Ich darf Sie bitten, die Drucksache, die vor Ihnen liegt, zur Hand zu nehmen, in der die Anträge nach drei Sachgebieten geordnet sind, die Herr Dr. Heck eben schon genannt hat: Anträge auf Satzungsänderungen, Anträge zu Fragen der Parteiarbeit und eigentliche politische Sachanträge.

Die Anträge auf Satzungsänderungen beginnen mit dem Antrag, jeder Kreisverband möge zukünftig durch mindestens einen Delegierten auf dem Bundesparteitag vertreten sein. Dieser Antrag ist gesetzlich unzulässig, weil das Delegationsrecht selbstverständlich bei den Mitgliedern liegt und der Delegationsschlüssel nur in der Mitgliederzahl oder in der Wählerzahl liegen kann, aber nicht in der Zahl der Kreisverbände.

Der zweite Antrag von der Frauenvereinigung ist – wie mir scheint – richtig und sehr vernünftig. Es hat bisher manchmal Streit gegeben zwischen Vereinigungen, de-

---

<sup>35</sup> Vgl. CDU, 17. BUNDESPARTEITAG.

<sup>36</sup> Zur Behandlung der Anträge vgl. EBD. S. 107–119, S. 145–187 und S. 206–209.

ren Vorsitzender bereits persönlich in den Vorstand gewählt war und anderen, wo das nicht der Fall war, ob diese Vereinigungen zusätzlich noch einen Vertreter im Vorstand haben dürfen. Hier ist jetzt festgelegt, daß jede Vereinigung einen speziellen Vertreter in den Vorstand und in den Ausschuß entsenden kann, ganz gleich, ob der Vorsitzende dem Vorstand angehört oder nicht. Ich glaube, dieses sollte der Vorstand unterstützen.

Der dritte Antrag verlangt, die Bestimmung § 43 Abs. 2 wieder aufzuheben, die auf dem Parteitag in Braunschweig<sup>37</sup> heftig umstritten war. Wir haben damals beschlossen, daß bei Listenwahlen, d. h. also in unserem Falle bei der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden und bei der Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder, nur diejenigen Stimmzettel gültig sind, bei denen mindestens drei Viertel der Stimmen der zu Wählenden abgegeben sind, d. h. bei einer Wahl von 16 Personen gibt es etwa auf dem Stimmzettel 25 Kandidaten; dann sind nur solche Stimmzettel gültig, die mindestens zwölf Stimmen und höchstens 16 Stimmen erhalten. Da das Statut gleichzeitig eine Bestimmung enthält, daß nur diejenigen gewählt sind, die die Mehrzahl der abgegebenen Stimmen erhalten, d. h. also die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen, würde ein Verzicht auf diese Bestimmung dazu führen, daß wir nicht wie in Braunschweig fünf oder sechs Wahlgänge bei der Vorstandswahl hätten, sondern möglicherweise bis zu zwölf oder 15 Wahlgänge. Schon aus diesem Grunde würde ich dringend empfehlen, bei der gegenwärtigen Bestimmung zu bleiben. Eine ähnliche Bestimmung haben zehn unserer Landesverbände; zusätzlich hat der Landesverband Westfalen-Lippe, ebenso wie hier unsere Bundestagsfraktion, eine noch weitergehende Bestimmung, nach der nur die Stimmzettel gültig sind, wo alle Stimmen abgegeben sind, wo also bei 15 zu Wählenden 15 Stimmen abgegeben sind. Nur sieben Landesverbände haben keine einschlägigen Bestimmungen. Abgesehen davon, daß ich dem Vorstand dringend empfehlen würde, diesen Antrag zu unterstützen, muß ich darauf aufmerksam machen, daß die Ablehnung dieses Antrages eine sehr lebhaft und sehr lange Diskussion auslösen könnte, weil diese Frage bei einem Teil unserer Delegierten, gerade auch bei jüngeren Delegierten, sehr umstritten ist. Da aber die Partei insgesamt schon mehr als 100 Stunden auf die Diskussion dieser Frage verwendet hat, in der Bundespartei, in der Landespartei und in den Kreisverbänden, würde ich empfehlen, daß man, wenn es hierzu eine Debatte gibt, sie begrenzt auf wenige Voten für und gegen diesen Antrag und dann zu einer Abstimmung komme. Ich glaube, wir können uns nicht eine drei- oder vierstündige Satzungsdebatte in Mainz erlauben.

Vierter Antrag: Beschlüsse des Bundesparteitages sollen für die gesamte CDU verbindlich werden.

Dann kommen weitere Anträge zu Fragen der Parteiarbeit: Der erste Antrag ist eine freundliche Ermahnung und er betrifft das Alter der Vorstandsmitglieder. Der zweite Antrag ist eine Aufforderung an die Bundespartei, die nötigen Folgerungen aus der Bundestagswahl zu ziehen. Der dritte Antrag wendet sich gegen die regionale Zusammensetzung unserer Gremien und fordert, daß dabei nur nach sachlichen

---

37 15. Bundesparteitag am 22./23. Mai 1967. Vgl. CDU, 15. BUNDESPARTEITAG.

Grundsätzen zu verfahren sei. Sie sehen also, daß es sich hier in allen Fällen um sehr deklamatorische Angelegenheiten handelt. Der vierte Antrag ist ähnlich wie der Antrag I/4 zur Satzungsänderung eine Aufforderung, Mehrheitsbeschlüsse von Parteigremien in jedem Falle zu berücksichtigen. Der fünfte Antrag fordert die Einrichtung eines wissenschaftlichen Beraterstabes. Der sechste Antrag ermuntert die parteiinterne Bildungsarbeit. Und der siebente Antrag fordert auf, Vorwürfe zu klären, die in der Presse im Zusammenhang mit den Koalitionsverhandlungen aufgetaucht sind.<sup>38</sup> Schließlich zwei weitere Anträge: Nr. 8 ermuntert die Union zu Reformwillen und Reformfähigkeit und der Antrag 9 Bau eines Parteihauses und Gründung einer Bau-stein-Aktion zu dessen Finanzierung.

Ich habe den Eindruck, daß in der Debatte erstens dieses alles Fragen betrifft, die – wenn überhaupt – in der Sachdebatte über die einleitenden Referate und Berichte zur Sprache kommen werden und daß nach meiner Kenntnis der allgemeinen Diskussionslage am ehesten der Antrag II/4 – Mehrheitsbeschlüsse der Parteigremien – eine lebhaftere Aussprache auslösen könnte, da Ähnliches ja auch an anderer Stelle in den Kreisverbänden laut geworden ist. Es ist kein Zufall, daß sich der Antrag I/4 mit dieser Frage deckt. Ich würde dem Vorstand zu erwägen geben, ob man die Antragsteller nicht ermuntern sollte, die Begründung dieser Anträge in die Aussprache einzubeziehen, d. h. in der Aussprache, die sich der Eröffnungsrede des Parteivorsitzenden und dem Bericht des Generalsekretärs anschließt, diese Anträge einzubringen und zu begründen, wobei es dann noch zu entscheiden bleibt, ob man gleich anschließend jeweils darüber abstimmt oder ob man die Abstimmung an den Schluß der Debatte verlegt.

Die übrigen Anträge beziehen sich alle auf politische Sachfragen. Sie sehen das hier an dem Betreff. Sie sind im wesentlichen eine Interpretation des Berliner Programms. Sie fordern teilweise Formulierungen, die ein wenig über das Berliner Programm hinausgehen, bzw. sie fordern Konkretisierung dieses Berliner Programms. Ich sehe keine Möglichkeit nach dem Zeitplan und nach der Tagesordnung unseres Parteitages in Mainz, in eine detaillierte Programmdebatte einzutreten. Ich würde außerdem sagen, daß es uns in der Öffentlichkeit nicht sehr gut bekäme, wenn wir im vorigen November ein Berliner Programm verabschiedet haben, wenn wir im Juli dieses Programm in Essen in Form eines Wahlprogramms neu formuliert haben<sup>39</sup> und es jetzt abermals novellieren oder ergänzen. Deswegen würde ich dem Vorstand empfehlen, und das sollte als Empfehlung dann an die Redaktionskommission weitergehen, daß diese po-

---

38 Möglicherweise eine Reaktion auf kritische Presseberichte über das Verhalten verschiedener Unionspolitiker nach der verlorenen Bundestagswahl. Vgl. „Die Zeit“ vom 10. Oktober 1969 „Das Bonner Sechs-Tage-Rennen“; „Kölnische Rundschau“ vom 17. Oktober 1969 „Kiesinger grundsätzlich“; Kommentar von Jens Feddersen in „Neue Rhein-Zeitung“ vom 18. Oktober 1969 „In drei Wochen ...“.

39 Vgl. CDU, 16. BUNDESPARTEITAG. – Wahlkongreß der CDU am 7./8. Juli 1969 in Essen. Der Bundesausschuß verabschiedete das neue Wahlprogramm „Sicher in die 70er Jahre“ für die Jahre 1969 bis 1973 auf seiner Sitzung am 8. Juli 1969 in Essen (Protokoll in ACDP 07–001–602). Zum Wahlkongreß vgl. die umfangreiche Dokumentation in ACDP 07–001–5098.

litischen Sachanträge nach ihrer Begründung dem Vorstand und der Bundestagsfraktion überwiesen werden, da sie sich überwiegend mit Materien beschäftigen, die die Bundestagsfraktion auch als Opposition in den nächsten vier Jahren ohnehin zu bearbeiten hat.

*Brauksiepe*<sup>40</sup>: Ich hörte vorhin von Herrn Dr. Kraske, daß wir mit zwei anderen Anträgen die Frist versäumt haben. Aber wir konnten es nicht früher, weil heute erst der Vorstand der Vereinigung getagt hat. Und zwar geht es um einen Antrag, der in drei kleine Abschnitte aufgeteilt ist und hat zum Inhalt die Aufforderung an die CDU/CSU-Fraktion, bezüglich Familienlastenausgleich und Familienkindergeld gleich etwas zu tun, und zwar noch in diesem Jahr. Wir dachten in der Begründung, auf die ich hier nicht näher einzugehen brauche, weil es in der Regierungserklärung hierüber eine so schwächliche Aussage gibt, stände uns dies ganz gut an. Unsere Frauen haben diesen Antrag einstimmig verabschiedet. Mir bleibt wohl jetzt – wenn ich Sie richtig verstehe, Herr Dr. Kraske – nichts anderes übrig, als in Mainz selbst den Antrag einzubringen, denn hier ist es zu spät.

*Kraske*: Ich wäre dankbar, wenn Sie das tun würden, so verständlich die Verspätung in Ihrem Falle auch ist, weil wir sonst allen Kreisverbänden und Ortsverbänden gegenüber schwer auf diese Fristversäumnis hinweisen könnten. Die Behandlung des Antrages auf dem Parteitag ist genau die gleiche wie bei den jetzt hier vorliegenden Anträgen.

*Brauksiepe*: Dann möchte ich noch eine Stellungnahme erbitten. Da ist noch eine einstimmige Entschließung heute im Vorstand<sup>41</sup> verabschiedet worden, und die heißt so: „Inwieweit ist das derzeitige Ladenschlußgesetz, das im Interesse von Verbrauchern, Handel und Angestellten geändert und verbessert werden soll, zu überprüfen?“ Es geht da um eine große Gruppe von Frauen, die stärker denn je im Beruf stehen, die mit einer Flexibilität bei Ladenschluß mittlerweile rechnen müssen. Und das ist ein Thema, das alle sehr stark bewegt, und ich glaube, man sollte es, wenn Sie es auch für gut halten, ebenfalls als einen Willen der Frauen für große Gruppen der Gesellschaft zur Überprüfung empfehlen. Darf ich annehmen, daß dem nichts entgegensteht? Dann würde ich so verfahren, wie Herr Dr. Kraske mir angeraten hat. Es tut mir so leid, daß das nicht ausgedrückt werden konnte. Es wäre wirksamer gewesen. (*Schmücker*<sup>42</sup>: Das ist sehr kontrovers.) Ich weiß, Herr Dr. Schmücker. Ich will es ja auch nicht vertiefen. Aber Sie werden nicht daran vorbeikommen.

*Katzer*<sup>43</sup>: Ja, die Frage des Ladenschlusses ist, wie Herr Dr. Schmücker sagt, sehr kontrovers. Sie ist einmal schon vor Jahren diskutiert worden unter dem ganz falschen Gesichtspunkt gemeinschaftlicher Fragen. Es ist hier gar nicht das Problem der Ar-

---

40 Aenne Brauksiepe (1912–1997), Erzieherin; 1949–1972 MdB (CDU), 1958–1971 Vorsitzende der Frauen-Union. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 99 Anm. 37.

41 Vgl. Kurzprotokoll der Sitzung des Bundesvorstands der Frauenvereinigung am 6. November 1969 in ACDP 04–003–090/1.

42 Kurt Schmücker (1919–1996), Buchdrucker; 1949–1972 MdB (CDU), 1968–1971 Bundesschatzmeister. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 110 Anm. 5.

43 Hans Katzer (1919–1996), Textilkaufmann; 1957–1980 MdB (CDU), 1963–1977 Vorsitzender der Sozialausschüsse der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 37 Anm. 10.

beitszeit. Die kann man ja regeln. Das ist eine ganz falsche Problemstellung. Denn im Grunde war es ein Anliegen unserer mittelständischen Wirtschaft, daß wir das unterstützen haben, insbesondere der kleinen Betriebe, die Sorge hatten, daß sie personell überhaupt nicht in der Lage sind, dann mit Großkaufhäusern zu konkurrieren. Das ist im Grunde der wunde Punkt. Ich wäre also sofort bereit, von mir aus zu sagen, macht das, wie ihr wollt. Aber ich kann mir das nicht erlauben. Wir können nicht sagen, wir wollen das mal diskutieren. Das können wir als Opposition nicht machen. Entweder wir nehmen die Sache auf die Hörner und sagen, Antrag rein und stoßen dann zentral in die Geschichte oder wir lassen die Finger davon.

*Heck:* Es ist ja von Herrn Dr. Kraske ganz generell darauf hingewiesen worden, daß wir diese politischen Sachfragen auf diesem Parteitag nicht diskutieren können, denn jeder einzelne dieser Anträge kann eine Diskussion von zwei Stunden auslösen. Das ist beim besten Willen nicht möglich. Deswegen der Vorschlag, daß diese Dinge generell vom Parteitag an den Vorstand überwiesen werden. Dann sind sie hier im Vorstand zu behandeln. Und dann muß man von hier aus die Dinge allerdings nicht einschlafen lassen, sondern sie müssen auf der nächsten Vorstandssitzung behandelt werden, damit wir dann zu Entscheidungen kommen, die dann der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden.

*Schmücker:* Ich möchte das sehr unterstützen. Über den Ladenschluß kann jeder mitreden, und das werden sehr viele Leute tun. Es kann uns dann passieren, daß wir auf dem Parteitag über nichts anderes reden als über den Ladenschluß. Das war früher schon so. Das darf auf gar keinen Fall passieren.

*Brauksiepe:* Aber was ist dann die Schlußfolgerung?

*Schmücker:* So wie Herr Dr. Heck vorgeschlagen hat – ohne Debatte.

*Brauksiepe:* Aber weil es für einen so großen Teil absolut wichtig ist, würde ich sagen, wir sollten nicht später daran arbeiten als die SPD.

*Katzer:* Das würde mich überhaupt nicht interessieren, denn in dieser Frage ist die SPD ganz falsch gelagert. Die Meinung der Öffentlichkeit ist ganz anders. Die wollen kaufen, die wollen Freizügigkeit haben. Das ist gar keine Frage. Das würde mich überhaupt nicht stören, sondern unser Mittelstand. Das ist der Punkt. Den Kampf würde ich führen.

*Heck:* Also in den Vereinigten Staaten hat sich das ja andersherum entwickelt. In den Vereinigten Staaten ist es doch der Vorteil und der Vorzug der Kleinen, die bis 2.00/3.00 Uhr nachts ihre Geschäfte offen haben.

*Katzer:* Aber auch die großen Kaufhäuser in den USA haben überall wenigstens eine Abteilung geöffnet.

*Heck:* Ist der Vorstand also damit einverstanden, daß wir diese Anträge über politische Sachfragen hier generell dem Parteiausschuß und dem Parteitag vorschlagen, daß die an den Vorstand überwiesen werden mit der Begründung, daß auf diesem Parteitag zur soliden Beratung dieser Anträge einfach die Zeit nicht zur Verfügung steht? (*Zustimmung.*) Dann käme als zweites, was Herr Dr. Kraske hier auch im Auftrag des Präsidiums vorgeschlagen hat, daß die Anträge, die die Parteiarbeit betreffen – das sind ja Anträge, die eigentlich Inhalt der Diskussion sein werden –, daß wir hier den Antrag-

stellern empfehlen, ihre Anträge während der Debatte zu begründen. Und die Anträge auf Satzungsänderungen müssen dann unter dem Stichwort „Anträge“ am Schluß der Aussprache behandelt werden. Sind Sie mit diesen Vorschlägen einverstanden?

*Kraske:* Ich darf noch zwei Dinge nachtragen. Erstens: Das Präsidium bittet den Vorstand und wird morgen auch den Bundesausschuß bitten, folgendem Verfahren zuzustimmen. Die Antrags- bzw. Redaktionskommission wird ja erst auf dem Parteitag gewählt. Es wäre aber sehr empfehlenswert, wenn Herr Dr. Heck und ich diese Kommission als einen Arbeitskreis schon am Vorabend des Parteitages zu einer Sitzung einberufen könnten, um das vorzubesprechen, weil auf dem Parteitag nicht genügend Zeit sein wird. Das kann dann noch nicht formell eine Sitzung der Redaktionskommission sein, denn die Parteiführung hat natürlich jederzeit die Möglichkeit, die Damen und Herren zu einer Sitzung zu bitten, die sie am nächsten Tag vorschlägt als Mitglieder dieser Kommission. Das würde den Arbeitsablauf erleichtern, und wir bitten deshalb um Ihre Zustimmung und Unterstützung.

Zweitens: Unsere Geschäftsordnung regelt lediglich die Antragsfrist von 14 Tagen bei Anträgen, die für den Parteitag vorgelegt werden. Über die Form der Anträge, die auf dem Parteitag vorgelegt werden und über die Form der Behandlung von Anträgen ist verbindlich nichts geregelt. Der Berliner Parteitag hat sich vor einem Jahr im Blick auf die Diskussion des Aktionsprogramms eine Verfahrensordnung ad hoc gegeben. Damals gab es ja eine besondere Schwierigkeit in der zügigen Beratung des Aktionsprogramms. Das Präsidium schlägt Ihnen vor, dem Parteitag zu empfehlen, folgende Bestimmungen dieser Berliner Verfahrensordnung auch für den Mainzer Parteitag in Kraft zu setzen:

1. Anträge können auf dem Parteitag nur eingebracht werden, wenn sie von 30 stimmberechtigten Delegierten unter Angabe der Nummer ihres Delegiertenausweises unterzeichnet sind. – Das wird nicht so formell gehandhabt, wie es hier steht, denn beispielsweise Frau Brauksiepe, die einen Antrag einbringt für die Frauenvereinigung, braucht nicht 30 Unterschriften einzubringen. Es soll aber eine gewisse Sperre dafür sein, daß nicht jeder einzelne Delegierte nun spontan Anträge einbringt.

2. Alle Anträge werden, sobald sie vom Präsidenten des Parteitages zur Beratung aufgerufen sind, zunächst begründet. Dabei kann eine vom Parteitag einzusetzende Antragskommission vorschlagen, daß mehrere Anträge gemeinsam behandelt und infolgedessen auch gemeinsam begründet werden. Die Antragskommission kann auch eigene Anträge stellen.

3. Sprecher, die sich zur Beratung einzelner Anträge zu Wort melden, haben mit ihrer Wortmeldung bekanntzugeben, ob sie für oder gegen den entsprechenden Antrag sprechen wollen.

4. Der Präsident des Parteitages kann, soweit der Fortgang der Beratungen dieses erfordert, die Aussprache über einzelne Anträge abkürzen, indem er die Zahl der Redner begrenzt. Dabei sollen in der Regel ebenso viele Sprecher für wie gegen einen Antrag zu Wort kommen.

5. Auch bei einer Begrenzung der jeweiligen Zahl der Redner ist dem Bundesvortrag und der Antragskommission jederzeit das Wort zu geben.

6. Redeberechtigt auf dem Parteitag sind nur alle stimmberechtigten Delegierten und Mitglieder des Bundesvorstandes. Die Redezeit kann vom Präsidenten bis auf fünf Minuten, bei Stellungnahmen zu Geschäftsordnungsanträgen bis auf drei Minuten begrenzt werden.

Alle diese Regelungen haben sich in Berlin bewährt. Sie haben die Zustimmung des Berliner Parteitages einstimmig gefunden. Ich würde deswegen dringend empfehlen, daß wir dieses dem Mainzer Parteitag wiederum vorschlagen. Bei einer Novellierung unserer Parteigeschäftsordnung, die im nächsten Jahr ansteht, würde ich überdies empfehlen, dieses zu einem allgemeinen Bestandteil unserer Geschäftsordnung zu machen, damit wir in Zukunft nicht von Fall zu Fall darüber beschließen müssen.

*Heck:* Wird dazu das Wort gewünscht? – Dann kommen wir zu einem weiteren Punkt, nämlich einem Antrag des Präsidiums auf eine Satzungsänderung. Und zwar liegt dem folgende Überlegung zugrunde: Ich weiß nicht, ob den Mitgliedern des Vorstandes bekannt ist, daß Herr Dr. Kraske als Bundesgeschäftsführer auszuschneiden wünscht. Er selber hat als einen angemessenen Termin den 31. März genannt, hat es aber an sich der Partei überlassen, daß das im einzelnen mit ihm so abgesprochen werden kann, wie es die Abwicklung und die Übergabe der Geschäfte als zweckmäßig erscheinen läßt. Nun haben wir auf dem Braunschweiger Parteitag ja den Generalsekretär neu geschaffen, aber das Institut des Generalsekretärs ist einfach der bisherigen Form zugefügt worden, ohne daß man lange überlegt hat, welche Auswirkungen das eigentlich hat. Wir haben beispielsweise folgenden Widerspruch in unseren Statuten: Der Generalsekretär muß von den Landesverbänden in Einvernehmen genommen werden bei der Bestellung der Landesgeschäftsführer. Das gleiche gilt für die Bereinigungen. Aber nach dem Statut kann der Bundesgeschäftsführer ohne den Generalsekretär bestellt werden. Das ist an sich eine Regelung, die widersprüchlich ist. Der Bundesgeschäftsführer wird vom Bundesvorstand gewählt und ist dem Bundesvorstand verantwortlich, nicht dem Generalsekretär. Das ist eine Regelung, die einfach nicht zusammenpaßt. Es ist sicher so, daß diese Regelung nicht institutionell einigermaßen funktioniert hat, sondern lediglich deswegen, weil Dr. Kraske und ich uns seit 1952 aus gemeinsamer Arbeit gut kennen. Das zweite, auf was im Präsidium hingewiesen wurde, ist, daß im Grunde der Generalsekretär ja eingerichtet worden ist, weil man davon ausging, daß der Parteivorsitzende gleichzeitig Bundeskanzler ist und nicht entsprechend für die Geschäfte und für die Führung der Partei zur Verfügung steht. Also wir haben hier jetzt zwei neue Tatbestände: erstens einen Bundesvorsitzenden, der nicht mehr als Bundeskanzler mit seiner ganzen Arbeitskraft in Anspruch genommen wird und zweitens die Tatsache, daß Herr Dr. Kraske aus seinem Amt als Bundesgeschäftsführer ausscheidet. Das Präsidium war der Meinung, daß man jetzt die Ungereimtheit in der Satzung beseitigen sollte. Die Frage, ob das Institut des Generalsekretärs wieder abgeschafft werden solle oder nicht, ist vom Präsidium eindeutig entschieden worden für die Beibehaltung des Generalsekretärs. Dagegen war das Präsidium der Meinung, daß der Bundesgeschäftsführer nicht eine eigenständig politische Position neben dem Generalsekretär haben solle, sondern künftig durch den Generalsekretär im Einvernehmen mit dem Präsidium bestellt werden soll. Das Präsidium

schlägt deswegen die entsprechenden Satzungsänderungen vor, die ich ja zunächst noch nicht vorzutragen brauche, weil zunächst der Vorstand sich zu diesen Überlegungen und zum Vorschlag des Präsidiums grundsätzlich äußern soll.

*Kiesinger:* Wünscht niemand das Wort dazu?

*Heck:* Dann kann ich die entsprechenden erforderlichen Satzungsänderungen, d. h. den Antrag, kurz vortragen:

Antrag des Bundesvorstandes. Der Parteitag wolle beschließen: Das Statut der CDU wird wie folgt geändert: § 29 b: letzter Satz ist zu streichen; § 33 d lautet: „Der Bundesgeschäftsführer nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Bundesvorstandes teil“; § 34: Abs. 4 ist zu streichen; § 37 ist zu ergänzen durch b (neu): „Der Generalsekretär bestellt im Einvernehmen mit dem Präsidium den Bundesgeschäftsführer“; § 37 b (alt) wird c (neu); § 37 c (alt) wird d (neu); § 37: letzter Satz ist zu streichen.

Das ist der Antrag, den das Präsidium einstimmig dem Vorstand empfiehlt. Wird das Wort gewünscht? – Einverstanden? (*Zustimmung.*) Dann kann das morgen als einstimmiger Vorschlag des Vorstandes dem Bundesausschuß vorgetragen werden.

Dann kommen wir zu den Wahlen: Auf dem Parteitag sind zu wählen der Vorsitzende, fünf stellvertretende Vorsitzende, der Bundesschatzmeister, die weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes und zwei Rechnungsführer. Wir wollen jetzt die Frage der Wahl des Vorsitzenden ausklammern, da der Vorstand über diese Frage sich aussprechen soll und sich eine Meinung bilden soll, ohne daß er hier mit in der Runde sitzt. Wir kommen dann zu den fünf stellvertretenden Vorsitzenden. Von den fünf stellvertretenden Vorsitzenden ist bisher lediglich bekannt, daß Frau Brauksiepe im Präsidium erklärt hat, daß sie nicht wieder für das Präsidium zu kandidieren wünscht. Sie hat für die Frauenvereinigung einstimmig vorgeschlagen, daß Frau Dr. Wex<sup>44</sup> als stellvertretende Vorsitzende in das Präsidium morgen dem Parteiausschuß und dem Parteitag vorgetragen werden soll. Unser Freund Lücke ist im Krankenhaus. Ich bin beauftragt, nun zu klären, ob er die Absicht hat, weiterhin für das Präsidium zu kandidieren. Ich habe erst morgen nachmittag die Möglichkeit, den Kollegen Lücke zu besuchen. Es geht ihm jetzt wieder um einiges besser, er war eine zeitlang doch sehr ernsthaft krank. Die übrigen Mitglieder des Präsidiums, d. h. die übrigen stellvertretenden Vorsitzenden – davon können wir ausgehen – werden erneut für das Präsidium kandidieren. (*Von Hassel:* Ohne mich!) Das ist ja ohnedies eine Änderung, die eingetreten ist. Herr von Hassel ist ja kraft Amtes als Präsident des Bundestages Mitglied des Präsidiums. Es ergibt sich deswegen von selbst, daß er auf dem Parteitag nicht zu wählen ist.

Über die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden haben in der Partei schon vielerlei Überlegungen und Besprechungen, auch zwischen und in Landesverbänden, stattgefunden. Von Nordrhein-Westfalen ist mir mitgeteilt worden, daß es vorschlägt als stellvertretende Parteivorsitzende, d. h. in das Präsidium, Herrn Dr. Lenz, Herrn Duf-

---

44 Dr. Helga Wex (1924–1986), Journalistin; 1953–1957 Ministerialreferentin bei der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund, 1967–1969 und 1972–1986 MdB (CDU), 1971–1986 Vorsitzende der Frauenvereinigung. Vgl. LEXIKON S. 398 f.



hues und Herrn Katzer. Darüber hinaus ist bekannt geworden, daß Herr Dr. Kohl vorgeschlagen werden wird, daß in Hessen die Absicht besteht, Herrn Dregger<sup>45</sup> vorzuschlagen, in Baden-Württemberg Herrn Filbinger<sup>46</sup>. In Niedersachsen ist es noch unsicher, ob Herr Hasselmann vorgeschlagen wird oder nicht. Dann aus Schleswig-Holstein Herrn Dr. Stoltenberg. Das ist mir bisher an Vorschlägen bekanntgeworden. Das Präsidium ist der Meinung, daß es nicht zweckmäßig wäre, vom Präsidium aus eine Empfehlung darüber abzugeben, wer von diesen nun ins Präsidium gewählt oder vorgeschlagen werden soll. Aber das Präsidium hat sich mit der Frage befaßt, ob es sinnvoll wäre, die Zahl der Präsidiumsmitglieder zu erhöhen, um gewisse personelle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Das Präsidium ist sehr schnell zu der einstimmigen Überzeugung gelangt, daß das unzulässig wäre. Es ist eine andere Sache, wenn ein solcher Vorschlag aus dem Plenum des Parteitag kommt, aber das Präsidium empfiehlt auch dem Vorstand, daß der Vorstand eine solche Initiative nicht ergreifen soll. Wir sollten also von uns aus davon ausgehen, daß es dabei bleibt: Das Präsidium besteht aus dem Vorsitzenden, dem Generalsekretär, dem Schatzmeister, den zwei Mitgliedern kraft Amtes, dem Präsidenten des Bundestags und dem Vorsitzenden der Fraktion und den fünf Stellvertretern. Soviele zur Frage der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden.

*Gradl*<sup>47</sup>: Ich habe noch eine Frage dazu. Das Präsidium empfiehlt also dem Vorstand, einen Vorschlag zur Erweiterung der Zahl der Mitglieder des Präsidiums nicht zu machen. Bedeutet das auch, daß das Präsidium der Meinung ist, daß, wenn irgendwo ein solcher Vorschlag erwogen wird, es zweckmäßig wäre, daß die Mitglieder des Vorstandes sich gegen einen solchen Vorschlag aussprechen sollen?

*Heck*: Ich glaube, das geht eindeutig daraus hervor, daß das Präsidium der Auffassung war, daß man eine solche Initiative eventuell auf dem Parteitag zu beraten habe.

*Von Hassel*: Ich würde dazu doch folgendes meinen: Wenn man meint, daß da zu viele Stellvertreter da sind, dann kann man darüber reden. Aber daß das Präsidium in Zukunft aus zehn Mitgliedern bestehen soll, das halte ich nun für ein Minimum an Damen und Herren, die in der Führungsgruppe der CDU zusammenkommen müssen, um die Arbeit zu leisten. Also ich meine, daß man davon ausgehen muß, daß die Vergrößerung des Präsidiums nicht etwa in der Vermehrung der Zahl der Stellvertreter erforderlich ist, sondern in der Erhöhung der Zahl der Mitglieder auf zwölf. Wir haben uns aber im Präsidium einstimmig dagegen ausgesprochen, das Präsidium zu vergrößern, wie es Herr Dr. Heck zur Überwindung personeller Schwierigkeiten vorgeschlagen hat. Das ist, glaube ich, auch genauso die Auffassung dieses Vorstandes. Und das wird sicher

---

45 Dr. Alfred Dregger (1920–2002), Jurist; 1956–1970 Oberbürgermeister von Fulda, 1962–1972 MdL Hessen, 1965–1967 Präsident des Deutschen Städtetages, 1967–1982 Vorsitzender des LV Hessen, 1972–1998 MdB (1982–1991 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion). Vgl. LEXIKON S. 222f.

46 Dr. Hans Filbinger (1913–2007), Jurist; 1966–1978 Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 481 Anm. 4.

47 Dr. Johann Baptist Gradl (1904–1988), Volkswirt; 1957–1980 MdB (CDU), 1970–1987 Vorsitzender der Exil-CDU. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 27 Anm. 54.

auch die Auffassung des Parteitages sein, denn die mögen es nicht, daß man personelle Schwierigkeiten dadurch ausgleicht, daß man die Zahl der Mitglieder vergrößert.

*Gradl:* Darf ich fragen, was wird unter einer Erweiterung des Präsidiums verstanden? Heißt das nicht, daß die Zahl der Stellvertreter vermehrt werden soll? Wenn es das nicht heißt, dann möchte ich wissen, wie das konkret gedacht ist.

*Kraske:* Herr Dr. Gradl, ich glaube, daß es sich hier nur um eine sprachliche Unklarheit handelt. Es gibt ja nur eine verfügbare Größe, das sind die fünf Leute. Die würde man in anderen Fällen als Präsidialmitglieder oder als Beisitzer bezeichnen. Bei uns werden sie aufgrund alter Tradition als stellvertretende Vorsitzende bezeichnet. Wir hatten mal einen und jetzt haben wir fünf, wir hatten aber auch schon mal sieben. Wenn es eine Erweiterung überhaupt geben sollte, d. h. wenn einer der Delegierten sie beantragen sollte, kann es sich nur um diese Fünfer-Gruppe handeln, die dann mit oder ohne Namensänderung zu erweitern wäre auf sechs oder sieben. Aber uns ist nicht bekannt, daß ein solcher Antrag käme. Nur da wir hier in der Fraktion vor wenigen Tagen ähnliches erlebt haben, ist das Präsidium phantasiereich genug, um eine solche Möglichkeit nicht von vornherein auszuschließen, und deswegen hat es sich mit der Frage beschäftigt.

*Scheufelen*<sup>48</sup>: Es ist die Praxis in der CDU, daß, wenn man in irgendeine Schwierigkeiten gerät, man das Gremium vergrößert mit dem Ergebnis, daß wir dann ein als Vorstand vergrößertes Präsidium haben und dann einen aus [sic!] Ausschuß vergrößerten Vorstand und daß dann der Bundesausschuß, der sich sowieso mit Recht schlecht behandelt fühlt, noch mehr entwertet wird. Ich glaube also, wenn das auf dem Parteitag zur Sprache kommt, wäre es nicht gut, wenn man von der bisherigen Regelung abginge, weil man einfach den Bundesausschuß noch mehr entwertet, als das ohnehin schon der Fall ist.

*Kiesinger:* Das war ja auch die Meinung des Präsidiums. Vielleicht sind die Formulierungen von Herrn Dr. Heck nicht richtig verstanden worden. Wir haben nicht etwa gewünscht, daß der Parteitag eine derartige Initiative ergreift. Wir waren derselben Meinung, wie sie hier zum Ausdruck gekommen ist.

*Heck:* Der Vorstand hier ist einverstanden, daß wir den Vorschlag des Präsidiums vom Vorstand aus dem Bundesausschuß vortragen. Dann zum Bundesschatzmeister: Hier kann ich nur berichten, daß sehr widersprüchliche Gespräche – ob befugt oder unbefugt, läßt sich nicht charakterisieren – im Gange sind. Mir sind drei Namen bekanntgeworden, die für das Amt des Bundesschatzmeisters außer dem derzeitigen Bundesschatzmeister auf dem Parteitag im Gespräch sind. Das ist erstens Herr Kiep<sup>49</sup> aus Hessen, zweitens Herr Birrenbach aus Nordrhein-Westfalen und drittens Herr von Bismarck<sup>50</sup> aus Niedersachsen. Zunächst bin ich beauftragt worden vom Präsidium, erst einmal festzustellen, ob die drei Herren von diesem Gespräch etwas wissen und

---

48 Dr. Klaus H. Scheufelen (1913–2008), Fabrikant; 1952 CDU, 1958–1971 Vorsitzender des LV Nordwürttemberg. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 11 Anm. 28.

49 Walther Leisler Kiep (geb. 1926), Kaufmann; 1965–1976 und 1980–1982 MdB (CDU), 1967–1976 Schatzmeister des LV Hessen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1055 Anm. 8.

50 Dr. Philipp von Bismarck (1913–2006), leitender Angestellter; 1967–1971 Präsident der IHK

wie sie selber dazu stehen, daß sie hier ins Gespräch für das Amt des Bundesschatzmeisters gebracht worden sind. (*Von Hassel*: Das mit Herrn von Bismarck ist mir völlig neu.) Herr von Hassel meint, daß Niedersachsen Herrn von Bismarck nicht vorschlagen wird. Hier wird noch zu klären bleiben, wie das zustande gekommen ist. Das Präsidium war nicht der Meinung, daß vom Präsidium aus ein Bundesschatzmeister vorgeschlagen werden soll. Dann zu den weiteren Mitgliedern des Bundesvorstandes: Hier kann man eigentlich nur wieder die Frage stellen, wer von den Mitgliedern des Vorstandes wünscht nicht mehr zu kandidieren?

*Fricke*: Darf ich dann sehr herzlich bitten, daß als mein Nachfolger in Niedersachsen unser Landwirtschaftsminister Hasselmann in den Bundesvorstand gewählt wird.

*Kraske*: Darf ich nur bekanntgeben, daß der Landesverband Berlin einstimmig beschlossen hat, seinen Vorsitzenden, Herrn Peter Lorenz, vorzuschlagen und der Landesverband Nord-Württemberg Herrn Dr. Scheufelen vorschlägt.

*Heck*: Ich möchte nun feststellen, daß folgende Herren nicht mehr für den Vorstand zu kandidieren wünschen: Blank<sup>51</sup>, Fay, Dr. Fricke, Dr. Meyers<sup>52</sup>, Dr. Röder, Ernst Lemmer, Frau Dr. Schwarzhaupt<sup>53</sup>.

*Von Hassel*: Darf ich eine Frage stellen? Müssen denn Landesverbände vorschlagen, wenn bereits aus ihren Reihen ein Herr Soundso Mitglied dieses Vorstandes war? Muß das denn neu vorgeschlagen werden? Die gehen wahrscheinlich davon aus, daß sich die bisherigen Mitglieder des Vorstandes wieder zur Wahl stellen müssen.

*Heck*: Davon werden wir schon ausgehen. Um ein Muß kann es sich hierbei nicht handeln, sondern um die praktische Erfahrung, daß die Gruppen, in denen solche Gespräche in der Partei geführt werden, die Landesverbände sind.

*Kraske*: Herr Dr. Heck, ich würde das doch modifizieren. Wenn der Vorstand nicht von sich aus eine Vorschlagsliste dem Parteitag vorlegt, dann, meine ich, können nur auf die Liste auf dem Parteitag diejenigen Kandidaturen aufgenommen werden, die vorgeschlagen sind. Das ist, glaube ich, sonst ein bißchen ungewiß. Ich weiß nicht, ob man jetzt die gesamte Vorstandsliste abzüglich derer, die sich hier eben gemeldet haben, en bloc durch den alten Bundesvorstand dann wieder neu vorschlagen kann. Ich würde das auch psychologisch nicht für sehr empfehlenswert halten, sondern würde empfehlen, daß das wie im Falle von Herrn Scheufelen in den einzelnen Landesverbänden oder Vereinigungen gemacht wird.

*Heck*: Herr Dr. Kraske, ich glaube, man kann ruhig so verfahren. Wir haben ja morgen den Parteiausschuß. Und dieser Parteivorstand kann ja dem Parteiausschuß sagen, er empfiehlt dem Parteiausschuß, die Mitglieder des Vorstandes, die nicht freiwillig

---

Hannover, 1969–1979 MdB (CDU), 1970–1983 Vorsitzender des Wirtschaftsrates e. V. der CDU, 1979–1989 MdEP.

51 Theodor Blank (1905–1972), Maschinenbauer; 1949–1972 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 86 Anm. 28.

52 Dr. Franz Meyers (1908–2002), Jurist; 1950–1970 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 18 Anm. 43.

53 Dr. Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986), Juristin; 1953–1969 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 97 Anm. 35.

ausscheiden, erneut zur Wahl vorzuschlagen, denn der Vorschlag an den Parteitag kommt ja vom Parteiausschuß.

*Kohl:* Ich möchte die Bemerkung von Herrn Dr. Kraske unterstützen und glaube, daß es einfach zweckmäßig ist, dem Parteiausschuß morgen eine Liste der gesammelten Vorschläge, wer überhaupt als Kandidat in Frage kommt, vorzulegen. Ich würde das gleiche Verfahren wie für den Parteiausschuß auch für den Parteitag vorschlagen. Ich bin deswegen der Meinung, daß alle Kandidaten, die uns heute hier bekannt sind, gesammelt und morgen vorgetragen werden. Ich darf gleich sagen, wir schlagen von Rheinland-Pfalz wieder vor Herrn Dr. Richard von Weizsäcker und neu Herrn Dr. Blüm.

*Schwarzhaupt:* Die Frauenvereinigung schlägt Frau Brauksiepe als Vorstandsmitglied vor.

*Heck:* Also, wir werden morgen auf unsere Liste alle Mitglieder des Vorstandes, die hier nicht erklärt haben, daß sie auszuscheiden wünschen, nehmen, zusätzlich denen, die uns von den Landesverbänden benannt worden sind oder die, die heute hier noch genannt werden. Wir haben ja im Parteiausschuß die Landesverbände gleichmäßig vertreten, so daß von den Landesverbänden dann die ergänzenden Vorschläge zu erwarten sind.

*Von Hassel:* Wenn also dieses Verfahren gilt, schlage ich für Hessen Herrn Dregger vor.

*Röder:* Ich würde sagen Herr Dr. Schäfer.

*Meyers:* Sie haben die Vorschläge des Rheinlands für das Präsidium. Ist es nun notwendig, daß der Landesverband nun auch für den Vorstand vorschlägt?

*Heck:* Das kann auf dem Parteitag für den Fall, daß die Wahl nicht unseren Erwartungen entsprechend ausgeht, geregelt werden.

*Kraske:* Nach den Ausführungen von Herrn Dr. Heck wird damit gerechnet, daß Herr Dregger für das Präsidium vorgeschlagen wird. Wenn dies der Fall ist, würde ich mindestens ihm selbst nicht empfehlen, sich schon vorher vorsorglich für den Vorstand vorschlagen zu lassen, denn das ist – glaube ich – eine Netzabsicherung, die auf Widerspruch stoßen wird. Man wird deshalb die endgültige Vorstandsliste auf dem Parteitag ja ohnehin erst aufstellen können nach der Wahl des Präsidiums, weil dann wie – in Braunschweig – möglicherweise die nicht ins Präsidium Gewählten als Vorstandskandidaten auftauchen.

*Meyers:* Ich wollte damit zum Ausdruck bringen, daß ich zugunsten von Herrn Dregger die Absicht habe zurückzutreten.

*Heck:* Weitere Vorschläge werden nicht gemacht?

*Dufhues:* Ich möchte vorschlagen Herrn Niermann<sup>54</sup>, der bereits dem Vorstand angehört, und Herrn Josef Hermann Russe oder Herrn Windelen<sup>55</sup>.

---

54 Gustav Niermann (1919–1989), Landwirt; 1965–1975 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 168 Anm. 2.

55 Heinrich Windelen (geb. 1921), Kaufmann; 1957–1990 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 399 Anm. 36.

*Heck:* Dann verfahren wir also so, daß wir eine Liste für die Sitzung des Parteiausschusses vorbereiten. Sie enthält: 1. Die Mitglieder, die aus dem Vorstand auszuschcheiden wünschen; 2. die von den Landesverbänden gemachten Vorschläge; 3. die Vorschläge, die heute hier dem Vorstand gemacht worden sind. Dann kommt die Wahl von zwei Rechnungsprüfern. Ich glaube, wir sind uns einig, daß wir bei den beiden bisherigen bleiben, das sind Herr Blumenfeld und Herr Horten<sup>56</sup>.

*Kraske:* Darf ich zu der Wahlhandlung noch etwas sagen, was ich gestern im Präsidium noch nicht vorschlagen konnte und was ich auch dem Generalsekretär noch nicht sagen konnte, weil es sich erst in der Zwischenzeit ergeben hat. Meine Damen und Herren, wir sind in der gestrigen Präsidiumssitzung davon ausgegangen, daß der Parteitag notfalls in die Nacht verlängert werden müßte vom Dienstag auf Mittwoch und daß die Delegierten deshalb aufgefordert werden müßten, ihre Abreise so einzurichten, daß sie erst am Mittwoch stattfindet. Ich habe dies gestern nachmittag in der Landesgeschäftsführerkonferenz vorgetragen und habe von mehreren Landesverbänden gehört, insbesondere aus Westfalen und aus dem Rheinland, daß die Hotelbestellungen nicht um diese eine Nacht zu verlängern waren, so daß also mindestens 40 % der Delegierten des Parteitages am Dienstag abend ihr Quartier verlieren. Und Sie kennen alle die Mentalität unserer Delegierten. Jeder wird seine Schätzungen darüber haben, wieviele Delegierte bereit sind, auch ohne Quartier in Mainz auszuhalten. Wir sollten die Zahl nicht sehr hoch veranschlagen. Daraus ergibt sich, daß wir den Parteitag, wenn wir einigermaßen auf Vollzähligkeit Wert legen, bis zum Dienstag abend um etwa 18.00 bis 19.00 Uhr abschließen müssen. Ich habe vorsorglich festgestellt, wie lange die Wahlhandlung in Braunschweig gedauert hat. Sie hat begonnen um 11.45 Uhr, und sie hat ohne Mittagspause gedauert bis 19.55 Uhr.

Unter diesen Umständen komme ich nun auch in Anwesenheit von Herrn Dr. Kohl darauf zurück, daß wir unter einer elastischen Behandlung dieses Empfanges am Montag abend in jedem Falle die Aussprache am Montag beenden müssen. Ich möchte aber doch bitten, im Vorstand darüber eine Meinung zu bilden, ob wir eventuell auch noch andere Punkte unter diesem Eindruck auf den Montag vorziehen wollen, ob wir es riskieren wollen, daß die Wahlhandlung schneller geht. Im Prinzip wird es keine Erleichterungen geben, weil nach den Erfahrungen der bayerischen CSU auch der Einsatz eines Wahlcomputers keine Zeitverkürzung bedeutet, wenn die Vorschläge für die Wahlen erst auf dem Parteitag gemacht werden. Wenn wir heute abschließende Vorschlagslisten hätten und heute einen Computer programmieren könnten, dann ginge die Wahl relativ schnell. So wie der Ablauf ist, wird die Technik kaum Zeit einsparen, d. h. also, wenn wir erst am Nachmittag mit der Wahlhandlung beginnen, müssen wir damit rechnen, daß es bis in den Abend hinein dauert und daß die Präsenz sehr stark nachläßt. In Braunschweig haben wir es nur der Einsicht und der Friedfertigkeit von Herrn Dr. Meyers zu danken gehabt, daß der Parteitag nicht wiederholt werden mußte. Herr Meyers war bereits auf dem Wege zum Podium, um die Beschlußfähigkeit

---

56 Alphons Horten (1907–2003), Fabrikant; 1965–1972 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 461 Anm. 62.

anzuzweifeln und konnte nur mit sanfter Gewalt davon abgehalten werden, so daß der Parteitag sein Programm abwickeln konnte. Wenn wir mit den Wahlen nicht zu Ende kommen, und seien es auch nur die Wahlen zum Vorstand, bedeutet das nach unserem Statut und nach dem Parteiengesetz, daß wir diesen Parteitag wiederholen müssen. Das ist nicht nur ein ungeheurer zeitlicher Aufwand und eine ziemliche Pleite in der Öffentlichkeit, sondern das ist auch ein finanzieller Aufwand von etwa 100.000 DM. Deshalb bitte ich, hier zu prüfen, wie das gesichert werden kann.

*Kohl:* Ich möchte nur folgendes sagen: Sie haben da eben den Ausdruck „Empfang“ gewählt. Das ist also an sich nicht als Empfang gedacht, das kann man auch auf 21.00 Uhr verlegen. Wir haben die Räume vom Schloß gemietet, um praktisch den ganzen Parteitag zu einem Weinabend einzuladen. Also wir können das auch um 21.00 Uhr beginnen, bloß nicht später als 21.00 Uhr, weil gedacht ist, daß es dabei auch etwas zu essen gibt. Doch das ist an sich keine Schwierigkeit, denn diese Fleischwurst wird von Bundeswehrsoldaten verteilt. Doch würde ich darum bitten, daß man vielleicht den Zeitplan noch einmal exakt vorträgt.

*Heck:* Vielleicht kann ich das noch einmal kurz wiederholen. Wir können damit rechnen, daß am Vormittag 1 ½ Stunden für die Aussprache verbleiben und am Nachmittag, wenn wir dann den Weinabend für 21.00 Uhr fest ansetzen, verbleiben 6 bis 7 ½ Stunden. Sicher ist ein kräftiges Redebedürfnis vorhanden. Ich bin persönlich aber der Meinung, daß eigentlich in 6 bis 7 Stunden ausreichend gesprochen werden kann, wenn man sich überlegt, wie die Aussprachen in Berlin verlaufen sind, wo wir ja über ein ganzes Programm zu diskutieren hatten. Wenn ich mir überlege, was bisher so an Klugem und weniger Klugem in Interviews und sonst in der Zeitung vermeldet worden ist, was von CDU-Leuten gesagt worden sei, kann ich mir nicht vorstellen, daß wir darüber 6 ½ Stunden oder gar länger vernünftig diskutieren können. Ich persönlich neige dazu, daß wir mit der Aussprache am Montag zu Ende kommen können. Eine andere Frage ist es, wir hatten am Dienstag vormittag den Bericht des Fraktionsvorsitzenden vorgesehen. Ich glaube nicht, daß man diesen Bericht ohne Aussprache entgegennehmen kann. Darüber müßte man mit Herrn Dr. Barzel auf alle Fälle noch sprechen.

*Kraske:* Aber es gibt unter diesem Gesichtspunkt zur Entlastung des Dienstags noch folgende weitere Möglichkeit: Erstens kann man die Beratung und Beschlußfassung der satzungsändernden Anträge auf den Montag abend vorziehen, zweitens kann man die Verabschiedung der Beitrags- und Finanzordnung auf den Montag abend vorziehen, und drittens kann man generell auch die Abstimmung, soweit sie erforderlich ist, über die übrigen Anträge auf den Montag legen. Ich sage das alles, weil wir am Montag eben ein bißchen schieben können. Dann hätten wir für Dienstag morgens die Rede von Dr. Barzel, anschließend eine Aussprache, die – wie auch ich meine – stattfinden muß, aber wahrscheinlich nach der Generaldebatte vom Vortag nicht sehr lang ist. Dann die Rede des Bundeskanzlers, und dann könnten wir noch am Vormittag mit der Wahlhandlung beginnen und wie in Braunschweig auf die Mittagspause verzichten und könnten dann mit einem ganz konzentrierten Ablauf es vielleicht beim zweiten Mal auch etwas schneller schaffen, als wir es in Braunschweig getan haben, so daß wir dann wirklich gegen 18.00 oder 19.00 Uhr fertig sind.

*Heck:* Aber alles unter der Voraussetzung, daß die Aussprache bis 21.00 Uhr beendet ist. Wir können also schlecht jetzt auf 21.00 Uhr einen Weinabend mit Essen festsetzen und dann sagen, die Aussprache ist nicht fertig, also fällt das aus. Ich glaube, das ist nahezu unzumutbar.

*Brauksiepe:* Wie wäre es, wenn man die fünf Stellvertreter noch am Montag finden könnte, denn dann wäre die Wahl zum Vorstand, die ja offenbar komplizierter wird, nicht so zeitraubend.

*Schröder*<sup>57</sup>: Ich würde es für richtig halten, daß man die Wahl – egal ob lang oder kurz – möglichst nicht stückweise auseinanderzieht.

*Stingl:* Man muß vielleicht auch mal erörtern, ob man nicht die Rede von Herrn Dr. Barzel vorzieht und dann in der Aussprache alles gemeinsam behandeln kann. Sicherlich ist das pressemäßig schwierig, das sehe ich schon ein, aber wir haben eben nur zwei Tage zur Verfügung und sitzen in der Bedrückung, daß wir in die zeitliche Bedrängnis kommen. Wir müssen den Dienstag doch wohl entlasten, das steht doch wohl fest. Und entlastet das wirklich viel, wenn man die Satzungsanträge von Dienstag auf Montag vorverlegt? (*Kohl:* Die kann man doch während der Auszählung machen.) Ja eben, das kann man alles erledigen, wenn man die Auszählung macht. Da kann man über die Satzungsänderungen abstimmen.

*Von Hassel:* Eine Satzungsänderung ist ja aber das mit der Drei-Viertel-Geschichte.

*Kohl:* Ja, das ja. Aber das Ganze sind Anträge, die man einfach machen muß. Das haben wir ja immer gemacht.

*Kraske:* Ich möchte gerne dem Generalsekretär in einem Punkt widersprechen, und zwar in der Frage des Empfangs am Montag abend. Ich finde, sowohl für den Besucher wie für den Gastgeber ist jede Einschränkung eine schmerzliche Sache. Aber wenn ich vor der Alternative stehe, ob sich das am Montag abend auf 21.30 Uhr oder gar auf 22.00 Uhr verschiebt oder ob das Ende und die Beschlußfähigkeit des Parteitages am nächsten Abend in Frage gestellt wird, würde ich doch Herrn Dr. Kohl um Verständnis dafür bitten, daß wir uns für den Montag ein bestimmtes Pensum vornehmen einschließlich der Satzungsänderungen, einschließlich der Verabschiedung der Finanzordnung und eben wirklich dem Parteitag vor der Eröffnung der Nachmittagsitzung sagen, das ist das Pensum, Schluß ist, wenn dieses Pensum abgewickelt ist.

*Kohl:* Mir geht es natürlich nicht um diesen Empfang. Wir können den auch, wenn es jetzt gewünscht wird, genausogut fallen lassen. Das ist kein Problem. Ich bin aber ganz anderer Meinung als Sie, Herr Dr. Kraske, und zwar weil ich glaube, daß wir im Augenblick drauf und dran sind, den Parteitag stimmungsmäßig in eine ganz schlechte Ecke zu manövrieren. Der Grundgedanke war ja – deswegen habe ich das Angebot mit diesem Weinabend gemacht –, daß der Parteitag sich nicht in viele Gruppen auflöst, die dann irgendwo in schlechter oder weniger schlechter Stimmung sitzen, sondern daß der Parteitag wirklich zusammenbleibt und Leute, die sich sonst nicht sehen und sonst nicht jede Woche beisammensitzen, mal darüber reden, wie es bei denen in

---

57 Dr. Gerhard Schröder (1910–1989), Jurist; 1949–1980 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 38 Anm. 15.

der Partei ist, daß wir das mal ein bißchen sehen als eine Pflege der Solidarität. Herr Dr. Kraske, Ihr Vorschlag hat einen ganz entscheidenden Fehler, weil er an der Realität unserer Delegierten vorbeigeht. Der Parteitag beginnt montags um 9.00 Uhr. Wir müssen einfach davon ausgehen, daß etwa die Hälfte unserer Leute am Montag früh anreist. Die fahren also z. T. um 5.00 Uhr oder um 6.00 Uhr weg. Das machen die alles sehr viel lieber, als daß sie schon am Sonntag mittag wegfahren. Das bedeutet also, sie sind in der Regel seit 6.00 Uhr unterwegs. Das kann ich Ihnen jetzt schon prophezeien, daß das so sein wird. Und dann setzen Sie diese Leute von 9.00 Uhr bis abends 21.00 Uhr in den Saal. Ich kann nur sagen, die Stimmung wird von Stunde zu Stunde, was nach 18.00 bis 19.00 Uhr ist, mieser und schlechter. Die Debatte wird auch nicht besser. Das muß man ganz nüchtern sehen. Je mieser die Stimmung ist, um so länger werden die Debatten.

*Gradl:* Ich warne davor, die Reden des Parteivorsitzenden und des Fraktionsvorsitzenden auf einen Tag zu legen. Diese Reden werden vor uns gehalten, aber sie werden vor allem auf die Öffentlichkeit hin gehalten. Und wenn wir diese beiden Reden auf einen Tag legen, schlagen sich die beiden Reden publizistisch gegenseitig tot. Sie brauchen sich nur abends die Fernsehsendungen vorzustellen. Wenn Sie die beiden Reden verteilen, haben Sie ganz sicher einen der beiden Redner am Abend im Fernsehen. Und dies ist wichtig, und deshalb bin ich also dafür, da keinen Ausweg zu suchen. Und dann möchte ich vor einem noch warnen. Sicher macht es einen schlechten Eindruck, wenn man bei den Delegierten die Meinung hervorruft, hier wird manipuliert in dem Sinne, daß die Diskussion künstlich verkürzt werden soll. Dies darf also nicht sein. Deshalb sollten wir an dem Montag freien Raum lassen für die Diskussion. Die wird wahrscheinlich, wenn wir sie frei lassen, von alleine verdämmern. Der Widerstand ist größer, wenn der Eindruck entsteht, hier wird verkürzt.

*Kohl:* Ich muß widersprechen, Herr Gradl, ich glaube, daß das viel mehr den Vorwurf der Manipulation hervorruft. Jeder, der auf diesen Parteitag geht, weiß, daß der Tag bloß 24 Stunden hat. Er weiß, daß diese drei Referate zu erwarten sind und daß die Wahlen zu erwarten sind. Wenn zu Beginn des Parteitages – also gleich am Anfang – die Tagesordnung genehmigt wird und in der Tagesordnung der Zeitvorschlag genehmigt wird, wird kein Mensch den Vorwurf der Manipulation erheben. Wenn man von vornherein ganz nüchtern unseren Parteifreunden vorträgt, die Redezeit wird so lang, so lang, so lang; dann müssen wir rechnen für die Wahl nach unserer Erfahrung mit einer entsprechenden Zeit, und dann schlagen wir vor mit der Begründung, daß eben soundso viele – und das wird mehr als die Hälfte sein, glauben Sie mir das – erst an diesem Tag anreisen, daß eben auch da ein bestimmter Spielraum drin ist. Und wenn wir das ganz zu Beginn zum Beschluß erheben, werden wir kaum Schwierigkeiten bekommen, denn jeder sieht ja ein, daß bis zum Dienstag abend 17.00 oder 18.00 Uhr der Parteitag beendet sein muß. Ich glaube, wenn man das am Anfang sagt, nicht erst während der Debatte, wenn von vornherein ein solcher Zeitplan mit der Tagesordnung vorgelegt und beschlossen wird, dann wird sich der Vorwurf der Manipulation nicht erheben, zumal ja jeder vorher das noch mal mit den Delegierten der Landesverbände besprechen kann. Ich warne nur davor, die Geschäftsordnungsbeschlüsse erst am



Montag abend zu machen, wenn wir in einer unwilligen Stimmung sind und dann der Vorwurf der Abwehr oder der Manipulation kommt, wo es dann doch Zufall ist, wer noch auf der Rednerliste steht. Ich glaube, wenn zu Beginn des Parteitages mit der Tagesordnung der Zeitraum und der Zeitablauf genehmigt wird, wird kaum ein Vorwurf dieser Art kommen. Und dann kann man meines Erachtens das ohne weiteres so machen: Zwei Redner am Montag, Beginn am Dienstag mit der Rede des Fraktionsvorsitzenden, und dann müßten wir doch hinkommen.

*Meyers:* Ich bin auch der Ansicht, daß auf jeden Fall die Reden getrennt gehalten werden müssen. Wir können nicht aus Rationalisierungsgründen darauf verzichten, daß wir an den zwei Tagen im Fernsehen und im Rundfunk in Erscheinung treten.

*Heck:* Wir müssen auch folgendes bedenken: Wir haben noch nie die Erfahrung gemacht, daß, wenn wir die Beratungen über 20.00 Uhr ausgedehnt haben, dann noch über die Hälfte der Delegierten da ist. Ich meine, 6½ Stunden Aussprache sind genug. Hier pflichte ich Herrn Dr. Kohl bei, das muß am Anfang den Delegierten gesagt werden, daß wir, um genügend Zeit für die Aussprache zu haben, diesen Abend erst auf 21.00 Uhr festgelegt haben. Wir bitten um Verständnis dafür, und der Magen wird schon knurren. Das Problem scheint nur folgendes zu sein, wenn natürlich auf die Rede des Fraktionsvorsitzenden noch 3 bis 4 Stunden Debatte kämen, dann wäre es in der Tat so, daß wir bei den Wahlen mit der Zeit etwas knapp werden. Bei den Satzungsanträgen kann in der Tat so verfahren werden, daß wir die Anträge, mit Ausnahme des einen Antrages, der die Wahl selber betrifft, alle während der Zeit des Auszählens beraten. Wir nehmen auf Montag vor, was irgendwie geht. Für den Fall, daß die Aussprache um 19.30 Uhr ausläuft und es ist keine Wortmeldung mehr da, werden wir das vorziehen, was irgendwie geht, damit wir am Dienstag nicht ins Gedränge kommen.

*Kohl:* Also, ich wäre auch der Auffassung, daß es richtig ist, wenn wir um 20.00 Uhr aufhören. Wir sollten uns den Abend nicht verscherzen, sondern wir sollten um 21.00 Uhr da auftauchen. Ich glaube, daß da jeder Verständnis dafür hat. Aber ich würde nicht raten, daß wir am Dienstag überhaupt keine Aussprache haben, denn nach dem Referat – das dauert mindestens eine Stunde – hat sich bei manchem vielleicht etwas aufgestaut, was er am ersten Tage nicht sagen wollte. Vielleicht ist es ihm noch nicht eingefallen. Da sollte man noch ein Ventil geben. Ich meine das durchaus im positiven Sinne, da, nachdem am ersten Tage diskutiert worden ist, am zweiten Tage noch etwas gesagt werden kann, was durchaus auch dem Parteitag noch einen Auftrieb gibt. Ich glaube, man könnte dann doch noch zurechtkommen mit den Wahlen, wenn man das richtig macht. Ich hielte es für durchaus möglich, daß man die Diskussion am zweiten Tage während der Auszählung durchführt. Aber man sollte unter allen Umständen noch am zweiten Tage 1 bis 1½ Stunden Aussprache ansetzen.

*Heck:* Wenn ich das richtig verstanden habe, meinst Du, um 9.00 Uhr der Bericht und anschließend eine Stunde Aussprache, um 11.00 Uhr Beginn mit den Wahlen. (*Kohl:* Ja.) Bei dem Programm ist aber noch folgendes zu bedenken. Am Ende der Aussprache kommt die Hauptrede des Parteivorsitzenden.

*Kiesinger:* Hauptrede soll nicht heißen, daß sie notwendig eine beachtliche Länge

haben soll. Aber ich halte es für meine Pflicht, falls ich zum Vorsitzenden wiedergewählt werden sollte, auf diesem Parteitag in dieser Eigenschaft für die Zukunft etwas zu sagen. (*Zwischenfrage*: Nach der Wahl?) Natürlich, nach der Wahl. Das ist ja der Sinn der Übung.

*Kraske*: Ich würde folgendes vorschlagen: Dann würde es sich möglicherweise sogar einrichten lassen, daß wir nach dem Referat eine Stunde diskutieren und dann die Wahl des Vorsitzenden und – was relativ schnell geht – die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden vornehmen, dann die Ansprache des neugewählten Vorsitzenden und am Nachmittag die Vorstandswahl. Wenn wir dann nach einer kurzen Mittagspause um 14.00 Uhr damit beginnen, dann sollten wir eigentlich bis 18.00 oder 19.00 Uhr damit durchkommen.

*Heck*: Wird das Wort noch gewünscht? – Also, zunächst darf ich dann wiederholen. Der Ablauf wird so sein: Um 9.00 Uhr am Montag Eröffnung und Begrüßung, dann ist für die geschäftsordnungsmäßigen Dinge ungefähr eine Stunde vorgesehen, um 10.00 bis 10.30 Uhr die erste Rede des Vorsitzenden, anschließend mein Bericht, danach 1 ½ Stunden Aussprache, zwei Stunden Mittagspause, dann um 15.00 Uhr Fortsetzung und dann in Aussicht nehmen, daß das Plenum bis 20.45 Uhr tagt. Wenn die Aussprache früher zu Ende geht, kann einiges vorgezogen werden vom Dienstag-Programm. Auf alle Fälle bleibt es dann für 21.00 Uhr bei dem Abend bei Dr. Kohl.

Am anderen Morgen um 9.00 Uhr das Referat von Dr. Barzel, dann eine Stunde Aussprache, danach, falls diese Anträge und die Finanzordnung usw. noch nicht erledigt sind am Tag zuvor, müßte das eigentlich verschoben werden und während der Auszählung gemacht werden. Wir könnten dann mit der Wahl des 1. Vorsitzenden beginnen, dann die Stellvertreter, dann die Rede des neugewählten Vorsitzenden und dann die weiteren Wahlen. – Das werden wir morgen so dem Parteausschuß vorschlagen.

*Stingl*: Ich möchte noch etwas zur Vorstandswahl sagen. Ich bitte, nur einmal kurz zu überlegen – ich habe mich ja vorhin nicht gemeldet unter denen, die nicht wieder kandidieren wollen –, ich bin nicht politischer Beamter. Ich bin also Berufsbeamter und habe natürlich gewisse Rücksichten zu nehmen. Der neue Staatssekretär<sup>58</sup> hat in Hannover schon geäußert, dem Stingl werden wir schon noch die Hammelbeine lang ziehen. Der hat im Wahlkampf Sachen gemacht, die er als Präsident gemacht hat und alles mit dem Wohlwollen der CDU. Ich bitte, das also auch einmal zu überlegen und auch entsprechend zu raten, ob das sinnvoll ist oder nicht sinnvoll sein könnte. Ich selber neige dazu zu kandidieren. (*Heck*: Ich sehe keinen Grund.) Ja natürlich, aber es könnte ja auch hier jemand sagen, als Präsident lassen Sie lieber die Finger davon.

*Stoltenberg*: Ich glaube, daß es für die Abschirmung sogar besser ist, Vorstandsmitglied zu sein, denn die Stellung als Vorstandsmitglied ist im Grunde eine stärkere als die eines Mitgliedes, das nicht in der Partei selbst ein Amt hat.

---

58 Dr. Walter Auerbach (1905–1975), Germanist; 1926 SPD, 1933–1945 Emigration, 1946–1948 Vizepräsident des Zentralamtes für Arbeit in der britischen Zone, 1948–1955 und 1957–1969 Staatssekretär im Arbeitsministerium Niedersachsen, 1969–1971 Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Ich habe noch einen anderen Punkt. Wir wissen natürlich, daß eine interessierte und z.T. auch voreingenommene Öffentlichkeit nun hier auf diesen Parteitag sieht. Ich wollte nun fragen, auch in Erinnerung an die Diskussion etwa auf unserem Wahlkongreß in Essen, wo ja einige Gewichtsverlagerungen in der Diskussion etwas einseitig waren, ob es nicht doch gut wäre, daß wir ohne eine zu enge Regie von der Führung unserer Partei her uns überlegen, welche Akzente wir in der Diskussion setzen wollen und daß wir den einen oder den anderen bitten, zehn Minuten zu sprechen. Ich halte das doch für sehr wichtig. Wenn wir das so dem Zufall überlassen, kann es eben sein, daß die ersten drei oder vier Reden, die von der Presse wirklich beachtet werden, danebengehen. Und es sind ja nicht immer diejenigen, die am meisten zu sagen haben, die sich zuerst zu Wort melden. Ich möchte auf diesen Punkt noch einmal verweisen und meine, daß es gut wäre, wenn einige – nicht nur aus diesem Kreis, sondern darüber hinaus – zehn Minuten sprechen und auch in einer gewissen Thematik den Schwerpunkt sehen. Wir müssen uns überlegen, welche Themen uns besonders wichtig erscheinen. Ich rege das bloß an.

*Kiesinger:* Ich würde sagen, das ist eine außerordentlich wichtige Angelegenheit. Die Gefahr dieses Parteitages liegt ja darin, daß alle möglichen Leute hier ihr Süppchen kochen wollen oder Rappelköpfe, die es immer gibt, die nun meinen, sie hätten die Weisheit mit Löffeln gegessen, weil wir nun nicht mehr in der Regierung sind oder angeblich eine Niederlage erlitten haben; Idealisten, die nun mit ganz neuen Ideen kommen, daß diejenigen in einer solchen Menge sich zu Wort melden, daß nach draußen ein ganz falscher Eindruck entsteht. Damit will ich gar nicht etwa Beiträge abwimmeln, bei denen was kommt. Aber erfahrungsgemäß ist es doch so, daß die ruhigeren Leute sitzenbleiben und nichts sagen, und deswegen muß eine solche unaufdringliche thematische Rollenverteilung gemacht werden. Ich habe ohnehin vor, gleich nachher, wenn wir fertig sind mit dem Bericht über die Sitzung des Präsidiums, dazu noch etwas zu sagen, denn wir sind uns alle ja klar darüber, so wie von der ersten Debatte im Bundestag ein starker Eindruck ausgegangen ist in die Öffentlichkeit, so muß natürlich auch von diesem Parteitag ein starker Eindruck ausgehen. Wenn das ein Parteitag würde, von dem nur zerfahrene Kritik und Katerstimmung usw. in die Öffentlichkeit dränge, dann wäre das eine ganz böse Sache. Ich schlage vor, daß wir darüber noch nachher reden.

*Heck:* Der RCDS hat gebeten, fünf seiner Vorstandsmitglieder auf dem Parteitag Rederecht einzuräumen. Das Präsidium hat sich damit befaßt, und es kam zu der Überzeugung, daß es sich hier nicht um eine Frage RCDS handelt, sondern um eine generelle Frage, ob Nichtdelegierte auf einem Parteitag überhaupt reden können. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß das nicht möglich sei. Wir haben auf dem Berliner Parteitag eine Ausnahme gemacht und haben dem Vorsitzenden des RCDS Rederecht eingeräumt, aber das war darin begründet, daß der RCDS intensiv beteiligt war an der Ausarbeitung des Abschnittes der Hochschule unseres Berliner Programms. Diese Voraussetzung ist in Mainz nicht gegeben. Das Präsidium ist daher einstimmig der Auffassung, daß wir das nicht machen können, daß wir hier Nichtdelegierte auf unserem Parteitag reden lassen. (*Kohl:* Sind das überhaupt Mitglieder?)

*Kiesinger:* Nein. Ich habe Herrn Simon<sup>59</sup> und Herrn Stronk<sup>60</sup> bei mir gehabt. Sie hatten um eine Unterhaltung gebeten, und diese Unterhaltung verlief ganz ordentlich. Was die an Ideen vorgebracht haben, war nicht schlecht. Aber wir haben ja in Berlin erlebt, daß er ganz etwas anderes macht als das, was er tun sollte. Und das muß man natürlich auch in Mainz befürchten. Und daß sie da mit fünf Mann anrücken wollen, zeigt ja deutlich, wie sehr sie sich überschätzen. Auf der anderen Seite habe ich doch den Eindruck gewonnen, daß der RCDS, den ich früher wirklich für ineffektiv gehalten habe, sich da und dort an einigen Universitäten gelegentlich ganz gut durchgesetzt hat, so daß wir zusehen sollten, daß wir die Verbindung pflegen. Aber wir sollten an dem Prinzip festhalten, auf dem Parteitag nur Delegierte sprechen zu lassen, denn wenn wir anfangen, Nichtdelegierte auf dem Parteitag sprechen zu lassen, dann ist da kein Halten mehr. Ich habe gestern Herrn Klepsch<sup>61</sup> und einige Mitglieder der Jungen Union bei mir gehabt. Sie haben ganz entschieden gesagt, daß sie sich dagegen wehren, daß morgen auf dem Deutschlandtag der Jungen Union dem Antrag des RCDS stattgegeben wird, daß er dort spricht. Ob sie damit durchkommen, das muß man abwarten. Ich bin schon dafür, daß man das also in einer freundlichen Form sagt, würde aber auch sagen, keine Ausnahme zugunsten des RCDS, denn sie sind nicht Mitglieder der CDU.

*Filbinger:* Ich würde dem zustimmen. Ich erinnere mich an das, was der Herr Simon damals in Berlin gesagt hat und habe nachher im Fernsehen noch einmal die ganze Tagung verfolgt. Und das Fernsehen hat gerade diese Passagen von Herrn Simon überdimensional gebracht, und das wird jetzt auch wieder so kommen, sehr zu unserem Mißvergnügen. Andererseits muß man überlegen, wie wirkt das, und was kommt nach draußen, wenn die nicht gehört werden. Wenn dann die Presse sagt, man hat den RCDS überhaupt nicht zugelassen, dann ist es auch nicht gut. Deshalb wäre ich auch sehr für ein vermittelndes Vorgehen, daß man einen Weg sucht, wie man den RCDS doch dazu kommen läßt, daß er sich ausspricht. Wenn man die Sicherheit hätte, daß das nicht Herr Simon wäre oder ein anderer, auf den man sich verlassen könnte, dann würde ich sagen, schön, großzügig sein und den Mann dann vorgehen lassen. Aber wenn das nicht der Fall ist, dann ist es besser, eine gewisse Verstimmung in Kauf zu nehmen, die man dann aber auffangen sollte, indem man ein anderweitiges Ventil gibt. Eines möchte ich allerdings sagen, was wir in der jetzigen Situation beachten müssen. Es könnte sein, daß dieses Wintersemester völlig anders verläuft als das im Sommer. Wir haben Anzeichen dafür, daß der VDS, nachdem der SDS in sich zerspalten ist, sich wesentlich vernünftiger organisiert als seine Vorgänger. Und in dieser Situation hat natürlich der RCDS eine ganz wichtige Funktion an unserer Seite als ein Mitstreiter,

---

59 Uwe-Rainer Simon (geb. 1942), 1968–1970 Bundesvorsitzender des RCDS.

60 Dr. Detlef Stronk (geb. 1945) Jurist; 1968/69 stv. Vorsitzender des RCDS, 1976–1981 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag, 1981–1985 Staatssekretär für Wirtschaft und Verkehr in Berlin, 1985–1989 Leiter der Staatskanzlei Berlin.

61 Dr. Egon Alfred Klepsch (geb. 1930), Dozent; 1965–1980 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 7 Anm. 17. – Beschlüsse des Deutschlandtages der Jungen Union (7.–11. November 1969 in Hamm) in ACDP 04–007–021/2.

um die Universitäten nun ja, wenn nicht zu beruhigen, so doch ein Partner von uns zu sein dort, wo wir versuchen, politisch wieder Einfluß zu bekommen. Also diese Situation, die praktisch jetzt eine andere und günstigere sein könnte, bitte ich doch bei dem Gespräch mit dem RCDS im Auge zu behalten.

*Heck:* Wir können die Frage nicht offenlassen, da sich mit Sicherheit die Junge Union mit Vehemenz dagegen wenden wird, daß der RCDS außerhalb der Delegierten Rederecht bekommt. Wir würden eine Diskussion auf dem Parteitag bekommen, und der Parteitag würde mit Sicherheit gegen den RCDS abstimmen.

*Scheufelen:* Ja, ich möchte das unterstützen, meine Herren. Man muß ja bei solchen Sachen nach 08/15 verfahren, sonst kommt man in Teufelsküche. Wenn wir zulassen würden, daß auf irgendeinem Parteitag Nichtdelegierte außerhalb einer konkreten Sachfrage Rederecht bekommen, dann haben wir beim nächsten Parteitag keinen Parteitag mehr, sondern eine Versammlung freischaffender Künstler.

*Kohl:* Ich bin also prinzipiell damit einverstanden, daß wir hier keine Ausnahme machen. Ich halte das für ganz unmöglich. Was ich bloß überhaupt nicht verstehe, ist, wie es zu dieser Debatte hier kommen muß. Aber das liegt ja beim RCDS. Meines Wissens sind doch die meisten Leute des RCDS – bei uns sind sie es jedenfalls alle – Mitglied der CDU. Insofern ist es doch gar keine Schwierigkeit gewesen, Parteitagsdelegierter zu werden, und nach unseren Unterlagen sind auch solche RCDS-Mitglieder dabei als Delegierte. Das sind Studenten, die sind Parteimitglieder, sind Mitglieder der Jungen Union und sind Mitglieder des RCDS.

*Heck:* Die wollen mit fünf Vorstandsmitgliedern anrücken, und die sind der Meinung, sie müßten bei uns auftreten und uns ordentlich die Meinung sagen, damit ihre Chancen, wiedergewählt zu werden, erhöht sind. Das ist nicht das, was ich ihnen unterstelle, sondern das, was sie, als sie bei mir waren, haben durchblicken lassen.

*Schwarzhaupt:* Ich bin doch der Meinung, daß wir im Hinblick auf das nächste Wintersemester versuchen sollten, mit den Leuten zu verhandeln und an ihre Einsicht zu appellieren, ihr könnt ja die und die Leute, die hier delegiert sind, sprechen lassen.

*Kohl:* Das sind aber keine Vorstandsmitglieder.

*Von Hassel:* Kann denn nicht jemand vorher – z. B. Dr. Kohl – mit diesen Delegierten ein Wort wechseln, damit sie sich darauf einstellen.

*Kohl:* Ich bin ganz sicher, daß alle fünf spielend hätten Delegierte werden können. Ich kann nur sagen, wir haben in Mainz eine sehr starke RCDS-Gruppe, die sind alle CDU-Mitglieder, auch alle AStA-Mitglieder sind CDU-Mitglieder.

*Heck:* Wir kommen zum zweitletzten Punkt: Der Parteitag in Berlin hat den Parteivorstand aufgefordert, Finanzordnung und Parteigerichtsordnung neu zu fassen und dem nächsten Parteitag zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen. Die Finanzordnung konnte abschließend beraten und vorgelegt werden, die Parteigerichtsordnung nicht. Damit ist kein rechtloser Zustand bei uns gegeben, sondern es gilt die bisherige Verfassung.

*Schmücker:* Die Finanzordnung ist bereits im Februar d. J. vom Bundesfinanzausschuß einstimmig verabschiedet worden. Heute morgen hat der Bundesfinanzausschuß getagt und noch einmal eine kurze Debatte darüber geführt, und die Mitglieder

des Bundesfinanzausschusses sowie der Bundesschatzmeister und Vertreter der Bundesgeschäftsstelle haben sich bereit erklärt, wenn aus dem Plenum heraus Widerstände kommen, dagegen aufzutreten, denn man kann nicht verlangen, daß jeder, der mit der Materie nicht befaßt ist, den Sinn jedesmal sofort versteht. Es hat nur eine Debatte gegeben um den § 9. Der heißt: „Der Bundesausschuß kann in besonderen Fällen bestimmen, daß die nachgeordneten Verbände, Vereinigungen und Sonderorganisationen zusätzliche Beträge an die Bundespartei abzuführen haben (Umlagen). Den nachgeordneten Verbänden steht für ihren Bedarf dieses Recht gegenüber den Verbänden zu, denen sie übergeordnet sind.“ Es gab zunächst einige Bedenken, die aber dann sehr rasch ausgeräumt wurden. Die Landesschatzmeister haben eingesehen, daß diese Bestimmung mehr für sie da ist als für die Bundespartei, und es werden, wenn dagegen Widerstände aufkommen, auch Kollegen auftreten. Also einstimmige Verabschiedung, und ich würde auch meinen, daß das in Mainz sehr rasch gehen wird.

Ich habe heute morgen dann einen kurzen Finanzbericht gegeben. Es ist auch über den Hausbau gesprochen worden. Aber das werde ich erst dann ausführen, wenn ich dazu aufgefordert werde.

*Von Hassel:* Wir hatten doch eine Beitragsregelung vorgesehen, daß ein Mindestbeitrag zu zahlen wäre. Ist das gesondert festgehalten worden? Ich habe keine Bestimmung darüber gesehen.

*Schmücker:* Wir haben heute morgen überlegt, ob es zweckmäßig sei, diesen Parteitag auch damit noch zu befassen. Der Finanzausschuß war einstimmig der Auffassung, daß wir das in Mainz nicht tun sollten. Es sind sowieso, sobald die Finanzordnung verabschiedet ist, etwa zwölf Einzelfragen zu klären. Ich bitte aber, nicht in Mainz, das erschwert die Lage nur.

*Kohl:* Könnten wir nicht hier verbindlich, Herr Schmücker, verabreden, daß wir in der nächsten Bundesvorstandssitzung nach dem Parteitag mal dazu etwas hören, welche Landesverbände zahlen und welche nicht? Das wäre vielleicht einmal ganz interessant.

*Schmücker:* Ich darf Ihnen sagen, Herr Dr. Kohl, daß heute morgen bei der Art der Hereinziehung der Mittel die besten Vorschläge da aus Rheinland und Rheinland-Pfalz kamen. Wir werden das dann auch aufeinander abstimmen.

*Kohl:* Wir müssen aber mal aus den Vorschlägen herauskommen und sehen, daß die einen zahlen und die anderen nicht.

*Heck:* Wird das Wort noch gewünscht?

*Kiesinger:* Also, das Parteihaus kam ein bißchen zu kurz. Wir wollen ja ein Parteihaus hier bauen. Es besteht die Möglichkeit, daß wir das, was wir zunächst unter allen Umständen brauchen, innerhalb eines Jahres auf unserem Platz errichtet bekommen. Das ist ganz entscheidend, denn wenn das länger dauert, liegen wir weiter verstreut herum. Wir verschwinden in Bonn vollkommen. Wir müssen ja eine Gegenposition aufbauen zu der Regierung und müssen nicht nur Leute aus unserem Land, sondern alle distinguierten Besucher aus dem Ausland empfangen können. Stellen Sie sich mal vor, die müßten wir in der Nassestraße empfangen.

*Schmücker:* Es ist sicherlich nicht leicht, die Finanzierung dieses Hauses durch-

zuführen, wohl die Finanzmittel zu beschaffen, aber nachher die Verzinsung und Amortisation zu bezahlen. Ich darf einmal darauf hinweisen, daß wir in den letzten 1 ½ Jahren an Spenden für die Bundespartei und für eine Gemeinschaftsaktion Bund-Land, die von der Bundespartei durchgeführt wurde, Zusagen von 22 Mio. bekommen haben, von denen bis Jahresende bis auf 6 Mio. alles realisiert sein wird. Das ist ein sehr, sehr erheblicher Betrag. Wenn wir darüber hinaus nun jetzt ans Sammeln gehen, müssen wir natürlich wissen, daß die Leute schon einiges geleistet haben. Aber die Bereitschaft, uns zu helfen, ist nicht gering, die ist sehr groß. Für mich ist dies der Hauptgrund, Ihnen zu empfehlen, schnell heranzugehen, Herr Oberbürgermeister<sup>62</sup>, daß wir das Grundstück in Bonn behalten. Denn wenn dieses Grundstück an die Stadt zurückfällt, haben wir einen Verlust von etwa 4 Mio. Mark. Wenn man ein solches Grundstück hat, dann sollte man auf jeden Fall, auch wenn man gar nicht hineinzieht, ein Verwaltungsgebäude errichten, denn die Mietentwicklung ist so, daß dieser Bau dann ohne eine finanzielle Anstrengung unsererseits etwa in zwölf bis 15 Jahren uns sowieso gehört. Diese Chance dürfen wir auf gar keinen Fall auslassen. In welchem Ausmaße wir dann in diesen Bau hineinziehen, das muß natürlich noch sehr genau durchgerechnet werden. Mein Hauptargument ist also dies: Das Grundstück ist so wertvoll. Wenn es nicht bebaut wird, fällt es an die Stadt zurück. Dieses Grundstück muß auf jeden Fall für einen Verwaltungsbau, der der Partei gehört, ausgenutzt werden. Und damit müssen wir rasch anfangen.

*Heck:* Ich schlage doch vor, daß wir dieses Thema heute abend noch etwas ausführlicher behandeln, denn wir sind im Augenblick noch bei dem Tagesordnungspunkt Parteitag, und ich hätte den erst noch gerne beendet.

*Schmücker:* Ja, aber Herr Dr. Heck, auf dem Parteitag müssen wir natürlich die geplante Bausteine-Aktion groß in Szene setzen.

*Meyers:* Da die CDU Bonn keine Gelegenheit außer acht läßt, ihren Wahlsieg am Sonntag in Frage zu stellen – wir holen ja sogar die Fettnäpfchen aus den Geschäften heraus, um reintreten zu können –, besteht eine große Gefahr. Ich habe nämlich versucht, mit der SPD zu verhandeln, die verhandeln aber nicht. Es besteht also die große Gefahr, daß sie das Modell Bund-Land auch in der Bundeshauptstadt praktizieren wollen. Wenn das geschieht, dann treten die bestimmt von dem Vertrag zurück, wenn wir nicht schleunigst einen symbolischen Grundstein legen oder sonst was machen.

*Kraske:* Es hat über diese Frage mit Ihrer Stadtverwaltung inzwischen ein erstes Gespräch stattgefunden. Dabei hat die Stadtverwaltung zugegeben, daß der Drohbrief, den sie uns geschrieben hat, rechtlich nicht begründet war, weil die Liegenschaftsabteilung nicht wußte, was die Rechtsabteilung getan hatte. Wir sind mit der Stadtverwaltung so verblieben, daß sie von uns als verbindliche Zusage der Verwaltung bis zum 8. Dezember einen Brief erwartet, in dem wir mitteilen, welche Baupläne

---

62 Peter Kraemer (1901–1990), Kaufmann; Studium der Nationalökonomie in Köln, 1924–1940 mit Unterbrechung Tätigkeit in Madrid als Repräsentant des Villeroy & Boch-Konzerns, 1946–1956 Mitglied des Beirats der Industrie in der IHK Bonn, ab 1952 Bürgermeister in Bonn (zunächst FDP, ab 1958 CDU), 1969–1975 Oberbürgermeister von Bonn.

wir haben. Ich glaube, daß wir mit diesem Ergebnis ganz gut über die Runden kommen, zumal rechtlich die Sache eindeutig zu unseren Gunsten steht, weil wir nicht durch eigenes Verschulden, sondern wegen eines Einspruchs in ein schwebendes Verfahren nicht bauen konnten.

*Heck:* Ich möchte trotzdem vorschlagen, daß wir dieses Thema heute abend weiter behandeln, damit wir mit dem Parteitag zu Ende kommen. Zwei Dinge noch kurz: Wir haben, nachdem in Braunschweig bei der Wahl des Vorstandes die Dinge etwas anders gelaufen sind, als sie vorbereitet und vorgesehen waren, nämlich die Vorsitzenden von zwei großen Vereinigungen waren nicht Mitglieder des Vorstandes, und sie haben über die Sozialausschüsse beschlossen, daß wir die Vorsitzenden der Vereinigungen generell zu den Vorstandssitzungen so gastweise einladen. Wir haben gegen dieses Verfahren erhebliche Bedenken, und zwar deswegen, weil man auf einem Parteitag dann sagen könnte, die Vorsitzenden brauchen wir ja nicht reinzuwählen, die werden ja ohnedies eingeladen. Das ist das eine.

Das zweite ist, wenn ein Landesverband wie der Landesverband Rheinland mit seinem Vorsitzenden nicht im Vorstand vertreten ist, würde das für diesen Landesverband genauso gelten müssen, d. h. wir würden eigentlich doch zu einem Teil die Wahl des Vorstandes, so wie sie in den Statuten vorgesehen ist, zu einem Wahnsinn machen. Wir sind deswegen der Meinung, daß wir dem Parteitag klipp und klar sagen müssen, daß das einfach bei der Wahl zu berücksichtigen ist und daß man nicht darauf spekulieren kann, daß man ohnehin eingeladen wird.

Das dritte ist, der Vorstand hatte sich mit der Frage zu befassen, Wirtschaftsrat und Mittelstandsvereinigung zu einer Vereinigung zusammenzufassen. Hier ist ein Statut ausgearbeitet worden, gegen das rechtliche Bedenken vorgetragen wurden. Wir haben deshalb unseren Vorsitzenden des Parteigerichts und den Staatssekretär Gumbel<sup>63</sup> vom Innenministerium gebeten, sich einmal gutachtlich dazu zu äußern, wie die von der Wirtschaftsvereinigung ausgearbeiteten Statuten mit dem Parteigesetz in Einklang stünden. Das Ergebnis war negativ, so daß jetzt diese Statuten entsprechend neu überarbeitet werden müssen. Ich hoffe, daß dieses Thema auf dem Parteitag nicht zur Sprache kommt. Es ist ein sehr leidiges Thema. Aber hier muß ich sagen, der Vorstand hat es sich – glaube ich – geraume Zeit zu leicht gemacht und dieses Thema immer wieder vor sich hergeschoben und auf irgendeine Kommission abgeschoben. Ich halte es nicht für möglich, daß wir noch einmal so verfahren, daß auf dem nächsten Parteitag in der Frage wieder keine Entscheidung gefällt wird. Das war das, was ich noch zum Parteitag zu sagen hatte.

---

63 Karl Gumbel (1909–1984), Jurist; 1966–1969 Staatssekretär im Bundesministerium des Innern. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 968 Anm. 63.



## 4

Bonn, Freitag 12. Dezember 1969

*Sprecher: Amrehn, Barzel, Dregger, Erhard, Filbinger, Gradl, von Hassel, Hasselmann, Heck, Kiesinger, Kohl, Kraske, Lorenz, [Rummler], Schmücker, Schröder, Schwarz-Schilling, Stingl, von Weizsäcker, Wex, Windelen.*

*Politische Lage. Aufgabenverteilung im Präsidium. Ergebnisse des Bundesparteitag. Mitgliederwerbeaktion. Bau des Bundesparteihauses. Bundesparteitag 1970. Verschiedenes.*

*Beginn: 14.00 Uhr*

*Ende: 18.05 Uhr*

### POLITISCHE LAGE

#### *Bericht des Parteivorsitzenden*

*Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Vorstandssitzung und nehme die Gelegenheit wahr, um den Vorstand in seiner neuen Besetzung herzlich willkommen zu heißen und die neuen Mitglieder des Vorstandes insbesondere.<sup>1</sup>*

*Wir haben eine ziemlich ausgiebige Tagesordnung. Deswegen will ich versuchen, in meinem Bericht zur Lage so knapp wie möglich zu sein, zumal ja auch der Fraktionsvorsitzende nachher seinen Bericht abgeben wird über die Arbeit der Fraktion und ihre Vorstellungen. Was die Situation der Partei nach der Regierungsbildung anlangt, will ich nicht viel sagen. Es wird natürlich draußen viel diskutiert. Man hört auf den Parteitag und auf den Versammlungen viele Fragen. Es kommt, abgesehen von einer allmählich abflauenden Kritik an dem, was wir hätten tun sollen, nach meinen Erfahrungen jetzt z.B. die Frage des „C“ im Namen der Partei von jüngeren Leuten auf – in meinem Wahlkreis Hochschwarzwald ist das von mehreren jungen Leuten geschehen –, eine Frage, mit der man sich einmal befassen muß, und zwar nicht in dem Sinne, das „C“ aus dem Parteinamen zu entfernen, sondern es noch einmal so zu interpretieren, wie es vernünftigerweise interpretiert werden muß. Ich bin der Meinung, daß es allmählich auch langweilig wird, auf all diesen Versammlungen nur ein paar periphere Gestalten auftreten zu sehen, die dann etwas sagen, was keineswegs der Meinung der großen Mehrheit derer, die da versammelt sind, entspricht. Aber leider merkt man das immer nur dann, wenn sie nicht klatschen, d. h. wenn sie bei denen*

---

1 Auf dem 17. Bundesparteitag in Mainz wurden neu in Präsidium und Vorstand gewählt: Eduard Adorno, Norbert Blüm, Alfred Dregger, Jürgen Echnach, Wilfried Hasselmann, Hans Katzer, Konrad Kraske, Peter Lorenz, Manfred Schäfer, Christian Schwarz-Schilling, Gerhard Stoltenberg, Helga Wex und Heinrich Windelen.

nicht klatschen, während sie bei anderen klatschen. Das ist ein ungueter Zustand, daß sich einfach die Leute zurückhalten, weil sie glauben, der Mundfertigkeit der anderen nicht gewachsen zu sein. Aber das sind alles Dinge, über die man sich nicht besonders aufzuregen braucht. Das war nicht anders zu erwarten. Es ist sicher so, daß unsere Lage zur Zeit in der öffentlichen Meinung nicht schlecht ist. Das ist nicht nur ein allgemeines Gefühl, sondern das wird auch demoskopisch bestätigt.<sup>2</sup> Was die politische Landschaft anlangt, würde ich zu sagen wagen, daß die neue Regierung innenpolitisch schlecht gestartet ist auf nahezu allen Gebieten, außenpolitisch dagegen ist ihr zunächst einmal sicher der Beifall vieler im Inland wie im Ausland gewiß. Die Situation ist nach meiner Meinung, was die Außenpolitik anlangt, treffend dargestellt worden in einem Artikel von einem sonst sehr kritischen Mann im „General-Anzeiger“<sup>3</sup>, wo er sagte, es ist noch keinem deutschen Bundeskanzler soviel Beifall gezollt worden wie dem neuen, wo dann aber dasselbe gesagt wird, was ich in Mainz gesagt habe, daß Beifall und Zustimmung aus dem Ausland beileibe nicht als Beweis dafür genommen werden können, ob eine Politik richtig ist oder nicht.<sup>4</sup> Das betrifft die ganze Breite der Außenpolitik wie der Deutschlandpolitik. Dazu nur wenige Worte.

Die Gewaltverzichtsverhandlungen mit der Sowjetunion sind die Fortsetzung dessen, was angefangen hat in der Friedensnote unter der Regierung Erhard und den Angeboten, die unter meiner Regierung gemacht worden sind.<sup>5</sup> So weit, so gut! Ich hätte gewünscht, und wir alle hätten gewünscht, daß gerade im Blick auf diese ausstehenden Verhandlungen die Unterschrift unter den Atomsperrvertrag nicht voreilig und ohne jede Notwendigkeit und ohne jeden Nutzen weggeworfen worden wäre. Es ist aber geschehen. Was sich die neue Regierung bei diesen Gewaltverzichtsverhandlungen erhofft, ist sehr schwer zu sagen. Es bildet sich schon eine Legende. Wenn man so die polnischen Zeitungen liest, dann erscheint es so, als wäre da ein gewaltiger Erfolg erstritten worden, als seien die Russen plötzlich bereit, unter anderen Voraussetzungen mit anderen Zielsetzungen zu verhandeln, als sie das bisher getan hätten. Davon kann keine Rede sein. Alle Äußerungen, die aus Moskau kommen, sind hier ganz eindeutig. Sie bestehen auf den alten Forderungen. Es wird also eine Legende geboren, daß zu

---

2 Im November 1969 sprechen sich 46 % der Befragten auf die Frage, welche Partei ihren Ansichten am nächsten stünde, für die CDU/CSU und 47 % der Befragten für die SPD aus. Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968–1973. Hg. von Elisabeth NOELLE und Erich Peter NEUMANN. Allensbach/Bonn 1974, Grafik zwischen S. 304 und 305.

3 Vgl. Kommentar „Verfrüht“ von Hermann Eich im „General-Anzeiger Bonn“ vom 10. Dezember 1969. – Hermann Eich (geb. 1914), Journalist; 1958–1980 Chefredakteur der „Westdeutschen Zeitung“ in Düsseldorf, daneben Tätigkeit als Leitartikel beim „General-Anzeiger“ Bonn, Autor der Bücher „Die unheimlichen Deutschen“ (1963) und „Die mißhandelte Geschichte“ (1983).

4 Vgl. CDU, 17. BUNDESPARTEITAG S. 191.

5 Zur Friedensnote der Regierung Erhard vgl. Nr. 2 Anm. 3. – Zur Politik der Regierung Kiesinger vgl. Oliver BANGE: Kiesingers Ost- und Deutschlandpolitik von 1966–1969. In: Günter BUCHSTAB/Philipp GASSERT/Peter Thaddäus LANG (Hg.): Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Von Ebingen ins Kanzleramt. Freiburg/Br. 2005 S. 455–498.

nächst die Sowjetunion als Vorbedingungen für Gewaltverzichtsverhandlungen bestanden hätte auf der Anerkennung der DDR, jetzt dies aber nicht mehr tue. Das ist weder in dem einen noch in dem anderen Sinne richtig. Deswegen wird man abwarten müssen, was bei der Geschichte herauskommt. Die Regierung wird sehr bald bei den Gewaltverzichtsverhandlungen vor die alten harten Forderungen gestellt werden. Die Verhandlungen mit anderen Staaten – nicht nur mit Polen, sondern mit der Tschechoslowakei, Ungarn usw. – führen auch zu nichts anderem. Denn es ist eben nicht so, wie ich es gestern in einem Fernsehkommentar hörte von Herrn Pechel<sup>6</sup>, daß wir es nicht mit einem monolithischen Block zu tun hätten, sondern mit eigenen Staaten mit ihren eigenen Individualitäten und Tendenzen. Das war vor Prag richtig, und es ist auch jetzt noch richtig, nur wird die Sowjetunion keine eigene Politik zulassen. Dafür ist uns ja die Breschnew-Doktrin wahrhaftig laut genug in die Ohren gerufen worden.<sup>7</sup> Also auch hier Legendenbildung, die sehr bald zerstört werden wird. Ich glaube, die Regierung wird sich bald in Sackgassen verrannt finden. Verhandlungen mit Polen haben auch wir angeboten auf den Gebieten, auf denen verhandelt werden kann, aber keine Verhandlungen natürlich über die Oder-Neiße-Grenze. Ich habe den Verdacht, daß die Regierung nach einer Formel sucht, die praktisch der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nicht nur nahekommt, sondern sie praktisch schon ausspricht. Daß man sich also zwar verbal noch eine allerletzte Position vorbehält, aber von einer Respektierung der Grenze ohne Gewalt usw. nur noch soweit spricht, daß das Ergebnis einer Friedenskonferenz damit bereits vorweggenommen sein wird.

Was die Europapolitik anlangt, so hat Brandt zweifellos eine eindrucksvolle Rede in Den Haag gehalten.<sup>8</sup> Aber man muß natürlich auch sehen, daß durch diese Rede Herr Pompidou<sup>9</sup> die Schau gestohlen worden ist. Das war die Konferenz, die Herr Pompidou vorgeschlagen hat. Herr Pompidou ist auf diese Konferenz mit ganz konkreten Vorschlägen gegangen, und er ist mit Sicherheit auf diese Konferenz gegangen mit der Bereitschaft zum Zugeständnis der Eröffnungsverhandlungen für den Beitritt Großbritanniens und anderer. Hier ist ja in Frankreich jetzt – das zeigte sich schon bei

---

6 Dr. Peter Pechel (1920–1997), Journalist; 1950–1954 Redakteur beim Südwestfunk, 1955–1959 Korrespondent in London, 1960–1966 Korrespondent der ARD in Washington, 1966–1981 Chefredakteur des SFB.

7 Die sog. Breschnew-Doktrin, die von einer eingeschränkten Souveränität der Mitglieder des Warschauer Paktes ausging und daraus das Recht ableitete, einzugreifen, wenn in einem der Staaten der Sozialismus bedroht würde, wurde am 12. November 1968 von Breschnew auf dem Parteitag der PVAP in Warschau verkündet. Damit wurde im nachhinein der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei am 21. August 1968 und die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ gerechtfertigt. Vgl. DzD V/2 S. 1475–1479. Dazu auch Matthew J. OUMET: *The Rise and Fall of the Brezhnev Doctrine in Soviet Foreign Policy*. Chapel Hill 2003.

8 Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedsstaaten am 1./2. Dezember 1969 in Den Haag. *Kommuniqué* in *EUROPA-ARCHIV* 1970 D 42–44; weitere Unterlagen in *ACDP* 01–083–067. Vgl. auch die Dokumente im Internet: <http://www.ena.lu>.

9 Georges Pompidou (1911–1974), französischer Politiker; 1969–1974 Staatspräsident. Vgl. *PROTOKOLLE* 5 S. 172 Anm. 14.

den letzten Unterhaltungen mit Pompidou, eigentlich hat es schon bei de Gaulle<sup>10</sup> angefangen – das neue Argument da, man müsse die wirtschaftliche Präponderanz der Bundesrepublik ausgleichen durch den Beitritt Großbritanniens. Also das Märchen, daß Herr Brandt Herrn Pompidou überredet hätte, eine vorher eingenommene Haltung zu ändern während der Konferenz, ist eben ein Märchen. Und wenn man die ausländische Presse, insbesondere die französische Presse, genau verfolgt, sieht man mit Sorge, daß sich hier ein neues Ressentiment gegen uns anhäuft. Es ist eben so, und es war immer meine Überzeugung, wir konnten bei Verhandlungen in der Sache immer energisch sein, immer unseren Standpunkt energisch vertreten, aber wir müssen in der Art, wie wir unseren Standpunkt vertreten, vermeiden, daß wir anderen unnötig auf die Zehen treten. Wir haben es vermieden in den vergangenen Jahren, es mit Frankreich zu einem Bruch kommen zu lassen und zu schweren Verstimmungen, ohne in der Sache nachgiebig zu sein. Andere hatten uns zugemutet, mit den Franzosen zu brechen. Das hat sich jetzt ausgezahlt, daß wir es nicht zum Bruch mit Frankreich haben kommen lassen, denn wir haben immer gesagt, es kommt auch in Frankreich einmal eine Zeit, wo Leute über diese Frage entscheiden werden, die etwas pragmatischer denken als de Gaulle, der sicher auch jetzt noch einmal sich geweigert hätte, sein Ja zu Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien zu geben. In einigen französischen Blättern steht, keine Minute Zeit zu verlieren; es gilt, die deutsche Gefahr abzuwenden; man sieht ja, wie die Deutschen schon wieder reden. Auf der Konferenz hat einer der Teilnehmer gesagt, als Brandt sprach, der redet ja schon wie der Präsident der Vereinigten Staaten von Europa. Das ist nicht gut. Ich habe das natürlich in einer öffentlichen Kritik nicht gesagt. Aber hier unter uns muß man schon einmal darauf hinweisen, weil es nämlich ein Grundfehler der Sozialdemokraten von Anfang an war zu glauben, daß, wenn ein Sozialdemokrat etwas sagt oder wenn ein Sozialdemokrat so kräftig auftritt, dann sei das ganz etwas anderes, als wenn ein Mann von unserer Couleur das tut. Ich brauche auf die einzelnen Ergebnisse jetzt nicht einzugehen. Wir haben das ja alle gründlich verfolgt. Es ist erfreulich, daß diese Beitrittsverhandlungen kommen sollen. Der Termin steht zwar nicht im Communiqué, wie Sie wissen, aber man hat sich verständigt auf den 30. Juni. Aber vor dem Beginn dieser Verhandlungen müssen zwei Dinge geschehen: Erstens muß der ganze Agrarkomplex, insbesondere die Agrarfinanzierung, unter Dach und Fach gebracht werden vor dem Ende der Übergangszeit. Und was für ein Felsblock das ist, das wissen wir alle, und ich selber habe noch kein Rezept für die Lösung dieses Problems. Das zweite ist, daß in diesem ersten halben Jahr bis zum 30. Juni ja die Sechs sich einigen sollen, was sie als gemeinsamen Vorschlag für die Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien bringen wollen. Auch da sehe ich noch eine ganze Menge Schwierigkeiten. Was die anderen Pläne anlangt, eine Wirtschaftsunion auszubauen, eine Währungsunion, das kann von uns alles nur unterstützt werden. Aber wir müssen auch klarmachen, daß das eine außerordentlich schwierige Sache sein wird. Wir werden in der Folge dafür sorgen müssen,

---

10 Charles de Gaulle (1890–1970), französischer General und Politiker; 1958–1969 Staatspräsident. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 156 Anm. 32.

daß diese Schau, die jetzt dem Kanzler zugute gekommen ist und die er ausgenutzt hat, geschickt ausgenutzt hat – das muß man zugestehen –, mit dem Vorbehalt, daß er sicherlich sich bei den Franzosen Ressentiments eingekauft hat und auch bei anderen, daß wir dieses Erstgeburtsrecht der CDU uns nicht aus der Hand nehmen lassen. Wir müssen also in der Europafrage im kommenden Jahr kräftige Initiativen entwickeln.

Zur Deutschlandpolitik hat Dr. Barzel mit Recht den Vorschlag gemacht, sie sollen mal mit einem konkreten Angebot an die Adresse Pankows hervortreten. Das wäre die Fortsetzung der Politik, die wir in der letzten Regierung eingeleitet haben. Hier habe ich die größte Sorge. Es ist verdächtig, mit welcher Eile immer, zumeist im Zusammenhang mit dem Kongreß der Jungsozialisten<sup>11</sup>, dann die Sozialdemokraten sagen, auf keinen Fall werden wir die DDR völkerrechtlich anerkennen. Die Formel kommt immer sofort. Aber darum geht es ja gar nicht mehr, sondern es geht ja, nachdem sie schon bis an die Grenze gegangen sind, um die wirkliche Gefahr, daß nämlich die anderen Staaten der Welt die DDR völkerrechtlich durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anerkennen, d.h. also, daß die das Geschäft vollziehen, das sie selber aus guten Gründen, auch im Blick auf die deutsche Wählerschaft, nicht vollziehen wollen. Hier ist meiner Meinung nach die Lage so: Meine Informationen vermehren sich und stärken die Überzeugung, die ich habe, daß jetzt in der Welt eigentlich viele Länder nur warten auf den, der den ersten Schritt tut. Keiner möchte gern diesen ersten Schritt tun, aber wenn er einmal getan ist, wenn einer einmal vorangegangen ist, dann werden die anderen nachkommen, dann bricht eben etwas zusammen, was wir mit Mühe 20 Jahre lang aufgebaut und verteidigt haben. Und davor kann man immer nur warnen. Das ist die eigentliche Gefahr. In allem anderen glaube ich, werden sie sehr bald in Sackgassen landen. Wir müssen im Augenblick, wo eben noch vieles unsicher ist, uns noch etwas zurückhalten, meine ich. Wir können nicht in einem schwebenden Prozeß wie dem jetzigen schon Dinge zu antizipieren versuchen, die wir nur erst einmal als Möglichkeit sich abzeichnen sehen. Wir können nur warnen vor möglichen Gefahren.

Was die Innenpolitik anlangt, so hat ja die Fraktion sich im Bundestag gleich kräftig durchgesetzt, sie hat gute Figur gemacht.<sup>12</sup> Aber natürlich ist es so, daß wir uns nicht darauf verlassen können, daß die Fraktion so etwas vier Jahre lang mit großem

---

11 Bundeskongreß der Jungsozialisten vom 5. bis 7. Dezember 1969 in München unter dem Motto „Wir sind die SPD der 80er Jahre“. Eine Forderung der Jusos war die „gegenseitige Anerkennung als gleichberechtigte souveräne Staaten deutscher Nation“. Vgl. JS-magazin. Sondernummer: Bundeskongreß der Jungsozialisten S. 17 (ACDP Dokumentation 9/91/2–2–1).

12 CDU/CSU-Antrag Gesetzentwurf über die Anpassung der Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (BT-Drs. VI/69, erste Beratung vgl. Sten.Ber. 6. WP 13. Sitzung vom 26. November 1969 S. 476–496). – CDU/CSU-Antrag Entwurf eines 23. Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes (BT-Drs. VI/119, erste Beratung vgl. Sten.Ber. 6. WP 21. Sitzung vom 12. Dezember 1969 S. 788–794). – CDU/CSU-Antrag zur Beamtenbesoldung (BT-Drs. VI/130) und CDU/CSU-Antrag Entwurf eines Sechsten Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen (BT-Drs. VI/131, erste Beratungen vgl. Sten.Ber. 6. WP 21. Sitzung 12. Dezember 1969 S. 794–805). – CDU/CSU-Antrag Gesetz-

Schwung durchhält, sondern da kommt dann der politische Werktag – wir merken das ja jetzt schon. Da kommen dann Dinge, wo man kämpfen muß, wo man sich auseinandersetzen muß, aber das ersetzt nicht die Arbeit der Partei auf breiter Basis. Diese Arbeit der Partei wird im nächsten Jahr sich in fünf Landtagswahlkämpfen abzuspielen haben, und dabei wird es ganz wichtig sein, wie es bei diesen Landtagswahlgängen nicht nur zwischen uns und der SPD ausgehen wird, sondern vor allem wie es mit der FDP gehen wird. Wenn die FDP in Nordrhein-Westfalen nicht mehr in den Landtag einzieht, wird das mit größter Wahrscheinlichkeit Auswirkungen hier im Bundestag in der FDP und auch in der Bundestagsfraktion der FDP haben. Und das ist natürlich eine der Chancen, die sich uns anbietet, vor 1973 schon das Ende dieser Regierung herbeizuführen. Daher müssen diese Landtagswahlkämpfe mit der größten Energie geführt werden. Ich will jetzt im einzelnen nicht darauf eingehen, wie das zu geschehen hat und welche Chancen vorliegen. Das Parteipräsidium hat sich heute früh mit einer Reihe von Spezialproblemen, insbesondere mit Problemen, die im Zusammenhang mit Nordrhein-Westfalen und dem Saarland stehen, befaßt.<sup>13</sup> Was die innenpolitische Thematik und Problematik anlangt, da darf man ohne Selbstgefälligkeit oder ohne übermäßiges kritisches Bewußtsein sagen, daß die Regierungskoalition hier nicht sehr eindrucksvoll angetreten ist auf den verschiedensten Gebieten. Sie haben zunächst voreilige Versprechungen gemacht, die sie dann wieder zurückgestellt haben. Sie kommen in immer größere Schwierigkeiten in der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik hinein. Aber auch der Haushalt wird zunehmend Schwierigkeiten machen. Die Generalentschuldigung für alles Übel, nämlich die Nichtaufwertung, wird nicht mehr lange anhalten. Man nimmt sie ihnen heute schon nicht mehr ab. Es war übrigens interessant, daß Herr Blessing<sup>14</sup> plötzlich in seiner gestrigen Äußerung gesagt hat, die Teuerung sei darauf zurückzuführen, daß im November 1968 nicht aufgewertet worden sei. Damals hat sich Herr Schiller außerordentlich zäh gegen eine Aufwertung gestraubt und hat das als einen großen Sieg vor der deutschen Öffentlichkeit gefeiert, was ganz falsch war, denn auf die Dauer läßt sich eine solche Sache nicht so verzerrt dargestellt durchhalten. Im übrigen stimmt es nicht – das will ich bei dieser Gelegenheit nur sagen für die, die es gehört haben. Wir haben damals im Einvernehmen mit der Bundesbank die Entscheidung, ob etwas geschehen soll oder nicht, vertagt auf das Frühjahr 1969. (*Dregger*: Im Einvernehmen mit der Bundesbank?) Im Einvernehmen. Herr Blessing und Herr Emminger<sup>15</sup> waren dabei. Die Sachverständigen hatten die Aufwertung bzw.

---

entwurf zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes (BT-Drs. VI/86, erste Beratung vgl. Sten.Ber. 6. WP 13. Sitzung vom 26. November 1969 S. 496–506).

13 Protokoll der Präsidiumssitzung in ACDP 07–001–1402.

14 Dr. Karl Blessing (1900–1971), Diplom-Kaufmann; 1958–1969 Präsident der Deutschen Bundesbank. – Blessing äußerte sich am 11. Dezember 1969 in einer Befragung durch den Haushaltsausschuß des Bundestages, vgl. „Die Welt“ vom 12. Dezember 1969 „Blessing: Aufwertung erfolgte zu spät. Jetzt Konjunkturdämpfung entscheidend“; FAZ vom 12. Dezember 1969 „Blessing: Aufwertung allein genügt nicht“.

15 Otmar Emminger (1911–1986), Jurist; 1969–1977 Vizepräsident der Deutschen Bundesbank. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1315 Anm. 36. – Vgl. dazu EMMINGER S. 142–147.

flexible Wechselkurse vorgeschlagen.<sup>16</sup> Dann hat man die Dinge diskutiert und kam dann dazu, daß eigentlich jetzt noch keine dringende Notwendigkeit vorläge, so daß wir die Entscheidung auf das Frühjahr vertagen sollten. Das nur zur historischen Wahrheit. (*Kraske*: Das hat aber kein Mensch draußen gehört.) Ja, so war es.

*Amrehn*: Das widerspricht sich ja auch nicht, wenn Herr Blessing sagt, im September und November habe die Bundesbank die Aufwertung vorgeschlagen. Und es widerspricht sich auch nicht, wenn Sie jetzt sagen, daß man sich verständigt habe, man wolle das Problem im Frühjahr lösen.

*Kiesinger*: Ja, aber ich habe Emminger nach Neujahr 1969 bei mir in meinem Urlaubsort gehabt, um mit ihm dieses Problem noch einmal zu besprechen. Und auch da hat er selbst noch den Zeitpunkt Frühjahr für den richtigen gehalten. Aber darüber wird sicher der Fraktionsvorsitzende noch etwas zu sagen haben. Ich glaube, daß die wirtschaftliche Entwicklung und die Konjunktorentwicklung uns die Gelegenheit geben werden, im kommenden Jahr energisch anzusetzen und dabei der Regierung das Leben nun wirklich sauer zu machen. Im ganzen würden ich also sagen, lassen wir jetzt ruhig einmal den außenpolitischen Anlauf, den die neue Regierung genommen hat und mit dem sie Eindruck gemacht hat in der Welt, sich auslaufen. Ich kann nur hoffen, daß die fatalen Folgen einer Anerkennung der DDR nicht eintreten werden und daß sich auch nicht eine Stimmung im westlichen Ausland entwickelt, bei der wir uns schließlich zwischen zwei Stühlen sitzend finden. Was Amerika anlangt, hat natürlich die Regierung erklärt, sie sei mit dieser Politik einverstanden. Ich weiß aber, wie man um den Präsidenten herum denkt und welche Sorgen und Befürchtungen man drüben hat. Für Nixon ist es schwer, etwas anderes öffentlich auszusprechen als das, was er gesagt hat. Er hat ohnehin genug Sorgen im eigenen Haus und will sich natürlich hier in Europa nicht noch weitere Probleme schaffen. Aber ohne Zweifel wird diese Politik von unseren Freunden in Amerika mit Sorge verfolgt, wobei ich selbstverständlich weiß, daß es noch genug Leute, auch im State Department z. B., gibt, die noch in der Kennedy<sup>17</sup>-Tradition leben, die ja ohnehin dieser Politik sehr viel näher steht, als es die Nixon-Administration und seine unmittelbaren Berater sind. Es könnte sein, daß sich an dieser Frage ein latenter Gegensatz, der dort besteht zwischen dem Außenminister<sup>18</sup> und Kissinger, dem Berater, entwickelt. Die beiden können nicht miteinander, das weiß man. Es ist da so eine Art Konkurrenzkampf da. Ich hoffe nicht, daß das passiert, denn das würde uns natürlich schaden. Ich versuche, Verbindung zu halten mit der Administration. Gerade ist jemand drüben, der sich erkundigt, wie es nun wirklich aussieht.<sup>19</sup> Ich werde nächste Woche Bescheid bekommen. Mehr möchte ich aber jetzt nicht sagen. Alles andere wäre Spekulation.

---

16 Vgl. „Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (BT-Drs. V/3550 vom 2. Dezember 1968) S. 60–67.

17 John Fitzgerald Kennedy (1917–1963), amerikanischer Politiker (Demokratische Partei); 1961–1963 Präsident. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 439 Anm. 42.

18 William Pierce Rogers (1913–2001), amerikanischer Jurist und Politiker; 1957–1961 Justizminister, 1962–1968 Rechtsanwalt, 1969–1973 Außenminister.

19 Vgl. die Gesprächsnotiz von Helmut Sonnenfeldt vom 5. Dezember 1969, in dem er die

Ich brauche auf NATO und die Probleme, die damit zusammenhängen, nicht einzugehen. Da gibt es im Grunde genommen nichts wirklich Neues. Es ist das alte Problem da, inwieweit die NATO-Strategie den Bedürfnissen Europas entspricht, und wir werden uns eingehend auch mit den Fragen der gegenseitigen Abrüstung befassen müssen, denn es gibt eben einen Punkt, wo auch gegenseitige Abrüstung keineswegs sich zugunsten unserer eigenen Sicherheit auswirkt, sondern im Gegenteil, nämlich wenn ein Moment kommt, wo die nukleare Verteidigung unwahrscheinlich wird, dann wird die Möglichkeit einer konventionellen, ja sogar einer mit militärischer Drohung begleiteten politischen Aktion der Sowjetunion und die Chance dafür sehr viel größer. Wir werden auch darauf zu achten haben.

Das würde ich jetzt in Kürze als grobe Skizze darstellen. Die Situation der FDP ist mir noch nicht klar genug, meine Damen und Herren. Sie alle wissen, da und dort gibt es Austritte. Es gibt große Unzufriedenheit im Lande mit der Führung der FDP. Aber was sich nun wirklich herausbilden wird, das wird eben abhängen vom Ausgang dieser Landtagswahlen im nächsten Jahr. Und diese Landtagswahlen finden nun leider nicht gerade in solchen Ländern statt, in denen wir für die CDU von vornherein auf große Erfolge hoffen können. Aber jedenfalls scheint es mir wichtig zu sein, daß wir dieses Ziel, eine Krise der Koalition durch eine Krise der FDP herbeizuführen, nicht aus den Augen verlieren dürfen.

#### *Bericht des Fraktionsvorsitzenden*

*Barzel:* Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß der außenpolitische Bericht des Herrn Vorsitzenden umfassend ist und ich mich im wesentlichen mit Methoden-Fragen der Opposition und mit innenpolitischen Punkten beschäftigen kann.

Zum Außenpolitischen nur vorweg, damit wir uns keinen Illusionen hingeben: Ich glaube, daß diese Regierung bereit ist, die vier bekannten Forderungen der Sowjetunion zu überbieten.<sup>20</sup> Und dies ohne Gegenleistungen. Ich befürchte, daß, wenn wir in einer großen ostpolitischen Debatte wir alles von Polen bis zu den Anerkennungs- und Berlin-Fragen zur Debatte stellten, es am Schluß dieser Woche dann zwar heftige, sicher parlamentarisch rhetorische Siege der Opposition, aber am Schluß mit der knappen Mehrheit der Regierung Beschlüsse in dieser Richtung geben würde. Davon ausgehend, versuchen wir zu kooperieren, um Pfähle so lange wie möglich und so lange, wie dies uns zumutbar ist, eingerammt zu halten, die sonst ausgerissen würden. Es kommt hinzu, daß wir glauben, daß, wenn eine Opposition immer nur nein sagt, man

---

Ansicht von Dirck Oncken wiedergab „that there were many people in Bonn, especially in the CDU, who wanted to embarrass the new Government and create dissension between it and Washington“ (FRUS 1969–1972 Vol. XL Dok. 46 „Memorandum for the Record“. – Text im Internet: <http://www.state.gov/documents/organization/101003.pdf>).

20 Im Gespräch am 11. Dezember 1969 mit Botschafter Helmut Allardt über Gewaltverzicht formulierte der sowjetische Außenminister Andrei Gromyko sechs Forderungen (AAPD 1969 Dok. 398). Vgl. auch die Aufzeichnung von Ministerialdirektor Hans Ruete vom 17. September 1969 (AAPD 1969 Dok. 293).



ihr dann das Nein nicht abnimmt, wenn es laut und hart gesagt werden soll. Der Punkt kommt ganz sicher, der Krach kommt auch ostpolitisch, nur sollte man eine Regierung nicht deshalb schon kritisieren, weil sie Schritte unternimmt in einer Richtung, die wir auch unternommen hätten, freilich ohne die Grenzpunkte zu markieren, die sie nicht zu überschreiten gedenkt, vielleicht so viel gleichzeitig unternimmt, daß sie automatisch auf die schiefe Bahn kommen muß.

Ich will nur an einem Punkt eine Ergänzung anbringen, weil man – glaube ich – verpflichtet ist, das, was so an potentiellen Entwicklungen kommen könnte, rechtzeitig den Freunden zu sagen, damit keiner überrascht ist. Es könnte sein, daß bei den Brüsseler Agrarverhandlungen – und hier weiß jeder, daß das nicht große Politik ist, wenn man Agrar sagt –, die bis Weihnachten wohl zu Ende kommen sollen, am Schluß die Bundesrepublik Deutschland einen höheren Beitrag als gegenwärtig zu zahlen hat. Wir zahlen jetzt 31 %; die anderen verlangen, die Beitragsbemessungsgrenze von der Produktion wegzunehmen und sie auf die Bruttonsozialproduktbeiträge der Mitgliedsländer abzustellen, das wären dann 36 %. Es könnte sein, daß diese Regierung dann kommt und sagt, nur wer dem zustimmt, ist wirklich für den Beitritt Großbritanniens.<sup>21</sup> Wir haben der Regierung vorher gesagt und haben es auch im Fraktionsvorstand noch einmal festgehalten, daß wir nicht bereit sein würden, einer Regierung, die so schlecht verhandelt, nur wegen des publizistisch hergestellten Junktims auch zu folgen, sondern daß wir die Agrarpolitik aus den agrarpolitischen Problemen in sich beantworten würden und nicht mit anderen zusammen. Daß hier auch, was Den Haag betrifft, ein Pferdefuß liegt, hat der Herr Vorsitzende mit Recht betont. Wenn Sie die Ziffer 7 dieses Kommuniqués lesen, werden Sie das feststellen. Ich betone diesen Punkt schließlich deshalb, weil ich in Erinnerung rufen möchte, daß die Freie Demokratische Partei von Anfang an nicht sehr für die EWG war und erhebliche Vorbehalte gegen die Agrarfinanzierung hatte und daß das ein möglicher Punkt von wichtigen Kontroversen im Augenblick sein könnte, weil eine endgültige Agrarfinanzierung der Europäischen Gemeinschaft der Zustimmung des Bundestages bedarf, so daß hier eine Abstimmung stattfinden muß und dann die Mehrheitsverhältnisse sehr, sehr interessant werden könnten.

Das zweite, was ich eben behandeln möchte, betrifft zwei methodische Akzente unserer Politik hier. Wir erwecken zwar nach außen den Eindruck, als hätten wir nie etwas anderes gemacht und seien unserer Sache ganz sicher. In Wirklichkeit lernen wir ganz schrecklich und versuchen, uns so durchs Gelände zu schieben, weil wir keinerlei Erfahrung auf diesem Gebiet haben. Einmal haben wir uns dahin verständigt, daß wir nicht ständig aus derselben Ecke die Debatten haben dürfen. Dies deshalb, weil die Gruppen der Gesellschaft, die uns bei den letzten Wahlen die Treue gehalten haben oder besonders stark für uns zu erreichen waren, bedauerlicherweise in der Gesamt-

---

21 Am 19. November 1969 hatte die EG-Kommission Vorschläge zur Anpassung einzelner Agrarpreise an die Marktlage und zu einer Reduzierung der Preisgarantie für die Erzeuger vorgelegt (BULLETIN DER EG 1/1970 S. 25–27). Zum Kommuniqué der Konferenz am 1./2. Dezember 1969 über die Finanzregelungen der gemeinsamen Agrarpolitik und die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften vgl. Anm. 8.

gesellschaft abnehmen, während die unterrepräsentiert sind in anderen Gruppen, die zunehmen. Deshalb ist es in der Fraktion natürlich leicht, jeden Tag eine Deutschland-Debatte, eine Vertriebenen-Debatte, eine Agrar-Debatte zu führen. Aber mit dem Blick auf 1973 ist es eben nötig, eine Debatte über Konjunkturpolitik, über Strukturpolitik, über Bildungspolitik zu führen und so fort. Und ich denke, daß uns das so weit wie möglich auch gelungen ist.

Das andere zur Methode: Wir haben ja die anspruchsvolle Überschrift gesetzt, daß wir die stärkste Opposition seien, wobei stark nach der Zahl leider wegen der Präsenzprobleme in einer Partei wie der unseren nicht jeden Tag darzustellen ist. Wir verzichten, wenn immer möglich, auf Abstimmung, weil bei allem, was wir anstellen, die Präsenz nicht genügend ist. Und es wäre schrecklich, wenn sich im Publikum festsetzt, im Grunde hat die Regierung eine Majorität von 30, 40 oder gar 50. Ich bitte also, bei vielen Fragen, wo Sie vielleicht vermissen die Verdichtung am Schluß einer Debatte in einem Antrag, einfach an diesen praktischen Gesichtspunkt doch zu denken. Im übrigen sind wir dabei, ich werde das gleich aufzeigen, eben durch eigene Initiativen auch ein Stück unseres Berliner Programms zu verwirklichen.

Das dritte, was ich sagen möchte, betrifft zwei aktuelle Punkte. Bundeskanzler Brandt hat heute in seiner Eigenschaft als SPD-Vorsitzender eine Pressekonferenz gegeben.<sup>22</sup> Dabei hat er zugegeben, daß er einige neue Konkretisierungen vornehmen würde, wenn er die Regierungserklärung noch einmal formulieren müßte. Das ist erstaunlich nach sieben Wochen. Und er hat gesagt, das volle Ausmaß der wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten hätten Ende Oktober auch die Experten nicht erkennen können. Das ist natürlich eine Ohrfeige für Karl Schiller, wie sie schrecklicher nicht gedacht sein kann. Ich glaube, diese beiden Eingeständnisse sind hervorragend geeignet für unsere Bilanz vor Weihnachten. Der andere aktuelle Punkt betrifft unsere Freunde im Bundesrat und in den Ländern. Ich glaube, es lohnt sich, darüber nachzudenken und entsprechend zu handeln, in der Kriegsofferfrage im Bundesrat, entsprechend der agrarpolitischen Vorgänge, den Versuch zu machen, auf 22 % zu gehen<sup>23</sup> und in den Vermittlungsausschuß zu gehen. Dies schien mir vernünftig, und ich höre, daß da auch Vorgespräche bestehen in dieser Richtung.

Erlauben Sie mir, mit wenigen Worten zu sagen, was wir bisher zur Sache hier gemacht haben und was uns noch vorschwebt. Wir haben also Anträge eingebracht zu den Kriegsopfern, zum Lastenausgleich, zu dem Beamten- und zum Kindergeld<sup>24</sup>, sind aber insgesamt – und Herr Stoltenberg wird dies in einer Pressekonferenz am Montag noch einmal der Öffentlichkeit klarmachen – natürlich weit hinter dem zurückgeblieben, was die Regierungskoalition ausgibt oder verspricht. Wir müssen immer einrechnen die 1,7 Mrd. für die Landwirtschaft, die wir nicht zu vertreten haben – das ist auch

---

22 Vgl. „Die Welt“ vom 13. Dezember 1969 „Brandts Bilanz“.

23 Die CDU/CSU hatte eine Erhöhung der Kriegsopferversorgung um durchschnittlich 22 % gefordert. Vgl. DUD Nr. 235 vom 10. Dezember 1969 S. 2f. „16 Prozent reichen nicht“; „Bonner Rundschau“ vom 12. Dezember 1969 „Ein schlechtes Gewissen gegenüber Kriegsopfern“. Vgl. Anm. 34.

24 Vgl. Anm. 12.

etwas Neues –, die Steuersenkungsabsichten bei der Ergänzungsabgabe und bei dem Arbeitnehmerfreibetrag, die Versprechungen an die Rentner. Wir haben die Regierung dann ermuntert, doch einen Ausgabenstop mit Ausnahme von Kriegsopfern, Agrar und Öffentlichem Dienst bis zum Vorliegen der Mittelfristigen Finanzplanung zu akzeptieren. Dem konnten sie sich dann auch nicht verschließen, so daß alles das, was man versucht, uns an schlechtem Gewissen einzureden, objektiv beim besten Willen nicht berechtigt ist, denn wir haben ja gesagt, daß alle unsere Vorlagen zur Disposition stünden in der 2. und 3. Lesung, falls diese vor der Mittelfristigen Finanzplanung sein sollten.

Wir haben eingebracht das Wahlalter.<sup>25</sup> Wir haben dann – und dafür sind wir sehr dankbar, daß unsere Freunde in den Ländern das im Tempo und im Inhalt ermöglicht haben, auch unsere Freunde in Bayern, sowohl die hier Tätigen, wie die in München Tätigen –, daß wir also § 91a des Grundgesetzes ergänzen dürfen mit einer Ausweitung auf die Fachhochschulen, daß wir die Anfrage zum Numerus clausus eingebracht haben<sup>26</sup>, und ich hoffe, daß wir im Januar oder im Februar ein Hochschulrahmengesetz einbringen, das auch die Zustimmung unserer Freunde in den Ländern findet. Wenn dies geschehen ist – und wir sind hier, wie versprochen, sehr viel schneller als die Bundesregierung –, dann wächst uns, glaube ich, die Landschaft zu, in der wir das machen sollten, was Herr Filbinger mit Recht verlangt, nämlich uns um die ganz konkreten Probleme der Überfüllung der Hörsäle usw. zu kümmern. Aber es schien uns notwendig, zunächst mal ein Signal zu setzen. Das ist uns gelungen, und ich bin Ihnen dankbar dafür.

Zur Vermögensbildung hat Herr Burgbacher einen Gesetzentwurf hereingegeben, der das Berliner Programm realisiert – Beteiligungslohn.<sup>27</sup> Hier muß ich darauf hinweisen, daß diese Fraktion eine CDU- und CSU-Fraktion ist. Im Programm der CSU stand der Beteiligungslohn nicht. Wir müssen deshalb mit unseren Freunden aus Bayern noch diskutieren. Außerdem muß man sehen, daß die beiden anderen Fraktionen für irgendeinen Zwang, wie sie sagen, nicht zu haben sind. Das wird den Widerstand des DGB sowie der Arbeitgeberverbände haben. Wir haben deshalb zunächst uns geholfen dadurch, daß wir eine interne Diskussion durchführen. Wir wollen dann hier ein neues Verfahren anwenden. Wenn wir uns einig sind, daß der Zeitpunkt vernünftig

---

25 CDU/CSU-Antrag Gesetzentwurf zur Herabsetzung des Wahlalters (BT-Drs. VI/70, erste Beratung vgl. Sten.Ber. 6. WP 15. Sitzung vom 28. November 1969 S. 548–558).

26 Antrag der Abgeordneten Dr. Stoltenberg, Dr. Martin und der Fraktion der CDU/CSU „Gesetzentwurf zur Änderung des Hochschulbauförderungsgesetzes“ (BT-Drs. VI/115, erste Beratung vgl. Sten.Ber. 6. WP 19. Sitzung vom 10. Dezember 1969 S. 667–692. – „Große Anfrage der CDU/CSU betr. Numerus Clausus“ BT-Drs. VI/124, Beantwortung durch das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft BT-Drs. VI/246, zur Behandlung der Anfrage im Bundestag vgl. Sten.Ber. 6. WP 25. Sitzung vom 21. Januar 1970 S. 1038–1046.

27 Dr. Fritz Burgbacher (1900–1978), Wirtschafts- und Steuerberater; 1957–1976 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 31 Anm. 65. – Burgbacher sprach sich für die Einführung des Investivlohns zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer aus. Vgl. dazu Günter BUCHSTAB: Alter Wein in neuen Schläuchen? Vom Mitarbeiter zum Miteigentümer. Der Burgbacher-Plan von 1969. In: HPM 7 (2000) S. 269–288.

ist und die Vorlage halbwegs als Diskussionsgrundlage bezeichnet werden kann, wollen wir mit der interessierten Öffentlichkeit diese Probleme diskutieren. Das nützt uns sehr viel mehr.

Wenn wir nach vorwärts schauen, werden wir im Januar den Bericht zur Lage der Nation bekommen. Wir sind sehr dankbar, daß der Herr Parteivorsitzende bereit ist, selbst in dieser Debatte die erste große Rede für uns zu halten. Wir werden im Februar den Haushalt und die Mittelfristige Finanzplanung bekommen. Dann wird es einen ersten von uns eröffneten Angriff auf die Gesamtpolitik der Regierung geben, wenn nicht vorher andere Anlässe bestehen. Die Arbeitskreise der Fraktion oder spezielle Arbeitsgruppen arbeiten an all den Fragen, die wir in Mainz auf dem Parteitag bezeichnet haben.

Das letzte Innenpolitische, was ich sagen möchte, weil der Herr Vorsitzende in seinem Bericht darum bat, ist die Frage mit den Preisen. Und das ist, glaube ich, auch der Punkt, der unsere Mitbürger so erregt, wie es unsere Rentner erregt, daß sie nun kein Weihnachtsgeld bekommen und auch die Krankenversicherungsbeiträge immer noch abgezogen bekommen. Wenn Sie den Bericht der Bundesbank, der heute veröffentlicht wird<sup>28</sup>, lesen, dann finden Sie da eine hervorragende Sache, die an vergleichbare Dinge von früher erinnert. Die Bundesbank kritisiert die Bonner Haushaltspolitik. Sie sei pro-zyklisch und nicht antizyklisch. Die Bundesbank erwartet Steigerungsraten von 10 bis 14 %, während etwa 7 % konjunkturneutral wären. Die Bundesbank weist darauf hin, daß die Geldpolitik alleine nicht helfen könne, wenn die Fiskalpolitik dahinterbliebe, so daß wirklich die Frage an die Regierung berechtigt ist, ob sie in eine Inflation oder in eine Rezession zu steigen beabsichtige. Ganz sicher müssen wir den Vorwurf erheben, gerade dann, wenn wir aus der vergangenheitsbezogenen Aufwertungsdebatte herauskommen wollen – was in unser aller Interesse ist –, daß wir sagen, diese Regierung hat es versäumt, ein Programm der binnenwirtschaftlichen Preisstabilität zusammen mit der Aufwertung vorzulegen. Das ist, glaube ich, ein Satz, der sich sehen lassen kann. Wenn man uns dann fragt, was würdet Ihr machen? Zunächst eine andere Haushaltspolitik. Und im übrigen haben wir nie den Eindruck erweckt, daß am Markt vorbei alles machbar sei. Das, glaube ich, sind die beiden Antworten, die man auf diesen Einwand geben sollte. Ich hoffe, daß Sie mir gestatten, so im Eilgalopp hier zu berichten, aber den meisten Damen und Herren sind die Probleme ohnehin vertraut und für sie vielleicht sowieso viel zuviel Bekanntes. Ich danke herzlich.

*Kiesinger:* Es ist vielleicht noch interessant hinzuzufügen, daß dieses Sachverständigen-Gutachten an Hilflosigkeit gegenüber der Situation nicht mehr überboten werden kann. Auch das ist wichtig, auch die Aussage darin, daß wir ja glücklich aus der Aufwertungsdebatte herauskommen wollen. Aber es steckt nun mal die Aussage darin, daß die vollzogene Aufwertung nicht reichen werde. Das ist das eine. Und zweitens das, was wir immer wieder in Zukunft, auch wenn wir nicht zurückgreifen wollen auf das Für und Wider, sagen müssen, daß glatt zugestanden wird, daß eben das kommt,

---

28 Die Bundesbank kritisierte, daß Bund und Länder in ihren Haushaltsansätzen weit über die mittelfristige Finanzplanung hinausgegangen seien (vgl. dpa vom 12. Dezember 1969).

wovor wir immer gewarnt haben, nämlich eine Kette von Aufwertungen, und zwar jedesmal mit den gleichen Konvulsionen, die eine solche Aufwertung begleiten. Ich habe vor kurzem mit einem gesprochen, der meint, wenn man nur immer 2,5 % höher ginge, dann würden die Spekulationen vermieden werden. Ja, aber es kommt nur darauf an, ob die Spekulanten von vornherein damit rechnen, daß man nicht noch etwas weiter greift.

Ich hatte noch etwas vergessen, meine Damen und Herren, das will ich kurz nachholen. Dem Bundesrat kommt ja jetzt eine besondere Bedeutung zu, denn wir haben mit dem Bundesrat die Möglichkeit, bei ganz wichtigen Anlässen die Mehrheit im Bundestag zu überwinden, und zwar bei jedem Gesetz, da ja etwa die Hälfte Zustimmungsgesetze sind und die andere Hälfte nur durch eine qualifizierte Mehrheit im Bundestag überstimmt werden können. Da haben wir uns zusammengesetzt und haben eine enge Zusammenarbeit zwischen der Partei und den Ministerpräsidenten, bzw. in Niedersachsen war es noch der Landesvorsitzende<sup>29</sup>, ausgemacht, und zwar von langer Hand, daß wir rechtzeitig an die Probleme herankommen, also nicht etwa kurz vor einer Sitzung des Bundesrates, dann ist es sowieso zu spät, sondern daß wir versuchen, da eine gemeinsame Planung zu entwickeln, die natürlich schon beim ersten Durchgang im Bundesrat von größter Bedeutung sein kann, denn die Regierungsentwürfe kommen ja zuerst an den Bundesrat. Weil Herr Dr. Barzel die Frage gleich anschnitt, er hat ja ein praktisches Beispiel gleich [her]angezogen – wir haben im Präsidium darüber gesprochen, ob wir in dieser Hilfe für die Landwirtschaft unseren Freunden raten sollten, im Bundesrat anders zu votieren. Wir sind bei den Kriegsoffern dann zu dem Ergebnis gekommen, es nicht zu tun. Aber wir sind ja völlig offen. Wenn der Fraktionsvorsitzende glaubt, daß es politisch gescheiter und zweckmäßiger sei, dann bitte, dann lassen Sie uns darüber sprechen.

*Barzel:* Ich weiß gar nicht, was hier gescheit ist oder nicht. Dazu bin ich im Augenblick viel zu müde. Ich habe nur gehört, daß unsere Freunde in der Fraktion zusammen mit den zuständigen Ministern unserer Freunde in den Ländern sich unterhalten haben, und die seien alle der Meinung gewesen, dies wäre ein geeigneter Punkt für die zweite Runde dieses Unternehmens. Aber das können die Herren Ministerpräsidenten sicher besser beurteilen.

*Filbinger:* Eben! Ich weiß von Vertretern der Kriegsofferverbände, daß sie bereit wären, bei 18 % zu akkordieren. Wir könnten also als Initiative der CDU-Länder ein Veto einlegen, könnten in den Vermittlungsausschuß gehen und dann bei 18 % ankommen und hätten auf die Weise die Initiative der Bundestagsfraktion aufgegriffen und zu einem Kompromiß geführt, der im Vermittlungsausschuß initiativ wird.

*Windelen:* Ich habe ein Gespräch mit den Ländervertretungen unserer Länder geführt. Hier war die Bereitschaft, der Fraktion im Bundesrat zu helfen, durchaus vor-

---

<sup>29</sup> Vorsitzender der CDU in Niedersachsen war von 1968–1990 Wilfried Hasselmann. Vgl. ZICK S. 133–217. – Die Ministerpräsidenten der CDU/CSU-regierten Länder waren: Hans Filbinger (Baden-Württemberg), Alfons Goppel (Bayern), Helmut Kohl (Rheinland-Pfalz), Franz Josef Röder (Saarland), Helmut Lemke (Schleswig-Holstein).

handen. Man war sich über den Satz nicht ganz klar, vor allem über das, was durchsetzbar ist. Gerade im Land Baden-Württemberg hatte man ja wohl im Kabinett auf 18 % akkordiert, 18 bis 19. Das hielt man allenfalls für durchsetzbar. Es blieb die Frage, ob man einen festen Satz nennen sollte oder wenigstens sagen sollte, ein Satz über 16 %. Das wäre im Ergebnis ja das gleiche. Die Regierung wäre dann gezwungen, jedenfalls in neue Überlegungen einzutreten. Und ich glaube, das wäre für uns sehr hilfreich. Ich wurde gebeten, gerade das Land Baden-Württemberg, das sich hier ja ein wenig schwer tut, auch vom Parteivorstand bitten zu lassen, doch diese Linie zu vertreten.

*Filbinger:* Wir haben unseren Beschluß gefaßt, nachdem uns unsere Freunde von den Kriegsofverbänden gesagt haben, bei 18 % sind wir bereit mitzumachen. Also haben wir einen Beschluß gefaßt in dieser Richtung und schon eine Weisung gegeben an unseren Mann, der im Arbeits- und Sozialausschuß abstimmt.

*Heck:* Muß man hier nicht überlegen, was steht am Ende? Wir haben im Präsidium die Frage ja nur unter dem Gesichtspunkt besprochen, werden wir etwas erreichen im Vermittlungsausschuß. Oder, wenn wir nichts erreichen, werden wir Prügel einstecken müssen. Unter diesem Gesichtspunkt ist das Präsidium zu dem Ergebnis gekommen, daß es wohl zweckmäßiger wäre, in der Kriegsofersache den Vermittlungsausschuß nicht anzurufen.

*Kiesinger:* So habe ich es nicht verstanden.

*Filbinger:* Ich habe das Gefühl, Herr Bundesvorsitzender, daß der Vermittlungsausschuß die Mehrheit bekommen könnte, also die SPD das nicht durchsetzt, bei einem Vermittlungsangebot von 18 % auf ihren 16 % stehenzubleiben.

*Kohl:* Ja, ich muß noch einmal auf das Wort von Bruno Heck zurückkommen. Ich bin bereit, so zu verfahren. Das ist bei uns keine Schwierigkeit. Die Frage ist, ist das im Rahmen einer soliden Politik, die wir anvisiert haben? Das ist für mich die Frage, wenn es zu einer Auseinandersetzung kommt. Oder wird es draußen so verstanden: Wer bietet mehr? Die Frage müssen wir uns stellen. Das, finde ich, muß abgewogen werden. Da sitzt eigentlich die politische Entscheidung. Denn Rainer Barzel hatte diese sehr kritische Formulierung seinerzeit geprägt – Politik des leichten Geldes machen wir nicht.<sup>30</sup> Für mich ist die Frage, wo steckt der entscheidende Punkt für uns darin, wobei es gar nicht so wichtig ist, ob 16 oder 18 %. Es steckt ja noch etwas anderes darin, nämlich die Frage der Dynamisierung. Das muß man ja mit dazunehmen bei einer nüchternen Betrachtung des Problems.

*Barzel:* Wenn wir das verteilen – erst mal die Dynamisierung. Wir haben sie vorgeschlagen. Unsere Freunde haben dann – für mein Gefühl etwas zu schnell – dem zugestimmt, und der Finanzminister hat gesagt, das Geld dafür sei da. Daraufhin wurde allem zugestimmt. Bleibt der Satz 16/22, 18/19.

*Kohl:* Sie erlauben, daß ich noch eine Zwischenfrage stelle, Herr Barzel. Sie können

---

<sup>30</sup> Vgl. die Antwort Barzels in der Bundestagssitzung am 29. Oktober 1969 auf die Regierungserklärung Brandts (Sten.Ber. 6. WP 6. Sitzung S. 37–46, hier S. 38).

sie dann gleich mitbeantworten. Wo hören wir dann auf? Was war die Meinung der Fraktion in der Möglichkeit der Dynamisierung?

*Barzel:* Wir haben der Dynamisierung zugestimmt.

*Kohl:* Ja, für diesen konkreten Fall. Aber es gibt ja andere Fälle.

*Barzel:* Das ist eine berechnete Frage. Da müssen wir eine Politik entwickeln. Wir haben sie auch noch nicht. Was den Satz betrifft, so ist natürlich eine Politik, mehr zu verlangen, als die Regierung vorschlägt, nur glaubhaft vor der Überschrift der Solidität. Wenn wir bereit sind, z. B. – ich sage jetzt z. B., es kann auch an anderen Punkten sein – bei den Steuersenkungsabsichten der Bundesregierung zu sagen: „Nein, wir brauchen das Geld dafür, wir brauchen 300 Mio. für eine kleine Kindergeldlösung und den Rest für die Bildungspolitik“, das wäre eine runde Politik. Deshalb hat Herr Kohl völlig recht. Wenn wir das aus dem Zusammenhang nehmen und hier einfach billig mehr fordern, dann geraten wir in Widerspruch mit uns selbst. Wenn wir aber hinterher bereit sind, entsprechend den kritischen Einleitungen auch im Bundesrat dazu, dann, glaube ich, haben wir eine gute Linie und können auch die Anliegen unserer Bildungspolitik dann ein bißchen berücksichtigen. Aber das muß man natürlich auch sehen, sonst ist es eine billige Politik.

*Heck:* Ich habe eine gewisse Sorge. Wir erleben es jetzt im Bundestag, wie absolut – loyal kann man schon gar nicht mehr sagen – konform die Regierungsfraktion zu ihrer Regierung steht. Ich glaube, wir sollten uns nicht täuschen, was es für die SPD bedeuten würde, wie sie das wertet, hier im Vermittlungsausschuß zu unterliegen. Deswegen habe ich wenig Hoffnung, daß auf Länderseite bei der SPD jemand ausschert.

*Schwarz-Schilling:* Ich möchte noch einmal auf das Gesamtkonzept, von dem hier die Rede war, zurückkommen. Ich glaube, daß das bisher schon ganz deutlich sichtbar war bis auf einen – ich möchte sagen – etwas mehr als Schönheitsfehler. Und das hat bei uns draußen also auch einen ziemlichen Schrecken hervorgerufen. Das war die Tatsache, daß man die Beamtengehälter auf 12 % mit einer ganz präzisen Zahl präzisiert hat, was zumindest nach meinen Nachforschungen bisher noch nie von einer Opposition mit einer präzisen Zahlenangabe gemacht wurde. Am gleichen Tag hat der Vorsitzende des CDU-Arbeitskreises für Wirtschaft und Ernährung, Herr Müller-Hermann<sup>31</sup>, das Sachverständigen-Gutachten kritisiert, weil es eine Lohnsteigerungsrate von 9 bis 10 % als verkraftbar für das Jahr 1970 erklärte. Das war am selben Tage. Ich habe also große Bedenken; wenn diese Dinge nicht besser verzahnt werden, werden wir große Schwierigkeiten bekommen. Ich hätte gern Ihre persönliche Ansicht einmal zu dieser Frage.

*Barzel:* Ich bin sehr dankbar für diese Frage, und sie haben liebenswürdigerweise nach meiner persönlichen Meinung gefragt. Ich glaube, ich gehe nicht zu weit, wenn

---

31 Ernst Müller-Hermann (1915–1994), Redakteur; 1952–1980 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 601 Anm. 29. – Müller-Hermann kritisierte, daß das Gutachten des Sachverständigenrates „bezüglich der Preisentwicklung nur düstere Erwartungen“ zuließe. Vgl. Pressereferat der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages vom 3. Dezember 1969. Zum Jahresgutachten 1969 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vgl. BT-Drs. VI/100.

ich hier mitteile, daß in dieser Frage der Beschluß der Fraktion abweicht von der Empfehlung des Vorstands. Zweitens möchte ich mitteilen, daß wir ein Gespräch hatten mit dem Beamtenbund, in dem dieser zu unserer Überraschung nach unserem Drängen bereit war, von den 12 % bis zu 3 % vermögenswirksam entgegenzunehmen. Das ist immerhin eine Milderung. Wenn Sie das Ganze sehen und feststellen, daß wir, was Beamtgehälter betrifft, immer in einem Zwang sind, das nachzuvollziehen, was vorher im Tarif geregelt ist, und wenn Sie dann Kluncker<sup>32</sup> hören, der 13 bis 25 % fordert, kann man sich vorstellen, wo ungefähr diese Regierung abbleiben wird.

*Dregger:* Herr Barzel hat eben meines Erachtens mit Recht gesagt, daß wir auf die Konsequenzen im Gesamten sehen müßten und bereit sein müßten, gegen eine Steuersenkung zu stimmen. Ich möchte das vorschlagen. Eine Steuersenkung scheint mir unverantwortlich zu sein, und es wäre auch ein Punkt, wo die kleine Koalition SPD–FDP in Schwierigkeiten kommen könnte, denn die Senkung der Ergänzungsabgabe ist doch offenbar von der FDP vorgeschlagen worden.

*Kiesinger:* Zu dem Thema Kriegsoffer-Vermittlungsausschuß sollten wir schon mit einer Meinung hier herauskommen.

*Kohl:* Das Problem ist, daß man das Ganze ja sehen muß im Zusammenhang mit Fragen der übrigen Öffentlichkeit, daß auf diese Art und Weise die Regierung nach der Taktik des Salami-Abschneidens vorgeht. Übrigbleiben wird dann eine Oppositionspolitik, wie wir sie jahrelang kritisiert haben, d. h. also, wenn wir am nächsten Freitag in die Schlacht ziehen und künden das an und wir bleiben unterwegs liegen, dann ist die Blamage eine ziemlich große.

*Amrehn:* In der Fraktion ist die Steuersenkung nur dann nicht zu verhindern, wenn wir vorher hinreichend klarmachen, was an sich mit den Mehrbeträgen, die ohne Steuersenkung bleiben, geschehen soll. Ich weiß nicht, ob wir die publizistischen Möglichkeiten haben, mehrere Wochen lang dieses Ziel deutlich sichtbar zu machen, daß wir nachher sagen können, von uns wird die Ergänzungsabgabe nicht gesenkt. Sonst hat Kohl völlig recht. Das war auch die Stimmung in der letzten Fraktionssitzung, daß man eine Steuersenkung, die die Regierung verantworten will und vorschlägt, eigentlich nicht verhindern kann. Und da liegt zur Zeit auch nach meinem Eindruck die Mehrheit der Fraktion, die man nur dann gewinnen kann, wenn man das andere Ziel so deutlich macht, wofür ein Anspruch an den mehrverdienenden Bürger gestellt wird. Hier geht es also um eine Frage der Publizistik, so wie auch in der Frage der Beamtgehälter. Wir waren uns alle klar, daß die 12 % im Grunde nicht zu tun haben mit den Erhöhungen, die im Januar im Bereich der Industrie kommen, sondern daß hier verwirklicht wird, was immer vom Beamtenbund als Nachholbedarf mit sehr viel höheren Zahlen deklariert worden ist. Er hat ja schon früher 22 oder 23 % gefordert. Das ist sicher überhöht, aber auf der anderen Seite ist der Öffentliche Dienst, soweit er beam-

---

32 Heinz Kluncker (1925–2005), Textilkaufmann; 1946 SPD und ÖTV, 1964–1982 Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV. Vgl. Hans Otto HEMMER/Hartmut SIMON (Hg.): Auf die Wirkung kommt es an – Gespräche mit Heinz Kluncker. Frankfurt/Main 2000.



tet ist, etwas schlecht weggekommen, und man kann nun einfach nicht zulassen, daß er jetzt bei weiteren Erhöhungen nur abgespeist wird mit einer Rate von 6 oder 7 oder 8 %, wenn man weiß, daß schon in der Vergangenheit nichts geschehen ist. Dabei hat praktisch eine Rolle gespielt, daß die Regierung kaum darunterbleiben kann. 10 oder 11 % kommen sowieso raus, und wir waren der Meinung, mit den vermögenswirksamen 2 % können wir verantwortlich 12 % vorschlagen.

Jetzt komme ich aber auf den Punkt zurück, für den wir ja noch keine Entscheidung getroffen haben – 16 oder 18 % im Bundesrat. Heute hat sich also die Fraktion nachhaltig und mit Bravour, für meinen Eindruck sehr erfolgreich – wenn man es so wiedergibt –, im Rundfunk und Fernsehen für die 42 % geschlagen und hat dazu gesagt, das ist verantwortbar, daß läßt sich auch nachrechnen, warum es 22 in einem Gesetz sein müßten, das keine Dynamisierungsklauseln enthalten würde, da müßte man ohnehin schon 22 % sagen.<sup>33</sup> Das ist also so überzeugend vorgetragen worden, daß wir eigentlich mit einer Beschlußfassung des Bundesrates, sich im Vermittlungsausschuß auf 18 % zu einigen, in eine ganz schwierige Situation hinterher geraten. Dann kommt doch die Geschichte an den Bundestag zurück. Und dann müssen wir plötzlich den 18 % zustimmen, nachdem wir heute gemeint haben, 22 % sei die Mindestzahl, die man vertreten kann und verantworten muß. Und da finde ich, muß man jetzt noch einen Augenblick überlegen – ich kann es gar nicht für den Moment entscheiden, was besser ist –, der Regierungsmehrheit eine Niederlage zu bereiten, daß sie also an ihren 16 % nicht festhalten kann. Das wäre ein ganz großer Erfolg, und ich würde sagen, jedes Prozent über 16 wäre in dieser Hinsicht ein Erfolg. Aber es bringt nachher die Opposition in die taktische Schwierigkeit, einem minderen Vorschlag dann doch ihre Zustimmung geben zu müssen und damit also die Auseinandersetzungsmöglichkeit mit der Regierungsmehrheit in diesem Punkt für die Zukunft uns wegzunehmen für 2 %, die sehr weit entfernt von unserem eigentlichen Ziel bleiben. Ich neige eher dazu sagen, wir haben 22 % gefordert, sind niedergestimmt worden. Das würde uns dann abgenommen werden.

*Kiesinger:* Also dem kann ich nicht zustimmen, dieser Logik. Wenn wir zuletzt im Bundestag einem Vermittlungsvorschlag von 18 % zustimmen, haben wir beides. Wir können genauso gut nach außen sagen, daß wir 22 % gewollt haben, daß wir uns mit unseren Freunden in den Ländern noch einmal im Bundesrat ins Zeug gelegt haben, daß wir im Bundesrat dann wenigstens 18 % erreicht haben und daß dann im Rücklauf an den Bundestag wir schließlich dem zugestimmt haben. Also ich finde, da läßt sich beides vereinen in der Position.

*Filbinger:* Ich würde noch einen taktischen Vorschlag machen für die Bundestagsfraktion. Warum machen Sie nicht folgendes, daß Sie mit den Vertretern der Kriegeropferverbände sprechen und sich mit ihnen einigen und dann nachher als Motiv für das Zurückgehen auf die Ebene des Vermittlungsausschusses den Akkord, der mit

---

33 Beratung über den Antrag der CDU/CSU-Fraktion betr. Beamtenbesoldung (BT-Drs. VI/131), vgl. Sten.Ber. 6. WP 21. Sitzung vom 12. Dezember 1969 S. 794–805.

den Kriegsofervverbänden auf dieser Basis erreichbar ist nach unserer Auffassung, als Motiv angeben?

*Kiesinger:* Also wenn wir 22 % gesagt haben, dann halte ich von einem Akkord mit den Kriegsofervverbänden nicht allzu viel. Lassen wir uns doch ruhig offen, wir haben das Unsrige getan. Wir haben für 22 % gefochten, haben schließlich 18 % erreicht. Dem stimmen wir zu, aber immer noch bei 18 % dynamisiert.

*Barzel:* Ich glaube, Herr Kohl hat recht. Wenn wir diese Operation machen, müssen wir siegen. Das scheint mir davon abzuhängen, was von Niedersachsen in dieser Frage zu erwarten ist. Würden wir Sie überfordern, wenn wir Sie bitten, jetzt etwas dazu zu sagen?

*Hasselmann:* Wir haben das erste Gespräch am vergangenen Sonntag ergebnislos abgebrochen und wollen am Sonntag erneut einen Versuch unternehmen. Ich erwarte, daß die SPD nachgibt und Niedersachsen im Zweifelsfall sich der Stimme enthält. Es gibt verschiedene Kompromißvorstellungen, die wir noch nicht anbieten möchten, weil wir auch aus Gründen des Prestiges zunächst erwarten, daß die SPD auch von sich aus einen Vorschlag macht, denn sie ist die schwächere Fraktion. Wir können keine Regierungsumbildung mit der FDP erreichen, weil 66 + 7 nicht die Mehrheit bringen, die wir brauchen. Es fehlen zwei Abgeordnete. Die stehen vor der Tür. Das ist das Problem. (*Kohl:* Das Problem ist, welche vor der Tür stehen.) Aber die SPD kann auch keine Alternative anbieten. Das ist also das, was ich jetzt hier sagen darf. Wir müssen einfach abwarten, wie es am Sonntag geht.<sup>34</sup> Ich glaube, wir können im Bundesrat unseren Willen durchsetzen, auch wenn die Koalition bleibt. Das ist politisch für uns das Entscheidende.

*Heck:* Haben wir denn die Mehrheit im Bundesrat, wenn sich Niedersachsen in dem Fall der Stimme enthält?

*Hasselmann:* Ja, 15:21. (*Unruhe wegen der Berechnung des Stimmenverhältnisses.*)

*Heck:* Aber es ist doch so, wenn ich richtig rechne, wenn die Koalition vom Bundestag her im Vermittlungsausschuß die Mehrheit hat und gleichzeitig vom Bundesrat her, dann müßten ja eigentlich zwei Stimmen mehr im Vermittlungsausschuß sein.

*Kohl:* Das ist aber nicht nur ein rechnerisches Problem, sondern wir sind angetreten – und das ist sehr gut draußen angekommen nach der Rede Barzels –, daß wir keine Politik des leichten Geldes machen. Der Satz steht noch da. Das muß man ganz nüchtern sehen. Das ist natürlich eine Sache, die jedem vernünftigen Menschen in den Fingern juckt, das ist ganz klar. Aber es bleibt dann noch ein Stück übrig, nämlich, wie kommt so etwas publizistisch an? Ich würde sagen, wir locken sie aufs Eis, auch um diesen Genuß zu haben, sie runterzustimmen, wenn wir dann nicht hinterher in der Steuersenkungsfrage jämmerlich einbrechen. Und das ist genau der Punkt, da fangen

---

<sup>34</sup> Der Bundesrat lehnte am 19. Dezember 1969 mit 21:20 Stimmen den SPD/FDP-Regierungsentwurf zur linearen Erhöhung der Kriegsofervversorgung um 16 % und der Witwenrenten um 25,3 % ab und beschloß, den Vermittlungsausschuß anzurufen. Vgl. FAZ vom 20. Dezember 1969 „CDU-Länder wollen höhere Kriegsopferrenten erzwingen“.

meine Bedenken an. Das wird mit Sicherheit in der Debatte am Freitag schon so laufen. Denn das Schlimme ist, solche Debatten werden protokolliert, und ein Vierteljahr später bekommt man alles vorgelesen, was man vorher gesagt hat. Das ist der Punkt.

*Kiesinger:* Das läßt sich schwer voraussehen.

*Amrehn:* Der Versuch kostet aber nichts.

*Stingl:* Also ich würde ihn machen. Kohl, Du hast natürlich recht. Aber dieses Zeichen muß gesetzt werden, bevor die 22 % eingebracht sind.

*Kohl:* Natürlich. Das ist ja der Punkt.

*Kraske:* Ich würde dem Argument von Herrn Stingl nicht unbedingt zustimmen, daß, wenn man einmal einen Fehler gemacht hat, ihn nun aus Prinzip wiederholen müßte. Das ist doch so ein bißchen wie man in Berlin sagt: „Immer uf det Schlimme!“ Also, es ist einmal durch die Presse gegangen, und nun haben wir es in einer Woche oder in 14 Tagen noch mal drin. Und deswegen frage ich mich, kommen wir mit der Sache im Bundesrat und im Vermittlungsausschuß durch? Wenn wir Glück haben, kommen wir durch. Aber was erreichen wir dann? Dann haben wir auf der einen Seite den Erfolg, daß wir die Regierung gedemütigt haben, und wir haben den Erfolg, daß die Kriegsoffer sagen, die CDU ist doch ganz gut für uns. Aber zahlenmäßig sind alle Nichtkriegsoffer sehr viel stärker, und bei denen bleibt eben der Eindruck hängen, daß nicht diese Regierung unsolide ist, sondern daß diese Opposition unsolide ist. Wenn da schon Herr Blessing sagt, daß die Preisstabilität, die für alle Leute das höchste Ziel ist, von der Ausgabenpolitik u. a. abhängt, dann kauft uns keiner unsere Einlassung bei der Steuersenkung etwa im Februar danach, wo sie erst endgültig zur Debatte kommen wird, ab, sondern man wird sagen jetzt in diesem Augenblick, die CDU macht genau das, was wir schon früher bei der Opposition nicht gemocht haben, nämlich sie setzt immer noch oben eins drauf. Und wenn ich dafür immer noch die Unge-  
wißheit habe und es für möglich halten muß, daß wir wieder mit erhobenem Haupt als Geschlagene aus dem Bundestag ausziehen wie heute vormittag, dann kann ich also wirklich nur nach altem CDU-Brauch sagen: Keine Experimente!

*Kiesinger:* Ich habe vorhin nur das Argument, das Herr Amrehn am Schluß gebrauchte, nicht gelten lassen. Ich selbst bin auch der Meinung, daß es hier an der notwendigen Verlässlichkeit fehlt. Das spielt sich ja leider ein bißchen ein, auch in der Fraktion verständlicherweise im Blick auf die kommenden Landtagswahlen, vor allen Dingen die Landtagswahl im größten deutschen Land. Wir kommen da in eine Zwickmühle, denn wir haben in der vergangenen Zeit, in den letzten drei Jahren, eigentlich ganz schön durchgehalten. (*Zwischenruf:* Da hatten wir ja auch die Große Koalition.) Ja, aber das waren auch ganz stark wir, ich habe den Kriegsoffern gesagt, im kommenden Frühjahr kommt ihr dran. Also in der Tat ist es eine Grundsatzdebatte, die wir jetzt führen, die nur an diesen beiden Punkten, die wir heute behandeln, hochkam. Sollen wir – dazu ist ja auch der Parteivorstand da, das gilt ja auch für die Entscheidungen in den Landtagen, wo ähnliche Dinge aufkommen – da nicht den Rat geben, doch lieber verlässlich und solide zu sein. Was die Kriegsoffer anlangt, darf man nicht nur die Kriegsoffer auf der einen Seite und die anderen sehen, sondern jedes Kriegsoffer ist u. a. auch noch etwas anderes. Es gibt Kriegsoffer mit sehr hohen Einkommen, die

sicher ihrerseits eine Entscheidung lieber anders haben wollen als wir. Was die Dynamisierung anlangt, wenn ich das noch anmerken darf, ich kann mir nicht denken, daß die Repräsentanten der Kriegsofferverbände das mit großer Freude gesehen haben. Die werden ja arbeitslos. Die suchen dann sich neue Gebiete aus, wo sie uns schikanieren können.

*Stingl:* Ich bleibe trotzdem bei meiner Meinung, die 22 % zu verlangen, das war das, wo wir angegriffen werden konnten. Die 22 % lagen nämlich noch über der Forderung der Kriegsofferverbände, die nur 20 % gefordert haben. Wenn wir jetzt versuchen, über den Bundesrat eine vernünftige Lösung zu finden und die etwa bei 19 oder 18 % abkommt, dann bleibt dies unter der Forderung des Bundesrates, und sie bleibt notabene unter dem, was das Kabinett der Großen Koalition in Aussicht gestellt hat. Herr Katzer hat ja als Minister damals schon die 20 % in Aussicht gestellt. Nun muß man natürlich das alles ein bißchen in Verbindung sehen. Bei den 16 % sind ja die 25 % Witwenrentensteigerung mit dabei. Die ganze Materie ist leider ein bißchen kompliziert, und insofern ist das alles ein bißchen schief gelaufen, daß wir uns also in einer Augenblickseingebung gesagt haben, wir geben 22 %. Aber der Wert, der darin steckt, der Regierung jetzt eine Niederlage zu verpassen, ist nämlich viel wichtiger. Von der Sache her halte ich es für gerechtfertigt. Wir können sagen, wir haben im Vermittlungsausschuß noch einmal versucht, das durchzusetzen, was wir damals mit den Sozials zusammen in der Großen Koalition in Aussicht genommen haben. Wir haben das, was die Kriegsofferverbände wollen, nicht einmal erreicht. Aber wir haben noch ein bißchen erhöht.

*Filbinger:* Ich möchte jetzt mal ganz pragmatisch reden. Wenn wir von der Stabilität ausgehen, dann dürfte das Aufrechterhalten des Vorschlages der CDU von 22 % schwer realisierbar sein. Umgekehrt auf die Regierung einschwenken mit 17 %, das ist doch auch nicht möglich. Das kommt auch nicht in Frage, sonst hätte man sich ja völlig um 180 Grad gedreht. Es bleibt dann die Möglichkeit, elegant mit einer vermittelnden Lösung bei 18 % abzukommen. Das kann man mit gutem Gesicht tun. Das ist nicht so stabilitätsfeindlich. Es läßt sich mit der Stabilität noch vereinen. Es kostet 100 Mio., während das bisherige Konzept 300 oder gar 400 Mio. kostet, das bei 22 %. Das wäre der Öffentlichkeit gegenüber zu vertreten. Ich meine also, gerade auch aus dem Stabilitätspolitischen heraus wäre diese Regelung ansteuerbar. Im übrigen könnte man natürlich noch etwas darüber tun, nämlich das, was vorhin von Herrn Amrehn angesprochen worden ist, daß man bei den Steuerermäßigungen einen harten Kurs steuert und das gleich sichtbar macht. Das wäre noch etwas Zusätzliches. Aber ich meine, selbst wenn das nicht erreichbar ist, dann wäre der Vermittlungsvorschlag mit den 18 % für die CDU allemal als Lösung viel tragbarer als das Beibehalten der 22 %. *(Starke Unruhe.)*

*Amrehn:* Aus dieser Lage kann man für uns ja nun die Konsequenz ziehen, daß wir keine Initiativen für Dynamisierungen mehr ergreifen werden. Wenn die Regierung sie vorschlägt, dann werden wir natürlich neu darüber nachdenken müssen, denn wir sind ja hier auch in dieser Sache in einem Zwang gewesen. 22 % sind von uns vorgeschlagen worden ohne Dynamisierung. Und dann kam die Regierung und hat ge-

sagt, wir haben das Geld in der Mittelfristigen Finanzplanung drin für die Dynamisierung der Renten. Dann können wir als Opposition doch nicht dagegen sein und sagen, Geld, das der Finanzminister für vorhanden erklärt, darf für die Kriegsofopfer nicht ausgegeben werden. Und so haben sich die 22 % mit der Dynamisierung gepaart. In der Situation stecken wir. Da gibt es doch gar kein Zurück mehr. Und insoweit kann man dann also nur für andere Fälle – Stipendien, Kindergeld und was sonst kommen mag – sagen, wir ergreifen keine Initiative, wir hatten sie hier ja auch nicht ergriffen. Und am Ende steht dann nur noch der Versuch, einen taktischen, einen psychologischen Erfolg der Abstimmungsniederlage der Regierung zu erstreben.

*Dregger:* Also ich meine, erstens, 18 % ist stabilitätsmäßig besser als 22 %. Das Argument von Herrn Filbinger ist durchaus überzeugend. Zweitens, wenn wir die Ablehnung der Steuersenkung nicht versprechen können, dann können wir aber die Ankündigung der Steuersenkung zumindest kritisieren. Sie ist konjunkturpolitisch unverantwortlich. Drittens, die Opposition muß aktiv sein, und sie muß der Regierung Niederlagen bereiten. Wir müssen uns da einen gewissen Spielraum verschaffen. Wir müssen natürlich auch gewisse Risiken tragen. Wenn ich alles gegeneinander abwäge, meine ich, sollten wir diesen Versuch über den Bundesrat machen.

*Kraske:* Ich wollte nur zu der Dynamisierungsfrage sagen, es ist natürlich sehr leicht zu sagen, wir dürfen keine Initiativen ergreifen. Ich frage mich aber, was eigentlich dem Herzen der CDU, übrigens auch stimmenmäßig, nähersteht – die Familien oder die Kriegsofopfer? Und wenn ich draußen darauf angesprochen werde, wie ich es unter dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit begründen will, daß ich für die Dynamisierung der Kriegsofopfer gestimmt habe, jedoch bereit bin, in dieser Frage nun eine Initiative zu ergreifen, dann bin ich nicht bereit zu erklären, nein, beim Kindergeld usw. das machen wir nicht weiter, da warten wir mal ab, daß die Regierung die Initiative ergreift. Wir sind mit dieser Sache in eine Entwicklung hereingekommen, die nun unausweichlich ist, jedenfalls unter Einschluß des Familienlastenausgleichs.

*Kiesinger:* Ich würde ja sagen, wir sollten jetzt mal feststellen, wie so die Willensrichtung beim Vorstand ist.

*Heck:* Eine Frage sollte zunächst aber noch präzise beantwortet werden. Glauben Sie, daß wir im Vermittlungsausschuß dann oben bleiben? Also die Mehrheit haben?

*Kiesinger:* Selbst wenn wir im Vermittlungsausschuß nicht oben bleiben, können wir im Bundesrat immer noch den Vorschlag des Vermittlungsausschusses ablehnen, denn dort haben die Berliner nicht das Stimmrecht. Und das wissen ja die Mitglieder des Vermittlungsausschusses auch. Ich habe den Vermittlungsausschuß immer so geleitet, daß ich immer die Leute aufmerksam machte, wir müssen uns klar sein, wie die Mehrheiten im Bundesrat und im Bundestag etwa sein werden. Es hat keinen Zweck, im Vermittlungsausschuß einen Entschluß zu fassen, wenn jemand von vornherein weiß, der geht dann nachher nicht durch. Das muß der Vorsitzende machen. Also, ich bin persönlich, wenn ich alles abwäge, auch der Meinung wie Dr. Dregger. Man muß es halt machen. Wir haben A gesagt. B sagen wir, wenn wir noch ein bißchen politischen Erfolg für uns drin haben wollen, dann müssen diese 2 % mehr hereinkommen. Denn das andere ist dann die Gabe der Regierung, 16 % + Dynamisierung, was übrigbleiben

würde. Und wir könnten dann sagen, wir haben ja ganz etwas anderes gewollt. Wir haben die 22 % gewollt. Die anderen haben die Dynamisierung gebracht. Aber lassen wir uns doch mal feststellen, wer ist der Meinung, daß man im Bundesrat-Vermittlungsausschuß auf 18 % gehen sollte? – Ja, das ist die Mehrheit. Dann wollen wir es also versuchen. Gibt es zu dem Bericht noch Wortmeldungen? – Das scheint mir nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Übrigens, ich bitte um Entschuldigung, ich wollte noch etwas sagen. Es ist für uns von großer Bedeutung, ob wir mit einiger Überzeugungskraft sagen können, daß die nachrückende Generation bei der SPD neomarxistisch sein wird oder nicht. Wenn das ein verlässliches Argument wird, so ist das für uns von außerordentlicher Bedeutung. Ich habe heute gehört, so auf dem Weg hierher, daß Willy Brandt gesagt hat auf seiner Pressekonferenz, es werde eine Umfrage bei 150.000 – glaube ich – jungen Sozialdemokraten gemacht darüber, wie sie zur Politik dieser Regierung stehen.<sup>35</sup> Das halte ich für einen außerordentlich geschickten Schachzug. Wenn nun so eine breite Umfrage – ich weiß nicht, ob die Zahl 150.000 stimmt – gemacht wird, dann werden da junge Arbeiter gefragt usw. Und dann kriegen die eine überwältigende Zustimmung dieser jungen Sozialdemokraten zu ihrer Politik. Also, die merken genau, wie gefährlich das ist, wenn man unsererseits sagen kann, was nachkommt, ist neomarxistisch. Ich würde sagen, daß wir auch in den Wahlkreisen ein bißchen aufpassen sollten, wer sich da für die nächste Bundestagswahl als neuer Kandidat schon anmeldet, damit man einen Überblick darüber hat, wer da kommt.

#### AUFGABENVERTEILUNG IM PRÄSIDIUM

*Heck:* Punkt 2 der Tagesordnung ist eigentlich lediglich eine Information, die wahrscheinlich dem größten Teil von Ihnen bereits durch die Presse bekannt ist, auch zugeschickt worden ist: Die Aufgabenverteilung zwischen den Mitgliedern des Präsidiums. *Dr. Barzel:* Bundestag, Fraktion; von *Hassel:* Verbände, Kontakte zu den christlichen und den konservativen Parteien, norddeutsche Landesverbände; *Katzer:* Sozial- und Gesellschaftspolitik, Gewerkschaften, Landesverbände Rheinland und Westfalen; *Dr. Kohl:* Bundesrat, Länder, Jugend und Studenten, Intellektuelle, Rundfunk und Fernsehen, Landesverbände Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saar, Hessen; *Dr. Schröder:* Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik, freie Berufe; *Dr. Stoltenberg:* Wirtschaft, Finanzen und Wissenschaft; *Frau Wex:* Frauen, Kulturpolitik.

---

35 Zur Ankündigung Brandts vgl. „SPD Pressemitteilungen und Informationen“ vom 12. Dezember 1969. Zu den Ergebnissen vgl. „SPD-Pressedienst“ vom 11. Mai 1970 „Fühlen Sie sich in Ihrem Ortsverein wohl?“. Bei den Jusos stieß die Fragebogenaktion auf Kritik, vgl. die Stellungnahme des stv. Juso-Bundvorsitzenden Thomas von der Vring in Bundesvorstand der Jungsozialisten (Hg.): SPD – Jungsozialisten Informationsdienst 2. Parteitag-Extra zum SPD-Parteitag in Saarbrücken vom 10.–14. Mai 1970. Zur Fragebogenaktion des Parteivorstandes (ACDP Dokumentation 9/912).

Die Verbindung zur CSU soll durch den Vorsitzenden bzw. den Generalsekretär gepflegt werden.

*Von Hassel:* Das Wort „Verbände“ ist – glaube ich – irreführend. Sind das nur die Vertriebenenverbände?

*Kiesinger:* Nein, das sind alle Verbände.

*Filbinger:* Es ist in diesem Vorschlag vorgesehen, daß die Koordination der Partei mit den Landesverbänden aufgespalten werden soll und daß das drei verschiedene Herren machen. Ich halte das für falsch. Ich bin der Meinung, daß die Koordination mit den Landesverbänden vom Parteivorsitzenden und in seiner Vertretung durch den Generalsekretär durchgeführt werden soll und nicht, daß wir das aufspalten. Daß die Damen und Herren im Präsidium ihre landsmannschaftlichen Kontakte durchführen werden, das ist ohnedies klar. Aber ich glaube doch, daß das eine so wichtige Sache ist, daß es eine Aufgabe der Spitze ist, und die sollte das auch wahrnehmen.

*Heck:* Die Sache ist nicht so gedacht, daß etwa der Parteivorsitzende oder der Generalsekretär nichts mehr zu tun hätten, sondern das ganze ist nach der Erfahrung so gemacht worden, weil hier einfach der Parteivorsitzende und der Generalsekretär haushoch überfordert sind. Dann ist eben der Kontakt entsprechend lose. Wir sind nicht in der Lage, an diesen Vorstandssitzungen reihum überall teilzunehmen. Die Arbeit muß unter den Mitgliedern des Präsidiums aufgeteilt werden. Das ist ja auch für die übrigen Arbeiten so. Daß das natürlich nicht so ist, daß der Vorsitzende und der Generalsekretär sich mit den Problemen nicht mehr befassen, ist doch ganz selbstverständlich. Es ist lediglich die Arbeit verteilt, damit sie von der Parteiführung insgesamt besser wahrgenommen werden kann. Ich plädiere deswegen doch dafür, daß es bei dem, was das Präsidium für seine Arbeit selber für gut befunden hat, daß es bei dem bleibt.

*Filbinger:* Mich überzeugt das nicht, was der Herr Generalsekretär sagt zu diesem Punkt. Ich halte das nicht für eine Sache des arbeitsmäßigen Überengagements, denn selbstverständlich die Fühlungsnahme mit den einzelnen Verbänden und ihren Tagungen, Parteitagungen usw. kann man ja sehr gut verteilen. Aber die zentrale Koordination der Partei mit ihren Landesverbänden, daß man das nun dezentralisiert, das ist eine Schwächung.

*Kraske:* Herr Filbinger, ich glaube, das ist ein Mißverständnis, denn die allgemeine Koordination zwischen Bundespartei und den Landesverbänden ist natürlich eine Aufgabe des Gesamtpräsidiums, des Vorsitzenden, des Generalsekretärs, die hier nicht atomisiert werden soll. Was hier geschehen soll, ist doch ganz schlicht folgendes: Herr von Hassel ist im Landesvorstand von Schleswig-Holstein. Er ist in einer Reihe von norddeutschen Gremien. Es liegt deswegen nahe, daß, wenn in den norddeutschen Landesverbänden etwas vom Präsidium gewünscht wird, im Präsidium anzuregen ist oder umgekehrt, er das tut. Ähnliches gilt für Herrn Katzer, der im rheinischen Landesvorstand ist und hier eine enge Verbindung zu Nordrhein-Westfalen hat. Es geht hier also um eine besondere Vermittlungsfunktion im Rahmen der allgemeinen Integrationsfunktion. Das scheint mir eine sehr sinnvolle Unterstützung zu sein, damit wirklich jeder Landesverband weiß, wer sich speziell um ihn kümmert.

*Kiesinger:* Meine Herren, die Sache ist doch so. Die Entscheidung, die zu treffen ist, betrifft das Präsidium. Diese Mitglieder des Parteipräsidiums – es ist einfach notwendig aus Gründen der Arbeitsteilung – sind für das Präsidium dann zuständig, um die Meinungsbildung des Präsidiums vorzubereiten, um die nötigen Informationen sich zu holen und die Meinung des Präsidiums dort wieder zur vermitteln. Es ist nicht eine Arbeitsteilung in dem Sinne, daß nun jedesmal dort der Betreffende irgendeine Entscheidungsbefugnis hätte.

*Filbinger:* Ja, wie ist das dann gedacht? Welche Bedeutung soll das eigentlich haben? Ich kann mir eigentlich gar nicht vorstellen, welche Aufgaben die Kollegen da übernehmen sollen.

*Heck:* Ich will mal ein ganz konkretes Beispiel nennen. Wir haben zur Zeit der Vorbereitung der Wahl in Nordrhein-Westfalen eine Menge von Schwierigkeiten gehabt, die von den Landesverbänden an das Präsidium herangetragen wurden. Und nun sagt man, das kann man eigentlich nicht so machen, daß die zwei Landesverbände im Vorteil sind und das Präsidium zusammenkommt, aber die Geschichte muß eigentlich einmal bereinigt werden. Es kommen dann zu einer Besprechung zusammen der Vorsitzende, der Generalsekretär und das für diesen Bereich vorgesehene Mitglied des Präsidiums. Das ist in diesem Falle Herr Katzer. Die sprechen mit dem Vorsitzenden des Präsidiums und den beiden Landesvorsitzenden. Ich verstehe das wirklich nicht, Hans, wenn das Präsidium der Auffassung ist, daß das so eine gute Sache ist, die Arbeit etwas zu verteilen, warum dann eigentlich Bedenken dagegen erhoben werden.

*Kohl:* Da wir eine christliche Partei sind und es eine vorweihnachtliche Zeit ist, weiß ja jeder, um was es im Augenblick geht. Da wir aber auch als CDU gewohnt sind, immer um die Sache herumzureden, will ich hier ganz konkret sagen, daß es mir klar ist, um was es geht. Und deswegen – es gab ja auch Bistümer, die exemt waren, d. h. das gibt es ja auch heute noch – würde ich vorschlagen, daß Baden-Württemberg vom Generalsekretär direkt versehen wird.

*Heck:* Die Propheten sind im eigenen Land am allerwenigsten gefragt.

*Filbinger:* Ich mache einen Gegenvorschlag. Da sowohl der Herr Vorsitzende als auch der Herr Generalsekretär Landsmänner sind von Baden-Württemberg, da läge es viel näher, daß die beiden Herren uns versorgen.

*Dregger:* Ich wollte nur sichergestellt sehen, daß es keine Unterstellung bedeutet, daß der unmittelbare Zugang der Landesverbände zu ihrem Parteivorsitzenden erhalten bleibt.

*Kiesinger:* Das ist ganz selbstverständlich. Meine Damen und Herren! Es wäre eigentlich gar nicht nötig, daß wir das hier diskutieren, sondern wir teilen es dem Vorstand mit, daß das eine innere Angelegenheit der Arbeitsteilung des Präsidiums ist. Also, wenn das Präsidium sagt, wir können uns nicht alle zusammen um das, was da vor sich geht, kümmern, dann ist einer da, der das tut und bringt dann das notwendige Material vor das Präsidium und umgekehrt. Das ist eine vermittelnde Funktion, wenn Sie so wollen.



ERGEBNISSE DES BUNDESPARTEITAGS

*Heck:* Ziffer 3 der Tagesordnung: Darüber muß der Vorstand beschließen. Hier handelt es sich zunächst um Vorschläge des Präsidiums, und zwar haben wir vom Parteitag den Auftrag bekommen, eine Reformkommission einzusetzen.<sup>36</sup>

*Erstellung einer Reformkommission*

Das Präsidium schlägt vor, folgende Themen dieser Reformkommission zu überweisen. Vorschlag des Präsidiums für die Aufgabenstellung der vom Bundesparteitag beschlossenen Reformkommission: 1. Deutschland, Ost- und Europa-Politik; 2. Soziale Marktwirtschaft heute; 3. Vermögensbildung; 4. Mitbestimmung; 5. Schul- und Hochschulreform unter Einschluß der Berufsausbildung, der Berufsbildung und der Erwachsenenbildung; 6. Verhältnis Bund-Länder Neugliederung; 7. Familienpolitik; 8. Soziale Sicherheit (Krankenversicherung); 9. Städtebau und Raumordnung.

Das sind die neun Themen, von denen wir glauben, daß sie – ausgehend vom Berliner Programm – ausführlich zu behandeln sind, z. T. auch weiterzuentwickeln sind. Das gilt etwa für das Thema Mitbestimmung, aber auch für die Themen Schul- und Hochschulreform, die ja teilweise in den Ländern weiterentwickelt worden sind. Für den Fall möchte ich also nur wünschen, daß künftighin, wenn wir uns auf das Konzept geeinigt haben und in irgendeinem Lande die Auffassung mehrheitlich vertreten wird, daß das nicht mehr ausreicht, daß dann nicht in den Ländern einzeln nach vorne gesprochen wird und wir uns gegenseitig durch die Presse mitteilen, wie wir unsere kulturpolitischen Konzepte weiterentwickelt haben, sondern dann muß man einfach das Gremium einschalten, das in dem Fall eingeschaltet werden muß. Das ist der Ausschuß der Bundespartei.

*Kiesinger:* Darf ich gleich einen Vorschlag machen zu Punkt 1. Ich würde vorschlagen: Außen- und Deutschlandpolitik, sonst fällt ja die Außenpolitik ganz weg. Wenn das auch vielleicht aktuell im Vordergrund stehen mag, so ist es doch hier richtiger zu sagen: Außen- und Deutschlandpolitik.

*Heck:* Wir haben an sich die Formulierung gewählt, weil das der Teil ist, der eigentlich in Frage kommt.

*Hahn:* Ich bin eigentlich der Meinung, daß wir uns eingangs darüber einigen müssen, was wir unter Reform verstehen, und zwar für die CDU. Es ist auf dem Parteitag in Mainz die ganze Zeit von Reform gesprochen worden. Die einen verstehen darunter lediglich die Verjüngung, und die anderen denken, wir müssen uns an die Spitze setzen bei allen Programmen, die überhaupt nur gegeben sind. Aber über die Grundlinie, wie wir uns die Reform denken, was wir überhaupt unter Reform verstehen, müßten wir uns eigentlich erst einmal klar werden, wenn wir hier nicht in neun ver-

---

36 Antrag 11/13 des Mainzer Bundesparteitages (CDU, 17. BUNDESPARTEITAG S. 207f.). Vgl. dazu Anm. 46.

schiedene Programme auseinander fallen wollen. Ich finde, die Grundlinie müßte zu nächst einmal diskutiert oder wenigstens bis zu einem gewissen Grade festgelegt werden.

*Heck:* Wir sind davon ausgegangen, daß diese Kommission sich in Unterkommissionen aufteilen soll, um diese Themen zu bearbeiten, weil das Themen sind, die die nächsten drei bis vier Jahre Inhalt der Politik sein werden. Ich glaube nicht, daß wir eine gute Leistung vollbrächten, wenn wir wieder anfangen würden, was bedeutet das „C“ heute, zumal dieses „C“ von heute übermorgen vielleicht schon wieder mit einer anderen Fragestellung angegangen wird. Daß parallel dazu eine sehr sorgfältige Überlegung in der Richtung anzustellen ist, halte ich schon für notwendig. Aber das, was jetzt für uns erarbeitet werden muß, um uns auf dem nächsten Parteitag zu präsentieren, das sind konkrete Antworten auf diese hier aufgeführten Fragen, die also in der Politik als Fragen auf uns zukommen. Die Überlegung war folgende, daß diese Kommission diese neun Themen zu beraten hat, um einen Entwurf auszuarbeiten, der bis zum 30. März vorliegen muß. Der Entwurf geht dann wieder zu den Kreisverbänden und soll dort beraten werden. Die haben ebenfalls drei Monate Zeit. Die müssen bis Ende Juni mit ihrer Arbeit fertig sein. Nur bei einer solchen Vorbereitung können wir einigermaßen garantieren, daß wir einen Parteitag, der groß mit dem Begriff „Reformparteitag“ angekündigt worden ist, ich habe den Ausdruck nicht erfunden. (*Kiesinger:* Begraben wir ihn heute und sagen „Programmkommission“.) aber ich muß mit dem Begriff fertig werden. Der wird zweifelsohne im Laufe der Zeit sterben. Aber wenn wir einen Parteitag bekommen wollen, der der Öffentlichkeit gibt, was sie erwartet, dann muß es ein Parteitag der politischen Diskussionen werden, wie es der Berliner Parteitag gewesen ist. Und einen Parteitag auch nur über das Thema Demokratisierung etwa diskutieren zu lassen, das ist ein ganz großes Wagnis. Und das „C“ im modernen Verständnis – was wir hier alles an Äußerungen bekämen –, ich könnte mir nur vorstellen, daß es unser ganzes Dilemma, in dem wir wirklich drinstecken, öffentlich darstellen würde. Ich plädiere wirklich hartnäckig dafür, daß wir diesem Parteitag diese neun konkreten Themen zur Diskussion und zur Entscheidung vorlegen.

*Kiesinger:* Ich würde auch sagen, begraben wir das Wort „Reformkommission“. Das ist der Sack-und-Asche-Begriff, der da geprägt worden ist von gewissen Leuten in Mainz. Ich habe immer dagegen angekämpft, aber leider vergeblich. Ich meine aber auch, es muß in der Beratung dieser Themen sich herausstellen unser eigenes Verständnis, so daß man nicht etwa durch Hinzufügen einer Grundsatzthematik das Ganze von vornherein formen will. Ich glaube, aus diesen Beratungen heraus werden wir dann als Ergebnis das bekommen, was sie eigentlich wollen. Meinen Sie das nicht?

*Von Weizsäcker:* Sie haben das Wesentliche schon vorweggenommen. Ich bin mir nicht ganz klar, inwieweit auf dem Parteitag eine Verpflichtung übernommen worden ist, eine Reformkommission einzusetzen. Wenn nicht, dann können wir natürlich Programmkommission sagen. Ich meine, so sehr ich das Bedürfnis von Professor Hahn verstehe, so glaube ich, wir können nicht von oben nach unten, sondern nur von unten nach oben vorgehen. Wir können nicht erwarten, daß wir durch eine Diskussion im Bundesvorstand uns zu vernünftigen Kriterien genereller Art über das verständigen,

was Reform sein kann und was nicht, weil es ja doch ganz klar sein wird, daß wir eben auf einigen Gebieten ganz eindeutig eine unveränderte Linie erhalten werden, daß wir auf anderen Gebieten uns an veränderte Zeitumstände anpassen müssen und auch drittens vielleicht wirklich etwas reformieren sollen. Aber das kann meiner Meinung nach nur aus den einzelnen Themen herauskommen, und daraus mag dann ein Gesamtverständnis werden. Eines allerdings finde ich unabhängig von der Frage, ob wir das nun Reformkommission nennen oder nicht. Ich glaube, wir sollten doch das Bedürfnis nach einer Überprüfung verschiedener Gebiete auch vom Bundesvorstand her nicht in eine etwas emotionale Ebene bringen, sondern wir müssen die Bedürfnisse derjenigen Stimmen auf dem Bundesparteitag und außerhalb, die sich zu Wort melden unter verschiedenen Aspekten, entweder daß bestimmte Themen immer nur von ganz bestimmten, herkömmlich damit verbundenen Leuten verbunden seien oder daß wir bestimmte Aufgaben etwas überbetonen zu Lasten anderer, die wir stärker berücksichtigen sollten, alle diese Stimmen müssen doch bei einer ganz nüchternen Prüfung im Rahmen dieser neun Kapitel oder anderer Kapitel auch zu Wort kommen. Und deswegen bin ich der Meinung, daß die uns bekannten Stimmen in Richtung auf eine gewisse Veränderung dieser oder jener Programmpunkte auch dazu verpflichtet werden müssen, in diesen Ausschüssen selber Rede und Antwort zu stehen, um zu zeigen, was sie eigentlich konkret wollen. Das ist dann eigentlich mehr ein Beitrag für die Zusammensetzung dieser Gruppierungen als zur Aufgliederung. Gegen diese Aufgliederung hätte ich nichts, aber wie gesagt, ob wir das Reformkommission nennen müssen oder nicht, das weiß ich nicht.

*Kiesinger:* Wir müssen es nicht.

*Kraske:* In dem Entschließungsantrag Nr. 13, mit dem wir ja diese ganzen Reformanträge zusammengefaßt haben, heißt es in Ziffer 2: „Der Bundesparteitag fordert deshalb den Bundesvorstand auf, unverzüglich eine Kommission einzusetzen, die aufgrund einer sorgfältigen Analyse der Bundestagswahl und unter Berücksichtigung der neuen Aufgaben der Union ein Reformkonzept entwickelt, das dem Bundesparteitag 1970 zur Beschlußfassung unterbreitet wird.“

*Kiesinger:* Können wir den Punkt erledigen, indem wir feststellen, daß wir uns einig sind?

*Lorenz:* Ja, ich meine nur folgendes: Wir können uns doch ruhig vornehmen wollen, daß wir in einem Jahr erneut ein Programm erarbeiten, was dem Berliner Programm entspricht. Wir können unmöglich alle zwei Jahre ein neues Parteiprogramm aufstellen. Insofern ist natürlich Programmkommission – ich habe nichts dagegen – ein Teil der Sache nur. Was meines Erachtens versucht werden muß, ist doch, in einem Jahr zu zeigen, welche Schwerpunkte die CDU nun setzt, um in den siebziger Jahren eine Politik zu konzipieren, die uns an die Spitze der Entwicklung setzt. Da ist Strategie dabei. Dieses Wort ist ja auch schon mal gesagt worden. Strategie heißt also in diesem Zusammenhang nicht Methode, die man da öffentlich ausbreiten soll, sondern heißt Schwerpunktsetzung und auch Prioritätensetzung. Und ich finde also, das sollte in diesen ganzen Kommissionen versucht werden. Dann habe ich noch eine Frage an Sie, Herr Dr. Heck! Besteht denn nicht die Gefahr, daß diese Kommissionen in Gegensatz

geraten oder nebeneinander geraten zu Ausschüssen der Partei? Wenn ich mir also hier ansehe, Schul-, Hochschulreform usw., dann wissen wir ja, daß gerade auf diesem Gebiet in der Partei drei oder vier Gremien dauernd nebeneinander gearbeitet haben, und zwar in einer Weise, daß sie nicht mehr unter einen Hut zu bringen waren. Unsere Frau Dr. Wex hat also hier im Präsidium die Kulturpolitik zugewiesen bekommen. Ich kann sie also nicht beneiden. Wir müssen versuchen, dafür zu sorgen, daß hier nicht ein zusätzliches Gegeneinander passiert, sondern daß diese Kommissionen, soweit sie nicht unabhängig von den übrigen Ausschüssen der Partei arbeiten können, was vielleicht auf einzelnen Gebieten möglich sein mag, das Spitzengremium sind, was letzten Endes ausschlaggebend ist, um bestimmte Formulierungen der Partei vorzulegen. Ich weiß aber selbst noch nicht genau, wie man das erreichen will.

*Heck:* Wir haben hier einfach die Erfahrungen der Vorbereitung des Berliner Parteitages zugrunde gelegt. Der Entwurf, der den Kreisverbänden zur Diskussion und zur Stellungnahme übersandt worden ist, der war durch keinerlei parteioffizielle Autorität belastet. Den Entwurf hat weder das Präsidium, noch der Vorstand vorher gesehen, dazu Stellung genommen und Beschluß gefaßt, denn wenn Präsidium und Vorstand hier einmal Beschluß gefaßt haben – um Himmels willen –, dann wird es ja langsam kompliziert. Das ist der Grund, warum wir diesen Weg beschritten haben. Also, was die hier erarbeiten, wird nicht hier den letzten Segen bekommen, bevor die Kreisverbände dazu haben Stellung nehmen können. Wir haben auch das letzte Mal den Weg so gewählt. Wir haben diesen Entwurf den Landesverbänden, den Kreisverbänden, den Vereinigungen und den Fachausschüssen zur Stellungnahme überreicht. Was dann an Stellungnahmen einkam, wurde in einem zweiten Entwurf verarbeitet. Und dieser zweite Entwurf kommt dann zum Präsidium und zum Vorstand.

*Kiesinger:* Ich glaube, auch mit Ihrer Auffassung stimmt es überein, wenn wir von der Programmkommission sprechen. Das ist eine Kommission, die wir immer brauchen.

*Gradt:* Ich stimme also dem zu. Ich glaube, der Kollege Lorenz hat einen ganz guten Ausdruck formuliert, den man erwägen sollte. Worauf es ankommt, ist doch wohl, für die praktische Politik der nächsten Jahre auf der Basis des Berliner Aktionsprogramms eine Art Schwerpunktprogramm zu entwickeln. Und dies würde ich dann auch sagen. Dann würde ich nicht von Reformkommission usw. sprechen, sondern würde schlicht sagen, die Aufgabe ist die Erstellung eines Schwerpunktprogramms für die Parteiarbeit. Aber deshalb habe ich mich nicht gemeldet. Ich habe mich gemeldet, um die Frage zu stellen, ob hier jemand meint, daß wir auf dem nächsten Parteitag um eine gründliche Erörterung der Frage herunkommen, was das „C“ in unserem Parteinamen bedeutet, ob wir es behalten sollen oder nicht, was es für unsere Politik im wesentlichen besagt. Sie werden doch sicher genau wie ich gesehen haben, daß im Anschluß an den Mainzer Parteitag ein Umfrageergebnis veröffentlicht worden ist.<sup>37</sup> Ich habe keine Ahnung, wer es gemacht hat. Ich weiß nicht, unter welchen Fragestellungen es gemacht worden ist. Aber ich sehe nur, daß irgend jemand so etwas gemacht

---

<sup>37</sup> Nicht ermittelt.

hat. Und dies tut man ja nur wegen einer Frage, wenn man das Gefühl hat, hier geht es um etwas, was vielleicht Sprengpulver werden könnte und was irgendwie bedeutsam ist. (*Von Weizsäcker: Das war eine Politologie-Studentin.*) Gut. – Die Antworten, die darauf gegeben worden sind, waren ja auch recht interessant.

Mir scheint diese Frage deshalb erwägenswert, weil ich zunehmend höre, daß in der Partei bei Leuten, die man ernst nehmen muß, die Frage gestellt wird, als was sich eigentlich die CDU versteht. Ob sie sich versteht als eine Partei des praktischen politischen Managements. Ob sie sich als eine Gesinnungsgemeinschaft versteht oder als was immer. Aber die Leute wollen das wissen. Und ich glaube, es ist richtig, daß man dies als offene Frage sehr ernst nehmen muß. Wenn diese Partei – ich weine also jetzt nicht hinterher den Motiven und dem Elan und dem Engagement der Leute, die vor 25 Jahren die Partei unter besonderen Umständen gegründet haben und für die das Christliche auch für die praktische politische Arbeit etwas unerhört Wichtiges war, nämlich basisgebend und richtungweisend, da weine ich nicht hinterher. Ich frage mich nur, ob eine Partei angesichts der Unruhe und der Ungewißheit, die in diesem Volk, insbesondere in der jungen Generation, aus mancherlei Gründen besteht, ob eine Partei es sich zutrauen darf, daß sie das nächste Jahrzehnt besteht, wenn sie sich nur als eine Partei mit politischem Management versteht oder wenn sie nur als solche auftritt, wenn sie der Frage ausweicht, was denn im letzten sie bewegt und was sie unterscheidet von der anderen großen Partei. Ich bin nämlich überzeugt, daß die andere große Partei in dieselbe Situation kommt wie wir. Die wird auch vor die Frage gestellt werden. Es ist jetzt a) nicht die Zeit, dies im einzelnen zu vertiefen, b) bin ich nicht so geschickt, um das gut machen zu können. Ich gehöre nur zu denen, die das als eine sehr wichtige Frage für die Zukunft dieser Partei ansehen und der weiß, daß er damit nicht alleine ist. Und deswegen würde ich doch vorschlagen, daß das mal in einem Kreise, in einem kleinen Kreise behandelt wird. Wenn der Herr Gerstenmaier<sup>38</sup> noch aktiv wäre, wäre er einer von denen, die man mithören müßte bei dieser Sache, auch wenn man vielleicht seine Auffassung nicht immer teilt. (*Kiesinger: Wir haben Herrn von Weizsäcker.*) Um Himmels willen, ich schließe niemanden aus. Ich habe ja selber bekannt, daß ich mich dazu nicht für so gut halte. Ich bin nur einer, der besorgt ist in dieser Sache. Ich möchte gerne, daß ein kleiner Kreis gebildet wird, der diese Frage so ernst nimmt, wie sie tatsächlich ist. (*Amrehn: Der den intellektuellen Anspruch der Jugend erfüllt.*)

*Kiesinger:* Dazu ist mindestens deswegen notwendig, Herr Gradl, daß wir nicht 20 verschiedene Antworten auf die Frage geben, wenn sie uns gestellt wird. Und es scheint so zu sein, daß sie jetzt demnächst in Wahlkreisen gestellt wird. Also im Hochschwarzwald bei uns, wo man sich vor ein paar Jahren das noch gar nicht vorstellen konnte, kommt mit allem Ernst von jungen Leuten diese Frage. Ich bin also dafür, daß der Vorstand sich mit dieser Frage befaßt.

*Heck:* Ich möchte nur zur Aufklärung sagen, das Problem ist natürlich nicht erst seit

---

38 Dr. Eugen Gerstenmaier (1906–1986), Theologe; 1949–1969 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 25 Anm. 51.

dem Mainzer Parteitag sichtbar, sondern auch schon vorher vorhanden gewesen. Und wir sollten uns nicht in diese Alternative hineinreden lassen, Gesinnungspartei oder Leistungspartei, als ob die CDU allein mit der Gesinnung die absolute Mehrheit gewonnen hätte. Sie hat eine Gesinnung erworben, die eine hervorragende Leistung getragen hat. Also der Gegensatz, das ist so ein bißchen modern heute. Nun glaube ich, daß der Weg schon richtig ist. Es gibt ja im Bereich der Wissenschaft viele Leute, die sich mit dem Thema seit geraumer Zeit befassen. Innerhalb der Theologie beider Fakultäten ist hier eine Diskussion im Gange. Ich bin seit Monaten dabei, so eine kleine Kommission zusammenzubringen, die eine Vorarbeit leistet. Ich glaube, eine solche Frage kann man in einem Parteivorstand oder in der Partei eigentlich erst in Arbeit nehmen, wenn eine Vorlage ausgearbeitet ist. Ich könnte mir sehr wohl vorstellen, daß der Vorstand dann einmal zu einem Ergebnis käme und sich sagt, nun wollen wir mal den Stier bei den Hörnern packen und damit gleich auf den Parteitag gehen. Davor würde ich warnen, unvorbereitet ein solches Thema auf einem Parteitag zu diskutieren. Aber wir könnten natürlich eine entsprechend ausgearbeitete Vorlage an die Kreisverbände geben und sagen, uns interessiert eigentlich, wie man in den Kreisverbänden denkt. Das hat den großen Vorzug, weil in den Kreisverbänden eigentlich die großen reformerischen Persönlichkeiten nicht den Einfluß haben wie auf einem Parteitag.

*Kiesinger:* Aber wenigstens ist wichtig, daß wir selber hier im Vorstand überhaupt einmal durch eine solche Bemühung zu einer gemeinsamen Interpretation des „C“ kommen.

*Hahn:* Ich habe diese Generaldebatte jetzt nicht in Gang bringen wollen, um das „C“ noch einmal zu interpretieren. Wir haben das 1964 schon einmal gemacht, und ich habe dabei mitgewirkt.<sup>39</sup> Und das hat zu gar nichts geführt im Grunde. Aber wenn Sie an den Mainzer Parteitag oder den Parteitag in Nordbaden<sup>40</sup> denken, wie die Leute davon geradezu geschüttelt sind, daß sie jetzt eine Antwort haben wollen und daß es keineswegs sicher ist, ob wir zukünftig in Kontinuität zu der bisherigen Politik machen sollen oder ob wir den Versuch machen sollen, die SPD links zu überholen. (*Starke Unruhe.*) Da ist noch eine andere Frage. Wen wollen wir in Zukunft als unsere Wähler haben? Die sieben Jahrgänge, die wir das nächste Mal neu dabei haben als Neuwähler, zu denen noch drei Jahrgänge zwischen 21 und 18 gehören, oder die 46 %, die uns bisher die Treue gehalten haben?

*Heck:* Herr Professor, in einem Punkt muß ich Ihnen hart widersprechen. Das kann für uns überhaupt nicht die Fragestellung sein, die SPD links überholen zu müssen.

---

39 Diskussion über das „C“ auf dem 12. Bundesparteitag vom 14. bis 17. März 1964 in Hannover. Vgl. CDU, 12. BUNDESPARTEITAG, insbes. S. 126f., 155f., 161, 187, 549.

40 Auf dem 14. Landesparteitag der CDU Nordbaden am 6. Dezember 1969 legte die JU Nordbaden einen auf dem Landtag am 29. November 1969 in Schwetzingen beschlossenen Antrag vor. Dieser sah eine „Veränderung des Parteiimages“ sowie eine „systematische Personalplanung und -förderung“ und „Aktivitätskontrolle“ der Abgeordneten auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene durch die Mitglieder vor. Vgl. ACDF 03-004-AO 220.

Und wenn diese Partei das zur Diskussion stellt, dann sollte sie lieber aufhören. Das ist doch überhaupt nicht zu diskutieren.

*Hahn:* Ich bin der letzte, der das täte.

*Amrehn:* Die FDP ist meines Erachtens von innen her umfunktioniert worden. Von rechts nach links, durch sehr agile, junge, beschlagene Leute. Es gibt wenige in der FDP, aber auch ganz tüchtige Leute. Ich denke an den Fraktionsvorsitzenden<sup>41</sup> der FDP im Berliner Abgeordnetenhaus, der jung ist, den wir alle nicht mögen, aber sehr beredt und klug und die linke Linie der FDP mitbegründet hat. (*Lorenz:* Er ist aber inzwischen auf dem Wege zur Mitte.) Ja, inzwischen lernt er von den Vorgängen an der Freien Universität, daß er selber da Fehler gemacht hat, und nun wandert er ein bißchen zur Mitte. Ich möchte nur eben die Gefahr mit abwenden helfen, daß wir einen ähnlichen Vorgang bei uns in der eigenen Partei erleben, daß solche Diskussionen geführt werden und die 46 % nachher sich in eine Linie mit hineinziehen lassen, vielleicht auch deswegen, weil sie intellektuell die Diskussion mit den Jungen nicht mehr verstehen oder nicht mehr bestehen können. Und insofern würde ich tatsächlich schon meinen, daß wir um die Diskussion dieser Frage gar nicht herumkommen, aber sie doch auch in einem Geiste zu führen versuchen, daß das Ganze, was wir bisher hatten, wenigstens einen New Look kriegt – ich weiß keinen Ausdruck jetzt dafür, einen faszinierenden Ausdruck müßten wir dafür noch finden. Aber insoweit muß in der Tat also auch ein geistiger Hintergrund mit neuen Worten belegt werden und modern erscheinen. Um sehr viel mehr geht es vielleicht gar nicht. Wir haben in dieser Woche hier mit dem Vorstand vom RCDS zusammengesessen. Ich kann nur sagen, ich bin also dort in einer großen kämpferischen Stimmung hingegangen, zumal der Simon eine Rede<sup>42</sup> zur Deutschlandpolitik gehalten hatte, die er leider erst nach Mainz mit der Forderung nach Anerkennung gehalten hat. In Mainz hatte er den Mut nicht dazu. Das werden wir das nächste Mal diskutieren. Aber ich habe dann doch mit Freude festgestellt, daß diese jungen Leute in ihren gesellschaftspolitischen Auffassungen am Ende auf einen Nenner zu bringen waren, den Heck vertreten hat in dem berühmten Aufsatz über den Demokratisierungsprozeß in der Streitmeinung gegen Brandt<sup>43</sup>, und wir haben plötzlich festgestellt, daß wir gar keine Differenzen, jedenfalls keine wesentlichen, haben, aber uns vielleicht einen neuen Sprachgebrauch angewöhnen müssen, um die jungen Leute auch wieder für uns zu gewinnen. Und wenn das mit dem Vorstand des RCDS möglich war, dann bin ich ziemlich zuversichtlich sogar, daß uns

---

41 Hermann Oxfort (1928–2003), Rechtsanwalt und Notar; 1948 LDPD und 1952 FDP, 1963–1981 und 1985–1989 MdA Berlin (1963–1975 Fraktionsgeschäftsführer), 1969–1971 und 1989/90 Vorsitzender des LV Berlin, 1975/76 und 1983–1985 Justizsenator.

42 Simon forderte in einem Interview mit dem ZDF am 23. November 1969, daß die Bundesregierung die Anerkennung der DDR durch andere Staaten fördern solle. Vgl. „Die Welt“ vom 24. November 1969 RCDS-Vorsitzender für ‚DDR‘-Anerkennung“. – Zum Treffen Barzels mit Simon am 27. November 1969 vgl. dpa vom 27. November 1969 „CDU/CSU-Fraktion will engen Kontakt mit RCDS halten“.

43 Bruno Heck: Demokraten oder Demokratisierte. Eine notwendige Auseinandersetzung. Bonn 1969 (Sonderdruck aus: „Die Politische Meinung“ Nr. 128/1969).

das gelingen kann. Aber dazu brauchen wir vielleicht nicht in die Tiefen absteigen und uns neu gründen, sondern das Vorhandene und Gewachsene und Bewährte mit einigen neuen Anstrichen versehen.

*Kiesinger:* Also, die Fragen, die hier aufgetaucht sind, können wir heute nicht anpacken. Ich würde daher vorschlagen, das ist ein ganz wichtiger Punkt für unsere künftige Arbeit. Es ist in der Tat so, daß man nicht einfach sagen kann, sowohl als auch. Es kommt im Leben einer Partei immer wieder mal ein Punkt, wo, wenn man sich weiterentwickeln will, auch im Blick auf Wählerschichten, die nun mobil werden, man auch einen harten Entschluß fassen muß und um der einen Schichten willen unter Umständen auf andere verzichten muß. Nicht so, wie Herr Scheel das gemacht hat vor einem Jahr, der hat die alten fahren lassen und sich neuen Wählerschichten zugewendet.<sup>44</sup> Ich habe ihm damals vorausgesagt, wie das ausgehen würde. Aber wenn wir an den berühmten, immer wieder angesprochenen neuen Mittelstand denken, dann machen wir uns doch um Gottes willen nichts vor, machen wir keine allzu subtilen Theorien drumherum. Das ist eine Schicht, die die materialistischste Schicht von allen unserer Bevölkerung ist nach meinen Feststellungen und die am wenigsten zufrieden ist mit ihren gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen, auch wenn sie zwischen 1.500 und 2.500 DM brutto monatlich verdient, weil sie einfach viel höhere Einkommenserwartungen und höhere Bedürfnisse haben. Wenn man schon die Schichten anspricht und sagt, ja, die sind uns entgangen bei der letzten Bundestagswahl, dann müssen wir auch ganz nüchtern fragen warum? Und dann müssen wir uns auch fragen, können wir von unserem Standpunkt aus an diese Leute Zugeständnisse machen, und welche Zugeständnisse sind das? Oder müssen wir uns damit abfinden, daß die zu einem guten Teil bei den anderen bleiben? Das sind alles Fragen, die kann man nicht über den Tisch hinweg beantworten. Wir müssen das bei den kommenden Arbeiten berücksichtigen.

*Schwarz-Schilling:* Es ist natürlich die Frage, wie man diese neuen Mittelschichten definiert. Und wenn man sie definiert für mittlere und leitende Führungspositionen, zwar in abhängiger Stellung, aber immerhin in führender Stellung, in Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung, dann ist natürlich diese Schicht nicht nur durch „materiell“ definiert, sondern sie hat einen anderen Aspekt zur Wirklichkeit heute, rationaler Erklärungen, sehr viel verwissenschaftlichter wie früher und bedarf daher einer anderen Ansprache. Ich bin noch gar nicht mal der Meinung, daß sie von uns so weit weg sind, wie das hier manchmal zum Ausdruck kommt. Ich bin der Auffassung, daß diese Schicht nur anders angesprochen werden muß. Und das dürfte ja wahrscheinlich auch der Punkt einer solchen Kommission sein, aus unserem Gedankengut heraus, das ja keineswegs abzuschreiben ist, nur die Ansprache zu finden, um diese Schichten nicht ganz zu verlieren.

---

44 Grundsatzrede Scheels am 31. Januar 1969 auf dem FDP-Bundesparteitag in Freiburg (29.–31. Januar 1969). Abdruck in „Information XIX. Bundesparteitag der Freien Demokraten in Freiburg“ (ACDP Dokumentation 2/223/1–a). Vgl. auch „Nordwest Zeitung Oldenburg“ vom 31. Januar 1968 „Mit Scheel in die FDP-Zukunft“; „Der Tagesspiegel“ vom 1. Februar 1968 „Scheel: FDP muß Alternative zur Regierungspolitik aufzeigen“; „Die Welt“ vom 1. Februar 1968 „Scheel spricht von einem Ruck nach vorn“.



*Kiesinger:* Ich stimme Ihnen zu, daß es nicht nur um materielle Dinge geht. Nur wird dieser Punkt häufig allein genannt. Ich habe mich inzwischen auch fleißig umgehört bei Firmen meiner engeren Heimat, bei einer Anzahl von leitenden Leuten, und habe ganz allgemein diese Auskunft erhalten, daß eben eine gewisse Unzufriedenheit bei denen vorhanden ist, einfach im Blick auf ihre Lebensverhältnisse. Ziehen Sie mal von 2.500 DM brutto die Steuern und alles andere ab und sehen Sie, was für diese Familie, die hohe Ansprüche ans Leben stellt, übrigbleibt. Da ist natürlich ein gelernter Arbeiter, der ein ganz anderes Einkommen hat, sehr viel zufriedener. Das kann man nicht leugnen. Ich habe jetzt einen außerordentlichen Professor aus Tübingen gesprochen. 1.600 DM bekommt der Mann ausbezahlt und muß noch einen Sohn studieren lassen. Das ist nun zufällig ein glühender CDU-Mann. Ich frage mich, warum eigentlich?

*Heck:* Darf ich den Vorschlag machen, daß wir dieses Thema abschließen. Ich bin im Augenblick dabei, eine Kommission zusammenzustellen, und zwar schon seit drei Monaten, und ich finde, es ist am zweckmäßigsten, wenn zunächst mal ein Papier erarbeitet wird, über das dann diskutiert werden kann.

*Hasselmann:* Ich habe nur noch einen Vorschlag. Sollten wir nicht unter Punkt 9 „Städtebau und Raumordnung“ das Wort „Landwirtschaft“ miteinfügen?

*Heck:* Die Landwirtschaft gehört bei uns eigentlich zum ganzen Thema „Soziale Marktwirtschaft heute“.

*Hasselmann:* Ich würde es der Optik wegen nennen.

*Heck:* Es handelt sich hier um eine Gesamtkommission, die einen Auftrag hat, und wir haben hier von uns aus nur neun Themen aufgeschrieben. Wie die ihre Arbeit organisiert, ob der Vorsitzende neun Unterkommissionen macht, ob er die Landwirtschaft aufgliedert und gesondert behandeln läßt, wahrscheinlich wird die Landwirtschaft bei der „Sozialen Marktwirtschaft“ behandelt werden müssen und bei „Städtebau und Raumordnung“, bei „Soziale Sicherheit“ gehört sie auch rein.

*Hasselmann:* Ich sehe das rein politisch. Jetzt kommt der Freiherr von Heereman<sup>45</sup> aus Westfalen an die Spitze des DBV. Wir werden eine ganz andere Agrarpolitik mit dem Bauernverband machen können aus unserer Sicht. Der Mann ist CDU-Mann. (*Kiesinger:* Das ist doch ein Extra-Thema.) Ja, ich weiß nicht. Ist es das wirklich? Ich möchte nicht die Isolierung, sondern gerade die Einbeziehung in jene von Herrn Dr. Heck genannte Kommission.

*Heck:* Das gehört zum Thema „Soziale Marktwirtschaft heute“.

*Von Weizsäcker:* Das zeigt mal wieder, daß die Aufgliederung der neun Themen sich weitgehend materialisiert an der Zusammenstellung der Namen, die daran arbeiten. Ich meine, so wie die Soziale Marktwirtschaft hier verstanden wird, finde ich die

---

45 In der Vorlage: Revemann. – Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck (geb. 1931), Landwirt; 1957 CDU, 1969–1997 Präsident des Deutschen Bauernverbandes, 1983–1990 MdB. Vgl. Franz-Josef BUDDÉ/Bernd HAUNFELDER/Gisbert STROTDREES: Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck. Münster 1997.

aufgeführten Namen trefflich, aber nicht ausreichend. Ich glaube, daß wir uns nicht damit begnügen können, daß wir sagen, zu „Soziale Marktwirtschaft“ wird noch zugearbeitet durch Thema 3, Thema 4, Thema 9 und Thema 8, auch Thema 7. Ich glaube doch, daß wir die Arbeit selbst am Thema „Soziale Marktwirtschaft“ etwas umfassender verstehen müssen und daher die Liste der Namen erweitern müssen.

*Heck:* Ich möchte gleich darauf aufmerksam machen, hier sind Namen aufgeführt worden unter Ziffern, die unter anderen Ziffern wieder dazugehören. Wir haben lediglich mal zunächst uns überlegt, daß wir dafür sorgen, daß in der Kommission zu den neun Themen ausreichend Sach- und Fachverstand enthalten ist, wobei wir von vornherein davon ausgegangen sind, daß der Vorsitzende bei der Organisation der Arbeit in Unterkommissionen jederzeit Sachverstand hinzuziehen kann in jedem Umfange. Aber in dem einen Punkt haben Sie recht. Wenn man Landwirtschaft unter der Ziffer „Soziale Marktwirtschaft“ begreift, müssen mindestens zwei Landwirte mit Sachverstand dabei sein.

*Von Weizsäcker:* Ich finde, die Hinzuziehung von Sachverständigen ist eine Sache, die Verantwortung gegenüber der Partei ist eine andere Sache.

*Heck:* Es gibt dann hier nur eine gewisse Grenze, wenn eine solche Kommission etwa Parlamentstärke bekommt, dann geht wieder etwas schief. Wir haben jetzt bereits etwa 60 Namen, und das ist eine Kommissionsgröße, die eigentlich schon die Grenze dessen, was sonst als Arbeitskreis angesehen wird, übersteigt. Das ist der Grund, warum wir hier überall ein bißchen gebremst haben. Aber hier muß ich auch sagen, unter der Voraussetzung – und davon sind wir ausgegangen –, daß unter „Soziale Marktwirtschaft“ die Landwirtschaft mitzubehandeln ist, müssen wir noch einige Namen mit hereinnehmen. Im übrigen meine ich ohnedies, daß die Liste noch verändert werden soll vom Vorstand. Sonst hätten wir sie ja gar nicht vorzulegen brauchen.

*Lorenz:* Herr Dr. Heck, ich möchte noch folgendes fragen: Muß es eigentlich so sein, daß alle die, die hier aufgeführt sind plus denen, die noch dazukommen, die Kommission bilden? Oder kann man nicht ein anderes Organisationsschema machen, daß von jeder Unterkommission zwei oder drei hinterher zu der Hauptkommission zusammentreten? Dann hat man nämlich die Möglichkeit, bei der Unterkommission ein paar mehr Leute zu beteiligen, ohne daß der Kreis zu groß wird.

*Heck:* Also, hier wird der Kreis eine erste Sitzung anberaumen. Und in dieser ersten Sitzung muß von diesem Kreis die Arbeit als Ganzes organisiert werden. Ich könnte mir vorstellen, daß so verfahren wird – Herr Kohl hat es sich auch so überlegt –, zunächst werden die Themen auf Arbeitskreise verteilt, und dann wird er von den Arbeitskreisen, wenn die alle fertig sind, wiederum je 1, 2, 3 zu einer Kommission zusammenholen und dann zum Abschluß der Arbeit noch einmal alle zusammen. Also so etwa hat er es sich wohl vorgestellt.

*Lorenz:* Na ja, so kann man es ja machen.

*Schwarz-Schilling:* Ich wollte noch eine Frage stellen zur Mitbestimmungskommission. Es gibt doch, soviel ich weiß, noch eine andere Mitbestimmungskommission. (*Heck:* Nein, deren Arbeit ist erloschen.) Die tritt also praktisch an die Stelle der an-

deren Mitbestimmungskommission.<sup>46</sup> Und nun frage ich ein weiteres: Wenn das dazu dienen soll, bis März ein Programm zu erstellen, so kann ich jetzt schon mit einiger Voraussicht sagen, daß wahrscheinlich innerhalb von zwei Monaten bei dem Gutachten, das alleine mehrere hundert Seiten lang ist, eine wirklich durchschlagende Neuordnung wohl kaum von der Kommission in dieser kurzen Zeit zu leisten ist.

*Heck:* Auch dafür haben wir schon vorgesorgt. Wir können für ein oder zwei Fragen eine Verlängerung von ein bis zwei Monaten geben. Aber wenn wir gleich jetzt anfangen, daß die Kommission ihre Arbeit erst im Juni abliefern soll, dann fallen die Kreisverbände aus. Dann kann unter Umständen ein solches Thema, wenn das bis Juni/Juli dauert, nicht in der gleichen Weise in die Kreisverbände gehen.

*Von Weizsäcker:* Darf man Personalvorschläge schon jetzt machen? Ich wollte vorschlagen, daß man zur „Sozialen Marktwirtschaft heute“ nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Sozialausschüsse einbezieht. Die Sozialausschüsse sind zwar in anderen Gruppen nachhaltig vertreten, und das ist auch gut und notwendig. Aber die Soziale Marktwirtschaft ist doch wirklich ein Oberbegriff, bei dem ich mir nicht vernünftigerweise eine Art ohne einen kompetenten Vertreter der Sozialausschüsse vorstellen kann. Das ist Punkt 1. – Punkt 2, zur ersten Gruppe „Außen- und Deutschlandpolitik“. Das ist eine der Gruppen, wo ich der Meinung bin, es gibt eine Reihe von Stimmen, die nicht nur so dahergeredeterweise, sondern auch mit substantiierten Beiträgen der Meinung sind, daß wir entweder nicht die richtigen Proportionen oder nicht die richtigen Begriffe oder nicht die richtige Analyse für ein Programm usw. haben. Ich finde, diese Leute müssen mit einbezogen werden. Ich wollte daher Herrn Schönbohm<sup>47</sup> vorschlagen, der ja einiges publiziert hat. Ich bin der Meinung, daß wir hier solche Leute in die verantwortliche Arbeit einbeziehen müssen. Auf andere Weise sehe ich nicht, wie wir die auseinanderklaffenden Tendenzen hier in einem Programmsinne vernünftig zusammenbekommen. Die weitere Frage ist, ob wir Herrn Windelen hier mit einbeziehen sollen, der die Belange, die von ihm in der Regierung gut betreut worden sind, hier zur Geltung bringt. Und mein dritter Vorschlag ist – ich finde doch, das hängt ja auch mit der Überschriftsänderung zusammen –, daß wir die Formulierung über die

---

46 Die konstituierende Sitzung der alten Mitbestimmungskommission fand am 23. März 1969 in Bonn statt im Zusammenhang mit den Beschlüssen des Berliner Parteitags. Den Vorsitz führte Bruno Heck, weitere Teilnehmer waren Hans Katzer, Egon Lampersbach und Hermann Josef Russe (Protokoll in ACDP 07–001–9116). Vgl. dazu auch PROTOKOLLE 5 S. 1349 Anm. 12. – Die konstituierende Sitzung der nach dem Mainzer Parteitag eingesetzten Programmkommission fand am 20. Januar 1970 statt auf der beschlossen wurde, die vorgesehenen neun Kommissionen in vier Kommissionen zusammenzufassen (Protokoll in ACDP 07–004–108/2). Auf der Sitzung der Kommission II „Soziale Marktwirtschaft heute“ am 25. Februar 1970 in Bonn wurde die Einsetzung einer Unterkommission „Mitbestimmung“ beschlossen). Vorsitzender der Unterkommission wurde Thomas Ruf (Protokoll in ACDP 07–004–108/2; Protokolle der gemeinsamen Sitzungen der Unterkommission Mitbestimmung der Programmkommission der CDU und der Arbeitsgruppe Mitbestimmung der CDU/CSU-Fraktion in ACDP 01–649–010/1.

47 Wulf Schönbohm (geb. 1941), Politologe; 1967/68 Bundesvorsitzender des RCDS. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 943 Anm. 24.

Entwicklungspolitik einbeziehen müssen, und ich finde, daß wir hier Herrn Kiep mit einladen sollten.

*Schröder:* Ich würde dem zustimmen, einschließlich Kiep. Ich würde gern bei Ziffer 3 noch gern aus Friedewald Herrn Dr. Wiedemann<sup>48</sup> hinzugezogen sehen, bei Ziffer 4 Friedrich Vogel aus Warendorf, bei Ziffer 5 Professor Hahn, bei Ziffer 6 den früheren Staatssekretär Walter Strauß<sup>49</sup>, bei Ziffer 7 Frau Griesinger, bei Ziffer 9 Dr. Evers<sup>50</sup> aus Freiburg. Das sind die Vorschläge, die ich machen wollte.

*Kiesinger:* Darf ich mir einen Vorschlag erlauben? Es sollten jetzt nicht zuviele Personenvorschläge gemacht werden. Aber ich stimme im Prinzip dem zu, das Herr von Weizsäcker gesagt hat, denn wir kommen ja nur zu etwas, wenn wir die unterschiedlichen Kontroversen berücksichtigen.

*Stingl:* Ich möchte gerne wissen, ist damit auch die Kommission „Ballungsräume“ erledigt?

*Heck:* Nein, wir haben einen Auftrag des Parteitages gehabt, einen Fachausschuß „Ballungsräume“ zu bilden. Ich habe die Landesvorsitzenden vor vier Wochen bereits aufgefordert. Ich darf hiermit bekanntgeben, daß die Nominierungen von den Landesverbänden sehr zögernd eingehen. Das ist die Ursache, warum bei uns die Konstituierung eines solchen Ausschusses drei bis vier Monate dauert.

*Stingl:* Zu Ziffer 4 möchte ich noch vorschlagen Herrn Dr. Böhme<sup>51</sup>, weil der sich um die Mitbestimmungsfragen in letzter Zeit gekümmert hat. Und dann hat es mich bei Ziffer 5 etwas verwundert, niemanden zu finden, der aus meiner Verwaltung ist. Wir haben die gesamte berufliche Fortbildung und Weiterbildung vom Arbeitsamt zu betreuen, und keiner davon ist dabei. Und bei Ziffer 9 „Städtebau und Raumordnung“ möchte ich Herrn Dr. Degen<sup>52</sup> aus Nordrhein-Westfalen vorschlagen, bei Ziffer 5 mich selber.

---

48 Dr. Lothar Wiedemann, Geschäftsführer der Evangelischen Sozialakademie Friedewald, Mitglied der EKD.

49 Dr. Walter Strauß (1906–1976), Jurist; 1945 CDU, 1946/47 Staatssekretär in der Staatskanzlei Hessen, 1948/49 MdPR, 1949–1963 Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz, 1963–1970 Richter am Europäischen Gerichtshof. Vgl. Friedemann UTZ: Preuße, Protestant, Pragmatiker. Der Staatssekretär Walter Strauß und sein Staat. (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 40.) Tübingen 2003; Brigitte KAFF: Walter Strauß. In: Günter BUCHSTAB/Hans-Otto KLEINMANN (Hg.): In Verantwortung vor Gott und den Menschen. Christliche Demokraten im Parlamentarischen Rat. Freiburg/Br. 2008 S. 346–354.

50 Dr. Hans Evers (1925–1999), Diplom-Kaufmann; 1963–1969 Stadtkämmerer in Freiburg, 1969–1980 MdB (CDU), 1969–1977 Vorsitzender des Bundesfachausschusses Sport der CDU, 1976–1980 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

51 Dr. Günter Böhme (geb. 1925), Jurist; seit 1952 Tätigkeit bei der Bayer AG Leverkusen, 1961 CDU, 1969–1972 MdB.

52 Dr. Alois Degen (1912–1985), Verwaltungsbeamter; 1945–1958 Landesarbeitsamt Hessen (1950 Oberregierungsrat, 1957 Leitender Verwaltungsdirektor und Ständiger Stellvertreter des Präsidenten), 1958–1962 Oberdirektor bei der Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg, 1962–1977 Präsident des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen.

*Wex:* Ich möchte fragen, wo in dieser Kommission Gesundheitsfragen untergebracht sind? Ist das irgendwo eine Untergruppe?

*Heck:* Das gehört zum Thema „Soziale Sicherheit“.

*Wex:* Dann möchte ich dafür Frau Blohm<sup>53</sup> vorschlagen und für Ziffer 9 Frau Beckmann<sup>54</sup> und Frau Grabowski<sup>55</sup>.

*Heck:* Darf ich jetzt den Vorschlag machen, den Vorsitzenden zu ermächtigen, nach Bedarf hinzuzuziehen. Denn wenn jetzt jeder aus seinem Bereich jemanden vorschlägt, dann müssen wir noch einmal eine Sitzung machen, um das Ganze wieder auf eine arbeitspraktikable Lösung zu bringen.

*Kohl:* Ich bitte, Herr Generalsekretär, noch um eine Vollmacht in der Sache, daß man beim Ablauf des Geschehens auch das Recht hat zu streichen. Denn da ist wieder eine ganze Reihe von reinen Prestigemeldungen dabei, wenn Sie alle Namen betrachten, die immer und in allen Zusammenhängen wiederkehren. Hier soll ja eigentlich gearbeitet werden, und ich finde, man sollte auch jeden richtig fragen, ob er überhaupt bereit ist mitzumachen.

*Kiesinger:* Ich bin der Meinung, daß das ein vernünftiger Vorschlag ist.

*Heck:* Wer an drei Sitzungen hintereinander nicht teilgenommen hat, der soll als gestrichen betrachtet werden.

*Kohl:* Ich möchte nur noch sagen, ich habe natürlich auch die Absicht, in jeder Sitzung über den Fortgang der Sache kurz zu berichten. Dann sieht man auch, wer mitmachen muß.

*Lorenz:* Ich nominiere Sie dann dem Herrn Vorsitzenden gegenüber.

*Heck:* Ich möchte nur wissen, was gilt. Also die, die hier nominiert worden sind, von denen glaube ich nicht, daß alle damit einverstanden sind.

*Kohl:* Ich würde sie erst mal alle einladen, die hier genannt worden sind.

*Heck:* Das Ganze ist natürlich jetzt ein bißchen zufällig.

*Kohl:* Das sind eine ganze Reihe von Leuten, die mit Sicherheit ernsthaft nicht mitmachen.

*Lorenz:* Ich möchte dann gerne noch zwei Vorschläge machen. Das eine ist unser Landesschatzmeister Herr Boehm<sup>56</sup>, der im Wirtschaftsausschuß des Berliner Abge-

---

53 Irma Blohm (1909–1997), medizinisch-technische Assistentin; 1949 CDU, 1949–1953 war Mitglied der Bezirksversammlung Wandsbek und des Ortsausschusses Rahlstedt, 1953–1957 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, 1957–1969 MdB.

54 Ruth Beckmann (geb. 1925), medizinisch-technische Assistentin; 1951–1954 Sachbearbeiterin beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten, 1964–1970 Stadtverordnete in Frankfurt/Main (CDU), 1967–1981 Mitglied des Landesvorstands der CDU Hessen, 1970–1986 MdL Hessen.

55 Rita Grabowski (geb. 1911), Diplom-Architektin; 1949 CDU, 1955–1965 Bezirksstadträtin für Bau- und Wohnungswesen in Berlin-Schöneberg, 1958–1962 Mitglied im Landesvorstand der CDU Berlin.

56 Hans Joachim Boehm (geb. 1920), Diplom-Volkswirt; 1949–1951 Landesvorsitzender der JU Berlin, 1950–1955 Geschäftsführer des Rings Politischer Jugend in Berlin, Schatzmeister des LV Berlin.

ordnetenhauses ist. Den würde ich gerne bei der Wirtschaft mitmachen sehen. Und dann würde ich sagen unseren Freund Diepgen<sup>57</sup> in der Kommission für Kulturpolitik. Das ist derjenige, den ich von allen in der CDU am meisten von den jüngeren Leuten außerhalb des RCDS hinsichtlich seiner Sachkenntnis auf dem Gebiet der Hochschulpolitik schätze. Ich glaube also, der würde wirklich wichtig sein in dieser Kommission.

*Heck:* Ich muß dann noch ergänzen: Es ist Herr Filbinger noch vorgeschlagen worden und Herr Professor Braun<sup>58</sup> sowie Herr Ministerpräsident Lemke zu der Raumordnungsgeschichte.

Mitglieder der Kommission:

zu 1: Amrehn, Carstens<sup>59</sup>, Gradl, Hallstein<sup>60</sup>, Lamers<sup>61</sup>, Majonica<sup>62</sup>, Marx<sup>63</sup>, Mertes<sup>64</sup>, Osterheld<sup>65</sup>, von Weizsäcker, Kiep, Windelen, Schönbohm;

---

57 Eberhard Diepgen (geb. 1941), Rechtsanwalt; 1962 CDU, 1965/66 stv. Vorsitzender des VDS, 1980/81 MdB, 1983–2002 Vorsitzender des LV Berlin, 1984–1989 und 1991–2001 Regierender Bürgermeister von Berlin. Vgl. LEXIKON S. 219f.

58 Dr. Walter Braun (geb. 1930), Diplom-Kaufmann; 1955–1964 Assistent an der Wirtschaftshochschule Mannheim, 1966 o. Professor für Betriebswirtschaftslehre Universität Kiel, 1969–1979 Kultusminister, 1979–1983 Sozialminister in Schleswig-Holstein, 1971–1987 MdL (CDU).

59 Dr. Karl Carstens (1914–1992), Jurist; 1968/69 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1972–1979 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 327 Anm. 103; Tim SZATKOWSKI: Karl Carstens. Eine politische Biographie. Weimar 2007.

60 Dr. Walter Hallstein (1901–1982), Jurist; 1946–1948 Rektor der Universität Frankfurt/Main, 1950/51 Staatssekretär im Bundeskanzleramt und 1951–1957 im Auswärtigen Amt, 1958–1967 Präsident der EWG-Kommission, 1968–1974 Präsident der Europäischen Bewegung, 1969–1972 MdB (CDU). Vgl. LEXIKON S. 261f.

61 Karl Lamers (geb. 1935), Jurist; 1955 CDU, 1966–1980 Leiter der Karl-Arnold-Bildungsstätte Bonn, 1968–1971 Vorsitzender der JU Rheinland, 1975–1981 stv. Vorsitzender der CDU Rheinland, 1980–2002 MdB.

62 Dr. Ernst Majonica (1920–1997), Jurist; 1950–1972 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1331 Anm. 61; Hans-Otto KLEINMANN/Christopher BECKMANN (Bearb.): Ernst Majonica. Das politische Tagebuch 1958–1972 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 55). Düsseldorf 2010 (im Druck).

63 Werner Marx (1924–1985), Regierungsdirektor; 1947 CDU, 1956 persönlicher Referent von Otto Lenz, 1960–1965 Mitarbeiter im Bundesministerium der Verteidigung, 1965–1982 MdB (1969–1980 Vorsitzender des außenpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Fraktion). Vgl. LEXIKON S. 323f.

64 Dr. Alois Mertes (1921–1985), Philologe; 1952–1971 Eintritt in das Auswärtige Amt, 1961 CDU, 1972 Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund, 1972–1985 MdB, 1982–1985 Staatsminister im Auswärtigen Amt. Vgl. LEXIKON S. 328f.

65 Dr. Horst Osterheld (1919–1998), Ministerialdirektor; 1951 Eintritt in das Auswärtige Amt, 1960–1969 Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, 1967 CDU, 1970/71 Botschafter in Chile, 1974–1979 Leiter des Zentralstelle Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, 1980–1984 Abteilungsleiter im Bundespräsidialamt. Vgl. Ulrich SCHLIE (Hg.): Horst Osterheld und seine Zeit (1919–1998). Wien/Köln 2006.

- zu 2: von Bismarck, Erhard, Frank<sup>66</sup>, Luda<sup>67</sup>, Neef<sup>68</sup>, Schäfer, Schwarz-Schilling, Dr. Böhme und ein Vertreter der Sozialausschüsse;  
zu 3: Blüm, Burgbacher, Häussler<sup>69</sup>, Lampersbach, Dr. Pinger<sup>70</sup>, Dr. Wiedemann;  
zu 4: Benda, Müller<sup>71</sup>, Russe, Schwarz-Schilling, Friedrich Vogel, Dr. Böhme;  
zu 5: Frau Benedix<sup>72</sup>, Dr. Haase<sup>73</sup>, Martin<sup>74</sup>, Mikat<sup>75</sup>, Riesenhuber<sup>76</sup>, Schröder<sup>77</sup> (Hamburg), Seifriz<sup>78</sup>, Simon, Dr. Vogel, Frau Walz<sup>79</sup>, Stingl, Prof. Hahn, Diep-  
gen, Prof. Braun;

- 
- 66 Dr. Johann Frank (geb. 1929), Volkswirt; 1953–1957 Zeitungsredakteur, 1964–1966 Wirtschaftskorrespondent der Zeitung „Die Welt“, 1966 Leiter des Planungsstabes im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 1968/69 als Ministerialdirektor Leiter des Grundsatz- und Planungsabteilung, 1969 CDU, 1970–1976 Leiter des Planungsstabes der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 1978–1983 Direktor für Personal und Verwaltung beim Europäischen Rechnungshof in Luxemburg.
- 67 Dr. Manfred Luda (geb. 1921), Rechtsanwalt; 1961–1980 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 626 Anm. 52.
- 68 Dr. Fritz Neef (1913–1979), Diplom-Volkswirt; 1949–1967 Tätigkeit im Bundeswirtschaftsministerium (ab 1963 Staatssekretär), 1967–1969 Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1967 CDU, 1969–1977 Hauptgeschäftsführer des BDI.
- 69 Erwin Häussler (1909–1981), Redakteur; 1946–1953 Stadtrat in Stuttgart (CDU), 1952–1956 MdL Baden-Württemberg, 1953–1961 und 1964–1972 MdB.
- 70 Dr. Winfried Pinger (geb. 1932), Jurist; 1957 CDU, 1963–1967 Vorsitzender der JU Köln, 1969–1972 und 1976–1998 MdB.
- 71 Adolf Müller (1916–2005), Facharbeiter; 1945 CDU, 1947 DGB, 1958–1978 stv. Landesbezirksvorsitzender des DGB Nordrhein-Westfalen, 1961–1978 MdB.
- 72 Ursula Benedix (geb. 1922), Diplom-Handelslehrerin; 1953 CDU, 1967–1972 MdL Niedersachsen, 1971–1990 Vorsitzende der Frauenvereinigung der CDU in Niedersachsen, 1972–1983 MdB.
- 73 Dr. Winfried Haase, (geb. 1940) Jurist; Ministerialdirigent, Honorarprofessor für Sozialrecht an der Universität Bochum.
- 74 Dr. Berthold Martin (1913–1973), Arzt; 1957–1973 MdB (1965–1973 Vorsitzender des Arbeitskreises für Bildung, Wissenschaft und Publizistik der CDU/CSU-Fraktion), 1970–1973 Vorsitzender der Enquête-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 105 Anm. 2.
- 75 Dr. Paul Mikat (geb. 1924), Professor für Bürgerliches Recht und Handelsrecht, Rechtsgeschichte und Kirchenrecht; 1969–1987 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 27 Anm. 53.
- 76 Dr. Heinz Riesenhuber (geb. 1935), Diplom-Chemiker; 1961 CDU und JU, 1962–1965 wissenschaftlicher Assistent an der Universität Frankfurt, 1965–1969 Mitglied im Landesvorstand der JU Hessen, 1973–1978 Vorsitzender des KV Frankfurt, seit 1976 MdB, 1977 bis 1982 Vorsitzender im Bundesfachausschuss Energie und Umwelt der CDU, 1982–1993 Bundesminister für Forschung und Technologie. Vgl. LEXIKON S. 349.
- 77 Horst Schröder (geb. 1938), Diplom-Volkswirt; 1966–1972 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1473 Anm. 35.
- 78 Dr. Adalbert Seifriz (1902–1990), Jurist; 1946–1954 Referent im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, 1957–1963 Präsident des Landesarbeitsamtes Stuttgart, 1960–1963 MdL Baden-Württemberg, 1963–1966 Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Baden-Württemberg beim Bund, 1966–1972 Minister für Bundesangelegenheiten Baden-Württemberg.
- 79 Dr. Hanna Walz (1918–1997), Juristin; 1950–1954 Bibliothekarin am Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf, 1958–1969 MdL Hessen (CDU), 1969–1980 MdB, 1973–1984 MdEP.

- zu 6: Benda, Feller<sup>80</sup>, Göb<sup>81</sup>, Dr. Meyers, Rollmann<sup>82</sup>, Dr. Syren<sup>83</sup>, Walter Strauß, Wagner<sup>84</sup>;  
zu 7: Andres<sup>85</sup>, Barth<sup>86</sup>, Brauksiepe, Häussler, Vogt<sup>87</sup>, Frau Griesinger, Dr. Becher<sup>88</sup>;  
zu 8: Dr. Berger<sup>89</sup>, Geißler<sup>90</sup>, Gewandt<sup>91</sup>, Götz<sup>92</sup>, Pirkl<sup>93</sup>, Dr. Schmelzer<sup>94</sup>, Stingl, Frau Blohm;

- 
- 80 Jakob Feller (geb. 1917), Regierungsamtmann; bis 1955 CVP, 1957 CDU, 1952–1980 MdL Saarland, 1974–1982 Bürgermeister von Sankt Wendel, Präsident des saarländischen Städte- und Gemeindetages.
- 81 Dr. Rüdiger Göb (geb. 1928), Jurist; 1957–1960 Syndikus des Deutschen Gemeindetages, 1965–1969 Ministerialdirektor im Bundesministerium des Innern, 1970/71 Bundesgeschäftsführer der CDU.
- 82 Dietrich-Wilhelm Rollmann (1932–2008), Jurist; 1960–1976 MdB (CDU), 1968–1974 Vorsitzender des LV Hamburg. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 942 Anm. 21.
- 83 Dr. Hans Syren (geb. 1923), Rechtsanwalt; 1965–1971 Vorsitzender des CDU-KV Mannheim.
- 84 Dr. Hans Wagner (1915–1996), Lehrer; vor 1933 Windthorstbund, Mitgründer der JU, 1950–1982 MdL Hessen (1966–1970 und 1972–1974 Vorsitzender der Landtagsfraktion), 1974–1982 Landtagspräsident.
- 85 Karl Andres (1906–1996), Ministerialdirigent; 1953–1966 Bundesministerium für Arbeit (Leiter des Referats III b 3/Neue Kindergeldgesetzgebung einschl. Rechtsverordnungen, Frauenlohn, Lohn in volkswirtschaftlicher Sicht), 1961–1966 Leiter der Unterabteilung II b (Arbeitslosenversicherung, Arbeitslosenhilfe, Kindergeld, arbeits- und sozialpolitische Fragen der Verteidigung und des Notdienstes, Ziviler Ersatzdienst), 1966–1969 Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen (Leiter der Abteilung II/Familienpolitik).
- 86 Dr. Heinrich Barth (1914–1997), Rechtsanwalt und Notar; 1963–1969 Staatssekretär im Bundesministerium für Familie und Jugend. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1234 Anm. 6.
- 87 Wolfgang Vogt (1929–2006), Diplom-Volkswirt; 1946 CDU, 1969–1998 MdB, 1972–1983 Bürgermeister von Düren, 1982–1991 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.
- 88 Dr. Paul Becher, Präsident des Europäischen Forums der Nationalen Laienkomitees, bis 1993 Stellvertreter des Generalsekretärs und Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik und internationale Aufgaben im Zentralkomitee der deutschen Katholiken in Bonn.
- 89 Dr. Hans Berger (1909–1985), Jurist; 1939–1944 Referent beim Reichskommissar für Preisbildung, 1946 Oberlandesgerichtsrat, 1948/49 Richter am Obersten Gerichtshof der Britischen Zone, 1949–1953 Landgerichtspräsident in Düsseldorf, 1953/54 Leiter der Abteilung I im Bundesinnenministerium, 1954–1959 Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, 1959–1963 Botschafter in Dänemark, 1963–1965 in den Niederlanden, 1965–1969 Staatssekretär und Chef des Bundespräsidialamtes, 1969–1971 Botschafter beim HI. Stuhl.
- 90 Dr. Heiner Geißler (geb. 1930), Jurist; 1967–1977 Minister für Soziales, Jugend und Gesundheit in Rheinland-Pfalz. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1392 Anm. 36.
- 91 Heinrich Gewandt (geb. 1926), Kaufmann; 1957–1976 MdB (CDU), 1965–1975 Vorsitzender des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 576 Anm. 7.
- 92 Dr. Hermann Götz (1914–1987), Jurist; 1949–1976 MdB (CDU).
- 93 Fritz Pirkel (1925–1993), Diplom-Psychologe; 1958–1984 MdL Bayern (CSU), 1966–1984 Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1392 Anm. 37.
- 94 Dr. Horst Schmelzer (geb. 1934), Leiter des WEMA-Instituts für Empirische Sozialforschung Köln.



zu 9: Echternach, Göb, Hesberg<sup>95</sup>, Köppler, Dr. Kohl, Lücke, Mick<sup>96</sup>, Rinsche<sup>97</sup>, Dr. Evers, Dr. Degen, Frau Beckmann, Frau Grabowski, Dr. Lemke, Dr. Filbinger. Als Vorsitzenden der Kommission schlägt das Präsidium Herrn Dr. Kohl, als stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Köppler vor. – Wir kommen jetzt zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

*Erstellung einer Kommission für das Bundesparteihaus*

*Schmücker:* Das Präsidium hat sich mit dieser Frage befaßt und vorgeschlagen, daß unter Vorsitz des Bundesschatzmeisters eine Kommission gebildet wird. Dieser Kommission sollte angehören der Generalsekretär, das ist selbstverständlich. Ich würde vorschlagen, Herrn Dr. Kraske dazuzunehmen, auch wenn er sein jetziges Amt dann nicht mehr wahrnimmt, weil er von Anfang an die Dinge mitgemacht hat. Ich würde weiter vorschlagen den Bonner Kreisparteivorsitzenden Herrn von Arnim<sup>98</sup>, schon wegen der Beziehungen, die er zu örtlichen Stellen hat. Die Junge Union sollten wir beteiligen. Der Schatzmeister dort ist Herr Seiters<sup>99</sup>. Und wir sollten unsere Freunde aus Berlin als Antragsteller bitten, uns einen Namen zu nennen. Es wurde gesagt, daß entweder Herr Amrehn oder Herr Wohlrabe<sup>100</sup> dafür in Frage kämen. Die Unterscheidung liegt nur darin, weil einige meinten, es sei ein Jurist besser als –; aber die Berliner sollten sich selbst entscheiden. (*Lorenz:* Der Plan liegt doch wohl schon vor?) Der Plan liegt vor, und Freunde aus der Bundesbauverwaltung stehen zur Verfügung. Außerdem haben wir einen Fachmann.

*Lorenz:* Ja, der Wohlrabe hat die Sache bei uns angeleiert, aber ich sage auch, wenn Herr Amrehn im Vorstand ist, dann ist er natürlich näher dran. Wenn er bereit ist, das zu machen, soll er es gerne tun.

*Heck:* Der Vorstand ist mit dem Vorschlag einverstanden.

---

95 Dr. Carl Hesberg (1898–1977), Volkswirt; 1945 CDU, 1953–1969 MdB.

96 Josef Mick (1914–1978), Buchdrucker; 1957–1976 MdB (CDU), 1963–1975 Vorsitzender der CDA Rheinland. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 959 Anm. 45.

97 Dr. Günter Rinsche (geb. 1930), Diplom-Volkswirt, Honorarprofessor; 1965–1972 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1233 Anm. 5.

98 Adolf-Heinrich von Arnim (1916–2008), Ministerialdirigent; 1961–1989 Mitglied im Rat der Stadt Bonn, 1965–1970 Vorsitzender des KV Bonn-Stadt.

99 In der Vorlage: Seiffers. – Rudolf Seiters (geb. 1937), Jurist; 1958 JU und CDU, 1965–1970 Vorsitzender der JU Niedersachsen, November 1969 bis November 1971 Bundesschatzmeister der JU, 1969–2002 MdB (1971–1976 und 1982–1984 Parlamentarischer Geschäftsführer), 1989–1991 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, 1991–1993 Bundesminister des Innern. Vgl. Ulrike BERG: Rudolf Seiters, der stille Macher. Karriere in Hintergrund und Rampenlicht. Leer 2002.

100 Jürgen Wohlrabe (1936–1995), Kaufmann; 1958 CDU, 1963–1969 Vorsitzender und Geschäftsführer des Rings Politischer Jugend Berlin, 1967–1969 und 1979–1995 MdB Berlin, 1969–1979 und 1993/94 MdB.

*Baukommission*

Vorsitzender: Bundesschatzmeister Dr. Kurt Schmücker; Kommissionsmitglieder: Generalsekretär Dr. Bruno Heck, Dr. Konrad Kraske, Adolf-Heinrich von Arnim (Kreisverband Bonn), Seiters (Schatzmeister der Jungen Union), Franz Amrehn. – Dann nächster Punkt:

*Anträge der Kreisverbände Bühl und Frankfurt/Main*

Der Kreisverband Bühl hat beantragt, daß wir eine Regelung treffen sollen, nach der jeder Kreisverband wenigstens einen Delegierten für den Parteitag stellt. Bei der jetzigen Anzahl der Delegierten würden wir hier ins Gedränge kommen mit dem Parteiengesetz.<sup>101</sup> Diesem Antrag könnte stattgegeben werden, wenn die Zahl der Delegierten entsprechend erhöht würde. Aber diese Frage kann, glaube ich, auch der Vorstand jetzt nicht beraten. Ich schlage vor, daß wir Herrn Dr. Kraske, der ja Fachmann im Parteiengesetz ist und die genügenden Erfahrungen hat, beauftragen, für die nächste Sitzung einmal vorzubereiten, wie viele Delegierte wir künftighin auf einem Parteitag haben müssen, um diesem Antrag, der aus vielerlei Gründen eigentlich Unterstützung verdient, Rechnung tragen zu können, ohne mit dem Parteiengesetz in Konflikt zu geraten. Dann kann der Vorstand immer noch entweder dieser Regelung zustimmen oder sie verwerfen. Aber ich glaube nicht, daß das heute diskutiert werden kann.

Dann der zweite Antrag des Kreisverbandes Frankfurt/Main. Der betrifft die Anschuldigungen wegen Abwerbungsversuchen anlässlich der Kanzlerwahl. Nachdem von den Freien Demokraten erklärt worden ist, daß diese Verdächtigungen – wie war eigentlich das Dementi der FDP? Auf alle Fälle liegt so eine Art Dementi der FDP zu dieser Sache vor. Man sollte an sich den Generalsekretär beauftragen, den Kreisverband Frankfurt/Main über den Vorgang zu informieren und sagen, der Vorstand würde die Sache als erledigt betrachten.<sup>102</sup>

---

101 Vgl. §9 (2) des Parteiengesetzes i. d. F. vom 24. Juli 1967 (BGBl. 1967 I S. 773–781, hier S. 775): „Vorstandsmitglieder, Mitglieder anderer Organe des Gebietsverbandes sowie Angehörige des in §11 Abs. 2 genannten Personenkreises können einer Vertreterversammlung kraft Satzung angehören, dürfen aber in diesem Fall nur bis zu einem Fünftel der satzungsmäßigen Gesamtzahl der Versammlungsmitglieder mit Stimmrecht ausgestattet sein.“

102 Antrag II/7 des KV Frankfurt/Main in ACDP 07–001–22066. Hintergrund waren SPD-Verlautbarungen über Angebote an die FDP vgl. SPD Pressemitteilungen und Informationen Nr. 43 vom 1. Oktober 1969; ppp Nr. 10 vom 1. Oktober 1969 „Kiesinger wirft sich Scheel an den Hals“; SPD-Pressedienst P/XXIV/188 vom 2. Oktober 1969 „Abstieg der C-Parteien. Korruptionversuche als Prinzip?“.

### Sonstige Anträge

Die übrigen Anträge sind von mir bereits an die zuständigen Ausschüsse überwiesen worden. Diese Anträge kommen an den Vorstand erst, wenn sie in den Ausschüssen beraten worden sind und wenn zu diesen Stellung genommen worden ist. Es bleibt noch ein Antrag übrig, der Antrag des Landesverbandes Hamburg. Der Bundesvorstand wird aufgefordert, einen aus 25 Personen bestehenden ständigen Fachausschuß „Ballungsräume“ zu berufen. Ich habe in der Sache, das Mandat des Vorstandes vorausgesetzt, die Landesverbände bereits aufgefordert, sie möchten hier Vorschläge machen für die Zusammensetzung des Ausschusses. Ich hoffe, daß ich zur nächsten Sitzung des Vorstandes dann den entsprechenden Vorschlag vorlegen kann.

*Dregger:* Sind wir an den schrecklichen Namen gebunden „Ballungsräume“?

*Heck:* In keiner Weise, das ist nur ein Arbeitstitel.

*Lorenz:* Wir haben das Schreiben auch bekommen und haben deshalb noch nicht geantwortet, weil wir uns nicht ganz klar darüber sind, was für eine Art von Vorschlag wir da machen sollen. Also „Ballungsräume“ heißt „Arbeit der CDU in Ballungsräumen“ oder heißt das „Entwicklung politischer Forderungen für Ballungsräume“?

*Kraske:* Ich glaube, wir müssen es alleine deswegen schon ein bißchen sortieren, weil unter den eben besprochenen Kommissionen bzw. Unterkommissionen das Thema „Raumordnung“ bereits berücksichtigt ist, und die beiden Vorschläge, die Frau Wex eben gemacht hat für diese Programmkommission, sind genau die, die ihre Frauenvereinigungen für diese Kommission gemacht haben. Bei der Programmkommission geht es aber vor allen Dingen um die politischen Fragen der Raumordnung, Städtebau usw., während es bei dieser Kommission in der Tat vor allem um die Arbeit der CDU in diesem für sie leider bisher etwas ungewohnten Gelände geht. Das war nämlich auch das Votum der Antragsteller.

*Lorenz:* Ist das die Meinung des Vorstandes?

*Heck:* Das war die Meinung des Parteitages. – Dann kommen wir zu Punkt 4 der Tagesordnung:

### MITGLIEDERWERBEAKTION

*Kraske:* Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es bestand wohl überall in der Partei und es besteht Einigkeit darüber, daß das Ergebnis der Bundestagswahl und der Regierungsbildung nicht nur eine zwingende Aufforderung war, unsere Mitgliederwerbung zu verstärken, sondern daß sich auch eine Gelegenheit bietet, wie wir sie wahrscheinlich seit langer Zeit nicht mehr gehabt haben, Wähler und treue Anhänger jetzt eben auch zu veranlassen, nun auch Mitglied zu werden. Wir erleben – das hat sich auch auf dem Bundesparteitag gezeigt, das zeigt sich auch bei manchen anderen Gelegenheiten – allerdings in der Partei an vielen Stellen ein Mißverständnis, wer eigentlich für Mitgliederwerbung und Ansprache neuer Mitglieder zuständig ist. Es gibt eine Reihe von Fällen, wo Kreisverbände, die sich seit vielen Jahren nie um Mitglie-

derwerbung gekümmert haben, mit vorwurfsvoll erhobenem Zeigefinger bei ihrem Landesverband oder bei der Bundespartei ankommen und sagen, nun macht mal endlich eine Mitgliederwerbung, obgleich jeder weiß, daß Mitglieder erfolgreich nur dort geworben werden können, wo sie dann als Mitglieder auch eine lohnende Chance zur Mitarbeit bekommen. In einem müden und völlig veralteten Kreisverband, veraltet nicht nach dem Alter seiner Mitglieder, sondern nach seiner Arbeitsweise, könnte man wahrscheinlich durch eine große Reklameaktion noch so viele Mitglieder werben. Sie würden aber nach einigen Monaten wieder austreten, weil sie überhaupt nicht in die Arbeit integriert werden können und gar keinen Sinn in ihrer Mitgliedschaft sehen.

Das zweite ist für die Bundespartei einfach ein finanzielles Problem. Nach dem Bundestagswahlkampf mit den entsprechenden Schulden, die wir haben, mit der Notwendigkeit, unseren Apparat für das nächste Jahr wesentlich auszubauen, mit der Aufgabe des Baues des Parteihauses sind wir nicht in der Lage, uns finanziell zu engagieren, um nun allgemein in der Bundespartei eine Insertionsaktion, Plakatierungsaktion, Drucksachenaktion zu starten. Was wir dennoch in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden besprochen und z. T. bereits getan haben und wofür wir hier den Vorstand um seine nachhaltige Unterstützung bitten, sind folgende Maßnahmen:

Erstens haben wir allen Landesverbänden und über die Landesverbände hinweg den Kreisverbänden Anzeigenmatern zur Verfügung gestellt in vier verschiedenen Größen mit einem entsprechenden Coupon, wo jeweils der Landes- oder der Kreisverband seine Adresse eintragen kann, d. h. also jeder werbewillige Kreisverband kann aufgrund dieser vorbereiteten Matern in seiner Lokalzeitung für relativ geringes Geld ein- oder mehrfach inserieren und dann durch den Coupon Interessierte auffordern, sich zu melden, sich Material schicken zu lassen usw. Diese Aktion ist für uns bereits gelaufen. Die Matern bzw. Andrucke liegen bei den Landesverbänden, teilweise sind sie auch bereits an die Kreisverbände weitergegangen. Die Matern können bei uns bestellt werden. Des weiteren haben wir den Kreisverbänden einen Briefentwurf zur Verfügung gestellt neben den ohnehin seit längerem vorliegenden Leitfäden für Mitgliederwerbung, wo alle diese Dinge im Entwurf angeboten sind, ein Brief, den man nach unserer Meinung am zweckmäßigsten durch den Kreisvorsitzenden oder durch den Bundestagsabgeordneten an diejenigen richtet, die nun durch Rücksendung dieses Coupons ihr Interesse an einer Mitgliedschaft bekundet haben. Das dritte ist, daß wir mit den Landesverbänden einen Werbeprospekt entwickeln, der in den nächsten Tagen endgültig vorliegen wird und der einen sehr stark bebilderten Überblick über die CDU gibt, etwa das neue Präsidium, der im übrigen eine stark emotional gestimmte Aufforderung zur Mitgliedschaft enthält und der deswegen von uns gemeinsam für die Landesverbände entwickelt worden ist, weil er natürlich dadurch in einer höheren Auflage und sehr viel billiger hergestellt werden kann, als wenn jeder Landes- oder jeder Kreisverband das in eigener Regie übernehmen würde. Das vierte schließlich, was vorgesehen ist, ist ein Brief des Generalsekretärs an unsere Kreisverbände und an unsere Bundestagsabgeordneten, nun an der Basis diese Aktion nach Kräften zu unterstützen. Dieser Brief soll aber erst rausgehen, wenn das zitierte Material in allen Formen, also einschließlich des Prospekts, den Kreisverbänden zur Ver-

fügung steht. Mehr ist zusätzlich zu den Leitfäden, die bereits vorliegen und von denen ich sprach, von der Bundespartei aus ohne die Finanzierungsmöglichkeit im Augenblick nicht zu tun. Alles andere ist nun eine Frage der Aktivität der Kreisverbände und z.T. auch ihrer Phantasie und ihrer Ideen. Ich möchte hierfür einmal plädieren, wofür allerdings die Freunde aus Berlin noch zuständiger wären.

Der Landesverband Berlin hat mit einer ersten Aktion gezeigt, welche Chancen eine solche Aktion haben kann. Er hat nämlich eine Anzeige aufgegeben und hat dann die 600 oder 800, die sich mit dem Coupon interessiert gezeigt haben für eine Mitgliedschaft, zu einer Diskussionsveranstaltung mit Rainer Barzel eingeladen in ein Berliner Hotel, wo ein Saal reserviert war mit 300 Plätzen an Tischen. Man hatte große Sorge, daß der Saal völlig leer bliebe, weil man den Prozentsatz doch sehr optimistisch fand. Der Saal reichte bei weitem nicht aus, sondern es kamen, glaube ich, über 500. Es ist also eine große Aufgeschlossenheit da, aber es zeigt auch dieses Berliner Beispiel wieder, es genügt nicht, den Leuten einen Anmeldeschein ins Haus zu schicken und darauf zu warten, daß sie nun auf dem Papier aktiv sind, sondern man muß den Menschen auch politisch etwas anbieten. Und wenn man sie durch die Rücksendung eines solchen Coupons auf eine Anzeige hin zunächst mal namentlich in ihrem Interesse erfaßt hat, dann muß das nächste irgendeine Geste sein, etwa wie in Berlin die Einladung zu einer Diskussionsveranstaltung oder ein besonders persönlicher Brief des jeweiligen Landes- oder Kreisverbandes. Man kann es dann nicht der normalen Routine überlassen. Wir werden uns deshalb bemühen, solche Beispiele, die es nicht nur in Berlin gibt, sofort über „Union in Deutschland“ oder in direkten Briefen an die Landes- und Kreisverbände mitzuteilen, damit sie als Beispiel auch in anderen Landes- und Kreisverbänden benutzt werden können. Ich glaube wirklich, wenn wir diese Aktion im nächsten halben Jahr mit aller Intensität durchführen in den Landes- und Kreisverbänden, dann sollte es uns gerade in diesem nächsten halben Jahr gelingen, unseren Mitgliederstand wesentlich auszuweiten und einen Sprung zu machen, wie wir das in den letzten Jahren nie geschafft haben, weil offensichtlich die Bereitschaft unserer Wähler heute größer ist als zu der Zeit, als wir die Regierung hatten. (*Beifall.*)

*Erhard:* Die Zahl haben Sie nicht genannt. Von den 500, die da gekommen sind, wie viele sind da Mitglieder geworden?

*Lorenz:* Bisher ungefähr 300, also 280 bis 300. Außerdem war die Veranstaltung Sonntagnachmittag um 15.00 Uhr am 2. Advent, weil das der einzige Tag war, wo wir Herrn Barzel bekommen konnten. Wir werden das im übrigen weitermachen. Wir machen jetzt eine neue Werbeaktion und haben uns vorgenommen, im ersten halben bis dreiviertel Jahr diese Leute immer gesondert zu behandeln, weil wir eben auch die Angst haben, daß wir die nicht einfach in die Kreisverbände entlassen dürfen. Wir hoffen, daß es uns bis dahin gelingt, in den Kreisverbänden Voraussetzungen zu schaffen, daß wenigstens von denen aus eine Sonderbehandlung der neuen Mitglieder gewährleistet ist.

Es gibt noch ein zweites Problem, was ich bei der Gelegenheit mal sagen möchte. Wir haben bei den Aufnahmeformularen gleichzeitig neben einem Brief des Landesvorsitzenden die Beitragsstaffel und die Satzung übersandt. Die haben sich verpflicht-

tet, ausgezeichnete Beiträge zu zahlen. Wir haben dabei Beiträge von 50 DM monatlich, 30 DM, der Durchschnittssatz ist zwischen zehn und 16 DM monatlich, so daß ich schon deshalb Angst habe, diese Leute in die Kreisverbände zu entlassen, weil da die Beitragswirklichkeit ganz anders aussieht. Dabei steht Berlin immer noch ganz gut gegenüber anderen Landesverbänden, das muß man auch mal sagen, ich glaube, wir liegen sogar relativ an der Spitze. Aber immerhin – so daß ich wahrscheinlich Anfang des Jahres gezwungen sein werde, alle Kreisverbände darauf hinzuweisen und zu sagen, sie sollen mal überprüfen, wie ihre Beitragslage aussieht und entsprechende Konsequenzen ziehen. Auch das ist ein Problem, nicht nur die Frage der Arbeit, daß man von ihnen Ideen und Mitarbeit verlangt, sondern die alten Mitglieder vielleicht gar nicht so bereit sind, das im gleichen Maße mitzumachen.

*Kiesinger:* Also, ich darf noch einmal meinen Vorschlag aufnehmen, einmal Experimente durchzuführen für die Mitgliederwerbung, wie sie jetzt hier in Rheinbach von einigen jungen Leuten gemacht worden sind. Ich habe es in Mainz bereits vorgeschlagen, es ist untergegangen. Die führte man sogar zu eigenen Beratungen der CDU oder zu Wahlen der CDU, Aussprachen über Wahlen [sic!]. Man muß das natürlich sorgfältig auswählen, wozu man einlädt, und dann Leute aus der Bevölkerung einladen, die daran teilnehmen können, nicht durch Abstimmung und Wahl, die aber sehen können, wie so etwas vor sich geht. Das ist die ganze amerikanische Methode. Wir können sie nicht voll übernehmen. Aber dort ist auch ein solches Experiment mit Erfolg durchgeführt worden, z. B. bei einem Kindergarten, der fehlt. Nur mit einer Petition an den Gemeinderat war es nicht zu machen, da kam man nicht weiter. Da haben die das in einer öffentlichen Versammlung durchdiskutiert, und zwar hat die CDU eingeladen andere Bürger, und da ergab sich dann, daß ein Arzt also gesagt hat, er nimmt die Sache freiwillig in die Hand. Dann stand ein Architekt auf und machte umsonst die Pläne. Dann erhob sich ein Bauer und stiftete das Grundstück. Also, das war das Ergebnis. Und ich bin der Überzeugung, daß da sehr, sehr viel herauszuholen ist. Wir sind in Deutschland daran gewöhnt, die Partei, das ist so die Hinterzimmer-Diskussion, im Gasthaus sowieso, und im übrigen uns an den Behördenweg zu halten. Dagegen mal von der Partei aus uns selber darüber hinwegzusetzen, und zwar durch einen Appell an die Mitbürger, das beeindruckt außerordentlich. Der Erfolg dieser Arbeit ist offensichtlich gewesen, sowohl bei der Bundestagswahl wie bei der nachfolgenden Gemeinderatswahl. Solche Erfahrungen müßte man sammeln. Solche Modelle kann man dann vorschlagen. Und dabei immer gleich die Mitgliederwerbung dabei und den Block, wo die Leute sich eintragen können.

*Stingl:* Eine gezielte Ansprache ist jetzt ganz sicher bei den Vertriebenen und Flüchtlingen möglich.

*Kiesinger:* Also, da bin ich auf eine Meinungsprüfung sehr gespannt. Ich bin nicht ganz sicher, wieweit die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen uns unsere Politik bei der Bundestagswahl gelohnt haben.

*Stingl:* Doch, das sehen Sie in den Nur-Flüchtlingsgemeinden.

*Kiesinger:* Ja, die Beispiele habe ich bekommen. Aber dort liegt ja auch eine besondere Stimmung vor. Die sind in sich integriert.

*Schwarz-Schilling:* Wir haben jetzt in Wiesbaden in der vergangenen Woche einen ganz neuen Test gemacht bei der Aufstellung zur Nominierung des Landtagskandidaten, daß das unter voller Öffentlichkeit geschah mit Einladung an die Bevölkerung und Diskussion der Kandidaten mit Presse und aus jedem der Bevölkerung. Wir haben mehrere hundert Leute aus Wiesbaden in einem Saal gehabt, die plötzlich an diesem Akt teilnehmen wollten. Und die Delegierten haben dann sogar von dem Vorschlag des Wahlvorbereitungsausschusses aufgrund dieser Diskussion eine abweichende Meinung gehabt und einen Stellvertreter zu einem Hauptkandidaten für einen Wahlkreis gemacht. Das war ein höchst interessanter Test.

Ich möchte aber an das noch einmal anschließen, was Herr Lorenz gesagt hat. Das ist überhaupt das ganz große Problem, daß Leute aus bestimmten Schichten, die ja nie berufsmäßig Politiker werden wollen, sondern die das sozusagen als eine Freizeitbeschäftigung intensiv betreiben wollen, daß wir da ja in der Konkurrenz anderer Freizeitangebote stehen. Und da bieten wir zu wenig, sei es jetzt fachlich interessanter Sachen, Vorträge auf allgemeinen Gebieten, wissenschaftlicher Dinge oder auch allgemein berufsmäßiger Dinge. Und das ist jetzt das ganz große Problem, das ist z. B. bei einem Flächenstaat, wie es z. B. Hessen ist, noch viel schlimmer als in einer Stadt. Da kann man ja solche Dinge noch zusammenfassen. Wie wollen Sie das aber in einem Land wie Hessen? Da sitzt da in einem Kreis ein sehr interessierter Wirtschaftlicher, der natürlich dann nicht die Zeit hat, gerade an dem Tag nach Frankfurt zu kommen, wenn wir da irgend etwas machen. Und der ist natürlich dort völlig verloren und fühlt sich in seinem Ortsverband natürlich völlig isoliert. Das sind also die ganz großen Probleme, um die wir uns wirklich kümmern müssen. Ich habe aber auch noch kein Modell vorzuschlagen. Wir machen uns nur sehr viel Gedanken darüber.

*Kiesinger:* Ich muß sagen, wir werden gut daran tun, das Interesse einzelner Ortsverbände an der Vermehrung der Mitglieder zu überprüfen. Ich habe aus meiner unmittelbaren Umgebung schon zwei Beispiele, wo Antrag auf Aufnahme in die CDU gestellt worden ist und wo wochenlang keine Reaktion erfolgte. Aber ganz abgesehen davon habe ich die Erfahrung gemacht – das liegt allerdings schon etwas länger zurück –, da hat der Vorsitzende bewußt neue Mitglieder abgelehnt, weil er Angst hatte, dadurch, daß neue Mitglieder kommen könnten, ist dann seine eigene Position gefährdet. Hier müssen wir bei den Landesverbänden nach dem Rechten sehen.

*Dregger:* Insofern ist es auch problematisch, jedem Kreisverband einen Delegierten zuzuerkennen, unabhängig von der Stärke.

*Kraske:* Das soll ja nicht sein, Herr Dregger. Es soll nicht sein jedem einen unabhängig von der Stärke, sondern jedem mindestens einen und darauf der Stärke nach aufbauend.

*Wex:* Ich wollte Herrn Dr. Schwarz-Schilling noch etwas fragen. Sie sagten eben, bei der Aufstellung Ihres Landtagskandidaten haben Sie so viele CDU-Menschen dabei gehabt, die mitgestimmt haben.

*Schwarz-Schilling:* Nein, die haben nicht mitgestimmt. Gestimmt haben nur die Delegierten.

*Wex:* Sie hatten aber keine Mitgliederversammlung, Sie hatten eine Delegiertenversammlung? Darf ich das mal wissen?

*Schwarz-Schilling:* Die Mitglieder wurden selbstverständlich dazu eingeladen. Aber gestimmt haben nur die Delegierten. – Ich möchte noch eine ganz konkrete praktische Frage stellen. Wir haben doch jetzt ein sehr großes Aufnahmeformular, weil furchtbar viele Dinge gefragt werden müssen für die Zentralkartei. Und jetzt kommt bei uns die große Schwierigkeit, daß das nicht mehr möglich ist in so einem kleinen Block, was für die Praxis der Aufnahme eine ganz große Rolle spielt. Denn wenn man mit so einem Ding von DIN A4 ankommt, dann ist das einfach nicht zu bewerkstelligen, und der konkrete Anstoß ist nicht mehr möglich. Wenn jeder so einen Block in der Tasche hat, dann kann man das mal ganz schnell machen.

*Kraske:* Sehr richtig! Wir werden uns mal überlegen, daß wir den Fragebogen, den wir brauchen, erst hinterher ausfüllen lassen, wenn der Mann Mitglied geworden ist. Herr Rummeler, das sollten Sie mal vormerken für die nächste Landesgeschäftsführerkonferenz.

*Heck:* Ich möchte nur eines noch sagen. Wir haben eine ausgesprochen schlechte Erfahrung mit der letzten Mitgliederwerbaktion gehabt, die zwar mit den Landesgeschäftsführern abgesprochen war, von der Bundesgeschäftsstelle vorbereitet war, aber von vier oder fünf Landesverbänden überhaupt nicht durchgeführt worden ist. Und deswegen hat das, glaube ich, überhaupt nur einen Sinn und deswegen möchte ich Sie alle bitten, in Ihren Bereichen mit Nachdruck da hinterher zu sein, daß diese Mitgliederwerbaktion durchgeführt wird. Die letzte hat uns, obwohl vier oder fünf Landesverbände keinen Finger gerührt haben, ungefähr 40.000 Mitglieder eingebracht. Gegenwärtig ist es so, daß wir 40.000 Zugänge hatten minus 24.000 Abgänge, so daß ein Plus von 16.000 übriggeblieben ist. Aber ich wäre sehr dankbar, wenn Sie mit Nachdruck da hinterher wären. Wir werden nach den bisher gemachten Erfahrungen dieses Mal Zwischenkontrollen ansetzen, damit man da und dort vielleicht ein bißchen nachhelfen kann. – Wir kommen jetzt zu Punkt 5 der Tagesordnung:

#### BAU DES BUNDESPARTEIHAUSES

*Schmücker:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Nachdem wir heute morgen den letzten Einspruch weggekauft haben, müssen wir jetzt bauen. Wenn wir das nicht tun, geht das Grundstück – wie ich früher schon berichtet habe<sup>103</sup> – an die Stadt Bonn zurück. Ich habe drei Wirtschaftlichkeitsberechnungen anstellen lassen. Aus denen geht hervor, daß, wenn wir bauen und das Haus selber nicht nutzen, daß wir dann im Jahre etwa 150.000 DM übrigbehalten können, und das bei niedrigster Ansetzung der hieraus üblichen Mittel. Wir müssen also auf jeden Fall bauen, um dieses Vermögen zu erwerben. In welchem Ausmaß wir nachher dieses Haus selber beziehen, das hängt davon ab, welche Mittel bereitgestellt werden können, ob Mitglie-

---

103 Vgl. Nr. 3 S. 56.



derbeiträge, Spenden etc. Ich habe nach den vorhandenen Unterlagen, die noch nicht ganz vollständig sind, eine Ausschreibung vornehmen lassen. Es haben sich sieben Firmen an dieser Ausschreibung beteiligt. Ich möchte, weil wir noch nicht fertig sind, die Summen hier nicht exakt nennen, sondern nur sagen, daß der Höchste sich vom Niedrigsten sowohl bei der Finanzierung wie bei den Baukosten etwa um 20 % unterscheidet. In der Bauzeit liegen wir zwischen 14 Monaten und 24 Monaten. Das Präsidium hat mich vorhin ermächtigt, mit den Firmen, die das günstigste Angebot abgegeben haben, zu verhandeln und abzuschließen. Das ist der erste Teil.

Nun zu der Finanzierung, zu der Baustein-Aktion. Die Bundestagsfraktion und die Fraktion der Landtage von Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Saarland haben bereits Spenden zur Verfügung gestellt. Die Bundestagsfraktion pro Mitglied 480 DM, die Landtagsfraktion pro Mitglied 200 DM. Es darf wohl erwartet werden, daß die übrigen Landtagsfraktionen ebenfalls 200 DM zur Verfügung stellen. Wir werden dann an die Mandatsträger in der Kommunalpolitik herangehen, um von dort ebenfalls Mittel zu erhalten. Das wäre zweitens. Die Kreisparteien bekommen noch in dieser Woche eine Erstausrüstung an Bausteinen zur Verfügung. Ich möchte bitten, daß der Vorstand damit einverstanden ist, daß wir als Richtlinie herausgeben, daß wir pro Mitglied – das ist ja nicht auf einmal, sondern das kann ja zeitlich gestreckt werden – mindestens 10 DM ansetzen in der Planung. Derjenige, der mehr zahlen kann, soll das natürlich tun. Das nächste, was ich zu unterstützen bitte, ist, daß wir den Landesparteien oder den Kreisparteien mitteilen, daß es keine Veranstaltung der CDU künftig mehr geben darf, ohne daß dabei Bausteine verkauft werden, wie ich auch meine, daß jeder von uns stets Bausteine bei sich haben sollte, um sie bei passender Gelegenheit anzubieten.

Das fünfte ist, wenn wir dieses haben anlaufen lassen, was sich ja an unsere Parteimitglieder in erster Linie wendet, dann sollten wir – meine ich – auch unter einer gewissen Beteiligung Werber einstellen, die kreisweise Bausteine zu verkaufen versuchen. Ich habe da einen Versuch mit einem Angestellten der Bundesgeschäftsstelle in einem Landkreis des Regierungsbezirks Aachen durchgeführt. Dieser Mann ist fünf Tage unterwegs gewesen und hat in bar mit nach Hause gebracht 1.565 DM, hat feste Zusagen von Leuten, die Schecks schicken, von annähernd 2.000 DM und Zusagen, die ich nicht so ganz vollnehme, die wir auch entsprechend mindern müssen, von 3.000 DM mit nach Hause gebracht. Ich finde das Ergebnis gar nicht schlecht. Nur kann man von dort aus nicht vollgültige Rückschlüsse ziehen, aber doch zumindest den, daß wir diesen Weg auch gehen werden müssen, wie, das wollte ich noch gerne mit der Geschäftsstelle im einzelnen überlegen, ob wir Werber von hier zentral einsetzen oder ob wir das über die Kreisparteien machen. Ich meine, es muß uns gelingen, von den Mitgliedern 3 Mio. hereinzubringen. Das entspricht den 10 DM. Und Spenden über mindestens den gleichen Betrag, wenn es geht, noch einen höheren. Ich möchte hier jetzt nicht auf die allgemeinen Finanzierungsmöglichkeiten eingehen, aber doch erwähnen, daß sich über die Bausteine eine Möglichkeit ergibt, Spenden anzunehmen. Die Wirtschaft oder andere, die klagen ja immer darüber, daß wir nicht beweglich genug sind in den Möglichkeiten, Spenden anzunehmen. Hier ergibt sich eine solche

Möglichkeit. Es ergeben sich auch steuerlich interessante Möglichkeiten, indem man nämlich Zertifikate erwirbt usw. Aber das erst dann, wenn die ersten Aktionen ange laufen sind. Ich wäre sehr dankbar, wenn dieses hier, vor allen Dingen die Beteiligung der Landtagsfraktionen und der Kreisverbände, vom Vorstand gebilligt würde.

*Amrehn:* Zu Punkt 1 habe ich die Frage, ob bei der Feststellung der niedrigsten Angebote eine sachverständige Prüfung stattgefunden hat, die die Vergleichbarkeit aller Angebote auf einen Nenner gebracht hat?

*Schmücker:* Es gibt eine Baubeschreibung. Danach ist verfahren worden. Herr Amrehn, in dieser Sache habe ich keine großen Sorgen, weil Herr Rossig<sup>104</sup>, der Leiter der Bundesbaudirektion, die Technik mir abgenommen hat und gesagt hat, ich werde das nach Feierabend jeweils erledigen. Nach dessen Rat richte ich mich, das ist wohl der Mann mit der größten Erfahrung.

*Amrehn:* Ich bin also beruhigt, daß Rossig dabei ist. Ich kann nur aus mancherlei Erfahrungen sagen, daß gerade bei solchen Angeboten irgendeine wichtige Position trotz Baubeschreibung weggeblieben ist und sich nachher herausgestellt hat, daß der Teuerste vielleicht doch der Billigste war, weil er sorgfältig angeboten hat und die anderen einige Positionen vergessen hatten.

*Schmücker:* Es wird ja nicht so laufen, Herr Amrehn, daß derjenige, der das niedrigste Bauangebot macht, schon der Interessanteste ist. Wir müssen ja auch an die Finanzierung denken, die meistens gekoppelt ist an den Generalunternehmer. Und es kann durchaus so sein, daß der Unternehmer 3.000 oder 4.000 DM mehr verlangt, aber die Finanzierung so günstig ist, daß wir trotzdem das Angebot nehmen. Und die Finanzierungsunterschiede haben auch eine Differenz von mindestens, wenn nicht sogar noch etwas mehr als 20 %. Sie liegen im Mindestfall zwischen 6,9 und 8,23.

*Kiesinger:* Also, meine Damen und Herren, ich würde vorschlagen, daß, wenn nicht ganz besondere Bedenken anzumelden sind, wir uns hierüber einigen. Ich glaube, so wie Herr Schmücker die Sache übernommen hat, läuft es ganz richtig. Und die Hilfe von Herrn Rossig ist ja auch sehr viel wert. Wenn er das als Feierabendtätigkeit übernimmt, dann sparen wir ja auch eine ganze Menge. Wir werden uns ja sicherlich wieder beschäftigen müssen mit dem ganzen Problem. Können wir dann zu dem nächsten Tagesordnungspunkt weitergehen?

*Heck:* Punkt 6:

---

104 Alwin Johannes Rossig (1905–1990), Architekt; 1939–1945 Vorsteher des Reichsbauamtes Passau, 1947–1949 Tätigkeit als Architekt, 1949–1951 Bundesbaudirektion, 1951–1958 Bundesministerium der Finanzen (1952–1958 Leiter der Unterabteilung II D bzw. ab 1957 VI C/Bundesbauangelegenheiten, zugleich 1952/53 Leiter des Referats II D 1/Allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten für Bundesbauaufgaben), 1956–1958 Vertreter des BMF im Beirat für die Vorbereitung der Weltausstellung in Brüssel 1958, 1958–1969 Bundesministerium für den wirtschaftlichen Besitz des Bundes bzw. Bundesschatzministerium (Leiter der Abteilung III/Bau-Abteilung), 1969/70 erneut BMF (Leiter der Abteilung VII/Bauwesen).

BUNDESPARTEITAG 1970

Das Präsidium ist zu der Überzeugung gekommen, daß es nicht möglich ist, einen vernünftigen Parteitag in einer so kurzen Frist vorzubereiten, wie das ursprünglich vorgeschlagen war. Unsere Freunde von Nordrhein-Westfalen haben ohnehin dankend darauf verzichtet, vor ihrer Wahl einen Parteitag ins Land zu bekommen, von dem sie nicht wissen, wie er abläuft. Die ganzen Vorbereitungen des Parteitages, wie er jetzt konzipiert ist, brauchen einfach das Minimum von neun bis zehn Monaten, damit wir etwas Vernünftiges zustande bringen. Deswegen sind wir, was die Zeit anlangt, auf den Monat Oktober gekommen. Das Präsidium schlägt also vor, den Parteitag möglichst in der zweiten Hälfte Oktober abzuhalten. Unsere Freunde von Nordrhein-Westfalen, denen ja der Parteitag ursprünglich zugesprochen war, weil er ursprünglich als vor den Wahlen terminiert abgehalten werden sollte, haben nun doch gemeint – und dem hat sich Präsidium angeschlossen –, man müsse gerade diesen Parteitag, auch wenn er nicht mehr in bezug zu den Wahlen zu sehen sei, nach Nordrhein-Westfalen verlegen. Ich sage das deswegen, weil eigentlich unsere hessischen Freunde den Anspruch auf den nächsten Parteitag haben. Der Mainzer Parteitag sollte in Wiesbaden stattfinden und ist dann nach Mainz gegeben worden. Und damals haben sich unsere hessischen Freunde einverstanden erklärt, daß der nächste Parteitag nach Hessen käme. Das Präsidium hat sich trotzdem für Essen entschieden. In der Zwischenzeit sind die Verhältnisse in Essen geprüft worden und haben sich für die Durchführung eines Parteitages als nicht sonderlich günstig erwiesen. Herr Dr. Kraske wird Ihnen über die Prüfung der Verhältnisse kurz berichten.

*Kraske:* Es gibt in Essen praktisch zwei Möglichkeiten. Das eine ist der bekannte Saalbau, wo der Wahlkongreß stattgefunden hat, der zu klein ist. Und das andere ist die Gruga, die – kurz gesagt – zu groß ist. In dem einen Falle haben wir mehr oder weniger einen Konzertsaal, was zwar für die Atmosphäre sehr günstig ist, aber für die Technik sehr schlecht. Die Delegierten beklagen sich immer wieder, wenn sie keine Tische haben, sondern wie in Berlin in der Kongreßhalle in Stuhlreihen sitzen müssen. (*Zwischenruf:* Das war aber sehr gemütlich!) Das ist vollkommen richtig. Ich würde das auch immer befürworten, weil schon die Halle in Mainz eigentlich zu groß war für einen Parteitag. Man merkt das sofort an der Atmosphäre. Aber Sie nehmen nicht die ganzen Klagen entgegen, die dann kommen, und die sind wirklich sehr bitter, und ich gebe zu, gerade bei einem Parteitag, wo es um Programmfragen geht, wo also sehr viel mit Papieren, mit Anträgen usw. zu arbeiten ist, ist es eine sehr große Belastung, wenn man so in Stuhlreihen sitzt und sich nicht recht bewegen kann. Umgekehrt – die Gruga ist so groß, dagegen ist also diese Mainzer Halle noch geradezu intim. Mit der Grugahalle kämen wir in einen ähnlichen Rahmen wie bei dem Düsseldorfer Parteitag 1965. Davon kann ich also nur dringend abraten. Was uns eine geeignete Mittellösung scheint, wäre etwa die Mercatorhalle in Duisburg, die ich kenne und die eine sehr moderne und sehr gute Halle ist, auch mit einer guten Atmosphäre. Bevor wir allerdings hier nun endgültig über Duisburg uns einigen, würde ich doch sagen, daß man diese Frage auch mit unseren nordrhein-westfälischen Freunden besprechen müßte.

Vom Typ der Halle könnte ich nach dieser Lage im Rheinland zu diesem Zeitpunkt nur Duisburg vorschlagen. (*Zwischenruf*: Was ist denn mit Hessen?)

*Kiesinger*: Ja, ich will gerade auf diesen Punkt kommen. Ich habe mich im Präsidium nicht widersetzt, aber meine Meinung war die, daß wir nach Hessen gehen sollen. Ich sehe in Hessen Chancen, unsere Position energisch zu verbessern. Und wenn man hoffen darf, daß dieser Parteitag ähnlich wie der Berliner Parteitag in der Fortschreibung des Berliner Programms nun befreit von dieser durch die Wandlungen unserer Situation entstandenen Atmosphäre wieder frisch vonstatten geht, dann würde ich doch bei allem Respekt für die Entscheidung des Parteipräsidiums hier im Vorstand noch einmal zu bedenken geben, ob wir nicht doch nach Hessen gehen sollten. Wir können nach Nordrhein-Westfalen ja ein Jahr darauf gehen. In Hessen sind Wahlen, und dort hat ein Wechsel stattgefunden im Amt des Ministerpräsidenten. Herr Zinn<sup>105</sup> ist nicht mehr da. Ich weiß nicht, wie Sie die Chancen von Herrn Osswald<sup>106</sup> als Landesvater einschätzen.

*Dregger*: Ich bin dem Herrn Parteivorsitzenden sehr dankbar für seine Meinung. Unsere Wahlen finden Anfang November statt. Das wäre also unmittelbar vor den Wahlen, und das wäre eine außerordentliche Werbung für die CDU. Die Wahlen in Nordrhein-Westfalen haben stattgefunden. Ich weiß nicht, warum man dann gerade nach Nordrhein-Westfalen gehen sollte. Entweder sie haben sie verloren, dann nützt das nichts mehr. Oder sie haben sie gewonnen, dann ist das nicht mehr nötig. Wir müssen die Wahlen gewinnen. Und wenn ich daran denke, daß das auch wichtig ist für die Bundespolitik, dann – meine ich – sollten wir einen solchen Termin nicht ohne Hinblick auf eine Landtagswahl auswählen. Ich würde daher beantragen, daß der Parteitag in Hessen stattfindet, und ich meine, daß Wiesbaden mit der Main-Taunus-Halle glücklicherweise sehr geeignet wäre.

*Kraske*: Ich muß dann vielleicht doch mal die Gesichtspunkte vortragen, die im Präsidium gegen Hessen geltend gemacht worden sind.

*Erstens*: Wir haben bereits eine Vielzahl von Parteitagen mit diesem Ziel vor einer Landtagswahl gehabt, und es ist eigentlich jedesmal hinterher der Eindruck des gastgebenden Landes verwandelt gewesen, daß es eher eine Belastung als eine Unterstützung des Wahlkampfes gewesen ist. Herr Dregger, Sie schütteln den Kopf. In Hessen war es bisher noch nicht, deswegen fehlt Ihnen da vielleicht die Erfahrung. Ich kann nur sagen, ein Parteitag, bei dem Sie nicht 14 Tage vorher Ihre Landesgeschäftsstelle ausschließlich für die Vorbereitung mit zur Verfügung stellen, ist nicht zu organisieren.

*Zweiter Punkt*: Wir haben einen Parteitag in Niedersachsen gehabt, in Braun-

---

105 Dr. Georg August Zinn (1901–1976), Rechtsanwalt; 1950–1969 Ministerpräsident von Hessen (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 354 Anm. 24.

106 Albert Osswald (1919–1996), Kaufmann; 1945 SPD, 1954–1978 MdL Hessen, 1957–1963 Oberbürgermeister von Gießen, 1962–1964 Staatsminister für Wirtschaft, 1964–1969 für Finanzen in Hessen, 1969–1976 Ministerpräsident, 1969–1977 Vorsitzender des SPD Hessen. Memoiren: Eine Zeit vergeht. Gießen 1993.

schweig<sup>107</sup>, sehr kurz vor einer Landtagswahl. Der ganze Landesverband hat erklärt, dieser Parteitag hat natürlich nur dann einen Sinn, wenn an diesen drei Tagen nicht die Versammlungen ausfallen müssen, sondern im Gegenteil in einem vervielfachten Maße stattfinden. Das Ergebnis war, daß der Braunschweiger Parteitag jeweils nur bis nachmittags 17.00 Uhr beschlußfähig war, weil nämlich unsere prominenten Leute nicht nur in Braunschweig reden mußten, sondern in Goslar, in Wolfenbüttel, in Hannover und dann zu uns kamen und sagten, was soll ich jetzt machen, soll ich jetzt an der Abstimmung hier teilnehmen oder soll ich die 3.000 Leute da und dort warten lassen. Deswegen kann ich also nur sagen, wenn wir unseren hessischen Freunden, wofür sehr vieles spricht, eine Unterstützung geben wollen, dann sollen wir alle drei Tage nach Hessen gehen und dort gewaltig die Wahlkampf- und Werbetrommel rühren. Wenn wir einen programmatischen, arbeitsfähigen Parteitag machen wollen, dann kann ich nur sagen, 14 Tage vor einer Landtagswahl ist das nicht möglich, es sei denn, es schadet Ihrer Landtagswahl und hat nicht den von Ihnen erhofften Nutzen. Dies jedenfalls ist meine Erfahrung mit Bundesparteitagen in 15 Jahren und davon etwa sechs Bundesparteitagen, die genau so angefangen haben und wo am Ende allgemeine Unzufriedenheit bestand, berechnete Unzufriedenheit, bei dem wahlkämpfenden Landesverband, der zu kurz gekommen war, wie bei den Delegierten aus anderen Landesverbänden, die sagten, jetzt ist nur einmal Bundesparteitag im Jahr, und jetzt heißt es bei jeder Gelegenheit, ihr dürft euch nicht streiten, weil hier Wahlen sind, ihr dürft nicht zu laut reden, weil hier Wahlen sind, und ihr dürft überhaupt nicht zu lange tagen, weil ihr in den Wahlkampf müßt.

*Dregger:* Die Argumente haben natürlich Gewicht, und Herr Kraske hat eine große Erfahrung. Trotzdem möchte ich bei meinem Antrag bleiben. Wenn ich allein an die Fernsehübertragungen des Parteitages denke – und ich hoffe, daß der nächste Parteitag ein zweiter Berliner Parteitag wird –, dann ist das außerordentlich werbewirksam, insbesondere in unserer Städtelandschaft des Rhein-Main-Gebietes. Unsere Landesgeschäftsstelle wird sicherlich zusätzlich belastet. Aber das müssen wir schaffen und das wollen wir schaffen, wobei ja der Termin nicht unbedingt 14 Tage vor der Wahl sein muß. Vielleicht können wir Anfang Oktober den Bundesparteitag machen.

*Lorenz:* Also, ich war so emotional sehr für Hessen. Jetzt habe ich, nachdem was Herr Kraske sagte, doch ein bißchen Bedenken, gerade zu dem, was Sie zuletzt zum Termin sagten. Sehen Sie mal, dieser Parteitag, wenn er programmatische Aussagen erfüllen soll oder Schwerpunkte setzen soll, kann eventuell sich sogar ein bißchen verzögern um zwei, drei, vier Wochen, wenn wir nämlich der Auffassung sind, hier oder da müssen wir noch zu Ende machen können. Dann müssen wir aber Rücksicht auf Ihre Landtagswahl nehmen und können nichts mehr verschieben. (*Zwischenruf:* Wir können sowieso nicht verschieben wegen der Halle.)

*Kraske:* Man muß noch eines sagen. Dieses Beispiel Fernsehen, das ist doch der Grund, warum heute Parteitage eine regionale Ausstrahlung kaum noch haben, weil nämlich außerhalb der Leute, die ihren Kiosk gegenüber der Parteitagshalle haben,

---

107 Vgl. Nr. 3 Anm. 37.

heutzutage die Wirkung auf den Bürger über die Presse und über das Fernsehen geht. Und über das Fernsehen sind bisher alle Erfahrungen so, daß das Regionalfernsehen von einem Parteitag überhaupt keine Kenntnis nimmt, sondern das macht das Bundesprogramm. Und es sollte mich wundern, wenn das ausgerechnet im roten Radio Frankfurt anders laufen sollte. Und Herr Dregger, die Fernsehwirkung auf Ihre hessischen Wähler ist in der ARD und im ZDF natürlich ganz genauso, wenn der Parteitag in Wiesbaden ist oder wenn er woanders wäre. Das spielt überhaupt keine Rolle. Die Zeitdauer in den Übertragungen unterscheidet sich doch nicht nach dem Ort des Parteitages.

*Kiesinger:* Das ist zwar richtig, was Sie sagen, Herr Dr. Kraske. Aber wenn etwas im eigenen Land geschieht, dann sehen sich das die Leute in dem betreffenden Land viel eher an als meinetwegen die Leute in Passau.

*Schwarz-Schilling:* Ich darf dazu noch sagen, daß natürlich nicht unterschätzt werden darf die Wirkung der kleinen Regionalblätter, die entsprechend berichten. Das würde vollkommen wegfallen. – Und nun noch einmal zur Frage der Landesgeschäftsstelle. Ich nehme solche Argumente sehr ernst, weil ich weiß, was organisatorische Dinge heißen. Ich möchte aber sagen, daß nach unseren Erfahrungen eine Landesgeschäftsstelle vor einem Wahlkampf insbesondere die Monate vorher bis zum letzten angespannt ist, daß aber vier Wochen vor einem Wahlkampf die Dinge im Grunde genommen laufen. Da ergibt sich nur noch die Frage der Improvisation bei Rednern, die irgendwo absagen oder nicht kommen, und hier entsprechend Ersatz zu schaffen. Die Frage der Broschüren und der Plakate muß vorher abgewickelt sein. Wir haben das bisher bei den Wahlkämpfen auch so gemacht, daß ich hier eine Kollision nicht in der Weise sehe, wie Sie sie eben dargestellt haben.

*Heck:* Ich habe ja von Amts wegen die Pflicht, die Beschlüsse des Präsidiums zu vertreten, auch wenn das nicht sonderlich bequem ist. Ich habe auf all das im Präsidium hingewiesen. Wir sind im Grunde Hessen gegenüber im Wort. Man hat ihnen den letzten Parteitag abgeluchst und nach Mainz verlegt. Und neben den Argumenten, die Herr Dr. Kraske erwähnt hat, ist noch eines, das noch nicht erwähnt wurde, [dem] trotzdem aber im Präsidium großes Gewicht beigemessen wurde, nämlich diese Industrielandschaft, deswegen Essen.

*Schwarz-Schilling:* Das Rhein-Main-Gebiet ist doch ein Ballungsraum.

*Heck:* Ich trage nur vor, was das Präsidium am Schluß bewogen hat, trotzdem nach Nordrhein-Westfalen zu gehen, weil man der Auffassung ist, daß die ganze Ruhrlandschaft doch eigentlich am nachdrücklichsten die Fragen an uns stellt, die von uns zu beantworten sein. Das war einer der wichtigsten Gründe, der dann das Präsidium veranlaßt hat zu beschließen, mit diesem Parteitag nach Nordrhein-Westfalen zu gehen.

*Kraske:* Darf ich noch einmal einen ganz konkreten Vorschlag machen? Erstens sind wir jetzt hier wirklich nur noch bedauerlich dünn besetzt, zweitens aber hängt natürlich die Entscheidung auch davon ab, welche Halle wir zu welchem Termin bekommen. Ich würde vorschlagen, daß der Vorstand die Geschäftsstelle beauftragt, bis zur nächsten Vorstandssitzung, die nach unserem Vorschlag im Januar sein soll, ganz klar festzustellen, wann können wir nach Wiesbaden gehen. Das sind ja heute schon

nicht mehr Termine, die wir uns aussuchen können, sondern diese Hallen sind so ausgebucht, daß wir wahrscheinlich nur noch zwei oder drei Herbsttermine von jeweils zwei Tagen finden werden. Daneben werden wir klären, wo wäre in Nordrhein-Westfalen eine Möglichkeit, und dann kann man konkret entscheiden, dieser Termin dort, dieser Termin dort und kann eine endgültige Entscheidung treffen.

*Kiesinger:* Ich muß noch einen Gesichtspunkt hinzufügen. Es ist zwar richtig, daß man nicht so planen kann, daß während des Parteitages die Redner weg können. Es wird sich zeigen, daß der Parteitag wahrscheinlich sehr lange tagen muß. Aber nach Abschluß des Parteitages, am folgenden Tag, sind die Leute noch da, denn die sind verpflichtet, in diesem Wahlkampf zu kämpfen. Und wenn die die Reise sparen, denn meistens ist es doch die Reise, die einem unbequem ist, nicht so sehr die Veranstaltung, die man machen muß, wenn man denen sagen kann, stellt euch dann am folgenden Tag zur Verfügung, dann – glaube ich – würden wir eine ganze Anzahl von wertvollen Kräften für diesen Wahlkampf bereitstellen können. Ich spreche einfach aus dem Willen heraus, den Versuch zu machen, diesmal in Hessen einen größeren Vorstoß zu machen. Wir haben einen kleinen Ansatz im Bundestagswahlkampf gehabt, deswegen, Herr Kraske, vielleicht kann man es so machen, wie Sie vorschlagen. Ich wollte nur noch diese Ergänzung hier vortragen.

*Heck:* Dazu ist unbedingt notwendig, daß wir feststellen, ob in Wiesbaden die Halle frei ist.

*Gradt:* Ich wollte eine ganz andere Frage dazu stellen. Der Erfolg des Berliner Parteitages beruhte nicht nur auf der Diskussion, sondern beruhte auch darauf, daß man eine Halle hatte, die die Menschen zusammenhielt, zusammenfaßte und dadurch auch jedem einzelnen Teilnehmer den Eindruck des unmittelbaren Gesprächs vermittelte. Dies war das, was in der Presse dann den großen Eindruck gemacht hat. Und deshalb frage ich unsere Freunde aus Hessen, ob sie unbedingt nur an Wiesbaden festhalten? Ich habe eine Erfahrung mit Ihrer Halle gemacht. Das war der Vertriebenen- und Flüchtlingskongreß im November 1968. Dies war schrecklich. Nicht nur wegen der Begleitumstände, die kann man ja verhindern, den Einbruch der APO usw. Aber die Halle selbst ist so ungeeignet für Zusammenfassen und Beherrschen vom Podium her, daß ich da wirklich Sorge habe, wenn ich daran denke, daß so etwas ablaufen soll, wie wir es in Berlin gemacht haben. Da bitte ich doch auch noch mal den Tagungsort oder den Tagungssaal genau zu überlegen.

*Kraske:* Darf ich noch einmal eine Frage stellen, die für uns auch für die Vorbereitung wichtig ist? Es gibt hier bei diesen rheinischen Terminen, die noch frei sind, überwiegend Termine von zwei Tagen. Ich würde nach den Berliner Erfahrungen und den Erwartungen sagen, daß das gar nicht geht, sondern daß wir wohl drei zusammenhängende Tage vom ersten Morgen bis zum letzten Abend haben müssen, denn sonst kommen wir zu stark ins Gedränge.

*Heck:* Ich meine, wir sollten auch den nächsten Parteitag damit beginnen, was wir uns nach Berlin schon vorgenommen hatten, nämlich daß wir jetzt den Kreisverbänden sagen, ihr könnt euch mit allem befassen, was bei euch ansteht, was die Bevölkerung interessiert und Anträge auf dem Parteitag stellen. Für diese Anträge ist minde-

stens ein Tag vorgesehen. Wenn mehr Anträge kommen, als an einem Tag erledigt werden können, müssen wir es so machen, wie es die Briten mit ihren tausend Anträgen machen, dann muß eben der Vorstand bestimmen aus den verschiedenen Fragenkomplexen, welche Anträge behandelt werden. Ich halte das für außerordentlich wichtig, weil ich bei den Briten gesehen habe, daß sie auf diese Art und Weise im Grunde viele Fliegen auf einen Schlag schlagen. Sie erfahren erstens ziemlich genau, was im ganzen Land die Probleme sind, die bei der Bevölkerung eine Rolle spielen. Zweitens, Sie lernen auf diese Weise auch die Leute kennen, die da im Lande arbeiten und einen solchen Antrag zu vertreten vermögen. Und drittens ist es ein Ansporn für einen Kreis zu wissen, wenn wir hier arbeiten und einen Antrag stellen, haben wir die Chance, auf dem Parteitag von uns einen Antrag begründen zu lassen. Und dann müssen wir allerdings auch dazu kommen – den ersten Schritt haben wir ja in Berlin schon getan –, daß natürlich in einem solchen Falle der Präsident ermächtigt ist, daß er zwei für und zwei gegen einen Antrag sprechen läßt. Damit ist das Problem klar und dann wird abgestimmt. Und wenn man dieses System einführt, kommt auch kein Mensch mehr auf die Idee, daß die verabschiedeten Anträge in dem Sinne verabschiedet seien, daß sie vom Parteitag exekutiert werden müssen, sondern das ist eigentlich die Methode, wie man die permanente Meinungsbildung, die sich ja entwickelt, oben zur Kenntnis nimmt und anhand derer man dieses Fortschreiten des Programms machen kann. Ich plädiere sehr für drei Tage.

*Kiesinger:* Ich nehme an, daß die unbehagliche Atmosphäre, die doch den Mainzer Parteitag ein bißchen beherrscht hat, vorbei sein wird. Aber man muß auch versuchen, für solche Fälle vorzusorgen. Bei einem solchen Parteitag passiert es allzu leicht, wenn er unter extremen Bedingungen stattfindet, daß dann periphere Gestalten den Parteitag stören.

*Heck:* In Mainz kamen sie zu wenig zum Arbeiten.

*Kiesinger:* Ich glaube, der Gefahr ist schon vorgebeugt dadurch, daß wir es ja wieder machen beim Berliner Parteitag, und da lege ich allerdings den Gradl'schen Argumenten sehr viel Wert bei. Die Atmosphäre macht, glaube ich, viel aus. Das ist eine alte Erfahrung.

*Dregger:* Wir werden einen Vorschlag machen unter diesem Aspekt.<sup>108</sup>

*Kraske:* Wir sollten übrigens bis zur endgültigen Entscheidung über das Programm auch noch überlegen, ob wir bei diesem nächsten Parteitag wieder eine gewisse Zeit in Arbeitskreise gehen. Gerade bei der Vielfalt der Anträge in Mainz ist an mich doch von vielen Freunden der Wunsch herangetragen worden, daß man doch die Anträge ein bißchen vorsortieren sollte in Außenpolitik oder Gesellschaftspolitik, um sie dann gründlicher behandeln zu können vor dem Plenum. Auch das braucht jetzt nicht entschieden zu werden, aber wir sollten es mit im Auge behalten.

*Heck:* Nächster Punkt der Tagesordnung:

---

108 Tatsächlich fand der 18. Bundesparteitag vom 25. bis 27. Januar 1971 in Düsseldorf statt.



VERSCHIEDENES

Von uns nur ein Punkt. Wir wollen die Termine für die nächsten Vorstandssitzungen vereinbaren. Es sind vier Vorstandssitzungen vorgesehen. Wir haben sie so gelegt, daß sie zusammenfallen mit Präsidiumssitzungen am Vormittag:

1. Vorstandssitzung am Freitag, dem 23. Januar 1970, 15.00 Uhr; 2. Vorstandssitzung am Freitag, dem 13. März 1970, 15.00 Uhr; 3. Vorstandssitzung am Freitag, dem 24. April 1970, 15.00 Uhr; 4. Vorstandssitzung am Freitag, dem 19. Juni 1970, 15.00 Uhr (das ist die letzte vor der Sommerpause).

Wir werden aber dann den Vorstandsmitgliedern mitteilen, daß sie sich auf Übernachten einstellen sollen, denn es ist also heute keine sehr tröstliche Erfahrung, wie heute hier die konstituierende Sitzung des Vorstands verlaufen ist. Ich meine, es wäre auch gut, wenn der Vorstand hier beisammensitzt, daß man abends noch etwas lockerer zusammensitzen kann, denn da gibt es Verschiedenes zu besprechen. Wir sind dann gerne reihum die Gäste, das eine mal beim Bundestagspräsidenten oder unserem Vorsitzenden.

*Stingl:* Wir haben die Verpflichtung nach dem Statut, zu tagen mit den Landesvorsitzenden und den Vorsitzenden der Vereinigungen. Das ist im letzten Jahr überhaupt nicht gemacht worden. Da wäre es doch ganz vernünftig, auch schon den Termin festzulegen.

*Heck:* Das ist auch schon vorgesehen, Herr Stingl. Wir machen das eines nach dem anderen.

*Kraske:* Herr Stingl, es ist vorgesehen für den Februar eine Konferenz Landesvorsitzende, Vereinigungsvorsitzende. Aber der Termin steht heute noch nicht fest.<sup>109</sup>

*Heck:* Wir können diese Termine ja hier in diesem Kreis nicht einfach festlegen. Wir müssen in der nächsten Sitzung der Landesvorsitzenden das Thema zur Diskussion stellen und bei denen die Terminlage einholen. Und das gleiche gilt für die Ministerpräsidenten. (*Unruhe.*)

*Dregger:* Ich habe noch eine Frage. Ich weiß nicht, ob das nachher in die Reformkommission gehörte, oder ob man das hier zu besprechen hat. Man muß doch daran denken, ob die Frage, daß man hervorragende Wissenschaftler auf verschiedenen Gebieten, die unserer Partei nahestehen, in einer Art Braintrust auch für die verschiedenen Sachgebiete nicht mit einspannen kann. Ich bin also nicht der Meinung, daß wir auf einen entsprechend hohen Sachverstand auf verschiedenen Gebieten restlos verzichten sollen. Die Frage ist, ist das eine Frage, die dann in der Kommission entsprechend behandelt wird, oder ist das eine generelle Frage, wie diese Partei auf verschiedenen Gebieten sich Kreise von gewissen Leuten verschafft, die dann auch von sich aus interessiert wären, der Partei einen entsprechenden Rat zu geben.

---

109 Laut Protokoll der Präsidiumssitzung vom 20. April 1970 fand die Sitzung am 23. April 1970 in Bonn statt (ACDP 07-001-1403). Ein Protokoll der Sitzung existiert nicht, nur handschriftliche Notizen von Karl-Heinz Bilke (ACDP 07-001 AO Bundesvorstand, Bundesausschuß 1970-September 1972 unverzeichnet).

*Heck:* Sowohl als auch, würde ich sagen. Diese Kommission als solche kann an Sachverstand zunehmen. Sie muß diesen Sachverstand nur noch bewältigen in den drei Monaten. Darauf mache ich aufmerksam. Die große Gefahr bei der Kommission ist jetzt schon wieder, daß sie nicht fertig wird. Aber das ist Sache der Kommission selber.

*Dregger:* Ist ein Termin daran geknüpft?

*Heck:* Das wird jetzt noch fertiggemacht. Im Januar fängt die an und am 30. März muß die Arbeit vorgelegt werden. Sonst hat das gar keinen Sinn, sonst kommen wir nicht durch. Nach allen meinen Erfahrungen mit den Kreisverbänden ist drei Monate eine außerordentlich knappe Zeit. Und das muß die Kommission wissen. Sie kann natürlich viel Sachverstand beteiligen, bloß muß sie wissen, wie sie fertig wird. Aber ganz generell kann natürlich der wissenschaftliche Sachverstand in jeder möglichen Weise, allerdings wie ich meine in der zweckmäßigsten Weise, herangezogen werden. Meine Erfahrung ist, daß die Mischung von Praktikern und wissenschaftlichem Sachverstand, ohne daß eine Vorlage vorliegt, im allgemeinen zu endlosen Gesprächen führt, aber zu wenig Fortschritt.

*Kiesinger:* Ja, meine Damen und Herren, ich würde vorschlagen, daß wir jetzt die Sitzung des Vorstandes beenden sollten, sonst sitze ich am Schluß mit dem Generalsekretär noch alleine da. Ich danke Ihnen für die Geduld und wünsche Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest.

## 5

Berlin, Freitag 23. Januar 1970

*Sprecher: [Althammer], Amrehn, Blüm, Dregger, Echternach, Gradl, von Hassel, Hasselmann, Heck, Katzer, Kiesinger, Kraske, Lorenz, Schmücker, Schröder, Schwarz-Schilling, Stingl, Stoltenberg, von Weizsäcker, Windelen.*

*Politische Lage. Bundesparteitag 1970. Nominierung von fünf Mitgliedern für den Fernsehrat der Anstalt Zweites Deutsches Fernsehen. Bundesrednereinsatz bei den Landtagswahlen des Jahres 1970. Bau der Parteizentrale. Verschiedenes.*

*Beginn: 12.30 Uhr*

*Ende: 17.00 Uhr*

*Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen, insbesondere Herrn Bundestagspräsidenten<sup>1</sup> und Herrn Kollegen Althammer<sup>2</sup>, der von der CSU heute bei uns ist. Es ist das erste Mal, daß wir in unserer neuen Situation, in der Opposition, hier in Berlin tagen. Für uns bleibt – das unseren Berliner Freunden – Berlin Berlin, ob in der Regierung oder in der Opposition, und das Schicksal dieser Stadt und ihrer Bevölkerung bleibt eines der großen Anliegen unserer Politik. Wir werden wahrscheinlich gleich darüber zu reden haben, daß wir jetzt in der Opposition besonderen Grund haben, auf das Schicksal dieser Stadt und ihrer Zukunft zu achten und darüber zu wachen.*

*Wir haben auf unserer Tagesordnung vier Punkte, dazu gehört auch noch der Punkt „Verschiedenes“, der noch nicht darauf steht. Erstens: Politische Lage. Ich schlage vor, daß wir dabei so verfahren, daß ich selbst einiges zu Beginn sage, vor allem zur allgemeinen politischen Lage sowie zur außenpolitischen Lage, daß dann über einzelne wichtige Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik die Kollegen Stoltenberg und Katzer das Wort nehmen und daß über Entwicklungen innerhalb der Partei, über personelle Entscheidungen und über organisatorische Entscheidungen dann der Generalsekretär berichtet. Wir haben dann über den Bundesparteitag 1970 zu entscheiden, d. h. über Ort und Zeit. Dann kommt die Nominierung von fünf Mitgliedern für den Fernsehrat der Anstalt Zweites Deutsches Fernsehen und Bundesrednereinsatz bei den Landtagswahlen des Jahres 1970. Damit ist gemeint, daß wir einen konkreten Beschluß fassen wollen dazu. Im übrigen ist das aber nur ein Punkt des großen Themas, wie wir diese vier und uns freundschaftlich verbündete 5. Landtagswahl [sic!]<sup>3</sup> in*

---

1 Kai-Uwe von Hassel.

2 Dr. Walter Althammer (geb. 1928), Jurist; 1952 CSU, 1955–1961 Bezirksvorsitzender der JU Augsburg, 1961–1985 MdB (CSU). Vgl. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Bd. 16. München 2002.

3 Gemeint ist die Landtagswahl in Bayern am 22. November 1970.

diesem Jahr durchkämpfen wollen, denn das ist ja wahrscheinlich ganz wesentlich für die Zukunft unserer eigenen Partei und für die Zukunft der gegenwärtigen Regierung.

*Schmücker:* Herr Bundeskanzler! Wir haben vorhin im Präsidium<sup>4</sup> beschlossen, dem Vorstand noch die Behandlung eines weiteren Tagesordnungspunktes vorzuschlagen.

*Kiesinger:* Richtig! Es kommen also noch ein Bericht und Vorschläge vom Herrn Kollegen Schmücker, die den Bau unserer Parteizentrale betreffen. Nun, wir haben nicht allzu viel Zeit. Man sagte mir, daß wir fertig sein sollten gegen 16.30 Uhr, weil dann eine Reihe von Ihnen schon wieder wegfliegen will. Ich will daher, was ich zu sagen habe, so knapp wie möglich halten.

#### POLITISCHE LAGE

Sie alle haben die Entwicklung seit der Regierungsbildung verfolgt. Ich glaube, man wird sagen können – wohlwollend –, daß diese Regierung mit großem Schwung begonnen hat. Ich würde vorziehen zu sagen mit einer großen Betriebsamkeit, einem großen Prestigebedürfnis, manchmal auch geradezu hektisch. Gerade wenn wir die gestrigen Beschlüsse des Kabinetts zur Wirtschafts-, Konjunktur-, Finanz- und Haushaltspolitik<sup>5</sup> vergleichen mit dem, was ursprünglich angekündigt war, zeigt sich ja, wie schnell diese Regierung ihre Pflöcke hat zurückstecken müssen. Daran ist sicher auch unsere oppositionelle Kritik mitbeteiligt, obwohl wir uns auch in diesem Kreise ruhig einmal überlegen sollten, daß wir uns nun unsererseits nicht verleiten lassen, uns durch parlamentarische taktische Überlegungen des Vorteils zu begeben, der darin liegt, daß die Opposition auf eine gesunde, stabile, wirtschaftspolitische, finanzpolitische und haushaltspolitische Gebarung drängt. Wir sind ja ein bißchen in Verlegenheit gesetzt worden jetzt durch die gestrigen Erklärungen von Möller, unsere Anträge hätten 5 oder 6 Mrd. Mark mehr gekostet. Da werden wir in Zukunft aufpassen müssen.<sup>6</sup>

Ich habe die eine Sorge, die ist im Zusammenhang mit dem Bericht zur Lage der Nation und zur Debatte darüber doch deutlich geworden.<sup>7</sup> Ich höre es von vielen Kollegen und Abgeordneten, die aus ihren Wahlkreisen kommen. Es ist zweifellos so, daß gegenwärtig unter dem Einfluß der Aktivität dieser Regierung die öffentliche Meinung – wir haben noch keine ganz sicheren Unterlagen darüber – in der Bundesrepu-

4 Protokoll der Präsidiumssitzung in ACDP 07–001–1402.

5 Karl Schiller präsentierte am 22. Januar 1970 das von der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Jahreswirtschaftsbericht beschlossene Stabilitätsprogramm, vgl. BULLETIN Nr. 11 vom 24. Januar 1970 S. 111 f. Vgl. dazu FAZ vom 23. Januar 1970 „Die Bundesregierung beschließt Programm zur Konjunkturstabilisierung“.

6 Nicht ermittelt. – Äußerung vermutlich in einem der zahlreichen Rundfunkinterviews, die Möller zur Lage des Bundeshaushalts 1970 gab.

7 Brandt präsentiert den „Bericht der Bundesregierung über die Lage der Nation im gespaltenen Deutschland“ (BT-Drs. VI/223) am 14. Januar 1970 im Bundestag, vgl. Sten.Ber. 6. WP 22. Sitzung S. 839–847. Zur Aussprache vgl. Sten.Ber. 6. WP 23. Sitzung am 15. Januar 1970 S. 851–882, 895–927 und 24. Sitzung am 16. Januar 1970 S. 932–964.

blik nicht unbeeindruckt geblieben ist, was die Fragen der Deutschlandpolitik und der Ostpolitik allgemein angeht. Das ist eine sehr gefährliche Sache. Lassen Sie mich auf zwei Dinge hinweisen.

Vorgestern hat Herr Brandt – für mich völlig unverständlich – im amerikanischen Fernsehen auf eine Frage, was mit der Wiedervereinigung der beiden getrennten Teile Deutschlands würde, wörtlich gesagt: „Diese findet nicht statt!“ Er hat dann im weiteren Verlauf dieser Sendung, offenbar weil er gemerkt hat, daß er sich wieder mal vergaloppiert hat – und wie lange ist es eigentlich einem deutschen Bundeskanzler erlaubt, sich dauernd zu vergaloppieren? –, den an sich unanfechtbaren, jedenfalls sehr viel weniger anfechtbaren Satz gesagt, er glaube an die Einheit seines Volkes doch, es müsse sich diese Einheit aber nicht notwendigerweise dadurch vollziehen, daß sie sich aus einem einheitlichen Staatsvertrag ergäbe.<sup>8</sup> Das ist natürlich sehr vorsichtig ausgedrückt, aber der erste Satz wird zitiert. Ich habe gestern eine wichtige amerikanische Persönlichkeit bei mir zu Besuch gehabt<sup>9</sup>, der mir klipp und klar sagte, in Amerika wird das, was diese Regierung bis jetzt getan hat, als ein Doppelverzicht und eine Doppelerkennung verstanden, sowohl die Oder-Neiße-Linie als auch die DDR. Und es gibt einfach nicht die Möglichkeit für einen Durchschnittsamerikaner, zu unterscheiden zwischen einer staatlichen Anerkennung und einer völkerrechtlichen Anerkennung. Diese Feststellung war verbunden mit einer sehr pessimistischen Darstellung der allgemeinen Situation.

Wer den Bericht<sup>10</sup> von Präsident Nixon aufmerksam gelesen hat, soweit er uns vorliegt, hat sicher diesen Satz nicht überlesen, in dem Nixon sagt, Amerika werde sich in Zukunft weniger intensiv außerhalb seiner Grenzen engagieren, und es müßten eben die anderen Länder, die Nationen in allen Teilen der Welt, die Hauptverantwortung für ihr Schicksal und ihr Wohlergehen übernehmen. Wir werden zwar treu zu unseren vertraglichen Verpflichtungen stehen, aber unsere Teilnahme und Präsenz bei den Angelegenheiten anderer Nationen reduzieren. Zu Europa dann hervorgehoben das Prinzip der Partnerschaft, der interessante Satz, man soll nicht den vergeblichen und uneuropäischen Versuch machen und sich dabei verschleißen, unsere Freunde zu beherrschen und unsere Feinde auf immer zu isolieren. Dieser amerikanische Besucher, der es wissen muß, kündigte an, daß die Abschwächung dieses Willens zum Engagement außerhalb der amerikanischen Grenzen zunehmen werde. Dabei gab er unumwunden zu, daß die militärische Macht der Sowjetunion gewaltig gewachsen sei – etwas, was ich schon bei meinem Besuch in Washington von allen hören konnte.<sup>11</sup> Ich glaube, es gab keinen, der nicht etwa so formulierte, daß die Sowjetunion gleichgezo-

---

8 Vgl. dpa vom 22. Januar 1970 „Bundeskanzler Brandt: Deutschland nie wieder Großmacht“.

9 Laut Terminkalender war John J. McCloy bei Kiesinger zu Besuch, vgl. ACDP 01–226–739.

10 Nixon legte am 22. Januar 1970 den beiden Häusern des Kongresses seinen Bericht zu Lage der Nation („Adress on the State of the Union vor“). Vgl. AdG 1970 S. 15217–15219, hier S. 15217. Text im Internet: [http://www.nixonfoundation.org/clientuploads/directory/archive/1970\\_pdf\\_files/1970\\_0009.pdf](http://www.nixonfoundation.org/clientuploads/directory/archive/1970_pdf_files/1970_0009.pdf).

11 Kiesinger hielt sich am 7./8. August 1969 in Washington auf, vgl. AdG 1969 S. 14836–14838.

gen hätte. Taylor<sup>12</sup> hat ja vor wenigen Tagen sogar gesagt, daß sie militärisch stärker ist. Dieser amerikanische Besucher hat auch die maritime Präsenz der Sowjetunion auf den Meeren, also im Mittelmeer, der Ostsee und der Nordsee aber auch sonst überall, als ein sehr wichtiges Faktum gekennzeichnet und klipp und klar und ehrlich ausgesprochen, daß es für Amerika eine ganz wichtige Sache sei, ob es gelingen wird, dieses Wettrennen zu beenden und zu Ergebnissen zu kommen, die die beiden Völker entlasteten von den gewaltigen Ausgaben auf dem Gebiet der Rüstung. Er hat auch klar dargelegt, daß die Russen bis jetzt nur zu Vorschlägen bereit waren, die Europa praktisch – ich überspitze es jetzt in der Formulierung, weil wir sehr lange darüber gesprochen haben – sehr viel ungeschützt lassen werden, als das in der Vergangenheit der Fall war, eine Sache, die ja seit langem von Sachkennern schon hervorgehoben worden ist. Er sagt, Amerika habe auch von Europa keine Ermutigung bekommen. Es ist zum Prügelknaben gemacht worden, vor allem in der Vietnam-Politik, und man hat jetzt auch aus diesen Gründen genug davon, und man wird also dort das Engagement abbauen, und so fürchtet er, so wird es auch in Europa sein. Dazu käme hinzu, daß die Europäer unter sich selber nicht einig wären, daß alle Bemühungen der Amerikaner für eine Einigung Europas zu keinem Erfolg geführt hätten, daß man müde geworden sei und daß auch innerhalb der NATO ein wirklich kräftiger Wille, ein entschiedener Wille zum Zusammenhalt, wie er eigentlich sein sollte, vermißt werde. Alles in allem ein düsteres Bild und in dem Zusammenhang Zweifel, Unsicherheit, Verwirrung gegenüber der Politik dieser Regierung. Er sagte, wir wollen dieser Regierung nicht in den Arm fallen oder ihr gar Vorschriften machen, aber was soll das? Gut, allgemeine Entspannung. Aber kriegt sie diese Entspannung? Seiner Meinung nach ist diese Entspannung nicht zu erwarten, d.h. die Regierung wird überall eine Abfuhr kriegen. Aber, so sagt er, das ist nun einmal so, in der Zwischenzeit hat sie in der ganzen Welt den Eindruck erweckt, daß sie die bisher mit Hilfe der Verbündeten behaupteten Positionen aufgegeben habe. Mir war gerade diese Feststellung ganz besonders wichtig. So etwa kurz zusammengefaßt diese Unterhaltung.

Sie wissen, wie die Dinge im Bundestag in der Aussprache zur Regierungserklärung verliefen. Es gab auch aus unseren Reihen wenn auch keine scharfe Kritik, so doch ein Fragezeichen gegenüber meinem Akzent, den ich gesetzt habe, nämlich nicht nur Bewahrung der nationalen Einheit, sondern auch als letztes Ziel die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit.<sup>13</sup> Nun, ob man Wiedervereinigung sagt oder Wiedergewinnung der staatlichen Einheit, darüber kann man sich auseinandersetzen. Daß Wiedergewinnung der staatlichen Einheit bemüht ist, eine Rechtsposition zu wahren, die wir immer noch haben, auch wenn wir vielleicht politisch andere Lösungen kommen sehen – das liegt auf der Hand –, das besagt mehr natürlich als Wiedervereinigung, ohne daß

---

12 Maxwell Davenport Taylor (1901–1987), amerikanischer General und Diplomat; 1945–1949 Leiter der Militärakademie West Point, 1949–1951 Kommandant des US-Sektors in Berlin, 1955–1959 Stabschef des Heeres, 1961/62 militärischer Berater Präsident Kennedys, 1962–1964 Oberbefehlshaber der Vereinigten Generalstäbe, 1964/65 Botschafter in Vietnam.

13 Vgl. Barzels Beitrag in der Aussprache über die Regierungserklärung (Sten.Ber. 6. WP 6. Sitzung vom 29. Oktober 1969 S. 43f.).

dabei doch eine zu enge Festlegung erfolgt. Selbstverständlich – und ich habe mich ja bemüht, das klarzumachen – liegt auch uns daran, daß wir vor allem die Lebensbedingungen unserer Landsleute im anderen Teil Deutschlands verbessern. Das ist deutlich und klargemacht worden. Was vielleicht noch klarer von uns zu sagen wäre in diesem Zusammenhang, weil natürlich unsere Gegner uns einen Rückfall in rein nationalstaatliche – und manchmal drehen sie es auch um in deutschnationale – Gedankengänge unterstellen, ist, daß wir auch die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit der Deutschen sehen in den übergreifenden Zusammenhängen eines vereinigten Westeuropas und – so Gott will – einer europäischen Friedensordnung. Und ebenso glaube ich, ist es für uns nicht schwer zu sagen, daß auch wir, wenn wir dieses letzte Ziel anpeilen und ansprechen, auch wissen, daß im Zug der Entwicklung einer europäischen Friedensordnung Zwischenlösungen denkbar und möglich sind, so daß wir uns selbstverständlich nicht gegen solche Zwischenlösungen wenden. Nur, glaube ich, muß man sich gegenüber dem nach meiner Meinung unglaublichen und unserem Gesamtvolk und seinem Anliegen grundschädlichen, leichtfertigen und dilettantischen Verfahren dieser Regierung und diesen unkontrollierten Aussprüchen des Bundeskanzlers zur Wehr setzen. Ich bin nicht der Meinung, daß wir jetzt in diesem Augenblick darum einen ganz großen Streit machen sollten. Ich glaube, daß in diesem Zusammenhang eine Bemerkung des Kollegen Schröder auch von einigen unserer Freunde nicht ganz richtig verstanden worden ist. Wir müssen tatsächlich den Eindruck vermeiden, als ob wir jetzt nur um der Opposition willen um alles oder jedes ein großes Tamtam machen. Nur wir müssen da klar sagen, was sein darf und was nicht sein darf, wo dies notwendig ist. Wir sind hier in Berlin. Wer gibt sich der Illusion hin, daß, wenn tatsächlich in der Welt der Eindruck entsteht, die deutsche Teilung ist besiegelt und es gibt keine Wiedervereinigung, die Position dieser Stadt noch lange zu halten wäre? Dieses freie Berlin ist gehalten worden, weil man hier die zukünftige Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands bewahren wollte. Wer kann denn die Illusion haben, daß auf die Dauer, wenn die Teilung besiegelt ist, noch irgend jemand sich ernsthaft in Sachen Berlin im Westen engagieren würde? Und der Osten wird daraus seine Konsequenzen ziehen. Es ist also ganz wesentlich das Schicksal dieser Stadt und ihrer Menschen, das dabei mit auf dem Spiele steht.

Nun haben wir vorhin im Präsidium gesagt, wir wollen einmal die ganze Frage unter uns auf das sorgfältigste an Hand vorbereiteter Papiere durchdenken und durchsprechen. Woran mir heute liegt, das ist, daß wir um Gottes willen nicht durch zerstreute und voneinander abweichende vielfältige Äußerungen innerhalb der Partei den Eindruck erwecken, wir wüßten selber nicht mehr, was wir wollen. Das wäre lebensgefährlich für uns. Man kann immer wieder sagen, werfen wir uns jetzt auf innenpolitische Probleme. Brandt sagte ja in seinem Bericht, diese Regierung wolle eine Regierung der Reformen sein, aber von Zeit zu Zeit würde einem die Außenpolitik sozusagen aufgenötigt und dieses sei ein solcher Augenblick. Ich fürchte, dieser Augenblick wird ziemlich lange dauern. Das heißt also noch einmal: in den entscheidenden Dingen klar sprechen, klar warnen. Wir dürfen nicht durch ein falsches Zusammenspiel oder durch den Anschein eines Zusammenspiels mit der Regierung in diesen Fragen uns zum Mit-

schuldigen machen. Ich habe während des Bundestagswahlkampfes klipp und klar gesagt, während in der Innenpolitik das meiste wieder repariert werden kann, ist das in der Außenpolitik anders. Eine einmal verspielte Position ist meistens nicht wieder zu gewinnen, ein einmal begangener Fehler meistens irreparabel. Und wenn es so ist, wie nicht nur dieser sehr unterrichtete Amerikaner es mir sagte – ich werde im Laufe dieser Tage und am Wochenende noch einige mehr sprechen –, sondern wenn es so ist, wie ein Teil unserer Botschafter, insbesondere der bei den Vereinten Nationen<sup>14</sup>, berichtet und warnt, dann ist dieser Schaden schon geschehen. Ich will hier nicht im einzelnen darauf eingehen warum, wieso. Das alles ist ja deutlich genug.

Ob nun das Gebilde da drüben ein Staat ist oder nicht, darüber kann man unter Juristen streiten. Ich behaupte, dieses Gebilde würde sich aus eigenen Kräften, d.h. dann, wenn die Sowjetunion ihre Hand zurückzöge, nicht als Staat behaupten können. Das ist immerhin ein völkerrechtlich anerkannter Grundsatz. Aber abgesehen davon sind das ja zwei Paar Stiefel. Die Juristen könnten sagen, da existiert etwas, was man einen Staat nennen kann, wenn auch einen ganz und gar fragwürdigen Staat mit einer nichtlegitimierten Regierung, mit einer Bevölkerung, die sich nicht als Staatsvolk begreift usw. Von da aus, von dieser einfachen Feststellung aus bis zur Anerkennung, zwar nicht völkerrechtlich, aber wie die sagen „staatsrechtlich“, ist eben noch ein weiter Schritt. Und es war eine – nach meiner Meinung – ganz und gar unnötige Vorleistung, daß in einer Regierungserklärung dies geschehen ist. Aber es ist geschehen, und von da an nahm das Unheil seinen Lauf ganz konsequent. Was da jetzt alles an Rabulistik verzapft wird und was bei der immer noch einzig rettenden und absichernden Alibi-formel „Aber für uns nicht Ausland“ möglich bleibt, das ist ganz schrecklich. Und das versteht in der ganzen Welt kein Mensch, und es ist außerdem staats- wie völkerrechtlich außerordentlich fragwürdig. Dazu kommen solche Äußerungen wie „Es gibt keine Wiedervereinigung“. Das ist ja eine konzertierte Aktion, wenn Wehner<sup>15</sup> das sagt, wenn Brandt das sagt und jetzt vor der amerikanischen Öffentlichkeit jetzt dieser unglaubliche Satz insistiert [sic]: „Sie wird nicht stattfinden!“ Welche Prophetengabe hat eigentlich Herr Brandt? Wie kommt er dazu, eine solche Prognose zu stellen? Und dann kommen, um die Konfusion voll zu machen, Erklärungen wie die von Herrn Dahrendorf in Hannover<sup>16</sup>. Da sagt er plötzlich, eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik sei rechtlich nicht möglich. Jawohl, das ist in Ordnung! So ist die Rechtslage. Wenn er das aber sagt, dann geht er ja von der allgemeinen Rechtslage aus, und das ist der Gedanke der staatlichen Einheit. Das ist ja die Rechtsposition, die wir von unseren eigenen Freunden und Verbündeten zu-

---

14 Alexander Böker.

15 Herbert Wehner (1906–1990), Beamter; 1958–1973 stv. Bundesvorsitzender der SPD, 1969–1983 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 2 Anm. 5; Christoph MEYER: Herbert Wehner. Biographie. München 2006.

16 Dr. Ralf Dahrendorf (1929–2009, seit 1993 Baron Dahrendorf of Clare Market), Hochschul-lehrer; 1957 Habilitation, 1967 FDP, 1970–1973 EG-Kommissar für Außenhandel und Äußere Beziehungen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 818 Anm. 33. – Vgl. das Interview im „General-Anzeiger“ vom 21. Januar 1970 „Hoffnung auf Polen“.



gestanden erhalten haben. Also da sieht man, die Leute haben das einfach nicht genügend durchdacht. Ich will im Augenblick nur diese allgemeine Feststellung machen. Außerdem hat er ja noch meine Frage nicht beantwortet; während er in der Debatte zur Regierungserklärung noch gezwungen wurde zu sagen, es bleibt bei der Mai-Resolution 1969 zur Abwehr der Anerkennung durch Drittstaaten<sup>17</sup>, hat er auf meine Frage, ob es auch wieder Zufall oder Absicht sei, daß tatsächlich diese Resolution und dieser Wille auch hier im Bericht zur Lage der Nation nicht erwähnt worden sei, noch nicht geantwortet. Das ist nicht Vergeßlichkeit gewesen, daß er darauf nicht eingegangen ist in seiner Antwort, sondern es war selbstverständlich Absicht. Hier scheint sich ganz offensichtlich eine einheitliche Meinung zwischen den beiden Koalitionspartnern durchgesetzt zu haben. Die FDP war ja schon lange der Meinung, daß man die Anstrengungen in dieser Hinsicht aufgeben sollte.

Alles in allem also auf unserer Seite ein Bild, das in der Welt im besten Falle Konfusion und Verwirrung schafft, aber weithin eben doch den Eindruck gibt, wir haben die bisherige Position preisgegeben, und zwar hinter dem Rücken unserer Verbündeten. Auch das ist wichtig, denn diese Dinge sind nicht abgesprochen worden. Die Tatsache, daß vielfach Zustimmung erfolgt, darf niemanden erstaunen. Was diese Regierung macht, ist, daß sie den Ratschlag befolgt, den die Kennedy-Administration schon lange den Deutschen gegeben hat, was viele Leute draußen in der Welt wollen, ist, sich das unangenehme deutsche Problem vom Halse zu schaffen. Natürlich ist z.B. die NATO, so sagte es Kissinger einmal, ein Status-quo-Bündnis, ein Bündnis von Status-quo-Staaten mit einer Ausnahme – uns. Und wir haben unsere Bündnispartner dazu gebracht, daß sie unser Anliegen mitvertraten. Das ist doch eine außerordentlich wichtige Sache.

Man könnte sich sagen, was die Regierung jetzt macht, also der heutige Brief, den Brandt an Stoph geschrieben hat<sup>18</sup> – „breiteste Erörterung aller Fragen“ –, das ist doch nichts anderes, als was du auch gemacht hast. Mag sein, daß in der politischen Absicht – und ich kann mir nicht denken, daß man im Kanzleramt und im Auswärtigen Amt so töricht ist zu glauben, daß diese Aktion wirklich zu Verhandlungen mit Herrn Ulbricht<sup>19</sup> führen könnte, zumindest nicht zu erfolgreichen Verhandlungen –, daß man also sagt, wir machen ja nur weiter. Wir haben die Initiative, wir bringen den Mann in die Defensive. Das hat sich ja auch schon deutlich gezeigt. Seine Reaktion ist genauso wie die Reaktion auf die Regierungserklärung von 1966 und auf die weiteren Aktionen der Regierung der Großen Koalition. Was verlangt ihr Besseres, als daß sich dieser Bursche dekuviert? Hier scheint eine Spekulation vorzuliegen – das wurde bei dem Beitrag von Dahrendorf deutlich und wurde damals schon bestätigt durch sehr zustimmende Zwischenrufe von Wehner und jetzt auch durch die Auslassungen von Brandt

---

17 Fünf Punkte umfassende Erklärung der Bundesregierung zur Deutschland- und Friedenspolitik vom 30. Mai 1969. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1453 Anm. 16.

18 Zum Brief Brandts vom 22. Januar 1970 vgl. BULLETIN Nr. 11 vom 24. Januar 1970 S. 105.

19 Walter Ulbricht (1893–1973), Tischler; 1953–1971 Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 588 Anm. 22.

in diesem Fernsehinterview<sup>20</sup> –, die etwa so aussieht: Es muß ja jedem auffallen, daß Brandt und die Bundesregierung seitdem kräftig auf Ulbricht in ihren Äußerungen einreden. Man könnte also die Frage stellen, wie will sie dabei zu Verhandlungen kommen? Ganz offensichtlich spielt hier der Gedanke eine Rolle, daß man einen Spalt treibt zwischen den Apparatschiks einerseits und den jungen Managern – wie Brandt sich ausgedrückt hat – andererseits. So seine Ausführungen zur Konvergenztheorie, die z. T. richtig, z. T. falsch sind, also eine höchst fragwürdige Einschätzung der Mentalität der ideologischen Wirklichkeit drüben, aber immerhin ein Gedanke, der ganz interessant ist. Dahrendorf hat ja ausdrücklich gesagt, die beiden Staaten müssen ihre Interessen miteinander vergleichen, aufeinander abstimmen, zu einem Bündnis kommen und dann zu einem gemeinsamen Dach, das allerdings noch lange kein staatliches Dach sein werde. Gut, ich weiß nicht, ob irgendwelche Kontakte bestehen. Ich kann es nicht sagen. Gewiß haben Gespräche stattgefunden. Egon Bahr war überall und nirgends, dafür habe ich ganz handfeste Beweise. Aber es mag auch einfach eine Spekulation sein, wenn man sagt, da werden wir Erfolg haben. Das sind Dinge, die immerhin mal zur Kenntnis genommen werden müssen.

Nur, als unser Freund Wörner<sup>21</sup> sagte: „Gut, wir können ja eine solche Politik machen, aber da braucht man doch nicht von vornherein alle Positionen preiszugeben“, antwortete Dahrendorf, wie Sie sich erinnern werden: „Es ist merkwürdig, daß man mit demselben Satz, mit derselben Formulierung zwei ganz verschiedene Dinge meinen kann.“ Das heißt, er wollte dem Wörner sagen, du willst Positionen wahren – ich auch, Offenheiten. Ich will Offenheiten, indem ich überhaupt erst öffne, d. h. das sind diese Vorleistungen. Man würde also sagen können, wenn die argumentieren, gut, die machen im Grunde nichts anderes als wir auch. Die sind in einer ähnlichen Lage wie du. Ich bin ja selber persönlich in einer paradoxen Situation. In der ersten Zeit, als ich diese neue Politik begann, die mir wahrhaftig nicht von der SPD aufgezwungen oder aufgeredet worden war – welche Sorge, welcher Zweifel, auch welcher Widerstand in der Fraktion!

Erinnern Sie sich daran, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien<sup>22</sup> gegen den Willen der Fraktion von mir vollzogen worden ist, d. h. die Fraktion hat mir gesagt „Ohne uns!“, „Kannst machen, wir fallen Dir nicht in den Arm! Aber ohne uns!“ Es wurde immer wieder gesagt, er gibt dem Wehner nach, er gibt der SPD nach. Und jetzt komme ich beinahe in die Position eines Reaktionärs, der nun plötzlich etwas ganz anderes will. Ich will nichts anderes. Ich würde also sagen, sie befinden sich in einer ähnlichen Situation wie ich damals, wo ich mich nicht vor die Fraktion hinstellen konnte und sagen konnte, ich bilde mir doch nicht ein, daß der Ulbricht diese Sachen annimmt, diese Vorschläge. Das würde ja praktisch zu einer

---

20 Zum Interview mit einer amerikanischen fernsehgesellschaft vgl. dpa vom 22. Januar 1970 „Bundeskanzler Brandt: Deutschland nie wieder großmacht“.

21 Dr. Manfred Wörner (1934–1994), Jurist; 1965–1988 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 942 Anm. 22.

22 Die Wiederaufnahme der 1957 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien erfolgte am 31. Januar 1968, vgl. BULLETIN Nr. 13 vom 1. Februar 1968 S. 97.

Beseitigung der Mauer führen. Aber das Entscheidende ist die Initiative und der Zwang für ihn, sich zu dekuvirieren. Da sind wir nicht immer nur die Revanchisten, die Imperialisten, die Kriegstreiber, sondern dann ist er es, der sich einer Entspannung, einer Entkrampfung usw. widersetzt. So eine Politik kann man machen, aber man kann sie nicht mit einem solchen Kommentar versehen. Und das ist deutlich auch bei Wehner spürbar. Viele seiner Äußerungen gehen ja darauf hinaus, daß er sagt, um Himmels willen, nur keine Resolutionen, mit denen man sich wieder so festlegt, oder Erklärungen in der Öffentlichkeit. Ich kann mir nicht denken, daß gerade er, der ja immer wieder auch Brandt gegenüber oft in sehr ätzender Form gesagt hat, sie kennen eben die Wirklichkeit des Kommunismus nicht, sie wissen nicht, wie Kommunisten wirklich sind, daß er sich wirklich Illusionen machen sollte über einen möglichen Erfolg, ja überhaupt über das Zustandekommen solcher Verhandlungen. Nur – und das ist der Unterschied zu meiner Politik: Ich habe auf das Sorgfältigste abgesichert. Als diese Politik begann – Sie werden sich erinnern –, ist an alle Missionen in der Welt eine sehr konkrete Anweisung herausgegangen, wie sie diese Politik zu erläutern hätten, nämlich im Sinne der Regierungserklärung, daß in jedem Falle dafür gesorgt werden solle, daß auch nicht einmal der Anschein einer Anerkennung oder eines tatenlosen Anerkennenlassens der DDR erfolge.<sup>23</sup> Und bei allen meinen Besuchen und umgekehrt bei den Besuchen bei mir – und das waren ja sehr viele – habe ich mit großem Erfolg dies durchgesetzt.

Ein klassisches Beispiel war Indien. Am Tag nach der Regierungserklärung erschien der indische Botschafter bei mir und sagte, Indien werde jetzt seine bisher inoffizielle und private Handelsbeziehung in eine offizielle umwandeln. Am Tag nach der Regierungserklärung! Das wäre also nun genau das gewesen, was unsere Freunde aus der Fraktion befürchtet hatten. Ich sagte, wie stellen Sie sich so etwas vor? Wollen Sie mir in den Rücken fallen? Er ist sehr beeindruckt gewesen und hat entsprechend berichtet. Es ist zunächst unterblieben, und Indien hat auch inzwischen nicht voll das getan, was es damals tun wollte. Man hat eine Umwandlung vollzogen, aber nicht so, wie man es ursprünglich vor hatte.<sup>24</sup> Und bei Frau Indira Gandhi<sup>25</sup> hatte ich hundertprozentigen Erfolg und bei den anderen führenden Persönlichkeiten, als ich sagte, fällt uns bitte nicht in den Arm. Wenn ihr das tut, dann wird eine solche Politik derartig bestritten werden in Deutschland, daß wir sie gar nicht fortsetzen können. – Und da liegt der große Unterschied. Und innerhalb weniger Wochen ist haargenau das eingetreten, was ich befürchtet habe, der Eindruck in der Welt, und nicht nur der Eindruck

---

23 Nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien (31. Januar 1967, vgl. BULLETIN Nr. 11 vom 2. Februar 1967 S. 81) sandte das Auswärtige Amt eine Verbalnote an die ausländischen Missionen in Bonn (vgl. DzD V/1 S. 431 f.).

24 Indien hatte 1966 beschlossen, eine staatliche Handelsorganisation in Ost-Berlin zu errichten. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 428 Anm. 17.

25 Indira Gandhi (1917–1984), indische Politikerin (Kongreßpartei); 1966–1984 Ministerpräsidentin. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1408 Anm. 67. – Zum Gespräch Kiesingers mit Indira Gandhi im Verlauf seiner Asienreise (20.–28. November 1967, vgl. PROTOKOLLE 5 S. 708 f.) vgl. AAPD 1967 Dok. 399.

in der Welt, denn die Formulierungen, die diese Regierung gebraucht hat, sind natürlich Formulierungen, die mindestens als eine de facto-Anerkennung des anderen Teils Deutschlands ausgelegt werden müssen. Die Welt sieht es sogar als eine volle politische Anerkennung an. Ob wir das je wiedergutmachen können, das weiß ich nicht. Ich betone nur noch einmal, wir dürfen vor der Öffentlichkeit nicht als diejenigen erscheinen, die nur an der mechanischen Zusammenfügung der beiden Teile Deutschlands interessiert sind. Wir haben es ja klar genug gesagt, daß wir auch in erster Linie sogar das Leben unserer Landsleute drüben erträglicher machen wollen.

So ist die Lage und dazu können wir nicht schweigen, dazu können wir vor allem in Berlin nicht schweigen, weil es um diese Stadt und ihr Schicksal geht. Und deswegen bitte ich den Vorstand, dazu zu helfen, daß wir um Himmels willen in diesen Fragen nicht auseinanderlaufen. Für uns wird praktisch sehr viel schwieriger werden die Frage Polen. Es ist sicher ehrlich und ein Ergebnis der Beratungen in der Regierung, wenn Dahrendorf in Hannover gesagt hat gestern und vorgestern, daß eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie rechtlich nicht möglich sei. Aber es gibt da natürlich sehr viele Möglichkeiten, sehr weit zu gehen in diesen Gesprächen. Es ist wahr, daß die etwa sagen – das ist ja doch durchgesickert – erst in einem Friedensvertrag. Aber ihr dürft sicher sein, daß wir in einem Friedensvertrag selber für eine Lösung eintreten werden, die soundso aussieht. Und das ist nun die Frage, wie das lautet. Wir selber haben ja in der Polen-Frage sehr weitgehend formuliert – ich selber habe es getan –, und da wird sehr, sehr aufgepaßt werden müssen, wie weit man geht.

Und nun noch einmal zur prinzipiellen Frage. Von den Russen höre ich – verlässlich –, daß sie granithart sind, daß die Besprechungen mit unseren Botschaftern an Härte und Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen und daß vor allem die eine Forderung erhoben wird, daß wir nicht nur auf Gewalt verzichten, sondern daß wir auch darauf verzichten, eine friedliche Politik der Wiedervereinigung zu betreiben, also mit friedlichen Mitteln unser Anliegen zu fördern. Sie erinnern sich, als ich im Bundestag im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Tschechoslowakei über den zweimaligen Besuch des sowjetischen Botschafters<sup>26</sup> berichtete, habe ich auch von der Breschnew-Doktrin berichtet und gesagt, ich fragte an dieser Stelle den Botschafter, ob dies eine neue Forderung der Sowjetunion sei in dem Sinne, daß die Sowjetunion auch ein friedliches Bemühen unsererseits, zu einer gerechten Lösung der deutschen Frage zu kommen, als eine unzulässige Einmischung ansehe, die mit entsprechenden Mitteln der Gewalt von der Sowjetunion zurückgewiesen werden könne. Er ist dann ausgewichen, aber es ist gar kein Zweifel – und ganz neu ist das natürlich auch nicht, das liegt ja im System begründet –, daß die Sowjetunion das will. Und es wäre schlimm, wenn die Regierung vor diese Frage gestellt würde und sie würde dann nachgeben. Das wäre eine vollkommene Unterwerfung unter das Diktat Moskaus in

---

26 Zur Erklärung Kiesingers im Bundestag vgl. Sten.Ber. 5. WP 185. Sitzung am 25. September 1968 S. 10049–10056, hier S. 10051 f. – Zu den beiden Gesprächen Kiesingers mit Zarpapkin vgl. AAPD 1968 Dok. 263, 277. – Semjon Konstantinowitsch Zarpapkin (1906–1984), sowjetischer Diplomat; 1966–1971 Botschafter in Bonn.

der deutschen Frage. Und wir könnten uns ja kaum mehr bewegen, wir müßten bei jedem Wort, das wir aussprechen, jeder Abgeordnete, jedes Mitglied der CDU, jeder Deutsche in der Bundesrepublik, der irgendeine Verantwortung trägt, darüber besorgt sein, daß dies zum Anlaß einer Einmischung von Seiten der Sowjetunion benutzt wird. Und es ist ebenso klar, daß die Sowjetunion beharrt auf ihrem Standpunkt, daß die Vorbehalte der Charta der Vereinten Nationen gegenüber Feindstaaten<sup>27</sup> nach wie vor in Kraft und für sie anwendbar bleiben. Dieses muß man ja im Zusammenhang sehen. Mit anderen Worten: Es ist hier eine Lage entstanden, die mir – und ich glaube, es sollte uns allen so ergehen – die allergrößte Sorge macht. Ich habe gewarnt und habe gesagt, macht es doch so, wie wir es in unserem Memorandum an die Sowjetunion vorgeschlagen haben: Gewaltverzicht für sich allein verhandeln und nicht belastet mit anderen Dingen. Es ist mir klar, daß die Sowjetunion das nicht annehmen würde, es sei denn, sie sagt sich, es lohnt sich, weil wir ja dann vielleicht bei den Gewaltverzichtsverhandlungen nicht nur den Gewaltverzicht als solchen, sondern auch den Verzicht auf friedliche Bemühungen in der Deutschlandfrage herausbekommen werden. Das alles, so sagte der amerikanische Besucher jetzt, erfordert eine große Souveränität und Meisterschaft in der politischen Kunst, und wer sich da leichtfertig darauf einläßt, wird notwendig scheitern müssen.

Ich erzähle in diesem Zusammenhang immer als Lehrstück die Erfahrung, die wir 1955 in Moskau machten.<sup>28</sup> Ich war maßlos erstaunt, als wir bei unseren Verhandlungen über die Frage, sollen wir die diplomatischen Beziehungen aufnehmen oder nicht und dabei dann die zehntausend Kriegsgefangenen dem Verderben überlassen – denn das war ja der Preis, den die Russen forderten, zunächst nicht offen aber hintenrum forderten, wenn ihr diplomatische Beziehungen aufnehmt, dann werden wir, sollten sich noch Kriegsgefangene in der Sowjetunion befinden, freilassen. Ich war maßlos erstaunt, daß das gesamte damalige Auswärtige Amt, alles uns wohlbekannte Freunde, dafür plädierten, wir sollten die diplomatischen Beziehungen nicht aufnehmen, sondern Adenauer sollte auf dem Flughafen aussteigen und sagen: Meine lieben Landsleute in der Bundesrepublik! Die Russen haben von uns die Aufnahme diplomatischer Beziehungen verlangt, wenn sie die zehntausend Kriegsgefangenen freilassen sollten. Das konnten wir nun aus politischen Gründen nicht tun. Es tut mir also herzlich leid, daß die zehntausend weiter drüben schmachten müssen. – Die Reaktion bei uns zu Hause hätte ich damals erleben mögen. Adenauer hat keinen Augenblick lang geschwankt. Ich habe dann unseren Leuten gesagt – ich war ja nur ein simpler Abgeordneter –, ihr habt ja gar nicht mitgeteilt, was ihr überlegt habt. Aber ihr müßt Euch doch überlegt haben, daß ihr vor diese Alternative gestellt werdet und dann müßt ihr doch

---

27 Die Art. 53 und 107 der am 26. Juni 1945 in San Francisco verabschiedeten Charta der Vereinten Nationen bezeichnen die Staaten, die im Zweiten Weltkrieg gegen Unterzeichnerstaaten der Charta gekämpft haben, als Feindstaaten und sehen die Verhängung von Zwangsmaßnahmen vor, falls diese Staaten erneut eine aggressive Politik verfolgen sollten. Vgl. UN-Charta (insbes. Kapitel 8 und 17) im Internet: <http://www.un.org/aboutun/charter/index.html>.

28 Adenauer hielt sich vom 8. bis 14. September 1955 in Moskau auf. Vgl. dazu KILIAN.

den Entschluß gefaßt haben, so oder so zu handeln. Und wenn ihr der Meinung wart, ihr werdet vor diese Entscheidung gestellt, dann durftet ihr doch gar nicht nach Moskau gehen. Das ist nur ein Beispiel. Und so kann es dieser Regierung dutzendfältig bei den kommenden Verhandlungen gehen. Darum muß die CDU, und ich glaube, auch die CSU, einen ruhenden Pol darstellen, und wir werden unter uns nicht auseinanderfallen. Ich werde auch nachher in meiner Pressekonferenz dazu einiges sagen.

Sollte jemand von Ihnen einerseits Ergänzungen zu dem, was ich jetzt vorgetragen habe, vorbringen oder mir in irgendeiner wichtigen Frage eine andere Meinung hier im Vorstand entgegenhalten wollen, dann bitte ich, das zu tun. Ich möchte auch eines noch sagen, wir dürfen nicht in einer solchen Frage einem vielleicht sehr vorübergehenden Stimmungswandel in unserer Bevölkerung nachgeben. Das kann schon nach wenigen Monaten umschlagen. Und wenn wir jetzt deutlich gemacht haben, daß wir skeptisch sind in bezug auf das, was kommen kann, daß man sich keine Illusionen machen darf, dann wird das nachher nicht dieser Regierung, sondern uns zugute kommen, ganz abgesehen davon, daß wir es einfach aus Gründen der deutschen Lebensinteressen nicht anders tun können. Soviel zu der Sache, die mir im Augenblick – ich muß es offen gestehen – politisch am meisten Sorgen macht.

*Stoltenberg:* Herr Bundeskanzler! Ich wollte nur einen Gedanken aufgreifen und sehr stark unterstreichen, den Sie zum Verzahnen der weiteren Meinungsbildung unter uns gesagt haben. Ich halte es auch genau wie Sie für notwendig, daß wir eine vertiefte Diskussion und eine Auswertung der großen Debatten in öffentlichen Stellungnahmen vornehmen anhand einer schriftlichen Analyse, die Sie für das Präsidium und den Vorstand vorgesehen haben, ausgehend von Begriffen, Formulierungen und Zielvorstellungen; einmal die entscheidenden Widersprüche, die Sie ja teilweise hier in Ihrem Referat aufgewiesen haben in der Argumentation der Regierung, etwa der Gegensatz, der mir am evidentesten zu sein scheint zwischen der Selbstbestimmung, die Brandt fordert, und der Erklärung, die Wiedervereinigung findet nicht statt. Das ist nur mal ein Beispiel. Diese Dinge müssen wir, glaube ich, in einem gewissen Aufriß, d. h. in der Form, wie Sie es vorgesehen haben als Arbeitsunterlage für die kommende Sitzung, darstellen. Und wir müssen nun auch unsere Begrifflichkeit verfeinern und präzisieren, denn diese vermeintlichen Gegensätze und tatsächlich vorhandenen Nuancierungen unter uns sind ja z. T. verbunden mit der ungenügenden Präzisierung von Begriffen und Vokabeln. Staat, Nation, Wiedervereinigung, Selbstbestimmung – diese Kernbegriffe müßten, glaube ich, noch einmal, indem wir sie verstehen und wie wir es aussagen, dargestellt werden. Und dieser Arbeit sollten wir uns in der Tat unterziehen und eine der nächsten Sitzungen, vielleicht die nächste oder die übernächste, so vorbereitet vollziehen.

Zum zweiten würde ich bei aktuellen Aussagen – wir kommen ja nicht umhin, natürlich etwas zu sagen in diesen Tagen – eines sehr unterstreichen, was wir hier auch ausgeführt haben. Wir sollten zum Grundsatz der Verhandlung ja sagen, damit wir nicht in die Ecke gedrängt werden, in die wir nicht hinein wollen. Verhandlungen unter bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen. Und im Nachsatz unterscheiden wir uns von der Regierung. Also: Erstens Ja zum Grundsatz der Verhandlungen und

zweitens unter bestimmten Voraussetzungen. Unser Bild ist hier in der Öffentlichkeit nicht ganz einleuchtend und auch nicht ganz widerspruchsfrei. Ich glaube auch unter dem Aspekt, daß hier jetzt nun unter schlechten Voraussetzungen ein Test gemacht werden muß. Und ich glaube, daß die öffentliche Meinung in drei oder fünf Monaten bereiter sein wird, uns zu folgen als heute. Wenn wir aber den Eindruck entstehen lassen durch die Äußerungen Einzelner, daß wir von vornherein jede Verhandlungen ablehnen, dann werden wir für ein wahrscheinliches Scheitern verantwortlich gemacht.

*Von Weizsäcker:* Ich stimme dem voll zu, möchte aber noch einmal auf einen Punkt zurückkommen, den Sie am Anfang Ihrer Ausführungen gemacht haben. Ich glaube, wir sollten uns weder von den politischen Gegnern im Bundestag, noch von der Presse eine Divergenz der Meinungen an einer Stelle zu sehr aufreden lassen, die als solche ja gar nicht bestanden hat. Meiner Meinung nach sieht es dabei so aus: Einheitlich haben wir alle die ungeheure Gefahr herausgestellt, die darin besteht, mit dem Begriff der Wiedervereinigung so umzugehen, wie es vor allem Wehner, aber auch Brandt getan haben. Dieselbe Einmütigkeit und Deutlichkeit mit einer für unseren politischen Standpunkt nach meiner Meinung sehr hilfreichen Nuancierung ganz unterschiedlicher Beispiele hat es zu der Theorie der zwei Staaten gegeben. Zweitens, es kann – glaube ich – unter uns allen kein Zweifel darüber sein, daß einem Verzicht auf das Ziel der staatlichen Wiedervereinigung von niemandem von uns das Wort geredet wird. Drittens, dagegen dürfen wir meiner Meinung nach in der Öffentlichkeit nicht den Eindruck erwecken, als bestünde unsere Deutschlandpolitik in dem ausdrücklichen Postulat nach staatlicher Wiedervereinigung. Damit wären wir weder im Einklang mit Konrad Adenauer, noch im Einklang mit dem, was Sie selbst in der Debatte gesagt haben, noch im Einklang mit dem, was unsere Wähler wirklich verstehen können. Und meiner Meinung nach ist die Schwierigkeit in der angeblichen Kontroverse unter uns dadurch entstanden, daß einige Medien berichtet haben, der Standpunkt der CDU in der Deutschlandpolitik wäre ausschließlich die Forderung nach der staatlichen Einheit. In dieser Richtung es also so zu erklären, wie Sie es selbst ja im weiteren Verlauf Ihrer Rede getan haben, wie Sie es auch etwa bei unserem Gespräch mit dem Präsidium des BdV getan haben<sup>29</sup>, wie Sie es ja auch anknüpfend an Konrad Adenauer getan haben, das allerdings halte ich für eine Notwendigkeit, wie ich es eben auch notwendig finde, daß wir uns immer wieder bewußt sind – das ist ja auch ein Punkt, den Sie bei dem BdV-Gespräch sehr eindrucksvoll dargelegt haben –, daß wir die Begriffe immer wieder erläutern und nicht formelhaft wiederholen, daß wir die Begründungen dafür geben, damit sie auch wirklich verstanden werden können. In dem Sinne – glaube ich – sind wir uns einig, und in dem Sinne sollten und brauchen wir uns nicht nervös machen zu lassen von Leuten, die von außen uns sagen, wir wären nicht einig. Im ganzen ist auch mein Gefühl, daß, wenn ich etwa das denke, was Stücklen uns im Fraktionsvorstand gesagt hat, der Eindruck ja vielleicht weniger der war, daß die CDU unterschied-

---

<sup>29</sup> Das Präsidium der CDU traf sich am 20. Januar 1970 zu einem Gespräch mit dem Präsidium des BdV (CDU Presse Mitteilungen vom 20. Januar 1970).

liche Ziele verlangt hätte, sondern mehr der, daß Teile der Öffentlichkeit gesagt haben, ihr habt zwar ganz eindrucksvoll gesagt, was an der Regierung nicht stimmt, aber ihr habt nicht ganz so eindrucksvoll gesagt, was ihr selber eigentlich wollt. Nun, die erste Aufgabe der Opposition ist zu kritisieren, was die verantwortliche Regierung tut. Aber ich finde, daß wir auch sehr deutlich gesagt haben, was unser Standpunkt ist. In Ihren Ausführungen war das ebenso enthalten wie in denen von Barzel, aber trotzdem ist es natürlich immer wieder wichtig zu erfahren, wie es draußen aufgefaßt wird. Aber mein wesentlichster Wunsch ist der, wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, als wäre dies die ausschließliche deutschlandpolitische Zielsetzung.

*Kiesinger:* Ich glaube, es wird auch noch dies wichtig sein, daß wir die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit als höchstes Ziel sehen in den übergreifenden Zusammenhängen.

*Dregger:* Auch ich bin der Meinung, daß wir Verhandlungen bejahen müssen und unsere Bereitschaft, einen Test zu machen, zum Ausdruck bringen müssen. Aber wir sollten ebenso klar sagen, daß wir Vorleistungen für falsch halten. Vorleistungen können ein Mittel der Politik sein in einer bestimmten Situation und vor allem gegenüber bestimmten Partnern, das zum Erfolg führen kann. Unsere ganze Westpolitik war eine Politik der Vorleistungen. Aber dieses Mittel gegenüber dem Osten anzuwenden, ist absurd, weil die Ziele unserer Gegner unseriös sind, so daß jede Konzession zu weiteren Forderungen notwendigerweise führen muß. Und ich glaube, das wird verkannt in der Öffentlichkeit, und das wird auch verkannt von der Regierung. Die Frage ist, wie unsere Reaktion sein sollte. Ich bin der Meinung, daß die Reaktion hart sein muß, deutlich sein muß, präzise sein muß, obwohl es hier um eine Frage der nationalen Politik geht. Aber wenn es Herr Wehner als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag ablehnt, eine gemeinsame Resolution zu fassen, und wenn er erklärt, daß die SPD, gegebenenfalls diese Regierung allein frei [sic!] kämpfen wird, dann ist doch die nationale Gemeinsamkeit in der Außen- und Deutschlandpolitik von der Koalition abgelehnt worden. Und wenn Ihr amerikanischer Besucher sagt, daß Unklarheit entsteht in der Welt über die deutschen Positionen – und dafür besteht wirklich alle Veranlassung –, dann müssen wir aus außenpolitischen Gründen dem entgegenwirken, um deutlich zu machen, daß die Regierung nicht das sagt, was die Deutschen meinen, jedenfalls wir nicht meinen. Und wenn ich die Dinge dann noch innenpolitisch betrachte im Wahljahr, bin ich nicht der Meinung, daß es uns schaden würde, wenn wir unsere Position ganz deutlich machen. Ich bin der Meinung – und das ist mein Eindruck aus vielen Gesprächen –, daß keineswegs die Art und Weise bejaht wird, in welcher nun Politik gegenüber Ulbricht gemacht wird. Und darum sollten wir die Gelegenheit zu einer Konfrontation auf diesem Gebiet der Politik durchaus suchen, auch aus innenpolitischen Gründen, nachdem wir zuvor festgestellt haben, daß es auch außenpolitisch richtig ist.

*Amrehn:* Für meine Begriffe gibt es gegenwärtig in der deutschen Politik im ganzen zwei Schwachpunkte. Der eine besteht darin, daß wir in den Grundfragen unserer Außenpolitik und insbesondere unserer Ostpolitik keine geschlossene Einheit durch den Bundestag mehr bilden. Das ist eine ausgesprochene Schwächung der deutschen Position. Ob sie wieder behoben werden kann, muß man heute anzweifeln.



Das zweite, was nicht weniger schwer wiegt, ist die Tatsache, daß mit der Preisgabe der Forderung nach staatlicher Einheit durch die Bundesregierung der innere Wille der Deutschen selbst geschwächt wird, ein fernliegendes Ziel anzusteuern, und damit auch die Kraft gelähmt wird, näherliegende Ziele zu erreichen. Wir selber werden uns bemühen müssen, wenigstens in diesem zweiten Punkt nicht selber Schwächezeichen erkennen zu lassen. Und hier meine ich, gibt es in der Tat auch bei uns zwei Punkte, über die im Vorstand gesprochen werden muß und für die Klarheit gewonnen werden muß, insbesondere auch, um unseren Mitarbeitern hinunter bis zu den Ortsverbänden etwas an die Hand zu geben, womit sie in der Kleinarbeit wirken können.

Herr Dr. von Weizsäcker meinte eben, es sei im Ernst unter uns keine Meinungsverschiedenheit in der Bundestagsdebatte zu Tage getreten. Ich glaube, das ist deshalb nicht ganz richtig, weil Brandt sehr geschickt immerhin auf die früheren Äußerungen von Strauß verweisen konnte, mit denen er selbst auch in Buchform die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands<sup>30</sup> – ich sage es jetzt ganz vorsichtig – in Frage gestellt hat. Das mag ja sehr vernünftig überlegt gewesen sein, aber das gehört jetzt in das Kapitel der Willensschwächung der Deutschen selbst, ein fern gestecktes Ziel anzusteuern.

Und das andere, was uns jetzt beschäftigen muß, ist die Frage, bis wieweit wir selbst Verhandlungen unterstützen können, ohne den Punkt zu überschreiten, von dem es auch für uns später kein Zurück mehr gibt. Mit anderen Worten, bis wir den Punkt erreichen, indem wir selbst materiell auf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands verzichten. Nun muß ich dazu noch ein erläuterndes Wort sagen. Wir haben doch staatliche Einheit nie als eine Art Selbstzweck verstanden, sondern diese Wortwahl getroffen mit dem Sinn, mehr Freiheit, überhaupt demokratische Freiheit dort wiederherzustellen, und ich kann nur sagen, wir haben im letzten Jahrzehnt von Berlin aus im Gespräch mit Ausländern eigentlich nie von der staatlichen Einheit gesprochen, sondern immer nur von der Herstellung der Freiheitsrechte im anderen Gebiet Deutschlands. Aber das schließt im Grunde die Selbstbestimmung der Einheit des Staates, wenn die Deutschen es wollen, ein. Und davon darf man, glaube ich, nicht zurückweichen, obwohl wir in Gedanken sagen, zwei freie deutsche Staaten wären uns auch recht, weil nämlich die Aufgabe eines solchen Standpunktes immer weitere Preisgaben nach sich zieht. Ich möchte das jedenfalls für uns auch so verstanden wissen. Und nun meine ich, sollten wir die Prüfung der Frage, wo der Punkt liegt, doch auch abhängig machen von dem, was die Regierung wirklich will. Die Regierung hat durch die Bundestagsdebatte Boden gewonnen in der öffentlichen Meinung und im Ausland, und zwar deshalb, weil Brandt wiederum sehr geschickt bestimmte Grundlagen unterstrichen hat, die wir selber mittragen: Selbstbestimmung, NATO-Bündnis, Viermächte-Verantwortung für ganz Deutschland, eine besondere Dreimächte-Bünd-

---

30 Strauß vertrat in seiner 1965 erschienenen Abhandlung „The Grand Design. A European Solution to German Reunification“ (London 1965) die These, daß eine deutsche Wiedervereinigung nur über den Weg der Schaffung einer starken Europäischen Politischen Union und einer Achse Bonn-Paris-London zu erreichen sei.

nisverpflichtung für die Bundesrepublik und für das westliche oder ganz Berlin. Das alles muß von uns unterstützt werden, und das hat er in den Vordergrund gestellt. Aber ich fürchte, daß hinter dem Schirm dieser Unterstreichungen sich ganz andere Dinge vollziehen werden. Und wohin marschiert wird, welche Stufen der Preisgabe von Positionen wir durchmachen, das hat in den letzten zwei bis drei Jahren schon immer Herr Schütz<sup>31</sup> drei Monate oder drei Dekaden vorher gesagt, als die Regierung es ausgeführt hat.

Und ich möchte einfach jetzt damit abschließen, um die Gefahren aufzuzeigen, vor denen wir stehen, daß ich aus einem Aufsatz von Herrn Schütz, den er in der Zeitschrift „Aktuelle Außenpolitik“ Ende Oktober nach Bildung der neuen Regierung geschrieben hat<sup>32</sup> und worin es heißt – es sind drei kurze Absätze, die mir hier wichtig erscheinen, denn dann wissen wir genau, was die im Schilde führen. Da heißt es folgendermaßen: „Die Bundesregierung weiß nicht, ob sie in der DDR selber einen außenpolitischen Partner sehen soll – was sie verbal ablehnt –, oder ob sie [...] in allen politischen Auseinandersetzungen oder Verhandlungen oder Abmachungen mit der Sowjetunion dieses Gebiet [...] als ‚Inland‘ – oder so etwas Ähnliches – sich selbst und der anderen Seite vorstellen soll.“ Die Bundesregierung weiß nicht – so Herr Schütz –, ob die DDR Inland oder Ausland ist. Sie drückt das aus, indem sie sagt, die DDR sei weder Inland noch Ausland. Wie soll das „nicht Inland“ und „nicht Ausland“ plausibel und praktikabel gemacht werden? Die Politik der Bundesregierung nach Osten hin müßte, um dieser Vorstellung zu entsprechen, alle Verhandlungen gleichsam in der Schwebelage halten. Eben dies aber ist in der politischen Praxis unmöglich. Dort wird die Formel zerrieben. In der Praxis fällt die Formel „weder Inland noch Ausland“ zusammen. Sie kann als Regulativ eine Weile die deutsche Frage offenhalten, mehr nicht. Sofern dies die Absicht ist, ist sie tauglich, verurteilt aber gleichzeitig die Bundesrepublik zur Inaktivität, denn keine konkrete Entscheidung, weder eine innerdeutsche, noch eine zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion oder zwischen allen in Frage kommenden Staaten, kann unter dieser Formel wirklich ausgehandelt werden. Und wohin die Inaktivität der Bundesregierung bis in die Mitte der sechziger Jahre geführt hat, ist mehr als deutlich. Die DDR ist über der Behandlung als Inland praktisch immer mehr zum Ausland für die Bundesrepublik geworden. Und sein letzter Satz, der nun folgen müßte, fehlt, den läßt er offen. Aber alles ist deutlich, was hier beabsichtigt ist, was gedacht wird. Und daraus ergeben sich, glaube ich, sehr frühzeitig die Konsequenzen einer Konfrontation in dieser Politik, daß wir das mit zum Anlaß nehmen müssen, unsere Meinung gegenüber der Bundesregierung zu bilden.

*Schröder:* Darf ich mal fragen, wo erscheint so etwas?

*Kiesinger:* Das ist ein kleines Büchlein. Das ist schon vor der Bundestagswahl er-

---

31 Klaus Schütz (geb. 1926), Politikwissenschaftler; 1967–1977 Regierender Bürgermeister von Berlin (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 294 Anm. 65. – Vgl. auch Wilhelm Wolfgang Schütz in PROTOKOLLE 5 S. 710 Anm. 11 und S. 780–782.

32 Hier zitiert nach dem Abdruck in CDU-Bundesgeschäftsstelle Abteilung Presse und Information vom 27. Januar 1970, 16 S., hier S. 11.

schienen und heißt „Deutsche Außenpolitik nach der Bundestagswahl“ oder „Deutsche Außenpolitik in der ... Legislaturperiode“. Und das ist der letzte Aufsatz in diesem Buch, das eine Reihe von verschiedenen Aufsätzen enthält, die alle lesenswert sind, die alle nur gegen unsere eigenen Auffassungen sind, aber dies ist der radikalste. Herr Amrehn hat recht, Schütz hat immer eine zeitlang vorher angekündigt, was in Zukunft kommen wird. Das ist nicht nur auf seinem eigenen Mist gewachsen.

*Schröder:* Ja, wer hat das dann aber gemacht? Haben Sie eine Vermutung, woher das stammt?

*Kiesinger:* Von Bahr – das ist doch altbekannt. Schütz ist doch ein gelehriger Schüler von Bahr.

*Blüm:* Ich denke, in der Deutschlandpolitik ist das wie an vielen anderen Stellen. Die extremen Lösungen scheiden aus. Ich kenne niemanden, der blindlings bedingungslos Anerkennung fordert, jedenfalls niemand, der ernsthaft in der Diskussion um die Deutschlandpolitik steht. (*Kiesinger:* Sie meinen, von uns nicht.) Von uns kenne ich niemand, der blindlings und bedingungslos die Anerkennung der DDR fordert, (*Zwischenruf:* Doch, Herr Simon!) blindlings und bedingungslos – wenn Sie diesen Zusatz akzeptieren –, auch der nicht. Und das andere Extrem scheidet ebenso aus, daß wir die Hände in den Schoß legen und sagen, ein guter, schöner Friedensvertrag wird uns die Probleme kostenlos lösen, irgendein Friedensvertrag, den wir in ferner Zukunft abschließen. Wenn das ausscheidet, dann kann es nur Lösungen in der mittleren Zone geben. Und da meine ich, hätten wir allen Grund, auch in der Öffentlichkeit zu betonen, daß es auch uns um Hilfe geht, was die menschlichen Verhältnisse in der DDR anbelangt, und zwar nicht nur aus taktischen Gründen, weil das gut klingt, sondern um der Sache willen. Ich glaube, daß dieses Moment nicht nur ein kurzfristiges Ziel ist, wenn wir auf Entwicklung setzen, wenn wir glauben, daß Entwicklung auch im anderen Teil Deutschlands eine Rolle spielt in der Lösung der Deutschlandfrage.

Und zweitens: Diese Zeit ist offenbar mit einem positiven Vorteil gegenüber Gesprächen, Verhandlungen, Dialog versehen. Ich kann das nicht als Nachteil empfinden, wenn diese Mittel in der Politik eine große Bedeutung erhalten. Wir sollten also auch betonen unsere Verhandlungsbereitschaft, auch in der Öffentlichkeit dieses Moment stark zum Tragen bringen, und sei es nur, daß wir den Gegner zum Offenbarungseid zwingen, zum Offenbarungseid des bösen Willens. Unter diesen Aspekten – meine ich – taugt die Deutschlandpolitik nicht zu einem Kontrastprogramm, wenn auch – und das meine ich, müßte man hier vermerken – der „Bayernkurier“ öfters den Eindruck erweckt, als könne man ein Kontrastprogramm entwickeln. Das kann uns nicht ganz gleichgültig sein, denn wir können uns nicht damit beruhigen, daß wir sagen, das ist ein Organ, mit dem wir nichts zu tun haben. In der Öffentlichkeit ist das Unterscheidungsvermögen nicht so differenziert. Und es kommt hinzu, daß ja eine Reihe der Versuche, die unternommen werden, von uns begonnen wurden, daß hier also eine Tradition fortgesetzt wird, wiewohl ich meine, wir sollten nicht nur aus der Tradition, aus der Vergangenheit argumentieren, sondern auch sehr viel stärker von der Zukunft her.

Und ein weiteres wichtiges Argument für die Deutschlandpolitik: Wenn ich Strate-

ge dieser Regierung wäre, dann würde ich für eine deutschlandpolitische Vollbeschäftigung der Opposition sorgen, um nämlich von den eigentlichen Schwächen der Regierung abzulenken. Ich würde dafür sorgen, daß möglichst viel Deutschlandpolitik diskutiert wird und diese Opposition die eigentliche Rechnung nicht präsentiert, nämlich die Rechnung, eine Regierung der inneren Reformen zu sein. Da liegen auch die Schwierigkeiten innerhalb der Koalition. Und diese Schwierigkeiten sollten wir aufdecken, zumal ja die Gefahr besteht, wenn die Deutschlandpolitik nicht zum Ziel führt, dann war die Opposition schuld, wenn sie zum Ziel führt, wird dieses Verdienst von der Regierung in die Scheune gefahren. Ich meine also, wir sollten die Deutschlandpolitik keineswegs hintenan stellen, aber über die Diskussion der Deutschlandpolitik nicht vergessen, daß die Gesellschaftspolitik eigentlich der Hebel ist, mit dem wir diese Regierung auch in Schwierigkeiten bringen können.

*Kiesinger:* Ich stimme Ihnen zu, Herr Blüm. Aber eine Sache bleibt bestehen, so harmlos ist es nicht. Es ist eben ein großer Kontrast. Diese Regierung hat unsere Positionen verspielt, und wir sind verpflichtet, noch zu retten, was zu retten ist. Und es ist eine verflucht ernste Angelegenheit. Da geht es nicht nur um taktische Überlegungen, wie wir die nächste Wahl gewinnen, sondern das ist eine Frage unseres Gewissens. Hier liegt das Problem, und das ist doch das Kontrastprogramm. (*Blüm:* Ich rede ja nicht einer Opposition das Wort, die nicht auch Kritik anbringen kann.) Nein, nein, ich sage es noch einmal in vollem Ernst. In ganzer Schwere ist hier bereits ein Konflikt da und ein Schaden entstanden, der praktisch kaum mehr gutzumachen ist. Das heißt, wir müssen z. B. diejenigen von uns, die Kontakte mit ausländischen Staatsmännern haben, da ganz stark entgegenwirken und denen sagen, wir vertreten immer noch die stärkste politische Kraft in diesem Lande und wir beteiligen uns an diesem Ausverkauf nicht. Das ist doch eine Unverschämtheit, daß die Sozialdemokratie den Ausdruck „Ausverkauf“ – sie hat ausverkauft, sie ist dabei auszuverkaufen –, den Franz Josef Strauß gebraucht hat, als eine Niedertracht bezeichnet hat. Man kann sich darüber streiten, ob man solch einen starken Ausdruck gebrauchen soll oder nicht, aber sonst sind wir uns einig, und ich bin auch der Meinung, daß wir uns ja nicht auf Nebengeleise der Deutschland- und Ostpolitik schieben lassen dürfen und uns davon abhalten lassen, unsere Energie auf andere Gebiete auszudehnen.

*Schröder:* Erlauben Sie mir, einen Satz hinzuzufügen, Herr Dr. Blüm. Die Frage des Hinausgehens über das, was gesagt worden ist, ob wirklich unsere Sicherheitsposition damit konkret gefährdet wird im weiteren Verlauf der Verhandlungen, das ist ein Punkt, der ist genauso wichtig wie die innenpolitischen Angelegenheiten.

*Kiesinger:* Es kann sehr bald kommen, Herr Dr. Blüm, daß z. B. die Sowjetunion die Forderung stellt, auch keine friedlichen Bemühungen um die deutsche Wiedervereinigung. Was für ein Kontrast ist das, wenn die Regierung sich etwa darauf einlassen sollte. Das wäre eine schreckliche Geschichte. Wir wissen es nicht, wie es kommt, aber ... (*Blüm:* Ich wollte nur dafür plädieren, daß wir die Akzente auf Nichtverständigung setzen, auch nach außen hin.) Ja, ja, da sind wir uns einig.

*Von Weizsäcker:* Ich möchte nur noch einmal zwei Bemerkungen aufnehmen, eine von Herrn Dregger und eine von Herrn Amrehn. Herr Dregger, damit kein Mißver-

ständnis entsteht! Sie haben davon gesprochen, daß wir auch aus innerpolitischen Gründen der Gelegenheit zur Konfrontation nicht ausweichen sollten. Und dann ist die Rede davon gewesen, an welcher Stelle wir die Bundesregierung unterstützen können und an welcher nicht. Bitte bedenken Sie doch eins auch im Zusammenhang mit der Debatte. Unklarheiten darüber, an welcher Stelle wir die Regierung in ihrer Deutschlandpolitik unterstützen können und an welcher nicht, gibt es nicht. Lesen Sie die Debatte nach. Es kann keine Rede davon sein, daß es in diesem Zusammenhang irgendeine Unklarheit gibt. Die Frage, die wir hochgespielt haben, ist eine ganz andere – nicht hochgespielt, sondern angesprochen haben, weil wir das müssen. Es gibt einen Zwang, die Zusammenarbeit unter den Parteien in den nationalen Fragen zu suchen, für den der Schlüssel nicht in unserer Hand, sondern in der Hand der Regierung liegt. Und es ist unser Vorwurf der Regierung gegenüber, daß sie diesen Schlüssel nicht benutzt. Es ist nicht unser ständiges Hinlaufen und zu sagen, wir sind ja mit allem einverstanden, was ihr tut, weil wir unter dem Zwang der gemeinsam nationalen Verpflichtung stehen. Die Regierung hat den Zwang dieser Zusammenarbeit zu suchen, und sie hat ihn nicht genügend gesucht. (*Dregger*: Sie hat ihn abgelehnt!) Und in diesem Zusammenhang haben wir von der Zusammenarbeit gesprochen, und in diesem Zusammenhang müssen wir auch weiter von der Zusammenarbeit sprechen. Und da ist nun erstens zu sagen, daß natürlich unsere Hinweise schon in den letzten Wochen immerhin auch einiges bewirkt haben. Die Regierungserklärung am 14. Januar hätte anders ausgesehen, wenn nicht usw. Und in dieser Richtung müssen wir uns selbstverständlich auch weiterhin bemühen. Diesen Zwang zur Zusammenarbeit, den im Grunde nur die Regierung zustande bringen kann und nicht wir, den haben wir sowohl gegenüber unseren Verhandlungspartnern, mit denen wir es im Osten zu tun haben, aber den haben wir natürlich auch gegenüber der eigenen Bevölkerung und auch gegenüber den eigenen Wählern. Denn das wissen wir ja alle aus unseren Erfahrungen. Wir erleben es immer wieder bei den eigenen Wählern. Die einen sagen uns: „Warum seid Ihr nicht viel deutlicher und schlagt denen unaufhörlich alles um die Ohren?“, und die anderen sagen uns: „Liebe Leute, die Bevölkerung wird doch von Jahr zu Jahr immer nüchterner in der Beurteilung der Dinge und Ihr müßt in dieser Richtung, gerade dann, wenn Ihr einen völlig richtigen Standpunkt vertretet, dieser Nüchternheit in der Art und Weise der Darstellung auch Rechnung tragen.“ Ich wollte nur sagen, wenn wir von der Gelegenheit zur Konfrontation sprechen, dürfen wir nicht ausschließen, sondern wir müssen einschließen, von der Regierung den Zwang zur Zusammenarbeit in den nationalen Fragen zu verlangen und nicht müde zu werden, ihr vorzuwerfen, daß sie das nicht tut.

*Dregger*: Ich stimme völlig mit Ihnen überein. Ich bin davon ausgegangen, daß die Regierung diese Zusammenarbeit abgelehnt hat ausdrücklich durch Herrn Wehner und daß diese Regierung die Zusammenarbeit nicht nur finden kann, sondern muß. Wenn sie das nicht tut, und wenn sie außerdem ihre Politik allein formuliert in einer Weise, die wir nicht billigen können, dann müssen wir diese Konfrontation herbeiführen.

*Von Weizsäcker*: Aber bei Wehner ist es ja immer sehr schwer zu wissen, was er

bezweckt. Er ist ja der große Taktiker. Die DDR hat ja unaufhörlich versucht klarzustellen, daß Brandt und seine Regierung in der Debatte einer Meinung mit der CDU seien. Und natürlich hat Wehner immerfort das Interesse, der DDR zu beweisen, daß sie das nicht sei. Er hat in seinem sehr ausführlichen Interview im Südwestfunk nach seinem ersten ganz kurzen lapidaren Satz in dem dpa-Interview<sup>33</sup> auch zum Thema der Zusammenarbeit wieder ganz andere Töne gesagt.

Aber ich wollte nur noch eine Sache, Herr Amrehn, zu Ihnen sagen. Ich glaube, daß wir eine gewisse Chance haben, darauf hinzuwirken, daß Schütz nicht weiterhin das vorweggeschickte Sprachrohr der künftigen Regierungspolitik ist. Wir haben ja gestern vormittag – also bitte, der Herr Vorsitzende ist hier und es handelt sich um eine vertrauliche Sitzung dieses Ausschusses<sup>34</sup>, aber soviel darf man doch immerhin sagen, daß der Herr Schütz uns gestern eine Art von Berlin-Optimismus auf jeder Ebene vorgetragen hat, von der mir hinterher der Herr Dahrendorf in einem Gespräch, bei dem Herr Bahr auch nicht weit weg war, gesagt hat, der Schütz hat die eine Hälfte der Fragen nicht beantwortet, und in der anderen Hälfte der Fragen hat er gelogen. Denn wir wissen doch, daß das Problem darin besteht, daß der Senat unter Führung von Schütz eine eigene außenpolitisch riskante Linie sucht, die im Gegensatz zur Regierungspolitik steht. Und das Problem der Regierungspolitik bleibt, in dieser Richtung Ordnung zu schaffen, und er habe es für unglaublich gehalten in der Art und Weise, wie Schütz gestern so getan habe, als ob es alles dieses überhaupt nicht gäbe. Ich will daraus nur folgern – bitte, wir sollten ja wirklich solche Bemerkungen nicht nach außen tragen, damit nützen wir uns ja gar nicht –, aber ich wollte nur sagen, daß wir durch Verwertung solcher Zitate, wie Sie sie eben vorgetragen haben, in der Tat die ohnehin nicht unprekäre Situation von Schütz auch in den Augen seiner eigenen Freunde in Bonn doch noch etwas prekärer machen können. Und das sollten wir auch tun.

*Lorenz:* Es ist tatsächlich so, daß mindestens in Berlin der Schütz gegenüber seiner eigenen Partei und in großen Teilen der Öffentlichkeit ausgesprochen unglaubwürdig geworden ist, weil er einerseits völlig kritiklos Schönfärberei betreibt, auch im täglichen Gebrauch, und andererseits völlig bedenkenlos in Wortwahl und praktischer Politik Dinge anstrebt, die völlig unausdiskutiert sind, und von denen er selbst nachher nicht genau weiß, was er meint. Er ist selbst von seiner Fraktion in einer gezielten konzertierten Aktion zurückgepfiffen worden. Wie lange das vorhält, weiß ich nicht. Wie lange Schütz trotzdem noch als Ratgeber bei Bahr in Erscheinung tritt, kann ich persönlich auch nicht beurteilen. Ich möchte nur sagen, daß man inzwischen alles das, was er sagt, sehr wenig ernst nimmt. Er neigt im übrigen auch in seiner täglichen Darstellung dazu, alles ist hier schön und groß und gut, und jeder weiß natürlich genau,

---

33 Wehners Interview im Deutschlandfunk vom 18. Januar 1970 in „SPD Pressemitteilungen und Informationen“ 13/70 vom 17. Januar 1970.

34 Sitzung des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen, dessen Vorsitzender Johann Baptist Gradl war. Vgl. seine handschriftlichen Notizen der Sitzung am 22. Januar 1970 in ACDP 01–294–067/2.

daß nichts dergleichen stimmt. Es ist zwar auf dem einen oder anderen Gebiet manches besser geworden, aber im Grunde genommen vieles übertrieben.

Was ich noch zur Debatte sagen wollte, ist hier in anderer Form schon angeklungen. Ich wollte nur noch einmal besonders darauf hinweisen. Eine der Methoden der anderen Seite ist ja immer, da sie unsere Menschen in der Hand haben, den Versuch zu unternehmen, diese Menschen immer mehr zu knebeln und dann uns irgendwann einmal Zugeständnisse zu entlocken mit dem Hinweis darauf, daß man den Menschen Erleichterungen gewährt, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit wäre, was dann aber als ein Entgegenkommen betrachtet wird. Sie haben, Herr Dr. Kiesinger, eben sehr richtig an das Beispiel Kriegsgefangene und Aufnahme diplomatischer Beziehungen erinnert, da war es ja auch so. Hier stehen wir natürlich immer in der Gefahr nachzugeben. Und es ist auch jetzt so, daß befürchtet werden muß, daß dieser Regierung eines Tages Zugeständnisse dadurch entlockt werden, daß man irgendein Entgegenkommen in bezug auf Erleichterung des Verkehrs der Menschen in Deutschland untereinander oder auch in Berlin anbietet. Und dann kann es sehr gefährlich werden, wenn die Sicherheit damit bedroht ist. Ich möchte mal auf Berlin bezogen konkret sagen: Wenn man nun z. B. anböte, den Telefonverkehr zwischen den beiden Teilen Berlins wieder aufzunehmen und den West-Berlinern die Möglichkeit zu geben, aus Berlin zu kommen – was immer wieder im Gespräch ist – und dagegen forderte, daß wir Bundespräsenz aufgeben, wie auch immer man das im einzelnen bezeichnen mag, ohne daß gleichzeitig die Lebensfähigkeit Berlins gestärkt wird, etwa durch eine zusätzliche und sichtbare Verbesserung auf den Zugangswegen von und nach Berlin, was die Lebensfähigkeit der Stadt eben wirklich heben würde, dann wäre das auf die Dauer für unsere Stadt eine ungeheure Gefahr. Gleichwohl wäre in der öffentlichen Diskussion die Sache zunächst – oberflächlich betrachtet – eine wichtige Sache. Vor dieser Gefahr stehen wir in absehbarer Zeit, zu der noch die zweite kommt, daß die Regierung wahrscheinlich versuchen muß, irgendwelche außenpolitische Erfolge auch in Richtung Osten aufzuweisen. Und wenn die andern sie am langen Arm verhungern lassen, werden sie dann eher geneigt sein, Zugeständnisse zu machen, selbst wenn sie sie ursprünglich nicht zu machen bereit waren, wenn man ihnen dafür die Angelegenheit dadurch kaschiert, daß man da und dort menschliche Erleichterungen präsentiert. Das scheint mir eine ganz große Gefahr, die auch von uns immer wieder gesehen werden muß und der man auch mit einer gewissen geschickten Taktik begegnen muß, weil wir natürlich auch für Erleichterungen im geteilten Deutschland eintreten müssen und auch eintreten wollen, auf der anderen Seite aber immer wieder rechtzeitig darauf hinweisen müssen, was auch Herr Dr. Schröder sagte, daß die Sicherheit unseres Landes und nicht zuletzt Berlins hierbei nicht verloren gehen dürfen.

*Kiesinger:* Um das kurz zu erwähnen, die können eine solche Lage jederzeit schaffen. Beispiel: Behinderung des Zugangs nach Berlin. Sie können mitten in den Verhandlungen zu einem bestimmten Zeitpunkt auf Rot schalten, und schon ist ein Handelsobjekt da. Wenn wir das beseitigen wollen, müssen wir Zugeständnisse machen. Wir sind also in einer unglaublich ungünstigen Lage.

*Von Hassel:* Ich möchte zwei Bemerkungen machen. Die eine schließt an an das,

was der Kollege Lorenz sagte. Außerdem möchte ich noch mal hier in diesem Kreise im neuen Vorstand erwähnen, was ich in dem alten Vorstand sagte, im Zusammenhang mit der Bundesversammlung in Berlin genau vor Jahresfrist.<sup>35</sup> Da habe ich einige hundert Briefe bekommen, gerade auch aus West-Berlin, bei denen so z. B. die Preislaage Anwälte, Ärzte und ähnliche sagten, nun gebt doch ruhig mal nach, wozu eigentlich so hart usw., während die Briefe, die mich erreichten aus Arbeiterkreisen, vom kleinen Berliner, mich beschworen, hier nicht nachzugeben, weil das erneut ein Schritt wäre auf das, was Sie eben sagten, Herr Kollege Lorenz. Das muß man einfach hier einmal sagen.

Das zweite sind zwei Bemerkungen, Herr Dr. Blüm, in Richtung auf Ihre Ausführungen, und zwar nur zu dem einen Thema, daß Sie sagen, wir wollen kein Kontrastprogramm, und zu dem anderen, in der Öffentlichkeit wird das Ganze nicht mehr so differenziert gesehen. Ich unterstreiche jeden Satz, den uns der Bundesvorsitzende über die Auffassung der Christlich–Demokratischen Union zur Deutschlandpolitik hier vorgetragen hat. Ich möchte keinen Satz noch einmal aufgreifen. Ich sage nur eines, von dem abgesehen, zum Thema Kontrastprogramm. Es gibt einen ganz tiefgreifenden Kontrast zwischen den Sozialdemokraten und uns. Die Sozialdemokraten legen seit Jahren jede Äußerung des Ostens immer freundlich aus, immer optimistisch und meinen, nun sei das alles wunderbar und wunderschön, während wir sagen, wir wollen uns erst mal genau in Erinnerung rufen, was in den letzten 20 Jahren gewesen ist. Und ich meine, daß also gerade diese Erfahrungen, die wir gesammelt haben, unseren Standpunkt bekräftigen: Blockade Berlin, Errichtung der Mauer, jene berühmte Reise der Jungdemokraten nach Weimar oder Eisenach im Jahre 1956<sup>36</sup>, wo die ganze Öffentlichkeit (die das nicht mehr so differenziert) sagte: Hut ab vor dem Mut der jungen Herren! Das waren Scheel und Weyer<sup>37</sup> und der verstorbene Döring<sup>38</sup>, die rübergingen und plötzlich hieß es: Nichts ist geworden! Und deshalb meine ich, es gibt einen fundamentalen Gegensatz zwischen den Sozialdemokraten und uns. Die lügen sich was in die Tasche, während wir versuchen, solide zu prüfen, ist da eine Chance drin, oder haben wir das alles schon einmal gehabt. Und leider ist es so – der Kollege Schröder könnte das aus seiner jüngsten Erfahrung als Verteidigungsminister noch viel genauer sagen –, daß nirgendwo ein Zeichen ist, daß sie bereit wären, uns substan-

---

35 Von Hassel gab dem Südwestfunk am 3. März 1969 ein Interview, in dem er die Rechtmäßigkeit der Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin betonte. Vgl. BULLETIN Nr. 28 vom 5. März 1969 S. 233 f.

36 Mitglieder der FDP initiierten Gespräche mit der LDPD. Im Juli 1956 kam es zu einem Treffen in Garmisch-Partenkirchen, im Oktober traf man sich zur Fortsetzung der Gespräche in Weimar. Vgl. AdG 1956 S. 6014 f.; Wolfgang R. KRABBE: *Parteijugend in Deutschland. Junge Union, Jungsozialisten und Jungdemokraten 1945–1980*. Wiesbaden 2002 S. 84; Wolfgang BUSCHFORT: *Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP*. Berlin 2000 S. 218.

37 Willi Weyer (1917–1987), Jurist; 1956–1972 Vorsitzender der FDP Nordrhein-Westfalen, 1962–1975 Innenminister von Nordrhein-Westfalen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 13 Anm. 31.

38 Wolfgang Döring (1919–1963), Unternehmer; 1950–1956 Hauptgeschäftsführer der FDP Nordrhein-Westfalen, 1954–1958 MdL Nordrhein-Westfalen, 1957–1963 MdB.



tiell wirklich etwas zu geben. Deshalb sage ich, hier ist ein fundamentaler Gegensatz zwischen uns, die wir sorgfältig die Dinge noch in Erinnerung haben, und den Sozialdemokraten, die sich mit einer Eleganz über die Erfahrungen dieser letzten 20 Jahre hinwegsetzen.

Das zweite, Herr Dr. Blüm! Sie sagen sicher zu Recht, in der Öffentlichkeit wird das alles nicht mehr so differenziert gesehen. Dazu kann ich nur sagen, wenn wir uns nur danach richten, was die Öffentlichkeit meint, sind wir sehr schnell verloren. Wir haben hier einfach angesichts der Struktur der Sozialdemokraten, denen ich zunehmend nicht über den Weg traue, die Verpflichtung, der Öffentlichkeit präzise zu sagen, welche ungeheuren Gefahren da sind. Und ich glaube, daß das auch ankommen wird. Herr Dr. Blüm, ich sitze oben auf dem Präsidentenstuhl bei Fragestunden. Es ist sehr interessant, eine Reihe sozialdemokratischer neuer Kollegen zu sehen, sie sind ja alle auch jüngeren Alters, was für Fragen sie stellen an die eigene Regierung und wie sie in der Auffassung, die die Regierung in der Antwort in der Fragestunde bringt, doch sehr stark versuchen, eine andere Blickrichtung zu bekommen. Das fängt an mit den Wehrdienstverweigerern und was da alles so reingehört. Und da habe ich die riesige Sorge, daß, wenn schon die etwas ältere Generation – dazu gehört doch der Schütz – anfängt, in der Form zu operieren, wie wir von Herrn Amrehn gehört haben, was soll dann eines Tages entstehen, wenn diese jüngeren Leute, die heute im Deutschen Bundestag sitzen, eines Tages die Frontbänkler sind. Und ich garantiere, in zwei Jahren sitzt eine andere sozialdemokratische Mannschaft auf den ersten Reihen. Und deshalb habe ich diese wahnsinnige Angst, daß die schon heute verspielt hat und in Zukunft noch mehr verspielen wird, wenn wir, die Bundespartei der CDU, nicht ungeheuer aufpassen und versuchen darzustellen, wie wir die Lage beurteilen.

*Blüm:* Darf ich ein Mißverständnis klarstellen? Mit den Differenzierungen und mit dem Unterscheidungsvermögen, das war in Richtung „Bayernkurier“ gemeint.

*Katzer:* Herr von Hassel, ich gehöre sicherlich zu den Leuten, die der öffentlichen Meinung nach nicht dieses oder jenes tun. Dazu kennen wir uns zu lange. Nur müssen wir natürlich Änderungen im Bild der öffentlichen Meinung und auch in unserer eigenen Wählerschicht zur Kenntnis nehmen. Wir müssen ihnen nicht nachgeben, sondern wir müssen wissen, daß wir in eine möglicherweise veränderte politische Landschaft hineindiskutieren. Da bleiben für mich drei Punkte. Erstens, es kommt ja nicht nur darauf an, wie wir eine Debatte geführt haben, sondern es kommt ja darauf an, welches Echo eine solche Debatte draußen findet. Und das Echo, dem wir begegnen, ist doch stark, vor allem auch bei der jüngeren Generation. Ich sehe hier auch bei uns zwischen Jungen und Alten eine gewisse unterschiedliche Betrachtung, was durchaus verständlich ist, als wenn die Debatte etwa geführt worden wäre, die Sozialdemokraten wollen menschliche Erleichterungen und die Union will staatliche Einheit. Zweitens, daß gesagt wird, ihr denkt immer nur zurück und denkt nicht nach vorn. Und dann komme ich zum dritten, Herr Bundeskanzler. Ich glaube, es ist immer sehr ahnungsvoll, wenn Sie Ihr Zitat machen zu dem, was in Moskau war und Adenauer dort war, mit den Kriegsgefangenen, und Sie dann mit Recht sagten zu den Leuten im Auswärtigen

Amt, wenn ihr wußtet, daß diese Konfrontation stattfindet, warum seid ihr dann hingefahren? Und wenn wir hingefahren sind, dann müssen die doch die Antwort wissen.

Hier wird natürlich zunehmend an uns die Frage gestellt, wie reagiert ihr denn in Zukunft, wenn das eintritt, was Kollege Lorenz mit Recht aus der Nähe Berlins gesagt hat? Wie ist denn eure Reaktion, wenn es menschliche Erleichterungen gibt, wenn Passierscheine wieder kommen, wenn das Post- und Fernmeldewesen und und und. Ich glaube, da müssen wir auch einmal versuchen, einige Gedanken nach vorne zu denken, um da eine glaubwürdige Antwort zu bekommen. Da wird die Sicherheitsposition des Kollegen Schröder natürlich eine wesentliche Rolle spielen, das ist gar keine Frage – und die Frage Berlins. Aber es wird eine Antwort gegeben werden müssen, wieweit wollt ihr gehen im Verzicht auf Dinge, die für jeden von uns hohe Werte darstellen, die höchsten Werte von der Freiheit her gesehen, von der Verbesserung der Freiheitsposition. Ich glaube, darüber müssen wir noch einmal nachdenken, daß wir dann die Antwort für die Zukunft bereit haben.

*Kiesinger:* Ich darf hierzu nur sagen, Herr Katzer, die Schwierigkeit für uns liegt darin, daß es nicht nur den „Bayernkurier“, sondern weite Kreise gibt, die gerade die mittlere Position bei uns – wenn Sie so wollen – als zu schwach ansehen. Wir würden manche Leute, die heute in dieser Frage etwas schwankend sind, vielleicht gewinnen können, zur selben Zeit aber andere abstoßen. Was eben gesagt worden ist von den Arbeitern, ist sehr wichtig. Das ist nicht nur in Berlin so, sondern das geht bis tief in die sozialdemokratische Arbeitnehmerschaft hinein, die die Situation sehr nüchtern sieht. Der Vorwurf, den man uns immer macht, wir haben in 20 Jahren nichts erreicht, ist absurd. Im Gegenteil, wir haben in 20 Jahren erreicht – und da müssen wir zum Angriff übergehen –, daß wir überhaupt die Positionen gehalten haben, das, was jetzt diese Brüder aufgeben. Aber das ist nur eine kurze Randbemerkung. Ich sehe die Schwierigkeiten auch, und daher kommt es darauf an, daß wir in der ganzen Breite richtig operieren. Es ist tatsächlich nicht einfach. Wir werden so oder so falsch interpretiert oder mißverstanden. Man braucht nur mal nachzulesen, was in der „Frankfurter Allgemeinen“ so steht.

*Gradt:* Ich muß zunächst um Entschuldigung bitten. Ich mache nur ein paar Anmerkungen, denn ich war durch die Ausschußsitzung so lange im Reichstag festgehalten. Ich möchte deshalb nur in aller Kürze folgendes sagen. Erstens, niemand in der Fraktion, als die Formulierung des Fraktionsvorstandes und des Fraktionsvorsitzenden am vergangenen Montag vorgelegt wurde, hat sich dagegen ausgesprochen, daß wir die Bemühung der Bundesregierung, zu einem Test des Ost-Berliner künftigen Verhaltens zu kommen, billigen. Niemand hat dagegen widersprochen. Ich denke, wir sollten dazu zwei Dinge deutlich machen: a) auch wir bejahen solche klärenden Versuche an sich, b) dies ist nicht eine Sache, die erst von dieser neuen Regierung entwickelt werden mußte, sondern dies ist eine Sache, die wir selber, Bundeskanzler Kiesinger an der Spitze, eingeleitet haben, nämlich der Versuch, die Verantwortlichen auf der anderen Seite zu stellen und sie an ihre deutsche Verantwortung zu erinnern und zu versuchen, mit ihnen zu vernünftigen Regelungen zu kommen.

Ich halte gar nichts davon, wenn wir zurückdiskutieren, was vor zehn und vor 15

und vor 20 Jahren war. Die Älteren wissen es, weil sie es noch wissen wollen. Die Jüngeren interessiert es nicht. Die Jüngeren fragen nach vorn, was wollt ihr denn? Und der Vorwurf aus den jüngeren Schichten gegen uns – manchmal unterschwellig, manchmal ausgesprochen, sogar höhnisch ausgesprochen – ist doch, daß wir nicht entwicklungsfähig sind, daß wir rückständig sind, also wenn sie vornehm sind, sagen sie, daß wir konservativ sind. Damit meinen sie, wir seien dem, was jetzt von der deutschen Politik verlangt wird, nicht gewachsen. Und deshalb meine ich, sollte jeder von uns, der spricht oder schreibt, immer darauf achten, daß er nicht den Eindruck erweckt, als ob er diese klärenden Versuche nicht will. Diesen Eindruck kann man nämlich erwecken dadurch, daß man offen sich dagegen ausspricht. Dies tut keiner. Aber ich kann auch die Einschätzung auslösen, ich sei einer, der im Grunde Mißerfolg will, der im Grunde dies nicht will, der dies nur nicht präzise und offen sagt und der sein Nichtwollen in einer überscharfen Kritik oder in einem überscharfen Ausdruck der Skepsis zum Ausdruck bringt. Und dies sollten wir auch vermeiden. Wir sollten ganz ruhig und nüchtern sagen, dies, was die Regierung jetzt tut, ist die Fortsetzung ihrer proklamierten Politik, in gewisser Weise eine Fortsetzung dessen, was wir einmal begonnen haben. Wir werden das kritisch wachsam beobachten. Unsere Aufgabe ist es zu verhindern, daß die deutsche Sache dabei Schaden erleidet. Dies ist sehr verantwortungsvoll und nicht durchsetzt mit Wörtern wie „hart“, „entschieden“ usw. Dies wird geglaubt, dies wird angenommen. Je mehr Konfrontation wir herbeiführen, um so mehr wird die andere Seite in die Lage versetzt zuzuspitzen und soweit zu gehen in ihren Entscheidungen, wie wir sie gerade nicht haben wollen. Ein gut Teil unserer Taktik in der Fraktion in den letzten Wochen war es doch, die äußerste Konfrontation zu vermeiden, denn einen Beschluß, der preisgibt, den können wir haben, wenn wir es darauf anlegen, denn die haben die Mehrheit. Besser ist es, so lange es Sinn hat – und darüber kann man natürlich streiten – zu verhindern, daß es zu dieser äußersten Konfrontation mit einem absoluten negativen Beschluß kommt.

Dann habe ich noch eine Bitte an die Bundesgeschäftsstelle, die ich hier einmal vorwegnehmen möchte, weil ich hörte, wie man sich hier über die Einstellung von Wehner geäußert hat. Ich bin nicht dazu da, Herrn Wehner zu interpretieren. Ich mache nur darauf aufmerksam, wer genau das Verhalten der Sozialdemokraten in der Bundestagsdebatte über die Lage der Nation beobachtet hat, der hat gemerkt, daß sie von unserem Verhalten im Grunde bitter enttäuscht waren. Sie waren enttäuscht, weil sie gehofft hatten, daß wir einen maßlosen Angriff reiten würden, daß wir polemisch zugespitzt reagieren würden, was sie nämlich brauchten nach der Rede von Brandt, die für die Linken und die intellektuellen Mitläufer dieser Richtung ja nicht die Erfüllung ihrer Wünsche gebracht hat. Was sie brauchten, war eine Herausforderung durch uns, die sie ablehnen konnten und die vor allen Dingen ihre Linken zufriedenstellen konnte, damit sie sagen konnten: „Seht ihr, so hart sind wir jetzt in der sozialdemokratischen Führung!“ Dies haben wir ihnen nicht geboten. Wir sind nämlich nicht dazu da, ihnen ihre linken Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Aber von daher müssen Sie einiges taktisch verstehen, was von der anderen Seite gesagt worden ist. Ich würde empfehlen, daß maßgebende Sprecher unserer Partei sich nur äußern,

wenn sie den Wortlauf der Erklärungen der anderen haben. Dies gilt auch für fraktionsinterne Auseinandersetzungen. Die Bundesgeschäftsstelle sollte dafür sorgen, daß wenigstens die Mitglieder des Parteivorstandes, wenn es Äußerungen gibt, die von Bedeutung sind für die Beurteilung, daß die fotokopiert werden und möglichst noch am selben Abend rausgehen, damit man sie am nächsten Morgen hat, z. B. ein Interview, wie Herr Wehner es dann am Sonntag im Deutschlandfunk gehalten hat. Meine letzte Bemerkung ist die, auf die Gefahr hin, als ein nationalistischer Reaktionsär zu gelten: Ich bin mit Leidenschaft der Meinung, daß diese Christlich-Demokratische Union an der staatlichen Einheit als Ziel deutscher Politik festhalten muß. Ich will das hier jetzt nicht begründen, das könnte ich. Ich will nur zwei Gesichtspunkte nennen, die für mich mitbestimmend sind in der gegenwärtigen Situation.

Ich lese sehr genau die Ostpresse und nicht nur die erste Seite. Ich sage Ihnen, der größte Triumph, den man der Gruppe Ulbricht bereiten könnte, wäre der, wenn sie in die Lage versetzt würde, erklären zu können, die in Bonn haben die staatliche Einheit aufgegeben. Wissen Sie, wie sie dann antworten würden: Ihr seid euch ja nur treu geblieben. Ihr seid doch entstanden aufgrund eines Befehls der Imperialisten, mit denen ihr Deutschland gespalten habt. Euer Verzicht auf die staatliche Einheit ist die letzte Konsequenz eures Verhaltens. Wir sind diejenigen, die die staatliche Einheit der deutschen Nation weiterhin als Ziel haben. „Es mag lange Zeit dauern“, hat Ulbricht gesagt, „aber sie wird anders aussehen als Euer Staat. Aber wir sorgen dafür.“ Lesen Sie nur einmal nach als Beispiel, wie sie den Ernst Moritz Arndt<sup>39</sup> jetzt bei seinem 200. Geburtstag behandelt haben, dann merken Sie, wie es drüben geht. Ich warne also davor. Dies ist einer der zusätzlichen Gründe für sich.

Und der zweite ist – und das ist ebenso ernst –, und das müssen wir wahrscheinlich noch häufiger sagen, noch deutlicher sagen. Wenn wir den Eindruck erwecken, als ob die staatliche Einheit als Ziel, als Anspruch von der deutschen Politik aufgegeben ist, dann verlieren wir die Basis, die wir brauchen, um mit Recht verlangen zu können, daß die inneren Verhältnisse auf der anderen Seite geändert werden. Denn wenn wir den Anspruch auf die staatliche Einheit aufgeben, dann heißt das, wir sind wirklich in unserem Verständnis zwei Staaten. Und dann hört das auf, daß wir uns darum kümmern, was drüben ist. Und das ist genau das, was Herr Ulbricht gerne will. Dies ist so entscheidend wichtig – auch als Argument – gegenüber denen, die meinen, laßt uns doch die staatliche Einheit aufgeben, dann kriegen wir doch vielleicht ein besseres Verhältnis zu der anderen Seite. Das ist der große Irrtum. Dann erst wird es endgültig auch im menschlichen Bereich festgeschrieben, und wir selber haben uns des Anspruchs begeben. Dies sollte man mehr klarmachen, als das bisher geschehen ist.

*Windelen:* Ich beurteile die Taktik von Wehner, daß er uns in die Konfrontation zwingen möchte, d. h. in eine Opposition des Neinsagens mit den Konsequenzen der Opposition der SPD von 1949 bis 1959. Wir sollten darauf nicht eingehen. Es besteht gar kein Zweifel, daß die ganz große Mehrheit unseres Volkes, auch unserer Anhänger, für Gespräche ist, auch mit Ulbricht. Und wir sollten dem auch nicht – das haben

---

39 Ernst Moritz Arndt (1769–1860), Dichter und Publizist.

wir ja auch nicht getan – grundsätzlich widersprechen. Wir sollten aber mit aller Klarheit, aber ohne Aggressivität und ohne polemische Zuspitzung unseren Standpunkt klar definieren. Wir sollten deutlich unsere Grenzen definieren, wieweit wir bereit sind mitzugehen. Wir sollten das nicht nur deutlich machen, sondern wir sollten das auch begründen, warum wir nicht weitergehen können, damit das klar ist und nicht nur wie eine Wiederholung alter Formeln aussieht. Ich glaube, interessanter als das, was in der Regierungserklärung steht, was in der Debatte danach gesagt worden ist, ist das, was nicht gesagt worden ist oder was nur angedeutet wurde und nicht ausdiskutiert wurde. Und ich glaube, dieser Frage müssen wir uns doch mal ernsthaft zuwenden, ob wir denn wirklich noch gemeinsam das gleiche verstehen, wenn wir von Deutschland sprechen, was jetzt unter Deutschland auch verstanden wird. Der Satz, daß Deutschland auf dem Territorium oder in den tatsächlichen Grenzen von 1970 bestehe, hat mir also ein wenig zu denken gegeben. Und diese Frage ist nicht ausdiskutiert worden. Eine weitere Frage ist es, ob wir das gleiche verstehen, wenn wir von Selbstbestimmungsrecht sprechen, von Selbstbestimmungsrecht, obschon in den Materialien ausdrücklich steht, die Deutschen, die außerhalb des Territoriums von 1970 wohnen, werden hier herausgenommen, die werden an anderer Stelle mal besonders behandelt, das heißt doch, offenbar verstehen wir doch nicht mehr das gleiche unter Selbstbestimmungsrecht, wenn wir von Selbstbestimmungsrecht sprechen. Und ich frage mich, ob wir z. B. noch das gleiche verstehen, wenn wir von Gewaltverzicht sprechen. Wir meinen damit Verzicht auf Gewalt. Brandt hat ja ziemlich unverbrämt gesagt, daß man im Gewaltverzichtsabkommen das alles jetzt notwendigerweise miteinbeziehen muß, was in einer Friedensregelung, die ja in absehbarer Zeit nicht kommen kann, einmal geregelt werden müßte. Und hier – meine ich – müssen wir zu einer Präzisierung der Begriffe kommen, um die Voraussetzungen zu klären, ob es noch eine gemeinsame Basis gibt. Ich habe das Empfinden, daß durch die bekannte Methode der Dialektik, durch Aushöhlung von Begriffen und das Füllen mit anderen Inhalten hier im Grunde Gemeinsamkeiten vorgetäuscht werden oder Gegensätze dialektisch überbrückt werden, die teilweise bei Einzelnen ganz sicher heute nicht mehr bestehen.

*Schwarz-Schilling:* Ich glaube, Herr Gradl hat in sehr eindrucksvoller Weise dargelegt, wie besorgniserregend die gesamte Entwicklung ist, wenn wir langfristige Zielsetzungen, die in der momentanen Situation nicht erreichbar sind, aus diesem Grunde ohne Grund aufgeben. Wir befinden uns ja eigentlich in der ganz merkwürdigen Situation, daß in den vergangenen 20 Jahren wir unsere Positionen halten konnten, weil wir langfristige Zielsetzungen hatten, die darüber hinaus gingen. Und das hat auch gerade Herr Amrehn gesagt, daß diese Position, in die wir jetzt langsam hineinrücken, die Situation genau umkehrt, indem wir den anderen die langfristigen Zielsetzungen und damit auch die moralischen Kategorien der Politik zuspiesen, während wir im Grunde genommen die moralischen Kategorien damit aufgeben. Ich stimme also mit dieser Analyse vollständig überein. Ich glaube aber, es bedarf einer Klarstellung der CDU-Position in der Bevölkerung in dieser Frage, daß unsere Skepsis und unsere Vorsicht, langfristige Zielsetzungen jetzt nicht in Frage zu stellen, nicht etwa Phantasielosigkeit ist, sondern einem langfristigen Konzept entspricht. Es ist draußen etwas der Eindruck

entstanden, und von jedem Ortsverband wird die Frage immer wieder gestellt: Was habt ihr denn langfristig bei der gegenwärtigen Situation dem entgegensetzen, was nun einmal als Realität, als Macht uns hier gegenübersteht? Wie glaubt ihr denn euer Ziel der staatlichen Einheit und ähnliches überhaupt in einem Konzept zu erreichen? Und ich habe es daher sehr begrüßt, als der Herr Vorsitzende hier mitgeteilt hat, daß man doch wieder einmal ein entsprechendes Arbeitspapier mit einem langfristigen Konzept erarbeiten sollte, um diese ganzen Fragen noch einmal neu zu durchdenken. Denn es genügt für die Beantwortung gerade der jüngeren Generation natürlich nicht, und zwar zu Recht nicht, denn wir haben ja auch in der Vergangenheit glaubhafte langfristige Zielsetzungen gehabt, um das derzeit Mögliche zu erreichen. Und wo ist jetzt die glaubhafte langfristige CDU-Position? Ich glaube, sie müßte viel mehr in einer differenzierteren Ostpolitik liegen, indem wir endlich davon abkommen, uns jetzt fast wie ein Kaninchen auf die Schlange Deutschlandpolitik zu fixieren und die Dinge in einem größeren weltpolitischen Rahmen zu sehen, um damit auch wieder ein glaubwürdiges Konzept zu finden, was nicht in der direkten Konfrontation oder Behandlung zwischen der Bundesrepublik und Ost-Berlin liegt oder je liegen könnte. Und das müßte mit einer etwas gedankenreicheren Studie, langfristiger gesehen, so plausibel dargestellt werden, daß unsere scheinbare Inaktivität gegenüber Ost-Berlin verständlich wird im Sinne einer langfristigen Konzeption. Ich glaube, darauf wartet man. Und das ist also einer der wesentlichsten Punkte, und darauf wissen wir auch im Moment – geben wir es ganz offen zu – nicht auf jede Frage sozusagen Schlag auf Schlag die Antwort. Aber das neu zu durchdenken, wie die Gesamtkonstellation ist der Sowjetunion, Chinas, Osteuropas und wie sich da einmal eine langfristige Konzeption Deutschlands einbauen läßt, das müßte man neu überdenken und auf lange Sicht versuchen, etwas zu definieren. Ich glaube, daß wir nur mit dem Konzept, was wir im Moment hier sagen, diese Antworten nicht finden. Und die Fragen werden lauter und lauter gestellt.

*Schröder:* Ich würde gern in diesem Kreis nur ganz kurz mit Rücksicht auf die Zeit aussprechen, was ich als tiefste Sorge bei dem habe, was sich im Augenblick ereignet. Es läßt sich relativ leicht ausdrücken. Ich glaube, daß die ostpolitischen Ansätze, wie die Regierung sie betreibt, zu Enttäuschungen führen werden. Erstens zu Enttäuschungen in Osteuropa. Man hat sich von einer SPD/FDP-Regierung doch wesentlich mehr versprochen als diese Regierung (unter unserem Druck) wird halten können. Es wird dort eine Enttäuschung geben. Ich will jetzt nicht genau voraussagen zu welcher Zeit, aber die Enttäuschung wird kommen. Das ist die eine Seite. Die zweite Seite ist die, daß wir eine Enttäuschung in Westeuropa haben. Ich lasse jetzt mal die Namen der einzelnen Länder weg, auch die haben natürlich die Hoffnung, daß das, was diese neue Regierung jetzt macht, unter Umständen auch für sie nützlicher, weil billiger, weil die deutsche Frage weiter wegrollt, auslaufen könnte. Ich bin der Meinung, daß man unter 1 und 2 die Probleme, die sich daraus ergeben – das ist mittelfristig jetzt gedacht – wird behandeln können. Weder ist die Enttäuschung in Osteuropa so schlimm, noch wird sie in Westeuropa so schlimm sein. Das, was ich nur wirklich befürchte, ist das Dritte.

Das, was ich wirklich befürchte, ist das, was gerade Herr Dr. Kiesinger sagte unter Bezugnahme auf seinen amerikanischen Gesprächspartner. Es macht das sehr deut-

lich, daß die Amerikaner durch diese ganzen Dinge, die jetzt vor sich gehen, bestärkt werden könnten in ihrer Absicht, ihr Engagement in Deutschland zu vermindern. Wenn das aber eintritt – darüber dürfen Sie sich nicht täuschen –, kann ein ganz gefährlicher Erdbeben entstehen, einfach deswegen, weil dann die Leute ein Ohr dafür haben, wenn gesagt wird: Ist denn Verlaß auf eure Bundesgenossen? Stellen Sie sich vor, die Amerikaner gehen zur Hälfte hier weg – das wird im Augenblick diskutiert –, das kann ganz schlimm werden, nicht als ob ich an der Bündniszusage der Amerikaner zweifle. Es ist aber ein großer Unterschied, ob Ihnen jemand eine Bündniszusage gibt, der nebenan wohnt oder ob Ihnen jemand eine Bündniszusage gibt, der ein paar tausend Kilometer entfernt ist mit den herrlichsten Flugzeugen. Aber nicht jedes Flugzeug funktioniert, wenn es funktionieren soll, wie wir gerade bei der 747 in diesen Tagen erleben.<sup>40</sup> Und dann wird das nächstgelegene Potential, nämlich das osteuropäische, sowjetische, kommunistische Potential viel größer erscheinen, als es in Wirklichkeit ist, zu sein brauchte oder wäre. Deutscherseits wird man aus Gründen, die ich jetzt hier nicht erläutern will, dieses Gefälle nicht ausgleichen können durch kräftige eigene Anstrengungen finanzieller usw. Art. Und das droht uns – wenn ich jetzt sage uns, dann meine ich die Deutschen schlechthin – in eine Lage zu bringen, die gefährlich werden könnte. Und wir werden uns deswegen auch überlegen müssen, was wir mit Rücksicht auf diese Gefahr richtigerweise für eine Politik betreiben sollen. Ich wollte das gern in aller Kürze gesagt haben, weil nach meiner Meinung das die eigentliche Gefahr mittelfristiger Natur ist.

*Dregger:* Darf ich noch einen Satz anfügen? Es wird noch eine vierte Enttäuschung geben, nämlich innenpolitisch im linken Flügel der SPD, wenn diese SPD nicht das tut, was von ihr erwartet wird. Und dieser Linksdruck wird so stark sein, wenn ich nur an Herrn Voigt<sup>41</sup>, den Jungsozialistenführer, denke, der gesagt hat: „Wir wollen ein sozialistisches Deutschland in einem sozialistischen Westeuropa. Dafür brauchen wir Entspannung und für die Entspannung brauchen wir die Anerkennung der DDR.“ Dieses Problem ist nicht nur außenpolitischer Natur, sondern es wird auch innenpolitisch in unsere Bundesrepublik hineingetragen. Und wenn wir die Entwicklungen an unseren Universitäten sehen, dann kann das gar nicht von der Hand gewiesen werden.

*Schröder:* Also ich möchte darauf nur noch einen Satz sagen: Das, was ich unter Punkt 3 geschildert habe, droht Punkt 4 um so schlimmer zu machen.

*Heck:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich möchte zum Schluß lediglich von der Partei her sagen, es ist ein müßiger Streit, nun zu untersuchen, ob objektiv ein Dissens in der Bundestagsdebatte innerhalb der Fraktion sichtbar gewor-

---

40 Nach zehnjähriger Entwicklungsphase wurde das Großraumflugzeug von Boeing erst Anfang 1970 an die amerikanische Linie Pan American ausgeliefert (vorgesehen war die Inbetriebnahme schon für 1966), konnte aber wegen Triebwerksproblemen erst sieben Stunden verspätet starten.

41 In der Vorlage: Vogt. – Karsten Voigt (geb. 1941), Volkshochschuldirektor; 1962 SPD, 1969–1972 Bundesvorsitzender und 1972/73 stv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, 1976–1998 MdB. – Zur Äußerung Voigts vgl. „Die Welt“ vom 29. Dezember 1969 „Jugoslawischer Sozialismus ist Vorbild für junge SPD-Mitglieder“.

den ist, sondern wichtig ist nur, daß in der Tat in der Partei und in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden ist, daß ein Dissens vorhanden ist. Mit der Tatsache haben wir uns auseinanderzusetzen.

Eine zweite Tatsache, auf die ich mit Nachdruck aufmerksam machen muß, ist die: Selbst in einem Gremium wie dem Elferrat – das sind nun wirklich die Führungsleute der Fraktion – ist ganz klar die Forderung nahezu gestellt worden und die Auffassung vertreten worden, auch wir müßten uns überlegen, zu irgendeiner Form der staatlichen Anerkennung zu kommen. Das war nicht irgendeine Stimme, und diese Stimme ist nicht von sich aus laut geworden, sondern die Debatte ist über das Wochenende im Wahlkreis diskutiert worden, und man hat dort die Erfahrung gemacht, daß nun speziell aus den Bereichen der jüngeren Generation die Fragen kommen: Was habt ihr geboten? Für die Zukunft habt ihr nichts zu bieten. 20 Jahre habt ihr nichts erreicht und nun kommt ihr mit dem gleichen Rezept.

Das gleiche ist zu Tage getreten bei einer Diskussion in einem Arbeitskreis bei den Sozialausschüssen<sup>42</sup>, und zwar sehr heftig. Ich will nur auf diese zwei Dinge hinweisen, um deutlich zu machen, wir können es uns nicht leisten, weder im Präsidium, noch im Vorstand, verbal über verschiedene Auffassungen uns hinwegzugeben. Wir müssen sogar im Gegenteil die Dinge auf potentiell sich entwickelnde Gegensätze und Auseinanderentwicklungen hin diskutieren. Wir müssen vermutlich dann auch sehr sorgfältig zwei Dinge überlegen, was hier ja angesprochen worden ist – einmal was für uns langfristig gesehen unverzichtbar ist, unabhängig davon, ob es im Augenblick Mode und populär ist und ob man es verkaufen kann. Auf der anderen Seite hat es natürlich auch keinen Sinn, jetzt eine Sprache zu sprechen und für eine Sache zu werben, die nicht mehr gefragt ist. Also eine gewisse Opportunität ist einfach notwendig immer, um die Frage zu beantworten, wie verdeutlichen wir es uns, wie machen wir unsere Politik verständlich. Bei den Sozialdemokraten es ist in der Tat so – da hat Windelen darauf hingewiesen –, daß es eine systematische Arbeit ist. Man hat zunächst die Begriffe aufgelöst, so daß man verschiedenes darunter versteht. Und dann wird die Entscheidung gefällt, welche Interpretation des Begriffs noch Gültigkeit hat. Und das ist klassisch marxistisch und ist übrigens auch richtig. Wenn man in einer Frage einmal das öffentliche Bewußtsein erobert hat, ist die politische Entscheidung lediglich noch der Vollzug dessen. Und darauf kann man an sich warten. Ich halte es deshalb für außerordentlich wichtig, daß, wenn diese Frage bis ins Detail im Präsidium diskutiert ist mit einem Ergebnis, daß das im Vorstand noch einmal diskutiert wird. Denn hier muß in der Tat eine stabilisierende Wirkung vom Vorstand in die Partei hinein ausgehen, und wir müssen vielleicht wieder einmal antreten, um für das, was wichtig ist, was unverzichtbar ist, zu kämpfen.

---

42 Ein Protokoll der Sitzung des CDA-Arbeitskreises Ost- und Deutschlandpolitik liegt nicht vor. Eine ausführliche Diskussion fand im Verlauf der Bundesvorstandssitzung der CDA vom 17. Januar 1970 statt, vgl. das handschriftliche Protokoll in ACDP 04–013–015/2. Vgl. auch das Schreiben von Klaus-Dieter Zemlin, stv. Vorsitzender der Post-Gewerkschaft, an Norbert Blüm betr. des Januar-Arbeitspapiers mit beigefügtem Vorentwurf für eine Entschließung in ACDP 04–013–109/1.



Nun eine Frage: Wir hatten uns an sich vorgestellt, daß Katzer einen Bericht geben sollte, dann Stoltenberg, wenn er wieder zurück ist, und dann ich, und wir haben noch einige Punkte der Tagesordnung, die wir auf alle Fälle noch heute erledigen müssen. Ich neige eigentlich dazu, die Zeit, da der Vorsitzende nicht hier ist, jetzt zu verwenden, um die Punkte der Tagesordnung von 2 bis 4 zu besprechen, und dann können wir mit den Berichten in der Aussprache fortfahren. Soweit ich das übersehe, ist 17.00 Uhr der letzte Termin. Also 16.30 Uhr müssen wir hier zu Ende kommen, weil hier ein Zwang mit den Abflugterminen gegeben ist. Sind Sie damit einverstanden, daß wir so verfahren? (*Zustimmung.*) – Dann darf ich Herrn Dr. Kraske bitten, zunächst über die Lage zu berichten, die die Sondierungen ergeben haben, wo und wann wir unseren Parteitag abhalten.

#### BUNDESPARTEITAG 1970

*Kraske:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der Bundesvorstand hat sich auf seiner letzten Sitzung mit dem Bundesparteitag 1970 beschäftigt. Zur Debatte stand damals die Frage, sollen wir diesen Parteitag in Hessen im Vorfeld der Landtagswahl abhalten, um damit gleichzeitig einen Beitrag zu dieser Landtagswahl zu leisten? Ist ein solcher Beitrag produktiv? Oder sollen wir zur gleichen Zeit außerhalb Hessens – damals war die Rede von Nordrhein-Westfalen – den Parteitag abhalten? Es wurden bei der Frage, ob es sinnvoll wäre, in einen solchen Landtagswahlkampf hineinzugehen, gleichzeitig auch Bedenken gegen die in Frage stehende Halle angemeldet, die Rhein-Main-Halle in Wiesbaden. Das Ergebnis der Vorstandssitzung war: erstens festzustellen, welche anderen Städte in Hessen in Frage kämen, zweitens zu klären, was in Nordrhein-Westfalen im entsprechenden Zeitraum zur Verfügung stände.

Nachdem ich dem Präsidium bereits vor einer Woche berichten mußte, daß sich die Ermittlungen des Landesverbandes in Hessen reduziert haben auf die Rhein-Main-Halle in Wiesbaden, da sich herausgestellt hat, daß andere Städte, sei es aus Gründen der Halle, sei es aus Gründen der Quartiere, nicht in Frage kämen, jedenfalls nicht in diesem Zeitraum, daß aber auch die Mercatorhalle in Duisburg für den entsprechenden Zeitraum nur für einen einzigen Termin zur Verfügung stände an drei zusammenhängenden Tagen, hat das Präsidium die Aufgabenstellung erweitert und hat das gesamte 4. Quartal 1970 feststellen lassen. Das Ergebnis liegt Ihnen im Umdruck vor. Ich bitte, davon Kenntnis zu nehmen, daß für dieses 4. Quartal nur die hier aufgeführten Möglichkeiten überhaupt in Betracht kommen im gesamten Bundesgebiet, wenn Sie davon ausgehen erstens, daß der Parteitag in einer ausreichend großen Halle stattfindet; zweitens, daß in einem Umkreis bis zu 50 km die entsprechenden Quartiere zur Verfügung stehen.

Betr.: Bundesparteitag 1970, hier: Hallenmöglichkeiten im IV. Quartal.

Folgende Hallen können noch im IV. Quartal 1970 in Anspruch genommen werden:

Tagungsort	Hallen	Hotelunterbringung
Hessen: Wiesbaden	Rhein-Main-Halle 12.–14. Oktober 1970 (Montag bis Mittwoch)	in Wiesbaden und Mainz
NRW: Duisburg	Mercatorhalle 2.–4. November 1970 (Montag bis Mittwoch)	überwiegend Düsseldorf (25 km)
Niedersachsen: Braunschweig	Stadthalle Braunschweig 23.–25. November 1970 (Montag bis Mittwoch)	Braunschweig 400 Personen, Rest Umgebung bis zu 60 km
Hamburg	Planten un Blomen Kongreßraum 23.–25. November 1970 (Montag bis Mittwoch)	innerhalb der Stadt ausreichend
Baden- Württemberg: Böblingen	Stadthalle Böblingen 23.–25. November 1970 (Montag bis Mittwoch)	überwiegend in Stuttgart (20 km)

1. Wiesbaden: Vier Wochen vor den dortigen Landtagswahlen in einer Halle, gegen die hier das letzte Mal doch eine Reihe von Bedenken angemeldet worden sind.

2. Duisburg: Zu einem – wie mir scheint – völlig unmöglichen Zeitpunkt. Am 8. November sind Landtagswahlen in Hessen. Ich halte es für ausgeschlossen, daß wir in der letzten Wahlwoche an drei Tagen von Montag bis Mittwoch unseren hessischen Freunden die gesamte Prominenz abziehen.

3. Braunschweig: Am Tage nach der bayerischen Landtagswahl am 22. November. Braunschweig, Stadthalle, ist bekannt. Wir sind dort erst vor sehr kurzer Zeit gewesen. Die Quartierlage in Braunschweig war nicht sehr günstig. Eine große Zahl von Delegierten hatte sehr weite Wege, was doch zu erheblichen Verstimmungen geführt hat.

4. Hamburg: Letzter Parteitag in Hamburg 1957, also vor 13 Jahren. Hallenverhältnisse und Quartierlage erstklassig.

5. Böblingen: Stuttgart – Böblingen, muß ich hinzufügen. Unsere baden-württembergische Parteiführung hat ausdrücklich darauf Wert gelegt, daß Böblingen nicht etwa ein kleiner Ort mit einer geeigneten Halle, sondern ... (*Heck*: Gestatten Sie bitte, daß ich einmal unterbreche, weil Herr Dr. Kraske dieses Böblingen in so verächtlichem Ton ausspricht. – *Heiterkeit*.) Böblingen ist also nahezu ein Vorort der Weltstadt Stuttgart. Der einzige Nachteil von Böblingen – und das hat das Präsidium geschlossen festgestellt – ist, daß die Unterbringung in Stuttgart stattfinden müßte. Und das bedeutet doch Entfernungen von etwa 20 km.

Ich fasse zusammen: Das Präsidium ist nach dieser Lage und nach Überprüfung dieser fünf Möglichkeiten zu dem Ergebnis gekommen, beide Landtagswahlen in Hes-

sen und Bayern abzuwarten und dem Vorstand vorzuschlagen, den Parteitag in Hamburg abzuhalten vom 23.–25. November 1970.

*Heck:* Wird das Wort gewünscht?

*Dregger:* Es ist erstaunlich, daß das Präsidium zu diesem Ergebnis gekommen ist. Ich kann nur etwas zur Halle in Wiesbaden sagen. Ich glaube, der schlechte Eindruck rührte her vom Vertriebenenkongreß, der dort stattgefunden hat. Diese Rhein-Main-Halle erlaubt jede Aufstellung von Bänken und Tischen, also auch ein Forum zu schaffen, wo die Zuhörer und die Zuschauer in einem Halbkreis um das Pult herum versammelt sind. Das ist ja gerade das, was uns in Berlin so gefallen hat. Also, das ist auch in dieser Rhein-Main-Halle möglich. Es kommt nur darauf an, wie man sie herrichtet. Und die Unterbringung im Raume Wiesbaden macht überhaupt keine Schwierigkeit. Bleibt nur die Frage, ob wir in einem Parteitag eine werbende Angelegenheit für die CDU sehen. Wenn wir dieser Meinung sind, dann sollte man ja eigentlich die Gelegenheit nutzen, das einer der fünf Landtagwahlen zugutekommen zu lassen. Wir von Hessen aus haben eine hohe Meinung von der Bundespartei und ihren Parteitagen und sind der Meinung, daß ein Parteitag in Wiesbaden uns nützen könnte. Deswegen plädieren wir dafür, Wiesbaden zu nehmen.

*Von Hassel:* Darf ich nur eine ganz kurze Bemerkung machen. Also, ich habe zunächst mal vor dieser Halle einen Horror. Es mag sein, daß sie damals falsch bestuhlt gewesen ist. Es waren diese Stuhlgalerien eingebaut, und da oben saß in dieser Galerie die APO. Es war so steil, daß man sich träumen lassen konnte, daß aus Gefahren heraus da Leute heruntergeworfen werden könnten oder herunterstürzten.

Ich möchte nur auf folgendes aufmerksam machen. Der Ältestenrat des Deutschen Bundestages hat ja die Arbeit eingeteilt, und also vom 12.–14. Oktober ist Bundestagswoche, und in der Woche vom 2.–4. November ist Bundestagsarbeitswoche. Das schließt nicht aus, daß, wenn wir das heute etwa beschließen, wir das vielleicht noch korrigieren können. Aber das ganze Zeittableau für die Zeit zwischen Sommerpause und 1. Januar ist ja nur unter entsetzlichen Schmerzen überhaupt zustande gekommen. Bedauerlich ist bei mir, daß wir das nicht schon eher entschieden haben, dann hätten wir das so etwa hinfummeln können. Ich muß nur sagen, per heute und entschieden vor 14 Tagen sieht es so aus, die beiden ersten Termine – Wiesbaden und Duisburg – fallen in eine Bundesarbeitswoche. Die anderen Termine sind frei.

*Katzer:* An sich wäre natürlich, zumal nach der Aussage des hessischen Landesvorsitzenden, wenn das als Unterstützung der Wahl gedacht ist, das natürlich eine gute Sache. Das würde man sicherlich hinkriegen. Ich muß nur ein Bedenken anmelden, – das hat nichts mit Hessen und Termin und Halle zu tun. Ich bin Ihrer Meinung, Herr Dr. Dregger, daß man die Halle sehr wohl anders gestalten kann. Nur folgendes: Wir haben sehr wenig Zeit für die Verabschiedung der Weiterentwicklung des Berliner Programms. Wir haben bis jetzt noch keine Vorlage – die Kommission hat gerade erst angefangen –, und ich fürchte ... Ich hätte es ganz gerne in Nordrhein-Westfalen, weil wir das schon einmal beschlossen haben. Aber auch das würde ich aus Termingründen zurückstellen und würde aus Termingründen in der Tat Hamburg den Vorzug geben, weil ich mir einfach sage, die vier Wochen werden wir dringend brauchen, um auch nur

einigermaßen anständig eine Diskussion in unseren Kreisverbänden durchzuführen. Sonst haben wir einfach den Zorn unserer Mitglieder in der Sache, wir kriegen es früher nicht hin. Das ist eigentlich für mich der ausschlaggebende Punkt. Ich wäre gerne für Nordrhein-Westfalen gewesen und hätte mich dann auch gerne für Hessen eingesetzt, aber aus dem Termingrund habe ich mir gesagt, dann bin ich für Hamburg, wo die räumlichen Möglichkeiten ganz sicher ganz ausgezeichnet sind.

*Heck:* Ich muß dazu bemerken, daß in der Tat die Fristen für einen Parteitag mit einer Programmdiskussion ausgesprochene Schwierigkeiten bereiten. Wir bekommen das Mitbestimmungsthema, Wirtschaftsverfassung, Schulreform, Hochschulreform, Verwaltungsreform und Neugliederung der Länder, bloß um ein paar Themen zu nennen. Der Zeitraum ist außerordentlich knapp, und zwar muß ich ja noch in Abzug bringen die Sommerferien, in denen zwar wir in der Bundesgeschäftsstelle arbeiten können, aber die Sommerferien fallen in genau den Zeitraum, wo in den Kreisverbänden beraten werden sollte. Also für die Vorbereitung des Parteitages wäre der Termin nach den bayerischen Landtagswahlen eine entschiedene Verbesserung und Erleichterung für uns, zumal die erste Diskussion in der Programmkommission ergeben hat, daß angestrebt wird, ein ganz neues Programmkonzept zu erarbeiten, so daß ich meine Sorgen habe, ob diese Programmkommission ihre Arbeit zu dem vorgesehenen Termin überhaupt fertig hat. – Meine ganzen Sympathien sind bei Hessen und Wiesbaden!

*Von Hassel:* Aber wir gehen nach Hamburg! (*Heiterkeit.*)

*Echternach:* Ich bin auch dafür, daß wir nach Hamburg gehen, aber nicht weil ich zufällig aus Hamburg komme, sondern wegen der technischen Möglichkeiten. Ich glaube doch, daß dieser Programmparteitag, der ja mit großen Erwartungen nicht nur von der Partei, sondern auch gerade von der jüngeren Generation in der Partei begleitet wird, daß der von vornherein nur eine begrenzte Redefreiheit hätte, wenn er kurz vor zwei wichtigen Landtagswahlen stattfände. Und das würde eine entsprechende negative Reaktion einfach bei denjenigen hervorrufen, die dort frei und auch ungezwungen ihre Meinung sagen wollen und nicht Rücksicht nehmen wollen, ob nun dieser oder jener Diskussionsbeitrag von dieser oder jener unfreundlichen Zeitung mißverstanden und in einen Gegensatz zur Parteilinie gebracht werden könne. Deswegen meine ich, würden wir der innerparteilichen Reformdiskussion keinen Gefallen tun, wenn wir diesen Programmparteitag vor einer Landtagswahl abhalten würden. Und deswegen spricht wohl unter diesem Gesichtspunkt sehr viel dafür, daß wir diesen Parteitag in Hamburg abhalten.

*Heck:* Also, ich glaube, das Pro und Contra ist ausreichend dargelegt. Wer der Meinung ist, wir sollten nach Wiesbaden gehen, wie es ursprünglich ja vorgesehen war, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Mit Verständnis unserer hessischen Freunde geht der nächste Parteitag nach Hamburg. – 3. Tagesordnungspunkt:

NOMINIERUNG VON FÜNF MITGLIEDERN FÜR DEN FERNSEHRAT DER ANSTALT  
ZWEITES DEUTSCHES FERNSEHEN

Hier schlägt das Präsidium folgendes vor: Bisher waren abgeordnet Professor Abelein<sup>43</sup>, Dr. Kraske, Dr. Martin<sup>44</sup>, Dr. Schreiner<sup>45</sup>, Frau Strecker<sup>46</sup>.

Frau Strecker hat gebeten, von dieser Pflicht entbunden zu werden. Das Präsidium war der Auffassung, man sollte Frau Dr. Wex hier an die Stelle von Frau Strecker entsenden, um dadurch zum Ausdruck zu bringen, welche Bedeutung wir im Präsidium dieser Frage beimessen. Und ich glaube, daß es gut wäre, ein Präsidiumsmitglied hier im Fernsehrat zu haben. Bei den übrigen Mitgliedern hat eine sorgfältige Überlegung ergeben, daß wir es bei den Herren belassen sollten, die bisher die Partei im Fernsehrat vertreten haben.

*Dregger:* Das ist ja im wesentlichen eine Wiederwahl mit nur einer Veränderung, die ich selbstverständlich unterstütze und begrüße. Es ist sicherlich schwierig, bei solchen Wiederwahlen Veränderungen herbeizuführen, da ja alle Kandidaten geeignet sind. Auf der anderen Seite möchte ich nur folgendes sagen. Dieser Fernsehrat und unsere Einflußnahme in den Fernseh- und Rundfunkräten sind ja von außerordentlicher Bedeutung. Hier ist handfeste Personalpolitik zu machen. Hier geht es also nicht um Sachgebiete oder ähnliche Dinge. Wir erleben ja in dem hessischen Rundfunkrat unter dem Übergewicht der SPD eine sehr brutale Politik, und wir haben jetzt auch die Praxis, von uns aus – soweit wir diese Positionen besetzen – die härtesten Kämpfer zu entsenden. Unter diesem Gesichtspunkt, ohne jemand in Zweifel ziehen zu wollen, hätte ich gerne vorgeschlagen Herrn Dr. Schwarz-Schilling, der dieser harte Kämpfer ist und der außerdem als unser anerkannter Kulturpolitiker nach dem Ausscheiden von Hanna Walz für diesen Sachbereich zuständig ist, wobei es mir nun schwerfällt vorzuschlagen, wer statt dessen nicht. Aber ich möchte sagen, daß es sehr viele Gründe gäbe, Herrn Dr. Schwarz-Schilling zu nominieren.

*Heck:* Hierzu muß ich aber auf eines aufmerksam machen. Im Fernsehrat ist in der Tat ein Kulturpolitiker eine wichtige Sache. Aber wir haben einen Freund aus Hessen ausgesprochen in dieser Position im Fernsehrat, so daß ich mich wundere, daß von Hessen dieser Vorschlag kommt.

*Dregger:* Ja, ich habe das noch nicht regional gesehen, und ich habe nicht die Absicht, die Kandidatur von Herrn Dr. Martin etwa in Zweifel zu ziehen. Das ist das

---

43 Dr. Manfred Abelein (1930–2008), Rechtsanwalt; 1969 Professor für Politik und öffentliches Recht an der Universität Regensburg, 1965–1990 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 155 Anm. 30.

44 Dr. Berthold Martin.

45 Hanns Schreiner (geb. 1930), Ministerialdirigent; 1969–1991 Sprecher der Landesregierung Rheinland-Pfalz und Leiter der Pressestelle der Staatskanzlei, 1988–1991 Chef der Staatskanzlei.

46 Dr. Gabriele Strecker (1904–1983), Ärztin; 1954–1962 MdL Hessen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 155 Anm. 29.

einziges Gremium, wo Hessen mal überrepräsentiert ist, sonst sind wir überall unterrepräsentiert.

*Stingl:* Man müßte vielleicht auch einmal feststellen, wie hoch die Präsenz der jetzigen Mitglieder immer gewesen ist. Ich sehe hier, daß Professor Abelein da drin ist, der jetzt eine Professur in Regensburg hat und im Bundestag sitzt. Das finde ich, ist unter Umständen eine sehr große Schwierigkeit, ihm das auch noch aufzuhalsen. Ich weiß nicht, da der Herr Dr. Kraske im Rat drin ist, sollten wir ihn doch einmal fragen, wie unsere Leute da gewesen sind und wer regelmäßig teilnimmt.

*Kraske:* Ich kann nur sagen aus eigener Erfahrung – meinen eigenen Beitrag lasse ich dabei aus dem Spiel –, ich sage nur offen, daß meine Beteiligung im letzten Jahr (wegen Bundestagswahlkampf) nicht so war, wie ich sie mir für die Zukunft vorstelle. Ich würde aber insgesamt sagen, daß diese Mannschaft gut und wirkungsvoll war, da man ja auch mal von dem Ergebnis der Arbeit ausgehen soll. Ich mache darauf aufmerksam, daß für die Linke das ZDF inzwischen nahezu den gleichen Stellenwert wie Springer<sup>47</sup> hat. Und das will, glaube ich, eine ganze Menge heißen. Das ist jedenfalls für die Vertreter der CDU in diesem Fernsehrat eine Bilanz, die man, glaube ich, diskutieren kann.

*Dregger:* Das war sehr vornehm, wenn ich das sagen darf, wie Herr Dr. Kraske sich geäußert hat. Aber unsere Fragen hat er nicht beantwortet.

*Kraske:* Herr Dregger, ich kann nur sagen, ich habe keine Strichliste dabei geführt. Ich vertrete den Vorschlag, den das Präsidium aus gutem Grunde gemacht hat, und wenn Sie hier Klarheit wünschen, dann kann ich den Ball nur Ihnen zurückgeben. Wenn in Abweichung des Präsidiumsvorschlages, was jedermanns gutes Recht ist, andere Vorschläge gemacht werden, hat es geschäftsordnungsmäßig nur Sinn, wenn dann gesagt wird, an wessen Stelle. Dann wird das natürlich auch schwierig.

*Heck:* Es ist sicher so, da der Vorschlag, der sicher viele Sympathien für sich hat, mit der Begründung Kulturpolitik kommt und ein hessischer Kulturpolitiker, der Spitzenkulturpolitiker Dr. Martin in diesem Gremium sitzt – die Frage ist auch diskutiert worden, denn Herr Dr. Martin hat mir auch einen Vorschlag weitergereicht. Ich habe das so verstanden, als ob er keinen großen Wert mehr darauf lege und er der Überzeugung sei, daß er nicht mehr in diesem Gremium sein solle. Aber meine diesbezügliche Anfrage hat er als schreckliches Mißverständnis zurückgewiesen. Ich meine, wenn unsere hessischen Freunde hier nicht den konkreten Vorschlag machen, Herrn Martin mit Herrn Schwarz-Schilling auszuwechseln, dann sollte sich doch der Vorstand dem Votum des Präsidiums anschließen.

*Stingl:* Ich will jetzt zur Person gar nichts sagen. Aber der Vorstand muß sich doch auch mal ein Bild machen können. Mich würde interessieren, wer ist von der anderen Seite drin? Wer ist außerdem noch drin? Das sollte doch auch einmal vorgetragen werden.

---

47 Axel Cäsar Springer (1912–1985), Verleger. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1316 Anm. 39; Hans-Peter SCHWARZ: Axel Springer. Die Biographie. Berlin 2008. – Hier ist gemeint, der Einfluß der Springer-Presse.

*Kraske:* Ich muß Ihnen sagen, Herr Stingl, daß ich das nicht mit Sicherheit sagen kann, weil die Sozialdemokraten auf verschiedenen Wegen benannt worden sind, wie ja auch bei uns. Es haben in der vergangenen Legislaturperiode drin gesessen für die SPD: Herr Berkhan<sup>48</sup>, Herr Garbe<sup>49</sup>, Herr Westphal<sup>50</sup>, Herr Ingensand<sup>51</sup>, wie ich glaube, den Fünften kriege ich jetzt nicht zusammen. Die SPD wird sicher andere Vorschläge machen, weil Berkhahn und Westphal nach dem Vertrag als Parlamentarische Staatssekretäre das nicht weiterführen können. Aber wer da in Zukunft sein wird von der SPD, kann ich Ihnen nicht sagen. (*Zwischenruf:* Der Fünfte war Jockel Fuchs.)

*Stingl:* Wer sind andersgewählte CDU-Leute?

*Kraske:* Andersgewählte CDU-Leute sind Herr Soeldner<sup>52</sup>, der über den Bauernverband hereingekommen ist; Herr Schäfer<sup>53</sup>, Chefredakteur der „Kieler Nachrichten“, der über den Journalistenverband hereingekommen ist; Herr Besson<sup>54</sup>, der über den Bundesrat hereingekommen ist; Herr Dr. Helmut Kohl, der über den Bundesrat drin ist; Herr Domes<sup>55</sup> über Vertriebenenverbände, ein Vertreter der Katholischen Kirche, der an unseren Gruppensitzungen teilnimmt und ein Vertreter des Roten Kreuzes.

---

48 Karl Wilhelm Berkhan (1915–1994), Ingenieur; 1929 Mitglied der SDAJ, 1945 SPD, 1953–1957 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1957–1975 MdB, 1969–1975 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, 1975–1985 Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages. Vgl. Rudolf J. SCHLAFFER: Der Wehrbeauftragte 1951 bis 1985. Aus Sorge um den Soldaten (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland 5). München 2006.

49 Karl Garbe (geb. 1927), Journalist; Redakteur der Juso-Zeitschrift „Klarer Kurs“, ab 1961 Leiter Öffentlichkeitsarbeit SPD-Parteivorstand, Verwaltungsratsmitglied und Vorsitzender im Ausschuß für Unterhaltung des ZDF.

50 Heinz Westphal (1924–1998), Schlosser; 1945 Mitgründer der SPD Berlin, 1948–1950 Vorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“, 1965–1990 MdB, 1964–1974 Mitglied im ZDF-Fernsehrat, 1969–1974 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, April–Oktober 1982 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Vgl. Hanspeter BLATT/Heinrich EPP (Hg.): Produktive Unruhe. Festschrift für Heinz Westphal zum 65. Geburtstag. Bonn 1989.

51 Harald Ingensand (1923–1992), Journalist; 1949–1951 Pressereferent der Landesregierung Niedersachsen, 1951–1956 Persönlicher Referent des Ministers im Sozialministerium Niedersachsen, 1956–1962 stv. Direktor der Landeszentrale für Bildung Niedersachsen, 1963–1971 Abteilungsleiter und (ab 1964) Senatsdirektor in der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Kunst Berlin, 1971–1976 ZDF-Verwaltungsdirektor.

52 Horst Soeldner, Diplom-Landwirt; Zentralausschuß der Deutschen Landwirtschaft.

53 Hans Schäfer (1920–1992), Journalist; 1966–1985 Chefredakteur der „Kieler Nachrichten“, Mitglied im ZDF-Verwaltungsrat.

54 Dr. Waldemar Besson (1929–1971), Historiker und Politologe; seit 1966 o. Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Konstanz. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 670 Anm. 22.

55 In der Vorlage: Dohmes. – Dr. Alfred Domes (1901–1984), Journalist und Schriftsteller; 1931–1936 Dozent an der Universität Aarhus/Dänemark, ab 1937 Professor an der TH Danzig. – Vertreter des BdV im ZDF-Fernsehrat wurde Hellmut Gossing (1905–1974), Sparkassendirektor; 1950–1960 Landesvorsitzender des Zentralverband bzw. Bundes vertriebener Deutscher in Niedersachsen, 1955–1959 MdL Niedersachsen, 1959–1963 Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte.

*Stingl:* Herr Domes wird jetzt zurückgezogen vom Bund der Vertriebenen.

*Heck:* Ja, den hat der Herr Martin vorgeschlagen. Deswegen habe ich die Rückfrage gemacht.

*Stingl:* Dann wissen wir also auch nicht, was da kommt. Ich meine, wir sollten uns in unserer Vorstandssitzung nicht nur mit unseren Fünf befassen, sondern wir müssen Einfluß nehmen auch auf die anderen Verbände und uns früher damit auseinandersetzen.

*Heck:* Aber trotzdem müssen wir zu einer Entscheidung kommen, wen die Partei entsendet.

*Dregger:* Könnte man darüber abstimmen, wenn man sechs Kandidaten hat?

*Heck:* Ja, dann müssen wir wählen lassen. Anders ist das wohl schwer zu machen.

*Kraske:* Wir können das erst machen, wenn auch die Präsidiumsmitglieder wieder da sind. Die haben doch jetzt Pressekonferenz.

*Katzer:* Was interessiert uns denn die Pressekonferenz? Zu was kommen wir denn hierher? Sollen Sie doch ihre Pressekonferenz alleine machen.

*Kraske:* Ich bitte nur um Verständnis, daß wir bemüht sind um größere Publizität. Und bekanntlich haben an einem Freitag Pressekonferenzen, die nach 16.30 Uhr stattfinden, keinen Sinn.

*Stingl:* In Berlin erscheinen Sonntagszeitungen.

*Kraske:* Das Präsidium hat einen Fünfer-Vorschlag gemacht, und ich meine, es müßte dann ein anderer Fünfer-Vorschlag dem entgegengestellt werden.

*Stingl:* Wo steht das? Wir sind der Vorstand und nicht das ausführende Organ des Präsidiums.

*Heck:* Also ich bin der Meinung, vertagen wir den Punkt der Tagesordnung, bis die Mitglieder des Präsidiums hier sind. Ich halte das für ein Gebot der Fairness, daß wir so verfahren. – Wir kommen also zu Punkt 4 der Tagesordnung:

#### BUNDESREDNEREINSATZ BEI DEN LANDTAGSWAHLEN DES JAHRES 1970

*Kraske:* Die Vorbereitungen der vor uns liegenden Landtagswahlen werden dem Vorstand sicher noch in anderer Weise beschert werden. Heute geht es darum, um einen Grundsatzbeschluß zu fassen, der die Vorbereitung des Bundesrednereinsatzes regelt. Dieser Rednereinsatz ist für den Hamburger Bürgerschaftswahlkampf durch unmittelbare Vereinbarung des Landesverbandes mit den gewünschten Rednern vorbereitet. Für die Landtagswahlen an der Saar und in Nordrhein-Westfalen am 14. Juni und für Hessen am 8. November soll es in ähnlicher Weise erfolgen wie bei den Bundestagswahlen. Deswegen hat das Präsidium beschlossen, Ihnen vorzuschlagen, daß sich Mitglieder des Bundesvorstands, Mitglieder des Fraktionsvorstands und die CDU-Mitglieder der Landesregierungen für diesen durch die Bundespartei vermittelten zentralen Rednereinsatz zur Verfügung stellen und dafür, sowohl vor dem 14. Juni wie vor dem 8. November, jeweils zehn Tage zur Diskussion stellen. Das Präsidium bittet den Vorstand, diesen Grundsatzbeschluß zu übernehmen und zu bestä-



tigen, damit auf dieser Basis mit den langfristigen Vorbereitungen begonnen werden kann.

*Heck:* Wird das Wort gewünscht? – Ich stelle fest, daß der Vorstand sich in diesem Falle dem Vorschlag des Präsidiums anschließt. – Bevor wir zur politischen Lage zurückkehren, hat Herr Dr. Schmücker noch zwei Beschlüsse vorzutragen.

#### BAU DER PARTEIZENTRALE

*Schmücker:* Meine Damen und Herren! Sie haben vielleicht schon gesehen, daß wir mit den Erdarbeiten für das Parteihaus schon begonnen haben. Es war notwendig, um den Bau einigermaßen termingerecht oder wunschgemäß herzustellen, daß wir diese Erdarbeiten von dem Gesamtbauprojekt abtrennten und vorab erledigten und in der Zwischenzeit dann die Verträge vorbereiten, und ich hoffe, Mitte nächsten Monats abzuschließen. Das Präsidium hatte mir in der letzten Sitzung die Vollmacht gegeben, schon die Verträge zu vereinbaren. Aber der Bauausschuß hat davon Abstand genommen, weil nach Meinung der Architekten und auch meiner Berater aus der Bundesbaudirektion die Baubeschreibung, die von allen Beteiligten hergestellt war, doch nicht so ausreichend war, daß man eine genügende Sicherheit gehabt hätte, bei Fertigstellung des Baues besondere Ansprüche zu stellen. Und zwar in Zahlen ausgedrückt war es so, daß die Fachleute der Meinung waren, daß die erste Baubeschreibung etwa eine 50 %ige Sicherheit böte. Man braucht aber mindestens eine 90 %ige. Diese neue Baubeschreibung ist dann hergestellt worden von den Architekten, inzwischen an alle beteiligten Firmen übersandt worden, die dann aufgefordert wurden, uns bis Ende Februar ihre Angebote zu machen. Das geht natürlich nicht ohne Ärger ab. Wenn zwölf sich beteiligen und es kann nur einer genommen werden, d.h. einer ist froh und schweigt und elf schimpfen und sind laut. Das muß man einfach in Kauf nehmen. Wer bauen will und ohne Ärger baut, der baut wahrscheinlich zu teuer. Im übrigen ist Ihnen ja die Baukommission bekannt, und die Bitte ist auch hier in diesem Antrag, dieser Kommission die Zuständigkeit für die Vergabe der Aufträge und die laufende Beobachtung zu geben. Ich will noch einmal die Namen verlesen: Herr Amrehn, Herr von Arnim, Herr Kraske, Herr Heck, Herr Seiters und ich.

Eine zweite Bitte möchte ich Ihnen vortragen, und ich bitte um Zustimmung. Der Hausverein ist zur Zeit der Besitzer des Grundstücks. Der Hausverein sollte aber nicht bauen, weil das in der Versteuerung sehr schwierig wird. Und wir schlagen vor, daß der Hausverein das Grundstück an die Union-Betriebs-GmbH verpachtet und die auch das Haus betreibt. Um nun nicht diese Einrichtung allzu mächtig werden zu lassen, ist mein weiterer Vorschlag, aber das wird auch noch steuerrechtlich geprüft, daß die Bausteine im Besitz der Partei verbleiben. Wir müssen ja einen sehr raschen Vermögenszuwachs irgendwie bei der Union-Betriebs-GmbH verkraften. Es muß also der Vermögenszuwachs in Übereinstimmung gebracht werden mit der Abschreibung. Das alles wird noch steuerrechtlich geprüft. Dazu brauche ich keine Beschlüsse. Einen Beschluß aber brauche ich, daß dieser Hausverein wieder in die Form gebracht wird,

die von der Satzung und von der Finanzordnung vorgesehen ist. Das bedeutet, daß dieser Hausverein vom Präsidium gewählt wird. Das müßte also erst beschlossen werden. Dann müßte beschlossen werden, daß Herr Burgbacher als der derzeitige Vorsitzende des Hausvereins gebeten wird, eine Versammlung einzuberufen und daß in dieser Versammlung dann die Neukonstituierung vorgenommen wird und daß dann die Beschlüsse, wie ich sie vorgeschlagen habe, gefaßt werden.

*Heck:* Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Der Bundesschatzmeister hat vorgeschlagen, daß der Vorstand einige Beschlüsse faßt. Die Beschlüsse liegen schriftlich vor.

*Echternach:* Ist schon jetzt absehbar, wann mit dem Bezug des Hauses zu rechnen ist?

*Heck:* Ich kann das mitteilen. Mit dem Bau des Hauses ist begonnen worden. Mit der Bezugsmöglichkeit ist zu rechnen etwa im Frühjahr 1971. (*Schmücker:* Wenn die Gelder da sind.) Der Beschlußentwurf liegt Ihnen vor. Ich weiß nicht, ob Sie ihn schon zur Kenntnis genommen haben. Wenn Sie ihn zur Kenntnis genommen haben, kann ich es mir nämlich schenken, ihn vorzulesen.

*Katzer:* Ich bitte nur, Herr Kollege Heck, einen Parteiadel herbeizuführen, denn ich lese nur Professoren, Doktoren, nur bei meinem Namen steht nichts davor. Ich komme mir sehr nackt vor. Ich bitte also zu prüfen, ob ich nicht einen Parteiadel bekommen kann, daß hier auch vor meinem Namen etwas steht.

*Vorlage für Präsidium und Bundesvorstand der CDU am 23.1.1970. Beschlußentwurf. Präsidium und Bundesvorstand der CDU mögen beschließen:*

„Präsidium und Bundesvorstand der CDU nehmen den Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU und Vorsitzenden der Baukommission, Herrn Dr. Kurt Schmücker MdB, über die Sitzung der Baukommission am 14.1.1970 in Bonn zustimmend zur Kenntnis. Im Hinblick auf den Beschluß II/9a des 17. Bundesparteitages der CDU in Mainz vom 17.11.1969, worin die Verantwortlichkeit der Baukommission gegenüber dem CDU-Bundesvorstand festgelegt ist, sind Präsidium und Bundesvorstand damit einverstanden, die Baukommission als das für die Errichtung des Verwaltungsneubaus der CDU in Bonn verantwortliche Gremium zu betrachten und die Baukommission zu folgenden Handlungen zu ermächtigen: a) Vergabe der Bauaufträge, b) laufende Beobachtung der Baudurchführung, c) Vornahme aller Entscheidungen, die zur ordnungsgemäßen Durchführung des Bauvorhabens nötig sind. Die rechtlichen Zuständigkeiten des Hausvereins der CDU e. V. und der Union-Betriebs-GmbH sind dabei zu berücksichtigen. Präsidium und Bundesvorstand nehmen davon Kenntnis, daß bei der Ausarbeitung des notariellen Erbbauvertrages zwischen dem Hausverein der CDU e. V. und der Union-Betriebs-GmbH alle sachkundigen Beteiligten hinzugezogen werden sollen. Der Bundesschatzmeister wird gebeten, die erforderlichen Verhandlungen einzuleiten. Präsidium und Bundesvorstand bitten, ständig und umfassend über alle Maßnahmen bezüglich des Verwaltungsgebäudes der CDU durch die Baukommission unterrichtet zu werden. Auf Antrag des Präsidiums beschließt der Bundesvorstand, vor Eintritt in die Tagesordnung auf seiner Sitzung am 23.1.1970 in Ber-

lin noch die Tagesordnung um den Punkt ‚Errichtung eines Verwaltungsneubaus der CDU und Abberufung und Neuwahl von Mitgliedern des Hausvereins der CDU e. V.‘ zu erweitern.“

*Vorlage für Präsidium und Bundesvorstand der CDU am 23. 1. 1970. Beschlusßentwurf. Das Präsidium der CDU möge beschließen:*

„Das Präsidium bittet den Bundesvorstand der CDU, wegen der Zusammensetzung der Mitgliederversammlung des Hausvereins der CDU e. V. folgenden Beschluß zu fassen: Der Bundesvorstand der CDU beruft hierdurch nach § 3 Absätze 2 und 3 der Satzung des Hausvereins der CDU e. V. vom 8. 8. 1960 und nach § 10 der Finanz- und Beitragsordnung die Herren Professor Dr. Fritz Burgbacher MdB, Dr. Brillinger<sup>56</sup>, Dr. Konrad Kraske MdB, Dr. Heinz Pettenberg<sup>57</sup>, Theo Blank MdB, D. Dr. Eugen Gerstenmaier, Dr. Heinrich Krone<sup>58</sup> und Dr. Klaus H. Scheufelen als Mitglieder des Hausvereins der Christlich-Demokratischen Union Deutschland e. V. ab und dankt ihnen für ihre bisherige langjährige und selbstlose Mitarbeit. Der Bundesvorstand der CDU wählt hierdurch gemäß § 3 Abs. 1 Satzung Hausverein CDU und § 10 Finanz- und Beitragsordnung zu Mitgliedern des Hausvereins der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands die Herren Professor Dr. Ludwig Erhard MdB, Dr. h. c. Kurt Georg Kiesinger MdB, Dr. Bruno Heck MdB, Hans Katzer MdB, Dr. Helmut Kohl MdL, Dr. Gerhard Schröder MdB, Dr. Gerhard Stoltenberg MdB, Dr. h. c. Kurt Schmücker MdB, Dr. Rainer Barzel MdB und Frau Dr. Helga Wex. (Herr Bundestagspräsident von Hassel MdB wird von dem Mitgliederwechsel nicht berührt, weil seine Wahl 1960 ohne jede Zeitgrenze erfolgte und er nun als Mitglied des CDU-Präsidiums ebenfalls Vereinsmitglied wäre.)“

Hinweis:

1. § 3 der Satzung des Hausvereins der CDU e. V. lautet wie folgt: „Mitgliedschaft: Mitglieder sind die Gründer des Vereins. Die weiteren Mitglieder des Vereins werden durch den Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands gewählt. Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt oder Abberufung. Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand mit sofortiger Wirkung. Die Abberufung erfolgt durch Beschluß des Bundesvorstandes der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands.“<sup>59</sup>

2. § 10 der Finanz- und Beitragsordnung lautet wie folgt: „Der Verwaltung von Liegenschaften durch die Bundespartei dient ein Hausverein. Er besteht aus den Mitglie-

---

56 Dr. Hermann Brillinger (geb. 1915), Diplom-Volkswirt; Verleger in Düsseldorf, stv. Vorsitzender des Hausvereins der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 774 Anm. 89.

57 Dr. Heinz Pettenberg (1900–1974), Journalist; 1928–1955 Redakteur des „Kölner Stadt-Anzeigers“ (1949 Chefredakteur), 1955–1966 Leiter der CDU-Presseabteilung, 1966–1974 Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der KAS.

58 Dr. Heinrich Krone (1895–1989), Lehrer; 1949–1969 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 13 Anm. 32.

59 Satzung des Hausvereins in ACDP 07–001–G171.

dern des Präsidiums. Vorsitzender ist der Bundesschatzmeister. Die Satzung bedarf der Genehmigung durch den Bundesvorstand.“

*Heck:* Dann kann ich also feststellen, daß Sie dem Beschlußentwurf, wie er hier vorliegt, zustimmen. Dann kommen wir also zurück zur politischen Lage!

#### VERSCHIEDENES

*Katzer:* Ich wollte an sich drei Punkte vortragen, von denen ich aber wegen der Zeitnot, in die wir nun gekommen sind, vor allem einen Punkt gern erörtert hätte, und zwar die Frage der Behandlung des Berichtes der Biedenkopf-Kommission<sup>60</sup>. Ich glaube, das ist für unsere Partei ein lebenswichtiger Punkt, und es kommt sehr wohl darauf an, daß wir von der ersten Stunde an hier in eine richtige Einlassung kommen und daß wir uns auch klar werden, wie die weitere Einlassung für die Zukunft sein soll. Der Bericht selbst ist noch nicht ausgedruckt. Ich habe per Zufall ein hektographiertes Exemplar bekommen – 400 Seiten –, ich will auf den Inhalt nicht groß eingehen, weil das einer eingehenden Erörterung bedarf. Ich möchte nur sagen, daß wir – glaube ich – glücklich sein können, daß wir auf dem Parteitag hier in Berlin in der Mitbestimmungsfrage nicht so votiert haben, wie das Berliner Programm es verabschiedet hat, denn wir hätten uns selbst in eine sehr miese Diskussion nach diesem Bericht, der mir vorliegt, gebracht, wenn wir damals ein „No“ gesagt hätten. Wir sind damals offen geblieben und haben damit jetzt alle Chancen – ich betone, alle Chancen –, um die Diskussion konstruktiv bestimmen zu können.

Die erste Einlassung, die wir gegeben haben – am Mittwoch, 17.00 Uhr, wurde der Bericht übergeben an den Bundeskanzler –, haben wir schriftlich fixiert, und wir haben ihn abziehen lassen, nachdem Herr Stoltenberg und Frau Wex vom Präsidium gebeten hatten, das zu haben. Ich würde empfehlen, Herr Generalsekretär, daß wir unseren Parteifreunden insgesamt diesen Text in geeigneter Form zukommen lassen, denn ich meine, das sollte die Sprachregelung sein, an die wir uns alle die nächsten 14 Tage halten sollten. Dann kommt ja sowieso eine dezidierte Diskussion durch Publikationen auf Arbeitgeberseite, Gewerkschaften. Aber die ersten 14 Tage wären wichtig, daß wir so verfahren. Herr Dr. Barzel hat diese Erklärung in seinem Namen

---

60 Dr. Kurt Biedenkopf (geb. 1930), Hochschullehrer; 1963 Habilitation, 1964–1970 Ordinarius an der Ruhr-Universität Bochum, 1966 CDU, 1967–1969 Rektor der Ruhr-Universität, 1973–1977 Generalsekretär der CDU, 1976–1980 und 1987–1990 MdB, 1977–1986 Vorsitzender des LV Westfalen-Lippe, 1980–1988 MdL Nordrhein-Westfalen, 1986/87 Vorsitzender des LV Nordrhein-Westfalen, 1990–2002 Ministerpräsident von Sachsen, 1990–2004 MdL Sachsen, 1991–2002, Vorsitzender des LV Sachsen. – Biedenkopf leitete die von der Bundesregierung eingesetzte Mitbestimmungskommission, die sich am 24. Januar 1968 konstituiert hatte (vgl. dazu „Sozialpolitische Umschau“ Nr. 6 vom 21. Januar 1970). Der Bericht „Mitbestimmung im Unternehmen“ der Kommission wurde am 21. Januar 1970 der Bundesregierung übergeben, vgl. BULLETIN Nr. 10 vom 23. Januar 1970 S. 93–95 sowie BT-Drs. VI/334 vom 4. Februar 1970.

für die Fraktion abgeben, wie auch ich im Fernsehen eine kurze Interpretation fast wörtlich in Übereinstimmung mit dem Text dieser Erklärung gegeben habe. Sie liegt Ihnen vor, ich will sie jetzt nicht wiederholen.

„Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Vorlage des Berichtes der Mitbestimmungs-Kommission. Der gründliche und umfassende Bericht stellt eine bedeutende Hilfe für künftige Beratungen und Entscheidungen dar. Besonders wertvoll erscheint die eingehende und in dieser Form zum erstenmal durchgeführte Erforschung der Erfahrungen mit den bisherigen Formen der Mitbestimmung. Der Bericht zeigt, daß die Entscheidung der Regierung der großen Koalition, eine unabhängige Kommission einzusetzen, richtig war. Die CDU/CSU dankt der Kommission für die in zwei Jahren geleistete intensive Arbeit. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU wird eine Arbeitsgruppe einsetzen, die gemeinsam mit der Programmkommission der Partei den umfangreichen Bericht eingehend beraten wird und Vorschläge machen soll, welche Konsequenzen aus dem Bericht zu ziehen sind.“

Der letzte Satz hier sagt: „Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU wird eine Arbeitsgruppe einsetzen, die gemeinsam mit der Programmkommission der Partei ...“ – und das war das, was der Kollege Heck mit Recht bei der ersten Einlassung dieses Elferrates der Fraktion zum Thema gemacht hat, daß er nämlich sagte, hier ist die Partei natürlich angesprochen, denn Sie wissen, daß wir auf dem letzten Berliner Parteitag in unserer Beschlußfassung auch aufgenommen haben den Passus, daß über die endgültige Haltung der Union auf einem Sonderparteitag entschieden wird. Ich bin der Meinung, so wie die Dinge jetzt liegen, wird es möglich sein, daß wir gar keinen Sonderparteitag brauchen, sondern daß wir in diesen Programmparteitag – oder wie immer man das jetzt im Herbst in Hamburg nennt – diese Punktation miterarbeiten hineinnehmen. Das wäre natürlich auch insgesamt viel besser, als wenn wir einen spektakulären Sonderparteitag nur mit diesem Thema einberufen würden.

Ich bitte erstens also, daß wir uns vorerst an diesen Punkt halten und daß das so publiziert wird; zweitens, ich stelle der Bundespartei ein Exemplar von zehn Seiten zur Verfügung, die ein Auszug – keinerlei Stellungnahme – der wichtigsten Beschlüsse sind plus einer kleinen Dokumentation, in der die Begründungen, die man kennen muß, wenn man die Beschlüsse nachher, die Empfehlungen, der Kommission geben will, enthalten sind. Und dann hätte ich die herzliche Bitte, daß sowohl der Wirtschaftsrat – ich habe mit dem Kollegen Stoltenberg dieses Papier hier abgestimmt und auch abgestimmt mit der CSU und mit dem Kollegen Blüm für die Sozialausschüsse –, daß wir nun alle einheitlich in dieser Sprachregelung vorerst bleiben und uns dann über die weiteren Schritte verständigen, damit wir in dieser wichtigen Frage in einer größtmöglichen Einmütigkeit vorgehen. Denn das hat uns natürlich im letzten Wahlkampf auch enorm geschadet, daß gerade in dieser Frage widersprüchliche Äußerungen im Wirtschaftsrat hier, Sozialausschüsse da usw. den Leuten in den Versammlungen immer wieder um die Ohren gehauen wurden. Das wäre also der erste Punkt, über den wir hier jetzt sprechen sollten. Insgesamt glaube ich, wenn man eine Wertung vornimmt, ist mit diesem Bericht, mit dem Ergebnis der Kommission, im Grunde niemand ganz zufrieden. Aber es kann auf der anderen Seite auch niemand

ganz unzufrieden sein. Die Gewerkschaften sind nicht zufrieden, weil bei der Mitbestimmung für sie in der Begründung eine ganze Reihe von positiven Wertungen vorgelegt werden, zu deren Schluß sie nicht kommen. Umgekehrt: Die Arbeitgeberseite ist nicht zufrieden, weil eben diese Wertungen da sind. Auf der anderen Seite gibt es ein Positivum, daß es ein Mehr an Mitbestimmung gibt, sowohl ein Mehr nach der Qualität, als auch ein Mehr nach der Zahl der Betriebe, die hier vorgeschlagen werden, daß sie aufgenommen werden in die Mitbestimmungsdiskussion. Im übrigen ist das Modell, Herr von Weizsäcker, wesentlich angelehnt an das, was die Evangelische Kirche in der Mitbestimmungsdiskussion hier dargestellt hat<sup>61</sup> – auch ein Punkt, von dem ich meine, daß das die öffentliche Diskussion nicht erschwert, sondern erleichtert. (Von Weizsäcker: Vielen Dank, sonst werde ich immer getadelt in diesem Zusammenhang.) Ich würde also zusammengefaßt meinen, daß das – wie wir es hier geschrieben haben – eine gründliche und umfassende Bestandsaufnahme darstellt, die eine wichtige Entscheidungshilfe für uns ist. Und auf der Basis sollte man sich einlassen. Ich wäre sehr dankbar, wenn man sich dazu verstehen könnte und sich jetzt nicht von irgendeiner anderen Seite beirren läßt. Darüber müssen wir uns im klaren sein. Der Kollege Stoltenberg hat es übernommen, mit dem Wirtschaftsrat zu sprechen. Ich hoffe, daß das auch positiv gelingt. Denn wenn von irgendeiner Seite ein anderes Votum hier erfolgt, dann gibt es sofort in voller Breite wiederum die Diskussion in der Union.

*Schmücker:* Ich habe den Bericht, da er ja noch nicht ausgedruckt ist, nicht lesen können und hole mein Wissen aus der Zeitung. Ich stimme mit dem überein, was Hans Katzer gesagt hat, daß wir uns so verhalten sollen. Ich meine aber, aus den Ausführungen von Herrn Katzer entnehmen zu können, daß er dem Bericht gegenüber – rein politisch gesehen – eine gewisse Sympathie entgegenbringt. Das kann ich verstehen. Denn wenn wir allzu lange uns enthalten, geraten wir in die Gefahr, daß wir diesen Vorschlag hoher weiser Professoren dann nachher politisch einfach hinnehmen müssen. Und in die Ecke möchten wir uns nicht drängen lassen. Denn in einem Punkte bin ich ganz anderer Meinung als der Bericht. Der Bericht wagt es nicht, der einen oder der anderen Seite die Mehrheit zu geben und zu institutionalisieren. Und das paßt mir nicht. Wenn das die Politik der Zukunft ist, dann habe ich Bedenken, wenn das hier plötzlich öffentlich behandelt wird. Das ist mein Hauptbedenken, und es muß die Möglichkeit bestehen, daß wir das intern behandeln. Sonst bin ich ganz und gar der Meinung, wie Herr Katzer das hier vorgetragen hat.

*Katzer:* Zur Aufhellung der Angelegenheit möchte ich folgendes sagen: Das Ergeb-

---

61 Der Rat der EKD veröffentlichte im November 1968 die Denkschrift „Sozialethische Erwägungen zur Mitbestimmung in der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland“. Vgl. Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.): Sozialethische Erwägungen zur Mitbestimmung in der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland. Eine Studie der Kammer für soziale Ordnung, Hamburg 1968. Vgl. dazu auch FAZ vom 16. November 1968 „Kirche und Mitbestimmung“; „Sonntagsblatt“ vom 24. November 1968 „Ausgleich von Interessen“. Thematisiert wurde die Debatte auch auf dem 14. Evangelischen Kirchentag 1969 in Stuttgart, vgl. FAZ vom 21. Juli 1969 „Mit den Knochen der Menschen Geschäfte machen“.

nis der Kommission gibt lediglich im Aufsichtsrat der Kapitalseite einen leichten Vorsprung.

*Heck:* Darf ich etwas sagen? Wir sind uns darüber einig, daß wir jetzt nicht in eine Sachdiskussion eintreten können, einfach deswegen, weil die Mitglieder des Vorstandes gar nicht informiert sind und nicht in der Lage wären, eine Sachdiskussion zu führen. Es geht lediglich darum, wie wir jetzt, bis wir zu einer Sachdiskussion kommen können, zu dem, was vorgelegt ist, Stellung nehmen. Und ich glaube, hier ist der Vorschlag von Herrn Katzer zu akzeptieren.

*Katzer:* Ja, nachdem aber Kurt Schmücker eine falsche Darstellung jetzt gegeben hat und man daraufhin zu falschen Schlußfolgerungen kommen kann, möchte ich diesen Punkt aufklären, damit sich das nicht festsetzt.

Das Modell-Beispiel ist in ein paar Sätzen gesagt: 1. Bei einem Zwölfer-Aufsichtsrat würde die Kapitalseite sechs Mandate entsenden, die Arbeitnehmerseite vier Mandate, wovon ein bis zwei von Gewerkschaftsseite der Betriebsvertretungsgewerkschaft nominiert werden können, aber die Wahl insgesamt von den Belegschaften durchgeführt werden muß. 2. Es gibt zwei weitere Mitglieder, die jeweils mit der Mehrheit der Stimmen der Gruppen nominiert werden. Also, wenn einer käme mit der Mehrheit der sechs, das wären dann fünf, die anderen, das wären vier, müßten drei mit der Mehrheit der Arbeitnehmergruppe entsandt werden. Das würde also – jetzt mal brutal ausgesprochen – für die erste Zeit, bis sich das eingespielt hat, 7:5 lauten. – Das ist das, was in der Publizistik nicht klar herausgestellt wird.

*Schmücker:* Gut, wenn das so ist, ist das anders.

*Heck:* Wird dazu das Wort noch gewünscht?

*Schwarz-Schilling:* Ich möchte nur wissen, wie sich das institutionell abspielen wird. Hier steht: „Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU wird eine Arbeitsgruppe einsetzen, die gemeinsam mit der Programmkommission ...“ – heißt das, daß die zugeordnet wird zur Programmkommission, daß gemeinsame Sitzungen stattfinden, denn die Programmkommission wird ja praktisch Ende Februar mit diesem spezifischen Punkt konstituiert werden von der Obergruppe, die wir jetzt gebildet haben. Ist da diese Gruppe der CDU/CSU schon anwesend oder wie stellt man sich das vor?

*Katzer:* Ich stelle mir vor, daß dann von der Fraktion her dazu die Delegation erfolgt.

*Blüm:* Noch etwas zum Verfahren. Ich meine, daß diese Pause, die ja von allen Seiten akzeptiert wird, vornehmlich auch eine Lesepause ist, eine Pause des Studiums. Damit kann nicht gemeint sein, daß wir die Diskussion über die Mitbestimmung erst auf dem Parteitag beginnen. Die Junge Union wird einen Kongreß im Mai abhalten zur Mitbestimmung<sup>62</sup> usw. Was wir mit der Lesepause erreichen wollen, ist ja hauptsächlich

---

62 Der JU-Kongreß zur Mitbestimmung wurde von Mai auf September vertagt, da es keine geeignete Tagungsmöglichkeit gab, und fand am 25. September, im Vorfeld des Deutschlandtages (25. bis 27. September 1970), in Braunschweig statt. Dort tagte der Arbeitskreis „Weiterentwicklung der Demokratie im wirtschaftlichen Bereich“. Vgl. dazu ACDP 04-007-085/1, -040/1; Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union Deutschlands (Hg.): Beschlüsse des Deutschlandtages 1970 der Jungen Union Deutschlands. Bonn o. J. S. 3 f.; „Die Entschei-

lich eine Entkrampfung in der Gesellschaftspolitik und daß wir uns vor allen Dingen mit voreiligen Urteilen nun nicht festlegen.

*Heck:* Man kann niemandem das Maul verbinden. Aber wir müssen hier so verfahren wie auf dem Berliner Parteitag: auch keine Festlegungen, weder von den Sozialausschüssen, sondern Empfehlungen. (*Zwischenruf:* Aber keine Diskussion.) Doch, natürlich! Es wäre doch töricht, in einer Partei durchsetzen zu wollen, in einer solchen Frage darf nicht bei uns gesprochen werden. Nur sollte man die Form der Beschlüsse, auf die wir zusteuern, so fassen – es sind Empfehlungen.

*Stoltenberg:* Ich wollte nur etwas zu der Lesepause sagen. Einige Leute lesen schneller, einige lesen langsamer. Und es ist natürlich gut, wenn man darüber noch einmal nachdenkt und zunächst – und das ist der entscheidende Punkt – miteinander am runden Tisch noch einmal darüber spricht. Und ich möchte hier folgendes sagen: Wir haben ja zwar die Programmkommission, in der ja auch die verschiedenen Auffassungen unserer Partei wohl vertreten sind, ergänzt durch die Fraktion. Aber ich bin schon der Meinung, wir sollten versuchen, mal eine erste Runde der Diskussion dort stattfinden zu lassen, bevor wir öffentlich sprechen, denn sonst haben wir doch sehr schnell – etwa sechs Wochen später – das, was wir vermeiden wollen. Und der Mai – ich weiß nicht, wie der Termin zustande gekommen ist – ist natürlich gar kein guter Termin für die Anlage der Diskussion. Wenn wir am 14. Juni die FDP in Nordrhein-Westfalen und im Saarland unter Umständen unter die 5 % kriegen wollen, müssen wir nur aufpassen, daß wir im Mai in einem größeren Forum dann auch so diskutieren, daß wir nicht da eine bestimmte Bevölkerungsgruppe, die zwischen uns und der FDP pendelt oder beweglich ist, unnötig durch eine zu forcierte Diskussion beeinflussen. Das würde ich also nur zu dem Verfahren sagen und auch zum Termin, aber ein bißchen mehr als eine Lesepause muß es ja sein.

*Heck:* Aber es ist ja so, wenn der Entwurf der Programmkommission vorliegt, dann wird dieser Entwurf nicht nur den Kreisverbänden, sondern auch den Vereinigungen mit der ausdrücklichen Bitte um Stellungnahme übersandt, also auch an die Sozialausschüsse und an die Junge Union. Und daß in dem Augenblick nicht nur studiert, sondern auch diskutiert wird, das ist überhaupt nicht zu vermeiden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß mit dem Sozialausschuß Schweigen zu vereinbaren ist über Monate hinweg und daß man das alles ausklammern könne, wenn die im Mai ihren Kongreß über Mitbestimmung haben. Das ist doch nur eine Stimme im Prozeß der Meinungsbildung. Da haben wir eigentlich auf dem Parteitag in Berlin doch recht gute Erfahrungen gemacht.

*Schwarz-Schilling:* Ich möchte doch aber eines sagen. So ideal, wie Sie das eben mit Berlin geschildert haben, sehe ich das nicht. Denn es war ja doch ein ganz erhebliches Werk, die Dinge von einer extremen Position auf den dann sehr günstigen Text herunterzubringen. Und ich weiß nicht, ob uns das immer in der gleichen Weise gelingen wird, wie es Gott sei Dank in Berlin gelungen ist. Ich wäre also schon der Meinung,

---

dung“ Nr. 10/Okttober 1970 S. 12–15; „Kölner Stadtanzeiger“ vom 23. September 1970 „Kontroversen in der Jungen Union“.



daß man, sofern überhaupt in der Sache dezidierte Äußerungen gemacht werden, man diese wirklich nur als persönliche Äußerungen und nicht qua Sprecher irgendeiner Gruppe oder Vereinigung machen sollte, bis nicht eine gewisse gemeinsame Plattform in dieser Programmkommission oder erweitert mit der Bundestagsfraktion erreicht wurde. Denn es könnte ja sein, daß gerade die Arbeit dieser Programmkommission durch bereits gemachte Äußerungen kolossal erschwert wird, weil man dann von irgendwelchen Äußerungen – auch wenn man sie in der Sache nach der Diskussion gar nicht mehr vertritt – nicht mehr herunterkommt und dann die gesamte Eigengesetzlichkeit der Gruppe und der Öffentlichkeit ins Rollen gebracht hat. Also, ich möchte schon sagen, es wäre sicher der Sache dienlich, wenn man sich jetzt äußerster Zurückhaltung bedient und das vielleicht doch etwas länger ausdehnt, als das jetzt im Moment gesagt wurde.

*Heck:* Ich gehe davon aus, daß die Sozialausschüsse in ihren Reihen dieses Gutachten lesen. Und dann fängt bei den Sozialausschüssen ein Prozeß der Meinungsbildung an. Bei denen ist durchaus keine uniforme Meinung vorhanden. Es ist nicht so, daß die mit einer Meinung anfangen, die sie dann am anderen Tag verkündigen. Bei der Jungen Union gibt es sicher auch verschiedene Auffassungen. Der beste Weg ist immer der, wenn man in einem solchen Fall, wo eine Frage in der Partei auf einen Parteitag hin diskutiert wird, das, was auf einem Kongreß gesagt worden ist, zusammenfaßt als Meinungen aus dem Bereich der Jungen Union und nicht mit einer Stimme Mehrheit Beschlüsse faßt – „Das ist die Auffassung der Jungen Union“ –, so daß die Junge Union dann im Gegensatz steht zwar zu dem, was auf dem Parteitag vorgelegt wird. Und das gleiche Verfahren würde ich auch für die Sozialausschüsse empfehlen. (*Katzer:* Und beim Wirtschaftsrat!) Selbstverständlich! Aber den Wirtschaftsrat zähle ich noch nicht zu den Vereinigungen.

*Katzer:* In der Praxis noch nicht. Aber wir werden bald eine Klarstellung bekommen von seiten des Wirtschaftsrates hinsichtlich seines Selbstverständnisses in der Union. Eine öffentliche Diskussion bekommen wir. Ich habe denen geschrieben. Die Sache ist nicht in Ordnung gebracht worden. Wir haben vor dem Parteitag in Mainz ein Gespräch mit dem Wirtschaftsrat gehabt, in dem Herr von Bismarck klipp und klar erklärt hat: „Das geht nicht so, wie das bisher gemacht wurde. Das ist uns bescheineigt worden. Wir werden eine andere Form finden.“ Und dann auf dem Wirtschaftsrat-Herrenabend geht der Vorsitzende, Herr Schäfer, hin und sagt: „Eine andere Form kommt gar nicht in Frage, daß wir uns hier auflösen.“ Der Punkt muß möglichst bald entschieden werden, sonst wird das wiederum erneut ein Diskussionspunkt werden, der auch in der Öffentlichkeit behandelt wird. Das wird sich nicht lange hinhalten lassen. Ich habe also die herzliche Bitte an den Herrn Generalsekretär, hier jetzt dem Wirtschaftsrat zu sagen: Liebe Leute, das habt ihr jetzt dreimal gemacht, vor Braunschweig, vor Berlin, vor Mainz – und nachher entscheidet ihr euch immer anders.<sup>63</sup> Also mehr als dreimal ist nicht zugesagt.

*Heck:* Ja, da wäre einiges zu sagen, aber das steht jetzt nicht an.

---

63 Zur Diskussion um den Wirtschaftsrat als e. V. vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1364–1370, 1502–1506.

*Echternach:* Ich wollte nur noch etwas zum Sonderkongreß der Jungen Union sagen. Ich glaube, man muß auch hier die Äußerungen der Vereinigungen differenzieren, weil Äußerungen der Sozialausschüsse und des Wirtschaftsrates bzw. der Wirtschaftsvereinigungen ein anderes Gewicht haben in dieser Frage, als etwa die Äußerungen der Jungen Union, zumal sie nicht eben als der eigentliche Kontrapunkt in der Diskussion angesehen wird. Aber ich glaube, es ist besser, daß die Junge Union ihren Willensbildungsprozeß vorher abschließt, bevor die Partei mit einer, auch in Gestalt der Programmkommission abgeklärten Meinung herauskommt, weil das eher kontroverse Stellungnahmen in der Öffentlichkeit provoziert, als wenn man vorher mit einem Diskussionsbeitrag herauskommt, der zwar für die Junge Union eine abgeschlossene Willensbildung bedeutet, aber natürlich nicht bedeutet, daß etwa die Junge Union erwartet, daß diese ihre Vorstellungen ohne Punkt und Komma von der Partei übernommen werden, sondern das wäre dann der Diskussionsbeitrag der Jungen Union, der in die Willensbildung der Partei eingehen müßte. Insofern halte ich es an sich für besser, daß wir etwa nach dem Programmparteitag den Mitbestimmungskongreß durchführen und dann die Gefahr von kontroversen Stellungnahmen und Fortdauer von Kontroversen fortfällt.

*Heck:* Es ist immer schwierig, wenn ein Kongreß der Jungen Union stattfindet, und es wird dort eine Meinung der Jungen Union fixiert. Dann kommt anschließend eine Vorlage der Programmkommission, die von der Jungen Union beraten werden soll. Die kann gar nicht beraten werden, denn der Kongreß hat beschlossen. Da liegen die großen Schwierigkeiten in den Terminen. Es wird aber so sein, daß wir Mitte/Ende April doch in etwa sehen, in welche Richtung die Kommission steuert. – Wird zu der Vorlage der Biedenkopf-Kommission noch das Wort gewünscht?

*Blüm:* Ich wollte nur noch etwas mehr Optimismus hier investieren als Herr Schwarz-Schilling, denn wir haben insofern eine Erleichterung, als wir ja auf der Grundlage des Biedenkopf-Berichtes diskutieren können. Und hier – finde ich – sollten wir doch auch gerade die Erfahrungen, die Biedenkopf vorlegt, zur Kenntnis nehmen. Das würde die Diskussion schon eingrenzen. Ich glaube, daß wir an einer offenen Interpretation dieser Fakten nicht vorbeikommen, Herr Stoltenberg, denn wir werden ja diese Diskussion nicht hinter verschlossenen Türen führen können, einfach weil uns die Öffentlichkeit Fragen stellt, bei denen wir nicht einfach passen dürfen.

*Heck:* Hans Katzer, ist insbesondere noch weiteres zu sagen, was in den Bereich Sozialgesetze fällt?

*Katzer:* Ich hatte eigentlich noch zwei Punkte, das sind Renten- und Krankenversicherungsbeiträge. Aber es hat keinen Sinn, über Gesellschaftspolitik zu sprechen, wenn die Herren bei der Pressekonferenz sind. Ich werde es also jetzt unterlassen. Aber für die Zukunft möchte ich bitten, daß wir die Frage Gesellschaftspolitik vom Rang her auch so behandeln, daß wir vollzählig dabei sind. Ich würde jetzt also bitten, daß ich bei der nächsten Sitzung Gelegenheit habe, diese Punkte im Sachzusammenhang darzustellen.

*Heck:* Dann ist im Präsidium beschlossen worden, daß als Dritter Herr Dr. Stoltenberg referiert über den Bereich Wirtschafts- und Finanzpolitik. Das wird vermutlich

auch in einer umfassenden Weise sehr schwierig sein. Es ist die Frage, ob etwas Besonderes herausgehoben werden soll!

*Stingl:* Ich würde eigentlich gerne noch zum Thema, das wir vorhin behandelt haben, einen Beitrag liefern.

*Heck:* Zu welchem Thema?

*Stingl:* Wir haben vorhin doch diskutiert nach dem Bericht von Dr. Kiesinger über die Lage.

*Heck:* Da habe ich also ausdrücklich festgestellt, daß zum Thema Deutschlandpolitik eine Wortmeldung nicht mehr vorliegt und die Aussprache abgeschlossen ist. Vielleicht habe ich auch zu leise gesprochen. Ich bitte um Nachsicht! – Bitte schön, Herr Dr. Stoltenberg!

*Stoltenberg:* Ich möchte mich aus den gleichen Gründen, die in unserer Zeitsituation liegen, kurz fassen und nur einen aktuellen Punkt vortragen. Wir haben, glaube ich, in der politischen Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit und im Parlament folgende Lage:

Die Regierung verändert ihre sachlichen Positionen hier wie in anderen Fragen gegenüber der Zeit vor der Wahl. Wir wissen, welche große Bedeutung die Wirtschaftsauseinandersetzung, die Aufwertungsdiskussion, für den Wahlkampf gehabt haben, aber natürlich auch die *Publicity*, die Herr Schiller verstanden hat, für sich und seine Politik zu gewinnen, und daß wir demgegenüber in der Wirtschaftspolitik, die einmal bis 1963 und auch im folgenden Jahr unter Kurt Schmücker das Zentrum der CDU-Politik war, nun in den letzten Jahren etwas in den Hintergrund getreten sind. Das lag in der Konstellation in der Großen Koalition, lag auch vielleicht an einigen Dingen, die wir selbst bei uns zu suchen haben. Nach der Wahl ist ein Knick, fast ein Bruch, im Vorgehen der SPD. Man hat nicht mehr von Stabilität gesprochen, man hat sich auf einen isolierten Aufwertungsbeschluß beschränkt und statt dessen in Koalitionsvereinbarungen im Grunde eine Politik eingeleitet, die den realen Erfordernissen der Konjunkturlage und der Stabilisierung nicht entsprach. Das kommt am sichtbarsten zum Ausdruck in den Koalitionsvereinbarungen über die Steuersenkungen, Arbeitnehmerfreibetrag-Ergänzungsabgabe zum 1. Januar diesen Jahres, also Steuersenkung in der Hochkonjunktur. Das, was man Herrn Dahlgrün<sup>64</sup> als große Sünde von 1965 immer wieder vorgehalten hat, hat man genau hier wieder vereinbart und auch in einigen isolierten Aktionen von Ministern, am bekanntesten der eben erwähnte Punkt Rentnerzuschüsse, nachher umgewandelt in Weihnachtsgeld an Rentner, und andere Dinge. Da ist zu verzeichnen, daß es vor allem während der Weihnachtspause eine außerordentlich kritische Phase in der öffentlichen Diskussion gegenüber Schiller und dieser Regierung gegeben hat, die wir durch Äußerungen, Pressekonferenzen und Stellungnahmen gefördert haben und durch die die Regierung in Verbindung mit der Preisentwicklung in gewisse Schwierigkeiten gekommen ist. Auf der anderen Seite ist auch hier sichtbar, daß sie seit zwei bis drei Wochen versucht, aus diesen Widersprü-

---

64 Rolf Dahlgrün (1908–1969), Jurist; 1957–1969 MdB (FDP), 1962–1966 Bundesminister der Finanzen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 181 Anm. 15.

chen herauszukommen und ein Konzept zu finden. Dieses Konzept, das jetzt wohl in Grundzügen gestern und heute mit dem Jahreswirtschaftsbericht der Regierung verabschiedet wird und mit seinen Gesamtbeschlüssen vom Kabinett entschieden wird, bringt die Änderung der Ziele und Maßstäbe mit sich, von der ich schon sprach, eine Änderung der Ziele insofern, als Preisstabilität in den zweiten Rang gerutscht ist und die Sicherung der Vollbeschäftigung und eines Wirtschaftswachstums demgegenüber weitgehende Priorität erhält. Die Beschlüsse verzichten auf die steuerlichen Maßnahmen sowohl in der einen wie in der anderen Richtung, sie werden verschoben. Unsere Forderung nach Verschiebung der Steuersenkung ist teilweise erfüllt, ich würde sagen teilweise, weil wir an sich nicht den 1. Juli als den richtigen Termin ansahen, sondern den 1. Januar nächsten Jahres. Man ist da unterschiedlich vorgegangen – Ergänzungsabgabe (FDP 1. Januar), Arbeitnehmerfreibetrag (Forderung der Koalition der SPD 1. Juli). Wir müssen uns mal genau überlegen, wie wir uns dazu einlassen, ob wir bei beiden auf den 1. Januar gehen wollen oder das nicht tun. Das ist eine Frage, die wir noch besprechen müssen. In der Tendenz entspricht es unseren Vorstellungen.

Schiller hat auch verzichtet – und Möller nach einigen Hin und Her – auf die Gedanken, die Steuerpolitik zur Konjunkturbeeinflussung einzusetzen (Investitionssteuer, degressive Abschreibung). Die Dinge sind also auch weg, die wir in unserer Kommentierung kritisch behandelt haben, vor allem deshalb, weil eine kurzfristige Wirkung dieser Maßnahmen in der überhitzten Periode nicht zu erreichen ist. Diese steuerlichen Instrumente greifen nicht so schnell, weil das Maßnahmen waren, die nach Stabilitätsgesetz auch nicht durch Verordnungen in Kraft gesetzt werden konnten.

Die Regierung hat sich beschränkt auf die Haushaltspolitik und ist dort weiterhin – wie auch heute die Morgenpresse zeigt – sehr kritischen Betrachtungen ausgesetzt. Sie geht auf 11,8 % Steigerung brutto im Bundshaushalt, durch die Sperrungen kommt sie herunter auf knapp 9 %, was nach den Normen früherer Jahre, etwa Schillers Bewertung von 1966, erheblich über dem liegt, was eine solide Finanzpolitik erfordern würde. (*Windelen*: Wobei die Ausgangsgrößen nicht stimmen.) Da kommen noch manipulative Dinge hinzu, über die man noch im einzelnen sprechen müßte. Der Versuch, der offenbar noch mal unternommen worden ist mit der Bundesbank – Thema der Diskontpolitik –, über die 2,6 Mrd. hinaus zu sperren, ist offensichtlich nicht gelungen. Und hier liegt die Problematik, daß nun auch von dort aus der Druck auf die Freigabe dieser Mittel kommen wird und damit zweifellos eine nicht konjunkturgerechte Ausgabenpolitik. Diesen Punkt werden wir vertiefen müssen, hinzu kommt ja aber die Frage von Resten aus dem Vorjahr von 1,8 Mrd. Das müssen wir alles einmal sehr genau und auch für die Breite der Öffentlichkeit einsehbar darlegen im Bundestag in den Debatten ihres bevorstehenden Jahres- und Haushaltswirtschaftsberichts. Wir haben natürlich demgegenüber auch das Erfordernis, unsere eigenen Anträge an diesen Dingen zu orientieren, und da sind wir ein bißchen in die kritische Betrachtung hineingekommen, versuchen das aber auch in der Arbeitsplanung der Fraktion jetzt überzeugend zu gestalten.

Ich würde also so resümieren: 1. Eine offene und kritische Auseinandersetzung ist möglich mit der Preispolitik. Wir müssen daran erinnern, daß Schiller einmal ange-

treten ist mit 3, 2, 1, also einem Programm zur Stabilisierung der Preise auf maximal 1 %. Er findet sich jetzt mit 3, 3,5 % möglichen Preissteigerungen ab. Er vertritt sie sogar in gewissen Wendungen des Jahreswirtschaftsberichtes.<sup>65</sup> Das ist eine populäre breitenwirksame Sache, die jeder begreift, die bis hin zu den Taxifahrern jedermann ärgert. 2. Die Regierung hat in der Steuerpolitik sich aus der Schußlinie herausgebracht durch eine Annäherung an unsere Positionen, so daß wir hier sagen können: in etwa befriedigend, die Fristen müssen noch einmal diskutiert werden. 3. In der Haushaltspolitik liegt der zweite Punkt der kritischen Auseinandersetzung. Er ist etwas schwerer, weil die Öffentlichkeit natürlich dieses Zahlenspiel nicht ganz durchschaut und weil wir selbst hier nach den Veröffentlichungen von Möller gestern etwas in der Gegenkritik stehen, daß wir auch nicht in jedem eigenen Punkt nun ganz hier den Normen entsprochen haben und uns mit der Regierung anlegen. Aber das sind Dinge, die man – glaube ich – auch in diesem Jahr durch eine überzeugende Gesetzgebungspolitik korrigieren kann.

Ich will hier nicht in Konjunkturprognosen hineingehen. Das hat keinen Sinn, sie sind z. T. widerspruchsvoll. Daß mit der zweiten Jahreshälfte mit einer Abschwächung zu rechnen ist, ist die allgemeine Meinung. Wie weit die geht, ob das eine Normalisierung bedeutet oder eine Rezession, weiß im Augenblick niemand. Daß andererseits der Boom noch eine relativ starke Kraft bis zum Sommer hat, ist auch evident. Insofern können wir, glaube ich, nicht auf eine von der Wirtschaftspolitik her besonders günstige Ausgangsbasis für Nordrhein-Westfalen hoffen, mit Ausnahme der Preise. In Hessen und Bayern mögen sich diese Dinge schon etwas anders in den Ausgangsvoraussetzungen ergeben. Wie weit diese Abschwächung geht, weiß im Augenblick niemand. Außenwirtschaftliche Faktoren, die Entwicklungen in Amerika und Westeuropa, werden eine ganz große Rolle spielen, über die aber auch noch verschiedene Meinungen in den Ländern selbst bestehen. Als nächstes werden wir eines Tages hier auch zu einer Bilanz über die Aufwertung kommen müssen. Wir wollen den ständigen Streit nicht fortsetzen, aber Dinge, wie z. B. die Tatsache, daß, als die ungewöhnlichen Liquiditätsschwierigkeiten entstanden sind – um die eine Frage hier aufzugreifen –, die Bundesregierung zurückgreift auf die Devisenmittel, die wir in Amerika angelegt haben, und 2 Mrd. DM abberufen hat, was eine außenpolitisch schwere Verstimmung hervorgerufen hat, um überhaupt die Zahlungsbilanz aufrechtzuerhalten, gehört alles zu dem, was eines Tages über das Problem der Aufwertung gesagt werden muß. Das sollte man sich aber für eine spätere Auseinandersetzung vorbehalten.

Ich würde abschließend resümieren, neben dieser konjunkturpolitischen Diskussion gibt es die Notwendigkeit, unsere wirtschaftspolitische Programmatik als solche weiterzuentwickeln oder auf den neuesten Stand zu bringen. Dazu gehört eine ganze Reihe von Fragen, die z. T. sich auch mit der Gesellschaftspolitik verbinden, von den Problemen der sogenannten Ordnungspolitik bis hin zu der Frage einer sozial- und marktwirtschaftlich richtigen Form der Erweiterung der Vermögensbildungspolitik,

---

65 Zum Jahreswirtschaftsbericht 1970 der Bundesregierung vgl. BT-Drs. VI/281 vom 27. Januar 1970.

bis hin zu den Problemen, die hinübergehen in die Grenzgebiete der Technologiepolitik und Wissenschaftspolitik. Und an diesem Komplex einer langfristigeren Entwicklung, einer modernen Form der Sozialen Marktwirtschaft, wird in der Programmkommission gearbeitet und in der Partei diskutiert werden müssen.

*Kiesinger:* Ich glaube, daß unsere Situation gar nicht übermäßig günstig ist, vor allem nicht in den ersten Landtagswahlkämpfen, wie Sie es eben gesagt haben. Ich glaube nicht, daß die Entwicklung so dramatisch verlaufen wird, wie es manche Leute glauben, sondern eher in einer ruhigen Weise. Die Regierung profitiert einfach von dem, was die vorige Regierung ihr als Basis gelegt hat. Die Tatsache, daß Herrn Schillers Stern allmählich verblaßt ist, sollte uns nicht über diese Situation hinwegtäuschen. Diese Regierung verfügt über einen äußerst soliden Finanzminister, der eher mit seiner eigenen Partei brechen würde, als mit dem Ruf eines schlechten Finanzministers in die Geschichte eingehen würde. Das muß man sehen. Und er ist sicher auch der Mann, der sich, wenn es zu Schwierigkeiten kommt, durchsetzen wird. Diese beiden, der Helmut Schmidt<sup>66</sup> und der Alex Möller, werden ja überhaupt diejenigen sein, die uns am meisten zu schaffen machen, weil sie eben in ihrer Art gut sind.

Interessant wäre, Herr Stoltenberg, es gibt ja ständige Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung zwischen SPD und FDP. Hier sind ja ausgesprochene Kompromißergebnisse erzielt worden. In einem Punkt hat sich die FDP durchgesetzt, bei einem anderen hat sie dann Zugeständnisse gemacht an die SPD. Und es wird sehr wichtig sein, daß wir diese Vorgänge möglichst genau verfolgen. Über kurz oder lang muß es da nach meiner Meinung zu Schwierigkeiten kommen.

Bei der SPD – ich rede ein bißchen ins Blaue, aber nicht nur ins Blaue, ein bißchen Informationen habe ich schon – gibt es ebenfalls einen inneren Konflikt, und zwar zwischen denen, die nach meiner Meinung vom Standpunkt der SPD aus richtig die pluralistische Volkspartei wollen, die Fortsetzung des Godesberger Programms<sup>67</sup>, eine mögliche Annäherung an uns und eine Wettbewerbsfähigkeit mit uns, und den anderen, den Dogmatikern, die sagen, wir haben ein sozialistisches Erbe zu verwalten, und wir dürfen uns nicht für ein Linsengericht verkaufen. Man hört es immer wieder, daß diese Auseinandersetzungen geführt werden. Und ich habe schon einmal gesagt, Herr Dr. Heck, wir müssen einmal feststellen, welche Kräfte das sind. Es ist in der Fraktion zweifellos so, daß ein Teil der Jungen diese Idee der Volkspartei nach wie vor nicht

---

66 Helmut Schmidt (geb. 1918), Diplom-Volkswirt; 1953–1961 und 1965–1987 MdB (SPD), 1969–1972 Bundesminister der Verteidigung, Juli bis November 1972 Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, 1972–1974 Bundesminister der Finanzen, 1974–1982 Bundeskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 369 Anm. 31; Hans-Joachim NOACK: Helmut Schmidt. Die Biographie. Berlin 2008; Reinhard APPEL (Hg.): Helmut Schmidt: Staatsmann – Publizist – Legende. Köln 2008; Hartmut SOELL: Helmut Schmidt. Macht und Verantwortung. 1969 bis heute. München 2008; Memoiren: Außer Dienst. Eine Bilanz. München 2008.

67 Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.): Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959. Bonn 1959 (Text im Internet: <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/retro-scans/fa-57721.pdf>).

akzeptieren will, so unverständlich das zunächst klingen mag, denn sie würden ja damit die Möglichkeit dieser Partei, an der Regierung zu bleiben, verlieren, aber hier geht eben die politische Ideologie, das Dogma, vor praktischen Erwägungen. Es wäre also interessant festzustellen, wie das nun genau aussieht. In der Fraktion der SPD haben wir die notwendigen Informationen, um schon sagen zu können, die und die Abgeordneten gehören zu der und der Richtung. Ist das schon deutlich genug? Aber gewisse Anzeichen gibt es ja. Und dann müßte man sich auch informieren, wie sieht es in den Wahlkreisen aus. Das müßten wir über die Landesverbände erfahren. Jeder, der in einem Wahlkreis sitzt, weiß ja auch, mit wem er es zu tun hat, mit welchen möglichen Kandidaten er es bei der nächsten Bundestagswahl zu tun hat. Da sind also Konfliktstoffe, die wir genau verfolgen müssen, um mit unserer Politik einzusteigen, vor allem natürlich auch die möglichen Konflikte zwischen der SPD und der FDP. Denn der Sprecher der FDP hat ja gesagt, sie würden den Kampf gegen beide, gegen SPD und CDU, führen, und die SPD möge sagen, was sie wolle – so etwa hieß es ja –, die einzige Partei, die eine wirklich liberale Wirtschaftspolitik garantiere, sei die FDP.<sup>68</sup> Das ist doch ganz interessant. Ich glaube, das gehört auch mit in unsere Überlegungen hinein, auch wie wir nun unsere eigene Haltung gegenüber der Öffentlichkeit deutlich machen. Das ist ja unsere eigentliche Schwierigkeit, auch bei dem Optimismus, daß wir auf dem Gebiet der Gesellschaftspolitik große Chancen haben. Das hängt weniger am Programmatischen, sondern an unserer Kraft, das in der Öffentlichkeit wirklich durchzusetzen. Wir müssen sehen, wie wir das erreichen können.

*Stingl:* Von meinem Standpunkt aus muß ich folgendes sagen: Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in diesem Monat zeigt, daß die deutsche Wirtschaft offenbar sehr großes Vertrauen hat, daß es keine konjunkturellen Schwankungen gibt. Denn jetzt nachträglich stellen wir fest, das ist damals nicht beachtet worden, daß sich die 66er Rezession im Januar 1966 bei der Ausländeranforderung recht deutlich bemerkbar gemacht hat. Und in diesem Jahr nicht! Aus dieser Sicht heraus muß ich sagen, es wird eine Rezession von der Wirtschaft nicht erwartet.

*Stoltenberg:* Wir haben da Äußerungen von Hettlage und Arendt<sup>69</sup> aus der CDU-Fraktion mit ganz verschiedenen Bewertungen. Arendt sagt, der Gipfelpunkt ist klar überschritten. Hettlage sagt, der Boom trägt noch mindestens bis zum Sommer. So wird man heute auch im Gespräch – nach meinem Eindruck – mit Persönlichkeiten der Wirtschaft je nach regionaler und branchenmäßiger Orientierung ganz beträchtliche Abweichungen bekommen. Ich wollte nur einen Satz noch zum Tatsächlichen sagen. Es lohnt sich in der Tat, nun mal die Entwicklung der Auftragseingänge anzu-

---

68 J. F. Volrad Deneke (1920–2006), Journalist; 1955–1965 Hauptschriftleiter, 1963–1965 MdB (FDP), 1969–1971 Bundesgeschäftsführer der FDP, 1971–1974 Hauptgeschäftsführer des Hartmannbundes und 1974–1984 der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages. – Äußerung des neuen FDP-Bundesgeschäftsführers J. F. Volrad Deneke, vgl. dpa vom 31. Dezember 1969 „FDP-Geschäftsführer: nur FDP garantiert liberale Wirtschaftspolitik“.

69 Walter Arendt (1925–2005), Bergarbeiter; 1946 SPD, 1961–1980 MdB, 1964–1969 Vorsitzender der IG Bergbau und Energie, 1968–1979 Mitglied im SPD-Parteivorstand, 1969–1976 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Vgl. KEMPE/MERZ S. 103–107.

sehen. Die Zahlen liegen erst seit acht Tagen vor, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt für November.<sup>70</sup> In der Tat lassen sie nach dem steilen Anstieg der Vormonate einen deutlichen Rückgang erstmals erkennen. Gegenüber September und Oktober liegen die Auftrageingänge im November niedriger. Gegenüber dem Vorjahr oder dem Mittel der zehn Monate zuvor liegen sie immer noch höher, aber die Auftragslage hatte im Oktober ihren Gipfelpunkt erreicht und ging dann herunter in einzelnen Sektoren um 10 % bis 12 %. Was das bedeutet, da sind die Meinungen ganz verschieden.

*Stingl:* Ich wollte zu diesem Punkt noch erwähnen, man muß es dann auch ein bißchen näher erläutern. Die Anforderung von ausländischen Arbeitskräften ist ein wirklich gutes Barometer, denn der, der einen ausländischen Arbeitnehmer bei der Bundesanstalt für Arbeit anfordert, muß erstens Geld bezahlen. Das ist nicht so, als wenn er sagt, ich brauche 20 Maurer – er braucht zwar nur vier –, aber wenn er 20 sagt, bekommt er wenigstens vier. Das ist genau umgekehrt. Die Zahl der deutschen Anforderung ist also nicht sehr aussagekräftig. Die nach Ausländern ist deshalb aussagekräftig, weil erstens Geld bezahlt werden muß, zweitens Unterkünfte bereitstehen müssen und drittens der Vertrag auf ein Jahr läuft. Insofern ist also der, der anfordert, in der Situation, daß er der Meinung ist, er braucht diesen Mann noch auf mindestens ein Jahr, zumal hinzukommt, daß wir eine Vermittlungsfrist von zwölf Wochen und mehr haben, d. h. er rechnet mit einer 15monatigen Dauer der Beschäftigung dieses Mannes mit Lohnausgaben, mit Unterkunftsbereitstellung und allem. Wir haben im Januar bis jetzt eine Steigerung der Anforderungen um 17 % gegenüber dem Vormonat, und wir hatten 1966 einen Rückgang um 20 %.

*Schmücker:* Ja, Herr Bundeskanzler, ich habe ja zu Beginn der Debatte das alles selber gesagt. Dieses Rezept funktioniert natürlich nicht auf ewig, aber ein oder zwei Jahre funktioniert es sicher. Und mit einer Rezession können wir nicht rechnen. Aber die inflationäre Entwicklung, die kann doch bedenkliche Ausmaße annehmen. Herr Hasselmann macht mich eben auf etwas aufmerksam. Wir haben doch weite Bereiche der aufwertungsgeschädigten Wirtschaft, die in große Verlegenheiten kommen. 5 % Arbeitslose in Ostfriesland zur Zeit. Das ist eine Werftenfrage, sicherlich. Das ist aber dann auch eine Frage der Abwanderung und eine Frage der regionalen Struktur von sehr großer Bedeutung.

*Kiesinger:* Also, wir wollen das weiter verfolgen. Wir wollen uns aber auch nicht allzu leichtfertig da eine Entwicklung einreden, die zu unseren Gunsten geht. Auch ich bin im übrigen dafür, daß zu gegebener Stunde diese Schlußabrechnung mit der Aufwertung gemacht wird. Im übrigen darf ich darauf aufmerksam machen, daß der neue Bundesbankpräsident<sup>71</sup> ein ganz entschiedener Gegner der Aufwertung war und – wie er mir jetzt hat sagen lassen – geblieben ist. Das ist also eine sehr wichtige Sache.

---

70 Vgl. den Artikel im „General-Anzeiger“ vom 10./11. Januar 1970 „Wirtschaft im Zeichen des Wachstums“.

71 Dr. Karl Klasen (1909–1991), Jurist; 1931 SPD, 1935 Eintritt in die Deutsche Bank, 1948–1952 Präsident der Landeszentralbank Hamburg, 1952 Wiedereintritt in die Deutsche Bank, 1967–1969 Sprecher der Deutschen Bank, 1969–1977 Präsident der Bundesbank.



Er hat es mir extra sagen lassen. (*Stingl*: Die Bemerkung war auch sehr interessant, die er vorgestern nach der Sitzung im Fernsehen gemacht hat.) Das ist ein Mann, mit dem wir ganz gut können. Es hat mir leid getan, daß wir ihn nicht – obwohl er Sozialdemokrat war – rechtzeitig akzeptiert haben. Wir hätten es wahrhaftig tun sollen. Wie gesagt, das Problem steht jetzt noch nicht an, das kommt noch eines Tages.

*Heck*: Darf ich den Punkt 3 der Tagesordnung noch einmal aufgreifen. Zur Information: Von Herrn Dregger wurde zusätzlich zu den fünf Mitgliedern für den Fernsehrat noch Herr Schwarz-Schilling vorgeschlagen. Es besteht nun nur die Möglichkeit, daß der Vorstand von den sechs Vorgeschlagenen fünf wählt. Das sind: Professor Abelein, Dr. Kraske, Dr. Martin, Dr. Schreiner, Frau Dr. Wex, Dr. Schwarz-Schilling.

*Von Weizsäcker*: Ist ein Zettel nur dann gültig, wenn nicht mehr als fünf, aber auch nicht weniger als fünf draufstehen? Oder wie wird das gemacht?

*Heck*: Gültig ist ein Zettel nur, wenn nicht mehr und nicht weniger als fünf draufstehen. (*Wahlvorgang*.) – Ich muß noch ein paar Dinge bekanntgeben, weil ich glaube, daß es nicht richtig ist, daß der Vorstand manches über die Zeitungen erfährt. Das eine ist: Wir haben ja zwei wichtige Stellen neu zu besetzen. Ausgeschieden ist bereits der Sprecher der Partei, Herr Dr. Rathke<sup>72</sup>. Er wird Staatssekretär für Informationswesen in Schleswig-Holstein. Und ausscheiden wird Herr Dr. Kraske. Das Präsidium hat mit einem Vorschlag für beide Fälle sich einverstanden erklärt: Erstens, anstelle von Herrn Dr. Rathke als Sprecher der Partei tritt Herr Weiskirch<sup>73</sup>. Zweitens, anstelle von Herrn Dr. Kraske tritt Herr Dr. Göb, der bisher Ministerialdirektor im Innenministerium gewesen ist.

Dann hat das Präsidium beschlossen, so wenn die ersten 100 Tage dieser Links-Koalition zu Ende gehen, eine Aktion durchzuführen „100 Tage Links-Koalition“, eingeleitet durch eine Pressekonferenz der beiden Vorsitzenden von CDU und CSU plus den Fraktionsvorsitzenden und weitergeführt durch eine große Aktion in der ganzen Bundespartei mit einem entsprechenden Rednerdienst, der in der Bundesgeschäftsstelle in Arbeit ist. Wenigstens dies wollte ich dem Vorstand zur Kenntnis geben, damit der Vorstand so wichtige Personalentscheidungen nicht über die Presse erfährt.

*Kiesinger*: Zum Teil sind die Herren ja bekannt. Ich habe mich mit beiden Herren ausführlich unterhalten und habe von beiden einen sehr guten Eindruck bekommen.

*Stingl*: Noch etwas anderes: Wir haben diese Woche das Gespräch mit dem BdV gehabt. Ich glaube, das ist gut gelaufen. Unsere Eröffnungen am Anfang sind auch in der Richtung, daß es dort für uns noch Reserven gibt. Da es bei der Union der Vertriebenen keine Satzung gibt, habe ich die Absicht, da ich ja kommissarisch damit beauftragt bin, Ende März/Anfang April diese Konstituierung durchzuführen. Ich würde

---

72 Dr. Arthur Rathke (1920–1980), Mediziner; 1963–1970 Leiter des Pressereferats und des Referats für Öffentlichkeitsarbeit der CDU, 1970–1980 Staatssekretär für das Informations- und Presseamt der Landesregierung Schleswig-Holstein. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 7 Anm. 19.

73 Willi Weiskirch (1923–1996), Journalist; 1946 CDU, 1951–1959 Leiter des Düsseldorfer Büros der „Allgemeinen Sonntagszeitung“, 1970–1976 Pressesprecher der CDU, 1976–1985 MdB, 1982–1985 Vorsitzender des Vereins Union Presse, 1985–1990 Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages.

mich freuen, wenn ich dafür grünes Licht erhielte, daß das in Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit einem größeren Kongreß gemacht wird, damit wir dort in Nordrhein-Westfalen diesen Teil der Bevölkerung für die Wahl aktivieren können. Das kostet natürlich Geld.

*Heck:* Das sollte man mit Herrn Köppler besprechen.

*Gradl:* Ich wollte Herrn Stingl nur bitten, also natürlich zu konstituieren, aber „Union der Vertriebenen und Flüchtlinge“, so wie wir es beschlossen haben.

*Stingl:* Das haben wir immer gemacht, Herr Gradl.

*Gradl:* Nein, Sie brauchen gar nicht verletzt zu sein.

*Stingl:* Doch, ich weiß, was Sie wegen der Satzung meinen.

*Gradl:* Wenn ich gewußt hätte, daß das jetzt zur Sprache kommt, hätte ich Ihnen einen Brief mitbringen können, aus dem hervorgeht, daß ein Landesverband der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge einen viel größeren Zuwachs hat vor allen Dingen der Ost- und Mitteldeutschen in der Christlich-Demokratischen Union. Und dies geht nun hinaus über das, was wir besprochen haben, denn wir haben auf dem Parteitag abgeschlossen „Union der Vertriebenen und Flüchtlinge“. (*Disput zwischen Gradl, Stingl und Katzer.*)

*Kiesinger:* Also, Sie werden mir doch zugeben, daß es unmöglich ist, daß wir hier getrennt firmieren oder daß eine Firmierung, die mit der Parteisatzung übereinstimmt, freiweg geändert wird durch Zusätze. Wir stimmen also Dr. Gradl zu.

*Windelen:* Die Fraktion hat mich u. a. mit der Verbindung zu den Landtagen beauftragt. Ich komme heute morgen von einer Tagung der Landtagsfraktions-Geschäftsführer.<sup>74</sup> Da ist unter anderem gesprochen worden über die mangelnden Kontakte zwischen den Fraktionen und der Bundespartei. Ich möchte zwei Vorschläge zur Erwägung stellen; einmal zu der Sitzung der Landesgeschäftsführer der Partei die Fraktionsgeschäftsführer miteinzuladen; zweitens, bei der zweimal jährlich stattfindenden Besprechung des Parteivorsitzenden mit den Landesvorsitzenden der Partei und den Vorsitzenden der Vereinigungen die Fraktionsvorsitzenden hinzuzuziehen.

*Kiesinger:* Ich weiß nicht, ob die Mischung gut ist. Also, ich finde, daß man tatsächlich die Fraktionsvorsitzenden öfter zusammenholen sollte, aber unter sich. Das würde manche Schwierigkeiten, manche Trotzhaltung beseitigen, denn die Herren haben wichtige Positionen in den Ländern, sie haben ein berechtigtes Selbstgefühl, und deswegen sollte man auch von ihnen mehr Notiz nehmen. Ich erinnere mich an eine Sitzung, die recht fruchtbar verlaufen ist, wo viel Sachverstand zum Ausdruck kam. Also, Sie hatten vorgeschlagen, Herr Windelen, man sollte sie zusammennehmen mit den Landesgeschäftsführern.

*Windelen:* Ja, wobei man erwägen könnte, ob man vielleicht eine Delegation der Fraktionsgeschäftsführer – vielleicht zwei oder drei – mit hinzuziehen sollte, sonst würde der Kreis vielleicht etwas groß. Aber bei den zweimal im Jahr stattfindenden Be-

---

<sup>74</sup> Protokoll der Konferenz der Geschäftsführer und Pressereferenten der CDU/CSU-Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen am 22./23. Januar 1970 in Heppenheim/Bergstraße in ACDP 07-001-1643.

sprechungen der Landesvorsitzenden und den Vorsitzenden der Vereinigungen sollte man erwägen, auch die Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktionen hinzuziehen.

*Heck:* Zu dem einen Vorschlag ist es vielleicht doch nützlich, wenn der Bundesgeschäftsführer, der diese Landesgeschäftsführerkonferenz seit Jahr und Tag leitet, dazu Stellung nimmt. Man muß ja auch wissen, zu welchem Zweck die beiden zusammenkommen sollen. Ich sehe im Augenblick den Sinn nicht, das gestehe ich ganz offen.

*Kraske:* Ich muß leider sagen, daß die Landesgeschäftsführerkonferenzen, die ein ganz wichtiges Instrument innerhalb der Partei sind, schon heute darunter leiden, daß sie zu groß sind. Das liegt daran, daß wir – wie Sie alle wissen – weit mehr Landesverbände als Bundesländer haben und daß zwingend hinzutreten müssen die Geschäftsführer der Vereinigungen, daß zwingend hinzutreten müssen die wichtigsten Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle. Wenn man diesen Kreis generell noch weiter vergrößert, würde ich darin eine bedenkliche Entwicklung seiner Arbeitsfähigkeit sehen. Wenn man ihn dagegen von Fall zu Fall vergrößert, wird das schwierig, weil doch viele Themen hier kontinuierlich behandelt werden. Das hindert nicht, daß bei bestimmten Gelegenheiten, wo gemeinsame Probleme erörtert werden sollen, man eine ad hoc-Konferenz abhalten kann mit Vertretern von Landtagsfraktionen, mit Vertretern von Landesverbänden. Aber bei der Institution Landesgeschäftsführerkonferenz würde ich es dabei belassen und sie nicht erweitern.

*Kiesinger:* Bleibt also nur übrig, daß wir – ich halte das nach wie vor für wichtig – an den Fraktionsvorsitzenden nicht vorbeigehen. Ich weiß nicht genau, wie das bisher gehandhabt wurde. Ich hörte nur immer wieder von diesen Konferenzen der Fraktionsvorsitzenden und den Beschlüssen, die da gefaßt worden sind.<sup>75</sup> Aber das ist so irgendwie neben uns hergelaufen, nicht?

*Heck:* Nein, das kann man nicht sagen. Die Koordinierung zwischen der Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktion – darum geht es im wesentlichen – ist eigentlich recht ordentlich gelaufen. Der Versuch, über die Fraktionsvorsitzendenkonferenz die kulturpolitische Programmatik der Bundespartei auf einen Nenner zu bringen, ist kläglich gescheitert. Hier muß ich sagen, es ist eigentlich die Meinungsbildung außerordentlich schwierig zustande gekommen, aber die Fraktionen haben sich einfach danach nicht daran gehalten, und wir haben dann neue Konzepte zwei Monate später schon wieder über die Presse in Erfahrung gebracht.

*Stoltenberg:* Ich darf vielleicht dazu sagen, ich teile etwas die Bedenken von Herrn Kollegen Dr. Heck und Herrn Kollegen Dr. Kraske. Das sind doch Gremien, die ganz bestimmte Aufgaben haben. Wenn ich mir überlege – Landesvorsitzendenkonferenz mit dem Parteivorsitzenden – ohne Ansehen der Person. Was hat eigentlich hier für meinen Landesverband Schleswig-Holstein der Fraktionsvorsitzende<sup>76</sup>, den ich sehr

---

<sup>75</sup> Protokolle der Fraktionsvorsitzendenkonferenzen in ACDP 07–001.

<sup>76</sup> Gerd Lausen (1928–1993), Jurist; 1962–1973 Landrat des Kreises Flensburg-Land, 1967–1978 MdL Schleswig-Holstein, 1973–1978 Finanzminister. – Gerd Lausen war vom 1. Januar 1970 bis 15. Mai 1973 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion als Nachfolger Walter Ment-

schätze, für eine spezifische Funktion? Der stellvertretende Landesvorsitzende könnte eigentlich sagen, wenn ein zweiter, dann habe ich eher ein Mandat, zu dieser Sache zu gehen. Das sind ja ganz verschiedene Funktionen. Ähnlich bei den Geschäftsführern. Das sind ja funktionale Aufgaben und Gremien. Aber es ließe sich sicher ermöglichen, daß der Parteivorsitzende und der Generalsekretär ein- oder zweimal im Jahr Termine abstimmen, wo die Fraktionsvorsitzenden ohnehin zusammenkommen, und sie ihrerseits daran teilnehmen. Dann hat sich der Parteivorsitzende mit den Fraktionsvorsitzenden getroffen. Das könnte man doch einführen. Das wäre eine Verbesserungsmöglichkeit. Aber daß wir hier Parteivorsitzende, Fraktionsvorsitzende der Länder so vermischen ...

*Kiesinger:* Nicht durcheinander! Da stimme ich Ihnen zu und teile Ihre Bedenken. Es ist nur so, eine Abstimmung der Landtagsfraktionen mit der Bundestagsfraktion ist sicher notwendig, aber sie erschöpft nicht alles. Wir müssen als Partei darauf sehen, daß auch unsere Fraktionen in den Länderparlamenten so arbeiten, wie es das Wohl der gesamten Partei erfordert. Das ist das eine. Und zweitens gibt es auch eine Abstimmungsnotwendigkeit nicht nur zwischen Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen, sondern unter den Fraktionen. Und da sollte doch irgendwie die Bundespartei daran beteiligt sein. Das kann man so machen, daß man alle zusammennimmt; man kann es aber auch so machen, daß man regional einmal die Fraktionsvorsitzenden von zwei oder drei Ländern zusammenholt und mit ihnen in einer nicht allzu formalen und allzu offiziellen Weise die Dinge durchspricht.

*Heck:* Ich möchte jetzt das Wahlergebnis bekanntgeben. Für den Fernsehrat der Anstalt Zweites Deutsches Fernsehen wurden gewählt: Herr Dr. Krasko, Herr Dr. Schreiner, Herr Dr. Martin, Frau Dr. Wex, Herr Dr. Schwarz-Schilling. Herausgewählt wurde: Professor Dr. Abelein. Der hessische Überfall ist geglückt.

*Hasselmann:* Herr Bundeskanzler! Ganz kurz folgender Tatbestand: In Niedersachsen ist seit heute nachmittag der aus der SPD-Fraktion ausgetretene und ein Vierteljahr pausierende Baselau<sup>77</sup> in die Fraktion aufgenommen worden. Neues Verhältnis: 67:65. Austrittsbegründung: Ostpolitik, insbesondere die Politik des neuen Ministers Franke<sup>78</sup>. Unabhängig ein Mann im Landtag: Das ist der aus der NPD ausgetretene Abgeordnete Hass<sup>79</sup>. Weitere Austritte aus der NPD stehen bevor. Wir wissen, daß man warten will, um in einer öffentlichen Diskussion auf dem Bundesparteitag der NPD in Wertheim<sup>80</sup> Mitte Februar sich dazu eine Plattform zu schaffen. Die Auswir-

---

zels (1899–1978, Jurist; 1946 DP, 1952 CDU, 1954–1971 MdL Schleswig-Holstein, 1958–1969 Vorsitzender der Landtagsfraktion).

77 Walter Baselau (geb. 1915), Angestellter; 1955–1970 MdL Niedersachsen (SPD).

78 Egon Franke (1913–1995), Kunstschler; 1951–1976 MdB (SPD), 1969–1982 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 417 Anm. 55.

79 In der Vorlage: Haas. – Helmut Hass (geb. 1919), Betriebsassistent; 1965 NPD, 1967–1970 MdL Niedersachsen. Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 17. Januar 1970 „Niedersachsens CDU sucht Verstärkung“.

80 Der 4. Bundesparteitag der NPD fand vom 13. bis 15. Februar 1970 in Wertheim/Main statt. Vgl. Sröss S. 1971.

kungen werden bei uns spürbar nicht nur im Landtag und könnten die Regierung der Koalition beeinflussen, sondern vor allem in den Kreistagen. Die SPD scheint ebenso bereit zu sein, NPD-Abgeordnete – mindestens auf der Kreisebene – aufzunehmen. Die Gefahr für uns liegt in der Möglichkeit, daß die FDP ausgetretene NPD-Abgeordnete übernimmt und dadurch das Verhältnis möglich wird, die Koalition Bonns auch in Hannover zu vervollständigen. Das ist die Überlegung, vor der wir stehen und wo wir einen Schritt zuvorkommen müßten, wenn das morgen vor der Tür steht. Die Herren, die offensichtlich auszutreten gedenken, sind unbescholten und keine Nazis im alten Sinne, auch nicht mit irgendwelcher Belastung. Die Lage in der Koalition ist unverändert hart auf beiden Seiten. Die SPD hat offensichtlich nach der für die SPD/FDP-Koalition unbefriedigenden Deutschlanddebatte die Order gegeben „Bitte streitet Euch nicht!“, so daß wir seit einigen Tagen, nachdem Wehner offensichtlich interveniert hatte, das Gefühl haben, daß sie einzulenken bereit sind unter wahrscheinlicher Opferung des Ministerpräsidenten Diederichs<sup>81</sup> und damit Herstellung der Kabinettparität, Forderung Nr. 2 aufgrund des neuen Kräfteverhältnisses. Es gibt aber in der SPD-Fraktion weitaus größere Kreise, die in einem Treueverhältnis zu Diederichs stehen und keineswegs bereit sind, ihn zurückzuziehen. Das nächste Gespräch wird in der Koalition am 28. Januar geführt. Wir müssen abwarten, was dabei herauskommt.<sup>82</sup> Der Termin ist uns von der SPD angeboten worden. Die Forderungen der CDU sind nicht unbillig. Es bleibt bei der Forderung nach der Stimmenthaltung, wenn wir im Kabinett keine Einigung bekommen, im Bundesrat. Es geht um die Kabinettparität, und es geht um einige hier nicht so sehr interessierende Sachfragen, die die Politik in Niedersachsen betreffen, vor allem um eine Hochschulgesetzgebung, die uns einfach trennt, weil hier ganz unterschiedliche Auffassungen vorherrschen. Die SPD-Kulturpolitiker sind für die Hochschulreform, die die Drittelparität ermöglicht, und es sieht so aus, als ob man die Gesetzgebung der Berliner Universität auch in Niedersachsen in Vorschlag bringen will. Daß wir das nicht mitmachen können, versteht sich von selbst.

Wir fragen uns, wie ist die Ausgangsposition für die im Mai oder Juni 1971 durchzuführende Landtagswahl? Wir können mit Gelassenheit und nicht drängend die Entwicklung abwarten, weil die SPD zum erstenmal keine Alternative besitzt. Wir können uns nicht vorstellen, daß sie auf die Toleranz der bisher noch verbliebenen neun NPD-Männer rechnen kann. Nach einem Blitzbesuch am Wochenende von Herrn Genscher<sup>83</sup> in Hannover bei der FDP ist der FDP in Niedersachsen grünes Licht gegeben worden, eine Koalition mit uns einzugehen, allerdings unter der gleichen Bedingung, nämlich Bundesratsklausel. Wenn die FDP nein sagt, dann für uns auch Stimmenthaltung. In Partei und Fraktion mehren sich durch Gespräche – vielleicht darf ich auch sagen in der Bevölkerung – die Stimmen, die uns raten, unter der Überschrift „20 Jah-

---

81 In der Vorlage: Dietrichs. – Dr. Georg Diederichs (1900–1983), Pharmazeut; 1961–1970 Ministerpräsident von Niedersachsen (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 30 Anm. 62.

82 Vgl. „Die Welt“ vom 29. Januar 1970 „SPD droht: NPD-Hospitant bei der Union bedeutet Ende der Koalition“; FAZ vom 30. Januar 1970 „Neue Streitpunkte in Hannover“.

83 Hans-Dietrich Genscher (geb. 1927), Jurist; 1965–1998 MdB (FDP), 1969–1974 Bundesminister des Innern. Vgl. PROTOKOLLE 5. S. 376 Anm. 3.

re sind genug – Wir beseitigen das Unbehagen“ die Chance zu nutzen. Ob das schnell geht, weiß ich nicht, schnell gehen muß – wir haben Zeit. Die Junge Union denkt in verschiedenen Kreisen anders. Aber die Junge Union ist hier gespalten. Es hat auf Kreisparteitagen in Northeim und in Gifhorn Anträge gegeben, alle Übertritte aus extremen Gruppen erst aufzunehmen nach einer fünfjährigen Karenzzeit. Das ist etwas, was die Mentalität der Niedersachsen etwas aufgeregt hat, weil sie meinen, wir müßten hier einfach der SPD keinen Vorschub leisten. Ich glaube, hier ist richtig, daß wir uns jede einzelne Persönlichkeit genau ansehen. Ob nicht auch bei der SPD noch ein Austritt erfolgt, kann ich heute nicht sagen. Die Möglichkeit besteht. In der letzten Landtagssitzung wurde das Greifvogel-Gesetz<sup>84</sup> durchgebracht. Es wurde von unserem Fraktionsvorsitzenden<sup>85</sup> angewandt, der mit sehr viel Geschick und ohne jede Gefahr sehr saubere Verhandlungen geführt hat. Alles, was in dieser Richtung an Kritik an ihm geführt wird, scheint mir unberechtigt zu sein. Hier ist die Zerrissenheit in der NPD einfach so gewesen, daß ohne jedes Zutun es zum Austritt von Hass gekommen ist.

*Schmücker:* In der letzten Sitzung des Vermittlungsausschusses ist mir aufgegangen, daß die Lage im Bundesrat ja etwas anders ist, als wir sie bis jetzt diskutiert haben. Zwar können wir dort Gesetze ablehnen, aber im Vermittlungsausschuß haben wir keine Mehrheit.

*Kiesinger:* Aber wir haben hinterher die Mehrheit. Der Bundesrat ist ja nicht gezwungen, die Vorschläge des Vermittlungsausschusses anzunehmen.

*Schmücker:* Ja, ich habe das bisher nicht gewußt und habe geglaubt, auch andere wüßten das nicht. Und in dieser Sitzung des Vermittlungsausschusses hat Herr Bosselmann<sup>86</sup> – und darauf kommt es mir an – mit uns gestimmt. Ich wäre interessiert, von Herrn Hasselmann zu erfahren, ob das mit Genehmigung der Genossen geschehen ist oder ob der Bosselmann das nur so getan hat. Und das zweite ist: Ich bin der Meinung, wir sollten unsere niedersächsischen Freunde unterstützen. Es ist völlig unmöglich, daß wir in dieser Juniorenrolle uns da bewegen.

*Hasselmann:* Zu Frage 1: Herr Bosselmann hat frei gehandelt und sich darauf berufen, daß die Mitglieder des Vermittlungsausschusses sich frei entscheiden können. Sie sind nicht festzulegen, jedenfalls nicht de jure. Der Ministerpräsident hat uns am anderen Morgen sofort zusammengerufen und hat uns seinen Unwillen bekundet. Wir haben das zur Kenntnis genommen.

Zu Frage 2: Ich glaube, so wie wir jetzt verfahren, ist es richtig. Bei einem weiteren

---

84 Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Niedersachsen Nr. 4 vom 18. Februar 1970 S. 31 f. „Drittes Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Landesjagdgesetzes (Gesetz zum Schutz der Greifvögel)“ vom 11. Februar 1970. Vgl. ZICK S. 149.

85 Bruno Brandes (1910–1985), Rechtsanwalt; 1963–1985 MdL Niedersachsen, 1965–1970 und 1976–1982 Vorsitzender der CDU-Fraktion, 1982–1985 Landtagspräsident, 1981–1985 Landrat in Holzminden.

86 Gustav Bosselmann (1915–1991), Jurist; 1959–1976 Bürgermeister von Schneverdingen, 1963–1982 MdL Niedersachsen (CDU), 1965–1970 Justizminister, 1968–1974 stv. Vorsitzender der CDU in Niedersachsen, 1976/77 Innenminister.

Austritt, nicht Übertritt, gleichgültig aus welcher Fraktion – nicht aus der CDU –, ändert sich nach der Landtagsgeschäftsordnung die Zusammensetzung aller Ausschüsse, so daß wir in jedem Ausschuß die absolute Mehrheit haben, nämlich 8:7 und in weiteren Ausschüssen den Vorsitz stellen. Ob man dann bei der Kabinettsparität, wie sie jetzt ist, bleiben kann, scheint mir bei den anstehenden und noch zu erledigenden Gesetzen in dieser Periode nicht mehr möglich.

Frau Maria Sevenich<sup>87</sup> ist die, die ich eben meinte, die sich mit uns in freundschaftlichsten Beziehungen befindet. Sie hat uns gefragt, ob sie eventuell drüben uns und der Sache nutzen kann. Ihr geht die Ostpolitik natürlich an die Nieren. Sie ist nicht mehr bereit, für die SPD zu kandidieren und hat das auch der Parteiführung in Niedersachsen mitgeteilt. Soweit ist das klar. Sie hat uns einige Berichte gegeben, weil sie aus der KPD die angeblichen internen Berater von Herrn Brandt kennt, und sie hat uns weitere Hinweise gegeben über die Grundgedanken und Vorstellungen des Herrn Wehner in einer solchen Offenheit, daß wir bei einem Abstimmungsergebnis von 64 SPD-Leuten ausgehen können (64:68).

*Blüm:* Ich würde vorschlagen, daß wir uns hier im Bundesvorstand einmal sehr ausführlich mit dem Thema NPD und Übertritte von der NPD in die CDU unterhalten. Ich selber gestehe jedermann den politischen Irrtum ein und zu, auch die Revision dieses Irrtums. Ich meine nur, man müßte den Unterschied machen zwischen Mandatsträger, und was mit dieser Revision dann geschieht, und einem einfachen Mitglied. Aber darüber sollten wir uns mal ausführlich unterhalten.

*Kiesinger:* Nur dürfen wir natürlich nicht den politischen Fehler machen – und man neigt indirekt dazu –, daß wir sagen, die Mandatsträger, auch wenn die sagen: Wir sehen es ein, es war Blödsinn, was wir da gemacht haben, wir sehen es ein – sind zu belastet. Das wäre ein großer Fehler. Alle anderen würden uns zuvorkommen.

*Katzer:* Das kommt auf die Persönlichkeit an.

*Hasselmann:* Ja, Herr Bundeskanzler, es ist so: Der Abstand der CDU zur SPD bei den letzten Wahlen betrug 1,4 %. Die NPD hatte bei den letzten Landtagswahlen 7,2 %, bei der Bundestagswahl 4,6 %. Wir haben eine gewisse Reserve dort zu sitzen. Die FDP hat sich selbst dezimiert. Die Gefahr besteht, daß sie nicht hineinkommt.

*Kiesinger:* Meinen Damen und Herren, möchte noch jemand das Wort ergreifen? – Das ist nicht der Fall. Dann danke ich Ihnen sehr. Die Sitzung ist geschlossen.

---

87 Maria Meyer-Sevenich (1907–1970), Publizistin; 1932 KPD, 1945 Mitgründerin der CDU Darmstadt, 1948–1970 MdL Niedersachsen (1948/49 fraktionslos, 1949–1970 SPD, 1970 CDU), 1965–1967 Ministerin für Bundesangelegenheiten, Vertriebene und Flüchtlinge in Niedersachsen.

## 6

Bonn, Freitag 13. März 1970

*Sprecher: Amrehn, Barzel, [Blüm], [Brauksiepe], Dregger, Echternach, Elschner, Göb, [Gradl], Hahn, Hasselmann, Kiesinger, Kohl, Krasko, [Schäfer], Schröder, Schwarz-Schilling, Stingl, [von Weizsäcker].*

*Politischer Lagebericht. CSU-Freundeskreise. Wahlanalyse. Strategie der Opposition. Verschiedenes.*

*Beginn: 15.00 Uhr*

*Ende: 19.45 Uhr*

### POLITISCHER LAGEBERICHT

*Zu Beginn der Sitzung berät der Bundesvorstand über den Wortlaut des Kommuniqués, das der Parteivorsitzende, Bundeskanzler a. D. Dr. Kurt Georg Kiesinger, während der Bundesvorstandssitzung in einem Interview den beiden Fernsehanstalten ARD und ZDF bekanntgibt. An der Beratung des Wortlautes des Kommuniqués innerhalb des Bundesvorstandes beteiligen sich: Herr Amrehn, Herr Dr. Barzel, Herr Dr. Blüm, Frau Brauksiepe, Herr Dr. Dregger, Herr Dr. Gradl, Herr Professor Dr. Hahn, Herr Dr. Kohl, Herr Dr. Schröder, Herr Dr. von Weizsäcker.*

*Wortlaut der Erklärung:* „Der Sprecher der CDU teilt mit: Präsidium und Bundesvorstand der CDU traten am 13. März 1970 in Bonn zusammen. Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler a. D. Dr. Kurt Georg Kiesinger, gab folgende Erklärung ab: Wir müssen die geplante Begegnung in Erfurt im Zusammenhang mit den Gesprächen in Moskau und Warschau sehen.<sup>1</sup> Parteipräsidium und Bundesvorstand der CDU haben die Situation beraten und folgendes festgestellt: Für uns geht es im Kern um die Freiheit und um das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der DDR. So wie wir für uns auf Freiheit und Selbstbestimmung nicht verzichten können, so wenig dürfen wir dies zuungunsten unserer Landsleute in der DDR tun. Niemand kann voraussagen, wann sie dieses Selbstbestimmungsrecht werden ausüben können. Es gibt aber in aller

---

1 Am 19. März 1970 trafen sich Willy Brandt und Willi Stoph in Erfurt, vgl. AdG 1970 S. 15344–15358. Vgl. dazu auch die Aufzeichnung Brandts über seine Gespräche in AAPD 1970 Dok. 124. – Zu den Gesprächen Bahrs in Moskau vgl. VOGTMEIER S. 123–140; AAPD 1970 Egon Bahr. – Die Gespräche in Warschau führte Staatssekretär Georg Duckwitz, vgl. AAPD 1970 Dok. 14 (Instruktionen vom 19. Januar für die im Februar beginnenden Gespräche), Dok. 35 (4. Februar), Dok. 37 (5. Februar), Dok. 39 (6. Februar), Dok. 41 (7. Februar), Nr. 77 (Instruktionen vom 25. Februar 1970 für die zweite Gesprächsrunde), Dok. 102 (9. März), Dok. 107, 113 (11. März).



Ungewißheit eine feste Regel für unsere Deutschlandpolitik: Keine deutsche Regierung darf etwas tun, was durch ihre eigene Schuld oder durch ihr eigenes Versagen unseren Landsleuten den Weg zur Selbstbestimmung erschwert oder verbaut. Die CDU erwartet daher, daß bei allem von uns unterstützten guten Willen zu einem friedlichen Ausgleich von deutscher Seite der aller Welt bekannten Härte der östlichen Forderungen mit jener Klarheit und Festigkeit begegnet wird, die für die Wahrung der Lebensinteressen unseres Volkes und für die Anbahnung eines europäischen Friedens notwendig ist.“

*Während des Interviews des Parteivorsitzenden Dr. Kiesinger leitet Herr Dr. Schröder die Bundesvorstandssitzung.*

*Schröder:* Es wäre vielleicht ganz gut, wenn man sich in diesem Kreis noch einmal dazu äußern würde, ob und wie wir mit der CSU zu einer gemeinsamen Erklärung kommen können, wie wir sie nach meiner Meinung schon einmal in dieser Ost-Berliner Sache nützlicherweise gehabt haben. Besteht der Wunsch, dazu etwas zu sagen?

## CSU-FREUNDESKREISE<sup>2</sup>

*Kohl:* Ich habe die Frage heute im Präsidium<sup>3</sup> schon einmal angesprochen, und ich finde, wir sollten uns hier darüber auch noch einmal kurz unterhalten. Das Präsidium hatte schon vor einiger Zeit beschlossen, eine gemeinsame Sitzung mit dem Geschäftsführer und dem Landesvorstand der CSU durchzuführen. Das soll jetzt auch in nächster Zukunft geschehen. Ich kann nur davor warnen, daß wir uns in irgendeiner Form in der öffentlichen Diskussion in eine Lage begeben, daß hier diesen Tendenzen, uns auseinander zu dividieren, Vorschub geleistet wird. Und ich plädiere hier ausdrücklich dafür, daß wir bereit sind, ein größeres Stück Langmut zu üben, als im Augenblick bestimmte Kreise der CSU bereit sind, Langmut zu üben, denn es bringt uns gar nichts ein. Ich weiß das von vielen älteren Freunden aus Rheinland-Pfalz, was für eine katastrophale Geschichte das einmal in Deutschland war, daß die Bayerische Volkspartei und die Zentrumspartei in einer Weise, wie das heute einfach undenkbar ist, aufeinander losgezogen sind. Das ist eine Katastrophe. Ich finde aber, auf der anderen Seite müssen wir unseren Freunden in der CSU ganz klarmachen, was da passiert. Es passiert nämlich konkret folgendes:

---

2 Die konstituierende Bundesdelegiertenversammlung des Freundeskreises der CSU fand am 14. März 1970 auf dem Köln/Bonner Flughafen statt, zum Vorsitzenden wurde der Kölner Byzantinistik-Professor Berthold Rubin gewählt, vgl. „Neue Rheinzeitung Köln“ vom 16. März 1970 „CSU-Freunde tagen unterm Strauß-Plakat“. Tagesordnung und Satzung finden sich in ACDP Dokumentation 2/2331. – Der erste CSU-Freundeskreis war am 7. Februar 1970 in Berlin gegründet worden, vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 10. Februar 1970, „Südwest Presse Tübingen“ vom 9. Februar 1970. Vgl. auch Ströss S. 339 f.

3 Protokoll der Präsidiumssitzung in ACDP 07–001–1403.

In den CSU-Freundeskreisen, die ich beobachten konnte, sammelt sich eine Summe von Leuten, die in der CDU örtlich oder lokal oder aus was für Gründen auch immer nicht ankamen. Es sammeln sich eine Reihe von Leuten, die einfach ganz wirre, um nicht zu sagen ganz irre politische Vorstellungen entwickeln, und es ist z. T. ein wirkliches Sammelsurium von Leuten, wo man eigentlich froh sein kann, daß die nie Mitglied der CDU werden in einem Kreisverband, weil sie die Arbeit hemmen, weil sie gar nicht bereit sind, vernünftig kooperativ mitzuarbeiten usw. Es ist auch für meine Begriffe eine Katastrophe für unsere Freunde in der CSU, auch für Franz Josef Strauß, wenn die öffentliche Meinung, die ja örtlich diese Leute meistens kennt, die jetzt da als Repräsentanten auftreten, plötzlich den Eindruck hat, das ist weniger eine Frage der bundesweiten Publizität als der lokalen Publizität, wo man das ja besser abmessen kann, was das im einzelnen für einer ist, wenn also hier der Name von Strauß oder der Name der CSU in Zusammenhang mit Leuten gebracht wird, auf die keine Partei stolz sein kann, wenn sie plötzlich auftreten – notorische Querulanten, zu kurz Gekommene in jeder Form oder sonst irgendwas. Man muß allerdings auch sehen, daß diese Freundeskreise eine Problematik darin enthalten, weil eben im Augenblick dabei die Sehnsucht, die ja in Deutschland offensichtlich immer vorhanden ist, nach dem berühmten starken Mann, der alle Probleme löst, der das Patentrezept hat, der sozusagen tausend Blumen blühen läßt, eine nicht unwesentliche Rolle spielt. Und es ist das Problem, daß sich wohl der Bundesvorstand dazu bereit findet zu sagen, wir nehmen das nicht zur Kenntnis. Die örtlichen Kreisparteivorsitzenden, die mit diesen Leuten im Lokalteil ihrer Zeitung zu tun haben, die halten aber auf die Dauer nicht den Mund. Und das können wir ihnen auch gar nicht verbieten, denn sie sind konfrontiert in ihren örtlichen Versammlungen mit den Lokalredakteuren, und da müssen sie eben Farbe bekennen. Dann ist der Krach da, weil nämlich die Öffentlichkeit nicht aus dem Querulantentum die Schlüsse zieht, sondern aus der Tatsache, der ist bei der CDU nichts geworden. Folglich gründen sie eine CSU. Und es ist auch einem Durchschnittsbürger nicht ganz klarzumachen, wo der Unterschied zwischen einem Freundeskreis liegt, ob das eine Vorstufe einer Parteigründung ist oder ob das eben nicht der Fall ist. Man kann das eben so nicht tolerieren.

Und es kommt noch etwas anderes hinzu. Wir haben in ein paar Tagen die Wahlen in Hamburg, wir haben ein paar Wochen später die Wahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland, wir haben die Wahlen im Herbst in Hessen und in Bayern.<sup>4</sup> Und wenn Sie jetzt im Vorfeld dieser Wahlen irgendwo auftauchen, da haben Sie in einer Diskussion spätestens bei der dritten Frage die Frage: Und wie hältst du es mit den Artikeln im „Bayernkurier“? Ich muß nun also ganz offen sagen, ich habe weder die Zeit und die Lust, jeden Artikel im „Bayernkurier“ präsent zu haben. Es ist schon beschwerlich genug, bei jeder Diskussion mit jüngeren Leuten, etwa mit Pennälern, immer den „Spiegel“ präsent zu haben, weil das immer das Material ist, das unweigerlich in der Debatte aufkommt. Man muß also den „Spiegel“ gelesen haben und den

---

4 Vgl. Nr. 2 Anm. 18.

„Bayernkurier“, und auf dieses Niveau werden dann unsere Diskussionen heruntergezogen.

Es ist einfach ein Wahnsinn, bei der Lage der CDU/CSU etwas zuzulassen, was uns auseinanderbringt. Das hat mit der unterschiedlichen Betrachtung in verschiedenen Fragen gar nichts zu tun. Es wird immer ein Unterschied sein zwischen unseren Freunden in Hamburg in der Frage der föderalen kulturpolitischen Betrachtung und der Meinung, die die Bayern dazu haben. Das ist auch eine legitime Sache und gehört zum Spannungsbogen einer pluralistischen Gesellschaft und in einer so verfaßten Partei. Aber hier geht es ja um etwas anderes. Wir geraten dabei in eine ungeheuer verderbliche Sache, in die Nähe des Endes, des Auffangens der Konkursmasse der NPD. Daß wir natürlich daran interessiert sein müssen, möglichst viele Stimmen in den nächsten Wahlen von der NPD zu erben, das steht doch außer Frage. Wir wären ja wahnwitzig, wenn wir nicht möglichst viele Stimmen gewinnen wollten. Aber wir müssen uns dabei sehr hüten, im Jargon oder in der Betrachtungsweise mit der NPD identifiziert zu werden. Es ist ja ein großer Unterschied, ob wir stillschweigend Wähler aus diesem Bereich kassieren oder ob wir bei dem Bereich der Wähler unter 40 Jahren, bei den Facharbeitern, bei der intellektuellen Mittelschicht in den Geruch kommen, nicht nur Wählerstimmen kassieren zu wollen – das nimmt uns jeder ab –, sondern daß wir jetzt auch in den Jargon der NPD verfallen. Und das muß m. E. in unseren Reihen ausgetragen werden, nicht öffentlich, hier bei uns und in Gesprächen mit der CSU, denn es ist ganz ungewöhnlich verderblich, wenn man auf Versammlungen nach knapp zehn Minuten vor der Frage steht: „Vertreten Sie die Meinung etwa der Bundestagsfraktion“, die als zu lasch charakterisiert wird, „oder sind Sie der Meinung jener ‚aufrechten Männer‘, die doch im „Bayernkurier“ das noch sagen, was gesagt werden muß in dieser Situation?“ Das ist eine furchtbare Lage, weil egal, was Sie sagen, Sie [das] mit Sicherheit mißverständlich wieder gedruckt finden mit all den Konsequenzen, die darin liegen. Und das ist ganz schlimm. Der Vorsitzende des CSU-Freundeskreises Rheinland-Pfalz hat ja gestern wörtlich gesagt: „Wir müssen gegen die progressive CDU die CSU aufbauen.“<sup>5</sup> Darüber kann man also nur noch weinen, wenn das als Endergebnis unter dem Strich herauskommt.

*Schröder:* Ich hätte den Wunsch und die Bitte an diejenigen, die zu diesem Thema sprechen, daß sie ihren Vortrag schließen damit, daß sie sagen, was nun praktisch in der Sache geschehen soll.

*Dregger:* Die Freundeskreise sind m. E. sicherlich eine schlechte Sache. Sie sind sicherlich ein Sammelbecken zu kurz gekommener und zweifelhafter Existenzen. Das ist in Frankfurt beim Vorsitzenden dieses Freundeskreises<sup>6</sup> der Fall. Diese Freundeskreise gefährden den guten Namen der CSU und damit auch unseren guten Namen, und sie geben der deutschen Presse die Möglichkeit, einen Gegensatz zwischen der

---

5 Vorsitzender der am 12. März 1970 als siebter Freundeskreis in Koblenz gegründeten Organisation war der Diezer Kaufmann und Rechtsanwalt Rolf Müller-Zimmermann. Vgl. „Allgemeine Zeitung Mainz“ vom 13. März 1970 „Sie wollen Strauß als Kanzler sehen“.

6 Vorsitzender des am 19. Februar 1970 gegründeten Freundeskreises war der Publizist Jürgen von Sychowski, der sein Amt am 15. März 1970 niederlegte.

Union in Bayern und im übrigen Bundesgebiet aufzubauen. Therapie: Nach außen runterspielen. Ich würde es für falsch halten, große Proteste jetzt hier vom Bundesvorstand loszulassen, sondern zu sagen, wir alle sind Freunde der CSU, wir brauchen keine speziellen Freundeskreise. Aber nach innen sollten wir der CSU gegenüber in nicht zu überbietender Härte und Deutlichkeit dagegen protestieren und sagen, das können wir nicht hinnehmen.

*Schröder:* Herr Dr. Dregger, wir sind uns in der Sache ja wohl einig, auch bevor wir sie zu Ende diskutiert haben. Aber hier geht es um die Frage, daß wir die CSU dazu bringen müssen, sich wirklich davon ganz und gar zu distanzieren. Dann ist die Sache tot, dann brauchen wir weder vereinsrechtliche noch sonstige Formalitäten.

*Echternach:* Ich wollte einmal darauf hinweisen, daß der Hamburger Freundeskreis repräsentiert wird durch einen Pressesprecher, der gleichzeitig auftritt als Vorsitzender eines rechtsradikalen Studentenverbandes in Hamburg, gleichzeitig als Repräsentant der Aktion Oder-Neiße, und daß er gleichzeitig ein Flugblatt verteilen läßt, das schließt mit den Worten: „Wenn Sie kein slawisches Hamburg wollen, dann wählen Sie nicht die Bonner Verzichtspartei.“<sup>7</sup> Diese Aktion Oder-Neiße hat gleichzeitig eine Zeitung verteilt, in der wohlwollend ein Amerikaner zitiert wird, der gesagt hat: „Der deutsche Feldzug gegen Rußland 1941 war ein heiliger Krieg ...“ Das von dem Repräsentanten, der bei dem Freundeskreis der CSU in Hamburg auftritt. Gleichzeitig werden demagogische Fragestellungen allen Hamburger Bürgerschaftskandidaten zugeschickt im Namen des Freundeskreises der CSU, weil eine Wahlempfehlung des Freundeskreises der CSU zur Hamburger Bürgerschaftswahl herausgegeben werden soll, in der Fragen zur Anerkennung der DDR, Fragen zur Verhandlung in Erfurt umgemünzt werden in quizartig vorgegebene Fragen, die nicht beantwortet werden können und bei denen sich alle drei Parteien in Hamburg verständigt haben, daß diese Fragen nicht beantwortet werden. Ich meine, daß wir diesem Treiben nicht länger tatenlos zusehen können, daß es auch mit nichtssagenden, distanzierenden Erklärungen nicht getan ist, sondern hier nur juristische Schritte helfen, d.h. die Untersagung der Namensführung CSU im Namen der Freundeskreise, denn CSU ist genauso geschützt wie alle anderen Marken- und Warenzeichen und im politischen Bereich erst recht. Der Name der CSU kann nicht gegen ihren Willen geführt und mißbraucht werden. Und deswegen wäre ohne weiteres die CSU in der Lage, die Führung des Namens CSU durch irgendwelche Freundeskreise zu untersagen, und wir sollten die CSU auffordern, diese rechtlichen Schritte einzuleiten.

*Hasselmann:* Ich schließe mich voll und ganz den Vorschlägen von Herrn Echternach an. Wir haben allerdings von der CSU auf mein Drängen bereits in der Presse Hannovers die Distanzierung der CSU von diesen Freundeskreisen mit folgendem Wortlaut: „Im Auftrage des CSU-Vorstandes wird mitgeteilt, daß die Gründung eines

---

7 Jürgen Rieger (1946–2009), Anwalt. – Der Freundeskreis wurde am 13. Februar 1970 in Hamburg gegründet, vgl. „Hamburger Morgenpost“ vom 14. Februar 1970 „Freunde der CSU‘ jetzt in Hamburg“. – Die Aktion Oder-Neiße (AKON) wurde im September 1962 gegründet, vgl. PPP Informationsbrief 20. Jg/101 vom 3. September 1969.

Freundeskreises der CSU in Hannover ohne Wissen der CSU stattgefunden habe. Die CSU distanziert sich ausdrücklich von dieser Vereinigung. Die CSU hat sich gerade über die hannoversche Gründung ‚höchst verärgert‘ gezeigt.“ Eine kurze Notiz mit der Überschrift „Die CSU distanziert sich“.<sup>8</sup> Es handelt sich bei dem Gründungsmitglied um Herrn K. Döring<sup>9</sup>, diesem sagenhaften, nicht gerade glücklich handierenden Journalisten. Ich habe die notwendigen Schritte gegen diesen Mann eingeleitet. Aber der Schritt muß von der CSU, von Dr. Strauß kommen. Wir können sonst gar nichts tun. (*Schröder*: Wer hatte Sie denn autorisiert, Herr Hasselmann? Sie haben ja eine wunderbare Erklärung gehabt, die könnten wir ja alle abgeben. Aber wer hatte Sie autorisiert, die Erklärung abzugeben?) Herr Generalsekretär Streibl. – Zweitens, zur NPD, weil Herr Dr. Kohl vorhin darauf einging: Wir sind nämlich etwas betroffen in Niedersachsen. Eines steht fest, meine Damen und Herren, die Haltung zu den aus der NPD Ausgetretenen wird in den einzelnen Regionen der Bundesrepublik unterschiedlich beurteilt werden müssen. In Niedersachsen haben wir die Dinge fest in der Hand. Da passiert nichts. Die Frage ist, ob man in anderen Landesteilen Deutschlands das so deutlich machen kann wie gerade in unserer Heimat.<sup>10</sup> Die Frage ist, wie können wir von der Bundespartei eine Aufklärungsaktion durchführen, die deutlich macht, warum wir in Niedersachsen einen solchen Schritt gemacht haben. Wir würden Ihnen auch das Material dazu liefern können, wenn das Wunsch dieses Vorstandes ist. Aber, wie gesagt, Gefahr besteht nicht. Das erste Rebellieren von Freunden aus der Jungen Union ist umgeschlagen in eine sehr nüchterne Betrachtungsweise. Ihr Freund und mein Freund, Herr Seiters, wird Ihnen das bestätigen. Daß wir hier nicht leichtfertig und grundsätzlich mit der NPD paktieren dürfen, ist selbstverständlich. Das geht nur immer mit dem Ausgetretenen unter der Überschrift „Die NPD wird bekämpft“. So wird es auch weiter geschehen. Sie ist nicht koalitionsfähig. Das muß immer vor jeder Begründung für die Einzelmaßnahme vorweg gesagt werden. Aber insgesamt zeigt sich durch die Gemeindezusammenschlüsse neu, die wir im Zuge der Verwaltungs- und Gebietsreform durchgeführt haben und die zwingen zu neuen Gemeinderatswahlen, daß wir eine Bastion nach der anderen zum erstenmal zugunsten der CDU gewinnen. Die SPD ist mit größtem Aufgebot in diesen Gemeinden erschienen und trotzdem erstmals geschlagen worden.<sup>11</sup> Der Trend ist eindeutig. Wir können also von dieser

---

8 Vgl. „Frankfurter Neue Presse“ vom 13. Februar 1970 „Die CSU mag ihn nicht und die CDU ist skeptisch“; „Wolfsburger Allgemeine“ vom 6. März 1970 „CSU-Freundeskreis ohne Freunde“; „Wetzlarer Neue Zeitung“ vom 25. März 1970 „Die CSU distanziert sich“.

9 Nicht ermittelt.

10 Anspielung auf den Fall des NPD-Landtagsabgeordneten Hass, der nach seinem Austritt aus der NPD-Fraktion bei der CDU hospitierte, sowie die Aufnahme von FDP-Mitgliedern im Frühjahr 1969, vgl. FAZ vom 17. Januar 1970 „NPD-Austritt in Niedersachsen“; „Braunschweiger Zeitung“ vom 17. Januar 1970 „Vor weiteren Mandatsverschiebungen“; „Frankfurter Rundschau“ vom 27. Januar 1970 „NPD-Abtrünnige stärkt niedersächsische CDU“. Vgl. auch Nr. 5 Anm. 79. – Aufgrund der Aufnahme von Hass in die CDU-Fraktion kündigte Ministerpräsident Diederichs am 18. März 1970 die Koalition mit der CDU auf, vgl. Zick S. 149 f.

11 Bei Teilkommunalwahlen wie z. B. im Landkreis Osnabrück errang die CDU von 124 Rats-

Linie, in Niedersachsen jedenfalls, nicht abgehen, aber wir wissen nicht, ob man in anderen Gebieten sich doch nicht sehr viel Mühe geben muß, um zu erklären, was eigentlich in Niedersachsen vorgeht.

*Hahn:* Ich beurteile an sich die Frage der CSU-Freundeskreise genau wie Sie. Ich bin allerdings der Meinung, rechtliche Schritte sollten wir nicht einleiten, sondern das muß durch die CSU selbst geschehen. Aber ich betrachte diese Sache als ein Krankheitssymptom der CDU, und zwar als ein ganz deutliches Unbehagen, das in unseren Reihen doch da ist. Und ich meine, wir sollten es insofern ernst nehmen, denn es ist ein Empfinden, daß keine klare Richtung bei uns da ist und sehr große Unsicherheit vorherrscht. Und dieses Unsicherheitsgefühl deutet sich jetzt zum ersten Mal an, und das kann noch sehr viel schlimmer werden, wenn das so weitergeht. Ich bin der Meinung, wir sollten die Sache sehr ernst nehmen und einmal unseren eigenen Kurs genau überprüfen.

*Schröder:* Wir sind uns also einig darin, daß in der vorgesehenen Besprechung mit der CSU diese Forderung klargestellt werden soll, daß die CSU sich eindeutig verhält und eindeutig die Schritte ergreift, wenn noch weitere gerichtliche Schritte notwendig sein sollten.

*Schwarz-Schilling:* Müßte man nicht das Material von solchen Leuten, von denen Herr Echternach und Herr Hasselmann gesprochen haben, bei der Verhandlung zur Hand haben?

*Schröder:* Ja, das fände ich sehr gut. Es sollten also alle diejenigen, die lokales Material haben, dieses der Bundespartei für die Verhandlung mit der CSU zur Verfügung stellen.

## WAHLANALYSE

*Elschner*<sup>12</sup>: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir haben insgesamt von elf Wahluntersuchungen gehört: drei von der SPD, drei von der CDU, eine von der FDP, drei von wissenschaftlicher Seite und eine von der Gewerkschaft.<sup>13</sup> Ich selber habe fünf dieser Analysen mitausgewertet, zwei habe ich allgemein zur Kenntnis be-

---

sitzen 53, die Wählergemeinschaften 43, die SPD nur 26, die FDP 2, vgl. „Neue Osnabrücker Zeitung“ vom 27. April 1970 „CDU im Landkreis Osnabrück vorn“.

<sup>12</sup> Gerhard Elschner (geb. 1923), Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1969/70 Leiter des am 15. Januar 1968 gegründeten Wissenschaftlichen Instituts der KAS (WIKAS, ab Oktober 1970 in Sozialwissenschaftliches Institut umbenannt), ab 1970 Unternehmensberater in München. Vgl. dazu auch Anja KRÜKE: Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990. Düsseldorf 2007 S. 127–167.

<sup>13</sup> Vgl. folgende in ACDP Dokumentation vorhandene Untersuchungen: Institut für Empirische Sozialforschung Köln (WEMA); Institut für Motivforschung/Gesellschaft für angewandte Sozialpsychologie (GETAS); Allensbacher Berichte sowie weitere Materialien in ACDP 01–226–317.

kommen können, von den übrigen weiß ich nichts Genaueres. Insgesamt gibt es eine Reihe von Varianten in diesen Untersuchungen, aber auch eine Reihe von erstaunlichen Übereinstimmungen.

Ich darf mit einer kurzen Vorbemerkung anfangen, ehe ich zu den eigentlichen konkreten Ergebnissen komme. Die deutsche Wählerschaft befindet sich in einem geradezu kritischen Zustand der politischen Orientierungslosigkeit, d. h. Politik rangiert an 6. Stelle nach verschiedenen anderen Lebensbereichen wie Familie, Beruf, Freizeit, allgemeiner Fortschritt, Freunde und Bekannte und rangiert nur ganz knapp vor den Bereichen Sport, Kirche, Kultur. Und mit den Bereichen Sport, Kirche und Kultur hat Politik gemeinsam, daß sie kritische und ablehnende Zuwendungen erfährt, während die ganzen übrigen Bereiche vorwiegend positiv, generell normativ genommen werden. Wo kommt diese Orientierungslosigkeit her? Es ist in einem ganz erstaunlichen Maße die kollektiv aus den Augen der Bevölkerung verschwundene Gesamtheit Politik. Es gibt nicht mehr genügend Streitfragen, nicht mehr genügend Gegenstände der Politik, an denen man sich zustimmend oder ablehnend orientiert. Das hat schlimmere Konsequenzen, als es auf den ersten Blick hin aussieht. Der Verlust an Politik führt eindeutig zu einem labilen Gleichgewicht im sozialen und politischen Verhalten. Es gibt schwindende Stammwählerschaften, wachsende Wechselwählerschaften und eine immer härter werdende Entscheidung in ideologischer Form oder für geringere Gruppen in politischer Form. Und mit diesen Umschichtungen des Verhaltens kommen Ergebnisse zustande, die z. T. mehr aktuell bedingt sind, die aber auf jeden Fall nicht bezogen sind auf große politische Entscheidungen, denn die scheinen für die Mehrheit der Bevölkerung gelaufen zu sein. Auf der anderen Seite dividiert sich die Bevölkerung immer mehr in verschiedene Verhaltensformen, und die großen Unterschiede zwischen etwa Konfession oder etwa den Landschaften ebenen sich auf eine ganz erstaunliche Weise ein.

Ich überreiche Ihnen noch einmal die Ergebnisse der Wahlen in einer Tabelle, damit Sie sich noch einmal die Zahlen vor Augen führen können. Diese Zahlen müssen vor dem Hintergrund gesehen werden, daß tatsächlich die politische Machtverteilung in Deutschland eine immer mehr geringer werdende Rolle spielt. Wir hatten bisher für die CDU/CSU den Vorteil, daß die Frage nach der Legitimität – „mit welchem Recht haben bestimmte Leute die Herrschaft inne, und mit welchem Recht üben sie die politischen Entscheidungen aus“ – mit dem Entschwinden politischer Sachverhalte aus den Augen der Leute ebenso verschwindet und die Legitimität für die Frage der politischen Entscheidungen eine immer geringere Rolle spielt. An die Stelle der Legitimität tritt Funktionstüchtigkeit. Die Leute wollen, daß eine Partei einen Service leistet, einen Service an bestimmten politischen Hilfen, an Entscheidungen, die an der Stelle des Einzelnen für ihn geleistet werden. Und d. h., daß die Parteien mehr gefragt werden nach ihrer Funktionstüchtigkeit als nach ihrer politischen Legitimität. Das muß nicht so bleiben, das kann außerordentlich schnell verändert werden. Aber zur Zeit ist es so, daß der Wohlstand und die relativ hohe Sicherheit, die schließlich ein Ergebnis unserer Politik sind, ein Entschwinden wirklicher politischer Entscheidung bewirkt hat. Dieses nur als kurzes Wort zu dem sehr schwierigen Hintergrund, vor dem unsere

Politik gesehen werden muß. Tatsächlich ist die Bereitschaft zu politischen Orientierungen außerordentlich schwach geworden.

Nun komme ich zu den Fakten, die wir in ziemlicher Übereinstimmung mit den verschiedenen Instituten festgestellt haben. Leider haben wir die endgültigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes bis heute nicht. Es gibt einige Länder, bei denen die Vermutung besteht, daß die endgültigen Zahlen der Stimmbezirke und die Auszählung der Sonderstimmkreise zurückgehalten werden, um sie zunächst einmal den „Genossen“ zugänglich zu machen. Wir glauben aber nicht, daß das sehr wesentliche Abweichungen geben wird, aber für das Kapitel, das ich Ihnen jetzt kurz vortragen will, wird es allerdings erhebliche Informationen geben, die ich jetzt nur mit großem Vorbehalt vortragen kann, weil die Berechnung der Wählerwanderung nur möglich ist, wenn wir präzise die Auszählung der Sonderstimmbezirke haben. Die Wählerwanderung ist offenbar ganz beträchtlich gewesen, obwohl sie kleiner war als im Wahlkampf 1965. Etwa 20 % der Wählerschaft hat die Parteipräferenz verändert. Auf Anlage 2 finden Sie bei dem Verbleib der Wähler von 1965 – jeweils als einen Kreis dargestellt – das Hundert der Wählerschaft einer bestimmten Partei. Diese Wähler von 1965 haben sich in einer gewissen Weise aufgeteilt 1969. Wir haben das weitgehend, aber nicht vollständig feststellen können. Die CDU/CSU hat – relativ gesehen – die festeste Stammwählerschaft, die größte Anzahl derer, die auch 1969 wieder ihrer Partei wie 1965 ihre Stimme gegeben haben.

Wenn Sie dann Anlage 3 „Zusammensetzung der Wählerschaften der Parteien 1969 (Zusammensetzung nach ihrer Parteiherkunft)“ betrachten, dann stellen Sie fest, daß von den 46,1 % Wählern der CDU 32,5 % die alten waren. Und wir haben auch aus anderen Studien mit ziemlicher Sicherheit herausgerechnet, daß wir eine Stammwählerschaft von rund 30 % besitzen. Zu der Wählerwanderung darf ich noch ergänzen, die NPD verlor praktisch keine Wähler von 1965. Sie gewann ungefähr die Hälfte ihrer Wähler von anderen Parteien. Den höchsten Zustrom von ehemaligen CDU-Wählern hat die SPD erhalten. Die CDU/CSU wiederum erhielt ihre Stimmen vorwiegend von ehemaligen SPD- und FDP-Wählern, vorwiegend nachweisbar von Teilen der FDP, die besonders in Hessen und auch in anderen Gebieten von ihrer Partei eindeutig Abstand genommen haben aus feststellbaren, in den Motivuntersuchungen angegebenen Gründen. Die SPD hat etwas mehr Wähler an die FDP verloren als an die CDU. Sie gewann vor allem ehemalige CDU-Wähler und nur etwa halb soviel wandernde FDP-Wähler. Die SPD erhielt etwas mehr Stimmen als die CDU von ehemaligen FDP-Wählern. Und die FDP erhielt vor allem Stimmen ehemaliger SPD-Wähler. Es hat also ein Austausch vor allem in der Orientierung Links/Rechts, Progressiv/Konservativ stattgefunden, wenn das als Interpretation erlaubt ist. Die Verluste der NPD an andere Parteien sind zu gering, um auf eine Wanderungsrichtung zu schließen. Die gewonnenen Wähler stammen zu etwa gleichen Teilen aus CDU/CSU und DFU. Die NPD-Wähler sind in erster Linie Unzufriedene, Frustrierte, radikal Protestierende, aber keineswegs vorwiegend speziell Nationale.

Die Entwicklung der Parteienpräferenz in der Zeit ist ein Streitapfel zwischen den Instituten. Es sind nämlich je nach ganz verschiedenen Frageformen verschiedene Par-



teipräferenzen festgestellt worden. Ich darf Ihnen eine mit etwas Vorbehalt zu betrachtende Tabelle („Parteienpräferenz Oktober 1969“) überreichen, die sich offensichtlich – je nach Art der Fragestellung – unklar entwickelt hat. Es steht aber ziemlich fest, daß die SPD in ihrer Öffentlichkeitsarbeit in dem Winter 1968/69 und den ersten Monaten 1969 die entscheidenden Festlegungen ihrer Zugewinne erzielt hat, während die Zugewinne für die CDU in diesem Zeitraum nur ihre Stammwähler betraf. Die CDU hat in dieser Zeit keine Wechselwähler gewonnen. Dagegen hat sie Wechselwähler gewonnen in dem Zeitraum des eigentlichen Wahlkampfes.

Dies bestätigt auch die Tabelle über den „Zeitraum der Wahlentscheidung“. Hier sehen Sie die Rückerinnerung auf den Zeitraum im Winter 1968/69 bis hin zum Wahltag, aus der sich ergibt, daß die CDU am Anfang des Jahres 1969 wenig bis gar nicht hinzugewann, sondern nur die Festlegung ihrer Stammwähler erreichte, daß sie in dem Zeitraum zwei bis drei Monate vor der Wahl eher Verluste zu verbuchen hatte, und die entscheidenden Gewinne für die CDU/CSU im Schlußgalopp des Wahlkampfes zustande kamen. Das wird aus dieser Grafik nicht ganz deutlich. Diese ist nur ein Hinweis auf die Wahlentscheidungen nach der eigenen Aussage der Befragten. Die Parteienpräferenz vom Oktober 1969 zeigt in etwa, wie bereits vier Wochen nach den Wahlen sich die Wählerschaft zugunsten der SPD umstrukturiert hat. Wir haben wenige Tage, und zwar drei Tage nach der Wahl, ein Parteienpräferenz-Verhältnis von 46 % für die CDU (also noch das Wahlergebnis), bereits 47 % für die SPD, 4 % für die FDP und abgesunken 2 % für die NPD. Wir haben knapp vier Wochen später 52 % für die SPD, nur noch knapp 40 % für die CDU und etwa 6 % für die FDP. Und wir haben seitdem eine etwas schwankende Parteienpräferenz mit einem knappen weiteren Ansteigen der SPD bisher auf etwa 52 bis 53 %, ein Ansteigen der CDU im November auf 42 %, dann wieder Absinken auf 39 % und zur Zeit wieder eine aufsteigende Tendenz auf 40 bis 41 %. Und nach einer mir nicht nachprüfaren Nachricht aus einer jüngsten Parteienpräferenz hat die CDU zur Zeit schwach steigende Ziffern und ist bei 43 oder 44 % angekommen. Bei der FDP schwankt es um die 5 % herum. Wegen der kleinen Größe sind die Zahlen nicht hundertprozentig zuverlässig. Es heißt, daß die FDP in Nordrhein-Westfalen ganz deutlich, aber knapp über der 5 %-Grenze liegt, im übrigen wieder eher etwas zunehmenden Trend hat im Zuge der Publizität, vor allem durch Herrn Scheel.

Wir haben bei der Zusammensetzung der Wählerschaft nach den soziographischen Gruppen eine sehr interessante Zusammensetzung hinsichtlich Männern und Frauen. Hier haben wir genau die Umkehrung zwischen CDU und SPD. Die CDU hat 39 % Männer und 54 % Frauen, die SPD 52 % Männer und 42 % Frauen. Bei den Konfessionen hat die CDU 58 % katholische Wähler und 37 % evangelische Wähler, die SPD 38 % katholische Wähler und 55 % evangelische Wähler. Bei den Altersstufen ist die Kurve eindeutig von den jungen Jahrgängen zu den alten für die SPD fallend und für die CDU steil aufsteigend mit einem Gipfel an alten Wählern von 57 % für die CDU und 57 % jungen Wählern bei der SPD. Das entspricht also geradezu einem Kreuz in dieser Zusammensetzung. Wir haben bei den Berufen eine eindeutige Kurve zwischen der Landbevölkerung mit 65 % für die CDU, treu zurückgekehrt nach etlichen

Schwankungen zu Beginn des Jahres 1969, und nur 24 % für die SPD. Bei den Arbeitern hat die SPD mit 60 % immer noch den Hauptanteil, die CDU 35 %. Die mittleren nichtleitenden Angestellten 52 % SPD, 43 % CDU. Bei den leitenden Angestellten haben beide große Parteien etwa einen gleichen Anteil von 46 %. Bei den Selbständigen und den freien Berufen hat die CDU 57 %, die SPD 30 % und die FDP dort ihren Hauptstand mit 9 %. Bei den Ortsgrößen gibt es wieder eine ähnliche Kurve wie bei den Altersstufen. Wir haben von Dörfern über Kleinstadt und Mittelstadt eine ganz deutlich fallende Kurve der CDU (52 % auf den Dörfern, 37 % in den großen Städten). Bei der SPD haben wir 41 % in Dörfern und ganz kleinen Orten, bis zu 57 % in den Großstädten. Hier liegt der Hauptgewinn der SPD eindeutig in den Ballungsräumen. Diese Umschichtungen der Wählerschaft haben nichts Dramatisches und auch keineswegs gruppenspezifische Ursprünge, d.h., nicht weil man einer bestimmten Gruppe zugehört, habe man deshalb seine Meinung geändert oder sich daran orientiert. Es sind eindeutig auch bei diesen Umschichtungen in erster Linie politische Orientierungsmotive gewesen und dann erst in zweiter Linie traditionelle Orientierungsmotive. Die CDU findet zur Zeit in den folgenden Gruppen und Gebieten die geringste Resonanz. Sie ist besonders unterrepräsentiert in unteren Schichten, in Mittelstädten, bei den Facharbeitern, in Hessen immer noch, in Norddeutschland, bei evangelischen Wählern, bei Gewerkschaftsmitgliedern und naturgemäß bei den Wählern ohne Konfessionsangabe. Die SPD hat ihre besonders geringen Positionen bei den Oberschichten immer noch, bei den älteren Wählern, bei den Nichtgewerkschaftsmitgliedern, in Bayern, in Rheinland-Pfalz und Saarland, in Baden-Württemberg, bei katholischen Wählern, bei den freien Berufen und Selbständigen und bei der Landbevölkerung.

Zu den Auswirkungen der Wahl: Das Wahlergebnis hat bei der Bevölkerung deutlich einen gemischten Eindruck hinterlassen. Es wurde zwar ungefähr so vermutet, man war nicht überrascht, aber die Zufriedenheit war gering. Sie war am größten bei den SPD-Wählern, am geringsten bei der NPD, und auch bei den CDU/CSU-Anhängern sind sehr wenige wirklich zufrieden. 30 % aller Wähler bezeichneten die Niederlage der NPD als besonders gut. Bei den Anhängern der CDU/CSU war vielfach an diesem Wahlergebnis überhaupt nichts Gutes zu finden, d.h. man war unzufrieden. 26 % der Wähler waren nicht enttäuscht. Aber bei den Wählern der CDU/CSU stand die Enttäuschung ganz an der ersten Stelle ihrer Reaktion. Die SPD hat allgemein besser abgeschnitten als erwartet, und schlechter als allgemein erwartet die FDP. Als eigentliche Siegerin der Wahl wurde von 60 % der Befragten die SPD bezeichnet, weil sie einen so großen Stimmenzuwachs hatte. 35 %, also nur ein Teil der CDU-Wähler selbst, sagen, die CDU/CSU sei die Siegerin der Wahl, weil sie die meisten Stimmen erhalten habe. Die Anhänger von SPD und FDP hatten mit einer größeren Niederlage der CDU gerechnet. Die Wähler von CDU/CSU und NPD erwarteten ein schlechteres Ergebnis für die SPD. Die Wahlerfolge der einzelnen Wahlkreiskandidaten und der Abgeordneten sind von der Mehrheit der Bevölkerung mit Interesse verfolgt worden, aber rund 30 % der Wähler haben sich dafür überhaupt nicht interessiert. Für sie hat der Kandidat praktisch keine Rolle gespielt.

Zu den Koalitionspräferenzen, zu den Wünschen nach einer bestimmten Regie-

rung, haben wir eine ganz interessante Feststellung treffen können, und zwar war der bevorzugte Regierungsträger nach den Wahlen eine Alleinregierung der SPD. An zweiter Stelle tauchte für die beste Lösung die Alleinregierung der CDU auf. Das ist gegen früher eine Änderung, wo Alleinregierungen sehr stark abgelehnt wurden. Aber als zweitbeste Lösung überragt die Zusage für die jetzige Mini-Koalition bei weitem die Zustimmung zur Alleinregierung der CDU. Und insgesamt kommt die Große Koalition hierbei außerordentlich schlecht weg. Niemand wollte mehr die Große Koalition. Es ergibt sich aus den Feststellungen, daß das Image der SPD, das allgemeine Bild von dem, was die SPD tut und wie sie sich verhält, im Augenblick den Vorstellungen der Bevölkerung stärker entspricht als die CDU und daß die Regierung der SPD/FDP weniger, und zwar deutlich weniger, nachweisbar weniger, ihres besseren Programmes wegen als vielmehr wegen des Wunsches nach einem Regierungswechsel befürwortet wird.

Wir haben dann als letztes eine Aufstellung von Aufgaben und Gebieten, um die sich eine Regierung kümmern soll. Es ergibt sich eindeutig, daß die Wirtschafts- und Finanzpolitik unzweifelhaft an erster Stelle rangiert, also die größte Priorität besitzt. Dabei ist die Sorge um eine harte Währung während des Aufwertungstreits von einer stark gewachsenen Sorge um stabile Preise später dann überholt worden. Bei den Frauen hat sich die Angst vor steigenden Preisen besonders bemerkbar gemacht, vor allem in den mittleren Altersjahrgängen. Eine verstärkt in den Zeitraum der Aufwertungsdiskussion gefallene Wahlfestlegung und die gleichzeitig in diesem Zeitraum besonders geäußerte Besorgnis um die Preise läßt den wirtschaftspolitisch begründeten Einbruch der SPD in weibliche Wählerschichten vermuten. Mit 38 % nennen mehr junge Leute die Sicherung der Arbeitsplätze als eine wichtige Aufgabe als die älteren. Sorge um ihren Arbeitsplatz haben also gerade mehr die jüngeren, und nicht wie immer angenommen die älteren Wähler. Der CDU wird zugebilligt, daß sie sich ganz besonders um die Stabilisierung der Staatsfinanzen und etwas mehr als die SPD um die stabile Währung gekümmert habe. Ihre Leistungen im gesamten übrigen Bereich der Wirtschaftspolitik erfahren jedoch eindeutig eine schlechtere Beurteilung als die der SPD. Diese wird sogar in verschiedenen Gruppierungen fast doppelt so fähig angesehen wie die CDU/CSU, und das beruht eindeutig nach den Grundbefragungen auf der Rolle von Karl Schiller. Seit März 1969 rangieren in der Liste der Aufgaben der Bundesregierung Ostpolitik und Wiedervereinigung etwa in der Mitte. Die Anerkennung der DDR ist eine der unwichtigsten Aufgaben am Ende der Liste. Das Interesse an der Wiedervereinigung ist bei den 30- bis 60jährigen am geringsten, bei den über 60jährigen am größten. Der Ostpolitik messen die Jungen die höchste Bedeutung zu, die über 60jährigen die geringste. Aus den Gruppen ergeben sich keine besonders großen Unterschiede. Aus den 23 vorgegebenen Aufgabenbereichen einer Bundesregierung wurde nach wie vor immer wieder, auch in nachfolgenden Untersuchungen, die Wirtschafts- und Finanzpolitik vor der Bildungspolitik und Verbrechensbekämpfung ausgewiesen. Die Fragen der Außenpolitik haben in dem Zeitraum des Wahlkampfes und auch unmittelbar danach nur eine ganz unterdurchschnittliche Bedeutung gehabt. Sie haben an der Wahlentscheidung kaum Anteil gehabt.

Ich darf resümieren: Die CDU/CSU verlor eindeutig an Stimmen und verfehlte dadurch knapp die absolute Mehrheit wegen des Aufwertungsstreites<sup>14</sup> und der damit verbundenen Angst vor Preissteigerungen. Sie verfehlte ihre Erfolgsmöglichkeiten ganz offensichtlich wegen mangelnder Öffentlichkeitsarbeit in dem Zeitraum des Jahres vor der Wahl. Sie hat ihre Argumente im Winter 1968/69 und im Frühjahr 1969 überhaupt nicht in der Wählerschaft durchgebracht. An dritter Stelle verfehlte sie ihren Erfolg durch die Verschiebung der Alternative Kiesinger/Brandt, die ganz eindeutig zugunsten des Bundeskanzlers ging, zur Scheinalternative Kiesinger/Schiller, wobei sich inkommensurable Größen gegenüberstanden, und durch das immer Unwahrscheinlicherwerden der Fortsetzung der Großen Koalition die Rolle des Bundeskanzlers immer mehr bezweifelt wurde, die gerade als seine Stärke empfunden wurde. Die CDU/CSU verlor offensichtlich nicht noch stärker, weil sie ihr allgemeines Wahlkampfkonzept einigermaßen konsequent durchhielt. Ich habe Sie hier nicht aufgehalten mit Zahlen über die Resonanz des Wahlkampfes, bei der wir einen durchaus guten Stand gehabt haben. Im Fernsehen und in Inseraten waren wir schwächer als die SPD. Im Durchsetzen unserer generellen Forderung „Auf den Kanzler kommt es an“ und „Sicher in die 70er Jahre“ haben wir weitaus besser abgeschnitten als alle anderen Slogans, als alle anderen Zuordnungen bei anderen Parteien. Eine Kritik an dieser grundsätzlichen Konzeption des Wahlkampfes erscheint nicht stichhaltig. Das Konzept war im Prinzip richtig, insofern es eben nur als eine Entsprechung unseres Images, unseres vorhandenen Vorstellungsbildes konzipiert werden konnte. Aber es gibt gar keinen Zweifel, daß die CDU/CSU an Konsensus in sehr vielen ihrer klassischen Anhängergruppen verloren hat und daß die Bereitschaft, sich mit ihr zu identifizieren, außerordentlich viel schwächer geworden ist. Ich würde deswegen sagen, die SPD verdankt ihre Erfolge weniger ihrer Wahlwerbung. Sie verdankt sie auch kaum ihrem Programm. Die Wahlwerbung hat keine überdurchschnittlichen Wirkungen gezeitigt. Entscheidend für sie war vielmehr der ursprünglich von ihr nicht geplante und nicht gewollte Streit um die Aufwertung und die dadurch gegebene unerwartet große Rolle Schillers und ihr zähes Festhalten an ihrem langfristigen Wehner-Plan, die Regierungsmitwirkung zu benutzen, um als regierungsfähig zu gelten, aber sich dennoch ungehemmt alternativ und oppositionell darzustellen. Aber auch dieses hätte ihr wahrscheinlich nichts genützt, wenn nicht der relativ starke Verlust an innerer Übereinstimmung mit den traditionellen Gruppen und der starke Schwund der Identifizierungsbereitschaft der Wähler mit der CDU ihr sozusagen erst eine Chance eröffnet hätte. Ich bin sicher, daß ihr Angebot an Modernität, an Mobilität und Fortschritt nur sehr kleine Gruppen bewegt hat, nur bestimmte definierbare Gruppen an jungen mobilen Wählern, ein Teil der Intellektuellen und der existentiell noch aufstrebenden Schichten, also der Jahrgänge, die noch in der Festlegung ihrer eigenen Existenz stehen. Die FDP hat eindeutig verloren wegen ihrer Linksumorientierung, wegen einer feststellbaren mangelnden

---

14 1968 einsetzende Diskussion über eine eventuelle Aufwertung der D-Mark. Vgl. dazu Klaus SCHÖNHOFEN: Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969. Bonn 2004 S. 452–469; EMMINGER S. 135–171. Vgl. auch Nr. 4 S. 63 f.

Überzeugungskraft ihrer Persönlichkeiten und eines für sie absolut fehlgegangenen Werbe- und Wahlkampfkonzeptes. Das war ein reiner Snobappeal für Intellektuelle, das war nur etwas für Interessierte. Das hat relativ hohe Aufmerksamkeit erzeugt, aber große Teile der Wählerschaft trotzdem überhaupt nicht erreicht. Die FDP verfügt heute nur über 1,5 % der Wählerschaft als Stammwähler. Das Problem der NPD ist mit ihrer Niederlage nicht gelöst, denn die NPD verlor praktisch keine Wähler von 1965 an andere Parteien. Sie gewann 1969 immerhin 48 %, also rund die Hälfte ihrer Wähler, von den anderen Parteien. Nach den Motivationen erscheinen die NPD-Wähler eindeutig als vorwiegend Unzufriedene und Beunruhigte aus ganz verschiedenen Gründen. Leute, deren Sicherheitsbedürfnisse nicht erfüllt werden. Einige wenige artikulieren das national. Der größte Teil der NPD-Wähler ist im Prinzip nicht radikal, sondern es handelt sich um Nichtintegrierte. Wir werden etwa sagen können, wir würden bei einer nationalen Argumentation bestenfalls 0,5 % der Wähler von der NPD abziehen können – auch das ist noch zu bezweifeln. Auf jeden Fall ist die nationale Argumentation nicht etwa ein Mittel, um die NPD aufzulösen. Es handelt sich um Unzufriedene, in ihrem Sicherheitsbedürfnis Frustrierte, aber nicht um eigentlich Nationale.

Es besteht kein Zweifel, daß die CDU eine Dynamisierung ihres Erscheinungsbildes braucht. Es ist kein Zweifel, daß sie als funktionstüchtiger gelten muß. Sie braucht zweifellos vieles, um ihre Informationen, ihre Entscheidungen besser an die Wähler heranzutragen. Aber wovor ich als Ergebnis dieser Untersuchung warnen muß, wäre die Überlegung einer grundlegenden Reform der CDU mit einer totalen Veränderung ihres grundsätzlich konservativen Konzepts. Das Erscheinungsbild der CDU als einer mobilen – das ist sie leider nicht –, aber gewünschten konservativen Partei (konservativ im Sinne entgegen der ins Risiko gehenden Progressivität der SPD) ist ein positiver Wert. Die CDU/CSU wird geschätzt als eine konservative Partei, nur hat sie einen schweren Mangel: Sie zeigt nicht Politik, sie zeigt auch nicht genügend Funktionstüchtigkeit. Die anderen haben auch keine so überzeugende Politik, aber wenigstens Funktionstüchtigkeit. Wir haben das nötig, was die Fachleute in ihrem Jargon eine Imageakzentuierung, d. h. eine Korrektur in einer bestimmten Richtung meinen, nicht aber einen Imagebruch, nicht etwa eine völlig neue CDU mit einem ganz anderen politischen Gefühl, sondern eine verbesserte, eine mobilere, eine dynamische, aber im Grunde doch die alte CDU, die vorwiegend Stabilität und Sicherheit wieder verheißt. Einer unserer schwerwiegenden Mißerfolge ist es gewesen, daß es der SPD gelang, den Eindruck zu erwecken, sie sei jetzt für Sicherheit und Stabilität zuständig oder mindestens gleichwertig. Wir brauchen nicht die Totalveränderung, sondern nur die Verbesserung des Vorhandenen, die Akzentuierung des klassischen mehr oder minder Mitte/Rechts, mehr oder minder bürgerlich/konservativen Bildes der CDU, denn darin stecken die positiven Werte. Dieses aber mit größerem Schwung, mit größerer Dynamik und größerer Informationsbereitschaft. Es fehlt weitgehend am frischen Bilde. Die CDU ist einfach informationell nicht genügend präsent.

*Es folgt eine Diskussion, in der spezielle Fragen des Bundesvorstands zu einzelnen Punkten der Wahlanalyse von Herrn Elschner beantwortet werden.*

STRATEGIE DER OPPOSITION

*Dr. Kiesinger schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 3 bis zur nächsten Bundesvorstandssitzung zu vertagen, um zusammen mit den Überlegungen aus dem Referat von Herrn Elschner zu gemeinsamen Konsequenzen für die Strategie der Opposition zu kommen.*

*Barzel:* Wenn der Punkt 3 heute vertagt werden soll, dann bin ich natürlich einverstanden. Dann möchte ich aber doch, nachdem an einer anderen Stelle vorhin der Ausdruck fiel, die Opposition im Deutschen Bundestag werde als lasch empfunden, fragen, ob es eine aktuelle Notwendigkeit gibt, heute aktuelle Punkte unserer Politik hier zu erörtern. Dann stehe ich gern zur Verfügung. Prinzipiell bin ich aber gerne bereit, das zu vertagen. Ich erinnere an die letzte Bundesvorstandssitzung, in der wir über diese Fragen der Lautstärke usw. uns verständigt haben. Ich habe die Unterlagen hier. Wenn es aber einen aktuellen Punkt gibt, wo einer der Freunde, der nicht in der Bundestagsfraktion tätig ist, uns einen kritischen Hinweis oder einen Rat geben möchte, wäre ich doch dankbar, das insoweit heute noch zu behandeln. Das Grundsätzliche zurückzustellen, bin ich sehr gerne bereit.

*Kraske:* Der Ausdruck „lasch“ tauchte ja auf in Zitierungen irgendwelcher Extremisten aus den CSU-Freundeskreisen, die wir als periphere Existenzen bezeichnet hatten.

*Kiesinger:* Also, ich möchte mal meine Eindrücke so zusammenfassen: Ich glaube nicht, daß die Opposition der Bundestagsfraktion als lasch empfunden wird. Eine gewisse Beunruhigung stelle ich draußen fest, daß die Leute sagen, ja wie nun eigentlich, der Barzel, der Kiesinger, der Strauß, der Schröder oder wer? So werden die Fragen gestellt. Und das sind Fragen, die mit ganz primitiven Tatbeständen zusammenhängen, z. B. damit, daß wir nicht genügend im Fernsehen erscheinen. Die Leute meinen, wir können so oft im Fernsehen erscheinen, als in unserem Belieben steht. Und das ist eben nicht der Fall, sondern wir können nur im Fernsehen erscheinen, wenn wir bestimmte Aktionen zu starten vermögen, die das Fernsehen zur Kenntnis nehmen muß. Und dabei wird das Fernsehen uns immer kürzere Sendezeiten einräumen als der Regierung. Das haben wir einmal als Vorzug genossen, jetzt sind wir jedoch in einer anderen Position. Wir sollten nach dem Willen der Leute ganz anders präsent sein. Das richtet sich also nach meiner Meinung nicht gegen die Fraktion, sondern gegen die Partei insgesamt und leider dabei natürlich auch gegen den Parteivorsitzenden, der einfach für die Leute nicht präsent genug ist. Ist er da – ich habe in der letzten Zeit eine ganze Reihe von Kundgebungen gehabt, das war wie in den besten Zeiten –, dann geht das gut. Aber man muß eben da sein, und man kann nicht zu gleicher Zeit überall sein. Und das geht allen anderen von uns doch ähnlich.

*Dregger:* Der Punkt 3 – Strategie der Opposition – wäre doch sicherlich der wichtigste gewesen. Ich bin nicht dagegen, daß wir ihn verschieben, aber ich möchte fragen, wie er beim nächsten Mal behandelt werden soll. Es geht dabei doch sicher nicht nur um die Bundestagsfraktion, sondern es geht auch um die Politik der Partei auf allen

Ebenen, Bund, Länder und Gemeinden. Wir haben ja eine Geschäftsverteilung im Präsidium. Ich hätte gerne einmal gehört, wie sie sich ausgewirkt hat bisher. Wir müssen die Frage behandeln, wie ist unser Verhältnis zur FDP und zur SPD. Ich glaube, das ist fällig. Die gleichen Erklärungen hat Herr Köppler abgegeben im Hinblick auf den Landtagswahlkampf. Wir haben nicht miteinander darüber gesprochen, aber es hätte ja auch sein können, daß wir völlig entgegengesetzte Erklärungen abgegeben hätten. Ich meine, daß diese Frage gründlich behandelt werden muß. Ich wäre ferner dankbar, wenn das vielleicht vorbereitet werden könnte durch ein Konzept, das uns schriftlich zugeht, damit wir hier auch mit einigen Überlegungen in die Diskussion eintreten können. Ich nehme an, daß das Präsidium das sicherlich vorbereiten wird und daß wir dann die Gelegenheit haben, das im einzelnen zu diskutieren und zu beschließen.

*Kiesinger:* Das wird auch schon beraten.

*Echternach:* Ich möchte den Parteivorsitzenden fragen, was an den Ausführungen von Herrn Dreher<sup>15</sup> in der „Süddeutschen Zeitung“ dran ist?

*Kiesinger:* Ja, ich bin also in der schwierigen Lage, daß nun seit langem so eine schleichende Geschichte im Gange ist, dem Kiesinger wird nahegelegt, er solle zurücktreten, er solle vorher zurücktreten. Jetzt wird es so gebracht, daß gesagt wird, der Parteivorsitzende denkt selber an seinen Rücktritt. Er möchte aber natürlich mitwirken, da er an die Zukunft seiner Partei denkt, auch in Personalfragen, auch in Fragen seines Nachfolgers. Dann wird gesagt, er weiß, daß er 1973 ganz sicher nicht mehr dran kommt, er weiß aber auch – so wird vermutet –, daß er, wenn vorher die Regierung auseinandergehen würde, er auch schon nicht mehr drankommt. Dagegen kann man sich natürlich nicht wehren. Da können höchstens andere helfen. Und nun habe ich also versucht, die Sache so wenig dramatisch wie möglich zu sagen: Ich schmolle nicht, ich grolle nicht, ich kollere nicht. Hier ist meine Aufgabe, die erfülle ich. In einem Interview, das ich Herrn Hermann<sup>16</sup> gegeben habe, habe ich gesagt, jetzt ist dieses Jahr vor mir, wo die Partei ausgerüstet werden muß für die Opposition, wo sie fünf Landtagswahlkämpfe – also vier von der CDU und einen von der CSU – zu bestehen hat, und da will ich meiner Partei helfen. Auf die Frage: „Wollen Sie mithelfen bei der Wahl Ihres Nachfolgers?“ habe ich gesagt: „Selbstverständlich! Es ist die Pflicht des Parteivorsitzenden, an die Zukunft der Partei zu denken, dazu gehören die Personalfragen, einschließlich des Vorsitzes.“ Mehr sage ich nicht dazu. Gestern bin ich in Lingen gefragt worden: „Sind Sie bereit, im Jahre 1973 noch einmal als Kanzlerkandidat anzutreten?“ Darauf habe ich gesagt: „Erstens muß dann festgestellt werden ‚he lewet noch‘, und zweitens bin ich ein Demokrat.“ Meine Bitte ginge dahin, daß meine eigenen Parteifreunde – nicht durch feierliche Erklärungen – mit dafür sorgen, daß ein solcher Verschleißprozeß gestoppt wird, damit ich für diese Partei mit Nutzen kämpfen kann. Und das möchte ich ja gerne tun.

---

15 Klaus Dreher (geb. 1929), Journalist; 1972–1993 Bonner Büroleiter der „Süddeutschen Zeitung“. – Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 11. März 1970 „Kiesinger denkt an Rücktritt“.

16 In der Vorlage: Rahmann. – Interview von Harald O. Hermann mit Kiesinger, vgl. „Münchener Merkur“ vom 13. März 1970 „Weg für den Nachfolger bereiten“.

*Kohl:* Ich habe den Eindruck, daß das, was da so unterschwellig an Personaldiskussion seit Wochen läuft, natürlich uns allen – auch denen, die genannt werden – furchtbar schadet und der Partei vor allem. Aber man muß natürlich eines sehen, das hängt auch ein bißchen damit zusammen, daß die Führungsrolle der Partei in dieser ganzen Situation der Politik nicht deutlich genug hervorgetreten ist. Das fängt an mit einer Frage, die wir vorhin hatten, die ganz peripher ist von der Sache her, die aber nach dem, was ich gerade gelesen habe, daß morgen früh in Köln der Bundesarbeitskreis der CSU-Freunde gegründet wird<sup>17</sup>, natürlich jetzt wiederum über das Wochenende eine ganz blödsinnige Publizität gewinnt, weil einfach die Frage auftaucht, ist die Partei bereit, das zu tun. Das ist gar nicht etwa ein Hintenansetzen der absolut notwendigen Funktion der Bundestagsfraktion. Da springt ein ganz anderer Bereich mit hinein, über den ich viel Grund habe, manches ärgerliche Wort zu sagen, wie etwa die Kooperation im Bundesrat selbst, wo ja doch wichtige Entscheidungen anstehen. Ich will das einmal an dem für uns lebenswichtigen Beispiel darstellen, was jetzt im Zweiten Deutschen Fernsehen passiert. Da werden in den nächsten 1 ½ Jahren Weichen für wichtigste personalpolitische Entscheidungen gestellt, die möglicherweise auf zehn Jahre wirken. Das fängt an beim Intendanten<sup>18</sup>, und es sind allein drei der fünf oberen Leute, die hier zur Diskussion stehen, etwa die Frage der Wiederwahl, etwa die Frage eines Arrangements mit den Sozialdemokraten – was von deren Seite angeboten wird –, die Frage, was tun wir im Verwaltungsrat. Wir haben aus Gründen der Courtoisie, wie wir das immer in der CDU gemacht haben, alles immer so beim alten belassen. Ich will die Sache jetzt mal ganz negativ darstellen. Die Entscheidung fällt in der Ministerpräsidentenkonferenz, je nachdem. Jetzt haben wir ein Verhältnis 3:2 zu unseren Gunsten. Geht die Sache nun schief, wobei ich Niedersachsen sozusagen mal neutralisiere; kommt Niedersachsen hinzu, so ist unsere Position besser. Kürzlich sprach mich Herr Wischnewski<sup>19</sup> an, sie wollen das ganze im Sommer erst angehen. Warum wohl? Weil sie im Augenblick damit rechnen, daß sie im Sommer möglicherweise eine Stimme haben, die sie jetzt nicht haben. Sie spekulieren eindeutig auf ein positives Ergebnis an der Saar. Das merkt man aus allen möglichen Anzeichen. Ich prophezeie Ihnen jetzt schon, sollte die Entscheidung an der Saar gegen uns laufen, werden die ganz entscheidungsfreudig werden und in ganz kurzer Zeit alles zumachen, was überhaupt zuzumachen ist. Wir haben jetzt verhindern können diese gesamte Frage, weil so phan-

---

17 Vgl. Anm. 2.

18 1971 stand die Neuwahl des ZDF-Intendanten an. Karl Holzamer wurde in seinem Amt bestätigt. Der Vorschlag von Heinz Kühn, Paul Mikat zur Wahl zu stellen, wurde nicht angenommen. Vgl. „Wiesbadener Tageblatt“ vom 14. Januar 1971 „Die Wachablösung findet nicht statt“; „Rheinische Post“ vom 13. Januar 1971 „Kühn wollte CDU-Mann zum ZDF ‚fortloben‘“. Auch schien die Besetzung der Stelle des Anfang 1970 fristlos gekündigten Chef dramaturgen, Wolfgang Hammerschmidt, notwendig. Das Arbeitsgericht Mainz erklärte jedoch am 16. Juni 1970 die Kündigung für unwirksam („Spiegel“ Nr. 26 vom 22. Juni 1970 S. 139 f.).

19 Hans-Jürgen Wischnewski (1922–2005), Metallarbeiter; 1966–1968 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1968–1972 Bundesgeschäftsführer der SPD. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 616 Anm. 21.



tastisch die Baracke nun auch wieder nicht arbeitet. Sie haben nichts gemerkt im Zusammenhang mit der Zusammensetzung des Fernsehrates. Unsere Fernsehratsposition ist genau die gleiche geblieben. Das einzige, was sich verschlechtert hat, ist das Deputat der Bundesregierung. Wir haben ja zu Zeiten unserer Bundesregierung die FDP-Leute drin behalten. Die schmeißen natürlich unsere Leute raus, was z. T. allerdings nicht sehr ins Gewicht fällt, weil unsere Leute sowieso nie da waren, die die Bundesregierung in den Fernsehrat delegiert hatte. Ich will da jetzt gar nicht nachfassen, ich will es nur in Erinnerung rufen, wie es eben wirklich war. Aber ich will das als ein solches Beispiel nehmen für das, was ich eigentlich von mir aus vortragen wollte im Anschluß an das, was Herr Dr. Barzel vorhin andeutete zum Thema Strategie der Opposition. Das ist nicht eine Frage einer Gesetzesvorlage, sondern daß wir rundum erleben, daß die die Schotten dort, wo sie können, dichtmachen. Und bei uns tun sich sogar eine Reihe vorher gar nicht so gesehener Chancen auf. Das muß man auch sehen. Was sich jetzt an Entwicklungen und Diskussionen in Rundfunkhäusern und Rundfunkstationen ergibt, da steckt eine Menge für uns drin. Aber ich glaube, das wichtigste ist, daß jetzt deutlich wird, daß die CDU/CSU nicht durch viele Stimmen spricht – es können ruhig Nuancierungen drin sein –, aber, daß das Wollen da ist, daß wir die aus dem Sattel werfen, daß wir siegen wollen und daß wir uns nicht in einen personellen Knatsch hineinbringen lassen. Denn der Unterschied zu der Situation damals mit Ludwig Erhard, die ja auch keine schöne Situation war, ist ja immer noch der, daß wir damals an der Macht waren, als wir dieses Spiel getrieben haben. Aber heute treiben wir dieses Spiel, obwohl wir gar nicht an der Macht sind und doch erst wieder dran wollen. Und das ist immerhin ein zusätzlich bedenkliches Argument.

*Kiesinger:* Ich möchte die Sache kurz noch einmal zurückführen auf den Kern. Ich wußte ganz genau vor der Bundestagswahl, was passieren würde, wenn wir die Wahl verlieren würden. Das Menschliche war zu erwarten: Katzenjammer. Und das wendet sich dann mit einer gewissen Naturnotwendigkeit im Ressentiment gegen den führenden Mann und vor allen Dingen gegen den, der so hoch gestellt wurde im Wahlkampf: „Auf den Kanzler kommt es an“. Vor allem fragte ich mich aber, wie wird das nun weitergehen mit unseren Gegnern. Ich wäre sehr beunruhigt gewesen, wenn sie aufgehört hätten, auf mich zu schießen. Das haben sie glücklicherweise nicht getan. Der „Spiegel“ beehrt mich jede Woche mit einem Angriff. Bei denen fing das an. Vor kurzem kommt mein Assistent und läßt sich von einem CSU-Mann sagen: „Was, Du bist bei dem Kiesinger? Ergreife schleunigst die Flucht, denn von den Wahlkreisen in Nordrhein-Westfalen haben von 53 angeblich 47 gesagt, sie wollen den Kiesinger nicht als Redner haben.“ Nun, man wird ja sagen können, wie die Sache wirklich ist. Das wird von dem gesagt, wir gehen der Geschichte nach, und da kommt also heraus, daß zwei „Spiegel“-Leute herumgelaufen sind und diese Geschichte kolportiert haben und daß dahinter ein paar unbedachte, dumme Äußerungen von einigen unserer jungen, forschenden Leute standen, die sich inzwischen davon distanziert haben, die das bedauert haben. Aber die Äußerungen sind da, die natürlich der Sache dieser Partei ungeheuren Schaden tun. Diese ständigen Schwätzereien – und ich erfahre ja schließlich von den Journalisten, wer was schwätzt – hätten mich veranlassen müssen, einen fürchterlichen

Krach mit allen möglichen Leuten anzufangen. Was hat das für einen Sinn? Für mich kommt es darauf an, daß der Sache dieser Partei nicht geschadet wird. Nun gibt es natürlich innerhalb der Partei nicht nur den Freundeskreis der CSU, sondern Leute, die immer schon, vorher, mit dem Wahlkampfstil von mir nicht einverstanden waren und meinten, der Wahlkampfstil von Franz Josef Strauß ist der einzig erfolgsversprechende. Tatsache ist, daß alle Nachforschungen ergeben haben, daß er nicht der erfolgsversprechende war. Das steht fest. Aber es gibt eine Minderheit, auch in der CDU, die das nicht akzeptiert, die wollen eine robustere Art. Das mischt sich hinein in diese Dinge, und es kommt schließlich hinzu, daß die Fraktion natürlich formiert war und daß der Fraktionsvorsitzende von diesem Umstand mit Kraft Gebrauch gemacht hat vom ersten Augenblick an und daß dabei die Partei, die sich noch in einem desolaten Zustand befand, in dem sie sich eigentlich immer befunden hat, weil ja das politische Entscheidungszentrum neben der Fraktion im Bundeskanzleramt war, daß die erst aufbauen mußte. Und das haben wir ja getan, und zwar mit aller Energie, mit aller Konsequenz und Stetigkeit. Aber das ist natürlich nicht nach außen gedrungen. Und es ist einfach eine Frage, wie man dieser Unruhe, die z. T. von außen hereingetragen wird, z. T. von innen geschürt wird, begegnet. Richtig ist, daß ich mit einigen Freunden Gespräche geführt habe, im ganz kleinen Kreis, und zwar zunächst, weil man zu mir gekommen ist in Freundschaft und gesagt hat, hör mal, Du mußt wissen, was da vor sich geht. Nun, ich wußte es von selber und habe gefragt, wie soll man sich in einer solchen Situation verhalten, und zwar ausschließlich im Blick auf das Wohl dieser Partei. Das war der Hintergrund. Und daß da irgendeiner offenbar geschwätzt hat, das war nicht zu vermuten, denn ich hatte diese Leute ausgesucht, nicht nach ihrer institutionellen Stellung in der Partei, sondern nach meinen persönlichen freundschaftlichen Beziehungen seit langer Zeit zu ihnen. Dabei ist nicht eine Rücktrittsabsicht von mir ausgesprochen worden, sondern die Frage behandelt worden, wie ist das 1973. Wir müssen uns diesen schrecklichen Giftfragen entziehen. Wir können doch jetzt nicht Erklärungen abgeben, so wird es oder so oder so. Ich sage immer, das ist meine Aufgabe. Ich bin gewählt worden zum Parteivorsitzenden für diese zwei Jahre, und diese Aufgabe werde ich mit aller Energie ausfüllen. Und das ist, glaube ich, die Richtung, in die wir alle miteinander gehen müssen.

*Stingl:* Ich möchte ein paar Bemerkungen machen im Anschluß an Herrn Dr. Kohl. Sie gehören an sich nicht zur Strategie, ich hätte das eigentlich unter dem Punkt „Verschiedenes“ gebracht; aber jetzt scheint mir doch der Zeitpunkt, daß wir auch einmal über solche Sachen nachdenken sollten. Herr Vorsitzender, Sie haben eben gesprochen über Dinge, die wir doch schon kennen. Aber morgen wird im BdV ein neuer Präsident gewählt. Haben Sie sich auch darum gekümmert? Es scheint so, als ob morgen zwei CDU-Leute gegeneinander kandidieren, Herr Riedel<sup>20</sup> und Herr Czaja<sup>21</sup>.

---

20 Clemens Riedel (1914–2003), Bäckermeister; 1945 CDU, 1946–1949 Mitglied im Landesvorstand der CDU Thüringen, 1954–1970 Vorsitzender des Mittelstandsausschusses der CDU Hessen, 1957–1972 MdB, 1965–1973 MdEP.

21 Dr. Herbert Czaja (1914–1997), Oberstudienrat; 1946 CDU, 1947–1953 Stadtrat in Stuttgart,

(Kiesinger: Riedel ist mir neu.) Das habe ich vorhin gehört und ich fände es merkwürdig, wenn das noch nicht bis an die Spitze gedrungen ist, denn um solche Sachen muß man sich kümmern.

Haben Sie sich überlegt, ob Sie in diesem Jahr mit dem Namen Bundeskanzler a. D. bei den großen Vertriebenentreffen auftreten? Sie haben mich alle bei der letzten Vorstandssitzung – Sie, der Generalsekretär und Herr Katzer – bestürmt, ich sollte unter allen Umständen die Union der Vertriebenen weiterführen. Ich habe gesagt: „Nein, ich kann es nicht, weil ich nicht reagieren kann von da.“ Ich habe z. B. einen Vorschlag gemacht, wie man in Nordrhein-Westfalen diesen Kreis auch anspricht, auch wenn viele von Ihnen glauben, diese 0,9% können nichts ausmachen. Wenn man rechts liegen läßt, der steht einmal rechts, genauso wie viele Arbeiter, weil man sie links liegen ließ, von uns links gewählt haben am Ende. Diese Dinge müssen doch beachtet werden. Es ist also in der Sache mir eine klare Absage gegeben worden, ein Vertriebenenkongreß käme nicht in Frage. Wenn Sie die Freundlichkeit hätten zuzuhören, würde ich Ihnen jetzt gleich meine Meinung unterbreiten, daß Sie am 8. Mai dieses Jahres – 25 Jahre Waffenstillstand – unter allen Umständen für die CDU einmal etwas zu diesem Problem sagen müssen. Ich behaupte nicht, daß Sie etwas Weinerliches oder sonst sagen sollen, sondern zu dem Problem überhaupt – 25 Jahre Waffenstillstand. Was wäre geeigneter gewesen, als diesen Kongreß dazu zu benutzen, nämlich gerade unter den Vertriebenen einmal nicht die Tour zu reiten, die – ich muß es sehr kritisch sagen – Herr Becher<sup>22</sup> doch gelegentlich reitet. Wo bleibt die Unterstützung, daß Herr Schütz<sup>23</sup> oder ich uns gegen solche Kreise wehren? Nein, wenn wir eine Bitte vortragen, es wird hier einfach nicht gehört.

Ich bin heute eine Stunde später gekommen, wie Sie gemerkt haben werden, obwohl ich drei Stunden hergefahren bin mit dem Wagen, selber am Steuer, weil ich in einer Vorstandssitzung der Bundesanstalt sein mußte, in der in einer schönen Einigkeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern mir der Vizepräsident<sup>24</sup> freigestellt wurde, nicht mehr mit einer Abteilung versehen und einer, der auf Wunsch der Arbeitnehmergruppe in meinen Geschäftskreis hineingegeben wurde als Abteilungsleiter. Arbeitgeber und Arbeitnehmer schön gemeinsam. Nur die öffentliche Bank, sogar ein Sozialdemokrat, hat sich der Stimme enthalten.

Diese Dinge gehören mit dazu, genauso wie der Rundfunkrat. Ich habe mein Amt, das ich als CDU-Mann im Wochenschau-Beirat bekam, nicht mehr ausüben wollen,

---

1953–1990 MdB, 1970–1994 Präsident des BdV. Vgl. Christine Maria CZAJA (Hg.): Herbert Czaja. Anwalt für Menschenrechte. Bonn 2003.

22 Dr. Walter Becher (1912–2005), Journalist; 1950–1962 MdL Bayern (CSU), 1965–1980 MdB, 1968–1982 Vorsitzender der Sudetendeutschen Landmannschaft. Memoiren: Zeitzeuge. Ein Lebensbericht. München 1990.

23 Hans Schütz (1901–1982), Angestellter; 1946–1969 Vorsitzender der Ackermann-Gemeinde. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 479 Anm. 79.

24 Walter Henkelmann (geb. 1912), Gewerkschaftsfunktionär; Abteilungsleiter beim DGB-Bundesvorstand, 1952–1969 Vertreter der Arbeitnehmer im Vorstand der Bundesanstalt für Arbeit, ab 1970 deren Vizepräsident.

habe das der Fraktion im November geschrieben und habe gestern eine Antwort bekommen. Schließlich und endlich meine ich, mir könnte man auch etwas früher antworten. Und ich habe Ihnen, Herr Vorsitzender, einen sehr langen Brief geschrieben, da habe ich auch noch keine Antwort darauf.<sup>25</sup> Die Dinge gehören auch dazu. (*Kiesinger*: Wir haben aber inzwischen darüber gesprochen.) Mit mir haben Sie nicht gesprochen. Über den Kongreß haben Sie mir noch nichts gesagt.

*Barzel*: Ich möchte gern zu dem Punkt auch etwas sagen, den Herr Echternach angeschnitten hat und über den Herr Dr. Kohl und der Herr Vorsitzende gesprochen haben. Ich halte das Gerede, das entstanden ist – aus welchen Gründen immer – für unverantwortlich, für schädlich und töricht. Wir haben hier beschlossen, auf dem Parteitag den Bundeskanzler Kiesinger für zwei Jahre zur Wahl vorzuschlagen, mit meiner Stimme. Ich halte das nach wie vor für richtig. Wenn es uns nicht gelingt, glaubhaft das anzustellen, dann sind wir dabei, uns auf eine ganz schiefe Bahn zu begeben. Wenn die Diskussion dieser Frage nicht aufhört, an der ich mich bis zur Stunde weder direkt noch indirekt anders als in der öffentlichen Weise – und das weiß jeder, wie das zu dem Vorsitzenden der Partei geschehen ist – geäußert habe, ich bin an keinem dieser Vorgespräche und an keinem dieser Pressedinge beteiligt, wann das nicht aufhört, dann tritt ein Punkt ein, an dem für mich, den Rainer Barzel, nicht nur eine Beteiligung an solchen Gesprächen, sondern auch eine Beteiligung an Zurverfügungstellung der Führungsposition in dieser CDU nicht mehr in Betracht kommt. Das ist das erste, was ich sagen wollte. Ich hätte es natürlich gern gehabt, um das hier mal deutlich zu sagen, daß, wenn schon solche Gespräche geführt werden, ich dann nicht hinterher von anderer Seite davon höre.

Und nun, Herr Dr. Kohl, Ihr letzter Satz. Will man wirklich die Regierung stürzen? Ich danke, daß Sie so offen gesprochen haben. Nun, ich bin nicht der Erfinder von Vokabeln wie Strategie und Taktik. Ich habe das neulich in einem Kreis gesagt, ich hatte den Vorzug, im Krieg Fliegereinsätze sowohl strategischer wie taktischer Art geflogen zu haben; ich habe nie begriffen, wieso meine Vorgesetzten den einen Einsatz so und den anderen so bezeichnet haben. Deshalb bin ich hier nicht so sicher, ob ich der zuständige Partner wäre. Nur für die Strategie der Opposition, soweit sie die Bundestagsfraktion betrifft – und nur dafür spreche ich –, gibt es zwei mögliche Denkmotive. Entweder man sagt, gut, wir waren 20 Jahre dran, wir brauchen vier Jahre für die Erneuerung. Zugleich braucht das deutsche Volk vier Jahre tiefer Einsicht, daß Sozialismus nicht geht. Also setzen wir alles auf 1973, knallen durch die Luft, lehnen alles ab, machen 1972 ein neues Programm und eine neue Mannschaft mit einer neuen Führung. Das sind potentielle Erwägungen; Erwägungen, die ich nicht teile, weil ich sie für lebensgefährlich halte aus Gründen, die der Vorsitzende in kleinen Kreisen gesagt hat. Denn bei der Olympiade<sup>26</sup> ist das alles vergessen von Erfurt bis zur jetzigen Wirtschaftslage. Wenn die Deutschen sich anstrengen und ein paar Goldmedaillen mehr

---

25 Nicht ermittelt.

26 Vgl. Nr. 2 Anm. 12.

als sonst machen und auf dem Fernsehschirm von Heinemann bis Vogel dauernd alles ausfüllt, dann wird das süße Gift des Sozialismus gewirkt haben. Ich würde also diese Strategie, auf 1973 zu setzen, so sympathisch sie wäre im Interesse der Partei, für fundamental falsch, für einen Ritt über den Bodensee halten.

Wenn es das nicht ist, wenn wir also jeden Tag gucken, wie stürzen wir diese Leute, dann müssen wir jeden Tag an den Bedingungen arbeiten. Und dann rede ich ehrlich nicht mehr von Strategie unserer Politik im Bundestag – ich hoffe, die Partei entwickelt eine Strategie, die langt uns jetzt, das ist die Arbeit, die mir vorschwebt –, sondern dann ist diese Politik im Bundestag taktisch. Da nimmt sie in dieser Woche Rücksicht auf die Kommunalwähler von 1,2 Mio., da nimmt sie in der nächsten Woche Rücksicht auf die Wahl in Hamburg. Ich finde das zum Kotzen! Denn der Notleidendste dabei ist der Fraktionsvorsitzende. Dann nimmt sie in der Woche darauf Rücksicht auf den kommenden SPD-Parteitag, um zu sehen, will sie die Jusos stärken oder den Helmut Schmidt oder will sie alle durcheinander bringen und damit die Koalition stören. Und dann geht das so weiter, ich brauche das hier gar nicht auszuführen. Und die Forderungen, die unsere Freunde aus Hamburg an die Bundestagsfraktion stellen, sind anderer Art als die aus Nordrhein-Westfalen, die von Hessen sind anderer Art als die aus Bayern und die vom Saarland. (*Kiesinger*: Und aus Niedersachsen.) Von unseren niedersächsischen Freunden habe ich gar nicht gesprochen, weil das natürlich fundamental in das Bild gehört. Ich bin dafür, wenn Sie können, packen Sie zu, Züge fahren nicht so oft. Das heißt, so muß man reden.

Und nun nehmen Sie eine praktische Frage. Ich würde gerne eine gesellschaftspolitische Initiative ergreifen in der Frage der Vermögensbildung, ich würde gerne im Mai über die Mitbestimmungsfrage eine Antwort haben. Kann ich nicht. Mitbestimmung ist tabu für die Fraktion, da brauchen wir erst einen Parteitag. Aus. Die Nordrhein-Westfalen brauchen eine Antwort, liegen mir auf der Seele – und Fähigkeit der Fraktion? Die Bayern wollen eine andere Antwort. Gebe ich jetzt eine Antwort für Nordrhein-Westfalen, sind die Freundeskreise ein Kinderspiel von dem, was wirklich in der Politik passiert. Wir wissen doch, wovon wir hier reden. Wir reden doch nicht von Freundeskreisen, sondern wir reden von einer ernsten Spannung, die von personalpolitischer Bedeutung für die Zukunft ist. Das ist doch der Punkt, um den es hier geht, und der muß doch so auf den Tisch gelegt werden. Das heißt mit anderen Worten: Wenn es unsere Absicht ist – Herr Dr. Kohl und ich stimmen dem zu –, sobald wie möglich diese Regierung zu stürzen, dann sieht die Strategie der Opposition, der Fraktion – ich spreche nicht von der Partei – leider anders aus, als sie mir sympathisch wäre.

Und an dieser Stelle muß ich ein Wort sagen zu der Deutschlandpolitik. Ich weiß nicht, ob das alle verstehen, was wir machen. Wir bemühen uns jedenfalls, es selbst zu verstehen. Wir haben es zu tun mit einer Majorität, die bereit ist, wenn man sie einmal im Bundestag stellt, die Oder-Neiße-Linie wegzugeben und die DDR anzuerkennen. Und es ist ein Kunsthandwerk gewesen, über fünf Monate dies wenigstens z. T. zu verhindern. Darüber haben wir gesprochen am 12. Dezember, ob das richtige sei oder das andere, und wir alle waren einig in der Meinung, die ich vertreten habe. Und ich bin der Meinung, wer dauernd in die Luft ballert, wird nicht gehört. Wer schießt, muß

treffen. Und wenn die stärkste Fraktion schießt, muß sie treffen, auch um einen weiteren Schritt zur Veränderung der Verhältnisse hier herbeizuführen.

Wenn das die Lage ist, dann kann die Strategie der CDU nur von der Partei her ausgehen. Man muß das, was an Erneuerungen notwendig ist, was ich gerne in der Fraktion gemacht hätte, auch programmatisch, auch in der Gesetzgebung tun, was ich aber, wenn Sie diese Forderungen an uns stellen – und Sie sind ja einmütig darin, und die Fraktion denkt auch so –, nicht kann. Da muß hier die Partei die Erneuerungsakzente setzen, während wir leider in den tagespolitischen Geschäften verpflichtet sind, uns im Interesse der Partei zu verschleißen. Ich hoffe nur, daß beide Funktionen als im Interesse der Partei mindestens gleichrangig bewertet werden. Ich danke Ihnen!

*Dregger:* Ich möchte Herrn Dr. Barzel zustimmen. Die Personaldiskussion ist miserabel. Sie kann nicht durch den Vorsitzenden beendet werden, sondern nur durch uns, indem wir erklären, wir stehen hinter unserem Vorsitzenden. Und wenn wir nicht mehr hinter unserem Vorsitzenden stehen, müssen wir das dem Vorsitzenden sagen und nicht irgendwelchen „Spiegel“-Redakteuren. Ohne ein Mindestmaß von Solidarität kann auch eine Partei nicht existieren. Was die Strategie angeht, bin ich allerdings auch der Meinung, daß wir die Politik nicht allein der Fraktion überlassen können. Die Fraktion spielt eine sehr wichtige Rolle, aber sie darf nicht die einzige sein, die eine Rolle spielt. Es ist also dringend notwendig, daß wir das Thema „Strategie der Opposition“ auf der nächsten Sitzung in der angedeuteten Weise behandeln. Und ich möchte dringend darum bitten, das Augenmerk nicht nur auf die Bundespolitik zu richten, sondern genauso auf die Landespolitik, auf die Stadtpolitik und auf die Kommunalpolitik. Das hat diese Partei ja 20 Jahre lang versäumt, und ich meine, dieses Versäumnis muß aufhören. In Hessen haben wir erfreuliche Erfolge jetzt wieder gehabt bei den Kommunalwahlen. Wir haben den Oberbürgermeister in Marburg<sup>27</sup> gestellt, obwohl wir vor der letzten Kommunalwahl nur sieben von 37 Stadtverordneten hatten. Und bei den Gemeinde-Neugliederungen haben wir überall Gewinne und die SPD überall Verluste gehabt. Wenn wir diesen Weg nicht gehen, daß wir die Basis erstmal wieder schaffen für diese Partei, dann können wir auch nicht mit großen Erfolgen rechnen. Richtig ist, was Herr Dr. Barzel sagt. Wir müssen versuchen, wenn es nur irgend geht, diese Regierung zu stürzen, denn es wird 1973 noch schwerer sein als in diesem Jahr. Und wir müssen natürlich unserer Fraktion je nach der Lage einen gewissen taktischen Spielraum lassen.

---

27 Walter Wallmann war am 28. Februar 1970 mit 19:18 Stimmen zum Oberbürgermeister gewählt worden. Die SPD erhob vor dem Kasseler Verwaltungsgericht Anfechtungsklage gegen die Wahl, die daraufhin wiederholt werden mußte. Bei der Wahl am 2. Juni 1970 wurde Hanno Drechsler (SPD) zum Oberbürgermeister und Nachfolger Georg Gaßmanns (SPD) gewählt. Vgl. dazu FAZ vom 2. März 1970 „Die CDU siegt im Marburger Rathaus“; „Wiesbadener Kurier“ vom 30. Mai 1970 „Marburger OB-Wahl wird wiederholt“; FAZ vom 3. Juni 1970 „Überraschender SPD-Sieg in Marburg“. – Dr. Walter Wallmann (geb. 1932), Jurist; 1966–1972 MdL Hessen, 1972–1977 MdB, 1977–1986 Oberbürgermeister von Frankfurt/Main, 1982–1991 Vorsitzender der CDU Hessen, 1986/87 Bundesminister für Umwelt, 1987–1991 Ministerpräsident von Hessen. Vgl. LEXIKON S. 392 f.

*Kiesinger:* Also, meine Damen und Herren, nun muß ich doch etwas dazu sagen, sonst erscheine ich ja als derjenige, der an diese Fragen gar nicht gedacht hat. Selbstverständlich ist das alles richtig, was hier gesagt worden ist. Und ich muß vor allem betonen, daß ich die Situation des Fraktionsvorsitzenden durchaus sehe, in all der Chance, die sich bietet, aber auch in all dem Mühsal und all dem Risiko. Ich sagte, die Fraktion war formiert, sie war da, und diese Kraft ist vom Fraktionsvorsitzenden mit Energie eingesetzt worden. Die Partei war einfach nicht formiert. Sie war nicht fähig, diese Rolle der Opposition sofort deutlich sichtbar nach draußen zu übernehmen. Zudem fand auch noch ein Personalwechsel statt. Wir mußten uns nach einem neuen Bundesgeschäftsführer<sup>28</sup> und Parteisprecher<sup>29</sup> umsehen. Wir haben nun also angefangen, im Parteipräsidium eine Aufgabenverteilung vorzunehmen. Die Parteiarbeit in allen Bereichen außerhalb der Fraktion muß sich in der Tat erstrecken im Bunde auf den Bundesrat als einem sehr wichtigen Kampfinstrument für die Zukunft bei allen Problemen, die sich dabei stellen. Und die Koordinierung der Arbeit des Bundesrats haben wir ja Herrn Dr. Kohl übertragen. Er ist auf Schwierigkeiten gestoßen, er hat es angedeutet, und diese Schwierigkeiten werden sich nicht so leicht überwinden lassen. Natürlich haben einige unserer Herren mit ihrer Koalition Not, und es ist nicht so ganz leicht, sich da durchzusetzen. Diese Koordinierung mit der Bundespolitik ist notwendig. Danach ist natürlich notwendig das Problem Umweltbedingungen. Das ist ein Kapitel, an dem sind Bund, Länder und Gemeinden beteiligt. Und hier kann nur die Partei eine Konzeption entwickeln, denn dies muß in den Bundesgremien, also Fraktion und Bundesrat, dies muß unter den Ländern und irgendwie im kommunalen Bereich dann durchgesetzt werden. Das ist ein ganz großes Thema, dafür ist die Partei selbstverständlich verantwortlich. Damit Sie auch wissen, wie wir praktisch arbeiten: Es trifft sich jeden Mittwochabend der Parteivorsitzende, der Generalsekretär, der Bundesgeschäftsführer, um die Lage zu besprechen und vorzubereiten die Sitzungen des Parteipräsidiums. Wir haben lange hin und her beraten, wann die Sitzungen des Parteipräsidiums stattfinden sollten. Da waren manche widerstrebende Interessenlagen zu berücksichtigen. Wir sind jetzt darauf gekommen, daß wir statt des zunächst vorgesehenen Freitag, der sich aus vielen Gründen als einfach nicht durchführbar erwiesen hat, den Montagabend zu nehmen, was z. B. vor allem für den Fraktionsvorsitzenden eine schwere Belastung bedeutet, denn am Montag ist für ihn natürlich ein sehr schwerer Tag, da ist Elferrat, Fraktionsvorstand usw. und abends dann noch eine schwierige Beratung im Parteipräsidium. Aber wir haben keine andere Zeit, wir müssen die nehmen.

Im Rahmen dieser Aufgabenverteilung im Präsidium ist es etwa so, daß Herr Dr. Kohl, der ja ohnehin die Programmkommission leitet, für den Programmparteitag die Koordinierung mit den Ländern und Bundesrat übernommen hat neben ein paar anderen Aufgaben. Ich habe Herrn Kollegen Schröder gebeten, sich um das Gebiet der Außenpolitik insgesamt zu kümmern, Herrn Stoltenberg um Wirtschaft und Finanzen,

---

28 Rüdiger Göb wurde Nachfolger von Konrad Kraske. Vgl. Nr. 5. S. 170.

29 Willi Weiskirch folgte Arthur Rathke nach.

Herrn Katzer um Gesellschaftspolitik und Frau Kollegin Wex um Bildungspolitik, Kulturpolitik. (*Dregger*: Wer macht denn Personalpolitik?) Das ist eine durchaus berechtigte Frage. Wir haben festgestellt, daß die SPD in der Baracke etwa 20 Referenten beschäftigt, die sich nur mit Personalfragen und Personalpolitik beschäftigen. Das ist einfach noch eine Lücke bei uns. Darüber kann Herr Dr. Göb gleich etwas sagen. Ich bin der Meinung, sie sollten es hören, wie wir uns die künftige Organisation der Bundesgeschäftsstelle vorstellen, denn diese primitiven Organisationsfragen sind ja die Voraussetzung für diese strategische Wirksamkeit der Partei. Und daran hat es einfach bisher gefehlt. Ich meine, ich selber hatte nun wirklich als Kanzler alle Hände voll zu tun, und aus diesem Grunde haben wir ja auch in Braunschweig die entsprechenden Entlastungsbeschlüsse gefaßt.<sup>30</sup> Aber jetzt muß da ernst gemacht werden. Vielleicht hören Sie jetzt mal von Herrn Dr. Göb, mit dem wir ja diese Dinge gründlich besprochen haben, wie sich nach seiner Vorstellung die künftige Arbeit der Bundesgeschäftsstelle abspielt.

*Kohl*: Können wir vielleicht erst noch die Debatte abschließen?

*Amrehn*: Im Verhältnis zu den gewichtigen Ausführungen der letzten Redner kann ich jetzt nur kleine Brötchen backen, aber ich halte sie auch noch für wichtig. Es ist ja heute hier gesagt worden, daß die Linie der Partei nicht allein gebildet werden kann von der Fraktion, sondern von der Partei. Das kann dann aber praktisch nur der Parteivorstand sein und zwischendurch das Präsidium. Aber dann muß der Parteivorstand auch mit großer Regelmäßigkeit und noch öfter, als wir das jetzt planen, und mit ganz klaren Themata zusammentreten und Ergebnisse der Diskussion festhalten.

Zweitens: Das Verlangen nach Führung kann nicht immer nur nach oben gerichtet werden, sondern das erstreckt sich auch auf die Mitarbeit, Solidarität und Einsatzbereitschaft der einzelnen Mitglieder von Vorständen und Fraktionen. Die Fraktion hatte gestern schriftlich jedes Mitglied gebeten, heute morgen um 9.00 Uhr pünktlich im Bundestag zu sein, weil wir eine Debatte erzwingen wollten. Und wir hatten die große Chance, heute zu gewinnen. Es waren nur 400 und einige Abgeordnete von 540 da. Aber bei der Auszählung waren wir 76 weniger als die Sozialdemokraten. Dann kann man keine Strategie betreiben.

Drittens: Es gehört zur Strategie als Voraussetzung die Organisation. Da werden wir gleich etwas von Herrn Dr. Göb hören. Aber die Organisation kann nur arbeiten, wenn sie ein Haus hat. Und deswegen sind ja gewisse Beschlüsse gefaßt worden, das Haus zu bauen und zu finanzieren. Und jetzt habe ich das alles in die Strategie eingepackt, um zu fragen, hören wir hier heute nichts über den Hausbau, für den ich mich ja mitverantwortlich fühle und zu dem ich gebeten habe vorgestern, daß die Beschlüsse hier heute vorgetragen werden sollen und vom Vorstand gebilligt werden sollen. Es geht ja immerhin um ein 25 Millionen-Objekt. Und da sonst niemand da ist, wäre ich bereit, darüber ein paar Worte zu sagen, allerdings auch mit der Absicht, um mit der

---

30 Auf dem Bundesparteitag in Braunschweig (22./23. Mai 1967) wurde beschlossen, das Amt eines Generalsekretärs einzuführen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 590–599; zur Diskussion auf dem Parteitag vgl. CDU, 15. BUNDESPARTEITAG.



Deckung des Vorstands aus diesem Saal zu gehen, weil ich finde, daß ein solches Riesenobjekt nicht einfach auf der Entscheidung einer Baukommission allein beruhen kann, die der Vorstand bestellt hat.

*Kohl:* Ich will anknüpfen an das, was Rainer Barzel in der Mitte seiner Passage gesagt hat. Ich will gar nicht in einen Streit einsteigen, ob Strategie und Taktik – ich bin in der Tat der Meinung, daß unter Strategie in der Politik das zu verstehen ist, was langfristig ist, was er mit Recht für die Partei hier gesagt hat, und daß in der Taktik sich eine Menge Entscheidungen ergeben, die sich aus der ad hoc-Entscheidung etwa im Bundesrat ergeben. Nach der Debatte heute früh ist die Debatte über die Haushalts-einbringung am nächsten Freitag im Bundesrat in einigen Punkten leichter. Das wurde etwa mit gleich gut abgestimmt. Da steckt etwas drin. Wir haben auch miserabel abgestimmt – das war ein ganz typisches Beispiel – in der Frage des Demonstrations-rechts.<sup>31</sup> Aber das ist, Herr Dr. Barzel, ganz typisch eine Frage, wo man natürlich immer darüber reden muß, ob das noch eine taktische Frage ist aus einer ad hoc-Situation heraus oder ob nicht einmal ein Bundesvorstand der CDU – hier steckt ja eine Unmenge Politik auf lange Sicht drin – sich darüber unterhalten muß, ob hier eine „law and order-Politik“ betrieben wird oder ob man mal die Frage des Verständnisses der jungen Generation an diesem Punkt ansetzen muß.

Ich fürchte, ich würde hier mit meiner Meinung in eine sehr kontroverse Position zu einer Reihe hochachtbarer Parteifreunde in diesem Kreis kommen. Ich habe ja auch, wie Sie wissen, im Bundesrat eine andere Haltung eingenommen als weite Teile der Partei zu diesem Punkt. Aber das wichtigste ist: Wir können nur glaubwürdig Politik machen, wenn der Durchschnittsbürger wirklich weiß und alle unsere Taten darauf abgestellt sind bis hin zu dieser Personaldiskussion, die nicht sein soll und die es in der Form nicht geben darf, daß wir wirklich bereit sind, wenn es geht, die Regierung morgen abzulösen. Das kann durchaus in sich schließen, daß wir es erst in drei Jahren können. Das weiß ja keiner im Augenblick von uns. Aber wenn wir es für diese Legis-laturperiode planen, stellt sich sofort die Frage „Wie“. Das ist ja nur zu planen, wenn wir erst einmal unseren Bestand erhalten und über unseren Bestand hinaus noch ein paar Stimmen dazugewinnen. Und im Gespräch mit diesem Kreis innerhalb der FDP kommt dann eben die Frage sehr stark, habt ihr wirklich den entsprechenden „drive“, an die Sache so ranzugehen, daß das unter Umständen den negativen Ausgang der Landtagswahl bedeutet, was jetzt eine ganz neue Komponente ist. Das ist nämlich ein Teil der Rechnung Scheel/Genscher gewesen, die Sache mit den Sozis zu machen unter der Voraussetzung, daß die CDU verhindert, daß die Sozis die absolute Mehrheit bekommen. Diese demoskopische Entwicklung zugunsten der SPD ist ein sehr starker Faktor zur Verunsicherung der Freien Demokraten, weil jetzt zunehmend viele, die im

---

31 Zur ersten Beratung über den von der CDU/CSU-Fraktion eingebrachten Entwurf eines „Dritten Gesetzes zur Reform des Strafrechts“ (BT-Drs. VI/261) vgl. Sten.Ber. 6. WP 28. Sitzung am 30. Januar 1970 S. 1206–1219. Die Abstimmung fand in der 39. Sitzung am 18. März 1970 statt (vgl. Sten.Ber. S. 1942–1993). Zur Diskussion um das Demonstrations-strafrecht vgl. Heiko DRESCHER: Genese und Hintergründe der Demonstrationsstrafrechts-reform von 1970. Diss. Uni Düsseldorf 2005.

Bundesvorstand der FDP sitzen, sagen: Ja, was wollt ihr denn, jetzt haben wir ja nur eine schwarze absolute Mehrheitsgefahr mit einer roten absoluten Mehrheitsgefahr umgetauscht. Und es ist ja für uns ungewöhnlich tröstlich, daß ausgerechnet unser Freund Genscher jetzt überall erklärt, die Gefahr, daß die CDU absinke, bestünde überhaupt nicht. Das ist doch genau das Singen im Keller, weil man kein Licht hat und nicht genau weiß, ob man die Treppe wiederfindet. Aber das setzt wiederum voraus, daß wir überhaupt die Bereitschaft fortdauernd erkennen lassen. Ich habe übrigens meine eigene Meinung dazu, ob es deswegen sehr klug war, daß das Abschlußergebnis über den Herrn Schultz<sup>32</sup> unter dem eben genannten Gesichtspunkt so ausgefallen ist. (*Unruhe.*) Ich weiß. Ich weiß auch, kein Mensch guckt da rein. Entweder man hätte es ganz kaputtmachen müssen, was auch drin war beim Ergebnis ... (*Barzel:* Nein, glauben Sie denn, daß Sie im letzten Augenblick die ganze Politik hätten umdrehen können?) Nein, ich will es ja nicht. Ich sage nur, man hätte entweder auf die Linie gehen müssen, man ist dagegen. Oder aber ich finde nun, wir hätten doch der FDP einen größeren Achtungserfolg zuspiesen müssen. Ich gebe gerne zu, bei der Person Schultz ist es sehr schwer, weil eben dann bei der Wahl viele sagen, die können mir lange etwas vorreden, ich denke nicht daran.

*Barzel:* Da haben wir doch aber beide vorher darüber gesprochen, Herr Dr. Kohl, bevor ich mich festgelegt hatte.

*Kohl:* Ja, ich bin einer Meinung mit Ihnen. Ich sage jetzt nur, das ist ja keine Frage der Fraktionsführung, aber das ist eine Frage des mangelnden Selbstverständnisses unserer eigenen Leute, auch in der Fraktion, die einfach dann sich sagen müssen, ob dem seine Nase mir paßt oder nicht, da muß ich eben unter Umständen eine taktische Entscheidung fällen. Und wenn wir das schon mitmachen, hätten ein paar mehr positive Stimmen herauskommen müssen. Das wäre besser gewesen für uns.

*Barzel:* Der Mann hat sicher 30 Stimmen von uns. Verlassen Sie sich darauf.

*Kohl:* Ja, gut. Aber in der FDP und auch in anderen Kreisen – lesen Sie die Zeitung darüber nach – wird es ja z. T. anders ausgelegt. Daß der mindestens 30 Stimmen von uns hat, das mag schon sein, aber ich bin eben der Meinung, das ist ein typischer Punkt, Herr Dr. Barzel, daß wir eben von der Basis her – das kann auch keine Fraktionsführung allein darstellen – gar nicht in der Lage sind zu begreifen, wenn wir das Spiel spielen der Verunsicherung, müssen wir an solchen Punkten etwa mit einem höheren Paket aufwarten. Und deswegen meine ich, liegt hier eine Chance drin, wenn wir als Partei Kraft zeigen. Aber das kann man eben nicht nur Einzelnen überlassen. Dazu gehört eben, daß das Präsidium voll aktionsfähig ist, und dazu gehört auch, daß der Bundesvorstand mit Vorlagen, Beschlußvorlagen usw. arbeitet.

---

32 Fritz-Rudolf Schultz (1917–2002), Landwirt; 1953–1957 MdL Rheinland-Pfalz (FDP), 1957–1970 MdB, 1970–1975 Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages. – Schultz wurde am 11. März 1970 mit 268 Stimmen gewählt (127 Nein-Stimmen, 50 Enthaltungen und vier ungültige Stimmen), vgl. Sten.Ber. 6. WP 36. Sitzung S. 1771. Die CDU/CSU-Fraktion hatte auf die Aufstellung eines Gegenkandidaten verzichtet, vgl. „General-Anzeiger Bonn“ vom 30. Januar 1970 „Schultz soll Wehrbeauftragter werden“.

*Schwarz-Schilling:* Ich glaube, daß im derzeitigen Stadium die ganz präzise Aufteilung in Strategie und Taktik, Partei und Fraktion überhaupt nicht denkbar ist. Ich bin erstens nicht der Meinung, daß die Partei sich überhaupt Strategie im Moment leisten kann. Das ist eine jahrelange Aufbauarbeit. Wir müßten hier z. B., wenn wir ein Programm haben wollen, das einen echten Wurf hat, eine wissenschaftliche Institution dahinterhaben, die Vorlagen aus einem Guß liefert, an die dann die Politiker sich dranhaken. Und zum zweiten bin ich auch nicht der Meinung, daß die Fraktion jetzt nur die Aufgabe der Taktik hat. Ich möchte vielmehr umgekehrt sagen, daß sich die Fraktion weniger an den Fragen von taktischen Landtagswahlkämpfen und ähnlichem orientieren sollte, sondern sie sollte eine langfristige Strategie auch von höherer Warte her betreiben. Ich bin also nicht dieser Meinung, weil hier gesagt wird, es besteht darüber im allgemeinen ein Konsens. Ich möchte daher ganz klar erklären, daß ich nicht diesem Konsens mich anschließe, weil die Fraktion in einer Oppositionsrolle die publizitätswirksamere und die CDU stärker im Öffentlichkeitsbewußtsein repräsentierende Funktion hat.

*Barzel:* Ich möchte nur einen Zwischenruf machen. Ich bin sehr froh, das zu hören, was Sie sagen. Aber Sie können natürlich nicht zugleich sagen, wir wollen möglichst in diesem Jahr die Regierung stürzen, wenn in der aktuellen Politik nicht die gebührende Rücksicht auf Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und die Landtagswahlen vorhanden ist. Das ist die Schwierigkeit in diesem Jahr. Ich hätte, wenn wir das Thema erörtert hätten, Ihnen deutlich gemacht, daß unser Gesetzgebungskatalog natürlich sehr wohl eine Strategie enthält. Ich habe mich nur an einem bestimmten Punkt hier verteidigen wollen, indem ich andere angegriffen habe.

*Schwarz-Schilling:* Zur Frage Strategie und Taktik: Wenn es nachher gegeneinander abgewogen werden muß, z. B. in diesem Jahr die Regierung zu stürzen, und das Risiko besteht, damit eine Strategie auf lange Sicht kaputtzumachen, dann würde ich immer für die Strategie auf lange Sicht votieren. Das ist eine Frage der Abwägung.

Nur möchte ich noch auf eins hinweisen, das jetzt ins Konkrete geht. Es ist offensichtlich dieser Fraktion noch nicht klar, daß diese Arbeit heute eine solche Präsenz erfordert, daß z. B. Plenarsitzungen von Programmkommissionen während einer Bundestagswoche ein Unding sind.<sup>33</sup> Wir von der Partei reisen heute vormittag aus allen Teilen der Bundesrepublik an und sitzen da mit einem kleinen Häuflein von drei oder vier Leuten, und da soll die Grundsatzdebatte zwischen Herrn Professor Erhard und Herrn Dr. Blüm über die entsprechenden Dinge der Sozialen Marktwirtschaft stattfinden. Wenn das nicht anders koordiniert wird zwischen Partei und Fraktion, dann wird auch langsam die Parteiarbeit brüskiert, denn ein zweites Mal kommt keiner mehr nach Bonn bei einer solchen Arbeitsweise. Das muß man auch mal in aller Offenheit sagen. Insofern ist also die Frage einer solchen präzisen Aufteilung ohne einen entsprechenden Apparat mit präziser Funktionsmöglichkeit undenkbar und illusorisch.

---

33 Protokoll der Sitzung der Kommission II (Soziale Marktwirtschaft) am 13. März 1970 in ACDP 07-001 AO Abt. III - Gruppe 3 Berliner Programm II. Fassung unverzeichnet.

*Kiesinger:* So ist es. Ich stimme Ihrer Auffassung zu, damit da gar kein Zweifel besteht. – Jetzt darf vielleicht doch mal Herr Dr. Göb darstellen, was da im Gange ist.

*Göb:* Jedwede Organisation muß der Aufgabe folgen, d. h. sie muß aufgabenbezogen sein. Wenn man die Aufgaben ganz grob klassifiziert, die wir haben, dann gibt es kurzfristige Aufgaben, mittelfristige und langfristige Aufgaben. Die kurzfristigen Aufgaben sind das Agieren und Reagieren im aktuellen politischen Tagesgeschehen. Das ist im wesentlichen Sache der Fraktion bisher gewesen, wobei man sagen muß, natürlich mußte die Fraktion sich auch erst finden. Diese neue Rolle war ihr auch unbekannt und fremd. Das pendelt sich jetzt ein. Die Fraktion hat einen Gesetzgebungskatalog bearbeitet, er ist im Elferrat besprochen worden, und wir haben koordiniert. Wir haben an der Sitzung des Elferrats<sup>34</sup> teilgenommen, der Parteivorsitzende, ich, und wir haben das auch in internen Gesprächen koordiniert. Das schließt nicht aus, daß die Partei auch zu aktuellen Grundsatzfragen von höchster Bedeutung natürlich Stellung nehmen muß, wie das heute etwa in der Frage der Deutschlandpolitik durch diesen Bundesvorstand geschehen ist. Hier ist also die Notwendigkeit einer Verklammerung der Arbeit der Fraktion mit der Arbeit der Partei, eine Notwendigkeit, die auch institutionell gesichert sein muß, z. T. durch Personenidentität, z. T. durch die Schaffung von Stäben, die zwischen Fraktion- und Parteiorganisation arbeiten. Beides ist in Gang, beides läuft. Wir können also sagen, daß in sehr absehbarer Zeit diese Koordinierung gefunden wird, wobei sich solche Pannen, Herr Schwarz-Schilling, natürlich nicht ausräumen lassen, wenn etwa im Elferrat Anfang dieser Woche beschlossen wird, aus Gründen des Tagesgeschehens jetzt einen Bundestagsantrag am Freitag zu stellen, der dann eben die höchste Präsenz erfordert.<sup>35</sup> Da sind wir machtlos, denn die Sitzungen der Programmkommission werden sehr lange vorher angesetzt und das kam also kurzfristig dazwischen.

Das zweite ist die mittelfristige Arbeit, eine Arbeit, die nachher ausmündet in Parteiprogrammen, auch in Einzelprogrammen, in Sachprogrammen, die wir in Zukunft sehr viel stärker als bisher voranbringen wollen über Fachkongresse, weil man in einem Parteiprogramm die Details ja doch nicht in aller Einzelheit hineinschreiben kann, und es natürlich schade ist, wenn all das, was an Wissen und an Wollen in dieser Partei ist, nur in einem Parteiprogramm sich niederschlägt. Hier spielt vor allem die Arbeit in der Parteiorganisation selbst eine Rolle, und hier ist es natürlich so, daß jetzt diese Partei in ihrer neuen Oppositionsrolle dem Apparat eine ganz andere Rolle zuweist, als es vorher war. Wir hatten vorher nicht die Notwendigkeit, ein Presse- und Informationsamt auszubauen, weil die Regierung eines hatte und der Bundeskanzler Parteivorsitzender war. Das haben wir aber jetzt nicht, und so werden wir also den Apparat umorganisieren und aus den vorhandenen vier Abteilungen sechs machen, wir werden auseinanderziehen die Pressearbeit und die Öffentlichkeitsarbeit, weil bei-

---

34 Am 9. März 1970 (Teilnehmerliste und handschriftliche Notizen zum Punkt Gesetzgebungsprogramm in ACDP 01–113–015/2).

35 Am 13. März brachte Gerhard Stoltenberg einen Antrag betr. Konjunkturpolitik der Bundesregierung ein (BT-Drs. VI/511), der abgelehnt wurde (Sten.Ber. 6. WP 38. Sitzung S. 1871–1873).

de unterschiedliche Ziele verfolgen und auch unterschiedliche Methoden deswegen haben müssen.<sup>36</sup> Wir werden außerdem stark ausbauen die politische Abteilung, die wiederum in Zusammenarbeit mit Stäben, mit Ausschüssen und mit der Programmkommission diese mittelfristigen Programme, die drei, vier, fünf Jahre gelten und immer wieder fortgeschrieben werden müssen, erarbeiten muß. Und wir werden, was eigentlich das allerwichtigste ist, eine Informationsabteilung ausbauen müssen, eine Abteilung, die nicht nur die Informationen sammelt, sondern sie auch umschlägt, die also die richtige Information zur rechten Zeit an den richtigen Mann bringt. Hier fehlt es zur Zeit nahezu völlig, was sich daraus erklärt, daß es bisher nicht notwendig war und daß man nicht einen solchen Apparat in zwei bis drei Tagen aufbauen kann. Das ist räumlich nicht möglich, wir sitzen [in] über 15 Stellen hier in Bonn. Es ist auch personalwirtschaftlich nicht möglich. Die richtigen Leute zur rechten Zeit zu finden, ist sehr schwierig. Aber immerhin haben wir auch auf dem Gebiet einige ganz hoffnungsvolle Fortschritte gemacht.

Das dritte ist die langfristige Arbeit, die kann nur wissenschaftlich gemacht werden, denn das ist eine Arbeit der Prognose, die uns also immer wieder die Ergebnisse liefern muß, an denen wir dann ausrichten können, wo ist was, und wo müssen wir hinein, wo sind Marktlücken usw. Das ist eine wissenschaftliche Arbeit, die von Wissenschaftlern geliefert und dann nachher in den Gremien der Partei umgesetzt werden muß, die dann rechtzeitig sehen, aha, unser Programm, das wir jetzt haben, wird in zwei, drei Jahren nicht mehr stimmen, da bahnt sich dieses und jenes an. Wir brauchen also eine längerfristige, zukunftsorientierte, wissenschaftliche Arbeit. Auch hier muß dann wiederum die Verklammerung zwischen der Wissenschaft und dem, was in der Parteiorganisation zu machen ist, geleistet werden.

Ich muß dazu sagen, daß das, was wir jetzt nun ausbauen, natürlich kein Selbstzweck ist, sondern daß dieser Apparat nur Entscheidungsalternativen, Entscheidungshilfen produzieren kann, daß er das umsetzen kann, was die politischen Führungsgremien der Partei beschlossen haben und daß er das Bild der Partei in der Meinung der Öffentlichkeit machen kann über Öffentlichkeitsarbeit, wie es von den politischen Gremien der Partei beschlossen worden ist. Und deswegen kommt eine entscheidende Bedeutung natürlich der Arbeit des Präsidiums zu und natürlich auch der Arbeit des Bundesvorstands. Beide haben ja ihre Aufgaben in dem Statut der Partei zugewiesen bekommen. Wir versuchen – und haben ja schon bescheidene Ansätze gemacht –, auch die Arbeit des Präsidiums in eine Art Kabinettsstil hineinzubringen, d. h. also mit festgelegten Tagesordnungen, mit festgelegten Vorlagen. Und wir werden auch die nächste Sitzung des Bundesvorstands dann mit entsprechenden Beschlußvorlagen versehen können, so daß dann die Dinge abgehandelt werden können an diesen Beschlußvorlagen, die man billigen mag oder nicht mit Alternativentscheidungen,

---

36 Nach dem Stand vom 1. Juli 1969 existierten vier Abteilungen: Presse, Öffentlichkeitsarbeit und Werbung (Leiter Dr. Arthur Rathke), Organisation (Gerold Rummeler), Politische Sachreferate (Karl-Heinz Bilke), Verwaltung (Andreas Nathan). Ab 1. Juni 1970 waren es sieben: Innere Verwaltung, Personalplanung, Organisation, Politik, Öffentlichkeitsarbeit, Information sowie Presse, Rundfunk und Fernsehen.

einer systematischen Darstellung usw. Ich darf dazu sagen, daß das, was wir jetzt machen, natürlich eine vorläufige Organisation ist, die aus der Not des Augenblicks geboren wird, daß eine umfassende Reorganisation der Partei insgesamt, was das Funktionieren anbelangt, eine Systemanalyse bedingt, eine systemanalytische Untersuchung, die uns 1 ½ Jahre beschäftigen wird. Vielleicht gelingt es uns dann, in Anlehnung an diese wissenschaftlichen Arbeiten, die ja heute auch den Staat als Regelkreis funktionsfähig machen wollen, auch die Partei als Regelkreis funktionsfähig zu machen und dann entsprechende Planungstechniken unter Anwendung aller wissenschaftlicher Möglichkeiten für uns und diese Arbeit dienstbar zu machen. Aber das wird ein Jahr lang wenigstens noch dauern. Ich glaube aber, daß man mit dem, was im Augenblick geschieht, sehr hoffnungsfroh sein kann. Ich bin eigentlich sicher, daß auch die Ergebnisse dieser neuen Organisation, dieser neuen Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Apparates, sich recht bald niederschlagen werden auch in dem, was das Präsidium und der Vorstand dann liefern können und was sie bewältigen kann in der Arbeit.

Was die Personalplanung anbelangt, so glaube ich, es ist ganz eindeutig, daß sich ein gewaltiger Umwandlungsprozeß, ein gewaltiger Umschichtungsprozeß vollzieht, den wir sehr genau bedenken müssen. Die SPD ist dabei, mit einer unwahrscheinlich effektiven Planung eine Stelle nach der anderen zu besetzen, nicht nur in den Ministerien, was jetzt so groß herausgebracht wird, sondern auch in der Wirtschaft und in den Verbänden überall. Wir sehen also, daß beispielsweise – ich führe das nur als Beispiel an – Herr Krause<sup>37</sup> im Deutschen Beamtenbund als CDU-Mitglied, als Vorsitzender, jetzt den SPD-Mann, Herrn Fredersdorf<sup>38</sup>, als stellvertretenden Vorsitzenden bekommt. Und da kann man, wenn wir nicht sehr aufpassen, damit rechnen, daß, wenn Herr Krause in drei Jahren wiedergewählt werden muß, er es sehr damit zu tun bekommt, daß nicht Fredersdorf an die Spitze kommt. Wir müssen also kolossal aufpassen. Die SPD macht eine unwahrscheinliche Personalplanung, sie hat einen unwahrscheinlichen Apparat dafür, während wir bisher Personalplanung machen mußten mit einem Apparat, den man eigentlich gar nicht beziffern kann, so klein war er. Auch das werden wir ändern. Wir werden nicht nur unsere Mitgliederkartei so aufbauen, daß wir nachher programmiert damit arbeiten können; wir werden auch eine echte Personalplanung mit Marktbeobachtung und all diesen Dingen nach den neuesten Erkenntnissen, wie es die Wirtschaft auch macht, aufziehen. Nur können wir auch das nicht in 14 Tagen, sondern das wird also einige Wochen und Monate dauern. Aber immerhin, wir haben Ansätze, und wir werden also alles tun, was in unseren Kräften steht. (*Dregger*: Auf welche Ebenen bezieht sich die Personalplanung? Wie weit geht das?) Die

---

37 Alfred Krause (geb. 1922); Bundesbahnoberamtsrat; 1959–1987 Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes.

38 Hermann Fredersdorf (geb. 1924), Finanzbeamter; 1949–1951 Tätigkeit bei der Oberfinanzdirektion Münster/Westfalen, 1951–1957 im Finanzministerium Düsseldorf (zuletzt als Steuererrat), 1952–1978 (Ausschluß) SPD, 1957–1979 Vorsitzender der Deutschen Steuergewerkschaft, 1969–1979 stv. Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes, 1979 Mitgründer der „Bürgerpartei“.

gesamte Personalplanung überall, Bund, Länder und Gemeinden. Es ist einfach ein Unding, wenn heute ein Bürgermeister irgendwo zu besetzen ist und man fragt, was haben wir denn für Kandidaten, und wir erst herumtelefonieren müssen und fragen: „Weißt Du einen?“ Wenn man das programmiert mit der Mitgliederkartei, dann drückt man einfach auf einen Knopf und hat soundso viele, und die Sache ist geregelt. Dazu gehört auch eine Marktbeobachtung, Berufserfassung und auch der Nachwuchs. Wir haben ja sehr viele Kräfte, die durchaus mitarbeiten wollen. Wir haben Stipendiaten, die wir dann so in der Gegend rumlaufen lassen, statt zu sagen, ihr habt jetzt bei uns hier euer Stipendium absolviert, jetzt passen wir mal auf, wo ihr hingehet. Und was wir auch tun müssen, ist ganz sicherlich, wir dürfen die Leute, die für uns gearbeitet haben, die jungen Leute dann nicht einfach hängen lassen, daß sie dann frustriert sind und daß sie dann das Bild haben, gehen wir zur CDU, dann sind wir so ungefähr auf dem Abstiegsgleis. Sondern wir müssen für die Leute, die für uns was getan haben, dann auch sorgen. Wir müssen ihnen entsprechende Posten in den Ministerien besorgen, was wir leider in der Vergangenheit nicht immer getan haben. Und wir müssen denen dann auch die entsprechenden Stellen in der Wirtschaft und überall in den Verbänden besorgen. Wir müssen also in diesem Punkt gewaltig umdenken. Aber auch das werden wir mit Ihrer Hilfe tun.

*Kiesinger:* Ich wollte gerne, daß Sie das einmal hören, denn das sind ja alles Überlegungen gewesen, die wir in vielen Gesprächen gewonnen haben.

*Stingl:* Dann bekommen wir auch eher Antwort.

*Kiesinger:* Und jetzt zu Ihrer Sache noch, Herr Stingl. Das Parteipräsidium führt ja eine ganze Reihe von Gesprächen, die jeweils mit einem Kommuniké enden mit Verbänden, u. a. mit dem Bund der Vertriebenen. Da haben wir eine klare Äußerung getan, die steht da. Und wir haben uns mit allen möglichen Verbänden getroffen, mit der Polizei-Gewerkschaft, mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft usw.; Gespräche, die sich jedesmal als außerordentlich fruchtbar erwiesen haben, weil sie – das war ja nicht nur das Präsidium, sondern wir luden sachverständige Freunde dazu ein – ganz merklich zur Verbesserung des Klimas beigetragen haben, Dinge, die man eben hätte auch schon früher tun müssen.

Zu Ihren sonstigen Gravamina: Sicher, man muß solche Gelegenheiten hervor-suchen, wo man etwas sagen kann, das gehört wird, weil es gerade zu diesem Zeitpunkt und aus diesem Anlaß gesagt werden muß. Aber keiner von Ihnen wird sich der Einsicht versperren können, daß das eine furchtbar mühselige Arbeit ist, das, was Herr Dr. Göb eben dargelegt hat und was ich vorhin angedeutet habe, aufzubauen. Ich bin so beschäftigt wie zu meiner Zeit als Bundeskanzler, von morgens bis abends. Und dazu habe ich einen permanenten Wahlkampf zu führen. Ich mußte ja erst sehen, wie läuft das. Ich wußte ja nicht, wie die Leute reagieren würden, ob sie überhaupt noch kommen würden zu großen Kundgebungen wie in der Bundestagswahlzeit. Diese Kundgebungen sind so groß wie eh und je. Die Leute sind so interessiert wie eh und je. Das ist in den letzten Tagen ganz deutlich geworden, und das muß man doch aus-nützen. Und das ist etwas, was sich aus so vielen Bemühungen zusammensetzt und nicht gleich jedem Mitglied unserer Partei deutlich wird.

Für den Vorstand bedeutet dies, daß wir das machen, was Herr Dr. Göb eben gesagt hat. Die Sitzungen des Vorstands werden durch Papiere vorbereitet sein, die rechtzeitig in die Hände der Mitglieder des Vorstands kommen. Das wird durch das Parteipräsidium vorbereitet. Die Sitzungen des Parteipräsidiums werden wiederum vorbereitet durch unsere wöchentlichen Gespräche, so daß also hier eine Linie entstanden ist, die uns in die Lage versetzt, so rasch wie möglich schlagkräftig zu sein. Wichtig ist nur dies: Wohin ich komme, wird Klage geführt darüber, daß man nicht informiert sei. Deswegen ist das, was Herr Dr. Göb gesagt hat, so ungeheuer wichtig, daß wir uns konzentrieren auf wenige, aber dann durchschlagende Informationsmittel. Ich sage Ihnen offen, das „Monatsblatt“ ist einfach Urgroßmütterchens Begleitmusik. Das hat gar keinen Sinn, das dürfen wir nicht aufrechterhalten. Wir müssen ganz andere Publikationsmittel bekommen.

*Stingl:* Sie müßten etwas haben, was an die Mitglieder geht.

*Kiesinger:* Ja, selbstverständlich. Aber nicht nachher, sondern vorher. Daher die Überlegenheit des „Bayernkurier“.

*Stingl:* Ganz offen: Ich hör die Worte wohl, allein mir fehlt der Glaube.

*Es folgt ein kurzer Disput zwischen Herrn Dr. Kiesinger und Herrn Stingl. Man einigt sich, die Differenzen in einem internen Gespräch zu erörtern.*

*Göb:* Ich hätte noch zwei formale Punkte, die ich bitte zu erledigen. Erstens: Der Bundesvorstand hat am 23. Januar beschlossen, daß die Bundesredner in den drei letzten Wochen vor den Landtagswahlen eingesetzt werden sollen. Nun sind gerade diese drei Wochen vor den so wichtigen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Saarland ein Termin, in dem die Fußball-Weltmeisterschaft sich abspielt und die Wahlkampfstrategen beider Landesverbände gesagt haben, das geht so nicht, weil dann doch zu viel von diesen Weltmeisterschaften absorbiert wird.<sup>39</sup> Sie haben also gebeten, daß wir diesen Beschluß etwas verändern und etwas nach vorne schieben, daß also wenigstens vier Wochen vor den Landtagswahlen der Einsatz der Bundesredner erfolgt. Da dies ein formeller Beschluß war des Bundesvorstands, bitte ich Sie, diesen Beschluß aufzuheben und entsprechend zu ändern. (*Der Bundesvorstand erklärt sein Einverständnis.*)

Zweitens: Nach der Geschäftsordnung der CDU werden die Vorsitzenden der Bundesausschüsse, die vom Bundesvorstand eingesetzt worden sind, vom Parteivorstand ernannt. Es haben sich nun diese Fachausschüsse jetzt neu konstituiert, und es müssen die gewählten Ausschußvorsitzenden – das ist also praktisch ein Vorschlag der Ausschüsse hier für den Bundesvorstand – formell durch den Bundesvorstand bestätigt werden. Ich würde bitten, daß ich Ihnen das vorlesen darf und Sie dann sagen, ob Sie die gewählten Herren bestätigen: 1. Bundesfachausschuß Öffentlicher Dienst: Ulrich

---

<sup>39</sup> Zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen vgl. Nr. 1 Anm. 5; zu denen im Saarland vgl. Nr. 2 Anm. 18. – Die 9. Fußball-Weltmeisterschaft wurde vom 31. Mai bis 21. Juni 1970 in Mexiko ausgetragen.



Berger<sup>40</sup>; 2. Bundesausschuß für Gesundheitspolitik: Dr. Horst Bourmer<sup>41</sup>; 3. Bundesausschuß für Sozialpolitik: Josef Stingl; 4. Bundesausschuß für Agrarpolitik: Gustav Niermann; 5. Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik: Dr. Manfred Schäfer. – Herr Dr. Wörner ist vom Vorsitz des Bundesausschusses Sport zurückgetreten. An seiner Stelle ist Herr Dr. Hans Evers vorgeschlagen worden. – Ich würde Sie bitten, diese Vorschläge zu bestätigen, damit diese Ausschüsse arbeiten können. (*Der Bundesvorstand erklärt sein Einverständnis.*)

#### VERSCHIEDENES

*Kraske:* Meine Damen und Herren! Der Bundesvorstand hat in Berlin eine Baukommission unter dem Vorsitz des Herrn Schatzmeisters eingesetzt, der Herr Amrehn und ich angehören. Diese Baukommission hat inzwischen zwei Sitzungen abgehalten, in denen folgendes Ergebnis herauskam:

Um den Bau so schnell wie möglich durchzuführen, ist es erforderlich, einen Generalunternehmer zu kontaktieren, d. h. also, den gesamten Bau einer Unternehmung zu übertragen, ohne eine Architektenausschreibung in allen Bereichen zu unternehmen. Dabei hat sich die Möglichkeit geboten, dieses mit einem vorher zu vereinbarenden Festpreis zu tun. Die bisherigen Ausschreibungen haben im Ergebnis bei der billigsten Lösung einen Gesamtpreis von 17,2 Mio. ergeben, der ursprüngliche Preis war 18,1 Mio. Das ist inzwischen durch einige Einschränkungen, die aber nach unserer Meinung vertretbar sind, noch auf 17,2 Mio. reduziert. Es kommt eine Reihe von zusätzlichen Aufgaben hinzu, die im Bereich der elektrotechnischen Ausstattung liegen. Es kommen die Gebühren dazu, so daß also die Gesamtsumme, um die es geht, bei 20 Mio. liegen wird. Die Angebote, die uns gemacht worden sind, insbesondere dies über 17,2 Mio., stammt hier in Bonn von der Fa. Gemüngt & Schneider. Sie ist sehr sorgfältig geprüft worden von mehreren Stellen und macht nach unseren Feststellungen einen sehr zuverlässigen Eindruck, so daß wir den Zuschlag befürwortet haben. Die entscheidende politische Frage, wo nach Meinung von Herrn Amrehn und mir auch die politischen Gremien der Partei in eine Mithaftung und Mitentscheidung einbezogen werden müssen, ist die Zustimmung zu der Finanzierung der 20 Mio. Kosten. Die Finanzierung ist vorgesehen durch eine Hypothek von 17 Mio. und durch Eigenmittel von 3 plus 4 Mio. Die 4 Mio. sind vorhanden in der Form des Verkehrswertes des uns gehörenden Grundstücks. Die weiteren 3 Mio. müssen im Laufe der nächsten

---

40 Ulrich Berger (1923–2003), Verwaltungsbeamter; 1957–1961 und 1964–1980 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 777 Anm. 93.

41 In der Vorlage: Bormann. – Dr. Horst Bourmer (1920–2001), Arzt; 1948 Beitritt zum Marburger Bund, 1951–1953 Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen, 1953 CDU, 1970–1972 Vorsitzender des BFA Gesundheit der CDU; 1960–1963 Vorsitzender des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, 1961–1969 2. Vorsitzender des Marburger Bundes, 1970 Wechsel zum Hartmannbund – Verband der Ärzte Deutschlands e. V., 1972–1989 dessen Bundesvorsitzender, 1973–1978 Vizepräsident der Bundesärztekammer.

14 Monate aufgebracht werden durch den Verkauf von Bausteinen innerhalb der Partei, durch Spenden im weitesten Sinne. Dabei sind die Bundestagsfraktion, die Landtagsfraktion von Rheinland-Pfalz und die Bürgerschaftsfraktion von Bremen schon mit gutem Beispiel vorangegangen. Dennoch ist bisher von diesen 3 Mio. nur etwa 1/7 aufgebracht worden. Hier steht die Partei also noch in einer gewissen Verpflichtung, obwohl Herr Schmücker im Blick auf dieses Jahr durchaus zuversichtlich ist. Wenn auf diese Weise dieses Haus finanziert wird, dann ergibt sich natürlich eine sehr hohe laufende Belastung, und dieses ist ein Wechsel auf die Zukunft, den bisher niemand recht decken kann, denn wir brauchen unseren laufenden Etat in Zukunft ja nicht nur für dieses Haus und die dadurch steigenden Kosten, die natürlich bei der Qualität dieses Hauses über der Summe der dann einzusparenden Mieten für unsere gegenwärtig 15 Einzelobjekte liegen, sondern wir brauchen darüber hinaus mehr Geld für den Ausbau des Apparates, von dem Herr Dr. Göb gesprochen hat. Wir würden erheblich mehr Geld brauchen etwa für die Umwandlung des „Monatsblattes“ in eine Wochenzeitung. Wie das finanziert werden soll im ganzen, ist sicher heute noch nicht ganz abzusehen. Wir sind nach dem Vortrag des Bundesschatzmeisters dennoch der Meinung, daß man dem zustimmen kann, weil die wirtschaftliche und finanzielle Absicherung in folgender Überlegung liegt. Selbst wenn die Partei die laufenden Kosten nicht aufbringen könnte, würde eine volle Vermietung dieses Hauses nach der gegenwärtigen Verkehrslage in Bonn in ihrem Ertrag die laufende Verzinsung und Amortisation dieser Hypothek von 17 Mio. hergeben. Das heißt, die Sache ist also in jedem Falle finanziell solide. Wenn wir nicht einziehen würden – was ich jetzt mal ganz theoretisch in der wirtschaftlichen Kalkulation nur sage –, dann könnten wir dieses Haus nach den Erträgen verzinsen und amortisieren, so daß es uns nach einem Zeitraum von ca. 15 Jahren gehört. Dieses hat uns in der Baukommission den Mut gegeben, mit dem Bundesschatzmeister Ihnen vorzuschlagen, dem sofortigen Baubeginn und dieser Finanzierung zuzustimmen, obwohl der Bundesschatzmeister bis heute nicht einen zuverlässigen Plan über die jährliche Verzinsung und Tilgung in den Jahren ab 1971/72 vorlegen kann, weil die Einnahmeseite für den Gesamtetat der Partei in diesen künftigen Jahren eben doch nicht hinreichend klar ist.

*Amrehn:* Zu ergänzen wäre noch, daß diese Hypothek 8% kosten soll bei 98% Auszahlung. Das ist ein sehr günstiges Angebot. Die Bonner Sparkasse hat uns in Aussicht gestellt, daß sie aus der Diskonterhöhung jetzt keine Folgerungen für das Angebot ziehen wird, obwohl sie uns im Vertrag zusichert, bei einer Senkung des Diskontsatzes künftig unter sechs mit den Zinsen auch zurückzugehen. Ich glaube, es gibt keine Stelle – wir haben eine Reihe von Kapitalsammelstellen angesprochen –, die uns ein so günstiges Angebot machen konnte. Der Bauauftrag ist hervorragend vergeben: Erstens an eine Firma erster Klasse, zweitens zur Bedingung der Schlüsselfertigkeit, drittens zu einem wirklich günstigen Preis, der in keiner Weise die Erhöhung der Baupreise um rund 25% in Nordrhein-Westfalen auf den Bauherren überträgt.

Ich glaube also, daß man von der Anlegung unseres Planes her ihn nach allen Seiten befürworten kann. Unter gewöhnlichen Umständen und in einem Betrieb würde man natürlich nun dann nicht als abgeschlossen ansehen, wenn noch 3 Mio. bar fehlen. Ich

habe aber in meinem Leben eine ganze Menge von Kirchen finanziert in Millionenhöhe, und da sind wir manchmal weit unter einer Finanzierungsgrenze von 85 % bar oder Kreditmitteln gewesen, ehe der Auftrag erteilt wurde, und wir sind dabei immer ganz gut gefahren. Nur die 3 Mio. DM müssen nun durch Sammeln und Parteanstrengungen aufgebracht werden. Und wenn wir diese Entscheidung heute nicht fällen, dann steht nicht mehr das Bauangebot und steht nicht mehr das Finanzierungsangebot der Sparkasse. Sie haben das nämlich auf den 15. März befristet. Es muß sofort beschlossen werden, sonst können weder die Unternehmer die Preise halten, noch die Sparkasse die Hypothek anbieten. Die Baukommission hat sich also entschlossen, zu der Sache ja zu sagen. Aber ich war der Meinung, daß eine so wichtige Entscheidung – weil eben 3 Mio. noch fehlen – vom Vorstand nicht nur zur Kenntnis genommen werden sollte, sondern zustimmend zur Kenntnis genommen werden sollte in der klaren Erkenntnis, daß der Bau notwendig ist, daß er niemals zu so günstigen Bedingungen wieder errichtet werden kann, daß unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten der Rentabilität am Bonner Markt das Grundstück als solches nach Fertigstellung an Dritte vermietet werden könnte mit der Aussicht auf kleinen Nutzen, der dann natürlich zurückgeht, wenn wir mehrere Stockwerke davon selber beziehen und dafür dann die Miete aufbringen müssen und daß es also verantwortet werden sollte, diesen Bau in Gang zu setzen. Und deswegen würde ich also um den Beschluß des Vorstands bitten, daß er davon zustimmend Kenntnis genommen hat.

*Herr Amrehn beantwortet einige finanztechnische Detailfragen von Herrn Dr. Schäfer.*

*Kiesinger:* Ich würde vorschlagen, daß wir das zustimmend zur Kenntnis nehmen. Ich bin selber gegenwärtig dabei, so ein bißchen mit dem Hut in der Hand herumzugehen, ohne daß ich damit andere Kreise störe. Man muß eben einigen einsichtigen Leuten aus unserer Wirtschaft klarmachen, daß in Zukunft, wenn sie uns wirklich unterstützen wollen, das Volumen dessen, was sie uns zur Verfügung stellen, ganz anders aussehen muß als bisher. Nur so werden wir es auch da schaffen. Wir haben also den Bericht von Herrn Amrehn und Herrn Dr. Kraske zustimmend zur Kenntnis genommen.

Meine Damen und Herren! Dann darf ich nur noch einmal folgendes sagen. Ich bitte Sie noch einmal – ich wollte keine dramatische Geschichte hier daraus machen – keinen Beschluß [zu fassen], aber ich muß Sie darauf aufmerksam machen, wie ernst die Situation ist, wenn aus der Mitte der Partei heraus dieser Feldzug, der – ich will es gar nicht feststellen – überlegt sein mag oder der einfach – was ich mehr vermute – auf leichtsinniger Schwatzerei beruhen mag, weitergeht. Ich lasse mich nicht verschleißen. Das muß die Partei zur Kenntnis nehmen. Und ich werde dasselbe Recht für mich in Anspruch nehmen, was eben der Fraktionsvorsitzende gesagt hat. Ich werde mit aller Behutsamkeit, mit aller Ruhe und Souveränität dieser Situation gegenüber handeln. Ich werde darauf bestehen, Aufgabe und Autorität meines Amtes, das mir in Mainz übertragen worden ist, wahrzunehmen in dieser Partei. Auch die Führungsaufgabe, die

mir übertragen worden ist. Sie kann ich nur bitten, jedem auf die Finger zu klopfen, auf den Sie stoßen, der diesen Prozeß, den andere in Gang gesetzt haben – aus welchen Motiven immer –, weiter fortsetzt. Sonst wird die CDU in Kürze in einer sehr gefährlichen Krise stehen, und zwar mitten in einem Jahr, in dem sie das am allerwenigsten vertragen kann. Ich muß Ihnen das mit allem Ernst sagen, mit allem Ernst. Mehr will ich jetzt zu dieser ganzen Angelegenheit nicht äußern, aber ich bitte Sie herzlich, wenn je diese Partei einig sein müßte in dem Entscheidenden, auch in der Loyalität, in der gegenseitigen Loyalität, dann – es ist eine Banalität, es zu sagen; ich wage kaum, es auszusprechen – ist es gerade diese Zeit der Opposition und gerade dieses Jahr. – Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Bonn, Donnerstag 23. April 1970

*Sprecher: Adorno, Barzel, [Bilke], Blüm, Dregger, Echternach, Filbinger, Heck, Katzer, Kiesinger, Kohl, Lampersbach, Pöppinghaus, Pütz, Scheufelen, Stoltenberg, von Weizsäcker, Wex.*

*Bericht zur Lage. Strategie der Opposition – Konsequenzen aus der Wahlanalyse. Vorbereitung der Landtagswahlkämpfe.*

*Beginn: 15.00 Uhr*

*Ende: 20.00 Uhr*

*Kiesinger:* Wir haben die Damen und Herren der heutigen Sitzung der Landesvorsitzenden und Bundesvorsitzenden der Vereinigungen eingeladen, hier an unserer Vorstandssitzung teilzunehmen. Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, habe ich noch die traurige Pflicht, des Heimgangs eines unserer hochgeschätzten Freunde, des Landesvorsitzenden der CDU Braunschweig und Bundestagsabgeordneten Burgemeister<sup>1</sup>, zu gedenken. Ich will es mir jetzt versagen, eine Laudatio zu halten. Sie alle kennen sein hochverdienstvolles Wirken um die CDU. Wir werden seiner in Dankbarkeit gedenken.

#### BERICHT ZUR LAGE

Die Tagesordnung sieht zunächst einen Bericht zur Lage vor. Das ist natürlich ein umfangreiches Thema. Vielleicht darf ich Sie zur Einstimmung auf eine Merkwürdigkeit aufmerksam machen. Die „Stuttgarter Zeitung“, die bisher eine unserer häßlichsten Gegnerinnen gewesen ist und eine der freudigsten Unterstützerinnen dieser Regierung, hat in den letzten Tagen mehrfach sehr heftige Attacken gegen die Regierung geritten. Heute ist ein ganz besonders harter Angriff, der härteste, den ich überhaupt gelesen habe, gegen diese Regierung von Dirk Koch drin „Innere Reformen – wo?“<sup>2</sup>. In diesem Artikel wird in einer außerordentlich harten Weise mit der Regierung abgerechnet. Ich empfehle, daß dieser Artikel von der Bundesgeschäftsstelle verbreitet

1 Alfred Burgemeister (1906–1970), Einzelhandelskaufmann; 1953–1970 MdB (CDU), 1962–1970 Vorsitzender des KV Helmstedt und 1968–1970 des LV Braunschweig. – Burgemeister war am 23. April 1970 verstorben.

2 Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 22. April 1970 „Innere Reformen – wo?“. Dirk Koch wirft der Bundesregierung vor, ihr fehle der „große Wurf“ sowie „das überzeugende Programm für die Reformen im Innern und das bindende Konzept für die Realisierung dieser Reformen“.

wird, denn er leistet uns natürlich Waffenhilfe. Damit bin ich schon bei der Frage der Beurteilung der Lage.

Auf dem Gebiet dieser Politik der inneren Reformen, das für uns ja auch manches für die Landtags- und Kommunalwahlkämpfe hergibt, hat diese Regierung den Mund sehr voll genommen und hat in der Tat nicht gehalten, was sie versprochen hat. In Diskussionen wird mir dann entgegengehalten, wir verlangten ja von der Regierung, daß sie spare, eine noch stärkere Haushaltssperre usw. Meine Antwort ist immer die: Kein Mensch hindert ja die Regierung, ihre Reformpläne vorzulegen und zu sagen, die Konjunkturlage erlaubt es nicht, dies oder das zu tun, aber das ist eine vorübergehende Erscheinung, jedenfalls das sind unsere Reformvorstellungen, unsere Reformpläne. Hier gilt es natürlich, mit aller Wucht hineinzustoßen, so wie es in der Bundestagsfraktion ja ständig geschieht. Das zweifellos wichtigste Thema, das die Leute landauf, landab bekümmert, sind die steigenden Preise, und es ist von unserer Seite dazu ja alles das, was gesagt werden kann, gesagt worden. Es ist nicht so, daß wir allzu viele Pfeile im Köcher haben, aber das hindert uns nicht, auf die Tatsache hinzuweisen, daß es dieser Regierung nicht gelungen ist, die Preise unter Kontrolle zu halten.<sup>3</sup> Wir haben alle möglichen Hilfeleistungen aus allen möglichen Lagern bekommen. Etwas traurig hat mich die in eigener Sache gemachte Bemerkung von Herrn Berg<sup>4</sup> gestimmt. Aber das hat er natürlich in bezug auf die industriellen Erzeugerpreise gemeint und als Schutzmaßnahme gegen irgendwelche Maßnahmen, die er vielleicht erwartet hat. Aber sonst hagelt es ja von allen Seiten auf diese Regierung ein, und besonders bemerkenswert ist der Bericht der Bundesbank.<sup>5</sup> Es macht sich sehr gut auf den Versammlungen, wenn man ein paar Sätze aus diesem Bericht vorlegt, die ganz klar eine scharfe Kritik an dieser Regierung enthalten. Und die Bundesbank als autonome Instanz wird dann als eine ganz beträchtliche Unterstützung dessen, was wir zu sagen haben. Es spielt in diese Debatten immer noch die Aufwertungsfrage hinein. Die andere Seite versucht natürlich nach wie vor, das Argument zu bringen, es sei zu spät aufgewertet worden. Ich kann nur noch einmal sagen, wenn schon über Aufwertung diskutiert wird und darüber, ob sie rechtzeitig oder nicht rechtzeitig erfolgt sei, dann können wir das Wort von Herrn Blessing aufnehmen, wenn überhaupt eine wirksame Aufwertung hätte stattfinden sollen, dann hätte die im Herbst 1968 stattfinden müssen. Und da ist ja auch Herr Schiller noch kräftig dagegen gewesen. Ich erinnere an das Schiller-Zitat

---

3 Im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung wurde für das Jahr 1970 ein Anstieg der Lebenshaltungskosten von 3 % (zum Vergleich 1969 2,6 %) prognostiziert, vgl. BULLETIN Nr. 17 vom 5. Februar 1970 S. 163. Vgl. auch ebd. Nr. 18 vom 11. Februar 1970 S. 178 f. „Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik. Monatsbericht Januar 1970“.

4 Fritz Berg (1901–1979), Unternehmer; 1949–1971 Präsident des BDI. – Berg warnte vor dem Verband der südbadischen Industrie in Bad Krozingen vor Steuererhöhungen und weiteren Kostenbelastungen für die Wirtschaft, vgl. dpa vom 16. April 1970 „Berg: Nationale Fusionskontrolle ‚europafeindlich‘“.

5 In ihrem Geschäftsbericht 1969 befürwortete die Deutsche Bundesbank mit Blick auf 1970 Steuererhöhungen, um die Nachfrage zu dämpfen „noch direkter ... hätten freilich zusätzliche Ausgabenkürzungen gewirkt.“ (Zitatesammlung vom 20. April 1970 in ACDP Dokumentation 0/00/9).

von Ende März 1969: „Aus guten Gründen haben wir es nicht getan, und wir haben es auch nicht vor!“<sup>6</sup> Ein paar Wochen später hatte er es vor. Ich habe von der Bundesgeschäftsstelle da eine Untersuchung gesehen, wie das in der Bevölkerung ankommt.<sup>7</sup> Da gibt es auch wieder gelenkte Umfragen und Umfrageergebnisse. Die, die ich von der Bundesgeschäftsstelle gesehen habe, ist etwa so ausgefallen, daß 20 % der Leute gegen die Aufwertung sind, etwa 30 % sprechen sich dafür aus, etwa 50 % haben keinerlei Meinung dazu. Also nach wie vor völlige Unsicherheit. Wir sollten also in Diskussionen da gleich kräftig zuschlagen. Wir haben ja Material genug. Im übrigen zeigt sich je länger je mehr ein immer deutlicheres Unbehagen auch bei solchen, die ursprünglich in der Aufwertungsfrage unsicher waren. Daß der jetzige Präsident der Bundesbank, Herr Klasen, ein scharfer Gegner der Aufwertung war und auch noch ist – er hat es mir ausdrücklich privat sagen lassen –, darauf sei nur hingewiesen. Die Lage ist Ihnen allen bekannt. Der Boom geht weiter. Es zeigen sich keine Zeichen der Abschwächung. Die Auftragseingänge bei der Wirtschaft haben nach einer vorübergehenden Abschwächung im Januar wieder zugenommen. Die Äußerung von Herrn Brandt<sup>8</sup>, man sei über das Größte hinweg, ist unglücklicherweise mit der Äußerung von Herrn Berg<sup>9</sup> zusammengefallen und ist für uns nachteilig in dieser Paarung in der Presse erschienen.

Tatsächlich spricht alles dafür, daß wir keineswegs über das Größte weg sind, sondern daß ganz erhebliche Preissteigerungen in diesem Jahr zu erwarten sind, die zwischen 4 und 6 % bei den Verbraucherpreisen liegen werden, wenn nicht höher. Unser Argument gegen diese Regierung ist ja dies, daß sie zu unsicher gehandelt hat, von einem Extrem zum anderen gesprungen ist, daß sie nur halbe Maßnahmen ergriffen hat und daß sie schließlich die Hauptverantwortung auf die Bundesbank abgeschoben hat. Diese Rekordhöhe des Diskontsatzes von 7,5 % ist Alarmzeichen genug, und wenn es wirklich im Ausland so weiter ginge, daß einige Länder ihre Diskontsätze senken würden, dann würde das noch bedenklicher sein. Es wird von einiger Seite auch auf die Gefahr einer Rezession im Zusammenhang mit diesen einseitigen Maßnahmen der Bundesbank hingewiesen, weil hauptsächlich die Investitionen betroffen werden könnten. Die Investitionsneigung ist sehr vorsichtig. Hier habe ich z. B. eine Meldung: Die Hälfte der befragten Firmen bei einer Schnellumfrage hat ihre Investitionspläne eingeschränkt bzw. zurückgestellt. 52 % der Firmen reduzieren ihre Lagerbestände, um Kapital freizubekommen. Die enormen Zinsen werden als drückend

---

6 Vgl. dazu EMMINGER S. 151 f.

7 70 % sahen in der Aufwertung der DM „ein entscheidendes Problem“ für die Preisentwicklung („Rheinische Post“ vom 14. April 1970 „CDU muß sich etwas anderes einfallen lassen“).

8 Brandt äußerte sich am 18. April 1970 auf der Landesdelegiertenkonferenz der SPD in Düsseldorf, vgl. SPD Pressemitteilungen und Informationen Nr. 104 vom 18. April 1970; „Die Welt“ vom 18. April 1970 „Brandt zur wirtschaftlichen Lage: Wir sind über das Größte hinweg“.

9 Berg forderte den Verzicht auf weitere konjunkturpolitische Maßnahmen, vgl. dpa vom 21. April 1970 „Berg: Die Wirtschaft braucht jetzt Ruhe“; „Die Welt“ vom 22. April 1970 „Fritz Berg warnt vor Erhöhung der Steuern“.

empfinden. Wieweit diese Sorgen berechtigt sind, wird sich zeigen, aber wir sollten dies in den Wahlkämpfen als ein Argument benutzen, denn da geht es dann um die Sicherheit der Arbeitsplätze, und es könnte sogar eine Kombination von beiden Dingen kommen, nämlich eine Anbahnung der Rezession bei weiter steigenden Preisen, eine Erscheinung, die wir aus Amerika kennen. Das macht den Leuten große Sorgen. Man muß es ihnen sagen. Ich kann nur sagen, meine bisherigen Erfahrungen in den Wahlkämpfen und Diskussionen legen nahe, unsere eigene Argumentation, die natürlich zunächst als eine Argumentation der Opposition empfunden wird, die selbstverständlich auf die Regierung einschlägt, zu verbinden mit solchen seriösen Kritiken, wie sie z. B. im Bericht der Bundesbank enthalten sind. In diesem Zusammenhang: Wen trifft diese einseitige Maßnahme? Vielfach kleine Leute, vor allem aber die Mitte. Das Thema „Mitte“ ist ohne Zweifel ein Thema, das die Leute ganz außerordentlich beschäftigt und ihnen sehr große Sorgen macht. Es ist bisher in unserer Argumentation ein bißchen vernachlässigt worden. Ich glaube, wir sollten uns diesem Thema draußen im Wahlkampf noch stärker widmen. Sie wissen, das Parteipräsidium hat zu diesen Fragen der Wirtschaftspolitik eine Erklärung abgegeben.<sup>10</sup> Im Bundestag waren wir ständig am Feind. Auf Vorschlag des Kollegen Dr. Stoltenberg hatten wir dann eine Zusammenkunft des Parteipräsidiums mit den Ministerpräsidenten und den Wirtschaftsministern.<sup>11</sup> Auch wenn wir uns bewußt sind, daß unsere Argumente nicht sehr zahlreich sind – sie sind stark und gewichtig genug, um Eindruck zu machen.

Auf den übrigen Gebieten der Innenpolitik bietet sich statt des bloßen Angriffs, der bloßen Kritik – an der Regierung natürlich – an, daß wir selber Zeichen setzen. Ein solches Zeichen ist gesetzt worden mit der Initiative der Fraktion zur Vermögensbildung<sup>12</sup>, die als Alternative zum reinen Verdopplungsvorschlag der Regierung gesetzt ist. Soweit ich es sehen kann, kommen wir in der Presse mit dieser Maßnahme recht gut weg. Es ist doch eine weitgehende Zustimmung da. Ich kann noch nicht beurteilen diese neuen Veröffentlichungen der SPD zur Vermögensbildung. Ich habe daher Herrn Katzer gebeten, der sich natürlich der Sache schon angenommen hat, uns darüber zu berichten.

Und nun kommen all die anderen Themen, die Gegenstand dieses sehr schönen Artikels von Herrn Koch in der „Stuttgarter Zeitung“ sind, all die angekündigten Sätze, die Regierung wolle eine Regierung der inneren Reformen sein – wo sind sie? –, mehr Demokratie wagen, das ist ja ein vorzüglicher Slogan, denn wo immer man hinkommt, kann man ja, angefangen von Herrn Ehmkes Personalpolitik über die Beschneffelungsaktion in Nordrhein-Westfalen<sup>13</sup>, nur fragen, wann hat eine Regierung

---

10 Protokoll der Präsidiumssitzung vom 13. April 1970 in ACDP 07–001–1403. Vgl. auch Pressemitteilung der CDU-Bundesgeschäftsstelle vom 14. April 1970.

11 Das Gespräch fand am 4. Mai 1970 statt. Vgl. Protokoll der Präsidiumssitzung vom 4. Mai 1970 in ACDP 07–001–1403.

12 Zum Burgbacher-Plan vgl. Nr. 4 Anm. 27.

13 Zur Kritik an Ehmkes Personalpolitik vgl. „Die Welt“ vom 8. April 1970 „Der Personalrat kritisiert die Pläne von Ehmke“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 10. April 1970 „Im Palais Schaumburg rotieren die Beamten“; „Die Welt“ vom 10. April 1970 „Kontroverse zwischen



in diesem Lande gewagt, ihre Politik hinter einem Nebel zu verbergen und in einer Wolke unverbindlicher Aussagen eine Wende deutscher Politik – das betrifft jetzt die Außenpolitik – herbeizuführen und mit dreister Stirn sich zu weigern, einfach auf die konkretesten Fragen eine klare Aussage zu machen? Mit dieser Formel ist also sehr viel anzufangen.

Natürlich kann man auch auf die Uneinigkeit im Regierungslager hinweisen. Herr Dr. Heck wird nachher in seinem Bericht dazu etwas sagen. Die Frage ist dabei immer nur, wie weit ist es echte sachliche Nichtübereinstimmung oder wie weit ist es abgesprochenes Manöver. Denn man muß annehmen, daß für die kommenden Wahlen die SPD der FDP eine gewisse Waffenhilfe leistet auch durch solche Manöver. Ich will Herrn Dr. Heck nichts vorwegnehmen. Wir haben den Parteitag der SPD in Saarbrücken vor uns.<sup>14</sup> Wir können zurückblicken auf den Landesparteitag der FDP in Nordrhein-Westfalen.<sup>15</sup> Dort fiel auf, daß ganz offensichtlich der Kurs der war: Die Linken wählen uns ohnehin, also müssen wir zusehen, von rechts zu gewinnen. Das war sicher die Parole, die Herr Weyer ausgegeben hatte. Das scheint gelungen zu sein bei der Aufstellung der Landesliste in Nordrhein-Westfalen, ist aber völlig über den Haufen geworfen worden bei den Wahlen zum Vorstand. Die ganze Tendenz zeigt, daß hier dieser Versuch gescheitert ist und daß sich doch die Linken durchgesetzt haben. Wir müssen allerdings hier in allem Freimut und in aller Freundschaft darüber diskutieren und darauf hinweisen, daß eine gewisse Diskussion über das Mitbestimmungsrecht in Nordrhein-Westfalen unter Umständen von der FDP für ihre eigenen Zwecke ausgebeutet werden kann und wird. Ich brauche nur auf die neuesten Meldungen in der Presse hinzuweisen. Hier müssen wir uns unbedingt auf eine gemeinsame Sprache einigen, sonst schaden wir uns selbst bei diesen Auseinandersetzungen.

Beim Parteitag der SPD in Saarbrücken wird man sich offensichtlich bemühen, dort ein einheitliches Bild zu zeigen. Auch die linke Gruppe hat ja gesagt, sie wolle auf diesem Parteitag gedämpft auftreten. Natürlich liegt es im Interesse der SPD, das zu tun. Für diejenigen unter Ihnen, die das Eichengrün-Papier<sup>16</sup> noch nicht gelesen haben, mache ich ausdrücklich auf dieses wichtige Papier aufmerksam. Es ist der Bericht des früheren Generalsekretärs der Jungsozialisten, ein vertraulicher Bericht an den Parteivorstand, der außerordentlich eindrucksvoll ist. In diesem Bericht wird auf die

---

Ehmke und dem Beamtenbund wieder verschärft“. – „Rheinische Post“ vom 4. November 1969 „Bonner Koalition wurde in Düsseldorf ausprobiert“.

14 11. bis 14. Mai 1970. – Druck: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.): Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 14. Mai 1970 in Saarbrücken. 2 Bde. Bonn o. J.

15 19. April 1970 in Düsseldorf. Vgl. „Rheinische Post“ vom 20. April 1970 „FDP trennt sich von den Konservativen“; „Kölner Stadtanzeiger“ vom 20. April 1970 „FDP betrachtet sich nicht als ein Anhängsel“.

16 Vertrauliches Papier „Zur Lage der Jungsozialisten“ des ehemaligen Geschäftsführers der Jungsozialisten, Ernst Eichengrün, über die Entfremdung zwischen Partei und Jugendorganisation. Vgl. GK-Informationen – Dokumenten-Dienst vom 19. Februar 1970 (ACDP-Dokumentation 9/912); „Süddeutsche Zeitung“ vom 6. Februar 1970 „Jungsozialisten wollen SPD umdrehen“.

Gefahr hingewiesen für die Programmatik der SPD. Es wird gesagt, den Leuten ist es ernst. Man soll ja nicht glauben, daß, wenn sie sich einmal durchgesetzt hätten, sie sich wieder in das Establishment einfügen würden. Sie seien von einem wirklichen revolutionären Willen erfüllt, der klar auf eine jugoslawische Lösung gehe. Dieser Satz steht so drin. Man leugnet den prinzipiellen Unterschied zwischen Kommunismus und Sozialismus, sprich also Sozialdemokratismus, und betrachtet die Außenpolitik jetzt also lediglich als eine Abschirmmaßnahme, um die gewollten revolutionären Maßnahmen durchzuführen. Und dann wird am Schluß zitiert ein Ausspruch des stellvertretenden Vorsitzenden Karsten Voigt, daß bei der nächsten Bundestagswahl mindestens die Hälfte der SPD-Kandidaten auf die Unterstützung der Jungsozialisten angewiesen sei.

Ich hatte vorhin eine Unterhaltung mit Herrn Dr. Kohl und mit Herrn Dr. Dregger und mit einigen Mitgliedern aus Nordrhein-Westfalen mit der Bitte, doch einmal festzustellen, wieweit sich das heute schon abzeichnet oder realisiert ist. Darüber können ja die Damen und Herren nachher berichten. Zum Beispiel in Hessen scheint schon eine sehr feste Absicherung dieser Jungsozialisten stattgefunden zu haben. Herr Dr. Kohl sprach von einem Viertel der sicheren Wahlkreise, und dieses Viertel wird natürlich ohne Zweifel andere nachziehen. Aber auch in Nordrhein-Westfalen scheint diese Tendenz schon ziemlich verfestigt zu sein. Man wird das sehr genau beobachten müssen. Wenn wir Fakten bringen können, dann ist das ja sehr viel besser, als wenn wir nur allgemeine Aussagen machen. Es ist ja bekannt geworden, daß die Führung der SPD eine Fragebogenaktion veranstaltet hat – 150.000 Fragebogen sind versandt worden –, mit denen bewiesen werden sollte, daß die Masse der Jungsozialisten (jedes SPD-Mitglied unter 35 Jahren ist ja automatisch Mitglied der Jungsozialisten) anders denke als die Führungsgruppe. Man hört, daß nur 10 % Antworten und diese vielfach manipuliert eingegangen seien. Eine Publikation ist, soweit ich sehe, bisher nicht erfolgt. Diese propagandistische Entlastungsoffensive hat sich also offensichtlich als ein Fehlschlag erwiesen. Ich halte das, abgesehen von der propagandistischen Auswertungsmöglichkeit für uns für die vor uns liegenden fünf Landtagswahlen, für eine außerordentlich bedeutsame Entwicklung. Es ist selbstverständlich, daß, wenn sich diese Kräfte durchsetzen würden, dies zu einer Stärkung unserer Position zwangsläufig führen müßte, etwas, was diese Kräfte auch durchaus in Kauf nehmen. Da lautet etwa das Motto: „Ja, wenn wir das machen, was ihr Alten in der SPD wollt, dann können wir auch gleich zur CDU gehen. Wir verwalten das revolutionäre Erbe. Wir wollen die sozialistische Revolution.“ Wir werden also abwarten müssen, wie das in Saarbrücken geht, und selbstverständlich ausbeuten müssen aus dem, was da passiert, was immer möglich ist. Auch solche Sachen, daß sie Helmut Schmidt hinauswählen wollen, daß sie einen Gegenkandidaten für ihn aufstellen wollen und dergleichen.

Ich wende mich jetzt der Außenpolitik zu und dies zunächst einmal ohne Rücksicht auf die Frage, die unter uns ja viel diskutierte Frage, wie stark oder wie weniger stark wir eine außenpolitische Debatte in diesen Wahlkämpfen führen sollen oder nicht. Auch darüber müssen wir uns heute auf dieser Sitzung des Vorstands noch einmal unterhalten, denn es ist wichtig genug. Das wichtigste ist natürlich dies, daß wir feststellen müssen – ich sage es jetzt mit einem Wort des Fraktionsvorsitzenden –, daß

eine Schwelle überschritten worden ist und daß das für uns entscheidend ist. Die CDU wird eine sehr sorgfältig formulierte und begründete Große Anfrage einbringen, wo ebenfalls ausgegangen wird von dem Satz: „Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß die Bundesregierung eine entscheidende Wende der deutschen Politik beabsichtige.“ Nun ist es sehr schwer, über dieses Thema zu sprechen. Wir alle, die wir engeren Kontakt haben sowohl zu dieser Regierung, d. h. soweit wir eben gelegentlich informiert werden von dieser Regierung und soweit wir Gelegenheit haben, dabei auch etwas mehr herauszuholen, als was in der Öffentlichkeit gesagt wird, aber auch Kontakte zu ausländischen Politikern und Journalisten – wir alle stehen vor diesem im Grunde genommen erstaunlichen und dreisten Phänomen, daß hier eine Regierung ihre Absichten zu verbergen droht, daß das, was heute so gesagt wird, morgen anders gesagt wird, daß ständig in unverbindliche Formeln ausgewichen wird. Wenn es irgendwo Formelkram gibt, dann in den Aussagen des Herrn Brandt und seiner Leute. Ich persönlich bin nach den vielen, vielen Versuchen – ich habe ja auch mit Brandt gesprochen, so wie es unsere führenden Leute in der Fraktion taten, einmal war Egon Bahr bei mir, von Brandt geschickt, ich habe über andere Auffassungen von Wehner erfahren, aber natürlich auch Äußerungen gehört von führenden SPD-Leuten, die sich sehr unglücklich über die Entwicklung geäußert haben, so wie natürlich auch Leute bei der FDP sich unbehaglich fühlen. Bei mir verstärkt sich der Verdacht immer mehr, daß die Motive dieser Politik – und es ist ja nicht nur Deutschland- und Ostpolitik, sondern ein Zusammenhang, und der Fraktionsvorsitzende hat mit großem Recht und mit dem gebotenen Ernst das Thema aufgegriffen in der letzten Debatte, indem er Brandts Wort aufgriff, das er in London gesprochen hat, daß das politische Europa eine Aufgabe späterer Generationen sei.<sup>17</sup> Man muß dieses Wort in der Tat ernst nehmen. Das ist nicht nur so hingesagt gewesen, sondern hier droht etwas einzutreten, was die „Neue Zürcher Zeitung“, die ja wohl die schärfste Kritik an der Politik dieser Regierung übt, etwa so ausgedrückt hat, daß sie sagte, es scheint sich anstelle des bisherigen westlichen Europa-Konzepts mehr und mehr die sowjetrussische Konzeption durchzusetzen.<sup>18</sup> Vor einer Woche hat Herr Kusmin<sup>19</sup> und ihn unterstützend die „Prawda“ wieder gesagt, es könne mit Befriedigung festgestellt werden, daß in Westeuropa sich mehr und mehr die Auffassung durchsetzte, daß man nicht die westeuropäische Einigung im Sinne der NATO weitertreiben sollte, sondern daß man gleich an deren Stelle eine allgemeine europäische Ordnung setzen solle, wie sie bei der von der Sowjetunion

---

17 Barzel äußerte sich im Bundestag nach der Abgabe einer persönlichen Erklärung des Bundeskanzlers, vgl. Sten.Ber. 6. WP 42. Sitzung am 15. April 1970 S. 2128–2133, hier S. 2129. – Brandt hielt sich vom 2. bis 4. März 1970 zu einem Besuch in Großbritannien auf, vgl. AdG 1970 S. 15323–15325.

18 Vgl. NZZ vom 12. April 1970 „Vorleistungen“.

19 Josif Josifowitsch Kusmin (geb. 1910), sowjetischer Politiker; 1930 KPdSU, 1940–1946 stv. Vorsitzender der Kommission für Parteidisziplin der KPdSU, 1947–1952 Mitarbeiter im Ministerrat der UdSSR, 1952 Mitglied im ZK der KPdSU, 1957–1959 Vorsitzender des Komitees für Wirtschaftsplanung (Gosplan), 1960–1963 Botschafter in der Schweiz, stv. Außenhandelsminister.

und ihren Satelliten vorgeschlagenen europäischen Sicherheitskonferenz gewollt sei. Wir müssen diese Sachen außerordentlich ernst nehmen, auch gerade wenn wir über Außenpolitik sprechen. Es ist tatsächlich so, daß, wenn wir uns festnageln lassen auf den bloß isolierten Streit um völkerrechtliche Anerkennung oder nicht, auf die Frage um das Wort „Wiedervereinigung“ oder „Nichtwiedervereinigung“, daß das den Leuten zum Halse heraushängt. Außerdem ist das alles zu sehr zerstückt, sie sehen nicht richtig den Zusammenhang.

Wir müssen also diese Deutschland- und Ostpolitik in unseren Darstellungen – das gilt nun auch ganz praktisch für diese Wahlkämpfe – als ein Gesamtkonzept der Sowjetunion auf der einen Seite sehen und als ein Gesamtkonzept dieser Regierung auf der anderen Seite. Ob es ein Gesamtkonzept ist, ist eine ganz andere Frage. Ich fürchte, in den verschiedenen Köpfen malt sich das ganz anders aus. Für Herrn Wehner sieht das sicher ganz anders aus als für Herrn Brandt z. B. oder besser gesagt für Brandt und seine Berater, die durch ihn zu regieren versuchen. Diese Gefahr ist natürlich nicht nur bei uns in der Bundesrepublik vorhanden. Sie ist überall in Europa zu finden, und ich brauche Sie nicht darauf hinzuweisen, wie gewaltig der Einfluß der Sowjetunion von Jahr zu Jahr gewachsen ist und ganz offensichtlich weiter wächst, trotz aller inneren Schwierigkeiten, die sie hat. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind ja offensichtlich. Die Rede von Herrn Breschnew zum 100. Geburtstag von Lenin hat diese Schwierigkeiten aufgezeigt.<sup>20</sup> Aber wie viele derartige Schwierigkeiten haben wir in den vergangenen 50 Jahren bei der Sowjetunion erlebt. Sie hat sie immer wieder überstanden, weil ihr Regime eben überstehen kann.

Ich muß auch hier auf den Bericht des amerikanischen Präsidenten<sup>21</sup> hinweisen, und zwar im Zusammenhang mit den Äußerungen von Herrn Brandt vor dem Kongreß<sup>22</sup>, der nicht umsonst die schweren Worte in den Mund nahm, daß es einen fundamentalen schicksalsträchtigen Wandel in den strategischen Verhältnissen gegeben habe und gebe. Er hat ja die Zahlen genannt. Er hat vorausgesagt, wie das in den 70er Jahren aussehen wird. Es ist also gar kein Zweifel, daß auf nuklearem Gebiet die Russen gleichgezogen haben – ich will keinen schärferen Ausdruck gebrauchen. Die Amerikaner können natürlich, wenn sie dieses Opfer bringen wollen, dieses Rennen gewinnen. Die Frage ist nur, ob sie das wollen angesichts ihrer inneren Situation und ihrer großen Schwierigkeiten. Die Sowjetunion hat uns im Norden und Süden umklammert

---

20 Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt Lenin (1870–1924), russischer Politiker und Revolutionsführer. – Vgl. dazu „Die Welt“ vom 21. April 1970 „Noch meistert der Osten die technische Revolution nicht“; FAZ vom 22. April 1970 „Breschnew kündigt langfristiges Wirtschaftsprogramm an“; Abdruck der Rede Breschnews in „Neues Deutschland“ vom 22. April 1970 S. 3–7.

21 Nixon hatte dem Kongreß am 18. Februar 1970 einen aus vier Teilen bestehenden Bericht über die Strategie der amerikanischen Außenpolitik in den 1970er Jahren vorgelegt, vgl. AdG 1970 S. 15316–15321. – Texte im Internet: [http://www.nixonlibrary.org/clientuploads/directory/archive/1970\\_pdf\\_files/1970\\_0045a.pdf](http://www.nixonlibrary.org/clientuploads/directory/archive/1970_pdf_files/1970_0045a.pdf) (bis 1970\_0045d.pdf).

22 Brandt hielt sich vom 4. bis 11. April 1970 in den USA auf, vgl. AdG 1970 S. 15411–15413; zur Rede Brandts vor dem Kongreß vgl. S. 15413. Vgl. auch AAPD 1970 Dok. 146, 153 und 156.

– maritim – und natürlich auch im Einfluß auf die Länder. Meine Damen und Herren, ich muß bei dieser Gelegenheit – es wäre dem Rang dieses Gremiums nicht angemessen, wenn ich es nicht täte – meine Sorge sagen über die mögliche Entwicklung, die ich im Mittelmeerraum sehe mit ihren unmittelbaren Auswirkungen auf uns selbst. Die maritime Präsenz der Sowjetunion dort ist bekannt. Es ist bekannt, wie sie spielt mit dem Konflikt im Nahen Osten und wie sie sehr viel leichter spielen kann. Ich habe jetzt gerade in „Newsweek“ einen sehr guten Artikel von George W. Ball<sup>23</sup> über diese Fragen gelesen, wo er mit großem Ernst auf die geringere Manövrierfähigkeit der Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion auf all diesen Gebieten hinweist. Der Artikel ist sehr düster, sehr pessimistisch, und man muß eine solche Stimme eines immerhin so erfahrenen und klugen Mannes hören. Wir wissen, daß jetzt ein großer Teil der arabischen Staaten unter dem Einfluß der Sowjetunion steht. Wir alle wissen nicht, was in Griechenland geschehen wird.<sup>24</sup> Es ist sehr symptomatisch, daß unsere Linke in jeder Diskussion nach Griechenland fragt. Vietnam hat allmählich abgenommen. Nun, was immer in Griechenland passiert, ist sicher nicht schön. Aber ich hatte noch als Kanzler einmal unsere Botschafter bei mir und ließ mir jeweils über die verschiedenen Regionen berichten. Da hat der stellvertretende Botschafter in Athen mit einem gewissen Pathos gesagt: „Herr Bundeskanzler, der Himmel über Hellas ist trüb.“<sup>25</sup> Darauf gab es ein Gelächter. Nun wußte ich ja, wie die Nachbarn die Situation beurteilen und sagte dann mit Pokerface, dann wollen wir mal hören, was die Herren aus den Nachbarhauptstädten zu berichten haben. Wie sieht man die Situation in Belgrad, in Ankara und Rom? Und dabei kam natürlich heraus, daß man überall froh ist, daß dieses Regime dort ist, weil es ganz einfach eine gewisse Garantie gegen mögliche Entwicklungen nach ganz links bietet, die für jedermann, natürlich auch für uns, verheerend wären.

Wir denken zurück an das Jahr 1948, an die Truman-Doktrin<sup>26</sup>, an den Beginn der NATO usw. Es ist eben die alte Geschichte, wenn irgendwo von rechts eine Diktatur gegründet wird, dann ist das grausig, während wenn links Scheußlichkeiten passieren, das immer entschuldigt wird. Hier hilft natürlich in der Diskussion sofort und sehr

---

23 George Wildman Ball (1909–1994), amerikanischer Rechtsanwalt und Diplomat. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 54 Anm. 62.

24 Am 21. April 1967 hatte das griechische Militär unter Führung von Giorgios Papadopoulos geputscht (Putsch der Obristen) und die Macht übernommen. König Konstantin II. floh am 14. Dezember 1967 mit seiner Familie ins Exil nach Rom.

25 Name nicht zu ermitteln. Treffen vermutlich beim Defilee des Diplomatischen Corps anlässlich der Beisetzungsfestlichkeiten für Konrad Adenauer am 22. April 1967 (vgl. Terminkalender in ACDP 01–226–738).

26 Harry Truman (1884–1972), amerikanischer Politiker (Demokratische Partei); 1945–1953 Präsident. Vgl. Alonzo HAMBY: *Man of the People: A Life of Harry S. Truman*. New York 1995. – Truman verkündete seine Doktrin am 12. März 1947 vor beiden Häusern des Kongresses. Die Doktrin sah vor, Ländern, deren Freiheit bedroht war – in diesem besonderen Falle Griechenland und der Türkei –, Beistand zu gewähren (Text im Internet: [http://www.trumanlibrary.org/whistlestop/study\\_collections/doctrine/large/documents/index.php?documentdate=1947-03-12&documentid=5-9&pagenumber=1](http://www.trumanlibrary.org/whistlestop/study_collections/doctrine/large/documents/index.php?documentdate=1947-03-12&documentid=5-9&pagenumber=1)).

gründlich das Argument, kümmert euch mal ein bißchen mehr um das, was unseren Landsleuten drüben passiert unter jener Diktatur. Damit ist selbstverständlich dieses Scharmützel dann für uns gewonnen. Aber es ist ja nicht nur Griechenland. Es ist auch Jugoslawien. Jedermann weiß, daß Tito<sup>27</sup> diese fünf Völker zusammenhält, die auseinanderstreben, wo ganz gewaltige Leidenschaften mit am Werk sind. Und er ist über 80 Jahre, und wenn er also abgeht, dann weiß kein Mensch, was da passiert. Tito selber betont gelegentlich in Gesprächen, daß er sich sehr wohl bewußt ist, daß Jugoslawien unter die Breschnew-Doktrin fällt. Und das ist auch die erklärte Meinung Moskaus. Daraus ergibt sich also der Anspruch Moskaus – Tito hat das schon im Zusammenhang mit der tschechoslowakischen Krise befürchtet –, bei sich bietender Gelegenheit zuzugreifen. Käme dann eine entsprechende Entwicklung in Griechenland dazu – Albanien wäre dann ohnehin abgeschrieben –, dann würde eine Entwicklung beginnen, von der man nicht sagen kann, wo sie endet. Die Türkei ist darauf angewiesen, daß diese Bastion gehalten wird. Das wissen wir alle.

Ein Blick auf Italien zeigt nach wie vor eine machtvolle kommunistische Partei. Sie werden demnächst Regionalwahlen haben. Man berichtet mir, daß Rumor<sup>28</sup> vor allem fürchtet, daß die Gebiete um Rom von den Kommunisten erobert werden könnten und daß von da aus ein starker Druck auf Rom ausgeübt werden könnte. Es ist ja in der Tat so: Jedes Land, das eine machtvolle kommunistische Partei hat, kann das normale parlamentarische Spiel eben nicht mehr spielen, denn die machtvolle kommunistische Gruppe spielt zwar hinein in dieses Spiel, aber sie spielt nicht mit. Und so ist es in Italien. Italien ist tatsächlich weitgehend außenpolitisch manövrierunfähig und innenpolitisch in einer sehr, sehr schwierigen Situation. Es ist anfällig und wäre in einer Mittelmeersituation, wie sie kommen könnte, äußerst gefährdet. Auch in Spanien liegen die Dinge sehr, sehr fragwürdig. Franco<sup>29</sup> ist ein alter Mann. Wir haben eine Schwenkung der spanischen Außenpolitik zu verzeichnen, Spanien sucht bessere Beziehungen zu den kommunistischen Staaten. Die Gründe liegen auf der Hand angesichts früherer Erfahrungen, angesichts möglicher Ereignisse nach dem Abgang Francos. Sie lassen diese Politik verständlich erscheinen, die Frage ist nur, wieweit sie gehen. Vielleicht ist aber auch ein bißchen Taktik mit im Spiel anderer Art. Ich kann es nicht sagen. Die Spanier hat man ja immer vor der Tür stehen lassen. Sie wollten nach Europa, sie wollten sogar in die NATO. Man hat sie nicht aufgenommen. Vielleicht spielen sie jetzt ein Spiel mit dem Osten oder auf den Osten hin, um den Westen etwas bereiter zu machen, sie in seine Arme zu nehmen. Ich habe darüber noch kein endgültiges Urteil.

---

27 Josip Broz Tito (1892–1980), jugoslawischer Politiker; 1953–1980 Staatspräsident. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1001 Anm. 4.

28 Dr. Mariano Rumor (1915–1990), italienischer Politiker (Democrazia Cristiana); 1968–1970 Ministerpräsident.

29 Francisco Franco y Bahamonde Salgado Pardo (1892–1975), spanischer General und Diktator; 1907 Eintritt in die Militärakademie Toledo, 1915 Ernennung zum Major, 1927–1931 Leiter der Militärakademie Saragossa, 1935 Oberbefehlshaber der spanische Armee in Marokko, 1939–1975 Staatschef (Caudillo).

Amerika selber ist ein Land, das sich selber nicht nur in großen praktischen Schwierigkeiten befindet, sondern in einer ganz schweren Bewußtseinskrise. Und es ist für uns das entscheidende, immer wieder zu sagen, wie ich es z. B. vor kurzem bei einem unserer politischen Freunde tat, der alle meine Argumente anerkannte, die ich vorbrachte, aber am Schluß sagte: Eine Weltmacht gibt sich nicht selbst auf! Ja, meine Damen und Herren, wenn man sich so sicher darauf verlassen könnte, daß ein Volk und gerade eine Massendemokratie, bei der die Staatsmänner ja von der öffentlichen Meinung abhängig sind, das Logische tut, zwangsläufig das Logische tut, verläßlich das Logische tut, dann wäre die Geschichte sehr weniger farbig, als sie in der Tat ist. Nein, wir müssen also da manches befürchten im Zusammenhang mit der sogenannten neuen Ostpolitik der Regierung.

Ich will nur ganz kurz auf den Besuch von Brandt in den Vereinigten Staaten eingehen. Es gibt da eine erstaunliche Pressemitteilung des SPD-Pressedienstes, die ganz im Gegensatz zu den Jubelberichten der Hofpresse steht und in der es heißt: „Nixon hat dem Kanzler bezüglich der Ostpolitik ausdrücklich sein Vertrauen ausgesprochen. Die in amerikanischen Regierungskreisen bestehenden Bedenken, daß Bonn darin zu weit gehen könne, sind zerstreut worden.“<sup>30</sup> Also es wird immerhin zugegeben, daß es diese gibt. Und dann: „Der Rahmen, den die deutsche Seite in Washington abgesteckt hat, erscheint enger, als die innerpolitische Auseinandersetzung vermuten ließ.“ Das ist eine ziemlich deutliche Aussage. Auch der sonstige Duktus dieser Mitteilung ist sehr, sehr gedämpft. Die Tatsache, daß kein Communiqué herausgegeben worden ist, ist nicht so harmlos zu nehmen, wie es die SPD-Führung darstellen will, sondern das ist natürlich zurückzuführen auf den Wunsch des Präsidenten, sich nicht festlegen zu lassen. Er wird sich weder für unsere oppositionelle Haltung festbinden lassen, noch etwa für die der Regierung. Natürlich muß er sagen, daß er die Normalisierungsbestrebungen der deutschen Seite begrüße. Was soll er sonst tun in dem Augenblick, wo er selber von der Konfrontation zur Negotiation und von der Negotiation zur Kooperation neigt. Wie er selbst über diese Möglichkeiten denkt, ist mir nur zu gut bekannt. Ich selber werde ihn am 19. Mai treffen in Washington, ihn und den Außenminister Rogers und natürlich auch andere, und werde dabei Gelegenheit haben, unsere Auffassungen darzulegen.

Die Schwierigkeit für uns – um kurz auf die Auseinandersetzung im Wahlkampf einzugehen – ist die, daß diese Nebelwolke da ist. Denn die entscheidenden Gespräche sind ja nicht die in Erfurt und in Kassel<sup>31</sup>; das sind ja nur Randerscheinungen für das, was in Moskau gesprochen worden ist und was mit Moskau abgeschlossen werden soll. Wir haben gesagt, Verhandlungen über Gewaltverzicht und nichts sonst, denn das ist ja der Sinn von Verhandlungen über Gewaltverzicht. Und der frühere Außenminister Brandt hat diesen Satz vorbildlich formuliert – ich habe ihn ja vorgelesen –, das sei ja

---

30 Vgl. SPD-Pressedienst vom 13. April 1970 „Gefestigte Partnerschaft“.

31 Zum Erfurter Treffen am 19. März 1970 vgl. Nr. 6 Anm. 1. – Das Treffen von Brandt und Stoph in Kassel fand am 21. Mai 1970 statt. Vgl. die Aufzeichnung Brandts zum Treffen in AAPD 1970 Dok. 226.

eben, wenn Streitfragen da seien, die nicht zu lösen seien, dann habe es keinen Sinn, daß man sich deswegen miteinander streite, sondern dann soll man sich eben zusammenfinden und sagen, wir verzichten bei der Lösung dieser Fragen auf Gewalt und Drohung mit Gewalt. Und gerade in diesem Zusammenhang wird die völlig unsinnige Vorabunterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags<sup>32</sup> noch einmal besonders grell beleuchtet.

Übrigens habe ich dieses Urteil auch von prominenter amerikanischer Seite gehört, also von jemand, der durchaus will, daß die Bundesrepublik den Atomsperrvertrag unterzeichnet, aber der den Zeitpunkt, den Brandt gewählt hat, für denkbar ungünstig hielt und der dies auch Brandt expressis verbis gesagt hat. Wie weit wollen die nun gehen? Der eine Satz im Kommuniqué in Moskau sagt eigentlich schon alles „Ausgehend von der wirklichen Lage in Europa“.<sup>33</sup> Das ist der Satz, den die Sowjetunion immer benutzt, wenn sie ihre Kapitulationsforderungen aufstellt. Das ist der Satz, den Herr Abrassimow<sup>34</sup> in seiner höchst bemerkenswerten Rede zum 100. Geburtstag Lenins gesagt hat. Sie ist verteilt worden, wenn ich mich recht erinnere, wenigstens an die Mitglieder der Fraktion; wenn es also noch nicht im Vorstand geschehen sein sollte, dann würde ich anregen, daß die Bundesgeschäftsstelle dies tut, denn da ist von Abrassimow noch einmal alles mit aller wünschenswertester Klarheit zusammengestellt, und zwar nicht nur die sehr harte Formel, die uns betrifft, in der auch hinsichtlich Berlins ein sehr scharfer Satz enthalten ist, nämlich der Verzicht auf – wie er sagte – unsere „unsinnigen und widerrechtlichen Ansprüche auf Berlin“, sondern es ist die Koexistenz noch einmal als eine Form des Klassenkampfes definiert worden; es ist noch einmal klar gesagt worden, die Politik der friedlichen Koexistenz enthalte Elemente der Verständigung und Elemente des Kampfes, wobei die Elemente des Kampfes nicht nur die sind, die man mitunter im Westen gläubig abnimmt, daß nämlich dieser Kampf in ideologisch propagandistischer Richtung stattfindet. Nein, es ist die klare Aussage, daß überall, wo sich sozialistische und kommunistische Kräfte gegen die Gesellschaftsordnung und politische Ordnung stemmen, daß denen Unterstützung geleistet wird. Und der Bürgerkrieg wird als ein ganz legitimes Mittel des internationalen sozialistischen Kampfes angesehen. Die interessantesten Ausführungen Abrassimows sind aber die, wo er die Außenpolitik als ein ausschließliches Mittel zur Durchsetzung der Weltrevolution, zur Durchsetzung des Kommunismus in der Welt darstellt. Ich empfehle dringend, diese Rede zu lesen, meine Damen und Herren. Also, nach diesem Satz im Kommuniqué und nach dem, was wir sonst erfahren, scheint in der Tat diese Regierung nicht etwa nur, wie auch manche unserer Freunde denken, einen frischen

---

32 Die Bundesregierung unterzeichnete am 28. November 1969 den Nichtverbreitungs-Vertrag, vgl. BULLETIN Nr. 145 vom 29. November 1969 S. 1233–1236. Vgl. auch Nr. 2 Anm. 53.

33 „Kommuniqué zum deutsch-sowjetischen Meinungsaustausch über ein Gewaltverzichtsabkommen“ (BULLETIN Nr. 41 vom 24. März 1970 S. 400).

34 Pjotr Andrejewitsch Abrassimow (geb. 1912), sowjetischer Diplomat; 1962–1971 und 1975–1983 Botschafter in der DDR. – Abdruck der Rede Abrassimows über „Wladimir Iljitsch Lenin – der Begründer der Außenpolitik der DDR“ in „Neues Deutschland“ vom 1. April 1970 S. 6.



Ritt nach Osten vorzuhaben, der, wenn er nichts einbringt, zu dem Befehl führt „Das Ganze kehrt!“ und dann gesagt wird, jetzt haben wir ausgelotet, wie wir es immer wollten, da hat sich ergeben, es ist nichts zu machen. Infolgedessen wenden wir uns frisch und unbeschwert nach Westen. Ich glaube, diese Möglichkeit der Rückkehr ist nicht mehr gegeben, zudem ja durch die bisherige Politik der Regierung unsere bisherigen Positionen – das ist der Eindruck überall im Ausland – zerschlagen worden sind. Mit anderen Worten: Ich weiß nicht, ob es noch möglich sein kann überhaupt, die Aufnahme der DDR in die internationalen Organisationen, insbesondere die UNO, abzuwehren. Und das bedeutet natürlich praktisch die völkerrechtliche Anerkennung, auch wenn dies de jure in den bilateralen Beziehungen noch nicht der Fall ist. Darüber streiten sich ja im übrigen die Völkerrechtler. Aber hier ist nicht der Streit der Völkerrechtler entscheidend, sondern hier ist nun einmal die normative Kraft des Faktischen entscheidend. Ich weiß nicht, ob das noch zu verhindern ist.

Und damit gewinnt der Kampf des Herrn Ulbricht einen besonderen Aspekt. Ich habe immer Ulbricht im Verdacht gehabt, daß seine Taktik die ist, daß er sich auf die Gespräche einläßt mit dem Willen nach internationaler Aufwertung, aber nicht mit dem Willen, durch uns aufgewertet zu werden. Für ihn wäre die ideale Lösung die, daß er multilateral und bilateral anerkannt wird, und dann könnte er hohnlächelnd dieser Regierung sagen, bleibt ihr bei eurer Formel „Für uns nicht Ausland“, die Dinge sind geschehen. Ulbricht muß man immer als einen Mann sehen, der sich als eine der führenden Figuren des Weltkommunismus begreift. Er fühlt sich als zum Führungsgremium der Weltrevolution gehörend. Und deswegen gibt es auch diese ganzen törichten Auseinandersetzungen, was hat Moskau Ulbricht befohlen, was er tun soll. Was Moskau befohlen hat, ist ganz klar, nämlich in keiner Weise abzuweichen von der von Moskau vorgeschriebenen Linie innen- wie außenpolitisch. Die ganzen Spekulationen, die man darüber liest, sind falsch. Im übrigen, was den Eintritt der DDR in die UNO anlangt, so hat es ein offenbar mißverständenes Interview von Herrn Barth in der „Welt“ gegeben mit Richardson, dem Stellvertreter des Außenministers.<sup>35</sup> Dies war so überschrieben etwa, Amerika hat nichts gegen den Eintritt der DDR in die UNO. Richardson hat inzwischen bei verschiedenen Gelegenheiten das richtiggestellt, daß das eine rein theoretische Ausführung gewesen wäre, wie die Lage wäre, wenn Herr Dr. Stoltenberg hat Richardson bei einer Konferenz in der Schweiz getroffen. Er hat mir dankenswerterweise eine Notiz darüber gegeben, was er ihm zu diesem Punkt gesagt hat, und Herr Blumenfeld hat in der Fraktion ebenfalls einen bestätigenden Bericht gegeben.<sup>36</sup> Es ist also ganz offensichtlich nicht so, daß man in den Vereinigten Staaten sich so entschieden hätte.

---

35 Heinz Barth, Korrespondent der „Welt“ in den USA. – Elliot Lee Richardson (1920–1999), amerikanischer Jurist und Politiker; 1969/70 Unterstaatssekretär im Außenministerium, 1970–1973 Minister für Gesundheit, Unterricht und Wohlfahrt, Januar bis Mai 1973 Verteidigungsminister, Mai bis Oktober 1973 Justizminister, 1976/77 Handelsminister. – Vgl. „Die Welt“ vom 18. April 1970 „USA wollen Aufnahme Bonns und Ost-Berlins in die UNO nicht ablehnen“.

36 In den Fraktionsprotokollen ist keine Wortmeldung von Blumenfeld verzeichnet. Frakti-

Meine Damen und Herren, diese nebelige, vernebelte Politik, die sich auch jetzt, wo diese Leute in der Regierung sind, so wie vorher, wo sie als Partner in der Großen Koalition waren, immer weiter an bestimmte Ziele im Schutze dieser Nebelwand heranschleicht, ist zweifelsohne eines der wichtigsten Ereignisse seit der Gründung der Bundesrepublik. Und deswegen hat es für uns gar keinen Sinn, wenn wir etwa meinen, wir könnten uns daran vorbeidrücken. Das können wir gar nicht. Wir dürfen nicht den Eindruck Gelähmter machen, die einer so entscheidenden Wende unserer Politik tatenlos gegenüberstehen oder nur mit milden Warnungen die Regierung begleiten. Was hier passiert, ist todernst für unser Volk. Aber nicht nur für unser Volk, sondern auch für den Westen. Und die kritischen Stimmen in aller Welt nehmen ja deutlich zu. Wenn mich nicht alles täuscht, dann ist auch in der deutschen Presse schon ein kleiner Stimmungswandel bemerkbar. Manche, mit denen ich mich unterhalten habe, meinten, es sei sehr viel stärker, als ich es bemerkt habe. Aber natürlich wird das nach Kassel noch sehr viel stärker werden. Mein Rat nach allen eigenen Erfahrungen, nach vielen Unterhaltungen mit unseren Freunden im Wahlkampf. Ich darf vielleicht vorwegnehmen, andere werden das sicher bestätigen können: schon in den Kommunalwahlen große Beteiligung, großer Kampfgeist bei unseren Leuten, jetzt bei den Landtagswahlen sehr große Kundgebungen. Ich glaube, wenn wir es richtig anpacken, dann wird sich das im Laufe des Wahlkampfes noch steigern lassen. Ich halte nichts von diesen demoskopischen Umfragen. Es kann nicht stimmen, was Infas verbreitet, denn bei allen Kommunalwahlen haben wir gut abgeschnitten. Wir haben in Hamburg gut abgeschnitten.<sup>37</sup> Wir konnten ja dort nach allen Voraussagen nicht erwarten, daß es das immerhin beste Bürgerschaftswahlergebnis ist seit Bestehen der Bundesrepublik würde. Wo wir hinkommen, zeigt sich Auftrieb für die CDU. Ich weiß nicht, Herr Echternach, ob Sie es bestätigen können, daß diese Infas-Umfrage für Hamburg vor der Wahl für die CDU 10 % weniger vorausgesagt hat, als es dann tatsächlich eintraf. (*Echternach*: Bei einer Umfrage im November noch viel weniger.) Hier zeigt sich also, daß gegenwärtig diese Umfragen einen nur sehr, sehr relativen Wert haben. Ich will mich auf diesen Bericht beschränken, aber am Schluß noch zwei Sätze sagen. Das eine ist – jetzt kann ich wirklich Konrad Adenauer zitieren: „Die Lage war noch nie so ernst.“ Und zweitens, für die kommenden Wahlen ist die Lage für die CDU günstig, und daher lohnt sich der Einsatz mit allen Kräften. Aber nur wenn wir den Einsatz mit allen Kräften machen, werden wir das herausholen, was für uns wichtig ist und was dann natürlich auch Auswirkungen auf die Situation in Bonn haben kann.

*Stoltenberg*: Wenn ich kurz auf den Punkt Ihrer Ausführungen eingehen darf, der in einem unmittelbaren Bezug mit meinen Erfahrungen in den Wahlkämpfen steht, dann ist das vor allem das Thema Preise, Mieten, Wirtschaft, Zinsen. Wir haben in Schleswig-Holstein am Sonntag Kommunalwahlen, und es ist der unmittelbare Eindruck,

---

onsvorstandsprotokolle existieren für den angegebenen Zeitraum nicht. – Stoltenberg hielt sich vom 16. bis 18. April 1970 in der Schweiz („Bilderbergkonferenz“) auf (Terminkalender in ACDP 01–626–124/14).

<sup>37</sup> Vgl. „Rheinische Post“ vom 14. April 1970 (Anm. 7); zum Ergebnis der Bürgerschaftswahl am 22. März 1970 vgl. Nr. 2 Anm. 18.

ohne Prognosen zu wagen, daß doch die Stimmung sich zu unseren Gunsten gegenüber der sehr schlechten Lage, die wir im Januar alle empfunden haben, wo wir in der Defensive waren, verändert hat. Dabei möchte ich auch zu Ihren Hinweisen auf die Demoskopie sagen, sie stimmt natürlich nicht, aber sie ist dennoch nicht uninteressant. Sie stimmt nicht, weil die SPD zu günstig abschneidet. Das haben ja alle bisherigen Wahlen gezeigt bis hin zu den Karlsruher Oberbürgermeister-Wahlen, den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, den Hamburger Wahlen<sup>38</sup>, wo ja neben örtlichen und personellen Faktoren doch ein Trend da ist. Sie ist dennoch nicht uninteressant, weil ich diese demoskopischen Zahlen so auslegen möchte, daß eine Enttäuschung gegenüber der SPD sichtbar wird, die in Wahlenthaltung und teilweise auch Wahlwechsel sichtbar wird, wahrscheinlich noch stärker Wahlenthaltung, daß wir aber noch nicht die wirkliche Stabilisierung neuer Wählerschichten oder alter, wie bei der Bundestagswahl, erreicht haben. So würde ich etwa diesen Widerspruch zwischen Wahlergebnissen und Demoskopie bewerten. Ich habe den Eindruck, daß das spontan hier bei dem einen oder anderen Zustimmung findet. Das ist natürlich ein wichtiger Punkt. Man muß ja die psychologischen Dinge etwas besprechen, wenn man für die nächsten zwei Monate zu den kommenden drei Wahlen hin die richtigen Ansatzpunkte finden will. Und nun scheint es mir doch so zu sein, wie übrigens auch die Reaktion aus dem Regierungslager zeigen wird, daß dieses Thema Preise, Mieten, Zinsbelastung, wirtschaftliche Unsicherheit in der Tat die einzige Schwelle wird, bei der die Chance besteht, die öffentliche Meinung zu verändern. Ich verkenne dabei nicht die große Bedeutung der anderen Fragen, das Thema unterbliebene innere Reformen. Das fängt an, obwohl immer wieder natürlich versucht wird, sich mit angeblichen Sünden der Vergangenheit herauszureden. Aber diese Art der Entschuldigungen wird nach meiner Auffassung von Monat zu Monat weniger glaubwürdig. Ich möchte auch unterstreichen, daß wir sicher in der Deutschland- und Ostpolitik etwas Boden gewinnen, aber doch nur allmählich, und das wird ein etwas länger dauernder Prozeß sein, bei dem die Chance besteht, dann auch zu wirklichen Veränderungen zu kommen.

Nun wollte ich noch gerne ein paar Sätze sagen zum Vorgehen unserer Partei und unserer Fraktion im Anschluß an das, was Sie gesagt haben, Herr Bundeskanzler. Wir haben uns ja in der Partei, im Präsidium und in der Fraktion immer wieder dazu entschlossen, die Sozialdemokraten nicht aus der Debatte zu entlassen. Das Ziel der SPD ist es in der Tat seit Februar, seit dem Scheitern der Schillerschen Vorschläge<sup>39</sup>, seit

---

38 Otto Dullenkopf (CDU) erhielt am 12. April 1970 beim ersten Wahlgang 55,46 % der Stimmen und verfehlte damit nur knapp die absolute Mehrheit. Am 26. April erreichte er 64,79 % der Stimmen vor seinem Gegenkandidaten Peter Corterier. Vgl. „Stuttgarter Nachrichten“ vom 15. April 1970 „Jetzt kampflös auf den OB-Sessel“; DUD Nr. 79 vom 27. April 1970 S. 7 „Otto Dullenkopf siegt in Karlsruhe“. – Am 15. März 1970 fanden in zehn nordrhein-westfälischen Stadt- und Landkreisen Kommunalwahlen statt, bei denen die CDU deutliche Stimmengewinne erzielen konnte. Vgl. „Bonner Rundschau“ vom 16. März 1970 „Die CDU gewinnt bei NRW-Kommunalwahl“.

39 Schillers Vorschläge für ein Konjunkturdämpfungsprogramm stießen in der eigenen Fraktion auf Ablehnung, vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 28. Februar 1970 „Dampf statt Dämpfung“;

dem Verzicht auf eine staatliche Konjunkturpolitik, diese Diskussion zu vermeiden. Herr Arndt hat das in einem Interview gesagt: „Ruhe an der Heimatfront“.<sup>40</sup> Herr Brandt hat das gesagt in der zitierten Äußerung: „Wir sind aus dem Größten heraus.“ Ich bin mir aber darüber im klaren, daß unser Vorgehen in dieser Frage auch hier und da auf Kritik stößt. Es gibt gewisse Stimmen in der Wirtschaft, in den Unternehmerverbänden, die nun meinen, man solle die ganze Diskussion nicht weiter anheizen, man solle über Preise nicht reden, man solle hier erst einmal abwarten und die psychologischen Dinge nicht erschweren. Und natürlich müssen wir in der Art, wie wir uns hierzu äußern, versuchen, auch solchen berechtigten Einwänden Rechnung zu tragen insofern, daß wir nicht in eine überzogene Polemik verfallen oder durch häufigen Gebrauch des Wortes „Inflation“ oder etwas anderes in eine unsolide Form der Diskussion kommen. Ich möchte das hier unterstreichen, wir müssen in der Art, wie wir uns äußern, dem Rechnung tragen. Daß wir uns aber weiter äußern müssen, ist ganz klar. Und wir werden dabei auch gerade in diesen Tagen unterstützt durch ungewöhnlich kritische Äußerungen aus dem Lager der Wirtschaft selbst.

Ich will einmal nur zwei Äußerungen hier nennen, die im Gegensatz zu Herrn Berg stehen, der über diese Dinge etwas beschönigend spricht.<sup>41</sup> Heute ist bei der Tagung des Industrieministeriums von Herrn Rodenstock<sup>42</sup> – also ein Mann, der an sich eine gewisse Distanz zu uns hält, mehr als Berg parteipolitisch – eine Rede gehalten worden, die in ungewöhnlicher Schärfe das Versagen an der staatlichen Konjunkturpolitik geißelt. Ich will da nur einen Satz nennen aus dieser Rede: „Im Lichte unserer augenblicklichen Lage müssen wir als Unternehmer feststellen, daß wir uns nicht nur in einem Feld hoher Spannungen, sondern geradezu in einer Zerreißprobe befinden.“ Das ist nur mal eine Äußerung von heute. Ich verweise auch noch auf die Äußerungen des Vorsitzenden des Sachverständigenrates in anderer Eigenschaft, die die Wirtschaftspresse gebracht hat.<sup>43</sup> Ich glaube also, daß wir hier durchaus in einer Strömung der

---

„Rundschau am Sonntag (Köln)“ vom 1. März 1970 „Schiller verlor: Verzicht auf die Steuerpläne“.

40 In der Vorlage: Arendt. – Dr. Klaus Dieter Arndt (1927–1974), Diplom-Volkswirt; 1946 SPD, 1965–1974 MdB, 1967–1970 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, 1971–1974 MdEP. – Zum Zitat vgl. Planungsstab der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages (Hg.): Die Wirtschaftspolitik der SPD/FDP-Regierung. Vom Stabilitätsanspruch in den Sog der Inflation. Dokumentation II vom 5. Juni 1970 S. 4 (ACDP Dokumentation 0/063/17).

41 Vgl. Anm. 4 und 9.

42 Dr. Rolf Rodenstock (1917–1997), Unternehmer; 1953–1990 persönlich haftender Gesellschafter der Optischen Werke G. Rodenstock, ab 1956 apl. Professor an der TU München, 1971–1990 Präsident der IHK München und Oberbayern, 1966–1977 Vorstandsvorsitzender des Deutschen Industrieministeriums, 1978–1984 Präsident des BDI. – Zur Kritik Rodenstocks an den vermögens- und steuerpolitischen Plänen der Bundesregierung vgl. dpa vom 23. April 1970; FAZ vom 24. April 1970 „Die deutsche Wirtschaft in der Zerreißprobe“.

43 Dr. Norbert Klöten (1926–2006), Wirtschaftswissenschaftler, 1960–1976 o. Professor an der Universität Tübingen, 1969–1975 Mitglied im Sachverständigenrat und 1970–1975 dessen Vorsitzender, 1976–1992 Präsident der Landeszentralbank Baden-Württemberg. – Klöten hatte am 9. März 1970 Professor Wilhelm Bauer als Vorsitzender des Sachverständigenrates

allgemeinen Diskussion sind, bei der wir über den Kreis unserer Partei hinaus in Wissenschaft und Wirtschaft Unterstützung finden können. Nun haben wir den Termin am 8. Mai mit dem Präsidium.<sup>44</sup> Was wir dort sagen können, ist im wesentlichen eine Zusammenfassung der bisherigen Punkte. Ich halte es aber für möglich, daß wir unsere bisherigen Punkte als Elemente konstruktiver Vorschläge zur Konjunkturpolitik doch um den einen oder den anderen Punkt ergänzen können und insofern auch eine gewisse öffentliche Aufmerksamkeit für unsere Beiträge finden können. Und im übrigen muß man natürlich sagen, daß die Politik ja von Wiederholungen lebt. Wir sind ja nicht in der Lage, weder in der Innen- noch in der Außenpolitik, bei jeder Äußerung oder jeder Debatte etwas völlig substantiell Neues zu sagen. Es handelt sich dann darum, bisherige Aussagen so zu formulieren, so zu präzisieren und auch in gewissen Punkten zu ergänzen, daß wir weiterhin in der öffentlichen Meinungsbildung hier bestimmend bleiben. Ich halte das für möglich. Und dies wird m. E. sehr wirksam ergänzt durch die beiden größeren Debatten im Bundestag am 5. Mai.<sup>45</sup> Dort werden wir die von Ihnen, Herr Bundeskanzler, mit Recht hervorgehobene neuralgische Frage der Mieten und Preise im Wohnungsbau durch eine Große Anfrage der Fraktion breit diskutieren, und wir wollen dann wahrscheinlich am 1. Juni noch einmal<sup>46</sup>, 14 Tage vor den Landtagswahlen, dann eine weitergehende Bilanz zur Diskontpolitik machen, die bis dahin in den Wirkungen schmerzlicher wird. Sie wird z. T. sehr schmerzlich. Ich möchte das gerade aus den wirtschaftlich schwächeren Gebieten sagen; während in den Zentren des industriellen Geschehens, in der Großwirtschaft das noch durch Preise und Preissteigerungen und Auslandsfinanzierungen z. T. überwunden werden kann, muß man sagen, daß jedenfalls in den Randgebieten und wirtschaftsschwachen Gebieten die Bauwirtschaft nicht mehr in der Lage ist, zwei bis drei Monate diese Diskontpolitik zu ertragen, ohne teilweise nicht an den Rand der Liquidität und der Existenz zu kommen. Und das sind Dinge, die wir – glaube ich – hier sagen müssen und die auch unseren Anspruch auf eine stärkere Intervention, eine differenziertere Konjunkturpolitik der Regierung rechtfertigen.

Ich glaube, daß wir hier also den Punkt haben neben der notwendigen deutschlandpolitischen Auseinandersetzung und neben der Diskussion über innere Reformen.

---

zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage abgelöst. – Der Sachverständigenrat hatte sich in einem Brief an Bundeskanzler Brandt am 17. März 1970 besorgt über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung angesichts des Kosten- und Preisauftriebs geäußert, vgl. „Die Welt“ vom 29. April 1970 „Sachverständigenrat berät über Sondergutachten zur Konjunkturlage“.

44 Protokoll der Sondersitzung mit Ministerpräsidenten und Ministern der CDU und CSU sowie Vertretern der Arbeitskreise der CDU/CSU-Fraktion zur Wirtschafts- und Konjunkturpolitik in ACDP 07–001–1403.

45 Am 5. Mai fand keine Bundestagssitzung statt. Die „Große Anfrage der Abgeordneten Erpenbeck, Mick, Geisenhofer, Lücke (Bensberg), Dr. Müller-Hermann und der Fraktion der CDU/CSU betr. Wohnungsbaupolitik“ (BT-Drs. VI/572, VI/716) wurde am 26. Mai 1970 beraten (Sten.Ber. 6. WP 52. Sitzung S. 2619–2642).

46 Am 3. Juni 1970 u. a. „Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion betr. Konjunkturpolitik“ (BT-Drs. VI/714, VI/847), vgl. Sten.Ber. 6. WP 55. Sitzung S. 2833–2885.

Und ich glaube, daß wir ihn auch sehr wirkungsvoll ergänzt haben um die Dinge, Herr Bundeskanzler, die Sie erwähnt haben und die Herr Katzer noch vertiefen wird. Ich freue mich sehr, daß wir mit unserem Beteiligungslohn einmal so schnell fertig geworden sind – vier bis sechs Wochen eher, als wir an sich vor Ostern gedacht haben –, und daß wir zu einem günstigen Zeitpunkt gekommen sind und daß auch durch eine gute Vorbereitung – ich glaube, das ist auch ein ganz gutes Beispiel, wie man mit den verschiedenen Gruppen vorher sprechen muß – wir bis in den Bereich der Unternehmerschaft hinein eine zumindest aufgeschlossene Reaktion haben, nicht eine zustimmende unbedingte – das konnte man gar nicht erwarten –, aber doch eine sehr aufgeschlossene. Ich verweise z. B. auf die Veröffentlichungen des Industrie-Instituts, von dem ich eine ganz andere Reaktion zunächst erwartet habe, die durchaus sehr ernsthaft die Argumente erwägen.<sup>47</sup> Ich glaube, daß das sehr positiv ist und daß wir hier weitergehen müssen in dieser engen Verbindung von Wirtschaftspolitik und Gesellschaftspolitik. Wir haben andere Fragen vor uns in der Fraktion, z. B. Krankenversicherung und andere. Ich möchte eigentlich ganz offen im Hinblick auf einzelne Äußerungen in der Öffentlichkeit auch den Punkt unterstreichen, daß wir hier nun auch ein absolut abgestimmtes Verhalten brauchen. Wenn wir durch Beteiligungslohn und vielleicht demnächst durch Krankenversicherung bestimmte neue Belastungen für die Wirtschaft schaffen, über die wir uns noch verständigen, müssen wir in gewissen anderen Fragen sehen, daß wir dort eine gemeinsame Sprache sprechen. Das gilt auch, Herr Kollege Blüm, für all das, was wir zum Thema Mitbestimmung sagen, weil es natürlich einen psychologischen Punkt gibt, in dem wir dann in der Gefahr stehen, daß gewisse Wählergruppen wieder potentielle FDP-Wähler werden. Und daß die Frage des Abschneidens der FDP bei den Landtagswahlen für uns eine ganz entscheidende Frage ist, darüber sind wir uns sicher in der strategischen Beurteilung einig. Und man kann natürlich nicht verkennen, wie sehr Herr Genscher jetzt versucht, auch in der Auseinandersetzung mit diesen neuen Vermögensplänen und Steuerplänen der SPD sich wieder gegenüber den traditionellen FDP-Wählern des Mittelstandes zu profilieren. Deswegen ist es von entscheidender Bedeutung, daß wir auf diesem Wege, den wir an sich schon einige gute Stationen vorangegangen sind – Gesellschaftspolitik und Konjunkturpolitik –, es erreichen, im Bundesvorstand und in der Fraktion unsere Meinung so zu integrieren, daß wir wirklich mit gewissen Dialektfärbungen eine einheitliche politische Sprache sprechen und die kommenden zwei Monate bis zur Landtagswahl eine optimale öffentliche Wirkung erzielen.

*Katzer:* Ich darf anknüpfen an das, was Herr Dr. Stoltenberg gesagt hat. Wir haben ja alle in den sechs Monaten eines gelernt: Entscheidend ist für das Ankommen in der Bevölkerung, daß man glaubwürdig ist. Diese Glaubwürdigkeit hatten wir verloren, zumindest hatten wir sie in bestimmten Schichten nicht mehr so wie früher. Das müssen wir zurückgewinnen. Und da ist auch von der Zeit her eine gewisse Distanz einfach

---

47 Deutsches Industrieinstitut Köln (gegründet 1951). Aus der Verlagsreihe 1970 z. B. Nr. 13 „Die Wirtschaft braucht jetzt Ruhe“, Nr. 16 „Forderung der Zeit, Vernunft“, Nr. 17 „Deutsche Währungspolitik nach der Aufwertung“.

erforderlich. Das geht nicht von heute auf morgen. Womit gewinnt man Glaubwürdigkeit zurück? Am besten dadurch, daß man eine konstruktive Gegenposition bezieht. Nur mit Nein-Sagen geht es nicht. Und ich glaube in der Tat, das ist uns diesmal erstmalig gelungen. Der Artikel, der davor in der „Stuttgarter Zeitung“ stand, der war noch stärker, von Herrn Kloss, der gerade auf das Beteiligungsgesetz einging.<sup>48</sup> Der war eigentlich verheerend, und selbst eine Zeitung wie der „Kölner Stadt-Anzeiger“ beschreibt ein Stimmungsbild<sup>49</sup>, daß also die Reihen der Sozialdemokraten geradezu betroffen gewesen wären bei dieser Diskussion, weil sie gespürt haben, hier ist die Opposition dabei, sie zu überrunden. Und das auf einem Felde, wo man sie am allerschmerzlichsten trifft, nämlich auf dem Gebiet der Gesellschaftspolitik. Ich würde also glauben, daß wir von daher auch in den nächsten Monaten – und das haben Sie ja auf dem Parteitag in Leverkusen<sup>50</sup> dankenswerterweise auch schon begonnen – diesen Fragen der Innenpolitik den gebührenden Rang einräumen sollten. Ich sage nur noch zwei Sätze dazu. Erstens: Die Mieten halte ich noch für glaubwürdiger als die Preisgeschichte, denn da kommt immer noch der Aufwertungseffekt mit hinein. Aber bei den Mieten ist es jedermann klarzumachen, hier hat die Regierung nichts getan, Ergebnis – die Bundesbank mußte handeln, Ergebnis – Diskontsatz erhöht, Ergebnis – du mußt für deine Hypothek soundso viel mehr zahlen. Das ist ein ganz logischer Schluß, der von jedem begriffen wird, und selbst der hartgesottenste Sozialdemokrat fängt da an zu weinen und sagt: Das ist eine Schweinerei! Das wird also ein ganz zentraler Punkt werden, den wir im Plenum dann darstellen müssen.

Nun die zweite Sache: Es steckt ja doch mehr dahinter, und ich würde das im Vorstand ganz gerne einmal sagen. Ich glaube, das, was wir jetzt da begonnen haben, ist der Versuch, daß wir nicht unbedingt eine Kontrastpartei mit einer Kontrastpolitik sind, sondern daß wir eine Wettbewerbspolitik betreiben um die bessere Idee und die klügeren Gedanken. Und jetzt kommt es ganz entscheidend darauf an, weil hier jetzt zweierlei betroffen ist, aufgrund dessen, was wir getan haben. Ich brauche das nicht zu erläutern, ich kann das als bekannt voraussetzen. Unser Präsidium hat ja dankenswerterweise am Montag dieser Woche<sup>51</sup> – also vor der Sitzung der Fraktion am Dienstag – seinerseits dazu beigetragen, den Beschluß des Berliner Programms in die Praxis umzusetzen. Wir haben also hier die Beteiligung, verbunden mit einer Strukturverbesserung der Wirtschaft, auch der mittelständischen Wirtschaft, gebracht, und das hat also die SPD jetzt dazu gezwungen, im Grunde wahrscheinlich einen längst vorbereiteten, aber geheimgehaltenen Präsidiumsbeschluß kurzfristig der Öffentlichkeit zu übergeben.<sup>52</sup> Und hier heißt es also, man will in einem Zehn-Jahres-Zeitraum die Bil-

---

48 Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 20. April 1970 „Ausgepunktete SPD“. – Hans Dieter Kloss (geb. 1929), Diplom-Landwirt; stv. Chefredakteur der „Stuttgarter Zeitung“.

49 Vgl. den Artikel von Hans Werner Kettenbach „Mit 20 Mark dabei?“ im „Kölner Stadt-anzeiger“ vom 17. April 1970.

50 Erster gemeinsamer Parteitag der CDU Rheinland und der CDU Westfalen am 17./18. April 1970 in Leverkusen. Unterlagen in ACDP 03–002–329/1 und –983/2.

51 Protokoll der Sitzung vom 20. April 1970 in ACDP 07–001–1403.

52 Vgl. „Handelsblatt“ vom 22. April 1970 „SPD-Vorstoß zur Vermögensbildung“; Presseer-

dung eines Privatvermögens in der Größenordnung eines durchschnittlichen Arbeitnehmergehaltes ermöglichen. Das ist ein Punkt, da würde ich, Herr Bilke<sup>53</sup>, mal bitten festzustellen, ob es in der Partei eine Möglichkeit gibt, einmal auszurechnen, wie das in zehn Jahren dann aussieht beim Vermögen des Einzelnen, wenn wir das 240 DM-Gesetz angewendet haben, und – was viel entscheidender ist – wie es dann mit der Vermögensbildungssituation insgesamt ist. Hier ändert sich ja nichts beim Produktivvermögen, während sich bei uns ja beim Zuwachs etwas ändert in der Verteilungssituation. Diese beiden Punkte müssen wir noch konkret haben, und ich glaube, es ist noch zu erwähnen, daß wir beim letzten Präsidiumsgespräch am Montag beschlossen haben, ein Flugblatt herauszugeben – eine Million Exemplare – über diesen Punkt. Das muß so simpel und einfach wie möglich sein. Da muß stehen: Die SPD will 312 DM auf 624 DM erhöhen. Wir wollen für alle 360 DM. Da werden wir also gemeinsam daran arbeiten, daß wir das ganz plastisch herausstellen.

Und jetzt kommt das Echo derer, und das ist ja das an sich Überraschende. Wir sind ja gewarnt worden, diesen Schritt zu tun. Die Wirtschaft hat uns insgesamt gewarnt. Die Gewerkschaften haben uns beschimpft. Und jetzt, nachdem die Sache durch ist, stellen wir fest, daß selbst die organisierten Interessen gegen ein Stück öffentlicher Meinung vorgehen – und wir haben uns die Mühe gegeben und haben vorher darüber gesprochen. Herr Frank<sup>54</sup> von der Planungsgruppe hat also Tag und Nacht mit den Leuten der großen Zeitungen stundenlange Gespräche geführt, sonst wäre das nicht möglich gewesen. Sie können alle Zeitungen lesen, Sie können heute die „Frankfurter Allgemeine“ lesen.<sup>55</sup> Das geht alles in dieser Linie. Und jetzt sagt man bei den Sozialdemokraten sehr, sehr vage für den Parteivorstand: Zur Realisierung dieses Zieles, also in zehn Jahren ein etwa Jahreseinkommen als Vermögen zu haben – das Jahreseinkommen würde heute durchschnittlich bei etwa 12.000 DM für Arbeitnehmer liegen –, müßte eine gesetzliche Vermögensabgabe der Unternehmen ab einer bestimmten Größe verstärkt werden. Das heißt also, den Zwang, den man uns hier vorgeworfen hat, wo wir uns ja schwer getan haben auch in der Fraktion, und ich erinnere an das, was ich in der Fraktion gesagt habe: „Wer das Problem angeht, kommt ohne Zwang nicht aus, Zwang allerdings begrenzt auf Großunternehmen, die man in der Zahl nicht nennt“<sup>56</sup> – das ist also alles offen geblieben. Und das soll dann in einen oder mehrere Fonds, die öffentlich kontrolliert werden, eingebracht werden. Und ich glaube, wenn man diese Alternative unserer gegenüberstellt, dann wird man in der Tat jetzt das relativ günstige Presseecho verstehen. Ich weiß noch, daß der Kollege

---

klärung der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages vom 21. April 1970; Beschluß des SPD-Vorstands in „Welt der Arbeit“ vom 24. April 1970 „Zum Beispiel Vermögen“.

53 Karl-Heinz Bilke (1934–1984), Diplom-Volkswirt; 1970 stv. und 1973–1978 Bundesgeschäftsführer der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1179 Anm. 14.

54 In der Vorlage: Brandt. – Dr. Johann Frank war Leiter des Planungsstabes der CDU/CSU-Fraktion.

55 Vgl. FAZ vom 24. April 1970 „Arbeitnehmer-Freibetrag zum 1. Juli verdoppelt?“.

56 Protokoll der Fraktionssitzung vom 14. April 1970 in ACDP 08–001–1021/1. Das Zitat läßt sich nicht belegen.



Höcherl sagte in der Fraktion: „Das wird grausig werden, wenn ihr das tut. Grausig wird das. Ihr werdet am Donnerstag eine Presse haben, wo ihr zerrissen werdet.“<sup>57</sup> Und genau das Gegenteil ist also der Fall. Jetzt kommt es aber darauf an, daß wir die Sozialdemokraten zwingen – und da müßte mit den Freien Demokraten ein Versuch gemacht werden –, ihre Vorlage 624 DM nicht zur Verabschiedung zu bringen. 624 DM Verdoppelung baut uns, ähnlich wie in der Rentenversicherung, den ganzen Spielraum für weitere Maßnahmen zu, denn 624 DM von 21 Mio. Arbeitnehmern benutzt, bedeutet am Ende eines Jahres einen Zuschuß des Staates von 30 %. Das geht höher als alle Staatszuschüsse, die wir in der Sozialversicherung, in der Rentenversicherung haben. Und das müßte anders versucht werden, damit wir mit unserem Plan rechtzeitig in diese Lücke reinkommen.<sup>58</sup> Und dazu ist wichtig – viel wichtiger, als in der Öffentlichkeit notiert wurde – der Vorschlag, den wir – der Kollege Barzel hat da, glaube ich, so an der Fraktion etwas vorbei, mit meiner Hilfe allerdings, richtigerweise und treffenderweise zur richtigen Zeit einen Privatisierungsantrag VIAG eingebracht.<sup>59</sup> (*Barzel*: Wieso, wir haben ja einen einstimmigen Fraktionsbeschluß darüber.) Donnerwetter! Da war ich ausnahmsweise mal nicht in der Fraktion. Das ist eine großartige Sache. Das ist das verbunden damit und verbunden mit Beteiligungsgesellschaften, die die Sozialdemokraten ebenfalls einfach stillschweigend von uns übernehmen. In dem Plan der SPD steht „Beteiligungsgesellschaften“, einfach schlicht übernommen von uns. Das machen die schamlos. Von hier aus würde ich also glauben, daß wir einen Schlüssel in der Hand haben, indem wir auf dem wichtigen gesellschaftspolitischen Gebiet, der Eigentumpolitik, in der Tat der Regierung den Rang abgelaufen haben mit dem sinnvollen Nebeneffekt, auf den ich immer gewartet habe seit einem halben Jahr, wo ist eine Stelle, wo man in diese Koalition hineinstößt. Und das fängt ja ganz schön schon an, und das muß bis zum Parteitag der Sozialdemokraten verstärkt werden. Letzter Satz: Ich glaube, wir werden jetzt alle politische Klugheit brauchen – in dieser und in anderen Fragen –, um bei uns in einer möglichen Geschlossenheit, bis zum Parteitag der SPD zumindest, nicht da die eine oder die andere Gruppe zu

---

57 Hermann Höcherl (1912–1989), Jurist; 1953–1976 MdB (CSU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 977 Anm. 85. – Vgl. Protokoll der Fraktionssitzung vom 14. April 1970, Redebeitrag Höcherls S. 23–26, hier S. 25.

58 Beratung der CDU/CSU-Fraktion am 14. April 1970, vgl. dpa-Meldung vom 14. April 1970 „CDU/CSU-Fraktion berät über Vermögensbildung“. Am 15. April 1970 erste Beratung im Deutschen Bundestag über den von der CDU/CSU eingebrachten „Entwurf eines Gesetzes über die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen und zur Verbesserung der Kapitalstruktur der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes (Beteiligungslohngesetz – BLG)“, vgl. Sten.Ber. 6 WP. 42. Sitzung S. 2154–2199 (BT-Drs. VI/616).

59 BT-Drs. VI/652 vom 21. April 1970 betr. Privatisierung der Vereinigten Industrieunternehmen (VIAG). – In der Bundestagssitzung am 16. Dezember 1970 (Sten.Ber. 6. WP 87. Sitzung S. 4781) wurde erklärt, daß dieser Antrag der CDU/CSU-Fraktion durch den Gesetzentwurf zur weiteren sozialen Privatisierung von Bundesunternehmen im Rahmen der Vermögensbildung (BT-Drs. VI/1434 vom 16. November 1970) erledigt sei. Der erste Schritt zur Privatisierung der VIAG erfolgte erst 1986.

unterstützen und ihnen Hilfestellung zu leisten, sondern das muß die Sozialdemokratie jetzt auf ihrem Parteitag am 8. bis 10. Mai in Saarbrücken selbst ausfechten.

Morgen ist Fraktionstagung, Klausurtagung, wo wir noch zwei wichtige Punkte auszustehen haben zur Krankenversicherung. Die Versicherungspflichtgrenze hat damals im Wahlkampf eine schlimme Rolle gespielt, wie wir alle wissen. Es wird auch hier darauf ankommen, daß wir uns verständigen, und zwar rechtzeitig, denn die Regierung hat jetzt einen Entwurf des Arbeitsministers vorgelegt – und zur Vermögenspolitik. Ich glaube, dann hätten wir drei Punkte, von denen her wir für die Wahlen auf jeden Fall, aber auch für die Arbeit der Fraktion im nächsten Jahr, doch eine Profilierung unserer Oppositionsarbeit schaffen können.

*Heck:* Darf ich um weitere Wortmeldungen bitten!

*Blüm:* Ja, zum Thema Mitbestimmung. Ich bin ja da angesprochen worden. Ich finde, hier befindet sich die CDU in einer Position, die nicht mit der Position der SPD vergleichbar ist, denn nicht wir haben im Wahlkampf versprochen, die Mitbestimmung einzuführen, so sehr ich das bedauere, aber wir haben es nicht, weil es den Spielregeln, die wir in Berlin vereinbart haben, nicht entsprach, denn wir haben in Berlin vereinbart, daß der nächste Parteitag die Entscheidung bringt. Die SPD ist allerdings in den Wahlkampf gezogen mit dem sicheren Versprechen, wir werden die Mitbestimmung bringen. Und ich finde, es ist doch das legitime Recht der Opposition, auf die Diskrepanz zwischen Versprechen und Einlösen aufmerksam zu machen, sozusagen den Lieferschein zu präsentieren. Wie wollen Sie allerdings die Blöße der SPD offenlegen, wenn Sie nicht selber zur Mitbestimmung etwas sagen? Nur kann das die CDU nicht. Aber Sie können doch, wenn Sie die SPD angreifen in dieser Frage, nicht dann anschließend kneifen, wenn Sie gefragt werden, was Sie persönlich davon halten. Ich würde nur verlangen, daß jeder von uns in seiner Stellungnahme zur Mitbestimmung nicht die Autorität der Partei in Anspruch nimmt. Das kann er nicht, das entspricht auch wiederum nicht den Abmachungen. Ich meine, es wäre auch ein Moment der Liberalität, daß wir in der CDU diese Diskussion führen können. Die SPD hat ja offensichtlich Diskussionsschwierigkeiten, wie sich jetzt wiederum zeigt in der Diskussion mit Jungsozialisten, wo ja an einigen Stellen auch überempfindlich reagiert wird. Da werden die Jungsozialisten ausgeschlossen, weil sie am Verteidigungsminister Kritik üben.<sup>60</sup> Und gerade dieses Moment der Liberalität wäre ein Moment der Werbewirksamkeit, das wir einbringen können.

Zur Deutschlandpolitik darf ich vielleicht noch einmal wiederholen, was ich schon einmal hier gesagt habe. Ich meine, wir sollten keine Zweifel daran lassen, daß wir grundsätzlich mit Gesprächen einverstanden sind, daß wir nicht zu denjenigen gehören, die in die innerdeutsche Gesprächslosigkeit verfallen. Dabei sollten wir auch in der öffentlichen Diskussion klarstellen, daß es das Recht der Opposition ist, nach den

---

<sup>60</sup> Die hessischen Jusos hatten auf ihrer Bezirkskonferenz in Erbach beschlossen, auf dem Bundesparteitag in Saarbrücken einen Gegenkandidaten zu Helmut Schmidt aufzustellen, vgl. dpa vom 8. März 1970 „Jusos‘ streben Kandidatur gegen Helmut Schmidt an“; „Süd-deutsche Zeitung“ vom 22. April 1970 „Jungsozialisten wollen Schmidt abwählen“.

Zielen dieser Gespräche zu fragen. Auch das, meine ich, wäre klar, nur liegt mir sehr viel daran, uns nicht in irgendeine Ecke von kalten Kriegern drängen zu lassen. Das würde unsere Ausgangsposition verschlechtern und würde auch der weltpolitischen Lage nicht entsprechen.

Ich möchte noch eines sagen zu Griechenland. Es könnte durchaus sein, daß man durch eine Politik, wie sie in Griechenland betrieben wird, linksradikale Elemente zurückdrängt. Aber ich meine, das wäre eine sehr kurzfristige Betrachtung. Langfristig, glaube ich, kann man die Hoffnung auf diese Methode nicht setzen.

*Kohl:* Ich darf um einen Beschluß hier heute formell noch bitten. Wir hatten vor einigen Monaten, als die Programmkommission eingesetzt wurde, diesen Auftrag in Sachen Mitbestimmung bekommen. Das ist ein Beschluß vom Parteitag und eigentlich hier gar nicht reversibel. Aber da sind offensichtlich Zweifel aufgekommen in den letzten Tagen oder Wochen im Zusammenhang mit dem Auftrag der Programmkommission in Sachen Mitbestimmung. Ich gehe davon aus, daß der Parteitagsbeschluß gilt, daß auch der Vorstandsbeschluß gilt, daß die Programmkommission den Auftrag hat, eine Formel zu erarbeiten und dann sich zusammenzuraufen, um in Hamburg dazu eine Aussage zu machen. Es gibt jetzt in unserer Kreise eine gewisse Stimmung, die ich zusammengefaßt so schildern will – das kommt aus den verschiedensten Bereichen mit einer z. T. ganz unterschiedlichen Interessenlage –, daß, wenn wir in dieser Sache jetzt nichts täten in Hamburg<sup>61</sup>, dann bestünde doch eine Möglichkeit darin, daß wir durch Nichtstun und Ausklammern und Weiter-vor-uns-Herschieben in dieser Frage Mitbestimmung mehr Sprengstoff in die Koalition hineintragen. Ich halte das für ganz falsch. Ich glaube, wir müssen jetzt an unserem Grundsatzbeschluß festhalten – eben auch wegen der Glaubwürdigkeit –, daß wir in Hamburg zu dieser Frage eine Formel anbieten, die dann allerdings die Meinung der CDU darstellt.

Ich kann meinem Freund Blüm nicht ganz zustimmen mit der Auslegung der Liberalität. Ich bin ganz gewiß für eine liberale Auffassung, nur es ist so, wenn in einer so ungewöhnlich kontroversen Frage die Wortführer von Richtungen – das ist auch legitim und auch liberal, daß es die gibt – sich fortdauernd öffentlich äußern, dann ist das mehr als nur eine Privatmeinung. Hier äußert sich nicht der X oder der Y, sondern in Kommata wird ja dann immer hintendran geschrieben, was der für eine Funktion oder für einen Standort in der Partei hat. Und ich glaube, es gibt eine zusätzliche Verkrampfung in diesem Clinch, der ja ohnedies kommt, wenn wir uns dann plötzlich mit der Meinung konfrontiert sehen, daß einer – und da kommt ja sofort wieder das Prestige rein – plötzlich dann vorgehalten bekommt von zeitweiligen Anhängern einer Meinung, die er mal vertreten hat, dann und dann hast du das und das gesagt, und jetzt willst du womöglich auf einen Kompromiß eingehen. Denn darüber sind wir uns ja im klaren, da wird es ja keine reine Lehre geben. Es kann nicht die eine oder die andere Gruppe hier obsiegen in der Partei, wenn man jetzt mal von Meinungen redet, sondern da wird man ja einen Kompromiß suchen müssen. Und wir haben die ganze Zeit ja die

---

61 Der 18. Parteitag fand vom 25. bis 27. Januar 1971 in Düsseldorf statt. – Der 22. Parteitag fand vom 18. bis 20. November 1973 in Hamburg statt.

Meinung vertreten – und so haben wir uns auch im Bundestagswahlkampf aus der Affäre gezogen –, daß wir sagten, wir haben dafür gesorgt, daß dieses Gutachten von Biedenkopf erstellt wird, jetzt warten wir mal ab, bis dieses Biedenkopf-Gutachten da ist.<sup>62</sup> Nun kann allerdings auch niemand in der Partei sagen, die Diskussion fängt wieder am Status quo an von Biedenkopf. Auch das geht natürlich nicht. So einfach kann sich's niemand machen. Das Biedenkopf-Gutachten ist, ob es uns in der oder der Passage gefällt oder nicht, eine Realität, es liegt jetzt auf dem Tisch. Sein Hauptwert besteht ja u. a. darin, daß es ein einstimmiges Votum eines sehr gemischten Publikums in der Kommission gegeben hat. Und damit ist ja auch ein politisches Faktum gesetzt. Ich glaube also, das ist richtig. Und ich muß natürlich sagen, die Diskussion wird erheblich belastet, wenn ich daran denke, daß in irgendeinem Landtag ein Beschluß gefaßt wird, der ja nicht – wenn man weiß, wie dieser Beschluß zustande gekommen ist, ist das natürlich wesentlich verständlicher, aber in der Zeitung steht ja nicht drin, der Beschluß ist gefaßt worden aus einer bestimmten ad hoc-parlamentarischen Situation, die Mehrheit der CDU-Fraktion von NRW war dagegen, die Minderheit hat mit der SPD gestimmt; sondern in der Zeitung steht überall in bundesdeutschen Landen, daß durch eine sach- und gesetzgeberische Koalition in dieser konkreten Situation in einem Bundesland in einer bestimmten Frage diese Entscheidung durch CDU- und SPD-Stimmen erzielt worden ist. Und Sie merken ja, was Genscher schon macht in diesem Punkt. Das wird sicherlich Dr. Heck noch einmal ansprechen.

Wenn wir jetzt anfangen, das Programm von Berlin fortzuschreiben und daran arbeiten, kann es nicht sein, daß wichtige Fragen der gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Entwicklung in den verschiedensten Bundesländern und Landesparteien unterschiedlich präjudiziert werden. Das kann man nicht gut machen. Denn wir haben schon genug daran zu tragen, daß es die CDU/CSU gibt auch im Bereich der Gesellschaftspolitik und auch in anderen Bereichen. Wir sind ja gerade aus der Geschichte mit den Freundeskreisen einigermaßen elegant herausgekommen, und ich glaube, es wäre nicht gut, wenn wir uns jetzt den Luxus erlauben würden in den nächsten Monaten, etwa auch im Vorfeld der wichtigen drei Landtagswahlen, je nach dem Grundton der Landespartei – ist sie progressiv, dann progressiv –, und dann ist die Verwaltungsgrenze nebendran und ein Landesverband, der weniger progressiv ist, dann eine weniger progressive Äußerung zu machen. Wir müssen da schon aus einem Guß reden. Denn das, was Hans Katzer sagt, gilt als ein ganz wesentlicher Bestandteil jeglicher demokratischer Politik in einer modernen Industrie- und Massengesellschaft, daß die Aussage glaubwürdig sein muß. Natürlich, Herr Blüm, bin ich für die unterschiedliche Aussage nach Temperamentslage. Die Palette soll ja nicht schwarz und weiß sein, sie soll ja Zwischentöne enthalten. Aber ich meine nur, bei den Zwischentönen soll man an das gesamte Koordinatensystem ein bißchen denken und deswegen meine Bitte, Herr Generalsekretär, daß heute noch einmal hier präzise erklärt wird, daß an dem Grundsatzauftrag, in Hamburg diese Entscheidung herbeizuführen, sich nichts geändert hat und daß das einer der Aufträge ist, an die wir uns halten und daß

---

62 Zum Biedenkopf-Gutachten vgl. Nr. 5 Anm. 60.

dazu im Vorfeld Diskussion notwendig ist, aber daß damit niemand in der CDU sozusagen präjudiziert ist.

Nun, es ist schade, daß jetzt der Bundesvorsitzende draußen ist. Ich finde, wir sollten nachher, wenn er dabei ist, noch einmal ein Stück Diskussion, Herr Dr. Stoltenberg, aufnehmen in der Frage, gibt es eine Priorität der gesellschaftspolitischen Fragen zu den Fragen der Deutschland- und Ostpolitik. Das ist ein wenig schwierig, weil das auch bei uns furchtbar mit Emotionen beladen ist. Wenn man also sagt, wir müssen zur Gesellschaftspolitik das und das sagen, ist man deswegen keiner von der Anerkennungspartei und ist man deswegen keiner, der sozusagen die deutschen Dinge weniger hoch schätzt. Ich meine, das Sowohl-Als-auch ist das Richtige. Und ganz offenkundig ist bis jetzt, daß die Deutschland- und Ostpolitik schon eine ganz wichtige Frage ist, daß die innenpolitischen Entwicklungen doch als mindestens gleichwertig betrachtet werden und daß Fragen wie Mietsteigerungen bei dem weiten Bereich der Frauenwähler natürlich ganz elementar anschlagen, weil es der Kreis ist, der jeden Monat genau ablesen kann, was er mehr zahlen muß und was er weniger zum Konsum zur Verfügung hat. Aus diesem Grunde schlage ich vor, daß wir die Diskussion unter allen Umständen heute noch einmal führen, daß wir nicht – das ist mein Votum – zu einer Entweder-Oder-Haltung kommen – Deutschland- und Außenpolitik gegenüber innenpolitischen Reformen, gesellschaftspolitischen Veränderungen –, sondern daß wir einfach beides tun, wobei – und das ist jetzt ein bißchen unser Problem – wir die öffentliche Diskussion durch die Aktivität der Regierung natürlich vorgeschrieben bekommen und es ja kein Zufall ist, daß diese Aktivität, etwa jetzt im Zusammenhang mit Kassel, sich jetzt nicht auf lokale Probleme erstreckt, sondern ausschließlich die Rede von dem Erfolg für Brandt ist. Und wir müssen uns doch darüber im klaren sein, daß nach dem Kasseler Gespräch, von dem ich auf keinen Fall erwarte, daß es so scheitert, daß die Regierung schlecht dabei aussehen wird für den Durchschnittsbürger, sondern die werden irgendeinen Modus suchen, daß, selbst wenn in der Sache ein ganz miserabler Ausgang da ist, sie als die guten Deutschen herauskommen und sogar noch die Mitbürger zu Tränen gerührt sind, ob dieser staatsmännischen Leistung trotz aller Schwierigkeiten zusammenzukommen. Und ich fürchte, daß diese Emotion im Augenblick bei uns ein bißchen unterschätzt wird, und deswegen finde ich, muß auf beiden Schauplätzen, dem Schauplatz der Deutschland- und Außenpolitik und dem Schauplatz der Innenpolitik – wie es Katzer hier eben an einem konkreten Beispiel der Vermögensbildung erwähnt hat – weiter gefochten werden. Ich meine auch, das ist auch die höchste Chance der Verunsicherung der jetzigen Koalition, wobei man durchaus hier z. T. mit wechselnden psychologischen Plätzen und Partnern operieren kann.

*Filbinger:* Ich möchte gerne ein anderes Gebiet der inneren Reformen ansprechen: die Bildungspolitik, konkret Hochschulpolitik. Das Massenproblem an den Hochschulen ist ein Problem, mit dem man gerade derzeit alle Emotionen mit Leichtigkeit hochjagen kann. Man kann auch in einem ruhigen Lande wie Baden-Württemberg die Schüler zu einem Streik fast an allen Oberschulen bringen. Und so etwas bleibt ja nicht nur beschränkt auf die Schüler, sondern es gibt einen nicht unerheblichen Teil der Eltern, die sich solidarisieren mit den Schülern, wenn sie nur davon überzeugt werden,

es geschehe nicht genügend, um die Kapazitäten der Universitäten so auszubauen, daß man den Numerus clausus entbehren kann. Ich meine, wir könnten hier als CDU etwas Wirkungsvolles tun. Die Bundesregierung ist offensichtlich innerhalb einer kurzen Frist nicht in der Lage, ihr Versprechen zu erfüllen, das sie in der Regierungserklärung abgegeben hat, wonach schon im Mai dieses Jahres das nationale Bildungsbudget käme, in welchem alle Fragen gelöst werden. Es ist auch diese wichtige Versprechung nicht erfüllt worden.

Die Ministerpräsidenten haben in der letzten Woche mit dem Bundeskanzler ein Gespräch geführt.<sup>63</sup> Wir haben dabei gerade auch den Finger auf dieses Problem gelegt und gefragt, wie steht es nun. Kann der Bund das Notwendige sofort tun? Kann er ein großes Programm auflegen, nachdem für sämtliche Länder hier Sofortprogramme kommen, die innerhalb einer kurzen Frist – ein, zwei oder drei Jahre – eine so wesentliche Verstärkung der Kapazität bringen, daß man der Öffentlichkeit sagen kann, seht ihr, dieses geschieht, und eure Sorge, daß die Kinder nicht ihre Ausbildung finden, wenn sie das Abitur gemacht haben, ist unbegründet? Herr Bundeskanzler Brandt hat erklärt, er brauche dafür noch Zeit. Und das, was Herr Leussink<sup>64</sup> erklärt hat, das war sehr kleinlaut. Man muß den Eindruck gewinnen, daß die also da noch weit entfernt sind von irgendwelchen Maßnahmen. Und ich habe dann in der Replik ausdrücklich betont, daß das höchst unbefriedigend war, was wir gehört haben, und daß es nichts nutzt, wenn bis zum Herbst gewartet werden muß und in der Zwischenzeit die Zeit verstreicht. Was könnte getan werden? Es wäre m. E. für die CDU hier eine ganz wichtige Möglichkeit der Aktivität zu fordern, daß an allen deutschen Hochschulen, die sich dazu eignen, durch besondere Programme in Schnellbauweise und in besonderer Finanzierung die Kapazitäten verstärkt werden, daß man Pädagogische Hochschulen, Ingenieurschulen und sonstige Fachschulen mit heranzieht zur Entlastung der Universitäten und daß auf diese Weise innerhalb kürzester Frist tatsächlich etwas hingestellt wird, wo die Bevölkerung sagt: Aha, es ist also nicht so schlimm. Es geschieht jedenfalls etwas. Wenn nicht im Moment, in diesem Jahr, so kriegen wir doch in den nächsten zwei bis drei Semestern eine so große Entlastung, daß wir nicht sorgen müssen. – Hier gäbe es Unterlagen, Zahlen, die wir errechnet haben. Hier gibt es Methoden, die bereits praktiziert sind, die rasch zu Erfolgen führen. Wir haben ja schon kooperiert mit der Fraktion im frühen Frühjahr, haben Anregungen gegeben. Das hat der CDU-Fraktion des Bundestages auch Initiativen gestattet, die damals m. E. beachtet worden sind in der Presse, die gut ankamen.<sup>65</sup> Man sollte aber jetzt etwas sehr Kon-

---

63 Vgl. FAZ vom 14. Februar 1970 „Bund-Länder-Kommission für die Bildungsplanung“.

64 Dr. Hans Leussink (1912–2008), Ingenieur; 1969–1972 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1428 Anm. 93. – Vgl. Interview mit dem „Spiegel“ vom 9. März 1970 „Mein Gott, was sollen wir denn tun?“.

65 Vgl. Sten.Ber. 6. WP 25. Sitzung vom 21. Januar 1970 S. 1038–1046 und 1060–1099 „Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU betr. Numerus Clausus“ (BT-Drs. VI/124, VI/246); Presseerklärung der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages vom 4. Februar 1970 zu „Aufgaben der Hochschul- und Bildungspolitik“; „Bonner Rundschau“ vom 12. Februar 1970 „CDU kritisiert Sperren auf dem Bildungssektor“; dpa vom 24. Februar 1970 „Oppo-

ketes bringen. Und ich meine, wenn wir uns hier zusammensetzen, dann könnte die Bundestagsfraktion ganz wirkungsvolle Aktionen machen und sie könnte hier in eine Lücke hineinstoßen, die ganz offensichtlich derzeit entweder durch Inaktivität oder durch mangelnde Entscheidungskraft in den diesbezüglichen Stellen der Bundesregierung klafft. Diese Lücke klafft, und wir sollten es nicht versäumen, alsbald hier hineinzustoßen.

*Stoltenberg:* Ich will es ganz kurz fassen: Herr Dr. Kohl hat im Grunde die Ausführungen zum Thema Behandlung der Frage der Mitbestimmung gemacht, die ich nach Herrn Dr. Blüm noch einmal machen wollte. Ich glaube auch, daß wir versuchen müssen, einen integrierten Meinungsprozeß in der Fraktion durchzuführen. Und zu dem Thema Kulturpolitik, Herr Ministerpräsident Filbinger, wird die Fraktion auf ihrer Klausurtagung in der Lage sein, einen Antrag zu behandeln, der von Nordrhein-Westfalen, Frau Dr. Wex und Abgeordneten der Fraktion vorbereitet ist.

*Katzer:* Ich mache folgenden Vorschlag, daß wir das Thema Mitbestimmung jetzt geschlossen behandeln und nicht immer wieder darauf zurückkommen müssen. Ich möchte erst mal den Kollegen Dr. Blüm in Schutz nehmen, Herr Dr. Stoltenberg und auch Herr Dr. Kohl. Dr. Kohl hat mit Recht gesagt – und das teile ich –, daß man sagt, wer eine Position in der CDU hat, kann, wenn er sich äußert, nicht der Meinung sein, daß er nur als Person genannt wird, sondern da steht dahinter, der hat die und die Funktion und spricht damit für diese. Das ist ganz klar. Aber die andere Seite ist, Herr Dr. Kohl, daß natürlich in den Versammlungen nicht über dieses Thema geschwiegen werden kann. Ich möchte einen Vorschlag machen, Herr Vorsitzender, wie man das hier behandeln kann. Aber auch da ist man nicht gefeit vor Fehlinterpretationen. Ich hielt vorgestern in Düsseldorf beim Industrieclub eine Rede und lese heute in der Zeitung „Die Welt“: „Katzer korrigiert Biedenkopf“ als dicke Zeile.<sup>66</sup> Der Tatbestand ist der, daß ich gesagt habe: „Das Biedenkopf-Gutachten ist jetzt da. Es ist viel ersprießlicher, als man gemeint hat.“ (*Heiterkeit.*) Ja, ich weiß eine ganze Menge von Leuten, die etwas ganz anderes befürchtet haben. Ich bin sehr zufrieden mit dem ersten Teil dieses Gutachtens.

Nur, meine ich, darf jetzt nicht folgendes eintreten, daß die Union sich jetzt festnagelt an diesem Satz der Alternative der paritätischen Mitbestimmung, wie sie vom DGB vorgeschlagen wird, als alleinige Möglichkeit, sondern wir müssen in der Diskussion auch andere Modelle, z. B. das von Generaldirektor Horn<sup>67</sup>, das sehr erwähnens-

---

sition fordert mehr Mittel für den Hochschulausbau bis 1973“; Sten.Ber. 6. WP 45. Sitzung vom 22. April 1970 S. 2335–2355 „Beratung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU betr. mittelfristige Finanzplanung (Ausbau und Neubau von Hochschulen)“, BT-Drs. VI/425.

66 Vgl. „Die Welt“ vom 23. April 1970 „Katzer kritisiert Biedenkopf“. – Abdruck der Rede Katzers vor dem Industrieclub am 21. April 1970 in „Informationen der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft“ vom 27. April 1970.

67 Heinz Horn (1905–1999), Ingenieur; 1926 Eintritt in die Felten & Guillaume Carlswerk AG, 1962–1968 Vorstandsvorsitzender. – Zum „Horn-Modell“ vgl. „Gesellschaftspolitische Kommentare“ 17. Jg. Nr. 21 vom 1. November 1970 und „Soziale Ordnung“ 9/1970 vom 30. September 1970 S. 11.

wert ist, mit durchdiskutieren, denn wir dürfen auf dem Parteitag in der Sache ja nicht auseinanderfallen, sondern müssen tunlichst zu einer Übereinstimmung kommen. Darin stimme ich Dr. Kohl zu. Und ich würde vorschlagen, daß wir etwa so vorgehen, daß wir sagen, da gibt es auch andere Vorschläge, und daß man den Fächer dieser Vorschläge ausbreitet. Das ist auch vernünftig, denn wir stehen im Wort, und da stimme ich voll zu. Wir haben in Berlin einen Beschluß gehabt mit Mehrheit und haben gesagt, in Hamburg wird das entschieden, bis dahin müssen die Gruppen in ihrer Meinungsbildung sich zusammenfinden. Und das sollten wir tun in der Programmkommission und bis dahin möglichst noch das eine oder das andere Modell zur Diskussion bringen, damit man es nicht verengt auf nur diesen einen Punkt. Es gibt ja noch eine ganze Reihe von anderen Punkten dabei. Wenn wir das so machen könnten, dann würde ich das sehr begrüßen. Darf ich feststellen, daß Sie damit einverstanden sind, wie ich es zusammengefaßt habe?

*Kiesinger:* Gibt es einen Widerspruch zu der Auffassung von Herrn Katzer?

*Lampersbach:* Ja, Herr Katzer, ich wäre damit einverstanden, wenn durch diese Verlautbarungen, die wir in der verschiedensten Form ja kennengelernt haben, nicht doch der Verhandlungsspielraum ganz eindeutig eingeengt würde. Und das ist ja doch die große Gefahr. Wir haben uns bisher von unserer Vereinigung<sup>68</sup> tunlichst zurückgehalten, in die Öffentlichkeit zu gehen, weil wir uns ganz an den Parteitagsbeschluß halten und an die Abmachungen auch in der Fraktion. Wir hätten eine ganze Menge in der Vergangenheit dazu sagen können, aber wir haben uns einfach nicht getraut. Ich würde mit Herrn Katzer darin übereinstimmen, wenn wir in diesen ganzen Fragen, die ja viel, viel weiter als nur in die Gesellschaftspolitik gehen, die ja in die Wirtschaftspolitik hinüberreichen, zu einer Sprachregelung kämen, die nicht draußen den Eindruck erweckt, wir sind hier festgelegt, was dann noch durch solche Beschlüsse wie z. B. in Nordrhein-Westfalen erhärtet wird.

*Barzel:* Ich wäre dankbar, wenn einer unserer Freunde, der dem Landtag von Nordrhein-Westfalen angehört, uns eine konkrete Mitteilung machen kann über die widersprechenden Mitteilungen hinsichtlich der Abstimmungen im Landtag zu dem Sparkassengesetz und der Einführung von Mitbestimmung dort. Ist dies, je nachdem wie der Inhalt war, ein Verstoß gegen unseren Parteitagsbeschluß oder ist dies im Vorfeld zu sehen? Ich stelle die Frage deshalb, weil die Freien Demokraten mit aller Kraft das aufbauschen und hierdurch zu befürchten ist, daß das der Schlager für diese Leute wird. Unabhängig von den Gegnerschaften, die Genscher hat zu den Steuer- und Eigentumsverteilungsplänen der SPD, macht er dies zum zweiten Punkt des Kampfes gegen uns. Da sollten wir, glaube ich, weil – wie ich höre – es erst eine zweite Lesung war, die Chance ergreifen und vor der dritten Lesung in diesem Parteivorstand Klarheit darüber gewinnen, ist das, was dort geschieht, ein potentielles Präjudiz auf unseren Parteitag hin oder ist es das nicht. Und je nachdem sollten unsere Konsequenzen sein. Und hier wird es nicht allein um den sachlichen Vorgang gehen, sondern es ist bereits ein Eindruck entstanden, der wahlwirksam sein wird.

---

68 Lampersbach war von 1968 bis 1977 Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung.



Pütz<sup>69</sup>: Darf ich zunächst feststellen, daß nach unserer allgemeinen Auffassung die Entscheidung das Präjudiz darstellt. Es ist festgelegt worden in der zweiten Lesung, daß in allen Sparkassen- und Verwaltungsräten zwei Mitglieder der Sparkassenangelegten vertreten sein sollen und bei Sparkassen über 250 Arbeitnehmern die Drittel-Parität zugrunde gelegt werden soll. Das Zustandekommen dieser Entscheidung ist mehr als merkwürdig, vielleicht zufällig. Ursprünglich stand im Regierungsentwurf nichts von der Mitbestimmung. Im Entwurf der CDU stand nichts von der Mitbestimmung drin. Und vor ca. 14 Tagen bis drei Wochen hat die SPD diese Frage im Ausschuß auf die Tagesordnung gebracht, und zur gleichen Zeit hat die FDP mit aller Härte erklärt, wir werden über jede Form der Mitbestimmung in diesem Gesetz entscheiden. Die CDU hat zunächst keine klare Stellungnahme bezogen aus den verschiedensten Gründen, die ich hier nicht erörtern möchte. Dann haben wir versucht, d. h. die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses, die Dinge insofern abzuwehren, entsprechend dem Beschluß von Berlin, indem wir gesagt haben, das Sparkassengesetz ist ein solches Spezialgesetz, das eine generelle Regelung bei der Mitbestimmung einfach nicht gestattet. Mit dieser Auffassung sind wir zunächst in der Fraktion durchgekommen, und auch die Mitglieder unserer Sozialausschüsse, die hier eine Rolle gespielt haben, haben diese Auffassung gebilligt und sie in der vorletzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses auch noch mitverteidigt. Dann ist eine Wandlung vorgenommen worden. Durch wen veranlaßt, kann ich nicht sagen. In einer Sonderberatung der Sozialausschüsse mit mir haben Herr Grundmann<sup>70</sup> und Herr Nickels<sup>71</sup> sich gegen die Mitbestimmung im Sparkassengesetz geäußert, während aber zwei Mitglieder der Fraktion erklärt haben, wir werden dafür stimmen, da könnt ihr machen, was ihr wollt. Das ist am Ende die Grundlage der Entscheidung in diesem Kreis gewesen. Nachdem diese Festlegung sich vollzogen hatte, ist derselbe Kreis noch einmal zusammengekommen, und zwar diese Woche Montag, einen Tag vor der Abstimmung im Plenum, und hat wiederum verbindlich erklärt, nun stehen wir alle hinter dieser Auffassung und werden mit der SPD dafür stimmen. Es gab dann Abstimmungen innerhalb der Fraktion, die unterschiedlich verlaufen sind, und zwar deswegen unterschiedlich, weil die Besetzung unterschiedlich war und durch die Zufälligkeit der Besetzung sich die Mehrheit zu der einen oder anderen Seite ergeben mußte. Die erste Abstimmung der Fraktion hat durch eine Vollbesetzung der Mitglieder der Anhängerschaft der Mitbestimmung eine leichte Mehrheit von zwei Stimmen gegenüber den anderen der Fraktion ergeben. Und die Abstimmung vor der zweiten Lesung im Plenum hatte das Ergebnis: 42 der CDU gegen die Mitbestimmung und 36 der CDU für die Mitbestimmung mit der SPD bei einer Enthaltung. Wir haben – und das ist vielleicht der einzige

---

69 Joseph Pütz (1903–1982), Großhandelskaufmann; 1968–1973 Bundesvorsitzender der KPV. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1230 Anm. 1.

70 Konrad Grundmann (1925–2009), Gewerkschaftsfunktionär; 1954–1985 MdL Nordrhein-Westfalen, 1969–1980 stv. Vorsitzender der CDU Rheinland. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 56 Anm. 66.

71 Rudi Nickels (1926–2005), Gewerkschaftsfunktionär; 1966–1980 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 959 Anm. 47.

positive Lichtblick bei dieser ganzen Situation – erreicht, daß nicht – wie die SPD wollte – unmittelbar an diese zweite Lesung die dritte Lesung angeschlossen wurde, sondern die ist vertagt worden auf den nächsten Monat.<sup>72</sup> Wir haben nur die Möglichkeit zu überlegen, ob wir aus dieser Situation herauskommen. Ich persönlich – das muß ich ganz offen sagen – halte es für unmöglich, nachdem die Festlegungen derer, die für die Mitbestimmung gestimmt haben, so massiv sind. Alle unsere Hinweise, daß die Dinge in Hamburg geregelt werden müssen, daß wir in Berlin Beschlüsse hätten und, und, und – daß es von der Sache her völlig falsch ist und daß außerdem der Präsident des rheinischen Giroverbandes, SPD-Mann Neuber<sup>73</sup>, jedem Landtagsabgeordneten ein 16 Seiten langes Gutachten gegeben hat, das haarscharf beweist, wie sinnlos die Zustimmung zur Mitbestimmung ist, das alles war kein Hinderungsgrund, dennoch dafür zu stimmen, obwohl es hier die Möglichkeit gegeben hätte, die SPD auseinanderzunehmen aufgrund des Gutachtens des SPD-Mannes Neuber selbst. Aber die Frage ist nicht sachlich entschieden worden, sondern emotionell.

*Barzel:* Ich möchte noch eine Frage stellen, die aus unserer Sicht besonders wichtig ist, weil wir dabei sind, das Berliner Programm Punkt für Punkt zu erfüllen, und wir haben ja über die politischen Hintergründe dieses Vorgangs noch kein Wort verloren, wollen es vielleicht auch nicht. Das geht nur mit dem Hinweis auf das Programm dieser Partei. Und wenn wir morgen in die Fraktion gehen und ein Problem wie Wettbewerbsrecht erörtern und der Vorsitzende der Fraktion der CDU/CSU nicht mehr das volle Programm von Berlin ungeschmälert hinter sich hat, ist das natürlich alles ein bißchen schwer. Lassen wir das mal weg. Ich habe mich nur über eines gewundert, Herr Pütz, und ich will nur in diesem Augenblick eine Frage stellen. Sie begannen Ihre Ausführungen, die sehr konkret waren und für die wir alle Ihnen sehr dankbar sind, damit, daß Sie sagten, es sei bewußt ein Präjudiz gewollt. Nun haben Sie da Zahlen genannt, die ich z. B. nicht sofort in der Tragweite zu ermessen vermag. Ich will es mal politisch formulieren. Ich würde die Überschrift „Präjudiz“ sehr zurückhaltend wählen für den Fall, daß es sich um das Drittel handelt, dagegen ganz entschieden

---

72 Zweite Plenarberatung des „Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes“ in der 73. Landtagssitzung am 21. April 1970, dritte Plenarberatung in der 75. Sitzung am 21. Mai 1970. Veröffentlichung des Gesetzes im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Ausgabe A 24. Jg. Nr. 58 vom 2. Juli 1970 S. 482–487. – Vgl. auch den Vermerk von Josef Rösing an Rainer Barzel vom 23. April 1970 „über die Vorgänge bei der Beratung im Landtag Düsseldorf betr. Mitbestimmung bei den Sparkassen“ (ACDP 01–113–005/3).

73 In der Vorlage: Schieferversandes. – Friedel Neuber (1935–2004), Industriekaufmann; 1957 SPD, 1962–1975 MdL Nordrhein-Westfalen, 1970–1981 Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, 1981–2001 Vorstandsvorsitzender der Westdeutschen Landesbank, 1987–2001 Präsident des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands. – Neuber hatte eine auf das Sparkassenwesen beschränkte Mitbestimmung abgelehnt und sich bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf der Regierung im Düsseldorfer Landtag am 23. April 1970 der Stimme enthalten (vgl. „Die Welt“ vom 24. April 1970 „Verkehrte Fronten im Düsseldorfer Landtag – ‚Mitbestimmungs-Koalition‘“).

wählen für den Fall, daß es auf die Parität hingeht. Einen Verstoß gegen den Parteitag formal würde ich auf jeden Fall sehen, weil wir ja Pause machen wollen – formal. Aber das Inhaltliche sollte noch klarer werden. Vielleicht kann man das noch deutlicher machen.

*Pütz:* In jedem Sparkassenrat sollen zwei Mitglieder der Belegschaft als gleichwertige Ratsmitglieder übernommen werden. Von vier bis zehn liegt im Ermessen des Rates. Bei allen Sparkassenräten, bei denen die Sparkassen über 250 Bedienstete haben, gilt die Drittel-Parität, also wenn dort zehn Mann normalerweise sind, wird das um fünf erhöht auf 15.

*Blüm:* Wir sind doch in Berlin davon ausgegangen, so den Statuts Betriebsverfassungsgesetz zu halten bis Hamburg. Der Status Betriebsverfassungsgesetz heißt Drittel-Parität. Ich sehe also in der Sache kein Präjudiz für die Hamburger Entscheidung. Jetzt haben also praktisch die Sparkassen nur nachgeholt, was allgemein im Betriebsverfassungsgesetz Stand der Mitbestimmungsentwicklung ist. Die eigentliche Streitfrage ist doch „Parität oder nicht Parität“, und die ist durch diese Entscheidung in keiner Weise präjudiziert, zumal es sich ja nicht um Unternehmensrecht handelt in dem Sinne, wie wir es in Hamburg zur Diskussion stellen wollen. Und ich will noch einmal dazu sagen, die Hamburger Entscheidung wird nicht vom Himmel fallen, sondern die wird durch Diskussionen vorbereitet werden müssen. Nur, ich würde auch zugestehen, daß wir uns eines Tones befleißigen sollten, der die Verständigung möglich macht und natürlich auch unseren Mitbestimmungsangriff gegen die SPD richten, zumal zumindest in den unteren Rängen der Gewerkschaften bereits Unruhe entsteht. Das hat sich noch nicht durchgesetzt bis oben, aber da kann man doch einige Hoffnung auf die Zeit setzen, denn auch die Oberen werden nicht mehr lange Ausreden finden für das Kartell, für das sie offensichtlich eintreten. Ich plädiere noch mal dafür, daß auch Mitglieder über Mitbestimmung sprechen dürfen. Wir müßten sonst ein sehr wichtiges innenpolitisches Thema ausklammern.

*Lampersbach:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir sind ja hier kein Fachausschuß für Mitbestimmungsfragen. Und diese feinen Unterschiede, die Herr Dr. Barzel aufgezeigt hat, sind sicherlich draußen in der Diskussion um diesen Vorgang nicht bekannt, denn wer kann das draußen unterscheiden. Für uns hier muß es doch darauf ankommen, ob wir in unseren Aussagen ganz allgemeiner Art noch glaubwürdig sind oder ob unsere Aussagen als dubios anzusprechen sind. Das ist doch die Frage, die draußen den Mann, der diese feinen Unterschiede nicht kennt, bewegt. Und da glaube ich, daß das hier durchaus in dem Sinne ist, wie es Herr Pütz gesagt hat, daß es absolut präjudizierend ist für die Meinungsbildung und daß es sicherlich sehr, sehr viel besser gewesen wäre, wenn wir in diesem Punkte Zurückhaltung geübt hätten oder – was ja vielleicht auch möglich sein könnte bei dieser Partei – eine gewisse Solidarität in diesen Fragen. Wir haben durchaus plausible Erklärungen für einige Leute hier abgeben, die ich akzeptiere. Das müßte aber nach meiner Auffassung dazu führen, daß man das Gesamtkonzept einmal überdenkt. Und ich will eine letzte, sehr ketzerische Frage stellen, wenn mir das erlaubt ist. Wieweit hat das noch Wirksamkeit, Herr Dr. Kohl, daß wir ein Programm mit so viel Zeitaufwand und

Hirnschmalz entwickeln, wenn wir von vornherein Gefahr laufen, daß in wesentlichen Teilen Teile der Partei oder auch der einzelnen Fraktionen sich nicht daran stören und ausbrechen?

*Kohl:* Also ich finde, Gehirnschmalz hat immer einen Wert. Und so schlimm finde ich es auch nicht. In der Sache muß man ja doch Herrn Dr. Blüm recht geben. Was jetzt im Sparkassengesetz passiert ist, ist sachlich richtig. Bloß optisch gibt es ein völlig anderes Bild, weil kein Mensch diese feinen Unterschiede kennt. Das ist der Punkt. Hier ist zwar in der Sachpolitik etwas verändert worden, aber über die Optik wird die Sachpolitik verändert.

*Echternach:* Es ist natürlich sehr wichtig, was im nordrhein-westfälischen Landtag passiert. Bloß es hat ja wesentlich weitergehende Präjudizien bereits gegeben im Falle der Stadt Kiel, wo in den öffentlichen Unternehmungen sogar die paritätische Mitbestimmung mit den Stimmen der CDU und der SPD eingeführt wurde. Und ich meine, das muß man in dem Zusammenhang ja auch sehen. Was mich bei unseren nordrhein-westfälischen Freunden viel mehr stört, ist nicht diese Zwangssituation, wie sie plötzlich in der Abstimmung im nordrhein-westfälischen Landtag hineingekommen sind, sondern daß es ja ein Aktionsprogramm gibt mit einer Reihe von bundespolitischen Forderungen, die nur teilweise mit unserem bundespolitischen Aktionsprogramm von Berlin übereinstimmen. Und da stellt sich doch die Frage der Koordinierung der Arbeit auf den Ebenen der Partei und was eigentlich ein bundespolitisches Aktionsprogramm der CDU noch zu bedeuten hat, wenn gleichzeitig zu den zentralen Fragen der Bundespolitik die einzelnen Bundesländer eigene Aktionsprogramme formulieren. Ich meine, diesen Tendenzen sollten wir gerade als Bundesvorstand mit mehr Entschiedenheit entgegenreten, weil dies der Anfang von Beginn der Auflösung einer Partei ist.

*Barzel:* Wollen wir nun also mit einer massiven Haltung des Bundesvorstands versuchen, Einfluß auf die dritte Lesung zu nehmen oder wollen wir das möglichst schweigend hinnehmen? Das ist die Frage. Wodurch entsteht der größere Schaden? Ich persönlich finde, daß hier zweifelsfrei ein Verstoß gegen unsere Absprache, eine Pause einzulegen, vorliegt.

*Kiesinger:* Darf ich mir einen Vorschlag erlauben? Es ist ein Verstoß gegen unsere gemeinsame Disziplin, und die CDU hält das nicht lange aus. Wenn wahltaktische Überlegungen eine Rolle gespielt haben sollten, bin ich persönlich der Meinung, daß dieser Beschluß sich zu unserem Nachteil auswirken muß, weil die FDP das ausbeuten wird. Die kommen da nicht mehr heraus. Daß in der dritten Lesung da eine andere Entscheidung getroffen wird, ist kaum denkbar. Deswegen geht es nur so, daß wir offiziell in einer unserer Verlautbarungen dazu etwas Prinzipielles sagen, wobei betont wird, daß das keinerlei Vorwegnahme des Beschlusses der Partei in Hamburg ist. Man kann ja darauf hinweisen, daß da und dort auch die FDP tätig ist und da den widrigsten Wind für uns der FDP aus den Segeln nimmt. Eine andere Möglichkeit sehe ich nicht.

*Katzer:* Es wäre natürlich sehr nützlich, wenn Herr Echternach auch feststellen könnte, ob in Kiel auch z. B. die FDP zugestimmt hat. Das wäre sehr wichtig.

*Echternach:* Einstimmig!

*Kiesinger:* Gut, nehmen Sie es also in die Hand, Herr Katzer! Versuchen Sie es mal zu formulieren. Und dann veröffentlichen wir es.

*Pütz:* Das war das Thema der FDP!

*Kiesinger:* Und deswegen muß man eben in aller Ruhe sagen, das ist keinerlei Vorwegnahme. Das bedeutet ja auch in der Sache keine thematische Vorwegnahme. Wir können ja nicht sagen, daß hier gegen unsere eigene Disziplin verstoßen worden ist.

Damit der Vorstand nicht ununterrichtet bleibt über das, was ich in seinem Namen hier eben verkündet habe. Ich habe also folgendes gesagt: Der Vorstand der CDU hat sich auf seiner heutigen Sitzung mit der politischen Lage befaßt und im Zusammenhang damit mit der Politik der Bundesregierung. Auf dem Gebiet der Innenpolitik hat der Vorstand der CDU festgestellt, daß die Bundesregierung die von ihr versprochenen Reformen bisher nicht verwirklicht hat, nicht einmal in Ansätzen. Vor allem ist es der Regierung nicht gelungen, in der Konjunkturpolitik zu einem Erfolg zu kommen. Sie hat die Preise nicht unter ihre Kontrolle gebracht. Sie hat einseitig die Last der Verantwortung auf die Bundesbank übertragen. Dies hat die natürliche Folge, daß dadurch weite Bevölkerungsschichten besonders auf dem Gebiet der Mieten betroffen werden. Wir sind nicht der Meinung, daß es stimmt, was Bundeskanzler Brandt vor kurzem gesagt hat, daß wir über das Größte hinaus seien. Auf dem Gebiet der Außenpolitik hat die Regierung unsere Zustimmung zu Gesprächen mit dem Osten, aber nur zu Gesprächen, bei denen man weiß, wohin man gehen will, und bei denen man entschlossen ist, die Lebensinteressen unseres Volkes nicht preiszugeben. Vor allem ist es an der Zeit, daß diese Regierung endlich Antworten gibt auf unsere Fragen, Antworten, auf die unser Volk ein Recht hat, und daß sie nicht in der Wolke von Geheimdiplomatie bleibt, in der sie in diesen für unser Volk so wichtigen Fragen verharrt. – Einverstanden? – Gut!

*Barzel:* Wenn Sie erlauben, Herr Bundeskanzler, ich möchte zu zwei Fragen etwas sagen, und zwar gleich hintereinander: Erstens zu dem, was Herr Filbinger über das Bildungsproblem gesagt hat und zweitens zu der Frage, die hier auch heute morgen eine Rolle spielte, ohne daß sie diskutiert wurde, der Priorität unserer Aussagen auf diesem oder jenem Gebiet.

Zum Bildungsproblem: Ich will nicht darauf hinweisen, daß es – glaube ich – der Bundestagsfraktion gelungen ist, hier Gelände zu gewinnen. Ich bin sehr vorsichtig. Von uns ist mehr ausgegangen in Sachen Numerus clausus, in Sachen Steigen der Mittel war gestern eine Debatte, in vielen anderen Fragen, in der Frage der Ausweitung der Bundeskompetenzen. Und ich bin gern bereit, Herr Filbinger, diese Frage so bald wie möglich auf den Tisch zu legen. Ich will Berthold Martin zitieren, dem ich voll zustimme, der gestern in einem anderen Kreis, in einem Gespräch mit dem Rat der Evangelischen Kirche, sagte, er nähme an, das Problem des Numerus clausus werde in den nächsten vier Jahren für die zweite deutsche Demokratie den Rang haben, wie die Arbeitslosigkeit für die erste. So sehen wir dies. Ich nehme dazu nur das Wort, weil ich gerne, bevor wir morgen und übermorgen in der Klausur zu einem dieser Probleme uns äußern, noch den Rat der beiden Ministerpräsidenten hier hätte. Wir haben im vergangenen Jahr unter der Überschrift „Finanzverfassungsreform“ diese Kompetenz

bekommen, unter der Überschrift „Rahmengesetzgebung“ allgemeine Grundsätze des Hochschulwesens zu erlassen. Sie erinnern sich, daß ich immer gesagt habe, daß das eine Vorschrift ist, die gar nichts nützt. Wir kommen an den Brei ran, ohne ihn essen oder verändern zu können. Und nun ist die Wahrheit, daß unsere Überlegungen zu einem solchen Gesetz völlig an der Grenze sind, mit anderen Worten: Wenn man sich an die Kompetenz hält und sie selbst mit dem Rückenwind öffentlicher Meinung interpretiert, kann man nicht eine Vorlage machen, die hinlänglich konkret ist, um die öffentliche Meinung einigermaßen zu befriedigen. Dieselbe Erfahrung macht Herr Leussink, so daß wir bei unserem internen Wettbewerb, wer ist der erste, beide straukeln. Nun ergibt sich folgende Frage. Wir haben für den Februar einen Entwurf angekündigt, die Regierung für Mai. Beides wird nicht. Sollen wir diese Erkenntnis sagen, um hier in der Diskussion redlich zu bleiben und zu sagen, wir hatten das für Februar angekündigt, wir können nicht, weil die Kompetenzen nicht ausreichen? Dazu neige ich nicht, weil ich eigentlich meine, eine CDU/CSU in der Opposition sagt nicht, hier ist eine Schwierigkeit, sondern sie sagt, hier ist unsere Antwort. Wir sollten deshalb – das ist mein Vorschlag – unsere Freunde in den Ländern herzlich bitten, die CSU eingeschlossen, mit uns zu prüfen, ob es eine Möglichkeit gibt, entweder durch eine kooperative Zusammenarbeit der Länder ohne Verfassungsergänzung das Problem zu lösen oder durch eine Erweiterung der Bundeszuständigkeit um den Millimeter, der hier notwendig ist. Ich neige also nicht dazu, hier zu sagen, gar noch vor dem 14. Juni, wir sind nicht fertig. Dann entlassen wir den Leussink aus seinen ganzen Schwierigkeiten mit seinem 14. Oktober.<sup>74</sup> Außerdem finde ich, wäre es methodisch falsch; wir müßten hier einen positiven Vorschlag machen und nicht nur nein sagen. Ich wollte dieses Problem hier anschneiden, weil natürlich – und jetzt gucke ich unsere Ministerpräsidenten an – die Bundesregierung auf unsere Fragen „Was tut ihr finanziell zum Numerus clausus?“, „Wie haltet ihr es mit den 100 Mio. weniger für den Hochschulbau in der mittelfristigen Finanzplanung?“ immer auf die Kompetenzfrage hinweist. Hier dreht sich alles im Kreise. Ich bin mit Filbinger der Meinung, daß man hier – und ich glaube, Kohl hat das ja praktiziert – den Vorschlag akzeptiert mit Schnellbauweisen usw. Das ist alles sehr vernünftig. Die Hilfe des Bundes – alles in Ordnung. Aber ich glaube, hierzu gehört eben auch eine Gesetzgebung, und ich möchte das heute hier zur Debatte stellen, weil ich nicht morgen oder übermorgen aus der Bundestagsfraktion diese oder jene Verlautbarung haben möchte, sondern ich möchte sagen können, der Bundesvorstand der CDU hat dieses Problem als Problem erkannt und wird es vor allen Dingen mit den Freunden aus den Ländern erörtern und uns zum gegebenen Zeitpunkt einen Vorschlag dazu machen.

*Kiesinger:* Ich halte das, meine Damen und Herren, für außerordentlich wichtig, und ich bin auch der Meinung, daß wir vor dem 14. Juni mit etwas glaubwürdig Konkretem kommen sollten. Ich verfolge bei den Wahlkundgebungen jetzt in der Diskussion – ich überlasse da natürlich oft die Antwort den Landespolitikern – mit ziemli-

---

<sup>74</sup> Am 14. Oktober 1970 fand im Bundestag die Debatte zum Bildungsbericht der Bundesregierung statt, vgl. Sten.Ber. 6. WP 72. Sitzung S. 4012–4070.

chem Schrecken, wie verworren jeweils hier die Diskussion wird, wie wenig konkrete Aussagen unsere Leute machen können. Das liegt nicht an ihnen, sondern das liegt daran, daß es wahr ist, was Dr. Barzel eben sagte, es ist für uns eine ähnliche Lage gegeben wie für Leussink. Und wenn das also möglich wäre, dahin zu kommen, wohin Herr Dr. Barzel zielt, würde ich das sehr unterstützen. Aber bitte, wir haben nun allerdings unsere Experten auf diesem Gebiete nicht bei uns ... (*Katzer*: Herr Dr. Stoltenberg war immerhin ein paar Jahre Minister.) Ja, aber er war mehr Wissenschaftsminister als Bildungsminister!

*Scheufelen*: Ich habe gestern den „Spiegel“ gelesen.<sup>75</sup> Ich weiß, daß vieles nicht stimmt, was drin steht. Aber da ist eine Statistik drin, und wenn die in etwa stimmt, dann sieht das so aus, daß wir 100 % Numerus clausus auf den Gebieten der Humanmedizin, der Veterinärmedizin und der Zahnmedizin haben und daß bei allen anderen Gebieten noch offene Stellen vorhanden sind, nur nicht an jeder Hochschule und Universität und daß z. B. auf einem Gebiet, wo ich glaubte, daß da kein Mensch mehr unterkommt – Elektrotechnik –, es Hochschulen gibt, wo Stellen noch frei sind. Das erste Logische wäre doch m. E. – da braucht man gar keine Verfassungsänderung dazu –, daß sich die Kultusminister zusammensetzen und ... (*Kohl*: Das ist ja schon passiert!) Gut, dann bin ich zufrieden. Nur in der Öffentlichkeit besteht der Eindruck, daß es nicht passiert ist. Es wird jedenfalls in der Presse noch unwidersprochen behauptet, es sei nicht passiert.

*Filbinger*: Ich wollte auf das eingehen, was eben der Kollege Barzel gesagt hat. Wenn von seiten der Bundesregierung gesagt wird, wir könnten das alles machen, aber wir haben nicht die Kompetenz, dann habe ich hier einen starken Zweifel, denn es geht hier doch primär bei der Ausweitung der Kapazitäten – und die braucht man ja, wenn man den Numerus clausus stark abbauen will – um Finanzfragen. Und da ist die Entscheidung eben noch nicht gefallen, daß die Priorität der Bildung auch finanzwirtschaftlich realisiert wird. Das hat Herr Möller nicht geschafft und Herr Leussink natürlich auch nicht. Herr Bundeskanzler, Sie haben letztes Jahr den Ländern 30 % zugebilligt bei der Umsatzsteuer aus der Erkenntnis, daß sie untauglich wäre auch nur für die Fortführung der bisherigen Investitionen, wenn man bei 25 %, so wie es der damalige Finanzminister haben wollte, stehenbliebe. Aber es war damals klar, diese 30 % reichen nicht aus. Nun bin ich nicht der Meinung, daß dieses Problem ein Problem wäre des Hin- und Herschiebens, der Bund muß also mehr an die Länder geben und so, sondern da werden sicherlich viel weitergehendere finanzielle Maßnahmen notwendig sein. Die Opposition ist hier in der besseren Rolle. Die Opposition braucht das Wort Steuererhöhung nicht anzupacken. Und daß das letzten Endes dahintersteckt, wer möchte das bezweifeln. Denn wenn unsere Gesellschaft so exorbitant steigende Forderungen an den Staat stellt in bezug auf Bildung und wenn die Bildungsexplosion von uns zugelassen wird, daß tatsächlich jeder Abiturient wird und daß 90 % der Abiturienten in einer Einbahnstraße – was es nirgendwo gibt in der Welt – zur Universität zumarschiert, dann muß eben die Konsequenz bei den Zahlen auch ge-

---

75 Vgl. „Spiegel“ vom 20. April 1970 S. 57–72 „Die Alma Mater – Eine geschlossene Anstalt“.

zogen werden, die Bürger müssen etwas dafür tun und das bedeutet Steuererhöhung. Aber ich wiederhole es, das ist nicht das Problem der Opposition zu sagen, woher man das Geld nimmt. Dieser Schwarze Peter kann ruhig bei der Regierung sein. Die Opposition sollte und müßte sagen, für wie viele neue Kapazitäten geschaffen werden müßten und in welcher Zeit man das tun soll. Ich bin nicht der Meinung, daß wir als Opposition Ausreichendes täten, wenn wir Forderungen stellen mit einem Antrag oder mit einer Anfrage. Ich wäre schon der Meinung, daß man konkret sagt z.B. 100.000 Studienplätze bis ins Jahr 1973. So etwas wäre durchaus zu schaffen. Und das ist auch zu schaffen auf dem Wege der Koordination. Da braucht man keine Grundgesetzänderung, das ist eine sehr schwerfällige Geschichte. Und man würde sich täuschen, daß dann, wenn man sie hätte, die Änderung, das meiste schon gelaufen wäre und man dann wirkungsvoll an die Sache herangehen könnte. Wenn Geld zur Verfügung gestellt werden würde, dann brächte man es fertig, an einzelnen, dafür geeigneten Universitäten zu sagen, so, ihr stockt auf eure Kapazitäten innerhalb der nächsten zwei, drei Jahre mit den und den Methoden um 20 % beispielsweise. Das würde schon etwas Wesentliches erbringen.

Und dann noch etwas: Es ist nicht so, daß die Beunruhigung über den Numerus clausus derzeit durch wirkliche Beengtheit überall in allen Sektoren ausgelöst wird, sondern daß eine Psychose erzeugt wird. Und wir wissen ja woher, daß die DKP die Geschichten steuert, daß die Jusos und die Jungdemokraten diese Dinge hochheizen und sie organisieren, so wie sie in Hessen und auch in Baden-Württemberg organisiert worden sind<sup>76</sup>, und mehr mit einer hochgepeitschten Angst gearbeitet wird als mit einer wirklich begründeten Besorgnis. Deshalb würde ich also sagen, man sollte klar auf den Tisch legen, welcher Bedarf besteht, wobei ich mir darüber im klaren bin, wie problematisch die Bedarfsberechnungen sind, aber da geht es ja dann einmal mehr um Zahlengrößen, die der Öffentlichkeit veranschaulichen, daß in kurzer Frist – zwei oder drei Jahre – tatsächlich eine wesentliche Entlastung geschieht. Wenn die Bevölkerung erkennt, daß das geschieht, dann ist damit auch nicht mehr das Geschäft für die extreme Linke zu machen, das sie zur Zeit mit der Angst der Bevölkerung machen kann. Und dann gehört natürlich auch dazu noch der andere, wesentlich unblutigere Weg, der aber darum nicht weniger schwierig ist, nämlich die innere Reform der Universitäten zusammen mit den Universitäten durchzuführen, daß die endlich darangehen, ihre Studiengänge zu straffen, zu entlasten von entbehrlichem Wissensballast, die Studienzeiten zu reduzieren – altes bekanntes Thema. Wenn man um zwei Semester im Durchschnitt ermäßigt die Studienzeit im ganzen Bundesgebiet, dann spart man mehr Universitäten, die dann keine Milliarden kosten. Und warum sollte das nicht möglich sein? Und die Umstrukturierung des Lehrkörpers, Heranziehung der Assistenten, die wir zu Zehntausenden geschaffen haben, immer mehr Stellen in den Haushalten für

---

76 In März und April 1970 kam es in vielen baden-württembergischen Städten zu Massenstreiks von Schülern gegen den Numerus clausus und das geplante Zentralabitur, vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 4. März 1970 „Flugblätter gegen Schülerstreiks“; „Frankfurter Rundschau“ vom 15. April 1970 „Wegen Bildungsmisere Schüler in Massenstreik“; „Die Welt“ vom 16. April 1970 „Schülerstreiks in 30 Städten Baden-Württembergs“.



die Universitäten, die heute für die Forschung – in Anführungszeichen – herangezogen werden, diese Stellen versickern, sie bringen nicht in angemessenem Maße die Entlastung des Dozenten-Studenten-Verhältnisses, wie man erwarten dürfte, sondern vielfach sind die Leute zu vornehm, um sich für Lehrveranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Hier sollten wir die Universitäten nicht entlassen aus ihrer Verantwortung, dafür zu sorgen, daß auch der akademische Mittelbau in verstärktem Maße Lehrveranstaltungen durchführt. Und wenn das nicht geschieht, und wenn wir das weiter erleben, daß die Gelder versickern und daß die Stellen versickern ohne den Entlastungseffekt, dann sollten wir sagen, dann muß eben die vielgerühmte Autonomie der Universitäten weichen insoweit. Und wenn man das heute ausspricht, erhebt sich kein Wirbelsturm mehr. Ich habe das in der vergangenen Woche getan in unserem Parlament in Stuttgart<sup>77</sup> und dachte, so, jetzt geht es los und wollte das auch provozieren. Am nächsten Tag bei der Feier für Gebhard Müller<sup>78</sup> kam Eschenburg<sup>79</sup> auf mich zu und sagte: „Sie sprechen von Autonomie der Universität – die gibt es doch gar nicht mehr. Administrieren Sie doch ruhig, machen Sie doch die Sache.“ Ausgerechnet der! Aber ich meine, wenn das dieser Typ von Hochschullehrer sagt, dann ist das doch sehr bezeichnend dafür, daß wir von daher keine Sorge haben müssen mit dem Administrieren und mit dem Managen dieser Möglichkeiten. Das kann man jetzt schon machen. Und warum soll die CDU nicht fordern: 100.000 Studienplätze durch Schnellbauweise usw. Da können wir zusammenwirken, ich glaube, dazu wären wir in der Lage.

*Heck:* Nur einmal eine Frage kurz dazwischen. Sind denn nicht die Landesregierungen für die Examensordnung zuständig?

*Filbinger:* Das ist der leichteste Teil, daß man die staatlichen Prüfungsordnungen entlastet von diesen Dingen. Das ist schon gelaufen, beispielsweise bei uns.

*Heck:* Das ist ein Punkt, über den ich völlig fehlorientiert bin. Das ist ausgesprochen Sache der Kultusverwaltungen und Sache des Staates.

*Filbinger:* Lieber Freund Heck, es gibt nicht nur staatliche Prüfungsordnungen, sondern es gibt auch welche für die Fachbereiche. Da muß man die Universitäten dazu gewinnen.

*Heck:* Das wäre natürlich eine großartige Sache, wenn wenigstens die CDU-Kultusminister sich in Kürze zusammenfinden würden, im Einvernehmen mit ihren Ministerpräsidenten diese Dinge in ihrem Bereich zu regeln. Sie werden sehen, wie schnell die anderen hier nachlaufen.

*Stoltenberg:* Ich wollte etwas zu den konkreten Fragen des Kollegen Dr. Barzel sa-

---

77 Redebeitrag von Hans Filbinger in der Aktuellen Stunde des Landtags zum Thema Schülerstreiks am 16. April 1970 (Sten.Ber. Landtag von Baden-Württemberg 5. WP 67. Sitzung S. 3722–3724).

78 Dr. Gebhard Müller (1900–1990), Jurist; 1959–1971 Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 967 Anm. 61. – Müller feierte am 17. April 70. Geburtstag.

79 Dr. Theodor Eschenburg (1904–1999), Politologe; 1952–1973 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 724 Anm. 34; Memoiren: Letzten Endes meine ich doch. Erinnerungen 1933–1999. Berlin 1999.

gen. Ich glaube, was wir machen können, ist folgendes – ich glaube, die Vorlage ist schon zu Ihnen gekommen, wir haben sie gestern da in einer Vorbesprechung mit dem Kollegen Katzer und einigen Herren mal vorerörtert. Dieser Antrag, der aus Nordrhein-Westfalen kommt, ist von Frau Dr. Wex mit Herrn Dichgans<sup>80</sup> im Hinblick auf die Landtagswahlen vorbereitet. Er ist vom Arbeitskreis VI der Fraktion geprüft und wird etwas sagen in der Richtung auf Kapazität. Und bei der Endformulierung können wir vielleicht die Punkte noch etwas stärker hineinarbeiten, die Herr Filbinger angesprochen hat. Aber die Frage von Herrn Barzel ist natürlich im Grunde eine andere. Sie zielt nicht auf die Kapazität. Das ist Finanzplanung, das ist die Ergänzung des Grundgesetzes, die ja vereinbart ist, die demnächst erfolgt auf den Fachhochschulen. Die Frage von Herrn Barzel richtet sich auf das berühmte Bundesrahmengesetz, das die Strukturfrage regeln soll. Und zu dieser Frage möchte ich folgendes sagen: Ich teile die Meinung des Fraktionsvorsitzenden und der Kollegen, die das angeregt haben, daß es natürlich wünschenswert wäre, von der Rahmenkompetenz, die als Kompromiß aus diesen mühsamen Verhandlungen über die Finanzen herauskam, eine breitere Plattform zu gewinnen hin zur konkurrierenden Gesetzgebung, weil die ganzen Schwierigkeiten, die der Kollege Barzel angedeutet hat, natürlich bei den Vorberatungen eines Gesetzesentwurfes in dem Arbeitskreis der Fraktion und der Partei aufgeteilt sind. In der Sache sind wir hier also völlig einig.

Es hat allerdings ein politisches und ein taktisches Moment; das politische Moment, daß das zunächst mal nicht die einzigen Schwierigkeiten sind. Die größeren Schwierigkeiten liegen natürlich im Antagonismus der Gruppen, in der Tatsache, daß heute niemand, ob das Herr Leussink wäre oder jemand von uns – ich sage das jetzt mal bewußt neutralisierend –, in der Lage wäre, ein Gesetz vorzulegen, das die Chance hat, die völlig zerstrittenen Gruppen und die belastete öffentliche Meinung an den Hochschulen zu gewinnen. Der taktische Gesichtspunkt ist nun folgender, das intern zu besprechen – also die erste der beiden Möglichkeiten von Herrn Barzel, eine extensive Auslegung zu vereinbaren der jetzigen Kompetenzen, ist richtig. Das öffentlich zu sagen, hätte einen Nachteil, weil wir damit sozusagen die Bundesregierung aus dem Druck, der von der Öffentlichkeit natürlich sich in erster Linie gegen sie richtet, herauslassen. Sie haben in den gestrigen Zeitungsberichten die dpa-Meldung<sup>81</sup> über dieses verheerende Ergebnis der Anhörungen gehabt, die Tatsache, daß Herr Leussink überhaupt nicht in der Lage ist, im September das angekündigte Gesetz vorzulegen, ohne nicht sofort wieder zerrissen zu werden. Wenn wir jetzt öffentlich selbst sagen, daß wir uns

---

80 Dr. Hans Dichgans (1907–1980), Jurist; 1952–1973 Hauptgeschäftsführer des Betriebswirtschaftlichen Instituts, 1954 CDU, 1955–1973 Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, 1957–1962 und 1972–1978 Mitglied des Beratenden Ausschusses der EGKS, 1961–1972 MdB, 1961–1969 MdEP. – Vorlage von Hans Dichgans zur Einfügung von bestimmten Bedingungen in die Hochschulgesetze des Bundes und der Länder vom 17. Februar 1970, vgl. ACDP Dokumentation AO Dichgans.

81 Anhörung im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft über die von Hans Leussink vorgelegten 14 Thesen zum geplanten Hochschulrahmengesetz, vgl. dpa vom 21. April 1970 „Leussink-Thesen bestanden Examen nicht“.

davon überzeugt haben, daß diese schmale und an sich nicht ausreichende Plattform unzulänglich ist, dann ziehen wir sozusagen die Diskussion ab von dem Punkt, wo wir sie brauchen. Wir brauchen eine Diskussion, die klarstellt, daß diese Bundesregierung in einer ganz ungemein leichtfertigen Weise auf dem Gebiet der Hochschul- und Wissenschaftspolitik Versprechungen gemacht hat, die sie auf der ganzen Linie nicht halten kann. Und diesen Gesichtspunkt sollte man bei einem endgültigen Votum vielleicht berücksichtigen. Deswegen bin ich für den ersten Weg, den Herr Barzel angedeutet hat, ein Gespräch innerhalb der CDU/CSU zu führen mit der Absicht, zu einer maximalen oder optimalen – das braucht nicht identisch zu sein –, aber jedenfalls einer optimalen Auslegung der Verfassung zu kommen, Weiterführung unserer eigenen Überlegungen, ohne sich zu überhasten, etwas sozusagen in der Hinterhand hier bleiben und weiterhin ein voller öffentlicher Druck gegen die Bundesregierung, weil dies einer der Punkte ist, wo unter dem Stichwort „Innere Reformen“ die öffentliche Meinung anfängt zu kippen gegen diese Regierung. Soviel also aus der Sicht des früheren, aber jetzt nicht mehr zuständigen Ministers zu diesen Fragen.

*Barzel:* Ich werde mich bemühen, möglichst präzise zu sein. [Erstens]: Ich möchte Herrn Dr. Filbinger bitten, den Entwurf eines solchen Antrages einfach mal reinzureichen, damit man konkret intern diskutieren kann. Zweitens: Sie können heute in der Presse lesen, daß Benda gestern den Bundesinnenminister kritisiert hat und erheblich gerügt hat, daß in dessen verfassungspolitischen Reformvorstellungen das Wort „Bildungspolitik“ nicht einmal vorkommt.<sup>82</sup> Diese Rüge konnte Benda mit Zustimmung der CSU erheben. Drittens: Bevor ich mich entschließen könnte, zum Numerus clausus einen Antrag, so wie Filbinger es jetzt mal so aus dem Handgelenk skizziert hat, einzubringen, muß man natürlich folgende Frage stellen: Haben wir nur jetzt das Problem, für den Numerus clausus zu fragen, wie ist der Bedarf jetzt, um das zu befriedigen? Oder haben wir nicht eine zweite Frage zu stellen, wenn wir das Problem wirklich redlich angehen wollen, nämlich was können diese Leute nachher für eine Bedarfs-erwartung in dem studierten Beruf haben? Sonst haben wir die Plätze geschaffen und haben nachher die Sache potenziert – ich brauche das gar nicht weiter fortzusetzen. Deshalb, verehrter Herr Ministerpräsident Filbinger, ist natürlich das Problem der Bildungsplanung nicht ohne Bedeutung, auch wenn man beim Numerus clausus und beim Geld anfängt.

*Wex:* Auf die konkreten Fragen von Herrn Dr. Barzel wollte ich so antworten wie Herr Dr. Stoltenberg. Also, wir sind uns – das wollte Herr Dr. Barzel ja wohl wissen – darüber klar, daß wir jetzt kein Hochschulrahmengesetz vorlegen können. Immerhin ist das eine neue Situation, die vielleicht intern schon ein Teil von uns kannte, daß wir dahin tendieren, aber immerhin ist das ja hier noch nicht so klar beschlossen und das Votum abgegeben worden für die Fraktion. Das zweite ist das, daß wir, als wir uns eigentlich darüber klar waren, daß das Hochschulrahmengesetz – ohne daß wir das nach draußen klarmachen – nicht kommen würde, einen Antrag formuliert haben mit

---

82 Vgl. „Kieler Nachrichten“ vom 23. April 1970 „Benda will Verfassungsreform mit der Regierung diskutieren“.

einer Absichtserklärung dessen, was wir aber trotzdem tun können. Und darin stehen z. B. Dinge unter Lehrkörperstruktur, wie man die bundeseinheitlichen Lebensumstände erreichen kann, und es steht ein Satz darin, über den man sich vielleicht unterhalten soll – und das werden wir ja morgen tun in der Fraktion. Darin steht: „Um dieses zu gewährleisten, soll die Bundesregierung sich darüber Gedanken machen, welche verfassungsrechtlichen Änderungen sie für diese Absichten vorzutragen hat.“ Ich bin im Arbeitskreis VI der Fraktion gewesen. Der ist beauftragt worden, daß vorher, bevor in der Fraktion das beraten wird, noch mit den Kultusministern der einzelnen Länder über diesen vorliegenden Antrag gesprochen wird. Eins aber ist ja ganz sicher, daß die Bundesregierung, ohne daß sie irgendeine Änderung der Verfassung brauchte, jetzt z. B. die beamtenrechtlichen Fragen lösen kann. Das sind die drei inhaltlichen Punkte dieses Aufhangentwurfs der nordrhein-westfälischen Abgeordneten, der ja morgen besprochen werden soll in der Bundestagsfraktion.

*Kohl:* Ich glaube, wir müssen die Debatte auch mal unter dem Gesichtspunkt betrachten, ob wir in der Sache helfen wollen oder aus der Oppositionssituation heraus etwas sagen wollen. Mir scheint, das ist bisher etwas zusammengelaufen. Wer überhaupt in der Sache in der Bundesrepublik etwas helfen will, der kann im Rahmen der bestehenden gesetzlichen und verfassungsmäßigen Norm eine ganze Menge tun, wenn er nur will. Diese Bundesregierung hat sich bisher dieser Sache völlig entsagt. Wir hatten am vergangenen Freitag eine lange Konferenz – der Kollege Hahn, der Kollege Osswald und ich – teilweise mit dem Bundeskanzler, Herrn Ehmke und Herrn Leussink und den beiden Parlamentarischen Staatssekretären<sup>83</sup>, wo es jetzt um die Ausführung dieser vertraglichen Wege der unter Ihrer Kanzlerschaft noch abgesprochenen Dinge geht. Dabei hat sich herausgestellt, daß die überhaupt nichts haben – vorsichtig ausgedrückt. Der Leussink tappt wirklich wie ein Kind durch die Gegend. Ich würde sagen, diese Bundesregierung hat eine Reihe ausgesprochen schwacher Leute. Ich glaube, daß einer der schwächsten Punkte der Herr Leussink ist, wobei mir eines ganz interessant zu sein scheint. Wenn es kritisch wurde auf der Seite der Bundesregierung, so schwach wie Herr Leussink in der Sache war, weder der Herr Brandt, noch der Herr Ehmke, vor allen Dingen der Letztere, hat irgendeine Sache sozusagen abgeschlossen, an der der Herr Leussink nicht mitbeteiligt war. Das war für einen Parteilosen von der taktischen Position her eine wesentlich stärkere Position, als ich ihm zugetraut hatte. Sachlich war seine Position unter aller Kanone.

Ich bin schon der Meinung, daß wir beides tun sollten, das was Rainer Barzel an-

---

83 Dr. Katharina Focke (geb. 1922), Journalistin und Übersetzerin; 1964 SPD, 1966 MdL Nordrhein-Westfalen, 1969–1980 MdB, 1969–1972 Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeskanzleramt, 1972–1976 Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, 1979–1989 MdEP. Vgl. KEMPF/MERZ S. 249–252. – Dr. Klaus von Dohnanyi (geb. 1928), Jurist; 1957 SPD, 1968 Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, 1969–1981 MdB, 1969–1972 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, 1972–1974 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 1981–1988 Erster Bürgermeister der Hansestadt Hamburg, 1982–1988 Mitglied der Bürgerschaft. Vgl. KEMPF/MERZ S. 203–206.

regte. Aber wir sollten auch darauf drängen, weil das wieder in die Abteilung Glaubwürdigkeit gehört, daß die Regierung das jetzt mal ausführt, was sie in der Regierungserklärung versprochen hat. Und dann gibt es vielleicht noch eine Möglichkeit – wir gucken da, glaube ich, in einen Spiegel rein, der uns nicht viel bringen wird. Ich spreche jetzt von der Bewältigung der Sachaufgabe. Alles, was wir jetzt verfassungs- oder kompetenzmäßig ändern, wirkt sich frühestens aus – praktisch – in vier oder fünf Jahren. Ich bin nicht sicher, daß es sich auswirkt tatsächlich für den betroffenen Studenten noch vor der nächsten Bundestagswahl. Ich habe erhebliche Zweifel. Deswegen ist es für mich die Frage, ob wir in den Ländern, wo die CDU das Sagen hat, nicht einmal ganz ungewöhnliche Wege einschlagen sollten, die auch optisch nach draußen neben diesen anderen Maßnahmen deutlich machen würden, daß wir das Problem verändern wollen. Die konkrete Frage, die wir uns im Augenblick überlegen, ist, ob wir nicht in den Fächern, die uns am härtesten treffen – Humanmedizin und andere Fächer – einfach das machen, was wir vor vielen Jahren in den Schulen gemacht haben, nämlich Schichtunterricht. Das ist mit relativ geringem Finanzaufwand zu machen. Ich vermag nicht einzusehen, warum man die akademische Freiheit nicht insoweit einschränken kann, daß man den Arbeitsplatz zur Verfügung stellt von 7.00 bis 13.00 Uhr und daß der Arbeitsplatz dann von 13.30 bis 20.00 Uhr zur Verfügung steht. Das ist mit einem relativ geringen apparativen Mehraufwand in der Praxis zu machen. (*Zwischenruf:* Und die Lehrkräfte?) Das ist ja das geringere Problem. Das Problem ist ja der Arbeitsplatz in dem Sinne. Man kann an einer Universität relativ kurzfristig die personelle Mehrausstattung – z. B. im Bereich der Zahnmedizin – erbringen. Bei der Zahnmedizin geht es um diese teuren Gerätschaften, diese Stühle usw. Und ich vermag nicht einzusehen, warum wir das nicht mal probieren sollten und danach auch optisch nach draußen den Eindruck haben, daß die CDU das jetzt einfach mit ungewöhnlichen Mitteln macht. Es war nach dem Krieg bis in die jüngste Zeit doch selbstverständlich, daß wir an den Schulen Schichtunterricht hatten. Warum sollte man das nicht auch an der Universität machen? (*Zwischenruf:* Semester!) Ja, ich würde aber sagen, da steht ja heute die Behauptung des wissenschaftlichen Bereiches, das brauche man. Was man hier zumuten kann, ist, daß wir die Kapazität vieler Abteilungen zwar nicht verdoppeln, aber wenigstens um 40 % steigern. Das wäre eine kurzfristige Maßnahme, wo wir die Studenten, die vor der Tür stehen, damit vertrösten, daß wir jetzt die Kompetenzen ändern und in vier Jahren etwas haben.

Ich glaube, das ließe sich in den Ländern ganz kurzfristig mit einem relativ geringen Finanzaufwand machen. Macht so etwas die CDU/CSU beispielsweise in den von ihr regierten Ländern, wird das viel mehr beachtet, als alle Verfassungsänderungen, die wir vorlegen, weil uns die Leute im Verfassungsänderungsbereich nichts mehr glauben. Und da muß ich auch objektiv sagen, ich habe Zweifel, ob das, was Rainer Barzel für den einen Abschnitt CDU/CSU nannte, für diesen Fall gilt. Ich habe Zweifel, ob wir uns zusammenraufen können in der Ministerpräsidentenkonferenz und dann auch im Bundesrat in der Frage der Kompetenzen [in] einer kurzen Zeitspanne, zumal die Position des Bundes ja stärker wäre, wenn er das jetzige Angebot finanziell aufgefüllt hätte. Jetzt geht es ja nur um die Kompetenz, und es ist kein Bargeld auf dem Tisch,

z. B. für das Schnellbauprogramm. Jeder, der sich über diese Dinge unterhält, sagt, ja, das ist ja nur abstraktes Gerede, es ist ja kein Bargeld da. Wir könnten ja jetzt schon konkret handeln, wenn wir Bargeld sehen würden. Aber da weder jetzt Geld da ist, noch aus den allerjüngsten Bemerkungen des Herrn Möller ganz offenkundig hervorgeht, daß auch für 1971 gar nicht die Absicht besteht, an diesem Punkt im Sinne der Regierungserklärung Prioritäten zu setzen und Geld zur Verfügung zu stellen – da kann man doch nicht. Und da muß man sehen, ob wir uns da nicht in eine Lage begeben, daß man uns auch dann vorwirft zum Schluß, ihr habt euch ja auch auf diesen verfassungsrechtlichen föderalistischen Kram eingelassen, aber ihr habt ja nichts für die Studenten gemacht. Ich bin also durchaus dafür, im Sinne der praktischen Anregung die Frage der Kompetenzen anzugehen. Da muß Goppel dabei sein, da muß natürlich auch noch die CSU-Landesgruppe Bonn dabei sein. Das ist nämlich ein eigenartiger Zustand, daß in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU man dann weniger föderalistisch ist z. T. als dann in der internen Sitzung. Wir müssen also dann alle, den Parteivorsitzenden der CSU, den Landesgruppenvorsitzenden der CSU, die stellvertretenden Parteivorsitzenden, den zuständigen Ressortkollegen, und zwar den Finanzminister wie den Kultusminister und den Ministerpräsidenten dabei haben. Dann verspreche ich mir in der Tat von einem solchen frontalen Gespräch etwas, denn in München sieht es ja am schwierigsten aus. Aber ich meine, ungeachtet dieser Sache sollten wir unter uns mal eine kurzfristige Überlegung anstellen, ob wir in den Ländern, in denen wir es tun können, diese Frage des Schichtunterrichts in den Numerus clausus-Fächern nicht angehen. Ich finde, wir sollten das auf uns nehmen – auch den ganzen Ärger in der Verwaltung – und sollten versuchen, hier über diese Möglichkeit des Schichtunterrichts wenigstens ein Stück der Zeit zu überbrücken, denn der jetzige Zustand ist natürlich absolut deprimierend.

*Kiesinger:* Ja, das Problem hat in der Tat zwei Seiten; die eine ist die sachliche, die ist ungeheuer schwierig und ungeheuer langwierig. Das andere gehört einfach in die Frage Regierung und Opposition hinein, und es ist klar, daß es für uns nur günstig sein kann, wenn die Regierung an dieser Aufgabe scheiterte, denn damit lädt sie sich ein erhebliches Maß öffentlicher Kritik auf. Aber unsere Kritik an der Regierung wird glaubwürdiger, wenn wir etwas vorweisen können, und zwar etwas Praktisches, Handfestes. Es ist also so, in den Diskussionen, wenn ich anschließen darf an die Erfahrungen, die wir jetzt machen, wo wir also nun Schwierigkeiten haben, dieses Problem anzugehen, wirkt natürlich immer besonders stark, wenn man sagt, u. a. war ein Mittel, dieser auf uns zukommenden Fülle zu begegnen, die Gründung neuer Universitäten, und wenn man dann sagen kann, daß nur von der CDU geführte Länder neue Universitäten gegründet haben und andere nicht. Das wissen die Leute einfach nicht. Und nun wäre es natürlich eine gute Sache, wenn die CDU-Länder eine solche praktische Maßnahme ergreifen könnten – ich kann es nicht beurteilen, ob das möglich ist. Sie erinnern sich damals, Herr Filbinger, um meinen fürchterlichen Kampf um die Baukosten. Damals war kein Geld dafür da zu bauen. Ich habe gesagt, man kann um ein Drittel billiger bauen. Wir haben in der Ministerpräsidentenkonferenz eine Kommission gebildet, ich weiß nicht, wie es nachher weitergegangen ist, aber es ist nachweis-

bar so, und Sie haben mir selber bestätigt, daß meine Rechnung, die ich damals aufstellte im Landtag und die bestritten wurde, vor allen Dingen auch von der Sozialdemokratie, sich als richtig herausgestellt hat. Das sind Dinge, die wir praktisch angehen und nachher sagen können, bitte in dem Bereich, in dem wir Verantwortung tragen, haben wir diese praktischen Fragen gelöst. Nur wie machen wir das? Einer muß die Federführung dafür übernehmen und muß unsere Kultusminister zusammenholen, und die müssen dann Vorschläge dieser Art ausarbeiten. Das andere ist ein langwieriger Prozeß.

*Filbinger:* Nur ein Beispiel: In Baden-Württemberg haben wir Ende des letzten Jahres ein Sofortprogramm beschlossen, das jetzt durchgeführt wird. Bis ins Jahr 1973 werden 22.000 zusätzliche Studienplätze geschaffen in Schnellbauweise usw. Innerhalb von sechs Monaten haben wir im letzten Jahr ca. 2.000 Studienplätze geschaffen. Das ist ein Land! Von Goppel weiß ich, daß die auch Pläne haben, die sehr nennenswert sind, auch Rheinland-Pfalz hat sehr nennenswerte Programme. Wenn man das zusammennimmt, da ist doch eine Aussage möglich, wenn wir der Öffentlichkeit sagen können, die Länder so und so die machen das, und die anderen Länder müssen in der Lage sein, ebensoviel zu machen, denn das ist doch eine Bedarfsbefriedigung, die sicherlich nicht alle Wünsche deckt, die aber doch immerhin eine ganz kräftige Aussage bedeutet. Damit sind wir nicht vor dem Problem bewahrt, was der Kollege Barzel vorhin angesprochen hat, ob wir auch wirklich die berufliche Sicherheit haben für alle, die ein Studium beginnen. Das sind weitere ganz schwierige Probleme. Selbstverständlich müssen wir diese Dinge auch behandeln, aber jetzt geht es einfach darum, daß man der Bevölkerung vorzeigt, wenn nicht die Regierung, so ist die Opposition in der Lage, etwas Konkretes auf den Tisch zu legen. Dann lesen die Leute das in der Zeitung, und man kann es ihnen in allen Versammlungen sagen. Und das war das Entscheidende, daß wir jetzt bei dieser Streikbewegung unseren Leuten als Redematerial mitgegeben haben: die Leistungen bisher, die Leistungen der nächsten drei Jahre! Dieser Streik hat nirgendwo explosive Formen angenommen, weil die Leute sagten, wenn das so ist, dann haben wir uns ja an die falsche Adresse gewendet. Und ich meine, das wäre nun tatsächlich – wenn Sie so wollen – eine ganz primitive Aktion. Alle differenzierten weiteren bildungspolitischen Fragen stehen natürlich noch aus, die müssen wir lösen, das wissen wir. Aber das können wir erst in vielen Jahren lösen. Aber vielleicht würden wir uns den Weg verbauen, wenn wir die Lösung dort sehen würden, daß wir anfangen mit den Kompetenzen. Wir haben es ja erlebt, wie schwer das ist, bis der ganze Apparat in Gang kommt mit der Grundgesetzänderung.

*Kiesinger:* Ja, meine Damen und Herren, z.B. war mir das neu, und ich hätte die Zahl gerne schon bis jetzt gewußt, die Sie eben genannt haben. Wenn ich zu der Aussage, nur in CDU-Ländern sind Universitäten neu gegründet worden, sagen könnte, in Baden-Württemberg z.B. ist das haushaltsmäßig abgesichert, was wichtig ist gegenüber den Versprechungen von Herrn Kühn<sup>84</sup> z.B., wo es haushaltsmäßig – soweit ich

---

84 Heinz Kühn (1912–1992), Journalist; 1966–1978 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 198 Anm. 4.

sehe – nicht abgesichert ist, wenn man da sagen kann, bisher soundso viel Studienplätze im traditionell hochschulreichsten Land, jetzt soundso viel dazu. Sie sprachen von Bayern ... (*Filbinger*: Bayern hat sehr nennenswerte Programme.) Gut! Das muß aber die Partei wissen – zentral. Da stimmt unsere Informationskooperation noch nicht.

*Stoltenberg*: Ich würde vorschlagen, daß wir den Kulturausschuß der Partei, der unter dem Vorsitz von Kultusminister Vogel ja sehr intensiv in diesem Bereich arbeitet mit den anderen Kultusministern der CDU/CSU und dem Arbeitskreis der Fraktion bitten, einmal hier in der gemachten Richtung der Zusammenfassung unserer konkreten Absichten eine Stellungnahme zu erarbeiten, die man für die CDU/CSU geben kann. Die anderen Fragen – Antrag der Fraktion und eventuell Frage der Rechtsentwicklung – müßten dann auf anderen Wegen behandelt werden.

*Kiesinger*: So kann man es machen. Wir müßten dann nur den Herren sagen, auf diesem Gebiet sind alle unmittelbar beteiligt, denn sie sind ein wenig perfektionistisch, d. h. sie wollen alles möglichst gut machen. Und dabei läuft es dann darauf hinaus, daß möglichst wenig gemacht wird. Die Herren müssen wissen, daß es hier um ganz großes Geschütz geht, daß wir einfach ganz praktische Maßnahmen von ihnen wollen. Ein Kultusminister ist da gar nicht so leicht heranzukriegen, weil er eben auch alles möglichst umfassend machen will. Also, wenn es über diesen Ausschuß gemacht werden soll, bitte sehr. Mir wäre es lieber, es würde sich ein kleiner Kreis einmal hier im Auftrage des Vorstands zusammensetzen und das vorbereiten und dann an den Ausschuß herangehen. Das wäre mir lieber, das ginge nämlich rascher. Wie wäre es denn, wenn einer von Ihnen es in die Hand nehmen würde und zusammen mit zwei oder drei Herren das einmal ausarbeiten würde und das dann erst mit einem schon ausgearbeiteten Plan in den Kulturausschuß geht?

*Filbinger*: Wir CDU-Ministerpräsidenten können uns ja zusammensetzen.

*Heck*: Zunächst müßte natürlich das sehr wichtige Thema der Examens- und der Studienordnung in Angriff genommen werden; nur, hier ist der kulturpolitische Ausschuß genauso überfordert wie die Ministerpräsidenten. Hier sind sogar die Kultusminister überfordert. Aber die Ministerpräsidenten bzw. die Kultusminister haben natürlich den Apparat, der so etwas vorbereiten kann. Ich begreife überhaupt nicht, warum dieses Thema der Examensordnung und der Studienordnung seit Jahr und Tag zwar immer wieder genannt wird, aber mir ist nicht bekannt, daß es irgendwo ernsthaft in Angriff genommen worden ist.

*Kohl*: Das ist natürlich in Angriff genommen worden. Nur das ist ein unendlicher Apparat.

*Adorno*<sup>85</sup>: Herr Bundeskanzler, sicher haben die Schülerstreiks in Baden-Württemberg noch keine explosiven Formen angenommen. Aber ich möchte davor warnen zu glauben, daß die Unterrichtung der Eltern durch die Flugblätter und durch die Informationsaktionen des Kultusministeriums etwa dazu beigetragen haben, daß künftig solche Streiks keine solchen Formen annehmen. Diese Streiks können sehr leicht zu

---

85 Eduard Adorno (1920–2000), Diplom-Landwirt; 1961–1972 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 99 Anm. 36.



einer Solidarisierung der Eltern und der Lehrer führen, zumal die Lehrer in den Schulen eine sehr abträgliche Propaganda- und Informationspolitik hier betreiben. Und ich meine, in solchen Notsituationen sollten solche Notprogramme, wie sie Herr Dr. Kohl hier eben vorgetragen hat, sofort in Erwägung gezogen werden, weil sonst auch Solidarisierungen mit Lehrlingen kommen werden in diesem Bereich mit radikalen linken APO-Gruppen gerade auf den Oberschulen, die wir nicht außer acht lassen dürfen.

*Kiesinger:* Das Problem hat noch eine besondere Seite, auf die ich wenigstens schnell hinweisen möchte. Wir beobachten ja die Haltung der Jüngeren, die 1973 wählen können. Nun gibt es da ganz offensichtlich schon gewisse Änderungen in der Grundstimmung. Ich will es vorsichtig ansprechen. Es wird einem immer wieder bestätigt. Ich habe in diesem Kreis ja schon gesagt, es ist doch erstaunlich, wenn man eine Umfrage über die Präsenz der amerikanischen Truppen bei EMNID liest, ob sie wünschenswert sei, ob sie verstärkt werden soll oder vermindert oder abgebaut werden soll, wenn man da sieht, daß 60 % der Bevölkerung im Durchschnitt positiv sind, daß am schlechtesten die zwischen 18 und 21 Jahren liegen – 56 %, und weitaus am positivsten, nämlich 75 %, die 16- bis 18jährigen. Das ist ein solches Indiz. Nun dürfen wir ja nichts tun, was dazu beiträgt, daß ein Teil dieser jungen Leute, von denen ja auch die Eltern immer wieder sagen, da ist eine andere Stimmung da, das ist nicht mehr so, daß wir denen nun nicht neuen Zündstoff geben, daß sie sich ärgern. Und von daher sind solche praktischen Vorschläge von der CDU unbedingt erforderlich. Also Herr Dr. Kohl und Herr Dr. Filbinger, Sie kümmern sich mal darum und machen solche Vorschläge. Dann erst geben wir sie in den Ausschuß.

#### STRATEGIE DER OPPOSITION – KONSEQUENZEN AUS DER WAHLANALYSE

*Barzel:* Ich möchte gern ganz kurz zu der im Verlaufe des Vormittags von verschiedenen Herren aufgeworfenen Frage des Vorrangs der Wirtschafts- oder der Deutschlandpolitik sowohl für die Landtagswahlkämpfe wie für die Strategie der Opposition etwas sagen. Ich persönlich bin der Auffassung, daß man sich zunächst fragen muß bei dieser wie bei allen anderen Fragen, ob die Fragestellung in Ordnung ist. Ist die Fragestellung falsch, kommt man zu falschen Ergebnissen. Für mich persönlich stellt sich die Frage anders. Ich stelle nicht die Frage, hat die Priorität die Deutschland- oder die Wirtschaftspolitik? Das sind nämlich zwei Punkte, wo wir nur kritisch uns einlassen zur Regierung – mit wachsendem Erfolg. Sondern ich meine, die Priorität hat das eigene Gesicht, die CDU/CSU das eigene Programm, die eigene Alternative, die eigene Geschlossenheit, die eigene Kraft und alle diese Dinge. Das steht vorn. Also mit andern Worten – und das auch zu den finanzpolitischen Ausführungen im Laufe dieses Tages –, aus meiner Sicht ist eine Opposition ein Konditionstraining, um darzulegen, daß sie eigentlich die bessere Regierung ist. Und d.h., sie muß in den Alternativen konstruktiv sein. Sie muß ihr Programm versuchen vorzulegen. Sie muß es in den finanzpolitischen Rahmen einordnen. Und ich möchte hier ganz deutlich sagen, wenn jemand Opposition anders begreift, sollte er dies hier sagen. Wir werden – wenigstens

soweit mein Einfluß reicht – morgen nicht etwa ein Gesetzgebungsprogramm veröffentlichen, das ohne Blick auf die finanziellen Möglichkeiten ist. Wir werden sagen, wir sind hier an der Arbeit bei diesen und jenen Sachen, wir setzen die Prioritäten anders als die Regierung, aber wir werden das, was in Kraft treten soll, natürlich abhängig machen von einer eigenen Finanzplanung, die wir natürlich erst nach Vorlage und nach Verständigung über den Gesetzgebungskatalog werden machen können. Wenn dies die erste Priorität ist, dann sollten natürlich auch unsere eigenen Einlassungen versuchen, als erstes darzutun, was haben wir eigentlich an Alternativen zu bieten – dazu ist hier über viele Punkte gesprochen worden – und erst in zweiter Linie eben die kritischen Punkte, die wir einzuwenden haben. Und da möchte ich sagen, daß man das beides gleichrangig sehen muß, das ist ja hier auch schon gesagt worden. Es ist kein Zweifel, die außenpolitischen – es sind ja nicht nur deutschlandpolitische – Dinge, die wir sagen, die Zusammenhänge zur Verteidigungspolitik, zur Anwesenheit der US-Truppen hier, der Ostpolitik mit der Europapolitik, das ist ja alles nicht auflösbar. Das ist doch deutlich geworden in den letzten Debatten. Durch dieses gezielte Feuer ist sicherlich ein Eindruck auf die Koalition, auf Mitglieder der Bundesregierung, auf Kollegen außerhalb unserer Fraktion, auf westliche und östliche Regierungen nicht zu verkennen. Es ist keine Frage, daß östliche Regierungen an breiten Mehrheiten für fundamentale Dinge interessiert sind und daß westliche Regierungen in die Nähe der Position des Deutschland-Vertrages nur zu kommen wünschen für den Fall der breiten Mehrheit im Bundestag. Dies alles hat also Einfluß gehabt. Wenn Sie den Brief von Herrn Bahr ansehen<sup>86</sup>, wenn Sie die Zustände in der FDP Nordrhein-Westfalens ansehen, wenn Sie den Bröckelungsprozeß der FDP in Niedersachsen sich ansehen<sup>87</sup>, dann hängt dies zusammen mit diesem Fragenkreis und nicht mit dem Kreis der Preise. Also überspitzt formuliert: Die Deutschlandpolitik, die Außenpolitik haben aus meiner Sicht größeren Einfluß auf die handelnden Politiker als auf die Wahlbevölkerung. Wir müssen beides sehen.

Ich glaube, ich brauche nun nicht mehr darzutun, wie wir diese Regierung kritisieren bei ihrem Nichtstun in der Wirtschaftspolitik. Das haben der Herr Bundeskanzler Kiesinger und andere hier schon vorgetragen. Wir werden morgen im Bundestag für ein bißchen Leben auf diesem Gebiet sorgen. Wir werden die Mietenfrage zur Debatte stellen. Aber alles das ist nur soweit glaubhaft, wie wir selbst konstruktiv auf anderen Gebieten bessere Ideen haben. Ich möchte daher zusammenfassend nur folgendes

---

86 Vermutlich gemeint die Anregung Bahrs in den Verhandlungen mit Gromyko zu einem „Brief zur deutschen Einheit“ (vgl. AAPD 1970 Dok. 161 Anm. 9; VOGTMEIER S. 134–136).

87 Sowohl in dem niedersächsischen wie auch im nordrhein-westfälischen Landesverband der FDP kam es zu Auseinandersetzungen zwischen dem rechten und dem linken Parteiflügel. Eine Konsequenz aus den Differenzen war das schlechte Abschneiden der FDP bei den Landtagswahlen; in Niedersachsen gelang der FDP der erneute Einzug in den Landtag nicht mehr, in Nordrhein-Westfalen fiel sie auf 5,5 % zurück (nach 7,4 % 1966). Vgl. „Rheinische Post“ vom 20. April 1970 „FDP trennt sich von den Konservativen“; GRAU, Verhältnis S. 78–82; Vermerk vom 27. April 1970 betr. Situation der niedersächsischen FDP in ACDP Dokumentation 2/225.

sagen: Für mich und die Bundestagsfraktion steht im Vordergrund die Zerstörung der Glaubwürdigkeit dieser Regierung. Nichts ist wichtiger, als darzulegen, sie hält ihre Versprechungen nicht ein, sie hält ihr Wort nicht – und dies auf den Gebieten, die wichtig sind. Und ich glaube, als wir uns vor vier Wochen hier unterhalten haben, dann haben wir alle empfunden, daß ganz vorrangig überhaupt für die Chancen der Opposition ist, den Eindruck zu zerstören, den man volkstümlich so formulieren konnte: Alle Welt steht hinter Willy! Das ist noch nicht ganz gelungen, aber da ist immerhin schon ein Sprung im Glas. Und ich glaube, positiv muß man natürlich auch werten, wie das aus der Sicht anderer aussieht. Es ist ja nicht verborgen geblieben, daß sie mit ihrer Strategie – und die müssen wir natürlich auch berücksichtigen, denn nicht nur die Opposition hat eine Strategie, die Koalition hat auch eine Strategie gegenüber der Opposition – versucht hat, uns an zwei Nahtstellen zunächst einmal zu stören. Das eine ist die Nahtstelle CDU/CSU, und ich stelle zu meiner großen Befriedigung fest, daß das Wort CSU bisher überhaupt nicht gefallen ist im Gegensatz zur letzten Sitzung, wo es im Vordergrund der Sorgen stand. Und ich darf deshalb nur mitteilen, daß natürlich der Beschluß der CSU, mitzumachen beim Beteiligungslohn und der Beschluß der CSU, ihre Freundeskreise aufzufordern, der CDU mitzuteilen, daß der Vorsitzende der Freundeskreise dort ein Zutrittsrecht zu ihrem Parteitag hat, nicht vom Himmel gefallen sind. Was die Nahtstelle zu den Sozialausschüssen betrifft, so war das für Herbert Wehner gut erklärlich. Der Parteitag, der die Lücke zwischen CDU und CSU schloß, dem folgte 48 Stunden später der Gesetzgebungsbeschluß über den Beteiligungslohn, so daß hier auch wieder eine verstärkte Kraft sichtbar wurde. Und damit wurde auch deutlich, daß die dritte Erwartung der Koalition, wir würden eine reformerische Kraft nicht haben, sich ins Gegenteil verkehrt hat. Es bleibt ein vierter Punkt offen – um offen zu sprechen –, der auch in der letzten Sitzung eine Rolle spielte, daß natürlich die personelle Geschlossenheit dieser Union im Hinblick auf die Landtagswahlen und alles andere zusammen sicherlich noch ein bißchen entwicklungsfähig sein könnte. Wenn es gewünscht wird, kann ich natürlich vortragen, welche Themen morgen und übermorgen uns beschäftigen werden. Ich will Sie aber nicht aufhalten. Ich wollte nur noch einmal sagen, ich halte die Fragestellung „Dieses oder Jenes?“ nicht für richtig, sondern für vorrangig halte ich die Priorität, das eigene Profil insgesamt zu stärken. Ich danke Ihnen!

*Kiesinger:* Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir jetzt zu Punkt 2 der Tagesordnung übergehen, Herr Dr. Barzel hat ja bereits übergeleitet dazu. Ich darf den Herrn Generalsekretär bitten, dazu zu sprechen.

*Heck:* Herr Vorsitzender, was der Herr Fraktionsvorsitzende hier vorgetragen hat, war eigentlich die Einführung zu einer Aussprache über dieses Thema. Ich habe eigentlich von mir aus nichts hinzuzufügen. Es läßt sich natürlich dieses oder jenes ergänzend sagen, aber im Grunde ist eigentlich hier die Exposition des Themas bereits erfolgt, so daß ich mir meinen Vortrag schenken kann.

*Kiesinger:* Na ja, einiges haben Sie ja sicherlich noch in petto.

*Heck:* Das kann dann in der Aussprache noch behandelt werden.

*Kiesinger:* Dann wollen wir es also in Form einer Aussprache machen. Wer möchte

zu dem, was Herr Dr. Barzel hier vorgetragen hat, etwas beitragen? Ich kann nur meinerseits noch einmal folgendes sagen. Natürlich müssen wir glaubwürdig bleiben. Und glaubwürdig bleiben, heißt nicht nur nein sagen, sondern heißt, immer wieder konstruktive Beiträge bringen. Das ist ganz selbstverständlich. Aber wir dürfen auch das Nein nicht scheuen, wo es eben notwendig ist. Und zwar müssen wir es deutlich sagen und ohne Rücksicht auf eine Publizistik, die – wie sich ja jetzt schon zeigt – langsam sich aufzuweichen beginnt. Wir konnten ja auch gar nicht hoffen, daß wir gleich nach den ersten Monaten gegenüber einer Regierung, die mit so viel Theaterdonner angetreten ist, gleich alles auf unserer Seite haben würden. Also, erstens, das Nein, wo es notwendig ist. Und der Spruch, daß wir uns nicht zu Nein-Sagern machen lassen dürfen, hat auch etwas Gefährliches. Wir alle wissen, was darunter zu verstehen ist. Ich gebe also zu, wir müssen soviel wie möglich Konkretes, Eigenes entgegensetzen. Man ist immer dann am überzeugendsten, wenn man sagt, wie man sich die Sache selber denkt. Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig, einig allerdings auch darin, da es nicht immer leicht ist, das zu tun.

In der Rangfrage können wir – glaube ich – feststellen, daß wir uns alle einig darüber sind, wir müssen beides bringen. Wir müssen auf dem Gebiete der Innenpolitik wie auf dem Gebiete der Außenpolitik die Gewichte gleichmäßig verteilen. Ich bin nicht der Meinung, daß wir dem einen den Vorrang geben können, wir dürfen es gar nicht, und zwar aus zwei Gründen nicht. Das eine ist der sachliche Grund. Das ist der eigentlich entscheidende Vorgang dieser geschichtlichen Stunde. Und da darf doch die CDU nicht zusehen, wie ihre Positionen, die sie aufgebaut hat und nicht einmal starr hingestellt hat, sondern immer weiterentwickelt hat, von dieser Regierung eingerissen werden. Und das muß man deutlich und klar sagen. Das ist das eine. Das andere – ich kann nur aus meinen Erfahrungen im Wahlkampf sprechen: Wenn ich schon mal in meiner Rede über Außenpolitik nicht genug sage, dann wird mir das unweigerlich in der Diskussion aufgezwungen, und zwar mit allem Nachdruck. Während die Leute meine Ausführungen über Preise, Konjunkturpolitik, Wirtschaftspolitik mit Zustimmung aufnehmen, werden die Leidenschaften wach, wenn es auf diese außenpolitischen Themen kommt, d. h. man soll nicht unterschätzen auch die Bedeutung dieser Diskussionen unmittelbar für diese bevorstehenden Wahlen. Es ist doch eine alte Geschichte, wenn man die große Alternative nicht hat, ist ein Wahlkampf für die Opposition ganz besonders schwer. Und das wissen wir ja alle, wie das in der Vergangenheit war. Nun kann man eine große Alternative natürlich nicht fingieren. In der Außenpolitik ist sie da. Es ist allerdings schwer angesichts des Nebels und der emotionalen Beteiligung der Bevölkerung an dem Thema „Deutsche an einen Tisch“, das schon so zu tun, daß wir viel für uns gewinnen. Ich glaube, wenn wir uns darüber einig sind und wenn wir außerdem das Thema Außenpolitik in dem Zusammenhang behandeln, in den es gehört, nämlich alles – Ost- und Westpolitik –, dann ist das überhaupt nicht problematisch, so daß ich also meine, das, was Dr. Barzel gesagt hat, ist nur zu unterstützen. Immerhin müssen wir uns daran erinnern, daß in so einem Wahlkampf nicht viele Themen ziehen, sondern einige wenige. Und da muß man ganz zäh und immer wieder, auch wenn es uns selber zum Hals heraushängt, in dieselbe Kerbe hauen.

*Von Weizsäcker:* Nur nicht vor dem Fernsehen immer wiederholen! Da muß man mehr variieren als in den Wahlveranstaltungen.

*Kiesinger:* Ja, auch vor dem Fernsehen. Variieren kann man immer. Aber nehmen Sie mal das, was da heute geschehen ist. Was soll man da groß variieren? Wir müssen immer wieder auch vor dem Fernsehen sagen – da nur erreichen wir ja die Millionen, die paar Intellektuellen, die da zuschauen, die sind nicht so wichtig –, wichtig sind die Millionen, die zuschauen, und denen muß man immer wieder sagen, darauf kommt es an und darauf kommt es an. Es tut mir leid, also hier beanspruche ich eine gewisse Erfahrung seit langen Jahren.

*Von Weizsäcker:* Nein, Herr Bundeskanzler, es ist etwas gefährlich, daß Sie immer wieder aus Wahlveranstaltungen mit immer wieder denselben Sätzen geschnitten werden. Ich meine nicht die Statements, die finde ich sehr gut. Die Leute sollten ein bißchen mehr darauf getrimmt werden, Sie auch mal in einer anderen Situation wiedergeben und nicht immer mit denselben Sätzen und mit denselben Haltungen zu dieser Frage. Das ist nicht eine Frage von einigen wenigen Intellektuellen, sondern das ist eine Frage derjenigen Wähler, die es zu gewinnen gilt und nicht derer, die uns ohnehin zustimmen.

*Kiesinger:* Ja, so ist das auch nicht, daß das nur diejenigen angeht, die uns ohnehin zustimmen. Aber das ist natürlich eine Frage der Auswahl der Leute. Sie können nur einen beschränkten Einfluß nehmen. Das habe ich z. B. in Leverkusen ausdrücklich getan. In München habe ich es versucht.<sup>88</sup> Da hieß es doch, sie haben nur über Außenpolitik geredet. Keine Spur! Die Hälfte meiner Aussagen war zur innenpolitischen Thematik. Aber die Leute wollten eben aus München die Sensation machen.

*Echternach:* Herr Bundeskanzler, ich bin nicht ganz Ihrer Auffassung. Sie haben sicher hier die Mehrheitsauffassung referiert, aber weil Sie meinten, wir seien uns alle einig in der Akzentsetzung, möchte ich doch sagen, daß ich dieser Auffassung nicht zustimme, daß wir im gleichen Umfang die Deutschlandpolitik ... (*Kiesinger:* Die Außenpolitik!) Gut! Wenn wir die Außenpolitik insgesamt sehen, ist es selbstverständlich, daß wir die Außenpolitik aus der Diskussion draußen nicht herauslassen können. Wir müssen uns zur Außenpolitik auch äußern, und ich würde auch das unterstützen, was Sie zur Deutschlandpolitik in Ihrem Statement gesagt haben. Aber die Frage ist doch, was können wir der Regierung zur Zeit konkret vorwerfen und was sollten wir ihr konkret vorwerfen? Auf dem Sektor der Wirtschafts-, der Sozial- und der Finanzpolitik ist das Versagen offensichtlich. Auf dem ganzen Sektor der inneren Reformen ist das Versagen ebenfalls offensichtlich, und da bieten sich geradezu die Angriffsflächen an. Wir müssen uns auf der anderen Seite aber darüber im klaren sein, daß wir als Opposition nicht auf allen Feldern gleichmäßig laut schreien können, sonst werden wir nicht mehr gehört.

---

<sup>88</sup> Am 10. April 1970 auf dem Landesparteitag der CSU in München (Rede in ACDP Dokumentation 2/235, vgl. auch „Die Welt“ vom 13. April 1970 „Signal und Konsequenz der bayerischen Verlobung“) und am 17. April 1970 auf dem ersten gemeinsamen Landesparteitag des LV Rheinland und des LV Westfalen in Leverkusen (Rede in ACDP Dokumentation AO Kiesinger/Reden).

Also die Frage ist, was bleibt an Angriffspunkten auf dem Sektor der Deutschlandpolitik? Daß Gespräche geführt werden, findet unsere ausdrückliche Billigung. Daß unter Umständen man taktisch nicht gerade geschickt vorgegangen ist, indem man die Anerkennung der Staatlichkeit der DDR, die wir in der Sache gar nicht mehr bestreiten und gar nicht mehr bekämpfen, in der Regierungserklärung vorgenommen hat und daß man das möglicherweise angeboten hat im Verlaufe von Gesprächen, das kann man en passant erwähnen, aber das kann ja kein entscheidender Gegensatz zwischen Regierung und Opposition sein. Daß möglicherweise unvertretbare Konzessionen gemacht werden im Laufe der Verhandlungen, das ist etwas, was wir zur Zeit nicht belegen können, sondern was man erst nach Abschluß der Gespräche sagen kann. Jetzt aber im Grunde – Sie machen es weniger, andere machen es wesentlich lauter – den Eindruck zu erwecken, als wenn die Regierung sich daran machte, Deutschland zu verschenken und hier einen Gegensatz aufzuzeigen, der im Bewußtsein der Bevölkerung überhaupt nicht da ist, jedenfalls nicht – insofern unterstreiche ich das, was Herr von Weizsäcker gesagt hat – im Bewußtsein der Wähler, die wir gewinnen wollen, vielleicht im Bewußtsein der 20 bis 30 % Stammwähler, die bei unseren Wahlveranstaltungen sitzen und sich an diesem Thema gerne emotional berauschen. Das ist doch die andere Frage. Und ich meine, daß doch insofern in der nächsten Zeit im Vordergrund stehen sollte die Frage der Innenpolitik, und in der Außenpolitik wir uns auf die warnenden, vorsichtigen Worte beschränken sollten, die wir heute gebraucht haben, und daß wir bohrende Fragen stellen sollten, aber nicht den Eindruck erwecken sollten, als wenn diese Regierung Vaterlandsverrat oder was weiß ich begehen würde, indem wir gleichzeitig den Eindruck erwecken, als wenn hier Welten die Regierung und die Opposition in der Sache voneinander trennen würden.

*Kiesinger:* Nun, ich bin überzeugt, daß Welten uns trennen. Und das wird sich sehr bald zeigen, Herr Echternach. Ich meine, ich habe ja mit den Leuten gesprochen, und Herr Dr. Barzel hat es auch getan. Es trennen uns Welten. Was hier vor sich geht, ist längst, längst nicht mehr ein Abtasten von Möglichkeiten unter Schwächung von uns bisher verteidigter Positionen, sondern das ist eine nach meiner Überzeugung ganz schicksalhafte Wende in der deutschen Außenpolitik, und damit nicht nur in der deutschen Außenpolitik, sondern in Europa. Ich sehe die Gefahr viel, viel größer als Sie. Und ich sehe sie nach den Erläuterungen, die Herr Brandt mir gegeben hat, ganz besonders deutlich. Deswegen kann ich nur noch einmal sagen, es ist geradezu makaber zu sehen, daß man den Ratschlag bekommt, in einer Zeit, in der dieses sich vollzieht, davon möglichst wenig zu sprechen. Das ist ganz unmöglich. Das spüren viele, viele und keineswegs nur unsere alten verkalkten Stammwähler, denen die verkalkten alten Führer der CDU da etwas vorplappern, sondern da geht es um ganz, ganz andere Dinge. Lesen Sie auch mal Sachen, die Mitglieder der SPD zu diesen Dingen äußern und schreiben.

Aber in einem gebe ich Ihnen recht: Wir dürfen unsere Aussage ja nicht so machen, daß man Ausdrücke gebraucht, die den Eindruck erwecken, als ob man einfach aus Verärgerung, weil man sich nun in der Opposition befindet, die Regierung beschimpft oder als ob man überhaupt sich als nicht flexibel genug für unsere heutige Zeit erweist.

Deswegen gebe ich zu, daß das schwierig ist. Was ich z. B. selber sage in diesen Versammlungen, ist in der Aussage durchaus etwas völlig anderes als das, was man noch vor einigen Jahren gesagt hat. Wem sagen Sie das? Ich habe ja schließlich, z. T. gegen den heftigsten Widerstand meiner eigenen Fraktion, diese Politik vorwärtsgetrieben. Vielleicht können wir doch einander näherkommen, aber in den Versammlungen draußen die Außenpolitik nur etwa mit einem Schwänzchen am Schluß abzutun und zu sagen, die Regierung hat zwar unsere Zustimmung zu den Gesprächen, aber natürlich muß sie uns endlich mal sagen, wohin sie gehen will, das halte ich für ganz verfehlt. Innerhalb von wenigen Wochen können wir ganz schwer ins Unglück geraten und dann heißt es: Na und, was habt ihr dazu gesagt? Ihr habt dazu geschwiegen, ihr habt euch zum Mitschuldigen gemacht. Dem, was Herr von Weizsäcker sagte, stimme ich durchaus zu. Diese Selektion, die ganz bewußt vom Fernsehen getroffen wird, daß man in einer Rede herausgeschnitten bekommt den Satz, den man soundso oft schon mal gesagt hat, das wird bewußt von den Leuten so gemacht.

*Von Weizsäcker:* Herr Bundeskanzler, ich glaube, das Problem ist nicht, ob wir laut oder leise, also duckmäuserisch oder überzeugt zu dem Thema reden müssen. Ich bin überzeugt davon, daß das Gesamtproblem der Außenpolitik mit dem Schwerpunkt der Ostpolitik in der Tat in seiner Bedeutung gar nicht verkannt und verkleinert werden darf. Nur es kommt darauf an, an welchen Dingen man das klarmacht. Wenn es eben mißlingt, den Westen voranzubringen, wenn es nur gelingt zu zeigen, daß der Osten operationsfähig ist, der Westen aber nicht, wenn es nur gelingt, eine in 150 Jahren vielleicht ohnehin bevorstehende Hegemonie der Sowjetunion durch eigene Maßnahmen in den Bereich der nächsten Jahre zu rücken, alles dies sind ganz entscheidende Entwicklungen, auf die man keineswegs leise, sondern mit allem Ernst hinweisen muß. Dagegen gibt es eine Reihe von sehr formalisierten Fragen in der Deutschlandpolitik, die nun in der Tat bei sehr vielen Wählern und nicht nur bei jungen Wählern, wenn sie als solche behandelt werden, nicht so furchtbar leicht verstanden werden als die eigentlichen Angelpunkte. Sie haben ja auch gerade auf den Punkt sowjetischer Hegemonie, d. h. also auf langfristige Entwicklungen sehr hingewiesen. Je mehr Sie das tun, desto verständlicher wird es. Je mehr wir aber etwa über die Frage zweiter Staat sprechen oder so, desto schwieriger wird es. Es ist meiner Meinung nach also mehr eine Frage der langfristigen, politischen Gefahren, um die es geht, aber nicht eine Frage des laut oder leise, des am Anfang oder am Ende.

*Kiesinger:* Ja, wir sind uns da völlig einig. Eine der klügsten Bemerkungen zu dieser Situation stammt von ...<sup>89</sup> Der sagt, es droht anstelle der bisherigen gemeinsamen westlichen Europa-Konzeption die sowjetrussische Europa-Konzeption Boden zu gewinnen. Das sage ich in jeder Rede. Diese alten Geschichten, dieser ursprüngliche Streit, in den wir hineingekommen sind durch die Regierungserklärung, da haben wir alle ja längst neue Formulierungen gewählt. Also ich glaube, da ist kein Gegensatz.

---

89 Auslassung in der Vorlage. – Vermutlich Fred Luchsinger (vgl. Anm. 18). – Dr. Fred Luchsinger (geb. 1921), Schweizer Journalist; 1967–1984 Chefredakteur der „Neuen Zürcher Zeitung“. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1036 Anm. 62.

Eher besteht vielleicht noch ein Gegensatz zu der Auffassung von Herrn Echternach. Aber ich glaube, wenn Sie hören, daß diese Dinge im Gesamtzusammenhang gesehen werden müssen – übrigens ist das auch ein Gesamtzusammenhang mit der Innenpolitik, wenn die Jusos sagen, die Außenpolitik ist doch für uns nur ... (*Echternach*: In dem Punkt sind wir uns ja völlig einig.)

*Dregger*: Ich sehe darin eigentlich keinen wirklichen Gegensatz, wenn gefordert wird, die Gesellschaftspolitik in den Vordergrund zu stellen. Da kann ich nur sagen, die gesellschaftspolitische Frage für Deutschland ist es, ob Deutschland sozialistisch wird oder nicht. Und die Auseinandersetzung mit Ulbricht ist nicht nur eine außenpolitische Frage und nicht nur eine deutschlandpolitische Frage, sondern ist eine eminent innenpolitische Frage. Das ist die Auffassung von Ulbricht, und das ist auch die Auffassung der Jungsozialisten und der Neomarxisten innerhalb der SPD. Und wenn das so ist, dann müssen wir sicherlich dieser Kernfrage den mindestens gleichen Rang zuerkennen, wie der Preisfrage und anderen Dingen. Wir machen ja nicht nur Politik, um Wählerstimmen zu bekommen, sondern wir wollen Wählerstimmen haben, um Politik machen zu können. Und deswegen können wir das nicht nur von der Frage abhängig machen, was bringt uns das im Augenblick? Ich bin darüber hinaus der Meinung, daß uns das in Zukunft immer mehr bringen wird, denn diese Politik von Erfurt und Kassel ist mit Sicherheit zum Scheitern verurteilt. Und wenn wir in einer Zeit, wo es noch nicht alle begriffen haben, das mit Deutlichkeit vertreten haben, dann werden wir in einigen Jahren – vielleicht auch schon in einem Jahr – daraus wahlpolitisches Kapital schlagen. Und deswegen sollten wir uns doch gar nicht streiten, ob das eine oder das andere den Vorrang verdient. Ich bin wie der Herr Bundeskanzler der Meinung, daß wir diese Frage auch heute in die Diskussion bringen müssen, und ich weiß aus meinen Versammlungen auch, wenn wir das richtig darstellen und nicht den Eindruck erwecken, es ginge um eine juristische Frage und um die Frage, ob der Ulbricht Botschaften austauschen darf, sondern wenn wir deutlich machen, daß es um eine Position im Kampf um ganz Deutschland geht, daß wir dann wirklich Emotionen und wirkliche politische Überzeugung dafür wecken können. Und deswegen meine ich, sollten wir das tun.

*Pöppinghaus*<sup>90</sup>: Eine Frage an Herrn Echternach: War das Ihre persönliche Meinung, oder steht hinter Ihnen die Meinung der Jungen Union?

*Barzel*: Herr Bundeskanzler, nachdem wir – glaube ich – in privaten Gesprächen mit vielen Freunden, die so Fragen stellen, wie Echternach sie dankenswerterweise heute hier gestellt hat, die Erfahrung gemacht haben, daß, wenn man den Freunden dann unter vier Augen auch nur einen Zipfel der Information gibt, über die wir verfügen, sofort jeder sagt, ja, wenn wir das schweigend begleitet hätten, wären wir nach einem Jahr tot. Deshalb habe ich die ehrliche Bitte, daß wir in der nächsten Bundesvorstandssitzung nicht das ausbreiten, was hier mit VS-Stempeln uns zur Kenntnis kommt, wo wir sowieso belogen werden, sondern daß wir in einer vertraulichen Sitzung ganz informativ sagen, an welchen Punkten konkret diese Regierung unserer

---

90 Hannelore Pöppinghaus (geb. 1925), Hausfrau; 1969/70 stv. Vorsitzende des LV Rheinland.



Kritik begegnet und an welchen nicht, was uns konkret im Detail oder im Zusammenhang besorgt macht und was nicht. Ich verstehe, daß unsere Lage auf diesem Gebiet aus vielen Gründen geradezu wahnsinnig schwer darzustellen ist. Auf der einen Seite sagen wir – und das ist auch völlig richtig –, unser Problem ist nicht, das in Erfurt und Kassel zu unterstützen. Das sagen wir jeden Tag. Das, was mich besorgt macht, liegt ganz woanders. Und dies wiederum ist z. T. nur vertraulich begründbar, z. T. nur aus der Kenntnis der Zusammenhänge begründbar. Und außerdem kommt noch hinzu, daß wir natürlich den Eindruck vermeiden müssen, wir seien dagegen, weil wir Opposition sind oder weil wir uns geärgert haben oder den Eindruck – das möchte ich heute sagen, weil das möglicherweise passieren kann –, daß wenn die scheitern, wir hämisch grinsend dastehen.

Und nun zur Sache, zwei Punkte nur – ich will das hier nicht aufhalten, weil wir das ja hoffentlich bald mal machen informativ. Ich würde Sie einladen, Herr Echternach, aus all dem Zeug mal alles wegzulassen mit Ausnahme der von uns bewußt herausgespielten zwei, vom Kanzler nicht beantworteten Fragen.

1. Wir haben den Kanzler bedrängt am 15.<sup>91</sup> – ich schicke Ihnen gerne das Protokoll – zu erklären, es sei seine Auffassung, die politische Einigung noch in dieser Generation möglichst zu erstreben. Wir haben gesagt, wenn er das erklärt, ist dieser Streit weg. Die Erklärung hat er nicht abgegeben wegen der Zusammenhänge, die der Bundeskanzler Kiesinger vorhin hervorragend in seiner Einführung dargelegt hat, wegen zweier unterschiedlicher Europa-Konzepte – das hängt ja mit der EWG, mit der USA und den Truppen wieder zusammen.

2. Wir haben dem Kanzler gesagt, der größere Teil des Streits könnte in diesem Augenblick vom Tisch, wenn er käme und sagte, nichts wird dieser Regierung der Bundesrepublik Deutschland ihr Recht und ihre Pflicht nehmen, auf friedlichem Wege die Veränderung der deutschen Dinge mit dem Ziel der Selbstbestimmung zu betreiben. Diese Frage hat er auch nicht beantwortet. Er kann sie auch nicht beantworten, denn dann brauchte Bahr nicht mehr zu starten. Und lassen Sie mich als letztes Indiz, Herr Echternach, folgendes sagen und das auch mit dem Blick auf den SPD-Parteitag, der für die Umwälzung der Verhältnisse in Bonn wichtiger als die Landtagswahlen ist. Die Sozialdemokraten haben ein Grundsatzprogramm, da steht eine Sache drin, die könnten wir alle unterschreiben, über die Wiedervereinigung und das Selbstbestimmungsrecht. Sie haben jetzt Anträge des Parteivorstandes veröffentlicht zum Wochenende<sup>92</sup>, da kommt das Wort „Selbstbestimmung“ nicht mehr vor. Und nun stellen Sie sich vor, Herr Echternach, das hätte – ich mache jetzt mal Irreales – vielleicht einen Grund in Vertragsverhandlungen irgendwo und mündete in Rechtspflichten, dann würden Sie und ich, wenn wir dann noch von der Selbstbestimmung sprächen, rechtswidrig handeln bei Aufrechterhaltung des Gewaltvorbehaltes der Sowjetunion, selbst für den Fall, daß zwei deutsche Staaten bestehen. Das sind Sorgen, die ich hier andeute, die –

---

91 Vgl. Sten.Ber. 6. WP 42. Sitzung vom 15. April 1970 S. 2127–2154 „Abgabe einer Erklärung des Bundeskanzlers mit anschließender Aussprache“.

92 Vgl. SPD Pressemitteilungen und Informationen Nr. 110/70 vom 21. April 1970.

glaube ich – jedermann versteht. Und ich habe Sie ja so verstanden, man stellt bohrende Fragen. Dies ist ganz klar, das muß auch weiter geschehen. Aber unsere Besorgtheit ist im Grunde viel weiter und tiefer bei den wenigen, die versuchen, einen Durchblick sich zu verschaffen, als es unseren Gesichtern ansehbar ist.

Lassen Sie mich als letztes gerade an die Junge Union gerade in der Frage „Zwei Welten“ folgendes sagen: Unsere Chancen liegen natürlich in der freien Welt, im freien Europa. Und wenn da etwas rausgebrochen wird zugunsten von Illusionen, ist das ganz schrecklich für Ihre und meine Zukunft. Und die Hauptsorge, die wir haben: Wenn das alles im Sinne der Sowjetunion bereinigt ist, was ist dann? Ist dann die Sowjetunion friedfertig und Ulbricht human? Auch das ist noch nicht die Hauptsorge! Sondern wenn Sie heute nach Madrid fahren wollen oder nach Helsinki oder nach Rom, dann würden Sie sehen, jeder nimmt Rücksicht auf die Sowjetunion. Das tun wir auch. Wenn jetzt mit Zustimmung der drei Westmächte die Deutschen eine fundamentale Flurbereinigung ohne Gegenleistung vollziehen, dann passiert nicht mehr nur Rücksicht von Helsinki bis Rom, sondern jeder Regierungschef bittet seinen persönlichen Referenten: „Gib mir Spikes, damit ich möglichst schnell als Erster in Moskau bin!“ Die Veränderung der psychologischen Gleichgewichte ist – wie die Geschichte zeigt – fundamentaler als die militärische und die ökonomische. Ich habe versucht, hier einige Sorgen auszubreiten. (*Beifall.*)

*Kiesinger:* Ich habe, wenn ich auf die Fragen, die der Fraktionsvorsitzende hier angesprochen hat, in meinen Reden draußen einging, immer gesagt: So weit konnte man gehen. Wenn wir so fragen, dann saugen wir uns diese Fragen doch nicht aus den Fingern, sondern diese Fragen gründen sich auf Informationen, die wir so oder so erhalten. Wir bekommen Informationen von der Bundesregierung, wo wir zweifellos nicht die reine Wahrheit erfahren. Aber schon das, was man uns da sagt, ist erschreckend genug. Die anderen Informationen kommen anderswo her. Die Frage, die der Fraktionsvorsitzende gestellt hatte „Wie gehen Sie voran?“, die Frage, die doch so leicht zu beantworten gewesen wäre vom Bundeskanzler – „Hat dieses an Millionen gerichtete Blatt mit seiner Behauptung Recht: Der Friede in Europa kann nur gesichert werden durch Besiegelung des Status quo“ –, und er hat sogar noch den anderen Ausdruck gewählt „durch Festschreiben der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges durch uns“, und da ist behauptet worden, Sie seien dieser Meinung und Sie zögen daraus die Konsequenzen. – Er hat bis heute darauf nicht geantwortet. Es ist jetzt im „Spiegel“ ein Gespräch mit ihm gebracht worden<sup>93</sup>, wo er sich wieder wie ein Aal gewunden hat und sich rausgeredet hat. Die Wahrheit ist die, daß der Mann eine Konzeption hat, die, wenn er sie wirklich hat, wenn er mir sie nicht nur gesagt hat – ich fürchte nämlich, er sagt jedem etwas anderes zur Begründung, vielleicht hat er selber in seinem Kopf jeweils die Begründung, die der Ratgeber gesagt hat, den er gerade zuletzt gehört hat – die Begründung, die er mir gesagt hat, ist geradezu lebensgefährlich. Anders kann ich es nicht ausdrücken. Nicht etwa lebensgefährlich in der deutschen Frage isoliert, sondern lebensgefährlich, weil sie eine Politik der Hybris ist, weil wieder einmal in der

93 Vgl. „Spiegel“ vom 20. April 1970 „Die Anerkennungsfrage ist ja so schillernd“.

deutschen Geschichte einer kommt, der am deutschen Wesen die Welt genesen lassen will. So ist es. Das ist das Schaurige an der ganzen Geschichte. Ich merke aus sowjet-russischen Äußerungen – das habe ich Brandt auch gesagt –, daß man da den Braten natürlich bereits gerochen hat. Hier liegt eben die Gefahr. Ich habe Sie aber ja nicht so verstanden, Herr Echternach, daß Sie sagen wollten, in der Sache stünden Sie dieser Politik nahe, sondern Sie haben das verstanden als eine Aussage jetzt in dieser Stunde, auch mit dem Blick auf die Wahlkämpfe. Das war ja wohl die Meinung.

*Echternach:* Ich wollte dazu nur noch einmal etwas klarstellen. Was Sie eben gesagt haben und was Herr Dr. Barzel gesagt hat, ist ja völlig richtig. Diese Fragen kann man legitimerweise stellen, man muß sie sogar stellen. Ich finde es auch ganz legitim, daß man da mal einen Verdacht anklingen läßt. Die Frage ist doch aber nur, ob das bereits ausreichende Tatsachen sind, gegen die man Opposition treiben kann. Und ich meine, über die bloße Fragestellung wird man zur Zeit so lange nicht hinausgehen können, so lange es nicht Tatsachen gibt, über die man auch öffentlich sprechen kann, weil sie sonst einfach nicht verstanden werden. Und wenn wir diese internen Informationen einmal bekämen, so wie Dr. Barzel es angedeutet hat, so wäre das außerordentlich zu begrüßen, weil das ein wesentlich fundierteres und auf Fakten bezogeneres Gespräch ermöglichen würde als jetzt, wo der eine mehr weiß als der andere, und jemand, der nun aus der Provinz, aus Hamburg, kommt, natürlich viel weniger wissen kann als der, der die Genossen aus dem Nahkampf kennt. Aber so wie mir geht es vielen anderen auch draußen, und die müssen sich auf das stützen, was an Tatsachen in der Öffentlichkeit bekannt ist. Und wenn wir jetzt mit schwerem Geschütz auffahren, ist es eben so, daß wir Teile der Öffentlichkeit, vor allem Teile der jungen Generation, nicht mehr verständlich ansprechen können. Und deswegen meine ich, sollten wir versuchen, jeweils anhand der allgemeinen Bewußtseinsentwicklung und der öffentlichen Unter-richtung auch unsere Aussage darauf einzurichten.

*Kiesinger:* Das kann man machen, nur nicht so, daß man vor lauter Scheu vor dieser Schwierigkeit am Schluß denn gar nichts mehr sagt.

*Blüm:* Ich möchte da anschließen. Zunächst einmal ist eine Politik relevant, die öffentlich ist. Was nicht öffentlich ist, ist nicht vorhanden. Mit dieser Tatsache muß man sich aber abfinden. Wenn mehr vorhanden ist, als in der Öffentlichkeit bekannt ist, dann muß man eben das öffentliche Blickfeld drehen. Aber was nicht öffentlich ist, ist nicht vorhanden, und ich beschäftige mich nur mit dem, was greifbar ist. Ich meine, wir können nicht einerseits sagen, wir sind für Gespräche und andererseits sagen, aber Erfurt und Kassel, das werden wir euch schon nachweisen, das war der große Verrat. Sie haben auf alle Fälle schon Ihr großes Fragezeichen hinter das Erfurter und Kasseler Gespräch gesetzt.

*Dregger:* Wir haben eine Prognose dieser Politik gestellt, und das muß man auch als Politiker in die Überlegungen, in die Kalkulationen, miteinbeziehen, wenn man sich dazu äußert. Wenn ich als Politiker damit rechne, daß diese Politik scheitert, dann ist es sicher klug, heute schon eine Politik zu vertreten, die sich nachher bestätigt.

*Blüm:* Dann müssen Sie also konsequenterweise gegen das Erfurter und Kasseler Gespräch sein.

*Dregger:* Keineswegs! Es kommt darauf an, wie man miteinander redet.

*Kiesinger:* Aber, Herr Blüm, darf ich mich hier einmischen. Das ist doch eine verhältnismäßig einfache Sache. Wir haben Gespräche angeboten. Ich habe das Beispiel Gewaltverzicht in Moskau genannt. Dort ist ja das entscheidende Gespräch, nicht in Erfurt, nicht in Kassel. Wir haben gesagt, der Sinn eines Gewaltverzichtsgesprächs ist weitstreichend. Ja, Ihnen sage ich es, weil Gespräche über die Sache nicht möglich sind und nicht weiterführen. Diese Regierung tut es umgekehrt. Sie macht eine qualitativ ganz andere Politik, eine ganz gefährliche Politik. Sie redet über die Kapitulationsforderungen der Sowjetunion. (*Blüm:* Sagen wir also nur rein formal zu den Gesprächen ja, oder sagen wir zu den Erfurter Gesprächen ja?) Nein, wir haben klipp und klar gesagt in unseren Aussagen immer: Gespräche ja, aber Gespräche mit einer ganz klaren Zielsetzung. Und die Ziele, die diese Regierung bei diesen Gesprächen verfolgt, hat sie bisher nicht gesagt. Ich bin sogar soweit gegangen, daß ich in einer Fernsehsendung sagte, ich verstehe sehr wohl, daß die Regierung nicht alles an die große Glocke hängen kann bei solchen Gesprächen. Aber es gibt gewisse Dinge – und Brandt hat ja selber im Bundestag gesagt, die DDR erhebe gewisse Forderungen, die nicht erfüllt werden könnten, weil ihnen die moralische oder die rechtliche Grundlage fehle. Die Frage, die ich gestellt habe, war: Welche Forderungen sind das? Sagen sie uns, welche Forderungen sie für unerfüllbar halten. – Und genau das alles tut er nicht. Die Gespräche, die er mit drüben führt, sind Gespräche über alles und jedes. Was bisher geschehen ist – und ich teile diese Auffassung mit ausländischen Beobachtern, die ein sehr objektives Urteil haben –, ist eine Serie politischer Kunstfehler allerersten Ranges. Da ist jetzt schon soviel Unheil geschehen, daß nachher ein formeller Abschluß nur noch eine Besiegelung ist. Also, man kann das sehr wohl in einem Satz sagen: Wir unterstützen Gespräche, aber Gespräche, die eine klare Zielsetzung haben und bei denen die Lebensinteressen unseres Volkes nicht preisgegeben werden. Das kann man dann variieren. Ich finde das nicht so schwierig, Herr Blüm!

*Blüm:* Ich wollte nur noch einmal klären, daß wir nicht zu dem Erfurter Gespräch sozusagen die Schranken heruntergelassen haben und sagen, dieser Zug fährt nicht, und daß wir es nicht nur dabei belassen haben, formal zu sagen, wir sind für Gespräche, sondern daß wir auch den konkreten Versuch unterstützt haben zu testen. Daß wir jetzt bei dem zweiten Schritt bohrende Fragen stellen, das halte ich geradezu für unsere Aufgabe. Nur meine ich, auch das sollte man sehen: Die Sache Risiko für uns hat natürlich auch noch eine Kehrseite der Medaille. Diese Gespräche sind auch für Ulbricht und seinesgleichen ein Risiko. Ich würde dieses Risiko einmal sehen in Richtung Ostblock, und ich würde es einmal sehen in Richtung auf seine eigene Regierung, denn wir haben doch alle sehr wohl die Erfurter Ereignisse gesehen.

*Kiesinger:* Aber, Herr Blüm, ich bitte um Entschuldigung, wenn ich da noch einmal interveniere. Für die Leute ist das doch ganz gleich, was da passiert. Der Erfolg für Ulbricht ist, daß er sich international aufwertet, denn wenn die Bevölkerung dieses Staates nicht gegen ihn wäre, dann brauchte er doch keinen Stacheldraht und keinen Todesstreifen. Deswegen sind doch die Argumente, er gehe ein Risiko ein – das lese ich immer da und dort – völlig falsch. Der Mann geht überhaupt kein Risiko ein. Der

Mann geht einen ganz klaren Weg, der zur internationalen Aufwertung der DDR führt. Und aus diesen Gesprächen geht er als einsamer Sieger hervor. Das sage ich Ihnen voraus.

*Blüm:* Ich habe nicht davon gesprochen, daß es für uns kein Risiko wäre. Ich habe nur gesagt, die Medaille hat noch eine Rückseite, und ich sehe auch für die Gegenposition nun gewisse Gefahren im Zusammenhang mit dem gesamten Ostblock. Ich würde in der Tat vorschlagen, daß wir einmal sehr differenziert und dann auch mit Fakten, die wir bisher noch nicht auf den Tisch gelegt haben, dieses Thema diskutieren. Ich hatte mich nur zu Wort gemeldet, weil ich auch glaube, daß man nicht ein Schwarz-Weiß-Programm auflegen sollte in Sachen Ostpolitik, sondern daß man in differenzierter Opposition die Positionen klarlegen sollte. Insofern würde ich gestehen, daß uns nicht Welten trennen von dem Vorhaben der Regierung, sondern daß uns im Detail ... (*Kiesinger:* Uns trennen aber Welten. Das ist leider die bittere Wahrheit.) Ich glaube jedenfalls, daß wir kaum für das Argument Glauben finden werden. Und ich würde auch nicht sagen, daß die SPD das Selbstbestimmungsrecht aufgeben will oder die Freiheit.

*Kiesinger:* Doch! Doch! So ist es! Herr Blüm, ich kann Ihnen nur sagen, das ist es, das will sie, das tut sie, dazu ist sie bereit!

*Dregger:* Herr Blüm, ich bin nicht nur zu Gesprächen bereit, sondern sogar zu Konzessionen bereit. Nur unter einer Voraussetzung, daß die Konzessionen der anderen Seite mindestens so sind wie die meinen. Eine Politik der Vorleistungen kann man einem künftigen Partner gegenüber betreiben, von dem man sagen kann, daß die Grundlagen gemeinsam sind. Adenauer hat eine Vorleistungspolitik betrieben gegenüber dem Westen, weil ja im Grunde die Positionen gemeinsame waren. Gegenüber Todfeinden eine Vorleistungspolitik zu betreiben, das ist unmöglich. Und die Kommunisten sind Todfeinde einer freiheitlichen Welt. Und deswegen können Vorleistungen einer solchen Welt gegenüber keinen späteren Erfolg erbringen. Das zu Ihrer Frage.

Und nun zu der Frage Wehner, was will er eigentlich? Was Wehner wirklich will, das kann ich nicht sagen. Der Wehner hat in seinem Leben seine Positionen so häufig gewechselt, und er macht so unterschiedliche Aussagen von Jahr zu Jahr, daß ich nicht weiß, was er will. Aber darauf kommt es ja gar nicht so sehr an. Die Frage ist ja – unterstellen wir mal, er ist kein Kommunist, und er will also eine positive Politik betreiben –, kann er es überhaupt noch? Ich möchte doch behaupten, daß in dieser SPD, in der die Jungsozialisten von Jahr zu Jahr größeren Einfluß gewinnen und sich nicht nur die Jungsozialisten ja verbinden mit alten Linkssozialisten in Südhessen, in Schleswig-Holstein und sonstwo, inzwischen eine innerparteiliche Situation entstanden ist, in der Brandt und Wehner – was sie selbst auch immer mögen wollen – gar keine andere Politik betreiben können als eine Politik der Anpassung. Die können gar nicht anders mehr, und das wird von Jahr zu Jahr stärker werden. Und deswegen bin ich doch der Meinung, Herr Blüm, daß wir nicht nur differenziert, sondern daß wir ganz klar unsere Positionen vertreten sollten, nicht juristisch, sondern politisch, und nicht nur außen- und deutschlandpolitisch, sondern daß wir immer wieder die Verbindung herstellen

zwischen diesen beiden Fragen. Und ich bin der Meinung, daß das nur zwei verschiedene Schauplätze derselben Auseinandersetzung sind, nämlich um die gesellschaftspolitische Zukunft ganz Deutschlands.

*Heck:* Herr Blüm, ich finde, wir sollten zunächst mal das an Fakten zur Kenntnis nehmen, was allgemein bekannt ist. Und hier zu Erfurt und Kassel folgendes: Allgemeine Fakten sind – das sagte neulich ein prominentes Mitglied der FDP-Fraktion, als er auf die Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag zu sprechen kam –, wenn wir die Unterschrift nicht geleistet hätten, wäre es nicht zu Erfurt gekommen. Hochinteressant! Also das Faktum ist, daß wir für Gespräche ohne Vorleistungen waren. Nun bin ich der Meinung, daß das eine ganz beträchtliche Vorleistung ist. Und ich halte auch, Herr Echternach, das für eine Vorleistung, daß in einer Regierungserklärung, also in einer amtlichen Aussage, von der Anerkennung eines zweiten deutschen Staates gesprochen wird. Man muß hier – glaube ich – unterscheiden, ob die Realpolitik es zur Kenntnis nimmt, daß dort ein Staat vorhanden ist. Das haben wir übrigens schon seit längerer Zeit getan. Das ist gar nichts Neues. Wir hätten ja die gesamten Wirtschaftsabkommen mit denen gar nicht treffen können, wenn wir das nicht zur Kenntnis genommen hätten. Das ist das eine.

Das zweite ist, wir haben unser Ja nie ganz generell zu Verhandlungen gegeben, sondern immer sehr präzise gesagt, wenn es förderlich ist, das Verhältnis zwischen den Menschen in beiden deutschen Staaten zu verbessern. Daraufhin kam von drüben nur eine Antwort, und das ist ein Faktum: Darüber kann überhaupt erst geredet werden, wenn das Verhältnis generell geregelt ist. Und daraufhin hat nun diese Regierung reagiert und redet überhaupt nicht mehr von Regelungen von irgend etwas, sondern ist auf die Forderung von drüben eingegangen auf Gespräche, wo es um die generelle Regelung des Verhältnisses beider deutscher Staaten geht. Und das sind, glaube ich, Fakten! Dann ist ein Faktum, daß der Herr Bahr, der – glaube ich – diese Politik doch weitgehend inspiriert, vor Jahren erklärt hat, daß das Konzept dieser Politik der Wandel durch Annäherung sei.<sup>94</sup> Das muß man doch zur Kenntnis nehmen. Dann gibt es ein Interview von Herrn Brandt aus dem Juni 1969<sup>95</sup> – solche Interviews kommen allerdings immer in ausländischen Zeitungen – wo er gefragt wurde nach seiner Partei. Und da sagte er, hören Sie genau zu, das ist sehr wichtig: „Ja, der freiheitliche Sozialismus steht erst vor seiner großen geschichtlichen Aufgabe.“ Dann wurde er präzise gefragt, wie er dann das verstehe. Daraufhin sagte er: „Nun, das könne man sich doch ohne weiteres vorstellen, wenn man daran denke, daß es in den nächsten Jahren und Jahrzehnten darum gehe, den Ost-West-Konflikt zu transformieren.“ Das ist also jetzt wiederum ein Faktum. Und nun schalte ich um auf das, was die „Neue Zürcher Zeitung“ geschrieben hat, daß diese neue Regierung auf dem Wege ist, das sowjetische Konzept zur Regelung der Nachkriegsprobleme in Europa zu übernehmen.<sup>96</sup> Und

---

94 Vortrag Bahrs am 15. Juli 1963 vor der Evangelischen Akademie in Tutzing. – Text im Internet: [http://www.fes.de/archiv/\\_stichwort/tutzing\\_rede.pdf](http://www.fes.de/archiv/_stichwort/tutzing_rede.pdf).

95 Interview Willy Brandts mit „German International“ am 30. Juli 1969, vgl. SPD Pressemitteilungen und Informationen vom 30. Juli 1969.

96 Vgl. NZZ vom 15. Februar 1970 „Bonn – Gefangener der Ostpolitik?“.

nun komme ich auf das letzte Faktum, nämlich auf die Karlsbader Beschlüsse.<sup>97</sup> Das Konzept, zu dem die Russen – die Rumänen sind nicht gekommen, die Jugoslawen auch nicht, die haben den Braten gerochen – die übrigen überredet, gezwungen, vergewaltigt haben, das ist bis auf den heutigen Tag aufs I-Tüpfelchen die Verhandlungsposition in Moskau, in Warschau und in Pankow. Und wie ernst das von den Russen genommen wird, das sehen sie daran, daß, als die Tschechoslowakei ganz klar zu erkennen gab, daß sie ihr Verhältnis zu Westeuropa und speziell zu uns wirklich ernst [nehmen] und in der Substanz normalisieren wollte, sie einmarschiert sind. Das sind doch nun alles Fakten.

Was Dr. Barzel hier gesagt hat, das sind Dinge, die hier im einzelnen die Kenntnis vermitteln, daß wir von dieser Regierung durch Nichtinformation fehlinformiert werden und teilweise für verschiedene Interpretationen offene Formulierungen interpretiert werden. Trotzdem halte ich es für ganz zweckmäßig, daß man vielleicht diese Dinge, soweit wir die Quellen nicht gefährden, in einer Vorstandssitzung zusammengefaßt einmal vorgetragen bekommen. Das Problem, vor dem wir in der Tat stehen, ist: Unsere Position kann man ganz leicht so als Streit- und Formelkram abtun. Man muß sich aber darüber im klaren sein, was dieser Formelkram für die Sowjets bedeutet. Diese Regierung ist auf dem besten Wege, sich auf Formeln einzulassen, die die Sowjets anders interpretieren als wir. Welche Interpretation, wenn es hart auf hart geht, gültig ist, darüber brauchen wir uns gar nicht zu unterhalten – der, der die Macht hat, seine Interpretation zu erzwingen. Ich wollte das eigentlich nur noch sagen, weil von dem, was bekannt ist, eigentlich genügend Klarheit auf die Situation fällt. In einem möchte ich Ihnen recht geben, Herr Echternach. Alles, was in der Richtung liegt, als würden die bewußt Verrat treiben, sozusagen bestochen oder irgend sonst was, das ist meiner Ansicht nach falsch. Aber wenn ich einen ganz harten Ausdruck nehmen darf – wir haben ja den 100. Todestag Lenins gerade erst hinter uns –, aber daß hier ein beträchtlicher Teil von nützlichen Idioten im Sinne von Lenin am Werke ist, da bin ich also persönlich ganz sicher.

*Kiesinger:* Ich darf vielleicht eine Andeutung machen, wenn wir schon bei diesem Thema sind, daß man nicht einfach sagen kann, diese Leute treiben Verrat oder Ausverkauf und so. Das sind Formulierungen, die ich nie in den Mund genommen habe und nie in den Mund nehmen werde, weil sie unglaublich wirken und weil sie uns tatsächlich Vertrauen kosten. Tatsächlich hat diese Regierung eine offensive Konzeption. Das wäre ja auch merkwürdig, wenn sie sie nicht hätte. Auch ich hatte eine offensive Konzeption – ich erinnere mich noch, wie Sie damals sagten, als ich überstimmt wurde in dem Kreis mit Jugoslawien, das hat keinen Zweck, liebe Leute, ihr seht ja, der Mann ist entschlossen, es zu tun, da kann man halt nichts machen.<sup>98</sup> Und ich habe in

---

97 Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas vom 24. bis 26. April 1967 in Karlsbad. Zur Erklärung „Für den Frieden und die Sicherheit in Europa“ vgl. DzD V/1 S. 1047–1054, vgl. auch die Aufzeichnung von Botschafter Schnippenkötter in AAPD 1967 Dok. 154. Vgl. MEHNERT S. 660f. und S. A 687–A 690.

98 Kiesinger bezieht sich auf drei Sitzungen mit der Fraktion, 11. Dezember 1967 CDU/CSU-Fraktionsvorstand (kein Protokoll vorhanden), 12. Dezember 1967 Außenpolitischer Ar-

der Fraktion gegenüber den damaligen Phrasen immer wieder andeuten müssen – laut sagen konnte ich es ja nicht –, daß das eine offensive Politik ist, allerdings ganz geschützt, d. h. ich ging nie so weit, daß die Sowjetunion daraus wirklich das Argument nehmen konnte, daß wir eine sie wirklich bedrohende Politik betreiben würden.

Diese Regierung – und das können Sie aus einer ganzen Reihe schon jetzt vorliegender Äußerungen sehen – hat in der Tat die Vorstellung, sie könne das Angesicht Europas verändern. Deswegen sprach ich von Hybris. Und zwar glauben sie, das auf folgende Weise tun zu können: Brandt hat über die Konvergenztheorie gesprochen. Er hat gesagt, sie sei halb falsch und halb richtig – wie alles. Tatsächlich glauben diese Leute an die Konvergenztheorie, an die These vom Wandel durch Annäherung. Lassen Sie mich, um es an einem praktischen Beispiel klarzumachen, zurückgreifen auf die Tschechoslowakei und was ich damals erlebt habe. Sie haben alle gesehen, daß, als es in Prag los ging, die Führungsmannschaft der FDP den wahnsinnigen Schritt tat und nach Prag reiste.<sup>99</sup> Wer also nur ein wenig versteht von dem, was sowjetischer, kommunistischer, imperialer Wille ist, der mußte wissen, das geht schief in Prag. Er durfte also nicht hin und Öl ins Feuer gießen. Das ist geschehen, leider auch von dem einen oder anderen von uns. Ich habe Blessing gebeten, gehen sie nicht hin, sie müssen hierbleiben. Brandt habe ich in Stuttgart aus anderem Anlaß getroffen, da sagte er mir, er kommt nachher mit seinen Genossen hier zusammen, da will der Bundestagsabgeordnete Paul<sup>100</sup>, der Sudetendeutsche, nach Prag reisen. Ich sagte ihm: „Um Himmels willen, sehen Sie denn nicht, daß Sie dem Russen ja geradezu den Vorwand liefern, wir hätten hier eine Verschwörung mit Dubček<sup>101</sup> angezettelt. Verboten Sie das dem Mann.“ Er hat es dann auch getan. Und dann kam eines Tages ein Irrläufer, ein Telegramm des deutschen Botschafters<sup>102</sup> in Wien, das ans Auswärtige Amt gerichtet war,

---

beitskreis und CDU/CSU-Fraktion (Hinweis in ACDP 01–226–310). Kurzprotokoll der Sitzung des AK V am 12. Dezember 1967 in ACDP 08–001–411/2 sowie Protokoll der Fraktionssitzung am 12. Dezember 1967 in ACDP 08–001–1015/2.

99 Bundesbankpräsident Blessing hielt sich im Juli 1968 zu einem zweitägigen Privatbesuch in Prag auf (vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 15. Juli 1968). Scheel und Genscher hielten sich zu einem fünftägigen Besuch in der Tschechoslowakei auf, vgl. „Spiegel“ vom 15. Juli 1968 „Pilsener Urquell“, „Manchester Guardian“ vom 16. Juli 1968 „Bonn’s soundings in Prague“. Kritik am Zeitpunkt der Besuche übte die „Augsburger Allgemeine“ vom 19. Juli 1968 „Unangebrachte Bonner Zensuren“ (alle Artikel in ACDP 01–226–310). Vgl. dazu auch die Ausarbeitung über „Die deutsche Haltung zum ‚Prager Frühling‘“ in ACDP 01–226–311.

100 Ernst Paul (1897–1978), Redakteur; 1919/20 Vorsitzender des Verbandes der sozialdemokratischen Arbeiterjugend, 1920–1926 Vorsitzender des Sozialistischen Jugendverbandes, 1923–1932 Mitglied im Büro des Sozialistischen Jugendinternationale, 1926–1936 Geschäftsführer der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei, 1939–1945 Emigration in Schweden, 1945–1948 Schatzmeister des Hilfskomitees für sudetendeutsche Flüchtlinge, 1949–1969 MdB. Memoiren: Gegen den Krieg, für die Demokratie. Erinnerungen. München 1977.

101 Alexander Dubček (1921–1992), tschechoslowakischer Politiker. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 970 Anm. 65.

102 Dr. Josef Löns (1910–1974) war von 1963 bis 1970 deutscher Botschafter in Wien.



zu mir und da hat Herr Hájek<sup>103</sup> – zu einem Zeitpunkt, als in Prag schon alles lichterloh brannte – sagen lassen, zu seinem Bedauern könne er die vereinbarte Begegnung mit Herrn Egon Bahr nicht einhalten, er müsse leider direkt nach New York weiterfliegen. Da hatte man hinter meinem Rücken dies angezettelt, immer in dieser verfluchten Meinung, man könne von der deutschen Position aus und natürlich von der sozialdemokratischen Position aus diesen Wandel in der östlichen Welt herbeiführen. Und das ist das, was Herr Brandt sich vorstellt. Und da sagt er: „Da geht etwas vor sich. Die Sowjetunion wird ihr Imperium nicht zusammenhalten können. Und in diesem Prozeß der Evolution des Ostens spielt die DDR die Rolle eines Sperrriegels. Und indem wir das alles auf die Seite räumen, alles, nehmen wir der DDR diese Sperrriegel-Funktion und fördern jene Evolution des Ostens, die zum Zusammenbruch des sowjetrussischen Imperiums führen wird.“ Dies ist die Konzeption, die Herr Brandt sich nicht scheut vorzutragen.

Nun muß man sich einmal vorstellen, was das bedeutet. Natürlich gibt es diese Evolution im Osten, selbstverständlich wird der Drang zu größerer individueller und nationaler Freiheit weitergehen. Herr Rusk<sup>104</sup>, als er seinen Abschiedsbesuch hier machte, hat den Ausdruck gebraucht mir gegenüber: „Die Sowjetunion hält die Koexistenz nicht aus!“ Ich habe ihm gesagt: „Das ist eine große Frage, wer die Koexistenz besser aushält, die Sowjetunion oder wir.“ Ich habe hier von einem Aufsatz von Ball gesprochen, der genau das sagt, was ich damals Rusk geantwortet habe: Die zentrifugalen Tendenzen sind in beiden Lagern gegeben infolge dieser Politik der Koexistenz. Und auch ist der Westen der Gefährdetere, denn wenn Frankreich aus dem System der NATO austritt, dann tritt es eben aus. Eine Korrektur findet nicht statt. Der holländische Außenminister<sup>105</sup> hat nach Prag mir gesagt: „Ein Gutes hat es. Wenn das nicht gekommen wäre, in zwei Jahren hätten wir keine NATO mehr gehabt.“ Diese Koexistenz kann im Osten und wird im Osten immer wieder korrigiert werden, im Westen kann sie nicht korrigiert werden. Und daher der große Manövriervorteil der Sowjetunion. Deswegen spreche ich von einer Hybris. Der Brandt kommt mir vor wie Wilhelm II.<sup>106</sup> allmählich – überall dabei sein, überall Heilsbringer Willy, der große Friedensmacher. Und ich sagte ihm ja: „Mann Gottes, sehen Sie das denn nicht, daß, wenn Sie eine solche Politik machen, das die Sowjetunion auf Kilometer riecht und schon

---

103 In der Vorlage: Heye. – Dr. Jirí Hájek (1913–1993), tschechoslowakischer Politiker; 1953–1955 Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Prag, 1955–1958 Botschafter in Großbritannien, 1958–1962 stv. Außenminister, 1962–1965 Botschafter bei der UNO, 8. April bis 1. September 1968 Außenminister. – Vgl. dazu die Informationen in der Zeittafel in ACDP 01–226–310.

104 (David) Dean Rusk (1909–1994), amerikanischer Politiker; 1961–1969 Außenminister. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 55 Anm. 64.

105 Joseph Luns (1911–2002), niederländischer Politiker; 1956–1971 Außenminister. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 617 Anm. 22. – Luns und der niederländische Ministerpräsident Piet de Jong hielten sich am 18./19. September 1968 zu Gesprächen in Bonn auf, vgl. AADP 1968 Dok. 309 S. 1180–1187.

106 Wilhelm II. (1859–1941), 1888–1918 deutscher Kaiser und König von Preußen.

gerochen hat?“ Das steckt dahinter. Und bei Wehner ist es ein ganz persönlicher Kampf. Wehners Traum und Trauma ist, eines Tages, um die Preisgabe wesentlicher Freiheiten willen, auch um der Preisgabe wesentlicher Freiheiten von uns willen, eine Einheit der Deutschen wiederherzustellen in einer sozialistischen Gesellschaft, die konvergent ist – wir geben Freiheiten ab, die nehmen Freiheiten an. Hier liegt die eigentliche Gefahr; daß wir das jetzt nicht in diesem Kampf, in dieser Auseinandersetzung, in diesen Wahlkämpfen bringen können, weil wir das dann belegen müßten mit Dokumenten, das ist ganz klar. Ich habe es jetzt nur wenigstens gesagt, dies wenigstens gesagt, um auf das wirklich Lebensgefährliche dieser Politik hinzuweisen. So, das ist diese Politik und die politische Konzeption, mit der wir es zu tun haben. Und die nenne ich selbstmörderisch im Zusammenhang mit den Interventionsrechten, die sich die Sowjetunion nach der Charta der Vereinten Nationen ausdrücklich uns gegenüber vorbehält. (*Dregger*: Können wir festhalten, daß wir das noch einmal auf die Tagesordnung der nächsten Bundesvorstandssitzung setzen?) Ja, aber ich bitte nun wirklich, meine Herren, was ich hier gesagt habe, das habe ich gesagt, weil ich sehe, wie Sie in Not sind in Ihren Überlegungen und Sorgen haben, nur damit Sie wissen, so von ungefähr ist dieser ganz harte Widerstand nicht. Sie haben ja auch bei Dr. Barzel gemerkt, wie er an einem ganz bestimmten Punkt – nicht aus taktischen Gründen – plötzlich eine sehr harte Sprache gesprochen hat. Dem ging eine Unterhaltung mit Brandt voraus.

#### VORBEREITUNG DER LANDTAGSWAHLKÄMPFE

*Heck*: Wir sind also nur noch sechs Vorstandsmitglieder, aber ich muß trotzdem sagen, eine Frage muß noch erörtert werden, weil wir hier auch zwei Sprachen sprechen, eine Frage, mit der wir in den Landtagswahlkämpfen konfrontiert werden. Das ist die Interpretation unserer Haltung zu den konkreten Vorgängen zwischen CDU und NPD. Hier gibt es Meinungsverschiedenheiten in der Partei. Die Dinge sind etwas erleichtert worden, weil in Niedersachsen der eine Abgeordnete Hass von sich aus erklärt hat, er wolle nicht bei der CDU als Kandidat aufgestellt werden. Aber das ist natürlich ein Problem mit den ganzen Übertritten usw., vor das wir gestellt werden. Wir haben das Thema mit Herrn Hasselmann in einer Präsidiumssitzung erörtert und haben dem Herrn Hasselmann gesagt, generell hat die Linke den politischen Irrtum in einem ungewöhnlichen Umfang akzeptiert.<sup>107</sup> Wo wäre eigentlich ihre ganze Führungsmannschaft, wenn man ihr den politischen Irrtum nicht zugestehen würde, so daß wir ganz generell sagen müssen, diesen politischen Irrtum muß man jedermann zugestehen. Das zweite ist: Auch bei politischem Irrtum gibt es Vergangenheit, die einfach nicht verkraftet werden kann, wenn der politisch Irrende gleich wieder bei uns repräsentativ auftreten soll. Wir haben also schlichtweg gesagt, die Leute dürfen

---

<sup>107</sup> In der Präsidiumssitzung am 19. Februar 1970 wurde die Lage in Niedersachsen erörtert (Protokoll in ACDP 07–001–1403).

politisch keine silbernen Löffel gestohlen haben. Aber wir haben es auch nicht generell als ausgeschlossen gehalten, daß jeder NDP-Abgeordnete, gleichgültig welcher Gesinnung er ist, gleichgültig was er getan hat, gleichgültig welche Vergangenheit er hat, daß er unter gar keinen Umständen bei uns aufgestellt werden könne. Aber es gibt in unseren Reihen auch diese Auffassung. Das ist die grundsätzliche Seite; die pragmatisch opportune – und damit hat es ja die Politik und eine Partei immer auch zu tun – ist einfach ganz legitim. Und das haben wir Herrn Hasselmann auch gesagt. Und das ist auch ein Argument, das wir m. E. Angriffen gegenüber gebrauchen müssen: Wir haben uns beim Bundestagswahlkampf wirklich für das Interesse und die Notwendigkeit des Staates entschieden und gegen das Interesse der Partei bei unserer Haltung zur NPD. Das muß mal mit aller Deutlichkeit gesagt werden. So dumm und so blöd waren wir auch nicht, daß für uns die Chancen, in der Regierung zu bleiben, größer sind, wenn die mit 6 % im Bundestag sitzen. Das wußten wir vorher auch. Wir haben uns trotzdem dafür entschieden, dieser NPD in diesem Wahlkampf den Kampf bis aufs Messer anzusagen. Und ich glaube, es ist nicht übertrieben, wenn ich sage, daß wir es wirklich als einen Erfolg unserer Arbeit ansehen können, daß die NPD nicht in den Bundestag gekommen ist. Nun, die NPD und der Rechtsradikalismus sind bei uns für die nächsten Jahre oder Jahrzehnte so wenig endgültig gebannt, wie das auf der linken Seite der Fall ist. Und ich glaube, wir müssen immer im Auge behalten, daß wir alles tun müssen, daß die Kerle jetzt dann, wenn Landtagswahlen sind, auch nicht mehr in die Landtage kommen. Den Fall haben wir nun einmal in Niedersachsen, und es ist gar keine Frage, hier spielte es eine Rolle. Wenn die Repräsentanten, denen vor vier Jahren das Vertrauen entgegengebracht worden ist, wenn die abspringen, daß das natürlich eine Partei im Kern trifft, das ist ganz klar. Also kurzum, das sind die Überlegungen, die wir gemeinsam mit Herrn Hasselmann angestellt haben. Und wir haben den Niedersachsen in der Sache insoweit, mit den Einschränkungen, die ich genannt habe, freie Hand gegeben. Ich bin der Auffassung, daß das eigentlich eine Position ist, die wir alle insgesamt der Öffentlichkeit gegenüber sollten vertreten können, auch wenn wir persönlich da und dort das andere für etwas opportuner hielten. Ich glaube nicht, daß es Charakterfragen sind, um die es hier geht. Ich glaube, wenn so aus dem Bereich der Jungen Union hier die Einwände kommen, dann sind es vielleicht Unterschiede in der Beurteilung, welches die Wirkung ist auf Wähler.

*Echternach:* Ich würde sagen, wir haben uns in der Bundestagswahl nicht nur staatspolitisch richtig verhalten, sondern auch parteipolitisch richtig, denn es muß ja auch irgendwo die Glaubwürdigkeit dieser Partei geben. (*Kiesinger:* Es wäre viel wichtiger, wir wären in der Regierung.) Na ja, die Frage ist, ob wir auch nur den gleichen Prozentsatz an Stimmen erreicht hätten, den wir erreicht haben, wenn wir uns gegenüber der NPD nicht eindeutig abgegrenzt hätten. Auf der anderen Seite kann es nicht unser Maßstab sein, wie sich die SPD gegenüber ihren Leuten verhält. Aber so wie es auf der einen Seite Sache der SPD ist, sich gegenüber der Linken abzugrenzen, so ist es unsere Aufgabe, uns gegenüber der Rechten abzugrenzen. Und da ist es eben notwendig, daß wir aus dieser rechten Ecke herauskommen, in die uns die SPD aus taktischen Gründen immer wieder hineindrängeln will. Die Bundespräsidentenwahl hat der Lin-

ken einen Vorwand für diese Geschichten geliefert<sup>108</sup>, und diese Hass-Geschichte hat uns wieder in einen bestimmten Geruch gebracht, den wir einfach vermeiden müssen, wenn wir nicht in diese rechte Ecke hineingedrängt werden wollen, die für uns ja lebensgefährlich wäre. Darüber können wir uns ja wohl einig sein. Und ich meine, daß zwar auf der einen Seite das Recht auf Irrtum gar nicht bestritten werden kann und auch legitim ist, daß aber jeweils bei jedem Parteiwechsel deutlich gemacht werden muß, daß er nicht aus opportunistischen Gründen erfolgt und daß etwa nur die gescheiterten NPD-Repräsentanten jetzt sich versuchen auf unser Schiff zu retten, um hier ihre politische Tätigkeit fortzusetzen und damit im Grunde auch NPD-Politik in der CDU zu betreiben.

Bei dem Landesverband Niedersachsen hatte man ja manchmal den Eindruck, man weiß nicht, wer da vor einigen Jahren eigentlich wen gestoppt hat, die CDU die DP oder die DP die CDU. (*Kiesinger*: Gibt es das auch in der CDU?) Ja, es gibt natürlich alle möglichen Flügel, und das ist auch legitim, aber irgendwo gibt es eine Grenze, die nicht mehr legitim ist. Und ich würde sagen, Stellvertreter von Thadden<sup>109</sup> zu sein über Jahre hinweg und mit ihm gemeinsam in der Fraktion zu sitzen und dann von heute auf morgen plötzlich das Recht auf Irrtum zu erkennen, nachdem große Massenbewegungen aus allen möglichen Parteien in Richtung CDU-Fraktion im Zusammenhang mit der Neubildung der Regierung erscheinen und dann noch glaubwürdig zu sagen, daß man alles das nicht mehr glaubt, was man jahrelang verkündet hat, das ist doch alles sehr obskur. Ich meine, es wäre glaubwürdiger gewesen für Herrn Hass, er hätte sein Landtagsmandat niedergelegt, auch wenn uns das im Moment vielleicht diese eine Stimme gekostet hätte, von der wir hofften, daß sie den Ausschlag geben könnte für die Wahl von Herrn Hasselmann zum Ministerpräsidenten. Aber dann wäre es glaubwürdiger gewesen, daß Herr Hass wirklich nichts mehr mit seiner NPD-Vergangenheit zu tun haben will. Aber so von heute auf morgen mal neben Herrn von Thadden in der NPD-Fraktion und dann in der CDU-Fraktion jeweils parlamentarisch zu wirken, das ist doch ein Sprung, der uns wieder in eine für uns lebensgefährliche Ecke gedrängt hat.

*Heck*: Also ich beurteile das nicht so. Ich möchte darauf hinweisen, daß dieser Parteitag der NPD in Offenburg<sup>110</sup> da vorausgegangen ist, wo der radikale Flügel die Oberhand gewonnen hat und daß das ein realer Anlaß war. Man sollte in solchen Fällen nicht unbedingt nur die negative Interpretation als Möglichkeit sehen, sondern in diesem Fall gibt es eine sehr handfeste reale. Ich würde einfach – und immer unter der Voraussetzung, daß die Leute politisch keine silbernen Löffel gestohlen haben – sagen, wenn ich zu der Überzeugung komme, ein solcher Schritt trägt dazu bei, die NPD aus

---

108 Die NPD hatte Schröder bei der Wahl in der Bundesversammlung am 5. März 1969 die Stimmen ihrer 22 Wahlmänner zugesagt, vgl. „Rheinische Post“ vom 11. Februar 1969 „Schröder kann mit NPD-Stimmen rechnen“; „Bonner Rundschau“ vom 11. Februar 1969 „Kein Bundespräsident von Gnaden der NPD“ (weitere Artikel in ACDP 01–483–233).

109 Adolf von Thadden (1921–1996), Journalist; 1967–1971 Bundesvorsitzender der NPD. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 653 Anm. 89.

110 Der NPD-Bundesparteitag fand vom 13. bis 15. Februar 1970 in Wertheim statt.

dem niedersächsischen Landtag bei den Landtagswahlen rauszuhalten, dann würde ich ihn tun – auch auf die Gefahr hin, daß es diesen scheinheiligen Brüdern von der Linken gelingt, uns hier ein bißchen anzustreichen. Ich finde, es ist eine solche groteske Infamie, eine solche Unverschämtheit von diesen Brüdern, uns an die Seite der NPD zu stellen. Wir haben uns leider Gottes viel zuviel darauf eingelassen. Aber die haben natürlich in einem gelernt, und sie machen das ganz bewußt. Sie wollen uns in die Situation bringen, daß wir uns verteidigen, damit ein bißchen abgelenkt wird von der Tatsache, was sich an Linksradikalismus bei ihnen, speziell von der nachwachsenden Generation, entwickelt. Aber es ist eine Frage. Wie gesagt, wir haben uns auf die Bundestagswahlen hin dafür entschieden, daß wir alles tun, daß sie nicht in den Bundestag kommen. Und es ist – glaube ich – auch konsequent, daß das mindestens ein möglicher Maßstab ist, auf Landesebene sich so zu entscheiden, daß die Brüder nicht mehr im Landtag sind.

*Dregger:* Wenn der Herr von Thadden seinen Wohnsitz nach Hessen verlegen sollte und er würde sich bei der CDU anmelden, dann würde ich ihn nicht aufnehmen, denn er ist eine Symbolfigur. Wenn der Herr Wehner sich bei der CDU anmelden würde, würde ich ihn heute aufnehmen, weil er schon längere Zeit in der SPD gewesen ist. Wenn er sich unmittelbar von der KPD bei uns angemeldet hätte, hätte ich auch große Bedenken. (*Stürmische Heiterkeit.*)

*Kiesinger:* Meine Damen und Herren! Darf ich noch auf einen viel wichtigeren Aspekt hinweisen. Ich glaube nicht, daß das alles so lebensgefährlich ist, wie Sie sagen. Schauen Sie sich doch die NPD-Leute in den Landtagen an, die da hineingekommen sind. Das sind brave, vermottete Spießer – weiter gar nichts. Sie müssen sich immer die Zahlen vergegenwärtigen. Es sind fast 900.000 NPD-Wähler gewesen. Hätten wir 400.000 von diesen Stimmen, die der NPD zugeflossen sind, für uns bekommen, wäre alles bestens. Lieber Herr Echternach, jetzt muß doch unsere Aufgabe sein, von diesen 900.000 Stimmen, die im Bundestagswahlkampf verlorengegangen sind – jetzt will ich mal die Böcke von den Schafen trennen, also schön, 400.000 sind unheilbar, weg damit, das sind die Böcke. Aber dann die Schäflein, die 500.000 Schäflein, die für uns zu gewinnen und zu integrieren, sollte nicht so schwer sein. Und wenn dann der eine oder der andere Mann überzeugend – und hier muß unsere Politik einsetzen – kommt und sagt, das war alles Mist, was ich da gemacht habe, das war wirklich ein Irrtum, der wird natürlich soundso viele nach sich ziehen. Die Geschichte ist ja nun auch so, wir werden möglicherweise in einem halben Jahr in Deutschland einen gewaltigen Auftrieb der NPD erleben, wenn der große Katzenjammer kommt aufgrund der Politik dieser Regierung. Und dann wandern sie von uns ab. Erinnern Sie sich an diese Allensbacher Umfrage, die mir damals sehr zu denken gegeben hat, unter Studenten und Oberschülern, daß 19 % der Befragten eine Partei links von der SPD und 19 % eine Partei rechts von der CDU wollten.<sup>111</sup> Sicher, wir wissen, wie wir solche Dinge zu nehmen haben, aber es war doch alarmierend und für uns alle neu, befremdlich neu. Und wenn das so kommen sollte, dann müssen wir wenigstens die rausziehen, die im Grunde genommen

---

111 Nicht ermittelt.

gar nichts anderes wollen als eine klare Haltung in diesen deutschen Fragen, die auch nicht den Verdacht haben, daß wir nun so halb und halb diese ganze Politik mitmachen. Darin liegt eine große Chance für uns. Und wenn Sie die Leute mal einzeln vor sich haben, dann sehen Sie, das sind doch keine Neonazis.

Ich glaube, jetzt sollten wir, da wir zusammengeschmolzen sind, Schluß machen. Ich danke denen, die standhaft ausgehalten haben.

Bonn, Freitag 19. Juni 1970

*Sprecher: Barzel, Göb, Hasselmann, Heck, Kiesinger, Köppler, Röder, Schmücker.*

*Ergebnis der Landtagswahl vom 14. Juni 1970. Verabschiedung des Haushalts 1970 der Bundesgeschäftsstelle. Vorbereitung des Bundesparteitags in Hamburg. Vorbereitung der Sitzung des Bundesausschusses. Änderung des Statuts der CDU auf Antrag des Vorsitzenden der CDU in Baden-Württemberg. Verschiedenes.*

*Beginn: 14.00 Uhr*

*Ende: 17.30 Uhr*

#### ERGEBNIS DER LANDTAGSWAHL VOM 14. JUNI 1970

Bundsvorsitzender Dr. *Kiesinger* eröffnete die Bundesvorstandssitzung mit dem Dank des Vorstands an die drei Spitzenkandidaten Ministerpräsident Dr. Röder (Saarland), Wilfried Hasselmann (Niedersachsen), Heinrich Köppler (Nordrhein-Westfalen).

Herr Dr. *Röder*, Herr *Hasselmann* und Herr *Köppler* geben einen kurzen Bericht zum Ausgang der Landtagswahlen.<sup>1</sup>

Dr. *Kiesinger* stellt fest, daß die derzeitige Bundesregierung, die für ihre Ostpolitik keine Mehrheit im Parlament finden kann, sich auch nicht mehr auf eine Mehrheit in der Bevölkerung berufen darf. Die Wähler hätten der Regierung auch ein Zeichen dafür gesetzt, daß sie nicht länger gewillt sind, den Inflationskurs der Linkskoalition hinzunehmen. Ebenso hätten die Wähler zu verstehen gegeben, daß sie mit der hektischen und undurchdachten Art, in der die Deutschland- und Ostpolitik betrieben wird, nicht einverstanden sind. Dabei hätten die Freien Demokraten den Rückschlag für die Regierung am stärksten zu spüren bekommen.

Dr. *Barzel* gibt einen Bericht zur politischen Lage sowie über die Arbeit der Opposition im ersten Parlamentsjahr.

---

<sup>1</sup> Zu den Ergebnissen der Landtagswahlen am 14. Juni 1970 in Niedersachsen, in Nordrhein-Westfalen und im Saarland vgl. Nr. 2 Anm. 18.

## VERABSCHIEDUNG DES HAUSHALTS 1970 DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Bundesgeschäftsführer Dr. *Göb* und Bundesschatzmeister Dr. *Schmücker* geben Erläuterungen zum Haushaltsplan 1970 der Bundesgeschäftsstelle.

Der Bundesschatzmeister weist darauf hin, daß eine Neuaufschlüsselung der Mittel erforderlich sei. Es müßten unbedingt die alten Absprachen eingehalten werden und darüber hinaus versucht werden, neue Quellen zu erschließen. Er teilt mit, daß ein Gespräch mit den Landtagspräsidenten über die öffentlichen Mittel der Länder stattfinden wird.

Generalsekretär Dr. *Heck* stellt fest, daß die Ausgabenseite ohne Anmerkung vom Vorstand gebilligt wird. Für die Einnahmenseite muß der Hinweis des Bundesschatzmeisters zur Kenntnis genommen werden, daß derzeit nicht feststeht, ob der unter III. aufgeführte Fehlbetrag aus Spenden zu decken sein wird. Der Haushaltsplan 1970 wurde mit dieser Einschränkung vom Vorstand genehmigt.

## VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGS IN HAMBURG

Die Verlegung des Bundesparteitags in Hamburg vom 23.–25. November 1970 auf den 25.–27. November 1970 wurde vom Vorstand genehmigt.

## VORBEREITUNG DER SITZUNG DES BUNDESAUSSCHUSSES

Generalsekretär Dr. *Heck* teilt den Beschluß des Präsidiums mit, den Bundesausschuß für den 9. Juli 1970, 14.00 Uhr einzuladen.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Arbeit des Bundesvorstands; 2. Bericht über die Arbeit der Bundestagsfraktion; 3. Beschlußfassung über die überwiesenen Anträge des Mainzer Bundesparteitages 1969; 4. Stand der Vorbereitungen des Hamburger Bundesparteitages (einschließlich Arbeit Programmkommission); 5. Genehmigung der neugefaßten Satzungen: a) der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, b) der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, c) der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge.

Bundesschatzmeister Dr. *Schmücker* bittet dringend darum, daß die neuerarbeitete Satzung der Wirtschaftsvereinigung<sup>2</sup> mit auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Generalsekretär Dr. *Heck* teilt mit, daß diese Satzung bisher weder dem Präsidium noch dem Generalsekretär vorgelegt worden ist, und bittet sicherzustellen, daß die Mitglieder des Parteiausschusses rechtzeitig die Vorlage erhalten.

---

2 Satzungsentwurf (mit Vermerk) von Peter Scheib vom 20. April 1971 in ACDP Dokumentation 2/201/30–2 sowie in ACDP 07–001–605 als Vorlage für die Bundesausschußsitzung am 17. Dezember 1970.



Bundsvorsitzender Dr. *Kiesinger* schlägt vor, diesen Punkt vorsorglich auf die Tagesordnung zu setzen.

Termin und Tagesordnung der Bundesausschußsitzung werden vom Vorstand genehmigt.<sup>3</sup>

ÄNDERUNG DES STATUTS DER CDU AUF ANTRAG DES VORSITZENDEN DER CDU IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Der Vorstand genehmigt die Vorlage zu Punkt 5 der Tagesordnung.<sup>4</sup>

VERSCHIEDENES

Der Vorstand beschließt die Einrichtung eines Fachausschusses für Strukturpolitik (s. Vorlage zu Punkt 6 der Tagesordnung).<sup>5</sup>

---

3 Die für den 9. Juli 1970 angesetzte Sitzung des Bundesausschusses wurde am 6. Juli 1970 abgesagt aufgrund einer Sondersitzung des Bundestages am 10. Juli und der damit verbundenen Vorbereitungen, vgl. Schreiben von Rüdiger Göb in ACDP 07-001 AO Bilke (unverzeichnet).

4 Vgl. ACDP 07-001-907.

5 Vgl. ebd.

Bonn, Dienstag 8. September 1970

*Sprecher: [Adorno], Barzel, [Blüm], [Dregger], [Echternach], Göb, [Hahn], von Hassel, Heck, Katzer, Kiesinger, Kraska, Lorenz, [Scheufelen], Schwarz-Schilling, Stoltenberg, von Weizsäcker, [Wex], [Windelen].*

*Parteitag Hamburg. Politische Lage. Vorbereitung einer Sitzung des Bundesausschusses. Vorbereitung der Landtagswahlen Hessen. Verschiedenes.*

*Beginn: 11.00 Uhr*

*Ende: 18.00 Uhr*

#### PARTEITAG HAMBURG

*Heck:* Ich glaube, es ist zur Klärung und Aufklärung wichtig, daß ich über die Entstehung der Diskussion über die Verschiebung des Hamburger Parteitages einiges sage.

Ich habe einem der Bonner Pressedienste, die ja bekanntlich das Gras wachsen hören, die Meldung entnommen, daß in der Partei sich die Stimmung mehre, die Kreis- und Ortsverbände hätten viel zu wenig Zeit gehabt, diese Fortschreibung des Berliner Programms, also den Vorschlag der Programmkommission, ausreichend zu beraten und zu diskutieren. Aufgrund dieser Meldung haben die Anrufe bei dem Sprecher der Partei, bei Herrn Weiskirch, nicht abgerissen, was eigentlich hier im Gange sei. Herr Weiskirch hat dann mitgeteilt, daß in der Tat bei der Bundesgeschäftsstelle eine Reihe von Briefen eingegangen sei, die zum Ausdruck bringen, daß die Zeit nicht ausreichend gewesen sei. Er wurde dann gefragt, ob es nicht zweckmäßig sei, daß der Parteitag verschoben würde. Darauf hat Herr Weiskirch richtig geantwortet, daß ließe sich jetzt nicht sagen, das hänge davon ab, wie die Meinung der Partei insgesamt sich entwickle, und dann müsse die Entscheidung darüber ja von den zuständigen Gremien gefällt werden. Das scheint mir wichtig zu sein, daß ich das vorweg erkläre, weil offenbar der Eindruck entstanden ist, als ob von der Bundesgeschäftsstelle aus die Nachricht lanciert worden sei, um zu einer Verschiebung des Parteitages zu kommen. Die Bundesgeschäftsstelle hat daran jedoch keinerlei Interesse. Was sie zu tun hat zur Vorbereitung des Parteitages, das ist für den für Ende November 1970 vorgesehenen Parteitag von uns aus ohne weiteres möglich.

Es haben dann diese Stimmen aus den Kreisverbänden auch die Landesverbände erreicht. Drei Landesverbände haben Beschlüsse gefaßt: Rheinland-Pfalz, die Saar und Niedersachsen.<sup>1</sup> Bei Rheinland-Pfalz und der Saar laufen sie darauf hinaus, daß

<sup>1</sup> Unterlagen in ACDP 07-001-22073.

der Programmparteitag verschoben werden soll; bei Niedersachsen, daß der Parteitag zwar nicht verschoben werden soll, daß aber auf diesem Parteitag auf alle Fälle das Programm nicht behandelt werden soll. Es sind dann von 24 Kreisverbänden entsprechende Anträge eingegangen, von der Jungen Union Rheinland, von der Jungen Union Hannover – der Deutschlandtag der Jungen Union hat inzwischen wieder anders votiert –, dann von der Frauenvereinigung Frankfurt, vom Mittelstandskreis Westfalen und dann noch eine Reihe von einzelnen Briefen.<sup>2</sup> Es ist gar keine Frage, daß die Zeit zur Beratung des Programms in den Kreis- und Ortsverbänden zu kurz war, zumal der Beratungszeitraum die Ferienzeit miteingeschlossen hat. Die ursprüngliche Disposition war so, daß der Programmentwurf Ende Mai in die Orts- und Kreisverbände gehen sollte. Dann wäre der Monat Juni, der noch kein Ferienmonat war, teilweise auch die erste Juli-Hälfte, zur Beratung zur Verfügung gewesen. Aber bei den Beratungen des Programmausschusses hat sich auch gezeigt, daß die Programmkommission offensichtlich nicht in der Lage war, in der vorgesehenen Zeit ihre Arbeit zu leisten, so daß der Entwurf erst Mitte Juli verabschiedet werden konnte und erst in der zweiten Hälfte Juli bei den Kreisverbänden zur Diskussion gekommen ist. Ich stelle fest, daß der größte Teil der Kreisverbände erst nach den Ferien mit der Arbeit begonnen hat, weil es während der Ferien unmöglich war, die Leute für diese Arbeit zusammenzubringen. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß natürlich in den Kreisverbänden die Erinnerung auch noch vorhanden ist, daß sie zur Vorbereitung des Berliner Programms ein ganzes Jahr Zeit hatten. Und ich glaube, daß diese sorgfältige Vorbereitung des Berliner Programms mit eine wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen hat, daß das Berliner Programm in Berlin in einer Art und Weise diskutiert und erarbeitet werden konnte, die uns in der Öffentlichkeit eine ganz ungewöhnliche Anerkennung eingetragen hat. Ich persönlich bin der Meinung, daß zu der Frage der Verschiebung des Parteitages einiges zu bedenken ist: Welches sind die Risiken, die man eingeht, wenn man den Parteitag – wie vorgesehen – abhält? Welches sind die Risiken, die man eingeht, wenn man den Parteitag verschiebt? Beides muß bedacht werden.

Die Risiken, wenn man den Parteitag – wie vorgesehen – abhält, sind die, daß wir eine Diskussion auf einem Parteitag bekommen, die nicht ausreichend vorbereitet ist und daß der Parteitag seinem Niveau nach beträchtlich abfällt im Vergleich zu dem vorausgegangenen Programmparteitag in Berlin, da speziell die vier oder fünf kontroversen Bereiche, die in dem Programm stehen, auf dem Parteitag in einer Weise diskutiert werden, daß sofort der Vorwurf kommt, hier ist etwas nicht ausreichend vorbereitet worden. Und die Vorwürfe gehen soweit, als ob wir, die Partei, auf diesem Parteitag etwas manipulieren wollten, weil man nicht ausreichend Zeit für die Beratung gibt. Ich persönlich teile nicht nur die Sorge, ich bin eigentlich gewiß, daß wir ein großes Risiko eingehen, wenn wir diesen breit in der Partei nicht ausreichend vorbereiteten Programmparteitag im November abhalten. Im Präsidium hat man diese Gefahr durchaus gesehen und auch anerkannt.<sup>3</sup>

---

2 Zusammenstellung der Eingaben in ACDP 07-001-22074.

3 Protokoll der Präsidiumssitzung vom 8. September 1970 in ACDP 07-001-1403.

Es kommt nun die Frage, welche Risiken gehen wir denn ein, wenn wir den Parteitag verschieben? Fraglos muß man damit rechnen, daß dann die Presse anfängt, Gründe zu suchen, warum wird der Parteitag verschoben. Und hier bietet sich dann an, wie es üblich geworden ist, zu sagen, diese Partei steckt ja in schrecklichen Personalproblemen, und die Parteiführung und das Management befürchten, wenn jetzt ein Parteitag stattfindet, dann kommt die Personaldiskussion hoch, und weil sie die nicht haben wollen, wird der Parteitag verschoben. Das ist eine Überlegung, die man nicht als erfunden bezeichnen kann. Das ist in der Tat eine reale Gefahr.

Die zweite Gefahr, die mit einer Verschiebung des Parteitages verbunden ist, ist die, daß die Presse schreibt, diese Partei weiß ja überhaupt nicht mehr, was sie will – siehe Deutschland- und Ostpolitik, siehe Stellungnahmen zu dem deutsch-sowjetischen Vertrag, siehe die öffentlichen Auseinandersetzungen darüber, wie die Soziale Marktwirtschaft zu verstehen sei, siehe die öffentlichen Auseinandersetzungen darüber, wie die Mitbestimmung zu verstehen sei, siehe die Auseinandersetzungen darüber, wie die angeblich Progressiven gegen die angeblich Konservativen stehen, die einen sind die Grundsatztreuen und die anderen sind die, die nur Anpassungspolitik betreiben. Es ist gar keine Frage, daß man damit rechnen muß, daß solche Interpretationen in der Presse kommen. Das Präsidium hat diese Überlegungen alle erwogen und ist zum Schluß zu der Überzeugung gekommen, daß der Programmparteitag verschoben werden soll.

Und nun kommt die zweite Frage: Auf welchen Termin soll der Programmparteitag verschoben werden und welche Möglichkeiten gibt es, diese Unterstellungen abzufangen, mit denen man bei einer Verschiebung vermutlich rechnen muß? Für die Verschiebung ergaben sich zunächst zwei Möglichkeiten, denn wir müssen ja bei dem neuen Termin berücksichtigen, daß wir Landtagswahlen haben, und zwar im März die Landtagswahlen in Berlin und Rheinland-Pfalz und im April in Schleswig-Holstein. Der Termin muß entweder zeitig vor diese Wahlen gelegt werden oder nach diesen Wahlen. Er kann nicht zwischen den Wahlen liegen. Es boten sich folgende Möglichkeiten an: entweder nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein oder zeitig vor den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Berlin. Das Präsidium war der Meinung, den Parteitag in der zweiten Januar-Hälfte abzuhalten. Ursprünglich war der Februar in Aussicht genommen, und zwar deswegen, weil wir nur Ende Februar den Parteitag auch in Hamburg abhalten können. In der zweiten Januar-Hälfte gibt es dort keine Möglichkeit, da müssen wir nach Düsseldorf gehen. Das Präsidium war der Meinung, daß, wenn die Verschiebung des Programmparteitages beschlossen werden sollte, gleichzeitig der Termin des regulären Parteitages, auf dem die Führungsspitze der Partei neugewählt werden muß, mitbeschlossen werden soll. Dafür wurde ein Termin im Oktober vorgesehen. Wir müssen hier noch, bevor wir den Termin genau festlegen können, feststellen, ob und an welchen Tagen wir die Hallen in Hamburg für den Parteitag bekommen können, weil wir der Meinung waren, wenn wir den Programmparteitag verschieben und von Hamburg wegnehmen, muß man gleichzeitig beschließen, daß der Wahlparteitag dann in Hamburg stattfindet.

Das waren die Überlegungen, die beim Präsidium in einer ausführlichen und von

vornherein durchaus nicht harmonischen Diskussion am Schluß dazu geführt haben, daß das Präsidium einstimmig den Vorschlag macht: den Parteitag zu verschieben, den Programmparteitag Ende Januar 1971 in Düsseldorf abzuhalten, gleichzeitig zu beschließen, daß der reguläre Parteitag 1971 im Oktober 1971 in Hamburg stattfindet und daß das gleichzeitig dann bekanntgegeben werden soll.

Die im Anschluß an eine Diskussion des Bundesvorstands durchgeführte Abstimmung ergab: Punkt 1 des Präsidiumsvorschlags wurde bei einer Gegenstimme (Herr Echternach) angenommen. Punkt 2 des Präsidiumsvorschlags wurde einstimmig angenommen; Termin: die Woche nach dem 25. Januar 1971 in Düsseldorf<sup>4</sup>. Punkt 3 des Präsidiumsvorschlags wurde einstimmig angenommen; Termin: Oktober 1971 in Hamburg (Anregung von Herrn von Hassel: möglichst in der sitzungsfreien Woche des Bundestags vom 4.–10. Oktober 1971).

*Generalsekretär Dr. Heck beschließt die Debatte mit folgendem Vorschlag:*

Wir sollten nicht so tun, als ob es sich bei dem Parteitag im Oktober 1971 lediglich um einen Parteitag handelt, um die Führung neu zu wählen. Man sollte hier, weil ja diese albernern Verdächtigungen ausgesprochen werden, wir würden den Parteitag nur verschieben, damit man an einem weiteren Parteitag 1971 vorbeikäme, sagen: Im Oktober 1971 findet der reguläre Parteitag statt und auf dem wird alles erledigt.<sup>5</sup> Und dazu gehört auch die Neuwahl des Parteivorsitzenden.

*Kiesinger:* Besteht Einigkeit darüber, was Herr Dr. Heck zum Schluß gesagt hat: Es handelt sich im Oktober 1971 um einen regulären Parteitag, nicht um einen Personalparteitag? – Ich bitte, über diesen Vorschlag abzustimmen.

*Der Vorschlag von Dr. Heck wurde einstimmig beschlossen.*

## POLITISCHE LAGE

Dr. Kiesinger zeigt sich in seinen Ausführungen zur Deutschland- und Ostpolitik sowie zum Moskauer Vertrag besorgt darüber, daß innerhalb der Mitgliederschaft der CDU und der Wählerschaft der Eindruck entsteht, als könnte die CDU in der Frage des Moskauer Vertrages auf dem Rückzug sein. Aus diesem Grunde haben die Führungsgremien der Partei – Präsidium und Fraktionsvorstand – in der Sommerpause ihre Meinung festgelegt. Die letzte offizielle Äußerung ist die Resolution, die auf der letzten Sitzung des Parteipräsidiums gefaßt wurde<sup>6</sup> und den vorher gefaßten Beschluß des Parteipräsidiums und des Fraktionsvorstandes<sup>7</sup> bestätigte. Diese Resolution hat die entscheidendsten Bedenken gegen den Moskauer Vertrag konkretisiert.

---

4 18. Bundesparteitag vom 25.–27. Januar 1971.

5 19. Bundesparteitag vom 4.–5. Oktober 1971 in Saarbrücken.

6 Protokoll der Präsidiumssitzung vom 9. August 1970 in ACDP 07–001–1403.

7 Protokolle des Fraktionsvorstands liegen für den Zeitraum nicht vor.

Der Beschluß hat zum Inhalt, daß die CDU sich ihr endgültiges Votum zum Moskauer Vertrag offenhält, bis ein Gesamtergebnis vorliegt und bis auch gewisse Ergebnisse aus Gesprächen, die wir der Regierung angeboten haben, vorliegen. Es gibt also kein von uns klar ausgesprochenes „Nein“ zu dem Vertrag, sondern es geht um eine Stellungnahme der CDU zu der gesamten Ost- und Deutschlandpolitik dieser Regierung und damit zu der gesamten Außenpolitik im Zusammenhang mit dem westlichen Bündnis und der europäischen Einigung. Hieraus darf jedoch nicht resultieren, daß unsere Anhänger den Eindruck gewinnen, daß die CDU hier eine Schwenkung vollzieht und ihre bisherigen Positionen verläßt. Wir müssen dafür sorgen, daß auch der einfache Mann versteht, um was es uns wirklich geht: nicht um einen Rückzug, weder jetzt um ein „Ja“, noch jetzt um ein „Nein“, sondern um einen Vorbehalt zu unserer endgültigen Stellungnahme. Dabei ist es notwendig, daß wir nicht verschweigen, was uns an dieser Politik nicht gefällt, sondern klar sagen, wo unsere entscheidenden Bedenken liegen. Es gilt nun ganz klar zu unterscheiden zwischen diesem Beschluß, daß wir uns unser endgültiges Votum vorbehalten, und der sachlichen Stellungnahme zu dieser Politik, und zwar zu der Außenpolitik dieser Regierung insgesamt.

*Dr. Barzel berichtet über seine Gespräche und seine Eindrücke in Paris, London und Washington.*<sup>8</sup>

*Barzel:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich glaube, der Bericht, den ich Ihnen schuldig bin, ist vor allen Dingen informativ und muß an die letzte Sitzung dieses Parteivorstandes vom 19. Juni anschließen und die Zwischenetappen schildern, nicht nur diese Reise, die ja nur ein Bestandteil meiner Gesamteindrücke ist. Da es um sehr wichtige Sachen geht, möchte ich, bevor ich am 19. Juni beginne, doch mir erlauben, einige analytische Vorbemerkungen zu machen, denn ich fürchte, daß, wenn man den Blick nicht weit und umfassend genug auf das Problem richtet, sich das Urteil allzu leicht verengt. Hierzu gehören zunächst einige Fakten: Der 17. Juni, der Bau der Mauer, Ungarn und die Tschechoslowakei beweisen, es gibt eine unausgesprochene, nicht verabredete, machtpolitisch bedingte Aufteilung Europas, Deutschlands und Berlins in Einflusssphären, d. h. daß die beiden Weltmächte entschlossen sind, auf der Basis dieser machtpolitischen Teilung, die sie entweder hinzunehmen bereit sind oder wenigstens nicht jetzt politisch in Frage zu stellen gewillt sind, versuchen, irgendeinen Modus vivendi im strategischen Bereich zu finden, der die Aufnahme dieser Gespräche impliziert. Und es gibt kein anderes Urteil irgendeines ernstzunehmenden Wissenschaftlers über diese drei Bereiche als natürlich die Fortdauer der machtpolitischen Polarisierung in Europa, in Deutschland und in Berlin. Es kommt hinzu, daß seit dem

---

<sup>8</sup> Barzel hielt sich am 31. August/1. September 1970 in Paris, am 2. September in London und vom 3. bis 5. September in Washington zu Gesprächen auf. Vgl. AdG 1971 S. 15995; Schreiben Barzels betr. geplanter Reise an die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion vom 24. August 1970 in ACDP 01–226–316 sowie Rainer BARZEL: Auf dem Drahtseil. München/Zürich S. 111–114.

Bericht des Präsidenten Nixon<sup>9</sup> auch jedermann öffentlich weiß, daß die USA und die Sowjetunion in ihrer entscheidenden Verteidigungskraft gleichgezogen haben.

In dieser Lage ist unsere Ostpolitik – wenn ich sie richtig sehe – gekennzeichnet von fünf Punkten, die Reihenfolge spielt keine Rolle. Erstens: Die Politik der Nichtanerkennung als das Offenhalten der deutschen Frage, begleitet von einer – wenn wir ehrlich mit uns sind – weder zeitlich, noch sachlich absehbaren, noch je von uns konkret definierten Aussicht, die Wiedervereinigung je zu schaffen. Zweitens: Unsere Bereitschaft, im Wege des Quidproquo Fortschritte in Europa und in Deutschland zu erreichen, wobei wir wieder – wenn wir ehrlich sind – das Quid, nämlich unsere Forderungen, sehr deutlich definiert haben, während das Quo nur von wenigen mit der globalen Bemerkung der schmerzhaften Opfer umschrieben worden ist. Konkret ist da niemals jemand von uns geworden, weil wir das nicht für eine überaus kluge Politik hielten. Drittens: Der dritte Punkt war immer, zuerst das freie Berlin zu festigen. Viertens: Hierbei waren unsere Bemühungen, diesen Status quo, der weltpolitisch bedingt ist, in den möglichsten Bereichen bei Offenhalten der deutschen Frage qualitativ zu verbessern. Fünftens: Unsere Bemühungen um eine europäische Friedensordnung, die in ihren Anfängen auf Adenauer zurückgeht und in der Politik Kiesingers ihren Ausdruck fand.

Das, glaube ich, ist nach wie vor richtig. – Demgegenüber steht eine Politik der Bundesregierung, die – wenn ich sie ebenso knapp, deshalb natürlich grob skizziert, formulieren darf – von folgendem gekennzeichnet ist. Erstens, Akzeptieren der Sowjetunion als Hegemonialmacht des anderen Teils Europas. Zweitens, die Anerkennung in dem Maße zu vollziehen, in dem Entspannung eintritt. Drittens, alle Realitäten zu respektieren, um – so sagt die Regierung – bessere Entwicklungen zu fördern. Dies gilt nicht – nach Meinung der Regierung – für die Oder-Neiße-Linie. Viertens, die Bereitschaft, Vorleistungen zu erbringen, siehe zweiter deutscher Staat, siehe Reparationen, siehe deutsch-sowjetischer Vertrag, in der Erwartung, solche Vorleistungen würden Prozesse einleiten, die zu Gegenleistungen geradezu zwingen. Letztes Beispiel: Unterschrift unter den Vertrag in der Erwartung, dadurch eine befriedigende Berlin-Lösung zu erreichen.

Was ich und was wir alle gegen diese grob skizzierte Politik der Bundesregierung, die nicht mit ihren Wahlkampfaussagen übereinstimmt, zu sagen haben, haben wir alle laut und deutlich gesagt. Wie gefährlich dies ist, brauche ich nicht noch einmal darzutun. Ich denke, wir alle stehen zu unseren Prinzipien. Wir müssen trotzdem davon ausgehen, daß diese Politik gemacht wird von dieser Bundesregierung und daß diese Politik zur Stunde, obwohl man das noch nicht abgefragt hat, als mehrheitsfähig erscheint. Ich bitte, diese sehr vorsichtige Formulierung zu würdigen. Wir können diese Politik ganz sicherlich insgesamt nicht akzeptieren. Wir stehen aber vor der Wahl,

---

9 Bericht Nixons am 18. Februar 1970 vor dem Kongreß zur Außenpolitik der USA in den 70er Jahren. Hier hatte er sich auch über die geänderte strategische Balance geäußert. Text im Internet: [http://www.nixonfoundation.org/clientuploads/directory/archive/1970\\_pdf\\_files/1970\\_0045d.pdf](http://www.nixonfoundation.org/clientuploads/directory/archive/1970_pdf_files/1970_0045d.pdf). Vgl. auch Nr. 7 Anm. 21.

in einer Totalkonfrontation uns dagegenzustellen oder den Versuch zu machen, auf sie einzuwirken, sie zu ändern oder sie zu beeinflussen. Es ist nicht verborgen geblieben, daß das letztere die Alternative ist, die den Beschlüssen, die wir gefaßt haben, zugrunde liegt, daß das Letztere mein Bemühen ist. Und wenn der eine oder andere im Parteivolk oder in der Bevölkerung das noch nicht so klar sieht, wie es ist, dann möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die gelehrten Marxisten das längst gemerkt haben. Nicht nur die „Prawda“, sondern auch das Organ des Außenministeriums, „...“<sup>10</sup>, haben geschrieben, die Ratifizierung sei gefährdet und dann über meine Reise berichtet. Ich glaube, Wehner hat gestern gesagt: „Dieser Barzel will ja nur der Bundesregierung die Politik und den Zeitplan aufzwingen.“ Also, gelehrte Marxisten gucken hier etwas schneller durch. Diese Politik, die in den einstimmigen Beschlüssen zum Ausdruck kommt, ist eine grundsätzliche Politik. In ihr gibt es ganz wenige taktische Züge, und sie versucht, als letzten Versuch aus einem schlechten Anfang vielleicht etwas Gutes zu bewirken. Dies war die Vorbemerkung, die ich glaubte, machen zu sollen.

In der letzten Sitzung des Bundesvorstands – und dies sage ich jetzt mit Blick auf den Kollegen Blüm – habe ich berichtet über den einstimmigen Beschluß der Bundestagsfraktion vom 26. Mai<sup>11</sup>, der dort seine Billigung gefunden hat. Ich komme nachher noch darauf zurück. Sie erinnern sich, daß ich während der Sitzung herausgerufen worden bin zu einem Gespräch mit Herrn von Kühlmann<sup>12</sup>. Über das Gespräch mit Herrn von Kühlmann, dem am Tage darauf ein Gespräch mit Herrn Scheel folgte, gibt es eine bis zur Stunde aus guten Gründen handschriftliche Notiz<sup>13</sup>, die lediglich den beiden Parteivorsitzenden, meinem Kollegen Stücklen, dem Generalsekretär und Herrn Rasner<sup>14</sup> zur Kenntnis gelangte. An diesem 20. Juni mit Scheel sprachen wir über das Gespräch mit Kühlmann. Weil das für die künftige Entwicklung vielleicht noch wichtig ist, möchte ich ganz wenige Sätze hier vorlesen: Herr Scheel wollte wissen, ob es eine Möglichkeit gibt, einen Konsens in diesen Sachen der Ostpolitik zu finden bzw. den Dissens zu lokalisieren und mit wem darüber zu sprechen sei. Meine Antwort: Die Bundesregierung komme sehr, sehr spät zu solchen Überlegungen. Unsere Einlassungen zur Sache und zum Vertrag wären bekannt. Das Bahr-Papier sei unannehmbar.<sup>15</sup>

---

10 Auslassung in der Vorlage. – Der Titel der Zeitschrift lautet „Sa Rubeschom“, vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 7. September 1970 „Moskau sieht neue Schwierigkeiten“.

11 Protokoll der Fraktionssitzung am 26. Mai 1970 mit einstimmig beschlossener Resolution zur Ost- und Deutschlandpolitik in ACDP 08–001–1022/1. Vgl. auch GRAU S. 81–84.

12 Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm (1916–1977), Land- und Forstwirt; 1960–1976 MdB (bis 1972 FDP, dann CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 43 Anm. 29.

13 Zu diesem handschriftlichen Vermerk Barzels vgl. GRAU S. 94 Anm. 204.

14 Will Rasner (1920–1971), Journalist; 1955–1971 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 37 Anm. 11.

15 Zum Bahr-Papier vom 22. Mai 1970 vgl. AAPD 1970 Dok. 221. In einem Telefonat mit Rasner am 26. Juni 1970 äußerte sich Scheel „besorgt und leise verwundert über die ‚Aktivität der Herren Marx und Baron von Guttenberg‘, die die von ihm angestrebte Verständigung mit der Opposition nicht leichter mache“ (Vermerk Rasners in ACDP 08–001–455/1). Vgl. auch die Ausarbeitung der Gruppe Außen- und Verteidigungspolitik der CDU-Bundes-



Die Gesprächspartner bestimmt die CDU/CSU selbst. Wenn die Bundesregierung oder er konkrete Punkte hätten, solle man sich an die Fraktion wenden. Wir seien jederzeit zu erreichen, auch während meiner Reise. Alles das aber habe nur einen Sinn, wenn es sich nicht durch die Beteiligung der Opposition um die Beerdigung eines Mißerfolges handle, für die sie keine Mitverantwortung trage, sondern um einen Neubeginn. Ich bat deshalb Scheel, wenn alles dies seriös und vom Kanzler gedeckt sei, sich nur dann an mich zu wenden, wenn er zuvor amtlich und verbindlich in Moskau sich vergewissert hätte, daß man dort bereit sei, wirklich neu zu verhandeln, also nicht nur über Arabesken zum Bahr-Papier zu sprechen.

Diesen Hintergrund muß jedermann kennen, wenn er die Einladung von Herrn Scheel vom 19. Juli, die er ja sofort veröffentlicht hat<sup>16</sup>, sieht, die nicht eine Einladung war, über die Sache zu sprechen, sondern eine Einladung, an den Verhandlungen sich als Beobachter zu beteiligen, und zwar ausdrücklich auf der Grundlage des Bahr-Papiers. Mithin lag die Fraktion völlig richtig, jede Beteiligung abzulehnen, denn sie entsprach nicht den Vorbedingungen, sondern war mehr eine Ausladung als eine Einladung.

Ich brauche nun über den Text des Vertrages nicht weiter zu sprechen. Den hat jeder studiert, und ich hoffe, es haben sich auch alle ausführlich genug Zeit genommen, die früheren Dokumente der Kommunisten zu studieren, um festzustellen, in welchem großen Umfange hier die alten Parteibeschlüsse und Warschauer Pakt-Beschlüsse verwirklicht sind. Ich darf hier sagen – und ich hoffe, alles was ich hier sage, bleibt vertraulich –, daß wir außer dem Text bisher zwei Interpretationen der Regierung haben, die – wie sie sagt – in einem gewissen Ratifikationsverfahren zitierfähig seien. Wir haben gesagt, wir lassen uns nicht solche konvoluten Sätze vorlesen, ohne die Konvolute ganz zu kennen. Ich komme darauf noch zu sprechen. Die beiden Interpretationen bedeuten einmal zum Problem 53 und 107 der UNO-Satzung<sup>17</sup>, also zur sogenannten Interventionsanmaßung, daß Herr Gromyko<sup>18</sup> weitergehende Erklärungen als die Westmächte abgegeben habe und daß auch die Sowjetunion glaube, niemals einseitig von diesen Rechten Gebrauch machen zu können und daß selbst, wenn mehrseitig, Gewalt dabei ausscheidet. Die zweite Interpretation betrifft die Grenzen. Alle Grenzen – Ost und West – seien natürlich im Einvernehmen der Partner veränderbar. Das sind die beiden Interpretationen, die bisher vorliegen.

---

geschäftsstelle vom 17. Juli 1970 zum Bahr-Papier (ACDP Dokumentation 0/071/01 UdSSR) sowie GRAU S. 92 und 119. Ein Vergleich des Bahr-Papiers mit dem deutsch-sowjetischen Vertrag in „Die Welt“ vom 12. August 1970.

16 In der Vorlage: 19. Juni. – Zum Schreiben Walter Scheels und der ablehnenden Antwort Will Rasners vgl. MEISSNER S. 1247–1249.

17 Vgl. Nr. 5 Anm. 27.

18 Andrei Andrejewitsch Gromyko (1909–1989, eigentlich Andrei Burmakow), sowjetischer Politiker; 1939 Eintritt in den diplomatischen Dienst, 1946–1948 ständiger Vertreter der UdSSR im UN-Sicherheitsrat, 1952/53 Botschafter in London, 1957–1985 Außenminister, 1985–1988 Vorsitzender der Obersten Sowjet. Memoiren: Erinnerungen. Düsseldorf u. a. 1989. – Zum sog. Gromyko-Papier vgl. GRAU S. 106f. sowie die Broschüre „Gewaltverzicht“ in sowjetischer Sicht“ in ACDP 01–226–316.

Wir haben nun am 26. Mai Maßstäbe aufgestellt gehabt, die ich noch einmal in Erinnerung rufen möchte, denn wir müssen ja Kontinuität in unserer Politik einhalten: Erstens, eine Minderung bestehender Spannungen; zweitens, Verbesserung für die Menschen; drittens, keine völkerrechtliche Anerkennung, weil sie das Selbstbestimmungsrecht zerstören würde; viertens, Gewaltverzicht und Aufrechterhaltung der sowjetischen Gewaltvorbereitung schließen sich aus; fünftens, die Festlegung von Grenzen bleibt einem Friedensvertrag vorbehalten; sechstens, zuerst Berlin-Regelung.

Am 9. Juli wurden wir darüber informiert, und auf meinen eigenen Vorschlag gab es im Anschluß an diese Information, an der die beiden Parteivorsitzenden teilgenommen hatten, eine Sitzung der Führungsgremien, der Präsidien der CDU und der CSU, im Hause des Parteivorsitzenden der CDU.<sup>19</sup> Wir haben dann aufgrund dieser Maßstäbe, die wir hatten, uns zu einer Politik durchgerungen, die am nächsten Tag in der Sitzung des Fraktionsvorstands gebilligt wurde und in einem Brief an den Bundeskanzler seinen Ausdruck findet.<sup>20</sup>

Dieser Brief zielt zunächst ab darauf, daß er an dem einstimmigen Beschluß der Fraktion festhält. Das war zugleich das Argument, weshalb wir eine neue Fraktions-sitzung nicht brauchten. Er stellte dann an den Anfang die Probleme der westlichen Politik und betonte dann – ich zitiere noch einmal: „Der deutsch-sowjetische Vertragsentwurf erfüllt zwar einige der Erwartungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, läßt aber entscheidende Bedenken fortbestehen.“ Er formuliert dann einige Bedenken – ich will es nicht noch einmal vorlesen –, und in den Beschlüssen des Parteipräsidiums, von denen der Herr Vorsitzende gesprochen hat, sind einige dieser Bedenken weiterformuliert worden. Darum glaubten wir – und ich kann das ganz kurz machen nach der Eingangseinlassung des Herrn Parteivorsitzenden –, noch nicht ein abschließendes Urteil fällen zu sollen. Zu sollen, ich habe nicht gesagt zu können, einmal, weil wir uns durchgerungen hatten, nicht schuldig daran zu werden, daß diese Politik plötzlich hier sich durchsetzt im Bundestag, sondern zu versuchen, Einfluß zu gewinnen. Und ich hoffe, es hat niemand vergessen, wie sehr das Gefühl verbreitet war in unserer Partei und Fraktion, daß wir am 10. August ein bißchen in der Ecke standen.<sup>21</sup> Das zweite Argument war, daß wir uns weder aus dem Inland noch aus dem Ausland von seriösen Menschen sagen lassen wollten, wir hätten, da dies ganze ja eine Politik sei, wo nun noch Berlin und Gesamtdeutschland usw. dazu komme, uns durch das „Nein“ aus der Position des Druckausübens auf die Regierung weggenommen. Dies ist – glaube ich –

---

19 In der Vorlage: 9.6. – Ein Protokoll der Sitzung liegt nicht vor. Vgl. „Frankfurter Neue Presse“ vom 10. Juli 1970 „Die CDU stellt Bedingungen“. Zum Gespräch Rasners mit Scheel am 8. Juli 1970 vgl. Vermerk Rasners vom 9. Juli für Barzel in ACDP 08–001–455/1 sowie dazu auch GRAU S. 99–108.

20 Vgl. GRAU S. 104 Anm. 239.

21 Nach einer Sitzung des CDU-Präsidiums am 9. August 1970 (Protokoll in ACDP 07–001–1403) beschloß der Vorstand der CDU/CSU-Fraktion am 10. August 1970, in einem Brief an Bundeskanzler Brandt die Haltung der Fraktion zum deutsch-sowjetischen Vertrag und die damit verbundenen Bedenken darzulegen. Vgl. ACDP 01–226–316; Druck: BULLETIN Nr. 109 vom 17. August 1970 S. 1148f.

eine Pflicht der Opposition. Wir haben ja einmal anspruchsvoll gesagt, wir wollten zeigen, daß wir auch Opposition staatspolitisch besser könnten als andere vor uns. Das dritte Argument war, daß wir international im Spiel zu bleiben wünschten, und Sie hatten ja Gelegenheit zu lesen, was die Konservative Partei<sup>22</sup> und andere erklärt hatten. Das vierte Argument war, daß, wer jetzt votiert, geradezu das „Ja“ provoziert. Wenn wir jetzt votiert hätten, hätte das eine Sondersitzung des Bundestages ausgelöst. Dies hätte zwar nicht die Ratifikation bewirkt, aber einen politischen Beschluß des „Ja“ der damals gegebenen Majorität in der Stimmung der Euphorie.

Und schließlich hatte ich mir erlaubt – und dies ist der erste taktische Hinweis in der ganzen Sache –, daß es, glaube ich, keinem von uns gelingen wird, mit aller Kunstfertigkeit, mit aller Überredungskunst, mit aller Sachkenntnis in der Frage der Oder-Neiße-Linie völlige Einmütigkeit zu erreichen. Und nur das Schnüren des Pakets auch durch uns ermöglicht es, daß diese Frage nicht vor den Landtagswahlen kommt. Wer jetzt votieren will endgültig zum deutsch-sowjetischen Vertrag, muß morgen zum Polen-Vertrag votieren.<sup>23</sup> Es ist nicht wahr, daß zur Stunde die Schwierigkeiten zwischen Deutschland und Polen darin liegen, daß in der Sache Schwierigkeiten aufgetreten seien. Ich habe mir sagen lassen, daß die Vertagung des Termins damit zusammenhängt<sup>24</sup>, daß Herr Brandt versuchen will, über diese Sache mit uns zu sprechen, um sie vorwegzunehmen.

Was nun den Fraktionsvorsitzenden selbst betrifft, so hat er Wert darauf gelegt, sein eigenes Votum unabhängig von der Arbeitsgruppe, die bereits arbeitet, in einem persönlichen und zu meiner Freude auch vertraulich gebliebenen Brief, den ich einmal an die Fraktion geschickt habe und an die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen<sup>25</sup>, unmißverständlich deutlich zu machen, daß keiner hier glauben kann, hier wackelt einer. Ich habe freilich an keiner Stelle national oder nationalistisch argumentiert oder von hinten her, sondern immer nur nach vorne wegen mangelnder Dinge in der europäischen Ordnung. Der Kernsatz lautet – ich will ihn hier vorlesen, alles andere ist nicht so wichtig: „Dieser Vertrag verfestigt eine Hegemonie, sucht Grenzen zu zementieren und ist konzipiert mit dem rückwärts gerichteten Blick auf Potsdam<sup>26</sup>, den verlorenen Krieg und den allein auf Macht gegründeten unnormalen Realitäten.“ Dies ist die Auffassung, die ich dazu habe.

Es kam dann jene Periode, die durch den Eindruck des Streits mit den USA entstanden ist, der – wie ich glaube – durch das, was wir hier heute gehört haben, aus-

---

22 dpa vom 21. Juli 1970 „The Times: Der Schatten der Bonner Opposition über Moskau“. Zur Einschätzung des britischen Außenministers Sir Alec Douglas-Home vgl. AAPD 1970 Nr. 315 und 316.

23 Zum Moskauer Vertrag vgl. Anm. 32, zum Warschauer Vertrag vgl. Nr. 12 Anm. 5.

24 Vom 23. bis 25. Juli 1970 fand in Warschau die 5. Runde der deutsch-polnischen Verhandlungen statt. Die Fortsetzung der Gespräche wurde vertagt, die 6. Gesprächsrunde fand vom 5. bis 7. Oktober 1970 in Bonn statt. Vgl. AdG 1970 S. 15616; AAPD 1970 Dok. 379.

25 Schreiben Barzels mit Anlage vom 24. August 1970 in ACDP 01–226–316, 08–006–050/1.

26 Vertrag zum Abschluß der vom 17. Juli bis 2. August in Potsdam stattfindenden Konferenz der Siegermächte Großbritannien, USA und UdSSR. Druck: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland. Ergänzungsblatt Nr. 1 S. 13–20.

geräumt ist. Ich möchte dazu nur zu den Fakten beitragen, daß die Mitteilungen im „Spiegel“<sup>27</sup> und in der Presse, als ob der Fraktionsvorsitzende den Parteivorsitzenden aufgeregt angerufen habe, völlig unrichtig sind. Richtig ist, daß der Parteivorsitzende mit dem Fraktionsvorsitzenden sprach: „Sagen Sie mal, hier ist etwas in der Presse entstanden, wollen wir nicht eine gemeinsame Erklärung abgeben?“ Die haben wir dann auch sehr schnell gefunden.<sup>28</sup>

Es kommt dann nun meine Reise, die nicht, wie manche glauben, in einer Nacht geboren wurde – und wer sich international auskennt, weiß, daß das schon wegen der Termine gar nicht geht –, sondern schon einige Wochen vorbereitet war, die auch mit dem Herrn Parteivorsitzenden abgestimmt war. Wir hatten uns dahin verständigt – seine Reise im März [sic!] und meine Reise im September in die USA.<sup>29</sup>

Ich habe Ihnen hier vorgelegt, um meinen Bericht zu verkürzen, den Text, den ich gestern der Presse vorgetragen habe.<sup>30</sup> Nehmen Sie das bitte nun nicht so als eine Presseerklärung hin, wie man das gewöhnlich macht, sondern dies sind die vier Punkte der Gesprächsführung und ihre Ergebnisse. Und wenn ich Ihr Augenmerk auf die Ziffer 4 z. B. richten darf – daß wir erst die westlichen Dinge sagen, ist ganz klar –, dann möchte ich sagen, daß dieser Satz, so wie er hier steht, in jedem der Gespräche mit den Verantwortlichen so vorgetragen und unwidersprochen hingenommen wurde. Was das für uns bedeutet im Hinblick auf die Landtagswahlkämpfe, die globale Zustimmung, als gäbe es nur eine Ostpolitik, zu reduzieren auf die Zustimmung zur Wahrung der Rechte und die Zustimmung zu einer natürlich auf Entspannung gerichteten Politik, das wird – so hoffe ich – die Zukunft noch erweisen.

Zu dem, was ich der Presse nicht gesagt habe, möchte ich hier noch einige detaillierte Ausführungen machen: Das erste – und das ist, glaube ich, ganz wichtig, weil man ja doch immer wissen muß, wie stehen die Chancen auf der internationalen Bühne. Wir sind also nicht nur mit höflichem Interesse, sondern mit ausgesprochener Herzlichkeit und Wohlwollen und Sympathie aufgenommen worden. Ich will darauf verzichten, Beweise dafür hier vorzutragen. Zweitens hatte ich den Eindruck, daß die grundsätzliche Berlin-Position, die ich vorgetragen habe, einschließlich der Verbindung mit den gesamtdeutschen Fragen, wenn ich das für die Regierung hätte vortragen dürfen, bereits jetzt den wesentlichen Konsensus der drei Westmächte mit uns bedeutet hätte. Ich werde deshalb nachher mich bemühen, die Berlin-Position hier vorzutragen. Drittens, über die Ziffer 4 habe ich gesprochen. Viertens, in Sachen Oder-Neiße gibt es kaum noch Verständnis dafür, daß uns das Schwierigkeiten macht. Es gibt die Frage, ob und wenn ja was die Westmächte erklären sollen, falls es zu einem deutsch-

---

27 Vgl. „Spiegel“ vom 22. August 1970 „Letzter Perron“. Vgl. dazu auch GRAU S. 113.

28 Vgl. CDU Presse Mitteilungen vom 18. August 1970 in ACDP 01–226–316.

29 Kiesinger hielt sich vom 12. bis 22. Mai 1970 in Washington auf (Terminplan in ACDP 01–226–742). Zur Reise Barzels vgl. Anm. 8.

30 Vgl. Erklärung des Pressereferats der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages vom 7. September 1970 zu den Ausführungen Barzels vor der Bundespressekonferenz (ACDP Dokumentation AO Barzel/Reden).

polnischen Vertrag kommt. Ich habe die Frage wie folgt beantwortet: In der Logik der Aufrechterhaltung der Vier-Mächte-Rechte in Berlin, was z. B. bedeutet, daß die USA eine aus eigenem Recht in Europa wirksame Macht sind und nicht erst eingeladen zu werden brauchen, um an einer europäischen Sicherheitskonferenz teilzunehmen, in der Logik liegt, daß die völkerrechtliche Anerkennung unmöglich ist; in der Logik dieser Haltung liegt, daß die Westmächte eine Erklärung dahingehend abgeben, dies war meine Bitte, daß natürlich eine endgültige Regelung zwischen Deutschland und Polen allein gar nicht möglich sei. Ob man dem entsprechen wird, ist eine offene Frage. Fünftens darf ich sagen, daß diese Politik eingehend betrachtet wird, weil man selbst auf die Ratifikationsvorbereitungen sehr großen Wert legt. Ich kann ja wohl sagen, daß das sicher in Übereinstimmung mit den Westmächten erfolgt ist und in halber Erfüllung einer Forderung der Opposition – wir werden alle Kraft dazu brauchen, hier innenpolitisch dieses Junktim zu halten, es sind schon einige dabei, es auflösen zu wollen –, daß alle ihr endgültiges Urteil eigentlich davon abhängig machen – ich projiziere jetzt sehr vorsichtig – a) von der bleibenden festen Verankerung der Bundesrepublik Deutschland im Westen und b) von einer befriedigenden Berlin-Lösung. Sechstens, ich hatte keinen Gesprächspartner – und das wäre dann ja auch eine Unlogik gewesen –, der diese Einmischung nicht als Bevormundung angesehen hätte, der etwa gesagt hätte, sagen sie „Ja“ zu diesem Vertrag. Ich habe viele verständnisvolle Blicke und manch verständnisvolles Wort bis zu „konstruktiv“ und „sehr im westlichen Interesse“ gehört über die Opposition und die CDU, die nicht vergessen ist. Auch ihre früheren Kanzler sind nicht vergessen. Ich habe keinen Zweifel daran gelassen, daß ich persönlich, für den Fall, daß die Bundesregierung das Junktim auflösen würde in allen Bereichen, der Vertrag allein uns jetzt zur Entscheidung zwänge, daß ich meiner Fraktion den Rat des „Neins“ dann geben müßte. – Mehr möchte ich in diesem Augenblick nicht vortragen. Vielleicht haben Sie nachher ein paar Fragen.

Der Bundeskanzler Brandt hatte, als ich wiederkam, mir über mein Büro schon auf dem Flugplatz einen Zettel geschickt und hat drei Termine angeboten: einen für gestern, einen für heute und einen für morgen. Nach Verständigung mit Herrn Stücklen haben wir den Termin für morgen angenommen. Es dürfte sich morgen – so glaube ich, denn ich weiß natürlich nicht, was er vor hat – mehr um die Präliminarien handeln, wie machen wir nun gemeinsame Gespräche, wie groß ist der Kreis, was ist der Themenkreis. Es könnte aber sehr wohl sein, daß er versucht, die Polen-Frage vorzuziehen. Ich werde mit allem Nachdruck versuchen, das zu verhindern, weil sonst das Ganze kaputt ist. Ich werde ihm sagen, wir müssen über Berlin sprechen und müssen sprechen über die innerdeutschen Dinge, zumal wir über Polen noch gar nicht sprechen können, weil wir gar nicht wissen, was die Regierung an uns für Fragen hat. Ich werde verlangen – das freilich wird nicht ganz leicht sein –, die Protokolle einzusehen. Die Regierung ist sicher nicht sehr geneigt dazu, und ich muß auch sagen, der Wunsch ist natürlich nicht sehr bescheiden. Aber dieser Wunsch ist sachlich völlig begründet, weil die kommunistische Seite in offiziellen Dokumenten spricht von den „Verhandlungen“ und dem „Vertrag“. So die Erklärung des SED-Politbüros, so die Erklärung des Ministerrats der DDR, so die Erklärung von Herrn Breschnew, so der Text vom 20. August der

Gipfelkonferenz der Warschauer Paktstaaten.<sup>31</sup> Also werden wir die Frage stellen, es gehören Verhandlungen doch offensichtlich zur Sache. Die müssen wir einsehen. Ich könnte mir vorstellen, daß die Bundesregierung dann sagt: Gut, verhandelt hat aber nur Herr Scheel.<sup>32</sup> Herr Bahr hat nur Gespräche geführt. – Dann werden wir sehen, wie wir uns auf diese Sache einlassen. Ich glaube, das ist relativ ungefährlich, weil meine Nase mir sagt, daß auch in den Verhandlungen des Herrn Scheel auf die Gespräche des Herrn Bahr Bezug genommen wird und deshalb das Gesamturteil das ganze verlangt. Die Schwierigkeit ist natürlich die – und deshalb habe ich dazu öffentlich einige Erklärungen abgegeben, auf die ich mich später berufen kann –, daß jemand, der die Protokolle sieht, natürlich keinen Geheimnisverrat begehen darf, daß aber derjenige, der die Protokolle kennt, nicht gehindert ist, seine Meinung in voller Kenntnis aller geheimen Dinge zu sagen, ohne Quellen zu nennen oder sie zu zitieren. Das habe ich der „Berliner Morgenpost“ gegenüber gesagt<sup>33</sup>, das habe ich auch gestern vor der Bundespressekonferenz gesagt<sup>34</sup>, so daß sich keiner darüber im unklaren sein kann, daß wir uns etwa hier die Hände binden lassen – formal werden wir etwas angebunden sein.

Was nun Berlin betrifft, so bedaure ich, daß die Bundesregierung, soviel Papier sie auch verwendet hat bisher, zwei Dinge nicht voll publiziert hat, nämlich: Erstens, die sechs den Vertrag begleitenden Leitsätze, die paraphierte Absichtserklärungen sind (wir haben sie der Fraktion natürlich zugeleitet).<sup>35</sup> Zweitens, den vollen Text der formellen Erklärung des Außenministers vor der Paraphierung in Sachen Berlin.<sup>36</sup> Ich darf den Text hier eben vortragen: „Ich möchte im Anschluß an das Gespräch, das ich mit Ihnen über Berlin geführt habe, der Überzeugung Ausdruck geben, daß der positive Abschluß unserer Verhandlungen für das Zustandekommen einer befriedigenden Regelung für Berlin in den Vier-Mächte-Verhandlungen förderlich ist. Die Bundesregierung geht natürlich von der Verantwortung der alliierten Mächte für Berlin aus. Sie hat jedoch an West-Berlin auch ein eigenes vitales Interesse. Ich möchte Sie

---

31 Rede Generalsekretär Breschnews in Alma Ata am 28. August 1970 (MEISSNER S. 1295–1297). – Erklärung des DDR-Staatsrats vom 21. Juni 1968 zur deutschen Frage (EUROPA-ARCHIV Folge 19/1968 D 468–489). – Erklärung des Ministerrats der DDR vom 14. August 1970 zum Abschluß des deutsch-sowjetischen Vertrages (AdG 1970 S. 15653 f.) – Zur Tagung des Politisch Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Paktes am 20. August 1970 in Moskau vgl. AdG 1970 S. 15666 f.

32 Zur Moskautreise Außenminister Scheels vom 27. Juli bis 7. August vgl. AAPD 1970 Dok. 328, 335, 337, 340, 343, 344, 346, 351, 353; AdG 1970 S. 15631–15634; BULLETIN Nr. 109 vom 17. August 1970 S. 1141–1146; MEISSNER S. 1254–1259. Am 7. August wurde der Vertrag in Moskau von Scheel und Gromyko paraphiert und am 12. August 1970 im Verlauf von Willy Brandts Aufenthalt in Moskau (11. bis 13. August) unterzeichnet (AdG 1970 S. 15646–15652).

33 Vgl. „Berliner Morgenpost“ vom 26. August 1970 „Barzel: Passierscheine und Telefonverkehr sind für ein Ja zum Vertrag zuwenig“.

34 Vgl. Anm. 30.

35 Vgl. BULLETIN Nr. 79 vom 9. Juni 1970 S. 789 sowie Nr. 106 vom 10. August 1970 S. 1048. Dazu auch VOGTMEIER S. 143 f.

36 Vgl. AAPD 1970 Dok. 375 S. 1413.

deshalb an die bekannte Haltung der Bundesregierung zu dieser Frage erinnern, die in folgendem Beschluß ihren Ausdruck findet.“ (Es folgt Zitat): „Die Bundesregierung hofft, daß die Gespräche der Vier Mächte über Berlin dazu führen, die engen Bindungen zwischen Berlin-West und den Bund sowie den Zugang von der Bundesrepublik Deutschland nach Berlin-West zu sichern. Sie ist der Auffassung, daß Fortschritte bei der Entspannung in Europa untrennbar mit einer befriedigenden Regelung in und um Berlin verbunden sind. Ein Gewaltverzichtsvertrag wird erst in Kraft gesetzt werden können, wenn diese vorliegt.“ Soweit das Zitat. Und es heißt dann noch: „Dies wurde vom Kabinett am 23. Juli 1970 beschlossen.“

Damit hat die Regierung eine Hürde selbst vor die Ratifikation gesetzt. Sie hat noch eine zweite davor gesetzt, nämlich die innerdeutschen Dinge. Ich will hier nicht lange zitieren, aber lesen Sie nach. Brandt in Erfurt, wo er ganz klar sagte: Ohne innerdeutsche Entspannung, ohne daß die Menschen davon etwas haben, gibt es überhaupt nichts. Wir müssen diesen zweiten Punkt sehr stark betonen – wir haben uns ja bereits darüber unterhalten. Ich glaube, daß es zu diesem zweiten Punkt ziemlich leicht sein wird – unsere Arbeitsgruppe ist dabei –, die Punkte, die wir fordern müssen, zu formulieren, weil der Parteivorsitzende Kiesinger ja am 12. April 1967 seinen bekannten Vorschlag zum Themenkatalog gemacht hat.<sup>37</sup> Da waren nur einige wenige Punkte vergessen, die haben wir im Oktober 1969 von der Fraktion aus nachträglich der Bundesregierung zugestellt.

Was Berlin betrifft: Lorenz, Lummer, Gradl und ich haben zweimal darüber gesprochen und einmal in einem größeren Kreis nach der Beerdigung des Kollegen Lemmer.<sup>38</sup> Es gibt ein schriftliches Votum der Herren, das unserer Arbeitsgruppe vorliegt und das prinzipielle Zustimmung gefunden hat.<sup>39</sup> Auch das, was ich Ihnen jetzt sage, ist prinzipiell von unserer Arbeitsgruppe gebilligt – nicht in jeder Formulierung, weil die sehr flüchtig ist. Ich möchte Ihnen jetzt das vorlesen, was ich gestern diktiert habe:

I. Es geht um eine befriedigende Berlin-Lösung für die Zeit der deutschen Spaltung, die, wenn sie von der Lage, wie sie ist, ausgeht, diese garantiert störfrei macht und die deutsche Einheit offenhält. Einseitige, jederzeit reversible Akte der anderen Seite genügen nicht. (Der deutsch-sowjetische Vertrag ist nutzlos, wenn gleichwohl die östliche Seite Berlin weiter als Konflikttherd betrachtet und behandelt. – Dieser Satz ist für die Delegierten formuliert. Nicht daß einer meint, ich würde das dem Bundeskanzler sagen, weil er dann auf die Idee kommt, wir seien für diesen Vertrag.) Dieses Ziel ist erreichbar, weil die Sowjetunion an dem Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland sehr interessiert ist, die Berlin-Vorbedingung kennt und viel Prestige in diesen Vertrag investiert hat.

II. Die Bundesregierung selbst hat in Übereinstimmung mit den Westmächten und

---

37 In der Vorlage: 1969. – Regierungserklärung Kiesingers vom 12. April 1967 zur Deutschlandpolitik mit anschließender Stellungnahme Barzels und Aussprache, vgl. Sten.Ber. 5. WP 101. Sitzung S. 4686–4689.

38 Lemmer war am 18. August 1970 verstorben.

39 Ausarbeitungen der Kommission Moskauer Vertrag (später „Ostkommission“) des AK V in ACDP 01–356–303; „endgültiges“ Papier vom 22. September 1970 in ACDP 01–356–237.

in teilweiser Erfüllung einer Forderung der Opposition die befriedigende Berlin-Lösung als Hürde vor die endgültige Ratifikation des deutsch-sowjetischen Vertrages gesetzt. Aus Gründen einer starken Verhandlungsposition, aber auch zur Vermeidung brunnenvergiftender späterer Geschichtsfälschung ist es dringend erforderlich, eine Berlin-Position aufzubauen, die in vertraulichen Gesprächen von den USA, Großbritannien, Frankreich, dem ganzen Bundestag und dem Berliner Abgeordnetenhaus erarbeitet wird.

An dieser Stelle eine Bemerkung: Dies hat man besonders angenehm empfunden bei meiner Reise, und ich habe auch an einer Stelle gar nicht zu betonen brauchen, was wir einbringen, sondern man hat von sich aus gesagt, wir wären ja sehr feine Leute, daß wir unsere Berlin-Position noch nicht veröffentlicht hätten im Gegensatz zum Regierenden Bürgermeister<sup>40</sup>, weil wir dadurch das Finden einer gemeinsamen Position erleichtert hätten. Das ist sehr wohlwollend aufgenommen worden. Natürlich werden wir eines Tages publizieren, je nachdem wie die Regierung sich verhält. Weiter im Text:

Die Höhe der Hürde ergibt sich aus dem Geist des deutsch-sowjetischen Vertrages, wie ihn die Bundesregierung darstellt. Natürlich müssen auch hier die Realitäten und Verabredungen gelten, welche für die freie Welt und das ganze Deutschland am günstigsten sind.

III. 1. Fortdauer der uneingeschränkten Anwesenheit der Truppen Frankreichs, Großbritanniens und der USA, entsprechend deren Recht und Verantwortlichkeiten sowie entsprechend dem Willen der West-Berliner. 2. Verantwortung für freien Zugang, der störfrei gemacht werden muß, bleibt Sache der Vier Mächte. Die DDR darf höchstensfalls die Identität überprüfen, nicht aber Personen an der Reise hindern. Plombierte Züge und plombierte Warenladungen würden den Zugang störfreier gestalten. 3. Es darf kein drittes Deutschland entstehen. Die Zusammengehörigkeit West-Berlins mit der Bundesrepublik Deutschland entspricht den gewachsenen politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Bindungen. Sie ist nicht nur eine Realität (siehe Art. 1 des Vertrages), sondern auch Gegenstand internationaler Verträge (siehe Art. 4 des Vertrages). Zu dieser Zusammengehörigkeit gehört u. a.: Die Finanzhilfe des Bundes für West-Berlin, die Präsenz des Bundes in West-Berlin und die Vertretung West-Berlins nach außen durch die Bundesrepublik Deutschland gemäß Vereinbarung mit den Drei Mächten. Und dann kommen 4. die bekannten Verbesserungen für die Berliner, die ich hier nicht vorzutragen brauche.

Das ist im wesentlichen der Bericht. Ich möchte noch einmal daran erinnern, wie die Lage für die Union am 9./10. August war. Und es kann keiner mehr sagen, wie es damals scherzhaft in der Presse hieß, wir seien weg vom Fenster. Ich glaube, wir sind auf der Bühne und haben hier eine Chance. Und ich glaube, dies ist die Folge des überlegten Beschlusses vom 10. August. Ich werde die Bundestagsfraktion, der ich einen ähnlichen Bericht die Absicht zu geben habe, bitten, den Text, den ich eben vorgetragen habe, bis hierher voll zu billigen, und ich werde diese Billigung auch mit aller Kon-

---

40 Vgl. AAPD 1970 S. 1497 Anm. 4.



sequenz erbitten müssen. Wenn wir die kritische Distanz zum deutsch-sowjetischen Vertrag erhalten und alles dem abschließenden Gesamturteil vorbehalten, weil dazu die beiden westlichen Punkte ebenso gehören wie die fünf östlichen Punkte, dann können wir – das ist die Alternative – vielleicht erreichen, daß nunmehr europäische Vereinigung stattfindet. Die Bereitschaft ist in Paris und London sehr schnell gewachsen. Wir können vielleicht erreichen, daß die Fortdauer der Anwesenheit der Truppen der USA bleibt und daß es eine befriedigende Berlin-Lösung und innerdeutsche Verbesserungen gibt. Dann können wir immer noch über den Vertrag befinden. Oder daß die Bundesregierung selbst auf die Ratifikation ihres Vertrages verzichtet.

Und nun zum Schluß noch eine ganz persönliche Bemerkung: Wer die Berichte über Wehners Jugoslawien-Reise und das Kommuniqué über die Beziehungen zwischen der Kommunistischen Partei Jugoslawiens und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands liest<sup>41</sup>, wird mir zustimmen, daß dies nichts anderes als ein ideologisches Rapallo<sup>42</sup> zum Ausdruck bringt. Und wer zweitens sieht, daß diese Regierung doch in Wahrheit dabei und bereit ist, sich zwischen West und Ost zu bewegen, um mindestens eine Schaukelpolitik zu machen, ja, meine Damen und Herren, wer das verhindern will – und das ist eine Gefahr –, der würde sich, so fürchte ich, auch wenn er jetzt das „Nein“ schmettert und einen anderen Weg geht als der Parteivorsitzende und der Fraktionsvorsitzende gemeinsam hier vorschlagen – und ich sage das mit aller Überlegung –, mitschuldig und mitverantwortlich machen. Ich glaube, daß diese Politik des letzten Versuchs, auf die Regierung einzuwirken und auf die Westmächte einzuwirken, unternommen werden muß. Wir werden in sehr kurzer Zeit – und wenn ich Herrn Dregger ansehe und Leo Wagner<sup>43</sup> ansehe, glaube ich in befriedigender Zeit – sehen, ob und wie der Kanzler auf unsere Vorschläge eingeht. Tut er das, dann ist das gut für unser Land und für unsere Partei. Tut er das nicht, dann werde ich selbst mit aller Lautstärke und aller Härte zur totalen Konfrontation aufrufen. Und dann wird man glauben und hören – und nicht nur im Volk, sondern auch im Bundestag –, daß wir vorher den Versuch gemacht haben, etwas abzuwenden. Und wenn wir das mit Berlin schaffen, dann wird auch für den Fall einer Veränderung hier die Sowjetunion zwar Propaganda machen können, aber wir würden im Westen verstanden werden, wenn es hier dann über diese Frage eine Veränderung gibt. Wir sind – und dies ist das Ergebnis meiner Reise – auch innenpolitisch wieder handlungsfrei. – Ich danke Ihnen, daß Sie mir so lange zugehört haben.

---

41 Wehner hielt sich mit einer Delegation vom 31. August bis 6. September 1970 in Jugoslawien auf. Vgl. das Schreiben Rainer Barzels vom 11. September 1970 an die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion mit einer Zusammenstellung von Artikeln zum Wehner-Besuch (ACDP Dokumentation Personenarchiv Wehner/Reisen).

42 Im italienischen Seebad Rapallo wurde am 16. April 1922 zwischen dem Deutschen Reich und der RSFSR ein Vertrag abgeschlossen, der als Muster einer anti-westlichen deutsch-sowjetischen Allianz interpretiert wurde, vgl. Ulrike HÖRSTER-PHILIPP (Hg.): Rapallo – Modell für Europa? Friedliche Koexistenz und internationale Sicherheit heute. Köln 1987.

43 Leo Wagner (1919–2006), Rektor; 1963–1975 Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU, 1971–1975 der CDU/CSU-Fraktion. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 36 Anm. 7.

Dr. *Kiesinger* eröffnet die Aussprache über den Bericht Dr. Barzels mit der Verlesung eines Telegramms von Herrn Hasselmann: „Die Landtagsfraktion der CDU in Niedersachsen fordert den Bundesvorstand auf, unverzüglich eine klare und eindeutige Stellungnahme der Opposition zu dem Moskauer Vertrag herbeizuführen.“

Wegen der allgemein vorhandenen Unsicherheit über den Standpunkt der CDU zur Ostpolitik der Bundesregierung schlägt Dr. *Kiesinger* vor: erstens eine Entschließung zur Sache zur veröffentlichen und zweitens innerhalb kürzester Zeit eine Aufklärungsaktion durchzuführen, die die Verwirrung im Lande beendet. Hierzu wäre eine Abstimmung mit der CSU notwendig, um zu verhindern, daß die CDU und die CSU in ihren Aussagen auseinanderfallen.

*An der sich anschließenden Debatte zum Bericht Dr. Barzels beteiligen sich die nachstehend aufgeführten Vorstandsmitglieder: Lorenz, Dr. von Weizsäcker, Professor Hahn, Windelen, Dr. Dregger, Frau Dr. Wex, Dr. Blüm, Katzer, Dr. Stoltenberg, Echternach, Adorno, von Hassel, Dr. Scheufelen.*

*Von Weizsäcker:* Es kann ja von niemand von uns bestritten werden, wie notwendig Klarheit ist, nicht nur in Landtagswahlkämpfen, sondern eben immer in jeder Art von Parteiarbeit. Klar ist, entweder die Position zu sagen, wir wollen offenhalten; oder klar ist, die Position zu sagen, wir wollen nicht offenhalten. Aber unklar ist die Position, wenn wir den Versuch machen, beides miteinander zu verbinden. Und es ist ja nicht der böse Wille oder die Tauben- und Falken-Qualität, sondern es ist die objektive Schwierigkeit, die in dieser Sache steckt, daß wir uns immer ein bißchen in der Nähe dieser Unklarheit befinden. Sie sagen, wir müssen zu dem Vertrag Stellung nehmen. Das wird in der Allgemeinheit von niemand bestritten. Die Frage ist, ob die Angst derer begründet ist, wenn wir sagen, wir nehmen so Stellung, daß wir das Votum offenhalten. Die Sorge der anderen ist, daß sie sagen, ja, ihr macht jetzt Berlin-Vorschläge. Wir mißtrauen euren Berlin-Vorschlägen, denn ihr wollt diese Berlin-Vorschläge möglicherweise dazu benutzen, um von uns, die wir vielleicht jetzt noch anderer Meinung sind, das „Ja“ zum Vertrag abzukaufen. Gerade an dem Punkt halte ich Klarheit unter uns für notwendig, wie falsch eine solche Sorge ist. Es handelt sich überhaupt nicht darum, bei der Einwirkung auf die Berlin-Regelung oder andere Regelungen, die Europa betreffen, das „Ja“ zu dem Vertrag einzuhandeln, sondern mit gutem Gewissen zu dem Vertrag „Nein“ zu sagen. Das können wir nur dann, wenn wir darauf, was jetzt im Moment wirklich von uns gefragt ist, nämlich nicht die Ratifizierungsdebatte, sondern die Entwicklung der Berlin-Frage, die Entwicklung der europäischen Frage, der NATO-Frage usw., wenn wir auf alle diese Dinge den uns möglichen Einfluß auch nehmen. Und deswegen müssen wir uns allerdings – und das ist nun wiederum gar nicht eine prinzipielle Frage, sondern nur eine Modalitätenfrage – nicht darauf drängen lassen, in der Behandlung dieses Vertrages unsere ganzen Kräfte darauf zu konzentrieren, die Konsequenz der deutschlandpolitischen bösen Absichten der Sowjetunion in den letzten 20 Jahren immerfort darzulegen. Darüber kann es ja auch gar keinen Streit geben, daß die Konsequenz vorliegt und verwirklicht ist in diesem Ver-

trag, sondern wir müssen unsere Kräfte auf dieses Umland, auf die fünf bis sieben Punkte jetzt konzentrieren, gerade damit wir nachher ein reines Gewissen haben, aber auch einen politischen Erfolg sicherstellen können.

Darf ich als letztes nur noch sagen: Mir scheint ja bei der Beurteilung des Moskauer Vertrages doch immer sehr wesentlich zu sein, daß die Sowjetunion zwei Ziele gleichzeitig verfolgt. Das eine ist die Konsolidierung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges, wie die Sowjetunion sie sieht. Mit diesem Ziel findet sie ziemlich viel Beifall in der ganzen Welt, denn die ganze Welt wollte ja immer schon, wenn sie von uns Entspannung wollte, entlastet werden von ihnen lästigen deutschlandpolitischen Bindungen, an die sie sich selbst gebunden hatten. Das zweite aber ist die weltmachtpolitische Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten. Der Bundeskanzler Brandt sagt, was Adenauer nach Westen gemacht hat, mache ich nach Osten. Der Westversöhnung die Ostversöhnung an die Seite. Ja, die Westversöhnung war die Verbindung von Regelung der Vergangenheit mit gemeinsamer Allianz für die Zukunft. Und die Sowjetunion will selbstverständlich von uns, wenn sie einen Entspannungsvertrag schließen will, unsere Mitwirkung in ihrem Ziel für die Zukunft. Und damit hat sie, ob er es will oder nicht, Brandt zu einem Instrument der Supermacht-Rivalität zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten machen lassen, und er hat, ob er es will oder nicht, sich selbst objektiv zum Schaukeln gezwungen, wenn er nämlich den Geist beider Versöhnungsverträge so erfüllen will, wie sie auf beiden Seiten für die Zukunft konzipiert sind, und wenn er in dieser Lage darauf einwirken will, daß wir uns dieser Art von Geist des Vertrages mit der Zukunft unseres Landes nicht verschreiben müssen. In dieser Lage einzuwirken, das ist das Gebot der Stunde. Und nur wenn wir dieses Gebot der Stunde erfüllen, dann sind wir vollkommen frei und langfristig des Erfolges sicher, wenn wir in der Ratifizierungsdebatte dann „Ja“ oder „Nein“ sagen. Es ist keine Rede davon, durch Mitwirkung bei den Berlin-Verhandlungen das „Ja“ zu dem Vertrag abzukaufen, sondern die Freiheit zu der Entscheidung auf diese Weise wirklich zu begründen. Das ist natürlich schwieriger zu begründen, als wenn man sagt, „Nein“ dieser Vertrag ist von vorn bis hinten unannehmbar, und das ist das einzige, was wir dazu zu sagen haben. Aber so unbestreitbar diese Stimmen im Lande sind, so notwendig ist es, daß wir diesen Stimmen gegenüber mit der von uns erkannten Verantwortung führend vorangehen und uns nicht von ihnen führen lassen. Und in diesem Sinne muß Vertragsinterpretation und Information erfolgen. Das ist meine Meinung.

*Barzel:* Ich möchte zu dem bisherigen Stand der Diskussion versuchen, mich so präzise wie möglich zu äußern. Ich habe zu dem Bericht von Herrn Lorenz weiter nichts zu sagen. Wir haben über das Thema in Berlin gesprochen.

Ich teile die Meinung von Herrn von Weizsäcker, daß wir uns jetzt auf die Probleme, die aktuell sind, konzentrieren müssen, um hier wirklich guten Gewissens entscheiden zu können.

Herr Windelen, das Bahr-Papier, so sagen Sie, sei in der Sache, in der Substanz von dem Vertrag nicht zu unterscheiden. Ich sage das noch viel schlimmer. Wir haben im Grunde als Opposition, vielleicht auch manchmal im wirtschaftspolitischen Bereich

einen Fehler gemacht. Wir haben nämlich zu konkret die Punkte bezeichnet, die man machen müßte, um ein bißchen Ordnung hineinzubringen. Ich weiß, wovon ich rede, daß nämlich sowohl die Sowjetunion wie die Bundesregierung aufgrund unserer Einlassungen eine Liste hatte mit Punkten, die einseitig erledigt werden mußten zwischen Gromyko und Scheel, um die Sache im Bundestag mehrheitsfähiger bzw. in Karlsruhe fester zu machen. Das sind Erfahrungen, aus denen man lernen muß. Ich möchte hier ganz klar sagen, daß Vermutungen, als würde eine befriedigende Berlin-Lösung ein Hauptpreis für diesen Vertrag sein, aus meiner Sicht völlig töricht sind. Ich habe mich nie dahingehend geäußert. Ich habe gestern auf der Bundespressekonferenz die Frage eines französischen Journalisten bekommen: Wenn diese Berlin-Lösung nun durchkäme und die Sowjetunion und die drei Westmächte würden dazu „Ja“ sagen, ob ich dann dem Vertrag zustimmen würde? Ich sagte: „Das haben Sie völlig falsch verstanden. Wir haben fünf ostpolitische Punkte. Da ist der erste der deutsch-sowjetrussische Vertrag. Dagegen haben wir entscheidende Bedenken. Wir sprechen über den zweiten, das ist Berlin, und dann kommen die anderen Punkte, das sind die innerdeutschen Probleme, Polen und die Tschechoslowakei. Das ist der ostpolitische Teil. Dann bleibt der westpolitische Teil mit Europa und dem Bündnis übrig, und das gibt für uns eine Gesamtwürdigung.“ Dies war meine Antwort. Ich wollte sie auch hier geben, weil ich nicht glaube, daß man hier eines mit dem anderen verquicken kann. Das ist ja auch heute in der Presse deutlich zum Ausdruck gekommen.

Die Frage, Herr Windelen, Abstriche von unserer Position in Berlin? – Lassen Sie mich noch einmal etwas verdeutlichen, was vorher vielleicht bei dem Tempo meines Vortrages nicht deutlich genug geworden ist, was aber bei meiner Reise einen großen Eindruck hinterlassen hat, nämlich der Versuch, nicht nur zu sagen, daß hier die Regierung – auf welche Einflußnahmen immer – eine Hürde vor die Ratifizierung in Sachen Berlin gesetzt hat, sondern mein zweites Argument außer der Hürde ist ja zu sagen, daß der Vertragsgeist selbst eine Antwort auf die Berlin-Lösung enthält, wenn er so ist, wie die Bundesregierung ihn uns dartut. Nach dem Art. 1 wird ausgegangen von der Lage, wie sie ist. Und nach dem Art. 4 gelten alle anderen Verabredungen zutreffend. Wir haben eine Verabredung mit den Drei Mächten, aus dem Jahr 1952 eine förmliche Verabredung, daß wir in Berlin bleiben können, daß wir Finanzhilfe zu leisten haben und daß wir, die Bundesregierung, das freie Berlin nach außen vertreten.<sup>44</sup> Wenn die Sowjetunion in den alliierten Berlin-Verhandlungen dagegen angeht, betrifft das nicht nur das Problem der Hürde der Berlin-Verhandlungen, sondern das betrifft für jedermann sichtbar den Geist dieses Vertrages. Und ich kann dann dem Publikum deutlich machen, daß der Geist des Vertrages uns anders dargestellt wird, als die Sowjetunion ihn betrachtet, an einem begreifbaren Punkt. Der Punkt ist begreifbar – entschuldigen Sie, wenn ich das so temperamentvoll sage: Ich war am

---

<sup>44</sup> Art. 1 Abs. 1 regelt, daß die Bundesrepublik „die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben“ wird; Art. 6 regelt die Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit den Alliierten hinsichtlich der Ausübung ihrer Rechte bezüglich Berlins. – Text im Internet: <http://www.documentarchiv.de/brd/dtlvertrag.html>.

30. August in Berlin, und es gab den üblichen sozialdemokratischen Journalisten, der da immer meint, alle Geheimnisse der Politik zu kennen. Daraufhin habe ich die Herren zurückgefragt, die diese Politik vertraten: „Können Sie mir mal sagen, mit welchem Paß Sie in zwei Jahren reisen werden?“ Daraufhin war Funkstille in der ganzen Geschichte. Das sind Sachen, die unsere Mitbürger begreifen werden, wenn die Schwester in Berlin mit mir nach Italien fahren will und einen anderen Paß hat. Und hier ist – glaube ich – der Punkt, das Berlin-Problem nicht nur im Sinne der Hürde zu sehen, sondern die Höhe der Hürde zumindest aus dem Geist des Vertrages, wie ihn die Bundesregierung hier darstellt, begreifbar zu machen. Die ganze Sache wirkt sicher im eigenen Publikum auch ein bißchen als Frieden, und nun wollen wir endgültig mal den Krieg zu Ende bringen. Das ist natürlich vorhanden. Und wir müssen den Takt finden, wo die Leute uns begreifen, denn mit den theoretischen Geschichten begreift uns kein Mensch. Nach dem Geheimabkommen<sup>45</sup> fragt jeder. Das war unsere Frage an Brandt. Der hat sie natürlich verneint. Wir werden sehen, wenn wir die Protokolle lesen – da wird aber auch nichts drin stehen.

Nun, Herr Dregger, zum Einschwenken. Ich glaube, nach dem, was ich hier vorgetragen habe, gibt es eine Politik, die versucht eben, diese Sache in eine ganz andere Richtung zu bringen einschließlich einer innenpolitischen Veränderung. Sie können doch die Augen nicht davor verschließen – und vielleicht war der Schlußsatz meines Vortrages in der Bedeutung nicht jedermann völlig klar –, daß natürlich für den Fall, daß wir jetzt über diesen Vertrag die Bundesregierung stürzen, die Sowjetunion das zum Vorwand nimmt, alle möglichen schrecklichen Dinge zu tun. Den Vorwand müssen wir ihnen wegnehmen, und deshalb müssen wir mit den Westmächten eine Berlin-Position haben. Deshalb mein Schlußsatz: Wir sind innenpolitisch wieder handlungsfrei. Ich glaube, ich brauche das nicht weiter auszuführen.

Wie wird das ausgehen? Also, ich glaube nicht, wie ich diese Leute kenne und wie ich Wehner kenne, den ich natürlich auch mit dem Blick auf mein morgiges Gespräch zu berücksichtigen bitte, denn er hat gesagt, der Barzel will also die CDU in eine Position bringen, die der Regierungsseite das Tempo aufzwingt und mit der die CDU/CSU besser zu bestehen vermag. Es wird natürlich interessant sein, welches Gewicht seine Erklärung in der praktischen Politik der CDU/CSU bekommen wird. Ich bitte also um eine Stärkung meiner Position für das Gespräch morgen. Was werde ich sagen? Herr Brandt wird versuchen, Polen vorzuziehen. Ich werde ihm sagen: Ich möchte mich mit ihnen über Berlin verständigen und ich kann ihnen sagen, das, was ich hier vortrage, hat keinen Widerspruch gefunden mit einer kleinen Ausnahme, die ich ihnen nicht mitteilen kann, bei meiner Reise. – Ich habe Platzvorteil ihm gegenüber an In-

---

45 Die Konferenz der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden forderte am 3. September 1970 in Bensheim die Veröffentlichung der geheimgehaltenen Protokolle des Moskauer Vertrages (Beschlußprotokoll in ACDP 07–001–1646; vgl. auch AdG 1971 S. 15994). Vgl. auch die Kleine Anfrage von Franz Josef Strauß vom 15. Oktober 1970 (BT-Drs. VI/1289) sowie deren Beantwortung durch den Parlamentarischen Staatssekretär Moersch am 28. Oktober 1970 (BT-Drs. VI/1326) sowie dpa vom 22. Oktober 1970 „Strauß fragt nach Geheimabsprache“.

formation und Wissen. Und als zweites werde ich ihm sagen: Sagen sie mal, was ist eigentlich mit ihnen los? Sie haben dem deutschen Volk erklärt, daß sie an Berlin nicht vorbei können. Und wie man den Berlin-Vorbehalt der Sowjetunion gegenüber rechtsgültig machen muß, ist nur eine Frage der Diplomatie. Aber was haben sie eigentlich dem deutschen Volk erzählt? – Und dann haben wir die ganzen Sachen da: 19. März 1970 in Erfurt – „Alle Bemühungen um die Förderung friedlicher Beziehungen in der Welt sind nur dann glaubhaft und überzeugend, wenn wir unter uns und für unsere Bürger Frieden schaffen. Zur Normalisierung der Beziehungen genügen nicht allein Dokumente. Die Menschen hüben und drüben müssen von der Normalisierung etwas haben.“<sup>46</sup> Die Bundesregierung hat am 7. Juni 1970 noch gesagt, alles dies sei eine Einheit.<sup>47</sup> Der Bundeskanzler sagte am 1. Juni 1970 vor der Fraktion: „Die Bundesregierung werde erstreben, den Gewaltverzichtsvertrag mit der Sowjetunion erst dann rechtswirksam werden zu lassen, wenn auch die Ergebnisse von Verhandlungen mit anderen Staaten des Warschauer Paktes und die Ergebnisse der Vier-Mächte-Verhandlungen über Berlin vorliegen.“<sup>48</sup> Und nun fängt der Mann an, das auch zu begründen. Er sagt: „Ich habe gar keine Eile mit der DDR, die braucht eine Denkpause.“ Das heißt in Wirklichkeit, er will den Berlin-Vorbehalt hinwegräumen. Da spiele ich gar nicht mit. Das heißt mit anderen Worten, wenn er diese Position verläßt und nicht bereit ist, das zu halten und sich mit uns über Berlin und die innerdeutschen Fragen zu unterhalten, dann werde ich ihm sagen – ich hoffe, das bleibt unter uns bis morgen: Bleiben sie mir gestohlen mit ihren Protokollen. Da brauche ich gar nicht reinzuzugucken, denn jetzt weiß ich, was ich von ihrer Politik zu halten habe. – Ich glaube, dies ist deutlich.

Wir haben einen Streit hier auch gehabt, was ist wichtiger – Außenpolitik oder Wirtschaftspolitik? Das war beides falsch. Das wichtige war, daß beide Argumente mündeten in dem Beweis, daß wir es mit einer lügenhaften Regierung zu tun haben, die vor Wahlen anders redet als nach Wahlen, die unglaublich ist. Wir stellen jetzt die Liste der Lügen der Bundesregierung gegenüber dem Parlament zusammen.<sup>49</sup> Aber, meine Herren, soll ich das alles jetzt auf den Tisch legen? Herr Brandt hat in der Euphorie von Moskau die Hände ausgestreckt.<sup>50</sup> Er hat mich wissen lassen, ich möchte doch zu ihm kommen, wir müssen das alte Verhältnis wiederherstellen. Er

---

46 Zitat aus der Rede Willy Brandts beim Treffen mit Willi Stoph am 19. März 1970 im Hotel „Erfurter Hof“, vgl. BULLETIN Nr. 30 vom 20. März 1970 S. 377–381, hier S. 380.

47 Vgl. Anm. 35.

48 Vgl. Informationen der Sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag Nr. 329 vom 1. Juni 1970 betr. Fraktionssitzung.

49 Vgl. ACDP 01–356–237; GRAU S. 129–131.

50 Brandt sagte am 14. August 1970 vor der Bundespressekonferenz, daß „die Bundesregierung [...] gerade auf diesem Gebiet um sachliche Zusammenarbeit mit der Opposition bemüht“ sei, denn „der Ausgleich mit dem Osten ist nicht die Sache einer Partei, oder zweier Parteien, einer Koalition oder der Regierung allein“, vgl. BULLETIN Nr. 109 vom 17. August 1970 S. 1102. Vgl. auch den Antwortbrief Brandts vom 15. August 1970 auf das Schreiben Barzels vom 10. August 1970 (siehe Anm. 21), in dem er die Bereitschaft erklärt „in vertrauliche Gespräche einzutreten“. Vgl. dazu AAPD 1970 Dok. 398.

fühlte sich stark und wollte das Gespräch mit der Union. Wir wissen doch aus der Wahlkampfanalyse der SPD für die Landtagswahl<sup>51</sup>, daß einer der negativen Punkte war, die Konfrontation mit uns heraufzubeschwören. Und kein Mensch bestreitet in der Öffentlichkeit, daß wir das Kooperationsangebot gemacht haben. Und wenn dabei nichts Vernünftiges rauskommt, wird man hier eben deutlicher werden müssen, mit anderen Worten: wir werden natürlich zu veröffentlichen haben. Ich hoffe, daß wir nächste Woche wissen werden, ob es möglich ist, daß das Junktim bleibt, wozu die innerdeutschen Dinge gehören, und man versuchen kann, sich zu verständigen über diese Fragen. Und wenn nicht, dann werden wir eben unsere Konsequenzen zu ziehen haben.

Zu Ihrer Frage, Frau Dr. Wex: Die Breschnew-Doktrin<sup>52</sup> wird natürlich in einer finsternen Weise von dieser Bundesregierung akzeptiert. Ich habe als ersten Punkt der Politik dieser Bundesregierung dargestellt, daß sie bereit ist – und ich kann das beweisen –, sie hat an verschiedenen Stellen erklärt, daß sie bereit ist, die Vorherrschaft der Sowjetunion anzuerkennen. Und in ihrem Vertrag beweist sie dies durch eigenes Tun, durch diese Großmannssucht – wir haben es hier mit einem sozialistischen Nationalismus zu tun, der europäisch verbrämt wird –, über die Köpfe der Polen hinweg eine Grenzregelung zu machen. Die Wut der Polen über diese Geschichte, die bis hierher durchschlägt und laut wird, ist unverkennbar. Das ist ein Stück Breschnew-Doktrin, das ist gar keine Frage. Nur, die Bundesregierung würde das gar nicht bestreiten. Herr Scheel würde antworten, deutlicher als Herr Brandt: Ich will den Block drüben zusammenhalten, so wie den meinen hier, weil nur von Block zu Block Entspannung und schrittweise Fortschritte möglich sein wird. – Das ist eine Position, die fundamental anders ist als die früherer Regierungen, die aus guten Gründen bilaterale Netze von Gewaltverzicht und nicht mit einer Hegemonialmacht haben wollten [sic!], d. h. der Vertrag selbst ist bereits Breschnew-Doktrin. Und das ist das Schlimme.

Zu Dr. Blüm: Ich stimme Ihnen zu, wenn Sie sagen, Druck auf die Praxis und Druck auf die Realitäten. Ich stimme Ihnen auch zu, wenn Sie sagen, daß ein „Nein“ jetzt die Sowjetunion und die SPD entlasten würde von dem Druck um die Bemühungen besserer Realitäten und auch, daß ein „Nein“ uns schuldig machen würde, wenn diese nicht erreicht würden. Nur alle diese Argumente müssen Sie jetzt – gelernter Dialektiker, der Sie sind – ganz genauso für Ihre Ja-Sage-Position gelten lassen. Wenn wir das „Ja“ auch nur in Aussicht stellten, würden wir das alles abschwächen, ganz zu schweigen davon, daß wir unsere eigene Position aufgeben. Ich gehe noch eins weiter: Wenn wir das Risiko des Sturzes der Regierung auch über diese Frage aus dem Spiel bringen, dann würden wir bei „Ja“ aber weg sein, denn dann sind wir überhaupt nicht mehr imstande, einen Druck auszuüben.

Ich möchte dann zu Katzer und Blüm noch sagen: Natürlich muß man hier handfester argumentieren. Aber Sie kennen mich alle, daß ich mich bemühe, auch in der Fraktion nicht Volksreden zu halten, sondern sachliche Informationen zu geben.

---

51 Nicht ermittelt.

52 Vgl. Nr. 4 Anm. 7.

Draußen rede ich etwas handfester. Ich habe in Berlin mit viel Erfolg gesagt, als die ganze Sache mit den Krediten kam: „Hoffentlich hat der Willy noch etwas in der Kasse, wenn die Amis kommen.“<sup>53</sup> Das ist so eine Formulierung, die die Leute verstehen und „von Entspannung ist nichts zu merken“. Dazu möchte ich hier noch etwas sagen, weil ich glaube, daß das besonders an der Front, wo Katzer und Blüm vor allen Dingen arbeiten, von ganz entscheidender Bedeutung ist, daß wir das beobachten. Es gibt ja erste Stimmen von linker Seite, links-außen SPD und links Gewerkschaft, die sagen: „Willy, jetzt hast Du Frieden mit Moskau gemacht, was brauchst Du noch 20 Milliarden und 500.000 Dollar?“ Und die Stimmen sagen: „Laßt uns das Geld für Reformen verwenden.“ Derselbe Willy wird spätestens im Februar kommen müssen und sagen: Kinder, ich brauche nicht weniger, ich brauche mehr wegen der Amerikaner. – Und ich meine, es muß auch erlaubt sein, einen parteipolitischen Gedanken in eine solche Strategie mit einzubauen. Denn dann wird die sozialdemokratische Mehrheit sich zu bekennen haben, ob sie Entspannung aus dem festen Bündnis mit dem Westen meint oder ob sie sich dazwischenstellt. Das wird ein Punkt werden, wo Wirtschafts- und Finanzpolitik sich treffen mit der Außenpolitik, und das wiederum – wie ich hoffe – zu einem günstigen Zeitpunkt für die Frühjahrswahlen, wenn ich mich nicht hier ganz irre. Ich habe ja nicht zufällig mit meiner gestrigen Pressegeschichte diesen zweiten Punkt so nach vorne gestellt.

Auf die Frage von Herrn Echternach: Diese beiden Interpretationen, die ich hier mitgeteilt habe, sind uns in der offiziellen Unterrichtung durch die Regierung mündlich aus dem Zusammenhang vorgetragen worden. Daraufhin haben wir gesagt: „Ihr lest uns hier so konvolut zwei Sätze vor, die wir angeblich verwerten können. Das könnt Ihr mit uns nicht machen. Wir wollen das Ganze lesen, denn wir wissen ja nicht, in welchem Zusammenhang das steht, was davor und was dahinter steht.“ Wir haben die Regierung sehr geschreckt mit dem Hinweis, daß wir solcher Art vertraulich zugegangener Interpretationen parlamentsverbindlich zu machen wünschten entweder in der Form einer Bundestagsresolution – eine sehr interessante Sache, die uns in die Initiative bringt, wo die Regierung alles das, was sie uns gesagt hat, dann reinschreiben muß, und mal sehen, was die Sowjets dann dazu sagen – oder gar in der Form einer Präambel. Das letztere würde ich nicht vorschlagen, weil man dann eigentlich sich auch für die Ratifikation bereit finden müßte um den Preis einer solchen Präambel. Aber so eine Entschließung, die sollte man – glaube ich – schon machen.

Was die CSU betrifft, so kann ich nur sagen, daß ich ja hier immer das Vergnügen habe, auch für die CSU mitzusprechen, soweit es die Bundestagsfraktion betrifft. Und wir haben hier einen einstimmigen Beschluß, und ich glaube, daß es den Mitgliedern des Präsidiums in Erinnerung ist, mit welcher Deutlichkeit der Kollege Stücklen sich an diesen einstimmigen Beschluß gehalten hat. Ich kann nur den Wunsch unterstützen, vor einem endgültigen Votum die Gremien der Partei zu beteiligen. Dies war immer

---

53 Barzel hielt sich am 13. August 1970 in Berlin auf, vgl. Presseerklärung der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages vom 14. August 1970; „Hellweger Anzeiger“ vom 14. August 1970 „Barzel: In Berlin ist noch nichts von einer Entspannung zu sehen“.



mein Wunsch. Und ich verrate kein Geheimnis, wenn ich von mir aus nochmals sage: Wir wußten, am Freitag kommen die wieder. Daraufhin bin ich Donnerstagabend zum Parteivorsitzenden gegangen. Wir wußten beide nichts. Wir haben dann die verschiedenen Möglichkeiten durchgespielt und versucht, eine Politik zu entwickeln. Wir waren uns in der Politik völlig einig bereits am Donnerstagabend und haben dann uns Sonntagnacht ja ziemlich schnell gefunden in der Parteipräsidiumssitzung<sup>54</sup>, die auf meine Anregung vor dem Fraktionsvorstand tagte, weil ich gerne möchte, daß das ganz integriert zusammengeht, weil das wirklich vernünftiger und besser ist. Ich habe im Parteipräsidium so oft gesagt und möchte es auch hier noch einmal im Vorstand sagen, daß es für uns, die ständig in Verbindung stehen mit der Bundestagsfraktion und der Führung, es unendlich wichtig ist, solche Gremien zu haben, wo nicht Betriebsblinde, die ständig sowieso miteinander verkehren, da sind, sondern eben auch ein paar Freunde aus der Landespolitik, Landesvorsitzende und Nichtparlamentarier. Dies wird so bleiben, und ich darf hinzufügen, daß ich auch, bevor die Parteigremien Sonntagnacht getagt haben, natürlich mich abgestimmt habe mit einigen wichtigen Kollegen der Bundestagsfraktion und der Partei – ich will sie nicht nennen. Ich will nur einen nennen, nämlich den Vorsitzenden der CSU, den Kollegen Franz Josef Strauß.

*Heck:* Zum Thema der Information unserer Partei: Es ist gar kein Zweifel, daß hier ein kräftiger Nachholbedarf vorhanden ist, und zwar deswegen, wir haben in fairer Weise einen Burgfrieden angeboten<sup>55</sup>, um die Verhandlungen in Moskau nicht zu stören. Dies hat die Bundesregierung und das Presse- und Informationsamt für eine ausgesprochen infame Informationspolitik ausgenutzt und mißbraucht. Deswegen müssen wir eine groß angelegte Aktion zur Information unserer Mitglieder durchführen. Ich möchte von vornherein betonen, wir müssen bei dieser Informations- und Aufklärungsaktion vermeiden, als ob das eine große Anti-Demonstration sein soll. Das ist nicht ganz einfach. Wichtig scheint mir dabei folgendes zu sein: Wir müssen gleichgewichtig unseren Leuten auf der einen Seite sagen, was wir darunter verstehen, wenn wir sagen, entscheidende Bedenken bestehen nach wie vor fort. Aber der noch schwierigere und mindestens gleichgewichtige Teil muß der sein, daß wir unserer Partei und unseren Wählern auch sagen, warum wir unsere Entscheidung offenhalten. Das muß begründet werden. Hier entsteht ein bißchen der Eindruck, als ob wir nur taktieren würden in der Sache. Das wird das Kernstück sein. Aber daran angereicht werden muß:

1. Eine Aufklärung der Bevölkerung, wie diese Regierung die deutsche Öffentlichkeit hinters Licht geführt hat. Es gibt drei ganz klare Fälle, wo diese Regierung im Parlament durch ihren Sprecher, durch den Außenminister, falsche Aussagen gemacht

---

54 Sitzung des Parteipräsidiiums am 9. August 1970 (Protokoll in ACDP 07–001–1403).

55 Kiesinger sagte auf einer Pressekonferenz am 24. Juli 1970, daß „die CDU nicht beabsichtigt, während der Verhandlungen des Außenministers ein Störfeld zu unterhalten.“ (ACDP 01–226–316; MEISSNER S. 1250f., hier S. 1250). Zur Reaktion der Bundesregierung vgl. die Stellungnahme Rüdiger von Wechmars (BULLETIN Nr. 109 vom 17. August 1970 S. 1140) sowie SPD-Pressedienst vom 30. Juli 1970 „Was eigentlich ist ‚Burgfrieden‘?“.

hat, die er dann selber dementiert hat.<sup>56</sup> Wir können also den Außenminister gegen die Regierung zitieren. Das muß unserer Partei an die Hand gegeben werden, damit unsere Leute auch diskutieren können.

2. Mir scheint es auch nützlich zu sein, unseren Leuten in einer kurzen und gedrängten Darstellung die Zusammenhänge zu zeigen und vor allem darauf hinzuweisen, daß die Initiative zu dieser Gewaltverzichtspolitik ja von einer CDU-Regierung unter dem Kanzler Erhard und Außenminister Schröder eingeleitet worden ist. Und wir müssen auch unseren Leuten und der Öffentlichkeit sagen, wie dann die Sowjetunion im Gegenzug ihr Konzept beraten und beschlossen hat. Für jeden ist es überraschend, wenn man ihm darlegt, daß mindestens zwei Drittel des Textes dieses Vertrages bereits in den Reden und im Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei im Art. 67 enthalten sind.<sup>57</sup> Das ist ein ganz zweckmäßiger Kommentar zum Thema Bahr-Papier. Und daß muß in diese Information auch miteinbezogen werden.

3. Dann muß sorgfältig überlegt werden, damit es keine Mißverständnisse gibt, was wir von dem konkret sagen, was wir fordern. Das müssen wir miteinander besprechen. Und dann meine ich, sollten wir unsere Leute auch darüber informieren, was wir jetzt an Stimmen aus Polen bekommen. Es gibt Reden von Breschnew, die einfach überhaupt nicht anders zu interpretieren sind.<sup>58</sup> Er sagt: „Diese Politik, durch die wir mit diesem Vertrag einen großen Schritt vorwärtsgekommen sind, die ist konzipiert worden in unseren gemeinsamen Beratungen.“ Das steht ganz klar da. Das kann man gar nicht interpretieren – das ist Bukarest, das ist Karlsbad. Das müssen wir auch sagen.

Ich möchte noch auf eine sehr schwierige Sache eingehen, die hier eben angeklungen ist. Das ganze macht natürlich immer so den Eindruck – es gibt sechs Punkte, und dann steht einer auf, ja, was werdet ihr denn tun, wenn? Die Leute wollen im Grunde wissen, werden wir am Schluß zustimmen oder werden wir nicht zustimmen. Und hier muß man dann sagen, in dem Vertrag sind die Dinge so und so interpretiert worden. Die Regierung interpretiert nach der einen Seite. Wir melden unsere Bedenken an. Die Interpretationen der Regierung werden von der Regierung zunächst nicht durch

---

56 Vgl. Kleine Anfrage der der CDU/CSU-Fraktion vom 29. September 1970 betr. Moskauer Vertrag (BT-Drs. VI/1199).

57 Hier handelt es sich wahrscheinlich um einen Übertragungsfehler. – Gemeint sind wohl die Memoranden, mit denen die Sowjetregierung 1967 auf den Vorschlag der Bundesregierung zum Austausch von Gewaltverzichtserklärungen reagierte (vgl. AAPD 1970 Dok. 46 Anm. 6, Dok. 224, 347 Anm. 2, Dok. 356; Memorandum der Sowjetregierung vom 21. November 1967 in DzD V/1 S. 2048f.; Erklärung der Sowjetregierung vom 8. Dezember 1967 in DzD V/1 S. 2173–2179; vgl. auch die Zusammenstellung der Erklärungen beider Regierungen zum Thema Gewaltverzicht: In: Die Politik des Gewaltverzichts. Eine Dokumentation der deutschen und sowjetischen Erklärungen zum Gewaltverzicht 1949 bis Juli 1968. Veröffentlicht durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1968).

58 Zu Karlsbad vgl. Nr. 7 Anm. 97. – Vom 4. bis 6. Juli 1966 fand in Bukarest eine Tagung des Politischen Ausschusses der Staaten des Warschauer Paktes statt, vgl. MEHNERT; Sicherheitskonferenz in Europa Dok. 293. – Breschnew sagte in einer Rede in Alma Ata am 28. August 1970: „Diese einheitliche Politik haben wir gemeinsam mit unseren Freunden und Verbündeten ausgearbeitet, und wir verwirklichen sie koordiniert mit ihnen, im engen Kontakt miteinander“ (MEISSNER S. 1296).

Argumente gestützt, sondern durch den Hinweis auf Gespräche, auf Verhandlungen, auf Zusicherungen. Die müssen in Protokollen festgehalten werden. Und dann wird man auch sehen müssen, wie die Sowjetunion sich bei den Berlin-Verhandlungen verhalten wird.<sup>59</sup> Dr. Barzel hat ja sehr deutlich hingewiesen auf die zwei Punkte, zu denen die Sowjets bei der Anerkennung der Realitäten verpflichtet wären. Das wird man sehen. Es wird deutlich werden, was bei den Verhandlungen zwischen uns und der DDR sich bewegt. Und hier haben wir ja zwei Punkte, wo der Regierungschef sich selber gebunden hat, daß das Voraussetzung wäre. Aber das ganze geht ja weiter.

Der große Ertrag der Reise von Dr. Barzel ist ja, daß er von Paris, London und Washington den klaren Eindruck mitgebracht hat, daß man dort – wenn ich ihn richtig verstanden habe – in Sachen politische Union, politische Zusammenarbeit Europas ein bißchen anders denkt, wie noch zu der Zeit, als Herr Pompidou seinen Besuch hier gemacht hat.<sup>60</sup> Und das zweite ist, daß auch von Washington her das Sicherheitsthema mit der NATO ins Spiel kommt. Ich bin der Auffassung, das sind so viele Bereiche, daß, wenn diese Regierung in all diesen Bereichen mit uns ziehen würde und die Sowjetunion das hinnehmen würde, dann müßte ich sagen, da werden meine Bedenken eigentlich ausmanövriert, denn es scheint doch so zu sein, daß die Sowjetunion in der Tat umstellen will. Aber ich bin im Moment nicht in der Lage, diese Dinge, auch wenn sie mit Ungeduld von uns erfragt werden, etwa so zu beantworten, daß wir sagen, ja-wohl, wenn das alles gemacht wird, dann ist das ganz klar. Das fordert auch, glaube ich, niemand von uns.

Wir werden für diese Informations- und Aufklärungsaktion die Materialien ausarbeiten. Das ist gedacht als Gegensatz zu der Broschüre der SPD.<sup>61</sup> Aber damit wird es nicht getan sein. Ich meine, es ist schon die Stunde gekommen, wo diese Partei draußen in den Kreis- und Ortsverbänden antreten muß und aufklären muß, weil sonst wirklich die Gefahr besteht, daß wir in unserer Handlungsfreiheit ein bißchen eingeschränkt werden dadurch, daß die öffentliche Meinung uns davonläuft.

---

59 Die Gespräche der Botschafter der Vier Mächte begannen am 26. März 1970 im ehemaligen alliierten Kontrollratsgebäude in West-Berlin, die Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin erfolgte am 3. September 1971 (AdG 1971 S. 16498–16502). Originaltext, begleitende Dokumente und Erläuterungen in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Das Viermächteabkommen über Berlin vom 3. September 1971. Bonn 1971.

60 Pompidou hielt sich am 3./4. Juli 1970 im Rahmen von Konsultationsgesprächen in Bonn auf, vgl. AdG 1970 S. 15577–15579; AAPD 1970 Dok. 291 und 293.

61 Im August 1970 gab der Vorstand der SPD ein Heft mit dem Titel „Ost- und Deutschlandpolitik. Der Deutsch-Sowjetische Vertrag. Ein wichtiger Schritt zu einer europäischen Friedensordnung“ (Reihe Außenpolitik/Heft 1) heraus, vgl. ACDP Dokumentation 0/071/01/UdSSR/C/SPD. – Die CDU-Bundesgeschäftsstelle publizierte im Oktober 1970 die „Dokumentation zum Vertrag vom 12. August zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken im Rahmen der sowjetischen Deutschland- und Europapolitik seit 1966“, vgl. ACDP Dokumentation 0/071/01/UdSSR/C/CDU. In der Bundesausschußsitzung am 2. Oktober 1970 informierte Generalsekretär Heck über die geplante Informations- und Aufklärungsaktion der CDU, vgl. Sitzungsprotokoll in ACDP 07–001–604.

*Stoltenberg:* Erstens, zu der Frage, wie wir uns als Partei äußern: Ich finde, man kann doch folgende Grundformulierung finden bei allen Nuancen, die wir hier aufgespürt haben. Wir haben in der Präzisierung der ernstesten Bedenken – unsere erste Stellungnahme vom 26. August<sup>62</sup> – fünf Punkte genannt, in denen eine kritische Distanz und grundsätzliche Einwände gegen diesen Vertrag zum Ausdruck kommen. Das ist der Sinn unseres einstimmigen Beschlusses mit der Fraktion der CDU/CSU, auch die gemeinsame Formel mit der CSU.<sup>63</sup> Man muß dann hinzufügen, daß die noch ausstehenden Verhandlungen und Klärungen, die die innerdeutschen Verhältnisse und Berlin betreffen, entscheidende Verbesserungen ergeben müssen, um von dieser kritischen Distanzierung her zu einer Überprüfung des Positiven und Negativen zu kommen. So muß man unsere einstimmig beschlossenen Texte interpretieren.

Zweitens: Ich würde es für sehr gut halten, wenn wir in der Tat auf der Grundlage der bisherigen Beschlüsse – Präsidium/Fraktionsvorstand – einige entscheidende Interpretationen unter Einbeziehung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe der Fraktion sehr bald [als] eine ganz breit gestreute Information über unsere Verteiler an unsere Mitglieder vornehmen, die sie instand setzt, mit der gleichen Klarheit in der Aussage zu argumentieren. Was ich für die öffentliche Meinung für ganz wichtig erachte, ist, daß wir auch die Frage der gesellschaftspolitischen Komponente mit aufnehmen. Sie haben ja schon in einer Stellungnahme das kaum publizierte Interview von Wehner kritisiert.<sup>64</sup> Das Interessante ist nicht dieses Schlußkommuniqué, sondern das ist das Interview, das Wehner in seiner Parteizeitung gegeben hat und das die Presse ganz unterschlagen hat, wo es also heißt, es gehe um die schrittweise Überwindung der Vorurteile, die von früher bei den Sozialdemokraten über die Kommunisten und bei den Kommunisten über die Sozialdemokraten bestehen. Das ist die Äußerung von Herrn Wehner, die viele nicht kennen werden. Und ich schlage vor, daß diese Äußerung von Wehner in Verbindung mit dem Schlußkommuniqué mit einer massiven kritischen Darstellung in irgendeinem Pressedienst unserer Partei herausgestellt wird und die SPD aufgefordert wird, sich dazu zu äußern, weil das ein Bruch in ihrer bisherigen Argumentation ist. Das müssen wir ins öffentliche Bewußtsein bringen, weil das natürlich eine ganz neue Komponente ist.

*Göb:* 1. Zunächst darf ich sagen, daß es nicht darum geht, den Gesamtablauf der Sitzung in eine Stellungnahme hineinzubringen, sondern daß wir für die Wirtschaftspolitik und die Verschiebung des Parteitages gesonderte Stellungnahmen haben.

2. Nach dem Ergebnis dieser Sitzung soll davon ausgegangen werden, daß wir nicht noch einmal in der Substanz unsere Stellungnahme darstellen, sondern nur das, was bisher gemacht wurde, bestätigen und dabei auch den Bericht des Fraktionsvorsitzenden in die westlichen Hauptstädte zustimmend bekräftigen.

---

62 Vgl. die Presseerklärung der CDU-Bundesgeschäftsstelle zum Präsidiumsbeschluß vom 26. August 1970 (ACDP Dokumentation 0/071/01/UdSSR/C/CDU).

63 Vgl. Anm. 21.

64 Interview von Herbert Wehner mit der jugoslawischen Zeitschrift Politik „Politika“ am 31. August 1970, vgl. Anm. 41. Das Interview wurde in Auszügen am 11. September 1970 an die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion verteilt.

Daraus ergibt sich dann ein etwas nüchternes Kommuniqué: „Der Bundesvorstand der CDU tagte heute in Bonn unter Vorsitz des Parteivorsitzenden Dr. Kiesinger. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Deutschland- und Ostpolitik. Die Berichte des Parteivorsitzenden und des Fraktionsvorsitzenden Dr. Barzel wurden vom Parteivorstand zustimmend zur Kenntnis genommen. Das Ergebnis der Reise Dr. Barzels in die westlichen Hauptstädte fand die Zustimmung des Parteivorstandes. Der Parteivorstand bestätigte die Erklärung des Parteipräsidiums und des Fraktionsvorstandes vom 9. und 10. August und die Erklärung des Parteipräsidiums vom 26. August 1970.“<sup>65</sup>

*Der vorgeschlagene Wortlaut des Kommuniqués wird einstimmig beschlossen.*

*Barzel:* Sollte wider mein Erwarten in dem morgigen Gespräch<sup>66</sup> sich eine Tendenz durchsetzen, die es mir fraglich erscheinen läßt, daß man überhaupt in die Gespräche weiter eintreten soll, dann möchte ich im Hinblick auf die Debatte hier unter Beteiligung der Partei doch davon ausgehen, daß ich, bevor ich mit der Fraktion am Montag/Dienstag die gegebenen Möglichkeiten berate<sup>67</sup>, eine Übereinstimmung mit der Partei herbeiführe, denn das möchte ich nicht alleine tragen.

*Kiesinger:* Das bedeutet auf alle Fälle eine Abstimmung mit dem Parteipräsidium und dem Fraktionsvorstand.<sup>68</sup> Nach dem Ergebnis der heutigen Debatte glaube ich, daß es nicht notwendig sein wird, deswegen erneut den Parteivorstand einzuberufen. (*Einspruch dagegen von Herrn Dr. Dregger, Herrn Katzer und Herrn Echternach.*) Wir sind uns also darüber einig, Sie überlassen es unserem gewissenhaften Ermessen, ob in einem solchen Falle der Vorstand einberufen wird oder nicht.

*Kraske:* Es ist ein sehr nützlicher Beitrag zur Konjunkturpolitik hier verteilt worden. Wenn wir den in die Presse bringen wollen, was ich für sehr nützlich halte, dann bitte ich das noch zu verabschieden. Folgende Erklärung wurde formuliert:

„Zur gegenwärtigen Konjunkturlage erklärte der Bundesvorstand der CDU auf seiner Sitzung vom 8. September 1970: Die steuerpolitischen Dämpfungsmaßnahmen vom Juli dieses Jahres haben sich bis heute nicht ausgewirkt. Das unzureichende Programm der Linkskoalition konnte die konjunkturellen Impulse, die vom beträchtlich gestiegenen staatlichen und privaten Verbrauch ausgehen, nicht abfangen. Die jüngsten Daten zur Preisentwicklung bestätigen das. So sind die Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte im August um 4,2 % gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen. Die Nachfrageerhöhungen im Herbst werden vermutlich das Preisniveau noch weiter ansteigen lassen, zumal die Preiserhöhungstendenzen bei Dienstleistungen, Nahrungsmitteln und Industriegütern weiter anhalten. Besorgniserregend ist vor allem die Entwicklung bei den Baupreisen, die in den Ballungsräumen um teilweise 30 und mehr

---

65 Kommuniqué in DUD Nr. 171 vom 9. September 1970.

66 Gespräch Barzels mit Brandt in Anwesenheit von Stücklen und Moersch (GRAU S. 123).

67 Protokoll der Fraktionssitzung vom 15. September 1970 in ACDP 08-001-1023/1.

68 Protokoll der Präsidiumssitzung vom 14. September 1970 in ACDP 07-001-1403.

Prozent über dem Vorjahr liegen und zunehmend auf die Mieten durchschlagen. Um so unverantwortlicher muß daher die Haltung der Bundesregierung anmuten, deren Kabinettsbeschuß für Mietfragen lediglich ein Minimalprogramm zur Dämpfung der Mietpreisentwicklung vorgelegt hat<sup>69</sup>, ohne die eigentlichen Ursachen für die Entwicklung zu beseitigen.

Die CDU fordert die Bundesregierung mit Nachdruck auf, eine Politik der wirtschaftlichen Stabilität zu betreiben: Erster Schritt auf diesem Wege muß die Rückkehr zu einer stabilitätsgerechten Finanz- und Haushaltspolitik sein. Eine Steigerung des Bundeshaushalts 1971 um 12 und mehr Prozent ist konjunkturpolitisch nicht zu verantworten. Die derzeitige Lage erfordert eine flexiblere Haushaltsgestaltung, die Trennung in einen Kern- und Eventualhaushalt bei gleichzeitigem Abbau der vorgesehenen Ausgabensteigerungen. Nur auf dieser soliden Grundlage sind echte innere Reformen durchführbar. Daneben erscheint es besonders dringlich, die Finanzplanung und die darin vorgesehene Neuverschuldung so zu revidieren, daß nicht neue inflatorische Prozesse heraufbeschworen werden. Dazu gehört auch ein klärendes Wort der Bundesregierung zur zukünftigen Steuerpolitik und zur Steuerlastquote.“

#### VORBEREITUNG EINER SITZUNG DES BUNDESAUSSCHUSSES

*Heck:* Für die Parteiausschußsitzung steht an, daß eine Reihe von Anträgen des Parteitages vom Parteiausschuß entweder als erledigt erklärt werden oder erledigt werden müssen. Wir können natürlich jetzt den Parteiausschuß nicht einberufen und ihn nur auf diese normalen Dinge beschränken, sondern die Sitzung muß so terminiert werden, daß der Parteiausschuß zum Thema deutsch-sowjetischer Vertrag ein Votum abgibt. Wenn wir ihn zusammenrufen, kommen wir an einer breiten Diskussion in dieser Sache ohnehin nicht vorbei.<sup>70</sup> Der Parteiausschuß muß ohnedies in der Funktion, die ihm nach dem Statut zusteht, auch angesprochen werden. Er ist in der Tat die Stellvertretung des Parteitages. Infolgedessen muß man ihm etwas zur Entscheidung geben.

Wir sind in einer etwas schwierigen Lage gegenüber dem Parteiausschuß. Wir haben ihn vertagt wegen der Entwicklung in der Fraktion. Wir hätten ihn natürlich trotzdem einberufen können. Aber das ist nicht so einfach. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß durch das Hin und Her – man muß im Bundesrat sein, man muß im Plenum sein – die Mitglieder des Parteiausschusses, die hier einmal herkommen, doch außerordentlich enttäuscht sind, wie sie behandelt werden. Wir müßten eigentlich zwei Sitzungen haben. Wir haben außer diesen Erledigungen von Anträgen noch Satzungen zu

---

69 Zur Erläuterung des Kabinettsbeschlusses vom 27. August 1970 vgl. BULLETIN Nr. 116 vom 1. September 1970 S. 1209f.; „Süddeutsche Zeitung“ vom 27. August 1970 „Im Teufelskreis der Mieten“; „Frankfurter Neue Presse“ vom 28. August 1970 „Im Kabinett fehlten die Gesetzestexte“.

70 Die Ostpolitik wurde von Kiesinger und Barzel in der Bundesausschußsitzung am 2. Oktober und am 17. Dezember 1970 thematisiert (Protokolle in ACDP 07–001–604, –605).

genehmigen für die Mittelstandsvereinigung, Sozialausschüsse und Union der Vertriebenen und Flüchtlinge.<sup>71</sup>

Außerdem hat die Wirtschaftsvereinigung sich bemüht, in Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Barth, dem Vorsitzenden des Parteigerichts, und Herrn Staatssekretär a. D. Gumbel eine Satzung vorzulegen und auszuarbeiten, die mit dem Parteigesetz und mit den Parteistatuten in Einklang steht. Der Vorsitzende des Parteigerichts, Herr Dr. Barth, hat gegenüber dem Entwurf seine Bedenken aufrechterhalten. Wir haben unseren Justitiar<sup>72</sup> zu Rate gezogen, und er hat mir vor wenigen Tagen eine Vorlage gemacht, in der er an drei Punkten darauf hinweist, daß nach seiner Auffassung dieses Statut mit dem Parteigesetz und mit den Parteistatuten nicht in Einklang steht. Ich habe daraufhin das Statut mit einem entsprechenden Schreiben an den Vorsitzenden des Wirtschaftsrats zurückgeschickt und ihn gebeten, unter größtmöglicher Beschleunigung dafür zu sorgen, daß endlich ein Entwurf vorgelegt wird, der zunächst einmal mit dem Parteigesetz und dem Parteistatut in Einklang ist. Mit einiger Wahrscheinlichkeit kann also das bis zur nächsten Sitzung des Parteiausschusses voraussichtlich erledigt werden.

Herr *Lorenz* schlägt vor, den Parteiausschuß, wenn man ihm die gebührende Bedeutung geben und nicht durch Plenarsitzungen usw. gestört werden will, außerhalb Bonns, z. B. nach Frankfurt einzuberufen.

Generalsekretär Dr. *Heck* schlägt vor: Nächste Sitzung des Parteiausschusses Ende September/Anfang Oktober in Frankfurt.

Herr *Katzer* bittet dringend darum, die Frage der Satzung des Wirtschaftsrates unbedingt noch vor dem Parteitag in Düsseldorf zu klären, damit man sich auf dem Parteitag neben der Mitbestimmungsfrage nicht auch darüber noch unterhalten muß.

Dr. *Stoltenberg* schlägt vor, den Herrn Generalsekretär zu bitten, in einer gemeinsamen Besprechung mit den Herren des Geschäftsführenden Vorstandes des Wirtschaftsrates, Herrn von Bismarck, und dem einen oder anderen der Wirtschaftsvereinigung und des Mittelstandskreises sowie dem Vorsitzenden des Satzungsausschusses und dem Justitiar die Texte zu besprechen und eine Lösung zu suchen, die a) dem Ziel entspricht und b) den juristischen Forderungen entspricht. Über das Ergebnis sollte dann im Präsidium und Vorstand berichtet werden.

*Schwarz-Schilling*: Ich möchte zunächst einmal sagen, daß nach dem letzten Stand

---

71 Nur die Satzung der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge wurde von der Bundesausschußsitzung am 2. Oktober 1970 genehmigt (Protokoll in ACDP 07-001-604). Die Satzungen der Sozialausschüsse und der Mittelstandsvereinigung wurden vom Bundesausschuß am 17. Dezember 1970 gebilligt (Protokoll in ACDP 07-001-605).

72 Peter Scheib (geb. 1935), Jurist; 1968 Eintritt in die CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1968-2000 Justitiar der CDU, 1968-2000 Geschäftsführer des Bundesparteigerichts. - Ausarbeitung Scheibs vom 7. September 1970 in ACDP 07-001 AO Bilke unverzeichnet. In der Bundesausschußsitzung am 17. Dezember 1970 wurde nur der Entwurf einer Satzung der Wirtschaftsvereinigung der CDU mit Mehrheit genehmigt, vgl. Protokoll der Sitzung in ACDP 07-001-605. Zum weiteren Verlauf der Debatte vgl. den Vermerk von Scheib vom 20. April 1971 in ACDP Dokumentation 2/201/302-2.

im Wirtschaftsrat davon ausgegangen worden ist, daß die Bedenken, die damals in der Besprechung von Herrn Gumbel vorgetragen worden sind, ausgeräumt worden sind.

Dann möchte ich aber an Herrn Katzer folgende Frage richten: Ich verstehe eines nicht. Wenn die Sozialausschüsse ein Interesse daran haben, daß der Status dieser Vereinigung nunmehr da ist und entsprechend juristisch untermauert wird und keine Bedenken mehr vorhanden sind, warum dann gerade von dieser Seite aus die Schwierigkeiten gemacht werden, wenn entsprechende Gespräche vorgeschlagen oder vorbereitet werden. Man sollte doch einmal ganz offen darüber sprechen. Ich habe etwas den Eindruck, daß es nicht nur um juristische Fragen geht, sondern um politische Fragen. Denn wenn Sie, Herr Katzer, Gespräche mit Herren des Wirtschaftsrates ablehnen, weil der Status der Vereinigung nicht geklärt ist, dann ist es doch ganz sichtbar, daß damit auch politische Fragen angesprochen werden und die Frage, ob Sie diesen Status der Vereinigung überhaupt wollen. Wenn Sie ihn nicht wollen, dann wäre ich Ihnen doch sehr dankbar, das einmal zu sagen, denn dann müßte man sich tatsächlich etwas anderes überlegen.

*Katzer:* Ich habe mich gegen die Installierung des Wirtschaftsrates der CDU e. V. gewehrt und als einziger vom Bundesvorstand unter Adenauer dagegen gestimmt, weil ich gesagt habe, das gibt große Unordnung.<sup>73</sup> Wir haben eine Satzung. In der Satzung sind verankert: Frauenvereinigung, Junge Union, Sozialausschüsse, Mittelstandsvereinigung, Wirtschaftsvereinigung, Kommunalpolitische Vereinigung, Union der Vertriebenen und Flüchtlinge und sonst nichts. Und wenn wir das ändern wollen, dann muß auf dem Parteitag die Satzung geändert werden, daß eine solche Vereinigung noch dazukommt.

Ich bin interessiert daran, daß die Sozialausschüsse einen möglichst starken Gesprächspartner haben aus der Wirtschaft. Am liebsten ist es mir, wenn es einer ist, denn wenn es zwei sind, ist das nicht schön, weil das unsere Zeit kostet. Für die Sozialausschüsse ist es notwendig, erstens, daß wir einen Partner haben, zweitens, daß dieser Partner die gleichen Rechte und Pflichten hat wie wir, den Status der Vereinigung, und drittens, daß der Verein sich nicht nennt „Wirtschaftsrat der CDU“, ohne mit allen Rechten und Pflichten in die Struktur der CDU eingebaut zu sein. Das ist das Problem. Mir geht es um eine klare, saubere Gliederung und eine politische Entscheidung in der Sache, wie Dr. Heck das ganz richtig bemerkt hat. Hier will man mit juristischen Mitteln eine politische Entscheidung umgehen.

*Heck:* Ich kann nur noch einmal wiederholen. Im Augenblick ist die Sache auf dem Wege zurück zum Wirtschaftsrat. Ihm ist mitgeteilt worden *expressis verbis*, welche juristischen Bedenken bestehen, und [er] ist gebeten worden, diese zu berücksichtigen. Die politische Debatte wird ja ohnedies noch stattfinden. Eines muß ich dazu natürlich sagen: Einmal ist von der Partei der Wirtschaftsrat beschlossen worden, so wie er jetzt ist. Wir haben einen Parteitagsbeschuß, und zwar in die Statuten eingebaut, aus dem

---

73 Katzer erläuterte in der Sitzung des Bundesvorstands am 25. Februar 1964 seine Bedenken „gegen die Form und die Verfahrensweise“ der Gründung des Wirtschaftsrates, vgl. PROTOKOLLE 4 S. 673–675, hier S. 674.



an sich klar hervorgeht, daß der Parteitag eine Wirtschaftsvereinigung haben wollte.<sup>74</sup> Wenn der Wirtschaftsrat eine Vereinigung wird wie die Junge Union oder die Sozialausschüsse, dann besteht die Möglichkeit nicht, daß er Spenden kassieren kann, die steuerfrei sind.

*Es folgt eine erregte, jedoch ergebnislose Debatte zwischen den Herren Dr. Dregger, Dr. Blüm, Katzer, Dr. Kraske, Adorno und Dr. Scheufelen.*

#### VORBEREITUNG DER LANDTAGSWAHLEN HESSEN

*Heck:* Zum Problem des Einsatzes von Bundesrednern ergeht Bitte an das Land Hessen und das Land Bayern, das Unter-der-Hand-Einkaufen von Bundesrednern zu unterlassen, da sonst eine Organisation des Einsatzes durch die Bundesgeschäftsstelle nicht möglich ist. Die vorgesehenen Redner sind bereits angeschrieben, das Echo darauf ist bisher jedoch sehr begrenzt.

Dr. *Barzel* regt an, a) den „grauen Markt“ beim Rednereinsatz zu unterbinden, weil es passiert ist, daß an drei Tagen hintereinander prominente Spitzenredner im selben Kreis aufgetreten sind, b) daß in dem Augenblick, wo sich jemand verpflichtet, einen Einsatz als Bundesredner zu übernehmen, sich das Engagement der Bundesgeschäftsstelle und der Landesgeschäftsstelle auch auf die Durchführung der Veranstaltung erstreckt und die Verantwortung dafür nicht allein der zuständigen Ortspartei überlassen bleibt.

Dr. *Dregger* regt an, die Behandlung des Themas Mitbestimmung aus dem Wahlkampf auszuklammern und bis nach dem Wahltermin am 8. November 1970 zu verschieben.

Generalsekretär Dr. *Heck* hält das wegen der dann nur noch verbleibenden kurzen Beratungszeitpanne bis zum Programmparteitag im Januar 1971 für ausgeschlossen.

*Man einigt sich dahingehend, daß zunächst einmal das Ergebnis der Sitzung der Programmkommission am 10. September 1970 abgewartet werden solle.*<sup>75</sup>

---

<sup>74</sup> Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1364–1370, 1502–1506.

<sup>75</sup> Protokoll der Sitzung nicht zu ermitteln. – Der Programmkommission unter Leitung von Helmut Kohl lagen zwei Entwürfe der Arbeitsgruppe Mitbestimmung (Leitung Thomas Ruf) vor: das Modell der Biedenkopf-Kommission und das der Sozialausschüsse. Zu einer Entscheidung kam es nicht, sondern erst in der nächsten Sitzung vom 30. September 1970 („Bonner Rundschau“ vom 11. September 1970 „Die CDU feilt an ihrem Mitbestimmungsplan“; „Die Welt“ vom 12. September 1970 „Katzers Modell kein gangbarer Weg“).

VERSCHIEDENES

Generalsekretär Dr. Heck berichtet über den Verlauf der Bemühungen des Bundeskanzlers Brandt, in dem gegen ihn eingeleiteten Rechtsstreit wegen seiner Behauptung, die CDU habe die Absicht gehabt, vor der Landtagswahl am 14. Juni wilde Streiks zu provozieren, zu einem Vergleich zu kommen.<sup>76</sup> Das Ergebnis mehrerer Gespräche zwischen Herrn Rasner und Herrn Ehmke sah wie folgt aus:

Vergleich auf folgender Ebene:

1. Der Bundeskanzler hat sich überzeugt, daß es nicht in der Absicht der CDU-Führung lag, vor den Landtagswahlen am 14. Juni 1970 wilde Streiks zu provozieren. Er nimmt infolgedessen seine diesbezüglichen Behauptungen aus der Bielefelder Rede zurück.
2. Die CDU sollte erklären: Der CDU-Vorstand hat sich davon überzeugt, daß es nicht in der Absicht des Bundeskanzlers lag, die CDU zu diffamieren. Er nimmt deshalb die seinerzeit gegen den Bundeskanzler in dieser Sache erhobenen Vorwürfe zurück.
3. Die Parteien erklären den Rechtsstreit für erledigt.
4. Für die Kostenfrage wurde in Aussicht genommen, daß jede Partei ihre außergerichtlichen Kosten trägt und die Gerichtskosten je zur Hälfte.

Dr. Heck hat durch Herrn Rasner eine Übernahme der Hälfte der Gerichtskosten abgelehnt. Daraufhin hat Herr Ehmke um ein Gespräch mit Herrn Dr. Heck gebeten, das folgendes Ergebnis hatte.

Ziffer 1 wurde wie folgt konzipiert: Der Bundeskanzler hat sich überzeugt, daß die Führung der Union nicht versucht hat, vor den Landtagswahlen am 14. Juni 1970 führende Männer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie dahin zu bringen, wilde Streiks zu provozieren. Er nimmt daher seine diesbezüglichen Behauptungen zurück.

Zu Ziffer 2 erklärte Herr Dr. Heck, daß darin eine Unlogik liege, denn der CDU-Vorstand habe keine Vorwürfe gegen den Bundeskanzler erhoben, sondern einzelne Mitglieder der Fraktion der CDU. Der Vorstand könne daher nicht Vorwürfe zurücknehmen, die er gar nicht erhoben habe. Eine Einigung darüber konnte nicht erzielt werden, und die SPD bestand darauf, daß das so bleibe.

Eine Aufteilung der Gerichtskosten lehnte Herr Dr. Heck abermals ab. Herr Ehmke schlug vor, daß der Bundeskanzler erkläre, daß die Initiative zu einem Vergleich von ihm ausgegangen sei, so daß dadurch sein Interesse an einem Vergleich sichtbar würde.

Der Bundesvorstand stimmt dem von Dr. Heck vorgetragene Vorschlag zu: Ziffer 1: Wortlaut Dr. Heck; Ziffer 2: streichen; Ziffer 3: bleibt; Ziffer 4: Ablehnung der Übernahme der Hälfte der Gerichtskosten.

---

<sup>76</sup> Vgl. „Die Welt“ vom 7. August 1970 „SPD sucht Vergleich mit der CDU über den Brandt-Vorwurf“. Vermerke Rasners dazu in ACDP 08-001-455/1.

Generalsekretär Dr. Heck teilt mit: Das Kuratorium Unteilbares Deutschland hat 18 führende Politiker der CDU/CSU eingeladen, in einer „Aktion Dialog“ jeweils gegen einen führenden Politiker der Regierungskoalition vor geschlossenem Kreis über die Ostpolitik zu diskutieren.<sup>77</sup>

Herr von Hassel schlägt vor, daß das Präsidium zu diesem Vorschlag einen Beschluß faßt: Entweder volle Unterstützung oder Distanzierung.

*Entgegen der ablehnenden Meinung von Herrn Dr. Heck setzt sich im Vorstand allgemein der Trend zur Teilnahme durch.*

Dr. Barzel schlägt vor, daß die CDU-Politiker ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer Vorstandssitzung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland erklären, wobei die Frage erörtert werden könnte, wie das Kuratorium eigentlich dazu kommt, einen solchen Vorschlag zu machen. Wir wären bereit, innerhalb des Kuratoriums zu verhandeln.

Generalsekretär Dr. Heck bittet um die Bestätigung der Wahl der Vorsitzenden für folgende Ausschüsse: Es wurde ein Ausschuß gegründet, der sich damit beschäftigt, wie die CDU in Ballungsräumen arbeiten muß.<sup>78</sup> Vorsitzende: Frau Ruth Beckmann. Im Sportausschuß ist eine Neuwahl notwendig geworden, weil Herr Wörner den Vorsitz niedergelegt hat. Neuer Vorsitzender: Herr Dr. Evers<sup>79</sup>.

*Zustimmung des Vorstands.*

---

77 Die „Aktion Dialog“ wurde auf der Präsidiumssitzung am 21. September 1970 thematisiert (Protokoll in ACDP 07-001-1403). Grundsätzlich wurde eine Zusammenarbeit der CDU mit dem Kuratorium Unteilbares Deutschland befürwortet (Vermerk von Hassels an Heck vom 13. Oktober 1970 in ACDP 07-001-12034). Es wurde beschlossen, Amrehn für den verstorbenen Ernst Lemmer als Mitglied in das Kuratorium zu entsenden; Rüdiger Göb wurde als ständiger Vertreter von Generalsekretär Heck nominiert.

78 Beschlossen wurde die Einsetzung des Ausschusses auf dem Parteitag am 17./18. November 1969 in Mainz, vgl. CDU, 17. BUNDESPARTEITAG S. 207 Antrag H/11. Vgl. auch die Unterlagen in ACDP 07-001 AO Bruno Heck BFA 1967-71 unverzeichnet.

79 In der Vorlage: Ebers. – Dr. Hans Evers folgte am 1. Dezember 1969 Manfred Wörner im Vorsitz des Bundesfachausschusses Sport, der sich am 27. Mai 1968 konstituiert hatte, nach. Vgl. den Rechenschaftsbericht von Evers anlässlich der 2. Sportkonferenz am 13. Oktober 1970 in Eichholz in ACDP 01-226-390.

Bonn, Montag 9. November 1970

*Sprecher: Amrehn, Barzel, Dregger, Hasselmann, Heck, Kaltefleiter, Katzer, Kiesinger, Kohl, Schmücker, Schwarz-Schilling, Stoltenberg.*

*Ergebnis der Landtagswahl in Hessen. Politische Lage. Antrag der Mittelstandsvereinigung auf Gewährung eines Zuschusses für den Mittelstandskongreß. Verschiedenes.*

*Beginn: 11.00 Uhr*

*Ende: 15.45 Uhr*

#### ERGEBNIS DER LANDTAGSWAHL IN HESSEN

*Kiesinger:* Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung des Bundesvorstands und ergreife die Gelegenheit, vor allen Dingen zwei Herren unter uns recht herzlich zu gratulieren. Zunächst einmal Herrn Dr. Dregger für den großartigen Erfolg der CDU in Hessen und zweitens Herrn Ministerpräsident Dr. Kohl für den eindrucksvollen Erfolg der CDU bei den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz.<sup>1</sup> (*Beifall.*) Beide Herren werden uns jetzt von ihrem Standpunkt aus einen Situationsbericht geben. Ich darf zuerst Herrn Dr. Dregger bitten.

*Dregger:* Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich möchte meinen Bericht beginnen mit einem Dank an die Bundespartei und an die anderen Landesverbände. Wir sind noch nie so unterstützt worden wie in diesem Wahlkampf. Das gilt zunächst vom Technischen her von der Bundesgeschäftsstelle, das gilt für den Rednereinsatz. Ich möchte auch hier einen Namen nennen, nämlich den Bundesvorsitzenden, der allein 80 Veranstaltungen durchgeführt hat, was ja schon rein physisch eine ungewöhnliche Leistung war, der aber außerdem einen solchen Zustrom auf seinen Veranstaltungen gehabt hat, der nicht erwartet war. Zum Beispiel bei Multiplikatorengesprächen sprach es sich herum, Dr. Kiesinger ist da; dann versammelte sich eine große Menschenzahl, und er konnte dann dort sprechen.

Meinen herzlichen Dank an die Fraktion und ihren Vorsitzenden, Herrn Dr. Barzel. Sie haben uns ganz vorzüglich unterstützt. Bonn war diesmal nicht ein Hindernis für uns, sondern eine große Rückenstärkung. All das, was in den letzten Tagen im Bundes-

---

1 Zum Ergebnis der Landtagswahl am 8. November 1970 in Hessen vgl. Nr. 2 Anm. 18. – In Rheinland-Pfalz wählten am 8. November 1970 68 von 82 Verbandsgemeinden ihre Vertretungskörperschaften. Vgl. „Mitteilungen des Landeswahlleiters von Rheinland-Pfalz“ (KW 1970/3 Bad Ems 8. November 1970); „Rheinische Post“ vom 10. November 1970 „Führungsrolle der CDU in Rheinland-Pfalz bestätigt“.

tag geschehen ist, wirkte sich zu unserem Vorteil aus.<sup>2</sup> Herr Dr. Barzel hat selbst auch sehr bemerkenswerte Versammlungen in Hessen gehabt. Aber das gilt nicht nur für diese beiden Herren, sondern weit darüber hinaus.

Landespolitisch hat sich die Situation sicherlich völlig verändert. Die SPD hat eine empfindliche Niederlage erlitten. Wir haben ein Rekordergebnis erzielt, das nur noch übertroffen wird durch das Bundestagswahlergebnis von 1957. Wir haben 17 Wahlkreise unmittelbar gezogen, gegenüber vier beim letzten Mal. Wir haben in manchen Wahlkreisen, wo wir schon stark waren, hinzugewonnen – ich will meinen eigenen nicht verschweigen, ich habe von 57 % auf 65 % steigern können und damit das höchste Ergebnis eines hessischen Abgeordneten. (*Beifall.*)

Das zweite Bemerkenswerte ist aber die Tatsache, daß die FDP sich gehalten hat. Die NPD ist verschwunden. Es ist also zur Zeit so, das Hessen zwei große Parteien hat, dazu die FDP. Es ist jetzt rechnerisch möglich, daß die Regierung auch von der CDU gebildet werden könnte, zum ersten Male, während es bisher immer nur mit der SPD möglich gewesen war. Die FDP hat sich bereits im Juli festgelegt und hat das erneut bestätigt. Politisch ist das nicht drin. Aber die Tatsache, daß es rechnerisch möglich ist, ist eine neue Situation in Hessen. Wir werden jetzt die einzige Opposition sein, während es bisher so war, daß die SPD 51 % der Stimmen hatte, daß wir als stärkste Oppositionspartei nur 26 % der Stimmen hatten – wir sind jetzt nahezu bei 40 % – und neben uns noch FDP und NPD vorhanden waren. Die Tatsache, daß wir jetzt die einzige Opposition sind, ist natürlich für die Zukunft eine gute Ausgangslage.

Nun zur bundespolitischen Auswertung: Dieses FDP-Ergebnis ist sicherlich bemerkenswert. Die Hoffnung auf den Zerfall der FDP ist etwas gedämpft worden durch dieses Ergebnis. Trotzdem können wir – so meine ich – von einer Niederlage der Bonner Koalition sprechen, denn wir haben unser Bundestagswahlergebnis übertroffen, genauso wie im Saarland, in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen.<sup>3</sup> Und wenn dieses Ergebnis in allen Bundesländern so ausfallen wird – woran ich nicht zweifle –, dann würde die CDU/CSU eine klare absolute Mehrheit im Deutschen Bundestag haben. Es steht also fest, daß die Regierung Brandt/Scheel gegen den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes zur Zeit regiert. Und ich glaube, darauf sollten wir unsere bundespolitischen Stellungnahmen abzielen. Wir haben vielleicht die Sache etwas zu sehr auf die FDP fixiert. Wir werden jetzt das Gesamtergebnis und insbesondere unser eigenes Ergebnis herausstellen. Die Landespartei selbst hat sich natürlich sehr engagiert. Es hat sich als nützlich erwiesen, daß wir auch personell eine Alternative angeboten haben zur Landesregierung erstmalig. Und ich glaube, wir können sagen, daß wir auch in Hessen regierungsfähig sind. Nochmals meinen allerherzlichsten Dank an alle Mitwirkenden und an Sie alle, meine Damen und Herren!

*Kohl:* Meine Damen und Herren! Die Kommunalwahlen lassen sich natürlich über-

---

2 Vermutlich die Bundestagssitzung vom 4. November 1970, in der es u. a. um Kindergeld, Krankenversicherung, Wohngeld ging (Sten.Ber. 6. WP 75. Sitzung S. 4133–4184).

3 Landtagswahlen am 14. Juni 1970. Vgl. Nr. 2 Anm. 18.

haupt nicht bundespolitisch einordnen, und zwar aus zwei Gründen: Erstens, weil es Kommunalwahlen sind und zweitens, weil es Nachholwahlen sind im Zusammenhang mit Verwaltungsreformproblemen.

Was gestern in Rheinland-Pfalz passiert ist – es haben fast 40 % der Wähler gewählt –, bedeutet, daß die Verwaltungsreform im Nordteil, in den alten früheren preußischen Gebieten von Rheinland-Pfalz, abgeschlossen ist. Hier sind tiefgreifende Strukturwandlungen, z. T. mit gesetzlicher Gewalt, also nicht auf Freiwilligkeitsbasis, durchgeführt worden. Wie Sie wissen, ist der wohl tiefgreifendste Einschnitt in Rheinland-Pfalz im Rahmen dieser Reform, daß wir aus rund 3.200 Gemeinden 200 politische Gemeinden machen. Das ist also jetzt vollzogen bei einer Größenordnung von rund 100. Das erste Drittel dieser 100 ist vor einem Jahr endgültig gewählt worden, das letzte Drittel, nämlich 68 Verbandsgemeinden, ist gestern gewählt worden. Wir haben eine Reihe von Kreisen zusammengelegt, es gab die reinsten Volksaufstände bei der Abschaffung von Kreisverwaltungen. Ich würde folgendes sagen zu den drei Zahlen: Wir haben jetzt im Nordteil des Landes in allen Landkreisen – auch in denen, die neu gebildet worden sind – erstmals die absolute Mehrheit. Es gibt also in den anderen Bereichen im Norden des Landes keinen einzigen Kreis mehr, der nicht eine absolute Mehrheit der CDU hat. Wir hatten, wenn ich die Städte zusammennehme, die großen kreisangehörigen Städte und die kreisfreien Städte, einen beachtlichen Zuwachs. Und wir haben in Verbandsgemeinden den wohl wichtigsten Sieg – nicht der Tagespolitik, sondern strukturell auf die Zukunft. Ich will es in Zahlen sagen: In den sechs Landkreisen hat die CDU jetzt 60 % im Durchschnitt, die SPD jetzt 31 % im Durchschnitt, die FDP jetzt 5,9 % im Durchschnitt, die Wählergemeinschaften jetzt 2,6 % im Durchschnitt.

Das ist eine klare Tendenz zum Rückgang der Wählergemeinschaften trotz Verwaltungsreform. Es ist zu befürchten, daß die natürlich einen Auftrieb bekommen. In Zahlen ausgedrückt heißt das, daß die CDU in den sechs Kreistagen, die aus insgesamt zwölf Kreisen entstanden sind, eine Zuwachsrate hat von 3,5 %, die SPD eine Zuwachsrate hat von 0,6 %, die FDP einen Verlust hat von 3,5 % – und das ist der Verlust insgesamt. Man kann davon ausgehen, daß, wenn gestern Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz gewesen wären, die FDP nicht mehr dem Landtag angehören würde. Damit haben sich die demoskopischen Prognosen, die in den letzten 14 Tagen in unserem Lande angestellt wurden, bestätigt.

Das für mich mindestens genauso erfreuliche Ergebnis ist das Ergebnis von 31 Stadtratswahlen, die in diesem Zusammenhang durch Zwangseingemeindungen usw. stattfanden. Hier hat in den Städten die CDU jetzt gleichgezogen mit der SPD. Wir haben eine Zuwachsrate von 6,5 % in 31 Städten. Wir liegen jetzt bei rund 45 % und die Sozialdemokraten bei rund 45 %. Die SPD hat eine Zuwachsrate von 2,7 %, die FDP eine Abnahme von 4,3 % und die freien Wählergemeinschaften eine Abnahme von 8,2 % im Vergleich zu den letzten Wahlen. Hier ist besonders bemerkenswert das Ergebnis der Großstadt Koblenz mit einer sehr schwierigen kommunalen Situation durch die große Garnison usw. Koblenz ist zum erstenmal um unter 100 Stimmen an die absolute Mehrheit herangekommen. Da die FDP eine Liste dort besitzt, die für uns

nicht ungünstig ist – sie hat noch drei Mandate –, ist also klar, daß wir in Koblenz sowohl in der Oberbürgermeisterfrage wie in der Stadtregierung im nächsten Jahr völlig saniert sind.

Die Ergebnisse in den 68 Verbandsgemeinden – ein Teil der 100 von den 200, von denen ich sprach – sind so, daß die CDU in 58 Gemeinden von diesen 68 die absolute Mehrheit gewonnen hat, d. h. also, wir sind in der Lage, in diesem nächsten Jahr in fast 90 % der Verbandsgemeinden den Bürgermeister für die nächsten zehn Jahre zu wählen. Wenn wir hier also eine vernünftige Personalpolitik betreiben, ist das natürlich eine langfristige Sicherung, wie wir sie uns besser nicht wünschen können.

Bemerkenswert sind noch zwei Dinge. Die ersten Auszählungen bei Sonderwahlkreisen, bei Frauen und vor allem bei Jungwählern zeigen ganz eindeutig, daß entgegen der allgemeinen Meinung, Jungwähler müßten zur SPD gehen, diese ganz eindeutig zu uns gegangen sind, nicht zuletzt wegen der Verwaltungsreform und wegen der Bereitschaft, hier mit althergebrachten Formen zu brechen. Und der zweite Punkt, den ich eigentlich für mich am höchsten werte, ist der, daß überall dort, wo wir mit ungeheuren Opfern und z. T. auch mit Brachialgewalt gegen die örtlichen Autoritäten, auch in der CDU, in den Kirchen usw., die Industrialisierung vorangetrieben haben, sich die Gleichung erfüllt hat, daß Industrialisierung in bäuerlichen Räumen zugunsten der CDU läuft, wenn sie mit flankierenden Maßnahmen verbunden ist. Wir haben hier z. T. ganz unglaubliche Steigerungsquoten erreicht zwischen 15 und 18 %. Die SPD ist beispielsweise im Bezirk Bernkastel-Wittlich in der ganz fürchterlichen Lage, daß sie trotz größter Industrieansiedlungen – hier geht es um weit über 10.000 Arbeitsplätze – Steigerungsquoten für die CDU hinnehmen mußte von über 16 % und die SPD 1 % verloren hat trotz massiver Einsätze etwa der IG Chemie in diesem Bereich. Also das, was in der CDU gelegentlich immer behauptet wird, daß Industrialisierung in bäuerlichen Räumen uns schadet, stimmt überhaupt nicht. Wenn das einigermaßen sorgsam gemacht wird, ist es – glaube ich – sehr gut.

Und als letzten Satz dazu: Es zeigt sich eines – glaube ich – ganz klar. Wenn man mit Entschiedenheit, und ohne sonderliche Rücksicht auf örtliche Stimmungen zu nehmen, eine insgesamt glaubwürdige Verwaltungsreform, auch wenn da ein Detail umstritten sein mag, vorlegt, kann man dann damit Wahlen gewinnen. Es ist dies die zweite Wahl, die ich – wie Sie ja wissen – in dieser Sache durchführen mußte, und wir haben diesmal noch wesentlich besser abgeschnitten. Überall dort, wo sich Gruppierungen, wie etwa die freien Wählergemeinschaften, aber auch die SPD und die FDP, örtlich mit dem Programm hervorgetan haben, man solle das Vorhandene nicht ändern, weil es doch immer so war, hat sich gezeigt, daß das überhaupt keine Wähler gewonnen hat, sondern daß das Gegenteil der Fall ist. Das Hochputschen dieser Emotionen hat sich eben nicht ausgezahlt.

Und das allerletzte: Ich glaube, daß das beste Rezept der Behandlung der FDP ist, möglichst wenig über sie zu sprechen und sie mit ausgesuchter Höflichkeit zu behandeln. (*Beifall.*) Ich kann nur sagen, das Wahlergebnis ist natürlich für uns jetzt landespolitisch nicht ohne Schwierigkeiten. Die FDP hat sich vor drei Wochen auf ihrem Landesparteitag einstimmig mit den Stimmen der Jungdemokraten für die Fortsetzung

der Koalition mit der CDU ausgesprochen.<sup>4</sup> Es gab natürlich gestern abend, als dieses Wahlergebnis so langsam deutlich wurde, durchaus Gesichter, die sich die Frage stellten, ob das eine richtige Entscheidung war. Ich habe gar keine Zweifel daran, daß die FDP an dieser Entscheidung festhält. Es ist nur wichtig, und wir werden auch unseren Landtagswahlkampf ausschließlich so führen, daß die FDP für uns – so haben wir es auch in diesem Wahlkampf gehalten – überhaupt nicht existiert und daß unser Gegner frontal die SPD ist. Es zeigt sich auch, daß über die Tagespolitik hinaus Wahlen im nächsten Jahr nur zu gewinnen sind, wenn wir auch in der Programmatik eine überzeugende Gesamtkonzeption vortragen. Das ist nicht nur tagespolitisch zu machen.

Ich darf mich auch bei denen sehr herzlich bedanken, die uns dabei geholfen haben und darf schon jetzt unsere Bitte vortragen, daß Sie uns in den 3 ½ heißen Wochen vor dem 21. März 1971 entsprechend tatkräftig unterstützen. (*Beifall.*)

*Kiesinger:* Jetzt darf ich vorschlagen, nachdem wir die beiden Berichte gehört haben, daß wir den Leiter des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, der sich bereits mit einer ersten Analyse befaßt hat, anhören zu dem, was seine ersten Ergebnisse sind.

*Kaltefleiter*<sup>5</sup>: Ich muß Sie leider wahrscheinlich enttäuschen. Wir haben zwar diese Nacht unsere Rechenapparate arbeiten lassen, aber die Ergebnisse sind derart heterogen – vor allem in Hessen –, daß eine deutliche Analyse wohl erst möglich sein wird, wenn die Stimmbezirksergebnisse vorliegen. Dennoch will ich versuchen, zu drei Fragen Stellung zu nehmen und zunächst vielleicht ein wenig versuchen, mich in dieser Runde unbeliebt zu machen, indem ich nämlich den sicher auf den ersten Blick deutlichen Erfolg der CDU in Hessen ein ganz klein wenig relativieren möchte. Ich würde sagen, es handelt sich dort erstmalig nach 1957 wieder darum, daß die CDU das erreicht hat, was aufgrund der verschiedenen und vorgegebenen Situationen eigentlich erreicht werden mußte. Die CDU in Hessen war ja in den beiden vorhergehenden Landtagswahlen durch die „Spiegel“-Krise und durch die Auseinandersetzung um die Bildung der Großen Koalition jeweils in einer spezifischen bundespolitischen Situation, und das hat sich diesmal ausgeglichen. Und zum zweiten kommt hinzu, daß Hessen wohl, was die Konzentrationstendenzen des deutschen Parteiensystems betrifft, lange Zeit hinter anderen Bundesländern hinterher gehinkt ist. Ich denke nur an die Vertriebenenparteien, die es ja vor vier Jahren auch noch gab. Und hier hat die CDU das absorbieren können zum großen Teil, was dort noch eine bestimmte Selbstständigkeit hatte. Das bedeutet natürlich, daß man zugleich auch sagen kann, daß dieser Wähleranteil, der jetzt erreicht worden ist, relativ stabil sein müßte und nicht als ein einmaliger Höhepunkt anzusehen sein dürfte.

Die Verluste der SPD sind hier weniger leicht zu behandeln. Natürlich ist gestern abend in allen Kommentaren darauf hingewiesen worden, daß es sich hier um den

---

4 Vgl. „Die Welt“ vom 13. Oktober 1970 „Die Mainzer FDP will links zugeknöpft bleiben“.

5 Dr. Werner Kaltefleiter (1937–1998), Professor für Sozialwissenschaften und Politologe; 1970–1975 Leiter der Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 792 Anm. 3.



normalen Verschleißprozeß einer Regierung handle. Ich möchte aber doch die Hypothese wagen, daß hier bundespolitische Bedeutungen größer waren, und zwar insbesondere die bei allen Meinungsumfragen zur Zeit sehr deutlich werdende Beeinträchtigung des sozioökonomischen Sicherheitsmotivs, das bekanntlich – und das gilt nicht nur für die Bundesrepublik, sondern für Industriegesellschaften generell – wesentliche Bedeutung hat für das Wahlverhalten. Die damit ausgelösten Oppositionstendenzen sind hier der Opposition – und hier hat sicher die CDU davon profitiert, daß sie sowohl im Bund wie im Land Opposition betreibt – zugute gekommen.

Man muß hier natürlich auch die Frage stellen – und das führt dann bereits zur FDP –, in welchem Umfange bewußt oder aus welchen Gründen auch immer SPD-Wähler zur FDP tendiert haben. Wenn ich mir die Ergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen anschau, dann kann man eigentlich doch bei aller Heterogenität, die ich anfangs erwähnte, zwei Tendenzen feststellen, nämlich daß die Gewinne der CDU tendenziell um so größer sind, je größer die Verluste der FDP bzw. die Erfolge der CDU in den früheren Hochburgen der FDP relativ ausgeprägt sind. Und man kann weniger deutlich, aber eben doch auch sichtbar sehen, daß die FDP sich dort relativ gut gehalten hat, teilweise auch Stimmen hinzugewonnen hat, wo die SPD besonders stark verloren hat. Das heißt, es bietet sich aus den Aggregatdaten an die Hypothese eines doppelten Wählerwechsels, nämlich a) von der FDP weg hin zur CDU, vor allem in ländlichen und mittelständischen Gegenden und b) aber auch ein Wählerwechsel weg von der SPD zur FDP und natürlich generell auch ein Wählerwechsel von der SPD zur CDU aufgrund des vorhin erwähnten beeinträchtigten sozioökonomischen Sicherheitsmotivs.

Interessant ist natürlich die Frage, wie ist zu erklären der Wechsel von der SPD zur FDP. Hier gibt es ja zumindest zwei oder drei Hypothesen:

Erstens handelt es sich darum, daß alteingesessene SPD-Wähler bewußt FDP gewählt haben, um die Koalition zu retten. Nun, ob diese Hypothese richtig ist, kann natürlich aus dem Aggregat nicht herausgelesen werden. Aber ich möchte doch darauf aufmerksam machen, daß zumindest eine zweite Hypothese denkbar ist, nämlich daß die FDP durch ihre veränderte Position im Parteiensystem heute eine Situation vielleicht bekommt – zumindest scheint sie sie anzustreben –, die der ähnlich war im Vergleich zur CDU, die sie bis 1966 hatte. Die FDP war im deutschen Parteiensystem zur CDU bis etwa 1966 in der Position des sogenannten Oppositionsfilters, d. h. sie strebte bewußt Wähler an, die mit der CDU unzufrieden waren, aber nicht bereit waren, SPD zu wählen. Höhepunkt dieser Entwicklung – zu Ihrer Erinnerung – die Bundestagswahl 1961 mit der CDU, aber ohne Adenauer. Und ich glaube, der FDP-Slogan „Goliath schläft – wählt David“ geht haargenau in die gleiche Richtung, nämlich mit der SPD unzufriedene Wähler anzusprechen, die aber nicht bereit sind, tatsächlich zur CDU zu wechseln. Wenn diese Hypothese sich bestätigen sollte – ich sage noch einmal, man kann das aus dem Material so ohne weiteres nicht sagen –, würde das für die Zukunftsaussichten der FDP zu einer ganz anderen Prognose führen, als wenn wir die Erfolge der FDP zurückführen auf ein bewußtes Stimmen-Splitting eigentlicher SPD-Wähler, denn dann könnte das darauf deuten, daß die FDP in eine neue, relativ stabile

Situation kommt am Rande des SPD, allerdings doch mit einem wesentlichen Unterschied. Und der Unterschied scheint mir darin zu bestehen, daß die FDP als Oppositionsfilter zur CDU über einen gesicherten Wählerstamm von rund 5 % immer verfügte und weitere 5 % oppositionslos auf diese Weise erzielte. Es ist bislang nicht abzusehen, wo die FDP in der Rolle als Oppositionsfilter zur SPD den stabilen Wählerstamm herholen soll. Es scheint sich dann darauf zu reduzieren, daß sie jedesmal ad hoc zu einem Wahlerfolg kommen muß. Das aber bedeutet eine Labilität in der Stabilität, was vielleicht als Widerspruch erscheint – aber ich hoffe, Sie verstehen, worauf ich hinaus will. Wenn wir die Frage auch stellen in bezug auf die Landtagswahl in Bayern<sup>6</sup>, dann kann man sagen, daß die FDP deutlich verloren hat in ihren früheren Hochburgen, in ihren ländlichen, mittelständischen Gegenden, und daß die Wahrscheinlichkeit, daß sie die 10 %-Hürde in Mittelfranken schaffen wird, relativ gering ist, denn dort in einer vergleichbaren sozialen Struktur in Hessen hat sie keine Erfolge erzielen können. Sie hat Erfolge erzielen können in Hessen unter sozialstrukturellen Bedingungen, wie sie in Bayern in ganz anderen Regionen vorliegen. Aber ich muß Ihnen gestehen, daß es meine Phantasie überschreitet bei der Ausgangsposition der FDP in diesen Gegenden, daß sie 10 % bekommt, aber zumindest kann man es logisch nicht ausschließen.

Das zweite, was hier berücksichtigt werden muß, ist, wenn wir die andere These haben – die FDP als Oppositionsfilter zur SPD –, daß die Chancen der FDP, diese Position zu nutzen, um so größer sein werden, je stärker das Image der SPD durch ihre jüngere Generation gekennzeichnet wird. Man kann vielleicht aus den besonderen Ergebnissen in Südhessen hier einiges ableiten, was diese These bestärkt. Schließlich muß man aus dem Gesamtergebnis der FDP wohl auch einiges herausnehmen: Ganz egal, ob wir die Hypothese 1 – bewußtes Wählen der FDP durch alte SPD-Wähler – oder die Hypothese 2 – FDP als Oppositionsfilter zur SPD – sehen, die Wahlerfolge der FDP sind damit unmittelbar abhängig von der Politik der SPD. Sei es, daß die SPD gezielt Wähler an die FDP abgibt, sei es, daß die SPD oppositionsauslösende Politik betreibt, die dann der FDP zugute kommt – es ist vielleicht ein polemisches Wort, aber der Begriff der Huckepack-Partei, der früher einmal in der deutschen Politik im Hinblick auf solche Parteien üblich war, scheint mir zumindest nicht ganz unangebracht. Das bedeutet aber auch etwas Zweites. Unter den Vorausschauungen auf dieses Ergebnis ist immer sehr viel spekuliert worden über mögliche Rückwirkungen auf bundespolitischer Ebene oder die ganze Struktur der FDP. Wenn die Vertreter jener FDP, die sich noch verstehen als eine Position der Partei, wie sie früher war bis 1966, das Ergebnis analysieren, müssen sie zu dem Ergebnis kommen, daß dieses Wahlergebnis für diesen Teil der FDP genauso ungünstig ist, als wenn die FDP aus dem Landtag Hessen herausgefliegen wäre. Denn es sind nicht die alten FDP-Wähler, die die FDP gerettet haben, sondern es ist eine völlige Umschichtung der Wählerschaft. Und das bedeutet natürlich, daß die neue Parteiführung nur in Grenzen unter den labilen Aspekten, die ich vorhin erwähnte, bestätigt worden ist, womit die Chancen zur Wiederaufstellung der anderen Gruppen usw. vermindert sind. Ich glaube, diesen Aspekt

---

<sup>6</sup> Zum Ergebnis der Landtagswahl am 22. November 1970 vgl. Nr. 2 Anm. 18.

sollte man bei der globalen Konstanz des FDP-Ergebnisses sehen, daß hier ein Umschichtungsprozeß erfolgt ist.

Und drittens und letztens: Wenn es richtig ist, daß es der FDP gelungen ist, ihr Elektorat zum großen Teil auszuwechseln, dann bedeutet das auch, daß das Argument, das behauptet, aufgrund bestimmter Eigenarten der Kultur in Deutschland gäbe es einen sicheren Hort für eine dritte Partei, für ein Drei-Parteien-System, wie Herr Genscher das gestern abend in verschiedenen Interviews zu betonen versuchte, falsch ist.<sup>7</sup> Entweder ich habe eine Stammwählerschaft; dann kann das auf bestimmten Eigenschaften der politischen Kultur beruhen. Aber wenn ich in der Lage bin, mein Elektorat auszuwechseln, kann das nicht auf Eigenschaften der politischen Kultur beruhen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall.*)

Die NPD-Verluste sind deutlich zu beobachten bei ihrer Entstehung. Es ist keine eindeutige Korrelation zu beobachten zwischen den NDP-Verlusten und dem Anstieg der CDU oder Verlust der SPD. Wir haben etwa in dem Wahlkreis mit den höchsten NPD-Verlusten zugleich auch einen minimalen SPD-Verlust. Umgekehrt haben wir natürlich auch bei hohen NPD-Verlusten gewisse Gewinne, auch überdurchschnittliche Gewinne der CDU. Mir scheint dies folgendes zu bestätigen, was wir vor vier Jahren hatten. Vor vier Jahren konnten wir beobachten, daß die NPD sich rekrutierte aus den Protestwählern, und zwar sowohl von der SPD als auch von der CDU. Die Wähler haben sich diesmal wieder auf diese Parteien verteilt, wobei mit hoher Wahrscheinlichkeit die CDU aus dem einfachen Grunde mehr gezogen hat, weil sie eben zur Zeit Opposition ist und die NPD-Wähler eben Oppositionswähler sind. Ich glaube, man kann das NPD-Phänomen nicht verstehen, wenn man von einer programmatischen Rechts-Links-Einteilung ausgeht. Das ist ein Orientierungspunkt im eindimensionalen Raum, sondern wir müssen hier wohl davon ausgehen, daß die Wähler der NPD sich rekrutieren aus der Gruppe der potentiellen Wechselwähler zwischen CDU und SPD und dort natürlich bestimmte Eigenschaften haben und dementsprechend, wenn solche Parteien wieder absorbiert werden, primär von der CDU, weil sie im Moment Opposition ist. Aber wenn die SPD in der Opposition ist, hat die SPD die größeren Chancen hier.

*Kiesinger:* Ich habe erinnert an eine Analyse von Allensbach, die wir am 23. Juli dieses Jahres vorgelegt bekommen haben.<sup>8</sup> In dieser Analyse ist das Verhalten der NPD-Wähler dargestellt, und da haben wir folgendes Ergebnis bekommen: Die NPD-Anhänger vom Frühsommer 1969 wählten bei der Bundestagswahl im September 1969 noch einmal NPD: 72, CDU: 8, SPD: 20. Sie wählten bei den Landtagswahlen im Juni 1970 noch einmal NPD: 39, CDU: 27, SPD: 27 und FDP: 7. Damit wird also eine alte Erfahrung bestätigt und das, was Sie eben gesagt haben. Es ist also ganz falsch, die

7 Genscher sah in dem Wahlergebnis eine Stabilisierung der FDP als „Partei der Mitte“ (Zusammenfassung seiner verschiedenen Äußerungen in BPA/Abt. Nachrichten Ref. II/4 vom 8. November 1970 in ACDP Dokumentation 17/1).

8 Vgl. Allensbacher Bericht „Labiles Politisches Klima in der Bundesrepublik“ vom Juli 1970 in ACDP Dokumentation. Die Zahlen wurden auch veröffentlicht im ZDF-„Magazin“ vom 22. Juli 1970 (vgl. BPA/Abt. Nachrichten Referat II/4).

NPD unter dem Gesichtspunkt des Rechtsradikalismus zu sehen. Und das ist wichtig, weil man uns ja nun bewußt – das hat sich gestern bei den Stellungnahmen der einzelnen SPD-Politiker ja klar gezeigt – abstempeln will als eine Partei, die, nachdem wir in Hessen diesen gewaltigen Zuwachs von rechts, also ausschließlich vor allem von der NPD, bekommen hätten, nun in Hessen und vielleicht auch in Bonn einen Rechtskurs einschlagen müßte.

Ich darf noch etwas sagen zur FDP, zu dem, was Sie eben sagten. Das ging in dieselbe Richtung dessen, was wir auch im Präsidium schon besprochen hatten.<sup>9</sup> Für mich hat sich seit langem die Frage gestellt – seit meinem Gespräch mit Scheel ein Jahr vor der Bundestagswahl –, wird sich sein Kalkül eines Tages als richtig erweisen? Nachdem die FDP für sich zu der Erkenntnis gekommen war, daß sie in der Zusammenarbeit mit der CDU verschwinden würde, und zwar einfach deswegen, weil sie programmatisch der CDU zu nahe steht, kam der Entschluß, unter allen Umständen mit der SPD zusammenzugehen. Das war zwar nicht sehr schön, aber man unternahm es, weil man glaubte, sich dort doch deutlicher abheben zu können. Zunächst haben ja die Ergebnisse der Bundestagswahl und auch der Landtagswahlen hineingedeutet, daß dieses Kalkül nicht stimmte. Jetzt in Hessen haben wir das erstmal einen Fall, wo wir uns fragen könnten, beginnt dieses Kalkül sich als richtig zu erweisen, und dann allerdings in welcher Weise.

Ich halte auch Ihren Hinweis auf Bayern für richtig. Das stimmt mit meinen eigenen Beobachtungen überein. Jedenfalls werden wir unser Verhalten zur FDP und unsere Aussage über die FDP sehr genau bedenken müssen. Wir haben uns heute im Präsidium darauf geeinigt, wir betonen den starken Erfolg der CDU in Hessen und betonen gleichzeitig den starken Erfolg der CDU bei den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz. Wir wollen das ruhig nebeneinander stellen. Aber wir lassen uns sonst auf irgendwelche Spekulationen nicht ein, und es ist wichtig, daß nun nicht jeder von uns mit verschiedenen Zungen redet, insbesondere weil wir ja auch noch die Landtagswahl in Bayern vor uns haben und schon aus diesem Grunde gut daran tun, eine gewisse mögliche Mitleidswelle oder Sympathiewelle nicht zur forcieren.

*In der sich anschließenden Diskussion wird von Herrn Hasselmann die Frage gestellt: Wie verhalten wir uns zur NLA?*<sup>10</sup>

*Kiesinger:* Was die NLA angeht, so haben wir heute im Präsidium eine einheitliche Meinungsbildung herbeigeführt: Es ist falsch, diese Partei zu gründen. Es ist zwar ihre Sache, aber wir werden ihnen raten und werden Einfluß nehmen, wo wir können, daß diese Partei nicht gegründet wird. Und wir werden vor allem auch versuchen, Absicherungsversuche, die aus der CSU laut geworden sind, zu beseitigen. Dazu habe ich einen

---

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Protokolle der Präsidiumssitzungen am 12. und 30. Oktober 1970 in ACDP 07-001-1403.

<sup>10</sup> Die Haltung der CDU zur NLA war Thema in den Präsidiumssitzungen am 30. Oktober, 2. und 9. November 1970 (ACDP 07-001-1403; Unterlagen zur NLA und zur Gründung der DU in 07-001-1320, -11332). Vgl. auch GRAU, Verhältnis S. 77-92; Nr. 7 Anm. 87.

Brief an den Vorsitzenden der CSU geschrieben und werde jetzt noch in einem Telefongespräch ihm die heutige Meinungsbildung des Präsidiums mitteilen.<sup>11</sup>

*Es schließt sich eine Diskussion an über die möglichen positiven oder negativen Auswirkungen auf das Wahlergebnis in Hessen aufgrund der Aus- bzw. Übertritte von Herrn Starke und Herrn Zoglmann<sup>12</sup>.*

#### POLITISCHE LAGE

*Barzel:* Ich möchte mich beschränken auf zwei Punkte, nämlich auf Polen und auf Berlin, wozu natürlich auch die DDR gehört. Ich kann es mir, glaube ich, schenken, in diesem Kreise erneut darzutun, warum wir uns nicht beteiligt haben als Beobachter – mehr war uns ja nicht angeboten – an der Delegation von Herrn Scheel. Ich möchte hier nur noch mitteilen, weil das möglicherweise irgendwann eine Rolle spielt, daß im Zusammenhang mit dieser Einladung es einen sehr umfangreichen Schriftwechsel gibt zwischen der Regierung und uns<sup>13</sup>, unsererseits immer abgestimmt durch die Führungsgremien der Fraktion, nicht nur zu den Formalien, warum wir nicht mitfahren, sondern da das Nichtmitfahren [nach Moskau und Warschau] u. a. den Grund hatte, daß wir glaubten feststellen zu müssen, das notwendige Ausmaß an Übereinstimmung sei nicht herzustellen, enthält dieser Schriftwechsel eben zur Sache viel mehr Mitteilungen, als hier meistens bekannt ist. Er enthält in einigen Punkten auch noch eine etwas präzisere Festlegung, als dies in dem 15. Oktober-Papier<sup>14</sup> durch die Fraktion insgesamt geschehen ist. Es heißt also in dem Brief, wo wir uns entschlossen haben, die Bedenken zu formulieren über das nicht bestehende Maß an Gemeinsamkeit – das wollten wir nicht öffentlich sagen, weil das unklug gewesen wäre und uns schlecht angekreidet worden wäre während der Wahlzeit: Unsere Bedenken beziehen sich vor allem darauf, daß nach den Vorstellungen der Bundesregierung die Grenzfrage im Hinblick auf einen künftigen Friedensvertrag nicht offenbleibt. Wir vermissen den klaren Friedensvertragsvorbehalt. Zu anderen Fragen, die in unserem Beschluß behandelt sind, müßten Abreden, zumindest verbindliche Absichtserklärungen beider Vertragspartner erfolgen. Wir hatten eigentlich gedacht, daß aufgrund dieses Angebotes die Regierung diese Sache noch einmal überprüfen würde, zumal wir sie darum gebe-

---

11 Brief Kiesingers nicht zu ermitteln. Vgl. das Schreiben von Bruno Heck an Franz Josef Strauß vom 9. Dezember 1970, in dem ein Gespräch für den 16. Dezember 1970 vereinbart wurde (ACDP 07-001-11330).

12 Siegfried Zoglmann (1913–2007), Verleger; 1957–1976 MdB (bis 9. Oktober 1970 FDP, dann Hospitant der CSU-Landesgruppe, ab 13. Dezember 1972 Mitglied der CDU/CSU-Fraktion). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 353 Anm. 23. – Starke war ebenfalls am 9. Oktober 1969 zur CDU gewechselt. Vgl. Nr. 1 Anm. 25.

13 Vgl. dazu GRAU S. 138–140.

14 Am 15. Oktober 1970 verabschiedete die CDU/CSU-Fraktion eine Resolution betr. der Verhandlungen mit Polen. Abdruck der Resolution in BULLETIN Nr. 161 vom 21. November 1970 S. 1704f.; vgl. GRAU S. 136f.

ten hatten. Die Regierung sah sich nicht imstande, ihren Standpunkt zu überprüfen, und dann nahmen die Dinge ihren Lauf, den Sie kennen. Wir hatten in der Sitzung der Führungsgremien uns übereinstimmend ein Urteil dahin gebildet, daß Herr Scheel führe aus Gründen der Wahl, damit die ganze Sache im Grunde fertig sei, daß er eigentlich nur einen Federhalter brauche. Und das ist auch völlig bestätigt durch das, was sich gestern abend in Warschau ereignet hat.<sup>15</sup>

Erst nach den Mitteilungen über den Wahlausgang in Hessen – so entnehme ich es dem Blatt der Bundesregierung – hat Herr Scheel eine Pressekonferenz gegeben und gesagt, es ist nicht ausgeschlossen, daß bis Ende dieser Woche die Sache paraphiert wird, und man sei auf beiden Seiten entschlossen, noch in dieser Woche zu einem Vertrag zu kommen. Das heißt, unsere Meinung, daß es sich hier nur noch um ein Showgeschäft handle, ist völlig bestätigt, und es ist ebenso richtig – das muß man historisch festhalten –, daß, wenn die FDP in Nordrhein-Westfalen rausgeflogen wäre, es wahrscheinlich die Unterschrift unter den deutsch-sowjetischen Vertrag überhaupt nicht gegeben hätte, und wenn es in Hessen anders gekommen wäre, dieser Vertrag nicht unterschrieben worden wäre. Dieses nur einmal aus der Abteilung Realitäten und nicht nur aus der Abteilung Schönheit der Arbeit betrachtet.

Das andere betrifft Berlin. Wir sind hier nach einem erneuten Gespräch zwischen Herrn Lorenz, Herrn Lummer und einigen Freunden hier noch einmal zu dem Ergebnis gekommen, daß es uns wohl bekommt, in den Berlin-Fragen so lange wie möglich mit der Regierung gemeinsam die Position zu halten und dies auch vertraulich zu tun. Das sind wir den Berlinern schuldig, das sind wir der Sache schuldig. Und wenn die Gemeinsamkeit in dieser Sache hier zerbräche zwischen den westalliierten und den deutschen Stellen oder unter den deutschen Beteiligten untereinander, dann würde die Sowjetunion noch stärkere Pressionen ausüben können. Und wenn wir uns mit dem deutsch-sowjetischen Vertrag vor diesem Zeitpunkt endgültig festlegen würden, so oder so, dann würden wir eben diese Berlin-Lösung noch mehr gefährden. Hierzu braucht man heutzutage keine Geheimstempel zu verletzen. Ich empfehle Ihnen allen zu lesen das, was Schumann<sup>16</sup> in der Nationalversammlung gesagt hat auf der einen Seite und das, was Ulbricht verkürzt im „Neuen Deutschland“<sup>17</sup> gesagt hat auf der anderen Seite. Das ergibt eine völlig korrekte Information der wirklichen Verhandlungslage. Ulbricht: „Die Regierung der DDR hat sich bereit erklärt, unter der Voraussetzung, daß in West-Berlin jede Tätigkeit anderer Staaten eingestellt wird, die dem völkerrechtlichen Status dieser Stadt widerspricht, die Interessen der DDR und anderer sozialistischer Staaten verletzt, mit der Regierung der BRD in Verhandlungen

---

15 Vgl. das Interview Scheels vom 8. November 1970 mit dem Südwestfunk in MEISSNER S. 1311–1313.

16 Maurice Schumann (1911–1998), französischer Politiker; Mitgründer des MRP, 1950–1973 Mitglied der Nationalversammlung, 1951–1954 Staatssekretär im Außenministerium, 1969–1973 Außenminister. – Zur Rede in der Nationalversammlung am 5. November 1970 vgl. AdG 1970 S. 15848.

17 Fernsehgespräch Ulbrichts mit zwei SED-Parteisekretären, Abdruck in „Neues Deutschland“ vom 9. November 1970 S. 3f.

über Fragen des gegenseitigen Transits von Personen und Waren einzutreten. [...] Selbstverständlich wären Vereinbarungen solcher Art zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der BRD sowie zwischen der DDR und dem West-Berliner Senat wichtige Beiträge zur Verbesserung der souveränen Rechte.“

Das ist eine völlig richtige Mitteilung. Und wenn man dem gegenüberstellt das, was Schumann sagt in der Nationalversammlung, daß die Rechte der Vier ungeschmälert seien und daß sie übereinstimmen würden, daß der Zugang störfrei sein solle – das letztere hat er nicht mit diesen Worten gesagt, aber das war ihnen zu entnehmen und das ist auch richtig –, dann wird es wohl zu Beauftragungen an alle deutschen Stellen kommen, die beteiligt sind, zur Durchführung dieses sehr allgemeinen Akkords, wir von den Dreien und die DDR von der Sowjetunion. Und der Streit ist eben, ob West-Berlin dann direkt verhandelt, auch im Auftrag der Drei, oder auf unserer Seite mit. Und das ist ja dann nicht mehr eine Frage von Verhandlungen, sondern das ist dann ein entscheidender Punkt.

Ich darf deshalb noch einmal sagen, die DDR bietet also an Verhandlungen über den Transitverkehr unter der Voraussetzung, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Aktivitäten in West-Berlin beendet, die im Widerspruch zum völkerrechtlichen Status stünden. Das Hauptproblem ist also nicht das des Verkehrs, wobei man darauf zu achten hat, daß wir – und ich hoffe auch noch die Westmächte – von Zugang sprechen, während die Sowjetunion und die DDR von Transit sprechen, was natürlich ganz etwas anderes ist. Und wenn man sich mal vorstellt, was das für die USA bedeutet, hinsichtlich ihres Transits nun auf den Partner DDR verwiesen zu werden, wie heiter die da drüben werden, das können Sie sich ungefähr vorstellen. Aber auch drüben ist man nicht deutscher als die Deutschen. Und das wird auch von dort erklärt.

Die Hauptsache ist also, die Beziehungen zwischen dem freien Berlin und dem freien Deutschland, die ihren Ausdruck finden in der Bundespräsenz, in der Vertretung des Bundes nach außen durch uns, zu erhalten und die Frage, ob die getrennten Verhandlungen zur Durchführung eines alliierten Akkords dem West-Berliner Senat ermöglicht werden sollen. Die Bundesregierung bemüht sich – so bin ich unterrichtet – in allen diesen Fragen noch in der richtigen Richtung, so daß ich heute von einem lauten Protest oder so etwas ähnlichem absehen würde. Aber so wie es zum vergangenen Wochenende notwendig war, auch zur Reaktion auf die Haltung von Freunden draußen, der Öffentlichkeit etwas zu sagen über die Vorrechte der Alliierten, die nicht geschmälert werden dürfen, so wird es im Laufe dieser Woche aus demselben Grund notwendig sein, auf die Bindungen und die Zusammengehörigkeit zwischen Berlin und dem Bund hinzuweisen als ein Element der Lebensfähigkeit der Stadt, denn Berlin lebt davon, daß jedes Jahr soundso viel tausend Menschen zum Arbeiten zusätzlich dahinkommen. Und das wird weiterhin nur passieren, wenn die Nabelschnur nicht zerschnitten ist, und die Nabelschnur sind die Bindungen zwischen dem freien Berlin und dem freien Teil Deutschlands.

Ich habe den Eindruck, daß die Alliierten sich immer mehr darauf beschränken, ihre eigenen Rechte zu wahren, immer mehr praktische Verantwortlichkeiten – nicht Rechte – den deutschen Stellen zu übertragen, entsprechend dem Drängen einiger

dieser deutschen Stellen. Und ich habe den Eindruck, daß am Schluß es eben zu einer Verständigung kommen wird in der Frage, gibst du mir was in dem Zugang, dann gebe ich dir was in Sachen Nichtbindung zwischen Berlin und Bonn, wobei wir uns intern darüber klar sind, daß das, was jetzt der Bund ständig in Berlin hat, das Allerwichtigste ist und das Zweitwichtigste die Außenvertretungen und das, was gelegentlich nach Berlin fährt. Wir müssen aber feststellen, daß die Sowjetunion und die DDR beide völlig gleichlautend und im gleichen Sinne keineswegs bereit sind, sich so zu verhalten, wie wir es hätten erwarten müssen nach der Interpretation des Vertrages und dessen Geist durch die Bundesregierung, der ja bekanntlich sagt, alle Realitäten sind zu achten. Wir sehen in den Berlin-Verhandlungen nichts von Achten oder gar Anerkennen der Realitäten, soweit sie für den Westen günstig sind und wie sie am 12. August<sup>18</sup> bestanden haben. Über diesen Punkt könnte es natürlich, falls es zu einer offenen Kontroverse kommt, dann tatsächlich zu einer Verunsicherung der gegenwärtigen Bundesregierung kommen, denn in den Berlin-Fragen gibt es mehr als die 245 Abgeordneten der CDU/CSU, die hier ganz fest stehen.

Ich bitte, diesen Bericht, was Berlin betrifft, vertraulich zu behandeln und zugleich draußen in den Reden einfach zu benutzen, was Ulbricht sagt. Und darauf kann man überhaupt nicht scharf genug entgegenen, wobei nach meinen Wahlkampf Erfahrungen die Leute nichts verstehen von inneren Berlin-Problemen, sondern man muß sagen, das darf kein drittes Deutschland werden, und es kann nur leben, wenn viele Menschen dorthin gehen, und das hängt in dem Zusammenhang. Dann wird das, glaube ich, verstanden. Ich bin vor allem nicht daran interessiert zu hören, ob hier irgend jemand anders als unsere Berliner Freunde und die Bundestagsfraktion und auch wohl das Parteipräsidium, das sich ja dauernd damit beschäftigt, etwa der Meinung ist, man solle jetzt in der Berlin-Frage eine Kontroverse suchen. Ich kann davor nur warnen. Aber für mich wäre es wichtig, so eine Meinung, ohne daß das abgestimmt wird, Herr Vorsitzender, von der CDU zu haben, bevor ich nachher in die gemeinsame Fraktion gehe, um dort also auch noch die nächsten 14 Tage dieses Stückchen Gemeinsamkeit zu bewahren, denn es ist gar keine Frage, daß uns dieses Stückchen Gemeinsamkeit auch bei den Wahlen nicht schlecht bekommen ist.

*Amrehn:* Eine Ergänzungsbemerkung möchte ich gerne machen über etwas, was ich gestern erst gelesen habe, nämlich daß es der französische Außenminister ist, der gesagt hat, in unserem Interesse, nicht nur im französischen, liegt es, daß die Regelung über den zivilen Zugang durch die Alliierten detailliert und konkret sein muß, bevor die Ausführungen an die deutschen Stellen kommen. Und hier scheint mir eine der Hauptgefahren von unserer Seite zu liegen. Dr. Barzel sagte eben, die können nicht deutscher sein als die Deutschen selbst. In dem Punkt sollten wir also den französischen Außenminister nach draußen hin auch noch unterstützen, damit er sich nicht allein fühlt.

*Barzel:* Das ist ja geschehen. Und das Anbinden von Scheel durch Schumann am

---

18 Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsvertrags durch Bundeskanzler Brandt und Ministerpräsident Kossygin in Moskau.



vorigen Montag, das ihn veranlaßte zu seiner Zwischenlandung hier, ist ja die Folge von dem, was wir gemacht haben.<sup>19</sup>

*Kiesinger:* Ich darf also annehmen, daß die Ausführungen des Herrn Fraktionsvorsitzenden die Zustimmung des Vorstandes haben. – Es ist noch immer eine Gefahr im Raum, aber da kann man nicht viel tun im Augenblick, daß, wenn auch nur kleine Erleichterungen kommen, es der Regierung gelingen könnte, doch in der Öffentlichkeit so zu tun, als wäre das was und zweitens, daß sich der Eindruck nicht vertieft, als ob auch wir alles von der Berlin-Lösung abhängig gemacht hätten.

*Dregger:* Ich glaube, wir sind uns also darin einig, daß unsere entscheidenden Vorbehalte weiterbestehen und daß wir uns jetzt dem aktuellen Problem Berlin zuwenden, um im nationalen Interesse das Beste herauszuholen, daß aber Berlin nicht die Ratifizierung bedeutet, selbst dann nicht, wenn es in unserem Interesse geregelt würde, sondern daß dann weitere Fragen offenbleiben.

*Barzel:* Wie hier besprochen. Dann kommen die innerdeutschen Fragen. Nur wird uns das die DDR nicht erlauben, weil sie ihre Fragen über Berlin zu lösen beabsichtigt.

*Kiesinger:* Gut, sind wir uns also einig darüber.

#### ANTRAG DER MITTELSTANDSVEREINIGUNG AUF GEWÄHRUNG EINES ZUSCHUSSES FÜR DEN MITTELSTANDSKONGRESS

*Schmücker:* Ich möchte zunächst einmal darum bitten, daß wir dem Antrag zustimmen. Es ist übersehen worden, der Mittelstandsvereinigung im Haushalt eine Zuwendung zu geben. Sie hat eine gute Tagung in Ansbach abgehalten<sup>20</sup> und die Auswirkungen davon sind ja auch in Hessen sichtbar geworden. Meine Bitte ist also, daß man hier seine Zustimmung gibt.

Aber, Herr Vorsitzender, ich möchte doch die Gelegenheit wahrnehmen dürfen, noch ein paar Worte mehr zu sagen, einmal als Antragsteller und zweitens als Schatzmeister. Im Zuge des Wahlkampfes haben einige Untergrund- und Hintergrundblätter Meldungen verbreitet, daß diese Partei sich in einer schwierigen Finanzlage befindet – das tut sie in der Tat –, aber daß dies der Anlaß sei, daß führende Parteimitglieder dabei seien, an meinem Stuhl zu sägen. Ich möchte den Herren hier nur sagen, das interessiert mich weiter gar nicht, denn daß ich beim nächsten Bundestag nicht mehr kandidieren werde, das wissen Sie, das habe ich in meinem Wahlkreis schon mitgeteilt. Viel mehr ärgert mich, was an persönlichen Verunglimpfungen in diesen Veröffentlichungen steht, und ich möchte hier ausdrücklich erklären, daß ich zu keinem Zeitpunkt Verhandlungen mit einer Investmentgesellschaft geführt habe und auch keine derartigen Pläne habe.<sup>21</sup> Ich bemühe mich, meine eigenen Vorschläge zur Gründung

19 Vgl. AAPD 1970 Dok. 506.

20 15. Kongreß der Mittelstandsvereinigung am 27./28. September 1970 in Ansbach. Unterlagen in ACDP 04-004-006/1 und 2.

21 Schmücker war am 1. Oktober 1970 in den Aufsichtsrat der panamesischen Firma Agricultural Investment Corp. SA (AICSA) eingetreten und Gesellschafter und Verwaltungs-

einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft zu realisieren. Das wird eine deutsche Gesellschaft sein, eine Gesellschaft, die ihren Sitz in Deutschland hat und allen deutschen steuerrechtlichen Bestimmungen unterliegt. Und irgendwelche Verbindungen mit exotischen Firmen usw. können nur von Leuten erfunden sein, die die Absicht haben, mich herunterzuziehen. Ich will eine Kapitalbeteiligungsgesellschaft gründen, die die Aufgabe hat, nicht emissionsfähigen, d. h. also mittleren Betrieben, eine Kapitalbeteiligung zu vermitteln, weil es so etwas bei uns noch nicht gibt. In anderen Ländern hat sich das in ähnlicher Form schon sehr gut bewährt. Ich bin gerne bereit, darüber mehr Einzelheiten zu sagen, aber ich glaube, Sie werden mir abnehmen, daß ich vielleicht manche Dummheit mache, aber daß ich die Dummheit des Herrn Mende<sup>22</sup> nun auch noch wiederhole, das ist mir doch nicht zuzutrauen. Ich bin eigentlich sehr traurig darüber, daß andere Leute so wenig Phantasie und Vorstellungen haben von den Notwendigkeiten der deutschen Wirtschaft, daß sie keine andere Erklärung für diesen Vorgang finden, als mich in die Nähe dieser Investmentgesellschaften zu bringen.

Aber nun zu der Finanzlage unserer Partei. Auch darüber ist ja in diesen Meldungen berichtet worden. Der Hausbau steht nach wie vor im Vertrag des Festpreises. Es muß befürchtet werden, daß die Firma nichts verdient, möglicherweise sogar ein Verlustgeschäft macht. Aber das ist nicht unsere Sache, es handelt sich um eine renommierte Firma, die wird das tragen können. Wir haben einen Festpreis von 16,1 Mio. abgeschlossen. Dazu kommen 1,78 Mio. Mehrwertsteuer, und ich rechne mit Gebühren, Honoraren und sonstigen Kosten von rund 4 Mio. DM, so daß dabei ohne Grundstück 21 Mio. DM herauskommen. Das Grundstück ist geschätzt worden, und zwar von dem Hypothekengeber auf 4,6 Mio. und jetzt entsteht die in aller Welt befindliche Zahl von 25 bis 26 Mio. DM. Aber davon sind 5,6 Mio. bereits bezahlt, denn das Grundstück gehört uns, und wir haben auch Honorarkosten und andere Ausgaben schon ersetzt. In Abzug gebracht werden muß ferner 1,8 Mio. DM für Mehrwertsteuer, weil diese abgezogen werden kann bei der Union-Betriebs-GmbH. Wenn die Partei ihre Zusage erfüllt und ihre 3 Mio. DM aus den Kreisparteien einbringt, hinzu kommt die andere Zusage von 5 Mio. DM, die Dr. Heck und ich erhalten haben, dann steht einem vorfinanzierten Bau von 12,4 Mio. ein noch nicht finanzierter von 13,6 Mio. DM gegenüber, der voll mit Hypotheken belegt werden kann. Ich meine aber, wir sollten hier einen anderen Weg gehen, und zwar aufgrund unserer Liquidität und der weiterlaufenden Finanzierung unserer Partei. Und darum geht es, um nichts anderes. Es ist keineswegs so, daß die Lage rosig ist. Aber es besteht auch kein Grund zu verzweifeln. Im übrigen darf ich hier noch einmal wiederholen, die Angebote, die uns aufgrund

---

ratsvorsitzender der Deutschen Agri Beratungs-GmbH für Vermögensanlagen und Beteiligungen geworden. Das geplante Investmentunternehmen Agri-Fund scheiterte allerdings kurze Zeit darauf. Vgl. „Die Zeit“ vom 23. Oktober 1970 „Kein Schmuckstück für Schmücker“; „Handelsblatt“ vom 19. Januar 1971 „Kurt Schmückers Investmentabenteuer scheiterte an – der englischen Übersetzung“.

22 Mende hatte sich seit 1967 beim amerikanischen Offshore-Finanzkonzern Investors Overseas Service (IOS) engagiert, der 1969 in eine Liquiditätskrise geraten war und 1973 Insolvenz anmelden mußte.

dieser Meldungen gemacht wurden, uns das Haus abzukaufen, würden einen Überschuß von 10 Mio. DM ermöglichen. Daß wir das nicht wollen, ist selbstverständlich. Wir wollen ja in das Haus hinein. Aber ich muß darum bitten, daß in den Kreisparteien dafür gesorgt wird, daß wir bis zum Ende dieses Jahres diese 3 Mio. DM haben, denn sonst kommen wir allein von der Zinsbelastung her in unnötige Schwierigkeiten.

Nun zur Lage der Partei selbst. Ich kann hier sagen, daß wir von den Schulden aus dem Wahlkampf<sup>23</sup>, die entstanden sind aus einer Zusage, die ich hier einmal erläutert habe und die einigen bekannt ist, einiges haben abtragen können, aber noch nicht alles. Ich habe die Zuversicht, daß diejenigen, die uns die Zusage gemacht haben, sie, wenn auch abwehrend und ringend, so doch letzten Endes doch einhalten. Der Kreditplafond unserer Partei beträgt 12 Mio. DM. Davon sind zur Zeit in Anspruch genommen 7,5 Mio. DM. Aus öffentlichen Mitteln haben wir gegenüber den Landesverbänden noch Verpflichtungen von 1 Mio. DM. Der effektive Schuldenstand gegenüber den Banken beträgt also 7,5 Mio. DM. Demgegenüber gestellt werden müssen die Erwartungen aus den Rückzahlungen der öffentlichen Mittel, aus den Spenden usw. Was Sie wohl am meisten interessieren wird, ist, wieviel wohl das Spendenaufkommen ausmacht. Und hier kann ich sagen, daß wir zur Zeit ca. 600.000 DM erwarten. Die Absprachen, die wir getroffen haben, laufen also an, und zwar in der Höhe der Rate, die damals vom Generalsekretär gefordert worden ist. Das kann Sie in etwa beruhigen. Aber ich möchte Sie gar nicht beruhigen, sondern ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß wir unter allen Umständen verstärkte Anstrengungen machen müssen, um die Finanzlage unserer Partei zu verbessern, denn wir stehen in Konkurrenz zu einer Partei, die mindestens ein Vermögen von 200 bis 300 Mio. DM hat. Und wir müssen nach meiner Meinung dafür sorgen, daß wir in der Vermögensbildung ein wenig nachkommen, schon allein um nicht über zu unterschiedliche Leistungen zu verfügen. Meine Bitte ist also, stimmen Sie diesem Antrag zu, aber helfen Sie bitte in den Landesverbänden und in den Kreisparteien mit, daß erst einmal die Überweisung für den Hausbau erfolgen, und sorgen Sie bitte auch in Ihren Gesprächen mit der Wirtschaft dafür, daß sie etwas spendenfreudiger ist. Und dazu gehört natürlich auch das Kapitel unserer Anzeigen-Akquisition in den uns befreundeten oder nahestehenden Presseorganen. (*Kohl*: Die sind weder nahestehend, noch befreundet.) Das kommt darauf an, wie man es sieht. Da würde ich nicht ganz so hart urteilen. Aber hier steht ein Gespräch, um das ich den Herrn Generalsekretär auch schon einmal gebeten hatte, noch aus, nicht von seiner Seite aus, sondern von den Beteiligten. Es darf nicht so sein, daß wenn jemand im „Dialog“ inseriert hat, daß er dann glaubt, er sei völlig entlassen aus der Verpflichtung, unserer Partei zu helfen.

*Kohl*: Zur Sache selbst bin ich voll Ihrer Meinung. Ich möchte jetzt nur eine grundsätzliche Diskussion hier herbeiführen zu der Frage von Zuschüssen, die da so neben

---

23 Die Schulden aus dem Wahlkampf 1969 beliefen sich laut Protokoll über die Sitzungen der CDU-Bundesfinanzkommission am 15. Oktober und des Bundesfinanzausschusses am 16. Dezember 1972 auf 9 Mio. DM (ACDP 07-001 AO Bundesfinanzkommission/Bundesfinanzausschuß unverzeichnet). Vgl. auch „Spiegel“ Nr. 14 vom 29. März 1971 S. 44 f. „Ein Bettelorden“.

der Partei her gegeben werden. Ich habe eigentlich die Absicht, wenn die bayerische Wahl vorbei ist – das ist der einzige Grund, warum ich mich bislang zurückgehalten habe –, frontal gegen die Machenschaften, die beim „Dialog“<sup>24</sup> gegen einzelne, z. B. gegen mich, betrieben werden, auch öffentlich Position zu beziehen. Ich bin nicht bereit hinzunehmen, daß ein solches Blatt draußen in den Landesverbänden Geld sammelt im Namen der CDU – ich habe gar nichts dagegen, wenn die eine andere Meinung haben, aber es muß ja möglich sein, in einer Partei zu Sachfragen seine Meinung zu sagen, ohne daß man von denen, die eine andere Meinung haben, persönlich verunglimpft wird, wie das inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Und ich kündige hier in aller Ruhe an, daß ich die Absicht habe, bei einer nächsten großen repräsentativen Veranstaltung frontal gegen die Machenschaften Stellung zu beziehen. Ich werde auch, wenn diese Frage nicht gelöst wird, auf dem Düsseldorfer Parteitag im Zusammenhang mit der Programmdiskussion mit einem Parteitagsbeschuß der rheinland-pfälzischen CDU wegen der Finanzierung dieses Blattes die Debatte eröffnen. Ich bin nicht gewillt hinzunehmen, daß der Ruf von Leuten, die sich nicht aus eigenen Gründen, sondern für die CDU in einer Sache bemüht haben, in einer solchen Weise diffamiert wird. Und ich bin auch nicht gewillt, als Parteivorsitzender des Landesverbandes hinzunehmen, daß ich zu Unternehmern komme, die mir sagen, wir haben doch der CDU Geld gegeben. Und wenn ich dann frage, wem denn, höre ich: Wir haben doch gerade soundso viel tausend Mark an den „Dialog“ überwiesen, das ist doch auch die CDU. Da muß ich Ihnen ganz offen sagen, dieser Stil, der dort gepflegt wird, ist so skandalös, das ist nicht die CDU, der ich angehöre. Ich habe oft genug mich auch über die „Soziale Ordnung“<sup>25</sup> geärgert, aber ich habe bisher noch nicht derartige Diffamierungen vorgefunden wie im „Dialog“.

*Katzer:* Ich schließe mich dem vollinhaltlich an. Ich werde das auch nicht schweigend hinnehmen. Ich war jetzt in fünf Betrieben in Baden-Württemberg, und überall werde ich konfrontiert mit unwahren Äußerungen über die Mitbestimmungsgeschichte. Und wenn ich dann frage, wo haben Sie das her, höre ich, aus dem „Dialog“. Es wird für uns sehr wichtig sein, wie wir den Parteitag in Düsseldorf führen, aber ich kann Ihnen nur sagen, solche Geschichten, die eine bewußte Irreführung betreiben, die schaffen ein Klima, das wir genau nicht brauchen können. Doch da bitte ich, nicht uns dafür verantwortlich zu machen, sondern die, die uns zwingen, darauf zu reagieren.

---

24 Die Zeitschrift „Dialog“ erschien monatlich von Januar 1970 bis zu ihrer Einstellung im Mai 1973. Chefredakteur war Dr. Heinz Pentzlin, Geschäftsführer des Dialog-Verlags in Bonn war ehemalige Geschäftsführer des CDU-Wirtschaftsrates Dr. Herbert B. Schmidt. – Im „Dialog“ vom August 1970 (S. 28–30) erschien ein kritischer Artikel von Leo Schütze zum Thema „Die CDU-Sozialausschüsse und die ‚Neue Linke‘“. Im „Dialog“ vom Oktober 1970 (S. 42–45) kritisiert Herbert B. Schmidt Katzer und Kohl im Artikel „Katzer-Modell: Über die Parität hinaus“ und bricht eine Lanze für das Modell der Biedenkopf-Kommission zur Mitbestimmung.

25 „Soziale Ordnung. Christlich-Demokratische Blätter der Arbeit“, 1951 gegründetes Magazin der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft.

*Kohl:* Im „Neuen Betriebswirt“<sup>26</sup> steht abgedruckt, was der „Dialog“ über uns schreibt. Das ist doch ganz unmöglich.

*Katzer:* Es gibt noch einen zweiten Punkt, Herr Parteivorsitzender, den ich noch einmal zu behandeln bitte. Ein Gespräch hat stattgefunden mit dem Wirtschaftsrat, das sehr kurzfristig verschoben wurde und an dem ich leider nicht teilnehmen konnte, weil ich auf einer Sitzung der rheinischen CDU in Mönchengladbach war.<sup>27</sup> Die Frage des Status des Wirtschaftsrates ist seit Jahr und Tag immer und immer wieder vertagt und verzögert worden. Ich kann auch hier nur mit aller Behutsamkeit sagen, wenn dieser Punkt nicht geklärt ist bis zum Düsseldorfer Parteitag – das ist also nicht mehr sehr lange hin –, dann wird es über diesen Punkt vielleicht eine unangenehmere Auseinandersetzung geben als über Sachfragen, für die ich gar nicht so schwarz sehe, wenn wir alle miteinander vernünftig bleiben. Herr Vorsitzender, gerade auch der letzte Punkt ist ganz wichtig für die Sozialausschüsse, und unsere Delegierten und unsere Freunde werden sich zu diesem Punkt sehr nachhaltig zu Wort melden.

*Stoltenberg:* Ich schlage vor, daß wir bei der nächsten Sitzung des Präsidiums oder des Bundesvorstands diesen Punkt auf die Tagesordnung setzen, und falls bis dahin die Angelegenheit nicht geklärt ist, wir Herrn von Bismarck um seine Stellungnahme bitten.

Beim „Dialog“ ist das etwas schwieriger, weil ja die Gesellschafter des „Dialog“ – das sind ja einige Herren – ihre Gesellschaftsanteile abgegeben haben. Die Frage ist also, wer ist eigentlich hier die Adresse? (*Kohl:* Vielleicht sollte die CDU eine öffentliche Erklärung abgeben.) Ja, ich habe nichts dagegen, daß notfalls eine Erklärung abgegeben wird. Ich bin nur dafür, daß man vorher mal den Sachverhalt prinzipiell klärt, d. h. also, wieweit tragen die früheren Gesellschafter noch eine Mitverantwortung, wieweit tragen sie sie nicht? Ich bin dafür, bevor man eine öffentliche Diskussion führt, daß man das noch einmal klarzustellen versucht.

*Kohl:* Ja, wo geraten wir aber dann als Partei hin? Ich komme im Wahlkampf in einen großen Saal, da liegen vorne Druckschriften aus. Von der Bundesgeschäftsstelle so ein paar Flugblätter, und dann liegt aus – eine phantastische Zusammenstellung – das Exemplar der Deutschland-Stiftung<sup>28</sup> und das Exemplar des „Dialog“. Da frage ich Sie, wer glaubt, daß das eine Werbeveranstaltung ist für die CDU, und ich Esel gehe da noch hinein und rede für die CDU – und im „Dialog“ steht sinngemäß drin, ich sei links unterlaufen. Was meinen Sie, was das für einen überzeugten Eindruck macht.

*Kiesinger:* Natürlich werden wir uns sofort darum kümmern. Ich gebe zu, ich bin kein Leser des „Dialog“, deshalb ist mir auch manches nicht aufgefallen, worüber Sie sich jetzt inzwischen sicher mit Recht geärgert haben. Wer nun wirklich noch mitverantwortlich ist, das bedarf in der Tat einer Klärung.

---

26 Vermutlich „Neue Betriebswirtschaft“ 23. Jg. Heidelberg 1970.

27 23. Landesparteitag der CDU Rheinland am 6./7. November 1970 in Mönchengladbach. Niederschrift in ACDP 03–035–011/2.

28 Publikationsorgan der 1966 gegründeten Deutschland-Stiftung (Insolvenz 2003) war das seit 1969 erscheinende „Deutschland-Magazin“, vgl. LEXIKON S. 499.

*Schwarz-Schilling:* Ich wollte sagen, daß ja in einer Vorstandssitzung des Wirtschaftsrates diese Frage etwas geklärt worden ist und dem Geschäftsführer, Herrn George<sup>29</sup>, auch klar der Auftrag gegeben worden ist, was er selber wollte, weil er stark bedrängt worden ist, ob das noch eine Sprachregelung des Wirtschaftsrates sei, daß er den Sachverhalt auch klar zu erkennen gibt. Und das hat er meines Erachtens auch getan. Ich meine, Sie wissen ja selber, einige personalpolitische Dinge stehen ja da im Hintergrund, die mit Herrn Dr. Schmidt<sup>30</sup> verbunden sind und der Abwicklung dieser Geschäftsführerfunktion. Ich glaube, daß das zu Recht nicht mehr dem Wirtschaftsrat angelastet werden kann, denn die Personen, die dort diese Frage behandelt haben, haben ja keineswegs mit dieser Sache etwas zu tun und würden das auch weit von sich weisen, was auch ganz besonders für meine Person gilt.

Aber, Herr Katzer, was ich nicht ganz weiß: Ich befinde mich hier immer in einer etwas merkwürdigen Lage. Sie sagen – ich glaube jetzt schon zum zweiten Male auf einer Sitzung –, was ist denn nun mit der juristischen Situation des Wirtschaftsrates. Und auf der anderen Seite, wenn man dasselbe im Vorstand fragt des Wirtschaftsrates, dann heißt es, ja da gibt es Expertisen und Gutachten und es fehlt eigentlich nur das Gespräch. Zu dem Gespräch war man öfter eingeladen, es ist aber nie zustande gekommen. Ich wäre doch schon sehr dankbar, wenn die wirklich Verantwortlichen dieses Gespräch führen würden.

*Katzer:* Das Gespräch ist ohne mich geführt worden, ich konnte nicht daran teilnehmen, weil ich bei der CDU Rheinland war.

*Heck:* Ich habe ja noch darüber zu berichten beabsichtigt.

*Schwarz-Schilling:* Herr Katzer hat es aber vorhin so dargestellt, daß, wenn hier nichts passiert, dann würde es Ende Januar zu einer schwierigen Situation kommen.

*Heck:* Also, ich möchte dazu einmal etwas sagen. Dieses Unternehmen „Dialog“ ist, glaube ich, ein Unternehmen, das organisiert wurde von Herrn Schmidt für Herrn Schmidt. Der Herr Schmidt wurde ja von dieser Wirtschaftsvereinigung, ohne das nach den Statuten notwendige Einvernehmen mit dem Generalsekretär herzustellen, zum Geschäftsführer der zu gründenden Wirtschaftsvereinigung bestellt. Ich habe dem Herrn Schmidt von mir aus die Zustimmung zu dieser Wahl verweigert. Und das war, glaube ich, der Anstoß, warum der Herr Schmidt aus dem Unternehmen Wirtschaftsrat überhaupt ausgeschieden ist. Aber, wie gesagt, um das zu ermöglichen, wurde von Herrn Schmidt für Herrn Schmidt dieser „Dialog“ gegründet. Soweit ich es übersehe, gibt es keine rechtlichen Bindungen und Verbindungen zwischen dem Wirtschaftsrat und dem „Dialog“. Der „Dialog“ ist praktisch in der Welt. Wie man ihn aus der Welt schaffen kann, weiß ich nicht. Offensichtlich gefällt er in der Tonart, in der er gehalten ist, einer Anzahl von Leuten, sonst würden sie ihn ja offensichtlich nicht finanzieren. Aber das ist ein Problem, das man mal untersuchen muß.

---

29 Dr. Haimo George (1933–1985), Jurist; 1970–1976 Geschäftsführer des Wirtschaftsrates der CDU e. V., 1976–1985 MdB (1982–1985 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Fraktion).

30 Dr. Herbert B. Schmidt (geb. 1932), 1964–1970 Geschäftsführer des Wirtschaftsrates der CDU e. V.

Zur anderen Sache muß ich einfach feststellen, daß beim Wirtschaftsrat – wie ich höre – oft erklärt worden ist, Herr Dr. Schwarz-Schilling, es sei alles geklärt, rechtlich usw. Es war aber nichts geklärt, sondern die rechtlichen Einwände, die gegen diesen Satzungsentwurf erhoben worden sind, sind nicht berücksichtigt worden. Und dann hat sich das Präsidium mit dieser Frage beschäftigt, und auf Vorschlag von Herrn Katzer wurde dann beschlossen, daß die Beteiligten an einen Tisch geholt werden, weil es sich im Grunde zunächst nicht um juristische Fragen handelte, sondern um eine politische Frage. Wenn eine politische Entscheidung in dieser Sache getroffen worden ist, dann müßte man schlechte Juristen haben, die nicht in der Lage wären, für diese politische Konstruktion, für die man sich entschieden hat, dann rechtlich eine einwandfreie Form zu finden. Diese Besprechung hat stattgefunden und ergab folgendes Bild:

1. Wir haben zunächst eine Mittelstandsvereinigung, die nach den Statuten gedeckt ist, die nicht beabsichtigt, sich aufzulösen und in einer Wirtschaftsvereinigung aufzugehen.

2. Wir haben einen Wirtschaftsrat, der nicht ohne Mitwirkung der Parteiführung in der Form, wie er heute existiert, gegründet worden ist. Er hat die Billigung des damaligen Geschäftsführenden Vorstandes und Vorstandes, wie er heute existiert, gefunden. Die Frage an die Herren des Wirtschaftsrates, ob sie bereit wären, sich als Wirtschaftsrat in eine Wirtschaftsvereinigung umzuwandeln, wurde klar und präzise verneint. Das ist der zweite Tatbestand.

Dann haben wir im Rheinland eine Wirtschaftsvereinigung. Wir haben in anderen Landesverbänden Wirtschaftsausschüsse. Es gibt also verschiedenerlei Konstruktionen. Die Herren vom Rheinland waren im Grunde der Meinung, daß, weil es im Rheinland eine Wirtschaftsvereinigung gäbe, eigentlich auf Bundesebene die Wirtschaftsvereinigung notwendig sei und dann eine analoge Konstruktion durch alle Landesverbände durch. Nun ist die Auffassung natürlich nicht zwingend, wenn ein Landesverband eine Vereinigung gründet, daß dann die Bundespartei gehalten ist, das auf Bundesebene zu organisieren, zumal die Frage die wäre, soll man nun die Wirtschaftsvereinigung des Rheinlands zum Vorbild nehmen oder was es sonst noch an Vereinigungen im Lande herum gibt.

Nun, bei dieser Sachlage gibt es im Grunde nur zwei Lösungsmöglichkeiten, entweder die eine, daß man eine Wirtschaftsvereinigung ins Leben ruft, die zwei Untergliederungen hat: auf der einen Seite die Wirtschaftsvereinigung, wie sie besteht; auf der anderen Seite den Wirtschaftsrat, wie er besteht, wobei aber nun nach den Statuten präzise geklärt werden müßte, das was als Wirtschaftsvereinigung fungiert, und zwar im Verhältnis zur Partei, auch den Bestimmungen entsprechen muß, die auch für die übrigen Vereinigungen gelten. Das ist eine Möglichkeit. Und wenn man diese Möglichkeit ablehnt, gibt es nur die zweite Möglichkeit, nämlich die, entweder den Wirtschaftsrat in seiner jetzigen Form, nicht als Vereinigung, sondern lockerer angegliedert an die Partei, wie er schon einmal, vom Parteivorstand mit Mehrheit beschlossen, gebilligt worden ist, zu bestätigen, zu belassen oder von ihm offiziell abzurücken und dann unabhängig davon die Wirtschaftsvereinigung ins Leben zu rufen. Ich halte den letzteren Weg ganz offen gestanden nicht für gangbar, ohne daß die Partei schweren

Schaden erleidet. Deswegen ergibt sich für mich eigentlich nur eine mögliche Lösung, nämlich die, diese Wirtschaftsvereinigung mit den zwei Unterformationen – Mittelstandsvereinigung, Wirtschaftsrat. Ich muß hier sagen, daß von den Herren der rheinischen Wirtschaftsvereinigungen erklärt wurde, daß das also ihren Vorstellungen nicht entspricht, daß sie der Auffassung seien, es wäre besser, wenn man eine Wirtschaftsvereinigung, so nach dem Vorbild, wie sie im Rheinland existiert, ins Leben rufen könnte. Und ich muß darauf aufmerksam machen, daß Dr. Blüm erklärte, er könne sich nicht vorstellen, wie eine solche Konstruktion – Wirtschaftsvereinigung mit den zwei Unterformationen – in eine juristisch einwandfreie Form gebracht werden könnte. Aber diese Diskussion habe ich in diesem Kreis nicht weitergeführt und nicht weiterführen lassen, weil diese Frage in dem Kreis nicht zu klären war. Das ist eine Sache, die müssen die Juristen klären. Der anwesende Jurist, Herr Staatssekretär a. D. Barth, der Vorsitzende des Bundesparteigerichts, hat erklärt, daß das ohne weiteres möglich sei. Das ist also das Ergebnis dieser Besprechung.

*Schmücker:* Das ist mir bekannt, daß die rheinische Landespartei eine Wirtschaftsvereinigung befürwortet. Ich möchte aber betonen, daß die meisten Landesverbände das ablehnen, daß die meisten Landesverbände das Nebeneinander, d. h. nämlich Gegeneinander, einer Wirtschaftsvereinigung und einer Mittelstandsvereinigung ablehnen.

*Katzer:* Es ist doch praktisch so: Wir haben eine Satzung, und in dieser Satzung gibt es zwei Möglichkeiten. Das ist einmal der Ausschuß. Die Fachausschüsse sind zur Beratung des Vorstandes da, haben keine Publizität, sie wirken nur intern zur Fachberatung. Anders die Vereinigungen – Frauenvereinigung, Sozialausschüsse, Junge Union usw. –, die haben einen ganz klaren Status. Sie haben Mitglieder und Nichtmitglieder und sind aber eingebaut in die Verantwortung der Union. Und dann kam der Wirtschaftsrat und hat sich weder an das eine, noch an das andere Modell angelehnt. Ich habe damals darauf verwiesen und habe gesagt, das gibt es gar nicht in unserer Satzung. Da sagte Konrad Adenauer: Lassen Sie die nur über die ... [Auslassung in der Vorlage] stolpern.<sup>31</sup> Schön, jetzt ist also ein Wirtschaftsrat e. V. gegründet worden, der in diese Satzung einfach nicht hineinpaßt. Und mit Herrn Scheufelen, der damals Vorsitzender war, mit dem habe ich viele Gespräche geführt, und der hat gesagt: Herr Katzer, Sie haben recht, aber geben Sie uns ein bis zwei Jahre doch mal Zeit, wir kommen sonst nicht an die Unternehmer heran. Und ich sage, ich bejahe und begrüße es, daß wir so viele Unternehmer wie möglich in die Union bekommen. Ich halte das für notwendig, damit dieser „Dialog“ wirklich mit möglichst starken Unternehmerpersönlichkeiten gestärkt wird. Nur wollen wir nicht – und das kann auch die Partei nicht wollen –, daß die ein Eigenleben führen, unkontrolliert von der Partei, siehe die Bestellung des Geschäftsführers. Wenn wir den Geschäftsführer stellen müssen, haben

---

31 Zu den in der Bundesvorstandssitzung am 25. Februar 1964 vorgetragenen Bedenken Katzers über die Gründung des Wirtschaftsrates vgl. PROTOKOLLE 4 S. 673–675. – Adenauer hatte im CDU-Präsidium seine „Besorgnis“ über die Gründung ausgedrückt (Protokoll vom 9. Dezember 1963 in ACDP 07–001–1401).



wir in der Satzung den Weg vorzuschlagen, der gegangen werden muß. (*Heck*: Das wird insgesamt etwas großzügig gehandhabt.) Ich will nur sagen, das gilt für alle. Der muß sich da beugen, und deshalb bin ich auch der Meinung, daß diese heutige Geschichte nicht der Weg sein kann, der gegangen werden muß, und ich muß Herrn Scheufelen daran erinnern, daß er gesagt hat, wir wollen uns als Vereinigung stabilisieren, nur scheitert das im Augenblick an Kurt Schmücker. Schmücker hat seine Mittelstandsvereinigung, und die möchte er erhalten wissen, denn er will nicht, daß nachher in einer solchen Vereinigung der Mittelstand einfach aufgelöst wird. Da habe ich gesagt, in Gottes Namen, macht zwei Vereinigungen, was auch nicht schön ist. Aber das Problem Wirtschaftsrat, d. h. eine unkontrollierte Gruppierung innerhalb der Union, die nur die Rechte, aber keine Pflichten wahrnimmt, das scheint mir nicht möglich zu sein.

*Stoltenberg*: Ich würde empfehlen, darüber noch einmal anhand einer schriftlichen Vorlage zu sprechen.

*Heck*: Es hat keinen Sinn, das jetzt hier weiter zu behandeln. Man muß darüber eine Entscheidung fällen.

*Kiesinger*: Ich würde vorschlagen, daß wir das gut vorbereiten, vielleicht schon für die nächste Präsidiumssitzung. Ich sehe es genau wie Sie, es ist eine recht schwierige Sache.

*Heck*: Wir haben es natürlich auch vom Vorstand immer vor uns hergeschoben, weil man auch im Vorstand der Entscheidung aus dem Wege gehen wollte.

*Kiesinger*: Gut. – Ich schlage vor, daß wir jetzt den Antrag der Mittelstandsvereinigung auf Gewährung eines Zuschusses für den Mittelstandskongreß beschließen. Es ist ein außerplanmäßiger Zuschuß von 25.000 DM vorgesehen. Sind Sie damit einverstanden? (*Einstimmiger Beschluß des Bundesvorstands.*)

*Altenahr, 26.–28. November 1970*

*Anwesend: Adorno, Amrehn, Barzel, Blüm, Brauksiepe, Echternach, Filbinger, Göb, Gradl, Hahn, von Hassel, Hasselmann, Heck, Katzer, Kiesinger, Kohl, Kraske, Lemke, Lorenz, Schäfer, Scheufelen, Schmücker, Schröder, Schwarz–Schilling, Stoltenberg, von Weizsäcker, Wex, Windelen.*

*Beratung des Entwurfs für das Berliner Programm (2. Fassung).*

*Beginn: Donnerstag, 26. November*

*Ende: Samstag, 28. November*

ZUM ERGEBNIS DER KLAUSURTAGUNG IN ALTENNAHR HIELT GENERALSEKRETÄR BRUNO HECK FEST (DUD VOM 1. DEZEMBER 1970):

Der Bundesvorstand der CDU hat in seiner Sitzung vom 26.–28. November 1970 den Entwurf zur zweiten Fassung des Berliner Programms beraten und verabschiedet. Den Beratungen lag zum einen der Text der Programmkommission zugrunde, wie er unter Leitung von Dr. Helmut Kohl erarbeitet worden ist; zum anderen hatte der Vorstand dazu über 7.000 Stellungnahmen aus der Partei zu berücksichtigen. Dabei hat sich erwiesen, daß der Entwurf der Programmkommission den Diskussionen im wesentlichen standhalten konnte. Von den Forderungen seines Textes findet sich das meiste auch im Entwurf des Vorstands wieder. Geändert hat sich vor allem die Gliederung. Die Außenpolitik ist wieder an die Spitze gerückt, was der aktuellen Situation entspricht. Es folgen die Teile Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft sowie Reform unseres Staates. Von besonderem Gewicht sind die Aussagen zum Bildungswesen, zum Umweltschutz und zur Vermögensbildung. Der Vorstand hat das Programm nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt beraten, daß alles, was gefordert wird, auch tatsächlich geleistet und verwirklicht werden kann. Die Partei hat ein politisches Programm gewünscht, das unsere Auffassungen in Willensbekundungen und Vorschlägen darlegt. Daher ist auf analytische, beschreibende und begründende Bestandteile weitgehend verzichtet worden, die vor allem zur Befruchtung der Diskussion gedacht waren. Das hat zu einem nüchternen Stil des Textes geführt, ohne daß dadurch der Gehalt der Forderungen berührt worden wäre.

Der Wille zum Frieden in Freiheit und zur Verständigung der Völker ist Grundlage unserer Außenpolitik. Deutschland hat politisch und wirtschaftlich wieder ein weltweites Gewicht; wir fordern daher eine Politik, die weltweit orientiert und in globaler Sicht konzipiert ist. Die Einheit der Deutschen in einem nicht mehr gespaltenen Europa bleibt unser Ziel. Wir respektieren jedoch den Willen der Bevölkerung in einem anderen Teil Deutschlands, sobald er sich frei aussprechen kann. Für Euro-

pa erstreben wir einen Bundesstaat, der sich aus einer erweiterten EWG entwickeln soll. Die angestrebte Wirtschafts- und Währungsunion soll zu Stabilität und Wachstum führen.

Der Programmwurf bekennt sich zu einem Bildungswesen, das jedermann die gleiche Chance gewähren soll, seine Begabung zu entfalten, das aber auch die Leistungsfähigkeit voll herausfordert. Die berufliche Bildung hat im Programm ein besonderes und gegenüber dem Vorentwurf neues Gewicht erhalten. Wir empfehlen, sie als neue Aufgabe der Bundesanstalt für Arbeit zuzuordnen. Soweit ihre Förderung den Rahmen der von uns geforderten allgemeinen Bildungsförderung übersteigt, soll sie durch eine allgemeine Berufsbildungsabgabe finanziert werden. An den Hochschulen wollen wir dafür sorgen, daß an ihnen die Freiheit von Lehre und Forschung und damit ihre Leistungsfähigkeit gesichert werden. Das Bildungswesen soll bundeseinheitlich nach einer abgestimmten Bildungsplanung in Bund und Ländern entwickelt werden.

Für den Bereich der Wirtschaftspolitik entfaltet das Programm das zeitgemäß entwickelte Modell der Sozialen Marktwirtschaft. Wir fordern für die Konjunkturpolitik stabilisierende Elemente, ein regelgebundenes Verhalten des Staates und funktionsfähige Wechselkurse. Wir haben Kriterien entworfen, nach denen wir eine umfassende Steuerreform gestalten wollen. Der Vorstand hat auf die Sorgen und Fragen des Mittelstandes eine Antwort eingefügt. Die beruflichen Chancen der Frauen sollen verbessert werden. Die Rentenversicherung soll durch Öffnung für die Selbständigen und durch die stufenweise Einführung eines eigenen Rentenanspruches der Frauen zu einer Alterssicherung des ganzen deutschen Volkes ausgestaltet werden. Außerdem wollen wir, daß die Altersgrenze im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten flexibel gestaltet wird. Unser Programm zur Vermögensbildung haben wir in einem wichtigen Punkt ergänzt: Wir erwarten, daß bei städtebaulichen Maßnahmen auch Wohnung, Haus und Boden in verstärktem Maße zur Bildung von Eigentum für breite Schichten der Bevölkerung verwandt werden. Dafür haben wir konkrete Vorschläge entwickelt.

Zur inneren Neuordnung der Bundesrepublik schlägt der Entwurf vor, weitere Aufgaben, die bundeseinheitlich gelöst werden müssen, dem Bund zu übertragen. In Bund und Ländern sollen Rechtspflegeministerien errichtet werden. Für das Gerichtswesen schlagen wir eine Reform vor, die sich nicht an einer durchgehenden Dreistufigkeit orientiert und für weitere Entwicklungen offen bleibt. Der Entwurf gibt unseren Vorschlägen zur Raumordnung und zum Wohnungsbau sowie den Forderungen zum Umweltschutz besonders breiten Raum und unterstreicht dadurch die Bedeutung, die die Partei diesen Fragen beimißt.

Wir übergeben den Entwurf der Partei, die ihn beraten wird. Was sie an Änderungen wünscht, kann von den Kreis- und Landesverbänden und von den Vereinigungen als Antrag an den Parteitag eingereicht werden, der Ende Januar 1971 in Düsseldorf stattfinden wird. Diese neue Fassung des Programms wird wiederum von der ganzen Partei erarbeitet sein.

Bonn, Donnerstag 17. Dezember 1970

Anwesend (Bundesvorstand): Adorno, Amrehn, Blüm, Echternach, Falke<sup>1</sup>, Göb, Gradl, Hahn, Harlander, Hasselmann, Heck, Katzer, Kiesinger, Kraske, Lemke, Scheufelen, Schmücker, von Weizsäcker, Wex, Windelen.

SITZUNG DES BUNDESVORSTANDS (AUSZUG AUS DER CDU-PRESSEMITTEILUNG VOM 17. DEZEMBER 1970):

Neben einer Fülle technischer und organisatorischer Fragen stand eine politische Bestandsaufnahme auf der Tagesordnung. Der Parteivorsitzende analysierte vor den Delegierten die politische Lage in der Bundesrepublik, die durch die Tatsache gekennzeichnet ist, daß die SPD „mit einer sehr brüchigen, ja mit einer Scheinmehrheit, gegen die stärkste politische Kraft regieren“ muß.

Schon jetzt bestehe die Wahrscheinlichkeit, daß der Moskauer Vertrag keine Mehrheit im Parlament habe. Es könnte sich die groteske Situation entwickeln, daß sich eine Zufallsmehrheit nach dem jeweiligen Krankenstand der Parteien ergäbe. Ein solches Zufallsergebnis würde den inneren Frieden stören und das gemeinsame Ziel der Entspannung unter den Völkern gefährden. Der Hauptvorwurf, der die Regierung treffe, sei, daß sie sich aus dem Bewußtsein einer schwachen Opposition heraus in ein überstürztes ostpolitisches Abenteuer begeben habe, statt Geduld und Zeit aufzuwenden, um für eine konstruktive Politik nach Osten eine breite Mehrheit zu finden.

Der Parteivorsitzende ging auch auf die inneren Krisen der Regierungsparteien ein, die zwischen ihnen und den Jungsozialisten bzw. den Jungdemokraten bestehen.<sup>2</sup> Diese Gegensätze schwächten die innere Kraft der Koalitionsparteien. Kiesinger forderte die Partei auf, mit der gleichen Entschlossenheit in die bevorstehenden Wahlkämpfe in Berlin, in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein zu gehen, mit der sie die Landtagswahlen des Jahres 1970 so überzeugend gewonnen habe.<sup>3</sup> Die Position der CDU an der Jahreswende 1971 nannte Kiesinger „überaus kraftvoll“.

1 Dr. Wolfgang Falke, stv. Leiter des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der KAS, seit 1982 Unternehmensberater.

2 Vgl. dazu „Die Zeit“ vom 2. Oktober 1970 „Alle Macht der Phantasie. Die Jungdemokraten nehmen Abschied vom Liberalismus“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 28. November 1970 „Nur Aerger mit den Jungen?“; „Neue Osnabrücker Zeitung“ vom 1. Dezember 1970 „Zurück in die Arme der SPD“; „Kölner Stadtanzeiger“ vom 3. Dezember 1970 „Hinter verschlossenen Türen wurden offene Worte geredet. Hat Brandts Gespräch mit den Jungsozialisten die Einheit gerettet?“

3 Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 14. März 1971 (SPD 50,4 %, CDU 38,2 %, FDP 8,4 %); Landtagswahlen am 21. März 1971 in Rheinland-Pfalz (CDU 50 %, SPD 40,5 %, FDP 8,4 %).

Unter dem großen Beifall unterstrich der Parteivorsitzende, daß allein die Unionsparteien in der Lage seien, die schwierigen politischen Entwicklungen zu meistern, die sich für die nächsten Monate abzeichnen.

Zur wirtschafts- und konjunkturpolitischen Situation verwies Kiesinger die Delegierten des Bundesausschusses auf die Beschlüsse, die am Vorabend das Präsidium der CDU, zusammen mit Ministern der CDU und CSU sowie Vertretern des Arbeitskreise der Bundestagsfraktion der CDU/CSU gefaßt hat.<sup>4</sup>

---

FDP 5,9 %) und am 25. April 1971 in Schleswig-Holstein (CDU 51,9 %, SPD 41 %, FDP 3,8 %).

4 Protokoll der Sitzung vom 16. Dezember 1970 in ACDP 07-001-1403.

## 12a

*Bundesausschuß: Berichte Griesinger, Horten, Kiesinger, Wohlrabe.*

*Bericht des Parteivorsitzenden. Bericht des Fraktionsvorsitzenden. Geschäftsordnung für den Parteitag. Genehmigung der Satzungen der Vereinigungen. Verschiedenes.*

*Beginn: 14.30 Uhr*

*Ende: 17.55 Uhr*

### BERICHT DES PARTEIVORSITZENDEN. BERICHT DES FRAKTIONS-VORSITZENDEN. GESCHÄFTSORDNUNG FÜR DEN PARTEITAG. GENEHMIGUNG DER SATZUNGEN VON VEREINIGUNGEN.

Der Parteivorsitzende Dr. Kurt Georg Kiesinger erläutert die Haltung der CDU zum deutsch-sowjetischen und deutsch-polnischen Vertrag.<sup>1</sup>

Zur Wirtschafts- und Konjunkturpolitik verweist der Parteivorsitzende auf eine Erklärung des Präsidiums der CDU, die in einem gemeinsamen Gespräch zusammen mit den CDU-Landesministern beraten und beschlossen worden ist.

Vorschläge aus der anschließenden Diskussion:

*Wohlrabe:* 1. Aufforderung zur Parteidisziplin (bezogen auf das Interview des Vorsitzenden der Jungen Union, Jürgen Echternach, zum Polen-Vertrag in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“: „Die Oder/Neiße-Linie muß anerkannt werden“).<sup>2</sup>

2. Bitte um flankierende Maßnahmen zur Landtagswahl in Berlin: terminierte Einbringung von politisch relevanten Themen (z. B. Radikalismus) im Deutschen Bundestag, um dadurch dazu beizutragen, daß Berlin während des Landtagswahlkampfes bundespolitisch präsent ist.

*Horten:* Die bisherige Aufklärungsaktion (Broschüre usw.) soll ergänzt werden durch Flugblätter über aktuelle politische Probleme. Die Entwürfe für die Flugblätter könnten an die Kreisverbände gegeben werden, die den Druck selbst vornehmen.<sup>3</sup>

---

1 Unterzeichnet am 7. Dezember 1970 in Warschau, vgl. BULLETIN Nr. 171 vom 8. Dezember 1970 S. 1815.

2 In der Vorlage: Saarbrücker Zeitung. – Vgl. „Neue Osnabrücker Zeitung“ vom 16. Dezember 1970 „Echternach: Oder-Neiße-Grenze anerkennen!“.

3 Zur Dokumentation der CDU-Bundesgeschäftsstelle vom Oktober 1970 zum deutsch-sowjetischen Vertrag vgl. Nr. 9 Anm. 61. Vgl. auch die „Empfehlungen zur Durchführung der CDU-Aufklärungsaktion über die Deutschland- und Ostpolitik“ der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Bundesgeschäftsstelle vom Oktober 1970 (07-001 AO BGST Jan.70-Dez.70 unverzeichnet) sowie Protokoll der Landesgeschäftsführerkonferenz vom 23. September 1970 (ACDP 07-001-512). Die von der Bundesgeschäftsstelle erstellte Dokumentation zum deutsch-sowjetischen Vertrag wurde im November 1970 im Auftrag von Bruno Heck an alle Mitglieder des EUCD-Büros in deutscher, englischer und französischer Sprache versandt (ACDP 07-004-217/2).

*Griesinger:* Die CDU-Dokumentation über die Ostverträge sollte allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

#### BERICHT DES FRAKTIONSvorsITZENDEN

Entfällt wegen Erkrankung Herrn Dr. Barzels und Verhinderung Herrn Dr. Stoltenbergs.

#### GESCHÄFTSORDNUNG FÜR DEN PARTEITAG

Die Geschäftsordnung für den Parteitag wird nach Hinzufügung folgenden Satzes im Abs. 2: „Die Anträge sind beim jeweiligen Tagungspräsidenten einzureichen“ einstimmig gebilligt.

#### GENEHMIGUNG DER SATZUNGEN VON VEREINIGUNGEN

- a) Die Vorlage des Bundesfinanzausschusses vom 16. Dezember 1970 zu den Finanzordnungen der Vereinigungen wird nach Streichung der Worte „innerhalb eines Jahres“ im ersten Absatz einstimmig beschlossen.<sup>4</sup>
- b) Die Satzung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und der CSU Deutschlands (KPV) wird einstimmig genehmigt.<sup>5</sup>
- c) Die Satzung der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU wird einstimmig genehmigt entsprechend der Beschlußvorlage.
- d) Die Satzung der Sozialausschüsse der CDA wird einstimmig genehmigt.
- e) Die Satzung der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge wird einstimmig genehmigt.
- f) Die Satzung der Jungen Union wird einstimmig genehmigt.
- g) Der Entwurf der Satzung der Wirtschaftsvereinigung der CDU wird mit Mehrheit genehmigt, nach dem in § 3 (1) 2. Abs. – Personenmehrheiten – folgende Worte gestrichen worden sind: „die auf Bundesebene organisiert sind“.

---

4 Unterlagen in ACDP 07–001–605. Protokoll der Sitzung des Bundesfinanzausschusses am 16. Dezember 1970 in ACDP 07–001 AO Bundesschatzmeister/Bundesfinanzausschuß 1.1.1969–27.2.1973 (unverzeichnet).

5 Sitzungsvorlagen und Satzungen der Vereinigungen in den Unterlagen zur Sitzung des Bundesausschusses (ACDP 07–001–605). – Zur Frage der Satzung für die Wirtschaftsvereinigung vgl. Nr. 8 Anm. 2.

VERSCHIEDENES

Der Antrag der Frauenvereinigung zum Ladenschlußgesetz wird nicht behandelt.



Düsseldorf, Samstag 24. Januar 1971

Sprecher: Barzel, [Brauksiepe], Schröder.

Vorbereitung des Bundesparteitags. Bericht Dr. Gerhard Schröders über seine Moskau-Reise. Bericht Dr. Rainer Barzels über seine Warschau-Reise.

Beginn: 14.00 Uhr

Ende: 16.00 Uhr

#### VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGS

Der Bundesvorstand nimmt die Vorschläge des Präsidiums für die personelle Besetzung des Parteitagspräsidiums und der Antragskommission sowie den Vorschlag des Zeitplans für die Programmdiskussion einstimmig an. Auf Anregung von Frau Brauksiepe wird in das Parteitagspräsidium zusätzlich Frau Pieser aufgenommen.

Vorschläge des Präsidiums (Sitzung am 20. Januar 1971) an den Bundesvorstand für den Ablauf des 18. Bundesparteitages 25.–27. Januar 1971 in Düsseldorf

##### 1. Präsidium des Parteitages:

Präsident: Heinrich Köppler; Stellvertreter: Frau Becker-Döring<sup>1</sup>; Mitglieder: Dr. Alfred Dregger, Dr. Georg Gölder<sup>2</sup>, Wilfried Hasselmann, Peter Lorenz, Adolf Müller (Remscheid), Heinrich Windelen, Dr. Manfred Wörner.

##### 2. Mitglieder der Antragskommission:

Vorsitzender: Dr. Bruno Heck; Stellvertreter: Dr. Rüdiger Göb; Mitglieder: Ernst Benda, Irma Blohm, Professor Dr. Walter Braun, Bernhard Brinkert<sup>3</sup>, Professor Dr. Fritz Burgbacher, Jürgen Echternach, Dr. Heinrich Geißler, Dr. Baptist Gradl, Frau Griesinger, Leisler Kiep, Dr. Konrad Kraske, Egon Lampersbach, Gerd Langguth<sup>4</sup>,

1 Dr. Ilse Becker-Döring (1912–2004), Rechtsanwältin und Notarin; 1966–1972 Erste Bürgermeisterin in Braunschweig (CDU), 1970–1978 MdL Niedersachsen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 177 Anm. 7.

2 Dr. Georg Gölder (geb. 1938), Gymnasiallehrer; 1958 JU, 1965–1971 Landesvorsitzender der JU Rheinland Pfalz, 1967–1969 Referent für Grundsatzfragen im Büro von Kultusminister Bernhard Vogel, 1968–1977 Vorsitzender des KV Speyer, 1969–1977 MdB, 1975–1979 Vorsitzender des BV Rheinhessen-Pfalz, 1977–1979 Minister für Soziales, Gesundheit und Sport, 1979–1981 für Soziales, Gesundheit und Umwelt, 1981–1991 für Kultus, 1979–2006 MdL Rheinland-Pfalz.

3 Bernhard Brinkert (geb. 1930), Betriebsdirektor; 1957 CDU, ab 1961 Mitglied des Rates der Stadt Bottrop, 1980–1990 MdL Nordrhein-Westfalen.

4 Dr. Gerd Langguth (geb. 1946), Politikwissenschaftler; 1970–1974 Bundesvorsitzender des

Dr. Carl Otto Lenz<sup>5</sup>, Dr. Berthold Martin, Dr. Werner Marx, Dr. Heinz Riesenhuber, Dr. Günter Rinsche, Dr. Burkhard Ritz, Dr. Thomas Ruf<sup>6</sup>, Hermann Russe, Dr. Manfred Schäfer, Dr. Christian Schwarz-Schilling, Josef Stingl, Dr. Bernhard Vogel, Friedrich Vogel, Wolfgang Vogt, Frau Dr. Walz, Frau Dr. Wolf<sup>7</sup>, Dr. Richard von Weizsäcker, Olaf von Wrangel.

3. Zeitplan für die Diskussion:

Montag, 25. 1.	14.30–16.00 Uhr	Präambel und Gliederung (hierzu liegen 26 Anträge vor)
	16.00–21.00 Uhr	Kapitel II (Ziffer 27–60) (290 Anträge)
Dienstag, 26. 1.	10.00–13.00 Uhr	Kapitel III (Ziffer 61–103) (289 Anträge)
	15.00–18.00 Uhr	Kapitel IV (Ziffer 104–126) (179 Anträge)
	18.00–Schluß	
Mittwoch, 27. 1.	9.00–Mittag	Kapitel I (Ziffer 1–26) (156 Anträge)
	14.00 Uhr	Schlußrede des Parteivorsitzenden
	ca. 15.00 Uhr	Pressekonferenz

BERICHT DR. GERHARD SCHRÖDERS ÜBER SEINE MOSKAU-REISE

*Schröder:* Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will versuchen, das, was ich auf dieser Moskau-Reise erlebt habe<sup>8</sup>, so kurz wie möglich darzustellen. Aber es ist vielleicht ganz gut, drei Vorbemerkungen zu machen.

Zunächst einmal: Was war der wirkliche Anlaß für diese Reise? – Es war der gleiche, der mich auch bei den anderen Reisen, die ich in den vergangenen Monaten ge-

---

RCDS, 1976–1980 MdB, 1981–1985 Direktor der Bundeszentrale für Politische Bildung, 1986/87 Staatssekretär für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund, 1988–1993 Leiter der Vertretung der EG-Kommission in der Bundesrepublik, 1993–1997 Geschäftsführender Vorsitzender der KAS, seit 1996 Honorarprofessor an der Universität Bonn.

5 Dr. Carl Otto Lenz (geb. 1930), Jurist; 1957 CDU, 1959–1966 Generalsekretär der Christlich-Demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments in Straßburg und Luxemburg und von 1963–1965 der Christlich-Demokratischen Fraktion der Versammlung der WEU in Paris, 1965–1984 MdB, 1984–1997 Generalanwalt beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg, 1990–1998 Honorarprofessor für das Fachgebiet „Europarecht“ an der Universität des Saarlandes.

6 Thomas Ruf (1911–1996), Diplom-Volkswirt; 1953–1972 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 943 Anm. 27.

7 Dr. Erika Wolf (1912–2003), Juristin; 1945 CDU Potsdam, 1946–1950 Stadtverordnete in Potsdam, 1950 Flucht in den Westen, 1954–1965 Tätigkeit bei der nordrhein-westfälischen Landesregierung, 1965–1976 MdB.

8 Schröder hielt sich vom 13. bis zum 20. Januar 1971 in Moskau und Leningrad auf. Vgl. Zeitungsberichte über die Reise in ACDP 01–483–236/1; Reiseroute in ACDP 01–483–188/2; GRAU S. 161.

macht habe, bewegt hat, nämlich die politischen Hauptakteure an Ort und Stelle, sozusagen an den Orten ihrer Taten und ihrer Tätigkeit zu sehen, zu erleben und dort mit ihnen zu diskutieren, um daraus zu lernen. Das ist das eine. Das zweite, worauf ich vorweg hinweisen möchte, ist die Tatsache, daß wir uns derzeit in der Opposition befinden, und darüber denke ich so: Eine Regierung kann jeweils nur die Politik betreiben, die durch ihre eigene Mehrheit gedeckt ist. Es ist vielleicht eine Banalität, dies festzustellen, aber manche geraten in Gefahr, dies gelegentlich zu vergessen. Die Opposition ist weder Notaggregat, noch Hilfsstruppe, noch Reservetruppe der Regierung, sondern die Opposition hat ihre bestimmten und selbständigen Aufgaben. Meine dritte Vorbemerkung ist die: Es ist für mich, wie wahrscheinlich für uns alle hier, nur eine Selbstverständlichkeit, daß wir alles, was wir vortragen, auf dem Boden der Beschlüsse vortragen, die wir einstimmig gefaßt haben. Das möchte ich gerne vorwegsagen, damit wir keine Diskussion haben, die diese Gesichtspunkte außer acht ließe. Ich habe gerade von drei Vorbemerkungen gesprochen. Ich würde aber gerne noch eine vierte machen. Ich glaube, es ist klar und notwendig – und das sehe ich eigentlich als die entscheidende Aufgabe der Deutschen in diesem Stadium ihrer Geschichte an –, draußen nicht zu verschweigen, daß wir unser Land lieben. Dies ist mehr oder weniger auch eine Selbstverständlichkeit, aber wenn wir „unser Land“ sagen, dann meinen wir nicht einen Teil der Deutschen, sondern wir meinen alle Deutschen. Und das muß ganz klar zum Ausdruck kommen. Ich habe dem sowjetischen Ministerpräsidenten ganz klar gesagt, daß wir in dieser Frage denken wie ganz normale Patrioten; wie er auch natürlicherweise einer sei in seinem Lande, und das ist, glaube ich, ganz gut für unsere weitere Unterhaltung über die Probleme.

Ich habe eine Menge Leute gesprochen, am Rande und direkt, und ich will die Unterhaltungen, die ich geführt habe, ein bißchen zusammenfassen. Ich habe sowohl mit Herrn Semjonow<sup>9</sup> gesprochen, der dem einen oder anderen von Ihnen in Erinnerung ist, als er – 1958 ist es, glaube ich, gewesen – hier mit uns in der Begleitung von Mikojan<sup>10</sup> auf dem Petersberg zusammen war. Einer seiner Hauptmitarbeiter ist der kommende Botschafter in Bonn, Herr Falin<sup>11</sup>. Den werden Sie ja auch in Kürze kennen-

---

9 Wladimir Semjonowitsch Semjonow (1911–1992), sowjetischer Politiker; 1938 KPdSU, 1940/41 Botschaftsrat an der Botschaft in Berlin, 1941/42 Leiter der Abteilung Zentraleuropa im Außenministerium, 1942–1945 Botschaftsrat an der Botschaft in Stockholm, 1949–1953 politischer Berater der sowjetischen Kontrollkommission in Berlin, 1953 Botschafter in der DDR, 1954/55 Leiter der Abteilung Zentraleuropa im sowjetischen Außenministerium, 1955–1978 stv. Außenminister.

10 Anastas Iwanowitsch Mikojan (1895–1978), sowjetischer Politiker; 1923 Mitglied des ZK der KPdSU, 1926–1945 Volkskommissar, 1955–1964 stv. Ministerpräsident, 1964/65 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets (Staatspräsident). – Zum Besuch in Bonn vgl. PROTOKOLLE 2 S. 112 Anm. 9.

11 Dr. Valentin Michailowitsch Falin (geb. 1926), sowjetischer Diplomat und Politiker; 1950–1952 Tätigkeit bei der Sowjetischen Militäradministration bzw. Kontrollkommission in Deutschland, 1952 Eintritt in das Außenministerium, 1953 KPdSU, 1966–1968 Leiter der Zweiten Europäischen Abteilung (Großbritannien und Commonwealth) des Außenministeriums, 1968–1971 Leiter der Dritten Europäischen Abteilung (Deutschland), 1971–1978 Botschafter in Bonn, 1978–1983 stv. Leiter der Abteilung Internationale Information beim

lernen und ein eigenes Urteil über ihn gewinnen. Die anderen Unterhaltungen hatte ich mit Außenminister Gromyko, sowie mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin<sup>12</sup>. Dabei lasse ich mal das Kapitel Wirtschaft und das Gespräch mit Außenhandelsminister Patolitschew<sup>13</sup> ein bißchen beiseite.

Meine lieben Freunde, das wesentliche ist dies, daß wir nur dann verständlich sind, drinnen und draußen, wenn das, was wir sagen, möglichst einfach ist, möglichst – soweit es sich um Deutschland handelt – in Übereinstimmung mit den Empfindungen der Bevölkerung steht und von draußen verstanden werden kann, wenn irgend jemand bereit ist, sich in unsere Lage zu versetzen.

Die CDU/CSU – und ich sage dies zum Lobe der ganzen Bundestagsfraktion, von der ich ein Mitglied bin – hat sich sehr richtig verhalten. Ich will dabei eigentlich nur zwei Dinge besonders unterstreichen: Sie hat die EntschlieÙung vom 26. Mai 1970 gefaÙt<sup>14</sup>, die allen in Erinnerung ist, in der der Regierung nahegelegt wurde, die Berlin-Frage und die Verhandlungen der Vier Mächte über Berlin als einen Prüfstein für sowjetische Entspannungsbereitschaft zu nehmen. Das steht zum Schluß dieser EntschlieÙung drin. Das ist heute unverändert richtig. Und sie hat ganz konsequenterweise eine zweite Sache getan. Sie hat – irgendwann im August<sup>15</sup> – ganz einmütig gesagt, daß sie es für ihre – erlauben Sie jetzt diesen Ausdruck von mir – patriotische Pflicht hält, die Regierung in dieser Frage der Herbeiführung einer befriedigenden Berlin-Regelung zu unterstützen. Das hat sie in der Zwischenzeit getan, das tut sie im Augenblick, das wird sie nach meiner festen Überzeugung morgen und übermorgen weiter tun. Und ich glaube, wir sollten das, was wir darüber gesagt haben, nicht in irgendeiner Weise beeinträchtigen oder verdunkeln, indem wir zahlreiche andere Erklärungen abgeben – unbeschadet dessen, daß jeder von uns sich nach seiner Individualität ausdrückt. Das ist sowieso selbstverständlich. Aber wir sollten unsere große Linie klarmachen, daß wir unser letztes Wort zur Bewertung des Moskauer Vertrags und des Warschauer Vertrags<sup>16</sup> überhaupt erst dann sagen können, wenn der Augenblick dafür gekommen ist. Es ist für alle hier Anwesenden klar, welches dieser Augenblick ist. Und dann gibt es für uns nur eines: Unsere Entscheidung so zu treffen – im Lichte aller dann erkennbaren Umstände –, wie es das Interesse unseres Landes verlangt. Daraus ziehe ich jetzt einen – wie ich hoffe – Ihnen einleuchtenden Schluß, daß

---

ZK der KPdSU, 1983–1986 Korrespondent der „Iswestija“, 1988–1991 Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, 1992 Mitarbeiter des Instituts für Weltprobleme an der Universität Hamburg. Memoiren: Politische Erinnerungen. München 1993.

12 Alexej Nikolajewitsch Kossygin (1904–1980), sowjetischer Politiker; 1964–1980 Vorsitzender des Ministerrats. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 429 Anm. 19.

13 Nikolai Semjonowitsch Patolitschew (1908–1989), sowjetischer Politiker; 1950–1960 Erster Parteisekretär der Weißrussischen Sowjetrepublik, 1954–1958 Mitglied der Kommission für auswärtige Angelegenheiten beim Unionssojwet, 1957/58 Erster stv. Außenminister der UdSSR, 1958–1985 Minister für Außenhandel.

14 Vgl. Nr. 9 Anm. 11.

15 Vgl. Nr. 9 Anm. 21. Vgl. auch GRAU S. 108–132.

16 Zur Unterzeichnung des Moskauer Vertrags vgl. Nr. 9 Anm. 32. – Zum Warschauer Vertrag vgl. Nr. 12 Anm. 5.

es richtig war, wenn ich den größeren Teil meiner Diskussionen in Moskau, von Einzelheiten abgesehen, eben gerade auf die Frage einer befriedigenden Berlin-Regelung verwendet habe. Es ist nun einmal so, daß dieses Thema im Augenblick, dank der Vierer-Verhandlungen<sup>17</sup> darüber, in ganz besonderer Weise im Vordergrund des Interesses steht.

Ich will den Versuch machen, Ihnen zu schildern, wie das Problem auf sowjetischer Seite gesehen wird. Zunächst einmal ist der sowjetischen Seite nicht sehr angenehm, daß sozusagen Berlin und die befriedigende Berlin-Regelung in einer Art von Junktim mit der Ratifizierung des Vertrages steht, sicherlich in keinem juristischen Junktim, aber in einem sachlichen Zusammenhang. Die sowjetische Seite hat andererseits eingesehen – nicht dank meines Besuches, sondern seit längerem –, daß die befriedigende Berlin-Regelung auch der Einleitung eines Ratifizierungsverfahrens vorangehen muß. Das ist so, das hat sie eingesehen, obwohl ihr das relativ unbequem ist, und ich meine – um daran gleich eine Schlußfolgerung zu knüpfen –, wir sollten an diesem Zusammenhang klar und uneingeschränkt festhalten, ohne daß es nötig ist, durch eine Überbetonung die schon vorhandene sowjetische Einsicht zu beeinträchtigen.

Nun kommt die Frage, was eigentlich die innere Meinung der Sowjetunion über dieses Problem ist. Meine Damen und Herren, etwas, was ich hier in aller Deutlichkeit aussprechen möchte, ist eben einfach dies: Das Berlin-Problem ist die permanente Demonstration und Dokumentation der Tatsache, daß die deutschen Probleme und das entscheidende deutsche Problem eben noch nicht gelöst sind und wahrscheinlich auch auf längere Zeit noch nicht gelöst werden können. Das erklärt, daß diese Frage sowohl für die Sowjets selbst, als für die Regierung in Ost-Berlin ein ganz besonderes Gewicht hat. Die Sowjets stützen sich nun darauf – ich will nicht die ganze juristische Aufmachung im einzelnen hier vorführen –, daß sie im Grunde mit den drei Westmächten über den rechtlichen Status West-Berlins übereinstimmen, und sie sind eigentlich der Meinung, daß wir in mancher Beziehung statuswidrig oder sozusagen statuserweiternd verfahren. Nun, was darauf zu sagen ist, ist im Grunde leicht nach unserer Argumentation. Wir haben gesagt und werden weiter sagen, daß man Realitäten nicht einfach nur danach beurteilen kann, ob sie einem gefallen – es gibt dann solche, die einem besser gefallen, und solche, die einem weniger gefallen –, sondern daß man die Realitäten eben nehmen muß nach ihrem Stand in dem Augenblick, in dem man den Versuch macht, eine entspanntere Situation herzustellen. Was heißt [das] praktisch? Das heißt auf West-Berlin bezogen, daß wir die Uhr nicht auf den Stand des Jahres soundso zurückstellen können, sondern wir müssen die Realitäten von West-Berlin so sehen, wie sie heute sind. Ich gebe z. T. wieder, was ich in Moskau dazu gesagt habe: Es gibt einen ganz entscheidenden und wichtigen Faktor dabei, und das ist der psychologische Faktor. Die psychologische Wirkung also, wenn in Berlin – ich habe das gelegentlich in dieser oder jener Unterhaltung gesagt – auch nur ein Bundesschild demontiert würde. Dann würde das herumerzählt werden, und die Leute würden sagen: Die packen die Koffer und wir müssen die Koffer auch packen oder jedenfalls, wir werden uns darauf

---

17 Vgl. Nr. 9 Anm. 59.

vorbereiten. – Das ist das, was ich unter der psychologischen Auswirkung einer Demontage der Bundespräsenz verstehe. Nun kommen die Sowjets in der Bewertung des Vertrages natürlich nicht auf dieselben Betrachtungen wie wir. Aber vielleicht ist es erwähnenswert, daß sie drei Dinge gesagt haben:

1. Über diese Sache wird schon sehr lange verhandelt. Damit meinen sie unsere Denkschrift an die sowjetische Regierung zur Deutschland- und Berlin-Frage vom 21. Februar 1962 in Beantwortung eines sowjetischen Memorandums zu den gleichen Fragen vom 27. Dezember 1961.<sup>18</sup>

2. Es ist besonders Gromyko gewesen, der das stark betont hat: Dies sei ein Vertrag, den sie nicht nur abgeschlossen haben würden mit einer sozialdemokratisch geführten, aus Sozialdemokraten und Freien Demokraten bestehenden Regierung, sondern auch mit jeder anderen Bundesregierung. – Wie Sie das bewerten, ist Ihre Sache. Ich erzähle Ihnen das nur, damit man mal die Argumente und Betrachtungen kennt, die es in Moskau zu diesem Komplex gibt.

3. Sie heben hervor, der Vertrag enthalte keineswegs alles, was sie sich vorgestellt hätten und betonen, sie hätten ihrerseits Konzessionen gemacht. Sie sind der Meinung, daß die Entscheidung, die sie mit ihrer Unterschrift am 12. August 1970<sup>19</sup> dann getroffen haben, keineswegs eine auf ihrer Seite unumstrittene Sache gewesen sei und weisen darauf hin, auch sie hätten erst noch eine Ratifizierung vorzunehmen, und auch sie müßten in den zuständigen Gremien ihre Gründe für den Vertragsabschluß darlegen. Das ist das eine.

Meine Damen und Herren, diese Argumente referiere ich hier nur, ohne sie zu debattieren. Dazu werden wir noch ausreichend Gelegenheit haben.

Ich komme nochmals auf die sowjetische Einstellung speziell zum Berlin-Problem. In einer der Unterhaltungen wurde z. B. gesagt, daß die Sowjets heute über die wirtschaftlichen und finanziellen Verbindungen West-Berlins mit der Bundesrepublik anders sprächen, als sie etwa 1959/60 darüber gesprochen hätten. Ja, es wurde ziemlich wörtlich gesagt, man sei ganz sicher, daß das, was heute von sowjetischer Seite in der Berlin-Frage vorgeschlagen werde, damals 1959/60 den lebhaftesten Applaus von allen Seiten ausgelöst haben würde. Wir wollen nicht darüber streiten, ob das nun richtig ist oder nicht. Aber es ist ja wichtig, die Vorstellungen anderer zu kennen oder mindestens die Art und Weise, wie argumentiert wird.

Ich will nun einen Strich unter diesen Teil der Unterhaltung machen, und dabei ist dies zu sehen: Für die Sowjets ist die Frage dessen, was wir vielleicht unvollkommen, aber immerhin verständlich „politische Bundespräsenz“ in Berlin nennen, der entscheidende Punkt; und darum geht eigentlich das Ringen, das im Gange ist. Ich will nun zu dieser Frage ein paar Worte aus der Unterhaltung mit Ministerpräsident Kos-

---

18 Memorandum der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 27. Dezember 1961 in DzD IV/7 S. 1211–1222; Denkschrift der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Regierung der UdSSR vom 21. Februar 1962 in DzD IV/8 S. 162–171.

19 Vgl. Anm. 16. Zu den Gesprächen Brandts mit Kossygin und Breschnew AAPD 1970 Dok. 387, 388 und 390.

sygin sinngemäß zitieren. Er sagte u. a.: „Was die Zugänge nach Berlin angeht, ist dies eine Sache der DDR und von Verhandlungen der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR über diese Frage.“ Ich sagte ihm ganz klar etwa folgendes: „Selbst wenn Sie der Regierung der DDR einen größeren Kredit einräumen, als das von unserer Seite geschehen kann, ist ganz eindeutig, daß für uns die Vier Mächte eine bessere und verlässlichere Garantie für irgendwelche Arrangements darstellen, als etwa der gute Wille der Regierung der DDR.“ Ich kann nicht im einzelnen beschreiben, was etwa aus der Perspektive der Sowjets bei dieser politischen Bundespräsenz gerade noch erträglich oder akzeptabel wäre. Es kommt jetzt auch nicht darauf an, ob wir das hier ganz genau wissen. Diese Berlin-Verhandlungen sind Verhandlungen der Vier Mächte. Sie werden mitbeeinflusst durch die Bundesregierung, auch in einer bestimmten Verbindung der Bundesregierung zur Opposition. Ich möchte nur noch einmal unterstreichen, daß für uns der psychologische Faktor, den ich genannt habe, eine besonders große Rolle spielt. In mehreren meiner Unterhaltungen in Moskau wurde gesagt, daß, wenn man sich über diesen Punkt „politische Bundespräsenz“ geeinigt habe – das waren jetzt etwas mehr meine Worte, aber das, was jetzt kommt, sind die Worte anderer –, daß sie dann bereit sein würden, eine hundertprozentige Garantie für einen hindernisfreien Zugang nach West-Berlin zu geben. Wie hoch man das schätzen will, das kann offenbleiben. Ich will über das Berlin-Problem jetzt nicht im einzelnen sprechen, wie sich versteht.

Was den Vertrag und die Ansichten der Sowjetunion zum ihm angeht, muß man sich über eines klar sein: Wenn eine sehr große Macht einen bestimmten Entschluß gefaßt hat, nämlich am 12. August einen Vertrag zu unterzeichnen, so ist das natürlich ein Vorgang, der sehr stark auch mit ihrem Prestige verbunden ist; das muß man in richtiger Weise in die Überlegungen miteinbeziehen. Ich bin gelegentlich gefragt worden, wie stark das Problem Europäische Sicherheitskonferenz und die amerikanisch-russischen Verhandlungen unter der Bezeichnung SALT<sup>20</sup> eine Rolle gespielt hätten. Die haben eine relativ geringe Rolle mehr am Rande mancher Unterhaltungen gespielt. Das zeigt aber eigentlich nur, daß nach den Prioritäten, auch wenn Sie Prioritäten jetzt einmal zeitlich nehmen wollen, in den Augen der Sowjets dem Vertrag vom August eine besondere Bedeutung beikommt.

Ich möchte jetzt doch noch ein paar Worte über wirtschaftliche, wissenschaftliche und technologische Verbindungen sagen und dabei ins Auge fassen einmal die Unterhaltung mit Patolitschew darüber, ein bißchen auch die Unterhaltung mit Kossygin und dazu die beiden Besichtigungen, die ich vorgenommen habe im Turbinenwerk in Leningrad und im SIL-Werk, der großen Lastkraftwagenfabrik in Moskau. Ich will das jetzt nicht in allen Details darlegen. Ich habe großen Wert darauf gelegt klarzumachen, daß ich weder ein Vertreter der Wirtschaft sei, noch in irgendeinem besonderen

---

20 Die SALT I-Gespräche (Strategic Arms Limitation Talks) zwischen der USA und der UdSSR begannen am 17. November 1969 in Helsinki, die Konferenz über die Begrenzung der strategischen Rüstung wurde am 16. April 1970 in Wien eröffnet. Als Ergebnis der Verhandlungen unterzeichneten Präsident Nixon und Generalsekretär Breschnew am 26. Mai 1972 den ABM-Vertrag (Anti-Ballistic Missiles) und ein Interimsabkommen.

Interessenverhältnis stehe, sondern daß ich auch diese Dinge als Politiker betrachte und daß daher für mich das entscheidende bei bedeutenden Werken der Kooperation sei, ob sie wirklich eine Demonstration friedlicher Absichten beiderseits darstellten und wirklich zur Konsolidierung des Friedens beitragen. Ich schalte einen Moment zurück zum Gespräch mit Patolitschew. Patolitschew sagte – erst einmal scherzhaft: Die Diplomaten zerfallen für ihn in zwei Kategorien, in die einen, die sich für Wirtschaft interessieren und etwas davon verstünden, und in die Kategorie der anderen, die der Wirtschaft mehr oder weniger gleichgültig gegenüberstünden. Herr Allardt<sup>21</sup>, der mich bei fast all diesen Unterhaltungen begleitet hat, kriegt eine relativ gute Note dafür, weil er wirklich etwas von Wirtschaft versteht. Herr Patolitschew sagte – und das ist sehr interessant, vor allen Dingen, wenn wir glauben, daß die Sowjets für ein ganz bestimmtes Projekt nun absolut auf die Zusammenarbeit mit den Deutschen aus wären – ganz offen: sie seien sehr hartnäckige und schwierige Verhandler, sie hätten im übrigen nicht eine Kopeke – das ist der hundertste Teil eines Rubels – zu verschenken. Aber wenn sie sich geeinigt hätten, wie z. B. mit dem Generaldirektor von FIAT über das Projekt in Togliatti-Stadt<sup>22</sup>, dann hielten sie ihre Vereinbarungen bis zur letzten Kopeke. Die Auffassungen der Sowjets über die möglichen Ausmaße einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit sind sehr viel weitergehend als die unseren; ich sehe sie sehr viel reduzierter, als sie dort gelegentlich betrachtet werden. Aber es wäre völlig falsch, wenn jemand unter uns glauben wollte, daß die Sowjets mit Rücksicht auf wirtschaftliche Überlegungen geneigt seien, politische Konzessionen zu machen. Das sind Gedanken oder Erwartungen, die vielleicht jeder von uns schon einmal ausgesprochen hat, die man aber nur mit großer Differenzierung und sehr vorsichtig ausdrücken kann. Es fährt demnächst eine große und sehr wichtige Delegation aus deutschen Wirtschaftskreisen nach Moskau.<sup>23</sup> Ich habe in meinen Gesprächen ein paar mal darauf verwiesen, und die Herren mögen nun herausfinden, was nützlicherwise geschehen kann und was weniger nützlich ist. Wir werden uns erlauben, das im Lichte der Politik unseres Landes zu betrachten.

Auch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist zur Sprache gekommen. Man muß hier auch hinsichtlich der Gedanken, die der eine oder andere in Wirtschaftskrei-

---

21 Dr. Helmut Allardt (1907–1987), Jurist und Diplomat; 1968–1972 Botschafter in Moskau. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1406 Anm. 66.

22 Die Vereinbarung zwischen den FIAT-Werken und der sowjetischen Regierung über die Fabrikation des Lada 1200 in Togliatti (Stawropol) kam am 5. Mai 1966 zustande. Vgl. AAPD 1967 S. 539 Anm. 2.

23 Otto Wolff von Amerongen reiste Ende Januar 1971 mit einer 14köpfigen Wirtschaftsdelegation in die UdSSR. Vgl. dpa vom 30. Januar 1970: „Wolff von Amerongen: Zukunftsperspektiven in Moskau erörtert“; Aktennotiz von Wolff von Amerongen über eine Sitzung mit Kossygin am 29. Januar 1971 in Moskau in ACDP 01–483–188/2. – Otto Wolff von Amerongen (1918–2007), Industriemanager; 1940–1986 Vorstandsvorsitzender des Otto-Wolff-Konzerns, 1955–2000 Vorsitzender des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, 1969–1988 Vorsitzender des DIHT. Memoiren: Der Weg nach Osten. Vierzig Jahre Brückenbau für die deutsche Wirtschaft. München 1992; Peter DANYLOW/Ulrich SOÉNIUS (Hg.): Otto Wolff. Ein Unternehmen zwischen Wirtschaft und Politik. München 2005.



sen hegt, ein bißchen vorsichtig sein. In der Sowjetunion waren deutsche Wirtschaftler, die sich etwa so geäußert haben: Also, Kinder, wir müssen uns bei den Geschäftsabschlüssen beeilen, denn nach dem Soundsovielten kommt die gemeinsame EWG-Außenhandelspolitik, und da muß vielleicht ein Stempel aus Brüssel unter alle möglichen Verträge kommen. – Es gab ohne Zweifel bei Patolitschew – das beschäftigt übrigens auch Kossygin – doch die Besorgnis, daß man in handelspolitischen Abmachungen durch die EWG und ihre weitere Entwicklung sehr geschädigt werden könnte. Ich habe dazu dem Sinne nach folgendes gesagt: „Mit den Italienern haben Sie gerade dieses große Projekt gemacht. Das Fahrzeug auf dem Mond hat ein französisches Ortungsgerät.“<sup>24</sup> (Man braucht das vielleicht nicht weiterzuerzählen, aber man soll das ruhig wissen.) „Sie werden es mit den Italienern, den Franzosen, den Briten und uns zu tun haben, und unsere Absichten bezüglich einer Verständigung über gemeinsame Handelspolitik in der EWG sind natürlich gänzlich unverändert, aber wir brauchen nicht anzunehmen, daß diese Länder nicht das Maß von eigener Entscheidung behalten möchten, was sie derzeit haben.“

Ich wollte bei dieser Gelegenheit noch einen Moment auf die Unterhaltungen eingehen, die sich an die Werksbesichtigungen anschlossen. Wir haben oft so die Meinung geäußert, daß die Sowjetunion bestimmte Dinge kaum oder überhaupt nicht machen könne und deswegen hochnotwendig angewiesen sei auf die Kenntnis westlicher Technologie und enge Verbindung mit ihr. Was die Zeiträume angeht, steckt darin wohl ein richtiger Kern, da braucht man gar nicht lange darüber zu sprechen. Aber ich möchte jetzt auf etwas hinweisen, was auch schon im Bericht eines sehr prominenten Mannes der deutschen Wirtschaft über seine Eindrücke in der Sowjetunion kürzlich bemerkt wurde: Eine große Macht, die in der Lage war, ein Fahrzeug auf den Mond zu befördern und es dort in Betrieb zu setzen, eine solche Macht kann natürlich auch aus eigener Kraft mehr Lastwagen bauen als bisher. Es handelt sich jeweils darum, wohin sie den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten legt.

Wenn ich jetzt noch einmal Gesprächspartner bewerten soll – das tue ich nur in diesem geschlossenen Kreise und nur mit einer gewissen Vorsicht –, dann würde ich sagen, Semjonow und Falin – der übrigens ein hervorragender Kenner der Deutschlandprobleme ist, was für Semjonow natürlich auch gilt – und Gromyko sind die Leute, die über jede Nuance dieser Vierer-Verhandlungen natürlich informiert und daran interessiert sind. Gromyko muß man aber einschätzen – dabei stütze ich mich u. a. ein bißchen auf Chruschtschow<sup>25</sup> – als die Spitze der sowjetischen Diplomatie und nicht so sehr als die Spitze etwa der sowjetischen Politik. Ministerpräsident Kossygin dagegen hat ganz in der Attitüde des gut unterrichteten Regierungschefs gesprochen und ein großes Interesse gezeigt u. a. an Fragen wie Ausbildung, Ausbildungsreform, Dauer der Ausbildung usw. Ich will die Einzelheiten hier jetzt nicht ausbreiten, das kostet

---

24 Am 20. Juli 1969 landete die amerikanische Apollo 11-Mission auf dem Mond.

25 Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (1894–1971), sowjetischer Politiker; ab 1953 erster Sekretär des ZK, ab 1958 Ministerpräsident, am 14./15. Oktober 1964 aller Ämter enthoben. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 894 Anm. 71.

vielleicht zu viel Zeit. Zum Schluß spielte in der Unterhaltung, als ich noch einmal EWG und ihre weitere Entwicklung – Beitritt Großbritanniens usw. – herausgestellt hatte, eine scherzhafte Bemerkung von ihm eine Rolle. Er hat gesagt, die Sowjetunion hätte einstweilen noch keinen Beitrittsantrag für die EWG gestellt. Ich habe ihm gesagt: „Herr Ministerpräsident, wenn Sie die Sache so scherzhaft hier darstellen, will ich Ihnen von einer anderen Rede erzählen, die ich gehört habe vor Jahren von Churchill in Aachen<sup>26</sup>. Damals hatte Churchill in Aachen gesagt – übrigens zur größten Überraschung von Adenauer, der darauf erwidern mußte, denn Churchill hat das noch in der Nacht in die Rede hineingeschrieben, ‚er sähe den Tag kommen, an dem die Sowjetunion in die NATO eintreten würde‘.“ Nun gut, dies waren Churchillsche Ideen, nicht etwa meine und offensichtlich auch nicht die von Kossygin.

Meine Damen und Herren, wenn ich hier in diesem Kreise frage, was wir eigentlich als Resümee ziehen müssen, da würde ich eigentlich meinen, daß ich in den Grundsätzen, in der grundsätzlichen Linie, die wir beschlossen haben, eher gefestigt bin, und daß ich über ein höheres Maß von Anschauung an Ort und Stelle verfüge, als ich das bisher gehabt habe. Daß es eine großzügige Gastfreundschaft und große Liebenswürdigkeit gab, das steht auf einem anderen Blatt, das will ich nicht weiter herausstellen. Aber ich möchte meinen, daß solche Reisen und Begegnungen sehr gut sind. Ich möchte jetzt noch ein praktisches Stück anschließen. Ich will dem Kollegen Barzel nichts vorwegnehmen, was er vielleicht sagen wird, aber es handelt sich um die Parlamentarier. Ich bin der Meinung, daß wir es erreichen sollten, mehrere unserer Kollegen – natürlich aus allen Gruppen, ich denke hier nicht etwa nur an die CDU, ich denke schon gar nicht etwa allein an die SPD oder FDP – tatsächlich an Ort und Stelle Eindrücke sammeln zu lassen, Diskussionen zu führen. Es müssen natürlich die richtigen und die dafür geeigneten sein, und es muß geschehen in einer möglichst unbürokratischen Weise, um nicht erst erstickt zu werden in bürokratischem Gestrüpp – auf beiden Seiten wohlgemerkt. Solche unmittelbaren Eindrücke sind notwendig. Viele von uns kennen sicherlich die Vereinigten Staaten viel besser als die Sowjetunion. Das liegt auf der Hand, das hat seine guten Gründe. Aber es wäre absolut wünschenswert, wenn wenigstens einige von uns die Sowjetunion ein bißchen besser kennenlernen könnten an Ort und Stelle. Ich habe gesagt, daß das Studium von Akten und Informationstexten und eigenes Überlegen alles Dinge sind, die auch hier angestellt werden könnten und wir in sehr sorgfältiger Weise anstellen werden. Aber die Vorstellung von der Wirklichkeit verlangt, daß man sie an Ort und Stelle kennt.

Nun möchte ich schließen mit einem einzigen Gedanken noch, der mich sehr bedrückt. Er deckt sich mit einer Bemerkung, die ich eingangs gemacht habe. Der Gedanke, der mich sehr bedrückt und der jeden normalen Deutschen bedrücken muß, ist

---

26 Churchill wurde am 10. Mai 1956 mit dem Internationalen Karlspreis ausgezeichnet. In seiner Rede sagte er: „Eine neue Frage ist durch die kürzliche Entthronung Stalins in Rußland aufgetaucht. Wenn sie aufrichtig gemeint ist, haben wir es mit einem neuen Rußland zu tun, und ich selbst erblicke keinen Grund, warum, wenn dem so ist, das neue Rußland sich nicht dem Geiste dieses feierlichen Abkommens anschließen sollte.“ Text der Rede im Internet: <http://www.karlspreis.de/index.php?id=13&doc=7&r=4>.

folgender: Man fühlt geradezu in Moskau, soweit man es nicht weiß aus diesem und jenem Vorgang, daß unsere Landsleute aus dem anderen Teil unseres Vaterlandes, daß die Regierung in Ost-Berlin und ihre vielerlei Hilfskräfte in Moskau eine beträchtliche Aktivität entfalten. Es gibt dort z. B. den Ausdruck „Ulbricht-Lobby“. Ob das ein sehr schöner Ausdruck dafür ist, weiß ich nicht, aber man muß sich darüber klar sein. Man kann sich beim Nachdenken schon darüber klar werden, aber man muß das ein bißchen erlebt und gefühlt haben. In diesem Zusammenhang will ich nur einen Augenblick lang den Blick auf einen anderen Teil der Welt richten, nämlich auf Afrika. Wenn Sie die Vorgänge in Conakry<sup>27</sup> sehen, so wird natürlich überdeutlich, daß die anderen Deutschen, wo sie nur rumlaufen können, so schlecht über uns sprechen, wie das nur irgendwie möglich ist. Das hat einen Deutschen, das wird vielleicht noch mehr Deutschen in Conakry das Leben gekostet haben, aber das ist eine Tatsache, die für einen Politiker dieser Tage zu den bedrückendsten Tatsachen gehört, die es gibt. Und es wird nicht schaden, wenn wir auch das unseren sowjetischen Gesprächsteilnehmern klarzumachen versuchen, wie ich das getan habe.

Dies, meine Damen und Herren, ist weder eine systematische, sondern es ist eine vorläufige Skizze von Eindrücken. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, und wir können in die Diskussion darüber zu jeder Zeit eintreten.

#### BERICHT DR. RAINER BARZELS ÜBER SEINE WARSCHAU-REISE

*Barzel:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Anlaß und Begründung der Polen-Reise<sup>28</sup> haben wir auf der letzten Sitzung des Bundesvorstands in der „Lochmühle“<sup>29</sup> besprochen; ich brauche darauf nicht zurückzukommen. Es gab zwischendurch die Frage, ob der vorgesehene Termin eingehalten werden solle wegen der innenpolitischen Ereignisse dort. Wir haben uns entschlossen, bei der einmal gegebenen Terminzusage zu bleiben, was sich als richtig herausgestellt hat.

Die Kollegen von uns, die vorher dort waren, haben sich – wenn ich so sagen darf – als wirksame Eisbrecher bewährt. Man spricht von ihren Reisen. Wir hatten uns vorgenommen – und ich sage dies auch mit dem Blick auf einige Presseberichte –, dort so aufzutreten, daß im Auftreten bereits deutlich wurde, daß wir nicht in Sack und Asche kommen.

---

27 Am 22. November 1970 landeten fremde Truppen in der ehemaligen französischen Kolonie Guinea und besetzen die Hauptstadt Conakry. Präsident Ahmed Sékou Touré appellierte an die UNO und beschuldigte Portugal, Drahtzieher der Intervention zu sein. Der UN-Sicherheitsrat verurteilte die Invasion, entsandte eine Kommission und verurteilte am 8. Dezember 1970 Portugal als Aggressor. Die Invasoren zogen sich am 23. November wieder zurück. Vgl. AdG 1970 S. 15915 f.; AdG 1971 S. 16048–16050; Interview von Walter Scheel am 21. Januar 1971 in der „Tagesschau“ zu den Anschuldigungen Guineas, auch Deutsche wären beteiligt gewesen (BPA/Abt. Nachrichten).

28 Barzel hielt sich vom 20. bis 23. Januar 1971 in Polen auf. Vgl. dazu GRAU S. 159 f.

29 Klausurtagung des Bundesvorstands vom 26. bis 28. November 1970. Ein Protokoll der Sitzung ist nicht vorhanden. Vgl. Nr. 11.

Das Programm war in einem einzigen Punkt nicht so wie bei der Ankunft vorgesehen – und das ist wichtig. Ich hatte gewünscht, außerhalb der politischen Gespräche etwas schönes zu sehen, nämlich moderne Malerei – das war möglich –, und ich hatte gewünscht, eine Fabrik zu besichtigen. Und als ich ankam, stand noch eine Fabrik mit Namen im Programm, doch diese Fabrik konnte ich nicht sehen, weil sie angeblich umgerüstet wurde. Ich habe dann scherzhaft gefragt, ob es nur eine in Warschau gäbe, worauf ich keine Antwort bekam. Ich habe dann auch nicht insistiert, weil dies ein Zeichen für die labile Lage war, die während der Gespräche zu spüren war.

Programm: Am ersten Tage zuerst ein Besuch bei dem Institut, das einlädt mit einer Menge von Herren. Dann Gespräche bei den stellvertretenden Außenministern Willmann<sup>30</sup> und Winiewicz<sup>31</sup>, immer getrennt. Dann ein Abendessen im Schloß Jablonna. Am nächsten Morgen eine Stadtrundfahrt, da stand ursprünglich diese Fabrik auf dem Programm. Ich habe einen Blumenstrauß niedergelegt bei dem Nike-Denkmal, nicht an anderer Stelle – das ist das Zeichen für das wiederaufstrebende Warschau aus der Zerstörung. Dann ein Besuch bei dem Ministerpräsidenten Jaroszewicz<sup>32</sup>, dann Rotes Kreuz, dann Planungskommission, dann mein Vortrag, abends ein Empfang, zu dem wir 100 Leute eingeladen hatten und bei dem wir 250 Gäste hatten. Ich habe dann am Donnerstag meine Begleiter offiziell gebeten, aus besonderen Gründen, die ich hier nicht darstellen möchte – das wird sicher jeder Mensch verstehen –, ich möchte am Freitagmorgen eine Heilige Messe hören. Damit wurde das natürlich bekannter, als es sonst geworden wäre. Man hat das richtig verstanden bei denen, für die diese Geste gemeint war. Darauf folgte der Besuch der Nationalgalerie, dann kam der Außenminister<sup>33</sup>, dann kam ein Empfang durch den 1. Sekretär des Zentralkomitees, Gierek<sup>34</sup>, und zugleich durch den Staatsratsvorsitzenden Cyrankiewicz<sup>35</sup>. Es gab dann ein abschließendes Abendessen im Sejm durch den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses<sup>36</sup>. Meine Frau hatte ein besonderes Programm, das so gut war, daß ich über-

---

30 Adam Willmann (geb. 1908), polnischer Politiker; 1955–1959 Botschafter in Ungarn, 1966–1969 Abteilungsleiter, 1969–1972 Staatssekretär im Außenministerium, 1972–1978 Botschafter in Finnland.

31 Jozef Winiewicz (1906–1985), polnischer Politiker; 1945–1947 Ratgeber der polnischen Botschaft in London, 1947–1955 Botschafter in Washington, 1955–1972 stv. Außenminister.

32 Piotr Jaroszewicz (1909–1992), polnischer Politiker; 1945–1950 stv. Verteidigungsminister, 1952–1970 stv. Ministerpräsident, 1954–1956 Minister für Bergbau, 1970–1980 Ministerpräsident.

33 Stefan Jedrychowski (1910–1996), polnischer Politiker; 1945–1947 Minister für Schifffahrt und Außenhandel, 1952–1957 stv. Ministerpräsident, 1968–1971 Außenminister, 1971–1974 Finanzminister.

34 Edward Gierek (1913–2001), polnischer Politiker; 1954–1956 Leiter der Sektion für Schwerindustrie im Sekretariat des ZK in Warschau, 1957–1970 Erster Parteisekretär der Wojwodschaftsorganisation Kattowitz, 1970–1980 Erster Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei.

35 Jozef Cyrankiewicz (1911–1989), polnischer Politiker; 1946/47 Minister ohne Geschäftsbereich, 1947–1972 Abgeordneter im Sejm, 1947–1952 und 1954–1970 Ministerpräsident.

36 Jozef Ozga-Michalski (1919–2002); polnischer Politiker; 1947–1949 Vorsitzender der Militärkommission des Sejm, 1949–1952 des Komitees für Nationale Verteidigung, 1952–1956

haupt nicht wage, es hier vorzutragen, weil wir nie imstande wären, unseren ausländischen Gästen so etwas zu bieten – im Chopin-Museum ein Extra-Konzert. Wann machen wir so etwas im Beethovenhaus in Bonn?

Zum Abflug habe ich öffentlich erklärt, weil damit praktisch die Gespräche begannen, denn ich hatte natürlich anders, als ich mir das gedacht hatte, viel mehr Publizität und mußte deshalb auch immer über die Presse natürlich schon etwas sagen, daß ich – weil das noch immer eine Rolle spielte, man wollte mich ermuntern, noch zusätzlich ins Land zu fahren, womit die einen natürlich etwas anderes meinten als ich – keine Zeit hätte, ins Land zu fahren und daß ich auch nicht meine ostpreußische Heimat besuchen würde, bevor nicht alle meine Landsleute auf ganz normalem Wege dorthin fahren könnten. Und ich habe gleich zu Anfang gesagt, daß die Meinungen auseinandergehen, daß die Familienzusammenführung rückläufig sei und ähnliche Punkte. Einige von Ihnen werden das gehört haben.

In Warschau angekommen, fand ich dort einen Leitartikel der Regierungszeitung „Zycie Warszawy“<sup>37</sup>, der sich also mit meinem Besuch beschäftigte. Und man sagte zunächst, daß die Tatsache, daß ich käme, ein Beweis sei für den Prozeß der Vorbereitung zur Normalisierung. Wir wissen, daß dort jedes Wort gewogen und abgestimmt wird. Es kam dann eine persönliche Würdigung, die ich hier nicht vortragen kann. Dann heißt es, die Einladung ist ein Beweis, „daß wir einen konstruktiven Dialog mit allen im Bundestag vertretenen verantwortlichen politischen Kräften aufnehmen wollen. Wir wissen, daß der Vertrag von Herrn Dr. Barzel kritisiert wird. Die politische Grundlinie Herrn Dr. Barzels ist uns seit vielen Jahren gut bekannt. Wir geben uns keinen Täuschungen hin. Es kommt ein Politiker, dessen Auffassungen und Interessen sich von unseren unterscheiden. Die von ihm in Warschau zu führenden Gespräche werden Beweis für die Möglichkeiten sein, die die Billigung der friedlichen Koexistenz eben unter den Bedingungen der Unabänderlichkeit des sozialistischen Systems auf unserem Kontinent eröffnen. Das Bewußtsein der grundlegenden Unterschiede zwischen den Ansichten Herrn Dr. Barzels und seiner politischen Freunde und uns steht nicht im Widerspruch mit dem Versuch, einen gemeinsamen Nenner für eine, wenn auch nur einen schmalen, jedoch wesentlichen Bereich von Fragen betreffende Verständigung zu finden.“ Dieser letzte Satz wurde von westlichen Beobachtern in Warschau besonders beachtet.

Zu den Gesprächen, denen die polnische Presse und das polnische Fernsehen ungewöhnlich breiten Raum einräumten, ist zu sagen: Es gab natürlich viele Versuche, auf die verschiedenste Weise meine Meinung zu ändern oder mir irgendwelche Zusagen zu entlocken. Das ist natürlich nicht gelungen, auch nicht bei Trinksprüchen oder ähnlichen Gelegenheiten.

Am ersten Tag bei den Gesprächen im Institut begann es mit allgemeinen Dingen.

---

Vizemarschall des Sejm, 1969–1972 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, 1972–1976 stv. Vorsitzender des Staatsrates.

37 Vgl. dpa vom 19. Januar 1971: „Polnische Presse erörtert Barzel-Besuch und Reichsgründung“; Anhang zum BPA-Nachrichtenspiegel vom 20. Januar 1971 „Polnische Presse erörtert Barzel-Besuch“.

Und da war es gleich in den ersten fünf Minuten nötig, ein sehr deutliches Wort zu sagen, nämlich daß ich nicht die Absicht hätte, irgend etwas anderes zu sagen als in Bonn. Und als dann noch eine Erwiderung von einem Juristen kam, habe ich gesagt: „Wir beide wissen doch, daß Druck, Drohung und Erpressung völlig ausscheidet unter Ehrenmännern.“ Das war dann ganz befreiend, weil das natürlich sich alles herumspricht dort. Wir haben dann mit Herrn Willmann die praktischen Fragen erörtert, mit Herrn Winiewicz grundsätzliche Fragen des Vertrages und der Politik. Und es gab abends ein Essen, das eine große Werbung um meine Mitarbeiter, meine Frau und mich war.

Am zweiten Tag bei der Zusammenkunft mit Herrn Ministerpräsident Jaroszewicz, einem Mann, den die meisten von uns ja nicht kennen, der mehr den Eindruck eines Ingenieurs als eines Politruks macht, der sachlich und klar ist, sagte Jaroszewicz, die Grenzanerkennung sei das Probemaß unseres guten Willens. Nur so könnten wir ihn beweisen. Das sei die Grundlage für alles. Die Normalisierung hänge ab von der Ratifizierung. Und es gab auch sonst einige recht harte, historische und ideologische Argumente. Er hatte einen Text aufgeschrieben, anhand dessen er seine Einleitung machte. Ich habe dann unseren Standpunkt sehr deutlich dagegen gesetzt und ihm gesagt, ich würde ihm raten, die Zeit zu nutzen und mit praktischen Dingen anzufangen, denn es sei ihm sicher nicht verborgen geblieben, daß der Bundesaußenminister erklärt habe, er habe für diesen Vertrag keine Mehrheit.<sup>38</sup> Und ich habe dann, als das noch etwas steiler wurde, dargetan, daß unsere Politik eben ganz anders gewesen sei als die der gegenwärtigen Regierung. Wir hätten gesagt, sichert zuerst Berlin. Die Berlin-Gespräche hätten bekanntlich durch die Vier Mächte angefangen zu Zeiten der Regierung Kiesinger. Und auch der Bundeskanzler Kiesinger hätte gesagt nach dem Gomulka-Appell vom Mai 1969<sup>39</sup>, wir wollten das Gespräch nach den Wahlen aufnehmen. Das wäre unsere Politik gewesen. Die Bundesregierung hätte etwas anderes gemacht. Sie hätte ein Problem, das nur uns beide angeht, in Moskau zum Gegenstand von Verhandlungen und Abreden gemacht und außerdem das Paket in einem einheitlichen Ganzen geschnürt. Damit seien die deutsch-polnischen Probleme in Sachzusammenhänge gekommen, die über die bilateralen Probleme hinausgehen. Ich habe dann dargetan, warum und aus welchen Gründen wir nichts machen würden ohne innerdeutsche Verbesserungen. Ich wurde dann gefragt, wann die Ratifikation kommt. Ich habe daraufhin gesagt, bei dieser Politik ist es völlig ungewiß, ob es überhaupt je einen Zeitpunkt dafür geben werde, und ich habe unseren Fraktionsbeschluß erläutert, vor allen Dingen den, daß wir jeden einzelnen Vertrag etwa sofort geschlossen ablehnen würden. Mein Vorschlag sei, mit praktischen Dingen anzufangen, und wenn seine

---

38 Vgl. Interview Scheels im „Bericht aus Bonn“ am 8. Januar 1971 (BPA/Abt. Nachrichten).

39 Gomulka formulierte am 17. Mai 1969 in einer Rede vor Wählern in Warschau die polnische Haltung zur Bonner Ostpolitik und die Bedingungen für einen Friedensvertrag mit der Bundesrepublik. Vgl. AdG 1969 S. 14704–14706; „Frankfurter Neue Presse“ vom 19. Mai 1969 „Gomulka und die Tatsachen“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 20. Mai 1969 „Gomulkas Offerter“; Abdruck der übersetzten Rede in Ausschuß-Drucksache V/69 des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages.

Regierung dazu bereit sei, dann würde ich gerne am nächsten Tag bei den abschließenden Gesprächen irgendwelche verbindlichere Formulierungen haben. Wir könnten zwar kein Kommuniké machen, weil wir keine Regierung seien, aber ich sei es nicht gewohnt, irgend etwas zu sagen, was zu weit geht oder zu wenig weit geht und dann hinterher etwa dementiert wird.

Zu den praktischen Dingen einige Informationen, die nicht allen von uns geläufig sind, die auch z. T. vertraulich sind, aber es sind nur wirklich verifizierbare Fakten.

1. Familienzusammenführung: Seit dem September des letzten Jahres gab es eine wesentliche Drosselung. In den letzten 15 Jahren gab es im Durchschnitt 700 Personen je Monat. Seit September 1970 sank die Zahl auf 200. Ich habe dies zur Sprache gebracht, und man hat mir dann beim Ministerpräsidenten gesagt – und das war neu, die Bundesregierung war ganz aufgeschreckt –, daß also am 24. Januar 3.000 Anträge bewilligt seien. Und das ist natürlich sicher ein Teil der Zurückgehaltenen, weil man versucht hat, mir diese Nachricht zu geben. Na schön! Dann das Problem der Nachteile für die Leute, die solche Anträge stellen und der jahrelange Kampf. Ich habe das auch beim Roten Kreuz besprochen. In der Abschlußbesprechung haben Herr Gierek und Herr Cyrankiewicz mir gesagt, es würde niemand einer Schikane oder einem Nachteil unterliegen, wenn er einen solchen Antrag stelle. Meine Frage, ob ich dies öffentlich sagen könne, beantwortete man, man bäte mich darum. Ich habe es deshalb gestern in der „Rundschau am Sonntag“<sup>40</sup> gesagt. Man wird dann ja sehen, was Worte gelten. Die Verbindungen sind gut genug, um das festzustellen. Wir tun gut daran, Worte nicht in Frage zu stellen bis zum Beweis etwa vom Gegenteil. Die nächste Frage: Wie erfährt eigentlich ein Interessierter, welche Möglichkeiten es nun gibt, ist nach wie vor unbefriedigend geblieben, weil ja auch das Rote Kreuz nicht direkt schreibt. Darüber wird in der nächsten Woche weiter verhandelt. Und es war auch so abgesprochen mit dem Roten Kreuz, daß ich in dieser Frage nicht weitergehe. Der politische Punkt, keine Schikanen, war wichtig. Das Rote Kreuz hat 270.000 Anträge, von denen sicherlich nicht alle unter die vereinbarten Kategorien fallen. Eine Geschichte am Rande: Als ich aus dem Roten Kreuz herauskam, war ein Pole dort, der mit mir sprechen wollte wegen Familienzusammenführung. Ich fragte ihn nach seinem Wunsch. Der Herr war nicht imstande, ein einziges Wort Deutsch zu sprechen. Da Journalisten das mitbekommen hatten und fotografierten, erhielt der Mann am nächsten Tag – obwohl er, unter uns gesagt, wahrscheinlich nicht unter die Kategorien fällt – die Ausreisegenehmigung und wird wohl in acht Tagen hier sein.

2. Minderheitenrechte (d. h. die Rechte der Deutschen dort): Es ist ganz klar, daß hier ein Zusammenhang besteht. Es ist ja auch nicht in unserem Interesse, daß nun alles da ausreist. Und es besteht ein Zusammenhang, daß die Bedingungen für die Deutschen und Deutschpolen, die wir formulieren wollen, so sind, daß sie dort bleiben wollen. Das war ein Punkt, den sie besonders ungern hörten, wenn man von Minderheitenrechten sprach. Aber ich habe dartun müssen, daß in Fragen der Sprache, der

---

40 Vgl. „Kölner Rundschau am Sonntag“ vom 24. Januar 1971 „Barzel: Normale Beziehung zu Polen vor Ratifizierung“.

Schulen, der Zeitschriften und der Vereinigungen wie in der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, in Ungarn und Rumänien bessere Wirklichkeiten für die Deutschen haben als in Polen. Und wenn es daraufhin immer hieß, „wir haben keine Deutschen hier“, dann war ich in der hervorragenden Lage, die Definition vorzulesen, die im polnischen Statistischen Jahrbuch über die Auslandspolen gegeben wird. Danach leben 132.000 Polen in der Bundesrepublik Deutschland, die hier alle Rechte für Vereinigungen, Sprache, Schulen usw. haben, die wir öffentlich sogar finanzieren. Und die Definition der Polen nach dieser polnischen amtlichen Quelle heißt: „Personen polnischer Nationalität und Personen polnischer Abstammung (d. h. in Polen geborene oder von in Polen geborenen Eltern Abstammende) oder diejenigen, die die polnische Sprache als Muttersprache erklären.“ Wenn sie diese Definition in Polen gelten lassen würden, würde es dort sicher 2 Mio. Deutsche geben.

3. Reiseverkehr: Das ist ein peinlicher Punkt, denn wenn die Polen immer sagen, „das können wir nicht machen, wir haben keine Hotels, Sie kennen unser Land“, dann kommt natürlich die Antwort, „Verwandte rücken zusammen, wenn sie sich sehen können, die gehen sowieso nicht ins Hotel“. Das ist natürlich ein wichtiger Punkt, damit hat man doch über Jahre versucht, uns zu vertrösten. Ich habe dann immer gesagt, „wenn Sie normalisieren wollen, können Sie unmöglich für die DDR Visa-Freiheit haben und für uns nicht“. Das ist ein ganz entscheidender Punkt, und die Zahlen hierzu sind so – und das ist wichtig, weil der Bundesregierung zugesagt ist, unser Reiseverkehr würde so behandelt wie der anderer westeuropäischer Länder – im Jahre 1969 (neuere Zahlen gibt es für uns nicht) aus Großbritannien nach Polen 27.000, aus der Bundesrepublik Deutschland nach Polen 25.000, aus Italien 12.000, aus der DDR 542.000. Das ist keine Relation. Wenn man diese Zahlen etwa im Bundestag vortrüge, wäre aus ganz anderen Gründen diese Sache nicht mehr durchzuhalten. Man war sehr peinlich berührt von diesen Zahlen und hat sich bemüht, mir bei der Abreise noch zu sagen, daß aber im Jahre 1970 bereits 36.000 Mitbürger von mir in Polen gewesen seien.

Wirtschaftliche Fragen brauche ich hier nicht im einzelnen darzutun. Ich traf auf die hervorragende Vorarbeit anderer Kollegen. Man sagte, da wir dies wollten und wir die Partei seien, bei der die Industrie orientiert sei, wolle man mir unseren Wunsch, eine Industrie- und Handelskammer zu gründen, sofort bewilligen. Sie wissen, daß das alles Punkte sind, die nicht im Kommuniqué von Brandt<sup>41</sup> enthalten sind.

Den Besuch beim Planungsamt hätte ich also allen Kollegen von uns gewünscht, ich glaube von uns weniger – einigen vielleicht –, aber vor allem allen Linkssozialisten Deutschlands, denn der Planungsstab hat – und das muß sicherlich besonders unter uns bleiben – besondere Bedeutung in seinem System der Gewinnermittlung. Das ist ein entscheidender Punkt zur Beurteilung der wirtschaftlichen Fortschritte. Und wir haben dann lange über den Gewinn diskutiert, der unerläßliches Mittel jeder Wirtschaftspolitik sei. Ich glaube, man muß da Jungsozialisten hinschicken. Dann kam mein Vortrag, dessen Text Sie kennen.<sup>42</sup> Der Saal war überfüllt, und es waren – wie

---

41 Vgl. BULLETIN Nr. 172 vom 9. Dezember 1970 S. 1877 f.

42 Vgl. Pressereferat der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages: Rainer Barzel –



man mir sagte von amtlicher Seite – auch Herren angereist aus anderen Hauptstädten des Warschauer Paktes. Für die Polen war dies ein Abenteuer, denn es war eine ziemlich große Zahl von Zuhörern dort. Sie wußten vorher nicht, was ich sagen würde, es sei denn, sie haben sich das vorher auf anderem Wege beschafft, und für mich war die Diskussion – sagen wir mal – beste Wahlkampfereignis. Ich habe dort, wie Sie gelesen haben, auch unseren Antrag in die Diskussion eingebracht und begründet, so daß keinerlei Mißverständnisse entstehen konnten. Die Diskussion war sehr hart, und ich glaube, ich brauche Sie Ihnen nicht vorzutragen.

Am Tage darauf erschien wieder in der Regierungszeitung ein Leitartikel von Herrn Richard Wojna<sup>43</sup> aufgrund dieses Vortrages, den ich gehalten hatte. Der Text liegt uns hier vor<sup>44</sup> und ist natürlich für den, der Warschau kennt und weiß, wer dort mit wem zusammengeht, von besonderem Interesse. Es hieß darin: „Es ist kein Geheimnis, daß der von Dr. Barzel vertretene Standpunkt in vielen grundlegenden Fragen nicht mit dem polnischen Standpunkt übereinstimmt und nicht übereinstimmen kann. [...] Wir stimmen mit Herrn Barzel darin überein, wenn er die historische Bedeutung der Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern hervorhebt. [...] Wir tragen sowohl vor unseren Völkern als auch vor ganz Europa die gemeinsame Verantwortung, einen solchen Zustand zu schaffen, in dem die Beziehungen zwischen Polen und der BRD zu einem Eckpfeiler einer europäischen Friedensordnung werden würden.“ Es wird dann besonders gewürdigt der Satz, den ich eben noch einmal wiederholt habe und der auch in unserer Resolution steht, daß wir nicht die Absicht hätten, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Dies sei wohl doch mehr als eine Redewendung. Und es wird dann mit einem sehr freundlichen Schluß eigentlich gesagt, es sei ein sinnvoller Besuch gewesen. Ich erwähne diese Dinge auch, weil die natürlich in der Berichterstattung westlicher Botschafter an ihre Regierungen eine Rolle spielen. Wegen des Drucks aus diesen Ländern in dieser Frage ist das, glaube ich, ganz wichtig.

An dem letzten Tag – wie gesagt – fand morgens diese Heilige Messe statt, dann das Museum, und ich habe es dann für richtig gehalten, im Laufe des Vormittags den ersten Teil, als solchen deklariert, eines Abschlußkommunikés von mir zu veröffentlichen<sup>45</sup>, weil ich damit einen gewissen Einfluß nehmen wollte auf das, was der zweite Teil sein könnte. Der erste Teil heißt: Der Zweck meiner Reise ist erfüllt. Es ging darum, erstens den Willen der CDU/CSU zur Aussöhnung zu bekunden und die Meinung der CDU/CSU zu erörtern, zweitens Motive und Meinungen der Verantwortlichen in

---

Vortrag vor dem Institut für Internationale Angelegenheiten in Warschau am 21. Januar 1971 (ACDP Dokumentation AO Barzel/Reise). Vgl. auch „Stuttgarter Zeitung“ vom 22. Januar 1971 „Deutsche und Polen können Modelle für Europa entwickeln“; „Rheinische Post“ vom 22. Januar 1971 „Polen prüft Barzels Vorschläge“.

43 Ryszard Wojna (1920–2003), polnischer Publizist; 1975–1980 Abgeordneter im Sejm.

44 Abdruck des am 22. Januar 1971 in „Zycie Warszawy“ veröffentlichten Kommentars in BPA/Ostinformationen. Vgl. auch „Flensburger Tageblatt“ vom 23. Januar 1971 „Polnische Presse zu Barzel“.

45 Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 23. Januar 1971 „Rainer Barzel: Der Zweck meiner Warschau-Reise ist erfüllt“.

Polen gründlich und unmittelbar kennenzulernen, drittens mit einer praktischen Politik der Verständigung zu beginnen und durch konkrete Maßnahmen den Willen zur nachbarschaftlichen Zusammenarbeit zu beweisen. Die Gespräche waren sachlich, offen, gelegentlich hart und immer begleitet von dem Wunsch, sich gegenseitig zu verstehen und möglichst gemeinsame Auffassungen zu finden. Das gelang nicht in allen Fragen. Ich habe immer wieder betont, daß zu einer europäischen Friedensordnung nicht nur der Ausgleich zwischen Deutschen und Polen, sondern auch die Lösung der deutschen Frage gehöre und daß zwischen Deutschen und Polen eine geduldige Politik nötig sei, die durch bessere Wirklichkeiten für die Menschen Voraussetzungen für reale Entspannung schaffe. Nach meiner Meinung geht es dabei u. a. um folgende Fragen: Familienzusammenführung und Lage der Deutschen in Polen, deutsch-polnisches Jugendwerk, deutsch-polnische Handelskammer, Durchlässigkeit der Grenzen, besserer wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und künstlerischer Austausch. Die praktischen Dinge seien jetzt und unabhängig vom Vertrag vom 7. Dezember 1970 möglich und nötig.

Ich ging dann zum Außenminister, und da haben wir meinen Vortrag diskutiert. Dies war ein ziemlich hartes Gespräch, bei dem natürlich dieser erste Teil des Presse-kommuniqués inzwischen bekannt war, und ich war persönlich pessimistisch, weil dies das erste Gespräch war, bei dem nur Kaffee, nicht zugleich aber auch Cognac angeboten wurde. Wir gingen dann zu den Herren Gierek und Cyrankiewicz, die das umgeändert hatten auf einen Empfang im Sejm. Das war also dann die noch größere Form. Ich darf sagen, daß Herrn Cyrankiewicz' Charakterisierung bekannt genug ist. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Herr Gierek ist, glaube ich, ein souveräner Mann. Dem stehen die Sorgen im Gesicht. Er ist ein harter Mann, und er ist, glaube ich, vor allen Dingen diszipliniert und eben auch mehr der Typ des Technokraten als des Politruks, aber ein ganz klar ideologisch argumentierender Mann. Das ging also mit allen Ordens- und Ehrenzeichen, wenn ich so sagen darf, vor sich. Die Herren fragten mich, „was ist nun Ihr Eindruck?“, während in allen anderen Gesprächen erst mal eine längere Belehrung stattgefunden hatte. Ich habe dann also meinen Eindruck zusammengefaßt, und daraufhin dachte ich, ich falle vom Stuhl, denn Herr Gierek sagte: „Also bitte, ratifizieren Sie den Vertrag schnell und helfen Sie dabei.“ Meine Forderungen gingen alle vom falschen Ende aus. Man müßte erst die Grenzfrage in Ordnung bringen. Dies sei das einzige Land mit einer umstrittenen Grenze. Ich habe daraufhin erwidert, wir seien das einzige Land, das mit Gewalt an Einheit und Zusammenleben gehindert sei. Wir müßten auf Europa sehen. Es würde keine europäische Sicherheitskonferenz ohne Lösung aller Streitfragen geben. Er habe hoffentlich nicht vergessen, was ich in den früheren Gesprächen gesagt habe, was ihm sicher bekannt sei, daß Herr Scheel mitgeteilt habe, es gäbe keine Mehrheit und hinsichtlich der Zusammenhänge dieses Vertrages mit den anderen sei ihm die Lage ja wirklich bekannt. Ich habe sie ihm auch noch einmal erläutert. Ich habe dann gleich gesagt, meine Position sei ihm bekannt. Ich habe gestern beim Ministerpräsidenten gesagt, wenn wir konkrete Mitteilungen zu machen haben, dann möchte ich gerne wissen, was ich der Presse zu sagen habe, denn ich habe nicht die Absicht, den Mund zu voll zu nehmen oder etwas zu

verschweigen, was man mir zugesagt habe. Es würde jedes, wie immer ich zurückkäme und was immer ich gleich anschließend der Presse sage, natürlich von Einfluß sein. Dann gab es ein ziemliches Hin und Her, das ich Ihnen und mir ersparen möchte, und ich habe dann einfach gefragt, ob meine Eindrücke richtig seien, die ich wie folgt zusammenfassen möchte, und habe das vorgelesen: 1. die Familienzusammenführung zu verbessern und zu beschleunigen; 2. eine deutsch-polnische Handelskammer zu gründen; 3. den wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Austausch zu fördern; 4. den deutsch-polnischen Jugendaustausch zu entwickeln und zu vermehren; 5. den Reiseverkehr zu erleichtern. Und ich habe hinzugefügt, hinsichtlich der Beurteilung des Vertrages vom 7. Dezember 1970 und seiner Zusammenhänge gehen die Meinungen nach wie vor auseinander.

Dieser Text, so wie ich ihn hier habe, hat dann eine Rolle gespielt. Er ist dann miteinander besprochen worden, sage ich mal, in einigen Vokabeln verändert und anschließend dann von mir vor der Presse mitgeteilt worden. Am Tage darauf hat die polnische Regierungszeitung diese Punktation als meinen Eindruck in der Regierungspresse auf der ersten Seite gehabt. Ohne Kommentar, mit einem Bild. Der Rest des Gespräches verlief dann über unwichtigere Frage, aber nicht nur höflich, sondern in großem Respekt.

Bei der Rückkehr habe ich dann eine Erklärung abgegeben, die ich hier nicht vorzulesen brauche. Sie haben sie wahrscheinlich zum größeren Teil gehört oder gelesen. Ich habe der „Rundschau am Sonntag“ das mit den „keine Schikanen“ übermittelt.<sup>46</sup> Ich glaube, wenn man resümiert, kann man diese schwierige Reise als einen Erfolg bezeichnen, auch hinsichtlich des Westens. Denn wenn man so reagiert, wie dies drüben geschehen ist, so wird es nicht mehr möglich sein, was ja in der Bundestagsfraktion eine große Rolle in der Debatte spielte, zu sagen etwa, wir seien Warschau gegenüber moralisch in Mißkredit und ähnliche Dinge, also völlig isoliert. Wir sollten nun die Ergebnisse abwarten; Ergebnisse, die, wenn Sie die Texte vergleichen etwa des Abschlußkommuniqués von Brandt und die des Nicht-Kommuniqués meiner Eindrücke, natürlich sehr viel konkreter und weitergehend sind. Und das war wohl auch die Absicht der Polen.

Ich glaube des weiteren, daß die Reisen des Kollegen Dr. Schröder und von mir, die sicherlich im Oktober und noch bis Anfang November, wenn unsere Informationen stimmen, von keinem Ostblockland so akzeptiert worden wären, ein Beweis dafür sind, daß man im Warschauer Pakt begreift, daß die Mehrheit für dieses Vertragswerk nicht vorhanden ist und daß der Versuch, der hier betrieben worden ist, uns aufzuteilen in gute und böse Deutsche und die totale Konfrontation hier zu bewirken, aufgebrochen worden ist. Und das ist, glaube ich, ein großer Erfolg für die Politik der Union, international gesehen, und wird sich auch innenpolitisch niederschlagen. Mein Eindruck ist in einem Punkt wie der vom Kollegen Dr. Schröder. Ich glaube, es lohnt sich, in Bonn so zu sprechen wie an anderen Orten, aber dann nach der Rückkehr auch

---

46 Vgl. Anm. 40.

hier so zu sprechen, wie man an anderen Orten gesprochen hat. Und wenn man sich kennt, meine ich, fällt das Schimpfen aufeinander eben schwerer.

Zur Sache noch eine Bemerkung – ich bin nicht ganz sicher, ob wir das mal vortragen haben. Ihnen ist bekannt, daß es im Oktober Bemühungen gab, eine gemeinsame Polen-Position zwischen Regierung und Opposition aufzubauen.<sup>47</sup> Und Ihnen ist bekannt, daß wir mal öffentlich gesagt haben, die Regierung habe sich geweigert, ihre Position auch nur zu überprüfen, obwohl wir gar nicht so schrecklich weit auseinander waren. Ich möchte aus dem entscheidenden Brief von uns zwei Sätze vorlesen.<sup>48</sup> Das ist ein Brief, den wir nach Abstimmung in der Führung und mit den Sachverständigen geschrieben hatten am 26. Oktober 1970 an die Regierung. Da heißt es: „Wir vermissen den klaren Friedensvertragsvorbehalt. Zu den anderen Fragen, die in unserem Beschluß behandelt sind, müßten Abreden, zumindest verbindliche Absichtserklärungen, beider Vertragspartner erfolgen.“ Nun, die Abreden konnte nur die Regierung erreichen. Und ob das, was man mir gegeben hat, Absichtserklärungen sind oder mehr, wird die Zukunft zeigen. Wir können dies abwarten. Es sind nicht alle unsere Punkte so erfüllt, wie wir sie formuliert haben. Aber wir sollten nicht leugnen, daß einiges zugesagt ist. Das, was nun bleibt – und damit kommen wir auch in dieser Sache zur Kernfrage – ist der Friedensvertrags-Vorbehalt, von dem wir nicht weggehen können. Das ist dasselbe Problem wie die nichtvölkerrechtliche Anerkennung, das ist das Problem wie Berlin. Und damit sind wir an einem Punkt, der es uns erlaubt, auf den wesentlichsten Punkt der Ostpolitik abzuheben. Und da kommen wir dann auch wieder in die Offensive. Das ist die Lage der Deutschen in Deutschland. Und das, glaube ich, war der Sinn dieser Reise. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

---

47 Vgl. Nr. 10 Anm. 13.

48 Vgl. AAPD Dok. 490.

Bonn, Montag 22. März 1971

*Sprecher: Adorno, Amrehn, Barzel, Blüm, Dregger, Göb, Hasselmann, Heck, Kaltefleiter, Kiesinger, Kohl, Kraske, Lorenz, Rollmann, Scheufelen, Schmücker, Schwarz-Schilling, Stoltenberg, Windelen.*

*Ergebnis der Landtagswahlen. Haushalt der Bundesgeschäftsstelle und Finanzlage der Partei. Vorbereitung des nächsten Bundesparteitags. Einsetzung einer Steuerreformkommission. Zusammenlegung der Ausschüsse für Ballungsräume und Strukturpolitik. Verschiedenes.*

*Beginn: 12.00 Uhr*

*Ende: 16.00 Uhr*

#### ERGEBNIS DER LANDTAGSWAHLEN<sup>1</sup>

Parteivorsitzender Dr. *Kiesinger* beglückwünscht die Spitzenkandidaten der Landtagswahlen, Herrn Peter Lorenz (Berlin) und Herrn Dr. Helmut Kohl (Rheinland-Pfalz) zu dem erfolgreichen Ausgang der Wahlen. Herr *Lorenz* und Herr Dr. *Kohl* berichten über den Wahlkampf und bringen dabei ihren Dank an die Bundespartei, die Bundestagsfraktion und die Landesverbände für die hervorragende Unterstützung zum Ausdruck. Herr Professor Dr. *Kaltefleiter* analysiert kurz die Wahlergebnisse und die Wählerbewegung.<sup>2</sup>

#### HAUSHALT DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE UND FINANZLAGE DER PARTEI

*Heck:* Zuerst möchte ich darauf hinweisen, daß das Kritische der Finanzlage verursacht worden ist durch eine nicht vorgesehene Ausgabe in der Größenordnung von 8 Mio. DM während des letzten Bundestagswahlkampfes. Es ist damals durch die Aktivität der Sozialdemokraten eine gewisse Nervosität entstanden und von denen, die sich auch sonst an der Finanzierung der Partei beteiligen, eigentlich fast Druck ausgeübt worden auf uns, wir müßten unbedingt der massiven Anzeigenkampagne der SPD von uns aus etwas entgegenstellen. Wir haben darauf hingewiesen, daß Mittel dafür nicht vorhanden seien, und es wurde uns nicht nur angedeutet, sondern klipp und klar versprochen, die Mittel für diese Kampagne aufzubringen. Diese Mittel sind

1 Zu den Ergebnissen der Landtagswahlen vgl. Nr. 12 Anm. 3.

2 Dieser erste Tagesordnungspunkt ist aus dem Kurzprotokoll ergänzt, da nicht im Ergebnisprotokoll vorhanden.

damals nicht aufgebracht worden, sie sind bis zum heutigen Tage nicht aufgebracht worden, obwohl inzwischen eine ernste Aussprache mit dem betreffenden Personenkreis stattgefunden hat, in der erneut zugesagt worden war, daß diese 8 Mio. DM abgedeckt werden. Das ist der eine Punkt.<sup>3</sup>

Der zweite Punkt ist der, daß auch das, was zur Deckung des laufenden Haushalts der Bundesgeschäftsstelle erforderlich ist, noch einen beträchtlichen Spendenbeitrag Monat für Monat voraussetzt. Und dieser Spendenbeitrag, der ebenfalls zugesagt worden ist, ist um ein beträchtliches geringer nur angefallen. Deshalb war es notwendig, daß wir auch den laufenden Haushalt der Bundesgeschäftsstelle durch weitere Aufnahme von Krediten finanziert haben. Das ist die Ursache, warum die Schuldenlast im Jahre 1970, wo sie eigentlich zu Teilen hätte abgebaut werden sollen, weiter angestiegen ist. In den ersten Monaten des Jahres 1971 zeichnet sich nun ab, daß wir für das Jahr 1971 eher mit einem geringeren Spendeneingang rechnen müssen als etwa mit einem höheren. Wir müssen davon ausgehen, daß der Schuldenstand zum 15. März 1971 rund 10 Mio. DM beträgt. Da der Kreditplafond, der der Bundesgeschäftsstelle durch die Banken eingeräumt worden ist, bei 12 Mio. DM begrenzt steht und keine Möglichkeit für uns besteht, diesen Kreditplafond zu erweitern, deshalb müssen wir, wenn die derzeitige Entwicklung weiter anhält – womit wir rechnen müssen –, davon ausgehen, daß wir im Laufe der nächsten Monate dieses Jahres zahlungsunfähig werden.

Das ist aber nur die eine Seite. Es kommt hinzu, daß wir die Dinge durchrechnen müssen bis zum Jahre 1973, denn, um die Finanzen überhaupt nur so zu gestalten, sind wir schon gezwungen, sämtliche Mittel, die wir vom Bund, also aus Haushaltsmitteln unter dem Stichwort „Rückerstattung der Wahlkampfkosten“ erhalten werden, für den laufenden Haushalt zu verwenden, so daß diese Gelder bis zum Wahljahr insgesamt ausgegeben sein werden. Wir werden das Wahljahr trotz dieser Gelder zum 31. Dezember 1973 immer noch mit 3 Mio. DM Schulden abschließen, ohne daß ein einziger Pfennig für die Vorbereitung und die Führung des Bundestagswahlkampfes vorhanden ist. Deswegen ist es dringend notwendig, daß wir uns überlegen, wie wir den Haushalt 1971 ausgleichen und sicherstellen und welche Maßnahmen notwendig sind, um die Finanzlage der Bundespartei bis zum Jahre 1973 insgesamt zu stabilisieren.

Der vorgelegte Entwurf des Haushalts der Bundesgeschäftsstelle weist zur Deckung des Haushaltsfehlbetrages insgesamt 3.979.484 DM aus. Dabei muß ich an dieser Stelle schon darauf aufmerksam machen, daß eigentlich unausweichliche Aufgaben von der Bundespartei mit diesem Haushalt nicht wahrgenommen werden können. In diesem Haushalt ist nicht aufgenommen, was unbedingt notwendig ist: die Auslandsarbeit. Es ist nicht aufgenommen ein Dienst für das Ausland. Es ist nicht aufgenommen ein Dienst für die Schülerzeitschriften. Es ist nicht aufgenommen, was in diesem Jahr zwingend langfristig für die Vorbereitung der Bundestagswahl notwendig ist. Es ist nicht aufgenommen ein Ostbüro, was m. E. nicht zu verantworten

---

3 Vgl. Nr. 10 Anm. 23.

ist, daß von uns aus nicht systematisch die Entwicklung der Linken, der neuen Linken, die mehr oder weniger auch mit drüben zusammenarbeiten im Bereich der Gesellschaft, an den Universitäten, in den Parteien, in den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft, die Entwicklung in der DDR selber, die Entwicklung in den Satellitenstaaten, die Entwicklung in der UdSSR, die Entwicklung in Rotchina beobachtet werden kann. Wir sind viel zu schmal ausgestattet mit einem Referenten für Landwirtschaftspolitik. Wir haben einen Referenten für einen Bereich, der m.E. in den nächsten zwei Jahren und auf die Wahlen hin eine entscheidende Rolle spielen wird, nämlich Städtebau, Umwelt und Raumordnung. Wir sind im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit geradezu schwindstüchtig ausgestattet, nicht nur personell, sondern vor allem, was die Mittel anbelangt. Da bei mir immer der Unmut über das, was die Bundespartei alles nicht macht, landet, will ich hier mal zwei Zahlen nennen, weil ja immer der Vergleich zur SPD gezogen wird: Dort, wo die SPD im vergangenen Jahr 6 Mio. DM ausgegeben hat, standen bei uns 70.000 DM zur Verfügung. Das braucht weiter keinen Kommentar!

Alles, was ich jetzt hier vorgetragen habe, ist in dem Haushalt, der mit einem Fehlbetrag von 3,9 Mio. DM hier vorgelegt worden ist, nicht enthalten. Nun gehen wir davon aus – und das ist ein großer Optimismus –, daß wir im laufenden Jahr die gleichen Spenden bekommen wie im Vorjahre, denn die Möglichkeiten bei denen, die spenden, sind – wenn ich richtig unterrichtet bin – im Jahre 1971 wesentlich schlechter, als sie im Jahre 1970 waren. Wenn wir also davon ausgehen, können wir von den 3,9 Mio. 2,3 Mio. abziehen. Dann bleibt noch ein Betrag von rund 1,6 Mio. zur Deckung übrig.

Mit diesen Fragen hat sich das Präsidium<sup>4</sup> lange und sorgfältig befaßt und ist zu einem Ergebnis gekommen, das von ungewöhnlichem Optimismus getragen ist. Das muß ich schon mal vorweg sagen. Wir wollen vorschlagen, daß künftighin der Anteil der Wahlkostenerstattung für die Landesverbände in der Größenordnung von 793.000 DM entfällt. Es sind per anno eigentlich mehr, aber eine erste Rate ist an die Landesverbände bereits gezahlt, so daß wir sie nicht zurückfordern können. Wir müssen weiter darauf zurückgreifen, daß die Hälfte von den 500.000 DM, die aus den Gewinnen des „Wirtschaftsbildes“<sup>5</sup> an die Landesverbände geht, also 250.000 DM, künftig nicht mehr an die Landesverbände, sondern an die Bundespartei abgeführt wird. Wir gehen davon aus, daß uns die Bundestagsfraktion für die Herausgabe und den Vertrieb des „Deutschland-Union-Dienstes“<sup>6</sup> rund 200.000 DM zur Verfügung stellt. Und wir gehen davon aus, daß wir durch eine Verlegung des Parteitages von Hamburg nach Saarbrücken zu einer Kosteneinsparung von 150.000 DM kommen. Das ergibt dann zusammen 1.393.000 DM, was damit eingespart wäre. Es verbleibt dann noch

---

4 Protokoll der Präsidiumssitzung vom 11. März 1971 in ACDP 07–001–1404; Haushaltsfragen wurden auch in der Sitzung vom 23. März behandelt (Protokoll ebd.).

5 Das Wirtschaftsbild. Wochenschrift für Wirtschaft und Sozialpolitik. Erscheint ab 1949. Vgl. auch PROTOKOLLE 1 S. 14–21; PROTOKOLLE 2 S. 86–90.

6 Deutschland-Union-Dienst. Pressedienst der CDU und CSU. Erschienen 1949–1998. Vgl. LEXIKON DER CHRISTLICHEN DEMOKRATIE S. 499 f.

ein Rest von 286.000 DM, für den wir beim besten Willen im Haushalt keine Deckung mehr gefunden haben. Herr Dr. Kohl hat dankenswerterweise von sich aus den Vorschlag gemacht und es auch übernommen, sich auf diesem Felde dafür einzusetzen, daß über die Landtagsfraktionen eine einmalige Spende in Höhe von 200.000 DM an die Bundespartei eingebracht werden soll. Und der Restbetrag von 86.000 DM wird – so hoffen wir – als einmalige zusätzliche Spende von der Bundestagsfraktion eingebracht werden. (*Einwand von Herrn Dr. Barzel.*) Das ist noch nicht beschlossen worden, aber das soll als Anregung dienen.

Ich muß jetzt noch auf etwas anderes hinweisen. Voraussetzung, daß dieser Ausgleich des Haushalts überhaupt möglich ist, ist, daß die Landesverbände ihre Beitragsanteile an die Bundespartei abführen. Wir haben uns bisher der Illusion hingegeben, das sei so. Das ist natürlich nicht so, das wird nur vielfältig verrechnet. Wenn Sie also davon ausgehen, daß hier vorgesehen ist, daß künftig die Landesverbände keinen Anteil mehr von der Wahlkostenerstattung zugeteilt erhalten, dann müssen sich die Landesverbände darüber im klaren sein, daß diese Verrechnungsmöglichkeiten in Zukunft wegfallen. Das Präsidium war der Auffassung – ganz generell –, daß wir mit dem, was in den Statuten steht, einfach ernst machen müssen: Wer den Beitragsanteil nicht an den Bund abführt, der kann dementsprechend auf einem Parteitag nicht mit Delegierten vertreten sein.

Wir haben uns auch lange überlegt, ob wir die Altersversorgung aufrecht zu erhalten in der Lage sind und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß dieser Weg von uns nicht beschritten werden kann aus Gründen der Personalpolitik und diese Einrichtung aus Gründen der sozialen Versorgung notwendig ist.<sup>7</sup> Man muß nur darauf aufmerksam machen, daß die Bundespartei hier jährlich 750.000 DM für die Altersversorgung der Angestellten der Landesverbände bezahlt. Also, wenn die Parteibeiträge bei uns nicht eingehen sollten, dann mache ich schon jetzt darauf aufmerksam, daß wir uns zu gegebener Zeit wieder zusammensetzen müssen, um entsprechende Entscheidungen zu treffen.

Ich habe nur einen großen Wunsch, und zwar, daß wir uns das heute nicht so leicht machen und sagen, das alles wollen wir mal nicht so ernst nehmen und daß wir heute nicht Beschlüsse fassen, die dann nicht durchgeführt werden. Denn sonst kommen wir sehr schnell zu dem Punkt, wo nicht nur durch Indiskretion in der Presse steht, daß wir zahlungsunfähig sind, sondern daß dann die Tatsache eingetreten ist und nicht verborgen bleiben kann.

*Schmücker:* Zunächst einmal möchte ich sagen, daß ich es sehr bedauere, daß die Öffentlichkeit durch Indiskretionen an diesen Beratungen beteiligt worden ist. Außerdem ist es so, daß die dort genannten Zahlen keineswegs die Vermutung rechtfertigen, wir würden das gestartet haben, um die Wirtschaft zu größerer Spendenfreudigkeit anzuregen. Wenn auch der „Katholische Nachrichtendienst“ behauptet<sup>8</sup>, wir hätten nur 50.000 DM im Monat zusammengeholt, so haben Sie eben gehört, daß wir im letz-

---

7 Zum Versorgungswerk der CDU vgl. PROTOKOLLE 5 S. 774 Anm. 89.

8 Vgl. KNA-Informationsdienst Nr. 11 vom 18. März 1971 „CDU droht finanzielles Risiko“.



ten Jahr bei 2,8 Mio. lagen, und wenn ich alles zusammennehme, kommen wir sogar auf 4,4 Mio. Aber das ist viel zu wenig, um das auszugleichen, was an Belastungen da ist. Und Herr Dr. Heck hat ja schon darauf hingewiesen, daß wir es eigentlich immer wieder zu tun haben mit jenem Block der Insertionskampagne, die uns mehr oder weniger aufgenötigt worden ist und zu der man uns versicherte, die Gelder stünden zur Verfügung. Der Bundesvorsitzende hatte im Juli eine Zusammenkunft in seiner Wohnung arrangiert<sup>9</sup>, und da ist noch einmal alles bestätigt worden, was an Zusagen uns gemacht worden war, und es sind zusätzliche Zusagen gegeben worden. Diese Zusagen sind nicht eingehalten worden. Nur drei Überweisungen haben stattgefunden. Hier muß ich allerdings hinzufügen, daß inzwischen Ereignisse eingetreten sind, die einen Stop ganz natürlich erscheinen lassen. Ich kann auf diese Dinge nicht im einzelnen eingehen. Sie hängen mit Transfermöglichkeiten usw. zusammen. Daraufhin habe ich erneut vor 14 Tagen ein Gespräch gesucht, und man hat die Zusagen noch einmal wiederholt. Ich habe auch die Frage gestellt, ob es an irgendwelchen Personen oder sonstigen Dingen liege, daß man nicht wolle. Das wurde entrüstet zurückgewiesen. Man würde, sobald die Schwierigkeiten in Hessen bereinigt sein<sup>10</sup>, wieder in Aktion treten. Ich glaube das nicht. Ich bin der pessimistischen Auffassung, daß das nicht in dem Ausmaße geschieht, wie man uns das zugesagt hat, wie ich überhaupt meine, daß der Anteil des Spendenaufkommens an unserer Parteifinanzierung, wenn man dann alle anderen noch mit dazu rechnet, mit denen wir zusammenarbeiten – ich meine nicht nur die Vereinigungen, sondern bis zur Konrad-Adenauer-Stiftung – zu einem bedenklichen Bild führt und daß wir zu einer anderen Struktur kommen müssen.

Ich bitte, auch nicht zu vergessen, daß die Sozialdemokraten durch die Wiedergutmachung in ein beträchtliches Vermögen hineingewachsen sind, das etwa eine halbe Milliarde beträgt. Allein von daher können die Sozialdemokraten monatlich über eine Million an die Partei überweisen. Sie haben also jährlich über 12 Mio. DM zur Verfügung. Was dann an Gewinn entsteht, kommt dann noch hinzu. Ich weiß gar nicht, wie wir auf die Dauer dagegen ankommen wollen. Spenden schaffen das alleine nicht. Wir müssen überlegen, wie wir die Dinge ändern. Ich bin mit dem Generalsekretär der Meinung, daß wir diesen Haushalt drastisch kürzen müssen, denn in allen Finanzverhandlungen, in die ich hineingehe, verlangt man von mir den Haushalt. Und der Hin-

---

9 Eintrag für den 8. Juli 1970 in Kiesingers Terminkalender (ACDP 01–226–739): „18.30 Uhr Vorgespräch mit Heck, Schmücker. 19.00 Uhr Einladung für Herren der Wirtschaft (Kiesinger, Heck, Schmücker, Berg, Richter/Hoechst, von Bismarck, Schlenker/Reemtsma)“.

10 Eine Gruppe junger Leute, genannt „IG Adel und Banken“, hatte im Februar 1971 versucht, durch eine Eintrittswelle die Mehrheit im KV Frankfurt zu übernehmen. Im März 1971 gelang es Walter Wallmann, den Konflikt mit den Beteiligten, die sich selbst „Gruppe 70“ nannten, beizulegen. Vgl. „Rheinische Post“ vom 19. Februar 1971 „Machtergreifung‘ der Barone und Bankiers?“; „Allgemeine Zeitung Mainz“ vom 25. Februar 1971 „Blaue Zellen‘ bedrohen Einheit der Frankfurter CDU“; „Die Zeit“ vom 26. Februar 1971 „Im Handstreich. 250 junge Leute krepeln Frankfurts CDU um“; „Frankfurter Rundschau“ vom 20. März 1971 „Im Morgengrauen fand CDU den Kompromiß“. Unterlagen auch in ACDP 01–145–F24.

weis darauf, daß wir etliches getan haben, mag vielleicht die Spendenfreudigkeit erhöhen. Aber wir müssen auch das System wahrscheinlich ändern.

Ich habe dann zu berichten über die Finanzkommission, die heute vormittag getagt hat<sup>11</sup>, die aber in eine Haushaltsberatung nicht einsteigen wollte, weil die Geschäftsstelle nicht entsprechend anwesend war und man auch keine Vorinformation erhalten hatte. Man hatte einige Bedenken bei dem Personaletat, wollte aber keine Einzelberatung vornehmen. Die Finanzkommission hat dann die Vorschläge, die ich aus dem Präsidium überbracht habe, beraten und meinte, es sei doch wohl zweckmäßiger, daß wir dies einstweilen für dieses Jahr in Form einer Stornierung machen sollten. Man war der Meinung, daß, wenn wir das Spendenbeschaffungssystem ändern, unmittelbarer gestalten, man dann doch das Ziel erreichen könnte. Ich selber habe dabei Bedenken und erinnere daran, daß ich im letzten Jahr bei der Haushaltsberatung ausdrücklich gesagt habe als Schatzmeister, der ja für die Beschaffung der Mittel außerhalb der Beiträge und der staatlichen Zuwendungen verantwortlich ist, nicht für die Ausgaben, daß ich diese Beschaffung nicht garantieren könne, eben aus der Erfahrung der Wahlkampfzeit. Und ich bäte darum, daß der Haushalt entsprechend gefahren würde, und es sind ja auch sehr erhebliche Einsparungen vorgenommen worden.

Ich möchte über das, was Herr Dr. Heck hier vorgetragen hat und was ich unterstützte, noch folgendes vorschlagen:

1. Eine Änderung der Spendenbeschaffung unter Mitwirkung des Präsidiums, wenn es geht, des gesamten Vorstands. Denn die Firmen, die in Frage kommen, können nicht von einem einzelnen angesprochen werden, denn hier muß auch eine Bekanntschaft oder eine gewisse Interessenlage vorliegen, die die Spendenbereitschaft erhöht.

2. Wir müssen für die Gesamtfinanzierung unserer Partei und aller zu uns gehörenden und mit uns zusammenarbeitenden Einrichtungen die Gewähr leisten. Ich gebe zu bedenken, daß man sich überlegt, doch ein eigenes Finanzbüro zu schaffen, an dem sich alle Parteieinrichtungen beteiligen und auch die, die mit uns zusammenarbeiten, insbesondere aber die Vereinigungen. Und da der Wirtschaftsrat keine besondere Vereinigung ist, muß ich ihn besonders erwähnen, weil er für die Mittelbeschaffung für uns von besonderer Wichtigkeit ist.

Für heute bleibt uns nichts anderes übrig, als dem Vorschlag von Herrn Dr. Heck zuzustimmen und wir unsererseits durch eine Umorganisation der Spendensammlung versuchen, das zu verbessern. Aber die Dauer glaube ich nicht, daß diese Finanzierung sich durchhalten läßt gegenüber einem politischen Gegner, der auf einem ganz anderen Vermögen aufbaut und der mit ganz anderen Möglichkeiten, wie wir sie nur erträumen können, arbeitet.

*Adorno* lehnt eine Beteiligung der Landesverbände zum Haushaltsausgleich ab, bevor der Landesvorsitzenden nicht die Gelegenheit gegeben worden ist, derart weittragende Beschlüsse mit ihren Geschäftsführenden Vorständen zu beraten.

*Blüm* weist auf weitere finanzielle Anforderungen hin, die im nächsten Jahr durch

---

<sup>11</sup> Niederschrift der Sitzung der Bundesfinanzkommission am 22. März 1971 in ACDP 07-001 AO Bundesfinanzkommission/Bundesfinanzausschuß 1.1.1969-27.2.1973 unverzeichnet.

die anstehenden Betriebsratswahlen<sup>12</sup> auf die Bundespartei zukommen. Da es sich hierbei um ausgesprochene Prestigewahlen handelt, werden die Sozialdemokraten alles versuchen, um der CDU gerade in den Großbetrieben einen Denkkzettel zu verpassen. Es ergibt sich daher die Frage, wie die Sozialausschüsse finanziell diesem massiven Druck der Sozialdemokraten Widerstand leisten sollen.

*Schwarz-Schilling* lehnt eine Beteiligung des Landesverbandes Hessen ab. Die Existenz des Landesverbandes Hessen, der keine Wahlkampfkostenerstattung auf Landesebene erhält, wäre durch diese Maßnahme im Kern gefährdet. Außerdem sei es unmöglich, daß die Bundespartei auf das Ausstehen von Beiträgen mit der Streichung des Delegiertenrechtes reagiere, während sie selbst ihre der Landespartei gegenüber übernommenen Verpflichtungen nicht erfülle, indem sie die versprochenen Zurückzahlungen der Wahlkampfkosten streicht.

*Lorenz* ist grundsätzlich zu einer Unterstützung bereit, hält jedoch zuvor eine gründliche und detaillierte Beratung über die Finanzierung des Haushaltsplanes der Bundesgeschäftsstelle sowie die Schaffung klarer Kompetenzen zwischen Landesverbänden und Bundespartei für unbedingt erforderlich.

*Rollmann* erklärt, daß der Landesverband Hamburg den Etat für 1971 verabschiedet hat, und zwar mit einer Wahlkampfkostenerstattung der Bundespartei in Höhe von 26.000 DM. Das bereits bestehende Defizit von 70.000 DM wird sich nach der vorgesehenen Streichung der Wahlkampfkostenerstattung demnach auf rund 100.000 DM erhöhen. Herr Rollmann weist darauf hin, daß es eine Wahlkampfkostenerstattung in Hamburg ebenfalls nicht gibt und daß der Landesverband Hamburg lediglich gewisse Gelder von der Bürgerschaftsfraktion bekommt. Herr Rollmann spricht sich gegen das Abwälzen der Schulden der Bundespartei auf die einzelnen Landesverbände aus, die sich selbst in einer Misere befinden und nicht wissen, wie sie damit fertig werden sollen.

*Kohl* stellt fest, daß die CDU in der Bundesrepublik drauf und dran ist, sich in ein Sammelsurium von Landesverbänden und Gruppierungen aufzuspalten, in dem es reiche und arme gibt und solche – wie die Bundesgeschäftsstelle –, von der jedermann Leistungen erwartet, für die aber niemand zusätzliche Belastungen übernehmen will. Es gilt jedoch im Augenblick zu überlegen, was wir in diesem Jahr konkret sofort tun und was wir tun müssen, um die Dinge vom Jahre 1972 an in Ordnung zu bringen. Wenn in der Zeitung steht, die CDU ist pleite, dann nimmt uns das von Hamburg bis Konstanz jeden politischen Kredit. Herr Dr. Kohl ist der Meinung, daß bei einer vernünftigen Zusammenarbeit aller Kräfte das Ziel, das Herr Dr. Heck für dieses Jahr gesetzt hat, zu erreichen ist. Das ist nur möglich, wenn bei der CDU ein Mitglied nicht nur Mitglied ist, sondern darüber hinaus auch etwas bezahlt. Denn es ist ein ganz unerträglicher Zustand, daß auf Parteitagern zwar manche Gruppierungen sehr stark sind, auch in ihren Ausführungen, auch mit dem, wie sie sich darstellen, daß sie aber

---

12 Betriebsratswahlen vom 1. März bis 31. Mai 1972, vgl. „Münchener Merkur“ vom 3./4. Juli 1971 „Bundestagswahlkampf in den Betrieben?“; „Frankfurter Neue Presse“ vom 29. Januar 1972 „Betriebsratswahl mit Politik“.

dort, wo bares Geld zu zahlen ist, nicht zu finden sind. Wir sollten daher heute konkret in dem von Herrn Dr. Heck vorgeschlagenen Sinne beschließen. Die Bundespartei muß möglichst schnell über die Abdeckung der Schulden hinaus Geld ansammeln für die Vorbereitung der Bundestagswahl. Herr Dr. Kohl ist der Meinung, daß die Landtagsfraktionen in der Lage sind, eine einmalige Spende von 200.000 DM aufzubringen, und er wird morgen in der konstituierenden Sitzung seiner Fraktion vorschlagen, daß sofort 30.000 DM gezahlt werden. Der Landesverband Rheinland-Pfalz ist darüber hinaus bereit, auf seinen Anteil an der Wahlkampfkostenerstattung zu verzichten. Das gleiche gilt für den Bereich des „Wirtschaftsbildes“ und für den Anteil der Landtagsfraktion. Herr Dr. Kohl weist ferner darauf hin, daß einige Kreisparteien über ihre Ratsfraktionen ein beachtliches Konto angelegt haben. Wenn man hier die Reisetätigkeit und die Studienfahrten für dieses Jahr etwas einschränken und den daraus gewonnenen Betrag der Bundespartei zur Verfügung stellen würde, käme eine erhebliche Summe zusammen.

*Scheufelen:* Beispiel aus dem Jahre 1958. – Urteil in Karlsruhe.<sup>13</sup> Gutachten des Herrn Professor Eschenburg<sup>14</sup>. Herr Dr. Scheufelen nennt folgende Hindernisse bei den Finanzierungsmöglichkeiten: 1. Das Parteiengesetz, das die Offenlegung von Spenden und Bekanntgabe der Spender bei Beträgen über 20.000 DM vorschreibt. 2. Die Struktur der Altersversorgung, die das in der Industrie übliche Maß bei weitem übersteigt. Diese Altersversorgung der Bundespartei besteht z. T. auch in Bereichen, die von den Landesverbänden versorgt werden, so daß doppelte Kosten entstehen.

*Barzel:* Es gab Bestrebungen, verschiedene Publikationen stärker finanziell an die Fraktion anzuhängen. Das betrifft den DUD. Das ist ein Betrag, der die Bundestagsfraktion mit einer sehr namhaften Summe belastet. Weitere Projekte wird die Bundestagsfraktion laufend und regelmäßig auf gar keinen Fall übernehmen können, weil das fernab ihrer finanziellen Möglichkeiten wäre. Daß sie natürlich sich zu beteiligen wünscht in einer Solidaraktion, ist ebenso selbstverständlich, wie daß ich das hier nicht endgültig zusagen kann, weil das eine Frage der Finanzkommission der Fraktion ist, ohne die ich eine solche Zusage nicht abzugeben vermag. Ich bitte, die Finanzkraft der Fraktion auch nicht zu überschätzen. Wir haben zwar eine Rücklage gebildet, weil wir immer gesagt haben, wenn wir mal in die Opposition kommen, wollen wir nicht austrocknet sein. Das wird uns die vier Jahre, wenn die Fraktion die Arbeit durchhält, auch auf dem bisherigen Level möglich sein. Das weiter auszudehnen, ist uns nicht möglich. Das muß jeder sehen, damit er ungefähr auch eine Vorstellung darüber hat, was wir können und was wir nicht können. Und ich glaube, das war eine vorsorgliche Politik. Wo wären wir im Herbst 1969 geblieben, wenn wir etwa mit einer leeren Kasse dagestanden hätten.

---

13 Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Finanzierung der politischen Parteien vom 24. Juni 1958. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 188 Anm. 27; PROTOKOLLE 5 S. 333 Anm. 107.

14 Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 482; Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd. 11 1958. Bearb. von Ulrich ENDERS und Christoph SCHAWÉ. München 2002 S. 249; Theodor ESCHENBURG: Probleme der modernen Parteienfinanzierung. Rede bei der Rektoratsübergabe am 9. Mai 1961. Tübingen 1961.

*Schmücker* weist noch einmal darauf hin, daß der Hauptgrund für die kritische Finanzlage in dem Abschluß der Insertionskampagne zu sehen ist, für die ein Spendenaufrufen in Höhe von 8 Mio. DM zugesagt war, das jedoch nicht eingegangen ist. Über diesen Tatbestand hat Herr Dr. Schmücker auf der Vorstandssitzung, die den Haushalt behandelt hat, berichtet und seinen Vorbehalt angemeldet. In den folgenden Finanzkommissionssitzungen ist jedesmal die Haushaltslage ausführlich erörtert worden, und es gab die Abmachung, daß die Landesvorstände darüber informiert werden.

*Göb* fordert den Bundesvorstand auf, das Präsidium zu beauftragen, einen Plan zusätzlicher Rationalisierungsmaßnahmen vorzulegen mit Rücksicht auf die Bundestagswahl 1973.

*Rollmann* schlägt vor, die monatlichen Beitragsabgaben an die Bundespartei durch die Landesverbände von 0,50 DM auf 0,60 DM oder 0,70 DM pro Mitglied zu erhöhen.

*Kraske* erklärt, daß das Versorgungswerk nie eine Erfindung der Bundespartei gewesen ist oder etwas, was die Bundespartei widerwillig auf die Landesverbände aufgestülpt hat, sondern außer dem Landesverband Nordwürttemberg haben alle Landesverbände, die an den Vorarbeiten zum Versorgungswerk beteiligt waren, dem zugestimmt. Außerdem sind die freiwilligen Sozialleistungen in Industriebetrieben und vor allen Dingen in Industrieverbänden in Nordrhein-Westfalen sehr viel besser als die Leistungen des Versorgungswerkes der CDU. Zweitens, es ist zwar richtig, daß Herr Professor Eschenburg in seinem Gutachten 1958 hinterher auf eine ziemlich törichte Weise erklärt hat, wenn ich dieses und jenes gewußt hätte, hätte ich ein anderes Gutachten erstattet. Aber die Richter in Karlsruhe haben mit ihrem 58er-Urteil überhaupt nicht auf diesen Punkt wesentlich abgehoben, also unterschiedliche Chancengleichheit zwischen den Parteien, sondern Chancengleichheitsverletzung zwischen den Bürgern, weil ein besser verdienender Bürger mit einer höheren Spende und dadurch gesparter Steuer den Staat mehr engagieren kann für seine politische Meinung [sic!], als ein anderer. Und dieses hat mit dem Eschenburg-Urteil überhaupt nichts zu tun. Drittens, es ist geradezu grotesk, wenn an ein und demselben Tische darum gestritten wird, daß die Bundespartei nicht aufhören solle, die Steuerzuschüsse aus Bundesmitteln an die Landesverbände weiterzuführen und gleichzeitig geklagt wird über die gesetzliche Formulierung der Spendenoffenlegung. Wir wissen doch nun alle, daß dieses ein unauflösbares Junktim war, und zwar ein Junktim sowohl von dem Verfassungsgericht dem Parlament gegenüber wie innerhalb des Parlaments zwischen CDU und SPD. Wenn wir heute in beträchtlichem Maße staatliche Zuschüsse auf Bundesebene in dieser relativ liberalen Form, was die Nachweisung angeht, bekommen – und ohne ihn wäre ja unsere Lage überhaupt vollends katastrophal –, dann war diese Form der Offenlegung von Spenden das einzig Zwingende, was wir tun mußten, um dieses Gesetz im Parlament und in Karlsruhe und in der deutschen Öffentlichkeit durchzubringen. Sie wissen, daß wir es gegenüber der SPD noch in einer sehr viel großzügigeren Fassung durchgesetzt haben, nämlich mit 200.000 DM Obergrenze, und daß dieses in Karlsruhe gescheitert ist und das Verfassungsgericht uns gezwungen hat, die Grenze auf 20.000 DM herunterzusetzen. Das kann man nun wirklich nicht früheren

Parteivorständen, noch früheren Fraktionen anlasten. Daß diese Belastung für die Spendenwerbung ein Handicap ist, daran zweifelt niemand. Nur ist die Frage, ob wir auf dieses Handicap verzichten wollen und gleichzeitig auf eine gesicherte Finanzierung aus Steuermitteln.

*Stoltenberg* erklärt, daß der Bundesvorstand zur Bewältigung der finanziellen Schwierigkeiten einen Beschluß fassen muß, notfalls auch durch Abstimmung. Er schlägt vor, daß man von der Vorlage des Präsidiums ausgeht und sagt, das bedeutet eine verstärkte Abführung der Landesverbände um DM X pro Mitglied an die Bundespartei. Einen solchen Beschluß brauchen wir, auch wegen der negativen Wirkung bestimmter Presseveröffentlichungen. Herr Dr. Stoltenberg ist ferner der Ansicht, daß eine Partei, die sich in einer solchen Lage befindet, unter voller Beachtung und Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen natürlich auch noch mal prüfen muß, ob man bei neueintretenden Mitarbeitern die Größenordnung im Versorgungswerk modifiziert, denn man kann sich mit Zentralverbänden der Wirtschaft eben doch nicht vergleichen, wenn man nicht eine entsprechende Finanzgrundlage hat.

*Adorno* bittet, den Landesparteien bis zur nächsten Bundesvorstandssitzung Gelegenheit zu geben, das Finanzproblem zu erörtern, da diese ihre Haushalte umstellen müssen, wenn sie mit dem Vorschlag des Präsidiums einverstanden sein sollen. Ferner beantragt Herr Adorno, daß der Bundesvorstand in eine Einzelprüfung des Etats eintritt, um zu gewährleisten, daß nicht neue Lücken aufgerissen werden.

*Lorenz* schlägt für den Fall, daß die zugesagten Gelder noch eingehen, vor, daß sich der Bundesvorstand bereit erklärt, den Landesverbänden einen entsprechenden Ausgleich zu zahlen, die wegen der Umstellung ihrer Haushaltspläne in Schwierigkeiten gekommen sind. Im Hinblick auf den Wahlkampf 1973 fordert Herr Lorenz Herrn Dr. Göb auf, dem Präsidium einen Plan für eine straffere Organisation und vernünftige Rationalisierung vorzulegen, damit möglichst bald der Bundesvorstand darüber entscheiden kann.

*Dregger* stimmt grundsätzlich der Beschlußvorlage des Präsidiums zu, bittet jedoch um Berücksichtigung der Ausnahmesituation von Hessen in Einzelgesprächen.

*Hasselmann* vertritt die Ansicht, daß man heute der Presse mitteilen sollte, der Bundesvorstand hat beschlossen, aus den Landesverbänden die Bundespartei zu sanieren. Wie wir das nachher im einzelnen durchführen, müssen wir uns noch gründlich überlegen. Der Vorstand sollte sich jedoch entschließen, mit Termingebung zu arbeiten. Ferner schlägt Herr Hasselmann vor, daß sich der Vorstand konkret und kurzfristig Gedanken macht über den Vorschlag von Herrn Dr. Schmücker, nämlich die Schaffung von Kosten. Die Frage der Einsparung sollte nicht beim Personal beginnen, auch nicht die Überlegung von Entlassungen. Vielmehr sollte man überlegen, ob „Union-Dienst“ und „Union in Deutschland“ und „Monatsblatt“ und „Agrarbrief“ und „Evangelisches Blatt“<sup>15</sup> usw. alle nötig sind oder ob man in Form von Beilagen nicht

---

15 „Evangelische Verantwortung. Politische Briefe des Evangelischen Arbeitskreises der Christlich-Demokratischen/Christlich-Sozialen Union“. Erschienen 1953–1966 und wieder ab 1969.

zu einer echten Verbilligung kommt. Bei den Beiträgen hält Herr Hasselmann eine Erhöhung von 1,00 DM für vertretbar. Herr von Hassel sollte aufgrund seiner Initiative im Zusammenhang mit den Landtagspräsidenten prüfen, ob nicht doch die 2,50 DM für die Landtagswahlkämpfe erreichbar sind.

*Windelen* bittet um folgende Auskünfte: 1. Wie hoch sind die Rückstände der einzelnen Landesverbände? 2. Wie hoch sind die Anteile der einzelnen Landesverbände am Versorgungswerk? 3. Wie hoch sind die Anteile der Wahlkampfkostenerstattung? 4. Wie hoch sind die Anteile der Landesverbände an der Ausschüttung aus dem Gewinn „Wirtschaftsbild“?

*Heck* stellt fest, daß ergänzend zu den Vorschlägen des Präsidiums zum Haushaltsausgleich sich lediglich ein weiterer Vorschlag aus der Diskussion ergeben hat, nämlich die Beiträge an die Bundespartei zu verdoppeln. Diese Maßnahme würde die Deckung des Fehlbetrages ermöglichen. Herr Dr. Heck ist jedoch bezüglich der Verwirklichung dieses Vorschlages sehr skeptisch und bittet den Vorstand dringend, mit Rücksicht auf den Ernst der Lage heute wenigstens den Beschluß zu fassen, daß die Summe, die zum Ausgleich des Haushalts erforderlich ist, aufgebracht wird. Die hierzu erforderlichen Maßnahmen müßten dann definitiv in der Bundesvorstandssitzung am 26. April 1971 beschlossen werden. Herr Dr. Heck legt großen Wert darauf, daß bei dieser Sitzung der Haushalt Ziffer für Ziffer und Position für Position durchgesprochen wird.

Der Bundesvorstand beschließt, daß der Ausgleich des Haushalts der Bundesgeschäftsstelle für das Rechnungsjahr 1971 in Höhe von 1,4 Mio. DM durch eine entsprechende Beteiligung der Landesverbände erfolgt. Über die Einzelheiten der zu treffenden Regelung soll der Vorstand in der nächsten Sitzung am 26. April 1971 eine abschließende Regelung treffen. Bis zu dieser Entscheidung sollen keine Leistungen an die Landesverbände erbracht werden.

Der Vorstand stimmt der Anregung zu, das Spendenbeschaffungssystem zu überprüfen und zu verbessern und Maßnahmen zur Rationalisierung der Arbeit der Partei und aller der Partei zugehörigen Institutionen vorzubereiten.

#### VORBEREITUNG DES NÄCHSTEN BUNDESPARTEITAGS<sup>16</sup>

Der Bundesvorstand beschließt die Verlegung des für den Herbst geplanten Bundesparteitag von Hamburg nach Saarbrücken. Der Parteitag soll nunmehr stattfinden am 4./5. Oktober 1971 in der Saarlandhalle.

Der Bundesausschuß wird für den 7. Mai 1971 nach Bonn einberufen.

Der Bundesvorstand beschließt ferner unter Vorbehalt, daß nach Fertigstellung des neuen Kongreßbaus in Hamburg im Jahre 1973 der nächstfolgende Bundesparteitag in

---

16 Die folgenden drei Tagesordnungspunkte (bis „Verschiedenes“) ergänzt gemäß Kurzprotokoll.

Hamburg stattfinden soll. Außerdem soll der in Aussicht genommene Wohnungs- und Städtebau-Kongreß der CDU 1971 in Hamburg tagen.

#### EINSETZUNG EINER STEUERREFORMKOMMISSION

Der Bundesvorstand ist sich über die Notwendigkeit der Einsetzung einer Steuerreformkommission einig und beschließt, Herrn Dr. Manfred Schäfer, Herrn Professor Dr. Gerhard Zeitel, Herrn Hermann Josef Russe mit der Anfertigung eines Arbeitspapiers für die Steuerreformkommission zu beauftragen. Dieses Arbeitspapier soll die verschiedenen Sparten der Steuerreform durchleuchten und die Möglichkeiten und Auswirkungen unter bundes- und landesfinanzpolitischen Gesichtspunkten untersuchen. Aufgrund dieses Papiers und der sich daraus ergebenden Empfehlungen wird der Bundesvorstand einen Grundsatzbeschuß fassen, der der dann einzusetzenden Steuerreformkommission als Arbeitsgrundlage dient.

#### ZUSAMMENLEGUNG DER AUSSCHÜSSE FÜR BALLUNGSRÄUME UND STRUKTURPOLITIK

Der Bundesvorstand beschließt die Zusammenlegung der Ausschüsse für Ballungsräume und Strukturpolitik zu einem Ausschuß mit entsprechenden Unterausschüssen. Einer dieser Unterausschüsse soll sich speziell mit dem Thema „Parteiarbeit in der Großstadt“ befassen.

#### VERSCHIEDENES

##### a) *Gespräch Dr. Barzel/Brandt über Berlin-Problem*

*Barzel:* Der aktuelle Anlaß ist, daß Herr Echternach nach seiner Rückkehr aus Moskau eine Pressekonferenz gegeben hat über den Inhalt eines Gespräches mit Herrn Falin.<sup>17</sup> Die Tatsache, daß der Kollege Echternach nach Moskau gehen würde, war mir nicht bekannt. Ich bedauere die Reise nicht – ich hätte ihn sehr ermuntert zu reisen –, aber ich hätte gern, daß natürlich die Kollegen von uns, die sich an solchen Plätzen verantwortlich betätigen, im vollen Besitz der Informationen und der Mei-

---

17 Echternach hielt sich Mitte März 1971 für einige Tage zu Gesprächen in Moskau auf. Vgl. „Die Welt“ vom 19. März 1971 „Moskau: Berlin-Regelung setzt Abbau der Bundespräsenz voraus“; „Frankfurter Rundschau“ vom 19. März 1971 „Echternach: Sowjets bleiben hart“. Vgl. auch „Gedächtnisprotokoll über das Gespräch des Direktors der Dritten Abteilung des sowjetischen Außenministeriums, Falin, mit dem Bundesvorsitzenden der Jungen Union, Jürgen Echternach, sowie den Bürgerschaftsabgeordneten Dirk Fischer und Volker Rühle am Mittwoch, dem 17. März von 16.00–17.45 Uhr im sowjetischen Außenministerium“ in ACDP Dokumentation AO Echternach.



nung der CDU/CSU sind. Wir haben dann versucht, Herrn Echternach in der Sowjetunion zu erreichen, was uns nicht gelang. Da aber die Sowjets die Mitteilung, die Echternach über sein Gespräch mit Falin gemacht hat, nicht bestritten haben und sie den sachkundig Informierten hier auch nicht so sensationell vorkommen kann, konnten wir an diesen Dingen nicht vorbeigehen. Es hätte nahegelegen, im Anschluß an diese in der Presse veröffentlichten Erklärungen des Kollegen Scheel und des Regierungssprechers noch am Samstag eine volle Breitseite in dieser Frage loszulassen. Wir haben dies dosiert gemacht, weil man niemals weiß, wie plötzlich ein neues Thema vor einer Landtagswahl an dem Samstag auf die Beteiligten wirkt.

Außerdem berührt dies einen Punkt, auf den ich nun zusteure – und damit bin ich auch bei dem, was wir heute mit dem Bundeskanzler zu besprechen haben. Bis zur Stunde ist ja unsere Position in der Berlin-Frage die, daß wir dafür sind, sie vertraulich zu behandeln und so weit wie möglich zusammenzuwirken. Von Gemeinsamkeit reden wir ja seit einiger Zeit aus guten Gründen nicht mehr. Und dies wiederum hängt zusammen mit unserer Gesamteinlassung zu den Ostverträgen, die wir hier ja ausgiebig besprochen und beschlossen haben. Nun kommen wir natürlich in eine Schwierigkeit. In der Öffentlichkeit meint man, in der Berlin-Frage sitzen sie alle in einem Boot. Und nun kann man natürlich unmöglich hinnehmen, daß dann der Eindruck entsteht, daß das, was Herr Scheel sagt, von uns gedeckt wird. Dies ist völlig ausgeschlossen. Sollte sich deshalb der Bundeskanzler heute wider mein Erwarten die Scheelsche Position zu eigen machen, dann wäre dies eine ernste Lage für uns alle, über die wir nachdenken müßten. Für meine Person würde dies die Kooperation in dieser Frage beenden – ein Arbeitsziel, das ich nicht habe, weil wir ja unsere Position gegenüber den Verträgen auch mit dem Grund versehen hatten, daß wir einwirken wollten auf das, was in und um Berlin an Lösungen herauskäme. Das heißt, es wäre mir erwünscht – ob dies erreichbar ist, weiß ich nicht –, daß der Bundeskanzler versucht, von sich aus einen Schritt gemeinsamen Wirkens in dieser Frage auch künftig möglich bleiben zu lassen. Ich bitte dann zu bedenken, daß in der Frage Berlin wir natürlich auch berücksichtigen müssen, daß wir uns nicht ohne Not und nicht ohne sorgfältiges Überlegen von unseren drei Verbündeten isolieren dürfen, die ja hier Hauptverantwortliche und Hauptverhandlungsführer sind. Dem steht das Argument entgegen, daß – wie wir alle wissen – die Westmächte erklären, die Beurteilung der deutschen Interessen ist Sache der Deutschen, sowohl in Fragen, die ganz Deutschland betreffen oder in Fragen, die die Bundespräsenz in Berlin betreffen o. ä., so daß wir hier natürlich deutlich machen müssen – auch den Westmächten gegenüber –, wie wir die Interessen der deutschen Seite beurteilen. Das geschieht in der Regel in diskreter Weise, aber es gibt natürlich auch Punkte, wo es in lauter Weise geschehen muß. Das ist zum Thema Berlin zu sagen.

Das zweite Thema, das sich hier anschließt, ist im selben Zusammenhang zu sehen, nämlich die Art. 53 und 107 der UNO-Satzung.<sup>18</sup> Die Bundesregierung versucht bekanntlich, den Eindruck zu erwecken, als sei es ihr gelungen, diese Artikel zum Verschwinden zu bringen. Das Wort „Verschwinden“ oder „totaler Verzicht der Sowjet-

---

18 Vgl. Nr. 5 Anm. 27; Nr. 9 Anm. 17.

union“ sind die Vokabeln, die Egon Bahr dazu gebraucht. Nun sagt Herr Falin: „Natürlich sind die nicht verschwunden, sondern sie bestehen im Prinzip fort, aber sie kommen natürlich nicht zur Anwendung, wenn Ihr den Vertrag so erfüllt, wie wir uns das vorstellen.“ Damit bestätigt Herr Falin die alte Position, die die Sowjetunion der Regierung Kiesinger gegenüber eingenommen hat. Diese Position von Herrn Falin wiederum – und das ist sehr schwierig – ist natürlich für den einen oder anderen von uns, sei es, daß er in Moskau war, sei es, daß er hier Zutritt zu besonderen Informationen hat, auch wieder nicht so schrecklich neu. Wir hätten sie in die Debatte über den Vertrag eingebracht, aber nun liegen sie auf dem Tisch. Und das ist ein Widerspruch zu dem Eindruck, den die Regierung hier verbreitet. Und auch das können wir unwidersprochen nicht hinnehmen, denn einer der Sätze unseres Beschlusses vom 26. Mai heißt: Gewaltvorbehalt der Sowjetunion und Gewaltverzichtsvertrag sind miteinander unvereinbar. Deshalb müssen wir in dieser Sache tätig werden und uns Klarheit darüber verschaffen. Ich hätte in dieser Frage keine Bedenken – ich weiß nicht, wie der Fraktionsvorstand darüber denkt –, wenn in dieser Woche sich hierüber eine Anfrage im Parlament ergeben könnte, in der Berlin-Frage – wie gesagt – nur bei größter Not.

Das sind die beiden Fragen, die im Vordergrund stehen. Im übrigen glaube ich, muß man konstatieren, daß die Beziehungen zwischen der Regierung und der Opposition auf einen Tiefstand gekommen sind. Wenn dies von den anderen auch so gewollt ist, dann muß man sich immer noch überlegen, ob man das zurückwollen soll, denn die Art und die Form z. B. der Zurruhestellung des Botschafters Berger<sup>19</sup>, der der höchste Beamte hier war und ein alter CDU-Mann und ein Anti-Hitler-Kämpfer ist, und die Tatsache, daß dies jetzt geschieht, ist natürlich gewollt. Die Frage ist, ob wir darauf eingehen.

Da ich aber das Wort habe, Herr Vorsitzender, darf ich vielleicht noch ein Wort sagen zu einem vierten Problem, nämlich zu der Frage BND. Daß der „Spiegel“ hierüber eine Serie hat<sup>20</sup>, wird – unabhängig von dem, was da drin steht oder nicht drin steht – jeder staatspolitisch Besonnene bedauern, denn ein Geheimdienst hat nur dann einen Sinn, wenn über ihn nicht gesprochen wird. Da im Augenblick wohl über ihn

---

19 Dr. Hans Berger wurde von Walter Scheel per Brief vom 11. März 1971 zum 1. Oktober 1971 in den Ruhestand versetzt. Als Grund wurden Differenzen über Bergers Haltung zur Ostpolitik der sozialliberalen Koalition angenommen. Laut einem Artikel in der polnischen Zeitung „Zycie Warszawy“ vom 13. März 1971 habe sich Scheel den polnischen Wünschen nach Abberufung Bergers sofort gefügt. Vgl. „Rheinische Post“ vom 19. März 1971 „Wird Botschafter beim Vatikan kaltgestellt?“, „Rheinische Post“ vom 26. März 1971 „CDU verlangt Klarheit über Abberufung Bergers“, „Die Welt“ vom 26. März 1971 „Botschafter Berger – ein Opfer der Ostpolitik“. Vgl. auch die Unterlagen in ACDP 01–400–036/2, –036/5; Rudolf MORSEY: Beamtenloyalität und Gewissensentscheidung – Der Vatikanbotschafter Hans Berger (1969–1971) und die Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel. In: Ferdinand KIRCHHOF/Hans-Jürgen PAPIER/Heinz SCHÄFFER (Hg.): Rechtsstaat und Grundrechte. Festschrift für Detlef Merten. Heidelberg 2007 S. 367–379.

20 Die Serie „Pullach intern. Die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes“ von Hermann Zollig und Heinz Höhne begann im „Spiegel“ Nr. 11 am 8. März 1971 und endete nach 14 Folgen am 14. Juni 1971 (Nr. 25).

gesprochen wird, ist er nur die Hälfte wert, vor allen Dingen was andere, mit ihm zusammenarbeitende Dienste aus anderen Ländern betrifft. Das ist zu bedauern. Nun finde ich, wenn man das bedauern will eines Tages, falls da was drin steht, was Anlaß genug sein könnte, gar mit dem Gedanken zu spielen, einen Untersuchungsausschuß zu bilden, dann darf man nicht vorher unlogisch werden, indem man selbst die öffentliche Debatte über diesen Dienst eröffnet. Wir haben deshalb den Kollegen Benda gebeten, uns heute einen Bericht zu geben.<sup>21</sup> Ich habe den Eindruck, daß hier ein nur sehr behutsames Vorgehen am Platze ist, denn wir dürfen natürlich auch nicht vergessen, wer Präsident dieses Dienstes in der Zeit der Regierung unseres Vorsitzenden geworden ist und noch ist.<sup>22</sup> Und man darf niemals etwas machen, ohne die Frage „Könnte es ein Bumerang werden?“ hier aufzuwerfen. Ich will hier nicht weiter in die Einzelheiten gehen, ich will nur sagen, auf diesem Gebiet sehe ich auch noch eine Kontroverse, und zwar dann eine sehr tiefgreifende, die sich zwischen der Regierung und uns anbahnen könnte, weil der Kollege Ehmke über das Maß dessen, was unter Kollegen in flapsiger Weise zumutbar sein sollte, doch hier hinausgegangen ist<sup>23</sup>, um Einfluß auf unsere Haltung in dieser Frage zu nehmen.

Das sind, Herr Vorsitzender, die wenigen Punkte, die ich hier vortragen durfte. Ich glaube, wir müssen ins Auge fassen, daß trotz aller Dinge, die wir sehen, wir gut daran tun, auch – nicht allein – mit der Möglichkeit zu rechnen, daß in den nächsten Monaten zwar nicht eine befriedigende Berlin-Lösung, aber eine Berlin-Regelung zustande kommt. Ich sage nicht, daß wir uns darauf gründen müssen; ich sage nicht, daß dies eine Gewißheit ist – aber wir müssen dies auch in unsere Rechnung miteinbeziehen. Und in diesem Augenblick, wo wegen dieser von der Regierung erfüllten Position die Verträge den Bundesrat und Bundestag erreichen, spätestens in diesem Augenblick beginnt in Wahrheit die Auseinandersetzung um die Bundestagswahl 1973. Das müssen wir so sehen und uns darauf einrichten. Das sind in wenigen Worten, Herr Vorsitzender, die aktuellen Punkte, die uns heute um 15.00 Uhr zu dem Gespräch führen.<sup>24</sup> Wir haben vorher verabredet, daß für den Fall, daß es dort eine Situation gibt, die wir nicht erwünschen, es natürlich noch einmal ein Zusammentreffen Parteipräsidium und Fraktionsvorstand gibt. Denn wenn es dort eine Kontroverse geben sollte, will die keiner von uns allein auf die Hörner nehmen, denn die Konsequenzen müssen dann ja

---

21 Bericht Bendas in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 23. März 1971 (Sitzungsprotokoll in ACDP 08–001–1025/2, hier S. 7–10).

22 Gerhard Wessel (1913–2002), Generalleutnant; 1932 Eintritt als Fahnenjunker in ein Artillerieregiment der Reichswehr, 1934 Leutnant, 1939–1941 Stabsoffizier, 1943–1945 Gruppenleiter in der Abteilung „Fremde Heere Ost“, nach 1945 Tätigkeit in der Industrie und in der Organisation Gehlen, 1952 im Amt Blank zuständig für den Aufbau des MAD, 1955 erneut Soldat (Oberstleutnant), Tätigkeit im Bundesministerium der Verteidigung, 1962/63 Kommandeur der 2. Panzerbrigade in Braunschweig, 1962–1968 deutscher Vertreter im Ständigen Militärausschuß der NATO, 1968–1978 Präsident des Bundesnachrichtendienstes.

23 Vgl. „Die Welt“ vom 17. März 1971 „Wachsende Kritik an Kanzleramts-Chef Horst Ehmke“; „Christ und Welt“ vom 19. März 1971 „Um Ehmkes Kopf?“.

24 Vgl. GRAU S. 177; AAPD 1971 Dok. 104; „Die Welt“ vom 12. März 1971 „Brandt und Barzel bleiben bei gemeinsamer Berlin-Politik“.

sehr wohl bedacht sein. Und wir wollen sicherlich eines nicht machen, daß, wenn andere uns eine Konsequenz anhängen wollen, wir sie deshalb schon akzeptieren.

*Kiesinger:* Ich glaube, wir sollten diesen Punkt jetzt nicht diskutieren. (*Dregger:* Doch!) Entweder wir tun es, dann müssen wir sehr lange und ausgiebig darüber sprechen, oder wir lassen es dabei bewenden, worüber wir uns im Präsidium geeinigt haben<sup>25</sup> und warten erst einmal das Ergebnis dieses Gesprächs ab.

*Amrehn:* Ohne in eine tiefere Diskussion von meiner Seite aus einsteigen zu wollen, möchte ich mir doch zwei Bemerkungen gestatten. Mit gutem Grund kann man annehmen, daß der Bundeskanzler von den Äußerungen Scheels abrückt. Ich halte es für höchst unwahrscheinlich, daß er das, was Scheel in der Rechtsbegründung einer politischen Position ausgesagt hat, selber mit decken will, nämlich daß die Bundespräsenz eigentlich von den Alliierten entliehen worden sei. Das ist geradezu Unsinn. Das kann der Brandt nicht decken. Aber in der Sache selbst wird Herr Brandt möglicherweise auch nichts anderes wollen. Und darauf möchte ich hinweisen, weil der Fraktionsvorsitzende nämlich nicht erwähnt hat die Äußerungen von Herrn Brandt, die ihm natürlich gegenwärtig sind, in der vergangenen Woche nur noch von der administrativen Bundespräsenz zu sprechen und daß das in der Sache auf dasselbe hinauskommt, was Herr Scheel im Grunde vorweggenommen hat. Und während bisher – sagen wir – eine scheinbare Linie zu erkennen war, als würde man die technischen Behörden dulden wollen, muß man eben wissen, daß der Herr Abrassimow<sup>26</sup> auch den Abzug der Bundesdruckerei aus Berlin gefordert hat und daß der nächste Vorstoß bereits hineingeht ins Administrative der Bundespräsenz, so daß wir erleben mußten, daß die Amerikaner uns gebeten haben, wir möchten einer solchen Entwicklung Einhalt gebieten.

Zu Art. 53 und 107: Mir sind die Äußerungen, obwohl ich glaube, etwas besser orientiert zu sein, in der Form, wie sie Falin jetzt benutzt hat, völlig neu. Bisher war das Argument, 53 und 107 könne man ja nicht aus der Satzung streichen, da müßten alle mitwirken. Auf eine entsprechende Initiative in den Vereinen Nationen haben die Sowjets geantwortet, daß sie die Streichung nicht wollen und insoweit also der Vorbehalt sehr viel stärker ist, als uns in den Informationen, die wir bekommen haben über die Verhandlungen in Moskau, bisher zu verstehen gegeben worden ist.

*Kiesinger:* Wir haben natürlich diese Frage diskutiert. Daß Brandt in der Sache gar nichts anderes tun kann nach seinen Äußerungen über die administrative Verzahnung anstelle der Bundespräsenz, liegt ja auf der Hand. Wieweit er dabei noch formal von Herrn Scheel abrücken kann, das vermag ich nicht zu sehen, offengestanden. Es wird uns hier sehr schwerfallen, eine Formulierung zu finden. Wir haben heute früh auch –

---

25 Vgl. das Protokoll der Präsidiumssitzung vom 11. März 1971 sowie die Presseerklärung vom selben Tag. Darin erklärte die CDU, daß sie mit der Bundesregierung weiterhin zusammenarbeiten wolle, „einer Minderung der politischen Lebenskraft Berlins [...] jedoch nicht zustimmen“ werde (ACDP 07–001–1404).

26 Vgl. FAZ vom 20. März 1971 „Bonn prüft Falins Berlin-Äußerungen“; „Bonner Rundschau“ vom 30. März 1971 „Kreml-Papier unklar. Abrassimow für Abbau der Bundespräsenz in Berlin“.

als eine Grundlage für das Gespräch – Bezug genommen auf den Beschluß des NATO-Ministerrates in Paris, in dem ja praktisch die gewachsenen Verbindungen, also der Stand der Realitäten in der Berlin-Frage, anerkannt worden ist.

*Barzel:* Zum Stichwort „Administrative Verzahnung“ ganz kurz. Zu dieser Sache gab es neulich irgendwo ein Gespräch verantwortlicher Stellen, wo ich erklärt habe, wenn jemand glauben sollte, dies sei das Ei des Columbus hinsichtlich der Bundespräsenz, müsse er folgendes zur Kenntnis nehmen: Die Bundesrepublik Deutschland wie Berlin sei eine parlamentarische Demokratie, in der jede Administration der parlamentarische Kontrolle unterliegt. Das heißt, wer glaube, auf diese Weise Bundestagsausschüsse und -fraktionen loszuwerden, irre, er zwingt sie geradezu herbei. Ich sage dies nur, um zu zeigen, wie weit die Diskussion inzwischen gediehen ist.

*Dregger:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß der Bundesvorstand als politisches Führungsorgan der Partei diese politische Frage jetzt diskutieren sollte und daß unser Fraktionsvorsitzender wissen muß in dem Gespräch mit dem Bundeskanzler, wie dieser Bundesvorstand denkt. Ich möchte daher folgendes sagen: Gemeinsamkeit in der Berlin-Frage ist sicher eine gute Sache, und es hat wahrscheinlich den Interessen unseres Landes und möglicherweise auch den Interessen der CDU gedient, wenn wir von uns bisher auf Gemeinsamkeit hingewirkt haben. Aber es ist ein völlig neuer Tatbestand eingetreten mit der Erklärung von Herrn Falin und mit der Bestätigung durch den Außenminister. Ich bin der Meinung, daß jetzt der Punkt gekommen ist, an dem wir deutlich machen müssen, daß wir diese Berlin-Politik nicht mitzutragen bereit sind, und zwar einmal aus innenpolitischen Gründen. Wir müssen glaubwürdig bleiben im deutschen Volk. Und das würde gefährdet, wenn wir das noch mittragen würden. Aber auch aus außenpolitischen Gründen. Ich halte es für außerordentlich wichtig, daß unsere Freunde in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Frankreich und anderswo glauben, daß die CDU/CSU, wenn sie einmal die Regierung übernehmen würde – vielleicht noch vor der Ratifikation –, eine andere Politik machen würde als diese Regierung. Wenn dieser Glaube ins Wanken gerät, und er scheint mir nicht überall mehr ganz sicher zu sein, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn diese unsere Freunde in Amerika und anderswo sehr zurückhaltend werden, wenn es darum geht, die deutsche Position zu verteidigen. Und da wir kaum einen Außenminister haben, der die deutsche Position vertritt, sondern wir uns weitgehend auf Herrn Kissinger und alle anderen verlassen müssen, ist das nicht gleichgültig. Ich meine also nicht nur aus innenpolitischen Gründen, sondern auch aus außenpolitischen Gründen müssen wir hier deutlich machen, daß wir das nicht mittragen. Und ich würde es nur dann für möglich halten, die Gemeinsamkeit in der Berlin-Politik weiterzutragen, wenn der deutsche Bundeskanzler sich ganz deutlich von Falin, von Scheel distanziert. Wenn er das nicht tun sollte, dann müssen wir uns vom gegenwärtigen Bundeskanzler distanzieren.

*Kiesinger:* An sich hatten wir eine Erklärung zur Berlin-Frage im Zusammenhang mit den Scheel-Äußerungen vorbereitet. Der Fraktionsvorsitzende hat ja sehr klar erklärt, wenn der Kanzler nicht abrückt von den Äußerungen Scheels, dann ist das das Ende. (*Dregger:* Ich würde mich freuen, wenn der ganze Bundesvorstand das mittra-

gen würde.) Ich nehme das ohne weiteres an. Aber ich bin dankbar, daß wir das hier noch einmal klar feststellen können.

Daß es zu einem Ende komme würde, sah ich seit geraumer Zeit voraus, denn wir alle kennen ja die Vorbereitungen gewisser politischer Entscheidungen durch die SPD in diesen etappenweise vorgenommenen Formulierungen verschiedenster Leute. Das ist ja nicht nur die administrative Verzahnung, es ist die nicht-demonstrative Bundespräsenz, es ist das Erscheinen in Berlin auf Einladung durch Herrn Wehner, es ist die Versammlungsfreiheit anstelle von Bundespräsenz usw. Wir sehen ja da deutlich, wohin der Weg geht.

Natürlich ist es jetzt nicht möglich, daß wir vor der Presse eine Erklärung abgeben, während unser Fraktionsvorsitzender mit dem Bundeskanzler noch Verhandlungen führt. Aber ich bin Ihnen dankbar für diesen Hinweis. Ich nehme an, daß wir in dieser Frage übereinstimmen werden und es keine verschiedenen Meinungen gibt, denn wir haben ja bisher in dieser Frage immer eine gemeinsame Meinung gehabt. Ich darf das also ausdrücklich feststellen.

*b) Wirtschaftsprüfer der CDU<sup>27</sup>*

Für den am 31. Dezember 1970 aus Altersgründen ausgeschiedenen Wirtschaftsprüfer der CDU, Herrn Dr. Elmendorff<sup>28</sup>, beschließt der Vorstand, Herrn Dr. Erwin Pougin<sup>29</sup>, Köln, zum Wirtschaftsprüfer zu bestellen.

*c) Protokoll über Bundesvorstandssitzungen*

Der Bundesvorstand beauftragt die Bundesgeschäftsstelle mit der umgehenden Übersendung eines Kurzprotokolls jeder Bundesvorstandssitzung an die Vorstandsmitglieder.

*d) Termine*

26. April 1971, 18.00 Uhr, Bundesvorstandssitzung, Bonn; 7. Mai 1971, 10.00 Uhr, Bundesausschußsitzung, Bonn.

---

<sup>27</sup> Die Punkte b bis d gemäß Kurzprotokoll.

<sup>28</sup> Dr. Wilhelm Elmendorff (1903–1989), Wirtschaftsprüfer und Steuerberater. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1373 Anm. 38.

<sup>29</sup> Professor Dr. Erwin Pougin (geb. 1927), Diplom-Kaufmann, Wirtschafts- und Steuerberater. – Die Firma Professor Dr. Pougin GmbH prüfte die CDU vom Kalenderjahr 1970 bis zum Kalenderjahr 1998. Sie ist in der Firma Ernst & Young aufgegangen, die von diesem Zeitpunkt an Wirtschaftsprüfer der CDU war.

Bonn, Montag 26. April 1971

*Sprecher: Barzel, Kaltefleiter, Kiesinger, Lemke, Müller-Hermann, Schmücker, Stoltenberg.*

*Politische Lage nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Finanzlage der Partei. Kurzfassung des Parteiprogramms. Vorbereitung der Bundesausschußsitzung am 10. Mai 1971. Verschiedenes.*

*Beginn: 18.00 Uhr*

*Ende: 22.00 Uhr*

#### POLITISCHE LAGE NACH DER LANDTAGSWAHL IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Der Bundesvorstand beschäftigt sich mit der politischen Lage nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein<sup>1</sup> und spricht dem Spitzenkandidaten, Herrn Dr. Gerhard Stoltenberg, dem bisherigen Ministerpräsidenten, Herrn Dr. Helmut Lemke, und der CDU Schleswig-Holsteins seine Glückwünsche zu dem großen Wahlsieg aus.

Parteivorsitzender Dr. Kurt Georg *Kiesinger* gibt für das Präsidium folgende Erklärung ab: „Die CDU hat gestern in Schleswig-Holstein die Kette der großen Erfolge in den Landtagswahlen der vergangenen Monate eindrucksvoll fortgesetzt. Sie hat mit der absoluten Mehrheit der Stimmen und Sitze nicht nur den bisher höchsten Stand in Schleswig-Holstein erreicht, sie hat vor allem auch das Ergebnis der letzten Bundestagswahl erheblich übertroffen. Ihr Vorsprung vor der SPD beträgt 10,5 %. Während die CDU bei der Bundestagswahl 1969 2,5 % unter dem gemeinsamen Ergebnis der SPD und der FDP lag, übertraf sie gestern das Gesamtergebnis dieser beiden Parteien um 6,7 %. Die CDU hat also im Vergleich zur Bundestagswahl ihren Stimmenanteil gegenüber den Parteien der Linkskoalition um 9,2 % verbessert. Dieses Ergebnis ist, da der Wahlkampf wie bei den vorangegangenen Landtagswahlen weithin mit bundespolitischen Argumenten geführt wurde, eine klare Entscheidung der Wähler in Schleswig-Holstein gegen die Politik der Linkskoalition in Bonn. Die in eine Sackgasse geratene Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung, ihre Kapitulation vor dem alarmierenden Preisauftrieb<sup>2</sup> und ihr Unvermögen, die mit großem Aufwand proklamierten ‚inneren Reformen‘ auch nur in Ansätzen zu verwirklichen, haben den Ver-

1 Zum Wahlergebnis vgl. Nr. 12 Anm. 3.

2 Die Inflationsrate war im März 1971 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 4,5 % gestiegen, die Steigerung der Lebenshaltungskosten betrug 1970 3,8 % im Vergleich zum Vorjahr. Vgl. die Ausarbeitung des Planungsstabes der CDU/CSU-Fraktion vom 24. April 1971; „Weser-Kurier“ vom 20. April 1971 „Preisauftrieb“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 10. März 1971 „Verbraucherverbände sind pessimistisch“.

trauensschwund der Wähler für die Regierung Brandt/Scheel herbeigeführt. Diese Regierung verfügt nicht mehr über die Mehrheit im Volke.

Die CDU stellt fest, daß die Entscheidung der Wähler auch eine Absage an die extrem linken, neomarxistischen Tendenzen in Schleswig-Holstein war.<sup>3</sup>

Besonders bedeutungsvoll war die Tatsache, daß die SPD in den Hamburger Randgebieten noch schlechter abschnitt als in den übrigen Gebieten in Schleswig-Holstein. Ebenso bedeutungsvoll ist die Tatsache, daß sich offensichtlich ein großer Teil der Erst- und Neuwähler der CDU zugewandt hat.

Die CDU hat unter der Führung Gerhard Stoltenbergs den Wahlkampf in Schleswig-Holstein zwar mit Entschiedenheit, aber mit voller Sachlichkeit geführt. Sie weist den von dem stellvertretenden Parteivorsitzenden der SPD, Wehner, unternommenen Versuch, den Ausgang der Wahl als das Ergebnis eines Kesseltreibens gegen den Spitzenkandidaten der SPD darzustellen, auf das nachdrücklichste zurück. In Schleswig-Holstein hat das nüchterne Urteil der Wähler einen überzeugenden Erfolg der demokratischen Mitte herbeigeführt.“

Herr Ministerpräsident Dr. *Lemke* und Herr Dr. *Stoltenberg* berichten über den Wahlkampf und bringen dabei ihren Dank an die Bundespartei, die Bundestagsfraktion und die Landesverbände für die hervorragende Unterstützung zum Ausdruck. Herr Dr. *Stoltenberg* stellt eine ausführliche Wahlanalyse für die Bundespartei in Aussicht, hebt jedoch bereits jetzt folgende Punkte als ausschlaggebend für das Wahlergebnis hervor: 1. Konsolidierung in den ländlichen und kleinstädtischen Bereichen, 2. erhebliche Verbesserung in den Großstädten, 3. Durchbruch der CDU in den Hamburger Nachbargebieten.

Herr Professor Dr. *Kaltefleiter* gibt eine erste Analyse über die Wahlergebnisse und die Wählerbewegung.

Herr Dr. *Müller-Hermann* weist darauf hin, daß aufgrund von Wähleranalysen für die bevorstehende Bürgerschaftswahl am 10. Oktober 1971 in Bremen mit einem ähnlichen Erfolgstrend zu rechnen ist wie bei den zurückliegenden Landtagswahlen in den letzten 1½ Jahren und bittet, dem Landesverband Bremen auch die entsprechende Unterstützung zuteil werden zu lassen.

#### FINANZLAGE DER PARTEI

Bundesschatzmeister Dr. *Schmücker* informiert den Bundesvorstand über den Stand der Finanzierung des Konrad-Adenauer-Hauses:

„Trotz des auf dem Parteitag in Mainz 1969 einstimmig gefaßten Beschlusses zur Aufbringung eines Eigenkapitals von 3 Mio. DM sind von den Landesverbänden bis-

---

3 Vgl. „Die Welt“ vom 26. April 1971 „Sensation im Norden“; „Stuttgarter Nachrichten“ vom 26. April 1971 „Steffens Waterloo“; Interview von Jochen Steffen mit der „Wirtschaftswoche“ vom 23. April 1971 „Kommunisten, die NPD und der Industrieflügel der CDU stützen autoritäre Strukturen“. – Jochen Steffen (1922–1987), Publizist; 1956–1975 Vorsitzender der SPD Schleswig-Holstein. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 739 Anm. 55.



her lediglich folgende Leistungen prozentual vom Soll erbracht worden: Berlin 30 %, Bremen 27 %, Niedersachsen 15 %, Hessen 10 %, Rheinland-Pfalz 8 %, Baden-Württemberg 5 %, Rheinland 3 %, Westfalen 3 %, Schleswig-Holstein 2 %, Hamburg 0,1 %. Das ergibt insgesamt einen Betrag von 413.000 DM, d. h. etwas mehr als 10 % der veranschlagten Summe. Bei dieser Sachlage ist es notwendig geworden, Zwischenfinanzierungen vorzunehmen und das ganze System zu ändern. Wir haben eine Kommanditgesellschaft gegründet, für die bisher 80 Einzelanfragen vorliegen. Ein Interessent hat sich für 900.000 DM interessiert. Es sind für vier Institute Festkontingente in Höhe von 17.800.000 DM reserviert. Es wird damit gerechnet, daß bis Juli zwei Drittel abgesetzt sind. Weitere 3 Mio. DM sind an die Dresdner Bank, an die Sparkassen und an die Röchling Bank gegangen. Die einzige Bank, die nicht mitzieht und sich auch nicht in den Aufsichtsräten oder Verwaltungsgremien beteiligt, ist die Deutsche Bank.“

Herr Dr. Schmücker verweist noch einmal dringend auf die Notwendigkeit der Durchführung des auf dem Parteitag in Mainz gefaßten Beschlusses zur Aufbringung der 3 Mio. Mark Eigenkapital, da sonst die Finanzierung des Parteihauses im vorgesehenen Rahmen nicht durchführbar ist. Herr Dr. Schmücker führt weiter aus: „Bevor ich nun auf die Notwendigkeiten, die sich jetzt ergeben, zu sprechen komme, möchte ich Ihnen sagen, daß im Jahre 1970 insgesamt aufgebracht worden sind durch Spendenaktionen 3 Mio. DM. Das sind etwa 7 Mio. DM weniger, als uns zugesagt worden war für diesen Zeitraum. Im Jahre 1971 sind bisher aufgebracht worden 1.080.000 DM. Davon befindet sich aber der größere Teil noch im Transfer. Die Sachkundigen wissen, was damit gemeint ist. Wir sind in Schwierigkeiten im wesentlichen deswegen gekommen, weil Zusagen, die wiederholt bestätigt worden sind, nicht eingehalten worden sind, ich möchte annehmen, nicht eingehalten werden konnten. Der Anlauf klappte einigermaßen, dann trat eine Stockung ein. Ich konnte über Ostern die vorgesehenen Verhandlungen nicht führen, da Herr ...<sup>4</sup> an Gelbsucht ziemlich schwer erkrankt ist. Ich werde ihn morgen besuchen, und wir müssen sehen, daß er diese Zusagen nun auch realisiert. Das wird aber sicherlich einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen. Und es ist auch schon aus Liquiditätsgründen notwendig, daß die Partei in die Lage versetzt wird, weiter arbeiten zu können.

Ich darf Ihnen jetzt die Vorschläge vortragen, die heute morgen im Präsidium erarbeitet worden sind.<sup>5</sup> Sie sind auch das Ergebnis vieler Einzelgespräche, die sowohl vom Präsidium als auch von der Geschäftsstelle geführt worden sind.

1. Wir schlagen dem Bundesausschuß vor – es kann natürlich auch so verfahren werden, daß wir eine Zustimmung spontan von den Landesverbänden bekommen –, daß die Landesparteien eine Umlage erbringen von 800.000 DM. Der Schlüssel sollte so ausgerechnet werden, wie er bei der Verteilung der öffentlichen Mittel angewendet wird, ausgenommen die Sonderregelungen Hessen, Hamburg und Bremen.

2. Wir sollten mit der Bundestags- und mit den Landtagsfraktionen verhandeln, um

---

4 Auslassung in der Vorlage.

5 Protokoll der Präsidiumssitzung in ACDP 07-001-1404.

die Zurverfügungstellung von 300.000 DM zu erreichen, wobei das Verhältnis 1 : 2 sein sollte.

3. Einsparung von 150.000 DM durch Verlegung des 19. Bundesparteitages von Hamburg nach Saarbrücken und die Defizitübernahme des „Deutschland-Union-Dienstes“ durch die Bundestagsfraktion von 150.000 DM.

4. Dieser Vorschlag war ein wenig umstritten. Es ging darum, die Beteiligung am Verkaufserlös des „Wirtschaftsbildes“ zu ändern. Ich selber habe Bedenken gehabt, das zu tun, denn aus guter Erfahrung weiß man, wenn die Beteiligung geringer wird, wird auch die Lust abzusetzen geringer. Nun ist es wohl so, daß von der Zentrale her die Werbung durchgeführt wird, aber diese kann natürlich nur Erfolg haben, wenn die Landes- und die Kreisparteien mitmachen. Der Vorschlag lautet darum, um beiden gerecht zu werden, folgendermaßen: Entweder Erhöhung der Verkaufsexemplare oder – wo das nicht gelingt – Änderung des Schlüssels. Auf jeden Fall sollen auf diese Art und Weise 200.000 DM erbracht werden.

Das alles ergäbe die 1,6 Mio. DM, die im Augenblick gebraucht werden. Damit wären wir aber nur aus der gegenwärtigen Schwierigkeit heraus.

Ich glaube aber, wir müssen uns klar darüber sein, daß wir die Finanzierung unserer Partei auf eine andere Grundlage stellen müssen. Mit einem 20 %igen Beitragsanteil können wir keine selbständige und unabhängige Politik machen. Ich habe bisher darauf verzichtet, Ihnen Einzelberichte über meine Gespräche bei denjenigen, die Spenden gaben, zu geben. Sie können sich aber ungefähr ausmalen, was dabei alles gesagt wird und was dabei alles versucht wird. Ich habe heute morgen davon Kenntnis gegeben, daß ein Verband bereit war, 100.000 DM sofort zu geben, aber er müßte dann erst einmal unseren Haushalt studieren. Das ist eigentlich noch eine sehr harmlose Forderung. Ich ziehe daraus die Schlußfolgerung, daß wir uns doch bemühen müssen, in größerem Ausmaße selber die Finanzierung der Partei zu tragen. Und dazu gehört, daß wir sämtliche Finanzierungen koordinieren.

Der Vorschlag, den ich Ihnen deshalb mache und der heute morgen im Präsidium wenigstens keinen Widerspruch gefunden hat, ist, daß die CDU ein gemeinsames Finanzbüro unter verantwortlicher Leitung einrichtet, das zuständig ist für die Koordinierung aller Finanzen der Bundespartei, der Landesparteien, der Vereinigungen sowie der befreundeten Stiftungen und Körperschaften. Die Fraktionen sollten gebeten werden, sich an diesem Finanzbüro zu beteiligen. Es ist heute einfach so, daß der Bundesschatzmeister – mag er heißen, wie er will –, gar nicht in der Lage ist festzustellen, wo welche Mittel hinfließen, welche Förderkreise sollen da angesprochen werden und welche in anderen Bezirken. Es läuft zu viel nebeneinander her und wirkt sich natürlich als ein Gegeneinander aus. Darüber hinaus glaube ich auch, daß noch etliches besser koordiniert werden kann in der Bundespartei, in den Landesparteien, und ich darf hier mit aller Vorsicht sagen, auch mit der Konrad-Adenauer-Stiftung<sup>6</sup>, um Ausgaben zu sparen.

---

<sup>6</sup> Eine haushaltsrelevante Zusammenarbeit zwischen der CDU und der Konrad-Adenauer-Stiftung war rechtlich nicht möglich.

Das zweite, das vorgeschlagen wird, ist, daß der Haushalt künftig nicht nur vom Generalsekretär erarbeitet und dann mit mir abgestimmt und dem Vorstand vorgelegt wird, sondern daß er der Bundesfinanzkommission zur Stellungnahme – nicht zur Beschlußfassung – vorgelegt wird. Dazu gehört natürlich, daß die Landesparteien und auch die Vereinigungen ihrerseits ihre Haushalte in die Beratung einbringen, damit wir bei diesen Beratungen dann feststellen können, wie Einsparungen möglich sind oder wie wir in der Mittelbeschaffung besser zusammenarbeiten können. Ich hatte ja der Finanzkommission versprochen, den Haushalt zur Beratung vorzulegen. Die Finanzkommission hat sich aber nicht in der Lage gesehen bei der letzten Sitzung, in der kurzen Zeit eine Beratung durchzuführen, und ich möchte doch dieses im Interesse der guten Zusammenarbeit zwischen allen Landesverbänden, den Vereinigungen und der Bundespartei als Vorschlag hier einbringen.

Der dritte Vorschlag ist, daß wir eine Koordinierung aller wirtschaftlichen Betätigungen der Partei auf allen Ebenen, so wie es schon heute an sich Pflicht wäre, ernsthaft durchführen durch die Union-Betriebs-GmbH. Das gilt insbesondere für die Publikationen. Nach unseren Vorschriften ist der Generalsekretär für die Koordinierung der Publikationen verantwortlich, aber die Verlagsseite ist ganz woanders. Das muß, sowohl innerhalb des Bundes als auch im Verhältnis von Bund und Ländern, verbessert werden. Es gilt aber auch für die Einrichtung neuer wirtschaftlicher Betätigungen. Und, Herr Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein, bei meinen Besuchen in Schleswig-Holstein haben mir zwei Kreisparteien sehr stolz gezeigt, was sie an Werbungen durchgeführt haben. Und obwohl die Rundschreiben doch bekannt sein müßten, stand da wieder drin „Verlag: Kreispartei Elmshorn“. Das hat zur Folge, wenn das Finanzamt das aufgreift, daß die gesamten Mitgliedseingänge und Spendeneingänge vom Finanzamt geprüft werden. Also auch schon aus diesen Sicherheitsgründen ist es unbedingt erforderlich, daß jegliche wirtschaftliche Betätigung durch die Union-Betriebs-GmbH koordiniert wird. Ich glaube, darüber hinaus wird es möglich sein, dann auch noch einige finanzielle Erleichterungen dabei hereinzuholen.

Der wichtigste Punkt für mich persönlich ist der folgende: Wir müssen unser ganzes Spendenwesen auf eine neue Basis stellen. Das gilt sowohl für die Zuweisung der Spender – es gibt da Listen, leider sind einige Listen auch nach draußen gekommen. Ich habe das geprüft, an die Bundesfinanzkommission ist keine komplette Liste verteilt worden. Es ist nur den jeweiligen Landesvertretern gesagt worden, wie die Listen aussehen für ihren Bereich. Wir müssen das neu organisieren aus folgendem Grunde: Weil ich nicht glaube, daß die finanziellen Hilfsorganisationen, die außerhalb der Partei für uns gearbeitet haben – aber leider nicht nur für uns –, daß die auf die Dauer diese Tätigkeit mit der notwendigen Intensität fortsetzen werden. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß die Übernahme dieser Einrichtungen von uns oder von einem an uns enger geketteten Kreis mit sehr, sehr vielen Problemen verbunden ist. Wir haben uns den Luxus eines Parteiengesetzes<sup>7</sup> erlaubt und dabei praktisch den Zwang eingeschlossen, daß diejeni-

---

7 Gesetz über die politischen Parteien vom 24. Juli 1967, BGBl. 1967 I S. 773. Vgl. auch PROTOLLE 5 S. 484–496.

gen, die sich um die Finanzierung der Parteien kümmern, nun etwas neben dem Gesetz herlaufen. Ich muß das einfach in dieser Deutlichkeit sagen, und insofern paßt es mir auch gar nicht, wenn Bemerkungen in Berichte hineinkommen, die sich mit dem Spendeneingang befassen, weil das dann zu ganz unliebsamen Konsequenzen führen kann. Ich brauche nur an das Beispiel Niedersachsen zu erinnern.

Der letzte Punkt ist der, daß wir auf dem Bundesparteitag den Versuch unternehmen, die Beteiligung der Bundespartei an dem Beitragsaufkommen von 0,50 DM auf 1,00 DM zu erhöhen. Es waren noch andere Größenordnungen im Gespräch, die ich im Moment jedoch für nicht durchsetzbar halte. Ich glaube auch nicht, daß man soweit gehen sollte. Aber daß wir mit nur 2 Mio. Beitragsanteilen der Bundespartei auf die Dauer auskommen könnten, ist einfach undenkbar. Wir müssen uns dazu entscheiden, unsere Beitragstätigkeit entsprechend den allgemein gewandelten Verhältnissen anzupassen und natürlich dabei auch berücksichtigen, was die einzelnen Instanzen bekommen. Heute ist es aber so, ohne Rücksicht auf die Höhe der Beiträge bekommen die Länder und bekommt der Bund, ohne Rücksicht auf die jeweilige Höhe [sic!]. Das machen andere Parteien nicht so. Das sind die Vorschläge, die ich Ihnen zu machen habe.

Die Schwierigkeit liegt darin – ich sage es noch einmal –, daß wir beispielsweise in Mainz beschlossen haben eine Umlage von 3 Mio. DM<sup>8</sup> und sie nach zwei Jahren dann zu 10 % erbringen. Daß diese gleiche Einstellung zu der Parteifinanzierung bei unseren Spendern leider auch vorherrscht, ist ja nicht zu verwundern, wenn es bei uns auch so ist. Wir müssen diese Auffassung ändern, und es ist notwendig, daß bei aller Wichtigkeit der Parteiarbeit auf der Kreisebene und bei allen Schwierigkeiten, denen auch die Landesverbände ausgesetzt sind, wir dafür sorgen, daß die Spitze finanziell in die Lage versetzt wird, ihre Arbeit zu erfüllen.

*Der Bundesvorstand beschließt nach längerer Diskussion:*

1. Der von der Bundesgeschäftsstelle vorgelegte Haushalt 1971 wird mit folgenden Maßgaben gebilligt: a) Die für das Jahr 1971 noch ausstehenden Anteile der Landesverbände an der Wahlkampfkostenerstattung werden nicht an die Landesverbände gezahlt. Den Landesverbänden ist es freigestellt, einen ihrem Anteil an der Wahlkampfkostenerstattung entsprechenden Sonderbeitrag aufzubringen und mit ihrem Anteil zu verrechnen. Die Sonderregelungen für die Landesverbände Hessen und Hamburg werden durch diesen Beschluß nicht berührt. b) Es sind unverzüglich Verhandlungen mit der Bundestagsfraktion und den Landtagsfraktionen aufzunehmen mit dem Ziel, einen Betrag von 300.000 DM aus dem Haushalt der Bundesgeschäftsstelle auf die Fraktionen aufzuteilen. Hierbei sollen die Bundestagsfraktion ein Drittel und die Landtagsfraktionen zwei Drittel übernehmen. c) Die Position II 2.1 Bundesparteitage wird nach Verlegung des 19. Bundesparteitages von Hamburg nach Saarbrücken um 150.000 DM gekürzt. d) Die Bundestagsfraktion soll gebeten werden, sich mit ca. 150.000 DM an den Kosten des „Deutschland-Union-Dienstes“ zu beteiligen (Position I 9.1). e) Von dem Überschuß des „Wirtschaftsbildes“ wird ein Mehrbetrag

---

8 Vgl. CDU, 17. BUNDESPARTEITAG S. 103–106 und S. 201 f.

von 200.000 DM zur Deckung des Haushalts der Bundesgeschäftsstelle herangezogen. Entsprechend wird der Anteil der Landesverbände am Überschuß des „Wirtschaftsbildes“ gekürzt. Es sollen Anstrengungen unternommen werden, um durch Erhöhung der Verkaufsumlage den Überschuß entsprechend zu erhöhen.

2. Der Bundesvorstand beschließt, dem Bundesausschuß vorzuschlagen, von den Landesverbänden einen Sonderbeitrag von 10 DM pro Mitglied zu erheben, wobei es den Landesverbänden überlassen bleiben soll, wie sie diesen Beitrag von den Mitgliedern im einzelnen erheben. Die Bundespartei wird die Landesverbände in geeigneter Form durch Direktansprache der Mitglieder bei der Erhebung des Sonderbeitrages unterstützen.

3. Der Bundesvorstand beschließt, dem 19. Bundesparteitag vorzuschlagen, den Anteil der Bundespartei an den Mitgliederbeiträgen von monatlich 0,50 DM auf 1,00 DM zu erhöhen.

4. Der Bundesvorstand beauftragt den Generalsekretär, in Abstimmung mit dem Bundesschatzmeister einen Vorschlag auszuarbeiten und dem Bundesvorstand in seiner nächsten Sitzung vorzulegen, nach dem ein gemeinsames Finanzbüro für die Koordinierung aller Finanzen der Bundespartei, der Landesverbände, der Vereinigungen sowie der befreundeten Stiftungen und Gesellschaften errichtet werden soll.

5. Der Bundesvorstand beauftragt den Generalsekretär, in Abstimmung mit dem Bundesschatzmeister einen Vorschlag auszuarbeiten und dem Bundesvorstand vorzulegen, wonach die Haushalte der Bundesgeschäftsstelle, der Landesverbände, der Vereinigungen, der befreundeten Stiftungen und Gesellschaften vor der Verabschiedung durch die zuständigen Gremien dem Bundesfinanzausschuß zur Beratung zugeleitet werden.

6. Der Bundesvorstand beauftragt den Generalsekretär und den Bundesschatzmeister, eine Vorlage über die Koordinierung aller wirtschaftlichen Betätigungen der Partei auf allen Gliederungsstufen durch die Union-Betriebs-GmbH vorzulegen.

7. Der Bundesvorstand beauftragt die Bundesfinanzkommission, einen Vorschlag über die Neuorganisation des Spendenbeschaffungswesens vorzulegen.

#### KURZFASSUNG DES PARTEIPROGRAMMS

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur nächsten Sitzung des Bundesvorstands vertagt.

#### VORBEREITUNG DER BUNDESAUSSCHUSSSITZUNG AM 10. MAI 1971

Antrag des KV Stockach auf Vorverlegung des 19. Bundesparteitages<sup>9</sup>. – Der Bundesvorstand beschließt, dem Bundesausschuß zu empfehlen, den Antrag des KV Stok-

---

<sup>9</sup> Anlage zur Sitzung des Bundesausschusses am 10. Mai 1971 in ACDP 07–001–606.

kach abzulehnen und den 19. Bundesparteitag am 4./5. Oktober 1971 in Saarbrücken abzuhalten.

#### VERSCHIEDENES

Der Fraktionsvorsitzende, Dr. Rainer *Barzel*, berichtet über seine Amerika-Reise.<sup>10</sup> Seine sich daran anschließenden Ausführungen über die Position der CDU/CSU-Fraktion zu der Berlin- und Ostpolitik der Bundesregierung finden die Zustimmung des Bundesvorstands.

---

<sup>10</sup> Barzel hielt sich am 14./15. April 1971 in den USA auf. Vgl. Presseschau der CDU-Bundesgeschäftsstelle vom 20. April 1971.

Bonn, Montag 5. Juli 1971

*Sprecher: Amrehn, Barzel, Blüm, Dregger, Echternach, Filbinger, Göb, Gradl, Hahn, Harlander, Hasselmann, Heck, Katzer, Kiesinger, Kohl, Kraske, Lemke, Lorenz, Scheufelen, Schmücker, Schröder, Schwarz-Schilling, Stingl, Stoltenberg, Weiskirch, von Weizsäcker, Wex, Windelen.*

*Vorbereitung des Parteitags in Saarbrücken. Politische Lage (Städtebauförderungsgesetz, Rentenanpassungsgesetz, Bildungsplanung, Universität Bremen). Debatte über Pressekonferenz von Dr. Heck am Vormittag betr. Dr. Barzel/Dr. Schröder. Finanzlage der Partei. Deutsche Union. Verschiedenes.*

*Beginn: 15.00 Uhr*

*Ende: 19.30 Uhr*

#### VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGS IN SAARBRÜCKEN

*Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung des Bundesparteivorstands. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich Frau Kollegin Wex zu ihrem heutigen Geburtstag recht herzlich gratulieren (Beifall.) mit allen guten Wünschen für das neue Lebensjahr.*

Meine Damen und Herren, Sie haben die Tagesordnung zugeschickt bekommen, das Parteipräsidium hat heute früh beraten und fand es zweckdienlich, wenn wie den Punkt 2 „Vorbereitung des Bundesparteitages in Saarbrücken“ vorziehen, als Punkt 1 behandeln und dann die politische Lage usw.

Zur Vorbereitung des Bundesparteitages in Saarbrücken<sup>1</sup> hat im Parteipräsidium bei der letzten Sitzung und auch heute noch einmal eine Besprechung zur Klärung der Kandidatenfrage stattgefunden.<sup>2</sup> Sie wissen, daß sich auf diesen Beratungen für den Parteitag in Saarbrücken zwei Herren als Kandidaten angekündigt haben. Das ist der Fraktionsvorsitzende Dr. Barzel und das ist Ministerpräsident Dr. Kohl. Wir sind uns alle klar darüber, daß auf diesem Parteitag in Saarbrücken der Parteivorsitzende der CDU gewählt wird, natürlich rechtlich nicht etwa der kommende Kanzlerkandidat, welches politische Gewicht im übrigen die Wahl auch immer haben mag. In diesem Zusammenhang hat sich das Parteipräsidium einige Gedanken gemacht. Aber bevor ich darauf eingehe, möchte ich das tun, was ich angekündigt habe. Ich habe es persönlich für den richtigen Stil gehalten, meine eigene Absicht vor dem Führungs-

1 Der 19. Bundesparteitag fand am 4./5. Oktober 1971 in Saarbrücken statt.

2 Protokolle vom 25. Juni und 5. Juli 1971 in ACDP 07-001-1404.

gremium unserer Partei bekanntzugeben und möchte also heute sagen, daß ich nicht die Absicht habe, mich auf dem Saarbrücker Parteitag erneut um den Posten des Parteivorsitzenden zu bewerben.

Ich habe dem Parteipräsidium meine eigenen Überlegungen dazu vorgetragen. Ich hoffe, daß meine Partei Verständnis dafür hat, daß ich eine solche Erklärung jedenfalls nicht während der Landtagswahlkämpfe abgegeben habe. Das wäre wenig zweckdienlich gewesen. Ich hatte auch die Überlegung, die ja nicht etwa auf meine Person zielt, sondern eine prinzipielle Überlegung ist, vorgetragen, daß wir nicht davon ausgehen können, daß die Situation dieser Koalition und dieser Regierung 1973 genauso miserabel ist wie heute, daß sie möglicherweise heute ihren Tiefpunkt hat – wer kann das sagen? –, daß wir auf einen sehr harten Wahlkampf gefaßt sein müssen. Und da ist natürlich die prinzipielle Überlegung, ob in den beiden Spitzenämtern der Partei sich nicht – abgesehen von der Frage der Arbeitsteilung – der persönliche Kredit, den jeder einzelne mitbringt, miteinander verbinden könnte, ob das nicht eine Überlegung sei, die den Vorzug verdiene vor der Überlegung, die Sache in eine Hand zu geben. Damit sind wir bei einem Punkt angelangt, über den auch heute auf dieser Sitzung gesprochen werden wird. Ich habe mir die Dinge sehr gründlich durch den Kopf gehen lassen und möchte das Für und Wider, das wir im Parteipräsidium besprochen haben, nun nicht mehr wiederholen. Ich habe mich entschieden. Sie haben meine Entscheidung eben gehört, und wir haben heute hier also festzustellen, zwei Kandidaten für den Parteivorsitz haben sich angemeldet. Sie haben auch Kenntnis genommen von der Erklärung des Herrn Kollegen Dr. Schröder auf der vorletzten Sitzung des Parteipräsidiums<sup>3</sup>, daß [er] seine persönliche Entscheidung von der Entwicklung der Meinungsbildung in der Partei zu dieser prinzipiellen Frage „Alles in einer Hand oder getrennt“ abhängig machen wolle. Dies zunächst einmal zu meiner persönlichen Erklärung. Das Parteipräsidium hat sich dann mit einer Reihe von weiteren Fragen im Zusammenhang mit dem Parteitag befaßt.

*Barzel:* Ich glaube, es kann dieser Augenblick nicht so einfach vorübergehen, ohne daß wir in aller Form – ohne hier jetzt irgendeine Würdigung oder etwas anderes vorzunehmen – zunächst einmal Dank sagen, Dank für Ihre Arbeit, und daß wir uns sicher alle verpflichtet fühlen – ich glaube, soweit darf ich doch gehen –, zu sehen, in welcher Form wir diesem Dank Ausdruck geben werden und in welcher Art wir Ihre Mitwirkung und Ihren Rat und Ihre Hilfe weiter in Anspruch nehmen können.

Ich glaube, daß mir ein anderes aber zusteht zu sagen. Und da wir, Herr Kollege Kiesinger, ja sehr häufig miteinander gesprochen haben, nicht nur in der Zeit, als Sie Regierungschef waren, sondern auch in der letzten Zeit, möchte ich doch nur ganz schlicht hinzufügen, daß Sie uns, diese Partei, aus einer Situation der Schwäche herausgeführt haben (wir waren bei 29 Punkten in den Meinungsumfragen<sup>4</sup>), daß Sie das

3 Protokoll vom 17. Juni 1971 in ACDP 07-001-1404.

4 EMNID ermittelte bei der Sonntagsfrage im Juli 1967 den niedrigsten Wert für die CDU/CSU. Hier gaben nur 29 % an, sie würden die Union bei der nächsten Bundestagswahl wählen, vgl. EMNID-Umfrage „Die Anhängerschaft der politischen Parteien und ihre Entwicklung“ (175. Erhebung/Dezember 1968 in ACDP Dokumentation).



schwierige Unternehmen einer Großen Koalition geführt haben zu einem Wahlerfolg für uns alle. Dies wollte ich doch jetzt sagen, damit nicht hier ein solcher Augenblick vorbeigeht, ohne daß wir auch dem Ausdruck gegeben haben, Herr Vorsitzender. (*Stürmischer Beifall.*)

*Kiesinger:* Ich danke Ihnen, Herr Dr. Barzel, sehr herzlich für diese Worte. Die Partei kann sicher sein, daß ich nach meinem Vermögen, so lange ich bei Kräften bin, ihr dienen werde und mithelfen werde, damit wir zu dem kommen, zu dem wir kommen müssen, nämlich zum ganzen Sieg in der Bundestagswahl 1973. Das wird ein sehr schwieriges Stück Arbeit werden, darüber sind wir uns hoffentlich alle im klaren. Und so schön die Ergebnisse der Landtagswahl waren, wir sollten uns doch durch sie nicht berauschen lassen. Das schwerste Stück Arbeit liegt ohne Zweifel noch vor uns.

Nun, meine Damen und Herren, im Präsidium haben wir uns dann noch folgende Überlegungen gemacht. Wir sind uns natürlich klar darüber, alles, was wir jetzt vorschlagen und auch hier im Bundesparteivorstand beraten werden, läuft ja Gefahr, denjenigen vorzugreifen, die auf dem Parteitag neu gewählt werden, überhaupt dem Parteitag vorzugreifen. Aber man muß ja mit einem bestimmten Plan in den Parteitag gehen, ohne die Absicht dabei zu haben, hier irgend etwas zu antizipieren, was in Wahrheit dem Parteitag zusteht. Aber wir können einfach nicht hineingehen, ohne daß wir uns eine gewisse Klarheit verschafft haben. Ich sagte schon, es wird der Parteivorsitzende gewählt. Der Kanzlerkandidat muß zusammen mit der CSU ausgesucht und vorgeschlagen werden.

Von der CSU ist der Gedanke eines gemeinsamen Parteitages in die Öffentlichkeit geleitet worden.<sup>5</sup> Das ist ja eine ganz interessante Idee. Wir werden gut daran tun, die CSU zu fragen, wie sie sich das denkt. Das ist, glaube ich, die richtige Haltung dazu, von allen rechtlichen Bedenken – geht das überhaupt, ein gemeinsamer Parteitag zwischen zwei Parteien? – jetzt einmal ganz abgesehen. Wir sind heute früh der Meinung gewesen, wir wollen ruhig einmal die CSU fragen, wie sie sich so etwas vorstellt.

Das Parteipräsidium meinte heute, wir sollten nach der Feststellung, es wird der Parteivorsitzende gewählt, dann vorschlagen, daß alsbald nach dem Parteitag durch ein gemeinsames Gremium von CDU und CSU dann der Kanzlerkandidat gewählt wird. Wir wollten davon Abstand nehmen, zu sagen bis spätestens dann und dann oder noch in diesem Jahr, sondern wir fanden die Formel „alsbald“ einerseits genau genug, andererseits flexibel genug. Darüber gibt es natürlich eine gewisse Grenze. Wenn die Wahl in Baden-Württemberg wirklich erst im April des nächsten Jahres stattfindet, dann ist natürlich diese Wahl ein Anlaß, diese Frage rechtzeitig vorher zu klären.

Wir wollten auch keinen Vorschlag machen, der die Zusammensetzung des Gremiums betrifft. Es lag natürlich nahe, an das Gremium der Wahlmänner für den Bundespräsidenten zu denken. Aber es kam sehr bald heraus, daß das eben zwei verschiedene

---

5 Richard Stücklen machte am 26. Juni 1971 in einem Interview mit dem SDR den Vorschlag, den Kanzlerkandidaten auf einem gemeinsamen Parteitag der CDU/CSU zu wählen. Vgl. auch „Frankfurter Rundschau“ vom 30. Juni 1971 „Schröder distanziert sich von Stücklens Vorschlag; „Die Welt“ vom 6. Juli 1971 „Jetzt kandidieren nur noch Barzel und Kohl für den CDU-Vorsitz“.

Dinge sind. Es wurde auch auf das satzungsmäßige Recht des Parteyausschusses bei dieser Gelegenheit hingewiesen, den man selbstverständlich nicht übergehen kann. Das muß auf den Parteitag entschieden werden, d. h. auf dem unseren und dem kurz danach stattfindenden Parteitag der CSU. Aber selbstverständlich wollen wir auch nicht die Dinge einfach laufen lassen bis dahin. Deswegen haben wir heute früh beschlossen, daß wir Kontakte aufnehmen, Gespräche führen, ohne das groß in die Öffentlichkeit dringen zu lassen, mit der CSU, wie das nun gemeinsam angepackt wird. Dabei wird sich dann auch die Frage, wie sich die CSU einen solchen gemeinsamen Parteitag vorstellt, klären oder auch nicht klären.

Der Parteitag selber soll zwei Tage dauern. Es muß eine Tagesordnung für ihn entworfen werden. Diese will das Präsidium auf seiner Sitzung am 3. September 1971 fertigstellen. Das dürfte reichen.

Ich glaube, damit habe ich die wesentlichen Erwägungen des Parteipräsidiums zu der Vorbereitung des Bundesparteitages in Saarbrücken vorgetragen und stelle diesen Punkt zur Aussprache.

*Dregger:* Ich möchte zunächst meinen Respekt sagen vor unserem Vorsitzenden, seiner politischen Leistung und seinem Entschluß und möchte dann Stellung nehmen zu dem Gedanken eines gemeinsamen Parteitages mit der CSU. Ich finde, wir sollten uns diesem Gedanken nicht mit allzu großer Reserve nähern. Ich finde ihn im Grunde gut, denn wir müssen mit der CSU gemeinsam in den Wahlkampf ziehen, müssen gemeinsam die Wahl gewinnen und müssen gemeinsam die Regierung bilden. Wenn es auf einem gemeinsamen Parteitag zu einer Abstimmung käme zwischen zwei Kandidaten, dann könnte es natürlich nicht die Paritätsfrage geben, Herr Katzer, da der gemeinsame Parteitag ja beinhaltet, daß jeder Delegierte eine Stimme hat. Und damit ist die Parität ja nicht gegeben. Also, ich meine, der Gedanke ist recht gut, und es wäre sehr schön, wenn es später auch noch einmal zu gemeinsamen Parteitagen käme und wenn nicht nur in der Fraktion, sondern auch zwischen den Parteien eine gemeinsame Zielsetzung abgestimmt werden könnte.

*Kiesinger:* Ich habe gesagt, wir wollen die CSU fragen, wie sie sich das denkt. Das bedeutet keine Reserve. Die Sache hat natürlich ohne Zweifel eine gewisse Faszination. Bloß wenn man ein bißchen über die rechtlichen Fragen nachdenkt, kommt man sehr rasch auf die Schwierigkeiten. Damit habe ich dasselbe ansprechen wollen, daß Sie auch angesprochen haben.

*Kohl:* Zum gemeinsamen Parteitag CDU/CSU möchte ich noch sagen, was an Erörterungen heute im Präsidium auftrat. Zunächst einmal glaube ich, daß sich niemand darüber im klaren ist, daß das allein schon aus dem Grunde eine vortreffliche Sache wäre, weil die CSU dann beim übernächsten gemeinsamen Parteitag den Präzedenzfall geschaffen hätte. Der erste gemeinsame Parteitag wäre neben der reinen Notwendigkeit der Personalentscheidung ein Bruch mit einer Tradition, gemeinsamen Parteitagen aus dem Wege zu gehen. Darüber muß man sich im klaren sein. Deswegen war ich auch heute im Präsidium wie heute mittag hier prinzipiell für die Sache. Ganz ungewöhnlich schwierig und problematisch jedoch ist, daß der Vorschlag parteienrechtlich die Realisierung zweier Satzungsänderungen in der CDU und CSU beinhaltet,

denn die gemeinsamen Parteitagsdelegierten müssen ja irgendwann gewählt werden. Ich bin dennoch der Meinung, wir sollten an die Sache herangehen, weil wir ja das Glück haben, daß beide Parteitage der CDU und CSU in ganz kurzem Abstand voneinander tagen und sozusagen die Stunde der Wahrheit für jeden, der einen gemeinsamen Parteitag fordert, dann gekommen ist – denn beide Parteien sind ja völlig frei und souverän – vorher auszuhandeln, wie etwa der Quotient ist zwischen CDU und CSU. Und dann kann man ja die Delegierten auf diesem gemeinsamen Parteitag, nach einem inneren Schlüssel wiederum, wie etwa bei den CDU-Landesverbänden und bei der CSU, wählen, so daß ich eigentlich nur raten kann, daß wir den entsprechenden Hinweis bei aller rechtlichen Schwierigkeit, die Sache durchzusetzen, aufnehmen und sagen, wenn es irgend möglich ist, ist die CDU bereit, alles zu tun, zu einem gemeinsamen Parteitag zu kommen. Es liegt jetzt ganz einfach an der CSU, uns einen Vorschlag zu unterbreiten, wie man das im Detail tut. Und es wird sehr interessant sein, wie dieser Vorschlag aussieht.

*Kiesinger:* Ich glaube, der Punkt „Gemeinsamer Parteitag“ ist damit erledigt. Wir sollten uns auf jeden Fall von uns aus nicht distanzieren. – Wünscht jemand das Wort zu der Frage?

*Hahn:* Ich bin natürlich sehr dafür, wenn wir hier der Meinung sind, gemeinsamer Parteitag mit dieser Zweckbindung, daß dann nicht vor der Öffentlichkeit ausgehandelt wird, wie wir die Partei [...] machen, sondern daß vorher klar ist, daß hier eindeutig vor der deutschen Öffentlichkeit dieser feste Wille der Gemeinsamkeit herausgestellt wird, daß wir nicht erneut Schwierigkeiten bekommen durch eine zerstrittene Partei, hier und auf der anderen Seite. Dann muß das rechtlich bestens abgesichert und durchdacht werden.

*Scheufelen:* Auf dem gemeinsamen Parteitag müssen die Delegierten ja unter dem Mäntelchen zweier Parteien unter gleichen Zahlenstücken zustande kommen. Das heißt also, das einfachste wäre ja, wenn die Delegierten der CSU, weil sie nur in einem Land stattfindet [sic!], nach dem Schlüssel wie die Bundesparteitagsdelegierten der CDU gewählt werden. Das wäre z. B. dann ein anderer Weg. (*Unruhe und Diskussion.*)

*Stoltenberg:* So interessant und fesselnd für viele dieser Gedanke eines gemeinsamen Parteitages auch ist, ich würde doch vorschlagen, daß wir in der kommenden öffentlichen Erörterung der nächsten zwei Monate die Dinge sehr deutlich auseinanderhalten. Es wird in den kommenden zwei Monaten natürlich ein starkes Interesse geben, gerade auch von den Kräften, die ablenken wollen von den großen Schwierigkeiten der Bundesregierung und die die ganze Personal- und Strukturfrage der CDU in der Sommerzeit in den Zeitungen zu halten wünschen.

Ich glauben, wir müssen hier deutlich die zwei verschiedenen zeitlichen Probleme sehen. Die Frage der Benennung eines Spitzenkandidaten ist ja in einer relativ begrenzten Frist nach unserem Parteitag zu sehen. Und bis dahin wären, von allen anderen abgesehen, die technischen, organisatorischen, satzungsmäßigen Voraussetzungen für einen gemeinsamen Parteitag überhaupt nicht zu klären. Und wir sollten dies auch in der öffentlichen Debatte klar trennen. Hier geht es um das erwähnte besondere Gremium, dessen Zusammensetzung noch einmal freundschaftlich mit der CSU be-

sprochen werden muß. Und die andere Frage, die Stücklen aufgeworfen hat, ist eine Frage, die nach meiner Auffassung ganz klar losgelöst von unseren Personalüberlegungen und -entscheidungen mit der CSU auch gemeinsam zu behandeln ist, ob es sich anbietet, in der zweiten Hälfte der Wahlperiode, zu einem Zeitpunkt, den wir im Augenblick nicht wissen, einmal eine besondere Demonstration der politischen Einigkeit und Kraft von CDU/CSU in dieser Form eines gemeinsamen Parteitages vorzunehmen, was aber auch eine Reihe von sachlichen Vorkehrungen und insofern auch Zeit voraussetzt, damit das wirklich eine Demonstration der Einigkeit und Geschlossenheit wird und nicht eine Demonstration von Unterschieden, die es in der Union insgesamt und vielleicht auch zwischen CDU und CSU gibt.

*Kraske:* Herr Vorsitzender! Sie brachten zu Beginn einen Punkt der Tagesordnung, wozu zu sagen wäre, wenn das dazu gehört, würde ich doch gerne eine Frage nach der Tagesordnung des Parteitages stellen. Sie kündigten zwar an, daß das Präsidium sich erst Anfang September darüber schlüssig werden wolle, ich fände es aber doch für dieses Gremium ganz wichtig, bevor es wahrscheinlich das nächste Mal in Saarbrücken zusammentrifft, schon ein bißchen die Gesichtspunkte kennenzulernen, die bei der Vorbereitung dieser Tagesordnung eine Rolle spielen. Denn wir wissen ja aus alten Erfahrungen, daß unter publizistischen Gesichtspunkten solche Wahlparteitage, wo sich das gesamte Interesse der Öffentlichkeit auf den Wahlvorgang konzentriert, sehr schwer sachlich ins Bild zu bringen sind. Ob man das sehr schön findet oder nicht, es ist davon auszugehen, daß die Öffentlichkeit hier eine personelle Entscheidung auf diesem Parteitag erwartet und das im Mittelpunkt des gesamten Interesses steht. Das Sachprogramm dieses Parteitages wird dann in der Öffentlichkeit nicht das Interesse finden, das ihm von der Sache her zukäme. Ich fände es deshalb wichtig, wenn wir uns darüber heute schon ein bißchen im Grundsätzlichen verständigen würden.

*Heck:* Nun, Herr Kraske, es ergibt sich anhand der Statuten, daß wir nicht nur einen reinen Wahlparteitag abhalten, denn auf dem Parteitag werden der Parteivorsitzende, der Fraktionsvorsitzende und der Generalsekretär ihre Berichte erstatten. Ich glaube, daß die Berichte insgesamt unter dem strategischen Konzept unserer Opposition stehen werden. Es ist ja der Regierung gelungen – ich glaube, daß wenigstens Wehner das mit klarer Absicht erzwungen hat –, daß wir mit einem kräftigen „Nein“-Akzent begonnen haben. Wehner, die SPD und die Regierung sind dabei, uns so auf der Neinsager-Linie zu halten; die Fraktion hat umgeschaltet.<sup>6</sup> Das muß, glaube ich, auf dem Parteitag in den Berichten klar zum Ausdruck kommen, und das wird ja auch dann in der Diskussion eine entsprechende Bestätigung erhalten. Die übrigen Formalien, die auf dem Parteitag zu erledigen sind, brauchen hier, glaube ich, nicht weiter erwähnt zu werden.

*Amrehn:* Nach den Worten von Dr. Stoltenberg ist mir klar geworden, daß eine Unterscheidung anscheinend im Präsidium vorgenommen worden ist, ob man einen

---

6 Vgl. z. B. Debatte über die Gesetzesentwürfe für ein Städtebauförderungsgesetz am 16. Juni 1971. Wehner forderte die Union auf, dafür zu sorgen, daß „der Bundesrat wieder würde, was er zu sein hätte.“ (Sten.Ber. 6. WP 127. Sitzung S. 7389f.).

gemeinsamen Parteitag für einen noch nicht näher bestimmten Sachzweck überhaupt abhalten will und völlig getrennt davon den Vorschlag der Union der Flüchtlinge und Vertriebenen aufnehmen will, eine Sonderregelung zu schaffen für die Benennung eines Kanzlerkandidaten.<sup>7</sup> Der Vorschlag von Stücklen geht jedenfalls von einer ganz anderen Vorstellung aus. Er wollte die Wahl des Kandidaten auf einen gemeinsamen Parteitag verlegen. Unter diesem Gesichtspunkt wird dann allerdings auch die Frage nach den rechtlichen Zusammenhängen erst relevant, ob ein solcher gemeinsamer Parteitag die rechtliche Befugnis hat, solche Nominierungen vorzunehmen, obwohl dafür an sich ja gar keine Vorschriften bestehen. Auch für ein anderes Gremium irgendwelcher nicht näher im Gesetz bestimmter Art gibt es ja keine rechtlichen Bindungen, die Nominierung vorzunehmen, sondern nur für eine Fraktion die Verantwortung, einen Kanzlerkandidaten rechtlich nach der Verfassung zu nominieren. Mir läge doch sehr daran, wenn wir etwas Klarheit hierzu gewinnen könnten. Sollte es die Absicht sei, im Interesse einer engeren Zusammenarbeit der beiden Parteien überhaupt zu gemeinsamen Parteitagen zu kommen und davon losgelöst die zwar aktuelle Frage des Kanzlerkandidaten draußen zu lassen, dann brauchen wir uns keine rechtlichen Kopfschmerzen zu machen. Dann brauchen wir nicht zu prüfen, wie die Delegierten gewählt sind. Parteitage können natürlich gemeinsam tagen. Wenn jemand da Schwierigkeiten sehen sollte, kann ich nur daran erinnern, daß wir im Jahre 1950 mit 20 Landesparteien zusammen getagt haben, um uns einen gemeinsamen Vorsitzenden zu geben.<sup>8</sup> Das gäbe es nicht nach der Verfassung und nach dem Parteiengesetz, aber das wollen wir ja auch nicht. Keiner gibt seinen Vorsitz an einen gemeinsamen Vorsitzenden ab, jedenfalls nicht die kleineren an den größeren. Durch die Worte von Dr. Stoltenberg sind bei mir jetzt Zweifel aufgetaucht, die ich bis dahin gar nicht hatte. Ich bitte, dazu vielleicht noch ein erklärendes Wort zusätzlich zu sagen.

*Kiesinger:* Ich habe es so gesagt, wie es eigentlich herausgekommen ist, denn das Präsidium hat sich nicht etwa festgelegt, keineswegs einen gemeinsamen Parteitag für die Wahl des gemeinsamen Kandidaten, sondern aus anderem Anlaß abzuhalten, sondern es wurde gesagt, es kann das eine wie das andere sein. Daß die CSU ihre Äußerungen gemünzt hat auf die Wahl des Kanzlerkandidaten, ist aus der Erklärung von Herrn Stücklen sehr klar herauszulesen. Deswegen habe ich gesagt, wir wollen mal die CSU freundlich fragen, wie sie sich das denkt. Und erst wenn wir das wissen, dann sollten wir weiter darüber beraten. Wir machen sonst die Rechnung ohne den Wirt, denn ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß die CSU sagt, nun ja, so einen gemeinsamen Parteitag kann man schon mal machen, aber das ist uns jetzt nicht so wichtig; wichtig ist uns der gemeinsame Parteitag für die Wahl eines gemeinsamen Kanzlerkan-

---

7 Anlage zur Sitzung des Bundesausschusses am 10. Mai 1971 in ACDP 07–001–606.

8 Zum Vorsitzenden wurde auf dem ersten Bundesparteitag der CDU vom 20.–22. Oktober 1950 in Goslar Konrad Adenauer gewählt. Vgl. KLEINMANN S. 126–130. Druck: Christlich-Demokratische Union Deutschlands (Hg.): Erster Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Goslar, 20.–22. Oktober 1950. Bonn. o.J. (Protokoll im Internet: [http://www.kas.de/upload/themen/programmatur\\_der\\_cdu/protokolle/1950\\_Goslar\\_1\\_Partitag.pdf](http://www.kas.de/upload/themen/programmatur_der_cdu/protokolle/1950_Goslar_1_Partitag.pdf)).

didaten. Und deswegen müssen wir hören, wie es sich die CSU denkt, wie sie sich zu den damit aufgeworfenen Rechtsfragen stellt. Denn es ist nicht nur eine Frage der Satzung, sondern auch des Parteiengesetzes.

*Harlander*<sup>9</sup>: Ich möchte den Versuch machen, hier kurz zu interpretieren, was Herr Stücklen gemeint hat. Ich darf dazu einen Satz aus dem „Bayernkurier“ zitieren: „Nach dem Parteitag werden CDU und CSU gemeinsam und in fairer Partnerschaft die gewiß nicht leichte Aufgabe der endgültigen Kandidatennominierung zu bewältigen haben. Richard Stücklens Vorschlag eines gemeinsamen Parteitages verdient dabei Beachtung und sollte für die Union ein ernster Appell zu optimaler Gemeinsamkeit und eine Warnung vor spektakulären Einzelaktionen sein.“<sup>10</sup>

Ich glaube, Herrn Stücklen richtig zu interpretieren, daß er, so wie Herr Dr. Stoltenberg es eben genannt hat, diesen Parteitag als Demonstration der Einigkeit ansieht. Ich glaube nicht, daß sich Herr Stücklen über die Zahl der Delegierten genau im klaren war. Ich habe dies auch aus der Zeitung erfahren und sofort nachrechnen lassen und bin dabei darauf gekommen, daß wir nach unserer Satzung 638 stimmberechtigte Delegierte haben. Und wenn ich richtig unterrichtet bin, sind es bei Ihnen etwa 570. (*Stürmische Heiterkeit.*) Ich war also sehr überrascht, und ich darf Ihnen sagen, Herr Dr. Strauß war ebenso überrascht.

Wenn auf diesem Parteitag tatsächlich der Kandidat zur Wahl gestellt werden soll und die beiden Satzungen etwas aufeinander abgestimmt werden sollen, dann dauert das nach meiner flüchtigen Rechnung mindestens ein Jahr, bis die Delegierten für diesen Sonderparteitag durchgewählt sind. Und damit hat sich wahrscheinlich der Vorschlag für diesen Zweck vielleicht sogar schon erledigt.

*Kiesinger*: Meine Damen und Herren, Sie haben soeben die erste Stimme der CSU, wie sie sich das denkt, gehört. Wenn Sie dann noch einige weitere hören, ist die Sache, glaube ich, sehr bald geklärt.

*Kohl*: Ich möchte noch einmal die Frage von Herrn Amrehn aufnehmen. Ich glaube, wir stehen doch jetzt vor zwei Fragen:

1. Was tut die CDU, die in den letzten Monaten ja immer wieder Ratschläge aus der CSU empfing, nachdem dieser Ratschlag jetzt gekommen ist? – Ich kann nur raten, im Sinne dessen, was Herr Harlander eben gesagt hat, diesen Vorschlag mit äußerster Freundlichkeit aufzunehmen und jetzt die CSU um die Präzisierung ihres Vorschlages zu bitten. Wenn alsbald herauskommt, daß Stücklen sagt, das dauert wenigstens ein Jahr, dann hat er das gesagt und nicht wir.

2. Dr. Kiesinger sprach ja von einem Gremium oder Bundesparteitag. Da wir aber jetzt sagen „alsbald“, d. h. einige Wochen, höchstens drei bis vier Monate vom Oktobertermin her, wird die Satzung nicht zustande kommen. Es bleibt also die andere

---

9 Florian Harlander (geb. 1928), 1961–1965 Bundesgeschäftsführer der JU, 1965–1967 Pressereferent der CSU, 1967–1971 Leiter der Abteilung Parteiorganisation, 1971–1982 Landesgeschäftsführer der CSU, ab 1985 Generalbevollmächtigter der CSU für Finanzfragen, 1995–1997 Landessprecher der Senioren-Union der CSU.

10 Artikel von Wilfried Scharnagl „Diskussion genügt nicht“ im „Bayernkurier“ vom 3. Juli 1971.

Alternative mit dem Gremium, über das man sich ja auch mit der CSU unterhalten muß, denn die Zahlen, die bei der Benennung des Bundespräsidentenkandidaten<sup>11</sup> zugrunde lagen, das sind ganz gewiß nicht die Zahlen, die wir hier zugrunde legen können, sondern wir werden mit unseren Präsidien diese Frage noch einmal sehr beraten müssen. Ich glaube also, wir sollten freundlich das Angebot zu einem gemeinsamen Parteitag annehmen und sagen, sobald wie möglich sollte man das tun. Die CSU soll sagen, wie sie sich das im einzelnen vorstellt, ansonsten sind wir der Meinung, der Kanzlerkandidat sollte von einem gemeinsamen Gremium gewählt werden.

*Kiesinger:* Ich würde also vorschlagen, daß wir uns mit dieser Frage nicht länger auseinandersetzen. Wir sind uns im Grunde alle einig darüber. Wir nehmen den Vorschlag der CSU freundlich auf, und zwar in der doppelten Richtung: erstens zur Frage der Kanzlerkandidatenwahl, zweitens als Demonstration der Einigkeit und Kraft. Warten wir jetzt mal die Gespräche ab und dann beschäftigen wir uns wieder mit diesem Punkt.

*Blüm:* Die Frage war ja zunächst recht abstrakt, vor allem, bis geklärt ist, wie konkret auch die Zahlungsverhältnisse sich ausdrücken. Ich würde mich dieser abstrakten Formulierung „Demonstration der Einigkeit“ schon anschließen, ich will nur auf einige Folgewirkungen aufmerksam machen. Das kann ja wohl nicht so geschehen, daß wir da nur die Wahlmaschine laufen lassen, sondern wenn wir Einigkeit demonstrieren, müssen wir auch einige Sachfragen diskutieren. Beispielsweise die Frage der Deutschen Union.<sup>12</sup> Und was dieser Parteitag dann beschließt – ja, für mich ist dies nicht unwichtig –, müßte dann auch bindend sein für die Gruppe, die auf diesem Parteitag die kleinere ist, das wird ja dann wahrscheinlich die CSU sein. Auf alle diese Folgewirkungen sollte man aufmerksam machen.

*Kiesinger:* Also, ich habe immer noch keine weisere Formel gefunden, als daß wir abwarten und die CSU fragen, wie sie sich das denkt.

*Stingl:* Ich bin anscheinend der letzte, der mit Stücklen gesprochen hat. Er hat mich vorige Woche in Nürnberg besucht, und da haben wir natürlich auch über dieses Thema gesprochen. Stücklen sagte mir, daß er davon ausgegangen ist – und hier teile ich voll seine Meinung –, daß es ganz schlimm wäre, wenn die CDU einen Kanzlerkan-

---

11 Die Kommission zur Benennung des Bundespräsidentenkandidaten bestand aus Vertretern der CDU und CSU. Zur Zusammensetzung vgl. Vermerk von Bruno Heck vom 6. November 1968 (ACDP 07–001–1317). Zum „Komitee der CDU/CSU Deutschlands zur Vorbereitung der Bundespräsidentenwahl“ 1959 Rudolf MORSEY: Auf der Suche nach dem Ersatzmann. Die Nominierung Heinrich Lübkes für die Wahl zum Bundespräsidenten am 15. Juni 1959. In: HPM 2 (1995), S. 247–281.

12 Im Januar 1971 trafen sich Mitglieder der Nationalliberalen Aktion in Hannover, um über die Satzung der geplanten Nachfolgeorganisation „Deutsche Union“ zu beraten. Am 16. Januar 1971 wurde das Grundsatzprogramm verabschiedet. Die Partei wurde am 12. Juni 1971 in Düsseldorf gegründet, zum Vorsitzenden der DU wurde Siegfried Zoglmann gewählt. Vgl. FAZ vom 18. Januar 1971 „NLA beschließt Gründung der ‚Deutschen Union‘“; „Frankfurter Rundschau“ vom 14. Juni 1971 „‚Deutsche Union‘ bietet der CDU Zusammenarbeit an“. Vgl. auch GRAU, Verhältnis S. 84–87; Ströss S. 340–344. Grundsatzprogramm und Satzungsentwurf der DU in ACDP Dokumentation 2/2216.

didaten benennt und die CSU darf nur nachziehen. Sie hat also zu keiner Zeit auch nur die Möglichkeit mitzusprechen. Er denkt auch nicht daran, daß es solch einen Parteitag mit den rechtlichen Schwierigkeiten gibt, sondern er denkt daran, nachdem abgeklärt ist, wer Kanzlerkandidat werden soll, daß man dann in einer geschlossenen Demonstration der beiden Parteitage sowohl den Kanzlerkandidaten wie auch ein Sachprogramm verkündet. Davor soll alles wie in den Parteigremien laufen – so hat er es mir wenigstens gesagt –, wobei ich von mir aus dazu sage, sehr große rechtliche Schwierigkeiten sehe ich jedenfalls nicht, wenn man sich davor auf einen Modus der Kurienwahl oder ähnliches einigen kann. Es geht jedenfalls – so sagt Stücklen – nicht darum, jetzt der CDU ein Veto der CSU aufzuzwingen. Aber umgekehrt muß die CSU darauf bedacht sein, daß ihr nicht gesagt wird, ihr könnt nur hinter der CDU herlaufen, sondern das muß vorher geklärt werden in einem Gremium, wie es hier vorgeschlagen worden ist, um dann in einer geschlossenen Demonstration personell und sachlich – das hat er ausdrücklich dazu gesagt – vor die Öffentlichkeit zu treten.

*Von Weizsäcker:* Ich möchte nur das Wort „Kurienwahl“ mit einem leichten Fragezeichen versehen. Wir brauchen es nicht auszudiskutieren.

*Kiesinger:* Meine Damen und Herren, also schließen wir diesen Punkt jetzt ab. Zum Punkt 1 wird sonst noch das Wort gewünscht? Wir scheinen uns ja völlig einig zu sein.

*Heck:* Nur eine Frage. Ist beabsichtigt, vor dem Saarbrücker Parteitag noch einmal zusammenzukommen oder erst in Saarbrücken?

*Kiesinger:* Vorher. Gut, dann ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

*Kraske:* Wir können den Termin ja am Schluß der Sitzung festlegen.

*Kiesinger:* Ich würde auch vorschlagen, daß wir das heute festlegen.

## POLITISCHE LAGE

Wir müssen ein paar aktuelle und brennende Themen herausgreifen. Wir haben es zu tun gegenwärtig mit den Problemen des Städtebauförderungsgesetzes, der Renten Anpassung, der Bildungsplanung, der Bremer Universität.

Wir haben ja am 9. Juli Bundesratssitzung und Ministerpräsidentenkonferenz, wo diese Themen behandelt werden.<sup>13</sup>

Ich glaube, ich brauche nicht zu sagen, wie wichtig es ist, daß wir hier über den Bundesrat unsere Möglichkeiten voll ausschöpfen. Es gab nur einen scheinbaren Unterschied zwischen einer Aussage des Fraktionsvorsitzenden und mir in diesem Zusammenhang. Daß der Bundesrat heute für uns eine ganz außerordentlich politische Waffe ist<sup>14</sup>, ist ganz selbstverständlich, und unsere politischen Gegner versuchen nun plötzlich, den Bundesrat als eine Institution darzustellen, als den ihn übrigens auch

13 Nach der Abstimmungsniederlage der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag riefen die CDU/CSU-geführten Bundesländer in der Bundesratssitzung am 9. Juli 1971 den Vermittlungsausschuß an. Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 10. Juli 1971 „CDU-Länder bremsen zwei Gesetze“; „FAZ vom 10. Juli 1971 „Lädierte feine Manieren im hitzigen Bundesrat“.

14 Das Stimmenverhältnis CDU/CSU–SPD geführte Länder betrug 21:20. Vgl. „Frankfurter



Golo Mann in seiner „Geschichte des 20. Jahrhunderts“<sup>15</sup> darstellt, nämlich als eine Institution, in der lediglich Länderprobleme entschieden werden. Das sagt ein politischer Wissenschaftler, man kann sagen, es ist weit gekommen mit uns. Und daher ist es sehr notwendig, daß wir in diesen Fragen völlig eingehen.

*Stingl:* Ich würde, wenn es Sie interessiert, etwas zu den neuesten Zahlen vom Arbeitsmarkt sagen.

*Kiesinger:* Machen wir das nachher vielleicht im Zusammenhang mit der Rentenanpassung? Ich würde vorschlagen, daß wir jetzt den Punkt „Städtebauförderungsgesetz“ nehmen.

### *Städtebauförderungsgesetz*

*Kohl:* Ich glaube, wir müssen über den kommenden Freitag insgesamt reden, das ist ja nicht nur ein Punkt. Und der Freitag ist deswegen auch psychologisch so schwierig, weil die Presse ja nur einmal berichtet, was sich beim Bundesrat am Morgen und bei der Ministerkonferenz am Nachmittag abspielt. Dies sind zwar zwei völlig verschiedene Gremien, aber in der optischen Wirkung wird es jedesmal darauf hinauslaufen, daß wir die härteste Konfrontation, die wir seit langer Zeit haben, in beiden Gremien am Freitag bekommen. Dabei geht es hauptsächlich um die zwei wichtigsten Gesetze, die sozusagen politisch am meisten aufwühlen – das Städtebauförderungsgesetz und die Rentenanpassung.<sup>16</sup>

Um noch einmal verfassungsrechtlich in Erinnerung zu rufen: Wenn wir blockieren im Städtebauförderungsgesetz, ist das das Ende. In der Rentenanpassung können wir – wie Sie wissen – über den Vermittlungsausschuß usw. überstimmt werden.

---

Rundschau“ vom 10. Juli 1971 „Wahlkampfzettel Bundesrat“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 10./11. Juli 1971 „Der Bundesrat als Ersatz-Opposition“.

15 Dr. Golo (Angelus Gottfried Thomas) Mann (1909–1994), Historiker; Studium der Philosophie und Geschichte, 1932 Dissertation, 1933 Emigration, 1935 Lektor an der Universität in Rennes, 1937–1940 Redakteur der Exil-Zeitschrift „Maß und Wert“ in Zürich, 1942/43 Professor für Geschichte am Olivet College Michigan/USA, 1943–1946 Soldat in der US-Armee, 1947–1958 Professor am College in Claremont/Kalifornien, 1960–1964 o. Professor für Politischen Wissenschaften an der TU Stuttgart, danach Tätigkeit als Publizist. Memoiren: Erinnerungen und Gedanken. Eine Jugend in Deutschland. Frankfurt/Main 1991; Tilman LAHME: Golo Mann. Biographie. Frankfurt/Main 2009. – Nach Golo Mann vertritt der Bundesrat „die Länder und Landesregierungen beim Bunde“ (Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Frankfurt/Main 1958 S. 938 f.).

16 BT-Drs. VI/434 CDU/CSU-Antrag Gesetzentwurf zur Förderung von städtebaulichen Erneuerungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Stadt und Land/Städtebauförderungsgesetz, zweite und dritte Beratung am 16. Juni 1971 vgl. Sten.Ber. 6. WP 127. Sitzung S. 7317–7350 und S. 7364–7412. Beratung des Berichts des Vermittlungsausschusses zum Städtebauförderungsgesetz (BT-Drs. VI/2442) am 19. Juli 1971, vgl. Sten.Ber. 6. WP 133. Sitzung S. 7745–7749. Gesetz vom 27. Juli 1971 vgl. BGBl. 1971 I S. 1125. – BT-Drs. VI/2199 (14. Rentenanpassungsgesetz), zweite und dritte Beratung am 23. Juni 1971, vgl. Sten.Ber. 6. WP 130. Sitzung S. 7553–7587. Gesetz vom 10. August 1971, BGBl. 1971 I S. 1257.

Nach dem jetzigen Sachstand können Sie von folgendem ausgehen: Das Städtebauförderungsgesetz wird am Freitag früh auflaufen, d. h. es bekommt keine Mehrheit. Wir haben heute früh im Präsidium schon darüber geredet. Wir haben auch zwischen den einzelnen Ländern bereits über die Sache gesprochen. Wir müssen uns natürlich jetzt sehr hüten, daß wir nur gegen das Gesetz sind, sondern müssen völlig klar machen während der Debatte im Bundesrat und noch bevor abgestimmt wird, wie die CDU/CSU-Länder prozedieren werden. Wir haben jedenfalls die Absicht – was Rheinland-Pfalz betrifft, und ich glaube, daß auch die anderen Kollegen uns in dieser Sache unterstützen werden, wir haben darüber noch nicht im Detail gesprochen –, klipp und klar die Gründe zu sagen, warum wir das Gesetz in der jetzigen Fassung nicht akzeptieren können, daß wir aber gleichzeitig sagen, daß wir bereit sind, diese Fassung vom Bundestag zu akzeptieren unter der Voraussetzung der Berücksichtigung der zwei Hauptänderungen unserer Fraktion vom letzten Durchgang.<sup>17</sup>

Ich glaube, praktisch muß für die Öffentlichkeit in der Debatte herauskommen, daß am Ende, wenn die Koalition auf die Linie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einschwenkt, das Gesetz ohne weitere Umschweife noch verabschiedet werden kann. Kommt diese Lösung nicht zustande, ist unser Entwurf in der Stunde, in der abgelehnt wird – das wird jetzt schon am Freitag sein – erneut in der Gesetzgebung, und zwar ein neuer Entwurf mit den zwei Änderungen, so daß wir also in der Öffentlichkeit aus dem Vorwurf heraus sind, daß wir dagegen sind. Das ist eine ganz, ganz wichtige Sache.

Vielleicht sagen Sie uns, Herr Dr. Filbinger, wie Ihre vermutliche Stellungnahme im Bundesrat in Sachen Renten Anpassung ist. Dort ist die Frage so, daß alle anderen CDU/CSU-geführten Länder entsprechend votieren werden. Das geht natürlich dann aufgrund der Mehrheiten im Vermittlungsausschuß kaputt. Ich bin dennoch dafür, das will ich für meine Person sagen, selbst wenn Sie in Baden-Württemberg nicht mitmachen würden, werden wir an unserem Beschluß festhalten und nicht zustimmen. Ich glaube, man muß die Debatte aus dem Bundestag im Bundesrat noch einmal führen, auch wenn sie keine Chance hat, weil die Argumente sozusagen ja auf dem Tisch liegen.

Eine ganz wichtige Frage ist dann am Nachmittag die Frage der Finanzierung der Bremer Universität. Das ist der Punkt, weshalb die letzte Ministerpräsidentenkonferenz von vor vier Wochen vertagt wurde.<sup>18</sup> Sie steht jetzt an. Der Kollege Ko-

---

17 Art. 25 des CDU/CSU-Entwurfs befaßte sich mit der Mitwirkung der Gemeinde, Art. 54 mit der Steuervergünstigung für Veräußerungsgewinne, vgl. BT-Drs. VI/434. Zu den Änderungen bei den § 25 und 54 vgl. Sten.Ber. 6. WP 127. Sitzung Umdruck 195 und 196. Die Beratung über die beiden Änderungsanträge erfolgte in der Sitzung am 16. Juni 1971, vgl. Sten.Ber. 6. WP 127. Sitzung S. 7406–7412.

18 Vgl. „Die Welt“ vom 4. Juni 1971 „Entscheidung über Bremen am 9. Juli“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 5. Juni 1971 „Ueber Finanzierung der Uni Bremen uneins“. – Auf der Ministerpräsidentenkonferenz am 9. Juli 1971 hatten sich die Ministerpräsidenten des Saarlands, von Rheinland-Pfalz und Bayern eine Beteiligung an der laufenden Finanzierung der Universität Bremen abgelehnt, vgl. „Weser-Kurier“ vom 12. Juli 1971 „Koschnick: Ein unfreundlicher Akt“; FAZ vom 9. Juli 1971 „Erkenntnis nach Proporz“.

schnick<sup>19</sup> hat eine Dokumentation angekündigt aufgrund der Dokumentation der FDP und der Bremer Bürgerschaftsfraktion der CDU.<sup>20</sup> Ich muß sagen, bis zur Stunde habe ich diese Dokumentation nicht in der Hand, obwohl er sie rechtzeitig angekündigt hatte. Hier gibt es keine Abstimmung zwischen den Ländern im Detail. Ich will nur eines sagen, das wird auch wahrscheinlich bei uns etwas kontrovers sein. Wir aus der Sicht von Rheinland-Pfalz, und damit ist das Einstimmigkeitsprinzip gebrochen, sind der Auffassung, daß wir an diesem Tage von uns aus aufkündigen, so daß also diese Finanzierungsproblematik zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik zerbricht. Ich nehme an, daß andere Kollegen sich ähnlich verhalten werden, aber darüber muß man noch einmal reden. Aber auch hier meine ich, muß man sich darüber im klaren sein, daß die Argumentation streng sachbezogen ist.

Dennoch glaube ich, daß wir jetzt vor der Frage stehen, was Bremen betrifft, wenn wir jetzt vertagen – und das müssen Sie bedenken –, können wir mit der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz Mitte Oktober nur noch diese eine abhalten, und damit geraten wir mitten in den Bremer Wahlkampf mit dieser Entscheidung. Und es ist sehr die Frage, ob dann unsere Entscheidung in der Sache nicht nur als eine reine Wahlkampfmunition gewertet wird. Deswegen neige ich dazu, jetzt zu entscheiden vor der Sommerpause.

*Kiesinger:* Herr Dr. Kohl hat die Probleme unter einem besonderen Aspekt dargestellt. Wir müssen die einzelnen Fragen jetzt durchberaten. Im Präsidium heute früh ist auch zur Sprache gekommen, daß wir uns in einer etwas paradoxen Situation befinden. Auf der einen Seite versucht man uns, die Opposition, ständig in die Ecke der Nein-Sager zu drängen, auf der anderen Seite kommen sie jetzt und sagen, zu 90 % hat ja die Union diesen Gesetzen zugestimmt. Also das Nein-Sage-Argument wie das Ja-Sage-Argument kann uns gefährlich werden. Das Ding hat eben zwei Seiten. Wir sind nun einmal am Freitag in der Situation, die Dr. Kohl eben geschildert hat, und es bleibt uns gar nicht anderes übrig, wir müssen um der Sache willen hier entschieden bleiben.

Ich würde nun vorschlagen, daß wir die Punkte nacheinander behandeln, zunächst

---

19 Hans Koschnick (geb. 1929), Verwaltungsbeamter; 1945–1951 Verwaltungsbeamter im öffentlichen Dienst des Landes Bremen, 1951–1954 Bezirkssekretär der ÖTV, 1950 SPD, 1954–1962 Leiter des Beamtenausschusses des DGB Bremen, 1955–1963 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, 1963 Innensenator, 1967–1985 Senatspräsident und Bürgermeister, 1987–1994 MdB, 1994–1996 EU-Administrator der bosnischen Stadt Mostar, 1998–2000 Bosnien-Beauftragter der Bundesregierung. Vgl. Helgard KÖHNE (Hg.): Hans Koschnick – der Bürgermeister. Bremen 1985. – Der Bremer Senat legte seine angekündigte Dokumentation am 1. Juli 1971 vor, vgl. „Die Welt“ vom 2. Juli 1971 „Dokumentation zur Bremer Uni soll Bedenken zerstreuen“; „Die Welt“ vom 3./4. Juli 1971 „Koschnicks lückenhafte Universitäts-Denkschrift“. Eine gekürzte Version der Denkschrift in „Frankfurter Rundschau“ vom 7. Juli 1971 „Im Spannungsfeld zwischen Staat und Hochschule“.

20 Zu den Anträgen der Bremer CDU und FDP vgl. „Weser-Kurier“ vom 3./4. Juli 1971 „CDU will keine Berufungen mehr vor der Wahl“. Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag stellte am 2. Juli 1971 den Antrag, weitere Bundesmittel für die Universität Bremen nur noch mit Zustimmung des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft und des Haushaltsausschusses zur Verfügung zu stellen (BT-Drs. VI/2396).

das Städtebauförderungsgesetz, und ich bitte jetzt den Fraktionsvorsitzenden, dazu zu sprechen.

*Barzel:* Ich möchte es sehr kurz machen nach der Einlassung des Kollegen Kohl, der ich zustimme. Aus der Sicht der Bundestagsseite ist das Städtebauförderungsgesetz das erste von dreien, die wir ohne Konfrontation zu verabschieden wünschen, wenn dies möglich ist. Das andere ist das Eherecht<sup>21</sup>, und das andere ist die Bildungspolitik insgesamt. Darauf kommen wir nachher.

Die Gründe sind hier dargetan. Sie liegen im Interesse des Bürgers, denn wenn wir hier kontrovers werden, müssen wir ja, wenn wir unsere Argumente ernst nehmen, im Wahlkampf sagen, wir werden das ändern, denn wie soll sich sonst jemand einrichten.

Zweitens kam es darauf an, uns nicht in die Ecke drängen zu lassen – ich sage es jetzt übertrieben – vom Bauernverband oder dem Haus- und Grundbesitzern. Im Interesse der Modernität haben wir einen eigenen Entwurf eingebracht, und die beiden Entwürfe, der der Koalition und der eigene<sup>22</sup>, sind zu 90 % Konkurrenten geworden. Wir haben dann nach einer sorgfältigen Beratung unter uns den beiden anderen Fraktionen bei einem Gespräch der Fraktionsvorsitzenden, was es sehr selten nur noch gibt, gesagt, wir würden in der zweiten Legislaturperiode sicher ein Dutzend Anträge stellen, das war normal für eine solche säkulare Gesetzgebung, aber unsere Schlußabstimmung würde abhängig sein von zwei Punkten, die für uns fundamental seien, den Fragen 25 und 54 – ich glaube, das ist hier allen bekannt. Und wir würden auch vorschlagen, daß wir die Einigung gleich im Parlament herbeiführen, denn wir wollten ja ein Gesetz zusammen machen, das dann nicht 1973 wieder geändert werden muß.

Hier passierte folgendes, und das müssen die Herren, die im Bundesrat und in den Landeskabinetten das jetzt zur Entscheidung bringen, wissen, weil wir dies nicht haben veröffentlichen können und eigentlich auch nicht wollten bis zur Stunde. Wie war die Reaktion der beiden anderen Fraktionen? – Ich habe im Bundestag sagen können bei der Intervention dazu, daß unsere Vorschläge keineswegs Gedanken seien, die andere noch nicht gedacht hätten. In der FDP-Fraktion hat Herr Mischnick<sup>23</sup> unsere Änderungsvorschläge durchgesetzt. In der SPD-Bundestagsfraktion hat Herr Wehner sich nicht durchgesetzt. Er bekam drei Stimmen, seine eigene eingeschlossen. (*Zwischenruf:* Instabil!) Insgesamt! Womit sie die Mehrheitsverhältnisse und die Probleme dieser Bundestagsfraktion einmal hier ad oculos demonstriert bekommen. Das heißt, Herr Wehner – und das muß man wissen für Kabinette mit Sozialdemokraten, also für den Kollegen Filbinger – fand die Sache immerhin akzeptabel und fand das Argument, eine Gesetzgebung zu machen, die dann erst mal den Bürgern und den Gemeinden Ruhe gibt, vernünftig. Er hat sich nur nicht durchgesetzt. Das sollte in der Ruhe eines Kabinetts eigentlich möglich sein.

---

21 BT-Drs. VI/2577 Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts. Erste Beratung am 13. Oktober 1971, vgl. Sten.Ber. 6. WP 140. Sitzung S. 8090–8121.

22 Zum Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Städtebauförderungsgesetz vgl. BT-Drs. VI/510, zum Entwurf der CDU/CSU vgl. Anm. 16.

23 Wolfgang Mischnick (1921–2002), Angestellter; 1957–1994 MdB, 1968–1991 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 741 Anm. 57.

Was dann passiert ist, wird eines Tages im Wahlkampf für die Rolle der FDP als Anhängsel eine große Rolle spielen. Nachdem also die SPD gesagt hat, das machen wir nicht mit, mußte die FDP wieder zurückmarschieren und um des Koalitionsfriedens willen wieder auf den alten Standpunkt zurückkehren. Sie war also nicht frei, irgendwelchen Argumenten zu folgen.

In diesem Stadium völlig unsachlicher Gesetzgebung ist wirklich der Bundesrat – ich sage das hart – staatspolitisch angesprochen, hier eine Lösung herbeizuführen, die nicht morgen wieder geändert werden muß. Und ich stimme völlig zu, wenn unsere Sprecher, wie wir dies ja auch taten, niemals gegen die Sache, gegen die Überschriften, die Sache vertraten, sondern immer unter dem Argument, eine praktikable, sozial verpflichtete Privateigentumlösung muß am Schluß wieder stehen. Und das wollen wir jetzt so hinstellen, daß das nicht übermorgen wieder in den Streit der Parteien gerät. Das ist unsere sehr herzliche Bitte in dieser Frage. Und ich darf sehr herzlich danken dem Kollegen Windelen und all denen bei den Ländern, die mit dazu beigetragen haben, was wir bisher noch nie hatten, daß wir diese Position erst bezogen haben, nachdem wir auch mit den Ländern, wo wir in der Regierung sind, uns vorher völlig abgestimmt hatten. Das muß auch in den anderen Fragen so sein. Wenn der Bundesrat diese Funktion übernehmen muß, können wir von ihm nichts verlangen, was wir nicht vorher mit den Herren abgestimmt haben. Das ist in diesem Falle geschehen.

*Kiesinger:* Ich glaube, wir sind uns in diesem Punkt einig, auch in dem wichtigen Punkt des Verfahrens. Sagen, was wir wollen, nicht einfach ablehnen. Weder Nein-Sager noch Ja-Sager, sondern unsere eigene Vorstellung durchkämpfen mit den Möglichkeiten, die wir in der starken Opposition insgesamt gesehen haben.

*Stoltenberg:* Ich möchte noch ein paar Sätze hinzufügen. Die Bereitschaft der Koalition, im Vermittlungsausschuß einzulenken, wird nur dann bestehen, wenn in der Debatte vom 9. Juli glaubwürdig sichtbar wird, daß die knappe Bundesratsmehrheit entschlossen ist, diesen Punkt voranzutreiben auf die Gefahr des Scheiterns hin. Wenn sie den Eindruck haben, daß dies nur ein Versuch ist, bei dem man im letzten Moment noch zurückweicht, werden sie nicht in den entscheidenden Punkten einlenken.

Ich habe einem Gespräch mit Herrn Kubel<sup>24</sup> entnommen, daß man sich dort überhaupt nicht wohl fühlt. Es ist also ein Unbehagen bei einem Teil der Herren da, die im Vermittlungsausschuß abstimmen. Die Möglichkeit, auf der Linie, die auch Herr Wehner in diesem Falle vertreten hat – und das will schon etwas heißen, der hat nämlich durchaus einen Blick für die öffentliche Wirkung –, noch zu akkordieren, liegt nur darin, wenn wir klarlegen, daß wir bis zur äußersten Konsequenz gehen. Wir sind uns untereinander darüber einig, daß dies aber bedeutet, daß wir für den Fall eines Scheiterns, den wir nicht wünschen, den wir aber nicht ausschließen können, am nächsten Tag das neue Gesetz einbringen müssen. Wir müssen dann das Gesetz in unserer Fassung neu einbringen, denn darüber muß man sich im klaren sein – ich habe es in dem

---

24 Alfred Kubel (1909–1999), Industriekaufmann; 1970–1976 Ministerpräsident von Niedersachsen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1420 Anm. 84.

Wahlkampf der letzten Monate erlebt –, die „Neue Heimat“<sup>25</sup> ist in der deutschen Bevölkerung nicht populär. Und eine Konfrontation, in der wir die private Eigentumsbildung bei jedermann, die Möglichkeit der Bildung von Privateigentum und Wohnungswesen im Kontrast sehen zu der Bevorzugung der „Neuen Heimat“, der großen anonymen Wohnungsbaugesellschaften, der kommunalen, politischen, sozialdemokratischen Bürgermeister und Magistrate, können wir absolut mit diesen Auseinandersetzungen führen, nach meiner Überzeugung auch vor einer Landtagswahl. Nur muß das in der richtigen Blickrichtung geschehen, mit den richtigen Alternativen. Und das ist ein Punkt, der – glaube ich – in den kommenden Wochen von entscheidender Bedeutung ist.

*Kiesinger:* Bevor ich das Wort weitergebe, wir haben unsere Gläser vor uns, jetzt kann ich auch unserem Geburtstagskind [Helga Wex], wie wir es in diesem Haus gewohnt sind, zutrinken.

*Filbinger:* Ich habe nicht mehr viel hinzuzufügen, ich möchte nur einen Punkt herausheben. Wenn wir nicht eine Initiative alsbald und sofort nach dem möglichen und dem zu erwartenden Scheitern des Gesetzes von uns aus einbrächten, dann würden wir uns wahrscheinlich, trotz aller guten Argumente, die wir haben, in einer schwierigen Situation befinden. Denn die Öffentlichkeit sagt Ja zu diesem Gesetz, und wir dürfen – glaube ich – eines nicht übersehen, es ist uns noch nicht gelungen, in der Öffentlichkeit die Position der CDU in diesem speziellen Falle so deutlich zu machen, weshalb wir das Nein sagen. Wenn wir das tun, dann haben wir eine große Chance, verstanden zu werden, denn wir haben die besseren Argumente. Aber sie sind noch nicht in das öffentliche Bewußtsein gedrungen. Deshalb begrüße ich sehr, was gesagt worden ist. Wir sollten in der Schublade sofort unser Initiativgesetz haben, und wir sollten am Freitag im Bundesrat bei unseren Reden zum Ausdruck bringen, wir würden sofort nach einem Scheitern dieser jetzigen Regierungsvorlage von uns aus eine Initiative mit den Multiplikatoren starten, die nach unserer Auffassung unabdingbar sind. Ich brauche nur noch am Rande hinzuzufügen, Baden-Württemberg hat als Kabinett noch nicht entschieden. Das steht morgen bevor. Es ist klar, daß die SPD dabei nicht mitmacht. Wir müssen sie überstimmen, wir können sie überstimmen. Ich habe mich aber sehr gefreut, als ich vor acht oder zehn Tagen in dieser internen Nachricht der CDU

---

25 Der Großkonzern Neue Heimat ging in den 1950er Jahren aus der 1926 vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gegründeten Gemeinnützigen Kleinwohnungsbaugesellschaft Groß-Hamburg hervor. 1963 übernahm Albert Vietor die Leitung des immer weiter expandierenden gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzerns von dessen ersten Vorsitzenden Heinrich Plett. Am 8. Februar 1982 kam es zum Skandal, als der „Spiegel“ die persönliche Bereicherung mehrerer Neue Heimat-Vorstandsmitglieder, darunter Vietor, offenlegte. Im September 1986 verkaufte der DGB das gewerkschaftseigene Wohnungsbauunternehmen für den symbolischen Preis von einer DM. Nach dem Scheitern des Sanierungsplans im November 1986 und der Gründung einer Neuen Heimat-Auffanggesellschaft wurden bis 1990 alle Wohnungsbestände verkauft. Vgl. Andreas KUNZ: Die Akte Neue Heimat. Krise und Abwicklung des größten Wohnungsbaukonzerns Europas 1982–1998. Frankfurt/Main 2002.

aus Bonn gelesen habe<sup>26</sup>, was der Kollege Barzel eben vorgetragen hat, daß nämlich die FDP einstimmig für unsere Konzeption war und daß auch Herr Wehner dafür war und sich in seiner Fraktion nicht durchgesetzt hat. Es wäre die Frage, ob jetzt nicht Feuer frei für diese interne Situation gegeben werden kann.

*Blüm:* Ich meine, wir sollten uns doch noch einmal daran erinnern, daß der ursprüngliche CDU/CSU-Entwurf im Gegensatz zum Entwurf der Regierung die gesellschaftspolitischen Ziele des Städtebauförderungsgesetzes in den Vordergrund gestellt hat und daß der neue Entwurf des Ausschusses<sup>27</sup> diese Ziele übernommen hat. Das halte ich für einen Erfolg der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den man jetzt nicht in der Hektik der Auseinandersetzung vergessen sollte. Deshalb verstehe ich die Formulierung nicht, in der es heißt, das wichtigste Ziel der CDU bei diesem Gesetzentwurf sei die Privatisierung. Das ist nun in der Tat nicht das wichtigste Ziel dieses Entwurfs, sondern das wichtigste Ziel ist, lebensfähige Städte zu schaffen. Die Proportionen sollte man dabei nicht verwischen. Das ist nicht eine Distanzierung von der Privatisierung, die ich hier vornehme, aber diese Privatisierung ist nicht das primäre Ziel des Gesetzes. Wir sollten deutlich machen, daß es uns um lebensfähige Städte geht und daß in diesem Zusammenhang die Privatisierung interessant ist. Sonst würde ich meinen, bestätigen wir das Image, das uns andere verschaffen wollen, nämlich die Partei der Vermieter zu sein. Für uns steht das doch in einem größeren Zusammenhang. Ich meine, wir sollten uns gar nicht in dieses Schema Vermieter/Mieter einspannen lassen. Das steht hier in diesem Zusammenhang nicht zur Debatte, und ich würde aus diesem Grunde diesen Satz nicht akzeptieren können.

*Kiesinger:* Herr Blüm, das ist unser altes Problem. Ich glaube, da ist jedermann völlig einig mit Ihnen. Natürlich geht es uns um lebensfähige Städte. Wie bei jeder Reform, die gemacht wird, wir immer wieder sagen, unsere Reformen werden bestimmt durch die zentrale Idee der Freiheit. Das ist eben die Reform, die anderen wollen ja auch lebensfähige Städte schaffen, behaupten es jedenfalls. Wir meinen aber, mit ihren Mitteln schaffen sie das gerade nicht. Denn zu einer lebensfähigen Stadt gehört eben nach unserer Meinung, daß nicht überall dann Mietskasernen der „Neuen Heimat“ stehen. Ich glaube, daß wir da sachlich nicht auseinander sind.

*Katzer:* Herr Kollege Blüm, ich glaube, das, was Sie vortragen, ist nicht ganz gedeckt durch die zwei Punkte, die jetzt nur noch zur Debatte stehen. Der eine Punkt ist dieser: Muß die Gemeinde ankaufen in Erschließungs- und Sanierungsgebieten oder kann sie? Dahinter steht dann die Möglichkeit, wenn man sagt „kann“ – wie wir vorschlagen –, da auch private Träger einzubeziehen, und dahinter kommt dann die Idee von steuerlichen Vergünstigungen usw., da besteht die Koalition auf „muß“. Das ist Kommunalisierungszwang. Wir lehnen dies ab. Wir sagen „kann“.

---

26 Vgl. DUD Nr. 114 vom 21. Juni 1971 S. 2–5 „Koalition trägt volle Verantwortung. CDU/CSU wollte und will breite Mehrheit für ein Städtebaugesetz“.

27 Beratung über den Mündlichen Bericht des Vermittlungsausschusses zum Städtebauförderungsgesetz (BT-Drs. VI/2442) in der Sitzung am 19. Juli 1971, vgl. Sten.Ber. 6. WP 133. Sitzung S. 7745–7750.

2. Wenn ein Gebiet kommunalisiert ist und die Sache fertig ist, sollen dann nur die früher enteigneten Eigentümer in diesem Bezirk wieder Privateigentum erwerben dürfen oder sollen – das letztere ist unsere Alternative – und andere Privateigentümer wieder tätig werden dürfen. Politisch ausgedrückt: Sollen sanierte Stadtkerne nur in Pacht oder Miete von Rathäusern sein dürfen oder sollen sie auch in privater Hand betrieben werden dürfen, so daß der korrekte Ausdruck für das zweite Problem die Reprivatisierung ist und die Privatisierung. Die Reprivatisierung ist nicht strittig. Wenn einem was weggenommen worden ist zum Zwecke der Erschließung, der hat einen Anspruch hinterher, wenn er es bezahlen kann, wieder da tätig werden zu können. Aber der andere, das ist strittig.

*Blüm:* Das sind für mich nicht so große Akzente, in dem Sinne, daß wir dadurch weltanschauliche Positionen aufbauen können. Ich meine also, daß wir das in einen größeren Zusammenhang stellen müssen – einer Entwicklungspolitik. (*Unruhe.*)

*Göb:* Das ist ja nur ein Papier. Was da steht über das Ziel, ist natürlich nicht das absolut wichtigste Ziel eines Städtebauförderungsgesetzes. Darüber sind wir uns ja alle einig. Und da kann sich die Fraktion eine Ruhmesfeder an den Hut stecken, denn sie hat ja der Regierung erst mal klargemacht, was das wichtigste Ziel ist. Dieses Papier sagt nur, in der jetzigen Auseinandersetzung ist das wichtigste Ziel, daß wir klarmachen, Privatisierung und nicht Reprivatisierung. Privatisierung, und zwar nach sozialen Kategorien. So ist das zu verstehen und nicht anders.

*Kiesinger:* Gut!

*Katzer:* Ich wollte noch eine kleine Bemerkung machen. Herr Kollege Stoltenberg – er ist nicht da. Von anderen aufgegriffen worden ist das Stichwort „Neue Heimat“. Also, ich meine, es gibt neben der Neuen Heimat auch noch andere riesige Wohnungsbau-Gesellschaften, ich will nur davor warnen, hier nur diese eine zu nennen. Das gilt für alle Mammutgesellschaften, in welcher Hand sie sich auch immer befinden, daß das nicht in eine falsche Richtung gedrängt wird. (*Unruhe.*) Aber das war nicht mein Punkt, ich wollte noch etwas anderes sagen.

Ich habe vorhin mit Herrn Ministerpräsident Dr. Filbinger gesprochen über das 14. Rentenanpassungsgesetz. Da steht, wenn ich Herrn Filbinger richtig verstanden habe, in seinem Kabinett morgen eine Entscheidung an, die ich für sehr wichtig halte. Ich habe mich gerade noch einmal vergewissert. Die Frage, die Sie stellten, ist offenbar die: Wird es, wenn wir das Rentenniveau anheben, dann nicht so sein, daß für die flexible Altersgrenze überhaupt kein Spielraum mehr ist, der Ihre sozialdemokratischen Partner veranlaßt, aus diesem Grunde das abzulehnen, weil sie gewisse Sorgen haben, daß unser Vorschlag in der Öffentlichkeit eine größere positive Wirkung haben könnte. Dem ist mitnichten so. Aus den Zahlen geht hervor, daß nach der Rechnung der Regierung bis 1985 136 Mrd. Spielraum ist, daß unser Vorschlag 51 Mrd. DM beanspruchen würde, so daß also für die Einführung der flexiblen Altersrente, allerdings in anderer Form als der von der Regierung geplanten, mit versicherungstechnischen Abschlägen nämlich, sehr wohl eine Möglichkeit gegeben ist. Ich darf dazu sagen – das wird vielleicht für die Sozialdemokraten nicht unwichtig sein bei ihrer Entscheidung –,



daß bei unserer Bundestagung der Sozialausschüsse in Koblenz<sup>28</sup> ein Arbeitskreis von 150 Leuten sich mit der Frage auseinandergesetzt hat, weil hier natürlich das Interesse der Aktiven liegt, die mehr vertreten waren als die Rentner, die weniger vertreten waren. Aber gerade die junge Arbeitnehmerschaft ist es gewesen, die gesagt hat, nein, wir wollen, daß das den Alten zukommt, denn die haben den Lebensstandard für uns erarbeitet und sind zu kurz gekommen. Das wollen wir jetzt nachholen.

Ich glaube, Herr Ministerpräsident Filbinger, Sie sind in einer so guten Position, wie sie besser überhaupt nicht sein kann. Ich weiß, daß wir rechtlich ganz anders dastehen wie beim Städtebauförderungsgesetz, weil es kein Zustimmungsgesetz ist. Aber es würde für die Glaubwürdigkeit der Union im Wahlkampf ungeheuer wichtig sein – und ich halte das im Wahlkampf 1973 für fast mitentscheidend. Hier wird eine Sinn- deutung auch des „C“ in unserem Namen deutlich. Und ich würde also herzlich bitten, wenn es irgend nur geht, Herr Ministerpräsident, unter Berücksichtigung der Zahlen und vom Grundprinzip her daran festzuhalten. Wenn die Sozialdemokraten aus diesem Grunde Ihre Koalition verlassen, könnte Ihnen Besseres in dem Fall gar nicht passieren, bei einer Preissteigerung von 6,1 %. Herr Vetter<sup>29</sup> hatte doch den schlimmsten Tag in Koblenz, als ich ihn auf diese Preissteigerung unter einer sozialdemokratischen geführten Regierung hinwies. (*Starke Unruhe*). Das hat ihn natürlich an der Ehre gepackt. Also, ich kann nur sagen, es gibt keine Frage, die ich gesellschaftspolitisch für so entscheidend halte wie diese. Deshalb meine herzliche Bitte, ich habe es meinen Freunden auch gesagt, Sie ebenso zu bitten.

*Kiesinger:* Augenblick, also darf ich jetzt feststellen, wir haben den Punkt „Städtebauförderungsgesetz“ abgeschlossen? (*Unruhe*) Nein, es war noch nicht am Ende.

*Amrehn:* Ich möchte noch eine Bemerkung machen in der Richtung, daß die Mitglieder des Bundesrates gebeten werden, die Formulierungen, die die Fraktion bisher benutzt hat, für ihre eigenen Anträge noch einmal durchzusehen. Wir können hier jetzt keine Detailarbeit leisten, aber ich will nur auf ein Beispiel hinweisen. Einer unserer Anträge, die hier zur Debatte stehen, lautet: Die Gemeinde soll verpflichtet sein, das sanierte Gebiet zur Privatisierung zu veräußern unter Berücksichtigung breiter Kreise der Bevölkerung. Diese Verpflichtung würde nach dem jetzigen Wortlaut dazu führen, daß die Gemeinde sogar für alle Zukunft außerstande wäre, andere Entscheidungen zu treffen, wenn die weiten Kreise der Bevölkerung von dem Angebot gar keinen Gebrauch machen. Es steht keine Frist drin, und es wird durch die Vorschrift geradezu die Verpflichtung gefordert, große Areale, die man heute gern bebaut, um zusammenhängende Bauten möglich zu machen, erneut zu zerstückeln. Das kann nicht der Sinn der Sanierung sein. Und ich kann aus der Erfahrung nur hinzufügen,

---

28 14. Bundestagung der CDA vom 2. bis 4. Juli in 1971 Koblenz. Unterlagen in ACDP 04–013–121/1.

29 Heinz-Oskar Vetter (1917–1990), Maschinenschlosser; 1949 Mitglied der IG Bergbau und Energie, 1949–1951 Besuch der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg, 1952–1960 hauptamtlicher Sekretär der IGBE, 1953 SPD, 1960 Mitglied im geschäftsführenden Vorstand, 1964 stv. Vorsitzender der IGBE, 1969–1982 Vorsitzender des DGB, 1974–1979 Vorsitzender des Europäischen Gewerkschaftsbundes, 1979–1989 MdEP.

wir sind ja wahrscheinlich in Berlin die einzigen, die eine Sanierung größerer Gebiete mit Hilfe des Ministeriums durchgeführt haben, daß schon die früheren Eigentümer die Reprivatisierung zumeist nicht gewünscht haben. Diese Areale aber voll verpflichtend zu reprivatisieren, legt die Aktivität und Initiative der Gemeinden still. Ich möchte auf den Punkt mal hingewiesen haben, weil das unter keinen Umständen so scharf gefaßt werden darf oder mit einer Frist versehen werden muß, innerhalb derer die Privatisierung durchzuführen ist. Eventuell ist der Satz dann schon annehmbar, wenn da steht: anstelle der Verpflichtung zu veräußern, die Verpflichtung anzubieten. Und wenn davon kein Gebrauch gemacht wird, muß die Gemeinde frei sein, neue Initiativen zu ergreifen.

*Stoltenberg:* Lieber Herr Kollege Amrehn, ich habe hier einen Vermerk über den Stand der Gespräche. Am 1. Juli haben zuletzt die Sachverständigen der Fraktionen und aller fünf Länder bis ins Einzelne die Texte durchgesprochen und dabei ein Einvernehmen über alle Texte erzielt, und ich würde jetzt empfehlen, nicht eine Einzelfrage, die wir nur im Zusammenhang sehen können mit der Regelung beim Grunderwerb, herauszunehmen. Grunderwerb und Veräußerungsverpflichtung das ist ja alles ein komplexes Netz sehr komplizierter Sachverhalte. Ich will nicht in den Text hineingehen, aber ich bin der Meinung, daß wir hier eine sehr starke Verpflichtung vornehmen müssen, wenn wir eine sehr starke Stellung der Gemeinden beim Grunderwerb vorsehen. Das bedingt einander. Und im übrigen wird das natürlich eine Sache sein, die auch mit Hilfe der Rechtsgelehrten der Bundesregierung noch mal im Vermittlungsausschuß viele Stunden erörtert werden kann. Da ist natürlich die Möglichkeit etlicher Verfeinerungen gegeben. Aber an dem Grundgedanken einer sehr starken Veräußerungsverpflichtung über den Kreis der bisherigen Eigentümer hinaus dürfen wir nicht rütteln, denn das ist genau einer der kontroversen Punkte gegenüber der Bundesregierung. Sie können natürlich, wenn Sie nur eine allgemeine Angebotspflicht schaffen, keine Gemeinde daran hindern, so anzubieten, daß die Leute nicht erwerben können.

Das sind also Fragen, die in der Tat auf der Grundlage der Beratung vom 1. Juli, in der die fünf Länder und die Experten der Fraktionen Einvernehmen erzielt haben, jetzt so in dem Text lauten sollten, wie sie für den 9. Juli vorgesehen sind, was nicht ausschließt, daß im Bundesrat und Vermittlungsausschuß bestimmte Verfeinerungen in rechtstechnischer Hinsicht erfolgen. Ich würde jedenfalls nicht raten, in eine erneute Sachdebatte einzutreten.

*Kraske:* Ich möchte nur eine Bitte äußern. Offenbar, soweit habe ich jedenfalls die Diskussion bisher verstanden, ist noch offen, wie der Entwurf aussehen würde, den die Ministerpräsidenten im Falle des Scheiterns einbrächten. (*Zwischenrufe:* Nein! Nein!) Nur die beiden Punkte? (*Unruhe.*) Unter publizistischen und psychologischen Gesichtspunkten würde ich empfehlen, nicht über das hinauszugehen, was wir in der dritten Lesung sozusagen als Essential herausgestellt haben, sonst entsteht nämlich in der Öffentlichkeit der Eindruck, daß das alles gemacht worden ist, um eben doch das ganze Gesetz in 27 Punkten zu ändern. Wenn wir im Bundestag sagen, dies sind die beiden Punkte, die für uns entscheidend sind für Zustimmung oder Ablehnung, ist für die

Öffentlichkeit nur logisch, wenn sich der Entwurf dann nur auf diese beiden Punkte beschränkt. (*Lebhafte Unruhe.*)

*Stoltenberg:* Wir müssen uns mit der CSU noch verständigen.

*Kiesinger:* Das ist ja kein Beschluß, das ist eine Diskussionsgrundlage.

*Kohl:* Die Länder haben sich verständigt über die zwei Punkte, die die Bundestagsfraktion eingebracht hat. Jetzt haben unsere Freunde von der CSU noch eine ganze Reihe von Wünschen. Nun muß man versuchen, den Wünschen des Freistaates Bayern entgegenzukommen. Und da kommt ein einziger Punkt, der wirklich bei den Dimensionen nicht relevant ist, in Frage. Und wenn wir den mithineinbringen – als Zusatz des Bundesrats oder sonst wie –, ist das gar keine Problematik.

*Hasselmann:* Ich wollte aufmerksam machen auf die sehr schwankende Haltung der niedersächsischen Regierung, die sich im Gegensatz zu Dr. Diederichs Sache befindet. Das alte Kabinett Dr. Diederichs würde nach den Unterlagen, die wir noch aus den ersten Durchgängen kennen, für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion plädieren. Kubel selbst ist der Gefangene der Beschlüsse der Bundestagsfraktion. Ich glaube, daß es wichtig ist für unsere Ministerpräsidenten, diese wunde Stelle zu kennen. Um so mehr wird es notwendig sein, mit aller Härte und Entschlossenheit bis zuletzt soweit wie irgend möglich zu gehen, daß unsere Vertreter im Bundesrat aber mit der Möglichkeit operieren müssen, sofort den eigenen Text vorzulegen.

*Kiesinger:* So, dann können wir also diesen Punkt abschließen. Wir sind nun schon hineingeraten in die zweite Sache, die Rentenanpassung. Dazu hatten sich dann noch Herr Stingl und Herr Filbinger zu Wort gemeldet.

### *Rentenanpassungsgesetz*

*Stingl:* Ich kann das, was Katzer sagte, nur eindeutig unterstreichen. Bei der Rentenreform 1957 haben wir mit einem Lohnanstieg von 5 % im Jahr gerechnet und haben deswegen diese Verzögerung, die wir im Gesetz drin haben, verantworten können. Durch die großen Lohnsteigerungen ist diese Verzögerung in der allgemeinen Bemessungsgrundlage viel größer geworden. Diese Vergrößerung durch die schnelle Rentensteigerung verschärft sich dadurch, daß die Altrenten von heute auf der Basis des vorigen Jahres berechnet sind, während die Zugänge auf der Basis dieses Jahres berechnet werden. Also schon seit Beginn der Rentenreform hat es einen Unterschied zwischen den Altrenten und den Neurenten gegeben. Die Neurenten waren aktueller am Lohngeschehen als die Renten des alten Jahres. Die SPD hat das immer angegriffen, und wenn Sie die Protokolle nachlesen, können Sie feststellen, daß ich damals mehrfach als Sprecher der CDU dies nicht aus Grundsatz abgelehnt habe, sie anzupassen, sondern immer gesagt habe, auch wir möchten das – also wir ändern unsere Haltung nicht –, nur wir haben das Geld nicht. Jetzt haben wir aber mehr Geld und können demgemäß diese unterlassene Anpassung, dieses Zurücksinken der Altrenten gegenüber den neuzugehenden Renten, mindestens teilweise aufheben. Dazu kommt, daß wir bei der flexiblen Altersgrenze unmöglich einfach nur sagen können, jeder kann es

sich aussuchen, wann er anfängt mit der Rente, denn da wird der Gutsituierte begünstigt. Jeder, der ein sonstiges Einkommen noch dazu hat, kann dann ab 60 Jahre Rente beziehen. Und wer nur auf die Rente angewiesen ist, wird auf die spätere Rente zurückgreifen müssen. Man muß also einen versicherungsmathematischen Ab- oder Zuschlag bei Längerbeschäftigung machen. Die generelle Herabsetzung des versicherungsmathematischen Zuschlags ist besser als in Norwegen und anderen Ländern bisher. Der Sozialpolitische Ausschuß der Partei beschäftigt sich übrigens mit dem Problem und wird einen Vorschlag erarbeiten.<sup>30</sup>

*Filbinger:* Bisher ist es so, daß zwei Alternativen vor der Bevölkerung stehen in bezug auf die Rentenanpassung. Die CDU will die Erhöhung der Renten. Die SPD will die flexible Altersgrenze. Das, was Katzer sagt, ist bisher nicht draußen, und ich meine, es wäre überaus wichtig, die Verknüpfbarkeit von beiden der Bevölkerung zu sagen, damit die Bevölkerung registriert, man kann nicht nur die Renten erhöhen, weil das Geld da ist – und die CDU hat recht insoweit –, sondern das ist vereinbar auch mit einer flexiblen Altersgrenze, wobei dann die versicherungsmathematischen Gesichtspunkte eine Rolle spielen, die, wenn sie angewandt werden, verhindern, daß man mehr Geld braucht als bisher vorgesehen. Wenn das der Bevölkerung gesagt wird, ist natürlich unsere Position ungleich viel stärker als bisher, wo der Bürger den Eindruck hat, er muß sich entscheiden für eine der beiden Alternativen.

*Katzer:* Darf ich zu Ihrer Hilfe nur noch eines sagen, Herr Ministerpräsident Filbinger. Wir sind für beides, das ist klar geworden. Aber wir sind noch logischer, denn wir sagen, das, was die Regierung will, ist Augenschere. Die sagt jetzt flexible Altersgrenze ohne versicherungsmathematischen Abschlag und das kostet mehr als unser Vorschlag. Das führt dazu, daß dann, wenn die Leute 63 Jahre alt sind, sie theoretisch zwar in die Rente gehen können, aber praktisch eine so niedrige Rente haben, daß sie es gar nicht wagen. Das steht dahinter. Und dann kommen die Leute und wollen höhere Renten, und das gibt höhere Beiträge etc. Insofern gehen wir auch von hieraus absolut logisch vor und sagen, erst das Renteniveau erhöhen, und dann kann man über die anderen Punkte sprechen. Der Spielraum dafür ist da. Daß das bisher draußen noch nicht angekommen ist, das zeigt die Notwendigkeit des Rentnerflugblattes, was wir heute morgen besprochen haben.

*Kiesinger:* Es ist gar kein Zweifel, daß das – so dargestellt – eine ganz große Wirkung haben wird.

*Stoltenberg:* Ich wollte Herrn Kollegen Filbinger noch einen Hinweis geben für die Diskussion mit den SPD-Ministern. Es gibt ein sehr interessantes Interview mit Herbert Wehner in der „Bild am Sonntag“<sup>31</sup>, wo er uns in dieser Frage in sehr übler Weise natürlich anrempelt – das zeigt, daß er sich hier getroffen fühlt –, dann aber sagt, auch die SPD wolle ja die strukturelle Verbesserung der Rentner, nur in einer anderen

---

30 Der Bundesfachausschuß Sozialpolitik befaßte sich in vier Sitzungen mit den Themen Rentenzuschläge sowie Unterschiede zwischen Alt- und Neurenten. Ein Beschluß wurde in der Sitzung vom 21. Januar 1972 gefaßt (Protokolle der Sitzungen in ACDP 07-004-561/3).

31 Vgl. „Bild am Sonntag“ vom 4. Juli 1971 „Wehner: Keine Mannschaft ist immer in Bestform“.

Form, gezielt auf die kleineren. Und wenn Sie in eine kontroverse Diskussion mit Ihren Kollegen im Kabinett kommen, können Sie ja sagen, wir nehmen diese Äußerung von Herrn Wehner, daß er ebenfalls die Verbesserung der Rentengesetzgebung will, zur Kenntnis, und deshalb sollte man auch der Bundesregierung und der SPD die Gelegenheit geben, gegebenenfalls durch eigene Anträge bereits im Vermittlungsausschuß tätig zu werden. Und da das ja kein Zustimmungsgesetz sei, könne ja ohnehin nichts verdorben werden. Ich halte das für die interne Diskussion mit den SPD-Ministern und auch für die Öffentlichkeit für wichtig.

*Blüm:* Ich würde auch meinen, daß an der Frage eigentlich mehr zur Diskussion steht als nur beschränkte Rentenfragen. Denn an der Stelle lassen sich zwei, wie ich finde, ganz wichtige Aspekte verdeutlichen. Einmal, daß der ganze Einwand und der ganze Argumentationsschatz, der von vielen Linken gegenüber der CDU vorgetragen wird, fehl am Platze ist. Denn gerade wenn da von den Linken gesagt wird, das sei die Partei der Spätkapitalisten, der Überbetonung des Rentenleistungswettbewerbs, wird sich nun gerade herausstellen, daß die SPD sich einsetzt für diejenigen, die am Leistungswettbewerb aktiv teilnehmen können – flexible Altersgrenze –, während die CDU die Partei ist, die sich für diejenigen einsetzt, die ausgeschieden sind, die nicht mehr im Rennen drin sind. (*Unruhe.*) Und das zweite wäre auch ein wichtiger Aspekt: flexible Altersgrenze ohne Anhebung des Rentenniveaus, wie das typisch für eine Reform auf dem Papier ist, was nämlich in der Tat nicht von den kleinen Rentnern oder von denjenigen, die kleine Renten beziehen, gar nicht in Anspruch genommen werden kann. Also zwei, wie ich meine wichtige Aspekte, die man am Exempel Renten verdeutlichen kann.

*Kiesinger:* Gut! Wird sonst noch das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall, dann können wir diesen Punkt abschließen. Nun ist Herr Kohl nicht da zu Bremen. Dann nehmen wir zunächst den Tagesordnungspunkt „Bildungsplanung“. Ich darf den Kollegen Hahn bitten, uns zu informieren zu dem Stand.

### *Bildungsplanung*

*Hahn:* Sie wissen alle, daß die Frage der inneren Reformen zu einem ganz besonders umstrittenen Punkt für die Bundesregierung geworden ist. Man kann sagen, daß bis zum März diesen Jahres wir auf diesem Gebiet völlig in der Defensive waren. Die Öffentlichkeit stand unter dem Eindruck des Versprechens, daß man auf der Basis der Arbeiten des Wissenschaftsrats und des Bildungsrats etc. zu einem sehr großen nationalen Bildungsplan<sup>32</sup> kommen würde, und wir von der CDU waren in der schwierigen Lage, auf der einen Seite konfrontiert zu sein mit den bildungspolitischen Schlagworten, vor allem integrierte Gesamtschule und integrierte Gesamthochschule, die geradezu faszinierend auf die Leute wirkten und gegen die kaum anzukommen war.

---

32 Vorstellung des Berichts der Bundesregierung zur Bildungspolitik (BT-Drs. VI/925) am 14. Oktober 1970 im Bundestag, vgl. Sten.Ber. 6. WP 72. Sitzung S. 4012–4070.

Es gelang uns im März dann, einen Einbruch zu erzielen, und zwar in dem Augenblick, in dem uns die Bundesregierung plötzlich ganz unvermutet bei einer Bund-Länder-Kommissionssitzung mit sehr verschärften Vorschlägen konfrontierte und ihre Mehrheit mit 17:5 Stimmen, d. h. elf Bundesstimmen und sechs SPD-Länder gegen fünf CDU-Länder ausnutzte und wir daraufhin auszogen und unseren Protest erklärten.<sup>33</sup> Es kam nun auch plötzlich zum Tragen, daß wir bereits über Monate in der Öffentlichkeit verkündet hatten, daß die Bundesregierung mit durchaus unseriösen Zahlen arbeitet und Utopien verkündet. Wir konnten unsere baden-württembergische Planungsabteilung dagegen setzen mit sehr viel besseren Zahlen, die die Bundeszahlen völlig aus den Angeln hoben. Wir konnten darauf hinweisen, daß insbesondere die Frage der Steigerung der Abiturientenzahlen, aber auch dann nachher die Studentenzahlen z. T. falsch errechnet waren bzw. nicht die Unterbringung der Abiturienten nachher an den Hochschulen und dann in den Beruf überhaupt denkbar wäre. Und wir konnten eine ganz Reihe von anderen Punkten aufgreifen, die auch wissenschaftlich nicht genügend begründet waren und im übrigen keineswegs unseren Grundvorstellungen entsprechen, z. B. die Früheinschulung der Kinder, um nur einen Begriff zu nennen. Auch die Ineinanderschiebung der Allgemeinbildung und der Berufsbildung hat ihre großen Probleme, vor allem organisatorischer, aber auch grundsätzlicher Art. Das wollte ich nur ganz kurz hier andeuten. Das führte dazu, daß wir sehr stark in die Offensive kamen. Sie könnten dagegen anführen, daß Meinungsumfragen immer noch ergeben haben, daß die SPD in der Frage der Bildungspolitik vor uns liegt.<sup>34</sup> Sie dürfen aber die Frage nicht so einseitig stellen. Sie müssen Sie im Zusammenhang der anderen Frage sehen, die zu gleicher Zeit in der Öffentlichkeit eine große Beunruhigung hervorruft: Bildungspolitik ist heute gleichzeitig das Ringen um die rechtsstaatliche Demokratie. Und in der Frage der Sicherung der rechtsstaatlichen Demokratie liegen wir weit vor der SPD. Und das ist ein Punkt, der vor allem auch in dem Kampf um die Länder eine ganz große Rolle spielt.

Zum Schluß möchte ich sagen, daß der Auszug der CDU – wir sind dann ja wieder hereingegangen – und die deutliche Konfrontation zu einer sehr starken Beunruhigung geführt hat im Zusammenhang natürlich mit der Tatsache, die beispielsweise durch den Rücktritt Möllers<sup>35</sup> sichtbar wurde, daß unsere Polemik und unsere Kritik absolut berechtigt waren. Und jetzt das große Bemühen der anderen Seite, uns wieder an den Tisch und zur Mitarbeit zu bekommen. Sie erinnern sich an die Tatsache, daß der Bundeskanzler selbst Leussink dann beauftragt hatte, bei uns allen dann herumzureisen mit dem Hubschrauber, um uns für den Kompromiß zu gewinnen, und es

---

33 Sitzung der Bildungsplanungskommission von Bund und Ländern am 1. März 1971, vgl. FAZ vom 2. März 1971 „Schroffe Fronten in der Bildungs-Planungskommission“; „Kieler Nachrichten“ vom 16. März 1971 „Der Bildungsgesamtplan ist in Gefahr“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 16. März 1971 „Erst rechnen, dann planen?“.

34 Vgl. die vom Bundespresseamt am 31. März 1971 veröffentlichte Erhebung des Instituts für Demoskopie Allensbach in ACDP Dokumentation 13/1/4. Hier liegt die SPD im Januar 1971 mit 39 % vor der CDU/CSU mit 24 %.

35 Am 13. Mai 1971.

sind uns auch in der Tat zu fast allen Sondervoten dann Kompromißvorschläge vorgelegt worden, die zumindest die Gleichberechtigung unserer Standpunkte innerhalb des großen Berichtes vorsehen. Es hat am vergangenen Freitag nun eine Sondersitzung stattgefunden, bei der nur die Minister anwesend waren.<sup>36</sup> Wir haben über alle Punkte gerungen. Die SPD hatte offenbar die Devise ausgegeben: Einigung auf dem geringst-möglichen Nenner, Einigung um jeden Preis! Das war für uns natürlich außerordentlich schwierig, weil man von der anderen Seite her entschlossen war, hier jeden Kompromiß einzugehen, um nur sagen zu können, wir haben es fertiggebracht, noch vor der Sommerpause den Bildungsbericht mit den Stimmen der CDU fertigzustellen und auch zu verabschieden. (*Kohl*: Ja, was steht denn jetzt drin, Herr Hahn?) In dem Bericht steht beispielsweise drin, daß es nicht nur eine integrierte Gesamthochschule gibt, sondern gleichberechtigt auch eine kooperative gibt, daß sechs Länder auf dem Standpunkt der SPD in der Gesamthochschule stehen, daß unsere Länder aber auf einem anderen Standpunkt stehen. Dann wird sehr breit unser Standpunkt dargelegt, und durch eine ganze Reihe von Anmerkungen bei der Erwachsenenbildung kommt man auf unseren Standpunkt, Gleichberechtigung der freien Träger oder ähnliche Dinge. Da wird noch um einzelne Punkte gerungen. Leussink war so weit an den Rand dessen gegangen, daß die SPD-Seite nur zähneknirschend der Sache zusah und am Ende der Sitzung schließlich Frau Hamm-Brücher<sup>37</sup> hinausging und die Tür hinter sich schmetterte und draußen fast einen Nervenzusammenbruch bekam. (*Unruhe und Heiterkeit.*)

Am kommenden Montag tagt die Bund-Länder-Kommission, um den 4. Entwurf des Rahmenplanes nach Möglichkeit noch zu verabschieden. Ich habe gestern noch ein persönliches Gespräch mit Herrn Leussink gehabt. Herr Leussink hat auch gestern wieder angedeutet, daß er jetzt die letzte Chance sieht. Ich habe nicht ganz klar herausbekommen, ob er nun zurücktreten will oder nicht. (*Starke Unruhe und Diskussion.*) Die einzige ganz große Frage, die ganz offen ist, ist die Frage der Finanzierung. (*Zwischenruf*: Sehr richtig! – *Starke Unruhe und Diskussion.*) Das ist nur ein Zwischenbericht, bis die Finanzierung geklärt werden kann. Es wird dafür eingewandt, daß ja eine ganze Reihe von Ländern keine mittelfristige Finanzplanung hätte, daß die mittelfristige Finanzplanung auch für den Bund usw. überhaupt erst in einigen Jahren wirklich greifbar sein würde. Und man hat vor allem versucht, die Dinge bis zum Jahr 1975 von vorneherein zu beschränken. Die eigentlichen Planungen treten aber erst nach 1974/75 auf; das erleichtert die Situation der Bundesregierung. Wir stehen also, um es ganz kurz zu sagen, vor der Frage, ob wir am kommenden Montag noch die harte Linie fahren oder ob wir jetzt zunächst auf diesen Kompromiß eingehen sollen, wobei man erkennen wird, daß es sich nur um einen Zwischenbericht im Augenblick handelt mit einem Sachstand der Beschreibung, die im Augenblick da ist. Dann hat hier wenigstens die Bundesregierung die Möglichkeit, aber wir sind keinen Schritt weiter.

---

36 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 3./4. Juli 1971 „Sondersitzung über Bildungsgesamtplan“.  
37 Dr. Hildegard Hamm-Brücher (geb. 1921), Chemikerin; 1969–1972 Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (FDP). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 806 Anm. 22.

*Kiesinger:* Genau darum geht es ja. Wenn wir hier nachgeben oder entgegenkommen, spielen wir natürlich dieser Regierung mindestens einen Scheinerfolg zu. Das steht dann auf dem Papier und wird auf dem Papier stehen bleiben, so wie ich das beurteilen muß. Ich gebe zu, die Lage ist nicht ganz einfach. Aber Herr Leussink, der ja weiß, was er tut, wenn er so weit auf dem Papier entgegenzukommen bereit ist, weiß auch, was ihm der Erfolg wert sein muß. Ich glaube, wir stehen hier an einem sehr wichtigen Punkt, und wir müssen uns in diesem Gremium klar werden darüber, wie verfahren werden soll.

*Stoltenberg:* Ich möchte zunächst einmal sagen, damit man in dieser Sache gerecht bleibt, ich möchte ein paar kritische Anmerkungen machen zum jetzigen Stand, Herr Kollege Hahn, die ich am Sonnabend durch ein Telefongespräch von Herrn Braun<sup>38</sup> erfahren habe und der mich mit einiger Sorge erfüllt, weil er abweicht von früheren Beschlüssen und Absprachen. Ich meine, wir müssen auch die Stellung der Gremien der Partei und der Fraktion dann noch einmal für unsere Zusammenarbeit in diesem Zusammenhang miteinbeziehen.

Ich möchte also, weil ich einige kritische Bemerkungen zu machen habe zum Stand der Dinge, zu Beginn noch einmal betonen, daß wir unsere Kultusminister natürlich in eine sehr schwierige Lage gebracht haben. Es ist in den ersten Monaten der neuen Regierung, in denen sie eine gewisse öffentliche Autorität hatte mit ihrem Reformanspruch, eine Vereinbarung zustande gekommen, die in diesem sehr wichtigen Gremium ein parteipolitisches Verhältnis von 17:5 zugunsten der Linken hergestellt hat in einem Bereich, der fast ganz in der Zuständigkeit der Länder liegt. Während wir im Bundesrat ein Verhältnis von 21:20 zu unseren Gunsten hatten, ist hier das Verhältnis 17:5. Man muß das noch einmal zur Ausgangslage sagen und noch einmal kritisch alle Beteiligten und sich selbst fragen, ob wir damals das ganz richtig in den Konsequenzen übersehen haben, was wir den fünf Herren hier zumuten, mit dem Übergewicht von 17 Stimmen gegen sich diese Bildungsplanung zu leiten. Das muß man also berücksichtigen, wenn man die außerordentlich schwierige Lage der Kultusminister sieht.

Auf der anderen Seite, Herr Kollege Hahn, muß ich sagen, daß wir mehrfach im Präsidium der Partei, mindestens einmal auf meine Veranlassung im Vorstand der Partei mit den Ministerpräsidenten und dann noch mal, erhärtet auf Wunsch des Präsidiums, zu einer ad hoc-Kommission zusammengekommen sind mit den kulturpolitischen Sprechern der Bundestags- und der Landtagsfraktionen sowie der Kultusminister, zuletzt am 17. Juni in Mainz<sup>39</sup>, wo wir uns ganz klar, und zwar aus triftigen Gründen, auf ein anderes Verfahren geeinigt haben. Wir haben gesagt, dieser abstrakte Streit über Gemeinsamkeit hat keinen großen Sinn, denn es geht ja um den Inhalt der Gemein-

---

38 Walter Braun, 1969–1979 Kultusminister in Schleswig–Holstein.

39 Bericht über die Sitzung der ad-hoc-Kommission der kulturpolitischen Sprecher der Bundestags- und Landtagsfraktionen sowie der Kultusminister der CDU/CSU zum Bildungsgesamtplan am 17. Juni 1971 in Mainz. Anlage zum Protokoll der Präsidiumssitzung am 5. Juli 1971 (ACDP 07–001–1404); Liste der Kommissionsmitglieder sowie Schriftwechsel betr. Broschüre in ACDP 07–001–1822; Broschüre „Bildungsreform auf klaren Wegen“ in ACDP 07–004–450/2.



samkeit. Alle wollen natürlich in der Bildungspolitik, wenn es geht, Gemeinsamkeit. Aber die Frage ist, zu welchen Bedingungen und mit welchen Lösungen und zu welchem zeitlichen Verfahren. Und in diesen früheren Beschlüssen, von denen ich in der Tat ausgegangen bin, bis ich am Sonnabend von Ihrer Nachtsitzung und ihren Ergebnissen gehört habe, steht ganz deutlich drin, daß der vorgesehene Zwischenbericht lediglich die Form eines protokollartigen Sachstandsberichts haben darf und auf keinen Fall als Hintertür zur Veröffentlichung des strukturellen Teils des Bildungsgesamtplans ohne den Finanzierungsteil mißbraucht werden darf. Das ist die Formel, die ich völlig unterstreiche. Und Ihr Bericht erweckt in mir Befürchtungen, die ich auch nach dem telefonischen Bericht von Herrn Braun hatte. Im Grunde hätte ich mich auf diese Nachtsitzung – das darf ich Ihnen freundschaftlich sagen – nicht eingelassen, denn es ist ganz mißlich, bei derartigen Mehrheitsverhältnissen unter dem Vorsitz von Herrn Leussink solche Fragen in einer Nachtsitzung zu behandeln. Sie hätten ja auch sagen können, wir machen um 10.00 oder 11.00 Uhr Schluß. (*Hahn*: Das habe ich gefordert, das ist abgelehnt worden.) Ja, das war ein ganz großer Fehler, daß das abgelehnt wurde, das muß man ganz offen sagen. Nun ist das passiert, und wenn ich das richtig sehe, sind sehr weitgehende Festlegungen erfolgt, wobei Herr Leussink in der Form entgegengekommen ist, aber doch nur so, daß das, was er will, da steht. Da wir eine andere Meinung haben, wird festgestellt, daß eine Minderheit anderer Meinung ist. Das ist natürlich doch eine sehr bedenkliche Sache. Ich höre z. B., daß der für uns in der ganzen Argumentation im Bundestag – auch der Länder – entscheidende Gesichtspunkt, diese strittige Frage durch wissenschaftliche Schulversuche zu klären, nie als eine gemeinsame Auffassung in der Kommission insgesamt zum Ausdruck kommt. Das halte ich für völlig unverzichtbar. Ich höre, daß z. B. in der Frage der Lehrerbildung, wo man sich nur auf das wahrscheinlich Unvermeidliche, obwohl es eine sehr starke politische Debatte noch auslösen wird, auf den Stufenlehrer geeinigt hat. Das steht drin. Da aber in dem Augenblick, wo das konzipiert wird jetzt – bisher haben wir es ja nicht formell konzipiert –, die strittige Frage der Ausbildung der Lehrer für die Oberstufe nicht in unserem Sinne geklärt ist, muß ich doch meiner Befürchtung Ausdruck geben, daß wir hier zwar gewisse Konzessionen bekommen haben, und daß Sie die erstritten haben, ist sehr respektabel, aber keineswegs die für einen Kompromiß notwendigen Festlegungen in der Sache.

Nun kommt ein zweites hinzu. Ich halte – und ich muß das als meine Meinung jetzt sagen – es nicht für möglich, daß die Herren Kultusminister am kommenden Montag nach einem Sonntagabend-Gespräch über diese schwerwiegenden Fragen endgültig entscheiden sollen – das ist der große Fehler bei den Leussinkschen Terminplanungen gewesen –, ohne daß die Länderkabinette überhaupt darüber beraten können. Ich werde Herrn Braun nicht ermächtigen – das ist meine Meinung von jetzt –, am Montag dieser Sache zuzustimmen. Ich kann das nicht machen. Das ist eine schicksalhafte Frage für unsere Bildungs- und Innenpolitik. Wir müssen in den Kabinetten Zeit haben, darüber in Ruhe zwei, drei Wochen zu sprechen und wir können uns hier nicht den offenkundigen Tendenzen von Herrn Leussink unterordnen, der in seiner katastrophalen politischen Lage, in die er sich doch aber selbst durch seine verantwortungs-

losen Redereien in den letzten Monaten hineinmanövriert hat, jetzt um jeden Preis diesen Zwischenbericht vor der Sommerpause haben will.

Ich bleibe dabei, was hier die frühere Meinung des Vorstandes war, zuletzt unserer Kulturpolitiker vom 17. Juni 1971, daß wir nicht in der Lage sind, diesen inhaltlichen Festlegungen vor der Sommerpause zuzustimmen, weil das Kabinett Zeit haben muß, sich damit zu befassen. Damit braucht ja nichts weggenommen zu werden, aber es ist erforderlich, daß dieser Terminplan geändert werden muß. Denn es ist ja mit Recht darauf hingewiesen worden, daß ein Teil der Kulturpolitiker ja bereits in den Ferien ist, und es ist nicht möglich, die am Sonntagabend noch zu bekommen. Und daß Sie fünf am Montag diese Last ohne Beratung der Kabinette auf sich nehmen sollen, das halte ich für nicht möglich, und ich würde empfehlen, wenn sich die Meinung hier durchsetzt – mit den anderen Kollegen wie Herrn Dr. Röder und Herrn Dr. Goppel müßten wir dann noch einmal telefonieren –, daß wir zum Ausdruck bringen, die Kabinette brauchen Zeit, über diese mit Vorbehalt zunächst erarbeiteten Formulierungen zu beraten. Und dann muß die Sache eben auf Ende August oder Anfang September verschoben werden. Wir können uns hier den parteitaktischen Überlegungen von der SPD und von Herrn Leussink in dieser Frage nicht so unterwerfen. Für mich ist also der Finanzteil der Punkt 2, der Punkt 1 ist dieses. Daß der Finanzteil, den wir hier immer auch in einem Zusammenhang gesehen haben, nicht da ist, kommt hinzu.

Ich bitte Sie um Verständnis für die relativ offene Darstellung meiner Empfindung. Sie ist verbunden mit dem Respekt für die Arbeit, die geleistet worden ist, und vor allem mit der Betonung, daß man unsere eigenen Kultusminister hier in eine sehr schwierige Lage hineingebracht hat durch die Konstruktion dieses Abkommens mit Auswirkungen, die man damals vielleicht nicht ganz übersehen hat.

*Kohl:* Ich kann mich im wesentlichen dem anschließen, was der Kollege Stoltenberg gesagt hat. Ich beobachte auch jetzt in meiner Amtsführung als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz, daß von allen Bundesministern Hans Leussink der ist, der versucht, Politik mit Zeitnot zu machen. Wenn Sie mit Herrn Leussink eine Korrespondenz haben, werden Sie feststellen, daß er fast immer von einem Arbeitsprinzip ausgeht, das ist gestern zu erledigen gewesen. Und das ist ein einfacher Kniff. Da werden ganz kurze Fristen gesetzt. Wenn wir Ministerpräsidentenkonferenzen haben, steht fast jedesmal die Frage eines Länderabkommens mit dem Bund zur Diskussion, so daß unsere Leute noch in der Nacht durcharbeiten müssen, um einen Text, der völlig unerheblich ist und auch gut ein paar Wochen später unterschrieben werden könnte, fertigzubringen. Es gab ja dieserhalb eine sehr scharfe Auseinandersetzung. Hinzu kommt, wie er umgeht mit dem Protokoll. Ich muß also sagen, neben der Dame, die im Bundeskanzleramt residiert, ist mir noch kein Bundesminister – sie ist ja kein Bundesminister, die Parlamentarische Staatssekretärin<sup>40</sup> – untergekommen, der mit Protokollen so großzügig umgeht wie Herr Leussink. Ich habe das ganz einfach vor einigen Wochen Herrn Leussink einmal gesagt, weil er mir vorwarf, ich hätte etwas gegen ihn. Ich habe gesagt, ich habe natürlich auch etwas gegen Sie, weil ich der Meinung bin, daß

---

40 Katharina Focke.

Sie eine falsche Politik machen. Aber gegenüber der Politik an sich habe ich den Haupteinwand, daß Sie in Ihrem Geschäftsgebahren nicht korrekt sind. Und das habe ich ihm sehr präzise vorgehalten im Beisein von Brandt anhand solcher Erfahrungen. Und, Herr Dr. Stoltenberg, Sie haben natürlich völlig Recht, was jetzt hier läuft, ist natürlich der Punkt, daß er nach der Salamataktik irgendeiner Sache zustimmt – das ist ein uralter Oberbürgermeistertrick in der Gemeinde, wenn der Gemeinderat einmal die eine Hälfte gefressen hat, wird er zu einem späteren Zeitpunkt die andere Hälfte auch fressen mit der Begründung, daß er seinerzeit schon im Grundsatz zugestimmt hat. In der Praxis bedeutet das, daß, wenn wir jetzt hier in der Sachfrage zustimmen würden, wir das auch später bei dem finanziellen Teil müssen. Und deswegen will ich nur sagen, Sie müssen davon ausgehen, daß wir das morgen nicht beschließen werden, weil ich gar nicht die Absicht habe, das morgen auf die Tagesordnung zu setzen im Kabinett. Wir haben morgen so viele Dinge, die zeitbedingt sind wegen Bundesrat und Ministerpräsidentenkonferenz am kommenden Freitag, das ist gar nicht drin. Im übrigen ist es wirklich ein ziemlich akademisches Gerede, was hier gemacht wird. Da kein Geld da ist, ist überhaupt nicht zu erwarten, daß in den nächsten Monaten an diesem Punkt sich irgend etwas bewegt. Es ist also völlig unerheblich, ob morgen beschlossen wird oder Anfang September. In der Sache selbst, Herr Kollege Hahn, wird sich ja nichts entwickeln.

*Hahn:* Das ist nicht richtig. Ich sehe die Sache mindestens so ernst wie Sie. Aber es werden überall Weichen gestellt in den Ländern. Und das wird so konstruiert, daß wir diese Weichen nicht mehr zurückstellen können, wenn wir dran sind, und zwar überall zu gleicher Zeit für die nivellierende Tendenz, für die Öffnung der Türen für die Radikalen. Alle diese Dinge werden in diesen Wochen getan. Das geht auch ohne Geld.

*Kohl:* Nur ich bin der Meinung, das ist ja nicht unser Geschäft. Und dementsprechend müssen wir jetzt Farbe bekennen. Ich finde, die von uns geführten Länder sollten sich auf den Gedanken jetzt festlegen, wie es in Abs. 3 des alten Papiers steht; bevor die Finanzierungsgrundlage nicht hinreichend diskutiert wird, gibt es von aus kein Plazet.

*Kiesinger:* Also zunächst liegt hier ein ganz konkreter Vorschlag von Herrn Dr. Stoltenberg vor, der mir ganz vernünftig erscheint. Die Kabinette müssen Zeit haben dazu. Man kann jetzt die Kabinette nicht überfahren. Das ist ein sehr gesunder Verfahrensvorschlag. Wir sollten uns auf diesen Vorschlag einlassen.

*Filbinger:* Das Vorgehen unserer fünf Kultusminister war m.E. eine erstklassige Leistung, denn dadurch ist ein Trend durchbrochen worden, der natürlich dahin führen sollte, im Wege der Majorisierung unsere Leute an die Wand zu drücken. Das haben sie durchbrochen.

Das, was seitdem erreicht worden ist, ist ein Zeichen für die Schwäche der anderen Seite, des Herrn Leussink und der SPD-regierten Länder und deren Kultusminister. Daher hielten sie es für notwendig, auch auf den kleinsten Nenner zu gehen. Nur verstehe ich eines nicht, Herr Kollege Hahn. Sie sagen, wenn wir jetzt alles scheitern lassen, dann können wir die SPD-Länder auch nicht dort festbinden, wo wir mindestens eine Chance hätten. Die liegen ja noch ein bißchen vor uns in unserem Sinne. Und das

scheint mir die entscheidende Frage zu sein, ob das, was wir dabei gewinnen, so schwer wiegt, daß es nicht ein Übergewicht bedeutet gegenüber dem Nachteil, den wir riskieren, wenn wir dem Herrn Leussink den politischen Erfolg dabei zuschanzen. Ich meine allerdings, diese letzte Gefahr ist überwiegend. Wenn wir ihn scheitern lassen, dann dauert es wahrscheinlich gar nicht mehr lange, bis er insgesamt scheitert, bis er das Scheitern auch zugeben muß, denn die Verwirrung ist doch eine vollkommene, und die Bemühungen der Regierungsstellen, unsere Ministerialräte der Kultusministerien nach Bonn fahren zu lassen – die sind ja ständig auf Achse –, um dort dem Herrn Leussink und anderen Leuten Rede und Antwort zu stehen, was in den CDU-regierten Ländern schon geschehen ist, wovon man profitieren möchte und was man in dieser oder jener Form in einen Superplan hineinbringen möchte, zu dem die CDU dann auch noch mit die Unterschriften geben soll. Das ist nicht unser Interesse. Denn daß wir damit die Firma der SPD stärken, ist klar.

Ich meine, wenn die ganze Geschichte schief geht, daß wir zu überhaupt keinem Ergebnis kommen, auch nicht zu diesen schmalen Ergebnissen, die wir im Kompromißwege erreichen können, dann ist das hinzunehmen. Ich würde dieses aber riskieren, denn frühestens im Herbst kommen die Dinge ohnehin in Fluß. Entweder ist dann die SPD und die Bundesregierung bereit anzuerkennen, daß das, was wir in den CDU-Ländern kulturell gemacht haben, ein eigenständiges Recht hat, daß man das fortsetzen kann, oder aber sie versuchen erneut, mit uns in Streit zu kommen. Dann aber müssen sie wahrscheinlich erheblichere Kompromißangebote machen, als das bisher geschehen ist. Wir haben also Zeit. Ich wäre auch der Meinung, daß der eleganteste Weg der wäre, daß wir das in die Kabinette zurücknehmen, und wir können ohne weiteres sagen, die Kultusminister sind überfordert und haben keinerlei Ermächtigung zum Abschluß. Und die Ministerräte können dann die Zeit bis in den frühen Herbst voll ausnutzen, und dann werden wir weiter sehen. Dann wird schon eine ganze Menge mehr gescheitert sein als jetzt.

*Barzel:* Aus der Sicht der Bundestagsfraktion möchte ich doch einige Anmerkungen machen. Zunächst eine politische Anmerkung:

Es ist dies der dritte Punkt, wo wir die Konfrontation abzubauen wünschen. Ergebnis ist, daß Herr Leussink sich in seiner Not seit Wochen bemüht, mit mir zu sprechen. Und ich habe dies immer abgelehnt, weil ich der Auffassung war, wir müßten uns erst unter uns verständigen und daß bei einer so großen Schwierigkeit jeder Tag länger vielleicht unsere Preise etwas erhöht. Und ich habe noch vor zehn Tagen gesagt, ich müßte erst mit meinen Freunden in den Ländern sprechen und hatte dann am Freitagfrüh mit einer Delegation unserer Kultusminister ein umfangreiches Gespräch. Ich glaube also, daß hier Zeit zu gewinnen aus vielen Gründen vernünftig ist. Das ist ebenso vernünftig, wie den Versuch zu machen, auf dem Bildungsgebiet aus vielen Gründen am Schluß ein Gesamtpaket schnüren zu können, wenn dies möglich ist. Dies freilich mit der Festigkeit, die wir im Städtebauförderungsgesetz in unseren Essentials gezeigt haben.

Und nun zu diesem Problem im engeren Sinne: Ich glaube, wir sollten als erstes der Regierung in keinem Punkt ermöglichen, sie an die Stelle konkreter Politik in Geset-

zesform oder in solche Form gekleidete Absichtserklärungen ohne finanzielle Grundlage treten zu lassen. (*Zwischenruf*: Sehr richtig!) Das ist alles auf 1974 berechnet, und da macht man nach der Wahl die große Rechnung auf, was die alte Regierung versprochen hat und die neue nun nicht erfüllen kann. Wir haben einer so unpopulären Sache förmlich nicht zugestimmt. Das ist eines von den elf Gesetzen von 152, denen wir nicht zugestimmt haben, mehr gibt es da gar nicht: Bundesfernstraßengesetz<sup>41</sup>, allein mit der Begründung – unrealistische Planung, das kann kein Mensch bezahlen, Kostensteigerung nicht eingerechnet.

Zu einem solchen Gesamtpaket, falls man sich verständigen kann, gehört natürlich das Hochschulrahmengesetz. Und ich kann Ihnen nur sagen, wenn es uns nicht gelingt, in den Fragen der rechtsstaatlichen Sicherung von Freiheit der Forschung und Lehre die Zustimmung dieser Koalition zu unserem Paragraphen zu bekommen, denn das ist für mich so essentiell, wie der andere Punkt beim Städtebauförderungsgesetz eben war. Und das steht uns wohl an und ist durch den Vorschlag des Kollegen Hahn sehr wohl unterstützt. Und nun muß man doch sehen, daß Herr Leussink, weil wir keine Zeit für ihn haben, versucht, uns zu unterlaufen und das Gesamtpaket nicht zustande kommen zu lassen. Er sagt, den Streit über das Hochschulrahmengesetz lasse ich erst mal stehen. Der Herr Barzel hat keine Zeit. Ich nehme jetzt in der Bildungsplanung mit meiner Kommission mit dieser merkwürdigen Mehrheit trotz der Bundesratsverhältnisse ein Stück vorweg. Da komme ich zum Schein entgegen, die Finanzen löse ich nicht, und ich bin nachher nicht imstande, den für die CDU zentralen Punkt in der Gesetzgebung durchzuführen. Deswegen würde ich auch aus der Sicht der Bundestagsfraktion und wegen des Gesamtzusammenhanges sehr herzlich bitten, sich nicht darauf einzulassen, falls nicht in dieser nächsten Woche exorbitante Geschenke gratis zu haben sind von einem Mann, der doch untergeht. Da muß man natürlich zugreifen. Aber das sehe ich nicht.

Und deshalb würde ich doch sehr herzlich bitten: Erstens, wir machen keine Absichtserklärungen, wo keine finanziellen Erklärungen dabei sind. Zweitens, wir müssen in dem Hochschulrechtsrahmengesetz den Punkt mit der rechtsstaatlichen Sicherung der Universitäten erreichen und drittens in der Bildungsplanung, die hier zu dem Gesamtpaket gehört. Das wäre dazu zu sagen.

Ich habe das vor allem auch deshalb gesagt, weil zu meiner Überraschung von einigen Kulturpolitikern in einigen Ländern gesagt wird, die Bundestagsfraktion sei auf diesem Gebiet zu kompromißbereit. Das ist nicht der Fall, sondern wir betreiben hier dieselbe Methode, wie wir sie beim Städtebauförderungsgesetz anwenden. Wir sind bereit zur Verständigung, wenn man die Machtverhältnisse in Bonn zur Kenntnis nimmt und unsere Essentials mitberücksichtigt.

*Schwarz-Schilling*: Ich bin natürlich sehr dankbar, daß in dieser Frage zwischen der

---

41 Das Bundesfernstraßengesetz (BT-Drs. VI/1180) wurde am 28. April 1971 im Bundestag nach der 2. und 3. Lesung angenommen, vgl. Sten.Ber. 6. WP 115. Sitzung S. 6731–6757. Es gab einen Änderungsantrag der CDU/CSU (Umdruck 167). Das Gesetz trat am 30. Juni 1971 in Kraft (BGBl. 1971 I S. 873).

Bundestagsfraktion und den Vertretern der Länder eine Übereinstimmung festzustellen ist. Dennoch glaube ich, wäre es falsch, wenn wir hier die verschiedenen Akzente, die doch von einigen Ländern gesetzt werden müssen, ganz überdecken. Zunächst, Herr Dr. Barzel, sagten Sie, es gäbe einen offensichtlich falschen Eindruck von der Bundestagsfraktion. Ich muß Ihnen sagen, daß von seiten der Bundestagsfraktion doch sehr deutlich der Kompromißwunsch dargestellt wurde, so daß er – das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen – Beunruhigung bei den Landespolitikern hervorgerufen hat, weil es ein Kompromiß zu sein schien, der auf das gesamte Gebiet der Bildungspolitik ausgedehnt werden sollte, wobei wir keinesfalls in Abrede stellen, daß es auf bestimmten partiellen Gebieten Kooperation geben soll. Ich möchte daran erinnern, daß wir in Hessen, wo wir wirklich die härteste Konfrontation mit einer kaum noch überbietbaren linken Bildungspolitik haben, es fertig gebracht haben, vor dem Landtagswahlkampf das Hochschulrahmengesetz gemeinsam zu beraten, unsere Essentials einzubringen und gemeinsam zu verabschieden. Wir haben allerdings m. E. nicht den Fehler gemacht, dies nun als große Kooperation nach draußen zu verkaufen, sondern wir haben diese Essentials eingebracht und im Wahlkampf voll die Konfrontation auf dem bildungspolitischen Sektor durchgeführt, auf dem Universitätssektor usw. Und hier scheint mir auch die Frage von Grundsatz und Taktik bei der Bundestagsfraktion nicht ganz ausdiskutiert, ob es nicht darum geht, beim Kompromiß – sozusagen hinter verschlossenen Türen – Essentials einzubringen, aber nicht den Eindruck zu erwecken, als sei hier eine Kooperation entstanden, was es in der Sache nicht geben kann nach dem heutigen Stand. Ich glaube, wir müssen uns darüber im klaren sein, daß sich die schärfsten ideologischen Konfrontationen von der Wirtschafts- auf die Kulturpolitik verlagert haben. Es gibt noch kein sozialdemokratisches Godesberg<sup>42</sup> auf dem kulturpolitischen Sektor. Und das ist eine Sache, mit der wir uns auseinandersetzen müssen und die bestimmte Grenzen der Kooperation nicht überschreitbar machen.

Lassen Sie mich bitte hier nur zwei inhaltliche Dinge sagen. Sie sprechen hier von den fünf Kultusministern und müssen sich darüber im klaren sein, daß Sie auch noch sechs Landtagsfraktionen haben, die nicht mit am Tische sitzen, die aber mindestens ebenso wichtig sind in diesen Fragen. Denn wir haben den Kampf von der Opposition her zu führen, und es wird sehr die Frage sein, wer mal in der Opposition und wer mal in der Regierung ist. Insofern sind die sechs mindestens so wichtig. Ich bedaure überhaupt, daß das immer nur gelegentlich ist, daß man dann gemeinsam mit den Kultusministern zusammensitzt. Die Strategie müßte eine Gesamtstrategie sein, die die Oppositionsfraktionen in der gleichen Weise informativ und entscheidungspolitisch umfaßt. Das wäre wirklich gut, wenn das mal institutionell installiert würde.

Ich möchte ein weiteres sagen. Ich stimme dem Herrn Kollegen Stoltenberg vollkommen zu, wenn er sagt, welche inhaltlichen Bindungen geht man denn nun ein. Ich

---

42 Im Godesberger Programm vom 15. November 1959 schwenkte die SPD auf die bisher bekämpfte Linie der Außen- und Sicherheitspolitik der Regierung Adenauer ein und verabschiedete sich von marxistisch-klassenkämpferischen Thesen.

weiß, daß, wenn Sie in dem Bildungsplanungsbericht die Dinge nebeneinander stellen, die SPD-Länder sich keineswegs an die CDU-Länder gebunden fühlen, sondern ganz konsequent ihre Politik weiterbetreiben werden. Ich möchte daran erinnern, daß es Schulversuche, die vergleichend integrierte, kooperative und additive Schulformen untersuchen sollen, im Sinne der SPD überhaupt nicht gibt. Wir gehen hier von einer völlig falschen Tatsache aus. Wenn Sie die Fragen klar stellen, dann gibt es nur Schulversuche, um die integrierte Gesamtschule weiterzuentwickeln. Aber sie lassen uns in dem Glauben und sagen, jawohl, es gibt auch andere Schulversuche. Für die SPD gibt es solche gar nicht. Das muß man in aller Deutlichkeit feststellen.

Und wenn wir seriös bleiben wollen – und wir haben das immer in den Landtagen mit aller Deutlichkeit gesagt –, darf es keine Bildungspolitik ohne Verzahnung mit der Finanzpolitik geben. Und ein Planungsbericht, der mit 2,5 % Bausteigerungen rechnet pro Jahr, ist eben eine Illusion. Und insofern möchte ich wirklich dafür plädieren, daß die CDU deutlich macht, wir sind für eine Vereinheitlichung des Bildungswesens; wir freuen uns, wenn die SPD auf unsere Vorstellungen einschwenkt. Wir nehmen das zur Kenntnis, und wir sind auch zu partieller Kooperation bereit. Aber das müßten Essentials sein, die sozusagen den Terminplan von selbst bestimmen, im Sinne von dem, was Dr. Stoltenberg gesagt hat.

Ich möchte nur noch zum Schluß die Frage stellen, was ist das Ziel von Herrn Leusink, diese Dinge jetzt auf diese Spitze zu treiben, denn er wird das ja nicht umsonst machen. Ich frage, welche Rollenverteilung hier vorgenommen wird von Herrn Lohmar<sup>43</sup>, von Frau Hamm-Brücher. Ich bin der festen Meinung, daß wir im Bundestagswahlkampf zu hören bekommen, ob wir jetzt zustimmen oder nicht, alles was gescheitert ist, geht auf das Konto der CDU, die gebremst hat, die verhindert hat, das und das zu tun. Und zum anderen wird man sagen, nur wir können bei einer nächsten Regierung diese Dinge in Ordnung bringen.

*Lemke:* Ich habe nur eine kurze Frage an Herrn Hahn: Ist in diesem Bericht eigentlich noch das dreigliedrige Schulsystem als zukunftssträftig behandelt oder ist das gestrichen? (*Zwischenruf:* Ist drin. – *Unruhe.*)

*Wex:* Ich habe noch zwei Sachen, Herr Dr. Barzel, Sie haben gerade einiges gesagt über die Bildungsplanung und über die Kooperation. Die Tatsache, daß die Bundestagsfraktion von Anfang an von der Kompromißbereitschaft gesprochen hat, hat doch mindestens in drei Punkten Erfolg gehabt, so daß die CDU nicht mehr den Eindruck erweckt, als ob sie überhaupt keine Vorstellungen von einer Reform hat. Zweitens, daß sie nichts getan hat und drittens, daß sie keine Realpolitik gemacht hat. Das ist jedenfalls in dieser ganzen Zeit immerhin herausgekommen. Und ich glaube, daß es jetzt richtig ist, Zeit zu gewinnen. Daß aber ein Kooperationsangebot in der zurückliegenden Zeit nicht richtig gewesen war, das ist aber doch jetzt hier entkräftet wor-

---

43 Dr. Ulrich Lohmar (1928–1991), Publizist, Professor; 1952–1955 Bundesvorsitzender des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, 1954–1967 Chefredakteur „Die Neue Gesellschaft“, 1957–1976 MdB (SPD, 1969–1972 Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft), 1964–1968 Lehrbeauftragter für politische Soziologie Universität Münster, 1971–1984 Ordinarius für Politische Wissenschaften Gesamthochschule Paderborn.

den. Denn was geschafft worden ist, ist genau, diese Vorurteile abzubauen, daß wir keine Reformvorstellungen haben, daß wir nichts getan haben und daß keine realen Finanzierungsvorstellungen unsere Reform bedingt haben. Ich meine immerhin, das ist das Ergebnis einer Kooperation gewesen. Jetzt muß nur festgelegt werden, worin diese Punkte, die unabdingbar sind, bestehen. Und das wäre die Aufgabe der nächsten Zeit. Und dafür Zeit zu gewinnen, ist richtig. Würden Sie das denn überhaupt als einen Abbruch der Konsultationen verstehen, wenn Sie in dieser Planungskommission jetzt diese Stellung einnehmen würden?

*Stoltenberg:* Man muß ja einen Unterschied machen zwischen der internen Strategie – und da hat der Kollege Barzel, glaube ich, die entscheidenden Punkte gesagt, die müssen wir für uns intern festhalten: Ich bin ganz dafür, den sachlichen politischen Zusammenhang dieser Punkte in das Hochschulrahmengesetz hineinzunehmen. Das ist sozusagen die interne Linie, die muß nun natürlich auch allen mitgeteilt werden als Meinung des Bundesvorstandes der CDU, damit das nicht noch mal ein Kommunikationsproblem gibt. Es müßte also dieser Protokollauszug hierüber allen Kultusministern – ich würde auch vorschlagen vertraulich den Obleuten der Landtagsfraktionen – mitgeteilt werden als eine Richtlinie für die Arbeit der Gremien in diesem Punkte. Das ist unsere Strategie. Und ich sehe nicht ein, daß es den nicht folgenden und nicht einzusehenden Grund gibt zu sagen, wir können den ursprünglichen Terminkalender nicht einhalten. Ich würde das aber mit jeder Wertung in der Sache oder jeder Änderung in der Sache nicht verbinden im Interesse derjenigen, die diese unangenehme Mitteilung machen müssen.

*Hasselmann:* Ich möchte gern der Überlegung von Dr. Schwarz–Schilling beipflichten, zu den amtierenden Kultusministern der von uns regierten Länder auch die Oppositions-CDU in den anderen Ländern zu sehen, auch wegen der gemeinsamen Überlegungen unseres Vorgehens. Ich pflichte wegen der zeitlichen Lage den Überlegungen von Herrn Stoltenberg bei. Und, Herr Dr. Kiesinger, wenn sich aus der Sicht der Opposition die Chance ergibt, daß in dieser Periode aus dem Brandtschen Kabinett ein weiterer Minister den Hut nimmt, muß die Taktik von uns darauf abgestellt sein, daß er zu einem Zeitpunkt geht, den wir möglichst beeinflussen. Das Herauschießen eines weiteren Mannes aus diesem Kabinett ist das übergeordnete Ziel.

*Barzel:* Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß das Papier, was uns da vorliegt über die Konferenz vom 17. Juni auch dem Wunsch von Herrn Schwarz–Schilling und von Herrn Hasselmann entspricht. Da ist ja auch von der Beseitigung der Mißverständnisse die Rede. Die Zielsetzung ist so, daß wir dem alle beitreten könnten. Wenn ich noch einmal das Wort nehme, dann nur deshalb: Es weiß bei uns überhaupt kein Mensch, was wem zugerechnet wird im Jahr 1973. Ich will Ihnen ein Beispiel sagen, daß hier kein Mensch mehr durchkommt, auch der Bundeskanzler Brandt selber nicht. Der machte am vorherigen Wochenende die erste Halbzeitbilanz.<sup>44</sup> Warum er das vier Monate vorher macht, war wegen des weißen Flecks Bildung. Deshalb muß Herr

---

<sup>44</sup> Brandt gab am 27. Juni 1971 in einem Interview mit dem Deutschlandfunk eine Zwischenbilanz der Regierungsarbeit (BULLETIN Nr. 99 vom 29. Juni 1971 S. 1089–1092). Auch Ehm-



Leussink was nachliefern – das ist das Motiv. Was nennt Brandt an Erfolgen? Nur solche Punkte, die von uns initiiert waren. Er hat keines seiner Gesetze genannt, er hat einen Katalog gemacht: „Gesundheitliche Vorsorgeuntersuchungen“, „Arbeitgeberzuschuß zur Krankenversicherung für alle Angestellten“, „Unfallversicherungsschutz für Schüler“, „Verbesserung der Kriegsopferversorgung“. Vier Punkte, die er nennt. (*Unruhe und Diskussion.*) Er nennt Dinge, die von uns kommen. Es geht auch in Bonn ganz durcheinander, ich habe unseren Kollegen und der Presse hier erst sagen müssen: „Herr Brandt nennt hier Punkte für seinen Katalog, die von uns kommen.“ Da kommt kein Mensch mehr durch, da kann man sich auch nicht drum kümmern. Kümmern können wir uns nur um eines: Jeder Mensch in Deutschland weiß, Herr Brandt fing an bei voller Kasse, Herr Möller ist zurückgetreten, weil die Kasse nicht mehr stimmt. Und deshalb muß in jedem Punkt die Finanzsache einfach dazu, das ist das einzige, wenn wir nicht in die Bremsgeschichte reinkommen wollen, sondern in die Aktivität.

*Kiesinger:* Kollege Hahn zum Abschluß der Aussprache.

*Hahn:* Meine Damen und Herren! Darf ich zunächst einmal doch noch darauf hinweisen, unter welch außerordentlich erschwerten Bedingungen wir überhaupt diesen ganzen Kampf führen müssen. Ich erinnere einmal an die Tatsache, wie uns der Wind die ganze Zeit in dieser Sache ins Gesicht bläst. Man ist anti-föderalistisch eingestellt und sagt, die Kultusminister stehen jeder Reform im Wege, und die Bildungsmisere müsse beendet werden, aber es sind ja vor allem die CDU-Kultusminister, die die ganze Zeit ... (*Starke Unruhe.*) Sie müssen verstehen, daß die gesamte Bildungsreform gescheitert ist an – ich sage das jetzt nur in Anführungszeichen – den „reaktionären“ Vorstellungen der CDU. Das würde sehr, sehr deutlich gegen uns ausschlagen. Infolgedessen muß das Nein, das wir aussprechen, auch sachlich begründet und überzeugend sein vor der Öffentlichkeit. Es ist eben so, daß sie bereit waren, so weit zurückzugehen, wie wir es eigentlich nie erwartet haben. So weit zurückzugehen, daß wir nichts mehr dagegen einwenden, daß es sehr, sehr schwer war, in der Sache jetzt nein zu sagen. Dabei waren wir ja alle am 17. Juni dabei ... (*Starke Unruhe und Diskussion.*) Wir müssen uns also einfach klar sein, wir wollten gar keine Sitzung haben, aber da wurden wir doch glatt überstimmt. Wir könnten vielleicht nicht hingehen, aber das können wir wohl kaum in diesem Fall riskieren. Wir haben, Herr Kollege Barzel, nur forsch das mit dem Rahmengesetz und einer Reihe flankierender Maßnahmen versehen, wobei ich Sie auf einen Punkt im Rahmengesetz aufmerksam machen darf: Weniger entscheidend ist es, daß die Länder die Fachaufsicht in den Hochschulen behalten. Denn die Linken haben die Tendenz, nur noch die Sache der Rechtsaufsicht dem Staat zu gewähren. Also, das ist ganz entscheidend, daß wir in diesem Punkt dranbleiben. (*Starke Unruhe.*)

Es sind aber eine ganze Reihe weiterer Wünsche da, über die wir mit der Bundestagsfraktion in Verbindung stehen, die beim Plangesetz unbedingt durchkommen müs-

---

ke äußerte sich in einem Interview mit dem SFB am 25. Juni 1971 zur Halbzeit der Regierungsarbeit (ebd. S. 1092–1098).

sen. Dazu kann man auch noch folgendes sagen: Die große Schwierigkeit ist, daß man uns in diesem Augenblick natürlich den Schwarzen Peter zuschieben möchte. Relativ günstig wäre es, wenn wir uns einigen könnten, wir können ohne die Kabinette keine Entscheidung fällen. Der Punkt, bei dem wir auseinandergegangen sind, ohne uns zu einigen, war der, daß wir erklärten, wir verlangen einen Sachstandsbericht, der die Probleme herausarbeitet. Diese Anlage des Rahmengesetzes soll nur eine Anlage sein, die den derzeitigen Stand zeigt, während Frau Focke – es ist immer entweder Frau Focke oder Herr Ehmke selbst, also das Bundeskanzleramt, das hinter den Dingen stand – darauf bestand, im Gegensatz zu dem, was wir eigentlich vereinbart hatten, daß der Plan selbst eben der Plan wäre und dieser jetzt am 12. verabschiedet werden müsse. Das ist der Punkt, an dem wir in diesem Augenblick stehen. Es wird nicht leicht sein, aus der Geschichte herauszukommen.

*Kiesinger:* Dann sind wir uns also einig, daß wir nach dem Vorschlag von Herrn Dr. Stoltenberg verfahren sollten, die Gesetze ins Kabinett geben, zur Sache im Augenblick nichts sagen und einen Termin für Anfang September anberaumen, bis zu dem wir uns über die Sachfragen schlüssig geworden sind. Darf ich das feststellen?

*Filbinger:* Darf ich noch einen Gesichtspunkt für den Herrn Kollegen Hahn anfügen? Ich würde vorschlagen, daß sie auch noch den finanziellen Gesichtspunkt mit erwähnen. Denn es ist ja doch so, daß jetzt die Länder in einer Lage sind, wo sie noch nicht einmal ... (*Unruhe und Diskussion.*) und wo die Bundesregierung diese Grundfrage über die Finanzierung, was bekommen die Länder, bisher überhaupt nicht beantwortet hat. Das letzte Mal, bei unserer Besprechung der Ministerpräsidenten, hat Leussink zwar unter sehr starkem Druck gesagt, er persönlich sei bereit, dem Grundsatz nach anzuerkennen, daß die Länder zusätzliches Geld bekommen. Aber es müßten jetzt erst mal die Eckdaten einer Steuerreform und eine ganze Menge anderer Dinge vorliegen, erst dann sei es möglich, diese Frage im Herbst zu prüfen. Da war aber kein Finanzminister da, außer Herrn Hermsdorf<sup>45</sup>. Diese Frage ist also völlig offen geblieben. Und es ist nur das Legitimste aller unserer Anliegen, wenn wir darauf hinweisen, daß die Länder überhaupt keine Planung akzeptieren können, sofern nicht der Finanzhorizont für die Länder auch nur halbwegs klar ist. Wie wollen wir denn Gesamtschulen finanzieren, ich nenne nur ein Problem, die doch einen Haufen Geld kosten. Da müßten sie doch dann die gebauten Schulen verlassen und müßten Gesamtschulen, wenn es integrierte sein sollen, bauen. Das paßt in Baden-Württemberg, nach Ihrer Aussage Herr Kollege Hahn, auf 2.000 Schulen, die verlassen werden müßten. Das ist also schon unmöglich, und Sie haben die beste Argumentation von der Welt, wenn Sie auch auf diese Zahlen verweisen.

*Stoltenberg:* Ich möchte zum Verfahren noch etwas sagen. Ich suche noch nach einer Formel, die es den Herren Kultusministern ermöglicht, von diesem Termin her-

---

<sup>45</sup> Hans Hermsdorf (1914–2001), Angestellter; 1932 SPD, 1946–1949, Zentralsekretär der Jungsozialisten, 1949–1963 persönlicher Referent von Erich Ollenhauer, 1953–1974 MdB, 1971/72 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, 1973/74 beim Bundesminister für Finanzen, 1974–1982 Präsident der Landeszentralbank Hamburg.

unterzukommen auf den September-Termin, wo wir dann in der Finanzdiskussion auch ein Stück weiter sind. Wahrscheinlich im negativen Sinne, weil die Finanzkrise dann noch offengründiger ist. Und dazu würde ich, um mich noch etwas zu präzisieren, vorschlagen, daß wir die Herren Kultusminister bitten als Bundesvorstand, in den nächsten Tagen unter Berufung auf ihre Ministerpräsidentenkabinette Herrn Leussink schriftlich oder fernschriftlich mitzuteilen, daß die abschließende Beratung am 12. nicht möglich ist. Das muß diese Woche mitgeteilt werden, weil sie sonst in eine ganz unangenehme Lage kommen, wenn sie in die Sitzung gehen und das zu Beginn der Sitzung mitteilen. Und dann muß es Herrn Leussink überlassen bleiben, ob er den Termin aufhebt, was ich für das Richtigeste hielte, oder aber ihn durchführen will, aber mit der ganz klaren Maßgabe, daß keine Entscheidung gefällt werden kann. Ich würde also vorschlagen, daß wir auch die nichtanwesenden Herren bitten, Herrn Leussink mitzuteilen in den nächsten Tagen, daß nach Rücksprache mit dem Kabinett und den Ministerpräsidenten die Kabinette eine Behandlung dieser Frage wünschen und deshalb der 12. nicht möglich ist. Und dann kann man ja vorschlagen Ende August/Anfang September.

*Hahn:* Darf ich noch einmal etwas sagen. Ich habe doch den Eindruck, daß ein gewisser Gegensatz in der Beurteilung der Situation zwischen der Bundestagsfraktion und den Ländern besteht. Die Länderfraktionen gehen auf die Konfrontation aus bzw. wollen unter keinen Umständen so schnell in einen Kompromiß reinkommen. Die Bundestagsfraktion auf der anderen Seite hat ein Interesse offenbar daran, die Konfrontation nicht stattfinden zu lassen. Ich meine, wir müßten das noch einmal klären, Herr Dr. Barzel. Da ist ein Gegensatz.

*Barzel:* Ich glaube, daß es solche Meinungsverschiedenheiten bis zu dem Treffen am 17. Juni hat geben können aufgrund von Presseäußerungen des einen oder anderen meiner Kollegen. Ich habe weiter den Eindruck, daß das, was auch geschrieben und inzwischen auch gedruckt ist in diesen Tagen über die Essentials von uns<sup>46</sup>, hervorragend ist. Und das deckt sich mit unseren Meinungen. Es wäre freilich noch besser, wenn es uns gelingen könnte, Herr Kollege Hahn, uns in dieser Frage nach der Methode eines anderen Vorgangs, den wir vorher behandelt haben, auf vier oder fünf essentielle publikumswirksame Vorschläge zu beschränken, die zum größeren Teil in Ihre Kompetenz der Länder fallen und zum geringeren Teil in die des Bundes. Das heißt, daß, wenn hier Krieg geführt wird, wir uns auch erklären und verständlich machen können. Ich nenne einen praktischen Punkt: Wenn ich es richtig im Kopf habe, ist einer der Punkte, den wir als vorrangig aufgeschrieben haben, die Lehrerbildung. Ich höre heute morgen von Herrn Kohl zu meiner Freude und Überraschung, daß er in seinem Lande so weit ist, in ca. drei Jahren einen fertig ausgebildeten Lehrer ablehnen zu können, weil dann von den Universitäten mehr kommen, als er brauchen wird. Hervorragend, dies zu wissen. Wenn es in anderen Ländern auch so aussieht, könnte dies bereits ein Punkt sein, der nicht mehr auf Nummer 1 steht, sondern der nur noch erwähnt wird, denn dann trägt dieser Punkt einen Krieg bis 1973 kaum noch oder nur

---

46 Vgl. Anm. 39.

noch mit Streit. Daher müssen wir die Punkte, die wir auf keinen Fall aufgeben, zusammen aufschreiben und damit dann in die Konfrontation gehen, selbst wenn wir, Herr Hahn, uns hier auch mal so verhalten, daß wir eine Konfrontation mit einem Kooperationsangebot beginnen, um aus der Sache publizistisch besser herauszukommen. Ich glaube, jetzt ist es ganz klar.

*Kiesinger:* Wir können jetzt zum Abschluß kommen, daß wir uns einigen auf den Vorschlag von Herrn Dr. Stoltenberg, der ergänzt worden ist durch den Vorschlag, daß die Kultusminister Herrn Leussink mitteilen, daß die nächste Sitzung nicht abschließenden Charakter hat, weil die Kabinette beraten können müssen. Sind wir uns darüber einig? – Das ist so beschlossen. – Jetzt, Bremen, vielleicht können Sie kurz berichten, Herr Kollege Kohl!

### *Universität Bremen*

*Kohl:* Im wesentlichen habe ich das, was zu berichten ist, vorhin schon gesagt. Das ist eine grundsätzliche Entscheidung, die in Bremen zu treffen ist. Und ich sehe auch die Problematik, daß zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik ein solches Abkommen an dieser Stelle platzt und daß wahrscheinlich die Bremer Universität dann unterstützt wird von einigen Bundesländern und daß möglicherweise die CDU/CSU-Länder dabei ausscheren, wobei ich noch einmal sagen muß, das ist der optische Eindruck. Beim tatsächlichen Bezahlen ist es ja ohnedies so, daß die Länder sehr unterschiedlich sind je nach der Universitätsbelastung, die sie bereits haben. Ich bin der Meinung, daß angesichts der Gesamtentwicklung, die eingetreten ist und auch sonst an anderen Universitäten jetzt läuft, wir unmöglich in Bremen nach dem jetzigen Sachstand der Unterrichtung zustimmen können und gleichzeitig sagen, wir wollen etwa beim Hochschulrahmengesetz bestimmte Voraussetzungen schaffen, um den Einspruch des Staates zu sichern. Der Bremer Senat oder gar die Bremer Universität haben uns bisher nichts zur Entlastung gegeben. Wir sind bei uns in Rheinland-Pfalz entschlossen, diesen Weg zu gehen. Und da das ein Einstimmigkeitsprinzip ist, ist das in diese Richtung gekommen. Ich sage nur noch einmal, ich würde warnen davor, die Sache zu nahe an die Bürgerschaftswahl in Bremen zu rücken, weil sonst der Eindruck einer reinen Wahlmanipulation oder Wahlhilfe für die Bremer CDU entsteht, was natürlich der Fall ist, aber jetzt entsteht der Eindruck so noch nicht. Ich sehe keine Lösung, wie wir aus der Sache herauskommen, denn die Pluralismuskonversation, die etwa der Universitätspräsident in Bremen<sup>47</sup> jetzt führt, ist abenteuerlich. Der ist ja auch

---

47 Dr. Thomas von der Vring (geb. 1937), Hochschullehrer; 1957–1963 Studium der Geschichte, Soziologie und Volkswirtschaft, 1963 Promotion, 1968 Habilitation, 1968–1970 Universitätsdozent Hannover, 1970–1974 Gründungsrektor der Universität Bremen, 1972–1979 und 1994–2001 Professor für Politische Ökonomie an der Universität Bremen, 1979–1994 MdEP (SPD). – Von der Vring forderte alle Beteiligten auf, ihre Standpunkte in der Sitzung des Gründungssenats am 4./5. Juli 1971 darzulegen, vgl. „Weser-Kurier“ vom 29. Juni 1971 „FDP verlangt eine Sondersitzung“. Vgl. auch „Rheinische Post“ vom 3. April 1971 „Bre-

nicht grün. Wenn er noch wenigstens rot wäre, aber der zelebriert jetzt den Pluralismus praktisch zwischen Spartakisten, Maoisten, also in einem linken Spektrum. Das andere existiert schon gar nicht mehr.

*Filbinger:* Ich würde noch eine zweite Verfahrensweise für nötig halten. Kollege Kohl hat richtigerweise schon darauf hingewiesen, wenn ein Land ausschert, ist das notwendige Prinzip der Einheitlichkeit nicht gewahrt. Dann klappt die Sache nicht. Ich hielte es auch für möglich, daß wir am 9. Juli diese Entscheidung vertagen mit Rücksicht darauf, daß man uns angeboten hat, durch eine Dokumentation über die wirklichen Verhältnisse an der Universität Bremen uns davon zu überzeugen, daß die Pluralität der Lehrmeinung eben doch gewährleistet ist. Wir haben bis heute das Dokument nicht in der Hand. Wir werden am Freitag genauso überfordert sein wie jetzt. Außerdem steht jetzt schon fest angesichts der manifesten Tatsachen, daß in diesem Dokument nichts sein kann, was uns überzeugen kann von der wirklichen Pluralität; das kann nur ein Interessenplädoyer sein, was uns der Senat von Bremen vorlegt. Wenn wir also sagen, wir sind überfordert, wir können eine abschließende Entscheidung jetzt nicht treffen, dann bleibt die Sache in der Schwebe zu Lasten des Senates. Und diese schwebende Frage würde nach einem Gespräch, das ich gestern mit Herrn Müller-Hermann gehabt habe, für die dortigen Freunde eine ausreichende Hilfe sein. Vielleicht freut er sich noch mehr, wenn Rheinland-Pfalz zusätzlich nein sagt. Das ist eine Sache, die könnte durchaus in verschiedener Weise beantwortet werden. Mir gegenüber erklärte er sich zufrieden und sagte, er werde Ihnen und den anderen Freunden noch einen Brief schreiben, in diesem Sinne zu verfahren.

*Kohl:* Sein Brief aus der letzten Woche ist anders. Das ist ein eindringlicher Appell an uns alle, die Sache nicht zu machen.

*Filbinger:* Also ich glaube, wir brauchen das hier in diesem Kreise nicht bis zu Ende zu diskutieren, welche Haltung jedes einzelne Land hier einnimmt. Klar ist, daß sie den Segen nicht bekommen am Freitag. Und wie das dann weiterzuführen ist, ob man Herrn Koschnick anbietet, das bei der nächsten Sitzung erneut zu erläutern bis zur Überzeugung von uns, das könnte man ihm anheim stellen. Ich sehe hier eine gewisse Flexibilität. Ich sehe hier auch eine Möglichkeit, unseren Freunden in Bremen auf doppelte Weise entgegenzukommen, wenn die eine Hälfte jetzt schon Nein sagt und die andere sagt, wir wollen Bremen noch einmal eine Möglichkeit geben, uns zu überzeugen.

*Kiesinger:* Also ich muß offen sagen, Herr Dr. Filbinger, sehr behaglich ist mir bei diesem Vorschlag nicht zumute. Es geht in Bremen – das wissen wir alle – um ein Universitätsmodell, von dem ich jetzt schon überzeugt bin, daß wir es einfach nicht akzeptieren können. Wenn man die Geschichte dieser Universitätsgründung, die ursprünglichen Vorstellungen und was jetzt daraus geworden ist, kennt, dann hat sich hier die Geschäftsgrundlage derart radikal geändert, daß ein Auseinanderfallen der CDU-Länder in dieser Frage sich sehr schlecht machen würde, denn die ganze Sache hat ja

---

men und der Marxismus“; „Rheinischer Merkur“ vom 23. April 1971 „Kaderschmiede sucht Gesellen“; FAZ vom 1. Juli 1971 „In Bremen soll auch die Mathematik marxistisch sein“.

auch Auswirkungen und Bedeutung für die gesamte Frage der Situation unserer Hochschulen. Auf der einen Seite, das radikalste Experiment – von Berlin abgesehen – nicht entschieden zu bekämpfen und zugleich zu wissen, wie schlimm es an unseren Hochschulen, vor allem an einigen, aussieht, also ich würde davor warnen, daß wir hier auseinanderlaufen. Ich glaube nicht, daß unseren Freunden in Bremen damit geholfen wäre. Ich würde auch davor warnen, die Frage mit anderen Komplexen zu verbinden, so nach dem Motto, wir werden nicht dagegen sein, wenn ihr dafür auf dem und dem Gebiet in Bremen entgegenkommt. Ich halte das für eine so prinzipiell wichtige Frage, daß ich sehr an die Ministerpräsidenten appellieren möchte, in dieser Frage eine einheitliche Position zu beziehen. Ich weiß nicht, wie Sie es machen wollen, ob Sie auch hier so verfahren wollen wie bei der Bildungsplanung, oder ob Sie gleich von vornherein auseinandergehen. Das macht aber einen schlechten Eindruck.

*Kohl:* Ich sehe die Sache auch aus einer konkreten Situation bei uns. Ich habe das heute früh im Präsidium vorgetragen. Wir erleben in diesem Spätherbst noch einmal eine Konfrontation mit den Linken, und zwar nicht in der üblichen Form, wie wir es vor ein paar Jahren hatten an den Universitäten, denn jetzt kommen praktisch die Feinheiten heraus, etwa im Bereich der Genehmigung von Stipendien usw., auch aufgrund der jetzt laufenden Bundesgesetzgebung.<sup>48</sup> Wir haben einzelne Fakultäten, in der jetzt die Ultralinken die ganzen Stipendiaten-Ausschüsse besetzt haben und praktisch die eigenen Revolutionäre mit staatlichen Stipendien versehen. Sie beschließen das mit der Majorität der jeweiligen Ausschüsse. Das führt zu der Konsequenz, wer sich nicht zum Spartakus bekennt oder dort nahestehend ist, bekommt kein Geld. Das heißt also ganz konkret, wir finanzieren die Leute, die uns auch den Kopf schief hauen. Man kann natürlich das eine nicht trennen von dem anderen. Ich bin mir über die Konsequenzen bei uns im klaren. Wenn wir heute diese Sache namens Rheinland-Pfalz vortragen, haben wir übermorgen im Landtag eine frontale Debatte, und da werden die in Scharen vor dem Landtag aufziehen und brüllen wie die Löwen. Angesichts auch der anderen Probleme, die wir heute früh besprochen haben im Bereich der Polizei, im Bereich der staatlichen Ordnung und Sicherheit, was in der letzten Ministerpräsidentenkonferenz ja eine große Rolle gespielt hat, glaube ich, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, wo wir an allen denkbaren Stellen zu erkennen geben müssen, jetzt ist die Grenze erreicht und über die Grenze sind wir nicht bereit hinauszugehen. Ich bin mir im klaren darüber, daß das voller Probleme steckt, vor allen Dingen, wenn es ums Geld geht.

Herr Leussink macht doch jetzt schon Unterschiede. Sie haben das Beispiel in Baden-Württemberg. Bei der Auswahl der Projekte, die in die Finanzierung hineinkommen, hat man den zwingenden Eindruck, daß da mit zweierlei Maß gemessen wird. Die, die im Sinne dieser Regierung sind, werden besser bedient und die, die gegen sind, werden bei bestimmten Projekten weniger berücksichtigt. Und aus diesem Grund

---

<sup>48</sup> Bundesausbildungsförderungsgesetz (BT-Drs. VI/1975), nach Beratung und Überweisung in den Vermittlungsausschuß Verabschiedung 19. Juli 1971, vgl. Sten.Ber. 6. WP 133. Sitzung S. 7750 f. Gesetz vom 26. August 1971, BGBl. I S. 1409.

glaube ich, muß man die Sache aufnehmen. Für mich war es recht eindrucksvoll, daß nach einer Verabschiedung im Garten vom Kanzleramt – zwei Tage vor seinem Rücktritt – der Kollege Weichmann<sup>49</sup> mich auf die Seite genommen hat und beschworen hat, in dieser Sache meine Haltung, die er ja kannte, nicht aufzugeben, obwohl er zwar wisse, daß sein Nachfolger in Hamburg die Finanzierung betreiben würde. Er sei sehr froh, daß er in diese Problematik nicht mehr hineinkäme, weil er ja wisse, daß das Wahnsinn sei, was dort jetzt betrieben wird. Wenn Bremen das Modellbeispiel wäre in der Bundesrepublik, dann könnte man darüber reden, ob sich ein solches Land womöglich eine solche Narretei leisten könne. Aber das ist ja eine Initialzündung. Was in Bremen jetzt läuft, haben wir dann in Heidelberg, in Frankfurt, in Berlin, und das kommt noch an mehreren Orten.

Was die jetzt betreiben, ist eine gezielte Aktion, was man bei Studenten gar nicht verhindern kann. Die brauchen ja nur fortzugehen und sich woanders immatrikulieren. Eine Universität, die jetzt noch ruhig ist, können Sie in ganz kurzer Zeit mit 30, 40 entschlossenen Leuten, da die anderen ja ganz unentschlossen sind, umfunktionieren. Das ist nicht mehr ein Aufruf, wo viele auf der Straße herumlaufen, sondern das ist der gezielte lange Marsch durch die Institutionen, der jetzt stattfindet. Und das ist für mich der Punkt. Wir haben auch sehr intensive Interessen an diesem Vorgang, da mache ich gar keinen Hehl draus. Aber ich sehe das Problem für mich darin, auf der einen Seite ob wir ein paar Millionen kriegen oder nicht, aber auf der anderen Seite, wenn wir da jetzt zustimmen, Präzedenzfälle im eigenen Land bekommen.

*Kiesinger:* Herr Hasselmann, Sie hatten sich zu Wort gemeldet!

*Hasselmann:* Ja, nach dem Scheitern der kritischen Universität in Berlin kann aus unserer Sicht nur gesagt werden, daß der Kern der Professorschenschaft nach Bremen in Marsch gesetzt ist, um eine Parteihochschule, im wahrsten Sinne des Wortes, ins Leben zu rufen. (*Unruhe und Diskussion.*) Ihr Nein, Herr Dr. Kohl, würde nicht nur in Bremen, sondern auch in Niedersachsen und Hamburg mit sehr viel Beifall aufgenommen werden, gar kein Zweifel, wenn Sie sich einigen könnten, auf erstens die zeitliche Verschiebung bezüglich der Entscheidung, zweitens alsbald mit einem klaren Nein aufzuwarten. Und hier, Herr Dr. Filbinger, wäre es auch gut, wenn die in Opposition stehenden Fraktionen um Bremen herum, aber auch in der Bundesrepublik selbst, dazu ihr Votum mitabgeben könnten. Weil wir das selbstverständlich aus verschiedenen Perspektiven sehen. (*Kohl:* Das war einstimmig, die Fraktionsvorsitzenden!) Ja, die Fraktionsvorsitzenden haben aber einige Bedingungen gestellt, Herr Dr. Kohl, Ihr Kultusminister<sup>50</sup> war da, wenn diese erfüllt wären, dann könnte man darüber reden. Da das nicht erfüllbar ist, sagen wir nein. Weil die Personalauswahl nach wie vor unverändert ist, können wir nur zum Nein raten. So sehen wir die Dinge aus der hannoverschen Perspektive, und wir sind uns da einig mit den Bremer Freunden.

*Lorenz:* Ich möchte nur auch aus Berliner Kenntnis sagen, daß wir gerade auf die-

---

49 Dr. Herbert Weichmann (1896–1983), Jurist, Professor; 1965–1971 Regierender Bürgermeister der Hansestadt Hamburg (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 836 Anm. 63.

50 Bernhard Vogel.

sem Gebiet nicht davor zurückschrecken dürfen, gegebenenfalls die absolute Konfrontation zu suchen. Nach meiner Auffassung kann man das gar nicht ernst genug nehmen. Ich kann also alles bestätigen, was hier gesagt wurde, über den langen Marsch durch die Institutionen. Ich halte das sogar für einen sehr kurzen Marsch, den die Linken angetreten haben mit Hilfe von Staatsgeldern. Es ist ja so, daß bei uns im ganzen Bereich, z. B. an der Pädagogischen Hochschule, kein Mensch mehr ein Bein auf die Erde kriegt, der sich nicht von vornherein zum marxistisch-leninistischen Wissenschaftsbegriff bekennt. Das ist die Voraussetzung, daß man als Student für voll genommen wird. Die werden dann, entsprechend doktriniert, losgelassen auf die Schüler der Grundschule. Was dabei herauskommt, kann man sich ja ungefähr vorstellen. Wir müssen nach meiner Auffassung alles tun, um sobald wie möglich die Öffentlichkeit aufzuklären. Dabei würden wir auch gleichzeitig eine ganze Reihe von Leuten mobilisieren bei dem heutigen Stand der Angelegenheit, die früher niemals mit uns gemeinsam bestimmte hochschulpolitische Thesen verfochten hätten. Es gibt inzwischen Leute, z. B. in Berlin, die sich früher zur sozialistischen Hochschulgruppe gerechnet haben am Otto-Suhr-Institut, und viele anderen, die jetzt ganz klar erklärt haben, nun könnten sie nicht mehr, sie hätten sich geirrt und wollten aus diesem Grunde von uns aufgesammelt werden. Es gibt übrigens auch im Bereich der Publizistik eine Reihe von Leuten, die alles andere als CDU-Leute sind, die diesen linken Konformismus einfach nicht mehr mitmachen können und bereit wären, mit uns gemeinsam diese Dinge zu betreiben. Und die Zeit ist jetzt gekommen. Wir sollten also am Beispiel Bremen ein Signal geben.

*Dregger:* Die Gründe sind dargelegt. Ich plädiere auch dafür, eine klare, entschlossene und geschlossene Haltung einzunehmen: Ablehnen. Und wir sollten vom Bundesvorstand eine entsprechende Empfehlung an die Ministerpräsidenten geben.

*Kiesinger:* Das ist ganz bestimmt nicht nur eine Sache der Länder. Das ist eine ganz prinzipielle Frage, und ich muß sagen, ich glaube, viele Leute würden die CDU überhaupt nicht mehr verstehen, wenn hier die Länder auseinanderfallen würden. Millionen hin, Millionen her – hier muß man unter Umständen auch verzichten können. Ich weiß, ich habe ja damals auf ganz anderer Geschäftsgrundlage diese Geschichte mitbetrieben. Aber wenn da nun ein Infektionsherd geschaffen werden soll, der das, was ohnehin überall an unseren Universitäten ausgebrütet wird, noch in einen Schnellstbrüter verwandelt, dann ist das wirklich Alarm ersten Ranges. Ich bin auch dafür, daß der Bundesvorstand diese Empfehlung gibt. Sind wir uns einig darüber? – Herr Filbinger fehlt, aber Herr Hahn ist da. – Also beschließen wir so: Empfehlung an unsere Ministerpräsidenten und natürlich auch an die Fraktionen in den Ländern, wo wir in der Opposition sind. – Dies ist so beschlossen.

DEBATTE ÜBER PRESSEKONFERENZ VON DR. HECK AM VORMITTAG  
BETR. DR. BARZEL/DR. SCHRÖDER

*Barzel:* Darf ich zur Geschäftsordnung, Herr Vorsitzender, folgendes doch bitten aufzuklären: Ich bin angerufen worden aus Kreisen Bonner Journalisten, deshalb ist



hier ein bißchen Aktivität. In der Pressekonferenz soll der Herr Generalsekretär erklärt haben, es sei ein breiter Trend zu spüren für die Trennung beider Ämter. Es ist ganz klar, welche Presse dies bringen wird. Ich halte fest, daß diese Frage weder im Präsidium heute morgen noch jetzt im Bundesvorstand erörtert worden ist. Wenn es hier einen falschen Trend in der Presse geben sollte, dann hat natürlich diese Sitzung, die doch zu einer Beruhigung für die Ferienzeit führen sollte, genau das Gegenteil bewirkt. Ich möchte dies gerne hier freundschaftlich zum Ausdruck bringen. Wahrscheinlich ist es ein Mißverständnis, etwas anderes vermag ich nicht zu glauben, nach dem Gang der Verhandlungen hier.

*Heck:* Ich empfehle, Herr Weiskirch, daß Sie berichten; Sie waren dabei.

*Weiskirch:* Ich habe bereits gesagt, Herr Dr. Heck hat diese Äußerung im Zusammenhang mit Herrn Dr. Schröder getan, aber nicht als eine ...

*Heck:* Ich habe sogar ausdrücklich korrigiert, weil ich den Eindruck hatte, daß das in eine andere Richtung läuft. Ich bin gefragt worden, warum Herr Schröder, der doch seine Kandidatur angemeldet habe, nicht mehr kandidiere. Dann habe ich gesagt: Herr Schröder hat von vorneherein erklärt<sup>51</sup>, daß er für die Trennung der Ämter sei und daß er eigentlich nur vorsorglich eine Kandidatur angemeldet habe für den Fall, daß sich in der Partei der Trend in der Richtung entwickeln würde. Und ich habe dann erklärt, daß Herr Schröder offensichtlich den Eindruck habe, daß die Meinungsbildung in der Partei in die andere Richtung laufe.

*Barzel:* Es gibt dann also morgen eine Presse, die völlig klar macht, in diesem Vorstand ist eine Mehrheit gegen die Überlegung eines ... (*Heck:* Ich habe ausdrücklich erklärt, daß dies nicht die Meinung des Vorstands sei, das habe ich expressis verbis gesagt!) Da ich betroffen bin, darf ich die Sitzung verlassen. Ich habe den Punkt auf den Tisch gelegt, ich bitte um Schutz durch den Vorsitzenden.

*Kiesinger:* Augenblick mal, Herr Barzel! Herr Barzel, bleiben Sie hier!

*Barzel:* Nein, Sie sollen sich darüber unterhalten. (*Starke Unruhe.*)

*Kiesinger:* Nein, das müssen wir hier in Ihrer Gegenwart tun. Wie es Dr. Heck dargestellt hat, war es doch so, daß er diese Äußerung getan hat zur Interpretation der Haltung von Herrn Schröder. Daß er ausdrücklich gesagt hat, dies sei nicht die Meinung des Parteivorstands, deswegen kann man ihm also sicher nicht den Vorwurf machen, daß er das erklärt habe, was nun hier wieder hereinkommt. Wir wissen ja – ich weiß es durch schmerzliche Erfahrung – wie das dann immer gleich entstellt wird! Ich glaube also, wenn eine solche Meldung jetzt herauskommen sollte, dann muß schleunigst dafür gesorgt werden, daß das in Ordnung gebracht wird heute, und das kann ja in Ordnung gebracht werden. Es darf natürlich nicht in der Welt stehenbleiben, daß in diesem Gremium eine Frage behandelt worden sein soll, die gar nicht behandelt worden ist. Wir haben sie ja bewußt, (*Unruhe.*) nicht hier behandelt. Und das muß also mit einer klaren, wenn das falsch ist ...

---

51 Vgl. das Interview mit Schröder in „Augsburger Allgemeine“ vom 30. Juni 1971 „Überzeugender Spitzenkandidat und starke Mannschaft für 1973“ sowie mit dem „Weltbild“ vom 3. Juli 1971 „Schröder: Spitzenkandidat nicht ohne Regierungsteam“.

*Heck:* Ich muß noch mal sagen, ich habe mit Nachdruck gesagt, die Frage sei hier nicht erörtert worden. Ich habe mit Nachdruck gesagt, daß das nicht die Meinung des Vorstands ist, sondern ich habe erklärt, daß Herr Schröder offensichtlich der Meinung sei – und dafür habe ich Anlaß, das zu sagen, das habe ich auch nicht erfunden –, daß sich in der Partei die Dinge in der Richtung entwickeln.

*Schröder:* Also, ich würde gerne doch zwei Worte sagen bei diesem Stand der Dinge. Ich habe mit Herrn Heck nicht ein Wort gesprochen vor dieser Pressekonferenz und kenne die Fragen nicht, die dort angeschnitten worden sind. Mein Standpunkt ist folgender: Ganz klar, alle Befragungen, die es bisher gegeben hat, außerhalb der Partei, innerhalb der Partei, haben eine Vorliebe für die Trennung der Ämter, wenn man das „Ämter“ nennen kann, ergeben – das ist ganz klar. Auch ich meine, Herr Vorsitzender, gehört zu haben, daß Sie selbst auch in diese Richtung tendieren. (Unruhe und Diskussion.)

*Kiesinger:* Augenblick mal, meine persönliche Meinung zu dieser Frage habe ich im Parteipräsidium gesagt! Ich wollte zu einer Beruhigung beitragen und habe vermieden, darauf zu insistieren, daß wir diese prinzipielle Frage gerade heute im Parteivorstand erörtern.

*Stoltenberg:* Also, ich möchte folgendes vorschlagen, ohne jetzt in eine kritische Betrachtung von Äußerungen einzugehen – auch vom Kollegen Heck und anderen –, die wir nicht kennen. Wir kennen sie, wie der Kollege Heck sie wiedergegeben hat, und ich unterstelle, daß er sie völlig richtig wiedergegeben hat. Ohne in eine kritische Betrachtung einzutreten, halte ich es für notwendig, daß Herr Weiskirch die Journalisten oder die Agenturen, die sich dafür interessieren, anruft und sagt, es sei ganz offenbar hier und da ein Mißverständnis entstanden, es wird noch einmal ganz eindeutig festgestellt, daß diese Frage „Personalunion ja oder nein“ heute hier nicht behandelt sei, weil über die wenigen Dinge, die anstünden, Einvernehmen bestanden habe und wir uns ausführlich mit Sachfragen der Innenpolitik befaßt haben.

*Katzer:* Ich habe am Samstag, Sonntag wieder eine Sitzung der Sozialausschüsse gehabt und habe einen Eiertanz gemacht, um zur Beruhigung beizutragen und jetzt kommt so eine Geschichte. Ich bin der Meinung, daß wir nicht jetzt erforschen, wer ist interessiert an einer Gegendarstellung, sondern ich bin der Meinung, daß dieser Vorstand hier feststellt, daß weder im Präsidium noch hier diese Frage überhaupt erörtert worden ist, daß jede andere Aussage gegenstandslos ist. Das soll eine Feststellung des Vorstands sein, die soll allgemein in die Presse gegeben werden. (Unruhe.)

*Kiesinger:* Ja gut, das entspricht genau dem, was Dr. Heck gesagt hat. Die grundsätzliche Diskussion wird natürlich in der Partei weitergehen, das ist ganz selbstverständlich. Das können wir gar nicht verhindern. (Unruhe.) Ich habe zwar im Vorstand diese Frage angerührt, weil sie ja im Raum steht, wie man so schön sagt, aber ich habe mich eigentlich gefreut, daß dies nicht zum Gegenstand einer vielleicht sehr langen und sehr schwierigen Aussprache wurde, die dann nur draußen beunruhigt hätte. Also, wir werden feststellen – und da haben wir auch keinen Gegensatz zwischen der Aussage des Generalsekretärs und des Vorstands –, wie es Katzer eben gesagt hat, daß

diese Frage ... (*Zwischenruf*: Ich muß schon sagen, das kann eigentlich nur böswillig sein. – *Unruhe*.)

*Heck*: Ich habe doch eingehakt und habe gesagt, ich habe den Eindruck, hier ist etwas mißverstanden worden. Ich erkläre noch einmal ausdrücklich, das ist im Vorstand nicht besprochen worden und nicht die Meinung des Vorstands.

*Kiesinger*: Es gibt hier also keinen Gegensatz? Wir können das so machen, wie Kater es vorgeschlagen hat. Und im übrigen wird diese grundsätzliche Frage die Partei weiter beschäftigen, das ist doch selbstverständlich. – Jetzt haben wir den nächsten Tagesordnungspunkt:

#### FINANZLAGE DER PARTEI

Ich kann es kurz so zusammenfassen, daß wenn das nun erfüllt wird, was uns erneut zugesagt worden ist von den Betroffenen, das darauf hinauslaufen würde, daß die Partei bis 1973, die Finanzierung der Geschäftsstelle gesichert wäre und daß die Partei, die ja 11 Mio. DM Schulden hat, bis zur Bundestagswahl entschuldet wäre. Das würde dann bedeuten allerdings, daß wir vor der Bundestagswahl ohne Mittel für den Bundestagswahlkampf wären und wir uns darauf verlassen müßten, im Wege einer Vorfinanzierung der Erstattung, die dann in Aussicht stünde, den Bundestagswahlkampf zu finanzieren, was bedeuten würde, daß wir wahrscheinlich nicht die Summe aufbringen werden, die notwendig wäre, diesen Bundestagswahlkampf gegen eine Regierung zu führen, die ohnehin aus eigenen Mitteln sehr viel stärker ist als wir und dazu noch den ganzen Apparat staatlicher Mittel einsetzen kann. Das ist im Augenblick die Situation. Die Sonderaktion mit der Zehn-Mark-Umlage läuft.<sup>52</sup> Damit brauchen wir uns heute nicht zu beschäftigen. Mehr ins Detail möchte ich heute eigentlich nicht gehen, es sei denn, daß der Herr Schatzmeister von sich aus noch etwas sagen möchte, oder daß noch Fragen da wären, die wir beantworten könnten.

Das ist also kurz zusammengefaßt das Ergebnis der letzten Besprechung, wobei ich hinzufügen muß, daß eine gewissen Skepsis am Platze ist gegenüber den Zusagen, denn Sie erinnern sich, ich hatte im letzten Jahr das ganze Gremium beisammen<sup>53</sup>, das uns bei der Bundestagswahl eine sehr erhebliche finanzielle Hilfe zugesagt hatte, die dann ausblieb. Dort wurde fest versprochen, daß wir diese Mittel bekommen würden. Das ist allerdings nicht geschehen. Jetzt ist jedoch ein erneutes Versprechen gegeben worden. Schwierigkeiten bestehen noch in der Frage des Zeitpunkts der Auszahlung.

*Schmücker*: Ich lege nur noch Wert auf die Feststellung, daß wir uns nicht verlassen dürfen auf die ausschließliche Finanzierung in der herkömmlichen Art, sondern daß

---

52 Der Bundesausschuß hatte am 10. Mai 1971 u. a. beschlossen, daß die Landesverbände 1971 einen Sonderbeitrag von 10 DM pro Mitglied an die Bundespartei abführen sollten (Protokoll in ACDP 07–001–606).

53 Vgl. Nr. 14 Anm. 9.

wir neue Einrichtungen schaffen und Vorschläge darüber ausarbeiten müssen. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß wir schon jetzt in den letzten drei Monaten 3 Mio. Mark außerhalb dieser herkömmlichen Art gesammelt haben. Allerdings sind die nicht nur in die Bundespartei geflossen, sondern fast mehr in die Landesparteien.

*Kiesinger:* Können wir es nun bei diesem Zwischenbericht belassen, meine Damen und Herren? Gut, dann schließen wir diesen Punkt ab und gehen zum Punkt

## DEUTSCHE UNION

Die Angelegenheit hat natürlich einige Aufregung verursacht in der Partei und dies mit gutem Grund. Sie wissen, es hat eine reichlich improvisierte Besprechung stattgefunden, aus welcher jedenfalls einige der Herren, die jetzt die Deutsche Union gegründet haben, den Eindruck gewonnen hatten, daß es zu einem Huckepack-System kommen werde, d. h. daß man ihnen drei Wahlkreise werde überlassen können, um – verständliches Anliegen – gewisse Stimmen, die sonst eben untergehen würden bei der Bundestagswahl, dann schließlich doch zu gewinnen. Das Ergebnis seitdem scheint dieses zu sein – wie es in Bayern ist, weiß ich nicht. Ich habe an Herrn Strauß im Auftrage des Präsidiums einen Brief geschrieben<sup>54</sup> und ihn gebeten, innerhalb der nächsten 14 Tage darüber mit dem Präsidium der CDU zu sprechen – ein entsprechendes Gremium der CSU. Strauß scheint sich da sehr weitgehend festgelegt zu haben. Ich persönlich bezweifle, daß er allein imstande sein wird, in Bayern der Deutschen Union drei Wahlkreise zu sichern. Und inzwischen scheint es sich herausgestellt zu haben, daß auch niemand sonst diesen zweiten oder diesen dritten Wahlkreis zusagen möchte. Ich würde allerdings dazu sehr gerne aus dem Munde der Herren, die bei dieser Besprechung dabei gewesen sind, noch etwas hören. Präsidium<sup>55</sup> und Vorstand haben in der Frage der Deutschen Union ganz klare Beschlüsse gefaßt, die darauf hinauslaufen, daß die CDU ohne Wahlabsprachen in den Bundestagswahlkampf gehen wird und daß auch keine Wahlabsprache bei dieser Gelegenheit getroffen wird, was ja auch gar nicht hätte geschehen können. Dies ist die bisherige Haltung gewesen, dabei bleibt es.

Ich bin angesprochen worden auf irgendeine Bemerkung, die ich angeblich – wieder eine der Presseverzerrungen – in Essen gemacht haben soll.<sup>56</sup> Da bin ich gefragt worden: Nun ist diese Partei da, was nun? Ich habe gesagt, wir werden keinen Krieg anfangen jetzt. Wir werden mal sehen, wie die Partei sich entwickelt, wie sie sich programmatisch entwickelt und dann unser Verhältnis zu ihr klären. Ich habe aber gleichzeitig darauf hingewiesen, daß von einem Huckepack-System überhaupt keine

---

54 Laut Protokoll der Präsidiumssitzung vom 5. Juli 1971 (ACDP 07–001–1406) hatte Kiesinger an Strauß geschrieben und um ein Gespräch wegen der Deutschen Union innerhalb der nächsten zwei Wochen gebeten. Der Brief findet sich weder im NL Strauß noch in den Unterlagen der CSU-Landesgruppe.

55 Vgl. Protokoll der Präsidiumssitzung vom 5. Juli 1971 in ACDP 07–001–1404.

56 Vgl. „Kölnische Rundschau“ vom 23. Juni 1971 „Kooperation mit DU möglich“; „Frankfurter Rundschau“ vom 24. Juni 1971 „Streit in der Union über Zusammenarbeit mit der DU“.

Rede sein kann. Wir müssen ja die Frage so behandeln, daß wir gewissen Leuten den Rückweg offenhalten. Es hat ja gar keinen Zweck, jetzt einen sinnlosen Krieg anzufangen, sondern wir müssen aus der Sache das Beste machen. Also das ist meine ganze Bemerkung gewesen, und ich bin auch nie nur einen Punkt von den Beschlüssen des Vorstands und des Präsidiums abgegangen. Sie wissen ja, wie solche Meldungen zustandekommen.

Die interessante Frage wäre nun zu hören, ob da noch irgendwelche Absichten in den einzelnen Landesverbänden bestehen, etwa zusammen mit der CSU hier dieser Partei einen Wahlkreis zur Verfügung zu stellen. Ich brauche jetzt nicht im einzelnen auf die Landtagswahlkämpfe, die hinter uns liegen, hinzuweisen. Es ist uns gelungen, Kräfte von rechts, aber nicht Rechtsradikale, an uns zu binden. Die CDU ist also Manns genug, dieses Problem für sich zu lösen. Und dabei sollte es bleiben. Also ich würde schon vorschlagen, daß wir hier im Vorstand heute zu einer klaren Einigung darüber kommen, daß es dabei bleibt, daß die CDU ohne Wahlabsprache mit irgend jemand in den Bundestagswahlkampf gehen wird.

*Dregger:* Ich kann nur folgendes berichten. Ich war am 3. Mai bei Herrn Bahner<sup>57</sup> auf eine persönliche Einladung hin mit anderen CDU-Politikern, Herrn Hasselmann, Herrn Köppler und Herrn Strauß. Ich bin hingeflogen in der Erwartung, es würde über die Frage gesprochen, ob eine DU gegründet werden sollte oder nicht. Ich habe mich insofern getäuscht, als mir mitgeteilt wurde, sie würde gegründet. Man hat dann versucht, uns klarzumachen, warum das zweckmäßig sei und hat folgende Gründe genannt:

Es kommt darauf an, diese Regierung zu stürzen. Das kann eine Frage von ein paar Prozent sein. Wenn die DU auch nur 2 oder 3 % in die gemeinsame Masse hineinbringen würde, als die CDU es alleine fertigbrächte, dann könnte das den Erfolg bringen. Und dann wurde gesagt, es gibt verschiedene Wähler, die die CDU nicht wählen werden. Das sind erstens solche, die keine christliche Partei wählen. Das sind zweitens solche, die sich über ihre Vorsitzenden geärgert haben. Und das sind schließlich solche, denen der Spannungsbogen zu groß ist bei der CDU, und die eine klarere Partei gewählt haben wollen. Wir stellen uns vor, daß wir vielleicht 2 bis 3 % des Wählerpotentials zusätzlich aktivieren können.

Ich habe erklärt, daß ich das ablehnen würde, daß wir auch von Hessen aus keinen Wahlkreis zur Verfügung stellen würden, und ich sei überzeugt, daß es nicht gelingen werde, zusätzliches Wählerpotential zu aktivieren, weil die große Konfrontation zwischen der CDU/CSU auf der einen Seite und den Sozialisten auf der anderen Seite so klar in das allgemeine Bewußtsein eingedrungen sei, daß solche Rücksichtnahmen – keine christliche Partei und ähnliches –, die früher vielleicht mal eine Rolle gespielt haben mögen, jetzt wahrscheinlich nicht mehr auftreten. Im übrigen komme dieser neuzugründenden Partei nicht das zugute, was der FDP zugute kommt, nämlich eine

---

57 Dietrich Bahner (1913–1987), Fabrikant; 1946 FDP, 1956 Bezirksvorsitzender in Schwaben, 1967–1971 Landesvorsitzender der FDP Bayern, 1971 Mitgründer der Deutschen Union, 1975 Mitgründer der „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei“ (1977 Austritt).

gewisse Treue zur alten Partei, weil die DU als neue Partei keine traditionellen Gefühle hat, im Gegenteil. Man wird möglicherweise eher bereit sein, von der FDP zur CDU zu gehen, als zu einer neuen Partei, die abgesplittert ist von der alten. In dieser Frage haben sich die Meinungen nicht nähern können. Herr Strauß hat sehr deutlich die Notwendigkeit der Deutschen Union zum Ausdruck gebracht und auch die Bereitschaft, ihr einen Sitz anzubieten in Bayern, von mehr hat er nicht gesprochen. Ich halte Ihre Stellungnahmen, Herr Vorsitzender, für richtig. Wir sollten die Leute nicht als Person ablehnen, und wir sollten auch ihr Ziel nicht ablehnen. Als Person deshalb nicht, es sind Leute dabei, die in der FDP als einer demokratischen Partei sehr lange eine hervorragende Rolle gespielt haben. Und ich würde es für falsch halten, solche Leute dann zu verteufeln, wenn sie zu uns zu kommen bereit sind. Das hat auch unser Verhalten damals zu Herrn Mende<sup>58</sup> bestimmt, der jetzt in Hessen sehr fleißig an der Basis mitgewirkt hat für die CDU. Das ist meine allgemeine Überlegung. Wir sollten Verbündete nicht vor den Kopf stoßen. Eine andere Frage ist, ob wir auf ihre Methoden eingehen. Ich habe das in dieser Besprechung entschieden abgelehnt. Ich hatte es vorher schon mal in Hessen abgelehnt. Ich würde es auch in Zukunft tun, weil ich es für falsch halten würde. Aber eine andere Frage ist, wie wir uns taktisch zu diesen Leuten verhalten.

*Hasselmann:* Ich habe anders votiert. Ich glaube, man sollte hier im Bundesvorstand sehr offen über die Frage diskutieren. Deswegen ist das keine Streiffrage zwischen Herrn Dr. Dregger und mir, weil wir beide und auch Herr Köppler mit der Absicht hingefahren sind, um die Gründung zu verhindern. Als das kategorisch als nicht mehr möglich hingestellt wurde und wir uns die Argumente, die hierzu vorgetragen wurden, angehört haben, bin ich vorsichtiger geworden, einfach weil das regional unterschiedlich gesehen werden muß. In Hessen sind die Verhältnisse auch nach dem Wahlausgang<sup>59</sup> anders als bei uns in Niedersachsen. Und ich muß hinzufügen, daß bei einer Personalentscheidung für die Bundespartei es noch einmal in Niedersachsen aufgrund der Strukturen eine zusätzliche Belastung gibt, die ich auffangen muß. Es wäre falsch, das zu verschweigen. Deshalb ist die Tür nicht zugeschlagen ohne eine bindende Zusage, weil drei Dinge erforderlich sind: Erstens die Abstimmung mit der Bundespartei, zweitens das Verhalten der Deutschen Union bei Kommunal- und Landtagswahlen, nachdem Listenverbindungen durch Mehrheit im Landtag nicht mehr möglich sind, drittens ist die Bundespartei zweimal an unseren Landesverband herangetreten in dem vergangenen Jahrzehnt und hat um Hilfe gebeten aufgrund von einer Lage, die sich einfach ergab am Vorabend notwendig zu gewinnender Wahlen.

Wenn wir jetzt von vornherein in Niedersachsen aufgrund der Struktur und auch meiner persönlichen Meinung alle Türen zuknallen und die Bundespartei wirklich ein letztes Prozent braucht und sich überlegt, daß das überragende Ziel die absolute Ablösung der sozial-liberalen Regierung ist, dann möchte ich aktionsfähig bleiben im

---

58 Dr. Erich Mende (1916–1998), Jurist; 1949–1980 MdB (FDP, ab 9. Oktober 1970 CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 17 Anm. 42.

59 Wahlen am 8. November 1970 (vgl. Nr. 2 Anm. 18).

Interesse dieses Ziels. Und ich darf sagen, daß Herr Adenauer bei uns sagte: „Die DP muß bei Euch abgesichert werden für den Landtag, für den Bundestag.“ Das haben wir gemacht mit Frau Kalinke<sup>60</sup>, Sie wissen, wie das gelaufen ist.

Und dann haben wir, weil die Vertriebenen eine ganz große Rolle spielten, Herrn Rehs<sup>61</sup> übernommen. Das ist nicht so gut gelaufen. Wegen früherer ähnlicher Erfahrungen in unserem Land halte ich es nicht für falsch, wenn sich die Bundespartei bei einer sauberen Analyse der Gegnerlage überlegt, ob sie dieses notwendige letzte Prozent bekommt. Und wenn das zu unseren Überlegungen führt, daß das dann nicht von Franz Josef Strauß und der CSU alleine kommen muß, bringt das eine schwierige Situation mit sich. Und, Herr Dr. Dregger, wir dürfen ja nicht verheimlichen, daß auch, neben den Möglichkeiten, über Huckepack voranzukommen, die Gesprächspartner von uns sehr wohl den Weg, den Dr. Röder im Saarland uns tags zuvor mitgeteilt hat, nämlich den Weg der Saarländischen Volkspartei<sup>62</sup> zu gehen, mit in die Diskussion einordnen müssen. Er hat uns damals empfohlen, und das ist sowohl von Zoglmann als auch von Bahner nicht abgelehnt worden, daß sich eine Situation ergeben kann, ein Jahr oder anderthalb Jahre vorher, wenn was sich überhaupt tut. Deshalb meine ich auch, daß wir insgesamt stillschweigen müßten, gar nicht wieder aufwerten, gar nicht drüber reden, beobachten, wer findet sich da überhaupt, ist da überhaupt einer? Wenn ich das mal vorwegnehmen darf, in Niedersachsen sind die Anhänger des aus der CDU ausgetretenen Herrn Kostorz<sup>63</sup>, der aus der Schlesiervereinigung kommt, und des Herrn Homeier<sup>64</sup> keineswegs geeignet, eine Sammlung – deswegen kann ich viel freier über die Dinge reden – zu vollziehen. Die werden bei 300 Mitgliedern bleiben, ich habe gar keine Sorge, daß das bei uns etwas wird.

Aber wissen wir, was in anderen Regionen unseres Landes passieren kann? Einstweilen kann ich nur beobachten, Gespräche im Lande sind nicht geführt, auch ist eine

---

60 Margot Kalinke (1909–1981), leitende Angestellte; 1939–1946 Bezirksgeschäftsführerin einer Angestelltenkrankenkasse, 1946 DP, 1947–1949 MdL Niedersachsen, 1949–1981 Bundesvorsitzende des Verbandes Weiblicher Angestellter, 1949–1953 und 1955–1972 MdB (DP, ab 20. September 1960 Mitglied der CDU/CSU-Fraktion).

61 Reinhold Rehs (1901–1971), Rechtsanwalt; 1953–1969 MdB (SPD, ab 13. Mai 1969 CDU), 1967–1970 Präsident des BdV. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 479 Anm. 78. – Das SPD-Mitglied Reinhold Rehs war am 13. Mai 1969 wegen der Ostpolitik Brandts zur CDU übergetreten und wurde unter Druck der CDU-Bundespartei für die Bundestagswahl im Wahlkreis 9 (Verden/Rotenburg/Osterholz-Scharmbeck) als Direktkandidat ohne Listenabsicherung aufgestellt. Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 3. Juli 1969 „Doch noch ein Bundestagsmandat für Rehs“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 23. September 1969 „Drei Minuspunkte nach dem Parteiwechsel“.

62 Nach der Fusion von CVP und CDU-Saar 1953 spaltete sich 1960 ein Teil der ehemaligen CVP-Mitglieder ab. Bei den Landtagswahlen 1960 erreichte die SVP sechs Mandate, 1965 noch zwei, 1970 erhielt sie nur noch 0,9 % der Stimmen.

63 Helmut Kostorz (1912–1986), Kaufmann; seit 1951 stv. Landesvorsitzender der Landmannschaft Oberschlesien, 1959–1967 MdL Niedersachsen (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 562 Anm. 42.

64 Willi Homeier (geb. 1922), Hotelkaufmann; 1952–1956 Landesgeschäftsführer der Deutschen Jugend des Ostens, 1955–1970 MdL Niedersachsen (GB/BHE, ab 20. Mai 1963 FDP).

Bitte um Gespräche nicht herangetragen worden von dem Landesvorsitzenden. Aber, wenn die Überführung der DU in die Union möglich wird, aufgrund der gesamten Entwicklung vor den Wahlen, wissen wir ja gar nicht, ob wir tatsächlich diese Hand ausschlagen dürfen. Die Argumentation von Dr. Strauß und Herrn Dr. Dregger ging ja von den Tatsachen aus, daß die CDU eben 1 % zu wenig, die FDP 1 % zu viel oder die NPD 1 % zu wenig gehabt hat. Sie müssen das doch nüchtern auf den Tisch legen, wir dürfen uns doch selbst nichts vormachen. Daran ist doch die Sache 1969 gescheitert. Die Lage in unserem Land, Sie kennen diese Schwierigkeiten in Niedersachsen, zu einem großen Teil jedenfalls, verpflichtet nicht, die Türen offenzulassen ohne jede Bindung und Zusage, wenn sie nicht auf der Bundesebene meinen, sie müßten doch an uns herantreten und sagen: Die Lage hat sich so entwickelt, und wir wählen nicht nächsten Sonntag, sondern erst in zwei Jahren. Was könnt ihr aus der Lage denn noch machen? – Bei Herrn Dr. Stoltenberg wird es wahrscheinlich so sein, daß aufgrund des Wahlergebnisses nichts mehr notwendig ist. In Niedersachsen hat die NPD 3,6 % und die FDP 4,1 %.

Der letzte Gedanke, den ich nur der Vollständigkeit halber und zur Ergänzung, Herr Dr. Dregger, hinzufügen möchte, war: Ist die DU in bestimmten Bereichen noch aufgrund der aufgestellten Personen in der Lage, die FDP erneut zu schwächen? Ja oder Nein? Sie noch einmal zu halbieren? Oder nicht? Das ist die Frage. Ich glaube das nicht, bei den Abgrenzungen, die wir bei uns im Lande haben, daß das noch möglich ist. Aber das schlimme ist, daß Homeier und Kostorz zwei Vertriebenenpolitiker sind, einer ein ganz starker Mann in dem sehr starken Verband der Schlesier in Niedersachsen und der andere als hauptamtlicher Geschäftsführer des BdV mit einem funktionierenden Apparat, in Südhannover, in jedem Kreis. Ich muß also bei dem Versuch der Lagebeurteilung vielleicht vorsichtiger sein als Sie alle in Ihrem Heimatland. Und Sie haben die Presseerklärung<sup>65</sup> gesehen, ich nehme an, Herr Dr. Kiesinger, auch die Meldung<sup>66</sup>, daß Sie sich für die Zusammenarbeit ausgesprochen haben. Ich habe sie mitgebracht (*Kiesinger*: Ich habe das gesagt, was ich eben sagte!). Wir sind uns in Niedersachsen mit der Presse darüber einig, daß wir keine Zusagen gemacht haben und keine machen werden, wenn nicht die Bundespartei mit uns in Übereinstimmung zu der Überlegung kommt, das sei notwendig. Darf ich noch eines sagen, Herr Dr. Dregger, wie war die Überlegung bezüglich der Möglichkeiten dieser Bundesregierung, am Wahlgesetz Änderungen vorzunehmen? Andere Ausrechnung der Erst- und Zweitstimmen, um immer wieder zu versuchen, uns in die Minderheit hineinzumanövrieren. Ich wollte das nur als Gedanken hier vorbringen. Zusagen – keine bindenden. Klare Bedingungen – die wichtigste davon Abstimmung mit der Bundespartei. Kommen Sie zu dem Ergebnis, daß wir alles auf eine Karte setzen können und dieses letzte fehlende Prozent bekommen, sind wir dabei, machen wir nichts. Kommen Sie zu einer anderen Überlegung, können Sie mit Niedersachsen heute noch nicht rechnen.

*Kiesinger*: Ja, das war eine lange Rede, Herr Hasselmann. Sie werden begreifen,

---

65 Vgl. dpa vom 22. Juni 1971.

66 Vgl. Anm. 56.



daß ich der Letzte bin, der sich Überlegungen verschließt, wie man 0,9 % retten kann, das ist klar. Ich halte nur das Kalkül für falsch. Also, noch einmal: Ich habe lediglich auf eine Frage „Wie werden Sie sich zu der gegründeten Partei stellen?“ gesagt: „Das hängt von ihrem Programm ab, von ihrem Verhalten ab.“ Das hat aber gar nichts damit zu tun, daß wir etwa mit dieser Partei Wahlabsprachen träfen, bei denen wir Bundestagswahlkreise zur Verfügung stellten. Das ist doch der einzige Weg, der uns zu dem Ziel bringen könnte, das Sie – und ich begreife Ihre landespolitische Situation sehr gut – im Auge haben. Daß dabei auch noch da und dort andere Überlegungen mitspielen, brauche ich ja wohl nicht besonders deutlich zu unterstreichen, das wissen wir ja schon seit langem.

*Kraske:* Es ist gut, daß man die Leute, die die DU wählen, nicht persönlich verteuflern soll, aber ich finde, daß das nicht sehr viel hergibt, denn das sollte man nach meiner Meinung nicht mal mit seinen politischen Gegnern tun, sondern man soll sie sachlich angreifen. Das Wort von den „Verbündeten“ trifft erst recht nicht zu, ich muß sagen, daß ich das, was Herr Hasselmann eben gesagt hat, in allem für falsch halte, was über Niedersachsen hinausgeht, obwohl er die Situation da zehnmal besser kennt als ich.

Ich finde zunächst mal, daß es nicht gerade dem Stil von Verbündeten entspricht, nachdem es 25 Jahre lang eine CDU gibt, eine DU zu gründen. Dies ist schon indirekt eine Kampfansage. So jedenfalls habe ich das empfunden. Ich finde darüber hinaus, daß alle historischen Ableitungen, wie sie eben Herr Hasselmann gemacht hat, die heutige Situation nicht mehr treffen. Die damalige Situation der 53er-Wahlen mit den DP-Kreisen entsprach einer Lage, in der die CDU noch eine Minderheitspartei war. Und dennoch konnte man sich schon damals überlegen bei der nachträglichen Wahlanalyse, ob das Ergebnis ohne solche Absprachen für die CDU ungünstiger gewesen wäre. Wie die heutige, das zeigt nach meiner Meinung sehr viel besser die Entwicklung etwa der FVP<sup>67</sup>, oder in jüngerer Zeit die Entwicklung in dem Wahlkreis des Herrn Rehs, wo es nach meinem Eindruck eben nicht an seinem Alter liegt, oder daran, daß er zu kurz in der CDU war, sondern daran, daß die Wähler solche Manipulationen nicht mehr wollen. Es gibt vielleicht nicht mehr eine Wählergruppe, die die CDU heute ablehnt prinzipiell wegen des „C“. Das spielt heute nicht mehr so eine Rolle wie früher. Aber ich glaube, daß es einen gefährlich großen marginalen Prozentsatz von diesen 1 bis 3 % gibt, auf die es ankommt, denen es aber lieber ist, dieser Regierung, diesem Sozialismus, eine Alternative entgegenzusetzen zu können, ohne gezwungen zu sein, CDU zu wählen, die also lieber eine kleine garantierte rechte Partei – nicht radikal, nicht extrem – wählen, um damit etwas zu tun. Die Aufgabe des Wahlkampfes wird es sein, so wie in Schleswig-Holstein dieser Wählergruppe klarzumachen, daß ihre einzige Chance, diese Regierung zu stürzen, darin liegt, CDU zu wählen. Und damit komme ich zu dem letzten Punkt von Herrn Hasselmann. Je länger wir diese Frage offen-

---

67 Nach der Aufkündigung der Regierungskoalition mit der CDU und CSU durch die FDP im Februar 1956 traten 16 Mitglieder der FDP-Bundestagsfraktion aus der FDP aus und gründeten die Freie Volkspartei, die 1957 mit der DP fusionierte.

lassen, je länger wir sagen, wir wollen uns hier nichts verbauen, je länger wir bei manchen Leuten den Eindruck bestehen lassen, man könnte vielleicht doch mit der DU rechnen, desto mehr tragen wir dazu bei, für diese Leute ein psychologisches Fundament zu schaffen, was sie im letzten Augenblick dann womöglich wirklich gefährlich machen könnte. Ich meine daher, daß unser ganzes Sinnen und Trachten nur darauf abzielen kann, von heute an klarzumachen, daß dies eine Partei ist, die keinerlei Chancen hat, daß sie nur die Kräfte gegen diese Regierung zersplittert und daß die einzige Alternative zu der gegenwärtigen Regierung, zu einer absoluten Mehrheit gegen den Sozialismus, die CDU ist. Das sollte Grundlage auch schon für eine heutige Erklärung sein.

*Stoltenberg:* Ich möchte mich kurz fassen. Ich glaube, daß der Sachverhalt etwas komplexer ist als in der einen oder anderen Beleuchtung. Aber ich glaube auch, daß wir hier eine exakte Grundposition beziehen müssen. Die sollte davon ausgehen, daß wir als selbständige politische Kraft – CDU/CSU – in die Wahl eintreten wollen. Das sollte die öffentliche Darstellung unserer Partei sein, eine positive Aussage. Ich beziehe mich auf einige Ausführungen des Kollegen Barzel im Präsidium, die in dieser Richtung völlig richtig waren. Ich bin eigentlich auch der Meinung, daß es falsch ist, jetzt ständig öffentlich die DU anzugreifen und gegen sie zu polemisieren. Die eine oder andere Äußerung war psychologisch verständlich, aber wir sollten das unterlassen, weil wir sie damit nur interessant machen, denn auf der Landesverbandsebene rührt sich ja fast nichts, wenn man von dem Kreis der 200 in Niedersachsen einmal absieht. Bei uns niemand! Und wenn es gelingt – und wir glauben, daß wir da in einigen Wochen einige Meldungen aus unserem Land bekommen –, den Transfer aus der FDP von den Kräften in die CDU direkt fortzusetzen, ist das die wirkungsvollste Art. Ich glaube also, außer der positiven Feststellung, daß wir davon ausgehen, daß wir als selbständige politische Kraft ohne Wahlabsprachen in die Wahl gehen, und das sollte man, glaube ich, sagen, alles was darüber hinausgeht, sollten wir intern besprechen.

Für die Verbündeten ist es ein bißchen kompliziert. Sie sind nicht von vorneherein unsere Verbündeten, aber sicher ist es so, daß sie uns in einigen Konstellationen schon geholfen haben. Der Kreis der DU hat uns teilweise geholfen durch gewisse Kontakte, auch bei unserer Wahl. Das ist gar kein Zweifel. Da haben Leute aus dem Kreis der Bundes-DU, die heute diesen Kreis bilden aus der NLA<sup>68</sup>, eine gewisse Wirkung auf andere ausgeübt. Das ist etwas differenzierter zu sehen. Und wir müssen ihnen auch, da bin ich mit dem Vorsitzenden völlig einig, soweit wir sie für integrierbar halten, den Weg zur CDU öffnen. Es wird den einen oder anderen geben, wo wir sagen, den können wir wirklich nicht nehmen, aber unter Anlegung großzügiger Maßstäbe sollten wir das offenhalten.

Es ist ja hier ein Problem CDU/CSU. Das ist die eigentliche Fragestellung. Und wir müssen die Diskussion mit der CSU fortsetzen. Die sehr offenen Berichte der Kollegen Dregger und Hasselmann über das Gespräch und auch die uns ja allen bekannten und hier auch noch mal bestätigten Überlegungen des Kollegen Strauß machen es not-

---

68 Nationalliberale Aktion, vgl. Anm. 12 sowie Nr. 7 Anm. 87 und Nr. 10 Anm. 10.

wendig, noch einmal miteinander darüber zu sprechen. Und hier liegt vielleicht die Möglichkeit, in diesem Gespräch mit der CSU die etwas delikate Frage nach der Stellung von Herrn Zoglmann zu entschärfen. Ich sage dies für diejenigen, die sich öffentlich dazu geäußert haben, gegen die Fortsetzung dieses Hospitantenverhältnisses.<sup>69</sup> Dafür gibt es Gründe, diese Meinung zu vertreten. Aber wir müssen aufpassen, daß dies nicht zu einer unnötigen und für uns schädlichen Belastung im Verhältnis der Unionsparteien wird. Und wir müssen in einem internen Gespräch mit der CSU hier eine Lösung finden, die verhindert, daß dies weit über die Bedeutung von Herrn Zoglmann hinaus zu einer Erschwerung der Kooperation führt. Aber dazu wird es sicher auch gut sein, wenn die CSU sich in der Lage sieht – und das sollten wir ihr auch sagen –, uns die eine oder andere Erklärung abzugeben. Ich sage dies ganz bewußt und in freundschaftlicher Gesinnung, wie ich das auch in einem Gespräch mit der CSU sagen würde. Ich weiß auch, daß das die Meinung des Vorsitzenden ist, nämlich die, daß man alle Schritte für 1973 nur gemeinsam tun wird, daß man nichts allein tun wird, weder die eine noch die andere Seite. Und das scheint mir ein wichtigerer Punkt zu sein, als daß wir jetzt eine öffentliche Kontroverse über die Frage von Herrn Zoglmann weiter fortsetzen, die ich nicht für nützlich halte.

*Echternach:* Ich möchte mich beziehen auf das, was Herr Dr. Stoltenberg gesagt hat. Ich halte es für gut, daß Herr Hasselmann dargestellt hat, daß es isolierte lokale Absprachen nicht gibt, sondern nur über die Bundespartei, und, falls sie Absprachen für richtig halten sollte, Absprachen auch dann nicht in Frage kommen könne, weil das die Partei in eine schwierige Lage bringt, da ein Bündnis mit einer solchen Partei uns nur schaden könnte, aus den Gründen, die Herr Kraske dargelegt hat. Auch deshalb, weil dieses Bündnis mit der DU uns automatisch weiter in die rechte Ecke abdrängen müßte und uns bei der Wahlkampfauseinandersetzung mit unseren Gegnern den Kampf unnötig erschweren würde. Deswegen bin ich auch für eine ganz klare Erklärung, daß für uns solche Bündnisse nicht in Frage kommen.

Ich habe dann noch eine Frage an Sie, Herr Dr. Kiesinger. Die Bundestagsfraktion hat jetzt dem Vorstand die Frage Zoglmann zugewiesen. Wann wird hier eine Meinungsbildung erfolgen?

*Kiesinger:* Wenn es dazu käme, daß wir einen Beschluß fassen, daß die CDU mit keiner Wahlkampfabsprache in den Bundestagswahlkampf geht, wäre die Frage eigentlich de facto erledigt. (*Barzel:* Dann kollabiert das Problem in sich.) Ich bin gegen eine Kriegserklärung. Ich würde mich auch in dieser rechten Ecke noch wohl fühlen, wenn wir dadurch die Mehrheit bekommen würden. Also, da würde ich mit unserem alten Herrn sagen: Man darf nicht so pingelig sein. (*Heiterkeit.*) Ich glaube Ihnen, daß das Kalkül nicht stimmt.

*Blüm:* Ich glaube, und ich sage das ohne jede Polemik, sondern rein beschreibend, das Problem der SPD ist, sich nach links abzugrenzen, das Problem der CDU ist, sich

---

69 Am 9. Oktober 1970 waren Erich Mende und Heinz Starke von der FDP- in die CDU/CSU-Fraktion gewechselt, Siegfried Zoglmann als Gast. Nachdem Barzel das Verbleiben Zoglmanns in der Fraktion ablehnte, nahm ihn die CSU-Landesgruppe als Hospitant auf. Vgl. dazu BUCHSTAB (wie S. XV Anm. 41) S. 266 f.

nach rechts abzugrenzen. Vor diesen Aufgaben stehen die beiden großen demokratischen Parteien. (*Kiesinger*: Nach links würden wir uns auch abgrenzen!) Na, ich sehe jedenfalls den Schwerpunkt unserer Abgrenzungsbemühungen nach rechts. Wenn Sie mir „nach links“ ein bißchen verdeutlichen können, vielleicht stimme ich Ihnen dann zu, mir ist das zu abstrakt. (*Kiesinger*: Ja, Sie haben auch abstrakt gesprochen. – *Große Heiterkeit*.) Ich möchte doch noch mal die abstrakten Sätze etwas relativieren: „Verbündete nicht vor den Kopf stoßen“ und „Das absolute Ziel ist, die Regierung auszuwechseln und uns selber wieder auf diese Position zu bringen“ – beide Sätze kann ich nicht unterschreiben. Wer mein Verbündeter ist, das bestimmt nicht nur der Partner, der sich mit mir verbinden will, sondern auch ich. Und damit auch die CDU, ich meine, die CDU bestimmt, wer ihr Verbündeter ist. (*Kiesinger*: Genauso habe ich es in der Aussage gestern gesagt, Herr Blüm, da sind wir uns völlig einig.)

Und zweitens, „absolutes Ziel“, das wäre ja eine Politik ohne jeden Inhalt, da wäre der Inhalt ja offensichtlich manipulationsfähig, (*Starke Unruhe*.) wenn Sie das so sagen, „absolutes Ziel ist es, die Regierung zu stürzen“, dann kann ich nur sagen, dann spielt das Programm offenbar keine Rolle. (*Kiesinger*: Über die Inhalte sind wir uns sicher, Herr Blüm. – *Unruhe und Diskussion*.) Ja, wir haben ein Programm verabschiedet, gerade deshalb kann es kein absolutes Ziel sein, sondern das Programm spielt bei dieser Frage auch eine Rolle. Damit ist es kein absolutes Ziel, die Regierung zu stürzen, sondern es kommt darauf an, mit unserem Programm eine Regierung zu bilden. (*Kiesinger*: Aber das ist doch selbstverständlich, Herr Blüm!) Wenn das selbstverständlich ist, habe ich eben zwei selbstverständliche Sätze gesagt. Nun sage ich gleich zwei Sätze, die nicht selbstverständlich sind. Wenn Sie glauben, Sie würden mit der DU 2 % gewinnen, dann sollten Sie nicht vergessen, daß Sie vielleicht auf der anderen Seite mehr als 2 % einbüßen. (*Kiesinger*: Das müssen Sie mir nicht sagen! Ich habe den Vorschlag gemacht, Herr Blüm!) Dann ist der dritte Satz auch selbstverständlich. (*Heiterkeit*.) Der vierte wäre der, ich glaube, daß auch unter diesen taktischen Gesichtspunkten sehr wichtig ist, was Herr Stoltenberg gesagt hat, nämlich die CDU als eine selbständige Kraft in den Wahlkampf zu führen, gegenüber einer Konstellation SPD/FDP, wo offenbar niemand von den beiden selbständig in den Wahlkampf gehen kann. Das ist doch der gerade auch taktisch fundamentale Unterschied, daß die sich offensichtlich beide brauchen, um die Regierung zu behalten. Insofern würde ich meinen, daß ein Bündnis CDU/DU geradezu ein Alibi bietet, auf der anderen Seite SPD/FDP-Fixierung aufrechtzuerhalten. Jedenfalls den Geruch, den negativen Beigeschmack dieses Bündnisses sozusagen zu kompensieren, daß es auf der anderen Seite ein ebensolches Bündnis gibt. Also, durchaus eine taktische Überlegung, Herr Vorsitzender, die Sie mir offenbar nicht zugetraut haben. (*Unruhe und Heiterkeit*.)

Drittens, Sie sprachen davon, daß man die Sache ganz ruhig lassen und jetzt nicht die öffentliche Auseinandersetzung bevorzugen sollte. Das hängt auch wiederum nicht von uns alleine ab, wenn eben solche Bündnisse im Gespräch sind, dann wird man danach gefragt, und man kann sich – ehrlicherweise – dieser Frage nicht entziehen. Deshalb hängt das, ob das stillbleibt oder an die Öffentlichkeit kommt und damit eventuell der DU nutzt, nicht allein davon ab, welchen Willen man selber hat, sondern

daß man auf Fragen auch antworten muß. Und meine, konkret das Verhältnis zu Zoglmann in der Bundestagsfraktion. Da finde ich keine Gründe dafür, wie man Herrn Zoglmann in diesem Hospitantenstatus lassen kann, wenn er doch mit einer selbständigen Partei ins Rennen geht. Mit anderen Worten, ich will das alles zusammenfassen: Ich bin der Meinung, daß man ganz hörbar die Tür zuschlagen muß – da unterscheide ich mich von dem, was Herr Hasselmann gesagt hat – hörbar die Tür zuschlagen muß, damit man nicht Fragen beantworten muß, die nur Ärger machen. Wir können ja nicht sagen, für die eine Etage, die die Tür zuschlagen will, ist Blüm zuständig und die halten sich an Blüm, und die, die sie offenhalten wollen, halten sich an Hasselmann. (*Heiterkeit.*) Gerade um der Ruhe wegen: Sie haben alle gemeint, es würde der DU nur nützen, wenn die öffentliche Auseinandersetzung spektakulär wird. Wenn sie nicht spektakulär werden soll, dann muß diesem Vorschlag, hörbar die Tür zuschlagen, ein Beschluß folgen, der wenig Raum läßt, und das könnte nur der Beschluß sein: Mit der CDU gibt es kein Huckepack-System.

*Kiesinger:* Wir gehen also als eine selbständige Partei ohne Wahlabsprachen in den Wahlkampf. Das war mein Vorschlag. Nun darf ich noch mal bitten, belasten wir doch die Geschichte nicht mit unnötiger Ideologie. Diese Partei ist nun mal gegründet worden. Sie ist da. Wenn ich nach dem Verhältnis der CDU zu dieser Partei gefragt werde, dann sage ich, wir waren immer der Meinung, daß das eine unzumutbare Gründung ist und daß dieser Gründung ein falsches politisches Kalkül zugrunde liegt. Wenn ich dann weiter gefragt werde: Gut, nun ist sie aber da, wie verhaltet ihr euch dazu? Dann sage ich: Ja, das hängt natürlich von der Programmatik dieser Partei ab, was sie politisch tut. Ob wir mit ihr uns freundlich stimmen können oder nicht, das hängt auch davon ab, ob das, was sie politisch tut, mit unserer eigenen politischen Zielsetzung übereinstimmt. Davon wird unser Verhältnis bestimmt werden. Die Tür so zuzuschlagen, daß wir jetzt Krieg mit den Leuten anfangen und ihnen eine mögliche Rückkehr unmöglich machen, halte ich für unklug. Und deswegen bin ich der Meinung, daß wir nicht feindselig reden sollten. Und was das Hospitantenverhältnis von Herrn Zoglmann anlangt; Herr Dr. Blüm macht sich stark dafür, Franz Josef Strauß zu sagen, wir lösen die Fraktionsgemeinschaft im Bundestag auf, wenn ihr darauf besteht, daß Herr Zoglmann weiter Hospitant der CSU ist. Wenn Sie sich dafür stark machen wollen, dann wünsche ich Ihnen auf diesem Weg viel Glück. Ich behaupte nicht, daß wir von vornherein gleich die Segel streichen sollen. Aber das ist eine Sache des Fraktionsvorsitzenden. Deswegen sollen wir ja auch mit der CSU sprechen. Aber klar müssen wir uns darüber sein, daß hier die Möglichkeit eines ganz schweren Konflikts innerhalb der Fraktion entstehen könnte. Und ich sehe auch keinen Grund dazu, durch übermäßig lautes Türzuschlagen auch noch in diesem Punkt hier eine Krise heraufzubeschwören, die wir einfach nicht verkraften können.

*Barzel:* Da hier die Frage des Hospitantenstatus aufgeworfen ist, muß ich ein paar Worte sagen. Die Kollegen aus der Fraktion können es nicht mehr hören, weil sie es oft genug gehört haben, und die aus dem Präsidium schon gar nicht mehr. Aber da wir uns ja nicht alle deckungsgleich hier befinden, möchte ich das doch noch einmal vortragen. Als der Kollege Zoglmann zu uns kam, haben wir uns unterhalten im Vorstand und

Präsidium, und da ist der gute Satz gefallen vom Kollegen Schröder, wir sind keine Institution, bei der man überwintert. Das ist eine sehr gute Aussage gewesen.

Nun zum Vorgang selbst: Herr Zoglmann erschien am Freitag vor seiner Gründung bei mir, um mir zu sagen, es würde nun gegründet, das passe ihm alles überhaupt nicht. Aber er habe nun diese drei Zusagen, und jetzt müsse das erfolgen. Daraufhin habe ich ihm gesagt, lieber Herr Zoglmann, das können Sie doch gar nicht machen, denn das führt sie in die größten Schwierigkeiten, denn dann kommen Sie auch in Schwierigkeiten mit dem Status, den Sie hier in der Fraktion haben. Denn Sie haben mir einen Brief geschrieben, Sie seien parteilos, und aufgrund dieses Briefs sind Sie hier ein Hospitant. Dann kam das Problem CSU. Dann mußte ich ihm sagen, hören Sie zu, wir haben gerade eine neue Satzung, nach der bestimmt die Fraktion insgesamt über die Hospitanten. Ich sage Ihnen das jetzt vorweg, das gilt pro futuro. Was jetzt ist, ist Besitzstand, und ich kann nur die Betrachtung unterstützen, die der Parteivorsitzende im Ernst der Zusammenarbeit der beiden Unionsparteien in einer gemeinsamen Fraktion hier vorgetragen hat.

Nun haben wir uns nicht etwa vor der Frage gedrückt, sondern meine Auffassung dazu ist völlig klar. Ich bin der Auffassung, daß wir nach dem Modell Schleswig-Holstein und Hessen in die Wahl gehen, also selbständig und ohne Abreden, weil alle Versuche oder auch nur scheinbare Versuche mit Manipulationen nicht nur die SPD/FDP-Manipulationen begünstigen, sondern uns in der Mitte das verlieren lassen, was wir vielleicht rechts dazu gewinnen könnten.

Nun haben wir nicht etwa eine faule Sache gemacht, als wir die Vorstände beider Parteien baten, die Frage zu prüfen, und zwar nur die Frage, Herr Echternach, ob es überhaupt Wahlabreden geben soll. Das ist keine Frage, die die Fraktion entscheiden kann. Und diese Frage ist fundamental zur Beurteilung des Status des Kollegen Zoglmann und zur Beurteilung der Lage dieser Partei. Und nun meine ich – erschrecken Sie nicht, wenn ich das so sage –, daß wir dem Kollegen Zoglmann natürlich auch Redlichkeit schuldig sind. Wenn er zu mir als seinem gegenwärtigen Fraktionsvorsitzenden kommt und sagt, ich gründe – gestützt auf eine Zusage –, und ich sage, überlegen Sie sich das mal sorgfältig, dann kann ich doch jetzt nicht anfangen, zunächst über Zoglmann zu diskutieren, sondern ich muß anfangen, über die Zusage zu diskutieren, damit wir ihm sagen können, es wird hier Zusagen geben oder es wird keine geben. Wenn es keine geben sollte – Herr Hasselmann hat eine wichtige Erklärung abgegeben, die Herr Echternach völlig richtig aufgegriffen hat –, sind wir Herrn Zoglmann schuldig, dies zu sagen. Und wir sind schuldig, das intern mit der Formulierung, die der Herr Vorsitzende vorgetragen hat, auch den Herren zu sagen, die über Geld verfügen, und dann mit der CSU zu sprechen, wie die Sache weitergehen soll. Und das ist sicher eine Frage der Perspektive. Ich habe in der Fraktion gesagt, wir wollen nicht den Kirchstuhl mit dem Kirchturm hier verwechseln und uns über eine Frage fundamental zerstreiten, die wir vielleicht doch irgendwie lösen können durch Kollabierung des Problems in sich selbst. Das heißt, die Frage, die die Fraktion – und nur dafür spreche ich jetzt – an diesen Vorstand, ebenso wie an den Vorstand der CSU gerichtet hat, ist die Frage, wollen wir selbständig und ohne Wahlabsprachen in die

Wahl gehen? Das kann nicht die Fraktion entscheiden, das müssen die beiden Parteien entscheiden. Wenn das – wie ich annehme – hier eine Mehrheit, wahrscheinlich eine Einstimmigkeit findet, dann ist das damit der Fraktion mitgeteilt, und ich würde meinem Kollegen, der ja mein Mitglied ist und dem ich auch Redlichkeit und Kollegialität schuldig bin, sagen, da ist also für Sie die eigentliche Geschäftsgrundlage nicht gegeben und daher müssen wir uns das mal überlegen. Das ist das Verfahren. Das wertet die DU nicht auf, das schlägt die Tür nicht zu, das eröffnet keinen Krieg, sondern das ist die Lösung des Problems, ohne daß wir dabei in einen Krieg zwischen CDU und CSU geraten. Es ist nur die klare Aussage, die der Vorsitzende für das Präsidium formuliert hat, also kein Ausweichen vor einer Frage, sondern zunächst die Basis und das Fundament des Entschlusses dieser Leute zu diskutieren. Wenn sie aus unserer Sicht nicht besteht, müssen wir das Herrn Zoglmann freundschaftlich sagen, damit er auch nicht gestützt auf Zusagen, die keiner einzuhalten bereit ist, nun seinerseits in eine komische Lage kommt, daß er mit anderen politischen Mitbürgern spricht, sie anwirbt und sammelt und dann falsche Hoffnungen erweckt. Das können wir auch mit Herrn Zoglmann und dem Potential, das sich auf dieser Seite befindet, nicht machen. Wenn wir uns so anständig und klar verhalten, wird das Problem sich lösen. Es dauert zwar ein bißchen länger, als der eine oder andere sich das mit Schlagzeilen vorgestellt hat, aber es ist sicher am Schluß für uns alle hilfreicher, daß wir heute wissen, was wir in dieser Sachfrage wollen. Und der Herr Vorsitzende hat das so formuliert, wie es unendlich lang im Präsidium besprochen worden ist.

*Gradl:* Für mich ist diese Frage im Augenblick eigentlich nur deshalb interessant, weil es eine gewisse Festlegung der CSU in dieser Sache gibt, und jeder von uns weiß, daß wir mit der CSU gemeinsam solche Dinge bewältigen müssen und uns hier keine Konfrontation leisten können. Und wenn ich dies ausschalte, möchte ich für mich jedenfalls völlig klar sagen:

1. Die Wahl des Namens Deutsche Union ist für mich eine Provokation und muß es eigentlich für die CDU als Ganzes sein. Wir wissen, warum wir 1945 den Namen Union gewählt haben. Die Anleihe, die Herr Zoglmann bei diesem Namen macht, ist in Wahrheit der Versuch, mit der Qualität dieses zusammenfassenden Begriffs für sich eine zusätzliche werbende Wirkung zu erzielen, sonst hätte er diesen Namen nicht gewählt. Eigentlich hätten wir bei der Stellung, die wir ihm gegenüber eingenommen haben, indem wir ihn als Hospitant aufgenommen haben, doch wohl erwarten müssen, daß er dies jedenfalls nicht tut. Das ist also einer der Gründe. Ich habe nicht die Absicht, hier einen Katalog aufzuzählen, sondern nur noch zwei Punkte, die mir im Hinblick auf das, was Herr Hasselmann gesagt hat, wesentlich erscheinen.

2. Eine Tendenz, die wir alle beobachtet haben, zielt auf die Konzentration in zwei Parteien. Dies ist klarer Wille des Volkes, sofern man überhaupt aus den demokratischen Wahlen der letzten Jahre etwas Verbindliches ableiten will. Würden wir irgend etwas tun, was den Eindruck erweckte, als würden wir uns einer Manipulation bedienen, um 1 oder 2 % zu gewinnen, würde das so gedeutet werden, als würden wir uns gegen diesen Wählerwillen stellen.

3. Herr Kollege Kraske hat schon gesagt, wir sollten nichts, aber auch gar nichts tun,

was den Eindruck beim Wähler verwischen könnte, daß es bei dieser Wahl 1973 um eine einzige große Auseinandersetzung geht. Hier die Union und dort die Sozialdemokraten. Dies ist die Konfrontation. Und wir haben ein großes Interesse daran, diese Konfrontation durch nichts zu beeinträchtigen. Deshalb, Herr Kollege Hasselmann, bitte nicht mal von Ihrem Landesverband auch nur eine Spur von Andeutung, daß das anders werden könnte, sondern hier muß ganz klar sein, wir sehen diese Konfrontation, wir bejahen sie, der Wähler soll 1973 ganz genau wissen, worauf es ankommt. Das ist die beste Chance, die absolute Mehrheit zu bekommen, die wir brauchen.

Ich plädiere sehr für den Vorschlag von Herrn Stoltenberg, nur hätte ich dieses Wort „ohne Wahlabsprache“ etwas präzisiert in „keine Wahlabsprache“, damit das völlig klar ist.

*Kiesinger:* Darf ich auf folgendes hinweisen. Wir reden über eine Sache, die entschieden worden ist in Beschlüssen des Präsidiums, des Vorstands und des Parteiausschusses. Die ganze Sache ist doch erst wieder zurückgespielt worden durch diese Unterhaltung, die da stattgefunden hat. Wir haben uns klar entschieden gehabt. (*Hasselmann:* Ich muß widersprechen. Der Bundesvorstand hat sich noch nicht mit einem einzigen Satz geäußert.) Aber natürlich! (*Heck:* Der Bundesausschuß hat es beschlossen.<sup>70</sup> – *Hasselmann:* Aber nicht hier im Vorstand. Wir haben die Überlegungen nicht angesprochen.) Aber bei allem Respekt für Ihre Überlegungen, Herr Hasselmann, ich erinnere mich genau, daß der Bundesvorstand sich mit dieser Frage beschäftigt hat, und zwar aufgrund eines entsprechenden Beschlusses. Und dann hat der Parteiausschuß beschlossen in dieser Frage. Deswegen haben wir heute eigentlich gar keinen neuen Beschluß zu fassen außer den, daß wir es präzisieren dahin, die CDU geht selbständig ohne Wahlabsprachen in den Bundestagswahlkampf. Das ist die Lage.

*Barzel:* Meine Kollegen, ich muß leider zu Pompidou<sup>71</sup>, ich möchte nur noch einen Satz sagen. Wir haben natürlich vor uns eine Landschaft, in der wahrscheinlich eine Vertragsratifikation zu bekämpfen ist. Dazu ist die absolute Geschlossenheit des eigenen Lagers erforderlich. Dies wird mir, glaube ich, nur gelingen, wenn wir nicht auf der Rechtsaußen-Seite eine Abspaltungsmöglichkeit haben, da sich dann die Geschlossenheit des eigenen Lagers auch auf anderen Seiten schwerer wird herstellen lassen, d. h. auch auf dieser ganz praktischen Politik, die fundamental für die Wahl ist, bin ich dafür, diese Frage so zu erledigen, wie ich das vorgeschlagen habe.

*Hasselmann:* Herr Dr. Barzel, es gibt keinen Zweifel, wenn ich jetzt hier als Gegenspieler auftrete, dann doch nicht, weil ich darauf beharre, daß das so kommen muß. Ich will nur der Bundespartei, falls sie ihre Ansicht ändern müßte, eine Chance lassen, mit uns im Lande reden zu können. Herr Dr. Blüm, Sie sind mir bitte nicht böse, wenn ein Parteitag einen Beschluß faßt in der Mitbestimmungsfrage und unsere Gruppierungen Sozialausschüsse sich davon absetzen, trotz gefaßter Beschlüsse, müssen Sie die politische Landschaft aufgrund der Struktur meines Landes sehen. Das ist doch eine Er-

---

70 Protokoll der Bundesausschußsitzung vom 10. Mai 1971 in ACDP 07-001-606.

71 Pompidou hielt sich am 5./6. Juli 1971 zu Konsultationsgesprächen in Bonn auf (AdG 1971 S. 16387-16390; AAPD 1971 Dok. 228, 229, 230, 231, 232, 233).



schwernis. Die Presse bei uns im Land schreibt in Schlagzeilen, daß eine große Gruppe sich nicht an den Parteitagbeschuß zu halten beabsichtigt. Bitte sehen Sie das doch! Das ist doch eine Situation, die uns unter Umständen das Prozent kosten könnte, weil die Leute nicht mit letztem Vertrauen die CDU aufgrund gefaßter Parteitagbeschlüsse sehen. Um dem allem vorzubeugen, möchte ich die Tür geöffnet halten und so wenig wie möglich reden. Ich darf wiederholen: Zusagen sind nicht gemacht worden. Das konnten wir auch nicht, ohne unsere Partei im Land und die Bundespartei zu fragen. Aber wir konnten eines auch nicht: Bei der Lage, in die wir selbst hineingeraten waren, Herr Dr. Dregger, nun so zu tun, als ob bei uns schon die Konfrontation zwischen der CDU und CSU eine nicht mehr abwendbare Lage geschaffen hätte. Sondern wir mußten uns bewegen. Deshalb sind diese verbindenden Dinge notwendig. Und hier dürfen wir uns nicht leiten lassen von Emotionen, Herr Dr. Gradl, und solchen Überlegungen, wie Sie sie anstellen. Ich bin also der Ansicht, daß wir aufgrund der Lage in Deutschland jeden Weg unter der Überschrift „Wir treten allein an“ für richtig halten könnten, der diese Regierung ablöst. Ob er so oder in anderer Form möglich wird für uns, ist eine Sache, die wir zur Zeit aufgrund einer nicht sichtbaren Möglichkeit, die Feindlage zu beurteilen, nicht treffen können. Deshalb warne ich vor Beschlüssen, von denen wir nachher nicht zurückkönnen, wenn wir zu anderen Überlegungen kommen, aufgrund einer in zwei Jahren möglichen Entwicklung. (*Starke Unruhe.*) Darum sage ich, bitte warten Sie mit den entscheidenden Fragen, bis die Stuttgarter Wahl<sup>72</sup> gewesen ist. Da ist noch eine große Koalition und eine schwache FDP in der Opposition. Warten Sie ab bis April. Sie haben dann ein klareres Bild über die ganze Entwicklung in Deutschland, und Sie wissen, wie weit wir dann sind. Ich glaube, daß diese Partei sich in der nächsten Zeit totläuft. Sie läuft sich vor allen Dingen dann tot, wenn wir keine Beschlüsse fassen und nicht darüber reden. Dann sind wir am freiesten. Und sehen Sie, Dr. Stoltenberg hat durch eine sehr kluge Politik in seinem Land etwas gemacht, wobei ich mich frage, ob das Dr. Dregger morgen fertigbekommt, ob ich mir das erlauben kann, ob Sie, Herr Dr. Kiesinger, Herr Dr. Barzel oder wer es immer sein mag, sich das erlauben können. Er hat seine Partei nicht befragt, sondern hat den FDP-Ministerialdirigenten zu seinem Staatssekretär gemacht. Und er hat gesagt – natürlich im engsten Kreis –, Herr Qualen<sup>73</sup> bleibt im Amt. Das ist eine so großartige Sache, daß da nichts mehr passieren kann. Die sagen „Bei uns ist die Heimat“. So hat sich Stoltenberg aufgeführt. Wir unterscheiden aber in Rechte und in Linke oder in rechts oder links. Das ist die Lage, vor die wir gestellt sind bei uns im Lande. Bedenken Sie, ich bin ja selber Opfer eines Versuches, mit Hospitanten zu arbeiten<sup>74</sup>, die wir doch ein ganzes Jahr finanzieren müssen, weil sie nirgends wieder in Brot zu bringen waren. Weil mein

---

72 Landtagswahl in Baden-Württemberg am 23. April 1972 (CDU 52,9 %, SPD 37,6 %, FDP/DVP 8,9 %).

73 Hans Hellmuth Qualen (1907–1993), Jurist; 1945–1956 mit Unterbrechung Tätigkeit in der Oberfinanzdirektion Kiel, 1954 FDP (1971 Austritt), 1956–1959 Finanzgerichtsdirektor, 1959–1962 Staatssekretär im Finanzministerium Schleswig-Holstein, 1962/63 Staatssekretär im Bundesschatzministerium, 1963–1973 Finanzminister Schleswig-Holstein.

74 Anspielung auf den NPD-Überwechsler Helmut Hass, vgl. Nr. 5 Anm. 79.

Amtsvorgänger<sup>75</sup> sehr leichtfertig mit diesen Dingen umsprang. (*Unruhe.*) Es ist für mich keine Rechtsabwendung, die Rechtsabwendung ist NPD. Und Herr von Thadden sitzt nach wie vor da und führt den Bremer Wahlkampf an. Bei uns ist eine völlig andere Situation, die müssen Sie bedenken, und das haben Sie ja auch. Ich verspreche Ihnen noch einmal, daß wir nichts tun werden im Lande, wenn die Bundespartei der Meinung ist, das ist Unsinn. So lange aber darüber nicht geurteilt werden kann, lassen Sie uns doch die Chance und die Freiheit, ein bißchen die Entwicklung zu beobachten. Und fassen Sie die Beschlüsse, wenn wir diesen Punkt mit der CSU erörtert haben, daß sich eine solche Meldung einstimmig lohnt und nicht eine Gegenrede aus der Schwesterpartei morgen in die Presse kommt. Ich möchte also sagen, Herr Dr. Kiesinger, wir sollten in diesem Punkt heute keine Erklärung abgeben.

*Kiesinger:* Es geht nicht um eine Erklärung nach außen, sondern es geht um eine Beschlußfassung hier. Ich habe nie daran gedacht, jetzt eine Erklärung an die Öffentlichkeit zu geben. (*Hasselmann:* Also, das muß erst mit Dr. Strauß besprochen werden!) Der Generalsekretär hatte sich zur Geschäftsordnung gemeldet, Herr von Weizsäcker hatte sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

*Heck:* Wenn meine Erinnerung mich nicht ganz trügt, ist auf dem Parteiausschuß klipp und klar festgestellt worden, daß ein Wahlbündnis mit der Deutschen Union nicht in Frage käme. Und es ist auch damals schon in der Pressekonferenz gesagt worden und hat in der Zeitung gestanden. Und der Parteivorstand ist rechtlich gar nicht in der Lage, in Abweichung dieses Beschlusses des Parteiausschusses irgend etwas anderes zu beschließen. Warum wir uns eigentlich so lange bei der Sache aufhalten, verstehe ich nicht recht.

*Kiesinger:* Na, weil so viele Wortmeldungen sind.

*Von Weizsäcker:* Ich würde vorschlagen, die Debatte jetzt abzubrechen und noch in Anwesenheit von Herrn Dr. Barzel und anderen, die weg müssen, unseren Beschluß zu fassen. Die Argumente sind alle auf dem Tisch. Ich selbst habe verschiedene Meinungen zu allen Punkten und halte mich auch zurück. Ich schlage jetzt wirklich vor, daß wir jetzt den Beschluß fassen.

*Kiesinger:* Sie stellen also – mit anderen Worten – den Antrag: Schluß der Debatte. Das bedeutet, wenn ich mich geschäftsordnungsmäßig richtig auskenne, daß diejenigen, die sich noch gemeldet haben, nicht mehr zu Wort kommen sollen (*Zwischenruf:* Na, erst muß mal abgestimmt werden!), wobei auch Herr Harlander sich gemeldet hat – das wäre ja vielleicht doch ganz interessant, ihn zu hören.

*Harlander:* Ich möchte mich auf das beziehen, was Herr Hasselmann gesagt hat und die Frage stellen, was Sie heute nach dem Beschluß des Bundesausschusses eigentlich dazu zwingt, noch einmal eine Erklärung abzugeben und diesen Beschluß zu bekräftigen. Vielleicht sind sie in einer etwas glücklicheren Lage als wir in unserem Vorstand. Bei uns besteht doch manchmal der Verdacht, der zu der scherzhaften Bemerkung führte, daß man entscheidende Sitzungen doch lieber am Marienplatz abhalten sollte, weil dort die Chance besteht, daß durch den Verkehrslärm einiges untergeht.

---

<sup>75</sup> Otto Fricke war 1960–1968 Vorsitzender der CDU in Niedersachsen.

Wenn Sie heute diesen Beschluß noch einmal fassen, dann frage ich mich, was ein Gespräch in dieser Sache mit dem CSU-Präsidium überhaupt noch für einen Sinn haben soll; ein Gespräch, das sie wollen, zu dem Sie sich heute mehrfach ausgesprochen haben; ein Gespräch, dem m. E. auch eine gründliche Lagebeurteilung zugrunde liegen muß und nicht nur Vermutungen und Erwartungen, wie sie heute – gestatten Sie mir dieses freie und offene Wort – vielleicht manchmal in einigen Diskussionsbeiträgen deutlich wurden; eine Lagebeurteilung, die zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen in den Ländern führen kann und eine Lagebeurteilung, die aber per saldo vielleicht – wer weiß es – doch zu dem Schluß führen kann, daß Herr Zoglmann für uns vielleicht doch nicht ganz so abwegig ist, wie Sie das vielleicht glauben.

Meine Bitte, den Beschluß, falls Sie ihn noch einmal fassen wollen, auf jeden Fall so lange zurückzustellen, bis hoffentlich bald dieses Gespräch der beiden Präsidien stattgefunden hat.

*Heck:* Herr Harlander, ich glaube, das ist ein Mißverständnis. Gegenstand der Besprechungen zwischen uns und der CSU ist die Frage, wie das Hospitantenverhältnis von Herrn Zoglmann gestaltet werden soll. Kein Vorsitzender, kein Generalsekretär, kein Präsidium und kein Vorstand kann gegen einen Beschluß des Parteausschusses Verhandlungen mit der CSU führen.

*Kiesinger:* Wir können über die Modalitäten, wie wir uns heute hier einigen, sprechen. Ich bin nicht davon ausgegangen, daß wir heute einen Beschluß fassen und verkünden. Das ist unsere Meinung, wir können nicht davon abgehen. (*Lebhafte Unruhe und Diskussion.*)

*Windelen:* Ich will es bei der Verhandlungslage sehr kurz machen: Wir warten ab; die Partei hat sich mit der Frage beschäftigt, wir haben zu einem sehr frühen Zeitpunkt auch mit den Leuten von der NLA Verbindung gehabt, auch ich persönlich. Ich sehe gar nicht ein, warum man das nicht tun soll. Herr Weyer ist daran zerbrochen, daß er diese Leute in der FDP losgeworden ist, das waren mal Stützen dieser Partei, sie sind durchaus honorig. Ich habe es für richtig gehalten, ihnen keine Illusionen darüber zu machen, daß ich eine irgendwie geartete Huckepack-Lösung für illusionär halte, ganz einfach aus Fairneß, um die Leute nicht auf Möglichkeiten warten zu lassen, die nach meiner sicheren Überzeugung einfach nicht drin sind. Dort, wo wir sichere Wahlkreise haben, haben wir keine NLA-Wähler. Dort, wo wir NLA-Wähler haben, haben wir keinen sicheren Wahlkreis. Ich würde also Unvorsichtige warnen, solche Erwartungen zu nähren, die nicht erfüllbar sind. Gerade wenn wir diese Leute gewinnen wollen, soweit sie auf unserem Boden stehen, sollten wir ihnen volle Klarheit über das geben, was möglich ist und was nicht möglich ist. Das haben wir in unserem Bereich getan, die rheinische Landespartei steht auf dem gleichen Standpunkt, Köppler hat eine gleiche Linie eingehalten. Ich bin dagegen, daß wir laufend hörbar Türen zuschlagen, aber ich meine, wir sollten den Beteiligten sehr deutlich sagen, was möglich ist und was nicht möglich ist, und wir sollten vor allem eben auch Rücksicht nehmen auf unser Verhältnis zur CSU, d. h. also, keine Beschlüsse fassen, die dieses Verhältnis belasten oder erschweren.

*Scheufelen:* Zunächst mal waren wir mit dem Tatbestand konfrontiert, daß die Leu-

te gründen wollten und davon nicht abzubringen waren. Zum zweiten gilt der Tatbestand, daß sie aber durchaus zur Kooperation bereit waren. Ob das geht, das gemeinsame Auftreten, ist eine cura posterior im Wahlkreis. Für mich war wichtig, daß sie damals erklärten, sie würden in Baden-Württemberg nicht auftreten. Zur Lage in Baden-Württemberg habe ich gesagt, nach meiner Kenntnis der Sachlage gäbe es in Baden-Württemberg keinen sicheren Wahlkreis, daß eine derartige Konstellation in Frage stehe. Das hätte es in der ganzen Geschichte nur einmal gegeben, das wäre der Fall Waiblingen gewesen, das hätte eine Persönlichkeit wie Reinhold Maier<sup>76</sup> vorausgesetzt. Herrn Zoglmann kenne ich nicht so gut, Herrn Bahner habe ich näher kennengelernt in den Tagen nach der Bundestagswahl. Und Herr Bahner, der ein honoriertes Mitglied der Berliner CDU<sup>77</sup> ist, hat klar erklärt – ich glaube, das muß man auch, um die Situation in Bayern zu verstehen –, für ihn wäre es das einfachste, jetzt zur CSU zu gehen. Er glaube wirklich, daß er mit dieser Methode und dieser Ehrlichkeit von den Leuten gar nicht verstanden wird. Das wird jeder, der dabei war, bestätigen. (*Zwischenruf*: Idealisten!) Die Rechnung der letzten Bundestagswahl, die ist nun auf dem Tisch. Und nun hat sich die Sache, wie ich es jetzt gesehen habe, doch etwas vereinfacht, als a) keine zwingende Notwendigkeit da ist, jetzt einen neuen Beschluß zu fassen; b) daß Herr Barzel als Fraktionsführer die Möglichkeit hat, Herrn Zoglmann die Dinge so zu sagen, wie er sie sieht. (*Unruhe und Diskussion*.) Die Lösung ergibt sich ganz von selbst, zum einen erkennen diese Leute, daß nichts drin ist und kommen dann automatisch zu uns, und zum anderen, wir wissen ja nicht, wie die Situation in zwei Jahren ist. Soll man sich doch nicht ohne zwingenden Grund irgendwo eine Möglichkeit zubauen, Türen verschließen, wo im Moment gar kein Grund ist, Türen zu verschließen? Im Moment ist sie ja geschlossen, sie müßte also geöffnet werden. Deswegen meine Bitte: Es ist kein neuer Beschluß hier notwendig, und ich sehe auch keine Notwendigkeit, im Moment irgendeine öffentliche Erklärung oder irgend etwas über die Sache zu geben, sondern die Sache weiterlaufen zu lassen. Dann werden wir sehen, wie sie sich entwickelt – auch im Hinblick auf andere Teile, die noch in der FDP drin sind. (*Kiesinger*: Na, das Weiterlaufen hat eben seine Gefahren, Herr Scheufelen!)

*Schwarz-Schilling*: Ich glaube, alle Argumente sind hier auf den Tisch gelegt. Ich möchte deshalb auf einen eigenen Beitrag dazu verzichten und darum bitten, daß wir den Beschluß des Bundesausschusses hier bestätigen und Herrn Barzel die Möglichkeit geben, den Weg so zu ebnen, wie er es hier vorgetragen hat.

*Kiesinger*: Auch im Interesse einer guten Zusammenarbeit mit der CSU würde ich sagen, wir beziehen uns auf den Beschluß des Bundesparteiausschusses.

*Dregger*: Die Fraktion hat aber eine Frage an die beiden Parteien gestellt. Die ist nur dann zu beantworten, wenn beide Parteien dasselbe beschließen. Deswegen meine

---

76 Reinhold Maier (1889–1971), Jurist; 1945–1953 Ministerpräsident von Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (DVP/FDP). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 376 Anm. 5.

77 Scheufelen verwechselte hier Dietrich Bahner mit seinem gleichnamigen Sohn. – Dietrich Bahner (1939–2009), Diplom-Kaufmann; 1971 CDU (1984 Austritt), 1973/74 stv. Vorsitzender der JU Berlin, 1975–1979 MdB Berlin, 1979–1982 MdB, 1984 Gründer der „Demokratischen Alternative für Umweltschutz, Steuerzahler und Arbeitsplätze“.

ich auch, wir sollten uns auf den gefaßten Beschluß beziehen und jetzt das Gespräch mit der CSU führen mit der Zielsetzung, gemeinsame Beschlüsse zu fassen.

*Kiesinger:* Gut, wir wollen dann so verfahren. Aber wir kommen – wie gesagt – um diesen Parteiausschußbeschluß nicht herum. Das ist zunächst einmal in der Welt. Damit haben wir auch diesen Punkt erledigt. – Jetzt rufe ich auf, muß aber bitten, mich zu entschuldigen, ich muß jetzt runter zur Jungen Union, die schon über eine Stunde auf mich warten. Es sind nur noch wenige Punkte, ich bitte den Herrn Bundesgeschäftsführer ... (*Zwischenruf:* Sie hatten vorhin angekündigt, diese Zahlen von Stingl, die hätten wir gerne noch heute mitgenommen.) Aber der Termin für den nächsten Bundesvorstand muß noch festgesetzt werden, machen Sie das dann bitte.

#### VERSCHIEDENES

*Göb:* Ja, zunächst Herr Stingl, wenn Sie uns kurz Ihre Zahlen nennen.

*Stingl:* Wir haben im Juni seit Bestehen der Bundesanstalt die geringste Abnahme von Arbeitslosen gehabt und die geringste Zunahme an freien Stellen. Das heißt, es hat noch nie im Juni so deutlich eine Eindämmung der Konjunktur gegeben, wie in den Jahren vorher. Auch nicht 1966 und 1967, da hat der Juni immer eine höhere Beschäftigung gebracht. Die Beschäftigtenzahlen sind in der Industrie von März auf April zurückgegangen, und wir müssen damit rechnen, daß die Beschäftigtenzahlen weiter zurückgehen. Wenn Sie das aber mit einer Zunahme der Ausländerbeschäftigung um etwa 130.000 in Verbindung bringen – wir haben jetzt 2.170.000 hier –, dann ist es natürlich für uns eine Gefahr. Wir müssen nachsehen, ob die Betriebe sich auf den billigeren ausländischen Arbeitnehmer stürzen und den einheimischen deutschen Arbeitnehmer entlassen. Die absolute Zahl von 132.000 Arbeitslosen liegt um 40.000 über der Zahl im vorherigen Jahr. Und die Zahl der offenen Stellen liegt um 130.000 unter dem vorherigen Jahr. Das heißt also, es wird ganz deutlich der Trend fortgesetzt, den ich – was mir niemand abgenommen hat –, seit Mai vorigen Jahres sage: keine konjunkturelle Entspannung auf dem Arbeitsmarkt, im Winter dadurch überdeckt, daß wir gutes Wetter hatten und daß nicht so viele Bauarbeiter arbeitslos wurden wie sonst. So daß also im Winter die Arbeitslosigkeit im Vergleich der beiden Jahre gleich lag. Wenn Sie dazu die Kurzarbeit nehmen, die im Juni nur um 2.500 zurückgegangen ist und noch immer über die Hälfte aus der Elektroindustrie kommt, dann sehen Sie da auch, daß es ein Konjunkturgebiet ist, ein konjunkturell anfälliges Gebiet, wo wir Schwierigkeiten haben. Wir haben mehr arbeitslose Frauen als Männer. Wir haben bei den Frauen 60 % mehr Arbeitslose als im vorherigen Jahr, bei den Männern 26,9 % als im vorherigen Jahr. Das heißt also auch hier ein Lösen der Betriebe von den Arbeitskräften, die nicht qualifiziert sind, die als Hilfskräfte beschäftigt sind, die man durch nichtqualifizierte Ausländer ersetzen kann. Ich werde also ein Verfahren suchen müssen, dies etwas zu stoppen. Das bedeutet aber andererseits, daß der Generalangriff, wie ich es sehe, von der Arbeitgeberseite gegen die Bildungsmaßnahmen bei uns ungerechtfertigt ist. Es wird immer gesagt, wir geben zu viel für berufliche För-

derung aus, das ist ungerechtfertigt. Denn gerade deshalb müssen wir ja unsere Einheimischen beruflich fördern. Es wird ja immer darauf Bezug genommen, daß eine Flugzeugführerausbildung bezahlt wurde für 40.000 Mark, das stimmt zwar, es waren fünf, aber die Betreffenden wurden Chefpiloten und Industriekapitäne, und von der Industrie werden wir dafür beschimpft – das muß mal gesagt werden. Ich möchte Sie doch alle sehr bitten, bei der Frage der Beitragsdiskussion<sup>78</sup> sehr darauf zu drängen, daß nicht von der Arbeitgeberseite her der Schuß gegen unser Gesetz kommt, das AFG ist unser Gesetz. Daß nicht von dort der Hebel angesetzt wird gegen die berufliche Förderung, weil sie natürlich was kostet. Und man kann nicht mit dem Beitrag, mit dem man früher nur die Arbeitslosigkeit abgedeckt hat, jetzt auch die – im übrigen doppelten – Lasten gegenüber der Arbeitslosigkeit für die berufliche Förderung regeln. Zahlen, die Sie sich leicht merken können: 800 Mio. wird vermutlich die Arbeitslosenunterstützung kosten, 800 Mio. das Schlechtwettergeld, trotz des verhältnismäßig milden Winters, und rund 1,5 Mio. die berufliche Förderung. Das geht also alles ein in unsere Überlegungen um den Beitrag. Der Beitrag ist gesetzlich 1 + 1 %, wenn die Bundesregierung ihn nicht durch Rechtsvorgehen herabsetzt. Er ist bis 31. Dezember durch Rechtsverordnung auf 1,3 % herabgesetzt. Wenn die Bundesregierung untätig bleibt, ist er automatisch ab 1. Januar 1972 1 + 1. Sie wird aber tätig werden, und hier kommt der Widerstand der Arbeitgeber, die nur ganz minimal hoch gehen wollen. Die Gewerkschaften auch, die Gewerkschaften leisten Widerstand, weil sie sagen, es sollen andere den Preis bezahlen. Es soll also nicht da genommen werden, es sollen andere einbezogen werden. Die Arbeitgeber leisten Widerstand, weil sie einfach sagen, die Belastung insgesamt für diese berufliche Förderung geht sowieso so, daß uns Leute weggenommen und höher qualifiziert werden und dann fluktuieren. Das ist der Hintergrund dabei. Man muß also sagen, daß wir, wenn wir nicht eine erhebliche Erhöhung – nach meiner Vorstellung um 1,8 % – bekommen, dann kann die Bundesanstalt zwar ihre Aufgaben noch erfüllen, aber sie fällt als Instrument der Konjunkturpolitik und der Strukturpolitik aus. Und ich darf darauf hinweisen, bei allen Strukturmaßnahmen ist die Bundesanstalt die einzige, die nicht eine Mehrheit von der Bundesregierung her hat, sondern, wenn die Arbeitgeber mich unterstützen, noch eine nicht-bundesregierungsfreundliche Mehrheit in meinem Selbstverwaltungsorgan. Ich würde aber darum bitten, daß gelegentlich der eine oder andere das auf der Arbeitgeberseite auch zur Geltung bringt. Mehr will ich hier nicht sagen, wenn sie mich noch im einzelnen fragen wollen, können Sie das gerne tun. (*Beifall.*)

*Heck:* Vielen Dank! Wir haben noch folgende Punkte zu erledigen: Wir haben für zwei Ausschüsse neue Vorsitzende, die vom Vorstand bestätigt werden müssen. Das ist für den Bundesausschuß für Verteidigungspolitik Dr. Werner Marx. Ich empfehle die Bestätigung.

---

<sup>78</sup> Die Kosten für das Arbeitsförderungsgesetz führten zu einem Defizit im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit, über dessen Deckung diskutiert wurde, vgl. Wirtschaftswoche Nr. 36 vom 3. September 1971 „Offene Finanzierung“.

Und das ist für den Bundesausschuß für Strukturpolitik Herr Dr. Horst Waffenschmidt.<sup>79</sup> Ich empfehle auch hier die Bestätigung. – Das ist so beschlossen.

Dann der letzte Punkt – das ist ein schwieriges Kapitel.

Die Sozialausschüsse haben ja ihre Jahrestagung gehabt, nicht lange abgesetzt von der Jahrestagung des Wirtschaftsrats der CDU<sup>80</sup>, deswegen wird immer so ein bißchen der Vergleich gezogen. Die Sozialausschüsse bekommen von der Bundespartei keinerlei Zuschüsse und haben hier für ihre Bundestagung einen Zuschuß von 50.000 DM erbeten. Diese Summe ist im Haushalt nicht vorhanden, sie kann infolgedessen vom Haushalt nicht abgedeckt werden. Ich muß den Vorstand darauf aufmerksam machen, auch wenn ich auf der einen Seite empfehle, daß dieser Zuschuß gewährt wird. Doch wenn wir diesen Beschluß fassen, dann haben wir 50.000 DM mehr Schulden. (*Zwischenruf*: Herr Heck, war nicht heute morgen noch so eine Verrechnungsgeschichte dabei?) Im Präsidium ist davon gesprochen worden, daß man das durch zusätzliche Spenden beibringen wolle. Das ist natürlich eine sehr schöne Formel, aber die zusätzlichen Spenden gehen natürlich sehr schleppend ein. Darüber darf man sich nicht hinwegtäuschen. (*Zwischenruf*: Aber können wir uns nicht positiv einstellen und Sie bitten, einen neuen Weg zu suchen, wie das vielleicht geschehen könnte? Er wird ihn finden, aber es ist doch viel besser ... – *Zwischenruf*: Ich weiß nicht, wieso sind Sie so sicher? – *Zwischenruf*: Heute morgen war die Sache beinahe gefunden!)

*Blüm*: Ich glaube auch, daß es da Wege gibt. Ich würde Sie jedenfalls bitten, diesem Antrag zuzustimmen, denn Sie können sich vorstellen, daß für uns eine Bundestagung mit ungeheuren finanziellen Belastungen versehen ist. Zumal wir ja keinerlei sonstige Hilfen der Bundespartei bekommen. Diese Hilfen für Kongresse sind ja aus einer ganz anderen Vereinigung (*Unruhe und Diskussion*), aber ich würde doch schon um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag bitten.

*Kraske*: Ich würde dem durchaus zustimmen. Die Frage, die ich aber stelle, ist, warum das von den Sozialausschüssen nicht bei der Diskussion und Verabschiedung des Etats gesagt worden ist. Denn das ist doch völlig überzeugend, die Junge Union kriegt hohe Zuschüsse, andere Vereinigungen kriegen diese Zuschüsse. Wenn die Sozialausschüsse von vorneherein gesagt hätten, wir beantragen nur diesen einen Zuschuß für die Jahrestagung, hätte es, glaube ich, trotz der finanziell miserablen Lage hier gar keinen Widerspruch gegeben.

*Heck*: Herr Kraske, das war natürlich ursprünglich im ordentlichen Haushalt vorgesehen, und es ist auch darauf hingewiesen worden, daß das bei den Einkünften, die hier beschlossen worden sind – und das war ja schon die äußerste Grenze –, nicht mit abgedeckt werden könnte. Mehr können wir, glaube ich, nicht tun, als daß wir den Versuch machen, das Geld zu beschaffen.

---

79 Dr. Horst Waffenschmidt (1933–2002), Rechtsanwalt; 1954 CDU, 1962–1972 MdL Nordrhein-Westfalen, 1972–1998 MdB, 1973–1997 Bundesvorsitzender der KPV, 1979–1981 Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, 1982–1997 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern.

80 14. Bundestagung der CDA vom 2.–4. Juli 1971 in Koblenz. – Wirtschaftstag '71 am 24./25. Juni 1971 in Bonn.

*Blüm:* So ist also der Antrag positiv vom Bundesvorstand entschieden ... (*Heck:* Er wird positiv vom Generalsekretär betrieben!) Das wäre sicherlich noch eine Rede für die Betreuung des Generalsekretärs ...

*Heck:* Ja nun, mir wäre es sehr angenehm, ich habe ja gesagt, wenn der Parteivorstand die Verantwortung übernimmt, daß man zusätzlich 50.000 DM Schulden bekommt, dann wird der Betrag überwiesen. Nur das kann ich von hier aus nicht empfehlen.

*Windelen:* Ich habe keine Bedenken, wenn es dem Generalsekretär oder dem Schatzmeister gelingt, die Deckung zu beschaffen, dem zuzustimmen. Aber ich bin nicht bereit, ohne Deckungsvorschlag zu Lasten der Vergrößerung der Schulden der Landesverbände, die dann das Defizit decken müssen, und zwar ganz gleich, wer hier solche Anträge stellt, dem zuzustimmen. Das richtet sich gar nicht gegen die Sozialausschüsse. Meines Erachtens ist das verantwortungslos, hier Anträgen zuzustimmen, ohne Deckungsvorschläge zu haben.

*Blüm:* Es gab doch schon früher Zuschüsse von denen ... (*Zwischenruf:* Da hatten wir auch Geld!) Ja, gut, das ist auch die Frage, ob die immer gedeckt waren. Ich möchte noch mal darauf hinweisen, daß wir, insofern sind wir auch bei den Beratungen des Haushaltsplans von dieser Prämisse ausgegangen, zu der Bundestagung in Oldenburg auch einen Zuschuß bekommen, auch nicht über den ordentlichen Haushalt, sondern über den außerordentlichen Teil. (*Zwischenruf:* Der war niedriger!)

*Heck:* Es gibt also wirklich keinen anderen Weg wie den, daß ich die Sache mit dem Schatzmeister noch einmal bespreche in dem Sinne, wie wir das heute im Parteipräsidium besprochen haben. Nur darf das nicht in der Weise geschehen, daß es vom normalen Spendenaufkommen abgeschöpft wird.

Mehr ist, glaube ich, nicht zu beschließen. Wird sonst noch das Wort gewünscht?

*Göb:* Termin für die Vorstandssitzung! Wir müssen die Vorstandssitzung mindestens vier Wochen vor dem Parteitag abhalten, weil auf dieser Vorstandssitzung die Tagesordnung für den Parteitag beschlossen ... (*Zwischenruf:* Sie muß nicht, aber wenn der Vorstand das tun will, dann muß er es vorher sagen.) Am 3. September haben wir Präsidium. (*Unruhe und Diskussion.* – *Kraske:* Das wäre ja dann der allerletzte Termin!) Ja, wieder 15.00 Uhr Vorstand? – Gut! – Wird sonst noch das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall.



Bonn, Freitag 3. September 1971

*Sprecher: Adorno, Amrehn, Barzel, Blüm, Dregger, Echternach, [Erhard], Filbinger, [Gleichauf], Göb, Gradl, Hahn, Hasselmann, Heck, [Hillermeier], Kiesinger, Köppler, Kohl, Kraske, Lemke, Lorenz, Marx, Müllenbach, Rollmann, [Schäfer], Scheib, Schmücker, Schröder, Schwarz-Schilling, Stoltenberg, Tandler, von Weizsäcker, Wex, Windelen.*

*Berlin. Neuverteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern. Vorbereitung des Parteitags. Aufgaben des Generalsekretärs und des Bundesgeschäftsführers. Einrichtung eines Finanzbüros beim Bundesschatzmeister. Verschiedenes.*

*Beginn: 14.30 Uhr*

*Ende: 20.00 Uhr*

## BERLIN

*Kiesinger: Meine Damen und Herren, ich bitte Platz zu nehmen. Darf ich bitten Platz zu nehmen?*

Ich eröffne die Vorstandssitzung und heiße Sie alle herzlich willkommen. Sie kennen die Tagesordnung. Das Präsidium hat sich am Vormittag damit befaßt.<sup>1</sup> Auf Punkt 1 steht die Berlin-Verhandlung. Sie alle haben ja gesehen, daß in den letzten Tagen eine gewisse Verwirrung entstanden ist über angebliche oder wirkliche Äußerungen von Repräsentanten der CDU in der Berlin-Frage.<sup>2</sup> Es geht mir jetzt hier nicht darum, hierzu mich kritisch zu äußern. Ich hätte gewünscht, daß der eine oder andere sich die Sache besser überlegt hätte, bevor er etwas gesagt hätte, insbesondere in einer so verzwickten und schwierigen Frage, wie es diese Berlin-Frage ist, wo eben sachverständig nur derjenige etwas aussagen kann, der sich wirklich intensiv mit der Frage befaßt hat. Aber das ist nicht der Zweck unseres heutigen Bemühens. Wir wollen heute noch einmal versuchen, die Haltung der CDU zur Berlin-Frage so zu sagen, wie wir sie zweckmäßigerweise, sinnvollerweise im gegenwärtigen Augenblick sagen können und sollen. Die Fraktion, der engere Fraktionsvorstand hat gestern einen etwas diffe-

1 Protokoll der Präsidiumssitzung in ACDP 07-001-1404.

2 Vgl. „Rheinische Post“ vom 2. September 1971 „Köppler bleibt dabei: Akzeptabel“; dpa vom 31. August 1971 „Majonica: Berlin-Abkommen im ganzen positiv“; „Die Welt“ vom 28/29. August 1971 „Carstens bezeichnet Berlin-Regelung als unbefriedigend“; dpa vom 29. August 1971 „Kohl beurteilt Berlin-Abkommen teilweise positiv“; FAZ vom 23. August 1971 „Vor der Bonner Kontroverse um die Berlin-Regelung“; „Bild“ vom 23. August 1971 „Stücklen kritisiert die Berlin-Regelung: ‚Das ist eine schlechte Lösung für Berlin‘“.

renzierten Text veröffentlicht.<sup>3</sup> Wir haben ihn heute früh in Anwesenheit des Fraktionsvorsitzenden besprochen und festgestellt, daß wir in der Sache einig sind. Es gab einige Unterhaltungen über den Text und über mögliche Fehlinterpretationen dieses Textes, aber wenn man den Text insgesamt nimmt, dann konnten wir feststellen, daß wir übereinstimmen. Das Präsidium hat sich entschlossen, noch einmal heute einen kurzen Text zur Berlin-Frage herauszugeben.<sup>4</sup> Wir müssen ja in der gegenwärtigen Situation eine gewisse Zurückhaltung üben. Wir können weder einseitig zum positiven Teil dieser Berlin-Vereinbarung isoliert etwas sagen, noch einseitig zum negativen. Das ist ein ganzes Werk. Diese Vereinbarungen sind durch unsere Verbündeten in zäher Anstrengung erreicht worden. Wir haben gar keinen Grund, darüber zu jubilieren, die Vereinbarungen sind wahrhaftig alles andere als so, daß man sagen könnte: Das Ziel ist erreicht worden, das die Westmächte angekündigt haben, als sie die Sowjetunion aufforderten, solche Gespräche über Verhandlungen in Berlin zu beginnen. Nämlich eine Verbesserung nicht nur der Zugänge, sondern Berlins überhaupt, des Status in Berlin. Wenn man von einer Verbesserung sprechen wollte, dann nur in dem Sinn, daß jetzt bisher offene Fragen unter Minderung des Status vereinbart worden sind. Insofern liegt ein eindeutiger Erfolg, da hat Herr Marx völlig recht in seiner Äußerung gehabt, wegen der er von einigen publizistischen Organen geprügelt worden ist.<sup>5</sup> Da ist eine Minderung, keine Verbesserung erreicht. Wir müssen daran erinnern, daß die Bundesregierung dieses Wort „Verbesserungen“ sehr bald hat fallen lassen, und daß man statt dessen das verwaschene Wort „befriedigen“ genommen hat.

Aber jetzt ist nicht der Moment für uns, nun im Detail in die Kritik einzusteigen, weil wir ja auch die kommenden Verhandlungen nicht belasten wollen, weil wir die ganze Berlin-Situation nicht belasten wollen. Weil wir nach wie vor doch im zweiten Stadium versuchen wollen, so viel wie möglich für Berlin herauszuholen. Dadurch wird eine gewisse Zurückhaltung notwendig, die uns von der gegnerischen Presse, aber auch von einigen Heißspornen auf unserer Seite als Verlegenheit oder Zugeständnis der Verlegenheit ausgelegt werden. Wir müssen erreichen, daß man es uns abnimmt, daß wir diese Bedenken haben. Daß unsere Zurückhaltung keine Zurückhaltung aus Verlegenheit ist, sondern aus dem Willen, bevor diese Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind, die Berlin-Frage nicht unnötig zu belasten. Dies war unser Versuch bei der letzten Präsidiumssitzung und meiner Erklärung dazu, Ermutigendes, Bedenkliches und solches festzuhalten, das der verbindlichen Interpretation bedarf. Deswegen haben wir uns entschlossen – und ich bitte das jetzt vorwegzunehmen, weil wir damit an die Öffentlichkeit gehen müssen – folgenden kurzen Text dem Vorstand zur Beschlußfassung vorzulegen: „Präsidium und Bundesvorstand der CDU Deutschlands

---

3 Beschluß der engeren Führung der CDU/CSU-Fraktion in ACDP Dokumentation 0/04/36–9; MEISSNER S. 1346f.

4 Entschließung des Präsidiums und des Bundesvorstands vom 3. September 1971 in ACDP 01–483–176/2.

5 Vgl. „Bonner Rundschau am Sonntag“ vom 15. August 1971 „Bahrs Pflichtverletzung wurde nicht geahndet“; „Frankfurter Rundschau“ vom 23. August 1971 „Richtschnur unserer Entscheidungen“.

haben heute in Bonn aus Anlaß der Unterzeichnung des Berliner Rahmenabkommens<sup>6</sup> folgende Erklärung beschlossen: Das Abkommen enthält Bestimmungen, die positiv, andere, die als bedenklich zu werten sind. Die konkrete Ausfüllung einiger Bestimmungen durch innerdeutsche Verhandlungen steht bevor. Die CDU wird auch in diesem Stadium der Verhandlungen ihre Haltung durch den Willen bestimmen lassen, möglichst viele praktische Verbesserungen der Lebensverhältnisse für die Berliner zu erlangen. Die CDU hält ihre wiederholt dargelegten, entscheidenden Bedenken gegen die Ostpolitik der Regierung aufrecht. Ihre endgültige Entscheidung über die Verträge von Moskau und Warschau wird die CDU erst treffen, wenn ein Ratifizierungsverfahren eingeleitet ist.“

Ich darf Sie an die entscheidenden Bedenken erinnern: Sie wissen, daß wir im Präsidium gerade diese Formel gewählt haben, nicht „gravierende“ Bedenken, nicht „ernste“ Bedenken, sondern „entscheidende“ Bedenken, also Bedenken, die für unsere Entscheidung maßgeblich sind. Wir haben in dem Kommuniqué vom 26. August<sup>7</sup> diese entscheidenden Bedenken so formuliert, unter anderem: Erstens, das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung ist gefährdet. Zweitens, die Festlegung von Grenzen muß einem Friedensvertrag mit Deutschland vorbehalten bleiben. Drittens, konkrete Verbesserungen in den innerdeutschen Beziehungen, vor allem mehr Freizügigkeit für Menschen und Ideen in ganz Deutschland, sind bisher nicht gewährleistet. Dann kam Berlin. Die Fragen der Sicherung des freien Berlins und seine Zukunft sind ungeklärt. Und viertens, die Politik der Bundesregierung, die diesem Vertrag zugrunde liegt, bedroht die Fundamente der westlichen Integrations- und Bündnispolitik. Wir hielten es für wichtig, noch einmal auf diesen mehrfach vom Präsidium dargelegten Standpunkt zurückzugreifen. Mehr wollen wir in diesem Augenblick nicht sagen. Der Fraktionsvorsitzende hat noch angeregt, daß wir in den Abs. 3 noch etwas zu den innerdeutschen Beziehungen sagen. Wir haben eben in einer kurzen Unterhaltung gesagt, es ist besser, wir lassen uns auf dieses Thema bei dieser Aussage jetzt nicht ein, denn da ist noch vieles offen und sehr vieles fragwürdig im Zusammenhang mit der gesamten Ostpolitik, und konzentrieren uns auf die Aussage auf Berlin. Aber das kann ja diskutiert werden. Dies ist also der Vorschlag des Präsidiums, und ich bitte um Wortmeldungen dazu.

*Gradl:* Der dritte Absatz, erster Satz, muß, glaube ich, etwas schärfer formuliert werden. Das verkleinert sehr, was noch aussteht. Ich schlage also vor, daß Sie den ersten Satz im dritten Absatz so formulieren: „Die konkrete Ausführung wichtiger Bestimmung durch innerdeutsche Verhandlungen steht noch aus.“ Denn „steht bevor“ erweckt den Eindruck, als ob man so mit Sicherheit damit rechnen könnte. (*Kiesinger:* Richtig!) Dies ist nicht der Fall. Das klingt so, als ob das so eine nebensächliche Sache sei. Ich halte das für sehr wichtig.

*Kiesinger:* Einverstanden. Ich glaube, da gibt es kein Bedenken dagegen.

*Barzel:* Darf ich versuchen, den zweiten Satz, Herr Vorsitzender, doch noch eben

---

6 Vgl. Nr. 9 Anm. 59.

7 Kommuniqué des Präsidiums in DUD Nr. 162 vom 27. August 1970 S. 1.

mal zur Debatte zu stellen. Und zwar den Schluß, „möglichst viele praktische Verbesserungen für Lebensverhältnisse für die Berliner zu erlangen“. Hier gibt es zwei Punkte, die der Diskussion bedürfen. Ich glaube nicht, daß wir den Eindruck erwecken dürfen, daß unser endgültiges Urteil nur und allein von praktischen Verbesserungen abhängig sein wird. Ich würde deshalb bitten, dieses Wort zu streichen. Und zweitens sind wir, glaube ich, nur dann im Einklang mit unseren bisherigen Einlassungen und auch mit dem Votum des Fraktionsvorstands, wenn wir nicht nur sagen, „für die Berliner“, sondern hinzufügen, „und für alle Deutschen“. Das ist, glaube ich, das Minimum, was jetzt gesagt werden muß, weil wir uns niemals nur auf die Lage in und um Berlin verständigt haben. Sie wissen, daß in der Öffentlichkeit hier ein falscher Eindruck entstanden war, den zu korrigieren wir uns ja seit Monaten bemühen. Ich würde deshalb also bitten, das Wort „praktische“ zu streichen und hinter „für die Berliner“ hinzuzufügen „und für alle Deutschen“. Ich glaube, die Zusätze, die Erwähnung von dem Kollegen Gradl sind in sich schlüssig und vernünftig.

*Kiesinger:* Ich möchte eines vermeiden. Nicht, daß ein Unterschied zwischen Berlinern und den anderen Deutschen dabei herausgelesen werden könnte. Für die Berliner und für alle Deutschen. (*Unruhe.*)

*Schröder:* Also, ich habe die Sorge, wenn man das einführt, eine Diskussion über die Berliner und ihren Status auszulösen. Wenn wir sagen, Berliner – ohne „alle Deutschen“ hinzuzufügen –, bleibt es an uns, wie wir das definieren. Und die zweite Sorge, die ich habe, ist die, daß man durcheinanderbringen kann diese Implementierungsverhandlungen, die jetzt laufen und die Gespräche, die im Anschluß an Erfurt und Kassel<sup>8</sup> vor sich gehen werden. Das wird hoffnungslos vermischt werden für das Publikum, und deswegen sollten wir uns hier wirklich beschränken auf das, was konkret in diesen bevorstehenden Besprechungen möglicherweise behandelt werden kann.

*Kiesinger:* Dies waren die Gedanken, die uns leiteten, daß wir sagten, in diesem Fall nur Berlin. Ich bin auch einverstanden, daß wir das Wort „praktisch“ streichen. Das ist besser.

*Stoltenberg:* Darf ich vorschlagen zu erwägen, ob man den Gedanken, daß Fortschritte für alle Deutschen erstrebt werden, nicht vielleicht in den letzten Absatz hereinbringen könnte. Da steht doch, daß die CDU ihre endgültige Entscheidung über die Verträge von Moskau und Warschau dann treffen wird, wenn die Beziehungsfrage eingeleitet wird. Kann man da nicht anfügen „und wenn Fortschritte für die Deutschen“.

*Kiesinger:* Um Gottes Willen, damit hätten wir ja den ersten Satz widerlegt „die entscheidende Bedingung“. Es steht in den entscheidenden Bedingungen drin, was wir wollen, aber die Frage ist, die jetzt unter uns in der Diskussion ist: Sollen wir in diesem Augenblick sagen, wir wollen in der gegenwärtigen Situation, in diesem zweiten Stadium der Verhandlungen um Berlin, dabei einerseits die Verbesserungen für die Berliner haben, andererseits Verbesserungen der innerdeutschen Beziehungen. Hier ist mir auch ein bißchen unbehaglich zumute, wenn wir über Berlin hinausgehen.

*Lemke:* Ich gebe zu, daß das schwierig ist. Aber trotzdem ist auch das, was Herr

---

8 Vgl. Nr. 6 Anm. 1 und Nr. 7 Anm. 31.

Barzel gesagt hat, richtig. Es ist dies eine Bastion, die wir aufgebaut haben, die also meines Erachtens ebenso wesentlich ist wie die Berliner Frage und die Ostfrage. Es ist sicherlich eine Verbesserung für die Deutschen in der Zone oder in der DDR anzusprechen, wo man ja dachte, das ist also meines Erachtens ein unerläßliches Signal. (*Unruhe.*) Deshalb sollte man drüber nachdenken, ob man das nicht zum Ausdruck bringt.

*Kiesinger:* Augenblick mal, worüber wird denn gesprochen? Wir müssen uns ganz konkret auf den Inhalt der Gespräche beziehen. Wenn es in diesen Gesprächen hinausgeht über Berlin, allgemein auf Deutschland, das steht in unseren entscheidenden Bedenken drin. Wir können doch nicht in diesem Stadium das unterstützen, was gar nicht verhandelt wird.

*Lemke:* Da muß ein extra Satz gemacht werden.

*Kiesinger:* Warum denn? Dann kommt das Selbstbestimmungsrecht, dann kommt alles andere auch herein. Wir überbetonen dann einen Punkt gegenüber den anderen.

*Stoltenberg:* In Kenntnis der Vorgespräche, an denen ich mich selbst nicht beteiligt habe, die ich aufmerksam verfolgt habe, möchte ich folgendes sagen. Dies ist zu sehen im Zusammenhang mit einer wesentlich ausführlicheren Stellungnahme der Fraktion, die im Gesamtkontext das Selbstbestimmungsrecht ausdrücklich erwähnt, deshalb glaube ich, wir könnten es nach meiner Auffassung so verabschieden.

*Barzel:* Ich will nichts wiederholen. Wir haben von Anfang an, als die Bundesregierung zunächst auch die innerdeutschen, nicht nur die innerberliner Verhandlungen, zum Gesamtpaket zuzählte, gesagt, das ist richtig. Dann hat die Bundesregierung bei dem Bericht zur Lage der Nation in diesem Jahr den innerdeutschen Vorbehalt weggelassen. Sie versucht jetzt, eine Politik zu machen für Berlin, und da kann das Ganze gemacht werden. Dagegen laufen wir seit Monaten Sturm. Und ich meine deshalb, dies muß Ausdruck finden, daß wir nicht nur an die Berliner denken. Zur Sache: Es geht jetzt nicht nur bei den Berlin-Verhandlungen um Verbesserungen für die Berliner z. B. beim Zugang, sondern es geht auch um Verbesserungen (*Kiesinger:* Das ist richtig, ja.) für uns, wenn wir nach Berlin fahren wollen. Das heißt, wir können es nicht aus diesen beiden Gründen, so scheint mir, nur auf die Berliner hier beschränken. Die Formulierung ist bei mir auch jetzt nur in der Minute geboren worden. Mir scheint, was Herr Marx dazwischen geworfen hat, „für die Berliner wie für alle Deutschen“ macht die Sache völlig klar.

*Kiesinger:* Dagegen habe ich nichts. Können wir uns drauf einigen?

*Lemke:* Ich habe gegen die Sache keine so großen Bedenken, ich möchte nur auf die beiden Punkte aufmerksam machen und auf eine Ablehnungsmöglichkeit. (*Unruhe.*)

*Kiesinger:* Dr. Barzel hat natürlich recht, wenn wir auch bei diesen Berlin-Fragen in erster Linie an die Berliner denken, wir denken ja auch immer dabei an uns und an uns beide zusammen.

*Lemke:* Das liegt im Wesen der Sache.

*Von Weizsäcker:* In der Ebene war voriges Jahr nicht immer über Berlin, sondern über innerdeutsche Verkehrsfragen gesprochen worden. Umgekehrt wirken die Berliner Gespräche auf spätere Verkehrsregelungen in innerdeutschen Fragen. Die Frage

ist, inwieweit die eine oder die andere Seite sich in diesen innerdeutschen Berlin-Verhandlungen dazu verleiten lassen wird oder gerade dagegen sperren wird. Im Zusammenhang mit den innerdeutschen Gesprächen ist allgemein hinzuzufügen ... (*Unruhe und Diskussion.*)

*Schröder:* Soviel ist ganz sicher, man versucht derzeit, uns national und via Washington usw. in eine möglichst positive Bewertung dieses Berlin-Abkommens hineinzu bringen. Und deswegen sollen wir alles, was wir sagen, tatsächlich auf das Berlin-Abkommen abstellen, und uns völlig offen halten, wie wir uns außerhalb des Berlin-Abkommens entscheiden wollen. Das ist doch der springende Punkt. Und nur wenn Sie das hier sauber auf die Berlin-Regelung abstellen, dann werden Sie in der Lage bleiben, nachher das oder jenes Urteil abzugeben, ohne schädliche Konsequenzen einzuhandeln. Das darf nicht sein. Wir müssen ganz klar unterscheiden, Berlin und diese Regelung durch die Vier Mächte plus deutsche Implementierung ist das eine, Moskauer und Warschauer Vertrag sind das andere. Das dürfen wir unter keinen Umständen verdunkeln. Sonst bezahlen wir die Zeche dafür.

*Amrehn:* Die Schwierigkeit, in der wir stehen, scheint mir darin zu bestehen, daß wir einen festen Text vorgelegt bekommen, den zu ändern natürlich einige Umstände macht. Aber wir stehen doch heute alle bereits in der Ecke, daß man glaubte, daß es eine befriedigende Berlin-Regelung (*Zwischenruf:* Ja, richtig, gerade deswegen!) geben sollte, dann müssen wir den Vertrag auch akzeptieren, wir müssen endlich raus aus der Ecke. Ich weiß nicht, ob wir genug Anlaß geboten haben, uns in diese Ecke bringen zu lassen. Zweitens: Unter keinen Umständen darf in diesen dritten Absatz etwas hineingeschrieben werden über die sonstigen innerdeutschen Beziehungen, denn hier steht wirklich nur etwas von Ausfüllung dessen, was im Berlin-Abkommen der Vier Mächte jetzt verabredet ist, und wir dürfen gar keine zusätzlichen innerdeutschen Konsequenzen hier entstehen lassen, da beides vereint werden muß in einer Aussage des Vorstandes. Mir scheint also, daß wir einen weiteren Absatz, der die Trennung völlig deutlich macht, hier hineinbringen. Ich weiß im Moment die Formulierung nicht, aber beides muß möglich sein. Und dann kommen alle doch nicht nur zu ihrem Recht, sondern auch zur Erfüllung einer Pflicht, die der Vorstand genauso hat wie die Fraktion. Ich meine wie Stoltenberg, hier steht ja ein befriedigender Satz drin, der lautet: „Für das Verständnis und die Anwendung der Abmachung werden die deutschen Abmachungen eine wichtige Rolle spielen.“ Aber wenn der Vorstand sich äußert, glaube ich, sollte der Gedanke, der in der Fraktionserklärung enthalten ist, bei uns separat wiederkehren.

*Kiesinger:* Herr Amrehn, der Absatz heißt doch: „Die CDU wird ihre Haltung in diesem Stadium vor allem dadurch bestimmen lassen.“ „Dadurch“, da geht es um Berlin. Daß wir in den innerdeutschen Beziehungen unsere Forderungen angemeldet haben, das steht ja in unseren entscheidenden Bedenken drin.

*Amrehn:* Ja, aber zu undeutlich. Es muß das noch mal unterstrichen werden. Wir bleiben sonst in einer politisch sehr kritischen Ecke (*Zwischenruf:* Das können wir doch machen!).

*Kiesinger:* Was muß noch mal unterstrichen werden?

*Amrehn:* Daß wir innerdeutsche Beziehungen in einer Berlin-Vereinbarung (*Kiesinger:* Herr Amrehn! Dann sind wir wieder in einer Ecke. Deshalb habe ich ja die entscheidenden Bedenken vorgelesen.) im Zusammenhang mit dem Moskauer Abkommen sagen.

*Kiesinger:* Das ist ja mein Bedenken, wenn wir einen der Punkte herausnehmen aus den entscheidenden Bedenken, dann sind wir wieder in der Ecke! Wir müssen alle unsere entscheidenden Bedenken formulieren, deswegen habe ich sie vorgelesen. Wenn wir jetzt, dagegen habe ich schon in der Vergangenheit mich immer gewehrt, Selbstbestimmungsrecht, Europapolitik und so weiter, was wir alles hatten, wenn wir da jetzt wieder nur einen Punkt herausbrechen, dann kommen wir wieder in dieselbe Ecke hinein, wo die Leute uns reingebracht haben bei der Berlin-Regelung, wo sie sagten: Ja, die CDU hat ja auch gesagt, wenn eine befriedigende Berlin-Regelung da ist, dann werden wir ratifizieren. Dann wird gesagt: Wenn eine befriedigende Berlin-Regelung und eine befriedigende Regelung der innerdeutschen Beziehungen da ist, dann wird ratifiziert. Deswegen möchte ich gerade das nicht tun. Ich bin einverstanden mit dem Satz „wie alle Deutschen“, weil der verhältnismäßig unproblematisch ist. Aber um Gottes Willen jetzt nicht noch einmal gerade diesen einzelnen Punkt herausnehmen. Dann müßten wir über Selbstbestimmungsrecht, über die Nichtanerkennung der Grenzen reden.

*Kohl:* Ich habe den Eindruck, und ich möchte an dem Punkt den Kollegen Amrehn unterstützen, es geht in der Frage jetzt doch darum, daß wir in diesem Text der Fraktion und in den Verlautbarungen der CDU überhaupt deutlich machen, daß wir eine Stellung beziehen zur Berlin-Regelung, und daß dann nicht hineininterpretiert werden kann, daß das Auswirkung auf die Verträge hat.

*Kiesinger:* Ich habe ja eben das entscheidende Bedenken dagegen vorgetragen! Wenn wir wiederum aus den entscheidenden Bedenken einen weiteren Punkt herausholen, dann ist doch genau das erreicht! (*Kohl:* Ja, das will ja niemand hier.) Doch, er will einen eigenen Absatz über diesen Punkt drin haben.

*Kohl:* Nein, ich glaube, das ist ein Mißverständnis.

*Kiesinger:* Das ist kein Mißverständnis. Ich habe ihn sehr gut verstanden. Meine Damen und Herren, ich schlage vor, bleiben wir bei der Formel „wie für alle Deutschen“.

*Gradl:* Ich halte diese Hinzufügung nicht für richtig in diesem Absatz (*Kiesinger:* Ich bin ja Ihrer Meinung!), wenn Sie sagen, „wie für alle Deutschen“, was heißt das denn eigentlich? (*Kiesinger:* Ich bin ja Ihrer Meinung, ich wollte ja nur einen Kompromiß.) Ich verstehe diese Idee, das Verlangen des Kollegen Barzel, aber dann würde ich meinen, der einzige Platz für eine derartige Aussage ist der über Berlin hinausreichende Textteil im vierten Absatz (*Kiesinger:* Natürlich!). Und da könnten Sie natürlich einen Satz einfügen. Als zweiten Satz hinter „aufrecht“. Denn wir sagen ja unsere entscheidenden Bedenken. In diesem Punkt, dem innerdeutschen Punkt, kann man präzisieren, indem man sagt: „Das Verhältnis der Deutschen über die Trennungslinien hinweg wird nach wie vor von Mauer und Schießbefehl bestimmt.“ Dies ist die Realität, und dies ist eins der wichtigsten Argumente in der Auseinandersetzung.

*Stoltenberg:* Ich möchte folgendes zum Verfahren vorschlagen. Es gibt Boden für eine Erweiterung. Wenn eine Erweiterung erfolgen sollte, bei allem Respekt vor den Überlegungen des Kollegen Gradl, können wir das nicht als ein Redaktionskomitee in diesem Vorstand machen. Dann müssen wir zwei, drei Kollegen bitten zu formulieren. Wenn keine Erweiterung erfolgen soll außer der von Kollegen Barzel vorgeschlagenen, würde ich vorschlagen, daß wir abstimmen. (*Kohl:* „Für alle Deutschen“, meinen Sie?) Wir haben heute wirklich eine sehr kompakte Tagesordnung, Parteitag usw., daß wir jetzt uns entscheiden, entweder, wir sehen eine Erweiterung vor, dann müßte man zwei, drei Kollegen bitten, das zu formulieren, oder wir beschränken uns auf den Text mit der einen Erweiterung „wie für alle Deutschen“, den Kollege Barzel vorgeschlagen hat, und stimmen dafür ab. Ich halte ungeachtet sehr vielfältiger Interpretationsmöglichkeiten, die es gibt, dies für eine tragbare und sachlich unbedenkliche Formulierung für den Parteivorstand, wir sind hier nicht in einem Fachausschuß des Bundestages oder der Verfassung.

*Blüm:* Wenn ich das richtig verstehe, sind wir uns doch insofern einig, daß die CDU in diesen Zeiten keine vorschnellen Festlegungen nach rechts wie nach links ... (*Unruhe und Heiterkeit.*) Insofern stören uns solche Erklärungen, die Planken einholen [sic!], wie die Erklärung, die mir unterstellt wird, die Russen sollten die Füße geküßt bekommen. Das zweite ist eine Erklärung, die nicht authentisch ist. Aber das wollte ich nur bei dieser Gelegenheit klarstellen. Nun zur Sache hier, ich wollte diese Kurve nur benutzen, um einige Mißverständnisse aus dem Feld zu räumen. Wenn wir diese abwartende Haltung glaubwürdig nach außen vertreten sollten, dann dürfen wir das Schiff zu diesem Zeitpunkt nicht so beladen, daß es untergeht. Und ich glaube, wenn man nun alles Mögliche als Bedingung hineinsteckt, ist unsere abwartende Haltung eben nicht mehr so glaubwürdig gegenüber der Öffentlichkeit. Deshalb würde ich die beiden Dinge auseinander halten. Ich würde das Schiff Berlin zu diesem Zeitpunkt nicht überladen, weil sonst jeder glaubt, wir würden bereits die Rückzugsposition vorbereiten.

*Kiesinger:* Also, ich bin der Meinung, daß der Text, wie wir ihn hatten, in diesem Augenblick richtiger wäre. Aber ich versuche natürlich, uns zu einer gemeinsamen Erklärung zu bekommen. Ich halte auch nicht viel von dem Zusatz „wie für alle Deutschen“. (*Barzel:* Ich bin der Meinung von Amrehn.) Bitte, ich bin nach wie vor der Meinung, wenn der Vorstand mitgeht, (*Unruhe und Diskussion.*) daß wir es auf Berlin beschränken, wenn wir sagen, „für Berlin und die Berliner“. (*Kohl:* Aber Berlin langt doch, die Berliner sind doch da drin.) Berliner und Berlin sind zwei Paar Stiefel, wenn man genau zusieht.

*Lemke:* Das mag ja durchaus logisch richtig klingen, was Sie eben gesagt haben. Trotzdem hat Herr Dr. Barzel recht. Die Regelung der innerdeutschen Beziehungen ist genauso wichtig wie die Bedenken gegen die Ostpolitik. Also deswegen paßt ein eventuelles ja, aber ich meine, man kann es doch auch deutlich sagen, es wird gelesen. Diese Erklärung wird von allen Leuten gelesen, die politisch interessiert sind.

*Kiesinger:* Und genau da liegt die Gefahr, Herr Lemke. Die Selbstbestimmung ist mindestens so wichtig. Ich sage noch einmal, wenn wir von den entscheidenden Bedenken einen herausnehmen, begehen wir den gleichen Fehler, den manche von uns be-



gangen haben, wenn sie als Voraussetzung der Ratifizierung nur eine Berlin-Regelung andeuteten oder wenigstens eine solche Interpretation zuließen. Deswegen wehre ich mich so sehr dagegen. Deswegen meine ich, daß unser ursprünglicher Text der bessere gewesen wäre. Ich finde allerdings, die Hinzufügung, „wie für alle Deutschen“, zwar abschwächend, aber ist nicht schädigend.

*Barzel:* Ich werde mal versuchen, mich deutlich auszurücken. Wenn der Satz so bleibt „Die CDU wird auch in diesem Stadium der Verhandlung ihre Handlung durch den Willen bestimmen lassen, möglichst viele“ – das „praktisch“ ist weg – „Verbesserungen der Lebensverhältnisse für die Berliner zu erlangen“, dann bedeutet das z. B., daß in einer ganz fundamentalen Frage das hier nicht gedeckt ist. Wir haben den Bericht noch nicht entgegennehmen können. Nehmen Sie einen ganz praktischen Punkt, der im Mittelpunkt der Schwierigkeiten steht. Jeder bildet sich jetzt ein, die alliierte Regelung bedeute, Peter Lorenz setzt sich in den Wagen, oder ich setze mich in den Wagen, der Volkspolizist kommt, guckt sich den Paß an, sagt, „Ja, du bist Peter Lorenz“, guckt sich die Autonummer an, „jawohl, ist auch in Ordnung, kannst durchfahren.“ Dies ist doch der Eindruck, den die Bundesregierung erweckt. Nichts davon ist richtig. Denn der fundamentale Vorbehalt der DDR, über die Visa-Frage Einfluß auf die faktische Zugangsregelung ihren Status noch mal zu verbessern, ist ungeklärt. Der Herr Bräutigam<sup>9</sup> sah sich nicht imstande, darüber auch nur ein Wort zu sagen. Dies wird eine der Hauptschwierigkeiten sein. Deshalb müssen wir doch dafür sorgen, daß der Zugang von und nach Berlin nicht nur für die Berliner, sondern für alle Deutschen gesichert wird. Dies ist doch das mindeste, was hier zu meinen ist. Und wenn wir uns in die richtige Situation bringen wollen, müssen wir doch den Alliiertenteil an unsere Brust drücken, um zu sagen, die Bundesregierung bleibt in den praktischen Verhandlungen dahinter zurück. Dies dient nicht zur Opposition, wenn sie Einfluß hier nehmen will, es kommt etwas anderes hinzu noch. Es gibt ja Informationen, daß die Sowjetunion es sehr eilig hätte, und infolgedessen die DDR auch, und daß sie zu Zugeständnissen bereit wäre. Ich weiß nicht, ob dies stimmt. Dann könnte es doch sehr gut sein, daß plötzlich ein Verhandlungsstadium erreicht wird, in dem ein Minimum für Ost-Berliner möglich sein könnte. Sind die eigentlich vergessen? Daß dies vielleicht auch ein Hin- und Her-Verkehr sein sollte. Wir tun doch deshalb gut daran, hier wirklich die Formulierung nicht nur auf die Berliner einzuschränken. Ich verstehe den anderen Zusammenhang, der ist dann auch hier nicht gemeint, sondern wir meinen

---

9 Dr. Hans Otto Bräutigam (geb. 1931), Jurist; 1962 Eintritt in das Auswärtige Amt, 1964–1966 persönlicher Referent von Außenminister Schröder, 1966–1969 Tätigkeit an der Botschaft in London, 1970–1972 Mitglied der Verhandlungsdelegation, die den Verkehrsvertrag, das Transitabkommen und den Grundlagenvertrag mit der DDR aushandelte, 1973/74 Tätigkeit im Bundeskanzleramt, 1974–1977 Stellvertreter von Günter Gaus in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, 1977–1980 Leiter des Arbeitsstabes Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt, 1980 Rückkehr ins Auswärtige Amt, 1982–1988 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR, 1989–1990 Botschafter bei den Vereinten Nationen in New York, 1990–1999 Minister der Justiz, Bundes- und Europangelegenheiten des Landes Brandenburg. Memoiren: Ständige Vertretung. Meine Jahre in Ost-Berlin. Hamburg 2009.

eben, daß die Deutschen im Verkehr von und nach Berlin die Erleichterung haben sollten. So ist das zu verstehen.

*Kiesinger:* Also, wenn wir sagen, Berlin, haben wir ja immer in Wahrheit uns mit gemeint. Wenn es um Berlin ging, ging es uns nie nur um Berlin und die Berliner, sondern um uns alle. Das war ja selbstverständlich. Es ging uns um die Bindungen Berlins mit der Bundesrepublik. Wenn wir das abkürzend Berlin nannten, dann meinten wir in Wahrheit diesen Sachverhalt. Bei der Zugangsregelung war selbstverständlich nicht nur an die Berliner, sondern an uns alle gedacht. Ich habe also gegen die Hinzufügung des Wortes „wie für alle Deutschen“ nichts einzuwenden, sehe vor allem keine Gefahr darin, wenn wir diesen Satz hinzufügen, weil er im Grunde genommen etwas Selbstverständliches betont. Ich hätte es lieber pur gehabt, das muß ich offen sagen. Sind wir uns dann einig, daß wir es so machen? – Gut. Dann haben wir das so verabschiedet. (*Unruhe und Diskussion.*) Ich möchte jetzt den Fraktionsvorsitzenden bitten, zu diesem Punkt zu berichten. Ich habe nur den Beschluß vorweggenommen, damit wir vor die Presse gehen können, damit wir nicht erst nach langer Zeit mit einer Erklärung nachhängen.

*Amrehn:* Ich denke, das, was ich jetzt vorschlage, wird keine großen Schwierigkeiten machen. Ich würde nicht „wie“ sagen, sondern „für Berliner und für alle Deutschen“.

*Barzel:* Das „und“ hatte ich vorgeschlagen. Dazu hatte Herr Marx gesagt, das sei schlecht.

*Kiesinger:* Wir haben nichts dagegen, gut. Also „und“. Jetzt, meine Damen und Herren, darf ich den Fraktionsvorsitzenden bitten, über den Stand der Berlin-Frage zu berichten.

*Barzel:* Ich möchte als erstes sagen, was sicher wichtig ist bei der Beurteilung alles dessen, was jetzt passiert, zwei Gesichtspunkte nicht aus dem Auge zu verlieren. Nämlich einmal, daß man nicht das Ganze aus dem Blick verliert gegenüber Einzelheiten der Berlin-Regelung und auch den historischen Vorgang hier begreift, der das mit Berlin bedeutet und daß wir uns zum anderen natürlich hüten müssen, daß wir nun sortiert werden in gute und schlechte Christliche Demokraten. Das muß schleunigst aufhören. Deswegen bin ich dankbar für die Feststellung des Herrn Vorsitzenden über die Übereinstimmung zwischen den beiden heute vorgelesenen Texten. Ich will versuchen, weil sonst das alles nicht recht zu verstehen ist, den Faden aufzunehmen aus dem vergangenen Jahr, als wir unsere Berlin-Regelung hier besprochen und beschlossen haben. Dieser Vorstand hatte ja den Wunsch, bevor es etwas Neues gibt, selbst zu entscheiden. Deshalb kann dieser Bericht nicht ganz frei sein von einigen wenigen historischen Hinweisen. Zunächst: Wir haben von Anfang an erklärt: Erst Berlin sichern und festigen, dann alles andere. Zweitens, wir haben am 26. Mai einen Beschluß der Fraktion gefaßt in Übereinstimmung mit beiden Parteien, er bezeichnet Berlin als einen Beitrag zur Entspannung und einen Prüfstand für die Entspannung mit der Sowjetunion.<sup>10</sup> Es gab dann die berühmten Mai-Debatten vor den Landtagswahlen in Nordrhein-West-

---

<sup>10</sup> Vgl. Nr. 9 Anm. 11. Vgl. auch die Zusammenstellung der Abteilung IV der CDU-Bundes-

falen, in denen wir auch durch den Kollegen von Guttenberg<sup>11</sup> obsiegten, wie Sie wissen. Das führte dazu, daß innerhalb der Bundesregierung auf Drängen der FDP dieses unauflösliche Junktim zwischen Berlin und dem Moskauer Vertrag zustande kam. Die Formulierung, die Herr Scheel vor der Unterschrift, vor der Paraphe am 6. August, abgab, ist noch geheim, aber sie ist, glaube ich, im wesentlichen doch bekannt geworden.<sup>12</sup>

Wir haben dann nach der Paraphierung des Moskauer Vertrages und vor der Unterzeichnung unsere Stellungnahme abgegeben nach Beratung mit Partei und Fraktion, und ich möchte aus diesem Beschluß doch noch einmal, weil dies wichtig ist, drei Sätze vorlesen. Der eine: „Deshalb hatten wir der Bundesregierung empfohlen, die Unterschriften unter einen paraphierten deutsch-sowjetischen Vertrag erst zu leisten, wenn in den anderen Bereichen, vor allem hinsichtlich Berlins und der innerdeutschen Probleme, befriedigende Lösungen vorliegen.“ Beides ist vom ersten Tag an zugleich betont worden. „Wir sind bereit, in vertraulichen Gesprächen mit der Bundesregierung im einzelnen darzulegen, was nach Meinung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter befriedigender Lösung dieser Frage zu verstehen ist, und eine Verständigung darüber herbeizuführen.“ Wir haben weiter gesagt: „Der Vertrag kann abschließend erst beurteilt werden, wenn diese Prüfung erfolgt ist und Ergebnisse auch hinsichtlich Berlins, hinsichtlich der innerdeutschen Frage Polens und der Tschechoslowakei vorliegen.“<sup>13</sup> Insofern sind wir in der Konsequenz dessen, was wir selbst gesagt haben. Wir haben dann, wie Sie sich erinnern, uns in den drei westlichen Hauptstädten umgehört, ob es dort eine Geneigtheit gibt für eine vernünftige Berlin-Regelung, an der auch die Opposition mitwirken kann. Das Ergebnis dieser Rundreise war, daß dies möglich sei. Ich habe dann auf einer Pressekonferenz vom 7. September 1970 die Grundsätze dafür dargelegt.<sup>14</sup> Dieser Erklärung hat der Bundeskanzler später zugestimmt. Und es kam dann aufgrund beider Vorgänge, also a) unserer Entschließung, und b) dieser Haltung nach der Rundreise, am 9. September zu einem Gespräch beim Bundeskanzler. Der Bericht, den ich gebe, Herr Vorsitzender, ist vertraulich, weil hier ein paar wichtige Dinge natürlich kommen. Bei diesem Gespräch mit der Regierung ist uns ein immer noch geheimes Papier übergeben worden, was der Entwurf der westlichen Ausgangsposition für die Berlin-Verhandlungen war.<sup>15</sup> Dieser Entwurf war nach unserer Meinung völlig unzureichend. Wir haben im Gespräch mit dem Bundeskanzler dargetan, daß seine öffentliche Zustimmung zu unseren Prinzipien und dieser Entwurf nicht mit-

---

geschäftsstelle vom 30. April 1971 „Die Haltung der CDU zu den Ostverträgen und zur Ratifizierung“ (ACDP 01-483-176/2).

11 Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (1921-1972), Land- und Forstwirt; 1957-1972 MdB (CSU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 274 Anm. 30.

12 Vgl. Gespräch Scheels mit Gromyko am 6. August 1970 (AAPD 1970 Dok. 375, hier S. 1413, Dok. 380 S. 1426 Anm. 2).

13 Auszug aus dem Brief Barzels vom 10. August 1970 an Brandt richtete. Vgl. auch Nr. 9 Anm. 21.

14 Vgl. AdG 1971 S. 15995f.; GRAU S. 120 Anm. 305. Zur Reise Barzels nach Washington, Paris und London vgl. Nr. 9 Anm. 8.

15 Vgl. AAPD 1970 Dok. 429.

einander übereinstimmten und deshalb ein Zusammenwirken nur möglich sei, wenn wir diesen Entwurf durch einen neuen Entwurf ersetzen, also eine gemeinsame Plattform der Drei Mächte, der Bundesregierung und der Opposition. Mit diesen Argumenten haben wir uns durchgesetzt. Und es gab dann am 23. September ein neues, gemeinsames Positionspapier des Westens, das ist eine amtliche Unterlage, in der die Vorstellungen der Opposition unter Bezeichnung der Vorstellung der Opposition enthalten sind.<sup>16</sup> Für dieses Papier gab es ein Papier der CDU/CSU, das einzige, was bisher vertraulich geblieben ist, vom 11. September.<sup>17</sup> Dieses Papier ist im Besitz der Bundesregierung und der drei Westmächte und war der Ausgang für diese gemeinsame Erklärung. Dieses Papier weist aus, wenn wir es jetzt in die Hand nehmen, daß wir einen hohen Prozentsatz erfüllter Punkte positiv abhaken müssen. Allerdings bleiben die qualitativen Sorgen begründet, die sich unter die politische Überschrift „Aus Berlin darf kein drittes Deutschland werden“ subsumieren lassen. Dieses Papier von uns ist vom Parteivorstand gebilligt worden, als ich darüber im September<sup>18</sup> einen Bericht gab, bei dem wörtlich dieses Papier verlesen worden ist. Dasselbe war in der Bundestagsfraktion. Dies hat also einen sehr hohen Konsensus.

Im Laufe der Verhandlungen gingen die Alliierten davon aus und hatten auch allen Anlaß dazu, daß jedes Wort von deutscher Seite im wesentlichen von der Opposition mitgetragen wurde. Damals kam die Idee auf, einen Teil dieses Abkommens innerdeutsch zu regeln und nicht nur den Alliierten in Auftrag zu geben. Es war eine große Gefahr, daß die Alliierten nur ein paar Grundsätze beschlossen und die Deutschen dann anfangen, munter drauf los zu verhandeln. In dieser Periode war es notwendig, öffentlich am 1. November<sup>19</sup> mit Zustimmung der Bundestagsfraktion eine Erklärung abzugeben. Sie betrifft das Verfahren zur Beauftragung der Deutschen. Für diese Erklärung waren viele von den Alliierten besonders dankbar. Später hat dann der Bundeskanzler, der sie erst nicht so gut fand, am 9. Juni 1971 im Bundestag, erklärt, daß auch dieses Papier der Opposition Einzug in die westliche Position gefunden habe. Nachdem er dies erklärt hatte, wurde damals eine Aktuelle Stunde von uns abgebrochen. Das hat damals nicht jeder verstanden, aber es war völlig sinnlos, nach dieser Erklärung eine Polemik zu suchen, wo keine mehr angebracht war. Herr Kollege Marx hat damals die unangenehme Aufgabe übernommen, mit zwei Sätzen das zu erledigen.<sup>20</sup>

Es kam dann ein Punkt, über den ich hier Rechenschaft geben muß, weil er sehr

---

16 Vgl. AAPD 1970 Dok. 439.

17 Zu den Vorschlägen der CDU/CSU-Fraktion vom 11. September 1970 vgl. „Bonner Rundschau“ vom 2. September 1971 „Nur das CDU-Positionspapier zur Ostpolitik blieb geheim“; Erklärung des Pressereferats vom 3. September 1971 über den Beschluß des engeren Fraktionsvorstands.

18 Vgl. Nr. 9 S. 288.

19 Erklärung Barzels zur Berlin-Frage am 1. November 1970, vgl. Pressereferat der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages vom 3. November 1970; „Die Welt“ vom 2. November 1970 „Barzel: Bund muß Berlin vertreten“.

20 Zur Aktuellen Stunde am 9. Juni 1971 vgl. Sten.Ber. 6. WP 126. Sitzung S. 7248–7250; GRAU S. 184f.

wichtig war, indem wir öffentlich gesagt haben, von Gemeinsamkeit reden wir nicht. Das war im Februar.<sup>21</sup> Der Vorgang war, daß die Westmächte mit Zustimmung der Bundesregierung ihr Papier der Sowjetunion übergeben hatten. Vorher war nur mündlich verhandelt worden. Dies erfolgte ohne Konsultation oder Information der Opposition. Die Alliierten nahmen an, sie sei konsultiert und informiert worden. Als sich das herausstellte, haben wir der Bundesregierung ebenso wie den Alliierten gegenüber Protest wegen des Verfahrens erhoben, auch nach Gesprächen mit Lorenz, das war eine hervorragende Zusammenarbeit mit unseren Berliner Freunden, wie ja auch das Ausgangspapier vom 11. September 1970 im wesentlichen das ist, was unsere Berliner Freunde gemacht haben. Was die Berliner taten gegenüber Senat oder Alliierten und wir hier, das war auf den Millimeter abgestimmt und hilfreich, wie sich vielleicht erweisen wird.

Wir haben dann gesagt, wir reden nicht mehr von Gemeinsamkeit, seien aber bereit zum Zusammenwirken. Dies war eine sehr schwierige Entscheidung, über die im Parteipräsidium und auch in der engeren Fraktionsführung ebenso gesprochen worden ist wie in Berlin. Selbst für den Fall, daß wir das Mitwirken eingestellt hätten und die Ergebnisse schlechter geworden wären, hätte die CDU sagen müssen: „Was jetzt kommt, ist schlecht.“ Wir hatten ein gutes Ergebnis bei den Wahlen in Berlin<sup>22</sup>, und das hätte natürlich dazu beigetragen, das Gegenteil dessen zu erreichen, was wir wollten, nämlich Koffer packen. Ich will die Einwände von damals aus den Akten nicht vorlesen, denn sie sind zu lang. Aber ich muß die Anmerkung machen, daß nach Intervention eine der Drei Mächte, und es war die wichtige, mir sagte: „Sie können sich darauf verlassen, es wird kein Beamter weggehen. Die Fraktionen und die Ausschüsse des Bundestages werden wiederkommen, was immer die Bundesregierung sagt. Und die Sowjetunion wird dies alles anerkennen müssen, oder es wird keinen Berlin-Vertrag geben.“ Dies war die Zeit, als die Sowjetunion Wohlverhalten in West-Berlin forderte, und der Kollege Wehner bereits das Wohlverhalten einschränkte auf Meinungsfreiheit. Dies war die Zeit, in der der Bundeskanzler sich mit der administrativen Verzahnung, was die Bundespräsenz betraf, schon öffentlich zufrieden gab, während wir in den anderen Bereichen noch kämpften. Es gab dann die Notwendigkeit, den Präsidenten der USA persönlich zu besuchen und auch mit Präsident Pompidou zu sprechen und mit dem Ministerpräsidenten, als er hier war.<sup>23</sup> Wir haben dann, als es so aussah, daß die Verhandlungen ein positives Ende nehmen würden, noch einmal am

---

21 Vgl. Presseerklärung Barzels vom 26. Februar 1971 sowie „Die Welt“ vom 27. Februar 1971 „Union zur Zusammenarbeit in der Berlin-Politik bereit“.

22 Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 14. März 1971, vgl. Nr. 12 Anm. 3.

23 Jacques Chaban-Delmas (1915–2000), französischer Politiker; 1946–1997 Mitglied der Nationalversammlung, 1947–1995 Bürgermeister von Bordeaux, 1958–1969, 1978–1981 und 1986–1988 Präsident der Nationalversammlung, 1969–1972 Premierminister. – Ministerpräsident Chaban-Delmas und Staatspräsident Pompidou hielten sich im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationsgespräche am 5. und 6. Juli 1971 in Bonn auf, vgl. AdG 1971 S. 16387–16390; AAPD 1971 Dok. 228, 229, 230, 232, 233. – Zur Reise Barzels nach Washington vgl. Nr. 9 Anm. 8.

9. August aus Anlaß der drei Tage, die es da gibt, also 10. August unsere Stellungnahme, 12. August deutsch-sowjetischer Vertrag, 13. August zehn Jahre Mauer, in einem sehr überlegten Aufsatz, den wir den Drei Mächten zugestellt haben, unsere Position bezogen und unmißverständlich dargetan, daß ein Berlin-Arrangement auf keinen Fall ein Präjudiz für unsere Haltung zu den Verträgen sein könnte.<sup>24</sup> Dies war öffentlich notwendig wegen der Mißverständnisse. Dann hat die Bundesregierung, als die Sache zum Ende gekommen war, mitgeteilt, daß Vorstellungen der CDU/CSU mit berücksichtigt worden seien. Wir haben in unserer ersten Stellungnahme gesagt, man müsse dies sorgfältig prüfen, das sei ein Kompromiß. Und ich glaube, diese sorgfältige Prüfung war notwendig, wenn man den Streit bis in die letzte Stunde sieht um wenige Worte, von dem wir gleich reden werden.

Wir haben vergangene Woche verschiedene Gremien gehabt: Die engere Fraktionsführung, das Parteipräsidium, in getrennten Sitzungen, und wir haben den Fraktionsvorstand in der vergangenen Woche gehabt. Es gab dann eine Sitzung, und dann bin ich auch mit dem formalen Teil fertig, der ist aber sehr wichtig, vorige Woche Donnerstagabend auf Einladung von Herrn Scheel mit den drei Botschaftern.<sup>25</sup> Herr Rush<sup>26</sup> war verhindert, weil er bei Nixon war; an seiner Stelle war der Botschaftsrat Dean<sup>27</sup>, der die Verhandlungen geführt hatte, sowie die Kollegen Gradl, Schröder auf unserer Seite und ein paar andere von den anderen Fraktionen. Damals hat der amerikanische Vertreter in Anwesenheit aller und unter Zustimmung der beiden anderen Botschaften in einer mündlichen Adresse sich bedankt für die konstruktive und hilfreiche Haltung der Opposition. Das ist inzwischen auch schriftlich dem Fraktionsvorsitzenden gegeben worden mit der Bemerkung, dies sei eine persönliche Message des Präsidenten der USA. Botschafter Rush hat dies unterstrichen, indem er am Dienstag ein Essen für die Führung der CDU/CSU gab und sich dort in aller Form bedankt hat für den konstruktiven Anteil, den wir genommen hätten, natürlich auch mit der Hoffnung, daß das auf unsere Stellung Einfluß nehmen werde. Das alles liegt schriftlich vor.<sup>28</sup> Man muß dies wissen, wenn man unsere Lage insgesamt zu beurteilen wünscht. Sie werden verstehen, daß ich diesen Brief jetzt hier nicht vorlesen möchte, zumal das für mich persönlich peinlich wäre.

Nun zur Sache selbst. Ich glaube, das Entscheidende ist im qualitativen Bereich, daß wir nun einen völkerrechtlichen Vertrag mit der Sowjetunion haben, in dem die

---

24 Vgl. den Beitrag von Rainer Barzel „Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen – nicht nur in Berlin“ in DUD Nr. 149 vom 9. August 1971 S. 2–6.

25 Vgl. GRAU S. 142; Rainer BARZEL: Im Streit und umstritten. Anmerkungen zu Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und den Ostverträgen. Berlin 1986 S. 174 f.

26 Kenneth Rush (1910–1994), amerikanischer Diplomat; 1969–1972 Botschafter in Bonn, 1972 stv. Verteidigungsminister, 1973 stv. Außenminister, 1974–1977 Botschafter in Paris.

27 Dr. Jonathan Dean, amerikanischer Diplomat; 1949 Eintritt in den diplomatischen Dienst; 1950 Verbindungsoffizier für das amerikanische Hochkommissariat in Bonn, Mitarbeiter in der Osteuropa-Abteilung des State Departements, 1968 stv. Verhandlungsführer in der US-Botschaft in Bonn für das Vier-Mächte-Abkommen, 1973–1981 Gesandter bei den Abrüstungsverhandlungen zwischen NATO und Warschauer Pakt in Wien.

28 Vgl. GRAU S. 204.

Teilsuspendierung, wenn nicht die ganze Suspendierung des Art. 23 GG, das Verhältnis des Landes Berlin und der Bundesrepublik Deutschland geregelt ist.<sup>29</sup> Dies ist ein Punkt, der uns beschweren muß. Ich möchte dazu nur folgendes sagen, weil wir an dieser Stelle eine Interpretation der amerikanischen Seite in die Debatte einführen müssen. Die Antwort auf unsere Frage, ob nicht das, was jetzt verabredet sei, ein Status quo minus sei, sowohl gegenüber der Lage nach Bruch der Vier-Mächte-Verantwortung bis zum Inkrafttreten des Grundgesetzes, weil jetzt die Souveränitätsausübung der Drei Mächte in ihren Sektoren durch Vertrag mit der vierten geregelt werde, lautete: „Ja“. Auf die Frage, ob dies nicht auch ein Status quo minus gegenüber der Lage des Grundgesetzes sei, in dem immerhin das Land Berlin bezeichnet ist – das ist ja nicht aufgehoben, sondern die Kollegen dürfen hier nicht mitstimmen, und Berlin wird nicht vom Bund regiert – hieß die Antwort „ja“, und dann kam der politische Zusatz, den jeder wissen muß, der sich mit falschen Zungenschlägen in die Statusdebatte einschaltet, daß natürlich, Verträge hin, Verträge her, Berlin daran hängt, daß die Mächte dort bleiben, vor allen Dingen die Amerikaner. Daß die USA eben sagen, die Tatsache, daß nun die Sowjetunion dies alles anerkannt habe, sei von großer politischer, wenn man so will, auch machtpolitischer Bedeutung, weil damit die Sowjetunion eben die Oberhoheit und damit die Anwesenheit und den direkten Zugang der Drei Mächte anerkannt habe. Dies muß man wissen, wenn man hier innerdeutsch argumentiert, etwa gegen die Alliierten. Die Alliierten, aber auch die Bundesregierung, weisen zusätzlich darauf hin, daß in einer Anordnung der Alliierten vom Jahr 1952, in der die Alliierten Einspruch einlegten gegen Übernahme des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes in das Land Berlin, die Alliierten eine Formulierung gewählt haben, die hieß: „Die Übernahme des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht durch Berlin würde Berlin als einen Bestandteil des Bundes erscheinen lassen. Infolgedessen sieht sich die alliierte Kommandantur außerstande, den Gesetzentwurf“ usw.<sup>30</sup>

Dies alles muß man wissen. Ich würde es für richtig halten, Herr Vorsitzender, wenn Sie anschließend dem Kollegen Marx, der der Arbeitsgruppe vorsitzt, Gelegenheit geben, ganz kurz die konkreten positiven und negativen Punkte gegeneinander zu stellen. Unsere Position ist klar vom ersten Augenblick an. Man muß weiterhin versuchen, auf die zweite Phase einzuwirken. Ich komme darauf nachher, ob es eine Kooperation

---

29 Mit dem Vier-Mächte-Abkommen akzeptierte die Sowjetunion die faktische Zugehörigkeit West-Berlins zur Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Gleichzeitig wurde allerdings auch festgeschrieben, daß der Westteil Berlins „wie bisher kein Bestandteil“ der Bundesrepublik sei. Art. 23 GG regelte bis zum 23. September 1990 den Geltungsbereich des Grundgesetzes: „Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiet der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“

30 Vgl. Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hg.): Dokumente zur Berlin-Frage 1944–1962 (Dokumente und Berichte 18). München 21962 Dok. 97 „Einspruch der Alliierten Kommandantur der Stadt Berlin vom 20. Dezember 1952 gegen eine Übernahme des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes“.

gibt oder nicht. Wir dürfen nicht übersehen, was hier an zusätzlichen Konzessionen aus der Berliner Substanz geleistet worden ist. Wir wären vielleicht in einer schwierigeren Lage, wenn die Sowjetunion als Gegenleistung für die Moskauer Unterschrift unbezogen die Realitäten des vorigen Jahres, August, akzeptiert hätte. Dies ist nicht geschehen. Wir haben eine Diminution insgesamt, was Bund und Berlin betrifft, hinsichtlich des Status zum Tage der Unterschrift von Moskau. Das ist ein sehr wichtiger Punkt. So daß aus dieser Sicht –, und dem hat bisher nirgendwo jemand widersprochen, auch nicht unsere Freunde in Berlin – es keinen Anlaß gibt, unsere Stellungnahme vis-à-vis den Verträgen etwa zu verstärken.

Und wenn wir auf das Ganze gucken und unsere Maßstäbe vom 26. Mai<sup>31</sup> und auch von später zugrunde legen, wo wir ja auch auf Europa und Selbstbestimmungsrecht und die Lage des Bündnisses abgehoben haben, dann kann man zu dem Gesamten wohl nur sagen: „So nicht“. Auf der anderen Seite müssen wir uns jetzt hüten vor dem Vorwurf, etwa durch besonders negative Interpretation das alliierte Verhandlungsergebnis zu schwächen, zumal hier so schwierige Dinge wie die Visum-Frage ja noch ausstehen. Wir müssen natürlich auch sehen, und das berührt schmerzhaft, ob wir nun in unseren Stellungnahmen, was ich ja befürworte, sauberlich alles auseinander halten. Dieses Berlin-Abkommen ist auf der Basis der Einlassung der Bundesregierung gegenüber der DDR als zweiter deutscher Staat und auf der Basis des Moskauer Vertrages formuliert. Das kann keiner übersehen. Auf der anderen Seite ist das Dach der Vier Mächte zustande gekommen, eine alte Forderung, an der beinahe einmal eine Koalition, damals noch mit Herrn Mende, geplatzt ist, als er sagte, dies sei gar nicht möglich.

Wenn wir nun die Verhandlungen genau kennen, dann ist klar geworden bis in die letzten Stunden heute früh, daß die Dinge, die uns vor allem beschweren, auf Drängen der Bundesregierung zustande gekommen sind. Die Verabredung, Berlin-Gespräche zu führen, erfolgte zur Zeit der Bundesregierung Kiesinger. Die Gespräche wurden erschwert dadurch, daß die Bundesregierung Statusfragen aufwarf. Einmal die Erklärung „DDR ist zweiter deutscher Staat“, damit hat man das Problem des Zugangs oder des Transits aufgeworfen. Und der deutsch-sowjetische Vertrag hat das zusätzlich erschwert. Dies muß man sehen und kann das nicht den Alliierten anlasten. Deshalb sollten wir, wenn wir klug sind, kritische Anmerkungen nicht an die Adresse der Alliierten, sondern allein an die Bundesregierung richten. Die, wie sich heute herausstellt, von uns nicht herbeigeführt, aber in der Wirkung doch wohltuende Indiskretion vom Sommer, über das Telegramm des Herrn Pauls hinsichtlich der Aktivitäten von Bahr in Washington<sup>32</sup>, ist der Beweis dafür, daß die Punkte, die uns beschweren, nämlich die

---

31 Vgl. Nr. 9 Anm. 11.

32 Dr. Rolf Pauls (1915–2002), Jurist; 1946–1949 Jura-Studium, 1949 Tätigkeit im Sekretariat des Parlamentarischen Rats, danach Tätigkeit im Bundeskanzleramt und bei der Verbindungsstelle zur Alliierten Hohen Kommission, Eintritt in das Auswärtige Amt, 1951 Vizekonsul in Luxemburg, 1952–1956 persönlicher Referent von Walter Hallstein, 1956–1960 Botschaftsrat in Washington, 1963–1965 als Ministerialdirigent Unterabteilungsleiter für Handels- und Entwicklungspolitik im AA, 1965–1968 Botschafter in Israel, 1968–1973 in



Lockerung der Bindungen zum Bund und das sowjetrussische Generalkonsulat, auf Drängen der Bundesregierung zurückzuführen sind. Und wenn wir das Ganze sehen, müssen wir, glaube ich, ganz nüchtern feststellen, daß da, wo sowjetische Interessen sind, alles klar ist. Im deutsch-polnischen Vertrag wird die Oder-Neiße-Linie zur Westgrenze Polens. Im deutsch-sowjetrussischen Vertrag wird die innerdeutsche Linie eine Staatsgrenze völkerrechtlicher Qualität. Das alles bedarf keiner Interpretation. Dagegen bedarf die Frage „Was ist nun Berlin?“ der Interpretation ebenso wie die Ausfüllung dieses Abkommens. Auf dieser Linie haben wir dann am 25. August ein Votum des Fraktionsvorstands herausgegeben<sup>33</sup>, das der Linie entsprach, die das Parteipräsidium vorher verabschiedet hatte. Die Berliner CDU hat dann auf derselben Linie am 30. August eine Stellungnahme herausgegeben.<sup>34</sup> Wir haben am 31. August den Botschafter Rush gesprochen, und daraus sind einige Mitteilungen, glaube ich, zu wissen noch wichtig. Auch die sind natürlich besonders vertraulich. Herr Rush erklärte auf unsere Fragen „Was ist mit Ost-Berlin?“ – z.B. eine Änderung des Wahlgesetzes der DDR – dahingehend, daß die Ost-Berliner Volkskammerabgeordneten nun direkt gewählt sind und Stimmrecht haben. Dies wäre eine einseitige Veränderung des Status und damit ein Vertragsbruch. Weil er dies so interpretiert, müssen wir sehr vorsichtig sein etwa mit einem Satz wie „Ost-Berlin komme hier gar nicht vor“. Es ist natürlich umschrieben, für unsere Verhältnisse nicht klar genug.

Die zweite Frage, eine Frage, die unsere Berliner Mitbürger quer durch die Parteien und auch die politisch gar nicht Interessierten bestürzt macht, ist die Frage der Staatsangehörigkeit. Die Befürchtung wird geäußert, daß, wenn die DDR in der UNO ist, Art. 116 GG<sup>35</sup> mit der einheitlichen Staatsangehörigkeit kaum noch zu halten sei, und die Berliner fragen, nachdem ihr Status unklarer geworden sei, „Was sind wir dann?“. Die Antwort darauf kann nur lauten: Ihr habt Pässe der Bundesrepublik Deutschland, und Berlin ist eine deutsche Stadt, zwar unter der obersten Gewalt der Alliierten, aber

---

den USA, 1973–1976 in China. – Die Veröffentlichung des Fernschreibens von Botschafter Pauls (AAPD 1971 Dok. 138) in der „Quick“ vom 4. August 1971 (vorzeitig ausgeliefert) sorgte für große Aufregung, vgl. dpa vom 28. Juli 1971 „Berlin-Papier“; Beitrag von Marx im DUD vom 30. Juli 1971 (ACDP 01–483–176/2). Vgl. auch CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): CDU Rednerdienst zum Berliner Rahmenabkommen vom 5. September 1971 (September 1971) S. 17.

33 Zum Beschluß des CDU/CSU-Fraktionsvorstands vom 25. August 1971 vgl. die Presseerklärung der CDU/CSU-Fraktion.

34 Vgl. Pressereferat der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages vom 28. August 1971 „Gemeinsame Erklärung des Landes- und Fraktionsvorstandes der Berliner CDU zu den bisherigen Vereinbarungen der vier Mächte über Berlin“ (ACDP 01–483–176/2). Vgl. auch „Frankfurter Rundschau“ vom 30. August 1971 „Gegensätzliche Stellungnahmen von CDU/CSU-Politikern“; „Frankfurter Rundschau“ vom 2. September 1971 „Berliner CDU ist noch uneinig“.

35 Art. 116 GG besagt in Abs. 1: „Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“

mit Zustimmung aller Vier Mächte gehören die Westsektoren mit der Bundesrepublik Deutschland unauflöslich zusammen. Diesen letzten Satz hat der Botschafter Rush extra als richtig bezeichnet. Es gibt dann noch weitere Interpretationen, die sicher die Kollegen, die dabei waren, Gradl, Marx, auch der Kollege Schröder, werden vortragen können. Wir haben dann gestern nicht unterschrieben wegen einer Unklarheit in dem deutschen Text. Der deutsche Text ist natürlich wichtig. Hätte es einen Text Bonn und einen Text Pankow gegeben, wären die Verhandlungen Bahr-Kohl<sup>36</sup> zusätzlich erschwert worden. Deshalb hatte die deutsche Regierung mit unserer Unterstützung auf einem einheitlichen von den Alliierten gebilligten deutschen Text bestanden. Da gab es Unklarheiten. Deshalb wurde die Unterschrift verzögert, die gestern an sich vorgesehen war, ich komme auf einen Teil davon gleich zurück. Wir haben das zum Anlaß genommen zu sagen, und ich glaube, dies sollten wir öffentlich auch tun: „Seht her! Alle die, die jetzt uns gedrängt haben, voreilig zu urteilen, sind doch im Unrecht. Unsere Forderung, wir urteilen, wenn es einen amtlichen deutschen Text gibt, war vernünftig.“ Das ist ja auch verstanden worden.

Es gab dann heute Morgen während der Sitzung des Parteipräsidiums um 12.00 Uhr einen Anruf des Kollegen Scheel, der mich davon unterrichtete, daß um 12:30 Uhr unterschrieben werde. Die Einigung über den deutschen Text war um 11.00 Uhr erreicht. Herr Scheel führte aus, daß der Text nicht in entscheidenden Punkten von der vorläufigen Übersetzung des Auswärtigen Amtes abweiche, die uns vorige Woche Mittwoch zur Einsicht gegeben worden war. Er betonte zwei Punkte. Ich habe Anlaß zu glauben, daß diese Information nicht vollständig ist. Es habe zwei Streitpunkte gegeben, nämlich die Übersetzung des englischen Worts „tie“ sei von der Bundesrepublik Deutschland übersetzt durch „Bindungen“ und von der DDR durch „Verbindungen“. Hier sei die Einigung erfolgt zugunsten von „Bindungen“. Nicht klar ist mir die Frage zwischen russischem und englischem Text. Im russischen Text gibt es nur „Bindungen“, im englischen Text gibt es „die Bindungen“. Was ein Unterschied ist. Der zweite Teil wird uns beschweren, er zeigt, daß die Bundesregierung in letzter Stunde erneut eine Konzession gemacht hat. Sie hatte übersetzt, „Berlin ist also weiterhin kein konstitutiver Teil der Bundesrepublik Deutschland“. Die DDR hatte übersetzt „ist weiterhin kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland“. Die Einigung erfolgte auf der Basis „ist weiterhin kein Bestandteil“ – Klammer auf: konstitutiver Teil, Klammer zu. Dies ist nicht schön, dies ist eine erneute Konzession.

Ich leite damit über zu einem Verfahren, weil das in der Politik von der Sache nicht zu trennen ist. Herr Scheel teilte mir mit, das Kabinett werde um 15.00 Uhr zusammentreten, um a) eine Stellungnahme zur Sache abzugeben, und b) den Verhandlungsauftrag an Herrn Bahr zu erteilen, der am 6. September, also am Montag, beginne.<sup>37</sup>

---

36 Dr. Michael Kohl (1929–1981), Diplomat (DDR); 1948 SED, 1956–1961 Dozent für Völker- und Staatsrecht an der Universität Jena, 1958–1963 Abgeordneter des Bezirkstages Gera, 1961 Eintritt in das Außenministerium, 1961–1965 Abteilungsleiter, 1965–1973 Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, 1974–1978 Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, 1978–1981 stv. Außenminister der DDR.

37 Entwurf für die Verlautbarung in ACDP 01–483–176/2.

Ich habe daraufhin gesagt, es sei doch bekannt, daß wir erklärt hätten, wir wünschten vor dieser Weisung, wenn es eine Kooperation geben sollte, konsultiert zu werden. Er sagte, dies sei nicht möglich, aber im Kabinett würde wohl eine inhaltliche Weisung nicht erfolgen. Er habe für 17.00 Uhr die Vertreter der Fraktion und die Vorsitzenden der beiden beteiligten Ausschüsse Schröder und Gradl<sup>38</sup> eingeladen. Und er habe die Absicht, in diesem Gespräch ein ständiges Kontaktgremium vorzuschlagen. Ich habe dann Herrn Scheel gesagt, dies sei nicht die Erfüllung der Voraussetzungen, an die unser Kooperationsangebot gerichtet sei. Wir wünschten vorher alles zu wissen, was Bahr und Kohl bisher besprochen hätten. Wir wünschten die Weisungen zu kennen, bevor das Kabinett sie festlege. Und wir wünschten vor allen Dingen, bevor Herr Bahr mit Herrn Kohl anfinde, hier wirklich mitreden zu können, entsprechend dem Vorgang vom vergangenen Jahr. Welchen Rang das hat, haben Sie in meinem Blitzbericht dazu eben gesehen. Herr Scheel sah sich dazu nicht imstande. Daraufhin haben wir um 14.00 Uhr eine EntschlieÙung gefaÙt, die hier vorliegt und die auch über das Mittagmagazin verlesen. Sie heiÙt: „Unser Angebot auf Kooperation mit der Bundesregierung für die zweite Stufe der Berlin-Regelung setzte – wie der Bundesregierung bekannt – voraus: 1. vollständige Unterrichtung über den Inhalt der bisherigen Verhandlungen Bahr-Kohl; 2. ein Konsultationsgespräch mit dem Kanzler und mit dem Außenminister vor Erteilung der Weisungen an Herrn Bahr; 3. Abstimmung zwischen Regierung und Opposition vor Beginn der innerdeutschen Gespräche am 6. September 1971. Diese Konsultation und Kooperation ist nicht rechtzeitig zustande gekommen. Die Information nach Entscheidung kann das nicht ersetzen.“<sup>39</sup> Herr Ehmke war am Montag bei mir, um das zu besprechen, und kennt meine Wünsche: erstens vollständige Unterrichtung über den Inhalt der bisherigen Verhandlungen Bahr-Kohl, zweitens ein Konsultationsgespräch mit dem Kanzler und mit dem Außenminister vor Erteilung der Weisungen an Herrn Bahr, drittens Abstimmung zwischen Regierung und Opposition vor Beginn der innerdeutschen Gespräche am 6. September 1971. Das hat einen großen Wirbel gemacht um 14.00 Uhr innerhalb der Bundesregierung. Ich kam fünf Minuten zu spät, weil um 14.30 Uhr Herr Scheel am Telefon war und sagte: „Herr Barzel, muß das denn sein?“. Ich habe gesagt: „Ich habe Ihnen das um 12.00 Uhr angekündigt, und nachdem von 12.00 bis 14.00 Uhr nichts passierte, habe ich diese Erklärung abgegeben.“ Herr Scheel bemüht sich jetzt, ein Gespräch am Sonntag, 16.00 Uhr zustande zu bringen. Dies war eine vertrauliche Unterhaltung, vertraulich aber ist bei dieser Regierung gar nichts. Der Regierungssprecher läuft zur Zeit durch Bonn und sagt, es habe einen Kontakt Scheel/Barzel gegeben, und man hoffe doch, am Sonntag um 16.00 Uhr ein Gespräch Brandt-Scheel-Stücklen-Barzel zustande zu bringen. Ich glaube, wenn es dazu käme, würden wir in dieser Sache nicht schlecht dastehen. Bei diesem Gespräch sollten wir natürlich die Linie fahren, daß jetzt alles ganz

---

38 Notiz von Werner Marx über das Gespräch vom 3. September 1971 im Auswärtigen Amt in ACDP 01-356-301.

39 Presseerklärung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 3. September 1971. Der unvollständige Text im Tonbandmitschnitt wurde entsprechend ergänzt.

wasserdicht wird, daß die Botschaftersachen nicht verschlechtert werden, und daß hier nicht etwa der vorweggenommene Generalvertrag mit der DDR im Zusammenhang mit der Ausfüllung des Botschafterabkommens zustande kommt. Dieser Vertrag, der nun innerdeutsch zu schließen ist, kann im Grunde nur so formlos wie möglich aussehen: „Wir haben den Auftrag, folgende sechs Punkte oder sieben, wie viele es sind, nach dem Botschafterabkommen auszufüllen, und kommen zu den einzelnen Punkten wie folgt überein.“ Wenigstens wäre dies die erste Einleitung, die mir vernünftig erschiene, aber das alles wird weiter zu behandeln sein. Um uns nicht in eine falsche Optik zu begeben, haben wir natürlich die Informationsangebote für heute 17.00 Uhr angenommen, aber deutlich gemacht, daß das das andere nicht ersetzen kann. Es werden um 17.00 Uhr der Kollege Marx, als Arbeitskreisvorsitzender und als Vorsitzender in der Kommission, zusammen mit dem Kollegen Wagner von der CSU hingehen, sich informieren lassen, uns dann, wenn wir noch zusammen sind, hier oder anderswo unterrichten, und wir werden dann sehen, wie dies voran geht.

Ich fasse zusammen, es ist jetzt ganz entscheidend, und zwar nicht nur im Interesse der Partei, daß wir in diesen Fragen wirklich mit einer Zunge reden, damit wir hier so viel wie möglich einwirken können auf das, was nun noch aussteht. Nach den Entschlüssen von heute hindert das ja in keiner Weise unsere klare Position vis-à-vis den Verträgen. Ich habe im Eilgalopp berichtet, und viele Dinge, die dem Präsidium und Ihnen persönlich und anderen sehr wohl bekannt sind, unterlassen, aber ich glaube, es war notwendig, diesen Gesamtbericht zu geben. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie Herrn Kollegen Marx noch für wenige Minuten für die konkreten Punkte, die ich weggelassen habe, das Wort geben könnten.

*Kiesinger:* Vielen Dank. (*Beifall.*)

*Marx:* Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich will versuchen, es ganz kurz zu machen. Ich darf nur folgende Bemerkungen vorausschicken<sup>40</sup>:

Erstens, die Schwierigkeiten lagen für uns natürlich während der ganzen Zeit darin, daß wir uns nur auf Texte stützen konnten, die nicht amtlich waren und die nur in den Zeitungen standen. Wir müssen eine ganze Reihe von Punkten noch einmal aufgrund der heute veröffentlichten Texte nachprüfen.

Zweitens möchte ich sagen, daß, wenn man eine sehr subtile Kritik des Textes vornimmt, man nicht ausbalancieren kann, was auf der einen Seite positiv und auf der anderen Seite negativ ist, weil die Gewichte bei den positiven Punkten ganz anderer Art sind als bei den negativen. Ich würde das so zusammenfassen: Es sind die pragmatischen Punkte zu einem größeren Teil positiv geregelt, während die Punkte mit einer politischen Dimension – auch im Zusammenhang mit der sowjetischen Westpolitik – zu unseren Lasten geregelt sind.

Einige Anmerkungen zu dem, was man unter der Überschrift „positiv“ zusammenfassen kann:

Erstens, es scheint positiv geregelt der Verkehr von und nach Berlin. Es wird in dem Text gesagt: Er soll unbehindert sein. Er soll rasch vonstatten gehen. Es wurde gesagt,

---

40 Das Referat von Marx liegt als Transkript vor (ACDP 07–001–917), es ist hier übernommen.

er sei bevorzugt oder berechtigt. Ich höre, daß im endgültigen Text das abschwächende Wort steht: Er werde „begünstigt“. Es wird gesagt, daß bei Personen nur die Identität geprüft wird, Festnahmen und Zurückweisungen würden nicht erfolgen. Aber ich muß sie gleich aufmerksam machen auf die Fußangeln, die im zweiten Teil dieser Aussage verborgen sind. Nämlich hier ist gesagt: In speziellen Fällen, nämlich dann, wenn ausreichend Grund zum Verdacht gegeben sei, müsse dann doch geprüft werden, und zwar sowohl bei den Personen als auch bei den Wagenladungen, von denen normalerweise gesagt wird, daß sie plombierte Sendungen sind und keinen Kontrollen unterliegen. Es wird also nur die Unversehrtheit der Plombe kontrolliert, und es soll lediglich bei denjenigen Fahrzeugen, die sich einer Plombierung entziehen, nur dann eine Identifizierung vorgenommen werden, wenn auch dort „in besonderen Fällen ausreichender Grund für den Verdacht des Mißbrauchs besteht“. Das wird dann noch im einzelnen dargestellt. Das könnte heißen, daß Güter, Gegenstände oder Menschen an den Seiten der Durchgangsstraßen aufgenommen oder abgegeben werden. Es heißt aber auch, daß dieses alles die innerdeutschen Behörden klären müssen. In diesem Zusammenhang kommt das Wort „Transit“ nun doch in dem endgültigen Text vor. Und zwar ist das Wort „Transit“, so wie es die Sowjetunion gewollt hat, akzeptiert worden; zumindest in dem Fall, wo der sowjetische Botschafter seinen drei westlichen Kollegen die Mitteilung macht, steht „Transit“ drin. Sie wissen, das Problem ist, daß man aus einem Staat über das Territorium eines zweiten in das Territorium eines dritten liefert oder daß der zweite Staat, über dessen Territorium – und das ist hier aufgeführt – „transit“-geführt wird, aus Gründen seiner inneren Sicherheit den Transit unterbrechen kann. Dies würde dann eine sehr lange politische Kontroverse herbeiführen, und dies sollte umgangen werden.

Die weiteren Anmerkungen, die Herr Dr. Barzel auch im Fernsehen gemacht hat<sup>41</sup>, hängen zusammen mit dem Problem Visa, was bedeutet, auch dieser ganze weite Sektor muß zwischen den deutschen Stellen geklärt werden.

Zweitens, es scheinen positiv geregelt die Bindungen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik Deutschland, jene Bindungen, von denen wir gesagt haben, sie seien für uns sprechende Realität, Bindungen politischer, wirtschaftlicher, finanzieller und kultureller Art. In den Texten heißt es wiederholt, diese Bindungen seien zu unterhalten und zu entwickeln. Die Sowjetunion ihrerseits sagt, sie nehme von diesem Text Kenntnis. Es wird weiterhin gesagt, es sei eine ständige Verbindungsstelle einzurichten. Die Frage ist zu klären, welche Aufgabe hat sie, welche Teilaufgaben werden in den sogenannten Zweigbüros erledigt werden können. Es wird auch die Frage noch zu klären sein, und zwar nicht mit den Behörden der DDR, sondern innerhalb der Bundesregierung – dies ist eine der wichtigen Fragen von uns an die Bundesregierung –, wo wird diese Behörde administrativ und politisch verantwortlich verzahnt. Und als letztes zu diesem Teil wird gesagt, daß die Gesetze in der Bundesrepublik Deutschland nach der bisherigen Methode übernommen werden auf West-Berlin.

---

41 Interview Barzels am 30. August 1971 in der Sendung „Report“ (Text in ACDP Dokumentation AO Barzel/Interview).

Was die Personen anlangt, die nach West-Berlin reisen aus der Bundesrepublik, so ist ein Halbsatz, der zu Bedenken Anlaß gibt. Auch der muß noch näher geklärt werden. Er heißt: „Unter Voraussetzungen, die vergleichbar sind mit jenen anderen Personen, die diese Gebiete besuchen oder in sie einreisen“, wobei ich aufmerksam machen möchte auf die Formel „einreisen“, die im Völkerrecht bedeutet, einreisen in einen anderen souveränen Staat.

Drittens, es ist gesagt, und es wird der Anschein erweckt, daß die Außenvertretung der Angelegenheiten der West-Berliner oder – genauer gesagt – der drei Sektoren West-Berlins durch die Bundesrepublik Deutschland voll geregelt sei. Im Text behalten sich die drei Westmächte ihre Rechte und Verantwortlichkeiten vor, soweit sie Fragen der Sicherheit und Statusfragen betreffen. Und es wird gesagt, ohne daß man das präjudiziere, man sei bereit, der Bundesrepublik Deutschland zuzugestehen die Leistung konsularischer Dienste. Dies sei nicht ganz das, was man normalerweise verstehen kann unter „konsularischer Vertretung“, es heißt die „Leistung konsularischer Dienste“.

Es wird weiterhin festgelegt, daß bei den Außenhandelsverträgen ausgedehnt werden kann der Geltungsbereich von der Bundesrepublik auch auf West-Berlin. Wir haben das früher unter dem Stichwort „Berlin-Klausel“ verstanden. Es wird aber neu hinzugefügt, und das ist erschwerend und nicht mehr positiv, daß diese Klausel immer angeführt sein muß, wenn die Deutschen wünschen, daß dieser Vertrag auch für West-Berlin gilt. Das heißt, in all unseren Handelsverträgen mit unserem Verbündeten oder mit Ländern der Dritten Welt muß zukünftig die Berlin-Klausel enthalten sein. Es wird von der Regierung der Eindruck erweckt, als ob dies bedeute, die Sowjetunion ihrerseits sei nun bereit, Verträge abzuschließen mit der Berlin-Klausel. Nichts in dem Vertrag rechtfertigt eine solche Hoffnung. Es kann sein, aber es ist aus dem Vertrag so nicht zu ersehen.

Viertens, es wird gesagt, daß die Vertretung West-Berliner Interessen in den internationalen Organisationen durch die Bundesrepublik Deutschland dargestellt werden könne, auch in internationalen Verhandlungen. Es wird weiterhin gesagt, internationale Austauschveranstaltungen, Ausstellungen und Konferenzen könnten von West-Berlinern besucht werden, könnten auch in West-Berlin stattfinden auf Einladung des Senats oder auf eine kombinierte Einladung von Senat und Bundesregierung.

Und die letzte Bemerkung zu dem positiven Teil lautet, daß die besseren Kommunikationsmöglichkeiten in der geteilten Stadt verschiedentlich angesprochen sind. Es wird die Öffnung weiterer Übergänge angekündigt. Es wird allgemein die Formulierung verwendet, daß dies alles verbessert werden solle, ohne es im einzelnen darzulegen. Und es wird auch eine Regelung vorgeschlagen, was die einzelnen Enklaven anlangt.

Ich komme nun zum zweiten Teil, von dem wir glauben, daß man ihn mit der Überschrift „negativ“ oder „teilweise negativ“ bezeichnen muß. Wir haben bis jetzt 24 verschiedene Teile herausgefunden, die interpretationsfähig sind und die wir natürlich auch, wenn es möglich ist, mit unseren westlichen Alliierten prüfen wollen, weil wir, wenn immer möglich, den Versuch machen wollen, positive Interpretationen zu brin-

gen, um die andere Seite in die Situation zu drängen, sagen zu müssen, so haben wir das nicht gemeint. Wir wollen uns also auf keinen Fall auf die Positionen eventueller sowjetischer Interpretationen festlegen, sondern wir machen unsere eigenen, wenn nötig abgestimmt mit unseren Alliierten. Und dazu wäre zu sagen:

Erstens, das Wort „Berlin“ oder wie es früher in den Vier-Mächte-Vereinbarungen hieß, „Groß-Berlin“ kommt in dem gesamten Abkommen nicht mehr vor. Es wird an verschiedenen Stellen ersetzt durch die Formulierung „das betroffene Gebiet“, an einer Stelle heißt es „dieses Gebiet“. Wir haben das heute morgen geprüft, und Herr Mikat hat uns noch einmal sehr nachdrücklich belehrt, daß nach dem gesamten Duktus dessen, was jetzt vorliegt, die Sowjetunion es sehr leicht hätte zu erklären, daß unter der Formulierung „betroffenes Gebiet“ nur West-Berlin gemeint sei mit allen Konsequenzen, die sich gerade aus Punkt 2, 3 und 4 der Präambel ergeben könnten. Herr Dr. Barzel hat gesagt, wir wollen nicht sagen, über Ost-Berlin ist nicht geredet worden. Aber ich glaube, wir können sagen bei einer genauen Prüfung des Textes, daß über Ost-Berlin kein Wort geregelt worden ist, in der Tat nur für West-Berlin, und West-Berlin ist kein konstitutiver Teil. Jetzt haben wir also die Formel „Bestandteil (konstitutiver Teil)“. Was dies im einzelnen bedeutet, muß geklärt werden. Die Bundesregierung hat der schon im Papier der Alliierten vom 5. Februar<sup>42</sup> enthaltenen Formulierung zugestimmt, die hier noch einmal, und zwar dieses Mal den Sowjets gegenüber ausgesprochen wird, das der Art. 23 des Grundgesetzes suspendiert ist und bleibt. Hier haben wir eine Qualitätsverschiebung. Was bisher zu den inneren Verhältnissen gesagt worden war zwischen den westlichen Alliierten und uns, wird jetzt Gegenstand eines Vertrages, den die Sowjetunion unterschreibt. Und da in dem Vertrag gesagt worden ist, niemand kann einseitig irgend etwas ändern, wäre irgendein Versuch einer Änderung der Versuch, den Vertrag selbst zu brechen. Insoweit gibt es hier keine Minderung des Status. Ich glaube, daß hierüber kein Zweifel erlaubt ist.

Zweitens, die Minderung der Bundespräsenz. Auch hier gibt es einige der Presse und von Herrn Bahr und Herrn Ahlers in Gesprächen den Journalisten mitgeteilte positive Anmerkungen. Ich kann sie nicht teilen. Es wird gesagt, es gäbe keine konstitutionellen und offiziellen Handlungen in Berlin. Und es wird in dem Brief an den Bundeskanzler<sup>43</sup> dies präzisiert mit der Formulierung – ich gehe immer noch von dem nichtamtlichen Text aus –, daß keine direkte staatliche Autorität Bonns in Berlin tätig werden kann. Was heißt das? Heißt das nun, es können die Bundestagsausschüsse acht, elf und 15 mal, oder heißt es, es können mit Ausnahme des Verteidigungsausschusses alle, nur nicht zur gleichen Zeit, tätig werden? Dies muß geklärt werden. Und es wird auch gesagt, daß sie tätig werden können, wenn sie Probleme besprechen, die mit Berlin in einem Zusammenhang stehen. Wir wollen das von vorneherein positiv interpretieren, indem wir sagen: Alles, was in Bundestagsausschüssen besprochen wird, wird im Zusammenhang mit der später erfolgten Überleitung natürlich ebenfalls positiv

---

42 „Berlin-Gespräche der vier Botschaftsräte am 5. Februar“, vgl. AAPD 1971 Dok. 52; MAHNKE Dok. 116.

43 Brief der Botschafter der Drei Mächte in EUROPA-ARCHIV Folge 19/1971 D 455–457.

verstanden. Eine weitere Anmerkung, die ich noch hinzufügen möchte, es heißt: „Im Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung und Entwicklung von Bindungen zwischen jenen Sektoren und der Bundesrepublik Deutschland“. Dies sind Formulierungen, die es nicht leicht machen zu interpretieren, was es eigentlich bedeuten soll in der konkreten politischen Situation.

Drittens, es werden an die Berliner Pässe ausgegeben mit einem Stempel. Das heißt, daß in jenen Staaten, wo dies verlangt wird, diese Pässe vorgelegt werden müssen.

Viertens, wir wissen, daß das sowjetische Generalkonsulat, von dem wir wissen, daß es in dem sowjetischen Papier vom 26. März<sup>44</sup> enthalten war und von dem die Bundesregierung zunächst gesagt hatte, sie lehne es ab, daß dies durch Herrn Bahr in Gesprächen mit unseren Alliierten in Washington drängend vorgetragen worden ist. Dies kann nicht bestritten werden.

Es gibt bei dieser Regelung eine Reihe von Teilregelungen, die viele Leute als sehr positiv ansehen. Ich muß aber darauf hinweisen, daß etwaige Festlegungen, daß das Personal des Generalkonsulats nur die und die Zahl umfaßt und daß es in West-Berlin wohnen kann, entgegen den bisherigen Einlassungen der Alliierten sind, die sich strikt geweigert haben, den Mitgliedern sowjetischer Missionen verschiedenster Art dort ein Wohnrecht zuzugestehen. Es ist weiterhin zu sagen, daß es eine sehr verstärkte Handelsaktivität geben wird. Es heißt hier – eine einzige Zeitformulierung in dem ganzen Abkommen – bei der sowjetischen Handelsvertretung und Handelstätigkeit in Ost-Berlin: Dies gelte auf unbegrenzte Zeit. Es werden drei große sowjetische staatliche Firmen genannt. Jede dieser Firmen kann einen Zollspeicher in West-Berlin aufstellen. Auch dies ist eine Änderung gegenüber bisher. Bisher konnten deutsche Großhandelsfirmen mit Hilfe der Bundesrepublik weiterliefern, wenn sie aus der Sowjetunion oder Polen Waren und Güter nach West-Berlin bezogen hatten. Die Sowjetunion hat seit etwa drei Jahren dies immer wieder zu verhindern getrachtet. Es ist jetzt ganz verhindert. Sie liefert jetzt direkt über ihre Organisationen und nicht mehr über Institutionen in die Bundesrepublik.

Fünftens, es ist zum ersten Mal in einem solchen völkerrechtlich gültigen Text, den westliche Mächte unterschreiben, die Deutsche Demokratische Republik eingeführt. Sie ist sozusagen als stiller Vertragspartner von der Sowjetunion wiederholt genannt mit der Formulierung „nach Konsultationen und in Übereinstimmung mit der Regierung der DDR“. Herr Dr. Barzel hat gesagt, alles, was die Sowjetunion anlangt, sei präzise geregelt in dem deutsch-sowjetischen Vertrag. Ich muß hinzufügen, alles, was dies anlangt, ist sehr präzise und außerordentlich ausführlich in diesem Abkommen geregelt, so daß es fast die Hälfte des Textes ausmacht. Vieles, was uns unmittelbar und mittelbar betrifft, ist interpretationsfähig.

Ich glaube, wir sollten nicht, wenn wir die Berliner Situation beurteilen, dies isoliert sehen, sondern wir sollten es im Zusammenhang mit unserer eigenen Politik und mit der Politik der sowjetischen Seite betrachten. Wir sollten es vielleicht auch im Zusammenhang mit anderen weltpolitischen Vorgängen sehen, die sich nicht nur in Europa

---

<sup>44</sup> Vgl. MAHNKE Dok. 117; AAPD 1971 Dok. 110.



abspielen. Meine dringende Bitte wäre, wenn ich die aussprechen darf, daß man sich hütet, mit einem gewissen Ton von sehr großer Zufriedenheit und Jubel dies zu begleiten, denn dies werden wir alles zu bezahlen haben bei den vor uns liegenden Verhandlungen zwischen Herrn Bahr und Herrn Kohl. Und je positiver jetzt in der Öffentlichkeit dieser Vertrag von uns dargestellt wird, desto schwieriger wird es dann für uns sein, wenn der deutsch-sowjetische und der deutsch-polnische Vertrag auf der Tagesordnung stehen, weil dann viele sagen werden, wollt ihr dies alles, was ihr selbst so positiv bewertet habt, durch ein Nein-Votum wieder gefährden? (*Beifall.*)

*Kiesinger:* Herr Echternach hat sich zu Wort gemeldet.

*Echternach:* Ich glaube, wir haben alle Veranlassung, Herrn Dr. Barzel und der Bundestagsfraktion für diese sehr kluge und konstruktive Haltung, die Sie seit dem letzten Jahr eingenommen haben, unsere Anerkennung auszusprechen. Wenn ich aber die Erklärung lese, die heute die Bundestagsfraktion abgegeben hat und auch die Worte von Herrn Dr. Marx richtig verstanden habe, läuft offenbar die Tendenz dahin, das Berlin-Abkommen letzten Endes als unbefriedigend zu verwerfen. Ich weiß nicht, ob die Mindestvoraussetzung einer Übereinstimmung mit der Berliner CDU dafür gegeben ist, wir haben ja alle das sehr abgewogene Papier von Lummer<sup>45</sup> bekommen. Nun weiß ich nicht, wie die Meinungsbildung in der CDU im einzelnen läuft. Sollte es zu einem positiven Eindruck der Berliner CDU kommen und zu einer umgekehrten Haltung der Bundes-CDU, muß eine Harmonisierung eintreten. Die Berliner CDU wird sich wohl sehr bald deutlicher äußern müssen, als wir uns im allgemeinen bisher geäußert haben.

Ich frage aber vor allem, gerade wenn man berücksichtigt, was durch die Haltung unserer Fraktion an Positivem erreicht worden ist, würden wir diesen positiven Anteil unserer Partei nicht im Grunde abwerten oder auf Null reduzieren, wenn wir dieses Abkommen jetzt verteufeln? Ich meine, das wäre ein bedauerliches Ergebnis, und wir sollten deshalb den Anteil, den die Haltung der Fraktion auf den positiven Teil des Berlin-Abkommens eben erzielt hat, deutlicher machen, was voraussetzt, daß wir dieses Abkommen nicht von vornherein verteufeln. Und hier setzt eine weitere Bemerkung an, wie weit kann man das, was Herr Dr. Barzel hier vorgetragen hat, auch tatsächlich verwerten in der öffentlichen Diskussion? Aufgrund unserer, wie ich meine, zwar richtigen, aber doch differenzierten Haltung kommen wir in eine gewisse Isolierung. Selbst unsere Parteigänger in der Springer-Presse überhäufen uns momentan mit Kritik. Aber wir sind momentan nicht in der Lage, das deutlich zu artikulieren.

*Kiesinger:* Also, ich darf gleich zu einem Punkt etwas sagen. Wir haben ja vorhin unseren Entschluß vorgetragen, der ist gebilligt worden. Wir haben dabei betont, daß er in Übereinstimmung steht mit der Fraktion oder des engeren Fraktionsvorstandes. Von einer Verteufelung dieser Berlin-Vereinbarung kann gar keine Rede sein, son-

---

45 19seitige Studie Lummers vom 31. August 1971 „zu einem Vier-Mächte-Abkommen über Berlin“ (Text in ACDP Dokumentation AO Lummer). Vgl. FAZ vom 2. September 1971 „Lummer: Moskau will Anerkennung des Besitzstandes“; „Frankfurter Rundschau“ vom 2. September 1971 „Berliner CDU ist noch uneinig“.

dern es ist eine nüchterne Darlegung des Positiven und des Bedenklichen. Wir können nicht ein unbeschränktes Ja zu diesem Abkommen sagen. Wir sind dazu auch nicht aufgefordert. Die Sache ist durch unsere Verbündeten ausgehandelt worden. Ob sie uns gefällt, wo sie uns gefällt, ob und wo sie uns nicht gefällt, das ist eine zweite Sache, und deswegen haben wir uns ja bewußt auf eine knappe Aussage beschränkt. Und ich glaube, wir müssen unseren Freunden zumuten, das betrifft Ihre weitere Frage, in der nächsten Zeit eine ähnliche Zurückhaltung zu üben, und nicht von diesen internen Unterrichtungen, die wir hier haben, soundso viele Punkte herauspicken oder etwa nur von den positiven Elementen sprechen oder auf sie hinweisen, ohne irgendwo von den negativen zu sprechen. Das ist manchmal unbequem, wenn man da sagen muß, wir halten uns um Berlins Willen zurück. Wir fassen doch diese Beschlüsse, damit wir denen, die sich in diese Einzelheiten nicht haben einarbeiten können, wenigstens eine Formel an die Hand geben, die sie in der Öffentlichkeit benützen können. Und die sollte man dann auch allgemein benützen. Es sollte nicht jeder individuell auf seine subjektive Art zu diesem Problem Stellung nehmen. Dazu möchte auch ich recht herzlich gebeten haben. Wenn wir das nicht tun in den nächsten Tagen, und die Erfahrung lehrt, daß die Gefahr besteht, daß wieder der eine oder der andere ausbricht, und bei irgendeiner Gelegenheit nun ins Einzelne geht, dann werden wir nicht mehr glaubwürdig. Unsere Zurückhaltung muß so verstanden werden, das muß uns gelingen in der Öffentlichkeit, daß wir jetzt so knapp formulieren und so wenig ins Detail gehen, weil wir die Sache im gegenwärtigen Stadium nicht gefährden und belasten wollen. Das zu dem, was wir hier verhandelt haben, Herr Echternach. Ich würde also meinen, von den Dingen, die hier gesagt worden sind, in der Öffentlichkeit Abstand zu nehmen, einen Kommentar zu geben oder das eine oder andere herauszupflücken, denn dann ist alles wieder frei. Dann kriegen wir ein wildes Durcheinander von individuellen Äußerungen.

*Barzel:* Ich will es versuchen, ganz kurz zu machen. Keiner kann doch heute, wo die Sache fertig ist, ja oder nein sagen. Die Frage, ob es überhaupt vor den Bundestag kommt, ist aus folgendem Grunde sehr wichtig, die möchte ich doch mitteilen. Als sich, ungefähr im März, dieser Aufbau eines möglichen Abkommens abzeichnete, also mit einem zweiten innerdeutschen Teil, gab es einen Hinweis von den östlichen Verhandlungspartnern, daß dieser innerdeutsche Teil in rechtlich gehöriger Form zu verabschieden sei, also mit Zustimmung des Bundestages und der Volkskammer. Als dies bekannt wurde, sahen wir uns als Opposition dieser Forderung gegenüber mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Das lachende Auge war, wenn hier eine unbefriedigende Berlin-Regelung kommt, bekommt die Bundesregierung keine Majorität, in Berlin ist diese Gesinnung weit über die CDU/CSU hinaus verbreitet. Das Weitere war, daß wir nicht die Absicht hatten, in dieser Weise die DDR in die Partnerschaft zu bringen. Die Bundesregierung hat aus demselben Grunde, nur mit der Begründung andersrum, gesagt, das wollen wir bitte nicht machen. Die Alliierten waren auch gegen die Befassung des Bundestags, wieder aus anderen Motiven, nämlich weil sie nicht wünschten, und das ist jetzt sehr wichtig, daß im Bereich ihrer originären Rechte das frei gewählte deutsche Parlament irgend etwas mit Zustimmung zu tun habe. So waren

wir auf der westlichen Seite mit unterschiedlichen Argumenten und aus unterschiedlichen Motiven einer Meinung. Wir noch aus einem anderen Grunde, und das ist nun wirklich nichts für die Öffentlichkeit: Ich kann nur alle warnen, von der Möglichkeit des Gegenjunktims der Sowjetunion zu sprechen. Daß wir daran denken, ist ganz klar. Und deshalb ist der Schlußteil so gewählt, daß, wenn die Deutschen fertig sind, die vier noch mal zusammentreten. Die Formulierung, die heute abgezeichnet ist, bedeutet, daß in Kraft tritt, wenn unterschrieben ist, das werden die Außenminister in Berlin machen. Dann wird es natürlich politische Debatten im Bundestag geben, aber die Frage einer förmlichen Zustimmung wird tunlichst nicht gestellt. Wir haben auch in der vergangenen Woche der Bundesregierung gesagt, sie sollte es sich sehr gut überlegen, ob sie förmlich zustimmen könne in der abweichenden Formulierung gegenüber dem Grundgesetz. Das hat auf sie Eindruck gemacht, sie hat das zur Kenntnis genommen. Und ich hoffe, daß man in Berlin sich auch daran beteiligen kann. Deshalb ist also der Bundestag wahrscheinlich gar nicht gefragt. Und dann verwerfen wir das, damit müssen wir dann leben. Sie können sich politisch dazu äußern und bis dahin noch Einfluß nehmen.

Die Frage der Isolierung: Ich glaube, wenn Sie die Mitteilung von den USA nehmen, dann kann man das nicht sagen. Auch östliche Gesprächspartner bemühen sich zur Zeit viel mehr um uns als früher. Innenpolitisch ist das ein bißchen so, aber die Meinungsumfragen dazu sind ja auch abwartend, in Berlin auch abwartend.<sup>46</sup> Die Dokumentation der Bundesregierung werden wir uns ansehen. Wir haben einen Vorauftrag für eine eigene Dokumentation gegeben, und es ist sehr zu überlegen, ob wir dann unsere eigenen Vorstellungen hineinpacken oder nicht, denn damit ist natürlich Mißbrauch zu treiben, wenn es sich so verhält, wie ich vorher sagte, daß quantitativ das allermeiste abgehakt werden kann, aber das, was uns qualitativ beschwert, natürlich der Interpretation und Ergänzung bedarf.

*Lorenz:* Die Berliner, das weiß man nicht nur aus täglichen Gesprächen, sondern auch inzwischen aus Meinungsumfragen, behandeln das Ergebnis skeptisch aufgrund ihrer 25 Jahre langen schlechten Erfahrung mit der Praxis der Kommunisten, allerdings mit einer Hoffnung, daß die Lebensverhältnisse auf den Zufahrtswegen und im innerstädtischen Verkehr doch besser werden. Das ist eine sehr vernünftige Haltung, würde ich sagen, wenn man mal von juristischen Interpretationen, die nicht jeder Bürger auf der Straße vornehmen kann, absieht und versucht, einfach das herauszulesen, was im ersten Moment herausgelesen werden kann. Die Berliner werden also das Ergebnis danach beurteilen, ob sie in der Praxis auf den Wegen von und nach Berlin und im innerstädtischen Verkehr unbehindert verkehren und hin- und hergehen können. Ob sie im Ausland überall als Deutsche, sprich, bundesdeutsche Staatsbürger behandelt werden, ob ihre Pässe überall ihnen sämtliche Wege eröffnen, daß sie in keiner Weise diskriminiert sind, vor allem durch die Behörden der Bundesrepublik, daß sie

---

46 Vgl. Allensbacher Berichte vom 24. März 1971 „Zwei Drittel der Berliner für Bundespräsenz“ sowie Allensbacher Berichte Nr. 14/1971 „Zur Sendung des ZDF-Magazins am 26. Mai um 20.15 Uhr – Politik der unerfüllten Hoffnungen im Osten“.

nach wie vor jede Chance haben in Beziehung auf ihre Zusammengehörigkeit mit der Bundesrepublik, jede Chance der politischen, wirtschaftlichen, persönlichen, gesellschaftlichen Entwicklung. Danach wird es beurteilt werden. Und im übrigen sind sich, glaube ich, alle, die ein bißchen mehr nachdenken, darüber klar, daß damit weder eine Berlin-Lösung erreicht ist, noch etwa bei näherem Hinschauen, auf lange Sicht die Probleme in Berlin aus der Welt geschafft sind, sondern, daß auf der Basis einer völlig gegensätzlichen Rechtsauffassung, die in keiner Weise geklärt ist, bestimmte Regelungen aufgebaut worden sind, die hoffentlich wirklich lange halten, jedenfalls wenn sie so ausgeführt werden, wie sie im Ansatz von den Westalliierten gemeint sind. Und im übrigen darf das alles nicht, weder nach der positiven, wie ich meine, noch nach der negativen Seite überbewertet werden. Es ist kein Zweifel, Freund Echternach, daß keiner von uns daran denkt, dieses Abkommen zu verwerfen, das haben wir hier schon einmal vor kurzem im Präsidium ausgeführt. Ich muß darauf hinweisen, daß, wie auch immer man diese Dinge bewertet, in ihrer Schwergewichtigkeit, wir, wenn wir nicht den Berlinern den Rat geben sollten: „Nun packt die Koffer, jetzt geht es den Bach runter“, natürlich nicht das Vertrauen in die Westalliierten und in dieses Abkommen untergraben dürfen, und sogar noch sagen müssen, die Westalliierten haben ihre eigene Position voll gewahrt, und dafür nunmehr auch die Zustimmung der neuen Union für ihre eigene Position. Anders können wir politisch überhaupt nicht argumentieren, wenn wir weiter Politik machen wollen. Ich glaube, darüber müssen wir uns also klar sein.

Es ist hier auch schon gesagt worden, daß wir gar keinen Grund haben, der Sache zuzustimmen, es wird also weder im Berliner Abgeordnetenhaus ratifiziert noch vermutlich im Bundestag, und wir wären auch falsch beraten, wenn wir etwa Jubel anstimmten. Zum Feiern ist schon deshalb kein Anlaß, weil das zu Lasten unserer Landsleute im Osten gehen würde. Für die kommt hier leider überhaupt nichts heraus. Abgesehen davon wird die Euphorie, die die Bundesregierung vermutlich zu erzeugen sich bemühen wird, auf sie selbst zurückschlagen. Die kann nämlich nur zur Folge haben, daß Leute erwarten, es ist alles prima, was bisher schlecht war, und davon kann natürlich in der Praxis nachher auch keine Rede sein, das schlägt also stimmungsmäßig wieder zurück. Da können wir in aller Ruhe abwarten, ich würde keine Angst haben vor bestimmten Zeitabschnitten, in denen man mal in einer Minderheit zu sein scheint, das ist sehr schnelllebig und vergänglich.

Nun möchte ich noch einen Gesichtspunkt hier beisteuern. Es ist sehr richtig gesagt worden, daß das nur alles gesehen werden kann auf dem Hintergrund der Deutschlandpolitik und der Ostpolitik der Bundesregierung. Der entscheidende, und das sage ich auch in Berlin ganz deutlich, der entscheidende Gegensatz unserer Politik zu der der SPD ist, daß die SPD in Wahrheit die Politik der Selbstbestimmung mit dem endgültigen Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands, und damit mit dem endgültigen Ziel der Wiederherstellung Berlins als Hauptstadt eines solchen wiedervereinigten Deutschlands in der Praxis aufgegeben und sie ersetzt hat durch eine „Humanisierung“ der beiden deutschen Teilstaaten, die voll bis zur völkerrechtlichen Anerkennung nach meiner festen Überzeugung aufgewertet werden sollen.

Und, lieber Freund Blüm, wenn ich mal eine Bemerkung von Ihnen aufgreifen darf, ich hoffe, daß Sie unser Beharren auf der Politik der Selbstbestimmung mit dem endgültigen Ziel der Wiedervereinigung nicht etwa als eine rechte Politik bezeichnen. Das würde ich zurückweisen müssen, sondern das ist ein fundamentaler Unterschied. (*Blüm*: Habe ich das gesagt?) Nein, ich hoffe, nein, Sie sagten da was von links und rechts. Also ich meine, daß das eine Politik ist, die den wahren Interessen der deutschen Bevölkerung entspricht, um so mehr wir menschliche Erleichterungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands anstreben. So kann das niemand zu Lasten des Zieles der Wiedervereinigung sehen, ich möchte das hier noch einmal in aller Deutlichkeit betonen. Es ist nun leider kein Zweifel, daß diese Ostpolitik, insbesondere der Moskauer Vertrag, Berlin in zunehmendem Maße, und das kommt leider dann eben auch bei diesen Vereinbarungen zum Ausdruck, nachdem es 1961 schon die Funktion der geistigen, kulturellen und faktischen Klammer zwischen den Menschen der beiden Teile Deutschlands verloren hat, wenn man es konsequent überdenkt der Hauptstadt-funktion, jedenfalls auf lange, lange Zeit beraubt ist, mindestens, wenn die Politik der Bundesregierung konsequent fortgesetzt und nicht durch eine Politik der Rückkehr zur Politik der Selbstbestimmung der Wiedervereinigung ersetzt werden kann. Und das bedeutet natürlich, daß wir im weiteren Verlauf der Ausfüllung dieses Abkommens auf die Solidarität aller Bundesbürger angewiesen sind, die eben nun, obwohl ein Status quo minus eingetreten ist, obwohl hier drin steht, Berlin ist kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland, durch ihr praktisches Verhalten beweisen müssen, daß sie nach deutschem Recht, nach deutscher Politik, nach deutscher Auffassung, Berlin nach wie vor als einen unauflöselichen Bestandteil Deutschlands betrachten. Ich habe die große Bitte an Sie alle, das auch durch das praktische Verhalten in Fraktion und Partei deutlich zu machen. Das muß jetzt nicht nur extensiv ausgelegt werden in deutschem Interesse, sondern auch voll ausgeführt. Jetzt müssen die Ausschüsse kommen! Jetzt müssen sie mit Themen kommen, die jedenfalls direkt Berlin nicht betreffen. Ich möchte auch ganz offen sagen, einer der nächsten Bundesparteitage der CDU muß jetzt wieder in Berlin stattfinden. Der Parteiausschuß muß in Berlin tagen und manches andere, damit wir zeigen, wir, die CDU, nehmen jetzt alle die Rechte, die die Union praktisch oder vermeintlich anerkannt hat, auch voll in Anspruch, um damit den Berlinern und allen Deutschen zu beweisen, daß wir an unseren politischen Linie nichts geändert haben. Wenn Sie uns da alle mithelfen würden, wäre ich im Namen auch meiner Parteifreunde sehr dankbar. (*Beifall*.)

*Amrehn*: Dem, was Freund Lorenz eben gesagt hat, möchte ich einige Bemerkungen noch anschließen. Ich bin ja mit all dem sonst einverstanden. Auch, wenn die deutschen Vereinbarungen getroffen sind und das Schlußprotokoll unterschrieben ist, werden wir dazu weder ja noch nein sagen können. Freund Barzel meinte vorhin, wir könnten jetzt nicht ja oder nein sagen. Aber den weiteren Ausführungen, die er gemacht hat, möchte ich entnehmen, daß dann hoffentlich so an uns gar nicht die Frage herankommt. Ich möchte aber noch auf einige Gesichtspunkte aufmerksam machen, die mir nach der einen Seite positiv, und nach der anderen Seite negativ erscheinen.

Man muß wissen, daß das Generalkonsulat ursprünglich nicht im Vertrag stehen

sollte, sondern daß man beabsichtigt hatte, eine Regelung daneben zu treffen. Jetzt steht es im Vertrag. Das ist der zweite Erfolg der Sowjets in dieser Frage. Und da das Ganze zu einem einheitlichen Ganzen zusammengebunden ist, bedeutet es, daß mit dem Generalkonsulat die Sowjets ein Stück Sanktionsmöglichkeit erworben haben, die uns umgekehrt fehlt. Wenn auf den Zugangswegen irgendwo gestört wird, haben wir überhaupt keine Möglichkeit der Antwort, mit Ausnahme der Anrufung der Vier Mächte. Und wann werden die dann schon mal tätig werden bei Störungen auf der Autobahn? Ich möchte hier eine allgemeine Empfehlung für diejenigen, die darauf Einfluß nehmen können, aussprechen. Sollte es nach dem Inkrafttreten schon in den ersten Tagen nicht so laufen, wie die Berliner es erwarten, daß sie nämlich nur ihren Ausweis noch zum Fenster raushalten und weiterfahren können, dann ist schon der erste westliche Protest fällig, weil nach drei oder vier Wochen einer langsamen Abfertigung die Abfertigung als so in dieser Form vereinbart anerkannt wird. Wir stellen uns doch vor – und lieber Freund Barzel, ich habe die Hoffnung, selbst künftig fahren zu können unter blanker Vorweisung des Personalausweises oder noch besser Bundespasses (*Barzel*: Hoffen wir alle!), denn so war es ja nach Einführung des Visums, da kamen wir ganz schnell durch. Aber es könnte auch sein, daß das Herauslassen nachher länger dauert. Und ich kann nur sagen, daß bis zur Stunde die Schikanen auf der Autobahn verstärkt ausgeübt werden. Ich habe das neulich erlebt. Meine Kofferkontrolle, Wagenkontrolle hat fünf Minuten gedauert, aber ich mußte eine halbe Stunde warten, bis ich mein Visum wieder abholen durfte. Und hier ist die schwache Stelle, auf die ich aufmerksam machen möchte. Es steht da drin, „Nach den Methoden, die für die internationale Praxis gilt“. Was ist denn das? In Kufstein stehe ich leider auch 20 Minuten. Das ist internationale Praxis, aber diese Praxis darf eben nicht an den Sektorengrenzen wieder anfangen, daß ich 20 und 30 Minuten stehe, ehe ich hereingelassen werde.

Nächster Punkt: (*Zwischenruf*: Internationale Praxis.) Es steht da, ich habe den französischen Text heute hier, den authentischen französischen, da steht „internationale Praxis“ drin. (*Zwischenruf*: Herr Amrehn, das bedeutet ein zweites, nämlich international) Ja, natürlich, das haben unsere mit akzeptiert, daß „international“ drin steht. Ich freue mich, daß Sie den anderen Punkt ja auch schon erkannt haben. Aber es steht nichts vom Visum drin. Und hier möchte ich die zweite Empfehlung aussprechen. Es dürfen alle Leute, die im Bus sitzen, unstrittig nach dem Text ohne Visum rein. Da steht ausdrücklich drin: Nur Personalpapier. Die Leute, die individuell reisen, müssen neben dem Pass auch noch sich identifizieren als Durchreisende. Mehr steht nicht drin. Das könnte ein Visum sein. Aber das muß es nicht sein. Früher haben uns unsere westlichen Alliierten das Durchreisepapier erteilt, und wir haben es als Fortschritt betrachtet, daß es wegfiel. Es müßte wieder erreicht werden, daß ein von uns selbst oder von den Alliierten genehmigtes Papier der Amerikaner, Engländer oder Franzosen genügt und nicht ein sowjetisch-deutsches Visum erforderlich ist. Und ich weise darauf hin, das steht also auch tatsächlich nicht drin.

Dritter Punkt: Der wird so ganz nebenbei behandelt. Er geht ja sogar auf Berliner CDU-Anregungen zurück: Gebietsaustausch für die Exklaven West-Berlins. Aber es

soll doch wohl nicht so gemeint sein, daß wir das ganze Dorf Steinstücken<sup>47</sup> mit Bewohnern hergeben müssen an die Zone, sondern es kann doch hoffentlich nur beabsichtigt sein in den Gesprächen von Herrn Bahr, daß der Zugangsweg nach Steinstücken uns gegeben wird unter Hergabe unbewohnter West-Berliner Exklaven, die anderswo, wie die Wüste Mark, nur Getreidefelder und so etwas umfassen. Als das Schlimmste in der ganzen Geschichte, ich möchte sagen, als eingebauter Konfliktstoff von vornherein, sehe ich den allgemeinen Teil an, in dem es eben nur „das betreffende Gebiet“ gibt, französisch also „la region correspondante“, wo tatsächlich beide Teile, jeder für sich, die einen den Viermächtestatus für ganz Berlin, und die anderen, die Sowjets, ganz konsequent den Viermächtestatus für West-Berlin herauslesen können und wollen. Weil man sich ja rechtlich nicht hat verständigen können, ist diese Auslegung möglich. Wenn wir also jetzt unsere Forderung, den Schießbefehl abzuschaffen, darauf stützen wollen und müssen, daß in dem betreffenden Gebiet nicht mehr Waffengebrauch zulässig sein soll oder Gewalt, dann müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß da die Auslegung bereits beginnt. „Betreffendes Gebiet“ ist in unseren Augen nur West-Berlin. Hier ist also eine ganz große Schwierigkeit, die am Anfang schon deutlich macht, was wir an weiteren Dingen noch zu erwarten haben. Hinzu kommt der Punkt, daß einseitig die Lage in Berlin, das steht leider wieder in dem betreffenden Text, nicht verändert werden darf. Die Behauptung also, auch der Ostsektor sei in gleicher Weise wie die Westsektoren in die Unveränderlichkeit der Lage einbezogen, läßt sich aus dem Text allein nicht für beide Teile bindend mit Gewissheit ableiten. Insofern muß ich leider der Auffassung zuneigen, daß die einseitige Nichtabänderung von den Westmächten vertraglich eingegangen ist, ohne entsprechende Kompensation für Ost-Berlin.

Nächster Punkt, der mir noch wichtig scheint als Schwäche des Papiers, ist nicht nur der Text, daß der Zutritt nach Ost-Berlin in vergleichbarer Weise zu regeln sei wie der Zutritt für andere Besucher Ostdeutschlands, sondern es steht ja da drin, daß es möglicherweise, ja daß es fast so sein muß wie für Westdeutsche, nämlich daß die Ostbehörden auswählen dürfen, wen sie hereinlassen. Wenn der Westdeutsche nach Ostdeutschland reisen will, muß er eine Aufenthaltsgenehmigung haben. Sie wird noch heute erteilt oder nicht erteilt. Ich halte es für einen ganz schwachen Punkt, und den kann Bahr in der Tat ausräumen, daß in der Zukunft keinem West-Berliner mehr der Zutritt nach Ost-Berlin verweigert werden darf. Das steht aber bisher, anders als für die Zugangswege, im Abkommen nicht drin.

Ich sehe andererseits zwei sehr positive Punkte. Der eine – ich hebe nur das jetzt im wesentlichen hervor, was nicht gesagt worden ist – ganz wesentliche Punkt ist eine Belastung für Pankow, daß die Sowjetunion nach fünfzehnjähriger anders lautender Praxis die Verantwortung für die Zugangswege wieder im eigenen Namen übernom-

---

47 Steinstücken war eine im West-Berliner Stadtteil Zehlendorf gelegene Exklave, deren Annexion die DDR am 18. Oktober 1951 versuchte. Zu einer Regelung im Vertrag vgl. AAPD 1971 S. 263 Anm. 12. Vgl. auch Honore M. CATUDAL: Steinstücken. A study in Cold War politics. New York 1971.

men hat. Ich glaube, daß hier sich sogar etwas mehr Hoffnung jetzt an die Erfüllung dessen, was unterschrieben worden ist, knüpfen läßt, als es bisher der Fall war. Und das zweite, was mir positiv erscheint, ist, daß das Inkrafttreten, das ist vorhin angedeutet worden, vorgesehen ist ohne Bindung an das Inkrafttreten des Moskauer Vertrages. Hier scheint mir doch die alsbaldige Inkraftsetzung der Berlin-Regelung für alle Beteiligten, offenbar auch für die Sowjetunion, ein so wichtiger Punkt, daß wir diese Berlin-Regelung haben können, ohne daß wir selbst Stellung nehmen müssen zum Vertrag, und ohne daß durch den Vertrag und sein Schicksal die Berlin-Regelung beeinträchtigt würde.

Leider bin ich nicht ganz befriedigt mit der Frage der Außenvertretung Berlins. Darin steht mehr oder weniger die Gleichbehandlung mit dem, was wir bisher im Westen gemacht haben. Dem Freund Marx würde ich, wenn er nicht gerade rausgegangen wäre, sagen, es ist ja auch im Westen so, daß wir in jeden völkerrechtlichen Vertrag die Berlin-Klausel hineinnehmen müssen. Da gibt es keine Abweichung vom Osten, sondern auch bei jedem westlichen Vertrag muß die Berlin-Klausel mit der anderen Regierung ausgehandelt sein, nur, daß es bisher im Westen keine Regierung gegeben hat, die das verweigert hätte. Im Osten könnte sie es verweigern. Aber wir haben das hier bei dieser Regelung hingenommen, und es ist anders offenbar nicht zu regeln gewesen, wiewohl ich ja im Ausschuß häufiger darauf hingewiesen habe, daß in den Fragen des Verhältnisses zu Pankow selbst der Senat von Berlin für die West-Berliner Dinge getrennt verhandeln muß. Das steht so auch im Abkommen drin. Und das wird ja entsprechend auch vorbereitet, obwohl es da eine bessere Regelung in der Frage des Interzonenhandels über 25 Jahre gegeben hat. Daß nämlich die Regierung des Bundes Berlin mitvertritt gegenüber Pankow, auch im innerdeutschen Verhältnis, und früher sogar in Verkehrsfragen. Hier ist also für das innerberliner Verhältnis eine eigene Zuständigkeit des Senats nicht gegen den Oberbürgermeister von Ost-Berlin festgelegt, sondern gegenüber der Regierung in Pankow. Hier liegt also ein Punkt der Schwächung bei einer sonst gut gelungenen Sache. Nur, man muß zugeben, daß manche Dinge auf dem Papier besser geregelt worden sind, als wir es uns haben vorstellen können.

Zum Abschluß stellt sich nur für mich die Frage: Ist das, was wir heute lesen können, ähnlich zu nehmen wie frühere Erklärungen der Sowjetunion oder anders? Wenn ich sage, frühere Erklärungen, dann hebe ich immer wieder hervor die Vereinbarung der Vier Mächte, die nach dem Jessup-Malik-Abkommen<sup>48</sup> getroffen worden ist, und in der bereits steht, daß die Vier Mächte, auch die Sowjetunion, sich verpflichten, den Verkehr nach Berlin, da stand den Durchgangsverkehr, zu normalisieren und zu verbessern. Das ist eine völkerrechtliche, vertragliche Verpflichtung der Sowjetunion. Sie hat es damals einfach nicht eingehalten. Sie hat sich schon damals verpflichtet, die Postverbindungen und Telefonstränge zu verstärken. Sie hat sie daraufhin erst durchgeschnitten. Ich erinnere mich an den Juli 1955, und ich glaube, kaum einer mehr sonst in diesem Saal, da haben am 23. Juli die vier Regierungschefs unterschrieben, daß

---

<sup>48</sup> Das Jessup-Malik-Abkommen vom 4. Mai 1949 beendete die sowjetische Blockade West-Berlins, vgl. DzD III/2 S. 436 Anm. 23.



Deutschland auf dem Wege freier Wahlen wiederzuvereinigen ist.<sup>49</sup> Da steht die Unterschrift von Bulganin drunter. Nur hat Chruschtschow, der damals erster Sekretär war, drei Tage später nur erklärt, das geht aber nicht auf Kosten der DDR. Und damit war die Sache wieder durch. Man muß daran erinnern, daß damals gewaltige Emotionen geweckt worden sind bei uns: Jetzt geht es voran. Und es war doch nur eine große Täuschung. Ich hoffe und bin beinahe überzeugt, daß es diesmal etwas anders sein wird, weil die Sowjetunion diesmal mehr als in der Vergangenheit ein Interesse daran haben könnte, die Berlin-Regelung mindestens mittelfristig laufen zu lassen, denn sie will ja damit einiges erreichen. Und die Franzosen strengen sich nach einem Kabinettsbeschuß von gestern bereits an<sup>50</sup>, die Sicherheitskontrollen jetzt in Gang zu bringen, nicht erst nach Abschluß der Berlin-Vereinbarung und dem Schlußprotokoll, sondern bereits nach der Vereinbarung von heute. Und weil da ein sowjetisches Interesse an der Berlin-Regelung stärker im Spiel ist als vielleicht früher, hoffe ich, daß für die praktischen Lebenserleichterungen einiges drin ist. Schon allein das scheint mir ein Grund zu sein, daß man nicht davon sprechen kann, es verwerfen zu wollen, aber die Absicht hat ja auch so keiner. Und in der endgültigen Beurteilung kommt es auf den Bezugspunkt an. Gemessen an dem, was wir jetzt haben, verspricht die Sache eine ganze Menge Verbesserungen, gemessen natürlich an dem, was Moskauer Vertrag heißt. Zum Schicksal Deutschlands als Ganzes kann man getrost trotz der Verbesserung sagen, daß leider auch diese Vereinbarungen ein Steinchen mehr auf dem Wege zur Teilung Deutschlands ist.

*Kiesinger:* So, meine Damen und Herren, ich habe noch drei Wortmeldungen. Darf ich bitten, wir haben noch eine lange Tagesordnung, daß wir dann abschließen.

*Von Weizsäcker:* Ich möchte etwas zur Geschäftsordnung vorschlagen. Ich glaube, wir waren alle sehr interessiert daran, das zu hören. Ich persönlich ganz besonders, weil ich ja auch schon daran gearbeitet habe. Nur, könnten sich vielleicht doch die Wortmeldungen im wesentlichen auf das, was wir jetzt tun müssen, konzentrieren, auf die Punkte, die Herr Lorenz genannt hat, denn sonst müßten wir uns zu den Punkten, in denen wir abweichender Meinung sind, auch wieder zu Wort melden. Dann aber würden wir wirklich zu einer Ostkommission<sup>51</sup> uns hier verändern, und dafür sind weder Zeit noch Voraussetzungen hier gegeben.

*Kiesinger:* Ja, ich stimme dem zu und bitte, das zu berücksichtigen bei den drei letzten Wortmeldungen, die wir haben. Das ist jetzt zunächst Herr Gradl, dann Herr Schröder, dann Herr Dregger.

*Gradl:* Ich möchte zu den Einzelheiten, die jetzt erörtert worden sind, obwohl sie sehr wichtig sind, gar kein Wort sagen. Aus derselben Überlegung, die Herr von Weizsäcker eben ausgesprochen hat, will ich nur wagen, ein, zwei, drei politische Gesichts-

49 „Genfer Direktive“ für die Außenministerkonferenz vom 27.10.–16.11.1955 in Genf (Ost-EUROPA 1955/5 S. 367 f.). – Nikolaj Bulganin (1895–1975), 1955–1958 sowjet. Ministerpräsident.

50 Zur Einschätzung Frankreichs vgl. Aufzeichnung des Staatssekretärs Freiherr von Braun vom 2. September 1971 AAPD 1971 Dok. 290.

51 Am 10. August 1970 gegründete Expertengruppe (Kommission zum Moskauer Vertrag) unter Leitung von Werner Marx. Vgl. GRAU S. 111, 117–119.

punkte hier ins Bewußtsein zu bringen, und zwar unter dem Gesichtspunkt der Situation, die wir in absehbarer Zeit im Zusammenhang mit dieser Berlin-Regelung vorfinden. Das erste ist, wir werden uns in unseren kritischen Äußerungen, so haben wir uns auch erfreulicherweise bisher unterhalten, mit Ausnahme einiger sehr süddeutscher Freunde, (*Kiesinger*: Generalisieren Sie nicht!) sorgfältig überlegt ausdrücken müssen, (*Kiesinger*: Ich habe nur gegen das „sehr“ etwas gehabt!), weil wir nichts dazu beitragen dürfen, diese Regelung madig zu machen. Oder als welche zu erscheinen, die sie nur griesgrämig begleiten. Wir müssen daran denken, daß für die Berliner, so skeptisch sie sind, im Untergrund ihres Bewußtseins sehr viel Hoffnung damit verbunden ist. Und da haben wir Verantwortung dafür, daß die Leute nicht durch unsere überpointierte Kritik ihre Zweifel sozusagen bestätigt bekommen, denn, verehrte Kollegen, wenn die Berliner diesmal auch zu dem Ergebnis kommen, nach all dem, was damit verbunden war, daß dies nichts bringt, daß die Unsicherheit bleibt, dann fürchte ich, daß hier eine Tendenz sich fortsetzt, die wir im letzten Jahr wachsend beobachten konnten, nämlich die Abwanderung wichtiger Mittelschichten. Unsere Aufgabe bleibt sehr wohl im Hinblick auf die deutsche Frage, Berlin, die Berliner dort festzumachen.

Die zweite Bemerkung ist: Herr Kollege Amrehn hat als erfreulich bezeichnet, daß das Inkrafttreten dieser Regelung nicht abhängig gemacht ist von dem Moskauer Vertrag. Nun mache ich aber darauf aufmerksam, daß wir in eine ganz andere Schwierigkeit kommen werden. Und auch dies muß man im Bewußtsein haben, wenn man heute formuliert bzw. sich äußert. Erinnern Sie sich an unser Gespräch neulich hier? Das Abkommen wirkt, und es wirkt, selbst bei Herrn Nixon, und wenn Sie die Texte, die Aussagen der Botschafter, lesen, merken Sie es, die sind voll bei dieser Partie. Und wir selber haben doch verschiedentlich uns auf Herrn Nixon berufen und sein Haus. Diese Regelung kommt also. Und so wird sie praktisch effizient. Wenn die Leute feststellen – ich fantasiere jetzt – sie können schön fahren und einiges andere und können hinüber, dann werden sie, wenn der Moskauer Vertrag kommt, ein ganz anderes Junktim feststellen. Der Fraktionsvorsitzende hat vorhin auch einiges gesagt, wovon er ausgeht, das bleibt unter uns, bei dieser Prämisse finde ich das auch. Dann kommen Sie in die Situation, daß sich – ohne daß die Regierung das expressis verbis sagen muß, was nach Erpressung aussieht – einfach das Gefühl verbreitet, daß wir das nun alles mit der Verweigerung des Moskauer Vertrages wieder aufs Spiel setzen. Denn keiner glaubt doch wohl, daß die Russen, so werden die Leute sagen, das wird ihnen in Flüsterpropaganda beigebracht werden, das dann hinnehmen werden und alles so weiter laufen lassen. Diese Situation wird also nicht so einfach sein. Wir werden noch an mancherlei in dieser Geschichte noch zu knabbern haben.

Letzte Bemerkung ist die: In der Tat ist kein Wort über Ost-Berlin geredet. Die Alliierten sagen zwar, wir sind sehr stolz auf die Präambel und den Teil 1, weil dies die Position in ihrer Deutung ist. Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen, was vielleicht bei der Fülle des Materials aus den Aussagen von Barzel nicht ganz aufgenommen worden ist: Die Stadt Ost-Berlin ist so nicht erwähnt. Die Alliierten haben uns gesagt, eine einseitige (*Kiesinger*: Ziffer 4 der Einleitung, darf ich Ihnen das zwischenrufen.) Integration Ost-Berlins würde ein Bruch des Abkommens sein. Und Sie haben es uns

an einem Beispiel verdeutlicht, dies sage ich jetzt auch wieder in der Erwartung der Vertraulichkeit. Die Russen hätten bestanden auf (*Zwischenruf*: War es nicht die Verabschiedung des Wahlgesetzes?) dem Status Ost-Berlins. Sie hatten erfahren, daß die Russen bei dem Wahlgesetz Ost-Berlin in die Volkskammerwahl voll einbeziehen wollen, die im Oktober oder November stattfindet. Und dann sind sie aktiv geworden und haben diesen Standpunkt vertreten. Dann hat Herr Abrassimow, wenn ich das noch richtig im Gedächtnis habe, so getan, als ob dies ein Irrtum war. Sie haben es jedenfalls geändert. (*Unruhe*.) Herr Dregger, in dieser Politik und in dieser Situation ist alles vorübergehend. (*Kiesinger*: Gut. Das ganze Leben ist vorübergehend. – *Heiterkeit und Unruhe*.) Und solche Provisorien dauern erfahrungsgemäß länger als die Länge des Vertrags. Also, man muß wissen, daß hier noch gewisse, auch positivere Reserven für uns drin sind. Dies nur als Beitrag zum Nachdenken, womit wir es zu tun haben.

*Schröder*: Ich will mich ganz kurz fassen, weil ich gleich, ich denke Sie auch, zu dieser Unterrichtung Scheel-Franke-Bahr gehe, und hören werde, was wir dort im einzelnen gesagt bekommen. Deswegen wenige Anmerkungen. Erstens, ich finde, daß der Beschluß, den wir gefaßt haben zu Eingang der Sitzung im Lichte aller Ausführungen, die hier gemacht worden sind, sehr nützlich sein wird, und hoffe, daß er wirklich in der größten Breite genutzt werden wird. Zweitens, die Anmerkung, die Herr Kollege Marx gemacht hat, konnten diejenigen, die den Text nicht genau kennen, glaube ich nur, sehr schwer verfolgen. Herr Vorsitzender, ich würde vorschlagen, daß man sich noch mal die Mühe macht, Marx oder andere, nachdem der Text jetzt vorliegt, das doch zu kommentieren, weil das ebenfalls nützlich sein wird. Marx hat die Bewertung einzelner Punkte vorgetragen. Die sollten aber wirklich vom Bundesparteivorstand herumgeschickt werden, weil das nützlich sein wird. Dritter Punkt: „Befriedigende Regelung“, das ist ein höchst unglücklicher Terminus, auf den wir uns schon längere Zeit eingelassen haben und von dem wir versuchen müssen, peu à peu herunterzukommen. Es kann überhaupt keine befriedigende Regelung für Berlin geben bei einer geteilten Stadt, bei Mauer usw. Eine befriedigende Regelung gibt es überhaupt nicht. Die Frage ist, ob das, was geschieht, besser ist als der derzeitige Zustand. Wir sollten uns also ja nicht auf die Ausdrücke festlegen lassen, etwa darauf, daß das „befriedigend“ sei oder sein könnte. Nun, nächster Punkt: Die westlichen Alliierten. Darüber ist hier eine Menge gesagt worden, auch einiges berichtet worden. Sie müssen davon ausgehen, ich will jetzt gar nicht unterscheiden zwischen den westlichen Alliierten, daß die westlichen Alliierten sehr stolz auf das sind, was hier formuliert worden ist. Ganz bestimmt sind es die Amerikaner, ganz bestimmt ist es Nixon, ganz bestimmt ist es Rush, das ging klar hervor aus den Unterhaltungen, die wir gehabt haben. Mit anderen Worten: Da wir wissen, daß all dieses mit den Amerikanern und ihrem Engagement steht oder fällt, müssen wir sehr vorsichtig sein, zu unterscheiden zwischen Handlungen der Alliierten einerseits, und dem, was deutscherseits hier getan werden kann.

Nächster Punkt: Die CDU muß sehr darauf bedacht sein, ihren Anteil an dem Ganzen herauszustellen, wobei ich davon ausgehe, daß das eine durch die deutschen Verhandlungen jetzt nicht irgendwie veränderte Sache sein kann. Das kann es praktisch nicht sein, nachdem die Richtpunkte dafür gesetzt sind. Die CDU muß absolut dabei

sein, daß ohne ihre Arbeit das nicht so zustande gekommen wäre. Daß sie einen großartigen Beitrag geleistet hat in der Unterstützung dieser Verhandlungen, die die Alliierten vorgenommen haben, daß sie ihre Rolle als Opposition in ganz klarer Verantwortung erfüllt hat. Es darf auf keinen Fall so sein, daß, Verdienste hin, Verdienste her, diese sich irgendwelche falschen Leute ausschließlich an den Hut schreiben lassen.

Nächster Punkt: Wir müssen uns ganz klar darüber sein, daß die Regelung dieser Berlin-Sache nur die Behandlung eines Teilstücks und einer Teilthematik ist, die die innerdeutschen Probleme insgesamt angeht. Deswegen dürfen wir nicht die Berlin-Regelung, die sich hier jetzt abzeichnet, sozusagen als Test oder als großen, vielleicht besonders förderlichen Test hinstellen, sondern wir müssen sie in diesem Rahmen nicht zu groß, aber auch nicht zu klein halten, wir müssen uns der Teilstückregelung des Ganzen bewußt bleiben. Die Frage, die der Kollege Gradl aufgeworfen hat, ist die Frage der Ratifizierung der Verträge: In welche Situation geraten wir, wenn wir etwa die Berlin-Regelung aufs Spiel setzen – ich sage das jetzt mal so direkt – durch unsere negative Haltung in der Ratifizierungsfrage? Meine Damen und Herren, das Risiko laufen wir absolut, und mit der Ratifizierung müssen wir, wie das in diesem Beschluß mehr oder weniger angedeutet ist, ganz klar weitergehende Gesichtspunkte berücksichtigen. Ich wiederhole in diesem Kreis, daß wir darauf hinwirken müssen oder sollten, daß in der Ratifizierungsdebatte zu beiden Verträgen, Moskau und Warschau, die in einigen Monaten kommen wird, wir ganz klar dazu nein sagen und uns nicht etwa in eine Berlinautomatik hineindrücken lassen. Der Beschluß, den wir heute gefaßt haben, verhindert, glaube ich, daß wir in irgendeine Art von Automatik oder auch nur die Erwartung einer Automatik kommen können.

Letzter Punkt: Wir werden rein publizistisch in ganz bedeutende Schwierigkeiten geraten, wenn wir nicht klar und säuberlich unseren Standpunkt so, wie das der grundlegende Beschluß von heute ermöglicht, klipp und klarmachen. Also, so positiv wie nur möglich bei der Mitwirkung einer Regelung für Berlin, natürlich nur einer vorläufigen, aber ganz klar und fest in unserer Wertung der Verträge, so wie wir die Wertung mehr oder weniger am Schluß unseres heutigen Beschlusses angesprochen haben. Wenn wir hier nicht massiv bleiben, werden wir unter den kombinierten Druck geraten der Bundesregierung und all ihrer Propagandamedien, der Äußerungen aus Washington, London und Paris, und Sie werden sehen, daß wir es in den nächsten Monaten noch sehr, sehr schwer haben werden, was die Prüfung unserer Standfestigkeit angeht. Deswegen, glaube ich, sollten wir so verfahren, wie wir das eingangs erörtert haben.

*Dregger:* Einige Bemerkungen zur Selbstdarstellung der Partei in der jetzigen Situation. Einige Freunde haben schon vor Abschluß der Verhandlungen gemeint, und einige meinen das heute auch, wir könnten in eine Isolierung geraten in der öffentlichen Meinung, wenn wir nicht positiv genug zum Berlin-Abkommen Stellung nehmen würden. Im Augenblick habe ich eher den gegenteiligen Eindruck. Und wenn es mit Recht als falsch bezeichnet worden ist, jetzt in toto das Berlin-Abkommen abzulehnen, dann ist es aber um so falscher, es jetzt in toto zu akzeptieren als befriedigend,

als akzeptabel, oder anderswie. Und zwar aus drei Gründen: Erstens, weil von der Sache her keine Veranlassung dazu besteht. Denn wenn wir Leistungen und Gegenleistungen dieses Abkommens bewerten, und zwar nicht im Hinblick auf augenblickliche Erleichterungen, sondern im Hinblick der langfristigen Strategie der Sowjetunion, dann muß man sagen, daß die Leistungen des Westens mindestens ebenso hoch zu bewerten sind wie die Gegenleistung der Sowjetunion in diesem Abkommen. Ich will das im einzelnen jetzt nicht darlegen, die Gründe sind ja von Herrn Barzel, Herrn Marx vorgetragen worden. Herr Gradl, es ist richtig, daß die Amerikaner protestiert haben gegen die Absicht der Sowjets, Ost-Berlin voll in die DDR zu integrieren. Dieses Abkommen bietet dafür aber in Zukunft keine Grundlage. Die Tatsache, daß in diesem Abkommen eine Regelung getroffen worden ist, die beide Teile Berlins nicht gleich behandelt, bietet immerhin zur Auslegung Anlaß und gibt eine politische Basis für eine Politik, die die volle Einbeziehung Ost-Berlins in die DDR vorsieht, und das ist sicherlich auch beabsichtigt. (*Zwischenruf:* Herr Dregger, die Alliierten sind anderer Ansicht, und es liegt nicht in unserem Interesse, hier ...) Ich will das nicht vertiefen, ich will nur sagen, wir können uns nicht auf dieses Abkommen ... (*Kiesinger:* Er soll Ziffer 4 lesen.) Ein zweiter Grund, der gegen eine zu positive Bewertung alleine spricht: Wir würden damit ja nur die Verhandlungen der Bundesregierung mit der DDR erschweren. Denn wenn wir dieses Abkommen durch positive Bewertung aufwerten, wenn also unser Interesse herausgestellt wird, dann werden die Preise um so höher sein, die von Ost-Berlin verlangt werden. Und schließlich müssen wir ja auch daran denken, daß wir die Verträge nachher glaubhaft ablehnen wollen. Ich bin sehr erfreut, von allen Seiten heute diese Absicht hier gehört zu haben. Es ist für die Bevölkerung vielleicht nicht ganz so einfach wie für unsere Experten, den Unterschied zu machen zwischen dem Berlin-Abkommen und den Ost-Verträgen. Wir müssen diesen Unterschied machen. Aber wenn wir jetzt das Berlin-Abkommen zu hoch spielen, dann wird es sehr schwer sein, nachher überzeugend die Ost-Verträge abzulehnen. Und das wäre sehr schlimm.

Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß wir die westlichen Verbündeten nicht kritisieren dürfen. Ich meine, wir haben auch kaum einen Anlaß dazu. Denn die Basis für dieses Abkommen, soweit es negativ ist, ist ja von der Bundesregierung geschaffen worden in den Ost-Verträgen, und darauf haben sich unsere Verbündeten eingestellt. Und zum anderen sollten wir herausstellen, daß unsere westlichen Verbündeten von der Bundesregierung nicht den Rücken gestärkt erhielten, sondern daß die Bundesregierung im Gegensatz auf Konzessionen gedrängt hat. Keine Kritik an unseren Verbündeten, aber Kritik an unserer Bundesregierung. Ich fasse zusammen, keine totale Ablehnung im Augenblick, aber erst recht keine totale Zustimmung, sondern sehr differenziert, zurückhaltend, aber auch die Herausstellung der negativen Punkte, die un-zweifelhaft vorhanden sind.

*Heck:* An sich hatte der Vorsitzende die Rednerliste geschlossen, aber es hat sich noch Herr Echternach gemeldet, aber ich wäre dankbar, wenn wir zum Schluß kommen könnten.

*Echternach:* Ich will auch keinen Diskussionsbeitrag leisten, sondern nur noch

einen Vorschlag machen. Wir haben vorhin eine sehr abgewogene EntschlieÙung gefaÙt, aber vielleicht einen Gesichtspunkt dabei nicht aufgenommen, der hier im Verlauf deutlich geworden ist, das ist nãmlich der Beitrag, den wir selbst geleistet haben, die positiven Aspekte ... (*Unruhe und Diskussion.*) Ich meine, wir sollten das ausdrœcklich aufnehmen, daÙ der Bundesvorstand, der Bundestagsfraktion dankt fœr die sehr konstruktive Haltung, (*Unruhe.*), die zu einer Reihe von positiven Ergebnissen gefœhrt hatte.

*Heck:* Das ist insofern etwas schwierig, weil der Vorsitzende jetzt bereits beim Fernsehen die Erklãrung abgibt. (*Zwischenruf:* Ich beantrage, das zu Protokoll zu nehmen). Damit ist die Aussprache œber den Punkt 1 der Tagesordnung beendet. Punkt 2: „Neuverteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Lãndern“. Das Thema ist im Prãsidium heute auch sorgfãltig beraten worden, und man ist auch zu einem Ergebnis gekommen. Ich bitte Herrn Stoltenberg, die Beratungen und das Ergebnis der Prãsidiumsberatungen kurz vorzutragen.

#### NEUVERTEILUNG DES STEUERAUFKOMMENS ZWISCHEN BUND UND LãNDERN

*Stoltenberg:* Wir haben natœrlich eine etwas schwierige Geschãftslage. Ich bin mir der Tatsache bewuÙt, daÙ berechtigterweise die Berlin-Frage heute im Vordergrund stand, aber natœrlich mit dem gleichen zeitlichen und sachlichen Gewicht fœr uns die Vorbereitung des Parteitages. Eine gewisse Ungeduld des einen oder anderen ist wegen des dritten Punktes zu klãren und nicht wegen des zweiten. Ich werde versuchen, den zweiten Punkt jetzt ganz kurz und konzentriert vorzutragen, und kann es deshalb auch versuchen, weil darœber eine Reihe von Vorgesprãchen gefœhrt sind im Prãsidium, aber auch in einer Kommission, die Herr Dr. Schãfer<sup>52</sup> im Auftrag des Prãsidiums fœr Partei und Fraktion begleitet hat und deren Beratungen hier eingeflossen sind mit Sachverstãndigen der Fraktion, so daÙ auch eine Abstimmung mit den maÙgebenden Sprechern unserer Fraktion in diesen Fragen einschlieÙlich des Kollegen StrauÙ erfolgt ist. Ich halte es fœr auÙerordentlich wichtig, daÙ wir in dieser Steuerfrage und der damit verbundenen wirtschaftspolitischen Frage fœr die Auseinandersetzung mit der Bundesregierung – und hier mœssen wir im Bundesrat und Bundestag in Kœrze abstimmen – eine klare und sorgfãltige homogene Position beziehen, und daÙ wir zweitens auch die wirtschafts- und konjunkturpolitische Diskussion aktiv bestreiten. Ich mœchte vorschlagen, im Einklang mit dem Prãsidium, eine kurze œffentliche Erklãrung zur Wirtschafts- und Finanzpolitik abzugeben, die wir vorbereitet haben, weil es in unserem Interesse liegt, daÙ die Propaganda der Bundesregierung und die fœr uns notwendige und etwas schwierige Auseinandersetzung œber das Berlin-Thema schon in den nãchsten Tagen ergãnzt wird durch die Auseinandersetzung auf dem anderen Feld, wo die Regierung doch in groÙe Schwierigkeiten kommt. Denn nach meiner œberzeugung, und ich kann mich hier auch auf die Aussagen anderer

---

52 Dr. Manfred Schãfer.

beziehen, ist es so, daß die Empfindlichkeit in der öffentlichen Meinung hier weiter wächst. Es ist die Sorge über die Folgen der internationalen Währungskrise, die Meldung über Kurzarbeit, Stilllegung von Betrieben, z. T. in einer regionalen Zuspitzung, etwa in Niedersachsen, aber auch woanders, im Ruhrgebiet, und die Tatsache, daß der Preisindex jetzt bei den Arbeitnehmern in Nordrhein-Westfalen zum ersten Mal bei 6 % angelangt ist. Das sind alles Dinge, die wir bei aller verständlichen und notwendigen Konzentration auf die aktuellen deutschland- und berlinpolitischen Fragen in keiner Weise in der öffentlichen Meinung untergehen lassen dürfen. Im übrigen hat Herr Schiller ein Datum heute mittag gesetzt. Wie ich höre, hat er gegenüber der Presse erklärt, daß die Bundesregierung Steuererhöhungen vorschlagen werde, also die erste offizielle Äußerung des Kabinetts, die ja auch alleine schon eine Einlassung notwendig macht.

Wir haben gewisse Koordinierungs- und Integrationsprobleme gehabt, auch eine nicht so schöne öffentliche Debatte.<sup>53</sup> Ich will deshalb noch drei, vier Sätze dazu sagen, weil wir das heute morgen besprochen haben. Wir müssen hier unterscheiden zwischen den Fragen, wo wir uns wirklich auch verbindlich einlassen müssen als Partei, als Fraktion und als Länderregierung, Bund und Länder gemeinsam, und denen, wo wir die Diskussion etwas allgemeiner und auch zurückhaltender führen können. Ich nehme den Anlaß für diese leichte, öffentliche Kontroverse. Ich halte es nicht für erforderlich, daß wir zu Festlegungen kommen, parteioffiziell, ich würde auch fast sagen, fraktionsoffiziell, ob wir nun für gesplattene Devisenmärkte sind. Das ist eine Frage, von der ich nicht glaube, daß irgend jemand an diesem Tische, vielleicht mit ein, zwei Ausnahmen, zu denen ich nicht gehöre, in der Lage ist, diese Frage wirklich in letzter Konsequenz zu beurteilen. Und wir sollten alle miteinander – und das gilt insoweit auch für unseren Text, der nach der letzten Sitzung hier veröffentlicht ist<sup>54</sup>, der durch ein technisches Versehen nicht ganz abgestimmt war – bei dem Bestreben zur sorgfältigen, detaillierten Auslassung uns dabei auch nicht in unseren öffentlichen Äußerungen übernehmen. Bei solchen im Grunde unwichtigen Unterschieden hält einer, der Kollege Strauß, das für denkbar, und die anderen nicht. Das ist kein Grund für Differenzen, die nach außen hin sichtbar werden. Es gibt in der fachlichen Diskussion, jetzt in der Währungsfrage, eine so große Zahl von Schattierungen, daß wir diese für uns stehen lassen können. Wir sollten uns auf die entscheidenden Fragen konzentrieren. Im übrigen zeigt dieser Vorgang, daß es ein Informationsproblem gibt, nicht nur der Politiker, sondern auch der Apparate. Wenn die Partei sich äußert, sollte allein der Tatbestand, daß sie sich äußert, der Fraktion und der CSU bekannt sein, umgekehrt wäre es gut, wenn die Fraktion sich äußert, daß die Partei, die am gleichen Tage tagt, diesen Tatbestand kennt. Den haben wir in diesem Falle auch nicht gekannt. Das ist also wirklich

---

53 Differenzen über Fragen der Währungspolitik, vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 30. August 1971 „Strauß beschwerte sich schriftlich bei Barzel“; FAZ vom 31. August 1971 „Barzel sucht die Differenzen mit Strauß beizulegen“; CSU Presse-Mitteilungen Nr. 138/1971 vom 2. September 1971.

54 Kommuniké der Präsidiumssitzung vom 24. August 1971 in DUD Nr. 161 vom 25. August 1971 S. 2–4.

ohne böse Absicht geschehen. Vielleicht kann man jetzt gerade, weil der Generalsekretär da ist, auch noch die entscheidenden Äußerungen der CSU von München hier einbeziehen. Wenn jemand am Vormittag spricht, sollten die anderen es am Nachmittag wissen, und umgekehrt.

Aber nun zur Sache selbst. Ich beziehe alle drei jetzt ein, Fraktion, Partei, und Partei in München. Zur Sache selbst möchte ich folgendes sagen: Wir haben heute morgen einen internen Beschluß im Präsidium gefaßt für die jetzt in der kommenden Woche beginnenden Verhandlungen mit Herrn Schiller über das Thema der Steuerverteilung. Herr Kollege Röder war hier, von den fünf Ministerpräsidenten der CDU/CSU waren vier hier, Herr Kollege Goppel war vertreten durch den Staatssekretär Hillermeier<sup>55</sup>, Herr Gleichauf<sup>56</sup> war hier, der eben noch bei uns war. Dieser interne Beschluß sagt etwa kurz folgendes – er wird nicht veröffentlicht –, daß das Präsidium im Einvernehmen mit den anwesenden Vertretern der Fraktion, Herr Leicht<sup>57</sup>, Herr Müller-Hermann und anderen, das Erfordernis einer erheblichen Erhöhung des Länderanteils bei der Umsatzsteuer anerkennt. Er nimmt zur Kenntnis, daß die von CDU und CSU regierten Länder überwiegend beabsichtigen, dabei in den Verhandlungen von einer Erhöhung des Anteils von 30 auf 40 % auszugehen. Auszugehen heißt, daß das die Eröffnung der Verhandlung ist. Wie das Ergebnis sein wird, muß man abwarten. Es ist die Dringlichkeit eines einvernehmlichen Vorgehens unserer Länder und einer möglichst weitgehenden Abstimmung mit der Fraktion betont worden, weil wir hier die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat möglichst zur Geltung bringen müssen. Wobei das Problem eines internen Ausgleichs zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern im Rahmen des Länderfinanzausgleichs nur durch Ergänzungszuweisung von den Finanzministern abgestimmt werden soll, weil es hier an sich gewisse Unterschiede von der Ausgangslage der einzelnen Länder gibt. Und drittens wird empfohlen, gegenüber den heute mittag von Herrn Schiller allgemein angekündigten Steuererhöhungen zunächst in einer kritischen Distanz zu verbleiben. Für die öffentliche Diskussion ist vielleicht der wichtigste Punkt, auf die konjunkturpolitische Problematik hinzuweisen und eine endgültige Meinungsbildung erst im Zusammenhang mit der noch ausstehenden Sachplanung der Bundesregierung für die kommenden

---

55 Dr. Karl Hillermeier (geb. 1922), Jurist; 1953–1964 Oberregierungsrat im Landratsamt Uffenheim, 1962–1990 MdL Bayern (CSU), 1964–1966 Sachgebietsleiter bei der Regierung von Mittelfranken, 1966–1972 Vorsitzender der CSU-Fraktion im Kreistag Uffenheim, 1966–1970 Staatssekretär im Bayerischen Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge, 1970–1974 Staatssekretär im Finanzministerium, 1974–1982 Staatsminister der Justiz, 1982–1986 des Innern, 1986–1988 für Arbeit und Sozialordnung.

56 Robert Gleichauf (1914–1992), Werksmeister; 1947 CDU, 1949–1968 Mitglied des Gemeinderates Rottweil, 1948–1968 des Kreistages, 1952–1980 MdL Baden-Württemberg, 1968–1980 Finanzminister.

57 Albert Leicht (1922–1994), Jurist; 1946 CDU, 1954/55 Richter am Sozialgericht Speyer, 1955–1957 Regierungsrat im Landratsamt Bergzabern, 1957–1977 MdB (1969–1977 Vorsitzender des Haushaltsausschusses), 1967–1969 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, 1977–1983 Vizepräsident des Europäischen Rechnungshofes.



Jahre und den Verhandlungen über die strukturelle Verbesserung der Länder- und Kommunal финанzen der Gemeindefinanzen vorzunehmen.

Wir waren also der Meinung, hier gibt es etwas unterschiedliche Äußerungen in den letzten Monaten, daß es nicht unsere Aufgabe sein sollte, der Bundesregierung die unpopuläre Last für diese Ankündigung, Erhöhung bei den Verbrauchssteuern, bei den Mineralölsteuern usw., abzunehmen, indem wir uns jetzt zum Wortführer machen. Wir waren allerdings auch der Meinung – ich möchte das unterstreichen, weil es dabei gewisse Unterschiede noch gibt, und hier muß noch eine Diskussion fortgesetzt werden außerhalb dieses Kreises –, daß es auch nicht möglich ist, apodiktisch zu sagen, daß eine Steuererhöhung völlig indiskutabel ist. Das können wir deshalb nicht tun, weil wir sonst von seiten der Länder und Gemeinden in eine Lage kämen, einerseits eine Erhöhung unserer Steueranteile zu fordern und andererseits apodiktisch abzulehnen, so daß wir diese Diskussion in einer kritischen Distanz unter Hinweis auf die noch fehlende Sachplanung der Bundesregierung eine gewisse Zeit führen sollten, aber so, daß wir endgültig im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens noch votieren können, also einen gewissen Spielraum für diese Debatte noch behalten. Das ist kurz zu diesem Thema zu berichten, Herr Generalsekretär. Ich würde dann gerne vorschlagen, daß wir vielleicht den Text einer allgemeineren Entschließung, der mit Herrn Kollegen Schäfer, einigen Kollegen der Fraktion, abgestimmt ist, hier verteilen. Soll ich ihn vorlesen? Wollen wir ihn verteilen, oder wollen Sie ihn getrennt diskutieren?

*Heck:* Es liegt eine Wortmeldung noch vor, vielleicht sollten wir das vorwegnehmen. Zunächst, damit dazu Klarheit herrscht: Der Beschluß des Präsidiums zielt darauf ab, daß die beteiligten Stellen, d. h. die Landesregierungen, unsere Landesregierungen und unsere Fraktion hier einheitlich verfahren, aber auch darüber hinaus dort, wo Stellung genommen wird zur Öffentlichkeit gegenüber. Das ist der Rahmen, innerhalb dessen die Stellungnahmen sich bewegen sollten. – Zu Wort gemeldet hat sich Herr Kohl.

*Kohl:* Herr Kollege Stoltenberg, ich habe in einem Punkt Bedenken bei der von Ihnen vorgetragenen Formulierung. Es war jedenfalls für mich heute früh nicht klar, daß das an einem Punkt die einmütige Meinung des Präsidiums ist, und an zwei weiteren Punkten möchte ich es verstärken. Wir müssen uns unter uns darüber im klaren sein, daß die zentrale Frage nicht ist, so unendlich wichtig sie ist, der Anteil Bund-Länder, sondern die jetzt anlaufende Debatte um die Steuerreform überhaupt. Denn eine CDU/CSU-Regierung von morgen kann den Bund-Länder-Anteil verändern. Sie wird sich enorm schwer tun bei einer vollzogenen Steuerreform, die geltendes Recht ist, Daten zu verändern. Man kann mit einem einfachen Beschluß den Anteil zwischen Bund und Ländern verändern. Man kann aber eine Steuergesetzgebung, die gesellschaftspolitische Daten setzt, die dann irreparabel sind, nicht mehr, oder jedenfalls nur unter unendlichen Schwierigkeiten verändern. Mir scheint, das muß bei uns stärker herausgestellt werden, weil das genau der Streitpunkt werden wird. Denn wir müssen folgendes sehen. Man wird versuchen, Schiller wird versuchen, uns auf den Leim zu locken, indem er sagt, „Ihr sagt jetzt, die Aufgaben in ihrer Finanzierungsdimension liegen noch nicht fest“, ich verweise nur auf die Bildungsproblematik. „Aber die Auf-

gaben sind mit Sicherheit so groß, daß ihr, die Länder, mehr braucht, um in Sachen Bildung überhaupt etwas finanzieren zu können.“

Katastrophal ist – das kann man nicht oft genug unterstreichen, das muß stärker in unserem Papier herauskommen, auch für die Öffentlichkeit – der teilweise Zusammenbruch der finanziellen Situation der Gemeinden, vor allem der Städte in einer bestimmten Dimension. Die Städte stehen z.T. am Ende jeglicher Möglichkeit, eine mobile Politik machen zu können. Städte, die davon leben, daß sie ihre Gehälter per Darlehen finanzieren, sind nicht mehr in der Lage, eine irgendwie geartete Politik zu machen. Und das ist auch der Punkt, wo man am meisten die Bundesregierung angreifen kann. Denn an den Beispielen des Auflaufens der Haushalte der Städte, und am Auflaufen der Haushalte der Länder zeigt sich – stärker als beim Bundeshaushalt –, was für eine Folge das hat, wenn die Preissteigerungen etwa bei den Investitionen alles wegfressen, was wir mehr investieren. Das scheint mir ganz wichtig zu sein, daß wir am hineinschreiben, und daß das deutlicher ... (*Stoltenberg*: Das war ja nur der Entwurf!) Ja, das habe ich natürlich nicht gesehen. Ich möchte also dringend bitten, die kommunale Situation so brutal wie möglich herauszustellen bei diesem Text, und die Frage der Steuerreform zu einer zentralen Frage zu machen aus den eben von mir genannten Gründen. Und dann, ich mache keinen Hehl daraus, ich werde mitmachen und bin sehr glücklich, wenn wir die Erhöhungen des Anteils um zehn Punkte erreichen. Wir müssen ja doch irgendwo auf dem Boden bleiben. Ich habe auch alles Verständnis, daß das verlangt wird, nur sage ich lapidar dazu: Das ist eine Fachfrage, die von einer interessierten Öffentlichkeit nicht beachtet wird.

Die Frage wird sofort an uns kommen: Was hätte die CDU/CSU-Regierung, wenn sie 1969 gebildet worden wäre, mit einem CSU-Finanzminister in diesem Fall den Ländern zugestanden? Und ich muß ganz offen sagen, eine Bundesratsdiskussion ... (*Windelen*: Viel zu viel Inflation gemacht ...) Ja, Herr Windelen, bloß, wenn Sie mit der Auskunft kommen, kommen wir allesamt draußen ganz gut durch. In einem Zusammenhocken von Finanzministern, die alle keine heurigen Hasen sind, kommen alte Protokolle zutage, die drei Jahre alt sind, so alt sind die also noch gar nicht. Und deswegen würde ich keinen Prozentsatz nennen bei einer Veröffentlichung. (*Zwischenruf*: Das ist ja ein interner Beschluß!). Ja, aber das bleibt doch nicht unter uns. Ich würde sagen, wir sind für eine erhebliche Erhöhung, aber lassen Sie zehn Punkte in der Sache raus. (*Zwischenruf*:) Nein, das ist nicht beschlossen worden, das bestreite ich ganz entschieden. Daß ist heute früh so vorgetragen worden, aber nicht darüber abgestimmt worden, denn mein Einwand war heute früh der gleiche. Ich halte es für nicht realistisch, daß wir zehn Punkte verlangen, und ich bin nicht für eine Sache, Herr Stoltenberg, daß wir im Bundesrat antreten und kämpfen, von der, das war deutlich heute früh bei der Einlassung des Kollegen Leicht, auch die Mehrheit der Bundestagsfraktion nicht unserer Meinung ist. Wir haben ja hier eine Linie der Partei zu vertreten, und ich bin also nicht dafür, daß wir an diesem Punkte uns fixieren, wo wir unter uns selbst nicht einig werden. Denn ich glaube nicht, daß die Mehrheit der Bundestagsfraktion etwa des zuständigen Arbeitskreises bei zehn Punkten mitmacht. Lassen Sie uns die Meinungen doch hier gar nicht austragen – das ist auch heute gar nicht notwendig –

sondern einfach schreiben, wir wollen eine sehr erhebliche Erhöhung haben. Das deckt es genau so. Ich möchte jedenfalls nicht in eine Diskussion kommen, daß uns entgegengehalten wird: „Ihr verlangt jetzt etwas, was die CDU/CSU-Regierung, wenn sie morgen dran kommt, nicht bereit ist zu geben.“ Dann werden wieder viele bei uns mehr Bundespolitiker sein, als sie jetzt sind. Ich glaube, das ist für die Glaubwürdigkeit, die wir in dieser Sache haben, nicht überzeugend.

*Filbinger:* Ich möchte es ganz kurz machen. Ich halte die Verwahrung für gut, die in dieser Erklärung enthalten ist, wonach die Länder, die Gemeinden die Schuld daran tragen, daß man Steuererhöhungen durchführen muß. Ich glaube, wir sind alle darin einig, daß diese Bemühung des Herrn Schiller sehr durchsichtig ist, daß sie eine Zurückweisung verdient, und wir halten hier eine sehr gute Position gegenüber der Bundesregierung. Denn was hat diese Bundesregierung getan? Sie hat in ihrer Regierungserklärung und später in folgenden Erklärungen immer wieder die Wichtigkeit der Bildungsreform betont. Sie hat das finanziell nicht abgesichert und steht nun vor dem Bankrott ihres Programms. Und wenn wir hier nun sagen: „Wenn Du, Bundesregierung, die Priorität aufrechterhalten und sichern willst für die Bildungspolitik, dann ist es Deine Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Finanzen kommen. Bisher bist Du dieser Verpflichtung nicht nachgekommen, also bitte sehr, erfülle das, was da nachzuholen ist.“ Aber unter gar keinen Umständen unter Belastung der Länder und der Gemeinden, denn die haben die Bildungspolitik in ihrer Problematik nicht herausgehoben.

Dann noch das zweite: die Verteilung zwischen Bund und Ländern. Da ist es immer kritisch, Herr Kollege Kohl und Herr Kollege Stoltenberg, wenn man anfängt mit Prozenten. Das haben wir im Jahre 1969 durchexerziert. (*Kohl:* Prozenze sind immer kritisch.) Wir haben damals schon gesagt, wir bräuchten 35 %. Wir sind dann bei 30 gelandet.<sup>58</sup> Unsere Prognose, daß das unter gar keinen Umständen reicht, ist heute völlig unbestritten, und heute müssen die Konsequenzen gezogen werden. Nun aber auch möchte ich das Folgende sagen, und das habe ich heute früh im Präsidium auch schon ausgeführt. Wenn wir nun auf der Ebene einsteigen würden, die uns offensichtlich von der SPD und der Bundesregierung angeboten werden wird, nämlich 5 %, dann hätte es die Bundesregierung verhältnismäßig leicht, uns allen zu sagen: „Wir haben den Finanzierungsbeitrag in Kooperation mit der Opposition und den Ländern für die Bildungspolitik geleistet. Das haben wir erbracht. Und wenn die dann nachher ihre Programme nicht durchführen können, dann müssen sie selbst sehen, denn sie waren ja damals einverstanden, als wir diese Erhöhung ihnen angeboten haben.“ Aus dem Grunde bin ich der Auffassung, wir müssen unter allen Umständen verhindern, daß die Bundesregierung das erreicht, was sie möchte, nämlich ein konkordantes Vorgehen mit der Opposition und mit den Ländern. Das war ja doch auch schon der ganz hervorstechende Zug in den Verhandlungen mit den Kultusministern. Auch dort war man bereit, von der Bundesregierung aus sich auf den geringsten, kleinsten Nenner zu einigen, um nachher sagen zu können, „Wir haben uns mit den Ländern geeinigt.“ Wie kommen wir also jetzt dazu, von der Finanzsituation her eine Basis zu akzeptieren, die dann der

---

58 Steueränderungsgesetz (BT-Drs. V/4212) vom 18. August 1969 (BGBl. 1969 I S. 1211).

Bundesregierung das bisher von uns Verweigerte ermöglichen würde. Nun, Herr Kollege Kohl, was hinsichtlich der 10 % gesagt worden ist, da, glaube ich, unterliegen Sie einem Erinnerungsfehler. Denn ich habe den Herrn Kollegen Stoltenberg heute früh so verstanden, ja, als wolle er zwischen 30 und 40 vorschlagen, und habe mich dann noch in einer zweiten Wortmeldung ausdrücklich verwahrt, ich habe gesagt, das wäre gefährlich, Herr Stoltenberg, wenn ich Sie so verstehen müßte. Darauf Stoltenberg: Nein, ich meine 10 %, und wir sollten das dann auch so akkordieren. Dabei blieb es. Also, das war das Letzte, was gesprochen war. Ich habe es auch so aufgefaßt, was wir dann gesagt haben, es werden hoffentlich nicht unter allen Umständen 10 %, denn wir wissen ganz genau, wie schwer das in der Praxis ist. Wir müssen einmal die Basis von 5 % unter gar keinen Umständen nennen und akzeptieren (*Kohl*: Gar keine Prozentzahl!), sondern wir sollten schon dem Ziele nach wenigstens von den 10 % ausgehen.

*Köppler*: Zunächst scheint mir ein Mißverständnis wohl in dem Punkt vorzuliegen. (*Kohl*: Nein, das ist kein Mißverständnis, die Erklärung liegt inzwischen vor, das ist klar. Wir reden jetzt von dem, was wir nach innen sagen.) Ich habe das, was Herr Stoltenberg vorgetragen hat, so verstanden, daß es hier im Präsidium um eine Einigung, Sie sagen, keine Einigung, um die faktische Marschroute auf dem künftigen Weg geht, und daß die Frage der Erklärung auf einem ganz anderen Blatt steht, (*Kohl*: Die Erklärung ist unbestritten hier!) ... das andere intern. Gut, ich würde auch sagen, wie Herr Filbinger gesagt hat, wir sollten unter allen Umständen vermeiden, daß wir in den Ländern, wo wir in Opposition sind, sozusagen den Boden entziehen dadurch, daß uns von Bonn, von der Bundesregierung, erklärt wird: „Das, was hier an Finanz- und Länderausgleich gebracht worden ist, entspricht auch den Wünschen und den Zugeständnissen der Opposition in Bonn. Die CDU-regierten Länder haben zugestimmt“. Da sind wir faktisch in einer noch schwierigeren Situation als die Länder, in denen wir die Regierung stellen. Ich würde also auf keine Situation hinarbeiten, wo wir – auch noch feierlich unterschrieben – dieser Bundesregierung die Möglichkeit geben, die Bonner Finanzmisere auf die Länder abzuschieben.

Das zweite ist: Ich habe nichts dagegen, wenn das hier im einzelnen weiter abgestimmt wird. Denn das ist im wesentlichen ein Bund-Länder-Verhältnis zwischen unseren Freunden in der Bundestagsfraktion und in den Länderregierungen, die wir stellen. Aber eine Bemerkung, Herr Stoltenberg. Die Frage des Länderfinanzausgleichs zu einer qualitativen Veränderung trägt natürlich in der Partei nur insoweit, als dabei auch die Länder beteiligt sind, in denen wir die Opposition sind. Ich gebe zu, das verkompliziert möglicherweise die Gespräche und die Verhandlungen, aber ich möchte doch sehr darum bitten, daß wir nicht in Nordrhein-Westfalen oder anderswo eines Tages in die peinliche Lage versetzt werden, über einen Beschluß, den unsere Finanzminister mit der Bundestagsfraktion und im Parteipräsidium ausgearbeitet haben und ausgehandelt haben, informiert zu werden, in dem die Grundlagen unserer Oppositionsarbeit nicht mehr vorzufinden sind.

Darf ich noch eine allgemeine Bemerkung machen zu dem, was Herr Stoltenberg am Anfang gesagt hat. Ich würde das voll unterstützen, und das sollte nicht mehr passieren. Ich kann nur aus eigenem Erleben sagen, bei uns, in einer außerordentlich kri-

tischen Situation eines großen Teils unserer Industrie in Nordrhein-Westfalen, hat die Stellungnahme von Franz Josef Strauß außerordentlich befreiend gewirkt, weil man sich dort völlig klar darüber ist, daß es eine Frage von Wochen oder höchstens einigen Monaten noch ist, wie lange wir den derzeitigen Zustand durchhalten können, auch Unternehmen diesen Zustand durchhalten können, und daß es unter allen Umständen darauf ankommt, zu einer aussichtsreichen Verhandlungsposition gegenüber den USA zu kommen. Logischerweise setzt das voraus, zu einer Aktionseinheit innerhalb der EWG zu kommen. Und daß uns dann die Erklärung des Parteipräsidiums am selben Abend – ich war gerade in einer Konferenz mit Leitungen von bedeutenden Unternehmen – als Dementi auf den ersten Blick erschien, hat dort die Stimmung nicht gerade verbessert. Ich würde also wirklich vorschlagen, daß wir uns das zu Herzen nehmen, was Herr Stoltenberg gesagt hat, die Texte zu koordinieren, damit das nicht mehr vorkommt.

*Barzel:* Ich bitte um Entschuldigung, weil hier zwischendurch ab und zu auch noch Berlin stattfindet und ich gerade die neuesten Dokumente der Regierung dazu lesen muß. Dazu noch eine Mitteilung, dann komme ich auf die wirtschaftliche Sache. Wir waren vorher gut beraten bei unserer Formulierung, weil a) das Kabinett heute die Weisungen an Herrn Bahr beschlossen hat, und b) Herr Scheel gesagt hat, neben den Fragen des Berlin-Verkehrs könnte Herr Bahr jetzt in der Pressekonferenz auch Fragen des allgemeinen Verkehrs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR behandeln. Wir waren also nicht ganz schlecht beraten, diesen Zusatz zu machen.

Nächstes, und da komme ich zu dem, was ich hier sagen will, Herr Schiller kündigt heute Steuererhöhungen an. Damit müssen wir natürlich auch unser Votum hier überlegen, und ich weiß nicht, was mit diesem Papier geschehen soll. Ich möchte dies noch einmal fragen, ich habe in der letzten Präsidiumssitzung, nicht heute, sondern vorige Woche, auch gefragt, was mit dem Papier geschehen solle. (*Stoltenberg:* Das soll nachher im zweiten Teil besprochen und, wenn es Zustimmung findet, morgen veröffentlicht werden.). Dann möchte ich folgendes sagen. Die Ziffer 5, glaube ich, kann so nicht bleiben.

*Stoltenberg:* Zur Geschäftsordnung! Ich habe mich im Augenblick auf auf den Punkt „Steuerverteilung“ beschränkt, das ist das interne Arbeitsergebnis des Präsidiums, über dessen Inhalt wir uns auch noch einmal miteinander verständigen müssen, wie ich jetzt feststelle. Das habe ich zur Diskussion gestellt. Ich habe gesagt, es liegt ein zweites Papier vor, das veröffentlicht werden soll. Und dieses zweite Papier habe ich bisher noch nicht erläutert, weil ich das erste gerne erledigen wollte, da möchte ich zu Ziffer 5 selbst noch, Herr Kollege Barzel, nachher eine Änderung vorschlagen. In Rücksprache mit Herrn Kollegen Schäfer möchte ich auch selbst noch eine andere Formulierung vorschlagen. Ich wollte nur anregen, zunächst den einen Punkt zu erledigen.

*Kiesinger:* Liegt dies, worauf Sie sich jetzt beziehen, noch nicht vor?

*Stoltenberg:* Nein, das ist mündlich zweimal heute morgen vorgetragen worden. Ich habe es mittlerweile schreiben lassen, aber es ist nicht vervielfältigt.

*Kiesinger:* Herr Barzel hat immer noch das Wort.

*Barzel:* Ich würde dann darauf verzichten, ich habe offensichtlich zu einem Papier

gesprächen, das ich auch nicht vorliegen habe, aber das ist halt so eine Lage, die ja täglich passiert.

*Kiesinger:* Dann würde ich doch vorschlagen, da es offenbar nicht mehr alle in Erinnerung haben, daß Herr Stoltenberg dieses Papier für den Hausgebrauch kurz noch mal vorliest, damit keine Unklarheiten übrig bleiben.

*Stoltenberg:* Da gibt es ja nun leider einen Dissens, Herr Filbinger ist darauf eingegangen. Ich war davon ausgegangen, in Übereinstimmung mit Herrn Kollegen Filbinger, daß wir uns zum Schluß, wo ich das noch mal vorgelesen habe heute morgen, aufgrund seiner Intervention ausdrücklich darauf verständigt hatten, daß wir aus der Sicht der Länder, und das habe ich schon vorsichtig gesagt, weil Herr Goppel nicht hier ist, ausgehen von einer Erhöhung um 10 %. Darauf legten hier einige Herren schon großen Wert. Ich bin noch korrigiert worden, habe das dann aufgeschrieben. Herr Kohl meint nun, das sollten wir offen lassen. Das ist mir zweifelhaft, ob wir das offen lassen sollen, weil ja unsere Finanzminister am kommenden Mittwoch ohne nennenswerte Vorbereitung – die wollen sich zwei Stunden vorher treffen, wenn das klappt – mit Herrn Schiller in diese Diskussion eintreten müssen. (*Kohl:* Völlig einverstanden in der Sache.) Und deswegen würde ich, ohne daß das eine Direktive sein kann, eine gewisse Meinungsbildung in dieser Frage empfehlen, weil wir ja sonst sofort wieder auseinanderdividiert werden in finanzstarke und finanzschwache Länder. Das kennen wir alles aus früheren Jahren, als wir selbst das von seiten der Bundesregierung betrieben haben. Und dieses Papier, das ich jetzt noch einmal vorlesen darf, das ist heute morgen schon kurz geschehen, für den erweiterten Kreis, sagt Folgendes:

„Das Präsidium erkennt in Einvernehmen mit Vertretern der Bundestagsfraktion das Erfordernis einer erheblichen Erhöhung des Länderanteils bei der Umsatzsteuer ab 1972 an. Es nimmt zur Kenntnis, daß die von der CDU und CSU regierten Länder überwiegend beabsichtigen, dabei von einer Erhöhung des Anteils von 30 auf 40 % bei den Verhandlungen auszugehen.“ Das wird sicherlich durch die Beratung heute morgen gedeckt, aber wir können darüber natürlich hier noch sprechen. Zweitens: „Das Präsidium unterstreicht die Dringlichkeit eines einvernehmlichen Vorgehens der von CDU und CSU regierten Länder und einer möglichst weitgehenden Absprache mit der Bundestagsfraktion.“ Dabei ist berücksichtigt, daß diese bis Mittwoch gar nicht materiell endgültig erfolgen kann und daß die Fraktion aus der Sicht des Bundes hier vielleicht etwas anders die Dinge in Prozent bewerten wird, ist verständlich; das muß im weiteren Verlauf verdichtet werden. „Ein interner Ausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern durch Intensivierung des Länderfinanzausgleichs oder durch Bundesergänzungszuweisungen im Rahmen der mit dem Bund zu vereinbarenden Neuverteilung sollte im einzelnen zwischen den Finanzministern in Verbindung mit dem Ministerpräsidenten abgesprochen werden.“ Da würde ich hier für unsere Beratung hinzufügen: „Unter Beteiligung der Fraktionen, die in der Opposition sind.“ Das wird sich über einige Wochen hinziehen, muß aber in einem ersten Durchgang am Mittwoch von den Finanzministern alleine in der Ausgangslage gemacht werden, und das wird ja ein Vierteljahr gehen. Drittens: „Das Präsidium empfiehlt, den geplanten Steuererhöhungen gegenüber zunächst in einer kritischen Distanz zu ver-

bleiben. Auf ihre konjunkturpolitische Problematik sollte hingewiesen werden. Eine endgültige Meinungsbildung soll im Zusammenhang mit der noch ausstehenden Sachplanung der Bundesregierung für die Jahre bis 1975 und den Verhandlungen über eine strukturelle Verbesserung der Finanzen von Ländern und Gemeinden erfolgen.“

Wenn wir das veröffentlichen wie in dem zweiten Text, müssen wir in der Tat die Gemeinden stärker betonen, das ist völlig richtig, da gebe ich Herrn Kohl Recht. Ich gebe Herrn Kollegen Kohl auch Recht, daß mittelfristig diese Dinge zu sehen sind im Zusammenhang mit der Steuerreform. Das ist übrigens der letzte Satz der für die Öffentlichkeit bestimmten Erklärung. Dies ist ja auch mehr nur ein Protokollvermerk für uns. Im zweiten Punkt gibt es zwischen uns auch keinen Dissens, wobei ich meinen Bericht noch insofern ergänze, wir haben natürlich ein wichtiges Problem: Durch den bedauerlichen Tod unseres Freundes Pohle<sup>59</sup> ist die Steuerreformkommission der Fraktion, die ja abgestimmt war – jedenfalls in einem gewissen Umfang, wie weit, weiß ich nicht – mit der Partei, im Augenblick ohne Vorsitzenden. Da es auch eine Sache der Partei ist, sollten wir vielleicht darüber nachher auch noch in einen kurzen Gedankenaustausch eintreten, daß wir diese Kommission jetzt brauchen, weil dieser Zusammenhang zweifellos besteht, auf den Herr Kollege Kohl hingewiesen hat. Nur kommt das einige Wochen später auf uns zu als die andere Frage, um die es jetzt geht.

*Kiesinger:* Zunächst mal, ein Beschluß für den Hausgebrauch ist natürlich gleichzeitig auch ein Beschluß für die Öffentlichkeit. Das war auch heute früh mein Bedenken gegenüber einer Formulierung. Sie hatten daran gedacht, wenn ich Sie recht verstanden habe, diesen internen Beschluß einer gewissen Anzahl von Adressaten zuzuleiten. Damit ist er in der Öffentlichkeit, genauso wie das andere auch. Das ist zu bedenken. Und ich frage mich, ob das angesichts des Kreises, der hier versammelt ist, notwendig ist. Hier sind alle versammelt, oder, soweit ich es sehe, so viele versammelt, die in den Ländern ihren Freunden diese Überlegungen sagen können. Deswegen würde ich dazu raten, daß wir dies zwar jetzt so zur Kenntnis nehmen, aber im übrigen keinen formulierten Text verteilen.

*Kohl:* Herr Stoltenberg, damit das noch einmal ganz klar ist. Ich spreche jetzt zu diesem hausinternen Text. Ich bin natürlich für die 10 %, aber ich habe zur Kenntnis genommen, daß dies die Haltung der Länder ist, aber nicht die Haltung der CDU Deutschlands. Dies glaube ich nicht aufgrund meiner Erfahrungen und aufgrund der Einlassung des von der Bundestagsfraktion heute früh hier entsandten zuständigen Mannes, des Kollegen Leicht. Das ist der erste Punkt. Was ich befürchte, ist, daß wir jetzt gewaltige Schwüre schwören, wir machen das so, und wenn es zum Schwur kommt, fallen wir auseinander an einem Punkt, wo wir ganz schlecht aussehen, wenn die Länder und die Bundestagsfraktion – das ist genau unser Problem vom ganzen Tag – mit zwei Zungen reden. Ich bin durchaus für die 10 %, wenn wir sie kriegen können, ich glaube es bloß nicht. Das ist der erste Punkt.

---

59 Pohle war am 27. August 1971 verstorben. – Dr. Wolfgang Pohle (1903–1971), Jurist; 1965–1971 Vorsitzender des Arbeitskreises Haushalt, Finanzen, Steuern der CDU/CSU-Fraktion. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 829 Anm. 51.

Und dann ist da noch eine Sache. Ich habe heute früh, das findet sich auch jetzt wieder, für eine kritische Distanz zur Steuererhöhung plädiert. Wir kommen natürlich in einen teuflischen Zugzwang, wenn etwa – lassen Sie mich mal das durchspielen, von der kulturpolitischen Relevanz der Sache will ich jetzt gar nicht reden, das ist rein finanzpolitisch gesehen – der Herr Schiller uns sagen würde: „Gut, angesichts der gigantischen Bildungsaufgaben kriegt Ihr die zehn Punkte, aber ich muß ja auch leben. Folglich werde ich dann bei den Bundessteuern die Leute zur Ader lassen.“ Das macht sich dann natürlich ganz toll, wenn wir die 10 % einstecken, wenn aber gegen die Steuererhöhung die Bundestagsfraktion und Bundesratsgruppe der CDU/CSU bei den Bundessteuern sagen: „Da kriegst Du nichts“. Das wirkt in der Öffentlichkeit, das muß man doch mal sehen, nicht überzeugend, daß man mit der einen Hand nimmt, und die andere in die Tasche steckt und sagt: „Geht uns nichts an.“

*Stoltenberg:* Das ist durch den Text gedeckt. Eine endgültige Meinungsbildung soll im Zusammenhang mit der noch ausstehenden Sachfrage und den strukturellen Fragen noch erfolgen. Genau das ist es, was ich will.

*Kohl:* Also, wenn wir uns klar sind und das noch irgendwo in diese Protokollnotiz für den internen Gebrauch reinkommt, daß die Erhöhung des Bund-Länder-Anteils, was auch die Gemeinden mit beinhaltet, in einer Relevanz steht zu einer möglichen Diskussion um Erhöhung der Bundessteuer, bin ich einverstanden. Es ist natürlich sehr schwer, über einen Text zu reden, den man nicht hat.

*Kiesinger:* Lesen Sie ihn laut vor, Herr Stoltenberg, damit die anderen wissen ...

*Stoltenberg:* Ihrem Wunsch ist, glaube ich, entsprochen durch den letzten Satz. Da heißt es nämlich zur Frage der Steuererhöhung: „Eine endgültige Meinungsbildung soll im Zusammenhang mit der noch ausstehenden Sachplanung der Bundesregierung und den Verhandlungen über eine strukturelle Verbesserung der Finanzen von Ländern und Gemeinden erfolgen.“ Das heißt, dieser Zusammenhang ist natürlich vorhanden, auf den Sie hinweisen, das ist der Sinn dieses Satzes, diesen Zusammenhang herauszustellen und uns je nach dem Verhalten der Bundesregierung gegenüber Länder und Gemeinden, aber natürlich auch der konjunkturpolitischen Entwicklung der nächsten fünf Monate eine Meinungsbildung zu ermöglichen. Das ist der Sinn.

*Kiesinger:* Gut, meine Damen und Herren, ich glaube, wir sollten so verfahren, wie ich vorgeschlagen habe, also diesen Text nun nicht an eine große Anzahl von Personen herausgeben. Die, die hier sind, wissen, was wir für eine Meinung uns dazu gebildet haben, welchen Gedankenaustausch wir gepflogen haben, und die können das dann zuhause den Zuständigen sagen. Lassen wir es also dabei. Dann ist es so beschlossen. Jetzt zum zweiten.

*Stoltenberg:* Im zweiten Teil möchte ich nur ein Versäumnis nachholen. Herr Kollege Barzel hat den Punkt 5 dieser schriftlich verteilten EntschlieÙung angesprochen. Da wollen wir in der Tat, Herr Kollege Schäfer und ich haben uns noch einmal unterhalten, auf seinen Vorschlag hin etwas anders formulieren, und zwar den zweiten Satz folgendermaßen: Man könnte jetzt das „erkennbar“ streichen nach der Ankündigung von Herrn Schiller. „Die erkennbare Absicht der SPD/FDP, durch massive Steuererhöhungen zur Finanzierung der Inflationsfolgen zu gelangen, erhöht in der jetzigen



Konjunkturlage das Risiko, daß sich der Preisauftrieb weiter beschleunigt.“ Das ist also der Satz, „daß sich der Preisauftrieb weiter beschleunigt.“ Hier wird auf ein Risiko hingewiesen, aber auch dort halten wir uns ein endgültiges Ermessen mit dieser Formulierung vor.

*Barzel:* Ich würde doch sehr herzlich bitten, die Sache nicht so zu formulieren, denn das bedeutet natürlich, daß wir für Steuererhöhungen sind. Sie müssen das nur vernünftig begründen und vorlegen. Das ist unsere Politik. Aber die kann man auch ganz anders formulieren. Ich habe hier eine Formulierung, die ich vorlegen und auch mir zu eigen machen möchte, weil es nach den Lektionen, die wir in der vergangenen Woche alle erhalten haben, jetzt eine Kooperation und vorzeitige Information auch mit der CSU gegeben hat. Der Kollege Strauß bittet uns also hierzu wie folgt zu formulieren:

„Die CDU lehnt hiernach die von der Bundesregierung jetzt in Aussicht genommenen Steuererhöhungen ab, weil ihnen eine nach Prioritäten geordnete Rangfolge der öffentlichen Aufgabenerfüllung ebensowenig zugrunde liegt wie eine mit den Ländern und Gemeinden abgestimmte Konzeption über die Befriedigung des gesamtstaatlichen Bedarfs, weil sie letztlich nur zur Kaschierung der Folgen der Inflation und zur Befriedigung des Ehrgeizes einzelner Ressortminister dienen, weil zudem diese keine Rücksicht auf die für 1974 vorgesehene Steuerreform nehmen und die ohnehin in jeder Hinsicht bestehende Unausgewogenheit der gegenwärtigen Regierungskonzeption vergrößern.“

Diese Formulierung ist politisch. Sie stellt das Nein nach vorne, ist aber bereit, sich überzeugen zu lassen, wenn die Prioritäten usw. sich ändern. Das heißt, die Politik ist die gleiche, die Formulierung ist nur politisch schärfer. So verstehe ich das jetzt. Das wollte ich in die Debatte einbringen.

*Kohl:* Ich habe dazu nur die eine Anmerkung zu machen. Ich denke an die CDU- und CSU-Finanzminister, die in den nächsten vier Wochen vor ihren Landtagen stehen und den Etat 1972 oder gar 1972/73 einzubringen haben. Ich denke an die CDU/CSU Ministerpräsidenten, die danach gefragt werden. Ich blende zurück auf die Diskussion eben hier mit Stoltenberg an dem Punkt, und ich blicke jetzt mal in die Zukunft: Die Formulierung „jetzige“ ist der einzige Aufhänger, den wir dann später vorweisen können. Ich bin nicht für Steuererhöhungen in der konkreten Situation. Aber der Nagel sitzt so tief in der Wand, daß ich jeden bedauere, der ihn in absehbarer Zeit rausziehen muß. Denn der wird sich dabei die Zähne ausbeißen, und er wird zumindest eine Schramme dabei erleiden. Ich habe durchaus Verständnis für diese Haltung ... (*Kiesinger:* Dazu nimmt man eine Zange.) Mein Hinweis ist schlicht und einfach: Wir kriegen ja diesen Bundesetat in den Bundestag und kriegen ihn in den Bundesrat. Und ich sehe schon den Veitstanz, den wir da aufführen, mit der Erfüllung des persönlichen Ehrgeizes ist es so eine Sache. Da steht Herr Stoltenberg an, oder der Kollege Alfons Goppel für den Bayerischen Wald, und wollen die Infrastrukturpolitik dort fortsetzen, und da sagt uns der Schorsch Leber<sup>60</sup> dann beim Straßenbau, ja, das ist eine Befriedi-

---

60 Georg Leber (geb. 1920), Bauarbeiter, Gewerkschafter; 1966–1972 Bundesminister für Verkehr (SPD). Vgl. Protokolle 5 S. 631 Anm. 58.

gung von meinem persönlichen Ehrgeiz – ist es nicht! Ich habe durchaus Verständnis für eine kampfbetone Formulierung. Wer mich kennt, weiß das. Nur die Formulierung muß so lange halten, bis es die Leute vergessen haben. Das hält nicht so lange.

*Barzel:* Ich weiß doch, wenn wir von 1 bis 4 sagen und eben dem intern zustimmen, dann weiß doch jeder, wo die Kinder herkommen. Aber dies scheint mir zu sehr „Kommt nu mal rüber und versucht uns zu überzeugen.“ Das geht mir zu weit.

*Stoltenberg:* Es würde heißen „Die erkennbare Absicht der SPD“, oder, das wäre besser, „Die Absicht der SPD/FDP durch massive Steuererhöhungen zur Finanzierung der Inflationsfolgen zu gelangen, erhöht in der jetzigen Konjunkturlage das Risiko, daß sich der Preisauftrieb weiter beschleunigt.“ Das wird als eine kritische Distanzierung angesehen. Es kommt dann der Satz „Wir können das erst beurteilen in Verbindung mit den langfristigen Zielen der Steuerreform“. Wir halten uns eine Marge offen. Ich glaube, das reicht, Herr Kollege Barzel. Das andere geht mir auch – offen gesagt – zu weit.

*Barzel:* Die langfristigen Ziele der Steuerreform sind doch nur ein Punkt. Wir wünschen doch auch mittelfristige Finanzplanung und die Zielvorstellungen der Bundesregierung zu kennen. Wir müssen die doch des Bankrotts nun überführen. Das heißt, die Steuererhöhung ist nicht nur zu messen an der Übereinstimmung mit den Zielen der Steuerreform 1974, es ist die langfristige Sachplanung und die mittelfristige Finanzplanung. Einschließlich der Reformen. Das ist das, um was es hier geht. Dann, glaube ich, ist es vernünftig, wenn der erste Satz weg ist ... (*Zwischenruf:* Das andere kann man lassen. Das ist gut so, machen wir es so.) Ich freue mich, daß unser Freund von der CSU, der Generalsekretär, auch zustimmend nickt, ich finde das einen hervorragenden Kompromiß.

*Hahn:* Ich wollte mich unbedingt für die flexiblere Lösung einsetzen, weil sonst tatsächlich die Ausgangslage für die Verhandlungen so schwierig wird. Ich weiß nicht, ob Sie sich darüber im klaren sind, in welcher Situation selbst sogenannte finanzstarke Länder in diesem Augenblick sind. Wir stehen vor der Situation, daß wir vor großen Neubauten stehen, die wir nicht mehr einrichten können, und daß es da Kliniken gibt, die wir stilllegen müssen. Und das geht dann nicht nur auf Kosten des Bundes, sondern auch anderer. Ich bitte das in der kommenden schwierigen Situation wirklich zu berücksichtigen.

*Barzel:* Herr Kollege Hahn, damit wir uns hier ganz verstehen. Wenn es gelingt, durch diese Politik der Bundesregierung einen klaren Prioritätenwechsel abzu erzwingen, dann bedeutet dies politisch, daß sie einige ihrer Zusagen öffentlich in den Wind schreiben muß. Wenn sie dies tut durch eine Prioritätenliste, werden wir nicht die Leute sein, die die als wichtig erkannten Prioritäten deshalb verhindern, weil wir sagen, „Über Steuererhöhungen kann man mit uns nicht reden.“ Aber wir müssen jetzt diese Liste erzwingen. Das ist die Konsequenz der Debatte vor der Kieler Wahl<sup>61</sup>, das ist alles, was ich will, Herr Hahn.

---

61 Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein fand am 25. April 1971 statt. Vgl. Nr. 12 Anm. 3.

*Amrehn:* Keine Änderungen mehr zum Text, aber nach der Erklärung, die der Freund Hahn eben abgegeben hat, möchte ich sagen, daß er sich falsche Hoffnungen machen würde, wenn er glaubte, eine Regierung, die wir morgen stellen, würde das schnell ändern können. Wir können nämlich nicht gleichzeitig einerseits Konjunkturrücklagen machen auf Dauer, und dann das, was damit erreicht werden soll, durch Steuererhöhungen wieder ausgleichen. Dazu wird hier nicht Stellung genommen, aber diese Antwort möchte ich doch gegeben haben.

*Kiesinger:* Meine Damen und Herren, Herr Stoltenberg wird jetzt so liebenswürdig sein, den Text zu verlesen, ich glaube, so können wir ihn akzeptieren.

*Stoltenberg:* „Die Absicht der SPD/FDP, durch massive Steuererhöhungen zur Finanzierung der Inflationsfolgen zu gelangen, erhöht in der jetzigen Konjunkturlage das Risiko, daß sich der Preisauftrieb weiter beschleunigt. Alle steuerpolitischen Überlegungen“ – das ist hier der Satz – „erfordern Klarheit über die langfristigen Ziele der Steuerreform und die mittelfristige Sachplanung.“

*Barzel:* Können wir sagen, „Sach- und Finanzplanung“?

*Stoltenberg:* Ja!

*Kiesinger:* Gut, können wir uns darauf einigen? (*Zwischenruf:* Können wir nicht sagen: Eindeutige Aussage über die Prioritäten der Ausgaben? Ich meine, wenn man das nach draußen gibt, die Leute wissen ja gar nicht, was das immer heißt ...) An sich ist das ja drin. Denn es heißt „Sach- und Finanzplanung“. (*Zwischenruf:* „Prioritäten“, da wissen viele auch nicht, was das ist.) Man kann sagen „Prioritäten“ oder „Rangfolge“? (*Unruhe und Diskussion.* – *Zwischenruf:* Zwischen Steuererhöhung und der Inflation besteht kein zwingender unmittelbarer, kausaler Zusammenhang!) Es heißt nur „erhöht das Risiko“, mehr ist ja nicht gesagt. Also, weiter würde ich auch nicht gehen.

*Hasselmann:* Da wird auf das Beschäftigungsrisiko eingegangen. Ich würde in der Aussage sehr vorsichtig sein. Ich glaube, wir haben schon einmal verwirrt, weil wir im Herbst vorigen Jahres den wirtschaftlichen Niedergang an die Wand gemalt haben. Er ist nicht gekommen. Man sollte das nicht an diesem Punkt dramatisieren, denn das gibt natürlich der Regierung auch wieder die Möglichkeit zu sagen: „Was werden wir hier alles für Mittel brauchen, um dieses Übel abzuwenden.“

*Stoltenberg:* Ja, Herr Hasselmann, es gibt etwas dazu zu sagen. Es gibt jetzt ein paar regionale Erscheinungen, ich halte den Begriff „wachsendes Beschäftigungsrisiko“, verehrter Herr Professor Erhard, nicht für eine Dramatisierung. Sie können sogar Äußerungen auch aus dem Sachverständigengutachten, wenn man mal die ungünstige Alternative nimmt, oder Äußerungen der Bundesregierung in Erinnerung rufen<sup>62</sup>, die das eigentlich noch viel deutlicher sagen. Ich finde, für eine Opposition ist das eine maßvolle Ausdrucksweise.

---

62 Vgl. das Sondergutachten „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage“ des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage vom 24. Mai 1971 (BT-Drs. VI/2230); „Die Welt“ vom 29./30. Mai 1971 „Stellungnahme der Union macht Kritik der Gutachter sichtbar“.

*Tandler*<sup>63</sup>: Entschuldigen Sie, wenn ich als Gast ein paar wenige Worte sagen möchte. Und zwar hätte ich die Bitte, daß in diese Erklärung, die ja eine Erklärung zu den aktuellen wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen sein soll, und meines Erachtens nur dann umfassend ist, wenn noch ein Punkt reinkommt, der sich mit der Situation der Wechselkurse insgesamt befaßt, und zwar in der Richtung, daß die Bundesregierung, sprich Schiller, aufgefordert ist, alsbald alles daran zu setzen, daß in Europa eine Übereinstimmung herbeigeführt wird. Es ist eine Tatsache, daß durch den Beschluß des Mai, die Wechselkurse freizugeben, ein Bruch der kurz vorher getroffenen Vereinbarungen innerhalb der EWG herbeigeführt worden ist.<sup>64</sup> Und das Schillersche Verhalten bei den Konferenzen ist ja allenthalben bekannt. Ich würde schon darum bitten, daß man vom Präsidium der CDU aus auch dazu etwas sagt.

*Stoltenberg*: Ich bin absolut damit einverstanden, daß man das tut. Ich habe bewußt auf die binnenwirtschaftliche Seite abgestellt, weil zunächst die in einer Formulierung etwas kontroverse Erklärung vom letzten Mal, und die Erklärung des Kollegen Barzel das behandelt hatte, aber ich habe nichts dagegen.

*Tandler*: Das will ich vielleicht noch mal verdeutlichen für die Damen und Herren, die es vielleicht nicht ganz verfolgt haben: So kontrovers war die Sache ja an sich nicht. Strauß hat festgelegt oder festgestellt, daß weder die eine Regelung sämtliche Vorteile in sich hat, noch die andere. Ich kenne die Erklärung des Präsidiums der CDU nicht genau, ich war im Urlaub in der Zeit, ich habe das immer in der Presse verfolgen können. Aber vielleicht könnte man das dann noch etwas klarstellen. (*Unruhe*.)

*Barzel*: Wir sollten weitere Debatten vermeiden, und das ist auch eine Bitte an den Herrn Generalsekretär der CSU, der diese Debatte noch einmal aufwirft. Sie war nicht schön, wir haben sie aber dann doch ganz gut beendet durch einen Text, dem vorher die Kollegen Schäfer und auch der Kollege Strauß zugestimmt hatten. In der Fraktion fühlten sich viele übergangen. So einen Satz könnten wir sagen und deutlich machen, daß da auch ein Problem ist. Aber schauen Sie, dann müßten wir natürlich auch uns zu einem anderen Punkt äußern, damit wir vollständig sein wollen. Wir sind uns einig, das eine ist Haushalts- und Steuerpolitik, das dritte ist die Außenwirtschaft, und das zweite natürlich die Spanne zwischen Produktivitätszuwachs und Lohnerhöhung. Wir haben jetzt das Fünffache an Lohnerhöhung gegenüber der Produktivität. Dann müßten wir auch, wenn wir vollständig sein würden, einen Appell an die Tarifpartner richten. Dann wird die Sache rund. Aber vielleicht läßt sich dann, wenn man das alles nicht will, ein Vorspann machen mit einem Satz, daß wir jetzt nur zu dem binnenwirtschaft-

---

63 Gerold Tandler (geb. 1936), Bankkaufmann; 1956 JU und CSU, 1957–1962 Kreisvorsitzender der JU Altötting, 1961–1971 Bezirksvorsitzender der JU Oberbayern, 1970–1991 MdL Bayern, 1971–1978 und 1983–1988 Generalsekretär der CSU, 1978–1982 bayerischer Staatsminister des Innern, 1988 für Wirtschaft, 1988–1990 der Finanzen, 1989–1994 stv. Vorsitzender der CSU.

64 Das Bundeskabinett beschloß am 9. Mai 1971 ein außen- und binnenwirtschaftliches Stabilisierungsprogramm, vgl. BULLETIN Nr. 70 vom 11. Mai 1971 S. 709f.; „Stuttgarter Zeitung“ vom 7. Mai 1971 „Bewußtes Risiko für die Vollbeschäftigung?“.

lichen Teil öffentlich Stellung nehmen. Dann würde ich das für richtig halten. Sonst müßte man einen Satz machen über europäische Solidarität und einen Appell an die Tarifpartner, sonst ist die Sache nicht rund.

*Tandler:* Es geht vielleicht hier doch gegen Schiller, der sich jetzt hinstellt und sagt: „Wir haben doch alles getan, um die deutsche Wirtschaft vor irgendwelchen negativen Folgen zu schützen, indem wir im Mai die Wechselkurse freigegeben haben.“ Der gilt im Moment als der Wirtschaftswundermann in bestimmten Bereichen und wird von der Hofpresse auch entsprechend hochgejubelt. Und diese Tendenz wird sich in der nächsten Zeit noch verstärken, wenn wir den politischen Punkt nicht herausarbeiten, daß hier zugunsten einer nationalen Lösung die Übereinstimmung mit Europa praktisch geopfert worden ist. Und das müßte in diesem Papier verdeutlicht werden.

*Barzel:* Wir haben das bereits im August erklärt.<sup>65</sup> Also für die Bundesregierung besteht nach wie vor kein Anlaß, nicht zuletzt infolge des bedauerlichen Mangels an europäischem Gemeinschaftsgeist, die mißliche Lage zu beschönigen. Die Selbstgefälligkeit, mit der die Bundesregierung in dieser ökonomisch wie politisch schwierigen Situation reagiert, entspricht keineswegs dem Ernst der Lage. Wenn wir das aufgreifen, müssen wir noch viel dazu sagen.

*Kiesinger:* Ich würde auch meinen, wir sollten jetzt das Papier damit heute nicht in Anspruch nehmen. In der Sache sind wir uns einig. Aber wenn man dazu etwas sagt, dann muß das schon ausführlich werden. Damit die Leute das auch verstehen.

*Tandler:* Ich habe den Eindruck, die Leute verstehen das viel besser, als wir gemeinhin glauben, weil das genau das Thema ist, mit dem sich letztlich jeder beschäftigt.

*Stoltenberg:* Also ich würde mal einen Vorschlag machen. Herr Kollege Tandler, ich habe nichts dagegen. Nur, wenn wir ein, zwei Sätze jetzt formulieren, die nichts neues sagen, wird das nicht beachtet. Wenn man es also sozusagen weiterführen will, müßte jemand aus unserem Kreis, der Fraktionsvorsitzende, der Parteivorsitzende, Generalsekretär, wer immer, Herr Kollege Schäfer, einen sorgfältig vorbereiteten, natürlich abgestimmten Artikel veröffentlichen, wo noch mal dieses ganze Thema der politischen, europäischen Dimension, auf das es Ihnen zu Recht ankommt, etwas qualifiziert dargestellt wird. Ich muß Ihnen offen sagen, mit ein, zwei Sätzen jetzt hier werden Sie nicht viel Interesse erwecken, und wir halten uns nur auf, wenn wir noch hier formulieren. Vielleicht dürfen wir Ihren Vorschlag in dieser Form aufnehmen, daß wir einen der dafür geeigneten, führenden Politiker der Union bitten, in einigen Tagen bei einem gesonderten Beitrag dazu noch zu formulieren.

*Kiesinger:* Wollen wir so verfahren? Punkt 3 der Tagesordnung: „Vorbereitung des Parteitages“. Ich bitte den Herrn Generalsekretär dazu.

---

65 Erklärung des CDU-Präsidiums am 24. August 1971, vgl. DUD Nr. 161 vom 25. August 1971 S. 2–4. Vgl. auch die Ausarbeitung der Abteilung III der Bundesgeschäftsstelle „Zur Lage der Weltwirtschaft nach der Wirtschafts- und Währungspolitik der Bundesrepublik nach dem 15. August 1971“ vom 24. August 1971 (ACDP Dokumentation 2/204).

VORBEREITUNG DES PARTEITAGS

*Heck:* Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, die Anlage 1a<sup>66</sup> zur Hand zu nehmen. Ich möchte vorweg nur bemerken, die Punkte, die hier aufgeführt sind, sind lediglich eine Aufzählung der Punkte, die auf dem Parteitag behandelt werden müssen. Es ist kein Vorschlag für die Reihenfolge. Über die Reihenfolge muß hier teilweise Beschluß gefaßt werden. Ich möchte als Zweites bemerken, das muß vorweg geklärt werden, ob der Vorsitzende die Eröffnung dazu benützen will, eine größere Ansprache zu halten, weil es sicher so sein wird, daß der scheidende Parteivorsitzende und der neugewählte Schlußworte sprechen. Aber hier ist daran gedacht, daß natürlich das Wort in größerem Umfang der neugewählte haben muß. Deswegen ist zu klären, ob es nicht richtiger wäre, daß der Vorsitzende zwar eröffnet, dann die Konstituierung kommt und dann der Vorsitzende, wie das früher eigentlich oft der Fall war, das Wort ergreift und in der Eröffnungsveranstaltung seine Rede hält. Das sollte vorweg geklärt werden.

*Kiesinger:* Darf ich gleich etwas dazu sagen. Ich glaube, wenn ich etwas sage, dann muß ich das an der Stelle sagen. Nachher, nach der Wahl, gehört das Wort dem Gewählten. Dann kann allenfalls der alte einen Händedruck und einen Glückwunsch aussprechen. Ich habe persönlich nie daran gedacht, eine Riesenrede zu halten, auch nicht bloß ein Grußwort, ein Eröffnungswort zur Not schon, etwas, was man geziemender Weise bei einem solchen Anlaß, bei einer solchen Gelegenheit, sagt. Ohne daß man also nun die Spannung des Parteitages, die natürlich vorhanden sein wird, über Gebühr strapaziert. Das war meine Vorstellung. Ich glaube, daß das das richtige Verfahren ist.

*Heck:* Ich schlage dann vor, daß wir die Punkte der Tagesordnung der Reihe nach jetzt behandeln, und am Schluß festsetzen, wie die Berichte verteilt werden. Denn es ist nicht möglich, daß diese Reden alle hintereinander gehalten werden können. Eröffnung durch den Vorsitzenden ist klar. Zweitens, Wahl des Tagungspräsidiums. Ich bitte Sie, dazu die Anlage 1c zur Hand zu nehmen. Nein, Anlage 3a. Also, hier hat die Geschäftsstelle einen Vorschlag ausgearbeitet, der einigermaßen berücksichtigt, daß alle Landesverbände vertreten sind.

*Echternach:* Es ist bisher so gewesen, daß dem Tagungspräsidium ein aktives Mitglied der Jungen Union angehört. Ich weiß nicht, warum das entfallen ist. (*Unruhe und Diskussion.*)

*Kraske:* Ich würde vorschlagen, falls das nicht schon geschehen ist, daß man mit Herrn Müller-Hermann spricht, ob es sich nicht empfiehlt, womöglich an seiner Stelle Herrn Carstens zu nehmen. Das ist ja kein bedeutender Beitrag zu seinem Wahlkampf, aber er kommt im Präsidium eher noch mal ins Fernsehen, als wenn er unter den Delegierten sitzt, und das ist für einen Spitzenkandidaten wenigstens noch eine kleine Unterstützung.

---

66 Anlagen in ACDP 07-001-715.

*Heck:* Vielleicht sollte man doch die erste Frage klären. Also, wir sind davon ausgegangen, daß die Junge Union mit Herrn Seiters vertreten wäre. Wenn das nicht der Fall ist, dann muß das berücksichtigt werden. Zum Vorschlag von Herrn Kraske muß ich sagen, daß Herr Müller-Hermann mir ausdrücklich mitgeteilt hat, daß er Wert darauf legt, im Präsidium zu sein. (*Unruhe*)

*Kiesinger:* Meine Damen und Herren, die eine Frage ist geklärt, ein Vertreter der Jungen Union ist drin, wenn Herr Seiters dafür nicht in Frage kommt, dann muß das ein anderer sein. Vorschlag? (*Zwischenruf:* Pfeifer<sup>67</sup>, Vorsitzender in Baden-Württemberg, Mitglied der Bundestagsfraktion, oder Herr Neumann<sup>68</sup>. – *Starke Unruhe und Diskussion.*)

*Heck:* Augenblick. Wenn anstelle von Seiters nun Herr Pfeifer kommt, dann müßte Niedersachsen anstelle von Herrn Seiters einen neuen Vorschlag machen.

*Kohl:* Dann macht doch Seiters Niedersachsen, und der Pfeifer den anderen. Das ist doch die einfachste Sache von der Welt. (*Unruhe*)

*Heck:* Pfeifer? Einverstanden? Zum Thema Grußworte ist nicht viel zu sagen. Wir werden uns bemühen, daß die Grußworte der Länge nach einigermaßen im Rahmen bleiben. Aber hier bleibt es häufig beim Bemühen. Wir übersehen noch nicht, wer von den ausländischen Gästen kommt, aber es wird so sein, daß einer für die christlich-demokratischen Parteien sprechen wird und einer für die Konservativen. Das haben wir das letzte Mal so gehalten. Und dann kann doch sein, daß der Präsident der EUCD kommt, Herr Rumor<sup>69</sup>. Wenn er kommt, wird man ihm das Wort geben müssen. (*Unruhe und Diskussion.* – *Kohl:* Also, das scheint mir wirklich sinnvoll zu sein.)

*Heck:* Ziffer 4, Beschlußfassung über die Tagesordnung. Das brauchen wir hier nicht zu behandeln. Dann Wahl der Antragskommission. Dafür gilt die Anlage, die haben wir noch nicht. Vielleicht kann Herr Göb mündlich vortragen.

*Göb:* Wir würden vorschlagen Herrn Dr. Heck als Vorsitzenden, Herrn Dr. Göb als stellvertretenden Vorsitzenden, Professor Mikat, Friedrich Vogel, Dr. Kraske, Frau Griesinger, Dr. Schwarz-Schilling und Herrn Bilke von der Bundesgeschäftsstelle.

*Heck:* Also, da muß ich eines fragen. Soweit ich informiert bin, ist Frau Griesinger keine Delegierte. Dann wird es etwas schwierig. (*Zwischenruf:* Ist sie Delegierte?)

---

67 Anton Pfeifer (geb. 1937), Jurist; 1959 CDU, 1965–1969 persönlicher Referent von Wilhelm Hahn, 1967–1972 Landesvorsitzender der JU Baden-Württemberg, 1969–2002 MdB, 1982–1987 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und 1987–1991 beim Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, seit 1989 stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 1991–1998 Staatsminister im Bundeskanzleramt.

68 Bernd Neumann (geb. 1942), Lehrer; 1962 CDU, 1967–1973 Landesvorsitzender der JU Bremen, 1969–1973 Mitglied des Bundesvorstands der JU, 1971–1987 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, seit 1975 Mitglied des CDU-Bundesvorstands, seit 1979 Landesvorsitzender der CDU Bremen, seit 1987 MdB, 1991–1998 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, seit 2005 Staatsminister im Bundeskanzleramt (Beauftragter für Kultur und Medien).

69 Mariano Rumor war von 1965 bis 1973 Präsident der EUCD.

*Hasselmann:* Darf ich den Vorschlag machen, daß unser Generalsekretär, Herr Haaßengier<sup>70</sup> da reinkommt, der Jurist ist.

*Kohl:* Herr Hasselmann, der ist in der nächsten Kommission laut Papier.

*Kiesinger:* Darf ich es noch mal hören bitte.

*Göb:* Herr Dr. Heck, Herr Dr. Göb, Professor Mikat, Herr Vogel, Dr. Kraske, Frau Griesinger, die wollen wir dann nun austauschen, Dr. Schwarz-Schilling und Herrn Bilke von der Geschäftsführung.

*Kohl:* Herrn Haaßengier noch dazu? (*Unruhe und Diskussion.*)

*Kiesinger:* Wir müssen unbedingt vorsorgen. Berlin ist ein Thema, das sehr gut drankommen kann, und dann würde ich allerdings auch Herrn Lorenz vorschlagen.

*Hasselmann:* Wobei zu sehen ist, daß diesmal nach der Verfahrensordnung, die wir Ihnen ja immerhin kurz auch vorgelegt haben, die Antragskommission kein eigenes Antragsrecht mehr haben wird, sondern eine Redaktionskommission sein soll. Also nicht wie auf dem Düsseldorfer Parteitag. (*Zwischenruf:* Also Lorenz dazu. – *Diskussion.*)

*Heck:* So, kann es dann dabei bleiben? Nächster Punkt. Wahl der Mandatsprüfungskommission. Das ist die Anlage 3c, hier André<sup>71</sup> als Vorsitzender, dann Herr Haaßengier, Herr Krakow<sup>72</sup> und Herr Meyer<sup>73</sup> von der Bundesgeschäftsstelle. Dann Wahl der Stimmzählkommission. Das ist die Anlage 3d. Ich glaube, die Namen brauchen nicht verlesen zu werden. Dann Bericht des Generalsekretärs. Rede des ersten Vorsitzenden, die wird als erste kommen. Wie gesagt, wie die eingeordnet werden, wollen wir am Schluß behandeln. Bericht der Bundestagsfraktion.

*Blüm:* Ich sehe, daß im Mittelpunkt des Parteitages, und darauf wird sich das ganze Interesse richten, die Wahlen stehen werden. Nun sind die Wahlen ja sicherlich nicht, ich hoffe es jedenfalls nicht, das Ergebnis von persönlichen Sympathien und Antipathien, sondern zur Diskussion stehen doch verschiedene Konzepte. Ich finde, Reden müssen dafür Gelegenheit sein, daß die Parteitagsdelegierten aus erster Hand die Darstellung der verschiedenen Vorstellungen der Kandidaten von der Parteiarbeit, von

---

70 Dieter Haaßengier (geb. 1934), Jurist; 1965–1968 persönlicher Referent des Kultusministers Richard Langeheine, 1968–1976 und 1981/82 Generalsekretär der CDU Niedersachsen, 1970–1976 MdL Niedersachsen, 1986–1988 Staatssekretär im Innenministerium Niedersachsen, 1989/90 Staatssekretär im Kultusministerium.

71 Helmut André (geb. 1915), Lehrer; Ministerialrat im saarländischen Innenministerium, 1956–1972 Landesgeschäftsführer der CDU Saar.

72 Karl Ludwig Krakow (geb. 1940), wissenschaftlicher Mitarbeiter; 1967/68 persönlicher Referent des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Meyers, 1969/70 Konrad-Adenauer-Stiftung (1970 stv. Leiter des Wissenschaftlichen Instituts), 1970–1974 CDU-Bundesgeschäftsstelle (ab 1972 Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit), 1971–1973 Landesgeschäftsführer der CDU Hamburg, 1972–1979 Vorsitzender des CDU-Stadtverbands Rheinbach.

73 Günter Meyer (geb. 1935), Philologe; 1970 Gruppenleiter, 1971 Abteilungsleiter und 1974–1978 Hauptabteilungsleiter Organisation in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1978–1987 Landesgeschäftsführer der CDU Westfalen-Lippe, 1988–1990 Leiter der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. in Wien, 1990–1999 Chef der Staatskanzlei Sachsen sowie 1997–1999 Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten.



der Arbeit des Wahlkampfes erhalten. Es ist schlechter Stil, wenn das der Delegierte nur über die Zeitungen erfährt. Das ist ein Gesichtspunkt. Zum anderen meine ich, wie immer die Wahl ausgeht, es dürften nach keiner Seite hin Vorbehalte zurückbleiben. Aus diesem Grunde müßte es für alle Kandidaten so etwas wie Chancengleichheit geben. Ich glaube, es ist auch im Interesse von Herrn Barzel im Hinblick darauf, daß wir eine Wahl hinter uns bringen müssen, keine Vorbehalte zu haben. Ich habe also zwei Anliegen: Einmal, daß das Konzept der Kandidaten auf dem Parteitag vorgetragen wird, und zum anderen dann die Chancengleichheit.

*Barzel:* Ich möchte nur zum letzten Punkt mitteilen, daß ich in einer Sitzung des Präsidiums von mir aus gesagt habe, ich wünschte Chancengleichheit für alle Kandidaten und empfehle deshalb, die mündliche Ergänzung des schriftlichen Berichts des Fraktionsvorsitzenden hinter die Wahl zu nehmen. Weil mir das natürlich sonst möglicherweise einen Platzvorteil einräumt, den ich nicht zu haben gedenke. In der anderen Frage müssen wir uns überlegen, daß die Satzung vorschreibt, daß natürlich Wahl ohne Aussprache stattfindet. (*Unruhe.*)

*Köppler:* Ich meine, wir sind jetzt dabei, uns zu verständigen, wie möglicherweise oder wie optimal der Ablauf sein sollte. Etwas, was Herr Dr. Heck eigentlich als zweiten Schritt vorgeschlagen hat, dann, wenn die Pakete verteilt werden. Aber die Frage, die Herr Blüm angeschnitten hat, führt eigentlich in diese Debatte rein. Wir sollten uns darüber verständigen, ob wir das jetzt klären oder erst die Liste durchgehen, um dann die Verteilung, oder wenn Sie so wollen, die Dramaturgie dieses Parteitages, so weit das möglich ist, vorzuüberlegen.

*Heck:* Ich schlage vor, daß wir einfach den technischen Teil, die Liste erledigen, und uns dann diesem politischen Punkt zuwenden.

*Kiesinger:* Augenblick mal, Herr Blüm, dann müssen wir ja schon hier einsetzen, eben hat Dr. Barzel eine sehr interessante Anregung gegeben. Das bedeutet, daß wir dann den Bericht des Fraktionsvorsitzenden hinter die Wahlen stellen sollten. (*Zwischenruf:* Genau das ist das Problem der Verteilung, was sich nicht nur an dieser Stelle ergibt, sondern eben insgesamt angesehen wird.) Also gut, einverstanden, wenn das nicht jetzt gleich eine Festlegung der Reihenfolge bedeuten soll.

*Heck:* Dann Bericht der Mandatsprüfungskommission. Das ist erledigt. Bericht des Bundesschatzmeisters.

*Schmücker:* In Übereinstimmung mit dem Generalsekretär bitte ich um die Zustimmung zu folgendem Vorschlag. Wir haben die Rechenschaftsberichte für 1968 und 1969, die vom Wirtschaftsprüfer geprüft sind, hier ordnungsgemäß verabschiedet. Sie sind den Rechnungsprüfern zugestellt. Nach der Satzung müßten wir nach Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer zur Kenntnisnahme den Rechnungsprüfern die Rechenschaftsberichte zustellen. Der Rechenschaftsbericht 1970, den wir zweckmäßigerweise noch mit verabschieden sollten – wir haben schon zwei, es werden aber drei sein – liegt aber noch beim Wirtschaftsprüfer. Jetzt bitte ich um die Genehmigung, daß, wenn er kommt, wir sie den Rechnungsprüfern zustellen und dann danach den Vorstand auf den Parteitag oder im Umlaufverfahren unterrichten. Dann können wir nämlich alle drei Berichte in einem erledigen. Das wäre doch zweckmäßig.

*Kiesinger:* Einverständnis mit diesem Vorschlag? Das ist der Fall.

*Stoltenberg:* Die Finanzlage der Partei ist schwierig, Kollege Schmücker hat uns ja mal eine Aufzeichnung geschickt über eine Reihe von internen Vorgängen, die auch diese Schwierigkeiten z. T. begründen. Ich könnte mir vorstellen, daß es also gleich der Wunsch des Schatzmeisters, vielleicht auch der Wunsch der einen oder des anderen Delegierten, ist, ausführlich über die Gründe für diese Schwierigkeiten zu sprechen. Ich würde persönlich dennoch empfehlen, sowohl den Bericht wie auch eventuelle Anfragen, das kann man in den Landesverbänden vorher besprechen, zu reduzieren. Wir haben kein Interesse daran, daß es für das Präsidium – und wir alle haben ja eine gewisse Mitverantwortung, der Schatzmeister und das Präsidium, sei es auf dem Wege der Anfrage vor der Öffentlichkeit und der Presse – eine Debatte über die Finanzprobleme gibt, die man eben doch bei der Art unserer Finanzsituation und auch den Problemen der Finanzierung woanders führen muß. Ich sage das ausdrücklich hier, weil es wichtig ist für die Vorerörterung auch im Kreis der Delegierten.

*Schmücker:* Vielleicht sind Sie einverstanden, daß ich hier noch mitteile, daß wir gestern eine Besprechung zur Konrad-Adenauer-Haus GmbH gehabt haben, und daß sich die Herren Jahn<sup>74</sup> von der Commerzbank und Herr Lipfert<sup>75</sup> vom Sparkassenverband bereiterklärt haben, voll mitzuarbeiten. Sie haben unsere Sachargumente akzeptiert. Wir unsererseits müssen zugeben, daß einige Formulierungen mißlich waren. Es wird der Prospekt überarbeitet. Wir legen aber Wert auf die Feststellung, daß einstimmig dem Konzept zugestimmt worden ist.

*Heck:* Ziffer 13, Bericht der Rechnungsprüfer, das sind die Gewählten, es werden auf dem Parteitag die Rechnungsprüfer für das nächste Jahr neu gewählt. Dann Entlastung des Bundesvorstandes, Beschlußfassung über Änderungsanträge zum Statut. Das ist die Anlage. (*Diskussion.*)

Einer ist, ob nur Deutsche Mitglieder der CDU sein können oder auch Ausländer. Die Anregung kommt aus Nordrhein-Westfalen, und dort gibt es einen Kreisverband, der das angeregt hat, das hat der Landesverband aufgenommen. Die können ihre Satzung aber nur ändern, wenn die Bundessatzung etwas Derartiges vorsieht. In unserer Satzung steht nur: „Jeder Deutsche kann“, wir müßten das also ändern. Wir haben Ihnen dazu ja auch eine ausführliche Vorlage gemacht. Das obliegt nun dem Bundesvorstand, einen entsprechenden Antrag zu stellen oder ihn abzulehnen und zu sagen, es bleibt bei der bisherigen Regelung. Die SPD hat die Möglichkeit. (*Kiesinger:* Ich würde mal sagen, daß wir das mal einen Augenblick zurückstellen.) Daß wir die Anträge am Schluß behandeln? (*Kiesinger:* Ich würde zunächst mal von dieser sehr heik-

---

74 Dr. Wolfgang Jahn (geb. 1918), Diplom-Volkswirt; Mitglied des Vorstandes der Commerzbank AG, stv. Vorsitzendes des Beirates der Baukommission für das Konrad-Adenauer-Haus, 1984–1996 Schatzmeister der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

75 Dr. Helmut Lipfert (geb. 1924), Wirtschaftswissenschaftler, Professor für Bankbetriebslehre; 1950–1958 Tätigkeit in einer Privatbank, 1960–1966 o. Professor an der TH Darmstadt und der Universität Hamburg (1962), ab 1966 Vorstandsmitglied der Rheinischen Girozentrale und Provinzialbank sowie 1966–1974 der Westdeutschen Landesbank, Mitglied des Beirates der Baukommission für das Konrad-Adenauer-Haus.

len Sache ...) Es kommt auch der Antrag, dafür zu sorgen, daß sämtliche Kreisverbände einen Delegierten zum Parteitag stellen, darüber müßten wir uns auch eine Meinung bilden. Dann kommt Beschlußfassung über die Beitragsstaffel. Hier liegt ein Vorschlag vor der Finanzkommission. Das ist die Anlage 4. Das heißt, die Ziffer 1, ich lese es kurz vor: „Jedes Mitglied der Partei hat einen regelmäßigen Beitrag zu entrichten. Der Grundbetrag beträgt 3,00 DM monatlich. Drittens, der Mitgliederbeitrag richtet sich nach dem Einkommen des Mitgliedes. Für die Festsetzung der Beitragshöhe dienen folgende Richtlinien zur Selbsteinschätzung: Der Mitgliederbeitrag erhöht sich jeweils um 5,00 DM für jede angefangene 500 DM über 1.000 DM Monatseinkommen hinaus. Viertens, bei der Festsetzung des Monatsbeitrages kann sozialen Gesichtspunkten und dem Familienstand Rechnung getragen werden. Für Mandats- und Amtsträger besteht zusätzlich eine besondere Regelung.“ Dann kommt Ziffer 17, Beschlußfassung über den Beitrag.

*Rollmann:* Ich möchte anregen die Formulierung „Grundbeitrag“ durch „Mindestbeitrag“ zu ersetzen, wenn ich mir angucke, wie die Beitragsmoral in der Partei ist, einschließlich meines eigenen Landesverbandes. Wenn wir hier sagen, Ziffer 2, „Mindestbeitrag“, dann wird deutlich, jeder muß mindestens 3,00 DM bezahlen im Monat, wenn er in der CDU sein will. Ich glaube, das ist nicht zu viel verlangt aufgrund der ganzen Kostenerhöhungen, die es in den vergangenen Jahren gegeben hat, und aufgrund der Preiserhöhungen ebenfalls. Das Honnefer-Stipendium war vor zehn Jahren, als wir noch immer nur mit einer Mark oder mit einer Mark fünfzig gearbeitet haben, bei 240 DM im Monat, und inzwischen sind es 400 DM im Monat. Ich glaube, daß niemand mehr so arm ist, die Renten sind auch erfreulicher Weise in die Höhe gegangen. Also, wenn wir hier jetzt sagen, der Mindestbeitrag beträgt 3,00 DM, dann ist klar, wer in die CDU rein will, der muß mindestens 3,00 DM im Monat bezahlen.

*Echternach:* Ich meine, wir sollten es bei der bedachten Formulierung unseres Finanzausschusses belassen. Die Formulierung ist auch einstimmig beschlossen worden. Daß die Mitglieder keinen Ertrag abwerfen, wissen wir aus der Praxis, und ich meine, diese Formulierung ist so elastisch, daß sie auch in der Praxis bestehen kann, alles andere bringt Schwierigkeiten.

*Kiesinger:* Also, ich habe einfach ein praktisches Bedenken im Hinblick auf die Sozialhilfe-Rentner. Die Leute leben doch nun wirklich am Rande des Existenzminimums, ein erheblicher Teil davon. Wenn wir Wert darauf legen, daß die unsere Mitglieder werden, und Wert legen wir ja darauf, dann kann ich mir eine ganze Menge Fälle denken, bei denen auch das Aufbringen von 3,00 DM eine Mordssache ist. Wir dürfen ja bloß an die Beträge denken, die diese Leute bekommen. Im übrigen hat natürlich Herr Rollmann recht, aber das kommt nun auf die Handhabung durch die Partei an. Also, ich würde es auch lassen bei „Grundbeitrag“.

*Adorno:* Ich möchte dem Vorschlag von Herrn Rollmann zustimmen, und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Wir müssen den Beschluß darüber im Zusammenhang sehen mit Ziffer 17, Beschlußfassung über den Beitragsanteil der Bundespartei. Wenn diese Anteile von 0,50 DM auf 1,00 DM erhöht werden sollen, dann müssen wir doch ehrlich genug sein, auch zu sagen, da müssen höhere Beiträge auch von den Mitglie-

dern gefordert werden. „Grundbeitrag“ ist wirklich sehr flexibel. Das ist mir zu flexibel, weil es in der Tat die Möglichkeit schafft, alle möglichen Ausnahmen wieder einzuräumen. Dagegen sagt „Mindestbeitrag“ ganz klar, daß jedes Mitglied diesen Beitrag aufzubringen hat. Natürlich wird es da und dort auch Ausnahmen geben, aber diese Regelung ist nicht so flexibel, und wenn wir schon den Anteil an die Bundespartei erhöhen müssen, dann müssen wir auch insgesamt die Beiträge erhöhen, müssen dafür sorgen, daß die Erhöhung auch durchgesetzt wird.

*Kiesinger:* Also, Sie lösen das Problem damit doch nicht. Denn so lange Sie die Ziffer 4 so stehenlassen, bezieht sie sich auch auf einen Mindestbeitrag. Dann müßten Sie schon die Ziffer 4 zusammenziehen mit Ziffer 3, wenn Sie das nicht wollen, was ich für falsch hielte. Infolgedessen kann ich mein Bedenken überwinden und kann zustimmen, weil psychologisch „Mindestbeitrag“ eine stärkere Aufforderung enthält. Aber ich stelle fest, die Ziffer 4 bezieht sich auch in diesen schweren Fällen dann auf den Mindestbeitrag. Nur haben wir es schärfer gesagt mit „Mindestbeitrag“. Und unter diesen Gesichtspunkten würde ich auch doch jetzt für den Vorschlag Rollmanns sein.

*Echternach:* Ich meine, wir sollten es bei dem Finanzausschußbeschuß lassen, sonst gibt das nur wieder zu neuen Mißinterpretationen Anlaß. Wieweit kann man auch von einem Mindestbeitrag befreien? Wenn wir uns darüber einig sind, daß auch von dem 3,00 DM-Beitrag in bestimmten sozialen Fällen abgewichen werden kann, dann sollten wir es bei der Formulierung „Grundbeitrag“ lassen, sonst gibt es nur wieder Ausnahmen.

*Müllenbach*<sup>76</sup>: Ich habe diese Debatte des Bundesfinanzausschusses sehr ausführlich verfolgt. Die haben zwei Stunden allein nur über die Frage „Grundbeitrag“ oder „Mindestbeitrag“ diskutiert. (*Kiesinger:* Das ist nicht so wichtig, in der Sache kommen wir so oder so auf dasselbe) Man hat sich auf einen Grundbeitrag pro Mitglied daraufhin geeinigt, weil im § 4, Ziffer 2 des Statutes heißt, ob wir Mindestbeitrag, Regelbeitrag, Grundbeitrag oder was nehmen, bleibt bestehen, und der Kreisverband kann in besonderen Fällen Mitgliedsbeiträge erlassen oder stunden. Uns erschien das Wort „Grundbeitrag“ sinnvoller zu sein zu sagen, davon geht man aus.

*Kiesinger:* Ich stelle zur Abstimmung. Wer ist für Grundbeitrag? Wer ist für Mindestbeitrag? Also, Grundbeitrag ist die Mehrheit.

*Heck:* Ziffer 17, Beschlußfassung über den Beitragsanteil der Bundespartei. Anlage 6a. Ich lese vor. „Der Anteil der Bundespartei an den Beiträgen der Mitglieder wird von monatlich 0,50 DM auf 1,00 DM erhöht.“

*Kiesinger:* Einverstanden? Weiter.

*Heck:* Es kommen Anträge, die stellen wir zurück und behandeln sie mit den Anträgen zur Statutenänderung. Beschlußfassung über die Parteischiedsgerichtsordnung. Hierzu muß ich um Verständnis für folgenden Vorschlag bitten. Wir hatten noch keine Möglichkeit, die Herren sind einfach teilweise im Urlaub, daß die Vorlage, die unter dem Vorsitz von Herrn Staatssekretär Dr. Barth ausgearbeitet worden ist, in einigen

---

<sup>76</sup> Peter Müllenbach (1919–1995), Mitarbeiter der Unionbetriebsgesellschaft. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 168 Anm. 9.

Punkten geändert werden soll und, wie wir meinen, geändert werden muß, mit Ihnen zu besprechen. Wir halten es einfach für nicht möglich, das über seinen Kopf hinweg hier nun zur Beschlußfassung vorzulegen. Ich glaube, daß es ausreicht, wenn wir den Vorstandsmitgliedern die Vorlage so bald als möglich, also innerhalb der nächsten 14 Tage, zuschicken, und dann darüber Beschluß fassen in der Vorstandssitzung vor dem Parteitag.

Das wird natürlich ein bißchen schwierig sein, weil, wenn der Parteitag beschließen soll, die Delegierten das vorher in die Hand bekommen müssen. Wir könnten aber im Umlaufverfahren den Vorschlag beschließen lassen, zumal es sich bei den Änderungen, die noch vorgeschlagen werden, nicht mehr um gravierende Dinge handelt, sondern eigentlich mehr um redaktionelle Änderungen.

*Kiesinger:* Dann wollen wir also so verfahren? Weiter!

*Heck:* Dann Ergänzungswahlen zum Bundesparteischiedsgericht. Da haben wir keine Vorlage, Herr Scheib kann dazu berichten.

*Scheib:* Herr Dr. Barth, der wegen einer Tagung in Eichholz verhindert ist, hat mit mir ausführlich über den behandelten Punkt und auch über diesen jetzt vorgeschlagenen Tagesordnungspunkt gesprochen. Ich darf Ihnen zugleich für Herrn Dr. Barth folgendes sagen. Im Jahr 1968 auf dem Berliner Bundesparteitag wurden statutenmäßig für die Dauer von vier Jahren, also bis 1972, fünf ordentliche Mitglieder und fünf stellvertretende Mitglieder des Bundesparteigerichtes gewählt. Zum damaligen Zeitpunkt waren Bestimmungen des Parteiengesetzes über die innere Ordnung der Parteien noch nicht in Kraft, nach denen bestimmte Positionen innerhalb der Parteien, nämlich die Zugehörigkeit zu alten Vorständen, und einige weitere Dinge, unvereinbar mit der Zugehörigkeit zu einem Parteischiedsgericht sind. Soweit uns bisher bekannt ist, sind höchstens vier Mitglieder des Bundesparteigerichtes davon betroffen. Und zwar der Rechtsanwalt Schmitz<sup>77</sup> aus Berlin, soweit wir wissen, geschäftsführender Landesvorsitzender, möglicherweise Herr Landrat Wolf<sup>78</sup> in Limburg, außerdem Herr Dr. Cassens<sup>79</sup> in Bremen, und möglicherweise auch Frau Dr. Becker-Döring. Es bieten sich nun zwei Lösungen an, um den Vorschriften des Parteiengesetzes und insbesondere den Bestimmungen der neuen Parteischiedsgerichtsordnung, die insoweit auf dem Parteiengesetz aufbaut, Rechnung zu tragen. Möglichkeit 1 wäre eine formelle Ergänzungswahl durch den Bundesparteitag für den Rest der Amtsperiode, also bis Herbst nächsten Jahres. Davon wären betroffen ein, eventuell zwei ordentliche Mitglieder des Bundesparteigerichtes, und möglicherweise zwei stellvertretende Mitglieder. Falls der

---

77 Karl-Heinz Schmitz (geb. 1932), Rechtsanwalt und Notar; 1951 CDU, 1955–1958 Landesvorsitzender der JU Berlin, 1963–1969 Geschäftsführender und 1969–1981 Zweiter Landesvorsitzender der CDU Berlin, 1958–1963, 1967–1970 und 1971–1985 MdA Berlin, 1968–1972 Mitglied des Bundesparteigerichtes, 1970/71 MdB.

78 Heinz Wolf (1908–1984), Jurist, 1962–1966 MdL Hessen (CDU), 1964–1974 Landrat von Limburg, 1960–1984 Mitglied des Bundesparteigerichtes, 1974/75 Landrat des Landkreises Limburg-Weilburg.

79 Johann-Tönjes Cassens (geb. 1932), Jurist; 1963–1981 Mitglied der Bürgerschaft Bremen, 1964–1972 Mitglied des Bundesparteigerichtes. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1234 Anm. 8.

Bundesvorstand dies aus Sicherheitsgründen so beschließen würde, schlägt Herr Dr. Barth vor, daß die bisherigen stellvertretenden Mitglieder, Rechtsanwalt Siebeke<sup>80</sup> aus Düsseldorf und Rechtsanwalt und Notar Dr. Kanka<sup>81</sup> aus Offenbach, zu ordentlichen Mitgliedern des Bundesparteigerichtes gewählt werden. Im übrigen müßte man überlegen, welche vier neuen Stellvertreter zu wählen sind. Eine pragmatische Lösung würde folgendermaßen aussehen: Daß wir diejenigen Mitglieder, deren Inkompatibilität feststeht, davon unterrichten würden, und im übrigen durch eine entsprechende ordnungsmäßige Einberufung zu den Sitzungen dafür sorgen, daß immer fünf anwesend sind, so daß das Bundesparteigericht weiter arbeiten kann. Bei der Möglichkeit der Ergänzungswahl sprechen Sicherheitsgründe dagegen. Für eine pragmatische Lösung spricht, daß nur noch ein Jahr Restamtszeit ist. Es ist vielleicht schwierig, geeignete Kandidaten jetzt noch zu finden, und unter Umständen ist der Saarbrücker Parteitag ohnehin durch Fragen aller Art überlastet.

*Kiesinger:* Einverstanden. Also, die pragmatische Lösung.

*Heck:* Ziffer 21, die Wahlen.

*Blüm:* Ich glaube, das Problem Chancengleichheit ist ganz im Sinne der Fairneß durch das, was Herr Barzel gesagt hat, geregelt worden. Aber das andere Anliegen, das die Struktur der Partei betrifft? Vor wenigen Tagen hat Herr Göb eine interessante Anregung zu diesem Thema gemacht.<sup>82</sup> Kann ich mich an der Diskussion eigentlich nur über Leserbriefe beteiligen oder gibt es auch eine Möglichkeit, daß wir in dem Gremium oder auf dem Parteitag über solche Fragen sprechen? (*Heiterkeit.*) Dazu müßten auch die beiden Kandidaten Gelegenheit haben. Ich finde es also ganz im Sinne der innerparteilichen Demokratie, wenn ich bei der Terminologie unserer Berlin-Diskussion bleibe, weder befriedigend noch akzeptabel, daß wir nicht auf dem Parteitag über die Strukturfragen sprechen.

*Stoltenberg:* Wenn wir das behandeln, ist es vielleicht doch richtig, auf die Hauptprobleme auch kurz einzugehen, weil ja unsere Zeit vorangeht. Ich würde persönlich folgende Möglichkeiten sehen – und nicht nur Möglichkeiten –, ein Sachverhalt ist klar vorgegeben. Im Anschluß an den Bericht des Generalsekretärs, der ja ziemlich vorne ist, findet natürlich eine allgemeine Aussprache statt über die Situation der Partei, wobei wir vielleicht nachher noch einen Augenblick darüber nachdenken müßten, ob wir eine ausschließliche Aussprache über die Situation der Partei wünschen, oder vielleicht unter Aufnahme einiger Gedanken in der Ansprache des Vorsitzenden in einer politischen Aussprache am ersten Tag. (*Kiesinger:* Gar nicht zu verhindern.) Das hängt auch mit der Zeit zusammen, weil wir nur 1 ½ Tage haben. Es stünde unserer Partei an sich gut zu Gesicht, denn wir machen alles gerade unter den Vorzeichen personeller

---

80 Dr. Friedrich Wilhelm Siebeke, Rechtsanwalt in Düsseldorf; 1968–2004 Mitglied des Bundesparteigerichtes.

81 Dr. Karl Kanka (1904–1974), Rechtsanwalt und Notar; 1957–1965 MdB (CDU), 1964–1974 Mitglied des Bundesparteigerichtes. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1234 Anm. 9.

82 Aufsatz „Zur Führungsfrage der CDU: Personen und Strukturen“. In: „Sonde“ Nr. 3 vom August 1971. Eine Zusammenstellung der Pressereaktionen durch die Bundesgeschäftsstelle in ACDP Dokumentation 2/20.

Konstellationen und Entscheidungen auf gewisser, wie ich hoffe, sachlich begrenzter Spannungen, wenn am ersten Tage darüber gesprochen würde, auch gerade im Anschluß an Ihre Ausführungen, Herr Vorsitzender. Ich nehme an, daß Sie einige politische große Themen aufreißen werden und vielleicht in einer Aussprache nach dem Bericht von Herrn Heck eine begrenzte, konzentrierte Debatte stattfindet über politische Fragen, aber natürlich vor allem über die Situation der Partei. Und in dieser Debatte werden wir natürlich auch Themen berühren, die nicht mit der Neuwahl und der Bewertung von Personen und Kandidaten, die ich aus meiner Sicht nicht für wünschenswert halte, aber mit den damit verbundenen Sachfragen in Zusammenhang stehen. Das wäre, glaube ich, also die erste Antwort, die sich aufgrund Ihrer Frage ergibt.

Die zweite Frage, die Sie aufgeworfen haben und die man durchaus ernsthaft im Für und Wider erörtern kann, ist, ob man davon ausgehen soll, daß die Kandidaten, die zur Wahl stehen, nun selbst eine kurze Darstellung ihrer Vorstellung über die Parteiarbeit vornehmen. Dafür kann man einiges sagen, dagegen kann man einiges sagen. An sich sind natürlich die zur Wahl Stehenden, wie ich glaube, gut bekannt.

Das dritte Problem ist, ob man ausdrücklich eine Personaldebatte durchführen will. Davon würde ich abraten. Ich habe es versäumt, jetzt noch mal in der Satzung nachzusehen. (*Kohl*: Steht nichts drin!) An sich sind wir frei. Ich halte es für einen guten Grundsatz, daß wir im Kreis von 500 Delegierten ... (*Zwischenruf*: 1.000 Journalisten!) Ich habe jetzt an die gedacht, die reden, die anderen schreiben darüber. Deshalb sollten wir davon absehen, eine Personaldebatte zu führen. Klar ist: Es gibt eine Strukturdebatte zur Situation der Partei, die gewisse Bezugspunkte auf die Wahlentscheidung impliziert, ohne Bewertung von Personen. Ich würde auch sagen in diesem Zusammenhang, das muß man etwas ordnen. Man muß nach meiner Auffassung nicht zur Strukturdebatte der Partei, aber zum politischen Teil vielleicht etwas sagen, das ist ja auch eine Führungsaufgabe für Vorstand und Präsidium, der besonders qualifiziert erscheint, damit nicht gerade der politisch schwächere Teil unserer Delegierten dieses Bild der Partei prägt vor den 1.000 Journalisten. Das kann man wahrscheinlich in einer vernünftigen Form ohne Manipulation tun.

Es gibt eine Strukturdebatte, die ist gar nicht einzugrenzen. Nach Rechenschaftsberichten kann jeder sprechen, das sollte man auch bis auf eine Redezeitregelung, die es geben kann, machen. Keine Personaldebatte, das würde ich sehr dringend empfehlen. Die Frage der Vorstellung der beiden Kandidaten müßte erörtert werden. Ich meine persönlich, daß mehr dagegen spricht. Aber wir sind hier natürlich nicht die typischen Delegierten, das müssen wir auch zugeben. Es gibt aus der Sicht der Delegierten vielleicht ein paar andere Aspekte als aus unserer Sicht, die wir uns alle nun lange kennen und eine Meinung von möglichen Lösungen haben. Dennoch würde ich glauben, daß die Gründe dagegen etwas stärker sind.

*Kiesinger*: Was verstehen Sie unter Personaldebatte?

*Stoltenberg*: Personaldebatte heißt, Herr Vorsitzender, daß nach dem Vorschlag von Herrn A und Herrn B eine freie Debatte erfolgt, wo jeder Delegierte sich meldet, um die Vorzüge von Herrn A und die Nachteile von Herrn B zu preisen.

*Kiesinger*: Nur das? Das Anliegen von Herrn Blüm geht natürlich weiter. Das ist

was ganz anderes. Er will z. B. außer der Frage einer Änderung der Führungsstruktur doch wohl auch die Frage ansprechen: „Soll man die Ämter zusammenlegen oder nicht?“ Das fällt nicht unter Personaldebatte. Also eine Personaldebatte, wo wir die Vorzüge des einen gegenüber dem anderen abwägen, ist ganz unmöglich.

*Köppler:* Ich kann im wesentlichen dem, was Herr Stoltenberg gesagt hat, nur zustimmen. Ich halte es für notwendig, daß diese Strukturprobleme, die ja angesprochen worden sind, diskutiert werden auf dem Parteitag, aber ich würde es für unmöglich halten, wenn wir das im Zusammenhang mit dem Wahlakt bringen. Ich würde vorschlagen, das im Anschluß an die Berichterstattung des Bundesvorstands zu führen, wobei ich aber auch meine, wir sollten dann vielleicht durch das, was man vorbereiten kann, dafür sorgen, daß wir nicht ausschließlich diese parteiinternen Dinge behandeln. Wir sollten dafür sorgen, soweit wir es vorbereiten können, daß die politischen Fragen diskutiert werden, damit der Parteitag nicht nur unter Gesichtspunkten der personal- und der parteiinternen Entscheidung steht. Das zum einen.

Wir haben heute morgen im Landesvorstand ausführlich die Frage erörtert, wie man die Frage „Vorstellung der Kandidaten“, „Fragen an die Kandidaten“ behandeln soll. Die weit überwiegende Meinung ging dahin, und der Landesvorstand hat mich gebeten, das hier vorzutragen, man sollte, wenn irgend möglich, darauf verzichten. Es ist in der Tat so, daß in dem Moment, wo wir die beiden Kandidaten auffordern, eine Art Bewerbungserklärung, das ist ja noch nicht eine Regierungserklärung, abzugeben, daß dann eine Befragung kaum mehr ausgeschlossen werden kann. Wir können es nicht einfach so praktizieren, daß hier geredet und nicht mehr diskutiert wird. Und dann sind wir bereits bei dem, was man Personaldebatte nennt, was man unter allen Umständen vermeiden sollte. Es war die Meinung bei uns im Landesvorstand, daß die personellen Alternativen einschließlich der sachlichen Konsequenzen inzwischen für die Delegierten so weit klar sind, daß mit Ausnahme der Aussprache, die notwendig ist, über die Strukturfragen, der Führungsstruktur der CDU, die anderen Dinge möglichst ohne Aussprache gemacht werden sollten.

Natürlich hat Herr Kohl mit dem Zwischenruf vorhin recht gehabt, in der Satzung ist nichts vorgeschrieben. Und wenn jemand eine Personaldebatte wünscht, ist der Parteitag souverän, darüber zu entscheiden. Unsere Bitte war an das Präsidium und an den Vorstand, daß jemand, wenn unsere Auffassung geteilt wird hier im Vorstand, mit großer Autorität und mit großem Gewicht das Wort nimmt, um eine Entscheidung, eine Mehrheitsentscheidung, für eine solche Debatte zu verhindern.

*Kiesinger:* Ja, ich würde dem zustimmen, was Herr Köppler hier vorgetragen hat.

*Barzel:* Danke, daß ich zwischendurch das Wort bekomme, ich muß mich um den Fortgang der Berlin-Sache jetzt kümmern, und deshalb den Vorstand vorzeitig verlassen. Ich bitte um Verständnis. Ich will mich zu der Sache nicht äußern, ich bin mit allem hier einverstanden. Man muß natürlich im Interesse der Partei Peinlichkeiten dabei vermeiden. Ich möchte nur folgendes hinzufügen. Was mich betrifft, sage ich das sehr öffentlich: Die Vorstellung, die ich habe über die Parteiarbeit, habe ich nicht öffentlich gemacht. Ich bin bereit, darauf auch zu verzichten und erst auf dem Parteitag diese Vorstellungen zu machen. Ich bin auch bereit, mich etwa darauf einzulassen,



damit außer dem Kollegen Kohl und mir nicht noch Dritte etwa hier in die Mühlen der Diskussion gezogen werden, darauf zu verzichten, vor dieser Wahl etwa den Namen des Generalsekretärs, der mir vorschwebt, zu nennen. Es setzt natürlich dann voraus, daß wir uns alle so verhalten und nicht nur der eine jetzt in der Öffentlichkeit sein Konzept der Parteiarbeit vor dem Parteitag vertritt und der andere nicht. Darüber müßten wir uns auch verständigen. Ich bitte um Verzeihung, wenn ich jetzt weg bin. Ich bin sicher, daß ich von Herrn Heck oder Herrn Göb einen Anruf über die Entscheidung dazu bekomme, damit ich mich einzurichten weiß.

*Kiesinger:* Gut, Sie müssen weggehen, Sie haben jetzt keine Zeit mehr? (*Barzel:* Tut mir sehr leid. Ich werde schon dringend erwartet.) Dann hat jetzt das Wort Herr Dregger.

*Dregger:* Ja, ich wollte folgende praktische Vorschläge machen: Eine politische Aussprache nach dem Bericht des Vorsitzenden. Eine Strukturaussprache nach dem Bericht des Generalsekretärs. Keine Personaldebatte, die Bewertungen einschließt, denn wir brauchen beide, gleich, wer gewählt wird, auch nachher. Keiner darf Schaden nehmen in der ganzen Angelegenheit, und ich meine auch, man sollte auf eine Vorstellung verzichten, denn wer kandidiert zum Vorsitzenden dieser Partei, muß uns bekannt sein. (*Unruhe.*)

*Kohl:* Zunächst einmal meine ich, ich bin mit dem Weg einverstanden, wenn man eine Lösung findet, die Delegierten in einer breiteren Front, als das bisher geschieht, auch über das Wollen der beiden Kandidaten in der Partei zu informieren. Es ist hier von Chancengleichheit gesprochen worden. Es ist ganz eindeutig, daß es Bereiche gibt in der Bundespartei, in der die Möglichkeit für den einen von den beiden, seine Vorstellung vorzutragen, relativ gering sind, um nicht zu sagen, ausgeschlossen sind. Ich möchte mich darüber nicht näher verbreiten, es ist ja nicht so, daß hier das von vornherein gleich gewertet ist. Und ich muß Ihnen auch ganz offen sagen, wenn auf dem Parteitag eine Frage gestellt wird nach der Führungsstruktur, müssen doch eigentlich die beiden, die jetzt kandidieren, sagen können, wie sie das machen. Ich beispielsweise, um das klipp und klar zu sagen, sehe mich außerstande, dem Vorschlag des Kollegen Barzel beizutreten und mich über den Generalsekretär vor der Wahl auszusprechen.

Natürlich muß der Delegierte wissen, wer jetzt im Personaltableau mit drin ist. Das hat nichts damit zu tun, damit Sie mich hier nicht falsch verstehen, daß ich nicht auch meine, und das können Sie ja bei mir als gegeben hinnehmen, daß, wie immer die Wahl ausgeht, meine persönliche Position sich zur Partei natürlich überhaupt nicht verändern wird. Wenn ich also nicht gewählt werde zum Parteivorsitzenden, werde ich kandidieren um meine jetzige Position als stellvertretender Parteivorsitzender. Das ergibt sich aus der Natur der Sache, wie ich finde. Aber ich halte es nicht für möglich, daß nun die, die souverän sind und den Souverän darstellen, nämlich der Parteitag, nicht wissen, was hier im Konkreten an personellem Tableau sich ergibt. Ich, um das gleich zu sagen, unterwerfe mich natürlich hier jedem Beschluß. Ich möchte nicht bloß an einem Beschluß mitwirken, an dem am Ende steht, daß wir hier etwas beschließen – ich habe da spezielle Erfahrungen aus dem Düsseldorfer Parteitag – und auf dem Par-

teitag selbst kein Mensch mehr dran denkt, wenn das losbricht, den Beschluß zu verteidigen. Ich habe da also meine Zweifel, daß dieser Beschluß so gefaßt werden soll.

Das, was Dregger sagt, hat sehr viel für sich. Man muß über die Strukturfragen reden, zu einem Zeitpunkt, wo nicht direkt über die Sachfragen, also allgemeine Politik, Berlin, usw. gesprochen wird. Das kann man sicherlich in der Generaldiskussion tun. Man kann aufrufen jetzt Teil Partei, und man kann aufrufen, jetzt Teil D. Ich würde zumindest – ich meine, wir sitzen doch noch mal am Sonntag in Saarbrücken beisammen – vorsehen, daß dies möglich ist. Ich würde es nicht ausschließen, daß zu Beginn der Generaldiskussion zum Teil Partei, wenn sich die Stimmung so entwickelt, die beiden Kandidaten, wenn es bei den beiden bleibt, zehn Minuten das Wort in der Diskussionseröffnung bekommen. Das ist also eine denkbare Lösung. Das würde ich für eine vernünftige Lösung halten, weil sie jetzt nicht die Sache dogmatisiert. Ich warne nur vor einem Beschluß, den wir heute fröhlich und frei fassen, und von dem dann in Saarbrücken keiner mehr der Urheber sein will. Denn ich habe erhebliche Zweifel, das muß ich Ihnen ganz offen sagen, wie das an diesem Punkt läuft. Daß es an dem Punkte, was den Generalsekretär betrifft, nicht laufen kann im Sinne dessen, was Rainer Barzel gesagt hat, das ist ganz klar. Dies werde ich nicht machen, denn ich begeben mich ja dann immer weiter in einen Winkel, in den ich mich nicht begeben will.

Ich habe aber noch einen Punkt, den ich in diesem Zusammenhang anführen will. Ich gehe davon aus, Herr Vorsitzender, daß wir wirklich geheime Wahl haben. Und das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Wir haben über 1.000 Journalisten, und es soll niemand sagen, daß wir die aus dem Saal raushalten können. Den unwürdigen Zustand kann man nicht aushalten, daß in allen Hintertreppen Listen kursieren, z. T. noch falsche, ich beziehe das nicht auf mich, denn mein Tun, auch mein nicht glückliches Tun, in Düsseldorf, war offenbar. Aber ich habe beobachtet, wie Abgesandte bestimmter Gruppen, in diesem Fall brutaler Interessengruppen, bei bestimmten Delegierten rumstanden, um zu sehen, was die wählen. Dies ist ganz unerträglich. Dies kann man nicht ausschalten. Denn Sie können nicht 1.000 Leute, Journalisten, festhalten, zumal auch nicht in der Komposition dieser Halle. Wir haben von vornherein das technische Problem, daß das Fernsehen irgendwo mitten unter den Delegierten steht, und ums Fernsehen rum soundso viele (*Unruhe.*) Leute um das Fernsehgerät selbst, und um das Aufnahmegerät stehen ja auch so viele Leute, die gar keine Fernsehjournalisten sind. Wenn Sie bloß mal die „Spiegel“-Mannschaft in Düsseldorf beobachtet haben, die waren mit 15 Mann da. Die waren alle mitten im Saal. Ich halte eine offene Abstimmung für gänzlich unmöglich, zumal eine geheime Wahl mit entsprechenden Zellen gar nicht mehr Zeit in Anspruch nimmt. Das ist eine reine Frage der Organisation. Wenn Sie die alphabetischen Blocks aufrufen, in vier Gruppen und in vier Zellen wählen, ist das eine Sache, die 20 Minuten länger dauert. (*Unruhe.*)

*Kiesinger:* Also mit anderen Worten, wir müssen Kabinen einrichten, in denen so abgestimmt wird, wie es eben zur Sicherung der Geheimhaltung nötig ist.

*Kohl:* Und noch mal zur anderen Frage, Herr Bundesvorsitzender. Ich würde heute empfehlen, daß wir im Gesamtableau vorsehen, die allgemeine Diskussion zur Politik von vornherein zu begrenzen. Ich würde den gesamten Zeitrahmen, den wir für die

Generaldiskussion haben, vorweg festlegen, und dann sagen, den Teil, den wir für die allgemeine Politik haben, den muß man dann zwangsweise vorwegnehmen. Ich meine dann, wenn zum zweiten Teil über die Partei gesprochen wird, daß man zumindest vorsieht, daß diese Möglichkeit eröffnet wird, von der Blüm vorhin sprach, in der Form, daß die beiden in je zehn Minuten ihre Vorstellungen als Diskussionsbeiträge entwickeln. Ich würde es nicht ausdrücken, aber die Möglichkeit in Anspruch nehmen. Das muß man natürlich im Zeitplan mit einplanen. Ich glaube, daß man dann das andere, was die Peinlichkeit ausmacht, etwa Personalbefragungen, wie sie jetzt in den letzten Jahren im studentischen Bereich en vogue gekommen sind, um so leichter ausschalten kann, wenn Sie vorher die Möglichkeit gegeben haben, die Sache zu versachlichen.

*Kiesinger:* Ich glaube, daß es richtig ist, daß wir uns nicht festlegen sollen, so daß die beiden Kandidaten nicht Gelegenheit haben, an einer bestimmten Stelle sich zu melden. Die Frage kommt wahrscheinlich ohnehin aus dem Parteitag. Aber in dieser Frage entzündet sich ja die Auseinandersetzung schon am Strukturproblem. Und deswegen könnte etwa nach dem Bericht des Generalsekretärs das Strukturproblem besprochen werden, und in dem Zusammenhang wäre ja die Gelegenheit gegeben für die beiden Kandidaten, das Wort zu nehmen. (*Zwischenruf:* Einmal mit gleicher Zeit. – *Schröder:* Und der Applaus ist eine Vorwahl. Oder sehen Sie das nicht so?)

*Kohl:* Ja, also, lieber Herr Schröder, ich will über diesen Parteitag sagen, daß ich die Erfahrung in 25 Jahren CDU auch für relevant halte. Die, die zu mir sagen, sie wählen Kohl, sind durchaus in der Lage, Barzel zu wählen, und die, die Barzel sagen, wählen durchaus auch Kohl, und die, die applaudieren, meinen unter Umständen was ganz anderes. Das gehört zum Selbstverständnis der CDU. (*Heiterkeit.*)

*Rollmann:* Ich wollte noch mal fragen, liegt ein konkreter Antrag irgendeiner Parteiorganisation um Abschaffung des amtlichen Generalsekretärs vor? (*Diskussion.*)

*Kiesinger:* Liegt nicht vor.

*Adorno:* Ich glaube, daß das Mindeste ist offenzuhalten, daß die Kandidaten die Möglichkeit haben, auf dem Parteitag ihre Vorstellungen zu äußern. Denn wenn irgendwer, dann haben die Delegierten ein Recht darauf, daß sie die Meinung der Kandidaten zu den wichtigen Strukturfragen nicht nur aus der Zeitung erfahren, sondern direkt von den Kandidaten. Zumal die Frage jetzt etwas kompliziert geworden ist um die Eröffnung einer völlig neuen Diskussion, nämlich darüber, ob die Position des Generalsekretärs eben ist wie sie ist, oder nicht. Und wenn schon dieser Vorstand darauf verzichtet, in eine Diskussion darüber einzutreten, die Diskussion darüber, ob Ämtertrennung oder nicht, ob Personalunion oder nicht, ob Generalsekretär oder nicht, dann muß mindestens dem Parteitag diese Möglichkeit dadurch eröffnet werden, daß die Kandidaten sich dazu äußern. Ich bin auch dafür, daß eine Personaldebatte mit Bewertung nicht stattfindet, aber ich meine, daß dieser Parteitag unter ganz besonders wichtigen Überlegungen steht. Da müssen die Kandidaten die Gelegenheit haben, sich zu den wichtigsten Strukturfragen zu äußern, und das ist „Personalunion oder nicht“, das ist „Ämterhäufung oder nicht“, und das ist die Frage der Position des Generalsekretärs.

*Lemke:* Ich bin der Ansicht von Herrn Dregger und Herrn Kohl. Ich würde das selbe vorschlagen.

*Köppler:* Ich bin auch der Meinung, wenn wir zu dem Zeitpunkt, an dem das jetzt diskutiert worden ist, uns diese Möglichkeit offen halten, handeln wir sicher klug. Wir sollten darüber in der Sitzung am Sonntag noch mal sprechen. Wir können ja nicht hier einen Appell an die beiden Kandidaten richten, sie sollten den Mund halten, wenn die Diskussion losgeht. Ich meine nur, wir sollten sie bitten, sich über das Vorgehen, was sie selber planen, und was wir dann vielleicht noch mal besprechen sollten, nach Möglichkeit zu verständigen. Ich glaube, daß der Weg eines qualifizierten und hervorgehobenen und in gleicher Zeit erstatteten Diskussionsbeitrages zur Strukturdebatte der beste Weg wäre. Ich würde nur einen anderen Gedanken noch bitten zu erwägen – wir kommen ja auch bald zu der Frage des Ablaufs des Parteitages –, ob man nicht den Versuch machen sollte, die Wahl des Vorsitzenden, die ja ohnehin auf allen Debatten, sogar der politischen Debatte, als ungeheure Spannungshypothek lastet, natürlich auch der Wertung der Delegierten, so weit wie möglich vorzuziehen. Ich möchte vorschlagen, man sollte zum frühestmöglichen Zeitpunkt, also nach Ablauf der beiden Diskussionen, nach der politischen und der Strukturdiskussion in die Wahlhandlung am ersten Tag einsteigen.

*Stoltenberg:* Ich möchte den Vorschlag von Herrn Köppler, der ja spontan unterstützt wird, befürworten, wann die Wahlen am besten, am wirkungsvollsten, sachlich richtigsten plaziert werden. Ich glaube, wenn wir Montagmorgen anfangen, Dienstagmittag schließen wollen, daß es eine politische Schlußansprache des neu gewählten Vorsitzenden am Dienstag geben wird, dann wäre es richtig, den ersten Vorsitzenden am Montag gegen Abend zu wählen, und die weiteren Wahlen am Dienstag vorzunehmen. Ich glaube, daß das sehr viel für sich hat, weil es auch das spekulative Moment, das den ganzen Parteitag belasten wird, unter Umständen auflöst. Vom Gesichtspunkt der Chancengleichheit und einer fairen Meinungsbildung habe ich keine Bedenken. (*Kohl:* Das geht ohne weiteres, da müssen wir nur den Empfang da rausschmeißen.)

*Windelen:* Wir sind natürlich nicht sicher, wie der Ablauf von den Delegierten erzwungen wird, aber ich meine, der Bundesvorstand hat ja auch eine Führungsaufgabe, der sollte wenigstens Vorstellungen entwickeln, wie er sich den Ablauf vorstellt. Dafür Vorschläge erarbeiten, die vortragen und zur Annahme stellen. Wenn wir uns darüber hier weitgehend einigen, sollten wir die Landesverbände mit diesen Vorschlägen jetzt schon vertraut machen und sie bitten, in ihren Landesverbänden zu diskutieren und nach Möglichkeit um Annahme werben. Hier sind die meisten Landesvorsitzenden da, d. h., wenn wir hier in den Spitzen akkordieren, wird sicher zu erreichen sein, daß man das dann auch zu Hause in den Landesverbänden vertritt, was nicht heißt, daß das in jedem Fall eine Annahme darstellt. Das wäre eine gewisse Absicherung. Ich unterstütze sehr nachdrücklich den Vorschlag, die Wahl des ersten Vorsitzenden am ersten Tag zu vollziehen. Es wäre schlecht, wenn auch diese Entscheidung noch über die Nacht hingezogen würde. Die Nacht wird dann ohnehin für Konspirationen für die anderen Entscheidungen sehr dringend gebraucht werden. Ich glaube, man sollte die erste Entscheidung wirklich auf ... (*Unruhe.*) Ich finde es schwierig, aber vielleicht darf ich

nochmal versuchen, zum Punkt zu kommen. Ich glaube, wir sollten uns in dem Zusammenhang (*Kiesinger*: Meine Damen und Herren, darf ich bitten!) in Ausübung unserer Führungsaufgabe klar dafür aussprechen, keine Personaldebatte, sondern die Sachdebatte über Absichten, Vorhaben und Vorstellungen zu führen. Das läßt sich ohnehin nicht vermeiden. Das sollten wir selbstverständlich tun, das gehört eigentlich ganz selbstverständlich dazu. Und ich wäre sehr dankbar, das ist zwar festgehalten worden, aber darüber ist noch nicht definitiv gesprochen worden, wenn man vielleicht anhand des Vorschlages Dreggers die Reihenfolge vorsieht: Beitrag des Vorsitzenden, politische Debatte, Beitrag des Generalsekretärs, dann eben diese Sachdebatte, Konstruktionsdebatte usw., dann hat das eine gewisse logische Konsequenz.

In dem Zusammenhang wird sicher die Frage „Konzentration oder Trennung der Ämter“ hochkommen. Das kann man nicht vermeiden. Ich würde nur darum bitten, daß wir uns hier darüber klar sind, daß das kein Gegenstand der Abstimmung des Parteitages sein kann, weil wir sonst notwendigerweise in Schwierigkeiten mit der CSU kommen müßten. Das heißt, darüber mag man Ansichten äußern, aber ich meine, wir sollten uns hier darüber klar sein, daß das kein Gegenstand einer Mehrheitsentscheidung des Parteitages sein darf und sein kann. Wenn Sie der Auffassung folgen, würde ich es für richtig halten, daß man das vorher klärt und nicht nachher eine Debatte darüber führt, ob man das machen soll oder nicht.

Die letzte Frage, die ich noch aufwerfen wollte, ist die Frage Generalsekretär. Ich glaube, hier ist Dr. Barzel mißverstanden worden. Ich glaube, er wollte hier nur sagen, daß er von sich aus diese Frage nicht mit der Entscheidung für den ersten Vorsitzenden koppeln würde, daß er von sich aus also bereit sei, die Wahlentscheidung für den ersten Vorsitzenden völlig unabhängig von anderen Erwägungen vorzutragen. Aber Dr. Barzel wird sicher bereit sein, auch jede andere Konstruktion hinzunehmen. Ich glaube nicht, daß er damit sagen wollte, daß er das nicht sagen möchte oder daß er das mit seinen Vorstellungen nicht anhalten würde, sondern, ich glaube, ihm ging es hier nur darum, daß eine Entscheidung auf die Person bezogen gefällt wird, und das hat er ja generell gesagt, daß er sich jeder Regelung, die hier beschlossen wird, selbstverständlich beugen würde. Ich glaube, hier sollten wir auch nichts vermuten, was sicher nicht beabsichtigt war.

*Wex*: Ich stimme natürlich sehr zu, daß den Kandidaten aufgrund dieser strukturellen Diskussion eine Möglichkeit gegeben wird, etwas zu sagen. Aber wir wollen hier ja nicht die Details festlegen, aber auszuschließen ist das überhaupt nicht, im Gegenteil. Es wird so kommen, wenn die Kandidaten sich gemeldet haben, daß die nächsten Diskussionsredner aufgrund dieser Sache quasi Fragen an die Kandidaten stellen, und da müssen wir drüber klar sein, wer die dann beantwortet. Ob die dann der Generalsekretär beantwortet, oder wer sie dann beantwortet. Ich meine, auszuschließen ist diese Sache nicht. Kaum haben die beiden sich gemeldet, geht das auf diesem Wege natürlich mit einer Quasi-Befragung los, indem man auf die Diskussionsbeiträge der Kandidaten eingeht. Man kann das ja gar nicht alles im Ablauf vorher bedenken, aber das ist sicher dabei doch in Aussicht zu nehmen und zu erwarten.

*Kiesinger*: Also, ich habe mir das jetzt gerade überlegt. Es ist natürlich etwas prekär,

wenn ich in meiner Eröffnungsansprache die Einleitung einer politischen Debatte geben soll, dann müßte diese Ansprache natürlich einfach quantitativ sehr viel größer sein, als ich sie vorhabe. Das möchte ich eben nicht. Wir haben jetzt eben beschlossen, am Abend dieses Tages den ersten Vorsitzenden zu wählen. Machen wir uns doch nichts vor! Es wird zwar ein Bedürfnis bestehen, auf dem Parteitag auch allgemeine politische Themen zu diskutieren, aber an dem Tag wird die Spannung alles beherrschen, die Leute werden sich unterhalten. Und da besteht natürlich die Gefahr, daß der noch so redliche Versuch, in einer Rede eine politische Aussprache einzuleiten, fehlschlagen muß. Mir gefällt also die Geschichte offengestanden nicht. Denn wenn ich eine politische Rede, die die Grundlage für eine politische Aussprache sein soll, halten soll, dann fällt das einfach aus dem Gefüge dieses Parteitages heraus. Wann soll der Bericht des Generalsekretärs kommen? (*Heck*: Nach der Aussprache.) Nach der Aussprache? Am selben Tag? (*Zwischenruf*: Herr Vorsitzender, das ist eine verlockende Aufgabe für einen Vorsitzenden, in der notwendigerweise sehr angeheizten Stimmung hinsichtlich der Frage, die uns alle beschäftigt, in einer politischen Einleitung Stellung zu nehmen zu der Personalfrage. Aber die richtigen Maßstäbe zu setzen, um das, worum es geht, nun nicht personell, sondern politisch, das braucht Zeit.)

Ich habe nicht weniger Bedenken um meine Ansprache unter der Voraussetzung, daß man von mir erwartet, daß ich einer nun folgenden politischen Aussprache adäquat, quantitativ auch adäquat, gerecht werden soll. Daß ich das richtige Wort finde zu dem, was zu entscheiden ist auf diesem Parteitag, das traue ich mir natürlich zu. Ich möchte nur sagen, man soll nicht von mir die große politische Rede erwarten, die dann den Anlaß zu einer großen politischen Aussprache gibt. Man kann einfach eine solche Situation eines solchen Parteitages nicht ändern. Wir werden es beide schwer haben. Der Generalsekretär wie ich.

*Dregger*: Es sind am ersten Tag drei Plenarsitzungen vorgesehen. Die erste beginnt um 9.30 Uhr, im Mittelpunkt stünde die Rede des Vorsitzenden und die politische Debatte. Die zweite beginnt um 14.30 Uhr, im Mittelpunkt der Bericht des Generalsekretärs, und die dritte beginnt um 20.00 Uhr, da wählen wir den Vorsitzenden. Das geht doch.

*Kiesinger*: Schön, also gut. Der Bericht des Fraktionsvorsitzenden kommt dann am nächsten Tag. Würde Barzel gewählt werden, kann er das am nächsten Tag ansprechen. Aber er macht da doch keine zwei Sachen, einen Bericht des Fraktionsvorsitzenden und noch eine Rede!

*Stoltenberg*: Er muß einen schriftlichen Bericht machen.

*Kiesinger*: Das kommt auf das Ergebnis an.

*Echternach*: Nur zu zwei Punkten, die hier beide aufgeworfen sind. Zunächst Generalsekretär, nachdem beide Kandidaten erklärt haben, vor dem Parteitag den Generalsekretär des Kandidaten öffentlich benennen. Zu dieser Aussage müssen auch beide stehen. Zweitens, Fragen an Kandidaten. Ich glaube, wir sollten dem auch nicht ausweichen. Wir sollten als Bundesvorstand keinen Beschluß fassen. Nachdem die Diskussion so breit geführt wird in der ganzen Partei, brauchen wir auch irgendwo ein Ventil. Das glaube ich der Diskussion abzunehmen, daß das nur abstrakt bei der

Strukturfrage zum Ausdruck kommen kann. Die Delegierten wollen mindestens auch etwas Deutliches von den Kandidaten hören. Ich glaube, wenn wir von vornherein vorsehen, daß Fragen an die Kandidaten gerichtet werden können, können wir am ehesten die Personaldebatte selbst vermeiden. Und dann ist die Parteiführung gar nicht in der Lage, das noch während des Parteitages zu steuern. Ich meine also, die Möglichkeit, Fragen an die Kandidaten zu richten, sollten wir von vornherein einplanen.

*Kiesinger:* Das könnten wir auch gar nicht verhindern.

*Stoltenberg:* Da hat Herr Echternach wahrscheinlich recht.

*Göb:* Weil die Kommission kein eigenes Antragsrecht mehr hat, sondern eben nur mehr eine Redaktionskommission ist und nur noch Abänderungs- und Ergänzungsanträge zu den vorliegenden Anträgen stellen kann, kann man auch mehrere vorliegende Anträge mit gleichem Gegenstand zu einem eigenen Antrag zusammenfassen. Aber wichtiger ist eigentlich, daß die Frage geklärt wird, die ungeklärt ist, wie die ungültigen Stimmen behandelt werden und wie die Stichwahlen durchgeführt werden. Bei uns in unserer Satzung steht, daß die Stimmhaltungen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mitzählen, jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit, und wir schlagen Ihnen vor, in die Verfahrensordnung dasselbe auch hineinzuschreiben für die ungültigen Stimmen. Das muß geklärt werden. (*Kohl:* Na ja, logisch!) Scheint also im Analogschluß logisch zu sein. Und das nächste ist nun, das ist etwas schwieriger, insbesondere bei der Wahl des Bundesvorstands, die Frage nach der Stichwahl. Ich darf Ihnen das vorlesen, das ist wohl das einfachste, was Kollegen in der Verfahrensordnung vorschlagen würden. Ich möchte einem eventuellen Entrüstungsturm vorbeugen und gleich sagen, daß das zunächst ein Diskussionsvorschlag ist:

„Zu einer Stichwahl stehen jeweils so viele der nicht gewählten Kandidaten mit den nächst niedrigen Stimmenzahlen zur Wahl an, wie sie der Zahl der noch nicht besetzten Sitze im Präsidium bzw. Bundesvorstand plus 1 entsprechen“ – nun können Sie auch sagen plus 5 oder plus 10 oder alle. Nur eben, wenn Sie sagen alle, dann können wir unter Umständen den ganzen Dienstag wählen. Bitte? (*Zwischenruf:* Wie viele?) Mit den nächst niedrigen Stimmzahlen. Das schließt also aus, daß alle noch mal dran kommen, und wir müßten nun festlegen, wie viele das sind mit den nächst niedrigen Stimmenzahlen, plus 1 oder plus 5 oder die Hälfte oder so was. „Entfallen auf die letzte Stelle in der Reihenfolge nach Stimmenzahlen zwei oder mehrere Kandidaten mit gleich vielen Stimmen, so werden diese Kandidaten in die Stichwahl mit einbezogen.“ Es geht also jetzt darum, festzulegen, wie viele von denen mit der nächst niedrigen Stimmzahl in die Stichwahl mit einbezogen werden. Das scheinen mir, mit der Behandlung der ungültigen Stimmen, die beiden wichtigsten Dinge, die in dieser Verfahrensordnung geregelt werden müssen.

*Heck:* Also, ich glaube, der Vorschlag plus 1 ist sehr problematisch. Man kann sich schon vorstellen, daß danach vielleicht fünf Kandidaten kommen, die jeweils lediglich durch eine einzige Stimme sich unterscheiden, wo es sehr offen ist. Deswegen glaube ich schon, man kann die Sache auch nicht völlig frei werten, aber man sollte schon sagen vielleicht plus 5, 10. (*Zwischenruf:* Das muß in der Relation zur Zahl derer ste-

hen, die zu wählen sind.) Also, beim Vorstand beispielsweise (*Zwischenruf*: Wie viele Vorstandsmitglieder haben wir denn? – *Starke Unruhe und Diskussion*. – *Kiesinger*: Also, Augenblick mal! Dr. Heck!) Darf ich noch mal sagen, wir brauchen, glaube ich, auch das Präsidium nicht zu beachten, denn es gibt sicher keine drei Dutzend Kandidaturen für das Präsidium. Die Sache ist wirklich ernst zu erwägen bei der Wahl des Vorstandes. Sonst ist hier ein Vorschlag, der scheint mir praktikabel zu sein. Das heißt, bzw. Bundesvorstand plus Stimmzahl zur Wahl, bis sie höchstens bis eineinhalbfach der Zahl (*Kiesinger*: Das ist doch festgelegt!) der noch nicht besetzten Sitze im Präsidium bzw. im Bundesvorstand entspricht. (*Kiesinger*: Das ist doch die Regelung. – *Unruhe und Diskussion*. – *Kiesinger*: Weiter!) Dann kommen jetzt die Anträge.

*Göb*: Es gibt mehrere Anträge. Das eine oder andere haben wir ja schon besprochen. Es gibt einen Antrag des Kreisverbandes Köln, der Bundesparteitag möge beschließen, den Bundesvorstand zu beauftragen, unverzüglich Maßnahmen einzuleiten, die die Bundesgeschäftsstelle in die Lage versetzen, die Landes- und Kreisverbände bei Ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Hierzu ist zu sagen, daß zur Zeit eine Umstellung des „Union in Deutschland“-Dienstes läuft, daß wir zur Zeit auch verschiedene andere Dinge machen wollen und daß wir demnächst auch zu einem Akkord kommen wollen und müssen mit den Landesverbänden, wie wir unsere Informationsdienste koordinieren. Das dritte Problem ist, daß es auch ein parallel laufendes Kommunikations- und Informationssystem der Fraktion gibt. Auch das müßte man zusammenfassen. Der Antrag hat in der Sache seine Berechtigung, und man wird auf dem Parteitag auf Bestehen der Koordinierungsarbeiten hinweisen.

*Stoltenberg*: Sei es unter Satzung, sei es unter Wahlen, sei es unter Antrag, es stellt sich natürlich das Problem, das Herr Göb in einem stark beachteten Aufsatz in der Öffentlichkeit behandelt hat. Ich bin doch der Meinung, daß wir das hier jetzt beachten sollten, vielleicht aber später, ich stelle das anheim.

*Heck*: Wir sollten, glaube ich, erst die Punkte der Tagesordnung erledigen. Und dazu müssen die Anträge, die auf dem Parteitag zu behandeln sind zunächst hier behandelt werden. (*Kiesinger*: Ja!)

*Göb*: Aber der Antrag ist, meine ich, relativ schnell von der Bühne zu bringen. Dasselbe gilt für einen Antrag des Kreisverbandes Fulda-Land, der Parteitag möge beschließen, der Bundesvorstand der CDU wird beauftragt, innerhalb kürzester Frist eine ständige Bundesparteikommission für Zukunftsfragen unter der Leitung eines Präsidialmitgliedes zu gründen.<sup>83</sup>

*Heck*: Wir haben eine solche Kommission, die dem in etwa entspricht, die wurde im Wahlkampf bei dem Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung eingerichtet, so daß man darauf auch verweisen kann. Das kann man dann dem nächsten Bundesvorstand überlassen, wie er das organisatorisch einrichtet. Dies ist also eine Sache minderer Bedeutung. Eine weitere Sache, die noch nicht ein Antrag ist, die aber einem Wunsch des Landesverbandes Rheinland entspricht, ist die Frage der Mitgliedschaft von Ausländern in der CDU. Hier wäre die Frage, ob der Bundes-

---

83 Vgl. Anlage 6d zu TOP 3g (ACDP 07-001-915).



vorstand der Anregung vom Rheinland folgt und die Satzung in der Weise ändert, daß wir auch die Mitgliedschaft von Ausländern zulassen, was eine Änderung des Statutes bedeuten würde, in dem vorgesehen ist, daß nur jeder Deutsche Mitglied der CDU werden kann.

*Köppler:* Das ist eine Frage, die man natürlich nicht übers Knie brechen kann. Wir bekamen den Antrag auf unserem Landesparteitag von einem niederrheinischen Kreisverband, in dem der Anteil der dort seit Generationen lebenden holländischen Bevölkerung sehr stark ist, die dort effektiv in der Partei mitarbeiten. Die wohnen auch in der dritten, vierten Generation in der Stadt oder auf dem Dorf, können aber nicht aufgenommen werden in die Partei, weil sie nicht Deutsche sind. Sie sehen aber auf der anderen Seite, daß ihre Landsleute in derselben Situation in der SPD voll als Mitglieder mitarbeiten können. Da haben wir gesagt, wir können das im Rheinland ohnehin nicht entscheiden, wir bitten die Bundespartei, darüber eine Meinungsbildung in Gang zu setzen. So, wie die Dinge jetzt aussehen, würde ich meinen, ist die Zeitspanne bis zum Parteitag in Saarbrücken zu kurz, um definitiv über diesen Antrag dort entscheiden zu können, positiv oder negativ.

*Kohl:* Ich bin damit einverstanden, Herr Köppler, daß man die Sache jetzt noch mal sorgsam prüft. In der Sache selbst halte ich es für ausgeschlossen, daß wir zu einer ablehnenden Stellungnahme kommen, wir müssen nur Modalitäten einbauen. Eines unserer Probleme in der Gesellschaftspolitik der nächsten Jahrzehnte wird sein, daß ein erheblicher Teil der Gastarbeiter in der Bundesrepublik hier bleiben wird. Das jetzige Arbeitsprinzip der Fremdenpolizei, davon bin ich ziemlich überzeugt, wird in wenigen Jahren nicht mehr haltbar sein, wo also mindestens zehn Jahre Aufenthalt unterstellt werden. Das führt zu einer Summe von wirklichen Problemen bei Leuten, deren ganzer Lebenszuschnitt sich inzwischen unseren Verhältnissen angenähert hat. Ich meine also, von dem Gesichtspunkt aus müssen wir das tun. Und dann steht es natürlich einer Partei ganz gut an, die europäische Komponenten fortdauernd vor sich her trägt, in der Frage sich zurückzuhalten. Ich könnte mir, jetzt aus dem Handgelenk formuliert, vorstellen, daß wir eine Vorstellung haben könnten, daß nicht jemand, der jetzt gerade acht Tage in der Bundesrepublik ist, bei uns Mitglied wird, aber wo man einfach von den Lebensverhältnissen ausgehend und von den vermeintlichen oder vermutlichen Lebensabsichten ausgehend annehmen kann, daß er sich hier voll integriert.

Das Problem werden wir zunehmend über die Betriebe bekommen, von wegen Betriebsratswahlen und allem was dazu gehört. Und wir erleben ja sehr häufig, etwa gerade bei kleineren und mittleren Unternehmen, daß die Unternehmer ganz offen sagen: „Im Falle einer kritischen Situation meines Unternehmens werfe ich lieber die und die Deutschen raus, und die und die Türken und Italiener will ich hier behalten, denn die sind in jeder Weise sehr viel besser als die Deutschen.“ Es ergibt sich hier eine ganz ungewöhnliche Diskussionsgrundlage. Deswegen würde ich dringend dazu raten, den Antrag nicht unfreundlich zu behandeln, sondern ich würde ihn zurückstellen bis zum nächsten ordentlichen Parteitag in einem Jahr, aber mit einer positiven Akzentuierung, daß man versucht, eine tragbare Lösung zu finden in dem eben genannten Sinne. Vielleicht kann man sogar in der Berichterstattung schon mal darauf hinweisen,

daß wir in der CDU/CSU auch bereit sind, die Frage des Fremdenrechts in der Bundesrepublik hier unter einem neuen Gesichtspunkt zu betrachten. Die Sache wird ganz obskur in vielen Bereichen. Ich habe gerade solche Beispiele vor Augen, bei Südtirolern. Wir haben also eine ganze Menge Südtiroler bei uns, die sind italienische Staatsangehörige, sind Mitglied etwa der Südtiroler Volkspartei, und die behandeln wir hier wirklich in einer Form, als seien sie aus Ländern, die gar nichts mit dem Kulturkreis der Bundesrepublik zu tun haben.

*Kiesinger:* Also, ich stimme dem zu, was Kohl sagte. Nur müssen wir natürlich die Sache auch unter rechtlichen Gesichtspunkten, auch verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten, prüfen. Politische Parteien sind nun mal in unserer Verfassung etwas anderes, als man sie noch in der Weimarer Verfassung sah. Sie sind Institutionen, die an der Gestaltung des politischen Lebens mitwirken, Entscheidungen des Parlamentes tragen, vorbereiten. Auch wenn das zahlenmäßig der Praxis nach nicht richtig sein sollte, dann ist es eben in der Theorie eine wichtige Sache. Das muß also noch geprüft werden. Im übrigen aber halte ich es für richtig, daß man so vorgeht, nicht gleich a limine die Geschichte vom Tisch wischt, sondern in der behutsamen Art, wie es Kohl eben vorgeschlagen hat, die Geschichte weiter verhandelt. (*Zwischenruf:* Auf dem Parteitag die Problematik aufzeigen ... – *Weiterer Zwischenruf:* Es gibt ja keinen Antrag bisher! – *Unruhe und Diskussion.*)

*Echternach:* Die Frage ist, ob wir wirklich diesen Punkt vertagen müssen auf einen nächsten Parteitag. Ich stimme dem zu, was Herr Dr. Kohl gesagt hat, vermag bloß nicht einzusehen, was für große Probleme sich damit verbinden sollen, mit denen wir uns hier nicht heute so oder so entscheiden könnten. Ich meine, wo die Problematik auf dem Tisch liegt; sie ist von Dr. Kohl dargelegt worden. Rechtliche Probleme sehe ich nicht, zumal es sich aus dem Parteiengesetz und dem Wahlgesetz ergibt, daß Ausländer nicht vorkommen können bei der Kandidatenaufstellung. (*Kohl:* Das ist genau wie ein Sechzehnjähriger!) Genau, wie ein Sechzehnjähriger, wenn der 18 ist (*Kohl:* Kein Problem, kann man lösen. – *Unruhe und Diskussion.* – *Kohl:* Also, die müssen ja eine Identifikation einbringen, er muß ein paar Jahre da sein. – *Diskussion.*)

*Kiesinger:* Aber, Herr Echternach, stellen Sie doch bloß sich vor, in der Praxis käme es dazu, daß etwa eine solche Partei sich zur Hälfte aus Deutschen und zur Hälfte aus Nicht-Deutschen zusammensetzen würde. Ich meine, da steckt doch ein Problem drin. (*Echternach:* Ja, aber das ist doch durch das Parteiengesetz geregelt!) Nämlich?

*Echternach:* Parteiengesetz § 2 Abs. 3 heißt es: „Politische Vereinigungen sind nicht Parteien, wenn erstens ihre Mitglieder oder die Mitglieder ihres Vorstandes in der Mehrheit Ausländer sind, oder zweitens sie ihren Sitz außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes haben.“ Das heißt, das Parteiengesetz impliziert, daß zwar Ausländer Mitglieder sein können, sie dürfen eben nur nicht die Mehrheit haben. Das heißt also, bis 49 % können wir Ausländer aufnehmen. (*Starke Unruhe und Diskussion.*)

*Kiesinger:* Das ist eine groteske Vorstellung. (*Unruhe und Diskussion.*)

*Dregger:* Wir müssen uns sicherlich der Gastarbeiter verstärkt annehmen, da ihr politisches Gewicht zunehmen wird. Die Frage ist, ob wir nicht einen pragmatischen Weg finden können. Wir haben in einzelnen Gemeinden bereits Beiräte oder Aus-

schüsse gebildet, in denen Ausländer mitwirken bei der Beratung von Problemen, die sie angehen. Kann man nicht auch bei der Partei daran denken, daß wir für Freunde, die nicht deutsche Staatsbürger sind, die Möglichkeit schaffen, einen Beirat in den einzelnen Kreisverbänden zunächst einmal zu schaffen. Wenn sie auf die Dauer in der Bundesrepublik bleiben, lassen sie sich ja ohnehin naturalisieren (*Kohl*: Nach zehn Jahren!) als deutsche Staatsbürger – ja, eben, nach zehn Jahren (*Kohl*: Lange Zeit!). Aber sie können doch vorher in der von mir angedeuteten Weise auch schon mitwirken.

*Kiesinger*: Meine Damen und Herren, ich mache einen Vorschlag. Wir können das jetzt hier nicht entscheiden. Ich würde davor warnen. Ob man dann am Parteitag so verfährt, daß man verweist, oder ob wir beim Parteitag dem Vorschlag von Herrn Echter nach folgen und gleich einen Beschluß fassen, das wird sich zeigen. Das Parteiengesetz erscheint mir in dieser Regelung fast grotesk zu sein, daß eine Partei mit 49 % Ausländern überhaupt denkbar ist, bei unserer Konzeption der politischen Partei heute, die doch Entscheidungen in den Parlamenten vorwegnimmt durch ihre Willensbildung im Parteienstaat. Das ist ja eine groteske Sache, nicht? Deswegen würde ich also vorsichtig sein und mal sehen. Wenn die SPD das macht, ist das ja noch kein Grund. Bis jetzt hat man die Sache eben laufen lassen, weil ja nicht sehr viele Leute dabei sind. Praktisch geben wir uns doch deswegen da mit ab, weil wir davon ausgehen, daß es da und dort eben eine kleine Zahl ist. Aber wenn wir es in der Theorie durchdenken, dann stoßen wir doch auf die merkwürdigsten Dinge.

*Köppler*: Ich würde dennoch darum bitten, Herr Bundesvorsitzender, daß wir jetzt beschließen, daß die Bundesgeschäftsstelle für unsere Sitzung, die hier am Sonntag vor dem Parteitag ist, eine Vorlage ausarbeitet. Ich meine, ich bin mit allem einverstanden, ich würde als einzige Klippe den Wohnsitz von wenigstens einem Jahr irgendwo einbauen.

*Kiesinger*: Schön, also, wir geben diesen Auftrag an die Bundesgeschäftsstelle, sie soll mal einen solchen Vorschlag ausarbeiten.

*Heck*: Der nächste Antrag, der bis jetzt vorliegt, ist ein Antrag des Kreisverbandes Bühl-Baden. Ein Antrag, der deswegen bekannt ist, weil er bereits dem 17. Bundesparteitag vorgelegen hat. Damals hat der Kreisverband beantragt, daß die Satzung so geändert wird, daß jeder Kreisverband innerhalb der Bundespartei zukünftig mindestens einen stimmberechtigten Delegierten zu den Bundesparteitagen entsenden kann. Die Antragskommission dieses Parteitages hat damals erklärt, da steckt eine bestimmte Berechtigung drin, allerdings eine Berechtigung, die sich dadurch relativiert, daß unsere Kreisverbände von außerordentlich unterschiedlicher Größe sind. Wir haben winzige Kreisverbände, und wir haben im Verhältnis zu diesen winzigen Kreisverbänden sehr große Kreisverbände. Dazu kommt, daß das Parteiengesetz die Zusammensetzung der Vertreter in den Versammlungen regelt, so daß also, wenn man all diese Dinge zusammennimmt, wir zu einem sehr großen Parteitag kommen würden, der schwanken würde, ja nachdem, welchen Schlüssel wir anwenden würden, zwischen etwa 766 oder 1.116 – also es kommt dann auf den Schlüssel im einzelnen an – Delegierten. Wir haben zur Zeit 521 plus 50 nicht-stimmberechtigte Berliner Delegier-

te. Die Zahl würde also mindestens auf 766 (*Kiesinger*: Meine Damen und Herren, ich bitte wirklich, ein bißchen mehr Ruhe zu halten! Herr Heck wird ja nicht gehört!), und wenn wir einen anderen Schlüssel anwenden auf über 1.000, also fast 1.200 ansteigen. So sehr also in der Tat die Berechtigung da ist, daß jeder Kreisverband sich auf dem Parteitag vertreten fühlt, so sehr stößt das auf praktische Schwierigkeiten, die in der Größenordnung liegen. Natürlich würden die großen Kreisverbände benachteiligt, wenn man nicht einen Schlüssel finden würde, der von der Größe ausgeht und der vor allen Dingen auch ausgeht von dem Ausgang der Wahlen, denn da steckt ja eine bestimmte, ich würde mal sagen Prämie drin, und deswegen haben wir ja auch diesen Schlüssel in unserer Satzung. Ich muß Ihnen gestehen, ich habe das mal in der Geschäftsstelle durchrechnen lassen, wir haben Ihnen ja auch einmal eine solche Vorlage gegeben. Dieses Problem halte ich in der Tat aus dem Handgelenk nicht für entscheidungsreif. Hier würde ich sagen, hier sollte man eine Kommission einsetzen auf dem Parteitag, die das im einzelnen prüft. Dazu haben wir auch die formale Möglichkeit, denn der Antrag des Kreisverbandes Bühl ist nicht abstimmungsfähig, weil er eine Satzungsänderung beinhaltet, und die ist nicht beantragt, sondern es ist nur gesagt, es solle so und so sein. Wir könnten also hier formal über die Dinge weg kommen. Ich würde schon sagen, daß es außerordentlich schwierig ist, jetzt zu entscheiden, heute Abend zu entscheiden, wollen wir in Zukunft 700 so und so viele oder 1.000 so und so viele Delegierte haben, was unwahrscheinliche Auswirkungen dann auch auf die Zusammensetzung des Regionalen des Parteitages hätte.

*Köppler*: Herr Vorsitzender, ich glaube, daß wir diesen Antrag nicht forcieren sollten. Einmal haben uns die Ausrechnungen, die wir vorgelegt bekommen haben, schon gezeigt, welche praktischen Schwierigkeiten, was die Größe des Parteitages angeht, dann auf uns zukommen. Aber in einer zeitlichen Situation, in der wir zur Zeit im Umbruch durch die Verwaltungsreform in allen Bundesländern sind, sollte man nicht einen Antrag, der von einer Situation ausgeht, die sozusagen die Auswirkungen der Verwaltungsreform und damit Kreisreformen noch gar nicht berücksichtigt, jetzt realisieren. Es ist einfach so, der Kreisverband, ich habe eben Filbinger gefragt, der Kreisverband, der diesen Antrag vor zwei Jahren gestellt hat, wird vor der Notwendigkeit stehen, sich in absehbarer Zeit in Baden-Württemberg aufzulösen und mit einem anderen Kreisverband zusammenzulegen. (*Filbinger*: Besteht noch bis 1. Januar 1973!) Na ja gut, sollen wir dafür eine solche Sache, Herr Filbinger, auf uns laden, mit all den psychologischen Hypothesen, die das ohnehin schwierige Folgegeschäft von Kreisreformen auf unsere Parteistruktur bedeutet? (*Zwischenruf*: Das wird auch nach der Kreisreform ...) Ja, aber nur dann wird der Antrag wahrscheinlich entfallen, weil bei der neuen Struktur der Kreise wohl kaum ein Kreisverband im Bundesgebiet mehr ohne Parteitagsdelegierten da sein wird. Ich meine, zum jetzigen Zeitpunkt würde ich es politisch für verfehlt halten, und wir laden uns zu den bestehenden Schwierigkeiten, die wir in der Partei haben, zusätzlich neue auf in dieser Umbruchsituation, wo wir alle Kreisverbände neu gliedern müssen in den meisten Bundesländern.

*Filbinger*: Ich würde auch meinen, daß die rechtlichen Schwierigkeiten zutreffend dargetan worden sind (*Starke Unruhe*.) Dann wird dieses Problem sehr viel leichter

sein. Ich würde also meinen, nicht nur aus Rechtsgründen, sondern auch aus Zweckmäßigkeitgründen sollte man diese Frage zurückstellen.

*Heck:* Ich wollte an sich nicht jetzt für den Antrag sprechen, sondern nur einen Gesichtspunkt vortragen, der hier dahinter stecken könnte. Ich kenne die Verhältnisse in Großbritannien, dort sind die Parteitage im Grunde die Tage im Jahr, wo die Arbeit in den Kreisverbänden in Form von Entschließungen zur Diskussion steht. Das hat einiges für sich, daß wir künftig den Stil in unserer Partei in der Richtung weiterentwickeln, daß tatsächlich das Jahr über in den Kreisverbänden politisch gearbeitet wird und daß der Ertrag dieser Arbeit in Form von Anträgen auf einem Parteitag behandelt wird, was voraussetzt, daß natürlich von dem Kreisverband dann jemand den Antrag als solchen begründen kann. (*Köppler:* Darf ich eine Frage stellen? Gilt das für die englischen Parteitage oder für die großbritannischen Parteitage?) Für die großbritannischen Parteitage. Das sind Parteitage mit einer riesigen Anzahl von Delegierten, das ist keine Frage. Aber ich finde, das ist ein Aspekt, den man für diesen Antrag anführen kann.

*Filbinger:* Da ist doch ein anderer Aspekt. Es ist unbestritten, daß ein Kreisverband nicht durch Delegierte vertreten ist beim Parteitag. Das ist gut und schön. Aber trotzdem. Ich meine der Zweckmäßigkeit Gesichtspunkt, daß wir das zurückstellen, der besteht auch nach Darlegung ...

*Kiesinger:* Also, in diesem Sinne zurückstellen. Sind wir uns da einig? – Gut! – Weiter!

*Heck:* Damit wären die bisher vorliegenden Anträge durch. Wir hätten dann noch festzulegen den Zeitplan für den Sonntag. Wir haben ja an dem Tag jeweils vor dem Beginn des Parteitages die Spitzengremien der Partei noch einmal zusammengerufen, das betrifft also Präsidium und Bundesvorstand. Speziell die Frage müßten wir heute entscheiden, bei Präsidium und Bundesvorstand ist es kein Problem, das ist ja eine ständige Übung, ob auch der Bundesausschuß noch einmal zusammengerufen werden soll. Fast möchte ich sagen, mit Ausnahme des letzten Parteitages hat es auch eine ständige Übung gegeben, den Bundesausschuß zusammenrufen. Aber soweit ich die Stimmung überall habe feststellen können, hält man diesen Bundesausschuß nicht für notwendig, und man sagt auch, daß gerade bei den spezifischen Themen und dieser Nicht-Aufgabenstellung dieses Parteitages der Bundesausschuß keine rechte Funktion habe. Ich würde also abraten, den Bundesausschuß zusammenzurufen. Die andere Frage wäre, ob man eventuell den Bundesausschuß im September noch mal zusammenruft, Mitte September oder so. (*Unruhe und Diskussion.*)

*Echternach:* Den Bundesausschuß auf dem Parteitag zusammentreten zulassen, wäre sicher eine mehr als lästige Pflichtübung, die nicht reinpassen würde. Aber nichtsdestoweniger müssen wir uns, glaube ich, vorhalten lassen, daß wir den Bundesausschuß allzu sehr verkümmern lassen. Er hat in den letzten zwei Jahren, ich weiß nicht, wie es vorher war, praktisch keine Rolle gespielt (*Zwischenruf:* Vorher war es auch so!), er ist ein-, zweimal zusammengetreten. (*Heck:* Aber er ist nie beschlußfähig zusammengetreten, Herr Echternach! – *Starke Unruhe.*) Er ist ein wichtiges Integrationselement der Bundesspitze gegenüber den Landesverbänden gewesen, und ich

meine, es ist bedauerlich, daß hier so wenig getan wird. (*Filbinger*: Nein, nein, das ist ein Zeichen der Qualität der Vorstandsarbeit.)

*Kiesinger*: Also wenn Sie die Entwicklung verfolgen, war es immer schon so. Es ist, es war immer eine Last mit dem Bundesausschuß. Das waren alles mehr oder weniger müde Sachen, und wenn man genau zusah, durfte man gar keinen Beschluß fassen, weil er nicht beschlußfähig war. Ob man es hätte entwickeln können, das betrifft nicht nur die letzten zwei Jahre, das kann ich nicht sagen. Vielleicht liegt es einfach wirklich in der Struktur.

*Stoltenberg*: Also, Konrad Adenauer, der ja nicht in jeder Hinsicht ein Muster für innerparteiliche Demokratie war, erklärte auf einem Parteitag, wo eine lange Vorstandssitzung vorher war und der Ausschuß zusammentreten sollte und schwach besetzt war, nach der Eröffnung, er habe soeben zu seiner Empörung von den Sicherheitsbeamten erfahren, daß man die Halle, in der man dann sei, abhören könne von außen. Es sei also völlig ausgeschlossen, diese wichtige Sitzung jetzt durchzuführen, er hat also die Sitzung geschlossen. (*Große Heiterkeit*.)

*Kiesinger*: Herr Echternach wollte wohl nur allgemein zum Problem, wie man ihn beleben kann, Stellung nehmen. Das wird die Zukunft zeigen. Vorläufig weiß ich auch kein Rezept, vielleicht ist das möglich. Im Grunde genommen wäre die Funktion des Bundesausschusses die, in einem geziemenden Abstand vom vorhergehenden Parteitag zum nächsten einmal eine deutliche Darstellung des Willens der Partei zu geben, so ein kleiner Parteitag, sagt man doch immer. Das könnte eine wichtige Funktion werden, wenn man sich darauf konzentriert. Über die Arbeit des Bundesparteivorstands, der ja auch schon groß genug ist, habe ich mich manchmal selber geärgert, über das Niveau bei der ganzen Aussprache, was da geboten wurde. Zu wichtigen Fragen wurde überhaupt nicht diskutiert, nicht das Wort genommen. Wie man es also entwickeln soll und was dazu getan werden sollte, das kann man sich überlegen. Aber die anstehende Frage würde ich doch auch so zu entscheiden bitten, daß wir weder vor dem Parteitag noch auf dem Parteitag eine Sitzung des Bundesausschusses einberufen. Gut, dann sind wir uns da einig. Weiter!

*Heck*: Dann würde das also bedeuten, daß für den Zeitplan, für den Sonntag die hier von uns vorgelegte Alternative 2 in Frage käme. Das hieße also um 11.00 Uhr eine Präsidiumssitzung, dann käme das Mittagessen, um 14.00 Uhr der Bundesvorstand, um 16.00 Uhr wäre dann die Möglichkeit, daß die Vereinigungen und um 20.00 Uhr die Landesverbände zusammentreten würden. Der Bundesvorstand hätte dann zwei Stunden. (*Kohl*: Das reicht völlig!) Ich darf schließlich noch darauf hinweisen, daß wir in den letzten Gesprächen mit dem Landesverband des Saarlands davon abgegangen sind, eine zunächst vorgesehene Kundgebung am Dienstagabend (*Kohl*: Das könnt Ihr nicht machen! Da ist der Parteitag zu Ende und dann eine Kundgebung!) zu halten. Es war die Planung, daß mit dem neuen Vorsitzenden am Dienstagabend eine Kundgebung gemacht werden sollte, und dann haben wir gesagt, das ist also schlecht, denn wenn der Vorsitzende gewählt ist und die Reden sind gehalten, dann ist die Luft raus und dann hat es keinen Sinn mehr, am Abend noch die Menschen zusammenzutrommeln. Wir werden also jetzt versuchen, zu der Schlußrede am Nach-

mittag die Halle so zu füllen, daß sie proppenvoll ist und diese Kundgebung praktisch am Ende des Parteitages steht, so daß wir also zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Wir haben diese Kundgebung, die für das Saarland und für Saarbrücken bedeutsam ist. Sie möchten das gerne haben, berechtigterweise. Und wir haben auch am Ende des Parteitages keine leere Halle oder halbleere Halle, man weiß ja nie, wie die Dinge ausgehen. Wir müßten dann den Journalistenempfang verlegen, von Montagabend auf Dienstagmittag. Das müssen wir noch überlegen, wie das hingeht, weil das mit dem Wahlmodus, den wir ja jetzt festgelegt haben, nicht mehr zusammentrifft.

*Schwarz-Schilling:* Soweit ich mich erinnere, war es früher mit der Kandidatenvorstellung immer so gewesen, daß schon vorher Vorschläge eingegangen sind und zusammen auf einer Seite dem Bundesvorstand vorlagen. Ich weiß nicht, ob das auch die Funktion damals der Partei oder des Parteiausschusses war und das dort als Vorschlag in den Parteiausschuß gebracht wurde, ich weiß es nicht mehr genau. Ich habe nur Bedenken, wenn sozusagen auf Zwischenruf von seiten des Plenums die Vorschläge einzelner Verbände kommen. Denn das würde eine Zufallskandidatenliste geben, die meines Erachtens etwas schwierig wird. (*Unruhe und Diskussion.*)

*Kiesinger:* Herr Meyer ist da unser Experte.

*Meyer:* In der Verfahrensordnung ist ein Vorschlag enthalten, daß Vorschläge für Kandidaten schriftlich eingereicht werden müssen.

*Heck:* Das geht nicht durch Zuruf! (*Unruhe und Diskussion.*)

*Lenke:* Soweit ich mich recht erinnere, hat der Bundesausschuß sich bei der Sitzung, die dem Mainzer Bundesparteitag vorausgegangen ist, darauf beschränkt, die Namen der zur Debatte stehenden Kandidaten zu den verschiedenen Präsidiums- und Vorstandswahlen zu sammeln und alle weiteren Vorschläge und Kommentare lediglich an den Bundesparteitag weiter zu geben. Beim Bundesausschuß vor Berlin war es, glaube ich, ein bißchen anders. Vorschlagsfunktionen hat der Bundesausschuß lediglich für die sehr wichtigen Antragskommissionen bei den Programmparteitagen ausgeübt und eventuell Tagungsleitung und Ähnliches, aber da hat der Bundesvorstand sich eigentlich auch mehr beim Bundesausschuß absichern wollen und die Basis verbreitern wollen.

*Stoltenberg:* Ich glaube nicht, daß wir deswegen eine Sitzung des Bundesvorstandes brauchen, aber man kann ja vielleicht durch Rundschreiben den Landesverbänden mitteilen, daß Vorschläge vorher an den Generalsekretär und Geschäftsführer schriftlich gemacht werden können von Delegierten. Die können das listenmäßig erfassen. Das schließt dann die Ergänzung während der Sitzung nicht aus.

*Kiesinger:* Gut! Einverstanden mit diesem Vorschlag? Weiter!

*Heck:* Ja, damit ist die Ziffer 3 der Tagesordnung abgehandelt. Hier ist jetzt vielleicht die Gelegenheit, daß, was Herr Stoltenberg vorgeschlagen hat, der Vorschlag von Herrn Göb hier diskutiert wird, weil es ja eigentlich zum Thema „Struktur der Partei“ gehört. Wir haben dann allerdings noch zu behandeln Ziffer 4.

AUFGABEN DES GENERALSEKRETÄRS UND DES BUNDESGESCHÄFTSFÜHRERS

*Stoltenberg:* Ich meine, ich habe keine besondere Veranlassung, diese Debatte zu führen, aber nachdem Herr Göb, der ja vorher mit dem ein oder anderen nur gesprochen hatte, seine Überlegungen an die Öffentlichkeit gebracht hat, werden sie natürlich in der Partei diskutiert, und es wäre ungewöhnlich, wenn wir im Präsidium und Vorstand heute bei der Vorbereitung des Parteitages überhaupt nicht darüber sprechen würden. Das ist der einzige Grund, warum ich mich dazu äußere, ohne eine abschließende Meinung oder Intention in der Sache. Ich glaube, der Bericht ergibt, daß es bisher keine schriftlichen Anträge gibt auf Satzungsänderungen, die vorsehen, das Amt des Generalsekretärs abzuschaffen und durch einen ersten stellvertretenden geschäftsführenden Vorsitzenden zu ersetzen. Man müßte also hier noch einmal kurz feststellen, da es bisher keine Anträge gibt, ob es in einzelnen Landesverbänden Bestrebungen dazu gibt. Mir ist das nicht so ganz erkennbar. Es gibt aber ohne Zweifel eine Diskussion über die von Herrn Göb aufgeworfenen Fragen. Das ist ganz sicher wahr. Da er ja vor allem in der journalistischen Auslegung die Frage einer weiteren Mitwirkung des Geschäftsführers von einer Lösung dieser Frage abhängig gemacht hat, wäre es ja für uns auch etwas ungewöhnlich, obwohl wir einem neuen Präsidium und Vorstand hier nicht vorgreifen können, wenn wir sozusagen schweigend darüber hinweggehen. Ich beziehe mich auf Zeitungsmeldungen<sup>84</sup>, von denen ich nicht genau weiß, ob sie richtig sind.

Ich würde zur Sache folgendes für die weitere Diskussion gerne anmerken: Wenn man davon ausgeht, daß vier Wochen vor dem Parteitag, verhältnismäßig unwahrscheinlich, die Diskussion sich so verdichtet, daß man eine so tiefgreifende Satzungsänderung beschließt, würde sich natürlich die Frage stellen, eine Frage auch an die neuen Vorsitzenden bzw. an die künftigen Generalsekretäre, ob man durch einen Grundsatzbeschuß, der natürlich vorbereitet werden müßte – hier könnte der Bundesausschuß dann beim Parteitag tätig werden –, die Aufgaben in der Zuordnung zueinander, und damit auch die von Herrn Göb mit einigen beachtenswerten Argumenten vorgebrachten Überlegungen zu einer etwas klareren deutlicheren Definition der Aufgaben des Bundesgeschäftsführers lösen kann. Man könnte es, man brauchte es nicht, das Problem liegt auch zweifelsohne in der Sache. Ich hätte Zweifel dagegen, dies dadurch zu lösen, daß man den Weg geht zu sagen: Wir wollen keinen Generalsekretär mehr, der wird ersetzt durch einen ersten stellvertretenden Vorsitzenden, einen geschäftsführenden Vorsitzenden. Man könnte ja den Weg gehen, daß man durch Gespräche versucht, eine Formulierung zu finden, die nur als Grundsatzbeschuß, als Satzungsinterpretationsbeschuß gefaßt wird von einem relativ hochrangigen Gremium. Das könnte der Bundesausschuß sein, der ja satzungsmäßig eine Vertretungsfunktion für den Parteitag hat, in Richtung der Überlegung, die Herr Göb angesprochen hat, aber natürlich mit der Notwendigkeit, sie noch einmal zu präjudizieren. Und hier wird es wahrscheinlich eher so sein, daß bis zum Parteitag nur vorbereitende Gespräche

84 Vgl. Anm. 82.



geführt werden können und der neugewählte Vorsitzende, der künftige Generalsekretär, das künftige Präsidium, aufgrund solcher Vorüberlegungen dann in ein konkretes Gespräch mit dem Bundesgeschäftsführer eintreten muß. Das würde ich aber als einen Beitrag zur Diskussion hier gerne vortragen, um Möglichkeiten zu erörtern, wie wir unter Umständen auch ohne eine Satzungsänderung das von Herrn Göb aufgeworfene Problem lösen können.

*Göb:* Darf ich ein Wort dazu sagen? Zunächst möchte ich sagen, das, was Sie in der Presse gelesen haben, ist wie immer z. T. wahr, z. T. halb wahr und z. T. unwahr. Völlig unwahr ist, daß ich es gemacht habe aus irgendwelchen persönlichen Motiven von mir aus oder Motiven gegen oder für jemanden. Unwahr ist auch, daß irgendeine Differenz zwischen dem derzeitigen Generalsekretär, Herrn Heck, und mir besteht. Wir beide haben versucht, aus dem, was in der Satzung steht, das Beste zu machen in einem sehr guten menschlichen Einvernehmen. Es geht also nicht um Personen, sondern es geht um Institutionen. Ich persönlich, und das darf ich in diesem Gremium erklären, habe vor der Amtsführung des derzeitigen Generalsekretärs jeden Respekt. Ich muß sagen, daß ich bewundere, wie er sich für die Dinge dieser Partei eingesetzt hat.

Ich hatte zwei Dinge, das eine ist: Es war kein Alleingang, was ich gemacht habe, sondern es gibt eine breite, das müssen Sie sehen, Unzufriedenheit in der Partei, daß unsere Führungsfunktionen nicht gelöst sind, daß der eine oben dies, der andere jenes und der dritte das sagt. Wir haben heute anhand von zwei Problemen darüber gesprochen. Das müssen wir sehen, und es hat gar keinen Sinn, daß wir uns etwas in die Tasche lügen. Wenn das nach dem Saarbrücker Parteitag weiter so bleibt, dann ist, das ist heute auch verschiedentlich gesagt worden, unsere Ausgangsbasis für die 73er Wahl, die ohnedies aus den verschiedensten Gründen wahnsinnig schwierig ist, dann noch schwieriger. Deswegen muß dieser Parteitag nicht nur wählen, sondern er muß auch festlegen, unterschiedlich je nachdem, wie er wählt, welche Funktionen die von ihm Gewählten wahrzunehmen haben. Wir haben eben keinen Bundeskanzler mehr und keinen Parteivorsitzenden, der die Nummer 1 dieser Partei unangefochten ist, sondern wir müssen jetzt festlegen, wer in dieser Partei der Oppositionsführer ist. Wer die Nummer 1 ist, das muß festgelegt werden. Theoretisch gibt es doch die Möglichkeit, daß wir einen Parteivorsitzenden haben, einen Spitzenkandidaten, theoretisch, und einen Fraktionsvorsitzenden, wobei der Spitzenkandidat vielleicht Gast nachher in der Fraktion und im Präsidium ist, ich sag es mal, um es ins Extrem zu treiben. Das ist, entschuldigen Sie bitte, man muß das am theoretischen Modell durchspielen, eine völlige Unmöglichkeit, diese Fragen einfach im Vorfeld des Parteitages im Ungewissen zu lassen.

Die zweite Frage ist die des Generalsekretärs. Da bin ich der Meinung, der Generalsekretär ist eingeführt worden in einer Zeit, wo der Bundeskanzler als Parteivorsitzender sich entlasten mußte, um auch in die Partei hinein auch organisatorisch zu arbeiten. Dadurch hat er Elemente des Vorsitzenden und er hat Elemente des Geschäftsführers. Er kann beide nicht ausreichend wahrnehmen, weil er damit strapaziert ist. Er kann sich weder ausreichend um die Geschäftsführung noch ausreichend um den Vorsitz kümmern, der Mann ist von der Konstruktion her einfach überlastet,

er ist der Prügelknabe für alles, was kommt. Und deswegen sage ich, das muß man wieder auseinanderziehen. Man muß die Dinge des Generalsekretärs entweder in den Bereich des Vorsitzenden legen oder in den Bereich des Geschäftsführers. Man muß an die Spitze eines Apparates einen Mann stellen, der dafür verantwortlich ist. Wie unmöglich die derzeitige Situation ist, will ich Ihnen an einem Beispiel sagen. Der Generalsekretär führt nach dem Statut der Partei die Geschäfte der Partei. Der Bundesgeschäftsführer vollzieht nach dem Statut der Partei den Haushalt der Partei. Das sagt also, wir haben im Haushalt einen Titel stehen: 100.000 Mark für Kongresse. Der Generalsekretär sagt: Wir machen einen Wohnungskongreß, der Geschäftsführer sagt: Nein, das ist aber nicht so wichtig, wir machen lieber einen Kongress für XY, ich unterschreibe nicht. Nach dem Statut vollziehe ich als Bundesgeschäftsführer den Haushalt der Partei. Das ist ein Relikt, das ist übrig geblieben bei der Bereinigung dieser Dinge im Jahre 1969, aber so sieht es doch aus.

Aus diesen Überlegungen heraus bin ich zu der Erkenntnis gekommen, wenn man diese Dinge nicht auseinander zieht, ist es entweder für jemanden, der unter einem Generalsekretär arbeitet, eine Art Bürovorsteherfunktion. Das würde mir auf die Dauer keinen Spaß machen. Oder aber man muß es auseinanderziehen, und dann hat man wieder jemanden, der den technischen Apparat selbstverantwortlich in der Hand hat und der politischen Entscheidung unterordnet. Das ist meine Überlegung zu diesen Dingen gewesen. Dabei ist es keine Frage, daß ich sage, Sie müssen unbedingt die Satzung ändern, weil es möglich ist, im Wege eines satzunginterpretierenden Beschlusses die beiden Funktionen, die politische und die organisatorische Funktion auseinanderzuziehen. Ich bin durchaus bereit, weiter mitzuarbeiten, für den Fall, daß ich weiter mitarbeiten darf, das muß ja dann nachher auch bestätigt werden, wenn es eine neue Führung gibt. Ich würde also ohnedies auch mein Amt in der Beziehung zur Verfügung stellen.

Ich habe beispielsweise, ohne daß ich das irgendwie initiiert haben kann oder ohne daß das gekommen wäre von mir oder durch die Diskussion, die ich entfacht habe, gestern ein Schreiben bekommen vom Kreisverband Kempen-Krefeld. Da hat also am 28. August, also bevor meine Initiative bekannt wurde, der Kreisverbandsausschuß nach einer Serie von Mitgliederversammlungen erklärt: „Das Amt des Generalsekretär soll endlich klar umrissen und mit größter Verantwortlichkeit für die organisatorischen Seiten der Bundespartei ausgestaltet werden. Der Generalsekretär soll hauptamtlich und ausschließlich mit der Partei befaßt werden.“ Das ist eine Entschließung – ob das ein Antrag wird, weiß ich nicht – des Kreisverbands Kempen-Krefeld. Ich sage das nur, um darzustellen, es ist kein Alleingang von mir. Bitte denken Sie nicht daran, daß die Spekulationen, die irgendwelche Journalisten zur Zeit verbreiten, das ganze sei von mir ein Erpressungsmanöver, weil ich jetzt mehr Zuständigkeiten oder was herauschlagen wollte, richtig sind, nicht richtig sind. Ich werde mein Amt auch mit einer neuen Führung zur Verfügung stellen, auch wenn man bis zu dieser Trennung kommt. Sagt die neue Führung, ich soll das weitermachen, werde ich, wenn die Zuständigkeiten klar abgegrenzt sind, weitermachen. Aber zunächst mal werde ich mein Amt zur Verfügung stellen und mir das Vertrauen der neuen Führung erst erwerben,

das ist also keine Frage. Ich bitte das so entgegenzunehmen. Wenn Sie fragen: „Warum sind Sie in die Öffentlichkeit gegangen?“, dann muß ich sagen, ich hielt das für den einzigen Weg, um Aufmerksamkeit zu erwerben. Ich bitte um Nachsicht.

*Kohl:* Ja, ich will nicht zu allem was sagen, nur zur letzten Bemerkung, Herr Göb, wenn Sie das jetzt nicht gesagt hätten, hätte ich dazu nichts gesagt. Ich bin überhaupt nicht der Meinung, daß Sie zu diesen Punkten in die Öffentlichkeit gehen mußten. Ich glaube, daß man in der Sache selbst sehr diskutieren muß und daß beachtliche Anregungen bei Ihnen drin stehen, aber das muß doch nicht in der Form geschehen, weil eben bei allem Bemühen – das können Sie gar nicht verhindern, die Sachen jetzt sachgerecht und sachbezogen zu halten – doch ganz andere Akzente reinkommen. Es ist ja nicht nur so, daß sich hier in der Partei Leute bemühen, etwa die personale Auseinandersetzung, die jetzt läuft, als eine sachbezogene Entscheidung zu sehen, sondern da sind ja viele Interessenlagen. Ich bin ganz sicher, die beiden Kandidaten werden eine Fülle von Stimmen in Saarbrücken bekommen, die überhaupt nichts mit ihrer Kandidatur zu tun haben, sondern die z. T. abgegeben werden, weil ein anderer für den jeweiligen ist und weil sich die eigene Stimmabgabe gegen einen ganz anderen richtet. Da gibt es also in ganz anderen Etagen Stimmabgaben und Entscheidungen. Und Sie sehen ja, der ganze Feldzug findet auch statt in einer Form, die Gott sei Dank bisher nicht da war, aber die offensichtlich jetzt um dieses Wochenende noch bösser wird, die unter der Gürtellinie liegt. Wenn ich etwa diese katholische „Bildzeitung“ vom heutigen Wochenende<sup>85</sup> betrachte, kann ich nur sagen, das ist so schweinmäßig, was dort unter der Rubrik „katholisch“ geboten wird, daß ich mich schäme. (*Zwischenruf:* Das ist in letzter Zeit nicht sehr ungewöhnlich. – *Kiesinger:* Er verletze seinen Amtseid als Ministerpräsident, wenn er sich um den Vorsitz bemühe.) Ich will also vom Herzschrittmacher des Kollegen Schröder, der ist jetzt ja da, da kann ich es viel ungehemmter sagen, in diesem Zusammenhang nicht reden. Ich habe auch heute abend nichts von seiner Atemnot bemerkt, das nur ganz nebenbei. Aber es ist nichts dumm genug, als das es nicht in diesem Zusammenhang auch noch verbreitet werden müßte.

In der Sache selbst meine ich, Herr Göb, daß Sie recht haben, man muß neu definieren. Ich glaube nicht, daß man die Satzung ändern muß, ich würde auch dem widersprechen, wenn ich dort in Saarbrücken gefragt werde, ich sage jetzt schon meine Meinung. Nur, die CDU steht an einem Scheideweg. Man kann über beides reden. Das Modell, den Generalsekretär und den Bundesgeschäftsführer in einer Hand, darauf läuft das eine Konzept hinaus, zusammenzufassen und ihn zu besolden, ist vertretbar. Bloß das setzt eine völlig neue Parteigesinnung bei der CDU voraus. Ich weiß nicht, ob wir uns dahin entwickeln, ob es dahin kommt, aber es setzt ja eine völlig neue Parteigesinnung voraus, nämlich zum Prinzip des Hauptamtlichen in der Partei. Solange ein Großteil des Führungs-Establishments der Partei bis hinein in die Mitgliedschaft zu dem Hauptamtlichen das Verhältnis haben, was ich heute überall noch antreffe, ist

---

85 Die „Neue Bildpost“ favorisierte in einer Artikelserie die Kandidatur Barzels und forderte schließlich am 12. September 1971 Kohl zum Verzicht auf eine Kandidatur auf (vgl. „Die Zeit“ vom 17. September 1971 „Wie Marlon Brando“).

das nicht zu machen. Das müssen Sie ganz nüchtern sehen. Bei uns werden die Hauptamtlichen in der psychologischen Grundströmung immer noch in einer Form angeguckt, daß das mit einem gewissen Hautgout versehen ist. Das hat jetzt nichts mit dem Generalsekretär zu tun, mit dem Bundesgeschäftsführer auch nicht. Das ist eine Gesinnungsfrage, die quer durch die ganze Partei – natürlich aus der Tradition eines Wahlvereins, aus der wir erwachsen sind – hindurch geht. Funktionär und alles, was dazugehört. Inzwischen haben wir ja gelernt, daß wir ohne die Funktionäre gar nicht leben und existieren können, aber dieses Vorurteil erlauben wir uns immer noch. Ich meine also, unter diesem Gesichtspunkt ist das vor allem auch eine Definitionsfrage der Aufgabenstellungen. Eines ist ganz sicher: Wie immer Sie das Kind nennen werden, Sie werden, der Bundesgeschäftsführer oder der besoldete Generalsekretär, immer eine Spitze über sich haben nach unserem Parteiverständnis von Leuten, die das im Ehrenamt machen, den Parteivorsitz oder so etwas, und die Weisungsbefugnisse haben werden. Das ist aber in der – deswegen sage ich es, bei Ihnen ist das unbestritten – öffentlichen Darstellung Ihrer Einlassung z. T. ganz anders dargestellt worden, deswegen trage ich es noch mal nach.

Es ist hier eine Vorstellung erweckt worden, als sei das dann nicht notwendig oder möglich, es ist genau umgekehrt der Fall. Und ich bin der Auffassung, der neue Vorsitzende und, ich hoffe auch der neue Generalsekretär und das neue Präsidium, der neue Bundesvorstand, müssen sich mit dieser Frage befassen, die ja ein Stück Kompetenzverteilung beinhaltet. Es ist weniger eine Frage der Titulatur. Über Titel kann man ohne Schwierigkeiten reden. Sie müssen sich intensiv unterhalten. Ein Teil des Leerlaufs, der auch von draußen jetzt sehr stark kritisiert wird, liegt nicht nur in der Funktionsaufteilung, er liegt natürlich auch in der mangelnden Bereitschaft, die Zentrale überhaupt zu bedienen und zu beanspruchen, das muß man bei der Gelegenheit auch einmal sagen. Wir haben schon eine Grundgesinnung bei uns, daß die Zentrale, das war die Nassestraße über viele Jahre, zunächst prinzipiell, wenn was schief geht, der Buhmann ist. Und das können Sie jetzt in diesen Wochen vor diesen Entscheidungen draußen im Land erleben, wenn Sie die Berichte über Versammlungen lesen, daß generell diese Haltung gering eingeschätzt wird.

*Dregger:* Ja, ich bin Herrn Göb sehr dankbar für diese Interpretation, ich glaube, das war sehr nützlich, und wir werden sagen müssen, daß Gedanken dahinter stecken, die man nicht einfach vom Tisch wischen kann. Ich glaube, Herr Göb, wir werden vor dem Parteitag und bis zum Parteitag keine grundsätzlichen Änderungen machen, dafür sind die Gedanken zu neu, dafür ist die Frist zu kurz. Wir werden zunächst einmal mit der alten Struktur in die Wahl gehen, aber wir werden nach der Wahl über die Dinge nachdenken müssen. Ich glaube, das Prinzip, daß man die Verantwortlichkeiten klar trennt, nämlich die politische Verantwortung und die administrative, und daß die administrative Verantwortung von hauptamtlichen Funktionären – und zwar von tüchtigen, gut bezahlten, hervorragenden Leuten – bei einem Unternehmen unserer Größenordnung, das wir ja in finanzieller und administrativer Hinsicht sind, ein gesunder Grundsatz ist. Ob wir das nachher in der politischen Verantwortung „Generalsekretär“ oder „Erster stellvertretender Vorsitzender“ nennen, ist kein wesentlicher Unter-

schied. Der Vorsitzende braucht einen ersten politischen Gehilfen. Und das ist im Bereich der politischen Verantwortung. Und er braucht einen Generaldirektor für die Administration, das ist der hauptamtliche Funktionär. Also irgendwann werden wir möglicherweise einmal zu dieser Trennung kommen, ich glaube nur nicht in dieser kurzen Frist bis zu diesem Parteitag.

*Köppler:* Ich möchte noch auf die Frage zurückkommen, die, glaube ich, Herr Kohl gestellt hat, ob wir mit Anträgen rechnen. Oder Herr Stoltenberg fragte es. So, wie es diese Sache in Kempen-Krefeld gibt, die noch nicht zu einem Antrag geronnen ist, halte ich es durchaus für möglich, daß wir noch konkrete Anträge bekommen. Es läuft zur Zeit im Kreisverband Bonn eine Sache, die noch nicht zu Ende diskutiert ist.<sup>86</sup> Wir müssen damit möglicherweise rechnen, ich würde also vorschlagen, daß wir es genauso beschreiten, wie Herr Kohl und Herr Dregger es gesagt haben. Man sollte definieren und das unmittelbar nach dem Parteitag dann tun. Denn im Prinzip muß diese klare Trennung der Funktionen vorgenommen werden, da hat Herr Göb recht.

*Kiesinger:* Gut! Schluß! Fertig!

*Heck:* Also, Punkt 4: „Einrichtung eines Finanzbüros beim Bundesschatzmeister“. Mir hat Herr Kraske, eh er weggegangen ist, handschriftlich eine Notiz gegeben und mich gebeten, ich möge das dem Vorstand mitteilen. Hier heißt es, er halte es nicht für gut, daß ein Bundesvorstand und sein Schatzmeister, deren Mandat in vier Wochen zur Disposition steht, heute über Punkt 4 „Finanzbüro“, entscheiden. „Wenn ich noch hier sein könnte, würde ich Vertagung des Punktes beantragen.“ Er hat mich gebeten, das hier vorzutragen.

#### EINRICHTUNG EINES FINANZBÜROS BEIM BUNDESSCHATZMEISTER

*Schmücker:* In Anbetracht der Tatsache, daß ein einstimmiger Beschluß des Bundesfinanzausschusses vorliegt und eine Einigung zwischen dem Generalsekretär, dem Geschäftsführer und dem Schatzmeister, möchte ich doch empfehlen, daß wir die Sache hier verabschieden. Sie entsinnen sich, daß ich ursprünglich der Ansicht war, es müßte eine Statutenänderung vorgenommen werden. Ich habe das fallengelassen. Ich meine, wir sollten eine Regelung finden, die zwar durch die Statuten nicht unbedingt vorgeschrieben ist, aber ihnen nicht widerspricht. Der Finanzausschuß unter Einfluß des Generalsekretärs und mir schlägt dem Vorstand folgende Regelung vor:

a) Zum Haushalt: Die Aufstellung des Haushaltes ist zunächst Sache der Bundesgeschäftsstelle. Dann wird der Haushalt zwischen Generalsekretär, Bundesschatzmeister und dem Bundesgeschäftsführer abgesprochen und danach dem Bundesfinanzausschuß vorgelegt, der ein Votum für den Bundesvorstand abgibt. Das ist eine Neuerung.

---

<sup>86</sup> Laut Einladung vom 30. April 1971 zur Sitzung des Gesamtvorstands des KV Bonn am 11. Mai 1971 sollte darüber beraten werden, ob eine Mitgliederbefragung auf dem Saarbrücker Parteitag wegen der zu regelnden Kandidaturen durchgeführt werden sollte. Ein Protokoll der Sitzung liegt nicht vor (ACDP 02-217-AO 25).

Der Vollzug des Haushaltes ist Sache des Generalsekretärs bzw. des Geschäftsführers. Außerordentliche Ausgaben bedürfen der Genehmigung des Schatzmeisters. Wenn er widerspricht, muß das Präsidium angegangen werden. Darüberhinaus muß der Schatzmeister bei großen Ausgaben ab einer bestimmten Summe, in der Geschäftsordnung festgelegt – Betrag bei Sachausgaben 100.000 DM, bei Personalausgaben Gehalt 36.000, Honorar 10.000 DM –, eingeschaltet werden, damit diese Ausgaben mit der Mittelbeschaffung synchronisiert werden können. Bei Großaufträgen ist eine Koordinierung erforderlich. Die Kontrollfunktion des Bundesschatzmeisters gegenüber der Ausgabenwirtschaft muß voll gewährleistet werden.

b) Der Bundesschatzmeister muß die Möglichkeit haben, zwischen der Bundespartei, den üblichen Organisationsstufen und der CDU zugerechneten Institutionen die erforderliche Koordinierung wirksam vorzunehmen, gegebenenfalls durch ein besonderes Büro. Dahinter steckt die Neuorganisation des gesamten Spendenwesens, wenn ich mich da mal so ausdrücken darf.

c) Die Wirtschaftsbetriebe und die Mittelbeschaffung über die wirtschaftlichen Gegenleistungen müssen außerhalb der Bundesgeschäftsstelle sein. Ich betone noch einmal, das ist ein einstimmiger Beschluß, und ich würde doch sehr bitten, daß man den bald trifft.

*Stoltenberg:* Also bis zu dem Punkt „gegebenenfalls durch ein Büro“ hätte ich keine Bedenken, weil das gute Grundsätze sind, die wir heute beschließen könnten, mit der Maßgabe, daß der neue Vorstand, vor allem die dann Verantwortlichen natürlich frei sind, das noch mal zu überprüfen. Aber ich würde doch die Frage eines besonderen Büros und auch die letzte Frage des Grundsatzes außerhalb der Geschäftsstelle als so wichtig ansehen, daß man denjenigen, die nun nach dem Parteitag das Amt übernehmen, nicht vorgreifen sollte. Also bis zu dem Punkt „gegebenenfalls durch ein Büro“ ... (*Schmücker:* Also der letzte Punkt hat eine so umfangreiche Debatte gehabt, und der Generalsekretär und der Geschäftsführer, die ursprünglich eine andere Auffassung hatten, haben sich überzeugen lassen, daß es nur so geht.) Aber wir wissen ja von niemandem, der heute ein Amt hat, ich beziehe mich selbst und alle mit ein, alle die hier sitzen, wer ab Oktober zuständig ist, und deswegen würde ich doch glauben, daß wir es bei den sehr guten allgemeinen Grundsätzen, die Anerkennung finden, auch in einem neuen Vorstand belassen, und den anderen Teil des Beschlußvorschlages ausdrücklich dem neuen Vorstand zur Entscheidung überläßt.

*Köpler:* Ich möchte mich dem anschließen. Das ist auch die Auffassung des Landesvorstandes der rheinischen Partei. Ich habe auch Zweifel, Herr Schmücker, ob bei dem Echo, was ich nicht nur im Rheinland bekommen habe, der Parteitag bereit ist, diesen Beschluß, der sicher von allen unmittelbar Beteiligten lange erwogen und lange diskutiert ist, jetzt zu fassen. (*Diskussion.*) Ich habe jedenfalls den Auftrag bekommen vorzutragen, daß wir vorschlagen, das nicht ad calendas graecas zu vertagen, sondern die ganze Frage der Bürokonstruktion dem neu zu wählenden Vorstand und Präsidium als unmittelbar nach seiner Konstituierung zu lösende Aufgabe zu übertragen.

*Kiesinger:* Also, ich halte das für richtig, meine Damen und Herren. Wir sollten das wirklich den neugewählten Gremien überlassen, wobei es dann durchaus zu dem kom-

men würde könnte, was Herr Schmücker hier vorschlägt. Aber wir sollten da nicht in letzter Minute sozusagen eine Regelung noch ...

*Heck:* Also, ich muß in der Sache hier für diesen Vorschlag plädieren, wenngleich ich durchaus zur Kenntnis nehmen muß, daß es nicht richtig ist, vier Wochen, bevor eine neue Führung bestellt wird, in einer solchen Sache die neue Führung festzulegen. Aber es ist in der Tat dem Schatzmeister nicht zuzumuten, es ist unmöglich, daß er seine Verantwortung wahrnehmen kann. Das würde eine Reihe von Ausführungen jetzt notwendig machen, daß er seine Verantwortung nicht wahrnehmen kann, wenn er nicht eine respektable Person, das kann nicht irgendwer sein, zur Verfügung hat, der eine Summe von Verantwortungen für ihn wahrnimmt, der beispielsweise beim Spendensammeln, wenn mal etwas grundsätzlich geklärt ist, in der Tat dafür sorgt, daß das Geld eingeht. Aber das ist nur ein Teil. Der Bundesschatzmeister ist verantwortlich für die Union-Betriebs GmbH. Im Grunde genommen ist es fast nicht möglich, daß er die Verantwortung wahrnehmen kann. Er braucht in der Tat jemanden. Also, es hat seinen Grund, warum der Bundesfinanzausschuß, der von Haus aus also gar keine Neigung in der Richtung hatte, hier gesagt hat: „Jawohl, das ist sicher eine Sache, die notwendig ist.“ Aber ich gestehe zu, daß das Argument, daß man, wenn ein neuer Vorsitzender und ein neuer Schatzmeister gewählt werden, denen vier Wochen vorher nicht vorgehen sollte.

*Von Weizsäcker:* So wie ich den Dialog zwischen Herrn Stoltenberg und Herrn Schmücker verstanden habe, ist die Frage dieses zentralen Mitarbeiters eher sekundär gewesen und auch vertagbar. So, wie Herr Heck es eben schilderte, ist das der zentrale Punkt des Vorstandes. Wenn es der zentrale Punkt des Vorstandes ist, Herr Schmücker, dann finde ich es eigentlich doch wirklich selbstverständlich, daß man diesen Beschluß nicht vier Wochen vor der Erneuerung der Wahl vornehmen kann. Wenn dagegen die drei anderen Punkte, ich habe sie so rasch jetzt nicht in Kopf, wenn die drei anderen Punkte also wirklich ohne präjudizierende Wirkung sind, dann kann man, so wie Herr Heck es geschildert hat, den Beschluß heute nicht fassen.

*Schmücker:* Ich bin ganz anderer Meinung. Es muß derjenige, der sich bereiterklärt, als Schatzmeister zu kandidieren, der gewählt wird, wissen, welche Aufgaben ihn erwarten. Wenn das weiterhin ungeklärt bleibt, bin ich persönlich z. B. nicht bereit zu kandidieren. Das muß ich doch sehr deutlich sagen. Es muß Klarheit sein, welche Zuständigkeiten hier vorliegen, sonst kann keiner arbeiten. Das muß vorher festgelegt sein, man muß wissen, welche Aufgaben man übernimmt und nicht nachher dann eingeeengt werden in den Möglichkeiten, nachdem man der Öffentlichkeit gegenüber die Verantwortung übernimmt. Das geht nicht!

*Scheufelen:* Ja, meine Herren, man muß zwei Dinge hier ganz klar voneinander trennen. Was offensichtlich in der letzten Zeit, im Gegensatz zu den Landesverbänden, mir bei der Bundespartei nicht ganz klar war, ist, daß keine Ausgabe über den genehmigten Haushalt hinaus ohne Genehmigung des Bundesschatzmeisters erfolgen kann. Das ist der Kernpunkt doch in der gegenwärtigen Situation ... (*Starke Unruhe und Diskussion.*) Das scheint mir der Kernpunkt der Sache zu sein. Ich glaube, ohne diesen Beschluß wird sich niemand finden, der bereit ist, Schatzmeister zu machen. Es

sind Ausgaben genehmigt worden, auch vom Präsidium, ohne Deckung. Und wenn da der Schatzmeister für die Deckung verantwortlich ist, glaube ich, muß dieser Punkt aufgenommen werden. Das kann heute geschehen.

Punkt Nummer 2. Da haben wir folgende Situation: Wir haben die Wirtschaftsbetriebe der Partei, die ja schon nach der Umorganisation 1959 von der Bundesgeschäftsstelle getrennt wurden und eine gesonderte GmbH und eine Geschäftsführung hatten. Wie jede andere GmbH, wo also der Schatzmeister die Funktion des Beiratsvorsitzenden ausübt, also praktisch die des Vorsitzenden. Momentan ist die Situation die, das hat Herr Schmücker eingeführt, daß die Geschäftsführung dieser GmbH gleichzeitig das Büro des Schatzmeisters ist. Vorher war es so, daß das Büro des Schatzmeisters innerhalb der Bundesgeschäftsstelle lag. Und das ist nun also beides möglich, aber ich sehe ehrlich keinen zwingenden Grund, nachdem nun ein Büro existiert, wie Sie das handhaben. Das kann auch eine Entscheidung des neuen Schatzmeisters sein. Die Bundesgeschäftsstelle hat eine Abrechnungsabteilung, die kann dort ausgebaut werden. Aber ich glaube, es ist kein zwingender Grund, das im Moment zu machen, denn das betrifft nicht den Übernahmeentschluß, Schatzmeister bei der CDU zu werden, das kann man verschieben. Aber entscheidend ist, daß nicht noch einmal passiert, daß Ausgabenbeschlüsse gefaßt werden, für deren Deckung der Schatzmeister nicht geradestehen kann. Und ich glaube, das sollte man aus der Vergangenheit lernen, denn sonst brauchen wir keinen Schatzmeister mehr.

*Kiesinger:* Das ist völlig richtig.

*Stoltenberg:* Ich würde doch vorschlagen, bei allem Verständnis für Kurt Schmücker, daß wir hier zu Protokoll feststellen, dies sind Vorschläge, die im Grundsatz ihrer Empfehlungsrichtung nach unserer Auffassung zu bejahen sind. Wir überlassen aber die Einzelbeschlußfassung den neuen Beteiligten. Denn, Kurt, Du kannst für das Finanzbüro, um das mal offen zu sagen, die Personalauswahl treffen. Die Personalauswahl wird nach Deinen Ausführungen jetzt interessant. Aber das kann doch nur nach der Wahl erfolgen. Insofern genügt doch heute eine grundsätzliche Bejahung der Richtung, der Kurslinie, (*Kiesinger:* Ich glaube das ist der Weg!) die Festsetzung des von Herrn Scheufelen genannten Punkts. Das kann heute noch mal bestätigt werden und steht, wie ich höre, in der Geschäftsordnung. Dann die Aufforderung, die Bitte an das neue Präsidium, den künftigen Generalsekretär und Schatzmeister möglichst schnell entscheiden zu lassen.

*Kiesinger:* Ja, wir sagen, wir halten diesen Vorschlag für sachlich gerechtfertigt, wollen aber den Neugewählten nicht vorgreifen, empfehlen ihnen aber, nach diesem Vorschlag zu entscheiden.

## VERSCHIEDENES

*Köppler:* Ich habe noch einen Punkt, und ich bin sehr froh, daß unser Freund, Herr Tandler, noch da ist, in dessen Gegenwart wir das besprechen sollten. Ich bin nicht ganz sicher, ob es uns gelingt, auf dem Parteitag in der Diskussion, die über die Struk-



turfragen läuft, voll das Thema der Bestellung des Kanzlerkandidaten von CDU/CSU so abzuhandeln oder so auszuklammern, daß kein Schaden entsteht. Ich meine, es wäre hilfreich, wenn darüber eine Verständigung zwischen der Führung der CDU und der CSU noch vor dem Parteitag erfolgt. (*Kiesinger*: Ist beschlossen!) Ich wollte eigentlich die Bitte aussprechen, das zu tun, ich habe in einem Randgespräch mit Herrn Filbinger auch darüber gesprochen, der jetzt schon weg ist und sagt: „Um Gottes Willen schnell für die Ausgangsposition in Baden-Württemberg. Hier keine Hängepartie.“

*Kiesinger*: Ja, also das ist ein Präsidiumsbeschluß in dieser Richtung. Bis jetzt ist es einfach nicht gelungen, Franz Josef Strauß dafür zu kriegen. Der sitzt in Südfrankreich und macht gelegentlich Blitzbesuche in der Bundesrepublik und verschwindet wieder dahin. Dr. Heck hat ja ein praeliminäres Gespräch geführt oder Besuch gemacht. (*Unruhe*.) Wir müssen in der Tat vor dem Parteitag dieses Gespräch zustande bringen. Das wird auch zustande kommen. Wie lange ist er denn noch da unten? (*Zwischenruf*: Er kommt am Montag zurück!) Dann werden wir so bald wie möglich mit ihm drüber reden.

Innere Sicherheit müssen wir halt nun in Gottes Namen vertagen, das schaffen wir heute nicht mehr. Dann haben wir unser Arbeitspensum heute geleistet, ich danke Ihnen!

Saarbrücken, Sonntag 3. Oktober 1971

*Anwesend: Amrehn, Barzel, Blüm, Brauksiepe, Dregger, Erhard, Filbinger, Glup<sup>2</sup>, Göb, Gradl, Hahn, von Hassel, Hasselmann, Heck, Jahn<sup>3</sup>, Katzer, Kiesinger, Köppler, Kohl, Krasko, Langeheine<sup>4</sup>, Lemke, Lorenz, Müller-Hermann, Röder, Schäfer, Scheufelen, Schmücker, Schröder, Schwarz-Schilling, Stingl, von Weizsäcker, Wex, Windelen.*

*Vorbereitung des Parteitags. Finanzierung der Betriebsratswahlen.*

*Beginn: 12.00 Uhr*

#### VORBEREITUNG DES PARTEITAGS

Der Bundesvorstand beschließt, dem Parteitag vorzuschlagen, dem scheidenden Parteivorsitzenden Dr. Kurt Georg Kiesinger zum Ehrenvorsitzenden der CDU mit Sitz und Stimme im Präsidium zu wählen.

Der Bundesvorstand beschließt, dem Parteitag die Wiederwahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden vorzuschlagen.

Der Bundesvorstand bespricht die Frage der Wahl des Bundesschatzmeisters.

Der vorgesehene Bericht des Bundesschatzmeisters wird vom Bundesvorstand eingehend diskutiert. Der Bundesschatzmeister kündigt an, daß er seinen Entwurf in einigen Punkten ändern wird.

Zum Ablauf des Parteitages beschließt der Bundesvorstand, in Abänderung der bisher vorgesehenen Tagesordnung dem Parteitag vorzuschlagen, die Aussprache über die Rede des Parteivorsitzenden, den Bericht des Generalsekretärs und den Bericht des Bundesschatzmeisters zusammenzufassen und auf den Nachmittag des 4. Oktober 1971 zu verlegen.<sup>5</sup>

Der Bundesvorstand diskutiert über die dem Parteitag vorliegenden Anträge. Er beschließt, dem Parteitag zu empfehlen, die Behandlung der Anträge auf Satzungs-

1 Eine Tonbandaufnahme liegt nicht vor.

2 Gerhard Glup (1920–2006), Landwirt; 1960–1980 Vorsitzender des KV Cloppenburg, 1965–1985 Vorsitzender des LV Oldenburg, 1967–1986 MDL Niedersachsen (CDU), 1976–1986 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

3 Dr. Hans Edgar Jahn (1914–2000), Publizist; 1947 CDU, 1948–1951 Kreisrat in Husum, 1951 Mitbegründer der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise und 1957–1969 deren Präsident, 1962–2000 Präsident der Pommerschen Abgeordneten-Versammlung, 1965–1980 MdB, 1968–1970 Vorsitzender des KV Braunschweig-Stadt, 1970–1979 MdEP, 1970–1977 Vorsitzender des LV Braunschweig. Memoiren: An Adenauers Seite. München 1987.

4 Richard Langeheine (1900–1995), Rechtsanwalt und Notar; 1956–1959 und 1965–1970 Kultusminister in Niedersachsen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 575 Anm. 5.

5 Zum Verlauf vgl. CDU, 19. BUNDESPARTEITAG.

änderungen Nr. 24.01–Nr. 24.08<sup>6</sup> dem neu zu wählenden Bundesvorstand zu überweisen, der gegebenenfalls mit Hilfe einer Satzungskommission dem nächsten Parteitag entsprechende Änderungsvorschläge unterbreiten soll. Zum Antrag Nr. 26.01<sup>7</sup> betr. Parteigerichtsordnung empfiehlt der Bundesvorstand eine Absetzung des Antrags und Vertagung auf den nächsten Parteitag für den Fall, daß sich in der Debatte über diesen Antrag die Möglichkeit abzeichnet, daß etwa gewünschte Änderungsvorschläge aus zeitlichen Gründen nicht behandelt werden können.

#### FINANZIERUNG DER BETRIEBSRATSWAHLEN

Der Bundesvorstand beschließt die Bereitstellung eines Mindestbetrags von 250.000 DM durch die Bundespartei für die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft zur Unterstützung der Vorbereitung und Durchführung der Betriebsratswahlen 1972. Das zur Zeit von der Bundespartei in Anspruch genommene Kreditvolumen wird in Höhe diese Summe erweitert.

---

6 Laut Ergebnisprotokoll des 19. Bundesparteitages wurden die Anträge 24.01 bis 24.10 an den Bundesvorstand überwiesen, zum Inhalt der Anträge vgl. das Antragsheft (ACDP 07–001–1320).

7 Zur Beratung des Antrags 26.01 Parteigerichtsordnung vgl. CDU, 19. BUNDESPARTEITAG S. 201 f.

Bonn, Montag 25. Oktober 1971

*Sprecher: [Ackermann], Amrehn, Barzel, Echternach, Hahn, [Harlander], [von Hassel], Hasselmann, [Hennig], Kaltefleiter, Katzer, Kiesinger, Köppler, Kohl, Krasko, Lampersbach, Langguth, Lemke, Müller-Hermann, Stingl, Stoltenberg, [Weiskirch], Wex, Windelen.*

*Beginn: 11.00 Uhr*

*Konstituierung des Vorstands. Politische Lage. Durchführung der Beschlüsse des Parteitag. Die CDU im gegenwärtigen Meinungsbild unter besonderer Berücksichtigung der Bremer Wahlen. Verschiedenes.*

#### KONSTITUIERUNG DES VORSTANDS

*Barzel:* Aus meiner Sicht wird nichts wichtiger sein, als die kollegialen und die menschlichen Beziehungen in diesem Vorstand, der wohl der jüngste ist, den wir bisher hatten, so zu gestalten, daß wir diese Arbeit zu leisten imstande sind. Denn eines ist ganz klar: Kein Geld, kein Plakat, keine Politik kann die Kraft ersetzen, die davon ausgeht, wie wir miteinander umgehen, im Guten oder im Schlechten. Ich sage dies bewußt, weil ich weiß, daß es eine der Hauptaufgaben dieses Vorstandes und des Vorsitzenden ist, zur Integration beizutragen. Ich möchte deshalb meiner Freude Ausdruck geben, daß der Kollege Kohl und ich zwar unter unangenehmen Umständen in Bremen zusammen im Hagel von faulen Eiern gestanden haben<sup>1</sup> – Ernst Müller-Hermann wird darüber berichten – und daß der Kollege Schröder sich entschieden hat, wie Sie das der Öffentlichkeit haben entnehmen können.<sup>2</sup>

Es muß alles das, was wir auf dem Parteitag<sup>3</sup> gesagt haben, an Kollegialität, an Solidarität, an Häufigkeit der Sitzungen, auch wirklich eingehalten werden. Wir im Präsidium sind uns darüber im klaren, daß nach der Satzung dieser Partei das eigentliche Führungsgremium dieser Bundesvorstand ist und das Präsidium sich mehr als ein geschäftsführender Ausschuß zu betrachten hat. Dem entspricht der Vorschlag, den Herr

1 Während einer Wahlkampfveranstaltung von Franz Josef Strauß in Bremen kam es zu Tumulten (vgl. „Die Welt“ vom 15. September 1971 „Pfiffe und Geheul gegen Strauß“; „Weser-Kurier“ vom 15. September 1971 „Unmut äußerte sich in lauten Parolen“). Die Wahlkampfauftritte von Barzel und Kohl waren am 9. September (vgl. „Weser-Kurier“ vom 10. September 1971 „Einig in Kritik an Bonn und Bremen“).

2 Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 9. Oktober 1971 „Gerhard Schröder verzichtet praktisch auf seine Kandidatur“.

3 Vgl. CDU, 19. BUNDESPARTEITAG.

Kraske Ihnen nachher machen wird, auch hinsichtlich der Häufigkeit und Regelmäßigkeit der Tagungen dieses Vorstands.

Ich würde es für richtig halten, wenn wir uns heute ausgiebig Zeit nehmen für die Abwicklung unserer Tagesordnung. Wir denken den Ablauf ungefähr so, daß wir um 13.00 Uhr unterbrechen, dann aufgrund der Gastfreundschaft des Kollegen Kohl, die unverändert ist, ein Mittagessen nehmen, den Kaffee hier nehmen und zwischen 16.30 Uhr und 17.00 Uhr uns bemühen fertigzuwerden. Ich denke, das sollte in der Regel so sein. Das, was hier zu besprechen ist, muß – und es wird sich gleich noch an zwei Punkten zeigen – von großer Vertraulichkeit sein. Wir sollten deshalb dabei bleiben, Protokolle dieser Vorstandssitzungen nicht anzufertigen, aber wohl eine Aufzeichnung, die vertraulich festgehalten wird, so daß man daran kann, wenn es sein muß. Über den Kreis der Teilnehmer wird der Generalsekretär uns auch noch Vorschläge machen. Ich begrüße schon heute Herrn Hennig<sup>4</sup>, den neu gewählten Bundesgeschäftsführer, weil Herr Göb an einer Grippe erkrankt ist.

Lassen Sie mich noch etwas zum Allgemeinen vorweg sagen. Sie haben gehört, was ich mit welchen Akzenten in Saarbrücken gesagt habe. Ich will das nicht wiederholen. Ich will auch uns weder durch Bremen in die eine Stimmung noch durch Baden-Württemberg in eine andere Stimmung bringen lassen. Das Fundamentale scheint mir zu sein, daß wir hier erkennen, daß nicht im Begeisterungssturm unserer Mitglieder unsere Mehrheitschance für 1973 liegt. Denn unsere Partei, einschließlich ihrer Gremien, vielleicht jetzt mit Ausnahme dieses Vorstands, ist natürlich nicht repräsentativ für das, was eine Wählermehrheit im Jahr 1973 sein kann. Das heißt, wir müssen immer wieder an die denken, die nicht hier sitzen, sei es in der Fraktion, sei es in der Partei, und ich brauche über die Notwendigkeit, in der Mitte Gewinne zu machen, ohne nach rechts etwas zu verlieren, nichts zu sagen.

Was den Bundesparteiausschuß betrifft, möchte ich heute schon eine Mitteilung machen, das andere habe ich die Absicht erst im Dezember zu sagen. Ich glaube, daß die Punkte, die wir als Sachkonzeptionen bezeichnet haben – und ich habe ja fünf, sechs davon in meiner Saarbrücker Rede genannt – vorbereitet werden und dann im Parteiausschuß, der ja ein etwas unglückliches Leben führt, diskutiert und vielleicht auch beschlossen werden sollten. Ich würde es für richtig halten, aus dieser Sitzung ein Grußtelegramm zu schicken an die Kollegen Kiesinger, Heck und Schmücker, daß wir an sie denken bei der Konstituierung, und auch ein freundliches Telegramm an Herrn Filbinger, der das sicher heute angenehm empfinden wird.

---

4 Dr. Otfried Hennig (1937–1999), Jurist; 1961 CDU, 1967–1971 persönlicher Referent von Rainer Barzel, 1972/73 Bundesgeschäftsführer der CDU, 1976–1992 MdB, 1982–1991 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen und 1991/92 beim Bundesminister der Verteidigung, 1989–1997 Vorsitzender des LV Schleswig-Holstein, 1992–1997 MdL Schleswig-Holstein, 1997–1999 Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

POLITISCHE LAGE

Das Entscheidende für die Politik dieser zwei Jahre, ich sage dies hier mit allem Nachdruck, ist, daß wir immer mehr sagen, wofür wir sind. Wogegen wir sind, hat sich rumgesprochen. Das heißt, unsere Alternative muß immer deutlicher werden. Und da möchte ich Sie alle sehr herzlich einladen, in zwei Punkten besonderen Bedacht zu haben: Es nützt uns nichts, wenn wir schadenfroh von Inflation und Zerstörung der finanziellen Basis für Reformen sprechen. Wir müssen dies festhalten. Aber wir müssen dem unsere Reformmöglichkeiten entgegensetzen. Es nützt uns in der Ostpolitik nicht, den Eindruck entstehen zu lassen, als seien wir gegen alles. Vielmehr müssen wir konkret sagen, wofür wir dort auch sind. Hier bin ich wirklich dafür, erbarmungslos oft die NATO-Formel<sup>5</sup> – die ja unser Satz ist – von der Freizügigkeit der Menschen, Informationen und Meinungen zu übernehmen und immer daran zu denken – das sagt sich jetzt alles leicht, es wird nachher sehr viel schwerer, wenn es konkret wird –, daß wir eine Position beziehen müssen, die von den Gutwilligen in Deutschland verstanden, von der Mehrheit gebilligt und von den Informierten draußen in der Welt verstanden wird, und außerdem so ist, daß wir mit genau denselben Worten 1973 eine Regierungspolitik führen können.

Ich muß aus Gründen, die ich nicht erhofft hatte, aber die sich ergeben haben, nun zunächst einige auswärtige Aspekte anführen, weil es wichtig ist. Zunächst sind sie wichtig, weil es die Bemühung gab, uns die Isolierung einschließlich bei den christlich-demokratischen Parteien vorzuwerfen.<sup>6</sup> Außerdem haben Sie natürlich gesehen, daß es eine Kampagne zur Diffamierung des Vorsitzenden gibt.<sup>7</sup> Das wird Sie alle auch noch erreichen im Laufe mindestens der nächsten zwei Jahre, wenn nicht des weiteren politischen Lebens. Wir sollten also gleich versuchen, das miteinander zu erledigen. Wir müssen das auch dem Kollegen Filbinger sagen, der heute verhindert ist durch eine dringende Sache. Unsere Freunde in Baden-Württemberg würden gerne eine landespolitische Wahl haben, und dann haben sie auch sehr gute Chancen. Sie fürchten, sie kriegen eine Wahl über die Verträge, ohne daß das schon ausdiskutiert ist, und dann ist offen, wie die Chance ist. Im Augenblick, das konnten Sie der Presse entnehmen, sind zur Überraschung aller in Bonn die innerdeutschen Gespräche in einem schlechteren Zustand, als wir sie alle erwartet haben. Sie erinnern sich, daß viele unter uns erwartet hatten, sie würden heute zu Ende sein, wenn Breschnew nach Paris kä-

---

5 Vgl. Schlußkommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrats vom 14. Dezember 1967 in BULLETIN Nr. 149 vom 16. Dezember 1967 S. 1256–1258; Kommuniqué der Tagung der Minister des Nordatlantikrats am 4./5. Dezember 1969 in Brüssel in BULLETIN Nr. 150 vom 9. Dezember 1969 S. 1269–1279, hier S. 1278.

6 Angeblich hätten „christdemokratische Parteien der Benelux-Staaten und Italiens sich kritisch über die Haltung der Opposition zur Ost-Politik der Regierung geäußert“ (Bahr an Kissinger vom 24. Juli 1970 in AAPD 1970 Dok. 332 S. 1232).

7 Vgl. „Stuttgarter Nachrichten“ vom 9. Oktober 1971 „Barzel und die Frauen“; „Spiegel“ Nr. 42 vom 11. Oktober 1971 „Ein neuer Barzel? Eben nicht.“; „Die Weltwoche“ vom 22. Oktober 1971 „Mit der Vaterfigur leben“; Interview von Wilhelm Simpfendorfer mit dem „Stern“ Nr. 43 vom 17. Oktober 1971 „Barzel gefährdet die CDU“.

me.<sup>8</sup> Das war eine Information, eine ganz harte, die auch von führenden Botschaftern verbreitet wurde. Das nächste Datum, wo alle dachten, es ist bestimmt zu Ende, ist der 5. Dezember oder 10. Dezember, die nächste NATO-Konferenz.<sup>9</sup> Auch dies scheint heute nicht gesichert. Warum, weiß kein Mensch. Hier gibt es alle möglichen Spekulationen. Es kann also sein, daß die Sache ein bißchen länger dauert. Ich weiß nicht, wie die Sowjetunion die Dinge beurteilt. Sie ist weiterhin interessiert, mit uns zu sprechen, und wir sind in Vorüberlegungen für einen endgültigen Termin und ein Besuchsprogramm.

Ich möchte ein Wort sagen zu den Behauptungen, die es hier und da gibt, und das sage ich deshalb, weil wir in dem Vorstand ein paar Kollegen haben, die ihm früher nicht angehört haben. Nämlich die Behauptung, daß man in den USA nicht wisse, wie wir zu den Verträgen denken. Ich habe hier mitgebracht, damit wir nicht hier zu lange reden brauchen, die amtlichen Aufzeichnungen über mein letztes Gespräch vom 14. April 1971 mit Präsident Nixon.<sup>10</sup> Da heißt es, das Deutsch ist nicht so gut, was die Verträge betreffe, so habe man sie nunmehr neun Monate lang geprüft. Eine Gegenleistung sei nicht zu erkennen. Wir seien daher fest entschlossen, sie abzulehnen. Die russischen Verträge könnten nicht mit einer einzigen Stimme der CDU/CSU rechnen, und es sei ungewiß, ob es eine Mehrheit im Bundestag gebe. Das ist die amtliche Niederschrift dazu, und das wollte ich in die Debatte einführen.

Was die Briten betrifft, das muß hier berichtet werden, gab es einen interessanten Vorgang. Ich kriegte eine Einladung der Konservativen, ziemlich plötzlich, an der Europadebatte mit der wichtigen Entscheidung teilzunehmen. Ich habe dann antworten lassen, daß würde ich ganz gerne machen, aber ich könne dies nur tun, wenn der britische Premierminister<sup>11</sup> selbst Zeit hat. Ich dachte, damit bin ich, unter uns gesagt, die Sache los. Zwei Stunden später kam eine persönliche Einladung des britischen Premiers, und, und das möchte ich an dieser Stelle sagen, die Herren sind für unsere Argumentation.<sup>12</sup> Und dasselbe können sie aus Paris und aus Washington und hier hören. Wir haben einen interessanten Punkt der auswärtigen Debatte erreicht, die, wenn wir

---

8 Der erste Besuch Leonid Breschnews in einem westlichen Land fand vom 25. bis 30. Oktober 1971 in Frankreich statt. Im Anschluß daran reiste er in die DDR weiter, vgl. AdG 1971 S. 16651–16656.

9 Tagung des NATO-Ministerrats am 9./10. Dezember 1971 in Brüssel, vgl. AdG 1971 S. 16759–16763; AAPD 1971 Dok. 439.

10 Vgl. GRAU S. 180f.

11 Edward Heath (1916–2005, ab 1992 Sir Edward Heath), britischer Politiker (Konservative Partei); 1950–2001 Mitglied des Unterhauses, 1953–1955 Chief Whip der Konservativen Partei, 1955–1959 Staatssekretär im Schatzamt und im Staatsrat, 1959/60 Minister für Arbeit, 1960 Lordsiegelbewahrer, 1963/64 Handelsminister, 1965–1975 Vorsitzender der Konservativen Partei, 1965–1970 und 1974/75 Oppositionsführer im Unterhaus, 1970–1974 Premierminister. *Memoiren: The Course of my Life*. London 1998; John CAMPBELL: *Edward Heath. A Biography*. London 1993.

12 Barzel hielt sich am 13./14. Oktober 1971 in London und Brighton auf, wo er am Parteitag der Konservativen Partei teilnahm. Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 14. Oktober 1971 „Britische Konservative bereiten Barzel herzlichen Empfang“; Interview Barzels mit der BBC am 14. Oktober 1971 (BPA/Abt. Nachrichten Referat II/4).

es richtig machen, im Ablauf der nächsten Monate zu unseren Gunsten ausgehen könnte. Bis Oreanda<sup>13</sup> bedeutete Ostpolitik der Deutschen für die Westmächte, die werfen ein Stück von ihrer Substanz weg, wir können sie nicht hindern. Seit Oreanda und der Beschleunigung der europäischen Sicherheitskonferenz<sup>14</sup> gibt es das Gefühl bei den Westmächten – natürlich noch nicht in den breiten Massen, nicht etwa der Presse, täuschen Sie sich nicht. Es gibt bei Verantwortlichen das Gefühl, jetzt geht es an unser Eingemachtes, unsere urtümliche Argumentation eigener Interessen, wie sie Konrad Adenauer 1948 hatte: Schutzschild-Ideen. Wir brauchen die Bundesrepublik Deutschland doch in der NATO. Was machen diese Leute eigentlich? Und wenn die dann lesen, daß also 50 % der Deutschen inzwischen für die Neutralität sind und 39 % noch für das Zusammengehen mit den USA<sup>15</sup>, dann ist das der Punkt, wo gewackelt wird.

In der Bundestagsfraktion haben wir uns seit dem Sommer ja bemüht, die ostpolitischen Dinge von der Westpolitik her aufzurollen, also ganz stark Europa und die NATO zu betonen. Das bekommt uns sehr viel besser, und ich kann das auch aus meinen Gesprächen in London berichten, wo zu meiner Überraschung auch noch Sir Alec Douglas-Home<sup>16</sup>, der ja eine besondere Haltung hat, wie Sie alle wissen, sich für eine Stunde einfand. Ich kann Sie nur sehr herzlich bitten, nicht zu glauben, daß wir im Westen in irgendeine Isolierung kämen, ganz im Gegenteil, wenn wir ins Sachen Truppenverdünnung, Behutsamkeit der Sicherheitskonferenz, wenn wir von diesen Dingen sprechen, dann haben wir in den beiden Fragen Bundesgenossen und werden in der anderen Frage vielleicht verstanden, wenn nicht gebilligt. Das letztere wage ich nicht zu hoffen. Also „Europa“ können wir nicht oft genug sagen.

Ich bin Ihnen ein Wort schuldig über das Bundesverfassungsgericht. Das neu gewählte Präsidium hat in seiner ersten Sitzung heute vor 14 Tagen<sup>17</sup> die Frage sehr sorg-

---

13 Brandt hielt sich vom 16. bis 18. September 1971 zu Gesprächen mit Breschnew in Schloß Oreanda auf der Krim auf, vgl. AAPD 1971 Dok. 310, 311, 314, 315; Kommuniqué und Erklärung Brandts in BULLETIN Nr. 136 vom 21. September 1971 S. 1469–1471. Vgl. auch GRAU S. 203f.; Werner LINK: Die deutsch-sowjetischen Beziehungen zwischen Moskauer Vertrag (1970) und Wiedervereinigung. Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen. Hg. im Auftrag der Gemeinsamen Kommission von Horst MÖLLER und Aleksandr CUBAR'JAN. München 2008 S. 298–342, hier S. 302–305.

14 Vgl. Empfehlung Nr. 1 und Nr. 9 der 17. Jahrestagung der Nordatlantischen Vollversammlung vom 27. bzw. 28. September 1971 (SICHERHEITSKONFERENZ IN EUROPA Dok. 150; „Die Welt“ vom 28. September 1971 „NATO sucht Maßstäbe für Truppenabbau“).

15 Vgl. Allensbacher Berichte Nr. 27/1971 „Halbzeit der Regierung Brandt/Scheel. Zur ZDF-Magazinsendung am Mittwoch dem 20. Oktober, 20.15 Uhr“, hier Tabelle 17.

16 Alexander (Alec) Douglas-Home (1903–1995, 1951–1963 14. Earl of Home, ab 1974 Lord Home of the Hirsel), britischer Politiker (Konservative Partei); 1937–1939 Privatsekretär von Neville Chamberlain, 1955–1957 Minister für Commonwealth-Angelegenheiten, 1957–1960 „Leader of the House of Lords“ und „Lord President of the Council“, 1960–1963 und 1970–1974 Außenminister, 1963/64 Premierminister, 1963–1965 Vorsitzender der Konservativen Partei, 1964/65 Oppositionsführer. Memoiren: *The Way the Wind Blows. An Autobiography*. London 1976; D. R. THORPE: *Alec Douglas-Home*. London 1996.

17 Das Präsidium hatte auf seiner Sitzung am 11. Oktober 1971 beschlossen, wieder den Prä-



fältig erwogen. Und es gab hier alle möglichen Vorstellungen, die in der Behauptung gipfelten, daß wir – wir sprechen hier offen; ich habe eben aus dem Telegramm was vorgelesen, wir wollen das versuchen, daß das glatt geht – die Mehrheit im Zweiten Senat behalten und nicht bereit sein sollten, dafür den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes einzutauschen.<sup>18</sup>

Herr Bundeskanzler Kiesinger, ich begrüße Sie sehr herzlich. (*Beifall.*)

Diese Behauptung, die mit dem Blick auf ein mögliches Inanspruchnehmen des Bundesverfassungsgerichtes zu den Verträgen aufgestellt wurde<sup>19</sup>, ist durch Fakten nicht belegbar. Sie werden mir ersparen, das im einzelnen darzutun. Wir hatten uns dann im Präsidium, obwohl wir von ganz unterschiedlichen Standpunkten ausgegangen sind, darauf verständigt, möglichst schnell den angebotenen Akkord zu vollziehen, und waren einstimmig der Meinung, weil wir uns entschieden hatten dafür, es müsse ein Politiker sein, und es müsse jemand sein, der die Amtszeit aussitzt. (*Heiterkeit.*) Damit sind eine Fülle anderer Kandidaturen, die dem einen oder anderen von uns nahegelegt worden sind, und die wir auch für beachtlich gehalten haben, mit diesen Argumenten erledigt. Wir brauchen ja nichts weiteres hinzuzufügen, haben uns dann auf Herrn Benda verständigt. Es gab dann noch einmal einen Versuch, sich doch lieber etwas Zeit zu lassen und vielleicht doch noch mal zu versuchen, im Zweiten Senat den Spieß umzudrehen. Das hat uns in der vergangenen Woche sehr beschäftigt. Und als ausgerechnet in der „Welt“ diese Indiskretion passiert war<sup>20</sup>, standen wir in der Gefahr, daß wir entweder nach einem Kampf von acht Wochen, ohne im Zweiten Senat gesiegt zu haben, ohne einen Kandidaten von Qualität dagestanden hätten und in der Öffentlichkeit als die Leute, die aus politischen Gründen auf das Gericht zugreifen. Wir haben uns dann entschieden im Interesse dieser Institution. Wir können nicht den Verfall der demokratischen Institutionen beklagen, wenn wir selbst daran mitwirken, das zu tun, was Sie der Presse entnommen haben. Herr Kollege Kohl hat uns heute<sup>21</sup> berichtet, vielleicht ergänzt er es nachher noch einmal, daß als Termin bei dem Richterwahlausschuß der 2. November vorgesehen ist.

Zur inneren Lage. Ich will jetzt über Wirtschaft und all solche Dinge heute nicht sprechen, weil das viel zu lange wäre. Aber ich möchte doch ein Wort sagen zu dem, was wir in der vergangenen Woche für richtig gehalten haben zu machen. Unabhängig

---

sidenten sowie je einen Richter für den 1. und den 2. Senat zu nominieren (Protokoll in ACDP 07-001-1404).

18 Ernst Benda wurde am 8. Dezember 1971 zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Martin Hirsch (SPD) zum Richter am Zweiten Senat gewählt. Vgl. FAZ vom 21. Oktober 1971 „Benda soll Präsident des Bundesverfassungsgerichtes werden“; „Die Welt“ vom 13. November 1971 „Benda wird neuer Präsident des Bundesverfassungsgerichts“.

19 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 16./17. Oktober 1971 „Querelen ums Bundesverfassungsgericht“; „Bonner Rundschau“ vom 22. Oktober 1971 „CSU drängt auf mehr Macht in Karlsruhe. Bundesverfassungsrichter ihrer Wahl sollen im Falle des Falles Ostverträge prüfen“.

20 Vgl. „Die Welt“ vom 23./24. Oktober 1971 „Vergißt Bonn das Ansehen des Verfassungsgerichts?“.

21 Protokoll der Präsidiumssitzung in ACDP 07-001-1404.

von dem Friedensnobelpreis<sup>22</sup> hatten wir dies vor, und so war es ja auch hier besprochen im Parteipräsidium vorige Woche<sup>23</sup>.

Daß dieser Friedensnobelpreis uns das Leben nicht erleichtert, ist ganz klar. Daß wir aber uns alle fair und sportlich darauf einstellen sollten, ist ebenso klar, ohne nun in Lobhudelei oder so etwas zu verfallen. Wir haben deshalb wie folgt uns verhalten, als wir dies hörten. Wir haben sofort, also in diesem Falle ich selbst, auf einem persönlichen Briefbogen, dem Bundeskanzler einen Brief geschrieben, der heißt: „Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, soeben erfahre ich, daß das Komitee des norwegischen Parlaments Ihnen den Friedensnobelpreis verliehen hat. Dazu gratuliere ich Ihnen ungeachtet aller politischen Differenzen mit den besten Wünschen, Ihr.“ Diesen Brief hatte er als ersten von allen überhaupt. Der Text ist nie bekannt gegeben worden. Wir haben nur gesagt, wir hätten gratuliert, damit wir um irgendeine Formel herumkommen, die in der Öffentlichkeit doch erst wieder hätte abgestimmt werden müssen, weil sie dem einen nicht paßt. Eines muß ich hier sehr deutlich sagen – ich hoffe, daß wir uns da gleich verstehen: Sollte jetzt irgend jemand versuchen, den Friedensnobelpreis zur Drohkulisse gegen uns zu gebrauchen oder zur Denkmalspflege, dann würden wir natürlich sagen, Moment, hier ist zuerst eine Demokratie, wo jeder sagt, was er denkt, und das war eines der Motive der Rede, die ich am 21. Oktober 1971<sup>24</sup> gehalten habe.

Ich möchte dazu ein paar Worte mehr sagen, weil wir ja mehr voneinander wissen müssen. Es hat sich aus unserer Sicht an der Sache nichts geändert, d. h. an der Ablehnung der Verträge. Die Kollegen, die neu sind, sollten wissen, daß niemand das in den internen Gesprächen deutlicher sagt als Gerhard Schröder, auch neulich bei dem Gespräch mit dem Rat der EKD.<sup>25</sup> Im Gegenteil ist unsere Position wohl eher verhärtet. Aber wir müssen sehen, daß man eine gigantische Drohkulisse gegen uns aufbaut mit dem Junktim: Moskauer Vertrag, Berlin-Geschichte und der angeblichen Isolierung bei den christlich-demokratischen Parteien und dem Westen. Wir dürfen nicht unterschätzen, daß es Bemühungen der Koalition um beide Kirchen gibt, durch verbale Erklärungen nicht hinter dem Osloer Preis zurückzustehen. Deshalb ist es sehr wichtig, daß wir versuchen, diese Drohkulisse, soweit wir können, abzubauen. Wir werden ja ohnehin widerstehen müssen. Sie würden mich aber falsch verstehen, wenn Sie das etwa nur als taktisch betrachten oder als ein Hilfsmittel, mit einem anderen Thema das andere zu verdrängen, was ja weitgehend gelungen ist. Und es wäre auch falsch, einfach zu sagen, wir können eben eine zweijährige Konfrontation ohne Geld jetzt gar nicht aushalten. Auch das würde nicht voll dem entsprechen, was ich will. Ich meine, und das ist sehr grundsätzlich, wer, wie wir dies tun, in die Auseinandersetzung mit den

---

22 Die Bundestagssitzung am 20. Oktober 1971 wurde kurzzeitig unterbrochen, um bekanntzugeben, daß Brandt der Friedensnobelpreis verliehen wird (Sten.Ber. 6. WP 144. Sitzung S. 8288f.). Die Verleihung des Friedensnobelpreises erfolgte am 10. Dezember 1971 in Oslo.

23 Protokoll vom 18. Oktober 1971 in ACDP 07-001-1404.

24 Zur Äußerung Barzels in der laufenden Haushaltsdebatte vgl. Sten.Ber. 6. WP 145. Sitzung S. 8330-8332.

25 Vgl. dpa vom 14. Oktober 1971 „EKD-Rat bei Kanzler, Koalition und Opposition“.

anderen geht, mit der Oberüberschrift „Sorge um dieses Gemeinwesen“, der muß natürlich dafür sorgen, daß die eigene Position rundherum staatspolitisch ganz sauber ist. Und das muß hier geschehen. Das ist auch draußen richtig verstanden worden und macht uns frei von allen Gerüchten, der eine sei der Sklave des andern oder wir seien auf dem Weg in eine rechte Ecke. Das Klima ist verändert, und darauf kam es an. Ich habe hier zwei konkrete Punkte noch zur inneren Politik.

Entschuldigen Sie, wir werden uns daran gewöhnen, daß ich in meinem Bericht alles das aufnehme, weil das ja immer zusammenhängt. Das eine ist das Betriebsverfassungsgesetz.<sup>26</sup> Wir werden hier nicht der Fraktion die Entscheidung abnehmen können, die sehr schwierig ist. Aber ich möchte in einem Punkt diesen Vorstand befaßt wissen, damit, wenn jemand anderer Meinung ist, er dies nachher sagen sollte. Sie erinnern sich an den Saarbrücker Parteitag, unter anderem an die Debatte, ich überspitze sie jetzt, ob nicht durch praktische Politik die Profilierung durch Programm und Partei Schaden nehme. Nun stehen wir jetzt im Bundestag vor der Notwendigkeit, uns einzulassen zum Betriebsverfassungsgesetz. Da kamen einige Leute mit der Ziffer 72 unseres Berliner Programms, Düsseldorfer Fassung, wohl weniger aus grundsätzlichen Gründen, sondern weil sie etwas suchten. Da heißt es: „Wir werden daher ein einheitliches Betriebsverfassungs- und Unternehmensrecht schaffen.“ Die Kollegen, die das lesen, sagen dann: „Also kannst Du, denke an Saarbrücken, auf eine Abtrennung dieser Sache, wie das die Koalition vorsieht, Dich überhaupt nicht einlassen? Du mußt, gestützt auf diesen Satz, einfach nein sagen.“ Das Parteipräsidium hat die Frage erörtert. Ich habe es auch selbst mit Herrn Biedenkopf erörtert. Ergebnis: So könne man nicht verfahren, wir müßten natürlich im Bundestag versuchen, den unternehmensrechtlichen Teil hereinzubringen, das vor allen Dingen, wenn die FDP in dieser Woche zu einem Beschluß kommt, wie es wohl zu erwarten ist.<sup>27</sup> Wir haben uns vorher im Präsidium unterhalten, Herr Katzer wird dies, wenn gewünscht, im einzelnen vortragen können. Das fällt ja in seine Zuständigkeit, auch nach der neuen Geschäftsverteilung. Ich möchte aber herzlich darum bitten, wenn einer hier in diesem Vorstand sein sollte, der glaubt, die Fraktion könne sich hier gar nicht bewegen, weil dieser Paragraph des Programms uns hindere, dann soll er dies hier sagen, damit wir solche Debatten, wie wir sie hatten, nicht wieder draußen, sondern zunächst einmal drinnen kriegen.

Nächster Punkt: Mieten.<sup>28</sup> Das stehen wir so durch, wie das hier vertreten worden

---

26 BT-Drs. VI/1786 (Entwurf eines Betriebsverfassungsgesetzes), Gesetz vom 15. Januar 1972 (BGBl. 1972 I S. 13).

27 In der FDP hatte sich das Riemer-Modell zur Mitbestimmung gegen das Maihofer-Modell durchgesetzt. Vgl. „Handelsblatt“ vom 28. Oktober 1971 „FDP: Eine Stimme Mehrheit für Mitbestimmung 6:4:2“; „Rheinischer Merkur“ vom 5. November 1971 „Gefährliche Pläne“.

28 Antrag der CDU/CSU-Fraktion für den „Entwurf eines Gesetzes zur Beseitigung der Mißstände auf dem Wohnungsmarkt“ vom 14. Oktober 1971 (BT-Drs. VI/2713). Vgl. auch Presseerklärung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 13. Oktober 1971; „Rheinische Post“ vom 14. Oktober 1971 „Union will Mietstopp bis 1975 in Ballungsgebieten“.

ist. Ich brauche es im einzelnen nicht darzutun. Aber ich möchte doch ein Beispiel sagen und dann vielleicht auch Herrn Weiskirch und die anderen Herren bitten, das unter die Leute zu bringen, wie der Bundestag an der Nase herumgeführt und die Öffentlichkeit betrogen wird. Die Bundestagsfraktion stellt also eine Anfrage nach Gefahren für den Wohnungsbau. Antwort vom 12. Oktober: „Erfreulicherweise setzt sich die Erkenntnis immer mehr durch, daß die Zustände auf dem Wohnungsmarkt in der Bundesrepublik entscheidend auf den Fehlern und Versäumnissen der früheren Wohnungspolitik beruhen.“<sup>29</sup> So fängt das an. Ich glaube nicht, daß man mit dem Parlament so umgeht. Das sagt dieselbe Regierung, die in diesen Dingen, und dagegen kommen wir finanziell gar nicht an, einen Weltrekord im Wohnungsbau in Anspruch nimmt, was dann im einzelnen dargelegt wird. Und dieselbe Regierung hat uns früher mitteilen müssen, wie die absoluten Zahlen sind – und im Wohnungsbau sind nur absolute Zahlen interessant, weil wir ja auch in der Bevölkerung nicht Prozente, sondern absolute Zahlen haben. Herr Lauritzen<sup>30</sup> ist erst fünf Jahre Minister, und in diesen fünf Jahren, wenn hier schon so argumentiert wird, ist der Soziale Wohnungsbau verheerend heruntergegangen. Die Zahlen will ich nicht vorlesen, sie liegen aber vor. Wir sollten das unter die Leute bringen, denn das Hauptproblem in der Mietdebatte, die uns draußen beschäftigt, ist eben der nachlassende Soziale Wohnungsbau.

Letzter Punkt zu den Fragen, die ich vorzutragen möchte. Sie erinnern sich, daß wir auf dem Parteitag gesagt haben, und zwar nicht nur der jetzige Vorsitzende, sondern auch andere Kollegen, daß wir einen Grundsatzausschuß<sup>31</sup> brauchen. Wir haben uns unterhalten mit dem Kollegen von Weizsäcker, ob er bereit sei, diesen Ausschuß zu übernehmen. Er stimmt dem zu; er ist heute durch eine Reise ins Ausland verhindert. Ich würde es für richtig halten, er hat es sehr konkret schon alles ausgearbeitet, daß wir ihm die Chance geben, das selbst hier vorzutragen. Ich möchte nur, daß dieser Vorstand heute beschließt, daß Weizsäcker der Vorsitzende ist: Auch möchte ich Ihnen sagen, was Herrn von Weizsäcker und uns vorschwebt. Aber die Namen können wir noch nicht publizieren, aus Gründen, die klar sind. Wir werden das zwischendurch für die verschiedenen Bereiche benennen, Herrn Albrecht<sup>32</sup> aus Hannover, Herrn Mikat,

---

29 Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU betr. neue Gefahren für den Wohnungsbau vom 24. September 1971 (BT-Drs. VI/2602) und Antwort der Bundesregierung vom 12. Oktober 1971 (BT-Drs. VI/2711).

30 Dr. Lauritz Lauritzen (1910–1980), Jurist; 1929 SPD, 1937–1945 leitende Tätigkeit in der „Reichsstelle Chemie“ in Berlin, 1946–1950 Landesdirektor im Innenministerium Schleswig-Holstein, 1953 Ministerialdirektor im Innenministerium Niedersachsen, 1954–1963 Oberbürgermeister von Kassel, 1963–1966 hessischer Minister für Justiz und Bundesangelegenheiten, 1966/67 MdL Hessen, 1966–1972 Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau, Juli–November 1972 zugleich Bundesminister für Verkehr, Post und Fernmeldewesen, 1969–1980 MdB, 1972–1974 Bundesminister für Verkehr. Vgl. KEMPF/MERZ S. 410–413.

31 Rainer Barzel regte die Einsetzung eines Grundsatzausschusses auf dem Saarbrücker Parteitag an, vgl. CDU, 19. BUNDESPARTEITAG S. 77. Aus diesem Ausschuß heraus entwickelte sich die Grundsatzkommission der CDU.

32 Dr. Ernst Albrecht (geb. 1930), Diplom-Volkswirt; 1954–1956 Attaché beim Ministerrat der Montanunion, 1958–1967 Kabinettschef und 1967–1970 Generaldirektor für Wettbewerb bei der EWG-Kommission, 1971–1976 Mitglied der Geschäftsleitung der Bahlsen KG,

Herrn von Weizsäcker als Vorsitzenden, Herrn Erdmann<sup>33</sup>, Herrn Biedenkopf und Herrn Hasinger<sup>34</sup>. Ich glaube, es ist wichtig, diesen Punkt zur Erfüllung der Beschlüsse des Parteitagess hier anzusprechen.

Am Schluß dieser ersten Einführung möchte ich noch einmal sagen, wie schwer die Lage für uns ist. Wir wissen, daß es darauf ankommt, wie wir zusammenstehen. Das ist das erste, es genügt nicht, einfach zu sagen, nun stehen wir zusammen gegen andere, sondern hier ist eine Integrationsaufgabe zu leisten. Und ich glaube, als erster hat sie der Vorsitzende zu leisten: Ich hoffe, daß Sie aus diesem sehr kurzen Bericht ersehen haben, vor allem wenn Sie an den ein oder anderen Namen denken, der hier eine Rolle gespielt hat, daß wir uns darum nach Kräften bemühen. Ich würde es jetzt für richtig halten, wenn Herr Kraske seinen Bericht gleich anschlösse und wir dann in eine Generalaussprache kommen, damit alles auf dem Tisch liegt, auch für Fahrplanhäufigkeit usw., wenn Sie einverstanden sind.

*Kraske:* Lassen Sie mich zunächst anschließen an das, was Dr. Barzel im Zuge der Konstituierung dieses neuen Vorstands gesagt hat über seine Tagung. Wir sind der Meinung, daß wir nach der Neuwahl des Vorstandes mit neuem Schwung und neuer Initiative darangehen sollten, dem Vorstand wirklich die Funktion zu geben, die er satzungsmäßig hat. Das sollte sich auch in der Häufigkeit seiner Sitzungen auswirken. Das macht aber insbesondere nötig, daß Sie sich rechtzeitig auf diese Sitzung vorbereiten können. Deswegen beabsichtigen wir, Ihnen vor der schon angekündigten nächsten Vorstandssitzung am 9. Dezember einen kompletten Terminplan für das Jahr 1972 zuzustellen, den wir dann hier am 9. Dezember verabschieden können, so daß jeder von Ihnen langfristig diese Dinge berücksichtigen kann. Nach unserem Statut hat der Vorstand sechsmal jährlich zu tagen. Es gibt darüber hinaus eine Reihe weiterer Verpflichtungen, nämlich die, daß dreimal jährlich der Bundesausschuß zu tagen hat, daß das Präsidium vierteljährlich die Landesvorsitzenden und vierteljährlich die Schatzmeister zu unterrichten hat. Wir sind im Präsidium der Meinung, daß man die Bedeutung dieser einzelnen Gremien, die ja alle irgendwo eine Drehscheibe zur Koordinati-

---

1970–1990 MdL Niedersachsen (CDU), 1976–1990 Ministerpräsident von Niedersachsen. Memoiren: Erinnerungen, Erkenntnisse, Entscheidungen. Politik für Europa, Deutschland und Niedersachsen. Göttingen 1999.

33 Dr. Karl Dietrich Erdmann (1910–1990), Historiker; 1934 Promotion, Tätigkeit in der Industrie und Kriegsteilnahme, 1947 Habilitation, 1953–1978 ordentlicher Professor für mittlere und neuere Geschichte sowie Direktor des Historischen Seminars an der Universität Kiel, Mitglied der CDU, 1962–1967 Vorsitzender des Verbandes deutscher Historiker, 1966–1970 Vorsitzender des Deutschen Bildungsrates, 1975–1980 Präsident des Comité International des Sciences Historiques. – Erdmann wurde nicht Mitglied der Grundsatzkommission. Berufen wurde Wulf Schönbohm.

34 Albrecht Hasinger (1935–1994), Jurist; 1962–1967 Oberregierungsrat im bayerischen Staatsministerium der Finanzen, 1967–1969 persönlicher Referent von Staatssekretär Ludwig Katentrost im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 1969 CDU, 1969–1975 wissenschaftlicher Assistent für Fragen der Gesellschaftspolitik in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1975–1977 Hauptgeschäftsführer der CDA, 1976–1980 MdB, 1981–1991 Senator für Gesundheit und Soziales des Landes Berlin, 1991–1994 Staatssekretär im Bundesministerium für Familie und Gesundheit.

on und Kooperation bedeuten, nicht dadurch herunter drücken sollte, daß man das möglichst kumuliert an einem Tag – vier Gremien hintereinander. Wir wollen vielmehr diese übrigen Verpflichtungen – Bundesausschuß, Landesvorsitzende, Landeschatzmeister – jeweils in die Monate zwischen die Vorstandssitzungen hineinnehmen, so daß es praktisch alle vier Wochen – Ferienzeit ausgenommen – eine Begegnung gibt zwischen dem Präsidium, dem Bundesvorstand, den Landesvorsitzenden, Vorsitzenden der Vereinigungen, den Schatzmeistern, die mit unterschiedlichen Gewichten und unterschiedlicher Tagesordnung zusammenkommen. Wir glauben, daß dies ein wichtiger Beitrag ist zu einer noch engeren und noch offeneren Kooperation von Bundespartei und Landesverbänden und Vereinigungen.

Aus meinem unmittelbaren Bereich habe ich Ihnen zu berichten, was ich Ihnen aber bereits schriftlich mitgeteilt habe, daß unser bisheriger Bundesgeschäftsführer, Herr Dr. Göb, nach dem Bundesparteitag sowohl Herrn Dr. Barzel wie auch mir erklärt hat, daß er zum 31. Dezember ausscheiden wolle. Herr Dr. Göb hat sich selbstverständlich bereit erklärt, bis zum 31. Dezember weiterhin seine ganze Kraft für die Union zur Verfügung zu stellen. Ich möchte diese Gelegenheit, auch wenn er heute leider durch Krankheit verhindert ist teilzunehmen, schon jetzt benutzen, um ihm für seine Arbeit in den letzten zwei Jahren zu danken. Das Präsidium hat meinem Vorschlag zugestimmt und sein Einvernehmen, das nach der Satzung erforderlich ist, erteilt zur Berufung von Herrn Hennig zum Bundesgeschäftsführer mit Wirkung vom 1. Januar 1972. Ich habe verhindern wollen, daß Sie die Tatsache und die Begründung aus dem Fernsehen oder aus der Presse entnehmen und Ihnen parallel meine Gründe für die Berufung von Herrn Hennig mitgeteilt. Ich brauche darauf jetzt also nicht mehr darauf zurückzukommen. Ich will Ihnen nur sagen, daß die Bundestagsfraktion und Herr Dr. Barzel als Fraktionsvorsitzender Herrn Hennig schon in der vergangenen Woche freigestellt haben, so daß er bereits jetzt in der Nassestraße sitzt und wir einen Zeitraum von über zwei Monaten haben, um die Geschäfte von Herrn Göb auf Herrn Hennig überzuleiten, so daß hier, glaube ich, für eine vernünftige Kontinuität die Voraussetzungen gegeben sind.

Die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle und das, was ich mir gegenüber der Bundesgeschäftsstelle an erster Bestandsaufnahme vorgenommen habe, ist, wie Sie sich denken können, ein wenig erschwert durch den unmittelbar bevorstehenden Umzug in das Konrad-Adenauer-Haus. Dieser Umzug sollte ja nach dem Parteitag stattfinden. Es geht der CDU als Bauherren so wie jedem, der mal privat gebaut hat, daß nämlich die Termine nie eingehalten werden. Der neue Umzugstermin ist jetzt Mitte November. Ich hoffe, daß wir dieses auf Biegen und Brechen durchhalten können. Das bedeutet aber, daß ich Sie um ein bißchen Verständnis bitten muß, zugleich im Namen der Bundesgeschäftsstelle, daß es hier durch einen solchen Umzug möglicherweise in der Korrespondenz und anderen Dingen vorübergehende Reibungsverluste gibt. Das bedeutet natürlich auch in meiner Zusammenarbeit mit dem Bundesgeschäftsführer und mit der Bundesgeschäftsstelle, daß eine wirkliche Bestandsaufnahme vor Jahresende sicher nicht abzuschließen ist. Es wird sich aber schon heute absehen lassen, daß das Ziel sein muß, die in den letzten zwei Jahren nach dem Übergang der CDU in die

Opposition, insbesondere die von Herrn Dr. Göb und vom alten Präsidium eingeleiteten Initiativen für den Ausbau und die Intensivierung der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle fortzusetzen und – wo das nötig ist – zu straffen, die Koordination der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle mit der Fraktion, mit den Vereinigungen, mit den Landesverbänden weiter zu verbessern und die Voraussetzungen zu treffen, die spätestens ab heute erforderlich sind, um die Bundesgeschäftsstelle und damit die Bundespartei im Ganzen auf den bevorstehenden Wahlkampf vorzubereiten.

Eine wichtige Frage in diesem Zusammenhang, lassen Sie mich das unmittelbar anschließen, ist, wie wir alle wissen, die Finanzierung unserer Arbeit. Herr Kollege Kiep mußte sich für heute entschuldigen. Auch er hat für diese Woche noch eine Auslandsverpflichtung, die aus dem Sommer stammt und bei der er seine neue Aufgabe nicht berücksichtigen, nicht in Rechnung stellen konnte. Er hat sich ansonsten aber für diese neue Aufgabe inzwischen ganz frei gemacht und diese auch längst aufgenommen. Die ersten Gespräche haben stattgefunden. Sie geben Anlaß, wenn nicht zu strahlendem Optimismus, so doch zu einer guten Zuversicht. Das gilt sowohl für die Spendenwerbung im größeren Stil – und das möchte ich Ihnen bei dieser Gelegenheit sagen, weil es ja auch für die Arbeit der Landesverbände und der Kreisverbände wichtig ist –, wie sich vor allem gezeigt hat, daß nach dem Saarbrücker Parteitag im Blick auf die Bundestagswahl, offenbar die Bereitschaft unserer Mitglieder, Freunde und Anhänger groß ist, für die CDU auch finanziell etwas zu tun. Die Bereitschaft ist so groß wie selten zuvor. Es ist wirklich in manchen Fällen bewegend und rührend, was Herr Dr. Barzel im großen Stil, aber auch ich und Herr Kiep mit den Glückwünschen zu unserer Wahl für spontane Beiträge in fünfstelliger, in vierstelliger, in dreistelliger Höhe bekommen haben, bis zu einem Brief aus dem Landesverband Berlin, einer Rentnerin, die mir vor wenigen Tagen geschrieben hat, es sei doch völlig unmöglich, daß der Kampf gegen diese Regierung an finanziellen Schwierigkeiten scheitere. Sie sei zwar nur Rentnerin und könne da nicht viel machen, aber sie habe sich doch entschlossen, ihren Beitrag von 5 auf 10 DM zu verdoppeln. Ich glaube wirklich, daß dieses kein Einzelfall ist, sondern eine bestimmte Stimmung verdeutlicht, die wir in unserer Arbeit aufgreifen sollten. Herr Kiep wird am 9. Dezember bei der nächsten Vorstandssitzung einen ersten Bericht über seine Arbeit und über seine Pläne für die Zukunft geben. Ich will mich heute auf diese Bemerkung beschränken.

Neben diesen beiden Bereichen Finanzierung und Bundesgeschäftsstelle ist meine wichtigste Aufgabe für die kommenden Wochen, so bald wie möglich den Kontakt mit den Landesverbänden und den Vereinigungen aufzunehmen. Die ersten Termine sind bereits in dieser Woche verabredet. Ich bedanke mich für die Unterstützung, die ich bei den Vorsitzenden gefunden habe. Ich hoffe, daß es tatsächlich möglich sein wird, daß bis Weihnachten mit allen Landesverbänden, mit allen Vereinigungen ein erstes Gespräch stattgefunden hat. Auch dies gehört für mich zu der Bestandsaufnahme bei Übernahme des Amtes, die ich dann in der Weihnachtspause zusammenfassen will, so daß ich Ihnen zu Beginn des neuen Jahres auf dieser gesicherten Basis ein Arbeitsprogramm für das kommende Jahr vorlegen kann. Ich darf mich heute auf diese Bemerkung beschränken. Über die erste, die wichtigste inhaltliche Aufgabe, nämlich in unse-

rer Arbeit stärker als bisher die Alternativen unserer Politik deutlich zu machen, hat unser Vorsitzender in seinem Bericht gesprochen. Ich brauche das also hier nicht noch einmal zu wiederholen.

Lassen Sie mich als letztes sagen, daß wir heute im Präsidium die Aufgabenverteilung besprochen haben zwischen den Präsidiumsmitgliedern. Eine solche Verteilung hat es auch im früheren Präsidium gegeben. Von dieser ursprünglichen Aufgabenverteilung sind wir ausgegangen. Das Papier liegt Ihnen vor bzw. wird Ihnen im Laufe der Sitzung vorgelegt.<sup>35</sup> Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie in allen Fragen, wo Sie selber als Landesvorsitzende, als Vorsitzende von Vereinigungen, und in welcher Funktion auch immer aktiv werden, diese Aufgabenverteilung im Auge haben, weil es ein ganz wichtiger Bestandteil unserer Koordinierung sein muß, daß die entsprechenden Mitglieder des Präsidiums rechtzeitig über Initiativen unterrichtet sind, daß sie mit Ihnen abgestimmt werden, daß dann womöglich, wenn es nötig ist, das Präsidium im ganzen oder der Bundesvorstand im ganzen darüber befindet. Deswegen wäre ich dankbar, wenn Sie dieses Papier nicht nur heute zur Kenntnis nehmen würden, sondern auch für die weitere Arbeit im Auge behielten.

*Barzel:* Ich danke für den Bericht von Herrn Kraske und möchte damit, nachdem beide Berichte erstattet sind, die allgemeine Aussprache, mit der wir die Arbeit beginnen sollten, eröffnen.

*Amrehn:* Leider hat der Herr Vorsitzende mit der Feststellung recht, daß es wohl noch kein Vorstand so schwer gehabt hat in der Geschichte der CDU bisher, wie es dieser Vorstand in den nächsten zwei Jahren haben wird. Die Schwierigkeit ist um so größer, als wir eine gewisse Enttäuschung darüber zu überwinden haben, daß wir ja mindestens bis vor einem Jahr doch eine gewisse Erwartung hatten, es könnte gelingen, diese Regierung noch im Laufe der Legislaturperiode aus dem Sattel zu heben. Diese Erwartung haben wir aufgegeben und uns nun also völlig darauf einstellen müssen, daß wir erst nach dem Wahlkampf 1973 wieder Verantwortung übernehmen können. Das setzt allerdings voraus, und darauf hat der Vorsitzende auch hingewiesen, daß wir jene Konzentration der Arbeit schon in diesem Vorstand vornehmen, die notwendig ist, um innerhalb der Gesamtpartei Sachüberzeugungen zu schaffen und nach unten zu verbreiten. Wenn diese neue Grundsatzkommission einen Sinn haben soll, verstehe ich ihn dahin, daß in wesentlichen Fragen unserer Politik durch Wissenschaftler die Überzeugungen verstärkt und mit noch besseren Argumenten nach unten durchgesetzt werden können. Dennoch werden diese wissenschaftlichen Zusatzargu-

---

35 Die Aufgabenverteilung: von Hassel: Verbände, Bundeswehr, Kontakte zu befreundeten Parteien im Ausland, norddeutsche Landesverbände; Katzer: Sozial- und Gesellschaftspolitik, Gewerkschaften, Landesverbände Rheinland und Westfalen; Kohl: Länder, Studenten, Intellektuelle, Rundfunk und Fernsehen, Presse, LV Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saar, Hessen; Schröder: Außen-, Europa-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik, freie Berufe; Stoltenberg: Wirtschaft, Finanzen, Wissenschaft; Wex: Frauen, Familie, Jugend, Bildung, Gesundheit, Sport; Kiep: Entwicklungshilfe (vgl. CDU Presse Mitteilungen vom 25. Oktober 1971 „Kommuniqué über die Sitzung des Präsidiums und des Bundesvorstands der CDU am 25. Oktober 1971 in Bonn“).



mente nicht das Ausschlaggebende sein können, sondern es wird in bestimmten Elementarfragen die Sachmeinung gebildet und dann allerdings auch auf Personen bezogen. Ich weiß nicht, welchen Grund der Herr Vorsitzende dafür hat, daß er zu diesem Punkt, der Sachbehandlung und der Bezogenheit auf Personen heute nicht näher eingegangen ist, nachdem wir doch gelesen haben, das Präsidium hätte sogar eine Kommission gebildet, die mit der CSU darüber verhandeln sollte, in welcher Weise wir denn nun zu Nominierung unserer Nummer 1 für beide Parteien kommen. Ich habe neulich schon angedeutet, daß ich das für einen sehr wesentlichen Punkt halte und daß er eine der Voraussetzungen für die notwendige Integration ist. Wobei Integration ja auch bedeuten muß, daß diejenigen, die mit ihrer Meinung bei Entscheidungen nicht durchgekommen sind, dann die endgültig getroffene Entscheidung miteinander auch durchsetzen können.

Gut finde ich, und das gibt mir sogar eine gewisse neue Hoffnung und vielleicht sogar Schwung für diesen Vorstand, daß wir bestimmte elementare politische Fragen in diesem Vorstand rechtzeitig und so gründlich behandeln, daß wir es in Fraktion und draußen in den Landesverbänden auch verteidigen können.

Es ist heute das Beispiel der Mietgesetzgebung in anderem Zusammenhang angezogen worden. Ich ziehe es als Beispiel dafür heran, daß in dieser Frage der Mietengesetzgebung nicht frühzeitig genug innerhalb der Partei eine Meinung gebildet und ein Konzept aufgestellt worden ist, das wir auch wirklich aus innerer Überzeugung nun tragen. Leider stimmen wir in dieser Mietengesetzgebung in 14 Tagen noch einmal ab über den letzten Einspruch des Bundesrates mit der ersten Probe nach der Kanzlerwahl auf Ratifikationsmehrheit. 249 Stimmen müssen wir haben, die müssen sie haben. Wir brauchen gar nicht hinzugehen. Aber mit einer Ratifikationsmehrheit muß abgestimmt werden in einer Sache, in der ich selbst von unserer eigenen Haltung und von dem, was wir vorgeschlagen haben, überhaupt nicht überzeugt bin. Ich will jetzt gar nicht ausführen warum, ich will nur an diesem Beispiel zeigen, wie wenig eine Sache, die so elementar tief irrt – der Mietpreis war früher der Brotpreis, ein politischer Preis und Wahlen mitbeeinflussender Preis –, von uns vorbereitet war, nicht einmal in der Fraktion, sondern nur von den Experten und dem jeweiligen Arbeitskreis ohne Breitenarbeit. Und indem heute also der Vorsitzende den Punkt selbst angesprochen hat und in Aussicht gestellt hat, daß das mit der regelmäßigen Tätigkeit dieses Vorstands anders werden soll, möchte ich auch glauben, daß wir hier eine gewisse Hoffnung auf den Erfolg einer solchen Arbeit verbinden können.

Ich hänge noch einen Punkt an, der auch schon erwähnt worden war, die Frage der Betriebsverfassung in Verbindung mit der Unternehmensverfassung. Ich habe mir den Wortlaut, wie er vorhin verlesen worden ist, erst jetzt vergegenwärtigt. Eigentlich ermöglicht er eine Auslegung im Sinne voller Einheitlichkeit beider Gesetzgebungsbereiche. Trotzdem möchte ich ausdrücklich sagen, wenn sich hier aus praktischen Gründen sinnvoll ergibt, daß man das gar nicht einheitlich regeln kann. Dann liegt es gar nicht in unserer Hand, über die Betriebsverfassung im Bundestag zu entscheiden, die wir ja in ihrer Ausführung nicht voll in der Hand haben.

Nachdem ich das aber gesagt habe, möchte ich andererseits betonen, daß ich es

nicht für richtig halte, aus der Diskussion, die wir im Februar in Düsseldorf abgeschlossen haben<sup>36</sup>, innerparteilich leider noch immer nicht herauszukommen. Ich hab neulich erklärt, wir müssen nach diesem Parteitag aus der Personendiskussion endgültig heraus, auch mit Bezug auf die Entscheidung, die noch zu treffen ist, aber wir können uns nicht erlauben, nachdem eine Entscheidung gefallen ist mit der Begründung, die Dinge entwickelten sich weiter und wer damals unterlegen ist, könne seine Argumentation nicht aufgeben, der dürfe sie weiter vertreten. In den nächsten zwei Jahren jedenfalls wird dies für die Wählerentscheidung uns nicht zur Hilfe kommen. Ich halte das für einen Punkt der Unsicherheit einer Parteientscheidung besonders dann, wenn diejenigen, die mit der jetzigen Regelung schon sehr weit gegangen sind in ihrer inneren Zustimmung, sich durch den Fortgang der Diskussion vielleicht doch ein bißchen überholt oder nicht abgesichert oder enttäuscht fühlen, weil ihre Konzession nicht gebührend gewürdigt wird.

Das scheint mir eine Schwierigkeit des Augenblicks und der nächsten zwei Jahre zu sein, und Barzel wiederholt es fast in jeder Rede, wir müssen mehr erklären, wofür wir sind und welche Alternativen wir haben. Dafür bin ich sehr. Ich muß aber sagen, daß wir sehr häufig diesen Satz verkünden, ohne ihn in den wichtigen uns gegenwärtig innenpolitisch bewegenden Fragen wirklich auszufüllen. Und wir halten dann auch vom Katheder des Bundestages das Argument bereit, man kann von der Opposition nicht verlangen, daß sie die Vorschläge mache, die eigentlich die Regierung machen müßte. Warum sagen wir das? Weil die Vorschläge, die wir machen müßten, Unpopularität einschließen. Hier stellt sich also immer wieder entscheidend die Frage, ob nicht die Partei, die so etwas ausspricht, daß es nötig ist um der Sicherung größerer Dinge willen, um der Stabilität willen, sich mehr Popularität verschafft, als sie durch unpopuläre Vorschläge an Popularität verliert. Nun, unsere eigenen Vorschläge dazu existieren jedenfalls nicht in einem gerundeten Konzept, ich möchte hier also diesen ganzen Komplex mit angeschnitten haben, um, ich weiß nicht wieweit sich die Grundsatzkommission damit beschäftigt hat, hier möglichst auch mit der CSU zu einem möglichst geschlossenen Konzept zu kommen.

Ich muß ein kritisches Wort sagen zu unserer Meinung, wir sollten das Thema Europa noch viel mehr als unseren Programmpunkt tragen. Das ist sicher richtig, und keiner ist hier am Tisch, der das leugnen würde. Und dennoch möchte ich anhand dessen, was ich also fortlaufend, sei es in Paris, in Straßburg oder Brüssel erlebe, sagen, daß noch so viele Anstrengungen der CDU uns in der Frage des politischen Europa in absehbarer Zeit nicht voranbringen. Ich möchte davor warnen, daß wir uns irgend etwas vormachen könnten. Wo zur Zeit Fortschritte erzielt werden, ist in der Frage der Erweiterung der EWG, wo aber eine ganze Menge ins Schwimmen gerät, allein durch das, was jetzt mit dem Währungschaos anrichtet worden ist.<sup>37</sup>

---

36 Zur Diskussion auf dem Düsseldorfer Parteitag (25.–27. Januar 1971) vgl. CDU, 18. BUNDESPARTEITAG, insbes. S. 247–252.

37 Anfang Mai 1971 kam es zu einer Währungskrise bedingt u. a. durch die Freigabe der Wechselkurse in der Bundesrepublik und den Niederlanden sowie hohe Zuflüsse von US-Dollar nach Europa. Vgl. AdG 1971 S. 16246–16253; FAZ vom 22. September 1971 „Währungspoli-

Nun möchte ich noch einen Punkt ansprechen, der mich in besonderer Weise angeht. Ich habe mich aus vielen Gründen auf dem letzten Parteitag, der leider die erwartete Sachdebatte zu einer Reihe von Fragen nicht gebracht hat, sondern nur Reden, entschlossen, einen Antrag einzubringen. Ich habe diesen Antrag für die CDU für angemessen gehalten, weil ich es wirklich nicht habe glauben wollen, daß auf dem zweiten Parteitag nach Unterzeichnung des Moskauer Vertrages diese Partei über die Verträge nicht spricht. Wenn man nach England blickt, wissen wir, wie sehr da der EWG-Beitritt umstritten war, aber entschieden wird schließlich auf Parteitagen. Ich bin also der Ansicht gewesen und bedauere es auch rückblickend noch, daß wir die Sachdiskussion, entsprechend einem Beschluß, der hier gefaßt worden ist, mit der Personaldiskussion verbunden und damit praktisch nur eine Diskussion über Personalien gehabt haben, daß ein solcher Sachpunkt mit Ausnahme der Reden nicht Gegenstand einer Erörterung oder gar Beschlußfassung des Parteitages war und der nächste Parteitag erst stattfinden wird, wenn die Dinge durch den Bundestag gelaufen sind, wenn es überhaupt dafür zeitliche Einschätzungen gibt. Das bedauere ich und habe mich aus diesem Grunde entschlossen, den Versuch zu machen, eine solche Diskussion herbeizuführen. Ich war mir bewußt, daß das vielen, insbesondere auch dem Herrn Vorsitzenden, aus mancherlei Gründen nicht recht sein würde. Ich war der Ansicht, daß ein Parteitag am Ende darüber befinden muß, was mit einem solchen Antrag geschieht. Ich muß allerdings sagen, daß die Art, wie der Antrag behandelt worden ist, teils vom Tagespräsidium, teils von denen, die ausgesandt waren, um diesen Antrag nicht zur Behandlung kommen zu lassen, nicht dem Maß an Loyalität und der Art, wie man miteinander umgeht, entspricht, das hier wiederholt gefordert worden ist. Und ich möchte hier sagen, daß ich das am meisten am Anfang unserer neuen Arbeit bedauere, daß ein Antrag nicht in der gehörigen Weise, wie es sich für jeden Antrag gehört hätte, behandelt worden ist und dann eben auf jenen Weg gewiesen wurde, der schon am Tag dafür gewünscht worden ist. Ich glaube, daß ich jetzt sagen muß, daß ich dies, in der Sache wie vor allen Dingen in der Form, wie das gemacht worden ist, tief bedauere.

Ich möchte einen letzten Punkt anschließen, der Herrn Kraske betrifft. Er hat von dem Geld geredet und daß wir etwas mehr Hoffnung haben dürfen. Ich kann nur sagen, leider haben wir für unser Haus die Drei-Millionen-Spende noch kaum zu 20 % bekommen. Diese haben wir vor zwei Jahren beschlossen. Und hieran wird sich insbesondere auch zeigen, inwieweit eine Organisationsform durchstrukturiert wirksam ist, diese Grundfinanzierung für den Kredit, den wir aufgenommen haben, herbeizuführen, damit wir nicht laufend für weitere 2 ½ Mio. DM noch Zinsen zahlen müssen, obwohl es eigentlich so schwer nicht sein könnte, nach zwei Jahren diese 10 DM von den Landesverbänden hereinzuholen. Ich möchte nicht eine neue Diskussion über die Schwierigkeiten gerade in Nordrhein-Westfalen beginnen, die haben wir im letzten Vorstand über die 0,50 DM und die 1 DM geführt. Aber das ist nun beschlossene Sa-

---

tik ist immer auch Außenpolitik“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 16. Oktober 1971 „Europapolitik gesucht“.

che des Parteitages. Schließlich würde ich dann nur noch die Frage zu stellen haben, inwieweit sich bisher die beteiligten Herren Gedanken über die Geschäftsabgrenzung zwischen Generalsekretär und Bundesgeschäftsführer gemacht haben. Es wird im Zusammenhang mit dem notwendigen Satzungsänderungen vielleicht sogar eine neue Bestimmung zu schaffen sein, aber die Bestimmungen haben nur dann einen Sinn, wenn eine sachliche Abgrenzung schon vorher erfolgt. Da müßte praktische Arbeit ermöglicht werden, die Herrn Göb bisher verwehrt war. Und hierzu hätte ich also die Frage, ob es da schon Fortschritt gibt?

*Barzel:* Ich finde es gut, daß wir die Generalausssprache machen. Ich habe eine Reihe Wortmeldungen. Ich würde es begrüßen, daß wir trotzdem bei der Absicht bleiben, bis gegen 13.00 Uhr die Generalausssprache zu beenden, dann nach dem Mittag den Bericht von Herrn Kaltefleiter zu hören, dann in die Tagungsordnung zu kommen. Ich selbst werde kurz vor 13.00 Uhr das Wort nehmen, um nicht zwischendurch dauernd sprechen zu müssen.

*Köppler:* Ich will versuchen, mich kurz zu fassen. Zunächst zu der Situation, die in der letzten Woche im Bundestag geschaffen worden ist, die auf die Grundsatzfrage hinausgeht, wie wollen wir strategisch mit der uns aufgeredeten, frontalen Konfrontation weiterfahren oder nicht?

Ich glaube, es war gut, daß von uns aus in der richtigen Stunde und in der richtigen Minute diese totale Konfrontations-Idee in die Ecke gegeben worden ist, wo sie herkommt und wo sie hergekommen ist und wir damit ein Klima haben, in dem wir das nächste Jahr gut in unserer Oppositionsrolle auf die Bundestagswahl hin arbeiten können.

Was einen der konkreten Punkte, das Betriebsverfassungsgesetz, angeht, so glaube ich, nachdem die Frage vom Vorsitzenden hier gestellt worden ist, daß wir auch im Parteivorstand Klarheit schaffen sollten. Ich halte es für unmöglich, daß wir ein Gesetz, an dessen Annahme wohl kaum gezweifelt werden kann, von uns aus, als Fraktion, nicht mittragen, nachdem in wesentlichen Fragen im zuständigen Ausschuß im Bundestag Kompromisse erzielt werden konnten. Die schlimmsten Giftzähne sind gezogen. Einige sind noch drin. Ich halte es für notwendig, daß das in der zweiten Lesung genügend dokumentiert und klargestellt wird, was wir von bestimmten Dingen halten. Aber ich kann nur auch aus der Sicht meines Landesverbandes sagen: Eine Ablehnung dieses Gesetzes in dritter Lesung durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion würde für uns ein Hagelgewitter bedeuten, das wir kaum gut überstehen werden.

Ich würde auch meinen, wir sollten noch reden, wenn das nicht als besonderer Punkt unter „Verschiedenes“ vorgesehen ist, über die Dinge, die nach der Beschlussfassung im Präsidium mit der CSU zu besprechen und zu regeln sind. Ich glaube, wir sollten hier ganz offen sprechen. Was ich für miserabel halten würde, wäre, wenn wir jetzt die Diskussion, die innerhalb der CDU bis zum Saarbrücker Parteitag, der sich vornehmlich um Führungsstruktur und Personen gerankt hat, weiter in der Öffentlichkeit führen würden um Programmpunkte, Mannschaftspersonalien und Kanzlerkandidaten. Wir wissen doch, daß eine ganze Reihe von interessierten Vervielfältigern der öffentlichen Meinung an diesem Punkt ansetzen und meinen, sie könnten mit

leicht veränderten Vorzeichen das Spiel weitertreiben, was sie mit uns bis Saarbrücken getrieben haben. Mich würde deshalb sehr interessieren, ob die Kontakte mit der CSU hergestellt sind und welche Zeitvorstellungen hier bestehen. Ich halte es für unmöglich, daß wir diese Dreistufenlösung, die Freunde in der CSU vorgeschlagen und die sie auch getroffen haben, länger betreiben als etwa bis Ende dieses Jahres. Dann wird die Sache gemeingefährlich. Ich bin sehr dafür, daß wir, und das haben wir auch beschlossen auf dem Bundesparteitag, jetzt in einigen wichtigen Punkten eine gemeinsame Wahlkampfaußsage konzipieren. Ich bin sehr dafür, daß wir so schnell wie möglich auch eine Mannschaft herausstellen und uns überlegen, in welcher geeigneten Form und Liturgie das ablaufen kann. Ich bin aber dagegen, daß sich das in der klassischen Form eines englischen Schattenkabinetts vollzieht. Das sollte vielmehr eine Führungsmannschaft beider Schwesterparteien sein, die dann die personelle Repräsentanz unserer politischen Alternative in den nächsten zwei Jahren darstellt. Aber das alles geht nur gut, wenn wir uns gemeinsam Zeitvorstellungen machen, und diese Zeitvorstellungen müßten schon mit Rücksicht auf die Freunde in Baden-Württemberg bis spätestens Januar abgeschlossen sein können.

Wenn ich noch eine Bemerkung mache zu dem Antrag auf dem Bundesparteitag. Ich glaube, daß wir festhalten müssen, daß sicher niemand die Absicht hatte, einen Antrag abzuwürgen oder irgendwo in der Versenkung verschwinden zu lassen, sondern es war eine objektive Überforderung mit einem sogenannten wichtigen Antrag auf einem Parteitag, bei dem man die Zeit bis zuletzt voll, auch bedingt durch das Interesse an den Wahlen, in Anspruch genommen hatte, noch eine Debatte zu führen, die – und das war die Sicht meiner Freunde auch aus Nordrhein-Westfalen – im Grunde auf dem Programmparteitag in Düsseldorf Gegenstand einer längeren Aussprache war und nur die Programmaussage des Düsseldorfer Parteitages zu formulieren versuchte. Von daher würde ich wirklich bitten, das nicht als einen politischen Affront zu verstehen, daß dieser Antrag nicht schön behandelt worden ist. Ich gebe ohne weiteres zu, daß das der Antragsteller empfinden muß, aber ich hatte den Eindruck, bei unseren Delegierten war die allgemeine Meinung, man kann im Grunde über einen Antrag zu einem so wichtigen Thema nicht unter „Verschiedenes“ einfach nur abstimmen. Man hätte ihn debattieren müssen. Man hätte dazu eine gewichtige politische Aussage machen müssen. Dazu fehlte die Zeit. Hinzu kam die Überlegung, dasselbe haben wir im wesentlichen im Programm festgelegt, und niemand denkt daran, in dieser Programmaussage vom in Düsseldorf fortgeschriebenen Berliner Programm abzuweichen.

Nun zu den Finanzschwierigkeiten. Ich glaube, wir sollten hier alle mithelfen, die Situation zu erreichen, die Herr Dr. Kraske zuversichtlich charakterisiert hat. Ich will nur eines, weil Herr Amrehn das angesprochen hat, sagen. Es gibt keine unüberwindlichen Schwierigkeiten in Nordrhein-Westfalen. Herr Windelen und ich haben nur den Fehler gemacht, wahrscheinlich in der letzten Bundesvorstandssitzung, das auszusprechen, was andere nicht ausgesprochen haben. Wir werden das hinbekommen in Nordrhein-Westfalen, darauf können Sie sich verlassen. Vielleicht sollten wir uns dann einmal darüber unterhalten, wo wirklich noch Probleme bestehen bei dem Anteil an Finanzierungsverpflichtungen, die aus der Partei selbst kommen müssen. Ich glaube,

darüber waren wir uns einig, das muß die wesentliche Anstrengung sein neben allen anderen Notwendigkeiten außerhalb der Partei.

*Barzel:* Darf ich mal die Rednerliste bekannt geben: Herr Stoltenberg, Herr Müller-Hermann, Herr Stingl, Herr Katzer, Herr Hasselmann, Herr Langguth, Herr Lampersbach.

*Stoltenberg:* Ich möchte mich in der Tat auch kurz fassen und nur zu zwei Punkten etwas sagen. Einmal möchte ich zu der Frage des weiteren Vorgehens in der konzeptionellen und personellen Vorbereitung der Bundestagswahl die Ausführung des Herrn Kollegen Köppler unterstreichen. Wir alle haben ein Interesse daran, aus Gründen, die er genannt hat, daß die noch offenen Termine der CSU jetzt schnell geklärt werden und wir in der Lage sind, wenn es notwendig ist, bestimmte sachliche Erklärungen, Fragen über die von Herrn Köppler angesprochenen Personalfragen so zu entscheiden, daß diese Diskussion dann zu einem Abschluß kommt.

Zum zweiten möchte ich auf das eingehen, was der Vorsitzende, Kollege Amrehn dann auch vertiefend in seinem Beitrag, behandelt hat, nämlich die Thematik unserer Darstellung in der Öffentlichkeit als einer konstruktiven Partei, die nicht in die Ecke der Neinsager-Partei kommt. Das ist sehr richtig, ist aber auch ungewöhnlich schwierig. Die Lage ist doch folgendermaßen: Bei verschiedenen, wesentlichen Fragen der Gesetzgebung, zuletzt auch in der Frage der Mietgesetzgebung, gibt es ein Regierungskonzept – oder jetzt des Betriebsverfassungsrechtes, wir kommen da in eine ähnliche Problematik – und gibt es eine Initiative der CDU/CSU und den Versuch, das haben wir vor allem beim Betriebsverfassungsgesetz mit großer Energie und viel gutem Willen unternommen, in einer so schwierigen Frage eine Alternative zu entwickeln in der Form eines eigenen Antrags. Dies ist bedeutsam, um sich zu profilieren. Nur läuft das eben so, daß nachher ganz überwiegend, wie beim Mietgesetz und wie beim Betriebsverfassungsgesetz, daß unsere Vorstellungen mit den bekannten Mehrheiten abgewehrt und abgeblockt werden und das Ergebnis nachher sehr entscheidend von dem abweicht, was wir für richtig halten. Und dann kommen wir in das Dilemma hinein, das wir jetzt in dieser Frage deutlich gesehen haben. In der Berichterstattung – und zum Thema Berichterstattung sind dann auch noch zwei, drei Sätze zu sagen, weil das ein sehr entscheidender Punkt ist – wird dann üblicherweise nicht die Tatsache in den Vordergrund gestellt, daß es hier zwei Alternativen gibt, zwischen denen dann zu entscheiden ist, sondern die einen werden als die Jasager und die anderen als die Neinsager dargestellt.

Bei diesen Gesetzgebungen haben wir in dem wirklich verbliebenen Streitpunkt ja den erstaunlichen Sachverhalt, auf den wir ja auch im Bundesrat immer wieder hingewiesen haben, daß wir in der Regionalisierung die ursprüngliche Regierungsvorlage vertreten, die Regionalisierung aber aufgehoben worden ist wegen einer Koalitionsvereinbarung von SPD und FDP im Bundestag. Aber das hat nichts an der Darstellung im Fernsehen und in der Presse geändert, daß wir den Reformvorschlag der Regierung zur Verbesserung des Kündigungsschutzes abgelehnt haben. (*Zwischenruf:* So ist es!) Es ist also erstens eine Frage der wirkungsvollen Darstellung unserer Meinung im Parlament, im Bundestag bzw. in diesem Sonderfall dann im Bundesrat. Wir müssen in

diesen Fällen den Agenturen und auch den Fernsehanstalten kräftiger auf die Finger schlagen. Denn das ist allmählich ein System geworden. Es ist ein System einer bestimmten Nachrichtentechnik geworden, wir haben das letzte Beispiel am Donnerstag erlebt: Am Donnerstag lief die Meldung mit der Einigung der Koalition über die neuen Eckwerte zur Steuerreform über die Agenturen.<sup>38</sup>

Ich habe in Düsseldorf einen Kongreß junger Unternehmer genutzt zu sagen, man solle nicht davon ausgehen, daß das, was die Herren vereinbarten, der Weisheit letzter Schluß sei. Dies soll auch nicht die irritierte Wirtschaft tun und die irritierte Bevölkerung, denn das sei eine Sache, die man ja nur gemeinsam machen könne. Wir würden unsere alternativen Vorstellungen dazu in Bundestag und Bundesrat entwickeln und unmißverständlich sagen, mit uns gäbe es keine Steuerreform. Eine Stunde später höre ich im Autoradio, Stoltenberg kündigt Widerstand der CDU gegen die Steuerreform an. Das ist ein ganz klares System, und wir müssen in Zukunft jedenfalls bei den Fernsehanstalten, bei den Agenturen, dafür sorgen, daß die Darstellung einer Alternative nicht weiterhin als Nein zur Sache gewertet wird. Das ist ein Problem unserer Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit, natürlich auch des Einflusses auf die Nachrichtenmedien. Da muß man sich natürlich auch die Formulierung sehr genau überlegen, die man verwendet. Ich sage das, weil es das Problem in der Sache natürlich nicht aufhebt. In der Sache werden wir auch in den vor uns liegenden Entscheidungen immer wieder vor dem Dilemma stehen, daß wir nachher irgendwo zu einer Fassung, die uns nicht ganz zusagen oder gar nicht zusagen kann, in einer Sache, die wir an sich wollen, ja oder nein sagen müssen. Dafür gibt es kein Patentrezept. Das kann man nur von Fall zu Fall bewerten, und es wird richtig sein, nicht prinzipiell in die Gruppe der Jasager und nicht prinzipiell in die Rolle der Neinsager zu kommen, sondern von Fall zu Fall in einer richtigen politischen Mischung sich zu entscheiden. Ich wollte das noch mal anhand dieser aktuellen Beispiele hier sagen, weil wir in der Tat alle miteinander etwas unglücklich waren, vor allem über die jüngste Entwicklung in der Mietangelegenheit.

Wir haben uns die Entscheidung, im Bundesrat noch mal den Einspruch zu erheben, gar nicht leicht gemacht. Die Meinung war bei keinem von uns ganz eindeutig. Der eine war mehr dafür, der andere mehr dagegen. Wir haben gesagt, wir müssen das gemeinsam machen. Und die Meinung war nachher die stärkste zu sagen, daß wir in einer Sache, in der wir – ob das ganz richtig war, lasse ich offen – so weit gegangen sind und in einem ständigen intensiven Kontakt zwischen Fraktion und Ländern waren – das möchte ich ausdrücklich betonen, wie immer man diese Sache bewertet, das ist einvernehmlich geschehen – es nicht für richtig hielten, im letzten Moment plötzlich umzuschwenken, weil wir davon ausgehen mußten, daß dann, wenn das einmal gelingt, in den anderen anstehenden Fragen der propagandistische Druck gegen uns nur um so stärker wird. Ich sage das auch zur Motivation für die letzte Abstimmung, da die Sache jetzt leider wieder in den Bundestag geht, wobei ich auch hinzufügen, es wird für die

---

38 Vgl. dpa vom 22. Oktober 1971 „Kabinett will neue Eckwerte zur Steuerreform beschließen“; FAZ vom 23. Oktober 1971 „Einigung über neue Steuer-Eckwerte. Vermögensbildung weiter umstritten“.

auch kein Vergnügen sein, da wieder 249 Leute zusammenzukriegen (*Unruhe und Heiterkeit.*) Also, das hat so seine Schattenseiten. Aber wollen wir mal sehen. Gut, sie werden es vielleicht schaffen, aber eine große Freude wird das auch nicht sein.

Wir müssen das sehen, nicht nur bei der Betriebsverfassung, sondern bei den anstehenden Fragen über Steuererhöhung und Steueranteile. Bei der beginnenden Auseinandersetzung über die Steuerreform kommen wir in sachlich ähnliche Schwierigkeiten. Wir müssen dieses Problem ganz scharf erkennen, um von Fall zu Fall die richtige Einlassung, vor allem aber die richtige Verdeutlichung unserer Position über die Medien zu finden. Und ich sage jetzt als letztes zu diesem Komplex: Nun ist heute nicht der Zeitpunkt, wir haben über andere Dinge, über Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, zu sprechen. Nur wird es natürlich Anlaß geben, das auch in den nächsten Monaten intensiv zu tun.

Wir haben heute morgen das Gutachten der Forschungsinstitute erhalten.<sup>39</sup> Das wird heute hier ausgewertet. Da ist eine ganze Menge drin, was die Diskussion belebt, doch überwiegend, nach meinem ersten Eindruck, in einer für die Bundesrepublik nicht angenehmen Darstellung. Vor allem ist die Entwicklung selbst unangenehm. Hier ist natürlich die Frage nach den Alternativen auch ganz schwierig. Ich würde allen anderen Abwesenden nicht empfehlen zu sagen, was der eine oder andere mal getan hat. Das ist ja nicht unsere Aufgabe, als Opposition die Alternativen zu nennen. Das halte ich für eine ganz falsche Diktion. Obwohl in dieser falschen Aussage ein richtiges Element der Wahrheit steckt, aber nur ein begrenztes. Die Schwierigkeit ist gerade in der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik natürlich die, wenn eine Alternative einmal nicht gebraucht ist, dann ist die Alternative nichts mehr wert. Das heißt, was wir vor einem Jahr oder vor sechs Monaten empfohlen haben, ist durch Nichtbeachtung (*Zwischenruf: Das kommt von Strauß!*) entweder verwirklicht, in der Regel aber durch Nichtbeachtung wertlos geworden. Das ist das Problem der alternativen Vereinbarung mit der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, weil es hier um eine Prozeßpolitik geht, wo es jeweils eine ganz andere Konstellation ist. Wir müssen also die Frage, wie wir uns einlassen, erneut besprechen. Ich bin der Meinung, daß wir bei Wahrung des guten Stils, der Bereitschaft zu gewissen Formen der Zusammenarbeit in den kommenden Monaten in einer der Sache angemessenen, aber deutlichen Sprache nicht darauf verzichten können, jetzt, wo die Früchte der Fehler sichtbar werden, für die Menschen auch die Verantwortlichkeit festzustellen. Denn in diesem Bereich liegt natürlich auch eine Möglichkeit der Entlastung zu einem Zeitpunkt, wo wir parallel dazu, in der Außen- und Deutschlandpolitik, vor außerordentlich schwierige eigene Fragen gestellt werden.

*Müller-Hermann:* Herr Vorsitzender, ich möchte doch mit ein paar Strichen zur Bremer Wahlsituation ... (*Starke Unruhe.*)

*Barzel:* Herr Kollege Müller-Hermann, können wir das zurückstellen? Denn Herr

---

39 Gutachten der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V. „Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1971“ vom 22. Oktober 1971 (ACDP Dokumentation 0/063).



Kaltefleiter wird ja dazu berichten, und ich hatte auch Baden-Württemberg noch nicht erwähnt. Wenn Sie einverstanden sind? (*Müller-Hermann*: Dann ziehe ich jetzt das zurück.) Danke sehr.

*Stingl*: Sie haben vorhin davon gesprochen, was uns der Friedenspreis an Brandt für Schwierigkeiten machen wird. Ein erstes Beispiel hat gestern die Eröffnung des Kongresses der IG Druck und Papier gegeben.<sup>40</sup> Brandt ist sozusagen in die Ehre der Altäre erhoben worden, zweimal durch Aufstehen. Aber was bedeutsamer ist, ist, daß eine Taktik dahinter steckt. Herr Mahlein<sup>41</sup>, das ist der Vorsitzende von IG Druck und Papier, hat die Verleihung des Friedenspreises zum Anlaß genommen, eine harte, angeblich nicht parteipolitische Attacke, aber doch eine parteipolitische Attacke zu reiten, die darin gipfelte, daß er sagte: „Jetzt müssen auch die Ignoranten der CDU erkennen, daß dies eine Friedenspolitik ist.“ Und er hat dann neben anderen Unionspolitikern Barzel als etwas, was ich nicht mehr hören konnte, bezeichnet, weil dann der Applaus los ging [...]. Der Brandt dagegen hat sich als Staatsmensch gegeben. Er hat zur Frage Friedenspreis nur gesagt, er sei glücklich darüber, daß jetzt in der ganzen Welt eben nicht Deutschland und Krieg in den Schlagzeilen stehen, sondern Deutschland und Frieden. Und dann hat er allerdings, Herr Stoltenberg, in der Wirtschaftspolitik eine gewissen Distanz zu Schiller durchblicken lassen. Er hat das nicht *expressis verbis* gesagt, aber eine gewisse Distanz durchblicken lassen, nachdem nämlich Schiller vorher von Mahlein angegriffen worden war, in der ganzen Darstellung allerdings in einem Maße, wo wir keineswegs auf die Seite von Herrn Mahlein gehen könnten. In der Kritik an der Schillerschen Politik stehen wir auf einer ganz anderen Seite. Wir müssen uns also darauf gefaßt machen, daß jetzt in allen Organen und überall der Friedenspreis dazu benutzt wird, um diese Politik zu vertreten. In diesem Zusammenhang gleich die Frage, warum bei der Verteilung der Ämter innerhalb des Präsidiums niemand für die Presse zuständig ist? Macht das der Vorsitzende selbst? Ich sehe zwar rundum Fernsehen, aber daß man jemanden beauftragt, sich mit der Presse, mit den Verlegern zu befassen, halte ich für erforderlich. Das Argument etwa, es gäbe ja den Beauftragten, sticht nicht, weil es für die ...

*Barzel*: Ein Zuruf dazu gleich, es fehlt auch Bundestag, Bundesrat. Also eine Fülle von allgemeinen Dingen, die automatisch zu den Führungspflichten gehören, sind nicht erwähnt. Aber wir können diskutieren, ob wir das noch aufnehmen. (*Unruhe und Diskussion*.) Ich glaube, so wichtigen Hinweisen werden wir entsprechen. Ich müßte noch Herrn Weiskirch stoppen.

*Katzer*: Werter Freund Amrehn, unser Problem für die nächsten zwei Jahre, insbesondere wenn ich den innenpolitischen Sektor sehe, heißt einmal Öffentlichkeits-

---

40 9. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier vom 24. bis 30. Oktober 1971 in Nürnberg. Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 28. Oktober 1971 „IG-Druck-Vorsitzender sieht gewollte Rezession“; FAZ vom 28. Oktober 1971 „IG Druck und Papier wählt Mahlein wieder“.

41 Leonhard Mahlein (1921–1985), Buchdrucker; 1946–1949 Jugendleiter der IG Druck und Papier in Nürnberg, 1951–1956 Fachlehrer, 1956 SPD, 1956–1965 2. und 1965–1968 1. Vorsitzender der IG Druck und Papier, 1968–1983 Vorsitzender der IG Druck und Papier.

arbeit und zum anderen Präsenz. Wenn ich sage „Öffentlichkeitsarbeit“, dann schließe ich jetzt mal den Kollegen Amrehn ein. Wenn er sagt, wir dürfen nicht nur sagen, wogegen wir sind, sondern müssen sagen, wofür wir sind, bin ich einverstanden. Wenn er dann meint, das wäre uns nicht hinreichend gelungen, dann kann ich nur einfach sagen, dann sind selbst unsere eigenen Bundestagskollegen offenbar nicht voll unterrichtet über das, was z. B. auf den gesellschaftspolitischen Feldern an Alternativen in zwei Jahren permanent entwickelt worden ist. Das ist doch unglaublich, das hat es doch noch nie in einer Opposition in Deutschland gegeben, die vorgelegt hat als erstes ein Gesetz über die Kriegsopferversorgung 1970, die vorgelegt hat einen eigenen Gesetzentwurf zur Krankenversicherung mit Vorsorgeuntersuchungen. Alle Welt lobt diese Vorsorgeuntersuchungen, aber niemand sagt, daß das die CDU war. Das bestreitet man sogar. Die Leute verbreiten derart Lügen in der Welt, daß die eigenen Genossen das glauben. Wenn ich draußen rede und sage, die Vorsorgeuntersuchung hat im Entwurf der Regierung nicht gestanden, wir haben sie rein gebracht, dann werde ich ausgebuht. Die Leute sagen, das glaubt man uns nicht.

Wir haben drittens ein Krankenhauspapier entwickelt, was die Regierung bisher verschwiegen hat. Wir haben ein Beteiligungslohngesetz entwickelt, einen Gesetzentwurf, der die einzige Alternative auf dem Felde der Eigentumspolitik überhaupt darstellt. Kein Mensch hat das honoriert. Zum Betriebsverfassungs- und Unternehmensrecht komme ich gleich. Über die Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige, Rentenversicherung, 14. Rentenanpassung, 15. Rentenanpassung, Kindergeldgesetze, Städtebauförderungsgesetz redet kein Mensch. Das ist einfach deprimierend, wenn man alle diese Gesetze auf den Weg gebracht hat und dann sagen auch noch die anderen Freunde „Wir haben keine Alternativen“. Das sind alles Alternativen, die wir gebracht haben, die aber nicht in der Öffentlichkeit sind. Die Öffentlichkeit hat eigentlich nur erreicht unser Rentenversicherungsantrag. Und der ist am letzten Freitag diminuiert worden. Warum? Weil wir einfach unglaublich unglaubwürdig wirken, wenn wir einen solchen Antrag zugunsten der Rentner einbringen und dann noch in der Fraktion mit 40 oder 50 Leuten sitzen, die uns nach draußen vertreten. Das Fernsehen manipuliert dann abends, einschließlich des Herrn Nowotny<sup>42</sup>, unsere Debatte um: Es wird dann nicht von 6 % Preissteigerung, nicht von Rentennachführung gesprochen, sondern einfach von der flexiblen Altersgrenze, was wir bis jetzt erreicht haben. Ich bedaure das, das wird ein Punkt sein, den ich in der Fraktion anbringe.

Das ist das zweite, nämlich die Präsenz. Wir können uns doch hier die Beine abhaken! Wenn wir nicht die Präsenz in der Fraktion aufbringen, dann sind wir nichts wert als Opposition. Und die 249 Stimmen werden die anderen noch eine Weile haben, das ist überhaupt keine Sorge für Herrn Wehner und seine Genossen. Die bringen die spielend auf die Waage. Das müßte schon ein ganz dolles Stück sein, wenn das denen

---

42 Friedrich Nowotny (geb. 1929), Journalist; 1962 Hauptabteilungsleiter für Wirtschafts- und Sozialpolitik beim Saarländischen Rundfunk, 1965 stv. Chefredakteur, 1967 stv. Leiter des WDR-Studios Bonn, 1973–1985 Studioleiter, 1985–1995 Intendant des WDR, 1991/92 Vorsitzender der ARD.

nicht gelingen sollte. Ich sage ganz freimütig, wir müssen in den nächsten zwei Jahren nicht in der Frage der Präsenz in der Fraktion eine ganz andere Ordnung bekommen bis hin zu Ordnungsmaßnahmen – ich sage das sehr ungerne – gegenüber solchen Kollegen, die permanent ihre Arbeit vernachlässigen und es einigen wenigen Leuten in der Fraktion überlassen, bis abends 20.00, 21.00 Uhr in den Sitzungen zu sitzen, und die sich nachher darauf beschränken zu meckern. Die Mietsache ist ja nicht zuletzt deshalb falsch gelaufen, weil diese Leute z. T. gefehlt haben.

Nun, Herr Kollege Amrehn, zur Frage Alternative. Nehmen Sie den Bereich des Kollegen Stoltenberg. Wann gab es denn eine Opposition, wo der Fraktionsvorsitzende im Februar 1970 sich hinstellt und sagt: „Bei dieser konjunkturellen Situation nehmen wir alles aus dem Verkehr, was vorliegt, mit Ausnahme von Landwirtschaft, von Kriegsoptionen und Beamten.“ Da sind dann beide, Regierung und Opposition, festgelegt, und Herr Möller läßt die Sitzung unterbrechen voller Dank. Hat das denn einer von uns honoriert? Reden wir davon? Ich habe den Eindruck, wir wissen das selbst nicht. Wenn man die Reden, die der Kanzler hält, nachliest, dann sieht man doch, er hat einen unglaublich guten Ghostwriter. Es steht ja alles auf dem Papier. Das wirkt manchmal, als wenn er sich das mühsam abgepreßt hätte. In Wahrheit haben die das ja vorgedacht, die Modelle, die Daten. Das ist ja alles genau vorprogrammiert mit Wirkung auf bestimmte Leute. Und wir werden nicht daran vorbeikommen, solche Dinge ebenfalls zu schaffen, daß wir, die wir im parlamentarischen Getümmel stehen, dann Hinweise bekommen: „Also hier diese Ecke habt Ihr übersehen.“

Nun zur Frage Betriebs- und Unternehmensverfassung. Herr Kollege Amrehn, wir haben darüber lange im Präsidium gesprochen, ob die Ziffer 71/72 des Düsseldorfer Programms, die uns verpflichtet, ein einheitliches Gesetz über Betriebsverfassung, Unternehmensverfassung vorzulegen, bei unserem Endvotum nicht schon vorprogrammiert ein Nein beinhalten muß. Wir sind zum Ergebnis gekommen, daß uns dieser Düsseldorfer Parteitagbeschuß verpflichtet – einschließlich derer, die dafür oder dagegen waren – bis zum Schluß für die Einheitlichkeit zu kämpfen. Dafür habe ich plädiert, im Fraktionsvorstand, heute hier. Und deshalb bin ich dafür, daß wir das in namentlicher Abstimmung bis zur dritten Lesung machen, zumal das einen politisch aktuellen Reiz haben kann vor dem Hintergrund noch zu fassender Beschlüsse der FDP auf ihren Parteitag in Freiburg.<sup>43</sup> Es wird geschehen, auch bei den Leitenden Angestellten, einem Punkt, den wir beim Programm festgelegt haben, ebenfalls vor dem Hintergrund dessen, was die FDP zu diesem Punkte draußen sagt und intern diskutiert. Und da gibt es auch viele andere Punkte. Ich will jetzt gar nicht die Sachdebatte hier vertiefen, sondern ich will nur sagen, das alles wird geschehen! Wenn wir dann aber am Schluß nicht durchkommen, einfach deshalb, weil wir keine Mehrheit haben, dann kann man uns nicht sagen: „Ihr müßt jetzt ablehnen, weil das nicht durchgekommen ist“, sondern dann können wir unseren Freunden, und das war der Punkt, der geklärt werden muß, sagen: „Wir haben bis zum letzten für dieses Programm, für die

---

43 22. ordentlicher Bundesparteitag der FDP vom 25. bis 27. Oktober 1971 in Freiburg. Vgl. Presseschau der CDU-Bundesgeschäftsstelle (ACDP Dokumentation 2/223/1–22).

Einheitlichkeit in dieser Frage gekämpft.“ Aber ich kann jetzt nicht sagen, weil dieser eine Punkt nicht enthalten ist, deshalb muß ich das Ganze ablehnen, weil das natürlich aktuelle Hintergründe hat für die Situation bei den Betriebsratswahlen, und wir haben noch kein endgültiges Votum gegeben. Die Positionen in der Fraktion werden noch erörtert. Ich würde den Punkt erstmal nur so beantworten und dann persönlich das unterstreichen, voll und ganz, was Herr Köppler gesagt hat. Ich sehe das nicht anders.

Der zweite Punkt, Herr Kollege Amrehn, ist, wie sieht das aus mit dem Beschluß vom Februar 1971? Es gibt von mir eine ganze Menge Erklärungen, die lauten: Dieser Beschluß 1971 gilt für jeden, ob er unterlegen oder Sieger ist. Er muß Geltung haben, d. h. konkret, in dieser Legislaturperiode passiert auf diesem Gebiet nichts. Gestern sind die jungen Arbeitgeber hingegangen und haben den Beschluß gefaßt, die Abgeordneten aufzufordern, einen Gruppenantrag einzubringen. Ich werde in der Pressekonferenz gefragt: „Was sagen Sie dazu?“ Da sage ich, der Beschluß ist unmöglich. Dem werde ich nicht folgen. Und das geht nicht. Das muß man den Leuten klarmachen. Die haben einen Beschluß gefaßt zu Grund und Boden, ich habe gesagt, das geht nicht. Wir haben das besprochen. Ich habe, nebenbei, Herr Köppler, als einziger die Position des Landesvorstandes vertreten, Also das, Herr Kollege Amrehn, ist klipp und klar.

Das andere Problem ist, ob diejenigen, die ein bestimmtes Modell für richtig halten, am nächsten Parteitag dies vortragen. Das halte ich für legitim, das halte ich für richtig. Jeder, der unterlegen ist, hat sich an die Beschlüsse zu halten, aber kann selbstverständlich auf einem nächsten Parteitag die Chance zu ergreifen, erneut für sein oder ein dann modifiziertes Modell einzutreten. Anders ist Demokratie nicht möglich. Das ist zu bemerken vor dem Hintergrund von veränderten Positionen, die sich in anderen Parteien, einschließlich der FDP, anzubahnen anfangen. Das waren die Bemerkungen, die ich machen wollte zu diesem Punkt.

Einen letzten Punkt, was die CSU anbelangt. Wir stimmen ganz überein mit dem, was auch Stoltenberg hier gesagt hat. Wir müssen diese Frage der Nummer Eins vom Tisch bekommen. Wir können uns nicht den Luxus erlauben, monatelang dasselbe Spiel zu haben, was wir mit der anderen Frage hatten. Die Gesetze der Psychologie scheinen wir alle nicht zu beherrschen. Was meinen Sie, was in der Woche los war, als die Sozialdemokraten in Bremen unerwartet gut abgeschnitten haben.<sup>44</sup> Die sind also wie die Kindsköpfe rumgerast und haben gesagt: „Ja, Mensch, Du mußt doch verstehen, wie glücklich wir sind.“ Ich sage, das verstehe ich sehr gut, nur ich würde das nicht so überbewerten, wie ihr das tut. Jedenfalls dies hat die so mitgerissen, daß die jetzt an den Sieg glauben. (*Stoltenberg*: Aber das zeigt natürlich auch, unter welchem Druck die vorher waren!) Natürlich! Aber von dem Druck haben wir wenig gemerkt, das haben sie reingefressen. (*Stoltenberg*: Ja, das ist richtig.) Und das ist mein psychologischer Punkt, den ich hier anbringe. Nach den Wahlen in Heidelberg und in Stuttgart<sup>45</sup>

44 Ergebnis der Bremer Bürgerschaftswahl vom 10. Oktober 1971: SPD 55,3 %, CDU 31,6 %, FDP 7,1 %.

45 Gemeinderats- und Kreistagswahlen am 24. Oktober 1971 in Baden-Württemberg. In Heidelberg steigerte sich die CDU von 32,6 % auf 40,5 % und in Stuttgart von 28,7 % auf

sollten wir ein gesundes Selbstvertrauen zeigen, da haben wir zugenommen. Also muß man das immer in der Proportion sehen. Das sollten wir beachten bei der Darstellung unserer Position nach draußen.

Ein letztes: Wir müssen, nach dem, was Kollege Stingl gesagt hat vom Kongreß der IG Druck und Papier, die sich ja immer schon ausgezeichnet hat durch besondere Radikalität – der Kollege Albers<sup>46</sup> ist ausgetreten aus dieser Gewerkschaft und hat sie „Dreck und Papier“ genannt, so wie er schlicht und ergreifend arbeiten konnte –, dieses ganze Problem der Gewerkschaften hier einmal in aller Offenheit und Sorgfalt analysieren und diskutieren, um dann zu einer Klarstellung zu kommen. Der Kollege Strauß und ich waren bei dem DAG-Kongreß in Nürnberg<sup>47</sup>. Ich kann nur sagen, daß war ein Glück, daß wir da waren in dieser Kombination. Das war ausgezeichnet. Kollege Barzel war verhindert durch den Tod von Rasner<sup>48</sup>, sonst wäre er ebenfalls noch da gewesen. Also wir werden auf den Kongressen vertreten sein müssen. Lassen Sie mich etwas sagen, was für den ein oder anderen aus meinem Munde vielleicht überraschend wirken kann. Eine Figur wie ich, die ist da ungefähr selbstverständlich, den kennt man und da weiß man, wo der steht. Aber ein Mann wie Strauß, das ist für die doch eine ganz andere Position, so daß man mal überlegen muß, auch andere Persönlichkeiten – ich stelle mir vor, daß ein Köppler auftritt – auftreten zu lassen. Das hat viel größere Wirkung, als wenn ich da komme. Da sagen die: „Ja, das wissen wir ja, wie der denkt.“ Oder wie Stoltenberg ... (*Zwischenruf*: Es wäre dringend nötig!) Ja, ich habe das schon ein paar Mal gemacht und sowohl beim Industriekolleg in Düsseldorf als auch Hamburg beim Überseeclub gesprochen.<sup>49</sup> Und ich erlebe dann das, was Sie bei uns erleben, nämlich, daß Sie oder Herr Stoltenberg da noch weniger freundlich empfangen wurden als ich, denn ich habe ja was Neues – etwas Neues macht den Leuten immer sehr viel Spaß. Die Gewerkschaften würden sich freuen, Sie dann auch zu sehen, und das gilt auch für andere.

Wir haben ein zweites gesagt, Herr Kollege Barzel hat zum ersten Mal in der Geschichte der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands 45 Redakteure des DGB, Gewerkschaftspresse, einschließlich „Welt der Arbeit“ und aller Industriever-

---

34,3 %. Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 26. Oktober 1971 „Auf dem Rathaus sind die großen Parteien im Vormarsch“.

46 Johannes Albers (1890–1963), Schriftsetzer; 1919–1931 Kartellsekretär der Christlichen Gewerkschaften, 1924–1933 Stadtverordneter in Köln (Zentrum), 1945–1962 Mitgründer und Vorsitzender der CDU Köln, 1946–1950 MdL Nordrhein-Westfalen, 1949–1957 MdB, 1958–1963 Vorsitzender der CDA. Vgl. LEXIKON S. 176. – Vgl. „Bonner Rundschau“ vom 9. Oktober 1962 „Johannes Albers will IG Druck verlassen“.

47 10. DAG-Bundeskongreß vom 11. bis 16. Oktober 1971 in Nürnberg. Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 12. Oktober 1971 „Strauß fordert Rückkehr zu festen Wechselkursen“; „Die Welt“ vom 12. Oktober 1971 „Strauß fordert: Schluß mit Unruhe in der Wirtschaft“.

48 Will Rasner war am 15. Oktober 1971 verstorben.

49 Vgl. „Die Welt“ vom 8. Juli 1971 „Katzer: Auf technologischen Fortschritt notfalls verzichten“. Zur Rede „Aktuelle Probleme der Gesellschaftspolitik“ vor dem Industrie-Club Düsseldorf vgl. „Informationen der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft“ vom 27. April 1970.

bandssachen, eingeladen.<sup>50</sup> Angekündigt waren Barzel, Strauß und ich, alle 45 waren da. Da hat kein Mensch abgesagt. Strauß ist später gekommen und hat eine Stunde länger diskutiert, als vorgesehen war. Der Eindruck, den ich jetzt von den Leuten bekomme, ist unglaublich. Da werden Vorurteile abgebaut, die also mühsam hochgepäpelt sind. Ich meine, auf dem Gebiet müssen wir unendlich viel lernen. Denn ich weigere mich aufzugeben. Denn wenn wir aufgeben würden, würden wir keine Chance für 1973 haben. Und wir müssen uns hinstellen und für uns werben. Der Kreis aus meinem eigenen engeren Beritt, das sag ich mit Freimut, ist viel zu klein, als das wir das alleine auf die Hörner nehmen könnten, zumal wir beobachten, daß die Betriebsratswahlen mit und ohne parteipolitische Betätigung der Sozialdemokraten stattfinden. Brandt kommt nicht als Bundeskanzler, sondern als Friedensnobelpreisträger. Dem kann man ja nicht die Tür versperren. Der muß doch bei Volkswahlen frei sprechen. So ein Mann, der die Friedenspolitik erfunden hat, der muß doch da überall hintreten. Das werden wir gar nicht verhindern können. Auch nach jetzt geltendem Recht wird das gar nicht auszuschließen sein. Ich meine, diese vier Punkte, insbesondere den letzten, würde ich sehr gerne noch stärker in den Vordergrund rücken, als bisher geschehen.

*Hasselmann:* Das Ende der totalen Konfrontation hat in Niedersachsen zunächst ein völlig unterschiedliches Echo gefunden.<sup>51</sup> Ich muß das offen ansprechen. Das liegt an der Konfrontation, die bei uns da ist und noch besser ist, wenn ein Verhältnis von 75:74 vorgefunden wird. Was Fraktionsdisziplin angeht und die Präsenz, ist für uns ausdiskutiert. Es wäre gut, wenn die Bundestagsfraktion dem zustimmte. (*Unruhe.*) Ja, das ist gar nicht so sehr eine Frage des Drucks, sondern des Versagens bei zwei entscheidenden Punkten, bei denen wir die Chance verpaßt haben durch zu späte Absendungen der Termine. Es gibt durchaus Punkte, bei denen man die Entschuldigungen gelten lassen muß, wie z. B. bei Krankheitsfällen. Das ist einfach nötig mit Rücksicht auf den alten Kabinettschef Dr. Diederichs, der dann dankbar ist, auch eine Sitzung verfolgen zu können, wenn unsere Leute nicht voll präsent sind durch einen Krankheitsfall. Dann ist das Verhältnis das gleiche, aber auf jeder Seite fehlt eben halt einer. Das kommt vor.

Wir haben uns beruhigt, und wir haben beruhigen können in dieser Angelegenheit aus zwei Gründen. Erstens ist es erfreulich festzustellen, wie im Grunde genommen verärgert Wehner war, dem gar nicht an der totalen Konfrontation gelegen war. Und wir werden die Rede von ihm<sup>52</sup> als Entgegnung entsprechend versenden. Das zweite

---

50 Das Gespräch zu Fragen der Betriebsverfassung, Mitbestimmung, Konjunktur- und Wirtschaftspolitik fand am 14. Dezember 1970 statt (CDU Presse Mitteilungen vom 14. Dezember 1970; DGB Nachrichten-Dienst vom 15. Dezember 1970; „Stuttgarter Zeitung“ vom 15. Dezember 1970 „CDU-Präsidium konferiert mit DGB-Vorstand“).

51 Einschätzung in „Niedersächsische Allgemeine“ vom 14. August 1971 „Niedersachsen vor einem bewegten Herbst. Auseinandersetzung zwischen SPD und CDU wird härter. Kubel trifft Hasselmann“.

52 Rede Wehners im Rahmen der Dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes am 21. Oktober 1971 im Bundestag (Sten.Ber. 6. WP 145. Sitzung S. 8332–8337).

ist, daß die persönliche Diffamierung unseres Vorsitzenden bei allen Parteigenossen aus der Baracke schlecht angekommen ist.

Zweitens, die Frage des Friedensnobelpreises müssen wir runterspielen. Ich glaube, die Bundespartei und dieser Vorstand hat getan, was zur Sache zu tun ist. Man muß sich da fair verhalten, jetzt sind wir dran! Wir haben darauf aufmerksam gemacht, daß man einem Operateur den Orden erst verleiht, wenn der Patient lebt. Nicht während der Operation. Das ist das eine. Das zweite, wir müssen hinweisen auf das, was die Auslandspresse zur Sache sagt. Nicht nur die Schweizer. Insbesondere die aus London und Paris. Das muß bekannt gemacht werden. Ich habe Applaus bekommen, hatte den unglücklichen Zufall, am Abend der Preisverleihung, als die Jubelpresse und die gesamten Rundfunk- und Fernsehanstalten voll waren, vor die Öffentlichkeit treten zu müssen. Ich habe Applaus bekommen mit dem Hinweis, daß man erst nach dem Erfolg den Orden bekommt. Nicht davor. Unterschwellig muß gesagt werden, woher er kommt und unterschwellig, meine Damen und Herren, muß halt weiter gesagt werden, wer die Alternative für die vergebenden Organisationen gewesen wäre. Also, wer außer Brandt? Ich glaube, das sollten wir sagen und wir brauchen ein bißchen Hilfestellung bezüglich des Materials, weil man das nicht beschränken kann auf die Landesvorsitzenden oder Vorstände, sondern das muß rein in die Ortsverbände. Das muß diskutiert werden am Stammtisch, beim Kartenspielen usw. Wir dürfen die psychologische Wirkung, von der Herr Katzer gesprochen hat, hier nicht unterschätzen.

Drittens: Die Frage nach den Alternativen, meine Damen und Herren, Außenpolitik, unser Schicksal, innen wird das Brot teurer. Da ist es zunächst nach meinem Dafürhalten nötig zu fragen, wer von uns ist der Mann, der die wirtschaftspolitischen, innenpolitischen Dinge jetzt so nach vorne spielt, daß das für jedermann und Lieschen Müller, wenn sie einkauft, deutlich macht. Da ist nach meinem Dafürhalten das letzte noch nicht richtig geschehen. Aber jetzt sind wir dran, als Aufbau für einen Wahlkampf die Alternativen deutlicher zu formulieren und sie deutlicher für die Bevölkerung zu machen, wobei ich glaube, wir sollten uns hier im Bundesvorstand dazu durchringen, unter Beachtung selbstverständlich eines verabschiedeten Programms, daß die Fraktion und die Mehrheit des Bundesrates viel Freiheit braucht, wenn sie in ihren Handlungen taktisch klug und mit dem nächsten strategischen Ziel operieren sollen. Wir müssen ihnen, ohne sie festnageln zu wollen in der Fraktion, auch im einen oder anderen Punkt die größte Interpretationsbreite überlassen, die sie aus der Situation jeweils zur Stunde dringend brauchen.

Letzter Punkt: Ich glaube alles, was hinter uns liegt, ist im Grunde genommen von uns mit Dankbarkeit zu registrieren, aber jetzt müssen alle nur nach vorne sehen, Vorsitzende, Vorstand oder Präsidium und Fraktion. Ich halte oder wir halten viel von der Grundsatzkommission.

Letzte Bemerkung: Wie wollen Sie die Termine halten bezüglich der Organisation, die Herr Dr. Kraske angesprochen hat? Ich bin der Meinung, daß wir sechs Mal tagen sollten. Wenn dazwischen die Landesvorsitzenden noch einmal, Sie nannten das nach den Statuten, informiert werden sollten, stelle ich fest, daß außer zweien alle hier sind, und für uns noch mal dasselbe wiedergekaut wird, weil wir dann alle dabei sein müs-

sen. Hier fehlen Hamburg und Saarland, alle anderen Landesvorsitzenden sind hier vertreten. Können wir wegen der zwei eine Wiederholung uns terminlich leisten? Ich halte von dieser Zwischensitzung zur Information der Landesvorsitzenden aus diesem Grunde wenig. Wir müssen uns überlegen, wie das korrigiert werden kann.

*Barzel:* Darf ich für eine Sekunde unterbrechen. Das Leben geht ja weiter draußen. Es ist heute die Gemeinschaftsdiagnose der „Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute“ herausgekommen. Wir müssen dazu votieren. Dies Votum der Herren ist genau auf der Linie unserer Einlassung im Bundestag. Wir sind ja in einer neuen Kommunikation mit der Wissenschaft. Ich würde deshalb vorschlagen, daß Sie uns hier ermächtigen, daß Herr Kollege Stoltenberg dazu eine Erklärung abgibt, der wir zustimmen. Wünschen Sie das im einzelnen zu hören? Ich wollte nur fragen, denn es ist einfach unsere Linie ohne Polemik. Wir stellen nur fest, wie ernst die Lage ist. Das ist völlig auf unserer Linie. Nicht, daß wir uns nun berühren, daß die das sagen wie wir, sondern ...

*Langguth:* Ich möchte im Rahmen unserer Generalausssprache jetzt noch auf ein weiteres Feld, nämlich das der Hochschulpolitik, das der jungen Generation, hinweisen. Ich glaube, daß eine ganze Reihe wesentlicher Aufgaben im Bereich der Hochschule liegt nicht nur im studentischen Bereich, sondern auch im Bereich der Professoren, die zur Zeit ansprecher für die CDU sind als jemals zuvor. Ich glaube, hier muß man irgendwelche Möglichkeiten schaffen, ein paar Angelegenheiten zu diskutieren. Ich habe lediglich drei Fragen an den Vorsitzenden. Die erste Frage ist die, die ich bei der Aufgabenverteilung im Präsidium vermißt habe, daß ein Vertreter speziell für die Kontakte mit den Kirchen zuständig ist. Das scheint mir eine ganz wesentliche Aufgabe zu sein. (*Katzer:* Das macht der Vorsitzende selbst, das ist eine so wichtige Sache, das muß der Vorsitzende machen.) Die zweite Frage, selbst wenn die Frage des Grundsatzausschusses bei der nächsten Sitzung besprochen werden soll, würde mich trotzdem interessieren, wer die beiden mir bis dato unbekannt Herren Albrecht und Hasinger sind. Und die dritte Frage, die ich in dem Zusammenhang noch stellen möchte, ist die: Es ist ja eine Kommission mit der CSU zu bilden oder gebildet worden. Bei der letzten Präsidiumssitzung ist ein Auftrag an den Bundesvorstand der CDU ergangen. Es geht ja nicht nur darum, eine personelle Repräsentanz zu schaffen, von der Herr Köppler vorhin gesprochen hat, sondern welche Vorbereitungen getroffen worden sind, programmatisch, inhaltlich hier mit der CSU in Vereinbarung zu treten.

*Katzer:* Darf ich mal kurz eine Frage an den Vorsitzenden des RCDS stellen? Ich weiß nicht, wie es möglich ist, daß der Vorsitzende des RCDS in Köln ein Sozialdemokrat geworden ist.<sup>53</sup> Ich meine, wie geht das eigentlich?

*Langguth:* Da darf ich direkt antworten. Das ist eine Sache, mit der ich selbstver-

---

53 Bodo Borch, 22-jähriger Student der Wirtschaftswissenschaften und Mitglied der Jungsozialisten, wurde zum Vorsitzenden des RCDS Köln gewählt. Nach seiner Wahl trat er aus der SPD aus und kam damit einem Parteiausschluß zuvor. Vgl. „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 27. Oktober 1971 „Jusos: Juso geht fremd“; „Bonner Rundschau“ vom 9. November 1971 „RCDSPD“.



ständig nicht einverstanden bin. (*Katzer*: Ja, wie geht das? Sitzungsgemäß?) Es ist so, daß wir kein Verband sind, Herr Katzer, wie Sie wissen, der eine Parteiorganisation darstellt. Die Mehrheit aus der Kölner Gruppe ist eindeutig CDU-orientiert. Der Vorsitzende – der jetzt Vorsitzender geworden ist – und ich muß sagen, daß ich das sehr bedauere und daß ich das den Leuten kundgetan habe – ist ein sogenannter rechter Sozialdemokrat, der jetzt damit zu rechnen hat, daß er ein Parteiausschlußverfahren an den Hals bekommt. Kann sein, daß er bereit ist, dann in die CDU einzutreten, und zwar mit der Begründung. (*Starke Unruhe*.) Nur damit jetzt keine Mißverständnisse aufkommen. Es ist eine eindruckliche Mitteilung ausgegeben worden, nämlich daß der Mann sagt, daß der RCDS der einzig demokratische Studentenverband in Köln ist. Und daß die Problematik, vor der wir uns in einer ganzen Reihe von Universitäten gestellt sehen, daß nämlich tatsächlich Sozialdemokraten, die nicht wissen, wo sie hinsollen, sagen, der RCDS ist der einzige demokratische Studentenverband hier. Ich möchte mit Nachdruck sagen, daß das ein ausdrücklicher Ausnahmefall ist. Es gibt noch zwei Gruppen, wie mir bekannt ist, wo einfache Mitglieder bei der SPD auch Mitglieder bei uns sind. Ich glaube, wir sollten die Sache jetzt nicht hier übertreiben, sondern sollten durch eine bestimmte Form an Liberalität hier versuchen, den RCDS auf Bundesebene noch mehr dazu zu bringen, daß er sich eben klar zur CDU bekennt. Und ich glaube, das ist doch unser aller Ziel.

*Barzel*: Ich finde es gut, was Herr Langguth gesagt hat. Sie werden natürlich verstehen, wir kommen mit der Argumentation in Teufels Küche, wenn wir bei den Kommunalwahlen nur Kandidaten zulassen, die Mitglieder der Union sind. Ich würde deshalb bitten, auch für draußen und für das, was auf der Pressekonferenz zu sagen ist, daß wir Herrn Langguth gebeten haben, in der nächsten Sitzung uns darüber zu berichten. (*Katzer*: So ist es richtig!) Damit kommt alles das jetzt zum Ausdruck, was Sie da wollten.

*Lampersbach*: Ich würde für unsere eigene politische Aktivität nach außen hier anregen, daß der Gesprächskreis der Vereinigungsvorsitzenden, wie er bei Herrn Dr. Heck gelaufen ist, auch für die Zukunft fortgesetzt wird. Denn ich bin der Auffassung, daß wir dort eine Fülle von Problemen vorbesprechen können, nicht nur in der materiellen Behandlung der Gesetzgebung, sondern auch in der Frage der Umsetzung in die Öffentlichkeit hinein. Hätten wir das hier rechtzeitig und intensiver betrieben, dann wäre uns sicherlich manche Panne in der Vergangenheit erspart geblieben. Denn was doch auffallend ist bei dem zentralen Gesetzesanliegen der nächsten Wochen, dem Betriebsverfassungsgesetz, ist festzustellen, daß die FDP es fertiggebracht hat, nachdem sie monatelang überhaupt geschwiegen hat, nur mit einer einzigen Passage das Interesse der Öffentlichkeit auf sich zu ziehen, nämlich einmal im Punkt der Leitenden Angestellten, für die sie dann im Gesetzgebungsverfahren nichts getan hat, und zum zweiten, daß sie angeblich die politische Entschärfung der Betriebsverfassung durchgeführt hat. Wer sich das in diesem Fall ansieht, wird feststellen, daß hier nur eine Kaschierung erfolgt ist, aber in Wirklichkeit keine Entspannung in der Politisierung der Betriebe. Und ich glaube, daß es uns, Herr Kollege Katzer, in der Vergangenheit sicherlich gut angestanden hätte, wenn wir von allen Seiten mehr Zurückhal-

tung nach außen hin betrieben hätten. Ich habe es etwas unglücklich empfunden, daß der Kollege Vogt<sup>54</sup> sehr frühzeitig gesagt hat, die CDU/CSU Fraktion würde mit über 50 Stimmen in der Fraktion für den Gesetzesentwurf der Regierung stimmen. Das hat einen Meinungsstreit draußen ausgelöst, den wir uns bei der prekären Situation nach meiner Auffassung einfach nicht leisten können. Wenn Sie darüber hinaus zur Kenntnis nehmen, daß die Arbeitsgemeinschaft Selbständig Schaffender der SPD<sup>55</sup> heute Vorschläge macht – und zwar am Mittwoch der letzten Woche, es ist z. T. durch die Presse gegangen –, daß sie in der Steuergesetzgebung gegenüber der Wirtschaft sehr viel weitergehende Forderungen stellen, als wir das je gewagt haben und damit eine große Euphorie ausgelöst haben, dann sollte uns das auch zu denken geben. Mir ist am Wochenende in Rheinland-Pfalz bei Veranstaltungen mitgeteilt worden, daß man die SPD sicher sehr viel eher und besser, gerade aus Kreisen der mittelständischen Wirtschaft, nutzen kann als die CDU, die z. B. bei Veränderungen der Gewerbesteuer bis heute, außer Vorlagen, nichts erreicht hat. Das mögen Kleinigkeiten sein, aber sie tragen zum Gesamtbild bei, wenn Sie überlegen, wie die Belastungen im Rahmen der mittelgroßen Wirtschaft heute draußen aussehen und welchen schlechten Eindruck die zu verabschiedenden Gesetze für die Zukunft machen.

Wir müssen hier, Herr Kollege Katzer, unterscheiden zwischen den gesellschaftspolitischen Anliegen, die sicherlich von allen, die hier sitzen, bejaht werden. Wir müssen aber auch überlegen, wie die materiellen Auswirkungen sind. Ich darf in Ihre Erinnerung rufen, daß wir in der Wirtschaft im vergangenen Jahr mit dem Lohnfortzahlungsgesetz eine zusätzliche Belastung von heute rund 8 Mrd. DM abgelehnt haben. Sie konnten Ihr Versprechen, Herr Katzer, nicht halten. (*Zwischenruf Katzer.*) Wir müssen versuchen, hier eine Linie zu finden, in den Punkten, in denen wir entscheiden können. Was die tariflichen Absprachen betrifft, steht außerhalb unserer Zuständigkeit. Und wir können nur versuchen, psychologisch Einfluß darauf zu nehmen. Aber, was hier nicht eingetreten ist, war das gegebene Versprechen, die Krankenversicherungsreform durchzubringen.

Nun, Herr Vorsitzender, ich habe Ihnen in einem Brief mitgeteilt, daß wir aus vier naheliegenden Gründen dem Gesetzesentwurf nicht zustimmen können. Das ist eine Meinung, die ich noch mal am Wochenende überprüft habe und die bis jetzt uneingeschränkt gilt. Die Frage stellt sich also, wie wird sich die Fraktion beim Einbringen des Gesetzesentwurfes zum Betriebsverfassungsgesetz verhalten? Soweit Ihnen das nicht bekannt ist, darf ich sagen, daß im Ausschuß für Arbeit und Soziales von Herrn Pro-

---

54 In einer Diskussion mit dem Hauptgeschäftsführer der industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen, Herbert Zigan, hatte Wolfgang Vogt im März 1971 dem Entwurf der CDU/CSU wenig Chancen eingeräumt und die Meinung vertreten, daß der Gesetzesentwurf der SPD/FDP-Koalition im Bundestag angenommen werde („Dürener Nachrichten“ vom 8. März 1971 „Mitbestimmung keine Spielwiese für unüberlegten Reformwillen“).

55 1953 wurde in Essen die „Bundesarbeitsgemeinschaft Selbständig Schaffender in der SPD (AgsS)“ gegründet, die 1963 in „Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS)“ umbenannt wurde.

fessor Schellenberg<sup>56</sup> ein Verfahren angewandt worden, das geradezu jeder parlamentarischen Behandlung Hohn spricht. Hier ist nicht mehr diskutiert worden, sondern das, was wir vorzutragen hatten, zur Kenntnis, vielleicht auch nicht zur Kenntnis, genommen worden. Es ist abgestimmt worden im Sinne der von der Koalition vorgesehenen Regelung. Dabei ist von vornherein, bevor die erste Beratungsrunde eröffnet wurde, verkündet worden, daß die Koalition das Gesetz im Oktober, spätestens November, verabschieden wird. Ich muß sagen, daß das eine Art ist, die der parlamentarischen Behandlung geradezu Hohn spricht. Bei einem so umfassenden Gesetz mit so weitreichenden materiellen Folgen hat es normalerweise kein Parlamentarier, der seine Aufgabe ernst nimmt, in der Hand, hier über ein oder zwei Monate hinaus kalkulieren zu können, und wenn hier von vornherein festgelegt wurde, daß die Koalition dem Gesetzentwurf kraft ihrer Mehrheit in einer Stimme dem Ausschuß zustimmen wird, dann waren die Dinge vorher gelaufen. Wir hätten also gar nichts zu machen brauchen.

Eine zweite Sache, die ich bitte mitzubersichtigen für die Zukunft: Ich weiß nicht, Herr Kollege Katzer, ob es glücklich war, daß wir zu dem Zeitpunkt, als wir es getan haben, einen eigenen Entwurf eingebracht haben, von dem die Koalition eine Reihe von Punkten übernommen hat, die das Betriebsverfassungsgesetz nach unserer Auffassung verböte. Hier stellt sich tatsächlich die Frage, inwieweit es tunlich und zweckmäßig ist, so etwas zu machen oder abzuwarten, wenn man nicht die Gewißheit hat, daß man mit seinen eigenen Vorstellungen durchkommt. Ich weiß, daß das sehr schwierig ist, aber Herr Dr. Barzel, als Vorsitzender der Partei werden Sie sich sicher auch mit der Frage der Finanzierung, die hier angesprochen ist, in besonderem Maße beschäftigen müssen. Ich kann Ihnen bis jetzt nur sagen, daß die Reaktion in den wirtschaftlichen Kreisen außerordentlich negativ ist. Der Landesgeschäftsführer sprach mich gestern an bei einer Veranstaltung, ob nicht Geld zu bekommen sei, da wir auch in Westfalen-Lippe in einen Engpaß hineingeraten. Ich habe eine Reihe von bedeutenden Wirtschaftlern angesprochen, die mir gesagt haben, sie warteten einmal die Entscheidung des Bundestags ab, wie wir zu dem Betriebsverfassungsgesetz stehen. Herr Dr. Barzel, Sie werden als Fraktionsvorsitzender sicherlich eine sehr schwierige Entscheidung vorzubereiten haben. Ich glaube, daß es nach dem, was wir für viele Wochen immer klar und deutlich draußen gesagt haben, für uns fast unzumutbar ist, diesen Gesetzen zuzustimmen, zumal es nicht unser Gesetz ist, sondern einfach auch vom Programm her ein völlig anderes Gesetz. Das zweite, daß dieses Gesetz die Aktivität der Unternehmungen sehr stark in der Zukunft beengt und für das einzelne Belegschaftsmitglied keine Verbesserung seiner Situation bringt. (*Katzer*: Ja, das stimmt.) Grundverbesserungsanträge, Herr Kollege Katzer, das ist für die Leute, die das Glück oder das Pech haben, in den Betriebsrat zu kommen.

Und ein letztes möchte ich noch sagen, wie das Gesetz praktiziert wird. Ein Tausend-Mann-Betrieb aus meinem Wahlkreis hat in der vergangenen Woche die lapidare

---

56 Dr. Ernst Schellenberg (1907–1984), a.o. Professor für Sozialpolitik und Versicherungswesen; 1952–1976 MdB (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 385 Anm. 15.

Mitteilung erhalten, daß der Bundestagsabgeordnete, der Kollege Schulte<sup>57</sup>, zu einer Betriebsversammlung erscheinen wird, ohne daß die Unternehmensleitung vorher gefragt worden ist. Die Unternehmensleitung hat dann festgestellt, daß zwischen Betriebsrat und der SPD eine Absprache zustande kam, ohne auch die Geschäftsleitung vorher zu unterrichten. Die Geschäftsleitung hat sich dagegen verwahrt mit dem Argument, daß zunächst einmal der Betriebsfriede zu sichern sei und sie in einer Phase der Tarifverhandlungen und vor dem Wahlkampf in Betriebsratswahlen ständen, wo derartig prononcierter politischer Besuch nicht opportun sei.

Das sind die Punkte, die ich Ihnen hier vortragen mußte. Ich bitte wirklich, sehr gründlich darüber nachzudenken und nicht etwa aus einer bestimmten Stimmung heraus zu sagen: Jetzt ist der Entwurf so gediehen, daß wir nicht mehr dazu nein sagen können.

*Lemke:* Darf ich ganz kurz etwas sagen, und zwar eins, zunächst eine Vorbemerkung zu zwei Punkten. Die Meinung von Herrn Köppler, daß wir bis Ende 1971 fertig werden müßten mit den Gesprächen mit der CSU, unterstreiche ich ganz nachhaltig. Zweitens die Meinung von Herrn Kollegen Katzer bezüglich der Gewerkschaften nehme ich als meine eigene und meine ständige Rede in meinem Lande.

Ich glaube, wir haben da ein gutes Forum. Wir müssen allerdings kämpfen und uns sehr bemühen. Nun, weswegen ich mich zu Wort gemeldet habe: Mir ist aufgefallen die Bemerkung von Ihnen, Herr Kollege Köppler, wegen des Mietrechts. Und dazu muß ich mal ein ganz offenes Wort sagen. Wir haben in diesem Punkt eine Alternative gehabt, ob sie gut oder sehr gut war, kann dahin gestellt werden. Wir sind nicht durchgedrungen. Wir haben dieses Schauspiel erlebt, was wir jetzt zu Ende führen müssen. Ich weiß, wie gerade die CDU-regierten Länder darum gerungen haben, hier eine richtige Entscheidung zu fällen. Propagandistisch-politisch sind wir, das ist ja von Ihnen allen gesagt worden, in eine scheußliche Ecke gedrückt worden. Ich möchte deswegen unseren Vorsitzenden bitten, auf diese Fragestellung noch mal einzugehen. Ich bin mir noch nicht mit mir darüber klar, welches jetzt der richtige Weg ist, wenn Anfang November über diesen Einspruch entschieden wird. (*Unruhe. – Barzel:* Die Sache ist jetzt nicht mehr in unserer Hand.) Ja, dann muß aber unser Propaganda-Apparat also dementsprechend ... (*Unruhe. – Kohl:* Das kannst Du nur totschweigen, das beste, was man machen kann. – *Barzel:* Der Gegenangriff über Wohnungsbaupolitik.) Die Sache ist wirklich also ganz ernst und sehr schwierig.

*Kohl:* Zu drei Punkten. Zunächst, damit jeder hier den Informationsstand hat in Sachen Bundesverfassungsgericht.<sup>58</sup> Es ist eine eigenartige Entwicklung gewesen in

---

57 Manfred Schulte (1930–1998), Jurist; 1953 SPD, 1962–1965 Rechtsrat beim Amt Pelkum (Kreis Unna), 1965–1987 MdB, 1967–1975 Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion.

58 Die Amtszeit von vier Verfassungsrichtern war im März bzw. August abgelaufen, die des Präsidenten am 12. Oktober 1971. Die Stellenneubesetzungen beim Bundesverfassungsgericht verzögerten sich, da die Parteien sich nicht über die Kandidaten einigen konnten. Vgl. FAZ vom 18. Oktober 1971 „Neue Verzögerungen bei der Neuwahl von Verfassungsrichtern“. Vgl. Anm. 18.

den letzten 1 ½ Jahren. Wir haben immer wieder beraten, mehr als dreimal im Parteipräsidium fanden die notwendigen Abstimmungen statt mit den Mitgliedern der CSU. Wenn also heute im Pressespiegel der eine oder andere schreibt, es sei mit der CSU nicht gesprochen worden, kann davon gar keine Rede sein. Natürlich haben wir mit der CSU das im Detail besprochen. Wir hatten erst ein Konzept, um es ganz knapp zu sagen, daß wir versuchen, einen Richter mehr zu bekommen, im Blick auf den Zweiten Senat. Der Parteivorsitzende hat mit Recht darauf hingewiesen, da geht eine falsche Berechnungsgrundlage um, weil ein paar Leute bei uns sich um die Richter bisher nicht sonderlich gekümmert haben. Wie ich überhaupt sagen will, wer auch immer jetzt sich über die Sache unterhält, sollte einmal die Akten der letzten 15 Jahre angucken. (*Barzel*: Sehr gut!) Er würde sich sehr wundern, wer von den Bundesländern, soweit sie von der CDU/CSU geführt wurden, und wer von der Bundestagsfraktion der CDU/CSU in den letzten 15 Jahren auf die Warteliste gesetzt wurde. Also da war man verzweifelt darüber, wie wir Personalpolitik gemacht haben. Nun kann man nicht über Nacht so ein Gericht umräumen. Es wird also einer sehr großen Kleinarbeit bedürfen, darüber sind auch der Herr Kollege Vogel und ich uns einig, um hier einigermaßen wieder unser Standing zu bekommen. Das ist das erste. Das zweite ist, in der Sache selbst haben wir jetzt eine vernünftige Entscheidung getroffen. Die Entscheidung wäre noch vernünftiger gewesen, wenn sie zeitgerecht gekommen wäre und wir nicht in die mißliche Lage versetzt worden wären, durch diese Indiskretion aus unserem Kreis dann in ein ganz falsches Bild zu geraten.

In der Sache selbst ist zum Schluß noch zu sagen, der Knackpunkt am Donnerstag, oder am Freitag früh, zwischen uns und der Koalition ist im Augenblick die Frage der nominierten Bundesverfassungsrichterin Diemer-Nicolaus<sup>59</sup>. Auch hier muß man der Wahrheit zur Ehre sagen, wir haben diese Sache bereits im Mai, nicht erst, wie heute in der Zeitung steht, bei der letzten Sitzung als nicht akzeptabel bezeichnet. Wir haben bei der allerersten Besprechung, als der Name zum ersten Mal aufkam, nach einer Besprechung im Parteipräsidium hier in der CDU und nach Rücksprache mit der CSU erklärt, die Frau Diemer-Nicolaus wählen wir nicht. Wenn also heute in den Zeitungen steht, es sei von uns eine Manipulation, dann ist es einfach nicht wahr, nur damit Sie auch an diesem Punkte Bescheid wissen. Ich würde vorschlagen, daß wir in der Sache Gericht jetzt gar nichts mehr tun, sondern es so laufen lassen, zumal die offizielle Erklärung an sich akzeptiert wurde von mir im Bundesrat. Herr Stoltenberg,

---

59 Dr. Emmy Diemer-Nicolaus (1910–2008), Juristin; 1938–1940 Tätigkeit bei IG Farben, 1940–1945 Tätigkeit als Schadenssachbearbeiterin in der Württembergischen Feuerversicherung, 1946 FDP/DVP, 1946–1950 Gemeinderätin in Stuttgart, 1950–1952 MdL Württemberg-Baden, 1953–1957 MdL Baden-Württemberg, 1957–1972 MdB, 1971–1973 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats. – Zur Ablehnung von Frau Diemer-Nicolaus durch die Union und ihrem Verzicht auf das Amt vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 23. Oktober 1971 „Und wieder dreht sich das Kandidaten-Karussell“; „Frankfurter Rundschau“ vom 6. November 1971 „Einmütiges Votum für Emmy Diemer-Nicolaus“; FAZ vom 13. November 1971 „Benda Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Frau Diemer-Nicolaus verzichtet“.

die einzige Zeitung, die ernsthaft mosert, ist die „Süddeutsche“<sup>60</sup>, wenn ich es recht sehe, und ich würde das jetzt nicht aufwerten. Ansonsten ist es im allgemeinen akzeptiert worden, wenn es jetzt so abläuft, vor allem in dem Gremium am 2., Bundesrat am 12., ist das Thema gelaufen. Wir haben eine ganze Menge gelernt, wie man das in der Zukunft nicht mehr machen kann. Aber, wie gesagt, man kann nicht Personalfragen innerhalb von einem Vierteljahr reparieren, die zwölf Jahre so gelaufen sind.

Nun zum Thema Mietgesetz. Das Gesetz an sich, so wichtig es ist, ist nur exemplarisch für eine Betrachtung insgesamt. Ich sage das hier ganz offen, ich gehörte zu denen, die am Freitag akzeptieren wollten im Bundesrat, habe mich aber selbstverständlich der Mehrheit meiner Kollegen gefügt. Ich glaube nicht, daß es gut war, diese Geschichte bis zum letzten Komma auszureizen, denn, und das sage ich noch einmal, es macht einen miserablen Eindruck, wenn wir mit 250 Stimmen überstimmt werden, und wir werden überstimmt werden. Wir sind vielleicht an diesem Tag präsent mit 200 Stimmen und das sieht der Bürger draußen. Diesen verfassungsrechtlichen Mechanismus begreift er nämlich überhaupt gar nicht. Wir haben ja auch alles am Freitag noch mal gesagt, daß wir jetzt die Vorlagen der Bundesregierung vertreten haben, die Bundesregierung ihre eigene Vorlage verlassen und verraten hat. Bloß es nützt uns in der Sache selbst gar nichts, und ich warne davor, das Institut des Bundesrates möglicherweise in einen Geruch zu bringen, der auch uns schadet. Darüber muß man sich ganz klar sein. Sicherlich, die andere Seite hat genau so schuld, bloß, wir müssen in der Frage sehr viel behutsamer vorgehen, zumal, und das sage ich in allem Ernst, es natürlich eine miserable Geschichte war. Hören Sie einmal die Kollegen im Vermittlungsausschuß, die in den Vermittlungsausschuß morgens eingezogen sind und denen die neueste Erklärung aus der CDU/CSU vorgehalten worden ist, daß die CDU nun für den Mietstock sei. Erst einmal haben wir den Streit angefangen mit den Mietern, dann haben wir den Streit angefangen mit den Haus- und Grundbesitzern. Das Ganze machte also einen sehr, sehr schlechten Eindruck. Darüber gibt es gar keinen Zweifel. Die Panne ist passiert. Es geht hier jetzt gar nicht um das Nachkarten, sondern es geht darum, daß wir versuchen, aus dieser Geschichte zu lernen, bis zum letzten eine Sache nur durchreizen, in der wir wirklich was gewinnen können.

Und damit ist auch eine Frage der Präsenz angesprochen. Ich will es ganz allgemein sagen. Ich bin schon dankbar, wenn wir in Zukunft immer im Vermittlungsausschuß des Bundestags voll präsent wären. Und wenn die Kollegen, die da sind, von Bundestag und Bundesrat auch voll informiert werden. Denn Präsenz allein ist wenig, wenn da eine ganze Reihe dabeisitzen und sich um die Sache vorher nicht sonderlich kümmern. Die Klagen darüber reißen nicht ab. Dies gilt auch z. T. für die letzte Sitzung, an der ich selbst nicht teilnehmen konnte, aber mein Vertreter hat mir ein paar solcher Beispiele erörtert. Wir müssen hier sehen, daß wir in der Selbstdarstellung der Partei, jetzt gilt das natürlich auch für die Parteiengemeinschaft CDU und CSU, das letzte versuchen. Die nächste Generalprobe kommt bei der Frage der Betriebsverfassung. Das muß man klar sehen. Sie ist nicht nur eine Frage im Bundestag. Wir haben diese

---

60 Vgl. Anm. 19.

mißliche Lage genauso wiederum im Bundesrat. Ich saß ja in München dabei und habe die Gespräche der Kollegen aus der CSU mitangehört. Mir ist zur Stunde völlig unklar, wie die Abstimmungen im Bundestag über die Bühne gehen sollen, nachdem Stücklen sich in München sehr präzise für die CSU festgelegt hat, die CSU stimmt Nein. Ähnliches höre ich aus der bayerischen Staatsregierung für das Votum im Bundesrat, so daß wir uns meines Erachtens jetzt sehr intensiv darum kümmern müssen, daß wir an dem Punkt nicht auseinanderfallen, denn das kann eine ganz kritische Sache werden.

Dann ein letztes, da ich nicht weiß, ob ich an dem Punkt nachher noch da sein werde. Im Anschluß an das, was Hans Katzer gefordert hat, bin ich heute mittag beim Deutschen Angestelltentag des DGB (*Katzer*: Sehr gut, sehr gut!), und ich will also nur sagen, wenn Sie die Meldung lesen über die Wahl, die gestern für 6 % der Wähler in Rheinland-Pfalz stattgefunden hat, das sind also zwölf Verbandsgemeinden, rund 200, dabei geht es für uns vor allem darum, die Bürgermeister zu kriegen. Wer sich ein bißchen mit der Geschichte beschäftigt hat, weiß, wie schwierig es ist, aus 15 oder 18 Gemeinden jetzt juristisch sozusagen eine Verbandsgemeinde zu machen.

Wir haben in einem ganz kritischen Teil der Wählerschaft von Rheinland-Pfalz zu wählen gehabt, in der Nordpfalz, wo heute noch die CDU als ein Annex von Rom z. T. auf den Dörfern betrachtet wird und wo eine direkte Fortsetzung einer antikatholischen Stimmung herrscht. Wir haben diese Sache versucht zu unterlaufen, indem eine Reihe der Wählergruppen, das paßt zu dem, was vorhin besprochen wurde, von uns mitinitiiert wurden, etwa in Kirchheim-Bolandern, wo wir gar keine Chance haben, je Numero eins zu werden, das ist in dieser Generation auch nicht drin.

Als Erfolg verbuche ich, daß wir von zwölf sieben der hauptamtlichen Verbandsbürgermeister bekommen, allerdings in drei Fällen nicht unter dem Motto CDU allein, sondern mit einer vorgeschobenen freien Liste. Die Sozialdemokraten haben das z. T. natürlich auch gemacht. (*Katzer*: Brandt hat das auf den Weg gebracht.) Ja, es ist aber so, wir haben eine Reihe von Fällen, da gibt es auch noch freie Listen der Sozialdemokraten. Jeder hat dann seine „flankierenden Maßnahmen“. Ich bin also an diesem Punkt mit dem Ergebnis insgesamt sehr zufrieden, denn wir haben sieben von den zwölfen, ich habe mit höchstens fünf gerechnet und nicht geglaubt, daß die CDU an sich trotz alledem noch so gut abschneidet.

*Hahn*: Zur Frage Konfrontation. Dazu möchte ich nur das eine sagen, die SPD sucht die Konfrontation auch in der großen Koalition Baden-Württembergs bei jeder Gelegenheit. Und in der Bund-Länder-Kommission haben wir erlebt, daß wir uns schließlich auf einen Text geeinigt und ihn auch verabschiedet haben, meiner Meinung auch mit ganz gutem Gewissen verabschieden konnten in dieser Form, denn wir hatten uns ganz weitgehend durchgesetzt. Als wir vor die Pressekonferenz gemeinsam gingen, zog die SPD ein Papier heraus, das uns in jeder Hinsicht angriff. Ich würde hierzu prinzipiell sagen: keine grundsätzliche Konfrontation, aber im Sachlichen doch sehr hart bleiben – auch im Blick auf unsere kommende Wahl. (*Unruhe und Diskussion.*)

Zweite Frage: Nobelpreis. Das ist natürlich doch eine Sache, die von großer wahltaktischer Bedeutung ist. Wir können uns wohl kaum anders im Augenblick verhalten, als Sie sich verhalten haben im Bundestag, aber über die Presse oder hinten herum

müßte man ja doch sehr deutlich klarmachen, daß es sich um einen Trostpreis handelt und daß er von Sozialisten für Sozialisten für einen sozialistischen Frieden gegeben worden ist. Also, wir müßten doch versuchen, die Sache so deutlich publizistisch auseinanderzunehmen auf die Dauer, daß das nicht mehr wirkt.

Die dritte Frage, die ich noch stellen möchte, Herr Vorsitzender, Sie haben etwas von einem Gespräch mit dem Rat der EKD gesagt, das würde mich interessieren. In der nächsten Woche findet ja eine Synode der EKD, ich glaube in Frankfurt, statt, wo man sich mit bildungspolitischen Fragen auseinandersetzen möchte.<sup>61</sup> Ich habe versucht herauszufinden, was die eigentlich da sagen wollen, jedenfalls mit uns, den Evangelischen der CDU, sind sie bisher noch nicht in Verbindung getreten, und wir sind in Gefahr, daß da ganz andere Dinge herauskommen, als wir sie für wünschenswert halten.

*Barzel:* Herr Hahn, zu diesem Vorgang wird Frau Dr. Wex Ihnen über Mittag einen Bericht geben, und dann können wir hinterher immer noch sprechen. Sie war bei diesem Gespräch dabei. Was die Evangelische Kirche Deutschlands uns zur Bildungspolitik zu sagen hatte, ließ sich in einem Satz zusammenfassen: 130 %ige Unterstützung unserer Forderung, erst Rechtsstaat und Sicherheit der Freiheit von Forschung, Lehre und Lernen. Wir waren von den Socken.

*Windelen:* Nur zwei kurze Sachpunkte. Wir machen vor den Vermittlungsausschusssitzungen gemeinsame Vorbesprechungen der Bundestags- und der Ländervertreter. Mir ist kein Fall bekannt, in dem die Absprachen, die dort getroffen worden sind, nicht gehalten wurden. Ich wäre sehr dankbar für konkrete Hinweise, damit ich dem nachgehen und in unserem Bereich dafür sorgen kann, daß eventuelle Mängel und Pannen abgestellt werden.

*Barzel:* Meine Damen und Herren, ich danke für diese Generalaussprache. Sie ergab, wenn ich es richtig sehe, mit Ausnahme der sachlichen Beurteilung des Betriebsverfassungsgesetzes Übereinstimmung. Ich darf in wenigen Punkten versuchen, das zu beantworten oder zusammenzufassen, was hier notwendig ist, zunächst aber sagen, Scheel: „Bei weiteren Erfolgen auch 1973 Koalition mit der SPD“. Das ist die Eröffnung des FDP-Parteitag. Dazu, Herr Weiskirch, machen Sie einen Satz.

Erstens: Zur Debatte Betriebsverfassungsgesetz halte ich fest, keine Stimme in diesem Vorstand hat gesagt, gestützt auf Punkt 72 des Programms könnten wir uns hier nicht bewegen. Zur Sache selbst gehen die Meinungen weit auseinander, das haben wir gehört. Ich glaube, es ist nicht heute die Möglichkeit, das zu entscheiden. Wenn wir sehr klug beraten sind, laufen wir immer noch auf der Linie: Wir werden die Anträge stellen und verlangen dann nach der zweiten Lesung eine Unterbrechung, um das alles zu beurteilen. Hier herein spielt eine große Rolle der FDP-Parteitag. Wir müssen die Chance nutzen, wenn die wirklich mit einem Modell kommen sollten, das in der Nähe

---

61 4. Tagung der IV. Synode der EKD vom 7. bis 12. November 1971 in Frankfurt, Hauptthema ist „Die evangelische Kirche und die Bildungsplanung“. Vgl. „FAZ“ vom 8. November 1971 „EKD-Synode in Frankfurt eröffnet“; „Deutsche Zeitung Christ und Welt“ vom 12. November 1971 „Der Appell der letzten Stunde“.



unserer Düsseldorfer EntschlieBungen liegt, sie sofort auf eine unternehmensverfassungsrechtliche Entscheidung festzulegen. Dasselbe gilt hinsichtlich der Leitenden Angestellten. Wir wären also ganz töricht, wenn hier unter uns die, die ja oder nein zu sagen denken, heute dies durchblicken lassen würden. Wir müssen glaubhaft in die zweite Lesung gehen, auch mit der Argumentation des staatspolitischen Verfahrens, von dem ich in anderem Zusammenhang gleich noch mal sprechen werde.

Zweiter Punkt: Geld! Herr Kraske hat sich geäuBert, wie Sie gehört haben. Der Vorsitzende selbst war tätig. Ich muß Ihnen aber eines sagen, damit wir uns hier ganz richtig verstehen. Es gibt einen Anfangs-Appeal [sic!] nach Saarbrücken. Dieser Anfangs-Appeal ist ein bißchen geschwächt gewesen durch Bremen. Das wird jetzt ganz sicher wieder aufgefangen. Aber wenn dieser Anfangs-Appeal gestört wird, indem wir die Frage, die ich unter Punkt 3 gleich behandeln werde, nämlich die Endgültigkeit der personellen Dinge, weiter vor uns herschieben, wird diese Sache noch schwieriger (*Beifall.*) Zu mir kommen Leute und sagen: „Jetzt wissen wir, was los ist, wo ist das Konto? Ja, aber, bitte, wir zahlen erst, wenn ...“

Dritter Punkt: CSU und Kandidat, es tut mir leid, daß ich das in meinem Bericht vergessen habe. Wir haben einen Parteitagsbeschuß<sup>62</sup>, insofern sind wir gebunden als Vorstand, wir haben den durchzuführen, ich brauche ihn nicht zu wiederholen. Nachdem wir in München waren – ich freue mich, daß Sie da sind, Herr Harlander – und mit großem Jubel begrüßt worden sind und auch die Rede, die wir gehalten haben, und die Tatsache, daß auch Herr Kohl dort auftrat, doch sehr gewürdigt worden sind, haben wir am Tage darauf hier im Präsidium folgenden Beschuß gefaßt, den ich doch Ihnen vorlesen möchte, weil ich gerne hätte, daß wir im Kommuniké dem zustimmen, falls Sie nicht weiterzugehen die Absicht haben: „Für die Gespräche mit der CSU über die Prozedur zur Nominierung des Kanzlerkandidaten der CDU/CSU und die damit zusammenhängenden Sachfragen wird eine Delegation gebildet, die aus den Mitgliedern des CDU-Präsidiums und den Herren Dr. Filbinger, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, und Dr. von Weizsäcker besteht. Der Generalsekretär der CDU wird mit dem Generalsekretär der CSU baldmöglich einen Gesprächstermin vereinbaren.“ Die Ergänzung dieses Kreises ist ganz offenkundig, der Kollege Filbinger ist der nächste Wahlkämpfer, er muß hier beteiligt werden, er muß auch in der Öffentlichkeit Auftrieb haben und der Kollege Weizsäcker in Vorgriff auf den Vorsitz dieses Grundsatzausschusses, wenn da etwas zu formulieren sein sollte. Ich würde es begrüßen, wenn der Parteivorstand diesem Beschuß beitreten könnte. Für den öffentlichen Beschuß und für den internen Beschuß sollte der Generalsekretär ermuntert werden, die Zügigkeit zu betonen gegenüber dem Generalsekretär der CSU, denn dies Ganze ist aus übergeordneten Gründen nötig. Sonst kommt auch alles andere nicht zustande, was wir wünschen. Viele unter uns haben da viele Kontakte, so daß sie auch noch einmal jemandem gut zureden.

---

62 Auf dem 19. Bundesparteitag in Saarbrücken wurde beschlossen, daß der Kanzlerkandidat durch ein gemeinsames Gremium von CDU und CSU aufgestellt wird. Vgl. CDU, 19. PARTETAG S. 236 f.

Vierter Punkt: Ich bedanke mich bei den Kollegen, die hier – vor allen Dingen Herrn Köppler und Herrn Hasselmann – zum Problem der Umkehr und der Konfrontation gesprochen haben. Es ist ganz klar, daß dies ein grundsätzlicher Punkt war; das habe ich vorher dargetan. Daß die Beweislast umgekehrt ist und wir in der Sache härter sein können, ist ganz klar. Wenn Sie sich an die drei Punkte erinnern – und ich kann Ihnen den ganzen Text hierher legen lassen –, Herr Brandt und Herr Wehner sind ja ausgewichen. Sie haben den emotionalen Teil für die Öffentlichkeit aufgenommen, den sachlichen nicht. Wir können auf den Punkt „Druck auf uns“ jeder Zeit zurückkommen. Und das ist ja fundamental! Wir können das nun im Westen und Osten auch anderen Regierungen sagen. Zweitens haben sie in der Frage des Radikalismus nach links gestottert [sic!]. Deshalb möchte ich Sie bitten, die Herren Landesvorsitzenden, ich will keinen Brief schreiben, die Herren Vereinigungsvorsitzenden, auch Herrn Langguth, alle Erkenntnisse, die Sie über mangelnde Abwehrbereitschaft von Sozialdemokraten nach linksaußen sammeln, uns zu geben. Denn auf den Punkt „Radikalismus“ wünschen wir zurückzukommen. Möglichst oft, möglichst breit und möglichst lange. Nachdem die Beweislast umgekehrt ist, geht dies. Der dritte Punkt betrifft das Verfahren im Hause. Wir werden natürlich auch das, wenn ich an die Dinge denke, die uns hier eben beschwert haben, noch einmal einbeziehen können.

Meine Kolleginnen und Kollegen, denken Sie daran, Herr Wehner und Herr Ehmeke wollen, daß wir von der Öffentlichkeit als die totalen Konfrontationsleute bezeichnet werden und daß sie im Bundestag, wo sie ein Verfahren wählen, das uns keine Möglichkeit zum Ja gibt, weil sie Koalitions Guillotine machen, uns zwingen, nein zu sagen mit dem Ergebnis: totale Konfrontation, das totale Nein! Damit wird eine Wahl nicht zu gewinnen sein, das mußte umdreht werden. Dies ist geschehen. Ich wäre dankbar, wenn das auch im Kommuniké anerkannt werden könnte.

Fünfter Punkt: die Präsenz. Ich betrachte die hiesige Debatte als eine Ermunterung an die Fraktion, ihre eigenen Beschlüsse durchzuführen und als die Aufforderung der Herren Landesvorsitzenden, daß die Meldung erfolge. Kann ich das so interpretieren, Herr Ackermann<sup>63</sup>, dazu machen Sie eine Notiz, weil es die Fraktion betrifft. Die Präsenz draußen besprechen wir, soweit es geht, im Präsidium, da gibt es noch immer Pannen. Ich unterstütze das, was Katzer gesagt hat, wir müssen hier Aha-Gefühle erzeugen. Wir haben deshalb Frau Wex gebeten zum Beamtentag.<sup>64</sup> Da erwartet man ganz sicherlich einen anderen Kollegen von uns, das gibt aber ein gutes Fernsehbild usw. (*Zwischenruf*: So ist es!). Ja, es ist doch so! (*Unruhe und Heiterkeit*.) Ich mache Ihnen so selten ein Kompliment und jetzt merken Sie es auch noch.

Sechster Punkt: Nobelpreis, Herr Kollege Hahn. Uns allen und mir, ich sage Ihnen hier, und das werden Sie mir sicher abnehmen, ist dieser Donnerstag<sup>65</sup> nicht leicht gefallen, da aufzustehen. Aber Herr Kraske war so freundlich, mir vorher auf die

---

63 Dr. Eduard Ackermann (geb. 1928), Journalist; 1958–1982 Sprecher der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 655 Anm. 96.

64 8. Beamtentag des DGB in Bonn am 11. November 1971.

65 Am 21. Oktober 1971 bei der dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes (hier Einzelplan 10). Vgl. Sten.Ber. 6. WP 145. Sitzung S. 8330–8332.

Schulter zu klopfen. Er sagte: „Kröten frißt man ganz oder gar nicht und dann in sportlicher Manier!“ Das ist, glaube ich, völlig richtig. Laß’ den ersten Sozialdemokraten sagen: „Diese Politik steht nun nicht mehr zur Debatte“. Dann haben wir die Argumente. Dann müssen wir halt eine Woche, einen Tag warten. Dieser Satz kommt ganz sicher.

Bleiben ganz wenige Kleinigkeiten zur Beantwortung. Verzeihen Sie, es sind große Dinge, aber ich muß es schnell machen. Ich fange hinten an, Herr Langguth, Kirchen müssen der Vorsitzende und der Generalsekretär selbst machen. Herr Albrecht ist stellvertretender Vorsitzender unserer Fraktion in Hannover. Er war in der Europäischen Gemeinschaft einer der Generaldirektoren. Er ist also ein Experte auf dem Gebiet „Europa und Wirtschaft“. Herr Hasinger ist der Vorstand des geschäftsführenden Bundesausschusses der Sozialausschüsse. Die anderen Namen sind Ihnen bekannt. Aber nicht veröffentlichen, weil mit einem noch gar nicht gesprochen worden ist. Und Herr Amrehn ist sicher auch einverstanden. Ich habe den Bericht von Weizsäcker hier, er hat mich ermächtigt, ihn vorzulesen, was er vorgetragen hätte, wenn er hier gewesen wäre. Aber ich glaube, wir wollen mit ihm selbst debattieren in der nächsten Woche.

Bleibt der Punkt mit dem Parteitag und der Zeit für die Diskussion der Verträge. Dieser Parteitag ist geplant gewesen, ohne dafür ausreichend Zeit zu haben. Ich glaube, wenn wir über die Verträge hätten auf dem Parteitag votieren wollen, hätten wir dem Parteitag eine Unterlage dieses Vorstandes zur Hand geben müssen.

Allerletzter Punkt: Alternativen, welche? Herr Katzer hat von einigen gesprochen. Ich habe mich bemüht, in München in zehn Punkten das zusammenzufassen<sup>66</sup> und kann Ihnen nur sagen, aus meinen Erfahrungen der letzten beiden Tage, Donnerstag und Freitag ganztägig in Baden-Württemberg: Die Leute sind auf das höchste überrascht, wenn einer kommt und nicht erst mal eine halbe Stunde auf die Bundesregierung schimpft, sondern sagt: „Daß die schlecht ist, wissen wir. Ich will Euch jetzt mal sagen, was wir machen würden“. (*Katzer*: So ist es richtig!) Und daß man dann sagt: „Hier, Reformen im Bildungsbereich, ja natürlich, das wollen wir, leider haben die jetzt 7 Mrd. streichen müssen aus den mittelfristigen Finanzmitteln“. Ich kann nur sagen, da unterstütze ich, was Herr Langguth gesagt hat. Was ich erlebt habe jetzt bei jungen Leuten, z. T. von Leuten, die zuerst krakeelt haben und die, wenn man Reformpolitik von Arbeitsplatz bis Modernität mit ihnen diskutiert unter der Überschrift „Jede heute unterlassene Investition, ob öffentlich oder privat, nimmt Euch ein Stück möglichen Fortschritts und möglicher Modernität und möglicher Sicherheit Eures beruflichen Aufstiegs“, dann plötzlich anfangen zuzuhören, dann gibt es eine ganz andere Debatte. Hier haben wir eine positive Chance.

Letzter Punkt, und dann kommen wir hoffentlich zum Mittagessen: Wir müssen natürlich sehen, daß Herr Brandt seine Chance nutzt. Der Herr Brandt geht nicht in

---

66 Auf dem CSU-Landesparteitag am 16./17. Oktober 1971 in München benannte Barzel zehn Punkte zur künftigen Arbeit der Union (vgl. UiD Nr. 41 vom 21. Oktober 1971 „Barzel nennt 10-Punkte-Programm“).

Bremen auf den Marktplatz, um 5.000 Leute zu haben, sondern er geht zur Weser AG. Herr Brandt geht nach Bruchsal nicht auf den Platz, wie wir mit 2.500, 3.000 Leuten, sondern er geht zu Siemens zu den Arbeitern. Warum? Herr Brandt möchte gerne am nächsten Tag die Lokalpresse haben: „Willy: Den Frieden sicherer machen!“ Wir aber gehen auf die Plätze und geben uns kämpferisch und haben am nächsten Tag die Überschrift: „Krawall bei Dregger, Barzel, Strauß, Kohl“ – wen immer wir nehmen. Hier müssen wir sorgfältigst überlegen, daß uns das nicht nützt. Denn wie stolz die eigenen Freunde sind, daß wir die anderen niedergerungen haben, das bringt uns nichts. Es sei denn, es ist eine ganz exorbitante Lage, wie wir sie in Kiel hatten<sup>67</sup>, wo sich das noch auswirken kann. Ich möchte deshalb, Herr Hahn, vielleicht sagen Sie es Herrn Filbinger weiter, gerne Februar und März je eine ganze Woche bei Ihnen sein, um auch da etwas zu probieren. Wir haben im Auftrag des Präsidiums, Herr Ehrenvorsitzender<sup>68</sup>, Sie konnten heute morgen nicht gleich da sein, doch die herzliche Bitte an Sie, daß Sie sich wirklich mit uns allen zusammen voll engagiert fühlen auch gerade für diesen Landtagswahlkampf. – Herr Kraske möchte noch zwei Antworten geben.

*Kraske:* Darf ich zwei Fragen, die an mich gerichtet sind, beantworten? Erstens, Herr Amrehn, Abgrenzung Generalsekretär, Bundesgeschäftsführer, es wird darüber gesprochen. Aber Sie wissen, welche Überlegungen im Augenblick im Gange sind, deswegen kann ich heute keine Ergebnisse vortragen. Zweitens werde ich Ihnen nachmittags vortragen, daß wir eine Kommission einsetzen müssen über Organisations- und Strukturfragen, auch in diese Kommission gehört dieses Thema.

Zweite Frage von Herrn Hasselmann: Landesvorsitzendenkonferenz. Ich stimme Ihnen zu, bei der gegenwärtigen Besetzung des Vorstandes ist es überflüssig, die Landesvorsitzenden über das zu unterrichten, was der Vorstand tut. Trotzdem glaube ich, daß wir uns hier in diesem Vorstand überwiegend mit politischen Fragen zu beschäftigen haben, und ich würde es gut finden, wenn die Bundespartei gelegentlich mit den Landesvorsitzenden zusammenkäme, um sich über spezifische Fragen der Partearbeit und der Organisation zu unterhalten. Unsere Tendenz ist, und ich glaube, daß Sie dem nicht widersprechen, daß wir im Rahmen der Verpflichtungen, die es ohnehin gibt, die Termine so legen, daß wir uns etwa alle vier Wochen, vielleicht nicht gerade im Juli und August, sehen, damit der Kontakt nicht für so lange Zeit unterbrochen wird. Die Gegenstände der Beratung dürfen sich natürlich nicht überschneiden, insofern sind wir uns völlig klar.

*Barzel:* Dann darf ich die Sitzung unterbrechen, bitte Sie, sich pünktlich um 14.30 Uhr wieder einzufinden.

*Mittagspause.*

---

67 Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 25. April 1971 erreichte die CDU 51,9 %, die SPD 41 %. Vgl. Nr. 12 Anm. 3.

68 Kurt Georg Kiesinger.

*Barzel:* Meine Damen und Herren, ich danke nochmals dem abwesenden Kollegen Kohl für hervorragende Gastfreundschaft. Wir müssen ein kleines bißchen die Tagesordnung umstellen im Hinblick auf die Abreisewünsche einiger Kollegen, so daß wir zunächst die Ziffer 4: „Durchführung der Beschlüsse des Parteitag“ behandeln und dann dazu den Herrn Generalsekretär und dann gleich Herrn Kaltefleiter hören. Ich glaube, es wird nicht allzu lange dauern.

#### DURCHFÜHRUNG DER BESCHLÜSSE DES PARTEITAGS

*Kraske:* Dem Bundesvorstand sind auf dem Parteitag in Saarbrücken eine ganze Zahl von Anträgen überwiesen worden, mit deren weiterer Behandlung, bzw. mit deren Erledigung wir uns hier zu befassen haben. Es geht zunächst um die Aufträge an den Bundesvorstand und zwar hier zunächst den Antrag 2507: „Gründung Bundesarbeitskreis Polizei“. Dieser Antrag ist vom Parteitag angenommen worden. Wir schlagen Ihnen vor – „wir“ heißt in diesem Fall das Präsidium, das sich im Einzelnen mit den Anträgen beschäftigt hat –, den Generalsekretär zu ermächtigen, diesen „Bundesarbeitskreis Polizei“ zu berufen und zu konstituieren, so wie das in der Praxis auch der übrigen Fachausschüsse der Fall ist. Wollen wir jeweils gleich Punkt für Punkt abstimmen? (*Unruhe. – Barzel:* Einverstanden!)

Antrag 2508: „Hilfe für Landesverbände und Kreisverbände bei der Öffentlichkeitsarbeit“, Antragsteller CDU Köln-Stadt. Der Bundesvorstand wird beauftragt, unverzüglich Maßnahmen einzuleiten, die die Bundesgeschäftsstelle in die Lage versetzen, die Landes- und Kreisverbände bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit mehr als bisher zu unterstützen. Dieses gehört in die Bestandsaufnahme, von der ich vorhin gesprochen habe, wie weit hier die Zusammenarbeit verbessert werden kann. Eine wesentliche Voraussetzung ist hier natürlich auch die Erfüllung unseres Programms zur finanziellen Sanierung der Bundespartei. In dem Maße, in dem uns das gelingt, werden wir auch auf dem Gebiet von Öffentlichkeitsarbeit und Werbung mehr für die Kreisverbände tun können. Ich schlage Ihnen vor, so zu verfahren, daß wir auf der übernächsten Sitzung, d. h. auf der ersten Sitzung des neuen Jahres über unsere Planung für das Jahr 1972 berichten. (*Barzel:* Danke!)

Antrag 2510: „Bildung einer Kommission Massenmedien“, Antragsteller Frau Dr. Wex, Frau Pieser. Hier sind gewisse Probleme dadurch aufgetaucht, daß unmittelbar vor dem Parteitag eine Kommission CDU/CSU konstituiert worden war für Rundfunk- und Fernsehfragen, die eine Unterkommission in ähnlicher Richtung, wenn auch nicht mit der gleichen Zielsetzung, gebildet hat. Es hat inzwischen ein ausführliches Gespräch zwischen Frau Kollegin Wex und dem Vorsitzenden dieser Unterkommission, Herrn Dr. Rathke<sup>69</sup>, stattgefunden. Frau Dr. Wex und Herr Rathke werden ein Programm für diese Kommission entwerfen und dann hier darüber berichten.

*Wex:* Darf ich nur dazu sagen, in enger Abstimmung mit Herrn Kohl, der für Mas-

---

69 Die konstituierende Sitzung des Arbeitskreises Rundfunk der CDU/CSU fand am 22. Sep-

senmedien im Präsidium zuständig ist, wir haben das zu dritt besprochen, wir werden ein Positionspapier entwickeln und daraufhin die Benennung des Ausschusses hier vorschlagen. (*Barzel*: Danke!)

*Kraske*: Antrag 2511: Der Bundesparteitag möge beschließen, daß der Bundesvorstand aufgefordert wird, darauf hinzuwirken, daß CDU und CSU für die Bundestagswahl 1973 eine gemeinsame Wahlkampfaussage erarbeiten und verabschieden. Wir sind der Meinung, daß wir auf Wunsch der CSU in den jetzt beschlossenen beiden Delegationen zwar selbstverständlich über anstehende Sachfragen diskutieren werden, daß es aber nicht möglich ist, heute im Oktober 1971 eine Wahlkampfplattform für 1973 zu beschließen. Wir werden aber diese Kommission benutzen, um mit der CSU die prozeduralen Fragen abzustimmen, nämlich zu überlegen, wann wir uns zusammensetzen, um eine solche gemeinsame Wahlkampfaussage, die dann unter aktuellen Gesichtspunkten pünktlich zum Wahlkampf vorliegt, vorzubereiten. (*Barzel*: Danke!)

Antrag 2513: Der Bundesparteitag fordert, daß die Beraterverträge und ähnliche Abmachungen aller Bundes- und Landtagsabgeordneten offengelegt werden. Wir schlagen Ihnen vor, diesen Antrag des Parteitages dem Bundestagspräsidenten, der Bundestagsfraktion und unseren Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen als die Meinung des Bundesparteitages zuzuleiten. (*Barzel*: Danke!)

Antrag 2514: „Wahl des Kanzlerkandidaten der CDU/CSU und Organisationskommission Bundestagswahl“. Über die Frage der Wahl des Kanzlerkandidaten CDU/CSU werden wir in der bereits benannten Kommission mit der CSU zu sprechen haben. Wir halten fest an dem Auftrag des Parteitages, der heute hier noch einmal bekräftigt worden ist, daß das noch in diesem Jahr zu geschehen hat. Die Kommission über die Vorbereitung des Wahlkampfes sollten wir ebenfalls mit der CSU besprechen. Es bleibt allerdings noch zu überlegen, wann der Zeitpunkt ist, um eine solche Kommission einzusetzen. Um unnötige Arbeit zu vermeiden, wird wahrscheinlich zunächst mal in beiden Parteien eine gewisse Vorarbeit zu leisten sein, bis man sich hier gemeinsam über diese Fragen zusammensetzt. (*Barzel*: Danke!)

Es kommen nun die Anträge 2401 bis 2410, die die Änderungen des Statuts betreffen und zu deren Bearbeitung eine Organisationskommission eingesetzt werden soll. Das Präsidium ist der Meinung, daß der Generalsekretär kraft Amtes in dieser Kommission den Vorsitz übernehmen sollte. Der Generalsekretär wird Ihnen, wenn sie dem zustimmen, bis zur nächsten Sitzung am 9. Dezember einen Vorschlag für die Zusammensetzung dieser Kommission machen, weil er der Meinung ist, daß in dieser Kommission insbesondere auch die Antragsteller vertreten sein sollten, d. h. also die Junge Union, die Landes- und Kreisverbände, die hier aktiv gewesen sind. Es war leider vor der heutigen Sitzung nicht möglich, das gründlich genug vorzubereiten und mit der Jungen Union oder den Landesverbänden zu sprechen, um hier personelle Vor-

---

tember 1971 in Bonn statt. Die Kommission I leitete Arthur Rathke, die Kommission II Günter Triesch. Vgl. DUD Nr. 182 vom 23. September 1971 S. 4.

schläge zu sammeln. Ich schlage also vor, daß wir Ihnen für die nächste Sitzung einen Personalvorschlag machen und dann darüber endgültig abstimmen. (*Barzel*: Danke!).

Antrag 2503: „Europa-Büro der CDU/CSU“. Sie haben in der Aufgabenverteilung des Präsidiums gelesen, daß auch weiterhin Herr von Hassel für die Auslandsarbeit zuständig sein wird. Er hat es übernommen, dem Präsidium einen Arbeitsplan vorzulegen und gleichzeitig einen Organisationsvorschlag zu machen, da hier sehr viel mehr als bisher noch zu koordinieren ist zwischen Bundespartei und Bundestagsfraktion. Herr von Hassel ist gebeten worden, diese Frage in seine Überlegungen mit einzubeziehen und dann einen entsprechenden Vorschlag zu machen. Wir werden hier darüber berichten, zu welchem Ergebnis wir im Präsidium gekommen sind.

*Amrehn*: Auf alle Fälle würde ich mich dagegen wenden wollen, noch ein weiteres Gremium zu schaffen, das hier gefordert wird. Wir haben genug davon, z. B. dieses Komitee „Koordination Europapolitik“ bei der Fraktion. Es gibt noch einige andere. Nichts funktioniert bisher, am allerschlechtesten aber die Zusammenarbeit zwischen Parteiebene und Fraktionsebene, wo jeweils ganz andere Personen Europa- und europäische CDU-Politik machen. Ich wollte das jedenfalls noch dazu beisteuern mit der deutlichen Erklärung, es kann nicht noch ein weiteres Gremium geben, das würde die Arbeit nur noch mehr zerstreuen.

*Kraske*: Herr Kollege Amrehn, ohne daß ich Herrn von Hassel vorgreifen will, kann ich Ihnen bestätigen, daß dieses auch die Tendenz im Präsidium war. Diese Europa-Fragen müssen in ausreichender Form wahrgenommen werden, aber sie müssen so wahrgenommen werden, daß es nicht mehr Reibungsverluste gibt, sondern mehr Koordination als bisher.

*Echternach*: Also, dies scheint mir nun doch ein Begräbnis erster Klasse zu sein. Ich weiß nicht, ob man so einen Auftrag des Parteitages behandeln kann. Zu sagen, von Hassel soll mal mit den Betreffenden sprechen, und dann soll dieser Antrag mit einbezogen werden in ein solches Europa-Büro. Ich meine, daß wir nicht umhin können, auch wenn vielleicht die Vorbereitung nicht ausreichen sollte hier für die Vorstandssitzung, hier zu einer Installierung eines solchen Büros in irgendeiner Form zu kommen.

*Barzel*: Darf ich dazu aus meiner Sicht was sagen, Herr Echternach? Also, das ist aus meiner Sicht nicht beerdigt. Wenn Herr von Hassel die Vorschläge hier macht, ist dieser Vorstand verpflichtet, darauf zurückzukommen, daß hier ein Parteitagsschluß vorliegt, um zu sehen, ob er das eingebaut hat. Wenn ja, ob das befriedigend ist, wenn nein, warum nicht oder wenn finanziell, warum noch nicht? Also das ist für mich nicht vom Tisch. (*Unruhe und Diskussion*.)

*Kraske*: Der Vorstand ist nicht gezwungen, das zu machen, sondern er ist gezwungen, das zu prüfen, und dieses wird, glaube ich, hier in einer vernünftigen Form getan. Ich wiederhole, daß Herr von Hassel bzw. das Präsidium hier darüber berichten wird, was aus dieser Sache geworden ist und zu welchem Ergebnis wir gekommen sind.

Bei dem nächsten Punkt handelt es sich ebenfalls um eine Überweisung, das ist der heute schon mal besprochene Antrag von Herrn Amrehn, 2515: „Außenpolitische Resolution“. Wir sind der Meinung, daß dieser Entwurf der außenpolitischen Kommis-

sion der Partei und dem Arbeitskreis V der Fraktion überwiesen werden sollte. (*Barzel*: Sind Sie damit alle einverstanden? Danke!)

Letzter Punkt: Einrichtung einer Grundsatzkommission. Der Vorstand hat zugestimmt, daß Herr von Weizsäcker gebeten wird, den Vorsitz zu übernehmen. Herr von Weizsäcker wird dem Vorstand in seiner Sitzung am 9. Dezember über seine Arbeitsplanung berichten.

*Barzel*: Ich danke für den Bericht des Generalsekretärs und für die Zustimmung, damit ist der Punkt erledigt. Ich bitte jetzt Herrn Kaltefleiter, der mich gefragt hat, wie lange er Zeit hat, er hat natürlich Material für einen stundenlangen Vortrag. Ich habe ihn gebeten, damit wir Zeit für Fragen an ihn haben, zwischen 15 und 20 Minuten zu sprechen und ihm zugleich gesagt, daß er um so besser spricht, je schonungsloser er uns die Meinung sagt.

#### DIE CDU IM GEGENWÄRTIGEN MEINUNGSBILD UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER BREMER WAHLEN

*Kaltefleiter*: In Anknüpfung an das, was Herr Dr. Barzel gerade gesagt hat, möchte ich versuchen zu vermeiden, Sie mit einem Zahlen-Potpourri zu überschütten. Wenn Sie genaue Ergebnisse haben wollen, stehe ich Ihnen dafür in der Diskussion zur Verfügung. Ich glaube, daß durch das Bremer Wahlergebnis und durch die Veröffentlichungen z. B. in der vergangenen Woche im ZDF-Magazin die Spekulationen über die Einschätzung der Parteien, der Politik und der Kandidaten der öffentlichen Meinung einen Höhepunkt erreicht hat, bei dem es mir angemessen erscheint, zunächst einmal in aller Ruhe zu fragen, was denn tatsächlich in den letzten zwei Jahren passiert ist. Wir wissen, daß in allen Bundesländern, mit Ausnahme von Baden-Württemberg, Landtagswahlen stattgefunden haben. Diese Wahlen haben sehr unterschiedliche Ergebnisse gehabt. Trotzdem, glaube ich, kann man einige Trendbewegungen deutlich sehen. Und zwar muß man feststellen, daß gegenüber der Bundestagswahl 1969 die CDU/CSU etwa zwei Prozentpunkte hinzugewonnen hat. Ein Ergebnis, was voll in Übereinstimmung steht mit Umfrageergebnissen aus letzter Zeit, die mir zur Verfügung stehen.

Jedenfalls müssen wir feststellen, daß die SPD – auch bei regionalen Unterschieden – grundsätzlich konstant geblieben ist. Das gilt global auch für die FDP, obwohl gerade bei der FDP die regionalen Unterschiede am größten sind. Hier muß man unterscheiden, nicht nach der Frage, welche Koalitionsabsicht die FDP geäußert hat, sondern ob die einzelnen Bundesländer überwiegend eine urbanisierte Struktur aufweisen oder eine weniger urbanisierte Struktur. Auch hier, gestatten Sie mir die Vereinfachung, können Sie beobachten, daß die FDP in Grenzen gut abgeschnitten hat in Gebieten überdurchschnittlicher Urbanisierung, daß sie sehr schlecht abgeschnitten hat in Gegenden unterdurchschnittlicher Urbanisierung.

Bei der NPD können wir schlicht und einfach die Fortsetzung der Auflösungsstendenzen beobachten. Das ist der Vergleich zur Bundestagswahl 1969. Etwas anderes ist



es, wenn wir vergleichen mit den jeweils vier bzw. fünf Jahren zuvor stattgefundenen Landtagswahlen. Da stellen wir nämlich fest, daß die CDU gegenüber diesen Landtagswahlen wesentlich besser abgeschnitten hat. Und das hat, wie mir scheint, auch in gewisser Hinsicht zu sehr optimistischen Einschätzungen der Situation geführt. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß meiner Ansicht nach es sich hier im Grunde genommen handelt um einen Konsolidierungsprozeß der traditionell schwächeren Positionen der CDU in den Landtagswahlen, und daß sie sich eingependelt hat in diesen Landtagswahlen auf ein Niveau, das sie in den Bundestagswahlen seit etwa 1953 im Durchschnitt bereits bekommen hat. Das heißt, was uns oft erschien als sehr große Erfolge der einzelnen Parteien in den Landtagswahlen – was landespolitisch natürlich richtig ist –, ist eigentlich nicht viel mehr als das Nachvollziehen dessen, was in den Bundestagswahlen längst erreicht worden ist. Das ist durchaus nicht negativ zu bewerten, nur darf man aus diesen Gewinnen keine Schlußfolgerungen ziehen in Hinblick auf 1973. Das ist der Punkt, den ich hier ganz stark betonen möchte.

Fragen wir, wenn das die tatsächliche Bewegung ist, nach den Ursachen. Und ich würde hier zwei Faktoren nennen, von denen ich glaube, daß sie eine erhebliche Bedeutung gehabt haben, die in der öffentlichen Diskussion oft mit großer Bedeutung ausgestattet worden sind, von denen ich aber definitiv der Ansicht bin – und ich will versuchen, das zu begründen –, daß sie ohne größere Bedeutung waren.

Fangen wir zunächst an mit diesem recht guten Abschneiden der CDU. Da können wir durchgängig feststellen, daß die Partei hinzugewonnen hat. Was man die Protestwähler nennt, die unzufrieden sind, sind zur CDU gekommen, sie hat den Oppositionsbonus eingesteckt. Und das hat zwei Aspekte: Das ist einmal, daß sie den überproportionalen Anteil gezogen hat von dem Absorptionsprozeß der NPD. Das aber – ich glaube, ich habe das an dieser Stelle nach der Wahl in Bayern schon einmal gesagt – hat in keiner Weise etwas zu tun mit einer programmatischen oder ideologischen Ausrichtung der Wähler oder der dabei betroffenen Parteien. Erinnern wir uns daran, daß die Erfolge der NPD infolge 1966 zustandekamen als Folge der damaligen wirtschaftlichen Entwicklung einerseits und als Folge der Tatsache andererseits, daß es mit dem Heraufkommen der Großen Koalition keine effektive Alternative im politischen System gab. Das, wenn Sie wollen, steht im Lehrbuch der Politik, daß aufkommende Oppositionstendenzen und kein effektives Spannungsfeld zwischen Regierung und Opposition die Voraussetzung dafür ist, daß Drittparteien, wie damals die NPD, Erfolg haben. Heute haben wir erneut ein Ansteigen oppositioneller Tendenzen im Wählerverhalten, wiederum zu einem erheblichen Teil begründet mit sozioökonomischer Unsicherheit. Aber wir haben dieses Mal eindeutig eine Opposition, die als eine solche empfunden wird. Sie kommt damit in die Rolle des Oppositionsbonus, wie das bei der NPD vor vier Jahren usw. der Fall war. Und in den Bundesländern, wo die CDU aus einer ganz spezifischen Situation nicht in der Lage war, diese Oppositionswähler anzuwerben, wie z.B. in Rheinland-Pfalz, wo für die protestantischen Winzer die dort noch immer als katholisch betrachtete CDU – Herr Kohl hat das heute morgen ja selbst ausgeführt – nicht wählbar ist. Ich weiß nicht, ob nicht ähnliches vielleicht auch in Bremen gilt, aber da müßten Sie drüber sprechen,

Herr Müller-Hermann, da ist auch die SPD deutlich in den Genuß dieser Protestquote gekommen.

Der zweite wichtige Faktor, ich habe ihn schon angeschnitten, für den generellen Zustrom der CDU, ist die wirtschaftliche Unsicherheit. Sie können das gesamte öffentliche Meinungsspektrum aufteilen nach verschiedenen Kriterien. Es gibt eigentlich nur zwei Faktoren, wo Sie deutlich einen Unterschied feststellen zwischen den Anhängern von CDU/CSU und den Anhängern der SPD. Das erste ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Zukunftsaussichten. Das ist nicht so sehr eine Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Lage, sondern es ist vielmehr eine große Unsicherheit und eine negative Einschätzung der zukünftigen Entwicklung. Und das steht in Übereinstimmung mit Untersuchungen, die seit etwa 20 Jahren in den USA wie auch in der Bundesrepublik gemacht worden sind, daß gerade die negative Einschätzung der Zukunftsaussichten der erhebliche Faktor ist für die Auslösung oppositionellen Wahlverhaltens. Das aber bedeutet auch, daß hier die Erfolge der CDU, wenn ich das mal so sagen darf, konjunkturbedingt waren. Und in dem Moment, wo sich die Konjunktur ändert und nicht so sehr die tatsächliche Konjunktur, sondern die Einschätzung der konjunkturellen Situation durch die Wählerschaft, ist damit auch dieser Unterstützungsfaktor hinfällig. Das, glaube ich, sollte man in aller Deutlichkeit sehen.

Was wir dagegen nicht beobachten können, und das möchte ich auch mit der Deutlichkeit aussprechen, zu der mich Herr Dr. Barzel aufgefordert hat, ist eine substantielle Verbesserung des Images der CDU in den letzten zwei Jahren. Auch wenn Sie etwa die Zahlen nehmen, um die jüngsten zu nehmen, die Herr Löwenthal<sup>70</sup> Ihnen am vergangenen Mittwoch präsentiert hat. Bei aller Skepsis diesen Zahlen gegenüber, Sie sehen auch dort deutlich einen Vertrauensverlust der SPD, ein Abgleiten des Vertrauens in die Leistungsfähigkeit der SPD, aber nur einen minimalen Anstieg in die Glaubwürdigkeit der Leistungsfähigkeit der CDU. An die Stelle des großen Vertrauensvorsprungs, den die SPD unmittelbar nach der Regierungsbildung 1969 hatte, ist weit verbreitete Führungslosigkeit, Orientierungslosigkeit und Unsicherheit getreten. Die Opposition kommt teilweise in den Genuß dieser Tendenz, aber nicht, weil man ihr wirklich größere Leistungsfähigkeit zutraut. Das erscheint mir das wesentliche Problem im Moment zu sein. Das führt wieder zu dem zurück, daß, wenn die konjunkturell bedingten Wachstumschancen, die sich ändern können, zu einer substantiellen Verbesserung auch der Einschätzung der Leistungsfähigkeit der Union führen, das langfristig nicht viel bedeutet.

Das zweite, was in der öffentlichen Diskussion sehr diskutiert worden ist, ist die Frage: Hat die außenpolitische Konfrontation – oder Auseinandersetzung, um das neuere Wort zu nehmen – besser dazu beigetragen, die Position der CDU zu stärken? Ich möchte hier sehr, sehr skeptisch sein und will Ihnen dies sagen aus folgenden drei

---

70 Gerhard Löwenthal (1922–2002), Journalist; 1969–1987 Moderator des „ZDF-Magazins“. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1361 Anm. 23. – Vgl. Allensbacher Berichte Nr. 27/1971 „Halbzeit der Regierung Brandt/Scheel. Zur ZDF-Magazinsendung am Mittwoch dem 20. Oktober, 20.15 Uhr“.

Gründen: Die Erfahrung zeigt, daß außenpolitische Ereignisse eigentlich nur unter drei Bedingungen das Wahlverhalten beeinflussen. Die erste Bedingung ist, daß sie zu einer Krise führen. Das heißt, daß in der Wählerschaft die Meinung eintritt, die außenpolitische Sicherheit sei beeinträchtigt. Wie immer man diese Außenpolitik tatsächlich beurteilen mag, in der Wählerschaft können wir eine entsprechende Reaktion bislang nicht feststellen. Im Gegenteil, wie seit geraumer Zeit, schon vor 1969, hat das Reden von Entspannung dazu beigetragen, daß der Glaube an Entspannung größer geworden ist. Das ist keine Frage der außenpolitischen Situation, sondern nur der Perception durch die Wählerschaft. Die zweite Möglichkeit ist, daß ein bestehendes Krisenempfinden durch eine Außenpolitik abgebaut wird. Das war Anfang der 50er Jahre der Fall, können wir aber in der gegenwärtigen Situation auf keinen Fall feststellen. Bleibt die dritte Möglichkeit, daß durch diese Außenpolitik die Interessen einer quantitativ bedeutsamen Gruppe, berührt werden, die zuvor die andere Partei gewählt hat. Nun kann man die Meinung vertreten, daß – zumindest nach der Artikulation der entsprechenden Verbände – die Interessen einiger Vertriebenen berührt worden seien. Aber was man, glaube ich, kaum noch sagen kann, ist, daß diese Gruppen zuvor Sozialdemokratie gewählt haben. Der Wechsel von Herrn Rehs vor der Bundestagswahl 1969 scheint hier symptomatisch zu sein. Wenn Sie sich etwa Wählerbewegungen in speziellen Vertriebenen-Stadtteilen oder Dörfern zur Bundestagswahl 1969 anschauen, dann spricht alles dafür, daß diese Wählerbewegung damals stattgefunden hat. Das heißt, wenn jetzt heute diese Vertriebenenverbände aktiv Protest gegen diese Außenpolitik artikulieren, bedeutet das bestenfalls eine Konfirmierung der Anhängerschaft der CDU, bringt aber keine neuen Anhängerschaften. Ich möchte eventuell konzedieren, daß in der Anfangsphase der Opposition die Konzentration auf außenpolitische Auseinandersetzungen indirekt der CDU insofern genutzt hat, als damit der Rollenwechsel weg von der Regierung in die Opposition relativ schnell in der Bevölkerung deutlich geworden ist und daß die CDU dadurch in der Anfangsphase schneller in den Oppositionsbonus gekommen ist, als das sonst der Fall gewesen wäre. Eine solche indirekte Wirkung möchte ich nicht ausschließen, aber eine direkte Wirkung erscheint mir aus den genannten Gründen nicht gegeben. Obwohl man auf der anderen Seite nicht verkennen kann, daß die außenpolitischen Fragen neben den vorhin erwähnten wirtschaftspolitischen Fragen am deutlichsten zwischen den Anhängerschaften von CDU und SPD oder besser von Regierung und Opposition, denn hier ist zwischen SPD und FDP kein deutlicher Unterschied zu beobachten, sich unterscheiden. Aber die Tatsache, daß die Außenpolitik unterschiedlich beurteilt wird, heißt nicht, daß diese unterschiedliche Beurteilung verhaltensrelevant ist. Viel größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß die unterschiedliche Beurteilung der außenpolitischen Fragen Folge der Sympathie oder Anhängerschaft gegenüber den beiden Parteien ist.

Daraus erscheint mir zu folgern für die nächsten zwei Jahre, wenn Sie mir gestatten, das hinzuzufügen, obwohl das den analytischen Teil ein wenig überschreitet, daß die wesentlichste Erscheinung die Leistungsfähigkeit der Partei im Sinne ihres Image, nicht die tatsächliche, sondern die perzipierte ist, wobei es die Frage ist, ob man die perzipierte verändern kann, ohne die tatsächliche zu verbessern. Und hier muß im

Mittelpunkt nach diesen Ergebnissen stehen vor allem die Glaubwürdigkeit der Aussagen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Frage der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit. Ich glaube, diese Frage der Glaubwürdigkeit der Aussagen ist hier ein sachliches wie ein personelles Problem.

Gestatten Sie mir noch dann zwei Worte zur Entwicklung von SPD und FDP. Bei der SPD haben wir eine grundsätzliche Konstanz ihres Wählerpotentials von 1969 beobachtet. Zugleich aber können wir einen erheblichen Vertrauensverlust beobachten. Das scheint im ersten Moment ein Widerspruch zu sein, ist es aber nicht. Stellen Sie sich bitte einmal eine eindimensionale Skala vor – wenn Sie wollen zwischen rechts und links – wo auf der rechten Seite, oder Sie können auch oben und unten nehmen, wie Sie wollen, die festen Anhänger der CDU sind und auf der anderen die festen Anhänger der SPD. Dann können wir uns genau den Mittelpunkt als jene kritische Schwelle vorstellen, wobei das Wahlverhalten von der einen Partei zur anderen sich verändert. Was wir beobachten können, ist, daß die SPD-Anhänger von 1969 sich weiterhin zur Mitte verschoben haben, weg von der festen Bindung an die Partei. Das heißt, die Wahrscheinlichkeit eines Wechsels der SPD-Anhänger von 1969 ist heute größer als vor zwei Jahren, aber es hat noch nicht zu einem Wechsel geführt. Das scheint mir die beiden Aussagen in Übereinstimmung zu bringen: eine Konstanz des Wahlverhaltens auf dieser Seite, auf der anderen Seite aber einen Vertrauensverlust. Das Potential der Regierung ist in dieser Hinsicht generell labiler geworden.

Zur FDP auch hier ein kurzes Wort. Ich finde nach den letzten Ergebnissen voll bestätigt, was ich nach der Wahl in Hessen in diesem Kreis erstmalig formulierte, nämlich daß die FDP in eine Position der einseitigen Koalitionsfähigkeit zur SPD gegangen ist (*Barzel*: Hatten Sie nicht gesagt „Oppositionsfilter“ oder so?) Jawohl, sie ist in der Position des Oppositionsfilters, so habe ich es damals genannt, diesen Begriff würde ich auch jetzt wieder aufgreifen. Das bedeutet vor allem aber folgendes: Es ist nicht mehr eine Frage der Entscheidung dieser Parteiführung, welche Koalition sie eingeht, sondern durch die Reorganisation der Struktur ihrer Wählerschaft ist sie in dieser Frage nicht mehr frei. Das von Scheel angestrebte Ziel – ich glaube im Wahlkampf 1969 mit dem Bild vom gleichschenkligen Dreieck beschrieben – ist nicht erreicht. Die FDP befindet sich heute zur SPD in der gleichen Position wie zur CDU im Jahre 1961. Daraus folgt aber auch eine mühelos aufzustellende Prognose über den Wahlkampf der SPD, und das entspricht genau dem, was Sie heute morgen zitierten, was der erste Satz von Herrn Scheel in Freiburg gewesen sein soll: Nämlich, daß sie einen Wahlkampf führen wird mit der Position mit der SPD, und dann aber versuchen wird, drei, vier Abers zu formulieren, von denen sie glaubt, sich in gewisser Hinsicht von der SPD absetzen zu können. Sie wird es wesentlich schwieriger haben, weil es kaum möglich sein wird, nach allen bisherigen Beobachtungen, ein derart zugkräftiges „Aber“ zu finden für 1973, wie das 1961 mit der Position von Bundeskanzler Adenauer der Fall war.

Sie werden nun sagen, das alles mag dem Ergebnis in Bremen widersprechen. Ich finde das nicht. Ich mag hier vielleicht auch übermäßig vereinfachen, wenn ich schlicht und einfach sage, das Bremer Ergebnis ist völlig normal, da gibt es nichts zum Auf-

regen weder in eine noch in die andere Richtung. Ich will versuchen, das zu begründen. Der Stimmenanteil der CDU in Bremen hat sich in der Veränderung etwa genauso entwickelt wie in Hamburg. Das sind Detailprobleme, Herr Katzer, da haben Sie recht, die hier Bruchteile des Prozentes veränderten. Aber das entscheidende ist folgendes: Wenn wir die Partei in typischen Minoritätenländern in ihrer Situation nehmen, also etwa in Hamburg, Bremen und meinetwegen Hessen, dann können wir feststellen, daß sie in Hessen diesen großen Sprung nach vorne gemacht hat, während das in Hamburg und Bremen nicht der Fall ist. Und dann ist die Frage: Woran liegt das? Ich glaube, der Unterscheid besteht darin, daß in Hessen, ich deutete das vorhin schon an, im Grunde genommen der CDU-Plafond sich seit langem in Bundestagswahlen bei etwa 40 % eingependelt hat, während das in Hamburg und Bremen nicht der Fall ist. Wenn Sie sich die Ergebnisse sowohl von Bundestagswahlen als auch von Landtagswahlen anschauen, da hat sich das CDU-Ergebnis in Bremen seit etwa zehn Jahren bei rund 30 % eingependelt mit Abweichungen bei Bundestagswahlen, von plus minus 3 % im Maximum, bei Bürgerschaftswahlen noch weniger, bei plus minus 1 ½ Prozent. Und da liegt das jetzt in der oberen Grenze. Das Exzeptionelle am SPD-Ergebnis in Bremen ist nicht dieses Mal passiert, sondern vor vier Jahren. Wenn ich zurückschaue auf die letzten vier Ergebnisse der Bürgerschaftswahlen in Bremen, dann liegt die SPD jeweils bei etwas mehr als 54 %, mit Ausnahme vor genau vier Jahren. Und da müssen wir doch einfach mal die Frage stellen, was hatten wir den vor vier Jahren für eine Situation? Vor vier Jahren befand sich in der Großen Koalition die SPD auf dem Höhepunkt ihrer Krisis. Die Bremer Wahl fand auch dort ein halbes Jahr vor Baden-Württemberg statt, wo die SPD auf 29 % heruntergesunken ist. Und wir sollten auch jetzt uns gar nicht wundern, wenn die SPD auch im kommenden Frühjahr in Baden-Württemberg wieder sieben, acht Prozentpunkte hinzugewinnen wird, das ist nichts anderes als eine Konsolidierung des Einbruchs, der unter den spezifischen Bedingungen der Situation vor vier Jahren geschehen ist.

Um es noch schärfer auszudrücken: Stellen wir uns bitte vor, wir würden in Baden-Württemberg ein gleiches Ergebnis wie in Bremen bekommen – gleich in dem Sinne, daß etwa die CDU genauso nah an ihr Bundestagswahlergebnis herankommt, wie sie es in Bremen getan hat – dann darf ich doch wohl prognostizieren, daß Sie hier Sekt reichen werden, denn das bedeutet die absolute Mehrheit für die CDU in Baden-Württemberg. Ich glaube, in diesen Dimensionen muß man zunächst das Gesamtergebnis ... (*Barzel*: Das wird sehr sparsam, wir wollten Sekt erst im Palais Schaumburg zusammen trinken. – *Heiterkeit*.) Ich wage trotzdem die Prognose in Anbetracht der Gastfreundschaft des Landes Rheinland-Pfalz. Dahinter können Sie dann doch noch zwei spezifische Aspekte sehen. Ich wollte das erst mal im allgemeinen Rahmen sagen, nun lassen wir uns über Bremen nicht den Kopf zermartern ... (*Unruhe und Diskussion*.) Es gibt zwei Aspekte, die man in Bremen noch besonders herausholen kann, auf die ich hier hinweisen möchte: Das erste ist, und verzeihen Sie, wenn ich hier vielleicht ein wenig pro domo spreche, daß man aus dem Bremer Wahlergebnis den naheliegenden Schluß ziehen kann, mit einer Diskussion der Zustände an deutschen Universitäten kann man keinen Wahlkampf führen. Das erscheint mir grundsätzlich

richtig, aber trotzdem auch wieder falsch. Selbstverständlich kann man mit dieser Frage nicht 30, 40 oder gar 50 % der Wähler bewegen. Aber man kann nicht ausschließen, daß man mit einer sehr gezielten Wahlkampfführung – schichtenspezifische Wahlkampfführung in dieser Hinsicht – vielleicht dieses eine oder anderthalb oder wenn es ganz hoch kommt vielleicht 2 % der Wähler gewinnen kann, die 1973 die Entscheidung möglicherweise ausmachen.

Das zweite ist, und das haben Sie vorhin mit Recht angeschnitten, Herr Katzer, daß es meines Wissens nach kein Bundesland gibt, in dem die Jungwählerschaft in derart großem Umfange zur SPD gestoßen ist, wie das in Bremen der Fall war. Ich muß Ihnen sagen, ich kann Ihnen dafür prima facie keine Erklärung geben. (*Zwischenruf*: Und zur KPD!) Bitte? Und insgesamt zur KPD, nun, KPD den Anteil kann man noch erklären, das sind ja derart kleine Anteile auch absolut. Ich kann Ihnen, wie gesagt, darauf prima facie keine Erklärung geben. Man wird hier wahrscheinlich folgendes machen müssen: Man wird nicht vergleichen dürfen etwa das Jungwählerergebnis von Bremen mit dem von Schleswig-Holstein, was eben bewußt ein anderes war, sondern das von Bremen mit dem von Kiel und das von Bremen mit dem von München und nicht mit dem von Bayern. Ich kann Ihnen die Zahlen heute noch nicht verraten, weil uns entsprechende Auszählungen von den statistischen Landesämtern noch nicht vorliegen. Ich glaube nicht, daß das Ergebnis danach so exzeptionell erscheint, wie das im Moment der Fall ist.

Fazit: Wenn ich hier versuche, gewissermaßen das Bremer Ergebnis zu beruhigen, dann ist das natürlich keine Beruhigung generell, sondern nur ein Hinweis. Wir haben keinen Grund dafür anzunehmen, daß diese Tendenzen, die wir beobachtet haben, etwa in der Landtagswahl in Schleswig-Holstein oder Rheinland-Pfalz im letzten Frühjahr oder in Hessen und Bayern im letzten Herbst sich umgekehrt haben. Dafür gibt es keinen Hinweis. Aber diese Tendenzen, diese positiven, die wir in diesen Landtagswahlen beobachtet haben, können keinesfalls unkritisch übernommen werden als eine Prognose in Hinblick auf 1973. Ich wiederhole, es handelt sich zu einem großen Teil um einen Konsolidierungsprozeß in Hinblick auf die bisher schlechtere Position der Landtagswahlen und dann eben konjunkturbedingt in dem Sinne, wie ich es vorhin versucht habe zu erläutern. (*Beifall*.)

*Barzel*: Herr Kaltefleiter, ich danke für diesen ungewöhnlich präzisen und auf den Punkt gezielten Vortrag. Ich glaube, wir haben verstanden und wollen es so halten, daß, wer immer oder was immer hier betroffen ist, in diesem Kreis wirklich offen gesprochen wird. In die Tasche lügen, das können andere machen, das braucht der Vorstand nicht zu machen. Ich glaube, daß es wichtig ist, festzustellen, a) welchen Rang die wirtschaftliche Unsicherheit hat und die negative Einschätzung der Zukunft, b) sich darüber im klaren zu sein, daß das eine vergängliche Größenordnung ist und deshalb nichts so wichtig ist, als die eigenen „Pros“ zu betonen. Und damit sind wir eigentlich genau bei dem Punkt, den wir versucht haben, heute zu Anfang zu sagen. Ich bin eigentlich ganz zufrieden darüber. Glauben Sie mir, wenn ich aus meinem Gefühl eines hierzu sage, das ist ein Gefühl, das ich nicht belegen kann. Sie haben von mir so einen Satz wie „Es wird davon abhängen, wie wir miteinander umgehen“ noch nie gehört.

Ich bin fest davon überzeugt, daß dies stimmt. Über Mittag hatte ich also im „Mittagsmagazin“, das ist ja eine Lächerlichkeit, eben ins Telefon drei Sätze zu sagen. Da sagt der Mann: „Hier geht das Gerücht, Sie haben heute die Ressorts verteilt.“ Da habe ich also erst mal innerlich lachen müssen. Doch die Frage muß man beantworten, wenn der meint, wir sind soweit. Und dann war der über nichts überraschter und hat den Unterkiefer hörbar nicht hochgekriegt, daß der Name Kohl und der Name Schröder dabei waren. Verstehen Sie? Das heißt, wenn wir jetzt eben die Sache Weizsäcker sagen, wenn wir im Dezember sagen werden, Herr Biedenkopf ist hier dabei, und dies alle auch ehrlich meinen, geht von uns etwas aus, was sicherlich für den positiven Funken ganz fundamental ist, denn das können die anderen nicht machen. Und nachdem wir uns in die staatspolitisch vornehme Ecke gestellt haben, aus der wir nicht ohne Not herausgehen sollten, wird uns dies alles bekommen, denn wir haben ja nicht morgen die Bundestagswahl, sondern in zwei Jahren. Und es wird nichts so wichtig sein wie eben der solidere und bessere Teil der deutschen Politik. Das ist doch, wenn man einen Satz bilden will, das Ergebnis von dem, was Sie hier versucht haben darzutun. Ich hoffe, wir haben alle gehört, was hier über das Erscheinungsbild der Union gesagt ist. Und was gesagt ist über die Glaubwürdigkeit unserer wirtschafts- und sozialpolitischen, sachlichen wie personellen Aussagen. Das waren sehr deutliche Worte, die wir hier beherzigen sollten.

*Müller-Hermann:* Die Analyse, die eben gegeben worden ist, ist für mich natürlich einigermaßen beruhigend, aber ich kann mich noch nicht so ganz beruhigen. Obwohl ich immer vor Euphorie auch in Bremen gewarnt habe, hat mich offengestanden das Abschneiden der SPD, ich muß schon sagen, geschockt. Und vielleicht haben wir auch selbst die Erwartungen durch einige ungeschickte Äußerungen hervorgerufen. Das gilt insbesondere, wenn man unsere Bemühungen noch in Vergleich setzt zu dem ungewöhnlichen materiellen und finanziellen Aufwand, den uns die Wirtschaft in Bremen ermöglicht hat, der allerdings noch immer in keinem Verhältnis steht zu dem Aufwand, den die SPD sich geleistet hat mit einer darüber hinaus von der Zentrale her gesteuerten Wahlkampfaufrichtung. Wichtig ist natürlich, daß man die besondere Struktur einer Hafenstadt wie Hamburg oder Bremen nicht vergleichen kann mit den Flächenstaaten. Und daß ganz sicher in Bremen die Wahl mehr oder weniger so etwas wie eine Oberbürgermeisterwahl gewesen ist und Herr Koschnick, auf den der ganze Wahlkampf abgestellt war, als Präsident des Senats, als Präsident des Bundesrates, als Präsident des Städtetages sehr stark ins Erscheinungsbild eintreten konnte. Das hat, wie auch richtig bemerkt worden ist, wieder an Stimmen herangeholt, was nach dem Ausscheiden von Herrn Kaisen<sup>71</sup> der SPD an Stimmen 1965 verloren gegangen ist. Wichtig aber scheint mir für uns alle zu sein, welche ungeheure Bedeutung dem Bekanntheitsgrad eines Politikers bei allen Wahlen zukommt. Herr Koschnick hat vor einem halben Jahr bereits einen Bekanntheitsgrad von 86 % gehabt, dann kam ich in Bremen mit 77 %, dann kam eine ganze Weile gar nichts, und unsere Leute waren

---

71 Wilhelm Kaisen (1887–1979), Stukkateur; 1945–1965 Regierender Bürgermeister der Hansestadt Bremen (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 837 Anm. 64.

eigentlich völlig unbekannt, die nachher in der Spitzenmannschaft aufgestellt worden sind. Unmittelbar vor der Wahl hatte Herr Koschnick eine gute Meinung bei 75 % der Bevölkerung, Herr Stoltenberg hatte im gleichen Zeitraum vor der Wahl wie ich 74 %, Herr Kohl 67 %. Und 80 % der Bevölkerung gab sich als zufrieden mit seinen Lebensumständen in Bremen. Unser eigener Spitzenkandidat konnte trotz aller Aufbauarbeiten auch bei 50 % der potentiellen CDU-Wähler nur zu 50 % Bekanntheitsgrad feststellen. Hier sieht man also, wie schwer es ist und wie langfristig vorher angefangen werden muß, wenn man einen Mann oder eine Mannschaft aufbauen will.

Das zweite, was auch zumindest zum Bedenken anregen muß, ist die nach Altersgruppen aufgeteilte Wahlanalyse in Bremen. Wir haben vor wenigen Tagen jetzt die Auswertung des Statistischen Amtes bekommen. Bei der Gruppe von 18 bis 21 Jahren haben bei einem durchschnittlichen Stimmenanteil von 3 % für die DKP 14,4 % die DKP gewählt. (*Zwischenruf*: Können Sie das noch mal wiederholen?) 18 bis 21 Jahre 14,4 % DKP-Anteil bei 3 % im Durchschnitt. Und wir selbst haben in dieser Altersgruppe nur 19,2 % der Stimmen bekommen bei 32 % Durchschnitt. Die SPD 63,6 %, also einen überproportionalen Anteil. Erst bei der mittleren Altersschicht normalisiert sich das dann, und bei den älteren Mitbürgern haben wir einen überproportionalen Wählerzuspruch. Mich wundert das im Grunde nicht zuletzt deshalb, weil wir sehr stark die Junge Union bei ihrem Wahlkampf unterstützt haben, daß aber wahrscheinlich alleine mit „jung und dynamisch“ das Wählerpotential in diesen Altersgruppen nicht anzureichern ist, Solidität, Geborgenheit, Beständigkeit, Kontinuität und klare, konstruktive, zukunftsweisende Sachaussagen sicherlich wichtiger sind.

Das dritte, was sich aus, vorerst jedenfalls, den ersten Untersuchungen herauskristallisieren läßt, ist, daß die SPD ihre besonderen Erfolge in sogenannten gutbürgerlichen Wohngebieten erreicht hat. Das heißt, daß also offenbar ein Teil der mittelständischen Wählersubstanz zur SPD zuneigt (*Unruhe*) und wir unsere Gewinne mehr in Arbeitnehmergebieten erreichen konnten, ist auch ein Umstand, den wir bei unseren weiteren Überlegungen sehr stark beachten sollten.

Was die Universitäts-Frage anbetrifft, die wir vielleicht im Wahlkampf überstrapaziert haben, nach den Untersuchungen, die, glaube ich, Allensbach durchgeführt hat<sup>72</sup>, hat das Universitäts-Thema überhaupt nur bei 16 % der Bevölkerung Interesse geweckt. Und die sehr starke Einlassung zu diesem Thema und die von uns ermöglichte Konfrontation mit den Kommunisten – Herr Dr. Barzel oder andere, die in Bremen in dem Saal dabei gewesen sind, haben das ja beobachten können – hat meines Erachtens der SPD genutzt, weil dieses starke potenzierte Auftreten der Kommunisten den potentiellen DKP-Wählern selbst einen Schrecken eingejagt hat und sie noch zusätzlich in das Lager der SPD getrieben hat, denn ursprünglich zeigten ja alle Befragungsergebnisse, daß die DKP zumindest nah an die 5 % herankommen würde, was ich aber nicht als richtig werten kann.

Darf ich noch eine letzte Anmerkung machen in Anknüpfung an das, was wir im

---

72 Auswertung der Allensbach-Umfrage (u. a. zur Kultur- und Wissenschaftspolitik) in „Die Welt“ vom 31. März 1971 „Mehrheit der Bevölkerung: Union hat die besseren Politiker“.



ersten Teil der Debatte heute vormittag schon gesagt haben. Ich glaube, daß sich weder auszahlt die totale Konfrontation, noch eine immer wiederholte Vergangenheitsbewältigung, das muß man auch hinzufügen. Was wir brauchen, ist eine differenzierte, konstruktive, auf Gegenwart und Zukunft gerichtete Sachargumentation. Je mehr wir hier anbieten können, desto günstiger wird meines Erachtens die Bereitschaft sein, uns Vertrauen zu schenken.

*Barzel:* Vielen Dank, Herr Müller-Hermann. Darf ich dann Herrn Kollegen Hahn bitten, über Baden-Württemberg zu berichten.

*Hahn:* Ich kann natürlich über Baden-Württemberg noch verhältnismäßig wenig sagen, wir haben erst die Ergebnisse der großen Städte, auf dem Lande wird es ausgezählt. Das ist insofern interessant, weil wir ja die Gebietsreform gehabt haben, die möglicherweise auf dem Lande sich negativ für die CDU ausgewirkt hat, das wissen wir aber noch nicht. Das werden wir erst bei dieser Gelegenheit feststellen müssen. Es gilt natürlich als Einschränkung, was auch Herr Müller-Hermann vorhin schon gesagt hat, daß eine Kommunalwahl ja nicht sehr aussagekräftig ist. Im ganzen Durchschnittsjahr liegen Ergebnisse von neun großen Städten vor. Da muß ich auch sagen, daß fünf der großen Städte zu unseren Gunsten ausgegangen sind, aber in vier großen Städten das Zunehmen der SPD stärker war als das der CDU. Und vielleicht interessiert es Sie doch, daß ich das gerade einmal sage: In Stuttgart, die natürlich die bedeutendste ist, weil das die einzig wirkliche Großstadt ist, hat die CDU 6 % gewonnen und die SPD 4 %, in Heidelberg ein sehr gutes Ergebnis: CDU 8 %, SPD nur 1 %. Heilbronn: CDU 5 %, SPD 0,5 %. Pforzheim: 7 % CDU, 1 % die SPD. Karlsruhe das schönste Ergebnis mit 11 % für die CDU und 3 % minus für die SPD.

Aber dem steht noch gegenüber Ulm mit 2 % nur für die CDU und 8,5 % für die SPD. Baden-Baden, natürlich etwas kleiner, 3 % für die CDU und 9 % für die SPD, Mannheim 4 % CDU, 6 % SPD und schließlich Freiburg minus 1 % CDU, 12 % SPD, also ein ganz erstaunliches Ergebnis. (*Zwischenruf:* Ausgerechnet Freiburg!) Ich habe etwas den Eindruck, als wenn die, wenn ich es so sagen darf, guten alten Hochburgen, die stark katholisch bestimmt waren, im Süden uns abgefallen sind (*Zwischenruf:* Die laufen jetzt erst mal aus dem Ruder.), während die industrialisierten Gegenden zu unseren Gunsten ausgeschlagen sind (*Unruhe und Diskussion.*), vielleicht auch in Gegenden, wo der Radikalismus sich stärker gezeigt hat. Heidelberg ist ja klar, Stuttgart auch ... (*Zwischenruf:* Können Sie uns nicht mal genau die Zahlen sagen in Heidelberg, wie sieht das aus heute?) In Heidelberg sieht das so aus, vorher war die Stadtratsfraktion zugunsten der SPD, jetzt steht es 50:50. Wir sind beide gleich stark. Dann kommen aber noch die freien Wähler dazu, die im Grunde genommen uns nahestehen, so daß das eine relativ günstige Situation für uns ist. Also, wenn ich meine Situation als einfacher Abgeordneter sehe, ist die völlig gesichert.

*Barzel:* Ich glaube, das sind ganz gute Nachrichten, man muß natürlich die Vergleichsbasen dabei noch sehen, man muß sehen, was mit Wählervereinigungen war. Wir sollten in dem Kommuniké und in der Pressekonferenz sagen, wir haben angefangen, das zu analysieren und sehen natürlich ein paar positive Akzente, aber so in der Richtung, was Herr Katzer vorher sagte und Herr Hahn jetzt bestätigt hat, ohne

daß wir hier übertreiben. Denn das wäre ja ganz falsch nach dem Vortrag von Herrn Kaltefleiter.

*Hahn:* Darf ich noch ein Wort hinzufügen? Also, ich glaube, was vorher gesagt worden ist, wird sich bestimmt bestätigen. Wir werden sehr dankbar sein, wenn wir uns etwa auf das Bundestagswahlergebnis 1969 einpendeln. Damals hatten wir 50,5 %. Das wäre das höchste, was wir erreichen könnten, während wir ja in der Landtagswahl ja damals 44 % hatten. Wir müssen also außerordentlich stark aufholen. Die SPD hat ja damals eben doch nur 29 % gehabt, es war nämlich der Höhepunkt des Ansehens von Bundeskanzler Kiesinger. Das hat sich außerordentlich stark damals ausgewirkt. Daß die SPD etwa um 10 % zunehmen wird, halte ich für durchaus möglich. Wenn die FDP dann so zurückgeht, wie es hier ist, daß sie um 5 % zurückgeht, daß sie gerade noch hereinkommt und die NPD rausfällt, dann könnten wir immer noch die Regierung bilden – und zwar allein.

*Barzel:* Herr Kraske und ich haben den Wunsch, möglichst noch im November in Ihren Landesvorstand zu kommen, ob Sie Ihr Wahlkampfzentrum dazu nehmen oder nicht. Ich würde mich sehr freuen, wenn der Ehrenvorsitzende uns die Ehre geben würde, dabei zu sein.

*Langguth:* Herr Kaltefleiter, ich habe zwei kurze Fragen. Es wird immer behauptet, die NPD-Stimmen seien zur CDU übergegangen, das stimmt bestimmt nicht in dieser Kausalität. Tatsächlich sind sie gegangen zur SPD, in Bremen speziell, wo ja auch 60 % angeblich vorher ehemalige SPD-Wähler gewesen sein sollen. Das ist wichtig für die Argumentation. Zweite Frage, Sie sprachen von einer bestimmten Protestquote, die der CDU als Oppositionspartei zukommt. Wichtig wäre, wie ist die soziologische Schichtung derjenigen, die auf diese Protestquote zutreffen?

*Barzel:* Herr Kaltefleiter, können Sie die beiden Fragen gleich beantworten?

*Kaltefleiter:* Zur Verteilung der NPD-Wähler können wir zwei Aussagen machen: Im Bundesgebiet generell, *cum grano salis*, sind etwa 60 % zugunsten der CDU gegangen, etwa 30 % zur SPD und ein geringer Anteil in einigen Regionen, wie z. B. in Bayern, in Franken auch zur FDP. (*Kraske:* Das ist erfragt und nicht bloß vermutet, aus Zahlen, sondern erfragt?) Ja, also bei „erfragen“ müssen wir vorsichtig sein. Die NPD-Leute können Sie kaum erfragen, die Leute sagen es eben nicht. Sie kriegen einen maximalen Befragungs-NPD-Anteil von 4 %. Aber wenn Sie sich bestimmte Ecken anschauen, etwa die Wahlergebnisse in Nürnberg und Fürth, da können Sie an Phantasie aufbringen, was Sie wollen. Ohne daß dort NPD-Wähler zur FDP gegangen sind, können Sie das Ergebnis von Hamm-Brücher nicht erklären. Das ist die liberale Tradition Frankens.

Die zweite Frage, wie ist die Schicht der Protestquote? Der Enttäuschungseffekt ist, wir hatten wir es 1969 analysiert, bei diesen neuen Mittelschichten genauso groß, wie er zu beobachten ist in unteren sozialen Schichten. Er ist vielleicht am geringsten in ausgesprochen gehobenen sozialen Schichten. Das stimmt, glaube ich, sehr mit dem überein, was Sie für Bremen sagten, daß z. T. eine Wählerbewegung zu beobachten ist, daß die CDU Einbrüche erzielt in Gruppierungen, die vorher relativ langfristig SPD gewählt haben, daß es ihr aber noch nicht in dem Umfang gelungen ist, die Verluste,

die sie bei der Bundestagswahl 1969 erstmalig in diesen urbanisierten Mittelschichten gemacht hat, zurückzuholen. Das, glaube ich, kann man gerade im Falle Bremens sehr gut beobachten.

*Kiesinger:* Nur wenige Bemerkungen, die im Wesen nach meiner eigenen Einschätzung, die bei weitem nicht so systematisch sein konnte wie die von Herrn Kaltefleiter, zu ähnlichen Ergebnissen kommt, insbesondere auch in Bremen. Wir haben gerade vorhin am Tisch darüber gesprochen. Ich habe gesagt, das hat sich einfach eingependelt. Man darf also das Bremer Ergebnis durchaus, wenn man es über eine ganze Periode hindurch verfolgt, als verhältnismäßig normal finden. Zur baden-württembergischen Wahl möchte ich jetzt nur die Feststellung machen, daß ich den Eindruck habe, daß wir am Ende doch wohl sagen können, daß es ein Plus alles in allem geben wird. Das zeigt sich an vielen Einzelergebnissen, die ich heute früh auf der Fahrt hierher sehen konnte, allerdings mit diesen großen Pendelausschlägen. Es wird die Aufgabe sein, genau zu untersuchen, woran das nun eigentlich liegt.

Zur Außenpolitik würde ich folgendes sagen: Ich glaube, daß ich hier nicht zu betonen brauche, daß es natürlich darum geht, die Wahlen von 1973 zu gewinnen, aber im übrigen eben nach wie vor dafür zu sorgen, daß in der Außenpolitik nichts geschieht, was uns in zehn Jahren unsere Freiheit kosten wird, d.h. also, zu unterscheiden zwischen der Politik und der Art, wie wir diese Politik darstellen.

Ich habe auch den Eindruck gehabt, daß es am Anfang – gegen die Meinung mancher unserer Freunde – mit der außenpolitischen Argumentation für die Wahlkämpfe durchaus positive Chancen gegeben hat. Es war auch ganz klar, das konnte man an den einzelnen Plätzen geradezu nachlesen, an denen man gesprochen hat, daß durch sie ein ganz großes überverhältnismäßiges Ansprechen der CDU erfolgt ist. Was ich dagegen für unmöglich halte, ist, aus der Außenpolitik für den Wahlkampf das zu machen, was General de Gaulle mal die „Grande Querelle“ genannt hat, also daß man sich ganz darauf stützt, um damit irgendeinen Durchbruch zu erzielen. Das beste, was man tun kann, ist eben, Solidität in der Innenpolitik und Außenpolitik darzustellen und mangelnde Solidität in der Innenpolitik und in der Außenpolitik abzustellen. Die persönliche Erfahrung, die ich gemacht habe, ist die: Es ist viel schwerer, in allgemeinen Aussagen unsere außenpolitischen Positionen einsichtig zu machen, als es der einzelne Redner, wenn er die Leute vor sich hat und wenn er eine Diskussion führen kann, tun kann. Bei solchen Versammlungen läßt sich mit der Außenpolitik durchaus sehr viel herausholen. Aber es ist halt ein Unterschied, ob man diese Chance hat oder bei allgemeinen Aussagen verbleibt. Ich hoffe, daß Sie mir dabei zustimmen werden. Also im großen und ganzen würde ich der Meinung sein, daß wir, ich betone es noch einmal, insbesondere das Bremer Wahlergebnis durchaus nicht dramatisch sehen dürfen, sondern als eine Bestätigung eines länger anhaltenden Trends, so wie es Herr Kaltefleiter dargestellt hat.

*Lampersbach:* Ich habe noch eine Frage, Herr Kaltefleiter, 1969 haben Sie analysiert, daß 12 % des sogenannten neuen Mittelstandes zur SPD gegangen sind oder erstmals die SPD gewählt haben. Die Zahlen, die mir von Bremen bekannt sind, vom Wikkert-Institut, haben sich etwas reduziert. Kann man daraus ablesen, daß die Zahl seit

Dezember 1969, für die SPD zu votieren, geringer geworden ist mit einem Umfang von etwa 4 bis 5 %?<sup>73</sup>

*Kaltefleiter:* Ich habe keine Unterlagen, die diese Aussage stützen. Ich würde nicht sagen, daß das nicht stimmt, aber wissen Sie, das ist auch eine Frage der Kühnheit, wie das die Freunde aus Tübingen tun, solche Ergebnisse in der kürzesten Zeit in die Luft zu setzen. Sie können sich vorstellen, was dazu meine Meinung ist.

*Barzel:* Meine Damen und Herren, dann darf ich zu diesem Punkt nur noch eines feststellen. Ich glaube, daß bei aller sachlichen Darstellung, die Herr Kaltefleiter uns gegeben hat und die das Bremer Ergebnis wie andere zu erwartende in den richtigen Zusammenhang einordnet, doch völlig klar ist, daß das, was 1973 betrifft, noch nicht gelaufen ist. Das ist das erste, was wir sehen müssen. Das zweite ist, wenn wir also unter uns Bremen so beurteilen, wie das hier übereinstimmend vorgetragen worden ist, dann wird der Wind für uns natürlich härter durch das, was in Oslo beschlossen ist. Das ist gar keine Frage, das gibt eine emotionale Welle und das kommt immer mal wieder hoch, das kommt in allen Weihnachtsartikeln hoch und immer wieder. Also das ist eine ziemlich schwierige Geschichte. Wir dürfen nicht von einer leichten Situation hier ausgehen.

Ich möchte dann den Punkt „Verschiedenes“ aufrufen.

#### VERSCHIEDENES

Das Wort wird nicht gewünscht. Dann möchte ich folgendes sagen: Ich stelle mir vor, daß der Zeitablauf und die Art der Diskussion in Zukunft, wenn es irgend geht, so ist wie heute. Denn wenn wir ein Führungsgremium sind, dann muß es einen Lagebericht geben, der präzise ist, es muß dazu eine Aussprache geben, eine Zusammenfassung dessen, worin wir einig sind. Und ich habe eine Frage, wenn die Kollegen, die neu in diesem Vorstand sind und die nicht im Bundestag sind, irgendwelche Bedürfnisse an Informationen zwischendurch haben, dann bitte ich, uns dies zu sagen. Die Kollegen, die ja sowieso im Fraktionsvorstand sind, kennen sehr viel davon, aber die Bedürfnisse anderer Kollegen sind wir natürlich bereit zu befriedigen. Das soll sich aus der Praxis bitte ergeben, das sind also dann Schulden, die man bei uns anmahnen muß, nicht daß man meint, wir hätten etwas versäumt. Wir wollen nur niemand zuschütten mit Papier. Also auf Deutsch gesagt, daß nicht jemand dasselbe Stück, was er als Fraktionsvorstand mitkriegt noch mal als Parteivorstand mitkriegt, das ist nicht nötig. Aber das, was Sie wollen, lassen Sie uns bitte wissen.

*Kraske:* Ich möchte um Gottes Willen nicht zum Schluß eine Termindebatte auslösen, aber da wir Ihnen vor der nächsten Sitzung einen Terminplan schicken, möchte ich insbesondere unsere Freunde aus den Ländern fragen, ob Ihnen der heute gewählte Montag ein vernünftiger Tag zu sein scheint. Hier für Bonner Verhältnisse geht es im Grunde wohl um die Alternative entweder Montag oder Freitag, allein aus Presse-

---

73 Zur aktuellen Umschichtung der Wählerschaften KALTEFLEITER S. 144–156.

gesichtspunkten ist aber der Freitag immer ein bißchen problematisch. Deswegen würde ich meinem Vorschlag gerne den Montag zugrundelegen. Es ist einmal im Monat, wie Sie wissen. (*Unruhe und Diskussion.*) Sie kriegen es ja langfristig dann für das ganze Jahr 1972 zugeschickt, so daß Sie Ihren Fahrplan durchaus darauf einstellen können. Am 9. Dezember sowieso, das ist unbenommen. Es gilt jetzt nur für das Jahr 1972.

*Barzel:* Wir legen doch einen gewissen Wert darauf, wenn ich dies sagen darf, nach der Vordiskussion über die neue Führung, daß wir nicht untergehen in einer Plenarwoche, weder rein physisch, daß dauernd das Telefon geht, noch publizistisch. Deshalb ist der Montag in einer Nicht-Sitzungswoche zur Betonung der Eigenständigkeit der Partei gut. Wenn wir uns dann wirklich von 11.00 bis 17.00 Uhr Zeit nehmen und zusammen essen, entwickelt sich hier auch das, was wir im Lauf der Monate an Zusammenhalt innerlich brauchen. Ich glaube, das ist schon ganz vernünftig. Man muß natürlich sehen, daß man nicht gerade die Montage nimmt, die Herr Hasselmann für die Fraktion braucht. Das Wort wird nicht gewünscht, dann danke ich für eine angenehme erste Sitzung.

Bonn, Donnerstag 9. Dezember 1971

*Sprecher: Barzel, [Bilke], Blüm, Dregger, Echternach, Eyrich, Filbinger, Göb, Hahn, von Hassel, Hasselmann, [Hennig], Katzer, Kiep, Kiesinger, Köppler, Kohl, Kraske, Langguth, Lemke, [Lenz], Müller-Hermann, Schwarz-Schilling, Stingl, Vogel, von Weizsäcker, Wex, Windelen.*

*Politische Lage. Kanzlerkandidatur 1973. Bericht des Schatzmeisters. Bericht von Frau Dr. Wex zum Thema Massenmedien. Bericht des Vorsitzenden der Grundsatzkommission. § 218 StGB. Terminplan für 1972. Rednereinsatz in Baden-Württemberg.*

*Beginn: 14.00 Uhr*

#### POLITISCHE LAGE

*Barzel:* Meine Damen und Herren, ich eröffne die zweite Sitzung des Parteivorstandes. Leider ist Kollege Amrehn ziemlich schwer erkrankt. Er läßt sich entschuldigen.

Ich will den Bericht zur Lage so kurz wie möglich machen. Ich habe den Eindruck, daß wir mit dem Jahreswechsel die Konsolidierung so weit, wie es möglich ist, doch erreichen können. Wir hatten eine Klausurtagung des Parteipräsidiums<sup>1</sup>, jetzt eine Klausurtagung der Bundestagsfraktion<sup>2</sup>, und aus all dem ergibt sich ein sehr großer Gleichklang in den politischen Grundauffassungen, in dem, was möglich ist und was auch gesellschaftspolitisch richtig ist. Ich räume ein, daß es für mich natürlich besonders wichtig ist und wir mit dem Blick auf das nächste Jahr davon ausgehen können, daß für die Vertragsdebatte, die uns erwartet, über den Moskauer Vertrag eine Einstimmigkeit festzustellen ist, die sich bei den anderen sicher auch erreichen lassen wird. Sie müssen davon ausgehen, daß wir mit der negativen Haltung zum Moskauer Vertrag im Bundestag nicht allein bleiben werden. So ist im Augenblick die Situation, daß keiner weiß, was sich im nächsten Jahr politisch entwickelt. Natürlich waren diese Klausurtagungen, wie das nun mal in der praktischen Politik ist, durch aktuelle Dinge überladen, einmal um die Frage in Berlin. Ich weiß nicht, ob Herr Lorenz nachher hier sein wird oder Herr Marx. Es ist für sie jetzt sehr schwierig, das Gelände ist völlig undurchsichtig hinsichtlich der Gründe des Nichtzustandekommens der Paraphierung. Ich glaube, daß ich von allen Seiten alle Informationen bekommen habe, die es gibt.

---

<sup>1</sup> Protokoll vom 22. November 1971 in ACDP 07-001-1404.

<sup>2</sup> Protokoll vom 6./7. Dezember 1971 in ACDP 08-001-1027/2.

Ich habe auch mit Herrn Schütz in Berlin gesprochen. Es ist völlig undurchsichtig, ob hier eine Panne vorliegt, ob der eine den anderen falsch eingeschätzt hat oder ob hier Dinge im Spiel sind, die wir heute alle noch nicht zu übersehen vermögen. Auf jeden Fall wird das, was sich möglicherweise bei optimistischer Schätzung aus dem Lager der Regierung in den nächsten Tagen vielleicht doch noch als Kompromiß oder als Erfolg abzeichnen wird, von der Bundestagsfraktion, und ich glaube auch nach den Einlassungen des Parteivorstandes, nicht als eine befriedigende Berlin-Lösung bezeichnet werden können.

Wenn wir uns ansehen, was die Bundesregierung im Juni dieses Jahres durch das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen als Faltblatt – es ist beinahe eine Broschüre – herausgegeben hat über die Möglichkeiten des Reiseverkehrs von und nach Berlin und in Deutschland, dann steht das so drin, wie das ist mit Zigaretten und Geldumtausch. Wenn man sich das genau anguckt und sich vorstellt, dies ungefähr würde aufgeschrieben und in einen Vertrag genommen, da hat man ungefähr die Vorstellung, daß der Warenverkehr besser werden wird, weil dort sehr viel plombiert werden kann, und das ist in Ordnung. So muß zwar eine zweite Plombe angebracht werden, damit keine Wartezeiten entstehen; der Personenverkehr bleibt visapflichtig. Besser wird, daß das global abgegolten wird. Es entstehen natürlich insgesamt Haushaltsbelastungen, wenn Sie diese Straßenbenutzungsgebühren, die Visa-Gebühren nehmen, und wenn Sie, da wir hier vertraulich reden, diese hohen Summen dazu nehmen, die aus dem seinerzeit in Gang gesetzten Menschenhandel entstehen. Dann kommen Sie doch auf Beträge, die nicht nur hunderte Millionen, sondern eher den tausend Millionen sehr viel näher kommen. Das wird natürlich langsam auch ein politisches Problem, wenn Sie Postabgeltung, die Telefonabgeltung, Visa-Abgeltung, Wegebenutzungsabgeltung und diese Dinge zusammenrechnen. Man sollte das sehen und irgendwann sich vorbehalten, darauf zurückzukommen. Die Freunde in der Berliner CDU sind in der ganzen Sache eher noch ein ganzes Stück härter, ablehnender, mißtrauischer, als wir es hier auf der Bundesseite auf diesem Gebiet sind.

Ich möchte nur festhalten, und das ist für uns alle wichtig, daß der Regierende Bürgermeister mit dem Beifall der Öffentlichkeit für sich und mit unserer Unterstützung – wir haben die nicht laut ausposaunt, weil ihm das nur geschadet hätte in den letzten zwei Tagen – in Anspruch nahm, die ganze Sache anzuhalten, weil mit der Kontingentierung und mit den Autos was nicht in Ordnung war, auf die Gefahr hin, diese ganze Friedenspolitik zu stoppen bis zur Sicherheitskonferenz. Als ich ihm dies sagte, wurde er natürlich etwas weiß, aber er glaubte wohl, die Sache lösen zu können. Als ich sagte, es könnte ja sein, daß sie geglaubt haben, ein Streichholz zu ziehen und das Gebäude zum Einsturz bringen, hat ihm das nicht sehr gefallen. Ich glaube also, daß uns zu Berlin nichts anderes übrig bleibt, als uns an die Kategorien zu halten, die hier eine Rolle gespielt haben im September des vergangenen Jahres und in der Zwischenberichterstattung von Herrn Marx, der noch verhindert ist. Dies ist nicht eine befriedigende Berlin-Lösung, der Status Berlins ist verschlechtert, und das, was uns wirklich beschwert und was die Berliner beschwert, ist ein Punkt, den man gar nicht aussprechen darf, nämlich die Sorge, am Schluß gehen zwei deutsche Staaten in die UNO und dann

wird sich der Art. 116 mit der einen Staatsangehörigkeit nicht mehr halten lassen. Wo sind dann die Berliner?

Ich will auf das Betriebsverfassungsgesetz, den zweiten Punkt der aktuellen Debatte, die uns viele Stunden im Parteipräsidium gekostet hat, hier nicht zurückkommen. Die Sache ist jetzt im Vermittlungsausschuß. Ich erwarte nicht, daß es dort ein großes Ergebnis gibt. Und dann werden wir im Bundesrat vor der Frage stehen, wie unsere Freunde sich verhalten. Das ist ein zustimmungspflichtiges Gesetz. Wenn die sich alle enthalten, ist eine Zustimmung nicht zustande gekommen, weil nach der Geschäftsordnung des Bundesrats eine positive Mehrheit da sein muß. Also bleibt wieder einmal die Frage an unseren Freund Filbinger zu stellen, ich weiß nicht, ob wir dies nachher diskutieren sollten und wollten. Wir waren im Parteipräsidium nicht ganz einer Meinung, aber überwiegend tendierten wir dahin, nun nicht den unberechtigten, aber wirksamen Vorwurf einstecken zu müssen, wir wollten etwa die Betriebsratswahlen verzögern.

Ich möchte, bevor ich nachher auf die Verträge und das komme mit dem Blick auf das nächste Jahr, uns alle noch einmal einladen, alle Anstrengungen zu machen – bei aller Priorität, weil die ökonomischen Dinge ja alle reparabel sind – uns nicht die Verträge als einziges Thema aufzwingen zu lassen, obwohl es natürlich operativ die Kernfrage des nächsten Jahres sein wird. Aber es darf nicht das einzige Thema werden, und deshalb müssen wir mit den gesellschaftspolitischen Initiativen wie mit der Kritik an der Bundesregierung fortfahren. Wobei wir in der Gesellschaftspolitik bei den Renten und bei dem Eigentum unsere Schwerpunkte sehen und bei den Beschlüssen bleiben sollten, die wir hier gefaßt haben. Wenn ich die Rentenpolitik richtig begriffen habe, ist das erste das allgemeine Rentenniveau, das zweite sind die Hausfrauen, und das dritte die Öffnung für die Selbständigkeitsklausel, das vierte ist dann die flexible Altersgrenze, die man nach unserer Meinung pragmatisch angehen kann, und schließlich die Schwerbeschädigten des Krieges und die Kranken.

Einige glauben, und das findet heute Ausdruck in dem Aufsatz von Herrn Dreher in der „Süddeutschen Zeitung“<sup>3</sup>, über den ich mich eher amüsiert habe, daß wir zu wenig täten. Ich möchte sagen, daß ich auf diesen Aufsatz gewartet habe, denn dieser Vorwurf wird kommen. Aber ich glaube, daß wir hier eine methodische Politik machen müssen. Nämlich die Politik, daß, wenn wir uns entschließen als der solidere, besonnene und deshalb reformwilligere Teil der deutschen Politik zu erscheinen, wir dann auf keinen Fall einen hektischen Eindruck machen dürfen und in der Luft herumbalieren. Also mir ist es lieber, man sagt, die Opposition hat ihre Positionen, aber die ist dann nicht jeden Tag da, was ja gar nicht stimmt, als daß man sagt, sie ist hektisch, sie ballert in der Luft herum, und wir können nicht mehr zuhören. Denn es war ja unsere Überzeugung, für ein paar Wochen einmal den Lautsprecher der Opposition etwas abzustellen, weil die Nachrichten sich selbst produzieren, wie Streik, oder die Lohn- und Preissteigerung. Und ich würde wirklich sehr bitten, daß wir uns hier nicht anstecken lassen und in eine Hektik geraten.

---

3 Nicht ermittelt.



Daß wir inzwischen die Probleme mit der CSU, die uns ja oft beschäftigt haben, gelöst haben – ich nehme an, daß sie heute ihre Beschlüsse fassen wird<sup>4</sup> – ist bekannt. Die Beschlußfassung eines gemeinsamen Papiers ist Ihnen zugegangen.<sup>5</sup> Ich bedanke mich bei allen Mitgliedern der Verhandlungskommission und kann nur sagen, wir waren wirklich in einer hervorragenden Solidarität. Ich möchte mich bei meinem Nachbarn zur Linken bedanken, der in einer schwierigen halben Minute der Verhandlung durch eine ganz feste Haltung wirklich zur Beschleunigung des Verfahrens beigetragen hat. (*Beifall.*) Wir sollten uns dieses Papiers nicht zu laut rühmen, obwohl es das unsere ist. Es steht sehr viel mehr drin, als die gegnerische Presse behauptet. Es sind ja auch nur Leitsätze, aus denen sich eben das anspruchsvolle Ziel für das Jahr 1973, ein gemeinsames Regierungsprogramm zu haben, ergeben soll.

Ich möchte gerne, da ich leider um 16.30 Uhr, das ist nicht meine Absicht gewesen, als wir diese Sitzung anberaumten, Sie verlassen muß, denn es hat sich der sowjetische Botschafter wegen meiner morgigen Reise<sup>6</sup> dringend noch einmal für 17.00 Uhr angesagt und hinterher noch ein anderer Botschafter aus dem Westen. Deshalb möchte ich darauf verzichten, den Teil über die Partearbeit vorzutragen, den ich neulich im Präsidium vorgetragen habe. Es hat keinen Zweck, das in fünf Minuten zu machen, denn dazu braucht man sicher länger. Ich möchte statt dessen mich gleich auf diese Reise und die bevorstehende, vielleicht unmittelbar bevorstehende Entscheidung in Sachen Verträge zubewegen.

Sie haben heute gelesen, daß der Bundeskanzler erklärt hat, er hoffe, die Ratifikation komme im Frühjahr. Dies ist natürlich völlig ausgeschlossen nach der Verfassungslage. Aber nehmen wir das einmal an, und ich habe Grund, das, was ich jetzt vortrage, als realistisch darzustellen. Ich glaube, wir sind es Herrn Kollegen Filbinger auch schuldig, darüber jetzt hier zu sprechen. Nehmen wir einmal an, die einigen sich irgendwie in diesem Stückchen, was für Berlin noch offen ist, und gehen ein auf die Scheel-Linie<sup>7</sup>, was das Gegenjunktum betrifft. Dann werden wir die Verträge im Bundesrat in der ersten Hälfte Februar haben. Es gibt wohl Bemühungen der Regierung, die Frist zu verkürzen, ich nehme aber an, daß unsere Freunde in den Ländern sich auf

---

4 Der CSU-Parteivorstand hatte der Nominierung Barzels zum gemeinsamen Kanzlerkandidaten der Unionsparteien am 9. Dezember 1971 zugestimmt, vgl. dpa vom 9. November 1971 „Parteivorstände stimmen Nominierung Barzels zu“; „Stuttgarter Nachrichten“ vom 10. Dezember 1971 „Unions-Vorstand billigt Barzels Nominierung“.

5 Vgl. CDU Presse Mitteilungen vom 30. November 1971 über die gemeinsame Sitzung der Kommissionen von CDU und CSU zur Formulierung eines Sachprogramms. Das von Strauß und Barzel paraphierte Papier findet sich in ACDP 07-001-1461.

6 Sowjetischer Botschafter war seit Mai 1971 Valentin Falin. – Barzel hielt sich vom 10. bis 16. Dezember 1971 zu Gesprächen in Moskau auf. Zur Berichterstattung in der Presse vgl. CDU Bundesgeschäftsstelle Abt. Information/Dokumentation Wochenpresse „Barzels Moskareise“ vom 16. Dezember 1971; GRAU S. 233-235.

7 Die sowjetische Seite beharrte auf einem gleichzeitigen Inkrafttreten von Moskauer Vertrag und Berlin-Regelung. Scheel bedeutete in einem Gespräch mit Breschnew am 29. November 1971, daß sich durch dieses Junktum die Vorbereitung einer europäischen Sicherheitskonferenz verzögern könnte. Vgl. AAPD 1971 Dok. 420; SICHERHEITSKONFERENZ IN EUROPA Dok. 183.

eine Fristverkürzung bei dieser wichtigen Gesetzgebung auf gar keinen Fall einlassen. (*Zwischenruf.*) Na gut, wenn das da gepuscht wird, haben wir schon formal ein hervorragendes Argument. Also, nehmen wir einmal an, wir sind politisch im Februar. Durchpfeitschen ist natürlich ganz schlecht. Ich möchte gerne, daß wir dies alles sehr sorgfältig hören und vielleicht dann auch kritisch diskutieren oder anders beschließen, weil wir damit natürlich Weichen stellen für den Wahlkampf in Baden-Württemberg.<sup>8</sup> Dann wird der erste Durchgang im Bundesrat nach meiner Vorstellung so sein, daß von uns aus nicht eine Situation entsteht, die so kämpferisch ist, daß die Regierung in Stuttgart darüber im Februar beim ersten Durchgang im Bundesrat zerbrechen muß. Normalerweise werden im Bundesrat im ersten Durchgang aus Tradition Gesichtspunkte genannt und Fragen aufgeworfen, die das Parlament zu prüfen hat. Ich möchte an dieser Stelle gleich, weil ich es sonst vergesse, einen kleinen Ausflug machen auf die Rechtsfrage einschließlich in Karlsruhe.

Wir haben die bayerische Staatsregierung vor über einem Jahr gebeten, die Rechtsfragen des Vertragswerks amtlich zu prüfen. Auch die Landtagsfraktion hat die Regierung darum gebeten. Die prüfen und prüfen bis zum ersten Durchgang und werden das Ergebnis der Prüfung, nicht der Entscheidung, im ersten Durchgang in die Debatte im Bundesrat einfließen lassen, um so Fragen aufzuwerfen, die der Bundestag aufnehmen muß, damit wir die Begründung haben, daß der Rechtsausschuß, Vorsitz Carl Otto Lenz, sich mit der Sache befassen muß. Der Rechtsausschuß wird dann sicherlich ein paar Hearings machen und sehen, was hier zu machen ist. Er wird auch prüfen, vor allen Dingen für unsere Fraktion und für die Parteien, ob etwa eine Klage, die den Zweiten Senat erreicht, einzureichen ist. Die Meinungen darüber gehen unter uns auseinander. Wir wären töricht, heute zu sagen, wir werden klagen. Wir wären genauso töricht zu sagen, wir werden nicht klagen. Und ich werde ganz sicherlich nicht bereit sein, in Moskau auch nur zuzusagen, wir werden wenigstens nicht klagen. Zumal es nicht nur Klagen gibt, die den Zweiten Senat angehen, sondern auch Klagen gibt jedes Bürgers dieses Landes, nach Art. 19 Abs. 4 GG<sup>9</sup>, die z. B. der Fabrikbesitzer aus Breslau zum Ersten Senat nach Karlsruhe schicken kann für den Fall, daß er meinen sollte, das Vertragswerk enteigne ihn entschädigungslos, und der Lastenausgleich sehe ja nur eine Zwischenhilfe vor. Wie weit eine solche Einlassung materiell berechtigt ist, will ich überhaupt nicht prüfen. Die Frage ist nur, ob sie schlüssig ist und vom Präsidenten des Ersten Senats angenommen werden muß. Ich würde jetzt sehr herzlich bitten, diese Argumentation noch nicht laut zu sagen. Das ganze Karlsruhe-Problem ist also nur so zu beantworten: Es ist voller Ungewissheiten. Keiner weiß, was da geht, und deshalb ist niemand im Stande, weder bei der Regierung noch bei der Opposition, Termine zu nennen für mögliche Ratifikationen.

---

8 Ergebnis der Landtagswahl am 23. April 1972 in Baden-Württemberg: CDU 52,9 %, SPD 37,6 %, FDP/DVP 8,9 %.

9 Abs. 4 lautet: „Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Art. 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.“ Text im Internet: [http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art\\_19.html](http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_19.html).

Ich kehre zurück zum ersten Durchgang im Bundesrat nach diesem Einschub. Wenn das so läuft, wir uns dies also vorstellen, entsteht da keine Kontroverse mit dem Zwang für Herrn Filbinger, praktisch zu brechen. Wenn die anderen das wollen, wäre es etwas zweites, dann enthebt uns das nicht zu votieren, d. h. uns politisch zu äußern. Wir müssen einfach davon ausgehen, daß, wenn nicht die Weltgeschichte plötzlich wegen der Berliner Sache eine andere Wendung nimmt, im baden-württembergischen Wahlkampf diese Frage eine große, wenn nicht die tragende Rolle spielt. Das bedeutet, daß wir politisch möglichst alle – die Partei, auch die CSU und die Fraktion – auf einer Linie votieren müssen. Das steht also bevor. Dieses Votum, was wir abzugeben haben werden, sollte so sein, und das bedarf des Nachdenkens nicht nur für die Klugheit nach außen, sondern auch, weil die Einstimmigkeit der Bundestagsfraktion nicht zu haben ist um den Preis jedweder Argumentation, sondern nur um den Preis einer differenzierten Argumentation. Ich habe die Fraktion zweimal in den letzten Wochen befragt bzw. gesagt, daß da jedes Mitglied der Fraktion unsere Usance und unsere Geschäftsordnung kenne. Wenn einen sein Gewissen plage, müsse er dies, so sind unsere Übungen, dem Vorsitzenden privat sagen. Und ich habe zweimal gesagt, es sei noch keiner des Moskauer Vertrages wegen bei mir gewesen oder habe sich schriftlich geäußert in einem Brief der Fraktion. Ich habe keine andere Meinung gehört, so daß ich, was diesen Vertrag betrifft, von Einstimmigkeit ausgehe, und das ist zunächst das Entscheidende. Wir können deshalb getrost dieser Debatte entgegensehen, selbst für den Fall, daß dann der Bundeskanzler aufsteht und sagt, wir machen eine große Freigabe der Gewissen hier. Das ist eine Position, die uns überhaupt nicht stört, weil wir aus Gewissensentscheidung und ohne jeden Druck oder Zwang, nachdem die Sache 1 ½ Jahre vorliegt, eine Einstimmigkeit haben. Wir sollten so argumentieren, daß uns die Gutwilligen im Lande alle verstehen und möglichst die Mehrheit dies billigt. Ich sage möglichst. Sie müssen nicht so argumentieren, daß es die Mehrheit versteht, das wäre Opportunismus, der hier in dieser Frage nicht möglich ist. Wir sollten so argumentieren, daß wir im Ausland viel Verständnis finden und deshalb wenigstens von einigen wichtigen Stimmen die Drohkulisse und die Isolierungsgefahr von uns genommen werden. Und schließlich müssen wir, da wir ja eine Opposition nicht à la Wilson<sup>10</sup> machen, mit deutscher Gründlichkeit heute das sagen, was wir morgen tun werden, und das auch selber glauben, vor allem also ganz seriös sein. Wir müssen uns so einlassen, wie wir morgen als Regierung uns einlassen würden. Das ist alles ziemlich schwierig.

Nun haben wir – ich habe dies im Parteipräsidium vorgetragen – dies in der Ostkommission der Fraktion vorgetragen, ich habe es etwas geraffter in der Gesamtkommission vorgetragen. Und ich möchte es auch hier sagen: Wir haben uns verständigt auf vier Schwerpunkte der Argumentation. Und das ist sehr wichtig. Das Rechtliche lassen

---

10 Harold Wilson (1916–1995), britischer Politiker (Labour Party); 1964–1970 und 1974–1976 Premierminister. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 157 Anm. 39. – Anspielung auf die ambivalente Haltung Harold Wilsons und der Labour Party zum britischen EWG-Beitritt. Vgl. Roy DENMAN: *Missed Chances. Britain and Europe in the Twentieth Century*. London 1996 S. 231–242. Zur Haltung Wilsons in seiner Regierungszeit vgl. Dominic SANDBROOK: *White Heat. A History of Britain in the Swinging Sixties*. London 2007 S. 387–391.

Sie bitte mal außen vor, das habe ich vorher behandelt, ich habe es prozessual behandelt, weil ich Inhaltliches noch nicht sagen kann. Das erste ist das Argument der Einsichtnahme in die Protokolle. Ich nehme an, daß Ihnen das Thema so übel aufstößt wie mir, aber ich muß es jeden Tag wieder sagen. Ehrlich gesagt hatte ich nicht sehr viel von diesem Argument erwartet. Es war die Idee von Georg Kliesing<sup>11</sup>, der es uns reingeschrieben hat in unseren Beschluß, und die Sache ist hervorragend bei jungen Menschen. Die jungen Kollegen aus der Fraktion kommen, und wir erleben es ja alle selber, und sagen, bei Schülern wird das Demokratieverständnis gestört, wenn man sagt, ist das wirklich wahr, daß Herr Barzel, ein vereidigter Minister und früherer Beamter, der weiß, was das bedeutet, das nicht sehen darf. Das erweckt unerhört viel Mißtrauen und hat außerdem den Vorzug, in der angelsächsischen Welt völlig verstanden zu werden – die Einsicht in die Protokolle. Daß dann im Volksmund aufkommt, der fährt nach Moskau, um die Protokolle zu lesen, ist natürlich abwegig. Aber das spielt keine Rolle, das Thema ist da. Herr Wehner hatte vor seiner Erkrankung gesagt: „Warum sollte er sie eigentlich nicht sehen?“ Und acht Tage später hat Herr Scheel gesagt, es gebe gar keine.

Hier wieder einen ganz kleinen Annex zu den Fakten. Ich hatte dem Bundeskanzler vor drei Wochen gesagt, daß ich morgen diese Reise antrete und daß ich zum Gespräch zur Verfügung stünde. Er ist darauf nicht zurückgekommen. Ich habe dann einen Brief geschrieben, ich möchte die Protokolle vorher lesen. Und habe daraufhin einen Brief bekommen, ich kriegen sie nicht. Also die, von denen Herr Scheel sagte, es gebe sie gar nicht. Der Kanzler hatte aber gesagt: „Herr Scheel wird Ihnen einige Teile geben, und zwar die Teile, die die Bundesregierung die Absicht hat, in die Ratifikationsdebatte, und da ist sie noch nicht entschieden, entweder im Auswärtigen Ausschuß oder auch in der Öffentlichkeit einzuführen.“ Diese Teile habe ich inzwischen gesehen und kann nur sagen, da ich über den Inhalt nichts zu sagen die Absicht habe, wenn Sie Protokollnotizen sehen, in denen das Zitat mit Pünktchen anfängt, und im Zitat Pünktchen sind, wächst der Appetit, das Ganze und den Kontext zu lesen. Das heißt also, in dieser Sache sollten wir weiterfahren, und es sollte sich vielleicht noch die eine oder andere Landesregierung bei uns überlegen, ob man nicht im Auswärtigen Ausschuß des Bundesrats mit dem Thema etwas anfängt.

Die zweite Argumentation sollte die sein, die auf dem Düsseldorfer Parteitag Herr Kollege Schröder öffentlich begonnen hat<sup>12</sup> und die wir dann fortgesetzt und in Saarbrücken auch formuliert haben<sup>13</sup>, nämlich die, daß in einer parlamentarischen Demo-

---

11 Dr. Georg Kliesing (1911–1992), Lehrer; 1949–1972 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 110 Anm. 4. – Vgl. FAZ vom 23. März 1971 „Barzel fordert Einblick in Moskauer Protokolle“. Dazu auch Debatte im Bundestag über die Dringlichen Mündlichen Fragen der Abgeordneten Marx und Petersen vom 24. März 1971 (BT-Drs. VI/2012), vgl. Sten.Ber. 6. WP 111. Sitzung vom 26. März 1971 S. 6505–6513.

12 Zum Appell Schröders auf dem Düsseldorfer Parteitag vgl. CDU, 18. BUNDESPARTEITAG S. 446–452.

13 Zur Diskussion auf dem Saarbrücker Parteitag über die Haltung der Opposition zur Regierung vgl. CDU, 19. BUNDESPARTEITAG.

kratie eine Regierung mit ihrer Mehrheit für ihre Politik entsteht. Und wenn sie mehr will, dann muß sie eben vorher sich um eine Gemeinsamkeit mit der Opposition bemühen. Ein ganz normales formales Argument, das mindestens westliche Journalisten, soweit sie angelsächsisch sind, nicht unberührt läßt. Ich brauche deshalb dazu, glaube ich, mehr nicht zu sagen.

Das dritte ist ein sachliches Argument. Das ganze Vertragswerk ist nach unserer Meinung unvollständig, und es ist auch unvollständig nach den ursprünglichen Einlassungen der Bundesregierung, weil der innerdeutsche Teil fehlt. Das, was man jetzt macht, ist die Ausfüllung des West-Berlin betreffenden Alliierten-Abkommens. Es gibt nichts, was wirklich im Sinne der Herstellung von Menschenrechten, das war die Ziffer 3 von Kassel<sup>14</sup>, oder hinsichtlich der vielen Erklärungen des Bundeskanzlers, die alle vorliegen, innerdeutsche Entkrampfung und Entspannung bringt.

Und der vierte Punkt betrifft den Vertrag, und ich spreche immer nur vom Moskauer. Vergleichsweise gilt er aber eben nicht ganz, er ist nicht ganz kongruent hinsichtlich des Warschauer Vertrages, über den wir später werden sprechen können. Ist das, was hier nun steht, alles endgültig, oder ist das vorläufig? Das ist die fundamentale Frage. Die Sowjetunion sagt bisher, es ist endgültig. Die Bundesregierung sagt, es ist vorläufig. Die Bundesregierung hat die Große Anfrage der Bundestagsfraktion in einer Weise beantwortet<sup>15</sup>, daß, wenn das alles stimmen sollte, was da steht, unsere Argumentation nicht leicht wird. Denn was da steht an gesamtdeutschen und Selbstbestimmungsrechtsvorbehalten, ist beträchtlich. Wir haben diese Debatte verschoben, weil es keinen Zweck hat, sie in der nächsten Woche zu führen. Wir wollen sie in den Januar mitnehmen.

Das heißt nun aber, wenn wir diese vier Argumentationsketten gelten lassen, daß wir auf die anderen eben alle verzichten, und daß wir dann natürlich uns der Frage stellen müssen, sei es drinnen, sei es draußen, sei es im Wahlkampf, sei es übermorgen, was müßte denn geschehen, um diesen Vertrag für Euch zustimmungsfähig zu machen? Die Frage liegt doch natürlich auf dem Tisch. Da muß man sagen, daß es nicht nur um einen Vertrag, sondern um eine Politik geht, und da gibt es nicht sehr viele Argumente, sondern wenige, aber dann hoffentlich eben zutreffende. Einmal, daß der wirklich wichtige Vertrag über die Lage der Deutschen in Deutschland fehlt, d. h., der Kern der Ostpolitik ist nicht erreicht. So haben wir immer gesagt. Keine neue Forderung. Das zweite ist: Im Vertrag selbst steht nichts von dem Vorbehalt des Friedens-

---

14 Dies war einer der von Brandt beim Treffen mit Stoph am 21. Mai 1970 in Kassel vorgetragenen 20 Punkte für einen Vertrag mit der DDR, vgl. DzD VI/1 S. 548–592, hier S. 554f. Zum Kasseler Treffen vgl. auch Nr. 7 Anm. 31.

15 Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU betr. Deutschland- und Außenpolitik vom 14. Oktober 1971 (BT-Drs. VI/2700) sowie Antwort des Bundesministers des Auswärtigen vom 11. November 1971 (BT-Drs. VI/2828). Die Aussprache fand vom 23. bis 25. Februar 1972 im Rahmen der Beratung über den deutsch-sowjetischen und den deutsch-polnischen Vertrag im Bundestag statt, vgl. Sten.Ber. 6. WP 171. Sitzung S. 9739–9771, 172. Sitzung S. 9833–9935 und 173. Sitzung S. 9941–10003. Vgl. auch „Die Welt“ vom 13. Oktober 1971 „Opposition will von Regierung klare Auskünfte über Ostpolitik“.

vertrags, vom Selbstbestimmungsrecht und von dem Ziel der Einheit der Nation. Und das dritte sind dann die Argumentationen, die sich aus der Mehrdeutigkeit ergeben, das aber nur etwas für wirklich Kundige ist. Ich kann alle Unkundigen nur warnen, sich auf dieses Gebiet zu begeben, denn das ist ziemlich schwierig.

Bleibt als letztes mitzuteilen und natürlich auch zu bedenken, auch für die öffentliche Wirkung bei uns, das betrifft dann wohl mehr den Warschauer Vertrag, den ich heute außen vor lassen möchte. Wir haben den Kollegen Stoltenberg gebeten in der Sitzung des Präsidiums neulich, folgende Frage zu prüfen, weil dafür die Mittel der Fraktion und auch der Bundespartei hier nicht ausreichen, wie es sich verhält mit der Tatsache, daß der Lastenausgleich eine vorläufige übergangsregelnde Entschädigung ist, aber keine endgültige, die Enteignung abgeltende Leistung, und wie sich das nun verhält zu den Verträgen. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, der natürlich im Grunde überleitet zu einem Fremdwort, das man hier im Vorstand einmal wird sagen dürfen, das wir aber draußen bitte noch nicht sagen, weil wir sonst die Leute sind, die das Thema erfunden haben. Das ist ganz lebensgefährlich. Also, hier müssen wir wissen, daß natürlich in einer Vertragsdebatte dieser Art mindestens im Kern klar sein muß, daß Reparationsfragen hinterher noch aufkommen. Ich darf hier nur sagen, dies ist noch nicht klar, aber das muß natürlich klar sein. Ich will nicht hier etwa mit finanziellen Aspekten in ganz anderen Kategorien mich bewegen.

Und dann würde ich gerne noch von einer Sache sprechen in diesem Zusammenhang, die uns wohlbekommt, die den Kollegen um diesen Tisch, soweit sie der Bundestagsfraktion angehören, zum Halse raushängt, weil ich es immer wieder sage, aber ich möchte es doch hier mit einfügen: Seit dem Sommer bemühen wir uns, die Ostpolitik dieser Bundesregierung unter dem Aspekt, daß man uns hier ein bißchen international isolieren könnte, nicht im Frontaleingriff anzugehen, sondern von westpolitischen Argumenten her. Und da gibt es nun eine Argumentationskette, und das soll die letzte sein, von allem anderen, was wir bisher gesagt haben, ich kann mir vorstellen, was man mir ab morgen, übermorgen sagen wird, aber zu der jetzt kommenden Frage weiß ich nicht, was man sagen wird. Ich glaube, daß die Sowjetunion, wenn sie von Realitäten und von Frieden und Europa und solchen Dingen spricht, vor die Frage gestellt werden muß, warum sie eigentlich nicht die EWG anerkennt. Sie tut dies bewußt nicht. Wenn im Rahmen der Wirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, der OECD, der Delegierte der EWG auftritt, weil er eine handelspolitische Zuständigkeit für die Sechs nach Westen schon hat, und z. B. dazu ein Statement abgibt, dann beantragt der sowjetrussische Delegierte, dieses Statement aus dem Protokoll zu streichen, und begründet dies mit der bewußten und gewollten Nicht-Anerkennung der EWG. Diese Frage ist deshalb so wichtig, weil nicht nur Herr Schukow<sup>16</sup> voriges Jahr hier in Godes-

---

16 Juri Alexandrowitsch Schukow (1908–1991), sowjetischer Journalist; 1932–1938 Korrespondent der „Komsomolskaja Prawda“, seit 1943 Mitglied der KPdSU, 1946 Eintritt in die Redaktion der „Prawda“, 1947–1952 Korrespondent in Paris, 1952–1957 stv. Chefredakteur und außenpolitischer Beobachter, seit 1956 Mitglied der Zentralen Revisionskommission der KPdSU, 1957 Vorsitzender der UNESCO-Kommission der UdSSR, ab 1962 erneut außenpolitischer Beobachter der „Prawda“. – Zum Aufenthalt Schukows in der Bundesrepublik

berg war, sondern auch viel namhaftere Vertreter der Sowjetunion, und in Reden, zuletzt auf dem Kommunistenkongreß in Italien vor 14 Tagen<sup>17</sup>, mit nicht zu überhörender Deutlichkeit erklären, die EWG sei eine Teilungs- und Spaltungs- und eine Blockbildungssache, es müßten hier gesamteuropäische Institutionen an deren Stelle treten. Das ist eine fundamentale Frage, mit der wir uns natürlich im Westen Gehör verschaffen können. Hier kann man mit den unschuldigsten Augen von der EWG sprechen, weil ein Politiker oder ein Wirtschaftler der Sowjetunion eine technologische Zusammenarbeit, und das ist ja das wirkliche Interesse, versprechen kann, dies aber an der EWG vorbei nicht realisieren kann, denn ab 1. Januar 1974 liegt die handelspolitische Außenhandelskompetenz mit den Staatshandelsländern bei der EWG. Schon im nächsten Jahr wird jeder neue Vertrag vorher dort in einem besonderen Verfahren zur Sprache gebracht werden können. Das heißt, ob Sie einen langfristigen Handelsvertrag, ein mittelfristiges technologisches Lieferungsgeschäft oder so etwas schließen wollen, an der EWG vorbei geht es gar nicht. Und schließlich bleibt das Argument, daß auf einer Sicherheitskonferenz, wie die Russen sie vorschlugen, zu der wir ja prinzipiell alle ja sagen – wie die NATO dies ja auch tut, aber dann kommen die Schwierigkeiten – die EWG ihre eigene Realität und Wirklichkeit und Existenz beweisen muß. Denn wer dort über Handel sprechen will zwischen Ungarn und Belgien, muß dort die EWG am Tisch haben wegen ihrer Kompetenz.

Nun ist die Frage, wie man sich dazu einlassen wird. Das wollen wir sehen. Unter uns muß natürlich ganz klar sein, daß eine Forderung nach Anerkennung der EWG, wie unschuldig sie auch vorgetragen wird, natürlich für die Sowjetunion bedeutet, Anerkennung des Binnencharakters der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands und Anerkennung der Tatsache, daß die DDR handelspolitisch auch für Frankreich, Belgien, Luxemburg, Italien und Holland Inland ist, so bestimmt es das Zusatzprotokoll zu diesem Vertrag. Das ist eine ganz wichtige, für mich wenigstens sehr interessante Kette. Wenn wir immer von Europa her unsere Dinge aufbauen, ist das sicher besser, als wenn wir nur von den deutschen Dingen sprechen, die wir natürlich nicht vernachlässigen dürfen. Soweit zu diesem Punkt.

Ich möchte nun noch, weil ich nicht weiß, ob ich bei Ihnen werde sein können, wenn Sie den § 218 beraten, zu erwägen geben zum Verfahren und zur Sache, meine Meinung natürlich sagen, in so einer sehr schwerwiegenden Sache. Zum Verfahren bitte ich zu erwägen, ob eine Veröffentlichung heute sehr sinnvoll ist. Das würde ich noch nicht für gut halten, weil wir hier Fronten kriegen, die wir vielleicht so noch gar nicht brauchen. Außerdem weiß ich nicht ganz genau, das müßte Herr Vogel sagen, ob der Informations- und Diskussionsteil in der Fraktion auch soweit ist, daß sie schon ent-

---

vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 23. Oktober 1970 „Schukows Eindrücke vorwiegend positiv“; „Kölnische Rundschau“ vom 23. Oktober 1970 „Schukow ‚sortiert‘ CDU aus“; FAZ vom 29. Oktober 1970 „Wie Schukow die Bundesrepublik sieht“.

17 Die italienische KP veranstaltete vom 24. bis 26. November 1971 in Rom eine internationale Tagung zum Thema Europa. Vgl. FAZ vom 25. November 1971 „Italiens Kommunisten fordern Revision der Römischen Verträge“; FAZ vom 26. November 1971 „Widerspruch gegen Amendolas Konzept“; FAZ vom 27. November 1971 „Koslows Bekenntnis zu Europa“.

scheidungsbereit ist. Ich neige mehr dazu, hier noch sehr lange, wie das ja auch Frau Wex im Fernsehen getan hat, eben von der Gewissensfreiheit der Abgeordneten<sup>18</sup>, von dem hohen moralischen Charakter dieser Frage zu sprechen. Ich persönlich sage auf Fragen ganz deutlich, und ich weiß, daß das auf der einen Seite viel Beifall kriegt, auf der anderen überhaupt nicht, daß ich die Drei-Monats-Frist für unmöglich halte, weil da zweifelsfrei Leben entstanden sei, und darüber könne ich einfach gar nicht reden. Zur Empfängnisverhütung müssen wir eine etwas liberalere Haltung einnehmen, als sie vielleicht von der einen oder anderen Kanzel, welcher Seite auch immer, allgemein verkündet wird. Und über Indikation wird man reden müssen, mit großer Zurückhaltung, weil man sich wirklich über die politische Frage klar werden muß. Ich will das jetzt sehr vereinfacht, aber unmißverständlich sagen, wenn man in allen Problemen vorher eine liberalere Haltung einnimmt, ist eigentlich das Problem von hinten aufgeklärt, ein Problem des 19. Jahrhunderts, weil es eben einfach nicht auf der Höhe der Modernität dieser Tage ist, in denen wir leben. Ich wollte dies sagen, damit es nicht heißt, der drückt sich ja vor dieser schwierigen Frage, die nachher auf der Tagesordnung steht.

Ich habe verzichtet, in den Bericht aufzunehmen die schwierigen Fragen, die jetzt hinsichtlich der Streiks usw. entstanden sind. Ich glaube, wir begrüßen alle, daß Kollege Katzer als Schlichter tätig war.<sup>19</sup> Es zeigt sich auch rückschauend, wie klug sein Rat war, und daß auch der Kollege Filbinger sich dort nicht nur als ein Wahlkämpfer bemüht. Wir werden sicher alle darauf Bedacht nehmen, niemals in den Verdacht zu kommen, dabei die Tarifvertragshoheit irgendwie berühren zu wollen. Politiker können gute Dienste zur Verfügung stellen, die beide Seiten annehmen müssen. Sonst kommen wir hier kein Stück weiter. Was die Publizistik betrifft, sollte man sich nicht scheuen, auch jetzt diese sozialen Spannungen in einen Zusammenhang zu bringen, nicht so ganz unmittelbar und nicht so ganz hart, mit der Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung. Die Stahlindustrie ist praktisch überwiegend ohne Ertrag, könnte also einfach gesagt null leisten bei 6 % Lebenshaltungskostensteigerung. Natürlich ist 6 % gar nichts und zwölf Monate eigentlich kaum zumutbar von der anderen Seite her gesehen. Also, dies ist eine Folge des Teufelskreises der Inflation. Das kann man gar nicht oft genug sagen. So bleibt aus dem Ökonomischen ein allerletzter, schwieriger Punkt, den wir Herrn Windelen und den Freunden in den Ländern sicherlich zum Konkretisieren in die Hände geben können, nämlich die Frage der Steuererhöhungen. Sie

---

18 Vgl. dazu GANTE S. 159–192, zur Diskussion Ende 1971 S. 141–146.

19 Im Juni und Juli 1971 kam es zu punktuellen Streiks in der chemischen Industrie. Nach der Urabstimmung am 15. November 1971 begann die IG Metall am 22. November 1971 den flächendeckenden Streik im Tarifgebiet Nordwürttemberg-Nordbaden zur Durchsetzung ihrer Tarifforderungen. Der Streik endete nach hartem Arbeitskampf am 10. Dezember 1971. Schlichter in Nordwürttemberg-Nordbaden war Hermann Veit (SPD), in Nordrhein-Westfalen Hans Katzer. Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 22. November 1971 „Streik in der Metallindustrie“; FAZ vom 27. November 1971 „Bitterer Arbeitskampf“; FAZ vom 11. Dezember 1971 „Einigung in der Metallindustrie“; „Die Zeit“ vom 17. Dezember 1971 „So teuer war der Arbeitskampf“. Vgl. auch Walther MÜLLER-JENTSCH: Der Arbeitskampf in der Metallindustrie. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 23. Jg. (1972) S. 324–333.



wissen, daß die Bundestagsfraktion die Steuererhöhung ablehnen wird, weil die Voraussetzungen nicht erfüllt worden sind im Gesamtprogramm zur Stabilität usw. Sie kennen unsere Einlassung, ich will sie nicht wiederholen. Wir haben sie in diesem Vorstand neulich auch besprochen. Ich weiß, daß unsere Länder da in einer anderen Schwierigkeit sind. Aber im Grunde helfen wir ihnen durch diese Haltung doch ein ganzes Stückchen in dem gemeinsamen Ziel, einen größeren Anteil für die Länder aus dem Gesamtkuchen zu erhalten. Ich sehe, daß Herr Filbinger wenigstens mit einem Auge zunickt. Mit dem anderen nicht so ganz. So ungefähr habe ich mir auch die Reaktion vorgestellt. Aber dies ist nicht anders zu machen. Wir sollten hier nicht so furchtbar traurig werden, wenn die Bundestagsfraktion politisch ein klares Nein sagt und unsere Länder nachher, weil ihnen halt die Kommunen vor der Tür stehen, ein bißchen mehr Verständnis vielleicht für die Mineralölsteuer zeigen, als wir dies von hier aus machen können.

Letzter Punkt: Wir haben in der Bundestagsfraktion die so wichtige Debatte über Radikalismus ein wenig angehalten.<sup>20</sup> Nicht, weil wir das Thema nicht führen wollen, sondern weil wir uns draußen im Lande und auch unter uns folgender Argumentation gegenüber sehen: Nämlich der Argumentation, Ihr schreit da so und Ihr habt auch ganz recht. Aber: In Hamburg ist Herr Ruhnau, der gesagt hat: „In den öffentlichen Dienst keiner von der DKP.“<sup>21</sup> Was ist in Bayern? Oder ich schimpfe über den Spartakus.<sup>22</sup> In Köln ist dafür Herr Kühn zuständig, in Mainz Herr Kohl und in Kiel Herr Stoltenberg. Das heißt, wir müssen, bevor wir die Radikalismusdebatte auf der breiten bundespolitischen Front führen, uns hier verständigen, daß wir nicht ausufern, sondern genau den Punkt finden, auf den wir zielen. Da müssen wir auch mal ein offenes Wort sagen zur Frage der DKP. Wollen wir die verbieten? Wir sind Opposition. Können wir die verbieten? Mit anderen Worten: Das Thema Radikalismus ist nur dann glaubhaft, wenn jeder Punkt von uns im Bund und in den Ländern, ob in der Regierung oder in der Opposition, gleich beantwortet wird. Sonst wird es ein Rohrkrepiere. Wir haben nur nicht allzu viel Zeit, weil die Öffentlichkeit schon sagt: „Ihr hattet so schön angefangen mit dem Thema, wo bleibt Ihr nun in der Fortsetzung?“ Das ist also, glaube ich,

---

20 Nach der Kleinen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion betr. Rechts- und Linksradikalismus vom 28. Juni 1971 (BT-Drs. VI/2384) und der Antwort des Bundesinnenministers vom 17. September 1971 (BT-Drs. VI/2576) wurde keine weitere Initiative unternommen. Vgl. auch Nr. 21 Anm. 7.

21 Regelung des Hamburger Senats vom 23. November 1971. – Heinz Ruhnau (geb. 1929), Elektromaschinenbauer; 1949 SPD, 1952–1954 Studium an der Akademie für Politik und Wirtschaft Hamburg, 1961–1974 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, 1966–1974 stv. Vorsitzender der SPD Hamburg, 1965–1973 Senator für Inneres Hamburg, 1974–1982 Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, 1982–1990 Vorstandsvorsitzender der Lufthansa, 1996–2003 Aufsichtsratsvorsitzender der Mitteldeutschen Flughafen AG. – Vgl. „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ vom 30. November 1971 „Macht das Hamburger Beispiel Schule“ sowie Anm. 38.

22 Der Marxistische Studentenbund (MSB) Spartakus, der aus einer Splittergruppe des SDS hervorgegangen war, existierte von 1971 bis 1990 und stand der DKP nahe.

ein wichtigeres politisches Thema. Soweit mein Bericht zur Lage. Er steht zur Diskussion und vor allen Dingen zur Kritik offen.

*Kraske:* Herr Vorsitzender, ich habe eine eher technische Frage für den Ablauf: Da ich immer, wo ich anderer Meinung bin als Sie, lieber in Ihrer Gegenwart diskutiere, möchte ich schon jetzt anmerken, daß ich es nicht für gut halte, eine Stellungnahme zum § 218 heute hier in diesem Kreise zu belassen, denn die Öffentlichkeit weiß, daß wir darüber reden. Die Öffentlichkeit weiß, daß sich unsere eigene Frauenvereinigung dazu bereits öffentlich geäußert hat<sup>23</sup>, und deswegen wird man uns in jedem Falle fragen: „Wie steht Ihr dazu?“ Ich würde also gerne in Ihrer Gegenwart noch mindestens über diese Verfahrensfrage nachher sprechen, ohne daß das jetzt etwa am Anfang behandelt werden muß.

*Barzel:* Sie würden auch votieren und glauben, daß der Gleichklang schon erreicht ist auf dem Diskussionsstand? Nein. Es kann einer die Führung haben, nur muß er nachher nicht hängen bleiben. Also ganz deutlich gesagt: Ich habe nichts dagegen, daß der Parteivorstand der CDU hier die Führung übernimmt und sagt, so wird es gemacht. Nur in so einer Frage darf er dann nicht vorpreschen, und die Fraktion läßt ihn in irgendeiner wichtigen Frage hängen. Deshalb frage ich, ob der Diskussionsstand weit genug ist. Wir sollten hier vorangehen, weil darin mein Verständnis zwischen Partei und Fraktion zum Ausdruck kommt.

*Dregger:* Ich würde mich dazu nicht äußern, wenn der § 218 zuerst diskutiert werden soll.

*Barzel:* Der steht nachher auf der Tagesordnung.

*Kraske:* Nur die Frage der Veröffentlichung wollte ich nicht in Ihrer Abwesenheit diskutieren.

*Barzel:* Also, dann wollen wir zur Verfahrensfrage § 218 jetzt zunächst diskutieren? (*Diskussion über das Verfahren.*) Darf ich dann § 218 zurückstellen und fragen, weil das für die Verlautbarung wichtig ist, ob es in der Frage der außenpolitischen, hier ostpolitischen Darstellung einschließlich der europapolitischen Komplikationen Schwierigkeiten unter uns gibt?

*Filbinger:* Ich möchte ganz kurz von dem Angebot des Herrn Vorsitzenden Gebrauch machen. Einerseits machen wir wohl alle die Erfahrung, wenn wir über Ostpolitik sprechen und argumentieren, daß es nicht allzu schwer ist, das Publikum für uns zu gewinnen, mindestens, daß Gegenargumente gegen unsere gute Argumentation hier nicht durchdringen. Solche Erfahrungen habe ich neuerdings mehrfach gemacht und Sie sicher auch. Auf der anderen Seite ist unverkennbar, daß die übergroße Mehrzahl der Bevölkerung dazu neigt, die Verträge hinzunehmen. Und dann ist da die Mentalität des deutschen Konsumbürgers, der im Konsum fortfahren möchte, und dem in

---

23 Die Frauenvereinigung billigte auf ihrer 7. Delegiertentagung vom 26. bis 28. Februar 1971 in Lübeck-Travemünde eine Entschließung der FU Nord-Württemberg. Diese sprach sich vehement gegen eine Lockerung des § 218 aus (Unterlagen in ACDP Dokumentation 2/201/34–1). Vgl. auch die Dokumentation der CDU-Bundesgeschäftsstelle „über den Stand der Diskussion um die Reform des § 218 StGB – Abtreibung“ vom September 1971 (ACDP Dokumentation 0/068/33–7).

diesen schwierigen Fragen dieser Streit einfach lästig ist, wenn ihm Entspannung und Frieden angeboten werden. Das ist schwer zu bekämpfen. Nun ist die Frage, kann es uns gelingen, durch Aufklärung die Stimmung vielleicht doch umzudrehen? Denn dann müßte sich die CDU sehr stark anstrengen, dann müßten sie vor allem eine ganze Strategie und Taktik entwerfen, wie das im einzelnen und dann von der Bundestagsfraktion und von der CDU des Bundes ausgetragen werden müßte.

Andererseits ist klar, 1972 finden bis auf Baden-Württemberg keine Wahlen statt. Wenn die Ostpolitik nicht das beherrschende Motiv des Wahlkampfes würde, dann würde das günstiger sein für die CDU. Nehmen wir das Thema aber auf breiter Front auf, dann tun wir möglicherweise etwas, was gerade die Dinge anheizt. Die größere Gefahr für die CDU sehe ich darin, daß sie in der Ostfrage nicht gerüstet ist im Argumentieren und die eigenen Leute in Verlegenheit kommen, wenn sie in den Versammlungen gestellt werden. Ich meine, wir sollten das Thema anpacken und dann aber so, daß die Sache sitzt mit unseren Argumenten in der Bevölkerung. Es ist, wenn ich mich recht entsinne, von der CDU-Bundestagsfraktion die ostpolitische Debatte, Große Anfrage, zunächst aus den naheliegenden Gründen zurückgestellt worden, bis in den Januar. Denn wenn im Januar die Diskussion im Bundestag ist, ist das natürlich ein sehr breites Forum. Anfang Januar ist natürlich recht spät. Wenn ich auf den 23. April, auf die Wahlen in Baden-Württemberg sehe, dann frage ich mich, ob es möglich ist, in dieser kurzen Zeit Publizität in unserem Sinne zu erzeugen. Die Mehrheit der Bevölkerung ist in einer trägen Gesinnung, die sich nicht auseinandersetzt mit dieser Lebensfrage. Das also ist die ganze Komplexität. Ich habe schon angedeutet, wie es richtiger wäre zu entscheiden. Ich meine, es wäre richtiger, sich zu stellen, Entscheidungen frühzeitig bekannt zu machen, was nicht bedeutet, daß wir in der ersten Lesung im Bundesrat bereits eine Abstimmung durchführen. Selbstverständlich wird man nicht so töricht sein, es von uns aus das, was gar nicht üblich ist zu tun, schon zu einer Entscheidung kommen zu lassen. Das Passierenlassen ist in der Regel in der ersten Märzhälfte und das würde durchaus auch nahelegen, wenn wir was tun. Lieber eine starke Haltung der CDU als ein halbes Verschweigen, bei dem man dann auch diejenigen anspricht, die fest entschlossen sind, an unserer Seite zu kämpfen.

*Barzel:* Ich möchte, bevor ich Herrn Kohl das Wort gebe, zwei Sachen nur zum Fahrplan sagen. Was uns selbst betrifft, Herr Kollege Filbinger, so habe ich vorsorglich für nächste Woche Freitag 9.00 Uhr die Bundestagsfraktion eingeladen. Ich werde Donnerstag bei normalem Ablauf zurückkommen. Wenn die Reise verläuft, wie ich sie mir vorstelle, nämlich in unserem Sinne ergebnislos, dann werde ich das in meinem Bericht sagen, und ich bin sicher, daß die Bundestagsfraktion diesen Bericht billigen wird und daß damit praktisch die Entscheidung anfängt zu fallen, das ist die erste Etappe. Zweitens wird es der Regierung nicht gelingen, vor Eurer Wahl die Sache durch den Bundestag zu bringen. Ein Blick in den Terminkalender: Nehmen wir mal das Negativste an, die rufen mit verkürzter Frist den Bundesrat vor dem 11. Februar zusammen, und die Sache erreichte noch Ende Januar den Bundestag, die schaffen es ja gar nicht. Dann geht das an drei Ausschüsse, in denen wir den Vorsitz haben. Das heißt, bei normaler Beratung ist eine Schlußentscheidung in dritter Lesung in der letz-

ten Juni-, ersten Juliwoche möglich, wenn wir nicht verzögern wollen. Die Regierung wird natürlich dann im Sommer mit dem Druck der Olympiade arbeiten. Also das zweite ist, glaube ich, nicht zu erreichen.

*Kohl:* Ich will mit den Verträgen anfangen. Ich glaube, wir können heute einigermaßen gesichert davon ausgehen – und es gibt überhaupt kein Indiz, daß die Meinung der Regierung geändert ist –, daß die Sache am 11. Februar beginnt mit dem Bundesrat. Und natürlich entspricht es der Tradition des Bundesrats, und wir sollten uns aus guten Gründen daran halten, daß an diesem Tag nicht votiert wird. Votiert meine ich jetzt im Sinne einer rechtlich sich vollziehenden Abstimmung. (*Zwischenruf:* Hat's das schon mal gegeben? Ich meine, daß wir votiert haben im ersten Durchgang?) Das gab es nicht bei Verträgen. In Sachfragen gab es das natürlich schon. Hier, und das will ich gleich hinzu sagen, ist natürlich völlig unmöglich, daß der eine oder andere dort im Bundesrat sitzt, wie beispielsweise ich, und dann nichts dazu sagt. Man muß hier sehr präzise Äußerungen vortragen, und damit sind wir beim Kernproblem der ganzen Sache. Es ist nur eine Frage des Kalenders, wann sie es beginnen. Aber wenn wir nicht formal votieren, müssen wir eine Reihe von Hausaufgaben an die Ausschüsse des Bundesrats geben und über den Bundesrat Aufforderungen in den Bundestag hineingehen lassen. Das ist immer so die Spielregel gewesen, und das muß auch in diesem konkreten Fall so sein. Das heißt also, das Spiel im amtlichen Bereich wird eröffnet in der Bundesratssitzung. Und das muß nach meiner Sicht von unserer Seite den Tenor und die Spielregeln der ganzen amtlichen Debatte vorgeben und festlegen. Denn ich bin mit dem Parteivorsitzenden und dem Kollegen Filbinger der Meinung, daß wir nicht damit rechnen können, daß bis zum 24. April das abgeschlossen ist. Aber das wollen die auch gar nicht. Die Willensrichtung von der SPD ist ja ganz klar in dieser Frage, das habe ich jetzt wieder in einem Gespräch mit Ehmke erfahren, die wollen ja den Wahlkampf als Entlastungsoffensive, gerade in Baden-Württemberg. Sie brauchen dieses Thema, und sie werden es auch voll ausnutzen.

Damit sind wir gleich bei der zentralen Frage der Einlassung der CDU/CSU. Ich bin der Auffassung, die ich in diesem Zusammenhang immer geäußert habe, nach Lage der Dinge – wir brauchen uns hier uns nichts vorzumachen – die Einsicht in die Protokolle ändert daran überhaupt nichts, weder so noch so, daß wir hier eine klare Entscheidung des Nein treffen müssen. Aber, und das muß im Bundesrat bereits deutlich werden: Dieses Nein muß auf eine sehr differenzierte, argumentierende Art begründet und vorgetragen werden. Wir können nicht ein Nein wegen Landesverrat und was weiß ich alles hier vorbringen, denn wir geraten in der Gesamtpolitik zwar dann vielleicht an ein paar Leute, die uns mehr wählen, aber das sind vielleicht Leute, weil es gerade in der Branche nichts Attraktives gibt. Aber wir stoßen einen Haufen Leute ab, die uns bisher gewählt haben, und wir müssen natürlich in die Landschaft der Bundesrepublik hineingucken. Es gibt Äußerungen von Leuten, die nicht eo ipso als Linksradikale zu verteufeln sind wie beispielsweise der Bund der Deutschen Katholischen Jugend. Eine solche Organisation, die 20, 25 Jahre ex officio Nachwuchsorganisation auch der CDU Deutschland war, aus der viele von uns hervorgegangen sind. (*Windenlen:* Helmut Schmidt ist auch aus dem SDS hervorgegangen.) Ja nun, Wenn wir den

Bund der Deutschen Katholischen Jugend abschreiben, da brauchen Sie keinen Gedanken mehr daran zu verschwenden, daß wir in diesem Land niemals noch einmal eine Mehrheitspartei werden. Denn irgendwo müssen ja auch unsere Wähler sitzen. Deswegen meine ich, auch wenn wir in konkreten Fragen jetzt hier sehr dezidiert eine Meinung haben, auch wegen der Einheit, wie Herr Barzel richtig sagte, bei der Abstimmung, dann muß das eine argumentierende Politik sein. Ich finde, das ist auch möglich. Und man muß ganz sorgfältig auch operieren mit dem Moskauer Vertrag. Weil es ja möglicherweise ein Problem mit dem Warschauer Vertrag innerhalb der CDU/CSU geben kann. Nicht wegen des Textes des Vertrags, sondern wegen einer Frage, die in diesem Vertrag mit angesprochen ist, das ist das Problem der Oder-Neiße-Grenze. Das gibt eine Diskussion in der CDU bei Leuten, die absolut gegen den Vertrag sind, etwa wegen des Art. 3. Satz 4 des Moskauer Vertrages<sup>24</sup>, der sich im Warschauer Vertrag wiederfindet. Sie haben in der Frage der Oder-Neiße-Grenze eine sehr differenzierte Meinung. Unser Interesse muß sein, daß wir geschlossen hier votieren. Ich meine, wir müssen sorgfältig diesen Tag im Bundesrat vorbereiten, damit dieser Tag nicht später mit seiner präjudizierenden politischen Wirkung im Bundestag in irgendeinem Ausschuß uns dann entgegengehalten werden kann. Es darf kein Tag sein, an dem irgendwas schief läuft – auch in der Akzentuierung im Atmosphärischen. Das halte ich für ganz wichtig, zumal es der erste amtliche Auftritt sein wird des Bundeskanzlers. Das ist was anderes als die bisherigen Sachen, wo wir uns im Parteilager drüber haben unterhalten können. Das ist das erste.

Damit ist das zweite Generalthema, das wir in der Strategie bis 1973 sehen müssen, angeschnitten. Wir müssen uns hüten, daß es den Sozialdemokraten gelingt, was Konrad Adenauer in den 50er Jahren gegenüber der SPD gelungen ist. Die SPD hat er damals in eine Ecke hineinmanövriert. Bei den Wahlen 1953 und 1957 sieht man sie als dumpfe, nichts wissende Neinsager, die mangels Alternative eben dann nein sagten. Denken Sie an die Propaganda von Ollenhauer bei der Bundestagswahl 1953, die wirtschaftliche Lage ist schlecht. Deshalb sagen wir nein, weil wir jetzt zufällig nicht dran sind. Die ganze Strategie der SPD, Sie können es an Dutzenden von Punkten jede Woche merken, geht davon aus, die CDU nicht drankommen zu lassen. Das wird fort-dauernd gemacht, und je weniger es zutrifft, um so intensiver wird es eben betrieben. Dazu gehört auch der weite Sektor der Innenpolitik. Unser Auftreten war in den letzten Wochen auch nicht immer sehr glücklich. Wenn ich an diesen ganz erbarmungswürdigen Vorgang im Zusammenhang mit dem Mietengesetz<sup>25</sup> denke, dann haben Sie ja ein solches Beispiel. Wir sollten daraus jetzt nachkartend nicht schimpfen, sondern einfach für die Zukunft lernen.

---

24 Der entsprechende Passus lautet: „Sie betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.“ Text in BULLETIN Nr. 109 vom 17. August 1970 S. 1094, im Internet: <http://www.documentarchiv.de/brd/1970/moskauer-vertrag.html>.

25 Vgl. Nr. 19 Anm. 28.

Und dann hat der Parteivorsitzende mit Recht drei Punkte gebracht, über die wir uns unterhalten müssen. Das ist das Thema, wie verhalten wir uns, ich will es mal hochtrabend ausdrücken, in dem Bereich, der die Autorität und das Durchsetzungsvermögen des Staates etwa gegen radikale Gruppen, seien sie von rechts oder seien sie von links, angeht. Wir haben vereinbart, daß die Bundesregierung eine letzte Frist hat, die ist Ende Januar. In der Tendenz von radikalen Gruppen liegt, den langen Marsch durch die Institutionen anzutreten. Herr Genscher hat in der vorletzten Woche auf der Innenministerkonferenz einen Beschluß verhindert, zu dem die Mehrheit der SPD samt Innenministerkollegen bereit waren, daß hier ein klares Votum abgegeben wird, was der Staat zu tun hat, wenn solche als Beamte eingestellt werden wollen. Genscher hat das ohne Zweifel vor dem Hintergrund der deutsch-sowjetischen, der innerdeutschen Gespräche getan. Wir müssen jetzt drauf drängen, und wir werden das auf der Länderebene tun, daß bis Ende Januar die Sache klar wird, denn der Verfall der Staatsautorität, der sich hier jetzt entwickelt, ist nicht zu übersehen, zumal wir uns leider in eine Lage dabei begeben, wo wir in ganz unangenehme Nachbarschaft geraten. Nicht jeder, der in diesem Staat „law and order“ brüllt, ist ja unser natürlicher Bundesgenosse in dieser Diskussion. Denn da sind ja eine ganze Menge Leute dabei, die haben uns noch nie gewählt. Wir sind zwar froh um jede Stimme, aber wenn das in diesem Geiste natürlich irgendwo mal CDU-Kreisverbände würden, wird es ein Problem. Das gleiche gilt natürlich auch für die CSU. Und weil das so ist, müssen wir auch in dieser Frage im Januar zu einer Klärung kommen, zumal, und das füge ich gleich hinzu, ich nicht weiß, ob sich jeder hier hinreichend mit dem Thema beschäftigt hat. Die Lage hat sich in einigen Bereichen so zugespitzt ohne öffentliches Aufsehen, daß es ganz schlimm und unerträglich geworden ist.

Wir können heute noch zurücksehen auf den SDS, der alles andere als eine Organisation war oder eine Zusammenballung von Leuten, die man politisch noch angehen konnte. Mit dem Spartakus ist das eine ganz andere Sache, hier haben wir eine ausgesprochen politische Kaderorganisation mit harten Weisungssträngen, mit allem was dazugehört. Wenn wir mal zusammenstellen, an welchen Studentenparlamenten die DKP in der Bundesrepublik dran ist, dann sehen Sie, die Bilanz ist einfach verheerend. Und es wird noch schlimmer, weil nämlich nicht die Studentenparlamente das Schlimme sind, sondern das Schlimme ist, daß in vielen deutschen Universitäten über die Studentenparlamente die Mehrheit bei den Stipendiatenkommissionen in der Hand der DKP liegt. Da liegt die Ursache des Übels für morgen und übermorgen. Es gibt eine Reihe von Fakultäten in der Bundesrepublik, in der heute ein gemäßigter Student keinerlei Chance mehr hat, ein Stipendium zu bekommen, etwa ein Promotionsstipendium, und die Studenten sind nicht anders als die, die sie mal erzeugt haben, sie sind auch Opportunisten dort, wenn es darum geht, einen Abschluß zu kriegen, eine Studienunterstützung. Es gibt eine ganze Reihe von Leuten, die heute so etwas unterstützen, nur weil sie, wenn sie früher dem Doktorvater alter Prägung nachgelaufen sind, jetzt dem Stipendium neuer Prägung nachlaufen. Und das müssen wir in unserer Rechnung berücksichtigen und nicht über „law and order“ reden, sondern die Autorität des Staates durchsetzen. Und zwar ohne viel drum rum zu reden.

Hier gibt es noch ein Unterkapitel, und das ist das Verhalten des Staates gegenüber dieser Baader-Meinhof-Gruppe.<sup>26</sup> Es ist erfreulich, daß über diese Geschichte in der Öffentlichkeit wirklich Zuverlässiges stand. Nur die Tatsache, daß sich hier das ganze Instrument des Staates – und ich bringe diesen Punkt, weil er mir elementare Bedeutung zu haben scheint – als nahezu wirkungslos erweist, wenn wir feststellen, daß hier eine Gruppe von 20, 25 Leuten, um den harten Kern zu nehmen, über Informationen, über technische Ausrüstung verfügt, wie viele Polizeidirektionen in der Bundesrepublik nicht. Das letzte sage ich mit vollem Ernst. Diese Gruppe wird von einer breiten Schicht, die man früher eine bürgerliche Schicht nannte, von ihrem soziologischen Querschnitt, nicht nur unterstützt, sondern verborgen und getragen. Es passiert, wie jetzt in den letzten 48 Stunden, daß da einer gefaßt wird, und – weil wir immer noch diesen neuen Wiederholungstatbestand im Gesetz haben – wieder freigesetzt wird, weil er eben einen festen Wohnsitz hat.<sup>27</sup> Um ein sehr konkretes Beispiel, das nicht weit von hier passiert ist, zu erwähnen. Das alles ist natürlich für jene Leute Wasser auf die Mühlen im Jahre 1973, die dann sagen, dieser Staat muß anders regiert werden. Und die werden uns auf der anderen Seite Wasser abgraben bei der Wählerschaft, und das muß gesehen werden. Wir müssen, glaube ich, an diesem Punkte sehr vorsichtig vorgehen, aber wir müssen jetzt vorgehen und können nicht warten. Ich bin der Meinung, das sind Fragen, wo wir bis zum Frühjahr uns durchsetzen müssen, das ist auch ein Punkt, wo der Bundesrat ganz legitim etwas tun kann, weil nämlich die Länder, von der Polizei angefangen, hier Autorität haben müssen und in der Tat Autorität haben.

In dem Punkt liegt natürlich auch psychologisch die Diskussion um den § 218. Ich weiß nicht, ob Sie verfolgt haben, wie die öffentliche Meinung hier förmlich verfallen ist und gegen uns wirkt. Nehmen Sie die Zuwachsraten in den Demoskopien für die, die die Dreimonatsregelung haben wollen<sup>28</sup>, die ja de facto eine Abschaffung ist, denn

---

26 Andreas Baader (1943–1977), 1968 Beteiligung an Brandanschlägen auf Frankfurter Kaufhäuser, nach der Verurteilung 1969 zu drei Jahren Haft Untertauchen in die Illegalität, 1970 Festnahme und anschließende gewaltsame Befreiung, 1972 erneute Festnahme, 1977 Verurteilung zu lebenslanger Haft, 18. Oktober 1977 Selbstmord in der JVA Stuttgart-Stammheim. Vgl. Klaus STERN/Jörg HERRMANN: Andreas Baader. Das Leben eines Staatsfeindes. München 2007. – Ulrike Meinhof (1934–1977), Journalistin; 1970 Gründungsmitglied der Terrororganisation Rote Armee Fraktion, Beteiligung an Sprengstoffanschlägen, 1972 Verhaftung, am 8. Mai 1976 Selbstmord in der JVA Stuttgart. Vgl. Jutta DITFURTH: Ulrike Meinhof. Die Biographie. Berlin 2007. – Als Gründungsdatum der „Rote Armee Fraktion“ (RAF), zu der neben Baader und Meinhof Gudrun Ensslin, Holger Meins und Jan Carl Raspe zählten, gilt der Tag der Baader-Befreiung am 14. Mai 1970. Vgl. Stefan AUST: Der Baader-Meinhof-Komplex. Erw. und aktual. Ausgabe Hamburg 2005.

27 Das mutmaßliche RAF-Mitglied Marianne Herzog wurde in Köln verhaftet, vgl. „Die Welt“ vom 4. Dezember 1971 „Mitglied der Meinhof-Bande in Köln verhaftet?“.

28 Nach einer Repräsentativerhebung von Infratest sprachen sich Mitte 1971 58 % für und 31 % gegen eine Dreimonatsfrist aus (68 % der SPD-Wähler, 71 % der FDP-Wähler und 49 % der CDU/CSU-Wähler; 40 % der CDU/CSU-Wähler votierten dagegen). Weitere Umfrageergebnisse in „Stuttgarter Zeitung“ vom 29. Juli 1971 „Klares Votum für Dreimonatsfrist“. Vgl. auch EMNID Informationen Nr. 7/8 vom Juli/August 1971; Allensbacher Berichte Nr. 15/1971.

die Dreimonatsregelung führt ja in der Konsequenz auf eine Abschaffung hinaus. Wir müssen damit rechnen, daß die FDP diese Sache sehr klar spielt. Wir werden uns hier in einer interessanten Großen Koalition wiederfinden, weil aus sehr verschiedenen Gründen die beiden großen Parteien zum gleichen Ergebnis in der Mehrheit kommen werden. Es gibt ja auch schon die ersten tastenden Versuche auf der Länderebene, diese Sache so zu bereinigen.

Ich bin mit den Kollegen der Meinung, daß wir heute etwas sagen müssen. Ob das Papier hier, damit sage ich jetzt nichts Böses gegenüber denen, die das gemacht haben, der Weisheit Schluß ist, ist die Frage. Ich würde zum mindesten versuchen zu empfehlen, daß das journalistisch überarbeitet wird, denn der letzte Abschnitt beispielsweise, wonach dem Gremium mindestens eine Frau angehören muß, ist ein alter Unsinn aus der CDU-Satzung. Aber wenn es hier um eine solche Kommission geht, können von mir aus alles Frauen sein, die darüber entscheiden. (*Zwischenruf*: Nein, nein, nein. – *Diskussion und Unruhe*.) Das kann so meines Erachtens nicht bleiben. Ich würde es etwas allgemeiner und nicht so apodiktisch formulieren. Wir geben einen Meinungsstand wieder, keine abschließende Meinung. Wenn wir einen Meinungsstand wiedergeben, also einen Status des jetzigen Diskussionsstandes in der Partei, bin ich der Auffassung, kann das raus vom Inhalt her. Wenn es aber überarbeitet wird, sieht es so aus, als würden hier schon Gesetzesvorlagen gemacht, da hätte ich bei einigen Formulierungen entschiedene Bedenken. Wenn man das Ganze zusammenfaßt und etwas komprimiert, glaube ich, kann man das als Diskussionsstand rausgeben.

Und dann ein letztes. Ich habe den Eindruck, Herr Parteivorsitzender, es ist auch für etwas anderes hohe Zeit, etwas zu tun. Vielleicht kann Hans Filbinger, der ja gestern Augen- und Ohrenzeuge war, dazu was sagen. Ich habe es nur im Fernsehen gesehen. Ich bin der Meinung, wir sollten nach der heutigen Sitzung die nächste Gelegenheit eines Treffens zwischen Ihnen und dem Bundespräsidenten zum Anlaß nehmen, dem Herren Bundespräsidenten zu sagen, wenn er noch einmal derartige Ausführungen macht wie die gestrige, muß das zum Eklat führen. Der Gustav Heinemann führt sich manchmal ganz unmöglich auf. Gestern hat er die Präsidenten aus- und eingeführt beim Bundesverfassungsgericht. Hans Filbinger kann es ja als Ohrenzeuge berichten. Was man im Theater die Gästebeschimpfung nennt, ist ja heute auch bei so einer Gelegenheit üblich. Er hat jetzt die Parteien und Akteure beschimpft<sup>29</sup>, nicht ohne Grund, wenn wir ehrlich sind, über den Vorgang der letzten Monate. Ich bin der Meinung, das kann man einstecken (*Barzel*: Haben wir das verdient?), obwohl er natürlich nicht unschuldig ist an dieser Entwicklung. Denn das könnte man auch öffentlich belegen. Hätte er sich in die Sachen nicht eingemischt, wäre es für die Sozialdemokraten an ein paar Punkten leichter gewesen, aber dafür ist er Staatsoberhaupt, und das gehört zu seinen Bereichen.

---

29 Druck der Ansprache Heinemanns in BULLETIN Nr. 182 vom 10. Dezember 1971 S. 1943–1946. Vgl. auch FAZ vom 9. Dezember 1971 „Gebhard Müller warnt vor Trend zum Gefälligkeitsstaat“; „Frankfurter Neue Presse“ vom 9. Dezember 1971 „Richterwahl von Politik nicht frei“.



Aber daß er nun den Adenauer ausgegraben hat, dem Gebhard Müller gesagt hat, daß er ja auch schon 1951 hätte Bundesverfassungsgerichtspräsident werden können, wenn der Adenauer gewollt hätte, fand ich ziemlich unmöglich und absolut taktlos. (*Unruhe.*) Ich habe nicht alles gehört. Ich finde, wir sollten ihm das jetzt sagen, weil diese Takt- und Geschmacklosigkeiten zunehmen und sich immer nur gegen uns richten. Wenn er sagen würde, auch Sozialdemokraten sind doof, wäre es ja ein bißchen ein ehrlicher Ausgleich. Aber es sind immer nur wir. Deshalb, sollten wir ihm sagen, daß irgendwann der Punkt gekommen ist, wo der natürliche Anstand ein Ende hat gegenüber dem Staatsoberhaupt. Denn was kann man eigentlich machen, wenn man dabeisitzt, das habe ich mich gestern abend am Fernsehgerät gefragt, wenn er sich so unmöglich aufführt. Man kann das doch auf die Dauer nicht hinnehmen, wie es die meisten von uns, die eine Amtsfunktion haben, fortdauernd erleben, daß in einer solchen Parteilichkeit vorgegangen wird. Das ist keine sehr wichtige Frage. Aber für die Selbstdarstellung der CDU ist es eine wichtige Frage, was wir uns gefallenlassen und was nicht. Und deswegen bringe ich den Punkt hier beiläufig noch zu Ausdruck.

*Barzel:* Vielen herzlichen Dank. Darf ich in der Reihenfolge fortfahren.

*Dregger:* Ich möchte zunächst Herrn Filbinger zustimmen, das Thema ist nicht zu umgehen im Wahlkampf, auch wenn wir es versuchten. Die Gegner werden es uns aufzwingen. Es ist völlig richtig, wir müssen eine klare Position einnehmen. Die Argumentation muß differenziert sein. Die kann nur eindeutig sein. Wenn wir nicht eine ganz eindeutige Position einnehmen würden, würden wir mit Sicherheit die Leute, das sind vielleicht 10 %, die leidenschaftlich dagegen sind, verlieren an die NPD und damit könnte die Union eine Koalition nicht mehr bilden. Wir wären nicht mehr koalitionsfähig, und dann würden SPD und FDP gemeinsam sicherlich die Mehrheit erhalten.

Das zweite: Ich möchte dem Herrn Vorsitzenden danken für seinen Bericht. Ich glaube, daß er die Grundlage bildet für diese klare Position und für das, was ferner notwendig ist, eine gemeinsame Sprache. Es darf nicht unterschiedlich argumentiert werden von uns. Ich glaube nach der Moskaureise, die jetzt stattfindet, ist der Zeitpunkt gekommen, wo diese gemeinsame Sprache auf der Grundlage dieses Berichts gefunden werden könnte.

Als letztes: Warschau ist eben ausgeklammert worden. Dafür gibt es sicherlich Gründe. Die Frage ist nur, können wir im Verfahren, das jetzt vor dem Bundesrat beginnt, differenzieren zwischen den beiden Verträgen. Die Dinge hängen ja zusammen. In meinen Augen beruht der Warschauer Vertrag auf dem Moskauer Vertrag. Und unsere klare Position wäre nicht gegeben, wenn die Bundestagsfraktion in dieser Frage nicht die gleiche Haltung einnehmen würde wie im Moskauer Vertrag. Dann würde das Ganze höchst zweifelhaft. Ich möchte doch sehr darum bitten, darauf hinzuwirken, dasselbe zu erreichen, was nach einigen Mühen im Moskauer Vertrag gelungen ist. Ich wäre dankbar, wenn dazu auch etwas gesagt werden könnte.

*Barzel:* Darf ich zu dem letzten Punkt, bevor ich das Wort gebe, gleich etwas sagen, weil ich glaube, wir sollten das heute nicht vertiefen. Ich habe den Eindruck, daß auf der Basis des am 4. Dezember von Hans Katzer voriges Jahr herbeigeführten Be-

schlusses alleine eine Einstimmigkeit im Polen-Vertrag nicht zu erzielen ist. Ich habe auf der anderen Seite den Eindruck, daß, wenn man das im Ohr hat, was Helmut Kohl vorher gesagt hat, sehr wohl ein einstimmiges Nein in der Schlußabstimmung zu erzielen ist, wenn man entweder für alle neu argumentiert oder wenigstens für eine Gruppe eine Argumentation des Nein freiläßt. Es ist aber so kompliziert, daß ich es heute nicht einführen wollte, das hängt ja alles ab von dem Obervertrag, den wir uns erst mal ansehen wollen. Aber es ist sehr wichtig, und ich stimme völlig zu, daß natürlich für die wahlberechtigte Mitbürgerschaft der Polen-Vertrag im Wahlverhalten noch entscheidender ist als der andere, weil der greifbarer ist für viele als der Moskauer.

*Kiesinger:* Eine kurze Bemerkung zunächst zu dem, was Herr Kohl von Herrn Heinemann gesagt hat. Es ist der Gipfel der Geschmacklosigkeit. So viel Objektivität hätte ich von dem Mann erwartet, daß er immerhin zugibt, daß wir, die CDU, es waren, die das Wahlverfahren mit Zweidrittelmehrheit durchgesetzt haben. Die Älteren werden sich erinnern, daß ich damals meinem Verstand und meinem Gewissen folgend mich gegen die Bestrebungen in der CDU-Fraktion wandte, eine Wahl der Richter durch einfache Mehrheit durchzusetzen, weil ich sagte, damit ist der Gewählte von vornherein (*Barzel:* Nichts wert) so einseitig parteipolitisch abgestempelt, daß er unmöglich Autorität haben kann. Ich war erstaunt über die Reaktionen eines großen Teils meiner Fraktion damals, aber immerhin der größte Teil der Fraktion ist mitgegangen. Und die Älteren können sich erinnern, daß es zu dieser Entscheidung gekommen ist. Natürlich bedeutete die Zweidrittelmehrheit bei der Wahl der Richter eine Erschwerung. Denn die Zweidrittelmehrheit läßt sich nicht leicht erreichen. Daß das nebenbei heute für die CDU ganz angenehm ist, erwähne ich nur am Rande. Aber dies wäre die Pflicht gewesen, wenn er schon dieses Thema anspricht. (*Barzel:* Sehr wichtig!). Wir hätten es sehr leicht gehabt damals, mit einfacher Mehrheit das zu machen.

Zu einem Punkt der Ostpolitik, der Art, wie wir Stellung beziehen. Wir müssen ja immer unterscheiden, zu wem wir sprechen in dieser Frage. Ich denke jetzt an den Wahlkampf in Baden-Württemberg. Das ist die nächste Schlacht; was wir im Jahre 1973 werden sagen können und müssen, das kann ja kein Mensch heute schon voraussagen. Aber wir müssen uns klar sein, was wir sagen können, sollen, müssen. Nun ist es doch eine uns allen bekannte Tatsache, daß der weitaus größte Teil der Anwesenden eben Mitglieder der CDU sind, unter die sich ein verhältnismäßig kleiner Prozentsatz Neugieriger mischt, und dann diejenigen, die in der Diskussion, Sozialisten und so weiter, das Wort ergreifen. Nun ist eine Aufgabe von uns ganz sicher die, daß wir unsere eigenen Leute, damit denke ich nur etwa an die Heimatvertriebenen, in dieser Sache festigen, in ihren Überzeugungen, durch gute Argumente, etwa durch die, die Herr Barzel uns hier vorgetragen hat. Wenn ich in den neuesten demoskopischen Umfragen, wir mußten ja erwarten, daß sich jetzt ein Umschlag zugunsten der Regierung zeigen würde, lese, daß das Urteil „sehr gut“ und „gut“ für diese Regierung von 31 % der CDU/CSU-Wähler geteilt wird, denn das ist ein Sprung.<sup>30</sup> Wir wissen, was wir davon zu halten

---

30 EMNID-Untersuchung über den Zeitraum 18. Oktober bis 19. November 1971 (nach „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 8. Dezember 1971).

haben, aber immerhin die Tendenz ist klar, von 19 % das letzte Mal auf 31 % jetzt. Dann ist das zweifellos eine Auswirkung der jüngsten Entwicklung. Wenn unsere eigenen Parteihänger in dieser Frage nicht mehr sicher sind, dann ist unserer allererste Sorge die, ihnen unsere Argumente zu sagen und zwar so konkret und so überzeugend, wie die Argumentation, die Herr Barzel vorgetragen hat. Hier bin ich mit Herrn Filbinger der Meinung, wir können dem Thema gar nicht ausweichen, selbst wenn wir es noch so klug einrichten wollen. Wir werden gestellt. Und dann halte ich es für besser, nicht etwa so vorzugehen, daß wir möglichst darüber hinweghuschen und nachher in Diskussionen Gelegenheit geben, durch geschickte Fragenstellungen zerstückelt zu werden. Das Entscheidende ist, daß wir die Frage der Rettung der Freiheit Europas vorne anstellen. Da ist dann auch die Frage des Selbstbestimmungsrechtes einzubetten. Wir haben z. B. bei unseren gemeinsamen Papieren, ich begehe sicherlich keinen Vertrauensbruch, wenn ich das sage, unsere bayerischen Freunde, unsere CSU-Freunde, davon überzeugt, daß man eben nicht anfängt wieder mit dem Mitbestimmungsrecht, sondern daß man das aufbaut über Europa. Wir gehen diesen Weg, wir, die wir die alte rein nationalstaatliche Konzeption hinter uns gelassen haben, und dann gehen wir ein auf das Selbstbestimmungsrecht. Das ist ganz was anderes, als wenn man es umgekehrt macht. Das ist also eine ganz, ganz wichtige Sache und gehört so erledigt. Dazu müßte man vielleicht nicht nur 31 %, sondern mehr haben. Denn wenn ich in dieser neuesten Umfrage lese, daß von den Selbständigen ebenfalls der Sprung von früher 38 % positiv auf nun 49 % positiv gestiegen ist, dann liegt das ganz bestimmt nicht an der guten Wirtschaftspolitik dieser Regierung, ich meine in dem Urteil über die Wirtschaftspolitik, sondern liegt ganz offenbar hier auf dem Gebiet der Außenpolitik, der Ostpolitik. Daher haben wir allen Grund, dieser Gefahr durch eine sehr solide Argumentation von uns prinzipiell entgegenzutreten, ohne daß wir damit diese zur grande querelle machen und in emotionaler Weise versuchen, die Leute aufzuputschen.

*Barzel:* Ich danke sehr herzlich.

*Von Weizsäcker:* In der Alternative zwischen Sprachlosigkeit einerseits und klarer Stellungnahme andererseits ist es selbstverständlich, daß wir eine klare Stellungnahme brauchen. Nur damit, daß wir eine klare Stellungnahme brauchen, ist noch keine Entscheidung darüber getroffen, was der Schwerpunkt im Wahlkampf sein wird.

Ich möchte nur dafür votieren, daß wir das Thema aufgreifen. Die Frage des Schwerpunktes müssen wir ausrichten nach den jeweiligen Erfordernissen, und die sind sowohl von einer Wahl zur anderen nicht immer dieselben, wie sie auch von einer Veranstaltung zur anderen nicht dieselben sind. Es gibt Veranstaltungen, wo es im wesentlichen darum geht, sich an die eigenen Parteifreunde zu wenden, und es geht in anderen Veranstaltungen darum, uns nur an ein Publikum zu wenden, das noch nicht zur Partei zählt. Die materialmäßige Vorbereitung ist ja im vollen Gange, durchaus auch für den ersten Durchgang im Bundesrat: Dazu gehört die rechtliche Argumentation, das schon lange vorliegende Material der Ostkommission unserer Fraktion<sup>31</sup>, drittens die Aus-

---

31 Diverse Ausarbeitungen der Ostkommission zu den Vertragsentwürfen in ACDP 01-356-301.

arbeitung des Parteivorsitzenden, die ja jetzt auch veröffentlicht ist<sup>32</sup>, und schließlich viertens die Kombination von Ihren Eindrücken aus Moskau, Herr Vorsitzender. Diese vier Sachen zusammen genommen werden ganz gewiß rechtzeitig vorliegen.

Nur ein Beispiel noch zu der Frage, wie sich Klarheit verbinden muß mit der Frage des Akzentes. Ich darf wirklich nochmal auf Berlin zurückkommen und auf die Ausführungen des Parteivorsitzenden. Ich selber habe den Eindruck gehabt, daß der gravierende Teil der Berlinvereinbarungen nicht so sehr der innerdeutsche Zusatz, sondern das alliierte Rahmenabkommen ist. Ich finde, daß man im alliierten Rahmenabkommen Elemente feststellen kann, die in mancher Hinsicht gravierender sind als der Moskauer Vertrag. Das will ich jetzt im einzelnen nicht ausführen. Nichtsdestoweniger liegt natürlich auch im innerdeutschen Abkommen einiges, wenn es unterzeichnet werden sollte, in der Unvergleichbarkeit der Behandlungen der Berliner wegen der unbefriedigenden Regelung des Mißbrauchs, obwohl die Mißbrauchsregelung für die DDR unangenehmer ist als für uns. Aber was ich vor allem meine, ist, daß sich in Berlin auf der Basis dieser ganzen Ereignisse eine wachsende Stimmung der Unsicherheit der Bevölkerung verbreitet hat. Und so gewiß wie wir unsere Meinung nicht verwerfen können, und ich stimme in dem Votum des Herrn Vorsitzenden zu, so müssen wir eben doch im Auge haben, daß wir durch die Lautstärke und durch die Art und Weise unseres Vortrages nicht unsererseits einen wesentlichen Beitrag zur Vermehrung dieser Unsicherheit leisten wollen, denn ein in Kraft getretenes Berlin-Abkommen können wir gar nicht ändern. Wir können nicht unsererseits die Verantwortung dafür übernehmen, daß gewisse Entscheidungen dazu führen, daß die Berliner, welche sich unsicher fühlen, aus Berlin wegziehen. Deswegen ist ein klares Votum nötig, aber gerade in bezug auf die Berlin-Regelung nicht besonders lautstark, auch deshalb nicht, weil unsere Argumentation zum Moskauer Vertrag aus sich selbst heraus schlüssig ist.

*Barzel:* Darf ich nur an dieser Stelle mich ganz kurz dazwischen drängen. Ich glaube es ist richtig, was Herr von Weizsäcker zu Berlin sagt. Es ist genauso richtig, daß wir aus gutem Grund bisher verzichtet haben, unsere Kritik an dem alliierten Rahmenabkommen an die Alliierten zu richten. Adressat unserer Kritik ist die Bundesregierung. Und deshalb können wir das bei dem innerdeutschen Teil noch einmal unterbringen. Dies ist auch deshalb wichtig, weil wir den Westmächten über ihre Botschafter erklärt haben, wir seien auch deshalb gegen ein Gegenjunktum, weil es dann im Bundestag auch eine Debatte über das gesamte Berlin-Abkommen geben würde und unsere Position des Aussparens von Kritik an den Westmächten nicht haltbar sei. Es ist so, daß es gestern abend bei dem vorbereitenden Gespräch der Drei Mächte mit der Bundesregierung vor der NATO-Ratssitzung<sup>33</sup> in dieser Frage nicht mal im Verfahren Einmütigkeit gegeben hat. Deshalb sollten wir das, wenn es geht, noch ein bißchen zurückhalten.

*Filbinger:* Meine Damen und Herren, ich möchte kurz noch etwas sagen, und zwar

---

32 Vgl. Anlage zum Brief Barzels an die Fraktion vom 18. November 1971 in ACDP 01–226–316.

33 Tagung des NATO-Ministerrates am 9./10. Dezember 1971 in Brüssel, zum Kommuniqué vgl. SICHERHEITSKONFERENZ IN EUROPA Dok. 179.

zur Beleuchtung dessen, was wir übereinstimmend zu unserer Haltung in den Ostverträgen vorhin ausgesprochen haben.

Ich möchte zurückkommen auf unsere Unterhaltung in den Kommissionen mit der CSU. Sie hat vorgeschlagen, das klare Nein zu den Ostverträgen in das Papier aufzunehmen. Wir haben großen Respekt vor diesem Bekenntnis der CSU gehabt. Trotzdem haben wir im Polen-Vertrag dieses nicht hineingeschrieben und zwar deshalb, weil es dafür Gründe gibt im Blick auf die Gewinnung von Schichten, auf deren Gewinnung wir einfach angewiesen sind bei den Wahlen in Baden-Württemberg 1972, nämlich die Mittelleute der FDP/DVP, die es uns wahrscheinlich nicht honorieren würden, wenn wir jetzt schon am Anfang der Debatte sagen würden: Nein, ich kann das. Sie werden uns eine differenzierte Argumentation mehr abnehmen. Wenn dann unser Nein kommt am Ende eines sehr eingehenden Prozesses der Erarbeitung und Prüfung, der Auswertung alles dessen, was auf den Tisch des Hauses gelegt wird mit dem Ergebnis: So geht es wirklich nicht, dann gewinnen wir zum mindesten Verständnis für die Ansicht der CDU. Und damit wäre sehr vieles für uns erreicht.

*Barzel:* Ja, dazu kann man an sich nur zustimmen.

*Lemke:* Wir dürfen nicht etwa wieder in eine Situation kommen, daß es heißt, wir sind unklar, wir wüßten nicht, was wir wollten. Ich meine, die Grenze ist sehr leicht zu überschreiten. Ich habe mich aber wegen einer anderen Sache gemeldet, die sich mehr im Taktischen bewegt. Wenn wir eine ganz klare Haltung haben, werden wir es sehr schwer haben, die Mehrheit davon zu überzeugen, aber ich halte es gar nicht für ausgeschlossen, daß es uns gelingt. Nur kurz zur taktischen Situation, die uns den Kampf besonders schwierig macht. Und das sind einfach die Scheel-Punkte von Moskau, die besagen, Berlin tritt nur in Kraft, wenn Moskau und Warschau ratifiziert worden sind. Am selben Tag und nicht vorher. Das ist ein bißchen untergegangen, und das ist eine teuflische Sache. Damit kommen nämlich gegen uns auf einmal alle die auf die Beine, die aus tausend materiellen opportunistischen Gründen vermutlich bequemer nach Berlin reisen wollen und sagen: Ihr müßt ratifizieren, ob Warschau, ob Moskau, weil Ihr sonst das ganze Berlin-Paket gefährdet. Ich wollte noch einmal darauf hinweisen, daß uns das in eine besonders zusätzlich schwierige Situation bringt.

*Barzel:* Keine Frage, daß das schwer wird.

*Vogel:* Ich wollte nur ganz kurz etwas zum Thema Heinemann sagen. Nicht die ganze Story der Einflußnahme sowohl zu Personalentscheidungen wie auch zu Einzelentscheidungen im Streitverfahren beim Gericht, auch da gibt es einige recht interessante Dinge. Ich glaube, daß es gut wäre, wenn wir einmal das, was an Reden vom Bundespräsidenten gehalten worden ist, sorgfältig analysieren würden, um die durchgehende Linie dort festzustellen. Ich meine, daß es wirklich eine Aufgabe wäre, die (*Barzel:* Generalanwalt der Koalition!), sich lohnt.

*Kohl:* Ein Schulmeister der Deutschen ist er inzwischen geworden.

*Barzel:* Ja, nehmen Sie die Reise nach Rumänien<sup>34</sup>, wo er erklärt, er fahre, um die

---

34 Heinemann hielt sich vom 17. bis 20. Mai 1971 zu einem Staatsbesuch in Rumänien auf, vgl. AdG 1971 S. 16267–16269. Zur Rede vgl. BULLETIN Nr. 77 vom 19. Mai 1971 S. 823.

Politik der Bundesregierung zu erläutern. Das ist nicht die Aufgabe eines Staatsoberhauptes.

*Blüm:* Ich hatte nicht zur Frage der Ostpolitik sprechen wollen, sondern zur Betriebsverfassung.

*Barzel:* Rufe ich später auf.

*Kiesinger:* Ich hätte fast einen Punkt vergessen, auf den ich noch hinweisen möchte. Mich treibt natürlich wie ziemlich viele von uns das um, was Sie, Herr Dr. Barzel, angeführt haben, als Sie sagten, die Antwort der Regierung auf die Große Anfrage der CDU könnte uns schon zu schaffen machen. Ich hatte vor kurzem ein Gespräch mit Herrn Scheel, und heute früh mit Herrn Achenbach<sup>35</sup>. Beide, Scheel auf meine direkte Anfrage, Achenbach von sich aus, sagten, man müßte doch jetzt wieder eine gemeinsame Basis finden. Herrn Scheel habe ich direkt gefragt, stimmt alles noch, was Sie uns einmal sagten? Nichts festgeschrieben, sondern nur beschrieben, nichts anerkannt, sondern nur respektiert, nur ein *Modus vivendi*. Aber selbstverständlich, war die Antwort, und noch pointierter sagte Achenbach heute, wir könnten uns darauf verlassen, die FDP würde darauf ganz entscheidend bestehen. Ich sagte ihm dann, lieber Herr Achenbach, auch Herrn Scheel habe ich es gesagt, das ist keine juristische Angelegenheit mehr. Wenn man sich einmal auf den Standpunkt stellt, daß sie wirklich das nur wollte, was ich mindestens bei einem Teil der Regierung bezweifle, bin ich Ihrer Meinung. Sie will aber etwas anderes, als was sie öffentlich sagt. Aber wenn wir einmal unterstellen, daß sie das so wollte, dann war ihre Hauptstunde die, daß sie nicht nur die völlig gegensätzliche sowjetrussische Interpretation der Verträge zugelassen, sondern daß sie niemals etwas dagegen unternommen hat, daß die ganze übrige Welt diese Verträge im Sinne der Interpretation der Sowjetunion interpretiert. Dabei habe ich zweimal in meinen Einlassungen im Bundestag Herrn Brandt gefragt, ob das seine Meinung sei, das erstmal im Zusammenhang mit einem Artikel von Gaus im „Spiegel“<sup>36</sup>, das zweitemal im Zusammenhang mit dem Artikel in der „Time“ mit dem „Mann des Jahres“ Anfang dieses Jahres<sup>37</sup>. Beide Male ist er uns die Antwort schuldig geblieben. Also wenn dieser Punkt kommt, und er kann natürlich auch in Diskussionen, in Versammlungen kommen, dann, glaube ich, ist es ganz wichtig, daß wir darauf hinweisen, daß die Regierung, und das ist kein Zufall, nichts unternommen hat, obwohl in Äußerungen aus dem Westen, angefangen von den Beschlüssen des NATO-Rats, bis zu dem jüngsten<sup>38</sup>, Vorbedingungen genannt worden sind für eine Normali-

---

35 Dr. Ernst Achenbach (1909–1991), Jurist; 1957–1976 MdB (FDP). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1405 Anm. 62.

36 Vgl. Kommentar von Günter Gaus „Wie neu ist die Bonner Politik?“ in „Spiegel“ Nr. 50 vom 8. Dezember 1969 S. 29 sowie den Redebeitrag Kiesingers am 15. Januar 1970 im Bundestag (Sten.Ber. 6. WP 23. Sitzung S. 851–860).

37 Brandt erhielt vom amerikanischen Nachrichtenmagazin „Time“ im Dezember 1970 die Auszeichnung „Mann des Jahres“ verliehen und erschien am 4. Januar 1971 auf dem Titelbild. Text des Artikels im Internet: <http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,942376,00.html>. – Zum Redebeitrag Kiesingers am 29. Januar 1971 im Bundestag vgl. Sten.Ber. 6. WP 94. Sitzung S. 5162–5167.

38 Der NATO-Ministerrat betonte erneut – unter Verweis auf die Beschlüsse der Lissabonner

sierung. Es ist doch allmählich schon fast eine Schande, daß es Ausländer sind, die diese Bedingungen für die Normalisierung auch im Blick auf die Sicherheitskonferenz aussprechen. Das ist nicht die deutsche Bundesregierung. Das ist ein wichtiger Punkt, den wir im Auge behalten müssen. Ganz abgesehen natürlich von der Frage, daß sich hier ein Ansatzpunkt bilden könnte, zu dem wir selber Stellung nehmen müssen im Ratifizierungsverfahren, beziehungsweise, wenn wir selber mal in der Regierungsverantwortung wären.

*Barzel:* Darf ich diesen wichtigen Hinweis zu folgender Klarstellung noch benutzen? Es kann ja sein, daß irgendein Sowjetmensch von Rang erklärt, das, was die Bundesregierung unter dem 11. November auf unsere Große Anfrage als Bundestagsdrucksache zur Interpretation vorgelegt habe, decke sich mit der sowjetischen Interpretation. Dann kann uns dies nicht genügen, weil uns nur genügt, was in den Akten ist. Da sind wir einig, das ist ja immer unsere Auffassung.

*Echternach:* Ich hätte noch mal zwei Fragen an Sie, Herr Dr. Barzel. Einmal zum Polen-Vertrag. Sie haben vorhin dargelegt, daß die Bundestagsfraktion mehrfach von Ihnen angesprochen worden sei im Hinblick auf ihre Haltung zu den Verträgen und daß jeder, der anderer Meinung sei, frei sei. Sie haben klar gesagt, beim deutsch-sowjetischen Vertrag habe sich niemand offenbart, Sie gehen von Einstimmigkeit aus. Wie viele Dissidenten gibt es beim deutsch-polnischen Vertrag?

*Barzel:* Dies ist noch nicht abgefragt. Es wird aber so sein, wie ich es auf die Intervention von Herrn von Weizsäcker dargelegt habe. (*Diskussion.*) Das ist kein unlösbares Problem. Ich hätte es aber breit vortragen müssen. Es hat keinen Zweck, dies jetzt am Rand zu behandeln. Dazu ist die Geschichte zu wichtig. (*Diskussion.*)

*Echternach:* Zweite Frage, Radikalismus. Diese Frage ist ja nun auf dem Tisch spätestens seit dem Senatsbeschuß in Hamburg.<sup>39</sup> Bis wann können wir mit einer koordinierten Reaktion rechnen?

*Barzel:* Ich glaube, nachdem wir hier durch die Umbesetzung Arbeitskreis I der Fraktion nun wieder handlungsfähig sind, wird Herr Kollege Windelen diese Gespräche auf dem ständigen Kontakt mit den Ländern vorantreiben, und wir werden sicher zu Beginn des nächsten Jahres so weit sein, daß wir gerüstet den Termin annehmen können, den die Länder mit Herrn Genscher für Ende Januar verabredet haben. Das heißt, wir müssen im Januar klar sein. Machen die mit, ist es gut. Wenn nicht, geht ab 1. Februar Krieg auf dem Gebiet los. (*Zwischenruf:* Zu dem DKP-Verbot gibt es bisher von seiten der Bundestagsfraktion ...) Wir fragen immer. Aber uns liegt das Material nicht vor. Die Regierung hat uns dies verweigert aus Gründen der Staatssicherheit.

---

Ministerratstagung –, daß multilaterale Gespräche sofort nach einem erfolgreichen Abschluß der Berlin-Verhandlungen aufgenommen werden könnten. Vgl. SICHERHEITSKONFERENZ Dok. 135 (Sitzung 3./4. Juni 1971) sowie Dok. 179 (Sitzung 9./10. Dezember 1971).

39 Der Hamburger Senat hatte beschlossen, Angehörige radikaler Parteien nicht zu Beamten auf Lebenszeit zu ernennen, vgl. „Die Welt“ vom 25. November 1971 „Hamburg gibt ein Beispiel“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 25. November 1971 „Hamburg lehnt Mitglieder von NPD und DKP als Beamte ab“. Vgl. auch Nr. 21 Anm. 7.

Wir müssen immer weiter fragen, und das Schwert muß hängen. Aber Herrn Ruhnau werde ich treffen. (*Unruhe und Diskussion.*)

*Hasselmann:* Ich wollte nur sagen, der Bundesvorstand kann noch heute zu der Rede von Heinemann gestern abend Stellung nehmen. Zur Haltung und auch einer gemeinsamen Sprache zu den Ostverträgen können wir erst, wenn der Parteivorsitzende aus Moskau zurück ist, Stellung nehmen, weil einfach das Reisen erst sein muß und dann erst die Klarheit für uns definitiv ist.

Was die Frage des Radikalismus anbetrifft, sind wir in Niedersachsen interessiert, aufgrund der Prüfung der Zustände an Hochschulen. Sie kennen das Problem bei uns, das ist ja eine nicht ganz einfache Sache. Wir müssen erst abwarten, wie sich das anläßt und wie das ausgeht. Immerhin scheint mir nach der Bremer Wahl<sup>40</sup> deutlich zu sein, daß Hochschulfragen nur dort interessieren, wo Hochschulen am Ort sind. Ich glaube, daß wir im Zusammenhang mit den Überlegungen zum Radikalismus und der Arbeit eines solchen parlamentarischen Untersuchungsausschusses der breiten Öffentlichkeit deutlich machen können, was hier öffentlich entschieden und getan wird. Das reicht bisher nicht. Die Bevölkerung ist in der Tat uninformiert, auch oder besonders über die Passagen gegenüber den Professoren. Das Ergebnis dieses Untersuchungsausschusses sollten wir der Öffentlichkeit bekanntgeben.

*Barzel:* Was die Sache Heinemann betrifft, so fühle ich mich nach dieser Debatte veranlaßt, den Text zu prüfen. Und wenn er das wiedergibt, was wir alle im Ohr haben, fühle ich mich bevollmächtigt, dem Bundespräsidenten in einem persönlichen Gespräch zu sagen, hier ist wieder ein Punkt, der uns enorm beschwert. So geht es nicht, und wenn das dann der soundsovielte Punkt ist, dann hört eben auch die Zurückhaltung der Öffentlichkeit auf. Wir haben das ja schon ein paar Mal gemacht.

*Hasselmann:* Aber Herr Dr. Barzel, die Öffentlichkeit ist zurückhaltend. Ich habe heute morgen zufällig am Bahnhof seinen Wagen stehen sehen. Er ist mit dem Zug gekommen und wurde dann mit Polizeibegleitung und anderen abgeholt. Es fanden sich etwa hundert Zuschauer ein. Einer zog den Hut. In die Hände geklatscht wurde nicht. (*Unruhe und Heiterkeit.*) Nicht einer, der sein Winken erwiderte. (*Zwischenruf:* Ich glaube, Sie haben den Hut gezogen!) Nein! (*Gelächter.*)

*Kiesinger:* Es gibt ja Möglichkeiten, die wissen zu lassen, was wir denken. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, wer die Fernsehsendung gesehen hat, hat auch die Art und Weise, wie der Ton die Musik macht, das tiefe Ressentiment festgestellt, das hier bedrohlich zur Äußerung gekommen ist. (*Diskussion und Unruhe.*) Das wird ein Problem. Dieser Mann ist nach wie vor von einem ganz tiefen Ressentiment gegen uns und einen großen Teil der deutschen Öffentlichkeit beseelt.

*Kraske:* Ich möchte auf keinen Fall in den Geruch kommen, daß ich Diskussionen verkürzen wollte, aber ich muß pflichtgemäß darauf aufmerksam machen, daß es jetzt 16.00 Uhr ist. Um 16.30 Uhr verläßt uns aus zwingenden Gründen Herr Dr. Barzel. Außerdem gibt es gewisse Pressetermine, die zu beachten sind. Ich wäre deshalb sehr dankbar, wenn wir die Diskussion insoweit jetzt kurz fassen könnten, daß wir erstens

---

40 Vgl. Nr. 19 Anm. 44.



den Bericht des Vorsitzenden billigen würden, was nach dem Stand der Diskussion das Ergebnis und die Zusammenfassung wäre. Das ist gerade vor seiner morgigen Reise eine wichtige Meldung. Zweitens fände ich es gut, wenn wir den Punkt zwei nicht nur in seiner Abwesenheit behandeln, sondern vielleicht doch noch in seiner Gegenwart.

*Barzel:* Meine Damen und Herren, ich habe nur eine einzelne Wortmeldung von Herrn Blüm zum Betriebsverfassungsgesetz, dann, glaube ich, sind wir ohnehin mit Punkt eins fertig.

*Blüm:* Es ist uns in gemeinsamer Anstrengung gelungen, die parteipolitische Betätigung aus dem Gesetz rauszuschieben. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß die Position der SPD in den Betrieben schlecht ist, aber d. h. noch nicht, daß unsere Position gut ist. Die Erben dieser schlechten Position oder die Begünstigten könnten, und dafür spricht sogar einiges, die DKP sein. Deshalb, Verbotsaktivität auch in dem Bereich, wo es bisher traditionell eher ruhig und friedlich war. Um so mehr kommt es auch auf das richtige Verhalten der CDU an, die unter einer ungeheuren Aufmerksamkeit steht, einer Aufmerksamkeit, die dadurch noch erhöht wird, daß wir in den Betrieben derzeit überall, nicht nur in Baden-Württemberg, eine große politische Aufregung haben. Eine Aufregung, die auch emotional ausbeutbar ist, auch gegen uns, wenn irgend etwas geschieht. Wenn irgend etwas geschieht, wodurch die endgültige Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes von uns verzögert wird, glaube ich, gibt es keine Argumente, dies im Betrieb plausibel zu begründen. Eine solche Verzögerung wird nämlich zu guter Letzt bedeuten, daß nicht im Frühjahr gewählt wird, sondern erst im Herbst. Denn nach den geplanten Terminen kommen die Urlaubszeiten, so daß wir in die Gefahr kommen, das um ein halbes Jahr verschieben zu müssen. Ich weiß, daß man da sehr sublimen Argumente nachschieben kann, ein Vorschaltgesetz und so etwas. Nur würde ich darauf nicht meine Hoffnungen setzen. Ich glaube im Anschluß an das, was Herr Filbinger gesagt hat, es wäre in der Tat auch so, wenn Sie die Ostpolitik in ihrem Wahlkampf zurückdrängen wollen, dann werden in den freien Raum andere politische Themen einziehen. Eines der Themen, behaupte ich, werden die Betriebsratswahlen sein. Gerade die Gewerkschaften werden dieses Thema sehr stark behandeln, aber vor allen Dingen die SPD. Die SPD deshalb, weil sie sehr viel gesellschaftspolitischen Druck ablassen will, den sie im Bundestagswahlkampf nicht gebrauchen kann, weil sie nichts zu bieten hat. Unter diesem Aspekt sollten wir sehen, daß diese Betriebsratswahlen für die SPD ein Probelalopp der Bundestagswahl 1973 werden, daß alles, was im Bundesrat jetzt geschieht, eine größere Wirkung hat, als nur die Lösung von Detailproblemen des Betriebsrats, und Rückwirkungen haben wird auf die CDU. Ich kenne die ganze Propaganda, die jetzt schon den Betrieb überschwemmt. Man kann zwar ahnen, der CDU-Entwurf sei besser gewesen als der SPD-Entwurf oder als der Regierungsentwurf. Aber es wird niemand bestreiten, daß das, was jetzt mit unserer Hilfe als Gesetzesvorlage vorliegt, zwar verbesserungsfähig ist, das will ich ja gar nicht abstreiten, aber immer noch besser ist als das geltende Recht, was auch kein Kunststück ist nach zwanzig Jahren. Deshalb nochmals Appell an den Bundesrat und wo immer die CDU im Spiel ist, es unseren Leuten im Betrieb nicht schwer zu machen und keinen Tag die Betriebsratswahlen zu verzögern.

*Barzel:* Der letzte Satz deckt sich ja mit den kurzen Bemerkungen, die ich für das Präsidium machen wollte.

*Katzler:* Herr Kollege Köppler wollte sich zu dem Punkt melden. Wir haben gestern im Rheinischen Parteivorstand über diese Frage lange diskutiert, und Köppler hat es übernommen, zur Frage Betriebsverfassungsgesetz ein paar Bemerkungen zu machen.

Es scheint mir in der Tat das Problem der nächsten 1 ½ Jahre zu sein, weniger im Bundestag noch viele Gesetze einzubringen, sondern der Öffentlichkeit deutlich machen, daß wir auf dem Feld der Gesellschaftspolitik ein Dutzend Gesetze eingebracht haben. Wir sind einfach in der Propaganda hoffnungslos unterlegen. Die SPD hat über das Betriebsverfassungsgesetz ein Flugblatt in Millionenaufgabe herausgegeben<sup>41</sup>, das konzertiert mit dem DGB überall verbreitet wird. Die dürfen gegen die eigene Regierung nicht mehr schimpfen, sind also froh, wenn sie gegen uns wieder schimpfen dürfen, was ihnen sehr gelegen kommt. Das ist mit schlichten Worten die Situation. Es besteht die große Gefahr, daß sozialdemokratische Politik über Gremien von uns und der Verunsicherung unserer Leute in die Betriebe hineingebracht wird. In der vorletzten Sitzung, der letzten Sitzung haben die Ministerpräsidenten gesagt, sie wollen das machen, weil sie ihre Rechte nicht preisgeben wollen. Es ist auch ganz klar, daß vom Ablauf her gegen unseren Willen damals die Legislaturperiode um ein Jahr verlängert wurde, was wir für falsch gehalten haben. Aber das nützt uns jetzt alles wenig, weil die Leute draußen sagen, ihr verhindert das Gesetz, das jetzt da ist. Deshalb würde ich eigentlich den Ministerpräsidenten bitten, kann man nicht umgekehrt verfahren? Kann man nicht z. B. in einem Punkt nachgeben, dann wird es ein Ja geben. Wenn dem so ist, dann würde ich sagen, laßt uns doch nicht dauernd in dem Hinterhalt bleiben, sondern frontal angreifen. Das ist der Öffentlichkeit klar geworden bei der Abstimmung zur zweiten Lesung. Dabei ist unser Gesetz so wie die zweite Lesung mit sieben Abänderungsanträgen abgestimmt worden. Die Ministerpräsidenten sagen: Nehmt den Grundrechtskatalog, den wir vorangestellt haben, um zu sagen, uns geht es um ein Betriebsverfassungsgesetz und nicht um ein Betriebsrätegesetz. Das ist im Grunde der Unterschied: Betriebsverfassung mit den Grundrechten. Diesen einen Punkt würde ich nehmen. Und dann sollen die anderen das ablehnen. Und dann entsprechend unsere Sache ändern. Wenn wir darauf eingehen, dann wäre es auch konstruktiv. Wir wollen betonen, daß wir die Rechte der Arbeitnehmer voranstellen. (*Zwischenruf.*) Das haben die abgelehnt? Na bitte. Wir wollen das Gesetz nicht hindern und wollen das aber so lassen. Wenn das Gesetz verhindert wird, dann sind doch wir diejenigen, die ein Gesetz verhindert haben. Da kann doch gar kein Mensch keine Sekunde zweifeln. Da warne ich nachdrücklich. Ich würde sehr herzlich darum bitten, daß die Ministerpräsidenten diesen Vorschlag aufgreifen. Denn dann ist die andere Seite im Unrecht und zwar in einem massiven Unrecht. Wir müssen darüber im klaren sein, wie man es anfängt und wie es aufhört. Und ich habe an Herrn Filbinger bezie-

---

41 Flugblatt mit dem Titel „Das neue Betriebsverfassungsgesetz muß kommen – Auch wenn die CDU/CSU ‚Nein‘ sagt – Kämpfen Sie mit uns dafür“ (Herausgeber: Vorstand der SPD, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Bonn) in ACDP Dokumentation 23/02/2.

hungsweise Herrn Gleichauf, der damals da war, die Frage gestellt, wie ist es am Ende? Und dann haben wir gehört, daß er zustimmt. Es hat doch keinen Zweck, hier ein Scheingefecht zu führen, sondern wir müssen konstruktiv einem Ministerpräsidenten den Protestkatalog abnehmen. Herr Schellenberg erklärt schlicht und einfach, kein Komma wird hier verändert. Dann müssen wir sie doch aber in der Öffentlichkeit ins Unrecht setzen, daß wäre die erste Position. Die zweite Position wäre die, dann trotzdem es nicht scheitern zu lassen, denn dieses Scheitern wird – ob das sachlich richtig ist, ist eine ganz andere Frage – uns in die Schuhe geschoben und dann rollen die Köpfe im Wahlkampf in Baden-Württemberg, das sage ich Ihnen.

*Langguth:* Ich wollte noch auf ein anderes Gebiet kurz zu sprechen kommen, auch wenn ich in die Gefahr komme, hier die Sache aufzuhalten. Es ist ja ein Kommuniqué zusammen mit der CSU gemacht worden. Sie haben vorhin, Herr Dr. Barzel, gesagt, daß Leitsätze für den Wahlkampf auch in Baden-Württemberg herauskristallisiert worden seien. Mit diesen Leitsätzen kann man, auch wenn ich zuerkenne, wie schwierig Verhandlungen mit der CSU sind, keinen Wahlkampf machen. Das will ich hier zunächst mal festgestellt haben, vor allem für die junge Generation. Wenn ich mir nur mal den Bereich der Bildungspolitik ansehe, das, was hier angesprochen und nicht angesprochen worden ist, was wir in dem in Düsseldorf verabschiedeten Programm alles drinstehen haben, dann ist wichtig, daß man das sagt und nicht vorbeigeht. Meine konkrete Frage an Sie wäre, was waren denn nun die neuralgischen Punkte in der Verhandlung mit der CSU? War es nur die Frage der Ostverträge oder waren es auch Fragen aus dem gesellschaftspolitischen Bereich?

*Barzel:* Darf ich zur Vorgeschichte dieses Papiers noch sagen, daß dieses Papier ja nicht unsere Idee war. Die CSU hat ein ganz anderes Verfahren, wie Sie sich erinnern, vorgeschlagen. Erst die Einigung über ein volles Programm, dann über eine Mannschaft und dann die Benennung des Kanzlerkandidaten. Übrig blieb dann, daß man ein paar Leitsätze zusammen mit der Nominierung der Person machen wollte. Für diese Leitsätze gab es Vorarbeiten aus unseren Reihen. Wir hatten, als die CSU votiert hatte, der CSU unser Gesamtprogramm förmlich übersandt. Und es gab dann das Papier der CSU, was wir mit Hilfe von Herrn von Weizsäcker überarbeitet haben. Wir hatten darüber eine Sitzung des Parteipräsidiums, und ich habe erklärt, es gebe ein Papier, das sei ein Barzel-Papier, weil mir das aus vielen Gründen das Richtige zu sein schien. Dieses Barzel-Papier wurde erörtert. Wir haben es an zwei oder drei Stellen im redaktionellen Teil verändert. Es gab Schwierigkeiten an der Stelle der Verträge, davon ist geredet worden. Es gab eine methodische Schwierigkeit in der Frage, die vorne steht mit der nationalstaatlichen Enge. Da haben wir uns durchgesetzt mit einer ganz klar veränderten Formulierung. Es gab eine kleine Schwierigkeit bei der Übernahme des Wortes „funktionsgerechte Mitbestimmung durch die CSU“, was aber dann geschluckt wurde. In der Sache ergab dieses Gespräch einen Dissens, eigentlich nur einen methodischen, nämlich die Frage, ob für die Verteidigungspolitik im Westen wir wirklich eine europäische Verteidigungspolitik wollen oder ob wir sie nicht wollen. Wir waren uns einig, wir wollen sie alle, setzten uns aber durch, daß es nicht richtig ist, wenn die Deutschen dies so fordern und wenn wir jetzt den atlantischen Zusammen-

hang, die NATO und all diese Dinge, betonen. Es gab sonst keine Meinungsverschiedenheit. Das CSU-Papier insgesamt war anders aufgebaut und formuliert, es war mehr gegen als für etwas formuliert. Ich glaube nicht, daß diese Leitsätze für den Wahlkampf in Baden-Württemberg bestimmt sind. Wenn ich so verstanden worden sein sollte, danke ich für die Gelegenheit, das richtig zu stellen. Dies ist die Basis der gemeinsamen Arbeit, auf die gestützt dann einzelne Kommissionen, wir werden über das Verfahren zu sprechen haben, sich an die Arbeit des Regierungsprogramm geben können. (*Zwischenruf:* Na klar, und wenn sie nachher nicht wollen, dann werden wir nach der Wahl über eine Koalition reden.) Wenn Sie das Pressebild sich angucken, ist dieses Unternehmen nicht zu Lasten der größeren Partei gegangen, das wollen wir mal sehr vorsichtig sagen.

*Filbinger:* Ich möchte hier zum Kollegen Katzer und dem Betriebsverfassungsgesetz ganz kurz etwas bemerken. (*Unruhe.*)

*Barzel:* Wir werden die Entwicklung abwarten. Wortmeldungen nicht mehr. Ich kann damit die Ziffer 1 verlassen und davon ausgehen, daß ich in der Sache, die unmittelbar bevorsteht, mich der Zustimmung des Bundesvorstands der CDU erfreue und Sie auch das billigen, wenn wir nächste Woche etwa aus Notwendigkeit in der Fraktion uns schon ein Stück weiter an die Entscheidung heranbegeben. – Zu Ziffer 2, Herr Kollege von Hassel!

#### KANZLERKANDIDATUR 1973

*Von Hassel:* Ich glaube, es ist mir gestattet, dazu eine Bitte vorzutragen. (*Starke Unruhe.*) Ich möchte den Vorstand bitten, den Beschluß, den wir in der gemeinsamen Kommission vor wenigen Tagen hier gefaßt haben, durch den Bundesvorstand der CDU formal zu bestätigen. Genauso wie es aufgrund einer Meldung von dpa, die genau eine Stunde alt ist, heute der Gesamtvorstand der CSU in München einstimmig getan hat. Es gibt niemanden hier im Raum, dem man das im einzelnen erläutern müßte. Jeder hat sich seine Gedanken darüber gemacht. Saarbrücken liegt hinter uns. Diese Diskussion kennen wir alle, und ich sehe nicht ein, warum wir nicht unverzüglich heute dasselbe tun sollten, was der Vorstand der CSU inzwischen vollzogen hat.

Mir sei noch ein Wort gestattet zu dem Papier, das vorhin hier in der Diskussion eine Rolle spielte zu der Art, wie dort diskutiert wurde. Herr Vorsitzender, genau 90 Minuten haben wir uns über das Papier unterhalten müssen, um nachher lediglich ein paar redaktionelle Punkte zu erledigen. Das war so ausgezeichnet, daß ich es als eine Ungehörigkeit sondergleichen betrachte, wenn nach der Veröffentlichung des Papiers am Dienstagmorgen der Generalsekretär der FDP, Herr Flach<sup>42</sup>, erklärt, hier sei eine

---

42 Karl-Hermann Flach (1929–1973), Journalist; 1946 LDPD und 1949 FDP, 1954–1956 Tätigkeit als Wirtschaftsredakteur in Frankfurt/Main und Bonn, 1956 stv. Leiter der Presseabteilung in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, 1957 Leiter der Politischen Abteilung, 1959–1962 FDP-Bundesgeschäftsführer, 1962–1964 Leiter des Ressorts für Innenpolitik in der Bundesgeschäftsstelle, 1964–1971 stv. Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“, 1971 General-

Kapitulation des Kanzlerkandidaten vor der CSU erfolgt. Zu diesem Zeitpunkt hat Herr Flach weder das eine noch das andere Papier gekannt. Dieses Papier ist in der Tat das Papier unseres Kanzlerkandidaten. Meine Bitte geht also dahin, daß wir ohne viel Zeitverlust hier diese Nominierung vollziehen mit Blickrichtung auf den Besuch morgen in Moskau, auch im Hinblick auf die Tatsache, daß man weiß, wir sind heute zusammen. Die Journalisten werden an der Uhr ablesen, wie lange wir dazu gebraucht haben. Und je rascher das geht, ich glaube, desto eindrucksvoller ist auch der Start mit unserem neuen Kanzlerkandidaten. *(Beifall.)*

*Barzel:* Ich danke Herrn von Hassel, wer hat das Wort dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall, dann ist es so beschlossen, und ich darf zum einen sagen: Dankeschön. Zum zweiten, ich weiß, welche Verantwortung dies bedeutet, und zum dritten, wir wollen nicht nur die Wahl, sondern auch die Regierung gewinnen. *(Beifall.)* Herzlichen Dank.

*[Lücke im Tonband]*

#### BERICHT DES SCHATZMEISTERS

*Kiep:* Der Bundesvorstand hat den Auftrag, sich mit den Bemerkungen zu befassen, die in Ihrem Prüfungsbericht über die Finanzen der CDU niedergelegt sind und in der Bundesvorstandssitzung vor dem Parteitag in Saarbrücken vorgeschlagen wurden. Der zu dieser Vorstandssitzung eingeladene Prüfer, Herr Blumenfeld, hat sich entschuldigt, er mußte in den Auswärtigen Ausschuß, aber nachdem er heute morgen an der Bundesfinanzausschußsitzung teilgenommen hat, konnte ich mich mit ihm über diese Frage einigen. Das, was ich jetzt vortrage, hat seine Zustimmung ebenso wie die Zustimmung des verhinderten anderen Rechnungsprüfers, Herrn Horten.

Die Rechnungsprüfer haben in ihrem Bericht, der mit dem 31. Dezember 1970 abschließt, die Überschuldung der Partei festgestellt und pflichtgemäß darauf hingewiesen, daß nach den gesetzlichen Regelungen der Vergleichs- bzw. der Konkursantrag zu stellen ist. Der Bundesvorstand wird in diesem Bericht dann aufgefordert, innerhalb einer angemessenen Frist, hier sind zwei Wochen genannt, den Zustand der Überschuldung zu beseitigen oder den Konkursantrag zu stellen. Der Antrag ist jetzt gestellt worden, und ich darf in Erledigung dieses Punktes, der turnusgemäß erledigt werden muß, darauf hinweisen, daß der Zustand der Überschuldung in einer Größenordnung von 5 Mio., der diesem Bericht zugrunde lag, inzwischen durch eine Reihe von Maßnahmen und Eingängen überholt ist und zumindest per 31. Dezember 1971 der hier zu Recht monierte Zustand der Überschuldung nicht mehr besteht. Daher ist der Auftrag der Rechnungsprüfer an den Bundesvorstand – wenn Sie, meine Damen und Herren so beschließen – erledigt. Die Frage der Überschuldung könnte sich erst wieder im nächsten Jahr stellen. Dieses Problem ist also für dieses Jahr, zum 31. De-

---

sekretär der FDP, 1972/73 MdB. – Zur Stellungnahme Flachs vgl. fdk Ausgabe 97 vom 30. November 1971.

zember 1971, erledigt, und ich glaube, es ist gut, wenn sich das als formeller Beschluß des Bundesvorstands, der diesen Bericht zur Kenntnis nimmt, in der Rechnungslegung der Partei für das Jahr 1971 wiederfindet. Ich darf also empfehlen, daß der Bundesvorstand diesem Vorschlag zustimmt. Dies bedeutet allerdings nicht, daß alle finanziellen Probleme gelöst seien, nur das Problem der Überschuldung per 31. Dezember 1971 wird gelöst. Der Eingang der Mittel, den ich erwähnt habe, stammt im wesentlichen aus der Wahlkampfkostenerstattung, die uns diese Feststellung ermöglicht. Im übrigen sieht das Schuldenbild der Partei, wie Sie alle wissen und wie ja leider etwas zu platt auch in der Presse berichtet wurde, nach wie vor ziemlich düster aus. Die Schulden, also Bankschulden, betragen nach wie vor um die 12 Mio. DM. Ich darf hinzufügen, daß wir seit Oktober uns bemüht haben, diese Schulden zu konsolidieren, d. h. zunächst einmal ein Bankenkonsortium zusammenzubringen, das unter Beteiligung aller deutschen Großbanken dieses Risiko trägt und zwar zu Bedingungen, die es für uns etwas erträglicher gestalten. Die Zinsbedingungen, die wir zu tragen hatten, waren die handelsüblichen Marktzinsen. In intensiven Gesprächen ist es gelungen, die Banken darauf hinzuweisen, daß es verwerflich ist, der staatstragenden Partei CDU Zinsen zu berechnen wie irgendeinem Handelsunternehmen und daraus Gewinn zu ziehen. Und das hat eine Wirkung. (*Starke Unruhe.*) Das ist zwar keineswegs beseitigt, aber im Augenblick ist folgendes festzustellen: Erstens, die Konditionen (*Zwischenruf:* Sie sind kein Banker mehr! Sie sind jetzt Minister! – *Heiterkeit.*) und der Kreditrahmen sind so ausgeweitet, daß wir für die Spitzen des Bundestagswahlkampfes gerüstet sind. Denn es ist ja nicht das Problem, daß unser Spendeneingang synchron läuft mit den Ausgaben, die wir aufgrund des Wahlkampfes haben. Bis dahin wird das Mögliche geschehen.

Punkt 2 meines Berichtes, und ich komme unter Punkt 3 zu dem wichtigsten. Punkt 2 meines Berichtes ist das Konrad-Adenauer-Haus. Das Haus ist jetzt bezogen, die beiden Seitenflügel werden im Laufe des Frühjahrs, wohl bis März, ganz fertig werden. Das Haus ist, wie ich heute mit Genugtuung vermelden kann, auch vermietet. Es ist eine ganze Reihe von Mietern gefunden worden. Im Augenblick ist es sogar so, daß wir mehr Mietwünsche haben, als wir Mieträume zur Verfügung stellen können. Was noch ungeklärt ist, ist die Frage der sehr umfangreichen Restaurationsbetriebe einerseits und des Festsaaus andererseits. Herr Hasselmann, wenn also Niedersachsen irgendwelche Veranstaltungen in Bonn plant, bitte ich, unseren Saal zu berücksichtigen, da können wir 600 Personen bequem unterbringen. Auch sonst haben wir alle Fazilitäten anzubieten. Das gilt auch ganz besonders als Angebot an die Fraktion für besondere Veranstaltungen und andere Dinge.

Die Miete, die wir erzielen konnten, entspricht nicht ganz unseren Vorstellungen und unserer kalkulatorischen Miete, die bei 18 DM lag, weil eben tatsächlich diese Miete für die Gegend und auch für die Ausstattung des Hauses – keine Klimaanlage – an der oberen Grenze liegt. Wir mußten da also verschiedentlich nachgeben. Damit komme ich auf die Schattenseite des Hauses. Der Einzug ins Konrad-Adenauer-Haus kostet uns über den Daumen gepeilt eine Mio. DM Miete pro Jahr mehr, als wir Mietaufwendungen im Jahr 1970 hatten. Wir benehmen uns also etwas, wenn ich es so sa-

gen darf, luxuriös und ausschweifend, wenn wir in unserem gegenwärtigen finanziellen Zustand in ein so teures Haus einziehen. Wir handeln uns damit aber den Vorteil ein, unter einem Dach zu sein, und das ist sicherlich auch richtig. Der zweite Punkt bei den Schattenseiten des Hauses ist, daß die Finanzierung des Hauses insoweit nicht gesichert ist, als das vorgesehene Eigenkapital nicht vorhanden ist und zweitens auch das Kommanditkapital nicht gezeichnet wurde. Wir sind davon ausgegangen, daß wir 3 Mio. Bausteine als Eigenkapital einbringen müssen – davon sind ca. 500.000 gezeichnet – und daß wir 16 Mio. Fremdkapital haben, davon sind 6 Mio. da. Wir haben hier einen ganz erheblichen Fehlbetrag. Und die Frage, wie wir das zu lösen haben, beschäftigt uns zur Zeit noch sehr. Denn wenn dieses Eigenkapital nicht vorhanden ist und auch das Kommanditkapital nicht da ist, stimmt natürlich die finanzielle Rechnung nicht, stimmt auch die Miete nicht. (*Starke Unruhe.*) Wir haben nicht nur eine Mehrausgabe an Miete, sondern wir haben auch effektiv einen echten Verlust, weil ja selbst diese Miete, die wir kalkuliert haben, noch zu niedrig ist angesichts des geringen Eigenkapitals.

Behebung dieser Sache: Wir sind dabei, das noch endgültig zu überlegen und zu entscheiden. Es zeichnet sich folgendes ab: Erstens, ich bin nicht der Meinung nach meinen Besuchen in allen Landesverbänden, ich habe inzwischen alle Landesverbände besucht und mit den zuständigen Leuten dort gesprochen, daß wir eine neue Baustein-Aktion starten. Es scheinen mir in der Partei im Augenblick die Bemühungen um erstens die Umlage und zweitens die Durchführung der Mitgliederbeitragerhöhung im Gange zu sein, und ich fürchte, daß wir diese beiden Aktionen empfindlich stören, wenn nicht stoppen würden, wenn wir jetzt mit einer großangelegten Baustein-Aktion als dritter Aktion da hineinkommen würden. Wir sind uns mit den Landesschatzmeistern heute einig geworden, daß die Baustein-Aktion weiterlaufen soll, daß die Landesverbände gehalten sind, die Kreisverbände darauf hinzuweisen, daß das unbedingt weiterlaufen muß. Auch zu mahnen – nicht in einer großen öffentlichen Aktion, etwa unter der Flagge des neuen Parteivorsitzenden – und den Weg zu gehen, daß wir auf dem Dienstwege darauf drängen, daß die Aktion weiter geführt wird. Die nicht vorhandene Eigenkapitalbasis möchte ich so ersetzen, daß wir diesen Betrag dem notwendigen Kommanditkapital hinzuschlagen und dann den Versuch unternehmen, auf einer neuen Grundlage Zeichner für weitere Anteile zu finden. Diese neue Grundlage muß sich in einem Prospekt befinden. Der jetzige Prospekt ist dazu unzureichend. Diese Kassierung muß erfolgen, ohne daß sie bei unseren potenziellen Spendern etwa den Eindruck erweckt, als sei die Zeichnung solcher Kommanditanteile auch eine Spende für unsere Aktion 1973. Das ist das Problem dabei. Es sind Bemühungen im Gange, so daß ich hoffe, daß ich Ihnen bei nächster Gelegenheit darüber mehr berichten kann.

Was drittens die Organisation anbetrifft, so haben wir zunächst einmal bei Beginn des neuen Präsidiums durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer eine totale Prüfung des ganzen Zahlenwerks vornehmen lassen. Dieser Prüfungsbericht liegt vor und ist auch bei den Akten der Bundespartei vorhanden und dort sicherlich auf Wunsch auch einzusehen. Was wir weiterhin tun wollen, ist, daß wir die Wirtschaftsbetriebe der Uni-

on – also die Union-Betriebsgesellschaft, die Bonner Werbe GmbH und was da sonst noch dazu gehört – durch eine unabhängige renommierte Unternehmensberatungsfirma überprüfen lassen wollen, um uns einmal ein Schema geben zu lassen, wie organisatorisch eine solche Sache gestaltet werden müßte, um mit größtmöglicher Effizienz zu arbeiten. Dieses Ergebnis wird in etwa drei Monaten vorliegen. (*Starke Unruhe und Heiterkeit.* – *Kraske*: Herr Kiep, es wurde Ihnen als Beratungsunternehmen das bekannte Unternehmen Kienbaum empfohlen. – *Heiterkeit.*) Ich werde darüber berichten. In diesem Zusammenhang läuft der Versuch, die Arbeit der CDU, der Bundestagsfraktion, der Konrad-Adenauer-Stiftung aufeinander abzustimmen und in diesem Zusammenhang auch alle Publikationen unserer Partei und Fraktion zu prüfen, welche davon weitergeführt, in welcher Form und mit welcher Zielrichtung, damit auch da optimal gearbeitet wird, um den Erfolg und die Kosten zu rechtfertigen.

Gleichzeitig wird in diesem Zusammenhang, darauf komme ich jetzt mit dem wichtigsten Punkt zu sprechen, die Koordination mit den verschiedenen Gliederungen der Partei versucht, und es ist z. T. auch erreicht worden, was die Aktion 1973 anbetrifft. Ich stelle unsere gesamten Bemühungen unter die Überschrift „Bundestagswahl 1973“ und bin der Meinung, daß alles das, was wir in der kurzen Zeit, es sind nämlich nur noch 22 Monate, tun und unternehmen, an diesem Maßstab gemessen werden muß, was bringt es uns für diese Bundestagswahl. Alles, was in diesen Gesichtspunkten als sekundär betrachtet wird, sollte auch tatsächlich zurückgestellt werden. Wir müßten auch, und damit komme ich auf den wichtigsten Punkt, unsere Spendenaktionen, auf diese Aktion 1973 abstimmen. Ich würde Sie alle sehr herzlich bitten, draußen in den Gesprächen klarzumachen, daß wir die Probleme, die wir haben, als da sind: Schulden, Konrad-Adenauer-Haus, organisatorische Dinge, mit Bordmitteln beheben und unsere Ansprache und unsere Prioritäten sich ausschließlich auf die Aktion 1973 beziehen. Diese Aktion 1973 hat nichts anderes zum Ziel, als zu erreichen, daß wir die materielle Chancengleichheit mit der SPD zu einem frühen Zeitpunkt erreichen, um tatsächlich unsere sachlichen und personellen Alternativen auch an den Mann bringen zu können. Ich glaube, daß wir damit auch die vorhandenen Möglichkeiten optimal ausschöpfen können. Alle Hinweise, daß wir Geld bräuchten, um unsere Schulden zu bezahlen, wirken nicht überzeugend, führen nicht zu optimalen Beiträgen, wenn sie von einer Partei gemacht werden, die um die Macht kämpft. Und deshalb würde ich bitten, die ganze Schuldengeschichte in lebhafter Erinnerung zu behalten und nie zu vergessen, aber nach draußen hin wirklich nach vorne zu argumentieren: Union 1973, Chancengleichheit zu der SPD. Dies verspricht nur dann Erfolg, wenn wir die materielle Basis dafür schaffen. Daß wir die nicht haben gegenüber der sozialdemokratischen Partei, ist ja nicht ganz ohne Delikatesse, wenn wir daran denken, daß wir die Partei sowohl der Unternehmer sind wie der Arbeiter und der Gewerkschaft. (*Unruhe.*)

Wenn ich davon sprach, daß wir nicht von unseren notwendigen Reparaturarbeiten reden sollten, dann meine ich, ist es ebenso wichtig, daß diese Ansprache erfolgt als Union, d. h. mit einer Stimme. Wir werden das Ziel, und ich werde die Zahl gleich nennen, nicht erreichen, wenn wir wie bisher vorgehen und mit zahllosen Organisationen und Gliederungen uns auf potentielle Spender stürzen und diese bedrängen. Wir



müssen als CDU mit einer Stimme sprechen! Ich habe mich bemüht und es ist auch heute voll gelungen, die Zustimmung aller Landesverbände der Union und auch der Vereinigungen der Union dazu zu erlangen, daß wir gemeinsam vorgehen und als Union auftreten. Ich habe das vorbereitet durch die Besuche der Landesverbände, von denen ich sprach, und es ist heute auch im Bundesfinanzausschuß, in dem erfreulicherweise auch der Parteivorsitzende erschienen ist und auch noch einige passende Worte gesagt hat, gelungen, die Zustimmung zu bekommen.

Demnach sieht unser Vorgehen nun so aus, daß von jetzt ab bis zur Bundestagswahl die CDU die potentiellen Spender, große wie kleine, einheitlich anspricht und daß Bundes- und Landesverbände entweder alleine oder gemeinsam, je nach Zweckmäßigkeit, auftreten und solche Spenden einfordern. Das bedeutet also im praktischen Fall, daß der Landeschatzmeister von Rheinland, Herr Köppler, bei seinen Ansprachen im Rheinland gleichzeitig mit dem Bundesschatzmeister auftritt. Wo er glaubt, daß es wichtig wäre, daß der Bundesschatzmeister auftritt, tritt dieser auf, entweder mit ihm oder allein. Dasselbe machen wir in Niedersachsen und in Westfalen. Ich bin in der glücklichen Lage, den Landesschatzmeistern nachgewiesen zu haben, daß tatsächlich von meiner Seite ab heute die Offenlegung erfolgt. Das heißt, der Landeschatzmeister Rheinland erfährt von mir, wenn ich aus dem Rheinland eine Spende bekommen habe. Ebenso wird das in den anderen Landesverbänden gehandhabt. Ich habe vorhin den Vorschlag gemacht, und er ist akzeptiert worden, daß wir die Beute, die wir bei dieser Aktion 1973 machen, auf den Tisch legen und dann nach einem individuell festzulegenden Schlüssel die Aufteilung vornehmen, weil ein fester Schlüssel nicht möglich ist. Ich darf das begründen: Herr Müller-Hermann, ich habe aus Ihrem Landesverband z. B. jetzt eine größere Spende bekommen. (*Müller-Hermann: Was?! – Unruhe und Heiterkeit.*) Ihr Schatzmeister ist bereits informiert. Wenn ich jetzt einen Schlüssel hier festgelegt hätte, durchgängig, der etwa lautet, irgendwas 60/40 oder 50/50, dann würde das dazu führen, daß der Landesverband Bremen zu viel bekäme. (*Heiterkeit.*) Herr Müller-Hermann, ich meine, daß die Verteilung der eingegangenen Mittel unter Berücksichtigung der Funktionen erfolgen muß, die die einzelnen Landesverbände im Rahmen des Bundestagswahlkampfes 1973 zu erfüllen haben. Und in dieser Beschreibung und mit diesem Kriterium als der Grundlage für den Verteilungsschlüssel haben sich heute die Landesschatzmeister unterworfen, und ich habe mich dem auch unterworfen, und so wollen wir vorgehen.

Desweiteren haben wir mit dem Wirtschaftsrat der CDU ein Gespräch gehabt, an dem auch der Generalsekretär teilgenommen hat. Wir haben dort Einigung erzielt, und wir werden auch die Konrad-Adenauer-Stiftung als einen potentiellen Spendenempfänger in diese Planungen mit einbeziehen. Ich möchte Sie nur bitten, die Beschaffung von Mitteln als eine Aufgabe der Politiker zu betrachten und nicht als eine Aufgabe von Kassierern. Die Beschaffung der Mittel, Erfolg oder Mißerfolg unserer Aktion ist im Grunde die Kehrseite der politischen Medaille. Das heißt, das eine hängt vom anderen ab. Wenn die Politiker sich nicht einsetzen für diese Dinge, dann werden die Schatzmeister allein den Erfolg nicht haben, und deshalb bitte ich Sie, dem Parteivorsitzenden zu folgen und das als eine Aktion von uns allen zu betrachten und Ihre

Landesschatzmeister bei der Aktion nicht allein zu lassen, ebenso wie ich Sie bitte, mich dabei nicht allein zu lassen.

Zur Aktion selber zwei Dinge: Erstens, die Großen werden in einer ganz besonderen Weise unter Mitwirkung des Parteivorsitzenden angesprochen. Ich hoffe, daß wir bis Ende des Jahres einmal ganz durch sind, es findet jeden Monat eine Veranstaltung statt. Die anderen müssen regional angesprochen werden, hier müssen die Landesvorsitzenden, Landesschatzmeister und das Präsidium der Partei zusammenarbeiten. Die Landesschatzmeister sind vorhin gebeten worden, Vorschläge zu machen, Listen zusammenzustellen, Kreise zusammenzurufen, einzuladen, möglicherweise in Privathäusern. Wo wir Ministerpräsidenten haben, meine Herren Ministerpräsidenten, ist es natürlich ganz besonders wichtig, daß diese als Einladende auftreten, was ganz anders zieht, als wenn arme oppositionelle Landesvorsitzende dies tun. Kurzum, hier müssen wir auf der Landesebene die nicht ganz Großen, die Masse der Unternehmen ansprechen (*Unruhe*), um im Rahmen der Veranstaltungen optimale Ergebnisse zu erzielen. Und ich darf noch ganz kurz etwas zu den Zahlen sagen. Wir brauchen im Jahre 1972/73 – und ich rechne jetzt immer diese Zahlen zusammen, das sind in den zwei Jahren gut 22 Monate, in diesen 22 Monaten insgesamt, und ich gehe da von einer Schätzung aus, die vielleicht auch noch etwas zu niedrig liegen kann –, einen Wahlkampffondsverbund von ungefähr 45 bis 50 Mio. Dazu müssen wir noch wissen, was die Landesverbände aufzuwenden haben, denn das ist jetzt nur das, was der Bund haben müßte. Und es ergibt sich also eine stolze Gesamtzahl. Wir müssen als Bundespartei über diese Dinge hinaus ja auch noch andere Mittel haben. Der laufende Betrieb geht weiter und wird bekanntlich in einem Wahljahr ja auch immer teuer, so daß in der Tat eine ganz große finanzielle Aufgabe vor der Bundespartei steht. Ich schätze, daß unsere Gesamtfinanzbewegung in diesem Zeitraum von 22 Monaten bei Ausgaben etwa bei 80 Mio. DM liegen wird, wovon ich, wie gesagt, mit ca. 45 bis 50 für den Wahlkampf rechne, den Rest für unseren laufenden Betrieb. Dem gegenüber stehen ja auch Einnahmen, die aber doch insgesamt in der Größenordnung von etwa nur 28 Mio. fest und einigermaßen sicher sind, so daß eben ein ganz erheblicher Fehlbetrag sein wird, den wir effektiv aufbringen müssen. Und dies kann eben nur geschehen, wenn wir uns wirklich ganz enorm einsetzen.

Wenn ich von Absprachen rede, dann muß ich berichten, daß wir uns bemühen, auch mit der CSU zu einer Absprache zu kommen. Der erste Schritt hierzu wird in einem Gespräch kurz vor Weihnachten gemacht, zu dem der Parteivorsitzende der CSU und der CDU sich bereit gefunden haben. Ich hoffe, daß es im ersten Anlauf gelingt, etwas abzuschließen, was ich als eine Art von Gewaltverzichtsabkommen bezeichnen möchte, und daß wir dann vielleicht weiter dazu kommen und eine echte Abstimmung in der Spendenwerbung kriegen. Das wäre wichtig, weil es durch die Absprache zwischen Bund und Land dazu führen würde, daß bei den potentiellen Spendern eben eine größere Sicherheit besteht, erstens, daß sie nur einmal angesprochen werden, zweitens, daß die hierbei zu Frage stehende Solidarität zwischen CDU und CSU, die ja dadurch dokumentiert würde, uns sicherlich besonders gut anstehen würde. Hier ist mein Appell an die Landesvorsitzenden, sich dieses Themas besonders

anzunehmen. Wir können die Kreisverbände nicht ansprechen. Die Kreisverbände müssen von den Landesverbänden angesprochen werden, und es gilt dabei insbesondere, die stille Vermögensbildung, die bei einigen Kreisverbänden stattgefunden hat, nutzbar zu machen für die Bundestagswahl 1973. Wir haben erstaunliche Erfolge insoweit gehabt, als, Herr Windelen, ein Kreisvorsitzender Ihres Landesverbandes, mich angerufen hat und darum gebeten hat, es möge mein Beauftragter in seinen Kreis kommen. Das ist geschehen, und er hat in diesem Kreis bei einigen Unternehmen, die der Kreisvorsitzende namhaft gemacht hat, 50.000 DM eingesammelt. Und diese Bereitschaft ist bei Kreisvorsitzenden erstmalig vorhanden. Zumindest kann man sie hervorrufen, wenn man die geeignete Ansprache vornimmt, und dazu würde ich Sie sehr herzlich bitten, daß das geschieht.

Daneben werden eine Reihe von Sonderaktionen laufen, die insbesondere im kommenden Januar beginnen mit unserer Münzaktion. Ich wollte Sie pflichtgemäß davon unterrichten, damit Sie das wissen. Wir werden aus Anlaß des fünften Todestages von Konrad Adenauer einen Konrad-Adenauer-Silbertaler – also ein numismatisches Objekt, ein Sammelobjekt – herausbringen. Wir haben erreicht, daß wir diese Sache übernehmen, zumindest was den Gewinn anbetrifft. Wir nehmen zunächst einmal einen Verkauf parteiintern vor, als Vorverkauf, und dieser Vorverkauf beginnt am 14. Dezember in der Fraktion, am 5. Januar in der Partei und ab Ende März über die Banken in der Öffentlichkeit. Da kommt eine Reihe von anderen Aktionen noch dazu, nur damit auch das Interesse und damit die Partei wach bleibt und die Dinge in der Diskussion bleiben.

Die 10-DM-Grundlage, meine Damen und Herren, läuft einigermaßen. Ich bitte Sie, auch darauf zu achten, daß das weitergeht. Vor allen Dingen bitte ich Sie, der Erhöhung der Mitgliedsbeiträge, wie wir sie in Saarbrücken beschlossen haben, Nachdruck zu verleihen, indem Sie das in geeigneter Form propagieren in Ihren Kreisgeschäftsführer- und Kreisvorsitzendenkonferenzen in den kommenden Wochen und Monaten.

Lassen Sie mich schließen mit einem Ausblick: Die Dinge sind recht schwierig, die Spendenbereitschaft ist latent vorhanden. Besonders ermutigend ist die Spendenbereitschaft auf der breiten Ebene, wie ich sie eigentlich nie für möglich gehalten hätte. Wir kriegen also wirklich Spenden in einer Zahl, die unvorstellbar, wenigstens für mich, war von Leuten, die im Grunde weder CDU-Mitglieder sind noch jemals politische Parteispenden gemacht haben, sondern die einfach aus Sorge um die Entwicklung sagen, wir müssen etwas tun. Und ich glaube, wir müssen erreichen, daß unsere Sympathisanten im Lande sich darüber klar sind, daß es diesmal nicht genügt, nur zu wählen, sondern das man eben auch tatsächlich diese Chancengleichheit, von der ich vorhin sprach, für die Partei herstellen muß, der man dann 1973 die Stimme gibt. Ich hoffe, Ihnen in unserer nächsten Sitzung etwas mehr berichten, vielleicht auch schon Zahlen nennen zu können. Im Augenblick kann ich nur sagen, wir bemühen uns nach Kräften. Die Dinge sind im Laufen, ich betrachte die Chancen, daß wir zumindest ein einigermaßen befriedigendes Ergebnis 1972 erreichen, nicht als aussichtslos. Der Erfolg wird aber davon abhängen, erstens, daß wir eine gute Politik machen, zweitens, daß wir ein solidarisches Bild abgeben, ein Thema, was natürlich immer wieder von

allen Spendern in den Vordergrund ihrer Bedingungen gestellt wird, und drittens, daß Sie alle sich als in der Pflicht befindlich betrachten, das finanzielle Problem zu lösen. Vielen Dank! (*Beifall.*)

*Kraske:* Meine Damen und Herren, ich danke dem Bundesschatzmeister für diesen Bericht. Sie werden mir sicher erlauben, etwas hinzuzufügen aus eigener, sehr gründlicher Anschauung. Normalerweise wartet man 100 Tage, um Leute in ihrem neuen Amt kritisieren zu können, ich glaube bei Herrn Kiep genügen 60 Tage, um ihm schon einen ersten Dank abzustatten, was er in dieser Zeit bereits auf den Weg gebracht hat. Es ist eine Menge, und es ist beim alltäglichen Zusehen der gemeinsamen Arbeit noch mehr, als er hier berichtet hat. Ich möchte Sie fragen, ob wir jetzt in eine eingehende Erörterung dieses Berichtes eintreten wollen?

*Kiep:* Herr Generalsekretär, wir müssen noch entscheiden, ob wir den Haushalt auch behandeln wollen, den Haushalt der Bundespartei für das Jahr 1972. Ich wollte das nur anbieten, er liegt vor. Aber nachdem Sie ihn vorher nicht einsehen konnten, möchte ich es Ihnen überlassen, ob Sie heute darüber sprechen wollen, oder ob Sie ihn einsehen und dann in einer späteren Sitzung darüber sprechen möchten. Aber ich finde, dieses Gremium sollte hier als erstes diesen Haushaltsplan kennen, bevor das neue Jahr begonnen hat. Er liegt hier vor in genügend Exemplaren, wir könnten darüber sprechen, aber ich stelle anheim, ob die Mehrheit des Vorstands dies wünscht oder ob man ihn zur Kenntnis nimmt und dann darüber diskutieren möchte.

*Köppler:* Also, ich würde vorschlagen, daß wir ihn zur Kenntnis nehmen, uns ansehen und bei der nächsten Sitzung das als einen Tagesordnungspunkt zur Aussprache bringen.

*Hasselmann:* Ich wollte nur darauf hinweisen, daß alle Überlegungen außer der außenpolitischen mindestens unter dem Vorbehalt der eigenen Finanzplanung unserer Partei stehen und daß wir das ganz außerordentlich ernst betrachten müssen, daß ein Zusammenhang zum Betriebsverfassungsgesetz besteht. Bei uns, ich darf das nicht verschweigen, haben wir acht Austritte aus dem Institut für die Wirtschaft gehabt nach der Abstimmung. Da fallen uns Beiträge aus. Ich bin von Herrn Dr. Krause<sup>43</sup> gebeten worden, ihn sofort zu besuchen. Es hat etliche Mühe gekostet, drei wiederzugewinnen, fünf haben sich Bedenkzeit erbeten. Das müssen wir wiederholen. Wir müssen dann aber ganz offen aussprechen, daß die Gewerkschaft ja nicht nur SPD ist. Ob wir von da Wahlkampfhilfen kriegen, weiß ich nicht. Wir müssen hier sehr sorgfältig diese Dinge behandeln, damit wir mit sauberen Papieren und mit einer klaren Marschroute auftreten können. Sonst geht die Sache nicht über die Bühne.

*Echternach:* Ich habe noch eine Detailfrage. Herr Dr. Kiep, wie sieht es aus mit einer Abgrenzung der Hoheitssphären zwischen CDU und CSU?

*Kiep:* Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Echternach, daß Sie mich aufgrund meines Berichtes zum Doktor der Finanzwissenschaften befördert haben. Es gibt eine solche

---

43 Dr. Klaus Krause, Verleger in Goslar, 1965–2003 Gesellschafter des Medienhauses Krause (Goslarsche Zeitung, Stader Tageblatt, Buxtehuder Tageblatt), Mitglied der Standortpresse GmbH.

Abgrenzung überhaupt nicht, es herrscht dort der Zustand des (*Unruhe.*) absoluten Wilderns, das überwiegend zu Lasten der CDU stattfindet. Deshalb sprach ich von einem Gewaltverzichtsabkommen scherzhafterweise, mit dem wir zunächst einmal abstimmen, wer wen anspricht. Wir können das vielleicht koordinieren, denn ich habe bei einer Reihe von bayerischen Gesprächen ein Verständnis festgestellt, bei einer Reihe von großen Unternehmen in Bayern, die bundesweit arbeiten und bisher ihre Spenden an die CSU gegeben haben, daß selbstverständlich auch die Arbeit der Bundes-CDU unterstützt wird. Ich habe mir für unser Gespräch die Vollmacht geben lassen, auf diese Tatbestände und diese Hoffnungen hinzuweisen und hoffe also, daß wir zu einem gewissen *Modus vivendi* kommen. Aber im Grunde ist der jetzige Zustand der einer völligen Regellosigkeit, (*Zwischenruf:* Einer Ausplünderung!) einer Ausplünderung des Bundes durch Bayern.

*Kraske:* Ich schlage Ihnen vor, daß wir, was den Etat der Bundespartei angeht, so verfahren, wie das hier mehrfach vorgeschlagen ist, daß wir eine formelle Beschlussfassung zurückstellen bis zur nächsten Sitzung. Ich wäre Ihnen nur dankbar für die ausdrückliche Ermächtigung, daß Sie uns ermächtigen, diesen Etat, der ja ohnehin unterteilt ist, das ist heute ja eine gängige Methode, in einen Kernhaushalt und in einen Eventualhaushalt, der Eventualhaushalt hängt in seiner Bedienung von den Erfolgen von Herrn Kiep ab, was den Kernhaushalt betrifft, im Januar – und das wird vor der nächsten Vorstandssitzung nötig sein – zu einem Zwölftel in Angriff zu nehmen, damit die Sache ihre Ordnung hat. Wenn Sie damit einverstanden sind, und ich darf das feststellen, haben wir noch einen weiteren Beschluß zu fassen, der die Prüfung der Kassenprüfer betrifft. Herr Kiep, vielleicht können Sie so nett sein, den Beschlußantrag eben noch mal zu formulieren.

*Kiep:* Wir müßten beschließen, daß die gemäß Bericht der Rechnungsprüfer anläßlich des Bundesparteitages 1971 in Saarbrücken beanstandete Überschuldung der Partei in Höhe von 5 Mio. auftragsgemäß durch Eingänge in einer ausreichenden Höhe beseitigt ist und damit der Zustand der Überschuldung per 31. Dezember 1971 behoben ist.

*Kraske:* Vielen Dank! Dazu Wortmeldungen? Allgemeines Einverständnis. Irgendwelche Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall, dann ist so beschlossen. Darf ich zum Schluß noch meinerseits eine Anmerkung machen? Ich stelle fest, und dies ist nun über die Herren Landesvorsitzenden vor allem ein Appell an unsere Kreisverbände, daß noch immer weder ausreichend bekannt ist, daß Parteispenden bis zu einer Höhe von 600 bzw. 1.200 DM steuerlich absetzbar sind, noch, daß von den Kreisverbänden hinreichend wirkungsvoll und breit in dieser Richtung um Spenden geworben wird. Ich würde es für dringend halten, daß noch vor dem 31. Dezember mindestens in Kreisen, die auch nach dem SPD-Parteitag<sup>44</sup> auf diese Dinge besonders ansprechbar sind, auf diese Möglichkeit hingewiesen wird. Ich glaube, daß in den Kreisverbänden wirk-

---

44 Außerordentlicher Parteitag der SPD vom 18. bis 20. November 1971 in der Beethovenhalle Bonn. Der Parteitag wurde am 17./18. Dezember 1971 in der Stadthalle Bad Godesberg fortgesetzt. Vgl. SPD, PARTEITAG 1971.

lich eine, gerade zur Zeit, eine erhebliche Spendenbereitschaft da ist und es ist nur ein Organisationsproblem ist, wie weit es den Kreisverbänden gelingt, das zu mobilisieren. – Dazu Herr Kiep!

*Kiep:* Herr Kraske, ich wollte doch noch mal zu erwähnen geben, ob wir nicht tatsächlich noch einmal von der Bundespartei her eine zentrale Aktion machen sollten, die auf diesen Termin, 31. Dezember, und die Steuermöglichkeit hinweist.

*Kraske:* Da ich in meinem Wahlkreis das in diesen Tagen gemacht habe, habe ich mir ohnehin überlegt, an die Kreisvorsitzenden ein Rundschreiben zu schicken mit diesem Hinweis. Ich glaube, daß das nützlich wäre. Aber trotzdem wäre ich den Landesvorsitzenden dankbar, wenn sie das auch ihrerseits aufgreifen würden.

*Köppler:* Eine Anfrage im Zusammenhang mit dem Etat. Ist geplant, für Ende dieses Jahres, zweite Hälfte dieses Jahres, an eine zentrale Mitgliederwerbaktion zu denken oder nicht?

*Kraske:* Zweite Hälfte des nächsten Jahres. Die Arbeitsplanung für das Jahr 1972 wird im Präsidium wahrscheinlich im Januar besprochen werden. Dabei wird auch über diese Frage zu sprechen sein. Ich glaube, dann können wir diesen Punkt abschließen. Es ist angeregt worden, daß wir die Punkte 5 und 4 in ihrer Reihenfolge austauschen. Ich nehme das gerne auf, weil wir über den Punkt 5 uns sehr schnell verständigen können. – Frau Dr. Wex, Sie haben das Wort!

#### BERICHT VON FRAU DR. WEX ZUM THEMA MASSENMEDIEN

*Wex:* Ich habe hier zur Abkürzung des Verfahrens Ihnen eine kleine Vorlage gemacht über den Gang der Handlung, wenn ich das mal so nennen soll. Nach der Einsetzung der Medienkommission auf dem Bundesparteitag hatten wir zwei Ziele zu verfolgen, einmal die Aktivierung der Arbeit und zweitens die Koordinierung. Die Aktivierung der Arbeit ist in einer Form erfolgt, insofern als der konstituierte Arbeitskreis Rundfunk jetzt mehrere Male in seiner Medienkommission getagt hat. Die vom Bundesvorstand eingesetzte Medienkommission ist natürlich jetzt etwas anderes als der Arbeitskreis, der kurz vor dem Bundesparteitag gegründet worden ist; die Gründung war mir natürlich bekannt. Nach längeren Diskussionen bzw. auch nach Kontaktnahme mit allen Beteiligten haben wir uns jetzt auf folgenden Verfahrensvorschlag für Sie geeinigt: Da es nicht Ziel des Bundesvorstands sein kann, eine völlig anders besetzte Kommission zu bilden, schlagen wir vor, die bestehende Unterkommission Medien mit der Vorlage eines Medienkonzepts im Sinne des Parteitagsbeschlusses zu beauftragen. Über die Zusammensetzung der Kommission, Herr Kohl wird dazu noch etwas sagen, können wir uns unterhalten. Herr Kohl wird vorschlagen, wie wir das vorsehen. Der erste Vorschlag könnte sein, daß wir die CDU-Mitglieder dieser Medien-Unterkommission in die neue Kommission nehmen. Über die Mitarbeit der CSU-Mitglieder müßte dann gesprochen werden, und das wird auch das Petitum sein. Wir sind uns darüber einig, daß wir heute nicht darüber sprechen können etwa über das Materielle eines Medienkonzeptes, da liegen mehrere Vorschläge vor.

*Kohl:* Ich möchte jetzt auch von hier aus in diesem Sinne aufrufen zur Unterstützung. Ich will auf folgendes hinweisen: Wir dürfen zwei Dinge nicht tun. Wir müssen anfangen, so schnell wie möglich zu arbeiten, aber wir dürfen uns nicht selbst unter einen Zeitdruck setzen lassen, der z. T. auch aus einer sehr wirtschaftlich interessierten Gruppe und Ecke kommt. Sie müssen sich darüber im klaren sein, hier geht es um viel Geld im Endergebnis. Die schlechte Aufnahme, die die Mediendiskussion der SPD in der Öffentlichkeit gefunden hat, hat unter anderem ihren Grund darin, daß die glaubten, da ist jetzt im Augenblick was zu raten. Sie haben zu einem Zeitpunkt losgeschlagen, in der die Sache nicht angreifbar war. Ich bin der Auffassung, wir sollten im Sinne dieses Vorschlages verfahren und im Präsidium im Januar über Personen sprechen, wer noch hinzutreten soll, auch aus dem wissenschaftlichen Bereich. Es muß unbedingt sichergestellt werden, daß in dieser Kommission auch voll legitimierte Vertreter der CSU sind, denn es hat keinen Sinn, daß sie zwar CSU-Mitglieder sind, aber nachher die CSU sagt: „Das geht uns nichts an!“ Das muß formal in Ordnung sein, daß das handlungsfähige CSU-Vertreter sind und daß es ein Konzept gibt. Wir können nicht gegenüber der ARD und dem ZDF, d. h. der öffentlich-rechtlichen Seite, mit zwei Papieren arbeiten, CDU und CSU. Wir werden ein Diskussionsarbeitspapier haben, das wird nicht schmal werden. Sie werden sich schon der Mühe unterziehen müssen, dann mal 50 Seiten zu lesen. Dann, Herr Kraske, muß das hier schon ein paar Stunden intensiv diskutiert werden. Denn man kann nicht fortdauernd über Medien reden, wie es auch in der CDU geschieht, ohne den einfachsten Sachverstand zu haben und den Sachverhalt zu kennen. Das ist, glaube ich, jetzt erreicht. Wir sollten nun sehen, daß die Kommission ernsthaft in ihrer Arbeitsfähigkeit bis Ende Januar steht und dann vielleicht ein halbes Jahr Zeit hat. Ich würde die Zeit nicht zu kurz bemessen, denn wir geraten hier nicht unter Zeitdruck.

*Kraske:* Vielen Dank! Ich schlage Ihnen vor, daß wir dieser Vorlage einschließlich des Beschlußvorschlages auf Seite 2 zustimmen, daß Sie das Präsidium beauftragen, den Punkt 2, nämlich die Ergänzung der bestehenden Kommission zu erörtern und Ihnen erneut Vorschläge zu machen. Im übrigen liegen für die CSU von den bisherigen Mitgliedern der Kommission bereits ausdrückliche Zustimmungen zu diesem gemeinsamen Verfahren vor, aber es wird abzuklären sein, daß das nicht nur die Zustimmung einzelner CSU-Mitglieder, sondern die offizielle Zustimmung der CSU ist. Auch das werden wir dann im Januar Ihnen vorlegen können. Ich schlage vor, daß wir uns heute dann auf diesen Beschluß beschränken und Ihnen im Januar dazu eine neue Vorlage machen. Damit kommen wir zu dem Punkt 4

#### BERICHT DES VORSITZENDEN DER GRUNDSATZKOMMISSION

Ich darf Herrn von Weizsäcker das Wort geben.

*Von Weizsäcker:* Der Parteivorsitzende hat in Saarbrücken nach seiner Wahl die Ansetzung einer Grundsatzkommission angeregt und angekündigt und ihr zwei Aufgaben gestellt: erstens eine Art der wissenschaftlichen Zukunftserforschung und der

Transformierung solcher Erkenntnisse in politische Münze, und zweitens die Bearbeitung von Grundsatzfragen auf der Basis des Parteiprogramms. Auf der Grundlage einer Zustimmung durch das Parteipräsidium bin ich eingeladen worden, in dieser Grundsatzkommission mitzuwirken, die Herren Albrecht, Biedenkopf, Hasinger und Mikat, eine Einladung an Herrn Hennis<sup>45</sup> läuft noch. Die Formulierung der Aufgaben der Grundsatzkommission haben wir in einer ersten, ganz kurzen Abstimmung unter den Mitgliedern wie folgt umformuliert, nämlich erstens, welche Gesellschaft erwartet uns in der für uns politisch relevanten Zukunft und zweitens, welches ist unser politischer Wille in bezug auf den Menschen und diese Gesellschaft?

Die Arbeitsmethode, so wie wir sie sehen, untergliedert sich, was die Zeit anbelangt, einerseits daraus, daß die Kommission vorläufig wohl auf unbestimmte Zeit berufen ist, jedenfalls in dem Verständnis, daß die Kommission die Freiheiten haben muß, Arbeiten in Angriff zu nehmen, für die sie eine zeitliche Begrenzung bei der Übernahme der Arbeit noch nicht angeben kann. Zweitens und vor allem aber im Rahmen von Etappenzielen zu arbeiten. Unsere Vorstellung ist, daß das erste Etappenziel dieser Arbeit sich zeigen muß als Material für ein Wahl- und Regierungsprogramm 1973, soweit es sich eben um grundsätzliche Aspekte handelt. Das Thema stellen wir uns im einzelnen vor als eine Beschreibung und Stellungnahme in den ideologischen Fronten der Parteien für den Bundestagswahlkampf. Wir haben dieses noch nicht abgestimmt, sei es mit der Partei, sei es mit der Art von Wahlkampf vorbereitung, wie sie zwischen CDU und CSU möglicherweise vorgenommen wird. Wir meinen, daß wir wohl nicht später als bis zum Sommer des Jahres 1972 eine erste Vorlage unserer Gedanken in Form eines Papiers zu produzieren haben. Unser Selbstverständnis von unserer Arbeit dabei ist, daß wir unsere Gutachterfähigkeit, soweit wir darüber verfügen, mehr im Hintergrund halten, dagegen uns als Politiker verstehen, die die Aufgabe haben, eine von ihnen vorgenommene Analyse selbst in politische Münze zu verwandeln, in eine möglichst verständliche und, wenn man so will, kleine politische Münze. Wenn wir nicht den Eindruck gewinnen, daß wir wirklich einen Einfluß auf die Aussagen und die Strategien im Rahmen von Wahl- und Regierungsprogramm gewinnen, dann werden wir das verstehen entweder als eine berechtigte Zensur über die mangelnde Qualität unserer Arbeit oder als die Tatsache, daß die zuständigen Gremien für die Wahl- und Regierungsprogramme in Wirklichkeit an derartigen Fragen nicht interessiert sind, was uns sofort veranlassen wird, den Auftrag wieder zurückzugeben.

Wir sind der Meinung, daß wir durchaus in der Übersetzung von Grundlagen in politische Münze auch den Versuch machen müssen, zwar nicht Wahlplakate oder Slogans zu entwickeln, wohl aber mindestens in der Weise darauf miteinwirken zu können, daß dort nicht Dinge stehen, die dann letzten Endes wirklich im Gegensatz zu

---

45 Dr. Wilhelm Hennis (geb. 1923), Politikwissenschaftler; 1962–1967 Professor an der Universität Hamburg, 1967–1988 an der Universität Freiburg/Breisgau. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 725 Anm. 40; Stephan SCHLAK: „Wilhelm Hennis“. Szenen einer Ideengeschichte der Bundesrepublik. München 2008.



ideologischen oder politisch-ethischen Grundsatzaussagen stehen und, daß sie diskutiert und angenommen oder verworfen werden müssen. Trotzdem sollten Sie daraus nicht den Eindruck gewinnen, daß wir auf dem Wege sind, uns von einer Grundsatzkommission in eine Werbeagentur zu verwandeln.

Was nun den Inhalt selbst anbetrifft, so kann ich dazu immer noch relativ wenig vortragen. Wir werden in diesem ersten Etappenziel natürlich auszugehen haben vom geschriebenen Berliner Programm. Dann werden wir weiter ausgehen von den Grundwerten. Und bei diesen Grundwerten ist die Meinung, daß wir vor allem Wert darauf legen wollen, Grundwerte oder Grundaussagen dahin zu untersuchen, inwiefern sie eine motorische, eine zielgebende, eine motivierende Kraft für die Gesellschaft gewinnen, weniger, inwiefern sie eine mehr absichernde oder die Rechte, die vorhanden sind, besser gestaltende Wirkung entwickeln. Was damit gemeint ist, ist am Besten zu beschreiben an der Entwicklung des Freiheitsbegriffes in seiner Relation zu den anderen Grundwerten, also des Freiheitsbegriffes einerseits und Begriffen wie „Gerechtigkeit“, „Anteil“, „Solidarität“ und in gewissem Sinne auch „Frieden“ andererseits. Denn diese Freiheit hatte ja nicht nur das Ziel der Emanzipierung über Unfreiheit, sondern vor allem auch das Ziel der Motivierung, also die motorische und in Richtung auf ein Ziel hinführende Kraft. Aber wir sind ja heute in einer Gesellschaft, in der diese motorische Komponente der Freiheit mehr und mehr zurückgetreten ist, und in der die mehr absichernden Werte, nämlich eben Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität und Frieden mehr und mehr in den Mittelpunkt getreten sind.

Wir haben es dabei mit zwei Arten von politischen Gegnern zu tun, einerseits ganz grob gesprochen mit der FDP und der Führung der SPD und dem Hauptteil ihrer normalen Wähler, die sich weitgehend darauf konzentrieren, diese Absicherungs-Funktion der übrigen Grundwerte zu perfektionieren, die aber für die Motivierung des Einzelnen und der Gesellschaft im Grunde genommen überhaupt keine Aussage machen. Und auf der anderen Seite die wirkliche Linke, die die Lücke in bezug auf die Motivierung sehr wohl erkennt, die aber diese Lücke dadurch zu schließen gedenkt, daß sie den Einzelnen in Form eines Unterwerfungsvorganges unter die von der Linken definierte Gesellschaft zu beglücken gedenkt. Diesen beiden gegenüber ist es, wie es uns scheint, unsere Aufgabe, eben nicht in Richtung auf Absicherung, sondern vor allem in Richtung auf Motivierung und motorische Kraft von Zielen Aussagen zu machen, die sich in bezug auf das Ziel radikal von der radikalen Linken unterscheiden, weil eben dort jener Unterwerfungsvorgang stattfindet. Und die sich in bezug auf die Qualität der gesuchten Ziele radikal von der FDP und rechten SPD-Gruppe unterscheidet, weil die, wie es uns scheint, sich überhaupt nur um die Absicherung und überhaupt nicht um die Zielsetzung im engeren Sinne bemüht. Ich finde, daß sind natürlich alles ungeheuer angreifbare, weil ungeheuer pauschale Aussagen. Aber wir haben ja überhaupt noch nicht angefangen zu arbeiten. Das durften wir auch gar nicht, denn am Ende meines Berichtes hat ja die Bitte an den Parteivorstand zu stehen, die Grundsatzkommission als solche ins Leben zu rufen und zu bestätigen und entweder zunächst nur diesen Bericht entgegenzunehmen oder aber in bezug auf diesen Bericht kritische weiterführende Anregungen zu geben. Damit möchte ich schließen. (*Beifall.*)

*Kraske:* Herzlichen Dank! Meine Damen und Herren, die Aufgabenstellung der Kommission, so wie sie Herr von Weizsäcker geschildert hat, stimmt nach meinem Eindruck überein mit dem, was das Präsidium sich dabei gedacht und erwartet hat, als ich Ihnen eine solche Kommission in der letzten Sitzung des Vorstandes vorschlug. Wir haben bei der letzten Vorstandssitzung auch bereits über die personelle Zusammensetzung hier gesprochen, nur, da die Einverständniserklärung der aufgeforderten Mitglieder noch nicht vorlag, konnten wir das nicht offiziell publizieren. Deswegen sollten wir heute diesen ausdrücklichen Beschluß nachholen und ihn heute dann auch selbstverständlich auch veröffentlichen.

*Echternach:* Ich begrüße die Akzentsetzung, die Herr von Weizsäcker hier vorgenommen hat, außerordentlich. Ich darf aber doch daran erinnern, daß wir bisher einen formellen Beschluß über die personelle Zusammensetzung noch nicht gefaßt haben, daß bisher nur Vorschläge im Raum stehen. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die Junge Union auf ihrem letzten Deutschlandtag beschlossen hat, ein spezielles Grundsatzprogramm zu erarbeiten, ein Grundsatzprogramm der Jungen Union, das bis zum nächsten Deutschlandtag bis zum Herbst nächsten Jahres erstellt werden soll. Ich habe festgestellt, daß die Äußerungen und die Akzentsetzung, die Herr von Weizsäcker mit der Kommission vornehmen will, nicht nur ein Langzeitprogramm sind, sondern in etwa in die Richtung gehen, daß hier grundsatzprogrammatische Festlegungen und Positionen bezogen werden sollen. Unter diesen Umständen würde ich es sehr begrüßen, wenn wir hier zu einer Koordination kämen zwischen der Arbeit der Grundsatzkommission unter der Leitung von Herrn von Weizsäcker und der Grundsatzarbeit der Jungen Union. Ich würde vorschlagen, daß vielleicht der Vorsitzende der Kommission für das Grundsatzprogramm der Jungen Union, Herr Schönbohm, ebenfalls zu dieser Kommission als Mitglied hinzugezogen wird.

*Lemke:* Ganz kurz eine Frage. Herr von Weizsäcker, Sie haben einige Begriffe – und ich stimme mit Ihnen überein – hervorgehoben und haben sie auch in etwa definiert und sie sogar klassifiziert. Darf ich Ihnen eines sagen? Mir stellt sich die Frage, ich habe nicht so tief darüber nachgedacht wie Sie, ob dieser Begriff der „Leistungsanforderung“, der „Leistungsbejahung“ nicht auch irgendwie hinein muß, gerade wenn Sie sich von dieser FDP/SPD-Ecke unterscheiden wollen. Sie kennen diese Vorstellungen von Schoeps.<sup>46</sup> Ich wollte, weil wir uns gerade unterhalten, diesen an sich materiell sehr wichtigen Begriff einfügen. Ob er in diese Skala hineinpaßt, kann ich nicht sagen, aber mir scheint es ein Kriterium des Unterschiedes zwischen uns und den anderen zu sein.

*Hahn:* Sie können sich erinnern, daß der Evangelische Arbeitskreis sich vor zwei

---

46 Dr. Hans-Joachim Schoeps (1909–1980), Historiker und Religionsphilosoph; 1932 Promotion, 1938 Flucht nach Schweden, 1947 Habilitation, 1950–1976 o. Professor für Religions- und Geistesgeschichte an der Universität Erlangen. Vgl. Frank-Lothar KROLL: Geistesgeschichte in interdisziplinärer Sicht. Der Historiker Hans-Joachim Schoeps. In: Das geistige Preußen. Zur Ideengeschichte eines Staates. Paderborn 2001 S. 209–240. – Schoeps bekannte sich zu Preußen und den preußischen Staatstugenden. Vgl. FAZ vom 30. Januar 1969 „Hans-Joachim Schoeps sechzig Jahre“.

Jahren etwa um ein Grundsatzprogramm bemüht hat.<sup>47</sup> Ich würde eigentlich nur vorschlagen, man hat damals gründlich gearbeitet, daß das Material dieser Gruppe auch zugereicht wird.

*Von Weizsäcker:* Zunächst zu den drei Fragen: Ich bitte, den Begriff „Langzeitkommission“ auf uns nicht anzuwenden. Erstens ist er besetzt durch die SPD, und zweitens machen die etwas vollkommen anderes als wir. Die machen zwar etwas sehr Interessantes. Und damit uns lebhaft zu beschäftigen, ist natürlich unsere Aufgabe, sie haben ja auch eine ganz interessante Diskussion darüber auf dem Parteitag in Bonn geführt.<sup>48</sup> Aber die Aufgabe der Kommission, die unter Vorsitz von Helmut Schmidt steht, ist bisher in Wirklichkeit eine partei-ideologisch interne Retter-Funktion. Die sollen nämlich gegenüber all den Reform- und Umgestaltungswünschen die finanzielle und planbare Komponente hinzufügen. Infolgedessen stehen sie immerfort auf und sagen: „Also, machen können wir natürlich von alledem, was Ihr hier wollt, gar nichts.“

Immerhin, also was die machen, ist sehr interessant und geht uns etwas an. Es ist aber etwas anderes, als das, was wir machen. Jedenfalls im Rahmen dessen, was wir hier erste Etappe nennen, machen wir ja sehr viel mehr Programmatik, auch in Richtung auf den Wahlausgang, auf der Ebene von politischer Ethik und weniger eine Quantifizierung von politischen Programmen.

Zweitens, was die Frage der Bestellung der Mitglieder anbetrifft, so kann ich natürlich nicht sehr viel sagen, ich bin in der letzten Vorstandssitzung gar nicht dabei gewesen. Die mir gemachte Mitteilung allerdings ist die, daß der Personenkreis als solcher designiert und auch beschlossen worden sei, aber das mögen die anderen wissen. Wir haben in unserer Kommission – wir haben ja heute zum erstenmal zwei Stunden zusammengesessen – nur die Absicht, diesen Kreis klein zu halten, aber beliebig liberal in bezug auf die Zuziehung derjenigen Gutachter, Gäste usw., die wir aus Gründen des Sachverständes, der Koordinierung oder aus welchen Gründen auch brauchen, um das Ziel der Abstimmung zu erreichen. Ich würde weniger sagen der Abstimmung von uns her gesehen, sondern der gegenseitigen Befruchtung. Dies zu erreichen, ist für mein Gefühl auch auf eine informelle Weise möglich, aber bitte, ich kann dazu nichts Abschließendes sagen.

Drittens, Herr Lemke, der Gedanke der Leistung wird selbstverständlich eine zentrale, aber wiederum auch nicht eine ausschließlich tragende Rolle genau in dem Konzept spielen, um das es uns geht. Wir wollen eben auch nicht in erster Linie das Denken von anderen abwehren. Oder abwehren die Gefahren, die einem bestehenden materiellen Besitzstand drohen oder ähnliches, sondern wir wollen ja gerade in das Feld der Motivierung reingehen. Daß wir in diesem Zusammenhang eine scharfe Front

---

47 Am 6. November 1969 beschloß die EAK-Studiengruppe die Ausarbeitung einer neuen Programmatik. Die „Grundzüge einer christlich-demokratischen Politik“ wurden am 24. April 1970 vorgestellt und im September veröffentlicht (vgl. „Evangelische Verantwortung“ Nr. 9 vom 10. September 1970 S. 4–7). Eine Kommission lehnte am 10. Dezember 1970 die Einarbeitung der „Grundzüge“ in das CDU-Parteiprogramm ab. Vgl. die Materialien in ACDP 04–001–104/1, –082/1, –073/1.

48 Zum Zwischenbericht der Langzeitkommission vgl. SPD, PARTEITAG 1971 S. 77–157.

zu machen haben gegenüber Tendenzen, bei denen die Leistung immer mehr der Nicht-Leistung gleichgestellt wird, auch dort, wo die Nicht-Leistung möglich wäre auf der Basis eine Gleichheitsgedankens. Oder daß wir Front zu machen haben, das ist so ein Lieblingsthema von mir, gegen den Zusammenhang von dem materiellen Nulltarif mit notwendigerweise dem geistigen Nulltarif, das ist ganz klar. Der Leistungsgedanke als solcher wird einen sehr wichtigen Platz dabei haben.

Und viertens, Herr Hahn, die Grundsätze des Evangelischen Arbeitskreises im Zusammenhang mit der Präambeldebatte haben uns heute dafür auch schon vorgelegen. Wie uns dabei aber heute auch schon gesagt worden ist von Sachverständigen, daß es eigentlich seit dem Jahre 1953 gewissermaßen in Permanenz, unaufhörlich sich ablösende oder sich überschlagende Grundsatzkommissionen gegeben hat, Herr Generalsekretär, über die es allerwertvollste Materialien geben soll und die ich sicher von der Bundesgeschäftsstelle bekommen werde. Wie natürlich überhaupt Anregungen auch außerhalb der hiesigen, ja notgedrungen kurzen Diskussion, nur erwünscht sind.

*Kraske:* Herzlichen Dank! Die Bundesgeschäftsstelle wird ganz sicher dafür besorgt sein, daß diese Materialien schnellstens zugeleitet werden. Herr Bilke, vielleicht sind Sie so nett, das vorzumerken, ich sehe Herrn Hennig im Augenblick nicht. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich selber habe, ohne daß mir das Protokoll jetzt vorliegt, die letzte Vorstandssitzung so in Erinnerung, daß wir in der Tat nicht einen formellen Beschluß gefaßt haben über die Zusammensetzung, sondern daß wir eher von dieser Zusammensetzung zustimmend Kenntnis genommen haben und dieses in der von Herrn von Weizsäcker vorgetragenen Form, nämlich mit ihm als Vorsitzendem und dazu den Herren Professor Mikat, Dr. Ernst Albrecht, Professor Erdmann, Professor Biedenkopf und Herrn Hasinger. Es liegt die Bitte der Jungen Union vor, dieses Gremium zu erweitern zum Zwecke der Koordinierung. Ich kann nur sagen, Koordinierung ist etwas für diese Arbeit ungeheuer Notwendiges, und deswegen würde ich gerne Herrn von Weizsäcker bitten, daß er die Zusammenarbeit mit der Grundsatzkommission der Jungen Union so regelt, daß hier wirklich gegenseitige Abstimmung soweit möglich und gegenseitige Befruchtung, um das Wort aufzunehmen, stattfindet.

*Von Weizsäcker:* Ja, ich wollte nur noch einmal sagen, ich habe vorhin vorgeschlagen fünf Namen ohne Erdmann, aber hinzugefügt, es gibt einen Antrag in bezug auf Herrn Hennis. (*Unruhe.*)

*Kraske:* Der Name Erdmann ist in der vorherigen Sitzung hier genannt worden. Gut!

*Von Weizsäcker:* In bezug auf Herrn Erdmann ist das bisher nicht gelungen und in bezug auf Herrn Hennis läuft eine Anfrage. (*Zwischenruf:* Also das wäre hervorragend mit Hennis.)

*Kraske:* Gut, ich streiche den Namen Erdmann und lasse den Namen Hennis offen, weil offenbar hier noch ein Gespräch läuft. (*Von Weizsäcker:* Den Namen Hennis noch nicht veröffentlichen, weil es noch nicht ganz klar ist.) Gut, dann würden wir also veröffentlichen, daß eine Erweiterung möglich ist, daß dies jedenfalls der Kern ist.

*Echternach:* Ja, ich meine doch noch einmal, um die Formalien klarzustellen, daß es,

glaube ich, in der letzten Sitzung so gelaufen ist, daß mit Rücksicht auf die Abwesenheit von Herrn von Weizsäcker über die Namen nicht abgestimmt worden ist, sondern ausdrücklich von einer Abstimmung abgesehen wurde und daß wir heute erst über die Namen überhaupt abstimmen müßten. In dem Zusammenhang wäre ich dankbar, wenn, da ja auch Vertreter anderer wichtiger Meinungsbildner in der Partei mit berücksichtigt worden sind, wenn auch hier die Koordination sichergestellt würde durch die Mitgliedschaft von Herrn Schönbohm.

*Kraske:* Ich würde an sich vorschlagen, daß wir dieses mehr auf dem Felde der Koordination wahrnehmen, weil ich ein bißchen befürchte, daß sonst die Kommission über diesen Vorschlag hinaus von anderen Vereinigungen, von Landesverbänden zu groß wird. Wenn der formelle Antrag der Jungen Union jetzt hier vorliegt, dann haben wir, glaube ich, darüber abzustimmen. Einen Schaden finde ich das in gar keiner Weise.

*Kohl:* Also, ich habe ja den großen Genuß gehabt, die letzte Kommission zu leiten, die zu einem Parteiprogramm führte. Ich kann nur sagen, ich halte es für nützlich, zumal ich auch meine Erfahrung über Präsenzen habe in solchen Kommissionen. Auf der einen Seite sollte die Gruppe, die so etwas macht, möglichst klein gehalten werden. Man sollte Richard von Weizsäcker da nicht einen großen Verein an die Seite stellen, die alle rein wollen und dann überhaupt nicht da sind. Wir haben damals in der Programmkommission mit 90 Leuten angefangen und 36 oder 37 kamen einigermaßen regelmäßig. Nur eines will ich ausdrücklich jetzt hier sagen: Ich halte es schon für sehr nützlich, nachdem man aus der jüngeren Generation eine bestimmte Stimme hier auch braucht, einen Mann, den ich aus der damaligen Arbeit als einen sehr präsenten und fleißigen Mann kennengelernt habe, mit dazu zu nehmen, wenn es damit sein Bewenden hat. Ich würde bloß jetzt nicht die Liste noch mal aufmachen.

*Langguth:* Also ich würde mich auch für Herrn Schönbohm einsetzen, weil ich weiß, daß er tatsächlich das intellektuelle Format dafür hat. Er ist früher Bundesvorsitzender des RCDS gewesen zu einem Zeitpunkt, als eben die Auseinandersetzung mit der radikalen Linken gerade angefangen hat. Ich glaube, er hat da wesentliche Punkte gesetzt für die Diskussion. Deswegen würde ich dafür plädieren.<sup>49</sup>

*Von Weizsäcker:* Erstens, wir wollen eine kleine Kommission sein. Was die Präsenzfrage betrifft, so haben wir heute in unserer ersten zweistündigen Sitzung eines der fünf Mitglieder schon beinahe wieder rausgeschmissen, weil er zwanzig Minuten draußen war. Zweitens, eines möchten wir nicht, daß nämlich Ergänzungen vorgenommen werden in dieser Kommission unter dem Aspekt, da fehlt noch diese oder jene Kategorie. Wir haben das letzte mal einen von den fünf Namen, ich lasse jetzt mal Henniss aus, noch nicht gehabt, sondern statt dessen gesagt, wir brauchen noch den für die

---

49 Zur „Reformkommission“ unter der Leitung von Helmut Kohl und ihrer Zusammensetzung vgl. Nr. 4 S. 82–85, 95–98; ihre Arbeit war nach vier Plenarsitzungen am 21. Juni 1970 abgeschlossen (vgl. SCHÖNBOHM S. 121–123).

CDU zuständigen Habermas<sup>50</sup> oder Dahrendorf. (*Kohl*: Das ist der mit den zwanzig Minuten. – *Gelächter*.) Ich möchte zu den Personalfragen hier meinerseits sozusagen als Mitbetroffener nicht Stellung nehmen. Ich will mich nur ausdrücklich dagegen verhalten, daß hier unter dem Aspekt von Kategorien die Kommission ergänzt wird, und bitte, in dem Kommuniké nicht von weiter vorgesehener Erweiterung zu sprechen.

*Kohl*: Ich würde überhaupt nichts veröffentlichen zu dem Punkt.

*Barzel*: Ich glaube, die Namen müssen wir veröffentlichen, weil man draußen sehr auf die Namen wartet.

*Von Weizsäcker*: Vollkommen richtig. Aber wir können sagen, daß eine Entscheidung in einem Fall noch aussteht.

*Kohl*: Stand auch in der Zeitung.

*Schwarz-Schilling*: Kann man es denn nicht so machen, daß man es dem Vorsitzenden überläßt, diese Kooptation vorzunehmen?

*Barzel*: Herr Schwarz-Schilling, dieses war mein Vorschlag. Sie haben gesehen, daß dieser Vorschlag nicht befriedigt hat, sondern daß der formelle Vorschlag gemacht wird, diese Kommission um Herrn Schönbohm zu erweitern, mit, wie ich glaube, guten Gründen. Jetzt aber noch eine Wortmeldung.

*Blüm*: Ich sehe gar nicht, warum das alles so kompliziert ist. Es liegen doch gar keine Einwände gegen Herrn Schönbohm vor. Herr Schönbohm hat gerade auf dem Gebiet der Grundsatzdiskussion Hervorragendes geleistet. (*Zwischenruf Kohl*: Natürlich, der wird immer da sein.) Warum denn dann Formalien jetzt?

*Kraske*: Herr Blüm, vor formellen Beschlüssen müssen eben auch die Formalien geklärt werden. Ich hatte nicht vor, das besonders lange auszudehnen, sondern abschließend festzustellen, daß jetzt folgende Vorschläge vorliegen: neben Herrn von Weizsäcker, Herr Professor Mikat, Herr Dr. Albrecht, Herr Professor Biedenkopf, Herr Hasinger und Herr Schönbohm.

Ich würde vorschlagen, so zu beschließen und Herrn von Weizsäcker zu ermächtigen, wenn die Gespräche mit Herrn Hennis abgeschlossen sind, die Kommission um Herrn Hennis zu erweitern. Dies war der Punkt. Darf ich um Zustimmung bitten? Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall, dann ist es einstimmig so beschlossen. Ich bedanke mich herzlich. – Wir kommen zu Punkt 6

---

50 Dr. Jürgen Habermas (geb. 1929), Sozialwissenschaftler; 1954 Promotion, 1961 Habilitation, 1964–1971 Professor für Soziologie und Philosophie an der Universität Frankfurt/Main, 1971–1980 Direktor des Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg, 1981/82 Direktor am Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften in München, 1983–1994 Professor für Philosophie an der Universität Frankfurt/Main.

§ 218 StGB

Darf ich zunächst unseren Bundestagskollegen Herrn Eyrich<sup>51</sup> hier ausnahmsweise begrüßen. Außerdem die Geschäftsführerin der Frauenvereinigung, Fräulein Lenz<sup>52</sup>. Wer nimmt zunächst das Wort?

*Vogel:* Meine Damen und Herren, darf ich, wegen der Tendenzen, nach Möglichkeit nicht zu einer Beschlußfassung zu kommen, doch einiges sagen, was für die Beschlußfassung spricht. Das erste ist die Diskussion, die wir Tag für Tag im Lande zu bestreiten haben, wo wir gefragt werden, welches ist die Position der CDU/CSU. Das zweite ist, daß wir handlungsfähig sein müssen, auch in den Gesprächen mit den Vertretern anderer Parteien. Das dritte ist, daß unsere Länder den Referentenentwurf zur Stellungnahme haben bis zum 15. Dezember. Wir sind heute Abend in der bayerischen Landesvertretung zusammen mit unseren Justizministern und mit den zuständigen Bundestagskollegen, um zu erreichen, daß hier eine einheitliche Stellungnahme aus unseren Bundesländern kommt. Das allein, glaube ich, genügt, um darzutun, daß wir in dieser Frage zumindest in der Linie klar sein müssen. Ich glaube, niemand ist hier, der sagt, daß muß so bleiben, wie es hier steht. Was wichtig ist, ist, daß die Linie, die in diesem Papier enthalten ist, hier diskutiert wird und wir hier zu einer Übereinstimmung kommen. Das zweite ist, auch danach ist gefragt worden, wieweit ist das alles abgestimmt? Es ist abgestimmt zwischen der Fachkommission des Juristenarbeitskreises und der Frauenvereinigung, wobei in der Fachkommission sowohl die Bundestagskollegen als auch die Länder, als auch insbesondere sehr qualifizierte Mitglieder der CSU vertreten waren. So ist das, was aus der Fachkommission gekommen ist, über den Vorstand des Bundesarbeitskreises gegangen, weitgehend abgestimmt und stimmt überein mit den vier Thesen, die vor der Sommerpause von der Bundestagsfraktion bzw. vom Arbeitskreis I der Bundestagsfraktion verabschiedet worden sind.<sup>53</sup> Es ist sämtlichen Bundestagskollegen bekannt. Widerspruch dagegen hat es aus dem Kreis der Bundestagsfraktion bislang nicht gegeben.

Zur Sache selbst: Der Obersatz heißt nicht § 218, sondern der Obersatz heißt „Schutz des werdenden Lebens“, abgeleitet aus einer Verfassungsbestimmung, die wir als eine Schutzverpflichtung aus der Verfassung heraus ansehen, und die unserer Auffassung nach auch unsere Haltung bestimmen muß. Unter die Schutzverpflichtung fällt zweierlei. Das erste ist, ich möchte das ganz kurz sagen, eher verhüten als abtreiben. Das ist der eine Satz. Ich glaube, daß das sehr wichtig ist, auch für die Diskussion

---

51 Dr. Heinz Eyrich (geb. 1929), Jurist; 1969–1978 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 943 Anm. 23.

52 Marlene Lenz (geb. 1932), Dolmetscherin; 1958–1963 Mitarbeiterin bei der Kommission der EWG, 1963–1972 Referentin in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1972–1979 wissenschaftliche Referentin des Deutschen Bundestages, 1979–1999 MdB.

53 Die Thesen finden sich im Anhang an das Protokoll der CDU/CSU-Fraktionssitzung vom 22. Juni 1971, in deren Verlauf Friedrich Vogel eine kurze Stellungnahme abgab, vgl. ACDP 08–001–1026/1 sowie Kurzprotokoll des AK I vom 22. Juni 1971 (ACDP 08–001–042/1). – Zur parlamentarischen Auseinandersetzung um den § 218 vgl. GANTE, insbes. S. 129–156.

draußen im Lande, daß die Position der CDU/CSU, vor allem der CDU in diesem Falle in dieser Frage klar ist. Und das zweite ist, Hilfen, um zu verhindern, daß abgetrieben wird – das, was unter flankierende Maßnahmen verstanden wird. In diesen Bereich gehört zusätzlich der strafrechtliche Schutz. Ich glaube, wenn wir das in diesem Nebeneinander sehen, bekommt einmal die strafrechtliche Diskussion ihren richtigen Platz. Die strafrechtliche Lösung im § 218, wie sie hier vorgeschlagen wird, ist die, daß wir der Auffassung sind, daß nur ein enger Indikationenkatalog die Schutzverpflichtung im Rahmen des Strafrechts wahrnehmen kann und wir darüber hinaus eine Bestimmung vorsehen müssen, die es ermöglicht, humane Entscheidungen der Gerichte in konkreten Einzelfällen bei außergewöhnlichen Konfliktsituationen zu erreichen. Deshalb steht der Satz darin, daß in Fällen außergewöhnlicher Konfliktsituation das Gericht von Strafe absehen kann. Es ändert weder etwas an der Rechtswidrigkeit noch etwas an Schuld, aber gibt dem Gericht die Möglichkeit, die besonderen persönlichen außergewöhnlichen Verhältnisse zu berücksichtigen und in Einzelfällen von Strafe abzusehen. Damit läßt sich sehr vieles abfangen, was im Rahmen der unterschiedlichen Indikationsmöglichkeiten diskutiert wird. Eine Frage, die in der Diskussion eine große Rolle spielt, ist die, wann setzt der Schutz ein. Das kann man sehr schwer vom Grundsätzlichen her entscheiden, weil man hier in eine Diskussion kommt, die sehr schwierig ist. Hier kann man nur praktisch-kriminalpolitisch argumentieren und von daher der Auffassung zustimmen, daß der strafrechtliche Schutz einsetzt mit dem Zeitpunkt der sogenannten Nidation, etwa um den 13. Tag nach der Empfängnis, weil alles andere praktisch nicht zu gewährleisten ist. Hier gibt es also praktische kriminalpolitische Erwägungen. Ich glaube, daß das auch für die Diskussion im Lande und auch für die Diskussion etwa mit den Vertretern der Kirchen ein außerordentlich wichtiger Gesichtspunkt ist. Alles andere führt in eine kaum lösbare Grundsatzdiskussion, die wir auch von uns aus nicht durchhalten könnten.

Enger Indikationenkatalog heißt für uns medizinische Indikation im engen Sinne. Das heißt also nicht aufgefüllt durch einen sozialen Pfropfen, der sie praktisch ausweiten würde zu einer Sozialindikation. Es bedeutet, daß wir den besonderen Zustand im Falle einer Vergewaltigung Rechnung tragen können und im übrigen aber die Tür öffnen für eine Bestimmung, die keine Indikation bezeichnet, sondern im konkreten Einzelfall dem Gericht die konkrete Möglichkeit gibt, von Strafe abzusehen. Ich glaube, das ist das Wesentliche. Ich muß noch hinzusetzen, daß eine Indikationslösung erfordert, wenn sie ernst zu nehmen ist, daß eine Entscheidung getroffen werden muß von einer Stelle, die nicht die Frau selbst ist. Ich darf das so klar und so hart sagen, nur durch ein Gremium oder irgendeine Stelle. Das ist im Papier angesprochen. Ich gebe zu erwägen, ob wir den letzten Absatz in einer Stellungnahme nach außen so herausgeben sollten oder ob wir das nicht mehr auch für die interne weitere Diskussion sehen sollten. Ich glaube, das wäre ganz gut.

Darf ich noch einige wenige Sätze sagen zu der Situation, zu der allgemeinen politischen Situation, wie das Ganze weiter gehen kann. Ich gehörte zu denen, die bis vor kurzem der Auffassung waren, das ganze Thema von uns aus auf kleiner Flamme kochen, nicht zu irgendwelchen Entscheidungen kommen, die den möglichen Dialog mit



Kollegen der SPD erschweren. Das Ganze ist etwas verändert, mindestens seit dem Beschluß des SPD-Parteitages und seit der Diskussion, die in der Öffentlichkeit massiv angelaufen ist. Ich habe es neulich als die Entwicklung eines Systems imperativer Demoskopie bezeichnet. Unter diesem Druck stehen wir zur Zeit in der Diskussion. Ich habe den Eindruck, daß es eine breite Gruppe innerhalb der Koalitionsfraktion für die Fristenlösung gibt, die wir schon aus verfassungsrechtlichen Gründen ablehnen müssen, daß aber dahinter eine zweite Kampflinie aufgebaut wird in Form eines verbesserten Indikationenkatalogs, den ich einen unechten Indikationenkatalog nennen möchte. Das entspricht etwa dem, was wir im englischen Recht haben. Auch das ist eine Indikationenlösung, was wir im englischen Recht haben, was in der Wirklichkeit, in der Praxis, dazu geführt hat, daß für jede Frau, die abtreiben will, auch die Möglichkeit gegeben ist, legal abzutreiben. Das scheint mir also derzeit die Entwicklung auf der anderen Seite zu sein, so daß die Möglichkeiten für eine Mehrheitsbildung im Bundestag, an der wir beteiligt sind, sich nach meiner Auffassung verringert haben. Ich glaube, daß das auch unsere weitere taktische Einstellung in dieser Frage beeinflussen muß. Wir müssen etwas über den ganzen Gang der Sache nachdenken. Das Gesetz wäre kein Zustimmungsgesetz, sondern ein Einspruchsgesetz. Das heißt, es bedürfte nicht der Zustimmung des Bundesrates. Wir hätten die Möglichkeit über die Einschaltung des Vermittlungsausschusses zu erreichen, daß im Bundestag mit 249 Stimmen zugestimmt werden muß. Ich meine, daß in diesem Falle das ein Weg wäre, der zu erwägen ist, weil hier eine ganze Reihe von Kollegen, zumindest in der SPD-Fraktion, in arge Verlegenheit kommen könnte. Ich denke etwa an diejenigen, die im Zentralkomitee der Katholiken sind oder waren. Das sind dann schon zwei, Herr Kollege Köppler. Es gibt einige andere mehr, die hier in Schwierigkeiten kämen. Das sollten wir zumindest für die weitere Behandlung dieser Sache mit im Auge behalten. Von einem Beschluß hier erwarte ich auch eine stabilisierende Einflußnahme auf die weitere Meinungsbildung innerhalb der Partei selbst, wie auch innerhalb der Bundestagsfraktion. Auch das scheint mir notwendig. Hier muß einfach Klarheit geschaffen werden, wenn wir diese Diskussion durchhalten wollen. Ich möchte die Gelegenheit benutzen, Herr Kraske, mich sehr herzlich zu bedanken bei Herrn Eyrich, der hier sehr wertvolle Vorarbeit geleistet hat. Auch bei den Damen der Frauenvereinigung, Frau Dr. Wex und Fräulein Lenz, wie auch von Herrn Scheib, die hier dazu beigetragen haben, daß wir Ihnen diese Vorlage heute machen konnten.

*Kraske:* Ich bedanke mich bei Herrn Vogel und allen anderen, die hier mitgewirkt haben. Ich schlage ihnen vor, daß wir uns zunächst verständigen über das Ziel, das wir uns heute setzen. Und ich wiederhole, was ich eingangs gesagt habe, daß ich mit Herrn Vogel übereinstimme, daß wir heute erstens zu einem Votum und zweitens zu einer Veröffentlichung dieses Votums kommen sollten. Ich begründe das wie folgt. Wo immer ich in letzter Zeit diskutiert habe, gestern abend mit dem Bundesvorstand der Jungen Union, ist es außerordentlich begrüßt worden, daß gerade in einer solchen Prinzipienfrage die Partei als solche und nicht die Fraktion als erste votiert. Ich glaube, daß das für das Selbstverständnis der Partei eine wichtige Sache ist, zumal wir bisher nicht gerade viele Fälle haben, wo die Partei als erste eine solche Entscheidung getrof-

fen hat. Sie läßt im Rahmen ihres Beschlusses der Fraktion selbstverständlich den Spielraum, den eine Bundestagfraktion, den eine parlamentarische Vertretung beanspruchen muß. Denn dieses ist kein Gesetzentwurf, der ihnen vorliegt, sondern es ist eine allgemeine Rahmenerklärung. Außerdem wird man natürlich durch ein Votum zu diesem Papier über die Seite drei sprechen können. Nicht die allgemeine Diskussions- und Willensbildung in unserer Partei, die ich für sehr wichtig halte, soll in der Auseinandersetzung mit der Öffentlichkeit jetzt gekappt und abgeschnitten werden, sondern der Bundesvorstand dieser Partei soll die Richtung aufzeigen, in der er in dieser Frage zu gehen wünscht. Nachdem wir in der Öffentlichkeit erklärt haben, daß das heute auf unserer Tagesordnung steht, wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn wir das heute auch bekanntgeben würden im Ergebnis. Ich könnte mir eine Ergänzung vorstellen, daß da auch eine Anhörung von Herren Dr. Barzel dafür wichtig wäre, indem man in diesen Text an irgendeiner Stelle noch hereinschreibt, daß dieses für jeden Einzelnen eine Gewissensentscheidung sei und daß das selbstverständlich für unsere Fraktion auch im Rahmen der parlamentarischen Beratung gelten würde. Dies ist, glaube ich, eine Ergänzung, die in jedem Falle für uns auch einen werbenden Charakter hat und auf die ich deswegen nicht verzichten würde. Darf ich aber jetzt vielleicht zunächst fragen, daß wir uns zuerst dazu äußern? Denn wenn wir heute nicht votieren wollen, dann wird die Diskussion anders laufen, als wenn wir auf ein Votum zu diesem Papier zusteuern.

Wex: Ich will mich zu dem Verfahren äußern. Ich bin dafür, aus vielen Gründen, daß wir heute zu einer Verabschiedung kommen. Wir haben in der Frauenvereinigung zum jetzigen Papier Stellung bezogen, ziemlich spät, wie wir von unseren eigenen Freunden gehört haben, aus denselben taktischen Gründen, die auch heute noch gelten, die aber nach dem Bundesparteitag der SPD natürlich noch in viel verstärktem Maße gelten. Diese Vorlage kann nur bedeuten, daß wir Position beziehen und auch Flagge zeigen für die Verhandlungen, die der Justizminister<sup>54</sup> jetzt vor sich hat. Er muß ja wissen, wohin wir tendieren. Ich würde sie als Stellungnahme zur aktuellen Situation empfinden, die sich auf keinen Fall festlegt, wenn wir uns nachher wirklich vor der Frage sehen, daß der Indikationskatalog oder die Indikation als solche überhaupt Chancen hat. Wenn das nicht richtig gemacht wird, von unserer Seite aus, ist auch die Fristenlösung nicht ausgeschlossen. Wir wissen, daß in den Beratungen unter unseren eigenen Freunden, besonders auch unter den jungen Paaren, die eindeutige Ablehnung der Fristenlösung nicht selbstverständlich gegeben ist. Das heißt also, wir müssen hier etwas Differenziertes anbieten. Und ich weiß aus den Fernsehdiskussionen neulich, daß hier fehlt, was wir dringend noch betonen müssen. Je strenger wir in der Indikation sind, desto differenzierter müssen wir in Angeboten der Vorbeugung und der flankierenden Maßnahmen sein. Dazu gehört ganz eindeutig, daß wir in der allernächsten Runde, Herr Vogel, heute schon über die Indikation sprechen müssen und über die Pille auf Krankenschein. Das ist ein ganz schwieriges, bei uns überhaupt nicht ausdiskutiertes Thema. Wenn die Indikation streng gefaßt wird, dann differenziert in dem

---

54 Gerhard Jahn.

Angebot, was wir machen wollen. Das wird überhaupt der Angelpunkt sein in dem Herr Jahn und ein Teil der SPD-Fraktion auf uns zukommen können. Die Fristenlösung, weil sie eine Patentlösung ist, weil sie die pseudo-einfachste Lösung ist, kriegt immer mehr Anhänger, und es wird nicht ohne Wirkung auf die Parlamentarier sein. Also ich bitte, Herr Vogel, gerade diese flankierenden Maßnahmen vorzusehen. Die Sterilisation und Pille auf Krankenschein haben wir bei den flankierenden Maßnahmen nicht aufgeführt, aber sie sind dringend wichtig. Wenn hier ein Wort, vielleicht in der nächsten Diskussion, wenn wir überhaupt noch zum Materiellen kommen, dazu gesagt werden könnte, so wäre das, so wir gefragt werden zu dem Papier, eine hilfreiche Ergänzung.

*Köppler:* Ich glaube, es ist außerordentlich schwer über die Frage der Veröffentlichung und das Prozedere unabhängig vom materiellen Inhalt zu reden. Ich gebe zu, daß ein gewisser Erwartungsdruck auf dieser Sitzung besteht. Ich frage mich dennoch und bitte das noch mal zu bedenken, ob er so stark ist, daß wir jetzt eine Erklärung herausgeben, die ja dadurch, daß sie nicht von der Fraktion, sondern vom Parteivorstand abgegeben wird, eine grundsätzlichere Bedeutung hat, auch wenn sie nur zu taktischen Zwecken des Zustandekommens einer vernünftigen gesetzlichen Lösung mit uns in der Fraktion abgegeben wird. Die Schwierigkeit besteht materiell darin, wenn wir diese Erklärung abgeben, die ich im Duktus für völlig richtig halte, in der sogenannten kriminologischen Indikation. Damit begeben wir uns in eine Position, darüber müssen wir uns klar sein, die uns einen Teil der ohnehin nicht sehr starken Freunde unserer Position noch wegsprengt. Wir werden hier mit dieser Erklärung nur zählen können auf die Teilnehmer an der öffentlichen Diskussion, die zugleich ein Sensorium für die Situation im Bundestag entwickeln. Die Leute, die grundsätzlich an die Sache herangehen, werden sich sofort an diesem Punkt festbeißen. Und Herr Kohl, hier gibt es eine gewisse Diskrepanz zwischen dem Text und dem, was Sie vorgetragen haben. Sie haben gesagt, uns geht es um die medizinische Indikation, nicht in dem verwaschenen Sinn, in dem zur Zeit Herr Gerhard Jahn die Indikation diskutiert als Rückzugsgefechtlinie. Aber auch nicht in dem engen Sinne, in dem etwa die Stellungnahme der katholischen Bischöfe<sup>55</sup> zu verstehen ist. Sondern hier ist ausdrücklich der psychiatrische Bereich miteinbezogen in die medizinische Indikation, was ich, um das klar zu stellen, auch für richtig halte. Aber bei der Frage der kriminologischen Indikation lassen Sie im Text hier offen, ob es um einen Schuldausschließungsgrund oder um einen Rechtfertigungsgrund geht. Wir werden aber, wenn der Text so veröffentlicht ist, mit bohrenden Fragen, gerade aus dem kirchlichen Bereich, belegt werden, wollt ihr hier etwa einen Rechtfertigungsgrund einbauen. Daß das Spielmaterial für die Bundestagsfraktion sein muß, ist mir völlig klar. Aber wenn wir hier als Parteivorstand eine prin-

---

55 Stellungnahme: Katholischer Arbeitskreis für Strafrecht der Deutschen Bischöfe in Bonn (Hg.): Schwangerschaftsabbruch: § 218 StGB. Dokumentation. Köln 1972 S. 172. Vgl. auch „Die Welt“ vom 24. Juni 1971 „Katholische Bischöfe übergeben Dokument gegen Abtreibung“.

zielle Erklärung der CDU abgeben, ohne daß auch die notwendige Absprache mit partiell Gleichgesinnten in den Koalitionsfraktionen dahinter steht, dann werden wir diesen bohrenden Fragen kaum entgehen können. Ich warne davor, zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wo das Lager unserer Freunde sich noch voll beschäftigt sieht mit der Erklärung des Parteitages der SPD, jetzt eine Erklärung der CDU herauszugeben, bei der wir sofort die gesamte Front der öffentlichen Diskussion, wegen dieses kritischen Punkts, gegen uns haben, nur wegen dieses einen kritischen Punktes der kriminologischen Indikation. Wenn Sie den streichen können, wenn Sie den unter dem Satz drunter interpretieren können, dann wäre das weg. Aber ich kann nur sagen, der Sturm geht los, wenn dieser Satz als offizielle, grundsätzliche Erklärung des Parteivorstandes der CDU in die Welt kommt.

*Eyrich:* Zunächst herzlichen Dank für die Einladung. Es tut mir leid, Herr Köppler, daß ich gleich in diesem Punkt eine scharfe Erklärung abgeben möchte. Ich bin mir durchaus darüber im klaren, daß die Freigabe der kriminologischen Indikation oder deren Bejahung, außerhalb der medizinischen, sicherlich den Widerstand mancher Kreise finden wird. Ich möchte aber vielleicht nur einen Satz dazu sagen. Stellen Sie sich bitte einmal das Echo in der Öffentlichkeit vor. Wenn wir diese Erklärung nicht abgeben und gar zu diesem Votum nicht kommen, weder hier noch in der Fraktion, wird mit Sicherheit 90 % der deutschen Öffentlichkeit kein Verständnis für eine CDU haben, die es nicht erlaubt, nach einem vollzogenen Gewaltverbrechen einer Frau die Möglichkeit der Abtreibung zu geben. Ich möchte das ganz deutlich sagen. Das hat mit Taktik oder mit Wählerwillen überhaupt nichts zu tun, sondern das hat etwas damit zu tun, ob wir bereit sind, das nachzuvollziehen, was im Grunde die Kirche schon lange tut, indem sie nämlich ausdrücklich darauf hinweist, daß nach erfolgter Gewaltanwendung gegenüber einer Frau in einer bestimmten Frist, die wir nicht übernehmen können – wir sind ja nicht Gesetzgeber der Kirche – sie die Möglichkeit gibt, mögliche Folgen zu verhindern. Wir haben diskutiert mit Moralthologen, wir haben Professoren der verschiedenen Kliniken bei uns gehabt und in Podiumsdiskussionen mit ihnen gesprochen. Und sie alle sagen übereinstimmend, es ist undenkbar, die kriminologische Indikation nicht zuzulassen, weil hier das Veranlasserprinzip ein völlig anderes ist als eine Indikation, und weil einfach ein zu großes Maß an Entscheidung auf die Frau zukommt, die sie nicht bewältigen kann. Natürlich, auch das sehe ich, haben wir damit das Prinzip des Schutzes des werdenden Lebens durchbrochen, ohne die Güterabwägung vorzunehmen. Das ist richtig. Das ist gar keine Frage. Ich persönlich – und bitte seien Sie nicht schockiert im Anschluß an das, was Herr Vogel gesagt hat – bin sogar der Meinung, daß wir über das, was in diesem Papier steht, hinaus uns in Übereinstimmung mit der entscheidenden Mehrheit der Strafrechtskommission, der Fachkommission Strafrechtsreform befinden. Ich möchte dazu jetzt nichts sagen, weil dieser Punkt nicht aufgeworfen worden ist bisher. Aber ich möchte Sie eindringlich bitten, diesem Votum, das der Bundesarbeitskreis getroffen hat, ihre Zustimmung nicht zu versagen. Weil ich es für nicht möglich halte, die Frau in eine so große Gewissenkonfliktsituation hinein zu bringen, aus der sie nicht herauskommt, was in der Öffentlichkeit keinerlei Verständnis haben wird. Nehmen sie bitte an, eine

Frau wird überfallen von einem brutalen Sittlichkeitsverbrecher, und wir müssen dann hingehen und sagen: Nein, liebe Frau, wir verlangen von Dir, das Du dieses Kind austrägst. Meine Damen und Herren, ich weiß nicht im Hinblick auch auf die Stellungnahme der Kirche, ob wir das nicht vermeiden können.

*Lemke:* Ich ziehe zurück, ich bin der Ansicht von Herrn Vogel.

*Stingl:* Es ist jetzt ein bißchen schwierig zu argumentieren. Ich spreche Herrn Köppler an. Ich könnte dem, wie es hier steht, nicht zustimmen. Denn der kriminologischen Indikation, noch dazu mit dem Mißbrauch willensloser Frauen, ein Begriff, der sehr dehnbar ist und den Sie sehr weit auslegen können, werde ich nicht zustimmen können. Man könnte dafür den nächsten Absatz noch weiter fundieren, wenn man dort sagt, den Gerichten sollte eine Möglichkeit eingeräumt werden, dann wäre das vermutlich besser. Im übrigen habe ich einfach zur Formulierung des vorhergehenden Absatzes eine Frage. Was ist ein seelischer Schaden für Leib und Leben? (*Kraske:* Herr Vogel wird dazu sicher Stellung nehmen.) Im übrigen mache ich darauf aufmerksam, auch diesmal, daß wir nicht beschlußfähig sind. Und eine solch wichtige Sache mit 13 oder 14 Mitgliedern zu beschließen, ist doch auch bedenklich.

*Echternach:* Ich habe Verständnis dafür, daß Herr Köppler und Herr Stingl Bedenken haben gegen einzelne Aussagen, die hier in dem Papier enthalten sind. Aber ich meine, daran sollte die Entscheidung, die Entscheidungsfähigkeit des Bundesvorstandes nicht leiden. Hier hat sich ein Arbeitskreis unserer Partei, der Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen, eingehend mit einer schwierigen Grundsatzfrage beschäftigt, ist zu einem bestimmten Votum gekommen, kann damit alleine nicht an die Öffentlichkeit herantreten, es sei denn, daß der Vorstand sich das zu eigen macht. Die SPD hat sich als Partei geäußert. Die FDP hat sich als Partei geäußert, sollten wir als Partei nun nicht aufgerufen sein, uns ebenfalls zu äußern, uns eine Meinung zu bilden? Sei es, daß wir die kriminologische Indikation zulassen, sei es, daß wir sie ablehnen. Darüber müßte hier eine gesonderte Meinungsbildung erfolgen. Aber in jedem Fall, wie immer wir uns entscheiden, ich glaube, wir kommen um eine Entscheidung nicht herum. Jedes Ausweichen einer solchen Entscheidung würde dieser Partei nicht gut tun. Im übrigen kann auch die Bundestagsfraktion, selbst wenn sie noch ein halbes Jahr darüber debattiert, um diese Entscheidung sich nicht herumdrücken, sondern sie muß die Entscheidung auch fällen, so oder so. So ist also gar nicht einzusehen, warum wir hier, die wir heute auch zu diesem Punkt zusammengerufen worden sind, das Papier zugesandt erhalten haben, dazu nicht auch eine Entscheidung treffen können.

*Vogel:* Darf ich zunächst nach dem bisherigen Gang der Diskussion feststellen, daß Übereinstimmung besteht mit Ausnahme des von Herrn Köppler angesprochenen in der Tat kontroversen Punktes? Die Frage, die Herr Stingl zusätzlich gestellt hat, läßt sich sehr leicht beantworten. Das ist das, was die Rechtsprechung bislang zur Frage der medizinischen Indikation ausgesagt hat. Das heißt, das ist voll in Übernahme dessen, was bisher schon in der Rechtsprechung als Rechtfertigungsgrund bereits ausgebaut ist und insofern nichts Neues.

*Stingl:* Nein, ich meine, ich kann keinen seelischen Schaden am Körper spüren.

*Vogel:* Nein, Herr Stingl. Darf ich sagen, der erste Fall, der zur grundlegenden

Reichsgerichtsentscheidung im Jahr 1927 geführt hat, war ein solcher eines psychischen Krankheitsbildes.<sup>56</sup> Nur um das klarzustellen.

*Stingl:* Das ist eine Krankheit der Psyche und nicht des Leibes. (*Unruhe.*)

*Vogel:* Herr Stingl, wenn wir in der Sache einig sind, ist das andere eine Formulierungsfrage. Ich würde es sehr bedauern, wenn wir heute sagen würden aus Gründen der Nichtbeschlußfähigkeit kommen wir zu keinem Votum. Ich halte das für unmöglich. Ich möchte diese Frage nicht zu einem Kriterium werden lassen für unsere Einlassung heute. Zur Frage der kriminologischen, bisher ja unter dem Stichwort medizinische Indikation laufenden Diskussion: Ich glaube, hier werden wir ganz einfach davon ausgehen und damit leben müssen, daß in dieser Frage innerhalb der CDU/CSU wie auch innerhalb der Bundestagsfraktion der CDU/CSU keine einheitliche Auffassung besteht. Deshalb begrüße ich es sehr, daß hier vorgeschlagen worden ist, einen Satz über die Freiheit der Gewissenentscheidung mit aufzunehmen. Das ist etwas, was wir im übrigen seit Anfang der Diskussion immer wieder betont haben. Ich habe es auch immer wieder betont, lange vor dem Herrn Bundeskanzler. Dennoch müssen wir davon ausgehen, daß innerhalb der CDU, auch der CSU und innerhalb der Bundestagsfraktion eher eine Bereitschaft zur Aufnahme dieser kriminologischen Indikation vorhanden ist und daß es innerhalb der Partei wie auch innerhalb der Fraktion Vorstellungen gibt, die darüber noch hinausgehen. Herr Eyrich hat das angedeutet, wir haben darüber im Bundesvorstand des Juristenarbeitskreises sehr eingehend gesprochen. Ich glaube, daß es schon sehr viel wäre, wenn wir durch eine Beschlußfassung hier heute auch hinsichtlich dieser weitergehenden Vorstellung eine gewisse Klarheit schaffen können.

Den einen Satz noch, weil ich ihn eben vergessen habe. Wir haben also darauf verzichtet, nur zu sagen, ist das ein Rechtfertigungsgrund oder was ist das eigentlich? Im Grunde genommen, Herr Köppler, kann es nach meiner Auffassung allenfalls juristisch unter dem Gesichtspunkt der Schuldausschließung diskutiert werden. Das Problem, das sich ergibt, ob denn ein Arzt, der den Eingriff vornimmt, gerechtfertigt handelt oder nicht, das ist schwierig. Das ist Juristerei. Ich glaube, mit der Juristerei sollten wir uns hier in diesem Punkt nicht belasten.

*Dregger:* Ich bin für diese Vorlage. Ich glaube, daß man in der Frage der kriminologischen Indikation keine volle Übereinstimmung erreichen kann. Da liegt die Überlegung nahe, ob wir nicht unterscheiden müssen, ob wir ein solches Verhalten für gerechtfertigt oder ob wir es für strafwürdig halten unter dem staatlichen Strafanspruch. Der Staat kann nur Strafnormen durchsetzen, die auch von der Gemeinschaft getragen werden. Und da hier unterschiedliche Auffassungen in dieser Frage bestehen, neige ich dazu, die kriminologische Indikation in einem staatlichen Strafgesetz für gerechtfertigt zu halten. Ich stimme also für diese Vorlage.

---

<sup>56</sup> Laut einer Entscheidung des Reichsgerichts vom 11. März 1927 war der Schwangerschaftsabbruch nicht rechtswidrig, wenn er das einzige Mittel war, „um die Schwangere aus einer gegenwärtigen Gefahr des Todes oder einer schweren Gesundheitsschädigung im Sinne des § 224 zu befreien.“ Vgl. GANTE S. 16.

*Köppler:* Ich habe nur noch eine Frage. Ich will meine Meinung hier nicht vertiefen, die Sachdiskussion nicht vertiefen. Ist sichergestellt, daß die CSU dieser Formulierung zustimmt?

*Vogel:* Ich kann nur sagen, daß der bayerische Justizminister<sup>57</sup> der Auffassung ist, daß wir mit dieser Vorlage rechts von ihm stehen.

*Köppler:* Ich möchte unter allen Umständen vermeiden, daß wegen dieses Punktes jetzt auch noch eine differente Stellungnahme von CDU und CSU kommt. (*Unruhe.*)

*Kraske:* Wir kämpfen um die Beschlußfähigkeit, und deswegen sollten wir uns jetzt wirklich entscheiden, ob wir diesem Papier zustimmen. Darf ich fragen, wer unter Einarbeitung der Frage der Gewissensfreiheit, die mir sehr wichtig scheint und Unterstreichung der Seite 3 dem Papier zustimmt.

*Stingl:* Ich möchte die Einzelabschnitte abgestimmt haben.

*Kraske:* Gut.

*Vogel:* Wollen wir nicht den einen Punkt herausnehmen und extra abstimmen?

*Kraske:* Herr Stingl, ich glaube auch, es geht um den einen Punkt.

*Stingl:* Ich will den umformuliert haben.

*Kraske:* Entschuldigung, Herr Stingl, das habe ich vergessen. Ich habe die Diskussion so verstanden, daß die Sätze, die Worte „für Leib oder Leben“ ohnehin gestrichen werden und es lediglich „seelischen Schadens“ heißt.

*Stingl:* Ich habe außerdem gesagt, daß den Gerichten eine Möglichkeit gegeben werden sollte.

*Vogel:* Damit bin ich einverstanden.

*Kraske:* Dann ist dies so geändert. Darf ich dann fragen, wer auf dieser Basis dem Papier zustimmt. Gegenstimmen? Enthaltungen? Bei einer Enthaltung so angenommen.

*Stingl:* Entschuldigung, ich war gerade gestört worden. Es ist also nicht absatzweise abgestimmt worden?

*Kraske:* Ich dachte, Herr Stingl, Ihr Wunsch sei durch diese beiden Änderungen berücksichtigt worden.

*Stingl:* Ich will diesen Absatz nicht drin haben.

*Kraske:* Herr Stingl, das ist ja leicht zu machen. Manchmal versteht man sich nicht völlig richtig, das ist ja kein Grund für Ärger. Ich darf also feststellen, daß wir über den drittletzten Abschnitt auf Seite 2, sozusagen in der zweiten Lesung getrennt abstimmen, und fragen, wer für diesen Abschnitt ist? Gegenstimmen? Jawohl, wird festgehalten. Darf ich fragen, wer für das übrige Papier ist mit Ausnahme dieses Abschnittes? Nein, das ist doch der Wunsch von Herrn Stingl, festzuhalten, daß er nur gegen diesen Absatz ist, was sein gutes Recht ist. Das wird so protokolliert. (*Unruhe.*) Gut. Das ist also einstimmig. Mit zwei Stimmen gegen diesen drittletzten Abschnitt auf Seite 2.

---

57 Dr. Philipp Held (1911–1993), Jurist; 1945–1966 Landrat in Freising (CSU), 1954–1974 MdL Bayern, 1958–1966 Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes, 1960–1966 Präsident des Deutschen Landkreistages, 1966–1974 Staatsminister der Justiz und 1972–1974 stv. Ministerpräsident.

Meine Damen und Herren, können wir einvernehmlich Herrn Vogel bitten, für die endgültige Redaktion des Textes das festzuhalten, was wir hier vereinbart haben in einzelnen Punkten.

*Von Weizsäcker:* Herr Vogel, darf ich wegen des Problems Gewissensfreiheit noch eine Selbstverständlichkeit anfügen. Es hat sich unter politischen Delegierten eingebürgert zu sagen, wir würden hier gerne die Gewissensentscheidung freigeben oder so was. (*Kraske:* Die ist immer frei.) Sie kann allenfalls freiwillig zugunsten einer politischen Entscheidung von Einzelnen hergegeben werden, aber nicht umgekehrt.

*Kraske:* Wenn wir Ihnen das übertragen haben, dann haben wir Zutrauen zu Ihnen. Aber das wird selbstverständlich berücksichtigt.

*Wex:* Ich habe jetzt, glaube ich, nicht ganz verstanden. Bei Seite 3 war ein Antrag, die ganze Seite zu streichen.

*Vogel:* Nein, ich würde sagen, für den internen weiteren Prozeß der Meinungsbildung, also auch für heute Abend etwa, bleibt der bestehen. (*Unruhe und Diskussion.*)

*Kraske:* Gut! Damit sind wir mit Punkt 6 am Ende. Darf ich die noch Anwesenden um wenig Geduld bitten, um auch die Punkte 7 bis 9 noch zu erledigen. Ich glaube nicht, daß ich Sie damit lange aufzuhalten brauche.

#### TERMINPLAN FÜR 1972

Ich rufe auf den Punkt 7 und beginne mit einer Entschuldigung für zwei Fehler, die in der Ihnen übersandten Vorlage enthalten sind. Nämlich erstens ist diese Vorlage offensichtlich von einem Nicht-Rheinländer gemacht worden, weil auf den 14. Februar eine große Kette von Veranstaltungen gelegt ist. Der 14. Februar ist der Rosenmontag. Ich schlage Ihnen vor, die Veranstaltungen, die für den 14. Februar vorgesehen sind, auf den 21. Februar zu verschieben. Bis dahin sind alle auch vom Aschermittwoch ausgeschlafen. Die zweite Änderung ist ein Druckfehler auf Seite 2; oben muß es nicht heißen 6. Juni sondern 5. Juni, denn der 5. ist ein Montag und das Präsidium tagt an Montagen. Darf ich im übrigen diese Vorlage zu Aussprache stellen bzw. um Hinweise oder Änderungswünsche bitten?

*Köppler:* Der ganze Vorschlag basiert darauf, den Montag grundsätzlich zu dem Parteigremiumstag zu machen. Das bringt uns, ich nehme an auch in anderen Landtagsfraktionen, natürlich in eine außerordentlich schwierige Situation. Wir müssen dann versuchen, interfraktionell den Montag freizuhalten. Denn es sind ja auch die Bundesausschußsitzungen am Montag vorgesehen. Ich bin nicht sicher, ob das gelingt. Meine Frage ist, ob wir von dem bisherigen Brauch, für die Parteigremien den Freitag vorzusehen, abgehen sollten zugunsten des Montags. Ich weiß nicht, ob die Bundestagsfraktion mit dem Problem, was hier aufgeworfen ist, fertig wird, ob der Vorstand also wekommt. Aber für uns ist es eine außerordentlich schwierige Lage.

*Kraske:* Herr Köppler, dieses ist die Tragödie eines am Ende immer schlecht besetzten Vorstands. Ich habe in der vorigen Vorstandssitzung ausdrücklich gefragt, ob wir diese Planung auf der Basis des Montags durchführen konnten. Und da gab es eine



ganz überwiegende Mehrheitsentscheidung, nach meiner Erinnerung von 95 %, mit der Bitte, das auf dem Montag zu lassen. Nach unseren Bonner Erfahrungen der letzten Zeit ist der Freitag schwierig, weil es manchmal sehr gut geht, aber manchmal dann auch völlig schief geht, wenn dann noch am Freitag im Plenum etwas Wichtiges ist. Deswegen würde ich also herzlich darum bitten, daß die Landtagsfraktionen die Montage freistellen, es sind ja nicht zu viele Montage für ein Jahr. Dies ist doch auch einer der Gründe, warum wir das so frühzeitig beschließen wollen.

*Schwarz-Schilling:* Ich habe Ihnen das ja oftmals beschrieben, daß der Montag außerordentlich unchristlich ist. Ich meine, wenn das hier so beschlossen wurde, dann muß man sich dem beugen. Ich möchte nur die Frage stellen, wann gedenken Sie die Vorstandssitzung am Montag beginnen zu lassen?

*Kraske:* Am Nachmittag.

*Schwarz-Schilling:* Vormittag unter keinen Umständen. Das ist ausgeschlossen?

*Kraske:* Das werden wir da, wo es sich um Tagungswochen handelt, und das sind nach meiner Erinnerung keineswegs alle Fälle, entsprechend regeln müssen.

*Echternach:* Wenn wir eine solche Terminplanung beschließen, muß sie ja eingehalten werden.

*Kraske:* Völlig klar. Herr Barzel hat diesem Plan ausdrücklich zugestimmt. Ich würde das der Fraktion gegenüber genau so durchsetzen wollen in diesen Fällen, wie das in anderen Fällen auch gemacht werden muß. Denn, Herr Schwarz-Schilling, sicher ist der Montag der einzige Tag, aber Sie implizieren damit, daß alle anderen Tage durch andere politische Verpflichtungen besetzt sind. Und da kommen wir dann, ob Dienstag oder Mittwoch oder Donnerstag oder Freitag in immer die gleiche Schwierigkeit. Oder wir sagen, gewählte Mitglieder des Bundesvorstands müssen eben auch gegenüber ihren übrigen Verpflichtungen Prioritäten setzen. Darf ich fragen, welche Einwände es gäbe, wenn wir an dem Montag die Bundesvorstandssitzung tatsächlich um 11.00 Uhr machten? (*Zwischenruf:* Da kommt niemand.)

*Von Hassel:* Wenn wir grundsätzlich am Montag festhalten und für Vorstand und Parteivorstand einen Montag suchen, der in einer arbeitsfreien Woche liegt, dann könnte ich auf den Nachmittag gehen, das wäre keine Schwierigkeit. Aber in den Arbeitswochen ist der Montagnachmittag wieder belegt. Ich habe folgendes gesagt: Man könnte am Montag festhalten mit einer Einschränkung, daß man bei den Malen, wo wir ohnehin an einem freien Montag tagen, an diesem dann die Vorstands- und die Parteausschußsitzung legt. Dann können wir nämlich auch auf den Nachmittag gehen.

*Kraske:* Ich bin sehr einverstanden, das zu prüfen. Aber ich mache darauf aufmerksam, daß dieser Vorstand nicht nur ein Diskussionsgremium, sondern auch ein politisches Gremium ist. Und da er so selten tagt, ist, wenn er um 17.00 Uhr seine Tagung beginnt, nicht nur die Pressewirkung, sondern sogar die Wirkung auf Fernsehnachrichten praktisch gleich Null. Auch das muß natürlich bedacht werden, daß wir die wirklich breite Presse nur haben bei Beschlüssen, die um 14.00 oder um 15.00 Uhr feststehen.

*Langguth:* Also ich möchte mich nachdrücklich für den frühen Termin, sprich um 11.00 Uhr, einsetzen. Ich sehe es einfach als unabdingbar an, daß wir für den Bundesvorstand, der ca. sechsmal im Jahr tagt, genügend Zeit zur Verfügung haben. Und ich

halte es persönlich für unmöglich, daß wir heute abend jetzt gerade noch zehn Leute von 30 Leuten sind. Diese Entscheidung, wie wir sie vorhin zum § 218 getroffen haben, ist letztlich für mich gar keine Entscheidung, die von einer breiten, repräsentativen Mehrheit getragen wurde, weil nämlich gerade noch ganz knapp die Mehrheit vorhanden war. Ich würde also deswegen plädieren, wenn wir wirklich der Partei ein stärkeres Gewicht in Zukunft verleihen sollen, einen möglichst frühen Termin zu machen.

*Kraske:* Ich muß eines doch richtig stellen. Der Vorstand war bei seiner Beschlusfassung erstens klar beschlußfähig und zweitens fiel diese Abstimmung mit einer so breiten Mehrheit aus, daß ich sagen würde, diese Abstimmung sollten Sie sehr ernst nehmen. Daß wir jetzt hier in einer schwierigen Situation sind, will ich gerne glauben. Ich stimme Ihnen zu, wenn Sie diese jetzige Situation als ein Votum gegen zu späten Beginn nehmen, denn ich halte es schlechterdings für eine Utopie zu glauben, wenn wir diesen Bundesvorstand auf 17.00 Uhr ansetzen, daß wir dann bis 21.00 Uhr wirklich arbeitsfähig sind. Und das scheint mir erforderlich zu sein.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn wir zu einem Votum über die Wochentagsverteilung jetzt kommen. Und wenn Sie mir erlauben, im Präsidium über diese Diskussion zu berichten einschließlich der ernsthaften Bedenken, die hier von drei Kollegen gegen diesen Montagvormittagsbeginn angemeldet worden sind. Unter Berücksichtigung erstens der Pressezeiten, die sicher auch Sie genau so ernst nehmen werden wie wir alle, und zweitens der Bedürfnisse der übrigen Mitglieder des Vorstands müssen wir einen Kompromiß finden, der möglichst vielen es erleichtert, das wahrzunehmen, ohne dadurch andere Dinge zu vernachlässigen. Ich glaube nicht, daß wir heute abend zu einer besseren Lösung kommen können.

*Echternach:* Ich bitte nur um Verständnis dafür, daß ich einer Montagregelung ohne feststehende Uhrzeit nicht zustimmen kann.

*Stingl:* Ich habe hier noch etwas anderes: Konferenz der Landesvorsitzenden, Vorsitzende der Vereinigungen, Landesgeschäftsführer. Ist da den Vorstandsmitgliedern erlaubt, da mit reinzureden oder nicht?

*Kraske:* Aber selbstverständlich. Diese Sache hat folgenden Hintergrund. Es hat ein Gespräch darüber gegeben, daß dem Vorstand ja nunmehr fast alle Landesvorsitzenden angehören und daß es deswegen diese Konferenz nicht mehr zu geben brauchte. Ich habe darauf hingewiesen, daß der Vorstand in dieser Zusammensetzung als ein politisches Gremium nie bereit sein wird, wirklich gründlich über organisatorische Fragen zu sprechen. Diese Fragen sind aber ungeheuer wichtig, deswegen dieses Gremium. Selbstverständlich werden interessierte Vorstandsmitglieder immer bei diesem Gremium willkommen sein. Wir werden die Einladung mit der Tagesordnung auch den übrigen Vorstandsmitgliedern zur Kenntnis bringen.

Gut, dann können wir also mit der Gegenstimme von Herren Echternach diesen Plan zunächst so beschließen. Ich werde im Präsidium über die Schwierigkeiten berichten, die hier zur Sprache gebracht worden sind und Sie können sich darauf verlassen, daß wir alles tun werden, um hier die günstigsten Kompromisse zu finden. Kompromisse werden es ganz bestimmt immer sein. Kompromisse würden es auch sein, wenn wir auf Dienstag, Donnerstag oder Freitag gingen. Ich glaube nach reiflicher

Prüfung, daß von den Wochentagen der Montag noch der am ehesten auskömmliche ist. – Darf ich eben noch die beiden letzten Punkte aufrufen?

#### REDNEREINSATZ IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Gerade in Punkt 8 sollten wir uns trotz der fehlenden Beschlußfähigkeit erlauben, auch und gerade über die Abwesenden zu beschließen. Der Punkt 8 liegt auf der Linie der früheren Beschlüsse, die wir bei anderen Landtagswahlkämpfen gefaßt haben. Mir fehlt in diesem Votum die Fristenbestimmung. Denn ich glaube, wir können es nicht jedem einzelnen frei überlassen, ob er im Januar, oder im Februar oder im April spricht. Ich empfehle ihnen, diesem Votum zuzustimmen, wie es hier steht, und es dem Vorsitzenden zu überlassen, in seinem Brief an die einzelnen Redner eine genaue Eingrenzung der Termine vorzunehmen. Das ist nämlich der wichtige Punkt, daß sieben Tage in den letzten zwei Wahlkampfwochen nach der Osterzeit und zwischen dem Weißen Sonntag und dem Wahltermin liegen.

*Köppler:* Ich meine, wir sollten unter uns ehrlich bleiben. Dagegen spricht zweierlei. Erstens, wir stehen jetzt schon unter einem sehr heftigen Druck der Wahlkampfleitung in Baden-Württemberg, möglichst schon Februar und früh im März Termine einzuordnen. Ich habe auch zugesagt, vier Tage, Ende Februar, März, dorthin zu gehen. Zweitens muß ich darauf aufmerksam machen, daß wir eine Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen, höchstwahrscheinlich am gleichen Wahltermin<sup>58</sup>, haben, bei der ja auch weit über eine Million Einwohner beteiligt sind. Wenn es so kommt, daß derselbe Wahltermin genommen wird, müßte ich für die nordrhein-westfälischen Mitglieder des Bundesvorstands und der übrigen Gremien, die hier unter die Kategorie Bundesredner gefaßt sind, doch bitten, daß dann nicht der volle Zeitraum von acht Tagen in diesem Zeitraum verplant wird.

*Kraske:* Dies ist doch der Grund offenbar, warum es hier noch nicht vorgesehen ist. Auf solche Dinge muß natürlich Rücksicht genommen werden. Ich bitte Sie nur jetzt schon um Verständnis, daß wir im Sinne der Baden-Württemberger dafür sorgen, daß ein Großteil dieser Termine wirklich in die entscheidende Phase des Wahlkampfes fällt. Aber ich schlage Ihnen vor, daß wir das den Absprachen zwischen der Bundespartei, dem Landesverband und den Rednern und entsprechend dem Brief des Vorsitzenden vorbehalten.

*Von Weizsäcker:* Wir haben bisher nicht angesprochen, das ist ja jedesmal das Problem, daß man bestimmte Verpflichtungen direkt angenommen hat. Ich meine, wenn ich jetzt mal von mir rede, der Leiter des Evangelischen Arbeitskreises von Baden-Württemberg macht seine Wahlkampfveranstaltungen am soundsovielten, dann schreibe ich dem nicht, es tut mir furchtbar leid, die Bundesgeschäftsstelle hat mir bereits einen Termin zugewiesen und deshalb kann ich nicht kommen. Natürlich

---

58 Am 23. April 1972 fanden im Regierungsbezirk Aachen Kommunalwahlen statt, vgl. FAZ vom 5. April 1972 „Ein Kommunalwahlkampf um 700.000 Bürger“.

ist das andere Extrem das, daß ich zu sagen habe, daß ich von meinen sieben Tagen sechs schon hinter mir habe.

*Kraske:* Das muß in einem solchen Fall mit dem einzelnen Betroffenen ausgehandelt werden. Dabei steht von vornherein fest, daß von einem Vorsitzenden einer Grundsatzkommission der Partei ein besonders intensiver Einsatz erwartet wird. (*Gelächter.*)

*Stingl:* Ich wollte auch noch was dazu sagen, Herr von Weizsäcker. Man sollte alle diese einzelnen Zusagen an die Bundesgeschäftsstelle durchgeben, damit das von vornherein koordiniert wird. Die Berliner Bundestagsabgeordneten hatten ja keinen Wahlkreis und waren in Bundestagswahlkämpfen immer so eingesetzt. Das war so üblich.

*Kraske:* Ich habe in diesem Zusammenhang eine dringende Bitte an die Bundesgeschäftsstelle, das nämlich den einzelnen Rednern – und hier nehme ich jetzt eine Erfahrung von Herrn Schwarz-Schilling in ganz anderer Weise auf –, soweit sie nicht hauptberufliche Politiker sind, abgenommen wird, selber mit Kreis- oder Landesverbänden über die Erstattung irgendwelcher zwingenden Unkosten zu sprechen. Ich habe das in den letzten zwei Jahren erfahren, daß die Regelungen in den einzelnen Landes- und Kreisverbänden völlig unterschiedlich sind und die meisten darauf warten, ob der Redner eigentlich darauf von sich aus zurückkommt oder nicht. Ich finde dieses eine unangenehme Situation und würde sagen, das sollte mit dem Landesverband Baden-Württemberg von vornherein geklärt werden.

*Von Hassel:* Darf ich zwei Anmerkungen machen. Eine geht sehr stark an unsere Bundesgeschäftsstelle. Mein Eindruck aus Baden-Württemberg geht dahin, daß die Organisation nicht ganz so funktioniert, wie sie eigentlich sein sollte. Ist vorgesehen, daß uns die Nachbarlandesverbände dort eine personelle Hilfe leisten können? Zweitens, wir werden ja auch von anderen Landesverbänden zur Zeit angesprochen. Zum Beispiel kommt eine große Aktion in Hessen. Ich habe gerade wieder einen Brief dabei. Ich habe denen geantwortet, vor Baden-Württemberg stehe ich nicht zur Verfügung, weil ich selber alles konzentriere auf Baden-Württemberg. Das ist ein Nachteil für die anderen Länder, da geschieht also inzwischen weniger. Wie sieht da die bundeseinheitliche Regelung aus?

*Göb:* Wir haben gestern die Frage der Unterstützung des organisatorischen Wahlkampfes in Baden-Württemberg sehr eingehend auf der Landesgeschäftsführerkonferenz besprochen und auch die Frage des Einsatzes der angrenzenden Landesverbände in Baden-Württemberg. Das ist geregelt. Wir haben außerdem einen – das wird sich ja auch in absehbarer Zeit wahrscheinlich verstärken – Mann aus der Bundesgeschäftsstelle, nämlich Herrn Rummeler, da unten sitzen. Die organisatorischen Schwierigkeiten ergeben sich im wesentlichen in Baden-Württemberg daraus, daß man eben den Verband umgekrempelt hat zu einem zentralisierten Einheitsverband.<sup>59</sup> Daraus haben sich organisatorisch, ich will mal vorsichtig formulieren, Anfangschwierigkeiten er-

---

59 Die Konstituierung des LV Baden-Württemberg, in dem sich die bisherigen Landesverbände Baden, Nordbaden, Nordwürttemberg und Württemberg-Hohenzollern zusammenschlossen, erfolgte am 15. Januar 1971 auf dem Landesparteitag in Baden-Baden. Vgl. Fred SEPAINTER: Von der Koordination der vier Landesverbände zur Gründung des Landesverbandes Baden-Württemberg. In: Paul-Ludwig WEINACHT (Hg.): Die CDU in Baden-Würt-

geben, die nun ausgerechnet in den Wahlkampf hineinfließen. Aber wir werden versuchen, daraus zu tun, was zu tun ist. Das ist gestern geregelt worden. Die zweite Frage haben wir gestern nicht behandelt.

*Von Hassel:* Wir müssen ja wissen, wie wir uns verhalten, nicht?

*Von Weizsäcker:* Es ist ein gutes Beispiel, aber nicht das alleinige Beispiel dafür, daß ein Landesverband nach dem anderen ankommt und sagt, jetzt machen wir aber unsere große Aktion, manche vielleicht sogar zweimal im Jahr. Und man kann ja gar nicht anders, als daß man bis zum Ende von Baden-Württembergs Wahlkampf eben nicht zur Verfügung steht. Ich finde, daß das auch wirklich von seiten der Bundespartei nicht nur honoriert, sondern auch unterstützt werden müßte.

*Kraske:* Der Vorstand hat aufgrund einer Empfehlung des Bundesparteitages auf seiner letzten Sitzung einige Vorschläge beschlossen. Der erste ist der, daß der Bundesausschuß für Kulturpolitik auf seiner konstituierenden Sitzung am 26. Oktober 1971 Herrn Dr. Bernhard Vogel zu seinem Vorsitzenden wiedergewählt hat. Laut § 22 der Geschäftsordnung bedarf diese Wahl der Zustimmung durch den Vorstand. Ich stelle fest, daß der Vorstand dem zustimmt. Mein zweite Bitte an den Vorstand ist eine Erneuerung seines Beschlusses aus der letzten Wahlperiode, daß nämlich das Recht und die Pflicht auf die Berufung der Fachausschüsse, das formell dem Vorstand zusteht, auf den Generalsekretär delegiert wird. Das ist bisher so gewesen, der Generalsekretär wird dies im weitestmöglichen Sinne mit den Landesverbänden, Vereinigungen und den Mitgliedern des Vorstandes jeweils selbstverständlich abstimmen. Aber ich glaube auch nach den bisherigen Erfahrungen, der Bundesvorstand wäre überfordert, wenn wir hier bei elf Fachausschüssen uns jeweils durch Listen von 30 Mitgliedern durcharbeiten sollten.

*Köppler:* Ich würde dem gerne zustimmen, aber unter dem Vorbehalt, den Sie selber gemacht haben, daß das mit den Landesverbänden abgesprochen wird. Und ich muß auch in diesem Punkt eines einmal sagen. Ich habe volles Verständnis dafür, daß die Fachausschüsse der Bundespartei nicht zu groß werden. Aber wenn hier das Prinzip obwaltet, daß für jeden Landesverband drei Mitglieder vorgesehen sind, macht 30 Mitglieder eines Bundesausschusses, dann kann ich dem auf die Dauer nicht mehr widerspruchlos so zustimmen.

*Kraske:* Herr Köppler, Sie können davon ausgehen, daß ich dieses Prinzip in einer Kombination von Ordnungsliebe und Phantasie handhaben werde. Die starre Begrenzung auf die Zahl 30 scheint mir nicht in jedem Falle sinnvoll.

Ich bedanke mich bei Ihnen, die Sie bis zum Schluß ausgehalten haben, und schließe die Sitzung.<sup>60</sup> Die nächsten Termine sind zwar beschlossen, werden Ihnen aber selbstverständlich wie bisher durch rechtzeitige Einladung und Vorankündigung grundsätzlich noch mitgeteilt.

---

temberg und ihre Geschichte (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 2). Stuttgart 1978 S. 247–256.

60 Ergebnisprotokoll der Sitzung in ACDP 07–001–919; vgl. auch CDU Presse Mitteilungen vom 10. Dezember 1971.

Bonn, Montag 24. Januar 1972

*Sprecher: Amrehn, Barzel, [Blüm], Dregger, von Hassel, Hennig, [Katzer], Kiep, Köppler, Krasko, Lampersbach, Langguth, Lorenz, Nathan, [Schröder], Schwarz-Schilling, Stingl, Vogel, [Windelen].*

*Haushaltsplan 1972. Verschiedenes.*

*Beginn: 14.30 Uhr*

*Ende: 16.01 Uhr*

*Barzel:* Meine Damen, meine verehrten Kollegen, ich eröffne unsere Bundesvorstandssitzung, die im wesentlichen organisatorischen Fragen dienen soll. Ich glaube, mit der Bundesausschußsitzung können wir, abgesehen von der Präsenz, sehr zufrieden sein.<sup>1</sup> Es war eine gute Beschlußfassung, und auch der Text ist verstanden worden von der Presse, als wir ihn eben übergaben. Zu politischen Fragen möchte ich nur einen einzigen Punkt mit einem Satz behandeln, weil jede Erörterung darüber ganz falsch ist. Der ist auch ganz wichtig, bevor ich morgen auf die andere Seite des Atlantiks fliege.<sup>2</sup> Sie werden heute morgen in der Presse gesehen haben, was mein Nachbar zur Linken etwas drängender und zügiger als Herr Scheel mit Blick auf Peking gesagt hat.<sup>3</sup> Ich glaube, daß das eine Linie ist, die wir uns zu eigen machen sollten. Das eignet sich überhaupt nicht für Schlagzeilen, sondern es ist eben selbstverständlich, daß für uns weiße Flecke nicht möglich und auf die Dauer auch gar nicht erträglich sind. Das ist kein Propagandafeld. Das sollten wir so sehen. Ich muß wissen, daß es hoffentlich in dieser Frage keine abweichende Meinung gibt, weil sich hier natürlich etwas entwickeln kann und man drüben sich dafür sehr interessiert, wie wir in dieser Frage denken. Ich glaube eben konstruktiv, wir müssen da auch präsent sein – in welcher Weise, das muß man sehen. Ein solcher Markt kann uns nicht verschlossen sein, das müßten eigentlich schon die Argumente sein.

Ich habe sonst von mir aus heute nichts weiter beizusteuern als die Bitte, die ich

- 
- 1 Ergebnisprotokoll der Bundesausschußsitzung am 24. Januar 1972 in ACDP 07–001–607.
  - 2 Barzel hielt sich vom 25. Januar bis 1. Februar 1972 in den USA auf, vgl. AdG 1972 S. 16879. Zur Presseberichterstattung vgl. CDU Bundesgeschäftsstelle Abt. Information/Dokumentation „Berichte und Kommentare zur Reise des CDU-Parteivorsitzenden Dr. Rainer Barzel in die USA“ vom 31. Januar 1972. Vgl. auch FRUS 1969–1972 Vol. XL Dok. 338 „Memorandum for the President's File by the President's Assistant for National Security Affairs (Kissinger)“ (Text im Internet: <http://www.state.gov/documents/organization/101006.pdf>).
  - 3 Vgl. FAZ vom 24. Januar 1972 „Scheel schließt Besuch in Peking nicht aus“. Der „Nachbar zur Linken“, Gerhard Schröder, hatte sich am Wochenende im ZDF ebenfalls zu den deutsch-chinesischen Beziehungen geäußert, vgl. UiD Nr. 4 vom 27. Januar 1972 „Schröder: Beziehungen zu Peking im deutschen Interesse“. Vgl. Nr. 26 Anm. 29.

auch im Vorgespräch heute morgen im Präsidium geäußert habe<sup>4</sup>, doch einen Leitaufsatz in der „Welt“ heute sehr ernst zu nehmen von Graf Kageneck<sup>5</sup> aus Paris, daß dort die Militärpolitiker sich bereits mittelfristig vorbereiten auf die Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland. Das ist eine sehr wichtige Information, die wohl nicht ganz aus den Fingern gesogen ist. Dies wollte ich sagen, ich weiß nicht, ob hier sonst der Wunsch besteht, noch einmal über allgemeine Politik zu sprechen. Ich habe nur die Hoffnung, daß wir in der Radikalismus-Frage – ich wiederhole dies – auch am Ende der Woche, wenn die Ministerpräsidenten und Innenminister getagt haben, mit einer festen Haltung dastehen. (*Zwischenruf*: Sollten wir uns, Herr Vorsitzender, nicht einmal mit Herrn Wehner beschäftigen?<sup>6</sup> – *Unruhe und Diskussion*.) Wir waren unsicher, ob es zweckmäßig ist, vor dieser Ministerpräsidentenkonferenz<sup>7</sup> sich zu äußern. Hier sind die Bedürfnisse von Opposition und Regierung unterschiedlich, auch unter unseren Freunden. Diese Woche wollen wir jetzt erst mal abwarten, was dabei herauskommt, und dann gehen wir in die Vollen. So ist das beschlossen, falls wir uns nicht durchsetzen.

*Lorenz*: Ich wollte folgendes anregen: Ich habe in verschiedenen Gesprächen, die ich in den Hauptstädten der Berliner Besatzungsmächte geführt habe in den letzten paar Monaten, immer wieder festgestellt, wie weit verbreitet doch die Anhängerschaft der Brandtschen Politik bei solchen Parteien oder Vertretern solcher Parteien ist, die uns eigentlich näher stehen müßten als den Sozialdemokraten. Das gilt insbesondere für Europa und hier insbesondere für die Gaullisten. Wir sollten uns im Vorstand einen Überblick geben lassen von sachkundigen Mitgliedern, z. B. von Herrn Dr. Schröder oder wer es gerne machen möchte, über die Haltung der christlich-demokratischen

---

4 Protokoll in ACDP 07–001–1405.

5 August Graf Kageneck (1922–2004), Journalist; ab 1955 Tätigkeit in Paris, 1969–1985 Korrespondent der „Welt“, 1986–1994 im Auftrag des Bundespresseamtes Herausgeber des Informationsbriefes „Economie et politique allemandes“.

6 Vgl. den Artikel Wehners in der „Augsburger Allgemeinen“ vom 21. Januar 1972 „Spiel mit dem Grundgesetz“, in der er eine Änderung des Grundgesetzes mit dem Ziel, Mitglieder bestimmter politischer Parteien aus dem öffentlichen Dienst auszuschließen, ablehnt. Vgl. dazu die Presseerklärung der CDU/CSU-Fraktion vom 20. Januar.

7 Zur Ministerpräsidentenkonferenz am 28. Januar 1972 vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 29. Januar 1972 „Kein Kommunistengesetz geplant“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 29. Januar 1972 „DKP-Mitglieder können aus dem Staatsdienst entlassen werden“. Zum Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern vgl. Manfred FUNKE (Hg.): Extremismus im demokratischen Rechtsstaat. Ausgewählte Texte und Materialien zur aktuellen Diskussion. Düsseldorf 1978 S. 539. – Vgl. auch die Kleine Anfrage der CDU/CSU betr. Rechts- und Linksradikalismus, „Aktion Widerstand“ und „Deutsche Kommunistische Partei“ (BT-Drs. VI/2384) vom 28. Juni 1971 sowie die Antwort des Bundesinnenministers (BT-Drs. VI/2576) vom 17. September 1971. Zur Diskussion in der Presse „Süddeutsche Zeitung“ vom 23. September 1971 „Heftige Kontroverse um die DKP“; FAZ vom 23. September 1971 „Regierung sieht in der DKP eine ‚potentielle Gefahr‘“; „Frankfurter Neue Presse“ vom 23. September 1971 „Thema DKP-Verbot ist für Bonn tabu“ sowie die Verschiebung der Bundestagsdebatte über die innere Sicherheit, vgl. „Die Welt“ vom 21. Januar 1971 „Union will Debatte über politischen Radikalismus“; FAZ vom 21. Januar 1971 „Debatte über innere Sicherheit verschoben“.

Parteien oder uns nahe stehender konservativer Parteien und über die Möglichkeiten, die diese beeinflussen, und in Zukunft mehr zusammenarbeiten. Nicht heute, aber in absehbarer Zeit, weil ich glaube, dies ist eine ganz wichtige Sache, auch für die Wirkung unserer Politik in Europa.

*Köppler:* Noch mal zu der Sache Wehner: Ich würde vorschlagen, die Sozialdemokraten in die Besprechung vom 28. offen gehen zu lassen, damit sich der Prozeß der Auseinandersetzung mit Herrn Wehner auch in diesem Teil vollzieht. So wie ich sehe, haben wir einen Großteil der Landespolitiker der SPD inzwischen in den Ländern zu glasklaren Äußerungen veranlaßt. Wenn ich an Herrn Kühn denke, an Herrn Ruhnau denke und andere. Die kommen in eine unmögliche Position durch die Wehner-Ausslassung in dieser Sache. Der Wehner hat sich ja, wenn man den Text genau liest, bei aller Polemik, mit der er mal wieder vorgetragen hat, einen Rückweg offen gelassen. Er hat den einen Satz da ziemlich unvermittelt rein geschrieben, „die reine Zugehörigkeit zur Partei“ usw. Das ist einer der kritischen Punkte, wo auch unsere Leute in den Ländern jetzt rein beamtenrechtlich doch etwas überlegen, wie man die Beschlußfassung mit dem Bundeskanzler, mit der Bundesregierung formulieren sollte. Aber nach dem 28., würde ich sagen, müssen wir Feuer frei nicht nur geben, sondern auch betreiben.

*Barzel:* Herr Vogel, einverstanden?

*Vogel:* Ja, ich möchte nur berichten über ein Gespräch, das wir am vorigen Freitag mit unseren Innenministern hatten, wo wir uns völlig einig waren, sowohl was den Zugang zum öffentlichen Dienst als auch das Drinsein im öffentlichen Dienst für DKP-Mitglieder angeht. Es gibt gewisse Schwierigkeiten, wo jemand mit Kenntnis seiner Behörde Mitglied war und wo jetzt die Frage auftaucht, bleibt er da? Das ist die einzige Frage, wo es Schwierigkeiten gibt, in allen anderen Fragen sind wir völlig einig gewesen, daß die Zugehörigkeit genügt, auch jemanden herauszusetzen, der während seiner Tätigkeit im öffentlichen Dienst der DKP beitrifft. Hier werden wir zwangsläufig in eine Kontroverse kommen. Man muß nur sagen, das, was Wehner ausgeführt hat, geht weit darüber hinaus. Ich mache auch auf das aufmerksam, was er zum Art. 18 gesagt hat. Das ist nach meiner Auffassung der Versuch einer Minimierung des Verfassungsschutzes. (*Zwischenruf:* Wo hat er das gesagt? – *Kraske:* In diesem Artikel „Augsburger Allgemeine“.)

*Barzel:* Bon! Dann sind wir in dieser Frage einig. Ich darf nur noch sagen, Herr Katzer leitet drüben den Fraktionsvorstand, deswegen ist er nicht hier. Wir haben ein Gespräch bei Vetter angesagt über diese Frage. Denn das ist ein Punkt, wo wir natürlich nicht in eine Kontroverse laufen wollen. Wir hoffen immer noch, daß es da ein paar Kräfte gibt, die diese Sache besser verstehen, als Herbert Wehner sie versteht.

*Langguth:* Ich habe im Grunde nur eine Frage. Klar ist die Sache im öffentlichen Dienst, daß da keine Angehörigen radikaler Parteien sein können. Ich sehe aber immer wieder an den Hochschulen, wie äußerst schwierig es ist, diesen Standpunkt dort darzulegen. Ich will jetzt auf die Argumentation nicht eingehen, aber es ist eine ganz merkwürdige liberale Haltung in Kreisen dieser Generation, die argumentieren, wenn eine Partei nicht verboten ist, dann müssen auch Zugangswege für alle Branchen offen



sein, Chancengerechtigkeit usw. Meine Frage an Sie, Herr Parteivorsitzender, ist, was gedenkt die CDU zu tun in Sachen Radikalismusbekämpfung mit Ausnahmen des jetzt hier ausgesprochenen Verbots für Angehörige radikaler Parteien im öffentlichen Dienst? Denn ich sehe eine bestimmte Einseitigkeit bei den Diskussionen der Fragen, was wir tatsächlich auch als CDU tun können. Ich würde also eine Beschränkung auf diese Fragen für falsch halten.

*Barzel:* Das ist völlig korrekt! Wir haben das in der letzten Sitzung des Vorstands angesprochen und gesagt, wir müssen jetzt erst mal diese Ministerpräsidentenkonferenz vom Tisch haben und abwarten, was sich daraus ergeben wird, unabhängig von dem, was Wehner gesagt hat. Wird es eine gemeinsame Sache oder wird es eine getrennte Sache? Daß für den Fall, daß es eine getrennte Sache werden sollte, dieser Punkt nicht ausreicht, Herr Langguth, auch wenn es eine gemeinsame werden sollte, ist ganz klar. Es schwebt mir vor, daß wir in der nächsten Vorstandssitzung einen unserer Freunde bitten, ob er hier Mitglied ist, oder jemand von draußen, über diese Fragen zu berichten und das ganze Tableau hinzulegen. Ich darf vorwegnehmen, daß wir bisher zu der Auffassung neigen, die Frage des generellen Parteiverbots so zu beantworten, daß man sagt, hier ist die Bundesregierung am Zug. Es ist in deren Ermessen und in deren Verpflichtung gegeben, unter bestimmten Umständen einen Antrag zu stellen. Die Regierung tut dies nicht. Also kann die Opposition höchstens fragen, ist die Zeit nicht so reif? Aber unabhängig davon können wir bis zu der Schwelle dessen gehen, was hier möglich ist, und da ist eben der öffentliche Dienst. Eine weitere Frage, die sich dann stellt, ist etwa Spartakus, das werden wir natürlich dann Ihnen raten, nicht nur hinsichtlich der Bewertung, sondern auch in der Opportunität. Sie wissen, daß Frau Hamm-Brücher schon vor Monaten das Verbot von Spartakus verlangt hat.<sup>8</sup> Aber das alles sollten wir nicht aus dem Ärmel schütteln. Unsere Marschroute muß sein: Wir sehen, was beim Ministerpräsident, Innenminister herauskommt, und dann besprechen wir das in der nächsten Vorstandssitzung. Vielleicht können wir gleich beschließen, daß wir Herrn Langguth bitten, ein Co-Referat zu halten aus seiner Sicht aus den Universitäten? Sind Sie einverstanden? Und es wird sicher nötig sein, Herr Blüm, daß Herr Katzer oder Sie das speziell auf die Arbeitnehmer auch noch ergänzen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Denn das ist nicht nur eine Frage von Verboten, das ist ein viel umfassenderes Thema.

*Dregger:* Ich habe mich über diese Problematik aus der Sicht der Bundeswehr unterrichten lassen und zwar der Wehrpflichtigen, für die ja nicht der öffentliche Dienst gilt wie bei den Beamten, also Wehrdienstgesetze auf der einen Seite, die liberal sind und die Gleichbehandlung der Parteien erfordern, und die Tatsache auf der anderen Seite, daß wir eine Partei zulassen, die verfassungswidrige Ziele verfolgt. Dies wird auch ein Problem sein, mit dem die Kommandeure kaum fertig werden können. Ich glaube, das ist eine politische Frage, die wir hier einbeziehen müssen. (*Unruhe.*)

---

8 Vgl. FAZ vom 5. August 1971 „Für Verbot des ‚Spartakus‘“; „Frankfurter Rundschau“ vom 6. August 1971 „Wird Verbot des Spartakus erwogen?“.

*Barzel:* Herr Hennig, Sie erinnern mich bitte daran, daß ich da einen Kollegen aus der Fraktion, der besonders sachkundig ist, auch um ein Co-Referat bitte.

*Lampersbach:* Ich habe während der Weihnachtspause in einer sogenannten Rüstzeit mit Unteroffizieren der 7. Panzergrenadierdivision diskutiert, darunter bekannte sich einer offen als Mitglied der SDAJ. Ein Stabsoffizier! Mitglied der SDAJ. Und sehr interessant, im Rahmen des evangelischen Jugendzentrums fand das statt, wo ganz offen in der Diskussion gesagt wurde, daß das System, das wir haben, geändert werden müßte, unter Umständen mit Gewalt. Also, das zieht sich durch die Bundesregierung sicherlich genauso wie ein roter Faden. Interessant ist, daß der Kommandeur der Division, der als Protegé des Bundesverteidigungsministers gilt, Generalmajor Wagemann<sup>9</sup>, genau wie Herr Dr. Lenz<sup>10</sup> bei dem Neujahrsempfang nachträglich kolossal angeschossen worden ist in der Presse wegen gewisser Äußerungen.

*Barzel:* Herr Vogel, dann Herr Stingl und dann würde ich gerne in die Tagesordnung eintreten.

*Vogel:* Ich hätte nur die Bitte, daß wir ein Verfahren finden, das es möglich macht, in der Frage DKP-Verbot ja oder nein zu einer übereinstimmenden Linie zu kommen. Wir haben hier unterschiedliche Auffassungen. Wir haben im Kreise der Innenminister die Auffassung gehabt, daß die bisherige Linie die richtige ist. Mit nicht unwichtigen Kollegen, die in der nächsten Woche eine besondere Sitzung über dieses Thema haben, werden wir versuchen, uns auf der Linie, die wir hier haben, zu verständigen. Das kann nicht darüber hinweg täuschen, und diese Aussage, glaube ich, ist erlaubt, daß erstens die DKP eine Ersatzorganisation der KPD ist und daß sie zweitens eine verfassungsfeindliche Partei ist. Diese beiden Aussagen sind möglich, auch wenn man bei der Frage des Verbotes gegenredet.

*Barzel:* Gut, wir sind also sehr einig, was mich freut, Herr Windelen bietet die guten Dienste mit den Ländern an, wenn nötig.

*Stingl:* Ich möchte zu Herrn Langguth noch sagen, erstens, es geht nicht nur da auf den Punkt, wo man denkt, daß es ungerecht sei, wenn man hier für die Entfernung der DKP ist aus dem Beamtendienst, sondern die Diskussion geht soweit, daß sie sagen, das ist ein demokratischer Prozeß und wenn die Kommunisten die Mehrheit kriegen, dann wird eben der Staat kommunistisch. Sie sind der Meinung, daß das ein Prozeß ist wie jeder andere. Da haben wir viel versäumt, das deutlich zu machen. Eine andere Betrachtungsweise derselben Sache: Ich merke zunehmend bei mir über die Selbstverwaltung einen Druck, nur Leute innerhalb der Anstalt fördern zu lassen, die auf keinen Fall Beamtenbundsleute oder Leute sind, die nicht SPD-nahe sind. Etwas anderes ist, Herr Vorsitzender, der Artikel Kagenecks über Gedanken über die Neutralisierung Deutschlands. Sie haben dabei nur erwähnt, daß das in Frankreich erörtert werde.

---

9 Dr. Eberhard Wagemann (geb. 1919), Generalmajor; Studium der Philosophie, ev. Theologie und Geschichte, Kommandeur der 7. Panzergrenadierdivision in Unna, 1974–1977 Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

10 Dr. Wilhelm Lenz war am 14. Januar 1972 bei einem Neujahrsempfang in der Hellweg-Kaserne der Bundeswehr in Unna. – Zu den SDAJ-Aktivitäten innerhalb der Bundeswehr vgl. „Die Welt“ vom 22. März 1972 „Die Rekruten hören nicht auf ‚Linksum‘“.

Ich meine, man muß sich einmal fragen, ob das nicht überhaupt das Ziel des Kanzlers ist. Denn die Äußerungen Wehners in Jugoslawien<sup>11</sup> oder die Gespräche mit Palme<sup>12</sup>, mit Kreisky<sup>13</sup> und allen deuten doch darauf hin, daß man meint, ein neutralisiertes Glacis vor die Sowjetunion legen zu können, das eben vom Nordkap bis hin zum Mittelmeer herunterreicht. Wir sollten nicht so tun, als ob das über sie käme als etwas nicht Gewolltes, sondern das ist meiner Meinung nach eben eine Zielvorstellung.

*Barzel:* Herr Windelen hat dies neulich öffentlich gesagt und ist deshalb geziehen worden und wird jetzt sogar dazu noch schreiben.<sup>14</sup> Dann danke ich herzlich für diese kurze allgemeine Aussprache. Das Wort hat der Generalsekretär zur Tagesordnung.

*Kraske:* Zur Überleitung in die Tagesordnung erlauben Sie mir, eine Bemerkung des Vorsitzenden aufzugreifen, die die Präsenz der Ausschußsitzung angeht. Ich beobachte seit 15 Jahren in unserer Partei einen Teufelskreis, daß nämlich von der Parteiführung immer wieder neue Ansätze – und von keiner vorher so viele wie von dieser – gemacht werden, weil die Resonanz aus der Partei heraus, die sich etwa in Präsenz und Dauer der Teilnahme ausdrückt, nicht so ist, wie wir sie uns wünschen können, und daß deshalb ein Gremium sehr leicht auf längere Sicht die Chance verfehlt, nun wirklich in seine Bedeutung hineinzuwachsen. Was hier für den Bundesausschuß gilt, gilt in anderer Weise für unsere Publikationen. Sie können mit unseren Parteipublikationen in manchen Kreisen machen, was Sie wollen, die Leute merken es gar nicht, weil sie nämlich vor Jahren irgendwann gesagt haben: „Das ist nichts für mich“ und es dann nicht mehr lesen. Es geschieht hier eine Menge, es ist vieles geschehen, es wird weiter vieles geschehen. Deswegen bitte ich Sie, vor allem die Vorsitzenden der Landesverbände und der Vereinigungen<sup>15</sup>, im Vorgriff auf unser Gespräch am 21. Februar, wo wir uns ja speziell über diese Fragen der Parteilarbeit unterhalten werden, daß Sie alles

---

11 Wehner hielt sich vom 7. bis 13. September 1971 in Jugoslawien auf, vgl. „Der Tagesspiegel“ vom 10. September 1971 „Belgrad betont gutes Verhältnis zu Bonn“.

12 Olof Palme (1927–1986), schwedischer Politiker (Sozialdemokratische Partei); 1953 Sekretär von Premierminister Tage Erlander, 1955–1961 Vorsitzender des Sozialdemokratischen Jugendverbandes, 1957–1986 Mitglied im Reichstag, 1963 Staatsrat, 1965 Minister für Verkehr, Post und Fernmeldewesen, 1967 Bildungsminister, 1969–1986 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, 1969–1976 und 1982–1986 Premierminister.

13 Dr. Bruno Kreisky (1911–1990), österreichischer Politiker (SPÖ); 1926 Mitglied der SAJ, Studium der Rechtswissenschaften, 1938 Promotion, 1938–1945 Emigration nach Schweden, 1946–1949 Diplomat in Stockholm, 1951–1953 politischer Berater von Bundespräsident Theodor Körner, 1953–1959 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1956–1983 Abgeordneter im Nationalrat, 1959–1966 Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten, 1967–1983 Bundesparteivorsitzender der SPÖ, 1976–1989 Vizepräsident der Sozialistischen Internationale; 1970–1983 Bundeskanzler. Vgl. Wolfgang PETRITSCH: Bruno Kreisky. Ein biographischer Essay. Wien 2000.

14 Vgl. „Münchner Merkur“ vom 13. Januar 1972 „Bayern bereit zur Verfassungsklage. CSU betont Ablehnung der Ostverträge“ sowie Beitrag Windelens mit dem Titel „Zufall oder Methode?“ in DUD Nr. 7 vom 11. Januar 1972 S. 1f.

15 Protokoll der Sitzung des Präsidiums, der Landesvorsitzenden, der Bundesvorsitzenden und Geschäftsführer der Vereinigungen und der Landesgeschäftsführer am 21. Februar 1972 in Bonn in ACDP 07–001–514.

tun, um in die Partei, in die Kreisverbände hineinzuwirken, daß nun wirklich diese Ansätze auch aufgenommen werden, daß diejenigen, die bei uns die publizistische Arbeit machen, auch aus der Partei heraus die nötige Resonanz finden in Form von Beteiligung von Leserbriefen usw., weil nur so wirklich diese Arbeit erfolgreich fortgesetzt werden kann.

## HAUSHALTSPLAN 1972

Damit komme ich zu der eigentlichen Tagesordnung, der Beratung und Verabschiedung unseres Haushaltsplanes für 1972. Wenn in Parlamenten, im Bund und in Ländern die Beratung des Haushalts eine große Stunde ist, kann ich nicht verhehlen, daß hier in der CDU die Beratung des Haushalts einstweilen immer noch eine etwas unbefriedigende Stunde ist. Trotzdem meine ich, daß wir uns über ein paar grundlegende Fragen heute unterhalten sollten. Der Haushaltsentwurf<sup>16</sup> ist Ihnen allen vor längerer Zeit zugegangen. Ich beschränke mich deswegen auf fünf Bemerkungen, ohne daß ich den Haushalt hier Position für Position durchgehe, das wäre ohnehin mehr die Aufgabe von Herrn Hennig, ich glaube aber, daß das besser so gemacht werden sollte, daß Sie Fragen stellen.

Erster Punkt: Auf der Einnahmeseite, und das ist Seite 1 der Ihnen vorliegenden Vorlage, haben wir nach wie vor, trotz der erfolgreichen Bemühungen unseres Schatzmeisters und des ganzen Präsidiums, darauf hingewiesen, mit einer Summe von erheblichen Ungewißheiten zu rechnen. Nach dem Ihnen vorliegenden Etat wären insgesamt 11,2 Mio. DM aufzubringen, auf dem Spendenwege. Diese 11,2 Mio. DM vermindern sich um mindestens 3,5 Mio., nämlich die Summe der Ziffern hier unten in den Erläuterungen unter III 1 und 2, Mitgliederbeiträge und die 10-DM-Umlage, von denen wir erstens hoffen, daß das wirklich in zügiger Weise jetzt eingeht und wo wir zweitens im äußersten Notfall in diesem und im kommenden Jahr eine Verrechnung vornehmen können gegen die Zuweisung der öffentlichen Mittel. Sie können also davon ausgehen, daß sich die notwendige Spendenwerbung um wenigstens 3,5 Mio. DM vermindert. Dann bleiben 7,7 Mio. DM übrig. Von diesen 7,7 Mio. können Sie aber eigentlich nicht einmal den Eventualetat abziehen, denn abgesehen von der dringend nötigen Verbesserung, insbesondere unserer Öffentlichkeitsarbeit, stehen in dem Eventualhaushalt, wie Sie gesehen haben, Positionen wie etwa der nächste Bundesparteitag, über die politisch längst entschieden ist, entschieden werden mußte, die also nicht mehr eventuelle Ausgaben, sondern sichere Ausgaben sind. Das heißt also, mit der Vorlage dieses Etats verpflichten wir den Bundesschatzmeister, mindestens 7,7 Mio. DM aufzubringen an Spenden. Und wenn er dies tut, gibt es für das Jahr 1973 und für den Bundestagswahlkampf 1973 noch keinen Pfennig Rücklage. Dies bitte ich zu sehen. Dies bitte ich insbesondere bei allen Wünschen zu sehen, einzelne

---

16 Entwurf über „Einnahmen und Ausgaben der Bundespartei im Rechnungsjahr 1972“ vom 2. Dezember 1971 in ACDP 07-001-920.

Etatpositionen zu erweitern oder gekürzte Etatpositionen auf den alten Stand zurückzubringen. Denn diese 7,7 Mio. zusätzlich zu der Vorbereitung des Wahlkampfes 1973 aufzubringen, wird eine große und schwierige Aufgabe sein, und ich meine, daß wir uns über Ausgaben, die den Rahmen dieses Etats sprengen, erst dann unterhalten können, wenn der Schatzmeister hier im Vorstand berichtet, daß er erfreulicherweise unbeschadet seiner Sammlung für die Wahl 1973 schon für dieses Jahr 1972 mehr als diese 7,7 Mio. zur Verfügung stellen kann. Es würde sich darüber wahrscheinlich niemand mehr freuen als ich, denn ich weiß, wie viel bei der Vorbereitung der Bundestagswahl 1973 bereits jetzt im Jahre 1972 an Weichenstellungen erfolgt und was das für Mittel erforderlich machen würde.

Zweiter Punkt: Die Ausgabenseite sieht, in wenigen Blöcken in Ihre Erinnerung zurückgerufen, Steigerungen vor, bei den Personalausgaben von rund 400.000 DM, durch den Bau und die Übernahme des Konrad-Adenauer-Hauses rund 500.000 DM, für die interne Informationsarbeit ebenfalls rund 500.000 DM, im Bereich der Personalplanung und Personalpolitik rund 160.000 DM und für sächliche Ausgaben 200.000 DM. Selbst wenn Sie für diese Ausgabensteigerung den Eventualhaushalt hinzunehmen, ist dieses absolut unbefriedigend, weil es im wesentlichen die Fortschreibung des bestehenden Haushaltes bedeutet. Es geht also kaum um Personalzuwachs, es geht kaum um eine qualitative Verbesserung unserer Öffentlichkeitsarbeit durch Hinzunahme weiterer Wege und Möglichkeiten. Es geht um die notwendige Aufstockung der internen Publikationen, es geht um ein Auffangen der gestiegenen Papier- und Portokosten. Es geschieht also das, was wir jetzt machen, weiter mit höheren Kosten dank unseres politischen Gegners, aber es geschieht verhältnismäßig wenig zusätzlich. Es gibt nur eine wichtige Position, die unsere Arbeit wirklich erheblich aufstocken könnte und das sind die 1,2 Mio. DM für Öffentlichkeitsarbeit, die in dem Eventualhaushalt stehen und die überhaupt erst dieser Öffentlichkeitsarbeit nach außen eine gewisse erste Basis geben.

Zum dritten eine kurze Zwischenbemerkung, die einzige Einzelposition, die ich erwähnen will. Auf Seite 8 bei den durchlaufenden Zuschüssen für die Vereinigungen sehen Sie eine Reduzierung des Zuschusses an unsere Freunde von der Mittelstandsvereinigung von 78.000 auf 48.000 DM. Ich erwähne das ausdrücklich, weil ich leider keine Gelegenheit hatte, ausdrücklich vor dieser heutigen Sitzung noch mal mit unserem Kollegen Lampersbach zu sprechen. Wir sind der Meinung, einschließlich des Bundesschatzmeisters, daß die Mittelstandsvereinigung sich zwar bisher nach Abstimmung mit der Bundespartei daran gehalten hat, daß sie nicht selber Beiträge einzieht, daß sie nicht eigene Spenden wirbt, daß sie die Leute auf den allgemeinen Spendenweg verweist und dafür notwendigerweise finanzielle Zuschüsse der Bundespartei entgegennehmen muß. Bei Durchsicht dieses Etats sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß wir die Mittelstandsvereinigung bitten sollten, nicht von heute auf morgen, aber in zunehmendem Maße wenigstens ihre eigenen Ausgaben durch entsprechende Werbung in dem von ihr angesprochenen Kreise zu decken. Deswegen haben wir hier den Zuschuß der Bundespartei zum ersten Mal um etwa 40 % heruntergesetzt.

Vierter Punkt: Ich brauche Ihnen, die Sie alle auch in anderem Zusammenhang mit

Etats umgehen, nicht viel zu sagen darüber, daß die Struktur dieses Etats, abgesehen von seiner jeweiligen Höhe, natürlich denkbar unbefriedigend ist. Wir haben auf der einen Seite 3,8 Mio. DM Personalkosten. Wir haben auf der anderen Seite alleine 1 Mio. DM an Mieten durch das neubezogene Haus. Wir haben auf der einen Seite 2,34 Mio. DM für die Informationen nach innen und wir haben nur 266.000 DM für die Informationen nach außen. Selbst wenn ich die 1,2 Mio. aus dem Eventualhaushalt hinzunehme, bleibt die Information nach außen immer noch in ihrem Ansatz unter der Ausgabe nach innen.

Sie sehen aus diesem ganz kurzen, stichwortartigen zusammenfassenden Bericht, daß die Bundespartei, die Geschäftsstelle, ihr Generalsekretär, das Präsidium mit diesem Ihnen vorgelegten Etat in gar keiner Weise zufrieden sind. Aber es ist ein nüchterner und ein realistischer Etat, und ich verstehe unter Begriffen wie „Nüchternheit“ und „Realismus“ im Unterschied zu manchen Parteifreunden etwas durchaus Positives, Offensives und Modernes. Es ist also ein nüchterner und realistischer Etat, der davon ausgeht, daß wir das fortentwickeln müssen, was wir im Ansatz, in guten Ansätzen in der Arbeit der Bundespartei und der Bundesgeschäftsstelle vorgefunden haben und daß unsere Aufgabe nur sein kann, Zug um Zug mit dem Näherkommen des Wahlkampfes, mit den erfolgreichen Bemühungen von Walther Kiep und deren Verwirklichung diese Dinge da aufzustocken, wo es nötig ist. Das wird schwerpunktmäßig für die Information nach außen gelten. Das wird zu einem geringeren Teil für die Personalkosten gelten, wenn wir auf die Wahl hin das leisten wollen, nicht nur nach außen, sondern auch in die Partei hinein, was wir uns vorgenommen haben. Meine Bitte an Sie kann deswegen nur sein, diesem Etat heute in der vorgelegten Form zuzustimmen, aber gleichzeitig das Präsidium, den Generalsekretär, den Bundesschatzmeister aufzufordern, Ihnen etwa im Sommer dieses Jahres, der Zeitpunkt wäre noch abzustimmen, erneut über die Durchführung dieses Etats und über die Möglichkeiten einer auch strukturellen Änderung wenigstens in der zweiten Hälfte dieses Jahres zu berichten.

*Barzel:* Ich danke dem Generalsekretär für den Bericht, der Bericht war klar. Wird das Wort dazu gewünscht?

*Lampersbach:* Es ist sicher selbstverständlich, daß ich gleich, da ich direkt angesprochen bin, kurz Stellung dazu nehmen möchte. Ich habe Gelegenheit bekommen, Herr Dr. Barzel, Ihnen meine Vorstellung über die Art der Direktion, wie ich mir das vorstelle, zu unterbreiten, ebenso wie auch ganz kurz Herrn Dr. Kraske und früher auch dem früheren Bundesschatzmeister<sup>17</sup>. Ich glaube, daß es im Interesse der Partei sicherlich zweckmäßiger wäre und sehr viel interessanter, wenn die Partei einheitlich finanziert wird in ihren Untergliederungen, zu denen auch die Mittelstandsvereinigung gehört, die ebenfalls von der Bundespartei finanziert wird. Aus vielerlei Gründen würde ich das für sehr viel zweckmäßiger halten, als in dem Stil der Vergangenheit fortzufahren, daß jede Vereinigung oder jeder Ausschuß eine Selbstfinanzierung betreibt. Es ist sicherlich, ohne die Vereinigungen damit zu diskreditieren, ein Unter-

---

17 Kurt Schmücker.

schied, ob der Parteivorsitzende, ob die Partei einen spendenwilligen Mann anspricht oder ob das von einer Vereinigung ausgeht. Ich halte das auch im Sinne der politischen Aufgabe und Durchsetzung für zweckmäßiger, wenn das zentral gemacht werden könnte. Das zum Grundsatz.

Nun die Frage, Herr Dr. Kraske, stellt sich natürlich, wie Sie sich das gedacht haben, wie die Mittelstandsvereinigung z. B. mit den hier ausgewiesenen 48.000 DM durchkommen soll. Ich habe den Entwurf sehr aufmerksam gelesen und dabei festgestellt, daß Sie bei allen Positionen, sächlich als auch personell, die selbstverständlichen Erhöhungen, die sich aus der Entwicklung ergeben, miteinkalkulieren. Bei uns machen sie einen ganz gewaltigen Abstrich, obwohl ihnen ja auch bekannt sein muß, daß ich vor 1 ½ Jahren auf der Karte der Bundesrepublik ganz erhebliche weiße Flecken, was Mittelstandsarbeit betrifft, vorgefunden habe. Und wir dürfen uns sicherlich darüber im Klaren sein, daß das Wahlergebnis 1973 weitgehend davon abhängig ist, die 12 %, die 1969 anders gewählt haben, zurückzugewinnen und vielleicht noch einige Prozente dazu. Das setzt natürlich sensible Kleinarbeit voraus, so wie sie eingangs hier auch bei einigen anderen Dingen angesprochen worden ist. Wir sind tatsächlich in der Schwierigkeit – ich muß das hier im Vorstand vortragen – zu erleben, wie wir das materiell 1972, ganz abgesehen von dem dann darauf folgenden Wahljahr 1973, über die Bühne bekommen werden. Ich wäre daher sehr dankbar, ohne hier jetzt das Detail anzuschneiden, wenn wir recht bald, Herr Dr. Kraske und Herr Kiep, Gelegenheit nehmen könnten, uns darüber zu unterhalten. Abschließend noch einmal, ich persönlich würde es bei den Überlegungen aller interessanter Details, die mit einer Situation wie hier zusammenhängt, begrüßen, wenn wir hier zu einer anderen Marschroute kommen könnten.

*Kraske:* Darf ich gleich ein Wort dazu sagen und im übrigen ein Mißverständnis oder eine Unklarheit aufklären, die mir Herr Lorenz eben genannt hat. Herr Lampersbach, daß Sie dieselbe und im Zweifelsfalle mehr Arbeit leisten müssen bei der Bedeutung der von Ihnen angesprochenen Gruppe, ist völlig klar. Aber meine Überlegung und unsere Überlegung bei der Aufstellung dieses Etats war: Wenn es nicht gelingt, aus dieser Gruppe heraus durch eine zusätzliche Leistung die relativ geringen Kosten aufzubringen, die diese Arbeit kostet, dann habe ich auch für den Erfolg dieser Arbeit in diese Gruppe hinein nicht so sehr viele Hoffnungen. Mit anderen Worten, nach meinen Erfahrungen aus unseren Kreisverbänden sind gerade die von Ihnen Betreuten in unserem Lande in letzter Zeit in einer ganz eindrucksvollen Weise bereit, sich für die CDU stärker als bisher zu engagieren – in Klammern, Mitglieder zu werden und finanzielle Beiträge außer der Reihe für die Partei zu leisten. Und wenn es hier darum geht, zusätzliche 30.000 bis 100.000 DM zu werben für diese Arbeit, meine ich, müßte das in dieser Gruppe gelingen. Und unsere Überlegung – und da stimmt mir auch Herr Kiep zu – ist die, daß man manche Kreise zu einer höheren Spende veranlaßt, wenn man ihnen sagen kann: „Dies kommt unmittelbar der Arbeit Eurer Mittelstandsvereinigung zu, und es fließt nicht nur in den allgemeinen Topf.“ Unsere Überlegung war also, unser Spendenaufkommen im Ganzen dadurch nicht zu vermindern, sondern im Gegenteil zu vermehren.

Zu der Bemerkung von Herrn Lorenz folgendes: Ich habe den Eindruck, daß ich nicht hinreichend klargemacht habe und daß das auch aus dieser Vorlage nicht hinreichend hervorgeht, was der Sonderetat und was der Eventualetat ist. In der Ihnen vortragenen Einnahmerechnung sind beide enthalten. Das geht aus dem Papier hervor. Der Sonderetat ist ein zwingender Bestandteil des Gesamtetats, er enthält nämlich diese durchlaufenden Positionen, er heißt nur Sonderetat aus Gründen der allgemeinen Abrechnung, auch bei Ihnen in den Kreis- und in den Landesverbänden. Der Eventualetat unterliegt einer besonderen Sperre, die nur durch den Bundesschatzmeister mit mir zusammen aufgehoben werden kann. Beispiel: In dem Eventualetat, Seite 9 bitte ich Sie aufzuschlagen, finden Sie etwa diese 1,2 Mio. DM Öffentlichkeitsarbeit. Oder Sie finden eine Auflagenerhöhung von UiD in der in meinen Augen lächerlichen Marge von weiteren 2.000 Stück. Beides kann nicht, wenn heute dieser Etat verabschiedet wird, Herr Hennig in Gang bringen, sondern beides wird zurückgestellt, bis Herr Kiep mitteilt: „Dafür kann ich die Deckung geben.“ Über die Unzulänglichkeit dieser Ansätze nur ein Wort, anhand dieser UiD-Auflagenerhöhung: „Union in Deutschland“; der interne Arbeits- und Informationsdienst für unsere aktiven Mitarbeiter, hat eine Auflage von zur Zeit, glaube ich, 11.000 Stück. Wir rechnen damit, wenn Sie alle unsere wirklich aktiven Leute vom Ortsvorsitzenden bis zu den Kommunalpolitikern nehmen, haben wir einen Anteil von etwa 30.000 bis 35.000. Wenn wir den UiD auf diese Auflage, in meinen Augen die Soll-Auflage, die wir für die Wahl erreichen müßten, heraufsetzen wollten bei gleichem Umfang, gleicher Erscheinungsweise, würde das weitere 500.000 DM in diesem Etat kosten. Deswegen also dieser sehr bescheidene Ansatz, auch er gehört zu den Positionen, die ich liebend gerne im Laufe dieses Jahres über diesen Etatansatz heraufsetzen würde, wenn wir einigermaßen mit der finanziellen Deckung rechnen könnten.

*Amrehn:* Den Herrn Generalsekretär möchte ich in der Meinung bestätigen, daß es in bestimmten Bereichen leichter ist, zweckgebundene Finanzierung zentral zu machen. Ich glaube, das ist der Fall im Augenblick gerade auch für den Mittelstandsbereich. Nicht ganz verstanden habe ich eben aber, Herr Kraske, daß Sie sagten, der Eventualhaushalt sei auf der Einnahmenseite in der Seite 1 enthalten. Ich darf das wohl so verstehen, der Eventualhaushalt hat überhaupt gar keine eigenen Einnahmen, sondern nur eine Ausgabenseite, die bestritten werden muß mit den Einnahmen ... (*Kraske:* Jawohl, richtig!). Eine Dauererscheinung unseres Haushaltes ist nun allerdings immer der Posten der Dauer- und Sachschulden zwischen 9 und 10 Mio. DM. Verstehe ich es richtig, Herr Kraske, daß Sie gesagt haben, wenn der Schatzmeister etwa 7,7 Mio. DM besorgt, dann wären auch diese Dauerschulden beseitigt? Ich darf das wohl so richtig verstehen. Wenn das so ist, dann kann man allerdings für die Planung zum Bundeswahlkampf wohl davon ausgehen, daß nicht alle Schulden gedeckt sein müssen, wiewohl sie die Zinsen von rund 1 Mio. jährlich immer wieder neu durchrücken. Aber meine Frage, die ich hier zu stellen habe, bezieht sich darauf, mit welcher Wahlkampfkostenerstattung ist denn im Jahre 1973 noch zu rechnen, neben den 12 Mio., die für dieses Jahr vorgesehen sind? Wann werden die gezahlt und in welchem Umfang decken sie die voraussichtlichen Wahlkampfausgaben? Und meine dritte



Frage bezieht sich darauf, ob man von Herrn Kiep heute schon ein wenig mehr hören kann über den Erfolg der Spendenaktion, die er unternommen hat. Ich möchte im übrigen gern, daß wir den Antrag stellen, um den Herr Kraske gebeten hat, dem Vorstand über die Entwicklung des Haushalts und seine strukturelle Umgestaltung am 12. Juli oder 18. August, einer der beiden Vorstandssitzungen, wieder zu berichten.

*Kiep:* Ich bitte sehr um Entschuldigung, Herr Amrehn, daß ich gerade hier von Herrn Windelen angesprochen wurde, als Sie Ihre Frage stellten. Ich habe Sie so verstanden, daß sie gefragt haben, ob die Tilgung der Schulden, die hier bestanden und auch noch bestehen, in die Planung, die Herr Kraske hier vorgetragen hat, einbezogen sind oder nicht.

*Amrehn:* Ich verstehe es so, wenn Sie 7,7 Mio. DM beschaffen könnten, dann sind wir glatt.

*Kraske:* Wenn dies so gefahren wird, fragt Herr Amrehn, ob wir dann zum 31. Dezember 1972 glatt sind. (*Amrehn:* Ich verstehe es so, ich möchte es mir nur gerne bestätigen lassen.)

*Kiep:* Wir haben, ich habe ja den Bericht neulich gegeben, einen Schuldenstand von zwischen 11 und 12 Mio., per 31. Dezember rund 12 Mio., das hat sich jetzt also etwas verändert vorgefunden. Ich gehe davon aus, daß es uns gelingen muß, diesen Schuldenstand zu tilgen und daß wir diesen Schuldenstand nicht unverändert vor uns her tragen können und außerdem die Wahlkampffinanzierung völlig getrennt von diesem Schuldenstand durchführen. Die Tilgung der Schulden und das Maß und das Tempo, in dem das gelingt, hängt natürlich allein davon ab, wie unsere Bemühungen laufen, wobei wir das besondere Handikap haben, daß wir bei unserer Spendenansprache in den kommenden zwei Jahren, oder 22 Monaten genauer gesagt, den Spendenwilligen klar machen müssen – Herr Barzel hat es heute morgen schon gesagt –, daß wir die Spenden nicht benutzen wollen, um die Schulden zu bezahlen. Denn wenn wir das täten, würden wir eine latent vorhandene Bereitschaft eher verringern als verstärken. Und wir versuchen also, die Schuldentilgung weitgehend vorzunehmen aus den Mitteln, die wir selber hereinbekommen. Da läuft ja einiges, es läuft einmal die 10-DM-Umlage, zu der der frühere Parteivorsitzende Kiesinger aufgerufen hat. Mein Appell geht an alle Landesvorsitzenden, das doch möglichst zu beschleunigen, daß diese Dinge eingehen. Der Eingang ist außerordentlich unterschiedlich. Zweitens ist die Frage, wie es uns gelingt, die Beschlüsse von Saarbrücken tatsächlich durchzuführen, d. h. die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge. Von daher hoffen wir, daß wir etwas tun können.

Auf der anderen Seite gehen wir den Schuldenberg von der Seite aus an, daß wir unsere Banken bitten zu erkennen, daß es im Grunde unmoralisch ist, von einer staatstragenden Partei Zinsen zu nehmen wie von einer Margarine-Fabrik. Wir liegen bei ungefähr einem Diskontsatz plus 4 % im Augenblick. Wir versuchen also von daher, die Vermehrung der Schuldenlast durch Senkung der Zinsen zu verringern. (*Unruhe.*) Der Mindestsatz ist der Diskontsatz, das ist unser Ziel, und da gibt es auch eine gewisse Bereitschaft. Der Schuldenstand wird aber in den kommenden Monaten und Jahren immer noch sehr stark variieren und gewissen Schwankungen unterworfen sein, weil wir natürlich im Verlauf der anfallenden Wahlkampfkosten Möglichkeiten für Skonti

und Rabatte usw. ausnützen müssen durch schnelle Bezahlung. Es wird uns nicht gelingen, den Spendeneingang synchron mit den Ausgaben zu erreichen. Ich könnte mir vorstellen, daß aus anderen Gründen gewisse Regelungen erst im Jahre 1973 nach Beendigung des Bundestagswahlkampfes erfolgen. Wie also der Schuldenstand sich im einzelnen entwickeln wird, ist im Augenblick schwer zu sagen. Aber wir gehen davon aus, daß wir auf jeden Fall den jetzigen Schuldenstand unter gar keinen Umständen bis zur Bundestagswahl unverändert beibehalten.

*Kraske:* Herr Kiep, darf ich zur Verdeutlichung nur noch eine Frage stellen? Ich habe Herrn Amrehn so verstanden, wie ich selber auch dieses Papier, dessen erste Seite ja von Ihnen und Herrn Nathan<sup>18</sup> gemacht ist, so verstanden habe, daß unter der Ziffer in Zeile 4 „Verbindlichkeiten aus den Vorjahren“ sozusagen die Schulden per 31. Dezember 1971 gemeint sind. Wenn ich dann diese Anmerkung hier unten lese, vermindern sich diese Schulden sozusagen noch um Forderungen in Höhe von 4,1 Mio. Dann könnte Amrehns Frage, wenn das richtig ist, eigentlich nur mit einem klaren Ja beantwortet werden, daß nämlich, wenn dieser Etat so läuft, wie er hier steht, wenn also Einnahmen von insgesamt 11,2 Mio. erbracht werden oder die unten stehenden Forderungen hereinkommen, daß dann zwar keinerlei Rücklage für die Bundestagswahl besteht, wir aber am 31. Dezember keine Schulden mehr haben.

*Kiep:* Richtig! Wenn wir also die Bundestagswahl vergessen könnten und sie nicht hätten, dann wären hiermit die vorhandenen Schulden, auf die Sie ansprechen, Herr Amrehn, vom Tisch.

*Kraske:* Darf ich eine weitere Bemerkung, die für uns alle wichtig ist, machen. Ich will niemand die Schuld dafür zuschieben, das wäre auch sicher ganz ungerecht, aber Sie werden mit mir zugeben, daß man bis zum Herbst und manchmal auch noch darüber hinaus, in der Öffentlichkeit gelegentlich die Eindruck gewinnen konnte, die CDU würde mit ihren Schulden renommieren. Das tut niemand auf dieser Welt, und ich würde das auch der CDU nicht anraten. Ich habe deswegen jede Gelegenheit in letzter Zeit genutzt, und Herr Kiep tut das auch, eine etwas optimistischere Betrachtung in diese Geschichte reinzubringen, ohne dadurch den Appell an die Solidarität unserer Mitarbeiter aufzugeben. Wenn ich dieses hier sehe und feststelle, daß neben den 9,8 Mio. Verbindlichkeiten 4,1 Mio. an Forderungen bestehen, wäre es doch mindestens nach außen hin eigentlich gar nicht angebracht, von 10 Mio. DM Schulden zu sprechen, sondern im Grunde von etwas über 5 Mio., denn das andere sind ja doch wohl eigentlich keine Schulden. (*Amrehn:* Es sind an sich Forderungen, und deswegen kann man sie nicht ausweisen.) Gut, aber jedenfalls würde ich doch sagen, wir sollten alle aus diesen Zahlen und diesen Erklärungen von Herrn Kiep die Folgerung ziehen, daß wir nach außen zwar auf die riesige Aufgabe der Finanzierung für 1973 hinweisen, aber von dem Reden über die Schulden nun langsam etwas herunterkommen. Ich glaube, daß das der CDU nur gut täte. Es gibt eine weitere Frage von Herrn Amrehn, die Herr Nathan beantwortet, Eingang der öffentlichen Mittel im Jahre 1973.

---

18 Andreas Nathan (1917–2004), 1951–1982 Leiter der Abteilung Verwaltung in der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 930 Anm. 3.

*Nathan:* Ja, 1973 wird nach der Bundestagswahl 40 % gezahlt, die noch mal rund 12,7 Mio. ausmachen. (*Zwischenruf:* Aber erst nach der Wahl!) Nach der Wahl, ja. (*Zwischenruf:* Wieviel? – *Kraske:* 12,7 Mio. Aber noch 1973?) Im Jahr 1973, weil das Ergebnis der Wahl abgewartet werden muß. Dieser Betrag wird sich ändern, entsprechend dem Wahlergebnis.

*Kraske:* Sozusagen dann die Schlußabrechnung. Alles andere sind ja Vorschüsse auf 1973. (*Unruhe und Diskussion.*) Weitere Fragen?

*Lorenz:* Ich wollte fragen, wieviel Geld von der 10-DM-Umlage und von der Umlage der Landtagsfraktionen reingekommen ist?

*Nathan:* Es sind eingegangen rund eine halbe Million (*Unruhe.* – *Zwischenruf:* Für beide Positionen oder wie?) Nein, nein, nur für die 10-DM-Umlage. Von den Fraktionsumlagen sind bisher 30.000 DM eingegangen und zwar nur von Rheinland-Pfalz. (*Zwischenruf:* Was?!) Ja!

*Kraske:* Können Sie bitte sagen, Herr Nathan, was von wieviel, nur dann sieht man ja ein bißchen die Prozentanteile. (*Unruhe.*) Wieviel hätten wir zu bekommen und wieviel ist eingegangen? Herr Kiep, vielleicht erst Sie, dann kann Herr Nathan die Zahlen inzwischen zusammenstellen.

*Kiep:* Ich habe mit Herrn Dr. Kraske verabredet, daß wir in der Sitzung des Präsidiums<sup>19</sup> mit den Landesvorsitzenden und den Landesgeschäftsführern am 21. Februar das Thema der Beiträge der Mandatsträger auf die Tagesordnung setzen. Wir haben festgestellt, daß das nach wie vor überhaupt sehr uneinheitlich, wenn überhaupt, gehandhabt wird. Und ich habe festgestellt, daß es aus dem Jahr 1970 einen Beschluß gibt, in dem das mit prozentualen Beteiligungen geregelt ist, also sozusagen dynamisch geregelt ist. Aber wir haben auch festgestellt, daß das keineswegs überall praktiziert wird. Ich wollte vorschlagen, daß wir dann darüber sprechen und die Landesvorsitzenden und die Vorsitzenden der Vereinigungen, soweit sie betroffen sind, es übernehmen, diese Beiträge nun tatsächlich zugunsten der Landesverbände einzuziehen.

*Nathan:* Also von der 10-DM-Umlagen sind genau 475.000 bis zum 31. Dezember eingegangen, d. h. also 14,4 % sind gezahlt. Dazu ist folgendes zu sagen: Wie wir auf der letzten Landesgeschäftsführerkonferenz<sup>20</sup> feststellten, haben verschiedene Landesverbände bereits die 10-DM-Umlage kassiert, aber noch nicht an uns abgeführt, weil sie selber Schulden haben und zunächst mal ihre eigenen Schulden, Bankschulden, damit abgedeckt haben.

*Von Hassel:* Ich habe zwei Anregungen und eine Bemerkung. Die erste Anregung: Der Landesvorstand in Kiel hat festgestellt bei seiner letzten Veranstaltung über Fragen des Etats und der Finanzierung der Partei, daß es eine Reihe von Freunden gibt bei uns in Kiel und im Land Schleswig-Holstein, die ein sehr interessantes System ausknobelt haben, mit dem sie sich örtlich auf Kreisebene finanzieren. Ich nenne ein

---

19 Protokoll vom 21. Februar 1972 in ACDP 07–001–1405.

20 Beschlossen wurde die Umlage auf der Sitzung des Bundesausschusses am 10. Mai 1971 (Protokoll in ACDP 07–001–606). – Protokoll der Landesgeschäftsführerkonferenz am 18./19. Januar 1972 in ACDP 07–001–514.

Beispiel: Herr Narjes<sup>21</sup> hat ein paar Leute aus der Rechtsanwaltschaft zusammengerufen und gesagt: „Ihr sollt jetzt dafür sorgen, daß aus Eurem Berufsstand 600/1.200 DM steuerfreie Beträge kassiert werden. Du bist dafür verantwortlich. Los! Du gehst zu den Ärzten, Du gehst zu den Zahnärzten und den Apothekern und Ihr macht das in der Wirtschaft.“ Er hat sich in der Zwischenzeit eine ganze Menge schon für 1973 auf diese Weise einwerben können. Ein anderer Kreis macht es so, daß sie durch Kommunalbeschuß die Tagegelder in den Kommunalparlamenten relativ hochgesetzt haben und diese kommunalparlamentarischen Tagegelder bis auf, ich glaube, ein Viertel an die örtliche Partei abführen. Wir haben deshalb vorgeschlagen, daß man diese verschiedensten Modelle, die bereits erprobt sind, zusammenträgt, weil man zwar nicht alles überall gleichzeitig nachvollziehen kann, aber wahrscheinlich aus einem Bündel von zehn solchen Modellen, die man erprobt hat, andere wahrscheinlich eine Anregung bekommen könnten. Vorschlag von mir, daß das einmal gemacht wird, denn es gibt eine ganze Reihe von Kreisverbänden, die auf diese Weise sich wirklich einen Fundus geschaffen haben, weil ihnen was eingefallen ist.

Punkt Nummer 2 ist nun der Etat hier. Meine zweite Anmerkung: Herr Generalsekretär, wenn Sie sich bei den personellen Kosten – und die personellen Kosten machen bei Ihrem Etat ja ungefähr 40 bis 45 % aus – einmal den Stellenplan ansehen, beispielsweise auf der Anlage Seite 3, zur Abteilung 3, der Politik – ich nehme das nur mal als ein Beispiel, da stellt sich mir die Frage, ob nicht auch ähnliche Aufgaben – wie sie hier in verschiedensten Gruppen enumerativ aufgeführt werden, bei der Fraktion gleichfalls gemacht werden. Meine Bitte ist nicht, daß man heute dazu antwortet, sondern ob es nicht sinnvoll wäre, nachdem jetzt Ihr Apparat eingefahren und das Verhältnis zur Fraktion durch vielfältige Querverbindungen gut ist, daß Sie mit den Geschäftsführern der Fraktion, die den besten Überblick haben, klären, was eigentlich müssen wir in der Partei machen und was kann die Fraktion in unserem Auftrage tun. Und umgekehrt, wieweit das, was wir vielleicht gleichzeitig für die Fraktion mitmachen, die Fraktion dafür eine gewisse Erstattung an die Bundespartei leisten kann. Ich behaupte, sie kann es. Wenn sie es vielleicht nicht in bar kann, dann kann sie es, indem sie dann die Personen in ihre Gehaltsliste mit übernimmt.

Meine Bitte Nummer 2 ist also, daß Sie, sobald Sie sich eingearbeitet haben mit dem neuen Apparat und dem neuen Haus, einfach mit der Fraktion Tacheles reden über das, was man in der Aufgabenteilung an einer Stelle macht und nicht an zwei Stellen. Ich weiß nicht, ob es meinen anderen Kollegen in der Fraktion so geht, wir kriegen einen Riesenhaufen Papier. Wir kriegen automatisch abgezogen alle Reden usw.; das kann kein Mensch verarbeiten. Wir kriegen das alles, ich z. B. wahrscheinlich doppelt oder dreifach, als Mitglied der Fraktion, als Mitglied des Fraktionsvorstandes, als Mitglied des Parteipräsidiums. Was soll man damit machen? Man nimmt es ausein-

---

21 Dr. Karl-Heinz Narjes (geb. 1924), Jurist; 1958–1969 Tätigkeit in der Kommission der EWG, 1967 CDU, 1969–1972 MdL Schleswig-Holstein, 1969–1973 Minister für Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein, 1972–1981 MdB, 1981–1989 EG-Kommissar, 1985–1989 Vizepräsident der EG-Kommission.

ander nur für die Punkte, die einen wirklich interessieren. Es ist zu viel, es ist nicht aufbereitet, es kommt von zu vielen Seiten, zu viele beschäftigen sich damit. Meine Bitte ist, innerhalb der nächsten drei Monate zu versuchen – und zwar jetzt sage ich es auch mal im Interesse von uns –, das so aufzuarbeiten, daß man nicht überfüttert wird, sondern daß das Material besser aufbereitet und nachher breiter gestreut wird, nicht mit zwei Apparaturen drüben in der Fraktion, drüben im Adenauer-Haus, sondern an einer Stelle.

Herr Dr. Kraske, mir wird allgemein in der Fraktion gesagt, daß die Arbeitskreise, die ja z.T. einen guten Apparat haben, sehr stark nur dem Vorsitzenden zuarbeiten, während die Koordination innerhalb der Arbeitskreise der Fraktion auch mit anderen, parallelen Arbeitskreisen nicht ausreicht. Das ist keine Kritik, ich würde es schon gar nicht tun in Abwesenheit des Vorsitzenden, der kann das auch gar nicht alles wissen. Meine Bitte ist also, Nummer 2, daß Sie das wirklich einmal innerhalb der nächsten drei Monate durchforsten. Wir können, glaube ich, die Arbeitsintensität, mit der an vielen Stellen gearbeitet wird, vereinfachen und damit auch einiges einsparen.

Das dritte, was ich sehr begrüße, ist, daß Sie uns nochmal nachher hier zusammenrufen zu diesem Punkt, weil ich glaube, daß es ein paar Bereiche gibt, die man überbesetzt hat, und weil ich glaube, daß – von alters her – ein paar Bereiche unterbesetzt sind. Da spreche ich z.B. für das neu eingerichtete, auf der allerletzten Seite ganz hinten stehende Auslandsbüro. Seit wir das haben in der Gestalt von Dr. Böx<sup>22</sup>, können wir uns nicht wehren vor Kontaktersuchen aller möglichen Seiten, die uns als Ansprechpartner haben wollen. Herr Dr. Schröder schüttelt das Haupt, ich kann Ihnen nur sagen, bisher war keiner da. (*Unruhe und Heiterkeit.*) Jetzt ist einer da, und man sieht, in welchem Ausmaße dieses Büro wirklich in Anspruch genommen wird. (*Zwischenruf:* Das wird viel Geld kosten!) Das wird nicht viel Geld kosten, das können wir sehr vernünftig machen. Es kommt nur darauf an, wie man es macht. Ich glaube, das sind wir auf einem guten Wege. Man sollte das vielleicht bei der Gelegenheit einfach überlegen. Von der Auslandsarbeit, das haben wir heute morgen gehört im Parteiausschuß, hängt ab, in welcher Form ausländische Freunde beispielsweise in Straßburg gegen uns votieren. Daß die Konservativen mit von der Partie sind und beispielsweise diese verrückte Ost-Politik noch bejahen, liegt doch z.T. daran, daß wir einfach diese Auslandskontakte nicht hinreichend systematisch haben pflegen können. Das geschieht zur Zeit in einer sehr guten Form. Ich gebe nur einmal als Anregung und als Bitte, daß man das später noch einmal besprechen kann, weil ich glaube, daß dieser Punkt noch nicht ausreichend behandelt worden ist.

*Kraske:* Darf ich zwei Bemerkungen zur Beantwortung machen: Punkt 1, Ihren Hinweis auf die Erfahrung in Schleswig-Holstein finde ich sehr wichtig. Dieses ist das, was wir im Präsidium erörtert haben unter dem Stichwort „Modell-Diskussion“. Ich halte überhaupt nichts davon, daß wir etwa unter dem Wort „Parteireform“ etwas völ-

---

22 Dr. Heinrich Böx (1905–2004), Diplomat; nach Eintritt in den Ruhestand von 1971–1977 Leiter des Büros für Auswärtige Beziehungen der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1456 Anm. 23.

lig Neues erfinden könnten oder müßten. Worum es geht, ist, daß wir mehr voneinander lernen und daß wir da, wo es nicht klappt, fragen, wo klappt es eigentlich in punkto Mitgliederwerbung, in punkto Beitragswerbung, in punkto Öffentlichkeitsarbeit, und warum klappt es dort besser als bei uns? Die Voraussetzung dafür ist aber natürlich, daß Kreisverbände, die einen solchen Erfolg haben, sich dieses Erfolgs auch mal berühren und nicht ihr Licht unter den Scheffel stellen. Dies ist auch ein Thema für unsere Landesvorsitzendenkonferenz. Wir müssen hier einfach die horizontale Information in der Partei wesentlich verbessern.

Zum zweiten Punkt, Herr von Hassel, Sie wissen auch aus unserer Diskussion im Präsidium, daß die bessere Koordination mit der Fraktion für mich eine ganz wichtige Aufgabe ist. Ich fürchte, daß das nicht unbedingt zu einer Stelleneinsparung führen kann. Gerade die Abteilung, die Sie genannt haben, ist ja im wesentlichen zuständig für die Betreuung der Parteifachausschüsse, was die Fraktion nicht übernehmen kann, für die Betreuung unserer Publikationen, was wahrscheinlich in der Fraktion dann eher etwas zu kurz käme. Meine Befürchtung ist, daß im Augenblick diejenigen in der Fraktion, die jetzt neu die Verantwortung für die Finanzen übernommen haben, eher dahin tendieren, wo zahlt hier womöglich die Fraktion was, was wir nicht unbedingt zahlen müssen, das wollen wir mal ganz schnell an die Partei zurückgeben, als umgekehrt. Ich habe da leider ganz konkrete Erfahrungen. Deswegen werden wir dieses Thema im Präsidium mit dem Parteivorsitzenden, in diesem Augenblick in seiner Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender, noch zu besprechen haben. Bei den Publikationen ist es so, daß jeder von uns prinzipiell einer Vereinfachung und Straffung das Wort redet. Wenn diese Publikationen aber mal alle auf dem Tisch liegen, wie wir das zwischen Weihnachten und Neujahr gemacht haben, und es dann darum geht, welche streicht man denn davon, die des Landesverbandes X oder die der Vereinigung Y oder die, die diesem Sachthema dient, wird es sofort sehr viel schwieriger. Wir sind an der Arbeit; soweit es irgend möglich ist, muß das geschehen. Aber es ist ein sehr langwieriger Prozeß, und ich wäre schon jetzt dankbar, daß Sie uns unterstützen dann im Gespräch mit all denjenigen, deren Publikationen eingestellt, verbilligt, gekürzt werden sollen. (*Unruhe und Diskussion.*)

*Köppler:* Ich kann mich ganz kurz fassen, ich wollte in dieselbe Richtung zielen, in die Herr von Hassel gesprochen hat. Sie haben es selbst gesagt, Herr Dr. Kraske, der Rationalisierungseffekt ist noch unbefriedigend in diesem Etat. Bei dieser Etatstruktur kriegen wir erstens an positiver Position nicht heraus, was von der Bundesgeschäftsstelle erwartet wird. Diese Struktur ist kopflastig, was die Verwaltungsausgaben und die Personalausgaben angeht zu den eigentlich produktiven Mitteln. Ich fürchte, es passiert sogar noch etwas Negatives, wenn es so bleiben sollte. Wir werden Frustrationserscheinungen, wie man das neuerdings nennt, gar nicht ausschließen können. Ich gebe ohne weiteres zu, das ist sicher bis zur Verabschiedung und zur Aufstellung dieses Etats nicht schaffbar. Aber ich will unterstreichen, was Sie selber gesagt haben: Wir dürfen uns bei dieser Etatstruktur nicht beruhigen. Die muß im Sinne der Überprüfung auch noch aller Möglichkeiten, die Herr von Hassel angeregt hat, verbessert werden. Ich meine, wir sollten, selbst wenn wir, und wir müssen das, diesen

Etat jetzt verabschieden, diese Aufgabe nicht vertagen auf die Etataufstellung des Jahres 1973, sondern wir sollten den Vollzug des Haushalts 1972 immer unter dem Vorbehalt einer Verbesserung der Etatstruktur begreifen.

*Lampersbach:* Herr Amrehn ist eben rausgegangen. Trotzdem muß ich noch einmal drauf zurückkommen. Es ist eine Tatsache, daß eben immer wieder in der Masse die wirtschaftliche Schwäche der CDU angegangen wird. Und daß wir als Vereinigung ja nur einer der Antragsteller sind und dann natürlich auch im Rahmen dieser Vielzahl der Ansprachen eventuelle Rücksichtnahmen oder eine Anpassung der Verteilzahlen zu beachten sind, macht die Sache schwieriger. Sie wissen, ich weiß es auch, es ist hier gesagt worden, daß größere Beträge aufgrund unserer Initiative der Bundespartei gegeben worden sind. Bei unseren Spendenaufrufen wird uns dann die Antwort gegeben: „Wir haben ja jetzt bereits an die Bundespartei gezahlt, und sie können daraus bewilligt werden.“ Ich stehe vor der Frage, in zwei Monaten ist der Bundesgeschäftskongreß in Mannheim auszurichten und drei Wochen später ein weiterer kleinerer Kongreß in Ravensburg. Sie wissen, wie das mit den Kosten aussieht und daß wir, Herr Dr. Kraske, ich habe Ihnen die Bücher offen gelegt, mit null DM zum 1. Januar 1972 dastehen, wenn ich da mal die paar Mark Schulden, die wir haben, nicht rechne.

Wir gehen also, sowohl was die Personalkosten betrifft als auch die ganzen Materialkosten, jetzt in eine Wahlauseinandersetzung in Baden-Württemberg, von der wir gar nicht wissen, wie wir das bezahlen sollen. Ich müßte also, wenn das heute verabschiedet werden soll, nur nein dazu sagen. Sie müßten mir einräumen, daß wir in Kürze noch mal ein Gespräch haben, wo wir die Möglichkeit erörtern können, wie wir zumindest die Kongreßkosten für Mannheim, die überhaupt nicht ausgelobt sind, von den Abschlägen mal abgesehen, diese zumindest decken können. Das ist zunächst mal Punkt 1.

Das zweite möchte ich sagen zu den Ausführungen von Herrn von Hassel. Wir haben festgestellt, daß nach 1969, als die Ministerien plötzlich weggingen, eine absolute Unterorganisation der Partei sichtbar wurde, und alles, was mit der Öffentlichkeitsarbeit der Partei auf die Partei zukam, zumindest unzulänglich organisiert war. Ich halte das, was Sie gesagt haben, für durchaus wünschenswert oder für eine gute Anregung, aber es darf dabei in keinem Fall eintreten, daß die Partei in ihrer Organisation unter Umständen geschwächt wird, weil wesentliche und wichtige Voraussetzungen in dem technischen Apparat plötzlich nicht mehr vorhanden sind. Ich stehe aber mit Ihnen auf dem Standpunkt, daß die Partei in vielen Dingen eine weitergehende Aussage machen sollte oder müßte, als das z. B. die Fraktion in vielen Fällen kann. Aus dem Grund ist natürlich auch die Überarbeitung all der Dinge notwendig, die auf die CDU insgesamt, unterteilt in Fraktion und Partei, zukommen durch dieses zweigeteilte Verfahren aus der Kenntnis der Fraktionsarbeit und aus der Kenntnis der Parteiarbeit. Das sollte in einem Ausschuß so durchgeführt werden, wie es eben geht.

Zu der Frage der Finanzierung, Herr Generalsekretär, gibt es ja nur eine Antwort. Wir müssen eben mehr Mitglieder haben, wie das heute gesagt worden ist, und wir müssen höhere Beiträge für alle Beteiligten, d. h. Bund-, Länder- und auch Kreisparteien, bekommen. Und wenn wir das nicht kriegen, dann werden wir eben auch in

einigen Jahren noch darüber orakeln, wie wir das abdecken können. Und lassen Sie mich ein letztes sagen: Die Freunde von den Sozialausschüssen stehen vor der schwierigen Aufgabe, jetzt bei Betriebsrätewahlen sich mit den anderen Bewerbern auseinanderzusetzen. Die DKP hat allein im Rhein-Ruhr-Gebiet 354 Publikationsorgane, wir haben ein einziges, glaube ich. Die DKP mutet ihren Mitgliedern zu, zwischen 10 und 22 DM Beitrag zu zahlen. Ich glaube, daß das hier sicherlich eine Frage sein sollte, die Beitragsregelungen neu zu überdenken. Das, was Herr von Hassel über die Finanzierung gesagt hat, kann mit einbezogen werden in diese Überlegungen, aber daß wir dabei auch, Herr Generalsekretär, überlegen müssen, daß unsere Mitglieder nicht auch in punkto Beitrag von drei oder vier oder fünf oder zehn Seiten gleichzeitig in derselben Sache angesprochen werden.

*Kraske:* Herr Lampersbach, darf ich Ihnen vorschlagen, daß wir diese Position, Sie haben das angedeutet, sozusagen mit einem Sternchen versehen und sagen, das wird geklärt zwischen Ihnen, Herrn Kiep und mir? Zu der Frage der Kongresse muß ich allerdings sagen, daß die bei mir bisher in keiner Weise irgendwo angemeldet worden sind und ich das für Wahlkampfveranstaltungen in Baden-Württemberg gehalten habe. Aber auch das wollen wir in dieses Gespräch einbeziehen, ich glaube, wir brauchen das jetzt hier nicht zu vertiefen. Es liegt noch eine Wortmeldung vor, darf ich Ihr Einverständnis voraussetzen, wenn wir die Verhandlungen so führen, daß wir etwa gegen vier die Sitzung beenden können, da eine Reihe von weiteren Terminen anstehen.

*Langguth:* Herr Lampersbach hat eben die Frage aufgeworfen, wie denn z. B. die Mitgliedsbeiträge erhöht werden können. Wir haben nun vom RCDS in den letzten Wochen einmal alle Studenten, die wir durch die Zentralkartei habhaft machen konnten, angeschrieben mit der Frage, welche Kooperationsmöglichkeiten bestehen zwischen dem RCDS und diesen angeschriebenen Studenten. Wir haben dort Antwortkarten dazugelegt und haben dann feststellen müssen, daß ein Großteil der Antwortkarten von Leuten kam, die keine Studenten mehr sind. Wir hatten z. B. von der Partei Herrn Leo Schütze, der ja bestimmt kein Student mehr ist, (*Heiterkeit.*) jedenfalls bei seinem Wohlstand ist der bestimmt kein Student mehr, oder andere Leute. Die Frage, die also an Sie zu richten ist, ist, welche Möglichkeiten gibt es, die Mitglieder der Partei zu überprüfen, damit einige Leute aus ihren Studentenbeiträgen herauskommen.

*Kraske:* Dieses wird nun auch für die zentralste Mitgliederkartei nicht möglich sein. Die individuelle Überwachung der Beitragshöhe, die dringend erforderlich ist, kann nur in den Kreisverbänden wahrgenommen werden, oder sie funktioniert nicht. Aber in den Kreisverbänden wird sie, wie ich glaube, viel zu wenig wahrgenommen. Wir sind hier von einer viel zu starken gutbürgerlichen Diskretion gegenüber Mitgliedsbeiträgen. Es gibt Landesverbände und Kreisverbände, wo über diese Frage offen bei Mitgliederversammlungen geredet wird unter Nennung von Roß und Reiter, wer wieviel bezahlt. Dies sind in der Regel die Landes- und Kreisverbände, wo das Beitragsniveau am schnellsten nach oben gegangen ist, weil sich dann nämlich keiner so gerne blamieren will. (*Unruhe.*) 1- oder 2-Mark-Beiträge werden in der Regel nur so lange gezahlt, wie es geheim bleibt. Man muß verhindern, daß es zu lange geheim bleibt.



*Von Hassel:* Darf ich an Herrn Langguth eine Frage stellen? Sie haben also, wollen wir mal sagen, 1.000 derartige Anfragen gerichtet. Sie haben jetzt Antwortkarten bekommen. Mich würde interessieren, ich finde es gut, daß manche nicht mehr Studenten sind, ein Zeichen, daß sie weiterkamen, was waren sonst die Antworten? Die Frage, die ich stelle, ist: Fühlen die sich jetzt irgendwie noch dem früheren RCDS, heute der CDU, verbunden, oder haben sie gesagt: „Ich will nicht, ich kann nicht mehr, ich bin ausgetreten“, oder ist die Resonanz sonst positiv?

*Langguth:* Zunächst einmal, laut neuester CDU-Statistik gibt es 12.147 Studenten. Als ich diese Zahl gelesen habe, habe ich gedacht, wo sind denn die Leute alle. (*Von Hassel:* Augenblick, wo gibt es die?) In der Jungen Union Deutschlands, einschließlich Bayern wohlgedemerk, währenddessen wir aus der zentralen Partei nur etwa ca. 6.000 Studenten haben belegen können, zu denen wohl Bayern nicht gehört, wenn ich das richtig weiß. (*Kraske:* Und nicht alle JU-Mitglieder, Herr Langguth, das wissen Sie.) Wir haben nun also etwa 6.000 angeschrieben und von den 6.000, ich habe jetzt die neuesten Zahlen nicht da, haben wir Antwortkarten, höchstens 150, erhalten. Und von diesen 150 war, ich schätze jetzt, ein Drittel von denjenigen, die keine Studenten mehr sind. Diese haben geschrieben, sie seien inzwischen Dozenten für katholische Theologie oder sonst etwas ähnliches, würden aber der Arbeit des RCDS weiter verbunden sein. Andere haben eine ganze Reihe interessanter Briefe geschrieben, daß man doch gegen die Roten mehr unternehmen müßte und ihre Kooperation weiterhin bekundet. Ein anderer Teil hat um Mitgliedschaft nachgesucht, und die meisten haben Informationsmaterial gewollt. Also für uns war die Resonanz, daß einige Leute uns auch Anregungen gegeben haben, sehr erfreulich. Aber die geringe Anzahl der Resonanz war im Grunde genommen etwas Erschreckendes, um es ganz zurückhaltend auszudrücken. Ich habe mit Herrn Echternach darüber ausführlich gesprochen, im Grunde genommen sind vielleicht 5% der JU- und CDU-Mitglieder, die gleichzeitig Studenten sind, vielleicht im RCDS-aktiv.

*Schwarz-Schilling:* Ich wollte noch kurz etwas zu der Bemerkung von Herrn von Hassel sagen, der bemängelt hat, daß wir zu viel Materialunkosten haben, und die Bundesgeschäftsstelle beauftragt hat, dies zu durchforsten. Ich glaube nur eines, damit man sich hier keine falschen Hoffnungen macht: Wir sind ja alle, die wir hier tätig sind in X Doppelfunktionen tätig. Rein vom organisatorischen Prinzip macht ein Änderungstext in einer Organisationsstelle mehr Arbeit, als wenn man jeweils alle Organe, sei es Bundesvorstand, Präsidium und was es alles gibt, anschreibt. Über Herausstreichen ist es organisatorisch überhaupt nicht möglich, weil sich die Funktion jeden Tag wieder ändert. Im Grunde genommen sind diese Papiere ja nur ein Spiegelbild unserer vielen Doppelfunktionen, deren man sich dann bewußt wird. Deswegen ist es eigentlich die einzige Methode, die zwar für den einzelnen Abgeordneten sehr schwer ist, daß man alles, was kommt, einmal im Jahr durchsieht und die Anweisung gibt, daß jegliche Doppelreemplare an die und die Stellen weiterzuleiten sind, weil wir nämlich feststellen, daß wir von einer gewissen Ebene ab nach unten einen Mangel an Informationen haben. Diesem Mangel beizukommen, ist wiederum organisatorisch kolossal schwierig, das kann man nur in seinem eigenen Bereich, indem man sämtliche

Doppelungen, die einen nicht interessieren, einmal im Jahr durchforstet und an andere Interessierte automatisch weitergibt. (*Unruhe und Diskussion.*)

*Kraske:* Vielen Dank! Darf ich Ihnen vorschlagen, daß wir noch Herrn Hennig zu dem Thema „Zentrale Mitgliederkartei“ eben hören und dann diesen Punkt abschließen und zur Abstimmung kommen? Es gibt unter dem Punkt „Verschiedenes“ noch zwei Dinge, die entschieden werden müssen.

*Hennig:* Hier ist eben der Punkt „Zentrale Mitgliederkartei“ angesprochen worden. Herr Langguth, ich darf Ihnen sagen, daß diese zentrale Mitgliederkartei einmal im Monat fortgeschrieben wird. Das heißt, praktisch ständig, ich glaube, daß ist optimal geregelt. Sie kann allerdings nur so gut sein, wie die Daten sind, die wir von den Kreis- und Landesverbänden bekommen, (*Kraske:* Das ist es!) und da ist der Punkt, wo wir jetzt an einer Reihe von Einzelheiten schon festgestellt haben, daß es eben nicht bei uns, sondern an diesen Stellen klemmt.

Zwei Sätze zu dem Verhältnis zur Fraktion: Das war auch bei mir einer der Kernpunkte, auf den ich sofort mein Augenmerk gerichtet habe. Wir sind in dieser Hinsicht schon etwas weitergekommen. Es gibt Papiere sowohl von Herrn Dr. Frank<sup>23</sup>, dem Leiter des Planungsstabes der Fraktion, als auch von Herrn Bilke, als dem Leiter der Abteilung Politische Referate. Die decken sich sehr weitgehend in dem, was man hier rationalisieren und besser machen kann. Wir werden am 8. Februar eine gemeinsame Besprechung haben, eine Sitzung sowohl der Referenten von Herrn Bilke als auch der Geschäftsführer der Arbeitskreise als auch des Planungsstabes. Und in dieser Sitzung wird dann ganz konkret eine Arbeitsteilung abgesprochen werden, was man in Zukunft kollationieren und besser machen kann. Ich warne allerdings vor dem Glauben, daß da haushaltsmäßig wesentliche Einsparungen dabei herauskommen werden.

*Kraske:* Vielen Dank, ich glaube, dieser letzte Hinweis ist wichtig, denn er weist in die Richtung, die wir einzuschlagen haben. Meine Damen und Herren, darf ich dann Sie fragen, ob Sie dem Haushalt der Bundespartei mit Maßgabe des Antrags von Herrn Amrehn und diesem Gespräch, was hier noch in dem einen Punkt zu führen ist, Ihre Zustimmung geben? Daß wir im Sommer erneut berichten und dann eventuelle strukturelle Änderungen sehen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich bedanke mich.

## VERSCHIEDENES

Unter dem Punkt „Verschiedenes“ habe ich drei Punkte zu klären. Erstens, das Präsidium hat sich auf seiner ersten Sitzung im neuen Jahr heute vor einer Woche mit der Terminplanung in diesem Jahr, insbesondere mit dem Bundesparteitag 1972, beschäftigt. Sie wissen, daß dieser Parteitag satzungsmäßig nicht zwingend ist. Wir wären aber alleine schon aus Gründen der Selbstdarstellung und in Inanspruchnahme etwa von Fernsehzeiten schlecht beraten, wenn wir auf einen solchen Parteitag verzichten

---

23 Dr. Johann Frank.

würden. Das Präsidium schlägt Ihnen vor, diesen Parteitag am 10. und 11. Oktober in Wiesbaden stattfinden zu lassen, dem Termin haben Sie bereits zugestimmt im Zuge der Jahresplanung. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie auch den Vorschlag Wiesbaden unterstützen würden. Die Bundespartei veranstaltet jetzt ihren 20. Bundesparteitag, es ist der erste in Hessen. Ich muß allerdings zum Ruhme der Bundespartei sagen, daß es in früheren Jahren von Herrn Dregger und Herrn Schwarz-Schilling und Herrn Kiep mehrere Angebote gab, ob man nicht einen Parteitag in Hessen machen wolle und es damals nicht an der Bundespartei scheiterte. Um so wichtiger finde ich, daß wir jetzt endlich nach Hessen gehen. Die Halle ist angemietet, die Halle ist so fest angemietet, daß die FDP, die das nicht wußte, ihre eigene Idee zurückziehen muß. Ich wäre aber dankbar, wenn Sie das formell auch beschließen und bestätigen würden, 10./11. Oktober in Wiesbaden. – Vielen Dank!

Der zweite Punkt: Ich erinnere Sie daran, daß Sie alle in diesen Tagen eine Einladung der Sozialausschüsse zu dem Betriebsrätekongreß am 26. Februar in Offenburg<sup>24</sup> bekommen haben. Ich muß darauf hinweisen, daß ich selber an dem letzten Betriebsrätekongreß vor vier Jahren in Rüsselsheim<sup>25</sup> teilgenommen habe und daß ich, damals noch als Bundesgeschäftsführer, der einzige Vertreter der Bundespartei war, der an diesem Kongreß teilnahm und zugleich der einzige Mann im Saal, der nicht aktiv Mitglied der Sozialausschüsse war. Dieses hat, nicht was meine Person angeht, aber was das Verhältnis der Bundespartei zu einer ihrer Vereinigungen angeht, einen eher demoralisierenden Eindruck auf unsere Freunde gemacht, zumal sie die Präsenz der Bundespartei verglichen haben mit der Anwesenheit von Mitgliedern des Präsidiums und des Vorstandes bei anderen Vereinigungen oder Institutionen der Partei. Meine sehr herzliche Bitte ist gerade am Beginn dieses sehr schwierigen Betriebsratswahlkampfes und auch im Blick auf die Wahlen in Baden-Württemberg, daß Sie alle, soweit es irgend möglich ist, dieser Einladung folgen, am 26. Februar in Offenburg, damit wir wirklich unseren Freunden in den Sozialausschüssen vor dieser Betriebsratswahl zeigen, daß wir sie hier nicht alleine im Feuer stehen lassen.

Der nächste Punkt: Wir haben in einer teilweise sehr heftigen Debatte am Ende der letzten Vorstandssitzung uns über unseren eigenen Terminplan für dieses Jahr und insbesondere über die Uhrzeiten unterhalten. Wir haben ja inzwischen alle Zeit gehabt, noch einmal darüber nachzudenken. Es haben mich eine Reihe von weiteren Klagen erreicht, daß das doch schwierig wäre, während ich an anderer Stelle wirklich festgestellt habe, daß man sich jetzt auf diese Planung eingestellt hat. Ich möchte noch einmal an alle Betroffenen und vor allem an die ungünstig Betroffenen einen Appell und die Bitte richten, daß wir jetzt bei dieser Planung bleiben. Wir sind alle auf dem Saarbrücker Parteitag davon ausgegangen, uns wieder einmal vorzunehmen, die Bundespartei und die Gremien der Partei noch ernster als bisher zu nehmen, um es vor-

---

24 Zur Bundeskonferenz der Betriebs- und Personalräte der CDA am 26. Februar 1972 in Offenburg vgl. „Die Welt“ vom 28. Februar 1972 „Katzer und Barzel warnen vor Linksradikalen in den Betrieben“. Unterlagen in ACDP 04–013–036/1, –083/2.

25 Zur Bundeskonferenz am 13. Januar 1968 in Rüsselsheim vgl. FAZ vom 17. Januar 1968 „Alle Linken werden Brüder“. Unterlagen in ACDP 04–013–031/1, –037/1, –055/2.

sichtig zu formulieren. Ich glaube, daß wir das auch dadurch zum Ausdruck bringen sollten, daß wir nicht den Terminplan der Bundespartei nach unseren Plänen richten, sondern daß wir, gerade weil wir das jetzt bis Dezember 1972 vorgelegt haben, uns bemühen, unsere Pläne in den wenigen Fällen, um die es geht, nach der Bundespartei zu richten. Es sind genau genommen vier Tage im Jahr, es ist nämlich der 13. März, wo wir den Bundesvorstand nach Stuttgart einberufen wollen zum Zeichen der Solidarität mit unseren baden-württembergischen Freunden, es ist der 24. April, der Tag nach der baden-württembergischen Landtagswahl, wo wir schon aus Gründen der Aktualität morgens um 11.00 Uhr tagen müssen, um rechtzeitig in die Presse zu kommen, es ist der 12. Juni (*Zwischenruf*: Wo sind wir da?), hier in Bonn. Es ist der 12. Juni, wo wir mit dem Ausschuß und dem Vorstand ganztägig in Berlin sein werden und es ist schließlich der 27. November. Es kommt hinzu der 9. Oktober, das ist der übliche Tag vor Beginn des Bundesparteitages. Dies sind also unsere ganzen Forderungen an Ihre Montage, soweit die Sitzungen um 11.00 Uhr beginnen. Ich wäre auch den Freunden, die bei der letzten Vorstandssitzung hier berechnete Schwierigkeiten und Probleme angemeldet haben, dankbar, wenn sie versuchten, das an diesen vier oder maximal fünf Montagen zugunsten der Bundespartei zu lösen.

*Köppler*: Ich gehöre ja auch zu denen, die bei der letzten Beratung in diesem Punkt Bedenken geäußert haben. Ich würde sagen, die Sache ist entschieden, da sollten wir uns, wie Sie sagen, danach richten. Aber ich meine, das Problem der Koordinierung mit der Bundestagsfraktion muß gelöst werden. Es geht nicht an, daß parallel zu unserer Vorstandssitzung der Vorstand der Bundestagsfraktion tagt, wie das heute wieder der Fall ist.

*Kraske*: Herr Köppler, dieses Problem ist gelöst. Ich habe bereits die Zusage, daß an dem Tag, wo wir in Baden-Württemberg sind, an dem Tag, wo wir in Berlin sind und selbstverständlich an dem Tag vor unserem Parteitag der Fraktionsvorstand auf den Dienstag verlegt wird. Über den 27. November habe ich mit Herrn Barzel in diesem Punkt noch nicht gesprochen, aber ich hoffe, daß wir das auch noch hinbekommen.

*Langguth*: Ich habe noch eine Anmerkung zu machen außerhalb der Terminplanung. Ich habe der Presse entnommen, daß das Präsidium einen Jahresarbeitsplan entwickelt hat. Ich finde es bedauerlich, daß man im Bundesvorstand darüber noch nicht hat diskutieren können, denn die Arbeit des Präsidiums geht ja praktisch die gesamte Partei an. Ich hätte es für begrüßenswert gehalten, wenn wir zumindest diesen Jahresplan hier hätten heute diskutieren können. Nachdem das nicht mehr möglich ist aus zeitlichen Gründen, ist es möglich, daß wir da vielleicht eine schriftliche Fixierung bekommen, was geplant ist, denn wir als Bundesvorstand fühlen uns natürlich für alles verantwortlich, was hier diskutiert wird?

*Kraske*: Ich will Ihnen sagen, wir haben heute nicht so sehr hier, sondern im Bundesausschuß, vor der Frage gestanden, was ist vordringlicher? Und wir haben gemeint, daß nach dem bisherigen Verfahren im Bundesausschuß die Diskussion einer politischen Frage mit der nötigen Zeit noch wichtiger sei. Ich habe Herrn Dr. Barzel gesagt, natürlich, ein neu gewählter Generalsekretär spricht gegen seine eigenen Interessen, wenn er nicht vor dem Bundesausschuß einen Bericht gibt über seine Planung. Aber

mir ging es noch mehr darum, daß dieser so lange immer wieder vernachlässigte und frustrierte Bundesausschuß wirklich mal in die politische Entscheidung mit einbezogen wird. Und deswegen hat sich Herr Barzel auf diesen sehr kurzen einleitenden Bericht beschränkt. Ich wollte dieses Programm zur wesentlichen Grundlage unserer Sitzung am 21. Februar mit den Landes- und Vereinigungsvorsitzenden machen. Herr Langguth, wenn wir hier die Vorsitzenden des Landesverbände und der Vereinigungen einladen, finde ich es völlig selbstverständlich, daß wir den Vorsitzenden des RCDS dazu einladen. Wie weit im voraus eine schriftliche Unterrichtung darüber möglich ist, werden wir überlegen. Es gibt aus der Präsidiumssitzung eine Protokollnotiz. Vielleicht kann man das vorher zuschicken, dann spare ich mir lange einleitende Bemerkungen, und wir können gleich in die unmittelbare Diskussion eintreten.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, es ist 16.01 Uhr. Ich bedanke mich für konzentrierte Arbeit und schließe die Sitzung.<sup>26</sup>

---

<sup>26</sup> Ergebnisprotokoll in ACDP 07-001-920; Beschluß der Präsidiumssitzung vom gleichen Tag in CDU Presse Mitteilungen vom 24. Januar 1972 (ACDP 07-001-607).

Stuttgart, Montag 13. März 1972

*Sprecher: Adorno, Amrehn, Barzel, Blüm, Brauksiepe, Dregger, Filbinger, Griesinger, Hahn, [Harlander], von Hassel, Kohl, Kraske, Langguth, Lemke, Mahler, [Schröder], Schwarz-Schilling, Stoltenberg, Vogel, von Weizsäcker, Zeitel.*

*Bericht zur Lage. Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg. Radikalismus.*

*Beginn: 11.00 Uhr*

*Ende: 16.30 Uhr*

*Barzel:* Wir sind in Baden-Württemberg und heißen den Vertreter der CSU, Herrn Harlander, willkommen. Ich bitte Sie zu Beginn um eine Minute stillen Gedenkens an den verstorbenen Freund Friedensburg<sup>1</sup>, der der letzte Bürgermeister ganz Berlins war, der die Stimme der Freiheit dort und des Rechtes getragen hat, und der einer unserer ältesten und besten Freunde war, und dem viele von uns auch im persönlichen Bereich Freundschaft und bleibenden Respekt schulden. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, darf ich zunächst, weil sich das erfahrungsgemäß als richtig erweist, die Dispositionen ungefähr sagen: Um 12.15 Uhr werden Herr Filbinger und ich zu einer Pressekonferenz gehen. Die Beratung soll aber hier weitergehen. Um 13.30 Uhr ist Ministerpräsident Filbinger so freundlich, ein Mittagessen für uns zu geben. Wir wollen uns dafür eine Stunde Zeit nehmen und um 14.30 Uhr die Beratungen mit dem Arbeitsziel 16.30, 16.45 Uhr zu Ende zu kommen, damit jeder noch seine nachmittäglichen und abendlichen Verpflichtungen erfüllen kann.

#### BERICHT ZUR LAGE. LANDTAGSWAHLKAMPF IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Nach der Tagesordnung gibt es zuerst einen Bericht zur Lage. Ich möchte uns alle erinnern an die erste Sitzung dieses Bundesvorstands nach Saarbrücken. Ich habe Ihnen damals gesagt, das allerwichtigste für uns ist, wie wir zusammenstehen und daß wir zusammenstehen, daß man in der Öffentlichkeit merkt, daß hier ein Team arbeitet

---

1 Friedensburg war am 11. März 1972 verstorben. – Dr. Ferdinand Friedensburg (1886–1972), Bergassessor; 1920 Deutsche Demokratische Partei, 1925–1927 Vizepräsident des Polizeipräsidiums Berlin, 1927–1933 Regierungspräsident von Kassel, 1933 Amtsenthebung, 1939–1944 Mitarbeiter des Deutschen Instituts für Konjunkturforschung, 1945 Mitgründer der CDU Berlin, 1945–1968 Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, 1946–1951 stv. Oberbürgermeister von Berlin, 1950–1952 MdA Berlin, 1952–1965 MdB, 1954–1965 MdEP. Memoiren: Lebenserinnerungen. Frankfurt/Main-Bonn 1969; Es ging um Deutschlands Einheit. Rückschau eines Berliners auf die Jahre nach 1945. Berlin 1971.

miteinander in derselben Richtung, und dies sei das wichtigste. Wenn wir jetzt, ich nehme an, zu unser aller Freude, und hoffentlich nicht zu laut und nicht zu heftig, Genugtuung darüber empfinden, daß wahrscheinlich unser Weizen etwas besser blüht als im letzten Spätherbst, dann liegt dies vor allem daran, daß immer mehr an Einzelheiten über Ostpolitik von unseren Mitbürgern verstanden wird. Sie haben verstanden, daß im Bundesrat jeder unserer Ministerpräsidenten aufstand<sup>2</sup>, und sie haben verstanden, daß im Bundestag<sup>3</sup> eine Mannschaft antrat, um zu kämpfen, dieses begreift die Öffentlichkeit. Und deshalb bedeutet natürlich dieser gute Zustand zugleich die Mahnung an uns alle, nicht der üblichen Krankheit der Union zu erliegen und im Augenblick, wo wir meinen, es ginge uns wieder besser, in diesen Fragen des Zusammenhalts etwas lässiger zu werden. Dies ist meine allererste Bitte und auch zugleich die erste Voraussetzung, um das Ziel am 23. April<sup>4</sup> zu erreichen. Mindestens bis dahin sollte es uns möglich sein, so viel Disziplin zu üben, und ich glaube, daß wir das schaffen können.

Zur Lage im übrigen. Wir haben sie im Parteipräsidium der CDU vorige Woche Montag in Düsseldorf, davor die Woche in Bonn, ausführlich erörtert.<sup>5</sup> Sie ist in einigen Punkten verändert gegenüber unserem letzten Treffen im Bundesvorstand. Sie ist verändert durch die Nichteinigung der Koalition in Fragen der Steuerreform<sup>6</sup>, durch das sichtbare Abbröckeln ihrer Mehrheit<sup>7</sup> und durch die Tatsache, daß man im In- und

- 
- 2 Stellungnahmen der Ministerpräsidenten und Beschluß des Bundesrats mit 22:21 Stimmen über die von den Unionsländern vorgelegte Entschließung zu den Ostverträgen vom 9. Februar 1972 in BULLETIN Nr. 20 vom 12. Februar 1972 S. 197–252; „General-Anzeiger Bonn“ vom 10. Februar 1972 „CDU/CSU-Mehrheit setzt sich im Bundesrat durch“. Zur Gegenäußerung der Bundesregierung zu den Bedenken der Bundesratsmehrheit vgl. Pressemitteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 17. Februar 1972; „Süddeutsche Zeitung“ vom 18. Februar 1972 „Antwort auf 12 Fragen des Bundesrats“.
  - 3 Erste Lesung der Verträge mit der UdSSR und Polen vom 23. bis 25. Februar 1972 im Deutschen Bundestag, vgl. Sten.Ber. 6. WP 171. Sitzung S. 9739–9826, 172. Sitzung S. 9833–9935, 173. Sitzung S. 9941–10003.
  - 4 Tag der Landtagswahlen in Baden-Württemberg. Zum Ergebnis vgl. Nr. 20 Anm. 8. – Zum Verlauf der Diskussion über die Ostverträge ab dem 23. April 1972 vgl. die 18seitige Darstellung von Kurt Birrenbach in ACDP 01–433–135/4.
  - 5 Protokolle vom 28. Februar und 6. März 1972 in ACDP 07–001–1405.
  - 6 Nach dem Rücktritt des mit der Steuerreform betrauten Staatssekretärs Heinz Haller am 28. Februar 1972 geriet diese ins Stocken. Vgl. „Die Welt“ vom 28. Februar 1972 „Staatssekretär Haller verläßt Schillers Ministerium“; Presseerklärung von Hermann Höcherl vom 28. Februar 1972 zum Rücktritt Hallers (Pressereferat der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages). – Dr. Heinz Haller (1914–2004), Wirtschaftswissenschaftler; 1957–1967 Professor für Finanzwissenschaften an der Universität Heidelberg, 1968 Berufung durch Franz Josef Strauß in die unabhängige Expertenkommission zur Vorbereitung der Steuerreform, 1967–1970 und 1981 Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts an der Universität Zürich, 1970–1972 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen.
  - 7 Am 14. Oktober 1971 verließ Klaus-Peter Schulz die SPD-Fraktion und trat am 19. Oktober der CDU/CSU-Fraktion bei; am 29. Februar 1972 war Herbert Hupka von der SPD-Fraktion zur CDU/CSU-Fraktion gewechselt; am 2. März 1972 verließ Franz Seume die SPD-Fraktion und war ab 17. März Gast der CDU/CSU-Fraktion. – Dr. Klaus-Peter Schulz (1915–2000), Arzt; 1931 SPD, 1952–1956 Mitglied der Verfassungebenden Landesver-

Ausland zum ersten Mal ernsthaft auch dem möglichen Scheitern der Ostverträge entgegensteht. Es ist dabei wichtig zu wissen, und ich möchte dies in den Bericht ausdrücklich aufnehmen, daß der Gedanke, die Vertrauensfrage zu stellen, von Journalisten natürlich mit der Schlagzeile „Neuwahlen“ automatisch aus der Kenntnis des Grundgesetzes von sich gegeben wird. Dieser Gedanke ist nach unserem Stand der Informationen zum ersten Mal in der Nacht des ersten Tages der Bundestagsdebatte in einem kleinen Kreis beim Kanzler aufgetaucht und in der Woche darauf erklärte Staatssekretär Bahr im Presseclub: „Natürlich wird der Bundeskanzler bei der zweiten Lesung die Vertrauensfrage stellen.“<sup>8</sup> Damit war die Opposition gefragt, und es ist ganz klar, daß eine Opposition, die was auf sich hält, sagen muß, „natürlich sind wir bereit, neu zu wählen“. Dieses ist auch das sympathischste. Zugleich müssen wir wissen, ob wir dahin kommen oder nicht, liegt nicht bei uns. Die Initiative in dieser Frage liegt allein beim Kanzler.

Wir haben uns darauf verständigt, daß wir nicht zu laut und nicht zu oft davon reden wollen, aber wir können auch nicht so tun, als gebe es diese Frage nicht. Zumal diese Frage auf die Koalition eine verhängnisvolle Wirkung hat, weil die Freien Demokraten fest entschlossen sind, auf keinen Fall neu zu wählen. Es gab, wie ich höre, Kontakte zwischen den beiden Koalitionspartnern mit der Frage, ob man nicht vor dem Mai Neuwahlen erzwingen sollte. Die Freien Demokraten haben gesagt: „Auf gar keinen Fall.“ Und natürlich ist dann eine solche Parole sehr wohl geeignet, das weitere Zusammenkommen der Koalition in Sachen Steuerreform und Personalpolitik eher zu behindern als zu fördern. Trotzdem sollen wir das bitte nicht zu laut betonen, sondern wir müssen immer nur bereit sein.

Ebensowenig würde ich es für richtig halten, jetzt etwa sehr laut zu sprechen von konstruktivem Mißtrauensvotum und all den anderen Möglichkeiten, die es da gibt, sondern ich möchte alle einladen, die, wie wir selber, in der Bundesrepublik Deutschland etwas in Bewegung setzen wollen, hier in dieses Land zu kommen und hier zu kämpfen, denn hier kann man etwas bewegen. Und alles andere werden zweite Schritte sein. Es ist völlig ausgeschlossen, heute sich festzulegen auf das, was nach dem 23. April sein wird. Wir müssen natürlich auf alles vorbereitet sein. Vor allem weiß man nicht, wie die gegnerische Seite sich hier einlassen wird. Es ist aber wichtig, daß wir alle sehr deutlich machen, daß in Bonn eine Krise einer Koalition ist. Es ist keine Krise des Staates, keine Krise des Parlaments, und bei uns ist keine Krise. Die Alter-

---

sammlung und MdL Baden-Württemberg, 1963–1965 MdA Berlin, 1965–1976 MdB, 1973–1977 MdEP. – Dr. Herbert Hupka (1915–2006), Journalist; 1954–1968 stv. und 1968–2000 Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, 1955 SPD, 1957/58 Programmdirektor bei Radio Bremen, 1959–1964 Pressechef des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, 1969–1987 MdB, 1985–1991 Vorsitzender des Rundfunkrates der Deutschen Welle. Memoiren: Unruhiges Gewissen. Ein deutscher Lebenslauf. München 1994. – Franz Seume (1903–1982), Verwaltungsangestellter; 1945–1949 Mitarbeiter von Kurt Schumacher, 1949–1954 Vizepräsident der Berliner Zentralbank, 1957–1972 MdB.

8 „Informationen der Sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag“ vom 9. März 1972, in der die Frage eines Rücktritts von Brandt vehement verneint wird. Zur Chronik des Mißtrauensvotums gegen Brandt vgl. DATENHANDBUCH 1 S. 1229–1231.



native zu dieser Krise ist die Union, und die ist intakt. Wir haben nicht die Absicht, uns durch irgendwelche Nervositäten anstecken zu lassen. Das ist wichtig und sollte auch von hier – von Stuttgart – ausgehen, wo wir aus gutem Grund tagen.

Ich habe den Eindruck – wir haben dies eben im Präsidium besprochen<sup>9</sup>, das diesen Eindruck teilt –, was unsere Haltung in der Ostpolitik betrifft, wird zwar durch die beiden großen Debatten besser da stehen als vorher, aber wir würden uns etwas vor-machen, wenn wir glaubten, wir stünden anders als *pari in der öffentlichen Meinung*. Was schon eine Sensation ist. Wir sind damit noch nicht durch. Wir würden uns ebenso eine Illusion machen, wenn wir glaubten, daß die Bonner Koalition uns hier in Baden-Württemberg nahezu kampflos einen Sieg zufallen lassen würde. Sie schmeißen jetzt alles herein, nachdem sie ursprünglich die Kampagne ja hier gar nicht aufnehmen wollten, wie wir alle genau wissen. Es wäre aber ein Fehler, und ich bitte Sie sehr herzlich, in diesen Fehler nicht zu verfallen, wenn wir jetzt bei diesem Wahlkampf in Baden-Württemberg und auch sonst in Deutschland uns etwa beschränkten auf die Themen Ostpolitik, weil das für uns im Augenblick ganz gut läuft, und auf das beifalls-sichere Thema der Bekämpfung des Radikalismus. Vergessen wir nicht, daß die aller-erste Sorge der Mitbürger im wirtschaftlichen, gesellschaftspolitischen, sozialen und finanzpolitischen Bereich liegt. Und vergessen wir nicht, dort unsere besseren Ideen zu sagen. Lassen wir uns nicht abdrängen auf die beiden anderen Punkte. Wir haben hier noch fünf Wochen zu kämpfen, und gerade, wenn es sein sollte, daß wir aus dem Stand dann in eine Bundestagswahl oder in eine Regierungsübernahme müssen, dürfen wir nicht die falschen Themen gehabt haben.

Was den Wahlkampf hier betrifft, so wird unser Freund Filbinger sicher im einzel-nen etwas dazu sagen. Ich möchte hierfür denen in ihrem Lande, die sich hier als Red-ner betätigen dürfen, unseren Dank sagen, daß bisher alles, was wir hier unternommen haben – und das sind ja viele Dutzende von Terminen schon bei jedem – geklappt hat. Die Organisation ist vorzüglich. Die Stimmung ist gut, aber täuschen Sie sich nicht, wir liegen höchstens mit der Nase vorne, noch nicht mit dem Kopf, auch noch nicht mit der Brustbreite, und schon gar nicht mit den vielen Schritten, die wir eigentlich brauchen, wenn wir unsere Ziele erreichen wollen. Und deshalb kann ich nur alle ermuntern, weiter in aller Ruhe zu kämpfen und sich nicht anstecken zu lassen von dem Aufruf zur Unfairneß des Bundeskanzlers.<sup>10</sup> Wir bleiben die sachlichen Leute und lassen uns nicht anstecken von der emotionalen Tour.

Freilich, wenn jemand kommt und sagt, Neuwahlen über Verträge seien doch schrecklich, weil das die Emotionen schürt und zu einem Volksentscheid beitrüge, dann möchte ich fragen, was eigentlich anders in diesem Land hier passiert. Wer hat eigentlich geplant, die Ratifikationsdebatte im Parlament zugleich mit einer so wichti-gen Landtagswahl zu machen? Und wenn ich mir die nächste Anzeige hier ansehe aus diesem ganzen SPD-Katalog, mit der Großmutter, die diesmal SPD wählt, im Hinter-

---

<sup>9</sup> Protokoll in ACDP 07–001–1405.

<sup>10</sup> Vgl. Anm. 18.

grund ihre beiden gefallenen Söhne<sup>11</sup>, dann ist ja nicht mehr zu fragen, welche Emotionen hier eigentlich bewegt werden sollen. Und wir haben allen Anlaß anzunehmen, daß an diesem Freitag die Herren Brandt und Scheel hier gemeinsam auftreten werden. Was das hinsichtlich der Selbstständigkeit der FDP bedeutet, wird die mit sich selber abmachen. Aber wir wissen zuverlässig, daß die andere Seite die Absicht hat, nun die Ostverträge in der Kampagne nicht mehr zu erläutern, sondern nur noch die Katastrophe zu schildern, die bei der Ablehnung der Verträge angeblich eintrete. „Wir gehen auf Angst“, so Ehmke als Weisung dieser Tage.

Und wenn ich sehe, daß Herr Eppler<sup>12</sup> erklärt, die Sowjetunion würde zu Repressalien herausgefordert für den Fall der Ablehnung, dann sehen Sie, daß hier Angst geschürt und der Sowjetunion eine Haltung unterstellt wird, die sicher nicht im Interesse der Deutschen ist. Das ist eine ganz unglaubliche Geschichte. Trotzdem nehmen wir diesen Kampf an und führen auch den über Radikalismus. Vergessen wir nicht die Preise, vergessen wir nicht die Frauen und die Rentner und all diese Probleme, weil wir sonst am Schluß nicht so gut dastehen, wie dies heute manchem von uns vielleicht erscheint.

Ich möchte noch ein Wort sagen zu der Auseinandersetzung, die wir führen – zu meiner Freude alle, jeder in seiner Temperamentslage – hinsichtlich der Fundamente, der grundsätzlichen Unterschiede zwischen den beiden großen Parteien. Das ist eine ganz interessante Debatte, die auch auf junge Menschen den Eindruck nicht verfehlt.

Ich möchte auch etwas sagen zur wirtschaftlichen Lage und würde Ihnen empfehlen, daß Sie folgender Erklärung vielleicht zustimmen: „Die Lage der Volkswirtschaft und der öffentlichen Finanzen der Bundesrepublik Deutschland nach mehr als zwei Jahren einer von der SPD und FDP gestellten Bundesregierung steht in krassem Widerspruch zu den regierungsamtlichen Beschönigungen und Verharmlosungen, denn das wirtschaftliche Wachstum, das seit dem 2. Halbjahr 1971 stagniert, heizt die Inflation an. Die amtierende Bundesregierung, die mit dem Anspruch angetreten ist, eine Regierung der inneren Reformen zu sein, hat die Vertrauensbasis im Lande verloren. Trotz wiederholter Ankündigungen fehlt es nach wie vor an einer konsequenten Stabilitätspolitik. Mehr denn je erscheint die Sorge begründet, daß wir inzwischen nach dem Kosten- und Preisauftrieb des vergangenen Jahres mehr und mehr in die Phase einer klassischen vom Staat gespeisten Inflation geraten. Trotz Steuer- und Gebührenerhöhung wachsen die Defizite der öffentlichen Haushalte, nehmen die Investitionen und die sonstigen Leistungen für den Bürger ab statt zu. Statt Reform sind Reformruinen, statt Fortschritt ist Rückschritt das Ergebnis. Eine Reihe spektakulärer Rücktritte

---

11 Anzeige in der Zeitschrift „Für Sie“ am 10. März 1972 (ACDP Dokumentation 17/1 Landtagswahl Baden-Württemberg). Die abgebildete Frau war tatsächlich CDU-Wählerin (vgl. „Die Welt“ vom 25. März 1972 „Mit ihrer Großmutter hatte die SPD Pech“; „Stuttgarter Nachrichten“ vom 25. März 1972 „CDU nennt SPD-Anzeige ‚unglaublichen Skandal‘“).

12 Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 13. März 1972 „Eppler rechnet mit Mehrheit für Ostverträge“. – Dr. Erhard Eppler (geb. 1926), Gymnasiallehrer; 1968–1974 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1016 Anm. 35.

von Ministern und Staatssekretären<sup>13</sup> haben mittlerweile die Reformunfähigkeit der schwachen Koalition aus SPD und FDP bewiesen. Die Tatsache, daß uns bisher eine Rezession erspart geblieben ist, kann nicht davon ablenken, daß breite und ständig wachsende Schichten der Bevölkerung für die Mißerfolge dieser Bundesregierung zu zahlen haben. Seit längerem wird den Rentnern eine Teilnahme an der Verbesserung des Lebensstandards vorenthalten. Die jährlichen Rentenanpassungen reichen nicht mehr aus, die Steigerung der Lebenshaltungskosten auszugleichen. Zum ersten Mal seit der Währungsreform werden in der Bundesrepublik Deutschland Sparer und Bausparer durch Substanzverluste bestraft, weil die Zinsen unter der Preissteigerungsrate liegen. Wer auf ein Haus gespart hat, dessen Sparsumme hat sich in zwei Jahren durch Bau- und Grundstückspreissteigerung 25 % und mehr vermindert.

In Anbetracht der Tatsache, daß die Bundesregierung mit ihrer stabilitätswidrigen Finanzpolitik in einer nach wie vor schwierigen währungspolitischen Lage die Notenbank immer weiter in einen Konflikt zwischen währungspolitischen und binnenwirtschaftlichen Erfordernissen treibt, muß mit allem Nachdruck vor einer neuen Inflationswelle gewarnt werden. Die wachsende Nervosität und Handlungsunfähigkeit der in sich zerstrittenen Bundesregierung und der höchst beengte Handlungsspielraum der deutschen Bundesbank bedeuten ernstzunehmende Gefahren für Stabilität und Vollbeschäftigung.“

Wenn wir damit einverstanden wären, könnten wir das abziehen lassen, damit das nachher auf dem Tisch liegt. Ich bin gleich fertig, Herr Kohl. Ich habe dies gerade bekommen, weil wir hier heute morgen spürten, wir müßten zu dem Thema etwas sagen, damit wir nicht auf den beiden anderen Themen uns auch selbst festsetzen, nachdem wir gerade gemerkt haben, daß das vielleicht nicht richtig sein würde.

Letzter Punkt, den ich vorzutragen habe, in der nächsten Woche wird der Vorsitzende auf einer Einladung in Paris sein zu politischen Gesprächen.<sup>14</sup> Die werden nicht die allerleichtesten sein, aber es ist sicherlich nötig, daß im Zeichen der deutsch-französischen Freundschaft der ohnehin übliche Frühjahrsbesuch des Oppositionsführers stattfindet und man dann am Schluß betonen könnte, daß, was immer auch sei, die deutsch-französische Freundschaft Vorrang hat vor allem. Daß dies eine Regierung ist, die als einzige von den drei westlichen Regierungen sich in sehr deutlicher Weise öf-

---

13 Am 13. Mai 1971 war Finanzminister Alex Möller und am 15. März 1972 Wissenschaftsminister Hans Leussink zurückgetreten. Philip Rosenthal, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanz- und wirtschaftsministerium hatte am 16. November 1971 seinen Rücktritt erklärt (vgl. auch Anm. 6); Hildegard Hamm-Brücher, Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, hatte im Dezember 1971 ihren Rückzug aus dem Amt für Mai 1972 angekündigt. Vgl. dazu die Ausführungen Barzels vor dem CDU/CSU-Fraktionsvorstand (Pressereferat der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages vom 28. Februar 1972). – Philip Rosenthal (1916–2001), Unternehmer; 1950 Eintritt in die väterliche Porzellanfabrik, 1968 SPD, 1969–1982 MdB, 1970–1971 Parlamentarischer Staatssekretär.

14 Barzel hielt sich vom 21. bis 23. März 1972 zu Gesprächen in Paris auf, vgl. AdG 1972 S. 16994; zur Presseberichterstattung vgl. die Presseschau der CDU Bundesgeschäftsstelle Abt. Information/Dokumentation vom 23. März 1972.

fentlich für diese Vertragspolitik erklärt hat, ist bekannt. Das wird man nicht ändern können, aber es wird ganz interessant sein, die Meinungen auszutauschen, und es wäre sicherlich ganz falsch, jetzt etwa Termenschwierigkeiten oder ähnliches vorzuschützen.

Das ist sehr schnell der Bericht, den ich zu geben hatte. Ich würde es für richtig halten, wenn zunächst Kollege Filbinger den Bericht vervollständigte und wir dann in die Debatte eintreten.

*Filbinger:* Herr Vorsitzender, ich darf Sie, das Präsidium und den Vorstand sehr herzlich bei uns im Lande begrüßen. Und ich möchte hier ebenso aussprechen wie vorhin im Präsidium, daß wir sehr dankbar sind, daß das Präsidium und der Vorstand heute hier tagen. Das hilft uns im Wahlkampf. Und wir haben natürlich zur Kenntnis genommen, daß viele unserer Freunde über dieses Wochenende draußen im Lande waren, dort gekämpft haben, was uns sehr geholfen hat; das ist sehr herauszuheben. Ich möchte ganz besonders Herrn Dr. Schröder danken und dem Evangelischen Arbeitskreis. Das war eine Wucht, diese Arbeitstagung<sup>15</sup>, mit einem überaus positiven Echo in der gesamten Landespresse. Das war für uns eine unschätzbare Hilfe. Ich bin überzeugt, daß das weiterwirken wird in positiver Hinsicht.

Gestatten Sie mir ein kurzes Wort über den Stand des Wahlkampfes in Baden-Württemberg: Wir haben bekanntlich den Wahlkampf nicht angelegt primär auf eine landespolitische Konkurrenz mit den übrigen Parteien über die Programmatik vom Krankenhausbau über den Schulausbau bis zum Straßenbau, sondern wir haben gegenüber einem Fleißarbeitsprogramm, das die SPD in dieser Richtung ausgestellt hat, mit dem sie die Auseinandersetzung bestreiten wollte, sie unterlaufen, indem wir erklärt haben, es geht um das Grundsätzliche, um die Grundpositionen unserer Politik seit 20 Jahren und um deren Erhaltung und deren weiteren Ausbau: Soziale Marktwirtschaft, Eigentum, humane Leistungsgesellschaft, Abwehr des Radikalismus. Mit dieser Thematik sind wir draußen angekommen. Das interessiert die Leute. Und der Wahlkampf, der bisher schon recht intensiv in der Vorwahlkampfzeit geführt worden ist, belehrt uns darüber, daß wir unsere Linie nicht zu korrigieren haben, sondern daß wir gut daran tun, wenn wir diesen Kurs beharrlich, besonnen fortsetzen.

Demgegenüber, das gehört zum Tatbestand, ist die SPD aus ihrem Kurs mindestens teilweise herausgeworfen worden. Sie ist irritiert worden durch eine ganze Reihe von Dingen. Dazu gehört selbstverständlich die Bundespolitik, das, was sich aus den Rücktritten ergeben hat, das, was sich jetzt aus dem Scheitern der Reformpolitik im Bildungswesen, auch in der Steuerreform, ergibt. All das ist selbstverständlich für die SPD außerordentlich empfindlich. Es hat sich aber auch die Hoffnung und Erwartung der SPD nicht erfüllt, nämlich daß der Bundesvorsitzende hier nicht ankommen würde in diesem Lande. Das war von den Auguren mit äußerster Spannung erwartet worden. Die Enttäuschung darüber war sehr groß, hat sich niedergeschlagen, nicht nur bundesweit, sondern auch im Sinne einer starken Entmutigung der hiesigen SPD.

Symptom dafür ist beispielsweise der „Vorwärts“-Artikel, in dem der Spitzenkan-

---

15 17. Bundestagung des EAK vom 10. bis 12. März 1972 in Pforzheim (Materialien in ACDP 04-001-063/2, -067/1, -022/4).

didat der SPD, Herr Krause, ja radikal heruntergemacht wird.<sup>16</sup> Die SPD hat eine entscheidende Runde verloren in der Ostpolitik, wo sie im letzten Herbst sehr stark angetreten ist. Sie hat uns herausgefordert in der Ostpolitik. Wir haben offensiv geantwortet. Regierungserklärung, Landtagsdebatte, die Runde ging an uns. Nicht in dem Sinne etwa, daß wir sagen könnten, damit haben wir die Wahl gewonnen, aber in dem Sinne, daß die Bedenken, die die CDU gegen diese Verträge zu äußern hat und gegen ihre Gefahren, auf Verständnis stoßen, während vorher demoskopisch verifiziert worden war, daß in der Bevölkerung ein größerer Teil zur Hinnahme der Verträge neigt und demgemäß auch zu einer weniger verständnisvollen Haltung gegenüber der CDU.

Daß wir hier durch die Bundestagsdebatte, für die ich mich ausdrücklich bedanken möchte bei der Bundestagsfraktion und bei der Partei, einen weiteren Schwung bekommen haben, ist selbstverständlich. Diese Debatte hat in unserem Lande die Positionen der CDU ganz entscheidend verstärkt. Ich möchte daraus den einfachen Schluß ziehen, daß die CDU in Baden-Württemberg so stark in Erscheinung treten kann in diesem Wahlkampf wie die Gesamtpartei der CDU bundesweit.

Wenn die CDU so initiativ ist, so kräftig führt und so überzeugend in der Öffentlichkeit argumentiert, wie es in der Bundestagsdebatte über die Verträge erfolgt ist, dann haben wir, die wir zur Zeit an der Front stehen, den allergrößten Nutzen davon. Deshalb wird der enge Schulterschuß mit der Bundespartei, der sich vor allem auch in der Versammlungswelle offenbart, von entscheidender Bedeutung sein. Auch an dieser Stelle herzlichen Dank dafür, daß unsere Freunde aus Präsidium, aus Vorstand, und aus dem Bundestag sich schon ab Januar vielfach zur Verfügung gestellt haben, daß wir im Februar schon einen sehr starken Einsatz verzeichnen konnten, der jetzt bis in den März hineingegangen ist. Das war an sich so nicht vorgeplant, aber wir haben wegen eines gewissen Leistungsvorsprungs, den die SPD im Herbst erzielt hatte, es für richtig gehalten, hier nachzuziehen. Das Ziel dieser Aktion scheint mir erreicht zu sein.

Trotzdem eine wichtige Feststellung: Wir sind hier in Baden-Württemberg nicht der Meinung, daß wir den Sieg in der Tasche hätten. Ganz im Gegenteil. Wir sind auf uns alleine angewiesen. Und Sie wissen, die CDU in Baden-Württemberg hat noch nie in einem Landtagswahlkampf die absolute Mehrheit erzielt, bei Bundestagswahlkämpfen schon mehrfach. Wir stehen also einer ganz ungewöhnlich schweren Aufgabe gegenüber. Und nur bei intensivster Arbeit bis zum Schluß und bei günstiger Konstellation kann es uns gelingen, daß jetzt, so, wie die Dinge liegen, in der SPD Unruhe entstanden ist, Nervosität, das ist für uns ein interessantes Symptom, das aber unter gar keinen Umständen bei uns eine Euphorie begründen darf. Es gibt keine größere Sorge bei uns hier als diejenige, daß unsere Parteifreunde meinen könnten, in Baden-Württemberg laufen die Dinge schon oder sind schon gelaufen.

---

16 Walter Krause (1912–2000), Ingenieur; 1952–1980 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung und MdL Baden-Württemberg (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 966 Anm. 56. – Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 18. Februar 1972 „SPD-Wahlhelfer melden sich zu Wort“; „Südwestpresse“ vom 22. Februar 1972 „Die Genossen geraten ins Stolpern“.

Ich habe sogar den Eindruck gehabt eine Zeit lang, das war im Monat Februar, daß von der SPD des Bundes geflüsslich die Parole verbreitet worden ist: „Die CDU, die siegt ja sicher in Baden-Württemberg.“ Das dient der Einschläferung unserer Wahlkämpfer, und nichts ist gefährlicher, als wenn das Erfolg haben würde.

Es ist jetzt eines bei der Haltung des Gegners, der SPD, erkennbar, daß sie ihre Taktik umstellt, daß Brandt gezwungen wird, stärker sich in Baden-Württemberg zu engagieren. Nach Äußerungen, die vorher von ihm gemacht worden sind, hatte er nicht diese Absicht. Er wollte das Wahlgesehehen in Baden-Württemberg herunterspielen. Äußerungen von Ahlers gegenüber der Landespressekonferenz von Baden-Württemberg gingen ganz in dieser Richtung.<sup>17</sup> Aber das hat die SPD offenbar nicht ertragen. Und nun kommt ein ganz neuer Komplex, der meines Erachtens uns ganz außerordentlich aufmerksam machen und uns zu Überlegungen über das weitere Verfahren nötigen muß. Es ist zu befürchten, daß die SPD den Plebiszitcharakter dieser Wahl im Blick auf die Ostverträge herauskehrt und erklärt, daß die Neuwahlen, ob sie kommen oder nicht, mehr oder weniger vom Ergebnis der baden-württembergischen Wahlen abhängen. Diese Verknüpfung ist für unseren Wahlkampf nicht günstig, sondern extrem ungünstig. Die beste Situation für diese Wahl wäre die Erklärung, daß in Baden-Württemberg ein wichtiger Wahlkampf durchgeführt wird, daß aber die Entscheidung über die Ostverträge alleine im Bundestag erfolgt, und daß das Ergebnis dieser Wahl natürlich Testcharakter haben kann in gesellschaftspolitischer Hinsicht, aber keine Vorentscheidung fällt, kein Plebiszit für die Ostverträge.

Das wird jetzt offenbar von der SPD angestrebt, und das wäre ein Zeichen für Nervosität, dafür, daß die SPD nicht mehr in Ruhe kalkuliert wie bisher, sondern ihre Taktik und Strategie über den Haufen geworfen ist. Das ist, was Freund Barzel eben sagte, daß die SPD die Angst vorkehren will, daß sie Katastrophen uns vormalt im Falle des Scheiterns der Verträge. Das ist eine Information, die wir haben. Aber ich bitte, für diese Information – wir werden ja davon Gebrauch machen müssen der Sache nach – keineswegs die Quelle zu nennen, die hier im Lande gelegen ist, sondern dies als eine Erkenntnis darzutun, die wir gewonnen haben aus der Beobachtung der Verlautbarungen und auch des Vorgehens der SPD, daß sie nicht mehr die Verträge erläutern und nicht mehr argumentieren will, sondern daß sie die Gefahr eines Scheiterns in den Vordergrund stellen will und die Schilderung der Katastrophe bei Ablehnung der Verträge, so daß das Spiel mit der Angst absoluten Vorrang genießt.

Wir sind uns völlig darüber einig, wenn wir als Richtlinie für unser weiteres Vorgehen in diesem Wahlkampf feststellen, daß wir den Wahlkampf hart zu führen haben, daß wir aber von der Linie der Fairneß, die wir bisher beibehalten haben, unter keinen Umständen abweichen sollten. Daß wir besonnen kämpfen, ohne wild um uns zu schlagen. Als die SPD sich noch in einer günstigeren Phase befand, bekamen wir eine

---

17 Die Äußerungen von Ahlers gegenüber südwestdeutschen Journalisten wurden von Wehner korrigiert (vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 8. März 1972. „Wehner: Hoher Stellenwert der Wahlen in Baden-Württemberg“).

vertrauliche Mitteilung, wonach die SPD darauf hofft, daß die CDU so in die Ecke gedrängt werden könnte, daß sie in der Schlußphase des Wahlkampfes wild um sich schlägt. Diesen Gefallen werden wir ihr zweifellos nicht tun. Aber vielleicht gibt es jetzt Anzeichen dafür, daß bei der SPD die Neigung, wild um sich zu schlagen oder hart draufzuschlagen, doch wächst. Das, was der Kanzler über das Holzen an diesem Wochenende von sich gegeben hat<sup>18</sup>, ist schon ein Ausdruck von kräftiger Nervosität. Er hat damit ja, wie der Pressespiegel von heute Vormittag zeigt – Freund Stoltenberg hat vorhin im Präsidium davon berichtet – ein ganz ungünstiges Echo bekommen.

Zu Ihrer Information vielleicht noch zwei Dinge. Erstens: Die Demoskopie, die wir vom Konrad-Adenauer-Institut haben, weist uns keineswegs als Gewinner aus. Sie war extrem schlecht für das ganze Bundesgebiet im letzten Dezember.<sup>19</sup> Sie hat sich in der Zwischenzeit nicht sehr wesentlich gebessert. Wenn SPD und FDP zusammengehen, können nach dem Wahlergebnis, dann ist es wohl nur ein geringer Bruchteil eines einzigen Prozentes, um den wir zur Zeit vorne liegen, also Kopf an Kopf und gar nicht anders. Das ist uns verifiziert worden noch in der letzten Woche durch Professor Kalftefleiter. Wir können von nichts anderem ausgehen. Ich möchte deshalb noch einmal warnen vor einer Euphorie, die in den letzten Wochen wegen einiger Fehlleistungen der FDP, der SPD, ausgebrochen ist.

Zweitens. Es ist so, daß wir keine CDU-Familienveranstaltungen machen in diesem Wahlkampf, sondern daß wir gesonnen sind, mit einem neuen Stil zu kämpfen und daß wir vor allem uns bemühen, Zuzug von Wählerinitiativen zu bekommen. Es ist eine große, sehr erfolversprechende Kampagne der Freien Wähler in Baden-Württemberg im Gange, die ja bekanntlich in unseren Rathäusern und in den Kreistagen stärker sind als jede politische Partei. Zugunsten der CDU heißt hier der Slogan bei der FWV. Wichtige Sache! Zweite Initiative bei den Freien Demokraten. Dritte Initiative bei den Vertriebenen. Vierte Initiative bei Universitätsprofessoren. 70, 80, möglicherweise 100 Prominente, usw. Wir wollen also möglichst viele Stimmen von außen sammeln, die dann den Wähler in den Kessel hineintreiben sollen, wo er uns dann zugute kommt.

Nochmals vielen Dank für das, was wir an Zusagen bekommen haben! Wir werden von seiten der CDU in Baden-Württemberg bestrebt sein, jeden Wahlkämpfer, der von draußen kommt und uns hilft, so zu unterstützen durch viele Maßnahmen, daß er nicht das Gefühl hat, alleine zu kämpfen, sondern daß er an einer breiten Front eines sehr aktiven Wahlkampfes steht.

*Barzel:* Vielen Dank, Herr Kollege Filbinger. Wir werden also (*Beifall.*) dies alles beherzigen. Der Wahlkampf ist zu Ende am Sonntag, 23. April, 18.00 Uhr. Und vorher das Fell des Bären nicht zu verteilen.

---

18 Vgl. „Welt am Sonntag“ vom 12. März 1972 „Scharfe Kontroverse mit Brandt“; „Münchener Merkur“ vom 13. März 1972 „Der Friedenskanzler will holzen“; „Rheinische Post“ vom 13. März 1972 „Holzer“; dpa vom 14. März 1972 „Kraske: ‚Wer holzt, wird vom Platz gestellt‘“.

19 Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 26. November 1971 „CDU auch 1973 Opposition?“.

*Mahler*<sup>20</sup>: Ich darf ganz kurz unseren Landesvorsitzenden ergänzen als Wahlkampfleiter. Unsere Hauptzielgruppe sind jetzt ganz eindeutig die Wechselwähler, die zwischen SPD und CDU hin- und herpilgern, weil diese Wähler, die im Sommer 1969 leider Schiller gewählt haben, jetzt weniger SPD wählen. Unsere Untersuchungen haben ergeben, daß die Mehrzahl von der FDP, die ja hier früher bis zu 30 % stark war und bei den letzten Landtagswahlen noch 14,6 hatte, bereits im Frühjahr letzten Jahres zu uns gestoßen ist. Was ihre führenden nationalliberalen Mitglieder jetzt vorführen, die zu uns übertreten, ihre Mandate niederlegen, vollzieht nur nach, was in der Wählerschaft bereits begonnen hat. Also ich bitte Sie, besonders auf diese Zielgruppe abzustellen. Sie wissen ja, daß in dieser Zielgruppe vor allem auch Wirtschaftspolitiker auf unserer Seite stehen und der Ostpolitik sehr skeptisch gegenüberstehen. Und dann bitte ich Sie doch, das ist immer auch meine Bitte an die Freunde hier im Landesverband, auch zukunftsorientiert zu sprechen. Die Wähler erwarten, daß wir nicht nur auf dem Gegner herumtrommeln. (*Beifall.*) Sie erwarten von uns, wie wir die Probleme von heute und von morgen anpacken werden. Weniger von übermorgen. Das ist also nur eine ganz kurze Ergänzung. Wir werden hart zuschlagen, aber nicht unter der Gürtellinie, es erscheinen jetzt in dieser Woche unsere ersten Anzeigen, in der nächsten Woche: „Illustrierte“, „Hör Zu“, „Brigitte“, „Konradsblatt“ mit der Schlagzeile: „Die Preise klettern, daß es allen schwindelig wird.“<sup>21</sup> Also, Sie sehen hier schon den Tenor.

*Barzel*: Die Preise klettern, daß uns allen schwindelig wird? Sehr schön. Dann danke ich für die Vervollständigung des Berichts. – Herr von Weizsäcker!

*Von Weizsäcker*: Was ich anmerken wollte, ist im wesentlichen eine Bestätigung von all dem, was bisher gesagt worden ist, vielleicht noch mit einer Konkretisierung. Ich bin auch der Meinung, daß der wesentliche Stimmungsumschwung, den wir bei Kommentaren, gerade auch bei kritischen Pressevertretern, antreffen, nicht nur, sondern vor allem in der Sachlichkeit der Auseinandersetzungen über die Ostverträge sowohl im Bundesrat wie im Bundestag seine Ursache hat. Es war eine Auseinandersetzung, die (*Unruhe.*) doch in weiten Teilen der Publizistik und der Bevölkerung eindeutig den Schluß nahelegte, erstens, die Bedenken gegen die Verträge liegen in der Sache selbst und liegen nicht in erster Linie in dem Jagdfieber nach der Macht, und zweitens, die Bedenken sind ihrerseits wirklich ernst zu nehmen, auch von den Leuten, die die Linie der CDU deswegen noch nicht unbedingt teilen. Und diese Bedenken liegen, soweit man in einem Wahlkampf über die Ostpolitik sprechen kann, in der Sache selbst und nicht in der generellen Regierungsunfähigkeit der heutigen Regierung. Die Bedenken sind aus den und den Gründen ernst zu nehmen, so daß auch jemand, der die generelle Linie der Regierung Brandt durchaus bisher für richtig gehalten hat, diese Bedenken ernst nehmen muß. Das scheint mir für die Darstellung auch im Wahlkampf wesentlich zu sein, das ist das eine.

Das zweite, Herr Vorsitzender, ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie, der Sie diese

---

20 Dr. Gerhard Mahler (geb. 1930), Diplom-Kaufmann; 1970–1985 Vorsitzender des CDU-BV Nordwürttemberg. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1060 Anm. 16.

21 Anzeigen in ACDP Dokumentation 17/1 Landtagswahl Baden-Württemberg.



Linie der Sachlichkeit ausdrücklich als Maxime für die Beratung immer ausgegeben haben und dafür eingetreten sind, daß Sie zum Schluß noch Ihre Reise nach Paris erwähnten. Es ist ja eine bekannte Erfahrung, daß man in Wahlkämpfen nicht nur mit Wahlargumenten Eindruck macht, sondern auch mit der Politik, die man während der Wahlkämpfe macht. Ich finde es in diesem Zusammenhang wesentlich, daß wir nicht nur in Wahlversammlungen abwehren das Argument „Ein Scheitern der Verträge ist gleichbedeutend mit einer völligen Isolierung der Bundesrepublik“, sondern daß wir auch unsererseits ganz ernsthafte Schritte ergreifen, uns dazu äußern, was diese Schritte bedeuten. Denn erstmals – es ist nicht unsere Schuld, daß das jetzt erstmals geschieht – stellen sich Regierungen in Ost und West ernsthaft auf die Frage ein, wie man denn Politik weiterzumachen habe, falls es nicht zu einer Annahme der Verträge kommt.

Wir werden jetzt hier nicht zu lange über die Einzelheiten dieser Aufgabe sprechen, wir wissen, daß die Zustimmung im Ausland insbesondere bei den Verbündeten nicht etwa eine unqualifizierte Zustimmung zu der Ostpolitik und der Regierung Brandt als solche ist. Wohl aber wissen wir, daß die Regierung Brandt das gesamte Ausland darauf eingespielt hat zu sagen: „Wir haben eine Mehrheit, es hilft Euch gar nichts, Ihr müßt Euch auf diese Politik einstellen“, so daß sie sich auf diese Politik eingestellt haben. Mit anderen Worten, Zustimmung hin oder her im inneren, wir haben eine Lage, in der sich Franzosen, Amerikaner und andere je auf ihre Weise darauf eingerichtet haben, es stimmt, was die Regierung Brandt uns vorhergesagt hat, nämlich daß es die sichere und feste Mehrheit für diese Vertragspolitik gebe.

Und von daher ist es natürlich unsere Aufgabe, vor allem darüber zu reden mit den Verbündeten wie auch in der Öffentlichkeit, wie es denn mit dem Berlin-Abkommen steht, inwiefern das Berlin-Abkommen nach seinem eigenen Wortlaut verletzt wird, wenn die Sowjetunion das Schlußprotokoll nicht unterschreibt, inwiefern es gerade langfristig das Interesse der Sowjetunion ist, daß die Sicherheitskonferenz in Gang kommt und infolgedessen die Bedingung erfüllt wird, die das Atlantische Bündnis dafür gesetzt hat. Die Einzelheiten alle will ich nicht erwähnen. Ich will nur sagen, daß nach meiner Überzeugung für den Wahlkampf nicht nur der persönliche und sachliche Einsatz in der Veranstaltung selbst wichtig ist, sondern auch, daß wir dafür aufzuwarten haben mit einem Nachweis unserer eigenen politischen Aktivität gegenüber Regierungen, die sich nunmehr erstmals einstellen auf einen Ausgang der Wahlen im Bundestag, der anders lautet, als die Regierung das vorhergesagt hat. Und deswegen finde ich, was auch immer der Inhalt und das Ergebnis solcher Reisen ist, es ist sehr wesentlich, daß Sie eine solche Aktivität jetzt in den kommenden sechs Wochen vor der Wahl in Baden-Württemberg und vor der Abstimmung im Bundestag dokumentieren und diese Aktivitäten eröffnen mit der Fahrt nach Paris, die ich in jedem Fall für sehr wichtig halte, Herr Vorsitzender.

*Adorno:* Ich möchte anknüpfen an das, was Herr von Weizsäcker eben sagte und noch einmal auf die Situation hinweisen, in der wir uns augenblicklich im Lande befinden. Es ist zweifellos wichtig, daß der deutliche Umschwung im Laufe des Januar hier in Baden-Württemberg einsetzte, daß unser Parteitag nach den Parteitagen von FDP

und SPD<sup>22</sup> eine sehr deutliche Markierung im Lande setzte. Und daß dieser Umschwung anhielt und mit der ersten Lesung der Ostverträge im Bundestag einen ersten Höhepunkt erreicht hat. Aber nun dürfen wir nicht übersehen, daß wir erstens noch sechs Wochen bis zur Wahl haben, daß es sehr schwierig ist, einen Höhepunkt zu halten bzw. einen zweiten Kulminationspunkt zu setzen, der möglichst nahe am Wahltermin selbst liegen sollte. Denn nichts wäre für uns gefährlicher, wenn auch nur ein leichtes Abrücken von diesem Höhepunkt eintreten würde, weil wir ja die absolute Mehrheit benötigen.

Nun kann ich aus den Versammlungen im Lande, die wir selbst bestreiten und beobachten, folgendes noch sagen: Nach der Ratifizierung ist die Diskussion in den Versammlungen weitgehend von der Wirtschaftspolitik übergewechselt auf die Ostpolitik. Der größte Teil der Diskussionen nach den Versammlungen beschäftigt sich mit dem Thema Ostpolitik. Natürlich werden auch andere Fragen angesprochen: Kulturpolitik, Radikalismus, Wirtschaftspolitik. Aber der überwiegende Teil der Diskussion betrifft in den Versammlungen die Ostpolitik. Seit acht Tagen stellen wir aber fest, daß zunehmend jetzt wieder kritische Fragen, die aus einer gewissen Sorge, aus einer gewissen Angst resultieren, gestellt werden: Was passiert denn nun wirklich, wenn die Ostverträge nicht ratifiziert würden? Und deshalb meine ich, man müßte sich auch in der Vorbereitung der letzten, heißen Phase auf diese Argumentation sehr sorgfältig vorbereiten, damit wir nicht in den letzten Wochen eine gewisse Abflachung dieses aufsteigenden Trends erfahren, den wir in den letzten Wochen zu verzeichnen hatten. Das wollte ich nochmal mit allem Nachdruck unterstreichen.

*Barzel:* Wir sind alle einig mit der Beurteilung unserer Freunde in Baden-Württemberg. Sie deckt sich mit unserer Einschätzung. Aber es ist wichtig, diese Mahnung noch einmal zu hören.

*Brauksiepe:* Ich hätte eine Frage an den Herrn Wahlkampfleiter. Vielleicht können Sie mir das bestätigen oder genauer erläutern. Unter dem 7. März erschien ein kurzer Artikel darüber, daß es festgeschrieben sei, daß die Frauen unter 45 und über 60 grundverschieden reagierten. Wenn das so ist, ist es auch für uns wichtig zurückzugehen in die Nachbarbundesländer und zu sagen, wie wichtig es wiederum ist, die Frauen politisch stärker anzusprechen.

*Mahler:* Frau Brauksiepe, das ist eine Untersuchung des Statistischen Landesamtes von Baden-Württemberg.<sup>23</sup> (*Unruhe*.) Tatsache ist, daß sehr viel mehr Frauen unter 45 als Männer, wovor Herr Kohl schon seit Jahren warnt, in der Tat nicht mehr so sicher für die Union sind wie in den letzten 20 Jahren. Und die Untersuchung hat auch deutlich gezeigt, daß die Einbußen weniger bei Männern erfolgt sind als bei den Frauen. Auch das wiederum zeigt, daß wir die Preise in den Vordergrund rücken müssen, die

---

22 Das Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 1972 statt, am 8. Januar der Landesparteitag der SPD und am 22. Januar der Landesparteitag der baden-württembergischen CDU.

23 Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 7. März 1972 „Werden die älteren Frauen die Landtagswahl entscheiden?“.

Landespolitik und Vorschulerziehung, um die Frauen anzusprechen. Also tendenziell sind einige Dinge schon richtig.

*Griesinger:* Dr. Barzel, gerade deshalb, was Frau Brauksiepe völlig richtig hier angesprochen hat, ist es doppelt und dreifach wichtig, daß wir ganz klar zum Ausdruck bringen, daß nach dem Scheitern dieser Verträge nicht das Desaster da ist, denn gerade bei den älteren Frauen ist diese Sorge sehr stark, das erlebe ich in allen Versammlungen, daß nun auch gerade von ihnen die Fragen kommen. Nachdem sie oft in ihren eigenen Haushalten leben, würde ich herzlich darum bitten, daß wir uns Gedanken machen, wie weit wir eine Briefkastensendung machen könnten mit einem Blatt, um hier Information zu geben. Die Frauen kommen nicht alle in die Versammlungen. Über die Zeitungen und das Fernsehen wird nicht genügend informiert, und wir müßten hier unbedingt uns etwas überlegen, daß wir vielleicht sogar zweimal hier eine Hauswurfsendung vorbereiten könnten.

*Lemke:* Darf ich einige Bemerkungen dazu machen? Ich habe den Eindruck, daß gerade in Frankreich die größte Enttäuschung hervorgerufen werden wird. Ich habe aber auch den Eindruck, daß es zu einem Bruch nicht kommen wird. Und deswegen ist Ihre Reise so außerordentlich wichtig, damit wir damit argumentieren können. Denn die Gegenseite wird auf jeden Fall mit der Angst operieren. Nun habe ich gestern – das war mir selbst gar nicht so bekannt, obgleich ich mir immer einbilde, alles im Ausland zu verfolgen – von Herrn Kraske in der Rundfunksendung gehört – wirklich ausgezeichnet, sehr klar –, daß auch die NATO gesagt habe, das Berlin-Abkommen sei überhaupt die Voraussetzung für eine Sicherheitskonferenz.<sup>24</sup> Das muß viel deutlicher herausgestellt werden, weil nämlich dauernd mit dem Berlin-Abkommen operiert und auch Angst gemacht wird. Ich meine, man sollte diese beiden Dinge, die Reise nach Frankreich mit dem hoffentlich klaren Ergebnis, daß kein Bruch und keine Angst zu befürchten ist, und mit dieser Tatsache, daß das Berlin-Abkommen ein Bestandteil der NATO-Forderung für die eventuelle europäische Sicherheitskonferenz ist, in der nächsten Zeit noch viel mehr und immer wieder argumentieren.

## RADIKALISMUS

*Barzel:* Dann kommen wir zum Punkt 2 der Tagesordnung. Landtagswahlkampf haben wir mit einbezogen zum Punkt 3, das Wort hat Herr Kollege Dregger. Ich bitte um Entschuldigung, wenn wir beide in den nächsten fünf Minuten während des Vortrags Sie verlassen, weil wir eine Pressekonferenz haben. Wir kommen dann wieder hierher.

*Dregger:* Ich werde in meinem Bericht<sup>25</sup> folgende Fragen behandeln: Begriff und Stärke des Radikalismus, die Strategie der Linksradiكالen, die geistige und politische

---

24 Interview Kraskes am 12. März 1972 mit dem „Deutschlandfunk“, vgl. BPA/Abt. Nachrichten Referat II/4.

25 Niederschrift des Berichts von Dregger in ACDP 07–001–921. Die Niederschrift wurde mit dem Transkript abgeglichen.

Auseinandersetzung mit den Radikalen, die Auseinandersetzung mit staatlichen Mitteln, um dann mit einigen Schlußfolgerungen zusammenzufassen.

Unter politischem Radikalismus sind Aktivitäten zu verstehen, die verfassungswidrig sind. Art. 21 Abs. 2 GG bezeichnet Parteien und Organisationen als verfassungswidrig, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder den Bestand der Bundesrepublik zu gefährden. Was unter freiheitlich-demokratischer Grundordnung zu verstehen ist, hat das Bundesverfassungsgericht Bd. 2 S. 1 definiert.<sup>26</sup> Es ist in dem Bericht der Bundesgeschäftsstelle auf Seite 6 wiedergegeben. Kern des organisierten Linksradikalismus ist die DKP mit SDAJ und Spartakusbund. Daneben gibt es zahlreiche revolutionäre bzw. anarchistische Gruppen der „Neuen Linken“, unter denen die „Roten Zellen“ eine besondere Rolle an den Universitäten spielen. Die DKP hat 1971 ihren Mitgliederbestand von 30.000 auf 34.000 erhöhen können. Der Spartakusbund hat im offenen Bündnis mit dem Sozialdemokratischen Hochschulbund und anderen Links-Gruppen in der Studentenschaft und über sie in vielen Hochschul-Organen bestimmenden Einfluß gewonnen.

Kern des organisierten Rechtsradikalismus ist die NPD. Während die DKP 1971 4.000 Mitglieder gewann, hat die NPD 1970 rund 7.000 Mitglieder verloren. Erstmals seit 1965 ist der Mitgliederbestand aller rechtsradikalen Parteien und Vereinigungen auf unter 30.000 zurückgegangen. Der Rückgang der NPD dürfte sich 1971 fortgesetzt haben, zumal der Rücktritt von Thaddens als Parteivorsitzender<sup>27</sup> sie weiter geschwächt hat. Die „Aktion Widerstand“ ist eine Gründung der NPD, allerdings später mehr und mehr ihrem Einfluß entglitten. Verantwortlich für die Ausschreitungen beim Widerstandskongreß in Würzburg<sup>28</sup> war die sogenannte „Deutsch-soziale Aktion“.

---

26 Urteil des Ersten Senats vom 23. Oktober 1952 auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Sozialistischen Reichspartei (BverfGE 2,1): „Freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Art. 21 Abs. 2 GG ist eine Ordnung, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volks nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“

27 Adolf von Thadden trat am 20. November 1971 auf dem 5. Bundesparteitag der NPD in Holzminden zurück, zum Nachfolger wurde Martin Mußgnug gewählt. Vgl. FAZ vom 19. November 1971 „Streit um den Führer und den rechten Kurs“; „Frankfurter Rundschau“ vom 22. November 1971 „Als erster verließ Thadden das sinkende Schiff“.

28 Die „Aktion Widerstand“ wurde am 31. Oktober 1970 in Würzburg von Angehörigen verschiedener rechtsextremer Organisationen unter Federführung der NPD gegründet, vgl. „Handelsblatt“ vom 22. Oktober 1970 „NPD will wieder ins Geschäft kommen“; dpa vom 31. Oktober 1970 „Aktion Widerstand gegründet“; „Die Zeit“ vom 13. November 1970 „Der Aufstand des letzten Aufgebots“.

Die Zahl der politisch motivierten Gewaltverbrechen wächst an, von 275 in 1969 auf 483 in 1970. Davon waren 1970 (1969) 117 (48) linksradikal, 1984 (182) rechtsradikal motiviert. 182 (65) zeigten auf radikale Ausländergruppen hin.<sup>29</sup> Diesbezügliche Zahlen für 1971 liegen mir nicht vor. Ein weiteres Anzeichen ist anzunehmen. Kennzeichnend für die geistige Verfassung weiter Kreise unserer Gesellschaft ist die Tatsache, daß die Baader-Meinhof-Bande von Schriftstellern wie Böll<sup>30</sup> verbalen Beistand und bei intellektuellen und bürgerlichen Kreisen immer wieder Unterschlupf gefunden hat.

Zur Zahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Mitglieder verfassungsfeindlicher Parteien und Organisationen liegen keine veröffentlichten Angaben vor. Nach einer dpa-Meldung vom 26. Mai 1971 sollen 1970 etwa 1.000 öffentliche Bedienstete in der KPD/DKP und anderen kommunistischen Organisationen gewesen sein. Diese Zahl dürfte sich 1971 erhöht haben. Ein gewisser Schwerpunkt kommunistischer Präsenz ist nach Feststellung des Bundesverfassungsschutzes im gehobenen und höheren Schuldienst festzustellen. Nach Angaben des SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Müller<sup>31</sup> in der „Quick“ vom 8. Dezember 1971 rechnet der nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister Rau<sup>32</sup> mit demnächst 2.000 Volksschullehrern in Nordrhein-Westfalen, die der DKP angehören. Nach den Berichten einzelner Bundesländer war 1970 die Zahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Mitglieder der NPD noch geringfügig höher als die Zahl der DKP-Mitglieder. Die Dunkelziffer ist in dieser Hinsicht sicherlich groß.

Die Zahl der Mitglieder verfassungsfeindlicher Parteien und ihre Präsenz im öffentlichen Dienst ist im Vergleich z. B. zu Italien und Frankreich in der Bundesrepublik nicht groß. Das ist aber kein Grund zur Verniedlichung. Erstens kann die Situation in diesen Ländern, insbesondere in Italien, nicht gerade als beispielgebend bezeichnet werden. Zweitens sind deutsche Kommunisten ernster zu nehmen als z. B. die zahlreichen Italiener, die die KPI lediglich unterstützen, um gegen die z. T. schlech-

---

29 Zahlen aus dem Bericht von Werner Smoydzin vom 4. März 1971 vor dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages. – Werner Smoydzin (geb. 1925), Jurist; 1952 Referent in der Bundesgeschäftsstelle des BdV, 1956 Eintritt in das Bundesamt für Verfassungsschutz, September 1970 bis April 1972 dessen Vizepräsident, 1972–1982 Ministerialdirektor im Bundesministerium des Innern.

30 Heinrich Böll (1917–1985), Schriftsteller; am 10. Dezember 1972 Auszeichnung mit dem Literaturnobelpreis. – Für Aufregung sorgte der Beitrag Bölls „Will Ulrike Gnade oder freies Geleit?“ im „Spiegel“ Nr. 3 vom 10. Januar 1972 S. 54–57.

31 Dr. Günther Müller (1934–1997), Dozent; 1955 SPD, 1963–1967 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, 1965–1994 MdB (ab 17. Mai 1972 fraktionslos, ab 19. September 1972 Mitglied der CSU), 1988/89 und 1992/93 MdEP.

32 Johannes Rau (1931–2006), Verlagsbuchhändler; 1952 GVP, 1957 SPD, 1958–1999 MdB Nordrhein-Westfalen, 1964–1978 Mitglied im Wuppertaler Stadtrat, 1969/70 Oberbürgermeister von Wuppertal, 1970–1978 Minister für Wissenschaft und Forschung 1977–1998 Vorsitzender der nordrhein-westfälischen SPD, 1978–1998 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, 1999–2004 Bundespräsident. Vgl. Jürgen MITTAG/Klaus TENFELDE (Hg.): Versöhnen statt spalten. Johannes Rau: Sozialdemokratie, Landespolitik und Zeitgeschichte. Oberhausen 2007.

ten wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse ihres Landes zu protestieren. Drittens ist im Gegensatz zu Italien und Frankreich Deutschland geteilt und einer der beiden Teile unter kommunistischer Herrschaft. Viertens macht die DKP schnelle Fortschritte, nachdem sie erst 1968 wieder gegründet wurde. 1978 wird sie sicherlich wesentlich stärker sein als heute. Schließlich sind Wähler- und Mitgliederzahlen allein kein geeignetes Indiz zur Beurteilung radikaler Minderheiten. Die linksradikale Strategie zielt nicht auf die direkte Eroberung der Macht, sie will – in richtiger Einschätzung der Lage – die Macht auf anderem Wege erreichen.

Die Neigung, insbesondere vieler Sozialdemokraten, die Gefahr des Linksradikalismus gering zu schätzen, entspricht in keiner Weise der geschichtlichen Situation. Die Entwicklung im geistigen Bereich sowie die innen- und außenpolitische Lage unseres Landes zwingen dazu, den Linksradikalismus sehr ernst zu nehmen. Dabei ist zu beachten, daß hinter der DKP eine bereits auf deutschem Boden präsenste Weltmacht mit expansiven Zielen und einer offensiven Staats- und Parteidoktrin steht, die – militärisch hoch gerüstet – sich auch aller Mittel des subversiven Kampfes bedient. Hinter dem Rechtsradikalismus steht demgegenüber heute nichts. Er könnte nur virulent werden, wenn die demokratischen Parteien eklatant versagen.

Nun zur Strategie der Linksradikalen. Sie ist meines Erachtens besonders treffend von Schelsky<sup>33</sup> in seinem Aufsatz in der FAZ vom 10. Dezember 1971 unter der Überschrift „Die Strategie der Systemüberwindung“ analysiert worden. Nach Schelsky zielt die Strategie der Linksradikalen im Bildungs- und Informationswesen auf die Übernahme der direkten Herrschaft, in den staatlichen Organen auf die Verbreitung allgemeiner Unsicherheit und Schwäche, in den Sozialkonflikten auf eine Steigerung der Ansprüche weit über das Erfüllbare hinaus, um so trotz aller Fortschritte und Erfolge die freiheitliche und die marktwirtschaftliche Ordnung zu diskreditieren. Es ist eine schleichende Revolution, die sich als Marsch durch die Institutionen verwirklichte. Ihre Erfolge sind durch manche neuen Hochschulgesetze sicherlich in geradezu fataler Weise begünstigt worden.

Aufsehen hat in der Öffentlichkeit auch der Briefwechsel von Professor Steinbuch<sup>34</sup>

---

33 Dr. Helmut Schelsky (1912–1984), Soziologe; 1935 Promotion, 1939 Habilitation, 1945–1948 Leiter des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes, 1949–1953 Direktor der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg, 1953–1960 o. Professor für Soziologie an der Universität Hamburg, 1960–1965 an der Universität Münster, 1965–1967 Planungsbeauftragter des Kultusministeriums Nordrhein-Westfalen für die Universitäten in Ostwestfalen, 1967–1969 Vorsitzender der Planungsbeirates Nordrhein-Westfalen für die Entwicklung des Hochschulwesens, 1969–1984 o. Professor für Soziologie an der Universität Münster, 1978–1984 Honorarprofessor für Rechtssoziologie an der Universität Graz. Vgl. Friedrich KAULBACH (Hg.): Recht und Gesellschaft. Festschrift für Helmut Schelsky zum 65. Geburtstag. Berlin 1978.

34 Dr. Karl Steinbuch (1917–2005), Informatiker; 1944 Promotion zum Dr. Ing., Tätigkeit als freiberuflicher Physiker, 1948–1958 Entwicklungsingenieur bei Standard Elektrik Lorenz (SEL), 1958–1980 o. Professor an der Universität Karlsruhe (damals Technische Hochschule) und Direktor des Instituts für Nachrichtenverarbeitung und -übertragung. – Abdruck des Briefwechsels von Steinbuch mit Brandt in Klaus LUBKOLL/Kurt NAUMANN (Hg.): Die humane Gesellschaft. Jenseits von Kapitalismus und Kommunismus. Stuttgart <sup>2</sup>1974 S. 12–30;

mit dem Bundeskanzler erregt. Steinbuch war 1969 noch als Wahlwerber der SPD aufgetreten. Vielleicht darf ich noch einige Zitate bringen, obwohl Sie den Bericht gelesen haben werden. Steinbuch schreibt: „Meine Sorge ist: Unser politisches System – so wie es vom Grundgesetz bestimmt ist – hat zwar vordergründig eine sichere parlamentarische Mehrheit, es wird aber hintergründig ideologisch so ausgehöhlt, daß es wahrscheinlich in einer Krisensituation wie ein Kartenhaus zusammenbricht ... Die Gruppen, welche dieses System zerstören wollen, sind zwar zahlenmäßig schwach, sie beherrschen aber weitgehend Schlüsselpositionen unserer Gesellschaft: Universitäts-gremien und manche Redaktionsstuben.“ Das deckt sich mit der Analyse von Schelsky. Weiter: „Selbst bei denen, deren Amt es ist, die Grundsätze rechtsstaatlicher Ordnung zu verteidigen, wird diese Verteidigung immer zaghafter, halbherziger und weniger überzeugend. Man fühlt sich in der Rolle der Angeklagten, wenn man die Grundsätze demokratisch beschlossener Gesetze befolgt ...“ Und schließlich: „Wenn dieses politische System zugrunde geht, dann sicher nicht an unüberwindlichen, objektiven Widersprüchen, sondern an unserer mangelnden Intelligenz und Moral – und vor allem an unserem mangelnden Mut, nämlich den Zerstörern entschlossen zu widersprechen ... Ich fürchte vor allem, daß die SPD ideologisch leichtgläubig würde. Die ersten 100 Jahre führte die SPD einen erfolgreichen Kampf gegen politischen Radikalismus. Hat die SPD jetzt nicht mehr die Kraft zu einer ernsthaften Auseinandersetzung?“

Wenn die Analysen von Schelsky und Steinbuch im wesentlichen zutreffen, dann ist festzustellen, daß a) zur Zeit kein Anlaß besteht, die Frage des Radikalismus, insbesondere die Gefahr des Linksradikalismus gering einzuschätzen, und daß b) seine Abwehr nicht nur eine Frage staatlicher Machtanwendung ist. Noch wichtiger als diese ist die geistige und politische Auseinandersetzung mit dem Radikalismus. Die geistige Auseinandersetzung wird zu führen sein im Bereich der Kirchen, der Universitäten, der Schulen, der Publizistik, überall dort, wo die Sinnggebung des Lebens und der Politik in Frage steht. Was hier geschieht bzw. zur Verteidigung unserer freiheitlichen Ordnung nicht geschieht, ist allerdings zutiefst erschreckend. Der gegenwärtige Linkstrend im geistigen Bereich kann wohl ohne Übertreibung nach Ausmaß und Gefahr nur mit dem Rechtstrend am Ende der Weimarer Republik verglichen werden. Inwieweit wir von der Politik her auf diese Entwicklung nicht nur restriktiv durch Verbot und sonstiges, sondern auch positiv, d. h. geistig offensiv, Einfluß nehmen können, ist eine Frage, die vielleicht in der von Herrn von Weizsäcker geleiteten Grundsatzkommission geprüft werden kann oder ohnehin schon geprüft wird.

Die politische Auseinandersetzung mit dem Radikalismus ist Sache vor allem der demokratischen Parteien. Wenn wir radikale Parteien und Organisationen ohne Verbot allein politisch bekämpfen wollen, dann ist dreierlei unentbehrlich: die Solidarität der Demokraten, die kompromißlose Abgrenzung der Demokraten von den Radikalen und entschlossenes Handeln der Demokraten bei der Auseinandersetzung mit den Radikalen. Diese drei Voraussetzungen waren gegeben, als es darum ging, die NPD

---

hier Auszüge aus dem Brief Steinbuchs an Brandt vom 31. Januar 1972 S. 12–17. Vgl. auch „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 7. März 1972 „Kanzler warnt vor Übertreibung“.

wieder aus den Parlamenten herauszubringen. Das führte zum Erfolg. Bei der Abwehr des Linksradikalismus sind sie nicht mehr gegeben. Dafür gibt es zahlreiche Symptome. Aus meinem Erfahrungsbereich nur zwei Beispiele: Bei der Wahl des Präsidenten der Marburger Universität<sup>35</sup> kam es zu einer offenen Volksfront-Koalition von Sozialdemokraten und Linksradikalen einschließlich des Spartakusbundes. Bemerkenswert war auch die Reaktion der SPD-Landtagsfraktion auf die kürzlichen Vorfälle an der Frankfurter Universität. Die SPD richtete ihre Vorwürfe weniger gegen die linksradikalen Schläger als gegen ihre Kollegen von der CDU-Landtagsfraktion. Insbesondere mir hat sie vorgeworfen, ich hätte bewußt die Konfrontation mit den Radikalen gesucht und hätte sie provoziert, um als Märtyrer in die Schlagzeilen einzugehen. Dabei habe ich mit meinen Kollegen nichts anderes getan, als das Recht in Anspruch zu nehmen, die Universität aufzusuchen und dabei auch den Haupteingang zu benutzen. Als wir angeschrien wurden, haben wir nicht den Rückzug angetreten, sondern sind friedlich und unbewaffnet auf die Schreier zugegangen, die uns zunächst eine Gasse bahnten, dann aber, als wir ihnen den Rücken zeigten, mit Steinen, Farbbeuteln, Nebelkerzen usw. bewarfen. Wenn die Polizei uns nicht zur Hilfe geeilt wäre, wären wir wahrscheinlich übel zugerichtet worden.

Ich habe im Landtag dazu folgenden Standpunkt vertreten: Politiker gehören an den Ort des Geschehens. Wer Rechts- oder Linksradikale verharmlost, kennt sie nicht oder begünstigt sie. Wer die krisenhaften Erscheinungen an den Universitäten nicht beobachtet, kann sie nicht beurteilen. Demokraten müssen die Flagge zeigen. Nicht mit feiger Anpassung, sondern nur mit Entschlossenheit können wir unsere Ordnung verteidigen.

Daß der SPD die Abgrenzung von den Linksradikalen außerordentlich schwer fällt, dafür gibt es weitere Beispiele: Jochen Steffen<sup>36</sup> bezeichnet als Landesvorsitzender unsere rechtsstaatliche Ordnung als „modernen Faschismus“, ohne auf den Protest der Bonner Parteispitze zu stoßen. Demgegenüber finden Sozialdemokraten, die sich von den Linksradikalen in ihrer Partei scharf abgrenzen, kaum Unterstützung bei der Bonner SPD-Führung. Nicht selten verlieren sie in ihren Parteibezirken die Auseinandersetzung mit den Linksradikalen. Ich nenne zwei Beispiele: Herrn Vogel in München und Herrn Koschnick jetzt in Bremen.<sup>37</sup>

---

35 Am 2. Februar 1971 wurde der bisherige Universitätskanzler Rudolf Zingel mit den Stimmen des MSB Spartakus zum ersten Präsidenten der Philipps-Universität gewählt, was für Aufregung sorgte. Vgl. FAZ vom 8. März 1971 „Die neuen Herren der Universität Marburg“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 19. März 1971 „Vom Dompfeur zum Gefangenen der Linken“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 23. März 1971 „In Marburg geht das Gespenst der Volksfront um“. – Rudolf Zingel (geb. 1920), Jurist; 1949–1952 Studium der Rechtswissenschaften in Kiel, Eintritt als Assessor in das Innenministerium Nordrhein-Westfalen, 1957–1962 Oberregierungsrat im Bundesministerium für Atomenergie, 1962–1971 Verwaltungsdirektor bzw. Kanzler der Universität Marburg, 1971–1979 Rektor.

36 Äußerung von Jochen Steffen im Verlauf des Landtagswahlkampfes 1971 in Schleswig-Holstein, vgl. „Die Welt“ vom 30. April 1971 „Steffen spricht von Feudalismus in der Bundesrepublik“ sowie Interview Steffens mit „konkret“ (Nr. 10 vom 6. Mai 1971).

37 Bei der Wahl zum Nachfolger Vogels zum Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks München



Die SPD setzt das von ihrem Vorstand ausgesprochene Verbot der Kooperation mit den Kommunisten nicht durch. Ein Beispiel dafür ist die enge Zusammenarbeit von SHB und DKP an den Hochschulen. Herr Langguth wird sicherlich dazu etwas sagen. Unter allen nur denkbaren Vorwänden suchen die Jusos eine enge Zusammenarbeit mit kommunistischen Gruppen im In- und Ausland. Peter Corterier<sup>38</sup>, ehemaliger Bundesvorsitzender der Jusos und jetzt Vorstandsmitglied der SPD, schreibt dazu in „Christ und Welt“ am 26. Februar 1971 folgendes: „An die Stelle des für die SPD seit Godesberg verbindlichen Prinzips der Volkspartei, d. h., einer für alle wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen offenen und für die wählbaren Parteien möchten die Jungsozialisten die Klassenpartei und das Prinzip des Klassenkampfes setzen.“

Schließlich erhielt auf dem Godesberger Parteitag der SPD im Dezember 1971 der von Brandt selbst befürwortete Vorschlag, satzungsgemäß die Unterstützung einer anderen Partei als Ausschlußgrund festzulegen, nicht die erforderliche Mehrheit. Nach den Worten Brandts ging es darum, daß „jemand, der für die DKP einen Wahlvorschlag unterschreibt und unterstützt, nicht nach der alten, wohl aber nach der neuen Fassung der Satzung ausgeschlossen werden kann.“<sup>39</sup> Die alte Fassung ist in Kraft geblieben. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die radikale Linke in der SPD im Vormarsch ist und schon heute die Politik dieser Partei wesentlich bestimmt. Daß viele Sozialdemokraten heute uns näher stehen als ihren linken Genossen, sei nur am Rande erwähnt.

Nun die Abwehr des Radikalismus durch staatliche Mittel, hier Parteiverbot. Wenn die geistige und politische Auseinandersetzung mit dem Linksradikalismus überzeugender in unserem Lande geführt würde als es geschieht, dann könnte man möglicherweise darauf verzichten, den Radikalismus auch mit staatlichen Mitteln zu bekämpfen. Nach Lage der Dinge wäre jedoch ein Treibenlassen nicht Ausdruck von Toleranz, sondern die Bereitschaft zum Selbstmord der Republik. Als staatliche Mittel zur Radikalismusabwehr kommen vor allem das Verbot verfassungswidriger Parteien und Organisationen und die Freihaltung des öffentlichen Dienstes von Verfassungsfeinden

---

setzte sich nicht der Favorit Vogels, Georg Kronawitter, sondern der ehemalige Vorsitzende der Jungsozialisten, Rudolf Schöfberger, durch, vgl. „Stuttgarter Nachrichten“ vom 15. März 1972 „Vogel hat eine Schlacht verloren“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 15. März 1972 „Schöfberger soll Parteichef werden“. – In Bremen wurde Hans Koschnick nach Verabschiedung eines Beschlusses, der die Trennung von Regierungs- und Parteiamt vorsah, gezwungen, seine Kandidatur für den SPD-Landesvorsitz zurückzuziehen. Zum Landesvorsitzenden wurde Hennig Scherf gewählt. Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 7. März 1972 „Versteinert zog Koschnick die Konsequenz“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 8. März 1972 „Durchbruch der Jusos in Bremen“.

38 Dr. Peter Corterier (geb. 1936), Jurist; 1963–1967 stv. und 1967–1969 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, 1969–1983 und 1984–1987 MdB, 1973–1977 MdEP, 1978–1981 Vizepräsident und 1982/83 Präsident der Nordatlantischen Versammlung, 1983/84 Leiter des Washingtoner Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung. – Vgl. „Christ und Welt“ vom 26. Februar 1971 „Die Jusos nützen der Opposition“.

39 Der außerordentliche Parteitag der SPD am 17./18. Dezember 1971 lehnte die vorgeschlagene Reform des § 6 des Parteistatuts ab für die Brandt plädierte (SPD, PARTEITAG 1971 S. 52, S. 60f.).

in Betracht. Das Grundgesetz stellt dafür Mittel zur Verfügung, welche die Weimarer Verfassung nicht kannte. Die Verfassungsväter aller demokratischen Parteien, von Paul Löbe<sup>40</sup> über Theodor Heuss zu Konrad Adenauer, haben bei der Formulierung des Grundgesetzes die Konsequenzen aus ihren Weimarer Erfahrungen gezogen. Sie wollten verhindert wissen, daß die zweite deutsche Republik das Schicksal der ersten erleidet. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Zielsetzung des Grundgesetzes in seiner berühmten Entscheidung vom 15. Dezember 1970 wie folgt formuliert: „Im vorliegenden Zusammenhang ist von besonderer Bedeutung, daß die Verfassung sich für die ‚streitbare Demokratie‘ entschieden hat. Sie nimmt einen Mißbrauch der Grundrechte zum Kampf gegen die freiheitliche Ordnung nicht hin. Verfassungsfeinde sollen nicht unter Berufung auf Freiheiten, die das Grundgesetz gewährt und unter ihrem Schutz die Verfassungsordnung oder den Bestand des Staates gefährden, beeinträchtigen oder zerstören dürfen.“<sup>41</sup> Mit anderen Worten: Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit.

In den ersten zwei Jahrzehnten ihres Bestehens hat die zweite deutsche Republik eine im Sinne ihrer Verfassung konsequente Haltung eingenommen. Rechts- und linksradikale Parteien und Organisationen wurden energisch bekämpft. Auch Verbote wurden ausgesprochen, u. a. für die KPD mit all ihren Untergliederungen. Das geschah 1956. 1968 änderte sich diese Linie. 12 Jahre nach dem Verbot der KPD wurde eine kommunistische Partei unter der Bezeichnung DKP erneut offiziell gegründet.<sup>42</sup> Zwei Gründungsmitglieder dieser DKP hatten zuvor den Bundesjustizminister und seinen Staatssekretär – das waren damals die Herren Heinemann und Ehmke – konsultiert. Seit diesem Zeitpunkt macht der Ausbau der DKP als disziplinierter und zugleich fanatisierter Kaderpartei mit ihrer Jugendorganisation SDAJ und mit ihrer Studentenorganisation Spartakus bemerkenswerte Fortschritte.

Am 4. März 1971 erklärte der Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Herr Smoydzin, Mitglied der FDP, bei der DKP handele es sich um eine Nachfolgeorganisation der KPD. Er leitete diese Beurteilung vor dem Innenausschuß des Bundestages aus einer weitgehenden Identität der Führungskader von KPD und DKP und einer Übereinstimmung ihres Programms ab. Der Innenausschuß des Bundestages hat damals den Bundesminister des Innern aufgefordert, zu dieser Feststellung des Bundesverfassungsschutzes Stellung zu nehmen. Herr Genscher hat das in eindeutiger Weise bis heute nicht getan, wobei ich offen lasse, inwieweit er sich der Kabinettsdisziplin zu fügen hatte. Das Nebeneinander von verbotener KPD und nicht verbotener DKP hatte wohl von vornherein nur Tarnungscharakter. Nachdem inzwischen sogar der Vorsitzende der KPD, Max Reimann<sup>43</sup>, zum Ehrenvorsitzenden der DKP

---

40 Paul Löbe (1875–1967), Journalist; 1895 SPD, 1949–1953 MdB (Alterspräsident). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 781 Anm. 96.

41 Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1970 (2 BvF 1/69, 2 BvR 629/68 und 308/69) betr. Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs, Nachprüfung von Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs.

42 Vgl. dazu Roik.

43 Max Reimann (1898–1977), Werftarbeiter; 1913 SAJ, 1919 KPD, ab 1920 hauptamtlicher

ernannt worden ist, hat auch äußerlich das Zusammenwachsen von KPD und DKP seinen Abschluß gefunden. Offenbar sind die Kommunisten der Auffassung, daß es ihnen die innen- und außenpolitische Lage der Bundesrepublik erlaubt, die Tarnkappe fallenzulassen. Die Erklärung des Bundeskanzlers gegenüber dem Chef der sowjetischen KP auf der Krim, die DKP sei legal<sup>44</sup>, mag dazu beitragen. Sie kommt ja für die Zeit der Existenz dieser Regierung einer internationalen Bestandsgarantie der DKP ziemlich nahe. Alles in allem, es kann kein Zweifel daran bestehen, daß KPD und DKP sich nur durch die Reihenfolge der Anfangsbuchstaben voneinander unterscheiden und daß sie heute eine politische Einheit darstellen. Zusammen mit der SED sind damit die Kommunisten die einzigen, die in beiden Teilen Deutschlands über eine zugelassene gesamtdeutsche Partei verfügen.

Wenn die DKP die Nachfolgeorganisation der KPD ist, dann hat das die rechtliche Konsequenz, daß über ein etwaiges Verbot der DKP nicht das Bundesverfassungsgericht, sondern der Bundesminister des Innern zu entscheiden hat. Ob der Bundesinnenminister hier einen Ermessensspielraum hat, den das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich der Bundesregierung bei der Frage eines Verbotsantrages gegen eine noch nicht verbotene radikale Partei eingeräumt hat, ist zumindest sehr zweifelhaft. Ich möchte das heute nicht abschließend beurteilen.

Unabhängig von dieser Rechtsverfahrensfrage ist es eine Frage des politischen Ermessens, ob auf das Verbot der DKP auch weiterhin verzichtet werden kann. Ich glaube, hier unter uns sollte man die Dinge ganz offen ansprechen. Ich möchte einige Gründe nennen, die für ein Verbot der DKP sprechen. Erstens, die Achtung vor dem Grundgesetz und vor dem Bundesverfassungsgericht. Die Beratung einer von dem Bundesverfassungsgericht verbotenen verfassungswidrigen Partei zum Zwecke der Verbotsumgehung ausgerechnet durch den Bundesjustizminister und seinen Staatssekretär könnte sich einmal als ein Akt der Selbstverstümmelung dieser Republik erweisen. Zweitens, der Verzicht auf ein Verbot radikaler Parteien erschwert es zumindest erheblich, Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten. Ich komme darauf zurück. Drittens, selbst wenn es gelänge, wären damit die Probleme einer Wehrpflichtarmee nicht gelöst. Radikale würden als Wehrpflichtige trotzdem in sie eindringen, ohne daß sich die Truppe gegen ihre Aktivitäten angemessen zur Wehr setzen könnte. Die Wehrgesetzgebung stammt aus einer Zeit, in der die Republik noch fest entschlossen war, verfassungsfeindliche Parteien zu unterdrücken, was im Grunde

---

Partei- und Gewerkschaftsfunktionär, 1933–1939 Emigration, 1940 Verhaftung und Inhaftierung im KZ, 1945 Beteiligung im Ruhrgebiet am Wiederaufbau der KPD, 1948–1956 (bis zum Verbot) Vorsitzender der KPD, 1946–1954 MdL Nordrhein-Westfalen, 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1949–1953 MdB, 1950/51 und 1954–1969 Übersiedlung in die DDR, 1969 Rückkehr, 1971 Eintritt in die DKP. – Auf dem 2. Parteitag der DKP vom 25. bis 28. November 1971 in Düsseldorf wurde Max Reimann mit einer Gegenstimme zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

44 Vgl. „Die Welt“ vom 23. September 1971 „Watte-Packung für die Kommunisten“; „Frankfurter Neue Presse“ vom 23. September 1971 „Thema DKP-Verbot ist für Bonn tabu“. – Zum Treffen Brandts mit Breschnew in Oreanda vgl. Nr. 19 Anm. 13.

die Voraussetzung dafür ist, die Bundeswehr zu absoluter parteipolitischer Neutralität allen bestehenden Parteien gegenüber zu verpflichten. Das Nebeneinander von liberaler Wehrgesetzgebung und der Duldung verfassungsfeindlicher Parteien stellt die Vorgesetzten in der Truppe vor Aufgaben, die für sie nicht lösbar sind. Das bedeutet, daß der Kampf der Kommunisten gegen die Bundeswehr in der Bundeswehr bereits begonnen hat. Wir haben die Meldung über den letzten Bericht des Wehrbeauftragten gelesen, der dafür erhebliche Erkenntnisse gibt.

Ob ein Verbot der DKP es den Gewerkschaften erleichtern würde, dem Einfluß der Kommunisten in ihren Reihen entgegenzutreten und ob ihnen das ohne Verbot überhaupt gelingen kann, ist eine Frage, zu der sicherlich Herr Kollege Blüm nachher Stellung nehmen wird. Daß die Gewerkschaften und die Betriebsräte durch das Auftreten von Linksradikalen vor neue Probleme gestellt worden sind, ist seit den ersten wilden Streiks in Nordrhein-Westfalen auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden<sup>45</sup>. Die Tatsache, daß diese wilden Streiks von den Kommunisten nicht initiiert, sondern nur ausgenutzt worden sind, ändert daran nichts. Gesamtpolitisch, ich hatte es schon erwähnt, ich wiederhole es in diesem Zusammenhang, bedeutet die Zulassung der DKP, daß wir eine einzige gesamtdeutsche Partei haben, DKP/KPD/SED, die angetreten ist mit dem politischen Ziel, die deutschen Teilstaaten zu vereinigen auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus, wie es in Art. 8 der Verfassung der DDR heißt, die 1968 eingeführt worden ist.<sup>46</sup>

Schließlich ist es die Frage, ob ein Verbot der DKP beliebig lange aufgeschoben und später ohne weiteres nachgeholt werden kann. Ein lange geduldeter Zustand wird als rechtmäßig empfunden, was es politisch erschweren, ja möglicherweise sogar ausschließen könnte, später einmal das nachzuholen, was jetzt versäumt wird. Hinzu kommt die Frage, ob dieser Staat überhaupt die Kraft besitzt, gegen eine wesentlich stärker gewordene DKP einmal mit den Mitteln des Verbots einzuschreiten. Zu beachten ist auch der Schatten der Sowjetunion, der auf diese Frage hier in unserem Lande seine Wirkung tut.

Daß es auch Gründe gibt, die gegen ein Verbot der DKP sprechen, ist klar. Ins Feld geführt wird die leichtere öffentliche Kontrolle, mancher mag auch an Stimmenverluste für die SPD denken. Im übrigen ist der Zeitpunkt eines Verbots auch außenpolitisch zu beurteilen. Unabhängig davon ist die Frage zu beantworten, ob jetzt aus der Opposition heraus die Forderung nach einem Verbot der DKP wahltaktisch zweck-

---

45 Flugblatt der DKP Bezirk Ruhr-Westfalen vom 22. Januar 1972 „Die völlig unzureichende Lohnerhöhung für die Stahlarbeiter stieß auf Protest“.

46 Art. 8 Abs. 2 der DDR-Verfassung vom 9. April 1968 lautete: „Die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen und die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung sind nationales Anliegen der Deutschen Demokratischen Republik. Die Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger erstreben darüber hinaus die Überwindung der vom Imperialismus der deutschen Nation aufgezwungenen Spaltung Deutschlands, die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus.“ Text im Internet: <http://www.verfassungen.de/de/ddr/ddr68-i.htm>.

mäßig ist. Denn daß eine solche Forderung von uns von der Linkskoalition nicht erfüllt wird, ist klar. Um das beurteilen zu können, wäre es notwendig, einmal Meinungstests anzustellen. Ich bin da nicht ganz sicher und neige im Augenblick mehr zu der Auffassung, daß jetzt nicht der richtige Zeitpunkt wäre, eine solche Forderung zu stellen. Ich halte es aber für notwendig, daß wir diese Frage sehr ernsthaft durchdenken und meines Erachtens zu einem nicht zu späten Zeitpunkt entscheiden.

Nun zur Freihaltung des öffentlichen Dienstes von Radikalen. Geht man davon aus, daß das Verbot der DKP weder rechtlich geboten noch politisch opportun ist, dann ist es aber sicherlich um so notwendiger, das Eindringen von Verfassungsfeinden in den Staatsdienst zu verhindern. Auch hier fehlt es heute an der Konsequenz, die in den Anfangsjahren unserer Republik bestand. In einem Beschluß der Bundesregierung vom 19. September 1950 hieß es, „daß derjenige Beamte, Angestellte oder Arbeiter im Bundesdienst, der an Organisationen oder Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung teilnimmt, sich für sie betätigt oder sonst unterstützt, sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig macht und unnachsichtig sofort aus dem Bundesdienst zu entfernen ist.“<sup>47</sup>

Dieser Kabinettsbeschluß enthielt einen Katalog von 13 links- oder rechtsradikalen Organisationen, deren Unterstützung als mit den Dienstpflichten unvereinbar erklärt wurde. An erster Stelle wurde die damals noch nicht verbotene KPD mit all ihren Unterorganisationen genannt. Auch die Länder, einschließlich sogar des Landes Hessen – mir ist ein solcher Erlaß aus dieser Zeit in die Hände gefallen – verfuhrten entsprechend. In der von der hessischen Landesregierung herausgegebenen Richtlinie vom 19. Oktober 1950 heißt es wie folgt: „Beamte, Angestellte und Arbeiter, die an Organisationen oder Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Staatsordnung teilnehmen, sich für sie betätigen oder sie sonst wie unterstützen, sind auf Grund des § 10 Abs. 3 Hessisches Beamtengesetz bzw. § 87 Abs. 1 b des Manteltarifvertrages für die Lohnempfänger des öffentlichen Dienstes im Lande Hessen zu entlassen. Eine Teilnahme liegt insbesondere vor, wenn der Bedienstete der KPD oder einer totalitären rechtsradikalen Organisation oder einer ihrer Tarnorganisationen angehört.“<sup>48</sup> Es folgt dann eine umfangreiche Liste rechts- und linksradikaler Organisationen.

Die Vereinbarung der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler vom 29. Januar 1972 ist demgegenüber weit zurückhaltender formuliert. Sie lautet in Ziffer 2.1.2 wie folgt: „Gehört ein Beamter einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten wird.“<sup>49</sup> Die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation soll danach nur Zweifel an der Verfassungstreue des Einstellungsbewerbers begründen, sie aber noch nicht beweisen. Das ist einigermä-

---

47 Das Kabinett sprach am 19. September 1950 als 5. Tagesordnungspunkt über „Politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Staatsordnung“. Vgl. Ulrich ENDERS/Konrad REISER (Bearb.): Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 2 1950. Boppard am Rhein 1984 S. 702 f.

48 Vgl. „Staats-Anzeiger für das Land Hessen“ Nr. 42 vom 21. Oktober 1950 S. 425.

49 Vgl. Nr. 21 Anm. 7.

ben, unter uns gesagt, erstaunlich, da ein Beitritt zu einer verfassungsfeindlichen Partei und die Zahlung von Beiträgen eine Förderung dieser Partei bedeutet, selbst wenn dieser Beitritt nur aus Gründen des Opportunismus erfolgt, wobei dazu ja im allgemeinen heute noch keine Veranlassung besteht, man tritt eher aus Opportunismus der SPD oder vielleicht auch der CDU bei als einer radikalen Partei. Immerhin gibt es vielleicht einige Hochschulbereiche, wo es sich heute schon personell günstig auswirkt, wenn man das Mitgliedsbuch der DKP oder des Spartakusbundes besitzt. Aber daß eine Unterstützung vorliegt, auch wenn man nur aus Opportunismus beitritt, ist doch wohl im Grunde nicht zu bestreiten.

Führende Sozialdemokraten möchten die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen verfassungsfeindlichen Partei nicht als Ausschlußgrund anerkennen. Heute im Gegensatz zu früher. So schreibt Bundesjustizminister Jahn am 25. Januar 1972 im SPD-Pressedienst folgendes, ich zitiere: „Solange das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsfeindlichkeit einer Partei nicht festgestellt hat, kann in der bloßen Mitgliedschaft nicht mehr als ein besonders intensiver Ausdruck der politischen Gesinnung gesehen werden. Die bloße Parteimitgliedschaft allein kann keine Disziplinarmaßnahme rechtfertigen. Erst wenn sich das Mitglied einer radikalen Organisation, die nicht verboten ist, aktiv gegen verfassungsmäßige Ordnung betätigt, ist Raum für eine Entlassung aus dem öffentlichen Dienst. Auch bei der Frage der Neueinstellung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst ist es mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbar, allein schon die Tatsache der bloßen Mitgliedschaft in einer radikalen Partei für die Ablehnung ausreichen zu lassen. Auch hier kommt es auf den konkreten Nachweis tatsächlicher verfassungsfeindlicher Aktivität an.“

In ähnlicher Weise hat sich die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen in einer Presseerklärung vom 8. Februar 1972 geäußert. Herbert Wehner selbst formuliert politischer. Er schreibt in der „Augsburger Allgemeinen“ vom 21. Januar 1972<sup>50</sup> unter anderem folgendes: „Ich sehe keinen Sinn darin, die freiheitliche Grundordnung durch den ersten Schritt zu ihrer Beseitigung schützen zu wollen.“ So wurde auch in Weimar formuliert. „Die Sicherung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Staates bedarf der festen Grundlage der Grundrechte und der Gleichheit aller Bürger vor dem Recht.“ Meine Bemerkung dazu: Er wünscht das also auch für die Feinde der Freiheit und der Verfassung. Das stimmt nicht mit unserer Verfassung überein, und auch nicht mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das ich vorhin zitiert habe. Wehner sagt weiter: „Das gehört zum positiven Verfassungsschutz. Kampf gegen Kommunismus darf nicht als Schablone für die Schmähung und Verdächtigung von allem, was nicht konservativ ist, geformt werden.“

Damit werden die Erfahrungen der Weimarer Republik, die Praxis von Bund und Ländern in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik sowie die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte und die Rechtslehre vom Tisch gewischt. Das geschieht offenbar aus parteitaktischen Gründen im Hinblick auf die innerparteiliche

---

50 Rubrik: Forum der Parteien. Für die SPD: Fraktionsvorsitzender Wehner „Spiel mit dem Grundgesetz“.

Situation der SPD, übrigens auch der FDP, in der die radikale Linke bereits so stark geworden ist, daß die Parteiführung so etwas nicht durchsetzen könnte. Insbesondere die Jungdemokraten wollen die Kooperation – wie die Jungsozialisten – mit den Kommunisten. Eine Rolle wird auch der Wunsch spielen, der Sowjetunion gefällig zu sein.

Herr Vogel wird auf die rechtliche Seite dieser Frage näher eingehen. Außerdem kann ich auf die ausgezeichnete Vorlage der Bundesgeschäftsstelle verweisen, die Ihnen zugegangen ist.<sup>51</sup> Ich bin nur nicht sicher, ob sie gelesen wurde, weil sie lang ist. Aber ich kann es Ihnen empfehlen. Ich möchte nur auf folgendes Bezug nehmen. Die Verwaltungsgerichte haben die Mitgliedschaft eines Beamten in der KPD, zu der Zeit, als sie noch nicht verboten war, immer als eine Verletzung der Dienstpflichten bezeichnet, die die Entlassung rechtfertigt. Die Arbeitsgerichte haben allerdings weitgehend die Auffassung vertreten, daß die Mitgliedschaft zur KPD, solange sie nicht verboten und damit verfassungsrechtlich geschützt ist, eine fristlose Entlassung nicht zu begründen vermöge.

Ob diese unterschiedliche Rechtsprechung von Verwaltungs- und Arbeitsgerichten sich aus einer unterschiedlichen Rechtslage für Beamte oder Angestellte ergibt, müßte geprüft werden. Wie dem aber auch sei, für die Beamten jedenfalls hat die Rechtsprechung die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation immer als Ablehnungs- und Entlassungsgrund angesehen.

Das Bundesverfassungsgericht hat sich zu dieser Frage noch nicht geäußert. In einer Entscheidung vom 21. März 1961 (2 BvR 27/60) ging es um die Frage, ob § 90 a, Abs. 1 und 3 StGB in der damals geltenden Fassung gegen Art. 21 GG verstieß und deshalb nichtig war. Dabei ging das Bundesverfassungsgericht von folgenden Rechtsgedanken aus: a) Wegen des sogenannten Parteienprivilegs des Art. 21 Abs. 2 GG kann niemand die Verfassungswidrigkeit einer Partei rechtlich geltend machen, bevor diese Partei vom Bundesverfassungsgericht verboten ist. b) Das Verbot ist konstitutiv, d. h. ohne Rückwirkung. c) Das in erster Linie die Parteioorganisation schützende Privileg des Art. 21 Abs. 2 GG erstreckt sich auch auf die mit allgemein erlaubten Mitteln arbeitende parteioffizielle Tätigkeit der Funktionäre und Anhänger einer Partei. Ihre Tätigkeit ist durch das Parteienprivileg auch dann geschützt, wenn ihre Partei durch eine spätere Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts für verfassungswidrig erklärt wird.

Meines Erachtens kann diese Entscheidung, die die Anwendung von Strafrechtsbestimmungen auf Mitglieder einer nicht verbotenen Partei betraf, nicht analog angewandt werden auf die ganz andere Frage, ob Mitglieder einer verfassungsfeindlichen Organisation von der Einstellung in den Staatsdienst ausgeschlossen werden können. Es ist sicherlich sehr zu billigen, wenn das Bundesverfassungsgericht es ablehnt, jemanden strafrechtlich verfolgen zu lassen wegen einer Tätigkeit in einer noch nicht

---

51 Vgl. die Ausarbeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle Abt. III Politik – Gruppe II Innenpolitik zum Thema „Radikale im öffentlichen Dienst? Beurteilung der rechtlichen Situation und ihrer Konsequenzen“ (ACDP 07–001 AO Bilke Bundesvorstandssitzung von 1970 bis Sept. 1972 unverzeichnet).

verbotenen verfassungsfeindlichen Partei. Damit hat das Bundesverfassungsgericht aber nicht gesagt, daß ein Mitglied verfassungsfeindlicher Organisationen in den Staatsdienst eingestellt werden müsse, solange ein Verbot nicht ausgesprochen ist; der Beamte steht in einem besonderen Gewalt- und Treueverhältnis zum Staat. Seine Treuepflicht findet ihren Ausdruck in den beamtenrechtlichen Bestimmungen, die das aktive Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung verlangen.

Wichtig scheint mir schließlich der Hinweis zu sein, daß Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz insbesondere die Lehrfreiheit, meine Herren Bundesminister, unter die Pflicht der Treue zur Verfassung stellt. Ich glaube, das geschieht nicht ohne Grund, und das müssen wir sehr ernst nehmen.

Ob die Vereinbarung der Ministerpräsidenten geeignet ist, den öffentlichen Dienst von Radikalen freizuhalten, ist schon deshalb zweifelhaft, weil diese Vereinbarung unterschiedlich interpretiert werden kann und offensichtlich nicht alle sozialdemokratischen Landesregierungen bereit oder in der Lage sind, sie konsequent anzuwenden. Die hessische Landesregierung, sie hat es am letzten Freitag zum Gegenstand einer Landtagsdebatte gemacht, ist sogar so weit gegangen, die Vereinbarung der Ministerpräsidenten in einem Kabinettsbeschluß umzuformulieren. Mit der Begründung, das sei inhaltlich dasselbe, aber sie drücke das damit besser aus, was die Ministerpräsidenten gewollt hätten. Dabei geht es um die Frage, welche Konsequenz die Zweifel an der Verfassungstreue eines Beamten hat, der einer verfassungsfeindlichen Partei angehört. Die Vereinbarung der Ministerpräsidenten besagt, daß das in der Regel den Ausschluß bedeutet. Die Beweislast soll dabei bei dem Einstellungsbewerber liegen. Und wenn die Zweifel nicht ausgeräumt werden können, dann soll der Ausschluß die zwingende Folge sein. Die hessische Landesregierung sagt, daß ein Ausschluß nur eine der verschiedenen Möglichkeiten ist, keineswegs zwingende Konsequenz und daß die Beweislast dafür auch nicht bei den Einstellungsbewerbern liegt, sondern bei der Einstellungsbehörde. Dieser hessische Alleingang verhindert ein einheitliches Vorgehen von Bund und Ländern, das mit der Vereinbarung angestrebt wurde in einer Sache, die einheitlich behandelt werden muß. Der von mir in der Landtagsdebatte zur Rede gestellte Ministerpräsident bestritt das allerdings.<sup>52</sup> Er erklärte, der Beschluß der Landesregierung weiche natürlich nicht von dem ab, was die Ministerpräsidenten gewollt hätten. Er bringe dafür nur eine bessere Formulierung. Alle seien der Meinung gewesen, daß über die Mitgliedschaft hinaus eine aktive verfassungsfeindliche Tätigkeit vorliegen und nachgewiesen werden müsse. Ich nehme an, daß die Herren Kohl und Stoltenberg das nicht bestätigen werden.

Ich komme zu folgenden Schlußfolgerungen: Erstens, der Radikalismus, insbesondere der Linksradikalismus, ist eine akute Gefahr für die Bundesrepublik und ihre demokratische Ordnung. Bei seinem Marsch durch die Institutionen hat er insbeson-

---

52 Debatte am 9. März 1971 im Landtag von Hessen über den „Antrag der Fraktion der CDU betreffend Radikale im öffentlichen Dienst (BT-Drs. 7/1379)“. Zum Redebeitrag Dreggers und der Antwort von Ministerpräsident Osswald vgl. Sten.Ber. Landtag von Hessen 7. WP 35. Sitzung S. 1913–1919.



dere im Bildungs- und Informationswesen erhebliche Fortschritte gemacht. Zweitens, die Bekämpfung des Radikalismus ist nicht nur eine Sache staatlicher Machtausübung, sondern vor allem eine geistige und politische Aufgabe. Auf keinem dieser drei Felder geschieht zur Zeit das, was für die Erhaltung der Republik und ihrer Verfassung notwendig ist. Drittens, zur Auseinandersetzung im geistigen Bereich kann die Partei nicht mehr als Anstöße geben, die von denen aufgenommen werden müssen, die auf diesen Feldern tätig sind. Viertens, die politische Auseinandersetzung ist Sache der demokratischen Parteien. Hier sollte die CDU/CSU sich weiterhin nach rechts und links in gleicher Weise scharf abgrenzen und SPD wie FDP zur Solidarität der Demokraten aufrufen. Sie sollte gleichzeitig die innere Entwicklung dieser beiden Parteien scharf beobachten und das Vordringen ihrer linken Flügel politisch bekämpfen. Fünftens, im Augenblick dürfte es politisch nicht opportun sein, daß die CDU/CSU aus der Opposition heraus das Verbot der DKP fordert. Sie muß allerdings für die Zukunft eine solche Möglichkeit in Erwägung ziehen, insbesondere dann, wenn sich die sozialdemokratischen Regierungen einer konsequenten Freihaltung des öffentlichen Dienstes von Verfassungsgegnern versagen. Die CDU sollte auch prüfen, wie eine solche Forderung wie etwa nach einem DKP-Verbot wahltaktisch zu beurteilen wäre. Da sollten Umfragen stattfinden. Sechstens, die CDU soll die Bundes- und Landesregierungen auffordern, die Vereinbarung der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler konsequent und einheitlich anzuwenden. Sie sollte die Umformulierung einzelner Sätze dieser Vereinbarung kritisieren, sie sollte schließlich die gemeinsame Erarbeitung von Richtlinien zur Verwirklichung dieser Vereinbarung fordern, da sie interpretationsfähig und -bedürftig ist. Sie sollte fordern, daß in diesen Richtlinien auch die rechts- und linksradikalen Organisationen genannt werden, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgen. Siebtens, das elementare Bedürfnis der Menschen nach Recht und Ordnung wird vielfach als spießbürgerlich abgewertet oder gar als undemokratisch kritisiert. Ich möchte dem Begriff Recht und Ordnung den Begriff Freiheit hinzufügen, da es in links- oder rechtsfaschistischen Staaten einen Grad an Ordnung gibt, der unerträglich, ja unmenschlich ist. Freiheit, Recht und Ordnung allerdings gehören zusammen. Ohne Recht und Ordnung gibt es keine Freiheit. In der staatlichen Aktivität wird der Schwerpunkt auf der Wahrung des Rechts zu liegen haben, das gegenüber jedermann ohne Unterschied anzuwenden ist. Nur so kann Willkür vermieden werden. Nur so kann ein Mindestmaß an Ordnung gewährleistet werden, ohne das keine Gesellschaft und kein Staat existieren kann und zugleich das Höchstmaß an Freiheit für den einzelnen und die Gruppe ermöglicht werden, das der Würde des Menschen entspricht. (Beifall.)

*Kraske:* Herzlichen Dank, Herr Dregger, für diesen Bericht. Ich schlage Ihnen vor, daß wir die anderen Berichte, die in der Tagesordnung vorgesehen sind, im Anschluß entgegennehmen und dann eine gemeinsame Diskussion führen.

*Vogel:* Ich werde versuchen, mich kurz zu fassen. Ich muß aber die Ausführung zur Lage in einigen Punkten noch ein bißchen ergänzen. Wir haben zu unterscheiden zwischen dem Radikalismus, betrieben von Inländern und dem von Ausländern. Wir werden uns mit der Ausländerproblematik in diesem Zusammenhang sicherlich auch zu

beschäftigen haben. Zur tatsächlichen Situation, was durch radikale Betätigung von Inländern ausgeht, hat Herr Dregger hingewiesen auf die unterschiedliche Entwicklung, quantitative Entwicklung, im Bereich des Rechtsradikalismus und dem Bereich des Linksradikalismus. Wir dürfen uns im Bereich des Rechtsradikalismus über einige Dinge keine falschen Vorstellungen machen. Wir haben zur Zeit zu verzeichnen einen Mitgliederschwund bei der NPD, was nicht bedeutet Herausfallen aus dem rechtsradikalen Bereich oder Nicht-Tätig-Bleiben im rechtsradikalen Bereich. Zum Teil ist ja eine Auswanderung aus der NPD die Formierung einer neuen Organisation, die sich „Aktion Neue Rechte“ nennt unter der Führung von Dr. Pöhlmann<sup>53</sup>, dem früheren Vorsitzenden der NPD in Bayern. Hier ist im Aufbau begriffen – jedenfalls das ist das Ziel –, eine neue Wahlpartei zu schaffen, die dann sicherlich dem rechtsradikalen Bereich Schwierigkeiten machen müßte. Dies wiederum hat zur Folge, daß die NPD selbst einen gewissen Selbstreinigungsprozeß sieht und daß sie organisatorisch intakt geblieben ist und daß sie eine Konsolidierung erwartete, die sie gleichzeitig vom Oidium des Rechtsradikalismus befreit. Ich möchte darauf nur hinweisen, weil die NPD zur Zeit in einer gewissen Frustration lebt, weil sie Bereiche, in denen sie tätig werden könnte, abgedeckt sieht durch die Unionsparteien, daß es aber Anhaltspunkte dafür gibt, daß sie Erwartungen hegt für eine Renaissance für den Fall, daß die Unionsparteien wieder in der Regierungsverantwortung stehen. Ich glaube, daß wir das sehr nüchtern sehen müssen, ohne daß wir für die aktuelle Situation sehr viel anderes gewinnen, Herr Dr. Dregger, als das, was Sie ausgeführt haben. Für den Bereich der DKP möchte ich nur hinzufügen, daß die in den Anfangszeiten seit ihrer Gründung vorhandene Vorsicht und Zurückhaltung in den Zielformulierungen zurückgegangen ist, je stärker die Erwartung sich verdichtet hat, daß das Verbot der DKP nicht kommt. Wir werden hier mit einer sehr viel stärkeren, sehr viel deutlicheren Zielformulierung der DKP in der Zukunft zu rechnen haben.

Zur Frage der Ausländer möchte ich nur anmerken, daß zwar sehr spektakulär auch in der Publizistik herausgestellt worden sind die Gründungen der beiden KPI-Außenstellen<sup>54</sup>, daß es aber über den Bereich der Italiener, sowohl im links- als auch im rechtsradikalen Bereich sehr rührige und z. T. sehr aktiv tätige Gruppen gibt von Spaniern, Griechen, Türken, Palästinensern, Persern, Kroaten, um die wichtigsten zu nennen, die es in dem Zusammenhang gibt. Und das ist eine gewisse Problematik auch in

---

53 Dr. Siegfried Pöhlmann (geb. 1923), Rechtsanwalt; 1966–1970 MdL Bayern (NPD, Fraktionsvorsitzender), 1970–1972 Landesvorsitzender der NPD Bayern, im Januar 1972 Mitgründer der Sammlungsbewegung „Aktion Neue Rechte“.

54 Nach jahrelanger Tätigkeit gründete die KPI am 30. Januar 1972 in Stuttgart und am 6. Februar 1972 in Köln die Gebietsföderationen Nord und Süd. Vgl. die Ausführungen von Bundesinnenminister Genscher auf Anfragen von Oscar Schneider und Lorenz Niegel zu den Aktivitäten der KPI am 24. Februar 1972 im Deutschen Bundestag (Sten.Ber. 6. WP 172. Sitzung S. 9877–9881). Vgl. auch „Der Tagesspiegel“ vom 9. Februar 1972 „Aus dem Untergrund in die Öffentlichkeit“; „Stuttgarter Nachrichten“ vom 12. Februar 1972 „Geburtsgrüße von der DKP“; FAZ vom 25. Februar 1972 „Ausländische Parteibüros in der Bundesrepublik“; „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 15. März 1972 „Ärger mit den roten Zellen aus dem Süden“.

der Einstellung, was machen wir mit den KPI-Außenstellen? Die politische Behandlung des Radikalismus erfordert eine Beantwortung natürlich der ganzen Verbandsproblematik. Und dazu möchte ich nur hinweisen auf die Situation, die sich derzeit im italienischen Wahlkampf ergibt, wo legal tätige radikale Parteien auf der Rechten und der Linken sich Straßenschlachten liefern. Sicherlich ist das etwas, was wir bei der ganzen Frage, Verbot oder nicht Verbot, mit zu berücksichtigen haben. Wie ist es, wenn wir künftige Entwicklungen mit einer weniger konsolidierten, sondern in einer labileren innenpolitischen Situation ins Auge fassen?

Was die Frage der Ersatzorganisationen angeht, kann es von der tatsächlichen Seite her bei der DKP keine Zweifel mehr geben. Es gibt ein Gutachten, das von einer Bund-Länder-Gruppe erarbeitet worden ist und vom Bundesinnenminister unter Geheimverschluß gehalten wird<sup>55</sup>, was diese Frage sehr eindeutig beantwortet. Wir sollten bei allen Erörterungen davon ausgehen, daß die tatsächliche und vorauseilende Feststellung, daß es sich um eine Ersatzorganisation der verbotenen KPD handelt, gegeben ist.

Es ergibt sich eine Problematik bei Nichtverbot, die wir nicht übersehen dürfen, daß das Weiterbestehen der DKP, ihre weiteren legalen Tätigkeiten – insoweit ist die Aussage des Bundeskanzlers in Oreanda rechtlich nicht einmal falsch – zu einer de facto Aushöhlung des Art. 21 führt, und daß sie in der Wirklichkeit eine Befristung des Parteiverbotes schafft, die Art. 21 nicht vorsieht. Ich glaube, daß wir das sehen müssen. Die Gründe, die gegen das Verbot sprechen, sind z. T. von Herrn Dr. Dreger genannt worden. Einmal das Argument, daß man Kommunismus nicht administrativ bekämpfen kann, sondern daß er primär politisch zu bekämpfen ist, ganz gleich, in welchen Erscheinungsformen er auftritt, und das zweite Argument, daß die offene Tätigkeit der DKP sehr viel besser zu beobachten ist als eine konspirative Tätigkeit nach einem Verbot, wobei wir die Relativität dieses Argumentes auch sehen müssen, denn selbstverständlich gibt es neben der offenen Tätigkeit weiterhin auch eine konspirative Tätigkeit, und wir wissen nicht, welcher Bereich der größere ist.

Es gibt einige Argumente, die gegen das Verbot ins Feld geführt werden, über die wir nüchtern nachdenken müssen. Es gibt einmal das Argument, daß inzwischen in der Bundesrepublik bei allen Liberalisierungstendenzen der Entwicklung in der veröffentlichten Meinung eine politische Atmosphäre entstanden sei, in der der Verbotsvollzug auf erbitterten Widerstand in der Öffentlichkeit bei linken Gruppen, in der Publizistik und so weiter stoßen würde, also die Frage, ob eine öffentliche Meinung überhaupt vorhanden ist, die den Verbotsvollzug begleiten könnte, oder ob wir nicht hier in der Schärfe, Härte, Auseinandersetzungen bekommen können, was natürlich etwas aussagen würde, wenn das richtig ist, über die inzwischen vorhandene innere Situation in der Bundesrepublik Deutschland.

Und das zweite Argument ist, daß es Zweifel gibt, ob Bundesregierung und Länderregierung in ihrer Gesamtheit bereit und in der Lage wären, ein Verbot der DKP mit allen Konsequenzen zu vollziehen, ob die staatliche Macht schon heute noch ausreicht,

---

<sup>55</sup> Vgl. dazu RoIK S. 115–138.

ein DKP-Verbot tatsächlich zu vollziehen, wobei davon ausgegangen werden muß, daß gegen eine Verbotsfeststellung des Bundesinnenministers die Rechtsmittel von der DKP bis zum Schluß, d. h. bis zum Bundesverfassungsgericht, voll ausgeschöpft werden würden. Da haben Sie über Jahre hinweg eine unklare Situation in dem Bereich.

Wir haben im Arbeitskreis I der Bundestagsfraktion eine sehr ausführliche Diskussion über diese Frage gehabt.<sup>56</sup> Ich darf nicht verschweigen, daß das Meinungsbild dort einheitlich war, daß man sich der Frage des Verbots nicht entziehen kann und daß man im letzten auf die Verbotslösung hinzielen müßte. Eine Beschlußfassung ist nicht erfolgt. Ich habe darauf hingewiesen, daß in der Frage überhaupt nur prozediert werden kann, wenn Einigkeit besteht zwischen den Führungsgremien der CDU/CSU und unseren Ministerpräsidenten in den Ländern. Wenn hier in unserem Bereich nicht eine völlig einheitliche Meinung vorhanden ist, wäre es völlig falsch, wenn an einer Stelle die Forderung nach dem Verbot erhoben würde. Wir haben solche Forderungen gehabt. Es gibt auch in der CSU – das sollten wir in unsere Überlegungen mit einbeziehen – einen sehr starken Grund in den Führungsgremien der CSU, diese Frage zu behandeln.

Wir haben uns bisher auf den Standpunkt gestellt, daß die Verantwortung zunächst bei der Bundesregierung liegt, daß zunächst die Bundesregierung die Antwort auf die Frage schuldig ist, wie sie die DKP beurteilt. Sie hat bisher die Antwort verweigert und hat sich darauf zurückgezogen, daß sie sagt, aus Gründen der Staatssicherheit sei es nicht opportun, diese Frage in der Öffentlichkeit zu erörtern. Wir werden uns darauf vorbereiten, hier noch einmal in einer Kleinen Anfrage nachzustoßen<sup>57</sup>, um die Verantwortung der Bundesregierung bzw. des Bundesinnenministers für diese Frage, für diesen Bereich zu betonen. Neben der Verbotsfrage möchte ich vielleicht noch ganz kurz etwas zur Frage der KPI-Außenstelle sagen, weil das mit in den Verbotsbereich gehört. Hier gibt es einmal die Überlegungen im Rahmen der Innenministerkonferenz, die im April fortgesetzt werden. Hier gibt es gewisse Entwicklungen, das darf ich nur andeuten, im Bereich der Zusammenarbeit der KPI und DKP, deren Entwicklung noch abgewartet werden muß, ehe hier endgültige Aussagen möglich sind.

Wir haben einen Fraktionsbeschluß gehabt, in dem der Bundesinnenminister bzw. die Bundesregierung aufgefordert worden ist, die KPI-Außenstellen zu verbieten. Dieser Beschluß hat primär das Ziel gehabt, den Bundesinnenminister zu zwingen, sowohl zur tatsächlichen als auch zur rechtlichen Seite hin Farbe zu bekennen und sich nicht zurückzuziehen auf die Innenministerkonferenz und sich hinter der mit seiner eigenen Auffassung zu verstecken, weil ihn allein die Zuständigkeit in diesem Bereich trifft. Er ist prompt in eine Sitzung des Innenausschusses gekommen und hat berichtet, so daß wir insoweit jedenfalls für unseren Bereich Klarheit haben. Gegen das KPI-Verbot oder gegen das Verbot der KPI-Außenstellen gibt es ein sehr gravierendes Argument,

---

<sup>56</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des AK I vom 29. Februar 1972 in der über die Vorbereitung von drei Kleinen Anfragen beraten wurde (ACDP 08-001-042/2).

<sup>57</sup> Vgl. Anm. 59 und 60. Eine weitere Anfrage wurde in dieser Legislaturperiode nicht mehr gestellt.

das auch von italienischer Seite vorgetragen worden ist, daß ein einseitiges Vorgehen gegen die KPI-Außenstellen als eine Diskriminierung gesehen würde. Das heißt also, hier muß schon eine Gesamtkonzeption kommen, die auch radikale Ausländergruppierungen politischer Art aus anderen Wirkungsländern mit erfaßt, wenn hier tatsächlich außenpolitischer Schaden verhütet werden soll. Ich glaube, daß man das mit sehen muß.

Im übrigen bin ich der Auffassung, daß hier notwendig ist eine Konzeption zur Frage der politischen Betätigung von Ausländern in der Bundesrepublik, und zwar nicht nur für den radikalen Bereich, sondern auch für den übrigen Bereich. Hier gibt es sehr interessante Überlegungen, die der Innenminister von Rheinland-Pfalz<sup>58</sup> vorgetragen hat, mit denen man sich, wie ich meine, auseinandersetzen müßte, ehe man zu einem eigenen Meinungsbild kommt. Ohne eine Änderung im Bereich des Vereinsrechts und möglicherweise im Bereich des Ausländerrechts, wird man eine Konzeption für den Bereich wahrscheinlich nicht verwirklichen können. Das heißt, unsere Bemühungen müssen darauf gerichtet sein zu sehen, was die Regel verändert und in Zukunft in diesem Bereich getan werden kann.

Die Frage, die uns aktuell sehr viel intensiver beschäftigt, ist, welche Maßnahmen unterhalb der Verbotsschwelle zur Bekämpfung des Radikalismus möglich sind. Hier würde ich in allererster Linie auf die präventiven Maßnahmen verweisen. Ein ganz wichtiger Punkt ist, daß die Öffentlichkeit so vollständig und so instruktiv wie möglich über den Radikalismus informiert wird, daß hier nicht, wie das zur Zeit der Fall ist, verdünnte Berichte des Verfassungsschutzes vorgelegt werden, sondern daß wir mit den Berichten über die Tätigkeit des Radikalismus, die der Verfassungsschutz liefert, soweit es mit Geheimhaltung aus Gründen der Geheimhaltung überhaupt möglich ist, in die Öffentlichkeit gehen. Hier darf es also keine Tendenz in Richtung Verhandlungen geben. Erst in voller Kenntnis der Tätigkeit des Radikalismus wird es überhaupt möglich, in der Bevölkerung die notwendige Abwehrbereitschaft zur Auseinandersetzung mit dem Radikalismus zu schaffen.

Wir haben vorige Woche eine Kleine Anfrage eingebracht<sup>59</sup>, die die Verfassungsschutzberichte für das Jahr 1971 betrifft, und die Bundesregierung danach gefragt, wie sie hier vorzugehen gedenkt. Die Berichte liegen inzwischen vor. Eine zweite Kleine Anfrage<sup>60</sup> haben wir eingereicht, die nach der Zahl der Mitglieder radikaler Parteien

---

58 Heinz Schwarz hatte vorgeschlagen, CDU-Arbeitskreise für die Probleme ausländischer Arbeitnehmer zu gründen, vgl. „Allgemeine Zeitung Mainz“ vom 25. Februar 1972 „CDU soll Gastarbeitern helfen“; „Trierische Landeszeitung“ vom 25. Februar 1972 „Gastarbeiterprobleme in CDU-Arbeitskreisen“. – Heinz Schwarz (geb. 1928), leitender Angestellter; 1947 CDU, 1952–1954 Landessekretär der JU Rheinland-Pfalz, 1955–1961 Bundessekretär der JU, 1961–1971 Vorsitzender des KV Neuwied, 1969–1980 Vorsitzender des BV Koblenz-Montabaur, 1959–1976 MdL Rheinland-Pfalz, 1971–1976 Innenminister, 1976–1990 MdB.

59 „Kleine Anfrage des Abgeordneten Vogel und der Fraktion der CDU/CSU betr. Veröffentlichung der Jahresberichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz“ vom 1. März 1972 (BT-Drs. VI/3228) sowie Antwort des Bundesministers des Innern vom 27. März 1972 (BT-Drs. VI/3299).

60 „Kleine Anfrage des Abgeordneten Vogel und der Fraktion der CDU/CSU betr. Angehörige

oder der politisch Radikalen im öffentlichen Dienst in den Ländern fragt. Die Zahlen für den Bund haben wir. Die haben wir im vorigen Jahr vorgelegt bekommen. Es ist damals in Aussicht gestellt worden, sie für die Länder nachzuliefern. Sie liegen bisher nicht vor. Wir wissen aus einzelnen Ländern, weil sie dort bekanntgegeben worden sind, wie die Zahl ist. Eine Gesamtübersicht aber fehlt, danach haben wir gefragt und ich hoffe, daß wir auch darauf eine Antwort bekommen.

Zur Frage der Radikalen im öffentlichen Dienst werden wir notgedrungen differenzieren müssen sowohl in der Frage „Zugang zum öffentlichen Dienst“ als auch „Verbleib im öffentlichen Dienst“, wenn bereits jemand drin ist, als auch in der Frage der Mitgliedschaft in einer radikalen Partei. (*Dregger*: Soweit wir differenzieren wollen.) Von der Rechtslage her müssen wir auch differenzieren, ich glaube, das sollten wir also gar nicht übersehen. Für den Zugang zum öffentlichen Dienst ist die Frage relativ einfach zu beantworten. In den öffentlichen Dienst kann nur jemand kommen, der die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintritt. Gewähr bietet derjenige nicht, Herr Dr. Dregger, bei dem Zweifel bestehen. Beim Eintreten begründet in der Tat die Mitgliedschaft etwa in der DKP oder auch in der NPD derartige Zweifel, ob dieser Bewerber für den öffentlichen Dienst jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintritt. Das heißt, er muß die Zweifel ausräumen, was ihm kaum je gelingen wird. (*Amrehn*: Wenn der Vorgesetzte auf Ihrem Standpunkt noch steht.) Herr Amrehn, ich komme zu der Frage gleich zurück, weil ich das für einen ganz wichtigen Punkt halte. Für die Frage „Verbleib im öffentlichen Dienst“ gibt es einmal die Frage, was passiert mit denjenigen, die verschwiegen haben, daß sie Mitglieder sind und so in den öffentlichen Dienst hineingekommen sind? Hier kann man unter dem Gesichtspunkt sich das einfach machen und wegen des Anstellungsbetruges durchaus disziplinarrechtlich vorgehen. Das ist nicht das Problem. (*Zwischenruf*: Was ist mit denen, die austreten, und im öffentlichen Dienst bleiben?) Auf die Frage komme ich. Es gibt diejenigen, die unter Mitwissen des Dienstherren Mitglieder radikaler Parteien, die sogenannten Altfälle, sind. Drauf darf man auch hinweisen, und das darf man nicht übersehen. Auch aus der Zeit unmittelbar nach dem Erlaß des Jahres 1950<sup>61</sup> war dieser Erlaß zwar kämpferisch, in der Wirklichkeit aber nicht so befolgt worden, wie er nach seinem Willen hätte befolgt werden sollen. Das ist einfach eine tatsächliche Situation, die wir mit sehen müssen. Diese Altfälle können Sie auch disziplinarrechtlich heute nicht mehr greifen.

Und die dritte Fallgruppe, das sind diejenigen, die, nachdem sie Mitglieder im öffentlichen Dienst geworden waren, einer radikalen Partei beitreten. Wobei wir bei der DKP nicht übersehen dürfen, daß hier eine Sonderproblematik besteht. Es ging ja um die Frage, ob diese Partei nach Art. 21 verboten wird, sondern hier steht die Verfassungsfeindlichkeit fest. Der Bundesinnenminister hat ja selbst auch in der Öffentlich-

---

ge radikaler Organisationen im öffentlichen Dienst“ vom 7. März 1972 (BT-Drs. VI/3231).

Die Antwort des Bundesministers des Innern erfolgte am 7. April 1972 (BT-Drs. VI/3314).

61 Gesetz zur Regelung der unter Art. 131 GG fallenden Personen vom 11. Mai 1951 (BGBl. 1951 I S. 307). Vgl. auch Nr. 34 Anm. 22.

keit gesagt, aus Gründen der politischen Opportunität – ob da ein Wissensspielraum besteht oder nicht, will ich mal dahingestellt sein lassen – wird das Verbot nicht vorgenommen. Daß der Innenminister zuständig ist, ist klar. Hier kann also die Frage des Charakters der DKP und damit der Mitgliedschaft in der DKP überhaupt keine Frage unterschiedlicher Auffassung sein. Wir dürfen nicht verkennen, daß die Mitgliedschaft allein nicht sehr viel löst, weil sie erstens austreten können, zweitens getarnt im öffentlichen Dienst auftreten können, und dann natürlich die Frage der Enttarnung sehr viel schwerer ist. (*Unruhe.*) Das darf man bei der ganzen Diskussion nicht übersehen. Nun hat sich der Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz ergeben, und genau wie bei den Ostverträgen hat nunmehr der Kampf um die Interpretation dieses Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz eingesetzt. Ich glaube auch, daß wir hier fordern sollten, daß wir hier bestmögliche Koordination zwischen den von uns regierten Ländern in dieser Frage anstreben, damit dieser Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz nicht nur einheitlich ausgelegt, sondern auch einheitlich angewandt wird. Hier sollte eine Feinabstimmung stattfinden auch mit den Führungsgremien der Partei und auch mit der Bundestagsfraktion, weil wir sonst unter Umständen die Situation – wir haben sie z. T. schon – bekommen, daß der eine gegen den anderen ausgespielt werden kann.

Im Bereich der Hochschulen und Schulen wird sicherlich von dem Gesamtbild berichtet werden. Herr Blüm wird sicherlich den Bereich der Betriebe ansprechen. Ich möchte auf den Bereich Bundeswehr nur ganz kurz hinweisen. Hier gibt es den Jahresbericht des Wehrbeauftragten für das Jahr 1971.<sup>62</sup> Es lohnt sich, diesen Jahresbericht durchzulesen und etwas über die interne Situation der Bundeswehr zu erfahren.

Darf ich ganz kurz ein Problem ansprechen, das in der Auseinandersetzung mit der SPD eine Rolle gespielt hat? Das ist der Hinweis von Herbert Wehner, daß der Art. 18 GG die einzige und die ausreichende Handhabung zum Vorgehen gegen einzelne Radikale biete.<sup>63</sup> Erstens ist es nicht richtig, und die ganze Entwicklungsgeschichte zeigt, wenn es richtig wäre – ich will das nur ganz kurz andeuten –, würde das bedeuten, daß die Bundesrepublik Deutschland weniger Bekämpfungsmittel gegen den Radikalismus hätte als die Weimarer Republik. Von der ganzen Anlage und Konzeption unserer Verfassung her kann das nicht das richtige Ergebnis sein. Das zweite ist, daß dieses

---

62 Jahresbericht des Wehrbeauftragten Fritz-Rudolf Schultz vom 29. Februar 1972 (BT-Drs. VI/3232). Vgl. „Die Welt“ vom 11. März 1972 „Die Bundeswehr ist im vergangenen Jahr zum Kampffeld extremer politischer Anschauungen geworden“; „Bonner Rundschau“ vom 11. März 1972 „Die Disziplin läßt nach“. Die Debatte im Bundestag erfolgte am 14. April 1972 (Sten.Ber. 6. WP 181. Sitzung S. 10522–10538).

63 Art. 18 GG lautet: „Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Art. 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Art. 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Art. 8), die Vereinigungsfreiheit (Art. 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10), das Eigentum (Art. 14) oder das Asylrecht (Art. 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.“ – Zur Stellungnahme Wehners in „Augsburger Allgemeine“ vom 21. Januar 1972, vgl. Nr. 21 Anm. 6.

Verfahren nach Art. 18 sich als ein völlig unpraktikables herausgestellt hat. Zuständig ist das Bundesverfassungsgericht. Es hat bisher zwei Verfahren gegeben. Ein Verfahren ist im Sande verlaufen, von dem berichtet Friesenhahn.<sup>64</sup> Das hat über Jahre dort geschlummert und ist dann im Sande verlaufen. Das zweite ist das zur Zeit anhängige gegen Dr. Frey<sup>65</sup>, und hier sehe ich auch noch nicht das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Also diese Argumentation mit Art. 18 ist der Versuch, den linken Kräften innerhalb der SPD, mit denen man hier in dieser Frage in Kollision gerät, beizustehen mit einer schein-verfassungsrechtlichen Argumentation. Das geht nicht. Ich habe mich dazu geäußert in einem DUD-Artikel.<sup>66</sup> Ich möchte das nicht vertiefen und möchte eigentlich an dieser Stelle auch meine ergänzenden Ausführungen, die doch etwas länger geraten sind, abbrechen. (*Beifall*)

*Blüm:* Mein Bericht beschränkt sich auf die Situation in Betrieben und Gewerkschaften. In einer Vereinfachung des Kräfteverhältnisses in diesen beiden Bereichen kann von einem Dreiecksverhältnis gesprochen werden. Von einem Dreiecksverhältnis zwischen Extremisten, Sozialdemokraten und uns selber. Über unsere Position brauche ich in dem Zusammenhang nichts zu sagen. Die dürfte bekannt sein.

Die Position der Sozialdemokraten stellt sich aus dem Blickwinkel des Betriebes als gespalten dar. Einerseits zeigen sich Sozialdemokraten doch für die Leute im Betrieb sehr etabliert, sehr satt, wenn nicht sogar verfettet. So stellt sich der rechte Flügel der Sozialdemokraten dar, von dem hier schon mal gesprochen wurde, aus dem Blickwinkel des Betriebes. Der zweite Teil, zu dessen Spitzen gehört der andere Teil der Sozialdemokraten. Die Jusos haben im Betrieb etwa Zugangssperren, da sie nicht die Sprache des Betriebes sprechen, jedenfalls in ihrer offiziellen politischen Verlautbarung. Man muß sehen, daß es in Betrieben und Gewerkschaften so gut wie keinen Rechtsextremismus gibt, Ausnahme – davon hat Herr Vogel schon gesprochen, das würde ich nicht übersehen – bei den Ausländern. Die Ausländer sind die Arbeitnehmergruppen, die von beiden Extrempositionen her gefährdet sind. Ich spreche jetzt nur von den Arbeitnehmern. Für die inländischen Arbeitnehmer gibt es sicherlich eine Gefährdung durch Linksextremismus, aber für die Ausländer von beiden Seiten. (*Kohl:* Im

---

64 Dr. Ernst Friesenhahn (1901–1984), Jurist; 1939–1946 Rechtsanwalt, 1946–1970 o. Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Bonn, 1951–1963 Richter am Bundesverfassungsgericht. – Am 28. April 1952 stellte Bundesinnenminister Robert Lehr vor dem Bundesverfassungsgericht einen Antrag gegen Otto Ernst Remer auf Verwirkung der Grundrechte nach Art. 18 GG. Vgl. FAZ vom 3. August 2004 „Remers Nachkrieg“.

65 Dr. Gerhard Frey (geb. 1933), Verleger; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, 1956 Promotion, 1958 Gründung des Druckschriften- und Zeitungsverlags GmbH, 1959 Herausgeber und Chefredakteur der Deutschen Soldaten-Zeitung (später Deutsche National-Zeitung), 1975–1979 Mitglied der NPD, 1987 Gründer und Vorsitzender der Deutschen Volkunion (DVU). – 1969 beantragte der damalige Bundesinnenminister Benda vor dem Bundesverfassungsgericht ein Verfahren gegen Frey nach Art. 18 GG wegen Verstoßes gegen die Pressefreiheit. 1972 war das Verfahren noch nicht eröffnet worden, 1974 wies das Bundesverfassungsgericht den fünf Jahre alten Antrag ab. Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 25. Januar 1972 „Beratung über Verfahren gegen Frey“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 5. Juli 1974 „Nicht mehr gefährlich“.

66 Vgl. DUD Nr. 17 vom 25. Januar 1972 S. 1–4 „Auf dem linken Auge blind“.



öffentlichen Dienst auch nach rechts. Man sieht es bei den amerikanischen Streitkräften, deutsche Arbeitnehmer.) Diese Anfälligkeit der Gastarbeiter im Unterschied zu ihren deutschen Kollegen scheint mir ein Ergebnis mangelnder Integration zu sein. Hier wiederum sehe ich eine Aufgabe auch für die CDU.

Nun, wenn man über diesen Linksextremismus spricht, tut man gut daran, nicht alles über einen Kamm zu scheren. Ich bin auch nicht in der Lage, Ihnen nun den ganzen Katalog möglicher Spielarten des Linksextremismus vorzuführen. Ich würde allerdings davor warnen, diese Spielarten alle nur als Variation eines Themas zu betrachten. Es gibt höchst bedeutsame inhaltliche Unterschiede, die man auch in der Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus beachten muß, wenn man nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg schießen soll. Ich will zunächst mal von den Gemeinsamkeiten sprechen, die so etwas wie einen Hauptnenner bilden. Alle Schattierungen zeichnen sich aus durch eine ungeheuere Basisnähe, jedenfalls gemessen an der Arbeit der Gruppen. Basisnähe, d.h. Engagement am Arbeitsplatz auch für die kleinen Sorgen und Nöte des Arbeitnehmers. Das ist neu, insofern es von Gruppen betrieben wird, die von außen kommen. Ich glaube, wir sehen die Gefahr zu gering, wenn wir noch annehmen, die studentischen Gruppen, ein Teil der studentischen Gruppen, die auf den Betrieb Einfluß nehmen, würden ihre Fehler von vorgestern wiederholen. Die Fehler bestanden nämlich darin, daß sie sozusagen als Lehrer aufgetreten sind, als Wegweiser. Dieser faktische Fehler ist inzwischen korrigiert. Sie haben sehr viel mehr Anpassung. Dieses Engagement am Arbeitsplatz wird verstärkt durch eine Fülle von Betriebszeitungen, man schätzt ihre Zahl in der Bundesrepublik auf 800, mit einer Auflage bis z.T. 150.000. Auch diese Betriebszeitungen zeichnen sich aus durch eine geschickte Mischung zwischen großer Politik und Problemen des Betriebes. Sie sind in einer z.T. primitiven Sprache gesprochen, was nicht der Denkweise der Erfinder entspricht, sondern was ich auch als ein Beispiel geschickter Anpassung bezeichne, z.T. – das haben wir jedenfalls festgestellt – von Autoren, die bewußt Druckfehler und Schreibfehler und grammatische Fehler verwandt haben, um ihre Identifikation mit den Proleten gesteigert zum Ausdruck zu bringen.

Wenn ich Hauptnenner finden soll, dann auch dafür in der Sprache derjenigen, die diese Betriebszeitungen und das Propagandamaterial verfassen. Der Hauptangriffspunkt ließe sich zusammenfassen: Gegen die Bonzen im Unternehmen, in den Parteien, im Staat. Und damit verbunden ist die Mobilisation von Gefühlen und Emotionen. Zielgruppen – auch das immer noch unter der Überschrift „Gemeinsamkeiten“ – sind die aktiven Gewerkschafter, also nicht diejenigen, die sich nicht organisiert haben, sondern der politisch bewußte Teil der Arbeitnehmerschaft. Zielgruppen sind die Ausländer. Als Zielgruppe Nummer 3 würde ich die Jugend bezeichnen. Ich lege es allerdings noch mal drauf an zu spezifizieren, unter dem Vorbehalt, daß es uns nicht gelingt, jeden Fall zu treffen, und diese ganze differenzierte Landschaft hier zu schildern. (*Unruhe*)

Offensichtlich unterschiedliche Strategien hat, was das Erreichen der Arbeitnehmerschaft angeht, einmal die DKP. Ihre Strategie ließe sich umschreiben als Umarungstaktik der SPD, besonders an die Adressaten Jusos gerichtet, die diese Strategie

ja sehr beherrschen, die ein Musterbeispiel für den Marsch durch die Institutionen betreiben, auch bei den Gewerkschaften. Die zweite Gruppe steht auch nur stellvertretend für mehrere Möglichkeiten. Das wäre die Gruppe KPD/ML. Hier scheint mir die Taktik und Strategie nicht mit Umarmung zu beschreiben zu sein, sondern mit Konfrontation. Konfrontation mit den Gewerkschaften, mit den Parteien. Ihnen geht es nicht darum, eine Massenbasis zu erobern, Masseninstitutionen zu erobern, sondern ihnen geht es darum, im Sinne von Kadern die strategisch wichtigen Positionen in den Griff zu bekommen.

Die politische Auseinandersetzung, die von dieser Seite geführt wird, geht zunächst einmal direkt um die Probleme des Betriebes, zum zweiten um Lohndiktat – Schiller scheint mir Adressat der Angriffe zu sein – und gegen die Ostverträge. Das ist keine Überraschung, weil die Ostverträge als eine Politik der Unterdrückung und der Ausplünderung anderer Völker angesehen werden. Das war ein Zitat. Die Anpassung dieser Gruppe geht so weit, daß wir feststellen konnten, wenn es auch keine Massenbewegung ist, daß immerhin studentische Gruppen, als Arbeiter getarnt, im Betrieb arbeiten, am Fließband antreten. Ich würde also das Engagement dieser Gruppe als Idealismus, ich verwende das Wort Idealismus nicht zufällig, bezeichnen. Ich glaube, die SPD wird nur überleben in dieser Auseinandersetzung und sich sowohl der Umarmung nur entziehen können wie auch der Konfrontation widerstehen, wenn sie begreift, daß es so etwas geben muß wie eine Solidarität der Demokraten, von der auch Herr Dregger heute morgen schon einmal gesprochen hat.

Die finale Probe für die Gewerkschaften sind die bevorstehenden Betriebsratswahlen. Ich vermag nicht abzusehen, und ich wage keine Prognose zu stellen, wie das im einzelnen ausgehen wird. Die Gewerkschaften werden sich von ihrer parteipolitischen Fixierung auf die SPD lösen müssen, wenn sie den Kampf mit den Extremisten bestehen wollen. Sie werden sich nicht lösen müssen uns zuliebe, sondern sie werden sich lösen müssen, wenn sie diesen Kampf bestehen wollen. Ich halte das für einen Anknüpfungspunkt möglicher Solidarität zwischen christlichen Demokraten und Sozialdemokraten und Gewerkschaften. Diesen Gedanken will ich sehr stark herausstellen. Hier muß geradezu an den Egoismus deutscher sozialdemokratischer Gewerkschaft appelliert werden. Hier geht es nicht darum, nur eine gute Tat zu vollbringen, uns gegenüber eine Wohltat an den Tag zu bringen, sondern hier geht es darum, ob die Gewerkschaften in der Tat ihre Rolle erfüllen können.

Zweitens, ich sehe eine Schwächung der Gewerkschaften an der Basis. Auch hier werden sie einiges aufholen müssen, wenn sie der Auseinandersetzung gewachsen sein wollen. Ich erinnere an solche Phänomene wie Hoesch<sup>67</sup>, die ja sicherlich nicht darauf zurückzuführen sind – wie Herr Dregger schon sehr richtig gesagt hat – daß die Kommunisten sehr aktiv waren, sondern daß da eine Stelle leer gelassen wurde von den Gewerkschaften selber. (*Starke Unruhe.*) Ich halte das für sehr wichtig im Zusammen-

---

67 Am 14. Januar 1972 hatten 8.000 Arbeiter von Hoesch bei einer Protestdemonstration in Dortmund eine Lohnerhöhung von 10 % gefordert, während die Große Tarifkommission nur 6 % verlangte (vgl. DKP bezirk ruhr-westfalen vom 22. Januar 1972).

hang mit unserer Vorlage zur Betriebsverfassung, in der wir sehr stark den Gedanken der Einzelrechte der Arbeitnehmer herausgestellt haben, daß wir sehr stark die Arbeit der Arbeitsjugendsprecher in die Auseinandersetzung gebracht haben. (*Starke Unruhe und Diskussion.*)

Es wäre schrecklich, wenn nur die Extremisten ein radikales Engagement an den Tag legen würden, und wenn die gemäßigten Kräfte ein gemäßigtes Engagement im Betrieb und in den Gewerkschaften zeigten. Unter dieser Vorstellung haben wir den Kampf verloren, bevor er überhaupt begonnen hat. Ich verwende deshalb mit Vorliebe im Zusammenhang mit dieser Auseinandersetzung die Bezeichnung Extremisten, die gewöhnlich als Radikale bezeichnet werden. Was das Engagement für Demokratie anbelangt, was das Engagement auch in Betrieben im Interesse der Arbeitnehmer anbetrifft, ist diese Auseinandersetzung nicht mit Schlagworten zu führen. Diese Auseinandersetzung muß differenziert, muß inhaltlich geführt werden. Es muß die Frage gestellt werden: „Wie hältst Du es mit dem Parlamentarismus?“, „Wie hältst Du es mit der Institution des Betriebsrates?“, „Wie hältst Du es mit der Institution des Streikrechtes?“, „Wie hältst Du es mit der Gewalt?“ Ich glaube, das sind Punkte, die in der Arbeitnehmerschaft diskutiert werden, während doch der Schlagabtausch in den höheren Rängen der Schlagworte über die Köpfe hinweg führt, zumal sich an diese Schlagworte mehr anschließt als ein Theoretisieren, was sehr abstrakt ist. Daß dieses Engagement nicht aussichtslos ist, würde ich an unseren eigenen Erfolgen messen. Wir stellen in einer Reihe von Betrieben, in denen wir noch nicht einmal die Mehrheit haben, die Betriebsratsvorsitzenden. Wir stellen den Betriebsratsvorsitzenden in mehreren Großbetrieben. Und wir stellen den nicht, weil der besonders fromm war. (*Kohl: Das schließen wir aber nicht aus! – Unruhe und Diskussion.*). Ich erwähne beispielsweise hierfür das Saba-Werk in Villingen mit einem Betriebsratsvorsitzenden<sup>68</sup>, der der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft angehört, und der sich dadurch ausgezeichnet hat, daß er sich engagiert hat. Selbst im Kohlen-Pott haben wir in Zechen Betriebsratsvorsitzende, die Betriebsräten vorsitzen, die keineswegs eine christlich-demokratische Mehrheit haben. Kaiserslautern, um ein weiteres Werk zu nennen, ich könnte noch die Reihe vervollständigen, aber das ist sicherlich nicht so interessant.

Zu den Betriebsratswahlen selber. Ich sagte schon, daß die Auseinandersetzung nicht abgeschlossen ist, nur der Stand der Entwicklungen. Ich sehe an keiner Stelle, daß wir unsere Position verschlechtert hätten. An einigen Stellen wird noch gekämpft, aber der Kampf, der für uns im Moment interessant ist, ist der Kampf innerhalb der Sozialdemokraten selber. Nämlich der Kampf, ob sich ein linker Flügel der Sozialdemokraten mit den Extremisten verbindet oder ob es im Sinne auch der Gewerkschaften – und an deren Selbstinteresse müßte appelliert werden – gemeinsame Listen der Demokraten gibt. Ich kenne einige Großbetriebe, wo sich schon jetzt absehen läßt, daß unsere Position sich verstärken wird, beispielsweise bei den Farbwerken in Hoechst, bei Mannesmann, bei Ford sehr schwach, aber immerhin auch dort eine Verbesserung, Thyssen. Wir haben also allen Grund, nicht pessimistisch zu sein für die

---

68 Nicht ermittelt.

Betriebsratswahlen, und da habe ich zu danken der Partei, daß es so etwas gibt wie eine Rückenstärkung. Diese Rückenstärkung hat sich gezeigt auf der Betriebsrätekonferenz in Offenburg. Ich würde schon meinen, daß das als eine Geste verstanden wurde, daß sehr viele Präsidiumsmitglieder in Offenburg waren.<sup>69</sup>

Dazu zählen auch die verschiedenen Regional-Konferenzen der Parteien, dazu zählt auch, daß in den Publikationen der CDU das Thema Betriebsratswahlen zu einem Thema geworden ist, wobei es eine Gefahr für uns gibt. Wir dürfen bei all unseren Anstrengungen nicht den Eindruck erwecken, als würden wir unser eigenes Verlangen Lügen strafen, nämlich das Verlangen nach parteipolitischer Neutralität. Aber es dreht sich dabei um die parteipolitische Neutralität des Betriebsrates, die wir verlangt haben. Wir waren nie Träumer, die glauben, im Betrieb wird keine politische Sprache gesprochen, und im Betrieb würde diese Auseinandersetzung nicht geübt. Dafür haben wir einige Hilfen zur Verfügung gestellt: einen Betriebsinformationsdienst<sup>70</sup>, der die aktuelle Auseinandersetzung begleitet, ein Stichwortverzeichnis für die Mund-Propaganda.

Es dreht sich nicht nur um diese gezielte parteipolitische Hilfe, sondern es dreht sich auch darum, daß unsere Leute im Betrieb auf der Höhe der Zeit sind. Deshalb habe ich es für gut befunden, daß gerade wir auch mit in die Arena gegangen sind, mit Hilfen zur Stellung der Betriebsratswahl. Wir sollten appellieren, daß sich möglichst viele Arbeitnehmer für diese Aufgabe zur Verfügung stellen, und der Appell sollte schon aus paritätischen Gründen auch an die Arbeitgeber gerichtet werden, die der CDU angehören, daß sie überall dort, wo sie Verantwortung tragen, sich der Einrichtung von Betriebsräten nicht sperrend in den Weg stellen. Auch das wäre ein Angebot für die Praxis. (*Beifall.*)

*Barzel:* Ich danke dem Kollegen Blüm wie dem Kollegen Dregger. Herr Langguth, ich beschränke mich jetzt darauf, Ihnen erstmal Glückwunsch zu sagen zur Wiederwahl in Paderborn<sup>71</sup> (*Beifall.*) und werde Ihren Bericht nachmittags als ersten auf die Tagesordnung setzen. Ich wäre sehr dankbar, wenn der Vorstand bis zu der vorgesehenen Zeit zusammen wäre. Wir haben eine Entscheidung zu treffen in der Frage der DKP. Und wenn alles auf dem Tisch liegt, wollen wir dann mal uns an die Entscheidung herantasten. Eine Entscheidung, die wichtig ist, auch für den Zusammenhalt mit unserer Schwester- oder Bruderpartei, wie immer man diese bezeichnen möchte.

*Filbinger:* Darf ich eine Frage stellen an den Kollegen Blüm, vielleicht auch an die anderen Herren und Damen Kollegen? Die Betriebsratswahlen standen ja – besonders von der CDU aus gesehen – unter dem Aspekt des Betriebsverfassungsgesetzes und

---

69 Anwesend waren u. a. Helmut Kohl, Walther Leisler Kiep, Kai-Uwe von Hassel, Helga Wex und Konrad Kraske, vgl. „Soziale Ordnung“ Nr. 3 vom 30. März 1972. Hans Filbinger sprach ein Grußwort. Vgl. auch Nr. 21 Anm. 24.

70 Im Januar 1972 veröffentlichte die Hauptgeschäftsstelle der Sozialausschüsse der CDA einen Leitfaden zur „Betriebsratswahl '72“ (ACDP Dokumentation 2/201/36–0). Außerdem erschienen von 1972 bis 1977 die „Betriebs-Informationen“ der CDA.

71 Auf der 22. Delegiertenversammlung des RCDS vom 2. bis 5. März 1972 in Paderborn wurde Langguth in seinem Amt als RCDS-Vorsitzender bestätigt.

dem Kampf darum. Und jetzt wurde uns hier Himmel und Hölle heiß gemacht hier in Baden-Württemberg. Die Einstellung der CDU zum Betriebsverfassungsgesetz habe auf unsere Landtagswahl, und schon auch auf die Betriebsratswahl negative Folgen. Nun sind wir ja der Meinung, das haben wir auch offen dort ausgesprochen, daß die CDU wesentliches getan hat zur Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes, und daß es legitim war, daß wir auch in der letzten Phase gekämpft haben, auch im Bundesrat noch um diese sieben Punkte Verbesserungen, die die Bundestagsaktion zunächst aufgenommen hatte, dann aber damit nicht durchkommen konnte.<sup>72</sup> Ich wäre sehr dankbar einmal für die Mitteilung von Ergebnissen auch zur Nachbereitung oder über die Stimmungslage, die insoweit besteht. Konkret droht eine Gefahr. Deshalb wäre es geboten, daß wir in diesem Wahlkampf uns an die Arbeitnehmer wenden, mit einer ganz besonderen Vertiefung unserer Aktivität in bezug auf das Betriebsverfassungsgesetz.

*Barzel:* Meine Damen und Herren, kommen wir zum Bericht von Herrn Langguth.

*Langguth:* Der doktrinäre Kommunismus ist eindeutig auf dem Vormarsch. Das kann man überall sehen, daß der Spartakus fast überall – auch in Betrieben – sehr gut funktionierende Gruppen hat, mit einer teilweise erstaunlichen Mitglie­derzahl. Das kann man auch nachweisen ... (*Barzel:* Meine Damen und Herren, entschuldigen Sie, ich bitte Sie um die Liebenswürdigkeit Ihres Gehörs für den Kollegen Langguth!). Es fand am zurückliegenden Wochenende eine Mitgliederversammlung des VDS statt, wo sich eine völlige Arbeitsunfähigkeit dieses studentischen Dachverbandes herausgestellt hat<sup>73</sup>. Es hat sich herausgestellt, daß infolge der ideologischen Zerstrittenheit und auch kleinbürgerlicher Machtkämpfe und auch einer politischen Degeneration innerhalb der Linken das Ganze nicht mehr war als eine Schmierkomödie völliger Unfähigkeit, um es ganz klar auszudrücken. Zur Sozial- oder Hochschulpolitik wurden praktisch keine Ausführungen gemacht. Es ging da letztlich nur um die Macht, welche politische Gruppe den Einfluß innerhalb der Studentenschaft innehat. Ich möchte berichten, daß allerdings innerhalb des VDS die doktrinärkommunistischen Gruppen zur Zeit in der Minderheit sind. Das ist eine andere Entwicklung, wie sie noch vor einem Jahr gewesen ist. Das hängt mit der Situation des sogenannten Sozialdemokratischen Hochschulbundes zusammen, daß sich nämlich im Sozialdemokratischen Hochschulbund zwei Fraktionen gebildet haben. Eine Mehrheitsfraktion, die klar als DKP-Fraktion zu bezeichnen ist, eine Minderheitenfraktion, die sich versteht als eine sozialistische Fraktion, die teilweise maoistisch, trotzkistisch und was weiß ich nicht noch alles ist. Diese Minderheitenfraktion hat sich innerhalb des VDS wiederum auf

---

72 2. und 3. Beratung der Gesetzentwürfe der CDU/CSU-Fraktion (BT-Drs. VI/1806) und der Regierung/(BT-Drs. VI/1786) zum Betriebsverfassungsgesetz am 10. November 1971, vgl. Sten.Ber. 6. WP 150. Sitzung S. 8586–8673. Zur 7-Punkte-Grundsatz­erklärung der Union vgl. UiD Nr. 44 vom 10. November 1971 „Koalition vermindert Recht des Arbeitnehmers“.

73 Die 24. VDS-Mitgliederversammlung vom 9. bis 13. März 1972 in Bonn wurde am 13. März 1972 wegen Beschlußunfähigkeit abgebrochen. Vgl. „Bonner Rundschau“ vom 11. März 1972 „Politische Spannungen rütteln am VDS-Gebälk“; „Welt am Sonntag“ vom 12. März 1972 „VDS-Streit um linke Ideologien“.

die Seite der Marxisten gestellt. Aber zum Ergebnis des VDS nur in aller Kürze das: Es konnten nicht einmal Neuwahlen durchgeführt werden, weil der Spartakus und die SHB-Mehrheitsfraktion ausgezogen sind. Dadurch wurde es unmöglich, daß ein neuer Vorstand zustandekommen konnte, und jetzt ist der alte sozusagen DKP-Vorstand weiterhin im Amt.

Zum Sozialdemokratischen Hochschulbund noch eine Anmerkung: Wir hatten einen Prozeß mit dem Sozialdemokratischen Hochschulbund.<sup>74</sup> Das Ergebnis war ein Vergleich, der dem RCDS nach wie vor gestattet zu behaupten, der SHB wäre fortschreitend kommunistisch unterwandert und leiste aktive Wahlkampfunterstützung für die DKP. Wir konnten ferner nachweisen, daß zumindest bis März 1971 Doppelmitgliedschaften für die DKP und Spartakus bestanden haben (*Barzel*: Hörst, hörst!), daß es eine ganze Reihe von gemeinsamen Terminen der DDR mit Spartakus und SHB waren, nämlich Schulungsseminare. Ich nenne diesen Punkt bewußt, weil von der Seite der Sozialdemokratischen Partei zwar die Finanzmittel gesperrt wurden, auch wenn ich höre, daß z.B. in Münster aus anderen Kanälen wieder Geld für den SHB kommt, z.B. über Gewerkschaften. Vielleicht sollten wir Herr Katzer und Herrn Dr. Blüm bitten, bei den Gewerkschaften vorzufühlen, um eben zu verhindern, daß eben diese Gruppe über die Gewerkschaften finanziert wird. Aber der Sozialdemokratische Hochschulbund kann nach wie vor mit dem Namen Sozialdemokratisch an den Hochschulen hausieren gehen, obwohl er im weitesten Sinne des Wortes keine sozialdemokratische Politik mehr betreibt. Es wäre sehr wichtig, daß man in Diskussionen von seiten der CDU die SPD auffordert, sich klar zu äußern zum Sozialdemokratischen Hochschulbund, denn der Normalstudent ist total identifiziert mit der SPD. Wir müssen ganz klar sagen, die SPD hat ein nicht nur intellektuellenfreundliches, sondern vor allem auch ein sehr studentenfreundliches Image, ob berechtigt oder unberechtigt, das sei in diesem Zusammenhang dahingestellt. Das heißt, von seiten der CDU muß die SPD gezwungen werden, sich vom SHB zu distanzieren und, wenn möglich, dem SHB den Namen „Sozialdemokratisch“ zu entziehen. Aber auch das spricht für die interne Situation der SPD, die, soweit mir bekannt ist, bereits schon seit zwei Jahren ernsthaft sich bemüht, diesem Verband den Namen „Sozialdemokratisch“ zu entziehen. Aber der gemäßigte Flügel innerhalb der SPD wird in diesem Bemühen immer schwächer; bestimmte linke Kräfte innerhalb der SPD leisten eben dem SHB zu viel Hilfe.

---

74 Der SHB hatte eine einstweilige Verfügung gegen den RCDS wegen des am 14. Januar 1971 veröffentlichten Flugblatts „Der SHB – nützlicher Idiot (Lenin) der DKP“ eingereicht. Die einstweilige Verfügung des Bonner Landgerichts gegen die Wiederholung der Anschuldigungen wurde in der mündlichen Verhandlung nicht bestätigt. Vgl. das Flugblatt des RDCS-Bundesvorstands „SHB unterstützt DKP“; Prozeßunterlagen in ACDP 01-365-K035. – Der Sozialdemokratische Hochschulbund wurde 1960 in Bonn gegründet und existierte bis 1992. 1973 erfolgte die Umbenennung in Sozialistischer Hochschulbund, nachdem die SPD sich von der Organisation distanzierte und ihr das Tragen des Titels „sozialdemokratisch“ gerichtlich untersagen ließ. Vgl. Willy ALBRECHT: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund. Bonn 1994.

Ich möchte vielleicht noch zur Gesamtsituation sagen, den Hochschulverband der FDP gibt es praktisch nicht mehr, so daß man momentan davon ausgehen kann, daß der einzige politisch nennenswerte Verband der RCDS ist. Das ist interessant für die gesamte politische Entwicklung innerhalb der Studentenschaft. Zum Image des RCDS darf ich aus einer neuesten Veröffentlichung des VDS<sup>75</sup> drei Sätze vorlesen, nur damit Sie den Stil der Agitation sehen. Dort heißt es: „Neben dem RCDS weist sich schließlich der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ immer häufiger als organisatorischer Kern auf den rechten studentischen Gruppen aus. Diese haben besonders durch den RCDS, der seit dem CDU-Parteitag mit voller Unterstützung der Barzel und Co. arbeitet, ganz offen ihre antidemokratische Politik der Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft, der Beitragsverweigerungskampagne, ihre Gerichtskampagne gegen den VDS mit besonderer Heftigkeit fortgesetzt. Dabei kollaborieren sie immer offener mit den reaktionärsten Kreisen der CDU und CSU und der Monopole, haben ihr scheinfortschrittliches Mäntelchen fallengelassen und hoffen auf diese Weise den großen Rechtsputsch an den Hochschulen zustande zu bringen.“

Man arbeitet mit Parolen, die demokratischen Kräfte, die an Hochschulen sind, in das Rechtskartell zu überführen, indem man sagt, der RCDS ist Handlanger der Monopole, Kampfstier der herrschenden Klasse, oder zumindest doch sehr retrofaschistoid. (*Zwischenruf: Das ist neu! Das geht so schnell, ja. – Starke Unruhe und Gelächter.*)

Diese ganzen Formulierungen haben offensichtlich in der Studentenschaft durchaus eine gewisse Resonanz gefunden. Wir sollten uns bitte nichts vormachen. Wenn man zehn, fünf Jahre studiert, tagtäglich eine Propaganda erlebt, die aufzeigt, die CDU ist die Partei der Superreichen, hinterläßt das eine klare Wirkung. Wir werden total mit der CDU identifiziert. Das ist eine nüchterne Erkenntnis, das ist Schicksal, aber auch Vorteil. Es hat den Nachteil, wenn man so will, daß wir höchstens 25 bis 30 % der Stimmen in Universitäten bekommen können, weil die CDU kein studentfreundliches Image besitzt, aus Gründen, über die man vielleicht später diskutieren müßte. Das zurückliegende Semester hat für demokratische Gruppen insgesamt an Hochschulen aber auch erfreuliche Tendenzen gezeigt. Ich will auf München verweisen, wo der RCDS von sechs auf 17 Sitze hochgekommen ist, oder auf Göttingen, von zwei auf 14, wo wir knapp 30 % der Stimmen bekommen haben. Ich könnte auch eine Reihe weiterer Hochschulen nennen.

Aber das Miserable unserer Situation ist, daß es praktisch keine Koalitionspartner für den RCDS gibt. Das Miserable besteht z. B. darin, daß es eine Deutsche Studentunion gibt, die vor einigen Jahren mit Hilfe der CDU aus der Taufe gehoben wurde, und die z. B. in Köln mehr oder weniger in Form einer Aktionseinheit mit dem Spartakus agiert und in Kiel jedenfalls sehr starke linke Tendenzen aufweist und in Mainz, die ebenfalls ähnliches zeigt.

Das heißt, man versucht den RCDS, den man eben identifiziert mit der CDU, klar in das rechtsradikale, rechtskonservative Fahrwasser abzudrängen. Ich will hier nur

---

75 Nicht ermittelt.

mal eine Überschrift eines Flugblattes aufzeigen: „Strauß, Barzel, Dregger, Verfassungsschutz und der RCDS“. Das war die einzige Überschrift. Das nur zu der Art und Weise, wie man vorgeht, und wie man auch Politiker der CDU denunziert und dann das Ganze überträgt auf den RCDS.

Innerhalb der Studentenschaft ist ein erstaunlicher Rückgang des Antikommunismus vorhanden. An dessen Stelle ist ein modischer und unreflektierter Pro-Sozialismus getreten. Wir müssen sehen, daß gerade die DKP im Bereich der Jungwähler jetzt daher eine ganze Reihe von Erfolgen hatte, wenn man die Wahlergebnisse anschaut.

Wir können feststellen, daß an Universitäten im zurückliegenden Semester auch ein paar Akte der Gewalt gewesen sind, eben die Auseinandersetzung gegen die sogenannte Staatsgewalt, und wir können von einer ganzen Reihe von Beispielen berichten, wie man gegen eigene Kommilitonen vorgegangen ist. (*Unruhe*.) Aber was noch vielleicht sehr viel schlimmer ist: der Informationsvorsprung, den die linksradikale Seite dadurch hat, daß sie den Apparat in der Hand hat, Informationen hat und telefonisch permanent erreicht werden kann. Aufgrund dessen wird innerhalb der nächsten fünf Jahre eine Veränderung der politischen Situation an den Hochschulen nicht erreichbar sein. Dazu kommt, daß im Bereich der Politikwissenschaften oder Soziologie eine Indoktrination von vornherein in Form von Tutorien erfolgt. Es ist für politische Gruppierungen wie den RCDS ungeheuer schwierig, hier aufzutreten, weil wir eben keine emotionalisierende Ideologie haben und haben wollen wie die linksradikale Seite.

Ein paar Anmerkungen noch dazu, welche Möglichkeiten der Abhilfe eventuell bestehen können. Von einem Ordnungsrecht erwarte ich mir nicht allzu viel. Denn wir müssen davon ausgehen, daß eine erstaunliche Rechtsunsicherheit an Universitäten bereits vorhanden ist. Normalerweise sind Tutoren nicht mehr bereit, ihre Verpflichtung zur Rechtsaufsicht nachzukommen. Wenn man sich den verspäteten Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz ansieht, dann stellt man fest, daß die Aufklärung über radikale Organisationen insgesamt praktisch nicht geschieht, auch dort nicht, wo die CDU in den Ländern sitzt und eine entsprechende Aufklärungsarbeit machen könnte durch ihre Landesämter für Verfassungsschutz. Aber vielleicht stimmt das nicht, was ich sage.

Zur Frage des Verbots der DKP. Ich glaube, daß wir langfristig um ein Verbot der DKP nicht herkommen können. Denn es ist einfach so, daß innerhalb der jüngeren Generation klar argumentiert wird, wir müssen eine Partei voll respektieren, auch was die Frage des öffentlichen Dienstes angeht, solange sie nicht verboten ist. Was ferner machbar wäre, wäre, daß die CDU in den Ländern ein Wahlrecht für die Wahlen im Studentenparlament schafft, das es uns – gerade den demokratischen Gruppen – besser als bisher ermöglicht, ihr Stimmenpotential auszuschöpfen.

Wichtig wäre, daß von seiten der CDU stärker auf das Problem SHB hingewiesen wird, und daß man eben die SPD hier in die Defensive zwingt, da könnte für uns zur Zeit nicht sehr viel Besseres passieren. Ferner wäre wichtig, das ist mit ungeheuren Finanzmitteln verbunden, einmal eine detaillierte Meinungsumfrage innerhalb der Studentenschaft herzustellen. So lange keine genauen Untersuchungen existieren, z. B.



auch über das Image der CDU, über Möglichkeiten, wie die CDU im Bereich der späteren Intellektuellen sich besser darstellen kann, so lange wird die CDU auch nicht sehr viel erreichen können. Was das Verhältnis der CDU insgesamt zu den Intellektuellen und derzeit den Studenten angeht, hat Ministerpräsident Kohl vorhin angeboten, die Angelegenheit zu forcieren. Ganz wichtig wäre mir, daß man eine Aktivierung der Professoren und auch der Assistentenschaft vornimmt. Die ganze linksradikale Bewegung hätte niemals in diesem Ausmaß vorkommen können, wenn von seiten der Professorenschaft ein Engagement vorhanden wäre. Ich finde, es sollten Vorstellungen von seiten der Bundesgeschäftsstelle der CDU kommen, z.B. Hochschulbeauftragte der CDU einzurichten. Der RCDS wird von seiten der CDU, und zwar nicht auf Bundesebene, um das gleich zu sagen, sondern was die lokale Ebene angeht, ziemlich im Stich gelassen. Und zwar auch finanziell, ich könnte Ihnen Trauerbeispiele nennen, mit wie wenig Geld Einzelgruppen auskommen müssen, ohne Hilfe, teilweise ohne Raum. Das heißt, wir müßten auch versuchen, mehr Junge Union- und CDU-Leute in den RCDS hineinzubekommen und dort zu engagieren.

Ich hatte ja auf der letzten Vorstandssitzung schon berichtet von unserer Aktion, daß wir über 6.000 Studenten angeschrieben haben, die Mitglieder der CDU sind. Inzwischen sind es ca. 205 Antworten, die gekommen sind, von ca. 6000. Ein Großteil derjenigen ist bereits nicht mehr Student. Ein Großteil der Antworten sind auch RCDS-Leute, so daß also das Ergebnis dieser 6.000 Briefe unbefriedigend ist.

Und zum Schluß will ich noch ein letztes sagen: Ich glaube, wir müssen sowohl als CDU und, in Sonderheit für den Hochschulbereich, als RCDS stärker in die politische Offensive gehen, als das bisher der Fall war. Es ist gut, wenn man z. B. von Ihnen, Herr Dr. Barzel, immer wieder in letzter Zeit hören kann, die Reaktionäre sind rechts wie links, daß das, was von linksradikaler Seite kommt, als reaktionär zu sehen ist, weil es an Klassenkampf vor einem Jahrhundert appelliert. Und wenn man diesen Standort deutlicher als bisher vorträgt, und wenn man auch deutlicher als bisher die geistigen Grundlagen aufzeigt, dann wird man, wenn ich das richtig sehe, innerhalb der jungen Generation, mindestens im Bereich der Studentenschaft, Erfolge vorweisen können. Ich glaube, daß das Fazit aber ist, daß wir momentan von einer bestimmten Düsterei ausgehen müssen. Ich glaube aber, daß man, wenn man sehr viel offensiver als bisher argumentiert, durchaus Chancen auch im Bereich der Hochschulen hat. Zur Zeit sieht es aber so aus, daß praktisch die Radikalen an den Hochschulen das Sagen haben.

*Barzel:* Vielen Dank, lieber Herr Langguth, für diesen Bericht. Damit sind alle Berichte erstellt. Ich eröffne die Diskussion.

*Kohl:* Ich will hier vom Radikalismus sprechen, hier ist immer so fortlaufend von Links- und Rechtsradikalismus die Rede. Wobei ich aus optischen Gründen auch sogar umgekehrt formulieren möchte, daß es um Linksradikalismus geht, weil die Partei, die alle rechtsradikalen Gruppen nach dem Zweiten Weltkrieg umfaßt, im deutlichen Zerfall begriffen ist. Ein Großteil der Landesverbände ist jetzt auf unter 1.000 Mitglieder herabgesunken. Die einfachsten wirtschaftlichen Möglichkeiten dieser Partei und Fraktion sind nicht mehr gegeben. Darüber muß man sich im klaren sein, das ist der Zustand der Organisation. Das ist der Zustand einer Partei, die untergehen und zer-

brechen muß. Das ist aber nicht der Zustand der Gesellschaft der Bundesrepublik für die nächsten Jahre. Wir müssen uns schon im klaren sein, daß es diese Grundstimmung gibt. Dazu zwei Beispiele: Es ist unbestreitbar, daß es in weiten Teilen der deutschen Polizeiorganisation in allen Bundesländern eine Affinität zu rechtsradikalen Tendenzen gibt, die zeichnen sich überhaupt nicht organisationspolitisch aus, selbst in von Sozialdemokraten geführten Gewerkschaftsorganisationen. Es gibt keinen größeren Gewerkschaftswirrwarr als innerhalb der Polizei der Bundesrepublik. Es ist unbestreitbar, daß diese Tendenz drin ist. Es ist unbestreitbar, daß bei den Bundesländern solche Probleme gut zu beobachten sind. Ich selbst konnte dies in Rheinland-Pfalz sehr gut beobachten bei den deutschen Bediensteten der stationierten Streitkräfte. Das ist eine Gruppe, die nahezu immun ist gegen die linksradikalen Tendenzen, aber weniger gegen rechtsradikale Tendenzen. Die haben im Augenblick kein Auffangbecken, und das Ganze schwimmt, aber das kann sich bei nächster Gelegenheit ändern.

Und dann gibt es noch einen Grund, den man hier ganz offen aussprechen muß. Das ist auch ein Teil des Ergebnisses der Polarisierung der deutschen Politik in Sachen deutscher Ostpolitik. Es ist gar keine Frage, wir können das nicht als Argument für uns verwenden. Das Nein der CDU zu den Verträgen hat natürlich eine klare Bindung des ganzen rechten Spektrums in dieser Frage an die CDU gebracht. Die, die überhaupt denken können, sagen, sie sind dann für die Gruppe, die was durchsetzen kann, und nicht für irgendeine Gruppe, die zwar laut schreit, aber in der Sache keine Meinung und keinen Einfluß hat. Dies kann sich morgen ändern, und darüber müssen wir uns hier sehr wohl im klaren sein. Das sind keine dauerhaften Lösungen, die wir hier im Augenblick beobachten können, und deswegen meine ich, wir müssen mit unseren guten Argumenten in die Diskussion hinein. Und die Diskussion brauchen unsere Leute an der Front. Wir sind gegen den Radikalismus, sei er von rechts, sei er von links.

Damit ist das zweite Stichwort gegeben. Ich glaube, wir können die ganze Diskussion nur führen mit dem Stichwort, das unsere Verfassungskonformität deutlich macht, der streitbaren Demokratie. Streitbare Demokratie setzt auch, und das sage ich gleich ganz deutlich, voraus, daß der Staat, und die, die im Staat Macht und Verantwortung haben, die volle Härte der streitbaren Demokratie dort üben, wo es sein muß. Bloß rate ich dringend dazu, weniger über Verkehrtes zu reden und vor allem weniger darüber zu reden, was man alles tun muß, sondern es stillschweigend zu tun. Ich habe diese ganze Diskussion mit den Ministerpräsidenten erlebt. Herr Dregger hat völlig recht: Es ist sinnlos, in Mainz das durchsetzen zu wollen und in Wiesbaden eine völlig andere Taktik zu haben. Zumal die Kommunisten genau an diesen Landesgrenzen die Nahtstellen entdeckt haben. Wir haben viele Beispiele, etwa im Verhältnis Saarland, Baden-Württemberg, bei uns und in Hessen, daß Leute in einem Lande im Staatsdienst sind, aber an der Grenze wohnen, und im anderen Bundesland politisch aktiv sind. Das sind zwei durchaus verschiedene Dinge. Hier ist eine enge Koordination und Kooperation ganz wichtig.

Klassisches Beispiel für dieses Durcheinander ist eine kommunistische Gruppe bei Opel Rüsselsheim und eine Gruppe der Evangelisch-Theologischen Fakultät an der Universität Mainz. Die gehen dann über die Landesgrenze und über den Rhein und

treiben es dort in Rüsselsheim. Ohne Kooperation, es ist alles richtig, was hier gesagt wurde, werden wir nicht auskommen.

Nun, das will ich ebenso klar als meine Meinung sagen: Ich verstehe natürlich streitbare Demokratie erst in zweiter Linie überall dort, wo es nicht anders geht, dann aber unverdrossen in aller Härte in der Abwicklung der staatlichen Gewalt. Das heißt, daß wir uns dieser Herausforderung stellen, nicht primär mit Verbot, sondern primär im Politischen und von der Idee und der intellektuellen Auseinandersetzung die Frage angehen.

Es steht außer Frage, daß wir uns nicht nur auf die Organisationen, die hier genannt wurden, beschränken, sondern einmal den gesellschaftspolitischen Hintergrund beobachten. Die Diskussion um ein Verbot der DKP wird heute in weiten Teilen der Evangelischen Kirche, darüber müssen Sie sich im klaren sein, von der jüngeren Pastorenschaft mit den schlimmsten Argumenten geführt. Wer die Lage der evangelisch-theologischen Fakultäten an deutschen Fakultäten kennt, weiß, daß wir hier das genaue Gegenteil von dem erreichen, was wir wünschen. Die Tatsache, daß an vielen Universitäten die theologischen Fakultäten heute ein Hort von Spartakus sind, müßte uns sehr nachdenklich stimmen, denn das sind ja die jungen Pastoren, die in fünf Jahren unterrichten als Vikare oder sogar als junge Pfarrer und in irgendeiner Funktion ihren Dienst tun. Wenn sie die Praxis der Genossen beobachten, dann wage ich jedenfalls aus meiner Amtserfahrung zu sagen, daß in der Regel, wenn ein Gymnasium anfängt umzukippen nach links, das meistens durch bestimmte Indikatoren und Lehrkörper geht. Daß der Ausgangspunkt Religionslehrer sind, kann man als Faustregel sagen.

Es sind überwiegend Religionslehrer, und genauso gilt das, was ich eben sagte, für die Berufsschulen. Ich habe umfassende Untersuchungen vorliegen, die das deutlich machen. Das sind in der Regel wiederum keine Kommunisten, also im Sinne der Parteipolitik Kommunisten. Das sind Leute, die ein bestimmtes Engagement haben, die z. T. ganz weltfremd sind. Die etwa in einem bestimmten theologischen Bereich, auch im katholisch-theologischen Bereich, sich ansiedeln und sagen, jetzt ist das radikale Bild des friedlichen Wolfs in der Gesellschaft durchzusetzen. Wir müssen auch sehen, daß weite Bereiche der verfaßten Jugendorganisationen der Bundesrepublik, auch der professionellen, heute in diesem Trend liegen.

Die christliche Arbeiterschaft hat in vielen Jahren der letzten zwanzig Jahre eine weite Distanz zu uns aufgebaut. Die dort tätig waren, Gruppenführer oder so was, die dann zu irgendeinem Zeitpunkt sich politisch aktiviert haben, sind früher überwiegend bei uns gelandet. Es muß uns nachdenklich stimmen, daß die heute mit einer äußersten Reserve der CDU, ich nehme das exemplarisch heran für andere Beispiele, gegenüber treten. Da kann man nichts mit Verbot und mit Law and Order und so etwas machen. Da kann man nur etwas machen, und wir haben darüber gesprochen, Herr Barzel, daß die CDU hier die geistige Auseinandersetzung sucht, und wenn es sein muß, erzwingt. Wir müssen die Leute zu uns bitten und einfach Stück für Stück jenes Bild abbauen, die CDU sei nicht arbeitnehmerfreundlich – das ist ja der geringste Vorwurf – sondern stockreaktionär und alles, was dazu gehört.

Was sich hier jetzt ergibt, zeigt sich im gleichen Umfang natürlich bei den Univer-

sitäten. Hamburg kann noch so viele Aktionen starten. Wenn wir die Tatsache einmal untersuchen, inwieweit die CDU heute an deutschen Universitäten präsent ist, wie viele der Repräsentanten der CDU/CSU sich bereit finden, dort in die Diskussion zu gehen und sich zu stellen, der weiß, daß dieser Vorwurf unserer Freunde vom RCDS mehr als berechtigt ist.

Ich muß auch ein zweites noch sehen: An der Universität geht es gar nicht im Augenblick darum, daß wir wiederum davon reden, wie stark wir sind, sondern daß wir es üben. Viele der Professoren, die uns heute die Schwierigkeiten machen, sind von CDU-Ministerpräsidenten und von CDU-Kultusministern berufen worden. Das ist ganz einfach die Tatsache. Und Tatsache ist ganz einfach, daß wir im Bereich der nationalen Politik an der Universität viel zu wenig beachtet haben, daß hier eine Reihe der Gedanken, die vorhin schon vorgetragen wurden, überhaupt nicht beachtet wurden. Daß wir CDU-Professoren berufen, ist absoluter Unsinn. Wenn das ein CDU-Parteimitglied ist, der ansonsten feige ist und sich an keinerlei Diskussion beteiligt, der sich nirgendwo stellt, dann wäre es sehr viel besser, wir würden einen Sozialdemokraten, der Mut und Zivilcourage hat und für den Rechtsstaat eintritt, berufen.

Ich bin also der Auffassung, daß, wenn wir eine konzertierte Aktion machen, an der Universität präsent sind, und Mut und Zivilcourage auch dort, wo es Blessuren gibt, zeigen. Da kann man eine ganze Menge tun, in den Berufungsbereichen, und wenn wir bereit sind, was ich für noch wichtiger halte, diesen absoluten Terror, der heute an Universitäten in den studentischen Bereichen herrscht, zu brechen. Denn die Studenten können Sie am leichtesten dort treffen, wo Sie ihnen den Geldhahn abstellen. Im Ausschuß der Vergabe der Stipendien kann man eine viel größere Macht ausüben als über den Herrn Langguth oder sonst wen. Wenn eben in einer bestimmten Fachdisziplin nur noch harte, treue Leute den Ruf bekommen, dann überlegen Sie, was für Studenten getan werden kann. Bei der jetzigen Vergabe von Promotionsstipendien sehen Sie die ganze Dimension der Gefahr. Das ist viel wichtiger per Sicht als etwa die jeweilige AStA-Mehrheit. Die ist ärgerlich, und die macht uns politisch Verdruß, doch auf die Dauer können Sie hier ganz langfristig Weichen stellen. Ich rate dringend, das zu tun.

Kommen wir noch ganz kurz zurück auf die Frage der Konfessionen. Die ganze innerkirchliche Diskussion bei meiner Kirche, der katholischen Kirche, muß hier einfach in einem Satz angesprochen werden. Wir haben jetzt die Entwicklung bei vielen Kaplänen, die, Gott sei Dank, in unserem Sinne wieder positiv ist. Es war mein deutlicher Eindruck, daß ein Umschlag gegenüber 1969 im Gange ist. Sie kommen wieder. Es sind nicht die gleichen Leute, die wiederkommen. Diese Art, die Kirchen intellektuell abzuspalten, reicht natürlich hinten und vorne hier nicht aus. Eine Angelegenheit wie die neue Priestergewerkschaft, die heute in vielen Diözesen bis zu 40 % des Klerus unter 50 Jahren umfaßt, wo viele Schwärmer sind, aber die Mehrheit im Gros wohlmeinend ist, muß natürlich von uns als Partei angegangen werden, damit wir hier deutlich machen, das hat etwas mit der ganzen Einstellung zu den Intellektuellen zur CDU zu tun, damit wir in Deutschland uns wieder dieser Diskussion stellen. Ich bin in dieser Frage recht optimistisch aufgrund der Beobachtungen, die ich in diesem Zusammenhang machen kann.

Dann ein letztes. Ich rate in Sachen Parteiverbot dazu, daß wir uns nicht auf das Schiff begeben, jetzt das Verbot der DKP zu verlangen. Ich rate Ihnen das aus der Sicht eines Regierungschefs eines Bundeslandes, der genau weiß, daß die DKP im Augenblick keinen größeren Gefallen bekommen könnte, als verboten zu werden, um sozusagen aus der öffentlichen Lage entlassen zu werden. Wenn ich die Organisationsführer der Partei betrachte, kann ich darin keine entscheidende Gefahr für die Verfassung erkennen. Ich würde sagen, die demokratischen Rechte sind zu diesem Zeitpunkt aufgegeben. Ich würde aber ebenso dazu raten zu sagen, wir sind gegen ein Parteienverbot. Ich würde das Thema, wenn ich Ihnen einen Rat geben darf, einfach hängen lassen. Auch aus dem Grunde, daß wir in der Lage sind, daß wir vielleicht sehr kurzfristig an die Regierung kommen und uns dann in einer Lage sehen, daß wir dann anders reden, als wir heute reden.

Ich spreche aus diesem Grunde dafür, diese Auseinandersetzung jetzt zu suchen und bin sehr damit einverstanden, daß wir im Bereich des öffentlichen Dienstes in jeglicher Form den langen Marsch durch die Institutionen abstellen, wobei wir, und das ist natürlich der Hintergrund dieser Ministerpräsidentenentschließung gewesen, einfach von der Sache her gezwungen sind, zu differenzieren. Der Kabinettsbeschluß von 1950 ist von der damaligen Regierung Adenauer später nie vollzogen worden. Es ist einfach nicht zutreffend, daß ein Beschluß, der auf dem Papier stand, für den Unterschied Beamte, Angestellte und Arbeiter, elementar ist. Ich muß Ihnen ganz klar sagen, wenn Sie das einmal übertragen auf die öffentliche Hand, werden Sie die Grundversorgung einer jeden deutschen Großstadt komplett schließen. Das sind traditionell Dienstleistungsbetriebe mit starkem Arbeiteranteil mit starkem KP-Besatz. Wir sind uns darüber im klaren, daß in den meisten Fällen die öffentlichen Versorgungswerke, Gas, Wasser und Elektrizität, sehr starke kommunistische Zellen aufweisen und eine Gefährdung für die öffentliche Sicherheit des Staates durch kommunistische Kader besteht, so daß man das unter diesem Gesichtspunkt betrachten muß.

Und dann: Wir haben die Entwicklung bei der Bundeswehr zu beobachten. Wir haben uns vom Verfassungsschutz Unterlagen geben lassen über Erkenntnisse bei Bediensteten im Bereich der Bundeswehr, vor allem bei Soldaten und bei Beamten, etwa bei zivilen Beamten. Dann hat der militärische Abschirmdienst die Leute verhört, und das Ergebnis war, daß die alle ausgetreten sind. Wir sind also nach der Aktion viel schlechter dran als vor der Aktion, denn kein Mensch wird behaupten, daß die nach dem Verhör durch den militärischen Abschiebedienst nicht mehr kommunistisch sind, sondern sie sind ausgetreten, und damit aus unserer Einflußmöglichkeit herausgekommen. Ich halte das für die allerschlechteste Lösung. (*Zwischenruf.*) Sie müssen natürlich bei allem beweisen, daß einer Kommunist ist, wenn er nicht einmal Mitglied ist. Wir leben in einem Rechtsstaat, und das ist natürlich unter den Rechtsstaatsprinzipien eine ungeheuer schwierige Sache.

Zusammenfassend meine ich, wir sollten die Frage des DKP-Verbots sozusagen hängen lassen. Wir sollten im Sinne dieser Resolution, die ich im wesentlichen unterstützen möchte, vorgehen. Ich habe nur einen Wunsch, Herr Vorsitzender, daß vielleicht nach dem ersten Abschnitt – wenn das kommt, was die CDU von sich selbst sagt

– deutlich gemacht wird als Obersatz, daß wir zunächst die geistige Auseinandersetzung gegen den Radikalismus jeglicher Art suchen. Dann bin ich mit allem einverstanden. Ich würde also wünschen, daß wir hier einen Satz zur geistigen Auseinandersetzung einbringen.

*Von Hassel:* Herr Vorsitzender, ich habe eine Maschine, weil ich um 16.00 Uhr fahren muß. Ich kann sie, um nach Hause zu kommen aus meinen Termingründen noch verzögern. Wir müßten aber, wenn andere mitfahren wollen, gegen 16.00 Uhr hier wegkommen. (*Barzel:* Das ist ganz klar.) Das müßte ich, Herr Vorsitzender, wissen, weil wir Autos beschaffen müßten.

*Barzel:* Ich danke Herrn von Hassel, ich glaube, daß wir sein Angebot um eine halbe Stunde Verlängerung annehmen sollten. Wir sind sicher um 16.00 Uhr fertig.

*Kraske:* Ich habe nur eine Frage an Herrn Langguth. Punkt eins, Meinungsumfrage unter Studenten ist allein schon von der Systematik her eine sehr schwierige Sache, weil es ungeheuer schwierig ist, den richtigen Sample zu finden. Wir sollten uns mal über diese Frage mit Herrn Kaltefleiter unterhalten, ob das bezahlbar ist, wann man es machen kann. Zweiter Punkt, Herr Langguth, wie würden Sie an den Universitäten beurteilen, was man so gelegentlich als schweigende Mehrheit bezeichnet, nämlich die 60 %, die nicht zu den Wahlen gehen, und was versprechen Sie sich von Maßnahmen, wie über Briefwahl bis hin in die Gegend von Wahlpflicht, die darauf hinwirken sollen, mehr als diese kleinen Minderheiten von 25 bis 30, 32 % an die studentischen Wahlurnen zu bringen.

*Langguth:* Zunächst zur Meinungsumfrage. Ich habe mit Herrn Kaltefleiter gesprochen. Ich weiß jetzt nicht mehr, welche Summe das ausmachen würde, es wäre aber eine ungeheure Geldmasse. Zweitens zur Frage der schweigenden Mehrheit: Es ist keineswegs unbedingt eine, die man als potentielle Akzidenz bezeichnen kann, weil gerade schweigende Mehrheiten diejenigen sind, die am ehesten auf bestimmten politischen logischen Einsichten aufsitzen. Deswegen, solange z. B. ein bestimmter politisch-geistiger Trend in eine linke Richtung geht, werden wir da also nur bedingt was machen können. Das heißt, ich würde also auch vor allzu starkem Optimismus warnen hinsichtlich Briefwahl. Ich glaube aber insgesamt, daß bei Briefwahl, wo sie praktiziert wurde, beispielsweise in Bonn, zurückliegendes Sommersemester, meines Wissens die Wahlbeteiligung überdurchschnittlich hoch war. Da haben wir also bei Briefwahl eine Wahlbeteiligung von 70 % bekommen, das ist immerhin bei einer Universität, die 17.000 Studenten hat, enorm. Briefwahl, aber auch Listenwahl und andere Kombinationen, das wurde schon herausgestellt. Die Wahlpflicht würde ich ablehnen, weil sich die Frage ergibt, wenn man die Briefwahl einführt, welches Quorum. Das ist ein Problem. Ein Quorum halte ich persönlich nicht für die Lösung. Ich würde als Lösung eigentlich die Briefwahl nennen.

*Stoltenberg:* Wir haben natürlich jetzt ein sehr breites Spektrum. Ich möchte nur ein paar Punkte herausgreifen. Innere Sicherheit und Radikalismus war das erste Stichwort. Eine politische Frage, eine staatliche Frage und eine administrative Frage mit rechtspolitischer Bedeutung, und es ist eine Frage der geistigen Auseinandersetzung und Strömungen der Zeit.

Zum ersten Teil: Ich glaube, daß wir wirksame politische Entscheidungen in Gesetzgebung und Exekutive nur durchsetzen können, wenn wir trotz der Polarisierungen und einer negativen Einschätzung der SPD/FDP weiterhin den Versuch unternehmen, neben der politischen Konfrontation im Parlament und in der Öffentlichkeit über diese Fragen – da, wo es noch möglich ist oder wieder möglich wird, das kann man verschieden bewerten – auch zu gemeinsamen Beschlüssen zu kommen. Der Gesetzgeber ist ja sowieso notwendig, aber auch die Exekutive. Und man muß also diese Doppelsituation immer sehr deutlich vor Augen sehen. Ich würde unter den jetzigen Vorzeichen dessen, was heute möglich ist, den Beschluß Radikalismus im öffentlichen Dienst als solchen doch positiv bewerten. Wenn natürlich einzelne Regierungen anfangen – und die Pressepolitik in Bonn ging schon am Tage der Beschlußfassung dahin, das wurde schon angedeutet –, davon wieder abzuweichen, ist das auch ein politischer Tatbestand. Nur hat der mit dem Beschluß nichts mehr zu tun, sondern damit, daß manche Regierungen nicht mehr die Kraft haben oder haben wollen, in innerparteilichen Situationen zu praktizieren.

Im übrigen ist das natürlich auch ein Ferment der Klärung und vielleicht der zunehmenden Spannung in der SPD. Ich schätze die Lage zudem so ein, das ist hier ja auch teilweise von den verschiedenen Berichterstattern so bewertet worden, daß wir durchaus ein Interesse daran haben, ohne das vordergründig zu stark zu sagen, daß dieser Klärungsprozeß vor allem in der SPD weitergeht. Wohin er eines Tages geht, wissen wir nicht, ob wir eine Lage wie in Italien, Holland und Dänemark bekommen, daß sich diese Partei einmal spaltet. Sie hat sich ja in einigen westeuropäischen Ländern gespalten. Ob das andere Formen annimmt, ist heute zu früh zu sagen. Ich würde die Möglichkeit der Spaltung, mal auf fünf Jahre vorausgesehen, heute durchaus als eine ernsthafte Möglichkeit zumindest ansehen. Sicherheit gibt es hier nicht.

Aber wir haben ein Interesse daran, daß es zu solchen Auseinandersetzungen in der SPD kommt. Überall da, wo Sozialdemokraten sehr viele Beschlüsse noch vollziehen, ist es auch ein Aktivum, genauso wie das, was Herr Dregger zu Recht gesagt hat, ein Passivum ist. Ich sage das jetzt, ohne auf die Sache im einzelnen weiter einzugehen, weil wir natürlich jetzt bei der Ausgestaltung der Gesetzgebung ähnliche Probleme kriegen. Die Grenzen – und es ist sehr bedauerlich, daß man das feststellen muß – zwischen Bekämpfung der Kriminalität und politischem Radikalismus sind ja fließend geworden, weil wir zunehmend die Zahl der politisch motivierten Verbrechen haben. Baader-Meinhof ist ja nur ein Begriff für sehr viele Erscheinungen gewesen, und es wäre eine sehr große Täuschung anzunehmen, daß mit der hoffentlich baldigen Erfassung des harten Kerns der sieben oder zehn Leute dieses Problem gelöst wird. Es geht mittlerweile ja wesentlich weiter, wie auch die Erkenntnisse unserer Verfassungsschutzämter und Kriminalpolizei sagen.

Deswegen gehört natürlich auch zu diesem Thema eine Sache wie die Verschärfung des Haftrechts. Die Bundesregierung hat sich jetzt durch unsere Initiative bequemt zu sagen, daß das wohl geschehen muß. Wir sind materiell nicht voll einverstanden, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung und gibt uns die Möglichkeit, in den Parlamenten auch Entscheidungen herbeizuführen. Und ich will noch mal unterstreichen

die Beschleunigung im Strafverfahren usw., andere Dinge, die wir alle hier kennen, d. h. die weitere Ausgestaltung der Rechtsordnung. Wir müssen weiterhin darauf drängen, daß in den gemeinsamen Gremien, wie wir sie etwa von den Ländern in der Bundesregierung haben, abgestimmt mit unserer Fraktion, die Vorlagen auf den Tisch kommen. Jetzt ist natürlich die Neigung vorhanden, dies immer weiter zu vertagen und zu verwässern. Wir müssen darauf drängen, daß überhaupt noch etwas kommt, immer unter der Voraussetzung, daß noch die jetzige Konstellation bis Ende 1973 da ist, und müssen zugleich das kritisieren, was nicht kommt, oder was uns nicht befriedigt. Ich möchte nur die beiden Seiten dieser Angelegenheit aufweisen. Wir dürfen uns nicht auf die eine Seite beschränken. Wir müssen unter den gegebenen Umständen auch konkrete Verbesserungen, soweit sie erreichbar sind, anstreben.

Nächste Bemerkung. Nur kurz, die von Herrn Langguth angeschnittenen Fragen berühren ja z. T. jetzt die aktiven Seiten des Hochschulgesetzes. Wir haben neulich im Präsidium, das ist, glaube ich, den Anwesenden auch bekannt, mit den Kollegen der Länder, dem Herrn Vogel, des Kulturausschusses, und der Fraktion, Herrn Martin, eine Detaildebatte geführt. Ich hoffe, daß es gelungen ist, vor allem auch bei den zuständigen Kollegen der Fraktion, die Meinungsbildung auf eine etwas breitere Basis, RCDS, Junge Union, Hochschullehrer zu stellen.

Man muß abwarten. Ich habe keine Informationen, was diese Woche erbringt. Daß dabei die Frage der Wahlverfahren eine große Bedeutung hat, auch der Wahlverfahren, ist ganz klar. Wir haben in Kiel ein klares Beispiel dafür, wie positive Entscheidungen durch Manipulation wieder korrigiert werden. Herr Langguth, die Sache mit dem Ordnungsrecht wird schwierig. Ich bin persönlich der Meinung – es steht ja auch in den Punkten unserer sachverständigen Kollegen drin, wir können eigentlich nicht darauf verzichten –, daß etwas zum Thema der Freiheit von Forschung und Lehre und der Rechtsstaatlichkeit an der Hochschule konkreter gesagt wird. Das läuft bisher unter dem Begriff Ordnungsrecht. Mir kommt es gar nicht auf die Überschrift an. Mir kommt es darauf an, daß bestimmte, jedenfalls grundsätzliche Regeln in einem solchen Bundesgesetz heute sein müssen. Ich könnte es – uns leuchtet ja ein diese Meinung im Kreis des Präsidiums mit den Kollegen – eigentlich gar nicht verantworten zu sagen, wir machen ein Hochschulrecht und gehen an einer der brennendsten Fragen der Hochschule vorbei, nämlich daß die Rechtsstaatlichkeit z. T. mit Füßen getreten wird. Das kann man nicht machen. Ein wesentlicher Punkt ist die Frage, wie weit man Detailregelungen vorlegt und wie weit man sie auf den Landesgesetzgeber delegiert. Das ist noch eine offene Frage für die Schlußverhandlungen. Aber es müssen bestimmte Normen drin sein, die für die Länder und die Hochschulen verbindlich sind und in der Ausgestaltung vielleicht ein gewisses Maß an Freiheit haben können.

Ich bin auch in der Einschätzung der studentischen Situation darin mit Ihnen einig, wir haben das neulich auch schon gesagt. Wir dürfen jetzt auch nicht wegen übersteigter Bedingungen leichtfertig oder leichtmütig das Hochschulgesetz scheitern lassen. Das würde z. T. gegen uns ausfallen, weil ja Dinge drin sind wie Studium und Forschung. Aber wir dürfen natürlich auch kein Gesetz machen, das wir nicht verant-



worten können. Und das ist jetzt die Frage, vor der wir in den kommenden Wochen stehen, wo wir eine Menge Öffentlichkeitsarbeit zu leisten haben.

Die letzte Bemerkung, die ich hier machen möchte, ist, daß wir in der Tat – und das ist organisatorisch schwer faßbar, natürlich mit den Einrichtungen, die wir haben, ich denke an unsere verschiedenen Akademien, die uns nahe stehen – auf Kirchen, Bildungswege, die Struktur in der Gesellschaft einwirken und uns planmäßiger in diese Diskussion einschalten. Dafür gibt es kein Rezept, aber das ist eine Forderung, die wir alle vertreten. Ich nenne hier als letztes noch eine Frage, über die wir im Präsidium und Vorstand ja ohnehin mal zu einem geeigneten Zeitpunkt sprechen wollen anhand von Unterlagen. Was mir immer wieder deutlich wird in den Diskussionen, ist folgendes: Ich habe die letzten im privaten Bekanntenkreis am gestrigen Tag in Baden-Württemberg aufgeführt, in Gesprächen mit Schülern aus befreundeten Familien, mit Studenten, die uns befreundet sind. Wenn man die fragt, die 18, 19, 20jährigen, die 22jährigen: Woher kommt es eigentlich, bei euren Klassenkameraden, euren Freunden, den jungen Leuten, obwohl dieser Radikalismus sich im Grunde 15 Jahre lang überlebt hat und als hohl entlarvt ist, daß das immer noch eine Wirkung hat? Was sind eigentlich die wirkenden Kräfte hier? Dann kommt immer wieder der Hinweis auf die Wirkung der Medien. Das ist gar kein Zweifel. Neben der billigen Taschenbuchliteratur von Suhrkamp und Rowohlt, die zu dieser Umweltvergiftung beiträgt, spielen natürlich die Medien eine Rolle.

Wir werden also diese hier erörterten Fragen in der Wirkung auf junge Menschen vor allem einmal fortsetzen müssen in einer besonderen Diskussion über unsere intensivere Medienpolitik, die wir als Partei zu betreiben haben. Wenn es uns nicht gelingt, in den Medien gewisse Veränderungen, wie wollen hier gar nicht zu anspruchsvoll oder zu optimistisch kurzfristig sein, zu erreichen, dann ist natürlich eine Hauptquelle dieses ganzen Trends zur radikalen Attitüde der jungen Generation weiterhin wirksam. Ich nenne dieses Stichwort nur, weil es in einer künftigen Diskussion bei uns einmal ein besonderes Thema werden muß.

*Barzel:* Ich möchte jetzt gerne selbst etwas sagen. Ich glaube, wir müssen zweierlei Beschlüsse fassen. Einen nach außen, das ist das Papier, was hier liegt, an dem gerade gearbeitet wird. Und einen Beschluß nach innen, weil wir der Bundestagsfraktion und der CSU gegenüber versuchen müssen, zu einer Linie zu kommen. Wir hatten gebeten, weil es in der CSU und in der Bundestagsfraktion starke Tendenzen auf einen Verbotsantrag gibt, erst mal die Kirche im Dorf zu lassen und erst mal den Parteivorstand hier zu beschäftigen. Für diesen internen Beschluß schlage ich Ihnen folgendes vor, das ist ganz kurz:

„Die DKP und der Spartakus verfolgen verfassungsfeindliche Ziele. Über die Frage des Verbots hat die Bundesregierung nach pflichtmäßigem Ermessen und aufgrund amtlicher Erkenntnisse zu entscheiden. Die CDU/CSU wird die DKP und den Spartakus mit politischen Mitteln bekämpfen und die geistige Auseinandersetzung mit dem totalitären Kommunismus verstärkt führen. Dabei bleiben wir bereit, diesen Kampf solidarisch mit allen Demokraten zu führen.“ Das ist intern für uns und die Politik wichtig. Das heißt auf deutsch: Wir sind also jetzt nicht für das Verbot, wir erklären,

daß wir verfassungsfeindliche Ziele bekämpfen im Wege geistiger und politischer Auseinandersetzung – die Sache, Verbotsanträge zu stellen, ist Sache der Regierung – nach pflichtmäßigem Ermessen und aufgrund amtlicher Erkenntnisse, die uns ja in dem Umfang gar nicht zur Verfügung stehen. Im Grunde ist das diese Melodie, die wir damals gegenüber dem SDS angewandt haben, wo der Kollege Benda im Kabinett der Großen Koalition, und das ist ein wichtiger Hinweis, das haben damals alle getragen, gesagt hat: Bitteschön, der SDS ist verfassungsfeindlich. Wir sehen aber ab, zum Gericht zu gehen oder einen Verbotsantrag zu stellen, weil wir das politisch bekämpfen wollen. Das ist also ein Zwischenschritt, und der setzt uns nicht in den Zwang, dann übermorgen ein Verbot beschließen zu müssen, weil wir extra unter uns hier auf das pflichtmäßige Ermessen und auf die amtlichen Erkenntnisse hinweisen. Das ist das, was ich für die interne Beschlußfassung vorschlagen würde. An der anderen Sache arbeitet gerade Herr Kraske, er kann es vortragen.

*Kraske:* Darf ich Sie bitten, diesen Umdruck zur Hand zu nehmen, und ihn wie folgt zu ändern. Es bleibt der Text erhalten bis zur Zeile fünf und endet „sei er nun von rechts, sei er von links aufgetreten, zu verhindern gewußt“. Es kommt dann folgender Einschub: „Die CDU hat die Auseinandersetzung mit den Radikalen immer zunächst als eine geistige Auseinandersetzung in die Zukunft unseres Landes begriffen, und wird dies auch in Zukunft tun.“ Ich schlage vor, an dieser Stelle den hier vorgesehenen Schlußsatz anzuhängen, der wie folgt heißt: „Die CDU bekennt sich insbesondere zur ständigen Diskussion mit der jungen Generation und allen, die auf dem Boden der Verfassung Kritik üben und neue Ideen verwirklichen wollen. Eine konstruktive Politik praktischer Reformen anstelle leerer Versprechungen macht unsere Demokratie glaubwürdiger und stärker.“ Dann geht es im nächsten Absatz des vorgesehenen Textes weiter mit einer minimalen Umstellung. „Der Bundesvorstand der CDU gibt jedoch seiner Besorgnis Ausdruck, daß radikale Kräfte nunmehr in zunehmenden Maße versuchen“ usw. Es bleibt der Ihnen vorliegende Text mit Ausnahme des vorgesehenen Schlußsatzes, den wir vorgezogen haben: „Es wird also auch mit Verharmlosungen ... ist es nicht getan.“ „Es muß im Interesse der Demokratie gehandelt werden.“

Es folgt ein neuer Nachsatz auf Vorschlag von Herrn Dr. Dregger, der das Thema, so wie es hier auch erörtert wurde, erweitert. „Der Bundesvorstand hat sich weiterhin mit dem Anstieg der Kriminalität, insbesondere bei den Gewaltverbrechen und den Rauschgiftdelikten beschäftigt. Er hält es für geboten, daß die dem deutschen Bundestag vorliegenden Gesetzentwürfe, die zu einer wirksameren Verbrechensbekämpfung beitragen sollen, mit Vorrang behandelt werden. Er unterstützt insbesondere den von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingebrachten Gesetzentwurf zur Verschärfung des Haftrechts gegenüber Serientätern aufgrund der Wiederholungsgefahr und die in die gleiche Richtung zielende Initiative des Bundesrates, die von den Ländern Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein angeregt worden ist.“<sup>76</sup>

---

76 Antrag der CDU/CSU-Fraktion „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Strafprozeßordnung“ (BT-Drs. VI/2558 vom 7. September 1971) sowie der vom Bundesrat am 17. Dezember 1971 beschlossene „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Strafprozeßordnung“

*Barzel:* Damit liegt auf dem Tisch, was wir zur Beschlußfassung in beiden Richtungen empfehlen. Ich habe einige Wortmeldungen. Ich bitte daran zu denken, daß wir versuchen wollen, in nicht zu ferner Zeit fertig zu werden.

*Vogel:* Zur Diskussion noch eins, Herr Barzel: Sie wissen, daß der Druck in der Fraktion in dieser Richtung sehr stark ist, daß der Druck innerhalb der CSU sehr stark ist. Ich hielte es für dringend geboten halten, daß in dieser Frage so schnell wie möglich Übereinstimmung mit dem Präsidium der CSU hergestellt wird. Dann erleichtert uns das auch die Diskussion innerhalb der Fraktion, vor allem auch innerhalb des Arbeitskreises eins. Das zu dem Punkt.

Das zweite Problem, das Herr Stoltenberg ausgeführt hat. Herr Stoltenberg, es ist völlig richtig, daß man Gemeinsamkeit suchen soll, wo sie materiell gefunden wird, obwohl uns das in der politischen Auseinandersetzung unseres Spielraums erheblich einengt. Wo die Gemeinsamkeit nur verbal und keine materielle mehr ist und im Grunde genommen dazu dient, einen Streitpunkt aus der Diskussion herauszunehmen, würde ich jedenfalls sehr viel Wert darauf legen, wenn es da vorher doch bessere Abstimmungsmöglichkeiten mit unseren Ländern gäbe, um uns diesen politischen Spielraum zu erhalten. Ich glaube, daß das ganz wichtig ist.

Herr Genscher verfolgt die Taktik mit ziemlichem Erfolg, Probleme, die ihm unangenehm sind, in die Innenministerkonferenz zu bringen, die dort verbal auf eine Gemeinsamkeitslinie zu bringen und dann aus dem politischen Streit herauszuziehen. Das ist die Linie, die er verfolgt, und das erschwert uns ungeheuer in diesem wichtigen Bereich die politische Auseinandersetzung.

*Amrehn:* Ich möchte nur eine Bemerkung machen zu dem Entwurf für den internen Gebrauch. Da ist ein Gedanke nicht hinreichend berücksichtigt, den Herr Dregger vorhin vorgetragen hat. Die Frage des Verbots der DKP ist nicht nur eine Frage des Ermessens, sondern möglicherweise einer Rechtspflicht. Ich möchte die Frage aufwerfen, ob man anstelle von Ermessen nicht besser „Entscheidung“ sagt, damit wir uns selbst in einer späteren Argumentation an dieser Stelle nicht finden, es sei eine Entscheidung der Opportunität. Vielleicht werden wir selber mal so argumentieren, aber an dieser Stelle wäre es augenblicklich ein bißchen zu viel Freigiebigkeit für die Bundesregierung. (*Unruhe und Diskussion.*)

Nachdem, was man gerade vorgetragen hat, sind wir eher verpflichtet, ohne Verbotsanträge zu stellen, zu verbieten, uns auf ein opportunes Ermessen zu verlassen. Auf den Punkt wollte ich nur aufmerksam gemacht haben. Es ist einer von den vielen Nebenpunkten DKP, und ein kleiner Nebenpunkt in der ganzen Diskussion, die wir führen.

*Barzel:* Also nach „pflichtmäßigem Ermessen und aufgrund amtlicher Erkenntnisse zu entscheiden hat“. Das sollte unter Juristen eigentlich keinen Streit auslösen. Bitte? (*Zwischenruf:* Sämtliche Ministerpräsidenten und Innenminister auch auf unserer Seite. Ich glaube, daß das ein ganz wichtiger Hinweis ist.)

---

(BT-Drs. VI/3248); Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung vom 7. August 1972, BGBl. 1972 I S. 1361).

*Dregger:* Die Anregung von Herrn Amrehn hat nur Bedeutung für die Frage, ob wir in der Zukunft uns ein Argument erhalten, auch wenn wir noch nicht wissen, ob wir es gebrauchen. Es gibt in der Rechtslehre eine Auffassung, die meint, daß der Innenminister im Gegensatz zur Bundesregierung bei manchen Organisationen keine Ermessensentscheidungen zu treffen hat. (*Diskussion und Unruhe.*) Wenn das intern bleibt, ist das nicht so sehr gravierend. Ich will nur eins sagen. Ich befürchte, daß unsere Professoren nicht die Kraft haben, es anzuwenden. Dann müssen wir überlegen, ob man nicht Richter beauftragt, dieses Ordnungsrecht zu implizieren.

*Langguth:* Zusätzlichen Passus mit dem verschärften Haftrecht. (*Beifall, Diskussion und Unruhe.* – *Barzel:* Das ist ein guter Hinweis.)

*Von Weizsäcker:* Die Frage ist auch hier, wenn wir das ausklinken und eine Extraerklärung machen, wäre es nicht besser, nach dem „gehandelt werden“, beim Zusatz von Herrn Kohl mit den beiden bisherigen Schlußsätzen zu bleiben am Ende? Ich finde, die generelle Mitteilung muß nicht behandelt werden. Es ist von uns aus positiver, konstruktiver und klarer, wenn sie von uns aus diese Mitteilungen über die geistige Auseinandersetzung und über die Auseinandersetzung der jungen Generation und so weiter enthält, also der Duktus, der bisher war.

*Kraske:* Das würde bedeuten, daß wir den Text so lassen, wie er in dem Ihnen vorliegenden Papier aufgeschrieben ist und an der Stelle zweite Seite, vierte Zeile, hinter „im Interesse unserer Demokratie gehandelt“ usw. fortfahren, Absatz „die CDU hat die Auseinandersetzung mit dem Radikalismus immer zunächst als eine geistige Auseinandersetzung begriffen und wird dies auch in Zukunft tun.“

„Wie bekämpfe ich insbesondere“ zur ständigen Diskussion mit der jungen Generation und fortlaufend in dem Ihnen vorliegenden Text. Und es kommt hinzu, daß wir Herrn Weiskirch beauftragen würden, morgen völlig unabhängig eine Erklärung abzugeben: „Der Bundesvorstand der CDU hat sich auf seiner Sitzung am 13. März in Stuttgart mit dem Anstieg der Kriminalität“ usw. „beschäftigt“.

*Zeitel*<sup>77</sup>: Ich will nur eine Bemerkung machen: Sie fordern an der Universität ein Ordnungsrecht ... (*Barzel:* Verzeihen Sie, darf ich um Aufmerksamkeit für Herrn Zeitel bitten? Es ist fast hier nichts zu verstehen.) Der zweite: Wenn man aber aus anderen Konstruktionen heraus ein Ordnungsrecht meint einbauen zu können, dann bin ich allerdings der Auffassung, sollte man das nicht in die Hände der Hochschule legen, sondern von Richtern. Ob das aber so ausreicht, heute noch, wage ich zu bezweifeln.

*Barzel:* Wird dazu jetzt das Wort gewünscht, zu dem, was Herr Zeitel jetzt vorgetragen hat? Einer der Herren Berichterstatter?

*Hahn:* Vor einem Jahr mußten wir im Hochschulrahmengesetz noch eine ganze Reihe Zugeständnisse machen, weil die gesamte politische Situation entsprechend

---

77 Dr. Gerhard Zeitel (1927–1991), Wirtschaftswissenschaftler; 1955 Promotion, 1955–1960 wissenschaftlicher Assistent an der Universität Tübingen, 1960 Habilitation, 1962 o. Professor für Volkswirtschaftslehre und Statistik, 1970–1973 Rektor der Universität Mannheim, 1969 CDU, 1970–1980 Vorsitzender des Landes- bzw. Bezirksverbands Nordbaden, 1972–1980 MdB, 1977–1987 Bundesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung, 1980–1984 Finanzminister und 1984/85 Kultusminister des Saarlands.

war. Heute würden wir viele dieser Zugeständnisse nicht mehr machen, weil die Situation sich geändert hat. Wir können das Rad natürlich nicht zurückdrehen und mit dem Bericht die Bundestagsfraktion bitten, das nicht in einem Hochschulrahmengesetz zu verabschieden in Punkten, die uns in den Ländern dann nachher unter Umständen festlegen, sondern dann so zu handeln, daß es wirklich ein Rahmen bleibt und die entsprechenden Passagen auf Landesebene nachher einbauen können. Das ist ganz entscheidend.

*Barzel:* Herr Kollege Hahn, dazu darf ich Ihnen nur sagen, daß wir in der Sitzung des Präsidiums vor 14 Tagen Herrn Vogel als den Sprecher der Kultusminister und Herrn Martin hatten. Wir haben uns auf die neun Punkte verständigt. Was jetzt in der Presse erscheint, ist also ein Schwarzer-Peter-Spiel, aber in den neun Punkten gibt es für uns kein Nachgeben. Das ist doch richtig verstanden?

*Hahn:* Richtig!

*Leinke:* Ich wollte nur noch mal ein Wort sagen zu dem Rahmengesetz. (*Unruhe und Diskussion.*) Wenn es ins Rahmenrecht nicht hineinkommt, werden es, wie ich die Länder kenne, viele bestimmt unterschiedlich machen. Ich meine, ich spreche aus einer langen Erfahrung.

*Schwarz-Schilling:* Ich möchte zu dem, was Herr Kollege Hahn gesagt hat, etwas aus der Sicht eines Mannes, der in der CDU in der Opposition steht, sagen, daß das natürlich eine Minimallösung ist. Daß in den Rahmengesetzen nicht drin steht, was entsprechende Hochschulgesetze bei CDU-Ländern verhindert. Wir müssen natürlich großen Wert darauf legen, daß zumindest gewisse Normen in diesem Gesetz enthalten sind, die von Sozialdemokraten regierte Länder dazu zwingen, ihre katastrophalen Hochschulgesetze zu verändern.

Ich darf noch eins dazu sagen. Ein kontroverser Punkt ist die Frage der verfaßten Studentenschaft. Dazu kann man natürlich verschiedener Meinung sein. Denn in dem Moment, wo ich die aufgabe, hat der Staat auch keine Aufsichtsmöglichkeiten mehr über die Dinge, die sich in der Studentenschaft abspielen. Daß sie nicht richtig funktionieren, ist eine ganz andere Frage. Aber damit begibt man sich natürlich der Möglichkeit, auf radikale studentische Organisationen, die ja dann genau so aus dem Boden schießen werden, ohne daß sie verfassungsgemäß sind, gar keine Aufsichtsmöglichkeiten mehr ausüben zu können.

Der nächste Punkt, der wesentlich ist, ist meines Erachtens, weil wir dort unsere Auffassung verändert haben: Wir haben von einer funktionsgerechten Mitbestimmung der verschiedenen Gruppen bisher gesprochen. Wir gehen jetzt über in der Frage der Hochschulen zur Mehrheit der Hochschullehrer in allen Organen. Ich möchte sagen, daß wir aus den Erfahrungen in Hessen, wir haben gerade eine Bereisung der Universitäten gemacht, das letztere für richtig halten, weil nämlich im Moment verschiedenste Sachfragen überhaupt nicht mehr geklärt werden können, weil die Verfahrensfragen, in welches Organ es hineinkommt, abschließlich nach der Frage, wie dieses Organ zusammengesetzt ist, beschieden wird. Das heißt, wenn es in einem Organ entschieden werden soll, wo Hochschullehrer die Mehrheit haben, dann wird es dort gar nicht erst hingelenkt von den verschiedenen Gremien. Es bleiben also verschiedenste

Punkte auf diese Weise stets ungeklärt, und ein Spiel des Hin- und Herschiebens von einem Organ zum anderen setzt ein und klärt keine Sachfrage mehr. Insoweit wäre also dieser Punkt damit ausgeräumt.

Ich darf noch ein drittes sagen: Das Quorum halte ich für unbedingt notwendig zusätzlich zur Briefwahl, allerdings muß auf die Frage des Wahlverfahrens kolossal achtgegeben werden, weil wir z. B. in Hessen mit viel, viel Kampf von der CDU her das Quorum eingeführt haben, es aber in Marburg durch schlechte Wahlverfahren total unterlaufen worden ist. Die Frage der Einheitsdiskussion ist auch nicht richtig geklärt worden in dieser Marburger Sache, daß Einheitslisten praktisch die Aufhebung der Wahl erfordert, weil das keine demokratische Wahl ist. Insoweit ist da also jetzt Klarheit.

Ich darf noch zum Schluß eine Frage ansprechen, die Herr Stoltenberg aufgeworfen hat, mehr Informationspolitik in die einzelnen vopolitischen Gremien. Ich glaube, wir sollten uns ganz besonders konzentrieren auf die Schulen. Ich bin auch der Auffassung, daß wir die nächsten fünf Jahre in den Universitäten fundamental nicht viel ändern können. Aber es ist im Moment notwendig, auf die Curricula einzuwirken, die im Moment jetzt überall im Entstehen begriffen sind, die Frage der Lehrerbildung und der Grundzüge des politischen Unterricht, die überall jetzt auch formuliert werden. Ich habe die große Sorge, daß wir dort gar nicht mehr den Anschluß gewinnen und daß es unsere Aufgabe wäre, zu bestimmten Formulierungen, bestimmten Wortdefinitionen, die bereits alle das Vokabular der Linken dort enthalten, ganz klar in einfacher Form bestimmte Themen fast flugblattartig zu bearbeiten, und die CDU dabei gar nicht zu erwähnen, sondern nur die Frage eines kritischen Nationalismus in diese Diskussion hineinzubringen, um den jungen Schülern die Möglichkeit zu geben, gegen die bereits immer stärker vorkommende Indoktrinierung der Lehrer von sich aus mit Argumenten Stellung nehmen zu können. Das ist also ein ganz großes Programm, was meines Erachtens anlaufen müßte. Das möchte ich hier nur einmal dazu sagen.

*Vogel:* Zu den meisten Punkten, die wir haben, ist die Mehrheitsempfehlung des Rechtsausschusses nicht ganz unwichtig zu wissen: Ordnungsrecht, erstens, das Initiativrecht nicht nur bei den Hochschulorganen, sondern sowohl bei den einzelnen Betroffenen als auch bei einigen von der Landesregierung zu stellenden Organen, mit Ermittlungsbefugnissen außerhalb der Hochschule. Und das zweite selbstverständlich die rechtliche Überprüfung.

*Barzel:* Herr Langguth auf die Fragen von Herrn Schwarz-Schilling.

*Langguth:* Nach Fragen der verfaßten Studentenschaft kann man ja dann auf Termine zurückgreifen. In Berlin ist schließlich die verfaßte Studentenschaft abgelöst worden. Das ist ja auch SPD-Programm, Ablösung der verfaßten Studentenschaft, auch wenn die SPD zur Zeit davon nicht mehr sehr viel sagt. Aber die konsequente Folge danach war, daß sich dann faktisch alles in die Fachbereiche übertragen hat. Ich weiß nicht auswendig, wie viele Fachbereiche in Berlin sind, aber ich hätte gedacht, so an die dreißig. Also daß sich dann praktisch auf die Fachbereiche eine Entwicklung übertragen hat, die nicht mehr gesamtuniversitär steuerbar war, und die es auch demokratischen Kräften ziemlich unmöglich gemacht hat, die Sache politisch zu bewerten.

Also, es hat auch echte Nachteile, um das klar zu sagen. Wir als Verband vertreten die Ansicht, Aufrechterhaltung einer verfaßten Studentenschaft, wobei es da immer problematisch ist, es geht ja mehr um die Form der Organisation als um die Frage der Beitragshöhe. Und darum geht es letztlich.

Es muß also erstens gewährleistet sein, daß die Geldmittel auch tatsächlich überprüft werden, wie sie ausgegeben werden. Da muß ich sagen, daß das vielfach nicht getan wird, was an Geldern herausgeschleudert wird. Und wie auf diese Weise linksradikale Gruppen finanziert werden, kann man hier nur andeutungsweise sagen. Zweitens muß man auch argumentieren: Wir müssen die verfaßte Studentenschaft ablösen, und dann ist die Mitbestimmung direkt in dem akademischen Gremium. Ich glaube, daß man das kombinieren muß. Daß man sagen muß, in den akademischen Gremien, in den Konventen sollten die studentischen Fraktionen das Studentenparlament und dann diesen AStA bilden. Ich will das jetzt nicht weiter erläutern. Es hätte aber den Vorteil, wenn man das mit Briefwahl und mit Listenwahl macht, daß dann zumindest einmal gewährleistet wäre, daß eine ordentliche Wahl stattgefunden hat. Denn auch das ist ja nicht gewährleistet. Ich schätze, daß mindestens 40 oder noch mehr Prozent aller Wahlen manipuliert sind. Das heißt, wenn das Wahlen wären, die gesamtuniversitär wären, dann würde dies kontrollierbar sein.

Insofern meine ich, kann man mit einem vernünftigen Modell, das ich jetzt hier nicht erläutern will, das würde im Moment zu weit führen, am Modell der verfaßten Studentenschaft Entscheidungen erhalten, aber nur, wenn es tatsächlich auf radikale Änderungen hinausläuft.

*Barzel:* Damit ist dieser Punkt abgeschlossen. Ich gehe davon aus, daß wir die beiden Beschlüsse entsprechend gefaßt haben. Punkt Verschiedenes. Das Wort wird nicht gewünscht.<sup>78</sup>

---

78 Ergebnisprotokoll der Sitzung in ACDP 07-001-921; UiD Nr. 11 vom 16. März 1972 „Sorge um den Rechtsstaat und die Stabilität“.

Bonn, Montag 24. April 1972

*Sprecher: Amrehn, Barzel, Blüm, Dregger, [Echternach], [Erhard], Filbinger, Hahn, Haselmann, Kaltefleiter, Katzer, Köppler, Kohl, Kraske, Lemke, Lorenz, [Schröder], Schwarz-Schilling, Stoltenberg, Strauß, [Stücklen], [Tandler], [Weiskirch], von Weizsäcker.*

*Beginn: 11.00 Uhr*

*Ende: 14.00 Uhr*

*Politische Lage nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg.*

#### POLITISCHE LAGE NACH DER LANDTAGSWAHL IN BADEN-WÜRTTEMBERG

*Barzel:* Ich eröffne die Sitzung des Bundesvorstands in der Hoffnung, daß wir in diesem schönen Raum immer aus so gutem Anlaß uns zusammenfinden werden, wie dies heute der Fall ist. Mein besonderer Glückwunsch gilt unserem Freund Filbinger zu dem glänzenden Wahlsieg in Baden-Württemberg.<sup>1</sup> (*Beifall.*) Und wir freuen uns auch, daß unser Freund Kohl und unser Freund Köppler hervorragende Kommunalwahlergebnisse haben.<sup>2</sup> (*Beifall.*) Das alles paßt sehr gut zusammen.

Meine Damen und Herren, ich habe zunächst eine etwas schmerzliche Mitteilung zu machen. Unserem Freund Theo Blank geht es, wie Sie wissen, so schlecht, daß er sich gezwungen sah, sein Mandat niederzulegen aus eigenem Entschluß, da er annimmt, daß die nächsten 14 Tage bei uns volle Präsenz von jedermann erfordern werden. Ich glaube, in Ihrer aller Einverständnis zu handeln, wenn ich ihm heute einen besonders herzlichen Gruß des Parteivorstands übermittle, denn die Haltung, die er eingenommen hat, ist vorbildlich. Sie alle wissen, wie gerne er dem Parlament auch weiter angehört hätte.

Und nun ein paar Worte aus meiner Sicht. Ich denke, daß ich es kurz machen kann, weil zu den Wahlergebnissen der eben genannten Kollegen vor allem Herr Filbinger sprechen wird. Aber auch Herr Kaltefleiter ist da. Ich begrüße ihn, der zu ersten Mitteilungen aus seiner wissenschaftlichen Abteilung zur Verfügung steht. Ich möchte aber mich besonders bedanken nicht nur bei allen Kollegen, die gekämpft haben, sondern ich freue mich doch sehr, daß unsere beiden Ehrengesetzten, Professor Erhard und Bundeskanzler Kiesinger, wirklich in einer hervorragenden Weise sich betei-

1 Zum Ergebnis vgl. Nr. 20 Anm. 8.

2 Zum Ergebnis der Teil-Kommunalwahlen am 23. April 1972 in Rheinland-Pfalz vgl. „Mitteilungen des Landeswahlleiters von Rheinland-Pfalz“ vom 23. April 1972; „Die Welt“ vom 25. April 1972 „Gewinne der CDU und SPD bei den Wahlen in Rheinland-Pfalz“. – Zum Ergebnis der Teil-Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen vgl. Nr. 20 Anm. 58.



ligt haben. Wir sind beiden sehr dankbar, das hat einen guten Eindruck gemacht. Ich glaube, daß unser Freund Filbinger den kleinen Schmerz über seine Stadt Freiburg<sup>3</sup> doch nicht so schmerzlich empfindet, weil er 53 % der Mitbürger für sich selbst gewonnen hat. Und das ist doch eine sehr wichtige Sache. Das Entscheidende an diesem Wahlkampf war, wir haben gekämpft. Wir haben unsere Linie gehalten. Wir haben zusammengestanden und uns nicht durcheinander und auseinander bringen lassen. Und es war natürlich ein Vorgeschmack auf das, was uns im nächsten Jahr bevorsteht oder bevorstehen könnte. Das bundespolitisch Wichtige ist, daß der Bundeskanzler zuerst diesen Wahlkampf überhaupt nicht annehmen wollte, er ihn dann annehmen mußte nach unseren Erfolgen, sich dann über Gebühr eingesetzt hat und er der eigentliche Verlierer dieser Wahl ist. Daran kann gar kein Zweifel sein. Während wir hier, ganz vorne unser Freund Filbinger, uns wirklich freuen können über diese Lage dort.

Ich möchte aus der Sicht der Bundespolitik nur wenig sagen, weil wir sicher die aktuellen Fragen diskutieren wollen, und da sollte der Vorsitzende nicht all zu viel Zeit in Anspruch nehmen. Ich muß aber erstens sagen, daß die gegenwärtige Bundesregierung ein ganzes Stück Glaubwürdigkeit in die demokratische Autorität erschüttert hat. Täuschen Sie sich nicht. Das greift uns alle an. Eine Regierung, die mit der Wahrheit umgeht wie die gegenwärtige, wirft Schatten auf jeden Demokraten. Auch auf uns. Täuschen Sie sich da gar nicht. Verzeiht, ich habe Euch nicht begrüßt, Franz Josef<sup>4</sup> und Richard<sup>5</sup>; selbstverständlich, daß Ihr heute hier seid und Herr Tandler. Wenn ich mir alleine einen einzigen Punkt ansehe, der mich nun wirklich beschwert: Sie erinnern sich an das Jahr 1970, soweit Sie damals im Bundesvorstand waren, als ich wiederkam von dieser westlichen Rundreise und wegen Berlin einige Ausführungen machte, die dann zu dem Papier<sup>6</sup> geführt haben. Ich sagte, es ist sehr wohl möglich, mit den Westmächten eine gemeinsame Position zu finden. Dann war ich beim Bundeskanzler, der dem zugestimmt hat in den Grundsätzen. Der zentrale Satz der damaligen Aussagen der Union und damit der Bereitschaft der Zusammenarbeit mit den Westmächten und der Bundesregierung war: „Aus Berlin darf kein drittes Deutschland werden.“ Deshalb die Bindungen usw. Das hat der Bundeskanzler Herrn Stücklen und mir in aller Form am 10. September 1970 bestätigt. Wir sehen heute aus den nicht bestreitbaren Dokumenten, daß er bereits im Januar 1970 diese Position aufgegeben hatte. Berlin ist kein Teil der Bundesrepublik Deutschland. Und kein Teil heißt, das Bein ist ab, und wir sind dann in einer schlechten Situation auch gegenüber den Westmächten.

---

3 Filbinger war in seinem Wahlkreis Freiburg-Stadt dem SPD-Kandidaten Rudolf Schieler mit 42,3 % zu 45,2 % der Stimmen unterlegen, vgl. „Stuttgarter Nachrichten“ vom 25. April 1972; „Die Welt“ vom 24. April 1972 „Wahlsieger Filbinger verliert seinen Wahlkreis: ‚Sagt es ihm noch nicht, er gibt schöne Interviews‘“.

4 Franz Josef Strauß.

5 Richard Stücklen.

6 Zur Reise Barzels nach Paris, London und Washington 1970 vgl. Nr. 9 Anm. 8. – Zum Sieben-Punkte-Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion für eine künftige Berlin-Regelung vgl. Johann Baptist Gradl: Vor der nächsten Berlin-Runde, in DUD Nr. 185 vom 29. September 1970 S. 1 f.; „Kölner Stadtanzeiger“ vom 30. September 1970 „CDU präzisiert ihre Berlin-Forderungen“.

Denn wir haben sie kritisiert an dieser Stelle des Berlin-Abkommens, wo sie mannhaft eine Position verteidigt haben, die sie gar nicht halten konnten, weil die deutsche Regierung sie längst vor Beginn der Verhandlungen verkauft hatte. Das sind schwerwiegende Vorgänge, das sind Vorgänge, über die man nachdenken muß, auch in den Konsequenzen, die man daraus zieht. Ich will mir jetzt sparen, auf die Finanzkrise und den Mißbrauch von Steuergeldern des Bundes in einem Landtagswahlkampf einzugehen, obwohl das alles schlimm genug ist. Ich finde, der Mißbrauch der Sonderrechte der Bundesregierung, drei Tage vor einer Landtagswahl im Fernsehen eine Erklärung<sup>7</sup> abzugeben, allein zu dem Behuf, den Führer der Opposition persönlich zu verleumden, ist ein Mißbrauch von Staatsgewalt. Und ich muß sagen, dies alles ist eben nicht mehr das normale Spiel von Regierung und Opposition.

Der zweite Punkt: Wir können nicht leugnen, nachdem diese Papiere, die uns aus mysteriöser Quelle zugespielt worden sind<sup>8</sup> und die ich absprachegemäß dem Kanzler, wie vielen anderen vorher, gegeben habe, daß die Regierung eine Komplizenschaft mit der Sowjetunion verhandelt hat. Wir wissen nicht, was es sonst noch alles gibt. Und es kann kein Zweifel sein, daß weder das Wort vom Holzen, noch das von der Mobilisierung der Betriebe nicht ernst gemeint war. Wenn wir jetzt die DGB-Kundgebungen uns ansehen und die Lage im DGB betrachten würden, vielleicht durch einen Vortrag des Kollegen Katzer, dann sehen wir hier, daß wir eine ganz ernste Situation vor uns haben auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, und daß das natürlich seinen Schatten wirft auf die Beantwortung der Frage, ob etwa dies die Landschaft für Neuwahlen sein könnte. Wenn das so weiter geht bis 1973, dann bin ich der Auffassung, wird von diesem Kreis keiner ohne Rufmord oder ohne irgendeine Art von Erschöpfung die Bundestagswahl 1973 erreichen. Vor allen Dingen dann, wenn die Bundesregierung bis dahin Herr des Terminplans, des Geschenkkalenders und der Apparate bleibt, wenn sich die Lage im Fernsehen verfestigt, im DGB verschlechtert und vielleicht hinzukommt, daß die wirtschaftlichen Dinge nicht so schwierig werden, wie mancher befürchtet hatte, und es ihr gelingt, die Finanzkrise noch um ein Jahr hinaus zu schieben. Ich weiß, daß manch einer sagt: „Vorsicht mit allem, was Ihr jetzt tun könntet.“ Ich sage dies auch. Aber das Argument, die Politik eines Friedensnobelpreisträgers zu beenden, kann für uns kein Argument sein. Denn wir sind von Anfang an gegen diese Politik angetreten, und dies entspricht unserer Überzeugung.

Zu dem, was wir für die nächsten Wochen zu tun haben, werde ich einiges sagen.

---

7 Interview von Willy Brandt in der ARD-Sendung „Die Fernsehdiskussion“ am 19. April 1972 (ACDP Dokumentation AO Willy Brandt/Interview). Scheel trat am 20. April 1972 im ZDF auf (Appel-Runde) und verlas zur Veröffentlichung geheimer Protokolle und Verlautbarungen, die der Union zugegangen waren, die Erklärung der Bundesregierung vom 19. April 1972 (BULLETIN Nr. 58 vom 21. April 1972 S. 811). Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 19. April 1972 „Scheel bezichtigt Barzel eines gestörten Verhältnisses zur Demokratie“, vom 22. April 1972 „Union weist Regierungsvorwürfe zurück“; „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 21. April 1972 „Kabinett beschuldigt Barzel schwer“.

8 Mehrere Unionsabgeordnete hatten Auszüge aus den Protokollen der Moskauer Verhandlungen zugesandt bekommen. Vgl. „Welt am Sonntag“ vom 16. April 1972 „Rätselhafte Briefe mit Geheimprotokollen beunruhigen Bonn“. Vgl. auch Nr. 26 Anm. 2.

Herr Kohl wird es dann ergänzen, weil er den Bericht für das Präsidium dazu übernommen hat. Das allerwichtigste in dieser Lage ist, daß die Union intakt ist und bleibt. Das ist ein staatspolitischer Punkt. Das heißt, wir müssen nicht nur entschlossen sein, sondern wir müssen auch besonnen sein. Und wenn ich mir nun die Lage angucke im Parlament, dann möchte ich gleich überwechseln in meine Funktion als Fraktionsvorsitzender.

Aus meiner Sicht ist die unerwünschteste Lage, daß wir in der nächsten Woche die Verträge lesen und es dann bei den Verträgen *pari* steht. Dann sind sie abgelehnt. Dann stellt der Bundeskanzler die Vertrauensfrage, und dann werden unsere Freunde sagen, wir müssen die Alternative deutlich machen, wir müssen ein Mißtrauensvotum dagegensetzen. Das Mißtrauensvotum ginge durch, weil eine ausreichende Zahl von Kollegen gegen eine Auflösung des Hauses ist aus Gründen privater Disposition. Dann säßen wir in 14 Tagen in der Regierung bei abgelehnten Verträgen, eine Lage, der Sie sehr wohl nüchtern ins Auge sehen müssen. Eine Lage, die ich als die unerwünschte bezeichnen möchte.

Es ist dann die Frage, ob sich in dieser Woche etwas ergibt. Es haben sich, Sie kennen die Entscheidung des Kollegen Helms<sup>9</sup>, die Mehrheitsverhältnisse zur Stunde so verändert, daß wir bis gestern 250:246 bei den Stimmberechtigten und 12:10 bei den Berliner Kollegen hatten. Seit gestern ist also 249:246:1, weil Herr Helms noch ein unabhängiger Kollege ist. Ich habe aber nicht nur Anlaß, davon auszugehen, sondern er hat mir selbst von sich aus gesagt, daß er gegen den Haushalt des Kanzlers stimmen werde und seine Stimme für eine andere Regierung in die Waagschale zu werfen bereit sei. Es gibt einige andere Andeutungen, über die ich mich jetzt hier nicht verbreiten will. Es gilt zu unterscheiden zwischen der offenen Abstimmung über den Kanzlerhaushalt und einer etwa geheimen Abstimmung über ein Mißtrauensvotum. Hierzu, meine Freunde, wird Herr Kohl nachher den politischen Beschluß des Parteipräsidiums<sup>10</sup> bekannt geben.

Was die Politik insgesamt betrifft, so haben wir sehr prinzipielle Einlassungen gemacht. Ich möchte ausdrücklich sagen, die gelten alle. Nichts davon ist ein Vorwand. Wenn wir gesagt haben zu den Verträgen, versucht, die liegen zu lassen und Besseres herauszuholen, so ist das abgelehnt worden. Wenn dann das Präsidium vor 14 Tagen<sup>11</sup> in aller Form der Regierung gesagt hat, laßt uns zusammenarbeiten: abgelehnt. Wir bleiben bei dieser Linie, wie immer sich die parlamentarischen Dinge in der Bundesrepublik Deutschland entwickeln. Denn dies sind keine Vorwände, sondern dies sind unsere prinzipiellen Überzeugungen. Dasselbe gilt für die Fragen des Radikalismus, der Sozialen Marktwirtschaft usw. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, daß ich seit 1969 in drei Punkten, was die Bekämpfung der Koalition betrifft, unver-

---

9 Wilhelm Helms (geb. 1923), Landwirtschaftsmeister; 1963 FDP, 1969–1972 MdB (23. April 1972 Austritt aus der FDP-Fraktion, ab 5. Mai 1972 Gast der CDU/CSU-Fraktion), 1979–1984 MdEP (CDU). Vgl. „Rheinische Post“ vom 24. April 1972 „Helms’ Austritt schlug wie eine Bombe ein“.

10 Protokoll in ACDP 07–001–1405.

11 Protokoll vom 10. April 1972 ebd.

ändert einer Meinung bin: Erstens, diese Leute müßten eines Tages cum infamia verschwinden. Zweitens, sie müssen auf ihrem eigenen Gebiet geschlagen sein und drittens, dies sollte, wenn irgend möglich, wegen des Apparats und der anderen geschilderten Entwicklungen vor 1973 erfolgen.

Nach dem gestrigen Tag – und das möchte ich persönlich sagen dürfen, ich habe ja auch in der Presse anderes vorher lesen dürfen – darf ich das wohl sagen, nach dem gestrigen Tag ist der Vorsitzende sehr viel ruhiger, sehr viel souveräner und frei von jedem falschen Drang. Er traut sich zu, im nächsten Jahr eine Wahl mit unser aller Hilfe zu gewinnen. Aber er weiß auf der anderen Seite auch, daß Situationen nicht wiederkommen, wenn sie einmal da sind. Und vor allen Dingen dann, wenn sie von anderen mitherbeigeführt werden, so daß der Vorsitzende vorhin im Präsidium fünf mögliche Dinge, die sich in der nächsten oder übernächsten Woche ergeben könnten, hier in die Debatte geworfen hat: Erstens, gar nichts zu tun und alles passieren zu lassen und einfach auf 1973 warten, wobei die Frage ist, ob das möglich ist, weil sich ja Mehrheitsverhältnisse und Zwangslagen ergeben können. Zweitens, abzuwarten, ob irgendeine der Abstimmungen der nächsten Woche, und da gibt es ja nun im Haushalt sehr viele, zu unseren Ungunsten oder zu unseren Gunsten ausgeht und wir dann handeln müssen. Drittens, Neuwahlen anstreben. Viertens, ins Auge fassen das Regieren bei abgelehnten Verträgen, sei es ab nächster Woche, sei es nach dem Einspruch des Bundesrats und der nicht ausreichenden Zurückweisung, was ja alles noch passieren kann. Fünfter Punkt: In dieser Woche ein konstruktives Mißtrauensvotum einbringen, das sachlich begründet wäre mit dem Hinweis, wir sind vom Erfolg nicht überzeugt, wir haben das nicht durchgerechnet, aber die Lage ist so, daß wir glauben, hier handeln zu müssen. Das sind die fünf Möglichkeiten, die sich in diesem Augenblick ergeben. Das ist der Bericht, den ich ganz kurz geben möchte, weil wir nicht allzuviel Zeit haben. Wir stehen hier unter dem Druck, uns in der ein oder anderen Frage entscheiden zu müssen. Ich würde es für richtig halten, wenn wir zunächst Herrn Kohl zur Vervollständigung des Berichts bitten. Dann haben wir alle etwas mehr Zeit nachzudenken über die Konsequenzen, während Herr Filbinger, Herr Kohl, Herr Köppler und Herr Kaltefleiter dann über die Wahl sprechen. Wenn Sie einverstanden sind, scheint mir dies die vernünftigste Zeiteinteilung zu sein. Denn wir müssen wie zeitlich disponieren, Herr Kraske?

*Kraske:* Wir haben für 13.00 Uhr ein Mittagessen hier und alles andere hängt von den Beteiligten ab. Wir haben um 15.00 Uhr Fraktionsvorstand. Das heißt, zu diesem Zeitpunkt müßten wir hier abschließen.

*Kohl:* Wir haben im Präsidium zusammen mit den beiden Kollegen aus der CSU, mit Franz Josef Strauß und Richard Stücklen eine Lageanalyse vorgenommen. Natürlich ergibt sich in einer solchen Situation auch eine Nuancierung der einzelnen Meinungen, das wird auch hier im Vorstand hoffentlich so sein. Übereinstimmende Meinung war, daß jetzt eine Situation eingetreten ist, in der Wähler und Bürger unseres Landes eine Partei sehr sorgfältig sehen, die die ganze Zeit von sich sagt, sie sei regierungsfähig. Das heißt, regierungsfähig in dem Sinne, daß sie auch in der Lage ist, tatsächlich dann, wenn der Zug langsam auf den Bahnsteig fährt, aufzusteigen und die

Macht im Sinne eines wirklichen Regierungskonzeptes zu übernehmen. Ich glaube, daß wir auch wenig Chancen haben, genau den Punkt auf dem Bahnsteig vorweg zu bestimmen, wann dieser Zug langsam fährt. Ich sage gleich hinzu, daß jeder, der über diesen Punkt nachdenkt, sich darüber im klaren sein muß – Rainer Barzel hat einiges davon schon genannt –, daß hier ein erhebliches Risiko steckt und wir sehen müssen, daß wir uns auf einem sehr dünnen Eis bewegen. Da ist zu nennen die verfaßte öffentliche Meinung, die alles tun wird, um die Regierung zu verteidigen. Da ist zu sehen, daß in der Minute eine Dolchstoßlegende für die Bundesrepublik begründet wird, etwa so aussehend, daß jetzt ein Friedenskanzler, Nobelpreisträger und alles, was hier mitschwingt, hundert Meter vor dem Ziel abgefangen wird. Da ist zu sehen, wenn wir jetzt die Regierung übernehmen, wird der Zustand, vor allem der öffentlichen Finanzen in unserem Lande, eine sehr prononcierte, klare Politik verhindern. Man kann natürlich eine gewisse Zeit, wenn wir jetzt die Regierung übernehmen, für die Bestandsaufnahme verwenden, und das läßt sich mit Tricks unter Umständen eine Weile strecken. Aber darüber gibt es gar keinen Zweifel, daß irgendwann der Status gemacht werden muß und die Wahrheit kommt. Wir sind uns, glaube ich, auch darüber im klaren, das soll man hier ganz offen aussprechen, daß dies in vielerlei Punkten bedeutet, daß wir vor die Bürger dieses Landes hintreten müssen und sagen: „Leute, das kostet Opfer.“ Ich will das im Detail jetzt gar nicht sagen, aber denken Sie an die Finanzpolitik, Steuerpolitik und alles, was damit zusammenhängt. Wir müssen weiterhin sehen, daß die Lage der Gesamtwirtschaft in unserem Land so ist, daß zu befürchten ist, daß die Preissteigerung, was wieder die Eskalation auf dem Lohnsektor beinhaltet, weitergehen wird, möglicherweise sogar in einem gewissen Tempo. Möglicherweise sind wir hier auch bei Betrachtung des Wahlergebnisses von Baden-Württemberg, wenn ich den städtischen Bereich betrachte, im Nachgang auch zu Bremen, zu der Erkenntnis gekommen, das muß sehr genau in den nächsten Tagen untersucht werden, inwieweit ein Teil unserer Mitbürger, vor allem ein großer Teil im urbanisierten Bereich, immun ist gegen diese Tendenz und daß es vielleicht so gar nicht durchschlägt. Das muß man genau sehen.

Und wir müssen das ganz schwierige Problem der Außenpolitik und der Verträge sehen. Durch diese Landtagswahlen fließt das mit hinein. Wenn in der Weltöffentlichkeit eine Stimmung erzeugt wurde, daß eben hier ein hervorragender Mann im Dienste des Friedens wirkt, bedeutet es für uns schon ein Problem der Durststrecke, der Weltöffentlichkeit klarzumachen, daß wir genauso den Frieden wollen. Ich will das Zitat von Franz Josef Strauß im Bundestag aufnehmen: „Verträge ablehnen ist ein Übel, die Verträge annehmen ist ein größeres Übel.“ Die Punkte müssen wir mitbedenken. Also, ich glaube, das Risiko ist in gar keiner Form zu beschönigen. Die Alternative, die fünf Punkte, hat Rainer Barzel genannt. Gar nichts tun bedeutet, die Entscheidung auf die nächste Bundestagswahl zu vertagen. Hier werden die Meinungen sehr auseinandergehen. Wir hatten eben ein sehr kämpferisches Bekenntnis vom Vorsitzenden. Ich gehöre zu denen, das sage ich Ihnen ganz offen, die glauben, daß es in diesem Land, der Bundesrepublik Deutschland, ungleich schwieriger ist, bei unserem Wahlrecht aus der Opposition heraus die Regierungsverantwortung wieder zu

übernehmen, was in unserem konkreten Fall bedeutet, die absolute Mehrheit der Mandate im Bundestag zu haben. Jetzt kommt ja auch eine genaue Analyse des Wahlergebnisses von gestern dazu, wenn wir die FDP betrachten, wie sieht das dann aus 1973?

Persönlich glaube ich, und das war auch die Meinung, wenn ich es richtig interpretiere – die Kollegen können ja widersprechen –, daß niemand im Präsidium vorhin dabei war, der etwa sagte, der Vertagung auf das nächste Jahr soll das Wort geredet werden. Die Risiken sind z. T. unterschiedlich bewertet worden.

Die Frage ist dann, Neuwahlen? Ich glaube nicht, daß wir, z. T. aus den Gründen, die ich eben nannte, in der konkreten Situation auf Neuwahlen ausgehen sollten, zumal deren Ausgang absolut nicht sicher ist. Auch das Prozedere, um zu Neuwahlen zu kommen, etwa bei einem in dieser Frage hartnäckig nicht konstruktiv mitarbeitenden Bundespräsidenten, ist ganz ungewöhnlich schwierig. Das glaube ich, kann man hier sagen, obwohl das natürlich demokratisch gesehen mit Abstand die beste Lösung wäre.

Vom Zeitplan, das muß man auch sagen, würde es bedeuten, im Falle einer Regierungsübernahme von uns in diesen Wochen, daß man wahrscheinlich auf einen Termin kommen müßte, der im Herbst nach der Olympiade läge, wie überhaupt die Olympiade in dem Zusammenhang ein Argument ist für alles, was wir jetzt tun.

Der Punkt ist dann, ob wir es in der konkreten Situation, in der wir stehen, und bei dem Zahlenbeispiel, das wir haben, auf ein Risiko ankommen lassen. Wenn ich es recht sehe und interpretiere, war vorhin noch geschlossen die Meinung im Präsidium, daß man ein Risiko bejahen muß. Darum kann man hier in diesem Kreis nicht im Detail eruieren, an welchem Punkt etwa eine konkrete Aktion ansetzt. Ich bitte um Ihr Verständnis, daß es vielleicht zweckmäßig ist, das in der Fraktionsführung angesichts auch der ganzen Technik der Abstimmung, was hier zusammenhängt, zu bedenken.

Jetzt ist die Frage, Sie kennen die öffentliche Ankündigung des Kollegen Müller, der gesagt hat, er würde dem Etat von Herrn Eppler nicht zustimmen.<sup>12</sup> Nun ist die Frage, wird Herr Brandt als Kanzler, wenn der Etat von Herrn Eppler nicht verabschiedet wird, daran die Vertrauensfrage knüpfen? Politisch-parlamentarisch von der „Moral der Politik“ wäre das das Gegebene. Es gibt keine zwingende gesetzliche Vorschrift. Das ist eine der Schwierigkeiten, die wir sehen.

Wir müssen weiterhin sehen: Wenn abgestimmt wird, etwa über den Kanzlerhaushalt, ist dies eine öffentliche Abstimmung, was wiederum unter Umständen das Problem erschwert. Wir müssen weiter bedenken, daß bei möglichen Geschäftsordnungsanträgen Luft zu bekommen wäre für eine freiere Entscheidung, eine Vertagung der Verträge unter Umständen zu begründen, daß dies auch den Ablauf der Beratung der Verträge in den beiden federführenden Ausschüssen, dem Auswärtigen Ausschuß und

---

12 Vgl. Interview von Günther Müller mit dem „Mittagsmagazin“ des WDR am 19. April 1972 (BPA/Abt. Nachrichten Referat II/4) sowie „Die Welt“ vom 20. April 1972 „Müller will in der SPD gegen Eppler und die Jusos kämpfen“.

dem Rechtsausschuß, beeinflußt, wenn wir die Berliner Stimmen mitzählen, was sich jetzt durch den Austritt eines Berliner Kollegen eliminiert; es zählt sich jetzt 11:11. Dennoch muß man sich darüber im klaren sein ... (*Barzel*: Offiziell 12:10, aber wir haben Anlaß davon auszugehen, für kämpferische Situationen ist die Sache pari.) Aber das wollte ich jetzt gar nicht weiter diskutieren, ich gehe in diesem Fall aus von 11:11. Wir sind uns drüber im klaren, daß bei einer solchen Geschäftsordnungsabstimmung, möglicherweise in namentlicher Konsequenz, viele Helden sich nicht ganz so heldenhaft sich verhalten werden. Wie wir überhaupt bei der ganzen Angelegenheit davon ausgehen müssen, daß Mut nicht jedermanns Sache und auch nicht jedermanns Sache in der Politik ist, auch in der parlamentarischen Politik. (*Barzel*: Gehorsam ist des Christen Schmuck!) Ja, wobei man Mut auch noch einmal interpretieren kann. Es gibt ein paar Kräfte, die dafür sind, die Regierung zu stürzen, und dann, wenn es andere getan haben, eine neue Regierung zu unterstützen. Daß hier ein großes Risiko drin steckt, glaube ich, ist klar.

Dennoch meine ich, mit den Kollegen aus dem Präsidium, ich darf das hier vortragen als eine Zusammenfassung: Wenn wir in unserem Ziel, tatsächlich die Regierung zur Verwirklichung eines besseren Konzepts der deutschen Politik zu übernehmen, jetzt nicht handeln, stellen wir natürlich große Fragezeichen in unserem Regierungswillen, wobei das Detail, wann man konkret ansetzt, hier gar nicht weiter von mir vorzutragen ist. Das ist vor allem eine Frage, die die Fraktion, der Fraktionsvorstand, heute noch einmal zu erörtern hat, daß man jetzt konkret zum Handeln kommen sollte. Wobei eine Reihe im Präsidium der Meinung ist, dazu gehöre auch ich, ich sag das hier ganz klar, daß wir nicht allzu viel Zeit haben, den Zeitpunkt noch hin und her zu schieben, weil mit dem Zusammentreten des Hauses ab heute nachmittag in den vielen Ausschüssen, Gruppen usw., die da tagen, auch der Nervenkrieg eine sehr breite Front einnehmen wird. Zusammenfassend darf ich mit einem Satz sagen, wir sind im Präsidium, gemeinsam mit den Kollegen aus der CSU der Auffassung – unter Wägung und Abwägung der nicht zu unterschätzenden Risiken – unsere Chancen, die wir sehen, jetzt zu wahren.

*Barzel*: Soweit der Bericht des Kollegen Kohl. Nun wollen wir uns erstmal alle wieder in die freudige Stimmung – und nicht in die Schwierigkeit der Sorgen – durch unseren Freund Hans Filbinger zurückversetzen. Nochmals herzlichen Glückwunsch und Gottes Segen für die Arbeit weiterhin!

*Filbinger*: Vielen Dank. Dieser Erfolg gestern war von uns in dieser Weise nicht mehr erwartet worden. Es standen die Zeichen vor Ostern sehr gut. Es war damals so, daß sogar eine besorgniserregende Euphorie in Baden-Württemberg und in den Kreisen der CDU herrschte. Und es war vielleicht ganz heilsam, daß dann die kalte Dusche von Ostern kam mit dem Passierschein<sup>13</sup> und den Besuchen und den Rührsze-

---

13 Die DDR verkündete am 22. Februar 1972, daß die Transitregelungen für den Reiseverkehr nach Ost-Berlin an Ostern und Pfingsten entsprechend den Vereinbarungen des noch nicht ratifizierten Berlin-Abkommens gehandhabt würden. Es wurden fünf Besucherbüros zur zügigen Abwicklung der Visa-Anträge eingerichtet. Vgl. AdG 1972 S. 16901; AAPD 1972

nen, die auf uns herabgeregnet sind über das Fernsehen, daß da wieder eine Ernüchterung eingetreten ist und daß alle Kampfinstinkte wieder mobilisiert werden konnten. Die Tatsache, daß diese Mobilisierung bis zu letzten Stunde durchgeführt werden konnte, ist sicherlich mitentscheidend gewesen, daß wir das Tief, das um Ostern und nach Ostern herum ganz zweifellos zu unseren Lasten in Erscheinung getreten ist, wieder haben überwinden können, mindestens teilweise und daß wir dann mit 53 % überraschend hoch abschneiden konnten. Ich habe an dieser Stelle das Bedürfnis, allen Freunden sehr herzlich zu danken, aus dem Präsidium, aus dem Vorstand und aus dem Bundestag. Denn es ist gar keine Frage, daß ohne diese volle und ganz starke Solidarität in der ganzen Partei, an der Spitze der Vorsitzende, es nicht möglich gewesen wäre, die Dinge in Baden-Württemberg so durchzuziehen, wie es dann gelungen ist. Denn es war die ganze Maschine eingesetzt, über die die Bundesregierung verfügt. Das, was das Bundespresse- und Informationsamt inzwischen geworden ist, nämlich ein Bundespropagandaministerium, das haben wir sehr frisch zu spüren bekommen. Daß es da keine Not an Mitteln gibt, sondern daß unbegrenzte Mittel eingesetzt werden können, das war vorher schon unsere Vermutung, aber die Realität hat uns doch außerordentlich gepackt. Manches Mal war das eine sehr schmerzliche Konfrontation mit der unbegrenzten Kraft auf der anderen Seite.

Andererseits möchte ich eines sagen, und das ist sicherlich eine bundesweite Feststellung, die wir treffen können zugunsten unseres Parteiguts: Es hat eine Solidarisierung um uns herum, um den Kern der CDU stattgefunden, den wir so noch niemals in der Geschichte unserer Partei gekannt haben. Diese Wählerinitiativen, die da gekommen sind, sind natürlich z. T. von uns von langer Hand vorbereitet gewesen. Aber ob die dann ins Ziel kommen würden, das hing nicht mehr von uns ab, sondern das hing von dem Maß an Solidarisierung ab, das die Bevölkerungsgruppen durchgebracht haben. Und da ist nun nicht nur der Mittelstand, das Gewerbe und die Industrie, sondern da sind viele Einzelgruppen in Erscheinung getreten, die offenbar an uns vorbei in der letzten Zeit gewirkt haben. Und diese vielen Rinnsale haben sich in das Becken der CDU hinein ergossen. Und die haben mit dazu geführt, daß viele, die früher nie CDU gewählt haben, dieses Mal CDU gewählt haben.

Es ist uns gelungen, recht frühzeitig Einbrüche bei der FDP zu erzielen. Das war im frühen Frühjahr, Januar, Februar, durch Austritte, durch Übertritte von ganz renommierten FDP-Abgeordneten, so daß damals die Dinge so aussahen, als würde die FDP bis an die Grenze von 5 % heruntergedrückt werden. Möglicherweise, und es gab die Stimmen, ich gehörte nie dazu, sie sogar unter 5 % zu drücken.

Daß das nun nicht so der Fall war, sondern daß die FDP für uns überraschend gut abgeschnitten hat, das hat sicherlich seine Ursache in Vorgängen, die wir in der Analyse noch sehr genau in den Griff nehmen müssen. Ich glaube aber schon vorweg das folgende sagen zu können: Daß von dem, was von der ost- und friedenpolitischen Offensive der Bundesregierung und der Koalition hängen und wirkungsvoll geblieben ist

---

Dok. 51; „Frankfurter Rundschau“ vom 2. März 1972 „Ost-Berlin kommt Senat weiter entgegen“; FAZ vom 25. Mai 1972 „Gute Bilanz der Besuchsregelung zu Pfingsten“.



gegen uns, sich vieles zur FDP und nicht so sehr zur SPD geschlagen hat. Ich glaube, daß der relativ bescheidene Erfolg, überraschend bescheidene und eigentlich enttäuschende Erfolg der SPD so mager ausgefallen ist, darauf zurückzuführen ist, daß Wähler sich nachher gesagt haben, CDU wählen wir nicht, obwohl wir sie gerne wählen würden, wegen der Ostpolitik. SPD wählen wir nicht, weil das die Roten sind. Gehen wir zur FDP. Und viele, die an sich der FDP schon abgeschworen und sich getrennt hatten wegen der gesellschaftspolitischen Linie und wegen der einseitigen Bindung der FDP an die SPD, haben dann in letzter Stunde, und zwar seit Ostern noch einmal unbestritten die FDP gewählt. Da sind dann Leute aus der Versenkung aufgetaucht, die man schon längst vergessen hatte, wie Eschenburg, wie Paulssen<sup>14</sup> (*Zwischenruf: Simpfendörfer!*<sup>15</sup>) und andere; das hatte seine Wirkung. Ich glaube, wir dürfen bei der endgültigen Analyse auch eines nicht vergessen, und wir sollten das unter das Mikroskop noch sehr genau nehmen, wieviele Stimmen nun von der CDU wegen der Ostpolitik weggegangen sind, endgültig bei dieser Wahl. Ich glaube, daß dieses Phänomen wirklich zu beachten ist. Auf der anderen Seite glaube ich, daß eine ganze Reihe von Stimmen von der SPD zu uns herübergewandert sind. Die endgültigen Analysen werden uns darüber belehren, daß Arbeitnehmer, die nicht zufrieden waren mit der Inflationspolitik und anderen Dingen der Bundesinnenpolitik, zur CDU übergewechselt sind. Hier ist eine Umschichtung erfolgt, ein Wechseltrend, der letzten Endes dann zu unseren Gunsten ausgegangen ist.

Ich meine, daß wir Anlaß haben, eine Feststellung zu treffen, die wohl unbestreitbar ist: Es ist uns gelungen in Baden-Württemberg, ein für uns perniziöses Ausmaß der Friedenskampagne der Bundesregierung, der Koalition, abzufangen dadurch, daß wir klar bei unserer Linie geblieben sind, hier auf die gesellschaftspolitische Entscheidung abgestellt haben. Wir haben unentwegt diese Linie durchgehalten, auch im stärksten Trommelfeuer der Bundesregierung, die mit ostpolitischen Motiven das Land überschwemmt hat. Wir haben gesagt, es bleibt dabei, es ist eine Wahl, bei der es um die Grundsätze geht, um die Inflation bzw. die Stabilität, um die Abwehr des Radikalismus, Kriminalität usw. Und diese Motive haben durchgeschlagen zu unseren Gunsten, und es war richtig, diese Linie aufrechtzuerhalten. Es ist uns wohl nicht ganz gelungen trotz des Einsatzes unserer Freunde aus Präsidium und Bundesvorstand, die ostpoliti-

---

14 Dr. Hans Constantin Paulssen (1892–1984), Jurist; 1914 Promotion, 1914–1918 Kriegsteilnehmer, 1920 Eintritt in die Aluminium-Walzwerke Singen, 1923–1963 Mitglied der Geschäftsführung, 1963–1970 Vorsitzender des Aufsichtsrates, 1954–1964 Präsident des BDA. – Paulssen, Eschenburg und Simpfendörfer hatten sich in mehreren Zeitungsanzeigen für die Wahl der FDP ausgesprochen. Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 12. April 1972 „Mehrere neue FDP-Wählergruppen“; Anzeige „Warum wir dieses Mal die F.D.P. wählen“ in „Stuttgarter Zeitung“ vom 21. April 1972 (weitere Anzeigen in ACDP Dokumentation 17/1).

15 Wilhelm Simpfendörfer (1888–1973), Lehrer; 1924 Mitgründer des Christlich-Sozialen Volksdienstes (CSVD), 1930–1933 MdR (CSVD), 1946 Präsident der Verfassunggebenden Landesversammlung Württemberg-Baden, 1946–1952 MdL (CDU), 1949–1958 Vorsitzender des LV Nordwürttemberg, 1952–1960 MdL Baden-Württemberg, 1953–1958 Kultusminister. Vgl. LEXIKON S. 369.

sche Offensive abzuwenden. Ich glaube, daß da doch einiges hängengeblieben ist. Und ich glaube, daß, was ich vorhin andeutete, die Gewinne der FDP letzten Endes daraus resultierten. Wir werden gut daran tun, in der Analyse gerade diesen Punkt sehr genau uns anzuschauen.

Die Tatsache, daß Schiller es nicht gewagt hat, in Baden-Württemberg zu erscheinen, kann einiges sagen. (*Unruhe.*) Ihn vorzuzeigen bei uns, hätte, wenn er gekommen wäre, eine sehr starke Abfuhr für ihn bedeutet, daran gibt es gar keine Zweifel. Das kennzeichnet die Situation; dieser Mann hat in seiner eigenen Partei das Vertrauen restlos verloren. Er wird von dort nicht mehr getragen. Und das ist ein Faktum, das für die Ausrichtung unserer innenpolitischen Linie von einer erheblichen Bedeutung sein und bleiben wird.

Und noch ein Wort zur Ostpolitik. Es war, daß der Herr Scheel es ja für richtig gefunden hat, am Donnerstag die Appel-Runde<sup>16</sup>, bei der ich auftrat, um fünf Minuten zu vertagen. Und dann fuhr er einen sehr starken Angriff gegen die CDU. Ich habe diese Gelegenheit nutzen können, eine sehr scharfe Replik zu geben. Ich glaube, das hat gesessen. (*Barzel: Hervorragend!*) Das war nötig, (*Beifall.*) nicht nur um diese Unfairneß in der Methode, sondern auch die Unsachlichkeit zu konterkarieren. Ich glaube, daß dieser Punkt der Protokolle in nächster Zeit noch eine Rolle spielen wird und daß eines herauskommt, das wird wahrscheinlich für die CDU von Bedeutung sein, daß diejenigen, die diese Protokolle herausgegeben haben<sup>17</sup>, keine Kriminellen sind, sondern Leute, die aus Gewissensnot gehandelt haben. Ich glaube, daß der Zeitpunkt, in dem das an die Öffentlichkeit kommt, nicht mehr fernliegt und von einer erheblichen Bedeutung sein wird, auch für alles, was wir an Aktionen in ostpolitischer Hinsicht tun und lassen werden.

Ich meine, was hier die Bundesregierung sich geleistet hat, ist bisher noch nicht genügend konterkariert worden. Es war wohl richtig so, daß das nicht vor dem Zeitpunkt unserer Wahl kam, denn für uns wäre nichts unguter gewesen, als wenn die Ostpolitik auch noch von uns kräftiger betont worden wäre. Es war richtig, das Thema von uns aus nicht zu vermeiden. Wir haben ja auch seinerzeit über den Bundesrat und über die Debatten in unseren Landtagen eine Offensive ergriffen. Wir haben uns ostpolitisch verlautbart, haben aber im übrigen die Überlagerung durch Landespolitik und Bundesinnenpolitik beibehalten als Generallinie in unserem Wahlkampf, und diese Strategie war wahrscheinlich richtig. Das hat dieses Ergebnis bestätigt. Ich meine, wir hätten dadurch landespolitisch und vor allem im Bundesrat eine weitere innere Bestärkung unserer Linie bekommen.

Ein Handicap, das möchte ich aussprechen an dieser Stelle, war für uns im Wahlkampf die Tatsache, daß ostpolitisch die Gegenseite immer wieder mit dem Ausland operiert hat und ohne eine ausreichend wirkungsvolle Gegenwehr von uns hat wirken können. Wir haben ja Papiere gehabt, mit diesen 15 oder 20 Senatoren<sup>18</sup>, nicht nur

---

16 Vgl. Anm. 7.

17 Vgl. dazu GRAU S. 272–278.

18 Vgl. die Zusammenstellung „Stimmen aus dem US-Kongreß – Bedenken gegen die Bonner

republikanische, sondern auch demokratische und Kongreßabgeordneten, sehr gute Namen. Das kam nicht mehr heraus. Ob zu diesem späten Zeitpunkt, wo wir über die Namen verfügen konnten, das noch richtig gewesen und angekommen wäre, weiß ich nicht, das wage ich nicht zu behaupten. Aber immerhin wäre es möglich gewesen, dies ein paar Wochen vorher herauszuspielen, dann hätten wir bessere Möglichkeiten der Repliken gehabt. Egal, wir haben repliziert mit der Äußerung von Pompidou vom 16. März, daß er um Gottes Willen vermeiden möchte, daß die Verträge in dieser Form von uns abgeschlossen werden.<sup>19</sup> Wir konnten verweisen auf Luns und eine Reihe von Stimmen. Aber wir sind damit nicht mehr durchgekommen, daß es im Ausland ganz namhafte Stimmen gibt, die nicht die Bundesregierung unterstützen bei dieser Ostpolitik. Die Auslandspresse ist eben ganz überwiegend von der Bundesregierung beeinflusst.

Vielleicht kann diese Erfahrung uns bei unserer künftigen Arbeit doch ein Hinweis darauf sein, daß wir, die wir früher über die Apparate verfügt hatten, außenpolitisch und im diplomatischen Bereich, uns jetzt in der Opposition etwas aufbauen, was in der Lage ist, wenigstens teilweise an die Stelle der nicht mehr vorhandenen Apparate zu treten. Daß wir wirkungsvoller uns den Freunden aus dem Ausland, auch den befreundeten Parteien aus dem Ausland, präsentieren, denn so, wie die Dinge wochenlang gelaufen sind, waren wir eben alleine. Die anderen konnten so operieren: „Das Außenamt ist auf unserer Seite alleine, allein auf unserer Seite. Und Ihr seid diejenigen, die allein bleiben.“ Ich weiß nicht, ob dem Präsidium auch noch diese Nachricht zugegangen ist, die in letzter Minute kam, von dem Brief, den Kissinger an Buckley<sup>20</sup> geschrieben hat. Ein ganz wichtiger Brief, der, wenn er ein paar Tage früher gekommen wäre, für die CDU eine sehr gute Ausgangsposition gegeben hätte. Hätte man über diese Stimme und über diese Aussage ein paar Wochen vorher verfügt, dann hätte das für uns eine andere Position bedeutet. Dann hätte die CDU/CSU sagen können, die Amerikaner sind ja auf unserer Seite und nicht wie die andere Seite das darstellt. Aber das kam zu spät, als das man daraus noch etwas hätte machen können. Für künft-

---

Ostpolitik“ vom 17. Februar bis 9. März 1972 (ACDP Dokumentation 0/071/01–e–USA); „Die Welt“ vom 22. Februar 1972 „Scharfe Kritik führender Mitglieder des amerikanischen Kongresses an der Bonner Ostpolitik: ‚Brandt macht es den USA sehr schwer, Moskau mit Bestimmtheit zu begegnen‘“; „Die Welt“ vom 3. März 1972 „Senator Hruska unterstützt die Haltung der CDU: Widerspruch im US-Kongreß gegen die Ostpolitik Bonns“; „Frankfurter Rundschau“ vom 22. April 1972 „Springer macht der Minderheit Flügel: Nur eine kleine Gruppe im US-Kongreß lehnt die Ostpolitik ab – aber sie kommt zu Wort“.

19 Pressekonferenz von Pompidou am 16. März 1972 (BPA/Abt. Nachrichten Ref. II/4); „Münchener Merkur“ vom 17. März 1972 „Über Ostverträge frei entscheiden“. Vgl. FRUS 1969–1972 Vol. XL Dok. 354 „Telegram From the Embassy in Germany to the Department of State“ (Text im Internet: <http://www.state.gov/documents/organization/101006.pdf>) vom 14. April 1972 über das Gespräch Barzels mit einem Mitarbeiter der US-Botschaft in Bonn.

20 James Lane Buckley (geb. 1923), amerikanischer Politiker; ab 1950 Tätigkeit als Jurist, 1953–1970 Vizepräsident der Catawba Corporation, 1971–1977 Senator, 1982–1985 Präsident von Radio Free Europe, 1985–1996 Bundesrichter. – „Die Welt“ vom 21. März 1972 „New Yorker Senator Buckley kritisiert Ostverträge: Ratifizierung nötig zur Prüfung der US-Präsenz“.

tige Wahlkämpfe dürfen wir nicht so sehr isoliert sein. Hinsichtlich unserer ausländischen Freunde müssen wir mit einem wirkungsvolleren Orchester operieren können. Aber das ist ein Gebiet, das weit über das hinausgeht, was landespolitisch von uns zu verantworten ist. Ich möchte nur noch einmal meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß es in gemeinsamer Anstrengung der CDU und aller Freunde gelungen ist, diesen Erfolg zu erzielen und daß wir damit gestärkt in den Kampf eintreten können, der jetzt vor uns steht, und der sicherlich an Härte dem in nichts nachstehen wird, was wir jetzt gerade in Baden-Württemberg erlebt haben. (*Beifall.*)

*Barzel:* Herr Kohl über Rheinland-Pfalz.

*Kohl:* Meine Damen und Herren, ich will es ganz kurz machen. Wenn Sie über dieses Kommunalwahlergebnis nachdenken und es betrachten, dann mache ich gleich ganz freimütig die Vorbemerkung, daß wir mit großer Skepsis an diesen Wahltag, obwohl wir einen umfassenden Wahlkampf geführt haben, herangegangen sind. Die Wahl betrifft ein Gelände, das für die CDU das schwierigste ist. Ich mache keinen Hehl daraus, daß die Festlegung des Wahltermins von mir durchgedrückt wurde auf diesen baden-württembergischen Termin, nach dem alten Pfälzer Bauernspruch, daß das große Wasser das kleine Wasser mitnimmt. Bei der Überlegung in diesem Zusammenhang waren wir einfach der Auffassung, daß es dann den Sozialdemokraten nicht möglich ist wegen der Sachbeanspruchung in Baden-Württemberg, etwa im großen Umfang Redner hier nach Rheinland-Pfalz zu bringen. Die Rechnung ist z. T. aufgegangen. Wir haben also gewählt, und das ist der Abschluß der letzten Verwaltungsreformwahlen in Rheinland-Pfalz, in zwei Landkreisen, in 14 Städten und in 72 Verbandsgemeinden. Wenn ich dieses Wort ausspreche, dann muß ich wenigstens einen Satz zur Erläuterung dazu sagen. Seit heute nacht, 12.00 Uhr, ist die Verwaltungsreform jetzt praktisch demokratisch legitimiert per Wahl. Es war die letzte der drei Nachwahlen, die notwendig waren. Heute gibt es statt 2.950 Gemeinden in Rheinland-Pfalz 180 Gemeinden, die jetzt zwischen 8.000 und 20.000 Einwohnern groß sind. Dies hat natürlich auch Konsequenzen auf die Delegation der Kompetenzen. Ich will es an einem Beispiel sagen, für die, die es interessiert. Diese Verbandsgemeinden haben beispielsweise die Baugenehmigungskompetenz der ersten Instanz. Wir sind uns darüber im klaren, daß auf dieser Basis natürlich örtliche Interessen massiv betroffen werden. Alleine wenn Sie sich die Legionen der ehrenamtlichen Bürgermeister, die indirekt oder direkt betroffen sind, dabei vorstellen, haben sie eine Vorstellung, wo sehr viele aus Freien Listen hervorgegangen sind, treue CDU-Wähler z. T. sind, aber auch treue SPD-Wähler. Dieses Problem erschwert auch den Vergleich zu früheren Wahlen. Wenn wir dennoch heute feststellen können, daß die Freien Listen an Gewicht verloren haben, dann schon deswegen, weil ab einer bestimmten Größenordnung die meisten Bürger, und das ist ganz interessant für das Bundesgebiet, zunehmend die Kenntnis haben, daß in einer bestimmten Größenordnung die politischen Parteien die besten Sachverwalter ihrer Interessen sind. Bei den Freien Listen muß man auch bedenken, daß natürlich alle Parteien, vor allem die FDP, aber wir auch und die Sozialdemokraten, sich so Beiläuferlisten gelegentlich gehalten haben. Es ist durchaus vorgekommen, daß mit Genehmigung der jeweiligen Parteiführung in einer Verbandsgemeinde

eine CDU-Liste auftrat und eine Liste für CDU-Mitglieder warb, um dann den Verbandsbürgermeister zu bekommen. Das ist überhaupt das wichtigste an der jetzt durchgeführten Wahl, daß wir davon ausgehen können, daß wir gut und gerne, wenn alles einigermaßen läuft, wie es angestrebt ist, mit dem, was schon vollzogen ist, was sich jetzt gestern in der Wahl ergeben hat, 120 dieser 180 Verbandsbürgermeister in Rheinland-Pfalz stellen. Ich mache gar keinen Hehl daraus, wir haben dabei auch etwas an die Zentrumstradition gedacht, wo früher die Pfarrer eine erstklassige Versorgung auch im Politischen auf dem Land garantierten; das ist ja heute weitgehend etwas anders geworden.

So ist das Erfreuliche an der ganzen Sache: Wir hatten in diesen Gebieten, wenn ich das zusammenrechne, aufgrund der sehr starken Anteile der Freien Listen bei den letzten vergleichbaren Gemeinderatswahlen 16 %. Wir sind jetzt in diesen Gebieten mit 38,4 % die stärkste Partei geworden, haben die Sozialdemokraten schlagen können. Ein Großteil der Freien Listen ist also von uns aufgesaugt worden. Die Sozialdemokraten konnten ihr Ziel, die stärkste Partei in diesen Gebieten zu werden, nicht erreichen. Die Unterschiede sind auch örtlich z. T. sehr verschieden.

Das zweite wichtige ist, wie ich schon erwähnte, die Abnahme der Wählergruppen. Das dritte ist, daß es trotz eines Wahlkampfes der SPD, der darin bestand, die Wahl totzuschweigen, gelungen ist, 79 % Wahlbeteiligung zu erreichen, was bei einer Kommunalwahl ungeheuer schwierig ist, weil eben die Themen, wo man umwerfende Versammlungen machen kann, weitgehend wegfallen. Es gibt einen interessanten, auch bundespolitisch interessanten Aspekt, aus dem ich eigentlich nur den Schluß ziehen kann, daß die Sache nach diesem Experiment genau so stimmt wie vor dem Experiment. Die Deutsche Union hat im Kreis Pirmasens zum Kreistag zum ersten Mal kandidiert. Und bei dieser Kandidatur ergibt sich, daß die Deutsche Union 3,2 % erreicht hat. Ich würde behaupten – die FDP ist mit 4,8 % in dieser Kreisstadt unter der 5 %-Klausel geblieben – dies ist ohne Zweifel mit ein Verdienst der Deutschen Union in diesem Bereich, aber nicht ausschließlich, denn im Nachbarkreis, Kaiserslautern, in dem ebenfalls gewählt wurde, hat die Deutsche Union nicht kandidiert, hat die FDP eine zwar geringere, aber immerhin auch eine nicht unerhebliche Abnahme, die auch dort dazu führte, daß sie unter die 5 %-Klausel fiel. Also wenn jetzt in den Zeitungen möglicherweise in den nächsten Tagen geschrieben wird, damit hätte es sich herausgestellt, daß die Frage des denkbaren Experiments Deutsche Union entschieden sei, würde ich dies aus meiner lokalen Kenntnis bestreiten. Ich bin in der Frage Deutsche Union nach der Wahl genau so schlau wie vor diesem Ergebnis. Gezeigt hat sich nur, und das ist auch eine generelle Feststellung, die ich zum Schluß machen will, überall dort, wo unsere lokalen Repräsentanten „ja“ gesagt haben zu dieser Reform, auch dort, wo es bittere Einbußen gab, haben wir gewonnen. Überall dort, wo unsere lokalen Leute „jein“ gesagt haben, haben wir wesentlich schlechter abgeschnitten. Die Bürger haben das Gefühl gehabt, die CDU spielt mit gezinkten Karten. Selbst Zuschnitte, die manchmal schwierig erklärbar waren, waren eher zu verkraften.

Dann ein letztes. In der Weise, in der wir eklatant – das gibt es auch – im Einzelverband verloren haben, war das überall dort, wo wir etwa in Kampfabstimmungen in

der Fraktion aus parteipolitischen Gründen ein Gebiet zu stark und zu oft berücksichtigt haben. Alles das, was nach Manipulation roch, um ein gutes Ergebnis zu erzielen, das gab jedesmal Rohrkrepiere. Dies läßt sich ganz deutlich über das ganze Land hindurch sagen.

Alles in allem kann ich aus dem Ergebnis nur den Schluß ziehen, daß ich jedem nur raten kann, eine vernünftige und auch mit Opfern verbundene, mit tiefen Eingriffen verbundene Reform der Verwaltungsstruktur anzunehmen, allerdings sich voll und ganz dahinter oder davor zu stellen, um keine Zweifel aufkommen zu lassen.

*Köppler:* Ich kann es kurz machen. In Aachen ist gewählt worden. In vier neu gebildeten, vergrößerten Landkreisen: Euskirchen, Aachen-Land, Düren und Heinsberg, und in der neuen, größeren kreisfreien Stadt Aachen. Insgesamt fast 800.000 Wahlberechtigte. Wir haben dort unsere Führungsposition, die wir im Herbst 1969, unmittelbar nach der Bundestagswahl, mit dem besten seit 1945 erzielten Kommunalwahlergebnis errungen hatten, voll halten können, ja sogar noch etwas ausbauen können. Wir sind jetzt insgesamt von 53,8 % auf knappe 54 % gekommen. Es hat einige Verschiebungen in den Orten gegeben, die z.T. auch etwas schmerzlich waren. Wir haben in Stolberg eine vorhandene knappe Mehrheit verloren. Wir haben dies aber auch in anderen wieder kompensiert. Insgesamt haben wir das Ergebnis voll halten können. Es ist keineswegs so, wie gestern vom WDR sofort interpretiert wurde, daß wir nur in den noch ländlich strukturierten Gebieten dazu gewonnen haben und in den industriellen Bereichen verloren hätten. Das gleicht sich aus. Der Verlust Stolbergs z. B. industrieller Bereich, ist wettgemacht worden durch einen mehr als überraschenden Erfolg in Übach-Palenberg, eine reine Bergarbeiterstadt. Wir haben insgesamt dort die Position halten können. Für die unterschiedlichen Auswirkungen kann ich mich auf das beziehen, was Helmut Kohl gesagt hat. Der Wahlkampf ist betont kommunalpolitisch geführt worden. Und ausschlaggebend war, in welcher Weise unsere kommunale Repräsentanz dort überzeugend gewirkt hat oder vielleicht doch das ein oder andere Fragezeichen offen ließ.

Wir mußten diesen Wahlkampf führen mit einigen Hypothesen. Erste Hypothek: Die Operation, die schmerzliche Operation Verwaltungsreform<sup>21</sup>, die dort genau so nach dem selben Muster verlaufen ist, wie eben für Rheinland-Pfalz berichtet wurde, konnten wir nicht für uns als Oppositionspartei ausnutzen. Wir haben dieses Gesetz im letzten mitgetragen. Als Mehrheitspartei in den Kommunalbereichen dort mußte auf uns diese Operation eigentlich am negativsten wirken. Wir haben am meisten dabei an Undank natürlich zu verzeichnen gehabt, den wir durch die Großräumigkeit jetzt am Ende verloren haben. Das zweite war, daß sich unsere nordrhein-westfälische SPD-Prominenz und FDP-Prominenz in Baden-Württemberg überhaupt nicht hat sehen lassen, sondern massiert im Aachener Raum versucht hat, das zu einer Testwahl, zumindest für die landespolitische Koalition, auszuschlachten. Das hat sich nicht aus-

---

21 „Gesetz zur Neugliederung der Gemeinden und Kreise des Neugliederungsraumes Aachen (Aachen-Gesetz) vom 14. Dezember 1971“, vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Ausgabe A 25. Jg. Nr. 56 vom 21. Dezember 1971 S. 414.

gezahlt. Im Gegenteil: Man kann sehen, wo besonders massiv die SPD-, FDP-Prominenz des Landes sich eingesetzt hat, daß wir eher noch mehr gewonnen haben als in anderen Gebieten. Im übrigen kann ich nur noch mal sagen, die Ostpolitik hat eine Rolle nur am Rande gespielt, insofern hat das allgemeine Klima der baden-württembergischen Wahl natürlich etwas auch in den Aachener Raum hineingespielt, aber das beherrschende Thema war die Kommunalpolitik in ihrer Verflechtung zur Landespolitik, zur Finanzpolitik usw. Und ich glaube, daß wir insgesamt sagen können, wir haben die Position nicht nur gehalten, sondern wir haben auch psychologisch für Nordrhein-Westfalen eine gute Ausgangsposition für weitere Entscheidungen.

*Kaltleiter:* Ich möchte zunächst auf ein Ergebnis eingehen, was Herr Dr. Kraske gestern abend schon im Fernsehen sagte<sup>22</sup>, als er nämlich darauf hinwies, daß das Wahlergebnis von Baden-Württemberg, hochgerechnet zu einem Bundestagswahlergebnis, zu einer absoluten Mehrheit von CDU und CSU im Deutschen Bundestag führen würde. Diese Aussage ist richtig. Ich habe das gestern abend kurz vorher Herrn Dr. Kraske vorgerechnet. Man muß das unter zwei Aspekten sehen. Zunächst einmal muß man es im Zusammenhang sehen mit den anderen Ergebnissen der Landtagswahlen. Wenn man sich die Frage stellen würde, fiktiv gesehen, wenn in den nächsten Wochen Bundestagswahlen wären, würde die NPD kandidieren? Oder würde sie, wie in Baden-Württemberg, auf eine Kandidatur verzichten? Im ersten Fall, für den Fall einer Kandidatur der NPD und einer angenommenen Stärke dieser Partei im ganzen Bundesgebiet von etwa 3 % – das ist wohl der Stellenwert, den man einer NPD oder einer Ersatzorganisation, die ein ähnliches Potential anspricht, zumessen kann – kommen wir auf eine Stimmenverteilung von 48,2 % für die CDU, 42,1 % für die SPD und etwa 6,3 % für die FDP. Das bedeutet eine knappe absolute Mehrheit der Mandate, die Annahmen vorausgesetzt. Unterstellen wir, daß die NPD nicht kandidieren würde und es auch keine Ersatzorganisation geben würde wie im Fall von Baden-Württemberg, dann kommen wir auf einen CDU/CSU-Anteil von etwa 49,5 %, einen SPD-Anteil von etwa 43,5 % und einen FDP-Anteil von 6,4 %. Auch das bedeutet ebenfalls eine ganz knappe absolute Mehrheit der Mandate. Hierbei ist noch mal das aufzugreifen, was Ministerpräsident Kohl vorhin sagte und in die aktuellen Überlegungen vielleicht mit eingehen sollte, daß angesichts des bestehenden proportionalen Wahlrechts in der Bundesrepublik bei einem solchen Stimmenvorsprung von ungefähr sechs Prozentpunkten der stärksten Partei vor der zweitstärksten die Mandatsverteilung auch bei einer Neuwahl extrem knapp sein würde, also vielleicht 250:246 oder sogar auch nur 249:247. In diesem Bereich, dies ist ganz deutlich zu sagen, bewegt sich eine potentielle Mandatsverteilung bei Neuwahlen heute. (*Starke Unruhe.*)

Ansonsten kann ich das meiste nur sagen, wie es Ministerpräsident Filbinger formuliert hat. Wir können zunächst eine doppelte Tendenz beobachten. Auf der einen Seite ist bei beiden Parteien, insbesondere bei der CDU, eine verstärkte Position in

---

22 Kraske äußerte sich bei ARD und ZDF sehr zufrieden über das Wahlergebnis, das „die kühnsten Erwartungen der CDU“ übertroffen habe und als Absage an die Politik von Bundeskanzler Brandt zu betrachten sei (dpa vom 23. April 1972).

den Hochburgen zu beobachten. Diese Tendenz hat sich in einigen Landtagswahlen in den letzten zwei Jahren auch gezeigt. Sie war selten so ausgeprägt wie in Baden-Württemberg. Ich will im Grunde Ihre These, Herr Ministerpräsident, daß hier sich eine gewisse Totalisierung des gesamten Wahlverhaltens niederschlägt, unterstreichen. Hinzu kommt natürlich bei diesem Aspekt auch die für baden-württembergische Landtagswahlverhältnisse ungewöhnliche hohe Wahlbeteiligung. Es zeigt sich auch deutlich, daß die CDU von dieser relativ hohen Wahlbeteiligung stärker profitiert hat, als das bei den anderen beiden Parteien der Fall war. Interessant ist aber nun, daß die Gewinne der CDU keineswegs ausschließlich in den Hochburgen zu beobachten sind, sondern sie gehen weitgehend gleichmäßig über das ganze Land. Auch in städtischen Gebieten, auch in protestantischen Gebieten sind Erfolge erzielt worden. Wir können also die alte These doppelt formulieren, wir haben einerseits die verstärkte Hochburg, aber auf der anderen Seite hat sich gerade zugunsten der CDU die Divergierungstendenz fortgesetzt, daß sie nämlich in alten Minoritätsgebieten oder in Gebieten, wo sie nicht besonders stark vertreten war, aufgeholt hat und auch dort ein erhebliches Potential heute hat. Insbesondere sind solche relativen Gewinne auch in protestantischen oder ausgesprochen protestantischen Gebieten zu verzeichnen. Die größten Erfolge generell konnte die CDU interessanterweise erzielen in Gebieten, die das größte Wachstum sowohl an Bevölkerung als auch an Wirtschaftspotential in den letzten zehn Jahren erreichten. Das heißt, die Politik der Bundesregierung, die Neuansiedlung in Ballungszentren, hat zu den stärksten Gewinnen der CDU geführt. Es zeigt sich hier erneut, daß Mobilität, Wachstum und Verstärkung der Urbanisierungsgebiete usw. nicht gegen die CDU aussagen, sondern im Gegenteil. Hieraus hat die CDU wie auch in anderen Landtagswahlen Profit ziehen können.

Am unsichersten zeigt sich das Bild bei den Jungwählern, hier werden wir abwarten müssen die Ergebnisse des Statistischen Landesamtes. Die Tendenz, daß die Jungwähler massiert zu einer Partei gegangen sind, ist nicht zu beobachten, ganz im Gegensatz etwa zu den Ergebnissen in Bremen, so daß man mit Sicherheit nicht erwarten könnte, daß die Jungwähler sich für die SPD oder auch für die FDP entschieden haben. Nach den bislang vorliegenden Zahlen, ich wiederhole noch mal, dazu brauchen wir die Sonderaufstellung des Statistischen Landesamtes, werden wir annehmen können, daß die Jungwähler sich weitgehend gleichmäßig entsprechend der übrigen Wähler auf die Parteien verteilt haben.

Das vielleicht auffälligste Ergebnis, oder das zweite auffallende Ergebnis möchte ich etwas näher darlegen. Das ist die Struktur der FDP-Wählerschaft. Ministerpräsident Filbinger hat bereits darauf hingewiesen, daß in der Entwicklung der Vorwahlzeit es eine Zeit gegeben hat, so um Weihnachten herum, Anfang des Jahres, wo die Stärke der FDP bei etwa 6 % oder auch vielleicht knapp darunter angesetzt werden konnte. Schon damals zeigte sich deutlich, daß diese Wählerschaft der FDP nicht mehr bestand aus dem alten, traditionellen Stamm liberaler Wählerschaft, der gerade in Baden-Württemberg bestanden hat, sondern eine neue Wählerschaft war, die schwerpunktmäßig auch in den Großstädten angesiedelt war. Wenn wir uns jetzt anschauen, wie sich das Wahlergebnis heute darstellt, mit fast 9 % FDP-Anteil, dann ist diese FDP



nicht mehr vergleichbar mit der Partei, die vor vier Jahren noch 14,5 % erreichte. Es ist definitiv eine andere Partei. Es ist nicht richtig zu sagen, die FDP habe gegenüber vor vier Jahren etwa 5 % verloren. Richtig ist, daß sie gegenüber vor vier Jahren, etwa 12, vielleicht 13 % verloren hat und 7, 8, 9 Prozente hinzugewonnen hat. Die FDP, die wir heute haben, wir können alle sozialstatistischen Merkmale nehmen, ob Sie Berufsgruppen nehmen, ob Sie Altersgruppen nehmen, Konfession, ganz gleich, was Sie nehmen wollen, ist eine Partei, die in ihrer Zusammensetzung der Wählerschaft der SPD sehr stark angeglichen ist. Man kann fast, wenn wir uns die Zahlen anschauen, davon sprechen, daß SPD und FDP hier zu einer Art Schwesterparteien geworden sind, die die gleichen sozialen Gruppen ansprechen. Es sind bestimmte Bevölkerungsgruppen mit überdurchschnittlichem Informationsgrad über die internen Entwicklungen innerhalb der SPD, die hier den Ausschlag geben zugunsten von SPD und FDP. Das aber bedeutet zugleich, was ich erstmalig darstellen möchte an den Landtagswahlen in Hessen und Bayern, daß diese FDP ein gewisses Maß – ein erhebliches Maß – an Stabilisierung und Konsolidierung gewonnen hat. Aber sie hat dabei gewonnen eine Wählerschaft, die in sich labil ist. Das bedeutet zugleich, daß die gleiche FDP, die heute in Baden-Württemberg ein recht ansehnliches Wahlergebnis mit ihren knapp 9 % erzielt hat, morgen in ihrer Existenz wieder gefährdet sein kann. Sie hat sich konsolidiert mit einem Potential von labilen Wählern, um die die FDP und die SPD konkurrieren, und es hängt eben vom aktuellen Erscheinen ab, welche Partei von dieser Wählergruppe schließlich gewählt wird.

Besondere Aufregung hat es ja vor der Landtagswahl gegeben um die Frage, wie sich der Verzicht der Kandidatur der NPD auswirkt. Hier ist das Ergebnis eigentlich erstaunlich. Nehmen wir das gesamte Gebiet von Baden-Württemberg zusammen – selbstverständlich wenn man jeden einzelnen Stimmbezirk durchdiskutiert, wird man widersprüchliche Ergebnisse finden können –, dann spricht alles dafür, daß SPD und z.T. auch FDP, einen größeren Anteil aus der Konkursmasse der NPD bekommen haben als die CDU. Ich habe mir nicht widersprochen. Ich wiederhole, die SPD und die FDP scheinen einen größeren Anteil aus dem NPD-Potential bekommen haben. (*Barzel*: Entschuldigen Sie, daß ich Ihnen ins Wort falle. Ich habe die herzliche Bitte, daß sie das nachher auf der Pressekonferenz ausführen.) Um das auch für einen etwas Außenstehenden einbringen zu können, habe ich eine vom Computer gezeichnete Tabelle mitgebracht und eben rundgehen lassen. Sie können sich ja einmal die Punkte auf dieser Tabelle ansehen. Es zeigt sich auf der einen Achse der NPD-Anteil, auf der anderen Seite die CDU- und SPD-Anteile, und es zeigt sich auch unbedingt, daß die einzelnen Punkte im Falle der CDU hoffnungslos zerstreut sind. Man kann keinen Zusammenhang sehen, während bei SPD und NPD ein deutlicher Zusammenhang besteht. (*Starke Unruhe und Diskussion.*) 1968 hatten wir einen hohen NPD-Anteil mit etwa 10 %. Da muß man die Frage stellen, wo ist das geblieben? Wenn ich das CDU-Ergebnis von heute nehme und das NPD-Ergebnis von vor vier Jahren, komme ich auf einen Korrelationskoeffizienten von 0,5. Das ist ein statistisches Maß, (*Zwischenruf*: Können Sie das noch einmal auf Deutsch sagen? – *Heiterkeit.*) das ist ein statistisches Maß, mit dessen Hilfe der Zusammenhang zwischen zwei Variablen gemessen wird.

Wir haben in diesem Fall die NPD und CDU beim Stande von plus 0,5, das ist aber nicht sehr deutlich. Wir haben bei der SPD den gleichen Zusammenhang von plus 0,75. Und wir haben bei der NPD den Zusammenhang von minus 0,67. (*Starke Unruhe.*) Zwischen SPD und NPD existiert also ein viel stärkerer Zusammenhang zwischen dem Wahlergebnis heute und dem NPD-Wahlergebnis vor vier Jahren, während das bei der CDU in deutlich geringerem Umfang der Fall ist. Und das in sämtlichen Wahlkreisen. (*Starke Unruhe und Diskussion.*)

Dann werden Sie feststellen, daß die Frage der Ostpolitik nach wie vor bei der Bevölkerung höchste Aufmerksamkeit findet und daß sie nach wie vor grundsätzlich positiv beurteilt wird. Interessant ist, daß die Aktualität, die scheinbare Aktualität dieser Ereignisse als Folge der Bundestagsdebatte usw. sich bislang hier nicht niedergeschlagen hat. Auf der anderen Seite muß man aber, wenn man dieses Ergebnis sieht, im Vergleich zu dem tatsächlichen Wahlergebnis, die Hypothese unterstrichen sehen, daß diese Einschätzung der Ostpolitik für das tatsächliche Verhalten der Menschen von geringer Bedeutung ist. Mir scheinen zwei weitere Faktoren von größerer Bedeutung zu sein. Wir stehen in der Bundesrepublik heute vor dem interessanten Ergebnis, daß wir zum ersten Mal, seitdem es solche Zahlen gibt, seit Anfang der 50er Jahre, nun eine Periode von zwei Jahren und etwas mehr als zwei Jahren haben, wo die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten negativ beurteilt werden. Eine derart lange Periode hat es, meines Wissens nach, in dieser Bundesrepublik noch nicht gegeben. Und hier können wir gegenüber dem Herbst und Winter eine gewisse Veränderung feststellen. Wer von Ihnen damals in Berlin dabei war, als wir vor der Fraktion diese Frage diskutiert haben<sup>23</sup>, wird sich erinnern, daß ich darauf hingewiesen habe, daß der Faktor Preisstabilität im Herbst rückläufig zu sein schien gegenüber dem Faktor Arbeitslosigkeit. Wir können heute beobachten, daß die Arbeitslosigkeit als Problem praktisch wieder verschwunden ist. Der Faktor Preisstabilität hat an Bedeutung gewonnen hat. Wenn man nun die weitere Frage stellt nach der Leistungsfähigkeit der Partei, so können wir feststellen, daß der Vorsprung der CDU/CSU gegenüber der SPD als Partei, die Preisstabilität, Währungsstabilität und so etwas sichert, gewachsen ist. Die Relation ist hier etwa 2:1 zugunsten der CDU, etwa 40% erwarten das von der CDU/CSU, nur etwa 20% noch von der SPD. Das ist zweifellos der stärkste Faktor, der sich hier niederschlägt.

Es gibt dann einen dritten Punkt, der in den letzten Monaten deutlich an Gewicht gewonnen hat. Und das ist der Bereich der inneren Sicherheit. Hier können wir beobachten, daß ein Unsicherheitsempfinden in der Bevölkerung gewachsen ist, und zwar in einem Umfange, wie es von beiden großen Parteien nicht widergespiegelt wird. Allerdings zeigt sich hier deutlich, daß die nicht ausreichende Vertretung dieses Punktes durch die Regierung für sie wesentlich stärker auf Mißtrauen stößt als für die Opposition. Wenn ich es vielleicht mal im Bilde darstellen darf: Wenn die Position des

---

23 Zur Klausurtagung der CDU/CSU-Fraktion am 6./7. Dezember 1971 in Berlin vgl. Nr. 20 Anm. 2.

Bürgers etwa dort ist, wo Herr Dr. Barzel sitzt, dann ist die Position in den Augen der Wählerschaft der CDU etwa dort, wo Herr Köppler sitzt, und die Position der SPD vielleicht dort hinten, wo Herr Weiskirch sitzt. Das heißt, der Abstand der SPD zur Position des Bürgers ist etwa doppelt so groß wie die Position der CDU zur Position des Bürgers. Aber hier liegt eigentlich, vom Standpunkt der Wählerschaft her, von beiden Parteien ein nicht ausreichend angesprochenes Problem. (*Zwischenruf*: Die Position oder die Distanz?) Die Distanz ist zwischen der Regierung und dem Bürger größer als zu der Opposition. Andererseits zeigt sich nach wie vor deutlich, daß bei der CDU ein sichtbarer Sympathieanstieg nicht zu beobachten ist. Der Glaube an eine Interessenvertretung der CDU ist nur bei wenigen Gruppen ausgeprägt, hier insbesondere Beamte, Zeitangestellte und Landwirtschaft und der unternehmerische Bereich, während die quantitativ bedeutenden Gruppen hier nach wie vor die größere Zuversicht der SPD und FDP gegenüber bringen.

Ein letztes, was insbesondere für Baden-Württemberg erwähnt werden muß, ist, daß diese Wahl, wie natürlich verschiedene Landtagswahlen und Bundestagswahlen vorher auch, in dem Duell der Spitzenkandidaten bestanden hat. Und hier sollte vielleicht auch darauf hingewiesen werden, daß die Einschätzung von Ministerpräsident Filbinger im Vergleich zu Herrn Krause eine Relation von etwa 3:1 hatte, und daß diese Relation wesentlich größer ist als die Relation des CDU-Vorsitzenden zum Bundeskanzler, die wesentlich geringer ist.

*Barzel*: Vielen Dank, Professor Kaltefleiter. Damit sind die Berichte alle erstattet. Ich hoffe, noch ist keiner erschöpft, jetzt fängt es erst an. Ich würde gerne gleich auf den Punkt kommen und erst in der zweiten Abteilung Fragen über die Wahlanalyse an Herrn Kaltefleiter und die anderen Herren richten. Zunächst zum Punkt, den eigentlich Herr Kohl in Ergänzung meines Berichts vorgetragen hat. Das heißt, wie geht das Leben weiter, ohne daß wir der Fraktion irgendwie vorgreifen. Ich glaube, das ist das wichtige.

*Amrehn*: Ist es vielleicht doch möglich, ehe man zu einer Entscheidung dieser wichtigen Frage kommt, einige Fragen an Herrn Kaltefleiter zu stellen, weil es mir scheint, daß man diese Kenntnis auch besitzen muß, um sie nachher in eine politische Entscheidung einzubeziehen.

*Barzel*: Ich bin gerne einverstanden. Ich kann nur sagen, es gibt einen Punkt, zu dem Professor Kaltefleiter nichts sagen kann, nämlich zu dem Terror, der nun beginnt, was immer wir machen. Entweder beginnt ein 15monatiger Terror der Regierung, die Wahl zu gewinnen, oder es beginnt ein Terror, wenn wir die Regierung gewechselt haben. Das alles ist unberechenbar.

*Amrehn*: Auf weitere oder kürzere Sicht wird ja die Frage der Neuwahlen sich uns immer wieder stellen. Und deswegen schien mir bedeutsam, was Herr Professor Kaltefleiter zu Anfang sagte über den Ausgang von Bundestagswahlen, wenn wir das gestrige Ergebnis zugrunde legen. Mein Frage an ihn ist jetzt folgende: Ist bei dem mutmaßlichen Bundeswählerfolg, den wir haben könnten, auch berücksichtigt, daß das Land Baden-Württemberg einen stärkeren konservativen Charakter trägt als andere Gebiete? Zweitens, ist berücksichtigt, daß in den Städten der Zuwachs der SPD, so-

weit die Ergebnisse in den Städten in der „Welt“<sup>24</sup> heute veröffentlicht sind, erheblich stärker gewesen ist als der Zuwachs der CDU? Und drittens, hat unsere Quote 3:1 übertragen auf das Bundesverhältnis nun auch schon ihren Niederschlag gefunden in 250 Mandaten für die CDU und 246 für die SPD und FDP? (*Starke Unruhe und Diskussion.*)

*Filbinger:* Ich habe zu dieser Frage, wie soll es in Zukunft weitergehen, eine kleine Bemerkung zu machen. Ich würde meinen – zwar bin ich kein Experte, sondern einer, der jetzt aus dem Wahlkampf kommt und die Dinge sehr stark aus der Kampfsituation betrachtet –, daß die CDU bei den Ostverträgen ihre eigene Position und die der Bundesregierung noch nicht voll hat ausschöpfen können. Das heißt, die Schwäche der Bundesregierung und die potenzielle Stärke, die wir drin haben. Bislang laufen die Wasser noch unentwegt auf die Mühlen der Bundesregierung. Ich meine aber, vom Kern der Dinge her betrachtet, zu Unrecht. Denn wenn man unter dem neuen Aspekt, den wir gewonnen haben – bestärkt durch die Protokolle –, die Dinge betrachtet, dann müßte es möglich sein, auch über die Transmission der öffentlichen Meinungsmedien, die uns ja bisher eine Art Kartellsperre entgegengesetzt haben, unsere Gedanken und unsere Sicht der Dinge noch stärker ins Bewußtsein der Bevölkerung zu bringen, als das in der Bundestagsdebatte der Fall gewesen ist. Je nachdem, wie die Dinge jetzt verlaufen mit den Ostverträgen.

Ich stelle da zwei oder drei Stadien fest. Erstes Stadium: Vor der Debatte im Deutschen Bundestag gingen die Dinge überwiegend negativ zu Lasten der CDU. Der Friedenskanzler, der Nobelpreis, die Verträge, die Zustimmung des Auslandes zu dieser Politik. Zweite Phase: Andeutung einer Wende oder Vollzug einer Wende durch die Bundestagsdebatte, wo plötzlich die Bevölkerung in drei Tagen konfrontiert worden ist mit Argumenten, die sie überraschenderweise viel beachtenswerter fand, als sie vorher durch die öffentliche Berieselungspropaganda klargemacht worden ist. Dritte Phase: Das Stadium in der Baden-Württemberg-Wahl, bei den Osterspaziergängen von West nach Ost, Rückfall der Position der CDU in eine Lage, die ungünstiger war als unmittelbar nach dem Abschluß der Bundestagsdebatte trotz der Verlautbarung der Protokolle. Ich würde aber meinen, daß, wenn nun die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CDU insgesamt voll ausschöpfen kann, was wir von den Protokollen wissen, als Substanz erklärbar ist, nämlich ein im Grunde inhaltlicher Rahmenfahrplan unserer Bundesregierung, dann müßte es gelingen, dem deutschen Volke beizubringen, was diese Verträge sind. Da ist die Äußerung von Bahr gegenüber Gromyko und auch die Tatsache, daß Grenzverzichtsverträge geschlossen worden sind, und nicht, wie die Bundesregierung erklärt hat, Gewaltverzichtsverträge. Da ist einfach die Unwahrheit gesagt worden vor dem deutschen Volke. Dies klarzulegen, müßte eigentlich wirken wie eine Bombe in Deutschland. Da ist ein zweites Faktum, daß Herr Scheel sich gegenüber dem sowjetischen Vertragspartner benommen hat wie der Schüler gegenüber dem Präzeptor. Herr Scheel hat darauf hingewiesen, dieser Halbsatz, der müsse weg, nicht deshalb, weil das notwendig wäre, sondern weil darauf das Bundes-

---

<sup>24</sup> Vgl. „Die Welt“ vom 24. April 1972.

verfassungsgericht bestünde, mit dem man auf andere Weise nicht zu Rande käme. Und dann dagegen der Präzeptor: „Kein Komma, der wird beendet und damit basta!“ Herr Scheel war still. Warum soll es uns nicht gelingen, diese im Grunde unwürdige und kompliziertere Art der Verhandlungsführung unserer deutschen Seite, dem deutschen Volk so klar zu machen, daß auch die derzeit schlechte Position der CDU in bezug auf die Ostverträge sich ändert? Wenn das gelänge, soweit das gelingt, würde ich meinen, daß die Ausgangsposition, die vorhin von Professor Kaltefleiter zu unserer jetzigen ostpolitischen Baisse, die noch besteht, prognostiziert worden ist, sich ändert, ob sich da nicht eine Wende abzeichnet und ob die nicht von Bedeutung sein würde für alles, was noch kommt, Neuwahlen oder konstruktives Mißtrauensvotum.

*Lemke:* Meine Meinung ist, daß wir zugreifen müssen, wenn wir die Regierung stellen können, wenn in den nächsten Wochen also der günstige Augenblick kommt. Ich weiß auch nicht, ob wir 1973 eine günstigere Position haben. Was mich bedrückt, ist die Bemerkung, die Professor Kaltefleiter zu den Ostverträgen machte. Ich war in den ganzen vergangenen Wochen und durch diese Wahl – die kann ich nicht so gut analysieren wie Sie – eigentlich darin bestärkt, daß doch darin auch eine Zustimmung zu unserer außenpolitischen Haltung läge, bei diesen 53 %. Nachdem, was Filbinger eben gesagt hat, möchte ich mich seiner Argumentation wegen der Kürze der Zeit anschließen. Ich meine auch, wenn wir alles ausschöpfen, was zu unseren Gunsten bezüglich unserer Haltung zu den Ostverträgen spricht, daß wir dann wirklich dieses Ruder herumwerfen können. Ich schließe mich da dem Gedanken von Filbinger an. Aber zum Punkt 1, ich würde dringend raten zuzuschlagen, weil der Schaden für Deutschland viel größer wird, wenn die Leute weiter an der Regierung bleiben.

*Hahn:* Vielleicht ganz kurz eine Bemerkung noch zu unserer Wahl hier, da wird das Ganze noch vielleicht noch aufschlußreicher. Ich glaube, daß eine sehr große Rolle die Äußerung der Jusos, überhaupt die Machtergreifung der Jusos in der SPD gespielt hat<sup>25</sup>. Deshalb (*Zwischenruf:* Lauter bitte!): Gehen Sie alle zur Wahl, es geht um Ihre Existenz. Das zweite ist, daß eine unglaubliche Distanz, eine unglaubliche Polarisierung eingetreten ist. Also das vorher Unvorstellbare an Polarisierung, aber auch so, daß in der letzten Nacht unsere sämtlichen Plakate überklebt worden sind, CDU mit Hakenkreuz. Man sieht es überall, in der ganzen Stadt. Das ist ganz typisch. Aber auf der anderen Seite war es auch so, daß unsere Leute in einer Weise aufgewacht sind, und zwar auch junge Leute, wie es vor vier Jahren unvorstellbar gewesen wäre. Das ist also eine Sache, über die man reden sollte. Und drittens bin ich doch der Meinung, daß die Protokolle eine unglaubliche Unsicherheit auf der anderen Seite gebracht haben. (*Strauß:* Das war schon ein gezielter Schuß.)

*Blüm:* Ich kann es relativ kurz machen. Ich will nämlich nur auf einen Aspekt hinweisen, von dem ich meine, daß er in unseren Überlegungen nicht zu kurz kommen sollte. Wenn ich das richtig sehe, ist die Welle der öffentlichen Erregung, die diese Regierung gegen uns auch in den Betrieben erzeugt hat, nicht angekommen. Ich glaube, diese Holzfällerappelle da, um Holzen usw., haben ihren Adressaten nicht erreicht,

---

25 „Rhein-Neckar-Zeitung“ vom 16. März 1972 „Jusos bekennen sich klar zur SPD“.

jedenfalls stimmungsmäßig nicht erreicht. Nun kann daraus nicht geschlossen werden, daß in den Betrieben und Gewerkschaften nun eine uneingeschränkt freundliche Haltung an die Stelle der früheren feindlichen Einstellung getreten ist, sondern ich würde eher die Lage in den Betrieben als eine labile bezeichnen, was immer noch besser ist als ein ablehnende. Die ersten Betriebsratswahlergebnisse zeigen, daß unsere Position stärker ist, als viele geglaubt haben, und daß unsere positiven Erwartungen voll und ganz eingetreten sind. Der Grund dafür liegt in einem sichtbaren Erosionsprozeß auf der Gegenseite. Ein Erosionsprozeß, von dem ich glaube, daß er hauptsächlich ausgelöst wurde durch die Wirtschaftspolitik dieser Regierung. Es trifft den Mann im Betrieb nichts so sehr als der Schaden an der eigenen Lohntüte. Und das halte ich für den Vorzug der Betriebspolitik, daß sie immer sehr praxisorientiert ist, und daß sie sich eben nicht von großen Worten vernebeln läßt. Ich glaube, daß die vielen taktischen Fehler, die beispielsweise der DGB-Vorsitzenden Vetter in Sachen Müller in den letzten Wochen gemacht hat<sup>26</sup>, unter anderem auf eine aufgeregte Kopflosigkeit zurückzuführen sind. Seine Fehler sind nämlich keineswegs nur auf unserer Seite bemerkt worden, sondern auch bei handlungsfähigen Sozialdemokraten.

Nun ist die Frage, welches Interesse wir haben. Ich meine, wir hätten kein Interesse, daß dieser Erosionsprozeß gestoppt wird, auch unter langfristigen Aspekt. Und deshalb sollten wir nichts tun, durch kurzfristige Solidarisierung diesen Auflösungsprozeß zu stoppen. Ich meine schon, daß die Regierung alles Interesse darauf verwenden wird, Dolchstoßlegenden zur Hand zu haben, mit denen sie eben diesen Auflösungsprozeß bei ihren Kunden stoppen kann. Lieber Herr Kohl, ich glaube zwar auch, daß man auf einen Zug, der in den Bahnhof fährt, aufspringen muß und daß man in der Politik nicht immer den Zeitplan in der Hand hat, sondern sich nach dem Fahrplan richten muß, auch nach einem von anderen gestellten Fahrplan. Nur sollte man bei der ganzen Überlegung im Auge behalten, mit Betrieben und Gewerkschaften überlegen, ob man jetzt in den Bahnhof fährt. Nicht gleich im Personenzug, sondern im D-Zug zu etwas späterer Zeit. Deshalb sollten wir fragen, in welchen Zug man einsteigt. Ich fürchte, der Zug, der jetzt kommt, ist ein sehr langsamer Zug.

*Barzel:* Ich entnehme dem Bericht von Herrn Blüm z. B. folgendes: Ich frage mich immer, und das ist ja eine Frage, die Herr Bahr öffentlich aufgeworfen hat, ob ein Regierungswechsel in der Bundesrepublik Deutschland von organisierten Kräften

---

26 Adolf Müller war als Nachfolger Bernhard Tackes für das Amt des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden im Gespräch. In einem Interview mit der „Westfälischen Rundschau“ vom 10. April 1972 forderte Vetter Müller auf, im Bundestag den Ostverträgen zuzustimmen, da der DGB sich in einem einstimmigen Beschluß für deren Ratifizierung ausgesprochen hatte. Auf dem vom 25. bis 30. Juni 1972 in Berlin stattfindenden 9. Ordentlichen Bundeskongreß des DGB wurde Maria Weber anstelle Müllers, der vom DGB-Bundesvorstand nicht vorgeschlagen wurde, gewählt. Vgl. FAZ vom 10. April 1972 „Vetter rechnet mit Stimmen der CDU für die Ostverträge“ sowie Presseerklärung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 10. April 1972 mit Kritik an Veters Äußerungen. Zur Debatte um die Amtsnachfolge Müllers FAZ vom 10. Juni 1972 „Katzert hält an Müller fest“; „Welt der Arbeit“ vom 16. Juni 1972 „Gerangel vor dem Kongreß“; „Bonner Rundschau“ vom 20. Juni 1972 „Der zweite Mann wird eine Frau“.

überhaupt noch zugelassen wird. Und nach der Schilderung, die Herr Blüm gibt, ist dies keine Landschaft, in der irgend jemand wagen kann, auf den Knopf Generalstreik zu drücken. Das ist das wichtige an der Erklärung von Herrn Blüm. Das ist wichtig zu wissen. Wir wissen ja alle, in welcher Welt wir uns befinden. Oder ist das jemandem nicht klar?

*Katzer:* Wenn ich mal dazwischenrufe! Das Wahlergebnis Baden-Württemberg mit 53 % zeigt doch, daß der Aufruf der Gewerkschaften in der Wahlphase schon nicht zum Zuge gekommen ist. Das alleine ist ein wichtiger Punkt, den wir auch sagen.

*Barzel:* Gut, alle Züge sollten fahren. Aber wie die sind, wissen Sie, jetzt will ich Ihnen mal eines sagen, wenn Sie mit im Bahnhof sind hier, mit unserem Freund Kohl, und es kommt einer und Sie sagen, die Abteile sind nicht genug gelüftet, ja, es kann sein, daß Sie auf dem Bahnsteig stehen bleiben, für lange Zeit. Und sich die Finger abfrieren.

*Katzer:* Es kann sein, daß danach ein guter Zug kommt.

*Barzel:* Ja, der einen überfährt.

*Von Weizsäcker:* Ich möchte zunächst zu den Punkten, die Herr Filbinger und andere hier vorgetragen haben – wegen der Meinung der Bevölkerung zu den Ostverträgen – zweierlei sagen. Ich habe immer wieder die Erfahrung gemacht, es fehlt der Bevölkerung überhaupt nicht an Einsicht darüber, daß die Regierung sozusagen an allem schuld ist, was die heutige ostpolitische Situation ausmacht, daß schlecht verhandelt worden ist, die Ergebnisse schlecht sind, die Protokolle die Unglaubwürdigkeit erweisen. Das alles ist wirklich hinreichend etabliert. Die einzige Sorge, die die Bevölkerung wirklich umtreibt, ist nicht eine bessere Kenntnis über die Regierung, sondern eine bessere Beruhigung, was wir jetzt mit der nun einmal geschaffenen Lage anzufangen in der Lage sind.

Von diesem Ausgangspunkt her müssen wir auf die Alternative, die Helmut Kohl geschildert hat, reagieren: zugreifen oder warten. Prinzipiell, finde ich, gibt es da keine Alternative. Prinzipiell ist die Alternative zugreifen oder warten zu beantworten mit zugreifen. Helmut Kohl hat dann weiter gesagt, wann. Das können wir hier im einzelnen nicht diskutieren, das ist natürlich auch richtig. Wir müssen nur bei der Frage, ob das in wenigen Tagen oder in etwas mehr Tagen erfolgt, im Hinblick auf meine erste Bemerkung meiner Meinung nach von der folgenden Kenntnis vieler unserer Freunde in der Welt ausgehen: Wir haben ostpolitisch argumentiert unter dem Vorwurf, es ginge uns nicht um Ostpolitik, sondern um die Macht. Wir haben darauf geantwortet, es geht uns zwar immer um die Macht, aber in der Ostpolitik geht es uns um die Ostpolitik um ihrer selbst willen. Es wäre für uns viel bequemer, wenn wir uns in der Ostpolitik nicht so prinzipiell in die Schlacht geworfen hätten.

Heute haben wir ein Bündnis von nicht wenigen Leuten, auf die es uns ankommen muß, Verbündete, es ließen sich sehr prägnante Beispiele aus jüngster Zeit dafür nennen, diejenigen Leute in der Presse, die immerhin gesagt haben, es kommt in erster Linie auf die Regierung an, die führt, die uns führt. Und es kommt nicht so sehr auf die Texte an. Viele Freunde von uns im anderen Teil Deutschlands, und ich kann nur sagen, viele Wähler in Baden-Württemberg sagen uns: „Ja, wir glauben Euch schon,

daß Ihr für die Ostpolitik um ihrer selbst willen argumentiert, aber das, was wir von Euch in erster Linie wollen, ist, daß Ihr die Macht ergreift; aber wir wollen nicht in erster Linie, daß Ihr die Ostpolitik bekämpft.“ Ich will die Folgerung daraus jetzt nicht ziehen, Herr Kohl, sondern ich will nur sagen zu Ihrer These, prinzipiell zugreifen – ja! Zu Ihrer Frage, wann, können wir hier nicht diskutieren, auch ja! Ein Bundesvorstand kann so was nicht entscheiden, zumal ja die Fraktion und nicht die CDU im Parlament sitzt. Aber bei den Überlegungen hat dies mit eine Rolle zu spielen, daß viele unserer Freunde vor allem daran interessiert sind, daß wir die Regierungsverantwortung übernehmen, diese aber in einem Umfeld übernehmen, in dem die Beweise unserer eigenen ostpolitischen Potenz in der Bevölkerung noch etwas deutlicher sind als heute. Welche Methode das bedeutet in bezug auf die Termine des 4. Mai<sup>27</sup>, das diskutiere ich hier ausdrücklich nicht.

*Barzel:* Da kann ich nur eines dazu sagen. Ich habe in meinem sehr kurzen Bericht ausdrücklich gesagt, daß alles, was die Opposition zu den verschiedenen Sachfragen, einschließlich zur Ostpolitik, bisher gesagt hat, gilt. Und das bedeutet eben, wenn die Regierung sich weigert, diese Politik des mehr Herausholens gemeinsam zu machen, dann muß man eben einen anderen Weg versuchen. Das kann nicht bedeuten, daß für den Fall, daß es einen Wechsel gibt, wir plötzlich eine Position einnehmen, wir wollen überhaupt keine Verträge, oder all die Bedingungen, die wir genannt haben, gelten nicht mehr. Es gilt bei uns, was wir auch gesagt haben, aufs Wort, ob es sich um die Bauern handelt, um die Rentner handelt, um den Beteiligungslohn, ob es sich handelt um die Außenpolitik. Sonst hat es überhaupt keinen Zweck.

*Gradt:* Herr Vorsitzender, ich kann nicht beurteilen, welcher Termin für uns günstiger sein kann. 1973, sofern wir überhaupt die Möglichkeit haben, solange zu warten, das hängt ja nicht nur von uns ab, oder jetzt. Aber wenn jetzt, dann bin ich der Meinung, daß man zu handeln versuchen muß, ehe die Verträge zur Entscheidung stehen. Sonst schaffen andere Kräfte, die wir nicht kennen, Ärgernisse, die dann von der Bevölkerung zu einem guten Zeitpunkt uns angelastet werden. Dies möchte ich korrigierend zum Kollegen Filbinger sagen. Das, was die Leute gegen uns einnimmt in dieser Frage der Ostverträge, das sind nicht die Interpretationen – das ist alles gar nicht so schlimm –, sondern die Frage, die die Leute beschäftigt, ist, was wird, wenn nicht. Und dies hätten wir ja vor der Öffentlichkeit zu verantworten, wenn diese Verträge nicht zustandekommen. Und mit dieser Situation muß man sich auseinandersetzen. Und wenn man sie durchdenkt – ich will das hier gar nicht als *Advocatus Diaboli* im einzelnen beschreiben, was da möglich ist – dann kommt man zwingend zu dem Ergebnis, wenn jetzt, dann vorher. Wobei ich also auch an das denke, was der Vorsitzende in seinem kurzen Bericht gesagt hat. Die schwierigste Situation wäre in der Tat, daß man die Verantwortung nach den gescheiterten Verträgen übernehmen muß.

Letzte Bemerkung. Ich glaube, wir müssen uns darüber klar werden, ob wir alle – denn das ist das wichtigste eigentlich – in der Auseinandersetzung um die Verträge,

---

<sup>27</sup> Am 4. Mai 1972 fanden statt Sitzungen der CDU/CSU-Fraktion, der CSU-Landesgruppe, der Kommission „innerdeutsche Normalisierung“ (vgl. GRAU S. 308–312).



wenn sie nicht vertagt werden, zu dem stehen, was der Vorsitzende seinerzeit in der Bundestagsdebatte formuliert hat: So nicht. Es darf da, nach meiner Meinung, wenn wir die Auseinandersetzung bestehen wollen und insbesondere wenn wir ganz schnell gefordert sind, nicht dazu kommen, daß der Eindruck entsteht, da gibt es zwei Richtungen. Die eine sagt, so nicht. Und die andere sagt oder meint, überhaupt nicht. (*Barzel*: Oder nie!) Wenn nämlich dieser Eindruck entstünde, dann würden wir nach meiner Auffassung eine falsche Politik machen und Kräfte gegen uns aufbringen, denen wir die andere Position, so sie ist, durchaus einsichtig machen können.

*Barzel*: Jetzt Herr Kraske für das Kommuniké.

*Kraske*: Ich glaube, es liegt nicht in unserem Interesse, die Presse unnötig warten zu lassen. Darf ich Ihnen deshalb vorlesen, was wir als Presseerklärung verteilen wollen: „Der Bundesvorstand der CDU trat unter Vorsitz von Dr. Rainer Barzel im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn zusammen. Für die CSU nahmen deren Vorsitzender Franz Josef Strauß, Richard Stücklen und Gerold Tandler teil. Dr. Barzel beglückwünschte Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger, er dankte allen am Wahlkampf Beteiligten, insbesondere den beiden Ehrenvorsitzenden, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger, für ihren Einsatz. Der Bundesvorstand stellt einstimmig fest: Die CDU hat gestern in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz und im Aachener Raum Wahlerfolge erzielt, die eine überzeugende Bestätigung ihrer Politik darstellen. Die CDU dankt ihren Wählern für ihr Vertrauen. Das hervorragende Wahlergebnis in Baden-Württemberg ist ein Erfolg des Ministerpräsidenten Dr. Filbinger, seiner Mannschaft und seiner Politik. Es ist aber zugleich ein Vertrauensbeweis für die Gesamtpolitik der Unionsparteien. Im Verlauf des Wahlkampfes hat die Linke alles getan, um die Landtagswahl zu einem bundespolitischen Votum zu machen. Sie hat dieses von ihr geforderte Votum weder für ihre Politik im ganzen noch für ihre Ostpolitik im besonderen erhalten. Der eigentliche Verlierer der Wahl ist daher Bundeskanzler Brandt. Die Unionsparteien haben in allen elf Landtagswahlen seit 1969 erheblich an Stimmen gewonnen. Dies beweist, daß die Mehrheit in unserem Lande endlich zu einer Politik der Stabilität und Solidität zurückkehren will, wie sie nur von der CDU/CSU verbürgt werden kann.“

*Stoltenberg*: Ich würde nicht sagen „zurückkehren“, sondern daß sie eine Politik will.

*Kraske*: „Zurückkehren“ soll doch einfach heißen, daß es die zwanzig Jahre gab und es jetzt ein Interregnum von 2½ Jahren ohne dies gab.

*Strauß*: Gemeint ist, daß sie von den in Bonn Regierenden die Rückkehr erwartet. Ganz gleich, wie die ausschauen wird. Das ist doch gemeint.

*Barzel*: Gut. Ich glaube, der politische Gehalt ist in Ordnung. Mit den Punkten und Kommas, das weiß, glaube ich, Herr Kraske selber.

*Amrehn*: Wenn das nicht schon abgezogen ist, würde ich nicht nur sagen „einen überzeugenden Erfolg, sondern „den bisher größten Erfolg“.

*Kraske*: Herr Amrehn, ich werde Herrn Kaltefleiter der Presse mit vorstellen und gerade über diesen Teil der Sache wird er sehr ausführlich über dieses Kommuniké hinaus berichten.

*Strauß:* Ich darf an das anknüpfen, was Kollege Gradl mit Recht gesagt hat. Aber ich glaube, hier gibt es keine Sorge oder keinen Anlaß zu einer Sorge. Ich wüßte niemanden in den Reihen der CDU/CSU, der grundsätzlich Verhandlungen mit kommunistischen Regierungen ausschließen und den Abschluß von Verträgen mit ihnen, etwa aus weltanschaulicher Prinzipientreue, radikal oder überhaupt ablehnen würde. Ich darf daran erinnern, daß die letzte Bundesregierung, in der allerdings Brandt eine perfide Rolle gespielt hat, bereit war, mit der Sowjetunion und mit anderen kommunistisch regierten Staaten, sogar mit dem anderen Teil Deutschlands, was eine besonders schwierige ... (*Zwischenruf:* Mit den Machthabern.) ja, mit den Machthabern im anderen Teil Deutschlands – was eine besonders schwierige Umstellung oder Anpassung oder Entschlußfassung erforderte – in Verhandlungen einzutreten, die im großen und ganzen zu Abschlüssen in zwei Punkten führen sollten. Das eine war ein Gewaltverzicht. Das andere war wissenschaftlich-technisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit. Ich möchte jedenfalls für mich, falls ich am Rande irgendwie gemeint gewesen sein sollte, ausdrücklich sagen, daß ich diese Politik Kiesingers in vollem Umfang unterstützt habe, niemals ein Jota davon abgewichen bin und mich auch heute und in Zukunft zu ihr bekenne. Ein wie schlechtes Gewissen diese Regierung hat, geht ja daraus hervor, daß zwar Brandt in unzähligen Reden in Baden-Württemberg, soweit die Zeitungsberichte oder Tonbandaufnahmen es wiedergeben, immer wieder von einem Gewaltverzicht gesprochen hat, den die CDU/CSU nicht haben will, und dann hinten noch schnell angefügt hat, ein in der Unantastbarkeit der Grenzen ausgedrückter Gewaltverzicht. Da beginnt ja dann der Bruch, wo über den Gewaltverzicht hinaus ein Rückzug vor dem Machtanspruch des Kommunismus angetreten wird usw. Ich mache aus meiner Meinung darüber – obwohl das ja keine Debatte über Ostverträge ist, aber sie spielen natürlich hier herein – keinen Hehl, daß wir zu Verhandlungen und zu Verträgen bereit sind, auch mit der ehrlichen Absicht, zu Abschlüssen zu kommen, obwohl das Erzielen von Abschlüssen jetzt schwieriger ist, als es bei ungebrochener Fortsetzung unserer Politik im Herbst 1969 ohne jeden Zweifel möglich gewesen wäre. Und zwar deshalb möglich gewesen wäre, weil, ohne hier in Einzelheiten zu gehen zu wollen, man doch sagen kann, daß die Sowjets ganz massive Gründe haben, um zu Verträgen zu kommen, so wie sie von der alten Bundesregierung auch angestrebt worden sind. Die haben ganz massive Gründe! Die wissen ganz genau, warum sie diese Verträge wollen. Nur ist jetzt ein Berg von Schutt dazwischen angehäuft worden, den wir erst wieder beiseite räumen müssen, um wieder zu dem zurückzukehren, was im Herbst 1969 gar nicht mehr allzu schwierig erschien.

Ich möchte noch in einem zweiten Punkt keinen Hehl aus meiner Meinung machen. Verträge in unserer Hand – ich weiß, das Wort könnte jetzt mißverstanden werden, ich bitte Sie, es nicht mißzuverstehen oder negativ auszulegen – müssen Waffen im Kampf gegen den Machtanspruch des Kommunismus sein, und nicht Appeasement-Instrumente. Mir hat Herr Ehmke seinerzeit, am Montag nach diesem Treffen in Bonn, am Sonntag im August 1970<sup>28</sup>, gesagt auf meine bohrende Frage, was ist denn die Ratio

---

28 Am Sonntag, dem 9. August 1970, fand die Unterrichtung führender Vertreter der Opposi-

dieser Verträge? Da nannte er, welche Vorteile er in den Verträgen sieht, also nicht den Schmarrn, der da jetzt mit Besucherabkommen usw. verlautbart wird: Ulbricht verliert die Sperrfunktion, die Sowjets verlieren ihr Disziplinierungsinstrument, und wir können mit den Russen, wir können mit den Polen, Tschechen usw. unter den Augen der russischen Überwachung trotzdem in engsten Kontakt kommen. Da sagte ich: „Ja, was streben Sie an?“ Am Ende sagte mir Ehmke damals wörtlich, ich habe nie davon Gebrauch gemacht, weil es in der öffentlichen Debatte nicht verwendet werden darf, was man einem unter vier Augen sagt: „Wir werden einen Zustand erreichen, in dem die Mitglieder des Warschauer Paktes dasselbe Ausmaß an politischer Freiheit erhalten, wie es heute die Bundesrepublik hat.“ So Ehmke mir gegenüber. Das heißt, er sah es auch unter diesem Gesichtspunkt, man braucht darüber nicht zu reden.

Wir wissen um die schwierige Rolle – weil uns der Westen aus verständlichen Gründen im Stich gelassen hat –, den Westen wieder heranzubringen und die Gegenposition in Europa auszubauen, weil der große Kampf der Kräfte um die Zukunft in dieser Welt ja nicht vorbei ist, es sei denn, daß die Sowjetunion eine konservative Macht geworden ist, die bereits in den Herbst ihres Daseins eingetreten ist und allmählich nach dem biologischen Wachstums- und Ablaufprozeß nie mehr dem Winter entgegenseht, was dann eine Haltung hervorruft, der Greis will alles behalten, was er einmal erworben hat, um das abzusichern. Ich glaube das nicht, habe immer eine andere Meinung vertreten. Aber das ist dann die Geschichte, die dahinter steckt. Davor muß die Geschichte stecken, Herr Kollege Gradl, verhandeln ja, Verträge ja, aber wir haben ja Zeit. Uns bläst doch der Wind nicht ins Gesicht. Mit Berlin, das ist ja eine Sache sui generis, die diese dilettantische Regierung hereingezogen hat in ein Junktim. Jetzt ist dies die Sache der Westmächte, der Engländer, der Amerikaner. Die Franzosen werden auch zähneknirschend, was Herrn Schumann anbetrifft, dabei mitmachen müssen, das Berlin-Abkommen als eine Sache für sich selbst zu betrachten, bei der beide Seiten nach Geben und Nehmen gehandelt haben. Die Falschheit des Junktims lag doch darin, daß man so getan hat, als ob die Russen im Berlin-Abkommen nur gegeben hätten, weshalb wir in den Ostverträgen unsererseits dann geben müßten, um das Geben oder Nehmen herzustellen. Das Junktim in Berlin liegt im Geben und Nehmen innerhalb des Rahmens des Berlin-Abkommens. Unabhängig davon sind dann, jedenfalls nach meiner Ansicht und nach vieler Leute Ansicht, die anderen Verträge zu bewerten. Aber da müssen wir hin, Gewaltverzicht und kein Grenzvertrag, Kooperation bei allen sich bietenden Gelegenheiten. Das ist der Clinch, den wir brauchen, um uns zu messen mit denen, aber ohne ihnen auch nur den Finger zu reichen für ein permanentes Interventionsrecht, mit dem sie unsere Politik und auch noch die Politik des Westens – das geht ja weiter über Sicherheitskonferenzen usw. hinaus – beeinflussen können. Das entspricht ja nur der klassischen Politik der CDU/CSU, die man

---

tion durch Brandt und Scheel über den Verlauf der Moskauer Verhandlungen, vgl. „Die Welt“ vom 8. August 1970 „Nach der Rückkehr aus Moskau ein heißes Wochenende in Bonn“; „Welt am Sonntag“ vom 9. August 1970 „Opposition: Keine Verfassungsklage gegen Ost-Vertrag“.

nicht messen kann daran, ob sie in 20 Jahren große Erfolge erzielt hat. Wir haben große Erfolge erzielt, bloß sind die so selbstverständlich, daß man sie allmählich vergessen hat, weshalb man sie wieder aufs Spiel zu setzen begonnen hat.

Nächster und letzter Punkt: Wann zugreifen? Ja, wenn wir es uns aussuchen könnten, würde ich sagen im September 1973. Aber man kann ja das Rauschen des Mantels der Geschichte nicht bestellen. Wenn man das so bestellen könnte wie im Theater das Echo! Daß man auf einen Knopf drückt und dann rauscht's, da kommt der Blitz und der Donner dahinter her, danach stellt man es wieder ab, wenn man es nicht mehr brauchen kann. Das ist eben das. Mir wäre es viel lieber, wir könnten die wirtschaftlichen und finanziellen Fehlentwicklungen, die von dieser Regierung eingeleitet worden sind, noch bis zum Herbst 1973 sich weiter kumulieren lassen und dann wählen. Aber gerade jetzt, wo diese Landtagswahl in Baden-Württemberg den Schlußstein geliefert hat, oder den Schlußstrich gezogen hat, der unseren Gegnern beweist, daß die Mehrheit im Volke gegen sie steht, werden wir nicht erreichen, daß die andere Seite auch auf den Wahlkampf verzichtet, durch Nichtstun, einfach durch Auflaufenlassen, normalen Fortgang der Politik. Da wird dann beim Haushalt gerauft, bei den Ostverträgen gerauft, die werden ihre Haushalte mit knappster Mehrheit dann durchbringen, vielleicht mit Ausnahme dessen von Eppler.

Die andere Seite wird mit dem Wahlkampf anfangen, sobald sie durch den Haushalt und die Verträge durch ist. Wir kämpfen und werden dann erleben dieses Trommelfeuer, das wir erlebt haben, von Rundfunk und Fernsehen, des größten Teiles der Publizistik, darüber müßte man sich eigens unterhalten, sonst kommt man in zu viele Einzelheiten hinein. Dann natürlich wird der DGB, die Publikations- und sonstigen Einflußmöglichkeiten, dann werden natürlich die Kräfte im Ausland, (*Zwischenruf*: Die Wirtschaft nicht vergessen!), ich komm schon drauf, und zwar im westlichen Ausland, im befreundeten und im neutralen Ausland sich eine Atempause im Ring verschaffen wollen, indem sie den Preis aus dem Fell der Deutschen schneiden. Genauso, was würden wir sagen, sollen wir für die Herstellung der polnischen Ostgrenze vom Jahr 1921 uns politisch engagieren oder sollen wir uns nicht besser mit der kurzen Linie abfinden? Dasselbe jetzt übertragen auf uns Franzosen, Engländer, Holländer, Belgier usw. – bei den Amerikanern ist es noch am besten und bei den Engländern – was geht denn uns die Oder-Neiße-Linie an, was geht denn uns die Wiedervereinigung an?

Ich habe den Tag vor der letzten Wahlversammlung benutzt, um mit einem Mann, der uns publizistisch im Ausland viel geholfen hat, zu sprechen, mit Fred Luchsinger. Mit dem habe ich in Zürich zu Mittag gegessen, und wir waren uns völlig einig über die Ostpolitik, obwohl die „Neue Zürcher“ manchmal wieder Ausfälle gegen uns macht. Aber er erläuterte mir die Schweizer Denkweise, er, der die meisten Argumente geliefert hat, er, der ganz genau einsieht, was die Ostverträge, die Ausdehnung der Sowjetmacht an den Rhein und an den Atlantik auf lange Sicht im historischen Kontext bedeuten. Luchsinger ist ein tief gebildeter, historisch profund denkender Mann, das ist ein Mann, wie wir ihn leider in der deutschen Publizistik fast nicht haben, dem Typ nach, wenn man die Oberflächlichkeit der Schreiber bei uns – mit wenigen Ausnahmen – sieht. Aber er sagte: „Kommt uns ja nicht“ – obwohl die Schweiz nicht im Kriege

war mit uns und nicht von uns besetzt war – „mit Eurem Anspruch auf Wiedervereinigung, und kommt uns ja nicht mit Eurer Oder-Neiße-Linie.“ Da sage ich dann: „Herr Luchsinger, das können wir nicht trennen.“ Ich bin sicherlich kein Fanatiker auf diesem Gebiet gewesen, siehe meine Rede vom März 1958<sup>29</sup>, damals Freiheit vor staatlicher Einheit. Wir würden wegen der Oder-Neiße-Linie, was natürlich mit Heimatvertriebenen eine besondere Problematik bedeutet, etwa hier einen Mobilisierungsbefehl vorbereiten oder etwas Ähnliches. Aber wenn wir das Ausland mobilisieren können, ist es die Frage des sowjetischen Einflusses, der Unterstützung der sowjetischen Machenschaften mit permanenten Interventionsmöglichkeiten. Da kommt das hoch, und dagegen haben wir natürlich die Stimme des Auslandes. Auch dann wird die sowjetische Kampagne weitergehen. Sie wird aber bis zum Herbst 1973 nicht so weitergehen, daß sie immer wieder mit Krieg und Frieden drohen, sondern die können sich eine ganze Reihe von Maßnahmen erlauben, ohne ein erhöhtes Risiko zu laufen. Sie können es sich erlauben, das Besuchsalter für Rentner von 62 auf 60 oder auf 55 zu senken. Dann bleiben ein paar mehr hier, aber deswegen stürzt der Staat drüben auch nicht um. Denn wer will schon mit 55 Jahren, wenn die Kinder und seine Wohnung daheim sind und wenn er wieder hier in dieser Leistungsgesellschaft von vorn anfangen muß am Ende seines berufsfähigen Lebens, sich da ohne weiteres verpflanzen lassen? Erschrecken Sie nicht über das, was ich sage, darum habe ich immer den Punkt zwar stark betont, aber dann wieder aufgehört. Die können es sich sogar erlauben, den Schießbefehl aufzuheben. Das wäre einer der dramatischsten Akzente. Wer die Verhältnisse an der Zonengrenze heute kennt, der weiß, daß dort die Sicherungsmaßnahmen so dicht sind, daß auch ohne Schießen kaum ein Hund, kaum ein Karnickel durchkommt. Das stellen die Jäger heute schon auf beiden Seiten fest. Was ist dann, wenn 300 im Jahr mehr überlaufen und wirklich durchkommen, wenn auf sie nicht geschossen wird? Dann haben wir doch die Humanität, dann heißt es doch, welch großartige Erfolge hat diese Politik zuwege gebracht, weil wir Deutschen ja ein total verkümmertes historisches Denken haben.

Letzte Bemerkung dazu: Das ist der Erosionsprozeß der SPD, der zur Zeit vor sich geht. Wir hatten gestern den Jungsozialistenkongreß in Bayern, also der bayerischen SPD, wo ja infolge der Entscheidung in München die Fronten am stärksten gegeneinanderstehen. Kein Ton mehr von seiten der Jungsozialisten gegen Herrn Hans-Jochen Vogel, kein Ton mehr gegen das Godesberger Programm. Die gehen jetzt, nachdem sie die Macht in München errungen haben, in Nürnberg weitgehend in der Hand haben, in Franken, den Weg durch die Institutionen der Partei ohne Fanfarenstöße und Kampfaufrufe, um nicht die Einheit der Partei zu gefährden. Leider spricht nichts dafür, daß der Kampf der Jungsozialisten gegen die Godesberger Programm-Sozialisten bis zum Herbst 1973 sich so verschärfen wird, daß daraus dann die Spaltung dieser Partei oder die Erosion dieser Partei für uns sichtbare oder todsichere Wahlchancen

---

<sup>29</sup> Redebeitrag von Strauß in der Debatte über die Große Anfrage der CDU/CSU (BT-Drs. 230) und die Große Anfrage der FDP (BT-Drs. 238) am 20. März 1958. Vgl. Sten.Ber. 3. WP 18. Sitzung S. 861–881, hier S. 862.

liefert. Im Gegenteil, wir müssen damit rechnen, daß die Mehrheiten in den Aufstellungsgremien lautlos und ohne marxistische Kampfpapieren und Klassenkampf-Fanfaren für die Aufstellung von linksradikalen Kandidaten sorgen wird, so vom Typ Schöfberger<sup>30</sup> in München. In Stuttgart gibt es die gleichen Typen und in Mainz und in Bremen. Und dann finden wir uns wieder mit einer allmählich verkümmernenden Godesberger SPD, die sozusagen an Schwindsucht leidet, die so allmählich an Auszehrung langsam dahinstirbt, weil die Machtpositionen in der Partei von der alten Linken und den jungen Linken – das ist das bezeichnende – besetzt werden. Durch das Wahlschimpfblatt der Jusos in Baden-Württemberg war die Hälfte meiner Wahlrede gegeben: „Wir Jungsozialisten haben gemeinsam mit den Altsozialisten eine Machtposition erkämpft, an der die SPD nicht mehr vorbei gehen kann.“<sup>31</sup> (*Barzel*: Na, so zerbricht sie nicht, die Mehrheit ist ja schon gewechselt.) Denn hier gibt es nicht diese wichtige Diskussion zwischen den Generationen, wie wir sie in der CDU/CSU selbstverständlich haben. Hier sind die ins Parteimuseum abgestellten marxistischen Langbarträger mit der Ballonmütze wieder rausgeholt worden und verbündet sich heute mit den Jungsozialisten. Darum glaube ich nicht, daß dieser Erosionsprozeß weitergehen wird. Herr Kollege Katzer, wobei weder Sie recht haben noch ich, kann man auch umgekehrt argumentieren, wie fast immer bei solchen Überlegungen. Die SPD hat jetzt einen Rückschlag in Baden-Württemberg erlitten, was ja trotz ihrer prozentualen Zunahme ein Rückschlag für sie ist; das Wahlergebnis von 1964 muß man zugrunde legen, nicht das von 1968. Wenn die SPD jetzt in Bonn scheitert und ihre Regierungsunfähigkeit, ausgedrückt im Unwillen der Bevölkerung, öffentlich dokumentiert wird, können wir erwarten, daß innerhalb der SPD der Klärungsprozeß ausbricht, der Kampf der beiden verschiedenen Richtungen, die ja miteinander weniger zu tun haben, als heute die Godesberger SPD mit der CDU gemeinsam hat. Darum ist das Argument sowohl so als auch so zu gebrauchen.

Bei den Ostverträgen hoffe ich, daß ein Ende insoweit erreicht wird, also ja oder nein, daß sie nicht zustandekommen. Ich bin nicht der Meinung, mit einem Augenzwinkern sie durchlaufen lassen, und dann sind wir glücklich drüber, dann haben wir es los, dann haben wir das hinter uns, die anderen haben die Schmutzarbeit gemacht, und wir können uns die Hände in Unschuld waschen und weiterhin auf die schimpfen, die uns gezwungen haben, nach dem Grundsatz *pacta sunt servanda* zu handeln usw. Also ein wenig ehrliches Verfahren, wenn es auch in der Politik nicht neu ist. Ich bin der Meinung, daß die größte Verwirrung unter unseren eigenen Reihen und potentiellen Wähler angestellt worden ist durch die Massenmedien – die Methoden kennen wir. Die Unsicherheit in unseren eigenen Reihen ist z. T. durch eine permanente Spaltungs-

---

30 Dr. Rudolf Schöfberger (geb. 1935), Jurist; 1959 SPD, 1966–1972 MdL Bayern, 1967–1970 Regierungsassessor bzw. Regierungsrat bei der Regierung von Oberbayern, 1970 Vorsitzender der bayerischen Jusos, 1972–1976 Vorsitzender der SPD München, 1972–1994 MdB, 1985–1991 Vorsitzender der SPD Bayern.

31 CDU-Bundesgeschäftsstelle Informationen für den Wahlkampf in Baden-Württemberg Nr. 25 vom 11. April 1972 (ACDP Dokumentation 9/912) sowie Anzeige der „Bürger-Aktion 72“ in der „Rhein-Neckar-Zeitung“ vom 20. April 1972.

kampagne von seiten der Publizistik und unsere politischen Gegner verstärkt worden. Herr Barzel konnte keine Rede halten, die konnte noch so scharf in der Ablehnung münden, daß es nicht am Schluß hieß, man hätte dort zwischen den Zeilen neue Akzente entdeckt, das Wort „so nicht“ hieße ja „doch so nicht, jetzt aber so sicherlich später“, spätestens wenn er auf diesem oder jenem Wege dran sei. Man konnte doch immer wieder, wenn man diese tägliche Übersicht des Bundespresseinformationsamtes gelesen hat – Kommentare, Leitartikel, Deutungsversuche, Reden über die Haltung der CDU/CSU –, daß nur ein kleiner Haufen von Ultras in der CDU das Nein erzwingt, während die Mehrheit – gezwungen, die Parteieinheit zu bewahren – gegen ihren eigentlichen Instinkt, gegen ihren Wunsch, gegen ihren Willen, gegen ihre eigenen heiligsten Gefühle sozusagen vergewaltigt wird und mit halben Herzen das Nein usw. mitmacht. Ich darf nebenbei erwähnen, daß wir in Zukunft auch überlegen müssen, wenn von unserer Seite mal ein hartes Wort fällt, dann sollte es nicht gleich von ewigen Stilpflegern innerparteilichen Attacken gebraucht werden. Ich habe im Februar 1970 Herrn Bahr einen dilettantischen Amateurdiplomaten genannt in der Öffentlichkeit in einer Rede in Bayern.<sup>32</sup> Das hat dazu geführt, daß mir der Herr Echternach nicht nur einen privaten Brief geschrieben hat – das kann er, ist sein gutes Recht, wenn er anderer Meinung ist –, sondern daß er diesen Brief der Presse übergeben hat und dann also kam: „Junge Union distanziert sich.“<sup>33</sup> Ich habe damals noch meine mildeste Meinung über Herrn Bahr zum Ausdruck gebracht, (*Heiterkeit*.) die ich glaubte, damals der Öffentlichkeit zumuten zu können, meine wirkliche habe ich noch gar nicht gesagt. Oder wenn man sagt, daß unsere Haltung zum Berlin-Abkommen und zu den Ostverträgen ein Akt deutsch-nationaler Kraftmeierei sei, dann darf man sich nicht wundern darüber, wenn die andere Seite daraus ihren Vorteil zieht. Ziehen wir die Lehren daraus. Ich will nicht nachtreten, das war die letzte Bemerkung, aber in Zukunft bitte so nicht mehr.

*Barzel:* Ich möchte eine geschäftsleitende Bemerkung machen: Ich würde es dankbar begrüßen, wenn wir das Essen für kurz vor 14.00 Uhr bestellen könnten, wenn das möglich ist, damit wir sobald wie möglich fertig werden. Ich muß dann spätestens weg, weil natürlich drüben alle möglichen Arbeiten warten. Ich habe jetzt noch drei, sechs Wortmeldungen und nehme an, daß damit auch die Rednerliste geschlossen sein kann.

*Köpler:* Ich glaube, es hat bis jetzt noch niemand für die Alternative 1 unter den fünf gesprochen. Ich glaube, daß sie ausscheidet. Herr Strauß hat die Risiken aufgezeigt, die aus der Aktivität und der Nutzung der Möglichkeiten der Gegenseite bis 1973 für uns auftauchen können. Ich würde einen Punkt hinzufügen: Wenn wir jetzt so tun, als sei nichts los und vertagen auf 1973, dann kommt hinzu, daß wir selber als der

---

32 Rede von Strauß beim Politischen Aschermittwoch der CSU in Vilshofen, vgl. „Münchener Merkur“ vom 12. Februar 1970 „Bahr ein ‚Amateurdiplomata‘“; „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ vom 12. Februar 1970 „Strauß greift Bahr heftig an“.

33 Die Kritik Echternachs an Strauß war Thema der politischen Aussprache auf der Bundesvorstandssitzung der Jungen Union am 21. Februar 1970, vgl. Protokoll der Sitzung in ACDP 04–007–040/1. Vgl. auch „Die Welt“ vom 20. März 1970 „Junge Union Bayern kritisiert Echternach“.

Papiertiger da stehen, den die anderen uns bisher schon anhängen wollten. Ich glaube, das scheidet aus. Ich meine nur, eines muß deutlich werden, wenn man zum Angriff übergeht, deutlicher noch, als es jetzt auf der Bonner Szene bisher war: Wir dürfen nicht vergessen, daß der Stimmungsgewinn von Baden-Württemberg und aus anderen Landtagswahlergebnissen sich in der Bonner Szenerie noch nicht niedergeschlagen hat. Es müßte also nach meiner Auffassung eine Abstimmungsniederlage der Regierung in einem relativ wichtigen Punkt dem Angriff von uns vorhergehen. Ich meine, es wäre besser, wir würden diese Szene schaffen in einem innerpolitischen Punkt, der deutlich macht, daß hier nicht eine Dolchstoßverschwörung in Sachen Außenpolitik stattgefunden hat, sondern daß die Unfähigkeit, über die Runden zu kommen, mit dieser Regierung sich in jeder politischen Frage, im Haushalt dieser Woche, offen dargetan hat. Dann haben wir erst die psychologischen Voraussetzungen, um den riskanten Weg eines konstruktiven Mißtrauensvotums zu gehen.

Die Frage mit den Neuwahlen ist relativ akademisch für uns, denn nach der Verfassungslage sind wir hier nicht am Zug. Da sind die anderen zunächst einmal dran. Wir würden praktisch, wenn wir uns daraufhin orientieren würden, den anderen das Gesetz des Handelns überlassen, und sie würden dann doch wahrscheinlich über die Runden kommen. Ich meine also, wir sollten nicht versuchen, den Angriff ohne artilleristische Vorbereitungen zu starten. Dazu ist die Sache, glaube ich, doch zu riskant. Aber die artilleristische Vorbereitung müßte darin bestehen, daß zuvor, vor aller Augen, in einer wichtigen Frage und nicht nur in einer Zufallsfrage diese Bundesregierung vorwiegend auf innenpolitischem Gebiet verliert. Dann kann man nachstürmen.

*Barzel:* Ich darf an der Stelle ein Wort dazu sagen, weil wir in meinem Bericht soweit nicht gegangen sind, wie jetzt die Diskussion geht. Wir müssen daran denken, daß Gradls Argument den Ausschlag gibt. Wenn, dann vor den Verträgen, denn ein paar Stimmen, will ich jetzt mal sagen, aus dem Hause mich haben wissen lassen: „Erspar uns diese Abstimmung“. Und jetzt kommen wir in die Lage dieser Woche. Da gibt es nur eine Möglichkeit, nämlich am Mittwoch den Kanzlerhaushalt abzulehnen. Dies ist eine offene Abstimmung mit allen Möglichkeiten der Manipulation, der Anwesenheit usw. Und wenn wir dann erst uns entschließen, nachdem wir einen Erfolg gehabt haben, wird es frühestens Freitag, weil ein Mißtrauensvotum schriftlich eingebracht sein und 48 Stunden verteilt sein muß, bevor es abgestimmt werden kann. (*Zwischenruf:* Wobei der Tag der Verteilung nicht zählt.) Das heißt, wenn wir Dienstagabend beschließen in der Fraktion, könnten wir erst Freitag darüber abstimmen lassen. Zwischendurch haben wir ohnehin schreckliche Debatten und Tage, die nicht zum Ruhm des Parlamentarismus beitragen werden. Aber wenn das Arbeitsziel erreicht werden soll, muß eben in dieser Woche was gemacht werden. Und nun frage ich mich, Herr Köppler, und ich bin in dieser Frage auch im Präsidium gestern und heute wirklich sehr zurückhaltend, weil ich ja weiß, was vor uns stehen könnte, was ist, wenn wir gewinnen, und was auch vor uns stehen könnte, wenn wir nicht durchkommen. Wenn wir das alles bewerten, dann sollten wir heute eine Begründung finden – das muß die Fraktion machen –, die einfach sagt, hier ist eine Lage entstanden, in der wir eine Konsequenz ziehen müssen, weil es sehr viel fairer, entschlossener, überzeugter klingt als alles an-



dere. Das war eine weit verbreitete Meinung auch heute morgen. Ich wollte nur diese technische Sache eigentlich dazu sagen, es ist sehr kompliziert.

*Dregger:* Aus den bereits dargelegten Gründen bin ich auch der Meinung, daß wir die Lage nutzen müssen. Wenn eine Vorbereitung möglich wäre, wie Herr Köppler sie angedeutet hat, dann wäre es gut. Aber nach Ihren Darlegungen scheint das nicht der Fall zu sein. Es ist wichtig, daß nicht unsere Machtgier, sondern die Unfähigkeit der Regierung zu regieren der Grund eines Wechsels ist. Ich möchte nur dem Vorsitzenden die Option offen halten, wenn sich eine Chance böte, jetzt zu Neuwahlen zu kommen ...

[*Lücke im Tonband*]

*Langguth:* Die Bundesregierung hat im Wahlkampf mit massivem Einsatz von Bundesmitteln gearbeitet. Aber ich glaube, das betrifft nicht nur Baden-Württemberg, auch darauf muß man in aller Kürze hinweisen.

Was ich immer wieder erlebt habe, auch das scheint mir nicht unwichtig zu sein, ist, daß die Mitarbeiter der CDU ganz schlecht informiert sind. Es müßte also besseres Informationsmaterial zur Verfügung gestellt werden, daß die CDU deutlicher herausstellt, welche politischen Alternativen sie aufweist. Ein weiterer Punkt: Ich glaube, es wäre wichtig, eine spezielle Analyse zu machen über den Stil von Bundeskanzler Brandt. Ich glaube, da fehlt es an vernünftigen Material. (*Barzel:* Sehr wichtig, sehr wichtig!) Ein allerletzter Punkt: Wenn man durch ein konstruktives Mißtrauensvotum die Regierung zum Sturz bringen könnte, dann müßte auf alle Fälle meines Erachtens versucht werden, daß man dann im Herbst des Jahres zu Neuwahlen kommt. Ich glaube nicht, daß man dann bis zum Ende der Legislaturperiode das machen müßte. (*Zwischenruf:* Wie?) Wenn es irgendwie theoretisch möglich sein sollte, daß man mit diesem Ziel darauf hinarbeitet, Sturz der Regierung durch konstruktives Mißtrauensvotum, aber dann, weil man ja dann die Regierung stellt, sofort Neuwahlen anstrebt. (*Zwischenruf:* Das ist verfassungsmäßig nicht möglich. – *Starke Unruhe und Diskussion.*) Auf jeden Fall halte ich es für atmosphärisch ausgesprochen ungut, wenn man dann erst im nächsten Jahr diese Neuwahlen machen müßte. Welche Möglichkeiten existieren, weiß ich nicht im einzelnen. (*Strauß:* Es gibt nur eine!)

*Lorenz:* Liebe Freunde, Sie nehmen es mir nicht übel, wenn ich ein paar Worte auch als Landesvorsitzender der Berliner CDU hier sage. Es ist natürlich, daß meine Landsleute – und da kann die Berliner CDU insgesamt nicht ausgenommen werden – tief unglücklich und unruhig sind über die Entwicklung, die, entgegen unserer ständigen Mahnung und Warnung, die Unterzeichnung des Schlußprotokolls des Vier-Mächte-Abkommens in der Weise (*Unruhe.*) unterstützt hat, wie das jetzt der Fall ist. Das gilt auch für diejenigen, die nicht nur über die Ostverträge unglücklich sind, sondern auch für die, wie das ja bei der Mehrheit der von uns Vertretenen der Fall ist, die keineswegs der Auffassung sind, daß etwa nach der Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens hier in Berlin<sup>34</sup> das Paradies auf Erden anbricht, sondern im Gegenteil auch gro-

---

34 Am 3. September 1971. Text im Internet: <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Start/Detail/id/593845/page/0>. Vgl. auch Nr. 9 Anm. 59.

ße Nachteile entstehen denen, die das Berlin-Abkommen eben nicht kennen. Aber ich möchte sagen, daß die meisten doch der Auffassung sind, daß, selbst wenn es einer CDU/CSU-Regierung gelänge, durch neue Verhandlungen verbesserte Ostverträge hervorzubringen, man vermutlich das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin nicht durch neue Verhandlungen verbessern kann – das ist meines Erachtens doch eine realistische Einschätzung –, sondern, daß man höchstens durch eine entsprechende Entwicklung der Machtverhältnisse in Europa auch die Nachteile des Vier-Mächte-Abkommens von Berlin abwenden kann. Man wird es aber in seiner Substanz, in seinem Text, nicht ändern können. Aus dem Grunde möchten eigentlich alle, auch die Vertreter unserer Partei, daß die CDU/CSU alles ihr Mögliche tut, um bei der Verhandlung der Ostverträge das Berlin-Abkommen, das Vier-Mächte-Abkommen von Berlin, nicht in Gefahr zu bringen. Ich möchte bei der Gelegenheit folgendes sagen: Wenn man einmal abzieht die perfide Ausnutzung durch Propaganda in bezug auf die Osterbesuche und wenn man auch die ganzen Nachteile sieht, die das Berlin-Abkommen bringt, so bleibt es gleichwohl eine große Sache und von den Menschen Berlins natürlich gewünscht, daß sie die Möglichkeit eine möglichst lange Zeit in der Zukunft behalten wollen, mit Verwandten und Freunden des umgebenden Gebietes zusammenzukommen und für eine möglichst lange Zeit auf den Zufahrtswegen Besserung zu erreichen, auch wenn sie nach § 16 widerruflich sind und auch wenn die Besuchsmöglichkeiten rationiert sind.

Ich fasse zusammen: Alle Leute, die unserer Meinung sind in bezug auf die Gefährlichkeit der Ostverträge, möchten gern – und das möchte, glaube ich, auch die Mehrheit der Berliner CDU –, daß die Dinge so behutsam wie möglich in die Hand genommen werden, um Nachteile von Berlin abzuwenden. Und damit komme ich logisch auch zu dem Ergebnis, daß nach meiner Auffassung, wenn es eine Möglichkeit des Regierungswechsels gibt, diese Möglichkeit jetzt ergriffen werden muß, nämlich bevor über die Verträge von Moskau und Warschau im Deutschen Bundestag abgestimmt wird. Denn, wenn erst abgestimmt wird – und nach unserer Auffassung sollen sie ja dann zu Fall gebracht werden – dann würde man also keinerlei Möglichkeiten mehr haben, irgend eine Art der Verhandlungspolitik zu betreiben, die Schaden von Berlin in diesem Zusammenhang abwenden kann. Deshalb ist meine zusammenfassende Meinung, daß man, wenn sich die Gelegenheit ergibt, die Gelegenheit ergreifen muß, jetzt einen Regierungswechsel erreichen zu können.

*Barzel:* Herr Lorenz, darf ich zur Sache gleich eines sagen? Ich bin dankbar für Ihre Erklärung. Wir haben hier nicht ausgeführt, was der Kollege Schröder neulich in der Fraktion und auch ich in der Fraktion gesagt haben.<sup>35</sup> Wir haben in der letzten Erklärung am Mittwoch der vorvergangenen Woche, als wir noch mal zusammentraten, uns durchgerungen zu sagen: „Wir sind auch zu einer europäischen Sicherheitskonferenz bereit.“<sup>36</sup> Das fiel uns schwer. Aber wir wollten dies auf den Tisch legen, um hier die

---

35 Protokoll der Fraktionssitzung vom 13. April 1972 in ACDP 08–001–1029/1.

36 Vgl. Pressemitteilung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 13. April 1972 zur Billigung einer Fünf-Punkte-Erklärung.

Position, was das Berlin-Abkommen betrifft, zu erhalten. Wir sehen uns da auf dem Wege, den Sie andeuten.

*Hasselmann:* Zum Problem der Ostpolitik kann eigentlich nur derjenige etwas sagen, der sich täglich mit den Dingen beschäftigt. Ein Votum dieses Vorstands, Herr Dr. Barzel, für Sie in der Fraktion, halte ich praktisch für nicht möglich zu geben. Das muß die Fraktion entscheiden aus der Situation, vor die sie sich gestellt sieht, wenn sie klarer die Situation beurteilen kann. Ich möchte keinen Hehl aus meiner Ansicht machen aufgrund sehr scharfer Beobachtungen zu diesem Thema. Nicht nur die Tatsache des schlechten Wetters an Ostern, das Nicht-Spazieren-Gehen-Können, sondern das ständige Schauen in den Fernsehapparat hat eine Veränderung in der Bevölkerung bezüglich des Ja oder Neins mit sich gebracht, sondern die in der Tat auch in unserem Freundeskreis größer werdende Unsicherheit, was bedeutet ein Nein? Das ist nicht ganz einfach. Im baden-württembergischen Wahlkampf, in verschiedensten Veranstaltungen ein bißchen provozierend, waren die Fragen der Diskussion, was ist schlimmer, ja oder nein? Das zu beantworten ist der Zugzwang, in den wir uns hineinmanövriert haben. Und dann hieß es: „Ja, aber nicht mit dieser Regierung, sondern bei Euch“ und dann ist die Praktizierung der Verträge mit einer Regierung, die die CDU stellt, etwas ganz anderes als jetzt, wenn diese Regierung ein Ja bekäme. Es hieß gestern im Laufe des Abends in der niedersächsischen CDU vermehrt nach dem Wahlsieg in Baden-Württemberg: „Wenn Ihr die Regierung stellen könntet, dann stellt sie, aber am Tage danach muß der neue Außenminister nach Moskau fahren.“ Und dann muß er Veränderungen versuchen, vielleicht hier und da, damit das nicht schiefgeht. Aber gegen die Verträge bei dieser Regierung und für die Verträge bei unserer Regierung, diese Stimmung scheint in Niedersachsen vorhanden zu sein. Wenn ich morgen wählen müßte bei uns, Herr Dr. Dregger, habe ich das Gefühl, daß wir nicht die Mehrheit bekommen, wenn dieses Thema Ostverträge in Niedersachsen wäre. Sorgfältig überdacht darf ich Ihnen sagen, ich hätte nicht gerne eine Neuwahl in den nächsten Wochen, weil die Stimmung in der Bevölkerung mit Mehrheit dann nicht auf unserer Seite ist, wenn die Regierung geschickt das Thema Ostverträge in den Mittelpunkt stellt. Und was werden die sonst versuchen, in den Mittelpunkt zu stellen?

In der Frage Berlin-Regelung habe ich gegen meinen Bischof gesprochen<sup>37</sup>, das war ja nicht so ganz einfach. Aber sein Votum kam, weil er drüben war und von drüben die Bevölkerungsstimmung mitbrachte, ich muß das so offen sagen. Deshalb müssen wir sicherlich mit allergrößter Behutsamkeit, eben wegen einer Neuwahl jetzt, vorgehen. Ich würde lieber sehen, wenn es einen Weg gäbe, der uns zu einem Ja führte, damit die Verträge vom Tisch kommen, auch bei uns. Daß sie so in diesem Text nicht bleiben können, das mag sein, das kann ich überhaupt nicht sehen. Wer wagt eigentlich, das

---

37 Dr. Eduard Lohse (geb. 1924), Theologe; 1956–1984 Professor für Neues Testament in Kiel, 1964–1971 in Göttingen, 1971–1988 Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover, 1979–1985 Ratsvorsitzender der EKD. – Vgl. epd Nr. 64 vom 30. März 1972 „25 prominente Protestanten für Ratifizierung der Ostverträge. Wortlaut der evangelischen Theologen und Laien“; FAZ vom 1. April 1972 „Hasselmann: Mißbrauch bischöflicher Autorität“.

richtig zu sehen, außer Ihnen, die Sie sich täglich in ihrem Kreis damit beschäftigen? Draußen wird ja genauso dilettantisch über dieses Für und Wider diskutiert wie hier im Haus, das den Vorwurf Herrn Bahr machte und seinem Hofsänger, Herrn Scheel. Ja, er ist der Hofsänger von Herrn Bahr! Das ist erschreckend, ich bin in Baden-Württemberg erst einmal mit ihm zusammengestoßen, mit Scheel, da hat er seine Ostpolitik verkauft. Die CDU sollte ruhig sagen, der hat überhaupt noch keine Ostpolitik gemacht. Im übrigen hoffe ich, daß das, was bei Herrn Lenz passiert ist<sup>38</sup>, nicht das letzte ist, bevor wir uns entscheiden, so daß auch deshalb der Vorstand heute eigentlich keine definitive, letztgültige Empfehlung aussprechen kann, sondern die Entscheidung Ihnen in der Fraktion überlassen muß, in der stillen Hoffnung, daß es noch zu Änderungen kommt. Und, meine Damen und Herren, wir können doch unserem Vorsitzenden nicht zumuten, daß er sich zur Verfügung stellt und nicht weiß, wie es ausgeht. Wir können ihm doch nicht zumuten, wieder auf die Nase zu fallen, damit die anderen mit Hohnlachen durch das Land ziehen, „Der Barzel-Versuch ist gescheitert“, und wir uns den Vorwurf machen müssen, wir haben ihm dazu geraten. Die Situation müssen wir in den nächsten Tagen ventilieren, und dann können wir uns auf Ihre Entscheidung verlassen.

*Barzel:* Aber wir können das nicht hier besprechen. Wir sind in einer Lage, in der wir nicht ganz frei sind, wenn – ich wiederhole dies – es die Gewissensüberzeugung von uns allen ist, daß das Vertragswerk, so wie es da liegt, nicht in Kraft treten darf und wenn sich dann bei uns Stimmen melden: „Nehmt es vorher weg!“ Ich muß Ihnen sagen, es ist immer noch ein Risiko, dann müssen wir auch dieses kleine Risiko gehen, falls unsere Überzeugung stimmt. Ich würde es für ganz falsch halten, jetzt einen taktischen Ausweg zu suchen, in den Ausschüssen nicht fertig zu werden, erst mal zu sehen, was hier wird und so. Ich kam, als ich sah, daß die Sache gesichert ist.

*Amrehn:* Der Vorstand kann und wird heute keinen Beschluß fassen. Aber ich glaube doch, daß der Vorsitzende sich aus der Diskussion ein Bild machen kann und muß, wie weit also sein eigenes Gewissen mit gewissen Bewegungsmöglichkeiten und Spielräumen der politischen Entscheidung gehen könnte. Letztlich ist er es und einige wenige, die Dr. von Weizsäcker erwähnt hat, die sich fragen und die Frage beantworten müssen, ob sie in dieser wirklich ungewöhnlich schwierigen Situation, wie wir vielleicht noch keine gehabt haben, glauben, Verantwortung voll übernehmen zu können. Dabei werden wir sie nicht nur mit Diskussionsbeiträgen, sondern gegebenenfalls auch aktiv zu unterstützen haben.

Hasselmann hat sicher recht, wenn er sagt, die Verträge in der Hand einer CDU-Regierung sind immer noch besser als in der Hand einer SPD-Regierung. Aber ich

---

38 Der Rechtsausschuß hatte am 14. April 1972 mit der Mehrheit der SPD/FDP-Abgeordneten nach dem Moskauer auch dem Warschauer Vertrag zugestimmt. Lenz wurde von Abgeordneten der CDU/CSU telegrafisch gebeten, eine Sitzung des Rechtsausschusses einzuberufen, nachdem sich durch Veröffentlichungen von Protokollauszügen der Verhandlungen neue Erkenntnisse ergeben hätten. Vgl. Presseerklärung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 20. April 1972.

halte diese ganze Erwägung deshalb für falsch, weil Verträge, die auch eine CDU-Regierung dann zu halten hätte, den Sowjets ein Instrument mit Pressionshebel in die Hand geben, dem sich die CDU-Regierung gar nicht mehr entziehen könnte. Da sind Rechte und politischer Einfluß verbrieft, dem sich auch eine CDU-Regierung nicht entziehen könnte. Und aus diesem Grund möchte ich ausdrücklich der schon mehrfach geäußerten Ansicht zustimmen, eine Entscheidung vor den Verträgen ist wichtig. Es hat nämlich auch noch den großen Vorzug, auf den noch niemand hingewiesen hat, daß wir nicht nur um eine Entscheidung in dieser Frage jetzt herum kommen, sondern daß ein Aussetzen der Entscheidung eine geringere Brüskierung für die Sowjetunion ist als eine ausdrückliche Ablehnung, und uns wiederum etwas Handlungsspielraum, vielleicht auch Verhandlungsspielraum – nicht auf der Stelle, aber in etwas späterer Zeit – gibt.

Wenn man also meint, daß dieses bisher höchste Wahlergebnis, das wir erzielt haben, das von der Bundesregierung ja herbeigeführt worden ist unter dem Wahlkampfthema der Ostpolitik, genutzt werden muß, dann muß allerdings auch wirklich schnell gehandelt werden. Im Jahre 1973 ist dieses Ergebnis völlig vergessen, und ich frage mich, ob wir dann überhaupt noch die Möglichkeit haben, wieder zurückzukehren an die Regierung. Ich gehe einfach davon aus, daß bei Annahme der Verträge, wenn wir jetzt nichts tun, jedenfalls nicht auszuschließen ist, daß die Regierung Brandt für die nächsten 1 ½ Jahre einen ganz ungewöhnlich guten Ausgangspunkt für die Wahlen bekommt, weil die Russen alles tun werden, um die Wirkung der Verträge in den Augen der Bevölkerung als besonders günstig erscheinen zu lassen. Die Berlin-Regelung wird in der großzügigsten Weise ausgelegt, die Besuche in der Zone werden zunehmen, und es wird eine solche starke Stimmung in die Bevölkerung kommen, allein von daher, daß sie den Mann an der Regierung halten wird. Lehnen wir aber ab bei einer SPD-Regierung, sollte es dazu kommen, dann ist leider diese Brüskierung der Sowjetunion da, und es wird zu Neuwahlen wieder unter einer neuen Angst-Psychose kommen, die in den sechs bis acht Wochen vor Neuwahlen, mit Sicherheit unter Mobilisierung der Betriebe bis zu einem gewissen Grade, stattfinden wird. Ich fürchte also, daß wir, wenn wir jetzt diesen Notausgang nutzen, im nächsten Jahr voraussichtlich schwerere Bedingungen haben als heute. Damit machen wir die Risiken nicht kleiner, die heute bestehen und die jeder sehen muß.

Und dann möchte ich noch mit einem Schritt mehr ins Detail gehen, weil Herr Köppler gesagt hat, wir sollten das erst wagen nach einer anderen Abstimmungs-niederlage. Ich bin da nicht sicher, ob es dann bei dem zweiten Male noch klappt bei einer befürchteten Niederlage, sagen wir mal beispielsweise beim Kanzlerhaushalt, was der Kanzler ja riecht, das Fingerspitzengefühl hat er. Dann wird er natürlich mit seinem Kanzlerhaushalt auch die Vertrauensfrage verbinden. Und dann wird offen abgestimmt über Vertrauen, nämlich in Verbindung mit einer Sachfrage. Und dann müssen sie wieder alle miteinander für ihn stimmen und dann haben wir am Mittwoch ein Vertrauensvotum, und Sie können doch nicht denken, daß wir am Freitag dann ein Mißtrauensvotum machen. (*Starke Unruhe und Diskussion.*) Aber es hat ja noch keiner von uns eine völlig festgefügte Meinung, das muß man doch noch mal durchdenken.

Ich sage nur, wenn er mit dem Kanzlerhaushalt die Vertrauensfrage verbindet, könnte eine weitere Abstimmung problematisch sein. Genau auf diesen Gesichtspunkt will ich noch mal hingewiesen haben, so daß das Ergebnis nun lauten müßte, vor allen Sachlichkeiten, auch beim Haushalt bereits, das Mißtrauensvotum zu stellen. Wenn man sich dazu entschließt, dann darf man die Uhr nicht erst ablaufen lassen, weil sie sonst den guten Ausgang, soweit darin eine Chance liegt, auf alle Fälle gefährden würde.

*Schwarz-Schilling:* Es sind nur zwei Dinge: Das erste, es sollte möglichst nicht bei den Ostverträgen sein, weil das die gesamtpolitische Verantwortung, die wir tragen, nicht verträgt. Ich glaube, da ist allem zuzustimmen. Das zweite ist die große Dolchstoßlegende, die uns dann 1973 mit allen propagandistischen Dingen entgegenschlagen wird. Aus diesem Grunde ist natürlich die Vorbereitung und die publizistische Absicherung von einer ganz außerordentlichen Bedeutung bei allen Vorgängen, die sich in dieser Woche abspielen. Es muß etwa so sein, wie wir hier in Baden-Württemberg in der Frage der Ostverträge taktiert haben, indem wir gesagt haben: „Wir stellen nicht die Frage der Ostpolitik in den Mittelpunkt dieses Wahlkampfes, aber wenn dieses Thema uns aufgezwungen wird, dann stehen wir dazu!“ Und wir sagen: „Wir drängen uns nicht danach, jetzt etwa diese Regierung abzulösen. Aber wenn die Situation uns von der Regierung praktisch aufoktroiyert wird, indem sie ihre eigene Mehrheit verliert, dann können wir gar nichts anderes tun, als unserer Verantwortung gerecht zu werden und diese Regierung zu übernehmen.“ Das muß eine nahtlose Argumentationskette sein, wenn das 1973 nicht ganz gewaltig gegen uns schlagen soll. Und dazu wäre natürlich dann sehr genau im Detail zu überlegen und diese Frage zu stellen. Es wird uns nicht abgenommen werden, wenn wir aus irgendwelchen Haushaltstiteln etwas ableiten. Wenn solche Dinge benutzt würden, um eine solche Niederlage herbeizuführen, das würde als Spielerei abqualifiziert werden und als Trick der Opposition und ähnliches mehr gelten, eben doch die Macht unter allen Umständen zu bekommen. Es muß sich schon darum handeln, daß es tatsächlich ein echtes großes Mißtrauensvotum in einer Frage ist, die von großer Bedeutung ist. Das heißt aber, daß diese Regierung sich selber in diese Situation hinein manövriert hat.

Die Frage, ob nun konstruktives Mißtrauensvotum oder Neuwahlen, stellt sich für uns ja offensichtlich gar nicht. Ich möchte sagen, daß die Situation, jetzt die Regierung zu übernehmen und in einem Jahr den Wahlkampf zu gewinnen, mit mindestens gleichen Risiken versehen ist, als die von 1973 aus unserem heutigen Stand. All das, was Sie gesagt haben, unterstreicht, wie schwierig es sein wird, weil das längst hervor gebracht werden wird, wenn wir bis 1973 warten müssen, was ich ausdrücklich angehe. Aber ich glaube, daß dieses eine Jahr ein Risiko ist, das hat noch keine Regierung gemußt. Nach einem Jahr ist es immer ein Tief, wann immer eine Bundesregierung antritt. Wir in Hessen haben das immer deutlich zu spüren bekommen, daß, wenn die CDU haushoch gewonnen hat, wir ein Jahr später bei der Landtagswahl die große Enttäuschung dieses ersten Jahres ordentlich draufbekommen haben. Wir haben das große Glück gehabt, 1969 die umgekehrte Situation zu haben, da hat es die SPD draufbekommen. Ich würde also sagen, ein Jahr ist die schlechteste Zeit, die eine Regierung jemals gehabt hat. Und wir können ja bei diesem kolossalen Ernst der Situation und

der Stabilität nichts versprechen, so daß ich Sie darum bitte, daß gerade in der Frage der Argumentation, wie es zu dieser Regierungsübernahme gekommen ist, als erstes ganz deutlich daran gedacht wird, daß man uns nicht unterschieben kann, wir hätten den Sturz durch irgendwelche Tricks hervorgerufen. Es muß tatsächlich so aussehen, daß die CDU gar nicht umhin kommt, nun zu ihrem Wort zu stehen und diese schwierige Situation zu übernehmen und zu sehen, was nun dort zu machen ist.

*Barzel:* Also, wie gemalt wird das nicht. Aber, ich meine, ich habe Ihnen nur zwei Fälle geschildert, wenn der Kanzler den Oppositionsführer belügt und das ganze Volk zum zweiten belogen und Staatsgewalt mißbraucht wird. Ich habe nicht die Absicht, hier einen Beschluß fassen zu lassen. Ich habe nur gewußt, daß die Fraktion das heute erörtern will. Ich kann natürlich nicht morgens den Vorstand haben, und wir sprechen nur, wie wunderbar Hans Filbinger und wie schön der Helmut Kohl und der Heinz Köppler waren, und dann gehen wir weg und Ihr lest nächsten Tag in der Zeitung, die Frage haben wir hinterher entschieden. Das wäre nicht fair gewesen, nicht? Die Diskussion war, glaube ich, notwendig.

*Dregger:* Im Hinblick auf die Diskussion noch eine Bemerkung. Das „So nicht!“ des Vorsitzenden muß gelten, vor und nach einem Regierungswechsel. Wir würden völlig ungläubwürdig, wenn wir aus taktischen Erwägungen etwas anderes tolerieren würden. Wir würden alle Gerüchte nur bestätigen, die verwandt worden sind, daß wir nur aus Machterwägungen die Ostpolitik bekämpft hätten. Ich glaube, wir sind uns darüber einig, es war wichtig, daß das noch einmal deutlich gesagt wurde.

*Barzel:* Ich will noch weiter gehen in der Begründung. Wir haben gesagt: „So nicht!“ Wir haben der Regierung angeboten, gemeinsam zu handeln, die Regierung weigert sich. Also müssen wir die Verantwortung umdrehen, um zu versuchen, was herauszuholen ist. Es geht hier um Politik.

*Kraske:* Ich wollte nur im Anschluß an das, was der Vorsitzende über seine Stellung gegenüber der Fraktion heute nachmittag sagte, mit einem Satz etwas über meine Stellung gegenüber der Presse sagen. Trotz Mitnahme von Herrn Kaltefleiter war auch die Presse nicht davon zu überzeugen, daß wir uns hier ausschließlich über wahlanalytische Fragen unterhalten hätten, und ich habe mir deshalb erlaubt, der Presse zu sagen, daß die Stimmung im Präsidium und im Bundesvorstand am besten abzulesen sei an einem Satz aus dem Bericht, den Herr Kohl über unsere Präsidiumssitzung gegeben hat, daß nämlich der Vertrauenszuwachs bei diesen Wahlen die Verantwortung erhöhe, der sich auch eine Oppositionspartei nicht entziehen könne. Wenn eine Partei seit 2 ½ Jahren sagt, sie sei jederzeit regierungsfähig, dann müsse sie gerade nach einem solchen Wahlerfolg glaubwürdig bleiben. Ich habe der Presse erklärt, daß der Bundesvorstand in gar keiner Weise die Gremien der Fraktion präjudizieren könne, daß dieses eine allgemeine Aussprache sei. Das ist dann auch so akzeptiert worden. Die Presse erwartet mit Spannung den heutigen Nachmittag, und ich habe ihr gesagt, sie würde sich bis zum späten Nachmittag oder Abend noch etwas gedulden müssen.

*Lemke:* Darf ich noch einen Satz sagen? Also das ist hier ja wirklich eine interessante Diskussion. Aber ich möchte noch mal das wiederholen, was ich zu Anfang gesagt habe. Ich glaube nicht, ich kann viel dazu sagen, daß wir 1973 eine bessere Situation

haben als heute. Und ich fürchte, daß in den 1 ½ Jahren für Deutschland, für den Staat und allgemein, weiterer Schaden eintritt. Und deswegen zugreifen!

*Barzel:* Meine Damen und Herren, damit ist die Aussprache beendet. Ich danke, ich glaube, es war ein sehr gutes Gespräch. Punkt „Verschiedenes“? Ich danke herzlich, wünsche guten Appetit und uns allen viel Erleuchtung für die nächsten Tage.<sup>39</sup>

---

<sup>39</sup> Ergebnisprotokoll in ACDP 07-001-922; CDU Presse Mitteilungen vom 24. April 1972.



Bonn, Montag 8. Mai 1972

*Anwesend: Amrehn, Barzel, Blüm, Brauksiepe, Czaja, Dregger, Echternach, Erhard, Filbin-ger, Götz, Griesinger, Hahn, von Hassel, Hasselmann, Heck, Hennig, Katzer, Kiep, Kiesin-ger, Köppler, Kohl, Kraske, Langguth, Leicht, Lemke, Lorenz, Marx, Mertes, Mikat, Müller-Hermann, Rawe<sup>1</sup>, Rehlinger<sup>2</sup>, Rösing<sup>3</sup>, Schröder, Schwarz-Schilling, Seiters, Stingl, Struve<sup>4</sup>, Vogel, von Weizsäcker, Wex, Windelen, Wörner, von Wrangel.*

PRESSEMITTEILUNG VOM 8. MAI 1972:<sup>5</sup>

Der Bundesvorstand der CDU hat heute in Bonn, nachdem er einen Bericht des Parteivorsitzenden einstimmig gebilligt hat, folgende Entschließung verabschiedet:

Der Bundesvorstand dankt seinem Vorsitzenden Rainer Barzel dafür, daß er sich unermüdlich und mit großer Festigkeit um eine Lösung der Krise<sup>6</sup> bemüht, in die der Alleingang der Regierungskoalition in der Ostpolitik geführt hat. Dank der Grund-satztreue und der Beharrlichkeit der Union könnte sich eine Möglichkeit eröffnen, die Ostverträge durch die entscheidende Klarstellung, daß sie die deutsche Frage

- 
- 1 Wilhelm Rawe (geb. 1929), Jurist; 1953 CDU, 1962–1986 Mitglied des Landesvorstands der CDU Westfalen-Lippe, 1965–1994 MdB, 1968–1970 stv. Vorsitzender des LV Westfalen-Lippe, 1978–1989 Vorsitzender des KV Coesfeld, 1982–1992 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen und 1992/93 beim Bundesminister für Verkehr.
  - 2 Ludwig A. Rehlinger (geb. 1927), Jurist; 1957–1969 Leiter des Büros von Ernst Lemmer im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, 1969–1971 Präsident der Bundesanstalt für Gesamtdeutsche Fragen, 1971–1973 Büroleiter von Rainer Barzel im Deutschen Bundestag, 1975–1982 Geschäftsführer der Fernleitungs-Betriebsgesellschaft in Bonn, 1982–1988 Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, 1988/89 Justiz- und Bundessenator des Landes Berlin.
  - 3 Josef Rösing (1911–1983), Diplom-Volkswirt; 1945 Mitgründer der Deutschen Zentrumspartei, 1952/53 Generalsekretär, 1954 CDU, 1954–1961 und 1965–1972 MdB (1955–1972 Par-lamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion), 1962–1969 Vorsitzender des KV Bonn-Land.
  - 4 Detlef Struve (1903–1987), Landwirt; 1949–1972 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 37 Anm. 8.
  - 5 Ein Protokoll der Sitzung liegt nicht vor.
  - 6 Am 27. April 1972 war der Antrag der CDU/CSU-Fraktion vom 24. April (Drs. VI/3380), Bundeskanzler Willy Brandt das Mißtrauen auszusprechen, und als seinen Nachfolger Rai-ner Barzel zum Bundeskanzler zu wählen, gescheitert. Am 28. April 1972 ergab die Abstim-mung über den Bundeshaushalt ein Patt (247:247). Damit verfügte weder die Koalition noch die Opposition über eine Mehrheit.

nicht präjudizieren und einem Friedensvertrag nicht vorgreifen, zustimmungsfähig machen.

Der Bundesvorstand bittet daher Rainer Barzel, den eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen.

Bonn, Montag 15. Mai 1972

*Sprecher: Ackermann, Amrehn, Barzel, Birrenbach, Blüm, Czaja, Dregger, [Filbinger], Gradl, von Hassel, Hasselmann, Heck, Kiep, Kiesinger, Köppler, [Krakow], Kraske, Lemke, Lorenz, [Marx], [Mertes], [Mikat], Müller-Hermann, Schwarz-Schilling, Seiters, Stingl, von Weizsäcker, Windelen.*

*Ende: 17.30 Uhr*

*Politische Lage.*

*Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Vorsitzende des am 14. Mai 1972 verstorbenen Theodor Blank.*

#### POLITISCHE LAGE

*Barzel:* Meine Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne diese Sitzung des Bundesvorstands der CDU. Wir haben dazugeladen die Mitglieder, soweit sie der CDU angehören, des Elferrats, das ist der Führungskreis der Bundestagsfraktion, und einige Kollegen, die als besondere Sachverständige gelten. Ich sehe zwei, vor allen Dingen den Kollegen Heck und den Kollegen Czaja, weil wir hier wirklich in einer schwierigen Lage eine wichtige Entscheidung treffen müssen. Um dies zu können, ist Ihnen der Vorsitzende schuldig, einen sehr informativen Bericht zu geben. Aber ebenso ist er Ihnen schuldig, mit seiner eigenen Meinung nicht hinter dem Berge zu halten. Und ich hoffe, daß es in dem Bericht gelingen wird, die Informationsgleichheit unter uns allen herzustellen, denn nur dann kann man eine Entscheidung verantworten, soweit dies möglich ist. Ich habe einige Kollegen vergessen zu begrüßen. Herrn Birrenbach und den Staatssekretär Mertes, und viele andere mehr.

Meine Damen und Herren, ich möchte beginnen, wenn Sie erlauben, mit einigen Vorbemerkungen. Die Bundestagsfraktion hat am 17. Dezember 1971, nachdem es am Abend zuvor eine Sitzung des Parteipräsidiums<sup>1</sup>, wenn ich mich recht erinnere, auch des Parteivorstands gegeben hat, nach meiner Rückkehr aus Moskau, einen Beschluß gefaßt, in dem erst sehr freundliche Worte über mich gesagt werden, dann heißt es: „Das schließt in vollem Umfang die Billigung der Bemühungen von Rainer Barzel ein,

---

1 Protokoll vom 16. Dezember 1971 in ACDP 07-001-1404; Protokoll der Fraktionssitzung vom 17. Dezember 1971 in ACDP 08-001-1028/1. Eine Sitzung des Bundesvorstands fand nicht statt.

das Vertragswerk für die CDU/CSU zustimmungsfähig zu machen durch eine positive Einstellung der Sowjetunion zur EWG, die Aufnahme des Selbstbestimmungsrechts des Deutschen Volkes in das Vertragswerk sowie die verbindlich vereinbarte Absicht, in Deutschland Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen herzustellen.“ Ich will weiter gar nicht fortfahren. Dies ist damals gebilligt worden, und das ist ein wichtiger Punkt, hier hat sich sicherlich unsere Linie nicht verändert.

Die zweite Vorbemerkung, die, glaube ich, zu machen wichtig ist: Ich mache dies mit einem Satz, um Gerüchten vorzubeugen. Wir haben vor 14 Tagen eine Wahl in Baden-Württemberg gewonnen. Das Normalste in der Welt wäre, eine Regierung verantwortlich mit ihrer Mehrheit ihre Politik, und ein Kanzler, dessen Haushalt abgelehnt ist, macht den Weg frei für neue Entwicklungen. Dies ist nicht geschehen.

Drittens: Es ist bewiesen, daß die Bundesregierung unverantwortlich handelte, indem sie ausländischen Mächten Zusagen machte und Verträge unterschrieb, ohne sich zuvor ihrer Mehrheit zu vergewissern und damit das Prestige ausländischer Mächte in die Risiken der deutschen Innenpolitik einbezog.

Viertens: Es würde unserer Verantwortung nicht entsprechen, es bei diesen erstgenannten Punkten bewenden zu lassen, also uns an die gewonnene Wahl zu erinnern, an die normale Situation, daß eine Regierung ihre Mehrheit bringen muß, und daß diese Regierung unverantwortlich war. Wenn wir uns auf diese Position bezögen, würden wir vielleicht der Parteipolitik niedrigerer Grade entsprechen, nicht aber der staatspolitischen Verantwortung, wie wir sie empfinden, seit es diese Partei gibt. Und deshalb glaube ich, es ist eine Pflicht, nicht eine Frage des „Ob“, sondern es ist eine Pflicht, eine Verständigung zu suchen, ohne unsere Prinzipien preiszugeben. An der Pflicht sollte niemand zweifeln. Ob dies möglich ist, ist zur Stunde offen. Ich habe die Absicht, und das sage ich für mich, nach dem Gespräch im Präsidium<sup>2</sup>, aber glaube ich nicht mehr für mich allein, die Verständigung herbeizuführen, wenn dies möglich ist, ohne unseren Prinzipien untreu zu werden. Das ist eine ganz klare Erklärung Ihres Vorsitzenden, der Ihnen schuldig ist, seine Meinung hier zu sagen.

Wir dürfen fünftens nicht übersehen, wir haben in all den anderen Fragen, auf die zur Zeit keiner guckt, zwar nicht eine regierungslose Zeit, aber eine Regierung ohne eine Mehrheit, bei einem abgelehnten Kanzlerhaushalt. Wir dürfen nicht übersehen, daß linke Kräfte in der SPD und außerhalb von ihr im Inland und im Ausland pokern auf die Ablehnung der Verträge, um der Volksfront näher zu kommen. Meine Bemühungen haben einen Sinn auch darin, und ich rufe einige Kollegen hier zu Zeugen, die wußten, daß ich meine Rede damals zum Haushalt des Kanzlers im Oktober 1971 über den inneren Frieden konzipiert hatte, bevor ich wußte, daß der Bundeskanzler am Tag davor den Friedensnobelpreis bekam. Wir hatten damals bereits die Sorge, daß in der mangelnden Bekämpfung des Radikalismus Volksfronttendenzen sich einnisten könnten. Und die wollten wir unterlaufen durch das Angebot der Solidarität der Demokraten. All diese Fragen bleiben wichtig, auch in dem, was jetzt vor uns steht.

Und nun zu dem Bericht im einzelnen. Zunächst behaupte ich, und ich brauche dies

---

2 Protokoll in ACDP 07-001-1405.

nicht im einzelnen auszuführen, es sei denn, dies sollte strittig sein, daß wir bei einem erfolgreichen konstruktiven Mißtrauensvotum in einer ruhigeren und gesicherten Lage dastünden, was die Verträge und was die Innenpolitik betrifft. Daß wir zugleich zur Kenntnis nehmen müssen, daß der Bundeskanzler mir gegenüber die Mitteilung, er mache weiter, mit der Begründung versah, er könne unmöglich einer Fraktion weichen, die nicht imstande sei, einen anderen Bundeskanzler zu wählen. Ich muß diese Dinge hier vortragen, weil wir ja rechnen müssen mit den Parolen, die wir dann bei kämpferischen Situationen draußen bekommen. Das andere, was gesagt werden muß: Die Operation, jetzt hier durch einen staatspolitischen Akt der Vernunft zu versuchen, ob man einen gemeinsamen Weg findet, hat sicher jetzt schon ein Gutes bewirkt, selbst wenn sie nicht zum Erfolg führen sollte. Sie hat dazu geführt, daß niemand mehr sagen kann, die Union sei gegen den Frieden, die Union wolle überhaupt keine Verträge, und sie sei für den Kalten Krieg. Auf die Feststellung „So nicht!“, hat man uns gefragt „Wie denn?“, und dies haben wir beantwortet. Ich komme nachher darauf zurück. Es hat weiter bewirkt, und dies sollten wir als Partei sehen, daß im Bewußtsein – das ist ein demokratiepädagogischer Akt, den man als Demokrat immer zu leisten verpflichtet ist – Opposition nichts in sich Schlechtes ist. Das hat man angefangen zu begreifen. Und ich glaube, Sie sollten gebührend berücksichtigen, daß die Gleichrangigkeit, mit der die Öffentlichkeit den Bundeskanzler und den Führer der Opposition betrachtet, doch auch ein Punkt ist, der aus vielen Gründen etwas für sich hat. Das ist erstritten. Und ich denke, wenn wir dabei immer den Staat im Auge haben, werden wir ein Stück weiter kommen.

Ich komme jetzt zum Vertragswerk. Zunächst die Veränderungen seit der ersten Lesung im Bundesrat und im Bundestag.<sup>3</sup> Wir können nicht umhin, hierbei einzubeziehen, obwohl wir dies nicht sehr hoch würdigen werden, bei der ganzen Operation auch an die öffentliche Meinung zu denken. Daß wir die Zugeständnisse und Scheinzugeständnisse, Entgegenkommen, Bewegungen, wie immer wir sie nennen, die die östlichen Seiten gemacht haben, mindestens in unser Kalkül einbeziehen müssen, wie wenig immer wir davon halten. Da ist einmal die Frage des Dissenses, wo in dem Artikel in der „Prawda“ der russische und der deutsche Text als identisch bezeichnet werden einschließlich des Wortes „unverletzlich“<sup>4</sup>, die Bekanntgabe des Ministerratsbeschlusses über Ostern- und Pfingstreiseerleichterungen<sup>5</sup>, die Behandlung des Briefs zur deutschen Einheit<sup>6</sup>, der paraphierte Handelsvertrag mit der Berlin-Klausel<sup>7</sup>, die

---

3 Vgl. Nr. 22 Anm. 3.

4 Vgl. AdG 1972 S. 16899f.; „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 21. Februar 1972 „Moskau: der Text ist eindeutig“.

5 Vgl. Nr. 23 Anm. 13.

6 Anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages wurde der „Brief zur deutschen Einheit“ im sowjetischen Außenministerium übergeben. Abdruck: BT-Drs. VI/3156 S. 5. Vgl. auch AAPD 1971 Dok. 70.

7 Am 7. April 1972 wurde in Moskau das deutsch-sowjetische Handelsabkommen paraphiert, vgl. BULLETIN Nr. 51 vom 11. April 1972 S. 727f.; „Stuttgarter Zeitung“ vom 8. April 1972 „Deutsch-sowjetischer Handelsvertrag mit Berlin-Klausel paraphiert“.

Erklärung Breschnews zur EWG<sup>8</sup>, die Behandlung des Briefs im Obersten Sowjet<sup>9</sup>. Das alles ist nicht genügend, aber anders als beim Stand der ersten Lesung. Und es ist dann festzustellen, daß – ich will dies im einzelnen nicht dartun, weil ich glaube, daß das Herr von Weizsäcker nachher machen wird – die innerdeutschen Dinge bekannt und z. T. nicht bekannt sind. Ich wiederhole hier den scherzhaften Hinweis eines bedeutenden Bonner Journalisten, der mir sagte: „Barzel, jede Woche ein konstruktives Mißtrauensvotum, und Du hast binnen Jahresfrist Deinen Stufenplan<sup>10</sup> durchgesetzt.“ Das ist etwas optimistisch, aber es enthält einen ganz klaren Punkt an Wahrheit, ganz sicher.

Unsere Politik hier ist nun, und ich möchte das noch einmal sagen, um es ganz zu verdeutlichen, keineswegs zur Verwirrung beizutragen und ganz sicherlich auch nicht, uns nur genügend Zeit zu nehmen, um eine neue Politik zu formulieren. Unsere Politik ist die, die Sie kennen. Einer der Gründe für die Ablehnung des Vertragswerkes war, daß sie mit einem Dissens belastet ist, mit einem unterschiedlichen Inhalt, der Konfliktstoff für die Zukunft in sich birgt, insbesondere bei der Ungleichheit der beiden Partner. Es war deshalb unser Bemühen, als wir in die Gemeinsamkeitsrunde gingen, die uns aufgezwungen war durch das gescheiterte Mißtrauensvotum<sup>11</sup>, entweder zu erreichen, den Dissens – und der besteht in der Frage, ist dies alles endgültig oder ist dies vorläufig, um es sehr oberflächlich zu formulieren – entweder zu schließen oder so offenbar zu machen, daß hier eine ganz neue Situation auch parlamentarisch entstehen wird. Dies war und ist unsere Absicht. Also die Frage, wird hier beschrieben oder wird hier festgeschrieben, deutlich zu machen, wer hat hier eigentlich recht? Deshalb unsere Taktik, dies erste war wohl etwas mehr als Taktik, in den Gesprächen mit der Koalition die Worte der Bundesregierung zu benutzen, die diese in amtlichen Schriftstücken dem Bundestag gegenüber benutzt hat, um festzustellen, ob sie bereit ist, diese eigenen Worte in eine Entschließung mit uns zu packen, und falls ja, ob sie bereit ist, das der Sowjetunion zur gehörigen Bestätigung zuzuleiten. Dies ist die Kriegskunst.

Das bedeutet natürlich, wenn es gelänge, den Dissens zu schließen, müßten wir prüfen, ob wir vom „So nicht!“ in eine andere Situation kommen. Das bedeutet, wenn es jetzt nicht gelingt, den Dissens zu schließen, wenn er noch offenkundiger wird, als er ist, sei es, daß die Regierung sich weigert, ihre eigenen Worte uns gegenüber in den

---

8 Rede Breschnews auf dem 15. Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften am 20. März 1972 in Moskau, vgl. Werner WEBER/Werner JAHN: Synopse zur Deutschlandpolitik. Göttingen 1973 S. 977 f.; AAPD 1972 Dok. 67.

9 Sitzung des Obersten Sowjet am 12. April 1972 in Moskau, vgl. AdG 1972 S. 17017–17020; „Die Welt“ vom 17. März 1972 „Brandt erklärt im Auswärtigen Ausschuß: Moskau will Brief zur deutschen Einheit zur Kenntnis nehmen“; FAZ vom 13. April 1972 „Gromyko: Keine Berlin-Regelung ohne die Ostverträge“.

10 Barzel formulierte seinen sog. Stufenplan in einem „Zum Kern des Problems vorstoßen“ überschriebenen Beitrag im DUD (Nr. 2 vom 4. Januar 1972 S. 1–6). Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 5. Januar 1972 „Barzel fordert innerdeutsche Freizügigkeit“; „Die Welt“ vom 5. Januar 1972 „Barzel fordert Stufenplan für Freizügigkeit in Deutschland“; GRAU S. 244 f.

11 Vgl. Nr. 24 Anm. 6. – Zu den Gesprächen zwischen Regierung und Opposition vgl. GRAU S. 298–368; zum „Wortlaut der gemeinsamen Resolution“ vgl. „Die Welt“ vom 10. Mai 1972.

Mund zu nehmen, sei es, daß sie sich weigert, die Sowjetunion um die gehörige Bestätigung zu bitten, daß wir dann vom „So nicht!“ zu einem klaren „Nein“ würden kommen müssen. Bei diesem Nein wären wir dann in der Lage, im Bundestag zu sagen „Sorry, wir müssen dies ablehnen, weil hier ein Vertragsinhalt vorliegt, der nicht stimmt, weil die Regierung uns betrogen hat“. Und hier wäre sicherlich kein Vorwurf an die Sowjetunion zu richten. Dies, meine Freunde, ist wichtig. Es ist wichtig, dies zu wissen. Das würde ich Sie bitten, zunächst vertraulich zu handhaben, weil wir ja nicht zusammengekommen sind, jetzt die Munitionskiste für neuen Streit aufzuladen. Das können wir immer noch machen mit dem berühmten Satz: „Dies ist also ein *Modus vivendi*-Vertrag, der dem Friedensvertrag nicht vorgreift und die deutsche Frage offen hält“. Ein Satz der Bundesregierung auf unsere Frage in der Großen Anfrage, Drucksache sowieso, vom 11. November 1971.<sup>12</sup> Diesen Satz weigert sich die Regierung bis zu dieser Stunde aufzunehmen in eine gemeinsame Erklärung, obwohl sie ihn im Parlament gesagt hat. Begründung: Hintenherum sei zu hören, daß man auf Warschauer Seite Bedenken gegen diese Aussage der Regierung angemeldet hat.

Wie immer das ausgeht, und ich komme gleich zu den Einzelheiten, der Vorwurf bleibt auf jeden Fall an die Regierung zu richten, daß wir bei Gemeinsamkeit von Anfang an Besseres erreicht hätten, daß hier zu schnell, zu flüchtig und nicht gut verhandelt worden ist, daß der Bundeskanzler in eine Sackgasse geführt hatte, daß er leichtfertig gehandelt hat. Daß wir aber, meine Freunde, im übergeordneten Interesse uns daran erinnern müssen, und ich spreche jetzt mal ein anspruchsvolles Wort aus, daß der Eid, den man leistet, nicht nur von „Nutzen mehren“ sondern auch von „Schaden wenden“ spricht. Dies Letztere ist vielleicht jetzt mehr gefragt, aber nicht um den Preis, daß wir den Schaden dadurch vermehren, daß dieser Staat die einzig intakte Alternative, nämlich diese Union verliert, weil wir jetzt intern Streit kriegen würden.

Zu den einzelnen Punkten: Zunächst möchte ich Sie über die Geschäftslage in Kenntnis setzen. Und ich nehme an, daß bis Freitag der Informationsstand bei allen ungefähr gleich ist, weil ja die meisten hier auch an einer Sitzung der Fraktion teilgenommen haben<sup>13</sup>, wofür ich mich bedanke. Ich bekam gestern abend, 18.30 Uhr, einen Brief des Bundeskanzlers, in dem er mich einlud in aller Form – Sie konnten dies heute auch in der Zeitung sehen – heute morgen um 9.00 Uhr mit ihm und seiner Delegation erneut zusammenzutreffen. Ich habe ihm eine halbe Stunde später sagen lassen, nach Abstimmung mit der CSU, wir könnten dies heute – falls überhaupt – frühestens abends. Wir hätten Gremien, die wir bräuchten und nicht ausladen könnten. Dies sei wichtig, wir könnten also frühestens abends. Der Bundeskanzler hat mich heute dann noch einmal angerufen, und ich gehe in meinem Bericht eben auch sehr weit, da ich meine, Sie müssen ja wissen, was los ist, und zwar kurz vor 11.00 Uhr, wann wir denn nun sprechen könnten. Ich habe gesagt: „Ich habe Ihnen doch gestern gesagt, frühestens 20.00 Uhr“. Und ich habe ihm dann gesagt, außerdem kriegte ich gerade eine Entschließung auf den Tisch – ich komme nachher darauf zu sprechen, wenn ich

---

<sup>12</sup> Vgl. Nr. 20 Anm. 15.

<sup>13</sup> Protokoll vom 10. Mai 1972 in ACDP 08–001–1030/1.

zur Sache mehr komme – des Landesverbandes Westfalen<sup>14</sup>, die ich gerade mit großem Interesse läse, und er möchte sie vielleicht auch einmal lesen.

Zweiter Punkt zu den Tatsachen. Der Bundeskanzler hat am Freitag erklärt, daß er in seiner Rede zur zweiten Lesung des Vertragswerkes zunächst auf jeden Fall, ob wir uns einigten oder nicht, den Beitrag der Opposition und früherer Regierungen würdigen würde. Zweitens, was die Freizügigkeit betrifft, sei er bereit, einen Kontaktausschuß auf hoher Ebene ins Leben zu rufen. Wir haben bisher einen Informationsausschuß. Das heißt, nach vorhandenen Entscheidungen der Regierung – der Kollege Marx gehört diesem Ausschuß mit dem Kollegen Wagner an – werden die informiert. Sie werden nicht gefragt, und sie werden auch nicht vorher konsultiert. Das ist wohl das Verfahren, Herr Marx. Er bietet jetzt einen Ausschuß an, wo wirklich eine gemeinsame innerdeutsche Politik betrieben wird. Ich bitte, diesen Punkt, falls Sie intern bilanzieren, auf die interessantere Seite zu setzen, weil das natürlich bedeutet, daß für den Fall weiterer menschlicher Erleichterungen das aus einem gemeinsamen Gremium hervorgeht. In einer weiteren Frage wollte er sich erklären. Es gelte nur, was im Vertrag stehe, es gebe keine Geheimabreden. Er habe die Absicht zu sagen, er habe sich vergewissert, daß die Sowjetunion Kenntnis von allen Erklärungen der Bundesregierung habe und keinen Anlaß zum Widerspruch sehe, und er habe sich auch vergewissert, daß die Sowjetunion der Entschließung, die zur Abstimmung stehe, werde zustimmen können. Außerdem wolle er eine Erklärung abgeben zur Frage Sowjetunion und EWG. Wir haben dann weiter gestern abend erhalten um 18.30 Uhr vom Außenminister den Entwurf einer Bundestagsentschließung. Sie läuft bei mir noch unter „streng vertraulich“. Ich habe sie deshalb hier nicht ablichten lassen, ich möchte Sie Ihnen vorlesen, wenn Sie dies erlauben. Und ich gehe davon aus, daß Sie die Ursprungserklärung der Bundesregierung mit den sechs Punkten, wenn nicht aus meinen Berichten im Ohr haben, dann aus der „Bild-Zeitung“.<sup>15</sup> Das war also so, daß „Seid nett zueinander“ geradezu eine konkrete Verhaltensanregung ist gegenüber diesen sechs Punkten der Regierung. Ich fühle mich hier wegen der Verantwortung, die wir alle eingehen, verpflichtet, dieses Papier Ihnen zu verlesen, und sage gleich vorweg, so, wie ich Ihnen das vorlese, ist es für mich nicht ausreichend:

„Aus Anlaß der Abstimmung über den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der sozialistischen Sowjetrepublik vom sowieso und dem

---

14 Vgl. Protokoll der Landesvorstandssitzung der CDU Westfalen-Lippe vom 6. Mai 1972 in ACDP 03–002–398/1. Darin werden Klarstellungen für eine mögliche Zustimmung zu den Verträgen von Moskau und Warschau verlangt.

15 Am 1. Mai 1972 übergab die Bundesregierung der CDU/CSU-Fraktion einen ersten Entwurf für eine gemeinsame Entschließung des Bundestages zu den Ostverträgen. Die sechs Punkte umfassende Erklärung wurde am 2. Mai 1972 von Barzel der Fraktion vorgetragen (Protokoll in ACDP 08–001–1029/1). Am 7. Mai 1972 wurde der Opposition ein überarbeiteter Entwurf für die gemeinsame Entschließung überreicht (Text in ACDP 01–356–244); Annahme der Entschließung durch den Bundestag am 17. Mai 1972 (Sten.Ber. 6. WP 187. Sitzung S. 10943). Vgl. dazu GRAU S. 300–319 sowie den Entwurf für eine „Zusammenstellung zu den Ostverträgen – Entwicklung während der Ratifizierungsdebatte“ (datiert 16. Juni 1972 in ACDP 01–356–244).



Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung der gegenseitigen Beziehung von sowieso erklärt der Deutsche Bundestag:

Erstens: Oberstes Ziel unserer Außenpolitik ist die Erhaltung des Friedens in Europa und der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Die Verträge mit Moskau und Warschau, in denen die Vertragspartner feierlich und umfassend auf die Anwendung und Androhung von Gewalt verzichten, dienen diesem Ziel.

Zweitens: Die Verträge nehmen keine friedensvertragliche Regelung für Deutschland vorweg. Bei Abschluß der Verträge handeln die Organe der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der durch das Grundgesetz festgelegten Kompetenzen. Die Verpflichtung, die die Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Grenzfrage im Warschauer Vertrag eingegangen ist, hat sie daher im eigenen Namen übernommen. Die Verträge nehmen zu den Rechtsgrundlagen der bestehenden Grenzen nicht Stellung und greifen einer zukünftigen Friedensregelung mit einem gesamtdeutschen Souverän nicht vor. Das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung wird durch die Verträge nicht berührt. Die Politik der Bundesrepublik Deutschland, die eine friedliche Wiederherstellung der nationalen Einheit im europäischen Rahmen anstrebt, steht nicht im Widerspruch zu den Verträgen. Mit der Forderung auf Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes erhebt die Bundesrepublik Deutschland keinen Gebiets- oder Grenzänderungsanspruch. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die fort-dauernde und uneingeschränkte Geltung des Deutschland-Vertrages und der mit ihm verbundenen Abmachungen und Erklärungen von 1954<sup>16</sup> sowie die Fortgeltung des zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken am 13. September 1955 geschlossenen Abkommens<sup>17</sup> von den Verträgen nicht berührt wird. Die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes und auf Berlin werden durch die Verträge nicht berührt. Der Deutsche Bundestag hält angesichts der Tatsache, daß die endgültige Regelung der deutschen Frage im ganzen noch aussteht, den Fortbestand dieser Rechte und Verantwortlichkeiten für wesentlich.

Drittens: Hinsichtlich der Bedeutung der Verträge verweist der Deutsche Bundestag darüber hinaus auf die Denkschriften, die die Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften zusammen mit den Vertragsgesetzen zum Moskauer und Warschauer Vertrag vorgelegt hat.<sup>18</sup>

---

16 Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten vom 26. Mai 1952 in der Fassung vom 23. Oktober 1954, BGBl 1955 II S. 306. Text im Internet: <http://www.documentarchiv.de/brd/dtlvertrag.html>.

17 Schreiben von Bulganin an Adenauer vom 13. September 1955 über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik sowie Schreiben Adenauers. Vgl. DZD III/1 S. 335 f.

18 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Moskauer Vertrag) vom 12. August 1970, BGBl 1972 II S. 353. – Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen (Warschauer Vertrag) vom 7. Dezember 1970 (BGBl. 1972 II S. 361).

Viertens: Die Bundesrepublik Deutschland steht fest im Atlantischen Bündnis, auf dem ihre Sicherheit und ihre Freiheit nach wie vor in erster Linie beruhen.

Fünftens: Die Bundesrepublik Deutschland wird die Politik der europäischen Einigung zusammen mit ihren Partnern in der Gemeinschaft unbeirrt fortsetzen mit dem Ziel, die Gemeinschaft stufenweise zu einer politischen Union fortzuentwickeln. Die Bundesrepublik Deutschland geht dabei davon aus, daß die Sowjetunion und andere sozialistische Länder die Zusammenarbeit mit der EWG aufnehmen werden.

Sechstens: Die Bundesrepublik Deutschland bekräftigt ihren festen Willen, die Bindungen zwischen Berlin-West und der Bundesrepublik Deutschland gemäß dem Vier-Mächte-Abkommen und den deutschen Zusatzvereinbarungen aufrechtzuerhalten und fortzuentwickeln. Sie wird auch in Zukunft für die Lebensfähigkeit der Stadt und das Wohlergehen ihrer Menschen Sorge tragen.

Siebtens und letztens: Die Bundesrepublik Deutschland tritt für die Normalisierung des Verhältnisses zwischen den beiden Teilen Deutschlands ein. Sie geht davon aus, daß die Prinzipien der Entspannung und der guten Nachbarschaft in vollem Maße auf das Verhältnis zwischen den Menschen und Institutionen der beiden Teile Deutschlands Anwendung finden werden.“

Dies ist das, was uns vorgelegt ist zur Zustimmung. Ich kann Ihnen sagen, ich persönlich bin nicht bereit, auf dieser Basis zuzustimmen. Sie hören da zwar beim Vorlesen alle Worte, die man hören möchte, aber auch Formulierungen, die nicht in Ordnung sind. Freilich, denken Sie an die Öffentlichkeit, die natürlich in diesem Papier, weil alle Worte drin sind, eigentlich schon einen Sieg von uns sehen wird. Über die Sache Europa brauche ich nichts mehr zu sagen, daß dies, was hier steht, ein Fortschritt ist gegenüber den nicht nur Gerüchten, sondern Annahmen, die wir hatten nach der Reise des Kanzlers auf die Krim und der Erklärung, die politische Union sei Sache der nächsten Generationen.<sup>19</sup> Dies ist ganz klar eine feste – wenn man es glauben kann, das können Sie mir immer sagen – eine ganz klare Verankerung der Westpolitik, wie sie wichtig ist. Was die innerdeutschen Dinge betrifft, so gab es noch einen vertraulichen Kontakt mit dem Ziel, die Dinge noch fester zu machen, als sie sind, mit Zusagen der anderen Seite. Das ist zu einem geringen Teil, zu einem sehr geringen Teil gelungen. Zum Punkt Protokolle: Da wissen Sie, hatte ich angeboten, im Einverständnis mit meinen Freunden, daß Kurt Birrenbach in meinem Auftrag das einsehen sollte. Herrn Birrenbach – und ich jetzt berichte anhand eines Textes, den ich mit Kurt Birrenbach verabredet habe – danke ich für diese Wahnsinnsarbeit dieser Tage: (*Beifall.*) „Dr. Kurt Birrenbach berichtet dann heute dem Vorsitz der CDU/CSU usw. über das Ergebnis seiner Kenntnisnahme der vertraulichen Verhandlungsnotiz. Dr. Birrenbach teilte dem Vorsitzenden mit, daß er in der kurzen Zeit nur einen Bruchteil des sehr umfangreich vorhandenen Materials habe zur Kenntnisnahme nehmen können. Bei größter Beschleunigung würde er mindestens 14 Tage benötigen, um diese Kenntnisnahme zu beenden und um ein eindeutiges, objektives Urteil abgeben zu können. Für den Fall, daß diese 14 Tage nicht zur Verfügung stehen sollten, was er bedauern würde,

---

19 Vgl. Nr. 19 Anm. 13.

empfiehlt Herr Birrenbach, mit nein zu stimmen, es sei denn, daß ein ausreichendes Papier zustandekäme und dieses von der Sowjetunion verbindlich gemacht würde.“<sup>20</sup> So weit zu diesem Punkt.

Wenn ich also mir jetzt ansehe die Protokolle, so ist da eine Bewegung, die noch nicht ausreichend ist. Wenn ich mir ansehe Europa, so sind wir da unserem Ziel am nächsten. Wenn ich mir ansehe Freizügigkeit, so ist das eine Frage, die subtilerer Behandlung bedarf über das, was jetzt möglich ist. Wenn ich mir ansehe, was mit dem Selbstbestimmungsrecht ist, dann möchte ich Ihnen sagen, daß es hier um zwei Dinge im wesentlichen geht, und darum wird es gehen, wenn wir heute um 20.00 Uhr versuchen festzustellen, ob wir zusammenkommen oder ob wir nicht zusammenkommen. (*Amrehn*: Ist denn dazu schon eingeladen?) Vielleicht fragen wir nachher. Zunächst möchte ich sagen, es gibt einen Punkt, der für uns fundamental ist, er ist unaufgebbar. Er befindet sich auch in dem Papier der westfälischen Freunde, auf das ich nachher noch komme. Das heißt, dies ist ein *Modus vivendi*, und die deutsche Frage wird nicht präjudiziert. Das ist ein Punkt, da können wir nicht dran vorbei. Die andere Frage ist, wie wird es von der Sowjetunion verbindlich gemacht? Hier haben wir nun also viele Tage diskutiert und festgestellt, daß wie immer die Rechtsgelehrten unterschiedlicher Meinung sind. Übers Wochenende haben die Kollegen von uns, die in dieser Frage besonders tätig sind, sicher jeder noch drei, vier, fünf Zuschriften, Anrufe, Telegramme von weiteren Rechtsgelehrten bekommen. Dies alles hat nicht zur größeren Klarheit geführt über die Frage, wie man so etwas verbindlich macht. Wir liegen fest in einer Sache, daß die widerspruchslöse Hinnahme alleine uns nicht genügt. Und ich kann Ihnen deshalb nur empfehlen – und in dieser Frage bin ich, was mich betrifft, auch völlig entschlossen – sich ausschließlich auf folgenden Vorschlag hier zu verständigen. Wer den nicht annimmt, hat etwas zu verbergen, und wer mehr verlangt, kommt in den Verdacht, er wolle hier eine Forderung stellen, um die Sache kaputt zu machen. Wir müssen das Verfahren wählen, das die Vier Mächte beim Abschluß des Berlin-Abkommens gewählt haben. Da gab es eine Sache, und die Frage war, wie weit bestätigt die Sowjetunion etwas. Die Drei Mächte haben an den sowjetischen Botschafter eine Note geschickt, Anlage zu der Note war der Brief der Drei Mächte an den Kanzler, in dem sie sagen, wie das alles im einzelnen sein soll mit den Behörden, mit dem Bundestag usw.<sup>21</sup> Diese wichtige Note ist von der Sowjetunion wie folgt aufgenommen worden, durch eine Antwortnote, in der es heißt, sie ist sieben Zeilen lang, deshalb kann ich sie vorlesen:

„Der Botschafter beehrt sich, den Empfang der Note der Botschafter von Frankreich, Großbritannien/Nordirland und USA vom 3. September 1971 zu bestätigen und nimmt von der Mitteilung der drei Botschafter Kenntnis.“<sup>22</sup> Dies ist eine Form, die im

---

20 Vgl. die Darstellung Birrenbachs über die Akteneinsicht in ACDP 01–433–142/3. Zu seiner Reaktion auf die Stellungnahme Barzels vgl. seinen Brief an Barzel vom 18. Mai 1972 (ACDP 01–433–142/3). Vgl. auch GRAU S. 316.

21 Druck: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Das Viermächte-Abkommen über Berlin vom 3. September 1971. Bonn 1971, hier S. 30–32.

22 Vgl. ebd. S. 30.

Zusammenhang mit dem Vertragswerk gebraucht worden ist. Darauf sollten wir uns politisch einstellen. Wenn wir mehr verlangen, wird man sagen, „Ihr habt wohl nicht alle auf der Latte“, wenn wir weniger verlangen, sagen die, „Ihr habt irgendwas zu verbergen“. Was den drei Westmächten recht war, muß uns billig sein und der Sowjetunion auch. Denn ich glaube, bei weiteren rechtlichen Interpolationen werden wir auch nicht sehr viel weiter kommen. Stützen wir uns auf dieses Präjudiz.

Damit möchte ich die Abteilung „Stand des Vertragswerks“ aufgrund unserer eigenen Einlassungen verlassen und einen weiteren Gedankengang hinzufügen, der, wie ich glaube, in diesem politischen Führungsgremium der Partei auch in die Debatte hierzu eingeführt werden muß, nämlich die Frage der innenpolitischen Zusammenhänge und der notwendigen Erwägungen.

Der erste Punkt, den ich sagen möchte, wenn ich unsere Politik bisher richtig verstanden habe seit 1949: Es war immer unser erster Punkt, diese Bundesrepublik Deutschland gesund, stabil, intakt und frei zu halten, auch als Voraussetzung für eine gesamtdeutsche Politik. Denn Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen setzt voraus, daß das Selbstbestimmungsrecht intakt eingehalten werden kann. Warum erwähne ich dies als Nummer 1? Einmal, wir dürfen nicht übersehen, und ich wiederhole dies bewußt, weil die DKP und die Linken in der SPD wollen, daß wir weiter Krach haben über die Verträge, ob mit Wahlen oder ohne Wahlen, ob abgelehnt oder angenommen. Und nehmen Sie ganz ernst die Mahnungen der Moskauer Presse und des Rundfunks<sup>23</sup>, die warnen, die Gemeinsamkeit hier herzustellen.

Ich wiederhole noch mal, fänden wir uns, ich sehe dies noch nicht, in einer Gemeinsamkeit, so würde die Solidarität der Demokraten – und aus der Verantwortung aller – sicherlich den Volksfronttendenzen mindestens auf geraume Zeit eine Schlappe erteilen. Und wenn wir ehrlich sind mit dem Wahlerfolg in Baden-Württemberg, dann gab es dort eine Angst. Eine Angst, die ich einmal formuliert habe, und ich weiß, daß Hans Filbinger und die Freunde, die sie noch besser kannten, dem zugestimmt haben: Die außenpolitisch als notwendig begriffene Öffnung nach Osten drohte zugleich, innenpolitisch mit einer Öffnung für den Sozialismus Hand in Hand zu gehen. Dies letzte Argument war sicherlich bei sehr vielen ausschlaggebend. Dies dürfen wir nicht unterschätzen. Und deshalb bitte ich eben auch an alles zu denken, was in dem vorhandenen Papier in Sachen Europa und innerdeutsch schon erstritten ist, im Kern der Sache aber noch nicht ausreichend erstritten ist.

Zweitens, was wären die Folgen des Nein? Wir müssen in Aussicht nehmen oder ins Auge fassen die Situation von Neuwahlen nach dem Scheitern der Regierung. Das verstärkt nicht nur die eben genannten Befürchtungen, sondern kommt auch einem Volksentscheid näher, wiewohl wir, meine Freunde, niemals aus Angst vor Wahlen das Falsche tun dürfen. Wir müssen bedächtig und besonnen sein und dies abwägen.

Die andere Folge des Neins kann sein – und das wäre ja nun ungefähr eine ziemlich

---

23 BPA/Ostinformationen (ACDP Dokumentation 0/071/01–e–UdSSR); FAZ vom 8. Mai 1972 „Der Kampf um die Verträge“; „Die Welt“ vom 13. Mai 1972 „In Moskau wächst die Ungeduld über das Zögern in Bonn“.

schwierige Geschichte – die Regierungsübernahme durch ein erneutes konstruktives Mißtrauensvotum nach Scheitern. Ich glaube daran nicht. Und zwar nicht deshalb, weil der Bundespräsident vielleicht das Mißtrauensvotum schon für konsumiert hält, was ich für verfassungswidrig halten würde, sondern weil man so was dann eigentlich ohne Not nicht noch mal praktizieren sollte.

Die letzte Möglichkeit, und hier bitte ich die Nicht-Bundestagskollegen um Verständnis, daß ich das etwas erklären muß. Es gibt immer noch eine Möglichkeit, vor dem Scheitern der Verträge zu handeln. Wir haben morgen 15.00 Uhr verabredet, daß dann Bundestag ist. Das ist verabredet. Wir haben verabredet, daß zwei Punkte des Vermittlungsausschusses auf der Tagesordnung stehen, das ist verabredet.<sup>24</sup> Es ist nicht verabredet, daß die Verträge morgen gelesen werden. Es ist angemeldet der Wunsch der Koalition, dies zu tun, und zwar fristgerecht. Wir haben dem nicht zugestimmt. Mithin möchte die Koalition für den Fall einer kämpferischen Lage morgen mittag versuchen, das auf die Tagesordnung zu bringen. Ob ihr dies gelingt, steht in den Sternen. Wenn es in dieser Abstimmung gelingt, die Präsenz auf unserer Seite da zu haben, und es gelingt, den Kollegen von Kühlmann-Stumm, an dessen Haltung zur Sache nicht der geringste Zweifel erlaubt ist, dann steht es 248:248 bei den Stimmberechtigten. Bei dieser Abstimmung sind aber die Berliner Freunde voll mit wirksam. Bei denen steht nach der Papierform 12:10. Wenn die alle stimmen, einschließlich eines Kollegen, eines Berliner Sozialdemokraten, der immer sagt, er würde die Verträge ablehnen, was man ja nicht weiß, und es der Regierung selbst gelänge, mit dieser einen Stimme das auf die Tagesordnung zu bringen, hätte sie damit zum letzten Mal bewiesen, wie unverantwortlich dies ist, weil nicht 248 Stimmen da stehen. Es besteht aber sehr wohl Anlaß, auch für möglich zu halten, daß es der Regierung nicht gelingt, die Sache auf die Tagesordnung zu bringen. Dieses letzte Instrument sollte man auf gar keinen Fall ohne Not aus der Hand geben. Weil dies auch für die Willensbildung unter uns sicher wichtig ist, obwohl ich – ehrlich gesagt – selber lieber in der Sache die Entscheidung sehen würde.

Dann gibt es eine Möglichkeit einer Annahme der Verträge trotz des Nein von uns, sagen wir mal, weil einer plötzlich schwer krank wird, um einen anderen Fall völlig auszuschließen. Dies würde natürlich für uns bedeuten, daß alle Folgegesetze und Folgeverträge von uns logischerweise auch abgelehnt werden müßten und wir damit das Thema bis zur Bundestagswahl immer weiter auf der Tagesordnung hätten.

Die Folgen des Ja: Zunächst, sehr viele haben unser „So nicht!“ als Nein oder als Nie interpretiert. Uns geht es um unsere Frage der Glaubhaftigkeit. Andere haben aber unser „So nicht!“, z. B. die Führung im baden-württembergischen Wahlkampf, interpretiert als ein Ja für bessere Verträge.

Nächster Gedanke, Folgen des Ja: Ich spekuliere nicht, wenn ich folgenden Satz

---

24 Am 17. Mai 1972 fand die 2. Beratung und Schlußabstimmung über den Moskauer und Warschauer Vertrag statt, vgl. Sten.Ber. 6. WP 187. Sitzung S. 10931–10945. Die CDU/CSU-Fraktion reichte einen Entschließungsantrag ein (Umdruck 288, vgl. ebd. S. 10961). – Zu den beiden Punkten des Entwurfs der CDU/CSU vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 18. Mai 1972 „Opposition nahm Abstriche hin“.

sage. Wesentliche Kräfte in der FDP würden sich freier fühlen für das Jahr 1973. Nächste Folge des Ja: Die Bundesregierung bliebe bis 1973 im Wahlkampf. Wir kriegen dann einen innenpolitischen Wahlkampf und würden durch die Gemeinsamkeiten der Europapolitik auch die möglichen Erfolge einer europäischen Gipfelkonferenz nicht nur auf die Mühlen der Regierung laufen lassen.

Meine Freunde, ich glaube, dies alles gilt es abzuwägen. Dies Außenpolitische, dies Innenpolitische, und das in einer Weise, daß wir am Schluß vor uns selbst vor unserer Verantwortung, vor unseren bisherigen Einlassungen und vor der Überlegung bestehen können et respice finem – und überlege das Ende.

Darf ich zunächst sagen, daß die Befürchtung, die einige hatten, daß die CSU heute vormittag durch ihren Vorstand ein *Fait accompli* schaffen würde, falsch ist. Die CSU ist auf einer Linie, wie ich sie hier vortrage, wie sie besprochen ist, d. h. auf einer Linie, der jetzige Stand der Gespräche bedeutet Nein zu den Verträgen. Man könnte aber ein anderes Votum geben, wenn neben den befriedigenden Lösungen der Fragen Europa und Freizügigkeit in einer gemeinsamen Bundestagsresolution klar zum Ausdruck gebracht würde, daß durch diesen Vertrag die deutsche Frage offen bleibt und Grenzen erst endgültig durch einen Friedensvertrag geregelt werden können, und wenn ferner die Sowjetunion eine solche Resolution nicht nur entgegennehmen, sondern bestätigen würde.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen außerdem hinlegen lassen den Text, den die CDU Westfalen-Lippe, mein eigener Landesverband – wie ich hier schwöre – ohne meine Mitwirkung beschlossen hat. Ich glaube, daß die Sätze, die dort drin stehen, eine gute Leitlinie sein sollten für die Verhandlungen von heute abend. Meine Damen und Herren, ich möchte noch folgendes in die Debatte einführen, bevor ich zusammenfasse.

Wir haben, was uns betrifft, einen Beschluß des Parteipräsidiums vom 26. August 1970<sup>25</sup>, und ich nehme bewußt diesen Beschluß, weil es damals, wie manche Beteiligten sich erinnern, zwischen dem 10. August, unserem Brief<sup>26</sup>, und dem 26. August ein paar kleine parteiinterne Mißverständnisse gab. Wir haben gesagt, wir haben entscheidende Bedenken. Und Kollege Kiesinger und Heck sagten damals, wir müssen präzisieren, was sind diese entscheidenden Bedenken. Das fand statt in einer Sitzung vom 26. August 1970, und da wurden folgende fünf Punkte formuliert, und das ist die härteste Aussage, die wir haben, und deshalb ist es gut, das zum Maßstab zu nehmen.

1. Das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung ist gefährdet.
2. Die Festlegung von Grenzen muß einem Friedensvertrag mit Deutschland vorbehalten bleiben.
3. Konkrete Verbesserungen in den innerdeutschen Beziehungen, vor allem mehr Freizügigkeit für Menschen und Ideen in ganz Deutschland sind bisher nicht gewährleistet.
4. Die Fragen der Sicherung des freien Berlin und seiner Zukunft sind ungeklärt.

---

25 Vgl. Nr. 9 Anm. 62.

26 Vgl. Nr. 9 Anm. 21.

5. Die Politik der Bundesregierung, die diesem Vertrag zugrunde liegt, bedroht die Fundamente der westlichen Integration und Bündnispolitik.

An diesen Worten werden wir uns und wird man uns auch in der Öffentlichkeit sicherlich gemessen haben. Meine Freunde, was habe ich Ihnen zu empfehlen? Ich habe Ihnen zu empfehlen, daß Sie hier die Sache ausgiebig diskutieren, daß Sie Ihrem Vorsitzenden zustimmen in seinem Bemühen, alles zu versuchen, um eine Einigung zu erreichen, ohne unsere Prinzipien aufzugeben. Daß das praktisch bedeutet, daß das von mir vorgelesene Papier der Regierung nicht ausreicht, daß es für uns wohl in einem anderen Licht erscheinen könnte, wenn a) die Gedanken der Westfalen hereinkommen, und b) die Sowjetunion reagiert nach der Melodie, wie sie auf die Westmächte reagiert haben beim Berlin-Abkommen. Das, meine Freunde, ist mein Bericht. Ich hoffe, er war präzise. Ich hoffe, er war klar und der Situation entsprechend. Was das falscheste wäre, wäre jetzt, bevor das allerletzte versucht ist, und bevor die Fraktion Gelegenheit hatte, sich zu äußern, etwa definitive Sachen hier zu sagen. Dies würde ich für einen Fehler halten. Auf der anderen Seite weiß ich, daß dieser Vorstand möglicherweise nicht noch einmal zusammenkommen wird, bevor die Fraktion in dieser oder jener Lage morgen votieren muß, so daß natürlich Meinungsäußerungen hier auch erwünscht sind für diesen Fall. Aber ich würde mich wehren gegen einen Beschluß, der es uns nicht möglich macht, nun bis zum bitteren Ende zu versuchen, was ist in der Sache drin, wie weit ist die Regierung bereit, ihre eigenen Worte ernst zu nehmen und der Sowjetunion zu geben. So weit der Bericht. (*Beifall.*)

*Kraske:* Darf ich eines vorweg sagen: Ich lasse jetzt einen Entschließungsentwurf verteilen, der im Präsidium, das eben getagt hat, beraten und angenommen wurde, Ihnen vom Präsidium vorgelegt wird.<sup>27</sup> Es ist vielleicht gut, wenn das der Aussprache zugrunde liegt. Herr Ministerpräsident Stoltenberg hat sich mit einem Fernschreiben für die heutige Sitzung entschuldigen müssen. Da er, glaube ich, der einzige ist, der fehlt, Herr Lemke wird etwas später kommen, darf ich vielleicht zur Einleitung in die Debatte Ihnen das Fernschreiben vorlesen: „Da ich infolge eines offiziellen Besuches in Schweden am Montag zu meinem Bedauern in Bonn an den Sitzungen nicht teilnehmen kann, möchte ich Sie aufgrund der Beratung im CDU-Landesausschuß über unsere Meinungsbildung unterrichten. Die bisherige Verhandlungsführung in den Gesprächen mit der Bundesregierung hat die volle Zustimmung unserer Freunde gefunden. Das Vertragswerk erscheint dann grundsätzlich zustimmungsfähig, wenn eine befriedigende Erklärung vom Bundestag verabschiedet wird und die Sowjetunion gegenüber der Bundesregierung zum Ausdruck bringt, daß diese Erklärung mit dem Inhalt des Vertrages vereinbar ist. Die Form, in der diese Rückäußerung erfolgt, muß sich aus den Verhandlungen ergeben. Ferner ist die angestrebte gemeinsame Erklärung für mehr Freizügigkeit in Deutschland von großer Bedeutung. In der Diskussion

---

27 Protokoll der Präsidiumssitzung in ACDP 07-001-1405. Der Entschließungsentwurf ist nicht vorhanden. Erklärung des Bundesvorstands der CDU vom 15. Mai 1972 in ACDP 07-001-924.

des Landesausschusses wurde Dr. Barzels Beitrag persönlich anerkannt. Mit guten Wünschen und freundlichen Grüßen, Ihr Gerhard Stoltenberg.“

*Barzel:* So, damit sind die Berichte erstattet. Darf ich zunächst die Mitkombattanten fragen, also, vor allem Werner Marx, der hier verdienstvollerweise zum Wochenende ein hervorragender Statthalter für uns alle war, ob es noch einer Ergänzung zum Informationsstand der Kollegen bedarf. Dann können wir die Debatte eröffnen. Das Wort hat Franz Amrehn.

*Amrehn:* Herr Vorsitzender, es bedarf sicher keiner besonderen Unterstreichung, daß die Worte, die wir eben von Stoltenberg gehört haben in bezug auf unseren Vorsitzenden von uns allen mitgetragen werden in der Frage, welche Position er verteidigt oder gefordert hat und in der Frage, wie er das getan hat. Ich glaube, daß hier wirklich aller Anlaß besteht, unserem Vorsitzenden für die Nervenkraft, für die Standhaftigkeit und für die Form, in der er in den letzten Tagen gewirkt hat, zu danken und das ausdrücklich anzuerkennen. (*Beifall.*)

Zweitens: Am Freitag hatte ich ein Gespräch mit einem mir gut bekannten Abgeordneten der SPD. Aus diesem Gespräch habe ich dasselbe entnommen, was ich am Vorabend schon am Fernsehen von Herrn Wehner gehört habe, daß die SPD unter keinen Umständen mehr bereit sei, weitere Frist zu geben über den Dienstag hinaus. Zweitens, daß sie nicht bereit seien, über eine Willenserklärung des Bundestages hinaus eine Bestätigung oder Unterstützung durch die Sowjetunion auch nur noch mal zu versuchen. Ich glaube, wir sollten das wissen in der Beurteilung dessen, was mit der Entschließung des Präsidiums vorgeschlagen wird. Aber das ist auch der einzige Weg, den wir jetzt gehen können, bis zum allerletzten Augenblick zu versuchen, den Inhalt des Vertrages noch in eine andere Richtung zu bringen durch die Bestätigung, die wir fordern.

Ich möchte also den Vorsitzenden und die Mitglieder der Kommission, die dann noch einmal sprechen werden, auf folgende Bemerkungen aufmerksam machen. Es fiel die Äußerung in dem Gespräch, man müsse verlangen, daß der Inhalt der Gespräche, die in den letzten acht oder zehn Tagen geführt worden sind, dann auch publiziert wird, damit man wisse, was die CDU verlangt hat. Was besondere Empörung hervorgerufen hat oder vorgespielt worden ist, ist die Forderung unseres Vorsitzenden, daß die Sowjetunion auch ihm gegenüber eine solche Bestätigung vornehmen müsse und nicht nur dem Kanzler gegenüber. Darin erblicke man doch eine Haltung, die dem Zeugnis der Kommunisten mehr Glaubwürdigkeit beimesse als dem eigenen Bundeskanzler. Ich bitte Sie, zu berücksichtigen, in welche Richtung bereits die Angriffe geführt werden sollen, wir müssen das wissen, damit das vielleicht auch bei dem nächsten Gespräch berücksichtigt wird. Nun machte ich also den Zwischenruf, steht denn das Gespräch heute abend fest? Bisher hat der Kanzler ja nur zweimal angefragt. Wir wollen um 21.00 Uhr, und um 11.00 Uhr hat er gefragt, wann könnt Ihr denn? Und er hat eine Antwort bekommen vor 20.00 Uhr, aber ich habe den Worten des Vorsitzenden nicht entnommen, daß dazu nun auch eingeladen worden sei. Ich könnte mir nämlich denken, daß am Nachmittag schon die Maschine läuft, die CDU hat er nochmals eingeladen, aber sie ist nicht mehr gekommen und schiebt das.



*Barzel:* Wir haben keine Verabredung für 20.00 Uhr getroffen, weil ich das nicht konnte. Wir haben in Aussicht genommen, 20.00 Uhr uns zu treffen, und ich würde das eigentlich gerne im Lauf der nächsten Stunde telefonisch sagen lassen, daß wir um 20.00 Uhr kommen. Daß das für die Fraktion bedeutet, daß sie nur kürzer tagen kann, das tut mir leid.

*Amrehn:* Nun möchte ich in dem Zusammenhang, der hier erörtert worden ist und der an keiner Stelle irgendeine Kritik verdient, doch hervorheben, daß irgendwo vielleicht auch Ende der Woche schon bei uns eine gewisse Beunruhigung darüber entstanden sein könnte, in welcher niedrigen oder minderen Form der sowjetischen Zustimmung wir uns selbst vielleicht abfinden würden. Der Herr Vorsitzende hat eben aber gesagt, daß die Briefform, die gewählt worden ist für den Brief der Deutschen Einheit, nicht genügt, daß das stillschweigende Kenntnisnehmen nicht genügt. Aber um diesen Punkt scheint sich immer wieder die Diskussion neu zu entzünden, und ich möchte also in diesem Zusammenhang auch auf ein Ergebnis aufmerksam machen, das wir im Auswärtigen Ausschuß erzielt haben. Dort ist mit aller Klarheit festgestellt worden, daß der Brief zur Deutschen Einheit zwar im Zusammenhang mit dem Vertrag geschrieben worden ist und ein Interpretationsinstrument bildet, aber selbst nicht zum Vertrag gehört. Insofern ist der Wortlaut des Ratifikationsgesetzes sogar bewußt falsch gewählt. Da steht nämlich drin: „Dem Vertrag und dem dazugehörigen Brief wird zugestimmt.“ Wir haben damals festgehalten, daß das Wort „dazugehörig“ nicht im eigentlichen Sinne zu nehmen sei, sondern mehr in einem übertragenen Sinn. Was um so deutlicher geworden ist, als der nachfolgende Notenwechsel mit den Alliierten ausdrücklich das Prädikat „dazugehörig“ nicht erhalten hat. Hier ist also eine Unterscheidung nicht nur vorgenommen worden, sondern eine Trennung zwischen Vertrag und ergänzendem Interpretationsinstrument. Wenn es mit der weiteren Erklärung ähnlich gehandhabt werden sollte, dann hätte das für sich beinahe keinen Vertragswert. Aber ich sehe meine Bedenken nach allem, was bisher gesagt worden ist, und auch vom Vorsitzenden heute noch mal bestätigt wurde, als ausgeräumt an. Ich wollte den Punkt nur deshalb unterstrichen haben, weil er in der Diskussion unter uns Sorgen ausgelöst hat und ich mit dazu beitragen möchte, die Sorgen zu verringern.

*Barzel:* Darf ich nur zu dem einen Punkt etwas sagen, von wegen der Sowjetunion mehr glauben. Das ist eine Frage, die in der Fraktion eine große Rolle spielte, daß wir uns nach all den merkwürdigen Informationsmethoden am Rande der Wahrheit nicht mehr allein verlassen können auf ein Wort des Kanzlers, sondern daß man, falls man sich verständigt, selbst vom sowjetischen Botschafter die entsprechende Erklärung hören müßte. Dies ist eine Forderung der Fraktion, die völlig billig und normal ist. Weil da eine Regierung an sich gar nicht mehr dran ist, muß der Oppositionsführer schon das selber machen. (*Diskussion.*)

*Gradt:* Herr Vorsitzender, ich finde es, wenn ich das sagen darf, sehr hilfreich, daß Sie in Ihrem Bericht nicht nur das Problem der Verträge als solches angeschnitten haben in seinem jetzigen Stand, sondern gleichzeitig dieses Problem in dem allgemeinen innenpolitischen Zusammenhang begreifen. Wenn wir uns zu entscheiden haben, werden wir einen weiteren Zusammenhang mit eben diesem Vertrag für die Entwick-

lung der Bundesrepublik selbst haben. Man muß sich klar machen, was das praktisch bedeutet. Ich habe, als wir vor 14 Tagen hier über die Frage der Konsequenz aus dem Wahlerfolg in Baden-Württemberg sprachen, gesagt, wenn ein konstruktives Mißtrauensvotum, dann sofort. Das war unter anderem auch deshalb, weil, wenn das Votum ausginge aus dem Gesamtkomplex der Verträge, die Situation für die neue Phase sehr schwer wäre, in der wir dann also die Regierung zu bilden gehabt hätten. Ich möchte jetzt, um nicht Zeit wegzunehmen, nur sagen, daß ich die Sorge sehr, sehr ernst nehme, daß wir zu Wahlen gezwungen werden, auf einen Kampf hin, den ich – so wie die Gesamtsituation ist, im Lande geworden ist – für sehr gefährlich halte. Daß wir uns sorgfältig überlegen müssen, daß wir nicht auf ein falsches Kampffeld abgedrängt werden. Ich könnte dies alles im einzelnen darstellen. Ich unterstelle auch, daß die Diskussion, die wir hier vor 14 Tagen am Montag voriger Woche gehabt haben, dies klargemacht hat. Ich erinnere dabei auch an das, was Kollege Hasselmann gesagt hat.

Zweite Bemerkung: Wir sind ja hier wirklich in der Bundesrepublik erstmals in der einmaligen Situation, daß wir nach dem Ergebnis der Abstimmung über das Mißtrauensvotum und über den Kanzlerhaushalt feststellen müssen, daß wir nicht mehr in der glücklichen Lage einer Opposition sind, die unbeschwert ihren Standpunkt formulieren kann, weil ja die anderen die Mehrheit haben und es zu verantworten haben. Jetzt haben sie keine Mehrheit. Und jetzt sind wir mitverantwortlich für das Regieren. Dies bedeutet, daß wir mitverantwortlich sind, obwohl wir auf das, worüber befunden wird, gar keinen Einfluß gehabt haben, denn dies alles ist bis vor kurzem, wenn man von Berlin absieht, ohne uns und gegen uns geschehen. Aber dies ist die neue Situation, wir sind in Wahrheit Regierungspartei, ohne Regierungsmitglied zu sein. (*Barzel: Das geht etwas zu weit! – Diskussion und Unruhe.*)

Wenn ich den Text vergleiche mit Dingen, die früher einmal opponiert waren, enthält dieser Text wesentliche Verbesserungen. In dem Text ist wesentliches von dem enthalten, was wir für notwendig gehalten haben. Aber ich melde dies nur gewissermaßen als Vorbehalt an, denn man muß ja dann den Text auch gegenüber lesen (*Barzel: Dann kommt's, und dann kommt's!*) und muß ihn in den entscheidenden Punkten von denen, die mit ihm zu tun hatten, analysiert bekommen, um endgültig darüber zu votieren.

Letzter Punkt: die Form. Wenn es gelänge, ich habe, als ich hier die Gedanken hörte, zum ersten Mal das Gefühl, das könnte etwas Eigenes werden. Nur muß ich darauf aufmerksam machen, hier muß man aufpassen, daß man nicht die Grenze des Zumutbaren überschreitet. Ich habe mit großer Aufmerksamkeit heute morgen in dem Leitartikel einer Zeitung, deren Haltung zu den Verträgen jedermann in diesem Raum hinlänglich bekannt ist, von einem Redakteur, der sich zwei Jahre lang alle erdenkliche Mühe gegeben, mit der Lupe und dem elektronischen Mikroskop herausgeholt hat, wo die kritischen Stellen des Vertrags seien, einen hochinteressanten Leitartikel gelesen. Wer ihn nicht gelesen hat, der findet ihn in der Presseschau. Da steht folgender Satz drin: „Man muß sich im klaren darüber sein, daß allein die widerspruchslose Entgegennahme einer deutlichen deutschen Erklärung für die Sowjetunion Probleme aufwerfen würde.“ Und dann führt er im einzelnen aus, daß dies schon sehr viel wäre,

wenn es dann einträte. Ich bin sehr dafür, bis zur letzten Minute eine Position zu beziehen, die möglicherweise uns eine Kommunikation unseres eigenen Standpunktes unmöglich macht, auch für den Fall, daß die Erklärung selbst in allen wesentlichen Punkten nach einer gründlichen Analyse unseren Auffassungen im Großen und Ganzen jedenfalls entspricht.

*Kiep:* Meine Damen und Herren, ich möchte zu den Kriterien, die der Vorsitzende gegeben hat, ohne irgend etwas zu wiederholen, was hier gesagt wurde, erwähnen: Erstens, ich glaube, die Verpflichtung der Opposition in der Lage, in der wir sind, bedeutet, daß wir auch nicht nur im Rahmen als Opposition schadensmindernd wirken, d. h. erkennbare schädliche Entwicklungen durch alle uns zur Verfügung stehenden Mittel verhindern müssen. Und bei dieser Schadensminderung im Mai 1972 dürfen wir uns nicht aus Rücksicht davon leiten lassen, was zu Beginn der Arbeit der Bundesregierung auf außenpolitischem Gebiet im Oktober 1969 unsere Position und die Situation unseres Landes war. Wir haben diese Politik in allen Phasen bekämpft. Wir haben verschiedentlich erklärt, wir haben unsere Alternativen empfohlen. Aber wir haben trotzdem nicht verhindern können, daß sich die politische Landschaft um uns herum durch irreversible Akte dieser Regierung in einer gewissen Weise verändert hat. Und wir müssen uns an dieser Landschaft orientieren, wenn wir wieder Außenpolitik machen wollen, ob uns das nun paßt oder nicht.

Deshalb meine ich, daß im Rahmen der Politik zur Minderung und Verhinderung von zusätzlichem Schaden das, was wir hier tun können, realistisch und nüchtern und nicht perfektionistisch und notorisch gesehen werden darf. Erstens, wir müssen bei dem, was wir jetzt tun, eine tragfähige Grundlage für zukünftige CDU-Außenpolitik schaffen. Wir müssen durch die westpolitischen Aspekte dieser Resolution dafür sorgen, daß die europäische Entwicklung, die politische Einigung Europas, ungehindert weitergehen kann und bei dieser Regierung, die anders geredet hat, auf ihrer Festlegung beharren. Wir müssen erkennen, daß dieser Resolution unsere Festlegung zugrunde liegt und unsere Deutschland Erfahrung in einer ganz wesentlichen Weise reaktiviert worden ist und wieder als ein Instrument der Politik eingeführt wird. Ich glaube, wir müssen schließlich sehen, daß der gegenwärtige Vertragsentwurf, der Vertrag mit der Sowjetunion, der jetzt zur Ratifizierung ansteht, nur eine Episode in der Politik der Sowjetunion und bei der Ausübung ihrer Machtposition in Europa darstellt, und daß wir morgen und übermorgen vor anderen Problemen stehen werden, ich erwähne nur die europäische Sicherheitskonferenz und andere Dinge, die auf uns zukommen. Von daher haben wir im Rahmen der Opposition die Aufgabe, alles zu unternehmen und zu erreichen, daß Europa den größtmöglichen Einfluß auf diese nächste Phase der sowjetischen Politik nimmt, und dazu gehört meiner Ansicht nach auch, daß wir den Versuch unternehmen unter Wahrung der Grundsätze, diese Entwicklung in eine Bahn zu lenken, die für uns wichtig ist.

*Müller-Hermann:* Ich gehe davon aus, daß wir hier in diesem Kreis und auch in der Bundestagsfraktion uns darüber völlig einig sind, daß in diesen beiden wesentlichen Punkten, Modus vivendi und das Offenhalten der deutschen Frage, eine feste Haltung einnehmen müssen, um mehr zu erreichen, als bisher erreicht werden konnte. Es ist

aber sicherlich gut und richtig, daß Herr Barzel auf die innerpolitischen Folgewirkungen hingewiesen hat. Unter all unseren jetzigen Überlegungen und Entscheidungen müssen wir nach unserer Auffassung am Ende aus der Sache herauskommen. Wir sollten uns etwa auf der Linie halten, die der Bundeskanzler Kiesinger uns in der vergangenen Woche vermittelt hat, daß eine künftige von der CDU geführte Politik den Bewegungsspielraum hat, um ihre ursprüngliche Politik fortzusetzen, ohne sich darin von seiten der Sowjetunion dem Vorwurf des Vertragsbruchs auszusetzen. Worin ich derzeit die größte Schwierigkeit sehe, ist der Zeitpunkt. Ich kann mir im Augenblick nicht recht vorstellen, wie das, was wir als eine befriedigende Hinnahme von seiten der Sowjetunion erwarten, bis zum Dienstag oder Mittwoch dieser Woche durchgeführt werden soll. Ich glaube, es ergibt sich jetzt für uns morgen und übermorgen die schwierige Frage, wie verhalten wir uns in dieser Situation. Ich komme auf die Anregung von Herrn Röder zurück, der in der vorigen Woche einmal in die Debatte einwarf, ob man nicht eine dritte Lesung veranstalten könnte mit der Möglichkeit, bei der zweiten Lesung noch einmal sehr deutlich zu sagen, wo für die Vertragsverhandlungen die Mehrheitsverhältnisse vor allem sind, und einen zeitlichen Bewegungsspielraum zu schaffen, der meines Erachtens auch für die Sowjetunion notwendig sein wird. Ich bitte da auch noch einmal um die Klärung der Frage, ob hier für uns ein Ventil besteht, eben zeitlich in Bewegung zu kommen.

*Barzel:* Darf ich dazu noch sagen, es ist ganz klar, daß für den Fall, daß wir heute nacht uns nicht einigen, und das ist aus meiner Sicht immer noch das wahrscheinlichere, daß wir dann morgen mit dem Zeitfaktor in der Hand das nicht auf die Tagesordnung zu bringen versuchen. Das ist, glaube ich, ganz klar. Das entspricht sicher auch der Stimmung der Fraktion. Ich wollte das nur zwischendurch sagen.

*Köppler:* Ich glaube, wir alle stimmen den Kriterien, die hier der Vorsitzende noch einmal dargelegt hat, zu. Ich hätte nur zu der Schwellenfrage noch eine Informationsfrage und möchte gerne dann noch einige Überlegungen hinzufügen. Wenn ich einmal abhake, was bisher unsere Einlassung war und was nach dem Stand der Dinge inzwischen geschehen ist, dann muß man feststellen, unsere stärksten Argumente waren die Protokolle, das hat jeder begriffen. Wenn ich den Bericht von Herrn Birrenbach richtig verstanden habe, ist unser EWG-Vorbehalt dabei, erfüllt zu werden. Außerdem besteht eine erhebliche Möglichkeit, das Thema Freizügigkeit befriedigend abzuhaaken. Offen sind die beiden allerdings entscheidenden Punkte, die Frage der Interpretation des Vertragswerks selbst plus entsprechender Erklärungen, und zweitens die Frage der Verbindlichmachung mit der Sowjetunion.

Zu dem ersten Punkt hätte ich eine Informationsfrage. Sie haben, Herr Vorsitzender, gesagt, das ist so, was Sie uns als Scheel-Text vorgelesen haben, nicht befriedigend. Ist es möglich, darzulegen, wo die Differenzen sind? Denn das ist ja doch wohl das jetzt von der Regierung vorgenommene Zwischenergebnis oder die Quersumme der Kommissionsverhandlungen, die zu diesem Thema stattgefunden haben. Wo liegt die Differenz noch in dieser Frage nach den stundenlangen Sitzungen der gemischten Kommission? Wo ist der entscheidende Punkt? Das ist nicht deutlich geworden. Wenn es möglich ist, würde ich bitten, das noch zu präzisieren. Und was ich eingesehen habe

und gerne gefragt hätte – aber ich sehe ein, die Frage überfordert jeden hier im Saal –, was ist schon von seiten der Regierung unternommen worden, um möglicherweise die Schwelle zu erreichen, was die Verbindlichmachung angeht, die wir ja von Anfang an hier angemeldet haben. Aber wahrscheinlich wird das vor heute abend nicht zu sagen sein. Ich gehe davon aus, daß bei der Sowjetunion ein gewisses Interesse darin besteht, nicht den Schwarzen Peter des Scheiterns bei sich zu haben in dieser Frage.

Wenn es uns weiter gelingt, den Text in der entscheidenden Passage über die Interpretation des Vertragswerks so hinzubekommen, daß wir sagen könnten, unsere Essentials, wie sie ja auch in der Entschließung von Westfalen-Lippe drin sind, sind gewahrt, dann müssen wir unter uns ein ehrliches Spiel spielen. Dann bin ich der Meinung, dann dürfen wir nicht neue Gründe finden, die uns die Möglichkeit eröffnen sollen, vor der Öffentlichkeit die Verträge abzulehnen. Ich unterstreiche das, was Kollege Gradl gesagt hat, wir sind hier in einer Mitverantwortungsposition in der Sache, wir sind aber auch, und darüber sollte man sich nicht täuschen, in der letzten Woche und durch den Vorgang der Verhandlungen überhaupt, nicht in eine bessere Verkaufsposition gekommen, sondern eher das Gegenteil ist eingetreten. (*Zwischenruf*: Ist ja nicht wahr! In eine bessere Verkaufsposition! Daß wir verhandelt haben, hat uns ein ungeheures Prestige eingebracht. – Genau!). Nur, wenn wir in zwei Punkten, die eigentlich ein völkerrechtliches Studium voraussetzen, um sie voll begreifen zu können, (*Barzel*: Na, dann überhaupt nicht mehr begreifbar zu machen!) dann noch sagen, das ist der Dissens, der offen geblieben ist, und wegen dieses Dissenses nein sagen, dann müssen wir uns darüber klar sein, daß durch vorangegangenes Tun – nämlich durch die Kooperation in den letzten Wochen, eine Erwartung in der Öffentlichkeit, in einer breiten Wählerschicht, die für uns ansprechbar, geweckt ist – eine Enttäuschung ausbrechen wird, von der ich nicht ganz sicher bin, ob wir sie argumentativ und propagandistisch relativ schnell aufarbeiten können. Und ich unterstreiche alles, was Herr Gradl anmahnt für die Auseinandersetzung. Der Wahlkampf ist ja im Gange. Ich würde also sagen, wenn die Schwellen erreicht sind, dann sollten wir auch der Bundestagsfraktion die Möglichkeit oder die Empfehlung geben, (*Barzel*: Ihre eigenen Worte ernst zu nehmen.) dann nicht neue Schwellen aufzubauen, sondern die eigene Glaubwürdigkeit auch genau da zu lozieren, wo sie bisher in den öffentlichen Aussagen loziert worden ist.

*Barzel*: Darf ich, weil das drei Fragen waren, drei Punkte sagen, zunächst kriege ich also hier eine erste dpa-Meldung aus München. Das ist also völlig in Ordnung. Strauß: „Ich bin nicht sehr hoffnungsvoll, aber die Tür ist nicht zugeschlagen.“ Ein gemeinsames Vorgehen zwischen Koalitionspartei und Opposition hält er noch für möglich, warnt vor der Hektik usw.

Nun zum Punkt, Herr Kollege Köppler, wo liegt der Streit? Ja, der Streit liegt zunächst mal in sehr viel Punkten, die nur noch Sachverständigen erklärbar sind. Wir wollen doch offen reden! Sehen Sie mal, das ist eine fundamentale Frage, ob die Erschließung anfängt aus Anlaß der Abstimmung über den Vertrag, oder ob sie anfängt zum Vertrag, oder ob sie anfängt im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Vertrages, oder aus Anlaß der Ratifizierung des Vertrages. Das sind z. B. Unterschiede. Der

fundamentale Unterschied ist, ob dies eine Bundestagsentschließung wird, oder ob die Regierung sich die zu eigen macht, und dann eine Note daraus macht. Das sind z. B. formale Unterschiede, die sich gewaschen haben, so wie die Annahme der Sowjetunion.

Zum Inhalt: „Das oberste Ziel unserer Außenpolitik ist die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit.“ Das kann man nicht sagen. Da fehlt z. B. die Freiheit, wenn die Einheit fehlt, da muß mindestens das Wort „oberste“ weg. Dann können wir sicherlich nicht einfach sagen, daß die Verträge dem Frieden dienen. Das habe ich bisher bestritten. Sie gefährden ihn. So hat der Bundesparteiausschuß der Union auf Vorschlag dieses Vorstands beschlossen.<sup>28</sup>

Dann heißt es, die Verpflichtung, die die Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Grenzfrage Warschauer Pakt eingegangen ist, hätte sie daher im eigenen Namen übernommen. Der Satz muß raus. Und deshalb kann ich nur sagen, habe ich versucht, die Linie hier zu bestimmen, mehr kann man ja nicht machen. Dies Papier durch Westfalen, das liegt Ihnen ja hoffentlich allen vor, hat das auf eine Linie gebracht, die vernünftig ist. Das, glaube ich, ist ungefähr das, was hier zum Inhalt zu sagen ist. Und die Sache mit dem Status quo, mit dem Fall des Modus vivendi, dem Friedensvertragvorbehalt und dem Offenhalten in der deutschen Frage muß natürlich rein. (*Zwischenruf*: Wieder rein!) Das war ja schon drin, nicht wahr?

Letzter Punkt: Es kann uns natürlich eine Verhandlungssituation begegnen, deshalb war die Frage sehr wichtig, Herr Köppler, daß die Regierung sagt, also wir sind so in Eile, und nun wollen wir die Sache vom Tisch haben. Wir haben unseren Text mit der Sowjetunion konsultiert, die macht den mit. Da kommen wir in die Lage „Vogel friß oder stirb!“, dann freß ich nicht.

*Von Weizsäcker*: Darf ich zunächst ein paar noch Bemerkungen noch zum Thema Wahlkampf machen? Mit der Bitte, dieses Abkommen in diesem Teil vertraulich zu halten, sie enthalten zwar nichts sensationell Neues, aber sie sind in dieser Form bei der Regierung noch unter „vertraulich“ gehandelt. Es wird aus Anlaß der Unterzeichnung, der Paraphierung des Verkehrsvertrages eine sogenannte verbindliche Information geben, die sich mit Fragen des Reiseverkehrs befaßt. Die Mehrheit der Einzelheiten findet sich in der Öffentlichkeit schon teils aus einem Interview von Herrn Kohl<sup>29</sup>, teils aus Mitteilungen des Bundeskanzlers anläßlich der Debatte über das konstruktive Mißtrauensvotum.<sup>30</sup> Es geht um Reisen aus kommerziellen, kulturellen, sportlichen und wissenschaftlichen Gründen von der Bundesrepublik in die DDR, um touristische Reisen, um die Übergangsstellen, PKW-Benutzung und vor allem auch um Reisen in Ost-West-Richtung bei dringenden Familienfällen, die auch in einer

---

28 Protokoll der Sitzung des Bundesausschusses am 24. Januar 1972 in ACDP 07-001-607.

29 Erklärung Michael Kohls anläßlich der Paraphierung des Verkehrsabkommens zwischen der Bundesrepublik und der DDR am 12. Mai 1972 (BULLETIN Nr. 69 vom 13. Mai 1972 S. 991 f.).

30 Zur Erklärung Brandts zum Verkehrsvertrag in der Debatte am 27. April 1972 vgl. Sten.Ber. 6. WP 183. Sitzung S. 10711.

ausdrücklichen Bekräftigung durch Honecker<sup>31</sup> und Stoph dann vorliegen werden. Man muß so viel immerhin wissen, daß, wenn diese Dinge in einer verbindlichen Form öffentlich bekannt gemacht werden aus Anlaß der Paraphierung und wenn sie dann auch praktiziert werden, sie eine Potenzierung der Eindrücke in der deutschen Öffentlichkeit hervorrufen werden, die wir alle aus den Osterfernsehminuten in Potsdam kennen und die uns allen im baden-württembergischen Wahlkampf immerhin einigermaßen beschäftigt haben. Es handelt sich dabei um Dinge, die auch der DDR-Führung selber weit mehr Kopfzerbrechen verursacht haben als die bisherigen Dinge. Der Vorsitzende hat auf diesen Zusammenhang schon hingewiesen. Jede Woche ein Mißtrauensvotum, bis wir die Freizügigkeit haben. Bei unseren Verhandlungen sagte Genscher so über den Tisch: „Aber Ihr seid Euch doch im klaren, das gilt nur fürs erste Mißtrauensvotum.“ Ich sage: „Nein, bis dahin, daß die DDR hier von sich aus zu verbindlichen Schritten bereit sich gefunden hat, über die vorher nie auch nur forderungsweise verhandelt wurde.“

Es ist dann zweitens eine verbindliche Verabredung zwischen Regierung und uns für den Fall eines Paketes vorgesehen in den nächsten Stufen, dann die uns bekannten Dinge, Heiraten hinüber und herüber, Rentenalter, kleiner Grenzverkehr usw., wie die Prioritätenliste der Freizügigkeit anzustreben? Schließlich drittens ist die Ausschussfrage, d. h. Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses mit dem Ziel, die gemeinsame Linie für die Beziehungsverträge, die noch bevorstehen, abzustimmen. Sie sind sich ja alle darüber im klaren, daß diese Beziehungsverträge in mancher Hinsicht für uns noch sehr viel weiter tragende Bedeutung haben und Schwierigkeiten mit sich bringen werden als die zur Zeit zur Debatte stehenden beiden Verträge. In dieser Richtung also gehen die Freizügigkeitsdinge.

Lassen Sie mich nun zu dem allgemeinen Problem kommen. Herr Vorsitzender, ich stimme Ihrem Petikum, hier nicht definitiv zu votieren, vollkommen zu. Die uns vom Präsidium übermittelte Entschließung des Bundesvorstandes finde ich in Form und Inhalt von hier aus gut. Ich meine nur, wir müssen uns darüber klar sein, was das bedeutet, warum wir hier nicht votieren und nicht in einer präziseren Form eine Entschließung machen wollen. Wenn wir von Ihnen, Herr Vorsitzender, hören, um welchen Punkt bei der Verhandlung es geht, und wenn wir dann unsere Meinung austauschen, ist das vollkommen in Ordnung. Wenn man aber einmal in der Gemeinsamkeitsverhandlung drin ist mit der Regierung, helfen wir natürlich auch dann bloß der Glaubwürdigkeit, wenn man dabei einerseits seine Grundsätze einbringt, aber eben andererseits eine Verhandlung auch wirklich offen führt. Sie haben in Ihrem Einleitungsvortrag, Herr Vorsitzender, zwei Punkte genannt, auf die ich kurz eingehen will.

---

31 Erich Honecker (1912–1994), Dachdecker; 1930 KPD, 1935 Verhaftung, 1937–1945 Inhaftierung im Zuchthaus Brandenburg, 1946 Mitgründer und bis 1955 Vorsitzender der FDJ, 1949–1989 Abgeordneter der Provisorischen und später der Volkskammer der DDR, 1950–1958 Kandidat im Politbüro des ZK der SED, 1960–1971 Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates, 1971 als Nachfolger von Walter Ulbricht 1. Sekretär des ZK der SED, 1975 Vorsitzender des Staatsrates der DDR, 1976–1989 Generalsekretär der SED.

Erstens, die deutsche Frage dürfe nicht präjudiziert werden, das finde ich eine gute und wichtige Forderung. Nicht präjudiziert werden, ist eine andere Ausdrucksform für offen halten. *Modus vivendi*, wir unter uns verstehen, was wir damit meinen. Aber die Sachverständigen wissen, daß auch die Sowjetunion und der Ostblock den Begriff *Modus vivendi* in einer ganz anderen Weise verwenden. Die Festlegung auf den Begriff *Modus vivendi* finde ich mit einigen Zweideutigkeiten versehen, die es nicht zwingend macht, daß wir auf diesem Begriff bestehen. Deutsche Frage nicht präjudizieren, dagegen finde ich gut und richtig.

Der nächste Punkt „notifizieren“. Herr Vorsitzender, ich finde, es gibt einen vorzüglichen Anhalt aus dem Berlin-Abkommen, den Sie uns genannt haben, die dort gewählte Form der Bekanntgabe, der Notifizierung und Bestätigung. Aber ich meine, daß wir natürlich im Sinne der Glaubwürdigkeit unserer Gemeinsamkeitsverhandlungen eben auch hier keine unüberschreitbaren Schwellen errichten dürfen, sonst schlägt die Sache letzten Endes gegen uns selber zurück, wenn es dazu kommt, was Sie, Herr Vorsitzender, dem Fraktionsvorstand und der Fraktion im ganzen einmal berichtet haben, das weiß ich nicht mehr genau, daß man sich nämlich zu vergewissern habe und vergewissern könne, daß die widerspruchslose Hinnahme bedeute, daß nach sowjetischer Auffassung diese Entschließung Geist und Buchstaben des Vertrages nicht widerspreche. Denn wäre es anders, so wäre keine widerspruchslose Hinnahme die Folge. Wenn man diese Vergewisserung also vornehmen könnte, dann bitte ich wiederum zu berücksichtigen – auch das wird bekannt werden und auch hier wird von uns öffentlich zu vertreten sein –, warum das eine so und das andere anders zu bewerten war.

Damit komme ich zu meinem dritten Punkt, nämlich zur Abwägung der Lage, vor der wir stehen. Lassen Sie mich die von Ihnen vorgenommene Abwägung kurz durchlaufen, Herr Vorsitzender, vielleicht etwas scherzhaft pointiert. Wenn es zu einer Ablehnung der Verträge wegen des Widerstandes der Union kommt, wird es so oder so über das Thema Verträge zu neuen Verhandlungen kommen. Das für uns natürlich höchst entscheidende Problem, wie wir aus diesen Neuwahlen herauskommen, sieht für uns durchaus negativ aus, nicht nur wie die Gefahr der Rückkehr zu Weimarer Zuständen. Lassen Sie mich vor allem einen weiteren Punkt nennen, der mir persönlich von meinem Arbeitsgebiet, aber auch von meiner eigenen Überzeugung her besonders wichtig ist: Wir kämpfen darum, die deutsche Frage offen zu halten. Wir kämpfen um die Offenhaltung der deutschen Frage nicht mit Parolen und mit Formeln, sondern mit einer substantiellen Politik. Wenn die Verträge abgelehnt werden und es darüber zu Neuwahlen kommt und in diesen Neuwahlen unsere Chancen so stehen, wie von mir angedeutet, wird die Folge davon sein, daß die deutsche Frage nicht offener bleibt, sondern geschlossener wird, als wir sie je erlebt haben. Wem es wirklich ernst ist um die Frage, die deutsche Frage offenzuhalten, der möge dies bitte berücksichtigen. Die deutsche Frage können wir in der Lage, in der wir sind, nicht in einem paradiesischen Sinne offenhalten, sondern wir können sie nur offen halten in der Lage, in der die deutsche Politik heute nun einmal ist. Und da haben wir nur den Vergleichsmaßstab zwischen einer von den Parteien gemeinsam angenommenen Er-



klärung zur deutschen Frage einerseits und der Gefahr von Neuwahlen nach gescheiterten Verträgen einer Mehrheit der heutigen Regierungskoalition und damit einer Ostpolitik und Deutschlandpolitik andererseits, die der deutschen Frage hinsichtlich ihres Offenhaltens sozusagen ihren letzten Stoß versetzen wird. Man möge nicht sagen, daß auf diesem Weg wirklich der beste Beitrag zur Offenhaltung der deutschen Frage geleistet worden ist. Dieser Punkt ist mir von allen der allerwichtigste. Und aus diesem Punkte heraus meine ich, daß wir es zu dieser Entwicklung nicht kommen lassen dürfen.

Ich sage das in dieser zugespitzten Form, Herr Vorsitzender, denn letzten Endes entscheidet in den Verhandlungen darüber, ob eine Formulierung annehmbar ist oder nicht, oder ob ein Gesamtpaket ausgewogen und für uns annehmbar ist oder nicht, dann natürlich doch unser politischer Wille und nicht die Beurteilung einer bestimmten Formulierung im einzelnen. So unbedingt nötig es ist, die Formulierungen im einzelnen ernst zu nehmen, und so gut es in diesem Zusammenhang ist, daß wir von Ihnen zu diesen Einzelheiten auch nähere Auskünfte bekommen haben.

*Dregger:* Die Entscheidung, die wir zu treffen haben, ist sicherlich ungeheuer schwierig, und die Gefahren sind groß für unser Land und für unsere Partei. Daß wir die Partei sind, die am Ende nein sagt, das hat die bisherige Diskussion vor allem deutlich gemacht. Aber es ist sicherlich auch dann der Fall, wenn wir am Ende ja sagen. Wir können zu diesen Verträgen zwar ja sagen, ohne daß unsere grundlegenden Bedenken echt ausgeräumt sind. Wir haben zwei Jahre lang diese Bedenken geltend gemacht. Ich nehme an, daß wir davon überzeugt waren und das nicht nur ein taktisches Spiel gewesen ist. Wir haben es in einer Weise geltend gemacht, daß davon nicht nur das Parlament Kenntnis genommen hat, sondern die gesamte Öffentlichkeit, daß sich damit viele Menschen in unserem Lande identifiziert haben. Diese Menschen brauchen wir genau so, wie diejenigen, die wir in der angeblichen Mitte hinzugewinnen möchten. Wir können weder auf die einen noch auf die anderen verzichten. Wir müssen überhaupt vor der Öffentlichkeit glaubwürdig bleiben.

Ich habe in den letzten Tagen erlebt, daß auch solche Freunde von uns, die mir immer geraten haben, sorgen Sie dafür, daß diese Sache vom Tisch kommt, jetzt doch etwas ein komisches Gefühl haben, wenn sie hören, wir stimmen jetzt zu. Also, die Entscheidung ist sicherlich auch dann sehr schwierig, wenn wir am Ende ja sagen sollten. Deswegen meine ich, wir können uns aus der Sache nicht davonstehlen. So bequem und so schön das wäre. Wir können nur dann ja sagen – und wenn wir alle ja sagen sollten, wäre das ja die höchste Sanktion, die ein Vertrag bekommen könnte im Bundestag, es wäre nahezu ein einstimmiges Ja –, wenn unsere Bedenken echt ausgeräumt sind. Und zwar einmal durch die inhaltliche Abfassung der Entschließung und zum anderen dadurch, daß die wirklich relevant wirkt. Und ich meine, daß das, was der Vorsitzende dazu ausgeführt hat, die richtige Mittellinie ist.

Wir können selbstverständlich nicht verlangen, daß die Sowjetunion sich mit unseren Zielen identifiziert. Aber sie muß durch eine Note der Bundesregierung Kenntnis erhalten, und sie muß durch eine weitere Note den Eingang bestätigen. Das sind auch die Informationen, die ich eingezogen habe. Ich glaube, wenn das nicht geschähe, dann

fehlte es an der außenpolitischen Relevanz, und wenn die Sache außenpolitisch nicht relevant ist, dann scheint sie mir auch innenpolitisch nicht möglich zu sein. Es ist klar, das Beste wäre es, wir könnten unsere Bedenken ausräumen und könnten dann ja sagen. Das wäre in jeder Hinsicht das allerbeste, und wir sollten sicherlich keine Anstrengung unterlassen, die zu diesem Ende führen könnte. Aber wenn das nicht gelingt, dann müssen wir auch die Kraft und den Mut haben, nein zu sagen und dann die Schlacht durchzustehen, die kommt und die sicherlich schlimm und nicht einfach sein wird.

Ich meine, zwei Dinge sollten wir als Parteivorstand von der Fraktion erbitten, daß sie geschlossen bleibt und nicht auseinanderfällt. Wir wissen, wie schwer das sein wird. Sowohl, wenn am Ende nein, wie wenn am Ende ja gesagt werden sollte. Aber wenn wir am Ende ja sagen sollten, dann ist es sehr wichtig, daß die Fraktion geschlossen ja sagt, damit wir es als einen wirklichen Erfolg hinstellen können, der es rechtfertigt, daß wir diese Position beziehen. Und wenn wir am Ende nein sagen sollten, dann ist es ebenfalls wichtig, damit dieses Nein glaubhaft ist. Deswegen wäre ich dankbar, wenn der Vorstand vielleicht über die Entschließung hinaus, die hier gefaßt worden ist, doch den Bericht des Vorsitzenden zur Kenntnis nimmt und ausdrücklich billigt. Dann ist immer noch Spielraum genug für die Verhandlungen, die jetzt zu führen sind heute abend, und für die Entscheidungen zu treffen sind. Aber ich meine, daß der Vorsitzende diese Rückenstärkung braucht und daß er sie auch verdient.

Und dann meine ich, müßte die Partei sich jetzt vorbereiten in jedem Fall, wie die Entscheidung auch sein wird am Ende, ja oder nein, zu einem Propagandafeldzug ungeahnten Ausmaßes, denn es wird eine Schlacht werden, die ja im Grunde schon eingesetzt hat. Ich habe an einem Gewerkschaftskongreß in Hessen teilgenommen am vergangenen Freitag.<sup>32</sup> Da lief das an, was der DGB-Vorsitzende, der SPD-Vorsitzende, der SPD-Vertreter, der Regierungsvertreter sagten. Es war genau dasselbe, die gleichen Stichworte, die gleichen Parolen, und wir müssen dagegen angehen, gleichgültig, wie wir uns in unserem Beschluß entscheiden sollten. Also diese beiden Bitten, den Bericht des Vorsitzenden ausdrücklich zu billigen und diesen Propagandafeldzug vorzubereiten, den wir auf allen Ebenen führen müssen.

*Schwarz-Schilling:* Zunächst möchte ich Ihnen für diesen sehr umfassenden Bericht danken. Ich glaube, wir haben alle den Eindruck gewonnen, daß Sie mit großer Zähigkeit und Festigkeit diese Verhandlungen führen. Ich glaube aber, wir stehen hier heute vor einer Entscheidung, die unter Umständen über das Regieren oder Nicht-Regieren für die Jahre bis 1977 entscheiden wird. Ich möchte nicht nur sagen, unter Umständen, sondern wahrscheinlich. Aus diesem Grunde müssen wir uns über die reale Situation hier unter uns auch Rechenschaft abgeben. Und da möchte ich als erstes feststellen, daß natürlich der Verhandlungsspielraum für Sie als Vorsitzender groß genug sein muß, da unser Handlungsspielraum kleiner geworden ist. Unser Handlungsspielraum ist kleiner geworden seit unserem Versuch zur Kooperation, weil sich die Dinge ja verändert haben. Und insoweit muß der Verhandlungsspielraum, den Sie nach der

---

<sup>32</sup> Nicht ermittelt.

heutigen Situation haben, so sein, daß Sie auch am Schluß noch einmal vertreten können, was hier zur Debatte steht.

Lassen Sie mich ganz kurz die folgenden Alternativen noch einmal hier durchspielen. Ablehnung von uns, Scheitern der Verträge im Deutschen Bundestag, bedeutet Neuwahlen mit dem Thema Ostverträge, und zwar sicherlich sehr schnell danach. Daß wir dann nicht mehr so dastehen, wie vor drei Wochen, habe ich eben gesagt, denn in der deutschen Bevölkerung wird zusätzlich hineingenommen werden können, die Opposition hat Einblick in die Protokolle bekommen. Die Opposition hat das Angebot bekommen, die für sie kritischen Fragen durch eine gemeinsame Resolution aus der Welt zu schaffen. Und diese Resolution wird in alle Welt verbreitet werden. Und kaum ein normaler Bundesbürger wird verstehen, was sich zwischen unseren beiden und dieser Resolution abgespielt hat. Ich würde also sagen, denkbar schlechter Ausgangspunkt für Neuwahlen.

Die nächste Situation: Ablehnung, aber dennoch Zustimmung im Deutschen Bundestag durch eine kleine Mehrheit, ist ja durchaus auch eine der realistischen Option. Auch hier werden wir einem Status quo minus gegenüber früher ins Auge zu sehen haben, denn man wird uns vorhalten, daß durch unsere Weigerung, diese gemeinsame Resolution zu fassen, die deutsche Einheit in dieser Interpretation gefährdet worden ist. Dies macht insofern auch unsere Position schlechter. Selbst bei Zustimmung der Verträge ist das, als wenn die CDU zugestimmt hätte, dann eine Präzisierung des deutschen Standpunktes.

Der nächste Punkt ist, daß der Wähler ebenfalls sich die Frage vorstellen wird, die CDU hat selbst da nein gesagt, also sie war wohl doch auf das Nein festgelegt. Ich bin anderer Auffassung, als es hier eben gesagt wurde, daß man meinte, die Sowjetunion würde alles tun, um diese Kooperation zu ermöglichen. Ich bin der Auffassung, genauso wie Herbert Wehner, daß der Zeitdruck nur dafür da ist, um diese Kooperation möglichst doch zum Scheitern zu bringen, allerdings die CDU nichts nach außen hin getan hat, daß dieser Schwarze Peter etwa bei der Regierung oder bei der Sowjetunion gelegen hätte. Herr Wehner weiß ganz genau, daß für ihn die Ablehnung seitens der CDU als Ausgangspunkt für die positivsten Positionen der zukünftigen Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sein wird. Und deswegen bin ich auch der Meinung, daß er das entsprechend einkalkuliert hat.

Die Konsequenz aus dem, was ich sagen will, Herr Vorsitzender, bei dieser Festigkeit, die Sie zum Ausdruck gebracht haben, bedeutet auf der anderen Seite bitte nicht die Überreizung der Situation von unserer Seite. Wir können nur zwei Alternativen hier ins Auge sehen: Entweder wir wollen noch etwas an dem Text verbessern, und da wird es sicherlich Möglichkeiten geben, ob Sie so weit gehen, daß man genau diesen Satz hinein nimmt, wie er hier in Westfalen gesagt worden ist (*Barzel*: Das ist ja ein Satz der Bundesregierung.) – das ist klar, eine Regierung sagt vieles, aber ob das nacher von der anderen Seite bestätigt werden soll, ist eine zweite Frage – oder aber, ob wir mehr darauf Wert legen, daß die Sowjetunion diese Dinge in einem stärkeren Maße bestätigt.

Ich persönlich möchte sagen, diese beiden Dinge stehen in einem inneren Zusam-

menhang, und wir werden kaum, ich möchte es hier einmal drastisch sagen, den Deutschland-Vertrag mit den Westmächten jetzt mit der Sowjetunion nachholen können, indem wir sie sozusagen jetzt, was selbst Adenauer nicht gelungen ist, auf die Ziele des Deutschland-Vertrages festlegen wollen. Ich glaube, das wäre eine Situation, die wir niemals glaubwürdig in der Öffentlichkeit verkaufen könnten, nämlich die meines Erachtens total unrealistische Situation, die hier auch in der internen Diskussion manche gar nicht sehen.

Deswegen, bei der alternativen Abwägung, würde ich votieren für eine stärkere Präzisierung des Textes, denn es käme gerade darauf an, daß die deutsche Seite geschlossen ein einheitliches Votum und damit eine einheitliche Interpretation dieser Verträge gibt. Und wenn das selbst im Widerspruch zu den Protokollen steht, dann ist die Bundesregierung diejenige, die hier irgendwo unwahr gespielt hat, und die sich nicht mehr herauslügen kann, weil sie nämlich dem mit zugestimmt hat.

Was die Bestätigung der Sowjetunion angeht, Herr Vorsitzender, ich weiß nicht, ob das stimmt, aber es steht in der heutigen „Frankfurter Allgemeinen“, daß damals, als 1955 der Bundeskanzler den Brief für die deutsche Einheit geschrieben hat, dieser Brief zurückgewiesen worden sei.<sup>33</sup> Bei diesen Vorbehalten habe es sich um deutsche Interpretationen gehandelt; nach Bundeskanzler Adenauer im Deutschen Bundestag sei eine einseitige Erklärung der Bundesregierung ausreichend. Diese Erklärung, fuhr Adenauer damals fort, mußte nur der anderen Seite zugegangen sein. Dies ist geschehen. Die deutschen Vorbehalte sind damit völkerrechtlich wirksam geworden. Die Erklärung muß nicht etwa, um völkerrechtlich wirksam zu werden, von der Gegenseite angenommen werden. Das sagte hier, nach diesem Bericht, wörtlich Bundeskanzler Adenauer.<sup>34</sup>

Ich möchte also sagen, wenn Sie das erreichen, was in der Berlin-Regelung steht, dann würde ich sagen, haben wir das Maximum dessen erreicht, was auf der Frage der Sowjetunion überhaupt erreichbar erscheint. Ich möchte Sie also zum Abschluß bitten, auch die realistische Alternative zu sehen, wenn wir hier einen Zentimeter nicht erreicht haben, was dennoch dann für 1977, bis 1977 hier für uns auch auf dem Spiel steht.

*Barzel:* Ich glaube, ich darf Ihnen ein Wort dazu sagen, Sie haben aus den ganzen Einlassungen der Politik der letzten 14 Tage, 2 ½ Wochen, gemerkt, daß wir uns hier bemühen, alle Festigkeit mit dem Augenmaß zu verbinden, für das Sie hier eigentlich appellieren, habe ich Sie so richtig verstanden? (*Schwarz-Schilling:* Ja!) Zur Sache mit Adenauer: Dieses Mißverständnis wird kein Mensch mehr auflösen. Das heißt, alle Leute sagen, es ist total falsch. Adenauer hat zwei Sachen gemacht in Moskau, außer vielen anderen. Einen Vertrag, da steht drin, wir nehmen diplomatische Beziehungen

---

<sup>33</sup> Vgl. KILIAN S. 200, 348–350.

<sup>34</sup> Adenauer erklärte in der Bundestagssitzung am 22. September 1955: „Bei den Vorbehalten handelt es sich um eine deutsche Rechtsverwahrung. Für eine solche ist eine einseitige Erklärung der Bundesregierung ausreichend. Diese Erklärung muß nur der anderen Seite zugegangen sein. Dies ist geschehen, und die deutschen Vorbehalte sind damit völkerrechtlich wirksam geworden. Die Erklärung muß nicht etwa, um völkerrechtlich wirksam zu sein, von der Gegenseite angenommen werden.“ Vgl. Sten.Ber. 2. WP 101. Sitzung S. 5646.

auf und wollen die Einheit. Das ist ein Vertrag. Und dann gibt es eine Erklärung, wo er sagt, im übrigen vertrete ich ganz Deutschland. Und dagegen haben die protestiert. Das, sagte der Bundeskanzler, war aber ein rechtsgültiger Vorbehalt. Die Frage, vor der wir doch stehen, ist doch nun im Grunde: Genügt hier ein rechtsgültiger Vorbehalt der deutschen Seite, oder ist eine Verbindlichmachung der Sowjetunion nötig? Hier liegt die Fraktion fest in der letzten Frage. Wie das zu erreichen ist, dazu habe ich hier eine politische Erklärung abgegeben. Das wollte ich nur zur Ergänzung sagen. Diese Sache ist also – selbst bis in die „Frankfurter“ hinein mißverstanden – vor dem Bundestag gesagt, das passiert bei jeder Debatte wieder, man muß es immer wieder aufklären.

*Lorenz:* Es ist hier schon verschiedentlich gesagt worden, daß seit Unterzeichnung der Verträge in Wahrheit die Situation nicht einfach offen geblieben ist, sondern daß die Entwicklung weitergegangen ist bis zu einem Zeitpunkt, von dem man manche Dinge einfach nicht mehr zurückdrehen kann. Es ist darauf hingewiesen worden, wie sich andere Nationen und Regierungen, insbesondere unsere Verbündeten im Westen, im Zuge der allgemeinen Entspannungspolitik eingerichtet haben, und es ist auch schon gesagt worden, daß wir selbst innenpolitisch durch die Tatsache, des „so nicht“ statt des Neins und dem konsequent folgenden Entschluß, mit der Bundesregierung zu verhandeln, schon den Versuch eine Einigung zu erreichen, tatsächlich auch bestimmte politische Ergebnisse erreicht haben, die nicht einfach mehr zurückzudrehen sind.

Ich sage Ihnen ganz offen, wir wissen ja alle, daß die Sowjetunion bestimmte politische Absichten verfolgt, die unseren entgegengesetzt sind. Aber ich glaube, wenn es in Folge schon gelingt, eine Formulierung zu akzeptieren, bei der klar wird, daß wir uns diesen Bestrebungen der Sowjetunion nicht unterwerfen, dann ist es fast das, was wir heute am ehesten noch erreichen können, und was uns wenigstens die Möglichkeit läßt, wenn die CDU/CSU wieder einmal an die Regierung kommt, auf dieser Grundlage eine Politik zu machen, die den neuen Gegebenheiten in der Welt entspricht. (*Unruhe.*) Ich bin der Auffassung, daß in dieser Blickrichtung alles dafür spricht, den letzten Versuch zu wagen, um die Möglichkeit einer gemeinsamen Verabschiedung herzustellen. Ich darf noch mal zu Formulierungen kommen und gehe dabei von der westfälischen Entschließung aus. Da ist unter dem Punkt 3b vorgeschlagen, das steht nicht im Widerspruch zu den Verträgen.<sup>35</sup> Das, lieber Herr Dr. Barzel, scheint mir auch in dem jetzt vorliegenden Entwurf (*Barzel:* Es sind die Sätze der Bundesregierung!) fast wörtlich enthalten zu sein. Die Problematik ist der Punkt 3a, da ist nämlich in dem Entwurf der Bundesregierung lediglich etwa gesagt, die Verträge nehmen keine friedensvertragliche Regelung für Deutschland vorweg. Dabei wird offengelassen, ob es überhaupt jemals zu einem Friedensvertrag für Deutschland kommt. Und hier muß ich Herrn von Weizsäcker zustimmen, daß die deutsche Frage offen gehalten

---

35 Punkt 3b der Entschließung lautet: „Das deutsche Volk besitzt ein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung. Die Politik der Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands im Rahmen einer europäischen Friedensordnung steht nicht im Widerspruch zu den Verträgen.“ Vgl. Anm. 13.

wird, insbesondere wenn ich höre, daß es ja offenbar nun einmal in einem Entwurf dringestanden hat. Wenn man aber diese beiden Dinge durchsetzen kann, dann scheint mir, daß man ernsthaft in Erwägung ziehen muß, eine Zustimmungsmöglichkeit herzustellen.

Ich darf noch ganz offen sagen, es ist in der Öffentlichkeit, auch bei uns zu Hause nicht so ganz klar gewesen, was denn zur Erfüllung der drei Punkte, die unserer Vorsitzender einmal sehr richtig als Voraussetzung für die CDU/CSU zur Zustimmung deutlich gemacht hat, eigentlich vorliegen muß. Und ich war auch ein bißchen überrascht, daß das, was hier zu Europa und zur Frage der Freizügigkeit und menschlicher Erleichterung gesagt worden ist, nun schon auch nach allgemeiner Übereinstimmung offenbar doch als mindestens wesentliche Erfüllung unserer Vorbehalte angesehen wird. Ich will dem nicht widersprechen. Man müßte nur sagen, wenn das so ist, dann bleibt eben tatsächlich, auch nach einer Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit, nur noch die Frage der Formulierung des Selbstbestimmungsvorbehalts, des Friedensvertragsvorbehalts und die Deutlichmachung der Freiheit der Deutschen, die freie Selbstbestimmung, übrig. Wie unsere Diskussionsredner gesagt haben, wird es dann sehr schwierig sein, sich an einzelnen Formulierungen aufzuhängen. Also ich unterstütze alles, insbesondere den Herrn Vorsitzenden, bei dem Bemühen, bis zum letzten die Möglichkeit wahrzunehmen, hier zu einer Übereinstimmung zu kommen. Also wir sind bereit, in einer schwierigen Situation – wie schwierig sie noch werden kann, auch rein innenpolitisch, hat diese Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg mit Kindern, die schulfrei hatten usw., gezeigt<sup>36</sup> –, wir sind also bereit, das alles auf uns zu nehmen, weil wir natürlich nicht hinter unsere berechtigten Forderungen auch im Interesse unserer nationalen Vorstellungen zurückgehen. Aber ich darf auch ganz offen hier sagen, daß uns allen ein Stein vom Herzen fällt, durch die Berlin-Regelung und das Inkrafttreten der damit zusammenhängenden Verbesserungen, wenn es tatsächlich gelänge, in letzter Minute durch die Verhandlungsführung unserer Freunde eine Einigung zu erreichen, die es ermöglicht, den Verträgen im Bundestag zuzustimmen.

*Barzel:* Ich darf eben Herrn Ackermann bitten, hier allen zu berichten über eine Pressekonferenz der Bundesregierung.

*Ackermann:* Der Sprecher der Bundesregierung, Herr von Wechmar<sup>37</sup>, hat soeben vor der Pressekonferenz mitgeteilt, daß nun die Kontakte der Bundesregierung zur Sowjetregierung über die mögliche gemeinsame Resolution in Gang gekommen seien, und zwar nicht nur über die sowjetische Botschaft hier in Bonn, sondern auch direkt

---

36 Vgl. „Tagesspiegel“ vom 30. April 1972 „Kundgebung mit Brandt und Scheel vor dem Rathaus Schöneberg“.

37 Rüdiger von Wechmar (1923–2007), Journalist; 1948–1958 Leiter des Bonner Büros der Nachrichtenagentur United Press, 1958–1963 Pressereferent des deutschen Generalkonsulats in New York, 1963–1968 Leiter des ZDF-Osteuropastudios in Wien, 1968–1970 Generalkonsul in New York, 1970 Regierungssprecher, 1971 FDP, 1972–1974 Leiter des Bundespresse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1974–1981 Ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen, 1981–1983 Botschafter in Rom, 1983–1988 Botschafter in London, 1988–1994 MdEP. Memoiren: Akteur in der Loge. München 2000.

bei der sowjetischen Regierung in Moskau. Wie lange diese Kontakte in Anspruch nehmen, konnte er nicht sagen, vertrat allerdings den Standpunkt, daß deswegen die Debatte morgen nicht verschoben werden müßte. Auf die Frage, ob sie aus anderen Gründen verschoben werden müßte, wollte er sich nicht äußern. Er hat dann ferner mitgeteilt, daß die Bundesregierung die Absicht habe, daß für den Fall, daß es zu einer solchen gemeinsamen Resolution komme, sie in gesonderter Form den vier für Deutschland verantwortlichen Mächten zu notifizieren.

Schließlich hat er noch darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung bereit und bemüht sei, zu einer Gemeinsamkeit mit der Opposition zu kommen. Sie setze alles daran, um dieses Ziel zu erreichen. Sie sei der Überzeugung, daß der jetzt von ihr vorgelegte Entwurf eine geeignete Grundlage für die weiteren Gespräche sei. Die Regierung hoffe, daß sich auf beiden Seiten eine Koalition der Besonnenen und Vernünftigen bilde. Das war die Bundespressekonferenz. Im übrigen hat er dann (*Barzel*: Jetzt wird es aber Zeit, daß Euer Beschluß auf den Markt kommt!) sämtliche Termine der CDU/CSU bekannt gegeben mit der Begründung, daß die CDU deswegen erst heute Abend zu dem Gespräch zur Verfügung stehe.

*Barzel*: Wir wollen eine Sekunde nachdenken und das würdigen. Wie sich die Kollegen aus der Fraktion erinnern, die mir gesagt haben, auf dieser Basis geht das nicht, hat die Fraktion mir den Auftrag gegeben, geh mal zu dem Bundeskanzler und sage, wir wünschen, rede noch mal mit den Russen, nachdem es vorher hieß, hier kann man nicht mehr reden, da war das ganz geheim. Jetzt sagt der Regierungssprecher, wir reden. Das bedeutet doch, daß die mit der Sowjetunion sich intern geeinigt haben. Das kann nun bedeuten, daß sie einen bereinigten Text haben oder wirklich „Vogel friß oder stirb!“ Ich würde wirklich empfehlen, Herr Kraske – ich weiß, Sie haben sicher ein Papier fertig, ich kenne das nicht – es nun mal langsam auf den Markt zu bringen, denn es müssen heute unser guter Wille wie unsere Prinzipien beschworen werden. Damit müssen wir in die Abendnachrichten, und das sollte nun eigentlich bald geschehen. Wir müssen die Debatte hier fortsetzen, aber müssen immer an die Dimension denken, wie sich das unseren Freunden und unseren Gegnern draußen darstellt. 16.00 Uhr ist die späteste Zeit für Pressepolitik.

*Kraske*: Herr Vorsitzender, in den bisherigen, ich glaube 13 Wortmeldungen ist diese Entschließung, die verteilt worden ist vor Beginn der Aussprache, nicht in irgendeinem Punkt kritisiert worden, in einigen ausdrücklich bestätigt worden. Ich würde deshalb denken, der Stand der Beratungen läßt es zu, ohne Präjudizierung den Bundesvorstand zu fragen: 1. ob er dem Antrag von Herrn Dregger zustimmt, den Bericht des Vorsitzenden zu billigen, 2. ob er diesem Entschließungsentwurf zustimmt, damit wir ihn jetzt bereits der Presse mitteilen und sagen können, die Debatte würde weiterhin fortgesetzt? (*Beifall*.) Ein Widerspruch liegt offenbar nicht vor.

*Barzel*: Meine Damen und Herren, dann fahren wir fort. Darf ich mal die Rednerliste sehen.

*Windelen*: Ich glaube, wir sind uns alle klar darüber, daß die Entscheidung, die wir in dieser Frage treffen werden, weit in die Zukunft weist. Ich glaube, sie muß getragen sein von Glaubhaftigkeit, d. h. also nicht augenzwinkernd. Dafür wird vor allem Ner-

venstärke bis zu letzten Augenblick gebraucht. Ich glaube, daß in diesem Rennen der ans Ziel kommt, der die besseren Nerven behält und – Sie sollten sich einmal informieren – wie es damit bei der anderen Seite aussieht und wie dort die Nerven flattern. Sie sollten nicht glauben, daß nur wir Probleme haben. Die anderen haben sie mindestens in gleicher Weise.

Sie haben, Herr Vorsitzender, abgehoben auf die Entschließung des westfälischen Landesvorstandes. Sie kam zustande nach einem Bericht des Landesvorsitzenden, d. h. einem Bericht meinerseits. Es war ursprünglich nicht beabsichtigt, eine Entschließung zu fassen. Sie wurde verlangt. Ich muß zunächst noch vorwegnehmen, daß der Fraktionsvorsitzende nicht einmal darüber informiert war, daß so etwas stattfinden würde, er ist also völlig unschuldig daran. (*Barzel*: Ausnahmsweise!) Eine Entschließung wurde verlangt, und die beteiligten Bundestagskollegen mußten dafür sorgen, daß sie abgeschwächt wurde, d. h. also, daß unsere Linie eines Kompromisses darin deutlich zum Ausdruck kam. Das war die Position. Und ich füge hinzu, daß wir den stärksten Druck vom Sprecher der Jungen Union<sup>38</sup> bekamen, das war die Ausgangslage. Mit dieser Formulierung ist es uns ernst. Aber ich sage Ihnen ganz deutlich, wir haben aufgepaßt, wie wir sie formuliert haben, und sie darf nun nicht augenzwinkernd verstanden werden. Das heißt also, nicht nur verbal, sondern in der Substanz sollte es klar sein. Wir haben uns ausschließlich dabei bezogen auf wörtliche Formulierungen, die die Bundesregierung dem Parlament, und zwar nicht in beiläufigen Interviews, sondern in offiziellen Dokumenten und Deklarationen gegeben hat. Und zwar nicht, und ich glaube, das muß unser Grundsatz bleiben, um uns jetzt taktisch zu entlasten, sondern weil wir das, was die Bundesregierung uns erklärt hat, eben auch unsererseits meinen müssen.

Ich habe diese Linie gestern auf dem Marktplatz in Bonn vor 20.000 oder 25.000 oder 80.000, ich habe sie nicht gezählt, Vertriebenen genau so vertreten. Ich habe dort gesagt – und es war nicht leicht –, die Opposition hat ihr geschlossenes Nein zu den Verträgen angekündigt. Daran habe sich bis heute nichts geändert. Dieses Nein kann nur dann überprüft werden, wenn alle ihre Bedenken, die auch die Bedenken der Vertriebenen sind, durch eine eindeutige Festlegung ausgeräumt werden, der auch die Sowjetregierung zustimmt. Der Kollege Czaja hat, und Sie werden abschätzen können, was das bedeutet, den gleichen Standpunkt vertreten. Das heißt also, hier wird nicht taktiert, sondern hier wird ernsthaft argumentiert, aber das muß dann für alle gelten. Das heißt, wenn die eigenen ernsthaft argumentieren, dann können die anderen nicht sagen, war schön, aber wir können ja hier noch ein bißchen verbal so nachgeben, daß das nach außen fast genau so aussieht, aber in der Essenz etwas völlig anderes ist.

Ich kriege in der Zwischenzeit Nachrichten, daß die Bundesregierung, die ja wohl auch über dieses Papier berät, oder die Koalition etwas geändert haben möchte. Interessant ist, was sie geändert haben möchte. Und der Kollege Mikat hat wesentlich mit-

---

38 Hans Werner Schmöle (geb. 1942), Unternehmer; 1958 CDU und JU, 1969–1975 Mitglied des Stadtrats von Werdohl, 1970–1972 Vorsitzender der JU Westfalen-Lippe, 1972–1983 MdB.



gewirkt, die Verträge als Einheit zusammenzubinden, und zwar in Übereinstimmung mit den Erklärungen der Bundesregierung, die die Warschauer und Moskauer Verträge als ein Ganzes behandelt haben. Nunmehr möchte die Bundesregierung oder die Koalition diese Äußerungen nur auf den Moskauer Vertrag beziehen. Sie hat aber in ihren Auskünften immer von „den“ Verträgen gesprochen. Kollege Mikat hat es immer verstanden, diese Einheit in den Vorverhandlungen zu bewahren. Jetzt soll sie aufgelöst werden. Das ist nicht nur eine Formulierungsänderung, sondern das ist die entscheidende Änderung in der Substanz. Deswegen bitte ich um Verständnis dafür, daß man hier nicht sagen kann, das hört sich doch fast genau so an, und das begreift draußen keiner mehr. Ich glaube, in so schlechter Position sind wir gar nicht. Wir beziehen uns auf die Formulierung der Regierung. Wenn die Regierung davon abrücken will, dann muß sie doch begründen, warum sie zu diesem Wort nicht mehr steht, doch nicht wir, warum wir auf diesen Erklärungen der Bundesregierung bestehen.

Und wenn man sagt, das sei doch nur ein kleiner Unterschied, und warum ist der für Euch so wichtig, dann können wir doch die Gegenfrage stellen: Das ist doch nur ein kleiner Unterschied, warum läßt es die Regierung daran scheitern? Die Position ist hier für beide Teile faktisch die gleiche, die Frage ist nur, ob es uns gelingt, das in der Öffentlichkeit umzusetzen. Aber ich glaube, damit kann man keine Politik machen, meine Freunde. Nur deswegen, weil man sagt, wir werden Schwierigkeiten haben, das in der Öffentlichkeit umzusetzen, deswegen müssen wir in der Substanz unseren Standpunkt aufgeben, das hieße, uns selbst aufzugeben. Ich glaube, so kann man nicht verfahren.

Die Entwicklung in der Koalition ist interessant. Wir haben in einem Zwischenpapier schon die Freiheit mit drin, die ist jetzt wieder raus. Warum ist sie jetzt wieder raus? Weil das nur eine Nuance ist, oder weil die Regierung hier mit uns eben verschiedener Meinung ist?

Auch die Frage des Offenhaltens war ja schon beim Zwischenstadium drin. Jetzt soll das wieder rauskommen. Ich bitte hier um Verständnis, hier geht es nicht um Glättungen von Formulierungen, sondern hier geht es eben um die Grundprinzipien unserer Politik. Und wenn die Bundesregierung jetzt auf einmal den Warschauer Vertrag nicht mehr miteinbinden möchte, den sie damals eingebunden hat mit Rücksicht auf Karlsruhe, dann müssen wir sie fragen, wie sie dann denn noch in Karlsruhe bestehen will, wenn sie das, was sie mit Rücksicht auf Karlsruhe in ihrer Antwort zusammengebunden hat, jetzt wieder aufschnüren will. Diese Frage muß doch dann ganz deutlich gestellt werden.

Hier ist auf die Folgen eines Ja und eines Nein hingewiesen worden, wobei man immer die Frage stellen muß, unter welcher Voraussetzung stellt sich das Ja oder das Nein, das brauche ich nicht zu wiederholen, das ist hier gesagt worden. Hier ist hingewiesen worden, daß es schwer sein werde, jene enttäuschten Wähler oder potentiellen Wähler zu binden oder wieder zu gewinnen, die erwartet haben, daß wir eigentlich schon so nahe sind, daß wir jetzt nicht mehr nein sagen können. Das räume ich ein. Aber ich bitte, in die Rechnung einzubeziehen jene Wähler, nicht potentielle, sondern tatsächliche Wähler, die uns in allen letzten Wahlen nur deswegen gewählt haben, weil wir diese Position in der Deutschland- und Ostpolitik eingenommen haben und die wir

dann mit Sicherheit nicht mehr halten können. Keiner in diesem Raum, auch ich nicht, kann sagen, wie viele das sind. Das sind ... (*Blüm*: Wohin gehen die denn?) Wenn Sie gestern in Bonn auf dem Marktplatz gewesen wären, dann wäre diese Antwort überflüssig, da wurde schon deutlich, wohin sie gehen würden. Aber ich möchte das hier nicht ausweiten. Keiner kann sagen, ob wir mit dieser Politik mehr verlieren oder mehr gewinnen. In jedem Fall verlieren wir unsere Glaubwürdigkeit, wenn wir hier nur taktisch operieren würden. Gegen einen Ausgleich habe ich nichts einzuwenden, den habe ich vertreten, dazu stehe ich, aber gegen einen Formelkompromiß (*Barzel*: Sehr gut!), der uns die Glaubhaftigkeit rauben würde, muß ich in aller Deutlichkeit mich aussprechen.

Oder das nächste, ich habe begründeten Anlaß zu der Annahme, daß Moskau und Warschau in dieser Frage der Klarstellung und breiten Mehrheit wahrscheinlich konzilianter ist als die Bundesregierung selber. (*Barzel*: Ist doch ganz klar. Das weiß ich doch!) Kollege Barzel wird wahrscheinlich, wenn er es nicht inzwischen hat, einige Unterlagen dafür bekommen, und er wird Sie darüber unterrichten, aber ich glaube, wir sollten das zur Kenntnis nehmen, weil der Kollege Schwarz-Schilling ja umgekehrt argumentiert hat, die Bundesregierung wolle, Moskau und Warschau aber nicht. Die Position ist eher umgekehrt, daß die Bundesregierung befürchtet, ihre innenpolitische Operationsbasis zu verlieren, wenn sie jetzt konzedieren muß, daß sie unrecht verhandelt hat, daß mehr hätte herausgeholt werden können und daß sie deswegen der Vorwurf trifft. Aber das, meine Freunde, müssen wir in unseren Standpunkt mit einbeziehen. (*Barzel*: Das müssen wir der Regierung zumuten.) Wenn die Regierung in dieser Phase schon bereit ist zu kapitulieren, nun dann können wir doch von Moskau und Warschau nicht erwarten, daß sie dann noch etwas tun, was unsere Position festigen könnte, das hieße wirklich, diese Leute zu überfordern.

Das letzte, was ich noch sagen wollte, das war die Feststellung – die schien unwidersprochen zu sein, ich möchte hier mindestens Zweifel anmelden –, wenn die Ostverträge an unserem Nein scheiterten, so war offenbar die mindestens unwidersprochene Auffassung, dann gäbe das automatisch und sofort Neuwahlen unter fürchterlichen Vorzeichen. Nun tritt folgendes ein: Der Kollege von Kühlmann-Stumm scheidet dann aus und der Kollege Mende rückt nach und die Regierung hat wieder eine Mehrheit, und sie wird sich das sehr wohl überlegen, ob sie jetzt in dieser Phase in Neuwahlen gehen oder ob sie nicht eine günstigere Situation abwarten soll. Das heißt, ich sehe das mindestens nicht als erwiesen und zwingend an, daß wir dann aus dem Stand heraus in den Wahlkampf treten würden. Ich sehe es als sehr viel wahrscheinlicher an, daß man versucht, über den Herbst zu kommen und dann möglicherweise Neuwahlen in Erwägung zieht. Aber Sie wissen, wie schwierig das mit Neuwahlen ist. Hier würde ich mich keineswegs nur auf eine Möglichkeit festlegen, da gibt es noch einige andere Varianten.

*Barzel*: Vielen Dank, ich glaube es war wichtig, diese Erläuterungen zu hören. Ich glaube, was mich wenigstens und alle Unterhändler betrifft, wir machen eine Strategie und eine seriöse Politik.

*Blüm*: Ich kann natürlich nicht die Gedanken der Gegenseite lesen, ich kann nur versuchen, mich in ihre Position zu versetzen. Da spricht alles dafür, daß die Sowjet-

union nicht an einer Gemeinsamkeit interessiert ist. Denn bei einer knappen Annahme der Verträge hat sie beides: Sie hat den Vertrag und sie hat weiterhin das Reservoir von Männern, das sie braucht, um ihren Block zusammenzuhalten. Bei der Regierung läuft das ganze doch wohl, das ist ja hier mehrfach auch angedeutet worden, auf eine Polarisierung hinaus. Auch das ist nicht im Widerspruch zu den Interessen der Sowjetunion. Was die SPD anbelangt, so kann ich mir auch vorstellen, daß Wahlen über die Ostpolitik das beste sind, was ihr passieren kann. Das schlimmste, was ihr passieren kann – da müssen wir, Herr Filbinger, doch etwas aus den Landtagswahlen Baden-Württemberg sagen – ist, daß die Frage nach den inneren Reformen gestellt wird, daß Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zum Vorschein kommt. Denn hier lösen sich alte Fixierungen zwischen Arbeitnehmerschaft und SPD auf, wenn diese Fragen gestellt werden. Die werden aber wieder gefestigt, wenn es einen Wahlkampf gibt, der lediglich mit ostpolitischen Themen geführt wird. Auch im Falle einer knappen Annahme der Verträge scheint mir die Position von Brandt gefestigt zu sein. Dann wird er derjenige sein, der Gemeinsamkeit gesucht hat und dennoch beständig in der Hektik seine Politik durchgesetzt hat. Ich meine, wir würden bei dem Stichwort Gemeinsamkeit vielleicht – und das müßte jeder bei sich selber prüfen – schon etwas uns fürchten vor einem Umfaller-Komplex, als wäre der Versuch zur Gemeinsamkeit eine Kehrtwendung. Demgegenüber möchte ich sagen, die Gemeinsamkeit ist ja nicht vom Himmel gefallen, sondern sie würde nur kommen, wenn wir mehr erreicht haben, als der Stand vor drei Wochen war. Und das ist doch heute schon der Fall. Es kann doch wohl niemand bestreiten, daß wir heute weiter sind als vor drei Wochen. Wer das bestreiten würde, würde den Blick vor den Tatsachen verschließen.

Ich meine also, wir sollten unser Licht nicht unter den Scheffel stellen. Ich halte es für einen Fortschritt, wenn ich das richtig gehört habe, daß hier ausdrücklich festgestellt wird, daß friedensvertragliche Regelungen nicht vorweggenommen werden. Ich halte das für einen Fortschritt und ich könnte mir denken ... (*Zwischenruf*: Das dürfen Sie so allein, so allein nicht sagen, denn das ist ja der Wunsch der Sowjetunion selbst immer gewesen. Die will ja diese Feststellung. Sie müssen sie hinzunehmen.) Ja, dann weiß ich nicht, warum wir immer gesagt haben, die Sowjetunion würde sich gegen diese Behauptung ... (*Zwischenruf*: Mit dem Zusatz, daß die deutsche Frage offengehalten wird, dann stimmt der Satz!) Ja, dann frage ich mich, warum dieser Satz, warum der schon drin war, wenn der der Sowjetunion so ... (*Zwischenruf*: Ich wehre mich nur gegen die Zitierung des Satzes allein.) Ich hatte ja noch ein paar Sätze. Auch das Selbstbestimmungsrecht ist eine Sache, um die wir gekämpft haben, die jetzt drin ist. Ich halte das für einen Fortschritt. Und wir sollten da nicht so ängstlich sein. Was ich hier schon einmal vorgetragen habe, die Qualität dieses Vertrages wird sich nicht zuletzt in der Praxis zeigen. Völkerrechtliche Verträge zeigen ihre Qualität sehr stark dadurch, wie sie angewandt werden. (*Zwischenruf*: Das heißt, wollen wir die Belastungsfähigkeit der Wirtschaft ausprobieren?<sup>39</sup>). Nein, d. h. es nicht, denn, ich glaube,

---

39 Anlehnung an eine Äußerung von Jochen Steffen, Oppositionsführer in Schleswig-Holstein, der in der SPD marxistische Positionen vertrat.

Sie werden ja wahrscheinlich zwischen völkerrechtlichen Verträgen und dem Sozialprodukt noch einen Unterschied machen. (*Barzel*: Das ist in diesem Kreise unstrittig.) Gut, dann bin ich ja wieder einmal voller Übereinstimmung mit diesem Kreis. Ich glaube, daß wir bei dem, was aus dem Vertrag gemacht wird, durchaus noch die Aufmerksamkeit dieser CDU brauchen und ihre ganze Skepsis. Niemand richtet hier einen Appell an die CDU, sozusagen zu einer Umarmungstaktik, zu einer Harmonie in der Außenpolitik zu kommen. Wir werden im Verfolg dessen, was aus dem Vertrag herauskommt, noch eine Menge Aufgaben haben. Unsere Wachsamkeit wird gerade in Zukunft gefordert werden. Ich glaube gerade unsere Wachsamkeit wird effektiver sein in einer nicht polarisierten Landschaft als in einer Landschaft, in der mit Argumenten zu arbeiten ist. Das, meine ich, wäre ganz sicher so.

Nun aber doch mal etwas zu der Art und Weise der Ratifizierung. Wenn wir den Unterschied zwischen einer widerspruchlosen Annahme und einer Bestätigung zu einer Bedingung aufbauen, die unüberwindbar ist, dann, fürchte ich, werden uns im Anschluß Rechtsgelehrte sagen, daß im Rechtssinne dieses beides gleich ist. (*Barzel*: Wir haben es vorliegen.) Ich halte es immerhin für bedenklich, das sozusagen zu einem Hauptwiderstand gegen die Verträge aufzubauen, wenn ein Großteil der Rechtswissenschaft sagt: Ihr seid im Rechtssinne ... (*Barzel*: Darf ich Ihnen ausnahmsweise ins Wort fallen? Ich habe hier gesagt, und das ist ein wichtiger Satz, „rechtlich verbindlich machen“, und Herr Dregger hat das kluge Wort von „völkerrechtlich relevant“ gesagt, was ich im Ohr habe.) Herr Vorsitzender, wenn ich Ihr Beispiel Adenauer richtig verstanden habe, dann spricht das in der Tat für meine Behauptung, wenn Sie sagen, im Vertrag habe ein Vorbehalt zur deutschen Einheit gestanden, im Adenauerschen Brief habe der Alleinvertretungsanspruch gestanden, den wir aber jahrelang unter Berufung auf diesen Brief aufrecht erhalten haben, als rechtlich relevant. (*Barzel*: Nicht in Berufung auf diesen Brief, sondern auf eine Erklärung der Westmächte und auf einen Vertrag.)

*Kraske*: Der nächste Redner ist Herr Hasselmann.

*Hasselmann*: Meine Damen und Herren, ich glaube, es wäre gut – da ich aus der Provinz komme, kenne ich die Stimmung draußen –, wenn überhaupt nicht der Gedanke aufkäme, daß diese CDU sich im Rückzug befände zu einem Ja zur Veränderung der Lage. Das schadet uns erstens. Und aus dieser Überlegung folgt zweitens das Urteil über die gegnerische Seite. Die gegnerische Seite, ich folge Herrn Windelen voll, ist in einer ähnlichen, nach meinem Dafürhalten verzwickten Situation, denn wir haben es – lassen Sie uns das *expressis verbis* festhalten – ganz ohne Frage mit zwei Parteien innerhalb der SPD zu tun.

Erstens, ich glaube das jedenfalls, die eine Seite, die bestimmt nicht für die Gemeinsamkeit sein kann, wird sagen, wenn die CDU so weiter macht, kaufen sie uns die besseren Verträge. Dann sind sie es gewesen. Zweitens, die Situation, die wir jetzt vorfinden, ist die beste Möglichkeit, die Geschlossenheit der CDU zu spalten. Darauf wird sie setzen. Und ich glaube, wir müssen uns ein bißchen beschäftigen mit der Frage, wie wir hier vorgehen mit unserer eigenen Haltung aus der Sicht der anderen, um daraus eigene Schlüsse zu ziehen. Drittens, was bleibt uns eigentlich beim Wahlkampf,

ob wir ihn jetzt oder in einem Jahr führen, wenn die Ostverträge mit denen gemeinsam und durch sie verbessert über die Bühne gegangen sind? Was bleibt uns dann? (*Unruhe und Diskussion.*) Dann können sie sagen, was wird die Jugend sagen, was wird die Bevölkerung sagen, wenn wir, SPD, diesen Weg mitgehen mit der CDU?

Also, hier würde es nicht, wie Herr Ahlers sagte, notwendig sein, daß Barzel Entgegenkommen, wie er es nannte, jetzt zeigen muß, ob er sich durchsetzen kann – und man meinte dann, vor allem der CSU gegenüber, aber auch unseren eigenen Reihen gegenüber –, sondern es wird darauf ankommen, wenn es diese zwei Seiten in der SPD gibt, ob der Brandt sich durchsetzen kann, wem an diesen Verträgen liegt, wer interessiert an einer Friedenskonferenz ist, und ich will auch von der UNO reden. Das sind doch die entscheidenden Dinge.

Alles das, was wir jetzt tun, scheint ihn ein bißchen daran zu hindern, dahin zu kommen. Muß man überlegen, wie man dahin kommt, und deshalb ist das Wort richtig von Herrn Windelen, daß wir mit an die immerzu denken müssen, die wegen unserer Haltung zu uns gekommen sind. Wir haben uns auch diese Situation mit geschaffen. Nicht nur Helms, sondern auch die anderen. Die gilt es zu bedenken, die 18.000 Vertriebenen, die hier gewesen sind, aber nicht nur sie, auch der einfache Wähler, der sich nicht vorstellen kann, was eine Annahme der Verträge bedeutet.

Die FDP können wir aus dem Spiel lassen, so oder so wird sie sich aufspalten, das ist eine Sache, über die zu reden sich nicht lohnt. Ich glaube, daß wir fragen müssen, wie eine Geschlossenheit in der Fraktion für das eine oder für das andere erreichbar ist, entweder für ja oder nein, wobei ich, Herr Dr. Blüm, keineswegs der Meinung bin, daß das Ja leichter ist für die Fraktion als das Nein. Das Nein ist leichter. Ob uns das gelingt, diese Geschlossenheit sowohl als auch zu demonstrieren? Ich glaube, daß man unter die Bevölkerung tragen kann, daß in der Tat gemäß dieses Vorgangs die Positionen für uns verbessert sind, aber auch die Verträge sind besser geworden, ganz abgesehen von den Ergänzungen, über die hier genügend gesprochen ist. In der Bevölkerung wird wegen der Zerreißprobe und der Nerven der Ruf nach Schluß der Debatte tatsächlich hörbar. Die möchten gerne fertig werden. Ich glaube allerdings, daß Zeitgewinn für die Partei spricht, für unsere Partei. Wenn Sie morgen erreichen könnten, Herr Dr. Barzel, daß Sie nicht in die Debatte eintreten, dann erläutern Sie, und dann hören wir mal. Seine Arbeit wird im Lande mit besonderem Interesse gesehen, weil man weiß, daß es ihm ja nicht nur um Addition von Buchstaben geht, sondern daß er sich ernsthaft mit dem, was darunter zu verstehen ist, auseinandersetzt. Deshalb würde ich meinen, wir können im Bundesvorstand eigentlich nur zur Kenntnis nehmen, unsere Meinung äußern und Sie bitten, in der Fraktion die Entscheidung zu fällen, wenn Sie sie fällen müssen. Wir können kaum noch einen Rat geben. Es gibt im militärischen Bereich diesen Zustand „ohne Lage“. Und dieses „ohne Lage“, das scheint mir im Augenblick der Fall zu sein. Sie sind heute Abend um 22.00 Uhr klüger, wenn Sie um 20.00 Uhr hingehen, deshalb können wir Ihnen und Ihren Freunden auch nicht mehr als alle Handlungsfreiheit bestätigen.

*Krasko:* Darf ich Ihnen in einer besonderen Lage einen besonderen Vorschlag machen? Wir haben, es ist jetzt 16.30 Uhr, noch eine sehr umfangreiche Rednerliste. Ich

würde Ihnen trotzdem empfehlen, daß wir versuchen, entweder bis 17.00 Uhr zum Abschluß zu kommen, oder mindestens schon jetzt unserem Vorsitzenden, mit dem ich nicht darüber gesprochen habe, sagen, daß wir Verständnis dafür haben, wenn er um 17.00 Uhr hier die Sitzung verläßt, denn es gibt um 18.00 Uhr eine Fraktionssitzung und um 20.00 Uhr dieses entscheidende Kommissionsgespräch, und ich glaube, ein Minimum an Ausgeruhtheit unseres Vorsitzenden ist für uns mehr wert (*Beifall.*) als ständige Anwesenheit. Ich bitte also um Verständnis. (*Unruhe und Diskussion zur Geschäftsordnung.*)

*Czaja:* Der Herr Vorsitzende hat gesagt, die vorliegende Regierungsresolution ist unzureichend. Ich glaube, man erkennt das Unzureichende, wenn man es mit dem entscheidenden Punkt des westfälischen Papiers vergleicht. Ich glaube, in zwei Punkten ist die Resolution in entscheidenden Punkten unzureichend. Erstens einmal sagt mit Recht das westfälische Papier, das Offenhalten dieser Verträge beschreibt einen Zustand und schafft keine Rechtsgrundlage für bestehende Grenzen. Also eine ganz klare Aussage. Es kann um einen Gewaltverzichtsvertrag, meinerwegen um einen qualifizierten Gewaltverzicht gegenüber den Mandatslinien, aber nicht eine Grenzankennung gehen. Das war die präzise Linie, die die CDU gegangen ist. Mir scheint in der Resolution der Regierung diese präzise Linie nicht erreicht und nicht bestätigt zu sein. Mir scheint auch nicht enthalten zu sein die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands im Rahmen einer europäischen Friedensordnung. Dies steht im Widerspruch zu den Verträgen. Das ist auch durch den Brief zur Deutschen Einheit nicht gewährleistet, ist in unserer Fraktion im Rechtsausschuß als auch im Auswärtigen Ausschuß so festgestellt worden. Im übrigen auch Herr Bundeskanzler Kiesinger hat in seiner bekannten Rede nach dem Eingreifen in Prag am 2. September 1968 gesagt<sup>40</sup>, Freiheit geht vor Einheit, aber diese Freiheit ist hier in keinsten Weise gewährleistet.

Meine Ansicht ist, wenn es uns nicht gelingt, dies durch eine gemeinsame Vereinbarungsform klarzustellen, auch im Papier zur Geltung zu bringen, daß dann kein Ja oder keine Enthaltung erfolgen kann. Herr Frank<sup>41</sup> hat auch in den Ausschußberatungen nicht widerlegen können, daß er gesagt hat: Die ausdrückliche Bestätigung der Oder-Neiße-Grenze als die Westgrenze Polens – und das sagt er mit Bezug auf Punkt 3 des Moskauer Vertrages – wäre mehr als der *Modus vivendi* und wäre ein Vorgriff auf den Friedensvertrag, also eine Präjudizierung des Friedensvertrages. Und Herr Scheel sagt zu dem gleichen Punkt gegenüber Herrn Gromyko, daß dieser Satz nicht in Übereinstimmung mit der internationalen Rechtslage steht, und deshalb hat auch Herr Birrenbach mit Recht gesagt, nach der bisherigen Kenntnis der Protokolle empfiehlt

---

<sup>40</sup> Vgl. Nr. 5 Anm. 26.

<sup>41</sup> Dr. Paul Frank (geb. 1918), Diplomat; 1950 Eintritt ins Auswärtige Amt, persönlicher Referent des deutschen Generalkonsuls in Paris Wilhelm Hausenstein, bis 1960 Referent für Westeuropa und Nordafrika, 1960–1963 Botschaftsrat an der UN-Mission in New York, 1968–1970 Ministerialdirektor und Leiter der „Politischen Abteilung I“, 1970–1973 Staatssekretär, 1974–1979 Chef des Bundespräsidialamtes. Memoiren: Entschlüsselte Botschaft. Ein Diplomat macht Inventur. Stuttgart 1981.

er ein Nein. Wenn hier in diesem Punkt keine Klarstellung erfolgt, widerspräche das auch dem einschlägigen Beschluß der CDU/CSU-Fraktion vom 26. Mai 1970<sup>42</sup>, die ausdrücklich nicht nur sagte, die Festlegung von Grenzen bleibt einem frei vereinbarten Friedensvertrag mit Deutschland vorbehalten, sondern auch klar sagt, die Fraktion wird sich daher jeder Vorwegnahme von materiellen Grenzregelungen widersetzen. Diese Stellungnahme ist am 15. Oktober 1970 noch einmal bestätigt worden.<sup>43</sup>

Ich stütze mich aber hier nicht nur auf rechtliche Gesichtspunkte. Ich meine politisch, daß ein solches Nicht-Offenhalten der gesamten deutschen Frage letzten Endes nicht einem gerechten oder auch nur einem tragbaren Frieden dient. Ein Kompromiß, der dem einen alles gibt und dem anderen alles nimmt, ist kein Kompromiß, auch nicht ein glücklicher Kompromiß für unsere östlichen Nachbarn. Ich meine das Anstreben eines wirklichen Kompromisses, den ich ja dann noch bis 1967/68 bis hinein in unsere Fraktion vertreten habe. Und das, was ich darunter verstehe, hat er in einem Interview Ende 1971 ja bestätigt.<sup>44</sup> Das Zuschlagen der Tür würde uns nicht gut tun. Zur Ratifizierung selbst könnte ich sagen, daß natürlich nicht nur zur Kenntnis gegeben wird eine Entschließung des Bundestags, weil der Vertreter des Völkerrechtssubjekts ja die Bundesregierung ist. Die Bundesregierung hat sich den Beschluß voll zu eigen zu machen und hat ihn als außenpolitischer Vertreter der Bundesrepublik Deutschland zu überreichen. Wir müssen aus parteipolitischer Sicht sagen, daß der Spielraum der CDU/CSU ein verhältnismäßig geringer in dieser Bundesrepublik Deutschland ist. Wir müssen daher alle Kräfte zusammenhalten, um eine klare Mehrheit, eine tragbare Mehrheit, auch bei den nächsten Wahlen, zu erreichen. Dann entscheiden 2 bis 3 bis 5 %. Herr Dr. Barzel hat bei der vorletzten Bundestagswahl mit Recht erklärt, daß 1,8 % oder 2 % entscheiden werden über die Wahlen. Hinüber oder herüber. Das wird vielleicht etwas größer noch, aber es wird eh wieder der Fall sein. Wir müssen also, wie Herr Hasselmann sagt, alle Kräfte binden, die mit ihrem Vertrauen zur CDU in der letzten Zeit in den Landtagswahlen gestoßen sind, und wir dürfen sie nicht in die parteipolitische und staatspolitische Abstinenz hineintreiben. Wenn Sie in Baden-Württemberg sich die großen Industriestädte ansehen, so sehen Sie, Herr Blüm, und das ist bedeutsam, daß die SPD insbesondere in den Stadtrandsiedlungen zwischen 3 und 1 % der Stimmen bei gleichzeitigem Abfall der DKP verloren hat. Das zeigt doch, daß eine Schicht, die aus sozialen Gründen dort ihre Zuflucht suchte, in der Ostpolitik von der SPD in diesem Wahlkampf sich abgestoßen fühlt. Das darf man bei der ganzen Sache nicht verkennen. Meine Bitte in dieser Angelegenheit ist die, daß wir nicht ein Votum herbeiführen, das es einigen von einem kleinen Teil der Fraktion nicht ermöglicht würde, nicht nein zu stimmen. Und dies ist nur dann möglich, wenn eine Klarstellung, kein Grenzvertrag, sondern ein qualifizierter Gewaltverzichtsvertrag nur erfolgt.

*Barzel:* Vielen Dank für diese sehr präzisen Hinweise.

---

42 Vgl. Nr. 9 Anm. 11.

43 Vgl. Nr. 10 Anm. 14.

44 Barzel im Deutschlandfunk am 25. November 1971 zum Thema „Wo beginnt die Gemeinsamkeit in nationalen Fragen?“ (BPA/Abt. Nachrichten Referat II/4).

*Wex:* Ich kann sicherlich keine rechtlichen Beiträge leisten, aber zum inneren Spielraum, von dem jetzt gesprochen ist und zu den beiden Ausführungen weit in die Zukunft, wie diese Entscheidungen greifen, und auch von der Frage der Substanz dessen, mit dem wir jetzt umgehen. Ich bin der Meinung, daß die Wertschätzung der CDU in der letzten Zeit rapide gestiegen ist und zwar einfach durch die Führung und die Möglichkeit, geschlossen zu votieren. Sogar eine gemeinsame Entschließung und die Verbesserung werden der CDU als Positivum angerechnet, gerade auch jetzt schon in den Verhandlungen. Und wir haben bei der Entscheidung damals, über den Haushalt abzustimmen und dadurch die Regierung zum Nachdenken zu zwingen, ja doch eine wichtige Aussage gemacht, daß wir die Polarisierung nicht über die Ostverträge wollten, sondern daß wir zur Stabilisierung hier in der Bundesrepublik beitragen wollen. Und wenn Sie von dem Blick in die Zukunft gesprochen haben, dann doch auch deswegen, weil die demokratischen Kräfte hier zusammengehalten werden, denn die Auseinandersetzung mit unseren politischen Gegnern hört ja hier nicht auf, sondern sie fängt erst an. Aus diesem Grunde meine ich, der Spielraum, den Herr Barzel noch erreicht hat, hat in der letzten Zeit zu einer großen Stabilisierung einer großen politischen Partei, die unabdingbar ist für die Haltung hier in der Bundesrepublik, beigetragen, und das sollten wir weiter unterstützen mit all den Belangen, die von allen Seiten natürlich in dieser Forderung Bestand haben.

*Kraske:* Ich bitte um Verständnis, da ich selbst auf der Rednerliste stehe, möchte ich drei Bemerkungen machen: 1. Ich habe auf dringenden Rat einer ganzen Reihe von Kollegen, und zwar übereinstimmenden Rat, an der Ihnen vorliegenden Entschließung zwei Worte geändert. Ich habe das Wort „unverantwortlich“ nicht gesagt, und ich habe das Wort „mehrheitsfähig“ ersetzt durch das Wort „zustimmungsfähig“, was wir bisher immer benutzt haben. Da das stets so in der Presse gelaufen ist, möchte ich Sie nur davon unterrichten.

2. Es ist in einem frühen Stadium der Debatte auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, welche Entscheidung wir auch treffen, sie zu begleiten durch eine sehr schnelle und sehr wirkungsvolle Propagandaaktion, Werbeaktion. Herr Dregger, ich glaube Sie hatten es gesagt, das ist natürlich zu sehen unter dem Gesichtspunkt unserer finanziellen Lage. Trotzdem habe ich heute mit dem Bundesschatzmeister ein Gespräch darüber geführt, daß wir für diesen Zweck Sondermittel zur Verfügung stellen. Die Bundesgeschäftsstelle hat unter Führung von Herrn Hennig und unter besonderer Beteiligung von Herrn Krakow, der, glaube ich, hier ist, ein vorzügliches Programm über das Wochenende erarbeitet, das praktisch darauf eingestellt ist, daß in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag bereits die Druckmaschinen laufen. Ich hoffe also, daß wir hier die Kreisverbände schnellstens mit Rednermaterial, mit Argumentationskarten, mit Flugblättern bis hin zu einem Anzeigenentwurf und einem Plakatentwurf bedienen können.

3. Ich schließe mich all denen an, die hier gesagt haben, wenn wir aus dem „so nicht“ eine Zustimmungsfähigkeit machen, d. h. ein Ja machen, dann müssen unsere grundsätzlichen Forderungen erfüllt sein, wir müssen das guten Gewissens tun können und können das nicht nur aus taktischen Gründen tun. Aber wir wissen alle, und das



hat die Diskussion ja auch erbracht, daß es hier natürlich einen gewissen Spielraum gibt, den wir unserem Vorsitzenden mit auf den Weg gegeben haben und an dem wir festhalten müssen, und daß es am Ende möglicherweise doch ein Paket geben wird, über das man dann entscheiden muß. Für diese Entscheidung, die wir dann in der Fraktion treffen und vor der wir nicht mehr diskutieren können, möchte ich zwei Bemerkungen machen aus dem besonderen Bereich, für den Ihr Generalsekretär zuständig ist, nämlich erstens: Nach den mir vorliegenden Informationen wird innerhalb der Bundesregierung und der SPD der Druck immer stärker, bei einem Scheitern der Ostverträge alles zu tun, um so schnell wie möglich zu Neuwahlen zu kommen. Das geht bis hin zu Vorüberlegungen, ob man nicht aus der Parteikasse der SPD diese leidigen Pensionsprobleme, die ja bei manchen das Thema Neuwahlen in besonderer Weise belasten, regulieren kann, außerdem wird es einen ungeheuren Druck eines überwiegenden Teils der Presse und des Fernsehens sowieso in diese Richtung geben. Deswegen würde ich empfehlen, wir sind gut beraten, wenn jeder von uns, der für ein Nein zu votieren gedenkt, in dieses Votum bewußt die Bereitschaft zu Neuwahlen über gescheiterte Verträge hineinnimmt. Was das bedeutet, mache ich Ihnen nicht stimmungsmäßig, sondern ich mache es Ihnen mit einem Beispiel rechnerisch klar. Die 53 % in Baden-Württemberg hätten auf Bundesebene umgerechnet zu einer CDU-Mehrheit 249, im besten Falle 250, Mandaten geführt. Ich stelle jedem, der in Baden-Württemberg war, die Frage, ob wir dort diese 53 % erreicht hätten, wenn wir den Wahlkampf statt auf der Basis des „So nicht“ auf der Basis gescheiterter Verträge geführt hätten, wenn wir nicht versucht hätten, die landespolitischen Fragen, innenpolitischen Fragen ganz stark in den Vordergrund zu rücken, und, ob wir die erreicht hätten, wenn wir nicht gesagt hätten, hier wird zwar über Ostpolitik debattiert, aber entschieden wird über die Ostpolitik an anderer Stelle.

Mein zweiter Hinweis ist der: Ich stimme denen zu, die sagen, diese letzte Woche hat uns einen ungeheuren Zugewinn an Sympathien gebracht. Dieser Zugewinn läßt sich relativ gut lokalisieren. Er betrifft insbesondere Jungwähler, er betrifft Intellektuelle, wenn ich den Begriff mal so wählen darf, und er betrifft die große Gruppe des urbanisierten Mittelstandes. Bei diesen Gruppen sind viele, von denen wir aus der Vergangenheit wissen, daß sie in der Frage ihrer Einstellung zur CDU auf innenpolitischem Gebiet eher bereit waren, die CDU zu unterstützen als in der Frage der Außen- und Ostpolitik. Meine Frage, die ich uns allen mit auf den Weg gebe, ist die, ob wir mit solchen Erkenntnissen, daß wir in diesen Gruppen einen Nachholbedarf haben, nur immer mit Professor Kaltefleiter eine Wahlanalyse anstellen, oder ob wir, im Blick auf eine langfristige Stabilisierung und Verbreiterung unseres Wählerpotentials das auch in unseren Entscheidungsprozeß in einer solchen Frage jetzt einbeziehen werden. Vielen Dank.

*Amrhein:* Herr Vorsitzender, daß ich während einer Diskussion, die unter solchem Zeitdruck hier heute steht, und zwei noch andere Veranstaltungen vor uns liegen, das zweitemal das Wort ergreife, müssen Sie entschuldigen. Ich tue es dennoch, entschuldige mich also und spreche zum zweitenmal, weil ich den Eindruck hatte, daß mein Versuch zu Anfang, kurz auf die Grundlage, die der Vorsitzende hier gelegt hat, zu

greifen und damit abzukürzen, doch zu einer Diskussion geführt hat, in der Töne hörbar geworden sind, denen ich widersprechen möchte, weil sonst jemand eines Tages sagen könnte, das hätten Sie eben an jenem Montag mit zum Ausdruck bringen sollen, wie das neulich in der Fraktion bei einer anderen Angelegenheit einem anderen Kollegen gesagt worden ist, dann hätte er es am Montag anmelden müssen.

Zunächst möchte ich ganz bestimmt dem Grundsatz widersprechen, wir hätten in den letzten drei Wochen mehr erreicht für den Stand der Verträge, als er vor drei Wochen war und deswegen sei unsere Grundposition mehr oder weniger schon verändert. Es handelt sich nicht darum, einige kosmetische Verbesserungen zu erreichen, sondern es muß genug erreicht werden, wenn man seine bisherige Position ändern will.

Zweitens habe ich vom Kollegen Dr. Birrenbach bisher leider noch nicht gehört, worin die Kenntnisnahme, von der heute wiederholt die Rede gewesen ist, bestand. Hat da jemand gesagt, das dauert 14 Tage oder wird vorgelesen, so daß man nicht einmal das bei der Einführungsentschließung, wie hier heute, alles so richtig sofort aufnehmen und beurteilen kann?

Drittens, die Mitteilung, die Herr Ackermann gemacht hat, liegt hier vor, daß die Regierung bereit ist, den Vier Mächten diese Entschließung zu notifizieren. Ich möchte hier an dieser Stelle, den Punkt hatte ich aufgeworfen und der ist wiederholt behandelt worden, noch einmal deutlich sagen: Den Vier Mächten notifizieren heißt überhaupt nur, einseitig etwas mitteilen. Das ist ohne jeden Wert für den Vertragsinhalt. Das bedeutet überhaupt nichts und auch selbst dann nicht, Freund Schwarz-Schilling, wenn es eine einheitliche deutsche Kundgebung des Bundestages ist. Der Vertragstext, so sagten Sie, würde am besten geändert. Das können wir den Russen wirklich nicht zumuten. Aber wenn der Vertragsinhalt eine Veränderung erfahren soll, so möchte ich vorsichtig fragen, muß es doch wenigstens in einem Notenwechsel bestehen und nicht bloß in einem Wort, das der Botschafter Falin dem Bundeskanzler und dem Oppositionsführer sagt.

Und nun möchte ich auch noch mal auf den Punkt, weil das untereinander noch immer nicht hinreichend klar zu sein scheint, kommen, daß Bezug genommen wird auf diesen Briefwechsel von 1955 und auf den einseitigen Brief, den damals Adenauer an Bulganin geschrieben hat.

Zunächst einmal bezieht sich der einseitige Rechtsvorbehalt, den Adenauer mit Bezug auf Alleinvertretung und mit Bezug auf die Grenzen im Jahre 1955 gemacht hat, auf andere Punkte als im Vertrag durch Briefwechsel vereinbart war. Der Briefwechsel enthielt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die in Aussichtnahme einer staatlichen demokratischen Einheit Deutschlands. Das war Vertrag. Die beiden anderen Punkte sind andere Punkte, und da ist der einseitige Rechtsvorbehalt wirksam. Was aber überhaupt nicht geht, ist, einen Vertrag zu schließen und hinterher einseitige Rechtsvorbehalte anzumelden, die mit dem eindeutigen Vertragswillen der Parteien in Widerspruch stehen. Das wäre ein Weg, den wir uns dann vormachen. Das ist kein wirklicher Weg. Und insofern unterscheidet sich Einseitigkeit der Notifizierung oder auch der einseitige Rechtsvorbehalt, der vor dem Bundestag erklärt worden ist, grundlegend von der Berlin-Vereinbarung.

Die Berlin-Vereinbarung besteht im wesentlichen zwar auch aus einseitigen Erklärungen des Westens und des Ostens. Das ganze ist aber zusammengebunden durch gemeinsame Unterschriften, und so nehmen wir es hin. Wir machen es uns nicht zu eigen. Und insofern hat das also wirklich einen großartigen Modellcharakter, daß die Russen etwas hinnehmen, dulden, als nicht vertragswidrig ansehen, ohne es sich im Inhalt zur eigenen Politik machen zu wollen. Das ist die formelle Seite, die man klar haben muß.

Nun komme ich aber zur materiellen Seite, und da hat der Freund Köppler gesagt, wir sollten hinterher, wenn die Punkte unserer Entschließung erfüllt sind, nicht neue Schwellen aufrichten. Freund Köppler, ich bin der Meinung, wir sollten unser eigenes Wort ruhig ernst nehmen. Aber, hier sind in der heutigen Entschließung unsere Vorstellungen auf eine kurze Formel reduziert, die ja inhaltlich mehrere wesentliche Aussagen umschließt. Ich weiß nicht, ob es einen Grund gibt, daß man gesagt hat, nicht präjudizieren statt offenhalten, ob das gewollt ist oder ob das Rücksichtnahme auf polnische Einwände ist, wie man gehört hat, das hört das Volk nicht gern. Aber im Mark besteht ja auch kein Wort von der Selbstbestimmung in dieser Entschließung, und wir meinen doch, daß das Offenhalten oder Nicht-Präjudizieren der deutschen Frage auch unser Recht auf Selbstbestimmung umfaßt. Ich bitte also Freund Köppler, wenn nachher jemand sagt, die deutsche Frage sei doch offen, aber die Selbstbestimmung ist gleichwohl nicht gesichert, das nicht zu betrachten als die Aufrichtung einer neuen Schwelle.

Nun habe ich einen Großteil gesagt. Wir haben im Auswärtigen Ausschuß und in der Antwort auf die Große Anfrage x-fach gehört, daß die deutsche Frage offen bleibe und daß die Bundesrepublik überhaupt nicht in der Lage sei, verbindliche, endgültige Regelungen zu treffen, weil es ja den Vier-Mächte-Vorbehalt gebe. Und das wird auch die Antwort und Erklärung immer wieder sein, die wir von der Regierung hören. Darauf kommt es aber gar nicht an. Der formale Rechtsvorbehalt, den die Regierung immer noch einwendet, ist ja noch wirklich nur ein juristischer Zwirnsfaden für politische Entscheidungen völlig gegenteiliger Art. Worauf es uns ankommen muß, ist doch die Frage, ob wir die Selbstbestimmung unter Vorbehalt des Friedensvertrages materiell in unserer Erklärung offenhalten.

Und damit komme ich zu dem anderen Punkt „Gewaltverzicht und Grenzen“. Hier geht es gar nicht um die Frage, ob die größte Schwierigkeit im Zeitpunkt besteht, wie von Ihnen gesagt wurde, sondern darin, ob der vorhandene Sachgegensatz zwischen unseren Auffassungen und der sowjetischen Auffassung überbrückt werden kann. Der Sachgegensatz besteht darin, daß in der amtlichen Äußerung der Bundesregierung in der Hauptsache steht, Kernpunkt des Vertrages ist der Gewaltverzicht nach Art. 2. Gromyko hat vor dem Obersten Sowjet erklärt, Angelpunkt des Vertrages ist die territoriale Frageregelung nach Kapitel 3.<sup>45</sup> Noch krasser kann doch der Gegensatz

---

45 Zu den Ausführungen Gromykos vor den außenpolitischen Ausschüssen des Obersten Sowjet vgl. EUROPA-ARCHIV 1972 D309–D314; „Süddeutsche Zeitung“ vom 13. April 1972 „Gromyko warnt Bonn eindringlich vor einer Ablehnung des Vertrages“. Vgl. auch die Dis-

nicht sein. Und das kann man nicht mit Worten, auch nicht mit Vorbehalten der Vier Mächte überwinden, sondern das muß politisch klargemacht werden. Freund Köppler, das meinen Sie nicht mit neuer Schwelle? Ich möchte nur heute sagen, daß ich Anlaß habe, diese Punkte noch einmal zu betonen, obwohl sie in unserer heutigen Entschlie-ßung nicht drin stehen. Dann ist das keine neue Schwelle. (*Zwischenruf*: Aber bei Westfalen steht es drin, nicht? Lesen Sie mal den letzten Satz!) In unserer heutigen Entschlie-ßung steht das, was wir doch meinen, und das möchte ich noch einmal hervor-gehoben haben. Damit komme ich zu einem Punkt, der mir ernstliche Sorge berei-tet. (*Diskussion und Unruhe.*) Dann ist es im Bundestag vorbei mit beiden Verträgen und dann wird von sowjetischer Seite noch mehr an Druck ausgeübt oder noch mehr an politischer Entscheidung der deutschen Wiedervereinigung entgegen getroffen. Und von da aus haben Sie eine gewisse Relativierung unserer Betrachtung vorgenom-men, ob es nicht das kleinere Übel oder die bessere Methode des Offenhaltens sein könnte, vielleicht doch ein Ja zu sagen, um damit das Gespräch mit den Sowjetrussen überhaupt noch offen zu halten und andernfalls es nicht mehr ermöglicht zu sehen.

Ich habe das herausgehört. (*Von Weizsäcker*: Die Alternative ist entweder diese Entschlie-ßung im Bundestag rechtskräftig zu machen oder nach Scheitern der Verträge die Wahlen zu verlieren. Und das auf die Offenhaltung der deutschen Frage zu be-ziehen.) Ob richtig oder falsch verstanden, ich möchte solche Erwägungen jedenfalls in meine Erörterungen jetzt einbezogen haben und Ihnen letztlich selbst unter Andro-hung von Gefahren, die da oder dort doch eine Rolle spielen, auch im eigenen Bemü-hen, auch unter Androhung solcher schwierigeren, schwerwiegenderen Entwicklun-gen, ausdrücklich widersprechen, weil da in der Tat am Ende die Entscheidung nämlich lautet, dem objektiven Teilungscharakter der Verträge zuzustimmen, was wir nach draußen mit Sicherheit nicht sagen werden, was aber doch vor uns selbst aus-gesprochen deutlich ist und wir schon aus einer moralischen Kategorie einfach nicht können.

Ich widerspreche Ihnen jetzt nicht mehr, Herr Dr. von Weizsäcker, persönlich, Sie haben ja gesagt, das sei alles anders zu verstehen oder ich habe es falsch verstanden, ich gebe das gern zu, aber ich spiegele, glaube ich, nur etwas wider, was da oder dort doch eben auch erörtert wird. Aus diesem Grunde möchte ich hier das noch einmal für mich jedenfalls klargelegt haben und auf diese Weise auch deutlich machen.

*Kraske*: Herr Seiters, darf ich vielleicht eben die restliche Rednerliste bekannt-geben, dann sind Sie im Bilde? Herr Seiters, Herr Birrenbach, Herr Lemke, Herr Stingl und Herr von Hassel. Um 17.00 Uhr wollten wir Schluß machen, wenn wir es erreichen können. Wir haben es nicht erreicht, aber mindestens Herrn Dr. Barzel die Gelegenheit gegeben, sich vielleicht ein bißchen nur auf seine nächsten Sitzungen vor-zubereiten.

*Seiters*: Ich hatte mich zu Wort gemeldet, (*Starke Unruhe.*) weil in einer bestimmten Phase geäußert wurde, es käme weniger entscheidend auf den Text der Verträge an,

---

kussion im Auswärtigen Ausschuß am 13. April 1972 in AUSWÄRTIGER AUSSCHUSS S. 1519–1522, 1528–1534.

sondern es käme darauf an, eine Situation zu schaffen, aus der heraus wir so schnell wie möglich in die Regierung zurückkehren könnten. Herr Lorenz hatte das so angedeutet. Das würde ich in der Tat für falsch halten. Denn wenn wir einen Text mit einer solch tiefen Schwelle für unsere Forderungen und Bedingungen verabschieden, daß darunter die Glaubwürdigkeit der CDU leidet, dann sehe ich auch nicht, wie wir von dieser Position heraus schnellstmöglich wieder in die Regierung zurückkehren könnten. Von daher möchte ich sagen, ich will bei dieser Entschließung kein Alibi für ein widerstrebendes Ja zu den Verträgen, sondern ich möchte in der Tat eine möglichst deutliche Klarstellung haben, die nichts Unzumutbares fordert vom anderen, wohl aber uns an unseren Grundsätzen und Prinzipien festhalten läßt. Denn wir haben immerhin zwei Jahre lang, bis vor 14 Tagen, noch nicht vorgedacht, wir lehnen Verträge ab, die auf unseren Grenzverträgen beruhen, sondern Sie haben auch gesagt, wir lehnen Verträge ab, die von den beiden vertragsschließenden Parteien unterschiedlich ausgelegt und interpretiert werden. Von daher kommt es in der Tat sehr stark auf den Text an und zweitens auch auf die Reaktion der sowjetischen Regierung.

Und lassen Sie mich ein Wort sagen zu den vertrauten Positionen. Sicherlich haben alle diejenigen recht, die sagen, daß es sehr schwer verständlich ist, draußen im Volk diesen einen oder diesen anderen Punkt zu begründen und als entscheidend auszugeben. Ich glaube aber, daß wir beim Verkauf unserer Position am besten dastehen, wenn wir die Regierung festhalten und festnageln an den Worten, die sie uns selbst gesagt hat.

Das wird draußen sehr wohl verstanden. Dieser Satz ist ganz entscheidend für uns und für die Möglichkeit, unsere Position nach draußen zu vertreten. Und bei allem Respekt vor dem, was hier von Neuwahlen und Konsequenzen gesagt worden ist, ich meine in der Tat, in einer Frage der Glaubwürdigkeit der Partei ist die Angst vor Neuwahlen ein ganz schlechter Ratgeber.

*Kiesinger:* Sie haben gesagt, wir hätten immer gesagt, wir lehnen Verträge ab, die von beiden Seiten verschieden interpretiert werden. Das ist richtig. Das haben wir gesagt, das habe auch ich sehr oft gesagt. Ich möchte nur auf einen Unterschied hinweisen. Sachlich inhaltlich bin ich mit dem einig, was der Vorsitzende hier vorgetragen hat. Es ist aber natürlich etwas anderes, wenn wir einen Weg gehen – man sollte den Ausdruck Vorbehalt hier weglassen, weil Vorbehalt völkerrechtlich nur bei multilateralen Verträgen möglich ist, deswegen ist der Terminus technicus Vorbehalt hier falsch – wenn wir einen Weg gehen, bei dem in der Tat eine verschiedene Auslegung der Verträge übrig bleibt. Etwas anderes werden und könnten wir niemals erreichen, also eine Bestätigung und Zustimmung in dem Sinne, daß die Sowjetunion sich unsere Rechtsauffassung zu eigen macht. Das ist eine reine Illusion.

Wenn wir also etwas erreichen wollen, dann werden wir natürlich, und zwar das meiste – wenn wir viel erreichen wollen – nur erreichen, wenn wir etwas einseitig, und jetzt nehme ich das Wort von Herrn Dregger auf, die Sache völkerrechtlich relevant machen. Und dies kann man nicht mit Vorbehalt bezeichnen, sondern mit Rechtsverwahrung oder mit einer Resolution, die unsere Auslegung der Verträge im Sinne Offenheit in der deutschen Frage usw. klarstellt. Das kann man noch unter die Formel

bringen, die Herr Barzel gebraucht hat „verbindlich machen“. Noch präziser, aber vielleicht politisch im Augenblick besser ist die Formel, die Herr Dregger gebraucht hat, eine „relevante Lage“ schaffen. Das ist der Unterschied, darauf möchte ich nur in diesem Zusammenhang hingewiesen haben. Wir machen uns also dadurch nicht unglaubwürdig. In der Sache selbst kann die CDU unmöglich abrücken von dem, was sie prinzipiell gesagt hat in ihren entscheidenden Bedenken. Unsere Aufgabe ist es eben zu prüfen, ob es eine gemeinsame Erklärung gibt, bei der diese entscheidenden Bedenken voll ausgeräumt sind oder, soll ich sagen, so weit reduziert sind, daß wir uns, wenn auch immer noch mit Bedenken zu einem Ja entschließen könnten. Ich glaube, wir machen es uns schwer, wenn wir immer in unbestimmten Formulierungen verweilen. Deswegen die Intervention eben zu der Äußerung, die Sie getan haben.

*Birrenbach:* Herr Barzel hat hier gesprochen von rechtlich verbindlich und Herr Dregger von relevanter Lage. Ich möchte eine Bemerkung von Herrn Czaja aufnehmen, die in einer anderen Form Gegenstand eines Briefes ist, den ich heute morgen dem Vorsitzenden der Fraktion vorgelegt habe.<sup>46</sup> Ich habe gesagt, meine Beurteilung ist die unterste Stufe dessen, was mir überhaupt in dieser Lage in der Beurteilung der außenpolitischen Seite alleine möglich war. Die EntschlieÙung müÙte einen zweiten Teil haben. Dieser zweite Teil mit dem Wortlaut: „Die Bundesregierung wird aufgefordert, die vorstehende EntschlieÙung, für den Fall X und X von den Verträgen, bei der Überreichung der Ratifikationsurkunden an die Regierung der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen zur Kenntnis zu bringen.“ Damit würde die Annahme der Vertragstexte in den Bundestag eingestellt. Es könnte sich also nur um einen Ratifikationsvorgang handeln, der die Annahme der Verträge nach Maßgabe der Resolution modifiziert. Jetzt kommt es natürlich ganz entscheidend darauf an, was die Sowjetunion macht. Nun hat der Vorsitzende vorgeschlagen, den Wortlaut der sowjetischen Anforderung zu lesen. Da heißt es also, erstens Bestätigung des Empfangs und zweitens Kenntnisnahme von der Mitteilung. Ich fasse das so zusammen.

Für meine Begriffe müÙte, wenn das relevant sein sollte, die Entgegennahme dieser zweiseitigen Resolution des Bundestages, Übergabe der Ratifikationsurkunde über den deutschen Botschafter in Moskau bzw. in Warschau akzeptiert werden. Und zwar durch eine formelle Erklärung, die den Charakter der Verbindlichkeit hat. Ich sehe nun einmal diese Note. Wenn man die Note ansieht, dann kommt man zur Überzeugung, daß hier lediglich etwas ähnliches zum Zuge käme, wenn auch etwas darüber hinaus, wie es beim Brief der Deutschen Einheit geschehen ist. Zum Brief der Deutschen Einheit hat der sowjetische Außenminister in der Ratifikationsdebatte allerdings gesagt, das ist die einseitige Meinung der westdeutschen Seite.

Was könnte man tun, um dieser Note in ihrem Wortlaut einen gewissen Charakter der Verbindlichkeit zu geben? Ich werde erst das Optimale sagen und dann das weniger Optimale.

Optimal wäre Zustimmung. Das wird man nicht erreichen. Oder zu sagen, ohne Widerspruch. Wenn das in einer Note der Sowjetunion stünde, sie nähme von dieser

---

46 Brief Birrenbachs vom 14. Mai 1972 in ACDP 01-433-142/3.

Mitteilung ohne Widerspruch Kenntnis, dann hätten wir ein großes Stück erreicht, ohne jedoch daß etwa diese Resolution für die Sowjetunion verbindlich wäre. Sie wäre aber nicht mehr in der Lage zu argumentieren, daß praktisch ihre Interpretation als solche die des Vertrages sei. Da stehen sich zwei Interpretationen diametral gegenüber. Ein echter Vertragskonsensus läge vor, und zwar in dem Akt der Übergabe der Ratifikationserklärung. Diese Frage ist ebenso bedeutsam wie die zweite, nämlich das Lichtwunder. Bundestagstheoretisch sollen von der Bundesrepublik, d. h. des Staates, das ist eine ganz andere Ebene, diese beiden Momente zusammengenommen werden mit der Notifizierung, die die Bundesregierung durch die Sowjetunion bzw. die Regierung in Warschau erteilt, das gäbe allerdings einen Tatbestand, aus dem sich ergäbe, daß die deutsche Zustimmungserklärung modifiziert wäre.

Nun werden Sie sagen, was passiert, wenn die Sowjetunion nein sagt. Dieser Vorgang müßte natürlich vorher besprochen werden mit der sowjetischen Regierung, nicht etwa nachher. Also vor der Übergabe der Ratifikationsurkunde, vor der endgültigen Abstimmung im Bundestag, ob man diese Antwort bekommt, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich möchte nur auf den rechtstechnischen Charakter und die Möglichkeit in die Instrumentalität dieser Rechtsform hinweisen.

Wenn die Bundesregierung annimmt, daß wir wirklich mit ihr *pari* im Bundestag stehen, wenn sie zu der Auffassung käme, daß die Fraktion unsererseits ihre völlige Einmütigkeit klarmachen müßte, dann kann ich mir vorstellen, daß die Sowjetunion zu etwas Ähnlichem bereit wäre. Und ohne diesen letzten Versuch zu machen, muß ich Ihnen sagen, meine Meinung war verbindlich aus einem Grunde – wir sind zufällig nicht an der Regierung, so daß dieser Weg nicht gangbar ist – dieser letzte Versuch wäre – wie ich mich in meinem Brief an den Fraktionsvorsitzenden ausgedrückt habe – der letzte Gang aller Vorschläge.

Ich wiederhole, mein jetziger Vorschlag wäre der allerletzte Gang, wenn uns innerparteiliche oder andere schwerwiegende Gründe einen anderen Weg nicht gangbar erscheinen lassen sollten. Das ist bis Sonnabend meine Meinung noch nicht.

Ob das meine Meinung danach sein wird, kann sein. Ich möchte Sie nur auf diese Frage hinweisen, die gar nicht technisch ist, sondern die an die Essenz der ganzen Sache geht und auch an unsere Position.

*Lemke:* Ja, ich kann mich kurz fassen. (*Unruhe.*) Was richtig ist und was völkerrechtlich relevant ist, ist die Voraussetzung, sonst sagen wir lieber nein. Wenn wir aber irgendwie erreichen, daß durch die Entgegennahme der Erklärung – dazu bin ich völkerrechtlich nicht genug geschult im Augenblick – mit einem Minimum einer völkerrechtlichen Relevanz auskommen, dann meine ich, sollen wir den Weg gehen, dann könnten wir nämlich, wenn wir nochmals an die Regierung kommen, mit dem Vertrag zurechtkommen. Sonst kommen wir nie mit dem Vertrag zu Recht. Dieses Minimum an völkerrechtlicher Relevanz muß das Ziel sein. Im übrigen darf ich an die Frankfurter Regelung von 1871<sup>47</sup> erinnern. Da hat die deutsche Reichsregierung bei den

---

47 Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich vom 10. Mai 1871. Text im Internet: <http://www.documentArchiv.de/ksr/1871/frankfurter-friedensvertrag.html>.

Franzosen interveniert, als sie mal wieder davon sprachen, sie wollten Elsaß-Lothringen wiederhaben. Ich wollte das ausdrücklich gesagt haben, damit ich richtig verstanden werde. Es muß uns also erlaubt sein, möglichst von diesen beiden Punkten in Zukunft zu reden. Darf ich ein anderes sagen? Die Franzosen haben dann einen Pakt oder was sehr schnell abgeschlossen und haben dann trotz oder wegen des Vertrages sehr bewußt ihre Politik weiter betrieben. Das war 1871, können Sie in den außenpolitischen Mitteilungsblättern der Reichsregierung alles klar lesen, was ich gesagt habe. Alles ein Vorgang in der Geschichte.

*Stingl:* Sie können sich denken, daß manches an mich herangetragen wird, was unmittelbar aus CSU-Kreisen kommt, weil ich ja sogar exterritorial bin, nicht im Bereich, wo die CDU tätig ist, so daß ich also mit sehr vielen anderen verantwortlichen Menschen sprechen kann.

Ich kann daraus eindeutig feststellen, daß in den letzten Wochen das Verhalten der CDU sehr viel Nachdenklichkeit, auch bei den Befürwortern der Verträge hervorgerufen hat. Sehr viel Nachdenklichkeit. Insbesondere hat Barzel dort sehr gewonnen. Die SPD hat übrigens, was wir meiner Meinung nach zu wenig herausstellen, durch die Methode volksdemokratischer Abstimmung sehr verloren. Das Nicht-Hingehen zur Urne, das muß mehr herausgestellt werden.

Sollte es trotz aller Anstrengungen – die ich auch wünsche und begrüße, die heute noch gemacht werden sollen – zu einer gemeinsamen Sache unter Umständen auch bei den oder jenen mit Abstrichen, aber zu einer gemeinsamen, völkerrechtlich relevanten Sache nicht kommen, dann genügt nicht mehr das „So nicht“. Dann muß die CDU auch etwas vorlegen, d. h., „Aber so“. Das, was Sie vorhin sagten über eine Empfehlung, muß dann als Entschließung vorgelegt werden von der CDU, wobei ich sogar noch meine, daß es dann eine Chance gibt, für diese Entschließung Stimmen aus der Koalition zu gewinnen. Das müssen Sie in der Fraktion einmal bereden, ob bei einer Entschließung die Berlin-Stimmen zählen oder nicht, oder wie das sein müßte. Aber es genügt nicht, nur das Nein zu sagen, sondern dann muß ein Antrag vorgelegt werden, „So wollen wir es“. Das wäre, wenn es angenommen wird, für uns dann eine Möglichkeit, den Verträgen zuzustimmen. (*Unruhe und Diskussion.*) Bei den Vertriebenen wird mehr und mehr darüber Klage geführt, daß wir immer nur Fragen der Grenzen behandeln, daß Brandt zwar gesagt hat, er wolle die Vertreibung nicht länger negieren, aber daß man über die Legalisierung der Vertreibung kein Wort verliert, daß man von den Dingen nichts mehr sagt, das muß auch die CDU zugeben.

*Von Hassel:* Zunächst habe ich hohen Respekt vor Äußerungen, die hier gefallen sind, die nicht meine Meinung teilen. Ich selber bin der Auffassung, die der Vorsitzende vorgetragen hat und ganz besonders Herr Dr. Kraske. Ich meine, daß wir ins Gedächtnis rufen müßten, wie wir eigentlich vor einer Woche oder vor 14 Tagen angefangen haben, als wir das konstruktive Mißtrauen einbrachten, daß wir nämlich Zeit gewinnen wollten, mit einer anderen Regierung über die Verträge und alles was dazu gehört, neu zu sprechen. Das war der Grund, weshalb wir diese Regierung ablösen wollten.

Wir haben zwar nicht die Zeit gewonnen, die wir brauchen, sondern sehr viel mehr.



Wir haben bislang eine Woche Zeit gehabt. Und nach den Gesprächen, die ich in der vorigen Woche, besonders am Freitag und am Sonnabend mit Freunden führen konnte, die die Verhandlungen in der Kommission führten, hatte ich den Eindruck, daß wir im Grunde genommen erstens die Sozialdemokraten dazu bekommen haben, daß sie ernsthaft über unsere Argumente nachdenken und zweitens, daß weiterhin unsere Papiere übernommen worden sind. Über die Differenzen haben wir uns heute noch unterhalten. Dazu braucht nichts hinzugefügt zu werden, was noch geregelt werden muß.

Insofern also glaube ich, daß wir das, was wir mit dem konstruktiven Mißtrauen vorhatten, nämlich Zeit zu gewinnen, um die Verträge zustimmungsfähig zu machen, im Grunde genommen relativ gut haben nutzen können. Ich möchte noch einmal darauf aufmerksam machen, daß das, was mir mein Freund Hasselmann z. B. vor drei Tagen sagte, daß die Stimmung in seinem Lande nach meinen Erkenntnissen der letzten 48 Stunden eigentlich überall gilt, nämlich, daß man in Kreisen der CDU in der Führung der Länder bis herunter zu all denen, die sich äußern, immer wieder der Meinung ist: Versucht eine vernünftige Regelung zu finden. Daß sich dagegen lediglich, so Hasselmann, eine kleine Minderheit wendet von Menschen, die in den letzten Wochen oder Monaten zu uns gekommen sind und die im wesentlichen aus den Gruppen ganz rechts außen stammen, nachdem wir hier dieses harte Nein gesagt haben, und einige aus den Reihen der Vertriebenen. Aber, so Hasselmann, selbst diese kleine Minderheit will nicht, daß wir durch ein Nein, wir, die CDU/CSU, Schaden nehmen.

Nun finde ich, daß die Diskussion bisher, sowohl im Präsidium als auch hier im erweiterten Vorstand, gut gelaufen ist. Daß jeder bereit ist, bis zum äußersten zu reizen, um diesen gemeinsamen Weg zu finden. Und daß heute keiner gesagt hat, nein oder ja, denn damit würden wir die Verhandlungsposition für Barzel und die Seinen erschwert haben. Insofern finde ich, daß das Ergebnis hier gut gewesen ist.

Aber ich möchte als einer, der nun weiß Gott Wahlkämpfe geführt hat, Ihnen sagen, aus dem, was ich von Sozialdemokraten höre – und bei mir gibt es immer noch eine gewisse Gesprächsmöglichkeit –, darauf zu spekulieren, daß sie etwa, weil eine Reihe noch keine Pensionsregelung haben, Neuwahlen scheuen, daß diese Spekulation völlig falsch ist. Wer das so anlegt, seine eigenen Überlegungen, und meint, wir könnten das riskieren, der wird sein blaues Wunder erleben. Sie werden sich darum nicht kümmern, werden aus eigener Tasche so lange diese Versorgung bezahlen, bis sie mit der Mehrheit das durch ein Gesetz nachher wieder auf den Staat abwälzen können.

Wer aber den Wahlkampf so erlebt hat wie wir in Baden-Württemberg oder z. B. der Parteivorsitzende etwa in Freiburg, kann sich vorstellen, was das nachher bedeuten würde. Ich selbst muß sagen, ich werde bei Gelegenheit mich dazu äußern.

Aus gutem Grunde haben wir doch nicht die Selbstauflösung eines Bundestages vorgesehen im Grundgesetz. Die Selbstauflösung würde doch nur erfolgen in einer Krise. Und in einer Krise – beispielsweise 1966 wäre es zu dieser Selbstauflösung möglicherweise gekommen – und in jeder Krise wird eine Neuwahl nur von Demagogen und von der Straße bestritten, und da haben wir doch wirklich ein Erlebnis gehabt, das vielleicht am besten dadurch geschildert wird, daß nach dem schief gegangenen Mißtrauensvotum vor der Fraktion der SPD die jungen Leuten mit Ho-Chi-Minh-Klat-

schen<sup>48</sup> Herrn Brandt empfangen haben. Das ist doch die Situation, in der wir antreten müssen. Und deshalb meine ich, daß alle doch diese Überlegung noch mal sehr durchdenken müssen, ob wir nicht im Grunde genommen auf dem Wege sind, das Ziel, das wir uns mit dem konstruktiven Mißtrauen gesetzt haben, Zeit zu gewinnen und die Zustimmungsfähigkeit dieser Verträge, die wir alle als entsetzlich empfinden, aus dem Auge zu verlieren. Aber wenn wir sie so entsetzlich finden, daß wir sie ablehnen und nachher auf Jahre hinaus die nächste Wahl verlieren, dann ist doch niemandem dabei gedient. Deshalb meine ich, daß man das hier noch einmal am Schluß zusammenfassen sollte.

*Kraske:* Wir haben noch zwei neue Wortmeldungen. Darf ich Sie um Ihr Einverständnis bitten, daß wir nunmehr versuchen, um 17.30 Uhr die Sache hier abzuschließen, damit wir dann rechtzeitig in die Fraktion kommen können?

*Heck:* Meine Damen und Herren, ich bin ja zu dieser Sitzung eingeladen als der Berichterstatter für diesen Vertrag für den Auswärtigen Ausschuß, und ich glaube, es ist für den Vorstand doch sinnvoll, wenn er zur Kenntnis bekommt, welches die Gemeinsamkeit der CDU jetzt am Ende dieser Beratungen über diesen Vertrag gewesen ist. Ich lese deswegen am besten die Zusammenfassung hier vor: „Zusammenfassend kam die Minderheit im Ausschuß zu folgender Wertung des Moskauer Vertrages:

Die Sowjetunion versteht und interpretiert diesen Vertrag offensichtlich von ihrer anderen Zielsetzung und von ihren anderen Rechtsauffassungen her anders als die Bundesregierung. Für die Sowjetunion ist dieser Vertrag der Erfolg ihrer konsequent durchgeführten Deutschlandpolitik und entspricht den gemeinsamen Zielsetzungen der Warschauer Paktmächte. Danach bewirkt der Vertrag eine völkerrechtliche Legalisierung des Status quo, der sogenannten in Europa bestehenden wirklichen Lage. Er legt der Bundesrepublik Deutschland die völkerrechtlich verbindliche Pflicht auf, diese ‚bestehende wirkliche Lage‘ als Grundlage für eine Politik anzuerkennen, deren Ziel es ist, auf dieser Grundlage die Normalisierung der Lage in Europa anzustreben. Der Vertrag schafft dafür die völkerrechtlich anerkannte territoriale Grundlage, ohne daß damit gleichzeitig völkerrechtlich die deutschen Grenzen im Sinne eines Friedensvertrages sozusagen im Vorgriff geregelt würden. Damit bleibt zwar die deutsche Frage völkerrechtlich in bezug auf einen Friedensvertrag formal offen; sie wird jedoch in der Sache ebenso völkerrechtlich verbindlich auf eine Normalisierung der Lage in Europa auf den Status quo hin zementiert.

Angesichts der Tatsache, daß nicht ersichtlich ist, daß die Sowjetunion die Ziele ihrer Deutschlandpolitik geändert hätte, Ziele, wie sie im Potsdamer Abkommen und in der sowjetischen Politik seit 1945 ihren Ausdruck gefunden haben, und angesichts der Tatsache, daß die Bundesregierung nach wie vor das entgegengesetzte Ziel verfolgt, nämlich die staatliche Einheit des deutschen Volkes in freier Selbstbestimmung herbeizuführen, sieht die Minderheit in diesem Vertrag mehr eine Bestätigung der

---

48 Ho Chi Minh (1890–1969), vietnamesischer Revolutionär; Symbolfigur für die APO und die Studentenbewegung.

sowjetischen Deutschlandpolitik und der völkerrechtlichen Zementierung der Erfolge dieser Politik als eine Basis für eine Normalisierung der Verhältnisse in Europa. Die Minderheit ist deswegen zur Überzeugung gekommen, daß dieser Vertrag künftighin eher Anlaß für neue Spannungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR geben würde und daß die Verantwortung der Bundesrepublik für die Sicherheit und die Interessen des ganzen deutschen Volkes ohne diesen Vertrag besser wahrgenommen werden können.“<sup>49</sup>

Ich muß dazu noch ein zweites sagen: Als wir schon ziemlich am Ende unserer Beratungen angekommen waren, ist bekannt geworden, was Herr Gromyko auf sehr präzise Fragen in der außenpolitischen Kommission des Obersten Sowjet gesagt hat.<sup>50</sup> Das ist in einem ganz außergewöhnlichen Verfahren zum erstenmal, so wie ich informiert worden bin, seit es die Sowjetunion gibt, daß Beratungsergebnisse, d. h. der Ablauf der Beratungen aus dieser Kommission, fast weltweit kommuniziert worden sind und daß hier nicht etwa der Welt bekannt gegeben wurde, was tatsächlich gesagt worden ist. Und hier hat Herr Gromyko gesagt, der Vertrag wäre für die Sowjetunion einfach sinnlos, wenn sich sein Inhalt auf die Verpflichtung der Vertragspartner beschränken würde, auf Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung zu verzichten. Herr Scheel hat zu diesem Wortlaut erklärt, er unterstreiche von diesem Satz jedes Wort.

Der letzte Satz heißt: „Die Normalisierung der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Ländern ist nur auf der Grundlage der Anerkennung und Respektierung der europäischen Realitäten durch die Bundesrepublik möglich.“ Auch zu diesem Satz hat Herr Scheel erklärt, er unterstreiche jedes Wort.

*Kraske:* Ich habe den Eindruck, daß dieses ein Anlaß wäre, um die Debatte von neuem zu eröffnen, wenn wir das zu einem früheren Zeitpunkt hier gehört hätten, aber die Zeit ist so weit fortgeschritten, daß wir diese Diskussion eher in die Bundestagsfraktion verlegen müssen.<sup>51</sup> Ich bitte um Verständnis dafür, aber ich sehe, daß ich dafür Ihre Zustimmung finde, da wir in der Tat alle um 18.00 Uhr an der Fraktionssitzung teilnehmen wollen.

Es liegt jetzt noch eine letzte Wortmeldung vor vom Herrn Ehrenvorsitzenden.

*Kiesinger:* Ich wollte mich zu Herrn Birrenbach vorhin zurückmelden, das ist mehr eine Auseinandersetzung unter Juristen gewesen, wir haben inzwischen draußen miteinander gesprochen und festgestellt, daß wir in der Sache nicht uneins sind.

*Kraske:* Meine Damen und Herren, ich bedanke mich und schließe die Sitzung. Sie haben gehört, daß diejenigen Mitglieder, die nicht Mitglieder der Bundestagsfraktion sind, noch mal hier eingeladen sind zu der Sitzung der Bundestagsfraktion, was, wie

---

49 Zum schriftlichen Bericht des Auswärtigen Ausschusses vom 28. April 1972 vgl. BT-Drs. VI/3397

50 Vgl. Anm. 45.

51 Am 15. Mai 1972 fand keine Sitzung der Fraktion, sondern des Fraktionsvorstandes statt, zum Verlauf GRAU S. 346f. Eine handschriftliche Aufzeichnung zur Sitzung von Franz Amrehn findet sich in ACDP 01-295-032/1, hier ist als Sitzungsbeginn allerdings 17.00 Uhr vermerkt.

mir neulich Herr Dr. Barzel gesagt hat, selbstverständlich für Mitglieder des Bundesvorstands eine generelle Einladung bedeutet, auch außerhalb solcher kritischen Zeiten.<sup>52</sup>

---

<sup>52</sup> Ergebnisprotokoll der Sitzung in ACDP 07-001-924; CDU Presse Mitteilungen vom 16. Mai 1972.

Bonn, Montag 21. August 1972

*Sprecher: Adorno, Amrehn, Barzel, Dregger, [Hennig], Katzer, Kiesinger, Köppler, [Kohl], Krakow, Kraske, Langguth, Lemke, Meyer, [Mikat], Müller-Hermann, Narjes, Schäfer, [Schröder], Schwarz-Schilling, Stoltenberg, Tandler, von Weizsäcker, Wex.*

*Politische Lage. Stand der Wahlkampf vorbereitungen. Bundesredner-Einsatz. Bundespartei-tag.*

*Beginn: 14.00 Uhr*

*Ende: 17.00 Uhr*

#### POLITISCHE LAGE

*Barzel:* Liebe Kollegen, ich eröffne die Sitzung des Bundesvorstands. Wir haben heute mehrere Beratungen und einen Bericht über die Vorbereitung des Wahlkampfes. Und ich möchte gerne, weil wir uns ja eine Weile nicht gesehen haben, vorweg zu einigen politischen Dingen etwas sagen, nachdem wir heute morgen im Parteipräsidium<sup>1</sup> alle diese Fragen länger haben beantworten können. Aber zunächst müssen wir unseren Blick auf das unmittelbar vor uns Liegende wenden.

Meine Kolleginnen und Kollegen, ich möchte als erstes mit Blick auf die allmächtigen Herren Landesvorsitzenden, die natürlich in diesen Wochen und Monaten in ihrer Strahlkraft und in der Kandidatenaufstellung voll da sind, während wir hier wenig Möglichkeiten haben, wie wir jeden Tag sehen, die herzliche Bitte sagen mit allem Nachdruck, aufgrund verschiedener Erkenntnisse, daß wir uns alle bemühen, eine ausreichende Zahl qualifizierter Frauen auf unseren Listen unterzubringen. Dies ist ein sehr wichtiger Punkt. (*Beifall.*) Der zweite Punkt betrifft das, was ich verkürzt „Weg“ nennen möchte. Hier waren wir in der Schwierigkeit, daß wir auf der einen Seite aus Oppositionspflicht gegenüber einem sehr nahe stehenden Verlag<sup>2</sup>, in manchem unterstützenden Verlag, natürlich nachdrücklich Pressefreiheit und diese Dinge empfehlen

1 Ergebnisprotokoll in ACDP 07-001-1405.

2 Im Juli und August 1972 wurden Verlagsräume der Zeitschrift „Quick“ und des Bauer-Verlags von Staatsanwaltschaft und Polizei wegen eines Steuerverfahrens und des Verdachts auf Verwahrungsbruchs (Veröffentlichung von Unterlagen zu den Ostverträgen) mehrfach durchsucht. Vgl. „Rheinische Post“ vom 10. August 1972 „Brandts Spiegel-Affäre?“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 10. August 1972 „Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei durchsuchen Redaktionsräume der ‚Quick‘“; „Spiegel“ vom 14. August 1972 „Da ist soviel Kleinschilda drin“; zur rechtlichen Würdigung Hans Heinrich Rupp: Lehren aus der „Quick-Affäre“. In: Zeitschrift für Rechtspolitik 5. Jg. Heft 10/1972 S. 237-241.

mußten, auf der anderen Seite, aber nicht unsere ganze Position mitsamt Recht und Ordnung dadurch gefährden, daß wir der dritten Gewalt, wenn sie mal Gesetze anwendet, selbst wenn sie über das Ziel hinausschießt, von hinten ins Knie schießen. Dies, glaube ich, ist gelungen, durch eine vergleichsweise bedächtige Handhabung dieser Sache durch uns. Wir haben uns jetzt entschlossen, eine Kleine Anfrage einzubringen<sup>3</sup> und alle anderen Entschlüsse vorzubehalten. Es gibt eine Tendenz innerhalb der Bundestagsfraktion, auch noch einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Wir wollen dies abhängig machen von dem Ergebnis der schriftlichen Antworten. Und ich füge hier hinzu, daß es ja unsere Oppositionspolitik war, nicht in die Luft zu ballern, sondern wenn, dann zu treffen. Wir haben zu dieser Stunde nicht das in der Hand – und Mikat kann dazu, wenn gewünscht, mehr vortragen –, was uns den Sieg in einem solchen Ausschuß sichert. Und wir haben auch nicht die Gewissheit, daß alles das, was beschlagnahmt worden ist, nur von einem, sagen wir, neutralen Wert ist. Wir wissen nicht, was da noch für Rohrkrepierer vielleicht dabei sein können. Ich würde also herzlich empfehlen, in dieser Sache einfach den Handelnden hier zu glauben, daß das ganz vernünftig ist, wie sie dies handhaben. Es kommt hinzu, daß wir irgendwelche aufgeregten Schritte in diesem Vorwahlfeld auf gar keinen Fall machen sollten.

Der nächste Punkt, ein Punkt, der die Partei beschäftigt und manche in ganz besonderer Weise, sind die Vorgänge um unseren sozialdemokratischen Kollegen Karl Schiller.<sup>4</sup> Ich sage „sozialdemokratischen Kollegen“, weil er der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehört. Alle Fragen, die aus verständlichen Gründen an mich und andere gerichtet werden, sind natürlich so lange völlig törichte Fragen, als diese Eigenschaft fortbesteht. Ich möchte an dieser Stelle sagen, daß wir insgesamt, im Juni dachten, wir stehen jetzt gut, wenn wir das halten können über die Ferien. Das ist uns gelungen. Ich möchte allen danken, die sich zurückgehalten haben, sich selbst Schlagzeilen zu besorgen, was ja sehr gut möglich war in der Vergangenheit. Unser Musterbeispiel an Solidarität ist natürlich wieder durch einige Ausnahmen dann auch durchbrochen worden. Aber man sollte doch dieses Lob erst mal aussprechen, weil ja die Kandidatenaufstellung dieses Mal bis in die höchsten Ränge hinein nicht so leicht ist, wie es früher manchmal den Anschein hatte. Aber zurück zu dieser Sache. Sie werden verstehen, daß hier abgewogen vorgetragen werden muß. Der Kollege Schiller hat mit einigen von uns, nicht zuletzt mit dem Vorsitzenden seit langer Zeit ein persönlich gutes Verhältnis. Wir hatten im Juni einige grundsätzliche Gespräche und vor einer

---

3 Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU betr. Verdacht auf Eingriffe in die Pressefreiheit vom 18. August 1972 (BT-Drs. VI/3727) sowie Antwort des Bundesministeriums der Justiz vom 23. August 1972 (BT-Drs. VI/3734).

4 Schiller war am 7. Juli 1972 von seinem Amt als Bundeswirtschafts- und -finanzminister zurückgetreten, das Rücktrittsschreiben wurde in der Zeitschrift „Quick“ veröffentlicht. Im August 1972 trat Schiller auch von seinen Parteiämtern zurück, der erwartete Übertritt zur CDU kam nicht zustande. Vgl. „Die Welt“ vom 5. Juli 1972 „Minister Schiller kündigt Brandt für Freitag seinen Rücktritt an“; „Handelsblatt“ vom 19. Juli 1972 „Hat Schiller seinen Rücktrittsbrief der Illustrierten zugespield?“; „Quick“ Nr. 31 vom 26. Juli 1972 „Das Dokument der Pleite“; „Stern“ Nr. 36 vom 27. August 1972 „Mister Vier Prozent“.

Woche noch einmal ein grundsätzliches Gespräch. Ich habe in allen diesen Gesprächen die Auffassung vertreten, die ich mit einigen engeren Freunden auch abgestimmt hatte, wenn der Kollege Schiller – der zwar von uns nie angegriffen worden ist in seiner Grundhaltung, aber wenn Sie unsere Rednerdienste lesen, dann lesen Sie ja darin noch einiges auch über die verfehlte Politik – eine grundsätzliche Fahne hißt und einen grundsätzlichen Schritt tut, da nicht allein stehen wird, daß wir in der Zeit der Polarisierung und in der Zeit, in der nur Parteien Plattformen zum Mitraten und Mitwirken zur Verfügung stellen können, so weit gehen müssen. So weit und keinen Schritt weiter. Ich denke, dies ist so deutlich, wie dies sein kann. Ich würde Sie sehr herzlich alle ermuntern, in dieser Frage sehr vorsichtig zu sein. Denn so wie der Rücktritt von Karl Schiller ganz zweifelsfrei der Sache der Marktwirtschaft – und damit in zweiter Linie auch uns – genutzt hat, so könnte irgendeine Erklärung, wie es mißverständlich in der vergangenen Woche einige gab, natürlich dort auch zu Handlungen führen, die in der Auswirkung für uns nicht nützlich wären. Deshalb kann ich nur sagen, Respekt, wenn Karl Schiller aus seiner Meinung keine Mördergrube macht. Im übrigen ist er ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Wie lange er dies bleiben wird, steht dahin, manche Zeitungen wissen ja alles sehr viel besser als die handelnden Personen. Wir müssen achten, daß es nicht zwischen ihm und uns irgendeine Schwierigkeit gibt. Als Vorsitzender der Partei, wenn ich das noch sagen darf, weil ich zwar ein bißchen drum herum rede, werde ich überwiegend bereits verstanden. Ein Füllhorn habe ich für Pflichten und Bewährungen, nicht aber ein Füllhorn höchsten Glücks. Das, glaube ich, ist selbstverständlich. Ich kann nur sagen, daß in dieser Frage es auch zwischen Strauß und mir eine völlig abgestimmte Haltung gab und gibt. Also, mit anderen Worten: Mitwirken, mitraten ja, aber nicht an den Stellen, die die Presse ins Spiel bringt. Ich wäre ganz dankbar, wenn ich damit ungefähr verstanden worden sein könnte.

Zweite Abteilung: Ein Blick auf die politischen Sachfragen, die besonders wichtig noch auf der Tagesordnung von Bundestag, Bundesrat oder überhaupt stehen. Das erste: Bundeshaushalt 1972. Unsere Haltung ist klar. Wir werden im Haushaltsausschuß den Anträgen auf Kürzung zustimmen, die wir für vernünftig halten, den Haushalt insgesamt aber ablehnen.<sup>5</sup> Dazu kein Wort mehr, vielleicht nachher noch ein ergänzendes Wort von Herrn Köppler über die Lage in Nordrhein-Westfalen. Zweiter Punkt: Renten. Wir haben uns im Präsidium damit beschäftigt und empfehlen einstimmig, um unser Konzept zu kämpfen. Unser Konzept ist besser, auch ausweislich sachkundiger, außerhalb der Fraktion und der Partei stehender Damen und Herren. Wir müssen dafür kämpfen, in der Hoffnung, dafür eine Mehrheit zu kriegen. Wir dürfen

---

5 Fortsetzung der zweiten und dritten Beratung des Haushaltsgesetzes 1972 (BT-Drs. VI/2650) am 7. Juni 1972 (Sten.Ber. 188. Sitzung S. 11053–11064). Zur Kritik der Union an der Haushaltspolitik der Bundesregierung vgl. die Ausarbeitung des Planungsstabes der CDU/CSU-Fraktion „Die Defizitlawine rollt – Finanzperspektive 1973 bis 1976“ vom 3. August 1972 (ACDP Dokumentation 0/069/11); „Die Welt“ vom 14. August 1972 „Opposition fordert Begrenzung der Ausgaben des Staates“; „Die Welt“ vom 21. August 1972 „Hermsdorf nennt Verschuldung des Bundes gering“.

irgend etwas anderes uns nicht einmal durch den Kopf gehen lassen.<sup>6</sup> Dritter Punkt: Verkehrsvertrag.<sup>7</sup> Die Regierung wird ihn wohl noch in dieser Woche dem Bundesrat zuleiten. Das Präsidium hat die Sache erörtert und einen Bericht von Herrn Marx entgegengenommen. Wir empfehlen, bitten dies aber noch nicht zu verlautbaren, weil hier die Konsultationen unter uns nicht fertig sind, hier in der Frage der Frist keine großen Schwierigkeiten zu machen, also mit dem ganzen Vertrag so auf die zustimmende Kenntnisaufnahme hinzukommen, also nicht an dieser Stelle ein neues Gefecht zu suchen. Um so freier sind wir für alle Aussagen und Verhaltensweisen in dem vierten Punkt, dem innerdeutschen Vertrag<sup>8</sup>, von dem niemand Ihnen sagen kann, ob er zustandekommt, wie er dann aussehen wird, oder ob er nicht zustandekommt. Letzter Punkt: Europäische Gipfelkonferenz.<sup>9</sup> Im Augenblick sieht es so aus, als käme sie. Nicht sehr inhaltsreich. Was soll auch Herr Pompidou machen, wenn Brandt sie um jeden Preis haben will? Die französische Regierung war immer bereit, Blumen zu pflücken, die sich ihr umsonst darboten.

Meine dritte Abteilung betrifft ein Stück politischer Aussage zu der bevorstehenden Wahl. Wir haben eine negative Aussage, nicht für uns, sondern als Test gegen die anderen, getroffen, indem wir mehrfach gesagt haben, die außenpolitische Öffnung nach Osten darf nicht Hand in Hand gehen mit der innenpolitischen Öffnung für den marxistischen-kollektivistischen Sozialismus. Ich empfehle Ihnen allen, wenn ich das Recht hätte, eine Pflichtlektüre zu verordnen, würde ich das an dieser Stelle tun, die gestrige Rede von Brandts Abwerbung zu lesen.<sup>10</sup> Dies ist eine Kostprobe zur Einstimmung in Wahlkampf, in Diffamierung und in der raffinierten Form in dieser Sache. Ich

---

6 Vgl. Sten.Ber. 6. WP 191. Sitzung vom 14. Juni 1972 S. 11204–11248: erste Beratung des von der CDU/CSU-Fraktion eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherung der brutto-lohnbezogenen dynamischen Rente (BT-Drs. VI/3325) sowie erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten 15. Rentenanpassungsgesetzes (BT-Drs. VI/3448) sowie des Sozialberichts 1972 (BT-Drs. VI/3432).

7 Gesetzentwurf zu dem Vertrag vom 26. Mai 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über Fragen des Verkehrs (BT-Drs. VI/3370): erste Beratung ohne Debatte mit Überweisung in den Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen am 20. September 1972 (Sten.Ber. 6. WP 197. Sitzung S. 11574); zweite Beratung und Schlußabstimmung mit Annahme des Gesetzes am 22. September 1972 (Sten.Ber. 6. WP 199. Sitzung S. 11738–11740; Gesetz vom 16. Oktober 1972, BGBl. 1972 II S. 1449).

8 Der „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ (BULLETIN Nr. 155 vom 8. November 1972 S. 1842–1844) wurde am 8. November 1972 in Bonn paraphiert. Michael Kohl und Egon Bahr unterzeichneten den Vertrag am 21. Dezember 1972 in Ost-Berlin, er wurde am 11. Mai 1973 vom Deutschen Bundestag ratifiziert und trat am 21. Juni 1973 in Kraft (BGBl. 1973 II S. 421–425, 559).

9 Die vorbereitenden Verhandlungen über das Zustandekommen einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) fanden vom 28. November bis 15. Dezember 1972 in Helsinki statt. Die erste Konferenz fand vom 3. bis 7. Juli 1973 in Helsinki statt, vgl. AdG 1973 S. 17767–17771, 18047–18061.

10 Rede Brandts am 20. August 1972 in der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn anläßlich des 20. Todestages von Kurt Schumacher. Vgl. SPD Pressemitteilungen und Informationen



bitte also auch, allen das zuzuleiten durch die zuständigen Stellen der Bundesgeschäftsstelle. Brandt ist in der Defensive, aber er hat das nicht ganz ungeschickt gemacht. Wenn ich mich recht erinnere, haben wir hier auch unter uns wegen des Wortes „Sozialismus“ uns unterhalten. Nicht, weil hier irgendein Sozialist säße, sondern weil dieses Wort bei manchen jungen Menschen immer positive Assoziationen bringt. Ich meine deshalb, daß unsere Aussage für das, was wir wollen und warum eigentlich die Mitbürger uns wieder wählen sollen, natürlich auch einen positiven Punkt bringen wird. Ich habe das in einem sehr komplizierten Satz aufgeschrieben, der Satz ist weder verwendungsfähig für eine Rede, noch gar für eine Werbeschrift. Aber er enthält alle Elemente, um die es geht. Deshalb ist er in schlechtem Deutsch, aber er gibt alles das wieder, um was es geht: „Wir brauchen eine neue Politik, die das mühsam Erreichte sichert und durch stabile Verhältnisse soliden Fortschritt ermöglicht, damit es gerecht zugeht in Deutschland.“ Worauf es mir ankommt hierbei, sind nicht nur die positiven Aspekte, sondern auch das Wort „gerecht“. Ich habe dies ein bißchen getestet, in den drei Wochen, in denen ich vor meinem Urlaub<sup>11</sup> herumgefahren bin und in den drei Tagen, die ich hinter mir habe. Ich habe noch einmal zwei Reden vor mir, bevor die Olympiade beginnt.<sup>12</sup> Wenn man sagt: Guck, das sind die Mieten und das sind die Sparer und das sind die Rentner, das ist doch schlimm! Und man dann sagt, sozialer Betrug und all diese Worte, dann kann man natürlich wie viele sagen – und ich habe das früher auch gemacht –, das ist wahrscheinlich Sozialismus. Ob das Sozialismus ist, weiß ich nicht, das müssen die zuständigen Leute beantworten. Ich weiß, sozial ist das nicht, und gerecht ist das nicht. Mit diesen beiden Worten kann man, glaube ich, etwas Positives und etwas Offensives zugleich bewirken, vor allen Dingen in dem Kampf um junge Menschen und um Linke und Mitte und Urbanität und weiß ich was nicht alles. Dazu gehört, daß wir uns klar sind. Darüber werden wir später noch zu sprechen haben. Ich werde eine Liste anlegen der „heißen Eisen“ für uns. Wenn ich unser Programm mir anschau, so ist das nicht sehr schwierig. Es ist eine Frage, es zusammenzubringen und gefällig darzustellen. Was die Außenpolitik und die Deutschlandpolitik angeht, dazu liegen alle Entschließungen vor. Die Bundestagsentschließung bis zu unseren Stufenplänen<sup>13</sup>, innerdeutsch usw., ist ja auch noch mit der Ostasienpolitik zu ergänzen. In der Innenpolitik haben wir viel erklärt, wir haben unsere Pläne zur Vermögensbildung<sup>14</sup> und zur Rentenpolitik<sup>15</sup>. Die Rente bleibt zu halten im Hinblick auf

---

vom 20. August 1972 (Text der Rede); „Die Welt“ vom 21. August 1972 „Brandt erläutert seinen Begriff vom demokratischen Sozialismus“.

11 Seinen Urlaub an der portugiesischen Algarveküste brach Barzel am 12. August 1972 wegen der schwierigen innen- und außenpolitischen Lage vorzeitig ab, vgl. Interview mit der „Tagesschau“ am 12. August 1972 (BPA Abt. Nachrichten Referat II/4).

12 Die Olympiade begann am 26. August 1972 in München (vgl. Nr. 2 Anm. 12).

13 Vgl. Nr. 25 Anm. 10.

14 Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion vom 25. August 1972 betr. Vermögensbildung und Sparförderung (BT-Drs. VI/3737; Antwort des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 7. September 1972, BT-Drs. VI/3756); „Süddeutsche Zeitung“ vom 9. August 1972 „Opposition vermögenspolitisch aktiv“.

15 Am 22. August 1972 legte die CDU/CSU-Fraktion eine Dokumentation mit dem Titel

die Stabilität. Aber es gibt ein paar heiße Eisen, zu denen wir verpflichtende Aussagen nachher als Wahlkämpfer werden machen müssen. Ich hoffe, daß dies alles, was ich hier vortrage, eben diskret bleibt, § 218 und Sexualstrafrecht, DDR und UNO, Generalvertrag, Neugliederung, Steuererhöhungen. Ich erkenne, daß wir zunehmend gefragt werden, wie das eigentlich mit unserer künftigen Agrarpolitik aussieht, einschließlich der personellen Besetzung. Und ich muß sagen, daß bei einem großen Teil der Vertriebenen die Fragezeichen abnehmen, daß aber auch dort Fragen nach Organisation und personeller Aussage für eine künftige Regierung immer deutlicher in die Öffentlichkeit dringen.

Ich möchte eine vierte Abteilung in diesem Bericht hier auch nennen. Und die ist, wie beurteilen wir die Lage? Ich persönlich habe das Gefühl, wenn wir gestern Wahltag gehabt haben würden, würden wir die Sache gewonnen haben. Ob das am 3. Dezember so sein wird, wissen wir nicht. Ganz sicherlich wird das Ganze kein Spaziergang. Und wer glaubt, wir hätten das schon gewonnen, wir es verlieren. Wir können dies schaffen. Und wir müssen uns selbst hier in eine etwas, ja, beinahe selbstbewußtere Lage bringen. Denn zu viele von uns meinen ernsthaft, wir lebten jetzt nur von den Fehlern anderer. Das ist ja nicht richtig. Wir haben Opposition betrieben, die argumentativ war, die nicht geballert hat, die Alternativen geboten hat. Wir haben mit beinahe gnadenloser Konsequenz drei Jahre Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik als eines gesehen. Hier darf ich einmal dem Planungsstab der Fraktion wirklich Dankeschön sagen, daß er über drei Jahre mit immer neuen Worten und Zahlen eine Linie zu halten imstande war, was für Intellektuelle fast unerträglich ist. Und wir haben, ich füge dies hinzu, sicherlich durch unsere Entscheidung über die Verträge einen Vorhang weggezogen, der den Blick auf andere, ernsthafte Probleme freigegeben hat. Das Entscheidende wird aber sein, bei allem Respekt vor dem, was nachher unsere Kollegen, vor allem der Generalsekretär, vortragen werden, was wir alles noch tun werden an Versammlungen usw. Eins ist durch gar nichts zu ersetzen, nämlich das, wie wir miteinander umgehen. Wie die Kommunikation, der Informationsaustausch unter uns stimmt und wie jeder von uns auf Schlagzeilen für sich verzichtet, um Schlagzeilen für das Ganze zu machen, dies ist schlechterdings der Stand.

Der Fahrplan, nächste Abteilung, der uns vorschwebt, ist heute nicht ganz endgültig mitteilbar, weil ein zweites Gespräch mit dem Vorsitzenden der CSU auch über solche Fragen noch aussteht. Das erste war sehr gut. Wir werden also heute einen Bericht entgegennehmen über die Ansätze der Wahlkampfführung. Es wird dann die Olympiade geben, an der wir hoffentlich teilnehmen, und alle auf der Linie sind, daß hier keiner sein parteipolitisches Süppchen kochen soll. Es sollen sich alle wohlfühlen in Deutsch-

---

„Rentenpolitik in der VI. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages – Die Konzepte der CDU/CSU und der SPD/FDP“ vor, vgl. Presseerklärung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag (ACDP Dokumentation 0/060/300); FAZ vom 23. August 1972 „Katzner will Rentenbeschlüsse noch vor der Bundestagsauflösung“. Die zweite und dritte Beratung des Rentenreformgesetzes erfolgten am 20. und 21. September 1972 (Sten.Ber. 6. WP 197. Sitzung S. 11577–11651 sowie 198. Sitzung S. 11701–11716; Gesetz vom 16. Oktober 1972, BGBl. 1972 I S. 1965).

land. Ich hoffe, daß wir dann auch in München Gelegenheit haben werden, ein anderes Gespräch mit Herrn Strauß fortzusetzen. Wir haben dann am 14. und am 15. September eine zweitägige Klausurtagung der Führungsgremien und der Mannschaft. Arbeitsziel ist dort, unsere Wahlkampfplattform in den Grundzügen vorzutragen und sie zu diskutieren. Da werden wir nicht fertig werden. Deshalb ist vorgesehen eine weitere, noch nicht terminierte – wir müssen nachher darüber sprechen – Sitzung von einem oder 1 ½ Tagen in Berlin, damit wir sagen können, die Mannschaft tagt in Berlin, um ihr Programm abzurunden. Dann stellt sich die Frage, wie wird dieses, tunlichst als Regierungsprogramm verkündet, eigentlich in Kraft gesetzt? Wie ist das Verhältnis des und der Parteitage zu diesem Programm? Das wird im einzelnen zu erörtern sein.

Meine Freunde, ich glaube, daß ein nächster Punkt sein sollte, wenn wir uns in Sachen „Quick“ und anderen vergleichsweise ruhig verhalten haben, wir hätten viel lautstarker sein können, dann, weil wir hier glauben, daß eigentlich in der Bevölkerung bekannt ist, daß wir Opposition sind, daß wir gegen die Regierung sind und das auch ganz gut machen. Die Mitbürger erwarten langsam, daß sie ein bißchen spüren von dem, wofür wir sind. Und da für uns in dem Wahlkampf die Stabilität der Punkt Nummer 1 sein wird, haben wir uns heute im Präsidium entschlossen und das auch vorbereitet und auch dort diskutiert, diese Erklärung<sup>16</sup> herauszugeben, die auf Ihren Tischen liegt, ich will sie hier nicht vorlesen. Ich will Ihnen einfach unsere Stabilitätsdinge ungefähr umreißen, das ist auch telefonisch mit den anderen Kollegen, die dafür zuständig sind, abgestimmt, so daß wir hoffentlich morgen mit einer solchen Sache in der Presse sind.

Zum Schluß: Die Partei, so mein Eindruck, ist an der Arbeit und sie will, und das ist sehr wichtig, siegen. Ich habe nichts anderes irgendwo angetroffen. Ich glaube, wir können dies schaffen, wenn wir so miteinander umgehen, wie dies erforderlich ist. Wir können uns nicht mehr irgendeine Dissonanz zwischen uns leisten, dies scheint mir das allerwichtigste zu sein. Und was – ich sage es noch einmal, weil ich weiß, daß solche Diskussionen besonders interessant sind – das Programm betrifft, so liegt mehr auf dem Tisch, was als Übereinstimmung beider Parteien und der gemeinsamen Fraktion zu den einzelnen Problemen vorgetragen und beschlossen worden ist als vielen von uns in Erinnerung. Soweit dieser Bericht. Ich würde es eigentlich für richtig halten, wenn wir gleich den Generalsekretär bitten können, hier im Anschluß tätig zu sein. Ich danke Ihnen herzlich, das Wort hat Herr Kraske. (*Beifall.*)

#### STAND DER WAHLKAMPFVORBEREITUNGEN

*Kraske:* Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, meine lieben Kollegen! Das Präsidium hat noch vor der Sommerpause ein Wahlgremium berufen<sup>17</sup>, das sich – wie

---

16 Protokoll der Präsidiumssitzung am 21. August 1972 sowie Pressemitteilung der CDU in ACDP 07-001-1405.

17 Protokoll der Präsidiumssitzung am 19. Juni 1972 in ACDP 07-001-1405. – Transkript der Ausführungen Kraskes in ACDP 07-001-5179.

in früheren Jahren – neben einer Reihe von ausgewiesenen Fachleuten aus Vertretern einzelner Landesverbände, aus Vertretern der großen Gruppen in der Partei, der jungen Generation, der Frauen insbesondere, der Arbeitnehmerschaft, aus Mitgliedern der Grundsatzkommission und aus dem Präsidium selbst zusammensetzt und das am Wochenende seine erste konstituierende Tagung abgehalten hat.<sup>18</sup> Um das Ergebnis einer sehr langen, erfreulich kritischen und erfreulich konstruktiven Diskussion vorzunehmen, will ich Ihnen sagen, daß das Wahlgremium in seiner Schlußempfehlung den Grundüberlegungen, die wir vorgetragen haben für die Wahlkampfstrategie, und der Grundlinie, die wir zu unserer Werbung vorgeschlagen haben, zugestimmt hat. Ich will Ihnen heute darüber berichten. Ich will dies ausführlicher tun, als das in früheren Legislaturperioden vor früheren Wahlkämpfen im Bundesvorstand geschehen ist, weil ich meine, daß der Bundesvorstand hier wirklich eine Aufgabe hat, dies kennenzulernen und eine begründete Entscheidung zu treffen und sie nicht alleine einem solchen Wahlgremium zu überlassen. Dazu lassen Sie mich folgende Punkte anführen, bevor ich Ihnen im einzelnen hier erste Werbemittel vorstelle.

Erstens, ich wünsche mir und ich hoffe, daß wir im Interesse eines möglichst erfolgreichen, möglichst effektiven Wahlkampfes uns noch gründlicher als früher darüber klar werden, an wen sich dieser Wahlkampf zu wenden hat, wer in diesem Wahlkampf unsere Zielgruppen sind. Jeder Wahlkampf hat zu allen Zeiten zwei entscheidende Aufgaben. Nämlich einmal die Bestärkung und die Mobilisierung der Stammwähler und zum anderen die Überzeugung der Grenz- und der Wechselwähler. Diese beiden Aufgaben müssen miteinander gelöst werden, aber sie müssen durch verschiedene Medien und in verschiedenen Formen gelöst werden. Während die Bestärkung und die Mobilisierung der Stammwähler in erster Linie die Aufgabe der eigentlichen Kampagne ist – und deswegen ist und bleibt auch im Zeitalter des Fernsehens die Rednerkampagne in einem Wahlkampf so ungeheuer wichtig und unverzichtbar, und deswegen ist es überhaupt kein Argument, wenn immer eingewandt wird: „Da sind ja überwiegend unsere eigenen Leute“ –, so sehr hat sich die Werbung in erster Linie an die Grenzwähler und an die Wechselwähler zu richten. Die Werbung muß zwar von den Stammwählern voll akzeptiert werden, ihre Zielgruppe müssen aber die zu gewinnenden, die zu überzeugenden Grenz- und die Wechselwähler sein, d. h. also doch, daß sie sich eher an deren Bewußtseinslage zu orientieren hat als an der Bewußtseinslage unserer treuen Anhänger, unserer Stammwähler. Das heißt – ein wenig umschrieben –, daß es in der Werbung und in diesem Fall des Wahlkampfes nicht darum geht, die Hundertprozentigen zu Zweihundertprozentigen zu machen, sondern die Fünfzigprozentigen zu Hundertprozentigen oder – wie es mein Freund Arthur Rathke meistens umschreibt –, daß es in diesem Teil des Wahlkampfes nicht darum geht, daß die Leute, die ihr Kreuz ohnehin für die CDU machen, es nun besonders dick für die CDU machen. Bitte behalten Sie dieses im Auge bei allem, was wir anschließend zu diskutieren haben.

---

18 Protokoll der konstituierenden Sitzung des Wahlkampfgremiums der CDU am 19./20. August 1972 in Bonn in ACDP 07–001–5181.

Wechselwähler sind, und das ist der zweite Punkt, nach allen Erfahrungen, über die Herr Professor Kaltefleiter im einzelnen ergänzend berichten kann, wenn Sie dies in der Diskussion wünschen, nicht etwa, wie es lange Jahre hieß, die völlig unpolitischen, die völlig uninteressierten Wähler, die dieses Mal hierhin und jenes Mal dorthin schwappen, sondern Wechselwähler sind, wenn Sie sich die Gesamtheit der Wählerschaft angucken, eher politisch interessierte Wähler, es sind eher kritische Wähler, es sind eher Zeitungsleser, es sind eher Fernsehzuschauer. Das heißt also, sie gehören eher zum politisch aufgeschlosseneren Teil unserer Bevölkerung. Daher meinen wir, daß eine Werbung, die sich vor allem an diese Gruppe richtet, deutlich machen sollte, daß die Christlich-Demokratische Union einen politischen Wahlkampf, einen argumentierenden Wahlkampf, einen informierenden Wahlkampf führt. Selbstverständlich muß auch dieser Wahlkampf Emotionen freisetzen, er muß eine motivstiftende Wirkung haben, aber er muß dies durch die politische Themenwahl und die Art ihrer Darstellung haben und nicht durch Idylle oder durch Sentimentalität. Ich meine im übrigen, daß hier, nach allen Erfahrungen während der letzten 20 bis 25 Jahre, auch ein nahezu prinzipieller Unterschied besteht zwischen der Wahlkampfanlage einer Regierungspartei und der einer Oppositionspartei, sowohl wenn Sie die Images eines Bundeskanzlers einerseits und eines Oppositionsführers andererseits vergleichen, als auch, wenn Sie etwa die Themenwahl nehmen, im einen Falle etwa Friedenspolitik, im anderen Falle Stabilitätspolitik, ist das eine etwas, wo sich Sentimentalitäten eher aufhängen und mobilisieren lassen, während das andere eher auf dem Wege von der Politik her überzeugend dargestellt werden muß. Mit anderen Worten: In einem Wettstreit der Sentimentalitäten besteht die Gefahr, daß wir der SPD eine Stärke geben würden, die sie gar nicht hat. Deswegen ist unser Feld die Politik, das Argument, die Information. Dies scheint mir im übrigen auch zugleich die beste Antwort auf die Frage zu sein, wie beschäftigen wir uns in diesem Wahlkampf mit den Gruppen, bei denen wir den stärksten Nachholbedarf haben, nämlich bei den jungen Wählern – sechs Jahrgänge, wie wir alle wissen –, bei dem urbanisierten Mittelstand – oder wie immer man ihn bezeichnet –, bei der Großstadtbevölkerung, bei den Facharbeitern, bei sozialen Aufsteigern und wie Sie diese Gruppen sonst umschreiben wollen.

Drittens, wir haben uns zu fragen – und das wird unsere Programmüberlegungen durch den September bis hin zum Parteitag in Wiesbaden mit zu bestimmen haben – um welche Themen geht es im Wahlkampf? Es wäre ein schwerer Irrtum, wenn irgend jemand glauben wollte, wir könnten in diesem Wahlkampf die Außenpolitik ausklammern. Überdies gibt es Themen, die positiv für uns besetzt sind, etwa die Europapolitik, etwa der Kampf um die Menschenrechte im anderen Teil Deutschlands, nehmen Sie nur unseren Europaplan, nehmen Sie nur unseren Rainer-Barzel-Stufenplan. Daneben wird es mehr als je zuvor die prinzipielle Auseinandersetzung mit dem Sozialismus geben, der Kampf gegen die Linksunterwanderung der SPD, den Streit um mehr innere Sicherheit. Aber wenn wir gar nicht nur von eigenen Wünschen und taktischen Überlegungen ausgehen, sondern wenn wir von dem ausgehen, was uns jede Meinungsumfrage sagt und was wir überdies, wie ich glaube, in jeder eigenen Versammlung in diesen Wochen und Monaten erleben, wird im Zentrum der politischen Aus-

einandersetzung natürlich die Innenpolitik stehen, wird die Wiedergewinnung der Stabilität im Mittelpunkt unserer Aussage zu stehen haben, die Wiedergewinnung der Stabilität als zwingende Voraussetzung für alle Reformen, die wir dringend brauchen und um die uns diese Regierung mit ihren maßlosen Versprechungen und mit ihrer Inflationspolitik betrogen hat.

Mein Vorschlag an diejenigen Gremien unserer Partei und unserer Fraktion, die sich mit der Vorbereitung dieser Frage zu beschäftigen haben, ist in diesem Zusammenhang seit vielen Wochen, daß wir nicht der Versuchung erliegen, ein Wahlprogramm, ein Regierungsprogramm aufzustellen, das in Konkurrenz tritt mit unserem eigenen Parteiprogramm, mit dem Berliner Programm und seiner zweiten Fassung, die wir in Düsseldorf verabschiedet haben. Wir sollten nicht den Ehrgeiz haben, ein Programm zu präsentieren, das wir daraufhin untersuchen müssen, ob hier auch zu jedem Problem und zu jeder Gruppe in unserem Lande etwas gesagt wird. Es geht in diesem Wahlkampf nicht um Vollzähligkeit, sondern es geht zuallererst um die psychologische Wirkung, der Öffentlichkeit überzeugend klarzumachen und werblich zu zementieren: Hier ist eine Partei, hier ist ein Kanzlerkandidat und seine Mannschaft, die wissen ganz genau, was sie wollen, die haben konkrete Pläne und konkrete Lösungen, ein konkretes Programm. Und deswegen meine ich, sollten wir anstelle von Allgemeinheiten wirklich viele Bereiche unseres Programms auflösen in einzelne Planvorstellungen, wie sie ja aus der Arbeit der Opposition schon vorliegen. Wir haben den Europaplan, wir haben den Stufenplan in der Deutschlandpolitik, wir haben den Vermögensplan, wir haben den Rentenplan, und so wird es eine Reihe von anderen Bereichen geben, etwa die berufliche Bildung oder die Bildungspolitik im ganzen, wo wir das noch zu ergänzen und auszuformulieren haben. Daß wir daneben allen unseren Rednern und Freunden die Handhabe geben müssen, um im Wahlkampf zu wissen, was sie auf besorgte Fragen, etwa der Beamten oder der Landwirte oder des Mittelstandes zu sagen haben, das ist völlig klar. Aber das bedeutet nicht, daß wir das in eine ganze Vielfalt von Programmankündigungen hinein nehmen, sondern daß wir unter die Oberzeile „Wiedergewinnung der Stabilität als Voraussetzung für alles“ dort ein paar sehr konkrete und sehr plastische Punkte subsumieren, die unser Konzept zeigen.

Viertens, es wird in einem Wahlkampf, wo es mehr denn je darauf ankommt, daß wir die absolute Mehrheit kriegen, ob die Unionsparteien gewinnen, mehr denn je davon abhängen, ob es uns gelingt, die Wählerschaft ganz eindeutig zwischen zwei Möglichkeiten zu polarisieren, sie auf die Alternative Unionsparteien oder SPD festzulegen. Das bedeutet nach meiner Überzeugung und Erfahrung, daß wir mindestens in der Werbung auf jede Nennung der FDP oder ihrer führenden Politiker verzichten sollten. In unseren Wahlkampfaussagen, in der Politik, in den Wahlreden wird sich das von Situation zu Situation nicht immer ganz vermeiden lassen, aber wir können nur ein ganz großes Interesse daran haben, daß wir nicht hochspielen, daß es hier um drei Möglichkeiten geht, sondern daß wir die Entscheidung klarmachen. Ich denke, daß Sie mir alle zustimmen werden, daß Sie die zurückliegenden elf Landtagswahlen nahezu im nachhinein daraufhin analysieren können, wieviel ist jeweils über die FDP

geredet worden und daß Sie das dann in den Wahlergebnissen, jedenfalls in der Steuerungsrate oder in der Abfallrate der FDP, merken.

Fünftens, es gibt in diesem Wahlkampf, da wir aus einer echten, legitimen, demokratischen Auseinandersetzung in unserer Partei herausgekommen sind, die abgeschlossen worden ist mit dem Parteitag in Saarbrücken, entscheidend darum, daß wir die Unionsparteien CDU und CSU als eine geschlossene politische Mannschaft unter der Führung von Rainer Barzel präsentieren und daß daran nicht der mindeste Zweifel entsteht.

Lassen Sie mich jetzt im Zusammenhang mit der Offenheit und Direktheit, die ich mir auch in 20 Jahren Politik nicht ganz habe abgewöhnen lassen, zu ein paar Fragen Stellung nehmen, die in der Regel als etwas delikater und heikel gelten. Das ist zunächst die Position unseres Vorsitzenden und unseres Spitzenkandidaten. Meine Damen und Herren, in der Presse lesen Sie gelegentlich eine Diskussion, die uns nun nicht nur seit Saarbrücken, sondern schon vorher aufgeredet werden sollte, nämlich über die sogenannten Image-Probleme. Herr Professor Kaltefleiter hat in dem Wahlkampfgremium mit Recht darauf hingewiesen, daß es in 22 Jahren Bundesrepublik noch nie einen Oppositionsführer gegeben hat, der in der Zustimmung des Publikums dem Kanzler mit seinem unzweifelhaften Amtsbonus so dicht auf war, wie dies jetzt der Fall ist und in zunehmendem Maße günstiger für uns. Dieses gibt uns die beste Ausgangsposition, hier eine ganz klare, auch werbliche Wahlkampfaussage zu machen. Lassen Sie mich ein zweites sagen: Niemand wird nach der Entwicklung der letzten Monate etwa glauben, daß ich in meinem persönlichen Verhältnis zur CSU veranlaßt wäre, schönfärben zu wollen. Aber wenn ich ständig die Kampagne der Linken höre: „Wer Barzel wählt, wählt Strauß“, gibt es für uns nur eine einzige Möglichkeit, eine Antwort darauf zu geben, und das ist die Offensive, nämlich ganz klar – auch im Bereich der CDU – uns zu dem Vorsitzenden der CSU zu bekennen als dem Mann, den wir brauchen in dieser Mannschaft und den wir desto mehr brauchen, je mehr diese Regierung unsere Staatsfinanzen zerrüttet hat und je mehr ein Mann an diese Stelle muß, der bewiesen hat, daß er ein erstklassiger Finanzminister ist. Also, wir würden uns selbst den allergrößten Schaden tun, wenn wir auch nur irgendwo den Eindruck erwecken wollten, laßt uns doch mal sehen, daß wir Strauß so ein bißchen in Bayern kämpfen lassen, und wir tun so in der CDU, als ginge es hier um andere Personalien. Dies ist eine Mannschaft und sie muß als eine geschlossene Mannschaft vom Norden bis zum Süden den Wählern präsentiert werden.

Meine Damen und Herren, in dieser Mannschaft gibt es jüngere und ältere Politiker, gibt es sehr bekannte und gibt es andere, die erst noch vom Namen und vom Amt her bekannt werden müssen. Das ergibt sich aus deren bisherigen politischen Werdegang und ist unter uns Freunden nicht eine Frage der unterschiedlichen Qualifikation. Aber da es in einem Wahlkampf um Wirkung geht und nicht um Prestigefragen, müssen wir daraus natürlich unsere Konsequenzen ziehen. Aus vielerlei Gründen – unsere Landesverbände haben darin ja schon manche Erfahrungen gemacht – habe ich erhebliche Bedenken, ob wir die Mannschaft Rainer Barzels im Wahlkampf in der Weise visualisieren können, daß wir etwa zwölf oder gar noch mehr Gesichter auf Plakate

bringen. Ich habe außerdem meine erheblichen Bedenken, ob es sinnvoll ist, mit dem Medium der Plakatierung Mitglieder dieser Mannschaft, die noch nicht landauf, landab bekannt sind, in den zur Verfügung stehenden zwei oder drei Dekaden nun landauf, landab zu plakatieren. Deswegen empfehle ich, daß wir hier erstens von einer starken Regionalisierung ausgehen, d. h., daß wir in Schleswig-Holstein das Bild eben anders gestalten, mit Rainer Barzel, um ihn herum, als in Baden-Württemberg oder in Hessen oder in Rheinland-Pfalz. Und ich empfehle zweitens – wenn wir uns auf ein Mannschaftsplakat verständigen, das ich bis heute niemandem zusagen kann, weil das einfach graphisch eine ganz schwierige Aufgabe ist, und weil es sich nur lohnt, wenn es wirklich sitzt –, daß für eine solche bundesweite Visualisierung der Mannschaft in ihrem Bekanntheitsgrad nur ein Kern in Frage kommt neben unserem Vorsitzenden, das sind Franz Josef Strauß, Gerhard Schröder und Hans Katzer. Ich scheue mich nicht, das in diesem Kreise ganz offen zu sagen, weil wir uns darüber klar sein müssen und nicht hier mit falschen Vorstellungen an eine Aufgabe herangehen können, die unter werblichen Gesichtspunkten zu lösen ist, wenn wir entsprechende Wirkung haben wollen.

Ganz anders sieht es im Fernsehen aus. Ich werde Ihnen nachher im Zusammenhang der Gestaltung unserer Fernsehsendungen eine Empfehlung geben, da es auch hier, im Unterschied zu früheren Versuchen, auf eine starke Politisierung herausgeht. Hier meine ich, haben wir bei neun Fernsehsendungen und noch fünf der CSU, also insgesamt 14 Sendungen, eine große Möglichkeit, die Vielfalt dieses personellen Angebots der CDU darzustellen, in einzelnen Namen, in einzelnen Bildern. Und wieder etwas anderes gilt für die Insertionskampagne. Hier haben wir also von Medium zu Medium zu überlegen, was ist für uns alle das günstigste und das erfolgreichste.

Lassen Sie mich nun als sechstes Ihnen ein paar Beispiele vorführen für die Werbelinie, wie wir sie bisher erarbeitet haben. Aber lassen Sie mich zunächst wenige Vorbemerkungen dazu machen: Erstens ist das, was Sie jetzt sehen werden an einigen Beispielen, nicht etwa das, was wir seit drei Monaten verfolgt haben, sondern es ist das Ergebnis einer Ausscheidung aus mehreren bis hin zu dutzenden von verschiedenen Vorschlägen der allerverschiedensten Art und der verschiedensten Herkunft aus Werbestudios, aus Agenturen usw. Die Linie, die wir Ihnen empfehlen, zeichnet sich aus durch einen Verzicht auf Arabesken, durch einen Verzicht auf Bildchen und auf Idylle, durch einen Verzicht auf jede Verfremdung durch eine klare, auch in der Werbung politische Aussage. Im Wahlkampf in Baden-Württemberg, der in einer ähnlichen Richtung verlief, gab es einen systemfremden Versuch, nämlich Filbinger, die Kandidaten, die Slogans aufzulockern, ein bißchen zu verschönen durch eine strahlende Familie. Die nachfassende Untersuchung dieses Wahlkampfes hat ergeben, daß gerade dieses Plakat ohne jede Wirkung geblieben ist, daß es völlig durchgefallen ist. Und dieses gilt nach unserer Überzeugung von allen Kinderaugen, von allen jungen Bräuten, von allen jungen Paaren, von allen alten Mütterchen – wir werden dadurch nicht glaubwürdiger. Dies gilt für die Werbelinie, dies gilt aber auch etwa für die Gestaltung von Fernseh- und Rundfunksendungen. Wir haben uns in früheren Wahlkämpfen – und ich sage das ja alles gar nicht gegen die, die das in früheren Jahren gemacht haben,



denn ich war ja selber mit beteiligt, aber man lernt eben von Jahr zu Jahr aus diesen Dingen – wir haben uns in früheren Jahren in der Regel von der Überlegung leiten lassen, daß Fernsehsendungen in Wahlkämpfen unbeliebt sind, daß wir ins Wohnzimmer kommen und dort auf Abwehr gegen Wahlkampf stoßen und daß man diese Abwehrhaltung überspielen müsse, indem man es den Leuten möglichst gefällig präsentiert. Unsere Überlegungen und das Ergebnis unserer Gespräche mit Fachleuten, die noch mehr als wir davon verstehen und die entsprechenden Untersuchungen studiert haben, ist die, daß gerade dieses die Abwehr gegen diese Politik in den Wohnzimmern noch erhöht hat, weil sie nämlich dargestellt werden sollte als der Versuch, den Mann zu übertölpeln oder die Frau oder die Familien zu betrügen. Es geht hier um einen Wahlkampf, das wissen die Menschen. Diese Sendungen schließen sich an die „Tageschau“ und an „Heute“ um 20.15 Uhr an, und deswegen sind wir der Meinung, hier muß eine klare, unverdeckte, unverstellte politische Aussage herein, nicht durch irgendwelche angelernten Schauspieler, sondern durch diejenigen, die es zu tragen haben, nämlich Rainer Barzel und seine Mannschaft. Wie man das in der Regie präsentiert, das bleibt noch zu überlegen. Aber dieses wird jedenfalls das Kernstück der Sache sein und das ist ja auch nur eine Folge der strategischen Grundüberlegungen, die ich Ihnen vorgetragen habe, als das Bekenntnis zu einem politischen, zu einem sachlichen, zu einem argumentierenden Wahlkampf.

Die zweite Vorbemerkung, die ich zu machen habe, die betrifft den gegenwärtigen Stand unserer Überlegungen und das, was wir Ihnen heute zeigen können. Ich habe das schon am Wochenende in der Sitzung unseres Wahlkampfremiums erlebt und es ist eine ganz neue Erfahrung, es ist in einem größeren Kreis außerordentlich schwierig, klarzumachen, worum es in diesem Augenblick geht, und worum nicht. Ich gehe noch sehr viel weiter als unsere Mitarbeiter in den Werbeagenturen in der Endgültigkeit des Vorgestellten, und ich habe den Mut, Ihnen zu sagen, daß heute, mehr als 3 ½ Monate vor dem Wahltag, wahrscheinlich keine der Anzeigen, die Sie gleich in dem Entwurf sehen werden, so laufen wird, wie sie jetzt hier formuliert ist. Mit anderen Worten: Es geht überhaupt nicht um Formulierungen, es geht überhaupt nicht um Worte, es geht nicht einmal – wie ich Ihnen gleich zeigen werde – um den Slogan. Es wird nämlich niemand verantwortlich diesen Slogan festlegen wollen, bevor nicht eine entsprechende Testuntersuchung vorliegt. Sondern es geht um eine Werbelinie, bei der Bilder und Texte, wenn Sie diese Werbelinie so billigen, wie es das Wahlkampfremium am Wochenende getan hat, nun in die Feinpolitur kommen, jetzt also nur stellvertretend für irgend etwas viel Besseres stehen und wo wir aber den Rahmen brauchen, um das im einzelnen durchzuarbeiten.

Zunächst der Einsatz der Medien: Wir haben hier die verschiedenen Medienmöglichkeiten bei Tageszeitungen, Zeitschriften, Plakatierungen in den einzelnen Bereichen Filmtheater, Fernsehen, Funk und hierunter besondere Maßnahmen in ausgewählten, d. h. besonders umstrittenen oder besonders gewinnträchtigen Wahlkreisen mit hoher Fluktuation. Ich gehe davon aus, daß wir eher im Rahmen der Kampagnen, die wir bisher schon durchgeführt haben mit einer Anzeige Anfang Juli, als im Rahmen des endgültigen Wahlkampfes mit einem ersten Werbeeinsatz beginnen, sobald der

Bundestag endgültig aufgelöst ist, denn ich glaube, es ist wichtig, in einer Grundaussage hier ganz deutlich ins Bewußtsein zu bringen: Diese Regierung ist gescheitert, sie muß den Bundestag vor seiner Zeit auflösen, was keine Regierung vorher tun mußte.

Die zweite Phase wird während unseres Parteitages laufen, in der Woche vom 8. bis 14. Oktober. Es scheint uns entscheidend wichtig zu sein, diesen Parteitag zu benutzen, um die Begriffe „Barzel“, „Mannschaft“, „CDU“ und „Programm“ in dieser vierfachen Assoziation ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu bringen durch eine erste Dekade in der Plakatierung und durch eine erste Anzeige in den Tageszeitungen.

Wir beginnen dann mit der kontinuierlichen Werbekampagne in den Tageszeitungen vom 15. Oktober bis zum 3. Dezember, als hier angenommenem Wahltermin. Und wir unterstützen das in den letzten zwei Dekaden, d. h. in den letzten drei Wochen praktisch durch eine komplette Belegung der von uns erreichbaren Plakatierungsflächen im normalen Anschlag, in Ganzstellen, in Sonderstellen. Das wird in der letzten Phase unterstrichen, ab 15. Oktober durch neun – für CDU/CSU 14 – 2½-Minuten-Spots im Fernsehen, durch eine wahrscheinlich große, bisher noch nicht ganz feststehende Zahl von Rundfunksendungen und durch einen Einsatz in einer Reihe von ausgewählten Kinotheatern. Dies ist nach dem Rat unserer Werbeagenturen eine besondere Möglichkeit, mit einem noch in gar keiner Weise fertigen und vorliegenden Trickfilm in einer sehr aufgelockerten Form an die Jungwähler heranzukommen. Ich glaube, ich kann darauf verzichten, Ihnen im einzelnen auseinanderzusetzen, wieviele Einschaltungen das sind. Wenn Sie dazu Fragen haben, werden die Mitarbeiter darauf sicher gerne detaillierte Antworten geben.

In der Plakatierung schließen wir an an eine Werbelinie, die Sie andeutungsweise seit dem Mai auch in unserer gesamten übrigen Öffentlichkeit gesehen haben. Die Farben sind, wie Sie das nicht erst im Wahlkampf sehen werden, sondern aus früheren Wahlkämpfen kennen, eine Signalfarbe in rot für das Signet und daneben weiß und schwarz. Das ist für die CDU eingeführt, darauf sollte man nicht ohne Not verzichten, und es hat außerdem die größte plakative Wirkung, wie wir glauben. Dieses ist der Versuch – ich erinnere an meine Vorbemerkung – diese Identifikation „Barzel“, „Mannschaft“, „Programm“ und „CDU“ in der Dekade um den Parteitag herum darzustellen, hier am Beispiel einer Ganzstelle, d. h. an Anschlagstellen, wo wir die gesamte Säule für einen Auftraggeber belegen können. Selbstverständlich können wir nicht in Wiesbaden diskutieren, wenn der ganze Text schon draußen hängt. Die Werbeleute würden sich das wünschen, aber das ist politisch nicht möglich. Kernsätze, die vorher feststehen für diese Programmaussage der CDU, müssen hier ins Bild der Öffentlichkeit kommen. Dieses ist für den eigentlichen Wahlkampf, d. h. für die letzten beiden Dekaden, der Versuch, die Mannschaftsplakatierung mit einer regional unterschiedlichen Aufschlüsselung darzustellen. Dieses wäre also etwa im Bereich von Rheinland-Pfalz Rainer Barzel mit Helmut Kohl und mit Richard von Weizsäcker, in der Form hier wiederum einer Ganzstelle. Das gleiche läßt sich machen im allgemeinen Anschlag und auf Sonderstellen. Darüberhinaus werden wir natürlich ähnlich wie hier Porträtplakate und ähnlich wie hier reine Sloganplakate in diesem Stil nehmen

und die Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen ebenso wie die Rednerankündigungsplakate demnächst mit ihrem Stil hier anschließen.

Ein weiterer Entwurf, nur um Ihnen wiederum die thematische Linie zu zeigen, die Sonderstellengestaltung, die 18-Bogen-Plakate, das sind also diese großflächigen, hier als ein Entwurf mit dem Spitzenkandidaten und einem Slogan. Hier für zwei solche Großflächen nebeneinander, das ist ein Teil der Belegungswirklichkeit. Auf diesem Gebiet, also hier im 18-Bogen-Plakat, sind wir bei der experimentellen Vorbereitung eines Mannschaftsplakates. Ich kann nur wiederholen, ob es uns gelingt, überhaupt einen vernünftigen Entwurf dafür zu bekommen, bleibt abzuwarten, das läßt sich heute noch nicht sagen. Er wird gänzlich natürlich in der Linie liegen.

Damit komme ich zu dem zweiten wichtigen Bereich, nämlich der Insertion. In der Insertion in den Tageszeitungen geht es im wesentlichen um drei Phasen, die nach den ursprünglichen Vorschlägen einer Reihe von Fachleuten aufeinander folgen sollten, die nicht zuletzt nach den Ergebnissen der Diskussion am vergangenen Wochenende aber ineinander verschränkt sein müssen. Das erste ist die Abrechnungsphase, also die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, das zweite ist die Selbstdarstellung durch das Programm der CDU und das dritte ist die Mobilisierungsphase, d.h. die konzertierte Wirkung in den letzten Tagen vor der Wahl. Diese Mobilisierungsphase ist natürlich immer beschränkt auf die letzten drei oder vier Tage, während wir der Meinung sind, daß sich Abrechnung und Selbstdarstellung überhaupt nicht trennen lassen. Das muß eher in der Form erscheinen, daß bei zwei Anzeigen in einer Woche man sich eben am Dienstag mit einem Kernpunkt der Versagens der anderen und am Donnerstag mit einem eigenen Programmbeitrag zu beschäftigen hat, wobei ich darauf hinweise, daß das nur den Schwerpunkt der Aussage bestimmt, etwa die Headline, daß aber natürlich auch in der Abrechnung mit dem Gegner deutlich werden muß, was ist denn unser, der Unionsparteien, Gegenprogramm, um aus diesem Dilemma herauszukommen.

Für die Abrechnung mit dem Gegner überlegen wir, ob wir nicht eine große Chance haben, die Hauptangriffe auf den Gegner – Sie wissen, daß Polemik wahrlich im Kreise der für uns zu erreichenden Wähler, gerade auch der Wechselwähler, nicht nur beliebt ist –, wir überlegen also, ob wir nicht die schärfste Polemik gar nicht so sehr als CDU/CSU sagen sollen, sondern sie dem Gegner selber in den Mund legen sollen, also Äußerungen von Herrn Möller oder Herrn Schiller über die Finanzlage, über die Inflation, Äußerungen der Sozialdemokraten über die Jusos. Wir zitieren und wir knüpfen dann unsere eigenen Kommentare daran an. Geben wir – wiederum unter dem eingangs dargestellten Vorbehalt der Nicht-Endgültigkeit der Texte – nur als Richtungsanweisung Ex-Finanzminister Alex Möller: „Ich wollte nicht der Finanzminister des Bankrotts werden.“ 1969 verspricht die SPD den Wählern eine Koalition der Reformen, doch schon ein Jahr später steht Finanzminister Möller vor leeren Staatskassen und sieht keine Möglichkeit, ein Reformprogramm zu finanzieren. Milliarden Schulden machen will er nicht, deshalb tritt er zurück: „Ich wollte nicht der Finanzminister des Bankrotts werden.“

Es folgt eine Agenturempfehlung, die wir uns nicht zu eigen machen werden, näm-

lich als mittlere Headline: „Drei Jahre Experimente sind genug!“ Wir haben darüber lange diskutiert, wir sind der Meinung, daß dieser Begriff von uns nicht negativ eingesetzt werden sollte, sondern „Schaffen Sie stabile Verhältnisse mit Ihrer Stimme für die CDU!“ Und hier – wie schon bei unserer letzten Anzeige im Juli – ein Coupon, der es dem Leser ermöglichen soll, sich für das Programm Rainer Barzels und seiner Mannschaft zu interessieren, dieses Programm anzufordern oder auch sonst in irgendeiner Form aktiv zu werden. Sie kennen diesen Coupon aus den Juli-Mitgliedschaften der CDU.

Nächstes Beispiel: „Heute wollen die Jusos die SPD kontrollieren und morgen Sie.“ In der Wahlbroschüre „Kandidatenaufstellung als Chance innerparteilicher Veränderung und Mobilisierung“ legen die Jusos die Karten auf den Tisch. Ihr Ziel: Mehr Macht in der SPD. Der einzelne Abgeordnete soll zum gehorsamen Befehlsempfänger der Parteimaschine werden. Und was die Jusos heute von den Abgeordneten verlangen, verlangen Sie morgen von Ihnen.

Drittes Beispiel, hier nun mit einer eigenen Aussage: „Nach drei Jahren SPD hat der deutsche Sparer 30 Milliarden Mark verloren, schaffen Sie wieder stabile Verhältnisse mit Ihrer Stimme für die CDU.“ – „Wer die SPD wählt, wählt die Inflation“, mit einem begründenden Text, was ist drei Jahre lang geschehen und wie ginge das weiter, wenn man den Leuten noch drei weitere Jahre für ihre verfahrenre Politik zur Verfügung stellt.

Und letztes Beispiel: Bundesbankpräsident Klasen (SPD): „Inflation ist Made in Germany“. Das ist der Schluß des Märchens von der importierten Inflation, vom bösen Dollar und den anderen Währungsvagabunden. Unsere Inflation ist deutsche Markenware, hergestellt von der SPD. Heute haben wir die schlimmste Geldentwertung seit 21 Jahren. Es folgen einige Beispiele für besonders drastische Preissteigerungen. „Schaffen sie stabile Verhältnisse ...“

Dieses sind also, fünf Beispiele – Beispiele, wenn ich das immer wieder sagen darf – für Kampfanzeigen gegen die SPD. Und in ähnlicher Weise beispielhaft die gegenläufige Kampagne, die gemischt werden soll nach unseren Überlegungen etwa im Verhältnis 7:3, sieben Teile Positivwerbung für die CDU, drei Teile andere. Daß das jetzt hier im Verhältnis 5:5 präsentiert wird, ergibt sich aus der für Sie hoffentlich verständlichen Situation unserer Mitarbeiter und Agenturen, Programmanzeigen zu texten, bevor wir Politiker ihnen dieses Programm auch konkret auf den Tisch legen. Erstens, die CDU hat die konkreten Lösungen: „Wer mitarbeitet, soll auch mitbeteiligt werden.“ Jeder Arbeitnehmer soll in Zukunft am Vermögen beteiligt werden durch einen Beteiligungslohn usw. „Fortschritt braucht Stabilität – CDU!“

Zweitens, die CDU hat die konkreten Lösungen, die sechs, sieben, acht, zehn Gebote der Stabilität mit einem ganz provisorischen, noch völlig unzulänglichen Text. Hier müssen konkrete Maßnahmen hinein, was wollen wir tun, was will die CDU tun, um die Stabilität wiederzugewinnen.

Drittens, hier ein Begriff, von dem wir alle der Meinung waren, daß er völlig unmöglich von der Sache her ist: „Die CDU hat die konkrete Lösung – Die Rente mit Inflationsschutz!“ Dies ist also der Rentenplan. Nur lassen Sie mich an diesem verfehl-

ten Beispiel klarmachen, es geht darum, einzelnen Plänen mit einem eingängigen, mit einem populären, mit einem nicht zu wissenschaftlichen Stichwort eine größere Popularität zu geben und sie dann im einzelnen hier argumentativ darzustellen.

Viertens, die CDU hat die konkreten Lösungen: „Vorsorge statt Fürsorge.“ Und schließlich als letztes, die CDU hat die konkrete Lösung: „Wir fördern den, der sich fördern läßt.“ Beispiele etwa aus der Diskussion vom Wochenende: „Wir fördern jeden, der etwas leisten will.“ Also auch nur wieder ein Probetext für den Bereich der Bildungspolitik.

Und nun nach diesen zehn Beispielen für die beiden ersten Phasen der Schluß. Wiederum, Herr Professor Erhard hat das heute morgen im Präsidium schon skizziert als einen nicht durchführbaren Einfall unserer Agenturen, das war übereinstimmende Meinung am Wochenende: „Rainer Barzel: Wir stellen die Stabilitäts-Mannschaft“. Hier geht es darum, diese Mannschaft in irgendeiner Form mit einem Attribut zu versehen. Dies geht sicher nicht. (*Starke Unruhe.*)

Nächstes Beispiel, zwei Tage vor der Wahl: „Wählen Sie – es steht zu viel auf dem Spiel, um zu Hause zu bleiben“ (mit einem Stimmzettel). Und schließlich das letzte Beispiel: Ein Brief des Vorsitzenden an die Wähler mit seiner persönlichen Unterschrift und einem letzten Hinweis auf die Bedeutung der Wahl. In diesem Rahmen sind nicht berücksichtigt die Illustrierten. Es gibt eine Auseinandersetzung innerhalb unseres Wahlgremiums aus zwei Gründen. Erstens haben unsere Mitarbeiter in ihrem Eifer den Etatrahmen unseres Schatzmeisters um 10 % überschritten, und sie müssen also jetzt wieder heruntergeholt werden auf die 30-Mio.-Grenze für reine Werbekosten. Zweitens, die Illustrierten haben eine Einschaltfrist, insbesondere bei Farbanzeigen, von bis zu acht Wochen. Wir müßten also im Grunde bei Beginn des Wahlkampfes festlegen, was wir Ende November schalten wollen, und dieses zwingt uns, sehr allgemein gehaltene Texte zu schreiben. Wir wissen da nicht recht, ob das möglich ist. Es gibt zwei verschiedene Versuche: Hier eine doppelseitige Anzeige, die sich an den Stil einer Illustrierten mit Bildern und Text anfügt und den eigentlichen Werbeteil auf diesen unteren Teil beschränkt. Und das zweite als eine ganz repräsentative Anzeige, doppelseitig, das Bild Rainer Barzels mit dem Aufruf an die Wähler. (*Starke Unruhe und Diskussion.*)

Lassen Sie mich nur hier aus dieser Anzeige noch einen Teil Ihnen vorlesen. Der Grund für diese Kampagne ist – es ist das erste Mal, daß wir überhaupt so etwas tun, das hat es bisher nie gegeben –, daß wir glauben, daß wir dieses Mal eine ganz große Chance haben, durch die Werbung unsere eigenen Anhänger und Wähler zu aktivieren und zu mobilisieren. Es gibt eben die Überlegung, keine Anzeige ohne einen solchen Coupon laufen zu lassen. Und dafür gibt es hier ein Beispiel mit einem eingedruckten Kasten folgenden Wortlauts, wieder nur als Entwurf: „Verdoppeln Sie Ihre Wahlstimme! Noch nie war eine Wahl so wichtig, deshalb genügt Ihre Stimme nicht, gewinnen Sie noch weitere Stimmen für die CDU! Heute ist es einfacher als je zuvor, weil immer mehr Menschen erkennen, wohin die SPD-Politik führt. Sie können helfen: 1. Mit Nachbarn, Freunden und Arbeitskollegen darüber diskutieren, was die SPD versprochen hatte und was daraus wurde. Tatsachen dazu können Sie bei uns

anfordern. 2. Erkundigen Sie sich nach dem Kandidaten ihres Wahlkreises, fragen Sie ihn, wie Sie ihm helfen können. 3. Informieren Sie Ihre Umgebung über die Sachprogramme der CDU, wir schicken sie Ihnen ... usw.“ Dies scheint mir ein wichtiger Zusatz, auf den wir in bisherigen Wahlkämpfen immer verzichtet haben. Aber schon die ersten Erfahrungen im Juli zeigen, welche ganz große Chance wir hier haben. Sie erinnern sich an die Anzeige, die wir kurzfristig beim Rücktritt von Herrn Schiller Anfang Juli auch mit einem solchen Coupon geschaltet haben. Der Rücklauf dieses Coupons – was in der Werbung in der Regel als die mildeste Form der Ansprache gilt, weil hier eine ungeheure Aktivität gefordert wird, man muß das Ding ausschneiden, man muß es ausfüllen, man muß es in einen Umschlag stecken und adressieren – der Rücklauf dieses Coupons: 60.000 DM an Spendeneingängen und zwar fünf Spenden, glaube ich, über 1.000 DM, alles übrige eine Summierung von mehreren hundert Kleinspenden und zweitens über 1.000 Bereitschaftserklärungen, der CDU als Mitglied beizutreten. Wenn man das hört, dann ist das, wie ich meine, ein Anstoß dazu, sich sehr gründlich zu überlegen, was können wir auch im Wahlkampf auf diesem Gebiet tun.

Ich habe kurz berichtet über die allgemeine Linie im Fernsehen und im Rundfunk. Ich brauche das, glaube ich, nicht näher zu vertiefen. Lassen Sie mich noch eines sagen zu einem Bereich, der bei den Landtagswahlen eine große Rolle gespielt hat, nämlich zu verschiedenen Wählerinitiativen und Testimonials. Da unsere Anzeigenkampagne einfach quantitativ begrenzt ist, sind wir vorläufig nicht der Meinung, daß wir in diesem begrenzten Feld etwas verschenken sollten, wo nicht wir etwas sagen, sondern wo der Bürger X oder die Bürgerin Y etwas sagen, sei es nun als prominente oder sei es als weniger prominente Bürger oder Bürgerinnen. Aber wir glauben, daß erstens unsere Wahlkreise, bei den Anzeigen, die dort immer zusätzlich geschaltet werden sollen, in hohem Maße von diesen Bürgerinitiativen Gebrauch machen sollten. Wir glauben, daß unsere Landesverbände überlegen sollten, ob sie das abgestimmt mit der zentralen Planung zusätzlich machen wollen. Wir wollen mindestens vorsorglich für die Gesamtgestaltung des Wahlkampfes und für die Bundespartei jetzt – und die Bemühungen laufen – mindestens die personellen Möglichkeiten eruieren und zwar erstens unter der Fragestellung, welche Einzelpersonen aus den großen Bereichen von Sport, von Kunst, von Wissenschaft, von Universitäten sind denn bereit, etwas für uns zu tun und nicht nur anonym CDU zu wählen. Und zweitens gibt es ein paar Gruppen, die hier besonders wichtig scheinen und aussagekräftig, das sind etwa frühere FDP-Wähler, die über ihre Erfahrungen mit der FDP und deren jetzigen Kurs sich äußern oder es sind Leute, die 1969 SPD gewählt haben. Hier geht es also auch um die Möglichkeit gruppenspezifischer Testimonials.

Eine besondere Aufgabe stellt sich natürlich – wie in jedem Wahlkampf – in einzelnen wichtigen Bevölkerungsgruppen. Ich nenne etwa die Frauen, ich nenne die junge Generation, ich nenne den Mittelstand, ich nenne die Arbeitnehmerschaft. Wir werden mit den einzelnen Gruppen in unserer Partei in den nächsten Tagen, jeweils unter Zuziehung der Agenturen, besprechen, was wir in dieser Richtung gezielt zusätzlich machen können. Wir müssen nur im Auge behalten, daß wir auch für diese diversifizierte Ansprache nicht zu hohe Geldmittel binden dürfen, denn der eigentliche Sinn

der Kampagne muß der sein, daß wir Themen so herausstellen und so formulieren, daß sie alle diese Gruppen erreichen und ansprechen. Außerdem dürfen wir uns natürlich unter gar keinen Umständen in die Lage bringen, daß wir doppelzünftig werden, daß wir also etwa sagen, Stabilität ist ein ganz wichtiges Thema, aber junge Leute interessiert das ja nicht zu sehr. Denen gegenüber müssen wir so tun, als würden wir morgen die doppelte Zahl von Universitäten bauen, das kommt bei denen besonders gut an. Diese Kampagne muß austauschbar sein, ohne daß wir dabei am Ende die Blamierten sind oder auch nur irgend etwas von unserer Glaubwürdigkeit verlieren.

Die Slogans, die Sie da sehen, nämlich „Schaffen Sie wieder stabile Verhältnisse“ und „Fortschritt braucht Stabilität“, sind zwei Beispiele aus einer größeren Serie von Möglichkeiten. Der Vorsitzende hat vorhin einen Text vorgelesen. Sie mögen die Enge unserer Zusammenarbeit daraus ersehen, daß ein Text, den ich im Zusammenhang mit unserem Wahlkampf gremium gemacht habe und aus dem Sie Teile auch schon in der Sonntagspresse lesen konnten, in eine ganz ähnliche Richtung geht. Das ist also sozusagen das Gesamtfeld, das nachher verdichtet werden muß zu dem oder zu den Slogans, die wir brauchen: „Wir müssen wieder stabile Verhältnisse schaffen, der entschlossene Kampf gegen die Inflation und die Wiederherstellung geordneter Staatsfinanzen sind zwingende Voraussetzungen für alle Reformen, die unser Land braucht und um die uns die SPD entgegen ihren großspurigen Versprechungen betrogen hat. Die CDU/CSU hat ein klares Programm für eine neue Politik. Rainer Barzel und seine Mannschaft werden unser Land wieder in Ordnung bringen und dafür sorgen, daß es wieder gerecht zugeht in Deutschland.“ Dieses ist also das Grundfeld: Stabilität – Das Land wieder in Ordnung bringen – Die überzogenen Versprechen der SPD – Mehr Gerechtigkeit als Ziel einer neuen Politik –, was nun sozusagen eingedampft werden muß, um auf eine ganz kurze, knappe, allgemein verständliche Formulierung gebracht zu werden.

Siebter Punkt: Wir haben Ihnen vor der Tür noch einmal in Erinnerung gerufen, was die Bundesgeschäftsstelle in den letzten Monaten den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden an werblicher Hilfestellung gegeben hat. Wir haben es zum erstenmal mit einer Neuwahl zu tun. Vielleicht kann ich Ihnen aus dem Vergleich mit früheren Wahlen sagen, daß wir diese Wahl werblich noch nie so intensiv und mit einer solchen Auflagenhöhe vorbereitet haben wie dieses Mal. Ich brauche Ihnen dafür nur eine Zahl zu nennen: Die Prospekte, die wir selber den Kreisverbänden angeboten und zur Verfügung gestellt haben und die dann von dort auf eigene Rechnung zusätzlich bei uns angefordert worden sind – das ist ja bekanntlich die sicherste Methode, um zu verhindern, daß das Zeug in den Geschäftsstellen liegen bleibt und vergammelt –, haben seit dem Mai eine Gesamtauflage von 8 Mio. erreicht. So was haben wir früher außerhalb eines Wahlkampfes in drei Jahren zusammen auf den Markt gebracht. Dieses Mal in drei Monaten, in die auch noch die Ferienzeit fällt. Die Bundesgeschäftsstelle ist dabei, mit Hochdruck das Rednermaterial vorzubereiten. Es ist Ihnen vor einiger Zeit die Langfassung eines Rednerdienstes zugegangen, der mit sehr gründlichem Material in einer, wie ich meine, übersichtlichen und handlichen Form sozusagen das Kompendium bietet. Da das Bedürfnis unserer Redner, sich zu informieren, ganz unterschied-

lich ist – der eine arbeitet lieber zuhause vor und macht sich Notizen, der andere möchte in der Versammlung etwas haben – werden wir unseren Rednern außerdem in dieser Form Argumentationskarten über die wichtigsten Bereiche zur Verfügung stellen. Da gibt es einmal die schärfsten Juso-Zitate, da gibt es einmal die Vermögenspolitik der CDU und auf der Rückseite die Vermögensblockade der SPD. Da gibt es die Wirtschaftspolitik der SPD und auf der anderen Seite den Stabilitätskurs der CDU, und da gibt es elf Beispiele gescheiterter SPD-Politik. In dieser Form wird diese Arbeit fortgesetzt. Außerdem arbeiten wir an einem Kandidatenpaket, mit dem allen Wahlkreiskandidaten nicht nur Versammlungsankündigungsplakate und Kandidatenplakate zur Verfügung gestellt werden, sondern auch das nötige Material für die Arbeit im Wahlkampf. Und außerdem laufen natürlich alle Vorbereitungen, die ein solcher Wahlkampf erfordert. Wir werden uns darüber mit den Landesgeschäftsführern am Mittwoch verständigen, insbesondere in den praktischen Fragen, die ich hier nicht im einzelnen aufzuführen brauche.

Meine Damen und Herren, es wird natürlich, wie sollte das auch anders sein, nicht nur – dies ist das traurige Kapitel, auf das Rainer Barzel schon hingewiesen hat – von politischen Gegnern, sondern gelegentlich auch in Informationsdiensten, die uns sehr viel näher stehen als den Sozialisten, Verwirrung gestiftet und der Eindruck erweckt, als würden wir hier in unseren Vorbereitungen auf den Wahlkampf nicht weit genug sein und als gäbe es hier Schwierigkeiten und Probleme. Wir haben ein Problem, das wir ganz klar sehen müssen. Wer die Äußerungen des Bundeskanzlers in letzter Zeit über das Thema Neuwahlen in ihrer ganzen Verschwommenheit gehört hat, zuletzt am letzten Freitag aus seinem Sonderzug<sup>19</sup>, der wird mir sicher zugeben und mich verstehen, daß ich mich bisher strikt geweigert habe und dies auch weiter tun werde, grünes Licht für irgendwelche Produktionskosten zu geben, bevor Herr Brandt sich nicht wirklich entschlossen hat, die Vertrauensfrage zu stellen.<sup>20</sup> Wir können es uns in unserer finanziellen Situation nicht leisten, daß wir Millionenbeträge festlegen und plötzlich aus irgendwelchen Entwicklungen heraus, die wir nicht kennen, diese Wahlen nicht am 3. Dezember stattfinden. Deswegen ist unser Ziel, daß wir bis zum 20. September mit der ganzen Kampagne schubladenfertig sind und dann auf ein Signal mit grünem Licht sofort in die vorbereitete Produktion gegangen wird. Ich kann Ihnen mit meinen Erfahrungen aus nunmehr, glaube ich, fünf oder sechs Bundestagswahlkämpfen versichern, daß unter diesen Gesichtspunkt und in dieser besonderen Situation unsere Vorbereitungen dank der Arbeit der Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle, aber auch dank der Arbeit der von uns beauftragten Werbeagenturen, den besten Stand haben, den Sie zeitlich überhaupt haben können.

Aber wenn diese Arbeiten in den nächsten Wochen weitergehen sollen, brauchen

---

19 Vgl. „Die Welt“ vom 15. August 1972 „Brandt auf Reisen“; DUD Nr. 157 vom 18. August 1972.

20 Zum Antrag des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 GG am 20. September 1972 im Deutschen Bundestag mit anschließender Aussprache Sten.Ber. 6. WP 197. Sitzung S. 11574–11577. Zur Fortsetzung der Aussprache und namentliche Abstimmung am 22. September 1972 Sten.Ber. 6. WP 199. Sitzung S. 11740–11817.



wir heute eine Grundentscheidung über die Werbelinie, eine Grundentscheidung über die Strategie in diesem Wahlkampf. Ich kann Ihnen sicher mit Zustimmung der Kollegen, die hier sitzen und am Wochenende an unseren Beratungen teilgenommen haben – Köppler, Kohl, Weizsäcker u. a. – sagen, daß das Wahlgremium Ihnen diese positive Entscheidung empfiehlt. Bitte geben Sie uns die Möglichkeit, mit dem Tempo weiterzuarbeiten, das wir brauchen, indem wir heute nach einer grundlegenden und wie am Wochenende womöglich kritischen Diskussion eine klare Linie schaffen, an der wir uns dann orientieren können. Herzlichen Dank! (*Beifall.*)

*Barzel:* Vielen Dank, Herr Kraske. Bevor ich das Wort gebe, nur ein Satz: Ich möchte noch einmal unterstreichen, dies gibt einen allgemeinen Eindruck einer Linie. Da ist kein Slogan, kein Bild, kein abgeschnittener Kopf oder gar nichts etwa endgültig.

*Stoltenberg:* Ich möchte mich eigentlich auf ein, zwei Punkte beschränken, weil ich in der Tat auch den Eindruck habe, daß diese Berichte – sowohl der Bericht des Vorsitzenden im politischen Teil wie der des Generalsekretärs jetzt für die Vorhaben der Kampagne – zeigen, daß gründliche Arbeit geleistet ist und hier für die Führung des Wahlkampfes Empfehlungen gegeben sind und Vorstellungen entwickelt wurden, denen ich im wesentlichen zustimmen kann. Ich möchte also eine einzige politische Frage jetzt ansprechen und dann noch eine Bemerkung machen zur programmatischen Vorbereitung, bei der wir noch eine intensive Arbeit in der Umsetzung unseres Programms zur Wahlplattform und zum Regierungsprogramm vor uns haben.

Die politische Bemerkung – und hier liegt vielleicht der einzige wesentliche Unterschied zu den Ausführungen von Herrn Kraske oder eine andere Beleuchtung eines wichtigen Problems – ist die Frage der Behandlung der FDP. Ich kann dem Satz nicht zustimmen, daß die Wahlaussichten der FDP damit stehen oder fallen, ob wir viel oder wenig von ihr reden. Das scheint mir eine gewisse Vereinfachung zu sein. Natürlich ist es richtig, und hier möchte ich noch mal ein Einvernehmen mit Konrad Kraske, seinem Bericht, darstellen, daß die große Alternative von uns den deutschen Wählern aufgewiesen werden muß, daß es um die Führung in diesem Land geht, um die Prägung der Politik durch die Union oder eine nach links sich orientierende SPD. Das ist das Hauptthema, und allem, was er dazu gesagt hat, stimme ich zu. Nur werden wir dem, wie ich glaube, für uns schwieriger gewordenen Problem der FDP nicht einfach dadurch entgehen können und es nicht dadurch lösen können, daß wir sie verschweigen. Denn schon die Wahlen in Baden-Württemberg – in einer ganz bestimmten Konstellation ja auch einmal eine Wahl in Hessen, da hat sie von Landtagswahl zu Landtagswahl sehr geschwankt, aber in Hessen ist es einmal sichtbar geworden und dann auch wieder in einem gewissen Umfang in Baden-Württemberg in der Schlußphase – haben klargemacht, daß die Zielgruppe, auf die es uns vor allem ankommt, die erstmals nicht zur Wahl gegangenen Wähler, die vorher bei uns waren oder auch die jüngeren Wähler, die z. T. von der SPD enttäuscht sind, sich weiterhin noch zwei Optionen offen halten: nämlich die Option des Hinüberwechsels, neu oder wieder Hinüberwechsels zur CDU/CSU, was manchen in dieser Gruppe klar ist, anderen wird es schwer, aus Gründen, die wir jetzt im einzelnen nicht darstellen können, die aber jeder in seinem Be-

kanntenkreis kennt. Denjenigen, denen es schwer fällt, der unentschiedenen Gruppe schwebt durchaus eine Option z. T. vor Augen, auch zur FDP zu gehen. Und die muß, glaube ich, sehr ernst gesehen werden, weil natürlich die FDP dann zwar für die Leute subjektiv ein Ablösen von der SPD bedeutet, aber im politischen Ergebnis doch wieder die Zementierung, die Verstärkung der Basis einer sozialdemokratisch geführten neuen Majorität.

Diesen Sachzusammenhang und diese Rolle der FDP klarzumachen, muß nach meiner Auffassung ein sogar zentrales, wenn auch sekundäres gegenüber der Auseinandersetzung mit der SPD unserer aktiven Wahlkampfauflage sein. Wir können darauf nicht verzichten, vor allem deswegen nicht, weil wir eine FDP haben, die zwar eine ganz schmale Spitzenbasis hat, bereits mit ihrer Zweitführungsgarnitur durch Figuren wie Herrn Moersch<sup>21</sup>, Herrn Dorn<sup>22</sup> und ähnliche Leute bestimmt wird, deren Beiträge zur deutschen Politik wir alle kennen, die aber mit ihren drei Bundesministern Scheel, Genscher und Ertl ohne Zweifel gerade bei dem Verblässen der sozialdemokratischen Führungsgarnitur in der öffentlichen Meinung, was immer wir von den Personen und der öffentlichen Meinung hier halten, relativ gut dastehen. Und da dies wahlentscheidend sein kann – ob die FDP bei 6 % ankommt oder bei 8 oder 8,5, und in diesem Spektrum wird sich ihre Möglichkeit heute bewegen für die Bildung einer neuen Mehrheit, selbst dann, wenn die SPD ein Stück zurückgeht, was wir ja alle im Augenblick erwarten –, glaube ich, daß wir in der Anlage unserer politischen Wahlkampfauflage, in einem gewissen Umfang auch der werblichen Form, dies in die weiteren Überlegungen mit aufnehmen müssen. Das bedeutet nicht, daß wir permanent von der FDP reden. Das bedeutet auch nicht, daß wir jede Anzeige auf die FDP mit abstellen. Aber es bedeutet, daß wir bis zur eigentlichen Eröffnung des Wahlkampfes in den nächsten vier Wochen noch einmal intensiv darüber nachdenken müssen, wie wir unsere Aussagen zur FDP, damit sie überall gleich sind – das ist nämlich auch sehr wichtig – einmal auf zwei, drei Seiten für den internen Gebrauch bei uns zunächst formulieren. Ein solches Papier brauchen wir zunächst einmal für die Union in dem internen Verteiler, das wir aber auch in der öffentlichen Ansprache der wesentlichen programmatischen Reden beachten bis in die werbliche Aussage in punktuellen Anzeigen, die dieses Thema mitbehandeln.

Wir haben z. T. Erfahrungen auch in den Landtagswahlen gesammelt. Die sind nicht übertragbar, aber eine bestimmte Form der Behandlung der FDP hat ja doch im einen oder anderen Land unter besonderen Konstellationen – die waren bei uns günstiger als z. B. in Hessen, das kann man nicht vergleichen – dazu geführt, daß wir die Rolle der FDP als einer Hilfsorganisation, einer bedingungslosen Hilfsorganisation der SPD markiert haben zu einer Zeit, in der die FDP sich ohne Zweifel bemühen wird – durch

---

21 Karl Moersch (geb. 1926), Journalist; 1947 Mitgründer der DVP, 1961 Leiter der FDP-Präsidentenstelle Bonn, 1964–1976 MdB, 1970–1974 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Auswärtigen, 1971–1974 Landesvorsitzender der FDP/DVP Baden-Württemberg, 1974–1976 Staatsminister im Auswärtigen Amt.

22 Wolfram Dorn (geb. 1934), Kaufmann; 1961–1972 MdB (FDP), 1969–1972 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 651 Anm. 86.

die Krise der SPD ermutigt –, sich jetzt verbal und programmatisch in einem gewissen Umfang abzusetzen. Dies scheint mir ein wichtiges politisches Thema zu sein. Ich habe es deshalb hier etwas ausführlicher behandelt, weil es wirklich der einzige Punkt ist, der wesentliche Punkt, in dem ich glaube, daß hierüber noch einmal neu nachgedacht werden muß und daß wir für die politische Aussage, aber auch für die Werbegestaltung, hier noch eine Lösung zu finden haben.

Eine zweite, kurze Bemerkung, ich möchte hier die Ausführungen des Vorsitzenden unterstützen und sagen, auch weil unser Freund Tandler hier ist, daß es nach meiner Auffassung sehr wünschenswert und wichtig ist, daß wir in der Form der programmatischen Aussage, in der Wahlplattform und dem Regierungsprogramm, das wir ja nach dem Terminkalender der CDU Mitte Oktober auf dem Parteitag verabschieden werden, wenn möglich bis in die Texte hinein, zumindest aber bis in die Sache hinein – das müßten die weiteren Gespräche ergeben –, daß wir in wesentlichen Fragen zu einer Übereinstimmung zwischen CDU und CSU kommen können, wenn es möglich ist auch in der Präsentation. Das schließt ja eigene Aussagen dann nicht aus, die nicht im Gegensatz dazu stehen. Ich würde darin einen Vorzug für die Anlage unseres Wahlkampfes in der Bundesrepublik erblicken.

*Barzel:* Vielen Dank! Ich glaube, zu dem wichtigen Punkt FDP wird aus dem Handgelenk nichts zu sagen sein. Ich hatte mir notiert für meinen Kalender, heiße Eisen. Das ist wirklich sehr schwierig. Ich würde gerne Diskussionsbeiträge dazu hören, aber beschlußfähig scheint mir das noch nicht.

*Adorno:* Nur ganz kurz noch zur Ergänzung. Wir haben in Baden-Württemberg festgestellt, daß ein Zuzug zur FDP in den letzten vier Wochen des Wahlkampfes wahrzunehmen war und daß sie doch wesentlich höhere Prozente erzielt hat, als wir das hofften. Und ich erinnere daran, daß Herr Professor Eschenburg wie auch der frühere Präsident der Arbeitgeberverbände, Dr. Paulssen, sich in den letzten vier Wochen sehr eindeutig für die FDP ausgesprochen haben. Bei Paulssen war es lange Zeit unsicher. Paulssen hat an Gesprächen mit der CDU teilgenommen, und wir hatten die Hoffnung, daß er sich für eine CDU-Wählerinitiative entscheiden würde. Das ist genau das gleiche, was Herr Stoltenberg angeführt hat, sie haben sich zwei Optionen offen gehalten. Paulssen hat sich dann letzten Endes doch für die FDP entschieden. Und das hat zusammen mit Eschenburg natürlich schon ein Gewicht gehabt, einen neuen Akzent gesetzt. Sicher ist darauf auch zurückzuführen, daß die FDP besser abgeschnitten hat, als wir das in diesem Lande erwartet haben.

*Von Weizsäcker:* Ich möchte auch noch zu dem Thema FDP, ganz besonders was Herr Adorno gesagt hat, etwas sagen, gerade bei Leuten wie Paulssen und anderen, die überraschenderweise sich nun plötzlich öffentlich für die FDP eingesetzt haben, ich könnte mir noch näherstehende Personen auch nennen in diesem Zusammenhang. Herr Stoltenberg, meiner Meinung nach ist die Lage doch verhältnismäßig einfach. Die SPD ist in einem Zustand, in einem sehr viel schlechteren, als für eine führende Regierungspartei vor einem Wahlkampf denkbar ist. Das läuft aber doch nicht im entsprechenden Maß kommunizierender Röhren zugunsten der CDU/CSU. Noch nicht. Aus anderen Gründen empfinden manche Wechselwähler, daß beide großen Parteien

aus je unterschiedlichen Gründen etwas gegen sich haben. Und aus diesen, nicht im Bereich der FDP, sondern mehr im negativen Bereich der beiden großen Parteien liegenden Gründen, hat die FDP zum ersten Mal seit langer Zeit vor einer Wahl im Moment überhaupt keine eigene Existenznot. Natürlich ist der Sache nach zu sagen, wer sich mit dem Sozialismus auseinandersetzen will und eine Alternative dazu will, dem bleibt angesichts der Festlegung der FDP gar nichts anderes übrig, als die Union zu wählen. Trotzdem, wenn man Paulssen und anderen beikommen will und über sie an eine sehr viel größere Anzahl von unentschiedenen Wählern, dann liegt für mein Gefühl das ganze Schwergewicht unserer Bemühungen darin, die personelle und sachliche Glaubwürdigkeit in der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus darzutun. Im Wahlkampf kann man sich nicht so sehr *expressis verbis* mit der FDP auseinandersetzen. Also das Problem, von dem Sie sprechen, sehe ich genauso. Ich versuche nur einen Diskussionsbeitrag zu den hörbaren und sichtbaren, öffentlich hörbaren und sichtbaren Konsequenzen im Wahlkampf selbst zu liefern. Ein Übergehen der FDP ist nicht als solches unsere Aufgabe. Aber unsere Aufgabe ist die eigene Glaubwürdigkeit in der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus. Je mehr die da ist, desto mehr entfällt für Leute wie Paulssen und andere der Grund, gewissermaßen *faute de mieux* sich für die FDP zu bekennen, obwohl sie von Hause aus gar keine Gründe für die FDP haben. Das wollte ich von hier aus nur beitragen.

*Dregger:* Zur FDP: Wir wollen uns ja an die kritischen Zielgruppen wenden. Ich glaube, für diese kritischen Zielgruppen ist die Alternative FDP diskutabel. Ich meine daher, daß wir uns argumentativ mit ihr auseinandersetzen müssen. Ich teile die Ansicht von Herrn Stoltenberg. Die FDP ist ja beglückt darüber, daß die SPD nach links wegrutscht. Sie glaubt eben auf diese Weise, Wähler zu erhalten, die eben nicht mehr SPD wählen wollen. Um so wichtiger ist es, daß wir klar machen, daß diese FDP es dieser SPD ermöglicht, wiederum zu regieren, wenn sie FDP wählen. Sie hat 1969 erklärt: „Wir müssen einmal einen Machtwechsel haben!“ und hat votiert für die Godesberger SPD. Daß sie heute für diese SPD votiert, muß argumentativ klargemacht werden.

Zu dem Konzept von Herrn Kraske einige Einzelbemerkungen: Auf die Illustrierenwerbung sollten wir auf keinen Fall verzichten. Soweit es um Geld geht, glaube ich, gibt es Verlage, die bereit wären, über den Preis mit sich reden zu lassen. Dann eine zweite Anmerkung: Auseinandersetzung mit der SPD in Anzeigen. Ich bin für sehr scharfe Formulierungen, die eingängig sind. Zum Beispiel: „Schluß mit der Inflation! Schluß mit der SPD-Herrschaft!“ Oder: „Schluß mit der roten Unterwanderung!“ Ich würde nicht „sozialistisch“ sagen, sondern „rot und unterwanderungsgefährdet“. Ich glaube, daß wir ganz einfach und ganz klar auch an Angstgefühle appellieren müssen.

Und meine dritte Bemerkung: Unser positiver Aspekt, den wir herausstellen wollen, Gerechtigkeit, das müssen wir sehr überlegen. Das ist ein sehr hohes Ziel, das wir auf dieser Welt nirgendwo verwirklichen können, auch in der Zeit nicht, in der wir die Verantwortung getragen haben. Das ist ein Begriff, der Fragen herausfordert. In kritischen Diskussionen. „War das denn gerecht, was Ihr in den 20 Jahren Regierung jemals getan habt?“ Das sind Fragen, die ich nur schwer beantworten kann. Ich stimme Ihnen

aber völlig zu, daß wir einen positiven Aspekt brauchen, der auch das Soziale anspricht.

*Langguth:* Zunächst muß doch eines deutlich gesagt werden, daß es nicht nur darauf ankommt, daß sich einzelne in einer Mannschaft präsentieren. Es muß auch rechtzeitig vor der Wahl gesagt werden, welcher der CDU-Leute welches Ministerium eringt. Ich glaube, diese Frage ist dringend geboten. (*Barzel:* Darf ich einen Einspruch machen, weil das nun wirklich eine der wirklichen Fragen ist, komplett oder intern?) Ich würde sagen auch nach außen hin. (*Unruhe. – Kraske:* Die Frage war anders. – *Zwischenruf:* Ein komplettes Kabinett oder?) Tatsache ist zumindest, daß ich von vielen Leuten angesprochen werde, die mir sagen, in bestimmten Gebieten weiß ich nicht, wer von der CDU dafür zuständig ist. Das ist zunächst einmal das Faktum. Und dem muß in irgendeiner Weise abgeholfen werden. (*Unruhe.*) Zweitens zu dem Punkt „heiße Eisen“. Herr Dr. Barzel, Sie hatten einen ganzen Katalog angesprochen. Ich würde Sie dringend bitten, mitaufzunehmen auch das Problem des Wohnungsbaus. Und das sind nämlich die Sachen, auf die wir heute angesprochen werden.

Dritter Punkt: Sie haben vorhin in Ihrem politischen Bericht auf die Angelegenheit „Quick“ hingewiesen. Ich fand es sehr gut, daß von Ihrer Seite hier mit einer gewissen Bedächtigkeit argumentiert wurde. Ich glaube, es wäre aber auch dringend geboten, daß man gerade in diesem Punkt nicht mit Pauken und Trompeten daherkommt, wie es beispielsweise, Herr Tandler, von Ihrer Partei kommt.<sup>23</sup> Ich glaube, auch das kommt nicht unbedingt in der jungen Generation immer gut an. Das ist wenigstens der Eindruck, den ich habe.

Eine weitere Frage noch, Zielgruppen von den Generationen? Vielleicht könnten Sie, Herr Generalsekretär, da noch zwei, drei Anmerkungen machen. Gerade eben kam ja die Meinung, daß es durchaus gut und notwendig ist, daß die CDU auch auf Formeln wie „Gerechtigkeit“ kommt und auch nach Möglichkeit praktiziert. Und das ist ja gerade der Vorteil der Sozialisten und der SPD, daß sie ja immer wieder mit derartig plakativen Formeln kommen, daß sie Ideale verkaufen wollen und wir im Grunde hier reinen Pragmatismus angedichtet bekommen. Deswegen meine ich, wir müssen einen grundsätzlichen Wahlkampf führen, und deshalb auch die Frage, die sich dann im allerletzten daran anschließt, die Frage der Grundsatzkommission und die Weise, auf welche Schwerpunkte in der grundsätzliche Auseinandersetzung Wert gelegt wird.

*Kraske:* Herr Langguth, darf ich Sie bitten, da es ja nicht um die Junge Union, sondern um die junge Generation geht, daß Sie sich beteiligen an diesem Gespräch, das wir mit der Jungen Union, mit Herrn Echternach und mit den Werbeagenturen und mit unseren Mitarbeitern führen, denn da muß über diese Fragen gesprochen werden.

*Müller-Hermann:* In das Kapitel „heiße Eisen“ gehört, wie Herr Langguth eben sagte, unbedingt auch die Fortentwicklung des Wohnrechts, ein sehr schwieriges The-

---

23 „Bayernkurier“ vom 19. August 1972 „Staat als Mittel der Parteiherrschaft“, „Todsünden einer Illustrierten“ sowie vom 26. August 1972 „Pressefreiheit nur nach Bedarf“.

ma. Eine Sonderarbeitsgruppe hat jetzt am ersten Tag viel Arbeit geleistet.<sup>24</sup> Ein zweites: Das Thema Steuererhöhungen bedarf meines Erachtens jetzt dringend einer internen Sprachregelung. Ich halte es nicht für gut, wenn wir hier im gegenwärtigen Zeitpunkt in der gegebenen Situation uns auch zu Steuererhöhungen bekennen als einem unausweichlichen Vorgang. Ich meine, hier sollten wir eine eindeutige Sprachregelung herstellen. Dritter Punkt ist eine Frage: Herr Kraske, aus Ihren Auslassungen habe ich nichts gehört zur Sozialen Marktwirtschaft. Ist das eine wohl durchdachte Überlegung, dieses Wort jetzt in der Sprache zu meiden, oder? (*Kraske*: Das gehört unter die Rubrik „Stabilität“, völlig klar. – *Unruhe*.)

*Barzel*: Darf ich, bevor ich Herrn Katzer das Wort gebe, zu dem Punkt Steuererhöhung etwas entgegen, Herr Müller-Hermann, ich versuche, die Frage zu beantworten. Mir liegt dieser Text vor, den wir heute morgen erarbeitet haben.<sup>25</sup> Es ist in der Ziffer 1 ... (*Unruhe*.) Zur Sache: Selbst wenn wir jetzt die Bestandsaufnahme auf dem Tisch hätten, die wir nicht haben, würden wir sicher erkennen, daß wir ein Gesamtpaket machen müssen. Und den Haushalt und die anderen Bereiche betrifft das ja elementar. Und dabei würden wir ganz sicher einen Punkt finden, an dem eben auch der Gedanke von Einnahmeverbesserungen aufkommt. Ich war jetzt wieder unterwegs und habe also mit zwei Zahlen die Leute einfach sehr nachdenklich gemacht. Ich habe gesagt, im nächsten Haushalt fehlen 13 Mrd., für nächstes Jahr allein, es sind wahrscheinlich noch mehr. Dann redet die Regierung von Steuererhöhungen, als ob das so einfach wäre. Damit ist völlig klar, daß hier ein Loch im Haushalt ist, das unabhängig von allen volkswirtschaftlichen Wettbewerbs- und Kostengesichtspunkten so einfach eben durch Steuererhöhung gar nicht geschlossen werden kann. Und dann kommt der interessante Punkt. Ich würde uns ja einladen, ich erinnere an ein Gespräch, das wir im Juni hatten, wo ich leider eine Anregung bisher nicht wiedergesehen habe. Wir haben ja das Städtebauförderungsgesetz, das immer noch eine Rolle spielt. Es war richtig, daß hier Miet- und Wohnrecht genannt wird, dafür ist das z. T. ein Synonym. Wir sind ja mit einer Vorschrift nicht durchgedrungen, nämlich mit dem Vorschlag, durch steuerliche Anreize auch private Initiativen zur Sanierung von Stadtkernen zu fördern.<sup>26</sup> Ich bin ganz sicher, daß die Lage zur Sanierung von Stadtkernen anders wäre, wenn dieser Vorstoß durchgedrungen wäre. Aber hier ist aus ideologischen Gründen gesagt worden, das geht nur mit Steuergeldern. Keiner hat Geld, das Städtebauförderungsgesetz liegt hervorragend in den Schubladen der Planer, keiner

---

24 Der AK II der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte in der Sommerpause 1972 vier Arbeitsgruppen (Wettbewerbsrecht, Bau- und Bodenpreise, Außenwirtschaftliche Absicherung, „Öffentliche Armut – privater Wohlstand“) gebildet zur Vorbereitung von Arbeitspapieren (vgl. ACDP 08–001–042/2).

25 Vgl. Anm. 16.

26 Gesetz über städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen (Städtebauförderungsgesetz) vom 12. Juli 1972 (BGBl. 1972 I S. 1125); Große Anfrage des Abgeordneten Dr. Warnke und der Fraktion der CDU/CSU vom 19. Juli 1972 (BT-Drs. VI/3667) und Antwort des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen vom 20. September 1972 (BT-Drs. VI/3808); SPD-Pressedienst vom 20. Juli 1972 „CDU-Reformfeier bleibt in der CDU hängen“.

kann sich bedienen. Wenn wir auch die Methode Wiederaufbau so finanziert hätten, wie es diese ideologische Entscheidung deutlich macht, dann wären wir im Wohnungsbau jetzt bei dem Stand, den wir 1955 hatten. Das heißt, bevor in unser eigenes Bewußtsein sich einschleicht, natürlich müssen wir mehr öffentliche Dinge leisten, und dies und das zusätzlich finanzieren, deshalb automatisch Steuern erhöhen, dann ist das eine falsche direkte Schlußfolgerung. Es gibt andere Wege, wie wir bewiesen haben, wenn wir an Sozialer Marktwirtschaft festhalten, Aufgaben, die im Gemeinwohl dringlich sind und Priorität haben, zu finanzieren und zu verfolgen. Das sind, glaube ich, Fragen, die eine Rolle spielen sollten. Wir wären also unverantwortlich, wenn wir Steuererhöhungen ausschließen.

Letzter Punkt: Wir wissen nicht, was die Regierung tun wird. Helmut Schmidt wird sich über unsere Erklärung nicht freuen, weil sicherlich, vor allem in der Ziffer 3, einiges vorweggenommen ist. Aber halten wir mal eines alle für möglich, daß er den Weg der Flucht nach vorne ergreift und vor den Wahlen sagt: „Hier, das ist die Steuererhöhung, die wir brauchen, zur Förderung der Qualität des Lebens. Was sagt Ihr, Ihr schließt das ja nicht aus? Wollt Ihr hier wirklich kneifen?“ Das ist sicherlich ein Versuch, der kommen wird. Darauf werden wir uns einzurichten haben und sicherlich politisch darauf reagieren. Es gibt dazu einige Vorstellungen. – Herr Müller-Hermann hat das Wort.

*Müller-Hermann:* Könnten wir nicht, statt hier jetzt zu den Thema Steuererhöhungen allzu konkret Stellung zu nehmen, uns im Prinzip dazu bekennen, daß Dienstleistungen, auch wenn sie von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt werden, eben bezahlt werden müssen? Damit schaffen wir sehr viel Raum, der jetzt weggenommen wird durch Subventionierung öffentlicher Dienstleistungen.

*Barzel:* Das geht mir zu weit! Die Erhöhung der Gebühren, also auch der öffentlichen Preise, ist eine furchtbar unpopuläre Geschichte. Warum sollten wir gerade in dieser Sache zeigen, daß wir sehr sachkundig sind? – Herr Katzer!

*Katzer:* Ich will ein paar Bemerkungen machen. Erstens, ich glaube, wir werden darstellen müssen, daß der Slogan, der ja auch hier in diesem Kreise so einfach übernommen wird von der öffentlichen Armut und dem privaten Reichtum, höchst zweifelhaft geworden ist unter der Regierung. Nämlich daß wir einen Bereich von etwa 10 % unserer Bürger haben, die mittlerweile keineswegs in privatem Reichtum leben, sondern die dank der Politik dieser Regierung ans Ende geraten sind. Ich glaube, das wird ein Akzent sein, den wir setzen sollten in dieser Diskussion. Das zweite, ich glaube auch, daß die Wohnfrage, Städtebau, in den Katalog aufgenommen werden muß, einschließlich der Steuerpolitik und einschließlich dessen, was der Herr Fredersdorf jetzt sehr publikumswirksam aufgreift<sup>27</sup>, auch in der Sache würden Experten besser entscheiden. Aber jedenfalls so eine Zahl, daß man 4,5 Mrd. Steuern bekommen könnte, wenn die Hinterziehung aufhört, regt natürlich jeden Bürger, mich einge-

---

27 Vgl. „General-Anzeiger“ vom 19. August 1972 „Steuerbeamte: Keine Steuererhöhungen nötig“.

schlossen, sehr an, um nicht zu sagen, auf. Ich will also einen Punkt sagen, ja, das ist so, das werden wir also mit einbeziehen müssen.

Drittens, Herr Kollege Dregger, ich kann verstehen, daß Sie etwas gegen das Wort Gerechtigkeit haben. Denn in der Tat, wenn Sie gefragt werden, ob das, was wir in der Vergangenheit gemacht haben mit dem Stichwort „Gerechtigkeit“ abgedeckt wäre, dann wären wir alle fein raus. Denn gerade in punkto Steuern usw. war das sicherlich nicht so. Aber wir haben ja auch argumentiert, wir haben gesagt, es hatte damals Priorität, wir mußten erst die Wirtschaft aufbauen. Das war nicht mutwillig, sondern das haben wir ja z. T. wissend gemacht. Aber das darf doch nicht so weit führen, daß wir deshalb, weil wir das so gemacht haben – und ich würde es hinterdrein sagen, wußten – darauf verzichten, unsere Gesellschaft so gerecht wie möglich aufzubauen. Und dazu gehört das Streben nach Gerechtigkeit, sonst schaffe ich das nicht so gerecht wie möglich. Deshalb möchte ich sehr nachdrücklich für diesen Satz des Herrn Vorsitzenden hier plädieren.

Letzter Satz: Ich glaube, wer die Rede von Herrn Brandt von gestern noch einmal nachliest<sup>28</sup>, der wird doch sehr gut beraten sein, wenn er diese Frage „demokratischer Sozialismus“ nicht so abtut, wie man das in Bürgerversammlungen gerne tun kann und sogar mit Applaus, wenn man darüber spricht. Bei sehr vielen jungen Leuten, Studierenden aller Art, aber auch jungen Arbeitnehmern, hört sich das ganz anders an. Die kennen nicht die Konfrontation mit dem Kommunismus, die wir erlebt haben im Krieg etc. Wenn wir zu kräftig malen in den Farben, erreichen wir das genaue Gegenteil. Insofern ist diese Politik, die Herr Brandt hier gestern eingeleitet hat, höchst gefährlich. Ich habe heute einen Kommentar gelesen, das wäre also wunderbar, jetzt bräuchten wir nur noch den Buhmann und hauen jetzt drauf. Mitnichten! Ich kann nur sagen mitnichten! Ich empfehle eine sehr differenzierten Auseinandersetzung mit dem, was „demokratischer Sozialismus“ ist, und nicht, den Versuch zu machen, daß alles, was sich unter diesem Namen verbirgt, im Grunde platter Kommunismus sei. Die Gefahren, die muß man aufzeigen. Aber ich würde sehr differenziert hier vorgehen und nicht das in eine globale Welle hineinbringen, die würde gegen uns selbst ausschlagen. Also, so allgemeine Formulierungen wie „rot“, die würde ich vermeiden. Davor würde ich wirklich, Herr Kollege Dregger, mit Nachdruck warnen. Das wäre genau die falsche Richtung, in die wir hier nach meinem Erkennen gehen würden. Ich würde sagen, die Diskussion kann man leichter führen, wenn wir sagen: „Jetzt bekennen Sie sich wenigstens bitte mal zum Sozialismus!“ Bisher war das ja changierend, ist es so oder ist es nicht. Aber sie haben einen Vorteil, wenn sie jetzt den Sprung nach vorne gehen und sagen: „Jawohl, und jetzt erläutern wir, was wir unter demokratischem Sozialismus verstehen“, das fängt bei Kurt Schumacher an und wird dann fortgeführt bis Willy Brandt.

Das letzte, Herr Vorsitzender, ich glaube, was ich an Vorbereitungen hier sehe, ist in der Tat, wenn ich so die letzten Wahlkämpfe sehe, vom Zeitpunkt aus sehr gut, besser und auch näher dran als eh und je. In der Partei dort unten hört man jetzt nach langen Zeiten mal wieder Lob über die Bundespartei, Bundesgeschäftsstelle. (*Barzel*: Das ist

---

28 Vgl. Anm. 10.



gefährlich!) Nein, das ist nicht gefährlich, Herr Vorsitzender, ich bin ausnahmsweise in diesem Punkt mal anderer Meinung als Sie, Sie mögen mir das gütigst nachsehen. Von meiner Kölner Kreispartei höre ich, daß man sagt, also wir kriegen nun endlich etwas von der Bundespartei. Man hat den Eindruck, hier wird jetzt geführt, es ist positiv zu werten. Hier werden also neue Kräfte freigesetzt im positiven Sinne, daß man zusammen wirken kann. Ich würde also meinen, daß wir diese Grundstimmung, die wir jetzt haben, ausnutzen sollen. Und von daher werden wir einige der Punkte schon in der nächsten Vorwahlzeit hinzuarbeiten müssen. Renten usw., das will ich jetzt mal weglassen. Aber ich kann da noch andere Dinge einbringen, die man jetzt in dieser ersten Raketenstufe zündet und um dann im Wahlkampf selbst dann die letzte Munition draufzugeben.

*Barzel:* Darf ich mich für die hervorragende Mitarbeit hier bedanken und noch ein Wort sagen, was Herr Kraske nicht mitgeteilt hat, was aber zeigt, wie hier gearbeitet wird. Die Bundespartei hat einen internen Wettbewerb bei allen hauptamtlichen Mitarbeitern, auch der Landespartei und der Kreispartei, ausgeschrieben mit dem Preis eines Monatsgehalts für den, der den besten Slogan prägt. Das ist für uns sehr wichtig, und wir haben über 120 Einsendungen, wie viele haben wir jetzt, Herr Krakow? 1.000. Das ist weitgehend, aber da ist nicht die zündende Rakete dabei, (*Katzer:* Finde ich gut!) aber es zeigt zu zwei Dritteln, daß die Freunde vor Ort auf denselben Punkt den Daumen setzen wie hier unsere Leute. Das gibt das Gefühl des Miteinanders. (*Katzer:* Finde ich gut!)

*Tandler:* Ich möchte darauf hinweisen, daß es einen breiten Bereich der Wechselwähler gibt, für die sich die FDP als Alternative zur SPD anbietet, und daß wir alles unternehmen müssen, um das zu verhindern, denn wie die Koalition abschneidet, entscheidet darüber, wer dann letztlich die Regierung stellt.

Zweitens, in der Auseinandersetzung mit der SPD halte ich es für notwendig, daß wir gleich am Anfang einen ganz harten Satz in den Raum stellen. Im Bereich Inflation, mit dem dann die SPD dann während der übrigen Zeit des Wahlkampfes noch zu knabbern hat. (*Zwischenruf:* Wie heißt der Satz?) „SPD = Inflation“, so in der Art. (*Kraske:* „Wer die SPD wählt, wählt die Inflation.“)

Drittens, was die Mannschaft anbelangt – ich habe das auch bereits am Sonnabend ausgeführt –, ist notwendig, daß wir von unserer Seite das fachliche Image, das die Kernmannschaft mitbringt, aktivieren müssen, weil wir auf diesem Gebiet der SPD wirklich etwas entgegensetzen können. Und hier meine ich, weniger Stabilitätsmannschaft als die Mannschaft der Fachleute. (*Zwischenruf:* Profis an die Front!)

Viertens, ich würde es schon für gut halten, wenn wir diesen großen Fehler, den jetzt zweifelsohne die Regierung oder ihre Freunde gemacht haben, entsprechend für uns ausnutzen, und ich könnte mir das schon sehr günstig vorstellen, was die Öffentlichkeitswirkung anbelangt, wenn die Fraktion hier z. B. einen Untersuchungsausschuß fordern würde. (*Barzel:* Eventuell nach der Olympiade?) Ja.

Fünftens, die Zusammenarbeit zwischen den Bundesgeschäftsstellen der CDU und der CSU ist, gerade was das Problem der Wahlkampf vorbereitung anbelangt, intensiv. Im Bereich der Technik, wenn ich vor allem an das Fernsehen denke, selbstverständ-

lich, daß das abgesprochen werden muß, von der Thematik angefangen bis zur Darstellung dessen, was wir senden werden. (*Starke Unruhe.*) Was die personelle Zusammenarbeit und die Darstellung der Zusammenarbeit nach außen anbelangt, könnte ich mir vorstellen, daß wir – ich habe darüber auch mit Herrn Dr. Barzel schon gesprochen – über den Weg gemeinsamer Veranstaltungen der Kernmannschaft, der Kanzlerkandidat, Außenminister, künftiger Finanzminister, dieses entsprechend darstellen. Das würde weit über das hinausgehen, was normale Erklärungen erreichen.

*Lemke:* Wir sind auf vielen Gebieten in gesellschaftspolitischer, in sozialer Beziehung erheblich weit fortgeschritten. Aber ist es nicht eigentlich immer mehr eine Daseins-Nachsorge als eine Daseins-Vorsorge? Wir haben ja in den strukturellen Faktoren genügend Ratschläge. Ich würde also sagen, um es kurz zu fassen: Wir müssen auf diesem Gebiet des Sozialstaates, auf diesem Gebiet der Gerechtigkeit und des Sozialen, wie Sie es nannten, uns nicht mit einigen Allgemeinplätzen begnügen, sondern gesellschaftspolitisch mehr präzisieren, was wir für Eigentum und Vermögensbildung tun. Um es ganz einfach auf eine Formel zu bringen: Ich meine, die rechtliche Chancengleichheit muß in eine tatsächliche Chancengleichheit überführt werden. Wir müssen einfach dafür sorgen, daß die tatsächliche Chancengleichheit vorangestellt wird. Eine rechtliche Chancengleichheit haben wir. Das wissen Sie wie ich. Aber ich meine, gerade weil der Vorsitzende das als das wichtigste vorangestellt hat, darf ich noch einmal aufgreifen, was Herr Katzer gesagt hat, was der RCDS-Vorsitzende gesagt hat. Wir brauchen hier präzisierte Aussagen in der Anteilnahme an der Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels.

*Köppler:* Darf ich drei Bemerkungen noch machen. Die eine, über die wir auch am Wochenende, am Samstag, schon gesprochen haben, und die auch hier in der Diskussion und in dem vor allen Dingen, was Herr Dr. Kraske uns dargelegt hat, eine Rolle gespielt hat. Das ist die Frage, wie wird der Mannschaftsgedanke präsentiert und klargemacht? Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Tandler gesagt hat. Ich halte wenig, auch nach den ersten Versuchen, die uns vorgelegt worden sind, von einer visuellen Deutlichmachung dieser Mannschaft. Ich fürchte, daß das mehr Negatives als Positives bringt. Die Form der regionalisierten Austauschleistung ist gut. Eine Gesamtdarstellung vom Mannschaftsgedanken rein visuell wird schwierig werden. Vielleicht sollten wir uns darauf nicht versteifen. Aber um so notwendiger ist, daß wir die Sachzuständigkeit, die Sachkapazität der im ganzen Bundesgebiet bekannten Spitzenleute der Führungsmannschaft in der Wahlkampfaußsage unterstreichen. Was ist von Franz Josef Strauß gesagt worden, was seine Kapazität zur Ausmistung der Finanzmisere angeht? Das muß für Gerhard Schröder gelten, was die außenpolitische Situation angeht, gerade auf dem Hintergrund der Duplizität, der positiven Duplizität, die er durch seine Reise nach China und Asien hat.<sup>29</sup> Aber eines muß auch klar sein: Wir dürfen nicht den Versuch auch nur erkennbar machen, daß wir „Mannschaft“ sagen und dabei den

---

<sup>29</sup> Schröder hielt sich vom 13. bis 29. Juli 1972 in China auf. Materialien in ACDP 01–483–168/2, –169/2. Zur Presseresonanz vgl. CDU Bundesgeschäftsstelle Abt. Information/Dokumentation vom 28. Juli und 3. August 1972.

Chef der Mannschaft einebnen. Es muß klar sein, wer Chef in dieser Mannschaft ist. Auch das muß in der Aussage der Wahlkampfkonzeption deutlich werden.

Zweitens: Etwas, was wir alle noch sagen können – das haben uns die Leute aus der Werbung sagen sollen –, ist der noch nicht aufbereitete Inhalt, der politische Inhalt für bestimmte Wahlkampfaussagen. Eines der Kernprobleme wird natürlich das sein, wie wollt ihr denn nun die Finanzmisere beseitigen? Und hier gehen ja offenbar die Meinungen unter den Gremien der Partei auch noch einigermaßen auseinander, das muß noch zusammengebunden werden. Nur dazu eine Anmerkung: Ich halte nichts von dem Versuch – er wird ihn machen, aber ich glaube nicht, daß er Erfolg haben wird – von Helmut Schmidt, jetzt so mit der Opfergesinnung im Kennedy-Look hier Steuererhöhungen als Wahlkampfvorschlag zu präsentieren. Wenn sie das machen, sollen sie es machen. Ich glaube nicht, daß das zieht. Im übrigen meine ich, daß diese Regierung, die ja nicht nur eine Möglichkeit, sondern geradezu eine Pflicht hat, die wahre Lage darzustellen, indem sie den Haushalt konzipiert für 1973, darauf aus Wahlkampfücksichten verzichtet. Was zwingt uns eigentlich, in dieser Sache nun zu sagen: „Wir werden diese, jene und diese Steuer erhöhen.“ Ich warne dringend davor, hier etwa zu spekulieren auf das Bedürfnis eines Teils, aber eines sehr geringen Teils unserer öffentlichen Meinung, Ehrlichkeit bis zum letzten, auch in der Wahlkampfaussage, was die Steuerfrage angeht, zu betreiben. Ich würde auch meinen, es täte uns gut, wenn wir uns da auch in der Vorwahlkampfphase etwas zurückhalten würden mit den eigenen Vorschlägen von Steuererhöhungen.

Und nun noch ein letztes zu der „Quick“-Sache. Herr Tandler hat sie angesprochen. Ich bin der Meinung, daß wir sie richtig haben laufen lassen. Wir müssen sie natürlich, und da müssen wir mit der Bundestagsfraktion von Düsseldorf her noch engen Kontakt haben, auch in Düsseldorf spielen, denn ich fürchte, daß die sedes materiae in Düsseldorf sein wird, je weiter wir stochern und je weiter wir bohren. Es wird hier nichts Spektakuläres herauszuholen sein, es wird das vielleicht auch in Düsseldorf nicht herauszuholen sein, aber die armen Hunde, die da gebissen werden, wegen der Fehler, die gemacht wurden, die sitzen sicher in der Düsseldorfer Zuständigkeit. Ich würde also meinen, wir sollten die Sache wie bisher so sachlich wie möglich betreiben. Und wir sollten Aufklärung bis ins letzte verlangen, aber von spektakulären Aktionen wie Sondersitzung Bundestag usw. oder bei uns jetzt die Frage Sondersitzung Landtag in dieser Sache halte ich nichts. Das wird eben unserer Gesamtimage-Bildung, die der Vorrang der Partei ist, nach meiner Auffassung nicht dienlich sein.

*Barzel:* Bis wir wissen, was die Regierung auf unsere Frage sagt, erlauben Sie mir die Andeutung: „Etwas mehr Biß!“ Über die Rohrkrepiereergefahren, die leicht in den Materialien, die sichergestellt worden sind, liegen können, müssen wir uns klar sein.

*Schäfer:* Zu der Frage wirklicher Finanztätigkeit, die wird eine große Rolle spielen, ob 16, 17, 18 oder 20 Mrd. Schulden. Wir müssen darauf achten, daß es immer weniger Menschen gibt, die keine Schulden machen, die keine Schulden haben. Das ist eine Solidarisierung der Wähler mit der SPD. (*Heiterkeit.*) Wenn es uns nicht gelingt klarzumachen, daß es ein Unterschied ist in den Schulden, die ich um die Ecke bei Herrn Eib habe, oder bei den Schulden, die ich bei der Bausparkasse habe, dann haben wir

ein Problem. Da wäre ich vorsichtig mit dem Begriff „Schulden“ und würde ihn immer nur gebrauchen im Zusammenhang, na sagen wir, mit Bankrott, Unsolidität, etc. Wenn wir Schulden als solche zur Diskussion stellen, würde eine Solidarisierung erfolgen, die für uns gewiß nicht angenehm wird.

Zweiter Gesichtspunkt: Steuererhöhung. Es gibt ja sicher vier Möglichkeiten, die uns zu Steuererhöhungen zwingen könnten. Eine Möglichkeit sind konjunkturelle Stabilitätsgründe. Zweite Möglichkeit, strukturell erfüllbare Steuerreform. Dritter Grund, mehr im Namen des Staates über die Steuern und vierter Grund, sagen wir eine Finanzierung von Inflationsschäden. Nur der vierte Grund kann für uns tabu sein. Diese Hürde darf sicherlich keine Steuererhöhung nehmen, alle anderen Gründe könnten für uns eines Tages von erheblicher Relevanz sein. Denn wenn es gelingt, die Diskussion um Steuererhöhungen auf die Inflationsschäden zu konzentrieren, dann kann man immer sagen, keine Steuererhöhungen, bei allen anderen drei Punkten ist es schwierig.

*Narjes:* Ich darf auch noch einmal die Sozialismus-Diskussion aufgreifen. Nach erstem Durchlesen der Brandtschen Rede bestätigt sich einmal mehr, daß in vielen Konfrontationstatbeständen die SPD um Verwischung bemüht ist, etwa ob es sich um Marktwirtschaft, Gemeinwirtschaft, Sozialismus oder ähnliches handelt, damit in dem allgemeinen Nachhall der unscharfen Begriffe dann die Faktoren beim Wähler übrigbleiben, von denen die sich einen größten Vorteil verspricht. Und hier in punkto Sozialismus ist das entscheidende wohl der deutliche Verzicht, sich nach links abzugrenzen, getreu den Brandtschen Worten: „Wir müssen so weit wie möglich nach links offen bleiben, damit bei uns keine Weimarer Zustände einreißen.“ Ich würde also anregen, daß wir nach eingehender Prüfung der Brandtschen Rede einer künftigen Sozialismus-Definition, die Eppler gegeben hat<sup>30</sup>, die nichts weiter ist als allgemeine Weltverbesserung, und einigen Äußerungen von Ehmke hier deutlichere Grenzen zeigen, um gerade dem marxistischen Gehalt, der jetzt verschwiegen, aber nach dem 3. September wieder herauskommen wird, jetzt schon sichtbarer zu machen.

*Barzel:* Ich danke, die Diskussion ist damit zu Ende. Ich darf dann zusammenfassen, daß die hier vorgetragene Linie, soweit sie heute konkret war, gebilligt wird.

Dann kommen wir zum nächsten Punkt der Tagesordnung, Herr Krakow stellt gerade noch ein paar andere, recht schöne, gelungene Köpfe auf, damit Sie auch so ein Gefühl von Mannschaft bekommen. (*Unruhe und Heiterkeit.*)

#### BUNDESREDNER-EINSATZ

*Kraske:* Ich darf Sie zu diesem Punkt alle um Aufmerksamkeit bitten, weil es um Sie alle geht. Dieser Punkt ist kurz, er ist unerfreulich. Die bisherigen Ermahnungen der Bundespartei, die sich auf Beschlüsse dieses Kreises stützen, sind leider nicht beson-

---

<sup>30</sup> Vgl. die Ausführungen von Eppler in der SWF-Sendung „Ein Wort zur Politik“ am 6. August 1972 (BPA Abt. Nachrichten Referat II/4 Deutsche Gruppe).

ders positiv aufgenommen worden. Es ist eine alte und eigentlich immer wieder deprimierende Erfahrung, daß ein solcher Kreis in pleno ohne Widerspruch strahlende Beschlüsse über das Ausmaß eines Bundesrednereinsatzes trifft, aber in persona dieselben selbst gefaßten Beschlüsse nicht nur nicht durchführen will, sondern eigentlich für völlig idiotisch hält. Die tatsächliche Lage, ich nenne gar keine Namen, aber ich könnte hier ziemlich viele Namen nennen, die tatsächliche Lage ist die, Herr Vorsitzender, daß unsere führenden Politiker, Mannschaftskollegen, Vorstands-, Fraktionsvorstands-, auch Präsidiumskollegen sehr schnell an Kreisverbände, Vereinigungen, Organisationen Briefe richten, sie würden ja außergewöhnlich gerne der Einladung dieses Kreisverbandes, Landesverbandes, Organisation zu einem Vortrag Folge leisten, aber sie müßten korrekterweise mitteilen, daß sie das gar nicht selber entscheiden könnten, weil nur die Bundesgeschäftsstelle sie einsetzte. Wenn aber dieselbe Bundesgeschäftsstelle an dieselben Leute schreibt, daß sie doch bitte im Laufe des Wahlkampfes ...

*[Lücke im Band]*

Es gibt Kollegen, die einen neuen Wahlkreis übernehmen. Ich kenne die Praxis genug, um zu verstehen, daß es für die vollkommen unmöglich ist, diesem neuen Wahlkreis, der denkt, nun haben wir da einen prominenten Kandidaten, zu sagen: „Also, ich komme bei Euch mal im September oder Oktober um die Ecke und gucke da mal rein, aber im November, da bin ich dann an einem Nordseestrand und an den Alpenhängen, aber nicht mehr bei Euch.“ Das geht natürlich nicht.

Aber das ist auch nicht das entscheidende, sondern das entscheidende ist, daß uns die Betreffenden dann von sich aus schreiben: „Es tut mir leid, ich kann das nicht, weil ich einen neuen Wahlkreis habe, kann ich statt dessen vielleicht im Oktober stärker in den zentralen Rednereinsatz kommen?“ Dann kann man darüber reden. Aber wir müssen dabei bleiben, daß wir zwischen unserem Parteitag und dem Wahltag die vorgesehene Zahl dieser Termine bekommen, und wir müssen bitte – wenn wir in diesen Tagen, ab jetzt bis zum Parteitag, wichtige Veranstaltungen haben, etwa von dem Katholischen Familienbund<sup>31</sup> in Regensburg oder von irgendeinem großen Wirtschafts- oder sozialpolitischem Verband – nun nicht wirklich 20 Leute ansprechen müssen, die uns alle sagen: „Nein, da können wir nicht hingehen.“ Wir haben es beim zentralen Rednereinsatz dieses Mal schwerer als sonst, weil natürlich mit einer Ministermannschaft das ein bißchen leichter zu machen wäre. Um so mehr müssen wir das dann ausgleichen durch einen wirklich noch intensiveren Einsatz, als wir ihn früher gehabt haben. Ich glaube, alle Kollegen, die das erlebt haben, werden mir bestätigen, daß in dem Wahlkampf in Baden-Württemberg der intensive Rednereinsatz der gesamten Partei CDU und CSU entscheidend zu dem Erfolg bei diesen Wahlen beigetragen hat und daß wir dies über das ganze Bundesgebiet ausgedehnt nur dann in ähnlicher Dichte erreichen, wenn wir eben noch sehr viel mehr uns einsetzen, als wir das in Baden-Württemberg getan haben.

---

31 39. Tagung des Zentralen Familienrates vom 27. bis 29. Oktober 1972 in Regensburg. Programm und Protokoll in ACDP 01-168-039/2.

Ich möchte Ihnen nicht zumuten, daß ich das jetzt in dem ganzen Umfang dieses Papiers der Bundesgeschäftsstelle mit Ihnen durchexerziere, denn es sind alles Varianten dessen, was ich Ihnen eben gesagt habe. Ich bitte Sie nur, wirklich jeden, zu überlegen, ob Sie die bisherigen Aufforderungen der Bundesgeschäftsstelle so beantwortet haben, wie es der Ernst der Lage erfordert. Und wenn Herr Hennig oder Herr Rummeler oder Herr Meyer oder wer dieses mühselige Geschäft nun gerade zu erledigen hat, Sie in den nächsten Tagen erneut auf diese Frage anspricht, dann bitte erinnern Sie sich daran, was davon abhängt und worauf es hier ankommt.

Ich habe in diesem Zusammenhang eine spezielle Frage, die sich an die Landesvorsitzenden wendet, die hier in diesem Kreise sind. Wir brauchen in diesem wie in den letzten Wahlkämpfen eine gewisse Sicherungstruppe für einen Teil unserer Redner. Wir beabsichtigen, daß das regional zusammengesetzt wird aus Freunden von der Jungen Union, die sich dafür zur Verfügung stellen und aus Polizeibeamten, die ihren Urlaub dafür einsetzen, um uns als Parteifreunde dabei zu helfen. Ich lese mit Bedauern, daß eine von der CDU gestellte Landesregierung schon jetzt erklärt, daß sie diesen Polizeibeamten keine Dienstbefreiung geben wolle. Bisher war es so, daß diese Leute in SPD-Ländern Urlaub nehmen mußten, aber in CDU-Ländern Dienstbefreiung bekamen. Aber zum zweiten gibt es in einzelnen Landesverbänden Überlegungen, die ich sehr unterstützen möchte an die Adresse der Herren Landesvorsitzenden, auf die Plätze 120 bis 150 der Landeslisten nicht nur routinemäßig irgendwas, die Landtagsfraktion oder sonst was zu setzen, sondern zu einem Teil auch diese Freunde, weil das nämlich eine erhebliche Reihe von praktischen Erleichterungen mit sich bringt, die ich hier nicht näher zu schildern brauche, weil für gewisse Leute da bestimmte gesetzliche Automatismen in Gang treten.

Ich schlage Ihnen also vor, daß wir heute darauf verzichten, das von Mann zu Mann noch einmal zu erörtern unter Vorlage der Dokumente, daß ich die Bundesgeschäftsstelle bitte nach diesem hoffnungsvollen Ansatz, den ich aus Ihrer aller zustimmenden Blicken entnehme, diese Frage Bundesrednereinsatz neu aufzunehmen. Aber daß Sie mir und dem Vorsitzenden dann in der zweiten Runde wirklich erlauben, nicht mehr davon auszugehen, daß das vorher ein Mißverständnis war, sondern davon auszugehen, daß hier Mitglieder von Vorstand, Präsidium, Fraktionsvorstand größere Schwierigkeiten machen als andere. Wir müssen wirklich uns darauf verlassen, daß wir alle die Dinge erfüllen, die für die Partei im ganzen nützlich sind, ohne Ausnahme!

*Barzel:* Liebe Kollegen, ich finde es einigermmaßen erschütternd, daß der Generalsekretär zu diesem Thema zehn Minuten sprechen muß. Ich werde mich der Sache selbst annehmen, es ist völlig ausgeschlossen, daß ein Mitglied dieser Mannschaft, auf welchem Posten auch immer, nicht die Pflicht tut, die wir selbst beschlossen haben. Völlig ausgeschlossen! – Kollege Katzer!

*Katzer:* Einen Satz muß ich noch dazu sagen: Wenn natürlich von den fünf Terminen im eigenen Wahlkreis bei einem z.B. drei Sonntage allein nur für den eigenen Wahlkreis vorgesehen sind, dann wird man sauer. Ich bitte um Entschuldigung – das geht nicht!

*Kraske:* Vollkommen klar, das würde ich nicht billigen, weil es an der Praxis vorbei geht. Aber darüber kann man ja in jedem einzelnen Fall sprechen.

*Amrehn:* Noch zu jedem Wahlkampf haben wir diese Diskussion miteinander geführt. Nachdem Freund Kraske seine Ausführungen gemacht hat, möchte ich doch ein wenig auch die Gegenseite beleuchten. Wenn Kraske mit Recht fordert, daß jeder zu jedem Tag in der Vorwahlkampfzeit zur Verfügung steht, dann muß der Redner, der sich der Verantwortung stellt, auch die Gewißheit haben, daß er am Platze seines vorgesehenen Einsatzes die entsprechenden Vorbereitungen, Einladungen, den Saal und die Menschen findet, die er ansprechen soll. Im letzten Wahlkampf in Baden-Württemberg ist mir wiederholt im Lande, wie hier bei der Bundesgeschäftsstelle, gesagt worden, daß es ein Überangebot an Einsätzen gegeben habe. An manchen Stellen waren zu viele Veranstaltungen, allerdings an anderen Stellen auch zu wenig. Und das liegt dann sehr häufig offenbar an der regionalen oder lokalen Organisation. Man möchte ungern erleben, daß man eine ganze Woche auch aus seinem beruflichen Leben zur Verfügung stellt, im Lande umherreist und dann die Erfahrung macht, daß die Einladung zu der betreffenden Veranstaltung erst 48 Stunden vorher verteilt worden ist und überhaupt nur noch einen Teil der Mitglieder der Ortsverbände erreichen konnte.

Und es müßte auch, Freund Kraske, darauf geachtet werden, daß mit aller Striktheit die Vorschriften durchgeführt werden, die die Bundesgeschäftsstelle für die Landesverbände erläßt, nämlich, daß der betreffende Bundesredner, der eingesetzt wird, spätestens zehn Tage vorher von dem Landesverband oder Kreisverband die Mitteilung hat über den Ort seines Einsatzes. Daran hat es beim letzten Wahlkampf in Baden-Württemberg jedenfalls bei mir erheblich gefehlt, und mit Zustimmung der Bundesgeschäftsstelle habe ich einige Einsatzorte dann abgesagt, von denen ich hörte, daß am Vorabend Herr Kiesinger, am nächsten Abend im Nachbarort Herr Barzel, am dritten Tag Herr von Hassel, alles so zusammengedrängt, sprechen würde, und dann natürlich eine weitere Einsetzung von Rednern nicht sehr sinnvoll ist. Unter diesen Gesichtspunkten bitte ich, das Problem auch zu sehen und den Rednern nachher nicht das Gefühl zu geben, daß sie ihre wertvolle Zeit eingesetzt haben, ohne daß sie entsprechend genutzt wurde. Ich glaube, da liegen Erfahrungen von beiden Seiten vor, die wir uns nicht aufrechnen wollen, aus denen wir aber gemeinsam lernen sollten.

*Kiesinger:* Ich kann das, was Herr Amrehn sagt, unterstützen. Ich habe das bei Wahlkampfveranstaltungen in Baden-Württemberg so beobachtet. Ein wichtiger Mann, der was zu sagen hat, kommt irgendwo hin und findet nicht einen Teilnehmer der Versammlung, also auch noch nicht einmal einen CDU-Mann vor. Niemand! Auf anderen Plätzen waren es zehn, zwölf. Gut, das war bei der anderen Seite auch nicht anders. Ich habe dann auch gesagt: Das müßt Ihr doch ganz anders vorbereiten, das wird häufig zu routinemäßig gemacht. Da dürfen wir uns keine Illusionen machen, bei großen Teilen unserer Rednereinsätze wird die Beteiligung, das Auditorium nicht sehr stark sein, trotz der Anstrengungen der örtlichen CDU. Dann würde ich aber sagen, daß man die Damen und Herren, die wirklich etwas zu sagen haben, mit einlädt. Die machen ihre Versammlung, aber dann ist ebenso wichtig oder noch wichtiger, daß man

die dann Eingeladenen im großen Kreis zusammenbringt, indem sie zu ganz bestimmten Fragen Rede und Antwort stehen. Das heißt also, so ökonomisch wie möglich das auswerten.

Wie es gemacht worden ist, war vielfach so: Die Herren wurden gewählt, dann kam eine Anzeige in die Zeitung, allenfalls wurden noch Leute angeschrieben, und dann kam der arme Kerl hin und stellte fest, es sind fünf oder sechs Mann da. Ich spreche hier nicht pro domo. Obwohl auch bei mir z.B. die Fälle so waren, da waren Säle für 200 Leute bestellt. Da lohnt sich's ja gar nicht. Ihr müßt einen großen Saal nehmen. Ihr müßt dann im letzten Augenblick sagen, wenn Ihr nicht einen großen Saal nehmt, dann komme ich nicht. Das war kein böser Wille, sondern eine Fehleinschätzung, dann ist der große Saal genommen worden und die Sache lief. Oder auch die Vorbereitung. In einem Ort wollten die Leute es genau so machen, wie Sie eben es geschildert haben. Eine Anzeige in der Zeitung und ein Saal für 180 Mann. Ich sage großer Saal, und dann gibt es allerdings auch Einladungen in jeder Gemeinde. Und das ist dann gemacht worden, und hat geklappt. Also ich kann nicht dringend genug das anbieten, was Herr Amrehn gesagt hat, Herrn Kraske unterstützend. Wir fahren wahllos auf alten, ausgefahrenen Gleisen. Bitte, das muß bei der örtlichen CDU eine Bedingung werden, eine solche Veranstaltung, bei der ein Mann einen ganzen Tag, zwei Tage, drei Tage opfert, daß das anders vorbereitet wird.

*Kraske:* Ich möchte sagen, dieses ist völlig richtig, aber der eigentliche Adressat ist in diesem Falle mehr die Landeskoordination als die Bundespartei, die es auch nicht selber machen kann, aber das sollte in die Wahlkreise hineingehen, denn wir können zwar den Plan koordinieren, aber beim besten Willen nicht dafür bürgen, daß es in jedem einzelnen Wahlkreis wirklich gut klappen würde. Wer das von meinen Mitarbeitern übernehmen wollte, der würde an Größenwahn leiden, das ist einfach nicht darstellbar.

*Barzel:* Ich möchte nur kurz, bevor ich das Wort weitergebe, sagen, Franz Amrehn wird sich daran erinnern, fast die Rede, die er hier eben gehalten hat, habe ich 1969 gehalten. Ich habe gesagt, ich bin bereit, mich an dem Bundesrednereinsatz zu beteiligen, wenn die Landesverbände auch mal überlegen, daß sie da mal ein Auge darauf werfen, denn die Erfahrung haben wir ja da alle gemacht. Ich glaube, das allerwichtigste, was wir nach meinen Erfahrungen den Kollegen draußen sagen müssen, wenn der Hauptredner kommt und der Saal ordentlich voll ist, ist ein Mikrofon, das funktioniert. Denn der arme Wahlredner, der in der achten Woche vor dem Wahltag die erste Versammlung ohne Mikrofon hat, der wird die acht Wochen die Stimme nicht mehr hinbekommen.

*Kiesinger:* Ich habe eine Frage: Ich weiß nicht recht, wie die Gegenseite in diesem Wahlkampf mit Störungen agiert? Persönlich fürchte ich, daß man massiv stören wird. Entweder die Versammlungen und Kundgebungen verlaufen ungestört, das ermöglicht dem Redner eine ruhige, geschlossene und damit überzeugende Gedankenführung, Argumentation. Jeder weiß, wenn eine ununterbrochene Lärmkulisse aufgestellt wird, wird es auch dem besten Redner kaum möglich sein, noch eine gute Rede zu halten. Dann kann man allenfalls darauf hoffen, daß der Lärm, der da veranstaltet



wird, die Leute abschreckt, das kann man gelegentlich nützen. Im großen und ganzen hat es aber doch eine negative Wirkung, das Bürgertum, das da drin sitzt, wird verschreckt und beunruhigt. Besonders wenn es junge Leute sind, wird der Eindruck erweckt, die ganze Jugend ist gegen die CDU. Aber in Baden-Württemberg sind es ja auch junge Jahrgänge, die die CDU ebenfalls unterstützen. Da müssen wir uns drauf vorbereiten. Wenn ich daran denke, was ich in Eckernförde erlebt habe<sup>32</sup>, wo es zu einer richtigen blutigen Saalschlacht gekommen ist und überhaupt keine Ordner der CDU da waren und der Polizeioffizier erklären mußte: „Solange die CDU nicht selbst versucht hat, ihr Hausrecht zu wahren, Ordnung zu halten, kann ich ja nichts machen.“ Und dann nach einer halben Stunde marschierten prächtige Bauernburschen ein mit weißen Armbinden, danach war die Ruhe wieder hergestellt, und ich konnte weiterreden. Das ist nur ein Beispiel. Das ist sehr oft passiert. Herr Kraske, wir müssen dafür sorgen, soweit es geht, daß wenigstens so viele Ordner da sind, daß ein Mindestmaß an Schutz für den Redner gegeben ist.

*Schwarz-Schilling:* Ich nehme an, Herr Kraske, daß das berücksichtigt worden ist, aber es muß noch mal die Frage gestellt werden, der Bekanntheitsgrad der Personen, die diesem Gremium hier angehören, ist ja sehr unterschiedlich. Und in soweit ist es manchmal etwas unökonomisch, jemand in irgendein anderes Bundesland, in irgendeinen Landkreis hinschicken, wo er überhaupt nicht bekannt ist, währenddessen er in seinem eigenen Land einen Bekanntheitsgrad hat und dort sehr viel mehr wirken könnte. Das ist der erste Punkt, den ich sagen wollte. Der zweite Punkt: Wie ist es gedacht – ich habe z. B. bei meinem Einsatzplan gesehen, daß auch hessische Termine, d. h. also auch in meinem Lande, von der Bundesgeschäftsstelle geplant worden sind –, trägt da nun die Bundesgeschäftsstelle die Verantwortung für die gesamten Veranstaltungen oder wird das dann an die Landesgeschäftsstelle weitergegeben? Mir ist die Abgrenzung, gerade bei Personen, die dem Bundesvorstand angehören, für Termine im eigenen Land organisatorisch nicht klar.

*Kraske:* Ich darf dazu vielleicht Herrn Meyer bitten, hier direkt zu antworten.

*Meyer:* Auf die Frage darf ich antworten, daß hier, bei den Rednern in ihren eigenen Ländern natürlich die Terminkollision vorhanden ist.

*Kraske:* Das heißt also, Herr Meyer, Sie hören nur, Herr Dr. Schwarz-Schilling ist von dann und dann in seinem eigenen Landesverband Hessen eingesetzt, aber Sie legen es nicht fest? (*Meyer:* Mit dem Landesverband haben wir das abgesprochen. – *Unruhe und Diskussion.*) Also, Herr Meyer, das wird hier bestritten in zwei konkreten Fällen, Rheinland-Pfalz und Rheinland, daß die Landesverbände nicht wissen, welche Einsätze die Herren im eigenen Landesverband haben. Das muß offenbar noch genauer abgestimmt werden. (*Diskussion.* – *Schwarz-Schilling:* Wie oft ist die Einschaltung in den Tageszeitungen vorgesehen? Zweimal pro Woche?) Herr Krakow? Ein-

---

32 Bei einem Auftritt Kiesingers im schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf kam es am 19. April 1971 zu Ausschreitungen, vgl. dpa vom 19. April 1971 „Tumulte um Kiesinger in Eckernförde“; „Kieler Nachrichten“ vom 21. April 1971 „Tumulte um Kiesinger“.

schaltungen in den Tageszeitungen? Können wir einen Überblick geben? Erste Phase zweimal wöchentlich, zweite Phase dreimal wöchentlich, wie sieht das aus?

*Krakow:* Vorgesehen ist eine erste ganzseitige Anzeige in der 42. Woche und zwar am 12. Oktober, nach dem Parteitag zur Vorstellung des Programms. Und von da an jeden Samstag eine 2/3-Seite bis zur 48. Woche und innerhalb der Woche vor dem Samstag immer rollierend, damit wir jeden Wochentag einmal abdecken. (*Diskussion.*)

*Kraske:* Aber, Herr Schwarz-Schilling, dieses bekommen die Landesverbände in den Wahlkreisen natürlich schriftlich, sobald die Streuplanung mit der Etatplanung endgültig abgestimmt ist, was zur Zeit noch nicht der Fall sein kann, aber bis Mitte September fertig sein wird.

*Barzel:* Im übrigen lassen Sie sich von den Pressemitteilungen über unsere Wahlkampfplanung und so weiter nicht irre machen.

*Köpler:* Noch mal zum Rednereinsatz der Bundesredner. Ich möchte das unterstreichen, was Herr Schwarz-Schilling gesagt hat. Ich glaube, wir müssen dieses Mal besonders rationell verfahren. Ich habe schon vor langer Zeit gesagt, ich halte es für ganz entscheidend, in dem wirklich entscheidenden Bereich an Rhein und Ruhr, daß beispielsweise Herr Katzer nahezu ausschließlich für diesen Bereich zur Verfügung steht. Herr Meyer, ich muß sagen, wenn ich sehe, daß Sie ihn jetzt da so auf verdienstvolle Reise ins Herzogtum Lauenburg schicken, dann ist das für ihn schön, das ist auch wichtig, (*Heiterkeit.*) aber ich weiß nicht, ob nicht ein anderer Bundesredner im Herzogtum Lauenburg denselben Effekt erreichen kann, (*Katzer:* Mehr, mehr!) den Herr Katzer dort erzielen kann und der im Ruhrgebiet und an der Rheinschiene lebensnotwendig ist, weil er dort nahezu dauernd unterwegs ist. Das gilt auch für andere. Im übrigen, glaube ich, sollten wir am Mittwoch noch mal auch mit den Landesgeschäftsführern die Feinplanung der Termine abstimmen.<sup>33</sup> Es geht nicht an, daß ausrechnet unser Freund Friedrich Bohl<sup>34</sup> am 11. November in Köln eingeplant wird. (*Heiterkeit und Diskussion.*)

*Barzel:* Ich habe weitere Wortmeldungen im Augenblick nicht. (*Zwischenruf:* Ja, was wählen wir denn überhaupt? – *Große Heiterkeit.* – (*Zwischenruf:* Wir wollen wählen! – *Wex:* Wir wählen auf jeden Fall, wir machen Wahlkampf auf jeden Fall. – *Katzer:* Ob wir wählen oder nicht, gekämpft wird!) Weiter können wir hier nicht gehen. Wir dürfen nur, wenn ich das noch sagen darf, hier nicht mehr Theorien entwickeln mit allen möglichen Verhandlungsmanipulationen. Wir sagen, wir wollen wählen, 3. Dezember ist unser Termin. Und ich glaube, die beste Methode, den Kanzler dazu zu zwingen, ist die Ablehnung des Haushalts und die Durchsetzung unseres Rentenpakets. Optimale Ziele – ob wir die erreichen? Es lohnt sich, anspruchsvoll zu bleiben.

---

33 Protokoll der Landesgeschäftsführerkonferenz am 23. August 1972 in Bonn in ACDP 07–001–515.

34 Friedrich Bohl (geb. 1945), Rechtsanwalt; 1963 JU und CDU, 1964–1970 Kreisvorsitzender der JU Marburg-Land, 1969–1973 Bezirksvorsitzender der JU Mittelhessen, 1970–1980 MdL Hessen, 1980–2002 MdB (1984–1989 Parlamentarischer bzw. 1989–1991 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion), 1991–1998 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes.

BUNDESPARTEITAG

*Kraske:* Nach unserem Statut werden wir gebeten, folgende Wahlen der Partei zu bestätigen, nämlich Wahlen von Vorsitzenden unserer neukonzipierten Fachausschüsse. Unser Berliner Freund Karl-Heinz Schmitz<sup>35</sup> ist zum Vorsitzenden des Bundesarbeitskreises Polizei gewählt, Herr Staatssekretär Dr. Beske<sup>36</sup> aus Kiel zum Vorsitzenden des Bundesausschusses für Gesundheitspolitik, Herr Gustav Niermann aus Westfalen zum Vorsitzenden des Agrarpolitischen Ausschusses, Herr Dr. Schäfer von der Saar als Vorsitzender des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik und Herr Stingl zum Vorsitzenden des Bundesausschusses für Sozialpolitik; die letzten drei sind wiedergewählt wegen Erfolgs im Amt. Darf ich Sie bitten, diese Wahlen zu bestätigen, so wie das seine Ordnung hat nach unserem Statut. Gegenstimmen? Nicht der Fall, dann werde ich auch diese Herren endgültig bestätigen.

Meine Damen und Herren, darf ich außerhalb der Tagesordnung oder, wenn Sie so wollen unter dem Punkt „Verschiedenes“, wo ich ein so wichtiges Thema aber ungerne ansiedeln würde, noch einen kurzen Vorausblick auf unseren Bundesparteitag geben?

Also, in vollem Einklang mit der Tagesordnung, ich bin ihr soeben vorausgeeilt. Der Bundesparteitag findet, wie Sie wissen, vom 9. bis 11. Oktober in Wiesbaden statt. Das heißt, er beginnt für Sie am Sonntag, dem 8. Oktober, wo wahrscheinlich nachmittags eine vorbereitende Sitzung des Bundesvorstandes sein wird. Das klare Ziel dieses Parteitages ist im Blick auf Wahlen am 3. Dezember die Präsentation unseres Wahl- und Regierungsprogramms und die Präsentation unseres Spitzenkandidaten und seiner Mannschaft für diesen Wahlkampf. Außerdem meine ich, sind Parteitage der CDU und vier Wochen später der CSU<sup>37</sup> eine hervorragende Basis, um die Geschlossenheit der beiden Parteien in besonderer Weise deutlich zu machen.

Der Parteitag hat eine Reihe von bindenden Tagesordnungspunkten, die sich entweder aus dem Statut ergeben oder aus schon bisher getroffenen Beschlüssen. Das bedeutet, daß selbstverständlich der Vorsitzende und unser Spitzenkandidat am Anfang und am Ende dieses Parteitages sprechen wird. Das bedeutet, daß der Generalsekretär dem Parteitag einen Bericht über die Arbeit der Partei – und d.h. in diesem Zusammenhang wohl vor allem über die Vorbereitung des Wahlkampfes – zu geben hat. Und das bedeutet, daß die Grundsatzkommission, die wir auf dem letzten Parteitag oder kurz danach eingesetzt haben, durch ihren Vorsitzenden Herrn von Weizsäcker den angekündigten Zwischenbericht geben wird.

Wir gehen davon aus oder jedenfalls sind wir heute vormittag übereinstimmend

---

35 Vgl. UiD Nr. 24 vom 22. Juni 1972 „Bundesarbeitskreis Polizei der CDU“.

36 Dr. Fritz Beske (geb. 1922), Mediziner; 1946–1951 Medizinstudium, 1951–1959 Mitglied des Gesundheitsausschusses der Stadt Kiel, 1958 Eintritt in die Gesundheitsabteilung des Innenministeriums Schleswig-Holstein (Regierungsmedizinalrat), ab 1965 Abteilungsleiter, 1971–1981 Staatssekretär im Sozialministerium Schleswig-Holstein, 1973 Ernennung zum Honorarprofessor an der Medizinischen Hochschule Lübeck.

37 Landesparteitag der CSU am 3./4. November 1972 in München (Unterlagen in ACDP Dokumentation 2/335).

davon ausgegangen, daß dies wohl die Aufgabe des Eröffnungstages, also Montag, 9. Oktober, und die Verkündung dieses Programms des Schlußtages, nämlich Mittwoch, 11. Oktober, sein wird. Mit der Gestaltung des mittleren Tages, Dienstag, 10. Oktober, hat sich das Präsidium heute auf der Basis von zwei alternativen und, wenn Sie so wollen, kontroversen Vorschlägen beschäftigt. Das Präsidium ist hier noch nicht zu einem Abschluß gekommen. Es gibt entweder die Möglichkeit, an diesem Tag mit einer sehr guten, dann aber sehr dichten Regie nacheinander die wichtigsten Bereiche unserer Politik, von der Ostpolitik über die Wirtschafts-, Gesellschafts- und Bildungspolitik bis hin zu den Fragen der grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der Linken bis hin zur Frage der inneren Sicherheit darzustellen und zu diskutieren. Das bedeutet, daß für jedes dieser Themen wahrscheinlich nicht mehr als eine und bei manchen eben nicht mal ganz eine Stunde zur Verfügung steht. Das wirft gewisse Schwierigkeiten für die Platzierung unseres personellen Angebotes im Programm eines solchen Parteitages auf, die ich hier nicht näher zu erläutern brauche. Das hat natürlich den Vorteil eines jeweils vollen Plenarsaals, was sicher die überzeugendste Bühne für diese Präsentation von politischen Überzeugungen, Lösungsvorschlägen und politischem Personal gibt.

Die zweite Möglichkeit ist die, daß wir sowohl die zur Verfügung stehende Zeit, wie auch die Möglichkeiten der personellen Präsentation dadurch verdreifachen, daß wir nebeneinander am Dienstag drei große Arbeitskreise tagen lassen. Einen zu dem Thema „Außen-, Europa-, Deutschland-, Sicherheitspolitik“. Einen zu dem Thema „Stabilität und Fortschritt – Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts-, Gesellschafts-, Bildungspolitik“ usw. Einen zu dem Thema „Innere Sicherheit – linke Unterwanderung, prinzipielle Auseinandersetzung mit dem Sozialismus“ usw. Dieses würde die Möglichkeit, bestimmte Mitglieder unserer Mannschaft, unser breit gestreutes personelles Angebot deutlich zu machen, nach meiner Überzeugung vergrößern. Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten, die darin liegen. Darüber haben wir im Präsidium heute lange gesprochen. Wir sind im Präsidium auseinandergegangen, daß diese Frage im Laufe der nächsten 14 Tage, drei Wochen noch mal gründlich überprüft und diskutiert werden muß. Das hängt auch mit der Frage zusammen, wie wir uns die Verabschiedung eines solchen Regierungs- und Wahlprogramms vorstellen. Ob es das Programm unseres künftigen Bundeskanzlers ist, der das Parteitagsprogramm zur allgemeinen Zustimmung vorträgt oder ob es, was wir bei manchen früheren Wahlparteitagen gehabt haben, eine Wahlkampfplattform ist, über die am Ende dieser Parteitag mindestens durch Akklamation abstimmt und wo, jedenfalls theoretisch, die Möglichkeit für die Delegierten gegeben ist, noch Beiträge dazu zu leisten. Meine Erfahrung in dieser Partei ist die, daß zwei Monate vor einer Wahl unsere Delegierten so vernünftig eingestellt sind auf die Aufgaben dieses Parteitages, daß in dieser Beziehung kein Unterschied besteht zwischen Plenum und Arbeitskreisen. Hier kann man jedermann vorher klarmachen, daß jetzt nicht die Zeit ist, um tiefgreifende Kontroversen anzuhören. Für mich ist das eine rein technische, eine rein praktische Frage, wie kommen wir mit der Präsentation dieses Parteitages nach außen am besten und am breitesten weg. Das werden wir in den nächsten Wochen weiter zu diskutieren haben. Ihnen, wie ich hoffe,

Mitte September einen abschließenden Vorschlag vorlegen können, reicht dann auch zeitlich, denn wie gesagt, der Parteitag beginnt am 9. Oktober, und wenn wir den Delegierten bis Ende September das fertige Programm schicken, werden sie in dieser besonderen Situation eines Wahlparteitages sicher keine Fristenwände dazu erheben.

*Barzel:* Vielen Dank für diesen Bericht.

*Langguth:* Ich glaube, wenn man sich die letzten Parteitage der CDU ansieht, dann waren sie doch dadurch sehr lebendig, daß eine ziemlich breite, offene und lebendige Diskussion im ganzen Plenum möglich war. In den Arbeitskreisen, die Sie vorgeschlagen haben, kann einfach die Fülle aus der übriggebliebenen Thematik gar nicht untergebracht werden. Ob das jetzt mal die Bildungspolitik ist oder genauso (*Kraske:* Gehört da nicht rein, sondern in den zweiten!) der Arbeitskreis Stabilität und Wirtschaft. Ich will nur sagen, die CDU hat durch die letzten Parteitage das Image erhalten, daß sie eine diskussionsfreudige Partei ist, in der nicht nur Fachleute den Ton angeben. (*Starke Unruhe und Diskussion.*)

*Von Weizsäcker:* Ich möchte jetzt nicht zu dieser Kontroverse Stellung nehmen, ob Arbeitskreise oder Plenarsitzungen. Nur für den Fall Plenarsitzungen ist auch mein Eindruck, daß eine lebendige, offene Diskussion im Plenum eines Parteitages eine sehr wichtige Sache für das Image nach draußen ist. Das halte ich aber dann nicht für möglich, wenn man an einem Tag zwölf Themen oder ich weiß nicht wie viele hintereinander durchzieht, sondern dann muß man an diesem zweiten Tag sich eben beschränken. Ich weiß auch gar nicht, warum das nicht möglich sein soll. (*Zwischenruf:* So ist das richtig! Die Beschränkung ist der Meister!) Wir können also meiner Meinung nach nicht anfangen (*Zwischenruf:* Was für ein Zirkus!) mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg intern wie nach außen, einen Tag lang zwölf Ressorts oder zwölf Themen je eine Stunde lang vorzustellen, da kommt ja überhaupt keine Diskussion heraus, die irgendeinen erkennbaren Sinn hat.

*Barzel:* Das Entscheidende ist natürlich die Frage, wie verständigen wir uns mit der CSU über die Form der Verabschiedung des gemeinsamen Papiers? Das ist das Entscheidende. Wenn es ein Papier von der CDU allein werden sollte, was ich ja hoffe zu vermeiden, dann habe ich die Wahl schon längst verloren. Das kann der Parteitag z. B. nicht ändern.

*Köpler:* Ich würde auch vorschlagen, nicht so sehr die Linie des Auseinanderfallens des Parteitages in Arbeitskreise zu verfolgen. Ich glaube, die Wirkung, die wir haben wollen von dem Parteitag – und es ist ja eine einmalige Gelegenheit –, ist, die Thematik der Presse zu bestimmen. Es kann sehr viel mehr erreicht werden, wenn wir wie bei den letzten Parteitagen im Plenum zusammensaßen. Das setzt natürlich voraus, daß wir die Laufstegfunktion dieses Parteitages auf ein Minimum reduzieren. Ein Zuviel an Berichterstattung schlägt das natürlich tot. Aber es ist richtig, wir sollten abwarten, weil die entscheidende Frage für den Ablauf und die Dramaturgie dieses Parteitages die ist: Steht ein Beschluß am Ende des Parteitages oder steht eine Akklamation eines vorher mit dem Präsidium abgesprochenen Programmtextes zur Diskussion? Im übrigen, glaube ich, brauchen wir bei den Delegierten keine Sorge zu haben. Wenn die im Plenum diskutieren, wenn wir das mit der Zeit einigermmaßen hinbekom-

men, dann werden wir Unterstreichungen, farbige Unterstreichungen der Gesamtausgabe bekommen und keine schädlichen Kontroversen.

*Barzel:* Meine Damen und Herren, in der Partei und auch in Führungsgremien, so eine Sitzung habe ich noch nicht erlebt. Nämlich erstens, daß man nicht mal drei Stunden braucht, um einen Wahlkampf zu besprechen. (*Zwischenruf:* Weil alle heute abend eine Versammlung halten, Herr Vorsitzender.) Ja, die Gründe kenne ich nicht. Und daß das alles gebilligt ist, wie das vorgetragen wurde. Und jetzt kann ich den Punkt „Verschiedenes“ aufrufen. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall.<sup>38</sup> Danke!

---

<sup>38</sup> Ergebnisprotokoll in ACDP 07-001-925.

Bonn, 14./15. September 1972

*Sprecher: Barzel, Dollinger, Dregger, [Erhard], Filbinger, Goppel, von Hassel, Hasselmann, Höcherl, Katzer, Köppler, Kraske, Lorenz, Marx, Mikat, Müller-Hermann, Narjes, Rollmann, Schröder, Seidl, Stoltenberg, Strauß, Stücklen, Vogel, Wagner, von Weizsäcker, Wex, Windelen, Wörner.*

*Regierungsprogramm.<sup>2</sup>*

*Beginn: Donnerstag, 14. September*

*Ende: Freitag, 15. September*

## STEUERREFORM

*Strauß:* Grundgedanke: mehr steuerliche Gerechtigkeit bei Lohn- und Einkommensteuer mit Entlastung. (Ausfall 5–10 Mrd., der nur im Bereich der Mehrwertsteuer eingeholt werden kann. In der heutigen Konjunktursituation führt Erhöhung der Mehrwertsteuer zu rapidem Anstieg des Preisniveaus.) In diesem Papier sind drei Schwerpunkte: 1. Beseitigung offener Mängel und Unzulänglichkeiten des Steuerrechts, die den Ruf nach einer Steuerreform ausgelöst haben, bei der Ablösung der alten Einheitswerte 1935. Hier teile ich voll die Auffassung von Höcherl<sup>3</sup>, weil uns die Rechtslage zwingt, die neuen Einheitswerte ab 1974 in Kraft zu setzen. Die einheitswertabhängigen Steuern müssen hier angepaßt werden, und hier müssen wir unterscheiden zwischen Einführung der Einheitswerte, die grundsätzlich steuerlich neutral sein sollen, und Erhöhung der einheitswertabhängigen Steuern zum Zwecke der besseren Ausstattung der Kommunen.

- 
- 1 Nur der zweite Tag der Klausurtagung (15. September) liegt als Tonbandmitschnitt vor (S. 907–942). Die Qualität des Tonbands ist allerdings sehr schlecht. – Vorangestellt ist ein zeitnah erstellter Auszug der Sitzung mit einer thematisch gegliederten Punktation (ACDP 07–001–5204), in die die wesentlichen Argumente der Sprecher eingeflossen sind.
  - 2 Tischvorlage als Grundlage der Diskussion in ACDP 07–001–5204.
  - 3 Die CDU/CSU-Fraktion hatte am 15. Juni 1970 die Einsetzung einer Steuerreform-Kommission beschlossen. Den Vorsitz führte Dr. Wolfgang Pohle, der Vorsitzende des AK III der Fraktion (vgl. Protokoll Nr. 25 des AK III vom 9. Juli 1970 in ACDP 08–004–105/1). Nach dessen Tod übernahm Hermann Höcherl den Kommissionsvorsitz. Eine weitere Kommission wurde beim Bundesausschuß Wirtschaft der CDU unter Vorsitz von Paul Binder etabliert. Daneben gab es noch eine Kommission der CSU (Vorsitz Anton Jauermann) sowie den Wirtschaftsbeirat der Union e.V., dessen Vorsitzender seit dem 11. Dezember 1970 Werner Dollinger war („Tölzer Kurier vom 12. Dezember 1970 „Wirtschaftsbeirat mit neuem Chef“). Vgl. Vermerk von Josef Rösing vom 29. Januar 1971 in ACDP 08–004–094/1.

2. Inangriffnahme und Durchführung grundlegender Änderungsvorhaben, die in die Struktur des Steuersystems eingreifen. In diesen Zusammenhang gehören Verbesserungen für die Bezieher kleiner Einkommen. Kernpunkt: einkommensteuerliche Entlastung bei umsatzsteuerlicher Mehrbelastung.

3. Beseitigung des rechtlich und sozial nicht vertretbaren Unterschiedes in der Behandlung zwischen Lohnsteuer- und Einkommensteuerzahlern.

Ganz schwieriges Kapitel: Körperschaftsteuer.

*Stoltenberg:* Wir stehen vor zwei Schwierigkeiten: Das eine ist, daß wir für den Bereich der Steuerpolitik trotz aller intensiven und verdienstvollen Arbeiten der Kommission (Höcherl und anderer) nicht soweit gekommen sind, daß wir sagen können, dies ist unser Programm, ganz abgesehen von der Frage, ob es zweckmäßig ist, dies zu sagen. Das ist aber auch gar nicht überraschend, denn eine Opposition ist im Gang der Schritte angewiesen auf das, was die Regierung tut. Und bei der Regierung ist das ja bis auf weiteres gescheitert. Wir haben also die politische Schlußdiskussion unter uns nicht führen können und können das auch in den nächsten Wochen nicht tun.

Zweitens teile ich die Bedenken von Dr. Strauß, daß eine Opposition, die die Regierung übernehmen will, bis in die Details einer Steuerreformkonzeption eine Wahlplattform formuliert. Das bedeutet allerdings, daß wir uns bei der Steuerreform auf einige sehr allgemeine Sätze beschränken müssen.

Ähnlich ist die Schwierigkeit auf dem Gebiet der Finanz- und Haushaltspolitik. Erstens fehlt es uns an den Grundangaben und Eckdaten der Bundesregierung, zu denen sie verpflichtet wäre. Zweitens wäre es nicht politisch zweckmäßig, das finanzwirtschaftliche und konjunkturpolitische Sanierungsprogramm durch härteren Kurs auf die einzelnen Gruppen hin zu quantifizieren. Bei dieser von mir geteilten Beurteilung würde ich allerdings vorschlagen, daß wir bei der Endfassung des Programms bei der Unmöglichkeit in der Finanzpolitik, sowohl im steuerlichen Teil wie im Haushaltsteil, sehr detailliert und sehr präzise zu sein müssen, daß wir im Grunde bei der Endfassung des Programms beginnen mit der Stabilität in der Präsentation als einem wirtschaftlichen Problem, daß wir dort das Papier, das wir nachher erörtern werden, wie wir uns Stabilität vorstellen – und das muß etwas detaillierter werden in den einzelnen Bereichen – an den Anfang stellen nach der von Dr. Strauß noch einmal formulierten Darstellung des Versagens dieser Regierung (Erwartungen von 1969, tatsächliche Wirklichkeit) und daß wir im Anschluß daran an dem Punkt, wo wir ohnehin etwas über die Rolle der Finanzpolitik zur Stabilitätspolitik sagen müssen, dann einen relativ knappen finanzwirtschaftlichen Teil formulieren, bestimmte Grundsätze herausstellen, aber uns im Grunde hier einen weiten politischen Ermessensspielraum offenhalten.

*Höcherl:* Wir hatten zwei Kommissionen und haben zu allen entscheidenden Fragen Vorschläge erarbeitet. Ich habe aus diesem Bereich der einzelnen Vorschläge in einem Brief an den Vorsitzenden einen Katalog von möglichen Vorschlägen als Opposition für diesen Kreis zusammengefaßt, und zwar einmal in der Steuersprache und in einem soziologischen Katalog. Darüber hinaus gibt es noch ein Berliner Programm (2. Fassung) mit zehn Steuerpunkten, die wiederholt vom Vorsitzenden in der Öffentlichkeit



vertreten worden sind. Wir stehen heute auf dem Standpunkt, daß die Wiedergewinnung der Stabilität Voraussetzung für die Steuerreform ist und daß eine Unsicherheit, wie wir sie jetzt haben, für eine große Steuerreform überhaupt nicht geeignet ist.

Es ist auch nicht möglich, innerhalb einer Legislaturperiode eine große Steuerreform durchzuführen, denn eine Steuerreform ist ein fortgesetzter Prozeß, ein Anpassungsprozeß, ein Steueränderungsprozeß. Dann gibt es eine ganze Reihe von Dingen, die man sofort in Angriff nehmen kann, und zwar deshalb, weil sie keine finanzpolitischen Auswirkungen haben. 1. Die Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens. Dazu sollten wir uns äußern. Der wesentlichste Punkt neben dem Berliner Programm betrifft den Bereich der Lohnsteuer, KFZ-Steuer und Prämienrecht. 2. Die Verpflichtung aus dem Verfassungsgerichtsurteil<sup>4</sup> betr. einheitswertabhängigen Steuern, und zwar nicht, was die innere Struktur betrifft, sondern was das Gesamtaufkommen betrifft. Dazu könnten wir uns bekennen.

Außer diesem großen Bereich der Einzelentscheidungen haben wir eine Reihe von Punkten herausgegriffen. Einmal den Familienlastenausgleich, und hier haben wir eine Lösung gefunden, die nicht nur den Bereich des Kindergeldes umfaßt, sondern weit darüber hinaus geht, bis hinein in die Berufsförderung, so daß Kindergeld und Berufsausbildungsförderung ein gesamtes Ganzes darstellen, was der Regierung in ihren Überlegungen nicht gelungen ist. Dabei gehen wir aus von dem Prinzip, daß für alle Kinder vom ersten Kinde an das gleiche Kindergeld, sei es durch steuerliche Entlastung oder Negativsteuer, gezahlt werden muß. Eine Forderung, der man m. E. nicht ausweichen kann und die man auch ansprechen muß.

Wir werden nicht ganz ohne Aussage bleiben können, weil die Diskussion heute nicht mehr so verläuft, daß wir nur negativ reagieren können. Ob wir das in die Wahlplattform nehmen wollen, mag hier entschieden werden. Aber der einzelne wird sich in der Diskussion nicht entziehen können. Das ist der Grund, daß wir hier eine Zusammenstellung gemacht haben, die den soziologischen Teil abdeckt, steuerlich gesehen. Das wäre die Lage der jungen Familie, die Lage des Arbeitnehmers, freie Berufe und Gewerbetreibende, Wohnungsbau und steuerpolitische Eigentumspolitik, Situation des Alters, zugunsten aller Steuerzahler die Vereinfachung und mehr Gerechtigkeit, also eine ganze Reihe von Maßnahmen neben der Verpflichtung, alles EWG-gerecht zu machen, nicht vorzupreschen, sondern wie es die Situation gestattet. Das ist nur ein Teil von dem, was in den Kommissionen beschlossen worden ist, aber m. E. wären das Dinge, mit denen wir in der öffentlichen Diskussion bestehen, die aufgenommen werden sollten und müßten. In welcher Form, das sollten Sie entscheiden.

---

4 Beschluß des Ersten Senats vom 7. Mai 1968 (1 BvR 420/64). – Am 4. Mai 1972 hatte die Bundesregierung den Entwurf eines Zweiten Steuerreformgesetzes (BT-Drs. VI/3418) vorgelegt.

STEUER- UND FINANZPOLITIK

*Stoltenberg:* Wir haben mehrfach eine Form verwandt, verschiedene von uns im Parlament und in der Debatte, indem wir gesagt haben, daß wir zunächst einmal die Form der Steuererhöhung von Helmut Schmidt – das sind ja nicht 1,9, sondern 5–6 Mrd. im Jahr, die er angekündigt hat – in diesem Umfang für bedenklich halten, kritisieren, ablehnen, daß die Frage eventueller Steuererhöhungen erst nach einer Prüfung der Bücher und wenn, dann überhaupt nur als letzter Punkt im Rahmen eines umfassenden Stabilitätskonzeptes verwirklicht werden könne. Diese Formulierung würde ich jedermann empfehlen, auch gegebenenfalls für das Papier. Wir müssen uns hier nämlich einheitlich äußern. In dem Punkt sind die Leute sehr empfindlich. Wir dürfen auch nicht den Fehler machen, daß wir sagen, Steuererhöhungen kommen nicht in Frage, wenn wir doch unter Umständen, was meine Befürchtung ist, im nächsten Frühjahr vor der Notwendigkeit stehen aus verschiedenen Gründen.

*Mikat:* Das würde die Konsequenz bedeuten, daß wir dann allerdings auch den Bereich der sogenannten Negativ-Steuergruppen überhaupt nicht ansprechen, und zwar aus folgendem Grunde: Wenn wir sagen, Stabilität ist Nr. 1, und man muß auch jede Steuerreform unter diesen Obersatz der Stabilität stellen, dann warne ich vor den Negativ-Steuern, denn sie begründen Leistungsansprüche des Bürgers an den Staat und lösen das in einem Umfang zunächst aus, ohne daß Sie die Garantie haben, daß sie Stabilität hergestellt haben. Negativsteuern sind z. B. das Kindergeld oder daß man sagt, A, B und C bekommen unter bestimmten Voraussetzungen vom Staat folgende Summe, die andere nicht bekommen. Hier wird also das System genau umgedreht. Hier zahlt nicht der Bürger dem Staat die Steuer, sondern der Staat zahlt an den Bürger. Dieses System, was auch durchaus in eine Steuerreform einführbar ist, sollten wir aber nicht *expressis verbis* ansprechen. Ich sage das deshalb, weil in einigen Vorlagen genau dieser Punkt angesprochen worden ist und ich Sorge habe, daß wir hier mit neuen Ansprüchen an den Staat herauskommen.

*Narjes:* In der Grundsatzfrage, ob wir die Umschichtung von Einkommensteuerbelastung auf Mehrwertsteuerbelastung ansprechen sollen: Wenn überhaupt, dann nur in einer sehr allgemeinen Formel ohne zeitliche Festlegung. Denn im voraussehbaren Zeitraum von etwa zwei Jahren sehe ich keinen Zeitpunkt, zu dem eine solche Mehrwertsteuererhöhung konjunkturpolitisch vertretbar wäre.

*Stoltenberg:* Standardformel: Wir sollten sagen, daß wir unsere Steuerreformabsicht erst verwirklichen können, erstens, wenn wir die Gesamtübersicht haben, zweitens, daß wir gegen die Art der Steuererhöhungen, wie sie Schmidt ankündigt, Bedenken haben und sie für falsch halten, drittens, daß begrenzte Steuererhöhungen allenfalls als letzter Punkt eines Stabilisierungskonzeptes in Betracht kommen.

*Katzer:* Schlägt vor, zu den drei Punkten von Stoltenberg hinzuzunehmen: Wir werden die Subventionsberichte prüfen und werden sehen, was ist davon berechtigt, ehe wir Steuererhöhungen für normale Bürger machen. Subventionen und Steuervorteile dürfen kein Tabu sein.

*Strauß:* Der Satz „Investitionszulagen und Zuschüsse anstelle von Sonderabschrei-

bungen ... zu streichen und werden für die gewerbliche Wirtschaft in mehreren Jahresraten gestreckt“ ist kompletter Mist, denn keine Finanzverwaltung ist in der Lage, eine Investitionsprämie über eine Reihe von Jahren hinweg zu verteilen und jeweils Jahr für Jahr die noch bestehende Förderungswürdigkeit des Investitionsvorhabens auch tatsächlich zu kontrollieren. Mit dem Abbau von Subventionen ist nichts drin.

*Katzer:* Gibt zu, daß das außerordentlich schwer ist, daß sich das aber dennoch als politische Willensabsichtserklärung außerordentlich gut macht.

*Höcherl:* Ich höre gerade, daß der Finanzplanungsrat einen einstimmigen Beschluß – auch mit unseren Herren – gefaßt hat, daß der Staatsanteil erhöht werden muß.<sup>5</sup>

*Strauß:* Ich würde sagen: Deshalb ist die Kürzung gesetzlich gebundener Ausgaben als Folge der Politik der letzten Jahre nicht zu umgehen, notfalls auch als flankierende Maßnahme eine begrenzte Steuererhöhung, allerdings nur wenn usw. zur Sanierung der Staatsfinanzen bei sozial gerechter Lastenverteilung.

*Stücklen:* Zur Frage, ob zur Bahn oder Post etwas gesagt werden soll: Im Hinblick auf den großen Personalkörper mit rund 2 Mio. Wählern sollten wir etwas sagen. Bedeutung von Bahn und Post für die Volkswirtschaft herausstellen. Zum anderen müssen wir auch etwas sagen zur finanziellen Ordnung dieser beiden Unternehmen. Da müssen wir sagen, daß die politischen Lasten der Bundesbahn abgenommen werden müssen, was im übrigen auch im vollen Umfange geschieht und darüber hinaus noch geschieht. Denn es sind ja nicht nur 2,8 Mrd. politische Lasten, die heute schon abgenommen werden, sondern es sind bei der derzeitigen Situation der Bundesbahn heute noch mal mindestens 3 bis 3 ½ Mrd., die vom Haushalt zur Deckung der Bilanz der Kassenlücke bei der Bundesbahn aufgebracht werden müssen.

Etwas leichter lösbar ist die Frage bei der Post. Hier in dieser Vorlage steht bereits drin, daß die ominöse Abführung an den Bund nicht mehr haltbar ist, daß also eine Stundung notwendig ist. Wenn wir werbewirksam sein wollen, müssen wir das reinschreiben. Einen anderen Weg gibt es nicht. Denn: 26 Mrd. Fremdgeld sind bei der Deutschen Bundespost. Zwei mal zu 2 Mrd. jährlich Zinsen, die die Post aufzubringen hat. Das bedeutet, daß dieser Betrieb genauso in die Zerrüttung hineinschlittert, wie die Bundesbahn das seit Jahren getan hat. Wenn wir das wollen, müssen wir das tun, etwas anderes ist gar nicht möglich, und das würde ich auch vorschlagen, denn das ist, was die alte Regierung versprochen und nicht eingehalten hat und was wir ohnedies tun müssen, weil es keinen Postminister geben wird, der sein Amt antritt, ohne nicht die Zusicherung vom Finanzminister zu haben.

*Katzer:* Wendet sich energisch gegen den Begriff „Haushaltssicherungsgesetz“.

*Stoltenberg:* Zum Begriff „Haushaltssicherungsgesetz“. Ich stimme dem zu, was die Formulierung anbetrifft. Ich bin der Meinung, daß wir uns hier etwas flexibler halten sollten, allerdings nicht unverbindlich bleiben dürfen. Der Begriff an sich muß umformuliert werden (belastet seit 1965, wo wir korrigieren mußten). Ich würde auch in einer Wahlplattform vielleicht offenlassen – was ich allerdings nicht sicher weiß heute –, ob

---

5 dpa vom 14. September 1972 „Bund, Länder und Gemeinden diskutieren ihre Finanzpolitik“.

es genügt, Programme, Ankündigungen und Pläne zu korrigieren, diese Notwendigkeit müssen wir aussprechen, oder ob wir nicht doch uns zumindest offenhalten, gegebenenfalls auch in die eine oder andere gesetzgeberische Verpflichtung einzugreifen. Ich würde diese Frage offenlassen. Ich würde eine Empfehlung aussprechen, die etwa sagt: die Überprüfung von Programmen und Planungen. Und dann bleibt das offen, ob wir uns beschränken können bei der sehr weitgespannten Planung etwa der Bund-Länder-Kommission für Bildung, die wir sowieso mit einem Vorbehalt versehen haben, oder anderer Programme und Planungen, die in Absichtserklärungen der jetzigen Regierung vorliegen, als politische Willenserklärung im Raume steht oder ob wir die unangenehme Schwelle bis zu den Gesetzesdingen überschreiten sollen. Ich würde das Thema Überprüfung von Programmen und Planungen nehmen und nicht den Eingriff in Gesetze.

#### KRIEGSOPFER

*Köppler:* Wenn wir den Kriegsoffern eine Zusage geben, würden wir zum erstenmal die Gesamtlinie unserer Wahlkampfaussage durchbrechen und an Glaubwürdigkeit nicht gewinnen. Denn wir sagen auf der einen Seite immer wieder, die Finanz- und Haushaltsmisere ist Problem Nr. 1 nach der Stabilität, und dann sagen wir, wir ziehen Wechsel auf eine Bundeskasse, von der wir in der Hauptaussage sagen, die muß saniert werden. Man muß auch berücksichtigen: Kriegsoffer – Lastenausgleich und andere Bereiche einschließlich Kindergeld usw. Ich würde allerdings auch sagen, wir sollten keine kategorische Absage erteilen, sondern die grundsätzliche Berechtigung anerkennen, und das steht für uns an, wenn die Kasse das Geld hat.

*Barzel:* Die Materialien III, IV und V bedürfen keiner Debatte, weil es sich hier um Beschlüsse handelt, die wir gefaßt haben.

#### WIRTSCHAFTSPOLITIK

*Stoltenberg:* Würde vermeiden, die Haushaltspolitik als den Eckstein hervorzuheben. Ich würde dies, jedenfalls in der programmatischen Aussage, gleichwertig nebeneinander stellen, was nicht ausschließt, daß es im Handlungsablauf nachher gewisse kurzfristige Perioden gibt. Eine neue Regierung muß sofort mit einer Reihe anderer Dinge einsetzen. Es kommt das unerhört schwierige Thema Eigentumspolitik – konzentrierte Aktion. Es kann aber in Verbindung mit den anderen nicht lange ruhen.

Ich möchte noch einen Gesichtspunkt unterstreichen. Es kommt die Frage, wenn wir in der Eigentumspolitik aus den von Herrn Narjes genannten Terminen und Gründen sehr früh in eine Diskussion und vielleicht als künftige Regierung in eine gewisse Kontroverse mit den Vorstellungen des DGB eintreten, dann ist es um so wichtiger, auch etwas zu sagen in den anderen Bereichen, nämlich der unternehmerischen Wirtschaft. Deshalb halte ich es für richtig – damit nehmen wir natürlich eine große Auf-

gabe auf uns –, daß eine Weiterentwicklung der Wettbewerbspolitik hier steht. Das ist einer der Punkte, wo eine marktwirtschaftliche Forderung an die Unternehmer zu richten ist. Und ich würde auch empfehlen, daß wir dies als eine Sache ansehen, die wir nun nicht zwei, drei Jahre liegen lassen, sondern daß wir versuchen, relativ bald – in der Wahlaussage fachlich vorbereitet – zu Beginn einer neuen Wahlperiode eine Novelle zum Wettbewerbsrecht vorlegen. Das halte ich aus Gründen der schwierigen Situation gerade im gewerkschaftlichen Bereich für wichtig. Das ist im Augenblick der einzige Punkt, weil wir an das Thema der Preisgestaltung ja nicht heran wollen. Ich würde dafür plädieren, diese Dinge unter Ausfeilung der Texte in ein sehr grundsätzlich gleichwertiges und programmatisch nicht zeitlich und sachlich unterschiedliches Gewicht zu bringen. Das schließt nicht aus, daß im Handlungsablauf gewisse unterschiedliche Gewichte sich ergeben.

*Barzel:* Kombination von Strauß und Narjes muß unter die richtige Überschrift gebracht werden.

*Mikat:* Ich stimme Herrn Stoltenberg aus optischen Gründen zu, wenn er sagt, der Begriff des Ecksteins im Zusammenhang mit der Haushaltspolitik sollte aufgegeben werden zugunsten einer Parallelschaltung, obwohl wir uns natürlich darüber klar sein müssen, daß Haushaltspolitik der Eckstein sein wird.

Eine weitere Frage. Ich darf noch einmal an die Beratungen zum Innenpapier erinnern: Soll auch in der Wahlaussage gesagt werden, daß die Lohn- und Gehaltspolitik im öffentlichen Dienst Angelpunkt der staatlichen Stabilitätspolitik ist? Ich möchte auf folgendes aufmerksam machen: Es liegen auch Schreiben vor, in denen darauf aufmerksam gemacht wird, daß im öffentlichen Dienst a) bei den Beamten ein Nachholbedarf von 16,8% besteht. Das muß man sehen. Und b) soll man diesen Zusammenhang ansprechen. Das heißt, hier muß noch abgeklärt werden die Aussage Innenpapier mit dieser Aussage. Das gleiche gilt für die Lohnführerschaft der öffentlichen Hand. Ich würde bitten, diesen Ausdruck hier zu vermeiden. Zwar hat die öffentliche Hand eine gewisse Lohnführerschaft, nur müssen wir eines sehen: Die Lohnsteigerungen im öffentlichen Dienst sind ja nur ein Teil der öffentlichen Gehälter (Beispiel: Lehrergehälter).

Letzte Frage: Sollen wir, nachdem was Dr. Strauß ausgeführt hat, hier zum Problem der linearen Subventionskürzungen etwas sagen? Wir sollten uns darüber klar sein, daß Lohnführerschaft oder Lohngestaltung im öffentlichen Dienst und gleichzeitig lineare Subventionskürzungen intern gesehen werden. Wir sollten sie nicht aussprechen. Ich sage das wegen der linearen Subventionskürzungen nicht zuletzt hinsichtlich der Sache, die in der Energiewirtschaft auf uns zukommt. Infolgedessen sollten wir sagen, gut, das ist ein Vormerkposten, aber wir haben ja einen Teil von Subventionen, die unter dem Begriff der öffentlichen Daseinsvorsorgerechte, die wir selbstverständlich nicht unter das Postulat der linearen Subventionskürzungen stellen können.

## GESUNDHEITSPOLITIK

*Stoltenberg:* Abs. 10, 2. Abs., die letzten beiden Sätze miteinander verbinden und sagen: „Wir werden ärztliche Gemeinschaftseinrichtungen fördern, vor allem auch um Lücken innerhalb der ärztlichen Versorgung, wie sie sich abzeichnen, zu schließen.“ Der letzte Satz könnte sonst bei einigen Leuten die Befürchtung wecken, daß dies das Eingangstor sei für andere, nicht auf freier ärztlicher Praktizierung beruhender Formen außerhalb der Krankenhäuser.

## VERFASSUNGSPOLITIK

*Barzel:* Machen wir eine Enquete-Kommission oder nicht?

*Goppel:* Diese Enquete-Kommission steht unter einem besonderen Stern.<sup>6</sup> Wir sind von uns aus über die ganze Arbeit dort nicht sehr glücklich. Die Enquete-Kommission bewegt sich viel zu stark auf eine so grundlegende Änderung des Grundgesetzes zu, daß man hier äußerst vorsichtig sein muß. Dasselbe gilt für die Neugliederung des Bundesgebietes. Der Art. 29 GG<sup>7</sup> ist entstanden in einer Zeit, in der die Bildung der neuen Gliedstaaten noch völlig in statu nascendi war. Jetzt sind 23 Jahre verflossen, und es haben sich innere Verfestigungen in diesen Gebieten ergeben, die man nicht ohne Not zerschlagen sollte. Ich bin der Meinung, der Art. 29 GG ist durch die Entwicklung obsolet und man sollte ihn abschaffen. Denn an sich sind ganz neue Länder entstanden (Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg). Inzwischen sind sie in sich zusammengewachsen, und jetzt schlägt man sie wieder auseinander. Mit welchem politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Ziel? Da sehe ich die größte Gefahr. Man sollte also, wenn man daran geht, von unserer Sicht aus sehr positiv herangehen. Wir haben an der Neugliederung in Bayern kein Interesse.

*Barzel:* Ich würde folgende Empfehlung geben: Ich würde dazu neigen, die Enquete-Kommission wieder einzusetzen und sie behutsam arbeiten zu lassen. Und erst, wenn dort ein Ergebnis vorliegt, wird man in der Neugliederungsfrage weiterkommen können. Wir müssen von folgendem ausgehen, ob uns dies jetzt paßt oder nicht: Ende dieses Jahres kommt die Vorlage der von Herrn Ernst<sup>8</sup> geleiteten Kommission. Des-

---

6 Die Enquetekommission Verfassungsreform des Bundestages wurde am 11. März 1971 unter Vorsitz von Dr. Friedrich Schäfer eingesetzt (BT-Drs. VI/1211). Ihre Konstituierung geht auf einen Antrag der CDU/CSU-Fraktion vom 21. April 1970 (BT-Drs. VI/653) und einen Antrag der SPD-Fraktion vom 6. Mai 1970 (BT-Drs. VI/739) zurück. Die Enquete-Kommission legte am 21. September 1972 einen Zwischenbericht vor (BT-Drs. VI/3829). Am 22. Februar 1973 wurde die Enquete-Kommission Verfassungsreform erneut eingesetzt (BT-Drs. 7/214); sie legte ihren Abschlußbericht am 9. Dezember 1976 (BT-Drs. 7/5924) vor.

7 Art. 29 des GG sieht Regelungen für eine mögliche die Neugliederung des Bundesgebietes vor. Text im Internet: [http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art\\_29.html](http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_29.html).

8 Die am 2. Oktober 1970 konstituierte Sachverständigenkommission übergab am 20. Februar 1973 ihren Bericht dem Bundeskanzler, vgl. BULLETIN Nr. 22 vom 22. Februar 1973

halb würde ich sagen, wir kommen überein, wir setzen wieder eine neue Enquete-Kommission zur Verfassungsreform ein. In der Neugliederungsfrage warten wir den Bericht ab.

*Köppler:* Ich habe etwas Bedenken, ob man zu dem Thema Neugliederung einfach sagen kann, wir warten den Bericht der Ernst-Kommission ab. Ich würde hier empfehlen einen Satz, und wenn es nur ein Halbsatz ist, positiv für eine Länderneugliederung zu sagen. Wenn wir das nicht tun, jagen wir uns die gesamte Publizistik in diesem Punkte auf den Hals. Ich warne davor, das Thema mit einer Formulierung abzuhandeln, die zu erkennen gibt, daß wir in dieser Sache nicht wollen.

Zur Enquete-Kommission: Auch hier würde ich vorschlagen, eine neue Enquete-Kommission einzusetzen, und zwar weil wir die Sorge haben, daß das, was in der bisherigen Enquete-Kommission läuft, schief läuft. Aber umgekehrt haben wir gerade bei den Leuten, die landespolitisch, kommunalpolitisch interessiert sind, das dringende Interesse daran, auch Revisionen in Gang zu setzen, die in der Großen Koalition und anderswo auf Kosten der Länder gemacht worden sind. Und wir würden uns hier unnötig eine Angriffsfläche in der öffentlichen Diskussion geben, wenn wir die Verfassungsrevision im Sinne einer Klärung von jetzt geschaffenen Verfassungsklarheiten nicht in unser Programm aufnehmen. Das Ganze – Gliederung und Enquete – könnte ein Satz sein.

*Strauß:* Es handelt sich hier um eine Wahlkampfaussage. Und wer in diesem Punkt hier aus der Deckung herausgeht, wird erschossen. Wir verwechseln völlig unsere Wahlkampfaussage, wenn wir auf diese Probleme Neugliederung usw. eingehen. Das kann Bestandteil einer Regierungserklärung werden. Aber in einer Wahlkampfaussage würde ich mich davor hüten, weil wir nicht das leiseste Interesse daran haben können, hier schlafende Hunde zu wecken.

*Katzer:* Ich würde sagen, in der Sache offenlassen und Enquete-Kommission. Im Prozedere bin ich der Meinung von Strauß.

*Hasselmann:* Ich bin für Offenhalten, wie der Vorsitzende es dargestellt hat, im übrigen Enquete-Kommission einsetzen und arbeiten lassen.

*Von Hassel:* Ich stimme zu, die Enquete-Kommission wieder vorzusehen, aber empfehle dringend, daß man sich in der Zusammensetzung der personellen und sachlichen Seite vorher darüber verständigt. Ich mache darauf aufmerksam, es ist mir als Präsident des Hauses vom Vorsitzenden Dr. Schäfer<sup>9</sup> ein Papier überreicht worden, darin

---

S. 189–192. Druck: Bundesministerium des Innern: Sachverständigenkommission für die Neugliederung des Bundesgebietes. Vorschläge zur Neugliederung des Bundesgebiets gemäß Art. 29 GG. Vorgelegt im November 1972. Bonn Januar 1973. – Dr. Werner Ernst (1910–2002), Jurist; 1953–1959 Richter am Bundesverwaltungsgericht Berlin, 1959–1968 Honorarprofessor an der Juristischen Fakultät der FU Berlin, „Ernst-Kommission“, 1959–1965 Staatssekretär im Bundesministerium für Wohnungsbau, 1965–1968 Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, 1970–1973 Vorsitzender der Sachverständigenkommission zur Neugliederung des Bundesgebietes.

9 Dr. Friedrich Schäfer (1915–1988), Jurist; 1957–1967 und 1969–1980 MdB (SPD), ab 1967 Honorarprofessor an der Universität Köln, ab 1969 an der Universität Tübingen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 836 Anm. 61.

steht auch ein Vorschlag zur Verfassungsänderung mit der Selbstauflösung des Deutschen Bundestages mit folgender Formulierung: Mit einem Drittel der Stimmen des Bundestages für Selbstauflösung kann der Präsident auflösen, bei zwei Dritteln muß er auflösen. Ich sage Ihnen das nur vorher, damit Sie wissen, was bei einer Enquete-Kommission unter Umständen herauskommt.

2. Ich bitte, ersatzlos zu streichen: „Die Entlastung des Bundestages von der Detailgesetzgebung“. Das haben wir versucht durchzuspielen. Das ist nicht lösbar.

3. Bei der Neugliederung bin ich ganz entschieden der Meinung, daß wir keine positive Aussage machen dürfen. Die wirkliche Problematik dieses Themas kennen die Journalisten nicht, und wenn man sie aufklärt, sind sie wie wir der Meinung, unter gar keinen Umständen dieses Thema weiter verfolgen. Allerdings sollte man dann auch den Art. 29 ersatzlos streichen.<sup>10</sup>

## RECHTSPOLITIK

*Strauß:* Wir müssen in der Wahlkampfaussage stichwortartig herausstellen den Gegensatz zu der Entartung der Rechtspolitik dieser Regierung und ihrer Handhabung. Unter dem Motto „Politik der Vernunft, Politik der Stabilität, Politik der Sicherheit“ muß man einige Worte sagen, die den Inhalt dessen, was wir vorhaben, definieren.

*Stoltenberg:* Es ist die Frage, ob wir in dieser Wahlplattform nach den Ressorts vorgehen sollen. Ich würde empfehlen, die Gliederungen so vorzunehmen, daß wir beginnen erstens mit dem Problem der wirtschaftlichen Stabilität, zweitens mit dem Problem der Stabilität im Sinne der inneren Sicherheit, und den Teil der Rechtspolitik, der dazu gehört, hier hereinnehmen und die anderen Fragen, die natürlich auch Minderheiten interessieren (z. B. Sexualstrafrecht und § 218), wieder in einer anderen Rubrik oder einem besonderen Kapitel Rechtspolitik behandeln. Und ich würde dann empfehlen, daß wir bestimmte Sachaussagen, die wir für die weitere Ausgestaltung unserer Rechtsentwicklung unter dem Vorzeichen Innere Sicherheit formulieren, etwas deutlicher machen für die sachliche Diskussion mit der Bundesregierung bis hin zu der Frage Ausländerrecht, Melderecht usw. Dort kann man einige Dinge aus unserem Sicherheitsprogramm nennen. Die würde ich mehr nach vorne nehmen, würde sie aber etwas systematisch abtrennen von den sehr wichtigen Einzelfragen der Rechtspolitik.

*Köpler:* In die Wahlkampfaussage gehört dieses exakte rechtspolitische Programm für eine Legislaturperiode kaum hinein. Dennoch wäre es gut, wenn wir unterhalb dieser Wahlkampfaussage autorisierte Materialien hätten, die auch zu Schriften verarbeitet werden, die wir für bestimmte Bereiche, die daran interessiert sind, ausgeben können. Die Frage ist nur, ob aus diesem Komplex die eine oder andere nicht so diplomatisch abgewogene Formulierung herausdestilliert werden kann, die auf öffentliches Interesse stößt und die vielleicht im Zusammenhang mit der Inneren Sicherheit dann

---

<sup>10</sup> Art. 29 in veränderter Form ist weiterhin Teil des Grundgesetzes. Vgl. Text im Internet: [http://www.bundestag.de/parlament/funktion/gesetze/grundgesetz/gg\\_02.html](http://www.bundestag.de/parlament/funktion/gesetze/grundgesetz/gg_02.html).



in die eigentliche Wahlkampfaussage hineingenommen werden kann. Aus dem Strafrechtskatalog eignet sich eigentlich nichts dazu, außer die Nebenbereiche des Strafrechtskatalogs, Ausländerrecht usw. Die müssen da mit hinein. Aber jetzt Fragen wie Sexualstrafrecht in die Wahlplattform hineinzunehmen, halte ich für zu kritisch.

*Vogel:* Zur Strafrechtsreform kann man sich in einer Wahlkampfaussage darauf beschränken, die Notwendigkeit der Fortführung der Strafrechtsreform anzusprechen. Ich würde einen Punkt allerdings besonders ansprechen, und das ist die Frage des Duktus von Staatsgeheimnissen. Wir haben vor einigen Jahren eine Novelle gehabt<sup>11</sup>, die dazu geführt hat, daß heute kein Staatsgeheimnis mehr geschützt ist. Ich frage mich, ob wir diesen Zustand so lassen dürfen.

*Von Weizsäcker:* Für die Zwecke unserer Wahlkampfaussage sollten wir an dem festhalten, was Dr. Stoltenberg mit den drei Schwerpunkten vorgeschlagen hat. Wenn man einen „Stabilität und Wirtschaft“ nennt, dann den zweiten „Staat und Recht“ (dazu gehört sowohl das Kapitel Rechtspolitik und Innere Sicherheit und Verbrechensbekämpfung). Wir müssen diesen Kapiteln aber voranstellen ein paar Sätze darüber, daß wenn wir dem Staat nicht die geistige Grundlegung, die innere Autorität, Würde und Recht zuerkennen wollen, daß dann alle unsere Maßnahmen in bezug auf die Rechtsformen, auf bessere Polizeiausbildung usw. auf Sand gebaut sind. Hier müssen ein paar Sätze über den Staat als solchen vorangestellt werden. Das dritte Kapitel müßte meiner Meinung nach „Mensch und Gesellschaft“ heißen.

*Strauß:* Wir müssen eine Aussage machen, daß der Staat wieder Schutz gibt und daß bei uns wieder Sicherheit und Ordnung eintreten.

*Mikat:* Die Volljährigkeit wird nicht angesprochen, aber wir sind uns einig, daß wir bei unserer Vorlage (18 Jahre) bleiben. Angesprochen werden muß die Stellung der Frau, und zwar nicht unter dem Gesichtspunkt der Rechtsreform, sondern unter dem Gesichtspunkt der ganzen Stellung der Frau in unserer Gesellschaft. Deshalb unterhaltsrechtliche Akzentuierung.

## BILDUNGSPOLITIK

*Filbinger:* Wir sollten deutlich machen, wo die Versprechungen der Regierung von 1969 am eklatantesten gescheitert sind. Angriffe gegen falsches Prestigedenken.

*Barzel:* Wir sind uns darüber einig, daß in Ziffer 3 und 4 für die mangelnde Zuständigkeit des Bundes eine ganz entscheidende Aussage gemacht werden kann.

*Stoltenberg:* Schlägt eine konzentrierte Fassung vor unter Bezug auf die vier oder fünf Sofortmaßnahmen und unter Hinweis darauf, daß wir im planerischen Zusammenwirken von Bund und Ländern, d. h. in Beachtung der verfassungsmäßigen Zuständigkeiten, uns auf diese Punkte konzentrieren. Vorschlag zur Aktualisierung: Der große Anspruch der Regierung von 1969 ist gescheitert.

---

<sup>11</sup> Vgl. §§ 36 und 37 des Zweiten Gesetzes zur Reform des Strafrechts vom 4. Juli 1969 (BGBl. 1969 I S. 717, hier S. 722).

Gleichwertigkeit der verschiedenen Berufswege betonen. Berufliche Bildung und betriebliche Bildung = Dual-System.

*Katzer:* Ziffer 4 muß umformuliert werden.

*Lorenz:* Der letzte Satz muß heißen: „... daß anarchistische Minderheiten in der Hochschule nicht die freiheitliche Ordnung bekämpfen sollen.“

*Goppel:* Zur Vermehrung der Kindergartenplätze: Dazu kann man nur eine Aussage machen, wenn gleichzeitig die Erschließung von Finanzmitteln berücksichtigt wird.

#### FORSCHUNGS- UND TECHNOLOGIEPOLITIK

*Barzel:* Hier wollten wir einen stärkeren Akzent setzen. Das Papier ist aber so formuliert, daß man es kaum versteht.

*Narjes:* Gewisse klare Abgrenzungen werden unverzichtbar sein. Schon in diesem Papier gibt es einen Satz zur Raumordnung, der vielleicht ins Innenressort gehört, aber nicht hier hinein. Je mehr wir die Technologieförderung auf die Umwelt abstellen, um so weniger haben wir ihre kulturpolitischen Ziele im Auge. Das sollten wir sehr klar trennen, wenn das möglich ist.

*Barzel:* Hier muß etwas entstehen, was Modernität verkörpert, d.h. Technologie und Umweltschutz und Raumordnung gehören in eine Hand. Lassen wir das Wort weg. Also, wir sind uns hier, glaube ich, in der Priorität einig.

*Goppel:* Ich möchte auf eines hinweisen: Mir scheint es notwendig zu sein, die Dinge der Organisation unserer Forschungseinrichtungen in die Hand zu bekommen. Wie wird es mit der Max-Planck-Gesellschaft, wie wird es mit der Forschungsgemeinschaft, wie wird finanziert? Wer stellt Haushaltspläne auf? Wer leistet Beiträge? Daran liegt es immer. Ich weiß, wir haben Einspruch eingelegt wegen der Erhöhung von 16 Mio., weil wir nicht einsahen, wohin die Gelder fließen. Aber hier ist der eigentliche Ansatzpunkt. Das andere, was Max Planck und die anderen Leute machen, das können wir politisch und technologisch in den Einzelheiten gar nicht feststellen, ob man nun Algenforschung betreiben muß oder Sauerstoff aus dem Meeresgrund. Und die Bereitschaft, dieser Organisation entsprechend an die Seite zu treten, muß zum Ausdruck gebracht werden. Dann sind wir modern, dann sind wir praktisch. Auf Emotionen verzichten wir, weil wir Rationalität haben.

*Müller-Hermann:* Ist nicht die Kombination an dieser Stelle mit den Raumordnungsfragen wichtig?

*Goppel:* Ja nun, es kommt der Streit um den Sitz der Institute ganz sicher, und unter dem Gesichtspunkt des Sitzstreites muß es natürlich raumordnungsmäßig auch gesehen werden.

*Köppler:* Ich glaube, man sollte den Zusammenhang, der natürlich in der Sache besteht, nicht hier herstellen im Text, sondern man sollte bei der Wirtschafts- und Strukturpolitik noch einmal in einem Schwenk auf die Förderung von Großforschung und technischer Entwicklung zurückgreifen auch auf die Struktur- und Raumordnung.

## JUGENDPOLITIK

*Rollmann:* Regt an: Jugendgesetzbuch, in dem alle verstreuten Jugendgesetze zusammengefaßt werden.<sup>12</sup>

Erweiterung von Punkt 3: Reform des Jugendschutzgesetzes.

Außerdem fehlt die Behandlung des Problems des Rauschgift- und Drogenmißbrauchs. Beratung ist nur ein Punkt. Es gibt Aufklärung, Beratung, Behandlung und polizeiliche Maßnahmen. An diesem Problem kann man nicht vorübergehen.

*Katzer:* Schlägt vor, den Satz „Die Jugend hat Anspruch auf Leistung des Staates“ sinngemäß umzuformulieren, daß die Jugend für den Staat verpflichtet werden muß.

Außerdem würde er den Altenplan gern aus dem Rentenplan herausnehmen, weil Probleme des Alters nicht nur Probleme der Renten sind. Hier sollte eine Verbindung hergestellt werden zwischen den Problemen der Jugend und der Alten.

*Höcherl:* Regt an, den Bundesjugendplan um einen Berufswettkampf zu erweitern (z. B. am 17. Juni einen Literatur- oder Wissenschaftspreis oder ähnliches zu verleihen).

## SPORTFÖRDERUNG

*Kraske:* Ich würde den Breitensport zwar erwähnen und seine Wichtigkeit betonen, aber dann ausdrücklich sagen, was der Bund tun kann und muß, nämlich die Länder entlasten durch Leistungszentren und andere Dinge. In diese Ziffer ist ein Papier der Fraktion, der Bundessportplan<sup>13</sup>, eingegangen, aber nicht so, wie er verabschiedet worden ist. Hier steht: Der Bundessportplan soll im Zusammenwirken des Bundes und der Länder erarbeitet werden. Das ist nicht der Sinn, und das ist auch schwierig. Der Bundessportplan soll zunächst mal alle Aktivitäten des Bundes in dieser Frage zusammenfassen.

## SOZIALE DIENSTE

*Von Weizsäcker:* Ich glaube, daß wir das Kapitel in den Zusammenhang bringen müssen, von dem Herr Katzer vorhin gesprochen hat, nämlich Soziale Dienste auch als Folge der technischen Welt, Soziale Dienste als Beispiel für den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung, Soziale Dienste als ein Beispiel dafür, daß die vermehrte Freiheit nicht eine vermehrte Dispensierung von Verantwortung in dem zwischenmenschlichen Bereich und im Gemeinwesen ist, sondern gerade zu seiner ver-

---

12 Antrag der CDU/CSU-Fraktion betr. Reform der Jugendhilfe vom 20. Juli 1972 (BT-Drs. VI/3670).

13 Entwürfe des AK I für den Antrag der CDU/CSU-Fraktion für einen Bundessportplan in ACDP 08-002-318/3. Die Diskussion über den Bundessportplan dauerte auch noch 1974 an.

mehrten Verantwortung führt. Und dann müssen wir bei den Sozialen Diensten davon sprechen, daß es sowohl um die private, wie um die gemeinschaftliche, wie um die staatliche Form geht, ohne daß eine dieser Formen gegenüber den anderen den Vorzug verdient, daß sie aber in dem politischen Willen und politischen Programm als ein Ganzes konzipiert sind. Und unter solchen Überschriften sind dann die verschiedenen Einzelpunkte zu nennen: Altenplan, Behandlung der Kranken und Einsamen, wie aber auch der ganz Jungen, die der Hilfe bedürfen.

Ziffer 3: Begriff „Service-Häuser“ umformulieren.

*Katzer:* Regt an, das Papier „Soziale Dienste“ zu verquicken mit der Vorlage des Bundesausschusses für Sozialpolitik.<sup>14</sup> Sehr viel stärker die freien Träger berücksichtigen.

*Barzel:* Ich empfehle, das von uns verabschiedete Gesetz zu prüfen, ob da nicht schon alles drin steht, was wir hier machen wollen. Denn wir dürfen unmöglich in den Geruch kommen, daß wir heute etwas für morgen versprechen, was wir vor zehn Jahren schon realisiert haben.

*Goppel:* Die Aussage gehört sicher in unsere Parteierklärung. Wenn aber in der Wahlkampfplattform steht, eine CDU/CSU-Regierung würde das durchsetzen, dann beginnen die Zuständigkeiten und all diese Dinge. Ich kann für Bayern nur erklären: Wir haben eine Verfassungsvorschrift, die lautet, wer der Gemeinde neue Aufgaben überträgt, hat die Finanzierung dafür zu erschließen.<sup>15</sup>

## UMWELTPOLITIK

*Müller-Hermann:* Auf S. 17 wird gesprochen von der Verschmutzung durch Abgase von Kraftfahrzeugen. Hier sollte man auch das Thema Verkehrssicherheit ansprechen, da es ein Umweltproblem besonderer Art ist (zur Zeit 20.000 Verkehrstote im Jahr).

*Narjes:* Es muß zum Ausdruck kommen, daß Umweltpolitik nicht ohne Rücksicht auf die Belastbarkeit der Wirtschaft, d. h. auf ihre jeweilige Wettbewerbsfähigkeit, betrieben werden kann, damit die Grenzen des jeweils Möglichen erkennbar werden. Hierbei muß auch der europäische Akzent gesetzt werden, d. h. praktisch, je mehr international harmonisiert, um so weniger Verzerrungen gibt es.

*Stücklen:* Bei der Durchführung solcher Umweltschutzgesetze müssen wir selbst-

---

14 Ergebnisprotokoll der Sitzungen des Bundesausschusses für Sozialpolitik vom 11. August 1972 und vom 25. September 1972 sowie die Ausarbeitungen zum Sozialpolitischen Aktionsprogramm in ACDP 07-001-561/2.

15 Art. 83 (3) der bayerischen Landesverfassung: „Überträgt der Staat den Gemeinden Aufgaben, verpflichtet er sie zur Erfüllung von Aufgaben im eigenen Wirkungskreis oder stellt er besondere Anforderungen an die Erfüllung bestehender oder neuer Aufgaben, hat er gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu stellen. Führt die Wahrnehmung dieser Aufgaben zu einer Mehrbelastung der Gemeinden, ist ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen.“ Text im Internet: [http://www.bayern.landtag.de/bayer\\_verfassung\\_erster\\_hauptteil.html#1](http://www.bayern.landtag.de/bayer_verfassung_erster_hauptteil.html#1).

verständlich diesen Gesichtspunkt in vollem Umfang berücksichtigen. Wenn wir das sagen, heißt es sofort: „Aha, jetzt geht es an den Geldbeutel der Großen, und schon heult die CDU/CSU auf.“ (Ziffer 5)

*Barzel:* Die Sache muß europäisch gemacht werden.

*Köppler:* (Ziffer 4) Wird das Bundesamt akzeptiert? – Das ist die Frage, ob man diese Forderung aufstellt, auch eine Frage an die CSU, nicht daß wir nachher einen Sachstreit darüber bekommen. Es gibt ein Bundesinstitut im Aufbau.<sup>16</sup> Ein Bundesamt legt natürlich die Frage nahe, welche Kompetenzen sollen dieser Behörde übertragen werden. Und ich warne etwas davor, sich auf dieses Glatteis zu begeben.

*Von Weizsäcker:* Ich frage mich, ob das hier drin stehen muß mit dem Bundesamt. Das ist weniger eine Aufgabe, die wirklich durch ein solches Bundesamt gelöst werden kann.

*Müller-Hermann:* Neben diesem Bundesamt für Umweltschutz ist auch eine andere Anregung im Gespräch, die man überlegen sollte, nämlich ob man für die Fragen der Verkehrssicherheit einen Bundesbeauftragten für Verkehrssicherheit in Erwägung ziehen sollte. Hier gibt es eine Fülle von Koordinierungsaufgaben, die derzeit ungelöst sind.

*Barzel:* Wir können nicht alles von neuen Behörden erwarten. Aber es muß etwas gesagt werden über den Zusammenhang von Sachverhalten.

## INNERE SICHERHEIT

*Barzel:* Hier fehlen noch die verbindenden Texte. Zum Problem der Behandlung der DKP Verweis auf den Bundesvorstandsbeschuß in Stuttgart<sup>17</sup>, der auch der CSU übermittelt worden ist und mit dem die CSU grundsätzlich übereinstimmt.

Ich glaube, daß man hier sagen kann, daß wenn sich das Problem weiter ernsthaft darstellt, wir am Schluß auch vor den härtesten rechtlichen Maßnahmen nicht zurückschrecken. Ich würde es aber für eine Wahlaussage für falsch halten, weil wir uns mit den Leuten herumschlagen müssen. Ich würde also nur darauf hinweisen, daß das hier offengehalten ist. An unserer Entschlossenheit kann hier kein Zweifel sein.

*Stoltenberg:* Ich würde sagen, daß wir eine Novellierung des Ausländerrechtes unter den zwei, drei entscheidenden Bestimmungen, die in dem Papier stehen, wollen. Aber

---

16 Am 19. Juni 1974 verabschiedete der Bundestag das Gesetz über die Errichtung des Umweltbundesamtes in West-Berlin (BT-Drs. 7/2012, vgl. Sten.Ber. 7. WP 109. Sitzung S. 7362–7368), erster Präsident wurde Dr. Heinrich von Lersner. – Dr. Heinrich Freiherr von Lersner (geb. 1930), Jurist; 1959–1962 Regierungsassessor in den Landratsämtern Villingen und Lahr, 1961 Eintritt in das Bundesministerium des Innern, 1973 Präsident der Bundesstelle für Umweltschutzangelegenheiten, 1974–1995 Präsident des Umweltbundesamtes.

17 Vgl. Nr. 22 S. 746 f. sowie Ergebnisprotokoll der Bundesvorstandssitzung am 13. März 1972 (ACDP 07–001–921).

auch einen Satz, der klar macht, daß sich das nur gegen eine kleine Minderheit der Ausländer richtet.

S. 20: Wir müssen vermeiden zu sagen, daß eine CDU/CSU-Regierung die Straf- und Vereinheitlichung der Polizei in den einzelnen Ländern durchführen will. Da muß man sagen: Das gemeinsame Sicherheitskonzept in Bund und Ländern sieht vor oder hält dies für richtig.

Abs. 2 muß umformuliert werden.

*Mikat:* S. 21 Kostenfaktor beachten.

*Wagner:* Wir sind gezwungen, zu den Vorfällen in München<sup>18</sup> etwas zu sagen.

*Barzel:* Die Materialien von Herrn Vogel<sup>19</sup> müssen als das aktuellste in das Papier einfließen.

*Köppler:* Ich habe etwas Bedenken gegen den Musterentwurf zum Polizeigesetz. Ich frage mich, ob das so attraktiv ist, daß wir es besonders herausstellen müssen. In der Sache selbst haben wir gesagt, daß sich Bund und Länder über eine Vereinheitlichung der Polizei verständigen sollten und daß das unser politisches Ziel ist. Aber das Verfahren, das wäre ganz neu, daß vom Bund Mustergesetze gemacht werden, die die Länder zu übernehmen haben. Das scheucht die Landespolitiker auf. Wenn wir das nicht unbedingt brauchen, sollten wir es weglassen.

*Barzel:* Da machen wir ein Fragezeichen dahin.

## VERWALTUNG ÖFFENTLICHER DIENST

*Wagner:* Dieses Thema ist für den Bereich der Öffentlichkeit von Wichtigkeit wegen der Steigerung des Kostenfaktors, der weitgehend die Gefahr in sich birgt, daß die Haushalte beim Bund und bei den Ländern immer unbeweglicher werden. Ich bin der Meinung, daß, wenn wir die Formulierung so lassen würden, wir beachten müssen: Wir dürfen nicht zunehmen an Zahlen, wir sollten in Zukunft nicht mehr Gehalt erhalten,

---

18 Am 5. September 1972 drangen Mitglieder palästinensischen Terrorgruppe „Schwarzer September“ in das Olympia-Dorf in München ein und nahmen elf Mitglieder der israelischen Olympiamannschaft als Geiseln. Zwei Israelis starben im Verlauf des Abends, beim Versuch der Befreiung am Morgen des 6. September 1972 wurden die neun verbliebenen Geiseln getötet. Vgl. Matthias DAHLKE: Der Anschlag auf Olympia '72. Die politischen Reaktionen auf den internationalen Terrorismus in Deutschland. München 2006. – Vgl. auch Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Der Überfall auf die israelische Olympiamannschaft. Dokumentation der Bundesregierung und des Freistaates Bayern vom 19. September 1972 (ACDP Dokumentation 20/1/3); „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 12. September 1972 „Barzel: Jetzt sprechen wir über München“; „Neue Rhein-Zeitung“ vom 21. September 1972 „Zweifel trotz Dokumentation“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 21. September 1972 „Unbefriedigende Dokumentation“.

19 Presseerklärung von Friedrich Vogel vom 8. September 1972 zu den Münchner Ereignissen und weiteren Drohungen terroristischer Ausländergruppen sowie Interview Vogels mit dem Deutschlandfunk am 17. September 1972 zu Fragen der inneren Sicherheit und Rechtspolitik (BPA/Abt. Nachrichten Referat II/4); „Bonner Rundschau“ vom 9. September 1972 „Vogel: Wieder Visumzwang“.

wir dürfen die Arbeitszeit nicht verkürzen und das Streikrecht. Das sind gravierende Punkte. Ich würde daher vorschlagen, daß wir das Thema ganz anders formulieren. Entscheidende Aussage, daß wir auch in der Zukunft die Differenzierung im öffentlichen Dienst haben sollen. Ich würde einen weiteren Bereich einbringen: Verbesserung der Leistung für den Staat und für den Bürger, einschließlich Bildungsmöglichkeit.

Die Aussage zur Besoldung gehört nicht in das „Papier öffentlicher Dienst“, das berührt den Tarifbereich und muß unter dem Kapitel Stabilität erwähnt werden.

Zur Frage Wachstum: Wir müssen hier einen gewissen Grundsatz des Subsidiaritätsprinzips zum Ausdruck bringen, daß nicht jedes und alles unbedingt vom Staat her geregelt werden muß und damit eine Grenze für das Wachstum des öffentlichen Dienstes gegeben ist. Es gibt gar keinen Zweifel, wenn die Ausgaben in dem Maße zunehmen und die Forderungen an den öffentlichen Dienst zunehmen, daß dann die Voraussage richtig ist, daß in fünf Jahren ...<sup>20</sup> Ich wäre dankbar, wenn man die Ursachen angreift und nicht dem öffentlichen Dienst die Schuld gibt.

*Dregger:* Wendet sich gegen die Formulierung im Abschnitt Wirtschaft, „der öffentliche Dienst dürfe nicht zum Lohnführer werden“. Darin steckt die Behauptung, daß er es ist. Die Beamten sind der Meinung, daß er es nicht ist. Deshalb dürfen wir so nicht formulieren.

S. 26: „Wenn der Staat seine Aufgaben erfüllen ... Spielraum zurückgewinnen“. Dies kann nicht einseitig zu Lasten des öffentlichen Dienstes geschehen.

„Nur im Rahmen allgemeiner ... zugemutet werden“. Das muß ein Beamter unterschreiben können.

„In diesem Rahmen muß ... verzichtet werden“. Das sollte man sagen können.

„Vor allem aber muß der zahlenmäßigen ... begegnet werden“. Das trifft ja nicht den Beamten, der schon drin ist. Das müßte man also auch sagen können. Aber irgendwelche Einschränkungen müssen möglich sein.

*Hasselmann:* Wir sollten zum Ausdruck bringen ganz groß die Verantwortung des ausgebildeten, dem Lande dienenden Beamten, dann ist er auch immuner gegen die Parteibuchinfiltration.

*Barzel:* Die positiven Sätze gehören an die Stelle, wo wir von unserem Staat sprechen; bevor wir von Verwaltung und Organisation und Geld reden, reden wir von Ehre.

## MEDIENPOLITIK

*Seidl*<sup>21</sup>: Bedenken gegen Abs. 2. Die Gesetzgebungszuständigkeit auf dem Gebiet des Rundfunks liegt nicht beim Bund, sondern bei den Ländern. Das steht seit dem

---

<sup>20</sup> Auslassung in der Vorlage.

<sup>21</sup> Dr. Alfred Seidl (1911–1993), Jurist; 1935–1938 Assistent an der juristischen Fakultät der Universität München, 1940–1945 Kriegsteilnehmer, Rechtsanwalt in München, Verteidiger

Fernsehurteil des Bundesverfassungsgerichts 1961<sup>22</sup> völlig außer Zweifel. Aus diesem Grunde kann auch eine CDU/CSU-Bundesregierung in dieser Sache nicht sehr viel tun. Wichtig scheint mir aber folgendes zu sein: Wir haben zur Zeit in Bayern ein Volksbegehren laufen, und in diesem Volksbegehren wird die Einfügung eines Artikels in die bayerische Verfassung angestrebt. Der Kern dieses neuen Artikels soll die verfassungsrechtliche Verankerung des Monopols der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in die Verfassung sein. Wir haben bis jetzt die Linie vertreten, daß wir sagten, es gibt keine Pläne, in Bayern einen kommerziellen Rundfunk einzurichten. Ich würde es aber für falsch halten, in dieser Fassung so etwas aufzunehmen. Auf jeden Fall sollte man sich die Möglichkeit offenhalten im Hinblick auf die technische und wirtschaftliche Entwicklung, Stichwort: Kabel-Fernsehen, Satelliten-Fernsehen usw. Wenn wir jetzt wirklich sagen würden, daß eine von der CDU/CSU getragene Bundesregierung einen kommerziellen Rundfunk anstrebt, dann wäre natürlich unsere bisherige Einlassung im Rahmen dieses Volksbegehrens völlig ungläubwürdig. Aus diesem Grunde habe ich die dringende Bitte, diesen Problemkreis hier überhaupt nicht anzusprechen. Wir können außerdem nichts gewinnen, denn wir stehen in der Sache in einem massiven Kampf mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und vor allem mit einem großen Teil der Tagespresse. Wenn die Presse liest, daß wir einen kommerziellen Rundfunk anstreben, dann bekommen sie natürlich Bedenken wegen ihres Inseratengeschäftes. Und ich glaube, in einem Bundestagswahlkampf kann uns das nicht sehr gelegen kommen.

*Stücklen:* Unterstreicht vollinhaltlich die Ausführungen von Seidl.

#### PERSONALVERTRETUNGSRECHT

*Hasselmann:* Starke Bedenken gegen Mitbestimmung.

*Mikat:* Schlägt vor, Punkt 3 des Personalvertretungsrechts herauszunehmen.

*Barzel:* Einverstanden.

*Katzer:* Glaubt, daß man das Personalvertretungsgesetz nicht herausnehmen kann, weil der öffentliche Dienst ein ganz wichtiger Bereich ist. Vorschlag: Neuformulierung unter Berücksichtigung der Ausführungen von Herrn Hasselmann.

*Hasselmann:* Ich würde gerne den Text der Klage gegen das mit einer Stimme Mehrheit in Hannover angenommene Personalvertretungsrecht<sup>23</sup> beim Staatsgerichts-

---

von Hans Frank und Rudolf Hess im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß, 1958–1986 MdL Bayern (1970–1972 stv. und 1972–1974 Vorsitzender der CSU-Fraktion), 1975/76 Staatssekretär im Staatsministerium der Justiz, 1977/78 Staatsminister des Innern.

22 Urteil des 2. Senats vom 28. Februar 1961 in dem Verfahren wegen verfassungsrechtlicher Prüfung des § 3 des Staatsvertrages über den Norddeutschen Rundfunk vom 16. Februar 1955 (2 BvG 1,2/60 – BVerfGE 12, 205).

23 Vgl. Niedersächsisches Gesetz und Verordnungsblatt Nr. 13 vom 22. März 1972 S. 145–158 „Viertes Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Niedersachsen“ vom 20. März 1972; „Süddeutsche Zeitung“ vom 26. Februar 1972 „Niedersachsen ver-



hof zur Kenntnis geben, weil es einige Passagen enthält, die einfach nicht funktionieren, insbesondere nicht, wenn wir an die Personalvertretung denken in den kommunalen Sparkassen (Kreissparkassen).

## BODENRECHT

*Mikat:* Es gibt ein Bodenrechtspapier II von Herrn Erpenbeck<sup>24</sup>, das hier nicht vorliegt. Es geht um eine Alternative zur SPD-Bodenrechtskonstruktion.<sup>25</sup>

*Katzer:* Mit diesem Thema beschäftigen sich noch einige Kommissionen. Die Ansichten sind sehr kontrovers. Wir sollten das Thema bis Berlin zurückstellen und das Ergebnis der Kommissionsarbeit abwarten.

*Narjes:* In Kiel beschäftigt sich ebenfalls eine Kommission mit dem Problem. Sollte hinzugezogen werden.

*Strauß:* Es ist nicht wahr, daß die Baupreise die Inflation hochtreiben, sondern umgekehrt. Die Leute kaufen und verschulden sich auch. Die Bodenknappheit ist eine Folge der Flucht in die Sachwerte und dies ist eine Folge der Inflation.

Ich bin auch für die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen. Aber hier muß eine Grenze gefunden werden in einer ganzen Reihe von Fällen, wo kleine und mittlere Bauern ihre Technisierung des Hofes nur dadurch finanzieren können, daß sie Nichtbauland in Bauland umwandeln.

Das Städtebauförderungsgesetz, das wir verabschiedet haben, ist weitgehend tot, weil keine große Gemeinde in Deutschland die finanziellen Mittel hat, nach dem Gesetz zu verfahren. Wenn man die privatwirtschaftliche Tätigkeit in der Modernisierung und Umwandlung unserer Stadtkerne vertreibt, wird auf dem Gebiete ein Bruchteil dessen geschehen, was überhaupt möglich ist. Wenn man das Privatkapital von einer Rendite bringenden Anlage in den Kommunen vertreibt, dann wird alles aus der öffentlichen Hand gezahlt werden müssen. Und das ist unmöglich, weil die öffentliche Hand heute mit ihren riesigen Personalkosten und den wahnsinnig gestiegenen Baukosten ja kaum mit ihren normalen Bedürfnissen zurechtkommt. Die moderne Konzeption liegt ohne Zweifel darin, Privatkapital zu angemessenen Bedingungen zu mobilisieren.

*Mikat:* 1. Wenn ich die Diskussion richtig verfolgt habe, dann hat man sich hier zum

---

abschiedet Personalvertretungsgesetz“; FAZ vom 26. Februar 1972 „Der ‚dritte Mann‘ ein Gewerkschaftler“.

24 Ferdinand Erpenbeck (1921–1997), Gärtnermeister; 1952 CDU, 1956–1970 Bürgermeister von Osnabrück, 1960–1970 Vorsitzender des KV Osnabrück-Stadt, 1965–1972 und 1979/80 MdB, 1970–1976 Bezirksvorsitzender der CDU Osnabrück-Emsland. – Vgl. Papier der Arbeitsgruppe Bodenrecht der CDU/CSU vom 4. September 1972 „Grundsätze zur Fortentwicklung des Bodenrechts“ (ACDP Dokumentation 0/062/5–1); „Wirtschaftswoche“ Nr. 35 vom 1. September 1972 „Wird der Boden enteignet?“.

25 „Vorschläge zur Reform der Bodenordnung“, vorgelegt von der Kommission für Bodenrechtsreform beim Parteivorstand der SPD (ACDP Dokumentation 0/062/5–2); „Frankfurter Rundschau“ vom 22. Juli 1972 „SPD will die Gewinne bei Bodenspekulation abbauen“.

Grundsatz des Veräußerungsgewinnprinzips bekannt. Die Entscheidung, die zu treffen ist: Geht man von Bodenwertsteigerung aus oder vom Veräußerungsgewinnproblem.

2. Wir sollten in jedem Falle den Gedanken der Entschädigung nach dem Verkehrswert als Grundgedanken aufrecht erhalten, und zwar aus folgendem Grunde: Wie das von Herrn Strauß gezeigte Beispiel der Nichtanwendungsmöglichkeit des Städtebauförderungsgesetzes zeigt, besteht nunmehr die Tendenz, überhaupt von der Entschädigung nach Verkehrswert abzugehen und zu sagen, wir entschädigen nur noch nach den Möglichkeiten der Kommunen in den Sanierungsgebieten. Das bedeutet aber den Durchbruch zum Enteignungsprinzip, sagen wir mal zum symbolischen Wert, wenn wir die Verkehrswertbewertungsfrage aufgeben. Wenn man sich in diesen beiden Punkten hier einig ist, hat man den Kern für die Aussage zum Bodenrecht. Wenn man diese drei Grundelemente festhält, werden wir die Aussage positiv formulieren können (plus Wiederherstellung des Marktes).

*Höcherl:* Wenn wir den Vorschlag von Herrn Erpenbeck sehen, einen Infrastrukturbeitrag zu zahlen als eine zusätzliche Steuer neben der Grund- und der Vermögenssteuer, die z. T. an demselben Objekt hängen, und daß zusätzlich neben den Erschließungsbeiträgen, die der Eigentümer zu bezahlen hat, noch für eine Wertsteigerung als Allgemeineinrichtung und für eine Infrastrukturabgabe eintreten wird, dann sind wir in einer ganz gefährlichen Ecke.

*Hasselmann:* Begriff des Nutzungs- und Verfügungsrechtes ablehnen.

*Barzel:* So wie wir gegen die Kollektivvermögensreform sind, so sind wir gegen die Trennung von Verfügungsgewalt und Eigentum. Aussage zur Raumplanung muß noch irgendwo untergebracht werden.

*Katzer:* Man muß zwei Punkte ansprechen: Daß wir auf der einen Seite das Eigentum sichern, ist selbstverständlich. Auf der anderen Seite muß aber das Privateigentum da eingegrenzt werden, wo das öffentliche Interesse vorrangig eine Rolle spielt.

*Fortsetzung 15. September 1972.*

*Barzel:* Meine Damen und Herren, ich eröffne den zweiten Tag unserer Sitzung, freue mich, daß wir noch mit dem überwiegenden Teil vorhanden sind. (*Diskussion.*) Ich glaube, daß im Hinblick auf den Fortschritt der Verhandlungen, daß wir bis 14.00 Uhr fertig sein können. Wenn Sie sich zutrauen, die vier Stunden miteinander zu arbeiten, würde ich das Mittagessen bestellen. Ich glaube, daß wir spätestens dann soweit sein können. Ich würde gerne einen Punkt vorweg erledigen, der zwar nicht in die formalen Teile dieses Kreises gehört, der aber doch wichtig genug ist und auf Ihrem Tisch liegt. Ein Entwurf, der also von verschiedenen Seiten zusammen geschrieben ist und in dem die Antworten auf die Forderungen des DGB zur Bundestagswahl<sup>26</sup> fallen.

---

26 Bundesvorstand und Bundesausschuß des DGB verabschiedeten am 5./6. September 1972 in Düsseldorf die Forderungen des DGB zur Bundestagswahl 1972. Vgl. „Welt der Arbeit“ vom 15. September 1972 „An ihren Taten müssen sie gemessen werden“. – Entwurf Barzels

Hier müssen ja alle unsere Kollegen schriftlich antworten auf den Text, den der DGB allen zugestellt hat. Darf ich auch die parlamentarische Geschäftsführung um Aufmerksamkeit bitten? Wir werden ja alle antworten. Und ich könnte mir vorstellen, daß als Musterantwort, die der Vorsitzende der CDU dem Vorsitzenden des DGB geben soll, die dann am entscheidenden Sonntag bei der IG Chemie<sup>27</sup> vorliegt, uns dann all der Schwierigkeiten enthebt, jeder für sich zu antworten, und vielleicht unter der Hand Zusagen oder Andeutungen zu machen, die dann ja später gedeckt werden müssen. Deshalb ist die Sache ein bißchen eilbedürftig, damit nicht die Kollegen vorher zur Feder greifen. Ich würde Sie gerne bitten, dies zwischendurch zu lesen, und möchte gerne noch heute vormittag darüber dann ein Einverständnis unter uns erreichen.

#### GESELLSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Wir haben dann heute zu verhandeln den Teil Gesellschafts- und Sozialpolitik, in den Materialien VI plus der beiden jetzt dann übergebenen Papiere, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik.

Darf ich dann zunächst mal die Gesellschafts- und Sozialpolitik aufrufen. Im Anschluß daran wird die DGB-Geschichte hier zu entscheiden sein. Ich weiß nicht, ob der Kollege Katzer hier etwas in der Einführung sagen möchte, oder ob er einfach die Lektüre und Billigung voraussetzt, was ja auch sein könnte.

*Katzer:* Ich setze Lektüre voraus, Billigung wird sich zeigen, und möchte eigentlich nur drei Bemerkungen machen. Erstens, dieses Papier, Sie sprachen von dem Zusammenhang von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Ich glaube, daß diese Regierung nicht zuletzt daran gescheitert ist, daß sie diesen Zusammenhang in Wirklichkeit nicht gesehen hat. Deshalb wird das der erste große Punkt sein.

Der zweite Punkt ist, daß wir eine auf den konkreten Menschen bezogene Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, in einem, wie ich glaube, durchgehenden Programm zusammengeführt haben.

Und drittens, das hängt mit der Ziffer 1 zusammen, bringen wir in diesem Programm keine Ausnahmen, weder für Staat noch Gesellschaft, mit einer Ausnahme, das ist der Bildungsurlaub. Den haben wir übernommen aus der Programmatik des ersten Berliner Programms und zweiten Berliner Programms. Ich mache darauf aufmerksam, damit die Karten auf dem Tisch liegen, wie es sich hier darstellt. Damit möchte ich meine Bemerkungen abschließen.

---

an Vetter in ACDP Dokumentation 2/2015, Schreiben in DUD Nr. 178 vom 18. September 1972 S. 1–4 „Weiterentwicklung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“. Vgl. auch „Kölnischer Stadt-Anzeiger“ vom 19. September 1972 „CDU/CSU fähig zu Reformen“; „Rheinische Post“ vom 19. September 1972 „Barzel: Reformen müssen solide sein“.

27 9. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Chemie Papier Keramik vom 17. bis 23. September 1972 in Dortmund. Tagesprotokolle in ACDP Dokumentation 3/344. Vgl. dpa vom 17. September 1972 „Barzel wirbt um Unterstützung“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 18. September 1972 „IG Chemie unterstützt Reformen von SPD/FDP“.

*Barzel:* Ja, präzise, und der Text ist auch entsprechend konzis. Soll ich das punktweise aufrufen? Seitenweise? Ich glaube, daß dies einer der Schwerpunkte ist.

*Stoltenberg:* Ich glaube, daß das ein in sich sehr geschlossener Entwurf ist. Ich finde ihn auch sprachlich sehr gut. Man muß natürlich ein paar Formulierungen bei der Schlußredaktion überprüfen. Bei der Frage eins müssen wir den Punkt, wo das Leistungsprinzip durch eine Verabsolutierung in das Inhumane umschlägt, im Auge behalten. Es ist etwas völlig Richtiges gemeint. Ich würde aber eine etwas andere Formulierung empfehlen. Das Leistungsprinzip darf nicht zur Überforderung des Einzelnen führen. In adäquaterer Sprache würde ich das sagen; das gehört auch in eine Anmerkung zur Schlußredaktion.

*Barzel:* Das wird im Programm ohnehin nicht mehr vorkommen, weil Herr von Weizsäcker in seinem Zwischenbericht das sehr viel besser sagen wird, daß der allgemeine Teil auch hier entbehrlich ist, es sei denn, was die Formulierung betrifft, in der Sache fehlt uns etwas. Ohne Leistung geht es nicht, aber der Mensch hat einen Wert auch ohne Leistung, und deshalb humane Leistung.

*Wex:* Wenn grundsätzliche Dinge vielleicht sowieso rausgenommen werden, möchte ich ein paar Grundsatzfragen stellen. Seite 7, eine staatliche Reform wird bevorzugt in einem bestimmten wirtschaftlichen Leitsystem, der Abschnitt ist im Inhalt völlig klar. Es ist nur zu sagen, daß man sich in all diesen Fragen, die sich auf Gesellschaftspolitik beziehen, auch das Ehegesetz wenigstens erwähnen sollte.

Dann, ich komme darauf, was Herr Katzer gesagt hat, und unterstreiche die Sache mit dem Bildungsurlaub. Wir haben im Berliner Programm Bildungszeiten auch für Frauen, die nicht in einem abhängigen Arbeitsverhältnis sind, gefordert. Das eine ganz besonders wichtige Aussage, die zu einem großen Effekt geführt hat. Unsere Vorstellung ist, daß man auch von diesem ganzen Emanzipationsgerede nur dann runterkommt, wenn man wirklich praktische Organisationsangebote macht. Deshalb haben wir ja in dieser familienpolitischen Tagung<sup>28</sup> z. B. die Kinder in diese ganze Sache miteinbezogen, das ist in einer ganz hervorragenden Form angekommen. Sie werden ja die ganzseitigen Berichte des Bonner „General-Anzeiger“ gesehen haben. Wenn wir jetzt von Bildungsurlaub sprechen, sollten wir Bildungszeit auch für Menschen, die nicht in einem abhängigen Arbeitsverhältnis sind, wenigstens erwähnen. Wir wissen ja, daß diese Bildungsurlaubssache eine riesige finanzielle Angelegenheit ist. Ich habe bei dieser Modelltagung festgestellt, daß die Frauen bereit waren, einen großen Teil dieser Kosten freiwillig zu übernehmen. Wir haben gestern davon gesprochen, Herr Katzer, daß man nicht alles der persönlichen Verantwortung wegnehmen soll. Ich würde sagen, das sollte Erwähnung finden; gerade, wenn Sie sagen, wir wollen nicht ein einheitliches Leitbild hervorbringen, dann sollten wir solche praktischen Angebote machen.

---

28 Vom 13. bis 19. August 1972 veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung in der Politischen Akademie Eichholz eine Modelltagung „Mutter und Kind“, vgl. DUD Nr. 158 vom 21. August 1972 S. 2 f.; Pressemitteilung der KAS Nr. 11 vom 29. August 1972 „Modelltagung ‚Mutter und Kind‘ in Eichholz“.

*Dollinger*<sup>29</sup>: Der Gedanke ist schön, ich wende mich gar nicht dagegen. Aber irgendwie müßte man auch darauf hinweisen, daß in einem Unternehmen nicht nur Gewinne erzielt werden, sondern auch Verluste eingefahren werden. Und ich glaube, wir können auch das Bild der Wirtschaft klarer machen, in dem wir sagen, in irgendeinem Satz, daß das Unternehmen Risiko bedeutet. Das sollte irgendwo anklingen.

*Barzel*: Für uns will ich dazu gleich was sagen, damit das klar ist. Wir werden laut sagen müssen: Das ist eine pädagogische Frage. Dagegen stellt sich mir an dieser Stelle zusätzlich noch folgende Frage. Wir sind doch alle der Meinung, daß wir bisher in unserer Vermögensbildungspolitik, die als traditionell bezeichnet wird, weiter bestehen, wenn wir jetzt unser Programm nur abrunden, indem wir das Angebot machen. Hier wollen wir von uns aus keiner dieser Sachen eine Priorität geben. Also, entweder Priorität „Produktiveinzug“ oder Priorität „Sparen auf dem Konto“ oder Priorität „Wohnung“ oder „Haus“ oder so, das soll der Bürger wissen. Das ist, glaube ich, sehr wichtig. Ich sage das deshalb, weil ich aus meinen Begegnungen, meiner Korrespondenz mit Organisationen, die für uns sehr wichtig sind, immer höre: Ihr setzt doch jetzt den Akzent nur noch auf das Produktivvermögen, d. h., wir befürchten, da Ihr sowieso kein Geld in der Kasse habt, daß Ihr demnächst die Förderung, vor allen Dingen natürlich durch Steuervorteile gewährte Förderung für das Bausparwesen auslaufen laßt. Die Frage wird gestellt.

Es darf auf gar keinen Fall dieser Eindruck entstehen. Und ich glaube deshalb, daß man hier positiv formulieren muß, daß zu den bisherigen Anlagefonds dies dazukommen soll. Ich würde im Hinblick auf den Rang des Eigenheims sogar einen Halbsatz hierfür noch für wichtig halten. Ich wollte das nur an dieser Stelle sagen, weil ich weiß, welche Art Fragen kommen, da die Leute Parteiprogramme anders lesen als wir. Die lesen diese mit Argusaugen des Mißtrauens, was da schon wieder für Gemeinheiten sich da hinter verstecken könnten. Das an dieser Stelle.

*Katzer*: Es ist so, wie der Bundesvorsitzende sagt, wir haben ein ganzes Spektrum von Angeboten bisher entwickelt. Beim Produktiveigentum sind wir nicht dazugekommen, obwohl wir es auch entwickelt hatten. Es besteht kein Zweifel, daß wir das in diesem Programm herausstellen, darüber besteht Einmütigkeit.

Was die Frage der frei vereinbarten Gewinnkapitalbeteiligung angeht, ist das ein Wunsch, der aus der mittelständischen Wirtschaft kam. Das ist also gar nicht auf meinem Mist, wenn man so will, gewachsen. Ich habe das aber im Sinne des Volkes in diese Angebotsskala mit hineingenommen, denn weil das ein Wunsch ist, eine Art Eigenfinanzierung mit Hilfe der Belegschaften durchzuführen. Deshalb sollte man es reinnehmen. Auf der anderen Seite auch eine Verlustbeteiligung einzuziehen, ist theoretisch möglich. Nur würden wir uns dann natürlich um den Ertrag selbst bringen, was wir tatsächlich anstreben. Denn genauso, wie wir das Gewinnstreben als solches ja nicht verurteilen – wir gehören ja nicht zu den Systemüberwindern, die sagen, Gewinn

---

29 Werner Dollinger (1918–2007), Diplom-Kaufmann; 1953–1990 MdB (CSU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 36 Anm. 5.

ist etwas Unanständiges – müssen wir auch eine Regelung finden, wenn kein Gewinn mehr da ist.

*Dollinger:* Wir sind uns im Grunde völlig einig. Ich habe meine Erfahrung als Schatzminister. Als der D-Mark-Kurs zurückging, da wurde ich angegriffen, ich hätte die Leute betrogen. Es kommt jetzt nur darauf an: Wir müssen auch ehrlich sein, wie der Herr Bundesvorsitzende gesagt hat, und man muß wissen, daß das eine risikobeladene Sache ist. Das ist mein einziger Punkt. Daß wir hier ehrlich sind.

*Von Weizsäcker:* Mein Hauptproblem bezieht sich auf die Anregung von Herrn Stoltenberg gestern. Wenn wir in großen Rubriken arbeiten, und so hat Herr Katzer diesen Entwurf ja auch eingeführt, nämlich die Integration der verschiedenen Gebiete, dann müssen wir doch auch klarmachen, daß unter der Überschrift „Gesellschaft“ eben eine Reihe von Dingen zu sehen sind, die wir gestern behandelt haben, und die hier im einzelnen nicht vorkommen und auch nicht erwähnt werden. Ich wollte nur wissen für die Redaktion, ob wir unter der Überschrift „Gesellschaft“ daran denken: Gesellschaft im Zeitalter der Technik, im Zeitalter der Industriegesellschaft, das führt ja gerade auch auf die Themen hin, die wir gestern unter dem Aspekt „Umwelttechnologie“, „soziale Dienste“, aber natürlich auch „Bildung“ erörtert haben. Den Zusammenhang müssen wir herstellen, so daß ein ausgesprochen nach vorne führender gesellschaftspolitischer Akzent herauskommt unter Einschluß der Themen von gestern, das wäre mir besonders wichtig. So habe ich eigentlich auch gestern die Anregung von Herrn Stoltenberg verstanden.

*Katzer:* Ich stimme mit Ihnen überein. Dieses Papier ist zunächst aus der Sicht geschrieben, die traditionell war, Sozialpolitik, Anlagepolitik, Hilfspolitik für die Schäden, die die Wirtschaft beseitigt hat [sic!]. Das haben wir weiterentwickelt und den Wandel von der Sozial- zur Gesellschaftspolitik eingeleitet. (*Heiterkeit und Unruhe.*)

*Dregger:* Ich möchte die Kinderfreibeträge noch einmal aufwerfen, die gestern angesprochen worden sind. Wie heißt es auf Seite 6 unten: „Wir streben eine im Rahmen dieser Steuerreform wirkliche Vereinheitlichung der Leistung der Familie an, die das Nebeneinander von Kindergeld, Kinderzulagen und Kinderfreibeträgen ablöst.“ Dafür kann man natürlich Gründe anführen, aber bei den Kinderfreibeträgen geht es ja nicht nur um Leistung einer Familie, sondern auch um die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit. Wenn die Kinderfreibeträge beseitigt werden, dann wird dieses Prinzip, das wir im Grunde vertreten, durchbrochen. Ich möchte daher die Frage stellen, ob wir tatsächlich das so sagen wollen oder ob das programmatisch festgelegt ist.

*Barzel:* Der Absatz wäre sehr gefährlich.

*Katzer:* Über diesen Absatz hat es tagelange Diskussionen gegeben in der Fraktionskommission, die sich mit der Programmatik auskennt. Daß man diese Punkte, die wir, die Sozialpolitiker anders beantworten, kontrovers diskutiert, ist klar. Aber wenn ich mich richtig erinnere, steht das im Berliner Programm so. Das ist genau die Formulierung aus dem Berliner Programm (*Zwischenruf:* Das ist ja kein Dogma. Das gibt es nicht einmal mehr in der katholischen Kirche. – *Heiterkeit und Unruhe.*) Ich bin ganz der Meinung, daß das kein Dogma ist. Nur bin ich andererseits der Auffassung,

daß es neben der Glaubwürdigkeit einer politischen Gemeinschaft nun nicht auch unbedingt zuträglich ist, wenn man sich nämlich auf gar nichts mehr verlassen kann.

Es gibt andere, umgekehrte Präjudizien. Nehmen wir mal die Frage „Mitbestimmung“. Die wird hier überhaupt nicht diskutiert. Das wundert keinen. (*Barzel*: Das haben wir alle gemerkt!). Ja, Verzeihung, das ist klare demokratische Unterordnung. Daß so was nicht so furchtbar leicht ist für den Vorsitzenden der Sozialausschüsse, der ich schließlich bin, das darf am Rande vermerkt werden. Aber es ist doch erst ein Jahr her, daß wir das so in Düsseldorf formuliert haben. Und da haben wir auch andere Dinge formuliert, wie z. B. über die Familienpolitik. Wer immer mal das Ressort Familie übernimmt, der wird ein unglückseliger Minister, weil über Familienpolitik natürlich furchtbar viel geredet werden kann.

*Mikat*: Auf folgende Punkte wollte ich noch aufmerksam machen: Seite 5, in dem gesprochen wird zum Problem des Sparens und Bausparens und der Vermögensbildung. Wir werden etwas aufpassen müssen beim Satz, wo es auf die Förderung durch die Bausparkassenträger ankommt. Ich wollte nur noch aufmerksam machen, daß wir an diesem Punkte etwas vorsichtig sind, damit nicht gerade aus der Ecke des Bausparens Proteste kommen. Was hier steht, ist richtig, Herr Katzer, nur wir müssen sehen, daß die entsprechenden Leute das Wörtchen Förderung nicht überlesen, und nicht das Schwergewicht auf das Wort Harmonisierung gelegt wird. Sie wissen, das Problem der Harmonisierung bedeutet immer für viele, daß sie sagen: Unsere derzeitige Sonderstellung geht im Rahmen einer Harmonisierung unter. Den Eindruck sollten wir nicht erwecken.

Und zweitens, ich wäre sehr dankbar, Herr Dollinger, wenn die Fassung auf Seite 5 mit der Gewinn- und Kapitalbeteiligung so bleiben könnte. Es gibt eine Ausarbeitung des Arbeitskreises Mittelstand<sup>30</sup>, da kommen unsere Leute, die großen Wert auf diesen Punkt legen. Dann Seite 6. Gestern, und jetzt wegen der Formulierung noch mal, Herr Katzer, habe ich ja sehr nachdrücklich hier gefragt, Herr Kollege Strauß, und ich glaube auch Herr Kollege Höcherl, wie wir es mit der Frage der negativen Einkommensteuer halten. Wir haben gestern gesagt: Die negative Einkommensteuer lehnen wir ab. Das heißt, wir sagen darüber nichts aus. Nun wird hier auf Seite 6 in der Tat eine Möglichkeit der Beteiligung der negativen Einkommensteuer anvisiert. (*Barzel*: Ich habe sie noch nicht abgelehnt.) Das ist gestern ausführlich behandelt worden. Wenn wir mit der Mehrwertsteuer die Sätze machen müssen, die wir brauchen, um den Haushalt auszugleichen, werden wir überhaupt nicht daran vorbei kommen, wenn wir die Gemeinden entlasten wollen von Sozialhilfe. Das ist einer der Punkte, von denen ich überzeugt bin, wo wir Anfang November unsere Wahlaussage werden präzisieren müssen. Aus diesem Grunde bitte ich, weil wir ja gestern in der Steuerdiskussion gesagt haben, daß an sich in einer inflationären Entwicklungstendenz, die wir ja vorfinden und nicht gleich abgebaut haben werden, es steuerpolitisch richtig wäre,

---

30 Vgl. Ausarbeitung „Die Vermögenspolitik der CDU“ in ACDP 07-001-5204, Vorschlag der Mittelstandsvereinigung vom 9. September 1972 in ACDP 04-006-A073; „Der Mittelstand“ Nr. 9 September 1972 „Der „Kampf der Auszehrung des Mittelstandes“.

wenn wir die These der Senkung der Lohn- und Einkommensteuer entsprechend des Zusammenhangs zwischen Inflationsrate und Steuertarif vertreten würden. Wenn wir aber nur so einfach, wie wir es gestern gesagt haben, die Steuererhöhung, das Problem der Erhöhung hinsichtlich der Steuerart, nicht sonderlich ansprechen, dann sollten wir diese Fassung, die Herr Katzer hier vorschlägt, tunlichst lassen. Aus steuerpolitischen Gründen ist meine persönliche Auffassung, daß man das hier in diesem Punkte ruhig ansprechen sollte. Denn wenn wir tatsächlich zu einer Mehrwertsteuererhöhung kommen, wovon ich überzeugt bin, schon im Rahmen der europäischen Entwicklung, werden wir bei der von uns vorgesehenen Steuerreform am ehesten an diesem Punkt ansetzen. Man kann ja nicht sagen, ich führe global die negative Einkommensteuer ein, sondern das wird ja auf bestimmten Sektoren eingerichtet. Ich würde es etwas bedauern, wenn der Punkt hier wegfallen würde.

Auf Seite 11 möchte ich Ihre Aufmerksamkeit darauf richten: Es gibt ein Votum der Kirchen zu der Frage der Bildungseinrichtungen für den Bildungsurlaub. Wir haben eine lange Verhandlung hinter uns, sowohl mit der katholischen Kirche wie mit der evangelischen Kirche, die sehr großen Wert darauf legen, daß sie bei den Bildungseinrichtungen gefördert und im Zusammenhang mit dem Bildungsurlaub nicht eliminiert werden. Ich würde es begrüßen, an dieser Stelle vielleicht in Parenthese auch die freien Träger anzusprechen. Hinsichtlich der seelischen Gesundheit muß ich sagen, ich persönlich kann mir überhaupt kein seelenloses Zeitalter als Christ vorstellen. Wenn es Seelen gibt, gibt es entweder gute oder schlechte. Also ich möchte das nicht so hinnehmen. (*Heiterkeit.*)

*Goppel:* Ich bin auf Seite 5 etwas stutzig bei der Aussage zum Eigentum. Der Arbeitnehmer, der ein Produktivvermögen hat, soll nicht schlechter gestellt sein als der Kapitalist, der Gesellschafter ist. Aber das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, wenn er Eigentümer ist.

*Katzer:* Ich kann nur wiederholend sagen, das ist eine Formulierung, die wir von Mittelstandskreisen übernommen haben (*Unruhe und Diskussion.*)

*Barzel:* Das ist ein hundertprozentig zutreffender Einwand.

*Stoltenberg:* Ich möchte mich trotz der Schwierigkeit, auf die Sie zu Recht hingewiesen haben, dafür aussprechen, daß wir auf Seite 5 bei der Harmonisierung vorsichtig sein müssen.

Wenn überall, was ich unterstelle, a) durch die Sparförderung, und b) durch die Flucht vor der Inflation – es kommt ja beides zusammen – die Wohnungsbauprämien ansteigen, dann bedeutet das, daß wir im Jahr 1973 nach geltendem Recht in die Länderhaushalte 700 Mio. mehr und in den Bundeshaushalt 700 Mio. mehr alleine für Wohnungsbauprämien einsetzen müssen, daß wir eine Steigerung von 1,4 Mrd. haben. Wenn Sie dann noch gegebenenfalls die situationsbedingte Steigerung des Wohngelds in der Größenordnung auch bis zu einer Milliarde hinzunehmen, dann zeigen diese beiden Zahlen, daß wir, wenn wir an das Thema Sanierung der öffentlichen Finanzen herangehen, auch unter fiskalischen Gesichtspunkten dies nicht zum Tabu erklären können. Das ist völlig ausgeschlossen, daß wir allein unter dem Motto „Wohnungsbauprämien“ jetzt jedes Jahr in der Größenordnung von 1,5 Mrd. nur einfach Rechtsvertretungen in



unsere Haushalte reinsetzen und dann noch eine Sanierung der öffentlichen Haushalte durchführen. Und deshalb sollten wir sehr vorsichtig sein in einer allgemeinen Form, ohne daß wir jetzt inhaltliche Festlegungen treffen, das wäre ganz falsch.

*Mikat:* Die Einlassungen, die wir bekommen haben, haben Angst vor dem Begriff der Harmonisierung, denn darunter verstehen sie den Abbau der Privilegien. Aber nur, daß der Begriff da nicht steht.

*Katzer:* Herr Kollege Stoltenberg, ich habe das nicht bloß aus eigentumpolitischen, sondern auch aus fiskalpolitischen Gründen formuliert. Ich habe in einer meiner ersten Oppositionsreden gesagt, „Herr Finanzminister“, das war damals noch Möller, „glauben Sie denn wirklich im Ernst, daß die 624 DM mit der Möglichkeit der vollen Ausschöpfung nicht Beträge im Bundeshaushalt erfordern, die doch keiner schaffen kann. Und außerdem muß man das ja mal wirklich prüfen.“ Wenn ein Mann, der 2.000 DM im Monat verdient, die Frau verdient 1.000 Mark, dann wird es Unsinn. Das sind Beträge, die brauchen wir für anderes Geld. Das ist die Wahrheit. Die wollen nehmen, was sie kriegen, und loben dann die Regierung. Die sind ja nicht durch die SPD ans Geld gekommen, sondern wir haben ja gegen die SPD alle diese Gesetze im Bundestag eingebracht. Das darf man ja bei dieser Diskussion nicht vergessen. Wenn da steht „Harmonisierung“, dann fangen die an zu zittern, und das sollen sie auch. (*Heiterkeit.*) Genau das ist unser Programm.

*Mikat:* Daß wir hier in der Sache übereinstimmen, brauche ich nicht noch mal zu betonen. Bei mir hätte der Satz lediglich gelautet: Sparen, Bausparen und Vermögensbildung werden aufeinander abgestimmt und sollen entscheidend einfacher und zielgerichteter gestaltet werden. Meiner Meinung nach hätte dieser Satz inhaltlich dasselbe gesagt, weil abstimmen das deutsche Wort für harmonisieren in diesem Falle ist, so daß ich genau dieselbe Handlungsfreiheit habe. Also ich hätte es lieber, die würden im Augenblick nicht so zittern, wegen dieser komischen Rundbriefe der Bausparkassen.<sup>31</sup>

*Barzel:* Wir zitterten mehr bei der Formulierung.

*Stoltenberg:* Ich hätte noch einen Punkt hier, der wahrscheinlich in einer Formulierung dargestellt werden kann. Ich habe mit Interesse hier gelesen, was zum Thema Gesundheitspolitik steht, weil ich vor ein paar Monaten Gelegenheit hatte, beim Deutschen Ärztetag in Westerland<sup>32</sup> eine Rede zu halten. Es hat sich gezeigt, was wir auch sonst wissen, daß wir bei freien Berufen und vor allem den Ärzten diesmal ein Aktivum an Unterstützung haben, wie wir das früher nicht gekannt haben. (*Diskussion und Heiterkeit.*) Ich entwickle nur aus der genauen Mentalität dieser Gruppe und der Verbände dort die Überlegung, die letzten beiden Sätze des zweiten Absatzes miteinander zu verbinden. Ich würde sagen, wir werden daher ärztliche Gemeinschaftseinrichtungen fördern, denn das gilt nicht nur für deren Diagnosezwecke, das geht darüber hinaus. Der letzte Satz könnte bei einigen Leuten die Befürchtung wecken, die Herr Katzer nicht wecken will, und die nicht in der Intention besteht, daß dies sozusagen das Ein-

---

<sup>31</sup> Bausparkasse Wüstenrot an Barzel vom 5. Juni 1972 in ACDP 01-158-034/2.

<sup>32</sup> Rede Stoltenbergs auf dem 75. Deutschen Ärztetag am 2. Juni 1972 in Westerland in ACDP 01-626-002/3.

gangstor sei für andere Formen der nicht freien Arztwahl außerhalb der Krankenhäuser. Wenn wir das kombinieren, ist, glaube ich, dieses Bedenken völlig zerstreut.

*Katzer:* Wenn man solche Übergangsformen vorsieht, würde ich nichts dagegen haben. Nur muß man sich über eins klar sein: Von der Sozialen Marktwirtschaft sind die Arbeitnehmer in der Union besonders und die Union insgesamt überzeugt. Hier handelt es sich um ein interessantes Thema der Wettbewerbspolitik, da waren wir uns sehr einig bei der Selbstverwaltung und der Tätigkeit der Selbstverwaltungsorgane. Und darauf legen wir ja auch ganz großen Wert, daß sie dabei sind, sozusagen in erster Linie, und von uns hier erwarten, daß sie es so weit wie möglich schaffen. Aber ich möchte nur diesen Punkt noch mal zur Erinnerung rufen.

Ich hätte auch noch eine Bemerkung zu dem Thema Bildungsurlaub. Daß der Bildungsurlaub im Interesse der Arbeitnehmer, ich sage auch der Unternehmungen, ist, ist unbestritten. Allerdings stellt sich eine Frage. Beim Besuch von Bildungseinrichtungen über einen längeren Zeitraum muß der Arbeitsplatz für den Arbeitnehmer gesichert sein. Ich glaube, das ist ein ganz schwieriges Problem.

Herr Kollege, wenn ich den zweiten Satz nehme, kann ich den sehr gut verbinden mit dem ersten Satz. Ich persönlich bin der Meinung, entscheidend ist die Frage, was verstehe ich unter Bildungsurlaub. Verstehe ich darunter politische Bildung, wie es in unseren Kreisen heißt, oder berufliche. Ich gehe hier von beruflicher Bildung und Weiterbildung aus.

Herr Ministerpräsident, Sie werden vorhin gehört haben, daß ich darauf aufmerksam gemacht habe, ich will doch, daß die Stabilität zurückkommt. Sonst kriegen wir das nicht in Ordnung, und dazu leiste ich jeden Beitrag, der nötig ist. Davon können Sie ausgehen. Und ich bin der Meinung, daß man sinnvollerweise einen solchen Bildungsurlaub nicht in diesen Tagen schaffen kann, sondern man das in drei, vier Jahren anfangen läßt, und dann ein Vierteljahr oder drei Monate. Denn jeder hat ja Qualifikationen, bei den Beamten würde ich sagen, ein halbes Jahr sollen sie studieren, damit sie wieder Anschluß bekommen an die neue Entwicklung.

Was wir in ein paar Jahren mit einer Tätigkeit gelernt haben, reicht heute nicht mehr aus. Die Alten haben doch Verständnisschwierigkeiten mit den Jungen. Da braucht man Bildung. Ich will, Herr Ministerpräsident, daß wir eine Formulierung finden, die das Ziel anstrebt, aber die klar macht, daß das nicht heute und morgen geht, sondern erst langfristig. Dies ist meine Linie aufgrund der Beschlüsse des Parteitag.

Zum Thema, was Frau Dr. Wex gesagt hat. Sie hatte zwei Anmerkungen. Einmal eine Anmerkung zur Frage der Stellung der Frau. Ich glaube, was gemeint ist, findet doch Ihre volle Zustimmung. In der Sache sind wir also einig, da kann es allenfalls um Formulierungsdinge gehen, da wollen wir noch mal drüber sprechen. Was ich will, ist, daß wir nicht das alte Leitbild der Hausfrau und Mutter durch das neue Leitbild der Frau ersetzen, die am Arbeitsplatz ist. Wir haben uns die Entscheidung überlassen, ob sie dieses oder ob sie jenes wert sind; ich weiß persönlich schon, daß es sehr viel wichtiger ist, daß eine Frau ihre Kinder erzieht, als am Fließband nebenan ihre Arbeit macht. Das ist die Position, die hier angemerkt sein soll.

Und was das letzte angeht. Ich war erstaunt, daß die seelischen Dinge hier so eine

große Rolle spielen. Ich wäre also bereit zurückzustecken. Aber ich würde doch überlegen, ob man nicht bleibt bei dem Satz, wir müssen verhindern, unversehens in ein seelenloses Zeitalter zu kommen. Damit ist ausgedrückt, die Gefahr, die durch Technisierung und Technologie und all dies kommt, daß der Mensch am Ende zur Apparatur herabgewürdigt wird, und das in einer Zeit, wo er an sich zur Vollblüte seines eigenen Lebens kommen kann. Das geht natürlich; von mir aus gerne stehen lassen. (*Diskussion.*)

Und dann bin ich bereit, Frau Dr. Wex, zu verzichten auf die Formulierung von der körperlichen und seelischen Gesundheit, das ist in der Tat schwierig. (*Diskussion und Unruhe.*)

*Wex:* Herr Katzer, nur auf eine Sache, die mir am allerwichtigsten ist, sind Sie nicht eingegangen, und zwar wegen gerade in dem Kontext mit Ihrer Vorstellung, daß wir nicht ein einseitiges Leitbild wollen. Da muß es eine Zwischenlösung geben, und das muß eine Chance sein, daß die Hausfrauen nicht das Gefühl haben, sie verpassen den Zug der Zeit, wenn sie zu Haus bleiben. Und dazu muß man ihnen eine Möglichkeit geben, sich selber genauso weiterzubilden wie in dem abhängigen Arbeitsverhältnis. Da Bildungsurlaub sowieso eine ganz günstige Sache ist, meine ich, sollte man hier auch Bildungszeit, wie immer Sie es nennen wollen, für Frauen vorsehen, die nicht in einem abhängigen Arbeitsverhältnis stehen. Ich würde sagen, daß Sie das hier schreiben können vor den Bildungsurlaub, der gesetzlich geregelt werden muß. Wenn es grundsätzlich akzeptiert ist, Herr Katzer, können wir uns über die Formulierung einigen.

*Hasselmann:* Ich habe nur eine Frage, Herr Katzer, zu den Überlegungen bezüglich des Bildungsurlaubs. Gemeint ist berufliche Bildung. Ich würde das hier gerne deshalb auch anders lesen, als es hier steht, weil wir den Gewerkschaften und diesen Erwachsenenbildungseinrichtungen nicht von vornherein die Möglichkeit dafür bieten sollten, durch Bildungsurlaub vom Betrieb freigestellt und in diese Gruppierung hineingeschleust zu werden mit einer Zielrichtung, die nicht unsere sein kann. Deshalb würde ich auch die Konkretisierung der beruflichen Bildung vorsehen.

*Katzer:* Unter der Überschrift „politische Bildung“ ist klar, was wir sagen wollen. Es gibt bei uns die staatsbürgerliche Bildung. (*Diskussion.*)

*Stoltenberg:* Ich stelle mir sogar die Frage, nachdem ich die DGB-Taktik beobachtete – zur Zeit sind 60 Millionenprojekte in der Planung zur Berufsbildung oder Techniker Ausbildung, wo die Berufsbildung Vorwand ist für Agitation allgemeiner Art –, ob wir nicht durch einen Negativsatz eindeutig die Berufs- oder anderen Ausbildungslehrgänge in irgendeiner Form definieren sollten. Wir kommen um diese Frage in der Sache nicht herum. Es gibt im eigenen Kreise Leute, die das unterschätzen.

*Hasselmann:* Darf ich etwas aus der Praxis bringen? In diesem 16-Punkte-Programm haben unsere Handwerkskammern in Schleswig-Holstein sich mit dem DGB gemeinsam geeinigt und jetzt hinterher gemerkt, daß sie zur Frage Lehrkörperauswahl und Curricula keine Vereinbarungen gemacht hatten, mit dem Ergebnis, daß der DGB gesellschaftspolitische Unterweisung betreibt.

*Barzel:* Meine Damen und Herren, wir haben damit diesen Punkt auch besprochen. (Diskussion.)

*Katzer:* Mit so einer Satzzeile legt man denen natürlich den Donner. Wenn das so wäre, und wenn wir das jetzt nicht so reinschreiben, dann haben wir denen die Story gestohlen und damit läuft das ganze Ding. Das dünnste, nicht dümmste Papier, das ich seit 1945 erlebt habe. Und das ist so leicht zu unterlaufen. Und deshalb würde ich also wirklich – das ist in unserem Sinne – das so wegputzen.

*Schröder:* Ich bin der Meinung, daß man es dem Anliegen entsprechend vorsehen muß.

*Strauß:* Wir müssen uns hier von, wie ich meine, vor zwei Extremen oder vor zwei gefährlichen Markierungen hüten. Die eine Markierung ist, dem DGB mit der Unterschrift des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden eine Urkunde zu geben, daß die von dieser CDU in 20 Jahren geschaffene Gesellschaft, die in drei Jahren trotz besten Bemühens leider nicht so geändert werden konnte, wie es notwendig gewesen wäre. (Diskussion.)

Die andere Orientierungsmarke, vor der wir uns hüten müssen, sagt also, wir sind satt und zufrieden, während den Unterprivilegierten – da geht das ganze Geschwätz wieder an – der Weg zur Sonne verbaut worden ist und sie im ewigen Schatten leben, weil die satten Wohlstandsbürger der CDU usw. da oben drüber sind und die frische Luft riechen. Zwischen diesen beiden Marken müssen wir uns bewegen.

Aber ich glaube, man sollte zum Ausdruck bringen, daß jede Gesellschaft reformbedürftig ist, denn der Reformprozeß ist nicht während der zwanzig Jahre Stagnation der Gesellschaft entstanden, und dann kam die Erleuchtung, die von der anderen Seite gepredigte Reform, und nun hat sich die CDU/CSU schweren Herzens auch ans Reformieren begeben. Wir haben reformiert und zwar von Anfang an mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft. Das war eine Reform von epochalem historischen Ausmaß, also ich bitte, daran zu denken.

Erster Satz: CDU/CSU haben eine rigide Politik betrieben und aus einer Gesellschaft der Not und des Elends eine Gesellschaft des Wohlstands geschaffen. Aber auch diese Gesellschaft ist, wie jede Gesellschaft, nicht unverändert für alle Dauer so richtig, wie sie ist, sondern bedarf der ständigen Weiterentwicklung durch Reformen. Und insoweit wird sich die CDU/CSU durchaus mit dem DGB treffen können.

*Sprecher:* Es gibt doch keine Gesellschaftsordnung, die so gut ist, daß sie nicht noch verbessert werden könnte. (Diskussion.) Wir dürfen uns bestimmte Begriffe nicht wegnehmen lassen von den anderen. Dazu gehört der Begriff der Reform. Wir haben im Deutschen Bundestag eine offizielle Aussage der Fraktion, nämlich beim Ehe- und Familienrecht<sup>33</sup>, gemacht, die lautete wie folgt: Als allgemeiner Teil damals, die Reform der Gesellschaft ist einer jeden Regierung und eine jederzeit gestellte Aufgabe, allgemeiner Satz. Das nächste war: Dann fahren wir fort, die CDU hat sich von An-

---

33 Äußerung Mikats in der ersten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines „Ersten Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts“ (BT-Drs. VI/2577) am 13. Oktober 1972, vgl. Sten.Ber. 6. WP 140. Sitzung S. 9090–8121, hier S. 8100.

fang an dieser Aufgabe gestellt, das dürfen wir uns nicht abkaufen lassen. Infolgedessen möchte ich bitten, mit diesem Satz zu beginnen: Die Reform der Gesellschaft ist einer jeder Regierung und jederzeit gestellte Aufgabe. Dann Satz zwei, daß wir das ja betrieben haben und auch weiter treiben werden. Da müssen wir sehr selbstbewußt auftreten.

*Dregger:* Ich habe noch eine Frage zu Seite zwei dieses Papiers, das ich im ganzen gut finde. Es heißt dort: Die CDU tritt für ein neues fortschrittliches Personalvertretungsgesetz ein. Das ist eine sehr globale Aussage. Die Dinge sind ja sehr unterschiedlich. Es gibt öffentliche Unternehmen. Es gibt die normale Verwaltung. Man kann sicherlich nicht das völlig analog behandeln. Frage, ob dieser Satz drin sein muß, oder ob es genügt, wenn wir sagen: Die CDU bringt kein neues Personalvertretungsgesetz ein, sie bejaht die Zusammenarbeit zwischen Personalräten und Gewerkschaften. Weil dieser Satz also zu undeutlich ist.

*Katzer:* Wenn man den Satz so formuliert, dann ist das Wasser auf die Mühlen der Systemüberwinder. Die Union hat von Anfang an ihren Wahlkampf zur Weiterentwicklung nicht der Gesellschaft, sondern unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung betrieben. Damit ist die klare Punktation für diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ausgesprochen und eine klare Absage an die Überwinder.

*Kraske:* Es gibt gewisse Analogien, aber es gibt auch wesentliche Unterschiede, und diese Formulierung könnte hier mißverständlich sein.

*Barzel:* Dann darf ich das eben einen Augenblick zurückstellen und jetzt aufrufen die außenpolitische Zusammenstellung, weil hier natürlich einige Fragen der Verteidigung und einige Fragen der Deutschlandpolitik im Mittelpunkt dieser Aussage stehen müssen. Da gibt es ein paar Einzelheiten. Unstrittig ist auch für uns, daß die Westpolitik Priorität hat. Vielleicht kann der Kollege Schröder dazu einiges sagen.

## AUSSENPOLITIK

*Schröder:* Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich möchte gerne noch ein paar Bemerkungen machen, bevor wir in die Diskussion im einzelnen eintreten. Wir haben uns entschlossen, eine bestimmte Reihenfolge der Aufmachung unserer Aussagen zu wählen, die ich, ich spreche jetzt von den Gesamtaussagen, Wirtschaftspolitik, Stabilitätspolitik usw., an sich für glücklich halte. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir es nicht ganz in der Hand haben, wie weit Außen- und Sicherheitspolitik im Wahlkampf zitiert werden. Das werden wir sehen. Aber über eins sollten wir uns, glaube ich, einig sein: Sicherheit ist nicht alles, aber ohne Sicherheit ist alles nichts. Sie haben die Sache Stabilität vorgelesen, aber Sicherheit ist mehr als Stabilität, weil wir hier Sicherheit im weitesten Sinne verstehen.

Ich meine nur, daß die Papiere, die uns vorliegen, für den Vortrag und die Institution eine gute Linienführung abgeben. Die Aussagen sind, wie mir jedenfalls scheint, im wesentlichen richtig und passen sehr wohl in ein solches Destillat.

Wir müssen uns einen Augenblick fragen, mit was wir im Wahlkampf besonders zu

rechnen haben. Und wir haben besonders damit zu rechnen, daß uns ständig das Stichwort entgegenkommt „Friedenspolitik“ und „Friedenskanzler“ – in welcher Phase des Wahlkampfes, weiß ich nicht, aber wir werden es überleben. Und deswegen muß man da ganz klarmachen, daß man sich also hier nicht scheuen darf, etwa ein „Denkmal“ durchaus anzusprechen und zu behandeln. Ich bin der Meinung, und ob ich das so sagen werde, das weiß ich nicht, das wird sich herausstellen, daß dieses Denkmal nicht aus Bronze oder sonst irgendeinem Metall ist, sondern im Grunde genommen aus Pappmaché besteht und daß wir das in der richtigen Form behandeln müssen. Aber wir werden das ja abzuwarten haben.

Das wichtigere ist, daß wir ganz klarmachen, daß nicht etwa hier eine Gruppe oder Richtung ein Monopol besitzt, sondern wir müssen ganz klarmachen, daß unsere Politik von Anfang an nichts weiter gewesen ist, als eine auf den Frieden und die Sicherheit und Freiheit gerichtete Politik. Ich habe es tausendmal gesagt.

Ein Problem wird uns aber begegnen. Wie stark das sein wird, das läßt sich schwer voraussagen, das ist das Problem der Ostpolitik, und dabei wird unsere Haltung zu den Verträgen sicherlich wieder eine Rolle spielen. Das sieht man da und da und da, das kommt einem, wird einem immer wieder entgegengehalten, und die Fragen danach tauchen auf. Die Linie, ich spreche jetzt mal von dem, was in den Papieren steht, ist für die Antwort im Grunde ganz geeignet, man muß sich das vielleicht im einzelnen noch mal etwas profilierter ansehen. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß, wenn wir die Entschließung ganz groß schreiben mit den 491, mit den 496<sup>34</sup>, daß das eindrucksvoll ist und letztlich auch gehört wird, und wir kennen die Reaktion auf Brandt z. B., auf Ablauf der Sache und Entschließung, darauf können wir jederzeit zurückgreifen. Mindestens ist das für unsere Hintergrundfestigung von Wichtigkeit.

Also, diese Entschließung ist außerordentlich wichtig. Auf jeden Fall müssen wir vermeiden, daß wir hier in irgendwelche Gegensätzlichkeiten gebracht werden, das läßt sich aber ausschließen. Am besten, glaube ich, so, wie ich das gesagt habe.

Neulich nach einer Versammlung kam jemand auf mich zu und sagte, wir würden beträchtliche Schwierigkeiten mit unserer Haltung dort haben, und das mag gegenüber bestimmten Gruppen durchaus zutreffen. Denen habe ich gesagt, den Heimatvertriebenen, Flüchtlingen usw. kann man nur eines sagen: Ihre wirkliche Hoffnung können sie im Grunde genommen nur auf die CDU/CSU bauen, auf wen sollten sie sonst ihre wirkliche Hoffnung bauen, und sie würden höchst unklug sein, wenn sie irgend etwas anderes machen würden.

Aber nun haben wir gestern, und viele von uns werden es erst heute morgen in den Zeitungen gesehen haben, ja einiges über NPD und ihre Absichten gelesen.<sup>35</sup> Wir müs-

---

34 Der Moskauer Vertrag wurde am 12. August 1970 mit 248 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei 238 Enthaltungen und der Warschauer Vertrag am 7. Dezember 1970 mit 248 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 231 Enthaltungen angenommen. Vgl. GRAU S. 365 f.

35 Am 14. September 1972 fand eine Pressekonferenz des NPD-Parteivorsitzenden Martin Mußgnug statt, auf der er die Teilnahme der NPD an der bevorstehenden Wahl ankündigte. Vgl. dpa vom 14. September 1972 „NPD beteiligt sich an Bundestagswahl“; Erklärung Mußgnugs in ACDP Dokumentation 2/2811.

sen uns darüber klar sein, daß, wenn dort zugunsten der SPD Blut abgezapft wird, das Blut aus dem Reservoir ist, was wir nötig brauchen, wenn wir eine Mehrheit haben wollen. Deswegen muß dieser Punkt sehr sorgfältig behandelt werden, und je klarer und besser unsere Aussagen sind, desto eher werden wir dieser Gefahr widerstehen. Wir sind uns darüber klar, das Blut wird abgezapft in unserem Reservoir, und wir kriegen es normalerweise nur zur Hälfte zurück. Deswegen hat die Linke, das möchte ich gerne unterstreichen, ein großes Interesse daran, die NPD fördernd zu unterstützen. Darüber wird man vielleicht noch ein paar Worte sprechen müssen, das muß jetzt nicht unbedingt in diesem Augenblick sein.

Nächster Punkt Europa. Was Europa und die Darstellung der Entwicklungsmöglichkeiten angeht, würde ich meinen, daß wir eine sehr realistische Darstellung geben sollten. Alles andere würde nach all den Erlebnissen, die wir gehabt haben, nicht glaubwürdig sein. Sie wissen, daß der französische Staatspräsident eine Pressekonferenz vor ein paar Monaten abgehalten hat, in der er hingewiesen hat auf einen Plan, den seine Regierung hätte, das Industriepotential Frankreichs in etwa zehn Jahren zu verdoppeln.<sup>36</sup> So ungefähr hat er sich ausgedrückt. Das war mit der einzige Satz, den ich aus seiner Erklärung unterstrichen habe, weil ich glaube, es ist ganz richtig: Wir werden erst, wenn das Selbstbewußtsein der Staaten innerhalb Europas sich verändert hat durch eine viel stärkere wirtschaftliche Zusammengehörigkeit, auf Fortschritte im politischen Bereich zielen können – mindestens muß man dann sehen –, wo eben gewisse Hindernisse derzeit noch liegen.

Wenn ich mir dieses Problem so überlege, dann möchte ich gerne zurückkommen auf die Diskussion, die, sagen wir mal, wir 1957, 1958 über die Römischen Verträge hatten. Damals waren, mir fiel das gestern abend ein, in der Regierung, von der ich hier spreche, sowohl Herr Strauß als auch Herr Erhard, der gestern hier saß. Sie waren eigentlich alle von der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft überzeugt und haben, weil die deutsche Wirtschaft so die Kraft haben würde, die Vorleistungen zugunsten auch der französischen Wirtschaft mitgetragen.

Wir sind heute in der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft sehr viel besorgter und sehr viel realistischer, auf jeden Fall ist die Möglichkeit sehr viel enger geworden. Und da jetzt führt wieder der Gedankengang zurück, daß Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftsstabilitätspolitik natürlich zusammengehören. Das läßt sich also ohne Schwierigkeit glaubwürdig darstellen.

Was Frankreich angeht, meine ich, daß wir mit Frankreich ein konstruktives Gespräch brauchen, zu einem Zeitpunkt, der etwas später liegt als der jetzige, daß wir es brauchen, und man von daher auch französische Wahlen im März<sup>37</sup> im Auge behalten muß. Wir brauchen unter allen Umständen ein konstruktiveres, mehr auf die wirklichen Probleme eingehendes und offenes Gespräch mit Frankreich, als man das bisher gemacht hat.

36 Pressekonferenz Pompidous am 16. März 1972 im Elysee-Palast, vgl. Presseerklärung der französischen Botschaft in Bad Godesberg Nr. 12 vom 16. März 1972.

37 Die Wahlen zur französischen Nationalversammlung fanden am 18. März 1973 statt, vgl. AdG 1973 S. 17734f.

Also, das Resümee aus dem Fall ist, daß wir eine realistische Darstellung der europäischen Situation, der europäischen Entwicklung brauchen, und daß unsere Freunde dort im einzelnen das bekommen werden.

Nächster Punkt: DDR. Wir müssen uns darüber klar sein, daß das unser schwierigstes Kapitel bleibt. Allein der Gedanke, daß wir in ein paar Monaten gemeinsam mit der DDR in den Vereinten Nationen reden, erweckt mir nach wie vor kräftigste Bauch- oder Magenkrämpfe, oder was Sie wollen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir da nicht mit Leuten zu tun haben in der Führung, die mit uns kooperieren wollen, sondern die das klare Gegenteil wollen. Das ist die Tragödie, in der wir leben, und aus der führt auch so schnell noch kein Weg heraus. Aber es wäre ganz schlecht, wenn wir nicht klarmachen im Wahlkampf, daß wir zu den Menschen drüben – über das Regime brauche ich ja weiter kein Wort zu verlieren – unbedingt eine Wellenlänge gemeinsam behalten wollen oder herstellen wollen – wie Sie das nennen, spielt keine Rolle –, daß wir also vor allen Dingen eben wirklich eine Verbesserung für die Menschen in Deutschland wollen.

Wir werden über Verkehrsvertrag und Grundvertrag, den kennen wir einstweilen nicht einmal in den Grundzügen, eingehend zu sprechen haben, vielleicht schneller als uns das lieb ist, soweit es sich um den Grundvertrag handelt. Wir müssen immer klarmachen, ich glaube, daß wir den Dingen, die die Menschen betreffen, einen hohen Wert beimessen, und daß wir in allen anderen Dingen nicht abgehen werden von unseren Prinzipien. Das ist nicht ganz leicht zu steuern. Das werden Sie sehen, sobald es praktisch wird.

Nächster Punkt: KSZE. Daß man sich überhaupt eingelassen hat auf eine solche Sache wie die KSZE, halte ich nach wie vor für einen schweren Fehler. Wir sind in der Sache weitgehend drin. Was die KSZE und ihre Behandlung angeht, würde ich davor warnen, darauf irgendwelche positiven Akzente im Wahlkampf und in den Aussagen zu setzen. Hier muß größte Zurückhaltung angebracht sein. Der Punkt, der kräftigst unterstrichen werden müßte, ist der, daß wir hier nur eine gemeinsame Haltung mit dem ganzen freien Westen brauchen und daß vor allen Dingen das deutsch-amerikanische Verhältnis absolut sicher und abgestimmt sein muß, um in dieser Konferenz und auch in den vorbereitenden Phasen bestehen zu können.

Letztes Wort über China. Wir haben jetzt nicht die Zeit, darüber ausführlich zu sprechen, aber ich will wenigstens den springenden Punkt erwähnen: Wir werden erleben, etwa Mitte Oktober, daß der Außenminister eine Reise nach Peking unternommen wird.<sup>38</sup> (*Diskussion.*) Für die Zukunft der deutsch-chinesischen Verhältnisse wird es gut sein, daß die diplomatischen Beziehungen ganz normal begründet werden in der nächsten Zeit. Wir sollten also diese Herstellung der Verbindung, Kontakt mit der Volksrepublik China, nachdrücklich unterstreichen. Hier in dem Kreis möchte ich sagen, daß es besser ist, daß eine solche Sache vorher geschieht, als wenn das der erste oder zweite Akt einer von uns gebildeten Regierung wäre. Das würde uns ganz unnötige Erschwerung und all diese Kommentare usw. einhandeln. Also, wir machen

---

<sup>38</sup> Scheel hielt sich vom 10. bis 14. Oktober 1972 in Peking auf, vgl. AdG 1972 S. 17404–17407.



es uns leichter, wenn die Begründung dieser diplomatischen Beziehung vorher erfolgt ist und wir mit Sicherheit darauf bauen können, daß sie ohne uns nicht begründet sein wird.

Das, Herr Vorsitzender, sind die einleitenden Bemerkungen, die ich zu den Papieren machen wollte. Ich glaube, um damit zu schließen, die Papiere bieten eine gute Grundlage, das Destillat daraus in so griffige und handliche Formen zu bringen, daß jeder unserer Freunde, Redner und Wahrnehmer von Diskussionen sich darauf stützen kann. Ich habe nur die paar Anmerkungen gemacht, die nach meiner Meinung ja Konturen bringen.

*Barzel:* Ich glaube, daß wir damit übereinstimmen. Ich sehe nichts, was hier nicht paßt und nicht stimmt, daß wir ein paar Sätze brauchen über China, über Sicherheitskonferenzen, über MBFR, wie vor allen Dingen über Sicherheit und das Atlantische Bündnis, ist ganz klar.

*Strauß:* Ich frage ich mich bei diesem Papier von Herrn Schröder, (*Schröder:* Herr Strauß, ich habe nicht ein eigenes Papier vertreten, ich habe mich zu einem Papier geäußert.) was von diesem Papier von der SPD nicht unterschieden werden kann, denn die Aufgabe eines Wahlprogramms und eines Wahlaufufes muß ja eine Aussage sein. Ich hatte auch dieses Jahr heftig umstrittene Gebiete, wo die CDU/CSU – im Angesicht der Erschütterungen und Verwirrungen in unseren Wählerbereichen nach dem 17. Mai – sich klar von der SPD abhebt und zu ihr eine Alternative darstellt, wenn ich die SPD richtig kenne in ihrer Vieldeutigkeit, Beweglichkeit und Interpretationsfähigkeit. Hier aber sehen wir nichts, was uns von der SPD unterscheidet. Ich sehe nichts. Ich bin da nicht zu belehren, was die SPD hier nicht für Wahlzwecke ebenfalls aussagen könnte. Das heißt nicht, Herr Kollege Köppler, daß sie nicht politisch anders denken und anders handeln, als in dem Papier steht, aber da steht nicht drin, was nicht für Wahlzwecke ebenfalls verwandt werden könnte.

Die zweite Bemerkung, die ich machen würde, ist die, daß wir eine Art Gemeinschaftsarbeit machen. Dann haben wir einmal die Ostpolitik, dann haben wir ein weiteres Kapitel drin, Solidarität mit den Heimatvertriebenen, das ist unsere Abgeltung dessen, was wir für die Moskauer und Warschauer Verträge vorher an guten Bemerkungen gemacht haben. Dann kommt ein beliebtes Kapitel der Ostpolitik, das ist die Deutschlandpolitik. Dann kommt ein Kapitel Europapolitik, dem ich entgegenhalten möchte, daß es wohl einer Ergänzung insofern bedürfte, weil keine Fehler drin sind, wenn es da auf der vorletzten Seite heißt: „... und schließen sich zu einem europäischen Bundesstaat (Konföderation) zusammen.“ Ein Bundesstaat ist eine Föderation, ein Staatenbund ist Konföderation – da müssen wir terminologisch klar sein, weil Egon Bahr im Hinblick auf die ostpolitischen Absichten der Bundesregierung der Erhaltung der nationalen Souveränität, der Einstellung westlicher europäischer Staaten den Vorrang vor einem integrierten bundesstaatlichen System gegeben hat. Warum, wissen wir ja. Hier muß auch eine ganz klare Absage erteilt werden an die von den Russen betriebene, von Brandt geförderte und in rätselhaften Ausdrücken angedeutete pan-europäische Zusammenarbeit und Gestaltung des europäischen Friedens. Wir wissen doch ganz genau, wohin die Reise führen muß. Das wird bei uns keinen Zweifel geben.

Die SPD versucht, dem auszuweichen, indem sie sowohl als auch sagt. Ich habe einen etwas drastischen Vergleich gebracht wie der Skifahrer, mit einem Ski links vom Baum, mit einem Ski rechts vom Baum, der kann nur hoffen, daß der Baum weg springt. Einmal kommt er nicht vorbei. Einmal müssen sie aber Farbe bekennen. Diese Bundesregierung hat nun einmal der Sowjetunion geholfen, fast alle Ziele der ersten Etappe ihrer Westpolitik zu erreichen.

Das war nur die erste Etappe, nicht das Ende einer Politik. Die zweite Etappe beginnt mit der KSZE. Erstens, wir wollen sie überhaupt nicht, aber die Europäer haben auch ihre Festlegungen, auch die jetzige deutsche Bundesregierung. Brandt hat schon als Außenminister uns seinerzeit belogen und betrogen, als er als Außenminister im August 1969 durch einen Diplomaten in Helsinki die Zustimmung zu dieser Konferenz<sup>39</sup> ohne Kabinettsabstimmung hat übermitteln lassen. Ich habe das in den Abendnachrichten gehört, habe Kiesinger sofort angerufen und sage: Hast Du das per Richtlinie ihm erlaubt? Wenn ja, dann ist das eine Schweinerei. Ich weiß überhaupt nichts davon, habe nichts gehört davon, ich halte das für ausgeschlossen, sagte Kiesinger. Die Nachprüfung ergab, daß es Brandt dabei durchaus gemacht hat. Aber das sei nur für die Redlichkeit und Methodik dieser Politik bezeichnend.

Die nächste Etappe ist doch die, wo die Fronten heißen werden: Westeuropäische Integration bedeutet Blockbildung, abermals Kalten Krieg, abermals Spannung, abermals Unsicherheit, abermals Gefährdung des Friedens. Pan-europäische Zusammenarbeit heißt Verzicht auf westeuropäische Integration, bedeutet Sicherheit, Entspannung, Frieden. Genau derselbe Katalog. Die Einteilung in Friedensfreunde und die Kriegshetzer wird uns mit diesem Thema wieder begegnen. Das ist nur eine Frage der Zeit, wie schnell das weitergeht. Und dann müssen wir eine ganz klare Absage treffen an alle Versuche, die Europäische Einigung in Gestalt einer politischen Union, in Gestalt eines Bundesstaates, durch eine gesamteuropäische Zusammenarbeit unter Einfluß der Sowjetunion zu ersetzen. Das muß ganz arg scharf und deutlich in einer verlässlichen Deutlichkeit gesagt werden.

Ich würde sogar noch einen Schritt weiter gehen und – ohne jemand zu nennen, und ohne jemanden offen auf die Hühneraugen zu treten – auch die Möglichkeit einschließen, daß der geographische Bereich einer europäischen politischen Union nicht identisch zu sein braucht mit dem geographischen Bereich einer Wirtschafts- und Währungsunion. Denn da liegt nämlich der Hund begraben, daß Brandt auch die Aufnahme der skandinavischen Staaten in die EWG deshalb so lebhaft gefördert hat, im übrigen über das gute Argument, die Franzosen wollen ja selbst nicht, also was kann man gegen Dänemark und Norwegen sagen, wenn die Franzosen das ja seit Jahr und Tag sabotieren. Ab hier wird einmal der Punkt kommen, wo man gegenüber den Franzosen bis an den Rand der Krise gehen muß, um sie von dieser ihrer doppelzün-

---

39 Laut ppp vom 16. September 1969 ließ Brandt über den Leiter der deutschen Handelsvertretung in Finnland, Generalkonsul Günther Kempff, die grundsätzliche Bereitschaft zur Teilnahme übermitteln („Die Welt“ vom 17. September 1969 „Treffen mit Gromyko nicht vorgesehen“; AdG 1972 S. 14920). Vgl. auch Nr. 2 Anm. 42.

gigen und doppeldeutigen Haltung, die sie in Moskau uns gegenüber einnehmen, einmal wieder herauszuholen.

Wer aber im Osten reiten will, der muß im Westen zahlen, das ist die bekannte Formel. Darum können sie sich ja gar nichts leisten. Wenn die europäische Gipfelkonferenz als Paradedahlveranstaltung gilt, müssen sie in Rom zu allem Ja und Amen sagen, was die Franzosen wollen, und wir dürfen nicht einmal genau sagen, weil das sonst nur Verwirrung und Unfrieden stiften würde. Ich weiß, die Dänen, die Norweger – die Finnen lassen wir noch einmal beiseite – sind nicht bereit, wenn sie nicht gezwungen werden durch die Kraft einer wirtschaftlichen und politischen Union, ihre bisherigen Widerstände aufzugeben, einer politischen Union beizutreten. Und wenn man sich auf den Standpunkt dann stellt, daß die Zehn nicht weiter gehen können als das schwächste Glied der Kette, dann kann mit Dänemark oder Norwegen und den sozialistischen Regierungen, die mit Brandt doch ihre Großstrategie abgesprochen haben, die europäische Entwicklung sogar unter Einfluß der Sowjets erfolgen. Und das muß in einer geeigneten Form zum Ausdruck gebracht werden.

Ich habe noch eine Bemerkung. Eine gemeinsame Aussage, den Versuch fortzusetzen, daß wir uns noch selber anlügen, halte ich ebenfalls nicht für tragfähig, jedenfalls nicht für eine gemeinsame Politik. In der Ostpolitik gab es simple Verträge mit Moskau und Warschau usw. Es hat sich herausgestellt, daß Erklärungen der Regierung nicht stimmen. Sie ist überhaupt nicht dazu bewogen worden, unsere Bedenken ohne Widerspruch hinzunehmen. Der sowjetische Partner hat sie ja auch nicht ohne Widerspruch hingenommen, wie vereinbart war. Deshalb ist das bekannte Verfahren gewählt worden, plus eine verabredete Passage in der Rede Brandts, was die Verträge nicht aus sich selbst heraus interpretieren und nicht aus den gemeinsamen Entschlüssen heraus interpretieren. Ich möchte die Vorgänge vom 15., 16., 17. Mai nicht mehr hier in diesem Kreise noch einmal heraufbeschwören, weil das die Einigkeit nicht fördern würde.

Aber diese Entschließung war für uns ein Feigenblatt, mit dem wir aus einer sehr unangenehmen, von uns selbst mit herbeigeführten Situation gerade noch herausgekommen sind. Dieser Text hier erlaubt uns nicht, die Ostpolitik der Bundesregierung anzugreifen. Danach messen wir ja selbst diesen Verträgen eine Bedeutung bei, daß keiner, der mit diesem Papier handelt, auch nur fünf Minuten sich in einer Diskussion behaupten kann, wenn die SPD sagt, wir haben diese Ostpolitik gemacht, wir haben sie zum Erfolg gebracht, siehe auch die Ausarbeitung der CDU/CSU für den Wahlkampf der Ostpolitik, da steht es ja drin. Das ist ja doch nur mehr der Versuch, noch schnell in den Zug einzusteigen, der unaufhaltsam dahingefahren ist.

Wir haben viel Ärger gehabt, das war das geringste Übel gegenüber dem Zustand, der sonst leider eingetreten wäre. Das muß ich leider sagen, damit wir nicht auseinandergehen in dem Glauben, daß es hier ein Einvernehmen gebe. (*Diskussion.*)

*Barzel:* Ich möchte folgendes dazu sagen. Bei meiner sehr kurzen Einführung habe ich noch im ersten Punkt bereits erwähnt, daß die Betonung der europäischen Vereinigung im Ziel des Bundesstaates die Absage einer gesamteuropäischen Lösung ist. Das ist ganz selbstverständlich. Ich habe gedacht, dies hätte die erste Priorität für uns, wie

auch von Gerhard Schröder so vorgetragen: Dies ergibt sich wohl auch aus dem Text. Was die Entschließung selbst betrifft, das ist der zweite Punkt, glaube ich, daß das, was hier steht, als Solidarität mit den Heimatvertriebenen gut ist. Ich glaube auch, daß das, was hier unter Deutschlandpolitik steht, ganz überwiegend gut ist. Das sind die beiden Anmerkungen, die ich im Augenblick mache. Grundsätzliche Anmerkungen: Die Papiere, die Sie haben, sind natürlich unterschiedlich je nach dem Besprechungsstand und nach dem Informationsstand. Einige – wie diese hier – beschränken sich nur darauf, unseren eigenen, positiven Beitrag zu formulieren und verzichten auf jedes kritische Wort gegen die Regierung. Andere sind da noch anders. Daß wir die Kritik an der Regierung anbringen, brauche ich, glaube ich, hier nicht noch einmal zu wiederholen.

Wenn diese Punkte nicht in allem schon so nach vorne formuliert sind, wie dies möglich ist, hängt dies zusammen mit der Entwicklung. Wir wußten nicht, was sein wird mit Verkehr, was wird sein mit Grundvertrag, mit der Gipfelkonferenz im Westen.

In der Westpolitik bin ich mit Strauß der Meinung, daß die Zahl der Mitglieder einer Wirtschaftsgemeinschaft nicht identisch zu sein braucht mit der politischen, was ich nicht ins Programm schreiben würde, aber was unter uns klar sein muß. Und das zweite ist, daß diese Entschließung vom 17. Mai einen hohen Rang haben muß. Gerade dann, wenn der eine oder andere von uns intern meint, vielleicht drehe ich das nicht so weit, wie wir gerne möchten. Wir werden sicherlich, ich brauche da nur auf Herrn Schröder zurückzukommen, in keiner Beratung das anders beurteilen.

Aber ich glaube, die Hinweise waren sehr wichtig. Ich möchte eins sagen: Ich bin ja vier Wochen herumgefahren in Deutschland. Es ist eine Illusion zu glauben, daß wir unsere Wähler in irgendeine für uns wichtige Stimmung bringen nur mit den bisher behandelten Themen. Typisch war Westfalen dort bei Ihnen. Das geht ja schon ganz munter los. Also, täuschen wir uns nicht. Dieser Wahlkampf ist Innenpolitik. Das andere kommt hinzu, wir werden uns freilich nicht das andere zum Hauptthema aufzwingen lassen dürfen. Dazu muß die Melodie heißen Baden-Württemberg. Ich will aber nicht länger reden, weil ich sehr ausgiebig dazu geredet habe.

*Dregger:* Zwei Punkte. Wir müssen unsere Kritik an der Ostpolitik der Bundesregierung auch in der Wahlkampflatform zum Ausdruck bringen, und zwar mit dem Thema, daß sie das Gleichgewicht der Kräfte in Europa und der europäischen Union verändert hat. Das ist der erste Punkt. Unsere Politik, Herr Strauß, kann sich meines Erachtens aber nur auf eine positive Darstellung der Entschließung gründen. Wenn die Entschließung nicht ist, die Verträge das bedeuten, was die Sowjetunion sagt, dann können wir im Grunde keine Deutschland- und Ostpolitik mehr betreiben, dann ist nämlich das Ende da.

Ich bin daher der Meinung, daß wir im wohlverstandenen nationalen Eigeninteresse erklären müssen, diese Entschließung enthält die für die deutsche Seite verbindliche Interpretation der Ostverträge. Die mögen in Polen und in der Sowjetunion erklären, was sie wollen. Das ist die deutsche Interpretation. Und wenn die Interpretation drüben eine andere ist, dann besteht eben insofern ein Dissens zwischen den Vertragspartnern. Die Verträge sind so undeutlich formuliert, daß sie ver-

schiedene Interpretationen zulassen. Ich werde auf keinen Fall die Interpretation der Gegenseite übernehmen. Das sind die außenpolitischen Gründe.

Und die innenpolitischen: Wenn wir die Wahlen gewinnen wollen, wenn wir verhindern wollen, daß die Heimatvertriebenen entweder zur NPD gehen oder resignieren und gar nicht wählen, dann gilt das gleiche. Ich habe vor einiger Zeit ein Flugblatt gelesen eines Landesverbandes, da wird auf der ersten Seite erklärt: Die Entschließung bedeutet gar nichts. Und auf der zweiten Seite sind dies die Grundlagen unserer Politik. Ich sehe darin einen gewissen Widerspruch. (*Heiterkeit.*) Man kann sehr darüber streiten, ob die Haltung der Partei und der Fraktion sehr glücklich gewesen ist in dieser Frage. Das fortzusetzen, hat ja keinen Sinn. Die Tatsachen sind so. Und deswegen, meine ich, müssen wir aus außenpolitischen wie aus innenpolitischen wahlpolitischen Gründen diese Entschließung zur Grundlage unserer Politik machen, die so hoch wie möglich ist.

*Strauß:* Es ist ohne jeden Zweifel, Herr Kollege Dregger, ohne jeden Zweifel die Sowjetunion, die die Regierung Brandt als die nächste Regierung sieht und laut drohen wird oder Protest erhebt, wenn sie abgewählt wird. Der Wortlaut wird sein, daß nun die reaktionären und konservativen und faschistischen Kräfte gesiegt haben. Dann werden sie zur Tagesordnung übergehen und bitten, mit uns zu kooperieren.

Da will ich nicht mißverstanden werden, und sage es noch einmal: Deshalb gibt es für uns keine Frage: „Pacta sunt servanda“. Ich werde niemals einer Politik das Wort reden, wir würden wieder – an die Regierung zurückgekehrt – diese Verträge zerreißen, was wir sowohl wahlpolitisch, innenpolitisch wie außenpolitisch machen werden. Pacta sunt servanda. Darüber gibt es keinen Zweifel. Aber welche Pacta?

Meine Kritik, Herr Kollege Dregger, damit bin ich schon wieder fertig, richtet sich nicht gegen die Entschließung, an der wir ja mitgewirkt haben. Die Zustimmung zu der Entschließung war noch der letzte Strohalm, an den wir uns geklammert haben. (*Diskussion.*) Nur, diese Entschließung muß verbindlich sein. Sie ist das nicht geworden. Aber Herr Kollege Dregger, passen Sie einmal auf: Das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung wird durch diese Verträge nicht berührt, das können Sie einfach nicht sagen. Warum haben wir denn dann 2½ Jahre Krieg gegen diese Verträge geführt, und kämpfen nicht an der Seite von Willy Brandt für diese Verträge, sondern gegen ihn? Das muß so gemacht werden, daß der Gegensatz klar erkennbar wird, er darf durch diese Verträge nicht berührt werden. In dem Sinne muß das ganze umgeschrieben werden. Sonst ist das ganze ein gewaltiges Plädoyer für die Vertragspolitik der anderen Seite. (*Diskussion und Unruhe.*)

*Marx:* Herr Vorsitzender, darf ich ein paar Bemerkungen machen. Ich habe mir gestern eine kleine Abfuhr geholt, als ich vorgeschlagen habe, noch einmal den Versuch zu machen, in einer kleinen Gruppe dieses Thema endgültig zu formulieren. Ich sage das deshalb, weil ich keinen Sinn darin sehen kann, jetzt die punktuelle Kritik an den einzelnen vorliegenden Formulierungen aufzugreifen. Das führt uns zu einer ausführlichen Generaldebatte.

Zweitens, die Fraktion der CDU/CSU hat jedenfalls eine zweitägige Klausursitzung

gemacht. Ich habe hier ein Papier vorliegen aus dem Arbeitskreis V.<sup>40</sup> Die zuständigen Kollegen haben das Papier bekommen. Ich sage ganz offen, ich kann natürlich nicht noch einmal aus den Ferien die Mitglieder des Arbeitskreises V zu einer zweitägigen Klausurtagung bringen, wenn ich ihnen hinterher dann ein Papier präsentiere, in dem nahezu kein einziges Wort von diesem Ergebnis drin steht, sondern was – Herr Mikat hat das gestern mit vollen Recht gesagt – mehr oder minder eine Paraphrasierung der Entschließung ist, wobei ich in der Tat dem, was Herr Dregger sagt, voll zustimme: Wir müssen die Entschließung nach oben schieben. Wir müssen sagen: Dies ist unsere Interpretation. Und entsprechend dieser Interpretation verstehen wir die Verträge so. Wir müssen sagen, wir verstehen die Verträge als Gewaltverzichtsverträge. Es geht nicht anders, daß wir von unserer Seite her die Argumentation so führen.

*Strauß:* Erlauben Sie mir einen Satz. Es muß aus unserem Papier erkennbar werden, warum es notwendig ist, daß diese Verträge jetzt in unsere Hand kommen und nicht in der Hand der anderen Seite bleiben.

*Schröder:* Da ist auch die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Wir müssen uns doch vorstellen, daß es da eine Reihe von Materialien gibt, die der normale Redner nicht benutzen kann, weil er das Thema gar nicht so kennt. Wir müssen ihm Texte selbst an die Hand geben, die ihm ermöglichen, argumentieren zu können.

*Marx:* Ich wollte noch weiter bitten, daß wir uns auch darüber klar sind, lieber Kollege Schröder, daß wir natürlich zu China noch etwas sagen. Ich warne diejenigen, die hier im Raume eben gemeint haben, im Grunde genommen sei das China-Thema durch die Reise des Kollegen Schröder<sup>41</sup> besetzt. Das können wir glauben, weil wir die Sache besonders intensiv betrachtet haben. Wir wollen aber eine Wahl gewinnen, und wenn wir nicht möglichst bald die Erinnerungen da wieder zurückrufen, wird, nachdem der Herr Scheel vier oder fünf Tage dort war, das China-Problem in einer Weise auf zwei Mühlen geleitet werden, das tut uns sicher nicht gut.

Wir müssen natürlich auch, Herr Vorsitzender, eine Anmerkung machen. Das ist sehr schwierig. Wiederaufnahme der DDR in die Vereinten Nationen. Es ist vorhin von Finnland gesprochen worden von Herrn Strauß, der den Brandt zitiert hat. Sie haben noch den Zwischenruf gemacht, 2. September 1969. Wir wissen, daß er offenbar hier Andeutungen gemacht hat in Zusammenhang mit der damals bevorstehenden Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Finnland und der DDR.<sup>42</sup> Der Bundeskanzler hat doch gesagt, die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen würde keinen Beinbruch darstellen. Zu all diesen Dingen, die von seiten der Sozialisten in Europa vorgetragen werden, auch von Herrn Kreisky, muß etwas gesagt werden, denn

---

40 Klausurtagung des AK V am 16./17. August 1972 in Bonn. Ein Protokoll der Sitzung liegt nicht vor. Die im Kurzprotokoll des AK V (ACDP 08–001–042/2) erwähnten Wahlkampftesen zur Deutschlandpolitik finden sich in ACDP 01–356–245.

41 Vgl. Nr. 26 Anm. 29.

42 Die Verhandlungen zwischen Finnland und der DDR über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen fanden vom 31. Juli bis 6. September 1972 statt. Die Vertragsunterzeichnung erfolgte am 8. Dezember 1972 in Helsinki. Vgl. AAPD 1973 S. 11 Anm. 6, AAPD 1972 Dok. 258.

wenn wir in den Wahlkampf kommen, spielen diese Bemerkungen eine bestimmte Rolle, wenn wir überhaupt uns über Außenpolitik dort unterhalten.

Ich bin ganz sicher der Meinung, daß wir unsererseits nicht den Versuch machen sollen, ost-, außen- oder verteidigungspolitische Probleme ganz nach oben zu hängen, weil das auch nicht unser Interesse wäre. Wir werden aber darüber sprechen müssen. Wir werden gezwungen durch Jusos und im übrigen auch durch die Pakte, die dann am Ende dieses Monats vor dem Monat Oktober geschaffen werden. Die andere Seite wird also ihre Kampagne auf diesem Felde stark herausstellen, und wir werden unsere Redner in die Lage versetzen müssen, zu den vorgeschlagenen Themen der anderen Seite probate, verständliche und in der Sache selbst stimmende Antworten zu geben. Deshalb wiederhole ich meinen Vorschlag aufgrund der vorliegenden Lage, daß wir den Versuch machen, das, was man also ein außenpolitisches Papier nennen kann, in den nächsten Tagen noch einmal zu überarbeiten.

*Barzel:* Lieber Werner Marx, keine Kommissionen mehr. Am 2. muß der Vorsitzende ein Papier vorlegen. Das kann nicht anders sein, daß man daran nichts verändern kann, weil dies demokratisch abgestimmt ist. Dann kommt kein Regierungsprogramm zustande, was Sie nicht wollen. Sie können mir ein Papier geben, aber jetzt keine Kommission. Das können wir jetzt nicht ertragen. Denn dann muß ich eine Kommission Mitbestimmung, eine Kommission Wohnrecht und anderes einsetzen, und dann besteht nachher unsere Staatskunst in der Addition von Kommissionsergebnissen.

*Mikat:* Ich kann das nicht ganz kurz machen, leider. Auch in dem Dokument des Arbeitskreises, auf das Werner Marx Bezug genommen hat, und das ja eine, wie ich glaube, umfassende, sehr gute Zusammenstellung ist, die primär auch gedacht war für den Rednerdienst<sup>43</sup> (*Marx:* Ja.) steht der Hinweis, es handele es sich bei den Verträgen um Gewaltverzichtsverträge.

Ich will gar nichts mehr jetzt zur gemeinsamen Entschließung sagen, ich teile voll die Auffassung von Herrn Kollegen Schröder. Die gemeinsame Entschließung wird ihren außenpolitischen Stellenwert überhaupt erst erhalten, wenn wir an der Regierung sind. Wir waren ja in der Gefahr, den Wert der gemeinsamen Entschließung durch zu starke Binnenkritik, wenn man so will, zu denaturieren. Wir können uns ja schlecht die Interpretation der anderen Seite zu eigen machen. Wir müssen ja unseren Leuten folgen. Das ist in deren Arbeitskreismaterialien, auf die Werner Marx Bezug genommen hat, ja sehr deutlich gesagt.

Davon zu unterscheiden ist die Frage, die Herr Kollege Strauß stellt. Herr Kollege Strauß will, wenn ich ihn recht verstanden habe, eine klare Wahlkampf aussage. Nur darf auch die Wahlkampf aussage natürlich nicht zu einer Minderung des Wertes der gemeinsamen Entschließung führen. Die vorliegenden Materialien – sie sind ja aus den verschiedensten Gremien gekommen – wollen wesentliche Punkte ansprechen, und wir sollten, Werner, die Sache Rednerdienst eben auch einfließen lassen. Ich halte es, aber leider ist Kollege Strauß nicht da, für gefährlich, Sätze der gemeinsamen Ent-

---

43 „CDU Rednerdienst Herbst 1972 Langfassung.“ – Materialien zum Entstehen des Rednerdienstes finden sich in ACDP 07–001 AO Rednerdienst Juli 1972 unverzeichnet.

schließung nicht ganz aufzunehmen, sondern ihnen einen anderen Duktus zu geben. Denn dann wird gesagt, hier rückt ihr von der gemeinsamen Entschließung ab. Dann bin ich lieber dafür, man läßt sie weg. Das ist eine Frage, die wir sehr sorgfältig überlegen müssen. Diese gemeinsame Entschließung hat ja den Charakter eines Dokumentes der Bundesrepublik Deutschland. Wenn ich jetzt hingehe und die Sätze über die Verbände einfüge, dann ist das ein sehr gefährliches Spiel. Dann will ich lieber, daß wir diese Sätze überhaupt nicht nehmen und meinetwegen sonst irgendwas sagen, als daß wir plötzlich diese Sätze verfremden. Im übrigen deckt sich das ja also mit dem, was auch in dem sogenannten Rednerdienst steht. Ich warne also davor, die Sätze der gemeinsamen Entschließung jetzt anders zu fassen. Dann bin ich eher dafür, man läßt sie ganz weg.

*Sprecher:* Wir brauchen unsere geraden Sätze und Aussagen, und wir stellen die Behauptung auf, das deckt sich mit der Entschließung. Jetzt brauchen wir nicht lange darüber zu sprechen, ob da jeder Satz stimmt oder ein paar Haken sind. Aber die Entschließung müssen wir vorlesen können, denn sie hat natürlich eine ungeheuere Bedeutung einfach dadurch, daß 491 Leute von 496 im Bundestag dieser zugestimmt haben. Davon können wir unmöglich runterrücken, ganz egal, wie viel korrigiert werden muß, die unsere unmittelbaren eigenen Aussagen machen.

*Windelen:* Ich habe es jetzt nicht mehr sehr schwer nach dem, was Kollege Strauß erklärt und wir und wie Herr Dr. Barzel darauf schon geantwortet haben. Dieser Teil ist gleichermaßen wie die Entwürfe zu den anderen Bereichen ein Entwurf, auf dessen Grundlage wir diskutieren. Die Aussage wird ja ohnehin sehr viel knapper sein müssen. Allein von daher ergibt sich die Notwendigkeit einer textlichen Straffung. Ich bin sehr froh darüber, daß sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, sie war ja nicht von Anfang an vorhanden. Da wir diesem Thema nicht ausweichen können und auch nicht ausweichen sollten, sollten wir nicht den Eindruck erwecken, dieses Thema sei uns unangenehm, es würde uns aufgezwungen. Das sollte sicher nicht im Vordergrund und im Mittelpunkt der Diskussion stehen, aber es sollte offensiv von uns mit behandelt werden, damit es uns nicht in der Diskussion nachher aufgezwungen wird. Das wird immer dann geschehen, wenn wir diesem Thema ausweichen. Das ist die gleiche Erfahrung, die ja die Kollegen auch in Baden-Württemberg gemacht haben.

Ich möchte davor warnen zu glauben, das sei ein Thema nur für Vertriebene und Flüchtlinge. Dem ist nicht so. Der Schock des 17. Mai geht sehr viel weiter. Er konzentriert sich keineswegs nur auf Vertriebene und Flüchtlinge. Und das ist ja ein ganz normaler Zustand, betroffen war die Nation und nicht nur ein Teil der Nation.

Ich stimme dem Kollegen Schröder völlig zu, wenn er sagt, wir müssen denen, die an diesem Thema besonders interessiert sind, sagen, die CDU/CSU sei ihre einzige Hoffnung. Das ist sicher völlig richtig. Rational müßten wir also alle diese Stimmen bekommen. Hier spielen aber sehr viel mehr Emotionen eine Rolle als die Ratio. Denn wenn immer rational entschieden würde, würde ich ohne Überheblichkeit und Pathos sagen, müßten wir eigentlich immer an der Regierung geblieben sein, dürften wir nicht in die Minderheit kommen. Leider ist es so, daß nicht immer rational, sondern gegen die Ratio gewählt wird. Die Leute sagen ja völlig rechtens: Wir müßten



euch eigentlich wählen, aber wir tun's dennoch nicht, weil ihr uns geärgert, enttäuscht oder sonst etwas habt. Das heißt, wir müssen für diese Leute wieder wählbar werden.

Ich bin der Meinung, daß dabei die Entschließung eine ganz wichtige Sache ist. Sie muß in der Tat ganz kurz gehalten werden, bei aller Unzulänglichkeit, sie war ja ein Kompromiß, und keiner weiß das besser als der Kollege Strauß und Herr Kollege Marx, die ja nun stundenlang um jedes Komma und jeden Punkt gerungen haben. Es wird sicher nicht richtig sein, wenn wir die Entschließung jetzt praktisch im Wortlaut in ein Papier der Partei übernehmen. Denn diese Entschließung ist ein Kompromiß, bei dem wir natürlich erhebliche Zugeständnisse gemacht haben und bei dem einzelne Teile für mich persönlich auch nicht mitzutragen sind.

Ich habe aber immer wieder, und, Kollege Köppler, jetzt erst in diesen Tagen wieder, beim Spitzengespräch mit dem BdV die Erfahrung gemacht, wenn wir auf die Kernsätze dieser Entschließung zurückgreifen, dann ist das durchaus eine sehr positive Aussage, die absolut akzeptiert und unterstützt wird. Das heißt, wir sollten jetzt hier keine Textfälschung vornehmen durch Weglassung oder so etwas, aber auf der Grundlage der Kernsätze dieser Entschließung unsere Aussage machen.

Ein Wort noch, Kollege Strauß, ich war sehr dankbar für gerade seine Feststellung, daß Verträge einzuhalten sind. Ich würde bitten, wenn es ihm möglich ist, doch etwas auf den Kollegen Zoglmann einzuwirken, der hier zumindest mittelbar eine andere Position vertritt. Wir haben jetzt alle diese Zeitung von Herrn Schlamm<sup>44</sup> bekommen, wo ausgerechnet Reddemann<sup>45</sup> und ich am schärfsten angegriffen werden. Ich habe Schlamm erklärt, daß Pakte einzuhalten sind, und daß die Union nicht bereit sei, eine Vorabklärung abzugeben, daß, wenn diese Verträge angenommen würden, wir sie, wenn wir an die Regierung kämen, für null und nichtig erklären würden. Ich würde also sehr bitten, wenn wir uns in der Sache einig sind, daß hier vielleicht ein wenig eingewirkt wird, denn genau in dieser Richtung wird gegen uns operiert und gegen uns gearbeitet. Das wird sicher nicht im gemeinsamen Interesse liegen.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Ich wäre also sehr dafür, daß wir auf der Grundlage der Kernaussagen der Entschließung das Kapitel Ostpolitik formulieren würden. Ich bin der Meinung, daß dazu eine sehr klare Aussage, auch zum Münchener Abkommen<sup>46</sup>, hinzukommen muß, danach werden wir sonst sicher gefragt werden, und noch wenige punktuelle Hinweise zur Frage Solidarität mit den Heimatvertriebenen. Hier ist in drei die Rede, daß wir uns nach Kräften bemühen, die Einwanderung von Deutschen zu beschleunigen und zu erleichtern. Das Wort Einwanderung muß weg.

---

44 Windelen bezieht sich auf den Beitrag Schlamms „Von Anfang an ungültig ...“ in der von Schlamm herausgegebenen Zeitschrift „Zeitbühne“ (Heft 2 Juli 1972 S. 4–7). – William Siegmund Schlamm (1904–1978), Journalist. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1316 Anm. 38.

45 Gerhard Reddemann (1932–2008), Journalist; 1947 CDU, 1953–1969 Tätigkeit als Redakteur, 1953–1969 Mitglied des Deutschlandrates der JU, 1969–1994 MdB (1973 und 1983–1987 Vorsitzender des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen, 1973–1976 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion), 1973–1985 Mitglied im Landesvorstand der CDU Westfalen-Lippe.

46 Vgl. Nr. 2 Anm. 6.

Das ist keine Einwanderung, sondern das ist Familienzusammenführung oder Aussiedlung.

Das zweite: Ich sehe das nicht sehr schlüssig an bei der Frage Deutschlandpolitik. Erst schreiben wir, die deutsche Nation ist eine Realität, dem stimme ich zu, und andererseits im nächsten Abschnitt, heute kann sie politisch nicht verwirklicht werden. Entweder ist sie Realität, dann brauche ich sie nicht zu verwirklichen, oder sie ist keine. Ich halte die [...] Resolution nach wie vor für eine Realität, und wir sollten uns darauf beschränken, wir sollten das nicht selbst relativieren. Das war es von mir aus.

*Sprecher:* Es ist gesagt worden, irgend jemand hat das Wort gebraucht: Diese Entschließung ist eine Dienstanweisung an die Regierung. Ich würde auch sagen, daß wir uns gar nicht anders verhalten können, als diese Entschließung so vorzulegen. Ich wollte, Herr Kollege Strauß, eine Bemerkung machen. Natürlich ist es so, daß wir diesen Vertrag heftig kritisiert haben, und deshalb können wir heute nicht so tun, als fänden wir die Entschließung gut. Deswegen würde ich auch sagen, daß wir die Texte erwähnen, aber sie herunterspielen. Die Regierung hat in der Substanz nach der Unterschrift eine Politik gemacht, die sie auch tun könnte und getan hätte mit oder ohne Ratifizierung der Verträge.

Wenn ich so argumentiere, komme ich im Grunde genommen ganz gut durch, gerade bei den Vertriebenen. Und das sollte man auch immer wieder sagen, das gilt dann natürlich auch für die Aufnahme in die UNO. Im Grunde genommen konnte die Regierung hier einiges machen, hat es auch gemacht, ohne daß wir gefragt worden sind. Der Sündenfall war die Unterschrift, und nicht so sehr die Ratifizierung. Ich glaube, das ist ein Stück der Argumentation. Die Unterschrift hat natürlich im Umgang mit den osteuropäischen Staaten in der Regel einen ganz anderen Stellenwert, als im Umgang mit unseren westlichen Nachbarn. Im übrigen teile ich die Meinung von Herrn Schröder völlig, daß man ein gesamteuropäisches Konzept nicht ersetzen kann. Die westeuropäische Aussage muß ganz stark sein.

## EUROPAPOLITIK

*Narjes:* Zum Europapapier darf ich vielleicht ein paar Anmerkungen machen. Es ist mit Recht gesagt worden, daß wir die Möglichkeit einer Aufgabenidentität von politischer Union und Wirtschaftsunion auffangen müssen. Daraus ergibt sich aber im Zusammenhang mit anderen Tatbeständen vielleicht die Notwendigkeit, das eine oder andere zu ändern. Denn dieses Papier geht natürlich noch von der Einheit beider Entwicklungen aus. Dazu kommt ein zweiter Faktor, daß wir in der Europapolitik eine gewisse Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten zu erwarten haben, die zeichnet sich deutlich ab. Und dazu kommt aus der östlichen Seite doch ein sehr starkes Bemühen, in den Entstehungsmonaten und -jahren der Gemeinschaft hineinzuwirken und vollendete Tatsachen zu schaffen, so daß deren Konsolidierung, wenn nicht ganz ausgeschlossen, so doch behindert wird.

Unter diesen Voraussetzungen meine ich, daß die Ziffer vier dieses Papiers über-

wiegend auf die politische Union abgestellt sein sollte und nicht mehr, wie das dann im Eingang zu Ziffer fünf geschehen ist, Hand in Hand als volle Parallelität zur Wirtschafts- und Währungsunion. Sie könnte ein Stück weit schneller gehen, denn da haben wir ja elementarstes Interesse, weil viel möglich wird, sie nicht von den langen Zeiträumen einer politischen Union abhängig zu lassen.

Das könnte auch bedeuten, daß in der zweiten Stufe des Stufenplans die institutionelle Seite überdacht werden müßte. In der Zwischenzeit sind die Europaminister nach meinen Informationen mehr oder minder gestorben. Nur noch in Deutschland gibt es die Zwischenidee eines Oberstaatssekretärs, alle anderen haben die Europaminister abgeschrieben. Und dieser würde gerade in allen anderen Ländern nicht auf Gesprächspartner gleicher Qualität stoßen. Wenn dieser Minister dann EWG-Aufgaben hat und gleichzeitig politische Unionsaufgaben, und beide nicht mehr parallel sind, gibt es Schwierigkeiten. Die Frage, die sich mir nur stellt, ist, ob in der Tat das, was hier noch auf einen Bundesstaat hinausläuft, also mehr als eine lockere Verbindung ist. Aber das ist eine terminologische Frage.

Dann in den Ziffern fünf, sechs und sieben gibt es Aussagen zur Wirtschafts- und Währungsunion, die entweder verhandlungstaktisch oder aber vom Inhalt her nicht ganz übereinstimmen. Da bedarf es noch einer Überprüfung. Zusätzlich muß vor allen Dingen in Ziffer fünf die materielle Parallelität von Wirtschafts- und Währungsunion ausgeführt werden, denn gerade die Wirtschaftsunion soll ja überhaupt die europäische Konjunktur- und Stabilitätspolitik möglich machen. Sie ist die Bedingung dafür, daß wir währungsunionsmäßig überhaupt vorangehen und nicht in die Situation kommen wollen, ohne die entsprechende Gegenleistung in der Konjunkturpolitik der anderen zu erhalten.

Die europäische Notenbank würde ich gerne durch ein Zentralbanksystem ersetzt sehen, denn ob das eine Notenbank wird, ist eine Verfassungsfrage, da sollten wir uns nicht präjudizieren. Im zweiten Anstrich Ziffer fünf, Absicherung durch Ministerrat, ist ein einziges Thema herausgegriffen, das an sich logisch gesprochen durch bestimmte Maßnahmen abgesichert wird und nicht durch eine Institution Ministerrat. Das ist eine Redaktionsfrage. Ob es zweckmäßig ist, den Finanzausgleich hier als Thema so anzusprechen – er ist später in der Ziffer sieben noch mal angesprochen unter dem Bereich der regionalen Strukturpolitik – habe ich Zweifel, denn wir müssen unsere Bereitschaft zum Finanzausgleich sehr sorgfältig formulieren, weil es der größte Trumpf ist, den wir überhaupt noch verhandlungstaktisch einzubringen haben. Wir sollten ihn nicht ohne Gegenleistungen hier entnehmen.

Dann in Ziffer sechs, erster Anstrich: Zu den institutionellen Voraussetzungen der Wirtschafts- und Währungsunion ist ein unabhängiges Entscheidungsorgan gemacht. Warum nicht die Kommission, wollen wir sie aufgeben oder wollen wir etwas Neues bloß an die Stelle setzen? Das würde eine Vertragsänderung bedeuten. Ich meine, es gehört in das System der EWG, und wir hätten keine Aussicht, etwas anderes durchzusetzen.

Der letzte Anstrich in Ziffer sechs: Europäische Staatenkammer. Die geht natürlich weit in die Zukunft über den Ministerrat hinaus. Eine in dieser Kühnheit sehr weit

gehende Formulierung! Ziffer sechs, der zweite Anstrich, ist im Wortlaut gleich mit Ziffer sieben, letzter Anstrich. Ich weiß auch nicht warum, ich erwähne es auch nur der Vollständigkeit halber, für eine Schlußredaktion, damit insoweit die Aussage in sich konsistent bleibt.

*Barzel:* Das kann kein Mensch behalten.

*Narjes:* Ich bin bereit, das aufzuschreiben.

## BERLIN

*Lorenz:* Ich würde empfehlen, nicht Berlin an mehreren Stellen zu erwähnen, sondern vielleicht an einer Stelle zu behandeln, und dann vielleicht noch etwas anzureichern. Eventuell Anregungen aus dem Berliner 12-Punkte-Vorschlag entnehmen. Eventuell Aussage: West-Berliner gleiche Staatsangehörigkeit wie alle anderen Deutschen. Eventuell Aussage zum Schießbefehl.

*Dregger:* Noch eine Formulierung – Sie werden sicherlich alle übereinstimmen – die nicht unwichtig ist. Auf Seite 2 heißt es in Ziffer 10: Wir treten in die Normalisierung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ein. Ich halte das nicht für möglich. Ich würde das nicht in ein Wahlpapier von uns übernehmen. Ich möchte das nicht gerne in einem Papier haben, das unsere Wahlaussage enthält. Das brauchen wir ja nicht noch betonen.

*Barzel:* Also, darf ich zu diesem Punkt sagen, daß hier ausnahmsweise unser Parteiprogramm wirklich hervorragend in der Ziffer acht formuliert ist. Das braucht man, glaube ich, nicht noch einmal zu wiederholen, aber wahrscheinlich zu aller Erinnerung, wir bejahen Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands, um die Einheit erhalten und den Weg zu einer friedlichen Ordnung in Europa zu ebnen. Das heißt, die Konditionen sind hier völlig klar. Die heutige Trennung widerspricht der Geschichte und der Einheit der deutschen Nation. Das ist hervorragend formuliert. Dabei sollten wir bleiben, daran haben wir ja monatelang gearbeitet.

*Köppler:* Eine allgemeine, auch wahlpsychologische Anmerkung zu der Frage, die Herr Strauß angeschnitten hat. Ich glaube, wir sind uns alle darin einig, daß die positive Aussage, die nicht Wahlkampf und Auseinandersetzung mit der SPD ersetzt, daß die Entschließung des Bundestags ganz hoch über die Verträge gehängt wird. Aber das allein, und das ist der Eindruck, der bei dieser etwas lückenhaften Papiervorlage entstanden ist, das allein als Aussage zur Ostpolitik zu machen, weckt die Bedenken, die Strauß formuliert hat. Denn wenn wir nur auf die Entschließung abstellen, eine Entschließung, die wir mit den Sozialdemokraten gemeinsam ausgehandelt und verabschiedet haben, dann wird bei uns bemängelt die Alternative zur Ostpolitik dieser Regierung. Und deshalb muß in den gestrafften Text, den wir als Wahlprogramm verabschieden, nicht nur diese Entschließung zitiert werden, in Auszügen zitiert werden, sondern es müssen Sätze hinein, die das ansprechen, was in der Bevölkerung, auch bei denen, die im Grunde das Passieren der Verträge bejaht haben, sehr stark für uns

spricht. Es muß nun einmal verhindert werden, daß der Einfluß der Sowjetunion über Westeuropa noch stärker wird, als es schon geschehen ist.

Das kann man formulieren im Sinne einer programmatischen Aussage, die durchaus dann auch im Detail einen Schuß Polemik und Kontroverse enthält, obwohl wir das ja sonst im Programm nicht machen wollen. Daß man mit Kommunisten richtig verhandeln muß, damit ist gesagt, nicht so, wie das von dieser Regierung geschehen ist, sondern daß wir versuchen müssen, und das ist deutlich geworden, diese Entschließung, und damit auch die Verträge – auch wenn wir das nicht ausdrücklich sagen – endlich in zuverlässige und die richtigen Hände zu bringen, daß damit eine Politik in Zukunft betrieben werden kann, die bestimmte Gefahren abwehrt.

Ich weiß, wie schwierig jeder Satz in dieser Richtung ist für den außenpolitischen Bewegungsspielraum einer von uns geführten Regierung. Aber wenn wir das in ein Regierungsprogramm, das wir ja bewußt als Wahlprogramm formulieren, nicht hineinbringen, dann allerdings begegnen wir dem Einwand von Herrn Strauß, ihr wollt hier offenbar gemeinsame Außenpolitik mit den Sozialdemokraten machen, und das schwächt eine Position, in der wir zu einem offensiven Ansprechen der Außenpolitik gezwungen werden von der Gegenseite. Wir sollten es offensiv betreiben, denn sonst verprellen wird die Fußkranken des 17. Mai noch mehr in der derzeitigen Situation.

*Strauß:* Es liegen jetzt keine Wortmeldungen mehr zu diesem Papier vor, aber es zeichnet sich ab, das Papier, das ein offizielles Fraktionsgremium als Redematerial erarbeitet hat, zu einer Synthese zu bringen. Ich glaube, es ist nur möglich weiterzukommen, wenn wir den Kollegen Marx als den Vorsitzenden des Arbeitskreises V in Verbindung mit Herrn Schröder bitten, eine Fassung zu erarbeiten, die die heute hier vorgebrachten Bedenken, Ergänzungen, Korrekturen berücksichtigt, und das so zu machen, daß wir mit der Sitzung am 2. Oktober dann dieses Papier haben, das natürlich kürzer sein muß als die Redeunterlage. Ziel muß sein, der Mannschaft eine vorzüglich ausgefeilte, abgewogene Darstellung zu liefern, die für jeden Redner ein brauchbares, unerläßliches Instrument ist, mit dem man dann über die Themen reden kann. Ich sehe keinen anderen Weg.

*Sprecher:* Ich bin dankbar, daß Sie das so sagen. Ich glaube, es geht gar nicht anders. Aber wir sollten dann auch einen Kollegen der CSU mit dabei haben. Denn dieses Papier, das gemacht worden ist für Rednerdienste, hat ja einen ganz anderen Absender als das, was jetzt hier besprochen wird. Es stehen hier alle Formulierungen drin, die wir in der Fraktion miteinander vereinbart haben, weil wir von Anfang an Wert darauf legten, ein Papier zu bekommen, das sowohl von der CDU als auch von der CSU in der Aussage gemeinsam gedeckt wird, weil wir nicht in die Situation kommen wollten, daß es eine CSU-programmatische Aussage gibt, die soweit von jener der CDU abweicht, daß sie sozusagen Rednermaterial für unsere politischen Gegner bietet. Ich wäre dankbar, wenn wir uns darauf einigen. Das, was hier vorliegt, ist Material für die Redner. Das kann auf Karten geschrieben werden, noch mal um etwa ein sechzehntel gekürzt, und das andere als eine zusätzliche Information für diejenigen, die etwas genauer in die Sache einsteigen wollen oder müssen. Und natürlich können wir das im Zweifel sogar vorlegen. Wir müssen das machen.

*Sprecher:* Sie waren vorhin raus, Herr Strauß, als diese Frage in einem anderen Zusammenhang zwischen Herrn Marx und Herrn Barzel behandelt wurde. Ich würde auf den Gesichtspunkt von Herrn Barzel doch auch noch mal Wert legen. Es soll nicht ein wie immer geartetes Kommissionspapier geben, sondern Herr Marx soll in der Kooperation, die eben besprochen worden ist, in der Abstimmung mit Ihnen vor dem 2. Oktober ein Papier liefern, das dann in dem Gesamtpapier eingearbeitet ist. Sonst wird es schwierig werden.

*Strauß:* Sie übernehmen die Federführung wegen eines Papiers? Dann gehen wir jetzt wohl sinngemäß über zur Verteidigung. In den Materialien X. (*Weitere Ausführungen unverständlich.*)

#### VERTEIDIGUNGSPOLITIK

*Wörner:* Ich glaube, in diesem Kreise gibt es überhaupt keinen Zweifel darüber, daß Verteidigung keine populäre Sache ist, zumal dann, wenn in der Republik sich unser Volk jedenfalls aktuell nicht mehr bedroht fühlt. Dennoch würde ich davor warnen, das Wählerpotential der Bundeswehr außer acht zu lassen. Ich war jetzt auf einer dreiwöchigen Reise durch die Bundesrepublik, durch die Standorte der Bundeswehr, und zwar durch alle Teilstreitkräfte. Ich konnte feststellen, daß die Stimmung ausgesprochen günstig ist. Einfach deswegen, weil ich bei meiner Reise, die ich in drei Wochen gemacht habe quer durch die Bundesrepublik durch die verschiedenen Teilstreitkräfte, habe feststellen können, daß Schmidt nicht mehr in der Lage ist, der Bundeswehr die nötige Kampfkraft, Disziplin und auch das nötige Erscheinungsbild zu geben. Er legt überhaupt keinen Wert darauf. Dazu kommen nicht eingehaltene Zusagen. Das alles hat sich addiert. Und sein Rücktritt<sup>47</sup> hat dem ganzen die Krone aufgesetzt. In der Bundeswehr heißt es, er hat uns fallen lassen wie eine heiße Kartoffel.

Leber, um das kurz anzufügen, gilt zwar allgemein als ein braver Mann, vor allem in seinen Äußerungen zu Wehrpflichtverweigerungen und ähnlichem. Damit hat er der Truppe klargemacht, das ist ein rechter Sozialdemokrat. Aber wenige haben das Vertrauen zu ihm, daß er in der Lage sein werde, seinen Auftrag zu meistern. Das heißt, das Vertrauen in seine Kapazitäten ist nicht sehr hoch, so daß in diesem Kreis auch die Verbitterung zunimmt über die Ostpolitik; die ist in der Bundeswehr und bei Offizieren vor allen Dingen durchaus spürbar. Auch im Unteroffizierskorps wurde die SPD kurzfristig durch einige Weißbuch-Maßnahmen<sup>48</sup> sehr aufgerüttelt. Hier ist die Enttäuschung breit gelagert, so daß wir eine günstige Ausgangsbasis haben.

Nun möchte ich aber ganz klar sagen, daß die Situation der Verteidigung insgesamt, und zwar sowohl nach innen, rein psychologisch gesehen, wie von außen, identisch

---

47 Schmidt wechselte am 7. Juli 1972 vom Amt des Verteidigungsministers in das Amt des Wirtschafts- und Finanzministers als Nachfolger von Karl Schiller. Vgl. auch Nr. 26 Anm. 4.

48 Vgl. BT-Drs. VI/2920 „Weißbuch 1971/1972 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr“.

gesehen wird. Von innen ist es einfach das Nachlassen der breiten Bereitschaft, was ich überall konstatiere, auch über die Kreise der intellektuellen jungen Generation hinaus. Niemand soll sich hier einer Täuschung hingeben, Umfragen der jüngsten Zeit beweisen es eindeutig. Auch von außen ist die Verteidigungssituation außerordentlich, so hat sich die Verteidigungssituation des Westens insgesamt und der Bundesrepublik sehr prekär entwickelt in den letzten Jahren, mehr, als das bis jetzt in der Öffentlichkeit bekannt ist.

Ich habe vorgestern noch die 6. Panzergrenadierdivision in Schleswig-Holstein besucht. Das ist die Nahtstelle zu den Dänen. Das hat sich entwickelt zu einem schwachen Punkt, zu einem weiteren schwachen Punkt in der Verteidigung der Bundesrepublik. Um das ganz kurz zusammenzufassen: Während die Sowjetunion ihre Rüstungsanstrengungen gerade auf maritimem Gebiet außerordentlich stark intensiviert hat in den letzten Jahren, auch ihre konventionelle Bewaffnung hat sie ausgebaut, intensiviert, verstärkt, die Beweglichkeit ihrer Divisionen in Mitteleuropa gestärkt, haben wir das Bild, daß der Westen insgesamt, und wohl auch gewisse Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland, in ihren Verteidigungsanstrengungen nachzulassen beginnen.

Wir haben eine schleichende einseitige Abrüstung – das muß ich einmal so deutlich sagen – in den letzten Jahren im Westen erlebt. Ich nenne nur Dänemark, ich nenne Österreich, ich kenne die Tendenz in Belgien, auch die Niederlande sind davon nicht frei, und wenn Sie dieses Bild zusammenfügen, dann kommen Sie zu einer sehr, sehr kritischen Betrachtung. Das habe ich vorausgesehen, weil ich ein drittes nicht unerwähnt lassen will. Das ist die gegenwärtige finanzielle Situation der Bundeswehr, die man nur mit katastrophal bezeichnen kann. Das geht in keiner Weise auf das Konto dieser Regierung, ist teilweise aber auch auf eine Zwangsläufigkeit zurückzuführen, die ich Ihnen ganz offen schildere. Auf das Konto der Regierung geht, daß man doch einfach – das war der große Fehler nach meiner Meinung – Mittel aus dem Rüstungsbereich weggenommen hat und in den sozialen Bereich umgeschichtet hat. Und zwar ohne Rücksicht auf Verluste, aber in der klaren Erkenntnis, daß das ja erst sich auswirken werde in fünf, acht, sogar zehn Jahren.

Zweitens hat man dort eine ganze Reihe von Versprechungen gemacht, mit denen nun jeder in der Zukunft zu rechnen hat. Und drittens hat diese Regierung nicht abgesehen, Ankündigungen zu machen, wie jetzt beim Sektor der Bundeswehrhochschulen, die finanziell nicht realisierbar sind oder kaum realisierbar sind. Wenn das dann bleibt, und darüber müssen wir uns in dieser Zeit klar sein, dann bleibt eine Gesetzlichkeit, mit der jede künftige Regierung zu kämpfen hat, daß die Kostenexplosion im materiellen Bereich, die Kostenexplosion im personellen Bereich nicht abzudecken sein wird, jedenfalls dann nicht, wenn nicht der Verteidigungsetat in den nächsten Jahren beträchtlich aufgestockt werden kann.

Ich will nur aus einem Teilbereich eine Ziffer wählen. Der Rüstungsplan steht gegenwärtig auf dem Papier. Allein die Waffensysteme, die der Truppe fest zugesagt sind, erfordern im Kapitel Beschaffung in den nächsten sechs Jahren acht Mrd. mehr, als das auch in den Vorausschätzungen und mittelfristigen Finanzplanungen vorgese-

hen war. Nun will ich nur darüber sagen, ich habe das Lächeln vorne wohl bemerkt, daß keine Regierung, wer immer sie stellen wird, in der Lage sein wird, diesen Bereich mit den nötigen Erhöhungen zu versehen. Das heißt aber, damit bin ich bei dem Punkt, auf den ich eigentlich abziele, das wird man berechnen müssen, die Bundeswehr etwa Mitte der 70er Jahre umzustrukturieren.

Dies wird außergewöhnlich schwierig sein, weil es uns vor Bündnisprobleme stellt. Es gibt Warnungen von amerikanischer Seite, diese Diskussion in der Öffentlichkeit fortzusetzen, wegen gewisser Rückwirkungen auf den amerikanischen Kongreß. Ich bitte bei all diesen Fragen um äußerste Zurückhaltung in der Diskussion in der Öffentlichkeit, weil, wie gesagt, eine solche Umstrukturierung natürlich in der NATO sorgfältig konsultiert werden muß. Dennoch, wir müssen uns in diesem Kreis darüber klar sein, sie wird und muß erfolgen. Aber, das möchte ich auch ganz klar sagen, es soll sich niemand darüber täuschen, selbst wenn man die Bundeswehr umstrukturiert, darf diese Umstrukturierung jene Grenze nicht unterschreiten, die unsere Verteidigung noch glaubwürdig hält. Und ich sage das in vollem Bewußtsein dessen, was weiter für Anforderungen auf die kommenden Regierungen zukommt. Es muß uns gelingen, den Verteidigungshaushalt mindestens durchschnittlich, entsprechend dem Wachstum des Gesamthaushalts anzupassen. Sonst ist eine Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland in der jetzigen Situation nicht absehbar. Darüber müssen wir uns im klaren sein. Der Verteidigungshaushalt ist ein Bedarfshaushalt. Wir sind an einer gewissen unteren Grenze angelangt in der konventionellen Abschreckungsfähigkeit. Wir werden – das muß wirklich unter uns bleiben – natürlich eine gewisse Reduktion vornehmen müssen, aber diese Reduktion kann nicht so weit gehen, wie es sich manche Herren in der Wehrstrukturkommission vorstellen, die nach dem Thema arbeiten: Laßt uns doch einfach Reserven anstelle präserter Verbände vorsehen.

Der Grundsatz muß sein, gerade für eine Regierung der CDU/CSU, soviel präserte Verbände als irgend finanzierbar zu halten. Davon darf uns nichts abbringen lassen. Ich will es noch überspitzter sagen, nur das wird abschrecken, was wirklich präsent ist. Ich will Ihnen ganz offen sagen, daß ich den Eindruck habe, wir haben die Bundeswehr auf einen Fall zugeschnitten – und das ist nicht ein Vorwurf, ganz im Gegenteil, das war ja die Strategie der NATO lange Zeit – für den sie schlußendlich, ich formuliere es überspitzt, nicht tauglich ist, d. h. für den Fall einer umfassenden, auf ganz Europa gezielten konventionellen Aktion des Warschauer Pakts. Denn solche Aktionen können Sie nur abwehren, heute und in Zukunft, wenn die Amerikaner nuklear und taktisch nuklear eingreifen. Das ist der Eckstein der europäischen Verteidigung. Daran darf nicht gerüttelt werden. Es sieht so aus, als ob die Amerikaner, mindestens die in Europa tätigen Amerikaner in Sonderheit, das begriffen hätten und daran festhalten.

Wenn das aber richtig ist, dann muß man die Bundeswehr und die Streitkräfte der NATO stärker auf den Fall zuschneiden, der ihnen eigentlich als Abschreckung zukommt. Nämlich den einer überraschend vorgetragenen begrenzt konventionellen Aktion. Das wiederum ist nur möglich, wenn die präsent sind, d. h. wenn sie eben mit einer Vorwarnzeit von einem oder zwei Tagen in der Lage sind, die Kräfte zu stellen, die ein nötiges Risiko für den Gegner darstellen. Das heißt, Reserveverbände sind gut



und wichtig, aber ein Reservekorps kann im Grunde genommen die Präsenzverbände nicht ersetzen.

Das ist das Ergebnis vieler, vieler Gespräche, die ich hatte in den letzten Wochen, mit den Spitzen der Militärs, Luftwaffe, Heer, Marine, und mit vielen, vielen Soldaten draußen. Ich wiederhole noch einmal, wir werden umstrukturieren, aber wir werden dieses Problem überhaupt nur meistern können, wenn wir uns darüber im klaren sind: Der Verteidigungshaushalt muß an Zuwachs mindestens das haben, was der Gesamthaushalt hat.

Und damit wären meine allgemeinen Bemerkungen abgeschlossen, ich wollte nur kurz die Details anführen, ich verzichte auf Formulierungsvorschläge. Ich habe sie dabei, ich kann sie Ihnen nachher liefern, die Details, die mir ergänzend zu diesem Papier nötig erscheinen. Ich würde vorschlagen, weil ich eben von der Wehrstruktur sprach, eine Formulierung zu wählen, die ich erarbeitet habe, die etwas vorsichtiger ist als die gegenwärtige. Ich darf Ihnen ganz kurz vorlesen, wie ich formulieren würde zur Änderung der Wehrstruktur: „Eine Bundesregierung der CDU/CSU wird Überlegungen über die zweckmäßigste Strukturreform der Bundeswehr in der zweiten Hälfte der 70er Jahre und entsprechende Maßnahmen einleiten. Sie wird dabei sowohl Verpflichtungen Rechnung tragen als auch den Kampfwert unserer Streitkräfte erhalten. Eine Umstrukturierung der Bundeswehr muß sich an der Bedrohung und an der Erhaltung einer glaubwürdigen Abschreckung orientieren. Der Schwerpunkt muß auf einer möglichst großen Zahl präsenster Streitkräfte liegen. Die Frage ist, die Bundeswehr in eine Anzahl hochmobiler und schlagkräftiger Verbände einzugliedern, die vorwiegend aus Berufs- und Zeitsoldaten bestehen, um überraschenden Angriffen des Gegners zu begegnen. Dazu bedarf es 16 verteidigungsstarker Verbände mit einfacher Bewaffnung und kürzerer Ausbildung.“ Das ist abgestimmt auch mit bestimmten Militärs der NATO, und das ist die Formulierung, die ich persönlich vorschlagen würde in diesem Zusammenhang.

Zweitens, Herr Barzel, ich glaube, wir kommen in unserem Programm nicht um eine Aussage zur Wehrpflicht herum, weil jetzt gerade durch die Maßnahmen der Amerikaner angeregt<sup>49</sup>, die Fragen immer deutlicher werden: Wie haltet Ihr es mit der Wehrpflicht? Sie steuern, wenn Sie ein Jahrzehnt oder ein halbes Jahrzehnt ins Auge fassen, auf eine Berufsarmee hin, aber ganz sicher ist, daß Sie in den nächsten fünf bis acht bis zehn Jahren nicht auf die Wehrpflicht verzichten. Also in absehbarer Zeit ist das für uns nicht drin. Wir werden im Zuge der Umstrukturierung vielleicht die Ergänzungsverbände herabsetzen, aber sicher nicht auf die Wehrpflicht verzichten können.

Wenn wir beispielsweise in Schleswig-Holstein – das nur eine Division umfaßt, um 50 bis 80 Kilometer abzudecken – in den Zahlen der Soldaten noch einmal um ein Drittel heruntergehen, dann ist das einfach in der Lage des Verteidigers nicht mehr zu schaffen. Das nur als Argument dafür, daß wir auf die Wehrpflicht eben dann so

---

49 Nixon hatte angekündigt, die Wehrpflicht am 1. Juli 1973 aufzuheben, vgl. FAZ vom 31. August 1972 „Neue Diskussionen über die Wehrpflicht?“.

schnell nicht verzichten können. Ich bin der Meinung, wir sollten dazu eine Aussage machen.

Dann meine ich noch in Ergänzung zu dem, was wir hier in dem Papier vortragen, das ich unterschreibe: Wir sollten uns auch gegebenenfalls in einem Punkt zu den Bemühungen um Rüstungsbegrenzung äußern, sollten allerdings klarmachen, daß es für uns keinen Weg gibt oder daß für uns keine Rüstungsbegrenzungsmaßnahme akzeptabel ist, die das Kräfteverhältnis in irgendeiner Zeit und auf irgendeiner Stufe zu unseren Ungunsten verschiebt. Damit ist jeglicher Gedanke an eine paritätische Reduzierung, die die Sowjetunion in jüngster Zeit definiert hat, ausgeschlossen.

Und dann, glaube ich noch, sollten wir irgendwo ein Wort verlieren in diesem Papier über den Zusammenhang von Verteidigung und Entspannung, eben sichtbar machen, daß Entspannung überhaupt nur dann einen Erfolg verspricht, und als solcher Prozeß überhaupt nur Bestand haben kann oder auch nur eingeleitet werden kann, wenn sie getragen ist von unseren Verteidigungsanstrengungen. Das wären meine Anmerkungen.

*Barzel:* Vielen Dank. Ich glaube, daß wir empfinden, was da für ein Brocken auf uns zukommt. Das Wort dazu gewünscht? Allen den Atem verschlagen? Dabei haben wir doch noch Fragen.

*Marx:* Nicht direkt dazu, Herr Vorsitzender, aber ich habe eine Frage, auch hinsichtlich der Aussagen der Redner im Wahlkampf. Wir haben vom Verteidigungsausschuß dieser Partei vor geraumer Zeit ein sehr knapp zusammengefaßtes Papier ins Präsidium gebracht.<sup>50</sup> Ich würde gerne wissen, welche Rolle soll dieses Papier spielen in Ihren Aussagen, in den Aussagen bei der Wahlkampföffnung, beim Parteitag und im Wahlkampf selber.

*Wörner:* Herr Kollege Marx wird sicher gemerkt haben, daß vieles von dem, was hier als Ergänzung steht, aus dem Papier ist. Ich bin der Auffassung, daß wir das tun werden und tun sollten, was gestern angeregt wurde. Das heißt, in diesem Regierungsprogramm auch Teilsektoren so abzudecken, daß eine Aussage, und zwar eine geschlossene Aussage, eine Programmatik an die Öffentlichkeit dringen sollte. Das muß auf der Basis des Papiers geschehen, das der Verteidigungspolitische Ausschuß entwickelt hat, mit dem ich, von einigen konkreten Festlegungen abgesehen, die wir wohl nicht finanzieren können, völlig einverstanden bin. Wenn wir das zusammen noch einmal bereden könnten, wo meine Bedenken liegen, dann würde ich sagen, können wir das schon als Grundlage nehmen, was wir als detailliertes Verteidigungsprogramm in die Öffentlichkeit geben.

*Marx:* Hier befinden wir uns, ich sage das ganz offen, in einem der schwierigsten und folgewirksamsten Gebiete überhaupt. Wir können, wenn wir die Regierung stellen werden, nur dann damit auf die Hardthöhe<sup>51</sup> gehen, wenn über diese Grundfest-

---

50 Entwurf des Sicherheitspolitischen Programms vom 18. August 1972 in ACDP 07-001-2016. Ausgearbeitetes Programm des Bundesausschusses für Verteidigungspolitik vom 24. September 1972 in ACDP 07-001-2023.

51 Sitz des Bundesministeriums der Verteidigung in Bonn.

legung politischer Art, aber auch finanzieller Art, in beiden Parteien Übereinstimmung besteht. Sonst ist dies ein halsbrecherisches Unternehmen. Ich bitte, mir zu verzeihen, daß ich das ganz offen sage. Aufgrund der derzeitigen Rüstungsfinanzierung, Rüstungsplanung, verfügt die Bundeswehr im Jahr 1977 über eine ganze Reihe dann notwendige, in der NATO vorgeplante Waffensysteme überhaupt nicht mehr, weil sie nicht in der richtigen Zeit bestellt worden sind. Die Einführung eines Waffensystems in gebrauchsfertigem Zustand heute dauert normalerweise sieben bis zehn Jahre. Eine große Schwierigkeit, mit der wir uns unter allen Umständen beschäftigen müssen.

*Barzel:* Es wird in allen Bereichen genauso gehen.

*Wörner:* Ich will das unterstützen, was der Kollege Marx eben sagte, ich wäre dankbar, wenn wir uns wenigstens zur Aussage bereithalten könnten für den ehemaligen Verteidigungsminister und künftigen Finanzminister, daß ein normaler Zuwachs nicht mehr, aber auch nicht minder für den Verteidigungshaushalt unerlässlich ist. Im übrigen glaube ich, daß die Aussage, die wir in diesem Papier machen, von der CSU mindestens genauso getragen wird wie von der CDU. Ich vermag da nicht einen einzigen Punkt zu sehen, wo es Meinungsverschiedenheiten geben könnte.

*Strauß:* Ich will jetzt nicht hier in die Einzelheiten eingehen, sondern aus den Gesprächen mit Kissinger seine Antwort auf eine Frage wiedergeben, die im Zusammenhang mit der künftigen Verteidigungspolitik der Europäer und der Bundesrepublik von Bedeutung ist.<sup>52</sup> Ich bitte dabei allerdings um strengste Diskretion. Denn gerade diese Frage war unter den vier, die ich ihm gestellt habe, die brisanteste, und die Antwort darauf die bezeichnendste. Die Frage lautete: Können Sie sich eine Situation vorstellen, in der die Amerikaner und die Russen ein gemeinsames Interesse haben, die weitere Entwicklung der EWG zu einer politischen Union, die einen aus machtpolitischen Gründen, die anderen aus handelspolitischen Gründen, nicht zu wünschen als eine russisch-amerikanische Interessenidentität? Eine messerscharf gezielte Frage.

Antwort war: Davon kann natürlich keine Rede sein. Wir wünschen nach wie vor die weitere Entwicklung der EWG zu einer politischen Union. Wir wollen im europäischen und im Mittelmeerbereich endlich einen Partner haben, der uns einen Teil der Lasten abnimmt, die wir ja nicht für Ewigkeit übernehmen wollten, sondern nur für eine begrenzte Zeit wegen der Schwäche der Europäer unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Daraus ist eine Dauerbelastung jetzt geworden, die die Amerikaner nicht für unbegrenzte Zeit, nachdem sie sie schon 25 Jahre tragen, weiterhin zu tragen bereit sein werden. Darauf müssen Sie sich einrichten.

Nächster Teil der Antwort war: Aus diesem Grunde sind wir an einer solchen europäischen Entwicklung interessiert im Gegensatz zu den Russen, die aus machtpolitischen Gründen an ihrer westlichen Flanke natürlich das Entstehen eines solchen Gebildes nicht wollen.

Dritter Teil der Bemerkung, jetzt kam das Interessanteste: Wenn aber dieses Euro-

---

52 Kissinger hielt sich während eines Zwischenaufenthalts auf dem Flug nach Moskau am 10. September 1972 in München auf, vgl. FAZ vom 11. September 1972 „Kissingers Aufenthalt in München“.

pa – danach hat er wieder einen Satz, ein Wort, das er vorher sagte, zurückgenommen, ich hätte ihn falsch verstanden, aber ich habe ihn nicht falsch verstanden – wenn aber dieses Europa im Inneren sozialistisch ist, nach außen hin neutralistisch ist und mit den Russen kooperiert, während die Amerikaner für dieses Europa gleichzeitig gegen die Russen Wache halten sollten, dann wäre eine Änderung der amerikanischen Haltung selbstverständlich nicht ausgeschlossen und müßte auf lange Sicht durchaus in Erwägung gezogen werden. Denn dann könnten die Amerikaner ein Interesse haben, den lästigen Handelspartner klein zu halten, der ihnen keine politische Entlastung gibt, und die Russen könnten ein Interesse haben, den lästigen Nachbarn, der sich zu einer Großmacht entwickeln sollte, ebenfalls kurz zu halten. Ich habe eine so deutliche Antwort aus einem prominenten amerikanischen Munde noch nie gehört.

*Barzel:* Ja, der ist schon deutlich. (*Zwischenruf:* Ich habe eine Frage. Kam das Wort sozialistisch oder neutralistisch zuerst?)

*Strauß:* Zuerst kam das Wort neutralistisch. Davor haben sie am meisten Angst, daß die Europäer unter dem Schutz der Amerikaner eine wirtschaftliche Großmacht werden, sie zahlen und Wache stehen lassen. (*Diskussion.*)

*Barzel:* Meine Damen und Herren, ich sehe keine Wortmeldungen. Darf ich denn fragen, ob zu dem Kapitel Entwicklungspolitik das Wort gewünscht wird?

## ENTWICKLUNGSPOLITIK

*Narjes:* Ja, Herr Vorsitzender, die recht eingehenden Erklärungen, Ziffer eins und zwei zur Handelspolitik, haben natürlich einen Agrarkern, der hier nicht angesprochen ist. Ich möchte das jetzt hier deutlich sagen, bevor wir in landwirtschaftliche Schwierigkeiten gehen. (*Diskussion.*) Das geht sehr weit. Ich möchte auf diese Konsequenz hinweisen.

Ich darf vielleicht auf einen weiteren Punkt hinweisen, der mit dem vorherigen in Zusammenhang steht. Die Franzosen werden mit Sicherheit von uns recht bald eine Erklärung verlangen, daß wir die gemeinsame Agrarpolitik gegenüber Amerika verteidigen. Unsere Landwirtschaft hat natürlich auch ein Interesse daran, das Schutzsystem zu erhalten. Die Frage, die sich stellt, ist, daß wir zu diesem Punkte rechtzeitig ihn in seinem Verhandlungswert erkennen, und auch nicht zu früh Erklärungen abgeben.

*Barzel:* Gut, achten wir darauf.

*Strauß:* Der Punkt sieben ist nicht erfüllbar. Wir werden die entwicklungspolitischen Zuständigkeiten in einem Ministerium zusammenfassen. Klingt wunderbar, ist aber bestimmt nicht realisierbar. (*Barzel:* Gehört auch nicht hierher.) Ausgeschlossen, daß das Auswärtige Amt von morgen auf sein Mitspracherecht verzichtet. (*Diskussion.*) Und der Wirtschaftsminister.

*Barzel:* Das, glaube ich, brauchen wir heute nicht zu klären. Wir werden ja auch an anderen Stellen die Konsequenzen tragen müssen. Das macht man mit einer Ausnahme am besten nach den Wahlen. Wenn ich eine etwas größere Rede halten werde und

auf die Problematik eingehen muß, werde ich auch mitteilen, daß wir natürlich das für eine sehr wichtige Frage halten werden.

Meine Damen und Herren, wenn das Wort nicht gewünscht wird, dann möchte ich also eigentlich 45 Minuten vor dem vorgesehenen Ende mich bei Ihnen sehr herzlich bedanken. Ich möchte alle sehr herzlich bitten, am 2. Oktober in Berlin zu sein.<sup>53</sup> Dann sind wir den Wahlen noch näher. Ich bitte deshalb wirklich alle, Vorrang dem zu geben, und nehme an, Peter Lorenz, daß für den Abend alles aufs Trefflichste gerichtet ist, daß wir in Berlin da nicht im Schutzhelm vorzutragen brauchen, wie bei dem Parteitag.<sup>54</sup> Ich glaube, daß Sie selbst sich eine Freude machen werden, die Sache zu leiten und dort auch zu sprechen. Dies ist der erste Versuch, hier mit der etwas geballten Ladung aufzutreten, und das wird eine große Rolle spielen.

---

53 Beratung der Spitzengremien der Union, auf der das Programm einer künftigen Unionsregierung verabschiedet werden sollte. Vgl. „Wahlkampf-Informationen '72“ der CDU-Bundesgeschäftsstelle vom 3. Oktober 1972; FAZ vom 3. Oktober 1972 „CDU und CSU verabschieden Wahlprogramm“.

54 Am Rande des CDU-Parteitags 1968 in Berlin kam es zu Ausschreitungen der APO. Vgl. Protokolle 5 S. 1269f.; „Passauer Neue Presse“ vom 7. November 1968 „Polizei schirmt CDU-Parteitag hermetisch ab“.

Bonn, Montag 25. September 1972

*Sprecher: Amrehn, Barzel, Broll, Dregger, [Erhard], Gradl, [von Hassel], Hasselmann, [Hennig], [Kaltefleiter], [Katzner], Kiep, Köppler, [Kohl], [Krakow], Kraske, [Lampersbach], Langguth, Lemke, [Meyer], Müller-Hermann, Schröder, Schwarz-Schilling, Stoltenberg, [Vogel], von Weizsäcker, Wex, Windelen.*

*Politische Lage. 20. Bundesparteitag. Bundestagswahlkampf.*

*Beginn: 10.00 Uhr*

#### POLITISCHE LAGE. BUNDESPARTEITAG

*Barzel:* Ich eröffne die Sitzung des Bundesvorstands und heiße Sie willkommen. Die Sitzung ist verabredet worden das letzte Mal, um vor unserem Parteitag und vor der Beschlußfassung über das Programm den Vorstand noch einmal zusammenzuhaben. Ich denke, daß wir bis gegen eins, also vor dem Mittagessen, mit unseren Beratungen werden fertig sein können.

Der Bericht, den ich Ihnen zu geben habe, kann kurz sein. Erster Punkt: die heutige Presse hinsichtlich des Austritts von Karl Schiller aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.<sup>1</sup> Ein wichtiger Punkt, den wir übereinstimmend dahin kommentieren sollten, daß dieser Mann eben aus Überzeugung zu seinen Grundsätzen und zur Sozialen Marktwirtschaft gehandelt hat. Wenn wir gefragt werden, ob er zur CDU käme, dann lautet die Antwort: „Dies ist uns nicht bekannt. Wir unterstützen jeden, der für die Soziale Marktwirtschaft kämpft.“ Das, glaube ich, ist das, was dazu in diesem Augenblick zu sagen ist. Ich nehme an, daß der frühere Kollege Schiller<sup>2</sup> sich an der öffentlichen Diskussion über die finanz- und wirtschaftspolitische Lage der Bundesrepublik Deutschland öffentlich beteiligen wird, und glaube, daß er es prinzipientreu, d. h., zu unseren Gunsten tun wird, aber nicht, weil dies zu unseren Gunsten geht, sondern weil dies seinen Prinzipien entspricht.

Der zweite Punkt, der damit zusammenhängt: Wir haben uns im Präsidium dahin verständigt, daß Herr Kollege Stoltenberg mit Hilfe der Kollegen, die in den Ländern

1 Vgl. „Die Welt“ vom 25. September 1972 „SPD-Sprecher Schulz: Der Austritt kam nicht überraschend“; „Die Welt“ vom 26. September 1972 „Die Koalition spielt den Parteiaustritt Schillers herunter“.

2 Schiller verzichtete auf am 21. August 1972 die Mitgliedschaft im SPD-Parteivorstand und -Präsidium, behielt sein Bundestagsmandat aber bis zum Ende der Legislaturperiode bei. Vgl. AdG 1972 S. 17286.

Finanzminister sind – vor allem ist das Kollege Gaddum<sup>3</sup>, der eine solche Arbeit schon einmal geleistet hat – sich bemühen wird, eine mittelfristige quantifizierte Vorausschau zu erstellen, damit nicht die falschen Zahlen von Helmut Schmidt<sup>4</sup> unwidersprochen stehen bleiben. Herr Gaddum hatte ja während der Ferien auf unsere Bitte so etwas gemacht. Es wird sicher günstig sein, auf dem Parteitag eine solche Vorausschau zu liefern. Das ist dann nicht etwa unser Programm und unsere Planung, sondern das ist das, was nach dem Ist an Finanzbelastung in den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung der nächsten vier Jahre aus der Bundessicht zu erwarten sein sollte. Wenn Herr Stoltenberg das mit Landesfinanzministern in die Hand nimmt, kriegt dies auch mehr Amtlichkeitscharakter in der Präsentation, als wenn das aus der Fraktion kommt. Natürlich steht die Fraktion mit ihren Hilfskräften dafür zur Verfügung.

Wir haben uns drittens unterhalten darüber – und wir bitten die Herren Landesvorsitzenden, doch uns Mitteilung zu machen und sich auch von ihren Kreisparteien sofort Mitteilung machen zu lassen –, wenn der Kanzler und Schmidt und andere nun in die Betriebe gehen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, wie wir uns darauf einlassen. Die Art unserer Reaktion darauf hängt sehr stark davon ab, wieviel solcher Veranstaltungen in Betrieben sich abzeichnen. Wir haben bis heute gehört, daß die August-Thyssen-Hütte und der Bochumer Verein und Mannesmann beglückt sind davon. Wir müssen erst eine klare Übersicht davon haben, bevor wir wirklich uns zu einer Politik dazu entschließen können.

Vierter Punkt: Wir müssen sehen, daß die Regierung trotz der Debatte<sup>5</sup> vergangene Woche, die insgesamt wohl für uns nicht schlecht war, weiterhin versucht, uns eins anzuhängen, uns als die Leute darzustellen, die nun wieder finanziell flüssig sind, die die schrecklichsten Dinge tun. Das geht dann bis zum Vorwurf von Korruption und sozialer Erschütterung.<sup>6</sup> Was das erstere betrifft, so kann hier nicht hart genug zurückgeschlagen werden. Da muß jeder mann, der so einen Vorwurf erhebt, Roß und Reiter nennen, oder er ist ein Verleumder. Was die sozialen Erschütterungen betrifft, so wäre ich dankbar, wenn der Vorstand sich zu eigen machen könnte und das auch bekräftigen könnte heute gegenüber der Presse, Herr Kraske, die Anregung von mir an den Bundeskanzler, ausgerechnet über diese Frage eine öffentliche Diskussion im Fernsehen

---

3 Johann Wilhelm Gaddum (geb. 1930), Diplom-Kaufmann; 1956 CDU, 1956–1971 Mitglied im Stadtrat Neuwied, 1963–1983 MdL Rheinland-Pfalz, 1971–1981 Finanzminister und 1981–1985 Minister für Bundesangelegenheiten und Leiter der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, 1985/86 Präsident der Landeszentralbank Rheinland-Pfalz, 1986–1993 Direktor und 1993–1998 Vizepräsident der Deutschen Bundesbank.

4 Schmidt äußerte sich in mehreren Interviews zur Konjunktur- und Haushaltspolitik, vgl. „Münchener Merkur“ vom 2. September 1972 „Schmidt: Lebensbedingungen verbessern“; Interview mit dem DLF am 10. September 1972 (BPA/Abt. Nachrichten Referat II/4); „Frankfurter Rundschau“ vom 16. September 1972 „Schmidt: Auch der Staat kann nur beengt sparen“.

5 Anspielung auf die Aussprache im Bundestag über den Antrag des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 GG (Sten.Ber. 6. WP 199. Sitzung vom 22. September 1972 S. 11740–11816).

6 Interview Brandts mit dem „Spiegel“ am 25. September 1972 „Wir haben einen hohen Preis bezahlt“.

zu führen. Er wird dies nicht tun, und das wird uns gut tun. Das ist ja ein Punkt, in dem unsere Pluspunkte offenkundig sind.

Was Herrn Wehners Behauptung<sup>7</sup> betrifft, das ist das fünfte, wir hätten uns bis zuletzt ausgerechnet aus seiner Fraktion um ein 249. Mandat bemüht, um doch noch ein konstruktives Mißtrauensvotum zu machen, ist dies frei erfunden. Das alles sind eben Erzählungen, die insgesamt den Eindruck erwecken sollen, der arme Brandt ist hier doch durch finstere Machenschaften weggekommen. Insgesamt würde ich Ihnen und uns allen raten, dies doch mehr als ein Zeichen von Nervosität anzusehen. Ein Mann, der sich seiner Sache sicher ist, greift nicht zu solchen Methoden. Ich kann uns nur empfehlen, diesen Wahlkampf, dessen erstes Wochenende wir ja gerade erst hinter uns haben, sieben solche haben wir noch bevor, weiterhin auf einer Linie zu führen, die sachlich ist, die argumentativ bleibt, die sich nicht die Themen aufdrängen läßt, die freilich auch nirgendwo in den Eindruck kommt, man könne uns sagen und an den Kopf schmeißen, was immer man wolle. Ein Stück kämpferische Entschlossenheit gehört schon dazu. Aber ich glaube, wir brauchen das gar nicht mehr weiter zu erörtern, weil wir in der Frage einig sind.

Nächster Punkt: Sie sehen auf dem Tisch das Programm des Bundesparteitages.<sup>8</sup> Und ich will zu dem Programm gar nichts mehr sagen, es ist das, was wir das letzte Mal hier vorgetragen haben, mit einer kleinen Ausnahme. Dazu wird der Generalsekretär berichten. Ich möchte selbst Sie noch einmal mit der Schwierigkeit vertraut machen und um Ihre Hilfe bitten, auch gegenüber den Delegierten, die Sie ja sehen am Vorabend, hinsichtlich der Verabschiedung des Programms. Wir haben nun immer, wenn es irgendein Stück Papier der Führung gab, sehr demokratische, breite Diskussionen gehabt, und es gibt dann Anträge. Das ist diesmal nicht möglich, weil dies ein Regierungsprogramm sein wird, das also Schwerpunkte aus dem vorhandenen Grundsatzprogramm nimmt, diese Schwerpunkte erörtert mit der Führung, dies abstimmt mit der CSU. Dann ist das praktisch nur noch, wie ich hoffe, unter Jubel zur Kenntnis zu nehmen. Sollte jemand in diesem Vorstand meinen, das ginge nicht, dann müßten wir die ganze Kriegskunst verändern. Wir werden nächste Woche Montag, am 2. Oktober in Berlin, dieses Programm beschließen. Ich sage gleich etwas zu seinem Inhalt. Es wird dann in die Taschen verschwinden ein Exemplar von Strauß und eins bei mir, um am Mittwoch, dem 11. Oktober, verkündet zu werden, a) auf unserem Parteitag, und b) vor dem Landesparteiausschuß der CSU. Daß da also ein Zeitraum ist, wo wir auf die Diskretion achten müssen, ist ganz klar. Sollte jemand glauben, es ginge nicht auf dem Wege, daß wir eben am Schluß des Parteitages das verkünden, müßten wir den Parteitag umstellen, müßten wir das an den Anfang nehmen, diskutieren und förmlich beschließen lassen. Nur würden wir dann nicht nur mit der CSU in eine Schwierigkeit kommen, sondern auch mit all dem Appeal, den wir dadurch erweckt haben, daß hier

---

7 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 25. September 1972 „Wehner: neuer Abwerbeversuch der CDU“ sowie Äußerung Wehners in der Bundestagsdebatte am 22. September 1972 zum Antrag des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 GG (Sten.Ber. 6. WP 199. Sitzung S. 11757).

8 20. Bundesparteitag vom 9. bis 11. Oktober 1972 in Wiesbaden. Vgl. CDU, 20. BUNDESPARTEITAG.



die Mannschaft unter meinem Vorsitz ja schon ihr Programm ausgearbeitet hat, und es das eben nie gegeben hat, daß CDU/CSU ein gemeinsames Regierungsprogramm vorlegen, das auch dem Wähler gegenüber dann hinterher verpflichtend ist. Ich glaube, daß wir verfahren sollen, wie dies vorgesehen ist. Das wird aber nur gehen, wenn die Herren Landesvorsitzenden die Liebenswürdigkeit haben, das auch ihren Delegierten deutlich zu erklären.

Dieser Parteitag ist natürlich eine Wahlkampföffnung, ohne daß wir dies so nennen. Es war unser besonderer Wunsch, daß auch die Grundsatzkommission mit einem Zwischenbericht zu Wort kommt, damit wir deutlich machen: Dies ist nicht nur ein Wahlkampf mit „Bumm Bumm, wir wollen die Wahl gewinnen“, sondern ein Wahlkampf, in der die erneuerte Union vor die Wähler tritt, und das ist eine Union, die sich besinnt auf ihre Grundsätze. Daß die Grundsatzkommission nicht fertig ist, ist völlig im Sinn des Erfinders. Das wird wohl nie ganz fertig werden. Und ein Zwischenbericht ist eben dann auch in der Überschrift eine ehrliche Aussage, die sicherlich ihre Wirkung auf bestimmte Wählerschichten nicht verfehlen wird. Wenn unsere Zeit reicht, würde ich gerne noch dazu kommen, einen Austausch hier zu haben unter uns, soweit dies geht, über die Vorbereitung der Landeslisten, damit man ein bißchen wenigstens, was da also Spitzenaussagen und ähnliches betrifft, abstimmen kann, was die Kandidaturen der Frauen – Sie erinnern sich an die letzte Vorstandssitzung – und anderes betrifft, wenn die Zeit dazu reichen sollte. Das wichtigste aber wird sein ein Bericht, den Ihnen der Generalsekretär gibt über die Vorbereitung des Wahlkampfs. Das war für heute in Aussicht gestellt, und ich glaube, es ist das beste, wenn wir gleich auch Herrn Kraske das Wort geben und dann die Sachen zusammen diskutieren, weil man das ja schwer auseinanderziehen kann, wenn Sie einverstanden sind.

*Kraske:* Darf ich beginnen mit einem ergänzenden Wort zum Programm des Bundesparteitages: Sie wissen, daß wir in der letzten Vorstandssitzung am 21. August Meinungsunterschiede hinsichtlich des zweiten Tages, des Dienstags hatten, nämlich unter der Fragestellung: Wie präsentieren wir unsere Sachaussagen und wie präsentieren wir unsere Mannschaft? Hier gab es zwei Möglichkeiten: eine Plenarsitzung mit einer zeitlichen Abstufung der Themen und die Möglichkeit der Aufschlüsselung in drei Arbeitskreise mit einer sachlichen Aufschlüsselung. Nachdem unumstritten ist, daß wir ein Regierungsprogramm auf diesem Parteitag vorlegen und nicht ein neues Parteiprogramm verabschieden, ergab sich daraus eine klare Präferenz für die Plenardebatte. Für diese Plenardebatte steht, wie Sie dem Programm entnehmen können, in den drei großen Abschnitten Stabilitätspolitik, Reform- und Gesellschaftspolitik und Außen- und Sicherheitspolitik nicht sehr viel Zeit zur Verfügung. Deswegen bitten wir – ich werde das auch im einzelnen noch mit den Herren besprechen –, die ausgedruckten Redner, für jeden Bereich zwei, sich möglichst kurz zu fassen, also keine Dreiviertelstunden-Referate zu halten. Und meine Bitte geht zugleich an die Herren Landesvorsitzenden, auf eine diskrete, aber um so wirkungsvollere Weise unsere Delegierten davon zu überzeugen, daß dieser Parteitag in erster Linie dazu dient, vor der Öffentlichkeit unsere Mannschaft zu präsentieren, und daß wir Wert darauf legen müssen, daß in dieser Diskussion nach vielen Parteitag mit einer ganz breiten Diskussion

aller Delegierten zunächst diejenigen zu Wort kommen, die in der Führungsmannschaft von Regierung, Partei und Fraktion eine Rolle spielen, die hier zu den einzelnen Sachbereichen etwas zu sagen haben. Wir werden also etwa, um nur dieses eine Beispiel zu nehmen, in dem dritten Arbeitskreis, der eröffnet wird durch Herrn Schröder und durch Herrn Wörner, dafür sorgen müssen, daß zur Frage der Europapolitik, zur Frage der Deutschlandpolitik, zur Frage der Entwicklungshilfepolitik nun einzelne Sachbeiträge folgen. Kurzum, diese Diskussion wird ein bißchen unter Regie stehen müssen, und ich wäre dankbar, wenn das bei den Delegierten vorbereitet würde.

Das zweite ist, daß zu diesem Parteitag bisher meines Wissens ein Antrag vorliegt unseres Freundes Blüm, den ich bisher noch vermisze. Er ist wahrscheinlich in Mainz auf dem Gewerkschaftstag dort.<sup>9</sup> Ich spreche sicher in Ihrem Namen, wenn ich die Antragsteller alle bitte, von solchen Einzelanträgen zu Organisations- oder gar zu Satzungsfragen auf diesem Parteitag abzusehen. Wir haben auf dem letzten Parteitag eine Organisationskommission eingesetzt, die ihre Arbeit noch nicht abgeschlossen hat, sie nicht abschließen konnte, die auf dem nächsten Bundesparteitag darüber ausführlich berichten wird. Ich glaube, daß wir diesen Parteitag jetzt in Wiesbaden nicht zerfasern sollten, indem wir hier über eine ganze Reihe von Detailfragen sprechen. Dies ist die große Plattform, die die Christlich-Demokratische Union sechs Wochen vor dem Wahltag hat. Dafür sollten wir dankbar sein, daß das wirklich mehr durch Glück als durch Vorausschau vor vielen Monaten so „getimed“ worden ist. Aber diese Chance sollten wir nun nicht verschenken dadurch, daß wir hier abschweifen in lauter Kleinigkeiten, die die breite Öffentlichkeit nicht sehr interessieren.

Soviel also zum Bundesparteitag. Ich schlage vor, daß ich Sie jetzt nur bitte, von den mir vorliegenden Unterlagen Beschluß zu fassen über das Tagungspräsidium. Die anderen Einzelheiten, nämlich Antragskommission, Mandatsprüfungskommission und Verfahrensordnung, Herr Hennig, würde ich vorschlagen, den Vorstandsmitgliedern schriftlich zuzusenden. Ich denke nicht, daß es hier Widersprüche gibt. Wenn es sie gibt, können Sie sie auf der nächsten Sitzung des Bundesvorstands in Wiesbaden am Sonntagmittag noch zur Sprache bringen.

Der Vorschlag für das Tagungspräsidium sieht nach alter Tradition und, wie ich meine, guter Tradition als Präsidenten des Parteitages unseren gastgebenden Landesvorsitzenden, Herrn Dregger, vor. Dann sollen weiterhin dem Präsidium angehören aus den Vereinigungen und aus den Landesverbänden in einer ausgewogenen Form, wie das eigentlich immer der Fall war: Herr Lampersbach, Frau Beckmann, Frau Dr. Laurien, Herr Dr. Mahler, Herr Dr. Blüm, Herr Köppler, Herr Seiters, Herr Wohlrabe, Herr Schnur<sup>10</sup> und Herr Dr. Barschel. Ich habe das Gefühl, daß das in den wichtigsten Punkten sowohl regional wie auch nach Vereinigungen ein ausgewogener Vorschlag

---

9 9. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Bau Steine Erden vom 25.–30. September 1972 in der Mainzer Rheingold-Halle.

10 Ludwig Schnur (1909–1997), Vertriebsleiter; 1946–1955 Bürgermeister der Gemeinde Friedrichsthal, 1955–1980 MdL Saarland (CVP/CDU), 1959/60 Minister für öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau und 1960/61 Minister für Finanzen und Forsten des Saarlandes, 1961–1974 Innenminister, 1975–1980 Präsident des Saarländischen Landtages.

ist, und wäre Ihnen in diesem Falle für Ihre Zustimmung dankbar, weil wir sicherstellen müssen, daß die entsprechenden Kandidaten dann auch auf dem Parteitag die ganze Zeit da sind. Wenn irgendwelche Änderungen sich ergeben durch Nichtanwesenheit, würden wir Ihnen in Wiesbaden hierzu Ergänzungsvorschläge machen müssen. (*Gradl*: Darf ich dazu kurz fragen, ist Herr Dübel<sup>11</sup> dabei, aus Berlin?) Herr Dübel ist, wenn er nicht dabei ist, wahrscheinlich deswegen nicht dabei, weil er sonst immer dabei war (*Heiterkeit.*) und ein gewisser Wechsel, auch in den Personen, eigentlich wünschenswert wäre. Ich höre, es gibt sogar einen förmlichen Antrag. Ich ergänze gerne die Liste um Herrn Dübel, Herr Gradl. Das ist sicher kein Problem. Herr Lampersbach, Frau Beckmann, Frau Laurien, Herr Mahler, Herr Blüm, Herr Köppler, Herr Seiters, Herr Wohlrabe, Herr Schnur und Herr Barschel und Herr Dübel. Ich rechne mit Ihrer aller Zustimmung. Er ist wirklich ein bewährtes Mitglied dieser Tagungspräsidien.

#### BUNDESTAGSWAHLKAMPF

Meine lieben Freunde, darf ich damit zu dem nächsten und dem eigentlichen Punkt unserer heutigen Beratung kommen, nämlich zur Vorbereitung unseres Bundestagswahlkampfes. Der Generalsekretär und die Bundesgeschäftsstelle haben dem Präsidium und Ihnen seit vielen Monaten immer wieder erklärt, daß wir im Grunde schon seit Februar dieses Jahres mit einer Alarmplanung für den Wahlkampf beginnen mußten, und daß diese Planung vorsah, daß bei aller Ungewißheit über den wirklichen Wahltermin und über den Zeitpunkt einer möglichen vorzeitigen Auflösung des Bundestages die Wahlkampfplanung in werblicher Hinsicht am Tage der Auflösung des Bundestages schubladenfertig vorliegen würde. Dieser Bericht soll Ihnen die Möglichkeit geben zu beurteilen, ob wir damit Wort gehalten haben. Ich meine, daß wir trotz der Schwierigkeiten, die sich in diesen letzten Monaten in besonderer Weise im Unterschied zu früheren Wahlkampf vorbereitungen ergeben haben und ergeben mußten, heute, acht Wochen vor dem Wahltag, in einer Weise vorbereitet sind, die sich mit vergleichbaren Zeitpunkten vor normalen Wahlterminen voll und ganz messen läßt, daß wir in manchen Punkten sogar weiter sind und mehr getan haben.

Zunächst darf ich Sie an unsere Diskussion auf der letzten Sitzung am 21. August erinnern. Wir haben uns damals entschlossen, einen zielgruppenorientierten Wahlkampf zu führen und uns mit unserer Werbung ausdrücklich an die Grenz- und Wechselwähler zu wenden. Wir sind nach einer sorgfältigen Analyse gerade dieser Wählergruppen, insbesondere der schwankenden Wähler zwischen CDU einerseits und SPD und FDP andererseits, zu dem Ergebnis gekommen, daß hier ein politischer, ein informierender, ein argumentierender Wahlkampf die größten Erfolgchancen bringen würde. Ein Wahlkampf, in dem es die Aufgabe der Partei sein muß, in der Basisarbeit,

---

11 Siegfried Dübel (geb. 1924), Diplom-Psychologe; ab 1952 Tätigkeit im Büro „Bonner Berichte“ des gesamtdeutschen Ministeriums, 1987–1991 Vorsitzender der Exil-CDU. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 258 Anm. 103.

in der Arbeit der Kandidaten, im Rednereinsatz, unsere Stammwähler zu aktivieren, und in dem sich die Werbung in besonderer Weise an die unentschlossenen, aber dafür, wie wir ja wissen, um so politischeren und meist um so politischer interessierten Wähler zu wenden hat.

Wir sind zweitens davon ausgegangen, daß wir in diesem Wahlkampf keinerlei Anlaß haben, auch nur irgendein Thema, sei es außen- oder innenpolitischer Natur, von uns aus auszuklammern, aber daß wir sehr wohl zu überlegen haben, welche Themen wir in besonderer Weise von uns aus immer wieder in den Mittelpunkt stellen, und daß dieses die Bereiche einmal der Stabilität bzw. der Inflation, also der wirtschaftlichen, der sozialen Sicherheit und auf der anderen Seite die Frage der inneren Sicherheit zu sein haben. Wir sind von da ausgehend zu dem Ergebnis gekommen, daß wir einen Wahlkampf führen sollten, in dem wir uns bewußt und betont vom dem Wahlkampf der uferlosen Versprechungen, wie wir 1969 von der SPD erlebt haben, absetzen sollten. Daß wir zwar sehr konkret unsere Vorhaben in den einzelnen Bereichen der Vermögenspolitik, der Bildungspolitik, der Verkehrspolitik, in allen anderen Bereichen darstellen sollten, aber daß wir neben und über diese Einzelpläne eine ganz klare Priorität setzen sollten, nämlich die Wiedergewinnung der Stabilität und daß wir den Mut haben sollten, der Bevölkerung zu sagen, daß die Verwirklichung dieser durchaus ganz konkret vorliegenden Einzelpläne abhängt davon, in welchem Maße und in welcher Geschwindigkeit es uns gelingt, den Schutt dieser letzten drei Jahre abzuräumen, unsere Staatsfinanzen wieder in Ordnung zu bringen und einen Plan zur Stabilisierung der Preise einzuleiten und durchzusetzen.

Wir sind schließlich mit einer Diskussion, in der das nicht unumstritten war, zu der Überlegung gekommen, daß unsere größte Chance in diesem Wahlkampf darin liegt, daß wir zu einer möglichst extremen Polarisierung zwischen CDU auf der einen Seite und SPD auf der anderen Seite kommen, daß wir dem Wähler klarmachen, daß es hier um eine Alternative geht und wir in diesem Zusammenhang auf eine Auseinandersetzung mit der FDP, jedenfalls in unserer Werbung, verzichten und sie im Wahlkampf, d. h. in der politischen Aussage, nur so weit vornehmen, wie das von Situation zu Situation unerlässlich ist.

Ich kann Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, daß – nach den sehr gründlichen und sehr eingehenden Beratungen in allen dafür zuständigen Gremien und mit allen dafür sachverständigen Freunden und Kollegen – die Meinungsumfragen der letzten Zeit, die bei unserer letzten Sitzung am 21. August noch nicht bekannt waren, dieses Konzept voll und ganz bestätigen. Um mit dem letzten Punkt zu beginnen: Uns liegt inzwischen durch eine dankenswerte Indiskretion ein Strategiepapier der FDP vor, in dem genau dies seitens der FDP befürchtet wird, was ich Ihnen das letzte Mal empfohlen habe, nämlich, daß sie von uns totgeschwiegen wird. Darin wird die FDP aufgefordert, alles zu tun, um durch Provokationen die CDU zu veranlassen, von dieser Linie abzuweichen und sich eben doch mit der FDP mehr und mehr auseinanderzusetzen und sie dadurch auf den Rang einer zweiten Alternative zu heben, nämlich SPD oder CDU auf der einen Seite und FDP oder CDU auf der anderen Seite. Ich meine, daß dies nur eine Bestätigung unserer eigenen Überlegungen sein kann. Im übrigen

ergibt die Meinungslage nach den Erhebungen in der zweiten Augushälfte folgendes Bild, wobei ich gegenüber den Zahlen, die ich Ihnen nenne, gegenüber den Prozentwerten Zurückhaltung empfehle. Wichtiger sind die Trends, die sich hier abzeichnen, und die Tendenzen auch für die inhaltliche Gestaltung des Wahlkampfes.

Erstens: Parteipräferenzen. In einer uns vorliegenden Untersuchung des Konrad-Adenauer-Instituts bzw. in dessen Auftrag veranstaltet, in der ersten Juni-Hälfte erhoben, ergab sich folgendes Bild: CDU/CSU 42 bis 44 %, SPD 46 bis 48 %, FDP 4 bis 6 %. Das gleiche Institut hat in der zweiten August-Hälfte, Feldarbeit 15. August bis 1. September, ermittelt für die CDU/CSU 43 bis 46 %, für die SPD 39 bis 43 %, für die FDP 6 bis 8 %. Dies bedeutet eine Steigerung der FDP auf Kosten der SPD. Das bedeutet ebenfalls eine Steigerung der CDU auf Kosten der SPD, aber es bedeutet ein wahrscheinliches Patt zwischen CDU/CSU auf der einen Seite und der Koalition auf der anderen Seite, mit einem Trend zugunsten der CDU.

Im gleichen Zeitraum hat Allensbach eine Erhebung für die Bundesregierung gemacht, die für die CDU/CSU 39 %, für die SPD 37 % und für die FDP 5 %, der Rest unentschieden, ergibt. Tendenziell geht das in dieselbe Richtung.

Was erstaunlich ist, ist in der Allensbach-Umfrage die Meinung der Befragten zum erwarteten Wahlergebnis, also nicht ihrer Wahlentscheidung, sondern zu dem, was sie erwarten. Dies ergibt für die CDU/CSU 42 %, für die SPD 24 %, der Rest unentschieden. Nach allen früheren Erfahrungen mit dieser Erhebung steckt in einer solchen Erwartung des Wahlergebnisses durchaus eine Tendenz für die eigene Entscheidung. Dies bestätigt also den nicht abgeschlossenen, nicht ausreichenden, aber für uns positiven Trend. Interessant ist, daß von den erklärten Anhängern der SPD in dieser Umfrage nur 52 % mit einem Wahlerfolg der eigenen Partei rechnen. Dem entspricht auch die Erwartung gegenüber dem nächsten Bundeskanzler: Barzel oder Brandt. Im Juni glaubten 50 %, der nächste Bundeskanzler hieße Brandt, und 19 % er hieße Rainer Barzel. Im August war dieses Verhältnis 36:32, also nur noch mit einem Vorsprung von vier Punkten zugunsten der Erwartung für Herrn Brandt.

Was wichtiger und interessanter ist, weil es Rückschlüsse für unsere Wahlkampfgestaltung zuläßt, ist die Bewertung der politischen Situation und der Aufgaben, die sich daraus ergeben. In einer spontanen Nennung ohne Vorgabe – d.h. ohne einen Themenkatalog, bei dem die Leute selber auswählen können – nannten 57 % die Wiederherstellung der Preisstabilität als wichtigste Aufgabe, 35 % nannten allgemeine wirtschaftliche Probleme, 18 % nannten die Ostpolitik, 13,5 % nannten damals in der zweiten Augushälfte die Rentenreform, und 13 % nannten Bildungsfragen.

Diese Liste wird ergänzt durch einen Katalog nach Vorgabe, und zwar nach einer Vorgabe, der sich aus den Prä-Tests ergeben hat. Auch hier liegt ganz eindeutig an der Spitze die Aufgabe, die Preise stabil halten: 97,7 % sind dafür, und davon halten 78,7 % diese Aufgabe für sehr wichtig. An zweiter Stelle liegt die Aufgabe, die Bürger wirksamer vor Verbrechen zu schützen: 97,3 % sind dafür, Zweidrittel halten diese Aufgabe für sehr wichtig. An dritter Stelle: die Sicherung der Arbeitsplätze, auch hier 97,8 % dafür, aber nur 59,9 % sehr wichtig, während es bei den Preisen 78,7 % waren. An vierter Stelle: gleiche ärztliche Behandlung, Pflege und Unterbringung für alle er-

möglichen. Platz 5: nicht weiter die Steuern erhöhen. Platz 6: die Mieten niedrig halten. Platz 7: die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland erhalten. Platz 8: für eine Regierung sorgen, die entschieden und geschlossen handelt. Platz 9: radikale politische Gruppen entschiedener bekämpfen.

Dies sind die neun Bereiche, die von einem Drittel oder mehr der Gesamtbevölkerung für sehr wichtig gehalten werden. Die andere Möglichkeit war zu sagen, das ist wichtig oder das ist weniger wichtig. Und interessant ist nun, daß von diesen neun Punkten mehr als die Hälfte, nämlich fünf, eher CDU- als SPD-besetzt sind. Das heißt, daß man auf eine zusätzliche Frage, welche Partei ist hier besonders geeignet, hier etwas zu tun, der CDU mehr Zutrauen entgegenbringt als der SPD, nämlich, wie Sie sich denken können, in den Fragen: Die Preise stabil halten, Die Bürger wirksamer vor Verbrechen schützen, Die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland erhalten, Radikale politische Gruppen entschlossen bekämpfen und Für eine Regierung sorgen, die entschieden und geschlossen handelt. In der zweiten Gruppe tauchen die außenpolitisch relevanten Fragen auf. Auf dem nächsten Platz: Die politische Einigung Europas vorantreiben, 86 % sind dafür, aber nur 29,3 % halten dies für sehr wichtig, Durch staatliche Maßnahmen den Bau von preiswerten Eigenheimen fördern, Mehr Kindergärten bauen, Für eine starke politische Führung sorgen, Die DDR anerkennen, Trotz Aussöhnung mit dem Osten westliches Bündnis stark halten, Die beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen aufnehmen und Die Bundesrepublik zum Mittler zwischen Ost und West machen. Um nur die außenpolitisch relevanten Bereiche Ihnen im Vergleich zu den anderen Bereichen vorzuführen: Die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO halten zwar 59 % für richtig, aber von diesen 59 % nur 16 % für sehr wichtig. Ähnlich ist es mit der Bundesrepublik als Mittler zwischen Ost und West, 51 % sind dafür, aber nur 18 dieser 51 %, also nur 9 % der Gesamtbevölkerung, halten dies für sehr wichtig.

Sie sehen also in der Gesamtdiagnose einen starken Vorrang von Fragen, die im weitesten Sinne Stabilität bedeuten, nämlich wirtschaftliche Fragen, Preisstabilität und innere Sicherheit mit einer hohen CDU-Präferenz. Sie sehen in einer zweiten Gruppe sozialpolitische Fragen mit einer ebenso klaren SPD-Präferenz. Bei Fragen wie Die Mieten niedrig halten, Die Arbeitsplätze sichern, taucht hier umgekehrt spiegelbildlich immer die SPD vorne auf, und in einer dritten Gruppe die Fragen der Außenpolitik mit einer wechselnden, aber im wesentlichen überwiegenden SPD-Präferenz. So wenig ich dafür rede und immer dafür geredet habe, daß die Christlich-Demokratische Union ihre Politik an Meinungsumfragen orientieren sollte, so sehr bin ich allerdings der Meinung, daß sie bestraft werden müßte, wenn sie nicht ihren Wahlkampf unter Kenntnis solcher Ergebnisse führte, und d. h., die Schwerpunkte so setzte, wie es erstens den Interessen der Öffentlichkeit entspricht und zweitens ihren eigenen Chancen entspricht, Zutrauen der Bevölkerung für die CDU und gegen die SPD in dieser Frage zu mobilisieren.

Der Unterschied ist etwa bei der Preisstabilität CDU 46 %, die CDU wird sehr viel und viel dafür tun, SPD 34,6 %, bei der Frage Die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland erhalten CDU 46,3 %, SPD 34,4 %, Für eine Regierung sorgen, die entschieden

und geschlossen handelt CDU 47,7 %, SPD 39 %, Radikale politische Gruppen entschieden bekämpfen CDU 46 %, SPD 34 %. Aber umgekehrt: Die Arbeitsplätze sichern CDU 51,5 %, SPD 58,1 %, Die Mieten niedrig halten CDU 18,3 %, SPD 36,8 %. Und leider auch Die politische Einigung Europas vorantreiben CDU 35,1 %, SPD 48,3 %. Bei den anderen außenpolitischen Fragen noch stärker, also etwa Die beiden deutschen Staaten in die UNO aufnehmen CDU 9,1 %, SPD 36,2 %. Umgekehrt, natürlich Trotz Aussöhnung mit dem Osten westliches Bündnis stark halten CDU 45,8 %, SPD 39,8 %.

Zur Eigentumpolitik gibt es in dieser Serie keine Frage, aber Herr Professor Kalfleiter, der hier ist, kann vielleicht zu dieser Frage nachher noch ergänzend etwas sagen. Darf ich Ihnen ein paar andere Zahlen geben, die überwiegend aus der Allensbach-Umfrage der Bundesregierung stammen und die wiederum für die Anlage unseres Wahlkampfes von besonderer Wichtigkeit sind. Erstens: Sind die Staatsfinanzen in Ordnung oder sind sie nicht in Ordnung? Für 15 % sind sie in Ordnung, für 66 % sind sie nicht in Ordnung. Allein für die SPD-Wähler, für 28 % sie sind in Ordnung, für 49 % sie sind nicht in Ordnung. Ist es übertrieben, von Inflation zu reden oder kann man das so nennen? Es ist übertrieben 50 %, es ist nicht übertrieben 40 %. Und zwar wird hier nicht von schleichender, trabender, galoppierender, sondern ganz schlicht und deutlich von Inflation gesprochen. Nur weibliche Befragte: übertrieben 43 %, nicht übertrieben 45 %. Die Regierung hat zu viele Reformen begonnen, aber nicht beendet, für 49 % ist dies ein berechtigter Vorwurf, für 24 % ist dies kein berechtigter Vorwurf. Wie beurteilen Sie die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten ein bis zwei Jahren? 27 % sind eher beruhigt, 54 % eher besorgt. Allein 41 % der potentiellen SPD-Anhänger sehen eher besorgt in die Zukunft.

Dies bedeutet für mich und für unsere Mitarbeiter eine ganz klare Erkenntnis, daß wir noch stärker, als wir es schon bisher vorhatten, immer wieder auf diese Themen eingehen müssen. Ein Wahlkampf ist mindestens in seiner Werbung – wie jede Werbung Penetration – und es hat überhaupt keinen Sinn, daß wir dem Wähler in den nächsten acht Wochen eine Vielfalt von Themen querdurch anbieten, die unterschiedlichen Themen dürfen vielmehr eigentlich immer nur ein neuer Einstieg oder ein neues Vehikel sein, um zu dieser Basisaussage Stabilität gegen Inflation, Ordnung gegen Unsolidität mehr Sicherheit hinzuführen. Ich glaube, daß ich Ihnen das an einigen Beispielen durchaus klarmachen kann.

Kommen wir zurück zu unserer Wahlkampfanlage: Der Wahlkampf hat, wie Sie wissen, in der Werbung zwei wesentliche tragende Säulen, nämlich die Sichtwerbung, die Plakatierung auf der einen Seite und die Insertion auf der anderen Seite. Über die Stillinie der CDU haben wir uns in der letzten Sitzung am 21. August hier unterhalten. Sie hat Zustimmung gefunden. Wir haben deswegen mit den Agenturen auf dieser Linie weitergearbeitet. Was neu ist, ist die Festlegung des Slogans: „Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität“. Diesem Slogan gehen Unterhaltungen durch drei Monate voraus, eine Auswahl von etwa 350 in Frage kommenden Slogans. Ich glaube, ich brauche das nicht diesen ganzen Film vor Ihnen noch einmal abzuspielen. Die Tests, die wir natürlich gemacht haben bei diesem Slogan ebenso wie bei den Bildern, über

die zu sprechen sein wird, haben ganz deutlich ergeben, daß Fortschritt und Stabilität im Mittelpunkt liegen, daß sie allgemeine Zustimmung mobilisieren und daß sie in hervorragender Weise mit der CDU assoziiert werden. Wir meinten, wir könnten nur durch die Kombination von Fortschritt und Stabilität die CDU einerseits als die solide Partei darstellen, ihr aber andererseits die Dynamik geben, die sie gerade für die Grenzwähler, für die Jungwähler, für die Wähler in den Großstädten braucht. Deswegen also das vom Präsidium verabschiedete Ergebnis: „Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität“.

Für die Sichtwerbung hatte ich Ihnen schon in meinem Bericht vor gut vier Wochen gesagt, daß wir auf jegliche unpolitische Idylle verzichten wollten und würden, weil sich in früheren Wahlkämpfen erwiesen hat, daß das nur ablenkt und daß das eher schadet als nützt, daß wir uns also ganz klar beschränken auf die Aussagen, den Slogan und auf die Männer und Frauen, die diese Aussage verwirklichen werden.

Dazu gibt es nun folgende Grundüberlegung: Es ist überhaupt kein Urteil über die Qualität der einzelnen Mitglieder, die Rainer Barzel inzwischen als seine Mannschaft<sup>12</sup> präsentiert hat, wenn man nüchtern zur Kenntnis nimmt, daß es hier einzelne Mitglieder gibt, die im ganzen Bundesgebiet bekannt sind, und andere, die noch nicht so weit bekannt sind. Es ist ebenfalls eine klare Erfahrung der Werbung insgesamt, aber vor allem der politischen Werbung, daß sie nicht in zwei Dekaden, d. h. in 20 Tagen, durch Plakatierung und durch Visualisierung neue Tatbestände bekannt machen können. Sie können nur bekannte Tatbestände ins Bewußtsein heben und aktivieren. Deswegen sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß wir bundesweit nur diejenigen plakativ darstellen können, die bereits bekannt sind, und dieses sind außer unserem Vorsitzenden und Spitzenkandidaten aus seiner Mannschaft drei, nämlich Gerhard Schröder, Hans Katzer und Franz Josef Strauß. Wir haben uns ganz klar in allen Gremien, die sich damit befaßt haben, dazu entschieden, wenn es graphisch möglich wäre, diese Vierergruppe in einem Plakat darzustellen, um nämlich Mannschaft zu symbolisieren, um Mannschaft ins Bild zu bringen und um gleichzeitig durch diese Mannschaftsdarstellung jeden Versuch, einzelne Mitglieder dieser Mannschaft, sei es die CDU und die CSU, sei es ein sogenannter rechter und ein sogenannter linker Flügel, gegeneinander auszuspielen. Wir meinen, daß uns die graphische Lösung dieses Plakats gelungen ist durch ein paar hervorragende Fotos. Die Testergebnisse sind vorzüglich, und sie zeigen ganz genau, was wir wollten, daß nämlich hier zum ersten Mal etwa Franz Josef Strauß nicht als der Rivale, sondern als das Mitglied dieser Mannschaft begriffen und verstanden wird. Und deswegen bin ich der Meinung, daß wir dieses Plakat auch da und gerade da kleben müssen, wo man womöglich auch gewisse Bedenken gegenüber Franz Josef Strauß hat, und zwar, weil wir doch nicht vergessen machen können, daß Strauß eine hervorragende Rolle in dieser Mannschaft spielt. Herr Krakow, es wird gebeten, das etwas höher zu stellen. Vielleicht können Sie es auch einmal herumzeigen.

---

12 Vgl. „Bild“ vom 1. Oktober 1972 „Sie greifen nach der Macht am Rhein“.



Dieses ist selbstverständlich ein Plakat in einer Größe, wie es nicht geklebt wird. Tatsächlich geklebt wird dieses als 18-Bogen-Plakat, d. h. also als Großflächengestaltung auf den Flächen  $3 \text{ m}^2$  auf  $2 \text{ m}^2$ . Auf den Sonderstellen, auf den Ganzstellen und im allgemeinen Plakatanschlag wollen wir Rainer Barzel und seine Mannschaft so ins Bewußtsein bringen, wie sich das aus den regionalen Erfahrungen anbietet, und zwar mit unseren Ministerpräsidenten, mit den Mannschaftsmitgliedern, die in diesem Bereich bereits bekannt sind, also etwa in Schleswig-Holstein mit Herrn Narjes, in Baden-Württemberg mit Herrn Wörner, in Rheinland-Pfalz mit Helmut Kohl und Herrn von Weizsäcker, in Hessen mit Herrn Dregger und mit Herrn Kiep. Dies ist also der regional wechselnde Anschlag auf den allgemeinen Stellen und in der Ganzstellenplakatierung, und daneben geht auf den Sonderstellen, auf den Großflächen, dieses 18-Bogen-Plakat der Mannschaft durch.

Dazu kommt in einer ersten Plakatierungsdekade, vorgezogen während des Parteitages, also in der Zeit etwa vom 2. bis zum 12. Oktober, das Plakat, was Sie dahinter sehen, was Rainer Barzel, die CDU, unser Regierungsprogramm und den Slogan erstmals zum Auftakt des Wahlkampfes breit ins Bewußtsein bringen soll. Dazu kommen durchs ganze Bundesgebiet die Versammlungsankündigungsplakate, die in dieser Form für die Mitglieder der Mannschaft gestaltet sind und wo die Kreisverbände dann hier eindringen können, deswegen der relativ große Raum, den Ort und den Zeitpunkt und den Slogan der Versammlung. Ich bedauere nur, daß ausgerechnet unser Ehrenvorsitzender hier im Kleinformat dargestellt wird. Er gehört absolut in diese Reihe, und das ist hier also offenbar ein technisches Versehen. Es gibt natürlich von diesen Plakaten dieses Format und vice versa. Dies ist die Plakatierung. Die gleichen Plakate der Mannschaftsmitglieder für den regionalen Anschlag sind nicht quer orientiert, sondern sind senkrecht orientiert und haben dann den entsprechenden Slogan.

Zweiter Bereich: Insertion. Wir haben uns in der Insertion bisher vollkommen zurückgehalten im Unterschied zur SPD. Darf ich eine Sekunde um Aufmerksamkeit von Herrn Katzer bitten, weil das an ein Gespräch im Präsidium anschließt. Im Unterschied zur SPD, die bereits bis zum heutigen Tage für Insertion etwa eine Mio. DM ausgegeben hat, haben wir uns beschränkt auf eine einzige Anzeige im Juli im Anschluß an den Rücktritt von Schiller. Wir sind jetzt in einer besonderen Aktion aus Anlaß der Auflösung des Bundestages mit einer Anzeige herausgekommen<sup>13</sup>, die Sie gesehen haben, und wir werden in den nächsten Tagen mit einer zweiten Anzeige herauskommen, die unsere Leistung bei der Verabschiedung der Rentenreform<sup>14</sup> noch einmal ins Bewußtsein bringen soll, um zugleich in den Angriff auf die SPD die positive Selbstdarstellung der CDU hineinzunehmen. Diese beiden Anzeigen sind gleichzeitig 50 Mal pro Kreisverband als Plakat an unsere einzelnen Kreisverbände gegangen, und zwar so, daß sie in den Kreisverbänden vorlagen an dem Morgen, wo die Anzeige in der Zeitung stand, und sie sind gleichzeitig als Flugblatt in 1.000 Exempla-

---

13 „Die SPD ist gescheitert. Jetzt hat der Wähler das Wort“ vom 23. September 1972. Auflistung weiterer Insertionen in ACDP Dokumentation 17/06 Werbung/Insertionen CDU.

14 Zur Beratung des Rentenreformgesetzes vgl. Nr. 26 Anm. 15.

ren pro Kreisverband herausgegangen. Die Kreisverbände sind aufgefordert, weitere Exemplare kostenlos bei uns zu bestellen zur weiteren Verteilung. Wir werden das natürlich nicht in Zukunft bei jeder Anzeige machen können. Es schien uns dies aber für den Auftakt des Wahlkampfes, für die Mobilisierung unserer eigenen Freunde draußen, eine wichtige Sache zu sein klarzumachen: Hier geht es nicht nur um eine Anzeige; hier geht es um eine Aktion, um eine Aktion zur Auflösung des Bundestages, um eine Aktion für die Rentner.

Die nächste Anzeige ist planmäßig vorgesehen zum Bundesparteitag, zur Unterstützung dieses Plakats, zur Penetration unseres Regierungsprogramms, wobei in der Anzeige natürlich stärker auf dieses Regierungsprogramm abgehoben werden kann. Es beginnt dann mit dem Bundesparteitag die allgemeine Insertionskampagne, zunächst mit zwei und nachher mit drei Zweidrittel-Anzeigen je Woche. Für diese Anzeigen gibt es zwei Entwürfe, die fast abgeschlossen sind, zum Thema Inflation und zum Thema Vermögensbildung, die wir hier durchaus nachher diskutieren können.

Weitere Anzeigen müssen sich aus dem Programm ergeben, das wir auf dem Bundesparteitag zu verabschieden haben. Es wäre eine völlige Verkennung des Wahlkampfes, wenn wir etwa glaubten, wir könnten diese Anzeigen jetzt druckfertig machen. Dennoch werden wir bis zum Parteitag für alle Anzeigen, die nach unserem Etat möglich sind, einen Vorentwurf in der Schublade haben, obwohl wir wissen, daß wir wahrscheinlich bei jeder Anzeige an dem letzten Tag, wo noch etwas zu ändern ist, zu überlegen haben, ob sie in die allgemeine Richtung hineinpassen. Für die Illustrierten ist bei der langfristigen Belegung, die dort nötig ist, eine Insertion lediglich in den letzten drei Ausgaben vor dem Wahltag jeweils mit einer Seite vorgesehen und möglich.

Für die Fernsehgestaltung halten wir uns wiederum daran, daß dies ein politischer und ein informierender Wahlkampf sein soll. Wir haben dafür einen Mann gefunden, der uns schon bei vielen Wahlkämpfen hier sehr wichtige und gute Hilfe geleistet hat, Herrn Knoop<sup>15</sup>, und haben ihn gekoppelt mit Herrn von Zahn<sup>16</sup>. Ich glaube, daß dies eine erstklassige politische Besetzung ist mit einer breiten Erfahrung gerade auf diesem Gebiet. Wir sind mit diesen Herren zu dem Ergebnis gekommen, daß wir auf alle Maschen verzichten sollten, daß wir auf alle Verfremdung, auf alle gespielten Filme verzichten sollten. Die ersten Tests, die wir dazu gemacht haben, haben das voll und ganz bestätigt. Wir wollen in die erste Sendung mit einem Wahlauf Ruf von Herrn Barzel selbst hereingehen, und wir werden während des Parteitages Gelegenheit haben, mit der Mannschaft die nötigen Aufnahmen zu machen, um dann ein politisches Angebot, wie das die Formel dieses Wahlkampfes ist von Rainer Barzel und seiner Mannschaft, auch im Fernsehen zu präsentieren.

---

15 Walter Knoop (geb. 1920), Filmproduzent aus Hamburg.

16 Dr. Peter von Zahn (1913–2001), Journalist; 1931–1939 Studium der Rechtswissenschaften, Geschichte und Zeitungswissenschaften; ab 1945 Tätigkeit beim NWDR, 1951–1960 Auslandskorrespondent in den USA, ab 1960 Tätigkeit als Produzent und Gründung der Windrose Film- und Fernsehproduktion, 1972 CDU. Memoiren: Stimme der ersten Stunde. Erinnerungen 1913–1951. Stuttgart 1991.

Meine Bitte an alle Beteiligten, vor allem natürlich an unseren Vorsitzenden, ist, daß wir die Chance nutzen, die hier gegeben ist, aktuell zu sein. Die Aufnahmen, die wir bisher mit Herrn Barzel gemacht haben, haben uns und den Sachverständigen gezeigt, daß das absolut möglich, daß das sogar nach unserer Meinung das wirksamste ist. Das bedeutet aber eben relativ weniger Konservenproduktion und relativ mehr aktuelle Produktion zu den jeweiligen politischen Themen, die vorliegen. Ähnliches gilt für den Rundfunk.

Um das Bild abzurunden: Wir bereiten die Ausgabe von drei Wahlkampfzeitungen im Boulevardblattformat vor, ähnlich wie die Wahlzeitung – ich glaube, sie hieß damals „Extra“ – die es im Wahlkampf 1969 gab.<sup>17</sup> Die Kandidatenpakete, die unseren Wahlkreiskandidaten die nötigen Unterlagen für ihre Arbeit anbieten, sind in der vorigen Woche herausgegangen. Der Wahlkampfdienst, mit dem unsere Kandidaten und unsere Kreisverbände noch, glaube ich, zweitäglich, jetzt bereits täglich unterrichtet werden, läuft ebenfalls seit der vergangenen Woche. Hier können wir uns aktuell mit der Argumentation des Gegners auseinandersetzen. Hier können wir unsere eigenen Anzeigen ankündigen. Hier können wir eigene Sprachregelungen verbreiten. Was weiterhin in der Vorbereitung ist – allerdings muß ich hier sagen, immer noch mit großen Schwierigkeiten – ist der Rednereinsatz. Wir müssen erstens uns umstellen von dem ursprünglich geplanten Termin 3. Dezember auf den 19. November, und wir müssen zweitens davon ausgehen, daß wir praktisch mit dem Parteitag anzufangen haben.

Ein weiterer Punkt ist die Frage der Wählerinitiativen. Uns stehen eine Reihe von Namen und von guten Namen zur Verfügung aus den einzelnen Bereichen der Gesellschaft, etwa aus dem Bereich der Wissenschaft, etwa aus dem Bereich des Sports bis hinein in den Bereich der leichten Muse. Wir haben außerdem uns bemüht um ehemalige SPD- und ehemalige FDP-Wähler und Politiker. Ich bin gerne bereit, darüber nachher Einzelheiten zu sagen. Ich würde allerdings bisher empfehlen, daß wir diese Namen in petto halten, aber daß wir von uns aus nicht in eine Testimonial-Kampagne hereingehen. Ich bitte Sie, daran zu denken, daß die SPD das 1969 als eine Vorwahlkampagne gemacht hat, in der Zeit damals vom Februar bis zum Juli. Ich erinnere Sie daran, daß wir uns damals eingelassen haben, gegen diese Kampagne zu wirken mit „wie schlecht muß eine Partei sein, wenn sie nicht selbst überzeugen kann“. Die aufmerksamen Zeitungsleser haben vielleicht gesehen, daß ein sehr wirkungsvoller Fang eines bekannten Fußballstars für die Kommunalwahl in Niedersachsen, des Herrn Höttges<sup>18</sup>, schon auf höchst kritische Glossen und Kommentare gestoßen ist, was gar nichts ändert an dem Einsatz dieses Mannes dort oben, aber dies ist die allgemeine Stimmung. Mein Auftrag ist bisher gewesen und bleibt bis zum Parteitag weiter, daß wir alle erreichbaren Namen und Personen sammeln, daß wir sie bereithalten, aber

---

17 „Extra ’69 Informationen der CDU“. Laut Auflistung über die Wahlkampfdruckschriften der CDU 1969 sind drei Nummern dieser Wahlzeitung (Mai, Juli und August) erschienen (ACDP Dokumentation 17/05).

18 Horst-Dieter Höttges (geb. 1943), 1964–1978 Fußballspieler beim SV Werder Bremen, Mitglied der Nationalmannschaft.

daß wir uns sehr überlegen, ob wir mit einer solchen Testimonial-Kampagne anfangen.<sup>19</sup>

Letzter Punkt: Mit den einzelnen Vereinigungen sind Sonderaktionen abgesprochen und abgestimmt, über die ich sicher nur zu berichten brauche, wenn Sie das im einzelnen wünschen. Schließlich: Dieser Wahlkampf besteht zu einem gewissen Teil, den man nie unterschätzen soll, aus Werbung. Aber dieser Wahlkampf besteht natürlich ganz überwiegend aus Politik. Wir haben uns deswegen die Frage vorgelegt: Was können wir tun, um auch politisch in diesem Wahlkampf aktuell zu sein und die nötigen Themen von uns aus hereinzubringen? Dazu dient der Rednereinsatz der Führungsgruppe und des Spitzenkandidaten. Aber dieser Rednereinsatz sollte so weit wie irgend möglich multipliziert werden.

Deswegen zwei Vorschläge: Da der Vorsitzende auf dem Parteitag in Wiesbaden ohnehin nicht das gesamte Regierungsprogramm in allen Details vortragen kann, sollten wir uns überlegen, ob Einzelheiten bestimmter, sehr konkreter Pläne, die nicht in der Rede von Herrn Barzel im einzelnen ausgeführt werden können, in einer zeitlichen Abstufung hinterher jeweils auf Pressekonferenzen noch ausgebaut werden, um hier neue Anstöße zu geben, indem eben Herr Katzer eine Pressekonferenz eine Woche nach dem Parteitag über den Vermögensplan macht, oder Herr Narjes eine Pressekonferenz über den Stabilitätsplan, oder andere über andere Pläne. Zweitens möchte ich, dessen Rednereinsatz ohnehin auf die umliegenden Gebiete von Bonn beschränkt sein muß, in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz – weil ich glaube, daß Sie mit mir übereinstimmen, daß der Generalsekretär tagsüber hier sein sollte –, versuchen etwas aufzunehmen, was es bisher bei uns nie gegeben hat, was in England selbstverständlich ist, nämlich im Wahlkampf jeden Tag hier im Hause um 12.00 Uhr für die Presse zur Verfügung zu stehen, um sie zu füttern mit Nachrichten über den Ablauf des Wahlkampfes. Dieses kann nur optimal ausgenutzt werden, wenn Sie alle, die Sie hier sitzen, sich mit zur Verfügung stellen – und ich rechne hier ein bißchen auch auf die Unterstützung unseres bewährten Freundes Eduard Ackermann –, daß Sie uns hier am Morgen sagen in zwei Sätzen, was Sie am Abend zu sagen beabsichtigen, damit wir von hier aus Meldungen verbreiten können, z. B. Herr Dr. Barzel wird heute abend in Schleswig-Holstein dieses sagen, Herr Schröder wird heute abend in Hessen dieses sagen, Herr Stoltenberg wird heute abend in Württemberg jenes sagen. Ich glaube, daß das eine sehr viel breitere Wirkung unserer politischen Thesen auch im redaktionellen Teil der Zeitungen erbringen würde, als wenn wir uns nur auf die Reden, die Anwesenheit der örtlichen Presse, und vielleicht in Ihrem Falle das Mitnehmen von Journalisten beschränken.

Soviel zu einem Überblick über das, was fertig ist und über das, wo wir, ich leugne das nicht, noch an der Arbeit sind. Ich meine, daß wir nach dem Stand der Vorbereitungen mit Zuversicht in diese nächsten acht Wochen hineingehen können. (*Beifall.*)

*Barzel:* Ich danke Herrn Kraske für den Bericht und auch ihm und allen Beteiligten für die Arbeit, die daraus spricht. Ich stelle beide Berichte zur Diskussion.

---

19 Zu den Testimonials vgl. UiD Nr. 43 vom 8. November 1972 S. 7–10.

*Amrehn:* Dürfen wir noch erfahren, ob zum Parteitag, wie in der letzten Sitzung angekündigt, am Vorabend oder Vornachmittag eine Vorstandssitzung einberufen wird? (*Kraske:* Präsidium 12.30 Uhr am Sonntag, Bundesvorstand 15.00 Uhr am Sonntag. Abends frei für Treffen in Landesverbänden oder in Kreisen.) Es war die Rede davon, Herr Kraske, daß wir Arbeitskreisveranstaltungen hätten. Das war wahrscheinlich nur ein Lapsus? Sie meinen Arbeitsgebietdiskussionen im Zusammenhang mit ... (*Kraske:* Bereiche. Es gibt nur Plenum. Ich habe nur erinnert an die Überlegung im August, als wir auch Arbeitskreise für möglich hielten, das ist entschieden. Es gibt nur Plenum, aber dafür entsprechend kürzere Zeiten.) Gibt es dann einen Unterschied in der Sache zwischen der allgemeinen Aussprache, die nach dem Referat Weizsäcker vorgesehen ist, und den Diskussionen, die nach den anderen Reden stattfinden? Ist in den Diskussionen bereits die Steuerung mit enthalten, von der Sie hier gesprochen haben, oder heißt allgemeine Aussprache, daß da über jedes Gebiet geredet werden könnte?

*Kraske:* Die allgemeine Aussprache ist allgemein, weil sie das Thema, die Eröffnungsrede des Vorsitzenden, meinen Bericht und den Bericht von Herrn von Weizsäcker einschließen muß, in denen es ja in allen dreien letzten Endes um die Partei geht. Deswegen meinten wir, wir könnten das in einer Aussprache zusammenfassen. Ideal ist das nicht, aber es bleibt uns keine andere Möglichkeit, sonst kommen wir überhaupt nicht durch mit dem Programm.

*Amrehn:* Viertens: Sie sagten selbst, der Parteitag sei nun eigentlich die Wahlkampföffnung, die ja ursprünglich etwas früher gedacht war. Die Sonderveranstaltung am 29. Oktober dürfte damit wohl entfallen. Davon war nämlich heute keine Rede im Referat von Herrn Kraske, und es müßte uns noch zusätzlich gesagt werden: Für welche Zeiten wir denn nun unsere Termine zusätzlich bereithalten müssen für die Verplanung durch die Bundesgeschäftsstelle. Ich sage das aus einem sehr praktischen Grunde. Eine Reihe von Kollegen wünscht außerhalb der Termine, die uns von der Bundesgeschäftsstelle gegeben werden, den Einsatz in ihrem jeweiligen Wahlkreis. Ich bin bereit, also da und dort zusätzlich noch zu sprechen, aber wir müssen jetzt Termine liefern und können es nicht, wenn uns nicht gesagt wird, von dann an beschlagnahmt uns die Bundesgeschäftsstelle. Das war nämlich bisher nur vom 29. Oktober an. Und damit ich nicht immer wieder neu das Wort ergreifen muß, möchte ich die anderen Punkte mit anschließen. Ich finde es sehr dankenswert und überaus nützlich, daß wir jetzt bereits diese Wahlkampfinformation jeden Tag auf gelbem Papier bekommen. Ich möchte dazu nur anregen, daß vermieden werden sollte, uns zu viel Text zu liefern, sondern den Text möglichst noch abzukürzen und in Stichworte zu kleiden. Und ein ganz praktischer Hinweis: Ich würde bei der Rentenreform, die wir verabschiedet haben, nicht unten anfangen und auf einer neuen Seite weiter beginnen lassen, sondern auf eine Seite drucken, die ich rausreiße und in mein Redematerial hineinlege. Ich bitte also, auf solche praktischen Folgeerscheinungen, die Informationen ja haben sollten, mit Rücksicht zu nehmen.

Schließlich wollte ich daran erinnern, daß uns der Herr Vorsitzende über das Regierungsprogramm noch etwas mehr sagen wollte. Und schließlich ein Punkt aus dem,

was er selbst vorgetragen hat: Ich würde ganz gerne hören, in welcher Weise, nicht nur massiv, sondern in welchem Raum der Bundeskanzler dafür angenommen werden soll, daß er seinen Korruptionsvorwurf erhoben hat. Ich muß sagen, das ist so eine schlimme Geschichte im „Spiegel“-Interview<sup>20</sup>, daß der Weg auch gesucht werden muß, wie man ihn stellt, und jeden Tag, entweder bis zur Zurücknahme oder bis zur Nennung von Namen dazu zwingt, Stellung zu beziehen. Von Thadden<sup>21</sup> und ich haben uns überlegt, ob die in Betracht kommenden Kollegen nicht notfalls kollektiv einen rechtlichen Schritt unternehmen, wenn er sich anders nicht stellt. Ich glaube, das ist eine so schwerwiegende Geschichte, daß sie im Wahlkampf eine besondere Rolle spielen kann im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit seiner Person.

*Barzel:* Die meisten Fragen wird der Kollege Kraske beantworten. Darf ich zum letzteren sagen, ohne das zu wiederholen, was ich in meinem Eingangsbericht dartat: Die Frage, ob die Kollegen, die zu uns gekommen sind, veranlaßt werden sollten, einen besonderen Schritt zu ergreifen, haben wir heute morgen erörtert. Wir sind übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen, dazu nicht zu raten. Denn der Vorwurf richtet sich gegen die CDU, und wenn wir nun die Kollegen, die neu zu uns gekommen sind, allein lassen – wenn ich mir praktisch vorstelle, ich würde jetzt einen meiner Mitarbeiter beauftragen, Herrn Kollegen X anzurufen und zu sagen „Wir wollen da was machen. Bei Ihnen ist doch nichts, nicht?“ –, ist das völlig unzumutbar. Das heißt, diesen Kampf müssen wir solidarisch führen, und es werden ja noch viel größere Beschimpfungen kommen. Wir müssen natürlich dafür sorgen, daß der Kanzler gezwungen wird, hier den Wahrheitsbeweis anzutreten. Sonst ist er eben ein Verleumder, wie wir dies hier eingangs gesagt haben. Da muß ganz hart gespielt werden. Da sind wir, glaube ich, einig. Ich habe mich inzwischen auch mit der CSU abgestimmt. Unsere Linie findet da Zustimmung, die sind absolut einverstanden. Es gibt eben noch die Anregung, zu sagen, Herr Brandt bediene sich der Untergrundmethoden. Er gefährde damit den inneren Frieden usw. Also, die Linie stimmt in dieser Frage. Vielleicht zu der anderen Frage jetzt gleich oder?

*Kraske:* Jawohl. Erstens, Herr Amrehn, die Anregung, was den Wahlkampfdienst angeht, nehmen wir gerne auf. Insbesondere diese eine Frage, daß man Themen möglichst nicht überlaufend behandelt, was sicher ganz klar ist, nur bei schneller Redaktion manchmal schwer zu vermeiden. Daß zu viel drin steht, ist natürlich eine schwierige Sache, denn unsere Leute wollen zu vielen Dingen schnelle Informationen haben. Die Interessen sind hier unterschiedlich. Da würde ich also doch sagen, das sollten unsere Wahlkämpfer am Morgen, wenn sie es auf den Tisch legen, lesen können, das

---

20 Zum Interview vgl. Anm. 5. Vgl. auch „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 26. September 1972 „Wirbel um das Brandt-Zitat“; „Die Welt“ vom 26. September 1972 „Bundeskanzler kann Vorwurf der Korruption nicht belegen“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 26. September 1972 „Barzel will Fernsehdialog mit Brandt“. – Am 4. Oktober 1972 stellte der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Schulz Strafanzeige gegen Brandt und andere. Das Ermittlungsverfahren wurde am 1. November 1972 eingestellt.

21 Franz-Lorenz von Thadden (1924–1979), Journalist; 1969–1972 MdB (CDU).

sind pro Tag drei Seiten oder so was. Da würde ich also nach den bisherigen Erfahrungen nicht gut sehen können, wo wir es kürzer fassen sollen.

Wahlkampföffnung: Es ist richtig, daß wir mit dem Termin 29. Oktober jetzt in eine gewisse Schwierigkeit kommen. Wir haben während unserer Berliner Tagung eine erste große Kundgebung mit Herrn Barzel, Herrn Schröder, Herrn Katzer und Herrn Strauß.<sup>22</sup> Wir haben dann am 9. bis 11. Oktober den Bundesparteitag, und jeder weiß, daß der Wahlkampf, wenn er nicht bis dahin im vollen Gang ist, spätestens dann anfängt. Deswegen haben auch meine Mitarbeiter die Frage gestellt, wie wir das mit der Großkundgebung am 29. Oktober in der Westfalenhalle machen sollen. Eine Wahlkampföffnung kann sie sicher nicht sein, denn das dient nach manchen Erfahrungen unserer Freunde, die nicht ganz so fleißig sind, als Argument dafür, daß sie ja bis zum 29. Oktober noch nicht reden dürften, weil ja dann erst der Wahlkampf beginnt. Ich kenne das alles aus früheren Wahlkämpfen. Aber eine monumentale Kundgebung in der Westfalenhalle<sup>23</sup> haben wir bisher immer gemacht, und das ist natürlich ein bißchen auch eine Prestigefrage, gerade für das Revier. Herr Vorsitzender, ich würde empfehlen, daß wir von dem Begriff „Eröffnung“ in jedem Falle abkommen und daß wir die Frage „Großkundgebung“ machen, auch mit unserem finanziellen Engagement, wenn uns Herr Köppler und Herr Windelen, die sie als Landesvorsitzende mit ihren Verbänden vor allem beschicken und sichern müssen, sagen, daß sie das können und daß sie das tun werden. Dies ist mein Votum zu der Frage „Rednereinsatz“. Herr Hennig und Herr Meyer als die unmittelbar Beteiligten sollten sich bitte äußern, ab wann die Bundesredner für den zentralen Einsatz zur Verfügung stehen müssen.

*Barzel:* Vielleicht machen wir das im Zusammenhang nachher mit anderen Fragen.

*Dregger:* Eine Anregung an Herrn Krasko: Er hat in seinem interessanten Bericht eine Fülle von Tatsachen mitgeteilt, die weder zu merken noch mitzuschreiben waren. Wenn wir das schriftlich bekämen, wäre das sachdienlich. Vielleicht läßt dies die Geheimhaltung zu. Wenn wir das vorher bekämen, dann könnten wir das sogar für die Diskussion verwerten und wir würden mehr Zeit für die Beratung haben.<sup>24</sup>

Aber zur Sache: Ich halte den Wahlslogan für gut, obwohl er relativ lang ist. Weil er das ausdrückt, was wir inhaltlich sagen wollen. Zu den Plakaten: Die einzelnen Plakate sind hervorragend, insbesondere das sprechende von Herrn Katzer. Das Viererplakat ist problematisch. Wir haben ja in Hessen auch ein Mannschaftsplakat gebracht. Dabei kam es weniger darauf an, die Charakterköpfe zu präsentieren. Wir wollten unseren kurzen Slogan „Wir kommen“ durch eine Keilformation, die Unaufhaltsamkeit andeu-

---

22 Zur Wahlkampfkundgebung der CDU in der Berliner Hasenheide vgl. „Der Tagesspiegel“ vom 3. Oktober 1972 „Die Wahlkundgebung in Berlin“; FAZ vom 4. Oktober 1972 „Immer diese zweifelnden Fragen – glaub ihm doch!“.

23 Zum zentralen Wahlkampfauftakt in Dortmund vgl. „Frankfurter Neue Presse“ vom 30. Oktober 1972 „Edelhagen und 23000 CDU-Anhänger schlugen Barzel den Takt“; „General-Anzeiger Bonn“ vom 30. Oktober 1972 „CDU/CSU warnt vor sozialistischen Utopien“. Protokoll der Veranstaltung in ACDP Dokumentation 2/201.

24 Transkript der Ausführungen Kraskes, die allerdings nicht in allen Teilen dem Vortrag entsprechen, in ACDP 07–001–926.

tete, ins Bild setzen. Die Frage ist, ob diese vier Herren nicht doch auf Einzelplakaten überall häufig geklebt werden könnten, um den gleichen Effekt zu erreichen, wobei ich zugebe, daß ja die Gemeinsamkeit betont werden soll. Aber das könnte sich auch in den inhaltlichen Aussagen dieser vier Kollegen ausdrücken und nicht notwendigerweise im Bild. Zu den Plakaten noch eine Anregung: Ich würde die akademischen Titel allgemein weglassen. Ludwig Erhard ist so viel wert, das kann durch Professor und Doktor nicht mehr gesteigert werden. Oder sind die schon gedruckt? (*Zwischenruf*: Ist schon gedruckt). Ja, dann ist es natürlich zu spät. (*Kraske*: Also den Professor würde ich gerade bei Herrn Erhard bestimmt nicht weglassen. Über die Doktoren kann man viel reden, aber den Professor Erhard, das muß da drin stehen.) Aber den Dokortitel sollte man vielleicht wegnehmen.

Dann noch zur Frage der Penetration der Hauptthemen, von der Sie gesprochen haben, Herr Kraske. Aus Ihrem Bericht ging hervor, daß die innere Sicherheit nach wie vor das zweitinteressanteste Thema ist. Ich bin etwas überrascht, daß es in der Thematik des Parteitages nicht erscheint. Es läßt sich dort auch nicht unterbringen in diesen drei Hauptthemen, denn es hat weder etwas mit Außenpolitik zu tun noch mit Reformpolitik noch mit marktwirtschaftlicher Stabilität. „Stabilität durch Soziale Marktwirtschaft“ heißt das Thema, nicht wahr? Das paßt also nicht ganz rein. Wir haben das in der letzten Vorstandssitzung anders besprochen, und vielleicht gibt es Gründe, die ich nicht kenne, die zu dieser Änderung beigetragen haben.

*Barzel*: Darf ich zu diesen beiden Fragen etwas sagen? Erstens ist der Präsident des Parteitages der Ihnen wohlbekannte hessische Landesvorsitzende Alfred Dregger, und wir hatten eigentlich gedacht, daß der den Parteitag nicht nur eröffnet und sagt „Nun sind wir alle da und freuen uns sehr, daß wir da sind und nun gebe ich Euch das Wort“, sondern daß er zehn Minuten bereits dieses Thema anreißt. Und es kommt wieder vor die ganze Zeit. Dienstag kann man das dann konkretisieren, und es kommt vor bis zum Mittwoch als ein durchlaufender roter Faden. Dies war bei uns so geplant worden. Offensichtlich hat Sie das noch nicht ganz erreicht. So war unsere Vorstellung.

Was dieses Viererplakat betrifft, so haben wir natürlich darüber lange nachgedacht. Wir kennen die Keilformation von Hessen, wir kennen die von Bremen, wir kennen die Bilder von Nordrhein-Westfalen und von anderen bereits. Das alles war nicht so schrecklich schwer. Wir haben uns eigentlich erst entschlossen, so etwas zu machen, nachdem völlig klar war, daß Brandt das nicht machen kann, denn der hat keinen, mit dem er sich mehr fotografieren lassen kann außer dem Schmidt. Alle anderen sind ja weg. Das ist ja einer der großen Erfolge. (*Unruhe*.) Das zweite: Wir haben die Notwendigkeit gespürt, dem entgegenzutreten, was also, ich glaube Herr Schröder in Bochum auch die Buhmannsgeschichte nennt. (*Schröder*: Tabuisierung habe ich gesagt!) Tabuisierung, wunderbares Wort. Wortschöpferisch. Und indem wir da alle zusammen auftreten, wird das natürlich doch ein bißchen abgefangen. Herr Kraske hat eine Menge dazu gesagt. Die Techniker sind irrsinnig stolz, daß das überhaupt gelungen ist. Ja, das ist wahnsinnig schwierig, so etwas zu machen. Die Sache wirkt natürlich jetzt etwas



anders als die anderen Dinge, weil es, glaube ich, Hochglanz ist (*Kraske*: Ja!) und in Matt sicherlich anders wirkt.

Es gibt natürlich dann Überlegung: „Warum die vier? Warum nicht der fünfte und der sechste?“ Aber ich brauche das nicht darzutun, weil solche Sitzungen natürlich doch begrenzte völlige Diskretion haben. Es wird sich jeder vorstellen können, was im Hinblick auf die vergangene politische Diskussion, auf die aktuelle Diskussion, ein solches Bild mit diesen vier Männern bedeutet. Ich kann Ihnen nur sagen, auf den Parteitag, auf denen ich gesagt habe „Wir vier, und wir kommen auch, und wir treten auch zusammen auf“, gab es ganz großen Jubel. Ob das technisch optimal gelöst ist, weiß keiner. Die Techniker sagen, sie sind verwundert, daß das gelungen ist. Also, ich würde aus politischen Gründen um dieses Foto kämpfen, (*Zwischenruf*: Direkt dazu!) und, damit das hier völlig klar ist: Ich meine, ich weiß ja, wie die Sitzung in acht Wochen hier aussieht, je nachdem, wie das ausgegangen ist – nicht etwa, weil ich Angst habe, mich allein mit dem Kopf zu zeigen –, sondern, weil es unser Wunsch ist, deutlich zu machen, hier gibt es eine Mannschaft. Deshalb heißt auch unser Slogan, das ist ein Wort, „Wir bauen“, das alles stimmt ja psychologisch. Die CDU ist ein „Wir“, sie ist nicht ein sendungsbewußter, fanatischer, wild um sich schlagender, kurz vor dem Überschnappen stehender Haufen. Das ist ein „Wir“, ich brauche das nicht näher zu formulieren.

*Kiep*: Ich wollte nur die Ausführungen von Herrn Kraske noch um einen Punkt ergänzen und Ihnen eine Information geben, die Sie vielleicht interessieren wird im Zusammenhang mit dem hier Vorgeführten. Herr Kraske, Herr Hennig und ich haben in der vergangenen Woche vor einem Kreis von engagierten und in der Sache besonders erfahrenen Leuten, nämlich den Marketing-Chefs einer Reihe von großen Markenartikelherstellern, einmal unsere Konzeption und auch die einzelnen Werbemittel vorgeführt. Da waren solche Branchen vertreten wie der Hersteller eines sehr alten Weinbrands und einem bekannten Nahrungsmittel usw. Die ganze Palette war vertreten. Wir haben einen ganzen Vormittag diskutiert von 9.00 Uhr bis 2.00 Uhr nachmittags, und ich darf Ihnen sagen, das Fazit, was diese Leute aus der Präsentation, die wir ihnen gemacht haben, gezogen haben, war Zustimmung. Zustimmung gepaart mit Überraschung und Erstaunen, daß solche Amateure, die wir ja doch in den Augen dieser Leute eben sind, eine solche Kampagne in dieser relativ kurzen Zeit vorbereitet haben. Die fanden die Aussage gut. Die fanden die Prioritäten richtig. Und auch die Gestaltung fand ihren vollen Beifall. Das ist vielleicht wichtig zu wissen als Randbemerkung für unseren Wahlkampf.

*Stoltenberg*: Ich möchte drei Bemerkungen machen: Ich möchte meinen Eindruck wiedergeben, daß die Schwerpunkte in der Thematik absolut richtig gewählt sind. Das Thema „Innere Sicherheit“ wird ja eine Rolle spielen, unabhängig von der Frage, wie es jetzt beim Parteitag thematisch in das Programm eingegliedert ist. Alles, was wir bis jetzt hören, was bei Diskussionen mit Kandidaten, mit Kreisvorsitzenden und Wählergruppen sichtbar wird, unterstreicht diese Erkenntnis. Die Anlage des Wahlkampfes ist von den Schwerpunkten her offensichtlich richtig und auch nicht mehr wesentlich zu korrigieren.

Die zweite Bemerkung, und hier gibt es, glaube ich, ein Problem, ist folgendes: Herr Kollege Barzel, wir hatten nicht Gelegenheit, es im Gremium anzuschneiden. Ich möchte es deswegen hier im Vorstand sagen, es wird natürlich in Verbindung mit der Vierergruppe – bei der die Reaktion auf dieses Plakat auch bei einer Vorstandssitzung der CDU und einer Diskussion mit dem Bundesgeschäftsführer Sonnabend im größeren Kreis verhalten war, um das hier kurz zu sagen – und dem Plakat natürlich die Frage aufgeworfen erneut, wer gehört eigentlich zur Mannschaft? In der Vergangenheit haben Sie und haben wir von zwei Mannschaften gesprochen. Einer sogenannten Kernmannschaft, das waren etwa elf oder zwölf, der Führungsmannschaft, die Sie in Abstimmung mit vielen und sorgfältiger Vorauswahl in der Personalentscheidung, die, ich glaube, ganz überwiegend begrüßt wurde, komplettiert haben jetzt bis zu dem Kollegen Bewerunge<sup>25</sup> hin als dem Mann für das Landwirtschaftsministerium. Da weiß man ungefähr jetzt gleich, wenn nicht ganz genau in der Abgrenzung, wer zu dieser Kernmannschaft gehört. Dann ist der Begriff der erweiterten Mannschaft, Präsidium, Elferrat der Fraktion und Führung der CSU, in der Vergangenheit gelegentlich gefallen, und nun taucht der Begriff wieder auf einer noch engeren Kernmannschaft von Vieren. Wir sind also jetzt in der Situation, daß wir von drei verschiedenen Ebenen sprechen, wenn wir über die Mannschaft reden. Und dies bedarf, wenn ich das sagen darf, aus der Diskussion in der Partei, in unseren Parteigremien, jetzt einer gewissen Präzisierung im Zusammenhang mit einer Entscheidung, noch einmal eine Vierergruppe gegenüber der Elfergruppe herauszustellen, aus Gründen, die ich absolut nachvollziehen kann und die ich selbstverständlich gegenüber jedem anderen außerhalb dieses Kreises mitvertrete. Man muß das, glaube ich, hier sehen, weil wir ja nun überall diese Debatte führen sollen. Die Entscheidung, auf die vier zweifellos besonders bekannten und profilierten Politiker herauszukommen, bedarf noch einmal in dieser Sonderpräsentation aus werblichen und auch aus politischen Gründen der Definition, wer zur Mannschaft der CDU gehört. Das müssen wir jedenfalls die letzten Wochen dann auch sagen können. Sicher wird der Parteitag, die Berliner Kundgebung der Partei für Sie mit ein Anlaß sein, dies noch einmal zu beschreiben.

Dann möchte ich zwei Bemerkungen von Herrn Kraske unterstreichen: Einmal die Dringlichkeit, daß wir jetzt die Termine bekommen. Das stößt auf große Schwierigkeiten, vor allem von dem Problem der Säle her. Wir haben jetzt, ich muß das auch aus meiner eigenen Erfahrung als Bundesredner sagen, eine Reihe von Terminen für Orte, in denen z. T. die Säle nicht mehr vorhanden sind. Unsere Kreisvorsitzenden und Geschäftsführer sagen uns, daß wir auch bei den jetzt erwarteten Terminen der z. T. noch nicht festgelegten Bundesredner in den größeren Städten schon fast keine Säle mehr kriegen. Wir müssen also in diesen Tagen den Wahleinsatz vor allem der Bundesredner absolut fest machen, weil sonst nachher in großen Städten nur noch Säle für 200 bis 300 Leute zur Verfügung stehen. Ich würdige dabei ausdrücklich absolut die

---

25 Karl Bewerunge (1913–1993), Landwirt; 1961–1976 MdB (CDU), 1964–1978 Präsident der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe. Vgl. „Kieler Nachrichten“ vom 7. November 1972 „Karl Bewerunge scheut keine Verantwortung“.

Schwierigkeiten, die aus der Unsicherheit über den Wahltermin entstanden sind. Es ist also nicht als eine Kritik zu verstehen.

Ein letzter Punkt, den müssen wir hier auch kurz anschnitten: Unser Innenminister hat uns in dieser Vorstandssitzung am Freitag darauf hingewiesen, daß jedenfalls bei uns nach den Münchener Vorgängen<sup>26</sup> leider die im Frühjahr große Zahl von Telefonanrufen mit Attentatsdrohungen gegen Veranstaltungen wieder etwas zugenommen hat. Diese Münchener Vorgänge haben natürlich die schlechte Phantasie vieler Menschen angeregt. Wir hatten das bei dem Baader-Meinhof-Komplex im Frühjahr. Das ist abgeklungen. Es kommen jetzt wieder alle möglichen Anrufe gegen Veranstaltungen, Ausstellungen, Zeitungsverlage. Und ich muß sagen, daß natürlich unsere Versammlungsleiter bei den großen zentralen Veranstaltungen, insbesondere mit den Spitzenrednern, in eine unerträgliche Lage kommen, wenn da 2.000 oder 4.000 Menschen oder 800 Menschen in einer Halle sitzen, und es wird also fünf oder zehn vor acht angerufen, und dann in einer Form, die vielleicht doch etwas ernsthafter klingt. Was soll hier geschehen?

Ich bin der Meinung, Herr Kraske, daß dieses Problem, das ich jetzt nur anreiß, von Ihnen noch mal mit den dafür zuständigen Herren genau besprochen wird, und daß wir ohne jede Publizität in dieser Sache – Publizität regt ja wieder Phantasie an – unseren Versammlungsleitern, und zwar dann möglichst einheitlich, eine gewisse Direktive geben. Ich will Ihnen ein Stichwort dazu sagen. Wir haben uns entschlossen, bei uns – wir können das nicht bei jeder Veranstaltung in jeder Kleinstadt machen, aber bei herausragenden Versammlungen der Spitzenredner, und dies gilt dann wahrscheinlich für alle drei Parteien in den großen Städten – routinemäßig vorher durch eine Gruppe von Polizei absichern zu lassen, daß wir fünf, sechs Beamte hinschicken, die einmal zwischen sechs und sieben Uhr sich die Lokalität angucken und gewisse optische Sicherheitsvorkehrungen treffen, soweit man das überhaupt kann. Das ist das Mindestmaß. Es kann ja nicht sein, daß ein Psychopath uns in einem ganzen Land durch die Bedienung eines Ortswahldienstes nacheinander eine Reihe großer Veranstaltungen zum Sprengen bringt. Ich weise also auf dieses Problem hin. Ich weiß nicht, ob es bei Ihren Stabskollegen schon besprochen ist. Dies wäre ein Weg, es bei einer Reihe ausgewählter Veranstaltungen mit den jeweiligen Innenministern der Länder und den Polizeipräsidenten so abzusprechen.

*Barzel:* Zu den beiden Punkten möchte ich gerne was sagen. Was das Letztere betrifft, so kann ich nur sagen, daß ich seit drei Jahren höchstens 5 % Versammlung habe, in denen nicht zehn Minuten vor Beginn die obligaten Bombendrohungen erfolgen, und ich glaube, man muß hier zwar mit aller Sorgfalt arbeiten, aber eben doch wissen, daß nicht alles an der Sicherheit voll planbar und machbar ist. Der Einsatz von Polizei vorher und Durchsicht durch sachkundige Polizisten ist sicher vernünftig.

Was nun die Mannschaft betrifft, so bin ich da natürlich persönlich angesprochen. Ich kenne auf diesem Gebiet eigentlich ziemlich genau meine Worte. Ich hoffe auch auf anderen Gebieten. Ich habe zum ersten Mal eine Mannschaft definiert öffentlich

---

<sup>26</sup> Vgl. Nr. 27 Anm. 18.

anlässlich der Eröffnung des baden-württembergischen Wahlkampfes, das war in Freiburg, und da hatte ich auch einige Kollegen dazugebeten. Und da habe ich gesprochen, wir bräuchten eine Mannschaft für Partei, Fraktion und Regierung. Das, glaube ich, ist auch richtig, weil uns dies instand setzt, völlig klarzumachen – und dem entspricht ja auch unsere Plakatierung in den einzelnen Ländern, wie Herr Kraske das schon am 21. August hier vorgetragen hat –, daß für die Bevölkerung völlig klar ist, daß dies eine Sache ist, Herr Stoltenberg genauso wie Herr Kohl, Herr Goppel, Herr Röder, Herr Hasselmann, Herr Köppler. Also unsere Spitzen in den Ländern sind hier völlig mit dabei. Wir haben das nie zum Gegenstand von Gremien gemacht, ich würde auch ablehnen, das in Gremien zu erörtern, sondern das bespricht man mit Freunden und Kollegen außerhalb von Gremien. Es wäre ganz falsch, ein komplettes Kabinett vorzustellen, aus sehr vielen Gründen falsch, daß es aber richtig war, nacheinander in einzelnen Bereichen zu sagen: Das ist der dafür, das ist der dafür, und das ist der dafür. Und dies ist ja auch mit aller Deutlichkeit geschehen, bis hin zu dem letzten Fall vom Kollegen Bewerunge, von dem Herr Stoltenberg gesprochen hat. Daß das, was nun auf diesem Plakat ist, ein werblich begründeter, wegen der politischen Lage notwendiger und richtiger Schritt ist, ist offenkundig.

Ich glaube, es ist vernünftig, ein Plakat zu haben, auf dem die beiden Parteivorsitzenden sind, wo der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises und der der Sozialausschüsse ist. Das schließt doch andere keineswegs aus. Sie sehen dort sechs Versammlungsankündigungsplakate. Diese hervorgehobene Form in der Farbe wird nur verwandt nicht für jedermann, sondern für Mannschaftsmembers. Und da die alle durch die Bundesrepublik Deutschland kommen, entsteht auch dadurch dieser Mannschaftscharakter. Ein Plakat mit elf oder zwölf wäre sicherlich nicht sehr gut. Die Frage, Herr Stoltenberg, ob wir in dem einen oder anderen Bereich noch weitergehen sollen in der personellen Aussage, da mache ich mir Gedanken. Ich habe hier am 21. August gesagt, daß es ein bestimmtes Interesse in drei Bereichen gibt, etwas deutlicher zu werden. Das eine sind die Bauern, das andere ist der Sektor Vertriebene, gesamtdeutsch usw., das dritte ist natürlich die Frage, die viele stellen: Was macht der nun eigentlich mit Bildung und Fortschritt und solchen Sachen? Darüber wird man sich noch unterhalten können. Ich würde es für falsch halten, jetzt hier etwa in diesem Plakat irgendeine Veränderung dieser Politik der personellen Auswahl zu sehen. Ich kann Ihnen nur sagen, ich habe manch schweres Stück Arbeit geleistet in meinem politischen Leben. Aber das zu leisten und dabei zu leben als Führer einer Opposition, ohne den Wahlsieg in der Tasche zu haben, a) Kollegen zu finden von Rang, die sich hinstellen, und b) anderen zu sagen: Lieber Freund, Du noch nicht! – denn es gibt kein Bild ohne ein begleitendes Gespräch, an drei oder vier für jeden Kopf, der da hängt. Du noch nicht! Und trotzdem ist der Laden zusammen –, das werde ich eines Tages rückschauend sicherlich als eine der schwierigsten Leistungen bezeichnen. Zu welchem Ergebnis das führt, werden wir in acht Wochen sehen. Ich glaube also, daß es notwendig sein wird in zwei Punkten, Herr Stoltenberg, ich habe sie eben bezeichnet, noch einmal sich ein bißchen weiter heranzutasten. Aber sehr viel weiter dürfen wir dann auch wirklich nicht mehr gehen, denn am Schluß kann sich kein Mensch mehr

irgendwie bewegen, und ich glaube, ich habe jetzt eigentlich genug dazu gesagt, wenigstens aus meiner Sicht.

*Kraske:* Darf ich ein Wort nur sagen zur Ergänzung, was dieses Plakat angeht. Es wurde vorhin gesagt, ob es nicht besser wäre, diese Leute doch in Einzelplakaten zu streuen. Erster Punkt: Wir haben auch den Versuch gemacht, in einer solchen großflächigen Gestaltung die Leute einzeln nebeneinander zu stellen, was sehr viel schlechter und praktisch wirkungslos war und gerade den Begriff „Mannschaft“ eben nicht ins Bewußtsein gebracht hat. Zweitens, und das ist das wichtigere: Nur dadurch, daß wir diese Gruppe auf diesem Großflächenplakat haben, können wir den übrigen Plakatraum im allgemeinen Anschlag dazu benutzen, auch andere Mitglieder der Mannschaft zu plakatieren, also, ich wiederhole das, etwa in Nordrhein-Westfalen Herrn Barzel und Frau Wex und Herrn Köppler und Herrn Windelen oder bei Ihnen Sie und Herrn von Hassel und Herrn Narjes. Wenn wir das nicht täten, dann würde das so sehr diversifiziert, daß der einzelne überhaupt nicht mehr in Erscheinung träte, wenn Sie den allgemeinen Anschlag verteilen wollten jeweils auf zehn oder noch mehr Kandidaten. Nur dies Nebeneinander bringt wirklich auch die anderen Mitglieder visuell mit ins Bild. Von Fernsehwerbung jetzt mal ganz abgesehen.

*Hasselmann:* Wir müssen noch abwarten, wohin das ganze läuft. Ich glaube, daß dieses Plakat notwendig ist. Das ist der übergeordnete, wenn auch nicht ausgesprochene Grund, der diese Gruppierung dann mehr als rechtfertigen könnte. Das ist, glaube ich, notwendig, um es auszusprechen, damit wir da uns nichts vormachen. So werden wir im ganzen Lande das gleiche Plakat sehen, und es gibt hier keine Differenzierungen in den einzelnen Bereichen.

*Windelen:* Mir bleiben nur noch zwei kleine Dinge. Eine Bitte: Aktionspaket, Rednerdienste und so weiter nicht nur an die Kreisparteien, sondern auch an die Kandidaten, ich glaube, das ist eine vertretbare Mühe, da gibt es keine weitere Kommunikationsschwierigkeiten. Wer wollte das nicht? Ich glaube, hier sind einige Landesvorsitzenden, die würden sich mit mir an einen Tisch setzen.

Das zweite war eine Frage: Für Dienstag, den 10. Oktober in Wiesbaden, ist um 20.00 Uhr ein Empfang vorgesehen. Ich gehe davon aus, daß das nur eine repräsentative Veranstaltung ist. Ich hatte Wahltermine fest für den Wahlkampf zugesagt, und ich würde es für nützlich halten, wenn das möglichst viele täten, denn wir stehen in Hessen vor Kommunalwahlen.<sup>27</sup> Ich gehe also davon aus, daß das nur eine gesellschaftliche Veranstaltung ist, d. h., daß man dort ungestört fehlen darf?

*Barzel:* Herr Kraske, sagen Sie etwas zu dem Empfang?

*Kraske:* Dieses ist wirklich eine wichtige Veranstaltung – ich bitte da gerade bei unseren hessischen Freunden um Verständnis –, die eine ganz große psychologische Bedeutung für die Mobilisierung dieser Delegierten hat. Da gibt es eine hervorragende Musik. Kurt Edelhagen<sup>28</sup> hat sich für die CDU, und zwar speziell für die CDU zur

---

<sup>27</sup> Gemeinde- und Kreiswahlen in Hessen am 22. Oktober 1972, vgl. Statistische Berichte des Hessischen Statistischen Landesamtes vom 23. Oktober 1972.

<sup>28</sup> Kurt Edelhagen (1920–1982), Orchesterleiter.

Verfügung gestellt, und da müssen unsere Delegierten das Gefühl haben, wir kriegen eine tolle Mannschaft. Ich überlege zur Zeit, ob wir etwa, ich habe das noch nicht einmal mit unseren Mitarbeitern besprochen, etwa diejenigen Sportler, die sich für uns zur Verfügung gestellt haben – und das fängt an bei Ingrid Mickler-Becker<sup>29</sup> und geht über Wucherer<sup>30</sup> bis, wie wir hoffen, zu Max Schmeling<sup>31</sup> und Sepp Herberger<sup>32</sup> – zu diesem Abend einzuladen. Damit kommen sie nämlich ins Bild, und das ist bei so einem vergnügten Abend eine ganz andere Sache, als wenn man nun gleich politische Werbung mit Fußballstars macht. Das ist noch nicht ganz ausdiskutiert, aber das soll nur zeigen, wie wichtig wir psychologisch diesen Abend finden. Deshalb wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie sich trotz drängender Wahlkampfverpflichtungen sich möglichst zahlreich dafür auch Zeit nehmen, um sich dort mit den Delegierten sehen zu lassen. (*Zwischenruf*: Weil der Montagabend frei ist?) Der Montagabend ist frei.

*Köppler*: Wir sind uns völlig einig, der 29. muß sein. Dortmund führt nicht zur Eröffnung, aber als Schwerpunkt können wir dies für unsere Veranstaltungen im Ruhrgebiet gebrauchen. (*Starke Unruhe*.)

*Barzel*: Darf ich dann darum bitten – Herr Hennig, das ist etwas für den Bundesgeschäftsführer – das Besondere dieses 29. gegenüber den sonstigen u. a. dadurch deutlich zu machen, daß Professor Erhard und Herr Kiesinger dort auftreten und einige unserer Ministerpräsidenten, daß wir also mit der geballten Ladung aller dort sitzen, wie das in den Jahren immer in der Westfalenhalle war, also Stoltenberg und Kohl usw. Das lohnt! Natürlich fällt für jeden von uns dadurch eine andere Versammlung aus. Es lohnt sich für unsere eigenen Freunde, uns beieinander zu sehen. (*Unruhe*.)

*Köppler*: In dem Zusammenhang eine kurze Frage: Was ist aus dem Plan Köln<sup>33</sup> im Anschluß geworden? Bleibt das dabei? Dann müssen wir da auch noch einiges tun, daß dieser Abschluß entsprechend hinkommt. Ich wollte noch unterstützen, was Herr Stoltenberg zum Rednerverein gesagt hat. Unsere Kreisverbände wissen nicht mehr weiter. Die Sache mit den Sälen ist so schwierig, die müssen Ende der Woche wissen, für welche Veranstaltungen sie jetzt noch kämpfen, um irgendwo einigermaßen vernünftige Räume dafür zu bekommen. Ich weiß wohl, das ist nicht die Schuld der Bundesgeschäftsstelle, das ist die Schuld der Betroffenen. Ich würde also gerade hier in dem Kreis gerne den Appell noch zu unterstützen, daß man so schnell wie möglich Herrn Meyer die Informationen gibt, auf die er wahrscheinlich wartet.

Zu den Betrieben noch eine Sache: Wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß das

---

29 Ingrid Mickler-Becker (geb. 1942), Gymnasiallehrerin; Teilnahme als Leichtathletin an den Olympischen Spielen 1960, 1964, 1968 und 1972, 1968 CDU, 1990/91 Staatssekretärin im Sozialministerium Rheinland-Pfalz. – Zur Diskussion um den Einsatz prominenter Sportler im Bundestagswahlkampf vgl. die Materialien in ACDP 07–001–5184.

30 Gerhard Wucherer (geb. 1948), Leichtathlet.

31 Max Schmeling (1905–2005), Boxer.

32 Sepp Herberger (1897–1977), Diplom-Sportlehrer; 1936–1942 und 1950–1964 Trainer der deutschen Fußballnationalmannschaft.

33 Abschlußkundgebung der CDU zum Wahlkampfe in Köln am 16. November 1972 (dpa vom 16. November 1972, „CDU-Quadriga schloß Wahlkampf ab“; Unterlagen in ACDP 07–001–5244).

systematisch verläuft. Wir haben Katzer berichten lassen, als ich die Meldungen bekam. Es läuft ganz merkwürdig. Teilweise – immer geht die Initiative vom Bundeskanzleramt aus – mal beim Vorstand interessant und mal beim Betriebsrat. Es ist nicht immer so, daß das gleich über den Betriebsrat läuft. Wir müssen einfach sehen, daß wir möglichst über Königswinter<sup>34</sup>, über unsere Leute in den Betriebsräten, die sind da zuverlässiger als alles andere, so schnell wie möglich die Vorwarnung bekommen, wo so etwas abläuft. Soweit ich weiß, gibt es auch ein Beispiel aus Bochum. Da ist diskutiert worden, der Vorstand hatte bereits einstimmig zugesagt, das zu machen, und den Betriebsrat nur noch gebeten, doch als Einlader beizutreten. Interessanterweise gab es im Betriebsrat darüber eine Diskussion, in der sich dann schließlich der Vorsitzende durchgesetzt hat. Im Vorstand offenbar nicht. (*Starke Unruhe.*) Das läuft quer durch alle Großbetriebe an Rhein und Ruhr. Das ist ganz offensichtlich.

*Barzel:* Ich wäre dankbar für eine Übersicht, weil, wenn man dann sich an die Öffentlichkeit oder die Betriebe oder an wen immer man sich wendet, man sagen kann, das sind zwölf, wenn derartiges Verhalten sehr zahlreich wird, hier gibt es einen Verstoß gegen die Vorschrift des Betriebsverfassungsgesetzes. Also, da muß man sich die Kriegskunst überlegen. Wir haben einige Alternativen dazu heute im Präsidium erörtert, aber es hängt davon ab zu wissen, was ist.

*Sprecher:* Was unsere Argumentation zu diesem Punkt angeht, warne ich davor, den Schwerpunkt auf die Verletzung des Betriebsverfassungsgesetzes zu legen. Darüber haben die also nächtelang auch in der Industrie mit ihren Juristen gebrütet. Das ist nicht ganz einfach. Denn das hängt im Grunde vom Redner ab, was er sagt. Nicht die Tatsache, daß er eingeladen wird, ist ein Verstoß, sondern nur, wenn er dort etwas sagt, was außerhalb der allgemeinen Richtlinien des Betriebsverfassungsgesetzes fällt. Ich würde den Schwerpunkt der Gegenargumentation auf die eindeutige Verletzung der Fairneß legen. Das kommt bei der Arbeitnehmerschaft noch am besten an. Und wenn die ersten hinter uns liegen, wo wir dann zweifelsfrei auch beweiskräftig feststellen können, daß auch das BVG verletzt worden ist, dann kann man diesen Grund massiv noch nachschieben. Aber nicht prophylaktisch schon unterstellen, hier ist das Betriebsverfassungsgesetz in der etwas wachweichen Formulierung dieses Paragraphen verletzt.

*Lemke:* Wir haben ja noch auf der letzten Vorstandssitzung sowohl für den Slogan wie für dieses Gesamte gesprochen, und waren dann einig. Ich finde, der Slogan ist besser geworden durch das „Wir“. Wenn man das einige Jahre verfolgt, ich bin ja vielleicht einer der Ältesten dabei, ist das ein großer Fortschritt, daß diese vier Freunde auf diesem Bilde jetzt erscheinen. Nur eine kleine Nuance: Ich finde, Katzer ist in Wirklichkeit aggressiver, als wir es auf dem Bild dargestellt haben. Das kann man wahrscheinlich nicht mehr hinbekommen. (*Unruhe.*)

*Schwarz-Schilling:* Ich möchte noch einmal ganz kurz auf den Rednereinsatz beim Bundestagsparteitag zurückkommen. Ich glaube, man sollte das etwas mehr, als nur der eine oder andere dazu an Zusagen gemacht wurde, addieren. Es ist doch die Frage

---

34 Sitz der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft.

zu klären: Wenn morgen die Geschäftsführer da sind oder nicht, damit das wirklich auch schnell organisiert werden kann, von dem Kreise hier noch einmal eruiert werden könnte in einem Rundzettel, wer am Montag für ein Auftreten zur Verfügung steht. Das sollte doch etwas mehr als eine demonstrative Sache im hessischen Kommunalwahlkampf sein, daß Wiesbaden auch wirklich repräsentativ an diesem Montag mit einer großen Schar an Prominenten in die Umgebung ausstrahlt. Und wenn das nicht sehr schnell gemacht und hier einzeln zurückgefragt wird, dann ist das organisatorisch nicht festzumachen. Ich würde also sehr darum bitten, ob man hier noch einmal feststellen könnte, wer sich an diesem Montag zur Verfügung stellt. Einzelabsprachen für Mittwoch sind dann eine andere Sache.

Zweiter Punkt: Die Testimonial-Anzeigen. Da bin ich nicht ganz mitgekommen, was nun eigentlich gemacht wird. Es werden Namen offensichtlich festgehalten, aber man weiß nicht, ob sie noch herauskommen werden oder nicht. Ich möchte im Unterschied zu dem, was Sie bezüglich der SPD gesagt haben, Herr Kraske, meinen, daß das bei der CDU etwas anders zu bewerten ist. Bei der CDU ist es ein Novum, daß sich Menschen, die nicht der CDU zugehören, auch offen zu ihr bekennen. Das ist genau das, was wir in unseren Wählerkreisen am wenigsten deutlich in der Öffentlichkeit haben. Ich glaube, daß es gerade Wechselwähler und Kritische sehr stark beeinflusst, wenn plötzlich Namen erscheinen, die ansonsten mit der CDU nichts gemein haben und sich diesmal hinter die CDU stellen. Ich würde das sehr befürworten, und ich würde auch dankbar sein, über diese Fragen noch etwas Konkreteres zu hören. Zum zweiten sollen ja auch die Kreisverbände versuchen, lokale Größen dieser Art in Testimonial-Anzeigen zu bekommen. Wäre es da nicht möglich, einen werbetechnisch ausgetesteten Text den Kreisverbänden zur Verfügung zu stellen, unter dem dann diese Namen erscheinen? Das ist also sehr wichtig. Das müßte aber im Grunde genommen schon passiert sein, denn die Leute sind ja später gar nicht mehr zu bekommen. Das ist der zweite Punkt.

Der dritte Punkt ist, es ist kritisiert worden, daß die ersten Flugblätter der Bundespartei nur einseitig bedruckt waren und man eine ganze Seite verschenkt hat. Ich weiß nicht, ob das zukünftig auch der Fall ist. Jedenfalls wurde das gesagt, man sollte doch das mitbedenken.

Das vierte, was ich hier anmerken wollte, sind die Fragen der Anzeigen. Herr Kraske, es wäre sehr gut, wenn wir zumindest in den Landesgeschäftsstellen nicht nur die Daten ganz genau bekommen, die ja jetzt noch einmal umgestellt worden sind wegen des näheren Wahltermins, sondern auch Änderungen – selbstverständlich immer vorbehalten das Thema. Denn wir können von der Landesseite aus, die wir ja auch zentrale Anzeigenaktionen machen, uns thematisch überhaupt nicht einstellen, weil wir nicht wissen, was kommt an diesem Tag von der Bundespartei? Wir wollen gar nicht den Text hören. Wir wissen, wie schwierig das ist bzw. wie stark die Indiskretionen dann kommen. Wir wollen nur das Thema kennen, um zu wissen, dann machen wir am Tag danach entweder auch das Thema oder etwas anderes. Nur, wir können uns im Moment überhaupt nicht darauf einrichten.

Dann habe ich noch eine Frage. Es ist bei uns im Landesausschuß bemängelt wor-



den, daß zur Überreichung des Friedenspreises in Frankfurt in der Paulskirche sich keiner der CDU-Prominenten bereiterklärt hat, dort zu erscheinen, obwohl das Fernsehen alle zwei Stunden lang dort sein wird (*Zwischenruf*: Wer kriegt ihn denn?). Ja, ich kann das im Moment nicht sagen.<sup>35</sup>

Dann die letzte Sache mit dem Mannschaftsplakat: Zur Frage der technischen Ausführung kann man verschiedener Meinung sein. Ich möchte aber eins sagen: Die Einzelplakatierung regional des Vorsitzenden zusammen mit den regionalen Spitzenkandidaten kann natürlich den Eindruck der Mannschaft nicht ergeben, auch wenn es auf einer Litfaßsäule rundherum geht. Ich würde doch sehr dafür plädieren, daß zumindest gestreut über das ganze Bundesgebiet dieses Mannschaftsplakat erscheint, weil natürlich der Spannbogen von Strauß zu Katzer eine Sache ist, die man unbedingt in den Wahlkampf bringen muß. Ich bin also der Meinung, daß das politisch von größter Bedeutung ist, wenn vielleicht auch nicht werblich von größter Gelungenheit, da kann man verschiedener Meinung sein. Aber ich glaube, daß das Politische hier Priorität hat.

*Müller-Hermann*: Ich habe noch zwei kleine Fragen an Herrn Kraske. Einmal: Wie ist die regionale Personifizierung in den Stadtstaaten gedacht? Man wird da sicherlich besondere Rücksicht nehmen müssen. Und zum zweiten: Sie sprachen von den ergänzenden Sachprogrammen, die ja von den Fraktions- und Parteigremien vorbereitet und verabschiedet worden sind, aber noch irgendeinen Segen des Parteivorstandes haben müssen. Wie soll das gehandhabt werden?

*Kraske*: Dies letztere, Herr Müller-Hermann, werden wir erst mit denen, die in besonderer Weise an diesem Programm arbeiten, auf der Berliner Sitzung und zwischen der Berliner Sitzung und dem Parteitag festlegen können. Das erste ist, daß wir generell für Norddeutschland einschließlich Hamburg und Bremen außer diesem Mannschaftsplakat Herrn Stoltenberg und Herrn von Hassel in den Vordergrund stellen wollen, und dazu in Schleswig-Holstein Herrn Narjes und in Niedersachsen Herrn Hasselmann.

*Langguth*: Zwei Fragen: Zunächst würde ich raten, darauf hinzuwirken, daß aus Kreisen der Evangelischen Kirche nicht wieder bestimmte einseitige Stellungnahmen zugunsten der SPD abgegeben werden. Das zweite ist eine Frage an Herrn Dr. Barzel. (*Starke Unruhe*.) Ich weiß nicht, welche Personen an der Abfassung dieses Regierungsprogrammes beteiligt waren. Es müßten also für meine Person zumindest in der Bildungspolitik und in Fragen der inneren Sicherheit etwas in diesem Regierungsprogramm drin stehen, auch, wenn ich selbstverständlich die Schwierigkeiten in dem Zusammenhang nicht einschätzen kann, weil man ja hier auf eine Kooperation mit der CSU angewiesen ist. Man muß denken, gibt es noch irgendwelche Möglichkeiten, ich beantrage auf der Bundesvorstandssitzung, einen Tag bevor der Parteitag beginnt, daß man hier zumindest dieses Programm auch noch mal diskutiert, und vielleicht doch noch die eine oder andere Initiative mit einbringen kann.

---

35 Den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt am 1. Oktober 1972 posthum der polnische Dichter, Kinderarzt und Sozialpädagoge Janusz Korczak (1878–1942, ermordet im KZ Treblinka). Laudator war Hartmut von Hentig.

*Barzel:* Ich möchte gerne zu den beiden Punkten gleich was sagen. Zunächst: Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat bereits einen Aufruf am 22. September erlassen.<sup>36</sup> Wir haben diesen Aufruf sofort sehr gelobt. Er ist in einer verhaltenen Weise abgefaßt, vielleicht 53 zu 47 %, wenn man als CDU-Mann das liest zugunsten der anderen. Aber selbst, wenn ich das so knapp bezeichne, ist es ein zweifelsfreier Erfolg der Bemühungen von vielen um diesen Aufruf. Das ist also, glaube ich, in Ordnung. Es sind einige Sätze drin, die ich in all meinen Reden zitiere, weil sie wirklich gut sind, über den fairen Wahlkampf, über die Notwendigkeit sich kämpferisch, aber sachlich auseinanderzusetzen.

Was nun das Regierungsprogramm betrifft, so muß ich Sie in einem Punkte wahrscheinlich ein bißchen enttäuschen, Herr Langguth.<sup>37</sup> Dieses Regierungsprogramm wird keine Sensation sein können. Für den, der unser Parteiprogramm und die verbindlichen Einlassungen der Partei und der Fraktion zu den einzelnen Bereichen kennt, gibt es da keine Überraschungen. Zumal wir ja erklärt haben, wir würden als Regierung das tun, was wir als Opposition gesagt haben. Ich verstehe natürlich, wenn der Bundesvorstand sagt, er wünsche, das Regierungsprogramm zu sehen. Ich möchte aber Ihnen sagen, Herr Langguth, daß es das nie gegeben hat für den Fall, daß wir regieren. Also, wenn wir regiert haben, haben die meisten Mitglieder des Kabinetts die Regierungserklärung in toto im Plenum des Bundestages gehört. Ob dies gut ist oder schlecht, wollen wir dahingestellt sein lassen. In diesem Falle, wo wir ein Programm vorlegen, das das bekannte ist, und was nun unter Gesichtspunkten eher natürlich formuliert wird, wie Sie es ja an den Wänden sehen, wird das nicht den höchsten Grad intellektueller Differenziertheit haben können, wie Ihnen und mir das sonst passen könnte.

Ich glaube, daß folgendes ungefähr da drin stehen sollte und müßte: Ein Vorspann, in dem es heißt „Wir haben ein schweres Erbe übernommen“, diese Finanzkrise. Ein Vorspann, der sagt, „Alles, was wir erklären, ist das, was wir in diesen vier Jahren leisten werden“. Unsere großen Perspektivpläne, das sind unsere Grundsatzprogramme. Das, was wir hier vorlegen, ist ein Schwerpunktprogramm für diese Legislaturperiode. Alles, was wir ankündigen, steht im Rahmen unseres Bemühens um Stabilität. Ich glaube, das ist ein Vorspann, der heißt, daß wir Anstrengung verlangen. Und es müßte dann ein erster Teil kommen, der eben das enthält, was wir unseren Stabilitätsplan nennen. Da kommen also auch Aussagen über die Soziale Marktwirtschaft, über die Notwendigkeit einer Steuerreform. Dazu gibt es bestimmte Beschlüsse der Partei und des Parteitages und das Parteiprogramm, die man hier wiederfinden können sollte. Dieser Stabilitätsplan wird nicht so konkret werden können, wie ich mir dies vorgestellt hatte, weil die Regierung die Bestandsaufnahme nicht vorgelegt hat. Es wird aber doch möglich sein, vor allem, wenn das passiert, was ich vorher vortrug, daß unsere Landesfinanzminister unter Vorsitz von Herrn Stoltenberg doch eine quantifizier-

---

36 Erklärung des Rates der EKD zur Bundestagswahl 1972 in epd ZA Nr. 185 vom 25. September 1972. Text im Internet: <http://www.doku-ekd.de/index.htm>.

37 Vierseitiges Transkript von Barzels Redebeitrag in ACDP 07-001-5204.

te Vorausschau für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung machen und wir dann vielleicht hier doch etwas deutlicher werden.

Es wird eine zweite Abteilung geben müssen, in der im Grunde die Rede ist von diesem Staat. Da würden wir aber nun nicht nur reden von innerer Sicherheit und Radikalismus, sondern von dem Ausbau und dem Fortschritt dieses Staates. Also z. B. den vielen Punkten, über die der Kollege Vogel Ihnen Näheres sagen kann, die wir als Reformen im rechtlichen Bereich vorhaben. Da muß einiges dazu gesagt sein. Also nicht nur der Ruf nach Recht und Ordnung, sondern der Ruf nach Fortschritt und eine klare Aussage natürlich für den öffentlichen Dienst. Wir wollen ja auch mit diesem Regierungsprogramm eine Wahl gewinnen.

Es wird dann in den Mittelpunkt zu rücken sein eine dritte Abteilung, die Gesellschaftspolitik. Und dies wird der Teil sein, der am konkretesten sein kann. Weil wir hier unter Hinweis auf die Präzision unserer Arbeit bei der Rentenreform sagen können, genauso präzise sind die anderen Pläne, die wir haben, z. B. der Plan im Eigentumsbereich. Den habe ich am vergangenen Freitag bereits im Deutschen Bundestag verkündet.<sup>38</sup> Der wird jetzt sicherlich verschönt im Text durch Leute, die so was können, aber im Inhalt nicht verändert, denn das ist ein mühsam erreichter Kompromiß beider Parteien und der gemeinsamen Fraktion und ist völlig abgestimmt von den Sozialausschüssen bis hin zum Mittelstand. Das muß so bleiben und ist hervorragend konkret. Ähnlich konkret muß werden unsere Aussage zur Bildungspolitik mit dem Schwerpunkt berufliche Bildung. Zu beiden haben wir Beschlüsse beider Parteien, die abgestimmt sind mit den Kultusministern. Wir haben aus der Bundestagsfraktion eine Drucksache<sup>39</sup>, die natürlich hier wieder eingebaut sein muß. Daß im Rahmen der Gesellschaftspolitik dann noch einige andere Fragen sich stellen, die aufzustellen uns wohl ansteht, wie soziale Dienste und ähnliche Probleme, ist völlig selbstverständlich. Und daß Gesellschaftspolitik für uns der Mittelpunkt der Politik ist, dies haben wir oft genug gesagt. Da werden wir das wieder zu hören haben, was wir in Saarbrücken und auch am Freitag im Bundestag gesagt haben. Das können wir nicht oft genug sagen. Dies ist die Stelle mit den Vokabeln „sozial“ und „gerecht“, wo wir uns positiv vom Sozialismus abgrenzen. Dazu habe ich am 21. August hier weiter gesprochen.

Ein vierter Punkt – und Sie sehen, daß ich wirklich versuche, mich auf das wichtigste zu beschränken – wird sein müssen unsere Deutschland- und unsere Entspannungspolitik. Hierzu sind keine Sensationen zu erwarten. Hier ist ganz klar, daß wir eine Position beziehen müssen, wie sie in der Ziffer 8 unseres Grundsatzprogramms enthalten ist.<sup>40</sup> Das heißt, wir sind auch für Verträge mit dem anderen Teil Deutschlands,

---

38 In der Aussprache über den Antrag des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 GG (Sten.Ber. 6. WP 199. Sitzung vom 22. September 1972 S. 11786–11795, hier S. 11790 f.).

39 BT-Drs. VI/2979 CDU/CSU-Antrag betr. Sofortprogramm zur Verbesserung der beruflichen Bildung, Beratung im Bundestag am 28. Januar 1972 (Sten.Ber. 6. WP 167. Sitzung S. 9557–9581).

40 „8. Wir bejahen Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands, die das Leben im geteilten Land erleichtern; sie sollen die Fundamente künftiger Einheit erhalten und den Weg zu einer friedlichen Ordnung in Europa ebnen. Die heutige

wenn da was drin steht und wenn die Einheit der Nation dadurch nicht endgültig zerstört wird. Ich weiß die Formulierung jetzt nicht auswendig. Wir werden hier das sehr aufmerksame Interesse ausländischer Stellen haben. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß ich es wahrscheinlich für richtig halte, hierzu noch vor Wiesbaden, vielleicht noch in dieser Woche ein paar Sätze zu sagen. Weil es richtig ist, was die Zeitungen schreiben, daß die Sowjets in diesem Augenblick sagen: „Na, wir haben die innenpolitische Situation in Deutschland immer falsch eingeschätzt. Vielleicht machen wir es diesmal besser, uns nicht einzumischen.“ Wenn das so bleiben sollte, wäre es gut, unser prinzipielles Ja zur Abrüstung, zur MBFR und zu KSZE wie zu einem Vertrag mit der DDR bald zu sagen und das in dem Regierungsprogramm mit der Differenzierung, die uns selbstverständlich ist, hier wieder einzubringen. Und es bleibt dann sicherlich notwendig, in diesem Kapitel Deutschlandpolitik wieder etwas aufzunehmen von unserem Stufenplan für Deutschland, der ja keineswegs erledigt ist. Und dasselbe gilt für den 5. Punkt, für die Europapolitik, die hier eingebettet sein muß. Und es wird dann sicherlich einen Schluß zu geben haben, in dem wir einige von unseren Prinzipien bekennen, freilich möglichst in einer Wortwahl, die den werblichen Interessen entspricht.

Wenn ich dies Gerüst hier so umreiße, dann wird der eine oder andere seine Lieblingskinder vermissen. Der eine vermißt die Medienpolitik, der andere vermißt eine besondere Politik für seinen Stand. Das alles muß sich eigentlich durchziehen, denn sonst müßten wir ein neues Grundsatzprogramm schreiben. Wir machen in einer schwierigen Lage ein Schwerpunktprogramm und gehen so weit, daß wir dieses Programm den Wählern vorlegen. Ich glaube, daß das sehr vernünftig ist. Sollte, Herr Langguth, der RCDS oder Sie noch irgendeine Anregung haben, bitte ich Sie um die Freundlichkeit, uns das wissen zu lassen. Alle, die bisher mit Papieren beteiligt waren, möchte ich jetzt schon darauf aufmerksam machen, daß Sie nichts mehr wiedererkennen werden, weil dies ja alles zusammengeschrieben werden muß. Und wenn man sich etwa entschließt, in dem einen Bereich – ich gucke jetzt Herrn Vogel an, wo wir eine hervorragende Detailplanung vorlegen können – dies zu tun und wir dann etwa feststellen müßten, in einem anderen gleich wichtigen Bereich sind wir nicht so weit, dann wird man natürlich, damit hier die Bilder nicht schief werden, von der vorzüglichen Vorarbeit eins wegnehmen müssen.

Es bleibt noch eines zu sagen, Herr Langguth: Vielleicht erlauben Sie mir, folgendes in die Debatte zu werfen oder Sie vertraut zu machen mit einer nicht abgeschlossenen Überlegung, die aber doch dem Ende zureift. Ich persönlich glaube, daß diese Regierung einen großen Fehler gemacht hat, indem sie die ganzen Sachen von Forschung und Wissenschaftspolitik, ich meine jetzt nicht Bildungspolitik, vernachlässigt hat. Ich glaube persönlich, daß das eigentlich zusammengehört mit dem Stück Um-

---

Trennung widerspricht der geschichtlichen Einheit der deutschen Nation; dem Zusammenhalt der Familien und dem Willen der Menschen in beiden Teilen. Wir werden alle Verbindungen und Begegnungen in unserem Lande fördern, die dem gemeinsamen Willen zur geschichtlichen und politischen Einheit der deutschen Nation entspringen und ihm dienen.“ Vgl. das Berliner Programm 2. Fassung 1972 (CDU, 18. BUNDESPARTEITAG S. 551).

weltschutz und daß hier eine Modernität zu setzen ist. Wenn ich also heute zu entscheiden hätte, dann würde ich die Fragen der Bildung und die eben genannten Fragen auseinanderziehen, weil sich hier für Modernität zwei Schwerpunkte anbieten. Man muß überlegen, ob man dazu gelegentlich vielleicht auch öffentlich noch ein Wort sagt.

Ich darf sagen, was die Klausurtagung betrifft, die wir hier zwei Tage gehabt haben, daß es hier eine mich überraschende grundsätzliche Übereinstimmung gab, als hier plötzlich eine Frage wie Neugliederung oder Föderalismus oder des §218, das sind ja alles heiße Eisen, auf dem Tisch lagen. Das ging eigentlich alles sehr gut, und da waren z. T. Kolleginnen und Kollegen um den Tisch, die sich sonst in solchen Fragen noch niemals begegnet sind. Hätten wir einen fertigen Text zu diesem Tage, Herr Langguth, würde ich mich nicht scheuen, ihn hier zu verlesen, ich habe hier ja schon die vertraulichsten Sachen vorgetragen, und das ist ja immer ein dichtes Gremium gewesen. Der fertige Text ist nicht da. Wir sind zur Stunde so weit, daß die erste Redaktionskonferenz aus der Fülle des Papiers eine gerafftere Fassung gemacht hat. Diese gerafftere Fassung bedarf aber nun noch der politisch ordnenden Hand, die die Schwerpunkte und die Zusammenschau bringt, und dann der Überarbeitung durch die Damen und Herren, die also des schönen Werbe-Deutsches mächtiger sind als wir. Es darf aber darunter nicht etwa verloren gehen, daß das Programm konkret ist. Daß es an den Stellen, wo es möglich ist, auch präzise ist, also nicht eine Aufzählung schöner Grundsätze, sondern des Zeigens: In dieser Richtung geht es weiter. Ich glaube, daß wir nächste Woche damit in Berlin fertig werden. Die größte Schwierigkeit wird dann sein, die Diskretion zu wahren, vom 2. Oktober auf den 11. Das wird nicht ganz leicht sein, aber ich hoffe, das wird uns gelingen. Und es wird dann auf dem Parteitag das zustimmend zur Kenntnis zu nehmen sein, was hier vorbereitet worden ist. Das Verfahren ist nicht so wie für ein Parteiprogramm. Aber wenn uns dies gelingt – wir haben niemals eine gemeinsame Wahlaussage von CDU und CSU gehabt, wir haben niemals den Wählern ein Regierungsprogramm vorgelegt –, ist dies die geringfügige Abweichung von unserem sonst üblichen Verfahren aus meiner Sicht sehr wohl wert.

*Von Weizsäcker:* Ich habe einige Punkte geringerer Bedeutung. Noch mal, was die Evangelische Kirche anbetrifft. Über Prozentsätze will ich natürlich nicht streiten. Ich finde die Erklärung des Rates einen wirklich wesentlichen Fortschritt. Die Erklärung ist so, wie sie ist, wirklich vernünftig zu verwerten. Zweitens, das betrifft nun diese Testimonials. Ich unterstützte die sowohl von dem Generalsekretär wie von Herrn Schwarz-Schilling schon genannte Tendenz. Es kommt in erster Linie auf solche an, von denen bekannt ist, daß sie im Jahr 1969 gesagt haben: „Gebt den anderen eine Chance“, und heute sagen: „Diese Chance hat eben zu nichts Gutem geführt.“ Also nicht auf die eigentlichen CDU-Leute. Die Kehrseite davon ist, daß man z. B. in der neulich schon durch die Presse gegangenen Erklärung von evangelischen Theologen und Christen überhaupt<sup>41</sup> – da sind in der Tat ganz namhafte Namen dabei – feststellen

---

41 Zur Wählerinitiative „Aktion für die Politik Brandt-Scheel“ vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 19. September 1972 „Gegen das Geschäft mit der Angst“.

kann, daß mehrere von denen nicht nur SPD-Mitglieder, sondern sogar führende SPD-Mitglieder sind. Ich kann natürlich auch eine Bürgerinitiative machen und sagen, also, diesmal bin ich nur für die CDU. Ich finde, hier zeigt sich sowohl, in welcher Richtung wir nicht gehen sollen, als auch, wie wir das, was von anderer Seite geschieht, mit ganz gutem Erfolg und Verständnis diskreditieren können und müssen.

Herr Vorsitzender, nichts für ungut, ich muß noch einmal auf dieses schöne Viererplakat kommen. Mir sind die politischen Gründe selbstverständlich völlig einsehbar, die Sie nennen. Und dazu habe ich auch überhaupt nichts zu sagen, die finde ich einsehbar und vernünftig. Nur, der, der das Plakat sieht, der sieht natürlich nicht die Gründe, die Sie nennen, sondern der sieht zunächst einmal das Plakat. Und verzeihen Sie, wenn ich das sage, der, der etwas kritisch oder etwas spöttisch eingestellt ist – also, zu den Spöttern soll man sich ja nicht gesellen, aber immerhin –, wird ein paar politisch nicht besonders nützliche abschätzige Bemerkungen über dieses Plakat machen. So sehr ich bereit bin einzuräumen, daß von allen Ihren Integrationsaufgaben, die Sie haben, die sozusagen phototechnische die allerschwierigste ist. Es weiß ja jeder von uns, wie schwierig das ist. (*Zwischenruf:* In Bayern wird es ja nicht geklebt). Ich will das nur deshalb sagen, weil ich der Meinung bin, man sollte von diesem Plakat doch einen relativ wohlüberlegten Einsatz machen und es nicht so linear einfach überall streuen. Herr Schwarz-Schilling, ich habe da eine Tendenz aus Ihrem Beitrag herausgehört, der ich nicht ganz zustimme. Man soll also insbesondere dieses Plakat nur nicht an die Eingangsportale von Universitätsversammlungsräumen kleben, sondern man soll auch wirklich sich ein bißchen vorsehen und dieses, wie ich finde, verbesserte, aber nicht wirklich zu einem Volltreffer ausgereifte Ding nur wohl dosiert einsetzen. Wie gesagt, was zur politischen Grundlage gesagt worden ist, da stimme ich durchaus zu.

*Barzel:* Ja, es ist ein Gefühl, das hier verbreitet ist, was Herr von Weizsäcker ausspricht. Nämlich, daß die Politik, die das Plakat ausdrücken soll, richtig ist, aber daß der Ausdruck nicht gelungen sei. Das ist doch hier verbreitet. Darf ich dann mal fragen unsere großen Strategen, was man dazu sagen kann?

*Kraske:* Zu sparsamer Klebung? (*Barzel:* Nein, überhaupt, das Plakat sei politisch richtig, aber nicht gelungen.). Also, daß dieses Plakat politisch richtig ist, wird offenbar nicht bestritten. Die Frage ist, ob es gelungen ist und ob es auf die Gesamtbevölkerung wirkt. Dieses beides ist Gegenstand eines sehr sorgfältigen und für solche qualitativen Untersuchungen überdurchschnittlich breiten Tests gewesen. Und dieser Test ist ganz außerordentlich positiv ausgefallen. Zweitens mache ich darauf aufmerksam, ich will das jetzt nicht in jedem einzelnen Falle durchdiskutieren, daß hier alle Dargestellten, sowohl Herr Schröder wie Herr Katzer wie Herr Strauß gerade in den letzten Wochen eine ansteigende Kurve der positiven Bewertung und der Zustimmung haben. Auf die Frage etwa, „Wer kann die Wirtschaftskrise lösen?“ steht an der Spitze Helmut Schmidt mit 41 %, und dann kommt Franz Josef Strauß mit 39 %, Schiller mit 33 % usw. Also, ich kann nur sagen, was immer in der Partei darüber diskutiert wird, für die Leute, die wir mit dieser Art von Werbung überhaupt nur erreichen wollen und können, ist dies, wie ich finde, die beste Antwort, die wir geben können auf das, was Herr Schröder Tabuisierung nennt, also die Hochstilisierung von Strauß nach dem

Motto „Wer Barzel wählt, wählt Strauß“ und all solche Geschichten. Dies ist meine Antwort, und ich kann wirklich nur sagen, wir sollten das machen.

*Von Weizsäcker:* Darf ich nur eine Frage dazu stellen. Es geht mir wirklich um die Darstellung. (*Unruhe und Diskussion.*) Ich wende mich gegen die technisch photowerb wirksame Seite dieses Plakats. Ich wollte nur fragen, ist der Versuch gemacht worden oder nicht, die vier in einer Art von Arbeitsbild oder so etwas zu nehmen, aber nicht so? (*Unruhe und Diskussion.*) Wenn nicht und wenn das zu spät ist, ziehe ich meine Frage selbstverständlich zurück. Ich wende mich wirklich nur gegen diese Art von Darstellung von vier fotowerbemäßig nur scheinbar in Beziehung zueinander stehenden Köpfen, von der ich vorhersage, daß es einige Seiten gibt, die dazu ziemlich kritische Bemerkungen machen werden. (*Barzel:* Werden das solche sein, die uns sonst wählen würden?) Sie sind in dem Bereich, auf dem es für unseren Sieg sehr ankommt. (*Unruhe.*)

*Kraske:* Genau wie dieser Slogan nicht erkennen läßt, daß wir 250 andere beiseite geräumt haben aus guten Gründen, genauso ist es mit diesem Bild auch. Es sind natürlich die verschiedensten Versuche gemacht worden, und es waren alle auch an der Technik Beteiligten der Meinung, daß dieses das optimale Ergebnis der vorliegenden Formen war, sondern eine gute Form, wenn man der Meinung ist, daß die Herausstellung dieser Vierergruppe ihren politischen und – ich würde mehr Wert darauf legen – ihren psychologischen Sinn hat. Dies ist also die Basis, die wir dafür gehabt haben, und die mir eben doch in dieser Frage ein sehr entschiedenes Urteil nahelegt. Es gibt in der Werbung viele andere Fragen, wo ich der Meinung bin, da spricht auch Etliches dagegen. Bei dieser Lösung glaube ich wirklich, daß wir sie nach allen Vorarbeiten und Vorüberlegungen voll empfehlen können. Und daß über jedes Plakat, über jede Werbung natürlich auch unfreundliche Bemerkungen gemacht werden, das ist das Schicksal. Aber das ist nicht wirklich am Ende maßgeblich für das, was es an Wirkung ausstrahlt.

Herr Vorsitzender, darf ich ein paar andere Fragen noch eben schnell zusammenfassen und aufnehmen? Zunächst noch mal, Herr Dregger, zu dem Parteitagsprogramm: Es gab ursprünglich diese vier Abschnitte, und es gab die Idee, auch entsprechend vier Arbeitskreise zu machen. Aber ich habe schon vor fünf Wochen hier gesagt, wenn wir ins Plenum gehen, führt das zwangsläufig zu gewissen Verkürzungen. Wir konnten diesen Tag nicht in vier Abschnitte unterteilen. Es wird schon mit dreien schwierig werden. Und deswegen sind wir der Meinung: erstens Ihre Rede, zweitens die Generaldebatte am Montagnachmittag, und drittens der zweite Teil Reformpolitik der Vernunft, wo z. B. der ganze Bereich der Justizpolitik natürlich mit hineingehört als ein Thema, was in diesem Zusammenhang behandelt werden kann.

Zweiter Punkt: Es ist gefragt worden nach dem Insertionsplan, Herr Schwarz-Schilling. Unsere Ausgangsvorstellung war zunächst der Angriff auf die SPD in einigen Punkten, Jusos, linke Unterwanderung usw. und dann eine Darstellung unseres Programms in seinen einzelnen Punkten. Wir sind nach dem Vorliegen dieser Untersuchungsergebnisse zweifelhaft geworden, ob wir hier wirklich zu sehr ins Detail gehen sollten und uns nicht noch stärker auf diese Punkte konzentrieren können. Es wird

sich also heute in den Landesverbänden ein sehr eng umgrenzter Themenkreis schon darstellen lassen. Wir werden, wie ich hoffe, spätestens bis zum Parteitag auch einen Themenplan, allerdings immer nur nach dem gegenwärtigen Stand der Erkenntnis, liefern können.

Dritter Punkt: die Wählerinitiative. Es ist gefragt worden, wie das im einzelnen aussieht. Es liegt z. B. eine Liste vor hier von 30 Betriebsratsvorsitzenden. Es liegt eine Liste vor von insgesamt 230 Professoren. Es kommen hinzu 500 Professoren, die wir nicht ausdrücklich angefragt haben, weil sie Mitglieder der CDU sind. Es liegt eine ganz beachtliche Liste vor von 20 wirklichen Spitzensportlern. Was wir zur Zeit vorbereiten, ist erstens das, was hier auch angeregt wurde, nämlich ein Entwurf für die Kreisverbände oder die Wahlkreise, um auf örtlicher Ebene örtliche Autoritäten zu sammeln, von denen ich mir in mancher Beziehung mehr verspreche als von diesen überregionalen Leuten, wenn man nicht wirklich die Spitze aller Nobelpreisträger und Publikumshelden hier zusammenfassen kann, was schwierig sein wird. Zweitens sind wir daran, eine Anzeige zu formulieren, die ausschließlich auf Leute zugeschnitten ist, die bekennen, daß sie aus den und den Gründen 1969 die SPD oder die FDP gewählt haben, um ihr eine Chance zu geben, und die sagen: „Diese Chance ist vertan worden, nur in dieser Lage sagen wir, jetzt muß CDU gewählt werden“. Dieses dürfen nicht die Spitzenleute sein, die zu uns übergetreten sind, denn denen sagt man „Na ja, Kunststück, die wollen jetzt halt bei der CDU ein Mandat haben“. Es müssen aber andererseits mindestens vom Typ her, von der Berufsbezeichnung, vom Tätigkeitsmerkmal her, Leute sein, die etwas hergeben. Dies ist die Schwierigkeit der Auswahl, und deswegen steht die Liste noch nicht ganz fest. Aber es wird zur Zeit an dem Text dieser Anzeige gearbeitet, und wir stehen in Kontakt sowohl mit Sozialdemokraten von 1969 als auch mit FDP-Leuten von 1969. Dies ist für mich meine klare Präferenz für eine bundesweite Anzeige in diesem Sinne. Bei diesen anderen Möglichkeiten, ob Sportler, ob Professoren, ob also auch ein paar Leute aus der Literatur, von Krämer-Badoni<sup>42</sup> über Peter Bamm<sup>43</sup> bis zu Friedrich Luft<sup>44</sup>, würde ich sagen, wir sollten sie haben. Aber ob wir davon Gebrauch machen, das würde ich vorläufig noch mal mit einem Fragezeichen versehen, weil wir natürlich nicht uns auf Felder begeben dürfen, wo auch heute die andere Seite womöglich mit einer – ich sage es mal sehr vorsichtig, um niemanden zu demoralisieren – mindestens so eindrucksvollen Liste herkommt. Soviel also zu den Testimonials und den Wählerinitiativen.

Vorletzter Punkt: Darf ich nochmals auf einen Punkt zurückkommen, der schon bei meinen Bemerkungen vor fünf Wochen eine gewisse Rolle gespielt hat, und den ich heute noch mal vertiefen möchte mit einer kurzen Bemerkung. Wir müssen damit rechnen, daß die Gegenseite in den nächsten Wochen die gemeinsten und unverschämtesten Geschichten loslassen wird. Da wird es bestimmt Anzeigen geben, in denen wir als Enthaltensamkeitspartei verhöhnt werden und in denen die Umfaller und die

---

42 Rudolf Krämer-Badoni (1913–1989), Schriftsteller.

43 Peter Bamm (eigentlich Curt Emmrich, 1897–1975), Schriftsteller.

44 Friedrich Luft (1911–1990), Theaterkritiker.



Überläufer angeprangert werden und uns Anti-Friedenspolitik vorgeworfen wird. Meine dringende Bitte, Herr Vorsitzender, auch durch Ihre Autorität gestützt, ist, daß wir heute hier einen Stabilitätspakt eingehen, daß wir in diesem Wahlkampf bei unserer Strategie bleiben und uns nicht durch eine andere Strategie nervös machen lassen. Es ist das vorrangige Ziel, nicht etwa hier bestimmten Leuten Korruption vorzuwerfen, sondern durch diesen Vorwurf ein Thema am Kochen zu halten, und zwar ein Thema, von dem sich die SPD insgesamt psychologisch mehr verspricht als vom Thema Inflation und Wirtschaftspolitik und öffentliche Sicherheit. Umgekehrt müssen wir immer, immer wieder bei diesen Punkten bleiben, denn das sind die Felder, auf denen wir stark sind. Es gibt in der politischen Auseinandersetzung genügend Möglichkeiten, auf solche Dinge einzugehen, aber ich kenne genügend Beispiele aus früheren Wahlkämpfen, wo wir uns zu unserem Schaden Themen von der anderen Seite haben vorschreiben lassen und man völlig nervös gemacht wurde und sagte: „Aber jetzt könnt Ihr doch keine Anzeige machen über stabile Preise, wo diese Gemeinheit in der Luft steht. Ihr müßt jetzt darauf eingehen.“ Es ist meistens zu unserem Nachteil, denn es ist der Versuch, uns auf ein anderes Feld abzudrängen.

Letzter Punkt: Es ist über die Frage der Sicherheit gesprochen worden. Dies ist ein ernstes Problem, über das wir natürlich nachgedacht haben, aber wo wir, um mit Kiep zu sprechen, mit Bordmitteln alleine nicht auskommen, sondern wo wir uns rechtzeitig um Helfer bemühen müssen. Es stehen uns zur Verfügung aus Berlin aus früheren Wahlkämpfen erfreulicherweise 90 Freunde, davon kommen 45 aus der Polizei und nehmen in dieser Zeit ihren Urlaub, und 45 kommen aus der Jungen Union. Es gibt eine Reihe von weiteren Leuten, die aus der Polizei kommen, die bereit sind, uns voll und ganz in diesen sechs Wochen zu unterstützen. Voraussetzung ist, daß sie dafür freigestellt werden. Sie wissen, daß jeder Kandidat für den 7. Deutschen Bundestag sechs Wochen lang Anspruch hat, freigestellt zu werden. Ich habe hier eine Liste – jeweils für Herrn Dregger, für Herrn Filbinger, für Herrn Kohl, Herrn Hasselmann, Herrn Köppler und Herrn Windelen – mit Namen, die sich dafür zur Verfügung stellen, wenn sie freigestellt werden.

Und jetzt spreche ich mal von etwas völlig anderem. Meine Herren Landesvorsitzenden, denken Sie diesmal bei der Aufstellung Ihrer Landeslisten auch daran, wer auf die letzten Plätze kommt, daß das nicht nur Zählkandidaten sein müssen, sondern daß gerade diese letzten Plätze einer Landesliste sehr interessante Möglichkeiten bieten. Das hat gar nichts miteinander zu tun, aber ich wollte Ihnen beides sagen und den genannten Herren auch noch diese Papiere übergeben.

Herr Vorsitzender, wenn Sie keine Wortmeldungen haben, würde ich gerne, da ich mich auf die Presse vorbereiten muß, den Vorstand noch um Zustimmung zu einer Erklärung bitten, die nichts Neues und keine Überraschungen bietet, sondern die eine Bestätigung meiner These von der nötigen Penetration ist. Sie enthält die wichtigsten Punkte aus der Debatte und aus den letzten Tagen. Ich würde Ihnen nur vorschlagen, in der Punktion, vier Punkte Preise, Staatsfinanzen, den dritten Punkt ein wenig zu ändern und zu sagen: „Aus Reformversprechung oder von den Reformversprechungen sind nichts als leere Worte geblieben“. „Dieses sind nur Ruinen geblieben“, ist

glaube ich vom Bild her nicht mehr so wirkungsvoll. Ansonsten wäre ich dankbar, wenn wir diesen Text der Presse übergeben könnten. Ruinen sind ja etwas, was erst fertig war und dann eingerissen worden ist. Also leere Worte finde ich besser.

*Barzel:* Darf ich dazu mal was sagen. Ich nehme ausnahmsweise mal ein Wort, was ich hier in die Debatte eingeführt habe. Die Reform und die Reform-Ruinen sind zwei ganz unterschiedliche Dinge. Die Ruinen sind die Sachen, die die kaputt gemacht haben, die wir früher errichtet haben wie Sozialen Wohnungsbau, Renten usw. Und das andere sind die leeren Versprechungen. Im Grunde gilt beides nebeneinander, aber so ist es wohl schöner und so wollen wir dem zustimmen, das ist eine Wiederholung alles bekannter Texte.

*Wex:* Ich habe mich jetzt erst gemeldet, weil ich vorhin verstanden habe, daß die Frage „Reformrepräsentation“ ein eigener Punkt ist. Aber ich habe mich jetzt zu der allgemeinen Aussprache gemeldet. Herr Vorsitzender, Sie haben ja einmal hier im Bundesvorstand gesagt, die Herren Landesvorsitzenden möchten für eine größere Frauenrepräsentanz sorgen. Wir haben am vorigen Montag unseren Bundesfrauenvorstand gehabt. Ich will das nicht wiedergeben, was da an Emotionen drin war. Ich sage sehr deutlich, daß es auf keinen Fall eine Steigerung und positive weitere Erfolge für die Frauen auf den Landeslisten gibt. Wir werden, wenn es so, wie es ist, und wie wir es sehen, zwei Frauen weniger haben im ganzen. Ich habe aber noch einige Hoffnungen, weil noch nicht alle Landeslisten vorliegen. Es sind eben noch offen mehrere Landesverbände. Ich habe einen Brief an die Landesvorsitzenden aufgrund Ihres Appells geschrieben. Wir waren uns im Bundesfrauenvorstand, weil das ja alles erfahrene Damen sind, über die Schwierigkeiten klar. Die Aussage, wenn wir weniger Frauen reinkriegen, ist einfach eine Aussage für die Gesamtpartei und nicht für die Frauen, um das hier mal ganz klar zu sagen. Es war ein Qualitätsangebot vorhanden. Ich weiß ganz genau, wie schwer es die Landesvorsitzenden haben, denn ich sehe eigentlich keinen einzigen Landesvorsitzenden, der diesen Appell nicht grundsätzlich unterstützt hat. Aber die Durchsetzbarkeit, und darüber sind wir uns alle klar, ist sehr schwierig. Es gibt kaum Argumente dafür, aber es gibt eben einen großen Teil von Realitäten dafür. Was ich schlimm finde und wirklich vielleicht noch nicht mal mehr ganz zu korrigieren ist, daß ein paar Direktwahlkreise, die die Frauen gehabt haben, nicht wieder von Frauen besetzt worden sind. Und das ist natürlich ein Argument, was mehr durchschlägt als ein oder zwei Kandidatinnen weniger.

Nach meinen Informationen, die vom Sonnabend sind, Schleswig-Holstein hat ja am Sonnabend noch gewählt, ist eine Gefährdung, die wir gesehen haben, ausgeräumt. Wenn Niedersachsen für die zwei nur eine bringen kann, und wenn Baden-Württemberg für die eine Dame keine bringen kann, was aber noch Chancen hat, und wenn Hessen statt einer nicht zwei bringen kann, dann haben wir eine oder zwei Frauen weniger. Wenn nur die Landesvorsitzenden vielleicht nach dem letzten Stand sagen können, ob es so, wie meine Informationen sind, stimmt: Schleswig-Holstein eine, Hamburg keine, Baden-Württemberg zweifelhaft, Rheinland-Pfalz noch nicht entschieden, Nordrhein-Westfalen noch nicht entschieden, Saarland hatte niemanden, Hessen wird eine oder zwei kriegen, Niedersachsen zwei, Berlin ist noch offen. Ist

das so richtig? Dann heißt das, daß wir ein oder zwei Damen weniger bekommen, und drei Wahlkreise weniger. Der Kölner Wahlkreis hat mit einer Kampfabstimmung geendet. Die Kölner hatten bei vier Wahlkreisen immer einen Frauenwahlkreis, der ist jetzt am Donnerstag verlorengegangen<sup>45</sup>, also für die Frauenkandidatur, dann hat Frau Brauksiepe keine Nachfolgerin in bezug auf eine Frau bekommen im Direktwahlkreis, und auch sie wird keinen Direktwahlkreis mehr kriegen. Ich stelle das jetzt nur deswegen fest, weil wir noch ein paar Chancen haben. Es sind ja noch nicht alle Landeslisten abgeschlossen.

*Barzel:* Ich kann diesen Appell nur unterstützen. Ich habe ja das Thema neulich hier aufgegriffen und mit großem Ernst darauf hingewiesen, daß es für uns sehr entscheidend ist, in dieser Frage zu helfen. Ich kann ja nur noch appellieren, mehr kann ich nicht machen. Der Vorsitzende dieser Partei kommt sich in diesen Zeiten wirklich vor wie eine ganz merkwürdige Figur. Alle Welt kommt und sagt „Wir wollen mit Dir über diese und jene Leute reden“, aber er kann gar nichts machen. Na, das werden wir alles noch ändern. Wir wollen erst mal eine Wahl gewinnen, dann machen wir das andere auch anders.

*Hasselmann:* Herr Vorsitzender, ich möchte noch auf Herrn von Weizsäckers Argument eingehen, weil Sie sagen, man kann das Plakat nicht überall hinhängen oder sollte es nicht tun. Das wäre gut, wenn wir unsere Landesgeschäftsführung, die wiederum ihre Kreisgeschäftsführer anweisen könnten, mit ein bißchen Verstand und nicht aus bewußten Überlegungen bestimmte Plakate dort und eben nicht dorthin zu hängen. Ich habe meine Beobachtungen gemacht mit den Landesverbänden bei der Besprechung der Wahlkampftechniken. Also bei denjenigen, die das machen. Das beliebteste ist ja zur Zeit, wenn unsere Redner angeboten werden, dann geht das zum ersten, zum zweiten, drittens, zum dritten, kein Gebot? Das interessante ist – ich will es in Führungsstriche setzen – „die Macht“ der Techniker draußen, die uns sozusagen verkaufen.

*Kraske:* Darf ich Sie kurz unterbrechen, Herr Hasselmann, ich bitte sehr um Entschuldigung. Wir haben um 13.00 Uhr die Presse und müssen diese Erklärung bis dahin vervielfältigen lassen. Ich habe mit Herrn Lampersbach noch eine Änderung verabredet, daß wir nämlich unter diese vier Punkte einen fünften nehmen: „Der Rücktritt von mehr als einem dutzend Minister und Staatssekretäre zeigt die ganze Führungsschwäche Brandts“, und dann, im neuen Absatz, „Einen der Gründe dafür hat der ehemalige Wirtschafts- und Finanzminister ...“. Wenn Sie damit einverstanden sind, würde ich gerne dieses jetzt hier verteilen.

*Barzel:* Also, meine Damen und Herren, bevor dies hier zerbröckelt, habe ich noch drei Wortmeldungen.

*Hasselmann:* Ich wollte noch auf die Testimonials hinweisen. Die sind am wirkungsvollsten im Wahlkreis von Leuten, die den Mut haben, sich zum Ort zu bekennen. Die

---

45 Wahlkreisabgeordnete war von 1949–1972 Aenne Brauksiepe (in der 1. WP vertrat sie den Wahlkreis Köln II, in der 2.–4. WP den Wahlkreis Köln I und in der 5. WP den Wahlkreis Köln III). Zur Kandidatenaufstellung vgl. „Rheinische Post“ vom 6. Oktober 1972 „Viele Neue bei der rheinischen CDU“.

Pfarrersfrau, der Postbote, das Mitglied oder Angestellte eines Betriebes. Es ist schwieriger mit all den doch anonym bleibenden Zahlen von Professoren, die bereit sind, sich zur CDU zu bekennen. Diese örtliche Anzeige Wählerinitiative ist die wichtigere, aber die schwierigere. Es wäre gut, in der Bundesgeschäftsstelle die Landesgeschäftsführer erneut morgen<sup>46</sup> darauf hinzuweisen, einen Betriebsrat zu fragen, der von sich reden macht, einen Postangestellten zu finden und die Pfarrersfrau. Das ist wichtig.

Zu den Frauen: Hier sind in Niedersachsen zwei, Herr Dr. Barzel, die Schwierigkeit ist die altbekannte. Die Frauen wählen Männer und keine eigenen. Das ist das, was uns immer wieder entgegengehalten wird. Das ist leider so. Wir müssen das ganz nüchtern sehen. Und die andere Sache, die hinzukommt, ist, wenn wir sie alle in unseren Gruppierungen erfassen, Sozialausschüsse, JU, Frauenvereinigung (*Wex*: Das ist nun wieder ganz was anderes) usw., dann werden diejenigen ohne Wahlkreise, die im Fronteinsatz im Wahlkampf stehen, auf Kosten der Gruppierung und der Interessenvertretung ihre Chance, im Bundestag zu sein, nicht erhalten. Jeder bei uns in Niedersachsen könnte als Direktkandidat in den Bundestag hinein. Sie werden Absprünge bei den Direktkandidaten sehen, wenn die Gruppierungen mit ihren Forderungen kommen. Das ist nicht einfach, (*Starke Unruhe*.) das ist insgesamt so. Und ich meine hier ganz andere Gruppierungen als die Frauen. Es trifft aber genau so zu. Wir müssen einfach sehen, daß wir sie vorher in den Wahlkreis hineinbringen, in dem Frauen kandidieren können, unter Zurückstellung mancher anderer. Das haben Sie ja bei uns mit Erfolg am Beispiel Frau Kalinkes exerziert. Die hätte ihren Wahlkreis bekommen und alle Unterstützung. Das ist so ein typisches Beispiel.

*Broll*<sup>47</sup>: In bezug auf Oldenburg. Es werden offenbar Karten gedruckt unserer Gegner, auf denen z.B. steht: „Die Reichen müssen reicher werden.“ Da steht drunter „CDU“. Auf diesem CDU-Zeichen steht ein Copyright, alles gefälscht. Verfolgen Sie das schon und was machen wir? Anzeige erstatten!

*Barzel*: Sofort die Bundesgeschäftsstelle anrufen. Wir haben ja diesen Dienst jeden Tag, damit wir das erst mal wissen, das ist immer das wichtigste. Sofort telefonieren. An die Nummer, die wir da in dem Dienst jeden Tag angeben.

*Amrehn*: Zu dem, was der Parteivorsitzende am Schluß des Parteitages sagen will, möchte ich noch eine Anregung geben. Vielleicht hat er selber schon daran gedacht. Aber da es nicht erwähnt worden ist, scheint es mir doch wichtig zu sein: Rückkehr zu relativer Stabilität wird kein einfacher Weg sein, sondern schwer und dornig. Und ich glaube, das sollten wir schon auf dem Parteitag dem deutschen Volk auch sagen, daß da schwere Aufgaben auf uns zukommen. Ich will gar nicht das Wort „Opfer“ benutzen. Aber daß hier eine Anforderung an das Volk gestellt wird, und daß nicht gesagt wird „immer weniger Arbeit mit immer höherem Lohn“, das scheint mir eine populäre

---

46 Protokoll der Landesgeschäftsführerkonferenz am 26. September 1972 in ACDP 07-001-515.

47 Werner Broll (geb. 1932), Gymnasiallehrer; 1970-1987 Vorsitzender des KV Oldenburg-Stadt, 1976-1987 MdB.

Formel zu sein, die heute die Bevölkerung gerne hört. Lieber dasselbe verdienen, aber dann wissen, was ich im Portemonnaie habe. Ich glaube, das könnte noch ein Gedanke sein, der in der Bevölkerung Anklang findet.

*Barzel:* Dies ist zweifelsfrei richtig und ist auch unsere Absicht. – Herr Lemke!

*Lemke:* Ich habe wohl die Äußerung von Hasselmann falsch verstanden. Dann habe ich vielleicht zu kurz gesprochen. Dieses Plakat mit den vier Freunden von uns halte ich für politisch unbedingt notwendig. Dieses Plakat ist uns eine hervorragende politische Aussage. Ich meine, es wäre geradezu schrecklich, wenn wir dieses Plakat nur an einigen Stellen aufhängen. Dieses Plakat muß in ganz Deutschland, ich darf das noch sagen, vielleicht sogar in Bayern, aufgehängt zu werden, und nicht etwa differenziert hier in diesem Kreis nicht und irgendeinen anderen Kreis. (*Unruhe.*)

*Barzel:* Meine Damen und Herren, das Wort wird sonst nicht gewünscht. Punkt „Verschiedenes“? Ich danke Ihnen. Dann auf Wiedersehen in Wiesbaden.

Bonn, Montag 9. Oktober 1972

*Sprecher: Barzel, Bewerunge, [Bilke], [Blüm], Dregger, Echternach, [Erhard], Gradl, von Hassel, Hasselmann, [Hennig], [Kiep], Kiesinger, Köppler, Kohl, Kraske, Lampersbach, Langguth, Lemke, [Lorenz], [Müller-Hermann], [Schröder], Stoltenberg, [Vogel], von Weizsäcker, [Wex], Windelen.*

*Vorbereitung des Parteitags. Wahlkampfkoordination. Verschiedenes.*

*Beginn: 15.00 Uhr*

*Barzel:* Meine Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne unsere Bundesvorstandssitzung. Ich hoffe, daß Ihre Stimmung so gut ist wie die des Vorsitzenden und daß das alles sich niederschlägt auf die gute Stimmung im Lande und von diesen drei Tagen noch potenziert wird. Das ist ja wohl auch Zweck dieses hervorragenden Parteitages.

Nun möchte ich also ganz kurz einen herzlichen Glückwunsch an unseren Freund Lemke zu seinem 65. aussprechen. (*Beifall.*) Bleiben Sie gesund und munter und helfen Sie unserer Sache weiter.

Ich hoffe, daß wir in den Landesverbänden nur mit mittelschweren Verwundungen die Kandidatenaufstellung hinter uns gebracht haben. In einigen Verbänden ist das doch etwas schwieriger. Ich werde zur Verfügung stehen, um bei den Landesvorständen in diesen Tagen mit denen zu sprechen, die dort vielleicht durch den Vorsitzenden und durch die Ehrenvorsitzenden angesprochen werden sollten, und ich denke, Sie werden mich auch ermächtigen, dafür zu sorgen, daß wir in der einen oder anderen Weise mehr tun, was offenkundig notwendig ist, ohne daß ich das hier im einzelnen darzutun brauche.

Eine letzte Bitte von mir, noch einmal, wenn Sie heute abend Ihre Kollegen aus den Landesverbänden sehen, darauf hinzuweisen, in welcher besonderen Weise unser Programm zustande gekommen ist, daß dies eine Verabredung zweier Parteien ist, ein Regierungsprogramm, daß dies ein Exzerpt ist aus unserem Grundsatzprogramm. Ich will heute in meiner Rede deutlich machen, daß wir ein gutes Programm verabschiedet haben. (*Starke Unruhe.*) Laß' die Jungs doch Marx lesen, und wenn sie sich zum Tyrannenmord bekennen, haben wir das früher auch gemacht. Dann bitte ich daran zu denken, daß das hier zunächst eine Stunde dauern kann, da wir pünktlich drüben sein wollen. Ich bitte nun den Generalsekretär, das Wort zu nehmen.

VORBEREITUNG DES PARTEITAGS

*Kraske:* Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, meine lieben Kollegen, ich glaube, daß wir einen vorzüglichen Parteitag bekommen. Aber es gibt ein paar Probleme vorher zu klären, und es gibt außerdem einen Wahlkampf, vor dessen weiterem Verlauf wir uns nicht mehr sehen. Auch dazu sollten wir heute morgen vielleicht ein paar Worte sagen. Darf ich, möglichst im Telegrammstil, einzelne Punkte aufrufen?

Erster Punkt: Grußworte. Wir erleben es zum zweiten Mal innerhalb der CDU, daß einer unserer ausländischen Gäste erklärt, wenn ein anderer unserer ausländischen Gäste spräche, würde er den Saal verlassen. Ich habe das vor einem Jahr als Nicht-Beteiligter an der Organisation des Parteitages schon wirklich für einen ziemlich ernsten Verstoß gegen Grundregeln der Gastfreundschaft gehalten. Meine Meinung wäre, daß wir Herrn Rumor, um den es hier geht, ganz klar sagen, Gastworte werden bei der Eröffnungsveranstaltung gehalten. Es spricht ein Gastwort der Präsident der Christlich Demokratischen Parteien und der Sprecher der Konservativen Parteien, und wem das nicht gefällt, der muß dann die Konsequenzen daraus ziehen, die er für richtig hält. Die Vorlage unseres Auslandsbüros, die ich gestern abend bekommen habe, läuft eher auf Defensive und Kompromiß wie vor einem Jahr, daß man nun dieses konservative Ärgernis aus dem Verkehr zieht und dann erst heute nachmittag oder morgen früh sprechen lassen will. Ich möchte gerne den in unserem Präsidium dafür Zuständigen, unseren Bundestagspräsidenten, um seine Meinung bitten, ich glaube aber, das ist wichtig genug, daß wir das hier entscheiden.

*Von Hassel:* Ich würde persönlich dafür plädieren, daß der Vorsitzende, also der Präsident der Europäischen Christlichen Demokraten (*Zwischenruf:* Herr Rumor!) und daß dann danach der Vertreter der Konservativen Parteien das Wort nimmt.

*Kraske:* Herr Rumor will weggehen, wenn in der gleichen Sitzung der Vertreter der Konservativen Parteien spricht. (*Von Hassel:* Das halte ich für ganz ausgeschlossen.) Sie sind also der Meinung, es wird angekündigt: Es sprechen für die EUCD Herr Rumor und anschließend ein Vertreter der eingeladenen Konservativen Parteien, das ist der Generalsekretär der Konservativen Partei Dänemarks<sup>1</sup>, nach dem EWG-Beitritt Dänemarks, glaube ich, der richtige Ansatz. Gut! (*Zwischenruf:* Heute morgen dann?) Heute morgen. (*Zwischenruf:* Ja, und wenn der nun rausgeht?)

*Barzel:* Das nützt uns doch überhaupt nichts! Wir wollen einen Parteitag und eine Wahl gewinnen, und es völlig gleichgültig, was mit Rumor und mit dem Dänen jetzt ist. Soll der eine vormittags und der andere nachmittags sprechen, das sind eben zwei verschiedene Sitzungen, so haben wir das in Saarbrücken auch gemacht. (*Unruhe und Diskussion.*)

*Kiesinger:* Das ist der alte Gegensatz, der nun mal leider besteht, die Partei der Democrazia Cristiana ist eben nicht identisch mit uns, das wissen wir seit Jahr und Tag, es haben sich Freundschaften nach der einen wie nach der anderen Seite entwickelt.

---

1 Kai Aage Ørnkov (geb. 1929).

Wir können uns von denen nicht terrorisieren lassen, ich kenne die Art von Herrn Rumor, der macht da vielleicht nur eine Pflichtübung, er wendet sich von der Geschichte ab. Ich glaube nicht, daß er gehen wird.

*Von Hassel:* Darf ich doch noch mal was sagen? Rumor ist gekommen, auf dem Wege einzutreten für ein gewisses Engagement mit den Konservativen. Also wenn wir es so regeln können, daß der eine vormittags, Rumor, und der andere nachmittags spricht, bin ich einverstanden.

*Kraske:* Gut, dann werden wir das mit technischen Gründen des Ablaufs begründen, aber, Herr von Hassel, ich finde, daß wir das das nächste Mal vor Beginn eines solchen Parteitages klären sollten, denn dieser Rücktritt ist für uns als Gastgeber wirklich ziemlich unmöglich.

Zweiter Punkt: Wir haben nach dem vorliegenden Programm vorgesehen, daß wir die Mittagspause um 13.00 Uhr haben und daß wir dann um 15.00 Uhr mit der zweiten Plenarsitzung beginnen. Ich fürchte, daß wir die Mittagspause nicht wesentlich verkürzen können, weil hier 2.000 Leute auf begrenzte Lokalkapazitäten treffen. Ich bitte nur darum, daß wir, falls die Vormittagssitzung, was ich für möglich halte, vor 13.00 Uhr beendet ist, die Nachmittagsitzung entsprechend früher einberufen, weil wir nachmittags zeitlich sehr in Bedrängnis kommen. (*Diskussion um den Zeitplan.*) Gut, der Vorstand ist der Meinung, daß wir in jedem Falle bei 15.00 Uhr bleiben. Es gibt dann in jedem Falle eine sehr verkürzte Diskussion heute Nachmittag, das müssen wir dann in Kauf nehmen. (*Unruhe und Diskussion.*)

In unserem Programm steht für den Nachmittag als letzter Punkt „Allgemeine Aussprache“. Das bedeutet, daß diese Aussprache sich nicht nur an den Zwischenbericht der Grundlagenkommission von Herrn von Weizsäcker anschließt, sondern daß diese allgemeine Aussprache den ganzen heutigen Tag einbezieht. Das heißt also die Rede des Vorsitzenden und den Bericht des Generalsekretärs. Für diese allgemeine Aussprache hat sich schon vorab Herr Dr. Dregger zu Wort gemeldet, weil das Thema „Innere Sicherheit“ wegen des weiten Bogens der Gesamthematik am Dienstag nicht eigens aufgeführt werden kann. Ich schlage vor, daß wir um so mehr diese Aussprache am Nachmittag ein bißchen gliedern und daß das Präsidium des Parteitages nach den vorliegenden Wortmeldungen dafür einen Vorschlag macht, damit in dieser Nachmittagsdiskussion nicht Beiträge zum Bericht der Grundsatzkommission und Beiträge zum Thema Wahlkampfführung, Parteilarbeit ständig und munter durcheinander gehen. Aber das wird man endgültig wahrscheinlich erst sehen können, wenn nach allen drei Berichten und Referaten die Wortmeldungen beim Präsidium vorliegen.

Für diese Aussprache am Nachmittag steht die Zeit zur Verfügung bis maximal 19.00 oder 19.30 Uhr. Das heißt also, wenn wir am Nachmittag ein Grußwort noch hören, können wir sicher nicht ganz pünktlich um 15.00 Uhr anfangen, daß wir etwa um 17.00 Uhr mit den Berichten und Referaten fertig sind und dann 2 bis 2 ½ Stunden für diese Diskussion Zeit haben. (*Von Weizsäcker:* Ist 19.00 Uhr verbindlich oder können wir darüber hinaus?) Wir können darüber hinaus. Ich würde sagen, das haben wir auch bei der letzten Vorstandssitzung schon angekündigt, daß wir am Montag mit open end diskutieren müssen. Natürlich werden einige Verpflichtungen haben, aber



ich glaube nicht, daß wir deswegen das Plenum abbrechen sollten. (*Unruhe und Diskussion.*)

Für die Diskussion am Dienstag stehen in den einzelnen Abteilungen, also in den drei Bereichen einschließlich der Eingangsreferate, zwei bis maximal vier Stunden zur Verfügung. Der zunächst von uns angesteuerte Zeitplan sieht etwa folgendermaßen aus: Beginn 9.00 Uhr mit dem ersten Thema „Stabilität und Soziale Marktwirtschaft“, Beginn 11.00 Uhr, spätestens 11.30 Uhr mit dem zweiten Bereich „Reformpolitik der Vernunft“ und dann am Nachmittag, Beginn 16.00 Uhr, spätestens 17.00 Uhr mit dem dritten Thema „Außenpolitik“. Wir müssen in dem zweiten Bereich, „Reformpolitik der Vernunft“, wahrscheinlich am meisten Zeit vorsehen, weil es hier ja eine ganze Fülle von Einzelthemen gibt, die hier behandelt werden müssen, von der Vermögenspolitik über die Agrarpolitik bis zur Bildungspolitik. Das bedeutet, daß wir uns in allen Bereichen straffen müssen. Das bedeutet, daß wir die Diskussionsbeiträge kurz halten müssen. Und das bedeutet, daß ich die ausgedruckten, im Programm bereits angekündigten Redner gebeten habe, ihre Redezeit bei dem ersten Redner in jedem Falle auf 30 Minuten und bei dem zweiten in jedem Falle auf 20 Minuten zu beschränken, weil sonst für eine Diskussion überhaupt kein Platz ist. (*Unruhe und Diskussion.*)

In der ersten Abteilung, „Stabilität und Soziale Marktwirtschaft“, werden, wie ich denke, außer Herrn Strauß und Herrn Narjes Herr Professor Zeitel sprechen, Herr Dr. Schäfer, der Vorsitzende unseres zuständigen Parteiausschusses, und, wie ich sicher annehme, es ist hier noch nicht besprochen worden, unser Freund Gerhard Stoltenberg. (*Zwischenruf: Wo ist er denn?*)

*Kohl:* Darf ich mal kurz eine Frage bei der Gelegenheit stellen? Das sind doch zum großen Teil nicht die Mitglieder. Das sollte doch eigentlich der Parteitag ihrer Präsentation sein. Für Stoltenberg entsteht ein ähnliches Problem wie bei dem nächsten Kapitel für mich. Ich bin eigentlich hierher gegangen in der Meinung, zu denen zu gehören, die jetzt vor allem hier präsentiert werden sollten vor der Wahl, und dann gibt es noch ein paar, Herr Kraske, das müssen Sie sehen, die aus dem Forum heraus sich einfach melden. Wir können ja nicht nur da eine gestellte Schau abziehen, sondern es muß doch einfach in den Wortmeldungen deutlich werden, daß noch der eine oder andere sich zentral zu einem Thema meldet. Das sieht viel besser aus, als wenn versucht wird, auf die elegant diplomatische Weise das vom Tisch zu fegen und die Redezeit zählen. Also ich fange schon an, meine Zweifel zu haben, wie das morgens mit den 40 Minuten auskommen soll. Deswegen bin ich dafür, daß man zunächst einmal festlegt – das können wir doch machen –, wer aus der Regierungsmannschaft insgesamt unter allen Umständen präsentiert werden soll und auch in der Regel diesen vorzuziehen ist. Ich meine nämlich, es müssen hier eine ganze Reihe, die hier nicht aufgeführt werden, aber in bestimmten Abteilungen der CDU-Politik mitwirken, doch hier auch sprechen.

*Barzel:* Ja, das wird ein Bruch in unserer Wahlkampfstrategie sein, wenn die Herren Ministerpräsidenten nicht sprechen. Ich möchte Sie sehr herzlich einladen, sich eine Stelle der Debatte auszusuchen, in der Sie das Wort nehmen.

*Kohl:* Das kann man ja machen, aber man muß doch andere auch hören, die hier

genannt werden für bestimmte Ämter. Denken Sie nur an die Landwirtschaft beispielsweise, die müssen sich doch präsentieren auf so einem Parteitag. Wenn, dann muß man mal darüber nachdenken, was das zeitlich ausmacht.

*Kraske:* Herr Kohl! Dies exakt ist natürlich vorgesehen, daß alle Mitglieder der Mannschaft und daß die Experten der Fraktion, die ja auch in der künftigen Fraktion sein werden, hier sozusagen gesetzte Redner sind und daß Delegierte, die sich zu Wort melden, so weit wie möglich mit berücksichtigt werden. Meine Bitte ist, daß die Mitglieder der Mannschaft im weiteren Sinne, also einschließlich der Ministerpräsidenten, sich hier beteiligen und meine Bitte an Sie, Herr Stoltenberg in diesem ersten Kapitel, und an Sie, Herr Kohl im zweiten Kapitel, ist, daß Sie sich womöglich bereit halten, um als letzter in dieser jeweiligen Abteilung zu sprechen, weil das nämlich ungeheuer wichtig ist, daß nicht als letzter irgendein Zufallsdelegierter spricht und dann der Präsident sagt: „So und nun gehen wir zu dem nächsten Kapitel“, sondern daß dieses Kapitel wirklich abgeschlossen wird und daß die Diskussion zusammengefaßt wird.

*Stoltenberg:* Also dem Wunsch, der heute noch mal von unserem Vorsitzenden ausgesprochen wird, daß die Ministerpräsidenten reden, werden wir dann sicher selbstverständlich als Mitglieder des Präsidiums entsprechen. Nur wann und wo und zu welchem Thema, das möchte ich mir nun ein bißchen offenhalten. Ich kenne die Reden nicht, die gehalten werden. Die Reden können so hervorragend sein, daß alle wesentlichen Aussagen, die ich selbst zu dem Thema im Kopf habe, dort bereits klargemacht sind. In dem Falle würde ich es nicht für richtig halten, wenn Herr Kohl zum einen oder ich zum anderen oder Herr Filbinger zum dritten Thema sozusagen nur noch mal eine Zusammenfassung dessen bringen, was bereits viel besser gesagt wurde. Das halte ich nicht für richtig. Also, ich werde da reden, aber wann und wo, das möchte ich mir, Herr Generalsekretär, ein bißchen vorbehalten. Denn wenn ich da eine Zusammenfassung geben soll von Dingen, die alle schon sehr gut gesagt sind, werde ich mein Bedürfnis zu reden, gerne an diesem Punkte zügeln und vielleicht über etwas ganz anderes reden, wo die sagen: „Das hätten wir gar nicht gedacht, daß der auch wie Barzel redet!“ (*Große Heiterkeit und Unruhe.*)

*Kraske:* Können wir dieses nur im Zuge der Entwicklung ein bißchen miteinander abstimmen, weil wir sonst wirklich in Schwierigkeiten kommen.

*Stoltenberg:* Ohne Kenntnis der Referate können Sie das vorher nicht.

*Dregger:* Es wäre für das Tagungspräsidium sicherlich eine Erleichterung, wenn etwas vorüberlegt würde, wer von den Führungsmannschaftsmitgliedern wo spricht und das ein bißchen aufteilt. Das könnte doch geschehen. Ich finde das sehr vernünftig, was Herr Kohl angeregt hat.

*Kraske:* Also nach unserer Vorstellung sollte aus der Mannschaft im weiteren Sinne in dem ersten Bereich „Stabilität durch Soziale Marktwirtschaft“ in jedem Falle Herr Stoltenberg sprechen. In dem zweiten Teil, „Reformpolitik der Vernunft“, muß zur Agrarpolitik gesprochen werden, Herr Burgbacher und Herr Pieroth<sup>2</sup>; zur Rechtspolitik muß

---

2 Elmar Pieroth (geb. 1934), Diplom-Volkswirt; 1965 CDU, 1969–1981 MdB, 1981–1989 Sena-

gesprochen werden, Herr Vogel und Carl Otto Lenz; zur Verkehrspolitik muß gesprochen werden, Müller-Hermann; zur Bildungspolitik muß gesprochen werden, hier steht als Vorschlag Bernhard Vogel und Langguth. Das sind die Bereiche dann. Der letzte Bereich, der her aufgeführt war, ist die Wirtschaftspolitik. Hier ist aber noch keine Klärung erfolgt, wer von den Leuten da ist. (*Diskussion über die Verteilung der Redner.*)

Ich komme zurück auf das, was ich in der vorletzten Vorstandssitzung gesagt habe. Wenn wir das alles im Plenum behandeln, dann zwingt es uns, erstens die Diskussionsbeiträge sehr kurz zu halten und zweitens sich im wesentlichen auf den Kreis der Mannschaft, Vorstand- und Fraktionsspitze, zu beschränken. Ein Tag ist nicht länger als von morgens 9.00 bis abends 19.00, und wenn da alle Themen untergebracht werden sollen, dann ist das die Quadratur des Kreises. Daran müssen wir uns halten. (*Unruhe.*) Das ist jetzt gut.

Dann komme ich zum dritten Thema, „Sicherheit und Freiheit“. Sie wissen, Einleitung durch Herrn Schröder und Herrn Wörner. Hier sollte der Kollege Kiep zur Entwicklungspolitik sprechen; hier sollte der Kollege Marx sprechen zur Deutschlandpolitik, wo bei mir hier der Name Gradl steht. (*Windelen: Darf ich mich hier ...*) Entschuldigung, Herr Windelen. Steht hier auch ausdrücklich: Windelen. (*Windelen: Ich würde gerne ein paar Worte über Berlin sagen, ganz kurz. – Diskussion über die Redner.*) Ist klar, Lorenz. Ja! Es gibt aber jemanden, der das außer mir auch aufschreibt.

Ich schlage vor, daß wir bis zum morgigen Tage mit den einzelnen hier Vorgesehenen das noch abstimmen. Zum Teil ist diese Abstimmung bisher erfolgt, aber da manche auch schon im Wahlkampf sind, was ich begrüße, war es noch nicht in jedem einzelnen Falle möglich, z. B. in Ihrem, diese Abstimmung vorab vorzunehmen. Aber darf ich Sie alle bitten, die Sie hier als Redner anwesend sind, für Ihre Person wirklich sich auf Diskussionsbeiträge zu beschränken von maximal zehn Minuten, weil wir sonst einfach nicht durchkommen mit dem Programm und auch auf Delegierte, die Sie kennen und die sich zu Wort melden, einen entsprechenden wohlthätigen Einfluß auszuüben. Herr Dr. Kohl ergänzt freundlicherweise: „Sagen Sie fünf bis zehn Minuten!“ Ich nehme das besonders gerne auf.

Darf ich zum nächsten Punkt kommen und Sie auf den Dienstagabend, auf den Empfang morgen, hinweisen und Sie, wie schon bei unserer letzten Sitzung, alle bitten, an diesem Empfang teilzunehmen und diesen Empfang nicht nur zu unserer und Ihrer eigenen Erbauung und Unterhaltung zu benutzen. Ich glaube, wir haben 800 bis 1.000 Journalisten hier und bei diesem Empfang, so daß eine hervorragende Gelegenheit gegeben ist, die Journalisten und unsere übrigen eingeladenen Gäste an diesem Abend ein bißchen zu betreuen. Die Mitarbeiter unserer Presseabteilung werden sich erlauben, im Laufe des Abends den ein oder anderen von Ihnen gegebenenfalls auch mal

---

tor für Wirtschaft und Arbeit in Berlin, 1987–1993 Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung.

persönlich unter den Arm zu nehmen und irgendwo hinzugeleiten, wo dringend eine Bestückung durch uns erforderlich ist. Ich wäre dankbar, wenn Sie das dann unterstützen würden.

Letzter Punkt: Ich höre, mit einem besonderen Dank an unseren Kollegen Norbert Blüm, daß inzwischen nur noch eine Entschließung vorliegt. Diese Entschließung ist im ziemlich letzten Augenblick aus dem Landesverband Hamburg gekommen und betrifft die Lage der Werften.<sup>3</sup> Da darf ich sicher mit Ihrer Unterstützung einen herzlichen Appell an unsere Kollegen aus Hamburg richten, daß niemand von uns die Notlage der deutschen Werftenindustrie unterschätzt. Wenn wir aber diese eine Entschließung machen, bekommen wir sofort einen Antrag zur Energiepolitik, zur Landwirtschaft und zu vielen anderen Bereichen, so daß ich sehr dankbar wäre, wenn wir uns verständigen könnten, daß dieser Antrag dem Parteivorsitzenden und künftigen Bundeskanzler und der nächsten Regierung, dem Vorstand, zugewiesen wird und wir ihn nicht auf dem Parteitag unter Kollegen diskutieren.

*Barzel:* Ich höre eben, daß ein jüngerer Kandidat die Absicht habe, auf dem Parteitag zu verlangen, offenbar jetzt bald, daß wir das Programm doch möglichst heute vorlegen, damit es dann auch diskutiert und Punkt für Punkt auseinandergenommen werden kann. Ich habe zwar nichts dagegen, weil ich annehme, daß wir uns mit der Mehrheit dann in jedem Punkt durchsetzen werden. Aber da wäre die ganze Ansage zwischen CDU und CSU einschließlich der letzten Tage dann natürlich durcheinander. Wir wollen doch gerade bei uns ein Stück Geschlossenheit signalisieren.

*Echternach:* Herr Dr. Barzel, es ist natürlich bedauerlich, daß wir als Mitglieder des Vorstandes dieses Regierungsprogramm bisher nicht kennen und daß es immerhin verabschiedet worden ist von einem Kreis, von dem ich nicht weiß, wie er sich genau zusammensetzt. Ich hätte nichts dagegen, wenn man wüßte, was da drin steht. (*Zwischenruf:* Vertrauen ist das meiste! – *Unruhe.*)

*Barzel:* Herr Echternach, ich habe in den beiden letzten Sitzungen des Parteivorstands mehr als das Gerüst, den wesentlichen Inhalt vorgetragen. Ich habe darauf hingewiesen, daß wir aus den Grundsatzprogrammen zweier Parteien und aus den vorliegenden Anträgen einer gemeinsamen Bundestagsfraktion ein gemeinsames Regierungsprogramm machen. Dieses Regierungsprogramm hat früher auch nur der engsten Fraktionsführung, der engsten Parteiführung, vorgelegen. Und hier haben wir uns die Mühe gemacht, zwei Tage und in vielen Kommissionen eine verbindliche Aussage zu erarbeiten. Es ist an keiner Stelle ein Abweichen etwa von Programmen, die wir beschlossen haben. Man kann das alles ändern, nur der Witz der Sache ist doch, daß wir Mittwoch auf dem Parteitag mit einem Text kommen, von dem wir sagen, wir brauchen uns nur zu melden, dann wird man denselben Text angereichert unter Zahlenmaterial im Deutschen Bundestag nachlesen können. Mir ist das völlig wurscht, Sie

---

3 Die Werftindustrie war durch die japanische Konkurrenz in Schwierigkeiten geraten und hatte sich im Frühjahr 1972 an die Bundesregierung gewandt, allerdings erst im September 1972 die Aussicht auf höhere Subventionen erhalten („Die Zeit“ vom 8. September 1972).

können den Text von mir aus morgen haben, nur dann passiert folgendes: Dann wird Antrag auf Antrag mit erbarmungsloser Mehrheit abgewürgt, weil wahrscheinlich die Argumente überlegen sind.

*Echternach:* Ich hatte konzediert, daß das ein relativer Demokratisierungsprozeß ist, aber ich meine, es wäre doch auch für die Mitglieder des Vorstandes nicht uninteressant zu wissen, was am Mittwoch verkündet wird im Namen der beiden Parteien. Nun ist die Frage, ob nicht Mitgliedern des Bundesvorstandes dieses Programm einmal zur Kenntnis gegeben werden könnte.

*Barzel:* Herr Echternach, ich habe in der vorletzten Sitzung des Parteivorstandes sicherlich 25 Minuten vorgetragen. (*Echternach:* Dann ist es doch im Wortlaut positiv, die Auswahl ist sehr entscheidend, was kommt. Sind die Forderungen von Düsseldorf etwa hier enthalten?) Es ist vorgetragen worden. Das hat es niemals gegeben.

*Lemke:* Ja, Herr Echternach, ich möchte sagen, wir haben uns wirklich mit diesen Problemen in ein bis zwei Sitzungen beschäftigt und sind nach vielen Überlegungen dazu gekommen, es so offen zu lassen. Wenn dieses Programm oder diese Abfolge durcheinander geworfen wird, dann haben wir einen unerfreulichen Parteitag. Wir haben uns alle im Vorstand dafür stark gemacht, daß wir in unseren Landesverbänden dafür sorgen wollten, daß das so abläuft. Bei aller Freundschaft und Nachbarschaft, es geht einfach nicht, das heute alles umzuwerfen, dann muß eben der Antrag von einem, weiß nicht, von mir gestellt werden, diesen Antrag abzulehnen. Dann ist natürlich der Fall da, aber er ist nicht so schlimm, als wenn wir dann das ganze Programm, das eben so aufgebaut ist, wie unser Vorsitzender sagt, durcheinanderwerfen.

*Kraske:* Herr Vorsitzender, wir haben für den Parteitag noch eine weitere Frage hier zu entscheiden, von mir aus ist das die einzige Formalie, die wir zu erledigen haben, nämlich die Frage eines neuen Bundesparteigerichtes. Es wird dafür vorgeschlagen, für die Legislaturperiode den bewährten Vorsitzenden des bisherigen Parteigerichtes, unseren Freund Staatssekretär a. D. Barth wiederzuwählen und weiterhin zu wählen als ordentliche Mitglieder Frau Dr. Becker-Döring, Herrn Dr. Kanka, Rechtsanwalt Siebeke und Herrn Landrat Wolf und zu stellvertretenden Mitgliedern Rechtsanwalt Dr. Burchard-Motz<sup>4</sup>, Staatssekretär a. D. Gumbel, Kreisoberverwaltungsrat Dr. Walter Kiwit<sup>5</sup>, Rechtsanwalt Rudolf Luster<sup>6</sup> und Landessozialgerichtspräsident Emil Scherer<sup>7</sup>. Diese Vorschläge sind mit den Landesverbänden abgestimmt. Zu den ordentlichen Mitgliedern zählen die bisherigen ordentlichen und stellvertretenden

---

4 Heinrich Burchard-Motz, Rechtsanwalt in Hamburg.

5 Dr. Walter Kiwit (geb. 1931), Jurist; ab 1971 Tätigkeit als Dezernent im Rhein-Sieg-Kreis, 1972–1992 Mitglied des Bundesparteigerichtes, 1977–1983 Kreisdirektor, 1983–1994 Oberkreisdirektor.

6 Rudolf Luster (1921–2000), Rechtsanwalt und Notar; 1945 CDU, 1950–1952 Vorsitzender der JU Berlin, 1952–1969 Vorsitzender des KV Berlin-Steglitz, 1955–1963 Senatsdirektor beim Senator für Inneres, 1967–1976 MdA, 1972–1984 Mitglied des Bundesparteigerichtes, 1976–1980 MdB, 1979–1994 MdEP.

7 Dr. Emil Scherer (1926–1989), Präsident des Landessozialgerichtes Rheinland-Pfalz; 1972–1988 Mitglied des Bundesparteigerichtes.

Mitglieder, die der letzten Legislaturperiode angehörten. Es sind ein paar ordentliche ausgeschieden, weil sie insbesondere inzwischen Mandate übernommen haben, die nach dem Parteiengesetz es nicht mehr wegen Inkompatibilitätsvorschriften zulassen, daß sie weiter dem Gericht angehören. Ich würde Sie bitten, diesem Vorschlag zuzustimmen. (*Unruhe. – Zwischenruf:* Ja, Herr Generalsekretär, ich möchte doch vorschlagen, Herrn Dr. Burchard-Motz zu streichen. Das ist mit uns nicht besprochen worden als Hamburger Vorschlag. Das ist ein Mann, mit dem Sie die Sitzungen des Parteischiedsgerichtes hier auf Bundesebene immer um mehrere Tage verlängern werden.) Oh, dann bin ich gleich auf Ihrer Seite! (*Zwischenruf:* Eben, da Sie doch daran interessiert sind, daß wir sicherlich in überschaubaren zeitlichen Dimensionen denken müssen.) Vielen Dank, ich habe mich hier auf einen Vermerk meiner Mitarbeiter verlassen, ich habe diesen Kontakt nicht selber hergestellt. Dürfen wir vielleicht mit Ihnen bis morgen hier noch einmal sprechen, wie weit womöglich schon mit dem Herrn Burchard-Motz gesprochen worden ist. Das müssen wir auch klären. Aber darf ich den Vorstand bitten, mit dieser Einschränkung von einer sich daraus eventuell ergebenden Änderung, dem zuzustimmen?

*Gradl:* Aus unseren Reihen ist angefragt worden, da gibt es einen Dr. Kessler<sup>8</sup>, Kämmerer aus Solingen, ein sehr ordentlicher Mann, der auch als Mitglied des Gerichts in Frage käme. Besteht da eine Chance dafür, wenn wir ihn nennen?

*Kraske:* Aber vorzüglich. Wir können das vielleicht dann austauschen. Ist Herr Scheib da? Herr Bilke, das müßte dann noch mal geklärt werden, inwieweit hier mit den Betroffenen gesprochen ist. Aber ich würde empfehlen, daß wir dann Herrn Dr. Kessler an die Stelle des Hamburger Vertreters setzen und sich Hamburg hier vertreten fühlt. Herzlichen Dank! (*Barzel:* Das fiel Herrn Echternach nicht leicht! – *Heiterkeit.*) Herr Vorsitzender, damit sind meine speziellen Parteitagspunkte beendet. Aber wir haben noch 20 Minuten Zeit. Ich würde gerne die Gelegenheit nutzen, nun ein wenig noch auf den Wahlkampf überzuleiten. Ich denke, das geht genauso schnell.

*Echternach:* Ich habe noch eine Formalie zu erledigen: Wahl des Parteitagspräsidiums. Ich weiß zwar, daß nicht alle unser Programm genauso freundlich beurteilen wie der Parteivorsitzende. Aber ich weiß nicht, ob es darauf zurückzuführen ist, daß erstmals die Junge Union im Präsidium mit vertreten ist seit vielen Jahren. Ich bin seit vielen Jahren nicht mehr aktiv in der Jungen Union, Herr Stoltenberg! (*Zwischenruf:* Hervorragend!) Ich würde deshalb vorschlagen, daß Herr Neumann<sup>9</sup>, der stellvertretende Bundesvorsitzende, das Parteitagspräsidium als Vertreter der Jungen Union komplettiert. (*Unruhe.*)

*Kraske:* Also, Herr Echternach, wir haben wirklich an dieser Stelle in der letzten Sitzung lange darüber debattiert und wir alle haben besten Glaubens, ich habe das so

---

8 Dr. Wolfram Kessler (geb. 1930), Jurist; 1950/51 Mitglied im Deutschlandrat der JU, 1959–1962 Referent beim Landkreistag Nordrhein-Westfalen, 1964–1976 Stadtkämmerer von Solingen (1974 auch Stadtdirektor), 1972–1976 Mitglied des Bundesparteigerichts, 1977–1981 Leiter des IFO-Instituts.

9 Bernd Neumann war von 1971 bis 1973 stv. Bundesvorsitzender der JU.

vorgetragen, Herrn Barschel<sup>10</sup> als einen anerkannten Vertreter der Jungen Union angesehen. (*Diskussion.*)

*Barzel:* Meine Damen und Herren, nun wollen wir uns doch einen angenehmen Parteitag machen. Ich höre, Echternach macht den Vorschlag Neumann. (*Echternach: Ja! – Unruhe und Diskussion.*)

*Kraske:* Kein Problem, das muß nur vorgemerkt werden, vor allem für den Sprechzettel von Herrn Dr. Barzel.

*Barzel:* Den Namen kann ich noch alleine aufschreiben. (*Große Heiterkeit. – Zwischenruf: Ein Sprechzettel mit einem Namen!*) – Das Wort hat Herr Kraske!

#### WAHLKAMPFKOORDINATION

*Kraske:* Meine liebe Kollegen, Wahlkampf! Da das Präsidium durch die Änderung der Sitzung terminlich nicht hat tagen können, bitte ich um Nachsicht, wenn ich eine Frage hier behandle, die zunächst das Präsidium und dann den Vorstand betrifft. Das Präsidium hatte vor einem Jahr Sitzungstermine für dieses Jahr vorgesehen, die natürlich wie bisher die ganzen nächsten Montage erfaßt. Ich bin von mehreren Präsidiumsmitgliedern angesprochen worden, daß das ja wohl nicht möglich wäre, wenn man gleichzeitig einen intensiven Wahlkampf führen will, und wir haben in der Tat auch in früheren Wahlkämpfen Präsidium und Vorstand lediglich bei Bedarf zusammengerufen. Ich würde Ihnen vorschlagen als nächsten Termin den 29. Oktober, wo wir uns um 14.00 Uhr ohnehin alle in Dortmund treffen, und daß Sie mich ermächtigen, nach Rücksprache mit dem Parteivorsitzenden, für diesen Sonntag in Dortmund eine Präsidiumssitzung oder eine Präsidiums- und eine Vorstandssitzung vorzubereiten, etwa ab 11.00 Uhr unter Einbeziehung eines Mittagsimbisses. Dann können wir uns verständigen, dann sind wir 2 ½ Wochen weiter nach Abschluß des Parteitages, und wir können dann auch im Präsidium sehen, ob wir eventuell für den Montag vor der Wahl, das wäre der 13. November, noch einen festen Termin verabreden, um am Beginn der letzten Wahlkampfwoche in jedem Fall morgens noch einmal in Bonn zusammenzukommen.

*Barzel:* Ich bin damit völlig einverstanden, möchte noch auf folgendes hinweisen: Herr Kraske hat uns vorgetragen, daß er während des Wahlkampfs vormittags im Adenauer-Haus sei und jeden Tag um 12.00 Uhr Journalisten zur Verfügung stünde. Das bietet sich für uns dann an, daß wir zwischen 11.00 und 12.00 Uhr mit ihm oder einem Telefondienst in der Geschäftsstelle Kontakt haben können, um eine möglichst gleichgerichtete Aussage zu aktuellen Ereignissen zu machen. Außerdem gibt es ja jetzt im gelben Dienst eine Telefonnummer und ich würde sagen, unter uns die Kommunikation zwischen 11.00 und 12.00 via Büro Kraske/Hennig zu halten, damit wir unterein-

---

10 Dr. Uwe Barschel (1944–1987), Jurist; 1960 JU, 1962 CDU, 1967–1971 Vorsitzender der JU Schleswig-Holstein, 1971–1987 MdL Schleswig-Holstein, 1973–1981 Vorsitzender des KV Herzogtum Lauenburg, 1982–1987 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein.

ander Kontakt haben. Es passiert irgend etwas Neues, was in der Zeitung steht, wir halten nachmittags und abends die Reden, damit wir dann gleich hier richtig ungefähr uns verhalten können. Zum Beispiel wenn die den Generalvertrag fertig haben.<sup>11</sup>

*Kraske:* Darf ich auf zwei weitere Punkte kommen? Das erste ist der Rednereinsatz, das zweite ist die Abgabe vor politischen Erklärungen. Zunächst zum Redeneinsatz.

Meine Damen und Herren, die Bilanz ist einerseits sehr positiv, andererseits leider recht negativ. Sie ist positiv, was den allgemeinen Fleiß angeht. Sie ist negativ, was die Bereitschaft angeht, wirklich eine systematische, zentrale Planung zu ermöglichen. Ich bin überzeugt, daß jeder hier Anwesende und alle Mitglieder vom Fraktionsvorstand und mancher im zentralen Rednereinsatz erfaßt sind, von jetzt bis zur Wahl jeden Tag reden und höchstens mal eine Verschnaufpause haben, um ihre Stimmbänder am Sonntag auszuruhen. Aber es ist leider keinesfalls so, daß von diesen Redeterminen der Bundesgeschäftsstelle zu deren Planung und Verfügung die nötige Anzahl zur Verfügung gestellt worden ist. Das heißt, daß wir in diesem Wahlkampf neben den schon durch die unerläßlichen Improvisationen auch noch alle Unausgegorenheiten haben, die dadurch entstehen, daß geschätzte Kollegen im Bundestag eine besondere Eigenart haben, sich Redner einzuladen, und eben so geschätzte Kollegen dazu weniger imstande sind. Darf ich Ihnen das an einem besonders exemplarischen Falle verdeutlichen: Unser Kollege Paul Lücke, dem wir alle wünschen, daß er mit einem großartigen Ergebnis in seinem Wahlkreis durchkommt, ist kein Bundesredner. Er ist also sechs Wochen lang alleine in seinem Wahlkreis engagiert und kann sich dort tummeln. Er hat einen sicheren Wahlkreis ohne eine besondere Fluktuationsziffer, und der Rednereinsatz, der sich durch Einzelverabredungen ergibt, sieht vor: Abendveranstaltungen mit Herrn Dr. Barzel, Herrn Schröder, Herrn Kohl, Herrn Köppler, Herrn Czaja und Herrn Müller-Hermann. Nachmittagsveranstaltungen mit Herrn von Hassel, Herrn Erhard, Herrn Gradl, Herrn Hupka, Frau Wex und Herrn Schulz<sup>12</sup>. (*Starke Unruhe.*)

Meine Damen und Herren, es gibt andere Wahlkreise, wo die entsprechenden Kandidaten und Abgeordneten sich alleine auf die zentrale Zuteilung von Rednern verlassen haben und wo sie nur zwei Redner haben, und es gibt Fälle, wo die Kandidaten selber ihrerseits zahlreiche Termine draußen geben. Da man nicht alles auf einmal machen kann, hat es in den letzten Tagen vor dem Parteitag sowohl bei uns in der Organisationsabteilung als auch bei mir selber nicht die Möglichkeit gegeben, das jetzt Wahlkreis für Wahlkreis durchzugehen, das werde ich erst am Mittwochnachmittag machen können. Ich möchte nur hier von Ihnen gerne eine Ermächtigung bekommen, daß ich aufgrund dieser Prüfung mit einzelnen von Ihnen sprechen und sagen kann, wenn ich mich selber überzeugt habe, daß hier grobe Ungerechtigkeiten vorliegen: „Bitte gehen Sie nicht dahin, denn da sind schon die und die und die und die, sondern bitte gehen Sie statt dessen an eine andere Stelle.“ Sonst kommen wir hier wirklich nicht durch, wenn ich nicht auf diese Ermächtigung zählen kann, daß, wenn ich Sie

---

11 Zur Unterzeichnung des Grundlagenvertrages vgl. Nr. 26 Anm. 8.

12 Klaus-Peter Schulz. Vgl. Nr. 22 Anm. 7.



dann anrufe, was ich wirklich nur in brennenden Fragen tun werde, dabei auch Ihre Unterstützung finde. (*Zwischenruf: Das ist klar! – Beifall.*)

*Barzel:* Dem möchte ich zustimmen und dann Herrn Stoltenberg das Wort geben.

*Stoltenberg:* Ja, ich finde, wir sollten diesem Vorschlag selbstverständlich zustimmen. Wir haben jetzt nicht die Zeit, Herr Kraske, das Thema ausführlicher zu behandeln. Dazu wäre natürlich unter verschiedenen Aspekten Kritisches zu sagen unter Würdigung der großen Schwierigkeiten bei einem verkürzten vorgezogenen Wahlkampf. Ich will nur eines sagen: Wenn Sie noch mal prüfen, und das haben Sie angekündigt, muß natürlich auch berücksichtigt werden, daß eine so weitgehende Zentralisation des Rednereinsatzes in Bonn von unseren Referenten für jeden Bundesredner entschieden wird, nicht nur in welches Land er geht, sondern auch in welche Stadt oder welches Dorf will ich jetzt nicht sagen, aber Stadt er geht. Da sehe ich natürlich wieder große Probleme aufziehen, weil wir uns jetzt in der Lage befinden, angefangen von Terminen unserer ersten Spitzenredner, daß die nun zentral zugewiesen sind, nachmittags um 17.00 Uhr in die Stadt und nachmittags um 15.00 Uhr in die Stadt und am nächsten Tag da hin, mit dem Ergebnis, daß wir dort z. T. die Säle und Hallen effektiv nicht haben, während wir sie in der Nachbarstadt hätten. Und dies setzt also ein bißchen mehr, ich möchte mal sagen, Flexibilität voraus. Bei den Wahlkreisabgeordneten müssen Sie unterstellen, daß die alle rücksichtslos ihre Redner haben wollen. Bei den Landesverbänden können Sie natürlich unterstellen, daß die gegenseitige Kontrolle der Wahlkreise untereinander und auch ein bißchen die objektivierende Funktion der Landesvorsitzenden, in dieser Eigenschaft spreche ich im Augenblick, dafür sorgt, daß eine gewisse Flexibilität bei der Verteilung im Land nicht zu extremen Einseitigkeiten führt. Das wird von keinem Landesverband hingenommen. Da guckt jeder auf den anderen. Und dies ist also auch ein Punkt, den Sie bei Ihrer Überprüfung noch einmal im Auge haben sollten. Wir müssen eine gewisse Flexibilität haben im Hinblick auf die überhaupt zur Verfügung stehenden Lokale. Da läuft einiges ganz schlecht in den letzten Tagen.

*Kraske:* Herr Stoltenberg, ich bin Ihnen dankbar für Ihre einleitende Bemerkung. Wir müssen alle miteinander Verständnis dafür haben, daß in dieser Frage es in diesem kurzfristigen Wahlkampf ohne Koordination nicht abgeht. Ich werde in diesen Tagen nach dem Parteitag mich ganz intensiv selber um diese Frage kümmern, und ich hoffe, daß wir das dann im Rahmen des Möglichen hinbekommen. Aber da bitte ich dann von vornherein um Ihre Mithilfe und um Ihr Verständnis.

*Kiesinger:* Ja, darf ich dazu auch noch etwas sagen: Bitte verschaffen Sie sich doch einen genauen Überblick, welche Spitzenredner in den einzelnen Orten eingesetzt sind. Man kriegt so viele Bitten zu kommen, hat aber manchmal doch den Verdacht, daß da einige sehr emsige Leute im Eifer sich nicht so bemühen. Aber da muß Ordnung herein. Ich habe meine Termine. Wenn Sie mir aber sagen, in der Stadt sprechen bereits die, die, die, dann werde ich gerne zu Änderungen bereit sein. (*Unruhe und Diskussion.*)

*Kraske:* Herr Kiesinger, ich bedanke mich schon jetzt für Ihr Verständnis. Meine Damen und Herren, darf ich die letzten fünf Minuten benutzen für einen Appell, wo

ich von vornherein um Ihr Verständnis bitten muß. Das ist nicht so besonders geeignet, sich beliebt zu machen. Wir kommen über diese letzten sechs Wochen nur, wenn wir politisch auf einer klaren Linie argumentieren und wenn wir Individualitäten, sei es persönlicher Art, sei es aufgrund der Vereinigung, die hinter dem einen oder anderen steht, in diesen sechs Wochen zurückstellen. Meine Freunde, Sie werden mir nach einem Jahr enger Zusammenarbeit sicher glauben, daß ich nicht von Natur aus mich besonders vordränge. Aber wenn Sie nicht bereit sind, in den nächsten sechs Wochen politische Erklärungen, die über die Stellungnahme in Wahlreden zu aktuellen Fragen hinausgehen, nur dann abzugeben, wenn sie mit einer Zentrale abgestimmt sind, in ihrem Timing und in ihrem Inhalt, dann kann es nicht gutgehen, und diese Zentrale kann in den nächsten sechs Wochen nur Ihr Generalsekretär mit seinen Mitarbeitern sein, weil Fraktion und Vorsitzender ständig unterwegs sind.

Lassen Sie mich das an drei Beispielen erläutern, und Sie wissen, daß ich Ihnen gegenüber hier wirklich in persönlicher Freundschaft spreche. Erstens, wenn eine Nachrichtensprecherin<sup>13</sup> in einer Fernsehanstalt für eine SPD-Wählerinitiative kandidiert, finde ich, sollten wir untereinander abstimmen, ob wir ihr vor den Bug schießen oder nicht. Lieber Freund Hasselmann, ich habe Sie immer für einen Preußen gehalten, aber da habe ich gemerkt, daß Sie ein Welfe offenbar sind, denn so schnell schießen die Preußen nicht. In dieser Frage meine ich, müssen wir (*Starke Unruhe.*) berücksichtigen, daß es in diesem Bereich auch CDU-Leute gibt, von denen wir wollen, daß sie sich exponieren, und das verbauen wir uns durch eine solche Reaktion.

Zweiter Punkt: Am vorigen Freitag habe ich morgens die Nachrichten angestellt und die Zeitungen aufgeschlagen und festgestellt, daß an einem Tag, der nun ohnehin ein bißchen gefüllt war mit Nachrichten auf den Parteitag hin, nicht weniger als vier unserer Freunde sich programmatisch geäußert haben, nämlich Müller-Hermann zur Verkehrspolitik, Bewerunge zur Agrarpolitik, Lampersbach mit seiner Tagung zur Mittelstandspolitik und Rollmann zum Jugendprogramm.<sup>14</sup> Ich lasse jetzt mal die Inhalte völlig weg, auch darauf könnte ich noch mal zurückkommen. Ich hätte mir gewünscht, daß wir das vorher hätten abstimmen und sagen können, bitte, Jugendpolitik am Montag nach dem Parteitag, Landwirtschaftspolitik am Mittwoch nach dem Parteitag usw. Hier gibt es noch eine Reihe von Themen, die wir behandeln können und

---

13 Wibke Bruhns (geb. 1938), Journalistin; 1962–1968 Redakteurin und Moderatorin beim ZDF-Studio Hamburg; 1971–1973 als erste Nachrichtensprecherin im deutschen Fernsehen Moderatorin der ZDF-Nachrichtensendung „Heute“, 1972 Mitarbeit in der Sozialdemokratischen Wählerinitiative, 1974–1988 Journalistin beim „Stern“ (1979–1988 Korrespondentin in Jerusalem und Washington), 1995–1998 Kulturchefin beim ORB. – Vgl. dpa vom 5. Oktober 1972 „Streit um Wibke Bruhns“; „Frankfurter Rundschau“ vom 7. Oktober 1972 „Hasselmanns Mattscheibe“.

14 „Die Welt“ vom 6. Oktober 1972 „Union schlägt Beauftragten für Verkehrssicherheit vor“. – „Westfälische Nachrichten“ vom 6. Oktober 1972 „CDU plant Hilfe für Landwirte“. – dpa vom 5. Oktober 1972 „CDU/CSU-Mittelstand gegen wettbewerbshemmende Konzentration“. Am 5. Oktober 1972 fand eine außerordentliche Delegiertentagung der Mittelstandsvereinigung statt. – „Münchener Merkur“ vom 7. Oktober 1972 „CDU-Kinderplan mit 45 Punkten“.

behandeln müssen. Denn unser Programm am Mittwoch ist ja nicht so detailliert, daß da schon alles drinsteckt. Aber wir bringen uns um die Wirkung, wenn wir es uns nicht ermöglichen, mit allen darüber zu sprechen, wie wir das meinen, so daß wir jede Woche zweimal hier einen Neuanstoß haben, um redaktionelle Nachrichten in die Presse zu bringen und um uns programmatisch hier deutlich zu zeigen.

Und schließlich als drittes, auch hier wirklich nur, um zu verdeutlichen, worum es gehen muß: In der Erklärung der Mittelstandsvereinigung<sup>15</sup> höre und lese ich, so wie es wiedergegeben war, daß die CDU also dringend einträte für eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, um nämlich jede Form von Mitbestimmung aus Klein- und Mittelbetrieben herauszuhalten. Ich weiß nicht, ob dies eine Erklärung ist, wenn sie so abgegeben worden ist, die wir laufen lassen sollten, ohne daß darüber einmal gesprochen worden ist. Und wenn ich gleichzeitig, verehrter Herr Lampersbach, in Ihrer Zeitschrift einen engagierten Artikel lese über den Riesenerfolg des 624-Mark-Gesetzes<sup>16</sup>, ein Gesetz dieser Bundesregierung, mit großen Lobestönen für die Politik dieser Regierung und vor allem einen ersten Satz lese, daß dieser großartige Erfolg gegen die Notwendigkeit einer Zwangsregelung durch Gesetz spricht und wir auf einen Parteitag zugehen, wo Ihr und mein Vorsitzender mit unserer Billigung einen solchen gesetzlichen Entwurf vorschlagen und vertreten, den wir alle in unserer Bundestagsfraktion gebilligt haben, dann finde ich, daß uns dieses sechs Wochen vor der Wahl nicht gut ansteht. Ich nehme jetzt gar nicht zu dem sachlichen Hintergrund Stellung. Ich sage nur, meine Freunde, so geben wir dem stark angeschlagenen Gegner die Möglichkeit, sich wieder aufzurappeln, indem wir uns auseinanderdividieren.

Und deswegen mein dringender Appell, daß wir diese Sachen in den nächsten sechs Wochen wirklich unterlassen und daß wir uns über solche Dinge abstimmen, sowohl was unsere zeitliche Gliederung, als auch was ihren Inhalt angeht. Und bitte, nehmen Sie es nicht als Überheblichkeit, wenn ich sage, in diesen nächsten Wochen wird es nur eine Zentrale geben, die das kann und das bin ich! Aber auch ich, ich sage Ihnen das voraus, werde für Sie nicht in jeder Minute erreichbar sein, weil ich auch dann mal bei Journalisten bin, und Sie deshalb bitte, das dann auch mal zu deponieren bei Herrn Hennig oder bei Herrn Bilke. Es läuft bestimmt über meinen Schreibtisch, und ich werde bestimmt alles tun, damit Sie so schnell wie möglich eine Antwort und eine Stellungnahme bekommen. Meine herzliche Bitte, daß wir uns daran halten, sonst kann es nicht gut gehen. (*Beifall.*)

*Barzel:* Ich danke Herrn Kraske und unterstütze das.

*Hasselmann:* Meine Damen und Herren, es ist erfreulich, daß wir in diesem Plenum mit einer solchen Offenheit Kritik üben. Ich glaube, das ist gut. Und nun zur Sache: Wenn Sie die Wibke Bruhns in Oldenburg<sup>17</sup> erlebt hätten mit ihren Aussagen als

---

15 Beitrag von Egon Lampersbach „Kampf der Auszehrung des Mittelstandes“ in „Der Mittelstand“ Nr. 9 (21. Jg.) vom September 1972 S. 5–10.

16 Vgl. Nr. 27 Anm. 30.

17 Eine der Eröffnungsveranstaltungen der Sozialdemokratischen Wählerinitiative am 3. Oktober 1972 (vgl. „Deutsche Zeitung – Christ und Welt“ vom 17. Oktober 1972 „Darf Wibke für Willy werben?“).

Nachrichtensprecherin, die leicht identifiziert wird mit der Anstalt, mit dem Hinweis: „Barzel und Strauß – um Jahre zurück“, mit dem Hinweis: „Seit drei Jahren ist das auch mein Staat“, mit der Aussage: „Der 20jährige Bruderkrieg in Deutschland ist jetzt beendet durch Willy Brandt“, dann können Sie nicht schweigen. Erstens! Zweitens, da ich ungenügend ins offene Messer laufe, lag mir der Beschluß vor von der Betriebsversammlung unter Vorsitz von Herrn Holzamer<sup>18</sup> und unter Mitwirkung von Herrn Woller<sup>19</sup>. Sie können das heute im „Spiegel“<sup>20</sup> nachlesen, da bin ich bestimmt nicht dafür, daß man sich zurückhalten solle. Und das gilt für alle Seiten. Mit dieser Kritik an Wibke Bruhns ist die Möglichkeit gegeben, daß sich die Rechten jetzt entgegen dem Beschluß der Anstalt auch äußern dürfen, nämlich zu unseren Gunsten. Das haben sie ja bisher nicht gekonnt. Das war eine Abmachung. Die Abmachung ist gebrochen, und ich bin erstaunt, daß heute aus dem „Spiegel“ zu lesen ist, daß von dieser Absprache man selber in dem Hause abweicht wegen der Kritik an Wibke Bruhns. So kann man mit uns einfach nicht umgehen! Entweder es gilt eine Abmachung, dann gilt sie für alle, und diese Frage des Zurückziehens bis nach der Wahl ist dort voraus besprochen. Darauf basierte die Kritik, weil die erste, die ausbrach, Frau oder Fräulein Wibke Bruhns gewesen ist. Und aus diesem Grunde haben wir geschossen. Wir haben uns das sehr genau überlegt. Wenn wir den Beschluß nicht gekannt hätten, hätten wir auch nichts gesagt. Aber ich freue mich, daß das so oft angesprochen wird. Aber jetzt ist Schluß damit. Aber bei Günter Grass<sup>21</sup> und solchen Dingen, wie wir sie da erleben, können wir nicht tatenlos zusehen, und es ist erfreulich, und die Anrufe, die ich bekommen habe, zeigen, daß dieser Schuß saß. Das war ein Torpedo mittschiffs. (*Unruhe und Heiterkeit.*) Die ganze Mannschaft ist durcheinander geraten. Die andere Seite keift jetzt. Jetzt ist Schluß, es ist gesagt und damit ist der Fall ausgestanden. Und was den Hinweis von SPD-Journalisten des Norddeutschen Rundfunks in Hannover betrifft: „Bei Hasselmann – Ihr Dieter Thomas Heck<sup>22</sup>“, wissen Sie, dann müssen wir Peter Frankenfeld<sup>23</sup> und Herrn Kuhlenkampff<sup>24</sup> daneben stellen, dann ist die Sache Dieter Thomas Heck abgetan. Aber eine Nachrichtensprecherin ist etwas anderes als

---

18 Dr. Karl Holzamer (1906–2007), Philosoph und Pädagoge; 1946–1962 Professor an der Universität Mainz, 1962–1977 Intendant des ZDF. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 724 Anm. 33.

19 Rudolf Woller (1922–1996), Journalist (CDU); 1950–1962 parlamentarischer Korrespondent in Bonn für verschiedene Zeitungen, 1957–1962 Bundesvorsitzender der Jungen Europäischen Föderalisten, 1962–1971 Leiter des Bonner ZDF-Studios, 1971–1976 Chefredakteur des ZDF.

20 Woller hatte entschieden, er könne niemandem das Recht auf freie Meinungsäußerung nehmen. Ob andere sich am politischen Engagement von Frau Bruhns stießen, sei eine andere Frage („Stuttgarter Zeitung“ vom 7. Oktober 1972 „Streit um Wibke“). – „Spiegel“ Nr. 42 vom 9. Oktober 1972 S. 18 „Popularität verpflichtet“.

21 Grass machte erneut mit der von ihm 1969 gegründeten Wählerinitiative mit Sitz in Bonn Werbung für die SPD. Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 26. September 1972 „Ritt auf der Schnecke gegen schwarze Bastionen“; „Spiegel“ Nr. 48 vom 21. November 1972 S. 48 „Fortan spricht der Wähler mit“.

22 Dieter Thomas Heck (geb. 1937), Showmaster und Entertainer.

23 Peter Frankenfeld (1913–1979), Showmaster und Entertainer.

24 Hans-Joachim Kulenkampff (1921–1998), Schauspieler und Entertainer.

ein Showmaster oder ein Quizmaster. Das war die Reaktion und damit ist es durch. Aber ich folge Ihrem Rat gerne und äußere mich zukünftig nach Absprache mit Ihnen.

*Lampersbach:* Zwei Bemerkungen, ich will hier nicht das Anschließen wieder zurückgeben, Herr Kraske. Ich muß mit Bedauern feststellen, daß die Kommunikation leider nicht immer so durchführbar ist, wie das sicherlich notwendig wäre. Das sind Schwierigkeiten auf Ihrer Seite und Schwierigkeiten von uns. Ich wäre dankbar, wenn wir uns darüber einmal nach dem Wahlkampf verständigen können, weil sich da sicherlich manche Panne vermeiden ließe. Das zweite, in der Sache will ich hier nichts sagen. Nur ist es natürlich für mich etwas peinlich, im SPD-Langzeitprogramm – ich glaube es ist Ziffer 233<sup>25</sup> – zu lesen, daß die Mitbestimmung für Kleinbetriebe selbstverständlich überhaupt nicht diskutabel ist, das ist ein Tabu für die. Und wir selbst sollen dann nicht mal darauf verweisen können, daß wir uns auf die Vorschläge der CDU/CSU-Fraktion zum BVG zurückziehen? Meine Damen und Herren, da habe ich bei allem, was Sie vorgetragen haben, kein Verständnis dafür, Herr Dr. Kraske! Wir können doch nicht sagen: „Das Gesetz ist verabschiedet, das bleibt in allen Zeiten so“, während unsere Freunde aus den Sozialausschüssen ihren Entwurf vorgelegt haben, der leider abgeschnürt worden ist. Ich glaube, wenn ich verlange, als Vereinigungsvorsitzender, daß wir eine Änderung anstreben, um auf unseren Gesetzentwurf zurückzukommen, gleichgültig, wie wir innerparteilich hier so dazu stehen, dann ist das eine durchaus vertretbare Sache. Wir können nicht zu den heißen Eisen schweigen, die bei uns sehr, sehr viel härter diskutiert werden. Und ich bin jedenfalls leider nicht in der Lage, jeden Artikel zu lesen, der in Organen oder sonst wo immer erscheint. Ich habe gestern auch übereinstimmend festgestellt – wir waren, glaube ich, die einzige Vereinigung, die getagt hat –, daß kein Dissens innerhalb der Partei zwischen Sozialausschüssen und Mittelstandsvereinigung besteht, sondern, daß eine einheitliche Meinung zum Programm „Wir CDU – Berliner Programm“ zur Debatte steht.

*Langguth:* Nur eine kurze Anmerkung: Die Warnung vor allzu starken Individualitäten ist natürlich richtig. Die Frage ist nur die, wenn bestimmte Äußerungen, wie sie dann von der CSU kommen, hier getan werden, dann würde ich dringend darum bitten, daß mit allem Nachdruck von Ihrer Seite bestimmte Äußerungen, die im „Bayernkurier“ stehen – Vergleich Brandt/Hitler<sup>26</sup> – ebenfalls unterlassen werden, denn ich möchte wissen, wie wir dann im Wahlkampf, wenn wir in Juso-Zeitungen einen Vergleich lesen von Strauß und Hitler, dagegen vorgehen sollen. Ich würde Sie bitten, daß Sie mit allem Nachdruck das mal im Gespräch Strauß und seinen Kollegen sagen.

---

25 Vgl. den auf dem SPD-Parteitag vom 28. November bis 2. Dezember 1972 in Hannover verabschiedeten „Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973–1985“. Ziffer 233 lautet: „[...] Diese Mitbestimmung ist nicht geeignet für kleine und mittlere Unternehmen, bei denen Eigentümer und Unternehmer identisch sind und deren Kreditwürdigkeit meist allein durch die Person des Eigentümers verkörpert wird.“

26 Anspielung auf den Beitrag von Wolfgang Horlacher „Das Doppelgesicht“ im „Bayernkurier“ vom 30. September 1972. Vgl. auch „Kieler Nachrichten“ vom 5. Oktober 1972 „Bayernkurier wiederholt den umstrittenen Satz“ sowie den Beitrag von Wilfried Scharnagl „Verschwörung finsterner Mächte“ im „Bayernkurier“ vom 7. Oktober 1972.

*Barzel:* Herr Langguth, einer der Witze dieses gemeinsamen Programms, ich habe das ja neulich vorgetragen, ist natürlich, daß man dann in einer solchen Diskussion sagt: „Hier haste, wat gilt!“ Ja?

*Langguth:* Das ganze, wenn ich das noch sagen darf, gilt im Grunde genommen auch für die fernsehwerbende CSU-Umsetzung. Ich weiß auch nicht, ob die immer sehr glücklich war in unserem Sinne.

## VERSCHIEDENES

*Köppler:* Zwei kurze Punkte unter „Verschiedenes“. Erster Punkt: Wir werden immer wieder angesprochen auf einen Brief, den Sie bekommen haben, Herr von Hassel, von dem Herrn aus Hamburg, dem Kriminalmenschen. (*Unruhe.*) Wir werden immer wieder angesprochen. Die Frage ist, kann nicht irgendwann uns was an die Hand gegeben werden, etwa des Inhalts: Hier ist Strafantrag gestellt worden. (*Kraske:* Ja, ist gestellt.)<sup>27</sup>

Punkt 2: Herr Dr. Kraske, ich habe eine dringende Bitte: Für die nächsten acht Tage. Wenn ich es richtig sehe, ist zur Zeit, was den technischen Ablauf des Wahlkampfes angeht, der größte Engpaß Oberhausen. Ob man nicht alles noch unternehmen kann, daß dort die beginnende Frustration unserer Kreispartei, was die Auslieferung des Materials angeht, behoben wird?<sup>28</sup> Das muß furchtbar sein, was sich dort abspielt, die sind offenbar personell nicht in der Lage ... (*Unruhe und Diskussion.*)

*Kraske:* Die Bemühungen Ihrer Unionbetriebsgesellschaft, Herr Bundesschatzmeister, die sind verstärkt worden. Ich glaube, was Sie klagen, ist schon der Anlaß gewesen für Maßnahmen, aber auch das, sobald der Parteitag rum ist, steht auf meiner Prioritätenliste.

*Bewerunge:* Ich wollte nur sagen, ich bin seit einer Woche fast Tag und Nacht unterwegs bei den Landesbauernverbänden. Ich finde, das läuft ausgezeichnet mit über 55 Kreisvorsitzenden. Die wollen natürlich von mir keine Deklamation: „Wir werden alles besser machen“, sondern eine Aussage, was wollt Ihr tun? Präzise muß ich dazu sagen, da entsteht etwas, wobei ich nichts erwähne, was die Fraktion nicht vorher beschlossen hat. Ich muß also bitten, daß Herr Kraske zur Verfügung steht. Ich habe mich oft bemüht, Herr Kraske, mit Ihnen in Kontakt zu kommen. Ich kann also zwar zwischenzeitlich sagen – ich bin ein freundlicher Mann – wir werden alles besser machen, aber man will eine präzise Aussage!

*Barzel:* Herr Bewerunge, ich kenne Ihren Brief. (*Bewerunge:* Ja.) Und wenn man dann, wie man das macht als gelernter Mann, einen Bleistift hat und an den Rand die Zahlen schreibt und die dann auf der letzten Seite dann zusammenführt, dann kommt

27 Nicht ermittelt.

28 Die Äußerung bezieht sich auf Klagen über das Versandzentrum der UBG in Oberhausen. Vgl. Schriftwechsel des Schatzmeisters Kiep mit Kraske in ACDP 07-001-5177 sowie den Rechenschaftsbericht der CDU-Bundesgeschäftsstelle „Wahlkampf 1972“ (ACDP 07-001-075).

*Nr. 29: 9. Oktober 1972*

natürlich eine Zahl raus, die ein beachtliches Volumen hat. (*Unruhe.*) Alle unsere Programme stehen unter dem Vorbehalt der Stabilität. In unserem Programm kommt das nicht vor, wir versuchen von Programm und Planungen hier vorzugehen.

Meine Damen und Herren, es stehen keine weiteren Wortmeldungen an. (*Starke Unruhe.*)

Bonn, Montag 20. November 1972

*Sprecher: Amrehn, Barzel, Blüm, Dregger, Filbinger, [Goppel], Hahn, Hasselmann, Kaltefleiter, Katzer, Kiep, Köppler, Kohl, Kraske, Lampersbach, Langguth, Lemke, Lorenz, Schwarz-Schilling, Stoltenberg, Wex, Windelen.*

*Beginn: 11.00 Uhr*

*Ende: 13.00 Uhr*

*Lage nach der Bundestagswahl. Verschiedenes.*

#### LAGE NACH DER BUNDESTAGSWAHL

*Barzel:* Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Sitzung des Bundesvorstands und heiße Sie willkommen. Ich begrüße außerdem als Gast sehr herzlich Herrn Ministerpräsident Dr. Goppel. Wir werden heute darüber zu sprechen haben, was jetzt zu tun ist. Als allererstes haben wir jetzt unsere Pflicht zu tun und von diesem Vorstand aus der Partei jene Kraft zu geben, auf die sie Anspruch hat, und die Mitbürgerinnen und Mitbürger zu integrieren, die uns in einer so hervorragenden Weise im Wahlkampf geholfen haben. Also, hier unsere Pflicht jetzt zu tun und uns nicht hier irgendwie verrückt machen lassen, sondern Vorbild sein.

Wir haben nicht nur unser Ziel nicht erreicht, sondern eine empfindliche Niederlage eingesteckt.<sup>1</sup> Daran ist nichts zu beschönigen. Und diese Niederlage ist um so schlimmer, als sie uns unvorbereitet traf. Es gab keinen Wahlkämpfer, es gab keinen Berater, es gab keine demoskopische Erkenntnis, die diesen Trend vorhergesehen hätten. Das traf uns also gestern alle eigentlich sehr unerwartet. Wir werden alles zu diskutieren haben, was sich jetzt ergibt, hier und auch später in der Sache, von mir aus auch alles Personelle, wobei der Nachdruck liegt auf „alles“. Und es muß von hier aus auch sofort der Wille ausgehen, diese Koalition zu bekämpfen, also die neue Rolle positiv anzunehmen, die Rolle der Opposition zum zweiten Mal. Das, was wir gelernt haben, ist, daß die Basis, die Mitgliedschaft und die Aktivität dort unten an der Partei durch überhaupt nichts zu ersetzen sind. Dort werden wir wesentlich stärker als bisher arbeiten müssen.

Wir sind uns im Präsidium darüber einig geworden, daß wir eine Klausurtagung machen wollen, wenn möglich mit der Führung der CSU zusammen, um die Analysen – soweit sie vorliegen – von Herrn Kaltefleiter und anderen einzeln zu erörtern. Das

---

<sup>1</sup> Ergebnis der Bundestagswahl vom 19. November 1972: SPD 45,8 %, CDU/CSU 44,9 %, FDP 8,4 %.



wird vor Weihnachten kaum möglich sein. Auf der anderen Seite werden wir uns über die Strategie der Opposition im siebten Bundestag klar werden müssen. Wir werden sicher u. a. die Frage zu beantworten haben, ob wir sehr gut beraten sind, mit unseren vielen eigenen hervorragenden Gesetzentwürfen erneut hervorzutreten, die dann die anderen sich als Erfolg anstecken können. Ich glaube, es wird besser sein, zunächst ein bißchen weniger initiativ zu sein. Aber ganz klar wird als erstes von uns verlangt eine Entscheidung hinsichtlich des Grundvertrages. Brandt will ja am 8. Dezember unterschreiben<sup>2</sup>, bevor der Bundestag zusammentritt, so hören wir. Und dazu werden wir ein Votum erarbeiten. Ich habe das Präsidium der CDU eingeladen für den 4. Dezember. Ich werde mich auch morgen mit Herrn Dr. Strauß darüber verständigen, daß wir vielleicht eine gemeinsame Sache daraus machen und die Kreise ein bißchen erweitern.

Wir müssen uns als Partei darüber im klaren sein, daß das Wesentlichste an dieser Niederlage ist, daß die SPD uns überrundet hat, daß wir nicht mehr stärkste Partei sind mit der CSU zusammen. Dies ist das böseste an dem Ergebnis für uns als Partei, und wir müssen ganz klar sehen, daß die SPD auf dem Marsch ist, selbst allein Mehrheitspartei zu werden. Dies muß verhindert werden und dies wird eine unserer Hauptaufgaben, eigentlich die größte Hauptaufgabe sein.

Was die Fraktion betrifft, so werden wir morgen die alte und die neue Fraktion zusammenhaben. Da werde ich einen Bericht geben und Herr Professor Kaltefleiter eine erste Analyse, soweit das möglich ist. Ich habe die Absicht, die Fraktion dann in der nächsten Woche zu konstituieren, weil wir natürlich auch dort uns vorbereiten müssen auf die Entscheidungen, die noch im Dezember zu fällen sein werden.

Ich möchte noch einmal herzlich danken Ihnen allen, auch unseren Freunden draußen, den Kandidaten, die es geschafft haben und die es nicht geschafft haben, und möchte nur sagen, die Pflicht, jetzt für diese Partei zu arbeiten, ist durch das Ergebnis nur größer und nicht geringer geworden. Wir sollten jetzt alles diskutieren. Es gibt keine Frage, die ein Tabu ist, keine sachliche und keine personelle Frage. Ich bin bereit über alles zu diskutieren, was Sie möchten und bin auch gerne bereit, noch einen Schritt weiterzugehen. Aber das Parteipräsidium ist der Auffassung, daß das, was ich bisher berichtet habe, so richtig ist.

Ich würde es jetzt eigentlich, wenn Sie erlauben, für richtig halten, gleich Herrn Kaltefleiter das Wort zu geben, damit er uns etwas mehr sagen kann über das von gestern Abend. Wie lange werden Sie ungefähr uns zu berichten haben, Herr Kaltefleiter? (*Kaltefleiter*: Nicht sehr lange.) Nicht sehr lange. Wollen wir eben den Kaffee austeilen? (*Unruhe*.) So, alle versorgt? (*Unruhe*.) Dann bitte ich um Aufmerksamkeit für Professor Kaltefleiter.

*Kaltefleiter*: Herr Dr. Barzel, meine Damen und Herren. Ich habe im Moment noch nicht die Möglichkeit, wirklich in eine detaillierte Analyse einzutreten.<sup>3</sup> Das wäre vorzeitig und würde der Sache nicht dienen. Was man nach dem ersten Durchblick der

---

2 Der Vertrag wurde am 21. Dezember 1972 unterzeichnet. Vgl. Nr. 26 Anm. 8.

3 Vgl. KALTEFLEITER.

Zahlen, die ich heute morgen bekommen habe, sagen kann, sind zwei Dinge: Das erste ist, daß ich leider die Bemerkung von Ihnen, Herr Dr. Barzel, daß es sich um mehr als nur einen Ausrutscher handelt, unterstreichen muß, und ich bitte Sie, sich wenigstens einer Sache klar zu sein. Die Fernsehanstalten waren zwar gestern abend freundlich und haben immer dieses Ergebnis mit dem der Bundestagswahl 1969 verglichen. Das war ein ausgesprochen schmeichelhafter Zug, denn ich darf Sie daran erinnern, daß 1969 insofern ein abnormes Ergebnis war, als wir mit fast 5 % einen Anteil von „Sonstigen“ hatten, insbesondere NPD, während das dieses Mal auf etwa 1 % reduziert ist. Und wie bereits bei den vergangenen Landtagswahlen können Sie auch aus diesem Ergebnis heraussehen, daß die CDU von diesem Kuchen der „Sonstigen“, den es zu verspeisen galt, den überwiegenden Anteil bekommen hat, also sagen wir mal etwa 2 bis 2,5 %. Wenn dann trotz dem Nettosaldo ein Verlust von etwa 1 % gegenüber 1969 herausgekommen ist, so bedeutet das, daß de facto an die Koalitionsparteien etwa 3,5 bis 4 % verloren gegangen sind, von denen jedoch einen Teil durch Gewinne von den Splitterparteien, insbesondere NPD, kompensiert werden konnte. Das ist regional sehr unterschiedlich, und ich will jetzt gar nicht hier bagatellisieren den relativen Erfolg insbesondere der CSU in Bayern und auch der CDU in Hessen; aber zu einem gewissen Anteil, nicht einem großen, in Bayern wohl einem größeren als in Hessen, spielt es auch eine Rolle, daß hier der kompensatorische Effekt ein ganz klein wenig größer war. Das zum ersten.

Zum zweiten, ich könnte eigentlich feststellen, daß insgesamt – wenn ich mir die Zahlen der Volkszählung vornehme, die die Grundlage für unsere erste Analyse stets darstellen – wir keinen deutlichen Trend beobachten können. Wenn ich z. B., um nur einige Möglichkeiten mal herauszugreifen, alle Wahlkreise sortiere nach den höchsten oder nach den geringsten Verlusten der CDU und der SPD, dann wechseln diese Wahlkreise in steter Reihenfolge ab mit FDP-Stimmenanteilen von 10 bis 4 %. Wir können also nicht ohne weiteres sagen, wo die SPD stark gewonnen hat, hat die CDU verloren oder umgekehrt. Oder Sie sortieren die Wahlkreise nach städtischen oder ländlichen Gebieten und schauen sich dann die Verluste oder auch die relativen Gewinne der CDU an, ergeben sie ebenfalls kein deutliches Bild, mit einer Ausnahme – und ich glaube, das kann man heute sagen, obwohl das eine gewagte Aussage ist, aber die würde ich halten: Der Einbruch ist primär erfolgt nicht in den Großstädten und nicht in den ländlichen Gebieten, sondern in den mittelstädtischen Regionen. In den mittelstädtischen Regionen ist der Anteil der CDU-Verluste überdurchschnittlich groß, ist der relative Anteil bezogen auf 1969 teilweise auf etwa 75 % gesprungen. Aber das gibt einen ersten Hinweis, den man aus den Aggregatzahlen sehen kann und der uns noch mehr beschäftigen wird.

Wenn wir uns anschauen das Ergebnis der CDU insgesamt bundesweit, dann können wir feststellen, daß die CDU, wenn ich das Stimmenergebnis von gestern auf 100 % setze, 70 % ihrer Stimmen bereits in der Bundestagswahl 1969 und in den vergangenen Landtagswahlen hatte. 30 % der Stimmen von dieser Wahl kommen aus anderen Quellen. Etwa 6,5 % sind Wähler, die unmittelbar nach der Bundestagswahl 1969 die SPD verlassen haben. Weitere 5 % sind Wähler, die in den letzten zwei Jahren

während der Legislaturperiode die SPD verlassen haben und etwa 5 % sind Wähler, die früher mal bei der CDU waren, zwischendurch bei der SPD waren und jetzt wieder bei der CDU gelandet sind. Die weitere Gruppe von etwa 6 % des Stimmenanteils kommt von Sonstigen, Unentschiedenen usw.

Wenn wir uns demgegenüber anschauen das Wahlergebnis der SPD von 1972, dann haben Sie hier nur 45 % der Wähler, die bereits vor drei Jahren SPD gewählt haben. 10 % kommen aus der CDU bereits nach der Regierungsbildung von 1969, und noch einmal 7 % sind etwa im letzten Jahr von der CDU hinübergewechselt. Auch hier gibt es dann noch viele kleine Ströme.

Die größte Veränderung haben wir bei der FDP. Der FDP-Stimmenanteil, der bereits vor drei Jahren dort war, beträgt nur etwa 40 %. 10 % sind SPD-Wähler von 1969, etwa 10 % sind aber auch CDU-Wähler von 1969. Noch einmal 16 % sind in den letzten 1½ Jahren von der SPD zur FDP gewechselt, während der Anteil derjenigen, die in letzter Zeit von der CDU zur FDP gewechselt sind, sehr gering ist.

Diese kurze Übersicht über die Wählerbewegung, verbunden mit der Tatsache, daß man, was das CDU-Ergebnis betrifft, keinen einheitlichen Trend beobachten kann, mit Ausnahme des Einbruchs in den Mittelstädten, führt mich zu folgender Schlußfolgerung: Die Verluste der CDU/CSU sind nicht zu erklären durch spezifische, sozialpolitische Faktoren. Vorbehaltlich einer genaueren Analyse glaube ich nicht, daß wir zu dem Ergebnis kommen werden, daß in irgendwelchen besonderen Gruppen die CDU besonders verloren habe, sondern daß es sich hier um ein Trendergebnis handelt. Anders sieht es formal bei der SPD und FDP aus, wenn ich die beiden getrennt betrachte. Aber gerade die Tatsache, daß es hier so ständig durcheinander geht, wie ich versuche zu skizzieren, führt mich zu der Hypothese, daß wir das Wahlergebnis besser verstehen, wenn wir SPD und FDP zum großen Teil als eines betrachten und daß es zum großen Teil eine Frage von regionalen, vielleicht sogar lokalen Faktoren ist, ob der Stimmenverlust der CDU zugunsten der SPD oder zugunsten der FDP gegangen ist. Hier ist, glaube ich, der Begriff der „Koalitionswähler“ der richtigere. Das ist das, was für uns das Entscheidende ist. Warum die nun im einen Fall zur SPD oder im anderen Fall zur FDP gegangen sind, bedarf sicher einer gründlichen Analyse der einzelnen Wahlkreise. Einen bundespolitisch plausiblen Trend kann ich nicht finden.

Ich frage mich nach dem Grund, warum der bundespolitische Trend in dieser Form gelaufen ist und warum – auch diese Frage möchte ich aufgreifen – Sie, Herr Dr. Barzel, nicht vorgewarnt waren, daß so etwas kam. Diese Bundestagswahl stand in einem Spannungsfeld, und – wenn Sie wollen – in einem Magnetfeld von zwei gegensätzlichen Polen. Da stand auf der einen Seite nach der Frage der wichtigsten Aufgaben als Spitzenaufgabe die Frage der Stabilität des Geldes und die Stabilität der Preise. Das ist auch heute noch unverändert. Gerade die Umfragen aus der allerjüngsten Zeit bestätigen das, und die hohe Kompetenz der CDU auf diesem Gebiet scheint auch nicht bestritten zu sein.

Ich glaube nicht, daß die Ergebnisse vom letzten Donnerstag, die ich von der Forschungsgruppe von Herrn Wildenmann bekam, folgern lassen, daß dort eine Regierung aus CDU/CSU weniger leistungsfähig sei. Ich habe den Eindruck, ich habe mich

auch mit den Mannheimern inzwischen mal darüber unterhalten, daß der Stimulus Regierung in dieser Fragestellung das Ergebnis z. T. verzerrt.

Zum dritten hatten wir die Tatsache, daß die SPD aber bei praktisch allen anderen Aufgaben als die leistungsfähigere Partei dastand. Hier hat sich gegenüber 1969 nichts geändert. Die Imageverbesserung der CDU fand sich ausschließlich im Bereich der Geldwertstabilität, nicht der Arbeitsplatzsicherung, und noch ein wenig in der Kriminalitätsbekämpfung. Aber das ist in diesem Fall nicht von so großer Bedeutung.

Damit ergab sich die einzige Möglichkeit, die hier versucht wurde, nämlich über das Thema der Preisstabilität dieses Wahlergebnis so gut wie möglich zu gestalten. Angesichts der Tatsache, daß die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten in diesem Lande bis in den Sommer hinein stark negativ beurteilt wurden, lag darin eine reale Chance. Wir können aber feststellen, daß im Laufe des letzten halben Jahres, nach einer kurzen Unterbrechung im Sommer, wahrscheinlich bewirkt durch den Rücktritt Schillers, die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten tendenziell wieder positiver wurden. Wir müssen hier auch feststellen, daß es der SPD in der Regierung gelungen ist, den ökonomischen Pessimismus im letzten halben Jahr zurückzudrängen und wahrscheinlich auch noch in der letzten Phase des Wahlkampfes. Aber das ist hypothetisch, dazu habe ich noch keine Zahlen. Und hier scheint, wenn überhaupt, das Thema „Grundvertrag“ hineinzuwirken. Der Grundvertrag, verbunden mit den anderen Faktoren des Wahlkampfes, hat sicherlich indirekt gewirkt, aber er hat offensichtlich dazu beigetragen, daß die Chance, einen Inflationswahlkampf zu bekommen, nicht voll ausgeschöpft werden konnte. Wir haben im Grunde genommen für das CDU-Ergebnis eine ähnliche Erklärung wie 1969. Auch dort galt die CDU durchweg als die weniger leistungsstarke Partei in der großen Bandbreite der verschiedenen Aufgaben. 1969 erfolgte eine gewisse Kompensation dieses Ergebnisses durch den populären Kanzler im Amt. Dieses Mal lag der Amtsbonus des Kanzlers jedoch auf der anderen Seite, und damit kamen die Imageschwächen der CDU voll zum Tragen.

Ich habe gestern abend in einer ersten Besprechung kurz darauf hingewiesen, daß man dieses Ergebnis in der Relation sehen müsse, daß es im Regelfall einer Partei nicht gelingt, innerhalb einer Legislaturperiode ihre Imageschwächen auszubügeln. Das soll nicht als ein leerer Trost verstanden werden, aber es ist eine Erfahrung, auf die man vielleicht auch aufbauen kann. Das mag etwas abstrakt und theoretisch klingen in diesem Augenblick, aber vielleicht sollten Sie doch einen Moment daran denken, das Wechselspiel von Regierung und Opposition in einem demokratischen System hat die Zielsetzung, eine langjährigen Regierungspartei, wenn sie in den Augen der Wählerschaft nicht mehr attraktiv erscheint, gewissermaßen durch den Jungbrunnen der Opposition zu schicken. Und ein dreijähriger Kuraufenthalt – ja, Herr Kohl, da schütteln Sie mit dem Kopf, ich halte an dieser These trotzdem fest – ein dreijähriger Kuraufenthalt in der Opposition reicht für die Sache möglicherweise aus, das will ich nicht beurteilen, das mag ich nicht beurteilen, aber wir können sehen, daß für unsere Attraktion bei der Wählerschaft diese Zeit nicht ausgereicht hat. Und so war eben dieses Argument „Drei Jahre sind nicht genug“ dieses Mal genauso stark wie „20 Jahre sind genug“ vor drei Jahren. In dieser Kombination scheint mir die entscheidende

Schwäche zu liegen, und deshalb würde ich daraus auch die Schlußfolgerung ziehen: Die Reaktion für die Situation von 1976 wird sein, das Image der Leistungsfähigkeit der Partei auf dem großen Spektrum von Aufgaben abzurunden. Das ist das Entscheidende. Ist in der Frage der Preisstabilität, einem Teil der Wirtschaftspolitik, in diesen Jahren ein Erfolg erzielt worden, dann ist das ein Anfang, reicht aber ganz eindeutig nicht aus. Das andere muß hinzukommen.

Das gleiche Problem, was wir aber auch sehen können, ist, daß die Ausgangssituation, die in diesem Spannungsverhältnis liegt, die ich versuche zu beschreiben, nicht so ungünstig war, wie es das Wahlergebnis darstellte. Die Frage einer Mehrheitsbildung mußte mit großer Skepsis betrachtet werden; ich glaube, da war es ruhig, da hat es nie Euphorie gegeben. Aber die Frage einer weiteren Führung der CDU/CSU vor der SPD schien auch nicht gefährdet zu sein. Wenn das dann trotzdem der Fall ist, dann, glaube ich, kommt ein zweites hinzu, und zwar, daß hinter diesem Image der verschiedenen Leistungsschritte dieser Partei auch stand das allgemeine Image der mangelnden Modernität, der mangelnden Fortschrittlichkeit usw. und ihre geringe Verankerung in den Meinungsführern, in der veröffentlichten Meinung und im übrigen gesellschaftlichen Bereich. Und auch hier, meine ich, können wir aus den Erfahrungen der letzten drei Monate einige positive Rückschlüsse ziehen. Ich habe den Eindruck, daß es noch nie in einem solchen Umfange gelungen ist, Meinungsführer im sozialen Bereich für die CDU zu gewinnen. Um die Imageveränderungen, die notwendig sind, durchzuführen, oder besser Imageaufpolierungen, Imageverbesserungen, ist es eine naheliegende Möglichkeit, sich dieser Meinungsführer im sozialen Bereich zu bedienen. Sie dürfen nicht als Wählerinitiativen jetzt 3 ½ Jahre liegen bleiben, sondern deren Aufgabe, wenn sie mobilisiert werden können, muß morgen beginnen.

Es tut mir leid, daß ich Ihnen heute noch nicht mehr sagen kann, aber in diese Richtung würde ich suchen bei der Weise der Interpretation des Ergebnisses. Ich danke Ihnen. (*Beifall.*)

*Barzel:* Ich danke Herrn Professor Kaltefleiter für seine Analyse und für alle Arbeit, die er mit uns gehabt hat. (*Starke Unruhe und Diskussion.*) Wird das Wort gewünscht?

*Langguth:* Wie war das Kriterium Jungwählerwahlen? Gibt es darüber Aufschlüsse?

*Kaltefleiter:* Aus den Wahlkreisdaten sind keine signifikanten Unterschiede erkennbar.

*Stoltenberg:* Ich glaube in der Tat – das war auch die einhellige Meinung im Präsidium, die Auffassung des Vorsitzenden, die er hier eben wiedergegeben hat –, daß wir uns hier auf eine erste Analyse beschränken müssen und daß wir am Schluß, das ist ja auch die Absicht des Vorsitzenden, über ein paar weitere Termine sprechen müssen, um im engen Zusammenwirken mit der neuen Fraktion und dann aber auch in der Verantwortung des Vorstandes besonders für die genauere Wahlanalyse und die organisatorische Arbeit der Partei die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, für die Kooperation mit der Fraktion für die allgemeine politische Strategie in einer wesentlich schwieriger gewordenen Oppositionssituation und für die Arbeit der Partei auch die

Punkte, die Herr Kaltefleiter hier zum Schluß erwähnt hat, die langfristigen Probleme, die sich für uns stellen, wobei ganz sicher die weitere Festigung unserer organisatorischen Basis und die stärkere Verankerung der sogenannten Meinungsführern, der sozialen Gruppierungen für uns eine Lebensfrage ist. Eine Lebensfrage, bei der nun erst mal die volle Wucht einer Großorganisation, ich meine, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, mit ein entscheidender Mobilisierungsfaktor gegen uns war. Einer Großorganisation, man könnte andere nennen, die das nicht mit dieser Deutlichkeit getan haben, aber es entstehen natürlich ähnliche Wirkungen. Wie auch leider in manchen Gruppierungen der Evangelischen Kirche, stärker als wir es noch in der Vergangenheit gekannt haben.

Das sind, glaube ich, Fragen, die alle einer eindringlichen Debatte bedürfen. Wir müssen uns heute wahrscheinlich auf einige Anmerkungen beschränken. Ich möchte hier noch einmal unterstreichen, was wir alle gestern in den ersten Reaktion im Fernsehen, in der Presse, gegenüber den Zeitungen gesagt haben, alle Mitglieder des Präsidiums einvernehmlich, daß wir uns von unserem politischen Gegner keine Personaldiskussion aufzwingen lassen dürfen. Die Fraktion muß sich konstituieren und ihre Entscheidungen treffen. Die Mandate in der Partei sind durch den Parteitag vergeben. Es gibt nach meiner Auffassung überhaupt keinen Grund, jetzt in dieser Zeit einer sehr kritischen Neuformierung der Partei eine Personaldebatte zu führen. Wir haben das öffentlich gestern ja alle miteinander gesagt, wir brauchen das hier deswegen gar nicht besonders zu wiederholen, daß wir den persönlichen Einsatz, das Engagement unseres Vorsitzenden und Spitzenkandidaten alle miteinander würdigen und anerkennen und daß wir trotz der kritischen Analyse, die wir auch beim Wahlergebnis im Hinblick auf die Wirksamkeit unterschiedlicher Personenkombinationen dann hier nüchtern führen müssen – das ist ein rein politischer Vorgang – die politische Leistung unseres Vorsitzenden und aller, die hier für uns tätig waren, hier doch besonders heute hervorheben und auch anerkennen sollten.

Zum Wahlausgang selbst muß man sehr offen sagen – Herr Kaltefleiter hat es nicht so deutlich gesagt –, daß hier doch ein regionales Gefälle sehr sichtbar ist. Daß uns das Ergebnis in Schleswig-Holstein sehr bedrückt, brauche ich nicht zu sagen. Daß das Ergebnis in Nordrhein-Westfalen und Bremen nicht viel besser ist, das sind alles ganz erstaunliche Vorgänge, die man noch einmal genau untersuchen muß. Dem gegenüber eine leicht verbesserte CDU in Hessen, eine fast ganz stabile CDU in Baden-Württemberg und eine stabile CSU mit leichten Verbesserungen in Bayern. Dieses Thema der stärkeren regionalen Ausprägung im Wählerverhalten in einem Umfang, wie wir es bisher nicht gekannt haben, auch mit einer klaren geographischen Gefällesituation, muß uns hier eingehend beschäftigen. Das wird auch eine Rolle nachher spielen müssen in der Selbstkritik, aber auch die zentrale Wahlkampfanlage ist hier noch einmal zu erörtern. Etwa in der personellen Gruppenpräsentation ist es sicher so, daß wir im norddeutschen Raum mit dieser engeren Gruppierung der Kernmannschaft – wir haben darüber hier ja vorher gesprochen über das Für und Wider – im Erreichen der Randwählergruppen, um die ging es ja, gerade wegen der landsmannschaftlichen Herkunft von Brandt aus Lübeck und Schmidt aus Hamburg-Bergedorf der überdurch-

schnittlich starken Wirkung der beiden Spitzenkandidaten der SPD unterlegen sind. Brandt hat in diesem Raum insgesamt eine persönliche Wirkung erreicht, die offensichtlich ungleich größer war als in Bayern und Baden-Württemberg. Und dafür gibt es doch sicher ein paar Anhaltspunkte, warum das so ist, ein paar Anhaltspunkte, die in dieser landsmannschaftlichen Konstellation auf beiden Seiten liegen. (*Unruhe und Heiterkeit.*)

Ich glaube ferner, daß der Hinweis, der hier schon gegeben wurde, wichtig ist, daß ein entscheidendes psychologisches Handikap für uns die verkürzte Wahlperiode war, der es den anderen ermöglicht hat, den Eindruck zu erwecken, man habe keine faire Chance gehabt, man habe die 2½ Jahre im Grunde nicht ausreichend nutzen können durch die knappen Mehrheitsverhältnisse. Und dieses Empfinden, daß die volle Wahlperiode ihnen nicht zur Verfügung stand, dürfte in den Grenzwählerschichten eine wesentliche Rolle gespielt haben.

Im übrigen möchte ich noch einmal unterstreichen, daß es wohl unsere wesentliche Aufgabe ist, die eigene Partei zu festigen und diejenigen Kräfte, die zu uns gekommen sind im Rahmen der Initiativen, der örtlichen Initiativen, der Multiplikatoren, in den nächsten Monaten intensiv anzusprechen, in unsere Arbeit zu integrieren, damit wir das Defizit an organisatorischer Stärke, das hier sichtbar geworden ist – SPD plus gesellschaftliche Gruppierungen – auf unserer Seite so ausgleichen können, daß sich hieraus nicht eine langfristige Entwicklung der CDU zur Minderheitenpartei ergibt. Die große Gefahr dieses Ergebnisses ist, daß wir langfristig die Minderheitenpartei in Deutschland werden, irgendwo mit 43, 45 % gegenüber einer festgeschmiedeten Koalition der SPD und FDP mit einer führenden SPD, die natürlich den Versuch machen wird, das nächste Mal im Sinne der Wehnerschen Strategie zur absoluten Mehrheit vorzudringen. Und dieses Problem, das Herauskommen aus der Minderheitensituation, der strukturellen Minderheitensituation ist für uns eine Existenzfrage, auch wenn wir an die in den kommenden vier Jahren vor uns liegenden Landtags- und Kommunalwahlen denken.

*Lorenz:* Ich wollte eigentlich nur eine Frage stellen an Herrn Kaltefleiter, die will ich jetzt mal vorwegschicken und dann noch ein paar Worte anhängen. Sie haben hier mehrfach, nach meiner Auffassung zu Recht, auf die Wirkung des schlechten Images der CDU in bezug auf das Wählerverhalten hingewiesen. Das kann doch offenbar in der gleichen Weise nicht für Landtagswahlen zutreffen. Ich würde gerne mal eine Erklärung dafür haben, wo der Hintergrund dafür ist. Selbst wenn ich also weiß, daß das Verhalten der Wähler bei Landtagswahlen und Bundestagswahlen unterschiedlich sein kann. Wie ist es dann möglich, daß wir praktisch alle Landtagswahlen gewonnen haben und nun die Bundestagswahl so eklatant verloren haben? Früher war es bei der SPD ja auch ähnlich, es muß also da irgendwelche Begründungen geben.

Ich möchte jetzt noch folgendes sagen: Ich glaube allerdings, daß die Frage des schlechten Images und der Tatsache, daß die Wähler uns Leistungen offenbar doch in weiten Kreisen nicht so zutrauen wie der SPD, uns zu einer Diskussion über unser Verhalten veranlassen und dann unsere Entschließungen bestimmen sollten. Richtig ist, daß wir auch alles vermeiden müssen, um auf die Dauer die zweitstärkste Partei in

Deutschland zu bleiben. Nur mit diesem Entschluß allein wird das nicht gelingen, sondern ich glaube, daß das eine Strategiediskussion sein muß. Wir müssen sehen, wenn uns viele Leute Leistungsschwäche und auch mangelnde Modernität vorwerfen, daß das, wenn Sie sich mal die Zusammensetzung unserer Mitgliedschaft und auch teilweise unsere Politik in manchen Bereichen der Gesellschaft ansehen, gar nicht so unbegründet ist. Zumindest ist es doch so, daß in weiten Teilen unserer Mitgliedschaft und Anhängerschaft bestimmte Übereinstimmungen von modernen Entwicklungen zur politischen Zielsetzung noch nicht in genügender Weise bewältigt worden sind, auch nicht in unseren eigenen Reihen. Deshalb müssen wir nun nicht ein neues Programm entwickeln, aber wir brauchen eine länger anhaltende, sehr offene Diskussion innerhalb der Partei, die eine neue Strategie ergeben muß, die uns von diesem schlechten Image entfernt. Ich bin auch der Meinung, daß jetzt Personaldiskussionen zu diesem Zeitpunkt auf keinen Fall geführt werden dürfen. Wir sind alle dankbar unserem Vorsitzenden und der Mannschaft für das, was sie an Einsatz in dieser Wahl geleistet haben. Mir kommt er sehr darauf an, daß es uns gelingt, im Laufe des nächsten Jahres bestimmte Bewußtseinsschwächen, die wir haben in unserer Partei, deutlich zu machen und durch eine Diskussion dann überwinden zu helfen. Und dabei müßte meines Erachtens Hand in Hand gehen das Bemühen – wir sind ja eigentlich da schon auf einem guten Wege – Mitgliederpartei zu werden. Einen Vorteil kann die vierjährige Oppositionszeit in dieser Lage, in der wir uns jetzt befinden, haben, nämlich, wenn es uns gelingt, Kampfgemeinschaft zu werden und aus diesem Bewußtsein wieder eine langfristige Strategie zu entwickeln, dann können wir tatsächlich in einem größeren Maße als bisher, nachdem nun offenbar jetzt viel größere Bevölkerungsteile bereit sind, einer Partei anzugehören als noch vor vier Jahren, zu solchen Mitgliederzahlen zu kommen, wie sie heute die SPD hat. Was uns dann sicher schon im vorpolitischen Raum die Möglichkeit der Rückkehr an die erste Stelle erleichtert.

*Blüm:* So hart es klingt, ich kann nur sagen, wann werden die Unternehmer in Deutschland mal begreifen, daß man mit Geld allein keine Politik machen kann. Wer den Wahlkampf vor Ort geführt hat, der wird – da brauchen wir kein Meinungsforschungsinstitut – festgestellt haben, daß die Anzeigen, die aus dieser Richtung kamen, einfach in der Menge und im Tonfall überzogen waren. Daß dieser Schuß nach hinten losgegangen ist. Ich glaube, das wäre eine der wichtigen Konsequenzen, die man in diesem Bereich ziehen könnte.

Das zweite – und ich finde, es ist erfreulich –, daß in einer Zeit der hochgezüchteten Werbepsychologie die ausgefeiltesten Techniken der Branche offenbar über die Köpfe der Wähler hinweg geschossen haben und daß der Wahlkampf in der Tat – um das etwas abgegriffene Wort zu gebrauchen – an der Basis entscheiden wurde, daß der Mundfunk das Hauptwerbemittel dieser Regierung war und daß sie es besser einsetzen konnte als wir, liegt daran, daß sie an der Basis mehr engagierte Mitglieder hatte als wir.

Nun ist die Frage noch zu stellen: Opposition in die Zukunft hinein. Ich glaube, es hat uns nicht geschadet, daß wir konkrete Alternativen hatten, daß wir also nicht den Eindruck einer Neinsager-Opposition gemacht haben, sondern daß wir Gesetze in



diesem Wahlkampf als konkrete Alternativen vorlegen konnten. Nur, merkwürdigerweise ist uns das nicht abgenommen worden, daß das unsere Gesetze waren. So merkwürdig es ist, die Rentenversicherung ist uns nicht abgenommen worden, die Eigentumpolitik auch nicht. Und ich frage mich, woran das liegt? Das liegt wiederum an der Auseinandersetzung durch Mundfunk, und da muß ich leider bedauern, Herr Lamperbach, daß es für diesen Mundfunk ausgezeichnete Argumente gab, unsere Leistungen zu verdunkeln. Beispielsweise ist das Thema Lohnfortzahlungen und Betriebsverfassungsgesetz ein ausgezeichnetes Thema gewesen, aufgrund mittelständischer Äußerungen unsere Glaubwürdigkeit in Sachen Rentenversicherung und Eigentumpolitik<sup>4</sup> zuzudecken. Es gibt nun mal Themen für einen Betrieb, die unter die Haut gehen, und wenn die unter der Haut sind, dann können Sie mit Engelszungen reden, dann wird es Ihnen einfach nicht geglaubt, was die CDU positiv geleistet hat.

*Dregger:* Wenn Sie mir einige wenige Bemerkungen zum hessischen Ergebnis gestatten, möchte ich darauf hinweisen, daß es insofern atypisch ist, als wir nicht nur 1,9% gewonnen haben, sondern auch insofern, daß die SPD stagniert. Die SPD hat sich nur von 48,2 auf 48,5% entwickelt und hat in acht Wahlkreisen verloren. Und zwar insbesondere in den südhessischen Wahlkreisen, also in den städtischen Gebieten, während wir gerade in den städtischen Gebieten die größten Gewinne hatten. Schon vor vier Wochen bei der Kommunalwahl haben wir von neun kreisfreien Städten in sieben Städten das Bundestagswahlergebnis übertroffen gehabt, nur in einer Stadt waren wir darunter geblieben. Ich finde das bemerkenswert.

Nun, zu Überlegungen für die Strategie als Gesamtopposition. Wenn ich das Klima in Hessen vergleiche mit dem politischen Klima in anderen Bundesländern, dann meine ich, der Unterschied liegt darin, daß bei uns die Auseinandersetzung härter und grundsätzlicher geführt wurde. Ich erinnere z. B. an die Schrift „Sozialismus im hessischen Schulwesen“<sup>5</sup>, die ja auch in Nordrhein-Westfalen teilweise verteilt worden ist und in der wir nachgewiesen haben, daß Sozialismus und linke Parteilichkeit zum Erziehungsprinzip in hessischen Schulen erhoben wird und daß wir dadurch – glaube ich – dieses Ergebnis mitbeeinflussen konnten. Und wir sollten uns wirklich nicht den Vorwurf machen, daß wir etwas falsch gemacht haben. Wir müssen Alternativen vorlegen. Wir müssen Wirtschaft und Finanzen in den Mittelpunkt stellen, aber daneben auch die grundsätzlichen Auseinandersetzungen stärker als bisher. Dazu bestand in Hessen vielleicht deshalb besondere Veranlassung, weil die hessische SPD sich gewissermaßen als progressive Speerspitze ihrer Bundespartei versteht und auf diesem Gebiet besonders weit vorangeschritten ist, so daß wir leichter vielleicht als in anderen Bundesländern unsere Anhänger alarmieren konnten. Entscheidend ist es klarzumachen, es geht nicht nur um Geldwertstabilität, sondern darum, daß wir freie Bürger in einem freien Land bleiben. Und wenn wir Grundvertragsauseinandersetzungen führen, dann sollten wir auch mal aufzeigen, inwieweit SPD, KPI und SED seit langem zusammenarbei-

---

4 Vgl. Nr. 26 Anm. 6, 14 und 15.

5 Christlich-Demokratischen Union Hessen (Hg.): Sozialismus im hessischen Schulwesen. Eine Dokumentation der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag. September 1972.

ten.<sup>6</sup> Das ist ein innerdeutscher Vertrag, ein Vertrag zwischen SED und SPD. Wir müssen den Bürgern sagen, worum es in dieser grundsätzlichen Frage geht. Das ist ein erster Eindruck, nur zur Anregung, zur Überlegung, endgültige Schlüsse kann man natürlich noch nicht ziehen.

*Köppler:* Ich würde zunächst unterstreichen, was Herr Blüm von der Basis gesagt hat, aber ich will dem etwas hinzufügen. Ich glaube, wir dürfen nicht nur die Basis sehen, sondern wir müssen auch gerechterweise gegen uns selbst sagen: Es war nicht nur der Mundfunk, der bei den anderen besser funktioniert hat, sondern es war auch die gesamte Publizistik in- und ausländischer Machart, die hier auf uns hereingebrochen ist. Das kommt hinzu. Auch das Ausland! Das hat ganz sicher mitgewirkt bei dieser Entwicklung. Wenn ich zum Wahlergebnis Nordrhein-Westfalen etwas sagen darf, dann ist das Auffallende daran, daß es sehr differenziert ist. Wir haben Bereiche – nicht nur einzelne Wahlkreise –, wo die Verluste in Grenzen geblieben sind, sich um einen Punkt oder etwas darüber bewegen. Wenn ich es richtig sehe, ist Ost-Westfalen noch am besten weggekommen bei der ganzen Geschichte. Wir haben fast durchweg in den ländlichen Wahlkreisen die höchsten Verluste, und wir haben in den städtischen Bereichen, in den Großstadtwahlkreisen außerordentlich differente Ergebnisse. Wir haben Ergebnisse, wo wir die Position fast gehalten haben und wir haben Ergebnisse, wo wir bis zu fünf Punkte verloren haben. Das müssen wir uns sehr genau ansehen, woran das im einzelnen gelegen hat. Hier würde ich Herrn Blüm recht geben, hier liegt insbesondere die unterschiedliche Präsenz an der Basis in den soziologischen Strukturen als Hauptursache für diese Differenz ganz klar zugrunde.

Ich würde sagen, daß die Wahl insgesamt sicher verloren gegangen ist, weil hier alte soziologische Gruppierungen nicht mehr stimmen, weil hier ein extrem hohes Ergebnis an Wahlbeteiligung erzielt worden ist und weil hier eine Flut von Wählern emotional mobilisiert worden ist für eine Brandt-Wahl, die sicher mit noch stärker umgekehrten Vorzeichen zugunsten der SPD gelaufen ist, als das früher, etwa bei der Wahl 1957, bei den Adenauer-Wahlen, der Fall war. Dagegen haben wir hier in diesem Land, im Industriegebiet offensichtlich kein Mittel gefunden. Die Konsequenz sehe ich in zwei Bereichen vor allen Dingen: Wir müssen natürlich jetzt die Konsistenz, die die Partei durch diesen Wahlkampf gewonnen hat, halten und weiter ausbauen. Noch nie, das muß ich sagen, war die Partei so engagiert in einem Wahlkampf wie jetzt. Aber das Problem ist nicht nur, die Parteiorganisation zu pflegen und zu stärken und den Mitgliederzuwachs ordentlich an die Arbeit bringen, sondern in die vopolitischen Bereiche sehr viel stärker hineinzuwirken. Das war sicher für uns in Nordrhein-Westfalen das eigentliche Handikap. Hier müssen wir sagen, daß unsere Freunde von dem Psychoterror, der in den größeren Betrieben geherrscht hat, einfach mundtot gemacht

---

6 Vgl. Reinhard SCHMOECKEL/Bruno KAISER: Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen. Bonn 1991 S. 188–194; Dirk KROEGEL: Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition. München 1997 (Studien zur Zeitgeschichte 52) S. 212–224; Philipp GASSET: Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten. München 2006 S. 595–602.

worden sind. Für uns in Nordrhein-Westfalen muß die Konsequenz heißen, daß wir im Industrieviertel wieder stärker in den Betrieben präsent werden, und das wird eine sorgfältige Prüfung notwendig machen, und wir müssen bei einer sorgfältigen Prüfung uns auch die Frage stellen, wie das in der Gewerkschaftspräsenz weitergehen soll. Auf die Dauer werden wir in den Industriegebieten ohne überzeugende Präsenz auch in gewerkschaftspolitischen Bereichen keine Wahlen gewinnen können. Ich glaube, Hans Katzer, man kann ganz offen sagen, auch die Auseinandersetzung im Zusammenhang mit dem Berliner DGB-Kongreß<sup>7</sup> hat uns weiter zurückgeworfen. Sie hat uns noch mehr an Präsenz im gewerkschaftspolitischen Bereich genommen und uns daher die Aufgabe noch schwerer gemacht.

Mein zweiter Schwerpunkt für die Parteiarbeit nach draußen hin ist, daß wir in die Fülle der Meinungsbildungsorgane von den beiden kirchlichen Akademien hin bis zu dem, was da so an Zirkeln das Jahr über läuft, sehr viel stärker hinein müssen, als wir glaubten, das bisher nötig zu haben. Der Dank von Willy Brandt an die katholischen Wähler gestern hat leider einen berechtigten Hintergrund. Es ist völlig klar, daß uns hier die Konsequenz alter katholischer Organisationen und Verbände im Umfeld der CDU nicht mehr zur Verfügung steht, sondern daß wir hier einen ganz neuen Ansatz machen müssen, daß wir ganz neu da hinein müssen, und ich glaube, das gilt auch für den evangelischen Bereich. Hier müssen wir sehr viel mehr Sprecher entwickeln, Leute finden über das bisherige Personal hinaus, das wir da haben, die uns in den innerkirchlichen Diskussionen, in den Akademien, in den Volksbildungsunternehmungen sehr viel stärker vertreten, als das bisher der Fall war.

Als eine ganz positive Geschichte möchte ich erwähnen, aber das ist auch eine Aufgabe für die nächsten Jahre, die Junge Union nach vorn zu bringen. Die Junge Union hat sich bei uns in diesem Wahlkampf trotz einer miserablen Führungskrise, die wir bei der Jungen Union des Rheinlandes<sup>8</sup> bis in den Wahlkampf hinein hatten, hervorragend geschlagen und in allen Wahlkreisen den Wahlkampf stärker getragen als die Alten. Ich meine, wir tun gut daran, daß wir die kommende Jungwählergeneration, bei der wir eine große Chance haben, durch eine entsprechende Stützung der Arbeit der Jungen Union in den nächsten Jahren voranbringen.

Aber ich möchte abschließend auch ein Wort noch einmal sagen. Ich glaube, wir tun gut daran, da möchte ich das unterstreichen, was Gerhard Stoltenberg gesagt hat, uns keine Führungsdiskussion aufzwingen zu lassen. Ich bin sehr dankbar, daß der Vorsit-

---

7 Auf dem DGB-Bundeskongreß in Berlin (25.–30. Juni 1972) war Adolf Müller nicht als Nachfolger von Bernhard Tacke in das Amt des stv. DGB-Bundesvorsitzenden gewählt worden (vgl. Nr. 23 Anm. 26). Vgl. S. 1021.

8 In der JU Rheinland war es im August 1972 zu einer Führungskrise gekommen, weil ihr Vorsitzender, Wulf Schönbohm, nicht als Kandidat für einen Platz auf der nordrhein-westfälischen Landesliste für den Bundestag nominiert worden war. Auf der Landestagung am 17. September 1972 in Düsseldorf unterlag Schönbohm bei der Wiederwahl gegen Klaus Evertz. Vgl. „Bonner Rundschau“ vom 23. August 1972 „Krise der Jungen Union schwelt weiter“; „Rheinischer Merkur“ vom 22. September 1972 „Chaos im Haus“; „Frankfurter Rundschau“ vom 2. Oktober 1972 „Mit Wonne an den Wagen gefahren“.

zende gesagt hat, die Fraktion soll schon in der nächsten Woche konstituiert werden. Ich meine, das erste, was jetzt notwendig ist, ist, daß diese Fraktion so schnell wie möglich Tritt faßt und an ihre Arbeit geht. Wir werden mit den Landesverbänden versuchen müssen, diese Partei, die sich so mobilisiert hat, jetzt in dieser Mobilisierung zu stabilisieren. Und ich kann auch nur sagen, ich bin seit heute nacht froh darüber, daß ich keinen anderen Ton hier im Hause gehört habe, als den, diesen Wahlkampf haben wir gemeinsam geführt und den haben wir gemeinsam verloren. Und der alte Spruch, daß der Sieg viele Väter hat, aber die Niederlage immer nur einen oder zwei kennt, der hat nicht gegolten heute nacht und das sollte auch jetzt für die nächsten Wochen so bleiben.

*Barzel:* Für die nächsten Wochen? Das ist ja ein bißchen kurz. Und „bis auf kurze Zeit“, wie Lorenz sagte und ein anderer „zur Zeit“ ... (*Köppler:* Das sind die Aufregungswochen.) Dann nimmt der Vorsitzende das Wort. Und zwar in eine Richtung, wie manche das hier kennen.

*Filbinger:* Ich möchte auf ein zeitliches Element hinweisen. Im Jahr 1974 werden wir Landtagswahlen<sup>9</sup> bekommen. Wir werden vorher schon Kreistagswahlen und Kommunalwahlen<sup>10</sup> haben. Und das bedeutet für uns, daß wir unsere Partei und unsere Anhängerschaft möglichst bald in eine solche Form bringen, daß wir diese Wahlen durchstehen können. Das bedeutet weiter, daß wir die Glaubwürdigkeit, die wir in den Augen unserer Anhänger m. E. verloren haben, bestärken durch eine ganz gezielte Strategie. Ich bin der Auffassung, es ist nach wie vor zu sagen, daß die Stabilität eines der wichtigsten Ziele ist. Die Tatsache, daß die Bevölkerung das am eigenen Leib noch nicht zu spüren bekommen hat, ist kein Argument gegen die Richtigkeit unserer Aussage. Ich bin auch der Meinung, daß wir angehen müssen gegen die chaotische Mißwirtschaft in den öffentlichen Finanzen und auch sagen, dies ist eine der Hauptaufgaben, die jetzt vom deutschen Volk bewältigt werden müssen. Die Opposition hat hier ein Konzept, sie hat hier die Möglichkeit, einen Angriff zu fahren und sich zu bestätigen.

Ein drittes Motiv: Die Angst vor dem Sozialismus ist durch das Wahlergebnis aus der Bevölkerung und den uns nahestehenden Wählerschichten nicht herausgekommen, sondern das ist überdeckt worden durch andere Komplexe, die ja z. T. schon erwähnt worden sind. Aber ich meine, wir dürfen uns nun in den Augen unserer Wähler nicht dadurch der Resignation zeihen lassen, daß wir die an sich richtige Kampfführung nachträglich desavouieren, sondern ich meine, es kommt entscheidend darauf an, die Glaubwürdigkeit vor unseren Leuten auch jetzt für die Zukunft so weit wie möglich zu begründen, indem wir diese unsere bisherigen Darstellungen der inneren Verhältnisse, die verfehlte und verfahrenere innenpolitische Situation, den Leuten begriff-

---

<sup>9</sup> Am 9. Juni 1974 in Niedersachsen und am 27. Oktober 1974 in Bayern und Hessen.

<sup>10</sup> Am 25. März 1973 fanden Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen statt, am 8. April 1973 Kreistagswahlen in Baden-Württemberg, am 17. März 1974 in Rheinland-Pfalz, am 24. März 1974 Kreistagswahlen in drei neugebildeten hessischen Großkreisen, am 5. Mai 1974 Gemeinde- und Kreistagswahlen im Saarland sowie am 27. Oktober 1974 Wahlen zum Bezirkstag Oberbayern.

lich machen. Dadurch bekommen wir die allerbeste Startmöglichkeit, und ich möchte darauf hinweisen, daß beispielsweise die Ordnung der öffentlichen Finanzen ein Problem ist, das von den Ländern jetzt ganz rasch angepackt werden muß. Denn wenn die Bundesregierung hier nicht das nötige Wort sagt, dann stehen wir über kurz oder lang vor dem Ausverkauf der infrastrukturellen Investitionen, die von den Ländern zwar nach dem Grundgesetz zu bewältigen sind, für die sie aber kein Geld haben. Also hier müssen die Länder die Bundesregierung sehr rasch in die Schranken fordern und es kommt ja auch sehr bald die Diskussion mit dem Grundvertrag auf die Länder zu. Auch diese Diskussion werden wir nur dann bestehen können, wenn wir in guter Form sind. Unsere Anhänger warten jetzt auf unsere Aussagen, sie warten darauf, wie die CDU sich darstellt, und das müßte das Gebot unseres Handelns sein. Von daher müssen wir unsere ganzen Maßnahmen, die wir jetzt ergreifen, verstehen.

Ich möchte zu dem Wahlkampf, der hinter uns liegt, auch ein positives Wort sagen, nämlich daß nach unser aller Erfahrung doch die CDU/CSU noch nie in ihren eigenen Kadern so intensiv, so dynamisch und so geschlossen gekämpft hat. Und die 45 %, die wir haben, sind eine gewaltige Macht. Die Tatsache, daß wir in der Opposition sind und nicht die Mehrheit haben, ist nicht zu ändern. Aber eine so kräftige Opposition, wenn die sich gut verlautbart und eine gute Angriffsstrategie führt, kann sich im deutschen Volk viel Vertrauen erwerben. Das, was ich jetzt sage, ist in gar keiner Weise eine Abschwächung dessen, was vorher erwähnt worden ist, daß wir an die Arbeit im vorpolitischen Raum, bei den Verbänden, daß wir an die gesellschaftlichen Probleme herangehen müssen. Das ist gar keine Frage. Je rascher wir dieses tun, desto besser. Aber ich stimme auch der Ausführung zu, die sich verwahrt hat dagegen, daß wir nun in eine Hektik Hals über Kopf hineinsteigen. Wir sollten ruhig jetzt einmal einen gewissen Abstand gewinnen, das Eis ist gebrochen, wenn wir in aller Stille arbeiten. Ich glaube, das haben wir nicht nur nötig als Individuen, sondern das hat auch die Partei nötig.

*Hasselmann:* Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, wenn man eine Analyse zieht, so ist das außerordentlich schwierig, weil wir in den Wahlkreisen verloren haben, wo wir das überhaupt nicht für möglich gehalten haben. Was ich hier sagen sollte, Herr Vorsitzender, ist folgendes: Erstens, ein anderer Vorsitzender hätte diese Wahl auch nicht gewinnen können, und zweitens in solcher Stunde werden wir enger aneinander geschweißt. Drittens, wir müssen jetzt Geschlossenheit und Solidarität in ganz besonderer Weise darzustellen versuchen. Viertens, nach den vielen Veranstaltungen, die wir alle gemacht haben, glaube ich aus meiner Sicht sagen zu können, daß nach den drei Jahren in der Bevölkerung die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht spürbar geworden und damit ins Bewußtsein der Bevölkerung gegangen sind. Das war zu kurz. Fünftens, Herr Dr. Barzel, ich glaube fest, daß ein wesentlicher Punkt für diesen Trend darin zu suchen ist, daß die SPD es geschickt verstanden hat, die eigenen Veränderungen in ihrer Partei während des Wahlkampfes so zurückzudrängen, daß wir mit einem Aufbrechen der inneren Gegensätze durch dieses Ergebnis sicher rechnen müssen. Wir sollten das sehen. Hier hat die SPD es verstanden, sich selbst zu tarnen, um nicht vor den Bürgern als Bürgerschreck dazustehen.

Unklar ist für mich bis heute geblieben unser Verhältnis in der Sache des Grundvertrages. Ich sage das ganz offen, ich weiß nicht, ob wir da mehr hätten tun sollen, als wir getan haben. (*Unruhe und Diskussion.*) Ich glaube, daß diese Themen vorrangig vor manchen anderen zu sehen sind. Ich war ganz zufrieden und hatte das Gefühl, daß in den letzten acht Tagen noch eine Wende zu unseren Gunsten eingetreten war, das war rein vom Gefühl her und hat sich nicht bewahrheitet. Es ist erstaunlich, wie besonders in Niedersachsen, in den Städten, die SPD die Zweitstimmen der FDP gegeben hat. Wir haben Wahlkreise mit bis zu 10.000 Zweitstimmen, die die FDP dort bekommen hat. In Hannover etwa, in Osnabrück, in Oldenburg, auch in ländlichen Teilen. Wir haben das genau ausgerechnet, 9.500, 7.800 Stimmen, Zweitstimmen bei der SPD weniger, die alle die FDP bekommen hat. Sonst wäre das nicht möglich. Wie die Jungwähler sich verhalten haben, ich habe das Gefühl, daß wir, wenn wir dort ansetzen, und insofern, Herr Köppler, glaube ich, sollten wir mit der Jungen Union uns mal zusammensetzen, was sie das nächste Mal wählen, das können wir jetzt beeinflussen, da haben wir ein neues zu beackerndes Feld. Und ich glaube, wenn wir das intensiv tun, auch im Hochschulbereich, kriegen wir die Nase auch wieder hoch, und das sollte der Ausgangspunkt für unsere weiteren Überlegungen sein.

*Lampersbach:* Es ist sehr müßig, wenn Zahlen vorliegen, dann aus dem Gefühl heraus darüber zu diskutieren, wie sie zustande gekommen sind. Deswegen hat es auch keinen Zweck, wenn ich hier an Professor Kaltefleiter anknüpfe. Man sollte warten, bis man, soweit es überhaupt geht, exakt analysieren kann. Ich hätte mich nicht gemeldet, wenn der Herr Blüm mich nicht direkt hier angesprochen hätte. Ich glaube, das wichtigste für uns wäre, daß wir uns zumindest loyal verhalten und uns gegenseitig tolerieren. Und hier muß ich doch feststellen, daß von der Mittelstandsvereinigung her, soweit ich dafür verantwortlich zeichne, die Beschlüsse aus Düsseldorf streng eingehalten worden sind. Ich habe festgestellt, was hier vorhin schon gesagt wurde, daß die gesamte Rentenreform nicht uns zugeschrieben wurde, sondern ausschließlich der SPD.<sup>11</sup> Herr Blüm, die Schwierigkeit liegt doch darin: Sind wir eine reine Arbeiterpartei, sind wir eine reine Wirtschafts-/Unternehmerpartei oder sind wir nach wie vor eine Volkspartei? Das ist doch die Frage. Für mich ist auch die Frage entscheidend, bleibt die CDU eine Volkspartei insgesamt, für alle wählbar und wie kriegen wir dann den Anschluß an die grundsätzlichen gesellschaftlichen Veränderungen. Ich habe in meinem eigenen Wahlkreis fünf Veranstaltungen ausschließlich mit DGB-Leuten gehabt, die auch meine Auffassung anerkannt haben. Die mich aber auch nicht gewählt hätten, Herr Dr. Blüm, wenn ich gesagt hätte, ich bin für die Sozialdiskussion. (*Unruhe.*) Die Schwierigkeit liegt doch darin, daß wir unten eben nicht die Möglichkeiten des Mundfucks haben, wie das die SPD seit vielen Jahren aufgebaut hat und auch durchführt.

*Kohl:* Ich will es ganz kurz machen. Zunächst einmal meine ich, ist es richtig, daß wir überhaupt außer einem ersten Meinungsaustausch heute in dieser Sache keine Wertung des Ergebnisses machen. Jeder von uns hat doch den Schock in den Gliedern, daß wir diese schwere Niederlage erlitten haben. Da führt ja gar kein Weg dran vorbei.

---

<sup>11</sup> Text S. 1009 f.

Und dann muß man genau wissen, was wir jetzt für die Zukunft tun, man muß auch über das hinaus, was heute überhaupt diskutabel ist aufgrund der Unterlagen, wissen, woran es lag. Ich persönlich bin überzeugt, daß wir dann zu der Überzeugung kommen werden, daß eine Strategie, die in die nächsten vier Jahre zielt, sich auch auf die Acht-Monats-Frist vom Herbst 1974 bis Sommer 1975, wo wir mit Ausnahme von Baden-Württemberg fast alle Wahlen haben, miteinrichten müssen. Wir müssen also praktisch diese Zwischenfrist mitnehmen, wenn wir auf vier Jahre disponieren. Darüber gibt es gar keinen Zweifel, daß diese acht Monate, von denen Sie eben sprachen, wiederum das Ergebnis ein paar Jahre später präjudizieren. Das hat alles etwas miteinander zu tun, übrigens auch jetzt für die Regierung, das wird auch deren Problem sein, über diese acht Termine hinwegzukommen. Da steckt durchaus auch für uns eine bestimmte Chance drin.

Ich glaube, wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß bei dem jetzt zurückliegenden Wahlkampf wir wahrscheinlich zu einer gewissen Gesetzmäßigkeit doch kommen, daß der Kanzlerbonus eine ziemlich feste Größe ist, egal wer den Mantel umhat, ob rot oder schwarz, wenn er es nur einigermaßen von der Statur her kann. Der jetzige Kanzler hat sich den Mantel elegant umgelegt und hat auch hier ein Stück Glaubwürdigkeit gehabt, ungeachtet dessen, was wir als Publikum dazu meinen. Ich bin sicher, daß der Einbruch bei den Jungwählern, bei den Frauen und im konfessionellen Bereich erfolgt ist. Unser Verhältnis zur Kirche entspricht noch den Verhältnissen der 50er Jahre. Das, was hier passiert ist in den letzten Wochen an Wahlunterstützung für eine Friedenspolitik, das war das letzte große Argument von Leuten, die wir nicht einfach abschieben können, ernstzunehmenden Leuten, die lange Diskussionen darüber geführt haben. Das haben die Sozialdemokraten verstanden und sie haben auch unsere Haltung etwa in der Grundvertragsdebatte noch mal als ihre Chance genutzt.

Ich bin dennoch der Meinung, daß das Schlimmste, was uns jetzt passieren könnte, wäre, wenn sich bei uns jetzt eine Resignation verbreiten würde. Dagegen halte ich es für unerhört wichtig, daß wir uns hier über alles aussprechen. Eines darf uns, glaube ich, auch nicht passieren. Wir müssen begreifen, daß man, gerade wenn man jene Gruppe von Jungwählern von morgen, das sind die Pennäler von heute, angeht, eine Politik oder Strategie noch so gut organisieren kann, daß das nicht der Punkt ist, sondern ich bin davon überzeugt, daß wir in den prinzipiellen Fragen deutscher Politik unsere Glaubwürdigkeit darstellen müssen. Das wird unerhört wichtig sein. Ich will das einmal an drei Beispielen zeigen: 1. Ich glaube, daß es eben nicht genügt bei der Stabilität das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft abzulegen und nicht gleichzeitig mit aller Härte den Leistungsgedanken deutlich zu machen, der sich in der Sozialen Marktwirtschaft und der Friedenspolitik wiederholen muß. 2. Ähnliches ergibt sich aus der Eigentumspolitik. 3. Ich persönlich bin felsenfest überzeugt, daß in den nächsten vier Jahren, gerade nach dem Grundvertrag, die zentrale Diskussion sich mit der Frage nach der deutschen Nation beschäftigen wird. Ich will es jetzt einmal etwas übertrieben formulieren. Ich glaube, daß das die Kernfrage einer harten innenpolitischen Diskussion werden wird, nach einem Anspruch der DDR nach Vollzug des Grundvertrages. Davon bin ich überzeugt. Es steht in Frage, ob es uns eben noch einmal gelingt

– ich glaube, daß es gelingen kann – in einer modernen Sprache die Frage nach der alten Idee des Staates in seiner moralischen Grundlegung, seiner moralischen Substanz vertrauenswürdig und glaubwürdig darzustellen. Meine Beobachtung ist, gerade in diesem Wahlkampf, daß das ein Punkt ist, der viel langfristiger wirksam wird, als noch so hochinteressante, glänzend gelungene tagespolitische Entscheidungen. Und das ist der Punkt, darüber gibt es gar keinen Zweifel, wo der Herr Brandt uns die ganze Schau gestohlen hat. Das eine Plakat „Deutsche, Ihr könnt stolz auf Euer Land sein“ hat tiefenpsychologisch genau in diesen Bereich hineingewirkt. Hier steckte dann drin, was eben zu Adenauers Zeiten zu uns schlug, denken Sie an diesen ungeheuren Parteitag in Hamburg, als er aus Arlington zurückkam und wir das voll genossen haben.<sup>12</sup> Das war das andere Extrem. Das ist bei ihm jetzt Stolz auf das eigene Land; Vaterland und Friedensfürst hat ein Gewicht gegeben, das ihm hoch gedankt war.

*Barzel:* Vielen Dank! Herr Langguth, ich möchte eben Herrn Kraske hören, weil er vor die Presse muß.

*Kraske:* Meine Damen und Herren, ich soll ja eine Menge sagen über die Beurteilung dieses Ergebnisses. Aber erstens ist es, glaube ich, sachgemäßer, wenn dafür wirklich begründete Unterlagen vorliegen und man eine begründbare Bilanz ziehen kann. Heute stehen wir – wie immer – ein bißchen unter dem Druck von Presse- und Fernsehterminen. Darf ich Ihnen deshalb – ich bitte um Entschuldigung, daß das mündlich nur geschieht –, eine Erklärung vorlesen, die wir hier ein bißchen abgestimmt haben:

„Die Union hat ihr Ziel, eine Mehrheit zu gewinnen und eine bessere Regierung zu bilden, nicht erreicht. Aber 45 % der Wähler haben den Unionsparteien ihr Vertrauen bekundet. Dafür danken wir allen unseren Wählern. Dieser Dank gilt in besonderer Weise denen, die sich in den zurückliegenden Wochen mit großer Einsatzbereitschaft und Hingabe für unsere Politik eingesetzt haben. Ihr Vertrauen ist die Grundlage unserer weiteren Arbeit. Die CDU wird geschlossen unter der Führung von Rainer Barzel ihre Politik auf der Grundlage ihrer programmatischen Erklärungen fortsetzen und weiterentwickeln. Das Jahr 1972 hat der CDU den größten Mitgliederzuwachs in ihrer Geschichte gebracht. Die Partei hat sich im Wahlkampf wie nie vorher engagiert. Diese Mobilisierung der Partei, die Verbreiterung ihrer Mitgliederbasis, die weitere Verbesserung ihrer Organisation sind die großen Aufgaben für die kommenden Monate. Wir rufen alle Mitglieder, Freunde und Anhänger der CDU auf, uns dabei zu unterstützen.“ (*Unruhe und Diskussion über Text der Erklärung.*)

*Barzel:* Dann fahren wir in der Diskussion fort.

*Langguth:* Der Westdeutsche Rundfunk hat heute gemeldet, daß der Jungwähleranteil bei 29 % liegt. Wenn das so ist, hängt das an einer ganzen Reihe von Faktoren. Die Union hat es nicht verstanden, sich als die glaubwürdigere Partei darzustellen.

---

<sup>12</sup> Adenauer hielt sich vom 1. bis 18. April 1953 zu einem Besuch in den USA auf und nahm im Anschluß am 4. Bundesparteitag der CDU in Hamburg teil. Vgl. Bundesgeschäftsstelle der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (Hg.): 4. Bundesparteitag 18.–22. April 1953 in Hamburg. Deutschland sozialer Rechtsstaat im geeinten Europa. Hamburg/Bonn o. J. S. 7. (Protokoll im Internet: [http://www.kas.de/upload/themen/programmamik\\_der\\_cdu/protokolle/1953\\_Hamburg\\_4\\_Bundesparteitag.pdf](http://www.kas.de/upload/themen/programmamik_der_cdu/protokolle/1953_Hamburg_4_Bundesparteitag.pdf)).



Warum wird es uns eigentlich nicht abgenommen, wenn wir bessere Gesetze machen? Fest steht, daß unser Image, gerade im Bereich der Jungwähler, mehr als nur miserabel ist. Ich habe mal vor einigen Monaten einige Umfrageergebnisse angeschaut. Der SPD-Politiker wird mit dem Wort „demokratisch“ beispielsweise sehr viel mehr verbunden als der CDU-Politiker. Das sind alles Sachen, die eine sehr langfristige Perspektive im einzelnen haben. Daß hier viel zu arbeiten ist am Image der CDU, kann ich also nur unterstreichen. Ebenso bin ich der Meinung, daß ein Teil der Wahlkampfanzeigen der Partei im Hinblick auf ihre Glaubwürdigkeit keinen Dienst erwiesen haben.

Weiter glaube ich, daß diese Diskussionen im Wahlkampf ergeben haben, daß wir eine grundsätzliche Auseinandersetzung sehr viel stärker werden führen müssen. Und ich glaube, es langt hier nicht, aus der Defensive zu argumentieren und mit eventuellen Angstkategorien zu arbeiten, sondern wir müssen sehr viel stärker als bisher Eigenziele aufzeigen und zwar im grundsätzlichen Bereich. Das muß man auch jetzt nach dem Wahlkampf hier sagen, wir haben es noch nicht verstanden, im grundsätzlichen Bereich offensiv eine eigenständige, langfristige Position aufzubauen. Und dann muß ich auch sagen, das Ganze lebt natürlich auch aus der Faszinationskraft heraus, die entsteht von Leuten, die auch mit sozialistischer Phraseologie arbeiten. Also wenn jemand wie Willy Brandt immer wieder sagt, „Friedenspolitik“, dann sind doch gerade das Elemente, die im intellektuellen Bereich, gerade im Jungwählerbereich, ausgesprochen ankommen. Und diese Demagogie, daß wir als Friedensgegner hingestellt werden, hat natürlich auch eine langfristige Wirkung, der wir, wie ich meine, entgegen müssen.

Die Formulierung „Mehr Stabilität“ wird uns hier im einzelnen nicht weiterhelfen. Gerade im Jungwählerbereich hat das wenig Erfolg. Bei der Frage nach der deutschen Nation müssen wir einmal analysieren, was versteht eigentlich Willy Brandt unter Nation. (*Barzel*: Ist ihm wurscht! – *Unruhe*.) Dann kann man gerade vielleicht an diesem Beispiel aufzeigen, wie sich Positionen wandeln können, es ist ja nicht nur das, welche Position Willy Brandt bei der Wahl vor vier Jahren oder vor zwei Jahren vertreten hat. Und ein allerletztes: Ich glaube, daß das Wahlergebnis dieser Art auch zurückzuführen ist auf eine miserable Parteiorganisation im unteren Bereich. Daß wir z. T. nicht einmal hauptamtliche Kreisgeschäftsführer haben, daß wir, wenn ich das richtig sehe, auch an der Basis häufig nicht Leute haben, die es verstehen können, gerade Jugendliche zu mobilisieren, das sind doch Punkte, die uns zu denken geben müssen. Und ich möchte eines als Anregung machen. Wir müssen langfristig dazu kommen, gerade bei der Kandidatenaufstellung auch dafür zu sorgen, daß wir hier Leute haben, die in einzelnen Gebieten Meinungsführer sein können und in allen Bereichen dafür zu sorgen, daß wir eine intensivere Diskussion führen können. Vielleicht kommen wir auch einmal dahin, eine Parteihochschule einzurichten, um Kandidaten und Funktionäre der CDU zu schulen. Ich glaube, hier ist gerade auf lokaler Ebene sehr viel zu tun.

*Wex*: Ich möchte die Bereiche Jugend und Frau ansprechen, wo wahrscheinlich die meisten Einbrüche zu erwarten sind. Hier liegt die größte Bereitschaft, grundsätzlich zu diskutieren. Da sind unsere Motivationen nicht widerlegt, aber sie sind nicht so

klar geworden, daß sich hier eine Auseinandersetzung zeigt, und zwar in dem Sinne, für Familie, Schule und Jugend die Möglichkeit eines freien Raumes des Individuums zu erhalten. Dazu sind in den Grundsatzaussagen die Auswirkungen der Wirtschaftspolitik und der Beschlüsse des SPD-Parteitages in Dortmund<sup>13</sup> in bezug auf die Einengung des Freiheitsraumes nicht besonders klar geworden. Ich glaube, daß wir hier eine große Chance haben, ohne uns von unseren Grundsatzaussagen distanzieren zu müssen. Im Gegenteil: Man braucht diese Beschlüsse nur zu interpretieren. Und das wird ganz erstaunlich aufgenommen. Und da zeigt sich die Verbindung zum Sozialismus in den Schulen, Einengung des Familienfreiheitsraumes in bezug auf die Entscheidung, werden die Jugendlichen draußen erzogen oder drinnen. Und die Probleme der Frauen, alles dies kann man in einer anderen und fortschrittlicheren Form auch im Grundsätzlichen auseinandersetzen. Und dann verbindet sich das. Da ist die Auseinandersetzung an der Basis notwendig, und da ist auch die Bereitschaft, grundsätzlich zu diskutieren, sehr groß und hat ganz positive Ansätze. Ich habe ja vorhin schon im Präsidium gesagt, die Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren sind ganz anders als die 18jährigen.

*Hahn:* Wahlen werden ja weitgehend vom Gefühl her entschieden und nicht von der Ratio her, und wir müssen uns klarmachen, daß es im Augenblick eine stärkere Welle nach links gibt, als wir angenommen haben. Deshalb fallen Fakten und Argumente weitgehend flach. Und ich glaube, wir werden damit rechnen müssen, daß in der nächsten Zeit diese psychische Welle noch eine außerordentliche Faszination ausübt. Wenn wir versuchen, diese Welle zu überspielen, gelingt uns das nicht, denn der Sozialismus übt eine stärkere Faszination aus, als das, was wir zuwege bringen. Der große Fehler, den wir begangen haben, ist gewesen, daß wir zugestimmt haben, daß man mit 18 Jahren wählen kann, denn diese Generation wird von ihrem Gefühl noch mehr bestimmt als die Älteren. Dabei spielt eine große Rolle die religiöse Bindung. Zum Teil hat hier der Sozialismus eine Religions-Ersatzfunktion übernommen. Das ist das eine.

Das zweite ist meine Sorge, im Blick auf die Tatsache, daß die FDP eine Wiederauferstehung erlebt hat und daß ich in Sorge bin, daß eine ganze Reihe von Leuten, die sich nach uns hin orientiert haben, nun wieder bereit sein werden, mit der FDP zu gehen und sich von uns zu lösen, und zwar Kreise, die für uns außerordentlich bedeutsam sind.

Das dritte, das hier schon angesprochen wurde, ist, daß wir natürlich damit rechnen können, daß jetzt innerhalb der SPD nach diesem Erfolg die verschiedenen Gruppen auseinanderbrechen könnten und daß möglicherweise die SPD mit innerparteilichen Auseinandersetzungen zu kämpfen haben wird. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß das ein Moment sein könnte, der auch für uns von großer Bedeutung sein könnte. *(Starke Unruhe.)*

---

13 Auf dem Außerordentlichen Parteitag der SPD am 12./13. Oktober 1972 in Dortmund wurde das Wahlprogramm „Mit Willy Brandt für Frieden, Sicherheit und eine besser Qualität des Lebens“ beschlossen. Text im Internet: <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/retroskans/fa92-02386.pdf>.

*Lemke:* Ich möchte nur unterstreichen, daß die Arbeit in den Orts- und Kreisverbänden und bei unserer Führung und Mannschaft vorzüglich war. Nur, Argumente reichen nicht aus. Ich glaube, Herr Dr. Kohl hat es bereits gesagt, wenn Brandt sagt, „Wir machen den Frieden sicherer“, dann sind das Dinge, die mehr das Gefühl ansprechen, und das wäre vielleicht in Zukunft in Verbindung mit der Deklaration Nation und Staat wichtig. Ich persönlich sehe für die Koalition jetzt erstmal eine Schwierigkeit. Die sollen erstmal regieren, die Sozialdemokraten, die Freien Demokraten und die Jungsozialisten. Sie werden sicherlich in gewisse Schwierigkeiten kommen. Aber meine Befürchtung ist, daß die Sozialdemokraten, und zwar geführt durch den linken Flügel, die Konfrontation betreiben werden. Darin sehe ich eine ganz schwere Gefahr für unsere Entwicklung, weil die nachher nicht zurückzudrehen ist. Meine Freunde, nehmen sie es mir nicht übel, ich würde Ihnen raten, weil wir ja das nächste Mal nicht gleich wieder die Mehrheit haben werden, ich meine, wir sollten doch versuchen, die menschlichen Beziehungen, die wir zu dem einen oder anderen führenden Mann der FDP haben, nicht verkümmern zu lassen. Ich sage das mit allem Nachdruck, denn ich habe meine Erfahrungen gesammelt. Wir müssen doch aus dieser Misere heraus, und das können wir m. E. nicht in einem Sprung in vier Jahren schaffen.

*Kiep:* Die Zeit ist so weit fortgeschritten, daß ich nicht noch einmal auf die einzelnen Sachthemen zu sprechen kommen möchte. Nur ein Satz: Die Frage der Klammerfunktion, die die Außenpolitik der SPD und FDP in der Vergangenheit bedeutet hat, ist ein Thema, über das wir ernsthaft reden müssen. Ebenso wie wir darüber reden müssen, wie wir unsere Außenpolitik – insgesamt gesehen – gestalten wollen in einer politischen Landschaft, die sich ständig durch das Handeln dieser Bundesregierung unwiderruflich verändert. Das sind alles Themen, über die wir noch reden müssen. Ich melde mich auch deshalb zu Wort, weil Herr Blüm einen Punkt angesprochen hat, der mir wichtig erscheint. Ich möchte eine Klarstellung hier geben: Diese Flut von Insertionen, meine Damen und Herren, die Sie in den letzten Tagen mehr in der Quantität als in der Qualität bemerkt haben werden, diese Flut ist total an der Partei vorbeigegangen. Wir sind in keinem einzigen Fall konsultiert worden. Uns haben keine Texte vorgelegen, und wir haben auch mit der Finanzierung der Dinge nichts zu tun. Ich habe den Eindruck, daß viele dieser Inserate völlig konträr zu unserer Wahlkampfabsicht, unserer Wahlkampfstrategie gelaufen sind und daß sie uns eher Schaden zugefügt haben als Nutzen, obwohl sie sicherlich gut gemeint waren und daß wir besser daran gewesen wären – auch heute, nach einer verlorenen Wahl –, wenn die Gelder, die sie aufgewendet haben, in unsere Kasse geflossen wären in Form von Spenden, anstatt daß sie hier in Millionenhöhe in eine falsche Richtung ausgegeben worden sind. Ich erinnere z. B. an das letzte Inserat mit Mahler und Willy Brandt<sup>14</sup>. Diese Ge-

---

14 Anzeige der „Wählerinitiative freiheitlich gesinnter Staatsbürger in der Vereinigung zur Förderung der politischen Willensbildung“ aus Neustadt/Saale betitelt „Auführer Mahler und Schützling Brandt“ (FAZ vom 14. November 1972). – Horst Mahler (geb. 1936), Rechtsanwalt; Mitgründer der RAF, 1972–1974 Prozesse und Verurteilung zu 14 Jahren Haft. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 910 Anm. 103. – Zu den „heimlichen Wahlhelfern der CDU/CSU“ vgl. „Spiegel“ Nr. 50 vom 4. Dezember 1972 S. 38.

schichte war also wirklich genau das, was wir den ganzen Wahlkampf durch überall vermieden haben. Ich hoffe, daß wir Gelegenheit haben, bei einer der nächsten Sitzungen auch einmal über die finanziellen Dinge der Partei etwas ausführlicher zu sprechen. Dazu war ja in den letzten Jahren nie Zeit, weil alle Leute immer viel zu aufgeregt waren, um Finanzdiskussionen zuzuhören. Lassen Sie mich dazu eines vielleicht sagen, es ist uns gelungen, den Wahlkampfetat, den wir uns vorgenommen haben, einzuhalten. Ich glaube, daß ist doch ein ganz wichtiger Punkt. *(Beifall.)*

*Katzer:* Ich glaube, wir haben ja alle den Spruch geglaubt „Drei Jahre SPD-Regierung sind übergenug“. Das wurde immer mit großem Beifall bei unseren eigenen Versammlungen begleitet. Aber ich glaube, wahr ist, daß viele, besonders kritische Wähler geglaubt haben, drei Jahre sind noch nicht genug, wir wollen sehen, wie das weitergeht. Deshalb sollten wir aber nicht zu einer Selbstzerfleischung kommen. In der Anzeigensache müßten wir doch bitte mal überlegen – jetzt von der Bundespartei –, was man tun kann gegen Helfer, die einem schaden. Da muß doch irgend etwas geschehen können, und wir sollten aus der Sache lernen und überlegen, wenn solche Anzeigen wieder einmal kommen, daß wir dann sagen, die schaden und wir wollen davon absehen.

Das dritte ist, Herr Lampersbach, ich würde sehr vorsichtig sein bei den Renten. Da muß man erst einmal sehen, wie die alten Leute wirklich gewählt haben. Wenn wir das sehen, werden wir möglicherweise feststellen, daß zwar der ganze Erfolg uns nicht beschieden war, daß das aber möglicherweise mit ein Punkt war, der uns überhaupt zu diesem Ergebnis geführt hat. Deshalb bitte ich, hier sehr vorsichtig zu sein und nicht voreilig etwas in die Welt zu setzen, was uns für die Zukunft sehr schaden könnte. *(Unruhe.)* Und wenn der Erfolg der Rentenreform nicht voll auf unsere Fahnen geschrieben wurde, so deshalb, weil man uns das einfach nicht geglaubt hat. Wenn Rainer Barzel in Berlin beim DGB-Kongreß diese Tatsache feststellt, wird er ausgepiffen, oder ich mache das bei der IG Bergbau<sup>15</sup> und werde ausgepiffen, dann sitzt die Masse von Sozialdemokraten da, die das gar nicht glauben können. Die können das nicht glauben, daß die CDU so etwas zu Wege bringt. Und das ist in der Tat schlecht für das Gesamtbild, das müssen wir sehen. Deshalb würde ich meinen, wir müssen die Gesetze, wie wir sie vorgelegt haben, nach und nach einbringen. Aber bitte nicht auf einen Schlag, sondern wir müssen sehen, daß – das ist natürlich eine Hoffnung, die ich mit Herrn Lemke teile – die Schwierigkeiten dieser Koalition, nicht so sehr bei der SPD innerhalb, aber zwischen SPD und FDP liegen. Und wenn wir klug sind und nicht jeden Tag eine neue Erklärung abgeben und nicht jeden Tag eine neue Geschichte machen, sondern die erstmal unter sich streiten lassen, dann ist das die Basis unseres Sieges von morgen. Es kommt jetzt nicht darauf an, daß wir uns jubelnd hinstellen und sagen, jetzt haben wir 7 % Preissteigerung. Wir müssen sagen, 7 % Preissteigerung, die

---

15 Zur Kritik an Katzer auf dem 10. Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau in Hannover vgl. „Handelsblatt“ vom 26. September 1972 „Einseitige Parteinahmen auch der Arbeitgeber im Wahlkampf“; „Die Welt“ vom 26. September 1972 „Die Kumpel schippten Balsam in des Kanzlers frische Wunden“.

treffen mich wie Sie, und das ist eine vorprogrammierte Pleite dieser Regierung, die in den nächsten Jahren mehr und mehr sichtbar wird.

Letzter Punkt: Wir waren in der Gewerkschaftssache sehr umsichtig. Wir werden auch da mal sehen müssen, wie die Leute vom DGB gewählt haben, das würde mich interessieren. Und da wäre ich nicht ganz sicher, wie dann das Ergebnis aussehen wird. Wir haben immer gesagt, wir lassen uns nicht rauswerfen, wir bleiben drin, wir werden den Laden schon fesseln usw. Und das letzte ist, wir müssen uns darüber klar sein, in den Großbetrieben hat es bis zum physischen Terror geführt. Unsere Leute sind rumgelaufen mit Plaketten „Wählt Willy“. Und dann haben wir abends gefragt, was ist denn los mit euch, und sie haben gesagt, wir wählen natürlich CDU, aber wir wollen keinen Ärger im Betrieb haben. Machen wir uns darüber keine Illusionen, daß das ein ganz harter Kern im Wahlkampf war. Ich würde dem beipflichten, was Herr Köppler schon gesagt hat, Junge Union, Sozialausschüsse und Betriebsgruppen, das wird ein Punkt sein, mit dem wir uns sehr zu befassen haben werden.

Und letzter Satz: Ich bin sehr froh über die heutige Sitzung, über alle unsere Erklärungen vor dem Fernsehen – ob das Köppler war, ob das Kohl war, ob das Stoltenberg war, und ich schließe mich ein –, alle haben einen guten Verlierer abgegeben. Diese Stimmung muß beibehalten werden Und deshalb ist ganz eindeutig, jede Personaldiskussion ist absolut tödlich. Das ist genau das, was die anderen wünschen. Die Sozialdemokraten haben kaum Versammlungen mit Diskussionen gehabt. Die haben sich nicht getraut, wegen ihrer eigenen Jusos. Bei mir in Köln der Herr Wischnewski hat sich nicht getraut, in einem Stadtbezirk – in Poll – eine öffentliche Versammlung zu machen. Der hat eine Mitgliederversammlung mit 70 Mann gemacht. Und gewinnt da noch 6 oder 7 % dazu. Da bleibt der Verstand stehen. Das ist dann nicht mehr zu machen. Wenn so was passiert, da kann man nicht aktivieren. Wir haben Mitgliederversammlungen und diskutieren wie wild, und die machen daraus ihre Stimmen. Und das ist eben doch die Grundstimmung, daß dieser Friedenskanzler mit diesem ganzen Brimborium doch mehr eingewirkt hat. Deshalb würde ich glauben, müssen wir jetzt wirklich weg von der Hektik, und wir müssen nicht den Traum haben, jede Woche zwei oder drei Gesetze einzubringen, sondern wir müssen die Leute im eigenen Saft schmoren lassen, ruhig und ohne Gehässigkeit. Und wir werden in der Frage des Grundvertrags uns sehr sorgfältig überlegen müssen über unsere Einlassungen. Das wird ein kritischer Punkt sein, denn Ost- und Deutschlandpolitik war der Kitt der Koalition. Da war der Konsensus zwischen Scheel und SPD. Der ist dann aufgebraucht, und dann kommen diese sehr harten Dinge wie Steuern, Finanzen, Geld usw. Und dann werden wir sehen, daß der Konsens nicht da ist, und das wird die Stunde sein, auf die wir bauen können.

*Windelen:* Ich kann unmittelbar an Hans Katzer anknüpfen, ich teile seine Analyse, auch was den Wahlkampfverlauf angeht. Wir haben uns hier wahrscheinlich ein wenig blenden lassen vom Verlauf unseres Wahlkampfes, den ich in dieser Form, positiven Form, das möchte ich betonen, in meiner 25jährigen Parlamentariengeschichte noch nicht erlebt habe. Und das bezieht sich jetzt nicht nur auf Versammlungen, in denen überwiegend unsere Mitglieder vertreten waren, sondern überall dort auch, wo wir kontrovers diskutieren mußten, konnten wir uns durchsetzen mit unseren Ar-

gumenten. Das heißt also, unsere Argumente waren nicht schlecht. Wir konnten sie nur nicht umsetzen, d. h. wir kamen damit nicht genügend an die breiten Wählerschichten heran. Wir wissen ja, was wir unmittelbar in Versammlungen erreichen, das ist ein ganz minimaler Prozentsatz, was für eine Umsetzung der Denkweise offenbar nicht ausreicht. Ich meine aber, wir sollten aber gerade die Chancen und die Möglichkeiten dieses Ergebnisses nutzen. Der Erfolg der Koalition war ja offensichtlich der, daß es ihr gelungen war, die Sachprobleme unter den Teppich zu fegen. Aber da liegen sie jetzt noch. Ich habe volles Verständnis dafür, daß der Wähler viel lieber hört, daß es keine Inflation gäbe, daß alles stabil sei, daß der Haushalt in Ordnung sei, daß es keine Einschränkungen gäbe, daß der Frieden gesichert sei, daß Freundschaft komme und Ausgleich. Jeder hört am liebsten das, was er sich selbst gern wünscht. Wir waren in der umgekehrten Position. Wir mußten sagen, da gibt es schreckliche Dinge, die kommen auf uns zu. Ich habe Verständnis dafür, daß man das gerne verdrängt und dem folgt, der einem Friede, Freundschaft und Eierkuchen verspricht. Wir konnten das nicht, die anderen konnten es. An den Sachproblemen hat sich dadurch gar nichts geändert. Im Gegenteil, sie sind schwerer geworden, weil die psychologische Vorbereitung auf das, was kommt, nicht da ist. Ich glaube, wir hätten es sachlich leichter gehabt, weil wir das Volk vorbereitet hatten. Die Koalition hat das Gegenteil getan, die Probleme werden mit aller Wucht auf sie zukommen, und wir sollten ihr das nicht erleichtern. Mir fällt auch nachträglich keine bessere Strategie ein, die wir hätten einschlagen können, auch retrospektiv muß ich Ihnen ehrlich sagen, mir fällt nichts ein, was wir in unserer Aussage hätten besser machen können, auch wenn ich die differenzierten Wahlergebnisse in den einzelnen Ländern betrachte. Dazu kann man jetzt nur einen ersten Bericht geben.

Ich stelle also noch einmal fest, das Wahlergebnis hat keines der verdrängten Sachprobleme gelöst, sondern im Gegenteil, wir werden jetzt ja nicht länger auf das Sachverständigengutachten zu warten haben. Die Haushaltsberatungen nicht nur im Bund, sondern, Herr Filbinger, in den Ländern, in den Gemeinden vor allen Dingen, stehen jetzt unausweichlich bevor. Und das wird die Stunde der Wahrheit werden auch für, nein, besonders für die Genossen. Die Finanzplanung steht bevor, die muß jetzt geregelt werden, die Tarifverträge, nicht nur im öffentlichen Dienst, sondern auch in allen anderen Bereichen. Und auch im Bereich der Deutschland- und Ostpolitik sind hohe Erwartungen geweckt worden. Und es werden große Forderungen von der anderen Seite auf uns zukommen und zwar nicht nur materiell, das ist ja schon sehr deutlich sichtbar, sondern auch in den politischen Bereichen. Und hier entsteht einfach die Frage, was kann Brandt jetzt noch liefern? Er hat nichts mehr zu liefern. Da ist nichts, aber auch gar nichts mehr da, was er jetzt noch liefern könnte. Und das zweite ist, was können die anderen noch liefern? Ich sehe hier auch nichts mehr, der innere Spielraum dieser Länder ist so eng geworden, daß man sich ja sogar schon während des Wahlkampfes gezwungen sah, Erwartungen zu dämpfen und mit Rücksicht auf die innere Ordnung Einladungen zurückzudrängen, ohne daß das allerdings durchgeschlagen wäre. Das wird aber auf die Dauer durchschlagen dann, wenn die Zahlen und Fakten sichtbar werden.

Das nächste – wir werden erleben, ich habe eben mal die Liste durchfliegen können

–, ist eine sehr starke Verstärkung des linken Flügels. Die Jusos werden eine Bestätigung ihrer Strategie aus diesem Ergebnis ableiten, und sie werden ihre Forderungen stellen. Das muß Folgen für die innere Struktur nicht nur der SPD haben, sondern auch für die Koalition, d. h. auch für den Partner. Vor der Wahl hat man teilweise in einer erstaunlichen Solidarität alles auch hier unter den Teppich gefegt, die Frage ist, wie lange kann das nach der Wahl noch halten?

Ich teile die Analyse von Hans Katzer, die Gemeinsamkeiten in der Deutschland- und Ostpolitik sind im Grunde verbraucht. Hier kann eigentlich nichts Positives mehr kommen, sondern hier werden jetzt die Preise präsentiert. Im Bereich der inneren Gesetzgebung wird dann noch der §218 vielleicht noch verbinden, aber was ich sonst sehe, müßte eigentlich kontrovers werden vom Haushalt über die Finanzen, über die Stabilität, über die Fragen der Marktwirtschaft, über die Fragen der Vermögensbildung. Hier sehe ich nicht mehr sehr viel Spielraum für Gemeinsamkeiten. Die Frage, die sich an uns jetzt stellt, die ist hier schon angesprochen worden, ich brauche nicht mehr viel zu sagen. Ich glaube, in dieser Phase können und dürfen wir Mitverantwortung für diese Politik nicht mehr übernehmen, sondern müssen unsere Distanz mit der gleichen Ruhe und Gelassenheit wie auch im Wahlkampf deutlich machen. Wir brauchen auch nichts von dem zurückzunehmen, was wir vor der Wahl und während des Wahlkampfes gesagt haben. Aber wir sollten der Regierung jetzt auch keinen Schritt weiter entgegenkommen.

Beim Grundvertrag würde ich sehr darum bitten, die rechtliche Substanz dessen, was noch da ist, sorgfältig zu prüfen. Ich meine, wir dürften auch hier jetzt Mitverantwortung für eine Sache, die wir nicht tragen können und für die sich die Folgen meines Erachtens in überschaubarer Zeit zeigen werden, nicht mehr übernehmen. Ich weiß, was das für den Bundesrat besonders bedeutet, aber hier muß man es deutlich überlegen. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Hoffnungen und Erwartungen, die geweckt worden sind bei der Bevölkerung und bei den Wählern, nicht erfüllt werden können, weil der Spielraum in den Ostblockländern eben sehr begrenzt ist und die finanziellen Forderungen sichtbar werden.

Ich kann mich der Grundanalyse von Herrn Köppler für Nordrhein-Westfalen anschließen. Auch das, was Herr Kaltefleiter gesagt hat, leuchtet mir nach einer ersten Durchsicht des Ergebnisses ein. Ich würde nur noch folgendes fragen zu dem, was mir im katholischen Bereich auffällt: Hat nicht das Kohleproblem hier eine Rolle gespielt? Das sind fast alle Kohlestädte, Aachen-Land, Heinsberg, Moers, Dinslaken, Tecklenburg, Beckum, Gelsenkirchen, Recklinghausen-Land, Bottrop, Gladbeck, Lüdinghausen, Wanne-Eickel, Herne, Castrop-Rauxel. Ja, Kohle! Und Sie können dann weitergehen in die Kohlekreise, wo Sie die gleiche Entwicklung haben. Wenn dem so ist, dann werden die Folgen und die Rückschläge schon in Monaten sichtbar werden. Es gibt kein Patentrezept für die Lösung des Kohleproblems. Hier haben wir durchaus eine Chance, wenn wir uns vernünftig und ruhig verhalten. Herr Kaltefleiter, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie vielleicht diese Frage mit einbeziehen würden, es scheint mir wie ein roter Faden durch die Wahlkreise zu gehen, die besondere Ergebnisse haben, auch mein eigener Wahlkreis.

Und ein letztes: Ich meine, wir sollten vor allem die Chancen sehen, die diese Wahlen und das Ergebnis dieser Wahlen uns bieten für die bevorstehenden Länder- und Bürgerschaftswahlen. Ich glaube, darauf müssen wir uns jetzt in erster Linie konzentrieren, und wir müssen gerade diese bevorstehenden Länder- und Bürgerschaftswahlen jetzt schon in unsere Strategie miteinbeziehen. Ich glaube, daß gerade diese strukturellen Probleme gute Ansatzpunkte bieten. Wir sollten also auf der Basis der Versprechungen der Regierung die Regierung festnageln. Ich befürchte, daß sie mit ihrer Regierungserklärung weit hinter dem zurückbleiben wird, was sie vor den Wahlen versprochen hat, den Vergleich damit anstellen, womit hat sie die Wähler gewonnen und was bietet sie in der Regierungserklärung tatsächlich. Ich sehe hier längerfristig durchaus sehr reale Chancen, unsere Basis zu konsolidieren und bei der nächsten Wahl einen Erfolg zu erzielen.

*Dregger:* Es ist eben über die Wirkung des harten Wahlkampfes diskutiert worden. Es hat sicherlich zu den Aktivposten unseres Wahlkampfes gehört, ebenso wie die Vermögenspolitik, ich möchte da doch einfach mal unseren Dank sagen. Eine zweite Bemerkung: Die Kritik an den Inseraten der Bürgerinitiativen war begründet, aber es hat auch gute gegeben. Ich möchte dringend davor warnen, daß wir jetzt den Mißerfolg auf diese Inserate zurückführen. Vor allem sollten wir es nicht nach außen tun, denn die Bereitschaft uns zu helfen, ist ohnehin nachlassend. Wir sind sehr darauf angewiesen, daß wir noch Hilfe finden. Bitte nur Kritik intern und nicht öffentlich nach außen.

*Kaltefleiter:* Die erste Frage, die wichtig erscheint, wurde gestellt, wie ist es vereinbar mit meiner These, daß das Bild der Partei seit 1969 im wesentlichen noch schlecht sei, mit den Erfolgen bei den Landtagswahlen. Ich glaube, diese These ist relativ leicht zu erklären und zwar aus folgendem Grund: Alle unsere Erfolge in den Landtagswahlen von 1970 bis 1972 wurden erzielt in einer Situation, wo die wirtschaftliche Situation von der Bevölkerung negativ beurteilt wurde. Baden-Württemberg war die letzte Basis, die noch deutlich Rendite zeigte bei einer negativen Beurteilung der wirtschaftlichen Situation.

Zu dem Argument von Herrn Dregger mit dem hart geführten Wahlkampf möchte ich nur bitten zu bedenken, daß die Wahlkampfstrategie eine Strategie war, die auf 49 % gehen mußte. Und es ging darum, zu den 45 %, die 1969 bekommen worden sind, weitere 4 % hinzuzugewinnen.

Es ist hier das Wort von den Brandt-Wahlen gefallen. Ich habe diesen Begriff bewußt vermieden in meinen Ausführungen und zwar nicht aus Höflichkeit oder aus Schonungsüberlegungen heraus, sondern weil ich ihn nicht glaube, trotz des einheitlichen Pressebildes. Das Image von Brandt, das müssen wir auch mit Nüchternheit heute feststellen, ist verwundbar. Daß sich diese Verwundbarkeit in dieser Bundestagswahl nicht durchgeschlagen hat, spricht nicht dagegen. Es ist verwundbar insbesondere in den Aspekten der konkreten Leistungserwartung. Das interessante ist, daß der Tatbestand dieser Aussage nie etwa vom Infra-Institut bestritten worden ist. Aber in dem Moment – da kommt jetzt das Argument mit den freien Wählerinitia-



tiven –, wo man Brandt als ehrlichen Deutschen angriff, erzielte man einen Solidarisierungseffekt, um seine Sympathie zu stärken. Und hier haben uns diese Wählerinitiativen z. T. geschadet. Wir haben Analysen, daß die Leute Mitleid mit Brandt gehabt haben. Man muß diesen armen Mann wählen. Aber, meine Damen und Herren, ich bitte Sie darum, bei allem Respekt vor den großen Erfolgen, die diese Koalition erzielt hat: Das ist nicht eine Brandt-Wahl, wo man aus Mitleid einen armen Mann gewählt hat. Ich glaube, das müssen wir auch bei aller Selbstkritik und bei aller Nüchternheit hier sehen. Er ist verwundbar, und darauf kann man aufbauen. Deshalb vermeide ich den Begriff Brandt-Wahl. Ich halte fest an meiner Formulierung, daß wir im Jahre 1969 die Situation hatten, daß das Bild von der CDU als einer bedingt leistungsfähigen Partei kompensiert wurde von dem damaligen Amtsinhaber und seiner allgemeinen Sympathie, zusammenhängend mit dem Respekt vor dem Amt usw. Dieser kompensatorische Aspekt fehlte in diesem Wahlkampf, er war auf der anderen Seite, wie Herr Kohl das formuliert hat, durch den Mantel des Amtsbonus, den Herr Brandt mit Eleganz getragen hat. Aber daraus will ich nun nicht die Schlußfolgerung ziehen einer Brandt-Wahl. Dieser Erfolg der SPD wie der FDP – ich wiederhole nochmal, man muß die beiden zusammen sehen – ist auch nur denkbar vor dem Image der SPD als einer durchweg leistungsfähigeren Partei, und dazu gehört eben die größere Glaubwürdigkeit. Das, was Sie, Herr Katzer und andere gesagt haben, daß man bestimmte Dinge der Opposition einfach nicht abnahm, gehört dazu. Und ich glaube deshalb, daß dort der Ansatzpunkt liegt für die Regeneration.

Ein letztes Wort noch zu diesen Wählerinitiativen. Ich würde sagen, es ist notwendig, Freunde, die dahinterstehen, als Meinungsführer zu nutzen. Aber sie haben in der Tat in den letzten 14 Tagen des Wahlkampfes verhindert, daß das Programm, das nach sorgfältigen Überlegungen der Bundespartei vorlag, als das Thema des Wahlkampfes sichtbar wurde. Wenn wir zwölf Anzeigen pro Tag haben, dann kann man nicht mehr sagen, daß unser Programm erkennbar war. Das muß man ohne Einschränkung feststellen. Hier haben wir eben nicht nur die Situation, daß auf der anderen Seite der Freundschaft erhebliche ökonomische Ressourcen vorhanden waren, sondern auch der festgefügte Glaube, daß man doch Politik genauso verkaufen könne wie bestimmte Markenartikel und daß all diejenigen, die sich berufsmäßig mit dem Verkauf von Politik beschäftigen, ganz große Dummköpfe sein würden. Diese Arroganz war vorhanden, und das, entschuldigen Sie, möchte ich an dieser Stelle hier auch ansprechen.

*Amrehn:* Die Diskussion scheint mir mehr und mehr jetzt dazu zu neigen, daß wir sachliche Schlußfolgerungen ziehen, die wir doch eigentlich erst ziehen dürfen, wenn wir objektive Unterlagen über die Motivforschung bekommen, die nun angestellt werden muß. Unsere eigene Erkenntniskraft heute erscheint mir mehr emotional zu sein und nicht stärker als am Sonnabend, als keiner von uns vorausgeahnt hat, daß die SPD so an uns vorbeiziehen würde. Ich will mich deswegen auf einige Feststellungen und dann allerdings auch auf Fragen beschränken, nach den Punkten, die nicht heute beantwortet werden sollen, die aber in dem, was Herr Kaltefleiter uns später vorlegt, behandelt werden sollten.

Mir ist gestern abend insbesondere aufgefallen bei der Berichterstattung, daß Frau

Noelle-Neumann<sup>16</sup> um 21.00 Uhr zur Kommentierung ihrer Voraussage um 18.00 Uhr erklärt hat, der Trend, wie er nun am Wahlabend sichtbar wurde, sei überhaupt erst seit 14 Tagen eingetreten, davor war es anders. Wenn das zutrifft, was noch zu untersuchen ist, dann kommt es doch darauf an, nun mal herauszufinden, was war es in den 14 Tagen, war es der Grundvertrag oder etwas anderes? Aber alle anderen Überlegungen von Rente, Inflation, falscher Behandlung der Jugend usw., würden ja alle nicht mehr zutreffen, wenn es vor 14 Tagen tatsächlich anders aussah. Ich glaube, das ist ein sehr wichtiger Punkt.

Zweiter wichtiger Punkt: Herr Kaltefleiter hat gesagt, mit unserer Partei sei die Kompetenz – oder andere sagen dafür vielleicht Image – verbunden geblieben bis gestern, von der besseren Fähigkeit, Wirtschafts- und Finanzfragen zu behandeln. Ich melde deswegen nur an, daß auch das geprüft werden muß, weil Dieter Gütt<sup>17</sup> in einem Kommentar am Schluß gestern abend sagte, in der letzten Zeit sei diese Kompetenz für Finanzen und Wirtschaft der CDU verloren gegangen. Ich sage es nur, damit auch das noch einmal geprüft wird, was er aus irgendwelchen Zahlen herausgelesen hat. Und in wie hohem Maße diese Kompetenz wahlbestimmend ist, das möchte ich an Beispielen erläutern, die ich in Berlin erlebt habe. Brandt war schon drei Jahre Regierender Bürgermeister, dann hat die Berliner Bevölkerung auf die Anfrage, welcher Partei er angehöre, zu einem Drittel geantwortet: „Der CDU“. Der Mann, der jeden Tag auftritt, ins Fernsehen geht! Ein Drittel hat nach drei Jahren gesagt CDU, warum? Weil diese Politik des Freiheitskampfes, der Außenpolitik, die er vertreten hat, der Sicherheit, überhaupt nur von der CDU gemacht werden kann, dann muß er dazu gehören. Mit anderen Worten: Kann man eine Kompetenz, die eine Partei über lange Jahre mit sich getragen hat, durch einen kurzen Wahlkampf oder durch ein Einzelereignis verändern? Das ist uns, anders als es vielleicht der Freund Dregger sieht, in der Frage der Renten nicht gelungen. Es hat in der letzten Woche – nun sehe ich es wieder hauptsächlich aus Berlin, aber ich war ja auch drei Wochen unterwegs im Wahlkampf – dazu geführt, daß auf den Arbeitsämtern, wo die Rentennachzahlung ausbezahlt wurde, für „unseren Willy“ sich ein solch euphorisches Positivgefühl, und damit für die SPD, entwickelt hat, weil alle Soziallösungen kompetenzmäßig nur von der SPD kommen können. Das zweite Beispiel erspare ich mir, um das nicht noch zu belegen.

Das dritte ist: In Niedersachsen muß mir erklärt werden, der Landeswahlleiter habe mitgeteilt, bei den Kommunalwahlen vor 14 Tagen hätten 75 % der 18- bis 21jährigen in den Städten SPD gewählt. Das wäre natürlich ganz etwas anderes, als wir bisher eingeschätzt haben und könnte den Ausschlag gegeben haben.

Das vierte ist meine Frage danach, ob man überhaupt untersuchen kann, in welchem Maße die Art der Werbung, die großen Anstrengungen, die vielen Saalversamm-

---

16 Dr. Elisabeth Noelle-Neumann (geb. 1916), Meinungsforscherin; 1947 Mitgründerin und Leiterin des Instituts für Demoskopieforschung Allensbach, 1968–1983 o. Professorin an der Universität Mainz und Direktorin des Instituts für Publizistik.

17 Dieter Gütt (1924–1990), Journalist; 1967–1972 politischer Koordinator der ARD und Mitglied der Programmdirektion München. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1035 Anm. 58.

lungen, kleine und große, auf die Wählermeinung überhaupt Einfluß ausüben. Wir haben das Beispiel von Wischniewski und seinem Wahlkreis gehört. Setzen wir die Kräfte nicht besser an andere Stelle an? Und damit das anschaulicher ist, ich habe in einer Versammlung folgendes erlebt: Es trat auf – wie er sich selbst nannte – ein Prokurist einer bekannten Selbstbedienungskette. Und der sagt, er kann mit diesem abstrakten Satz, der da steht, nichts anfangen, wenn er es aus den Augen der Wähler sieht. Aber er wisse, daß in den letzten 18 Monaten der Preis des Rindfleisches nicht um 6,4 % gestiegen sei, sondern um 50 %, und er könnte noch mehr Beispiele aus der Lebensmittelbranche nennen. Warum haben wir nicht angeschrieben, Kilo Fleisch am 1. Januar 10 DM, am 30. Oktober 15 DM. Das hätten die Leute verstanden. (*Unruhe.*) Ich will ja nur sagen, daß ein Mann der praktischen Erfahrung, der nun allerdings Waren verkauft, gemeint hat, eine anschaulichere Plakatsprache würde stärkere Überzeugungen wecken.

Ein letztes: Es ist gestern und vielleicht auch heute ein bißchen angeklungen, als wäre in Bayern besser gewählt worden als bei uns. Das sieht zunächst so aus. Aber wir müssen doch zu dem Ergebnis kommen, daß FDP und SPD zusammen dort vier Mandate mehr bekommen haben und die CSU ein Mandat verloren hat. In dieser Relativität ist, glaube ich, auch das Ergebnis zu uns nur zu betrachten, und dann erscheint es gar nicht als so ein großer Unterschied. (*Unruhe.*)

*Schwarz-Schilling:* Ich möchte an das erste Wort von Herrn Amrehn anschließen. Ich glaube, es würde jetzt zu weit führen, hier Erklärungen abzugeben. Das soll man sehr sorgfältig analysieren. Es ist eine Vielzahl von Faktoren. Jeder ist immer wieder in Versuchung, irgendeinen Punkt herauszugreifen und zu meinen, das wäre es. Ich möchte nur hier ganz grundsätzlich sagen, ich glaube, wenn wir nüchtern dieses Ergebnis betrachten, so ist es ein Dreiklang von produktiven Ereignissen für die Koalition. Das eine sind die Tagesereignisse. Die letzten haben positive Sympathiewirkungen hervorgerufen, auch der Grundvertrag. Die Rentengeschichte war auch positiv, war nicht negativ gegen die SPD, in keinem Falle. Hat vielleicht der CDU nicht geschadet, aber der SPD noch viel weniger geschadet. Der zweite Punkt dieses Dreiklangs ist, daß die Grundsatzfrage Christlich-Demokratische Union – SPD im Moment in einer positiven Welle für die SPD ist. Und das dritte ist, daß diese Kanzlerprämie so zusammenfällt mit einer Sympathieausstrahlung für einen Friedensmacher, was glaubhaft dargestellt werden konnte.

Ich möchte sagen, daß eine Wahl natürlich vorwiegend nicht durch rationale Fragen entschieden wird, sondern sehr stark gefühlsmäßig. Daß bei der gefühlsmäßigen Beurteilung nicht das Denken, sondern die Erfahrung die erste ausschlaggebende Rolle spielt. Und unsere Politik, oder umgekehrt, die Warnungen, die wir vor dieser Politik haben anbringen müssen, sind noch nicht im Erfahrungsschatz des Wählers eingegangen. In der Außenpolitik z. B. ist ja das Negative noch nicht eingetreten. Man kann sich fragen, ob es besser wird, aber daß diese Ostpolitik jetzt schon zu einer Katastrophe geführt hätte, das kann keiner sagen. In der Wirtschaftspolitik genau das Gleiche. Auch da ist Erfahrung noch nicht durchgedrungen, sondern man sagt, na ja, vielleicht wird es gar nicht so schlimm, aber im Moment geht es uns ja so schlecht noch nicht. Die

wirkliche Konsequenz der heutigen Weichenstellungen kommt erst in den nächsten Jahren, ich würde sagen auf beiden Gebieten. Insofern ist also gerade für uns die Frage der Emotionen und des Gefühls negativ einzuschätzen. Übrigens ein Vergleich aus den Landtagswahlen: Dort, wo die Universitätsfrage zu einem Erfahrungsschatz der Bevölkerung geworden ist, hat sie Wirkungen gehabt. Siehe Frankfurt, siehe Marburg, siehe Gießen. Dort, wo es nicht erfahrungsmäßig belegt werden konnte, sondern nur als Konsequenz einer Entwicklung hingestellt werden konnte, die kaum wirkt, wenn das und das geschieht, siehe Bremen, hat es überhaupt keinen Einfluß gehabt. Da wird es dann sofort überspielt von anderen Faktoren, weil der Erfahrungsschatz der Bevölkerung fehlt.

Ich möchte also sagen, daß wir wahrscheinlich uns darauf einstellen müssen, daß erstens die Erfahrungen der Politik von heute erst morgen Wirkungen zeigen werden. Zweitens, daß immer zugunsten des Bestehenden geurteilt wird. Wir haben auch noch lange von der CDU gelebt, als sie – ich möchte mal nicht sagen – die großartige Partei gewesen ist. Anfang der 60er Jahre haben wir ja doch von den 50er Jahren gelebt, da wollen wir uns nichts vormachen. Und ich bin überzeugt, daß die SPD auch noch lange Zeit leben wird von einer Hoffnung, die sie jetzt vielleicht hervorgerufen hat, auch wenn sie nichts mehr hervorzubringen hat. Wir sehen das in Hessen ja sehr deutlich, da lebte sie auch in den ganzen 60er Jahren von ihren Erfolgen in den 50er Jahren, und jetzt beginnt in Hessen langsam das kritische Resümieren darüber, ist nun wirklich die Bildungspolitik bei der SPD das A und O oder ist sie es nicht? Jetzt beginnen diese Fragen, zehn Jahre später, nachdem falsche Weichen dort gestellt worden sind, überhaupt ins Bewußtsein einzutreten. Das führt mich zum dritten, daß wir nur mit einer ganz langfristigen Strategie handeln können. Ich möchte hier keinerlei Pessimismus verbreiten. Aber ich glaube, wir müssen uns darauf einstellen, daß es durchaus auch acht Jahre dauern kann, wenn es eben nicht vier Jahre dauert. Ich möchte das hier ganz offen und deutlich sagen.

Mit dieser Wahl ist viel entschieden worden. Und wenn das so ist, dann möchte ich doch eines sagen. Ich glaube, wir überschätzen etwas die Ereignisse im Deutschen Bundestag und unterschätzen etwas die Verzahnung der gesamten Politik draußen im Land. Ich glaube, das geht uns allen so, das geht uns auch im Landtag so. Da bin ich immer wieder dabei, das darzustellen und zu versuchen, darzustellen, daß wir uns freuen über eine gewonnene Redeschlacht. Es ist aber viel wichtiger, das nachzukarten in den spezifischen Berufsgruppen mit einem ganz klar programmierten Apparat und entsprechenden Persönlichkeiten, die in den Berufsgruppen verankert sind und dort das darstellen, was im Bundestag gelaufen ist. Was nur im Bundestag läuft, ist zu wenig, und die paar Fernsehdarstellungen können nicht eine ganze Periode in irgendeiner Weise außer Kraft setzen. Aus dieser Doppelstrategie fällt den Ländern natürlich eine riesige Rolle zu in den nächsten vier Jahren. Und zwar nicht nur den Oppositionsländern, sondern in ganz besonderer Weise auch den CDU-Ländern. Wenn wir nicht in der Lage sind, in diesen CDU-Ländern eine Imageveränderung herbeizuführen, in dem Sinne, daß man uns dort als zukunftsorientiert bestätigt, dann wird es für uns nur noch eine Frage werden, wann diese Länder abbröckeln und dann an einen Punkt

kommen, wo sie auch umschlagen. Wir sind dort in einer guten Position, weil das politische Gleichgewicht meistens dazu führt, daß eine gewonnene Wahl auf Bundesebene den Wähler in ein, zwei Jahren doch wieder kritisch werden läßt. Ich würde sagen, daß das einer der Hauptakzente unserer Politik sein muß, diese Basisarbeit jetzt kontinuierlich aufzubauen, damit wir eines Tages auch wieder die Spitze des Eisbergs für die Bundesebene sehen können und dann auf einer soliden Basis das machen, was der SPD in 20 Jahren gelungen ist. Die ist in diesen 20 Jahren bei allen Fehlentschlüssen, bei allen Fehlschlägen auf der Bundesebene, konsequent auf der unteren und mittleren Ebene vorangeschritten und hat nun, nachdem sie das Oben erreicht hat, eine Strukturpositionierung, die die CDU nie gehabt hat. Und jetzt gehen wir den gleichen Weg nach. Auf der kommunalen und auf der Landesebene. Das ist ein ganz langer, harter Weg. Deswegen möchte ich sagen, ist die Arbeit auf der Landesebene heute bei ihrer Positionierung von mindestens, wenn nicht fast noch von größerer Bedeutung für künftige Bundestagswahlen.

#### VERSCHIEDENES

*Barzel:* Meine Damen und Herren, wir haben im Augenblick keine weiteren Wortmeldungen. Es ist kurz nach 13.00. Wir hatten vorgesehen, zusammen zu Mittag zu essen. Wird das Wort noch gewünscht? Darf ich dann zunächst fragen, ob eine Sitzung dieses Parteivorstandes über den normalen Ablauf in diesem Jahr noch für besonders dringend gehalten wird? Das muß dann wahrscheinlich so zwischen dem 17. und 20. Dezember sein. (*Unruhe und Diskussion.*) Ich überlege jetzt gerade, vorhin wurde gesagt, im Präsidium, Herr Stoltenberg, daß wir am 4. Dezember Präsidium machen wollen, den ganzen Tag, weil wir ja da auch den Grundvertrag erörtern müssen. Jetzt brauchen wir natürlich auch für den Vorstand irgendeinen Termin. (*Unruhe.*) Ja, die Frage ist, das ist heute morgen nicht bedacht worden. Wir gehen davon aus, daß Brandt am 8. Dezember in Ost-Berlin unterschreibt. Dann braucht man das Parlament auch nicht zu brüskieren. Aber an dem Tag müssen wir natürlich den Mund aufmachen. Und wenn wir dann den Mund aufmachen, scheint das Präsidium allein nicht zu genügen. (*Unruhe.*) Also, ich versuche für den 4. Dezember nachmittags den Bundesvorstand einzuberufen. Nun kommt es auf eines an, wenn ich das am Schluß noch sagen darf, wir sind natürlich alle etwas unausgeschlafen heute. Wenn wir jetzt rausgehen, für die Journalisten sind wir die entsprechenden Opfer! Also, 4. Dezember nachmittags Vorstand. Ich schließe die Sitzung.

Bonn, Montag 4. Dezember 1972

*Sprecher: Amrehn, Barzel, Blüm, Dregger, [Erhard], [von Hassel], Hasselmann, Katzer, Kiep, Kiesinger, Köppler, Kohl, Kraske, Lampersbach, Langguth, Lemke, Lorenz, Müller-Hermann, [Schröder], [Seiters], Stingl, Stoltenberg, von Weizsäcker, Windelen.*

*Politische Lage.*

*Beginn: 14.00 Uhr*

*Ende: 17.30 Uhr*

*Barzel:* Ich begrüße Sie herzlich und bitte Sie um Verständnis, daß ich sitzen bleibe und Sie bitte, ein bißchen schonend mit mir umzugehen. Ich bedarf dessen noch, nicht, weil ich um 17.00 Uhr mich zusammen mit Hans Katzer, mit Stücklen und Strauß treffe, sondern weil es leider noch nicht so ganz in Ordnung ist mit mir.

#### POLITISCHE LAGE

Ich möchte gerne einen Bericht geben, der der Lage entsprechend ein sehr persönlicher Bericht sein wird. Als ich 1945 aus dem Krieg nach Hause kam nach Köln, da gab es sehr bald zur Überraschung von uns ein Theater. Und dies war ein Stück von Thornton Wilder<sup>1</sup>, das damals in Deutschland und Europa gespielt wurde. Das Stück selbst ist nicht so wichtig wie der Titel. Der Titel hieß „Wir sind noch einmal davongekommen“. Das war 1945 unser aller Gefühl. Und genauso wäre mein Gefühl gewesen, wenn wir die Wahl gewonnen hätten. Wir haben die Wahl nicht gewonnen.<sup>2</sup> Die Deutschen erwarten von uns, nein, Sie haben uns in die Pflicht genommen, 45 % der Deutschen erwarten von uns, daß wir nun mit aller Kraft dagegen ankämpfen. Denn sie wollen wie wir in einem freien Staat leben, auch die, die das bei der Wahl vielleicht noch nicht richtig verstanden haben.

Wir hätten unser Handwerkszeug nicht gelernt, wir wären keinen Schuß Pulver wert, und keiner unserer Mitbürger würde sich 1976 noch nach uns umdrehen, wenn wir mit dieser Opposition nicht imstande wären, das Größte zu verhindern und eine neue Hoffnung zu begründen. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß viele junge Mitbürger, vor allem weit über die Partei hinaus, während der Kampagne mit

1 Thornton Niven Wilder (1897–1975), amerikanischer Schriftsteller. – Das Theaterstück, im Original „The Skin of Our Teeth“, wurde am 15. Oktober 1942 in New Haven/Connecticut uraufgeführt, die deutschsprachige Uraufführung fand am 16. März 1944 in Zürich statt. Druck: Thornton WILDER: Wir sind noch einmal davongekommen. Frankfurt/Main 1999.

2 Zum Wahlergebnis vgl. Nr. 30 Anm. 1.

uns und für uns auf der Straße waren. Bürger auf der Straße, das hat es noch nicht gegeben, und, meine Freunde, das wird es nie wieder geben, wenn wir jetzt diese Mitbürgerinnen und Mitbürger enttäuschen, wenn wir jetzt den Streit unter uns suchen, wenn wir kämpfen nicht gegen die geschilderten Gefahren, sondern gegen andere, wenn wir etwa nicht unser Wort halten.

Und ich meine deshalb, der erste Satz, der hier zu sagen ist, ist der, daß wir in der Pflicht derer stehen, die uns vertrauten. Denen versprochen wir Stehvermögen, Geschlossenheit und Kampf. Nicht aber Hader und Zweifel. Es ist jetzt so viel die Rede von Glaubwürdigkeit. Als ob man die herbeireden könnte. Glaubwürdigkeit, darüber redet man nicht, die hat man. Indem man zum Wort steht, vor der Wahl wie nach der Wahl. Und unser Wort heißt und hieß: unser Programm und unsere Geschlossenheit. Das ist das zweite, was hier zu sagen ist: Politik besteht nicht darin, die Bedürfnisse von Politikern zu befriedigen, sondern die Pflicht zu tun, die wir unserem Land und unseren Wählern schuldig sind.

Meine Freunde, es muß erlaubt sein, den Blick nicht nur auf uns zu richten, sondern auch auf die anderen. Die Koalition kann nun nicht mehr verbergen, daß alles das stimmte, was wir über Radikalismus, über Ostpolitik, über Preise, über Löhne, über Investitionen, über Staatsfinanzen, über Inflation und Reformunfähigkeit während der Wahlkampagne sagten. Jeder Zeitungsleser und jeder Fernsehzuschauer kann nun ein Lied davon singen.

Die DDR hat nun, nicht einmal 14 Tage nach der Wahl, in der UNO denselben Status wie wir, ohne eine nennenswerte Gegenleistung. Die Anerkennungswelle läuft, die Tötungswelle hat den ersten ermordet<sup>3</sup>, die Freigelassenen kommen spärlicher, Brandt darf nicht nach Ost-Berlin, die Einladenden für Besucher im Osten müssen halbe Helden sein, um Formulare auszufüllen. Jedermann sieht nun die anderen ohne Programm, verstrickt in einen Streit um Ministersessel, zusammengehalten vom Willen zur Macht. Plötzlich wird es an den Universitäten wieder turbulent. Die für den Wahlkampf schweigenden Linksaußen, tätig damals allein entweder als Placke gegen uns oder als Dauerdiskussionsredner, melden sich wieder zu Wort, sie melden ihre Forderungen an. Die Einschüchterung von Professoren, die ein freies Bekenntnis als Demokraten gewagt haben, beginnt nun wieder, wie der RCDS völlig mit Recht gesagt hat, als Hetzjagd mit eindeutig faschistischen Zügen. Wir haben erste Nachrichten über Boykotte gegen Kaufleute, die uns unterstützen. Es ist die Rede von Fahndungslisten gegen Männer, die wagten, anderer Meinung zu sein. Dies alles ist Gesinnungsterror und Bespitzelung, dies alles ist alles andere als Friedenspolitik. Ich werde dazu im Bundestag sprechen, aber wir sollten schon vorher jedermann auffordern, sich im

---

3 Am 14./15. November 1972 kam es zu einem Zwischenfall an der innerdeutschen Grenze bei Duderstadt. Ein Flüchtling wurde von den Selbstschußanlagen verletzt und festgenommen. Vgl. FAZ vom 16. November 1972 „Die Bundesregierung verurteilt den Grenzzwischenfall“; „Die Welt“ vom 16. November 1972 „Flüchtlinge durch Schüsse aus Todesautomaten verletzt“. Im Jahr 1972 waren am 21. Januar Horst Kullack, am 14. Februar Manfred Weyland, am 7. März Klaus Schulze beim Versuch, die Berliner Mauer zu überwinden, erschossen worden (<http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Start/Index/id/593918>).

Gesinnungsterror nicht verlassen zu fühlen, sondern sich ohne Furcht an die Führer der Opposition zu wenden, denn miteinander werden wir diesem Terror nicht erliegen.

Wenn wir diese paar Striche der Lage sehen, dann ist nichts dringlicher, als endlich die Stabilität der Union als Opposition herzustellen. Die Zeit der Lähmung und des Streitens muß so schnell wie möglich und so gründlich wie möglich und so bald wie möglich beendet werden. Nur dann werden wir selbstkritisch und mit Erfolg uns mit uns selbst beschäftigen können. Wir sind nämlich eine gewählte Opposition und haben dort tagespolitische Pflichten zu tun, über denen wir freilich das Grundsätzliche nicht vernachlässigen dürfen.

Ich möchte ein persönliches Wort hinzufügen und werde morgen vor der Versammlung der CDU-Kollegen<sup>4</sup> sicherlich dazu noch ein paar Sätze mehr sagen. Ich möchte von mir aus ganz selbstverständlich und ganz offen sein: Ich weiß, daß wir auf 1976 hin vieles neu zu durchdenken und manches neu zu bewirken haben werden. Aber noch weiß keiner, was da notwendig sein wird und wie und wann. Wer das alles schon heute weiß, ist eher dümmer als klüger als wir anderen. Ich weiß heute nur zweierlei: Erstens, ich stehe keiner besseren neuen Entwicklung im Wege. Und zweitens, die bessere neue Entwicklung wird nur kommen, wenn wir jetzt endlich das tun, was möglich ist, was nötig ist, was die Wähler von uns erwarten, nämlich diese Union als kraftvolle Opposition zu stabilisieren und endlich den Kampf gegen die anderen aufzunehmen. Nur von dieser Stabilität her werden wir imstande sein, unser Wahlversprechen einzuhalten und den Dienst zu leisten, den wir unserem Volk und uns selbst schuldig sind.

Meine Freunde, bei diesem Hintanstellen aller persönlichen Gefühle, Ansprüche und Empfindlichkeiten bin ich nicht nur freier, sondern auch verpflichteter, im Sachlichen meine Pflicht zu tun ohne jede falsche Rücksicht. Und ich verzichte nochmals, die Gründe aufzuführen, auf die gestützt ich vorschlug, die gemeinsame Fraktion bereits am 28. November zu konstituieren. Wir hätten uns viel Abträgliches erspart, wenn der Vorsitzende der Union, als er diesen Vorschlag machte, mehr Unterstützung seiner Freunde gehabt hätte.

Lassen Sie mich zunächst berichten über die Probleme zwischen CDU und CSU.<sup>5</sup> Da schmerzt uns vieles. Denn noch kann man in Städten und auf Dörfern das kaum verblichene Plakat der Eintracht betrachten. Und noch gilt unser gemeinsames Programm als Wahlversprechen. Und ich weiß von vielen jungen Menschen, daß sie in Erinnerung an unseren gemeinsamen Wahlkampf, in dem viele nicht nur mit Elan,

---

4 Protokoll der Fraktionssitzung in ACDP 08-001-1030/2.

5 Diskussion über eine mögliche Auflösung der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU kurz nach der verlorenen Bundestagswahl. Vgl. MÜCHLER S. 172-186. – In einem Gespräch am 4. Dezember 1972 einigten sich Strauß und Barzel auf einen Kompromiß. Vgl. „Die Zeit“ vom 1. Dezember 1972 „Trennstrich statt Schrägstrich?“, „Spiegel“ Nr. 50 vom 4. Dezember 1972 S. 21-23 „Junge, diese Blütenräume reifen nicht mehr“, „General-Anzeiger Bonn“ vom 5. Dezember 1972 „Die Unionsparteien setzen ihre Fraktionsgemeinschaft fort“ (Presseübersichten in ACDP Dokumentation 2/2322). Vgl. auch den Bericht Barzels in der Fraktionssitzung vom 5. Dezember 1972 über Irritationen zwischen CDU und CSU und eine mögliche Auflösung der Fraktionsgemeinschaft (Protokoll in ACDP 08-001-1030/2 hier S. 6-9). Vgl. auch Nr. 35 Anm. 28 sowie Einleitung Anm. 41.



sondern mit gläubigen Augen viele Anrempeleien ertragen haben nun Fragezeichen mit sich und in sich herumtragen. An wen sollen wir uns anlehnen – so heißt die Frage –, wenn Ihr nicht einig und stark seid? Unterschätzen wir das nicht, was man nach einem Wahlausgang an Gelände schnell verlieren kann.

Bevor ich dazu berichte, möchte ich meine eigene Position unmißverständlich definieren. Eine Fraktion? Die Antwort heißt ja. Was denn sonst? Wir haben sie nicht in Frage gestellt. Die Frage heißt: Unser Programm und unsere Richtung? Die Antwort heißt ja. Was denn sonst? Wir haben sie so den Wählern versprochen. Um was geht es also in den Gesprächen? Die Antwort heißt: Nur darum, das Selbstverständliche, das Versprochene und das Nötige, den Respekt vor dem Wähler und den Respekt vor unserer Pflicht wieder herzustellen.

Meine Freunde, wenn jetzt aus Reihen der CSU einige kritische Punkte laut werden, so möchte ich zu diesen Punkten doch ein paar Sätze sagen. Zunächst einmal ist die CDU in der Lage, daß sie verglichen mit der CSU die einzige ist, die in den Wahlanzeigen auch von den nationalen Interessen und von diesen Fragen gesprochen hat. Zum Beispiel in unserer Schlußanzeige. Wenn immer noch die Rede ist von den Ostverträgen und davon, daß es der psychologische Schock des Jahres gewesen sei, das Ja dieses Vorstandes zu hören, dann möchte ich in Erinnerung rufen, daß am 7. Mai und am 14. Mai „Bild am Sonntag“<sup>6</sup> konditionierte Jas der Kollegen Strauß und Stücklen verkündete, bevor wir dazu gesprochen haben. Wenn die Rede davon ist, daß der Grundvertrag falsch behandelt worden sei, dann möchte ich daran erinnern, daß die Erklärung vom 7. November<sup>7</sup> vorher mit der CSU abgestimmt war, um eine Ziffer, die 4. Ziffer, erweitert wurde und dann als gemeinsame Erklärung herausging. Am 9. November gab es eine weitere Erklärung<sup>8</sup>, die auch in der CSU in ihrem Dienst an die Wahlkämpfer<sup>9</sup> als Erklärung des CDU-Vorsitzenden Dr. Rainer Barzel mit der CSU abgesprochen war und also eine gemeinsame Erklärung darstellte. Am 10. November gab es eine Redneranweisung an die Redner der CSU<sup>10</sup>, nach der die Notwendigkeit sorgfältigster Prüfung und des Ausgehens von den neu geschaffenen Realitäten völlig klar sein sollte.

Zu unserer Freude hat die CSU besser abgeschnitten als wir, aber Amrehn hat neulich Herrn Goppel schon darauf hingewiesen, daß selbst beim Hochrechnen dieses

---

6 Vgl. „Bild am Sonntag“ vom 7. Mai 1972 „Eine einmalige Chance für die Regierung“ sowie „Bild am Sonntag“ vom 14. Mai 1972 „Stücklen: Dann gibt es kein Ja“.

7 Zum Wortlaut der Erklärung Barzels anlässlich der Paraphierung des Grundlagenvertrages am 7. November 1972 vgl. Pressereferat der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages vom 8. November 1972 (ACDP Dokumentation 1/190–III–2).

8 Barzel hatte sich dafür ausgesprochen, den Grundlagenvertrag nicht zum Wahlkampfthema zu machen. Vgl. „Neue Rhein-Zeitung“ vom 10. November 1972 „Brandt und Barzel: Burgfrieden für den Grundvertrag“.

9 Vgl. CSU Telegramm „Informationen zum Wahlkampf“ Nr. 16 vom 9. November 1972 (ACDP 07–001 AO BTW 1972 Werbemittel CSU unverzeichnet).

10 Vgl. die CSU-Publikation „Gegen Inflation für Stabilität und Vernunft. Rednerdienst II Bundestagswahl 1972“ (ACSP Druckschriften 3/106.2). – Synopse der Unterschiede zwischen den Rednerdiensten von CDU und CSU in ACDP 07–001–19039.

Ergebnisses wir das Ziel nicht erreicht hätten, denn den 0,7 % an Gewinnen der CSU stehen 5,2 % Gewinne der Koalitionspartner auch in Bayern gegenüber. Und wenn aus Reihen der CSU kritisiert worden ist, daß ich in der Wahlnacht dem Sieger meine Referenz erwiesen habe, so halte ich das erstens nach wie vor für richtig. Ich habe außerdem vor 20.30 Uhr ein Interview des Kollegen Strauß, in dem er eben dies durch ein Rundfunkinterview tat, gehört.

Wir haben also keinen Anlaß, hier irgendeine Debatte zu scheuen. Ich möchte hier darauf verzichten – was ich heute morgen im Präsidium<sup>11</sup> machte – das schönste Plakat, was mich selbst betrifft, aus dem Wahlkampf vor Ihnen auszurollen, nämlich ein riesengroßes Plakat nur mit den drei Buchstaben CSU. Es zeigt meinen Kopf ohne Slogan, ohne Namen, so groß, so schön, so oft bin ich hierzulande nicht plakatiert worden. (*Katzer*: In Bayern auch mit Erfolg.) Na, das weiß man nicht so genau.

Nun zu dem, was passiert ist am 24. November, das war wohl der Donnerstag, ich war nicht hier aus bekannten Gründen, da gab es eine Mitteilung an einen meiner Mitarbeiter von zuständiger Seite der CSU. Ich berichte jetzt hier auch vertrauliche Dinge, und bitte, dies auch so zu behandeln, die wohl für mich bestimmt sei: Es sei innerhalb der CSU diskutiert worden, dort sei eine klare Mehrheit in der CSU für eine eigene Fraktion. Darüber sei auch mit den Bezirksvorsitzenden der CSU gesprochen worden. Diese hätten den Auftrag, die Stimmung im Lande zu erkunden und für letzten Montag eine Sitzung vorzubereiten.<sup>12</sup> Aufgrund dieser Nachricht bin ich zurückgekommen. Ich hatte die Hoffnung, an einer Sitzung, zu der ich für den Abend eingeladen hatte, bestehend aus den erreichbaren Mitgliedern des Parteipräsidiums der CDU und, da die Fraktion betroffen war, des Elferrats der CDU selbst teilzunehmen.<sup>13</sup> Dies war leider aus gesundheitlichen Gründen beim besten Willen nicht möglich. Ich hatte für diese Sitzung für alle Fälle einige Punkte aufgeschrieben, die ich hier in Erinnerung rufen möchte, soweit Sie an der Sitzung nicht haben teilnehmen können. Weil sie für die Meinungsbildung wichtig sind. Herrn von Hassel habe ich sie zugeleitet, er war so freundlich, sie dort bekanntzugeben.

Erstens: Ich habe immer nach dem konstruktiven Mißtrauensvotum wie nach der verlorenen Wahl erklärt und erkläre erneut, ich stehe einer neuen Entwicklung nicht im Weg. In der Wahlnacht haben das Präsidium und dann der Partei- und Fraktionsvorstand einer neuen Personaldebatte ausdrücklich widersprochen. Sollte sich daran etwas geändert haben, so wäre es fair, mir das zuerst selbst zu sagen.

Zweitens: 45 % der Wähler haben uns in die Pflicht genommen. Es wäre verantwortungslos, von unserer Seite diese Pflicht nicht kraftvoll zu erfüllen. Resignation, interne Streitereien oder Bruch der Wahlversprechen wären folgenschwerer und schlimmer

---

11 Protokoll in ACDP 07–001–1405.

12 Sitzung des CSU-Vorstands und der Landesgruppe am 27. November 1972 in München (vgl. Terminplan in ACDP 08–001–353/2 sowie „General-Anzeiger“ vom 28. November 1972 „Strauß fordert Verhandlungen über Fraktionsgemeinschaft“; „Frankfurter Neue Presse“ vom 28. November 1972 „Die Lösung aus München“).

13 Die Sitzung des CDU-Parteipräsidiums mit den CDU-Mitgliedern des Elferrates der Fraktion fand am 25. November 1972 statt (Protokoll in ACDP 07–001–1462).

als die Wahlniederlage. Wer würde uns künftig noch glauben? Gewinnen kann jeder, wer als Verlierer Ehrlichkeit und Stehvermögen zeigt. Das beweist das Format für die kommenden Chancen.

Drittens: Noch nie waren bei uns Politik und Wahlkampf so sehr gemeinsam diskutiert, verantwortet und getragen wie dieses Mal. Haben wir nur die Kraft, gemeinsam zu siegen, oder reicht unsere Kraft auch für einen möglichen neuen Anfang?

Viertens: CDU und CSU hatten und haben ein gemeinsames Programm. Sie führten einen gemeinsamen Wahlkampf. Mit einem gemeinsamen Spitzenkandidaten, der auf dem CSU-Parteitag zusammen mit Hans Katzer, Gerhard Schröder und Franz Josef Strauß gefeiert wurde<sup>14</sup>, der in Bayern plakatiert wurde, der in Bayern als Redner sich stark und erfolgreich einsetzte, dort nicht anders redend als anderswo.

Fünftens: Ich werde am Montag zur Sitzung der CSU nach München fahren und dort eine Erklärung abgeben wie in Ziffern 1 bis 4 ausgeführt. Ich werde außerdem fragen: Habt Ihr vergessen, wie wir hier in Bayern zusammen gekämpft haben? Was Ihr im Wahlkampf über unsere Gemeinsamkeit und über den Spitzenkandidaten erklärt habt, in München, in Bad Tölz, in Dachau, in Straubing, in Weißenburg, in Rothenburg, in Neumarkt, in Nürnberg, in Würzburg? Wir wollen zusammenbleiben, ohne den Kurs zu ändern. Unser Programm gilt: Wir bleiben die Mitte. Keine Kursänderung. Wer trennen will, muß wissen, nichts ist schlimmer als feindliche Brüder. Wir dürfen die Wähler, denen wir gemeinsame Stärke versprochen, nicht betrügen durch zerstrittene Schwäche. Wir dürfen jetzt doch nicht die Opposition schwächen! Wer will das verantworten? Es wäre das Ende des Gedankens der Union, wenn eine regionale oder personale Spannung stärker wäre als der Gedanke der Christlichen Union.

Dieses Gremium, was zusammen war, war so freundlich, dem zuzustimmen, mich aber zu bitten, nicht nach München zu fahren. Ich hätte dies auch wegen meiner Krankheit nicht getan. Ich habe statt dessen am vorigen Sonntag, dem 26., die Kollegen Strauß, Stücklen und andere angerufen, und zwar auf dieser Linie dieser fünf Punkte. Was nicht ohne Wirkung blieb. Man versprach mir, keine weittragenden Beschlüsse zu fassen. Am Tag darauf, also heute vor einer Woche, am Montag, gab es diese CSU-Sitzung. Sie endete mit der Bereitschaft zur Erneuerung der Fraktion. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß innerhalb dieser Sitzung die Zahl derer, die noch für eine Trennung votierten, auf eine ganz kleine Minderheit zusammengeschumpft war. Es gab dann eine Situation, die etwas unerfreulich war. Ich habe Kollegen Katzer, da er zugleich mein Stellvertreter der Fraktion und in der Partei ist, gebeten, die Geschäfte zu führen, und in einer Situation, als es hier so aussah, als sei die CDU gelähmt und würde nur noch tun, was andere vielleicht wollten, erklärt, wir seien nicht bereit, am Freitag, also letzte Woche, zu verhandeln, nachdem Kollege Strauß zuerst gesagt hat, er könne, und dann konnte er nicht. Wir wollen jetzt nicht aufrechnen. Die Sitzung für morgen, wo er ja bereits eingeladen ist zur Konstituierung

---

<sup>14</sup> Parteitag der CSU am 3./4. November 1972 in München. Am 4. November fand eine Kundgebung mit Rainer Barzel, Hans Katzer, Gerhard Schröder und Franz Josef Strauß statt.

der gemeinsamen Fraktion mit der Tagesordnung „Wahl eines Vorsitzenden“ ist ersatzlos abgesagt werden.

Wir müssen dasselbe Recht haben wie die CSU-Kollegen, nämlich die Lage unter uns zu erörtern. Dies beides ist zu meiner Freude geschehen. Es gab dann am Freitag eine Sitzung unserer Freunde aus der Fraktion, der auf unserer Seite Hans Katzer vorsaß<sup>15</sup>, eine wie es hieß „exploratorische“ Sitzung über die Fragen der Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen CDU und CSU. Darüber wurde ein Papier vorgelegt, das so nicht bleiben kann. Ich möchte ausdrücklich sagen, daß, wenn wir uns in einem Papier über die Grundlegung der Fraktion auf politische Grundsätze verständigen wollen, der erste Grundsatz nur heißen kann: Unser den Wählern versprochenes Programm gilt. (*Zwischenruf*: Und von der CSU?) Das steht da nicht drin, nein. Das ist die Bedingung, die ich völlig deutlich machen möchte. Interessant, daß in diesem Zusammenhang die Rede davon war, daß beide Parteien sich verpflichten wollen ... Lassen Sie mich zu Ende vortragen! (*Zwischenruf*: Ich habe nicht verstanden. Welches Papier?) Also, ich will versuchen, mich zu wiederholen. Die CSU hat ein Papier übergeben, wie jedesmal, über die Vereinbarung der Fraktionsgemeinschaft.<sup>16</sup> Das machen sonst die Parlamentarischen Geschäftsführer. Ich habe, so lange ich Vorsitzender bin, mich geweigert, so was zu unterschreiben. Meine Vorgänger haben da alle möglichen Dinge unterschrieben bis zur Förderung von dem Kanal und jenem Kanal und den Haushaltsmitteln. Die Vereinbarung, die jetzt vorgelegt wird, ist umfassender, weil sie auch politische Grundsätze umfaßt. Ich habe dazu Ihnen eben gesagt, der wichtigste politische Grundsatz muß heißen, daß unser Programm gilt. In diesem Zusammenhang spielt eine Rolle die Forderung der CSU, sich gegenseitig zu verpflichten, bei allen Koalitionsfragen nur gemeinsam zu handeln. Wir haben diesen Vorschlag nicht recht verstanden, weil das für uns eine Selbstverständlichkeit war. Dann aber wird festgestellt, daß die Pressemeldung von 1969 stimme, daß es sehr wohl Gespräche mit konkretem Inhalt zwischen CSU und SPD gegeben habe.<sup>17</sup> Ich habe von diesen Gesprächen durch diese Mitteilung vom vergangenen Freitag als Vorsitzender dieser Fraktion zum ersten Mal gehört.

Meine Freunde, in diesen Zusammenhang gehört ein zweiter Punkt, weil wir sonst an den Realitäten vorbeidiskutieren. Ich möchte von mir aus ein Wort sagen zum

---

15 Erste Sitzung der Verhandlungskommissionen von CDU und CSU unter Vorsitz von Richard Stücklen und Hans Katzer am 1. Dezember 1972 in Bonn (vgl. Pressemitteilung der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages vom 1. Dezember 1972 sowie „Frankfurter Rundschau“ vom 2. Dezember 1972 „CDU und CSU betonen Tendenz zur Einigung“; „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 2. Dezember 1972 „Unionsparteien kamen sich näher“).

16 Zum Positionspapier der CSU vgl. „Rheinische Post“ vom 5. Dezember 1972 „CDU/CSU bleiben in einer Fraktion“. Vgl. auch den Entwurf einer „Vereinbarung über die Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU für die 7. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages“ (Anfang Dezember 1972) in ACDP 08–001–399/3 (S. 2–5); „Behandlung und Annahme der nicht schriftlich vorgelegten Vereinbarung im Fraktionsprotokoll des CDU-Teils“ vom 11. Dezember 1972 in ACDP 08–001–1030/2; MÜCHLER S. 172–186.

17 Hinweis auf Gespräche zwischen CDU-Generalsekretär Max Streibl und dem bayerischen SPD-Vorsitzenden Volkmar Gabert in „Spiegel“ vom 6. Oktober 1968 „Großer Sprung“.

Grundvertrag. Wenn wir unser Programm ernst nehmen, dann können wir dazu nicht ja sagen. Weder ist Berlin gesichert, noch wird die Einheit der Nation gewahrt, noch sind die unzureichenden menschlichen Erleichterungen verbindlich. Ich nehme Bezug auf meine Erklärung während des Wahlkampfs, die Sie alle kennen. Mein persönlicher Vorschlag ist, und ich hoffe, daß die Ostkommission unter dem Kollegen Marx, die jetzt zur Stunde weiterarbeitet, bald ihre Arbeit wird beendet haben können, daß wir wie folgt verfahren: Daß wir alsbald einen Antrag im Deutschen Bundestag einbringen, der sagt, die Bundesregierung wird ersucht, die Verhandlung über einen Grundvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wieder aufzunehmen mit Zustimmung aller Fraktionen des Deutschen Bundestags, um ein befriedigendes Vertragswerk zu ermöglichen. Da kommen dann drei Punkte. Der erste betrifft die grundsätzlichen Punkte, der zweite betrifft die Frage Berlin und der dritte die Verbindlichmachung der menschlichen Erleichterungen.

Wir wollen diese menschlichen Erleichterungen nicht gering achten. Denn wir können nicht so tun, als lebten wir auf dem Monde und würden nicht feststellen, daß gerade wir einem Verkehrsvertrag zugestimmt haben, wo wir nun betrogen worden sind, weil die Behörden der DDR Terror ausüben gegenüber denen, die sich auf der Basis dieses Vertrages, nämlich Einladungen auszusprechen, bemühen. Lehnt die Regierung das, wie zu erwarten, ab, so verantwortet sie das Scheitern. Die Lage im Bundesrat ist anders als im Bundestag. Im Bundesrat haben wir eine Mehrheit. Ob dieses Gesetz zustimmungsbedürftig sein wird oder nicht, richtet sich nicht nach der Sachkunde von Minister Jahn, sondern allein nach dem Willen der Regierung, in der die Gruppen noch streiten, in der die eine sagt: „Macht es auf keinen Fall zustimmungsbedürftig, damit es durchgeht“, in der die andere sagt: „Macht es auf jeden Fall zustimmungsbedürftig, um am Schluß erneut die Union in die Knie zu zwingen.“ Die Möglichkeiten, das zu variieren, sind in der Tat in der Hand der Regierung. Nehmen Sie nur eine Sache, die Kollegen aus den Ländern kennen das am besten, nämlich die Steuerfreiheit für diese Vertretung, die da errichtet wird. Natürlich ist das eine Sache, die auch den Landesgesetzgeber interessiert. Schreibt man Sie ins Ratifikationsgesetz, ist es zustimmungsbedürftig, macht man das später als Folgegesetz, ist es nicht zustimmungsbedürftig, und so gibt es viele andere Dinge mehr, z. B. die Durchführung der Dinge an den Grenzen, macht man das in einem Akt oder zwei? Das ist eine Frage des Willens der politischen Führung. Ich persönlich meine, daß wir auf dieser Linie verfahren sollten, um dann ganz klar diesen Vertrag abzulehnen.

Ich habe den Eindruck, daß wir mit dieser Haltung um so eher verstanden werden, je mehr wir auf folgende Punkte hinweisen: Zunächst darauf, daß wir für Verträge sind, auch wenn die Bundesregierung sie ausgehandelt hat, denn wir haben dem Verkehrsvertrag zugestimmt. Und das zweite ist ein Punkt, über den man lange reden müßte, weil er auch ein Stück zu tun hat mit der psychologischen Grundanlage dieses Ausgangs der Bundestagswahl. Ich glaube, wir müssen davon ausgehen und müssen unseren Mitbürgern sagen – ich mache es jetzt ganz kurz –, daß die Regelung des Verhältnisses zur DDR von ganz anderer moralischer und historischer Qualität ist als die Regelung mit Polen und der Sowjetunion. Anders als gegenüber Rußland und Polen

und den Völkern dort schulden wir der DDR gar nichts. Vielmehr schuldet die DDR unseren Landsleuten drüben die Freiheit und uns allen die Selbstbestimmung. Wir müssen davon reden. Wir sollten uns nicht scheuen, in dieser Frage mit moralischem Rigorismus, mit historischer Verantwortung und mit humanitärer Verpflichtung zu argumentieren. Wir sollten uns nicht scheuen, die Charta der Vereinten Nationen in die Hand zu nehmen und zu vergleichen mit den Wirklichkeiten in der DDR. Dann muß man sagen – und dies kann ein Satz sein vom gleichen Rang wie der, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen darf, der eine große Rolle gespielt hat in den letzten fünf Jahren – von deutschem Boden darf nicht erneut Unrecht ausgehen. Demokraten müssen manches hinnehmen, aber sie dürfen Unrecht nicht bestätigen. Wir müssen uns einig bleiben in der Frage, meine Freunde, daß wir als eine der Lehren aus dieser Niederlage die Konsequenz ziehen müssen, grundsätzlicher zu argumentieren. Nichts ist dringlicher – und nehmen Sie mich bitte beim Wort –, als in die graue Zone der geistigen Verbrüderung zwischen SED und SPD hineinzustoßen zwischen der uns umgebenden Volksfront – sehen Sie, was in Frankreich<sup>18</sup> ist, was in Holland<sup>19</sup> sich ereignet hat. Dies ist ein Zeitgeist, dies ist ein Trend, der weit über uns hinaus geht. Nichts ist dringlicher, als das Wertbewußtsein und die Wertmaßstäbe und die Wertordnung der Grundordnung dieser Verfassung wieder ins Bewußtsein zu bringen. Dazu ist dies ein Anlaß. Das ist nicht die einzige Methode, dies zu erreichen.

Ich möchte nun nicht den Wahlanalysen vorgreifen, die bekommen wir im Januar. Wir haben einen Termin ausgesucht, Herr Kraske wird dies vortragen. Für Ende Januar wird uns sowohl die Analyse vorliegen wie das, was zwischen CDU und CSU sein wird, wie die Erklärung der Bundesregierung, daß wir dann ausführlich unsere Strategie werden diskutieren können. Aber einige Punkte muß ich als Ihr Vorsitzender heute doch sagen. Zunächst dies: Ich war seit Juni wahlkämpfend unterwegs. Und ich habe überall die Kandidaten und die Vorsitzenden gefragt: „Wie beurteilen Sie die Chancen?“ Nur fünfmal habe ich in der gesamten Zeit eine eher skeptische Erwartung gehört. Sonst gab es nur Optimismus, auch aus dem Süden. Meine Freunde, daß ein solcher Trend aus Beton gegen uns entstehen kann, ohne daß wir ihn merken, das ist ein Phänomen, über das wir nachdenken müssen. Das ist nicht nur zu erklären mit der unerhört fleißigen Hilfe junger Kommunisten und Jusos, die Haus für Haus und Tür für Tür gingen, die ihre Listen hatten. Eine Oma, die mir gesagt hat, sie will die Sozialdemokraten wählen, ist nicht nur damit zu erklären. Wir haben dies nicht bemerkt. Hier ist die Befürchtung begründet, daß wir alle zwar besser als früher als Abgeordnete in ständiger Kommunikation mit der Basis unserer Partei et vice versa stehen, daß die Basis unserer Partei aber nicht überall genug im Volk selbst verankert ist. Diese

---

18 Am 26./27. Juni 1972 unterzeichneten François Mitterrand und Georges Marchais ein gemeinsames Regierungsprogramm und schlossen damit das erste Volksfront-Abkommen seit 1934. Vgl. „Handelsblatt“ vom 29. Juni 1972 „Frankreichs Linke bildet neue Volksfront“; „Die Zeit“ vom 7. Juli 1972 „Der Erneuerer der Volksfront“.

19 Bei den Parlamentswahlen am 29. November 1972 in den Niederlanden hatte die sozialistische Partei der Arbeit 27,4 % der Stimmen erzielt, vgl. AdG 1972 S. 17511; „Münchener Merkur“ vom 1. Dezember 1972 „Leichter Linksruck in den Niederlanden“.

Befürchtung ist begründet. Von daher müssen wir deshalb das Ganze neu aufrollen. Es wird hier geistig mehr zu bieten sein.

Ich habe vor einigen Monaten unsere Kreisvorsitzenden in Städten, die Universitäten haben, ebenso wie unsere RCDS-Vorsitzenden gebeten, einen Beauftragten zu benennen für die Universität. Wir werden ebenso verfahren müssen hinsichtlich Betriebsräten, Innungsmeistern, Schülermitverantwortung und in ähnlichen Fragen. Ich wiederhole hier etwas, was wir am Dienstag vergangener Woche vor der gemeinsamen Fraktion gesagt haben.<sup>20</sup> Wir dürfen jeden Erfolg im Parlament, so schön er ist und so schwierig er ist, und jede unter uns vollzogene Einigung, so schön es ist und so wichtig es ist, nicht überschätzen. Das alles ist erst dann wirklich rund, wenn es draußen im Volk verstanden wird. Also freuen wir uns nicht über alles, was uns unter uns gelingt schon, sondern wir müssen raus ins Volk. Das heißt auch, wenn wir einen Saal für 3.000 haben, wir machen eine Versammlung und laden unsere 5.000 Mitglieder ein und haben dann eine 3.000er Jubelversammlung, dann ist das zwar für Redner und Zuhörer sehr schön, aber das Gespräch in der Stadt entsteht nur dann, wenn alle eingeladen sind. Wenn ich nach Hamburg komme und es dort keine Plakate für die Versammlung gibt, weil es heißt, wir haben die zehnfache Anzahl von Kartenwünschen, als wir erfüllen können, deshalb brauchten wir nicht zu plakatieren, es genügte eine Zeitungsanzeige, dann spricht das für das Wahlfieber der CDU, möglicherweise für den Redner, aber nicht für den „talk in the town“, der entstehen muß. Da müssen dann eben 25.000 sich knubbeln. Ähnlich war es an anderen Stellen. Wir müssen also raus ins Volk. Ich habe, was mich betrifft, dafür einen Plan, den ich heute nicht in die Debatte werfe.

Das zweite ist: Wir müssen langfristiger denken, wir müssen geduldiger agieren und grundsätzlicher handeln. Ich glaube, das, was unsere Grundsatzkommission begann, ist gut. Es gilt das fortzusetzen und zu übersetzen. Das Übersetzen bitte ich nicht zu unterschätzen und dies alles als den Hintergrund unserer Tagespolitik sichtbar zu machen.

Das dritte heißt: Wir dürfen nun um Gottes Willen nicht die Linie und die Aussagen des Wahlkampfes vergessen. Wir müssen im Gegenteil das nun nachzeichnen und unser Tau fest in der Hand haben. Denn wer heute etwa in der „Welt“ den Vorabdruck der fünf Weisen gelesen hat<sup>21</sup>, dann kann man das doch nicht laufen lassen. Dies ist die Bestätigung für mehr als die Hälfte unserer Wahlredner. Die Wähler müssen eben sehen, daß die Koalition ihnen schönes Wetter herbeigeredet hat, das es gar nicht gibt, und daß hier die Probleme sich vielmehr so darstellen, wie wir sie formuliert haben.

Das vierte heißt, meine Freunde: Unser Programm gilt. Unsere Politik bleibt eine Politik der Mitte, des Maßes, eine auf Fortschritt und auf soziale Gerechtigkeit gerichtete Politik. Unser Kurs ist richtig. Unser Programm ist gut. Daran liegt es nicht. Es liegt daran, daß man uns diese Modernität noch nicht zugetraut hat, obwohl man sie lesen konnte, obwohl sie in 20 Jahren unserer Politik eigentlich glaubhaft hätte sein

---

20 Protokoll vom 21. November 1972 in ACDP 08-001-1030/2, hier S. 3.

21 Vgl. „Die Welt“ vom 4. Dezember 1972 „Gutachter fordern eindeutige Signale gegen Inflationsgefahr“ sowie „Geht sogar der Staat vom Geldverfall aus, so verlieren die Bürger das Vertrauen“.

müssen, gerade gesellschafts-, wirtschafts- und außenpolitisch. Verraten wir da bitte keine Unsicherheit. Wenn ich höre, wir brauchen jetzt ein Godesberg<sup>22</sup>, dann machen wir das Fragezeichen aus uns selbst.

Und das fünfte: Sagen wir ein ganz ungequältes Ja zur Opposition! Das ist unser Auftrag. Also packen wir nun die Koffer aus in dieser Wohnung. Sie wissen, das Schlimmste war, wenn Sie Immigranten kennen, die trafen im Jahre 1934 in Paris russische Immigranten, die immer noch nicht ausgepackt hatten, und die deshalb mit ihrer Lage nicht fertig wurden. Packen wir die Koffer aus in dieser Wohnung, auch geistig. Nicht, um uns dort für Dauer einzurichten, sondern nur der, der die Rolle ganz unbeleidigt als vom Wähler zugeteilt annimmt, wird da wieder rauskommen. Vor allen Dingen dürfen wir keinen von den 16,7 Mio. Wählern enttäuschen, und das sind 1,6 Mio. mehr als 1969. Unsere Crux ist doch, daß wir nicht genügend von dem neuen Kuchen mitbekommen haben. Aber wir haben von dem Kuchen über 1 ½ Millionen mehr für uns mitbekommen. Ich meine also, es ist nichts so wichtig, als unsere Pflicht zu tun, und nicht nur jetzt hier miteinander zu nörgeln, uns untereinander zu streiten, sondern unsere Pflicht zu tun, die wir den Wählern versprochen haben für eine Sache, die die bessere Sache ist. Dabei geht es um keinen von uns alleine, sondern es geht darum, daß wir jetzt diesen Dienst tun, endlich die Opposition funktionsfähig und schlagkräftig machen und dann, wenn wir uns hier wieder stabilisiert haben, mit der Schonungslosigkeit, die wir uns vor 14 Tagen zugesagt haben, im Januar an die Debatte der Konsequenzen gehen. Nur, wenn wir bis dahin weiter das Bild eines frustrierten Haufens bilden, der nicht handlungsfähig ist, weil er nicht einmal einen Sprecher hat, der für die alle sprechen kann, dann wird der Schaden allerdings größer sein als alles andere. Wir haben einen Pluspunkt gewonnen als die fairen Verlierer. Wenn wir uns in dieser Woche konstituieren als die fairen Verlierer, die zum Kampf gegen die anderen antreten und über dem Kampf nicht vergessen, sich selbst zu besinnen und neu zu ordnen, dann, meine Freunde, wird es ein schlechtes Ende nehmen. Und ich hoffe deshalb, daß von diesem Vorstand aus die Kraft ausgeht, das zu tun, was in dieser Woche notwendig sein wird.

Zum zeitlichen Ablauf: Um 17.00 Uhr treffen sich Herr Strauß, Herr Stücklen, Hans Katzer und ich in meiner Wohnung. Morgen um 15.00 Uhr ist eine Sitzung der CDU-Abgeordneten der neuen Bundestagsfraktion, auf der ich einen Bericht geben werde, ähnlich wie diesen, mit ein paar persönlichen Bemerkungen mehr, weil dort ein paar, eine große Zahl Kollegen sind, die völlig neu zu uns gestoßen sind. Ich kann Sie nur sehr herzlich bitten, diesem Bericht Ihre Zustimmung zu geben, damit es eine Linie gibt, und einer hier auch das Notwendige heute und morgen mit dem notwendigen Rückgrat sagen und verantworten kann. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall.*) Und ich sage ein letztes Wort hier, und ich hoffe, daß das nicht herauskommt.

Die Fraktionsgemeinschaft erteilt das Wort. Wir sind eine Fraktion, nach der Satzung des Bundestages und nach der Satzung, die wir zu dieser Stunde haben. Verlassen Sie sich darauf, daß von 17.00 bis 20.00 Uhr keiner verhandelt, um eine Fraktion zu

---

22 Anspielung auf das Godesberger Programm der SPD.



bekommen, deren Vorsitzender er sein wird. Sondern ich verhandele, um unser Programm durchzusetzen und die Linie durchzusetzen, die ich hier gesagt habe. Sollte das nicht möglich sein, müßte ich ganz schnell diesen Vorstand wieder einberufen. Ich danke Ihnen. und bitte natürlich am Schluß um die Zustimmung. (*Beifall.*)

*Stoltenberg:* Ich möchte nur wenige Sätze sagen, und zwar auch deshalb jetzt schon, weil ich mich nachher leider verabschieden muß. Wir haben morgen, Herr Landtagspräsident<sup>23</sup>, Landtag in Kiel, und heute abend muß ich noch eine Kabinettsitzung leiten, um den Landtag vorzubereiten. Nach der Präsidiumssitzung möchte ich sagen, daß die ganz überwiegende, in der letzten Konsequenz einmütige Meinung in unserer Partei ist, daß die gemeinsame Fraktion ein hohes Gut ist und daß wir ernsthaftes Anstrengungen unternehmen müssen, sie zu erreichen. Allerdings ausgehend von unserem Programm, dem Berliner fortgeschriebenen Programm, dem gemeinsamen Wahlprogramm, mit dem wir angetreten sind, und natürlich auch dem Selbstverständnis und einem maßvollen Selbstbewußtsein der Union. Die Einzelfragen sind vom Vorsitzenden angedeutet und werden sicher noch diskutiert werden. Es wäre gut für uns, wenn wir von solchen oder ähnlichen Prinzipien ausgehend deutlich machen, daß dies ein erstrebenswertes und wichtiges Ziel für die Zukunft der Union ist.

Ich begrüße den Vorschlag des Vorsitzenden, den das Präsidium sich zu eigen gemacht hat, daß wir Ende Januar in die vertiefte Wahlanalyse und die Strategiediskussion als Konsequenz der Wahlanalyse in der Klausurtagung eintreten, weil wir eine Gefahr als Vorstand und Präsidium vermeiden müssen, die aus den knappen Mehrheitsverhältnissen im letzten Bundestag und nachher der Pattsituation für unsere Arbeit bestimmend war. Die Erörterung langfristiger Zielsetzungen im Programmatischen – ich sehe einmal ab von der gelungenen Fortschreibung unseres Berliner Programms, das war ein Erfolg – und die Umsetzung, auch für den Ausbau unserer Parteien in verschiedenen Bereichen, die Rainer Barzel erwähnt hat, ist immer wieder unterbrochen worden von aktuellen parlamentarischen und politischen Problemen. Dies ist für unsere Weiterarbeit auch im Vorstand ein entscheidender Punkt, daß wir unsere Arbeit so ansetzen, daß wir den Atem und die Zeit behalten für die langfristigen grundlegenden Probleme, um die Tendenzwende zu erreichen, die für unsere Partei eine Lebensfrage ist. Insofern ist es natürlich bedauerlich, daß wir auch jetzt wieder unter dem Druck aktueller Konstellationen unter uns stehen, und die öffentliche Debatte alle sehr zurückhaltend miteinander führen müssen.

Es ist ja nicht zu vermeiden, daß wir uns öffentlich äußern. Ich selbst gehöre auch zu denen, der das eine oder andere Interview gegeben hat. Wir können ja jetzt nicht einfach vier Wochen lang schweigen. Das würde gegenüber unseren eigenen Wähler und Mitgliedern unmöglich sein. Nur sollten wir uns ein bißchen die Organe ansehen, denen wir Interviews geben. Ich will hier gar nicht die ganzen Linkszeitschriften aufzählen, denen ich persönlich in den letzten Tagen Interviews verweigert habe. Die stürzen sich natürlich auch auf eine Reihe von Leuten in der Annahme, vielleicht fündig zu

---

23 Gemeint ist Helmut Lemke, von 1971–1975 Landtagspräsident in Kiel.

werden für ihre Intention. Wir müssen hier alle etwas selbstkritisch sein und die Organe aussuchen, in denen wir sprechen.

Das letzte, was ich gerne sagen möchte, um nicht zu lange zu sprechen, ist der von Rainer Barzel schon angeführte Punkt des Grundvertrages. Hier werden wir nicht alleine durch die Situation CDU/CSU, sondern vor allem durch die Sache vor die Notwendigkeit einer schnellen Meinungsbildung gestellt, bevor wir langfristige Überlegungen über die Strategie der vier Jahre ausdiskutieren können. Ich halte es für ganz wichtig und unterstreiche das, was hier der Vorsitzende schon kurz gesagt hat. Es muß klar werden, daß wir eine Meinungsbildung zum Grundvertrag relativ schnell vollziehen aufgrund der von der Bundesregierung vorgegebenen Termine, die nämlich bedeuten, daß unmittelbar nach Schluß der Weihnachtspause der zuständige Ausschuß des Bundesrates sich damit befassen muß. Das wird etwa Mitte Januar sein, wenn am 1. Februar, wie es heute aussieht, der erste Durchgang im Bundesrat ist. Das ist der Grund, warum wir jetzt, oder jedenfalls vor Weihnachten, zu einer ersten Meinungsbildung kommen müssen. Es ist sehr entscheidend, daß der öffentliche Eindruck vermieden und, so weit er entstanden ist, korrigiert wird, daß diese Meinungsbildung unter uns zunächst und dann zusammen mit der CSU erfolgt, weil wir jetzt einen Meinungsbildungsprozeß – Rainer Barzel hat ja ein Votum zur Sache kurz gegeben – vornehmen müssen, unter den von der Bundesregierung, die ja hier das Gesetz des Handelns bestimmt, vorgegebenen Terminen, und nicht, weil hier ein Terminkalender sozusagen in der internen Diskussion von einer Seite dem anderen abgefordert wird. Das liegt im wohlverstandenen Interesse der CDU wie der CSU.

Ich will mich sehr kurz nur zur Sache einlassen. Es muß der weiteren Debatte natürlich überlassen bleiben, zu welchem Stand die Meinungsbildung heute kommen kann unter uns. Meine Meinung ist die, daß wir zwei Gesichtspunkte zu berücksichtigen haben. Einmal müssen die Grundsätze, die wir vor der Wahl und in den letzten Jahren vertreten haben, beachtet werden, zunächst unabhängig vom Wahlausgang. Zweitens muß genauso beachtet werden die Zukunftsperspektive, wie wir in den kommenden Jahren Handlungsfähigkeit im Bereich der Politik gewinnen. Handlungsfähigkeit auch im Hinblick auf die Wählergruppen, bei denen jetzt der große Einbruch gegen uns erfolgt ist und die wir zu einem großen Teil wiedergewinnen müssen, wenn wir aus einer permanenten Minderheitensituation und einem weiteren Verlust an politischer Bedeutung herauskommen wollen. Hier müssen wir sehen, daß unsere Wählerschaft schon bei den 45 %, die wir jetzt haben, aber vor allem die 48 oder 49 oder 50 %, auf die wir wieder kommen müssen, in sich gespalten ist. Es gibt einen Großteil unserer Wähler, der leidenschaftlich eine Ablehnung des Grundvertrages fordert. Es gibt aber bis in die Reihen der Union hinein Gruppen, die meinen, daß wir jetzt schon in diesem Moment eine Kursänderung vornehmen müßten mit der Bejahung der Realität, oder wie immer man das bezeichnet. Und das beschränkt sich nicht auf die CDU, Sie können heute in der „Süddeutschen Zeitung“ einen sehr großen Artikel lesen<sup>24</sup>,

---

24 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 5. Dezember 1972 „Bayerische Junge Union für Parteitag über die Ostpolitik“.

daß z. B. die Junge Union Münchens, die, wie ich vor der Wahl festgestellt habe, eine sehr engagierte und für den Wahlerfolg in München offensichtlich wesentliche Gruppe war, in einer großen Mitgliederversammlung erklärt hat, jetzt müsse der Kurswechsel erfolgen bis hin zum Ja zum Grundvertrag. Und ich gebe die Stimmung richtig wieder, Herr Dr. Lemke, in unseren Gremien in Schleswig-Holstein ist das auch die Meinung unserer Jungen Union und anderer Gruppierungen in der Partei.

Das ist das große Problem für uns, das man sehen muß. Was ich persönlich in dieser Situation vor dem Präsidium etwas ausführlicher gesagt habe, möchte ich hier kurz sagen: Ich glaube, daß wir einen ernsthaften Versuch machen sollten, allerdings ohne Pressionen auf einzelne, die anders denken und anders votieren wollen, daß wir einen ernsthaften Versuch machen sollten, im Lichte der von uns vertretenen Maßstäbe und Forderungen vor der Wahl, ja im Lichte der Forderungen der Bundesregierung selbst, die man alle noch einmal aufführen kann, zu belegen, was man kann, daß dieser Vertrag hinter diesen Maßstäben zurückbleibt. Das ist ein legitimer Grund für die parlamentarische Opposition, die diese Politik nicht federführend betrieben hat und betreiben kann, zu sagen, wir stimmen diesem Vertrag nicht zu. Mir kommt es allerdings dabei sehr entscheidend auf die Begründung an, die wir wählen, wobei wir die besonderen Nuancen Bundestag und Bundesrat und Fragen, die damit verbunden sind, noch einmal in Ruhe besprechen müssen. Wir sollten möglichst zu einem einstimmigen Verhalten kommen. Die Frage der Zustimmungspflichtigkeit spielt eine Rolle. Man kann sie heute nicht abschließend behandeln. Rechtlich und politisch natürlich kann jedes Verfassungsorgan sich dazu äußern, nicht nur die Bundesregierung.

Wir sollten im Lichte dieser Grundsätze versuchen, zu einer Meinung zu kommen, die sagt, daß dieser Vertrag diesen Grundsätzen nicht entspricht. Wir sollten uns aber in der Ablehnung so einlassen, daß wir frei bleiben für die Erörterung der Folgeverträge und der Folgeentscheidungen, von denen einige schwierig werden. Gerhard Schröder hat heute morgen auf das Thema des UNO-Beitritts hingewiesen. Sicher ein schwierigeres Thema, wenn es dazu kommen sollte, was wir heute gar nicht wissen, daß konkrete Einzelregelungen Fortschritte menschlicher Erleichterungen bringen. Dafür müssen wir uns in der Art unserer Begründung frei halten, so wie wir uns auch zum Verkehrsvertrag freigehalten haben, obwohl die Praxis jetzt zunächst einmal nicht befriedigend erscheint. Das war dennoch die richtige Entscheidung, sich dafür freizuhalten. Ich glaube nicht, daß wir das verlorengegangene Terrain in den kritischen Wählergruppen, in den für uns politisch kritischen Gruppen, bei den Jungwählern und Frauen etwa, und auch hinsichtlich der notwendigen, wieder stärkeren internationalen Verankerung unser Politik bei den befreundeten westlichen Parteien und Gruppierungen, um aktive Europapolitik machen zu können, dadurch gewinnen, daß wir jetzt die gesamte Wahlperiode oder auch nur die Hälfte der Wahlperiode mit der aktiven und militanten Auseinandersetzungen in der Ost- und Deutschlandpolitik durchhalten, die die anderen uns in den letzten Jahren aufgezwungen haben.

Das wäre also ein kurzer Beitrag zu diesem Thema. Ich würde empfehlen, diese beiden Abschnitte zu sehen. Im kurzfristigen schließe ich mich dem Votum des Vorsitzenden zur Abstimmung an. Aber die Begründung dafür so zu wählen, daß wir ein

bestimmtes Maß an Handlungsfreiheit haben, das hängt von der Politik ab. Politik kann auch so laufen, daß wir zu einer stärkeren Konfrontation gezwungen werden. Wir müssen aber ein bestimmtes Maß an Handlungsfähigkeit behalten, die wir brauchen, sowohl im Lichte einer europäisch, westeuropäisch angelegten stärkeren Politik der Union wie auch im Lichte der Wiedergewinnung verlorenen Terrains in den kritischen Gruppen der Bevölkerung, die bis in unsere eigenen Reihen hineingehen, ich habe das Thema Junge Union hier genannt. Sie würden hier uns schon bei der ersten Entscheidung nur sehr schwer folgen, und wir können nicht einen Dauerkonflikt auch bis in die eigenen Reihen hinein in Kauf nehmen.

*Barzel:* Ich möchte ein paar Worte dazu sagen, weil ich mir das versagt habe in meiner Einführung. Ich glaube, daß ein seriöser Mann, und wir halten uns ja für seriös, und das sind wir wohl auch, sich nicht zweimal betrügen läßt. Wir haben dem Verkehrsvertrag zugestimmt, obwohl er von der Regierung ausgehandelt war. Die Basis für den Ost-West-Verkehr ist die Einladung von drüben. Die Landsleute drüben begegnen Terror, wenn sie eine Einladung aussprechen. Das heißt, daß im Umgang mit Kommunisten humanitäre Erleichterungen vertraglich abgesichert sein müssen. Das läßt man sich doch nicht ein zweites Mal bieten. Das ist eine Argumentation, an der ich für mich persönlich überhaupt nicht vorbei kann, wobei bekannt ist, wie sehr ich für diese humanitären Dinge immer zu haben war. Wir dürfen einfach nicht übersehen, daß in der Frage DDR die Sache ganz anders steht als in den Fragen Polen und Rußland. Hier ist die moralische Qualität ganz anders; dies kann man hier von der moralischen Seite her umdrehen, wenn man dies richtig anfängt und sich zutraut, mit längerem Atem diese Kampagne zu führen.

Was unsere europäischen Partner betrifft, so bin ich sehr dafür. Nur, gucken wir uns die innere Lage dort an! Es war eben keine Spinnerei, als wir sagten, daß all die Kräfte des internationalen Kommunismus frei würden, die jetzt um die Anerkennung kämpfen für ganz Europa. Warum steht Herr Pompidou nun eigentlich die Volksfront ins Haus in seinem Parlament? Warum sagen UNR-Leute unter der Hand, wir erwarten ein Drittel Verlust der Mandate? Wie sieht das aus in Holland? Warum ist Herr Heath der richtige Mann mit der richtigen Überlegung ohne Erfolg? Das alles spielt doch herein, wenn wir uns hier weitere Überlegungen machen. Ich komme, je länger, je mehr ich darüber nachdenke, zu der Überlegung, zwischen diese grauen Zonen des Sich-Angleichens der verschiedenen Formen des Sozialismus muß man ein Zeichen von Entschlossenheit setzen, im Kampf um die Werts substanz. Ich freue mich, daß hinsichtlich dieser Frage es bisher gar keine Unterschiede zwischen uns gegeben hat. Ich wollte dies noch ein bißchen deutlicher sagen als in meinem Bericht vorher. – Herr Kollege Lemke!

*Lemke:* Herr Vorsitzender, meine Herren. Ich will etwas länger sprechen. Ich bilige nicht nur, sondern ich bejahe Ihren Vortrag. Ich muß nun aber sagen, daß ich einen ganz ganz anderen Akzent setze als mein Landesvorsitzender. Das hat nichts mit unserem persönlichen Verhältnis zu tun, aber hier teilen sich also doch wohl die Wege in einer Grundsatzfrage. Ich möchte unserem Vorsitzenden hier beitreten. Ich bin nämlich auch Kreisvorsitzender und habe natürlich dasselbe wie Sie in diesen Tagen erlebt.

Das Schlimmste, was wir gemacht haben, sind die divergierenden Erklärungen. Ich pflichte Herrn Dr. Stoltenberg durchaus bei, daß wir eine Erklärung abgeben, sie darf aber nicht diametral entgegengesetzt sein, und nachher irgendwie wieder zurechtgerückt werden.

Meine Freunde, ich habe in meiner Not am 24. oder 25. November unseren Freund Franz Josef Strauß angerufen. Ich habe ihn getestet, ich kenne ihn ja genauso lang, wie ich die Ältesten unter Ihnen kenne, und habe das Empfinden gehabt, daß seine Aktion, abgesehen von momentanen Angelegenheiten, sich tatsächlich bei ihm letzten Endes um eine Grund- und Sachfrage handelt, nämlich den Grundvertrag. Ich meinte herauszuhören, daß das sein *Petitum* ist.

Ich bin doch wirklich ein bei Ihnen alt gedienter Mann mit einer Menge Erfahrung. Und ich habe wirklich, das bilde ich mir ein, unter Ihnen sehr viele persönliche Freunde, auch wenn sie mal sachlich nicht mit mir übereinstimmen. In mir spiegelt sich doch die ganze Bandbreite der CDU wider. Ich sagte Katzer vorhin bei der Begrüßung, ich war in diesen gesellschafts- und sozialpolitischen Dingen ganz bei ihm. Ich könnte auch andere von Ihnen da nennen. In diesen Fragen des Staates, in Fragen der Ethik, in Fragen der Außen- und Deutschlandpolitik, da bin ich eben auf einer anderen Seite. (*Unruhe.*) Ich brauche mich doch nicht, wenn hier Divergenzen auf dem Markte hochgespielt werden, in der Öffentlichkeit zu äußern. Ich meine, das sollten wir nicht tun.

Der Herr Vorsitzende sagte vorhin, wir müßten uns vielleicht noch mehr Mühe geben, geistig mehr zu bieten. Das ist etwas, worüber Sie mit mir immer reden können. Herrn von Weizsäcker bin ich immer sehr dankbar für jedes Gespräch und auch für seine Programmkommission. Viel wichtiger ist noch unser Bemühen, in der Basis den Gruppen unserer Bevölkerung nahezutreten. Ich habe immer noch in meinen Wahlkreisen ein recht gutes Ergebnis. Ich bilde mir ein, das habe ich einfach dadurch gewonnen, daß ich nicht sehr viele kluge Reden gehalten habe, sondern daß ich eben einfach versucht habe, in den einzelnen Gruppen und Verbänden zu erscheinen, mit den Leuten Bier zu trinken und zu diskutieren, gerade zwischen den Wahlen. Ich meine also, daß wir dieses geistige Mehr-Bieten pflegen sollten, daß wir aber den Hauptakzent in unserem menschlichen und nachbarschaftlichen Verhalten sehen sollten.

Ich bin deswegen so in Sorge – der Herr Vorsitzende hat es mit seinen Worten ausgedrückt –, weil meine Sorge darin besteht, daß diese vier Jahre dazu benutzt werden durch weitergehende Verträge, Kommissionen und dergleichen, um zu einem Rapallo oder zu einer Pax sovietica zu kommen. Wir sind auf dem Wege zum Sozialismus, und diesen Weg zum Sozialismus wollen wir hemmen, bis wir das Ruder wieder umwerfen können. Wir können alles Mögliche rückgängig machen, wir können aber keine außenpolitischen Entscheidungen rückgängig machen. Das haben Sie alle gesagt, ich wiederhole das nur. Und zu diesen Entscheidungen gehört auch dieser Grundvertrag. Ich meine, hier haben wir zu zeigen, daß wir bei allem Vorschriftsdenken in manchen Fragen der Tagespolitik oder der Gesellschaftspolitik in dieser Grundfrage, der Einheit unserer Nation in einem kommenden Europa so entscheiden, wie wir es grundsätzlich für richtig halten.

*Amrehn:* Herr Vorsitzender, Sie haben das Bild gebraucht, daß wir uns in einer

neuen Wohnung einrichten und Koffer auspacken sollen. Ich nehme das Bild gern auf, daß man sich da auf längere Zeit, mindestens für diese Legislaturperiode, einzurichten hat. Aber ich vollziehe nicht den Gedanken mit, daß man das ohne Groll tun könne. Wenn es richtig ist, was Lemke eben wiederholt hat, daß wir dem Sozialismus und der Unfreiheit näher kommen, dann kann in einem doch nur ein ganz tiefer Groll darüber sitzen, wie das Volk entschieden hat. Ich hebe das hervor, weil ich den Streit unter uns für eine ganz natürliche Sache halte. Man kann doch gelegentlich mit sich selbst in Streit geraten, weil man keinen Erfolg gehabt hat. Dann ist man unzufrieden, dann muß das eine Ursache haben, und dann hat man bei sich selber Fehler gemacht, aber viel lieber sucht man sie doch bei anderen. Also ist das eine ganz natürliche Sache, daß wir nach einer Niederlage vier Wochen oder drei Monate lang uns noch Schuld gegenseitig zuschieben. Das erklärt sich aus der Unzufriedenheit, und es wäre eine Überforderung an sehr selbständige Persönlichkeiten, das ganz und gar zu unterdrücken. Sie können höchstens nur allesamt getragen werden von dem Willen, das auch wieder zu überbrücken. Und so sehe ich auch den Streit mit der CSU mehr unter diesem Gesichtspunkt, wobei ich nicht untersuchen kann, ob das vielleicht überhaupt nur ausgelöst worden ist durch den Vorwurf, man habe im Norden weniger Erfolg gehabt.

Damit verbinde ich einen zweiten Gedanken, der Herr Vorsitzende hat ihn mit anklingen lassen. Es gibt nun einmal auch gewisse Zeitströmungen, denen man ausgesetzt ist und denen man nicht voll begegnen kann bei noch so viel Anstrengung, bei noch so viel Redlichkeit, bei noch viel größerer Klugheit, nach aller Befragung von Demoskopien. Das sind Dinge, die man also nicht unbedingt bewältigen kann, und wir sollten die in unsere Rechnung mit einbeziehen, daß hier Zeitströmung, Zeitgeist, Trend, oder wie man das nehmen will, gegen uns gestanden haben. Und da möchte ich an dieser Stelle schon einmal den Grundvertrag einflechten. In der letzten Woche vor der Wahl hat im Grunde kein Mensch gewußt, was im Grundvertrag drinsteht. Aber die Leute waren fasziniert von einem Grundvertrag. Das ist einfach ein Stück Emotion, das gewirkt hat, ohne zu wissen, was da drin steht. Und Bedenken dagegen sind unbequem. Das sind die störenden Elemente, die was Gutes, das da kommt, verhindern wollen. Von denen wendet man sich ab.

Der Vorsitzende hat sogar gesagt, er sei gewissermaßen einem Trend aus Beton begegnet. Ich halte das auch für richtig, es auch noch einmal zu unterstreichen, weil es eine ganze Menge vom inneren Streit und vom gegenseitigen Schuldzuschieben wegnehmen kann. Verwundert bin ich allerdings ein wenig darüber, daß dem Vorsitzenden die Sorge, es könnte auch anders ausgehen, nur ganz selten begegnet ist. Das habe ich völlig anders erlebt. Bei vielen unserer Freunde – gerade bei sehr jungen Leuten, die eifrig für die CDU in Düsseldorf gekämpft haben – habe ich gemerkt, daß sie gesagt haben „Und wenn es diesmal nicht gelingt, dann das nächste Mal“. Was mir zusätzlichen Mut gegeben hat und mein Erstaunen weckt, daß junge Menschen schon an die nächste Wahl gedacht haben. Das überrascht mich also, daß der Vorsitzende diesem Gedanken vor der Wahl so wenig Raum gegeben hat oder, wie er gesagt hat, ohne es zu ahnen. Das möchte ich zurechtgerückt haben. Ins Kalkül einbezogen haben es gewiß manche, vielleicht sogar viele.

In der Argumentation unter unseren eigenen Freunden hat dabei in der Tat die Haltung bei den Ostverträgen eine gewisse Rolle gespielt. Übrigens ist uns das auch nach den Wahlen, mir jedenfalls, erneut in Versammlungen vorgeworfen worden. Ich möchte nur vor einem Fehlschluß warnen, der häufig bei uns gezogen wird. Wenn Leute wegen unserer Abstimmung über die Ostverträge mit uns nicht zufrieden waren, dann konnte doch ihre Konsequenz nicht lauten „Und deswegen wählen wir SPD“. Ich möchte also davor warnen zu meinen, daß hier einer der wirklichen Gründe dafür liegen könnte, warum Wähler, die bei uns gewesen wären, weggelaufen sind. Ich glaube, diese Klarstellung scheint mir nötig zu sein.

Zu Ihrer Orientierung: Ich habe gestern das erstmal im Zusammenhang mit Grundvertragsfragen gehört, daß nunmehr auch Lehrer verpflichtet worden sind, keine Verwandten einzuladen. Bisher hatte ich es nur immer von Angehörigen sogenannter Sicherheitsorgane gehört: Polizei, Nationale Volksarmee, Ministerialangehörige. Ich bitte für die Diskussion, immer im Hinterkopf zu haben, auch wir gestatten unseren Polizisten nicht, nach dem Osten zu reisen. Was aber ein Unterschied ist zu der Frage, ob unsere Polizisten Verwandte aus dem Osten einladen dürfen. Das dürfen sie natürlich. Und insofern gibt es auch einen materiellen Unterschied. Was neu ist, ist, daß Lehrer verpflichtet werden, niemanden einzuladen, und es unterschreiben müssen. Das verstärkt also die Bedenken gegen die Wirkungen des Grundvertrages.

Damit bin ich selbst beim Grundvertrag. Der Herr Vorsitzende hat ausdrücklich um eine Zustimmung zu seinem Bericht gebeten. Hier muß ich mindestens Vorbehalte anmelden. Nicht, weil ich für den Grundvertrag wäre, sondern weil ich bitte zu überlegen, ob das vorgeschlagene Verfahren wirklich richtig ist. Wir wollen also sagen: Die unzureichenden Verbesserungen, die es da geben soll, seien nicht verbindlich gemacht. Nun nehmen wir mal an, das würde also in feierlicherer Form doch noch verbindlich gemacht, oder da würde ein Herr Kohl erklären, was in den Briefen steht, hat natürlich für uns Vertragswirkung. Wird dann der Grundvertrag annehmbarer?

Zweiter Punkt: Die Einheit der Nation sei nicht genügend gewahrt. Da kommt ja noch der Brief, den die Bundesregierung schreiben will, und der dann in einem sehr weiten Zusammenhang, sehr entfernt also, zum Vertrag gehören soll. Das wäre dann die Entsprechung zum Moskauer Vertrag, die uns dann zwar auch nicht genügt hat, aber durch eine einseitige Sache verstärkt worden ist. Würde eine solche Zusatzklärung für uns den Grundvertrag annehmbarer machen?

Dritter Punkt: Berlin. Höchst unbefriedigend. Aber der Hinweis auf den Brief wird in der öffentlichen Wirkung doch wieder so etwas Ähnliches erzeugen, wie wenn es im Vertrag stünde, weil die Menschen draußen das ja gar nicht begreifen, wo das geschrieben ist. Mein Fazit ist, ich möchte eigentlich nicht den Versuch unternehmen, kosmetische Verbesserungen herbeizuführen mit einer Wirkung, die uns nachher in die Lage bringt zu sagen, dem müßten wir ja eigentlich zustimmen. Davor möchte ich warnen und bin mehr der Meinung – ich bin da nicht endgültig festgelegt –, der Grundvertrag liegt vor mit den Briefwechseln und dem, was die Bundesregierung noch dazu sagt. Und dazu nehmen wir Stellung. Die Forderung: „Ihr müßt neue Verhandlungen aufnehmen und den Vertrag verbessern“, wird nicht mehr als wirkliche politische Forde-

rung draußen verstanden. Jeder weiß, da ist ernstlich nichts mehr zu verbessern. Und soweit es Kosmetik ist, kann es unsere Grundhaltung nicht verändern.

Wir sollten also, so, wie der Vertrag ist, und woran ja auch nichts mehr geändert werden kann, Stellung beziehen. Und ich würde es für zu fein halten, lieber Freund Kiep, wenn nun heute niemand Ihren Namen hier in den Mund nehme. Sie haben uns wirklich sehr viel Kummer bereitet.<sup>25</sup> Ich kann nur sagen, ich habe vorgestern eine Versammlung in Wedding gehabt. Da spielt das eine große Rolle, daß wir in einer solchen grundsätzlichen Frage auseinandergeraten. Und zwar mit einem so bedeutenden Namen, wie Kiep es ist, der ja nicht nur als Mitglied des Präsidiums eine Rolle spielt, sondern auch sonst einen Namen hat, und der ganz offenkundig in dem Streit, der aufgebrochen ist, eine Gegenposition einnimmt. Herr Kiep, ich kenne noch gar nicht Ihre weiteren Hintergründe oder die Gruppe, die Sie möglicherweise vertreten, obwohl Sie gesagt haben, Sie haben im eigenen Namen gesprochen. Ich befürchte – wenn Ihre Ansicht eine Überzeugung ist, und Sie ja dann auch andere vielleicht davon überzeugen wollen –, daß auf diese Weise mit Hilfe der CDU ganz schnell eine verfassungsändernde Mehrheit für den Grundvertrag zustandekommen könnte. Ich möchte auf diese Besorgnis auch aufmerksam gemacht haben.

Und da bin ich bei einem Punkt, den der Vorsitzende nicht angeschnitten hat, der aber im Vorstand erörtert werden muß, weil er in der Ostkommission eine große Rolle spielt. Hier ist der Freund Mikat<sup>26</sup>, der in der Frage der Angehendung des Verfassungsgerichtes die Meinung hat, das sollte man tun, und ich lese es heute vom Freunde Windelen in der „Welt“<sup>27</sup>, daß er auch schon mehr für die CDU so etwas in Aussicht gestellt hat. Ich bin da völlig anderer Meinung, will das jetzt nicht vertiefen, aber doch angemeldet haben, daß es ganz große Bedenken geben kann, das Verfassungsgericht anzurufen oder einstweilige Anordnungen zu erwirken. Und ich sage es nicht zuletzt im Hinblick auf das, was schließlich Stoltenberg ausgeführt hat. Die Dinge sind im Rollen. Wir halten die Kugel tatsächlich nicht auf, so wie die Mehrheiten im Bundestag beschaffen sind. Und dann muß auch die CDU nach den Ereignissen weiter Politik machen können. In der Tat sind dann neue Grundlagen für den weiteren Weg geschaffen, die wir nicht einfach negieren können. Wir können dann bei den Folgeverträgen nach völliger Veränderung der Situation nicht so tun, als hätte es den Grundvertrag nicht gegeben.

Ich bin allerdings der Meinung, daß bis zum Grundvertrag diese Auseinandersetzung noch heftig geführt werden muß und daß wir nicht Rücksicht zu nehmen haben auch auf Berliner Gruppen der Jungen Union, hier war von nordrhein-westfälischen,

---

25 Interview Kieps in „Die Zeit“ vom 1. Dezember 1972 „Wir müssen weg von der Klagemauer“. Vgl. auch „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 1. Dezember 1972 „Der Vorstoß von Kiep alarmiert die Union“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 1. Dezember 1972 „Spannungen zwischen CSU und CDU verschärfte“; GRAU S. 419f.

26 GRAU S. 418; „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 1. Dezember 1972 „Bedenken gegen den Grundvertrag steigen“.

27 „Die Welt“ vom 4. Dezember 1972 „CDU-Experten entscheiden über Haltung zum Grundvertrag“; GRAU S. 418–436.



glaube ich, die Rede. (*Zwischenruf*: Nein, von bayerischen!) Von bayerischen auch noch? Diese Gruppen sind meist sehr klein, die beschließen so etwas auch in sehr kleinen Gruppen. Aber da kommt wieder der Gedanke, wir müssen doch da ein bißchen auf die Stimmung der jungen Menschen Rücksicht nehmen. Wer wollte das nicht? Aber wenn es so kardinale Fragen sind, existenzielle Fragen des Abrutschens in die Unfreiheit, dann nehme ich die Eingangsworte wieder auf. Dann können diese Rücksichten auf bestimmte Kreise nicht unsere Abstimmung entscheiden. Diesen Gesichtspunkt möchte ich noch mal hervorgehoben haben, um zu vermeiden, daß wir hier in solchen Grundsatzfragen bereits wieder andere der Opportunität wegen mit hineinnehmen. In der Grundvertragsfrage gibt es nur eine Grundentscheidung. Sie können sich denken, wie ich dazu stehe. Ich würde vermeiden, darüber zusätzliche Zweifel entstehen zu lassen, weil wir uns mit dem Gedanken beschäftigen, man könne das noch verbessern, und uns dann in die moralische Zwangslage bringen, vielleicht noch ja zu sagen oder uns zu enthalten.

*Barzel*: Nur eines zum Nachdenken. Ich denke an den Bundesrat für den Fall der Zustimmungspflicht, wo wir eine Mehrheit haben und diese Zustimmung verhindern können oder müssen, je nachdem wie unsere Einlassung ist. Zweitens die Frage Verfassungsgericht: Ja oder nein können wir heute nicht diskutieren, da müssen wir erst den Bericht der Kommission haben.

*Kiesinger*: Das ist das erste Mal, daß ich hier Stellung nehme. In der Öffentlichkeit habe ich bis jetzt jede Stellungnahme abgelehnt, obwohl ich natürlich ebenfalls aufgefordert bin wie viele andere. Ich möchte wenige Bemerkungen machen. Zunächst muß ich bekennen, daß ich mit einem Verlust dieser Wahl gerechnet habe. Dies habe ich in einer sehr schmerzvollen Unterhaltung mit Freunden festgestellt. Man bot mir eine Wette an. Ich habe gesagt: „Die Sache ist mir viel zu ernst, als daß ich darüber eine Wette abschließe, aber ich glaube nicht, daß wir die absolute Mehrheit bekommen.“ Ich habe das damals diesem Freundeskreis dargelegt, ich darf hier daran erinnern, das mag auch ein bißchen helfen, manchen Versuch, irgendwem Schuld zuzuschreiben, zu stoppen.

Ich habe erstens darauf hingewiesen, wie ich es schon 1969 getan habe, daß wir einen Trend in dieser Bundesrepublik haben, der seit 1953 unaufhaltsam die SPD nach oben geführt hat. Als ich 1966 mich entscheiden mußte, ob ich mich zur Verfügung stelle, war mir dieser Trend bewußt, und ich habe damals gesagt, wenn nun gar die SPD in die Regierung mitkommt – Sie wissen, ich war kein Anhänger der Großen Koalition –, dann müßte doch eigentlich der Sprung dieses Mal noch größer werden, womöglich noch größer als 1961.

Genau mit demselben Trend mußte man nun zwischen 1969 und 1972 rechnen. Es gab kein Anzeichen dafür, daß dieser Trend durch irgend etwas plötzlich unterbrochen sei. Und wer etwa meinte, den *Zwischenruf* hörte ich gelegentlich, „Ja, ja, aber je höher die Steigung, desto geringer wird das werden“, dem habe ich immer gesagt, warum soll nicht auch die SPD eines Tages einen Kulminationspunkt bei 50 % irgendwo erreichen, wie wir ihn im Jahre 1957 erreicht haben. Und nun dies aus der Opposition heraus gar zu verhindern, das wäre dann möglich gewesen, wenn wir es mit einer Situation

zu tun gehabt hätte, die uns diese Aufgabe erleichtert hätte. Das Gegenteil war der Fall. Es gab zwei große Themen, wenn man alles andere mal wegläßt. In der Außenpolitik war die öffentliche Meinung gegen uns, ein Teil aus Resignation und ein anderer Teil aus nationaler Verrücktheit, weil es den überhaupt nicht kümmerte, was mit den 17 Mio. drüben geschah. Jedenfalls war da für uns nichts zu holen.

Nun in der Innenpolitik, das Hauptthema Inflation und all das, was damit zusammenhängt. Ich habe immer wieder unseren Freunden, besonders, wenn sie so viel auf dem Gegenwartsaspekt der Inflation herumgeritten sind, im Wahlkampf gesagt: Ihr könnt einem Volk, das sich nach wie vor noch wohlfühlt und sicher fühlt, nicht einreden, daß es ihm schlecht geht. Wir können zwar mit allen möglichen Kronzeugen aufwarten und sagen, am Ende werden wir alle in diesen Strudel hineingerissen, wenn nämlich einmal – was klar ist und was die Institute usw. immer wieder gesagt haben – Arbeitslosigkeit dem aufsteigenden politischen Radikalismus begegnet und beides dann zu einem Riesen zusammenwirkt. Das konnte man in Reden darlegen, plakativ konnte man das kaum tun. Das Volk, das zwar von unserem Erbe gelebt hat, hat sich diese Rechenschaft nicht gegeben. Die vielen, vielen Millionen haben gemeint, es geht uns gut. Das war die Politik, die Propaganda dieser Koalition, und das kommt eben der jeweiligen Regierung zugute. Die sind drei Jahre im Amt gewesen. Dabei einen Wahlkampf, einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen, das war nun schon beinahe eine Herkulesarbeit, von der man sagen könnte, es muß ein Wunder geschehen, wenn es gehen soll.

Wir haben natürlich das Auseinanderlaufen der Koalition erlebt, aber der Weggang von Schiller blieb völlig unbeeindruckend. Die breiten Massen waren dadurch völlig unbeeindruckt. Daher blieben auch die Doppelpakete, Schiller-Erhard, in den Zeitungen, wo sie hinkamen, ohne jede Wirkung. Nun was folgt daraus? Daraus folgt, daß wir wirklich einmal fragen müssen, ob das nicht nur der gegenwärtige, allgemeine Trend ist, der unbestreitbar ist. Ich warne vor solchen Dingen, wie es unsere Schwesterpartei in Österreich gemacht hat, die ÖVP.<sup>28</sup> Das ist ein so kläglicher Rückzug, so scheint es mir, in der öffentlichen Selbstdarstellung, daß ich die CDU dringend vor einem ähnlichen Schritt warnen würde. Wir müßten das wirklich einmal ernst nehmen. Wir müssen diesen Trend der SPD ernsthafter, sorgfältiger untersuchen, als das bisher der Fall gewesen ist.

Ich warne also davor, nur den Gegenwartsaspekt zu sehen. Überall dringen sozialistische Tendenzen vor, man muß das als eine sehr viel längerfristige Entwicklung sehen. Bei uns ist das vor allem gekommen durch die Schwenkung der SPD im Godesberger Programm. Eine solche Schwenkung ist der CDU/CSU nicht möglich. Es gibt keinerlei Thematik, in der wir eine solche dramatische Schwenkung um 180 Grad vornehmen könnten. Infolgedessen müssen wir uns auf eine sehr ruhige, sehr auf das Prinzipielle gegründete, sehr wache und aufmerksame Opposition einrichten. Und da stim-

---

28 Die SPÖ hatte bei den Nationalratswahlen am 10. September 1971 die absolute Mehrheit erreicht. Die Niederlage der ÖVP wurde auch der gescheiterten Wahlwerbung angelastet. Vgl. STIFTER S. 50–54.

me ich Ihrem Wort „Den Koffer auspacken“ völlig zu. Wir haben vier Jahre vor uns. Vier Jahre sind heute in dieser Welt schon ein Zeitraum, für den unsere prognostische Kraft versagt. Schon die letzten drei Jahre haben uns das bewiesen. Es wird auch hier so sein.

Ich halte nach wie vor dafür, daß die SPD in einer viel schlimmeren Krise steckt, als es viele von uns wahrhaben wollen. Und es zeigt sich ja jetzt schon jeden Tag. Ich bin überzeugt, daß die Auseinandersetzungen zwischen den Marxisten und den anderen weitergehen werden. Und das wird vielfache Folgerungen haben können innerhalb der SPD selbst, aber auch im Verhältnis der SPD zu ihrem jetzigen Koalitionspartner, der ja ganz wider seine eigene Hoffnung sich gar nicht so gereinigt hat, wie es Herr Scheel ein Jahr vor der Bundestagswahl als sein Programm<sup>29</sup> entwickelt hat, sondern der nun ganz unerwarteterweise – und sie sind ja dadurch wirklich völlig überrascht worden – wieder Zuzug von alten FDP-Kräften bekommen hat, aus welchen Motiven auch immer. Dadurch ist der Charakter der FDP jetzt wieder ein bißchen zwiespältig, sie kann jetzt nicht einfach mehr so forsch nach links schreiten, wie es einige auf dem Freiburger Parteitag gewollt haben.

Diese Dinge sollte man, glaube ich, vor allem sehen. Und wenn man sie sieht, dann stellt man auch diese Wahl und ihr Ergebnis in den großen Zusammenhang der Geschichte der letzten 20 Jahre, mindestens der Geschichte seit 1953, hinein und begreift ihn nicht als ein Unglück, das uns betroffen hat, als ein aus irgendwelchem Verschulden herbeigeführtes Ereignis. Was hätten wir denn für Wahlkampfthemen gehabt, die wir anders hätten anpacken können als die, die wir angepackt haben? Ich habe ja gesehen, welche Mühe sich Katzer gegeben hat mit der Gesellschaftspolitik, aber es dauert, diesen Menschen klarzumachen, daß sie eben bei uns besser aufgehoben sind. Was 20 Jahre zurückliegt oder zehn Jahre zurückliegt, das ist vergessen, davon wissen die Leute eben gar nichts mehr. Deswegen – da allerdings bin ich nicht Ihrer Auffassung, Freund Amrehn – entschuldige ich Äußerungen, die Einzelne von uns in der Öffentlichkeit machen, so leicht nicht.

Wenn wir nun schon diese Niederlage erlitten haben, ist niemand gezwungen, Äußerungen zu machen, die er besser hier im Freundeskreis macht. Ich gehöre zu denen, die mit am längsten jetzt für diese Partei gekämpft haben, auch mein Pessimismus für den Ausgang der Wahl hat ja nicht bewirkt, daß ich resigniert habe, sondern ganz im Gegenteil, ich habe mit der letzten Kraft, die mir zur Verfügung stand, mich in diesen Wahlkampf geworfen, eben um das zu verhindern. Ich kann nur herzlich bitten, jetzt aufzuhören mit diesen entgegengesetzten Äußerungen – ich meine jetzt mal das Sonderproblem CDU/CSU nicht –, sondern ganz klar zu machen: Wir packen die Koffer aus, wir richten uns auf eine Opposition ein, deren Ziel ist, den Interessen dieses Landes zu dienen. Dann werden wir Zeit haben ein ganzes Jahr lang, um eine Konzeption zu entwickeln, die auf folgendes hinausläuft: Um Himmels Willen jetzt nicht einfach

---

29 Das „Programm zur Liberalen Gesellschaftspolitik“ wurde auf dem Parteitag vom 25. bis 27. Oktober 1971 in Freiburg/Breisgau verabschiedet. Druck: F.D.P. Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Freiburger Thesen der F.D.P. zur Gesellschaftspolitik. Bonn o. J.

nach bloßen Wählerwünschen schießen, wishful thinking, das ist das Kennzeichen der westlichen Welt heute, nicht nur bei uns, und wehe einer Politik, die ihr Programm nach dem wishful thinking vieler Wähler einrichten würde. Unser Ziel muß sein, die richtige Politik zu machen und dann zu sehen, daß wir für diese richtige Politik auch die Meinung der Wähler gewinnen. Wenn wir das uns vornehmen, haben wir gar keinen Grund, an der Klagemauer zu stehen – ich stehe auch gar nicht daran –, sondern eben ruhig, geschlossen, einig miteinander in die Zukunft zu gehen. Ob es uns das nächste Mal gelingt, weiß der Teufel. Ich kann es nicht voraussagen, Sie nicht, keiner von uns. Aber wir müssen uns jedenfalls so einrichten, daß wir von unten bis oben, wenn die Chance kommt, in der Lage sind, dann diese Chance auch zu ergreifen. Und an alle die Bitte, ein bißchen Selbstdisziplin, und lieber zweimal und dreimal und viermal den Mund gehalten, als einmal unnötig geredet.

*Stingl:* Zunächst einmal glaube ich, daß wir uns alle klarmachen müssen, daß es uns einfach nicht gelungen ist klarzumachen, daß es uns nicht bloß um die Regierungsverantwortung geht und einer von uns wieder Kanzler wird, sondern daß es um prinzipielle Auseinandersetzungen geht. Und hier kann ich mich voll Herrn Amrehn anschließen. Ich bin dankbar, daß der Vorsitzende auch vorhin davon gesprochen hat, daß es diese graue Zone des Angleichens in ganz Europa gibt. Der Artikel von Herrn Falin im „Europa-Archiv“<sup>30</sup> macht es ja ganz deutlich, wohin die Zielsetzung geht und was da geplant ist. Auch die kritischen Anmerkungen von Amrehn und dem Vorsitzenden teile ich in bezug auf den Grundvertrag. Dieser Grundvertrag darf nicht festschreiben die Mißachtung der Menschenrechte in einem Teil Deutschlands. Es gilt der Auftrag des Grundgesetzes, daß wir uns für ganz Deutschland einzusetzen haben. Es muß uns gelingen, diese prinzipielle Einstellung auch draußen, auch in der Union, klarzumachen. Insofern war für mich das Interview von Herrn Kiep nur entsetzlich. Denn hier, Herr Kiep, haben Sie nicht ein einziges Mal von den Werten gesprochen, um die es auch geht. Es mag sein, daß man sich mal in der Tagespolitik anders entscheidet, aber an keiner Stelle haben Sie davon gesprochen, daß es darum geht, auch wenn der Grundvertrag unterschrieben wird, damit anzuerkennen, daß in der Zone zu Recht gewisse Dinge nicht gehen. Sie haben an keiner Stelle etwas zu den Menschenrechten da drüben gesagt. Vornehmlich Erleichterung. Ich habe es nicht gelesen. Auf jeden Fall aber ist das ein deutliches Zeichen, wie sehr man darauf lauert, was solche maßgeblichen Leute äußern. Ich bin ganz sicher, daß Sie bald das Fernsehen angehen wird, Sie sollten diese Meinung gegen die CDU auch dort vertreten.

*Langguth:* Ich will vorweg sagen, daß ich den Vertragsinhalt als in vielen Punkten durchaus zum Kotzen ansehe. Ich glaube, es ist in diesem Kreise klar, daß die Leistungen der DDR in keinem Verhältnis zu unseren Leistungen stehen. Aber trotzdem sage ich ganz offen, daß ich es zum momentanen Zeitpunkt nicht für richtig halten würde, sich auf eine ganz bestimmte Haltung jetzt schon zu fixieren, und deswegen möchte ich schon vorweg sagen, ich stimme inhaltlich dem Interview, das Herr Kiep gegeben hat,

---

30 Auf dem Weg zur gesamteuropäischen Konferenz, in EUROPA-ARCHIV Folge 21/1972 S. 725–732.

zu. Und ich möchte auch sagen, daß ich es sogar für gut gehalten habe, auch wenn ich in Kontroverse zu anderen Teilnehmern dieser Diskussion stehe. Ich will Ihnen auch ganz offen sagen, warum ich dieses Interview für gut befunden habe. Weil nämlich der Eindruck in der Öffentlichkeit entstanden ist, und gerade zu dem Zeitpunkt dieser Diskussion, daß die CSU hier versucht, von vornherein die CDU auf eine Haltung festzulegen, bevor diese Haltung überhaupt in der CDU selbst ausdiskutiert ist. Und hier sage ich ganz offen, man muß auf dieser einen Klausurtagung, wie sie geplant ist, sehr viel ausführlicher zu Fragen des Wahlausganges Stellung nehmen. Aber nicht zuletzt, meine persönliche Meinung ist, die Tatsache, daß es immer wieder heißt: „Die CSU lenkt die CDU“, hat uns zweifelsohne, das sage ich ganz offen, bei einer ganzen Reihe von Wählern der Mitte durchaus geschadet, um es ganz vorsichtig auszudrücken. Aus diesem Grunde war ich sehr froh, daß Herr Kiep dieses Interview abgegeben hat, weil damit ein recht prominenter Mann dieser CDU – und das konnte Herr Dr. Barzel nicht in dieser Form tun als Parteivorsitzender – ganz deutlich gesagt hat, (*Unruhe und Heiterkeit.*) daß die CDU hier nicht etwa Pressionen der CSU ausgeliefert sein kann. Das war nämlich eines der Ziele von Herrn Kiep. Und da meine ich, war es besser, daß das von seiten des Schatzmeisters in dieser Form getan wurde.

Ich will mich nur auf wenige Aspekte beschränken. Wenn die CDU in aller Öffentlichkeit sich jetzt schon festlegt und sagt, das ist ein Teilungsvertrag – wo wir von vornherein wissen, daß eine ganz eindeutige Mehrheit im Parlament dafür vorhanden ist –, dann weiß ich nicht, ob es im Sinne unseres nationalen Anliegens ist, wenn sich immerhin eine recht erhebliche Minderheit wehrt. Hier ist die Teilung schon endgültig fixiert, wenn nicht noch einmal alle Möglichkeiten, darauf hat Herr Kiep zu Recht hingewiesen, ausprobiert werden können, möglicherweise noch zu konkreteren Ergebnissen zu kommen, auch im Zusammenhang mit der Frage Aufnahme in die Vereinten Nationen. Auf keinen Fall, das möchte ich vorweg sagen, darf sich allerdings die CDU die Fehler, die die SPD in der Verhandlung gemacht hat, anlasten lassen. Dann möchte ich noch sagen, ich würde auch nicht bereit sein, jetzt zur Zeit ein Votum für ein klares Nein abzugeben, bevor ich nicht den Bericht der Ostkommission hier vor mir liegen habe.

Ich will noch einen weiteren Punkt sagen, ich glaube nicht, daß eine Forderung nach einer Neuaufnahme der Verhandlungen mit beiden deutschen Staaten realisierbar ist. Auch das scheint mir dabei nicht ganz unwesentlich zu sein. Ich schließe aber ab, daß ich glaube, daß dieser Grundvertrag für uns in der nächsten Zeit die Frage aufwerfen wird, daß die Bundesrepublik, und hier muß die CDU ihren Beitrag leisten, stärker als Modellstaat im Sinne eines freiheitlichen Rechtsstaates auftreten muß. Deswegen ist der Grundvertrag für mich im wesentlichen auch eine gesellschaftspolitische Frage.

*Lorenz:* Man kann darüber streiten, ob es richtig ist, wenn Exponenten der CSU, lieber Freund Langguth, die Auflösung der Fraktionsgemeinschaft fordern und öffentlich diskutieren, ob dann nicht auch Exponenten der CDU das Gegenteil zum Ausdruck bringen sollen oder zumindest eine Reihe von Thesen vertreten, die eigentlich für die Weiterführung der Fraktionsgemeinschaft sprechen, oder die vor allem dafür sprechen, daß wir ein gemeinsames Regierungsprogramm im Wahlkampf vertreten

haben und es infolgedessen doch etwas erstaunlich wäre, wenn man nun auf einmal ganz etwas anderes will. Ich will nur sagen, daß Herr Kiep das nun verbunden hat mit einer ganzen Reihe anderer politischer Meinungsäußerungen, insbesondere zum Grundvertrag, das habe ich allerdings sehr bedauert. Denn ich glaube, daß dadurch nach außen der Eindruck entstanden ist, als ob eine ganz wesentliche Frage, die möglicherweise zwischen CDU und CSU kontrovers sein könnte, eben die Haltung zum Grundvertrag ist. Ich bin persönlich der Auffassung, bei allem Respekt vor der Auffassung unseres Freundes Kiep, daß, wenn man das näher feststellen würde, sich herausstellt, daß sowohl in der CDU als auch in der CSU ein ganz breiter Konsens da sein wird, der letzten Endes auf Ablehnung des Grundvertrages hinausläuft. Und das muß man ein bißchen vorher fühlen oder merken, bevor man sich da in einer öffentlichen Diskussion zu einem solchen Zeitpunkt äußert. Ich möchte allerdings sagen – gerade zu dem, was unser Freund Dr. Kiesinger eben gesagt hat – wir werden zu einem bestimmten anderen Zeitpunkt nicht darum herumkommen, gelegentlich auch unsere Denkprozesse und unsere Überlegungen mal öffentlich auszutragen, nicht gegeneinander, indem wir versuchen, den anderen die Beine wegzuhauen, sondern mal richtig auch in unseren Organen deutlich machen, daß in der CDU ebenfalls diskutiert wird.

Wenn richtig ist, daß die SPD über 15 Jahre hinweg immer stärker geworden ist, dann ist auch richtig, daß sie stärker geworden ist, obwohl sie immer und zu jedem Zeitpunkt heftigste Diskussionen in den eigenen Reihen um den einzuschlagenden politischen Kurs hatte und diesen Kurs einmal um 180 Grad gedreht hat, daß sie bis heute große Schwierigkeiten in ihren eigenen Reihen und mit ihren eigenen Leuten hat. Nun kann man nicht die Situation der SPD schematisch auf die CDU/CSU übertragen, das ist mir klar. Aber ein bißchen mehr an öffentlicher Erörterung auch unserer eigenen Vorstellungen und Probleme können wir nach meiner Auffassung durchaus vertragen. Nun muß ich allerdings sagen, nicht zu diesem gegenwärtigen Zeitpunkt, sondern in dem Moment, wo die CDU/CSU-Fraktion wieder etabliert ist und wo wir dann nach der Wahlanalyse im Januar oder in dem Jahr, das vor uns liegt, die Möglichkeit und die Zeit dazu haben.

Ich bin ganz anderer Meinung als Sie in bezug auf den Grundvertrag auf seine Begründung. Ich darf sagen, daß – und das gilt wohl auch für die Mehrheit der Berliner – sich eigentlich für uns als Hauptbegründung anbietet, daß dieser Vertrag mit einer deutschen Unterschrift die deutsche Teilung fixiert. Das ist es eben, lieber Freund Langguth, was uns zur Ablehnung bringt. Hier wird nun endgültig durch uns, praktisch festgeschrieben, wozu wir, (*Zwischenruf*: Wer, die Berliner, oder die Berliner CDU?) die Berliner CDU, – ich komme gleich noch ein bißchen auf die andere Seite der Sache – uns 25 Jahre lang verpflichtet haben, niemals mit deutscher Unterschrift eine solche Festschreibung zuzulassen. Ich finde, davon muß auch etwas in der Begründung deutlich werden. Man kann vielleicht sagen, daß formaljuristisch das nicht so sei, aber es ist so faktisch politisch im Ergebnis, und das muß man einfach sehen. Es gibt noch das Problem, und das haben wir in unserer Stellungnahme auch abgehandelt, ob man nicht selbst in einer solchen nationalen Situation, in der wir uns befinden, eine solche Unterschrift leisten kann, wenn auf der anderen Seite, was wir ja immer behaupten,

sichergestellt wäre, daß nun durch eine Vielfalt von zukünftigen menschlichen Kontakten zwar die Grenze anerkannt, die Zweistaatlichkeit besteht, aber durch die Menschen in Wahrheit die Einheit der Nation immer wieder praktiziert werden kann. Gerade aber das ist ja nicht der Fall, meine Damen und Herren, sondern wenn man das näher ansieht, dann sieht man, daß die nicht nur einseitig und ungesichert sind, sondern daß im Grunde alles, was da gestattet ist, in die Vergangenheit gerichtet ist. Familien sollen sich bei Goldenen Hochzeiten und solchen Gelegenheiten mal treffen können. Aber die Möglichkeit, daß sich Neue kennenlernen, verloben und heiraten, die ist eben gerade ausgeschlossen. Das heißt also, bei allem, was die Einheit der Nation für die Zukunft möglich machen sollte, wird ein harter Schnitt gemacht. Das heißt, wir erkennen im Grunde auch die Trennung der Menschen an. Davon bin ich zutiefst überzeugt.

Nun muß man aber sehen, und da kann ich also nur meinem Freund Amrehn zustimmen, daß in dem Moment, wo das über die Bühne geht und völkerrechtlich wirksam gegen uns festgeklopft wird, tatsächlich eine neue Realität entsteht. Wir können also nicht mehr so tun, als ob dann eine Politik der Wiedervereinigung, wie wir sie noch vor zehn Jahren gemacht haben, weiter betrieben werden kann. Sondern wir müssen unsere Politik der Selbstbestimmung, die sich durchaus orientieren soll an den Grundsätzen der Entschließung vom Juni dieses Jahres, dann von der Basis der in das Völkerrecht eingetretenen zwei deutschen Staaten aus treiben. Wir müssen uns also große Mühe geben, uns über unsere künftige Deutschlandpolitik Gedanken zu machen.

Ich würde sagen, bei dieser geplanten Klausurtagung und auch vielleicht noch später sollte das einen wirklich breiten Raum einnehmen. Erstens in bezug auf unsere Handlungsfreiheit. Ich möchte mal ein Beispiel sagen. Für mich war immer die CDU der Ostzone im Grunde eine Gruppe von, um es mal ganz glasklar zu sagen, von Verrätern. Die sind uns in einer bestimmten Situation – nicht die einzelnen Mitglieder, die führenden Leute, die das damals bewirkt haben – in den Rücken gefallen und haben uns um die Möglichkeit der freien Entscheidung beraubt und diese CDU dort zu einer Satellitenpartei gemacht. Dieses ganze Regime dort besteht aus Leuten, die nicht demokratisch legitimiert sind. Also, so haben wir immer schlußgefolgert: Mit denen verkehren wir gar nicht. Die sind für uns nicht satisfaktionsfähig. Das sind für uns keine Leute, die in freier Selbstbestimmung deutsche Politik machen. Jetzt haben wir einen zweiten deutschen Staat, der voll anerkannt ist durch unsere eigene Bundesregierung, dann auch noch durch den Beschluß des Bundestags und des Bundesrats. Neben wem sitzen wir in der UN? Mit wem verkehren wir übrigens schon in der Interparlamentarischen Union, wie ich höre, und in anderen bisher noch am Rande befindlichen ... (*Zwischenruf*: Noch nicht in der EG!) Noch nicht, aber demnächst dann wahrscheinlich. Und aus dieser Regierung und den Vertretern dieses Staates, die für uns immer noch nicht demokratisch legitimiert sind, wird jetzt so eine Art, wenn schon nicht Partner, so doch Nebenmann auf der internationalen politischen Bühne. Das schafft für uns Konsequenzen. Wir können nicht einfach in der Ecke stehen und sagen, mit denen reden wir nicht, das überlassen wir den anderen. Das muß man sich in Ruhe überlegen, was für Konsequenzen man daraus zieht.

Und noch ein zweites und mir sehr Ernstes, meine Damen und Herren: Wir dürfen nicht übersehen, daß wir unser Handeln ganz wesentlich begründen mit der Rücksichtnahme auch auf die 17 Mio. Deutschen im anderen Teil Deutschlands, d.h. in der DDR. Man muß aber sehen, ich weiß das nicht nur aus Presseberichten, sondern aus Berichten von Freunden und Verwandten und eigener persönlicher Erfahrung, daß mindestens zum gegenwärtigen Zeitpunkt wahrscheinlich die überwältigende Mehrheit unserer Landsleute in der DDR uns in unserer Politik nicht oder zumindest nicht völlig versteht und im Grunde die Politik der jetzigen Regierung für richtig hält. Ich meine, man kann dazu viel sagen. Ich kann das jetzt hier nicht ausdiskutieren. Wir wissen, das kann auch nach ein, zwei Jahren wieder anders sein. Das kann auch auf einer Fehleinschätzung, auf übertriebenen Hoffnungen und sonst etwas beruhen. Aber es ist zur Zeit so. Und wir müssen es uns nicht zu leicht machen, wenn wir uns unsere Deutschlandpolitik für die künftigen Jahre konzipieren und übersehen, daß wir auch an diese Menschen, auf die wir uns nämlich dauernd berufen, und natürlich auch nicht zuletzt an eine ganze Reihe unserer eigenen Landsleute, nicht zuletzt der jungen Generation, denken und anhand dieser Meinung prüfen und abklopfen müssen, was ist eigentlich einfach bei uns überkommene Meinung und was ist echt vernünftig, auch mit unseren Grundsätzen, mit unseren Essentials zu begründen. Wenn man einen Antrag stellt, weiter zu verhandeln, Rainer Barzel, kann man nicht nur sagen, wenn man noch da und da und dort die Mischung verbindlicher macht, dann wären wir bereit. Dann muß auch gefordert werden, daß der Vertrag vom Grunde auf geändert werden müßte, damit er für uns überhaupt akzeptabel wäre. Und wir wissen alle, das kann nicht passieren. Letzten Endes müssen wir ablehnen. Ich bin sonst mit dem, was Sie hier gesagt haben, einverstanden. Ich würde also einem Entwurf zu einer Diskussion, einer Resolution der Partei, zustimmen.

*Barzel:* Einen einzigen Gesichtspunkt nur versuche ich zu verdeutlichen aufgrund der letzten Diskussionsbeiträge. Es ist sicher richtig, wenn Lorenz spricht von der Stimmung drüben in der DDR, obwohl wir uns da nicht verrückt machen lassen dürfen durch die Presse, die uns jetzt natürlich ein Bild gibt, das keineswegs identisch ist mit dem, was wir aus Briefen oder aus kirchlichen Kreisen oder auf andere Weise haben. Wir werden die geistige Offensive ergreifen müssen, ich nehme das Wort von Langguth auf hinsichtlich der gesellschaftspolitischen Fragen. Wir haben früher gelacht und böse gefunden, als Thomas Dehler zum erstenmal sagte, die deutsche Frage ist eine gesellschaftspolitische Frage. Wir sind über Dehler hergezogen, als er dies sagte, und haben Ulbricht zitiert.<sup>31</sup> Und heute merken wir, was dies heißt. Wir werden eine Of-

---

31 Dr. Thomas Dehler (1897–1967), Jurist; 1949–1967 MdB (FDP). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 806 Anm. 23. – Dehler sagte am 5. Januar 1961 in einem Referat vor der Arbeitstagung der Deutschen Burschenschaften in Berlin, daß sich faktisch zwei deutsche Teilstaaten unter dem Reichsdach gebildet hätten. Für diese Äußerung sprach ihm Ulbricht Lob aus. Vgl. Friedrich KLINGL: „Das ganze Deutschland soll es sein!“ – Thomas Dehler und die außenpolitischen Weichenstellungen der fünfziger Jahre. Eine Analyse der außenpolitischen Konzeption und des außenpolitischen Verhalten Thomas Dehlers. München 1987 S. 331–333; Udo WENGST: Thomas Dehler 1987–1967. Eine politische Biographie. München 1997



fensive von diesen Leuten erleben, nämlich mit dieser Grauzone des Gleichschaltens. Und wenn wir nicht nur im Interesse der Leute hier, alles andere ist mir schon viel zu anspruchsvoll, und mit den Europäern handeln – nur sehe ich die innenpolitische Lage in den beiden Hauptländern, einschließlich Italiens –, dann wird sich die Lage in den nächsten zwei Jahren fundamental verändern. Hier müssen wir für unsere Leute das Wertebewußtsein wieder schaffen, weil wir sonst in diesem geistigen Kampf, von dem Kohl neulich sehr gut gesprochen hat, nicht bestehen. Dies ist meine Argumentation. Das müssen wir dahinsetzen, und da ist für mich eben der Platz für irgendein opportunistisches Denken nicht mehr vorhanden.

*Von Weizsäcker:* Ich bin mit diesem hier vorgelegten Entwurf auch einverstanden. Ich wollte nur fragen, ob wir über die Bedingungen, die bei diesen CSU-Verhandlungen vorgetragen wurden, hier noch etwas mehr erfahren, oder ob Sie das hier im Bundesvorstand nicht weiter diskutieren wollen. Sie haben ja ein paar Mitteilungen vorhin gemacht, aber es geistern alle möglichen Vorstellungen darüber noch durch die Presse. Es könnte doch ganz nützlich sein zu wissen, was davon stimmt und was nicht, und wie sich unsere Fraktionsverhandlungsführer bisher dazu einstellen. Ich weiß effektiv nichts, sondern ich bin nur nicht gut informiert, und das sind vielleicht manche andere hier auch nicht.

*Barzel:* Darf ich dazu Ihnen ins Wort fallen, weil das sehr wichtig ist, Herr von Weizsäcker. Es gibt darüber eine Menge Gerüchte, und hier ist es, wie das immer ist: Die Gerüchte sind zahlreicher als die Wirklichkeit. Da ich gerne um 17.00 Uhr ein erfolgreiches Gespräch führen möchte, habe ich darauf verzichtet, hier alle Gerüchte abzuhandeln oder auch alle Vorschläge mitzuteilen, sondern ich habe gesagt, was meine Position ist. Ich habe Ihnen gesagt, ich will die Geschlossenheit, so wie wir sie den Wählern versprochen haben. Ich will sie auf der Basis unseres Programms, da gibt es keine Abstriche. Das sind die zwei Punkte, die ich gesagt habe. Was es dann nachher technisch geben mag, ob innerhalb der gemeinsamen Fraktion der Vorsitzende von beiden Seiten gewählt wird, aber die Vorstandsmitglieder getrennt oder so, das sind Fragen, die gehören nicht in die politische Kompetenz des Bundesvorstands dieser Partei. Die gehören in die technische Kompetenz, in die politische Kompetenz dann des Fraktionsvorsitzenden. Es scheint mir so zu sein. Das Wichtige sind die beiden Punkte, die ich sagte: Geschlossenheit auf der Basis des Programms. Und wenn Sie die Schlußworte von mir noch einmal etwas weniger temperamentvoll, sondern vielleicht etwas ruhiger, wie Sie mich sonst kennen, vorgetragen haben wollen, möchte ich noch mal sagen: Es gibt da natürlich jetzt nicht nur Freunde. Da wird natürlich auch geraunzt: Na ja, der Barzel, der trifft sich jetzt mit dem Strauß, dann werden die bei sich zu Hause schon was ausmachen. Was die wirklich ausmachen, erfährt keiner, denn der Barzel will ja nur Fraktionsvorsitzender werden. Ich habe Ihnen dazu hier eine ganz klare Erklärung hier abgegeben. (*Köppler:* Das habe ich noch nie gehört!) Lieber Herr Köppler, das alles kann uns nun nicht mehr erschüttern. Das sind die zwei Punk-

---

S. 319–321; „General-Anzeiger Bonn“ vom 7. Januar 1961 „Parteienstreit um Dehlers Rede“; dpa vom 27. Januar 1961 „Ulbricht lobt Dehler“.

te. Katzer kann gerne aus seinen Gesprächen sehr viel mehr mitteilen, nur würde ich es jetzt nicht für gut halten, alle möglichen bereits erledigten und potentiellen Negativismen noch einmal vorzutragen. Denn solche Sachen sind früher ganz intern gegangen. Ich habe immer nur eine einzige Abrede getroffen, nämlich die, die traditionell dazu gehört, daß in verfassungsrechtlichen Fragen die CSU nicht überstimmt werden darf. Das ist auch das einzige, was ich immer mitgeteilt habe. (*Zwischenruf:* Nur in verfassungsrechtlichen!) Nur in solchen Fragen. Eine weitergehende Abrede gab es nicht. Nun haben die das jetzt in Frage gestellt, deswegen haben sie ein neues Papier gemacht. Und in diesem neuen Papier muß immerhin von Politik die Rede sein und unser Programm drinstehen, sonst kann dieses Papier nicht zustande kommen. Vielleicht kann Katzer ein bißchen noch ergänzen. Ich glaube, das ist schon ein berechtigtes Bedürfnis, was Richard von Weizsäcker da hat.

*Katzer:* Ich würde erstens sagen, es ist nichts Neues, was es an Vereinbarungen gibt. Das hat der Kollege Barzel schon dargestellt. Die hat es immer gegeben. Wir haben die von 1969 noch einmal herausgenommen<sup>32</sup> und verglichen mit dem Vorschlag, der uns hier neu gemacht wird. Da gibt es, wenn ich rückwärts anfangen, eine gemeinsame Ziffer 3, die lautet: Wahrung föderativer Belange. Das ist das, was der Vorsitzende angesprochen hat, daß hier nicht gegen die Interessen der Bayern verstoßen werden darf. Zweitens: Repräsentation der Landesgruppe im Bundestag, das ist fast identisch mit dem, was hier steht. Finanzfragen haben wir, die waren z. T. so kompliziert, einer kleinen Kommission noch einmal zugewiesen, die morgen Vormittag um 10.00 Uhr unter den Geschäftsführern tagt, weil wir hier gar nicht die Sachkenntnis hatten, das zu beraten. Dann gab es Organisationsgrundsätze. Da gibt es in punkto Wahlen eine neue Variante, die vorgeschlagen ist. Da gibt es Modalitäten. Derzeit ist es so, daß die CSU-Kollegen ein doppeltes Stimmrecht haben. Die CSU hat selbst von sich gesagt, daß das nicht in Ordnung wäre, es also bereinigt. Das ist also im Felde der Organisation neu. Dann gibt es einige neue politische Grundsätze. Da würde ich in der Tat der Meinung des Herrn Vorsitzenden sein. Herr von Weizsäcker, Sie hatten um Auskunft gebeten, ich bemühe mich, Sie Ihnen zu erteilen, und Sie diskutieren lustig nach der anderen Seite! (*Von Weizsäcker:* Ich wagte nicht zu glauben, was Sie eben gesagt haben. Ich muß es eben noch einmal interpretieren.) Sie können davon ausgehen, daß das genauso ist. Es sind ja auch genug Kollegen da, die mit dabei waren, die das ja ergänzen und korrigieren können, wenn sie einen anderen Eindruck haben sollen. Eine neue Punktation ist gekommen bezüglich der politischen Zusammenarbeit. Hier gibt

---

32 Die Zusammenarbeit für eine gemeinsame Fraktion von CDU und CSU beruhte auf dem im Jahr 1969 geschlossenen Vertrag. Im Juli 1969 forderte die CSU-Landesgruppe einen regelrechten Koalitionsvertrag („Westfalenblatt“ Bielefeld vom 4. Juli 1969). Der Entwurf einer eigenen Geschäftsordnung der CSU-Landesgruppe datiert vom 27. Juni 1969 (ACDP 08-001-039/1). – Entwurf eines Organisationsplans der Bundestagsfraktion der CDU/CSU vom 20. November 1969 sowie (undatierte) Arbeitsordnung in ACDP 08-001-039/1. – Wahl des Fraktionsvorstands auf der Grundlage der seit 1949 bestehenden Vereinbarung am 13. November 1969 (Protokoll in ACDP 08-001-1020/2). Ein „Vertrag“ von 1969 ist nicht zu ermitteln.

es Punkte, wo die Fraktion und die Partei verquickt werden miteinander. In all diesen Punkten haben wir die CSU darauf aufmerksam gemacht, daß es da rein rechtlich schwierige Positionen gibt. Da kriegen wir ein neues Papier. Und deshalb habe ich heute morgen im Präsidium gesagt, ich halte es nicht für sehr sinnvoll, jetzt über ein Papier zu sprechen, was ein Entwurf ist, der jetzt schon überholt ist aufgrund der Einlassungen, die wir – Herr Windelen und Herr Seiters waren dabei – in diesem Kreise gemacht haben. Und je nachdem, wie heute abend das läuft in der Aussprache Barzel–Strauß, werden wir morgen auf jeden Fall die Finanzkommission haben und dann in der Fraktion morgen natürlich berichten. Dann gibt es vielleicht eine letzte Runde am Mittwoch, je nachdem, wie sich diese Gespräche abspielen. Ich glaube, das wäre der Punkt, den man hier erläuternd sagen kann, Herr Vorsitzender.

*Barzel:* Ich darf noch eines hinzufügen, weil das für unsere Diskussion intern und nach draußen ganz wichtig ist. Ich habe letztes Wochenende begonnen mein zehntes Dienstjahr. Ich habe mich vorher erkundigt auch bei Krone und bei Brentano<sup>33</sup>. Es hat niemals in der Geschichte meiner Vorgänger – und auch bei mir nicht – eine Abstimmung gegeben, in der etwa eine isolierte CSU in einer politischen Frage überstimmt worden wäre. Und in den neun Jahren meines Vorsitzes hat es niemals eine Situation gegeben, in der eine geschlossene Gruppe überstimmt worden wäre, weil jeder weiß, daß die Union mit dem Gesetz der Zahl nicht regiert werden kann. Ich habe mich immer bemüht, Kompromisse herbeizuführen, insofern ist diese Kündigung, die Androhung der Kündigung natürlich auch eine Sache, die mir persönlich ein bißchen weh getan hat. Das müssen Sie schon verstehen. Aber ich bin ja nicht für Wehleidigkeit hier in diesem Beruf, den ich hier ausübe. – Herr von Weizsäcker!

*Von Weizsäcker:* Vielen Dank für diese Information, ich bin also durchaus mit diesem Papier einverstanden. Wir werden ja morgen nachmittag etwas mehr auf ein paar Einzelheiten in dieser CDU-Fraktion eingehen. Punkt 2: Wir haben sicher alle an dem Punkt, an dem wir mit Kreisverbänden oder anderen Basispunkten zu tun haben, über den Kummer viel gehört, den die divergierenden Meinungsäußerungen in der letzten Zeit mit sich gebracht haben. Trotzdem glaube ich, daß für die Wiederbelebung unserer Chancen wie für eine gute politische Zukunft in unserem Land die Sorge der Bewahrung unserer Basis vor dieser Unruhe geringer ist als die Notwendigkeit, sich über alles Mögliche eben auszusprechen. Und daß das nicht nur intern geht, lehrt die Lebenserfahrung. Ich finde also, so sehr ich mich selber auch immer momentan ärgere über einzelne Äußerungen von allen Beteiligten, so ist der ständige Appell in Richtung auf die Gemeinsamkeit und damit in Richtung auf öffentliches Schweigen nicht nur der Lebenserfahrung entgegen, sondern, wie ich glaube, auch politisch nicht gut. Ich möchte ausdrücklich sagen, daß nach meinem Verständnis die Äußerung von Walther Kiep nicht denkbar gewesen wäre, wenn hier nicht alle möglichen anderen entgegengesetzten (*Barzel:* Das ist auch wahr. Sehr richtig!) öffentlichen Äußerungen vorangegangen wären. Ich bewerte damit weder die Äußerungen der CSU oder ande-

---

33 Dr. Heinrich Brentano di Tremezzo (1904–1964), Rechtsanwalt; 1949–1964 MdB (CDU), 1955–1961 Bundesminister des Auswärtigen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1014 Anm. 32.

rer, noch die von Walther Kiep, inhaltlich an dem Punkt, sondern nur formal in dem Sinne: Es geht wirklich nicht an, für die Meinung nach der Entscheidung in der einen Richtung allgemein öffentliches Lob zu spenden und dann die Äußerung der entgegengesetzten Meinung unter dem Aspekt des Appells an die Gemeinsamkeit durch die Partei und ihre Mitglieder zu verteufeln. Das ist einfach unklug.

*Barzel:* Verzeihung, da muß ich einen Zuruf machen. Wir hatten uns vor 14 Tagen verabredet, heute darüber zu sprechen. Es ist eine andere Situation, wenn ein Ort in einem Gremium für solche Dinge verabredet wird.

*Von Weizsäcker:* Ich finde jedenfalls, daß mit der gewissen Schwierigkeit, die wir in bezug auf unsere eigene Glaubwürdigkeit haben – auch wenn uns diese Vokabel gelegentlich zum Halse raushängen mag – zusammenhängt, daß wir häufig mit dem Kampfruf „Gemeinsamkeit“ die Auseinandersetzung unter den Teppich gekehrt haben, anstatt sie auszutragen. Und wenn mir etwas von den Äußerungen von Franz Josef Strauß im Fraktionsvorstand heute vor 14 Tagen, oder wann das war, imponiert hat, dann genau die Bemerkung, die fast wörtlich dasselbe war wie das, was ich eben über die Gemeinsamkeit gesagt habe. Einfach nur zu sagen „Gemeinsamkeit“ und damit ist alles andere tabu, das ist kein Programm. Sondern man muß wissen, worin die Gemeinsamkeit besteht. Darüber aber muß es dann aber in bezug auf die Äußerungen gleiches Recht für alle geben. Die Beunruhigung an der Basis ist trotzdem da, und wir müssen sie natürlich auch ernst nehmen. Das heißt, wir müssen diese Sachen natürlich auch ausräumen.

Nun darf ich zu dem Grundvertrag noch eine kurze Bemerkung machen. Hoffentlich ist sie kurz. Drei Punkte: a) das Offenhalten der deutschen Frage; b) die sogenannten Konkreta, also vor allem Freizügigkeit; c) die langfristigen außenpolitischen Konsequenzen dieses Grundvertrages als des Schlußsteines der West-Ostpolitik. Das sind für mein Gefühl die drei Hauptaspekte. Ich verstehe zwar, was Herr Langguth sagt, daß man, bevor es noch nicht endgültig zu spät ist, zur Schließung der deutschen Frage als Opposition nicht ausdrücklich beitragen soll. Aber auf der anderen Seite finde ich nun doch, daß die Regierung, die ihrerseits vorgibt, gegen eine Fiktion der Offenheit und Politik anzutreten, ihrerseits nun eine andere Art der Fiktion dem gegenüberstellt. Nämlich die Fiktion, daß diese Politik, diese Deutschlandpolitik, wirklich eine Offenhaltepolitik sei. Die Erklärung der Vier Mächte, auf die sich die Regierung vor allem beruft, und, wie mir scheint, formal auch zu Recht, muß man meiner Meinung nach also mindestens in diesem Kreise hier so interpretieren, daß sich die Vier Mächte eben gerade nicht darauf verständigt haben, verantwortlich für Deutschland als Ganzes zu sein und zu bleiben, sondern umgekehrt, wenn überhaupt, sich darauf verständigt haben, eine gemeinsame Befugnis sich dafür bewahren zu wollen, daß vielleicht die Deutschen eines Tages ihre jetzt vollzogene Anerkennung des Status quo in einem dynamischen Sinne wieder beschränkt haben wollen. Das ist jedenfalls das, was man von Analysten amtlicher wie nicht amtlicher Art sowohl in Paris wie in London, von anderen habe ich es noch nicht gehört, heutzutage vernehmen kann. Und dann sagen sie dazu: Ach, laßt doch den Deutschen ihre Debatte, wenn die immer noch über die Offenhaltung reden wollen. Das brauchen sie wegen ihrer Opposition und wegen ihrer

Verfassung und ähnlichen Dingen. Aber wir unter uns wissen doch, daß mit diesem Vertrag eben nicht die Offenhaltepolitik fortgesetzt, sondern abgebrochen und beendet wird. Das finde ich sachlich inhaltlich als den eigentlich gewichtigen Punkt.

Zweitens, was die Erleichterungen anbetrifft: Wir sind uns zwar alle darüber einig, daß diese Erleichterungen erstens nicht ausreichen und zweitens nicht gesichert sind. Aber die CDU, die sich damit zu Wort melden würde, sie sei gegen den Grundvertrag, weil die Erleichterungen nicht ausreichen und nicht gesichert sind, würde doch dem umgekehrten Argument begegnen, daß das, was sich auf dem Gebiet dieser Konkreta verändert hat, nicht ist, daß die Erleichterungen nicht ausreichen, sondern daß im Lauf der letzten Zeit eben doch eine zusätzliche große und zwar in die Millionen gehende Bewegung ausgelöst worden ist, einer Bewegung, die ihrerseits ja gerade der Grund dafür ist, daß die SED, wie es ein kommunistisches Regime immer machen muß, Schritte der scheinbaren Entspannung im außenpolitischen Feld mit Repression nach innen verbinden muß. Dieses ist aber eben doch eine Folge davon, daß es zu sehr viel mehr Begegnungen gekommen ist. Natürlich nicht durch den Grundvertrag, sondern durch das Berlin-Abkommen und erste Folgen des Verkehrsvertrages. In Wirklichkeit ist die Schwierigkeit der SED, mit ihrer Bevölkerung über diese Erleichterungskomponente fertig zu werden, größer, als es für uns leicht möglich wäre, für die CDU, gegenüber der hiesigen oder der Bevölkerung drüben zu erklären, daß das ganze Erleichterungskapitel unbefriedigend ist. So unbefriedigend es sein mag, es ist nicht das Hauptcharakteristikum. Das Hauptcharakteristikum ist gerade das, was die SED beunruhigt. Sie sagen, wir haben beim Verkehrsvertrag einmal zugestimmt, und dann sind wir betrogen worden. Zweimal läßt man sich nicht betrügen. Nein, so würde ich das nicht formulieren. Daß die SED bereit und imstande ist, Zusagen, die sie einseitig macht oder zu denen sie vertraglich verpflichtet ist, im Sinne einer Repression wieder rückgängig zu machen, das haben wir auch gewußt, als wir dem Verkehrsvertrag zugestimmt haben. Wir können nicht unsere Gutgläubigkeit für uns beim Verkehrsvertrag in Anspruch nehmen und sagen, damit sind wir mißbraucht worden, also können wir es jetzt nicht wiederholen. Mit einem Wort: Ich würde von diesen beiden Kapiteln das Thema „Offenhaltepolitik der deutschen Frage“ in den Vordergrund stellen, dagegen zum Thema „Freizügigkeit“ auf jeder Art von Verbesserung und Verbindlichmachung bestehen, aber nicht darauf die Ablehnung des Grundvertrages stützen.

Dritter Punkt: Außenpolitische langfristige Konsequenzen. Das ist der für mich wichtigste, weil er meiner Meinung nach hinführt in die Tendenz von Neutralismus in Zentraleuropa, Wandel durch Annäherung usw. Also Fortsetzung der Außenpolitik mit anderen, nämlich gesellschaftspolitischen Mitteln usw. Freilich ist das ein Punkt, der sich nicht in erster Linie gegen den Grundvertrag, sondern gegen diese Regierung und ihre Außenpolitik richtet. Er ist also mehr ein Punkt, der gewissermaßen eine Rahmenkondition für die Auseinandersetzung über den Grundvertrag selbst schafft, als diese Auseinandersetzung ihrerseits ergibt.

Und dann möchte ich noch eines sagen, Herr Vorsitzender: Ich glaube, mit Ihnen ganz einer Meinung in einem Ziel zu sein, nämlich dem, daß unsere Innen- wie Außenpolitik in ihrem Zusammenhang in den nächsten Monaten, Jahren und Jahrzehnten

oder wie lange man rechnen soll, eine Auseinandersetzung über die Wertvorstellungen ist, um die es dabei geht. Ich glaube freilich, daß gerade, wenn wir damit ernst machen wollen, wir an die erste Stelle nicht die Schilderung der Gefahren stellen dürfen, die die anderen mit sich bringen, sondern an die erste Stelle setzen müssen, das, was wir selber wollen, daß wir den positiven Teil dem negativen voranschalten müssen.

Das mit der grauen Zone SED und SPD, das stimmt natürlich weitgehend. Es stimmt z.B. massiv in bezug auf die Wahlkampfbeeinflussung durch die Grundvertragsverhandlung. Das ist ja überhaupt das größte Stück deutschlandpolitischer Taktik zum Ziel der Wahlkampfbeeinflussung, an das ich mich überhaupt erinnere. Auf der anderen Seite gibt es natürlich auch, das müssen wir sehen, eine langfristig zunehmende und nicht abnehmende Auseinandersetzung zwischen SPD und SED. Wandel durch Annäherung ist ja keine Kollision, sondern Wandel durch Annäherung ist Auseinandersetzung. Und dazu, das wird sich im Lauf der Zeit erst recht entfalten – Herr Vorsitzender, Sie schütteln den Kopf –, auch wenn es auf diesem Gebiet immer wieder, so wie jetzt im Wahlkampf, gewisse Zusammenspielakte geben wird. Langfristig ist, wie der Bruno Kreisky immer sagt, die eigentliche Thematik der nächsten 30 Jahre die Auseinandersetzung zwischen den freiheitlichen Sozialdemokraten und den Kommunisten.

*Barzel:* Ja, aber in dieser SPD doch nicht? Der Sozialdemokratismus, wenn man das drüben liest, betrifft doch nur noch die rechten Führer? Aber Entschuldigung, daß ich ins Wort gefallen bin.

*Von Weizsäcker:* Das weiß ich doch alles auch. Nur, daß wir diese Art von Auseinandersetzung hier haben, natürlich auch die Auseinandersetzung in Ost-Berlin. Das ist mir doch alles bewußt. Ich bin nur der Meinung, wenn wir die Auseinandersetzung über die Wertordnung nach außen hin mit dem Plakat „Graue Zone SPD – SED“ beginnen – Sie haben das so nicht gesagt –, machen wir nicht nur im jetzigen Zeitpunkt uns selbst unsere Auseinandersetzung über den Grundvertrag gegenüber unserer eigenen Bevölkerung eher schwerer als leichter. Ich glaube auch, daß wir auf diese Weise nicht in der nötigen langfristigen, fundierten und zunächst positiven Weise in die Wertordnungsaueinandersetzung eintreten. Diese ganze Thematik: Graue Zone und Auseinandersetzung zwischen SPD und SED ist langfristig unser Hauptthema, aber es ist ein sehr schwieriges Thema, was wir nicht mit vorzeitigen Bedürfnissen nach Überschriften und nach Auslösung von wirkungsvollen Reaktionen überstrapazieren dürfen.

*Blüm:* Herr Vorsitzender, ich stimme Ihnen völlig zu, daß die Frage der Glaubwürdigkeit nicht die Frage verbaler Bekenntnisse ist, sondern daß Taten und Zeichen eine Rolle spielen. Daß diese Zeichen von der CSU öffentlich gesetzt werden und wir hier im vertrauten Kreise darauf antworten, wäre aber ein Ungleichgewicht. Denn hier steht in der Tat zur Debatte die Frage, die im Wahlkampf eine große Rolle gespielt hat, ob die Politik der CDU durch die CSU bestimmt wird.

Es gab im Wahlkampf ein infames, aber dennoch sehr wirksames Plakat, angefertigt von den Jungsozialisten, auf dem sich der Kopf von Rainer Barzel in den von Franz Josef Strauß verwandelt hat. Dies hat eine untergründige Strömung abseits aller per-

sonalpolitischen Überlegungen getroffen, denen wir relativ machtlos vis-à-vis standen. Ich sage nicht, daß wir uns nicht dagegen gewehrt hätten, aber dieser Eindruck war entstanden auch in Fragen der Ostpolitik, und dafür weiß dieser Kreis hier Anschauungsmaterial zu liefern. Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen, daß dieser Kreis fast einstimmig, mit Ausnahme von Herrn Amrehn und Herrn Windelen, die Ostverträge für zustimmungsfähig erklärt hatte. Das wurde auch in den abschließenden Sätzen, um die Brücke zur CSU zu bauen, etwas modifiziert. Daran mag sich jeder erinnern. Und nur wenige Stunden später sah das öffentlich ganz anders aus. Gebrannt durch diese Erfahrungen würde ich sehr davor warnen, nun, nachdem die CSU das Nein zum Grundvertrag zur Bedingung erhoben hat, nun sozusagen widerspruchslos der Öffentlichkeit den Beweis zu liefern, daß auch diesmal die CDU dem Votum aus München gefolgt ist. Es kann auch nicht so sein, daß, wenn Widerspruch dagegen eingelegt wird, gesagt wird, dieser Widerspruch habe nicht zur Entschärfung beigetragen. Dann kann ich nur fragen: Wer hat denn verschärft? Die Frage muß doch vorher gestellt werden. Dies ist eine Fahndung nach dem Motto „Haltet den Dieb“.

Nun zur Sache selber. Für mich ist in all diesen Fragen primär die nach den menschlichen Erleichterungen. Ich würde sie auch nicht, Herr Amrehn, als kosmetische Fragen behandeln, weil ich darauf setze, wenn wir die ideologische Auseinandersetzung – wozu hier der Wille besteht – verschärfen, dann werden menschliche Erleichterungen eine sehr große Rolle spielen, um überhaupt den Adressaten zu erreichen für diese Auseinandersetzung. Dort, wo der Rolladen heruntergelassen ist, werden wir womöglich Selbstgespräche führen können, aber nicht einen Dialog. Es gibt Anzeichen dafür, daß die SED diesen Dialog mehr fürchtet als wir alle. Deshalb spielen menschliche Erleichterungen beim Thema „Freiheit“ eine entscheidende Rolle, bei dem sehr großen Wert Freiheit.

Nun noch zur rechtlichen Position: Wir berauben uns des Ausgangspunkts für eine langfristige Politik, die mit unseren Zielen übereinstimmt, wenn wir den Grundvertrag als einen Teilungsvertrag bezeichnen. Dann würden wir im Falle einer Annahme und der Fortführung unserer Politik uns in Widerspruch stellen zu diesem Vertrag. Wir würden uns eines Teils unserer politischen Manövriermasse berauben.

Zur Frage Moral und Recht ist ja heute nachmittag auch schon einiges gesagt worden. Und das müßte doch feststehen, daß Moral und Recht nicht immer in eine absolute Deckung zu bringen sind, schon gar nicht in der Außenpolitik, weil dort Festlegungen außerhalb unserer Souveränität bestehen. Dies heißt nicht, daß in außenpolitischen Fragen keine moralischen Qualifikationen notwendig sind. Wir werden aber nicht weiterkommen, Herr Lorenz, wenn wir den Vertragspartner als nicht satisfaktionsfähig bezeichnen. Da wüßte ich in der Welt noch eine ganze Menge Vertragspartner, die nicht satisfaktionsfähig sind. (*Stingl*: Die Deutschen im Grundgesetz schon!) Herr Stingl, was die Moral betrifft, so ist sie unteilbar. So spielt keine Rolle, ob der Vertragspartner in Rußland sitzt oder, ich weiß nicht, in Südafrika. Moralische Qualifikationen kann man ja nicht aufteilen nach Breitengraden. Ich will ja nur darauf aufmerksam machen, daß Moral ...

[Lücke im Tonband]

*Barzel:* Ich möchte mich der Presse gleich noch zeigen. Wir haben Ihnen den Entwurf einer Entschließung vorgelegt, die wir im Präsidium gesehen haben. Darf ich zunächst fragen, ob diese Entschließung hier gebilligt wird, ob dazu das Wort gewünscht wird?

*Müller-Hermann:* Wir sind uns ja alle darin einig, daß die Oppositionsstrategie jetzt ohne Hektik in einem angemessenen Zeitraum durchdacht werden muß. Ich weiß aber nicht, ob jetzt die Zusammenarbeit der beiden Parteien in der Fraktion unter der Voraussetzung einer Übereinstimmung in allen wichtigen politischen und organisatorischen Fragen zustandegebracht werden soll, oder ob man das nicht auf Grundsatzfragen beschränken sollte. Denn wir werden doch einige Punkte haben, zwar auf der Basis des gemeinsamen Regierungsprogramms, die noch einmal einer sorgfältigen Diskussion bedürfen, gerade aus der Sicht der CSU. Ja, wir haben ein Regierungsprogramm. (*Zwischenruf:* Das haben wir beschlossen!) Ja, das haben wir beschlossen, aber ich möchte nicht, daß das Kartellrecht z. B. ...

*Barzel:* Ich habe hier das Programm in der Hand. Und ich erinnere, wie wir das zusammen gehabt haben in Berlin. Da hat Ernst Müller-Hermann gesagt: „Wo ist da eigentlich die Fusionskontrolle?“ Ich hätte beinahe gesagt: „Die steckt da drin“, nur habe ich die Worte etwas besser gewählt in Gegenwart aller Leute.

*Müller-Hermann:* Das möchte ich ja gesichert wissen. (*Unruhe und Diskussion.*) Deshalb meine ich, wir werden eben einige Punkte noch sorgfältiger intern diskutieren müssen, ich möchte aber diese Diskussion jetzt nicht abgewürgt wissen durch den Druck der CSU.

*Barzel:* Ich möchte auf die Lage aufmerksam machen dürfen, sofern Sie dies erlauben, die morgen sich ergibt. Zwischendurch darf ich Herrn Dregger zu den Papieren das Wort geben. Morgen tagt nun nachmittags, und zwar aus Gründen der Höflichkeit und der politischen Klugheit, nicht nur des Mutes, der CDU-Teil der gemeinsamen Fraktion – wie ich als naives Kind das noch nenne – nicht drüben, sondern hier im Hause. Das sind immerhin 178, 177 Mitglieder.<sup>34</sup> Sie sind alle dazu herzlich eingeladen, denn es kann natürlich sein, daß morgen Entscheidungen zu treffen sind. Wie sieht eigentlich die Lage nach morgen abend aus? Im Grunde müssen wir schon versuchen, heute nacht etwas zustande zu kriegen. Aber das liegt ja nicht allein an uns. Gelingt das nicht, und wir haben morgen Gremien und übermorgen Presse, dann werden wir Weihnachten erreichen in desolatem Zustand. (*Zwischenruf:* So ist es!) Das darf eigentlich gar nicht passieren. Aber ich sage das jetzt nicht, um hier Kursabstriche zu machen. Das ist völlig ausgeschlossen! Nur muß hier jedermann sich völlig darüber im klaren sein, daß wir hier – wenn ich ein böses Wort sagen darf, ich will aber niemanden damit verletzen außer mich selbst – in diesem Augenblick weniger eine Volkshochschule sind als ein in einem gewichtigen historischen Augenblick handelnder Partner, der hoffentlich von keiner Seite nach zwei Wochen oder zwei Jahren oder 20 Jahren als zu leicht befunden wird. Das ist ein ganz schwieriger Augenblick. Des-

---

<sup>34</sup> Die CDU/CSU-Fraktion (CDU 186, CSU 48) hatte insgesamt 234 Mitglieder (plus acht Berliner), vgl. DATENHANDBUCH 1 S. 906.



halb meine Bitte an die Mitglieder des Bundesvorstands, möglichst morgen hier dabei zu sein, damit ich nicht alle möglichen telegraphischen Einladungen machen muß. Ich müßte mir vorbehalten, Ihnen vorher was zu sagen. Die gewählten Fraktionsgremien will ich gerne beiziehen, aber die sind natürlich jetzt alles Kollegen auf Abruf. Die haben von einer früheren Fraktion ein Mandat, sie haben theoretisch eine Fortsetzung jetzt, aber das ist natürlich nicht so legitimiert, wie dieser Vorstand einer Partei, die herausgefordert ist.

Ich sage das deshalb, weil ich eben glaube, daß das, was hier steht, gut überlegt ist. Es ist so gut überlegt wie das, was heute morgen aus der Präsidiumssitzung aufgrund eines Papiers, was ich dort als Eingangserklärung gemacht, jetzt über dpa läuft. Da heißt es: „Unsere Pflicht gegenüber den Wählern ist Geschlossenheit und Programm.“ Was anderes können wir gar nicht machen. Ich möchte das noch einmal sagen, damit wir das Besondere des Augenblicks nicht über einer wichtigen Debatte vielleicht verlieren.

Der Grundvertrag gehört in die Gremien. Und da wir eine Fraktion haben, die entscheidet, und ich vor der Wahl unter dem Zorn der linken Presse, aber unter dem Beifall junger Leute gesagt habe: „Ich bin kein Ober-Mufti, ich kann die neue Fraktion nicht binden“, werde ich ganz sicherlich nicht heute nacht sagen: „Ich kann die neue Fraktion nicht binden.“ Da sind 80 Kollegen, von denen ich die Hälfte überhaupt nicht persönlich kenne, außer dem Namen nach. Das gehört in die Hände der Kommission und der Kommissionsbericht „as quick as possible“ auf den Tisch einer hoffentlich „as quick as possible“ existierenden handlungsfähigen Fraktion. Etwas anderes kann nicht erklärt werden. Wird etwas anderes verlangt, werden wir uns morgen sehen müssen. Das ist die Lage.

*Müller-Hermann:* Also, wenn ich meine Intervention noch einmal präzisieren darf: Ich bin Mitglied der Fraktionsgemeinschaft, möchte aber doch an unseren CDU-Grundsatzpositionen, die in dem Regierungsprogramm ihren Niederschlag gefunden habe, keine Abstriche vorgenommen haben unter dem Zeitdruck. (*Unruhe und Diskussion.*)

*Hasselmann:* Wir sollten hier „ja“ sagen – Änderungsanträge sind nicht gestellt – zu dem nun vorliegenden Papier. Und dann haben Sie Handlungsfreiheit. Wenn wir eine Kommission eingesetzt haben, dann bitte, dann ist die dafür da, und wenn ihr Bericht auf dem Tisch liegt, dann ist dieses Gremium dazu da, ja oder nein zu sagen. Und vorher können wir doch hier nicht die Arbeit der Kommission übernehmen. (*Starke Unruhe.*) Die nächste Wahl ist unsere! Und das, was die Bundespartei jetzt in diesen Tagen hier macht vor Weihnachten. (*Barzel:* Oder nicht macht!) oder nicht macht, das wird die Basis sein für die Möglichkeit, zu gewinnen oder nicht zu gewinnen. Wir haben uns noch nicht der Öffentlichkeit gegenüber geäußert. Also, ich halte das für gar keinen Fehler. Aber wenn es nicht Herr Kiep gewesen wäre, wäre es vielleicht ein anderer gewesen. Und ich halte das, was er gesagt hat über unser Verhältnis zur CSU für absolut richtig. Ob der Zeitpunkt richtig war, das ist eine ganz andere Sache. Aber das muß nun mal gesagt werden, weil auch ein ganz bestimmtes Echo aus der CSU und aus München uns zu Ohren kommt. (*Zwischenruf:* Ja, so ist es!) Ich habe den Ein-

druck, Dr. Barzel, daß hier bei uns Klarheit herrscht, daß die CSU in Bayern eben nicht gewonnen oder Plus gemacht hat, weil sie besser ist als die CDU, sondern vielmehr, daß ein Trend, der bei uns sich schon ausgewirkt hat, Bayern noch nicht erreicht hat. Und es könnte sein, wenn wir uns wieder auf dem Aufwärtsweg befinden, daß dann genau in Bayern das passiert, was wir zur Zeit haben. (*Diskussion.*) Wir haben die Mittelschichten verloren, und wir haben im Industriegebiet verloren, und wir sollten das vernünftig analysieren. Deshalb ist auch die Ironie der CSU bezüglich des Plus nach meinem Dafürhalten ganz anders zu werten. Wir können unsere CSU-Freunde nur bitten, sich auch ein bißchen in die Lage der anderen, nämlich der Schwesterpartei, zu versetzen und besser zu analysieren, was los ist. Und deshalb meine ich, daß primär unser Problem nicht darin besteht, uns zum Grundvertrag so oder so zu stellen. Jedenfalls in der Frage unseres Verhaltens zur CSU ist das nicht entscheidend.

Um die Glaubwürdigkeit der CDU wieder darzustellen, müssen wir uns freimachen von dem Ruf, wir seien die Unternehmerpartei. Wir müssen uns bemühen, für die Arbeitnehmer wieder attraktiv zu werden. Das ist die eine Geschichte. Und dann müssen wir den Mittelstand wieder für uns gewinnen, wo immer er sitzt. Das zeigen uns besonders die Gebiete an den Rändern der einschlägigen Zentren, z. B. Hannover, wo wir durchaus mehr verloren haben, als wir alle glaubten.

Und dann müssen wir aufhören, nach Schuldigen zu suchen für das, was hier passiert ist. Wenn Sie mal mein Land nehmen: In Niedersachsen gibt es Wahlkreise, in die ich bestimmt nicht gegangen wäre in der festen Überzeugung, daß dort ein Kandidat sitzt, der nicht gewonnen hat, sondern der selbstverständlich wiedergewählt wird. Und was ist passiert? Wir haben eben nicht gewonnen. Da wird etwas deutlich, was nicht mehr zu erklären ist mit dem einen oder anderen Kandidaten, sondern das liegt an einem besonderen Trend. Ich denke hier speziell an Dr. Hubrig<sup>35</sup> und ich denke auch an Herrn Bittelmann<sup>36</sup>, auch an von Herrn von Bismarck in Gifhorn und Peine. Kein Mensch wäre auf die Idee gekommen, bei Bittelmann, Hubrig und Bismarck mehr zu tun, als wir getan haben, weil das solche selbstverständlichen Kreise waren.

Wir können wieder zu einer interessanten Partei werden, wenn wir den Mut besitzen, uns nicht der Meinung der CSU in jedem Falle anzuschließen, sondern wenn wir unsere eigene behalten.

Dabei meine ich, daß wir gar nicht fortschrittlicher werden müßten, weder indem wir uns mehr nach links bewegen, noch, daß wir uns mehr nach rechts bewegen. Bei uns im Lande scheint mir rechts doch mehr die Mitte zu sein. Wir könnten uns mal überlegen, ob wir die Mitte neu bestimmen. Um von einer neuen Mitte wieder an die Mehrheit zu denken. Das müssen wir wirklich tun. Wo liegt die Mitte eigentlich? Es ist schade, wenn Brandt es riskiert zu sagen: „Ich gehe dahin, und wo ich bin, ist die neue Mitte.“ Wenn wir eine Analyse bei uns im Lande vornehmen, müssen wir wahrscheinlich die Mitte verschieben. Und wir können sie nicht nach rechts verschieben wegen

---

35 Dr. Hans Hubrig (1924–1982), leitender Angestellter; 1966 CDU, 1969–1972 und 1976–1982 MdB, 1974–1976 MdL Niedersachsen, 1975–1981 Vorsitzender des BV Lüneburg.

36 Otto Bittelmann (1911–2000), Landwirt; 1961 CDU, 1969–1973 MdB.

der Schichten, Herr Dr. Lemke, die wir nicht mehr haben, sonst werden sie, wie Herr Kiep es formuliert hat, dann kleiner, aber sie werden einiger. Und das ist die Frage. Wenn wir diese Schichten nicht wiedergewinnen, gehen wir den Weg gegen die 32, 35 % vielleicht. Wenn wir das nicht wollen, wenn wir wieder gewinnen wollen, müssen wir uns etwas Neues dringend einfallen lassen. (*Starke Unruhe.*)

Ich bin also fest der Überzeugung, Herr Dr. Lemke, daß die Entscheidung zum Grundvertrag ja oder nein, z. B. mit dem weiteren Weg der CDU in unserem Lande so gut wie nichts zu tun hat. Vom Gefühl her sage ich nein. Aber ich möchte erst die Begründung, die sehr sorgfältig gemacht werden muß, hören, damit auch unsere jungen Herren in der Partei und im Land sie begreifen, innerlich aufnehmen und sich dahinterstellen. Wir müssen das alle gemeinsam begreifen, sonst können wir es machen, wie wir wollen. Der Grundvertrag ist in dieser Gesamtbewertung sekundär, ist eine politische Notwendigkeit, die wir jetzt entscheiden. Dazu müßten die Kommissionen uns das Votum auf den Tisch legen, ja oder nein. Ich wollte nur gerne deutlich machen, daß wir auch uns selbst einen Gefallen tun würden, wenn der, der hier eine andere Meinung äußert, der sogenannte oder in Anführungsstrichen „Abweichler“, auch seine Meinung sagen kann. Wenn wir soweit sind, daß jemand eine andere Meinung nicht mehr zu vertreten wagt, weil er sonst hier in Ungnade fällt, dann, glaube ich, sind wir eine schlechte Partei. Ich glaube, daß wir so auch am besten den Kontakt wiederfinden mit den Wählerschichten, die zukünftig wieder bei uns sein sollen.

Das ist gar nicht so ganz einfach darzustellen, aber es trägt vielleicht dazu bei, und das ist heute mein einziges Anliegen, daß wir aufhören mit der Suche nach den Schuldigen. An den Beispielen in unserem Lande wird deutlich, daß das nicht bei dem einen oder anderen zu finden ist, sondern es ist ein Gesamttrend, der in München noch kommt und bei uns schon war. Damit möchte ich das heute bewenden lassen. Im übrigen bin ich für die Fraktionsgemeinschaft und warte gerne ab. (*Starke Unruhe.*)

*Kiep:* Ich bedanke mich auch insbesondere für die kritischen Äußerungen, die hier von Herrn Amrehn und Herrn Lorenz, von Herrn Stingl und Herrn Dr. Kiesinger im besonderen gemacht wurden, und ich darf vielleicht noch einmal in wenigen Worten begründen, was mich dazu veranlaßt hat, diese Äußerungen zu machen, die ich heute vor einer Woche niedergeschrieben habe und die dann am Mittwoch voriger Woche veröffentlicht worden sind.

Ich hatte den Eindruck, daß wir nicht weiter nach dem Modell diskutieren können, die CSU darf alles sagen, was sie denkt und die CDU hat den Mund zu halten und muß an die Notwendigkeit der Fraktionsgemeinschaft denken. Ich bin der Überzeugung, daß diese eine Woche allein uns zusätzlich eine ganz schöne Portion von Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit gekostet hat, diese eine Woche, in der nur die Äußerungen aus München kamen und von unserer Seite eben überhaupt nichts entgegnet wurde.

Und ich darf daran erinnern, Herr Generalsekretär, daß wir in der ersten Sitzung des Elferrats, des Präsidiums hier vor 14 Tagen beschlossen hatten<sup>37</sup>, daß wir eine

---

37 Aufzeichnungen für den Zeitraum vom 20. bis 27. November 1972 (ohne Unterschrift) in ACDP 08-001-353/2.

Wahlanalyse vornehmen würden und eine Festlegung der Oppositionsstrategie im Januar, wenn die Ergebnisse der Wahlanalyse vorliegen. Und daß wir dann eine Klausurtagung machen und dann wir alle diese Dinge definieren würden. Was ist aber geschehen? Dazu hat uns die CSU keine Zeit gelassen, sondern sie hat zunächst einmal mit der Ankündigung der möglichen Aufhebung der Fraktionsgemeinschaft ihre eigene Wahlanalyse vorgenommen. Und zusammen mit dieser Wahlanalyse hat sie den Versuch gemacht, aus der Konstituierung der Fraktion eine Festlegung der Oppositionsstrategie zu machen, nämlich diese beiden Dinge, die im Grunde genommen gar nichts miteinander zu tun haben müssen, zu einem Vorgang zu verschmelzen, so daß wir mit der neuen Fraktionskonstituierung, mit der Wahl Herrn Dr. Barzels zum Fraktionsvorsitzenden, sozusagen in einem Arbeitsgang auch gleichzeitig eine neue Strategie bekommen hätten.

Dieser Vorgang hat mich veranlaßt, dazu etwas zu sagen. Ich habe mich bemüht, in dem, was ich gesagt habe, niemanden in irgendeiner Weise, in irgendeiner Form zu präjudizieren. Ich habe auch extra niemanden vorher gefragt, sondern habe diese Äußerung völlig auf meine eigene Verantwortung hin gemacht, damit niemand den Eindruck hat, er wird hier, wo er vielleicht in einem Teilbereich zustimmt, auf diese Gesamtaussage festgelegt. Und Herr Amrehn, Sie müssen mir zugeben, daß, wenn Sie das Interview lesen, keine Präjudizierung der Union drinsteckt. Zum Thema Grundvertrag habe ich lediglich gefordert, daß wir eine realistische Grundhaltung einnehmen, daß wir das alles sehr sorgfältig überlegen sollen. Ich selber bin heute außerstande, hier in dieser Sitzung, wie das Herr Hasselmann eben gesagt hat, ohne Vorlage des Berichts der Kommission, ohne genaue Kenntnisse der ganzen Umstände hier etwa zu sagen, so oder so sollten wir in dieser Frage entscheiden. Die sorgfältige Prüfung habe ich auch deshalb gefordert, weil ja die CSU uns in allererster Linie hier nicht nur auf ein Nein festlegen wollte, sondern auch auf ganz bestimmte Begründungen des Neins. Aus diesem Grunde habe ich das gemacht und habe dieses Interview gegeben. Ich darf Ihnen sagen, daß da sehr wohl das Selbstbestimmungsrecht drin vorkommt, sehr wohl die Freiheit und die Unfreiheit als Ursache der Spannungen in Deutschland. Daß sehr wohl darin vorkommt, daß die Bundesregierung den Grundvertrag in einer unzulässigen Weise in den Wahlkampf eingeführt hat. All diese Dinge sind da enthalten. Ich habe mich sehr wohl bemüht, die beiden Seiten zu schildern. Aber ich habe es für richtig gehalten zu appellieren, daß wir an die Wahlanalyse nicht mit der Voraussetzung herangehen, es gäbe in dieser Wahl Sieger und Verlierer auf seiten der CDU und CSU. Das war die Ausgangshypothese der CSU. So sah das Bild nämlich aus. Aufgrund der Siegerposition der CSU, die ihrer Analyse zugrunde lag, hat sie den Versuch unternommen, praktisch uns ihre Politik als die allein richtige für die kommende Zeit nahelegen. Dieser Punkt war ein Schwerpunkt dieses Interviews. Am Anfang stand „Es gibt in dieser Wahl auf seiten der CDU/CSU nicht Sieger und Verlierer, wir haben diese Wahl gemeinsam geführt, mit einem hohen Maß an Integration auch der CSU. Wir haben sie gemeinsam verloren und müssen jetzt überlegen, wie wir in der Sache weiterkommen.“

Und, Herr Amrehn, wenn Sie glauben oder die Sorge haben, daß für den Fall, daß

etwa unsere Freunde feststellen oder das Verfassungsgericht feststellt, daß dieser Vertrag verfassungswidrig ist und deshalb eine Grundgesetzänderung notwendig ist, dann sind wir uns doch sicherlich alle einig, daß wir eine Grundgesetzverletzung oder eine Grundgesetzänderung zum Zwecke des Passierenlassens dieses Grundvertrages hier nicht in Betracht ziehen werden. Aber im Augenblick müssen wir doch davon ausgehen, daß in der Frage dieses Vertrages die Grundgesetzlichkeit zumindest noch offen ist und die Alliierten und die Bundesregierung und eine Reihe von Sachverständigen behaupten, der Vertrag sei verfassungskonform.

Was nun die Behandlung dieses Vertrages anbetrifft, so hat Herr Stoltenberg einen Vorschlag gemacht, den ich mal bezeichnen möchte als einen „Zwei-Vor-Phasen-Vorschlag“. In der ersten Phase lehnen wir den Grundvertrag ab. In der zweiten Phase – angesichts der drei Folgeverträge, die dann kommen plus des UNO-Beitritts – werden wir dann uns auf die Grundlage des inzwischen Wirklichkeit gewordenen Zustandes stellen. Ich sehe einen gewissen Widerspruch zwischen diesem Vorschlag von Herrn Dr. Stoltenberg und dem Vorschlag von Herrn Dr. Barzel, der ja im Grunde gesagt hat, wir müssen diesen Grundvertrag eben deshalb ablehnen und die dahinterstehende Politik, weil hier eine graue Zone, ein Volksfrontdenken vorhanden ist. Wir müßten diese Kollision zwischen Ost und West, zwischen SED und SPD als das zentrale Thema anpacken. Also beide Vorschläge sind nicht unter einen Hut zu bringen. Wir sollten über diese Frage noch einmal sehr genau nachdenken.

Wenn ich dafür plädiert habe, daß wir über den Vertrag und unsere Haltung zu dem Vertrag noch einmal sehr genau nachdenken, dann deshalb, weil wir ja drei Folgeverträge in den nächsten Monaten auf uns zukommen sehen müssen. Es kommen drei Folgeverträge, die alle parlamentarisch verhandelt werden müssen. Es kommt dann – als vierter Akt – der UNO-Beitritt. Das alles zum September/Okttober nächsten Jahres, wenn der Fahrplan eingehalten wird. Wir können uns darauf verlassen, daß diese Bundesregierung uns natürlich festnageln wird. Wir werden uns dann nicht im August oder im Juli oder im Juni einen Vertrag aussuchen können, der uns paßt, oder der uns weniger unangenehm ist und dann bei diesem Vertrag sagen: Hier stimmen wir jetzt mal wieder zu, ebenso wie wir beim Verkehrsvertrag zugestimmt haben. Sollte dies die Absicht sein, dann möchte ich nur warnen vor einem solchen Vorgehen, weil uns das in neue zusätzliche Schwierigkeiten bringt und auf diesem gesamten Gebiet der Außenpolitik neue Fragen der Glaubwürdigkeit bzw. Unglaubwürdigkeit bringen wird.

Wenn ich davon gesprochen habe, daß wir den Anschluß an die internationale Politik finden müssen, dann doch nicht deshalb, weil ich glaube, daß wir ohne diesen Anschluß etwa nicht up to date oder nicht modern wären. Der Anschluß ist doch nicht Selbstzweck, sondern bringt uns doch erst in den Stand als CDU/CSU-Opposition im Bundestag, in Europa und in der Welt für die wirklich entscheidenden Dinge zu kämpfen und gegen die Tendenzen der Regierung anzugehen, die ja lebensgefährlich sind. Ich nenne nur hier einen Begriff: Es steht doch heute im Raum die gesamteuropäische Friedensordnung Willy Brandts und Egon Bahrs auf der einen Seite und unsere Vorstellung vom politisch geeinten Europa auf der anderen. Wie wollen wir denn diese Dinge wirklich durchsetzen, so wir dazu als Opposition in der Lage sind, wenn wir

nicht bereit sind, die Grundlage, auf der sich diese ganze Politik abspielt – auf der auch unsere Verbündeten diese Politik betreiben –, auf der die mit uns befreundeten Parteien diese Politik betreiben, als eine gegen unseren Willen geschaffene Realität hinzunehmen?

Ich darf nur daran erinnern, daß bei der NATO-Parlamentarier-Konferenz<sup>38</sup>, Herr Amrehn, drüben im Bundestagshochhaus, unsere CDU-Abgeordneten mit Ja gestimmt haben, als eine Resolution eingebracht wurde über den Grundvertrag. Als ich dann einige Kollegen fragte: Sagt mal, wie kommt Ihr denn dazu, da mit Ja zu stimmen? Da haben die gesagt: Ja, international müssen wir doch selbstverständlich mit Ja stimmen, wo kämen wir denn dann hin? (*Starke Unruhe und Heiterkeit.*) Und dann habe ich gesagt: Ja, aber Kameraden, was machen wir denn intern im Deutschen Bundestag? Da wurde gesagt: Entschuldigung bitte, das ist natürlich eine innerdeutsche Geschichte, darüber denken wir intern, unter uns und auch in der innerdeutschen Auseinandersetzung, ganz anders. Aber dies, meine Damen und Herren, zeigt doch ganz deutlich, daß unsere Aktionsfähigkeit davon abhängt, wie weit wir uns jetzt hier an der entscheidenden Weichenstellung vernünftigt entscheiden. Ich plädiere eben für eine sehr, sehr eingehende Diskussion.

Ich wiederhole noch einmal, daß ich damit weder ein Plädoyer für ein Ja noch ein Nein abgeben will, sondern einfach für diese notwendige Diskussion, weil hier wirklich eine grundsätzliche Weichenstellung erfolgt, über die wir uns ernsthafteste Gedanken machen sollten. Wenn ich an unsere Alliierten denke – ich höre heute so in der Diskussion von dem ein oder anderen: Na ja Gott, die Westmächte, die sind auch schon abgeschwommen, das ist natürlich alles sehr leicht gesagt –, dann darf ich noch einmal daran erinnern, daß unsere elementare Sicherheit in diesem Lande von der Präsenz amerikanischer Truppen abhängt, daß wir in wenigen Wochen Verhandlungen mit den Amerikanern haben werden, die im Rahmen der Nixon-Doktrin<sup>39</sup> ihr Engagement in Europa reduzieren möchten. Wie wollen wir denn auf die Amerikaner, wie wollen wir denn auf die auch in der Koalition vorhandenen vernünftigen Kräfte unterstützend einwirken, wenn wir uns auf eine Position zurückziehen, in der wir sagen, mit dieser ganzen Entwicklung haben wir nichts zu tun.

Ich könnte noch eine ganze Reihe von Argumenten anfügen, (*Unruhe.*) verzichte aber darauf, weil wir ja alle unter einem gewissen Zeitdruck sind. Ich möchte nur schließen mit einer ganz kurzen Bemerkung zum Stil der Opposition überhaupt. Herr Barzel hat meiner Ansicht nach völlig zu Recht gesagt: Wir müssen in der Wohnung die Koffer auspacken. Und ich halte das in der Tat auch für einen der Fehler der letzten drei Jahre, daß wir diese Koffer nicht ausgepackt haben. Aber ich meine, daß vom Stil der Opposition ungeheuer viel abhängt. Ich glaube z. B., daß auch die Sprache im Parlament, die

---

38 Frühjahrstagung des NATO-Ministerrates am 30./31. Mai 1972 in Bonn, vgl. AdG 1972 S. 17135–17137.

39 Die Doktrin wurde von Richard Nixon während einer Pressekonferenz in Guam am 25. Juli 1969 verkündet. Die Verbündeten sollten zukünftig ihre militärische Verteidigung – besonders finanziell – in die eigene Hand nehmen (Text der Pressekonferenz im Internet: [http://www.nixonfoundation.org/clientuploads/directory/archive/1969\\_pdf\\_files/1969\\_0279.pdf](http://www.nixonfoundation.org/clientuploads/directory/archive/1969_pdf_files/1969_0279.pdf)).

in der Öffentlichkeit gehört wird, dieser neuen Lage, in der wir sind, Rechnung tragen muß. Ich glaube also, daß das, was ich einmal die „Plattsprache“ nennen möchte, in den neuen Deutschen Bundestag nicht mehr hineinpaßt, einfach nicht mehr verstanden wird. Und wenn wir in vier Jahren wirklich diese Wahlen gewinnen wollen, von denen ja alles abhängt, dann meine ich, müssen wir in vielen anderen Punkten, die ich jetzt nicht erwähnen möchte, nachdenken, diskutieren. Und deshalb begrüße ich den Vorschlag, den Termin für diese Klausurtagung. Ich hoffe, daß dies für uns ausreichend Gelegenheit geben wird, über all diese Themen und viele andere mehr zu sprechen.

*Dregger:* Ich möchte anknüpfen an den Bericht des Vorsitzenden, den ich billige und den ich begrüße. Insbesondere seine Aussage, daß wir Opposition vom Grundsätzlichen her zu führen haben. Und ich möchte hinzufügen, daß wir das entschieden und vor allem gemeinverständlich zu tun haben.

Meine Damen und Herren, wir sind Opposition! Und wir sind Parlamentarier. Das heißt, wir sind nicht Experten, und wir sind auch nicht Diplomaten. Lassen Sie mich daraus einige Schlußfolgerungen für unser Verhalten beim Grundvertrag ziehen. Wenn wir, wie Experten, jeden Punkt ein paar Mal umdrehen und dafür sehr viel Zeit brauchen, und dann nach einigen Wochen erklären, wir sind dafür oder dagegen, dann haben wir in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, daß das, was die Regierung vorlegt, im Grunde durchaus akzeptabel ist, und daß dafür nur einzelne Expertengründe dagegen sprechen. Ich halte diese Methode für eine Oppositionspartei für grundfalsch. Die Gründe für die Ablehnung des Grundvertrages sind offensichtlich. Ich bin der Meinung, daß wir das so klar und so früh und so eindeutig wie möglich der deutschen Öffentlichkeit mitzuteilen haben. Die Experten mögen nachher die Gründe im einzelnen vortragen, aber wir brauchen davon unsere Grundsatzentscheidung nicht abhängig zu machen. Ich stimme völlig Bundeskanzler Erhard zu, der von sich aus erklärt hat, schon vor der Wahl, ich habe es vor der Wahl auch getan, daß dieser Vertrag nicht akzeptabel ist. Die Gründe liegen auf der Hand, ich will sie hier im einzelnen nicht vortragen.

Ich meine zweitens, daß es vor allem politische Gründe sind und nicht nur verfassungsrechtliche Gründe. Wir sollten die Frage der Verfassungswidrigkeit prüfen. Denn wir sollten erwägen, die Sache dem Verfassungsgericht vorzulegen. Aber das sollte nicht unser erstes Petikum sein. Unsere Gründe sind politischer Natur, und die sollten wir in dieser Auseinandersetzung in den Vordergrund stellen. Nun ist die Frage, was bedeutet das für die Folgeverträge? Meine Damen und Herren, wenn die Regierung, wenn die Mehrheit sich durchsetzt und Tatsachen schafft, die wir nicht umstoßen können, dann müssen wir als Oppositionspartei jeweils von den neuen Tatsachen ausgehen. Wir sind durchaus in der Lage, einen Verkehrsvertrag anzunehmen, vielleicht einen späteren weiteren Vertrag anzunehmen und trotzdem den Grundvertrag abzulehnen. Ich möchte vor einem weiteren warnen: Ich bin nicht der Meinung, daß wir als deutsche Parlamentarier unsere Entscheidungen in Lebensfragen unseres Volkes nach dem Rat unserer Verbündeten auszurichten haben. Wir sind vom deutschen Volk beauftragt und nicht von den Amerikanern und nicht von den Franzosen. Im übrigen bin ich der Meinung, daß unsere amerikanischen Verbündeten keineswegs sich Verbünde-

te wünschen, die ihre eigenen Interessen nicht wahrnehmen. Wer seine eigenen Interessen nicht nachdrücklich vertritt, der wird auch die gemeinsamen nicht nachdrücklich vertreten. Wir sind durchaus in der Lage, in das gemeinsame Bündnis unsere deutsche Position einzubringen. Das ist früheren Bundeskanzlern gelungen, und dazu besteht auch heute die Möglichkeit. Ich möchte dringend davor warnen, sich nur nach Ratschlägen auswärtiger Botschafter zu richten.

Ich möchte weiterhin sagen, wir haben – das ist schon mehrfach gesagt worden, ich will es ausdrücklich unterstreichen – unsere Entscheidung nicht nach den Umfragen der Demoskopien auszurichten. Wir sind Meinungsführer. Wenn wir in einer kritischen Frage uns allerdings wochenlang zurückhalten und erst die Experten befragen, ehe wir zu einer Meinung und zu einem Urteil kommen, dann allerdings dürfen wir uns nicht wundern, wenn auch die deutsche Öffentlichkeit die Gegengründe nicht zur Kenntnis nimmt und sich nicht zu eigen macht. Wer kennt denn den Inhalt des Grundvertrages? Die allermeisten nicht. Wenn die Opposition zögert, nein zu sagen, dann ist es kein Wunder, daß nahezu die gesamte Öffentlichkeit meint: Na ja, das ist doch eine gute Sache, das klingt schön, es ist ein Grundvertrag, und selbst die Opposition sagt nicht nein. Ich bin der Meinung, daß Demoskopie und Politik zwei grundverschiedene Dinge sind, daß wir zwar die Meinung der Demoskopien zur Kenntnis zu nehmen haben, daß wir danach unsere politische Linie aber nicht ausrichten sollten. Ich habe daher auch gewisse Zweifel, ob es in dieser Situation richtig ist, daß wir zunächst den Antrag stellen: Die Bundesregierung wird aufgefordert, erneut mit der DDR zu verhandeln, um gewisse Bedingungen zu erfüllen. Wer nimmt denn das ernst? Das ist doch ein Pakt zwischen Ost-Berlin und Bonn, und da das keine ausländischen Mächte sind, ein Pakt zwischen SED und SPD. Die sind sich doch seit langem über alles einig. Wir müssen doch zur Kenntnis nehmen, daß schon während der Großen Koalition im Auftrage von Willy Brandt Herr Bahr und andere über die Kommunistische Partei Italiens mit den Leuten in der DDR diese ganze Politik ausgemacht haben<sup>40</sup>, die jetzt Schritt für Schritt verwirklicht wird. Es ist also eine taktische Frage, ob wir diesen ersten Antrag stellen sollen, denn von der Sache her, daß dabei nichts erreicht wird, sind wir uns doch wohl alle einig. Wenn es aber nur eine taktische Frage ist, dann bin ich mehr dafür zu sagen, so wie die Bundesregierung das Vertragswerk vorgelegt hat, verdient es nicht unsere Zustimmung. Wir werden es ablehnen, und wir sollten unsere grundsätzliche Entscheidung nicht wieder länger aufschieben, aus den Erwägungen heraus, die ich eben vortragen habe und die mir entscheidend für den Stil einer Oppositionspartei zu sein scheinen, die den Wunsch hat, einmal die Regierung zu stürzen.

Wir müssen uns doch über eines im klaren sein: Wenn eine Regierung gut regiert, dann ist sie nicht zu stürzen. Wenn sie ganz schlecht regiert, dann kann das auch eine schlechte Opposition unter Umständen fertigbringen. Wenn sie mittelmäßig ist, und das ist die Regel, dann können wir doch nur dann eine Chance haben, die Regierung zu stürzen, wenn wir alle kritischen Punkte ihrer Politik brutal offen legen und nach außen mit Entschiedenheit vertreten, aber nicht dadurch, daß wir uns der Regierungs-

---

40 Vgl. Nr. 30 Anm. 6.



position nähern in der Hoffnung, daß dann einige Leute, die bisher die Regierung unterstützt haben, nunmehr uns unterstützen würden.

Zum Abschluß noch ein Wort zur Einheit der Unionsparteien: Ich bin sehr traurig darüber, daß die CSU das überhaupt zu einem Problem gemacht hat. Ich würde es für verhängnisvoll halten, wenn die Einheit der Unionsparteien verloren ginge. Wir sollten auch bei den weiteren Verhandlungen jetzt möglichst den Eindruck vermeiden, daß sich hier zwei verschiedene Parteien gegenüberstehen mit unterschiedlichen Programmen, die jetzt mühsam auf ein gemeinsames Programm geführt werden müssen. Auch die CSU ist ja kein einheitlicher Block. Es gibt Meinungsverschiedenheiten in der CSU wie in der CDU. Wir sollten möglichst bald wieder den Eindruck erwecken, daß wir eine geschlossene Kraft sind, weil wir sonst keine Chance haben, erfolgreiche Politik in Deutschland zu machen.

*Müller-Hermann:* Ich möchte nichts wiederholen von dem, was gesagt worden ist, nur zwei kurze Bemerkungen machen. Als ich das Interview von unserem Freund Kiep las, habe ich mir gedacht, wir entwickeln uns ein Jahr zu schnell. Ich glaube, er hat recht, wenn er davor warnt, daß wir uns in eine internationale Isolierung begeben. Die amerikanischen Präntentionen unter dem Pragmatiker Nixon sollten wir sicherlich nicht falsch interpretieren. Aber es wäre ein Bruch in der Kontinuität unserer deutschlandpolitischen Linie, wenn wir jetzt hier zu den Fragen des Grundvertrages eine verschwommene Haltung einnehmen würden. Ich bin da eher der Meinung, wir müssen hier ganz konsequent und klar nein sagen. Bloß bei der Begründung sehr, sehr sorgfältig argumentieren. Das zweite: Ich meine doch, daß es jetzt auch an der Zeit ist, sehr behutsam unser Verhältnis zur FDP neu zu überdenken. Ich bin ganz sicher, daß eine faire Chance, wieder die Regierungsverantwortung zu erhalten, nur möglich sein wird, wenn wir im Laufe der nächsten Jahre sehr behutsam – ohne mit dem zu großen Locken der Koalition – beginnen, unser Verhältnis zur FDP wieder überprüfen. Ich glaube, daß es doch bei den Spannungen, die zweifellos in der Koalition auftreten werden, hierfür eine Reihe von Anknüpfungspunkten geben wird. (*Zwischenruf:* Richtig!)

*Köppler:* Ich würde gerne auch noch einmal auf den Bericht von Herrn Dr. Barzel zurückkommen. Ich billige den Bericht, hätte in zwei Punkten gerne auch in seiner Anwesenheit noch eine Anmerkung gemacht. Das erste ist die Frage, ob es sich wirklich empfiehlt, das Verfahren so, wie er es vorgeschlagen hat, mit einem Antrag, der die Bundesregierung auffordert, neue Verhandlungen zu führen, zu eröffnen. Wenn ich mir das in die Kalenderlandschaft projiziere, dann heißt das, daß noch vor Weihnachten ein solcher Antrag, sozusagen verbunden mit der Wahl des Bundestagspräsidenten – oder wie wollen Sie das sonst machen – im Bundestag eingebracht wird. In einer solchen Atmosphäre, die dadurch geschaffen wird, wird es uns nicht möglich sein, diesen Antrag in der Öffentlichkeit als einen Antrag zur Sache durchzubringen, sondern das wird uns als rein taktische Aktion wahrscheinlich mißdeutet werden. Ich fürchte, wir werden dieser Mißdeutung nicht mit dem genügenden Gegengewicht entgegenreten können. Bei der Frage, die die Fraktion entscheiden muß, würde ich ein Fragezeichen machen und Sie bitten, zu überlegen, ob man nicht die Gründe, die hier im einzelnen noch von der Fraktionskommission ausgearbeitet werden müssen, in

aller Ruhe und in aller Festigkeit zum Zeitpunkt der Ratifizierungsdebatte im Bundestag vorträgt. Das soll nicht heißen, daß man die Meinung nicht vorher publik macht.

Das zweite ist, ich bekenne mich dazu, auch zu denen zu gehören, die unser Vorsitzender der unverantwortlichen Optimismus-Mache während des Wahlkampfes bezichtigt hat. Ich sage Ihnen ganz offen, ich habe zwar mit in Rechnung gestellt, daß wir es nicht schaffen. Aber ich habe dieses Wahlergebnis, und darüber waren wir uns, glaube ich, alle, die wir am Montag nach der Wahl hier zusammen waren, einig, in dieser Form nicht für möglich gehalten. Ich habe diese prognostische Fähigkeit nicht gehabt, sondern ich muß sagen, ich habe zwar mit einiger Sorge der Entwicklung im Ruhrgebiet und in den schwerindustriellen, von Großbetrieben strukturierten Teilen unseres Landes entgegengesehen, weil ich dort die Gefahr sah, daß wir mundtot gemacht worden sind durch die uns überwältigende Propaganda, Gegenpropaganda, die mit allen Mitteln in den Betrieben operiert hat, die es gar nicht nötig hatte, draußen Wahlveranstaltungen zu machen, sondern sich nur auf die Arbeit in den Betrieben konzentriert hat. Aber ich habe nicht erwartet, angesichts des öffentlich erkennbaren Zuspruchs, der völlig verbesserten Mentalität gegenüber 1969 in allen anderen Teilen des Landes, daß wir dort solche Verluste erleiden würden, bzw. daß wir dort an der Progression so wenig teilnehmen würden, wie das in Wirklichkeit der Fall war.

Ich würde zu dem Grundvertrag nur folgendes sagen und vielleicht komme ich dann auch gleich noch auf das Interview von Herrn Kiep: Ich bin kein Experte auf dem Gebiet. Aber ich habe doch nun selber im Wahlkampf, zum Thema Grundvertrag das vertreten, was hier von der Spitze der Partei, beider Unionsparteien, festgelegt worden war. Ich habe insbesondere das, was unser Vorsitzender immer wieder dazu gesagt hat – und das war ja vernehmlich für die Bevölkerung, daß der Vertrag neu verhandelt werden muß, denn so können wir den nicht schlucken –, unters Volk gebracht, und diese Meinung steht heute noch als die Meinung der CDU in der Landschaft draußen. Jetzt die Kurve zu bekommen und zu sagen, das müssen wir uns alles noch mal überlegen, wir müssen also sehr gründlich prüfen, ob wir doch ein Ja sagen können zu einem Vertrag, der eben nicht neu verhandelt wird, sondern der so weit hinter den selbstgesteckten Zielen der Regierung zurückbleibt – der 20 Punkte, der Vereinbarungen in den zuständigen Gremien und Ausschüssen des Bundestages, die interfraktionell sogar übereinstimmend festgelegt worden sind –, zu dem kann man nur mit allem Anstand nein sagen.

Nun hat mich natürlich, wie viele andere, außerordentlich geärgert, daß ein solcher Punkt, in dem wir schon vor dem Wahltermin eine so weitgehend übereinstimmende Meinung in der gesamten Union hatten, zu einem Pressionspunkt oder einem Kardinalpunkt für die Frage zur Fortsetzung der einheitlichen Fraktion gemacht wird. Hier ist der einzige Punkt, wo ich den Entlastungsangriff vom Kollegen Kiep nicht verstanden habe, daß er ihn mit dieser Frage verbunden hat. Ich räume ein, Sie haben nur eine präzise Überprüfung der Stellungnahme zum Grundvertrag gefordert. Aber wie es nicht anders kommen konnte, ist diese Ihre Äußerung – in diese Landschaft hinein gesagt, die wir vorige Woche hatten – natürlich so interpretiert worden, als sei hier in der Union die Frage des Ja zum Grundvertrag ernsthaft Gegenstand der Diskussion.

Nun hatten wir gerade in den Tagen vorher durch eine ganze Reihe von öffentlichen Äußerungen – mit einer für die Union, die CDU geradezu exzeptionellen Übereinstimmung – versucht, den fatalen Eindruck, daß hier unter dem Druck der CSU die CDU von einem von ihr zwar gewollten, aber nun nicht mehr durchzuhaltenden Ja weggebracht wird. Diesen Eindruck hatten wir einigermaßen vom Tisch, indem klargemacht wurde, hier stößt die CSU mit ihrer Forderung, ihrer ultimativen Forderung an die Adresse der CDU ins Leere. Da kam dann der Eindruck, sie hat ja doch recht gehabt, oder es wird hier zumindest mal das Fragezeichen in Richtung Grundvertrag öffentlich aufgerichtet. Das war der einzige Punkt, der mich an Ihrem von mir als Entlastungsoffensive verstandenen Interview in der Tat etwas verstörte.

Ich bin mit Hasselmann der Meinung, Meinungsfreiheit und eine gewisse Liberalität der Meinungen muß sein unter uns, das ist ganz klar. Nur, ich unterschreibe ja auch, was gesagt worden ist. In dieser Situation, in der wir uns – das kann man hier intra muros offen sagen – der unverantwortlichen Öffentlichkeitsarbeit aus München gegenübergesehen haben, sollten wir auch die öffentliche Reaktion darauf gemeinsam absprechen. Denn das schafft nachher auch in der CSU, wenn wir hier mit zu viel Stimmen reden, eine schwierige Lage, gar nicht mal nur im Verhältnis zur CDU, sondern auch in unseren Kreisverbänden, in unseren Gremien selber. Und wir hatten uns bei der Feuerwehrsitzung am Samstag darauf verständigt, daß wir jetzt die Dinge herunterspielen wollten. Glauben Sie mir, daß mir das auch nicht immer leicht gefallen ist, zu allem möglichen, was uns da angedient worden ist aus München – bis hin zu dem Nachwuchspolitiker, der dort in München dieses Wort in den Mund genommen hat – einfach den Mund halten.<sup>41</sup> Aber wir waren der Meinung, und ich habe mich daran gehalten, wir sollten uns in Zukunft, wenn eine solche Absprache getroffen ist, alle daran halten, daß hier zunächst einmal die Emotionen heruntergespielt werden und daß wir versuchen mußten, aus dem Reden übereinander in ein sachliches Gespräch miteinander zu kommen, was dann Gott sei Dank erreicht worden ist.

Ich bin der Meinung, daß wir jetzt dieser Fraktion die Möglichkeit geben sollten, so schnell wie möglich, Tritt zu fassen. Das ist aber auch dringend wünschenswert, und insofern würde ich nicht meinen, daß wir noch eine Fülle von Verhandlungen von uns aus anbieten sollten. Vor Zusammentreten des Bundestages muß hier reiner Tisch sein, muß die Sache in Ordnung sein. Länger halten wir das auch in unseren Landesverbänden nicht mehr durch. Ich muß sagen, mein primärer Eindruck über die Reaktionen in den Kreisverbänden draußen ist der, daß die Partei viel weniger, als zu befürchten war, verstört war durch das Wahlergebnis, sondern, daß in den Kreisverbänden draußen die allgemeine Stimmung die war: Jetzt erst recht! Das hat sich auch in Mitgliederzugängen nach dem Wahltag in einem ganz spontanen, erstaunlichen Ausmaß deutlich gemacht. Was die Partei aber langsam nicht mehr erträgt, ist das Hickhack zwischen CDU und CSU und das Nicht-In-Gang-Kommen einer Opposition angesichts des Unfugs, der auf der Regierungsseite dauernd passiert, der aber merk-

---

41 Anspielung auf den Artikel von Wilfried Scharnagl im „Bayernkurier“ vom 2. Dezember 1972 „CDU und CSU – Wege und Ziele notwendiger Erneuerung“.

würdigerweise unerschrocken nur berichtet zu werden braucht, weil wir die Ober Schlagzeilen liefern für das, was die öffentliche Meinungsbildung an der politischen Szenerie interessiert. Ich würde also bitten, daß wir nun hoffentlich morgen einen Schlußpunkt setzen können oder am Mittwoch in dem Fraktionsgremium. Dann muß aber ein Schlußstrich gezogen werden. Sonst wird das draußen in den Kreisverbänden auch über Weihnachten und in der berühmten Pause, in der wir alle nicht mehr zu packen können, in der aber weiter geredet wird, eine unerträgliche Belastung. Und das, was wir alle vielleicht mit Recht für die Zeit unmittelbar unter dem Eindruck des Wahlergebnisses befürchtet haben, tritt dann erst negativ in Erscheinung. Wenn es denn diese Woche in Ordnung zu bringen ist, werden wir damit fertig werden.

*Kraske:* Wir haben noch vier Wortmeldungen. Da sich die Reihen ein bißchen zu lichten beginnen, wollte ich nur sagen, ich würde gerne hinterher noch ein paar Fragen über das weitere Verfahren mit Ihnen erörtern. Alles in allem wird das hier nicht länger als etwa bis 17.30 Uhr dauern, wenn wir uns auf diesen Termin vielleicht verständigen können.

*Windelen:* Ich kann nur unterstreichen, was Köppler gesagt hat. Wir müssen hier schnellstens wieder Zement in die Fundamente gießen. Wenn wir das schaffen, dann werden wir die Dinge wieder zum Stehen bekommen. Schaffen wir das nicht, kann man für nichts garantieren. Zu dem Praktischen: Ich hätte gar keine besonderen Schwierigkeiten, ein klares Votum zum Grundvertrag abzugeben, ich hätte auch vor der Wahl keine gehabt. Das ist uns jetzt erschwert worden durch den Eindruck, der entstanden ist, daß wir nunmehr unter dem Druck Dritter zu diesem Votum kommen. Deswegen können wir es eben nicht ungeprüft abgeben, sondern wir müssen es sehr gut fundiert und sehr gut begründet abgeben und zwar deswegen, weil sonst der Eindruck entstehen oder verstärkt werden muß, wir hätten dieses Votum jetzt nur unter Druck der CSU abgegeben. Wir sollten in unserer Begründung vor allem die Dinge in den Vordergrund schieben, die verständlich sind, auch für die Bürger verständlich sind, und die bald nachprüfbar werden. Das ist nicht die Frage der Einheit der Nation, das ist ein geschichtlicher Prozeß. Das ist auch nicht die Frage Vier-Mächte-Erklärung, das ist nicht die Frage der Verfassungsmäßigkeit, das ist auch nicht die Frage Berlin, das ist ein Prozeß, der sich unmerklich vollziehen wird. Nachprüfbar werden am ehesten sein die Fragen der sogenannten „menschlichen Erleichterungen“, da können wir ziemlich unbesorgt sein, das hat jetzt schon begonnen.

Das heißt also, wir sollten diesen Vertrag messen an unseren gemeinsamen Prämissen, die vor der Wahl gegolten haben, die für den Versuch einer gemeinsamen Politik gegolten haben und die jetzt eben weiter gelten. Das heißt, wir sollten jetzt unsere Barrieren nicht höher schrauben, aber wir haben keinen Anlaß, sie jetzt zu senken. Wenn wir das tun, und hier ist das Nötige gesagt worden, Entschließung, 20 Punkte und was sonst, oder unser Regierungsprogramm, dann werden wir zu einem sehr ruhigen und gut begründeten Nein kommen.

Zum Interview Kiep: Ich habe es nachgelesen, es ist sehr viel differenzierter, aber das ist immer so, es werden eben drei Sätze herausgezogen, mit einer knalligen Überschrift versehen, alles andere interessiert nicht. Wir sollten nur daran denken, daß es

gar nicht darauf ankommt, was man da im längeren Interview sagt, sondern daß es darauf ankommt, was man dann in der Schlagzeile daraus machen kann. Auch das hätten wir ertragen. Dazu kam der Zeitpunkt in einer Phase der mangelnden oder nicht vorhandenen Kommunikation, und das hat die Dinge natürlich dann etwas dramatisch zugespitzt. Aber wir sollten nicht über das nachdenken, was war, sondern über das nachdenken, was wird.

Die Frage verfassungsrechtliche Überprüfung: Ich habe meinerseits an keiner Stelle von dem Antrag auf eine einheitliche Anordnung gesprochen, sondern ich habe bewußt immer von einer verfassungsrechtlichen Überprüfung gesprochen. Da es eine Normenkontrolle nicht mehr gibt, bleibt eben dann natürlich nur die Anrufung übrig. Ich habe auch begründet, warum. Ich habe den gleichen Vorschlag schon beim Warschauer und beim Moskauer Vertrag gemacht. Das wurde überflüssig, weil die Entschließung ja sehr viel weiter ging in der Klarstellung, zumal sie ja völkerrechtlichen Rang erhielt, wenn auch keinen sehr hohen. Die Bundesregierung würde bei einer verfassungsrechtlichen Prüfung in Karlsruhe genötigt sein, eine verfassungskonforme Interpretation abzugeben. Das zweite, wir würden ein Minderheitenvotum bekommen mit einiger Sicherheit, das nun auch bestätigt wird, daß unsere Bedenken nicht völlig gegenstandslos waren. (*Kohl*: Das wird sich im Bundesrat tun, hier die Verfassungskonformität.) Einverstanden! Das heißt, dann sollten dagegen eigentlich keine Bedenken bestehen. Ich erwarte nicht, nach der bisherigen Praxis der Rechtsprechung von Karlsruhe, daß Karlsruhe zu einem Verwerfen kommen wird. Damit rechne ich nicht, ich sage das ganz offen. Das ist zwar bestürzend, wenn man sich den Vertrag näher ansieht, aber ich gehe nicht davon aus, weil eben das Verfassungsgericht auch bisher immer die Interpretation der jeweils verantwortlichen Regierung für seine Entscheidung zugrunde gelegt hat. Das heißt, die Bundesregierung ist hier ja ziemlich ruhig, und ich befürchte, sie kann es auch sein. Ich frage, was würde das dann für uns für Konsequenzen bedeuten? Nun, wir werden eben nicht den Fehler machen, den die SPD in den 50er Jahren gemacht hat, das mit einer großen Kampagne verbinden. Die SPD hat ja damals nicht akzeptiert, nachdem Vertragsrecht geschaffen war, sondern sie ist ja eingestiegen dann auch in Kampagnen wie „Ohne mich“ usw. Das sollten wir nicht tun, das werden wir auch nicht tun. Aber ich sehe nicht ein, daß wir eine Politik mittragen und mitverantworten sollen, von der wir ja wissen, welchen Weg sie öffnet und welchen Sinn und welches Ziel sie verfolgt. Das heißt, wir werden, wenn diese Verträge rechtens geworden sind, uns auf dem Boden des so geschaffenen Rechtes zu stellen haben. Das heißt also, wir werden dann nicht dauernd auf den Putz hauen, sondern wir werden deutlich die Verantwortlichkeiten feststellen und unsere Konsequenzen daraus ziehen. Und das muß im Zweifelsfall beinhalten, Kollege Kiep, ich sage das hier, daß wir frei sind auch in den folgenden Entscheidungen, d. h. nicht, daß wir dann in irgendeiner Weise einem Zugzwang unterliegen. Das muß aber dann nach beiden Richtungen, nach beiden Seiten gelten.

Die Frage, welche Konsequenzen werden wir aus der neuen Lage zu ziehen haben? Nun, ich sage Ihnen ganz offen, Herr von Weizsäcker, hier reden wir offenbar ein bißchen aneinander vorbei. Sie haben öfters kritisiert – ich habe das immer sehr aufmerk-

sam registriert, weil ich immer sehr aufmerksam verfolge, was Sie sagen und schreiben –, man solle nicht vom Untergang Deutschlands sprechen. Doch mit diesem Vertrag ist Deutschland, so wie wir es nach unserem Verfassungsverständnis verstehen, untergegangen. Ich sage das ohne Hysterie. Und ich sage das also auch ohne Aggression, sondern nur als Feststellung. Deutschland existiert dann noch in den Akten der Alliierten und in den Geschichtsbüchern, als rechtliche Realität dann nicht mehr. Ich glaube, das sollten wir so deutlich sehen. Sie sind hier anderer Meinung, vielleicht können wir uns mal außerhalb dieses Saales darüber unterhalten, ich sage das ohne jede Aggression, sondern nur als Feststellung, und ich glaube, an dieser Feststellung kommt man im Grunde nicht vorbei. (*Kraske*: Das wäre aber sogar ein Vorstandsthema.) Einverstanden, vielleicht können wir es dazu machen. (*Unruhe und Diskussion*.)

Welche Konsequenzen werden wir aus dieser neuen rechtlichen Lage zu ziehen haben? Ich stimme hier dem zu, das mag manchen überraschen, was Langguth und andere gesagt haben. Wenn damit diese Teilung rechtlich vollzogen ist, dann können wir auf dieser neuen Basis, die ja beruht auf dem Hintergrund des Wandels durch Annäherung, keine Wiedervereinigungspolitik nach unseren Vorstellungen mehr betreiben, weil das bedeuten würde, daß wir das Tor zum Sozialismus noch weiter aufmachen würden. Ich befürchte, daß wir dann etwas ganz anderes tun müssen, nämlich das Tor zuzumachen, und einen Wandel durch Abgrenzung unsererseits betreiben müssen. Denn diese Politik beruht doch auf der Grundlage der Konvergenz. Ich empfehle Ihnen allen den Aufsatz – Majonica hat darüber geschrieben – in der Beilage zum „Parlament“, so etwa acht Wochen alt oder auch zehn Wochen alt<sup>42</sup>, wo man sich mit allem Nachdruck zur Konvergenz des Wandels durch Annäherung und der Öffnung bekennt. Das heißt, wir sollten dazu die Hand nicht reichen, da das ja eine Einbahnstraße ist, eine Öffnung ja nur für den Verkehr von Osten nach Westen, nicht aber für den Verkehr von Westen nach Osten. Wir werden dann also zu fragen haben, ob wir diese Politik unter der veränderten Situation weiter betreiben können oder ob wir nicht vielmehr eine Abgrenzung gegenüber dem Sozialismus betreiben müssen und dann eben wieder eine westliche, europäische Entwicklung betreiben sollten, die uns dann die Möglichkeit gibt, wenigstens eine freiheitliche Ordnung aufzubauen und sie offen zu halten für eine Zukunft, von der wir heute noch nicht wissen, wann sie eintreten könnte. Das können nur Andeutungen sein, aber ich bin mir über die Konsequenzen, die damit verbunden sind, durchaus klar. Aus diesen Gründen habe ich versucht, den Anfängen zu wehren, weil ich mir völlig klar darüber war, daß diese Politik so angelegt war in den Verhandlungen zwischen Bahr und Gromyko. Sie finden im Bahr-Papier alle Elemente auch des Grundvertrages schon wieder. Wir waren eigentlich nur im ersten Schritt frei, im zweiten nicht mehr. Das heißt, diese Politik ist jetzt konsequent bis zu ihrem letzten Schritt vollzogen, und wir müssen aus dieser Po-

---

42 Horst HEIMANN: Demokratischer Sozialismus in Ost- und West. Die Deutschland- und Ostpolitik: Anregungen zu einer konkreten Utopie. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 36–37/1972* vom 2. September 1972 S. 3–28. – Zur Rezension des Beitrags durch Majonica vgl. „Neuvereinigung durch Sozialismus? Die gefährliche Utopie des ‚demokratischen Sozialismus‘“. In: „Die Politische Meinung“ Nr. 145 vom Oktober/November 1972 S. 81–89.

litik dann auch unsererseits unsere Konsequenzen ziehen. Das wird in manchen Dingen nicht einfach sein, aber ich glaube, daß wir hier auch neue Chancen bekommen, wenn wir diese Möglichkeiten so sehen. Darüber kann man heute nicht weiter sprechen, aber ich glaube, Herr Amrehn, darüber werden wir uns einmal hier zu unterhalten haben.

Das heißt jetzt und heute kein voreiliges Votum zu den Grundverträgen, allzu lange können wir es nicht mehr herauschieben. Die Kommission wird ja heute und morgen wahrscheinlich eine Empfehlung abgeben, ein sehr gut begründetes Votum und zwar vor allen Dingen ein Votum, das für die Menschen verständlich ist. Das heißt, es ist nicht zu abstrakt, sondern verständlich, d.h. mit Begründungen, die der einfache Mann auch versteht und bei denen er möglichst bald nachprüfen kann, daß unsere Bedenken nicht unbegründet waren.

*Lampersbach:* Lassen Sie mich vorweg eine Bemerkung machen zu dem, was der Vorsitzende eingangs sagte hinsichtlich einer Überprüfung der organisatorischen Möglichkeiten der Partei. Ich will Ihnen dazu nur ein Beispiel sagen. Genau eine Woche nach dem Wahlausgang wurde in meinem Wahlkreis bekannt gegeben, daß eine Zeche geschlossen würde mit 1.550 Mann Belegschaft, wovon vorher kein Wort in die Öffentlichkeit gedrungen war. Das ausgerechnet in einem Bezirk, der außerordentlich allergisch vorher zu allen wirtschaftlichen Fragen Stellung genommen hat und zwar negativ gegen uns. Ich bedauere außerordentlich, daß aus der Gruppe 7 der Ruhrkohle AG Westfalen uns vorher dazu nichts gesagt worden ist oder gesagt werden konnte, weil das hier deutlich macht, daß wir sicherlich hinsichtlich der Kommunikation innerhalb unserer Partei uns sehr ernsthaft Gedanken machen müssen, wie wir an diese Informationen, die ja doch sehr wichtig für entscheidende Aussagen sind, kommen können. Ich will das hier nur sagen, weil ich glaube, daß auch mit dem Sachverständigengutachten, das nun mit Verzögerung veröffentlicht worden ist, wir sicherlich erhebliche Zeit verloren haben oder verlieren werden, unser Konzept der Bevölkerung erneut deutlich zu machen. Dabei kommt es, nach meiner Auffassung, gar nicht so sehr darauf an, daß wir direkt im ersten Ansatz der Bevölkerung beweiskräftig sagen können, so und so ist das oder so und so wird es sein, sondern die Entwicklung langfristige oder mittelfristig sehen, damit man an die Dinge auch politisch herankommt.

Ich will nur noch ganz wenige Bemerkungen machen, nach dem, was hier gesagt worden ist zum Grundvertrag. Für mich ist die Entscheidung heute schon klar, ich werde nein dazu sagen. Ich werde ganz klar und deutlich nein dazu sagen und zwar aus zwei Gründen, die ich Ihnen hier anführen will. Ich habe vor etwa vier oder fünf Jahren einen Vortrag über Radio mitangehört, bei dem klar gesagt wurde: Mittelfristig wird sich eine Volksfront rings um Deutschland herum aufbauen. Die ersten Ansätze sind in Italien zu sehen. Die Ansätze sind in Frankreich zu sehen. Sie wurden dann durch die Entwicklung über de Gaulle usw. verhindert, aber jetzt ist es ja auch uns hier klarer gemacht worden. Und sie werden auch ihren Fortgang nehmen über Belgien, über die Niederlande und wahrscheinlich mit zeitlicher Verzögerung bis nach England hinein. Und der letzte entscheidende Pol, der hier eine Entwicklung aufhalten kann

oder könnte, wäre eben die Bundesrepublik, wenn sie bei einer klaren und deutlichen Politik in ihrer Aussage bleibt und das auch klar macht.

Ich will das hier in keiner Weise dramatisieren. Ich bin auch viel zu wenig Fachmann, um das beurteilen zu können. Aber der Versailler Vertrag hat uns zwar formal die Beendigung des Ersten Krieges gebracht, gleichzeitig aber die ganze Unsicherheit und Unruhe und eine Entwicklung ermöglicht, die dann eben zu dem Zweiten Krieg mit all seinen schrecklichen Auswirkungen führte. Ich will nicht behaupten, daß das hier exakt genauso verlaufen wird. Ich habe jedenfalls mit Jugendlichen vor einigen Jahren diskutiert. Da hieß das Thema „Deutschland – eine Nation, zwei Vaterländer“ oder so ähnlich, ich weiß es nicht mehr. So jedenfalls war das der Tenor. Und da haben die Jugendlichen mir gesagt: „Gott, Herr Lampersbach, hören Sie doch auf, was interessiert mich Leipzig oder Dresden, was interessiert mich Breslau. Wir stammen übrigens aus Breslau“, sagte der, „das ist für mich völlig uninteressant. Ich freue mich, daß ich nach Rom fahren kann oder nach Frankreich oder England, USA usw.“ Ich habe dann die Frage gestellt, ob sie denn ein Gefühl, ein Bewußtsein dafür hätten, daß sie ein Vaterland haben müßten, um überhaupt eine Heimat zu haben für den einzelnen. Da haben die mir drauf gesagt: „Was heißt hier Vaterland? Was heißt Nation? Das ist mir vollkommen gleichgültig“. Ich meine, daß das sicherlich – wenn auch bei vielen heute noch unbewußt – die Veranlassung sein könnte, uns selbst aufzugeben. Die Franzosen, die Engländer, die Italiener und wer es auch immer ist, haben ja doch nach wie vor noch einen großen Vorbehalt bei allen Dingen, die an die Grundfesten ihres Vaterlandes, ihrer Nation, herangehen können. Innerhalb der EWG erleben wir das doch täglich bei allen möglichen Verhandlungen, selbst im materiellen Bereich. Aus dem Grund glaube ich, daß es zwar notwendig ist, sich Überlegungen juristischer Art für die Beurteilung eines Vertrages nach dieser oder jener Richtung hin zu machen. Aber sehr viel entscheidender für uns ist doch, eine politische Entscheidung zu fällen, die wir gegenüber unseren Kindern hinterher verantworten können. Und daher glaube ich, daß wir eine geistige Offensive brauchen und wir einmal bei der Jugend nachforschen, ob ihnen die Steigerung des Bruttosozialproduktes, so wichtig sie ist, wichtiger ist, als das Gefühl zu haben, noch deutsch zu sein oder Deutsche sein zu können. Ich glaube, die Frage der Solidarität zur eigenen Nation, zum Vaterland, ist hier sicherlich sehr, sehr wichtig und nicht zu unterschätzen.

Ich möchte nur noch zwei Dinge sagen: Ich habe es als ganz kleiner Junge miterlebt, wie die Franzosen das Ruhrgebiet besetzt haben. Und unter der Pression dieser Besetzung war die Bevölkerung zu einem erheblichen Teil zu weitgehenden Konzessionen bereit, hier möchte ich nicht versäumen, meinem Freund Blüm auch noch etwas entgegenzuhalten, sonst meinen die Leute, wir hätten uns schon vertragen, Herr Blüm! (*Heiterkeit.*) Mich hat eines etwas nachdenklich gestimmt, ich hoffe, ich habe es falsch verstanden. Moral und Recht haben Sie gesagt. Ich habe das miterlebt als ganz junger Mann, wie plötzlich das Recht sich nach der scheinbaren Moral der Nationalsozialisten richtete. Und wo es eben kein Ausweichen mehr gab, da war eben nur das noch Recht, was der Nationalsozialismus als Moral deklarierte und aussprach. Ich hoffe, ich habe das falsch verstanden. Ich will es auch hier gar nicht hochspielen. (*Blüm:* Ich habe



nicht für amoralisches Recht plädiert, sondern nur dafür plädiert, daß die Forderungen der Moral weitergehen als die des Rechtes. – *Kraske*: Das steht sogar im Parteiprogramm. – *Heiterkeit*.) Da sehe ich nämlich auch große Sorgen, daß bei uns hinterher das Recht wird, was z.B. die SPD als Recht hält oder für richtig ansieht, und daß es dann wieder heißt: „Recht ist, was dem Volke (der Partei) nützt“. Da sollten wir auch bei der Überlegung, z.B. zum Grundvertrag, uns ganz klar darüber sein, was wir hier in der letzten Konsequenz damit aufgeben oder nicht. Daher noch einmal: Ich bin der Auffassung, wir können nur, wenn wir glaubwürdig bleiben wollen, in den nächsten Jahren nein dazu sagen, weil wir es für unrichtig halten.

*Lemke*: Ja, darf ich eben noch mal eine kurze Frage an Herrn von Weizsäcker stellen? Herr von Weizsäcker, Sie lehnen den Grundvertrag ab, allerdings nur mit dieser einen wichtigen Begründung der Teilung Deutschlands, wenn ich das richtig verstanden habe. Die anderen Begründungen haben Sie als bedenklich bezeichnet. (*Von Weizsäcker*: Nicht für so durchschlagend.) Für nicht so durchschlagend. Sie sagten, der einzige Grund, der für Sie ziehen könnte, wäre die Teilung Deutschlands. Habe ich das richtig verstanden? (*Unruhe*.)

Also, Herr Generalsekretär, meine Damen und Herren, ich möchte noch mal gerne festhalten: Es ist empfohlen worden, diesen Antrag nicht zu stellen, wenn ich das richtig rausgehört habe, weil man meint, dieser Antrag auf Neuverhandlung wäre nur ein taktischer Schritt, der also keine durchschlagende Bedeutung hätte. Wir sollten aber, und das war die überwiegende Meinung, uns doch politisch darüber klar sein, daß der Vertrag abzulehnen ist. Die Begründung soll sorgfältig von der Kommission unter Herrn von Weizsäcker, vielleicht auch Herrn Kiep, durchdacht werden. Und jetzt darf ich noch eines sagen, nach Ihrem Vortrag, den Sie vorhin gehalten haben, Herr Kiep, dürften Sie eigentlich überhaupt nicht zustimmen, während ich eigentlich auf dem Standpunkt stehe, durch ein klares Nein zum Grundvertrag präjudizieren wir nichts für die Zukunft, nur die anderen haben etwas präjudiziert. Da komme ich wieder auf das, was ich heute mittag gesagt habe: Volksfront, Rapallo und was alles damit zusammenhängt. Deswegen haben Herr Langguth und auch Herr Windelen recht, daß wir dann natürlich in eine ganz andere Strategie eintreten müssen, weil die Konfrontation der Weltanschauungen nun aufeinanderprallen. Aber das brauchen wir vielleicht heute noch nicht zu behandeln. Nur, das scheint mir wichtig zu sein, Herr Vorsitzender, daß wir das einfach mal feststellen als Ergebnis der Diskussion. Daß also dieser Antrag nach Möglichkeit nicht gestellt werden sollte, daß wir jetzt erst mal den Mund halten und unsere Entscheidung erst veröffentlichen, nachdem die Kommission uns dazu noch eine äußere Hilfe gegeben hat. Daß wir aber in der großen Mehrheit dazu neigen, ein klares Nein dazu zu sagen, daß wir aber nicht meinen, daß wir dadurch etwas präjudizieren. Ich möchte noch zu einem anderen Punkt kommen. Ich möchte Herrn Müller-Hermann beipflichten wegen der FDP. Ich habe es schon auf der letzten Vorstandssitzung gesagt, das ist der Außenseiter in der Koalition, und wir müssen langfristig und „vornehm“, wenn ich das Wort gebrauchen darf, die FDP im Auge behalten.

*Kraske*: Herr Landtagspräsident, ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie mir die Aufgabe, die Diskussion zusammenzufassen, so freundlicherweise abgenommen und vor-

wegenommen haben. Ich kann dem durchaus zustimmen, nur würde ich sagen, wir haben hier nicht darüber beschlossen und auch nicht darüber abgestimmt, ob dieses Verfahren, was Herr Barzel vorgeschlagen hat, so oder in anderer Form Bestand hat. Ich werde ihn selbstverständlich davon unterrichten, daß nach seinem Weggehen, ich glaube, noch von drei Sprechern gerade dieser Antrag doch eher zögernd und eher skeptisch aufgenommen worden ist. Im übrigen warten wir den Bericht der Ostkommission ab und werden dann die neue Fraktion damit befassen. Daß wir hier in der grundsätzlichen Richtung dieser Diskussion das unterstützt haben, was Herr Barzel in seinem Bericht eingangs gesagt hat, ist sicher eindeutig.

Erlauben Sie mir zum Abschluß noch ein paar Dinge bekanntzugeben, die vielleicht wichtig sind. Das erste ist eine dpa-Meldung, die eben aus München gekommen ist und die folgenden Wortlaut hat:

„Einer Erneuerung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU im Deutschen Bundestag steht offensichtlich nichts mehr im Wege. Der Landesvorstand der bayerischen Unionspartei hat am Montag in München nach den Worten von Generalsekretär Gerold Tandler das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Kommissionen beider Parteien vom vergangenen Freitag einmütig und ohne Kritik zur Kenntnis genommen. Wie Tandler vor Pressevertretern erklärte, hätten die Gespräche in ihrem Ergebnis die Basis für eine Weiterführung der Fraktionsgemeinschaft erbracht. Die CSU sei selbstverständlich an einem Fortbestand der Fraktionsgemeinschaft interessiert. Das am Montagnachmittag vorgesehene Gespräch zwischen den beiden Parteivorsitzenden Barzel und Strauß hat nach Ansicht Tandlers praktisch nur noch die Aufgabe, das Ergebnis der Verhandlungskommission zu konkretisieren. Bereits am Dienstag oder Mittwoch werden beide Kommissionen erneut zusammenkommen, um die Gespräche fortzusetzen.“

Für den weiteren Terminplan ergibt sich folgendes: Herr Dr. Barzel hat diejenigen, die nicht der Bundestagsfraktion angehören, bereits eingeladen, morgen an der Sitzung mitteilzunehmen. Sie beginnt um 15.00 Uhr hier im großen Saal. Sie sind herzlich dazu eingeladen. Im übrigen werden wir uns in der gegenwärtigen Lage darauf verständigen müssen, daß eine nochmalige Einberufung des Vorstands vor Weihnachten dann erforderlich ist, wenn sich irgendwo die Situation zuspitzen sollte. Ich hoffe, daß das nicht der Fall ist. Wenn es der Fall wäre, könnten wir das nur sehr kurzfristig entscheiden. Ich bitte Sie, dann auch mit einer kurzfristigen Einladung einverstanden zu sein. Sie haben der von Ihnen bereits freundlicherweise verabschiedeten Entschließung einen Terminvorschlag entnommen. Dieser Terminvorschlag ergibt sich aus folgender Überlegung: Die in Arbeit befindlichen Wahlanalysen, sowohl die statistische Analyse der Wahlergebnisse wie auch die in Auftrag gegebenen Umfragen werden etwa teilweise bis Weihnachten, teilweise bis Mitte Januar vorliegen. Wir kommen dann Mitte Januar unmittelbar in die Tage, wo der Bundeskanzler seine Regierungserklärung abgibt – davor wird das Präsidium tagen – und wo die Aussprache im Bundestag stattfindet. Wir waren der Meinung im Präsidium, daß wir in unsere Klausurtagung das Ergebnis der Regierungserklärung oder die Kenntnis der Regierungserklärung mit einbeziehen sollten, und deswegen haben wir im Präsidium beschlossen, Ihnen vor-

zuschlagen das Wochenende am 27. und 28. Januar. Ich glaube, daß das unter diesen Umständen der vernünftigste Termin ist. Ich wäre nur dankbar, wenn Sie alle sich auf dieses Wochenende einrichten. Wenn wir wirklich eine gründliche und schonungslose Wahlanalyse unter allen Gesichtspunkten durchführen und außerdem uns auch über die Strategie für die Zukunft unterhalten wollen und über die Konsequenzen, die sich aus dieser Analyse ergeben, brauchen wir dazu zwei Tage. Das heißt, wir müssen den Samstag und den Sonntag dafür bitte bereitstellen. Wir machen das hier. (*Zwischenruf*: Das ist Vorstand?) Der gesamte Bundesvorstand! Letzter Punkt (*Zwischenruf*: Ist das hier in Bonn?) Das ist aller Voraussicht nach hier in Bonn. (*Langguth*: Ich habe da noch zwei Anregungen.) Ich bin noch nicht fertig, aber bitte!

*Langguth*: Nur zwei Anregungen. Wenn Einladungen dieser Art ergehen, wäre es gut, wenn wir das früher als einen Tag zuvor hören, denn ich glaube, es ist niemandem von uns sonst möglich, daran teilzunehmen. Zweite Bitte, die ich habe, bei aller Schwierigkeit, die ich dabei sehe: Es wäre gut, wenn sich die Protokolle von Bundesvorstandssitzungen nicht auf eine Seite oder anderthalb Seiten beschränken, denn es ist häufig sehr schwierig, den Diskussionsverlauf noch einmal nachzubedenken.

*Kraske*: Herr Langguth, es ist im Vorstand beschlossen worden, daß nur Beschlußprotokolle über die Sitzungen verschickt werden. Ich würde auch bei einem so großen Kreis, wo die Protokolle teilweise durch Vorzimmer, teilweise auch durch amtliche Vorzimmer gehen, das nicht ändern wollen. Wenn Sie sich im einzelnen unterrichten wollen, steht Ihnen in der Bundesgeschäftsstelle sicher Einsicht in die Protokolle jederzeit offen. Darauf haben die Vorstandsmitglieder ein Recht, aber wir sollten das nicht im großen Stil verschicken. Was die Einladung angeht, können Sie eigentlich nur die zu der morgigen Fraktionssitzung meinen. Nun, das ist also eine spontane Idee gewesen. Aber auch diese Fraktionssitzung steht erst seit zwei oder drei Tagen fest, also viel früher wäre es nicht möglich gewesen.

Darf ich zu meinem letzten Punkt kommen. Als wir vor einem Jahr uns über den Terminplan für 1972 unterhalten haben, war ich nach Absprache hier im Vorstand zu dem Ergebnis gekommen, daß der Montag für alle Sitzungen der geeignetste Termin war. Das wurde von einigen unserer Freunde vehement bestritten. Und ich habe damals dann gesagt – es war die Mehrheitsmeinung –, wir wollen es jetzt für ein Jahr testen und dann eine erneute Umfrage abhalten. Diese Umfrage hat hier heute stattgefunden und immerhin haben sich beteiligt 26 Mitglieder, das ist eine fast so hohe Wahlbeteiligung wie jetzt bei der Bundestagswahl am 19. November. Das Ergebnis ist eine eindeutige Bestätigung für die Entscheidung, die wir vor einem Jahr getroffen haben, für den Montag. (*Blüm*: Ah, endlich mal ein Sieg. – *Heiterkeit*.) Es liegen 20 Voten für diesen Montag vor, ich werde mir deshalb erlauben, Ihnen in den nächsten Tagen eine Übersicht für das Jahr 1973 zuzustellen. (*Unruhe und Diskussion*. – *Zwischenruf*: Bitte noch eine Wahlanalyse.) Also, wenn Sie genauere Auskünfte haben wollen, will ich das Ergebnis im Ganzen bekannt geben:

„Wochentage, an denen ich ohne besondere Schwierigkeiten an Sitzungen des Bundesvorstandes teilnehmen kann“: Montag 20, Dienstag 7, Mittwoch 3, Donnerstag 6, Freitag 7, Samstag 5. „Der Tag, an dem ich am leichtesten an Sitzungen teilnehmen

kann“: Montag 14, Dienstag 3, Mittwoch 3, Donnerstag 3, Freitag 4, Samstag 2. „Der Tag, der für mich am ungünstigsten ist“: Montag 4, Dienstag 5, Mittwoch 3, Donnerstag 4, Freitag 12, Samstag 10.

Ich glaube, Sie werden mir zubilligen, es bleibt hier wirklich nichts anderes übrig als der Montag. Auf dieser Basis bekommen sie noch in diesem Jahr einen Plan für das Jahr 1973. Sie sind sicher einverstanden, daß wir den hier nach den Gegebenheiten in der Geschäftsstelle vorbereiten und Ihnen zustellen. Ich glaube nicht, daß wir darüber im einzelnen zu beraten brauchen. Die nächste ordentliche Sitzung wird also am Wochenende 27./28. Januar sein. Falls sich aus der Situation andere Sitzungen ergeben, werden wir das so schnell wie möglich bekannt geben. Ein Sekunde noch!

*Sprecher:* Ich hatte meine Meldung mit Rücksicht auf die Zeit zurückgezogen, zumal ich mich sehr früh gemeldet habe. Ich möchte aber doch eines noch hier wenigstens kurz sagen dürfen. Ich hätte die herzliche Bitte, unabhängig vom Votum der Ostkommission, daß wir in der Frage Karlsruhe höchste Vorsicht walten lassen und zwar aus einem ganz einfachen Grunde. Wenn wir den Mund spitzen, müssen wir flöten! Und nach dem, was ich heute hier gehört habe, sind da noch erhebliche Dinge der Klärung zuzuführen. Infolgedessen würde ich davor warnen, etwa zu sagen ja oder nein. Meine persönliche Auffassung habe ich im Präsidium und woanders dargelegt. Aber ich meine, was Herr Köppler und Herr von Weizsäcker sagten, wenn wir argumentieren, müssen wir zunächst politisch argumentieren, um nicht in eine unheilvolle Ausgangsposition für den Fall des Falles zu kommen. Mehr kann ich hier nicht mehr sagen, ich kann es nicht begründen, aber sonst schwant mir da Böses.

*Kraske:* Vielen Dank, die Sitzung ist geschlossen!

Bonn, 27./28. Januar 1973

*Sprecher: Amrehn, Barzel, Brauksiepe, Dregger, Echternach, [Erhard], Gradl, Hahn, von Hassel, Hasselmann, Kaase, Kaltefleiter, Katzer, Kiep, Köppler, Kohl, Kraske, [Lampersbach], Langguth, Lemke, Lorenz, Mikat, Müller-Hermann, Rollmann, Schäfer, Schröder, Schwarz-Schilling, Seiters, Stingl, Stoltenberg, von Weizsäcker, Wex, Windelen.*

*Beginn: Samstag, 27. Januar 1973*

*Ende: Sonntag, 28. Januar 1973*

*Samstag, 27. Januar 1973*

#### ALLGEMEINE AUSSPRACHE

*Barzel:* Kolleginnen und Kollegen!<sup>1</sup> Ich eröffne die zweitägige Sitzung des Bundesvorstands. Ich möchte meinen Eingangsbericht in sieben Punkten Ihnen erstatten. Ich hoffe präzise, aber auch umfangreich.

Das erste: Das, was wir jetzt hier machen, ist ein einmaliger Vorgang. Es ist auf meinen und auf unseren Wunsch eine freimütige interne Beratung über die Gründe für unseren Mißerfolg und über die Konsequenzen für die Zukunft. Wir wollen dies ohne Tabus tun. Diese Diskussion wird dann hilfreich sein, wenn das Ausmaß an Indiskretionen heute und morgen und in den Tagen danach möglichst gleich Null ist. Es wird zu beachten sein, daß wir nicht etwa durch diese Beratungen und den Schluß des Ausgangs dieser Sitzung den 19. November noch einmal verlieren. Wir müssen nicht weiter fallen, sondern wir müssen festen Tritt fassen.

Ich habe die Mitglieder des Präsidiums gebeten, aus ihren eigenen Zuständigkeits- und Sachbereichen Ihnen zu berichten und auch Vorschläge zu machen, so daß ich darauf verzichte, Analysen und Konsequenzen zu spezifischen Problemen vorzutragen, wie etwa Gewerkschaften, Arbeitnehmer, Frauen, Jugend, Medien, Intellektuelle. Das kommt bei mir in den Zusammenhängen vor, aber weder spezifisch in Analyse noch in Konsequenz, weil wir ja die Zuständigkeiten in diesem Präsidium verteilt haben.

Der zweite Punkt: Wir haben unser Wahlziel nicht erreicht. Das große Ausmaß an Enttäuschung unter uns rührt daher, daß wir dies hochgesteckte Wahlziel, dessen wir uns überwiegend so sicher wähten, nicht erreicht haben. Und es ist besonders schmerzlich, daß wir nicht mehr die stärkste Partei und die stärkste Fraktion sind. Diese ernste Besinnung ist nun nötig, und sie ist um so nötiger, als nach früheren Wahlen eine solche Besinnung unterblieben ist. Ich weigere mich aber, dem verbreiteten Pes-

<sup>1</sup> Transkript der Ausführungen Barzels in ACDP 07-001-930.

simismus mich anzuschließen oder dem Gerede nachzugeben, das, wenn man es hört, eigentlich den Eindruck erweckt, wir seien doch bei 30 oder unter 30 % angekommen.

Ohne Zuversicht und ohne Hoffnung und ohne Solidarität der Führung wird es nur Frustration geben und keinen neuen Frühling. Deshalb möchte ich ganz bewußt vor dem selbstkritischen Teil, der nicht zu kurz kommen wird, diese Feststellung machen. Bevor irgendwer sich entschließt, ein Scherbengericht über die Partei zu veranstalten, muß er diese Tatsachen einordnen. Niemals hatten wir so viel Wähler wie jetzt. Niemals hatten wir so viele und engagierte und so überzeugte Helfer wie jetzt. Niemals so viele Mitglieder und niemals einen solchen Zuwachs vor und nach der Wahl wie jetzt. Niemals haben wir, soweit meine Erinnerung reicht, Politik und Wahlkampf so miteinander erörtert, beschlossen und getragen wie jetzt. Und wir hatten niemals ein Wahlprogramm so konkret und mit der CSU abgestimmt wie jetzt. Wir hatten niemals eine Bundestagswahl zu führen aus der Rolle der Opposition, so sehr gegen alle anderen und mit so massiver Einmischung von draußen. Niemals war der DGB engagierter und feindseliger. Niemals das Fernsehen so gouvernemental. Niemals der Rang christlicher Wertvorstellungen für viele so gering. Wer das alles nicht sieht oder nicht einordnet oder nun etwa alles über Bord werfen will, der wird die 45 % nicht halten. Freilich steht dem gegenüber: Niemals hatten wir eine Bundesregierung, die in so kurzer Zeit so vieles so falsch gemacht hat wie jetzt.

Drittens: Eine mittelfristige Rückschau zeigt, daß seit 1953 die SPD kontinuierlich zunimmt. Daß wir auch bei früheren Bundestagswahlen prozentuale Rückschläge hatten, z. T. stärker als jetzt, daß unsere Probleme uns seit geraumer Zeit begleiten. Wir müssen irgendwann in den 60er Jahren, und zwar wir alle, die geistige Führung verloren haben. Ich nehme hierzu Bezug auf die Rede, die ich Ihnen zugeleitet habe, die ich in Siegen gehalten habe, besonders auf die Passagen über Zeitgeist und geistige Führung.<sup>2</sup> Und ich möchte bei dem Wort Zeitgeist darauf hinweisen, daß dies ein Wort ist aus zwei Elementen: Zeit und Geist. Und ich glaube, wenn wir vom Geist und politischer Führung sprechen, muß dies noch einmal gesagt werden.

Wir haben noch ein paar andere Probleme, nämlich die Veränderungen der Struktur unserer Gesellschaft, die Abnahme der familiären und freundschaftlichen Bindungen zu Mitbürgern in der DDR, die Gewöhnung an Wohlstand, an Frieden, soziale Sicherheit bei gleichzeitig geringerer Einschätzung der ideologischen und militärischen Gefahren und auch deshalb bei einer völlig anderen Bewußtseinslage vieler junger Menschen. Ich will mich damit aber nicht länger aufhalten, weil das sonst falsch aussehen könnte.

Das vierte ist eine kurzfristige Rückschau. Wir müssen festhalten, und das scheint mir folgeschwer, daß unser Bewußtsein und das der Mehrheit sich in zwei wesentlichen Punkten vollkommen unterscheiden. Der eine: Wir wissen und wir glauben und

---

2 Rede Barzels auf dem Landesparteitag der CDU Westfalen-Lippe am 12. Januar 1973 in Siegen (ACDP 03-002-818/1). Vgl. auch „General-Anzeiger“ vom 13. Januar 1973 „Rainer Barzel: Die Union muß 1976 mit dem besten Mann antreten“; „Frankfurter Neue Presse“ vom 13. Januar 1973 „Barzel betont Führungsanspruch“.

wir meinen, daß wir eigentlich die geistigen Ansätze, die Impulse und Reformen unserem Staat gegeben haben und noch geben, von der europäischen Einordnung über die Soziale Marktwirtschaft, die soziale Partnerschaft, die dynamische Rente bis zum Beteiligungslohn. Gleichwohl hält uns die Mehrheit – entgegen unserem eigenen Bewußtsein – für weniger leistungsfähig, schöpferisch, reformwillig. Dieses Phänomen ist um so ernster, als es ausweislich objektiver Tatsachen und objektiver Voten der Koalition von 1969 bis 1972 nicht gelang, Reformen, die den Namen verdienen, zu verwirklichen – ganz im Gegenteil. Nach unserer Einstellung ist also die Mehrheitsmeinung fehlgeleitet.

Und der andere Punkt: Unsere Oppositionspolitik war nach unserem Urteil so ernsthaft, so grundsätzlich und so gewissenhaft, daß diese Haltung Kollegen anderer Fraktionen nachdenklich gemacht und diese – wie wir wissen – aus Gewissensgründen zu uns kamen. Mit dem konstruktiven Mißtrauensvotum, das wir beantragten aus sehr tiefer und sehr grundsätzlicher Besorgnis, handelten wir auch nach unserem Urteil gleichfalls sehr grundsätzlich. Auch dies sieht die Mehrheit offenbar ganz anders. Sie sieht uns eher, wenn ich das so hart sagen darf, als die bösen Buben, denen jedes Mittel recht ist, um einen charismatischen visionären Führer und guten Menschen zu verdrängen und ihm etwa ein Bein zu stellen.

Wenn wir nur diese beiden Punkte nehmen, dann kann es nicht anders sein, wir müssen wohl weniger in der Sache als in der Psychologie Fehler gemacht haben, wenn die gleichen Tatbestände so unterschiedlich gewertet werden. Es kommt hinzu, dem emotionalen Wahlkampf und der emotionalen Politik der anderen wollten und konnten wir Gleichwertiges nicht entgegensetzen. Unsere Entscheidung für eine alternative Politik und einen argumentativen Wahlkampf, beides mit einem Inhalt und Stil der Mitte, war – wie ich glaube – richtig. Ich glaube, auf andere Weise hätten wir weniger geholt. Und auch mehr Derbheit, um es so zu formulieren, hätte uns eher geschadet als genutzt. Freilich gar zu viele haben Stabilität vorwiegend materiell artikuliert. Wenigstens ist das bei vielen so verstanden und empfunden worden.

Ich hatte in Wiesbaden<sup>3</sup> unseren Stabilitätspunkt ausdrücklich so formuliert, daß Voraussetzung für alles die ideelle Stabilität sei, und habe dies umschrieben mit den Worten, „also unmißverständlicher Kampf für die Wertentscheidungen und Zielvorstellungen des Grundgesetzes“. Haben wir uns also, so ist hier zu fragen, der idealistischen und emotionalen Komponente der anderen – ich nenne Aussöhnung, Frieden, Reformen, sowie auch deren Pathos – zu wenig entgegengesetzt an Theorie, an Prinzipien, an emotionalen Grundkategorien? Ich frage weiter: Ist das etwa seit längerem bei uns verkümmert? Ich stelle diese Frage, weil sie wichtig ist. Aber ich tue es mit einem gewissen Zögern, weil in meinem Demokratieverständnis nur Platz ist für das Argumentative, dies freilich auch im Theoretischen, im Grundsätzlichen und im Konzeptionellen. Ich meine, wer redet wie Brandt, der schüttet zu, was politische Bildung

---

3 Vgl. Rede Barzels auf dem Parteitag in Wiesbaden am 9. Oktober 1972 (CDU, 20. BUNDESPARTEITAG S. 20–43, hier S. 42).

aufbaute. Mit Recht rügt Schelsky<sup>4</sup> die demoskopische, sozialpsychologisch gesteuerte apolitische Werbung und die antirationale Tendenz, und daß sich dies im Bundestag jetzt fortsetzt, spüren wir ja alle hier. Für mich kommt hinzu, daß die außergewöhnliche Wahlbeteiligung auch signalisiert, daß das Wahlverhalten vom 19. November aus tieferen Motivationen zu erklären ist. Gleichwohl, ich habe, wie sie sich erinnern, in Saarbrücken<sup>5</sup> für die Einsetzung einer Grundsatzkommission plädiert und um deren Zwischenbericht auf dem Wahlparteitag gebeten, weil ich spürte, hier in der Theorie unserer Politik, im Neuausloten unserer Prinzipien für die Tagespolitik, im Aufarbeiten und im Erkennen der Sachzusammenhänge, der Details, da haben wir einen Nachholbedarf. Es bleibt zu fragen, ob unsere lange Personaldebatte in der Öffentlichkeit die gleiche positive Wirkung hatte, wie wir sie für uns als Demokraten empfunden haben. Und es bleibt zu fragen, ob der Anti-Propaganda anderer gegen Personen von uns eine ausreichende Pro-Propaganda für Personen für uns entgegenstand.

Fünftens: Bevor ich mich unserer künftigen Politik, meinem Hauptpunkt, zuwende, möchte ich für einen Augenblick unser Augenmerk auf die historische Dimension der CDU lenken. Wir sind, wie gesagt, kein kurzatmiger Wahlverein, keine Erfolgs- oder Interessenkoalition. Wir sind nicht nur Partei, sondern auch politische Grundsatzbewegung. Wir müssen immer stärker nicht nur in Amtsstuben, sondern auch in der Gesellschaft tätig sein. Aber, und das muß hier gesagt werden, was wir als die Sinngebung unseres Lebens betrachten, das hat uns zusammengeführt, das hält uns zusammen und bestimmt die Substanz unserer Politik. Und das steht nicht zur Disposition der Anpassung an den Zeitgeist oder an Opportunität. Das „C“ bleibt also, oder wir verlieren die Kontinuität unserer selbst und beenden damit unseren geschichtlichen Auftrag. Daraus folgt, daß unsere Politik und auch unsere praktischen Entscheidungen langatmig sein müssen. Für pragmatische Anpassung sollten wir uns unserer Substanz wegen zu schade sein. Aber gucken wir uns das an, was Anpassung jetzt heißen könnte. Wer uns jetzt rät, den Grundvertrag etwa anzunehmen, mißachtet unser Programm wie unsere Auffassung von Freiheit, von Volk, von Staat, von Menschenrechten. Wer uns jetzt rät, und das ist der andere Punkt, die Fristenlösung zu unterstützen, der übersieht, daß dies aus unserer Sicht nach der Gewissensentscheidung und dem Selbstverständnis dieser Partei gar nicht möglich ist. Denn dies ist kein Punkt, wo wir mit Mehrheitsentscheidung eine Politik definieren können. Hier muß jeder für sich selbst entscheiden. Wer uns jetzt rät, und das ist die dritte Marke, die paritätische Mitbestimmung nach dem DGB-Modell zu übernehmen, der wirft prinzipielle Positionen über Bord. Wir müssen also Gegenwind auch aushalten und Dürreperioden des Zeitgeistes zur inneren Erneuerung benutzen. Eine Partei wird nämlich nicht nur in der Regierung, sie wird mindestens ebenso in der Opposition auf Format, auf Haltung, auf Verlässlichkeit, auf Solidität geprüft, und ich fürchte, wir haben seit dem 19. November weiter Terrain verloren.

Und das sechste: Unsere künftige Politik sollte grundsätzlich geduldig auf Schwer-

---

4 Helmut Schelsky in FAZ vom 20. Januar 1973 „Mehr Demokratie oder mehr Freiheit?“.

5 Vgl. Nr. 19 Anm. 31.



punkte ausgerichtet und auf die Alternative für 1976, was die Bundespolitik betrifft, gerichtet sein. Unser Berliner Programm und unser Wahlprogramm bleiben gültig. Wir brauchen kein neues Programm. Wir brauchen, wie ich meine, das Bekenntnis und das Betonen unserer großen Ziele, nicht nur der tagespolitischen, das Abklopfen unserer Prinzipien auf ihre Dauerhaftigkeit und auf die notwendigen neuen Antworten, eine lebendige Diskussion prinzipieller, theoretischer und zukunftspflichtorientierter Fragen, konkrete Konzeptionen für unsere eigenen Antworten zu einzelnen Sachbereichen. Man fragt nun, in der Partei und auch außerhalb, was sind eigentlich eure Ziele? Unsere Ziele sind die Freiheit des Einzelnen, der sich der Gemeinschaft verpflichtet weiß, der Frieden im Inneren und nach außen, soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit für jedermann, die Solidarität der Bürger. Wir wollen die Demokratie als eine dynamische fortzuentwickelnde politische Ordnung, welche die Mitwirkung der Bürger gewährleistet und ihre Freiheit durch Verteilung und Kontrolle der Macht sichert, das Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes, ein politisch geeintes Europa, eine Völkergemeinschaft, die den Frieden in der Welt sichern hilft und dem Wohl und der Entwicklung aller Völker dient. Das sind unsere Ziele.

Was sind unsere Prinzipien? Wie in Saarbrücken möchte ich erneut Konrad Adenauer zitieren, und zwar die Sätze, von denen er uns in Hannover<sup>6</sup> wissen ließ, daß sie sein politisches Vermächtnis seien. Er sagt: „Unsere, die christliche Weltanschauung, auf der unsere Partei beruht, ist anders. Sie geht davon aus, daß jeder einzelne Mensch von Gott stammende, im Naturrecht begründete Rechte gegenüber jedem, auch gegenüber seinem Staat und seinem Volk hat. Wir sind des Glaubens, daß die Würde und die Freiheit des einzelnen Menschen geachtet werden müssen und von niemandem verletzt werden dürfen. Nach unserer Überzeugung dürfen auch Freiheit und Würde eines Volkes durch kein anderes Volk angetastet werden. Daraus leiten wir unabdingbare Rechte der Selbstbestimmung für jedes Volk ab. [...] Unsere Partei – ich wiederhole es – steht fest und unverbrüchlich auf dem Boden dieser, der christlichen Weltanschauung, daß es für den Menschen Normen gibt, die aus dem Wesen und Sein Gottes selber fließen und daher unverbrüchlich sind und nicht angetastet werden dürfen. Wenn man das Bestehen solcher Normen nicht anerkennt, dann gleitet ein Volk abwärts in Diktatur und in Gewalt. In einer Zeit wie der unsrigen, die Veränderungen und Entwicklungen jeder Art zum Guten und zum Schlechten in rasendem Tempo bringt, braucht jeder einzelne eine feste, unabdingbare Norm für sein Leben, damit er Herr seiner selbst bleibt und nicht abgleitet.“

Was sind, so lautet die dritte Frage, unsere Schwerpunkte? Diese Frage ist zu unterteilen in Schwerpunkte mittelfristiger Natur, also bis '76, und in Schwerpunkte längerfristiger Natur, also etwa bis 1985. Wir werden, um diese beiden Fragen zutreffend beantworten zu können, in die Hand nehmen müssen unser Parteiprogramm und wissenschaftliche Erkenntnisse. Die längerfristigen Schwerpunkte werden wir gewinnen, wenn wir die Ziele, wie ich sie eben anhand unseres Parteiprogramms formuliert habe,

---

6 Erklärung Adenauers auf dem Bundesparteitag (14.–17. März 1964) in Hannover (CDU, 12. BUNDESPARTEITAG S. 31 f.).

Punkt für Punkt durchgehen und systematisch jeweils fragen, was steht diesem Ziel noch im Wege, was hilft, es zu erreichen, wie können wir es erreichen, was ist deshalb wann und durch wen zu tun. Ich würde es begrüßen, wenn die Grundsatzkommission ihren Auftrag nun so sehen und sich so systematisch an die weitere Arbeit begeben würde. Und ich würde empfehlen, daß wir von ihr einen weiteren Bericht zum Parteitag erwarten. Zu einzelnen Bereichen von, wie ich das nenne Sachkonzeptionen, wird es besondere Arbeitsgruppen geben müssen. Die mittelfristigen Schwerpunkte haben wir bereits genannt in der Öffentlichkeit. Es sind, die Reihenfolge ist zufällig, die breitere Streuung des Eigentums, die Bildung, einschließlich der beruflichen Bildung, der Umweltschutz, die sozialen Dienste, Bodenrecht, Wettbewerb, Mitbestimmung, Familie, soziale Sicherung der Frau, Altenhilfe, Jugend – vor allem unter dem Aspekt mehr Chancengerechtigkeit und mehr Mitverantwortung und Kommunikation mit dem geistigen Deutschland. In der Deutschlandpolitik heißt der Schwerpunkt Freizügigkeit nach unserem Stufenplan, in der Europapolitik die politische Union nach unserem Stufenplan, einschließlich der drei Punkte der Ordnung der Beziehung nach außen. Ich glaube, daß wir in Verteidigungs-, Entwicklungs- und Ostpolitik noch ähnliche Konzeptionen entwickeln und auch mitteilen müssen.

Zur mittelfristigen Politik weiterhin: In der Deutschlandpolitik sollten wir nach Ablehnung des Grundvertrages durch uns dem UNO-Beitritt wegen des Menschenrechtsansatzes zustimmen und dann unser Konzept einer künftigen Deutschlandpolitik vorlegen, ein Konzept, das von zwei Staaten in Deutschland ausgeht, sich auf verstärkte politische und geistige Auseinandersetzungen einrichtet und das Selbstbestimmungsrecht weiter anstrebt. Weiter, wir sollten, und dies ohne Anbiederung, das Gespräch mit dem DGB suchen und die Kirchen nicht den anderen überlassen oder dem vopolitischen Raum und im kommenden Jahr bei der Bundespräsidentenwahl auf einen eigenen Kandidaten verzichten und unser Gewicht im Interesse unserer mittelfristigen Strategie ohne direkte Gegenleistung rechtzeitig und politisch in die Waagschale werfen.

Wie wollen wir das erreichen? Es ist Sache der Partei, die Ziele, die Grundsätze und den Rahmen der aktuellen Politik zu bestimmen, also ist die längerfristige Planung Sache der Partei. Sache unserer Fraktionen und Regierungen ist es, den Rahmen auszufüllen und die Konzeptionen möglichst durchzusetzen. So bietet sich auch für diesen Bereich der mittelfristigen Schwerpunkte die Zusammenarbeit von Partei und Fraktion an. Wir werden einige Arbeitskreise allein der Fraktion überlassen, andere gemischt von Fraktion und Partei machen müssen, je nachdem, an welchem Ort sie in dieser Planung eingegliedert werden. Der Fraktion selbst habe ich und werde ich noch deutlicher bei der Klausurtagung der Fraktion<sup>7</sup> eine Politik empfehlen, die, wenn ich sie ein bißchen locker formuliert in die Reihenfolge bringen kann: Im ersten Jahr soll die Regierung kommen, im zweiten Jahr bringen wir eigene Initiativen nach unseren

---

7 Klausurtagung am 5./6. Februar 1973 in Berlin (Protokoll in ACDP 08–001–1031/2). Vgl. „Die Welt“ vom 7. Februar 1973 „... aber der Hesse Dregger hielt die zündende Rede“; „Berliner Rundschau“ vom 8. Februar 1973 „Nicht Anpassung, sondern Erneuerung“.

Schwerpunkten, die wir im dritten Jahr verdeutlichen nach unseren Alternativen und profilieren, und im vierten Jahr kämpfen wir um den Sieg. Die Oppositionspolitik im Bundestag sollte nicht in genereller Konfrontation, ebenso im Bundesrat, sondern im abgewogenen, schwerpunktorientiertem Wettbewerb die Leitlinie sehen. Ich habe gestern gesagt, miteinander wo möglich, gegeneinander wo nötig.<sup>8</sup> Insgesamt aber müssen wir uns auf Wettbewerb anlegen und nicht etwa auf Anpassung. Wir müssen uns bemühen – ich wiederhole, was ich in diesem Hause einmal sagte –, nicht nur in Bonn verstanden zu werden und eine Politik für Politiker zu machen, sondern eine Politik fürs Volk, die auch draußen verstanden wird, die nicht nur richtig ist, sondern die überzeugt, die anziehend und womöglich als mitreißend verstanden wird. Mehr Leidenschaft tut Not. Unsere Position ist die Freiheit, die soziale Gerechtigkeit. Die Freiheit muß durch soziale Gerechtigkeit für alle zur Entfaltung kommen. Und die Freiheit muß im Alltag wirklicher werden und die soziale Wirklichkeit muß freiheitlicher werden. Deshalb entscheidet, wie wir so oft gesagt haben, die Gesellschaftspolitik über die Zukunft der Freiheit. Unsere Themen hierzu sind bekannt. Und ich möchte herausnehmen den Punkt Soziale Marktwirtschaft. Und hier, meine ich, müssen wir aufhören, Soziale Marktwirtschaft zu verteidigen mit dem Hinweis darauf, daß sie das Beste war. Das ist unstrittig. Wir müssen auch aufhören, Soziale Marktwirtschaft zu verteidigen mit dem Hinweis darauf, daß sie das Beste ist. Wir können im Augenblick, da nicht Regierung, den Beweis nicht antreten. Wir müssen vielmehr, so meine ich, mit Sozialer Marktwirtschaft offensiv werden, indem wir aus dem Geist dieser Konzeption die Antworten für heute und morgen entwickeln. Also: Die Antworten der Sozialen Marktwirtschaft auf Probleme wie Umweltschutz, wie Finanzierung in diesem Bereich, wie breitere Streuung des Eigentums. Wir sind dazu fähig, wie wir gesehen haben anlässlich der Debatte über die Renten und über die breitere Eigentumsbildung. Ich glaube, das ist sehr wichtig, dies so zu sehen, wenn wir nicht eine Partei sein wollen, die nun nur noch in dem herumläuft, was einmal war.

Wenn ich mich so deutlich hier und auch in anderen Zusammenhängen äußere gegen die Anpassung und für eine sehr prinzipielle Politik, da meine ich nicht etwa, daß wir mit dieser Substanz – und es gibt ja auch solche Strömungen in der Partei – nur grundsatztreu sein und lieber mit der Fahne untergehen sollten. Wir sollten uns nicht in einen Ghettoturm der Immertreuen begeben, sondern die Türen und die Fenster weit aufmachen und hinausgehen ins Volk mit unseren Prinzipien und mit unseren Konzepten für die Zukunft, die wir entwickeln, mit einer Politik, die jeder Nachdenkliche mindestens als Herausforderung zur Überprüfung seines Standpunktes empfinden muß. Und dazu gehört eben ein Stil, der andere überhaupt zum Zuhören bringt. Viele Wechselwähler haben sich ja abgewöhnt, uns differenziert zuzuhören. Und ich glaube, daß mit Nachhutgefechten über vergangene Schlachten nun immer weniger zu machen ist.

Ich meine, daß unser Wahlprogramm aus der Sicht von 1972 gut war, daß sich dar-

---

8 Redebeitrag Barzels in der Fortsetzung der Aussprache über die Erklärung der Bundesregierung betr. ihrer künftigen Politik (Sten.Ber. 7. WP 10. Sitzung S. 369–375, hier S. 375).

aus noch Punkte ergeben für diese mittelfristige Überlegung, vor allen Dingen im Bundestag, daß wir auch mit dem Blick auf 1976 eben mehr bieten müssen, wie ich dies eben andeutete. Und ich meine, wir dürfen auch die Augen davor nicht verschließen, daß in den Fragen der sozialen Partnerschaft wir noch einmal unsere Prinzipien abklopfen müssen, um zu überprüfen unsere Einlassung in der Frage der Mitbestimmung. Wir können, wenn wir nach draußen gucken, nicht übersehen, daß zur Zeit ein Partner für eine Integrationspolitik, wie sie uns vorschwebt, in Europa nicht vorhanden ist. Es steht kein Integrationszug abfahrbereit. Wir müssen hier sehen, daß wir mit unseren Vorstellungen des Bundesstaates ein ganzes Stück alleinstehen. Wir müssen an dem Ziel festhalten, aber ich glaube, doch ein paar praktischere Schritte in die Politik einbeziehen. Und wir haben uns auf eine Deutschlandpolitik einzurichten, die wir nicht gemacht haben, die nun von zwei Staaten ausgeht und bei vermehrter geistiger Auseinandersetzung sicherlich angesiedelt sein muß.

Ich komme damit zu meinem siebten Punkt. Ich will dem Generalsekretär und auch den Kollegen, die spezifische Bereiche verantworten, nicht vorgreifen in den vielen praktischen Maßnahmen, die zu ergreifen sind. Die erste ist der nächste Parteitag, über den wir übrigens auf dieser Tagung zu beschließen haben werden. Er sollte außer den Wahlen einen, wie ich meine, weiteren Bericht der Grundsatzkommission entgegennehmen sowie einige der Sachkonzeptionen, die wir heraussuchen müssen aus unserer Diskussion, behandeln aufgrund von Vorschlägen von Ausschüssen. Wie weit wir damit kommen, dies wird zu sehen sein. Wir werden im Herbst dann auch Vorstandswahlen haben, und ich hoffe, daß wir nicht Schaden nehmen in der Zeit bis dahin. Denn es geht ja nicht um irgendeinen von uns, sondern es geht um die Sache, der wir alle miteinander dienen.

Das zweite: Die Arbeit der Fraktion wird anders sein als im sechsten Bundestag. Ich habe dies oft genug gesagt, ich brauche das hier nicht zu formulieren. Die Parteiarbeit muß also der Grundsatzarbeit dienen. Sie muß dienen dem Herausarbeiten konkreter Sachkonzepte, sie muß dienen unserem Dienst hinaus ins Volk, und dabei kommt natürlich der Kommunalpolitik eine ganz besondere Bedeutung zu. Ich möchte das nur jetzt als einen Merkposten nennen, wir werden darüber hier einmal diskutieren müssen.

Wir wollen den zentralen Rednereinsatz, das ist das vierte, verstärken und systematisieren. Wir empfehlen Ihnen, daß alle führenden Damen und Herren der Union, sei es hier, sei es in der Fraktion, dem Beispiel des Präsidiums folgen und 25 Tage im Jahr für zentralen Rednereinsatz zur Verfügung stellen. Das läuft unter dem Motto „Wir machen den Montag frei“. Montag gehört der Führung der Partei. Das meint natürlich nicht sklavisch den Montag, aber wir haben dadurch, daß er frei geworden ist, 25 Tage gewonnen, und die wollen wir zur Verfügung stellen. Wir werden sicher fünftens der Ausbildung von Mitgliedern eine sehr viel breitere Arbeit und Organisation zuwenden müssen. Wir werden sechstens vermehrte Anstrengungen machen müssen, neue Mitglieder zu gewinnen. Ich glaube, daß das erste ist, daß wir die Helfer und die Engagierten nun halten können und möglichst aus ihnen Mitglieder machen, und dazu gehören auch Aktivitäten. Ich höre hier und da, daß Dutzende von jungen Menschen, Schülern

vor allem, die uns Wahlkampf geholfen haben, nun, da beschäftigungslos, wieder weglaufen und sich desinteressieren. Wir müssen uns siebtebens bemühen, einen Informationsdienst für Schulzeitungen zu schaffen. Wir müssen achtens überlegen, wie wir zwischen „Monatsblatt“, UiD, DUD und den Informationskarten eine möglichst wöchentliche Publikation und Information unseren Mitgliedern geben können, um auf diese und andere Weise den Informationsfluß hin und her, also von oben nach unten und von unten nach oben, aber auch von den Landesparteien zur Bundespartei und umgekehrt von den Vereinigungen und umgekehrt, zu verstärken. Wir werden zehntens Absprachen treffen müssen, ich will dem nicht vorgreifen, nach Gesprächen mit der Führung des RCDS und der Jungen Union über spezielle Programme, die die Partei unterstützt in diesen beiden Bereichen. Und wir brauchen, glaube ich, und dies ist der einzige organisatorische Vorschlag, den ich mache, ich will hier dem Generalsekretär nicht vorgreifen, eine Koordinierung unserer Planungseinrichtungen, wir haben ja eine ganze Menge, ob es nun Eichholz oder Alfter, die Fraktion oder das Adam-Stegerwald-Haus ist, und das sollte eigentlich ein Mitglied des Präsidiums, wie ich glaube, übernehmen.

Meine Freunde, dies ist meine Einleitung. Betrachten wir die Lage nüchtern und kritisch als eine Chance zur Erneuerung. Ich glaube, daß aus unserer Substanz diese Erneuerung möglich ist. Und es sollte von dieser Sitzung ein Anfang dafür ausgehen, ein Anfang, um wieder in ein besseres Gelände zu kommen, und nicht ein Anfang etwa, um tiefer noch abzurutschen. Soweit die Einführung. Ich würde es nun für richtig halten, den Bericht des Generalsekretärs zu hören.

*Kraske:* Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben Ihnen in den letzten 14 Tagen eine ganze Fülle von Material zugeschickt mit der Bitte, sich durch dieses Material auf die heutige Sitzung vorzubereiten. Ich bedanke mich insbesondere bei denen, die nicht aus unserem Kreise kommen, nämlich in Abwesenheit bei Frau Professor Noelle-Neumann und in Anwesenheit bei Herrn Dr. Kaase<sup>9</sup>, den ich hier herzlich begrüßen möchte. Es liegen Ihnen mit diesen beiden Gutachten und dem vom Herrn Kaltefleiter drei unabhängige Gutachten aus dem Bereich der Meinungsforschung vor, die durch eine Reihe von Einzeldarstellungen ergänzt sind.<sup>10</sup> Der Zweck, der damit verfolgt wurde, Ihnen dieses Material vorzuschicken, wäre verfehlt, wenn ich dieses Material nun im ganzen oder im einzelnen hier noch einmal referieren wollte, aber der Generalsekretär hat sich, wie das seine Pflicht war, vor dieser Klausurtagung ganz bewußt mit allen öffentlichen Äußerungen sehr zurückgehalten, und deswegen meine ich, können Sie jetzt von ihm eine zusammenfassende Analyse erwarten, die seinem Urteil, seinen Erfahrungen, gestützt auf dieses nun auch Ihnen zugängliche Material entspricht. Ohne daß

---

9 Dr. Max Kaase (geb. 1935), Politologe; 1960/61 Tätigkeit als Marktforscher, 1962–1964 wissenschaftlicher Assistent an der Universität Köln und 1964/65 und 1967–1971 an der Universität Mannheim, 1973 Habilitation, 1974–1979 Geschäftsführender Direktor des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA). – Max KAASE: Die Bundestagswahl 1972. In: Politische Vierteljahresschrift Heft 2/Mai 1973 S. 145–190.

10 Wahlanalysen und gutachterliche Äußerungen in ACDP 07–001–930.

ich dem Vorsitzenden vorgreifen möchte, versuche ich zugleich unserer Aussprache mit dieser Analyse eine Disposition zu geben. Ich spreche zunächst über die Ursachen unserer Wahlniederlage am 19. November und anschließend über die Forderung an die Parteiarbeit und an die Forderung an unsere langfristige Strategie.

Die Niederlage der Union bei der Bundestagswahl 1972 hat kurz-, mittel- und langfristige Ursachen, die einer differenzierten Analyse bedürfen, obwohl sie sich wechselseitig durchdringen und bedingen.<sup>11</sup> Gegenstand einer kurzfristigen Betrachtung muß der Wahlkampf sein; eine mittelfristige Betrachtung hat es mit der Zeit zwischen den Bundestagswahlen 1969 und 1972 zu tun; eine langfristige Betrachtung muß sich mit der Entwicklung seit dem Ende der 50er Jahre beschäftigen. Es wird nie möglich sein, exakt zu definieren, welcher der mitwirkenden Faktoren die entscheidende Rolle gespielt hat, sicher ist jedoch, daß für die Vorbereitung einer neuen Strategie der Unionsparteien die Analyse der langfristigen Ursachen der Wahlniederlage am wichtigsten ist. Umgekehrt ist gerade der Generalsekretär es Ihnen schuldig, ausführlich über die kurzfristigen Ursachen, d. h. vor allem den zurückliegenden Wahlkampf, zu sprechen.

Erstens, die Anlage des Wahlkampfes, wie sie vom Bundesvorstand, auf dessen Sitzungen am 21. August und am 25. September 1972 nach eingehender Beratung beschlossen wurde, war trotz aller inzwischen laut gewordenen Kritik richtig, weil sie unausweichlich war. Alle vorliegenden Umfragen bestätigen, daß der Vorsprung der SPD in allen außenpolitischen Fragen schon zu Beginn des Wahlkampfes so groß war, daß die Union diesem Thema zwar nicht ausweichen durfte, was sie auch nicht getan hat, daß sie es aber auch nicht in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes stellen konnte, wenn sie nicht dem Gegner nutzen wollte. Demgegenüber war die Sorge um die Stabilität nicht nur das aktuellste Thema im Frühherbst 1972, sondern zugleich der Bereich, in dem den Unionsparteien das stärkste Vertrauen entgegengebracht wurde. Die Wahlniederlage wäre im Zweifelsfalle noch größer gewesen, wenn die Union daran vorbeigegangen wäre. Dieses Urteil stützt sich im übrigen auf übereinstimmende Umfrageergebnisse aller Meinungsforschungsinstitute.

Es muß allerdings kritisch angemerkt werden, daß es nicht gelungen ist, den Begriff der Stabilität, wie dies unser Konzept vorsah – der Vorsitzende hat davon gesprochen – in seiner ganzen Breite ins öffentliche Bewußtsein zu bringen. Im Zuge des Wahlkampfes verengte sich vielmehr die Auseinandersetzung allzu sehr auf die Frage der steigenden Preise und damit allein auf den materiellen Aspekt des Themas. Außerdem gelang es uns nicht, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß Stabilität für uns vorwiegend instrumentale Bedeutung als Voraussetzung für soliden Fortschritt habe.

Zweitens, die Union hat sich mit ihrem sachlichen Wahlkampfstil nicht gegen die emotionale Kampagne ihrer politischen Gegner durchsetzen können, jeder Versuch einer emotionalen Gegenkampagne wäre aber wahrscheinlich mindestens so sehr zum Scheitern verurteilt gewesen. Das Friedenthema und die Person Willy Brandts boten zweifellos einen stärkeren Ansatz, Gefühle zu mobilisieren, als dies mit dem politischen und personellen Angebot der Union zu erreichen war. Trotzdem spricht

---

11 Transkript der Ausführungen Kraskes in ACDP 07-001-930.

manches dafür, daß gerade die Wechselwähler, die die Union für sich gewinnen konnte – nach Infas sind allein 1,1 Mio. Wähler aus dem Bereich der SPD durch den argumentativen Wahlkampfstil der CDU positiv angesprochen worden. Andererseits hat sich der Wahlkampfstil der Union womöglich nicht optimal auswirken können, weil er durch manche unabhängigen Wählerinitiativen unterlaufen und unglaubwürdig gemacht wurde.

Drittens, es ist uns nicht gelungen, das in Wiesbaden verabschiedete Regierungsprogramm als das positive Angebot der Union und als ihre konstruktive Alternative gegenüber der Linken hinreichend ins öffentliche Bewußtsein zu bringen, obwohl eine gewichtige Analyse der CDU-Werbung in Insertion und Fernsehen deutlich macht, daß die positive Selbstdarstellung, wie ursprünglich vorgesehen, den Vorrang vor dem Angriff auf den Gegner hatte. Aber die kurze Zeit zwischen dem 11. Oktober und dem 19. November reichte nicht annähernd aus, um ein eben verabschiedetes Programm wirklich zu popularisieren. Außerdem war das Programm möglicherweise gerade in dem für unseren Wahlkampf entscheidenden Punkt – Wiedergewinnung der Stabilität – immer noch nicht so konkret und eingängig, wie es die Öffentlichkeit erwartet hätte. Wir wissen, an welchen politischen, sachlichen Schwierigkeiten das lag. Darüber hinaus mag die Identifizierung der Partei mit ihrem Programm begrenzt gewesen sein, weil die Partei an der Vorbereitung des Programms nicht, wie in früheren Fällen, beteiligt werden konnte, wollte man nicht das Ziel eines gemeinsamen Programms von CDU und CSU in Frage stellen.

Viertens, es ist uns nicht gelungen, die Vielzahl unabhängiger Wählerinitiativen auch nur annähernd zu erfassen und zu koordinieren. Abgesehen davon, daß die ihnen zugrunde liegende Strategie den Maßnahmen der Partei häufig zuwiderlief, führte ihre Massierung – vor allem in den letzten 14 Tagen – zu einer Belastung des Erscheinungsbildes der CDU. Die längst vorher geplante Kampagne der Linken, die CDU als Kapitalistenpartei zu denunzieren, fand durch den konzentrierten Aufwand der Wählerinitiativen ungewollte Unterstützung.

Fünftens, die öffentliche Diskussion um Professor Schiller in der Schlußphase des Wahlkampfes hat der Union eher geschadet als genutzt. In der Person Schillers wurde zu diesem Zeitpunkt nicht so sehr der erfahrene und erfolgreiche Wirtschaftspolitiker gesehen; vielmehr verstärkte Schiller durch sein Auftreten offenbar die Animosität gegen die sogenannten Fraktionswechsler. Überdies trug es nicht zur Glaubwürdigkeit der Union bei, daß vorübergehend der Eindruck entstand, als sei sie nach ihren jahrelangen Angriffen auf Professor Schiller und seine Politik nunmehr bereit, Schiller für die eigenen Zwecke einzusetzen.

Sechstens, der Wahlkampf richtete sich, unserem Konzept entsprechend, in seinem Schwerpunkt an die Gesamtbevölkerung, insbesondere an die potentiellen Wechselwähler. Daneben gab es jedoch eine planmäßige Zielgruppenansprache. Von den uns zur Verfügung stehenden Fernsehzeiten etwa richtete sich fast die Hälfte der eingesetzten Spots an einzelne Wählergruppen, nämlich an die Jugend, an die Frauen, an die Arbeitnehmerschaft und an die Rentner. Auch im Rahmen unserer Insertion wurden Jungwähler und Rentner in besonderer Weise angesprochen. Dennoch wird man

heute sagen müssen, daß dies nicht ausreichte. Wäre das Ausmaß der Wählerinitiativen im vorhinein bekannt gewesen, und wäre es gelungen, sie zu koordinieren, hätte es sich sicher empfohlen, den Insertionsetat um zwei bis drei Mio. DM zugunsten zusätzlicher zielgruppenorientierter Aktionen einzuschränken.

Siebtens, um das Quadriga-Plakat ist während des Wahlkampfes und vor allem danach gestritten worden. Eine Reihe von Urteilen in Partei und Öffentlichkeit haben die vorliegenden Testergebnisse nicht bestätigt. Eine nachträgliche Beurteilung der Werbung, wie sie jetzt auch in der Öffentlichkeit aufgrund einiger Umfragen versucht worden ist, muß jedoch mit großer Zurückhaltung bewertet werden, weil sie unvermeidlich durch das Wahlergebnis ex post bestimmt ist.

Achtens, die Zusammenarbeit mit den Werbeagenturen war in mehrfacher Hinsicht unbefriedigend. Bei der Vorbereitung künftiger Wahlkämpfe ist ernsthaft zu prüfen, wieweit kommerzielle Full-Service-Agenturen noch sinnvoll eingesetzt werden können. Je politischer die Wahlkämpfe werden, desto problematischer dürfte die Beteiligung von Werbeagenturen in der bisherigen Form sein.

Neuntens, obwohl sich die Vorbereitung einer „Alarmplanung“ seit dem Frühjahr 1972 zweifellos positiv ausgewirkt hat, zeigte der verkürzte Wahlkampf dennoch unvermeidbare organisatorische Mängel. Sie führten insbesondere zu erheblichen Engpässen bei der Materialauslieferung. Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß die CDU im Wahlkampf 1972 in weniger als der Hälfte der sonst zur Verfügung stehenden Zeit das Doppelte an Material entwickelt, produziert und verteilt hat.

Und schließlich, zehntens, der Rednereinsatz litt ebenfalls unter der Verkürzung des Wahlkampfes, eine gleichmäßige Versorgung der Wahlkreise mit Spitzenrednern war noch schwieriger als sonst. Das gilt erst recht für eine systematische Berücksichtigung unterschiedlicher Wahlkreisstrukturen. Dadurch ergaben sich erhebliche Verzerrungen. So gab es etwa im Wahlkreis 46, Helmstedt, im Bundesrednereinsatz nur eine Abendveranstaltung der CDU mit Herrn Czaja, während im Wahlkreis 232 Weißenburg, im Wahlkreis unseres Freundes Richard Stücklen, allein aus der CDU Herr Barzel, Herr Kiesinger, Herr Kohl, Herr Schröder, zweimal Herr Stoltenberg, Herr von Weizsäcker, Herr Bewerunge und Herr Hupka sprachen. (*Heiterkeit – Zwischenruf: Ergebnis?*) Der Wahlkreis wurde gewonnen und der Wahlkreis Helmstedt wurde verloren. Und die CSU rühmte sich ihres besonders guten Abschneidens bei der Wahl, während sie ihrerseits ihre CSU-Redner nicht für die CDU in dem verabredeten Ausmaß zur Verfügung stellte.

Den eigenen Nachteilen, Mängeln und Fehlern im Wahlkampf standen folgende Vorteile für die Koalitionsparteien, insbesondere für die SPD gegenüber:

Erstens, auch wenn es umstritten ist, ob die Wahl vom 19. November 1972 eine „Kanzlerwahl“ war, hat die ausgeprägte Sympathie für Willy Brandt zweifellos große Bedeutung gehabt. Spitzenkandidat und Mannschaft der CDU konnten das so wenig aufwiegen, wie das bei früheren Wahlen im umgekehrten Verhältnis für die SPD galt. In diesem Zusammenhang sei auf eine Äußerung von Frau Professor Elisabeth Noelle-Neumann aus dem Juli 1969 verwiesen: „Die SPD geht zum fünften Mal in einen Wahlkampf mit deutlich unterlegenem Kanzlerkandidaten. Nicht nur, daß von den Wählern



insgesamt Kiesinger im Verhältnis von 2:1 gegenüber Brandt als Bundeskanzler vorgezogen wird, auch ein Viertel bis ein Drittel der SPD-Anhänger findet Kiesinger als Kanzler besser.“ Das ist nun eine zweite Konstante – die erste Konstante war nach Frau Noelle damals die Bedeutung der Preispolitik für Wahlkämpfe – „in den Wahlkämpfen der 50er und 60er Jahre. Jedesmal hatte die CDU die stärkere Führungsfigur, jedesmal war die SPD-Anhängerschaft in diesem Punkt gespalten, und jedesmal konzentrierte die CDU auf diesen Vorteil zu Recht ihre Strategie. Überlegenheit in der Führungsfigur ist wahrscheinlich der stärkste Trumpf, den man in einem Wahlkampf einbringen kann.“<sup>12</sup>

Gerade im Rückblick auf das Verhältnis von Kanzler und Kanzlerkandidaten in früheren Wahlkämpfen – übrigens auch in vergleichbaren Situationen im demokratischen Ausland – ist es höchst fraglich, ob die Union mit einem anderen Kandidaten in einer anderen Situation gewesen wäre. Für mich ist diese Frage klar zu verneinen. Einfache Imagevergleiche, wie sie in dieser Zeit gelegentlich angestellt werden, sagen darüber insofern nichts aus, als erst die Herausfordererrolle ihren Träger zum besonderen Kristallisationspunkt gegnerischer Angriffe macht. Dies ist eben die spezifische Schwierigkeit des Oppositionsführers. In diesem Zusammenhang läßt sich außerdem nicht übersehen, daß die langfristig angelegte, gezielte Verleumdungskampagne gegen die Vorsitzenden von CDU und CSU mindestens im Norden nicht ohne Resonanz geblieben ist.

Lassen Sie mich ein anderes Wort hinzufügen: Ich habe zu denen gehört, die ein halbes Jahr lang immer begründet haben, warum in der deutschen Landschaft Schattenkabinette wie in England zur Präsentation der Mannschaft nicht geeignet sind. Ich würde uns im Blick auf 1976 empfehlen, diese Frage noch einmal neu zu überdenken, weil die Abdeckung einzelner politischer Sachbereiche natürlich in einem solchen Verfahren sicherer vorzunehmen ist als nur durch eine Mannschaft.

Zweitens, das geschickte Timing bei der Paraphierung des Grundvertrages hat wesentlich dazu beigetragen, in der letzten Phase des Wahlkampfes alle innenpolitischen Themen in den Hintergrund zu drängen und – über die Bedeutung des Grundvertrages hinaus – die ganze Breite der Ost- und Friedenspolitik zu aktualisieren. In dieser Situation hätte auch ein vorzeitiges Nein der Union zum Grundvertrag – selbst wenn es politisch vertretbar gewesen wäre – im Blick auf einen möglichen Wahlsieg der Union kaum etwas bessern können. Es besteht vielmehr Grund zu der Annahme, daß die Außenpolitik bei einem solchen Nein noch stärker polarisierend und dadurch noch mehr zugunsten der Koalition gewirkt hätte.

Drittens, während alle früheren Bundestagswahlkämpfe überwiegend in die – auch internationale Ferienzeit – fielen, hatte die Regierung diesmal im Oktober und No-

---

12 Wahlanalyse von Elisabeth Noelle-Neumann für den „Spiegel“ Juli 1969 „Die Ausgangspositionen zum Bundestagswahlkampf 1969. Eine Analyse auf Grund Allensbacher Beobachtungsreihen von 1953 bis 1969“ in ACDP Dokumentation 13/1/4. Vgl. auch Bericht über die Resonanz von Kanzler und Oppositionsführer in den Jahren 1957 bis 1972 (nach Infas) in „Vorwärts“ vom 8. November 1972.

vember mehr Gelegenheit als jede ihrer Vorgängerinnen, von ihren spezifischen Möglichkeiten als Regierung Gebrauch zu machen.

Viertens, die Koalition hatte im Fernsehen ein erhebliches Übergewicht, das insbesondere durch die Kumulation der Sendezeiten für Bundesregierung, SPD und FDP, entstand. So ergab eine quantitative Nachrichtengewichtung während der letzten zwei Monate in der ARD 18,1 % des gesamten Nachrichtenangebotes für die Koalition, 7,4 % für die CDU/CSU, im ZDF 14,9 % für die Koalition und ebenfalls 7,4 % für die CDU/CSU.

Und schließlich, fünftens der Einfluß der Gewerkschaften zugunsten der SPD war vermutlich seit 1953 – die Plakataktion damals „Wir wählen einen besseren Bundestag“ – nie massiver als in der Vorbereitung und Durchführung dieses Wahlkampfes 1972.

Damit komme ich zu den mittelfristigen Ursachen. Erstens, die Bevölkerung hat das Wahlergebnis von 1969 und die nachfolgende Regierungsbildung mit großer Mehrheit als einen legitimen Regierungswechsel empfunden. Um so nachteiliger hat es gewirkt, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck entstand, die Union habe ihre Oppositionsrolle nicht hinreichend akzeptiert.

Zweitens, der SPD war es bereits in der Zeit der Großen Koalition gelungen, das Vertrauen einer Mehrheit für ihre besonderen Fähigkeiten auf dem Gebiet der Außenpolitik zu gewinnen. Damals erklärten 41 %, daß sie hier der SPD, und nur 24 %, daß sie der CDU mehr zutrauten. Dieser Vorsprung hat sich im Laufe der sechsten Legislaturperiode zunehmend vergrößert. Frau Noelle hat in ihrem Material eine Umfrage veröffentlicht – über viele Jahre hinweg –, die geradezu erschütternd widerspiegelt den Unterschied zwischen objektiven politischen Daten und der subjektiven Perception in der Öffentlichkeit. Auf die Frage: „Was meinen Sie, war unsere Außenpolitik in der letzten Zeit erfolgreich, oder finden Sie, die deutsche Stellung hat sich eher verschlechtert?“, antworteten 1956 15 % positiv, 1957 31 %, 1958 22 %, 1959 20 %, 1960 18 %, 1961 14 %, 1963 21 %, 1964 15 %, 1966 9 %, November 1970 53 %.<sup>13</sup>

Es kam hinzu, daß in praktisch allen Fragen der Ostpolitik – Aussöhnung mit der Sowjetunion, Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, Annäherung an die DDR – die Positionen der Koalition eine breitere und spontanere Zustimmung in der Öffentlichkeit fanden als die Haltung der CDU/CSU. Im September 1970 sprachen sich – wiederum Material aus Allensbach – bereits 71 % für und nur 22 % gegen eine Anerkennung der DDR aus, wobei sich diese 71 % in einen konditionierenden und einen unkonditionierten Teil zerfallen.<sup>14</sup> Dies gilt in besonderem Maße für die junge Generation und für die Frauen. Es ist der Union zweifellos nicht gelungen, für ihre Haltung in der Ostpolitik

---

13 Vgl. Ausarbeitung „Eine völlig veränderte Atmosphäre“ von Elisabeth Noelle-Neumann in ACDP 01–226–998 N–Pre.

14 Zu den Ergebnissen der Meinungsumfragen zur Deutschland- und Ostpolitik von September/Oktober 1972 BPA – Abt. Nachrichten ZDF vom 26. Oktober 1972; zur Beurteilung der Ostpolitik 1970/1971 vgl. KALTFLEITER S. 15.

eine Mehrheit zu mobilisieren. Die Regierungspolitik fand im Gegenteil gegen Ende der Legislaturperiode sogar bei annähernd der Hälfte der potentiellen CDU/CSU-Wähler Verständnis oder gar Zustimmung.

Drittens, die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, in besonderem Maße wiederum die Jungwähler, hat negativ auf den Fraktionswechsel einzelner Abgeordneter reagiert. Um die Bedeutung dieser Frage für die Jungwähler klarzumachen, möchte ich Sie nur an eine Zahl erinnern. Auf die Frage: „Sehen Sie darin, daß der Bundestag Willy Brandt das Vertrauen nicht ausgesprochen hat, eine politische Niederlage für Brandt, oder war das, politisch gesehen, keine Niederlage“, antworteten in der Gesamtbevölkerung 44 % eine Niederlage, 38 % keine Niederlage. In der jungen Generation – 18 bis 29 Jahre – 47 % keine Niederlage und nur 35 % eine Niederlage. Ähnlich klaffen die übrigen Zahlen auseinander; etwa, ob die Ursache für den Parteiwechsel die schlechte Regierungspolitik oder die Schuld bei den Parteiwechslern ist, sieht die gesamte Öffentlichkeit die Schuld zu 42 % bei den Wechslern und nur 35 % bei der Regierung; die Jugendlichen zu 50 % bei den Abgeordneten und nur zu 27 % bei der Regierung. Die Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag hat nicht nur zu Sympathieverlusten für die Opposition geführt. Sie war zugleich eine Hilfe für die Regierung, weil Mitleidsgefühle mobilisiert wurden, hinter denen die objektiven Fehler der Regierung verblaßten.

Und schließlich, viertens, obwohl die Union in kaum einer Legislaturperiode zuvor so viele gesellschaftspolitische Initiativen entwickelt hat, ist es ihr nicht gelungen, ihr weitgehend negatives Erscheinungsbild in allen Fragen von gesellschaftspolitischem Rang zu verbessern. Die Union hat, gerade im Wahlkampf, deutlich darunter gelitten, daß sie für eine „konservative Partei“, ja für reaktionär gehalten wird. Dies belastete sie um so mehr, als es der SPD mit massiver Unterstützung durch die Gewerkschaften gelang, sich selbst, der Bundesregierung und dem Bundeskanzler, den Anschein extremer Arbeitnehmerfreundlichkeit zu geben.

Damit komme ich zu den langfristigen Ursachen, die Sie am besten ins Auge fassen, wenn Sie sich noch einmal in Erinnerung zurückrufen, daß der Abstand zwischen CDU/CSU und SPD von 16,4 % im Jahre 1953 auf 18,4 % im Jahre 1957 gestiegen war und von 1957 kontinuierlich abfiel auf 9,1 %, 8,3 %, dann, bei der Wahl 1969 auf 3,4 % und nun auf minus 0,9 %, also einen Vorsprung von 0,9 %.

Die Gründe, die hier nur notiert, aber nicht im einzelnen analysiert werden sollen, sind: Erstens, seit den 50er Jahren hat sich die Bevölkerungsstruktur kontinuierlich zu Lasten der Selbständigen und zugunsten der abhängig Beschäftigten verändert. Zweitens, seit den 50er Jahren sind die kirchlichen Bindungen weiter Schichten zurückgegangen. Parallel dazu traten für immer mehr Menschen sozial bedingte Motivationen im Wahlverhalten an die Stelle weltanschaulicher Motivationen. Diese Entwicklung ist in Wählergebieten mit einem starken Anteil katholischer Arbeitnehmerschaft am deutlichsten in diesem 15 Jahren zu verfolgen, von den Männern beginnend bis inzwischen auch zu den Frauen.

Drittens, die Union unterlag seit dem Ende der 50er Jahre immer stärker den für langfristige Regierungsparteien üblichen Abnutzungserscheinungen. Gleichzeitig ver-

stand es die SPD durch ihren Kurswechsel 1959/60 außerordentlich geschickt, in neue Wählerschichten vorzustoßen.

Viertens, die Union erschien immer stärker als konservative, womöglich sogar als altmodische Partei. Sie hatte die beiden wichtigsten Aufgaben der Nachkriegszeit – den Menschen Sicherheit zu geben und ihnen wachsenden Wohlstand zu ermöglichen – überzeugend gelöst. Die Lösung der sich nun stellenden Aufgaben, insbesondere im gesellschaftspolitischen Bereich, traute man eher der SPD zu.

Fünftens, die negativen Auswirkungen eines zu einseitigen Erscheinungsbildes der CDU fielen um so schwerer ins Gewicht, als von Wahl zu Wahl der Anteil derjenigen Wähler stärker wurde, die zunächst den Krieg, dann die Nachkriegszeit, nicht mehr aus eigenem Erleben kannten.

Sechstens, als Beispiel für diese langfristigen Veränderungen mögen folgende Zahlen dienen: Anteil der Selbständigen mit Familienangehörigen 1952 29,3 %, 1961 22,1 %, 1970 15 %, Anteil der abhängig Beschäftigten 1952 70,7 %, 1961 77,9 %, 1970 84 %.

Antworten auf die Frage: Welche politische Aussage liegt Ihnen näher, „Keine Experimente“ oder „Wir müssen einen neuen Weg suchen“ 1957 45 % „Keine Experimente“ und 33 % für einen „Neuen Weg“; 1968 30 % für „Keine Experimente“ und 53 % für einen „Neuen Weg“.

Befragte zwischen 18 und 30 Jahren fanden den Klassenkampf im Sommer 1959 zu 43 % schädlich und zu 19 % notwendig. Im Dezember 1971 zu 24 % schädlich und zu 40 % notwendig.

Befragte äußerten sich auf die Frage, ob sie für die nächste Zeit einen Krieg befürchteten oder beruhigt in die Zukunft sähen, 1963 zu 45 % mit der Sorge vor einem Krieg und zu 21 % beruhigt; 1968 zu 43 % besorgt und zu 29 % beruhigt; 1971 zu 27 % besorgt und zu 43 % beruhigt. Gleichzeitig veränderte sich das Votum für das Bündnis mit den Amerikanern und für die Neutralität von 50 % zu 38 % im Jahre 1969 zugunsten des Westbündnisses auf 37 % zu 43 % im Jahre 1972 zugunsten der Neutralität.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun im zweiten Abschnitt die Folgerungen für die Parteiarbeit zusammenfassen.

Erstens, der bevorstehende Parteitag hat weittragende personelle Entscheidungen zu treffen. Er darf aber keinesfalls darauf beschränkt bleiben. Ihm müssen gleichzeitig politische Aufgaben gestellt werden, darüber muß bis zum Frühjahr entschieden werden, damit die Partei in ihrer ganzen Breite an der vorbereitenden Diskussion beteiligt werden kann. Es muß klar werden, daß die Vorbereitung der Parteitage in Berlin und Düsseldorf kein Einzelfall war, daß vielmehr umgekehrt der Parteitag in Wiesbaden als Wahlkampföffnung unter besonderen Bedingungen stand. Aus dem gleichen Grunde sollten die Ergebnisse der Klausurtagung von Partei und Fraktion möglichst rasch allen Kreis- und Ortsverbänden zur Verfügung gestellt werden, damit schon jetzt ein erster aktueller Meinungsbildungsprozeß in der ganzen Breite der Partei in Gang kommt.

Zweitens, die wichtigsten politisch-parlamentarischen Entscheidungen des Jahres 1973 müssen durch publizistische Aktionen der Partei begleitet werden, die sich nicht

allein auf Rednerdienste und Werbematerial beschränken dürfen, sondern die unsere Abgeordneten und die Kreisverbände in Stand setzen müssen, das gezielte Gespräch mit Bevölkerungsgruppen, die durch die jeweiligen Entscheidungen besonders betroffen sind, aufzunehmen. Kontaktgespräche mit Verbänden und Organisationen auf Bundes- und Landesebene nützen nichts ohne die Ergänzung an der Basis in den Kreisverbänden.

Drittens, im Rahmen der vom Parteivorsitzenden angekündigten Aktion „Hinaus ins Volk“ darf es bei den Einsätzen der Parteiführung ebensowenig wie bei der Arbeit der Abgeordneten allein darum gehen, mehr Reden zu halten. Die Versammlungstätigkeit der Union ist auch in der Vergangenheit, mindestens aber in den Wahlkampfmonaten, sehr viel intensiver als die der beiden anderen Parteien gewesen. Worauf es ankommt, ist vor allem eine Verstärkung unseres Einsatzes im vopolitischen Raum.

Viertens, die Mitgliederwerbung muß systematisch fortgesetzt werden, gleichzeitig müssen die neu eingetretenen Mitglieder in besonderer Weise angesprochen und betreut werden. Außerdem muß die Mitgliedschaft zur Vorbereitung künftiger Wahlkämpfe und der laufenden Arbeit so selektiert werden, daß gesicherte Erkenntnisse gewonnen werden, welche Mitglieder in Wahlkämpfen und in der Öffentlichkeitsarbeit konkrete Aufgaben zu übernehmen bereit sind. Während des Wahlkampfes sind an vielen Stellen spontane Aktionsgruppen unterhalb bzw. außerhalb der Lokalorganisationen entstanden. Es muß geprüft werden, ob unsere bisherige Organisation differenziert genug ist, um den Aufgaben moderner Parteiarbeit gerecht zu werden. Die Kreisverbände sollten angehalten werden, ein möglichst breit gefächertes Stützpunktsystem zu entwickeln.

Fünftens, die systematische Veränderung des Images der CDU, insbesondere im Hinblick auf eine moderne Volkspartei, die sich ihrer sozialen Verpflichtungen bewußt ist, kann nicht ausschließlich der parlamentarischen und der publizistischen Arbeit überlassen bleiben. Vielmehr muß die Partei an der Basis mehr als bisher soziale Verantwortung demonstrieren. Das erfordert ein verstärktes Engagement unserer Mitglieder in allen Bereichen, in denen sich Bürgerinitiativen regen, auf dem Gebiet der Nachbarschaftshilfe und nicht zuletzt im Bereich der sozialen Dienste. Hier stellen sich Fragen an ein neues Selbstverständnis der Parteimitgliedschaft, hier stellen sich besondere Aufgaben, insbesondere für unsere Frauenvereinigung und für die Junge Union.

Sechstens, die Junge Union hat insbesondere im Wahlkampf hervorragende Arbeit geleistet. Es muß jedoch mit der Jungen Union geprüft werden, ob es ausreicht, wenn die Partei ihre Verantwortung für die Jugendarbeit voll auf die Junge Union delegiert. Deswegen empfiehlt sich die Bildung eines Jugendausschusses und der Aufbau eines entsprechenden Referates in der Bundesgeschäftsstelle.

Siebtens, die neue Legislaturperiode muß im Blick auf die Landtagswahlen und die Bundestagswahl 1976 zur Intensivierung der systematischen Schulung unserer Mitarbeiter genutzt werden. Außerdem ist die Arbeit der Organisationskommission, die im Sommer vergangenen Jahres unterbrochen werden mußte, mit Nachdruck fortzuführen. Die organisatorischen und werblichen Erfahrungen aus dem Bundestags-

wahlkampf sollten gemeinsam von Bundespartei und Landesverbänden ausgewertet werden. In diesem Zusammenhang empfiehlt sich die Vorbereitung und Erprobung von Modellen agenturunabhängiger Wahlkampfplanung.

Achtens, die Pressearbeit der Bundespartei muß ausgeweitet und intensiviert werden. Und zwar insbesondere durch regelmäßige Pressekonferenzen zu wechselnden Themen mit wechselnden Sprechern, durch mehr Pressekonferenzen außerhalb Bonn, durch mehr Redaktionsbesuche, durch eine Überprüfung unseres innerparteilichen Informationssystems („Monatsblatt“, Wocheninformation, Informationsdienst in Fortführung der Wahlkampfinformationen) und durch regelmäßige Informationen für Fach-, Berufs- oder Bevölkerungsgruppen, insbesondere einen Informationsdienst für die Schülerpresse, von dem der Vorsitzende bereits sprach.

Neuntens, Partei- und Fraktionsführung müssen ein langfristiges Programm für Kontaktgespräche mit Organisationen und Verbänden entwickeln. Im gleichen Zusammenhang muß die Vorbereitung von Fachkongressen zur Ergänzung unserer Bundesparteitage stehen.

Und schließlich zehntens, die Auslandsarbeit der Union muß weiter intensiviert werden, um zu verhindern, daß der nächste Bundestagswahlkampf abermals so einseitig von außen beeinflußt wird.

Damit komme ich zu dem letzten Absatz, der politischen Strategie, die dem zugrunde liegen muß.

Auch die Einsicht, daß ein langfristiger Trend eher den Grundlinien der Regierungspolitik als den Prinzipien der Union zu entsprechen scheint, darf die Union auf keinen Fall zu oberflächlichen Anpassungsbemühungen verführen. Die Union steht nicht vor der verkürzten Alternative, entweder an ihren überkommenen Grundsätzen festzuhalten und sich damit der Wählermehrheit weiter zu entfremden, oder aber sich dem schieren Opportunismus anheimzugeben. Was die Union vielmehr braucht, ist eine differenzierte Strategie, weit über die gegenwärtige Legislaturperiode hinaus. Im Rahmen einer solchen Strategie hat die Union keinerlei Anlaß, sich ein „Godesberg“ aufreden zu lassen. Die Bundestagswahl am 19. November wurde nicht verloren, weil die Union ein grundsätzlich falsches Programm hat, sondern weil es ihr nicht ausreichend gelang, dieses Programm gerade in seiner Zukunftsorientierung und in seinen gesellschaftspolitischen Schwerpunkten ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu bringen und damit voll identifiziert zu werden. Die erste Aufgabe am Anfang der neuen Legislaturperiode muß es daher sein, den inneren Zusammenhang zwischen dem Berliner Programm, der bisherigen Arbeit der Grundsatzkommission und den gesellschaftspolitischen Initiativen der Fraktion herauszuarbeiten.

Darüber hinaus hat die Partei anhand des Berliner Programms der CDU und die Fraktion anhand des Wiesbadener Wahlprogramms der CDU/CSU zu prüfen und zu entscheiden, wo im Laufe der Legislaturperiode eigene Initiativen vorbereitet und popularisiert werden sollen und wo andererseits die Schwerpunkte der eigenen Opposition gegen die Regierung liegen können. Auch ich bin der Meinung, daß wir für eine gründliche Vorbereitung dieser Planungsarbeit zu überlegen haben, wie die entspre-

chende Abteilung der Bundesgeschäftsstelle, der Planungsstab der Fraktion und Einrichtungen der Konrad-Adenauer-Stiftung noch besser koordiniert werden können.

Die Union wird, will sie sich treu bleiben, auch in der neuen Legislaturperiode parlamentarische Entscheidungen treffen müssen, die ihr Erscheinungsbild, gerade für die junge Generation, vorübergehend eher weiterhin belasten, als es zu verbessern. Das gilt sicher für die Ablehnung des Grundvertrages. Es gilt voraussichtlich auch für die Einlassungen der Union bei der bevorstehenden Debatte über den §218. Es wäre schon viel gewonnen, wenn dies jedermann von vornherein erkennen würde und sich niemand der Illusion hingäbe, weil die eigene Entscheidung vor der dem eigenen Urteil die einzig mögliche sei, müsse es gelingen, davon auch die Mehrheit der Bevölkerung zu überzeugen. Im Falle unseres Nein zum Grundvertrag wird dies beim heutigen Stand der öffentlichen Meinung und in der kurzen Frist, die bis zum Frühjahr zur Verfügung steht, ganz bestimmt nicht gelingen. Das Ziel kann deshalb nur sein, die eigene Entscheidung so zu begründen, daß die Union über den Kreis ihrer Anhänger hinaus, wenn nicht Zustimmung, doch wenigstens Respekt findet und daß sie damit ihre Glaubwürdigkeit erhöht.

Im übrigen wird die Union nach der Ratifizierung des Grundvertrages zu ihrem Wort stehen, „daß – um Franz Josef Strauß zu zitieren – die Regierung Brandt-Scheel seit 1969 Tatsachen verschuldet oder herbeigeführt hat, die eine Rückkehr zur Ausgangssituation des Jahres 1969 nicht mehr erlauben“.<sup>15</sup> Die Öffentlichkeit hat spätestens nach der Ratifizierung des Grundvertrages einen Anspruch darauf, von der Union ausdrücklich zu erfahren, welches diese Tatsachen sind und welches demnach die Basis für die künftige Außen- und Deutschlandpolitik der Union nach Inkrafttreten des Moskauer, des Warschauer und des Grundvertrages ist. Die neue Aufgabe der Union wird dann Wachsamkeit und Kritik gegenüber der aktuellen Regierungspolitik, nicht jedoch der ständige Rekurs auf die politischen Grundsatzentscheidungen zwischen 1969 und 1972 sein müssen.

So wenig sich die Union den täglichen Aufgaben der neuen Legislaturperiode entziehen kann, so sehr liegt die eigentliche Aufgabe in der Entwicklung einer langfristigen Strategie. Die nächste Bundestagswahl, bei der die Union um eine neue Mehrheit kämpfen kann und muß, leitet bereits eine Legislaturperiode ein, die in die 80er Jahre hineinführt. Die Union muß deshalb, will sie für den Wahlkampf 1976 eine wirkliche Chance haben, im Laufe dieser Legislaturperiode ein Programm für die 80er Jahre entwickeln. Hier vor allem liegt auch der Ausweg aus der scheinbaren Antinomie zwischen Überzeugung und Anpassung, zwischen eigenen Prinzipien und linken Modeströmungen. Nur wenn es der Union gelingt, als erste die neuen Fragestellungen unserer Gesellschaft in den 80er Jahren vorwegzunehmen und darauf gültige Antworten zu formulieren, wird sie wieder selbst den Zeitgeist bestimmen, statt ihm nachlaufen zu müssen.

---

15 Vgl. Interview von Strauß mit dem „Münchener Merkur“ vom 28. Oktober 1972 „Stunde der Wahrheit, Stunde des Erschreckens“.

Für ein solches Unternehmen bedarf es allerdings großer geistiger und politischer Kühnheit. Der Versuch wäre von vornherein verfehlt, wenn die Union am Anfang einer solchen Neuüberlegung eine unübersteigbare Mauer aus Tabus und vorgefaßten Meinungen aufrichten wollte. Die Union wird den Mut für ganz neue Antworten um so eher finden, je mehr sie sich daran erinnert, wie weit der Weg war, den sie aus eigener Überzeugung zwischen 1953 und 1973 – etwa in der Bildungspolitik oder in bestimmten Bereichen der Rechtspolitik, oder auch in der Deutschlandpolitik – zurückgelegt hat, ohne sich dabei untreu zu werden. Wenn ein in die Zukunft gerichteter Denkprozeß Erfolg haben soll, muß er offen und vorurteilsfrei sein. Er darf sich nur an den wirklich unaufgebbaren Grundprinzipien unserer Politik, wie es Freiheit, Personalität, soziale Verantwortung, Gerechtigkeit sind, orientieren. Nur so werden wir ein überzeugendes, glaubwürdiges Programm entwickeln können, das auch der heranwachsenden Generation eine Vision der Zukunft bietet, für die es mit der Union zu kämpfen lohnt. Herzlichen Dank!

*Barzel:* Meine Damen und Herren, damit ist auch der Bericht des Generalsekretärs, dem ich herzlich danke, erstattet. Wir würden vorschlagen, nun wie folgt zu verfahren, daß wir zunächst die Herren, die so freundlich waren, uns Gutachten<sup>16</sup> zu erstatten, von denen, wenn ich es recht sehe, Professor Kaltefleiter und Herr Dr. Kaase da sind, aber verhindert sind Frau Noelle-Neumann und Herr Scheuch<sup>17</sup>. Das sehe ich, glaube ich, richtig, daß wir zunächst die Herren bitten, wenn sie das noch mögen, ihre schriftlichen Vorlagen mündlich zu ergänzen. Wenn das gewünscht wird, können wir dieses tun. Wird es nicht gewünscht, dann würden wir vorschlagen, zunächst in Anwesenheit dieser Gutachter vielleicht zuerst Fragen zu stellen, und wenn wir diesen Teil erledigt haben, dann in die Debatte unter uns einzutreten. Sind Sie auch einverstanden? Gut. Dann würde ich zunächst also bitten, welche Fragen gibt es an die beiden Herren, die hier sitzen, Herrn Professor Kaltefleiter und Herrn Dr. Kaase?

*Amrhein:* In den Gutachten, die wir zu Gesicht bekommen haben, wird der Frage geringe Bedeutung beigemessen in diesem Zusammenhang, woher es eigentlich kommt, daß die CDU in den Mittelstädten beträchtlich mehr Verluste als irgendwo anders gehabt hat. Es war da und dort angedeutet worden, daß mit wachsender Bevölkerungsdichte die Zustimmung der CDU zurückgehe, und wir wissen seit langem, daß wir das besonders in den Großstädten zu beklagen haben. Im Zusammenhang mit diesen Untersuchungen fehlt es, soweit ich sehen konnte, leider an näheren Angaben, wie es sich in einzelnen Großstädten speziell entwickelt hat. Aber wir finden – für mich etwas überraschend – Hinweise darauf, daß insbesondere in den Mittelstädten die Zustimmung der CDU zurückgegangen ist. Das ist die eine Frage, die ich zu stellen hätte. Die zweite Frage bezieht sich auf folgendes: Im Wahlkampf ist mir, vielleicht auch anderen, kaum eine Frage so häufig gestellt worden, wie die, warum sich die CDU

---

16 Vgl. Anm. 10.

17 Dr. Erwin K. Scheuch (1928–2003), Professor für Soziologie an der Universität Köln; 1965–1993 Gründer und Direktor des Instituts für angewandte Sozialforschung. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 724 Anm. 39.



bei der Entscheidung über die Ostverträge der Stimme enthalten habe. Und wir sind immer wieder auch der Auffassung begeben, daß gerade diese Unentschiedenheit in der Vertragsfrage einen Mangel an Profilierung für den Wahlkampf zur Folge gehabt habe und die eine oder andere Minderung unseres Ansehens darauf zurückzuführen sei. Darüber habe ich überhaupt nichts in diesen Berichten gefunden, es scheint mir wichtig zu sein, auch darüber etwas zu hören. Kann ich mich vielleicht auf diese beiden Fragen zuerst einmal beschränken?

*Barzel:* Wir würden es, glaube ich, vorziehen, falls Ihnen dies möglich ist, wenn immer gleich geantwortet werden könnte. Wer will zuerst, Herr Kaase oder Herr Kaltefleiter?

*Kaase:* Ich kann die erste Frage so beantworten, daß ich in meinem Gutachten natürlich mich mit Absicht beschränkt habe auf die Darstellung der großen Bewegungen. Es ist klar, daß hier für die Detailanalyse Ihrer Frage bei mir kein Platz war. Ich würde allerdings eines sagen, in der Analyse der Wahldaten selber, d. h. nicht der Umfragen, sondern der Wahlergebnisse, haben sich starke oder relativ eindeutige Bewegungen gezeigt in sozialstrukturellen Gruppierungen. Das heißt, es ist ganz klar, daß der SPD ein Einbruch gelungen ist, ganz besonders in den Bereich der ungelerten, der angelernten Arbeiter, und hier der katholischen Arbeiter. Dieses ist dann eine Frage, die z. B. eine solche Frage wie Mittelstädte sehr leicht überlagern kann, weil solche Bewegungen in einzelnen Städten natürlich dadurch mit bestimmt werden, wie groß der Anteil der jeweiligen Gruppe in dieser oder jener Stadt ist. Insofern kann man oft den Fehler machen zu glauben, daß hier eine Beziehung vorliegt, die in Wirklichkeit zurückgeht auf bestimmte unterschiedliche Verteilungen von strukturellen Variablen. Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt, Stimmenthaltung, von meiner Seite aus eine einfache Frage, eine einfache Antwort. Ich habe geschrieben, wir haben kein Material in Mannheim vorliegen, das zu dieser Zeit erhoben worden ist. Insofern haben wir es später für richtig gehalten, uns nur ganz global zum Bereich der Ostpolitik zu äußern, dazu Fragen zu stellen, die Ergebnisse liegen vor, sie sind Ihnen allen bekannt.

*Barzel:* Bevor ich das Wort Herrn Kaltefleiter gebe, der Kollege Filbinger läßt sich entschuldigen, er hat plötzlich eine schwere Grippe mit hohem Fieber. Er wünscht uns einen guten Verlauf und bittet, uns zu grüßen. Ich denke, wir werden ihm ein Telegramm schicken.

*Kraske:* Für Herrn Röder gilt das gleiche, nur nicht wegen Krankheit, sondern offenbar wegen Schneefall. Der mußte von unterwegs aus absagen, weil er nicht durchkam.

*Kaltefleiter:* Ich kann eigentlich das nur unterstreichen, was Herr Kaase sagte. Vielleicht folgende Ergänzung: Auf eine einfache Formel gebracht können Sie sagen, daß eine Entwicklung, die in den Großstädten von etwa 1959 bis 1966/67 zu beobachten war, jetzt auf die Mittelstädte übergegriffen hat, und dahinter verbirgt sich ja nicht die Größe der Stadt, sondern die Art der Lebensweise in den Städten. Diese urbanere Lebensform lockert generell die Bindung der Wähler an die Parteien. Diese Entwicklung ist inzwischen in die Mittelstädte hineingegangen. Sie sind damit ein mobiles Wählerpotential geworden. Und das zeigt sich in einer Wahl wie dieser, wo eben die

verschiedenen Trendfaktoren besonders gegen die CDU/CSU gewirkt haben, besonders deutlich. Was die Ostverträge und die Stimmenthaltung betrifft, so kann ich nur folgende Information hinzufügen: Bei unserer Untersuchung im Juni letzten Jahres, also unmittelbar nach diesem Ereignis, stellten wir schon fest, daß die Befragten nicht differenzierten zwischen den verschiedenen Ereignissen in Bonn. Man muß davon ausgehen, daß die gesamte Periode vom Beginn des konstruktiven Mißtrauensvotums bis zu dem Zeitpunkt, wo es zur Auflösung des Bundestages kam, als ein einheitlicher Prozeß verstanden wird. Daß dieser Prozeß negativ bewertet wird, ist deutlich zum Ausdruck gekommen. Ich darf Sie verweisen auf Seite 27 meines Berichtes, dort finden Sie etwa die Darstellung zur Beurteilung des konstruktiven Mißtrauensvotums und zur Ostpolitik, und Sie sehen, daß die Ostpolitik hier zu über 75 % als erfreuliches Ereignis der SPD zugeschrieben wird, das Mißtrauensvotum zu etwa 85 % als unerfreuliches Ereignis der CDU. Das sind, wenn Sie wollen, die beiden Eckpfeiler, zwischen denen Sie alles andere einordnen können, was in jener Zeit in Bonn passierte – das ist die Perspektive der Bevölkerung.

*Hahn:* Mir scheint ein Phänomen sowohl in den Untersuchungen, die uns von den Experten vorgelegt worden sind, wie auch bei den beiden Berichten des Vorsitzenden wie auch des Generalsekretärs, viel zu wenig beachtet und bisher auch nicht erklärt zu sein. Das ist die Tatsache, daß der Trend, der hier die ganze Zeit beschworen worden ist, nämlich daß die CDU im Bundesgebiet ständig heruntergegangen sei, die SPD die ganze Zeit angestiegen sei, sich bei den Landtagswahlen keineswegs gezeigt hat. Es muß im Gegenteil gesagt werden, daß bis zur Landtagswahl Baden-Württembergs ständig ein Anstieg der CDU dagewesen ist und daß wir noch in der Landtagswahl Baden-Württemberg einen Anstieg um 9 % gehabt haben und daß die SPD keineswegs gleichmäßig angestiegen ist. Hier war also ein völlig anderer Trend da, der eigentlich dem Bundestrend in keiner Weise entspricht. Warum beachten Sie diese Frage nicht? Ich würde meinen, daß man diesem Phänomen viel stärker nachgehen müßte, als es bisher geschehen ist.

*Kaase:* Erste Antwort, es ist ganz klar, es ist auch in den Berichten herausgekommen, daß die Regierung in der Zeit ihrer Tätigkeit im Grunde ja nicht so gut abgeschnitten hat. Das ist klar, das hat sich in diesen Wahlen sicherlich sehr viel stärker auswirken können als bei der Bundestagswahl, die unter ganz anderen Umständen zustande gekommen ist. Und das Zustandekommen ist ein Faktor, der sich negativ ausgewirkt hat für die CDU, daran kann keine Frage sein. Zweiter Punkt: Baden-Württemberg. Das ist natürlich ein besonderer Fall, weil erstens die CDU die gute Chance hatte, von einem sehr hohen NPD-Anteil zu profitieren. Wir wissen ja, Landtagswahl 1968 10 %, das ist nicht alles zur CDU gegangen. Das ist klar. Gerade in Baden-Württemberg war 1968 ein erheblicher Anteil der NPD-Wähler Protestwähler, ehemalige SPD-Wähler. Selbst wenn man da die Hälfte zur CDU herübernimmt und die andere Hälfte zur SPD, was wahrscheinlich ganz vernünftig wäre, dann bleibt außerdem noch die Tatsache, daß Baden-Württemberg ja traditionell ein Land ist mit einem hohen FDP-Anteil, und zwar einer FDP ihrer Struktur nach, die in hohem Maße der heutigen FDP nicht mehr entspricht. Das ist der zweite Faktor, der ja zu dem

besonders guten Abschneiden der CDU geführt hat. Sie wissen aber sicherlich aufgrund des Gutachtens, das seinerzeit von Frau Noelle-Neumann für diese Wahl erstattet worden ist<sup>18</sup>, daß man zu der Zeit bereits in Baden-Württemberg das außerordentlich günstige generelle Klima, das politische Klima zugunsten der SPD in allen Bereichen festgestellt hat. Dieses Klima hat sich aufgrund der spezifischen Situation in Baden-Württemberg nicht umgesetzt. Aber man konnte damals schon erwarten, was kommen würde.

*Kaltefleiter:* Ja, eine kurze Ergänzung, Herr Hahn. Ich glaube, daß, wenn Sie in meinen Bericht hineingeschaut habe, dort einiges dazu steht, und ich darf Sie bitten, sich das Schaubild 5, das ist nach Seite 59, einmal kurz anzuschauen. Ich kann hier nur wiederholen, was ich praktisch nach jeder Landtagswahl in diesem Kreis gesagt habe. Sämtliche Landtagswahlen von 1970 bis 1972, und Baden-Württemberg war die letzte davon, fanden statt in einer Situation, als die Beurteilung der ökonomischen Situation in der Bundesrepublik extrem negativ war. Und das, was Herr Kollege Kaase gerade über das günstige Klima für die Bundespolitik am Beispiel Baden-Württembergs berichtete, galt generell nur – es wurde in dieser Phase überkompensiert – durch den ökonomischen Verdruß, um es mal kurz zu sagen. Und wenn Sie einen Blick auf das gerade erwähnte Schaubild auf Seite 5 werfen, müssen Sie sich vor allem die beiden unteren Kurven anschauen, nämlich die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in einem Jahr und den Vergleich der heutigen Lage mit der vor einem Jahr. Dann sehen Sie, daß im ganzen Jahr 1971 beide Kurven deutlich im Negativen sind und im Frühjahr dieses Jahres erst nach oben steigen mit dem berühmten Rücktritt Schillers, zunächst noch einmal abknickten, aber dann zur Bundestagswahl relativ weit oben liegen. Ich glaube, das erklärt diesen Unterschied. Ich habe nach jeder Landtagswahl in diesem Kreis darauf aufmerksam gemacht, sich keinen Illusionen hinzugeben, daß dieses relativ gute Abschneiden z. T. Protestwahl ist. Die Opposition – dafür ist sie Opposition geworden, das ist gar nicht negativ – lebt davon, daß sie Protestwähler an sich zieht, aber in dem Moment, wo diese Proteststimmung entfällt, ist dieses Landtagswahlergebnis nur noch bedingt Referenzpunkt.

*Rollmann:* Ich wollte mich mal erkundigen, gibt es demoskopische Ergebnisse der Wirkung des Viererplakates, das wir im Wahlkampf gehabt haben, Punkt eins und Frage zwei, auf welchem Stand befindet sich im Augenblick etwa die CDU, wenn jetzt eine Wahl stattfinden würde?

*Kaltefleiter:* Herr Kaase, ich halte daran fest, daß Sie als erster antworten.

*Kaase:* Ich blättere schnell durch meine Tabellen. Die erste Frage kann ich nicht beantworten.

*Kaltefleiter:* Dann will ich die erste Frage in der Zwischenzeit beantworten, dann kann Herr Kaase die zweite Frage, die komplizierter ist, herausuchen.

Bei dem Quadriga-Plakat, von dem Herr Dr. Kraske ja auch in seinem Bericht sprach, hat, wie bei allen anderen Werbemitteln vor dem Einsatz, ein psychologischer Test stattgefunden. Der psychologische Test ergab relativ positive Ergebnisse in einer

---

<sup>18</sup> Vgl. dazu „Spiegel“ vom 20. März 1972 „Wir müssen durchs dritte Stahlbad“.

Auswahl von sehr unterschiedlichen Bildern. Daß das freundliche Menschen seien, daß sie ein Team bildeten, der Kameradschaft, sogar politisches Führertum usw. darüber. Wir haben dann – das kann, wenn Sie wollen, im Laufe des Nachmittags dürfte die Vervielfältigung abgeschlossen sein, noch verteilt werden – nach der Wahl, d.h. genaugenommen eine Woche vor dem Wahltermin und eine Woche nach dem Wahltermin, wiederum sozialpsychologische Tests über die Werbemittel vorgenommen. Das Ergebnis war, daß hier alle Werbemittel tendenziell negativer beurteilt wurden als in den vorausgehenden Tests, aber auch nicht im Extrem abweichen. Und das ist eigentlich eine normale Erfahrung, die Sie in der Werbewissenschaft immer haben, daß sich ein Mittel abnutzt, wenn es längere Zeit gebraucht wird. Dieser Abnutzungseffekt war diesmal wahrscheinlich besonders groß, weil eine systematische Zerstörung gerade dieser plakativen Werbemittel zu beobachten war. Daß das den Eindruck nicht gerade ins Positive verkehrt, ist zumindest eine plausible Erkenntnis. Fazit ist: Die Tests vor dem Einsatz ergaben ein tendenziell positives Bild, die Tests nachher ergaben ein abgewogenes Bild in Hinsicht von positiv und negativ. Soviel vielleicht dazu. – Zur Frage, wie stark sie jetzt ist, Herr Kaase.

*Kaase:* Ich verweise auf Tabelle 1.1 meines Papiers im Anhang, auch entsprechend dann Tabelle 1.2. Da steht im unteren Teil der Oberbegriff Rangordnung, das ist eine Frage, wo die Befragten die Parteien mit einem Kartenspiel rangordnen müssen. Da sehen Sie in der Tabelle 1.1 unten die Zahlen, CDU/CSU, die letzte Kolonne das ist der Dezember, das ist eine Befragung nach der Wahl, drei Wochen nach der Wahl. Da ist die CDU/CSU von 37 auf 34 % zurückgegangen. Dieses ist nicht unbedingt ein signifikanter Rückgang, das möchte ich gleich dazu sagen. Dieses würde sich z. B. durchaus im Bereich normaler statistischer Fehlertoleranzen bewegen. Was mir allerdings signifikanter zu sein scheint, ist die Tatsache, daß nun die CDU mit 50 % auf Rangplatz 3 steht. Mit anderen Worten, daß sich bei einem Teil der Bevölkerung eine grundsätzlich neue Rangordnung zu entwickeln scheint, in der die FDP dann den zweiten Rang einnimmt, vor der CDU. Dieses war vorher nicht der Fall, wie Sie aus der Tabelle ersehen können. Mit anderen Worten, ein marginaler zusätzlicher Abfall der CDU. Dieses, wie gesagt, würde nicht sonderlich überraschen. Das ist ganz klar, das ist einfach der Ernüchterungseffekt nach der Wahl, kaum eine Zunahme der SPD.

*Kaltefleiter:* Ich kann nur bestätigen, wenn es einen Nachwahlgewinner gibt, dann ist es offensichtlich die FDP, aber diese Entwicklungen sind nicht größer, als wir sie sonst nach Bundestagswahlen beobachten können, wo eine gewisse Stabilisierung des Wahlsiegers immer beobachtet wird.

*Müller-Hermann:* Ich habe eine Frage an Herrn Kaltefleiter, ob er mit seinen Erkenntnissen unsere Wahlstrategie entscheidend mitbeeinflusst hat? Ich habe Anfang Oktober aufgrund meiner ersten Erfahrungen auch von Gesprächen auf der Straße an Herrn Kraske seinerzeit einen kurzen Erfahrungsbericht gegeben und darauf hingewiesen, daß meines Erachtens bei den Jungwählern eine ausgesprochene Aversion gegen uns vorhanden ist, und ich die Sorge habe, daß das, was wir möglicherweise in den älteren Jahrgängen von SPD und FDP gewinnen, überkompensiert werden würde durch den starken Zulauf der Neu- und Jungwähler zugunsten der SPD. Darauf wurde

mir von der Bundesgeschäftsstelle und der Wahlkampfcrew mitgeteilt, das müsse eine Sonderbewegung in Bremen sein, die Erfahrungen sprächen allgemein dafür, daß die Neuwähler im Grunde nicht sehr viel anders anfangs wählten als die älteren Jahrgänge. Und der Herr Parteivorsitzende sprach mich darauf an und sagte, ich wäre also offenbar besonders skeptisch. Meine Frage: War hier aus Ihren Untersuchungen nicht zu ersehen, daß uns mit den Neu- und Jungwählern eben ein ganz besonders schwieriges Problem bevorstehen würde und daß wir möglicherweise in dieser Richtung auch unserer Wahlkampfstrategie nicht genügend getan haben?

*Kaltefleiter:* Das tatsächliche Ergebnis der Jungwähler ist in der Tat außerhalb der Erwartungsquellen, und zwar in doppelter Hinsicht. Erstens, was ihre tatsächliche Wahlbeteiligung betrifft. Die war bei allen Landtagswahlen vorher, wo wir unsere Erfahrungen sammeln konnten, nicht höher als etwa so 60 bis 65 %, mit geringfügigen Schwankungen. Ich glaube, das waren die letzten Zahlen von Baden-Württemberg, während die Wahlbeteiligung jetzt zur Bundestagswahl um die 80 % bei der jüngsten Altersgruppe liegt. Das hat natürlich die Relevanz dieses Faktors wesentlich vergrößert. Das war in der Tat nicht vorauszusehen. Zum zweiten können wir beobachten, daß die Wählerbewegung bei den Jungwählern sehr unterschiedlichen Umfang angenommen hat, je nachdem, wo Sie hineinschauen. Ich habe hier zufällig gerade die Repräsentativstatistik von Baden-Württemberg bekommen. Ich nehme das heraus, weil es ein Bundesland ist, in dem die CDU insgesamt sich ja behauptet hat. Dort ist der Anteil der CDU unter den 18- bis 24jährigen immerhin 40 % bei den Männern und 41,1 % bei den Frauen. Mit anderen Worten, wir können beobachten, daß die regionalen Differenzierungen, die wir im Wahlergebnis deutlich sehen, in der Jungwählergruppe überproportional auftreten. Dem steht natürlich gegenüber, daß Sie etwa in Köln oder in Hamburg oder auch in Kiel, hier habe ich die Repräsentativstatistiken gesehen, einen Anteil der SPD bis zu 65 %, oder teilweise noch höher bei den Jungwählern haben. Es ist also offensichtlich, daß diese Trendfaktoren in dieser Gruppe der Wähler, in denen noch keine gewachsene politische Einstellung zu beobachten war, verstärkt ausgewirkt hat.

*Müller-Hermann:* Läßt sich aus den Unterlagen entnehmen, ob denn der Einfluß von seiten der Universitäten sich speziell ausdrückt auch in dem Wählerverhalten der Neu- und Jungwähler?

*Kaltefleiter:* An den Universitätsstädten, wo Sie Studenten massiert haben, haben Sie natürlich Wahlergebnisse, wie im letzten November in Harvard, wo 80 % für McGovern<sup>19</sup> gestimmt haben. Aber daß jetzt auch die Umwelt sich niederschlägt, dafür habe ich keine Hinweise gewonnen.

*Langguth:* Ich habe zwei Fragen, wobei ich weiß, daß die Fragen nicht unbedingt einfach zu beantworten sind. Es ist die Frage, wie können feststellen, daß die CDU unglaubwürdig wirkte? Worauf führen Sie das zurück? Und zweiter Punkt, wir diskutieren hier zur Zeit in der CDU häufig, daß es ein Problem des Zeitgeistes ist. Frage,

---

19 George Stanley McGovern (geb. 1922), amerikanischer Politiker (Demokratische Partei); 1963–1981 Senator, 1972 als Präsidentschaftskandidat Richard Nixon unterlegen.

wie würden Sie momentan charakterisieren, als Empiriker, was Zeitgeist ist? (*Heiterkeit.*) Welche Möglichkeiten der Normenbindung sind möglich, weil hier die Frage zu stellen ist, wie kann die CDU einerseits glaubwürdig sein, auf der anderen Seite aber neue Gebiete finden, die z. B. nicht durch die gegenwärtige Regierung belegt sind?

*Kaase:* Ich meine, ich bin an sich kein Experte für Zeitgeist und will mich deswegen dazu auch nicht im Detail äußern. Ich habe in meinem Papier, in dem kleinen Absatz „Perspektiven“, eine Bemerkung gemacht, ich habe ausdrücklich dazu gesagt, dieses ist spekulativ. Ich gehe davon aus, und dafür gibt es empirische Unterlagen nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch für alle anderen westeuropäischen Länder, daß sich eine Veränderung der grundlegenden Wertstruktur andeutet, die – so ist die These – zurückgeht auf tieferliegende psychologische Prozesse und Grundstrukturen in der Persönlichkeit, die man damit charakterisieren kann, daß ein Wechsel erfolgt von den Werten der Sicherheit, der ökonomischen Sicherheit, der Stabilität, zu Werten der, wie es so schön heißt, Selbstverwirklichung, der Beteiligung. Die These ist, daß diese Werte sich besonders deutlich zeigen in den jungen Gruppen und dieses wäre auch eine meiner Ansicht nach stringente Erklärung für den vorhin angesprochenen Sachverhalt. Daß eben die jungen Wähler sich in so erheblichem Maße von der CDU abgewendet haben. Ich bin der Ansicht, daß dieses das eigentlich interessante Ergebnis dieser Wahl ist, ein Ergebnis übrigens, das sich bereits 1969 angedeutet hat. Wenn man sich die Repräsentativstatistik ansieht und sich ansieht, wie haben sich die Gruppen nach Alter und Geschlecht von 1965 auf 1969 verändert, dann zeigt sich, daß bei Männern und bei Frauen in den jüngsten Altersgruppen ganz, ganz große Zuwächse der SPD da sind, obgleich mit Kiesinger ein außerordentlicher Kandidat da war. Diese Bewegung setzt sich jetzt fort. Meine These ist, dies hat etwas damit zu tun, daß Sicherheit in einer Zeit, in der Sicherheit automatisch ist, natürlich besonders bei den jungen Leuten, nicht mehr so hoch bewertet wird. Das wäre meine Interpretation. Wie die Zielfindung von Ihrer Seite aus zu erfolgen hat, das ist eine politische Frage, dazu kann ich nichts sagen.

*Kaltfleiter:* Ich würde vielleicht folgende Ergänzung machen. Herr Langguth, Ihre Frage erinnert mich daran, daß nicht nur der Soldat des Ersten Weltkrieges, sondern vielleicht auch der empirische Sozialforscher den „Faust“ im Tornister haben sollte. Zu Ihrer Frage mit dem Rentenprogramm würde ich mephistophelisch antworten, man muß es dreimal sagen. Die strategische Antwort lautet: Konzentration auf wenige Punkte und die penetrieren. Und das ist natürlich mit einer Entscheidung kaum möglich, die an dem Anfang des Wahlkampfgetümmels lag, wie das eben die Rentenentscheidung war, und die dann unterging schon nach wenigen Wochen durch alle möglichen anderen Maßnahmen und Ereignisse, die den Wahlkampf prägten. Wenn die Rentenentscheidung zwei Jahre vor dieser Bundestagsauflösung gewesen wäre, und man hätte dann zwei Jahre nur über diese Rentenfrage gesprochen, dann bin ich einigermaßen sicher, hätte es ein anderes Bild gegeben. Also hier gilt eben die Aussage, man muß es dreimal sagen. Und was den Zeitgeist angeht, es gibt eine Antwort aus der gleichen Quelle: Was man den Geist der Zeit nennt, ist bekanntlich des Menschen eigener Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln. Und ich möchte hier Sie bitten, einen

Blick auf Tabelle 33 zu werfen auf Seite 91. Dort haben wir einmal beispielhaft vier Aussagen zusammengefaßt, die Aussagen enthalten über Entwicklungen in der Wertestruktur, die sich anbahnen. Und Sie sehen dort ganz deutlich, wie die Zustimmung oder die Ablehnung zu diesen Aussagen erstens nach Altersgruppen in einem Umfang sich unterscheidet, wie man es sich klarer kaum wünschen kann. Das ist, wenn Sie wollen, die Normenwelt der neuen, der jüngeren Generation, der die Normenwelt der älteren Generation gegenübersteht.

Nun möchte ich allerdings hier folgendes noch sagen. Wenn Sie darüber hinaus eine Charakterisierung des Zeitgeistes haben wollen, dann möchte ich mich reduzieren auf ein einziges Wort, nämlich das der Modernität. Das ist aber im Grunde genommen kein Inhalt, sondern das ist nur eine Etikettierung, die mit sehr unterschiedlichem Inhalt gefüllt werden kann. Um es noch anders zu formulieren: Es ist ohne weiteres denkbar, Sie sehen das übrigens auch in der Mode, daß Sie Normen nehmen, die vor zehn, 20 oder meinetwegen vor 50 Jahren modern waren, und wenn Sie sie als modern überzeugend verstehen darzustellen, dann können die wieder modern sein. Ich glaube, es gibt in dieser Hinsicht einen Kreislauf der Normenstruktur, wie es einen Kreislauf in der Mode gibt. Das gilt nicht unbedingt, aber ich habe den Eindruck, daß im Moment nicht so sehr die Tatsache, daß wir es hier instrumentalisiert haben mit Fragen – was weiß ich – des Religionsunterrichtes oder der Ehescheidung, sondern das ist im Moment Ausdruck für Modernität. Das kann sich aber ändern. Und mir scheint, daß das hier ein entscheidendes Problem der politischen Führung ist, die Normenstruktur zu führen. Darauf kommt es an. Das ist nicht Aufgabe der Demoskopie, wenn ich das ergänzen kann. (*Beifall.*)

*Katzer:* Herr Kaltefleiter, bei der Frage der Fremdverantwortung gibt es in Ihrer Tabelle 13 einen Hinweis – etwas erschreckend für uns –, daß man uns mit den Alten in Verbindung bringt, aber nicht mit der spezifischen Gruppe der Rentner. Wenn ich mir nun aber ansehe, November 1971 zu April 1972 für diese Gruppe, dann hat die SPD bei ihren Wählern erheblich zugenommen, und wir haben mit unseren Vorstellungen bei unseren Wählern allerdings auch zugewonnen, es ist uns aber nicht gelungen, einzudringen in die SPD-Wähler und die FDP-Wähler. Worauf ist nun das zurückzuführen, daß unsere Wähler durchaus das akzeptiert und anerkannt haben, daß aber dann auf der SPD-Seite das nicht einen Niederschlag findet? Das ist eigentlich für mich nicht ganz aufgelöst.

*Kaltefleiter:* Darauf gibt es eine ganz einfache Antwort. Das ist eine Tendenz, die Sie in der Regel beobachten können: Je näher Sie dem Wahltermin kommen, oder je höher die politische Spannung steigt, desto intensiver wird die Identifizierung der eigenen Anhänger mit der eigenen Partei. Und das scheint gerade bei der Rentenfrage der Fall zu sein. Wir müßten allerdings noch hinzubekommen Vergleichsdaten, sagen wir mal vom November 1972, um diese These erhärten zu können. Aber genau das spricht eigentlich das Bild an, wir haben in der gesamten Legislaturperiode von 1969 bis 1972 zum großen Umfang eben wohl eine Verfestigung in eigenen Wählerstrukturen gehabt, aber nicht so sehr ein Eindringen in andere Gruppierungen. Das ist genau das Problem.

*Stoltenberg:* Dies ist aber sehr zu differenzieren, Herr Kaltefleiter, wenn Sie die Analyse der Landtagswahlen einbeziehen und die doch relativ starke Mobilität kurz vor der Bundestagswahl. Ich würde also diese Bemerkung, die ja wichtig ist für die künftige Bewertung, doch mit dieser Einschränkung versehen und fragen, ob das Ihre Auffassung ist. (*Heiterkeit.*)

*Kaltefleiter:* Ich wollte den parlamentarischen Stil hier einführen, sonst stimme ich den Ausführungen des Herrn Vorredners zu.

*Schäfer:* Eine Frage an Herrn Kaase noch. Ich beziehe mich auf seine Bemerkung, der SPD sei ein Einbruch in die jüngeren Arbeitnehmerkreise gelungen, aber auch in katholische Kreise. Ist das nach Ihrer Meinung eher die Frage der Jugend oder ihres Organisationsgrades?

*Kaase:* Es gibt eine einfache Antwort: Alle drei Faktoren spielen eine Rolle. Aber das beantwortet Ihre Frage natürlich nicht. Ich würde die Probleme Jugend und Arbeiter hier versuchen auseinanderzuhalten. Es gibt natürlich sehr viele junge Arbeiter, das ist klar, ganz offensichtlich spielt hier Jugend eine unabhängige Rolle. Was die Arbeiter angeht, so ist mir folgende Entwicklung besonders interessant gewesen, und diese ist eben auf der Basis von Analysen, die eben in diesem Bericht nicht enthalten sind, ganz klar herausgekommen. Wir wissen, daß traditionell die SPD keine Schwierigkeit gehabt hat, die Facharbeiter an sich zu binden. Das ist ihr mehr oder weniger schon von Anfang an gelungen. Die Stärke der CDU in den Gründerjahren und über einen langen Zeitraum hin ist wesentlich dadurch bestimmt gewesen, daß sie im Bereich der angelernten und ungelerten Arbeiter, und hier natürlich besonders der katholischen Arbeiter, sich hat verfestigen können. Dieses ist übrigens eine interessante Entwicklung, ich habe das auch kurz erwähnt, weil es diese Gruppe war, die z. B. zur Zeit der Weimarer Republik für die SPD ebenfalls nicht verfügbar war. Jetzt zeigt sich, daß bei dieser Wahl es die SPD geschafft hat, ihren Zuwachs ganz wesentlich aus dieser Gruppe zu speisen. Meine Interpretation ist dazu folgende: Ich bin der Ansicht, daß diese Gruppe in besonderem Maße das auszeichnet, was Wildenmann<sup>20</sup> einmal eine gouvernementale Einstellung genannt hat. Das heißt, es handelt sich dabei ganz besonders um Leute, die regierungsbezogen sind. Die SPD, die natürlich von der Klassenlage her ja diesen Leuten näher steht als die CDU/CSU, jedenfalls von der Ideologie her gesehen, hat, zusammen mit der Tatsache einer Führungsperson und der Tatsache, daß die SPD in der Regierung war, davon profitiert, daß diese Leute sich übermäßig dann schließlich zur SPD in dieser Wahl bekannt haben. Ich habe es überraschend empfunden, daß sich die Veränderung, die Zunahme der SPD so eindeutig sozialstrukturell hat lokalisieren lassen und zwar im wesentlichen in fast allen Bundesländern. Es ist also ein Faktor, der mit geringen Ausnahmen – in Bayern ist es nicht der Fall, aber fast in allen Bundesländern – als der stärkste Faktor herauskommt, wenn man sich ansieht, wo die SPD gewonnen hat.

---

20 Dr. Rudolf Wildenmann (1921–1993), Professor für Politikwissenschaften; 1974–1980 Mitgründer und Vorsitzender des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 208 Anm. 32.



*Gradl:* Was Sie sagen, widerspricht dem, was mir in verschiedenen Wahlkämpfen, nicht nur im letzten, draußen im Lande gesagt worden ist. Mir ist gesagt worden, daß gerade die Schicht der qualifizierten Arbeiter, Facharbeiter bis Werkmeister, sich zunehmend zur CDU hin orientiert unter dem Gesichtspunkt, das Erreichte nicht durch Experimente gefährden zu lassen, den sozialen Aufstieg also gesichert zu bekommen. Was sagen Sie dazu?

*Kaase:* Dazu sage ich, daß die Daten dem widersprechen.

*Kaltefleiter:* Ich will übrigens eine Ergänzung zu dem hinzufügen, dem ich übrigens voll zustimme. Ich glaube, daß wir auch diesmal nicht übersehen sollten, daß wohl noch stärker als früher der Faktor der sozialen Organisation hier eine Rolle gespielt hat, und zwar auf der einen Seite die abnehmende Bedeutung der kirchlichen Organisation, insbesondere der katholischen Kirche, und auf der anderen Seite die offensichtlich wachsende Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation. Ich bitte Sie, einen Blick auf zwei Tabellen zu werfen, und zwar einmal die Tabelle auf Seite 49 in dem Gutachten von Frau Noelle-Neumann und einen Blick auf die Tabelle auf Seite 84 in meinem Bericht. Sie finden dort fast identische Zahlen, obwohl es sehr unterschiedliche Tabellen sind. Frau Noelle-Neumann hat gegenübergestellt gewerkschaftliche organisierte Arbeitnehmer und nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer, während ich gegenübergestellt habe gewerkschaftlich organisierte und nicht gewerkschaftlich organisierte. Das heißt, bei mir sind in den nicht gewerkschaftlich organisierten auch die Frauen derjenigen drin usw., die gewerkschaftlich organisiert sind. Trotzdem zeigen diese beiden Tabellen keinen nennenswerten Unterschied. In der Gruppe der Gewerkschaftsmitglieder ist die Verteilung etwa 63:27 bei mir, bei Frau Noelle ist es 67:26, also das ist kein nennenswerter Unterschied. Das zeigt erstens, daß also der Einfluß gewerkschaftlicher Organisationen nicht nur auf die genauen Mitglieder geht, sondern auch auf die Familienangehörigen. Und zum zweiten zeigt die Veränderung zwischen 1971 und 1972, daß gerade in diesem Bereich wohl einiges geschehen ist im letzten Jahr. Während wir 1971 unter den Gewerkschaftsmitgliedern noch einen Stimmenanteil von 35 % CDU/CSU hatten, sank der 1972 auf fast 27 %, während entsprechend der der SPD von 58 auf 63 % anstieg. Das ist eine Entwicklung, die man neben den schon mehrfach hier diskutierten Trendfaktoren wohl auch durch organisatorische Besonderheiten dieser sozialen Gruppe erklären kann.

*Kaase:* Ich stimme dem zu, ich würde nur warnen vor der Schlußfolgerung, die Organisationsvariable hier überzubetonen, weil das wegführt von der Analyse der grundlegenden Bewegung. Das hat sicherlich eine Rolle gespielt, wenn man aber glaubt, das ist nur, weil die Gewerkschaft so intensiv gearbeitet hat, würde man einen Fehler machen.

*Barzel:* Aber die Eingangsfeststellung bleibt doch: weniger kirchlich und mehr DGB.

*Von Hassel:* Ich habe vier Fragen an Herrn Dr. Kaltefleiter. Vielleicht kann sie auch Herr Dr. Kaase ergänzen. Die erste bezieht sich auf das, was Sie hier auf Seite 62 sagen, Herr Dr. Kaltefleiter, daß nichts dafür spräche, das die Bewertung des Grundvertrages unmittelbar, direkt das Wahlverhalten in nennenswerter Form beeinflusst hat.

Nachher relativieren Sie das und sagen, aber mittelbar hat es doch Einfluß gehabt. Gibt es bei Ihnen, nachdem Sie diesen Teil des Berichtes geschrieben haben, erneute Erkenntnisse? Denn ich glaube selber, daß der Grundvertrag eine höhere Bewertung gehabt hat, als hier aus dieser Seite 62 kommt.

Das zweite ist folgende Frage: Sie sagen, zu den Störfaktoren ist zu zählen das Engagement mit den unterschiedlichsten Themen der uns nahestehenden Gruppen, die uns unterstützt haben. Wir haben bisher immer gemeint, es handele sich darum, daß uns vorgerechnet würde, wie viel Geld verfügbar gemacht worden sein muß, um diese ganzen Anzeigen zu bezahlen. Gibt es bei Ihnen Erkenntnisse – aber auch bei anderen Untersuchungen nach dem Inhalt dieser Initiativen –, wie weit der Inhalt uns geschadet hat und nicht nur die Massierung der Anzeigen, ausgedrückt in Mark und Pfennig. Wir werden gefragt, und wir möchten gerne einige Beispiele nennen. Ich sage Ihnen mal eines, diese große halbseitige Anzeige von Henning Frank, „Wir suchen einen neuen Bundeskanzler“<sup>21</sup>, hat die geschadet, war sie wirksam für uns?

Die dritte Frage, Sie sagen, die Sympathie für Brandt bedeutet nicht die Personalisierung eines wählerbewegenden Issues. Sie selbst fügen dabei, es war ein wählerbewegendes Issue. Können Sie das vielleicht noch mal erläutern, ob inzwischen andere Untersuchungen hier zu einer Korrektur auf Seite 63 kommen.

Die letzte Frage ist diese, es gibt ein paar Hinweise, aber für mich jedenfalls nicht klar erkennbar, woher kommen nun die Zweitstimmen für die Freien Demokraten. Unterhält man sich mit den Freien Demokraten, dann sagen die Freunde der Freien Demokraten, Sie finden bei uns Zweitstimmen, von denen wir einen Teil als Erststimme den sozialdemokratischen Kandidaten gegeben haben. Die Sozialdemokraten behaupten das Gegenteil. Sie sagen, wir haben lediglich den anderen geholfen. Das heißt, im Grunde genommen gehört den Freien Demokraten nur die Erststimme, und die Zweitstimme, die sie mehr haben, müßte man eigentlich den Sozialdemokraten hinzuzählen. Klammer auf, dann sind die bereits über die absolute Mehrheit. Das wird leider, jedenfalls in Ihrer Untersuchung, nicht angegeben. Gibt es darüber keine Erkenntnisse oder steht das noch aus, daß wir darüber in absehbarer Zeit genauere Erkenntnisse bekommen werden?

*Kaltleiter:* Wenn Sie gestatten, darf ich mit der letzten Frage antworten, weil sie, glaube ich, relativ am klarsten zu beantworten ist. Herr von Hassel, auf Seite 68 meines Berichts ist eine Tabelle, die ich sicher nicht klar genug dargestellt habe, aber die diese Frage versucht zu beantworten. Aus dieser Tabelle geht hervor, daß von den Zweitstimmen der FDP, also von den 8,3 % des 19. Novembers zugleich 27 %, also ein gutes Viertel, also das sind etwa 2,1 %, von sich selbst erklären, sie seien Anhänger der SPD. Also wenn wir die 8,3 % nehmen, die die FDP bekommen hat, davon sind das

---

21 Dr. Henning Frank (geb. 1926), Rechtsanwalt; Leiter des Studios Bonn des Deutschlandfunks, Lehrbeauftragter für Politische Wissenschaft an der TH Aachen. – Die Anzeige erschien u. a. am 14. November 1972 in der „Frankfurter Rundschau“ und am 17. November 1972 in der FAZ. Vgl. dazu die Wahlkampfauswertung der SPD in „Dialog“ vom 13. Dezember 1972 sowie „Spiegel“ Nr. 50 vom 4. Dezember 1972 „Ich muß vollkommen unauffindbar sein“.

nach Selbstaussage 2,1 %, die sagen, wir sind Anhänger der SPD. Die FDP-Wähler sagen zu 27 %, sie seien Anhänger der SPD, um das ganz klar zu machen. Weitere 38 % dieser Wähler bezeichnen sich nicht als Anhänger irgendeiner Partei, und nur 30 % erklären von sich selbst, sie seien auch Anhänger der FDP. 5 % auch noch, sie seien Anhänger der CDU/CSU, aber das wollen wir hier mal nicht überinterpretieren.

Nur zum Vergleich sehen Sie, daß von den SPD-Wählern sich 72 % als Anhänger dieser Partei bezeichnen, bei der CDU/CSU sind es immerhin noch 65 %. Es gibt jetzt eine Unsicherheitsmarge, die darin besteht, daß sie nicht wissen, wie die Leute einzuordnen sind, die sagen, wir sind nicht Anhänger einer Partei. Aber aufgrund der Tatsache, daß schon von denen, die es erklären, ein gutes Viertel zur SPD geht, können Sie sicher die Hypothese wagen, daß von diesen, die erklären, nicht Anhänger irgendeiner Partei zu sein, auch noch einige bei sind, die nicht unbedingt als Anhänger der FDP zu bezeichnen sind. Das führt mich zu meiner Schlußfolgerung, daß eventuell bis zu 50 % der FDP-Wähler vom November als ein nicht gesichertes Wählerpotential dieser Partei zu bezeichnen sind. Das bedeutet, daß also das Sicherungspotential der FDP trotz des beobachteten Stimmenaufschwungs in der Nähe der 5 %-Klausel liegt. Ich sage nicht, ob drüber oder drunter, das wäre vermessen.

Zweitens, Aussage Brandt mit dem wählerbewegenden Issue. Ich darf einmal ein Beispiel nehmen aus dem Jahre 1965, um etwas zurückzugehen. Damals, ich könnte Ihnen hier einige Zitate aus damaligen unbestrittenen Wahlanalysen vorlegen, war man durchweg der Ansicht, das war wirtschaftlicher Fortschritt und Sicherheit durch den damals populären Bundeskanzler. Da war der Issue personalisiert. Es war eine Einheit, die wirtschaftliche Sicherheit und die Person des damaligen Bundeskanzlers, das war nicht zu trennen. Eine entsprechende Übereinstimmung fehlt diesmal. Sie haben nicht die Identifizierung von Brandt mit dem Issue. Die gesamte Sache der Ostpolitik, und dazu gehört auch der Grundvertrag, insofern hängen Ihre erste Frage und diese zusammen, bedeutet mehr für die allgemeine Reputation der Regierung, auch wenn Sie anschauen, wie die Sympathie oder die Hochschätzung für Brandt im allgemeinen Sympathiebereich beruht, nicht auf konkreten Leistungen, auf konkreten Erwartungen. Wenn Sie diese Übereinstimmung haben, können Sie von einer „Wahllokomotive“ im engeren Sinne sprechen. Das gilt meiner Ansicht nach dieses Mal nicht.

Noch ein Wort zum Grundvertrag. Die Nachwahluntersuchung, die wir bekommen haben, die den Grundvertrag miteinfaßt, stellt fest, daß der Grundvertrag nicht anders beurteilt wird wie die Ostpolitik allgemein. Er ist Teilstück dieser Ostpolitik, deren positive Bewertung ja hier heute schon mehrfach angesprochen ist. Sie liegt in gleicher Größenordnung und deshalb meine Formulierung von der mittelbaren Wirkung. Die hat all das, was dort an Sympathie vorhanden war, noch mal richtig stimuliert, wieder richtig ins Bewußtsein gebracht, aber daß es Leute gegeben hat, die sagen, der Grundvertrag ist prima, deshalb wähle ich SPD, solche Leute habe ich – zumindest in Untersuchungen – nicht finden können.

Was die Wählerinitiativen betrifft, da haben wir in den vorhin erwähnten sozialpsychologischen Untersuchungen über die Werbemittel eine ganze Reihe von diesen An-

zeigen testen lassen, und die Ergebnisse sind katastrophal negativ. Und zwar wird vor allem kritisiert bei den meisten die Anonymität und auch die polemische Aussage usw. Wenn ich Ihnen die einzelnen Charakterisierungen vorlese, aber auch wenn Sie das gerade vergleichen etwa mit der Beurteilung der Werbemittel der Partei, dann ist hier eine Diskrepanz, wie man sie sich kaum vorstellen kann. Die sind extrem negativ.

*Schwarz-Schilling:* Meine erste Frage geht noch einmal auf die FDP-Frage zurück, wie die 27 %, die sich als SPD-Anhänger interpretieren, aber FDP gewählt haben, diese ihre Wahlentscheidung motiviert haben. Es gibt ja zwei Möglichkeiten, einmal eine rein taktische als SPD-Anhänger, um die FDP über die Runden zu bringen. Die zweite, daß man zu dieser Zeit sich etwas von der SPD gelöst hat, zwar früher Anhänger war, aber aus bestimmten Gründen meint, jetzt eine differenziertere Haltung einzunehmen. Das war also eine Differenzierung innerhalb der SPD hin zur FDP. Ob es über diese beiden Motive irgend etwas gibt, das ist die Frage eins.

Frage zwei, da ist auf Seite 28 etwas über die Frage der Preissteigerung gesagt. Ich meine, daß bei den Wechselwählern von der SPD zur CDU eine relativ hohe Einstufung der Preissteigerung als Ereignis für den Wechsel zu konstatieren sei. Wenn ich das nicht falsch gerechnet habe, scheint mir das in dieser Aussage eigentlich nicht ganz möglich, denn es sind ja nur 16,7 %, die das genannt haben, und wenn ich jetzt davon ausgehe, daß in der Tabelle der Wechselwähler nur insgesamt 6,5 % von der SPD zur CDU gegangen sind, dann handelt es sich also insgesamt um ein Prozent der Wähler, das die Frage der Preise als das für sie ausschlaggebende Argument gesehen hat. Ob man dann sagen kann, eine relativ hohe Einstufung? Zumindest, wenn man diese Prozentsätze mal auf den absoluten Wert reduziert, scheint es mir doch eine relativ sehr geringe Einstufung in Anbetracht des hohen Aufwandes, den wir gehabt haben, diese Frage zu einer Kernfrage der Wahlkampfaußage zu machen. Das ist die Frage zwei.

Die Frage drei: Auf Seite 27 haben Sie festgestellt, daß 1,8 % der Wähler eine Zuschreibung zu der Ostpolitik der CDU vorgenommen haben. Das würde doch bedeuten, daß die ganze Frage der Präambel beziehungsweise der Bundestagsresolution insgesamt von 1,8 % goutiert worden ist als eine positive Sache der CDU in Fragen Ostpolitik. Ich möchte nur mal fragen, ob das so zu interpretieren wäre oder nicht?

Dann ist hier etwas über den Wahlkampfstil gesagt worden. Auf Seite 54 hat Allensbach gesagt, daß der Wahlkampf als Extrakt zu sehen und die Frage des argumentativen Wahlkampfes also in dieser Weise nicht so zu beantworten ist, wie das von uns der Fall ist. Hier scheint mir zumindest in den beiden Aussagen und in der Aussage von Frau Noelle-Neumann ein Widerspruch zu liegen. Ich weiß nicht, ob Sie das beantworten können, die Frage wäre sonst an Frau Noelle-Neumann zu stellen.

Der nächste Punkt: junge Generation. Es ist ja bekannt, daß der Grad der Politisierung gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen bei der jungen Generation heute größer ist. In früheren Zeiten war er kleiner, das wurde immer bedauert. Die Frage wäre zu stellen, ist die Politisierung schlechthin eine Frage, die sich für uns in der CDU/CSU auswirkt. (*Unruhe und Diskussion.*) Frage also auch hier, ob hier eine Relation zwischen Politisierung und Präferenz CDU-SPD besteht.

*Barzel:* Darf ich, bevor ich das Wort dazu gebe, doch darauf hinweisen, daß wir

ungefähr in 60 Minuten spätestens diese Abteilung beendet haben sollten, um zu Tisch zu gehen, damit wir dann die Debatte unter uns aufnehmen können. Ich bitte also, daß wir darauf achten müssen.

*Schwarz-Schilling:* Eine letzte Frage nach der CDU-Strategie richtet sich an Herrn Kaase, Seite 17. Sie wird charakterisiert als Mannschaftsstrategie und als Strategie auf die zunehmende Radikalisierung von links und den damit verbundenen ökonomischen Gefährdungen. Kann man nicht sagen, daß das zwar der Wunsch unserer Partei war, uns so darzustellen, daß aber dieser Wunsch nicht realisiert wurde und die Sache als solche, nämlich sich so darstellen zu wollen, zu einem negativen Ergebnis geführt hat? Ich möchte also sagen, daß man die Betonung der Mannschaft wohl kaum in dieser Weise realisiert hat, wie das als Konzept vorgesehen war. Ich würde jedenfalls nicht sagen, daß das gelungen sei, und zum zweiten würde die Beurteilung, die CDU habe nur die ökonomische Gefährdung herausgestellt, eine nicht richtige Aussage der CDU gegenüber sein, weil sie die linksradikale Gefahr ja wohl nicht nur im ökonomischen Bereich zu sehen hat, sondern im Vorpolitischen, im Erziehungspolitischen und ähnlichem. Also auch das würde ich nicht akzeptieren als die CDU-Strategie in diesem Wahlkampf.

*Kaltefleiter:* Zuerst zu Ihrer Frage nach der Motivation der FDP-Wähler. Da möchte ich vorsichtig sein, denn ich darf Sie an folgendes erinnern. Bei normalen Befragungen befragt man 2.000 Leute. Wir haben hier eine Differenz von 3 %, das sind noch 60 Personen. Also da hat die Möglichkeit zum Quantifizieren ihre Grenze erreicht. Ich bitte wirklich nur, das folgende als Tendenzaussage zu verstehen. Wir können unter den FDP-Wählern zwei Gruppen beobachten. Die eine möchte ich bezeichnen als bewußte Koalitionswähler, die in ihrer Motivation angeben, wir wollen diese Regierung und dabei Gründe wie Außen- und Bildungspolitik unterstreichen. Das ist die eine Gruppe. Die zweite Gruppe möchte ich bezeichnen als jene Wähler, die spezifisch den Koalitionspartner FDP gewählt haben, und dort finden Sie eine Betonung von Fragen der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftsordnungspolitik, wenn Sie wollen als Korrektivmotiv ... (*Zwischenruf.*) Na ja, ich weiß nicht, ob Bremser richtig ist. Die Größenordnung zwischen den beiden ist sehr schwer abzuschätzen. Vielleicht ist das erste Motiv ein bißchen stärker als das zweite, aber Zahlen bin ich hier nicht in der Lage und nicht willens zu sagen.

Dann zu diesen beiden Tabellen, Seite 27, Seite 28. Zunächst Tabelle Seite 27. In diese 1,8 % würde ich nicht allzu sehr viel hineinlesen, ob die jetzt die Präambel gerne haben oder generell es positiv begrüßen, daß die CDU diese Verträge zugelassen hat, daß sie die CDU verstehen als Widerstand gegen die Ostpolitik. Alle drei Interpretationsmöglichkeiten sind da, nur diese 1,8 % können Sie genau so lesen wie null, da ist praktisch nichts.

Dann zu dieser Tabelle auf Seite 28. Die müssen Sie etwas anders lesen. Wenn wir die Leute fragen, was denn das wichtigste Ereignis sei, dann nennen sie die Preissteigerung normalerweise überhaupt nicht. Die Preissteigerungen werden genannt, wenn es darum geht, was die wichtigste Aufgabe sei, was das wichtigste Problem in diesem Lande sei. Das heißt, etwas, was passiert, nimmt man nicht als ein Ereignis mit Pau-

kenschlag wahr, man ist sich dessen aber wohl bewußt und betont es als Problem und als Aufgabe. Hier in Tabelle 8 auf Seite 28 sind Ereignisse dargestellt. Wenn trotz dieser Tatsache, daß man Preissteigerungen nicht als Ereignisse versteht, unter den Wechslern, und im Grunde genommen nur in der Gruppe der Wechsler zur CDU die Preissteigerung auch als Ereignis nimmt, finde ich das ein auffallendes Ergebnis. Ich würde es auch nicht überinterpretieren.

Interessant erscheint mir zu sein die Tabelle 10a auf Seite 32, wo die verschiedenen Aufgaben genannt sind. Da stellen Sie fest, daß im Grunde genommen zwischen den verschiedenen Wählergruppen sowohl bei der Ostpolitik als auch bei der Wirtschaftspolitik keine nennenswerten Unterschiede bestehen. Das habe ich interpretiert zu der These, die Sie in meinem Papier finden, daß weder das eine Thema noch das andere Thema in diesem Wahlkampf in nennenswertem Umfange wählerbewegend gewirkt hat.

Zum Problem der Emotionalisierung des Wahlkampfes – diese Schlußbemerkungen von Frau Noelle-Neumann – kann ich wenig sagen, weil ich die Bemerkungen ehrlich gesagt nicht ganz verstehe. Ich darf vielleicht nur folgendes hinzufügen, die Unterscheidung zwischen Emotionalität und argumentativem Wahlkampf ist ja nicht als ein kontradiktorischer Gegensatz zu sehen. Eine bestimmte Aussage ist je nach Bildungsniveau emotional oder argumentativ im Verständnis des Aufnehmenden. Wenn ich sage, die Preise steigen um 6 %, dann ist das unter Umständen eine sehr sachlich klingende Aussage, entsprechend dem Informationsniveau. Wenn Sie aber jetzt diese Aussage in einem volkswirtschaftlichen Seminar bringen, erscheint das schon wieder emotional oder vielleicht sogar polemisch. Dagegen die Aussage, wir haben Inflation, erscheint uns sogar polemisch, aber wenn Sie die bei einem sehr geringen Informationsgrad bringen, ist das nichts anderes als eine schlichte Feststellung der Tatsache. Diese Dichotomie zwischen argumentativ und emotional ist eine Möglichkeit zur durchschnittlichen Beschreibung eines Stils, aber ich glaube nicht, daß man das hier in dieser Form festlegen kann.

*Kraske:* Entschuldigen Sie, darf ich einen Satz noch zu Herrn Schwarz-Schilling anfügen? Ich finde es interessant, daß dieselbe Frau Noelle-Neumann in dem Interview mit dem „Hessenkurier“<sup>22</sup> folgenden Satz gesagt hat: 1972 wurde die CDU wahrscheinlich prozentual von mehr Männern gewählt als 1969. Dies ist deshalb ein Phänomen, weil die SPD traditionell als die mehr rationalpolitische Partei gilt, die CDU/CSU scheint zu beginnen, den politisch interessierteren Wähler anzuziehen. Ich finde dieses einen implizierten Widerspruch zu dem, den Sie genannt haben, mindestens finde ich, muß man das mit sehen, das hat mich vorhin zu meinem Urteil bestimmt.

*Kaltefleiter:* Die Frage der Politisierung der Jungwähler. Da müssen Sie natürlich fragen, was Sie unter Politisierung verstehen, damit man es messen kann. Wenn Sie darunter verstehen, politisches Interesse oder Beteiligung, Wahlbeteiligung, dann können wir nach wie vor feststellen, daß das politische Interesse wie auch die Wahlbetei-

---

22 Interview im Januarheft 1973 „Noelle-Neumann: keine Kanzler-Wahl“.

ligung der Jungwähler etwas unterdurchschnittlich ist, aber sie ist höher als in der Vergangenheit.

Wenn Sie Politisierung definieren in Form von Wahlbeteiligung und fragen zu wessen Gunsten, dann scheint mir dieses Wahlergebnis die alte Faustregel wieder zu bestätigen, daß eine Steigerung der Wahlbeteiligung über 75 % hinaus bis in eine Gegend von 85, 87 % der CDU/CSU nützt, über 87 % hinaus der SPD nützt. (*Zwischenruf*: Ist das eine alte Faustregel?) Das ist eine alte Faustregel. Nehmen Sie das also nicht als starre Grenze zugunsten der CDU/CSU, darüber hinaus zugunsten der SPD. (*Zwischenruf*: Also nicht der Regierung, jeweils?) Nein, das hängt einfach zusammen mit der Mobilisierbarkeit der tragenden sozialen Schichten. Am schwersten zu mobilisieren sind die sozialen Unterschichten im Bereich der Arbeiterschaft, und wenn Sie die auch noch an die Urnen bekommen wie dieses Mal, dann geht es also über 87, 88 % hinaus und tendiert zugunsten der SPD. Die zunächst schwieriger zu mobilisierenden Schichten sind bestimmte mittelständische Kreise, das geht zugunsten der CDU.

*Lorenz*: Darf ich eine Zusatzfrage stellen? Ist das nicht ein großer Widerspruch zu dem, was Sie vorhin gesagt haben, daß gerade die sozialen Unterschichten, also ungelernete Arbeiter usw. bisher traditionell die CDU gewählt haben? Eben haben Sie gesagt, wenn Sie also über 90 oder 87 % hinaus mobilisieren, mobilisieren Sie die sozialen Unterschichten, treiben die an die Urne, und das zahlt sich wiederum zugunsten der SPD aus.

*Barzel*: Herr Kaase hat das gesagt.

*Kaase*: Kann ich der Reihe nach vorgehen und ein paar Bemerkungen machen zu Punkten, zu denen ich einige Informationen habe?

Zunächst einmal Motivation der FDP-Wähler. Da stimme ich Herrn Kaltefleiter insofern zu, als es außerordentlich schwierig ist, aufgrund der geringen Gruppengrößen mit den Untersuchungsinstrumenten, mit denen wir arbeiten, hier sehr verlässliche Schlüsse zu ziehen. Ich habe den Eindruck aus dem Material, was wir haben, daß in der Tat ein signifikanter Anteil auch von, ja wie sollen wir das nennen, Bremswählern dabei war, und zwar mit der Begründung „Jungsozialisten“. Ich bin insofern nicht ganz der Ansicht von Herrn Kaltefleiter, ich glaube, es hat schon etwas durchgeschlagen und es hat sich auch etwas ausgewirkt zugunsten der CDU. Das ist mein erster Punkt.

Dann Bemerkung zu „Polarisierung“. Ich verweise auf die Tabelle meines Papiers auf der Seite 21. Die Polarisation bei dieser Wahl war außerordentlich hoch. Da kann überhaupt keine Frage bestehen. Ich muß das Ergebnis von Frau Noelle-Neumann, was Sie, Herr Kraske, vorhin zitiert haben, insofern bestätigen. Zu meiner Überraschung habe ich dieses Mal das traditionelle Ergebnis, daß CDU/CSU-Wähler unterdurchschnittlich politisch interessiert sind, nicht finden können. Das heißt, nach Wählergruppen ist der Unterschied nach dem politischen Interesse weitgehend verschwunden. Das mag sicherlich auch damit zu tun haben, daß es natürlich überwiegend Frauen sind, die politisch weniger interessiert sind. Wir wissen ja, daß Frauen überproportional zur SPD übergegangen sind. Das hat insofern sicherlich auch diesen strukturellen Grund. Was die Polarisation und den Effekt auf die Jugend angeht, es ist klar – Herr Kaltefleiter hat vorhin darauf hingewiesen – wir haben eine Zunahme der Wahl-

beteiligung bei den ganz jungen Altersklassen dieses Mal gehabt, die überraschend war. Wir erwarten von den Landtagswahlen her etwa eine Beteiligung im Bereich von 60 %. Wir haben natürlich die Repräsentativstatistiken der Länder noch nicht vorliegen. Sie liegen vor von zwei Ländern, soweit mir bekannt ist. Da zeigt sich aber bereits, daß hier eine ganz wesentliche Politisierung stattgefunden hat. Ich bin der Ansicht, daß die Politisierung in diesem Bereich zugunsten der Regierung, zugunsten der SPD gegangen ist und nicht etwa zugunsten der CDU. Ich bin allerdings nicht der Ansicht, daß es sich dabei um ein naturnotwendiges Phänomen handelt. Außerdem würde ich gerne noch einmal hinweisen auf eine spezielle Qualität des politischen Interesses gerade bei jungen Leuten. Und zwar habe ich eine Untersuchung gemacht über das Ausmaß des Gefühles, politisch etwas bewirken zu können. Es zeigt sich, daß hier zum erstenmal die sonst auftretende Beziehung, daß die Leute, die besonders jung und die besonders alt sind, übermäßig glauben, nichts bewirken zu können, abgelöst worden ist in dem Sinne, daß junge Leute nun die Gruppe sind, die glauben, am meisten bewirken zu können. Auch das ist eine Entwicklung, die so, wie die Dinge im Augenblick stehen, eher zugunsten der SPD geht.

Zur Wahlbeteiligung kann ich im Grunde nur folgendes sagen: Die Aussagen, die ich gemacht habe, was die Arbeiter angeht, sind Aussagen für eine begrenzte Gruppierung. Insofern können die nicht ausreichen, um sozusagen den generellen Trend, den Herr Kaltefleiter richtig geschildert hat, zu invalidieren.

*Brauksiepe:* Ich habe einen wahnsinnigen Respekt vor Ihrer Wissenschaft, aber (*Kaase:* Das sollten Sie nicht!) es bleibt bei mir der Bereich, den ich am ehesten beurteilen kann, der der Frauen, der sehr schwer nur zu fassen ist mit Computern. Denn wenn schon zwei Ehen nicht vergleichbar sind und drei Männer ihre drei Frauen hier nicht zusammen beurteilen können, dann frage ich mich sehr oft, ob man einen Trend ... (*Heiterkeit und Unruhe.*) Was mir zu denken gibt, ist dies: Zeigt sich irgendwo in Ihren Analysen die Frage oder das Problem, ob die CDU sich zu kompliziert ausgedrückt hat für eine bestimmte Schicht unter den Frauenwählern, die wir früher gehabt haben? Es würde mich außerordentlich interessieren, weil die Wortwahl gerade im Übersetzen von Zusammenhängen bei bestimmten Wählerinnen eine große Rolle spielt. Erste Frage, ist mit dem Vokabularium differenzierter umgegangen worden? Die Übersetzungsarbeit zu Frauenwählern ist eine ganz interessante Sache.

Zweitens, zeigt sich in Ihrem Bild ein Unterschied der Reaktionen der norddeutschen Wählerinnen gegenüber denen im Frankenland oder Bayern? Gibt es einen Reaktionsunterschied zwischen Frauen, den wir sehr merken in der Einzelarbeit, den ich aber nicht gefunden habe?

Und das dritte, was mich interessiert: Ist feststellbar, ob aufgrund der Koedukation, des gemeinsamen Unterrichts, nicht die 21jährige und die 18jährige heute viel eher zusammennehmen läßt mit dem gleichaltrigen jungen Mann, zum Unterschied von der Frau, die sich ja immer noch, wenn sie Mittvierzigerin ist und eine andere Ausbildung hinter sich hat, von dem Kollegen oder dem Ehemann unterscheidet.

Und ein letztes, was mich interessiert: Wir haben sehr viel über wirtschaftliche Dinge in der Wahl gesprochen, auch bei Frauen, aber das war ja schon zu Ihrer Zeit, Pro-



fessor Erhard so, wenn man Bruttosozialprodukt sagte, wußte ein großer Teil der Frauen nicht, was ein Bruttosozialprodukt ist. Ich habe den Eindruck, daß aus dieser letzten Frage für mich eine Schlußfolgerung zu ziehen ist: Wenn man, wie die SPD, das Mittel der Verbraucherpolitik stärker einbaut in die Gesamtfrauenarbeit, wird sich auch eine Sorge um wirtschaftliche Zusammenhänge, um Preise usw. ganz anders übersetzen lassen. Wir haben da einen Sektor nicht für uns beansprucht, bei dem man aber auch die letzte Frau in eine kleine Versammlung holen kann mit den Themen, die sie dann versteht.

Ich fasse es noch einmal zusammen: Gibt es ländermäßig ein Gefälle, einen Unterschied, ist die Angleichung der Nachgewachsenen, der 22jährigen, heute schon sehr spürbar, daß sie wirklich verglichen werden kann mit dem gleichaltrigen Mann, und drittens, ist das Vokabularium nicht viel differenzierter bei Frauen anzuwenden?

*Kaase:* Sie stellen schwierige Fragen, die ich jedenfalls aus dem Material, das vorliegt, im wesentlichen nicht beantworten kann. Was die Wortwahl angeht, ich meine, ich muß hier ein bißchen spekulieren, ich kann mir eigentlich nicht vorstellen, daß hier eine unterschiedliche Schwierigkeit der Wortwahl zwischen CDU und SPD vorliegt. Deswegen wäre meine Interpretation hier, auf tieferliegende Trends zurückzugehen, die dafür eine Erklärung geben. Ein bißchen geht in dieselbe Richtung auch die Antwort auf Ihre Frage nach dem Nord-Süd-Unterschied. Wir wissen, daß der Unterschied zwischen den ersten fünf Bundesländern, nennen wir sie mal Norden, und den anderen fünf, 9 % beträgt für die CDU/CSU, d. h. in den südlichen ist sie um 9 % stärker als in den nördlichen. Ich bin sicher, daß sich diese Unterschiede ebenfalls wiederfinden, wenn man entsprechend aufgliedert nach dem Wahlverhalten von Frauen und Männern. Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik aus Baden-Württemberg beweisen, daß, wenn wir sie etwa vergleichen mit denselben Ergebnissen aus Schleswig-Holstein, der Anteil der 18 bis 24jährigen Frauen, die CDU wählen, um etwa 14 % höher ist als in derselben Gruppe in Schleswig-Holstein.

Sie stellen die Frage nach der Koedukation. Das mag ein Bereich sein, daß man erwarten muß, daß eine gezielte Politik, die die Frau hineinbringt in den Erwerbsprozeß, die betont die Chancengleichheit der Bildung, der Schulbildung für Männer und Frauen, bei ja einem bestehenden erheblichen Nachholbedarf, notwendigerweise, solange man nichts anderes verändert, dazu führen wird, daß eine Weg-Bewegung von der CDU erfolgt. Das ist ein ganz normaler Prozeß auf der Basis des bestehenden Images dieser Partei. Hier wird man politisch Zeichen setzen müssen. Diese Ergebnisse sind eindeutig und sie reflektieren diesen Sachverhalt ganz klar.

*Kaltefleiter:* Eine ganz kurze Bemerkung noch dazu. Meine Zahlen zeigen eigentlich, daß die Verluste der CDU unter den Frauen um so größer sind, je besser die Bildung dieser Frauen ist und je jünger sie sind, wobei das eine Tendenzaussage ist, wobei noch hinzuzufügen ist, während 1969 der Einbruch bei den ganz jungen Frauen erfolgte, sind es diesmal die darüber folgenden Altersgruppen bis 35. Wenn diese Tendenzaussage richtig ist, folgt daraus wohl aber auch, daß eine zu große Komplikation im Vokabularium z. B. es nicht sein kann. Es sind ja gerade die Frauen weggelaufen, bei denen man es mit einer tendenziell höheren Bildung zu tun hat. Das Ergebnis

scheint mir durchschlagender zu sein als die Frage nach regionalen Unterschieden. Aber hier glaube ich, daß, wenn Sie Koedukation nehmen – das ist ja nur ein Beispiel für viele –, daß im Sozialisationsprozeß, wie man das heute so schön nennt, die Entwicklung der Geschlechter gleichförmig ist. Sie können vielleicht ganz einfach sagen, die Frauenwähler laufen heute aus dem gleichen Grund der CDU weg, aus dem Männer in den 50er Jahre CDU schon nicht gewählt haben. Das ist eine sehr vereinfachte Formulierung, aber das ist eigentlich die Aussage und das bedeutet eigentlich auch wiederum, daß eine spezifische Frauenstrategie gar nicht möglich ist, sondern wir brauchen jetzt eine Strategie, die hier diese Menschen gewinnt.

Wex: Herr Kaltefleiter, Sie haben eine ganz kleine kärgliche Tabelle über die Frauen und nur nach Alter. Wenn Sie der Ansicht sind, daß der soziologische Umkreis das entscheidende ist, hätte ich gemeint, hier müßte mindestens eine Tabelle dabei sein, die nach der soziologischen Zuordnung wenigstens den Versuch eines Unterschiedes macht. Sie gehen also vom Alter und der sozialen Bildung aus, und diese soziologische Position finde ich eben ganz besonders wichtig.

Sie haben zum Zeitgeist gesagt, daß es keine inhaltliche Sache ist, sondern eine Veränderung von Normen und Strukturen. Dem stimme ich ausdrücklich zu, aber was kommt dabei heraus? (*Unruhe und Diskussion.*) Würden Sie mir zustimmen, daß auch viele Frauen, wenn sie auch das erstmal gewählt haben, sich gerade diesem Zeitgeist angeschlossen haben? Und zwar aus dem Grunde, wenn man nun schon zum erstmal das macht, möchte man mindestens nicht auf den letzten Dampfer steigen, sondern dann möchte man das mitmachen, was nun für die Frauen auch besonders attraktiv ist.

Und dann möchte ich noch einmal eine etwas provokatorische Frage stellen. Gibt es eine Untersuchungsmöglichkeit, ich habe das bei Frauen immer wieder festgestellt, daß das Wahlverhalten von Frauen nicht so sehr von der Politik und der politischen Aussage abhängig ist und von der Frauenfrage, sondern darauf, wie sie sich innerhalb der Partei behandelt und ernst genommen fühlten? Hier bezogen auf die Frage, was haben wir für Chancen in der Partei, auch auf der unteren Ebene? Das bezieht sich nicht nur auf SPD, sondern da hat die FDP auch abgesehen, einfach weil sie dazu sagt, da wird etwas getan, wo auch der Nachholbedarf, den wir ja haben im Intellektuellen und in der Präsentation, anerkannt wird. Ich sage das bestimmt nicht in diesem Kreise, sondern einfach für die Kreis- und Ortsebenen, wo das als Grundsatz relevant wird für das erste Engagement der Frauen auf politischer Ebene.

Kaltefleiter: Ich habe vorhin gesagt, der erste Einbruch der SPD in das Frauenreservoir erfolgte verstärkt unter den jüngsten und denen mit besonders hoher Bildung, diesmal kam der nächste Schub dran und das steht genau hier, für den SPD-Zuwachs sorgten diesmal die Frauen aus den Berufskreisen der mittleren und einfachen Angestellten, d. h., was 1969 im Grunde genommen nur die Jüngsten und die Gebildetsten betraf – relativ gesehen –, ist jetzt ausgedehnt auf die etwas Älteren und auch auf die darunterliegenden sozialen Schichten. Daraus folgt auch die Antwort auf Ihr zweites Problem. Ich habe wirklich gesucht, um Ihnen ein paar schöne Tabellen auch über die Frauen hineinbringen zu können, und ich hätte mit Freude eine gefunden, wie ich etwa

eine für die Gewerkschaften oder Kirchen habe. Das interessante ist, daß Sie nehmen können, was Sie wollen: Die Unterscheidung zwischen Männern und Frauen schlägt nicht in irgendeiner Form durch. Das heißt, ich kann Ihnen Tabellen machen, und Sie sehen immer überall nur dasselbe. Das bedeutet nichts anderes, daß das soziale Umfeld offensichtlich für die Männer wie für die Frauen sich inzwischen in einem Umfang angeglichen hat, daß wir hier derartige Unterschiede nicht mehr sehen können.

Eine völlig andere Frage ist es, ob es Methoden gibt, wie man dann die Ansprache umsetzt. Dazu möchte ich mich gar nicht äußern, das ist nicht meine Kompetenz. Aber der Tatbestand ist, wenn Sie beschreiben sollen nach sozialem Umfeld oder nach simpler Statistik oder nach Zeitgeist, oder was Sie wollen, dann unterscheiden sich die Männer von den Frauen in keinem nennenswerten Umfang mehr, daß es sich lohnt, darauf herumzuhacken, und ich sehe mit Vergnügen das Nicken von Herrn Kaase in diesem Bereich. Das ist der Tatbestand, und davon müssen wir ausgehen.

*Echternach:* Erstens, wie erklärt sich der Widerspruch zwischen der vorhin hier behaupteten These, daß der Zeitgeist Veränderungen verursacht, auf der einen Seite, und andererseits das völlig gegenläufige Ergebnis der Landtagswahlen zu der Bundestagswahlen.

Zweite Frage: Wie erklärt sich der Widerspruch zwischen der Politik der CDU im sozialen Bereich, die sie tatsächlich betreibt, und ihrem Image? Und der Rentenpolitik, der Vermögenspolitik? Ist das eine Frage des Wissens oder ist das eine Frage des Glaubens? Und wenn man uns nicht glaubt, worauf führen Sie das zurück?

Dritte Frage: Nord-Süd-Gefälle. Sie haben auch daraufhin keine Antwort gegeben. Frau Brauksiepe knüpfte an das Thema unter dem Aspekt der Frauen an. Sie geben nur einen kurzen Hinweis in Ihrer Broschüre.

Vierte Frage: Fernsehwerbung. Gibt es Aussagen über die Resonanz auf die unterschiedliche Fernsehwerbung der Parteien? Welche Bedeutung hat sie?

*Kaltefleiter:* Frage eins, Herr Echternach, weil Sie vorhin noch nicht da waren, ist identisch mit der ersten Frage, die Herr Hahn stellte, Unterschied zwischen der Bundestagswahl und Landtagswahlen. (*Echternach:* Ist das Widerlegung des Zeitgeistes?) Ja, ich glaube Herr Kaase hat vorhin darauf hingewiesen für die Landtagswahl in Baden-Württemberg, er sprach vom Klima; das Wort Zeitgeist ist von Herrn Langguth als eine Kurzformel in die Diskussion geworfen worden. Wir wollen uns jetzt nicht an dem Begriff festhalten, daß das Klima grundsätzlich auch zur Landtagswahl in Baden-Württemberg pro SPD-Regierung in Bonn war, daß aber dieses Klima nicht durchschlag aufgrund anderer Faktoren. Wenn man sucht nach anderen Faktoren, bietet sich die Tatsache an, daß zu jenem Zeitpunkt die Leute extrem unzufrieden waren mit der wirtschaftlichen Situation. In dem Umfrageband, den ich Ihnen geschickt habe, finden Sie eine Tabelle, ich glaube, sie kommt von EMNID, um mal ein ganz anderes Institut zu zitieren. Es stellt seit Jahren die gleiche Frage, nämlich, wie beurteilen Sie die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten. Diese Zahlen gehen von März 1970, also Ihrer damaligen Bürgerschaftswahl, bis zum April 1972 unter null und dann wieder rüber.

Die zweite Frage scheint auch stark identisch zu sein mit der Frage, die Herr Katzer

vorhin stellte. Meiner Ansicht nach liegt uns hier folgendes vor, ich will es jetzt hier einmal etwas ausführlicher begründen. Wir haben es zunächst zu tun mit einer politischen Meinung bei unserer Bevölkerung, die sich natürlich niederschlägt nicht nur in Wahlkreuzen, sondern auch in Meinungen über die Parteien. Das bedeutet z.B., die SPD gilt als die Partei des kleinen Mannes, als soziale Partei usw. Wenn sich das ändern soll, ist die Voraussetzung dafür, das habe ich an einer Stelle in meinem Papier auch einmal geschrieben, daß sie Informationen aufnehmen, die diesen Meinungen entgegenstehen. Wenn Sie jetzt solche Informationen bekommen, dann ist das eine sozialpsychologische Erkenntnis, daß sie zunächst einmal diese Informationen, die Ihrer Meinung widersprechen, nicht wahrhaben wollen, sie uminterpretieren oder Entschuldigungsgründe finden. Erst wenn diese Informationen in einer Zeitdauer und in einem Umfang auf den Befragten oder auf die Wähler einprasseln, ist er bereit, seine politische Meinung zu ändern, um wieder Konsistenz herzustellen zwischen den Informationen, die er bekommt, und seiner eigenen Meinung. Das gilt besonders für Fragen wie etwa der Rentenwahl, wenn ich im September die Abstimmung mache, dann ist die Zeit zu kurz, daß etwa die Massierung der Informationen eine solche Änderung bringen könnte. (*Unruhe und Diskussion.*) Dann zeigt das eben, daß offensichtlich noch nicht einmal zwei Jahre ausreichen. Und das ist das Problem. Ich glaube, wenn man daraus eine strategische Nutzenanwendung zieht, bedeutet das die Konzentration auf eine Handvoll Themen, bei denen man penetrieren kann, d. h. die Informationen häufen kann, damit eine Änderung des Verhaltens oder der Einstellungen eintritt. (*Zwischenruf.*) 1957 war das Ganze auf der Grundlage eines pro-CDU-Klimas. Ich glaube nicht, daß Sie rückblickend auch für 1957 nachweisen können, daß die Rentenreform X oder Y Prozent gebracht hätte. Damals hatten Sie eine ganz andere Großwetterlage. Da war die Großwetterlage so zugunsten der CDU, wie sie diesmal wahrscheinlich für die SPD war.

*Katzer:* Ich stimme sehr überein mit Ihrer grundsätzlichen Bemerkung, mit der Sie gesagt haben, diese Leute waren festgelegt und die haben uns einfach nicht geglaubt, daß die Rentensache von uns kommen kann. Das ist erstaunlich unter dem Hinweis, 1957 habe wir es doch auch gemacht. Aber in der Zeit der Großen Koalition haben wir eine negative Rentendiskussion erhalten, weil der Wirtschaftsrat der CDU aufsteht und sagt, das muß jetzt von brutto auf netto umgestellt werden. Das sind doch Zeiträume, wenn Herr Kaltefleiter sagt, das dauert zwei, drei Jahre, dann haben wir da die Mittel, dann können wir machen, was wir wollen.

*Kraske:* Aber können wir nicht auch sagen, daß generelle Ereignisse eher einer Regierung zugeordnet werden als der Opposition? Das ist ein normaler Assoziationsvorgang.

*Kaltefleiter:* Ich glaube nicht, daß Sie eine Antwort von mir auf diese beiden Bemerkungen hier erwarten, vielleicht die letzte an Herrn Kraske in gleicher Form wie vorhin an Herrn Stoltenberg, natürlich, das ist ein bekannter Tatbestand.

Ein Wort zum Nord-Süd-Gefälle. Sie sagten, da fehlten Ihnen Angaben in meinen Papieren. Da haben Sie recht oder auch nicht. Ich habe das Wort Nord-Süd-Gefälle an einer Stelle verwendet, aber dann mehr in Anführungsstrichen, weil ich glaube, daß es

eine Vereinfachung darstellt. Wenn ich also einfach von meiner bescheidenen Geographie ausgehe, dann sind Hessen und Rheinland-Pfalz nicht allzu sehr auseinander, und trotzdem klaffen die Wahlergebnisse ziemlich auseinander. Deshalb habe ich versucht, auf Seite 75 ff. fünf Punkte zu formulieren, die beschreiben, was tendenziell einen Wählerwechsel zugunsten der SPD verstärkt hat oder einen Wählerwechsel weg von der CDU verlangsamt hat.

Diese fünf Punkte häufen sich tendenziell im negativen Bereich im Norden und sind tendenziell unterrepräsentiert im Süden. Um es völlig klar zu machen, nicht die Tatsache, daß es Norden oder Süden ist, macht etwas aus. Ich darf die fünf Punkte noch einmal erwähnen. Die Verluste der CDU/CSU sind am geringsten erstens dort, wo sie schon vorher auf einem relativ konsolidierten Bereich war, also nicht Wahlergebnisse hatte, die weit über 50 % lagen, wo eben entsprechend lockerer Wählerstamm war. Ich will sofort sagen, dem widersprechen natürlich Bayern und Baden-Württemberg. Das ist die erste Bedingung. Das ist die Bedingung, die wichtig ist z. B. für Schleswig-Holstein.

Die zweite Bedingung ist, daß der Anteil der katholischen städtischen Bevölkerung relativ niedrig ist, denn dort ist ein relativ hoher Einbruch. Das gilt z. B. für große Bereiche Bayerns, den katholisch städtischen Teil. Aber wo umgekehrt der katholisch ländliche Bereich sehr hoch ist, das gilt wiederum für Bayern, denn dort ist sie noch stabil geblieben.

Drittens: Der Anteil der Beamten und Angestellten ist hoch. Wenn es einen erfreulichen Aspekt für die CDU/CSU an diesem Wahlergebnis gibt, dann ist es, daß der seit 1961 beobachtete Abwärtstrend in den protestantischen urbanisierten Mittelschichten – den Schiller-Wählern – 1972 gestoppt ist und daß genau so der Anstieg der SPD in diesem Bereich 1972 ebenfalls gestoppt ist, während diesmal vor allem die FDP dort angestiegen zu sein scheint. Aber während Sie von 1961, 1965, 1969 fast gleichmäßig runterlaufende Kurven in diesen Gruppen haben, knickt das hier 1972 fast in eine Waagerechte um.

Viertens: Der Anteil der Bevölkerung mit dem hauptsächlichen Lebensunterhalt aus dem berühmten tertiären Sektor hat sich relativ behauptet. Schließlich zum Potential an Splitterparteien, das 1969, insbesondere der NPD, da war: Wo es hoch war, sind die Verluste relativ gering.

Diese fünf Faktoren müssen Sie im Grunde genommen im Zusammenspiel sehen. Sie erklären zu einem großen Teil, noch immer nicht vollständig, regionale Einzelheiten des Wahlergebnisses. Es kommen noch spezifisch regionale Faktoren hinzu. Herr Kaase hat vorhin den Faktor Jungsozialisten genannt. Herr Stoltenberg warf das Wort „München“ dazwischen. Das steht an einer Stelle in dem Bericht auch drin, man kann wahrscheinlich auch hier den Fall Südhessen z. T. hinzu nehmen. Es gibt dann auch einen Faktor, den man nicht unterschätzen soll, obwohl wir den mit solchen Umfragen nicht messen können, das ist nämlich die Wirksamkeit der regionalen Parteiorganisation als ein Faktor der Interessenvermittlung.

Wenn ich vorhin die Frage in bezug auf Frauen nicht beantwortet habe, dann aus dem Grunde, weil man die Frage mit Umfragematerial im Grunde nicht beantworten

kann. Aber daß Parteiorganisation ein ganz wichtiger Faktor ist, das sollte man nicht übersehen. Nur, den zu messen, ist dieses Instrumentarium nicht geeignet. Soweit zum Nord-Süd-Gefälle. Wenn ich darum bitten darf, lassen wir es differenzieren, etwa in der Form, wie ich vorgeschlagen habe. Vielleicht gibt es noch einen sechsten und siebten Punkt. Ich bin gerne bereit, das vorweg zu konzedieren. Aber dann kommen wir dem Phänomen näher, als wenn wir einfach diese vereinfachte regionale Entwicklung sehen. Hamburg liegt bekanntlich im Norden, um das noch hinzuzufügen, und das Wahlergebnis dort ist sehr ordentlich.

Fernsehwerbung, Herr Echternach, war Ihr nächster Punkt, und Fernsehdiskussion. Die Tests haben ergeben, daß die Fernsehspots der CDU/CSU tendenziell besser angekommen sind als die der SPD. Insbesondere sind die ersten Spots der SPD, die den Brandt völlig allein zeigten – ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern – relativ negativ angekommen. Dort fanden Sie Reaktionen wie „müde, verbraucht“. Nachher, wo es eingebettet war in die Interview-Situation mit dem Schluß des fahrenden TEE, wurde die Reaktion besser. Ausgesprochen gut angekommen sind die Fernsehspots von Herrn Erhard, von Herrn Schröder, die von Herrn Barzel in der Diskussion mit Arbeitern und die von Herrn Barzel in der Diskussion mit Frauen. Das sind – wenn ich meine Erinnerung richtig habe – die vier Spitzenreiter wohl gewesen in den Fernsehspots, die wir gemacht haben. Sie kamen durch die Reihe eigentlich alle gut an, einen wirklich negativen gab es nicht, während interessanterweise die Fernsehspots der FDP relativ sehr negativ ankamen. (*Zwischenruf*: CSU-Spots, wie waren die denn?) Nicht sehr positiv. Die Diskussion der Vorsitzenden, da gilt grundsätzlich das, was Herr Kaase vorhin schon einmal gesagt hat. Sie haben es in Ihrem Papier ausgeführt, daß hier unmittelbar vor der Wahl die Verfestigung der Anhängerschaften schon war, daß die Situation im Grunde genommen so war wie beim Fußballspiel, jeder hat gejubelt, wenn seine Mannschaft ein Tor schoß, das war im wesentlichen das Bild. Hier können Sie interessanterweise beobachten, daß über diese Regel hinaus relativ gut abgeschnitten hat offensichtlich Herr Scheel. Das kann man tendenziell sagen. Sehr unterschiedliche Reaktionen beobachten Sie etwa bei Herrn Strauß, hier haben Sie eine extrem positive Reaktion bei den Anhängern, die heben Schlagfertigkeit und so etwas heraus, während Sie bei allen anderen über diesen Fußballjubeleffekt, den ich vorhin skizzierte, hinausgehende kritische Distanzierung haben. Aber das mit aller Vorsicht, eine Woche vor der Wahl. Immerhin muß man sehen, daß diese drei Sendungen vor der Wahl<sup>23</sup> insgesamt von etwa 70 % gesehen worden sind. 40 % haben mehr als eine gesehen, aber es war eben unmittelbar vor der Wahl eigentlich mehr eine Bestätigung von vorhandenen Fronten als ein Aufbrechen.

*Kaase*: Ich habe dazu nichts hinzuzufügen, vielleicht nur eine Bemerkung. Man muß darauf hinweisen, daß z. B. 1969 Brandt als Exponent der SPD auch bei seinen

---

23 Die Diskussionsrunden der Parteivorsitzenden fanden am 18. Oktober, 2. November und 15. November 1972 im Fernsehen statt. Vgl. „Neue Rhein-Zeitung“ vom 1. November 1972. Vgl. auch Hans-Jürgen WEISS: Wahlkampf im Fernsehen. Untersuchung zur Rolle der großen Fernsehdebatten im Bundestagswahlkampf 1972. Berlin 1976.

eigenen Wählern mehr umstritten war als Kiesinger bei den CDU/CSU-Wählern. Es handelt sich hier meiner Ansicht nach um ein strukturelles Phänomen und nicht um ein Phänomen, das an eine konkrete Person zu binden ist.

*Hasselmann:* Ich habe zwei kurze Fragen. Herr Dr. Kaase, Sie sprechen auf Seite 24 und 26 von der FDP, die in die städtischen neuen mittelständischen Bereiche eingedrungen ist, und auf 26 davon, daß sie festen Fuß im städtischen Bildungsbürgertum der Beamten und Angestellten gefaßt habe, wenn auch vorerst leihweise. In einem Flächenstaat wie Niedersachsen interessiert, wie verhält sich diese Aussage zu ländlichem Bereich und ländlichem Raum, insbesondere auch die nicht ungeschickte Politik Ertls bei der Landwirtschaft, die eine Frage. Die zweite: Die CDU in ihrer Kreisebene und die Wahlkampfleitung waren immer beglückt und glaubten, sie hätten den Krieg gewonnen, wenn es gelang, höchste Bundesprominenz in die Säle zu bekommen, die die Großstädte anboten. Verloren wurde aber in den mittleren und kleineren Städten. Meine Frage, inwieweit haben die Großeinsätze der physisch fast Überforderten wählerbewegend gewirkt?

*Kaase:* Die Beantwortung einer solchen Frage ist exakt natürlich nicht möglich. Meine Interpretation wäre, daß aller Erfahrung nach Wahlveranstaltungen dieser Art im wesentlichen zwei Personengruppen anziehen und zwei Effekte haben. Sie ziehen an die eigenen zur Bestätigung und sie ziehen an die überzeugten Opponenten, ebenfalls zur Bestätigung. Daher meine Antwort, ich würde dem keinen Effekt zubilligen.

Zweite Frage: FDP. Ich stimme in einer Nuance mit der Interpretation von Herrn Kaltefleiter vielleicht nicht ganz überein. Ich glaube, daß die sogenannten Leihwähler der FDP, die die SPD der FDP zur Verfügung gestellt hat, aus dem Bereich kommen, der 1969 im wesentlichen die Zunahme der SPD bewirkt hat. Nun kann man das interpretieren als eine gewisse Abwendung bereits von der SPD, aufgrund z.B. wirtschaftspolitischer, wirtschaftsordnungsmäßiger Vorstellungen. Es gibt auch eine andere Interpretation, die man zumindest komplementär im Auge behalten sollte. Wenn man das Stimmensplitting untersucht, dann stellt man fest, daß in Universitätsstädten das Stimmensplitting ganz besonders intensiv war. Das heißt, man kann hier sehr wohl zu der Schlußfolgerung kommen, daß zum Stimmensplitting auch ein bestimmter Informationsstand gehört, eine bestimmte Fähigkeit zum taktischen Denken, die sich ganz klar im Sinne von Regierungsstabilisierung ausgewirkt hat. Die Frage, die ich mir selber stelle, die ich im Augenblick nicht beantworten kann, und darauf bezieht sich auch meine kurze Bemerkung, ist einfach die, ob es der FDP nicht gelingen wird, diesen Teil der Bevölkerung zu behalten. Denn die Analysen von der Fluktuation von 1969 auf 1972 haben ein interessantes Phänomen gezeigt: Die FDP hat nicht so viele ihrer Wähler von 1969 verloren, wie man das aufgrund des sozialen Standortes und der politischen Umdefinition der Rolle der FDP hätte erwarten können. Es ist der FDP gelungen, einen Teil ihrer Wähler von 1969, einen größeren Teil als man hätte denken können, mit hinüberzunehmen. Die Landwirte hat die FDP, soweit man das sehen kann, nicht behalten. Die Landwirte sind eindeutig zur CDU gegangen. Es gibt keine Gruppierung mit einem höheren CDU-Anteil als die katholischen Landwirte.

*Lorenz:* Ich möchte nicht nur die Frage stellen, welche Sachaussage und Zielvor-

stellung eine Partei der Öffentlichkeit vorstellt, sondern wie sie sich bei der praktischen Politik zur Durchsetzung dieser Ziele verhält, welchen Einfluß das auf Wähler hat. Landauf, landab höre ich in der Diskussion immer, wenn man die guten Landtagswahlergebnisse mit der relativ schlechten Bundestagswahl vergleicht, es ist ja ganz klar, wir haben praktisch bis einschließlich zur Wahl in Baden-Württemberg Ziele vertreten, die vielleicht von manchen nicht gebilligt worden sind. Aber wir haben sie konsequent, geschlossen und unumstritten vertreten. Wir erweckten den Eindruck von außen, als ob wir völlig einig und selbst überzeugt waren von dem, was wir vertraten, insbesondere in der Ost- und Deutschlandpolitik. Und nach Baden-Württemberg kam dann zunächst das konstruktive Mißtrauensvotum, da waren manche dann vielleicht der Meinung, man sollte das gegen Herrn Brandt nicht tun, aber da konnte man immer noch sagen, das ist also die feste Überzeugung dieser Parteigruppierung, die müssen mit allen Mitteln versuchen, ihre Politik durchzusetzen. Und dann kommt der große Knick und eine Riesendiskussion in der CDU/CSU nach der Enthaltung, ist das eigentlich alles richtig, was wir bisher mit Überzeugung vertreten haben, oder weiß jetzt diese Partei nicht mehr, was sie will. Da sagen viele, das war ein entscheidender Grund für eine ganze Reihe von Wählern, die vorher bereit waren, sie zu wählen, nun aber nicht mehr bereit waren, sie zu wählen, weil sie sagten, die Partei weiß ja in Wahrheit nicht mehr, was sie will. Sie hat Führungsschwäche, sie ist in sich uneinig oder so etwas.

Nun hören wir aber hier in der Diskussion, daß schon vorher eine SPD-Präferenz dagewesen sei in Baden-Württemberg, die nur überlagert worden ist durch überdimensionale wirtschaftliche Unzufriedenheit, so daß man eigentlich den Eindruck haben müßte, als ob die ganze Frage vom konstruktiven Mißtrauensvotum bis zur Wahl eigentlich auf das Wählerverhalten so gut wie überhaupt keinen Eindruck gemacht hat, abgesehen von einer allgemeinen tendenziellen Abneigung gegenüber der Ostpolitik der CDU, die aber auch schon vorher vorhanden war. Da bitte ich doch noch einmal um Aufklärung.

Zweite Frage. Was hat denn eigentlich dieses Plakat der SPD „Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land“ bewirkt? Natürlich kann man sagen, es fällt in die emotionalen Wählerschichten. Aber wir hören doch eigentlich immer, daß nationale Argumentationen in Deutschland eigentlich kaum noch eine Rolle spielen sollen, vielleicht bei Älteren, die mehr zu uns tendieren, aber bei Jungen eigentlich gar nicht. Wie ist es denn nun eigentlich zu erklären, daß die SPD offenbar doch mit gutem Erfolg sich dieses Plakat zugelegt hat, was ja für sie ganz untypisch ist, wenn man es mal vergleicht mit früheren Wahlgängen. Es wäre eigentlich typischer für uns, jedenfalls solange wir an der Regierung waren. Wir haben es uns bloß nicht getraut, so eine Aussage zu machen. Wie kommt es eigentlich, daß offenbar nationale Töne heute in Deutschland doch nicht ihre Wirkung verfehlen?

*Kaase:* Noch mal zu den Unterschieden zwischen Landtagswahlen und Bundestagswahlen. Herr Kaltefleiter hat, wir beziehen uns jetzt auf die konkrete Periode zwischen 1969 und 1972, einen wesentlichen Punkt genannt, die wirtschaftliche Unzufriedenheit. Mir scheint dies nicht der einzige Punkt zu sein. Es ist klar, es macht einen Unterschied, ob eine Partei an der Regierung ist oder nicht. Diese Regierungshandeln-



Prämie drückt sich natürlich in den Wahlergebnissen aus. Es gibt ja eine ganze Reihe von Bundesländern, in denen die CDU die Regierung bildet. Dazu kommt eine Einschätzung eines inadäquaten Handelns der Bundesregierung. Beides hat zu relativ guten Ergebnissen in den Ländern geführt. Natürlich muß man hier außerdem noch berücksichtigen, daß z. T. ja die CDU die NPd mitaufgenommen hat. Eine Entwicklung, die vielleicht manche nicht gerne hören, die ich vom systematischen Gesichtspunkt her für außerordentlich wünschenswert halte, weil diese Leute damit zurückgebracht worden sind in das politische System. Das zu diesem Punkt.

Der größere Punkt von Ihnen, politischer Stil. Ich stimme Herrn Kaltefleiter zu, wenn er sagt, ob die CDU sich enthalten hat im Bundestag, bei den Verträgen, oder ob sie dagegen gestimmt hätte, hätte im Grunde keinen großen Unterschied gemacht. Ich glaube, es ist in dem Sinne verstanden worden als eine Ablehnung, und dieses ist der CDU überwiegend angekreidet worden. Es ist ihr angekreidet worden, weil in der Bevölkerung die Stimmung eher zugunsten des Abschlusses der Ostverträge war. Das Mißtrauensvotum ist eine andere Sache. Ich habe in meinem Papier geschrieben, ich habe keine Daten, die mir zeigen, wie sich das konkret ausgewirkt hat. Ich bin eingestiegen mit dem Material im Oktober. Aber, ich muß es noch einmal sagen, Sie können sich auf den Tabellen ja selber davon überzeugen, die CDU, die Opposition, hat zu keiner Zeit, zu der wir Daten vorliegen haben in der Bundesrepublik, bei der Frage Sympatieeinschätzung so schlecht gelegen wie im Oktober, November 1972. Es reicht nicht aus, es zu erklären mit der Übernahme der Oppositionsrolle. Ich habe die Interpretation angeboten, daß es in der Tat eine Komponente gibt, die man genauer untersuchen müßte, die man zusammenfassen könnte unter dem Begriff des politischen Stils und auch der politischen Glaubwürdigkeit. Ich bin der sicheren Überzeugung, daß, wenn man das im Detail untersuchen würde, man herausfinden würde, daß hier eine Glaubwürdigkeitslücke für die CDU/CSU vorhanden ist. Abgesehen davon darf man nicht vergessen, daß vom Oppositionsverständnis her, so wie es in der deutschen Bevölkerung ausgeprägt ist, Konfrontationsopposition sich nicht auszahlt. Die deutsche Bevölkerung erwartet – eigentlich im Unverständnis der wirklichen Funktion – Kooperation denn Konfrontation. In dem Sinne wird man immer als Opposition in dem Dilemma stehen, was soll man eigentlich tun, wie soll man sich selber verdeutlichen? Aus dem Dilemma kann man nicht sehr leicht herauskommen.

Nichtsdestoweniger hat die Bevölkerung das Mißtrauensvotum empfunden als einen nicht systemgerechten Eingriff, als eine Korrektur der Situation von 1969, die nicht legitimiert war. Das ist eine Entscheidung, die vom Wähler nicht verstanden worden ist, soweit man das sehen kann. Die Trendanalysen, die vorliegen, zeigen ja, daß ein erheblicher Einbruch der Sympathie bei der CDU zu dem Zeitpunkt stattgefunden hat.

*Kaltefleiter:* Eine kurze Ergänzung noch dazu, ich bin eigentlich in der Substanz völlig der Ansicht von Herrn Kaase. Wenn wir diese Landtagswahlen uns anschauen, müssen wir zwei Dinge noch berücksichtigen: Zum ersten haben wir diesen durchschlagenden Wirtschaftsfaktor, über den haben wir gesprochen. Es kommt dann hinzu, daß eine Reihe von Ereignissen wie Mißtrauensvotum und all dem, was damit zusam-

menhängt, hier verstärkt wirken. Aber zu diesem Thema bundespolitisches Klima zugunsten der SPD, gibt es eine Nachwahluntersuchung von Baden-Württemberg, die zu dem Ergebnis kam, rückblickend auf das Landtagswahlergebnis vom 23. April, daß, wenn am gleichen Tag in Baden-Württemberg bundespolitisch gewählt worden wäre, es ein wesentlich ungünstigeres Wahlergebnis für die CDU/CSU gegeben hätte.

Das, was Sie gerade sagten, Herr Lorenz, die Sache mit der unklaren Führung, das kann man gerade nicht sagen. Denn ich bitte Sie, hier einen Blick in die Tabelle 12 auf Seite 36 zu werfen. Was Sie vor sich haben, ist eine komplizierte Tabelle. Dort haben Sie insgesamt 38 verschiedene politische Aufgaben und ihr Abklopfen daraufhin, welche Partei was leisten kann. In der letzten Spalte ist zur Vereinfachung des Lesens die Differenz zwischen CDU und SPD aufgeführt, und das Kennzeichen dieser Spalte ist, daß Sie überall negative Vorzeichen haben. Unter der Handvoll Punkte, wo Sie ein positives Vorzeichen haben, d. h., wo die CDU/CSU positiver eingeschätzt wurde als die SPD, finden Sie, Numero 16 „Für eine Regierung sorgen, die entschieden und entschlossen handelt“, einen Vorsprung der CDU/CSU von 8,8 %, nach diesem Mai-Verhalten, und Punkt Nummer 17 „Für eine starke politische Führung sorgen“, plus 10,1 %. Das heißt, wie immer man diese Periode April, Mai negativ bewerten mag auf die Imagekomponente der CDU und ihre Führungskraft, das wird durch das Material widerlegt.

Was dann die Oppositionsbewertung betrifft, die noch nie so schlecht war: Hier ist ein Punkt, wo ich mit Herrn Kaase nicht ganz einig bin. Und zwar ist Ihr Vergleichsmaßstab hier das Jahr 1961, weil das der Zeitpunkt ist, wo wir die frühesten Daten haben. Aber die SPD war seit 1949 in der Opposition, d. h., wenn man die Oppositionseinstufung des Jahres 1972, drei Jahre Oppositionszeit der CDU, vergleichen will, dann kann man nicht hinzunehmen die SPD nach zehn Jahren Opposition, sondern dann müßte man Ziffern aus den Jahren 1952, 1953 haben, die haben wir nicht. Der Tatbestand einer sehr negativen Einschätzung bleibt. Ich glaube nur, wir sollten diesen Vergleichsmaßstab mitberücksichtigen.

Letzter Punkt: „Deutsche, Ihr könnt stolz sein auf Euer Land.“ Die Testergebnisse sind hier nicht übermäßig positiv, aber es paßt exakt rein in die allgemeine Sympathie. Hier müssen wir natürlich eines sehen: Die politische Werbung unterscheidet sich von der kommerziellen Werbung dadurch, daß sie mehrgleisig ist. Sie kleben ein Plakat für ein Waschmittel, und niemand schert sich drum, vielleicht derjenige, der es klebt und vielleicht derjenige, der das Waschmittel kauft. Aber eine werbliche Aussage einer politischen Partei ist in den Kommunikationsprozeß so eingeschaltet, daß sie von der veröffentlichten Meinung beurteilt wird. Aufgrund von Eigenarten in unserer überlieferten politischen Kultur, um es mal sehr vorsichtig auszudrücken, ist die Situation der veröffentlichten Meinung so, daß ein Ansprechen der jeweils konservativen Parteien – das gilt übrigens nicht nur für Deutschland, das gilt in ähnlicher Form für Italien und für Japan – zu sehr negativen Reaktionen der öffentlichen Meinung oder der veröffentlichten Meinung führt, dagegen können sogenannte sozialistische, sozialdemokratische oder sonstige Parteien dies straflos aufnehmen, um damit eine Interessenidentifikation herzustellen. Wenn Sie wollen, ist das ein spezifisches Produkt einer

politisch-historischen Entwicklung in diesen drei genannten Ländern; das gilt für England nicht und das gilt auch für die skandinavischen Länder nicht.

*Katzer:* Herr Kaltefleiter, zu dieser letzten Bemerkung zu den Ziffern 16, 17 in der Tabelle, die Sie hier angesprochen haben „Führen, stärker oder schwächer“. Es gibt vom Springer-Dienst noch eine Meldung, wonach es heißt, „Barzel kostet die Partei 4 % der Wähler.“ Meine Frage, a) das würde ein Widerspruch sein zu der Feststellung, die Sie gerade vorher getroffen haben, und b) gibt es ähnliche Vergleiche für die anderen Mitglieder der Führungsmannschaft, z. B. für Strauß, für den Kollegen Schröder. Wenn wir das analysieren wollten, müßte man dies miteinbeziehen.

*Kaltefleiter:* Ich darf das kurz beantworten: Herr Kaase hat vorhin in einem anderen Zusammenhang schon einmal darauf hingewiesen, daß, wenn man etwa die Einschätzung von Herrn Kiesinger aus dem Jahre 1969 nimmt und die von Herrn Brandt, war auch dort die Situation, daß der jeweilige Bundeskanzler von seinen eigenen Anhängern und von den Anhängern der anderen Partei häufig positiv eingeschätzt wird, während das für den Oppositionsführer umgekehrt nicht gilt. Herr Kaase sprach davon, daß das ein Strukturproblem war und nicht ein Personalproblem. Das trifft meines Erachtens exakt den Tatbestand. Die Situation haben wir auch dieses Mal gehabt. Diese Ausführungen hat Frau Noelle-Neumann in ihrem Papier niedergelegt. Ich habe das einmal nachgerechnet mit unseren Daten und komme zu folgendem Ergebnis: In der Tat gibt es entsprechend diesem Strukturgesetz für die Vorwahlperiode eine Gruppe von Wählern, die eine Wahlpräferenz für die CDU und zugleich eine relative Präferenz für Herrn Brandt äußern, aber die zugleich auch eine relative Präferenz äußern – noch stärker als für die anderen – für die Ostpolitik und für die SPD. Jetzt stehen wir vor dem methodisch unlösbaren Problem, ob dieser Wechsel nun eine Personalfrage ist, eine Parteifrage oder eine Issue-Frage. Mir scheint es völlig sinnlos, das auseinanderzudifferenzieren, wenn ich das so offen sagen darf, denn die Aussagen einer Partei, ihre Programmatik und ihr politisches Führungspersonal kann man nicht in der Retorte auseinanderrechnen. Das ist eines, und das wirkt zusammen. Aber eine Zuordnung, so auf 1,235 % sind Zeitgeist, 1,876 % sind Mißtrauensvotum, und 1,2 sound-soviel Prozent ist das, das ist methodisch nicht möglich.

*Katzer:* Gibt es denn diese Zahlen für andere Persönlichkeiten auch?

*Kaltefleiter:* Sie können bestenfalls folgendes machen, Sie können beobachten, ob die generelle Einschätzung der Person positiver oder negativer ist. Natürlich ist bekannt, daß bei Ihnen, bei Herrn Schröder, bei Herrn Stoltenberg und den meisten anderen auch das Bild auch im gegnerischen Bereich relativ positiv ist, während die Situation des CSU-Vorsitzenden ist, daß er gerade im gegnerischen Bereich extrem negativ eingeschätzt wird, während seine Einschätzung bei den starken eigenen Anhängern extrem positiv ist. Das ist ein Bild, das wir seit langem kennen, keiner ist mehr in der Lage, Anhänger zu begeistern wie der CSU-Vorsitzende, aber keiner ist auch mehr geeignet, Schwankende abzustößen wie der CSU-Vorsitzende. Während für die anderen genannten Herren das definitiv anders aussieht.

*Kaase:* Ich kann nur hinzufügen, ein Ergebnis einer Analyse – das ist in Köln gemacht worden, mit Kölner Kollegen – ist, daß der Einfluß des Kandidaten, wenn man

zusammennimmt Sympathie und Einstellung zur Fähigkeit der Lösung politischer Fragen, mit Abstand der geringste Einfluß ist für die Wahlentscheidung. Das ist methodologisch natürlich etwas problematisch, ich will das hier nicht vertiefen.

*Kaltfleiter:* Es gibt da natürlich Ausnahmen. Wenn Sie die amerikanische Präsidentschaftswahl von diesem November nehmen, ist der Personalfaktor wahrscheinlich wesentlich stärker, deshalb kann man es nicht verallgemeinern.

*Hahn:* Ich muß auf meine Anfangsfrage zurückkommen, die ja immer wieder gestellt worden ist, das ist nämlich das Auseinanderklaffen der Landtagswahl und der Bundestagswahl. Ich habe die Empfindung, daß diese Frage doch nicht voll befriedigend beantwortet ist. So sicher die Argumente, die Sie vorgebracht haben, Gewicht haben, so möchte ich doch meinen, daß z. B. ja gerade die Jungwähler und die Frauen auf das wirtschaftliche Argument am allerwenigsten reagiert haben, also das erklärt es nicht voll.

Ein zweites Moment: Es zeigt sich, daß Jungwähler sich bei Bundestagswahlen viel stärker aktivieren lassen als bei Landtagswahlen. Für die zukünftigen Landtagswahlen und Bundestagswahlen ist das doch ein Phänomen, über das wir nicht so ganz schnell hinweg gehen können. Erlauben Sie mir drei Feststellungen, die mir von politischer Wichtigkeit zu sein scheinen, zu machen.

Das erste ist dieses, daß offenbar der Föderalismus uns hilft und daß wir infolgedessen den Föderalismus, weil offenbar die Themen im Föderalismus sich günstiger für die CDU auswirken, als die Bundesthemen, die hier in einer Bundestagswahl gegeben sind, stärker nutzen. Die Voraussetzungen sind hier günstig, infolgedessen würde ich daraus schließen, die CDU hat ein Interesse, den Föderalismus nicht abzubauen, sondern Föderalismus aufrechtzuerhalten. Ganz abgesehen von der Frage, was nun zweckmäßig ist, aber jetzt rein unter parteitaktischen Gesichtspunkten, scheint mir das wichtig zu sein.

Das zweite, was mir mindestens ebenso wichtig für unsere politische Moral zu sein scheint, ist, daß sich doch zeigt, daß keineswegs unabänderliche Trends da sind. Das ist dasjenige, was immer wieder aus den Untersuchungen sozusagen herausspringt, es geht ja jetzt doch alles zuungunsten der CDU, und es läuft ja doch alles nach der anderen Richtung, infolgedessen kann man ja eigentlich gar nichts dagegen machen. Nein, es ist keineswegs so, sondern hier ist eine ganz gesunde Mischung zwischen Trends und zwischen unmittelbaren aktuellen Fakten da. Und dabei spielt natürlich die Personenfrage eine große Rolle. Der Friedensnobelpreisträger wirkt sehr unterschwellig nur mit, aber wirkt gerade bei den Frauen außerordentlich, sicher auch bei den nicht aktivierten Jugendlichen, die erst im letzten Augenblick aktiviert werden mit. Das wäre ein weiteres.

Und schließlich noch eines: Ganz ohne Frage spielt der problematische Begriff Zeitgeist eine große Rolle. Aber der Zeitgeist, der im Augenblick nicht nur auf Deutschland begrenzt ist, ist auch nicht etwas für alle Zeiten Unabänderliches. Er ist zwar ein Wind, der weht, aber auch der Zeitgeist, das haben wir Älteren immer wieder erlebt, schlägt von Zeit zu Zeit um. Also ich möchte daraus doch eine etwas positivere Note herausgewinnen für unsere politischen Entscheidungen, als sie da entsteht, wo

wir meinen, im wesentlichen den Trends ausgeliefert zu sein und infolgedessen nichts anderes tun zu können.

*Barzel:* Ich danke für diesen Abschluß der Diskussion, Herr Kollege Hahn. Ich habe die Rednerliste geschlossen, aber Herr Stingl hat sich eben noch gemeldet.

*Stingl:* Sie haben doch mehrfach gesagt, daß die Anzeigenkampagne negativ gewirkt hat, das möchte ich auch bestätigen. Ich bin diesmal in diesem Wahlkampf ja weniger beeinflußt gewesen von Wahlversammlungen, weil ich keine gehalten habe. Mich würde interessieren, wie Sie das plötzliche Auftauchen der Umsiedler aus der Sowjetunion einschätzen. Knapp vor den Wahlen sind plötzlich Zahlen von über 100.000 angegeben worden, und es hieß, das ist doch großartig, das bringt Leute, das paßt genau in den Grundvertrag hinein.

*Kaase:* Ich kann dazu nichts sagen.

*Kaltfleiter:* Zu dieser Bemerkung von Herrn Stingl muß ich leider auch passen, dieses Phänomen kreuzt bei uns nirgendwo auf. Ich vermute, daß, wo es wahrgenommen worden ist, es eingegangen ist in das allgemeine positive Image der Ostpolitik.

Aber noch zwei Sätze zu dem, was Herr Hahn gerade sagte. Ich glaube, mit der Differenz Jungwähler sind wir uns einig. Sie haben rekapituliert, was wir vorhin gesagt haben. Zu Ihrer Föderalismusthese gestatten Sie mir eine kleine Nuancierung. Wenn Sie die These so formulieren, dann in zwei Variationen. Erstens, der Föderalismus hilft nicht uns, sondern er hilft tendenziell der Opposition, das gilt aber auch nicht uneingeschränkt. Der normale Zyklus an Zustimmung zu einer Regierung verläuft wie folgt: Unmittelbar nach einer Wahl, insbesondere wenn sie zum erstenmal gebildet wird, geht die Zustimmung hoch, sackt dann während der Legislaturperiode ab und geht zur nächsten Wahl wieder hoch. Das ist der normale Zustimmungszyklus zu einer Bundesregierung. Das bedeutet zugleich, daß, wenn Landtagswahlen stattfinden immer in der Talsohle der Zustimmung zur Bundesregierung, das bedeutet, daß sie tendenziell der Opposition nützen. Das können Sie für die Perioden, solange die CDU die Regierung bildete, tendenziell beobachten. Aber es gibt eine Ausnahme. Die Ausnahme besteht dann, wenn eine Regierung auf relativ schwacher Grundlage gebildet wird, und es ihr gelingt, in dieser Legislaturperiode einen deutlichen Zug nach oben zu machen. Das ist z. B. die Periode 1953 bis 1957. Da gilt diese Regel nämlich nicht. Die Landtagswahlen 1953 bis 1957 waren z. T. sehr günstig für die CDU/CSU. Da gilt die Regel nicht, Föderalismus ist zugunsten der Opposition. Aber das ist wahrscheinlich mehr eine Ausnahmesituation, sonst, würde ich sagen, ist Föderalismus generell ein Positivum für die Opposition. Ihrer Formulierung von den unterschiedlichen unabhängigen Trends kann man nur zustimmen. Ich darf hier wiederholen, was ich anfangs sagte auf die Bemerkung des Zeitgeistes von Herrn Langguth, es ist Aufgabe der politischen Führung, hier die zukünftigen Normenstrukturen zu definieren, zu führen, nicht die Sache der Demoskopie. Die kann das mit Sicherheit nicht, genauso wie sie andere Entscheidungen nicht abhemen kann. Sie kann den Aktionsrahmen erläutern, nicht mehr.

*Barzel:* Meine Damen und Herren, ich glaube, ich darf für uns alle unseren beiden, wie soll ich sagen, Gutachtern sehr herzlich danken für die Diskussion, der sie sich gestellt haben.

Wir werden jetzt eine Mittagspause machen von einer knappen Stunde. Draußen stehen eine Menge Journalisten. Ich glaube, daß wir alle wissen, daß Indiskretionen uns jetzt nicht helfen, positive natürlich, sehr sachliche.

*Unterbrechung der Sitzung zum Mittagessen.*

*Barzel:* Meine Damen und Herren, ich möchte gerne fortfahren. Darf ich, bevor ich die Debatte eröffne, eine Bemerkung zu dem möglichen Ablauf machen? Jetzt haben wir den Nachmittag für uns und unter uns. Vielleicht können wir alle die Dinge, die im engeren Sinne organisatorische sind oder gar technisch sind, morgen machen, dann vielleicht wieder in Gegenwart unserer Mitarbeiter, das müssen die ja hören. Das soll nicht hindern, daß wir nicht jetzt, in der politischen Aussprache schon das einbeziehen, was hier also auch an Organisation und technischen Vorschlägen zu machen ist, daß wir aber vielleicht doch die Diskussion mehr auf die Politik nach vorne richten und den organisatorischen Bereich auf morgen früh verschieben, damit wir jetzt wirklich die Zeit nutzen, wo wir unter uns sind, zu einem ganz offenen und, wie ich hoffe – bei allen Meinungsverschiedenheiten – freundschaftlichen Gespräch kommen. – Als erster hat der Kollege Kohl ums Wort gebeten.

*Kohl:* Meine Damen und Herren, was wir heute früh machten, war ganz gewiß wichtig und auch nützlich. Ich will das nicht für jedes Detail sagen, aber warum soll man nicht in einer solchen Situation sehr breit und sehr intensiv die Diskussion führen? Ich glaube, wir müssen uns darüber im klaren sein, daß an diese Sitzung von heute, an die Sitzung des Bundesvorstands, eine wichtige Erwartung geknüpft wird. Wie immer der einzelne seine Position haben mag, in dem, was hier zu diskutieren ist, ist es wichtig, daß diese Erwartung, die die Partei und ein breiter Teil unserer Öffentlichkeit haben, von diesen Führungsorganen wahrgenommen wird. Bei all dem, was zu sagen ist zum Thema verlorene Wahl, sollte man nicht vergessen, daß 45 % der Wähler CDU/CSU gewählt haben und daß hier ein Erwartungshorizont besteht, dem wir schon im nächsten Frühjahr in Niedersachsen und dann – mit Ausnahme von Baden-Württemberg –, vor der nächsten Bundestagswahl in allen Wahlen entsprechen müssen.

Das zweite, was zu sagen ist, ist, daß ich finde, wir sollten uns gegenseitig abnehmen, daß jeder, der hier spricht, aus der Verantwortung für diese Partei, die unsere gemeinsame politische Heimat ist, spricht und denkt und handelt und daß wir keine Motivation welcher Art auch immer womöglich gegenseitig unterstellen, die in dieser Situation sicherlich falsch wäre. Das ist vor allem deswegen so wichtig, weil dies die Grundvoraussetzung eines offenen Gesprächs ist. Der Ausgangspunkt muß sein, daß wir natürlich auch nichts beschönigen. Dies, was wir heute hier tun, ist keine Einführung in eine Seminarstunde für eine Rechtfertigungsideologie, sondern ist eine Veranstaltung, in der ein Führungsorgan einer der ganz großen deutschen Parteien – die Formulierung fällt mir schon schwer, nicht mehr sagen zu können, der stärksten deutschen Partei – Bilanz zieht. Die Bilanz muß so aussehen, daß wir a) zugeben und erkennen, daß wir die Wahl verloren haben, und zum zweiten, was vielleicht per saldo fast noch schmerzlicher ist, daß wir auf dem zweiten Platz eingelaufen sind, was viele

psychologische Rückwirkungen für uns beinhaltet. Ich bin mit allem einverstanden und auch mit dem, was der Parteivorsitzende zu Beginn zu diesem Punkt sagte, wenn wir das, was wir tun, aus einer selbstverständlichen Solidarität tun. Wobei Solidarität, das ist das gleiche wie Freundschaft, nur dann funktionieren kann, wenn man dort, wo es am Platze ist, auch untereinander Offenheit gebraucht und Dinge ausspricht, die ausgesprochen werden müssen.

Ich habe den Eindruck, und ich möchte an diesem Punkte, wenn ich es richtig verstanden habe, Herrn Barzel ausdrücklich zustimmen, daß die Partei in all ihren Bereichen von Saarbrücken bis zur Wahl, auch noch nach der Wahl, ein hohes Maß an Solidarität beinhaltet und gelebt hat. Das ist eine unübersehbare Tatsache, daß es am kämpferischen Moment und am solidarischen Moment nicht lag. Um so mehr, Herr Barzel, und das sage ich hier ganz klar und deutlich, war ich bestürzt, daß Sie das Wort Heckenschützen im Nachgang zu dieser Wahl in die Diskussion eingeführt haben, in einer Art, die der Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht angemessen war. Wenn ich es recht sehe und da Sie ausdrücklich, ohne daß ich Sie danach gefragt habe, im Präsidium erklärt haben, ich sei damit überhaupt nicht gemeint, kann ich um so leichter über diese Sache ohne jede Emotion sprechen.

Ich glaube, wir sollten das, was jetzt diskutiert wird, auch im personellen Bereich, nicht in der Form versuchen zu überspielen, daß man sagt, der, der eine andere Meinung hat, der ist möglicherweise nicht solidarisch und ist ein Heckenschütze. Im europäischen Parteiensystem sind die italienischen Christdemokraten führend in diesem Bereich, und unter Heckenschützen gibt es einen ganz bestimmten Typus von Leuten, nämlich die, die im Felde der geheimen Abstimmung den jeweiligen Kandidaten der eigenen Sache abschießen und ihn schlecht machen. Ich glaube, wir brauchen hier nicht darüber zu reden, daß dies nicht unser Stil sein kann. Aber wir haben in der Tat sicherlich in den letzten Jahren gelegentlich zu wenig offen darüber geredet, daß, wenn wir in personellen Bereichen unzufrieden waren, wir zu Veränderungen kommen sollten. Wir haben natürlich einen Mangel an Solidarität nicht jetzt zu beklagen, wenn er zu beklagen ist, dann in der Vergangenheit. Hier gleich neben mir sitzt Ludwig Erhard, ich brauche den Namen nur auszusprechen, und da weiß jeder, der hier im Raume ist, genau, was damit gemeint ist. Wir müssen also fragen, was soll das, wenn wir jetzt die Diskussion ohne Not damit belasten? Dies ist eine Sache, von der ich hoffe, daß sie heute oder morgen endgültig aus unserer Diskussion ausgeräumt und verbannt werden kann.

Die Gründe für die Niederlage sind in einer Reihe von sehr klugen Analysen, die heute hier vorgelegt wurden, zusammengefaßt. Trotz dieses demoskopischen Hearings ist der Einzelne notwendigerweise gezwungen, seine eigene Conclusio zu ziehen. Er ist in diesem Hearing sicherlich in vielen Punkten klüger geworden, aber es entbindet ihn – und das ist ja das Wesen von Demoskopie – nicht, seine eigenen Entscheidungen zu treffen und seine eigenen Vorstellungen anzusprechen. Für mich ist ganz klar, daß das zentrale Problem unserer Wahlniederlage neben den langfristigen Wirkungen, auf die ich noch zu sprechen kommen will, war, daß die CDU entscheidend an Glaubwürdigkeit verloren hat. Es ist gar keine Frage, daß in diesem Zusammenhang die Vorgänge

um die Ostpolitik eine ganz wichtige und entscheidende Rolle gespielt haben, und daß wir darüber nachdenken müssen, auch wenn das dem heute mehrmals zitierten Zeitgeist zunächst entgegenzustehen scheint, daß wir unter allen Umständen das, was richtig ist, versuchen zu tun. Wir kommen gleich in der aktuellen Politik der nächsten Monate wiederum auf solche Fragen, denken Sie an den Grundvertrag, denken Sie an unsere Haltung zur Rentenrücknahmeregelung der jetzigen Bundestagsmehrheit und der möglichen verfassungspolitischen Konsequenzen.

Ich bin überhaupt nicht zufrieden mit der Auskunft, die hier z. T. gegeben wurde für den personellen Bereich. Meine Damen und Herren, ich sage das hier ganz hart, eine Auskunft, wie sie heute früh hier z. T. gegeben wurde, wird in der deutschen Öffentlichkeit schallende Heiterkeit erwecken, daß Wahlen nicht einen entscheidenden personellen Bezug haben. Das ist hier zumindest andeutungsweise so gesagt worden, und dies ist schlicht und einfach falsch. Man muß nicht hinausgehen in die Wählerschaft und in die Mitgliedschaft der Partei, man muß nur ganz einfach unter den Leuten leben, um das zu wissen. Es ist gar keine Frage, und dies ist meine Conclusio – jeder hier kann eine andere ziehen –, daß an diesem Punkt die Saarbrücker Antwort, die wir gegeben haben, eben in dieser Wahlentscheidung vom Wähler als nicht ausreichend betrachtet wurde. Wir haben ganz gewiß die Frage heute neu zu stellen. Die Mehrheit in Saarbrücken hat entschieden, dies ist zu respektieren. Ich halte gar nichts davon, jetzt nachzukarten unter der Perspektive, wer ist schuldig, sondern ich bin dafür, daß man hier eine Betrachtung anstellt, etwas salopp ausgedrückt, daß das Schnee von gestern ist. Aber hier geht es jetzt darum, den Bezug für die Zukunft zu finden. Ich glaube, und das will ich hier klar sagen, daß deutlich geworden ist, daß die Politik „alles in einer Hand“, die drei wichtigsten Ämter in einer Hand, den Vorsitz der Bundestagsfraktion, den Vorsitz der Partei und den Kanzlerkandidaten, sich nicht ausgezahlt hat. Ich rate konkret dazu, bei den Überlegungen, die wir jetzt anzustellen haben, das letzte der drei Ämter im Augenblick nicht in den Mittelpunkt der Betrachtungen zu stellen, denn nach menschlichem Ermessen ist die CDU/CSU nicht berufen, einen Kanzlerkandidaten für die jetzige Legislaturperiode zu suchen. Wir sollten uns das gegenwärtig gar nicht so arg schwer machen. Ich glaube, das wird zu einem gegebenen Zeitpunkt zu entscheiden sein.

Was jetzt zu entscheiden ist in einer nahen Zukunft auf einem Parteitag, über den wir hier noch zu reden haben, ist die Frage des Parteivorsitzenden für die Legislaturperiode der Partei von 1973 bis 1975, nicht mehr und nicht weniger. Und ich möchte hier klar und entschieden sagen, daß ich für eine Trennung der Ämter zwischen dem Fraktionsvorsitzenden und dem Parteivorsitzenden bin, und zwar genau aus den Gründen, die das Ergebnis der Wahl mir als mehr oder minder schlüssig aufweist, nämlich daß die CDU eine langfristige Strategie – hier scheint eine völlige Übereinstimmung sogar zu herrschen an diesem Punkte – einzuleiten hat, was sie zu tun hat, wenn ich an die Ausarbeitung von Christian Schwarz-Schilling denke und das, was vor Zeiten vom RCDS von Langguth gekommen ist. Das sind Dinge, die in der Gesamtpartei zu passieren haben. Ich beziehe mich ausdrücklich auf das, was Konrad Kraske zum Schluß dazu gesagt hat.



Wir haben sicherlich Grund zu überlegen, daß diese Niederlage kurz- und langfristige Gründe hatte. Bei den kurzfristigen Gründen kann man sicherlich tagelang verweilen. Ich glaube nicht, daß es sehr sinnvoll ist, jetzt noch im Detail drüber nachzudenken, ob die Plakate an dem Punkte oder an jenem Punkte richtig waren, das ist eine Frage, die wird strittig bleiben und bringt uns auch nicht weiter. Weiter bringt uns, wenn wir eine langfristige Überlegung anstellen, wie es kam, daß die CDU trotz der 45 %, wie ich ausdrücklich rühmend hervorheben will, so geschlagen wurde. Wer aus dieser Demoskopie von heute früh und ihrer Interpretation womöglich den Eindruck ziehen sollte, daß das Fatum ist, wenn man eine Wahl verliert und daß es keine Gründe dafür gibt, dem möchte ich wenigstens sagen, daß ich dieser Meinung nicht bin, andere mögen hier andere Meinungen haben. Ich bin der Meinung, daß wir ein gutes Programm haben, aber daß dieses Programm von wenigen gekannt und von wenigen uns abgenommen wurde. Es gibt seit Jahren aktiv eine Entwicklung, die langfristig gegen uns gewirkt hat, hier müssen wir konkret einsteigen.

Ich will nur drei Beispiele nennen, unser Verhältnis zur jungen Generation. Es muß uns nachdenklich stimmen, daß wir im Ablauf von Monaten vor dieser Bundestagswahl bei Landtagswahlen Jungwählerergebnisse ganz anderer Art erzielt hatten, und es muß uns auch nachdenklich stimmen – und ich hoffe, daß die Sozialdemokraten diese Unterlagen demnächst veröffentlichen –, daß bei einer Erhebung, die das Bundespresseamt gemacht hat<sup>24</sup>, nicht lange vor der Bundestagswahl, die jeweiligen Landesparteien in den meisten Bundesländern wesentlich günstiger standen als die Bundespartei. Das hat Gründe, daß das so gegen uns stand und daß in den Ländern z. T. wir eine andere Position haben, aber es reizt doch zum Nachdenken. Und wenn wir nicht im Bereich der intellektuellen Welt, der jungen Generation, der verfaßten öffentlichen Meinung – wir werden ja über die Detailpunkte morgen bei den Berichten über die Arbeit des Präsidiums noch einmal zu sprechen haben –, wenn wir da nicht einen entscheidenden Fortschritt erzielen, dann wird es auch für die Zukunft natürlich an diesem Punkte sehr schlecht aussehen.

Was kann man tun? Ich glaube, man kann tun, daß die CDU wieder das wird, was sie einmal war. Die Partei, die für den Bürger selbstverständlich der Garant – ich will es einmal in dem Pathos der Verfassung sagen – des freiheitlich-sozialen Rechtsstaats war, ist und bleibt. Wobei eben freiheitlich-sozialer Rechtsstaat nicht ein statischer Prozeß ist, sondern ein dynamischer Prozeß, wobei das klar beinhaltet, daß die Freiheitsrechte immer wieder neu erworben und abgesichert werden müssen, daß der soziale Rechtsstaat – denken Sie an die ganze Veränderung der Gesellschaft, an die Bildungspolitik, an alles, was hier hereinspielt – eine entsprechende Bewußtseinslage haben muß. Wir müssen das offensiv tun und eben nicht defensiv. Wir waren in einem zu starken Umfang reagierend, was immer eine Gefahr einer Opposition ist, die nicht die Regierungsgewalt, die nicht den Zugang zur verfaßten öffentlichen Meinung und

---

24 Vgl. dpa vom 20. November 1972 „Erstwähler mehrheitlich für SPD und FDP“ (zwei Drittel für die Koalitionsparteien, ein Drittel für CDU/CSU). – BPA-Untersuchung nicht ermittelt.

die nicht das Monopol der staatlichen Propaganda hat. Ich glaube in diesen Bereich gehört auch hinein, daß wir in der Lage sind, das „C“ in unserem Namen so zu diskutieren, daß eben Freiheit und soziale Gerechtigkeit und Solidarität ganz selbstverständlich dabei mit deutlich werden und daß auch – und hier bin ich etwas anderer Meinung als der Vertreter von Herrn Wildenmann, wenn ich ihn richtig verstanden habe – die Frage, die mit Sicherheit eine Frage dieses Jahrzehnts werden wird, nach meiner Meinung einen ganz hohen Stellenwert haben wird, nämlich die Frage nach der Identität der deutschen Nation. Wir müssen am besten über den Modellcharakter der Bundesrepublik, unter dem Anspruch, wie wir ihn in diesen 20 Jahren gesetzt haben, und wie wir ihn jetzt fortentwickeln müssen, an die Frage herangehen.

Das bedeutet, daß wir die Analysen ernst nehmen, aber, was noch viel wichtiger ist, daß wir die Analysen nicht nur mit Pathos verkünden, sondern in der Politik der Partei realisieren. Rainer Barzel hat eine Fülle von Punkten, denen ich nur zustimmen kann, was die Schüler betrifft, was die Studentenpolitik betrifft, was die Arbeitnehmerschaft betrifft, was die Frauenarbeit betrifft und vieles andere mehr, genannt. Ich glaube, da gibt es bei uns kaum – oder die Kommunalpolitik, ich habe jetzt vielleicht den einen oder anderen Punkt vergessen, das spielt auch keine Rolle – einen entscheidenden Unterschied.

Der Unterschied in der Betrachtung wird sein, ob wir das fertigbringen, was die Partei an diesem Punkte tun muß und gleichzeitig in der Bundestagsfraktion die sachgerechte Opposition zustande bringen, die uns abverlangt wird und die wir brauchen. Das ist gelegentlich eine andere Sache, wie das, was schon in einem Land oder in einer Landesregierung zu geschehen hat, wo wir die Mehrheit haben, bis hin zur kommunalen Politik.

Aus all diesen Gründen, und nachdem ich mir das auch noch einmal nach allen Seiten gut überlegt habe, bin ich persönlich zu dem Schluß gekommen, daß ich – Rainer Barzel habe ich es dieser Tage in einem Brief mitgeteilt, nachdem er in Siegen erklärt hat, er werde wieder kandidieren – mich zur Wahl als Bundesvorsitzender auf dem nächsten Parteitag stelle. Ich gehe dabei ausdrücklich davon aus, daß ich für dieses Amt kandidiere und gegen niemanden. Wer immer auf diesem Parteitag kandidiert, das ist jedermanns Sache, muß das gut prüfen. Ich kandidiere konkret für dieses Amt. Und ich möchte hier auch sagen, daß ich dazu beitragen möchte, diese schwierige Phase, die jetzt notwendigerweise vor uns liegt, bei bereits jetzt erkennbar zwei Kandidaten für dieses Amt, so fassen möchte, daß die Partei möglichst wenig Schaden leidet. Ich habe mit Dr. Barzel dahingehend in diesem Zusammenhang nicht gesprochen, aber das kann ich sicher so aussprechen, eine Übereinstimmung, daß wir nach dieser Sachlage, nach dieser heutigen Präsidiumssitzung, auch diesen letzten Gesichtspunkt noch einmal gemeinsam in einem persönlichen Gespräch erörtern wollen.

*Barzel:* Danke, Herr Kollege, Kohl für diese klaren Vorträge und Erklärungen. Ich glaube, ich bin natürlich ein paar Worte dazu schuldig. Ich habe in meinen ersten Einlassungen nach der Wahl erklärt, es sei das gute Recht und keineswegs ein Mangel an Respekt, wenn nun irgendwelche Kollegen gegen Rainer Barzel kandidierten. Ich ha-

be hinzugefügt, daß ich selbst in der Vergangenheit manchen Wandel habe bewirken müssen und deshalb volles Verständnis für solche Fragen habe. Ich habe nur gebeten, daß dies immer von vorne kommen mag, und das ist auch so gewesen.

Wenn ich mir jetzt die personelle Frage überlege und das einordne, wie wir es ja wohl machen müssen, in die Strategie, die ich vorhin mittelfristig genannt habe bis 1976 – aber natürlich auch darüber hinaus –, dann scheint mir das wichtige zu sein, daß wir nicht an irgendwelchen Ecken in diesen vier Jahren der Bundespolitik nur wieder in Unruhe und in Hektik verfallen. Solche potentiellen Stellen sind Landtagswahlen und die beiden Parteitage. Dies zum ersten.

Zum zweiten: Ich persönlich glaube, und vielleicht stimmen wir in diesem Punkt auch sehr weitgehend überein – ich habe dazu eigentlich nichts anderes gehört –, daß wir die Frage unserer Spitzenkandidatur für die Bundestagswahl 1976 erst im Jahr 1975 werden zutreffend beantworten können. Heute ist dies für keinen möglich. Und ich habe in Siegen erklärt, daß ich von mir aus dafür sorgen werde, daß der beste Mann 1976 kandidiert. Da haben natürlich manche gesagt, damit meint er sich selber. Nehmen Sie dies so, wie ich dies sage, ich meine den besten Mann, und ich erhebe keinen Anspruch, im Jahr 1975 der Spitzenmann zu sein, aber ich möchte gern dafür sorgen, daß die Partei nichts Unkluges tut, indem sie jetzt versucht – also in diesem Herbst – eine Frage zu entscheiden, die erst 1975 entschieden werden kann.

Ich würde es für falsch halten, im Jahr 1973 einen Wechsel im Parteivorsitz vorzunehmen, weil ich glaube, daß dies – was immer wir, lieber Helmut Kohl, erklären und uns vornehmen mögen – von der Öffentlichkeit, aber vielleicht auch von anderen empfunden werden würde als eine – ich übertreibe jetzt, bitte nageln Sie mich auf das Wort nicht fest – entweder rivalisierende oder eine präjudizierende Besetzung. Beides wäre nicht gut im Hinblick auf die Strategie, die ich für richtig halte.

Wir werden, nachdem diese Erklärung eben abgegeben worden ist, natürlich darauf zu achten haben, daß wir nicht in den Fehler verfallen, den die Union oft gemacht hat, zu glauben, indem man eine Personaldebatte führt, sei eigentlich die Sache erledigt. Wir müssen den Mut zu sachlichen Konsequenzen haben. Und ich sage Ihnen, ermuntert durch manche Kritik, daß wir sicherlich auch vor Richtungskämpfen unter uns nicht werden zurückschrecken dürfen, denn dann haben wir die falschen Fragen gestellt. Die müssen wir fair austragen und in der Bevölkerung den Eindruck erwecken, die kämpfen nicht nur um Personen, sondern die kämpfen um Richtungen. Und dann wird das schon sehr bald anfangen, wenn ich das als Fraktionsvorsitzender sagen darf, mit der Richtung unserer Einlassungen etwa in der Wettbewerbspolitik. Also, wenn wir es gut meinen, alle mit der Partei und das tun, dann müssen wir dafür sorgen, daß nicht der Eindruck entsteht, die wollen wieder nur personell die Sache machen, und sonst gar nichts.

Wenn ich mir nun vorstelle, es würde sich Helmut Kohl mit diesen Argumenten, die er vorgetragen hat – für die manches spricht, gegen die manches spricht –, durchsetzen, dann könnte ich mir vorstellen, ob er oder ein anderer, der aus vergleichbarer Lage kandidiert, unterstellt, er würde obsiegen auf dem Parteitag in Hamburg. Dann kommen wir natürlich sehr stark unter Druck der Wahl des neuen Parteivorsitzenden

in einem Lande, und kriegen damit doch ein Stück – gewollt oder nicht gewollt – von Unruhe wieder auch in die Bundespolitik, genau das, was wir nicht wollen, wenn wir uns nun langfristig anlegen. Und unterstellt – und das muß ja auch erörtert werden –, das geht so oder so aus, und es passiert etwas so oder so Schlimmes, dann stehen wir möglicherweise wieder vor neuen Personalfragen. Das darf nicht geschehen. In den strategischen Überlegungen spielt, und ich freue mich, dies auch von Helmut Kohl zu hören, das Halten der 45 % zunächst eine hervorragende Rolle, auch Halten aller Länder. Wenn wir dort eines verlieren, im Bundesrat, dann sieht es schlimm aus, und dann sieht die ganze Politik hier eigentlich anders aus. Wenn wir gesehen haben, wie Brandt nun auftritt – vielleicht kommen wir dazu, ein bißchen zu sprechen –, kann ich nur sagen, wir werden nur imstande sein, mit einem in keiner Weise lädierten Oppositionsführer in diesem Parlament das zu halten, was wir haben. Wer dann die zusätzlichen Eroberungen macht, darüber werden wir sorgfältig nachzudenken und auch dies zu entscheiden haben. Wenn ich mir vorstelle, daß dort jemand ab nächsten Herbst etwa auftreten sollte, der dem Status quo gegenüber einen Status quo minus hätte, weiß ich nicht, wie die nächsten zwei Jahre im Parlament sein werden. Wenn wir uns auch einig sind, daß wahrscheinlich in den kommenden vier Jahren die Partei, noch mehr als die Fraktion, die zusätzlichen Eroberungen wird machen müssen, durch die Fragen, die ich hier aufgeworfen habe – täuschen Sie sich nicht, wenn wir etwa den Bundestag und dort die Führung als ein Feld von Abnutzung durch Taktik betrachten –, dann wird uns auch dies nicht gelingen. Wir müssen beides zugleich sehen, wie ich glaube, und deshalb in dieser Zeit der Stabilisierung der Opposition diese Positionen auch zusammen besetzen, wobei ich noch einmal auf meine Erklärung, was das Jahr 1975 betrifft, verweisen möchte.

Ich weiß nicht, wie Sie jetzt hier zu debattieren gedenken. Ich könnte mir vorstellen, daß wir zunächst einmal diese beiden Erklärungen – das waren wir einander schuldig, dies hier zu sagen – einfach mal so stehen lassen, und wir uns vielleicht dem zuwenden, was uns zunächst an sachlicher Auseinandersetzung zusammengebracht hat. Aber ich sage dies nicht, um etwa die personelle Debatte, einschließlich der Meinungsumfragen – ich habe dazu nichts gesagt –, jetzt abzubiegen. Nein, das gehört hier schon herein, aber wir sollten uns überlegen, welchen Rang und welchen Stellenwert das heute haben sollte. Dies ist meine Erklärung nach der Erklärung des Kollegen Kohl, die ich fair und sachlich fand.

*Köppler:* Ich wollte zunächst danken, Ihnen Herr Dr. Barzel und Herrn Dr. Kohl für die Sachbezogenheit und für die Fairneß, mit der diese Frage von Ihnen hier in unserem Kreis angesprochen und verantwortet worden ist. Ich habe eine Sorge, die ich ganz offen hier einmal ansprechen möchte. Ich will zu den Sachpositionen, die hier gezogen worden sind, kein Wort verlieren. Ich glaube, Sie liegen in der Luft und sie liegen auch in der Partei. Daß sie heute hier so ausgesprochen worden sind, empfinde ich eigentlich als gut. Ich habe nur die Sorge, daß von heute, ob wir das wollen oder nicht, eine monatelange, fast das ganze Arbeitsjahr 1973 bestimmende Personaldiskussion ausgehen könnte. Und deshalb möchte ich eigentlich den Vorschlag machen, daß wir jetzt zu den Sachargumentationen, den beiden Positionen, die von Dr. Barzel

und von Herrn Dr. Kohl genannt worden sind, gar keine weitere Sachdiskussion führen.

Erstens wäre sie irreal, denn die Entscheidung über diese beiden Positionen fällt im Oktober, und gleichgültig, was heute dazu gesagt wird, was heute dazu ausgetauscht wird in diesem Kreis, wird das eine mehr oder weniger akademische Diskussion des Parteivorstandes, angesichts der Kalenderzeit, in der wir uns heute befinden.

Das zweite ist, wie ich weiß, das klingt platonisch, aber vielleicht ist es doch in einem gewissen Umfang möglich: Wir sollten alle hier im Bundesvorstand, in Kenntnis dieser Erklärungen, die wir gehört haben und der Sachpositionen, die sich damit für den Parteitag ergeben, alles tun, um in den Monaten etwa bis zur Sommerpause von uns aus eine Personaldiskussion für diesen Parteitag, der im Oktober zu entscheiden hat, in der Öffentlichkeit nicht anzuheizen und nicht zu initiieren. Denn dann passiert nur das, daß die Aufgaben, die in der Fraktion – und die wird es schwer haben, das haben wir gemerkt in den drei Tagen, die hinter uns liegen in der Bundestagsfraktion –, daß die Aufgaben, die in der Bundespartei anstehen – und hier warten die Parteiorganisationen draußen im Lande zwar auch auf Analysen des Wahlergebnisses, aber noch mehr auf die Konsequenz aus den Analysen aus dem Wahlergebnis – alle nicht mehr leistbar sind und wir in einer potenzierten Form eine Parteiatmosphäre bekommen, wie wir sie vor dem Saarbrücker Parteitag hatten. Dazu ist die Situation in den nächsten acht Monaten noch weniger geeignet und noch weniger günstig, als sie es jemals war. Wir müssen einfach fertigbringen, in Kenntnis einer personellen Auseinandersetzung, die auf dem Parteitag in Hamburg kommen wird, mit den beiden Sachpositionen, die hier so knapp umschrieben worden sind, jetzt die Zeit bis zum Sommer für Partei, für Bundestagsfraktion, auch für die Situation in den Ländern zu nutzen, um aus dem Stimmungstief, das uns der 19. November gebracht hat, unter Ziehung der politischen Konsequenzen wieder den Weg nach vorn zu finden. Das schaffen wir unter gar keinen Umständen, wenn die innerparteiliche Diskussion nahezu ausschließlich von der Personaldiskussion für den Parteitag in Hamburg bestimmt wird. Wir werden nicht verhindern können, daß dazu Artikel geschrieben, Nachrichten lanciert werden. Aber es wäre von einem unschätzbaren Wert, wenn sich dieser Parteivorstand mit all seinen Mitgliedern darin einig wäre, das nicht anzuheizen, dieses Bedürfnis nicht selber zu bedienen, sondern eher darauf hinzuwirken, daß das nach Möglichkeit klein geschrieben wird, und um so mehr die anderen Aufgaben in den Vordergrund zu bringen. Ich halte das für lebenswichtig für die nächsten Monate. Dann mag die Diskussion im Vorfeld des Parteitages, auch unter Beteiligung der Vorstandsmitglieder – und das wird ja dann ganz unumgänglich sein – auch in aller Öffentlichkeit geführt werden. Aber bis dahin bitte ich um Abstinenz in dieser Frage. Ich wiederhole, ich sehe keinen Sinn darin, daß wir die weitere Sitzung des Bundesvorstands in ein Abwägen der beiden Positionen hier bringen. Ich möchte mich eigentlich dem Vorschlag des Parteivorsitzenden anschließen, diese beiden Erklärungen zur Kenntnis zu nehmen.

*Schröder:* Herr Vorsitzender, meine Freunde, wir haben Kollegen Kohl, Kollegen Barzel und Kollegen Köppler gehört. Ich glaube, daß Herr Kollege Köppler recht darin

hat, wenn er vorschlägt, daß wir jetzt nicht in eine personelle Diskussion eintreten, sondern daß wir uns darüber klar sind, daß hier, nachdem, was sich abzeichnet, gewisse Entscheidungen im Herbst fallen werden. Die müssen dann zu gegebener Zeit besprochen werden. Ich würde also gerne die Sache, über die wir seit heute morgen sprechen, noch mal mit ein paar Lichtern versehen.

Alle diejenigen, die hier sind, sind vielbeschäftigte Leute, und ihre Zeit ist sehr kostbar. Deswegen glaube ich, daß wir mal die Frage stellen sollten, was fehlt eigentlich an dem, was wir brauchten, um Entscheidungen zu treffen. Ich sage ganz offen, was mir fehlt für uns alle, die wir das hin- und hergewälzt haben, ist wahrscheinlich die Tatsache, daß es seit 1953 ein permanentes, beinahe regelmäßiges Anwachsen der SPD auf der Bundesebene gegeben hat – ein außerordentlich bedrückender Umstand. Und deswegen würde ich sehr gerne sehen, wenn wir – egal, wie das herbeigeführt wird – wirklich ein Bild bekommen könnten: Beschreibung der Bevölkerungsstruktur, ihre mögliche Entwicklung, die Vision dieser Entwicklung und Antworten und jedenfalls die Ermöglichung von Antworten, die zu einer Prognose für uns führen können. Ich spreche jetzt rein von den Fakten, wie man sie etwa sehen kann, und dazu könnten vielleicht die Empiriker etwas beitragen, aber sicherlich auch jeder Einzelne von uns. Das ist Punkt eins.

Punkt zwei, den ich machen möchte, ist der: Ich vermisse in der Vorbereitung von heute – ich sage das ohne einen Vorwurf an irgend jemanden – nur, in der Hinsicht des Materials, mit dem wir es zu tun haben, eigentlich, daß die organisatorischen und propagandistischen Schwächen, die wir offenbar gehabt haben, präzise genug genannt werden, und zwar mit Vorschlägen zur Veränderung, nicht nur ausführlich beschrieben, sondern Vorschläge zur Veränderung.

Und der dritte Punkt ist, wir haben bei Tisch darüber gesprochen, der Blick in das Lager des Gegners. Ich meine nun nicht die ganze deutsche Öffentlichkeit, sondern ich meine hier ganz konkret die SPD. Ich weiß nicht, wer von Ihnen darüber mehr weiß, aber wir wissen viel zu wenig darüber, was im Lager des Gegners vorgeht, was meint er wirklich, wie arbeitet er wirklich, was fürchtet er, was sieht er als für sich positiv an usw. Ich brauche das nicht weiter auszuführen. Diese Art von intelligenter Aufklärung fehlt, und sie macht mich ein bißchen besorgt, denn – Sie werden verzeihen, wenn ich das jetzt in militärischen Kategorien darstelle –, wenn man seine Truppen ordnen soll, seine Geschütze und Panzer oder was immer postieren soll, dann muß man sehr genau wissen, wie sieht das bei dem Gegner aus, was hat er wirklich für Schwächen und Mängel. Ich habe keinen Vorschlag dafür zu machen, wer das besonders sein sollte, aber diese Seite der Darstellung fehlt uns, wie ich jedenfalls finde, ganz außerordentlich.

Mein vierter Punkt ist dieser: Wir können nicht beliebig viel leisten. Wir haben z. T. in den Befragungen und Darstellungen Kolossalgemälde entwickelt gefunden. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir personell durchaus beengt sind und beengt bleiben. Und deswegen, weil wir nur Begrenztes leisten können, nicht beliebig viel, müssen wir zwar eine Vorstellung vom Ganzen haben, aber wir müssen sehr genau wissen, wo setzen wir welche Kräfte an, mit anderen Worten, welches sind unsere wirklichen

Prioritäten. Das mag alles heute, Herr Kollege Barzel, nicht im einzelnen herauskommen, nur brauchen wir, morgen oder übermorgen, Antworten darauf, oder Versuche von Antworten, über die wir uns unterhalten können.

Mein fünfter Punkt ist der: Ich bin der Überzeugung, ganz ungeachtet dessen, was gerade am Eingang dieses Nachmittags gesagt wurde, daß die CDU eine breitere Präsentation und eine breitere Repräsentation braucht. Ich gehe mal davon aus, der Einfachheit halber, daß alle, die hier sind, sowohl besser und breiter präsentiert werden könnten, als das bisher geschieht. Das ist ein schwieriges Problem, aber dieses Problem einer breiteren Präsentation und Repräsentation, über das müssen wir sprechen, und wir müssen Vorschläge dafür sehen, wie das am besten geschehen kann.

Wenn ich an den Wahlkampf zurückdenke – und ich bin überzeugt, daß Kollege Katzer gleich dazu noch einiges sagen wird –, haben wir ja Ansätze dazu gezeigt. Diese Quadriga und all diese Sachen, die wir versucht haben, vielleicht unzulänglich, sind Versuche gewesen einer breiteren Präsentation und Repräsentation sowohl von CDU, auch im Zusammenwirken mit der CSU. Wir müssen darüber nachdenken, was auf diesem Gebiet weiter geschehen kann und ob wir eine Arbeit wie die, die wir begonnen hatten, verstärken können. Dazu gibt auch der Ablauf der Bundestagsdebatte durchaus Veranlassung. Der Kollege Barzel hat heute morgen erwähnt, daß wir – ich weiß nicht, ob Sie es erwähnt haben, sonst haben Sie es bei anderen Gelegenheiten erwähnt – im Verhältnis zur CSU sowohl ein gemeinsam erarbeitetes Regierungsprogramm hatten usw., viele Voraussetzungen dafür, daß wir geschlossener auftreten könnten, als wir vielleicht in den Augen des einen oder anderen aufgetreten sind.

Und mein letzter abschließender Punkt ist schließlich der, daß wir für meinen Geschmack längst nicht genug getan haben in dem, was ich jetzt mal nennen möchte eine „Anti-Buhman-Aktivität“. Strauß war ja der Hauptbuhmann, ich habe keine Versammlungsrede ausgespart, ohne mich damit speziell auseinanderzusetzen, und das gilt für den Kollegen Barzel, das gilt für zahlreiche andere, aber eine „Anti-Buhman-Aktivität“ brauchen wir, und die brauchen wir stärker, als wir sie bisher gehabt haben. Das ist ein Stück von Solidarisierung und Solidaritätsbeweis, den wir innerhalb der CDU brauchen. Dies sind die sechs Anmerkungen, die ich machen möchte, bei diesem Stand der Diskussion.

*Katzer:* Was der Kollege Köppler angesprochen hat als Bitte, daß wir jetzt keine breite Personaldiskussion bekommen, wird ein frommer Wunsch bleiben, wer die Realität kennt. Ich habe den Kollegen Kohl nicht verstanden, weder von seinem eigenen Interesse, noch von dem der Partei, noch habe ich den Zeitpunkt für richtig gehalten. Daß Du wieder kandidierst im Herbst des Jahres, das ist Dein gutes Recht, das ist vollkommen Deine Sache. Aber das heute anzukündigen, halte ich für überflüssig und schädlich für die Sache der Partei. Aus zwei Gründen: Erstens, weil jetzt in der Tat sehr viele Leute kommen und meinen, jetzt haben wir das Problem wieder mal gelöst, wie wir das immer gelöst haben, wenn wir eine Wahl verloren haben, dann haben wir einen neuen Vorsitzenden gewählt und dann war es wieder in Ordnung. Und dann haben wir gesehen, daß wir auf diesem Wege überhaupt nichts in Ordnung gebracht haben. Das zweite ist, Helmut Kohl, Du darfst bitte nicht übersehen, daß der Frakti-

onsvorsitzende in Bonn – und das haben wir ja gespürt in dieser widerwärtigen Einlassung von Herrn Wehner am ersten Tag<sup>25</sup>, die ja eigentlich von einer stolzen Partei auch hätte sehr viel deutlicher zurückgewiesen werden müssen in der Solidarität gegenüber ihrem Vorsitzenden –, einer Diminuirung ausgesetzt ist. Und ich habe die Sorge – das hat die Regierungserklärung gezeigt –, daß sich dies noch verschärfen wird.

Nun ist es jetzt hier gesagt. Ich würde mich an der Personaldiskussion draußen nicht beteiligen, wir haben im Hauptvorstand der Sozialausschüsse unmittelbar nach der Wahl getagt und gesagt, das schlimmste, was uns passieren kann, wäre jetzt eine Personaldiskussion. Wir wollen eine Sachdiskussion, und am Ende der Sachdiskussion stehen die Personalfragen, über die man sprechen kann. Du weißt, Helmut Kohl, daß ich in Saarbrücken schon gesagt habe, man kann dieses und jenes Modell nehmen, das hängt auch von den Persönlichkeiten ab, ob die miteinander können.

Ich darf daran erinnern, daß wir in der Wahnacht hier im Hause waren und in bemerkenswerter Einigkeit gesagt haben, wir wollen keine Personaldiskussion machen, alle miteinander. Ich weiß, daß der Vorsitzende, ehe ich kurz kam, schon im Begriff war, vor dem Fernsehen zu sagen, daß er sein Amt zur Verfügung stelle. Dann habe ich gesagt, das wäre das Verkehrteste, und dann haben wir doch alle, die Präsidiumsmitglieder, wenn ich mich richtig erinnere, dem Kollegen Barzel zugeraten, das nicht vor dem Fernsehen zu sagen. Deshalb weiß ich nicht, warum man wenige Wochen später das macht. Nun gut, ich richte nicht darüber, ich sage nur die Gründe, weshalb ich das für falsch halte, und damit ist der Fall für mich jetzt da erledigt.

Nur, es gibt noch einen dritten Grund, den ich doch noch sagen möchte. Wenn Helmut Kohl sagt, es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit, dann würde ich dem zustimmen. Und für mich ist die ganze Wahlanalyse, das ganze Papier, was wir hier gelesen haben, im Grunde eine Bestätigung dafür, daß ich immer gesagt habe, für die Parteien kommt es darauf an, genau wie für den Einzelnen, ob er Vertrauen hat. Der, zu dem man Vertrauen hat, kann sich so ungefähr alles erlauben, und zu dem man kein Vertrauen hat, ist der leiseste Versprecher schon eine ganz gewaltige, miese Sache. Wir haben einen Vertrauensschwund. Es ist ja niemand auf die Idee gekommen, das dem derzeitigen Vorsitzenden anzulasten. Wenn man die Regierungserklärung von Herrn Kiesinger in der Großen Koalition, diesen schrecklichen Satz, in Erinnerung ruft, daß eine lange schwelende innere Krise dieser Sache vorangegangen sei, das war gesprochen im Jahre 1966<sup>26</sup>, Professor Erhard, das zeigt ja doch ... (*Zwischenruf*) Ich bitte um Entschuldigung, ich würde das genauso sagen, wenn Herr Kiesinger hier wäre, damit da kein Irrtum passiert! Ich will nur sagen, wir wollen uns doch bemühen, das beste für

---

25 Redebeitrag Wehners in der Aussprache über die Regierungserklärung (Sten.Ber. 7. WP 7. Sitzung vom 18. Januar 1973 S. 143–147).

26 Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966: „Der Bildung dieser Bundesregierung, in deren Namen ich die Ehre habe zu Ihnen zu sprechen, ist eine lange, schwelende Krise vorausgegangen, deren Ursachen sich auf Jahre zurückverfolgen lassen.“ (Sten.Ber. 5. WP 80. Sitzung S. 3656–3665, hier S. 3656).



unsere Partei zu machen aus dieser Situation, und dazu braucht man eben doch auch die Stationen, die uns hierhergeführt haben.

Ich glaube, Helmut Kohl, die Glaubwürdigkeit unserer Partei, die ohnehin so schwach ist, wird doch nicht dadurch jetzt gestärkt, wenn wir in Saarbrücken vor knapp 1 ½ Jahren einen Vorsitzenden mit sehr großer Mehrheit wählen – sehr viel größerer Mehrheit, als jeder gedacht hat, einschließlich der Beteiligten, wenn ich das richtig sehe –, den dann im Wahlkampf rausstellen, überall plakatieren als unseren Mann, und dann drei Wochen später sagen, so toll ist der ja auch nicht. Alleine schon von der Vertrauensposition würde ich meinen, bis zum Herbst hätte das Zeit. Gut, das ist hier jetzt gesagt worden. Ich kann auch nur den einen Wunsch sagen, daß, wenn nachher die Presse fragt, wir übereinstimmend sagen, daß sich das stilvoll hier vollzogen hat.

Nun komme ich aber zum zweiten, zu dem, was Herr Kollege Schröder gesagt hat. Das ist eine Sache, die ich unterstreichen würde. Ich glaube in der Tat, wir haben aus der Kriegsschule als Taktiklehre immer gelernt und gelehrt – das steht, glaube ich, in der Heeresdienstvorschrift 300 –, daß als erstes bei der Beurteilung der Lage immer die Feindlage steht. Ich habe den Eindruck, Herr Vorsitzender, daß das eine der ganz großen Stärken der SPD ist, daß der Herr Wehner über die Situation in Partei und Fraktion bei uns besser Bescheid weiß als wir selbst, wir aber von der Gegenseite relativ wenig wissen. Das ist das Problem, was wir sehen müssen, und wo wir einen enormen Nachholbedarf haben. Dazu müßten wir uns überlegen, wie das auch rein organisationstechnisch gemacht werden kann.

Ich bin dafür, daß wir diese Personaldiskussion wegdrücken und über die Sache sprechen. Ich habe vorhin den Fall Rentenpolitik angeschnitten aus gutem Grunde. Als ich Arbeitsminister war, hat man mir die größten Schwierigkeiten aus der Union selbst gemacht in der Rentenpolitik, einen großen Wirtschaftstag in Düsseldorf veranstaltet und diese Rentenpolitik, die ich verfolgte, abgelehnt. Dann darf man sich nicht wundern, wenn wir zwei Jahre später uns als Retter der Rentner aufführen, daß man uns das nicht so ganz abnimmt, wie man das gerne hätte. Wenn etwas entschieden ist, dann haben wir das gemeinsam zu vertreten. Düsseldorf, Mitbestimmung. Haben wir da nicht ein Konzept gehabt, was wir beide miteinander abgesprochen haben? Wenn wir die Zahlen von Kaltefleiter über unseren Schwund im gewerkschaftlichen Feld lesen, der ja wirklich schrecklich ist bei den gewerkschaftlich Organisierten, dann ist der Düsseldorfer Parteitag und die Verhandlung der Mitbestimmungsfrage daran ganz entscheidend beteiligt. Der Herr Vorsitzende hat vorhin in einer Punktation die Mitbestimmung aufgeführt, § 218 usw., und gesagt, Mitbestimmung à la DGB-Modell kann von uns nicht gemacht werden. Herr Vorsitzender, wir müssen die Mitbestimmungsfrage diskutieren, denn dieses DGB-Modell ist das Montanmodell, das haben wir, die Christlichen Demokraten, im Deutschen Bundestag 1951 verabschiedet. (*Zwischenrufe*.) Ich kenne die Prämissen mindestens so gut wie alle, die jetzt einen Zwischenruf gemacht haben. Aber ich kann dann, wenn ich dem zustimme, hinterher schlechterdings nicht sagen, daß das mit unserer Politik nicht zu machen geht, denn wir haben es ja gemacht.

Wenn ich den Punkt Mißtrauensvotum nehme, ich weiß doch, der Kollege Stolten-

berg und ich waren doch diejenigen, die den Vorsitzenden dringend gewarnt haben, das zu tun. Und wir wissen doch, daß das Mißtrauensvotum einer der Punkte war – für mein Empfinden noch sehr viel stärker als das, was hier bei den Demoskopern gesagt wurde –, der für uns negativ gewirkt hat. Ich habe diese Beispiele nur genannt, damit wir redlich miteinander umgehen, damit wir den Gründen nachgehen und jetzt nicht etwas verschieben in der Verantwortung, was wir z. T. gemeinsam, z. T. nuanciert gemeinsam getragen haben. Der zweite Punkt neben der Glaubwürdigkeit: Wir sind ausgezogen, haben moralische, sittliche Kraft gehabt, in der Antwort auf den Nationalsozialismus nach 1945, waren in dem breiten Konsensus der Bevölkerung, hatten die geistige Führung, wie andere nicht. Die haben wir verloren, wie richtig dargestellt wurde, und mit der geistigen Führung haben wir dann später auch die politische Kraft verloren. Deshalb brauchen wir eine Rückbesinnung zu den Grundsätzen, und was der Brandt mit der neuen Mitte die drei Tage im Bundestag exerziert hat<sup>27</sup>, das können wir nicht ernst genug nehmen. Das ist die Voraussetzung für die absolute Mehrheit dieser Partei, die sich für die nächste Wahl ganz konsequent anbietet. Daß wir das verhindern müssen, weil dann das wahre Gesicht der Leute kommt, ist klar. Mit der Verteufelung des Sozialismus, mit der Gleichsetzung jeder Äußerung der Jusos mit der gesamten SPD sind wir einfach nicht glaubwürdiger geworden. Ich sehe die Gefahren, aber wir haben sie überzeichnet.

Ich glaube, wir werden sehr sorgfältig darauf achten müssen, die Debatte sorgfältig vorzubereiten. Wir haben im Rückblick auf die dreitägige Debatte – die schwierigste Debatte, die wir je zu bestehen hatten – besser abgeschnitten, als ich vorher gefürchtet hatte. Aber wenn ich mir dann ansehe, wie der Herr Brandt die stärkste Rede halten kann, nicht in seiner Regierungserklärung, sondern in seiner Schlußrede, wenn er dann ein Papier hat, an dem 30 Leute die ganze Nacht gearbeitet haben, wo jeder Diskussionsbeitrag analysiert ist und zwar nicht nur von den Fachleuten, sondern auch von den Psychologen und Werbeberatern, die aufschreiben, hier bitte lachen und hier bitte ernst und hier nach rechts gucken und da nach links, mit allen Regieanweisungen, und dann der Vorsitzende der Fraktion hingeht mit einem Zettelchen Papier, dann steht natürlich am anderen Tag in der Zeitung, der war ja auch schon mal besser, und der Brandt war viel besser. Wir werden die ganze Sache vier Jahre nicht durchstehen – ich bin kein Kremp-Fan<sup>28</sup>, da bin ich also weit von entfernt –, aber dann wird möglicherweise sein schlimmes Wort von „hinaus aus der Geschichte“ möglicherweise in der Tat eine Gefahr für uns werden. Deshalb ist, so schlimm das und so negativ das ist, das Wort von Helmut Kohl mit den 45 % halten, schon eine ganze Menge an Aufgabe.

---

27 Brandt gab am 18. Januar 1973 seine Regierungserklärung ab, in der er von der „neuen Mitte“ sprach (Sten.Ber. 7. WP 7. Sitzung S. 121–134, hier S. 133). Die Aussprache über die Regierungserklärung erfolgte am 18. Januar, am 24., 25. und 26. Januar (Sten.Ber. 7. WP 7. Sitzung S. 134–154, 8. Sitzung S. 158–239, 9. Sitzung S. 243–336, 10. Sitzung S. 339–380).

28 Dr. Herbert Kremp (geb. 1928), Journalist; 1957–1959 und 1963–1969 Redakteur bei der „Rheinischen Post“, 1969–1985 dreimal Chefredakteur „Die Welt“. – Kremp hatte sich verschiedentlich kritisch zum Wahlkampf der CDU geäußert (vgl. „Die Welt“ vom 21. November 1972 „Emotionale Faktoren entschieden die Wahl. Ein Resultat des Glaubens“).

Von daher müssen Konsequenzen gezogen werden für Apparaturen und für Dinge, die hier unsere Kollegen in die Lage versetzen, allein vom Wissensstand der anderen Seite einigermaßen Paroli bieten zu können, denn das, was wir früheren Minister noch im Kopf hatten und einsetzen konnten, das wird immer weniger. In meinem Bereich ist die Rentengeschichte jetzt erledigt. Aber was jetzt kommt, muß ich neu erarbeiten und aufarbeiten. Und wenn – es geht den anderen dann noch viel schlimmer – ich Frau Kollegin Wex ansehe, die Familienpolitik, Gesundheitspolitik und was weiß ich betreiben soll und noch nicht einmal die Unterlagen hat, die ihr überhaupt den neuesten Stand der Diskussion darstellen, wie die Ärzteverbände, wie die Gewerkschaften usw. sich dazu geäußert haben, dann ist das ganz ausgeschlossen. Hier müssen Voraussetzungen geschaffen werden, die uns diese Arbeit erleichtern.

Letzter Punkt: Es hat, Herr Vorsitzender, doch eine Diskussion gegeben, über die Strategie des Wahlkampfes. Ich hatte eine andere Meinung, aber ich habe mich der Meinung hier angeschlossen, deshalb fühle ich mich voll mitverantwortlich und gehe mit keinem Millimeter davon weg. Aber ich habe einmal zur Diskussion gestellt, wenn FDP und SPD nach rechts und Mitte links alles abgrasen, ob es richtig ist, daß CDU und CSU das gleiche tun, getrennt marschieren, vereint schlagen. Es ist anders entschieden worden. Es ist in den Großveranstaltungen viel besser gegangen, als ich es befürchtet hatte. Dennoch bleibt der Satz des Kollegen Strauß richtig, der die damalige Sitzung ja mitmachte und sagte, wir werden keine absolute Mehrheit bekommen, wir müssen uns nach Freunden umsehen. Die DU, die er uns da angeboten hat, wäre es nicht gewesen, insofern war das falsch. Aber für 1976 bleibt das richtig, eine absolute Mehrheit ist nicht zu gewinnen. Wenn eine absolute Mehrheit nicht zu gewinnen ist, muß man Freunde bekommen. Und wenn man Freunde haben will, muß man sich drauf einstellen. Da muß man ständig darüber nachdenken, ohne darüber zu reden. Und dann muß man in der Politik die Punkte setzen, die einen in die Lage versetzen, sich dem Partner 1976 anbieten zu können.

Da sehe ich drei Punkte. Auf dem Felde der Ostpolitik werden wir uns klar werden müssen, wie unsere Einlassung sein muß, ob der Stundenplan, den der Kollege Stoltenberg einmal in der vorletzten Präsidiumssitzung anschnitt, richtig ist, oder ob die Methode Leisler Kiep besser ist. Darüber sollten wir vielleicht noch einen Takt miteinander reden. Egal wie, ich spreche nur das Problem an. Man kann es so lösen und so lösen, nur muß es vom Tisch, wenn wir eine Chance sehen wollen, mit einem Koalitionspartner einen nächsten Wahlkampf führen zu können.

Wir werden uns in der Frage der Mitbestimmung überlegen müssen, wie wir uns einlassen. Ich sage das jetzt ohne alles, lieber Kollege Dregger, Sie erinnern sich, am Düsseldorfer Parteitag, als Sie vom Pult herunterkamen, mit tosendem Beifall umbrandet, habe ich Ihnen gratuliert zu dem Beifall und hinzugefügt, wenn Sie sich erinnern, diese Rede werden Sie noch bereuen und die CDU mit. Das ist meine Meinung geblieben. Sie werden wahrscheinlich bei Ihrer Meinung bleiben, das will ich Ihnen gerne zugestehen. Ich glaube nur, wenn Sie die Debatte richtig verfolgt haben die letzten drei Tage, dann haben wir eine Chance, in diesem Punkt mit der FDP eine Sache zu machen. Und es wäre also ganz töricht, ich habe meine Einlassung zur Mitbestim-

mung, die kann jeder nachlesen, sehr sorgfältig formuliert und habe niemanden festgelegt und keinen Parteitagsbeschuß vorweggenommen oder aufgehoben, sondern bin genau in der Linie geblieben, habe nur einen einzigen persönlichen Satz hinzugefügt. Da war ein Zwischenruf, daß wir uns bewegten, ja, das muß ja wohl sein.

Der dritte Punkt ist die Frage Vermögensbildung, den halte ich noch für gravierender als die Mitbestimmungsfrage, weil hier die Essentials, die die FDP gezeichnet hat, und die ich genau wiederholt habe in meinem Diskussionsbeitrag, fast genau übereinstimmen. Von daher könnte man den Beteiligungslohn etwas modifiziert bringen in eine Richtung, die auch das Mißverständnis von vielen Mittelstandskollegen wegbringen kann.

Das sind drei Punkte, wenn wir die Wahlanalysen sehen, wenn wir langfristig die Betrachtung sehen, und ich sehe die langfristige Betrachtung vornehmlich als dringender an als die kurzfristige des Wahlkampfes, was an Fehlern gemacht worden ist. Was an Perspektiven für die Zukunft anzuvisieren ist, dann sind es von mir aus, Herr Vorsitzender, diese drei Punkte. Ich schließe mit dem Satz, wenn es uns nicht gelingt, unsere Organisationsstruktur, unsere Personalstruktur gravierend von Grund auf zu verändern, dann werden wir eine Situation haben, daß die ganz guten Leute gar nicht mehr zu uns kommen, die bei uns sind, weggehen, und wir von daher austrocknen und nicht mehr in der Lage sind, die Diskussion auf dem Niveau zu führen und in dem Neuigkeitsgehalt zu führen, der heute notwendig ist.

*Stoltenberg:* Der Vorschlag und, wenn man so will, der Appell des Kollegen Heinrich Köppler ist richtig. Nach der Vorabdiskussion und in der Presse und dem, was seit November, Anfang Dezember von uns allen gelesen wird über die personelle Konstellation in der Führungsfrage der CDU, wird es gute Gründe gegeben haben, daß das heute auch hier unter uns von Helmut Kohl offen ausgesprochen ist. Das ist auch von Rainer Barzel und allen anderen hier so gewürdigt worden. Aber ich sage genauso offen, daß wir für unsere Partei, wenn wir uns etwas vornehmen, nach allem, was wir seit dem 19. November nun diskutiert haben und was uns heute hier zusammenführt und bewegt an wirklicher, tiefgreifender Standortbestimmung, Entwicklung einer politischen Strategie, die über allgemeine Grundsätze hinaus diesen Namen verdient, und an einem Programm zur Festigung und Erweiterung unserer Organisation in der Tat vermeiden müssen, daß in den vor uns liegenden Monaten eine kurzschlüssige Verbindung der Sachfragen, um die es hier geht, und um die wir teilweise auch miteinander ringen müssen, mit personellen Alternativen vermieden wird. Daß es gewisse Assoziationen geben wird, kann man sowieso nicht vermeiden, wenn eine Personalfrage entstanden ist, aber es ist nach allen Erfahrungen, die wir ja in einer längeren politischen Laufbahn in Landesverbänden, Kreisverbänden, Vereinigungen und der Bundespartei und Fraktion, nicht zuletzt auch im Rückblick auf die Geschichte der 60er Jahre der Bundespartei als Regierungspartei gehabt haben, für eine Partei außerordentlich schwierig, eine ohnehin schwere Aufgabe wahrzunehmen, wenn jede sachliche Erörterung in der Erarbeitung eines Konzepts für die Partei und eines Arbeitsprogramms nun gleichsam nur personell reflektiert wird. Vielleicht gar nicht von uns, aber von vielen anderen außerhalb und nicht zuletzt von der veröffentlichten Meinung.

Und hier geht es nicht nur – ich wiederhole eine Bemerkung aus dem Präsidium – um die Beteiligten selbst, die Hauptbeteiligten, bei denen wir glauben, daß sie den Willen haben, nach dem, was sie heute hier gesagt haben und die anderen, hier geht es eben auch um die Stäbe, die Hausjournalisten. Ich habe neulich etwas salopp im Präsidium von den sogenannten Büchsenspannern gesprochen, die in Bonn Meinung machen und Informationen austreuen. Hier müssen wir sehen, daß – obwohl nun viel über Personalien in den nächsten Wochen, Monaten, geschrieben und gesprochen wird – wir dafür sorgen, daß die CDU im wesentlichen in den Schlagzeilen bleibt, im wesentlichen sich artikuliert und das Interesse und die Phantasie erregt durch ihre politischen Beiträge, ihre politischen Konzepte, und das, was sie als Partei zur Befestigung und Neuentwicklung ihres Standortes und ihrer Politik macht.

Und damit möchte ich zum zweiten Teil übergehen, dem, was uns heute im weiteren Verlauf der Diskussion beschäftigen muß. Im Anschluß an die einleitenden Berichte und die ersten Diskussionsbeiträge würde ich gerne nur ein paar Stichworte herausgreifen. Ich habe auch den Eindruck, daß wir hier sehr wichtige und positive Analysen gehört haben, daß aber die Aufgabe für uns noch bis morgen mittag besteht, jetzt aus der Fülle der Eindrücke in einer nicht notwendigerweise breit angelegten Analyse einige Hauptpunkte herauszupräparieren und daraus auch bestimmte Folgerungen für unsere weitere Arbeit zu leisten. Denn das ist, und so hat es auch der Vorsitzende eingangs gesagt, wohl die wesentliche Aufgabe dieser Klausurtagung, die ja nicht ein Abschluß in dieser Standortbestimmung und in der Entwicklung der Politik bedeutet.

Ich will deshalb, um nicht zu lange zu sprechen, nicht sehr lange zurückblicken, sondern das, was ich im Rückblick sage, gleich verbinden mit einer Konsequenz für die Zukunft. Wir sind natürlich durch die Wahl die etwas schmerzlicher Betroffenen. Hier gibt es, das war meine Meinung schon in Wochen nach der Wahl, ein paar Nuancen unter uns, gar nicht so sehr Gewinner und Verlierer, bei aller Anerkennung derer, die besser abgeschnitten haben, sondern im Grunde nur Verlierer verschiedener Klasse. Ich meine das nicht im statistischen Sinne, da sind unsere Freunde in Hessen Gewinner, aber wenn man die Gesamtentwicklung in den einzelnen Ländern saldiert, muß man ja feststellen, daß es überall ein etwas stärkeres Anwachsen der Koalitionstimmen gibt mit großen Unterschieden. Wir in Schleswig-Holstein sind sicher auf der Verliererseite gewesen, und deshalb haben wir gründlich darüber nachgedacht, warum dies so gewesen ist.

Für mich ist eines sehr wichtig, worauf ich mir auch erlaubt habe, in der Vorbereitung des Wahlkampfes schon gelegentlich hinzuweisen, daß offensichtlich in dieser Phase der deutschen Politik die Regionalisierung trotz der starken, uniformen Wirkung der zentralen Medien, der zentralen Werbung und der beherrschenden Themen und Personen, wieder stärker wird, als wir das in den großen Jahren, in denen unsere Wahlerfolge durch Konrad Adenauer und Ludwig Erhard bestimmt waren, als Regierungspartei gespürt haben. Offensichtlich kommt in der Opposition für uns – Herr Hahn hat in einem anderen Zusammenhang dies Thema beleuchtet – das regionale Moment wieder stärker zum Ausdruck, wie auch die soziologische Vielfalt. Dies ist eine kurze,

kritische Rückbemerkung, daß dies in einigen Punkten der Anlage unseres Wahlkampfes bis zu dem berühmten Quadriga-Plakat nicht konsequent genug bedacht war, daß nun einmal neben der Person unseres Spitzenkandidaten, der im ganzen Bundesgebiet nach der Entscheidung selbstverständlich im Vordergrund stand, es im übrigen richtig gewesen wäre, personell in der Darbietung etwas stärker zu regionalisieren. Ich glaube, daß dieses zutreffend ist. Ich will das konkretisieren, Rainer Barzel, daß der in den demoskopischen Unterlagen vor der Wahl zu den populärsten Politikern unserer Union gehörende Bundestagspräsident [Kai-Uwe von Hassel], der an jeder demoskopischen Befragung weit in der Spitzengruppen neben zwei, drei anderen stand, z. B. nicht in ganz Norddeutschland in Erscheinung getreten ist in der zentralen Wahlkampfleitung. Das ist nach Meinung der norddeutschen Landesverbände insgesamt ein schwerer Fehler gewesen. Ich sage das noch einmal, um dies zu verdeutlichen, aber es geht nicht um den Rückblick, sondern es geht darum, daß wir erkennen müssen, daß dieses Problem der regionalen Vielfalt auch in Zukunft wahrscheinlich ein Problem sein wird und wir eine richtige Mischung der Anlage unserer Politik in der Bedeutung der zentralen Organe unserer Partei, ihrer Leistungsfähigkeit im Bundestag, in der Parteispitze finden müssen, neben der jeweiligen Ausprägung der besonderen regionalen und soziologischen Elemente. Und ich würde zum Thema Stabilität das unterstreichen, was heute morgen gesagt wurde. Das Thema ist richtig gewählt gewesen, aber es ist zu Recht gesagt worden, daß die Ergänzung vor allem bestimmter konkreter Reformziele und Lebenserwartungen und Zielvorstellungen auf die verschiedenen Zielgruppen unserer Bevölkerung hin im Wahlkampf zu schwach war. Ich sage das nur, weil sich daraus in der langfristigen Vorbereitung des Wahlkampfes gewisse Gesichtspunkte ergeben.

Hier ist auch ein Gesichtspunkt sehr wesentlich, der in den Berichten heute morgen angesprochen worden ist. Wir müssen zu einer Überprüfung der Gewichtung kommen. Der Bundestag bleibt für uns das große und beherrschende Forum der politischen Auseinandersetzung mit der SPD und FDP, und darin liegt weiterhin sein Rang, gerade für eine Opposition. Aber ich begrüße die Vorstellung unseres Vorsitzenden, daß wir im Bundestag uns konzentrieren auf einige große, für unser programmatisches Bild und die Verdeutlichung unseres Wollens wesentliche Initiativen. Einige große, wesentliche Initiativen, von denen ich mich frage, lieber Rainer Barzel, ob wir nicht doch auch schon im ersten Jahr die eine oder andere einbringen müssen. Vor allem, nachdem wir heute gehört haben – und das war eine sehr interessante Bemerkung –, daß offenbar große Initiativen eine längere Zeit brauchen, bis sie beim Einzelnen angekommen sind, z. B. warum die Rentenreform nicht zu unseren Gunsten kam. Weil wir, wie meine Vorredner und Sie zu Recht gesagt haben, bereits ab 1974 die Serie der Landtagswahlen bereits im Frühjahr, Frühsommer mit der niedersächsischen Wahl beginnen, glaube ich, daß wir die eine oder andere der großen Initiativen – dies ist eine Empfehlung an die Fraktion – doch auch schon für dieses erste Jahr mit ins Auge fassen sollten.

Aber neben der großen Bedeutung des Bundestages müssen wir erkennen, daß das Problem der Kommunikation, der Umsetzung, der Verdeutlichung unserer Politik,

auch in Bonn, an der sogenannten Basis, das schlechthin entscheidende zweite Element ist. Das hängt zusammen mit der Fülle der Überlegungen von Ausbau und Stärkung der Organisation, der Stellung der CDU in den Medien, der Frage der verbesserten Unterrichtung unserer Mitglieder, der Kontakte zu der Presse und den großen sozialen Gruppen, das, was ich hier noch einmal unterstützend aufgreife und unterstreiche, was aber auch der Ergänzung bedarf, aber natürlich auch in einer lebendiger und selbständiger gewordenen Partei die Frage, wie wir Initiativen von unten in der Meinungsbildung noch wirksamer in die zentrale Parteiarbeit hinein führen können.

Ich glaube, daß Beispiele für die Verdeutlichung unseres Wollens, und damit komme ich zum dritten Punkt, der politischen Strategie und der Weiterentwicklung des Bildes der Partei große Themen sind. Hans Katzer hat gesagt, ich habe es hier vorher aufgeschrieben schon als Stichwort, etwa die Wiedereinbringung unserer weiterentwickelten, abgewandelten Vorstellung zur Vermögensbildung. Die Frage, die die Fraktion prüfen muß, ist, ob es nicht richtig ist, auch einen Entwurf zur Hochschulgesetzgebung schon in diesem Jahr einzubringen, weil das Felder sind, in denen wir ja eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Linken überall führen, und in denen uns trotz der Schwierigkeit mit der Mehrzahl der Studenten nach meiner Auffassung auch neue geistige Kräfte in dieser Auseinandersetzung zuwachsen aus dem Feld der Hochschulen und derer der Wissenschaft, die ja an diesen Fragen interessiert sind.

Und darüber hinaus stimme ich dem zu, daß wir nicht einigen Anregungen folgen sollten, vom § 1 oder der Präambel bis zum letzten Satz eine Programmdiskussion zu führen. Ich halte dies für eine falsche Konsequenz. Das hat keiner hier vorgeschlagen, aber es gibt hier und da Überlegungen. Wir müssen aber die Punkte in unserem Programm definieren, wo wir durch die weitere Entwicklung der Debatte oder auch durch Fakten, die die Regierung ja setzen kann und insoweit durch die Veränderung der Wirklichkeit beeinflussen kann, eine Weiterentwicklung an ganz bestimmten Punkten brauchen, wo wir auch noch nicht genügend weit gekommen sind. Wir waren auf die Debatte über das Bodenrecht, wie ich höre auch durch gewisse Abstimmungsprobleme zwischen CDU und CSU, nicht so weit vorbereitet, wie es rückblickend in den großen Städten wünschenswert gewesen wäre. Wir sind, wie ich hoffe, auf die Debatte über das Wettbewerbsrecht, wo wir jetzt votieren müssen, vorbereitet. Da fallen jetzt schon Entscheidungen. Das ist eine Sache, die jetzt im Grunde schon entschieden wird, sonst gehörte dies hinein, aber, natürlich gilt dies vor allem für die Weiterentwicklung unserer Aussagen zur Ost- und Deutschlandpolitik, weil die Fakten, auch gegenüber dem Düsseldorfer Parteitag, sich verändert haben, die Fakten haben sich verändert, nicht unsere Grundsätze.

Hier hinein gehört sicher auch das Mitbestimmungsrecht, wo ich allerdings vorschlagen würde, daß wir uns nicht unter einen zu starken Zeitdruck setzen lassen, weil dies eine Frage ist, die wirklich einer sehr intensiven, gründlichen Diskussion bedarf. Und ich würde hier gern noch ein paar Sätze hinzufügen zu dem, was Hans Katzer hier gesagt hat auf eine Debatte im Präsidium, er hat Leisler Kiep und mich zitiert. Da lag vielleicht eine Nuance, ich weiß gar nicht, ob es ein grundlegender Unterschied war, bei Übereinstimmung übrigens in den anderen Punkten. Ich habe von vornherein den

Standpunkt vertreten, daß es folgerichtiger ist, den Grundvertrag abzulehnen. Der Kollege Leisler Kiep, der ja seinen Standpunkt verdeutlichen wird, hat eine andere Überlegung zumindest einmal zur Diskussion gestellt, das Für und Wider erörtert. Ich glaube, daß es folgerichtiger ist, den Grundvertrag abzulehnen, so, wie es gestern alle fünf Länder – im Gegensatz zu anderen Spekulationen – mit einer einvernehmlichen Begründung im Innerdeutschen Ausschuß getan haben und im Bundesrat tun werden.<sup>29</sup> Aber wir wissen, daß durch die Mehrheitsverhältnisse hier gleichsam die Entwicklung vorprogrammiert ist, und es sich für uns darum handelt, diejenigen, die dagegen sind, und diejenigen, die für den Vertrag sind, zu überzeugen. Die müssen wir natürlich als unsere potentiellen Wähler auch im Auge behalten. Wir müssen mit dieser Begründung artikulieren, daß mit der Verabschiedung und dem Inkrafttreten des Grundvertrages nun doch eine erhebliche Zäsur in der Außenpolitik einsetzt. Eine Zäsur, in der – nach meiner Einschätzung nach Jahren dramatischer Konflikte – die Ost- und Deutschlandpolitik etwas stärker aus den Schlagzeilen verschwinden wird. Was nicht bedeutet, daß wir diese Kapitel schließen, aber daß wir doch erkennen, daß durch die Fakten selbst, aber wahrscheinlich auch durch die Möglichkeiten, die wir haben, nun die großen Themen der Organisation Westeuropas, der Neubestimmung der Beziehung zu den USA, nicht nur Sicherheit, sondern auch wirtschafts-, handelspolitisch in den Vordergrund treten. Daß dies ein Feld ist, auch wenn wir nicht so optimistisch sind, was die schnelle Herstellung der politischen Union betrifft. Ich teile hier Rainer Barzels Meinung, wir haben die Chance, daß wir nicht von einer Entwicklung gleichsam bedrängt und überrollt werden, die wir aus Überzeugung für falsch halten, aber die sich mit internationaler Unterstützung doch gegen uns durchsetzt, sondern in der wir die Chance haben, programmatisch und durch die Qualität unserer Sachaussagen gleichsam vor der Entwicklung herzugehen, was für eine Opposition in der Wirkung auf die Menschen, aber vielleicht auch im Selbstverständnis doch eine dankbarere Rolle ist als die einer mühsamen Defensive gegen die einer übermächtig gewordenen Entwicklung, die wir in den letzten drei Jahren erlebt haben. Das war also das Stichwort mit den zwei Phasen, die wir hier sehen, und auf die wir uns rechtzeitig einstellen müssen.

Was ich hier empfehlen würde – es ist heute morgen angeklungen – ist, daß wir versuchen bis morgen, weil ja auch die Partei etwas über die Analyse hinaus von uns erwartet, schon einige Punkte, jedenfalls vorläufig, zu bestimmen. Ich habe hier genannt als Beispiel Bodenrecht, man könnte die Weiterentwicklung der Vermögensbildung nennen, vielleicht die eine oder andere Frage mehr, berufliche Bildung, Wettbewerb. Ja, das ist eine Frage, die vielleicht für eine langfristige Debatte geeignet ist. (*Zwischenruf.*) Ja, Steuerrecht, lieber Peter Lorenz, ich denke jetzt an die Punkte, die in der Partei breit zur Diskussion gestellt werden können. Da bin ich nun – bei allem Willen zur demokratisch breiten Basis beim Steuerrecht – persönlich etwas skeptischer, aber das lasse ich jetzt offen, daß wir einige Punkte bestimmen, bei denen wir sagen, aus dieser Sitzung heraus, dies werden die Themen der Diskussion bis zum

---

29 Vgl. dpa vom 26. Januar 1973 „Jetzt hat der Bundesrat zum Grundvertrag das Wort“.



Herbst sein in der Partei. Hier wird der Vorstand dafür sorgen, daß es in einigen Wochen – das geht nicht heute – die Vorlagen dazu gibt. Das sind die Fragen, in denen wir auf dem Parteitag oder später einen weiterführenden programmatischen Beitrag – Herr Kollege Kraske hat es heute morgen in allgemeiner Form schon zu Recht hervorgehoben – für die Meinungsbildung der Partei leisten wollen. Dies ist mir nun nach dem 19. November sehr klar geworden, aus den Debatten in meinem Landesverband und woanders, auch aufgrund des großen Beifalls, den der Bericht von Richard von Weizsäcker in Wiesbaden gefunden hat.<sup>30</sup> Das ging leider im Wahlkampf, in der Aktualität, in der Tagespresse, etwas unter. Daneben ist das Bedürfnis in unserer Partei ungewöhnlich stark, in der wir – die mittlere und ältere Generation – durch Konrad Adenauer zur Realpolitik und zum Pragmatismus erzogen worden sind, z. T. auch ein bißchen zur Skepsis gegen ideologische lange Debatten, diese Klärung der Grundsatzpositionen unserer Partei als einer modernen Volkspartei weiterzuführen. Standortbestimmung im Geistigen und damit die Abgrenzung gegenüber dem doktrinären Anspruch der linken Heilslehren, der natürlich im gesellschaftlichen Bereich, im kommunalen Bereich, an der sogenannten Basis, noch einen viel stärkeren Druck ausübt als in der hier temperierten Luft von Bonn oder eine Regierungserklärung von Herrn Brandt. Hier liegt der Punkt, wo nun endlich auch einmal die von uns allen immer wieder seit 1969 angemahnte – ich erinnere an Ihre Diskussion, Herr Mikat, in Hannover mit den Schriftstellern<sup>31</sup>, das haben wir ja schon 1965/66 erkannt –, stärkere Verbindung mit den Intellektuellen und geistigen Kräften praktiziert werden muß.

Was zu den ermutigenden Dingen gehört, ist, daß uns 1972 sicher doppelt so viel Hochschullehrer gewählt haben wie 1969, um das einmal sehr kurz zu sagen. Und das sind nun nicht nur die verängstigten älteren Ordinarien darunter, von denen die Linke spricht, sondern die jungen dynamischen Leute, die etwas leisten wollen, die einen Anspruch von Wissenschaft haben, der eben mit dieser linken Ideologie überhaupt nichts mehr zu tun hat. Und hier gibt es eben Beiträge. Die Wendung von Steinbuch, die wir alle verfolgen, ist signifikant, wie etwa der jetzt neu erscheinende Band von Steinbuch, „Kurskorrektur“, von dem ich einen Vorabdruck gelesen habe.<sup>32</sup> Oder der Aufsatz von Schelsky, der heute morgen schon von Rainer Barzel zitiert wurde, um nur Dinge der letzten Wochen zu nehmen. Dies ist nun wirklich eine Aufgabe, die wir nicht nur willensmäßig, sondern gleichsam organisatorisch lösen müssen, nicht nur individuell, sondern als Partei zu adaptieren haben. Wo wir für die Übernahme solcher, zunächst ja nicht auf die CDU hin geschriebener grundsätzlicher Positionsbestimmungen

---

30 Weizsäcker gab einen Zwischenbericht zur Arbeit der Grundsatzkommission, das Parteitagsprotokoll weist viel Beifall aus (vgl. CDU, 20. BUNDESPARTEITAG S. 61–78).

31 Podiumsgespräch am 15. März 1964 im Rahmen des 12. CDU-Bundesparteitags in Hannover zum Thema „Geist – Stiefkind der Nation“. Die Leitung hatte Eugen Gerstenmaier, Teilnehmer waren – neben Paul Mikat – Arnold Gehlen, Walter Jens, Hans Schwab-Felisch und Martin Walser.

32 Karl STEINBUCH: Kurskorrektur. Stuttgart 1973.

in die Diskussion unserer Partei, in ihr Selbstverständnis und in ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu sorgen haben, bis hin zu der Notwendigkeit, daß wir gegebenenfalls auch in einer eigenen Schriftenreihe, sei es der Adenauer-Akademie, sei es der Partei, vielleicht auch mit befreundeten Verlagen, diese Dinge wirklich unter unsere Leute bringen und, soweit es nicht geschieht, unter die Leute schlechthin. Das ist, glaube ich, eine gewisse Konkretisierung dieses immer wieder geführten Themas – Kontakt mit den geistigen Kräften und Intellektuellen.

Ich habe diesen einen konkreten Vorschlag für ein Ergebnis morgen hier gemacht oder aufgenommen und weitergeführt und möchte folgendes sagen: Wir alle erleben das in unseren Landesverbänden und, lieber Rainer Barzel, das gilt auch für uns als Bundespartei, es gilt, wenn ich das aus der freundschaftlichen Verbundenheit langjähriger Zugehörigkeit sagen darf, auch für die Fraktion. Wir müssen als nächste Stufe nach dieser Grundsatzdebatte hier zu einem konkreten Organisations- und Arbeitsplan kommen, der abgestellt ist auf die realen Möglichkeiten unserer hauptamtlichen Organisation und dem, was an ehrenamtlicher Arbeit in Ausschüssen und Kommissionen geleistet werden kann.

Ich glaube, daß das nach dieser Beratung hier heute und morgen die nächste Aufgabe unseres Generalsekretärs, unserer Geschäftsführung ist. Wir haben das alles 1969 und 1970 schon einmal diskutiert, aber wir sind dann nur zu ersten bescheidenen Ergebnissen gekommen. Die Erkenntnisse waren damals auch schon vorhanden. Und hier hat Katzer auch einen Satz dazu gesagt, den ich unterstreiche, das vorhandene Potential unserer hauptamtlichen Stäbe optimaler zu organisieren und zu nutzen. Ich sage nicht nur koordinieren, ich bin bewußt weiter gegangen, ich habe gesagt, organisieren, weil nach meiner Auffassung sogar auch Umorganisationen hier und da notwendig sein müssen. Die Koordination ist ein Element, sie wird nicht ausreichen. Da wir nun noch einmal vier Jahre in der Opposition sind und eine noch stärker ausgebaut und noch mächtigere Regierung uns gegenüber haben – die Technik von Herrn Brandt ist hier geschildert –, ist dies eine ganz entscheidende Frage, in der auch in gewisse Besitzstände und Verhaltensweisen, auch in den Stäben, eingegriffen werden muß. Die Art, wie wir etwa personell und vor allem strukturell – es geht gar nicht in erster Linie um Personen – im Bereich der Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik und ich nehme die Gesellschaftspolitik gleich hinzu, hauptamtlich organisiert sind, bedarf einer grundlegenden Überprüfung und wesentlichen Verbesserung. Ich glaube, daß dies auch für andere Bereiche gilt.

Dies ist nun allerdings eine ganz entscheidende Aufgabe für uns alle als Parteivorstand, Präsidium, es ist eine Aufgabe für die Fraktionsführung und insbesondere, wenn ich das sagen darf, für unseren Vorsitzenden und den Generalsekretär, weil z. T. Ihre Autorität selbst benötigt wird – das ist meine feste Überzeugung –, dies zu erreichen, und das gehört für mich zu dem Thema Organisation und Arbeitsplan in Verbindung mit einer konkreten Konzeption nach der Analyse der allgemeinen politischen Zielbestimmung als nächste Stufe für uns alle.

*Hahn:* Herr Filbinger hat mich angerufen und mich gebeten, eine Erklärung abzugeben. Ich muß gleich nach Stuttgart zurückfahren und deswegen gebe ich sie in aller

Kürze einmal ab. Er war der Meinung, und ich möchte mich dem anschließen, daß wir die Personalfrage nicht in den Vordergrund drücken sollten, also etwa in dem Sinne, wie Herr Köppler das ausgesprochen hat, sondern daß wir sie langsam angehen sollten, daß wir umgekehrt in der Frage des Sachprogramms auch nicht den Eindruck erwecken sollten, als wenn wir unter dem Schock der Bundestagswahl die Kurskorrektur im Sinne einer schnellen Anpassung vornehmen sollten, sondern daß die Kontinuität bei völliger Flexibilität im Blick auf neue Entwicklungen sichtbar werden sollte. Also, daß im wesentlichen doch die gleiche Linie verfolgt wird und daß nicht etwa der Eindruck einer aus dem Takt gekommenen Partei dabei in der Öffentlichkeit vorherrschen sollte. Nur diese beiden Gesichtspunkte bat er, noch einmal zum Ausdruck zu bringen.

*Kohl:* Ich bin zunächst damit einverstanden, was Herr Köppler gesagt hat und zwar voll und ganz. Ich halte das für eine vernünftige Regelung. Aber gerade weil ich sie an dem Punkt als vernünftig erkenne, ist notwendig, daß das gesagt wurde, was ich gesagt habe. Und ich hätte mich auch jetzt nicht mehr zu Wort gemeldet, wenn nicht einige Einlassungen von Hans Katzer das einfach erzwungen hätten.

Es kann gar nicht angehen, daß ich hier unwidersprochen stehen lasse, daß die Ankündigung einer solchen Kandidatur schädlich für die Partei sei. Das ist eine Vorstellungswelt, die ich nicht für eine freiverfaßte demokratische Partei akzeptieren kann. Ich kann mir gut vorstellen, wenn in der Sache der Hans Katzer anderer Meinung gewesen wäre, (*Zwischenruf*) – in diesem Fall meine ich jetzt meiner Meinung –, daß er genau wie ich jetzt die gleiche Formulierung gewählt hätte. Da kann gar keine Rede davon sein, daß aus dem Betracht der Wahlnacht, lieber Hans Katzer, wo es doch einfach eine menschliche Selbstverständlichkeit war, sich so zu verhalten, wie wir uns verhalten haben, geschlossen werden kann, und soviel wissen Sie von Platzvorteil in der Politik, daß der, der die Absicht hat, im Herbst zu kandidieren, das im Herbst sagen soll, und in der Zwischenzeit, wenn er gefragt wird, den Kopf schütteln soll. Das ist ja widernatürlich in der Politik, so etwas zu erwarten. Und es kann gar keine Rede davon sein, daß irgendeiner unter uns quasi unter Denkmalschutz steht. Denn wir sind von Saarbrücken aus – und ich habe von der Stunde der Abstimmung ab dieses Ticket vertreten, mindestens so, wie jeder hier im Saal – mit einer bestimmten Marschrichtung ausgezogen. Und diese Marschrichtung hatte qua Mehrheit eine bestimmte Entscheidung gefällt. Diese Entscheidung ging von einem bestimmten Ziel aus. Dies Ziel ist nicht erreicht worden, und es ist eine neue Lage da, und darüber muß man reden. Ich bin sehr dafür, das in all den Formen zu tun, wie das hier gesagt wurde, zumal ich ja ausdrücklich noch sagen will, daß ich mit Rainer Barzel übereinstimme, der ja in Siegen diejenigen aufgefordert hat, die kandidieren wollen, es offen zu sagen. Und wenn es überhaupt in dieser Partei noch eine Kleiderordnung gibt, dann ist der Punkt hier im Vorstand, das zu sagen; das habe ich getan, nicht mehr und nicht weniger.

Zum zweiten, nur damit das nicht zur Bildung von Legenden führt, ich habe Kritik geübt im Zusammenhang mit Glaubwürdigkeit und Ostpolitik. Natürlich habe ich vor der Fraktion das Menschenmögliche getan, um das Auseinanderbrechen zu verhindern, und auch im Votum, daß eben dieser Schritt, der dann kam, im Präsidium nicht

vorberaten war. Der ist am Tag beraten worden. Aber ich karte hier nicht nach. Nicht nur ich, und ich war ein zweifelnder Weggenosse auf diesem Weg, habe gelegentlich im Gespräch – nicht öffentlich – gesagt, halten wir das so durch? Aber ich stand im Bundesrat und habe mit meinem Votum, wie andere an anderer Stelle auch, eine klare Position bezogen. Und es hat mir und anderen, jedem hier, nicht gutgetan, und der Partei auch nicht, daß das Votum dann von einem bestimmten Zeitpunkt an nicht mehr unser Votum war, nicht mehr und nicht weniger. Und damit auch da kein Zweifel aufkommt, Hans Katzer, ich war nicht der Erfinder des Mißtrauensvotums. (*Zwischenruf.*) Entschuldigung, dies ist schlicht und einfach so nicht wahr, und deswegen will ich es jetzt klar ansprechen, weil sich auch hier Legenden leicht bilden.

Am Samstag der Baden-Württemberg-Wahl habe ich mit Rainer Barzel telefoniert. Und der hatte die Umrisse des Ereignisses der darauffolgenden Woche charakterisiert. Ich habe ihm gesagt, daß Sie von dem, der in Saarbrücken gegen Sie unterlegen ist, in dieser Frage, wenn Sie glauben – und wir haben dann die Punkte besprochen, ich habe gar keinen Grund, ich will es wiederum salopp sagen, es war ja zunächst sein eigener Kopf, der hier zu Markte getragen wurde, daß er sorgfältig abgetestet hat, Dinge, die ich z. T., ich brauche das nicht zu erläutern, nicht tun konnte – die volle Unterstützung bekommen. Das war der Hergang. Und als an dem Montag über die Sache gesprochen wurde, habe ich es auch für das Präsidium übernommen, was meines Erachtens einen guten Sinn hatte, im Vorstand die Meinung, die wir uns im Präsidium nach durchaus kontroverser Diskussion gebildet haben, vorzutragen. Und, meine Damen und Herren, genau wie es richtig war, daß in dieser konkreten Situation Kiesinger und Schröder und andere im Bundestag gesprochen haben, vor diesem Mißtrauensvotum, genau so war es richtig, daß ich diese Position in der Partei eingenommen habe, denn das hat etwas mit Solidarität zu tun, das will ich nur noch im Blick zurück nachtragen, weil sich sonst diese Kontur etwas verwischen könnte.

*Barzel:* Darf ich darauf hinweisen, daß sowohl die Vertragspolitik wie das Mißtrauensvotum im Präsidium und im Vorstand mit großen Mehrheiten beschlossen worden sind. (*Kohl:* Hat auch niemand bestritten!) Ich versuche doch nur dies noch einmal festzuhalten, Herr Kollege Kohl. Und vielleicht darf ich nur ganz kurz in Erinnerung rufen, daß eben dieses Mißtrauensvotum ja eine Reihe von Argumenten hatte, an die zu erinnern berechtigt ist. Wir wollten keine Wahl über die Verträge. (*Kohl:* Natürlich!) Es war unsere Vertragsposition, wenn wir die durchgehalten hätten, hätten wir die Wahl über die Verträge bekommen, deshalb wollten wir dies nicht. Wir wollten zweitens keine Wahl in 1972. Wir wollten drittens die Wahl möglichst aus der Rolle der Regierung, weil wir alle wußten, was dies bedeutet. Da ging die Sache schief, obwohl sie nach Treu und Glauben abgesichert war, und es entstanden genau jene Sachzwänge gegen uns, die wir verhindern wollten. Dann ging es nur noch darum, das Beste daraus zu machen. Das war die Situation damals, und ich glaube, da ist gar nichts mehr dazu zu sagen. Ich kann nur sagen, nach all den Dingen von heute morgen, wenn das erfolgreich gewesen wäre, wäre das Mißtrauensvotum auch populär gewesen. Heute in der Demoskopie ist es doch ganz klar.

*Von Weizsäcker:* Herr Vorsitzender, ich möchte mich zu einem ganzen Bündel von

Problemen äußern. Wir haben heute morgen von verschiedenen Seiten gehört, daß wir uns gegenseitig nicht zerfleischen. Es gibt ja auch manchen Grund, sich Mut zu machen, das ist alles ganz richtig und schön, aber hier in dem Parteivorstand müssen wir doch von der Lage ausgehen, wie sie halt jeder sieht. Ich gehöre zu denen, die die Lage als ernst, und zwar als langfristig ernst ansehen. Langfristig entstanden, nicht nur an den Tatbeständen, die dankenswerterweise von Ihnen allen hier noch einmal ins Gedächtnis gerufen worden sind, sondern von langer Hand ist eine Lage entstanden, die ernst ist, und die auch nur mit langfristigen Maßnahmen wieder freundlicher gestaltet werden kann. Ich glaube, dies entspricht auch dem Bewußtsein der Basis in unserer Partei. Und wenn das so ist, dann ziehe ich daraus den Schluß, und nicht nur ich, sondern ich höre das doch auch von vielen Leuten, sie ist ernst genug, um sagen zu müssen, es ist alles offen. Das heißt, es ist sowohl jede personelle wie jede sachliche Frage in die Diskussion einzubeziehen. Es wäre der Wirklichkeit entgegen, wenn wir aus noch so wohl verstandenem Interesse unserer jetzigen taktischen Situation in den nächsten sechs Monaten so tun würden, als wäre die Lage nicht so ernst, als könnten wir es uns erlauben, irgend etwas aus der Diskussion auszuklammern. Im Gegenteil, es ist die einzig mögliche Form von Glaubwürdigkeit, diese Dinge auch beim Namen zu nennen. Dazu gehört auch die Personenfrage. Einer Personenfrage ohnehin uns nüchtern zu stellen, wenn wir in einer ganzen Reihe von Monaten wieder eine Wahl vor uns haben, finde ich schon nicht zu viel verlangt von uns. Uns einer solchen Frage zu stellen, wenn die Lage so ernst ist, wie ich meine, finde ich erst recht nicht zu viel verlangt. Aber nun weiter. Gerade weil sie so ernst ist, deswegen glaube ich auch nicht, daß diese Personenfrage sozusagen im herkömmlichen Sinn wirklich ernsthaft gefördert werden kann. Nämlich nicht jetzt durch eine Debatte über die Vorzüge verschiedener Kandidaten und auch nicht jetzt durch Bildung von personalpolitischen Koalitionen, um diesem oder jenem Kandidaten also zu einem Erfolg zu verhelfen, sondern jetzt durch eine Erörterung der Prinzipien der Strategie und der Organisation dieser Dinge.

Ich wende mich diesen Fragen in meiner weiteren Einlassung zu, und zwar im Rahmen des Gegenstandes, über den wir hier die Verantwortung tragen, nämlich der Partei. Ich bin der Überzeugung, daß die Partei eine eigenständige Rolle hat, und ich bin weiter der Überzeugung, daß sie eine vorrangige Rolle hat. Wenn wir das Vertrauen im Volk wieder gewinnen wollen, dann ist natürlich alles, Herr Katzer, was wir in der Fraktion zu tun haben, sehr wichtig. Die Debatte, die wir gerade in dieser Woche hinter uns gebracht haben, die Erörterung der Frage, warum Brandt so eine wirkungsvolle Rede wie gestern halten kann – ich fand sie gar nicht mal so wirkungsvoll, aber da können wir doch noch einmal drüber reden. Aber vorrangig für die Wiedergewinnung des Vertrauens halte ich die langfristige Arbeit in der Partei. Ich möchte vier oder fünf Punkte dafür nennen.

Das erste sind die Prinzipien, das zweite sind auf der Basis dieser Prinzipien die Konsequenzen für die großen konkreten Konflikte. Jeder von Ihnen hat davon schon einige genannt. Das dritte ist die Basisarbeit, auch dazu sage ich gleich noch was. Das vierte sind die Rahmenbedingungen für die großen konkreten Punkte und für die Basis, und das fünfte ist schließlich der Bereich, zu dem Herr Stoltenberg zuletzt noch

gesprochen hat, also Wissenschaft, Erziehung, Information usw. Ich komme darauf gesondert noch.

Ganz kurz, was die Prinzipien anbetrifft. Ich glaube, wir haben in Fortführung dessen, was wir auch in der Grundsatzkommission schon mal anvisiert haben, unter anderem zwei große Themen: Zusammengehörigkeit und Kollision der Prinzipien Freiheit und Gleichheit. Da gibt es, einfach durch die Entwicklung der Gesellschaft, nicht in erster Linie durch Zeitgeist, sondern durch die objektive Entwicklung der Gesellschaft gewisse Linien, bei denen man sagen muß, hier ist manches bisher mehr zusammengegangen, Freiheit und Gleichheit, was in Zukunft eher auseinanderläuft, ich vertiefe das nicht.

Das nächste ist die Kollision zwischen Freiheit und Demokratie, wie Schelsky das nennt, oder, genauer gesagt, die Kollision zwischen Freiheit und Demokratisierung. Ich will nur Ihnen allen – soweit Sie das noch nicht getan haben – auch von mir aus noch einmal sehr diesen Artikel ans Herz legen, was hier darüber ausgeführt worden ist, inwiefern die Demokratisierung zu einer Parteipolitisation und damit zu einer Polarisierung und damit zu einer Schwächung des nun wirklich guten Liberalismus und damit der Freiheit führt. Das halte ich für einen sehr wesentlichen Punkt.

Im Zusammenhang damit das ganze Problem der Machtverteilung und Machtkontrolle. Mit diesen drei Stichworten über Prinzipien sind wir bei den konkreten Konfliktpunkten, also bei den konkreten, großen politischen Entscheidungsfeldern angelangt, die Sie auch alle genannt haben. Ich plädiere nur für eine möglichst einleuchtende Verknüpfung unserer prinzipiellen oder theoretischen Überlegungen, mit der Begründung für die Entscheidung in diesen großen Fragen Eigentum, Mitbestimmung, und was es da so alles gibt. Wenn wir diese Begründung anständig finden, werden uns sowohl selber die Entscheidungen leichter fallen, wie auch werden wir damit mehr Sympathie oder mehr Glaubwürdigkeit, einfach mehr Aufmerksamkeit bekommen.

Der nächste Punkt: Basis. Das Stichwort ist schon mehrfach gefallen, erlauben Sie mir, Ihnen meine persönliche Färbung noch einmal zu geben. Erstens verstehe ich unter Basis, so wichtig es natürlich nach den Wünschen aller unserer Orts- und Kreisverbände ist, nicht in erster Linie, daß wir alle nun noch dreimal so oft Versammlungen für unsere Parteiorganisation machen. Das Nötige ist schon gesagt worden, es gibt wirklich keine Partei in der Bundesrepublik, die auch nur annähernd an die Leistung der CDU auf diesem Gebiet herankommt. Das Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen müssen wir bedenken. Ich wäre dankbar, wenn das auch als Ergebnis dieser Tagung durch den Generalsekretär auf eine humane Weise der Partei mitgeteilt würde, wir haben in bezug auf Prinzipien und Kontroversen usw. und in bezug auf den vorpolitischen Raum, jeder von uns, sehr viel zu tun. Wir haben natürlich auch etwas zur Ermunterung, jeder in seinem Wahlkreis oder sonst in der ganzen Bundesrepublik, zu tun. Aber es ist nicht unsere primäre Basisaufgabe, nun wirklich nicht nur 25, sondern ich weiß nicht wie viele Tage im Jahr überall herumzufahren und präsent zu sein innerhalb unserer Mitgliederverbände, sondern ich finde, daß wir bei dem Stichwort Basis wesentlich mitberücksichtigen müssen, was heute morgen von einem unserer beiden

Sachverständigen gesagt wurde, und was ich auch versucht habe im Bundestag<sup>33</sup> ein bißchen auszuführen im Zusammenhang mit sozialen Diensten, im Zusammenhang mit den Aufgaben und Möglichkeiten und Chancen des Menschen als soziales Wesen in der Welt, in der er diese seine Freiheit erfährt und seine Selbstverwirklichung zu suchen hat. Also, Basisarbeit ist in erster Linie die Zuwendung des Menschen zu seinem Lebensbereich, soweit sie eben nicht nur die Anhäufung seiner eigenen materiellen Voraussetzung für seine Freiheit ist. Und in dieser Richtung, das wollen wir doch auch ganz offen sagen, in dieser Richtung haben z. B. die Jungsozialisten in den letzten zehn Jahren eben wirklich etwas geleistet, was seinesgleichen sucht in der Bundesrepublik. Sie verbinden es zwar mit einem Ziel, über dessen utopischen Charakter und über dessen fragwürdige Methoden, sie zu erreichen, wir ja sehr schnell einig sein werden, aber die Mobilisierung von Menschen, sozusagen absichtslos ihre Probleme vor Ort in Angriff zu nehmen, das scheint mir der Kernpunkt von Basisarbeit zu sein, das scheint mir der Kernpunkt auch derjenigen grundsätzlichen Begriffe zu sein, die ich unter Leistung, nämlich Leistungsmotivierung des Einzelnen und unter Solidarität verstehe. Wenn wir das in einen etwas weiteren organisatorischen Rahmen auch der sozialen Dienste stellen, dann ergeben sich rasch die Konsequenzen für mein viertes Stichwort, Rahmenbedingungen, welche gesetzlichen Folgen hat das? Welche gesetzlichen Ermäßigungen und Begünstigungen für eine solche Basisarbeit können wir denn von den politischen Gremien aus dafür leisten?

Der fünfte und letzte meiner Punkte. Wie gesagt, Herr Stoltenberg ist auf ihn schon zurückgekommen, auch da beziehe ich mich ein bißchen auf Herrn Schelsky, der ja sehr pointiert gesagt hat, in den ersten 25 Jahren haben wir mit vollem Recht dem Wirtschaftlichen und dem Sozialen unsere Hauptaufmerksamkeit gewidmet, und dem muß unsere Aufmerksamkeit ebenso weiter gewidmet bleiben. Erfolg aber kann das nur haben, wenn ihm zur Seite tritt ein weiterer Bereich auch organisatorisch und in der ganzen Planung, in dem eben Erziehung, Wissenschaft, Information und Kultur im weitesten Sinn zum Gegenstand politischer Arbeit gemacht wird. Er hat ja da alle möglichen Strategien auf dem Gebiet gegenüber den verschiedenen Gruppen, Wort- und Sprachstrategie und Strategie in Bezug auf die bestehenden Institutionen genannt, das will ich alles nicht vertiefen, sondern, indem ich das nenne, nur andeuten. Das ist nicht einfach nur die Fortsetzung einer koordinierten Schulpolitik und die Fortsetzung einer koordinierten Bemühung, daß unsere Rundfunkräte also auch diese und jene Sachen machen, sondern es ist sehr viel mehr, sowohl an inhaltlicher wie auch an organisatorischer Arbeit.

Wenn wir auf diesen Gebieten durch die Partei in ihrer eigenständigen und in ihrer vorrangigen Rolle rasch zu einer Verständigung über die Aufgaben und dann vor allem auch zu einer Einigung über erste Organisationsaufträge dafür kommen, dann, glaube ich, sind wir auf dem Weg, auf dem sich entscheiden wird, ob wir Erfolg haben

---

33 Vgl. von Weizsäcker in der Aussprache über die Regierungserklärung am 24. Januar 1973 (Sten.Ber. 7. WP 8. Sitzung S. 183–186, hier S. 185f.).

werden, Herr Katzer, Freunde zu finden, die wir brauchen, und auch, ob wir Erfolg haben werden in der Fraktion, wenn wir unsere Politik in der Fraktion, Rahmenbedingungen zu setzen für solche in der Partei erarbeiteten Dinge. Dann wird eben auch einsichtiger werden, daß und warum wir diese und keine anderen Sachen in der Fraktion machen. Und deswegen glaube ich wirklich, daß es unsere Aufgabe ist zu erkennen, wie ungeheuer wichtig die Parteiarbeit ist. Es ist viel gemacht worden in der Vergangenheit auch auf dem Gebiet. Die großen Diskussionen auf den Parteitagen haben uns sehr viel genützt, aber ich glaube, daß wir eben zunächst diese Organisationsaufträge entweder auf den von mir genannten fünf Gebieten, oder auch auf anderen, über die wir uns verständigen werden, möglichst noch vielleicht morgen in ersten Ansätzen finden müssen, denn das ist die Aufgabe, die wir jetzt und die dieser Kreis zu lösen hat. Und schließlich, um an den Anfang wieder anzuknüpfen, am Erfolg über diese Aufgaben werden sich natürlich dann auch, und ich würde sagen, ganz legitimerweise, die Chancen und die Entscheidungen in bezug auf die Personal Dinge am organischsten ergeben.

*Mikat:* Ich will vorweg einen Satz sagen, damit ich jetzt nicht mißverstanden werde bei dem, was dann folgt. Ich glaube – ich will den Schlußsatz vorwegnehmen –, daß die CDU jetzt und in Zukunft eine entscheidende Rolle hat. Das heißt, ich halte sie geschichtlich nicht für überholt. Und nun, was das vielleicht in Frage stellen könnte.

Ich will das ganz kurz erläutern. Erstens, ich bin der Ansicht, wir müßten diese Diskussion auch führen, die wir jetzt führen, wenn wir am 19. November einen überzeugenden Wahlsieg errungen hätten. Ich halte es für verfehlt zu glauben, wir führen diese Diskussion aus dem Erlebnis der Niederlage heraus. Wir müßten sie auch führen, wenn wir gewonnen hätten, weil wir, insgesamt – so vorsichtig man mit Diagnosen über seine eigene Zeit sein soll – in einer Zeit des Umbruchs stehen, der sehr schwer historisch einzuordnen ist. Ich persönlich glaube, daß eine ganze Phase der Kulturgeschichte im Augenblick zu Ende geht, ohne daß ich in der Lage wäre, schon exakt die neuen Inhalte der neuen Phase bestimmen zu können.

Zweitens, wir haben davon auszugehen, daß die CDU und die CSU in einer exzeptionellen Lage der deutschen Geschichte entstanden sind, die es politisch relevanten Kräften angesichts des unmittelbaren Erlebnisses mit dem nationalsozialistischen Perversenstaat ermöglichte, einmal in eine stärkere Besinnung zu vorher in der deutschen Politik überhaupt nicht in dem Umfang relevanten christlichen Elementen wieder einzutreten. Zum anderen, sie ermöglichte es, erstmals seit Aufkommen der demokratischen Bewegung, ohne das Korsett des monarchischen Gedankens, den betont kirchlich gebundenen Kreisen nicht nur für eine bestimmte Phase die sogenannte geistige Klimabildung zu beeinflussen, sondern am Staatsaufbau stärker als in der Weimarer Zeit, wo man nur mitbestimmte durch die berühmte Prozentalfunktion des Zentrums, den Staatsaufbau entscheidend zu bestimmen. Sehr früh, nämlich schon Anfang der 50er Jahre, hatten allerdings einige Theoretiker darauf aufmerksam gemacht, daß diese Phase eine Phase des Übergangs sei, wo man nicht genau wisse, wohin es denn eigentlich wieder pendeln würde. Es zeigte sich nämlich sehr bald, daß dieses geistige Klima überhaupt nicht ohne weiteres an die Lage vor 1933 anknüpfte, sondern Aus-



druck einer Sondersituation war und daß mit einem Anknüpfen an die geistige, säkularisierte Klimabildung der Epoche vor 1933 zumindest gerechnet werden mußte.

Drittens, die Ordnungsvorstellung. Wobei ich durchaus einräume, daß das, was ich hier jetzt ganz kurz thesenartig vortrage, natürlich sehr viel differenzierter vorgetragen werden müßte. Aber ich halte es doch für wichtig, das mal festzuhalten. Die Ordnungsvorstellungen der CDU/CSU entwickelte diese Partei nach 1945, also nach ihrer Entstehung, vornehmlich gar nicht aus sich selbst heraus, sondern sie wurden ihr – freilich in enger Verschränkung mit den Produzenten, sprich also hier z. T. den Kirchen – geliefert, freilich in enger Beschränkung. Auch die wichtige Idee der Sozialen Marktwirtschaft ist ja nicht innerhalb der CDU/CSU entstanden, sondern die Soziale Marktwirtschaft löste in rascher Folge eine vorher in der CDU zumindest virulente Phase der Übernahme von mehr aus dem christlichen Sozialismus heraus geprägten Vorstellungen ab, bewies allerdings in ihrer ersten Phase ihre außerordentlich große Volksstärke, was ja dazu geführt hat, daß bestimmte Sozialvorstellungen vor 1948 dann in den Hintergrund treten würden. Übrigens weise ich daraufhin, der erste, der das vorausgesagt hat, ist Röpke<sup>34</sup> 1942 gewesen. Er hat nämlich geschrieben, ob diese Vorstellung von der Civitas Humana sich durchsetzen würde, wäre eine Frage, ob sie jemals in einem Staate Erfolg haben würde. Ist ganz interessant. Er hat gesagt, ob das sich durchsetzt, gegenüber etwa zwangswirtschaftlichen Modellen, ist eine Frage, ob die Chance besteht, daß es einmal Erfolg hat. Ist ganz interessant, 1942, ich darf darauf aufmerksam machen, ist das Buch erschienen. (*Zwischenruf*.) Herr Schäfer, ich darf vielleicht genau so ruhig zu Ende führen, wie alle anderen Redner bisher vor mir? (*Diskussion*.) Es war kein Angriff auf die Soziale Marktwirtschaft. Ich wäre doch auch dankbar, wenn ich mal ganz kurz einen Gedanken zu Ende sprechen kann.

Dabei wurde wahrscheinlich nicht früh genug gesehen, daß es bei uns in der CDU/CSU gerade durch die unmittelbare – das ist kein Schuldvorwurf, sondern Ausdruck der Notwendigkeit, die damals existierte – Bezogenheit auf den materiellen Wiederaufbau des Gesamtgefüges zu einer Begrenzung oder, ich würde mal sagen, Einengung des Gesellschaftspolitischen auf den Bereich des unmittelbar Sozialpolitischen kam, und daß die strukturellen Probleme gegenüber den jeweils zu leistenden Nahzielen eine gewisse Verkürzung erfuhren. Das galt nicht für den die ältere Tradition der christlichen Soziallehre immer beibehaltenden Flügel der Partei. Wohl aber wurde in den Handlungsvollzügen etwa die Idee der Ehe- und Familienrechtsreform, etwa die Idee einer Strafrechtsreform, etwa die Idee einer Demokratisierung des Gemeinwesens, die Idee etwa, ich will nur mal die Dinge nennen, die wir heute als gesellschaftliche Probleme sehen, nicht von uns heraus entwickelt, sondern sie wurden weitgehend an uns herangetragen, und wir versuchten zu reagieren. Die empfindliche Schwäche mußte in dem Moment eintreten, in dem unsere klassischen Produzenten infolge der Schwierigkeiten im eigenen Betrieb teils die Produktion einstellten oder teils die Produktion umstellten. Das heißt, die Kirchen fielen als Lieferanten z. T. aus. Die Gründe

---

34 Dr. Wilhelm Röpke (1899–1966), Nationalökonom; 1937–1966 Professor am Institut des Hautes Etudes Internationales in Genf. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1119 Anm. 68.

will ich hier nicht untersuchen. Es ist das gute Recht für jedermann auszufallen, es ist auch nicht unsere Aufgabe, hier jetzt gewissermaßen in die Sache hereinzuschlüpfen, wir sahen nur, daß wir spätestens Ende der 60er Jahre, spätestens, aber wahrscheinlich schon früher – ich sage ja, wahrscheinlich schon früher –, spätestens Ende der 60er Jahre auf einmal das vorfanden, was also Fetscher<sup>35</sup> – und ich meine mit Recht – die „ideologische Lücke“ nennt. Ich warne davor, etwa zu glauben, es gäbe bei uns die Möglichkeit, einen Rekurs auf ältere Modelle erfolgreich noch verwirklichen zu können. So sehr ich also, gar keine Frage, sicherlich linken Experimenten abhold bin, so sehr muß ich doch auch sagen, daß ich glaube, daß es notwendig ist, daß wir in Bereichen der Gesellschaftspolitik sehr nüchtern und realitätsbezogen etwa mal fragen, welche Entwicklungen sind zwangsläufig und hängen ganz einfach mit sachlogischen Strukturen in der Gesellschaft zusammen. Welche der früher paläoliberalen Vorstellungen, das ist die Schwierigkeit der FDP, gehört heute zum Gemeingut des modernen Verfassungsstaates überhaupt, welche der früher sogenannten sozialistischen Vorstellungen sind aber ebenfalls in das Gemeingut eingegangen, auch das kann nicht geleugnet werden. Die Schwierigkeit z. B. in der Diskussion mit der katholischen Kirche liegt darin, daß die Annahme, Sozialismus minus Atheismus – denn das, was die katholische Kirche beim Sozialismus primär bekämpft hat, war ja Atheismus – in dem Moment, wo das auf einmal als Gebilde erscheint, gar nicht mehr zwangsläufig atheistisch ist. Das ist nicht die deutsche Situation, aber die italienische Situation zur Zeit. Man sagt nicht, das ist unsere Soziallehre, aber immerhin, da haben wir doch sehr viel Gemeinsamkeiten, und man sagt etwa – ich will Ihnen den Stand etwa mal der katholischen Theorie außerhalb Deutschland wiedergeben, die hierher überschwappt, und die Professoren sind munter dabei – der Spätkapitalismus läuft aus, der Sozialismus ist eine begleitende Phase des Spätkapitalismus gewesen, und es wird eine Art tertium comparationis daraus geben. Ich sage nicht, das ist meine Meinung, ich sage nur, damit haben wir zu rechnen.

Nun muß man wissen, daß wir vielleicht in der Diskussion – und dieser Fehler sollte uns nicht noch einmal passieren – der zurückliegenden Zeit einen Fehler gemacht haben. Wir haben die Konkretisierungen unserer Wertvorstellungen selbst als außergeschichtlich gültig und statisch hingestellt, ohne zu sehen, daß die Konkretisierungen eines sich zwar nicht verändernden Grundwertes selber wiederum immer veränderbar, variabel sind. Das heißt, es gibt keine außergeschichtlich gültige Konkretisierung. Es gibt infolgedessen überhaupt keine einmal fixierte Gesellschaft, sondern die Gesellschaft verändert sich. Ich halte es auch für völlig töricht, wenn die CDU etwa sagt, sie wollte keine Gesellschaftsveränderung. Die Gesellschaft verändert sich, ob sie will oder nicht. Die Frage ist nur, welchen Einfluß wir auf den Prozeß der gesellschaftlichen Veränderungen nehmen und daß wir eben die Sprengung der Gesellschaft ablehnen, aber daß sie sich verändert, da können wir uns sechs Mal hinstellen und sagen, das

---

35 Dr. Iring Fetscher (geb. 1922), Politikwissenschaftler; 1963–1987 Professor an der Universität Frankfurt/Main.

wollen wir oder nicht, das ist um so mehr, als sie in ein internationales Geflecht eingezogen ist.

Was bedeutet das konkret? Das bedeutet meiner Meinung nach konkret jetzt, und damit will ich aber schließen, daß wir in den einzelnen Fragen immer gleichzeitig unter Einbezug natürlich der europäischen Integrationsbemühungen, die wir ja für unsere gesellschaftliche Ordnung und Vorstellung haben, unsere jeweiligen Maßnahmen, die wir an unseren Grundwertvorstellungen messen – darüber wäre im einzelnen sehr viel zu sagen, wie dieser Prozeß sich abspielt – auf ihre gesellschaftliche Funktionalität prüfen. Das heißt, sowohl das Wettbewerbsrecht wie das Bodenrecht wie auch der Eigentumsbegriff, das Eigentumsrecht, können niemals außergeschichtlich gesehen werden, sondern müssen in ihrer Variabilität gesehen werden. Und da will ich nun einen Punkt Ihnen nennen, meine lieben Parteifreunde, es hat in der Akzentuierung der Grundwerte des modernen Verfassungsstaates, wenn ich es richtig sehe, eine Verschiebung stattgefunden. Das heißt, die Elemente Freiheit und Gleichheit werden nicht in jeder geschichtlichen Phase gleich stark von der Mehrzahl der Rechtsgenossen intendiert, sondern hier finden Akzentverlagerungen statt. Ich glaube, daß heute an die Stelle des alten individualistischen Freiheitsbegriffes ein stärkerer Zug zunächst zu mehr Gleichheit, und zwar unter Umständen sogar in einem negativ nivellierendem Sinne, zu verzeichnen ist, den es aufzufangen gilt, ja, daß man glaubt, man könne seine individuelle Freiheit nur unter einem Mehr an Gleichheit realisieren. Man wird also sich sehr genau überlegen müssen, nicht im Sinne des einem Trend Nachgebens, sondern im Sinne einer gesellschaftlichen Ortsbestimmung, ob wir nicht in der Tat etwa jetzt prüfen müssen, wie ist das eigentlich mit dem Problem der menschlichen Selbstbestimmung. Die Diskussion über Leistung, die wir hatten im Deutschen Bundestag, war hoch interessant in diesem Zusammenhang. Wie ist das mit Selbstbestimmung am Arbeitsplatz, welche Bedeutung haben von hier her Mitbestimmungsmodelle? Wie ist es etwa mit der Unternehmensverfassung auf diesem Gebiet? Auch hier sollten wir uns beim Durchdenken der neuen Modelle nicht einfach gebunden fühlen an Parteitagsbeschlüsse. Wir bekommen das nur in den Griff, wenn wir – selbst unter Bereitschaft, einmal getroffene Parteitagsbeschlüsse umzustoßen, wir brauchen deshalb nicht ein neues Programm, das will ich nicht sagen – noch einmal sehr genau prüfen, inwieweit hier die Fortentwicklung von uns zu leisten ist, wenn wir den jeweils, ich würde sagen, den Bezug nach vorn, nicht im Sinne einer falsch verstandenen Progressivität, herstellen und sehen, welche neuen Akzentuierungen – nicht deutschen, denn es kann durchaus sein, daß unsere deutsche Lage überhaupt nicht mehr so ganz typisch ist, sondern daß wir gewissermaßen hier noch in Nachholphasen leben – von außen als ganz neue Modellvorstellungen etwa auch aus einem europäischen Verbundsystem reinstreben.

Ich will hier abschließen. Mir ging es nur darum, einmal die Prinzipien darzulegen, von denen her, meiner Meinung nach, ein solcher Prozeß geleistet werden könnte. Nur wenn die CDU das in Angriff nimmt – die Antworten, Herr Schäfer, werden sehr variabel sein – dann wird sie weiterhin eine geschichtliche Aufgabe gewinnen, denn sonst hätte sie nur eine, freilich sehr bedeutsame, einmal gehabt. Das wäre zwar eine Lei-

stung, aber für die, die hier sitzen, kein Trost. In diesem Sinne wollte ich das verstanden haben.

*Schwarz-Schilling:* Herr Vorsitzender, liebe Kollegen, zunächst einmal ein Wort zu den Grundsatzfragen. Herr Langguth und ich wir haben uns bemüht, das etwas schriftlich vorab zu formulieren.<sup>36</sup> Ich möchte das hier nicht wiederholen, ich gehe davon aus, daß man das gelesen hat. Ich möchte nur einige wenige Punkte dazu sagen. Wenn wir heute sagen, daß wir die geistige Führung verloren haben und anschließend die politische, dann ist das nur aus der langfristigen Überlegung der Ursachen zu verstehen. Wir haben uns bemüht darzulegen, daß die geistige Bewegung, die in unserer Partei, theoretisch durchdacht vorwiegend von der neoliberalen Schule und von der katholischen Soziallehre her, die Anfangsjahre positiv bestimmen konnte, weil wir zu einer Synthese dieser beiden an sich nicht miteinander im Theoretischen verknüpften Modelle in der praktischen Politik gekommen sind.

Zwei Dinge, die Soziale Marktwirtschaft, das Wort sozial ist der absolute Einfluß aus dieser theoretischen katholischen Soziallehre, Marktwirtschaft ist die andere Komponente des neoliberalen Gesellschaftsverständnisses – ich würde fast eher sagen, Wirtschaftsverständnisses –, das in der Sozialen Marktwirtschaft schon etwas stärker zur Gesellschaft hin orientiert wurde. Was zu bedauern ist – und das möchte ich hier in allem Freimut sagen –, ist, daß im Grunde genommen eine aufeinander zugewandte Diskussion dieser beiden theoretischen Zentren in den nächsten Jahren weniger denn je der Fall war. Die Neoliberalen haben sich auf die Wirtschaft konzentriert, während sich die katholische Soziallehre vornehmlich mit ihren Problemen beschäftigte, wobei mir etwas zu stark – ich sage hier meine Auffassung dazu, die ich zusammen mit Herrn Langguth teile – der a priori gefaßte Allgemeinwohlbegriff im Mittelpunkt stand, der nämlich mit dem anderen theoretischen Modell, dem wir mindestens den gleichen Chancen- und Erfolgsgrad zu verdanken haben, nämlich eines liberalen Staates mit seinen Marktprinzipien, überhaupt nicht in irgendeiner Übereinstimmung gestanden hat. Ich bin also der Auffassung, die Sie hier gesagt haben, Herr von Weizsäcker, wie auch Professor Mikat. Ich möchte allerdings eines dazu sagen, daß die Konsequenz, daß es mehr zur Gleichheit geht im Moment, heute so zu sehen ist, daß die Ansätze heute in unserer Gesellschaft durchaus wieder zur anderen Linie hingehen. Ich möchte hinweisen auf die einführenden Worte von Frau Noelle-Neumann, die als Einleitung galten, wo sie glaubt, daß die Achtung vor dem Freiheitsraum des Individuums aus vielen Gründen ein Kernbereich der CDU-Konzeption sein müßte; es sei falsch, wenn nicht sogar hochmütig anzunehmen, nur Intellektuelle und Oberschicht interessierten sich dafür. Dies scheint mir ein ganz wesentlicher Punkt zu sein für unser künftiges Selbstverständnis auch in der Partei.

Es scheint mir also wichtig zu sein, daß diese Neuformulierung der Grundsätze, wie sie in der Grundsatzkommission in Angriff genommen wurde, einer der wichtigsten Punkte überhaupt ist. Man muß also wirklich dankbar sein, wenn man jetzt schon auch einige Vokabeln hört aus dieser Kommission, die einen etwas hoffen läßt. Das ist also

---

36 Papier Langguth/Schwarz-Schilling in ACDP 07–001–611.

erstmalig in ihrem Bericht in Wiesbaden zutage getreten und auch in anderen Diskussionen. Man merkt, wie da die Intellektuellen – ich denke hier eben auch an die Aufsätze von Schelsky – wieder eine Basis geben für eine fruchtbare Diskussion für die CDU, was es ja eigentlich in den früheren Jahren überhaupt nicht mehr gegeben hat. Das ist ein entscheidender neuer Punkt. Nur müssen wir uns über eines im klaren sein, daß diese Fragen erst ganz, ganz lange Wirkungen haben, und die gehen also praktisch wieder zurück bis in die Schule. Erst diejenigen, die davon wieder etwas gehört haben, werden dann später als „neue“ Jugendjahrgänge unter Umständen langfristig politische Dinge entsprechend gestalten können. Man soll nicht glauben, jetzt schnell diese Dinge wieder aufheben zu können, die die SPD seit 15 Jahren mit den Intellektuellen gemacht hat, und die ihr jetzt den Sieg gebracht haben. Ich möchte nur sagen, daß wir zwei Hauptaufgaben haben, nämlich diese der Grundsatzposition, und dann die, die auch von Herrn von Weizsäcker genannt worden ist, nämlich die Übertragung dieser Grundsätze in die Bevölkerung hinein, was ein organisatorisches, taktisches Problem unserer Partei ist, das bis heute total ungelöst ist und auch als Aufgabenstellung in dieser Priorität bisher nicht gekannt wurde.

Zum nächsten, zur konkreten Politik. Ich möchte den Ausführungen von Herrn Kohl voll zustimmen, daß die Erwartungen, die hier an den Bundesvorstand gestellt werden, so sind, daß wir hier jegliche Diskussion zu führen haben und diese Diskussion nicht in irgendeiner Weise abgeblockt werden kann. Ich sage das ganz bewußt, auch Ihnen gegenüber, Herr Köppler, aus einer eigenen Erfahrung heraus. Wir hatten in der Klausurtagung in der Lochmühle eine ausgezeichnete Diskussion. Bis auf einen Punkt, nämlich den der Mitbestimmung. Und da gab es dann hier einige, das möchte ich einmal mit Deutlichkeit hervorheben, die meinten, wir sind ja sowieso nicht kompetent dazu, das würde doch nur alles verwirren, man sollte diesen Punkt möglichst ausklammern.

Ich möchte daran erinnern, daß Herr Hasselmann, Herr Kollege Stoltenberg und ich uns bis zuletzt gegen diese Position gewehrt haben und gesagt haben, wir müssen das hier im Bundesvorstand diskutieren. Das wurde dann mit Mehrheit in diesem Bundesvorstand abgelehnt mit der Konsequenz, daß man nachher Monate gesagt hat, der Bundesvorstand hat eine klägliche Rolle gespielt, denn in der wichtigsten Frage hat er keinerlei eigene Stellungnahme in die Partei hinausgegeben. Ich möchte also sagen, daß ich in diese Rolle auch heute nicht mehr kommen will. Ich gehöre diesem Gremium an und möchte über alle Fragen hier in diesem Vorstand diskutieren.

Ich möchte also deswegen auf die Fragen, die Herr Kohl hier aufgeworfen hat, eingehen. Ich bin persönlich immer ein Freund einer größeren Aufteilung gewesen, das kann man aber in der jeweiligen Situation anders beurteilen. Ich habe, nachdem die Dinge anders entschieden worden sind, mich absolut loyal hinter diese neue Konzeption, wie sie seit Saarbrücken bestanden hat, gestellt. Ich möchte allerdings sagen, daß ich nicht glaube, daß das ein Dogma sein darf und daß die Frage, wie Parteipositionen aufgeteilt werden, jeweils von der Lage des personellen Angebots und der sachlichen Kompetenzen und natürlich auch von der psychologischen Situation draußen mit bestimmt werden müssen. Und da möchte ich sagen, daß ich dem Argument, daß es unter

Umständen eine Lädierung des Fraktionsvorsitzenden bedeuten könnte, nicht das Gewicht beimesse, weil ich glaube, daß das Ganze nur eine Frage des Verständnisses ist von Führungsmannschaft im echten Sinne und natürlich nur ein höheres Maß von gegenseitigen Spielregeln und von Fairneß verlangt, um ein solches glaubwürdiges Team als Führungsmannschaft auch tatsächlich in der Öffentlichkeit darstellen zu können. Nur aus dem Mißtrauen heraus, daß das nicht gelingt – so wird meistens argumentiert –, es nur einer sein kann, um nicht ein verschiedenartiges Erscheinungsbild abzugeben und damit eine Unklarheit herbeizuführen. Ich sehe das so nicht, sondern im Gegenteil als Aufforderung an die Partei und an die Funktionsträger, sich in dieser Weise eben noch mehr zu disziplinieren, um somit eine größere Offenheit unserer Partei zu ermöglichen.

Der zweite Punkt, der hier genannt worden ist, ist die Personaldiskussion draußen. Was Herr Katzer gesagt hat, ist völlig richtig. Es wäre unreal zu glauben, daß die nicht einträte. Derjenige, der sie als Grundsatz ablehnt oder davor große Befürchtungen hat, muß dann natürlich dafür sein, daß dieser Parteitag sehr schnell stattfindet, denn die Personaldiskussion wird stattfinden. Wer dies als eine große Gefahr ansieht, müßte dafür plädieren, daß der Parteitag recht schnell über die Bühne geht, um sie abzublocken.

Ich möchte nun zum Abschluß in dieser Frage nur eines sagen: Ich glaube, es gehört zu dieser Situation, in der sich unsere Partei befindet, auch tatsächlich ein neues Verständnis unserer Position und der Einzelnen in dieser Partei. Ich glaube, daß es zum legitimen Recht jedes Parteimitgliedes gehört, in welcher Funktion er auch immer ist, Kandidaturen anzumelden. Wo immer es ist, und es ist wahrscheinlich richtig, diese Kandidaturen in dem Gremium anzumelden, das dafür geschaffen ist. Ich habe bedauert, Herr Katzer, das Wort „parteischädigend“ überhaupt in einen solchen Zusammenhang zu bringen, weil das eine Auffassung von Partei ist, die ich zumindest für mein Selbstverständnis in der CDU nicht habe. Diese Partei braucht eine Offenheit, um den großen Bogen wieder zu bekommen, den wir brauchen, wenn wir ein Volkspartei sein wollen. Wenn wir der Auffassung sind, daß diese Partei nur mit einer Zunge sprechen darf, dann werden wir auch nur einen bestimmten Ausschnitt in der Bevölkerung künftig ansprechen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die Offenheit unserer Partei nur eine erhöhte Disziplin der Führenden voraussetzt, die Meinung des anderen zu respektieren, ihn deswegen nicht herunterzumachen, und, wenn einmal die Entscheidung gefallen ist, loyal zur Entscheidung zu stehen, trotzdem nicht zu meinen, daß mit dieser Entscheidung die Wahrheit gefunden wurde. Denn das ist ja das Mißverständnis von Demokratie überhaupt, daß man meint, Mehrheitsentscheidungen seien Wahrheitsfindungen. In dieser Weise muß man also der Auffassung sein, daß hier innerhalb unserer Partei ein Lernprozeß einsetzen muß, daß man weiß, daß es verschiedene Auffassungen von Parteimitgliedern gibt und geben soll, daß es nur Spielregeln zu geben hat, wie diese in den gesamten Bogen eingefangen werden können. Wenn wir nicht diese innere Liberalität uns aneignen, wird die Freiheit in unserem Land draußen von dieser Partei nicht mehr gestaltet werden können. Das dürfte meines Erachtens überhaupt die große Alternative dieser unserer Partei sein, die eben

nicht eine Kaderpartei ist. Wenn sie Kaderpartei werden wollte, wird sie in Wirklichkeit keine Alternative mehr zur Sozialdemokratie sein. Sie muß vielmehr dieses andere Selbstverständnis eines liberalen Staates und einer freiheitsbezogenen Gesellschaftsordnung zu ihrer eigenen Spielregel machen. Aus diesem Grunde möchte ich hier nur nennen Positionen, wie sie von Herrn Kiep dargestellt werden, obwohl ich beim Grundvertrag eine andere Position beziehe: Dies darf nicht als Verkettung von Wahrheit und ähnlichen Dingen diffamiert werden, auch von eigenen Parteifreunden, sondern es sollte eigentlich genügen zu sagen, daß er die und die Auffassung vertritt und Sachargumente anführt, ohne gleich die Meinung des anderen herunterzumachen. Das sind also Dinge, die meines Erachtens künftig in das Selbstverständnis dieser unserer Partei hineingehören, um den Bogen wiederzufinden, den wir brauchen, um wieder eine Volkspartei zu werden.

Ich möchte zum Abschluß noch sagen, wir sollten der ganzen Situation heute eine positive Wendung geben, weil wir wahrscheinlich selten in der Lage sein werden, auch das als Chance zu begreifen: Wann werden wir denn jemals wieder so tief über uns nachdenken als in dieser Situation? (*Beifall.*) Wenn wir diese Chance nicht ergreifen, wird es bis in die 80er Jahre dauern. Dann würde die Kremp'sche These als Möglichkeit, daß wir aus der Epoche geworfen werden, mit Sicherheit eintreten. Wenn wir diese Diskussion so auffassen – und Herr Katzer, das wäre auch wichtig, die Diskussion zwischen Sozialausschüssen und Wirtschaftsrat auf einer ganz anderen Ebene wieder aufnehmen, nicht auf einer Ebene taktischer Vorteile hier, Nachteile dort, Punkte sammeln hier, Punkte sammeln dort, sondern wirklich wieder von dem dahinter liegenden Selbstverständnis, was unsere Partei machen muß –, dann werden wir auch wieder dieses geistige Zentrum werden, um die Möglichkeit einer Volkspartei darzustellen. Diese Chance sollte gegeben sein. Ich hoffe nur, daß das nicht der letzte Zusammenkunftstermin ist, wo wir so diskutieren, daß das eine Angelegenheit wird, die sich nun stärker und stärker auch organisatorisch in unserer Partei kristallisiert, um solche Diskussionen und Vertiefungen, und damit auch wieder Zentren unserer Partei zu schaffen.

*Lemke:* Ich habe gleich nach der Wahl am 20. November schon einiges gesagt und werde mich bemühen, nicht unnötig zu wiederholen. Nur aus dieser Situation der Diskussion heraus: Ich möchte ganz eindeutig sagen, daß ich die Verantwortung mittrage und mich dazu auch draußen in unseren Parteiversammlungen bekenne. Ich gebe Herrn von Weizsäcker sehr recht mit seinen Gedanken, wir sollen unser Gewicht mehr auf die anderen Begegnungen mit den Gruppen unseres Volkes legen. Was wir seit April in diesen entscheidenden Beschlüssen gemacht haben, war ja eigentlich alles einmütig. Ich weiß auch genau, wer dagegen gestimmt hat und wer sich enthalten hat. Das waren alles Beschlüsse dieses Gremiums, das muß festgehalten werden, und unser Vorsitzender, das muß ich sagen, hat viel mehr geleistet, als seine Pflicht war. Nun sind die Würfel gefallen, und heute ist also das Wort von unserem Freunde Helmut Kohl hier erklungen. Es ist richtig, es ist sogar besser, er hat es gesagt, als er hätte hier geschwiegen, und wir hätten dieses Kapitel gar nicht erörtert, und es wäre dann in der Presse. Und ich meine, das ist gut, deswegen brauchen wir keine voreiligen Schritte

nun zu machen. Ich bin allerdings anderer Ansicht als Herr Schwarz-Schilling. Ich meine, nun ist nicht die Frage, den Parteitag so schnell wie möglich zu machen, sondern ich würde es sogar als lebensgefährlich ansehen, denn dann würde man ja sagen, nun haben sie die Wahl verloren, nun wollen sie wieder ihren Vorsitzenden absetzen. (*Unruhe und Diskussion.*) Dann habe ich Sie falsch verstanden, das freut mich sehr. Das Wort steht im Raume. Wir haben ja alle das Gefühl, daß das eine gute Aussage von unserem Vorsitzenden und auch von Helmut Kohl war, wir müssen mit ihr leben, und die Presse wird sich noch damit beschäftigen. Aber wir selbst, wie Köppler sagt, sollen uns darin Zurückhaltung auferlegen, und dann ist dieses Thema ein reelles Thema für den Parteitag irgendwann im Herbst.

Nun komme ich noch mal zur Analyse von heute morgen. Ich bin bei der ganzen Analyse am meisten erschüttert, daß dieses tatsächlich im Volke verankert ist. Ich habe während des Wahlkampfes wie Sie alle dagegen angekämpft, die SPD sei eine arbeitnehmerfreundliche Partei und wir seien die Partei der Reichen und der Unternehmer, und dann die Tatsache, die Abhängigen werden immer mehr, die Selbständigen immer weniger. Dann kommt hinzu, was wir alle wissen: Der Klassenkampfgedanke ist in der Bevölkerung nicht uninteressant, und der Neutralismus greift um sich. Ich sprach ja damals schon von der Konföderation, die auch nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen ist. Sie muß nicht sein, wir werden versuchen, es zu verhindern, aber die Gefahr besteht bei allen weiteren Verträgen.

Warum haben wir nicht die Darstellungskraft? Wir haben doch nun heute wirklich vorzügliche Beiträge gehört, ich meine auch auf der etwas philosophischen Ebene. Warum ist es nicht möglich, diese Gedanken so darzustellen, daß wir sie in der Bevölkerung so ausdrücken und so zu Herzen bringen, auch zum Verstande natürlich, daß dieses Image, was wir eben gehört haben von den Sachverständigen, beseitigt wird? Warum hat man, Herr von Weizsäcker, z. B. in Ihrer Grundsatzkommission nicht gleichzeitig eine Unterkommission, die versucht, diese vorzüglichen Gedanken zu formulieren? Danke für Ihre Rede im Bundestag, die sich auf demselben Gebiet bewegte und die Kontroverse zwischen Freiheit und Gleichheit aufstellt. Warum können wir uns nicht mal diesem Kapitel zuwenden?

Nun hat der Vorsitzende, ich komme zum nächsten Punkt, von sich aus verschiedene Dinge angesprochen, wie er es als Vorsitzender muß. Er hat sie angesprochen, er hat sie nicht vertieft. Er nannte den Grundvertrag, da sind wir klar, den § 218, die Mitbestimmung. Sie sagen das DGB-Modell ist unannehmbar, damit haben Sie aber meines Erachtens die Türe geöffnet, daß man dieses Kapitel in unserem Programm ansprechen kann und soll. Ich kann Ihnen leider keine Vorschläge dafür machen, es ist auch nicht meine Aufgabe. Sie haben gesagt, dieses apodiktische Fordern, wir wollen den europäischen Bundesstaat, das kann ein Fernziel bleiben, aber wir haben wegen der Aktualisierung Europas – und das ist meines Erachtens immer noch ein blendender Gedanke – eine Konstruktion vorzuhalten, die in der nächsten Zeit möglich sein wird. Sie sprachen davon, wir müssen davon ausgehen, daß wir zwei Staaten auf deutschem Boden haben, und Sie haben die Bundespräsidentenwahl 1974 angesprochen. Das sind natürlich Punkte – einige haben auch noch von der Bodenreform ge-



sprochen –, die wir schon morgen vielleicht präzisieren können, das ist auch mein Anliegen.

Die Gesellschaft verändert sich, das wissen wir. Nur, ich sage, die gesellschaftlichen Veränderungen sind für uns kein Anlaß, sie auf jeden Fall mitzumachen. Wir können gesellschaftliche Veränderungen fördern, wir können aber gesellschaftliche Veränderungen auch hemmen und verhindern. (*Zwischenruf*: Es ändert sich nicht ohne Beeinflussung!) Ich meine, wir können von Staats wegen – wir haben ja doch immerhin Einfluß in den Parlamenten, in der Regierung leider nicht, aber in den Ländern – etwas beschleunigen, und wir können etwas hemmen. Ich habe gar keine Sorge, auch draußen zu sagen, in einigen Punkten bin ich sehr wohl gewillt, eine Veränderung zu verhindern. Das ist eine Aussage, die wir allein schon deswegen machen müssen, um die 45 % zu halten. Das sind nämlich diejenigen, die von uns eine solche Aussage erwarten, daß wir nicht partout eine gesellschaftliche Veränderung beschleunigen wollen, sondern daß wir wegen unserer Grundwerte das eine oder andere anders gestalten wollen.

Die FDP ist hier noch nicht so deutlich angesprochen worden. Ich habe es schon am 19. oder am 20. November gesagt, ich habe es auch schon mal häufiger früher gesagt. Ich meine, hier ist ein Kapitel, was sehr sorgsam behandelt werden muß, denn ich sehe die Sache genau so ernst an, wie Herr Mikat, wie Herr von Weizsäcker, wie Herr Schwarz-Schilling. Wir haben die absolute Mehrheit 1976 nicht, und wir haben uns einfach darum zu bemühen, zu einem möglichen Koalitionspartner bessere Beziehungen herbeizuführen. Ich habe damit eigentlich alles gesagt. Im übrigen bedanke ich mich sehr für diese ausgezeichnete Diskussion, obgleich es nicht meine Aufgabe ist, mich zu bedanken, aber ich finde, wir haben einen wirklich guten Nachmittag verbracht. (*Zwischenruf*: Der ist noch nicht zu Ende!)

*Windelen*: Wir haben Grundsatzfragen, Sachfragen, Organisationsfragen und Personalfragen nebeneinander diskutiert, das ist sicher nicht die vorteilhafteste Form, aber sie ist wohl unvermeidlich. Ich würde nur wünschen, daß die begonnene Diskussion über die Grundsatzfragen dann auch in der Grundsatzdiskussion fortgeführt und vertieft werden kann, weil das sicher hier nicht der Ort ist, wo wir diese Dinge zu Ende führen können, vor allen Dingen nicht in der uns gegebenen Zeit. Ich werde mich also dieser Systematik jetzt auch anschließen, die keine ist, und zu einigen der angesprochenen Punkte von mir aus Stellung nehmen.

Die Frage der Trennung oder Konzentration von Ämtern: Hier sind Gründe pro und contra angeführt worden. Ich bin davon überzeugt, daß in der Diskussion draußen weitere Gründe pro und contra hinzugefügt werden. Ich glaube, wir können diese Diskussion insoweit hier heute abbrechen. Wir brauchen keine unmittelbaren Folgerungen zu ziehen, jedenfalls waren wir uns darüber einig.

Kanzlerkandidatur: Hier ist bisher ohne Widerspruch festgestellt worden, daß das eine Frage für das Jahr 1975 ist. Ich möchte das auch von mir ausdrücklich unterstreichen. Frage einer weiteren Kandidatur für den Bundesvorsitz, d. h. also die Anmeldung für diese Kandidatur unseres Freundes Kohl. Ich bewerte jede echte Wahl immer positiv, weil die Wahl aus einem Wahlvorgang, d. h. aus Alternativen heraus für den

Betroffenen immer sehr viel vorteilhafter ist als eine Akklamation nur deswegen, weil eine andere Kandidatur nicht zur Verfügung stand, auch für die künftige Arbeit. Dieses Verständnis und diese Forderung setzt sich auch in unserer Partei immer stärker durch. Ich glaube, sie tut uns gut, und sie ist gut für jeden, der aus einer solchen Wahl hervorgeht. Die Frage des Zeitpunkts: Ich glaube, wir brauchen darüber nicht mehr zu diskutieren, diese Kandidatur ist hiermit angemeldet, sie liegt auf dem Tisch, wir sollten das zur Kenntnis nehmen. Ich meine auch, daß es nach dem Sachstand mindestens draußen in der Partei unvermeidlich war, daß jetzt so oder so ein klares Wort gesprochen wurde, d. h., entweder wird eine Kandidatur angemeldet oder ausdrücklich gesagt, daß eine solche Kandidatur nicht beabsichtigt sei. Ich glaube, daß wir uns hier darüber einigen können, daß wir eine Personaldebatte jetzt nicht weiterführen können. Es wird schwerer sein, in der Partei dafür zu sorgen, daß jetzt nicht auf den Nebenkriegsschauplatz der Personaldiskussion umgelenkt wird. Das geht nicht durch Beschluß oder durch Empfehlung, sondern das geht nur, wenn wir in dieser Richtung nun von hier etwas ins Land rausgehen lassen.

Es war nicht die kluge Idee des westfälisch-lippischen Landesvorsitzenden<sup>37</sup>, sondern die Forderung der Jungen Union auf dem letzten Landesparteitag in der westfälisch-lippischen Partei<sup>38</sup>, eine Sachdiskussion vorzusehen, und zwar exakt über die Schwerpunkte, die hier mehrfach definiert worden sind, z. B. Bodenrecht, z. B. Vermögensbildung und Berufsausbildung. Der Parteitag hat diesem Anliegen der Jungen Union einstimmig stattgegeben. Ich wollte damit nur betonen, wie bereitwillig der westfälische Parteitag den Vorschlägen der Jungen Union zu folgen bereit war. Ich glaube, daß damit auch wohl widerlegt ist, daß der westfälische Parteitag sinnvollen Vorschlägen nicht zu folgen bereit ist. Es hat darüber gar keine Diskussion gegeben. Ich wollte damit nur sagen, das scheint mir die einzige Möglichkeit zu sein, wie wir das Abgleiten der Auseinandersetzung draußen in eine Personaldiskussion verhindern können, indem wir von uns aus die Führung in der Sachdiskussion übernehmen, die Themen stellen, und damit diese Sachdiskussion einleiten. Wir werden also im Laufe des Jahres, wir wissen noch nicht genau wann, einen Sonderparteitag mit diesen Themen durchführen. Wir werden dem vorschalten eine Parteiausschußsitzung, und wir werden dem wieder vorschalten eine Diskussion in den Kreis- und Ortsverbänden, die nur dann sinnvoll ist, wenn wir Material anbieten können, aufgrund dessen diskutiert werden kann. Eine gewisse Kanalisierung durch Fundierung, durch das Angebot von möglichen Alternativen in dem Spielraum, den unser Programm uns bietet, scheint mir notwendig zu sein, und das scheint mir die vernünftigste Alternative. Ich will nicht sagen, daß dies ein Ausweg oder eine Ablenkung von der Personaldiskussion ist, sondern die vernünftigste Alternative, diese Dinge in sinnvolle Bahnen zu lenken. Daß sich im Zusammenhang mit Sachdiskussionen auch die Frage nach Personen stel-

---

37 Heinrich Windelen war von 1971–1977 Vorsitzender des Landesverbandes Westfalen-Lippe.

38 Materialien zum 28. Landesparteitag der CDU Westfalen-Lippe am 12./13. Januar 1973 in Siegen in ACDP 03–002–818/1. WAZ vom 13. Januar 1973 „Windelen hatte schweren Stand“; FAZ vom 15. Januar 1973 „CDU und Junge Union auf Kollisionskurs“; „Neue Rhein-Zeitung“ vom 15. Januar 1973 „Junge Union über die CDU stark verärgert“.

len wird, ist unvermeidlich, das reduziert sich aber dann auf das erträgliche und vernünftige Maß. Ich würde also zu erwägen bitten, ob nicht auch von hier ein solcher Impuls ausgehen sollte. Wir können nicht nur sagen, was wir nicht wollen, sondern wir müssen sagen, was wir wollen, und wie wir uns das im einzelnen vorstellen. Ich glaube, daß das richtig verstanden würde.

Ich bin gegen eine Diskussion oder Präjudizierung der Kandidatenfrage auch deswegen, weil man dem jetzigen Bundesvorsitzenden ja auch Gelegenheit geben muß, Konsequenzen aus dem Wahlergebnis als Bundesvorsitzender zu ziehen. Das hätte er dann nicht mehr, wenn jetzt schon – ohne daß diese Möglichkeit gegeben würde – die Diskussion eingeleitet würde. Das heißt also, der jetzige Bundesvorsitzende muß die Gelegenheit haben, die Konsequenzen in der Organisation – das kann personell und organisatorisch Konsequenzen bedeuten – noch vorzunehmen nach freien Entscheidungen, ohne daß er unter dem Druck einer Personaldiskussion, die auf eine Entscheidung drängt, jetzt schon steht. Wie lange wir das hintanhaltend können und wollen, mag dann eine Frage der weiteren Entwicklung sein. Ich bin für Soziale Marktwirtschaft auch in unserem eigenen Bereich, d. h. für den Wettbewerb auch in unserem eigenen Bereich. Den kann man aber nur dann wirklich fair durchführen, wenn man eben auch Chancengleichheit schafft, auch daran läge mir sehr.

Ein letztes, anschließend das, was Kollege Katzer gesagt hat. Wir stimmen überein, Kollege Katzer – im übrigen auch mit anderen –, daß es kaum möglich sein wird oder jedenfalls nicht realistisch zu glauben, daß wir in vier Jahren die absolute Mehrheit erreichen könnten. Wir haben also davon auszugehen, daß wir eine Koalition werden bilden müssen. Ich habe diese Frage in Siegen mit berührt. Ich habe dabei – das ist etwas dramatisiert worden –, etwa wörtlich gesagt, daß die FDP eine wichtige Funktion für künftige Koalitionsbildungen hätte, weil keine der großen Parteien eine absolute Mehrheit habe, und deswegen auf Koalitionen angewiesen sei. Dabei habe ich es belassen, und dabei möchte ich es auch belassen. Ich würde es für das falscheste halten, jetzt den Eindruck zu erwecken, daß wir der FDP nachlaufen oder uns ihr programmatisch annähern. Das wäre meines Erachtens das falscheste und würde das Gegenteil bewirken, nämlich die FDP zu schärferer Profilierung uns gegenüber zu zwingen, weil wir ja auch zur FDP im Wettbewerb stehen, das müssen wir sehen. Das heißt, wir werden eigene Vorstellungen zu entwickeln haben, die exakt an der Nahtstelle zwischen den jetzigen Koalitionspartnern liegen.

Da bieten sich einige Themen an, die uns im übrigen ja auch auf den Leib geschrieben sind. Wir brauchen da gar keinen Krampf zu machen und lange zu suchen. Die Frage der Deutschland-Ostpolitik: Ich gehe davon aus, daß sie für diese Entscheidung in vier Jahren nicht mehr sehr maßgebend sein wird, und insofern möchte ich also dem Kollegen Kiep widersprechen. Und selbst dann, wenn sie maßgebend sein würde, wird sie es nicht für die FDP. Kollege Kiep hat ja gesagt, wir müßten gerade in der Deutschland-Ostpolitik koalitionsfähig für die FDP werden, und deswegen die Frage gestellt, ob wir hier nicht einen Anpassungsvorgang vornehmen sollten. Ich möchte dem widersprechen. Ich bin davon überzeugt, daß diese Frage im Zweifelsfall für die FDP überhaupt keine Rolle spielt. Die FDP wird nur dann mit uns koalieren, wenn es ihre Inter-

essenlage, nicht wenn es unsere Interessenlage gebietet. Das heißt also, wir werden hinzuarbeiten haben auf eine Interessenlage, die sowohl dem Interesse der FDP als auch unserem Interesse entspricht, und dafür gibt es ja schon einige interessante Entwicklungen, nicht nur in Nordrhein-Westfalen. Ich möchte das hier nicht vertiefen, weil man das auch nicht zerreden sollte. Ich bin also der Meinung, daß die Ostpolitik dafür nicht mehr ausschlaggebend sein sollte und sein brauchte.

Die Frage der Mitbestimmung scheint mir hier nicht der zentrale Punkt zu sein, aber auch darüber wird sicher zu diskutieren sein, weil hier auch die FDP meines Erachtens eine Position bezogen hat, die, wenn sie sie hält, dazu führen wird, daß es zu einer Mitbestimmungsregelung in dieser Legislaturperiode nicht kommen dürfte. Darüber können wir hier nicht befinden, das ist eine Entscheidung, die die FDP in eigener Verantwortung zu treffen hat, und die Kontroverse ist ja durch die unterschiedlichen Äußerungen schon recht munter im Gange. Dagegen bin ich der Meinung, daß in der Frage der Vermögensbildung, in der Frage der Steuerpolitik, Herr Kollege Katzer, ein Konfliktpunkt entstehen wird, entstehen muß, auch in der Frage personeller Entscheidungen in der Mitte der Legislaturperiode. Ich würde hier bitten, uns sehr zurückhaltend auszudrücken. Das heißt also, hier keine Festlegung zur Unzeit zu treffen, aber diese personellen Entscheidungen in der Mitte der Legislaturperiode werden ... (*Zwischenruf und Diskussion.*) Na ja schön, ich weiß nur nicht, ob sich dieses Thema in dieser Verdeutlichung dafür eignet, über diesen Kreis hinaus behandelt zu werden, ich möchte hier nur eine Meinung äußern.

Sie haben, Herr Vorsitzender, gesagt, wir sollten in der Frage des Bundespräsidenten von uns aus keinen Vorschlag machen. Ich möchte mir diese Freiheit mindestens vorbehalten. Ich möchte heute nicht sagen müssen, wir machen keinen Vorschlag, weil wir gar nicht wissen, was für Vorschläge von welchen Parteien unterbreitet werden und welche Konstellation dann besteht. Ich bin aber mit Ihnen der Meinung, daß diese Frage eine sehr wichtige Entscheidung auch für künftige Koalitionsüberlegungen sein wird, so, wie die Heinemann-Entscheidung ja die entscheidende Weichenstellung auch für die Koalitionsüberlegung heute wäre.

*Barzel:* Dieser letzte Punkt, so wie Sie das gesagt haben, ist für mich mißverständnisbedingt. Ich habe eigentlich geglaubt, wenn wir hier mit offenem Visier auch langfristig reden, daß ich das sagen muß. Jeder hat hier begriffen, was damit gemeint ist. Es kann doch wohl sein, daß das Thema die nächsten zwei, drei Monate kommt und gefragt wird, kann ich mal mit Ihnen kurz reden und auch Gespräche verabreden, und es hat ja auch im „Stern“ gestanden<sup>39</sup>, was der Kollege Kohl dazu meinte. Zu dem Punkt, um den es hier geht, möchte ich gerne Ihr Einverständnis herbeiführen. Ich habe im Bundestag gesagt, ganz verklausuliert, wer diese Ordnung verteidigen will und hier also nicht zu den Systemgegnern gehört, der muß wissen, daß wir zur Verfügung stehen, ohne do ut des. Das ist die Sache. Eine Investition für umsonst. Und wenn wir die

---

39 Vgl. Interview von Kohl mit dem „Stern“ am 10. Januar 1971 „Helmut Kohl – kein Freund von Strauß und Barzel“.

Dinge jetzt diskutieren werden, die Mehrheitsverhältnisse auf dem Tisch haben ...  
(Diskussion und Unruhe.)

*Müller-Hermann:* Ich möchte zu drei Themen etwas sagen. Unsere Erfahrung im Wahlkampf und auch die Debatte am heutigen Vormittag haben im Grunde bestätigt, daß wir uns sehr schwer tun, unsere gute Politik und unsere gute Konzeption auch gut zu verkaufen. Ich weiß auch nicht, Herr Kraske – darüber müssen wir vielleicht auch noch einmal sprechen, obwohl es ja Vergangenheit ist – ob wir bei der Wahl der Agenturen, bei beiden Agenturen<sup>40</sup>, das richtige getan haben. Ich glaube, da setzen wir alle gewisse Fragezeichen.

Wir wissen aber alle, daß mit der zunehmenden Politisierung – das hat ja auch Herr Schelsky zum Ausdruck gebracht – auch eine gewisse Primitivierung des Vokabulars einhergeht, und wir empfinden es doch alle als irgendwie unerquicklich, daß uns die andere Seite in der Anwendung gängiger einprägsamer Formeln so weit voraus ist, daß wir da einen ausgesprochenen Nachholbedarf haben. In den ersten Jahren lagen wir da sehr viel besser, dann kam Herr Professor Erhard einmal mit der nicht geglückten Formulierung von der „Formierten Gesellschaft“<sup>41</sup>, die auch etwas Richtiges meinte, aber eben auch nicht richtig ausgedrückt war. Ich meine, daß wir dieser ganzen Thematik, daß wir nicht am Volke vorbei, sondern in der Sprache des Volkes sprechen, für die Zukunft eine vermehrte Aufmerksamkeit widmen müssen in Partei und Fraktion. Dazu gehört auch, daß wir einen neuen Anlauf machen sollten, unser Verhältnis zur Presse zu verbessern. Ich habe den Eindruck, daß die veränderten Mehrheitsverhältnisse im Bundestag uns dort eine neue Chance bieten, denn gerade diese knappe Mehrheit hat bei der Presse eine besondere Neigung hervorgerufen, der alten Regierung vieles zugutezuhalten, aber ich könnte mir denken, daß jetzt mit dem weiteren Gang der Dinge auch ein etwas kritisches Bewußtsein bei der Presse eintreten könnte, wenn wir das in der geeigneten Form zu nutzen verstehen.

Ein zweites, in der Analyse von Herrn Kaase, die ich offen gestanden für die beste von den uns vorliegenden halte, steht, daß bei der Wahl sich das alte Klischee bestätigt hat, daß unsere CDU/CSU als eine ländlich-katholische Partei charakterisiert wird. Das stimmt sicherlich nicht ganz, aber es stimmt doch zu einem gewissen Teil. Ich meine, wir sollten da auch einmal nachdenken, was wir durch unsere Öffentlichkeitsarbeit, auch durch die praktische Politik tun könnten, um von diesem Klischee herunterzukommen. Wir wissen alle, daß der Verstärkerprozeß auch ein unaufhaltsamer soziologischer Prozeß ist, dem wir einfach nicht ausweichen können, auch nicht ausweichen wollen. Ich würde doch meinen, Herr Dregger, daß der Verstärkerprozeß zunächst prima vista der SPD mit ihrer besseren Organisation zugutekommt und eben über den DBG, Betriebsgruppenarbeit – hier kann man auch den Begriff Kaderarbeit etwa in den Wohnblocks ruhig mit anfügen –, gewisse günstigere Voraus-

---

40 Es handelt sich um die Agenturen „Team“ und „Dr. Hegemann“, beide aus Düsseldorf (Materialien in ACDP 07–001–5225). Vgl. dazu Volker HETTERICH: Von Adenauer zu Schröder – Der Kampf um Stimmen. Eine Längsschnittanalyse der Wahlkampagnen von CDU und SPD bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1998. Opladen 2000 S. 148–150.

41 Vgl. LEXIKON S. 535f.

setzungen schafft als uns. Wir müssen also hier gewisse organisatorische Konsequenzen daraus ziehen. Aber, was mir noch wichtiger zu sein scheint, ist, daß wir als Partei und Fraktion den Problemen, die sich in den städtischen Bereichen stellen, ein größeres Gewicht als bisher geben müssen, und vielleicht sollte auch bei dem, was wir unserer eigenen Partei sagen, als ein Schwerpunkt der parteiinternen Diskussion die Kommunalpolitik und die Aktivierung der Kommunalpolitik bezeichnet werden und daß wir uns dieser ganzen Thematik in Zukunft mehr widmen sollten.

In dem Zusammenhang noch eine Anmerkung. Wir kommen auch nicht daran vorbei, daß bei dem erreichten Wohlstandslevel unserer Gesellschaft immer mehr Dienste und Dienstleistungen, die nur von der öffentlichen Hand bereitgestellt werden können, zur weiteren Steigerung auch des privaten Wohlstandes beitragen. Ich meine, daß wir daher den Fragen, die mit dem Schlagwort Infrastruktur zusammenhängen, in unserer politischen Arbeit ein größeres Gewicht geben müssen. Dazu rechne ich etwa ein Thema, das die Herren Ministerpräsidenten bei jeder Gelegenheit ansprechen, eine bessere Finanzausstattung der Gemeinden, etwa. Ich möchte auf jeden Fall davor warnen, daß wir gerade aus unserer Oppositionsrolle heraus in diesem ganzen Themenbereich die rein fiskalischen Gesichtspunkte, die natürlich ihre Bedeutung haben, überbetonen gegenüber den Gesichtspunkten, die sich aus der Gesellschaftspolitik, der Wirtschaftspolitik, der regionalen Erschließung und dem Problem der Ballungsräume her ergeben.

Ein dritter Punkt – der letzte, den ich anschneiden will – steht unter der Überschrift, wie können wir unsere Glaubwürdigkeit verstärken. Herr Vorsitzender, Sie haben selbst darauf hingewiesen, daß wir z. B. in der Frage des Kartellgesetzes oder in der Frage des Bodenrechts sehr unglücklich operiert haben beziehungsweise operieren mußten, weil wir, obwohl wir gut vorbereitete Konzepte anbieten konnten, nachher, als es um die Praktizierung ging, von unserer Schwesterpartei im Stich gelassen wurden. Das hat uns z. B. beim Thema Wettbewerbsrecht, Kartellgesetznovelle außerordentlich um die Glaubwürdigkeit in der Vertretung des Prinzips der Sozialen Marktwirtschaft gebracht. Ich beobachte mit ganz großer Sorge, daß jetzt die FDP das Platzhalten der Sozialen Marktwirtschaft auf ihre Fahne schreiben wird und uns damit eine Position streitig macht mit möglichem Erfolg. Wir müssen daher, nicht nur jetzt, wo es um die Entscheidung der Kartellgesetzgebung geht, sondern auch z. B. bei den Fragen des Bodenrechts uns unter allen Umständen von dem möglichen Makel lösen, daß wir Gruppeninteressen vor übergeordneten gesellschaftspolitischen Interessen verstehen und nicht das tun, was vom Konzept her uns vorgegeben ist, so möchte ich sagen, aus unseren Vorstellungen von Sozialer Marktwirtschaft.

In dem Zusammenhang ein letzter Punkt, der eigentlich mehr als ein Punkt an die Adresse speziell von Herrn Katzer und Herrn Blüm gerichtet ist. Wir müssen uns schon mit dem Blick auf den nächsten Bundesparteitag beim Thema Mitbestimmung der parteiinternen Diskussion stellen. Ich bin ganz sicher, das Ergebnis eines neuen Bundesparteitages wird nicht völlig identisch sein mit dem des Düsseldorfer Parteitages. Deshalb müssen wir diese ganze Thematik sehr früh, auch wie das Herr Schwarz-Schilling mit Recht gesagt hat – im Bundesvorstand, aber auch in den zustän-

digen Parteigremien, vor allem mit Wirtschaftsrat, Mittelstandsvereinigung und Sozialausschüssen, rechtzeitig diskutieren, nicht zuletzt, weil wir auch einige parteiinterne Mißverständnisse ausräumen müssen.

Niemand in unserem Kreise wird daran zweifeln, daß wir von der Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit ausgehen müssen, die ja längst in der Wirklichkeit unserer Gesellschaft der Bundesrepublik praktiziert wird. Im Parlament hat der Bereich Arbeit ein außerordentlich starkes Übergewicht. Überall in der Wirtschaft und der Gesellschaft ist die Gleichberechtigung, Gleichwertigkeit längst vollzogen. Wogegen wir uns aber unter allen Umständen zur Wehr setzen müssen – was ja auch im Widerspruch steht zu unseren Vorstellungen der Machtverteilung –, ist, daß wir durch ein Modell von Mitbestimmung, das von uns unterstützt wird, möglicherweise in Gesellschaft und Wirtschaft zu völlig neuen zusätzlichen Machtkonzentrationen kommen, diesmal dann in der Hand des DGB, die wir meines Erachtens aus dem Gesichtspunkt einer pluralistischen Gesellschaftsordnung einfach nicht mit gutem Gewissen vertreten können. Ich will das Thema hier nur anreißen, meine, daß rechtzeitig auf Initiative der Bundespartei hier eine Zusammenfassung der Kräfte unserer Partei in die Diskussion eingebracht werden muß, damit wir frühzeitig vor dem Bundesparteitag ein Konzept anbieten können, das wirklich dann auch von einer breiten Mehrheit unserer Mitglieder getragen wird.

*Barzel:* Ich will an der Stelle ganz kurz einen Punkt zwischendurch sagen, weil das wichtig ist. Wir haben auch in der aktuellen Politik meistens zu tun. Vor der nächsten Sitzung des Vorstands wird die erste Lesung der Wettbewerbsnovelle sein, schon in der nächsten Woche. Da haben wir nun also ein Grundsatzprogramm, da steht die unabhängige Behörde. Die unabhängige Behörde gibt es nur durch Verfassungsänderung. Das war der Grund, wegen der wir die Sache alle nicht gewollt haben. Es ist ganz klar, daß wir die unabhängige Behörde nicht kriegen. Wenn wir darauf bestehen, wird keiner deshalb nein sagen zu der Vorlage, wird kein Mensch uns dieses Argument glauben, und jeder wird sagen, die sind ordnungspolitisch nicht mehr auf dem Damm. Deshalb habe ich die Absicht, der Fraktion zu sagen, unser Ziel bleibt die unabhängige Behörde, die ist zur Zeit nicht durchsetzbar, klammert deshalb diesen Punkt aus und seht zu, ein ordnungspolitisch vernünftiges Gesetz zu machen. Ich hoffe, daß da nicht einer kommt und sagt, dies ist ein Akt der Opportunität, der das Parteiprogramm aushebelt. (*Unruhe und Diskussion.*)

*Hasselmann:* Herr Dr. Barzel, Sie haben Ihre Ausführungen heute morgen begonnen mit etlichen Punkten. Ein Punkt scheint mir schon in Ihrem Sinne entschieden worden zu sein, nämlich der Punkt eins, in dem Sie darum baten, dafür zu sorgen, daß nach dieser Klausurtagung wir nicht das zweitemal den 19. November haben und die Wahl verlieren. Einfach deshalb, weil dieser Vorstand es sich nicht leicht macht. Die Bereitschaft ist erkennbar geworden, innerparteilich differenziert zu diskutieren. Ich glaube, es ist erfreulich, daß das so ist und daß das in dieser Form mit pragmatischen und auch sehr langfristig angelegten philosophischen Betrachtungen möglich ist. Ich glaube, daß wir beides brauchen. Die letzte, die mehr philosophische, die Grundsatzdiskussion, wird, auch wenn wir sie nicht zu Ende führen, eine entscheidende Be-

deutung haben für die Erstwähler, die eine Partei als eine eigene ansehen werden, wenn sie wissen, daß da um Dinge gerungen wird. Ich glaube gar nicht, daß die Erstwähler von vornherein interessiert sind, alles fertig vorgesetzt zu bekommen. Wenn wir deutlich zu machen verstehen, was hier, bei Ihnen, Herr Professor Mikat, bei Dr. von Weizsäcker, bei Herrn Schwarz-Schilling, bei anderen, als Aufgabe uns gestellt und nach außen in die Diskussion geleitet wird, haben wir für die Jugend die CDU interessant gemacht, weil sie mit der pragmatischen Politik weniger konfrontiert sein will. Bestärkt werde ich durch ein bleibendes Erlebnis, ich habe mich den 37 Vikaren gestellt, die die Wählerinitiative für die SPD unterschreiben haben.<sup>42</sup> Sie gingen zunächst einfach mal das Thema an, Infragestellung des „C“, und das zweite, erschrecken Sie nicht, Herr von Fircks<sup>43</sup>. (*Zwischenruf.*) Herr Rollmann, was soll der Zwischenruf? Hier steht ganz was anderes zur Debatte, ich wollte nur deutlich machen, daß das einfach in diesen Kreisen nicht verkraftet worden ist, ob wir ihn aufgestellt haben zu recht oder zu unrecht. Das soll hier gar nicht entschieden werden. Er ist aufgestellt und ist im Bundestag, ich wollte es nur sagen. Die jungen Wähler waren z. T. viel engagierter für uns, als allgemein zugegeben oder erkannt worden ist. Wir sollten diese Chance nutzen. Deshalb bin ich sehr dankbar, wenn wir uns neu orientieren, diskutieren und unsere Vorstellungen nach draußen tragen würden. Wie das geschehen kann, ist noch die Frage.

Zweitens, die offene Sprache, die ich als wohltuend empfinde, findet auch eine Bestätigung in der Aussage von Herrn Kohl zu Beginn der Nachmittagssitzung. Einfach, weil es beinah befreiend für die beiden Herren, aber auch für uns alle ist. Denn das, was hier jetzt gesagt wurde, wird in der Partei diskutiert, ob wir das wollen oder nicht. Damit brauchen wir deshalb nicht in größere Gegensätze einzutreten für die Zukunft, das ist so erwartet, weil es schon zu bekannt geworden war. Eine einzige Sorge, die wir aufgrund dieser Tatsache aussprechen müssen, ist, wie man verhindern kann, daß das Volk fragt, gibt es unterschiedliche Politik bei dem einen und bei dem anderen, führt uns das in eine Zerreißprobe, können wir uns das jetzt erlauben, oder ist es lediglich eine Personalfrage.

Ich möchte das auch in die Überlegungen miteinbeziehen, die notwendig ist, weil wir das Verhältnis noch zu gewinnender Freunde, wo sie immer sitzen, klären wollen. Sicherlich innerhalb der Bundestagsfraktion, bestimmt aber innerhalb der Landtagsfraktion. Warum sage ich das? Ich sage das deshalb, weil wir am 9. Juni 1974 die nächste Wahl haben. Für uns ist die Interessenslage in Niedersachsen so, daß wir nach den noch durchzuführenden Teilkommunalwahlen am 25. März alsbald wissen wollen, wie die Bundespartei steht. Denn was immer hier passieren wird, das hat Auswirkungen auf die niedersächsische Situation und Lage. Deshalb möchten wir Klarheit haben –

---

42 Vgl. Nr. 34 Anm. 34.

43 Otto Freiherr von Fircks (1912–1989), Landwirt; 1954–1969 Geschäftsführer des Bundes der Vertriebenen Niedersachsen, 1961 CDU, 1963–1967 MdL Niedersachsen, 1969–1976 MdB. – 33 evangelische Theologen hatten sich gegen die Bundestagskandidatur von Fircks' ausgesprochen. Vgl. „Weser-Kurier“ vom 3. November 1972 „CDU-Kandidatur von Fircks' kritisiert“.



nicht zu spät – in der Personalsache, aber auch in der Sache. Meine Bitte ist, daß wir bis dorthin in diesem Freimut, in dem wir hier differenziert innerhalb des Vorstandes diskutieren, eine Sprachregelung finden, die uns einigt, weil wir in der Gesinnung einiger sind, als man draußen glaubt, oder uns nicht freundlich gesonnene Journalisten und der politische Gegner darzustellen versuchen. Meinungen trennen uns, Gesinnungen vereinigen uns. Das wäre meine Bitte, ehe wir auseinanderlaufen, daß wir nicht vergessen vor Abschluß der Diskussion, was wollen wir nach außen sagen.

Die Sprachregelung aufgrund der Tatsache, daß Dr. Kohl seine Vorstellungen kundgetan und mitgeteilt hat, daß er kandidieren will und, was wir an Aufträgen im Sinne Windelens zunächst vorhaben, muß nicht vollkommen sein, aber es muß etwas deutlich werden. Dann hat diese Klausurtagung einen besonderen Wert, der innerparteilich differenzierte Diskussion und eine größere Geschlossenheit aufgrund übereinstimmender Gesinnung nach außen bringen kann. Es würde unsere Position ganz wesentlich erleichtern. Ich möchte abschließen mit dem Hinweis, daß ich die schriftliche Vorlage, die wir von Ihnen beiden haben, außerordentlich begrüße. Die muß man zweimal lesen. Sie ist mit einer kurzen Präambel in der Beschreibung des Ist-Zustandes eine ausgezeichnete Grundlage für die Diskussion, die wir für unsere Arbeit brauchen. Und ich glaube, daß wir in der Frage der Mitbestimmung – wenn ich das Wort der Neufindung von Freunden deshalb nötig halte, weil wir wieder Mehrheiten haben wollen – in der Tat neu diskutieren müssen. Dazu ist sehr viel Information notwendig. Wir sollten uns dafür in diesem Vorstand die Mühe machen, ehe wir gezwungen werden durch die Partei von unten, das Thema zu diskutieren, weil bestimmte Festlegungen dann vorliegen können, die uns in eine Konfrontation hineinbringen, die wir auf einem Parteitag nicht brauchen können.

Dritter und letzter Punkt: Arbeitnehmer und Frauen und Jugend. Die Frage der Frauen, das ist ein ganz ernstes Problem. Vieles wird uns – so ähnlich wie bürgerliche oder bäuerliche oder ländliche, katholische Partei – im Image, in unserem Verhältnis zur modernen Frau genauso angekreidet, obwohl wir uns in Einzelpunkten parteilicherseits nie geäußert haben. Bei der Pille nicht, bei §218 haben wir uns geäußert, trotzdem wird gesagt, wir seien dagegen. Ich wollte das deshalb sagen, weil wir nach einer der Analysen 5 % der Männer wieder zur CDU geholt, aber 17 % der Frauen verloren haben. Woran liegt das? Wir sind ein bißchen flott darüber hinweggegangen. Was müssen wir tun, um das wieder zu verändern? Geschieht das durch eine Intensivierung der Frauenarbeit in eigenen Kreisen, oder durch eine Mehr-Hereinnahme der Frauen in die Parteiarbeit? Ich weiß noch keine Antwort, aber ich möchte das gerne in Klausurtagungen unseres Parteivorstandes und auch des Fraktionsvorstandes, mit Arbeitskreisvorsitzenden jetzt im Februar und März behandeln. Die Grundlage für einen von der JU geforderten Grundsatzparteitag zur Wahlvorbereitung 1974 im Herbst muß erstellt sein vor den Ferien. Ein Jahr vor dem Wahltag im Land, also für die niedersächsischen Verhältnisse. Und da spielt ja alles hinein, auch was Frauen, Jugend, Arbeitnehmer anbetrifft. Die Diskussion mit den Oberstufen in den Schulen – Herr Seiters will ja nachher darauf eingehen – ist so erfreulich aufgeschlossen, daß die Ankündigung uns schon positiv vermerkt wird. Ich möchte vor den Ferien die Direkt-

kandidaten in der vergrößerten Zahl von Wahlkreisen kennen. Wir können sie vielleicht noch nicht wählen. Die Wahlkreise werden in Niedersachsen zu 1956 verändert, ein entsetzlicher Zustand bei der absoluten Ein-Parteien-Regierung der SPD. Furchtbar, kann ich Ihnen sagen. Alles, was es gibt, gegen uns. Die Auswirkungen, die können Sie sich, wenn ich das hier so jetzt sage, gar nicht vorstellen. Aber wir haben ja nicht mal einen anderen Partner. Und wie sie Personalpolitik betreiben, als eigentliche Politik, brauche ich nicht erwähnen.

Ich möchte dann gerne im Herbst, was richtig ist, Mannschaft oder Person erörtern. Dann möchte ich gern, daß wir heute, Herr Dr. Kraske, den endgültigen Termin für den Bundesparteitag mitnehmen. Denn das ist für uns die Marke. Läuft der gut, habe ich vor Weihnachten die Chance, in Niedersachsen echte Vorbereitungen zu treffen und dann fünf Monate Zeit, den Wahlkampf zu führen. Aber für unsere Situation ist wichtig, den Termin eher früher zu legen, nicht zu spät, und deshalb frage ich danach, wann ist er, und ist das endgültig?

*Kiep:* Anschließend an das, was Christian Schwarz-Schilling gesagt hat, möchte auch ich betonen, daß es notwendig ist, daß wir zu der Bedeutung und auch der Auswirkung der parteiinternen Diskussion ein neues Verhältnis finden. Wenn Herr Lemke vorhin mit Recht sagte, diese Diskussion hier sei doch sehr gut, und er wundere sich darüber, daß man eigentlich mit dieser Sprache draußen die Menschen nicht überzeugen könne, so möchte ich vielleicht etwas verallgemeinernd sagen, Herr Lemke, wir sprechen eben in dieser Sprache draußen nicht, weil wir in der Vergangenheit meist, oder sehr oft – ich möchte mich vorsichtig ausdrücken –, nicht so gesprochen, sondern den Versuch unternommen haben, um der Einheit willen, Aussagen zu machen, die eben nicht immer sehr überzeugend waren, und die eben nicht dafür geschaffen waren, daß in unserer Aussage der Zuhörer eine Widerspiegelung seiner eigenen Probleme und Sorgen und seinem Verständnis von seiner Umwelt wiederfand. Deshalb, glaube ich, ist diese Diskussion gut, und wir sollten sie als einen unverzichtbaren Teil des Auftretens einer Volkspartei betrachten.

Zu den Fragen der Personaldiskussion möchte ich nur sagen, daß der Parteivorsitzende und Helmut Kohl, der seine Kandidatur heute bekannt gegeben hat, selbstverständlich bis zu dem Parteitag in Hamburg wohl nicht auskommen werden ohne die Darstellung ihrer Politik, die wahrscheinlich, wenn ich die Dinge richtig sehe, für die Delegierten auch ein Kriterium für ihre Entscheidung auf dem Parteitag sein wird. Deshalb ist es, glaube ich, Herr Köppler, eine Illusion zu glauben, daß wir um eine Personaldiskussion herumkommen. Was wir tun können – und Beiträge dazu sind wir im Begriffe zu leisten –, ist, daß wir eine personalisierte Sachdiskussion bekommen. Aber die werden wir auf jeden Fall haben, die können wir gar nicht vermeiden. Je mehr wir die Sachfragen und Sachprobleme jetzt in die Partei hineinragen, um so stärker wird der sachliche Teil der Diskussion und um so geringer hoffentlich der rein personelle Teil sein, weil der natürlich, wie Sie richtig gesagt haben, die große Gefahr andeutet, daß die Sachdiskussion hinter der Personaldiskussion zurücksteht.

Der zweite Punkt ist die Frage der Außenpolitik in dieser Diskussion. Ich darf als einer, der nun eine sehr intensive parteiinterne Diskussion geführt hat, vom Ortsver-

band bis zum Präsidium der CDU in allen Gremien, sagen, daß eine solche Diskussion in der Partei wirklich möglich ist und daß sie in fast allen Gremien, in einer persönlich sehr guten Atmosphäre stattgefunden hat. Nur, Herr Windelen, es ist ja nun nicht so – und eigentlich hat mich das ein bißchen gewundert, daß Sie das sagen –, daß das Motiv für meine Intervention etwa wäre, wir sollten durch eine Anpassung an die FDP in der Frage der Deutschlandpolitik zu einer Koalitionsmöglichkeit mit der FDP kommen. Ich glaube, das kann eigentlich nicht Ihr Eindruck gewesen sein von unserer Diskussion in der Fraktion. (*Zwischenruf.*) Aber so dargestellt wirkt das Ganze natürlich doch sehr stark opportunistisch und kurzfristig, und nicht in einem langfristigen Konzept gedacht.

Deshalb möchte ich nur in Stichworten noch einmal sagen, der Grund für die Diskussion, die wir zu führen haben, ist doch der, wir haben als Opposition eine Reihe von Aufgaben. Ich zähle sie mal kurz auf: Erstens, in der Außenpolitik und Deutschlandpolitik, Wächteramt für die Dinge, die jetzt vorgehen, die sich abzeichnen; Wächteramt gegen die Neutralisierung, die zum Abzug auch der Amerikaner aus Europa führen könnte; Wächteramt in den Verhandlungen KSZE und MBFR; Wächteramt in Berlin; Wächteramt dafür, daß die Berlinmöglichkeiten offensiv ausgenutzt werden. Wir haben schließlich darauf aufzupassen, daß das, was an menschlichen Erleichterungen sich abzeichnet, tatsächlich realisiert und festgeschrieben wird. Wir haben die Aufgabe, auch dafür zu sorgen, daß die Auseinandersetzung mit der DDR, die aufgrund der Politik der Regierung nun der ganzen Welt präsent sein wird, auch tatsächlich geführt wird und daß wir uns dabei selbst behaupten. Wir haben weiterhin die Aufgabe, unsere eigenen Vorstellungen und Prioritäten in diese Politik einzuführen, vereinigtes Europa usw., ich nenne nur Stichworte.

Und schließlich, und das ist ein Punkt, soll diese Politik dazu führen, daß wir die Klammer etwas lockern, die FDP und SPD in der Frage der Außen- und Deutschlandpolitik bisher verbunden hat.

Wenn wir das aber erreichen wollen, müssen wir als Voraussetzung die Glaubwürdigkeit in diesen Fragen wiederfinden. Und diese Glaubwürdigkeit wiederzufinden, ist eigentlich das Thema, über das wir reden. Und das beinhaltet eben auch die Frage, wie wir nach den Problemen des 17. Mai, über die gesprochen worden ist, nun in den Fragen der Außenpolitik diese Grundlage wieder finden und einen höheren Prozentsatz von Einverständnis und Zutrauen bei der Bevölkerung für unsere außenpolitischen Aussagen. Ich bin eben etwas zweifelhaft, ob wir diese Glaubwürdigkeit wiederfinden, wenn wir es ausschließlich bei dieser Zwei-Phasen-Lösung belassen, über die wir gesprochen haben, die Zwei-Phasen-Lösung, die darin besteht, daß wir jetzt beim Grundvertrag noch einmal nein sagen und dann anschließend eben bei den Folgeverträgen ja, und damit auf diese Grundlage treten.

Ich habe nicht dafür plädiert, daß wir zum Grundvertrag ja sagen, sondern ich habe dafür plädiert, daß wir zu dem Grundvertrag, zu dem Zeitpunkt, wo wir es getan haben, nicht nein sagen, sondern daß wir die Periode zwischen Unterzeichnung, Paraphierung und Ratifizierung ausnutzen, um ganz bestimmte Dinge noch zu erreichen, und unsere endgültige Entscheidung in der Ratifizierung davon abhängig machen, in-

wieweit diese Punkte durchgesetzt worden sind oder nicht. Das war mein Vorschlag. Die Fraktion hat das anders entschieden. Die Frage ist jetzt nur, wie sieht es mit unserer Glaubwürdigkeit aus, wenn wir auf diesem Wege weitergehen. Diese Diskussion sollten wir noch einmal führen, da sollten wir uns noch Gedanken darüber machen, denn die Frage ist wichtig. Nicht nur für 1976, sie ist wichtig auch für die Landtagswahlen, und auch die Frage der Lösung der Klammer FDP-SPD ist wichtig für die Landtagswahlen. Denn hier gibt es Möglichkeiten zu Machtveränderungen in den Ländern, wenn es da oder dort gelingt, zu einer Übereinstimmung mit der FDP zu kommen. Und deshalb glaube ich, daß wir diese Frage nicht so leichtthin abtun sollten, und nicht glauben, daß diese Anpassung oder dieses auf die Grundlage der neuen Tatsachen Treten so einfach sein kann, wie es vielleicht dem einen oder anderen erscheint, wenn wir von dieser Zwei-Phasen-Lösung sprechen.

Im übrigen müssen wir uns darüber klar sein, daß das, was wir jetzt tun – das gilt für alle Bereiche, ja nicht nur bis 1976 und nicht nur über die Landtagswahlen –, hinweg tragfähig sein muß, und daß wir als Partei die Kraft aufbringen müssen, notfalls, schlimmstenfalls auch über 1976 hinaus als politische Kraft bestehen zu können. Auch das sollten wir nicht aus dem Auge verlieren, wenn wir unter uns hier so offen über die Zukunft reden.

Und ein allerletzter Punkt, Punkt drei. Ich fasse es als ein ganz besonderes Kompliment an Ihren Schatzmeister auf, daß über Geld in unserer Partei nie gesprochen wird, aber ich wollte sagen, daß natürlich diese Dinge, die wir organisatorisch tun – und ich meine, wir müßten eine ganze Menge tun, und ich finde die Anregungen, die in dieser Richtung gemacht wurden, sind ganz besonders wichtig – natürlich auch eine Finanzfrage sind, weil diese Dinge Geld kosten, daß aber auch umgekehrt die Fähigkeit unserer Partei, sich auch in den mageren Jahren, die vor uns liegen, zu finanzieren, ganz wesentlich davon abhängt, wie sich diese Partei selbst darstellt, wie viel Vertrauen wir erwecken, nicht nur in unsere Organisation, sondern auch in unsere Politik. Denn die Zeiten sind vorbei, was im „Vorwärts“ oder in den linken Blättern immer steht, daß die Leute nur zahlen, wenn ganz bestimmte politische Zusagen gemacht werden. Vielmehr sind die Spender bereit, etwas zu tun, wenn sie eine Partei vor sich sehen, von der sie glauben, daß sie eine Zukunft hat. In keinem Fall in der gesamten Finanzierung dieses Wahlkampfes – ich sage das mal in diesem kleinen Kreis – hat es ein einziges Gespräch gegeben mit dem Schatzmeister der Partei, wo irgend jemand eine Zuwendung an die Partei verbunden hat auch nur mit der Hoffnung auf ein bestimmtes Verhalten in irgendeiner politischen Frage. Ich glaube, das zerstört die Klischeevorstellungen, die viele über Parteifinanzierung haben. Ich wollte nur darauf hinweisen, wie wichtig auch für die Finanzierung unserer künftigen Arbeit, auch die Finanzierung unserer Landtagswahlen, die Selbstdarstellung der Union und auch die Effizienz der Union ist, die Frage also, wie sie ihre Organisation gestaltet.

*Schäfer:* Es ist verständlich, wenn der Herr Schatzmeister von Geld spricht. Ihm ist nicht damit geholfen wie dem Herrn Rothschild, daß man über Geld nicht spricht, sondern daß man Geld hat, aber vielleicht mit der Feststellung, daß für ein gutes Programm auch immer Geld da sein wird, für ein schlechtes im Zweifel nie. Wenn wir es

uns leisten könnten, finanziell und personell und zeitlich, sollten wir jetzt methodisch einwandfrei vorgehen, indem wir nämlich eine Simulationsstudie machen. Wir würden aufgrund der Erkenntnisse der Meinungsforscher von heute morgen und dieser Diskussionen noch einmal den Wahlkampf konzipieren, um zu sehen, wie er richtig gewesen wäre. Bei der Gelegenheit würde sich herausstellen besser als bei diesen Diskussionen, wo Fehler gemacht worden sind. Das Wort Fehler ist hier sehr selten gefallen in dieser Diskussion. Ich glaube, ich darf unterstreichen, Fehler sind gemacht worden, im grundsätzlichen Bereich, was einige Aussagen betrifft; Fehler sind gemacht worden im taktischen Bereich, gar kein Zweifel, und Fehler sind gemacht worden im personellen Bereich, auch wenn man darüber früher nicht gesprochen hat. Das finde ich verständlich. Alle diejenigen, die im wesentlichen die Last des Wahlkampfes zu tragen hatten, müssen auch in Stimmung und bei Laune sein, das ist sehr wichtig. Aber nachdem es gelaufen ist, sollte man doch dieses oder jenes ansprechen dabei.

Im wirtschaftspolitischen Teil unseres Programms ist uns etwas ganz Fürchterliches passiert. Ich bin der Meinung, wie das häufiger geäußert worden ist, daß wir kein neues Programm brauchen. Ich kenne kein moderneres Parteiprogramm als etwa das fortgeschriebene Berliner Programm. Ich selbst würde, wenn ich noch einmal mit dem Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik eine Wahlkampfaussage zu formulieren hätte, sie im Zweifel nicht in einem einzigen Satz ändern. Das Drama besteht darin, daß alles das, was wir gesagt haben, zweifelsohne richtig und von Bedeutung ist, aber daß wir am Wähler großenteils vorbeigeredet haben. Das ist das Drama dieser wirtschaftspolitischen Diskussion. Nun, warum ist das passiert? Das ist ja die Frage, die sich dann stellt. Ich würde meinen, das ist vor allen Dingen deswegen passiert, weil wir einfach zu abstrakt argumentiert haben. Wir waren im Zweifel in der Lage, jemandem klarzumachen, wohin diese Inflationsentwicklung führt, welche Folgen sie hat, wie das eines Tages enden wird, aber wir haben ihm nicht beizubringen vermocht, wofür wir eigentlich Stabilitätspolitik oder Stabilität brauchen. Wenn wir das nicht ändern, dann entwickeln wir uns zu den besten Denkmalpflegern aller Zeiten, ein Denkmal für die Soziale Marktwirtschaft, ein Denkmal für die Stabilität, ein Denkmal für die Vollbeschäftigung, vor Wahlen polieren wir das auf, bekränzen es mit Girlanden, Millionen Menschen werden den Hut davor ziehen, voller Respekt, aber sie werden sich nicht mit der Aussage identifizieren, die wir eigentlich damit gemeint haben.

Es ist ein Unterschied, ob ich jemanden im Wahlkampf 1955 oder 1960 oder 1965 oder 1972 Stabilität empfehle. Das hängt davon ab, welchen Stellenwert die Stabilität für ihn persönlich hat, und es ist ein Unterschied, ob jemand im Jahre 1960 oder 1965 über eine dynamische Rente verfügt mit einer flexiblen Altersgrenze und einem Lohnfortzahlungsgesetz, oder ob er das im Jahre 1955 noch nicht hatte. Er wird jeweils in seiner Situation die Vorstellung von Stabilität und ein auf Stabilität gerichtetes Programm anders bewerten und beurteilen. Wir waren nicht in der Lage, ihm zu sagen, wozu er, bei aller wirtschaftlichen Absicherung, auf der wir ja enorme Erfolge hatten, trotz alledem stabilitätsbewußt sein soll. Es ist uns nicht gelungen, ihm klarzumachen, daß man die Sicherheit, die ihm dieser soziale Rechtsstaat gegeben hat, und dessen Freiheitsspielraum additiv sehen muß. Es ist uns nicht gelungen, ihm klarzumachen,

daß die Alternative zur Leistungsgesellschaft nicht die Gesellschaft ohne Leistung sein kann, sondern daß wir den Leistungsdruck gebraucht haben, um zur Leistungsbereitschaft zu kommen, daß man auf der Sicherheit, die man erworben hat, erst seinen vollen Freiheitsspielraum nutzen kann. Ich meine, das ist uns nicht gelungen. Das ist uns deswegen nicht gelungen, weil wir nicht deutlich gemacht haben, daß wir dieses mit einer ganz bestimmten Zielvorstellung kombinieren, nämlich mit dem Optimum von Freiheit, Stabilität und Wohlstand.

Dieses Optimum, was die modernere Interpretation von Sozialer Marktwirtschaft wäre, ist weder mit Sozialer Marktwirtschaft noch mit humaner Marktwirtschaft meines Erachtens hinreichend umschrieben. Ich weiß keine bessere Formulierung, obwohl ich seit Wochen und Monaten darüber grübele. Ich weiß nur, daß dieser Zustand, der ja weit in den gesellschaftspolitischen Raum hinein reicht, mit Sozialer Marktwirtschaft alleine nicht mehr hinreichend umschrieben ist. Vielleicht sollten wir versuchen deutlich zu machen in einem nächsten Durchgang, daß Stabilität und Fortschritt und Vollbeschäftigung nicht Werte an sich sind, sondern daß wir Wirtschaftspolitik betreiben in der Absicht, unsere sozialen Probleme bestmöglichst zu lösen. Wir wollen Stabilität, weil wir damit unsere sozialen Probleme bestmöglich lösen. Vielleicht hätten wir verzichten sollen auf logische Deduktionen, statt dessen hätten wir unseren Wählern die Staaten vorführen sollen, die mit anderen Mitteln versucht haben, ihre sozialen Probleme zu lösen, in Schweden, in England, in Frankreich, in Argentinien, und dann einmal eine vergleichende Betrachtung anstellen, wer denn nun in der Lage war, sie in den letzten 20 Jahren besser zu lösen. Wir hätten etwas näher an der Wirklichkeit argumentieren sollen, meine ich.

Nun, es sind Fehler gemacht worden natürlich auch im taktischen Bereich. Das ist nicht unbedingt mein Metier, ich will nur hinweisen auf die Behandlung des Grundvertrages und auf dieses Techtelmechtel mit Schiller. Dieses alles würden wir nach einer Simulationsstudie, so nehme ich an, in einer neuen Wahlkampfstrategie nicht wiederfinden. Ein bißchen beeinflusst worden ist diese Taktik natürlich – soweit ich das beurteilen kann – auch von der Vorstellung der CDU, auch von der CDU/CSU-Fraktion, wie nimmt sich das Ganze aus, wenn wir morgen wieder in der Regierung sind. Das gilt für die Novellierung der Wettbewerbsgesetzgebung, das gilt für die Rolle der Deutschen Bundesbank bei der Stabilitätspolitik. Und diese Vorstellung, wie sehen wir denn nun aus mit dieser rechtlichen neuen Möglichkeit, wenn wir morgen wieder in der Regierung sind, hat manchmal klare Konturen, da, wo sie angebracht waren, verhindert. Wir haben mit vielen Kollegen aus der Fraktion gerade im Bereich der Wettbewerbsgesetzgebung wochen- und monatelang diskutiert, und da war halt immer wieder die Frage, ein bißchen müssen wir auch daran denken, wie wir uns dann ausnehmen. Ich würde sagen, das war so der Versuch, die Regierungspartei von morgen – wenn Sie so wollen – mit der Oppositionsrolle zu verbinden, und das kann immer nur in den Augen der Wähler ein schlechter Kompromiß sein.

Nun, wenn auch Fehler im personellen Bereich gemacht worden sind, darf ich diese nur mit wenigen Worten ansprechen. Ich glaube nicht, wenn wir das alles noch einmal zu konzipieren hätten, in der Kenntnis all der Dinge, die wir heute gehört haben, daß

wir dieses Techtelmechtel mit Herrn Schiller noch einmal machen würden. Da wäre sicher Entschiedenheit am Platz gewesen, entweder oder. Ich wüßte nicht einmal, ob ich dafür wäre, daß wir Herrn Schiller mit Herr Erhard plakatieren würden, wen eigentlich wollten wir aufwerten bei der Gelegenheit, und wer eigentlich war abgewertet. Aber wenn wir schon einmal darüber sprechen, sollten wir das auch ruhig ansprechen. Das gehört zur Konzeption.

Zu der Frage Vorsitzenden- oder Nicht-Vorsitzendendiskussion würde ich meinen, in den Ausführungen, die Herr Kohl heute morgen gemacht hat – Herr Kohl, wir hatten keine Gelegenheit, auch nur einen einzigen Satz darüber zu reden –, ist ja auch ein Sachproblem enthalten. Das ist nicht nur die Frage, daß wir jetzt schon zwei Kandidaten haben und daß das unter Umständen negativ in der Öffentlichkeit wirken würde, sondern dahinter steht doch die Sachfrage, wie ist das denn mit der Kumulation der Ämter oder mit der Trennung der Ämter von Vorsitzenden und Fraktion? Dies ist eine Sachfrage, dies ist keine personelle Frage. Und wenn Sie sich überhaupt stellt, auch wenn man überhaupt keine anderen personellen Vorstellungen hätte, als die, die wir jetzt vor einiger Zeit realisiert haben, müßte man doch diese Frage gleichwohl stellen als Folge der Erfahrungen aus dem Wahlkampf. Und wenn es eine Sachfrage ist, und wenn sie sich stellt, dann kann man sie nie früh genug diskutieren. Jedes Verschieben wäre unter Umständen zu spät. Und so habe ich eine ganz Menge Verständnis für den Hinweis von Herrn Kohl am Vormittag, wenngleich ich im übrigen sicher der wohl herrschenden Auffassung bin, das man jetzt die Sachdiskussion natürlich nicht hinter Personaldiskussion zurückstellen kann.

*Barzel:* Ich möchte ein paar wenige Sätze dazu zwischendurch sagen, weil hier offensichtlich doch ein Informations-Lag besteht. Also eines bestreite ich, wir hätten nicht gesagt, Stabilität wofür? Wir haben uns den Mund fusselig geredet im Bundestag, noch zu Zeiten, als Gerhard Stoltenberg da war, haben wir immer gesagt, Stabilität ist die Basis für Reformen, um die kurze Formel jetzt zu bringen. Ich will versuchen, dies mit ganz wenigen Strichen noch einmal zu schildern.

Wir hatten sicher alle nichts dagegen, den ökonomischen Offenbarungseid der Regierung entgegenzunehmen durch den Rücktritt von Herrn Schiller. Wir hätten sicher auch nichts dagegen gehabt, wenn der die Fahne gehißt hätte und einen klaren Schritt so oder so gemacht hätte. Das war ja auch mit vielen besprochen hier. Wir haben dann alles dagegen gehabt, als er anfang rumzufackeln und zu wackeln. Und als er über gutmeinende Freunde, die ebenso gutmeinend waren wie die Annoncen, die mit der Union nichts zu tun haben – und es gibt bis heute einige, deren Herkunft ich nicht einmal kenne –, war drei Wochen vor der Wahl – denken Sie an die Sonntagspresse<sup>44</sup> – eine

---

44 Bei den gemeinsamen Wahlkampfanzeigen von Erhard und Schiller wurde nur eine Adresse angegeben (53 Bonn 12, Postfach 120 153), ein Initiator wurde nicht genannt. Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 18. Oktober 1972 „Erhard kennt die Geldgeber seiner Anzeigen nicht“ sowie Bericht im ARD-Magazin „Monitor“ vom 6. November 1972 „Die Anzeigenkampagne gegen die Regierung. Wer steckt dahinter?“ (BPA Abt. Nachrichten Referat II/4); darin wurde die Werbeagentur „Gilde“ in Hamburg genannt, deren Rechnungen von der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e. V.“ in Köln beglichen.

ganz besondere Situation gegeben. Ich kann Ihnen nur sagen, was ich damals mit Unterstützung der Freunde im Präsidium abgewehrt und ausgehalten habe, ist fast nicht vorstellbar. Aus meinem Gefühl war diese Sache wie der Grundvertrag. Der Grundvertrag kam psychologisch April, Mai wieder hoch, sonst gar nicht. Nicht der Text, den hat kein Mensch begriffen. Drei Wochen vor der Wahl kam der Fall Schiller und brachte den ganzen Problembereich wieder hoch. Ich möchte wirklich mehr dazu nicht sagen, weil das vergossene Milch ist. Wir können uns gerne privat noch darüber unterhalten. Aber wieviele Freunde aus dem Lande, und zwar die hochmögendsten, mich Nacht für Nacht und Morgen für Morgen während des Wahlkampfes anriefen, fünf Wochen vor der Wahl, vier Wochen vor der Wahl, drei Wochen vor der Wahl, vierzehn Tage vor der Wahl, in der Meinung, sie könnten das Thema Generalvertrag totschlagen durch das Thema Schiller, können Sie sich nicht vorstellen. Da allerdings war ich dann manchmal etwas mehr allein, als ich mich sonst in diesem Wahlkampf gefühlt habe.

*Rollmann:* Drei Punkte noch zum Wahlkampf. Sie haben noch einmal die Wahlanzeigen angeschnitten. Jede Firma, für die irgendein Außenseiter Propaganda machen würde, würde sich mit Leidenschaft dagegen wenden. Warum waren wir als Bundespartei nicht in der Lage, in einem bestimmten Stadium und in gewisser Beziehung uns von einigen dieser Anzeigen zu distanzieren? Ich erinnere mich insbesondere an die Anzeige über die jüdischen Mitbürger<sup>45</sup>, wo wir praktisch in Hamburg gezwungen waren, eine lokale Distanzierung zu machen, solche Situationen haben wir überall gehabt. Ich habe mich bei dieser Aktion darum bemüht – aus Neustadt an der Saale kam die – zu entdecken, wer dahinter stand. Ich habe gehört, ein Rentner und eine Hausfrau. Warum hat die Bundespartei nur ein einziges Mal öffentlich gesagt, mit diesen ganzen ungerufenen Freunden und Anzeigen haben wir nichts zu tun, dafür übernehmen wir nicht die Verantwortung?

Punkt zwei. Herr Dr. Kraske, glaube ich, hat davon gesprochen heute morgen, daß einzelne Wählergruppen besonders angesprochen wurden. In bezug auf die Rentner bejahe ich das. Von einem besonderen Ansprechen der Jungwähler haben wir nichts gemerkt. Jugendpolitik ist nur ein ganz kleiner Teil, mit dem man Jungwähler ansprechen kann. Die Geburt des jugendpolitischen Programmes dieser Partei<sup>46</sup> und die Verkündung dieses Programmes zehn Tage vor der Wahl war eine Mischung zwischen Zangengeburt und Kaiserschnitt. Frau Dr. Wex mußte sich hier in diesem Saal vor die Presse stellen in einer Zeit, als die Presse überhaupt nicht mehr aufnahmebereit war, zehn Tage vor der Wahl noch ein grundsätzliches Programm zu vernehmen.

Punkt drei. Ein maßgeblicher Verlag in Hamburg<sup>47</sup>, der insbesondere beschäftigt ist

---

45 Anzeige mit dem Titel „Sicherheit auch für unsere jüdischen Mitbürger“ der „Wählerinitiative freiheitlich gesinnter Staatsbürger in der Vereinigung zur Förderung der politischen Willensbildung“ mit Sitz in Neustadt/Saale. Die Anzeige erschien u. a. am 11. November 1972 in „Die Welt“. Vgl. Nr. 30 Anm. 14.

46 Broschüre „Jugendpolitische Leitsätze“ vom 9. November 1972 (ACDP 07–001–19039).

47 Vermutlich der Axel-Springer-Verlag. Vgl. dazu „Spiegel“ vom 23. Oktober 1972 „Rote Süßspeise“; zum Kampf Springers gegen die Ostverträge Hans-Peter SCHWARZ: Axel Springer. Die Biographie. Berlin 2008 S. 508–533.



mit der Herausgabe von Illustrierten, hat mir gesagt, daß man bereits im August und September bereit gewesen wäre, kostenlos Buntanzeigen in diesen Illustrierten zu veröffentlichen, wenn die Bundespartei die notwendigen Unterlagen dafür zur Verfügung gestellt hätte.

Nun lassen Sie mich einiges sagen zu den grundsätzlichen Problemen. Wenn alles so weitergeht wie bisher, dann haben die Sozialdemokraten wie seit 1957, das nächste Mal 3 % plus, und da wir uns nicht mehr ernähren können von den Stimmen irgendwelcher Splitterparteien, haben wir nächstes Mal dann 42 %. Ich glaube, so klar müssen wir die Situation sehen, wenn sich nicht einiges in unserer Arbeit und in unserer Politik in den ganzen nächsten Jahren ändert. Und in diesem Zusammenhang lassen Sie mich etwas aufgreifen, was vorhin Herr Dr. Barzel gesagt und was Herr Dr. Stoltenberg dann aufgegriffen hat, und was ja ein Thema unserer Fraktionsklausurtagung in Berlin sein wird, nämlich die Idee, wir sollten die Regierung kommen lassen, im ersten Jahr gar keine Initiativen ergreifen, und dann erst im zweiten Jahr richtig anfangen, Initiativen im Bundestag zu ergreifen. Ich glaube, dann werden wir uns in einem Jahr noch mehr als heute darüber beklagen, wie wenig wir etwa in den Nachrichtensendungen der ARD und des ZDF und des Rundfunks und der Presse rausgekommen sind. Denn diese ganzen Massenmedien berichten über uns vor allen Dingen dann, wenn wir nicht so sehr Meinungen verbreiten, sondern wenn wir ganz bestimmte Initiativen als CDU ergreifen. Das müssen in der Situation, in der wir uns befinden, notgedrungen parlamentarische Initiativen sein.

Ich glaube, es wäre sehr schlecht, wenn wir auf diesem Felde überwiegend die Initiative der Regierung überlassen würden, und dann uns von unseren eigenen Anhängern nach wenigen Monaten draußen im Lande fragen lassen müssen, was macht Ihr denn eigentlich in Bonn mit Eurer großen Fraktion. Von Euch sieht man und hört man nichts, und die Regierung klaut uns soundsoviele Sachen, die uns hier wohl gut anstehen würden. Diese Politik der Regierung, uns Punkte aus unserem Parteiprogramm wegzunehmen und als Initiativen der Regierung im Parlament einzubringen, hat ja bereits begonnen, etwa in der Frage der Herabsetzung des Volljährigkeitsalters. Ich glaube, das, was uns in den letzten Jahren vor allen Dingen gefehlt hat, waren aber in erster Linie nicht zahlreiche Initiativen, sondern das war das fehlende Umsetzen unserer Initiativen in die Öffentlichkeit.

Ich begrüße sehr, was gesagt worden ist, daß unsere Pressearbeit verstärkt werden soll. Ich habe den Eindruck, daß die Pressestelle der Partei wie die Pressestelle der Fraktion personell unterbesetzt sind. Die sind gerade in der Lage, einige Spitzenpolitiker der CDU zu bedienen. Die anderen kommen mit ihren Initiativen nur dann unter, verehrter Herr Dr. Stoltenberg, wenn sie selbst Beziehungen zur Presse haben, mit Journalisten Kaffee trinken und Abendbrot essen. Das machen glücklicherweise einige, aber das Gros ist nicht begabt auf diesem Sektor. Wenn also die Pressestellen der Partei und der Fraktion nicht verstärkt werden, werden wir weiterhin die Situation haben, daß die guten Dinge, die wir als Bundestagsdrucksachen im Deutschen Bundestag einbringen, nicht in dem notwendigen Umfange umgesetzt werden.

Es ist hier die Absicht verkündet worden, das „Monatsblatt“ umzustellen auf ein

Wochenblatt. Ich finde, das ist eine sehr gute Idee. Ich würde es allerdings begrüßen, wenn man erst einmal – ja, verehrter Herr Schatzmeister, vielleicht Sie dann mit dem Geld, das Sie dazu zusätzlich aufbringen müssen – dafür sorgen könnte, daß der redaktionelle Teil des „Deutschen Monatsblattes“ bedeutend besser wird, als es bis heute der Fall ist, auf daß dieses Blatt aufhört, nur ein Anzeigenfriedhof zur Finanzierung der Bundes-CDU zu sein. Ich glaube, wenn es uns gelingt, den qualitativen Charakter des „Deutschen Monatsblattes“ zu verbessern, dann sollte man als zweites den Schritt tun, von einem Monatsblatt zu einem Wochenblatt zu kommen, denn daß ein solches Wochenblatt zusätzliche beträchtliche Investitionen erfordert, das ist ja eine Tatsache, die jedermann bekannt ist.

Lassen Sie mich noch einen Punkt sagen, der, wie mir scheinen will, stärker von uns beachtet werden muß. Da möchte ich anschließen an das, was Herr Müller-Hermann gesagt hat, und das ist der gesamte Bereich der Großstädte und der Ballungsräume. Wir haben auf diesem Sektor jetzt als Kontrapart Herrn Dr. Hans-Jochen Vogel, der sicherlich den Versuch unternehmen wird, die restlichen Großstädter, die uns noch wählen, in den nächsten Jahren mit sehr viel großstädtischem SPD-Geklingel abspenstig zu machen. Ich sehe im Augenblick nicht bei uns, daß hier eine richtige Konzeption entwickelt wird für die Großstädte, wie es gemacht werden muß. Ich habe es sehr bedauert, daß Herr Dr. Dregger sich mehr auf den Bereich der inneren Sicherheit begibt, als daß er als ehemaliger Präsident des Deutschen Städtetages sich um diese Fragen kümmert, wie wir eine vernünftige CDU-Politik für den großstädtischen Raum machen. Ich glaube, daß hier vor allem etwas getan werden muß, und ich sehe personell nicht diejenigen bei uns, die das in der notwendigen überzeugenden Weise machen können.

*Barzel:* Ich muß nur folgendes sagen, mit dem Jetzt-Nicht-Einbringen von Initiativen, Herr Rollmann, das hat zwei Gründe. Erstens hat die Fraktion gesagt, wir müssen unsere Politik für die vier Jahre definieren nach der Regierungserklärung. Dazu geht sie in Klausur. Dann hat sie gesagt, bis dahin keine Entwürfe. Die grundsätzliche Meinung von uns ist aber, nun nicht in Hektik zu kommen und zu jeder Sache gleich zu meckern, sondern einmal klotzen, und wirklich die Regierung kommen zu lassen. Ich will das an einem Musterbeispiel sagen aus der letzten Fraktionsvorstandssitzung. Da stand auf der Tagesordnung in der Tat ein viertes Gesetz zur Änderung des Kindergeldgesetzes. Hervorragende Vorlage. Ich frage nach, warum muß das jetzt kommen, trotz dieser Sperre, die wir verkündet haben? Antwort: Die Bundesregierung ist dabei, die mittelfristige Finanzplanung zu formulieren, wenn wir jetzt nicht aufmerksam machen mit dieser Vorlage auf dieses Problem, wird vergessen, sie einzubeziehen. So weit sind wir noch immer Regierungspartei. (*Zwischenruf.*) Entschuldigen Sie, hier sind Mitglieder des Fraktionsvorstandes, so ist das, ganz kurz zusammengefaßt, begründet worden. Das zog dann natürlich, trotz der Vorzüglichkeit der Vorlage, vielen die Schuhe aus. Ich meine, wenn ich auf das, was Stoltenberg sagt, zurückkomme, wir dürfen jetzt nicht multa sondern multum machen, mit folgendem Akzent: Nehmen wir einmal an, es wird im April, Mai klar, daß die Regierung nicht imstande ist, auf dem Gebiet der Eigentumpolitik was zu machen, dann muß man durch Pressepolitik, durch par-

lamentarische Anfragen klarmachen, das ist ein weites Feld, was zu bestellen die Regierung nicht imstande ist. Dann kann man eine Initiative lancieren, die dann auch verstanden wird. Aber wenn wir jetzt alle Sachen, die wir in unserem Programm haben – die sind doch fertig, wir brauchen doch nur die Schublade aufzumachen – jetzt wieder auf den Markt schmeißen, wird nichts gehört und nichts gemerkt.

Und ich gehe einen Schritt weiter. Wenn die Stabilitätspolitik dieser Leute nach wie vor nicht stattfindet und es einen Zeitpunkt gibt, an dem die Bürger merken, daß das nicht funktioniert, dann werde ich mich nicht scheuen, der Partei und Fraktion vorzuschlagen, jetzt laßt uns ein eigenes Signal setzen, selbst wenn darin drei unpopuläre Sachen sind. Aber bitte, immer erst, wenn man gemerkt hat, die Regierung, die zum Regieren da ist, ist dazu nicht imstande, und nicht schon jetzt sagen, eigentlich müßt Ihr dies, sonst können die dauernd ihren Kurs an unseren Vorschlägen korrigieren, wie das ja sehr häufig in der letzten Periode geschehen ist.

*Kraske:* Herr Rollmann, erstens „Monatsblatt“: Über die redaktionellen Probleme dieses Blattes könnte Ihnen Herr Weiskirch noch mehr sagen. Wir brauchen das jetzt nicht zu vertiefen. Ich stimme Ihnen zu, wir alle stimmen Ihnen zu, daß dies ein sehr komplexes Problem ist, Anzeigen, Auflage, Erscheinungsdatum. Ich kann Ihnen versichern, wir werden das nicht übers Knie brechen, das können wir uns schon dem Schatzmeister gegenüber gar nicht erlauben, aber wir müssen auch an dieses Thema jetzt mit neuen Überlegungen und ohne Tabus rangehen, das ist unsere Entschlossenheit.

Ein zweiter Punkt: Jungwähler. 1. Wir haben in fast allen Wahlkreisen mit nachhaltiger Unterstützung der Bundespartei uns außer an die Rentner wohl nur an eine Gruppe unmittelbar gewandt, das waren die Jungwähler, die Erstwähler. 2. Wir haben eine der wenigen Fernsehspots, die wir hatten, gezielt in einer Diskussion von Herrn Barzel auf die Jungwähler hin entwickelt, und 3., mit meiner persönlich sehr großen Reserve, wir haben hohe Mittel eingesetzt für die sogenannte Dieter-Thomas-Heck-Show. Nach einem verlorenen Wahlkampf ist das – das haben wir schon hier gesagt – alles falsch, aber nach einem gewonnenen Wahlkampf ist fast alles richtig. Und die Baden-Württemberger schwelgten über dieses Mittel, die Jungwähler anzusprechen, und unsere Wahlkreise haben sich um die 40 Termine, die wir hatten, geschlagen, um das zu ihnen zu bekommen. Man kann also nicht sagen, daß wir etwa den Bereich Jungwähler ausgespart hätten. Ich wiederhole, was ich heute morgen gesagt habe. Herr Schäfer, ich würde es noch stärker machen, aber nachher ist man natürlich auch klüger.

Und nun zu einem Thema, das uns alle beschäftigt hat, nämlich diese Wählerinitiativen. Das Problem war dabei ein dreifaches: Erstens, die wirklich schlimme Massierung und in der Mehrzahl auch die wirklich schlimmen Texte tauchten in den letzten vierzehn Tagen auf, wo die Anzeigen bereits disponiert waren, als überhaupt keine Möglichkeit war, einzugreifen. Zweitens, niemand in diesem Kreise hätte sich Morgen für Morgen lieber und lauter von dieser Sache distanziert, als Ihr Generalsekretär. Nur, das Problem war, daß es unter diesen Anzeigen solche und solche gab. Es gab welche, wenn die alleine dagewesen wären, ohne dieses Umfeld, wären sie gar nicht schädlich gewesen, und hinter diesen Anzeigen, wie schlecht man sie auch in der Wir-

kung beurteilt, stand eine ungeheure Opferbereitschaft, die man auch nicht so mit einer Handbewegung beiseite schlagen konnte, wie das eine öffentliche Distanzierung gewesen wäre.

Dritter Punkt, ich nehme diesen Vorwurf ganz an die persönliche Adresse, es ist euch nicht gelungen, das zu koordinieren. Aber, meine Damen und Herren, Sie müssen dazu wissen, daß ein Witz – sofern man so etwas einen Witz nennen kann – des größeren Teils dieser Anzeigen gerade darin bestand, es bewußt an uns vorbei zu machen, weil man nämlich fand, bei den Geldgebern und den Hintermännern, unser Wahlkampf sei nicht „tough“ genug, und wir schrieben zu wenig, daß Willy Brandt ein eheliches Kind ist und daß er norwegischer Major war, und was es so alles auf diesem Felde gibt. Hier ist der Unterschied der strategischen Überlegung, und hier war nicht der Punkt, daß wir etwa den Leuten in Neustadt/Saale das nicht gesagt haben, sondern die Veranlasser von Neustadt/Saale stehen nach meiner Kenntnis an einer Stelle, der gegenüber etwa das „Deutschland-Magazin“ von Ziesel<sup>48</sup> links von der Mitte angesiedelt ist. Daß diese Leute mit unserem Wahlkampf nicht zufrieden waren, das können Sie sich nach dem Standort denken. Deswegen haben sie gesagt, wir müssen jetzt hier endlich mal mit unseren Mitteln den Wahlkampf auf dem richtigen Felde führen. Und, Herr Rollmann, der letzte Punkt, Ihr Beispiel, dieser Hamburger Verlag. Als Sie mich das erste Mal im Sommer darauf hinwiesen, habe ich mich sofort an die Herren gewandt, habe mit Ihnen ein erstes Gespräch geführt und Ihnen klargemacht, daß Ihre erste Anzeige, daß die SPD uns unmittelbar ohne Zwischenstufe in die DDR führen würde, nach unserer psychologischen Beurteilung des Wählerverhaltens nicht ganz genau im Schwarzen läge. Darauf haben sich die Herren leider jeder weiteren Unterhaltung mit mir planmäßig entzogen, trotz zahlreicher Einladungen, weil sie meinten, „na, der ist schon so ein halber Linker, mit dem hat es ja gar keinen Zweck zu reden“.

Der letzte Punkt, der nackte Mann vor dem Finanzamt.<sup>49</sup> Um Ihnen das mal ganz deutlich zu sagen, wie so etwas läuft. Es gab einen Mann, der stand wirklich splitterfarnackt vor einem veritablen Finanzamt, bedeckte sich, ich glaube nur mit den Händen, vielleicht mit dem Hut seine Blöße, und der Text erklärte, daß die SPD ihn so gerupft hätte, weil im Jahre 1972 ... (*Unruhe und Diskussion.*) Folgender Hintergrund, es ist einfach auch mal eine Auflockerung, damit Sie sehen, wie so etwas läuft. Wohlwollende Geldgeber haben uns, ohne daß wir auf die Auswahl zunächst einen größeren Einfluß nehmen konnten, unter anderem einen Werbeberater zur Verfügung gestellt, der fleißig mitgearbeitet hat, aber offenbar auch sonst noch manche Aufträge hatte. Der kam eines Tages mit genau dieser Anzeige in eine unserer Besprechungen, und darauf erklärten wir dem Mann, das sei ja vollkommen unmöglich, und es sei also

---

48 Kurt Ziesel (1911–2001), Publizist; 1931 NSDAP, ab 1935 Tätigkeit als Journalist bei NS-Publikationen, bis 1960 Herausgeber des „Europäischen Kulturdienst“, 1966 Mitgründer der Deutschland-Stiftung (2003 Insolvenz, 2007 Löschung aus dem Vereinsregister), die ab 1969 das „Deutschland-Magazin“ herausgab. Vgl. LEXIKON S. 499.

49 Die Anzeige der „Steuer-Notgemeinschaft“ mit Sitz in Bonn erschien u. a. am 17. November 1972 im „Express“.

wirklich das letzte, so etwas könne doch nicht sein Ernst sein. Er quittierte das und sagte, jawohl, also das sei vielleicht richtig, und 14 Tage später erschien diese Anzeige nunmehr unter einer Wählerinitiative, die offenbar eigens dafür gegründet war, von der wir noch nie was gehört hatten. (*Unruhe und Diskussion.*) Dieses ist wirklich eine Tragödie gewesen, aber ich kann nur sagen, dies Problem war während des Wahlkampfes erkannt, aber es war sehr viel schwerer, als sich das so von außen ansieht, zu sagen, nehmt dieses Geld und bringt es in einen richtigen Kanal, wo es unsere Intentionen in diesem Wahlkampf unterstützt. Ich hoffe sehr, daß auch diejenigen, die sich daran finanziell beteiligt haben, daraus ein bißchen etwas lernen für künftige Planungen.

*Seiters:* Ich will Herrn Rollmann nicht widersprechen, wenn er für Jugendpolitik und jugendpolitischen Initiativen entsprechenden Raum fordert in der Partei und in der Fraktion, aber – und das werden mir wahrscheinlich Herr Echternach und Herr Langguth bestätigen können – es wäre ein Irrtum zu glauben, gerade die Jungwähler hätten ihre Entscheidung zu den Parteien überwiegend oder zu einem großen Teil oder zu einem Teil von rein jugendpolitischen Fragen abhängig gemacht. Ich glaube, daß hier die „Friedenspolitik“ des Bundeskanzlers, das ging in allen Diskussionen um diese Frage, gerade bei den Jungwählern eine ganz entscheidende Rolle gespielt hat.

Zum „Monatsblatt“: Man mag sich darüber streiten, wie dieses „Monatsblatt“ künftig aussehen soll. Für mich persönlich wäre allerdings viel wichtiger noch als diese Frage eine Entscheidung der Bundespartei, die Mitglieder unserer Partei wie im Wahlkampf selbst mit Argumenten zu versorgen, und seien sie auch nur alle vierzehn Tage auf drei oder auf vier hektographierten Seiten zu lesen. Ich glaube, daß das Monatsblatt dieses Bedürfnis überhaupt nicht erfüllt, daß wir vielmehr Argumente bringen und dabei auch für eine bestimmte Sprachregelung sorgen müssen, die so jedenfalls gegenüber unseren Mitgliedern bislang nicht zur Geltung gekommen ist.

Was die Arbeit an der Basis angeht – Herr Windelen hat vorhin gesagt, daß er dieses Wort schon nicht mehr hören kann –, so will ich nur auf die Schulen eingehen. Ich meine, daß wir allen unseren Bundestagsabgeordneten empfehlen sollten, an die Oberschulen, die Gymnasien, Realschulen und Berufsschulen heranzutreten, um ihnen einmal jährlich eine Diskussion anzubieten und zwar mit dem Kollegen von der SPD. Es gibt viele in unserer Partei, die jetzt noch meinen – und den Einwand habe ich auch in den letzten Tagen verschiedentlich gehört –, wir sollten doch jetzt nicht noch unsererseits die Parteipolitik in die Schulen tragen. Das ist ein völlig falscher Gesichtspunkt. Sie ist längst drin, und für mich ist ganz interessant, daß gerade die linken Schülermitverwaltungen überhaupt nicht interessiert sind an Podiumsgesprächen der Bundestagsabgeordneten von CDU und SPD, weil dadurch ja das Bild der CDU verändert und verbessert werden könnte. Ich meine also, daß wir darauf großes Gewicht legen sollten.

Und nun ein letzter Punkt noch. Einiges von dem, was ich sonst sagen wollte zur Sachdiskussion, ist von Herrn Schäfer angesprochen worden. Zur Personaldiskussion: Bei allem Respekt vor den sehr bemerkenswerten Ausführungen von Herrn Schwarzschilding, und bei aller Zustimmung zu der These, daß es innerparteilich auch ganz gut sein kann, wenn auf einem Parteitag eine echte Wahl stattfindet, möchte ich persönlich

doch nicht verhehlen, daß ich zu großen Teilen der Auffassung zustimme, die Herr Katzer hier vorgetragen hat und zwar sowohl bezogen auf die Situation im Parlament als auch bezogen auf die Glaubwürdigkeit bei den Entscheidungen der Vergangenheit. Hierzu wäre eine ganze Menge zu sagen, auch aus Sitzungen des Elferrates der Fraktion, das bringt uns jetzt aber nicht weiter. Was er gesagt hat zu den Gefahren der Personaldiskussion, Gefahren deshalb, weil sie möglicherweise bei manchen oder vielen in unserer Partei ablenken von der Sachdiskussion, unterstreiche ich. Das wäre – ich glaube aber, daß das allgemeine Überzeugung hier ist – das Gefährlichste, wenn diese Personaldiskussion im Vordergrund stünde, ohne daß die Sachdiskussion geführt werden würde.

*Dregger:* Einige Bemerkungen. Erstens: Image der CDU als katholische Landpartei. Das ist ein sehr gefährliches und für uns nachteiliges Signum. Um der Legende entgegenzutreten: In Hessen hatte die CDU in den neuen kreisfreien Städten und in den Landkreisen auch bei der letzten Wahl die größten Gewinne in den Städten, insbesondere in Frankfurt und im Rhein-Main-Gebiet.

Zweitens: Sprache. Wir bezeichnen unsere Gegner als sozialliberale Koalition und behaupten von uns selbst, wir seien unglaubwürdig. Wie schrecklich für unsere Wähler, daß sie nicht die sozialliberalen Kräfte gewählt haben, sondern eine Partei, die von sich selbst behauptet, sie sei unglaubwürdig. Ich würde dringend empfehlen, die Sprachregelung der Gegner nicht zu übernehmen. Das ist die Koalition, oder die SPD/FDP-Koalition, jedenfalls in meinem Verständnis nicht die sozialliberale Koalition. Wir sollten keinen Zweifel daran lassen, daß wir glaubwürdig sind. Allenfalls können wir das intern erörtern, aber nicht vor einer breiten Öffentlichkeit. Wir müssen uns überhaupt daran gewöhnen, daß eigentlich nur die Bezeichnungen bei den Wählern ankommen. nicht der Inhalt. Friedenspolitik: Eine ungeheuer propagandistische Kennzeichnung einer bestimmten Politik, die den Gegner sofort in den Geruch eines Kriegspolitikers stellt. Ich glaube, wir müssen also auf diese Sprachregelung allergrößtes Gewicht legen.

Drittens: Taktik im Parlament. Es ist auch in dieser Debatte wieder die Gemeinsamkeit beschworen worden von Vertretern der Regierung und der Opposition. Ich halte das für gut. Wir müssen dies nur für schlecht halten, wenn wir das allzu ernst nehmen. Ich habe gewisse Erfahrungen einmal in meiner Stadt als Oberbürgermeister, wenn Sie so wollen in einer Regierung. Ich habe immer das größte Gewicht darauf gelegt, daß die Gemeinsamkeit sichtbar wurde, das ist meiner Partei außerordentlich gut bekommen, wir haben unseren Stimmenanteil von 46 % auf 60 % erhöhen können. Ich war zehn Jahre in der Opposition im Landtag, in den letzten Jahren als Oppositionsführer, ich habe alles dafür getan, die Gemeinsamkeit sehr zu begrenzen. Warum? Es ist die Aufgabe der Opposition anzugreifen. Jeder Angriff stört die Gemeinsamkeit, und es ist für die Regierung großartig, sagen zu können, dann ist eine Gemeinsamkeit nicht möglich, ein Argument, das Herr Brandt auch in dieser Debatte wieder mehrfach gebraucht hat. Wir dürfen auch nicht meinen, daß es genügt zu sagen, wir sind im Ziel einig, aber wir sehen einen anderen Weg zu diesem Ziel. Das ist so kompliziert, daß das die Wähler draußen überhaupt nicht begreifen. Die Wähler sehen nur

grobe Striche, und wenn sich Regierung und Opposition in den Zielen und in den Hauptrichtungen der Politik nicht unterscheiden, dann besteht überhaupt keine Veranlassung, die Regierung abzulösen. Ich meine, das sollte man nicht nach außen sagen, aber man sollte es intern sagen. Parteipolitisch nützt die Gemeinsamkeit der Regierung und das Fehlen der Gemeinsamkeit der Opposition.

Das vierte, von Herrn Katzer angeschnitten, ist, brauchen wir eine Koalition 1976. Ich möchte ganz eindeutig sagen ja. Wir hatten eine gewisse Chance, das hohe Ziel der absoluten Mehrheit zu erreichen bei dieser Wahl, das ist uns nicht gelungen. Die Situation nach dieser Wahl ist nicht besser, sondern sie ist schlechter als vorher. Dann die zweite Frage, kann der Koalitionspartner eine andere Partei sein als die FDP? Da ist eine Diskussion, die es schon gegeben hat im Zusammenhang mit der DU, und eine Diskussion, die es auch nach dieser Wahl gegeben hat. Eine solche Partei könnte, wenn es nicht die FDP ist, wohl nur eine Partei sein, die rechts von uns steht. Und wir alle wissen, daß Strauß mit dem Gedanken umgeht einer rechten Partei und dann einer linken CDU. Ich halte das für nicht gangbar. Und zwar aus zwei Gründen nicht: Erstens wird dieses Wählerpotential zum größten Teil uns weggenommen zugunsten dieser rechten Partei, die rechts von uns steht. Wahrscheinlich wäre es nicht möglich, daß wir mit dieser rechts von uns stehenden Partei koalieren. Denn beim Zeitgeist, den wir heute haben, und bei der Sprachregelung der Publizistik ist jede Partei, die rechts von der Mitte steht, eine rechtsradikale Partei, ob sie es ist oder nicht. Es würde im Ergebnis bedeuten, wir würden Wähler verlieren zugunsten einer Partei, mit der wir nicht koalieren könnten, und das Ergebnis wäre die permanente Vorherrschaft der SPD.

Auf lange Sicht kann meines Erachtens nur die FDP Koalitionspartner für uns sein. Das wird außerordentlich schwer sein aus folgenden Gründen: Erstens wegen der Fehler in der Vergangenheit. Der schlimmste Fehler war das Drohen mit dem Wahlrecht. Das war eine existenzgefährdende Drohung an die Adresse der FDP, und das hat den ganzen Allianzwechsel im Grunde verursacht. Das zweite, ein Allianzwechsel der FDP jetzt wäre für sie nahezu lebensgefährlich, denn 4,8 % Erststimmen, 8,4 % Zweitstimmen bedeutet doch, welcher Anteil auch immer auf das eine oder andere Motiv zurückzuführen ist, daß es einen Teil von Wählern gibt, die die FDP nur wählen im Zusammenwirken mit der SPD. Also die FDP wird es sich sehr überlegen, ob sie bereit sein kann, wieder zu uns zurückzukommen. Und das dritte, die Euphorie bei der FDP ist heute viel zu groß und, meine Damen und Herren, nicht ohne Grund. Die FDP hat eine gewisse Chance, programmatisch und im Wählerpotential z. T. an unsere Stelle zu treten. Es gibt eine gewisse Chance. Ich habe viele Wähler gehört, die sagen, jetzt kann uns nur noch die FDP retten, denn die CDU kommt doch nicht mehr dran, die FDP kann wenigstens bremsen oder korrigieren, oder wie wir es auch immer nennen mögen. Und wenn wir so unvorsichtig wären, unsere Position in der Wählerstruktur grundsätzlich zu verändern, würden wir diesen Tendenzen noch Vorschub leisten.

Trotzdem meine ich, wir haben wahrscheinlich keinen anderen möglichen Partner als die FDP. Ich würde aber dringend davor warnen bei der jetzigen Situation, das irgendwie zu betonen. Wir würden uns nur lächerlich machen. Ich würde es aber für gut halten, persönliche Kontakte zu pflegen, und ich halte es für sehr klug, daß Herr

Kohl den Herrn Friderichs<sup>50</sup> als Staatssekretär gehalten hat, und daß damit gewisse Brücken möglicherweise für uns gegeben sind. Ich halte es auch für klug, was der Herr Parteivorsitzende angedeutet hat in bezug auf Entscheidungen, die demnächst zu fällen sind. Aber, wie gesagt, sehr zurückhaltend und nicht anbietend, wir müssen jetzt unsere Position festigen und, obwohl wir in der Opposition sind, den Wählern deutlich machen, daß wir auf die Dauer doch die verlässlichere Kraft sind, wenn es darum geht, das Abtreiben in den sozialistischen Zwangsstaat zu verhindern.

Die fünfte Frage, unsere Position in der Wählerstruktur. Herr Katzer, wenn das richtig ist, dann meine ich, kann unsere Position nur folgende sein. Es wird manchmal gesagt, wir haben rechts nichts zu gewinnen, das ist völlig richtig. Ich habe das in einem Interview anders formuliert: „Wir müssen so weit wie möglich nach links reichen, ohne rechts etwas Nennenswertes stehen zu lassen.“<sup>51</sup> Wir sind insofern in der gleichen Situation wie die SPD. Solange die SPD nicht bereit ist, mit der DKP zu koalieren, und wir nicht bereit sind, mit der NPD oder einer Nachfolgepartei zu koalieren, muß die SPD dafür sorgen, so weit wie möglich nach rechts zu reichen, ohne daß links etwas Nennenswertes von ihr entsteht, wie umgekehrt so weit wie möglich nach links reichen, ohne rechts von uns etwas Nennenswertes entstehen zu lassen. Das bedeutet, wir können unsere Position in der Wählerstruktur im Grunde nicht verändern. Wir können also nicht etwa meinen, jetzt haben wir die rechten Wähler im Sack, den schnüren wir zu, und jetzt marschieren wir nach links. Dann springen die nämlich raus. Was man auch immer unter rechts versteht, das ist ja ein sehr problematischer Begriff. Aber ich meine, daß es im Grundsatz richtig ist.

Das sechste noch aus der Diskussion von heute morgen, das emotionale und das argumentative Element im Wahlkampf. Ich bin der Meinung, daß natürlich beides notwendig ist, daß die Emotionen sich auf Argumente stützen müssen. Aber ich bin der festen Überzeugung, daß die Emotionen das entscheidende sind. Die meisten Menschen entscheiden sich nicht rational, das ist doch eine Feststellung, sondern die entscheiden sich emotional. Deswegen halte ich es für falsch, betont einen argumentativen Wahlkampf zu führen. Es ist heute nicht mehr die Rede gewesen von einer Sache, von der vorher immer die Rede war, nämlich von der berühmten kritischen Mitte, von den Aufsteigern und was weiß ich, einer Geisterarmee, von der wir ja sehr viel gesprochen haben vor dieser Wahl. Wenn wir die Veränderungen, die stattgefunden haben, sehen, dann waren es die Frauen, das war wahrscheinlich nicht diese kritische Mitte, dann war es die Jugend ... (*Zwischenruf*) schön, war es die Jugend, und dann waren es katholische Arbeitnehmer, und, wie wir heute morgen gehört haben, nicht die Facharbeiter, sondern die Hilfsarbeiter und die angelernten Arbeiter. Ich glaube, das war

---

50 Dr. Hans Friderichs (geb. 1931), Jurist; 1956 FDP, 1959–1963 Geschäftsführer der IHK Rheinhesen, 1964–1969 Bundesgeschäftsführer der FDP, 1965–1969 und 1976/77 MdB, 1969–1972 Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Umweltschutz Rheinland-Pfalz, 1972–1977 Bundesminister für Wirtschaft, 1977–1985 Vorstandsmitglied (ab 1978 Vorstandssprecher) der Dresdner Bank. Vgl. KEMPF/MERZ S. 257–260.

51 Interview Dreggers mit dem Sender Freies Berlin, vgl. „Die Welt“ vom 27. Januar 1973 „Dregger: Soweit wie möglich nach links“.



auch nicht das, was man bisher unter der kritischen Mitte, oder neuen Mittelschichten verstanden hat. Ich meine also, man darf nicht einen betont argumentativen Wahlkampf führen. Man muß einen argumentativen Wahlkampf führen, aber man muß alles dafür tun, Emotionen zu wecken. Ob einem das gelingt, ist eine zweite Frage, aber das ist eine Voraussetzung für den Erfolg. Das bedeutet ferner, daß das personelle Element natürlich von entscheidender Bedeutung ist. Ich stimme völlig Herrn Kohl zu, daß das in keiner Weise glaubhaft war, was die Demoskopen oder die Wissenschaftler uns heute morgen hier erzählt haben. Man muß sie immer anhören, aber man darf das nicht alles glauben, was die sagen. Es ist doch selbstverständlich, daß die Verkörperung einer Politik in einer Person auf die Entscheidung der Wähler von großem Einfluß ist. Dabei muß man sich um der Gerechtigkeit willen klar darüber sein, daß es natürlich angenehmer ist, gegen einen Oppositionsführer Steffen anzutreten, als gegen einen Bundeskanzler Brandt, aus zwei Gründen, einmal Oppositionsführer und Regierungschef, und zum anderen wegen der Qualifikation dieser Personen oder ihres Eindrucks, den sie in der Wählerschaft machen. Da gibt es nun verschiedene Abstufungen, auch in den einzelnen Ländern. Nur, je stärker der Kandidat des Gegners ist, um so stärker muß nach Möglichkeit der eigene Spitzenkandidat sein, das ist ganz klar.

Nun, das dritte, was mir wichtig erscheint wegen der Emotionen. (*Zwischenruf*) Natürlich, der Zinn z. B. wäre sehr viel stärker gewesen, als es jetzt der Osswald ist. Ich bin der Meinung, daß politische Konsequenz von außerordentlicher Bedeutung ist. Die meisten Wähler haben doch gar keine Ahnung davon, was im Moskauer Vertrag oder was im Grundvertrag steht oder in sonst irgendeinem Vertrag. Sie orientieren sich doch nur an dem Verhalten der Parteien. Und unter diesem Aspekt halte ich es für falsch, wenn eine Partei, auch insbesondere eine Opposition, mit ihrer Stellungnahme zu lange wartet, und wenn sie die taktischen Positionen bezieht. Denn wenn – das ist doch die Folge dann – selbst die Opposition sehr lange darüber nachdenkt, ob sie ja oder nein sagen muß, dann muß doch das, was die Regierung anbietet, immerhin diskussionswürdig sein. Und wenn sie dann nach langem Überlegen und Diskutieren zum Ergebnis kommt, wir sagen nein, dann ist das eben die Pflichtübung einer Opposition, die nicht weiter überzeugt. Ich denke immer nicht an die Wähler, die das im einzelnen durchdenken, das sind vielleicht 3 %, sondern ich denke an die große Mehrheit der Wähler, und mir sind alle Stimmen gleich viel wert. Ob das die kritische Mitte ist oder ob das Hilfsarbeiter sind, ist mir völlig wurscht. Ich will die Mehrheit der Stimmen haben, und da muß ich mich als praktischer Politiker dran orientieren. (*Unruhe und Diskussion*. – *Katzer*: Was soll denn da für ein Unterschied sein zwischen Hilfsarbeiter und kritischer Mitte?) Ich will jetzt nicht sagen, daß Hilfsarbeiter nicht über den Grundvertrag nachdenken. Ich wollte nur sagen, wir können unsere Politik nicht ausrichten an den Leuten, die den Grundvertrag in allen Einzelheiten zur Kenntnis nehmen und die Diskussion verfolgen, die wir hier im Parlament führen, sondern wir müssen uns ausrichten an den Wählern, die inhaltlich von diesen Dingen gar keine Kenntnis nehmen, sondern sich nur orientieren an dem Verhalten der Parteien. Und es muß für die Regierung nützlich sein, wenn die Opposition nicht in angemessener

Frist eine klare Position bezieht und die beibehält. Bitte, man kann verschiedener Meinung sein, aber vielleicht kann man doch einmal darüber nachdenken.

Nun der siebte Punkt. Herr Katzer hat auf drei Punkte hingewiesen, die dann auch von anderen berührt worden sind: Ostpolitik, Mitbestimmung und Vermögensbildung. Ich möchte meinem Freunde Kiep folgendes sagen: Es ist ein Grundfehler zu meinen, wir könnten uns in der praktischen Politik nach Verabschiedung des Grundvertrages nur dann behaupten, wenn wir auch dem Grundvertrag zugestimmt hätten. (*Zwischenruf.*) Nein, ich meine aber, das mag vielleicht im Hintergrund eine Rolle spielen. Ich bin der Meinung, daß wir diesen Grundvertrag ablehnen müssen, ich will die Gründe nicht anführen, wie ich mich auch gefreut habe über die beiden anderen Grundsatzpositionen unseres Vorsitzenden in der Frage der Abtreibungsgesetzgebung und des Mitbestimmungsmodells des DGB. Ich will auch die Gründe nicht nennen, es gibt Grundsatzpositionen, die man nicht aufgeben kann, übrigens auch nicht beim § 218, denn ich meine, das bedeutet ja praktisch, daß das ungeborene Kind wie eine Sache behandelt wird, die man wegschmeißen kann. Ich finde, daß da eine moralische Position berührt wird, von der wir als Partei nicht ohne weiteres abgehen können.

Aber nun zurück zur Ostpolitik. Ich bin der Meinung, daß wir den Grundvertrag ablehnen müssen, und auch ablehnen können, aber trotzdem durchaus nachher in der Lage sind, uns auf die dann geschaffenen Tatsachen zu stellen und von dort aus nun weiter Politik zu machen. *Pacta sunt servanda*, das ist selbstverständlich, auch dann, wenn diese *pacta* gegen unseren Willen und gegen unser Votum zustandegekommen sind.

Nun zur Mitbestimmung. Ich weiß nicht, ob es immer klug ist, wenn wir Themen in den Vordergrund stellen, die nach Umfrageergebnissen selbst bei den DGB-Mitgliedern zumindest in der Vergangenheit nicht im Vordergrund des Interesses gestanden haben, und die unsere Partei einer Zerreißprobe unterwerfen. Das ist eine erste Frage. Nun aber ein zweiter Gesichtspunkt, ohne jede Schärfe. Lassen Sie mich bitte folgendes sagen. Herr Katzer, Sie haben mich ja in diesem Zusammenhang wegen meiner Düsseldorfer Rede auch in diesem Kreise angesprochen. Ich bin sehr dankbar, daß Sie es in diesem Kreise getan haben und nicht wie andere, die mich in der Öffentlichkeit in beleidigender und diffamierender Weise und auch damit in einer meine eigene Politik und die meines Landesverbandes (*Zwischenruf.*) in gefährdender Weise – nicht schädigender Weise bisher Gott sei Dank, wie die Wahlergebnisse ausweisen – angegriffen haben. Meine stellvertretenden Landesvorsitzenden haben dem westfälischen Vorsitzenden einen Brief geschrieben wegen eines Vorfalles auf dem Landesparteitag der westfälischen CDU.<sup>52</sup> Dieser Brief wird nicht veröffentlicht. Wir haben eine Abschrift an Herrn Barzel und Herrn Katzer gegeben. Ich will nur hier aus der „Welt“

---

52 Rudi Nickels hatte auf dem Parteitag in Siegen Dregger für seine Rede auf dem Bundesparteitag in Düsseldorf 1971 zum Thema Mitbestimmung scharf kritisiert (Text der Rede in ACDP 03-002-818/1; vgl. auch CDU, 18. BUNDESPARTEITAG S. 257-265). Zum Telex vom 15. Januar 1973, das Christian Schwarz-Schilling, Hans Wagner, Walter Wallmann, Hanna Walz und Otto Zink an Heinrich Windelen sandten, vgl. ACDP 01-347-237; zum anschließenden Schriftwechsel zwischen dem LV Hessen und dem LV Westfalen-Lippe vgl. ACDP

folgendes vorlesen: „Scharf griff Nickels den CSU-Vorsitzenden Strauß und den hessischen Landesvorsitzenden Alfred Dregger an.“ Dessen Rede auf dem Düsseldorfer CDU-Bundesparteitag sei an Zynismus gegen Gewerkschaften und die CDU-Sozialausschüsse kaum zu überbieten gewesen. Noch eine Dregger-Rede auf einem Bundesparteitag, noch weiter auf diesem Kurs, der damals von der CDU in der Mitbestimmungsfrage eingeschlagen wurde, und wir werden unsere Glaubwürdigkeit verlieren, sagte Nickels.

Meine Damen und Herren, was ist eigentlich geschehen? Der hessische Landesvorstand hat ohne meine Initiative einen Entwurf beschlossen, aber unter meiner Mitwirkung. Ich habe mir den Entwurf, der dann im Landesvorstand vorgelegt wurde, zu eigen gemacht. Und ich bedaure, wie Schwarz-Schilling, daß diese ganze Frage hier im Bundesvorstand nicht erörtert worden ist. Ich habe diesen Antrag des hessischen Landesverbandes in Düsseldorf begründet, und zwar mit der Wirkung, daß die Mehrheit des Parteitages diesem Antrag zugestimmt hat, einschließlich der weit überwiegenden Zahl der Bundesvorstandsmitglieder, wie Sie alle wissen. Meine Damen und Herren, wenn Sie wegen dieses Antrags, den ich begründet habe, mich verteufeln, dann müssen Sie uns alle verteufeln. Dann können Sie mich vielleicht noch wegen des Inhalts meiner Rede verteufeln, ich möchte Sie alle bitten, sie noch einmal nachzulesen. Ich glaube, daß das eine faire Rede gewesen ist und eine gute Rede. Wenn es anders wäre, wäre ja wahrscheinlich die Mehrheit des Parteitages dem Vorschlag nicht gefolgt, insbesondere der großen Politiker, die hier in diesem Bundesvorstand versammelt sind. Ich glaube, das sagen zu können. Herr Katzer, das kann man unterschiedlich bewerten, selbstverständlich. Aber ich meine, wir sollten uns, wenn wir schon von innerparteilicher Demokratie reden, darüber einig sein, daß man auf einem Parteitag fair diskutieren darf, daß dann der Parteitag entscheidet und daß man sich dann an die Entscheidung loyal hält, was nicht ausschließt, daß man nach wie vor anderer Meinung ist. (*Zwischenruf.*) Es richtet sich gar nicht an Sie. Ich spreche von Nickels. (*Katzer:* Sie sprechen mich dauernd an.) Entschuldigen Sie, Herr Katzer, ich schaue Sie auch sonst häufiger an. Das ist auch wegen der innerparteilichen Demokratie notwendig. Wenn es uns gelänge, daß wir anständig miteinander umgehen, daß wir unterschiedliche Argumente austauschen können auch in der Öffentlichkeit – ich stimme Herrn Kiep durchaus zu, wobei man die Öffentlichkeitswirkung durchaus bedenken muß, aber im Grundsatz muß das möglich sein, insbesondere auf einem Parteitag muß es möglich sein –, ohne daß wir uns gegenseitig verteufeln, dann würden wir hier einen Fortschritt gemacht haben, den ich für dringend erforderlich halte.

Und dann kam der Punkt Wettbewerb, nein, der Punkt Vermögensbildung, daß wir unsere Initiative so schnell wie möglich wiederaufnehmen sollten, in dieser oder anderer Form, aus welchen Gründen, mit welchen Argumenten auch immer. Schließlich das letzte, die Haltung der Jugend. Ich glaube, das hängt weitgehend mit der geistigen Führung zusammen, die wir verloren haben. Sie wiederzugewinnen ist eine Aufgabe,

---

03–020–124. – „Süddeutsche Zeitung“ vom 15. Januar 1973 „Junge Union auf Konfrontationskurs“.

die sehr viel Kraft erfordert. Ich stimme völlig dem zu, was Schwarz-Schilling und Langguth gemeinsam erarbeitet haben. Es ist eine ausgezeichnete Grundlage und ich setze große Hoffnung in die Arbeit der Grundsatzkommission und freue mich, daß Schelsky und andere Intellektuelle mitzuwirken bereit sind.

Es gibt noch eine zweite Sache, die ich in meiner Rede im Bundestag berührt habe.<sup>53</sup> Wir müssen verhindern, daß die Indoktrination nicht mehr an den Universitäten, sondern jetzt an der Schulen ein Ausmaß erreicht, das es ausschließt, daß wir mit unseren Argumenten überhaupt noch bei der Jugend zur Kenntnis genommen werden. Ich wäre dankbar, wenn wir uns auch mit dieser Frage befassen würden. Dr. Schwarz-Schilling hat selbst diese Schrift „Sozialismus im hessischen Schulwesen“<sup>54</sup> weitgehend mitgestaltet. Was dort geschieht, ist so erschreckend, daß wir darunter auch bei Wahlen leiden müssen. Denn wenn wir von allen Werten der Kultur und der Tradition Abschied nehmen, von der Religion, von der Nation, von der Tradition, dann muß das insbesondere eine Partei treffen, die schon durch ihren Namen sich von diesen Werten nicht trennen kann. Und das ist genau die Situation, die wir zur Zeit haben. Einige in sehr großer Kürze vorgetragene Gedanken.

*Barzel:* Ich möchte es zum Anlaß nehmen, einige ganz wenige Informationen dazu zu sagen, die ich in meinem Lagebericht vergessen habe. Die Nicht-Kollegen im Bundestag haben möglicherweise nicht mit der Deutlichkeit wie wir im Bundestag, die wir bis zu Ende da waren, folgendes registriert: Eine Rede von Herrn Flach – lassen wir mal die Polemik weg –, die im Inhalt sagt, ihr müßt das „C“ stärker betonen. Die Begründung ist ganz klar, wenn wir das machen, wird für die Liberalen ein Platz wieder frei. Dann die Rede von Herrn Eppler, ihr müßt das „C“ streichen. Begründung ganz klar, dann kann er sagen, nun sind die Christen also in beiden großen Parteien. Das heißt, die unterschiedlichen Ratschläge kommen alle aus demselben Grunde. Ich kann wegen dieser Überlegungen, und das sind beides Strategien in den anderen beiden Parteien, nur raten – deshalb überbetone ich das jetzt zur Stunde, weil die Frage aus unseren Wählern kommt –, jeden Eindruck von prinzipieller Anpassungsartistik zu vermeiden. In aller Offenheit, das erste ist – den Schock, den wir, wie ich hoffe, überwunden haben, den die Partei noch nicht überwunden hat, deshalb sind die Versammlungen leider noch sehr notwendig, auch in der Partei, das ist gar keine Frage –, daß wir zunächst mal feste Pflöcke einrammen. Und wenn ich sage, zuerst keine Vorlagen, hängt das doch damit zusammen, daß wir nicht irgendwelche Fortentwicklungen, die wir machen müssen, in den ersten Wochen machen und irgendein Zeichen programmatischer Unsicherheit geben, (*Katzer:* Sehr richtig!) sondern daß wir morgen, wenn wir das zu formulieren haben, auch diesen Gedanken nicht vergessen und nicht irgend jemanden hier schon total verrückt machen (*Katzer:* Jawohl!). Also ich wäre z. B. nicht bereit, in ein Kommuniké zu schreiben, daß wir neu nachdenken wegen der Mitbestimmung. Das müssen wir machen, und da muß man wissen, wo man hin will. Aber jetzt hier niemanden verrückt machen, aber unter uns weiter so offen diskutieren.

---

53 Vgl. Sten.Ber. 7. WP 9. Sitzung am 25. Januar 1973 S. 307–311.

54 Vgl. Nr. 30 Anm. 5.

*Kraske:* Ich wollte nur in zwei Punkten an etwas erinnern, was Sie sicher wissen, aber was man in diesem Zusammenhang doch immerhin auch sagen sollte: Niemand wird in einem Wahlkampf freiwillig auf Emotionen verzichten. Da stimme ich völlig mit Ihnen überein. Der Begriff der „Inflation“ etwa ist ja nun wahrhaftig mehr ein emotionaler als ein rationaler. Die Warnung vor dem ganzen Bereich Linksunterwanderung hat einen ganz hohen emotionalen Hintergrund. Nur, daß wir sozusagen als Spielelement unseres Wahlkampfes einen politisch argumentierenden, informierenden Wahlkampf führen wollten, das hat in diesem Vorstand zwei sehr ausführliche Debatten zur Grundlage gehabt, die im wesentlichen zu einem einstimmigen Ergebnis kamen. (*Katzer:* Natürlich!) Der Generalsekretär hat Ihnen gegenüber den Vorteil, daß er alte Vorstandsprotokolle gelegentlich noch mal durchlesen kann. (*Diskussion.*)

Das zweite ist der Grundvertrag. Auch da muß ich sagen, daß nun wirklich das Präsidium – und, was hier die meisten nicht wissen, die CSU vor dem 19. November –, nach meiner Erinnerung ohne eine einzige Gegenstimme der Ansicht war, wir können nicht innerhalb von zehn Tagen ohne alle Gremien mit einer möglicherweise dann folgenden CDU/CSU-Regierung jetzt endgültig definitiv nein sagen. Was ich bei dieser Gelegenheit ganz offen sage, wer diese Vorgeschichte kennt, kann sich über die Einlassung unserer bayerischen Freunde<sup>55</sup> (*Katzer:* Sehr richtig!) gerade zu diesem Thema im nachhinein nicht besonders freuen. (*Barzel:* Und wir waren die einzigen mit einer Anzeige, wo auch etwas Deutschland- und Außenpolitisches drin vorkam. – *Diskussion und Unruhe.*)

*Köppler:* Ich bin ja nicht naiv genug anzunehmen, daß hier das Schweigen im Walde stattfindet. Es ist nur ein Unterschied, ob wir nach der Ansprache dieses Themas heute von hier aus herausgehen als Bundesvorstand – und hier sitzen alle Landesvorsitzenden – und anfangen, dieses Thema in Parteidiskussionen und in Gremiendiskussionen der Partei anzuheizen, oder ob wir es einbinden in eine langfristige Sachdiskussion, die mit Vorrang immer noch bei den anderen Punkten, die wir heute besprochen haben, in den nächsten Wochen und Monaten betrieben werden muß. So wollte ich verstanden werden. Ich glaube nicht, daß irgend jemand hier glauben kann, man könnte das Thema aus den Gazetten und aus den Gesprächen der Mitglieder usw. irgendwie verbanen und tabuisieren, das geht natürlich nicht.

Lassen Sie mich einen Punkt zu der Diskussion von heute morgen noch ansprechen, der vielleicht, was die Konsequenzen angeht, schon in das hineinführt, was wir unbedingt morgen machen müssen, nämlich der wartenden Partei auch erste Konklusionen für die Parteiarbeit zu liefern. Ich denke da insbesondere an die Punkte, die heute morgen zu Beginn der Parteivorsitzende und dann Herr Dr. Kraske in seinen zehn Punkten dargelegt hat. Ich meine, eines ist deutlich geworden und war mitausschlag-

---

<sup>55</sup> Vgl. FAZ vom 10. November 1972 „Goppel: Text des Grundvertrags eine bittere Enttäuschung“ sowie „Strauß: Menschliche Erleichterungen zählen nicht“; „Die Welt“ vom 14. November 1972 „Der Grundvertrag bleibt Streitobjekt der Parteien“; dpa vom 15. November 1972 „CSU-Arbeitskreis ‚Grundvertrag‘ ist ‚Spaltungsvertrag‘“.

gebend für unsere Wahlniederlage, unsere unterm Strich – bei allen Differenzierungen in verschiedenen Bereichen – zu schwach gewordene Verankerung und Verwurzelung in der Sozialstruktur. Es mag Bereiche geben, in denen wir da noch optimal oder zumindest ausreichend vorhanden sind. Es gibt leider entscheidende Bereiche, in denen wir schwächer geworden sind und heute viel zu schwach sind. Das ist ein Problem, das nicht nur durch die Bundespartei, und vor allem nicht durch die Bundesgeschäftsstelle gelöst werden kann. Das ist nämlich auch das Verkaufsproblem unserer Politik, und jedermann täuscht sich, wenn das nur durch verbesserte Pressearbeit angepackt werden sollte. Es ist einfach die Aufgabe der Multiplikatoren, der Parteimitglieder, in Schaltstellen, in meinungsbildenden Stellen unserer Sozialstruktur. Und hier ein Wort zu der von uns immer nur erfreulich und tröstlich zur Kenntnis genommenen Mitgliederentwicklung. Machen wir uns nichts vor. Nach wie vor sind das Mitglieder, die zu uns kommen. Und es sind nicht Mitglieder wie weithin SPD-Neuzugänge, die bewußt gekeilt sind, im Hinblick auf ihre Multiplikatorenfunktion innerhalb der Sozialstruktur. Hier dürfen wir unsere Kreisverbände nicht beruhigen bei dem stetigen Anstieg der Mitglieder, die weithin spontan zu uns laufen und oft genug Ärger haben, bis sie endlich aufgenommen sind in der Bürokratie unserer Partei, sondern wir müssen unsere Kreisverbände endlich dazu fähig machen, selber auf Mitgliedersuche zur Verstärkung unserer Verankerung in der Sozialstruktur zu kommen. Das ist ein ganz zentrales Problem für die Großstadtfrage, die hier wiederholt angesprochen worden ist. Unsere Verankerung in den Sozialstrukturen der Großstadt, den weithin neuen Sozialstrukturen, ist erbärmlich. Machen wir uns da nichts vor. Hier müssen wir noch ganz anders ansetzen.

Ich will zwei spezifische Gruppen noch herauschneiden, die heute noch nicht oder kaum erwähnt worden sind, nämlich den kirchlichen Bereich und den gewerkschaftlichen Bereich. Zunächst den kirchlichen Bereich. Natürlich stimmt die Feststellung, daß hier die Bindungskraft kirchlicher Strukturen erheblich nachgelassen hat. Aber dennoch täuscht man sich. Diese Kirchen sind, wenn auch in veränderter Form, nach wie vor enorm wichtige Bereiche unserer Sozialstruktur. Unsere Präsenz hat dort nachgelassen. Wir haben Veränderungen dieser Sozialstruktur nicht begleitet in den letzten Jahren, und es genügt gar nicht, daß wir nur in einem regelmäßigen – das ist notwendig, ich will kein Wort dagegen sagen – Kontakt mit den Kirchenleitungen stehen. Es genügt auch nicht, daß wir uns spezifisch im katholischen Bereich mit einer nach wie vor guten Präsenz in Bundesvorständen und Landesvorständen katholischer Organisationen wohlfühlen, sondern wir müssen uns – im kirchlichen Bereich sind heute wichtiger als die Verbände die Akademien – ganz anders tummeln. Hier muß ich leider sagen, finden diese zugegeben manchmal ermüdenden, manchmal furchtbar anstrengenden Veranstaltungen von Akademien, von Diskussionskreisen, offenen Diskussionskreisen beider Kirchen unter Ausschluß der CDU statt. Jeder Landesvorsitzende wird ein Lied davon singen können, wie schwer es ist, einen unserer Leute zu einem solchen Wochenende zu prügeln. Aber dort, genau dort vollzieht sich heute sehr viel mehr innerkirchliche Meinungsbildung als in den traditionellen Verbandsstrukturen im katholischen Bereich, und genau da lassen wir leider den anderen jetzt seit Jahr

und Tag das Feld völlig offen. Inzwischen fängt die FDP auch schon an, sich in dem Bereich zu tummeln.

Das zweite, was ich sagen wollte, sind die Gewerkschaften. Das war für uns in Nordrhein-Westfalen – ich sage das ganz offen – die eigentliche Katastrophe dieses Wahlergebnisses. Machen wir uns nichts vor, in dieser Stadtlandschaft, in dieser großindustriell und von Großbetrieben geprägten Landschaft werden wir erst wieder ein Bein auf die Erde bekommen, wenn wir diese Konfrontation mit den Gewerkschaften paralyisiert oder abgebaut haben. Dazu müssen wir auch – das hat ja langfristige Gründe, ich will die nicht alle wieder aufzählen – den Mut haben, wieder in unserer Partei die Mitgliedschaft, und nicht nur die zahlende, sondern die tätige Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft nicht als etwas schon am Rande der Partei Stehendes zu betrachten, sondern wir müssen dafür sorgen, daß hier wieder eine Ermutigung von der Partei für das Mitarbeiten in diesem Sozialbereich, in dieser Sozialstruktur kommt.

Lassen Sie mich zu einem anderen Punkt nur kurz etwas sagen, zum Stichwort FDP. Ich unterstreiche das, was Herr Dregger gesagt hat. Ich glaube, wir sind uns alle einig, was hier zu tun ist. Nur einen kleinen Hinweis: Was wir alle tun können, ist auch ein Stück Klimaverbesserung, und dazu – darf ich das den Kollegen im Bundestag sagen – gehört meines Erachtens auch – ich habe das also am Fernsehen verfolgen können, gerade diesen Schluß der Debatte –, daß ich nicht so schnell das Feld räume. Ich habe volles Verständnis dafür, daß dann, wenn Herr Mischnick auf die Bühne geht, ein allgemeiner Aufbruch der CDU-Fraktion veranstaltet wird.<sup>56</sup> Diese klimaverschlechternde oder klimaverbessernde Situation muß von uns allen noch eingeübt werden, wenn wir hier auf einen grünen Zweig kommen wollen.

Ich würde Herrn Stoltenberg noch gern zustimmen, daß es wichtig ist, den Parteitag im Herbst politisch zu konturieren. Das darf nicht nur ein Wahlparteitag werden, das darf auch nicht nur ein Parteitag mit Kreisverbandsanträgen werden, die dann mehr oder weniger zufällig aufgelistet werden in einem Antragsbuch, sondern hier müßten einige politisch zentrale Themen langfristig in der Partei vordiskutiert werden, und das muß der Bundesvorstand im Grund initiieren. Ich würde ja sagen zu der Frage des Bodenrechts für diesen Parteitag, zur Vermögenspolitik und zur Eigentumspolitik, auch zu dem, was die westfälische CDU gesagt hat zur Berufsbildung. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob wir die Mitbestimmung auch hier hineinnehmen sollten. Ich würde sogar eher sagen nein. Ich halte es zwar für absolut notwendig, daß wir Werkstattgespräche in der Partei über das Thema Mitbestimmung beginnen, daß die verschiedenen Vereinigungen, die hier unmittelbar tangiert sind, ins Gespräch gehen.

*Katzer:* Darf ich hier nur an der Stelle, Herr Vorsitzender, ein Wort sagen? Wir haben im Wahlkampf, gerade auch von mir, in dem Punkte klar gesagt, da ist eine Entscheidung in Düsseldorf gefallen, die gefällt mir persönlich gar nicht, aber die respektiere ich. Aber, für die Sozialausschüsse werden wir auf dem nächsten Parteitag –

---

56 Während der Aussprache über die „Erklärung der Bundesregierung vom 18. Januar 1973“ (24.–26. Januar 1973) monierte Mischnick am 26. Januar das „Desinteresse“ in den Reihen der Unionsfraktion. Vgl. Sten.Ber. 7. WP 10. Sitzung S. 375.

und ich hatte schon in Wiesbaden Ärger – das erneut so beantragen. Das war mein letztes Wort in Düsseldorf, erinnern Sie sich bitte, von daher stehe ich im Wort. So einfach kann ich das nicht wegwischen.

*Köppler:* Ja, damit rechne ich natürlich, daß das kommt. Nur, ich würde nicht meinen, daß wir heute wie zu den anderen Punkten schon eine Art Auftrag in die Partei geben könnten durch Kommissionen für den Parteitag, Beschlußfassungen vorzubereiten in dieser Frage, weil wir ja alle nicht wissen, Herr Katzer, in welcher Verpackung im Herbst in diesem Punkt die Koalition ist. Wir sollten also bei aller notwendigen Weiterdiskussion des Themas bei uns in Werkstattgesprächen uns davor hüten, in eine Lage zu geraten, daß wir den anderen die Kohlen aus dem Feuer holen, daß wir hier Entscheidungshilfen für die Koalition in einer Frage andienen, in der wir wirklich andere Interessen zu vertreten haben.

Ein letztes, nur zwei Bemerkungen noch zum Geld, Herr Kiep. Natürlich müssen wir über Geld reden, aber wir müssen uns auch darüber klar sein, daß die Absprache, mit der wir in die Finanzierung dieses Wahlkampfes gegangen sind, auch nach dem Wahlkampf noch im Prinzip beibehalten werden muß. (*Kiep:* Was meinen Sie damit?) Na ja, es gibt auch bei mir in Nordrhein-Westfalen Tartarenmeldungen über Fischen in fremden Gewässern, d. h. in längst abgeteilten Gewässern. (*Kiep:* Herr Köppler, wenn die Diskussion nicht so weit fortgeschritten wäre, würde ich schnell in mein Büro gehen, Ihnen mal die Liste holen über die Auszahlungen der Bundespartei an die Landesverbände aus Spenden, die die Bundespartei eingebracht hat. Ich glaube, daß da das Rheinland und auch Westfalen – in Westfalen ist die Sache schon weitgehend abgewickelt – sehr zufrieden sein können. Übrigens hat es das nie zuvor nach einem Wahlkampf gegeben. Gerade beim Landesverband Rheinland – wenn ich das auch so offen sagen darf, wie Sie es gesagt haben – ist die Mitarbeit des Landesverbandes bei der Einbringung der Spenden in den Monaten vor dem Wahlkampf recht unbefriedigend gewesen. Wir mußten das meiste allein machen. Auf Sie kommen da noch größere Beträge zu.) Ja, also darüber unterhalten wir uns dann noch einmal. (*Kiep:* Aber gerne!)

Eine Bemerkung noch zum „Monatsblatt“, weil das erwähnt worden ist. Ich halte die finanziellen und technischen Probleme alle für wichtig, aber für sekundär. Wir müssen wissen, was wir mit dem „Monatsblatt“ wollen. Wenn wir daraus eine Wochenzeitung machen wollen, dann muß die Partei, und das scheint der schwierigste Entscheidungsprozeß zu sein, sich zunächst einmal darüber klar werden, daß sie das dann schon Journalisten überlassen muß, dieses „Monatsblatt“ zu machen. Wenn wir damit wöchentliche Formulierungshilfe für Parteimitglieder liefern wollen, dann ist das eine ganz andere Funktion. Darüber muß man zunächst einmal entscheiden, ehe man an die sicher schwierigen finanziellen organisatorischen und redaktionellen Probleme herangeht.

*Amrehn:* Einige Freunde haben heute schon von der befreienden Wirkung gesprochen, die eine solche Aussprache für die meisten Mitglieder dieses Vorstandes mit sich bringt. Ich möchte das ausdrücklich noch einmal unterstreichen unter einem besonderen Gesichtspunkt. Ich habe heute zum erstenmal in diesem neuen Vorstand erlebt, daß die Mitglieder des Präsidiums in größerer Zahl an der Diskussion teilgenommen



haben. Ich habe bisher die Erfahrung gemacht, daß anscheinend im Präsidium vordiskutiert war, und der dann noch erscheinende Vorstand eine vorgefertigte Meinung – schon zu Papier gebracht – mehr oder weniger akzeptieren mußte, vielleicht noch kleine Änderungswünsche in der Regel anbringen konnte. (*Zwischenruf*: Genau so war es!) Ich glaube, daß es hier also heute mit dazugehört zu sagen, das Präsidium ist zwar das leitende Organ zur Ausführung der Vorstandsbeschlüsse, daß aber – so steht es ähnlich in der Satzung – der Vorstand das Leitungsorgan der Partei ist und hier die eigentlichen Beschlüsse zu fassen sind und daß dann die Diskussion auch in diesen Vorstand gehört. Ich hoffe, es bleibt auch so, wie es heute ist. Dazu braucht man allerdings auch mehr Zeit, als wir sonst an einem Montag vormittag mitgebracht haben.

Wir sind zur Solidarität aufgefordert worden. Ich möchte dem Herrn Vorsitzenden sagen, daß ich erstaunt bin über das ungeheure Maß von Solidarität, das diese Partei seit dem Jahre, in dem sie in der Opposition ist, als Bundespartei geleistet hat. Wir haben doch eigentlich immer die Befürchtung gehabt, daß eine Partei der Wirtschaftsgruppen und sonstigen Interessen mehr oder weniger auseinanderlief und sich dann nicht mehr zu einer geschlossenen politischen Kraft zusammenfinden oder halten könnte. Davon spricht heute gar keiner mehr, und ich möchte das als Beweis dafür feststellen, daß es ein ungeheures Maß von Solidarität in dieser Partei, besonders auch unter dem Druck der verschiedenen Landtagswahlen und dann zuletzt auch der Bundestagswahlen gegeben hat. Ich habe um so mehr das Wort des Vorsitzenden bedauert von den Heckenschützen, zumal ich nur gesehen habe, daß Angriffe – und ich kann mich davon frei fühlen, ich habe nirgends geschrieben oder Interviews gegeben – mit Namen und mit offenem Visier, soweit ich sehen kann, geführt worden sind, und daß ein solches Wort mir selbst als Verletzung der Solidarität erschien. Ich finde, daß Solidarität eben doch auch selbstverständlich von oben geübt werden muß. Der Vorsitzende wird sagen, das kann gar nicht anders sein und das ist auch nie anders gewesen. Ich will Ihnen aber doch an einem Beispiel zeigen, wie schwer es manchmal ist, Solidarität zu üben, wenn ich mal davon absehe, wie gelegentlich in der Fraktion große Gesetzesentwürfe in letzter Minute in die Fraktion kommen, und dann auf den Einwand, man kann doch zu einer Sache, die man eben erst bekommt, nicht abschließend Stellung nehmen, geantwortet worden ist, wenn wir das heute nicht einbringen, dann legt morgen die Regierung einen ähnlichen oder auf dem Gebiet einen Entwurf vor, und wir können uns nicht den Rang ablaufen lassen. Wir haben in all den Dingen immer eine bewundernswerte Solidarität geübt, denn es gibt Dinge, mit denen man nicht immer einverstanden ist. Um einen Punkt mal zu nennen, Freund Katzer, ich bin mit dieser Doppelzahlung bei 63 Jahren, kurz gefaßt, gar nicht – wirtschaftlich, finanziell, sozial – einverstanden.<sup>57</sup> Aber man macht es aus Solidarität mit.

---

57 Es geht um den gleichzeitigen Bezug von Altersruhegeld und Arbeitseinkommen, vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 14. Dezember 1972 „Rentenreform mit Vertrauensschutz“; „Frankfurter Rundschau“ vom 21. Dezember 1972 „Erst im Sommer ging der Opposition ein Licht auf“. Die erste und zweite Beratung des Vierten Rentenversicherungs-Änderungsgesetzes (BT-Drs. 7/3) erfolgte am 19. Dezember (Sten.Ber. 7. WP. 5. Sitzung S. 47–61), die dritte Beratung am 20. Dezember 1972 (Sten.Ber. 6. Sitzung S. 95–100).

Nun will ich noch einen Punkt nennen, der mich etwas mehr bewegt, weil ich mich in der Frage in der Vergangenheit immer besonders engagiert habe: Der Vorsitzende hat heute erneut darauf hingewiesen, man habe ja alles durch gemeinsame Beschlüsse gedeckt. Das ist richtig. Aber trotzdem muß man sagen, daß in einem solchen Vorstand beispielsweise auch hinterher gewisse Dinge trotz eines solchen Beschlusses nun nicht einfach weiter undiskutiert laufen dürfen. Im Bundesparteiausschuß ist dem ganzen Ausschuß eine fertige Resolution vorgelegt worden, worin steht, die Politik des Bundesvorsitzenden oder der Bericht des Bundesvorsitzenden wird gebilligt. Im Geschäftsbericht finde ich es, „und billigte die Politik des Parteivorsitzenden“. Man kann ja gar nicht anders, als in einer solchen Versammlung volle Solidarität bekunden, man kann ja nicht rausgehen vor die Tür und sagen, aber mit dem und dem – und es geht immer um die Vertragsfrage – bin ich innerlich überhaupt nicht einverstanden. Nur, wenn man sich auf Beschlüsse beruft, dann muß ich auch in Erinnerung rufen den Beschluß des Bundesparteiausschusses, die Ostverträge abzulehnen. Und nun gibt also die Geschäftsstelle dem Parteitag einen Bericht, in dem steht, der Bundesparteiausschuß faßte zu den Verträgen einen Beschluß, welchen Inhalts, wird nicht gesagt. Ich will es an diesem Beispiel nur zeigen, daß man manchmal sich in der Solidarität auch verletzt fühlen kann durch die Methoden, die hier angewendet worden sind.

Jetzt möchte ich mich einigen Bemerkungen von unserem Freunde Mikat zuwenden. Er hat uns ja einen gewissen Weg zu zeigen versucht in die Zukunft, und einer seiner Sätze war u. a., die Kirche fiele als Lieferant aus. Wir verstehen das richtig, und wir dürften keinen Rekurs nehmen auf ältere Modelle. Dieses ältere Modell, so stellte er es dar, war für uns ja eine ganze Menge christlicher Sozialismus, als wir in den Jahren 1945 und den folgenden unsere politische Arbeit aufgenommen haben. Nun meinen Sie sicher, Freund Mikat, dahin kann es kein Zurück geben. Ich verstehe das. Aber wenn wir damals christlichen Sozialismus vertreten haben anhand der Schriften von der Gablentz<sup>58</sup> über Marx hinaus – wer kennt das noch –, dann war es doch eigentlich dasselbe Grundgefühl, wie es heute in jungen Menschen vorhanden ist, wir suchen eine größere Gerechtigkeit, wir suchen größere Chancengleichheit. Und das gerade scheint mir eine beständige Forderung über die Zeiten und über die Intervalle der Politik hinweg zu sein, und insoweit werden wir in der Tat auch gewisse Veränderungen im eigenen Denken vornehmen müssen. Darin möchte ich Sie ausdrücklich unterstützen.

Ich nenne als ein Beispiel dafür die unablässige Verteidigung des Begriffs des Eigentums, den ich hiermit gar nicht angreife, in einer Form, als wären wir darin überhaupt nicht flexibel. Wir haben zwar die Sozialbindung des Eigentums immer anerkannt, aber wir verschließen uns im Augenblick z. B. sehr stark dem Gedanken, daß

---

58 Dr. Otto Heinrich von der Gablentz (1898–1972), Politologe; 1955–1959 Leiter der Deutschen Hochschule für Politik (Otto-Suhr-Institut), nach Eingliederung des Instituts 1959–1966 o. Professor an der FU Berlin. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 896 Anm. 75. – Anspielung auf die Publikation von der Gablentz' „Über Marx hinaus“ (Berlin 1946).

es gar nicht mehr auf das rechtliche Eigentum so sehr ankommt, wie auf die Verfügungsbefugnis. Das gilt für Produktivvermögen in der Wirtschaft, aber es gilt auch für eine Wohnung. Wir haben das Gesetz gemacht über Eigentumswohnungen, aber in demselben Gesetz steht auch die Regelung des Dauerwohnrechts. Davon haben wir gar keinen Gebrauch gemacht. Aber wenn jetzt die Sozialdemokraten ein Denkmodell zunächst einmal aufstellen vom Dauerwohnrecht, dann kämpfen wir schon dagegen, als wäre das Eigentum und der Eigentumsgedanke gefährdet, obwohl wir ganz was anderes meinen, nämlich die Zentralisierung von Verfügungsrechten in der Hand des Staates oder bestimmter Organisationen. Es könnte ja sein, daß wir selber als CDU mal Dauerwohnrechte verleihen für unsere Mitarbeiter. Solche Modelle sind auch denkbar, und insoweit begrüße ich sehr Ihren Beitrag, Freund Mikat, damit wir uns auch ein bißchen eigene Öffnung in dieser Diskussion zu eigen machen.

Aber nun glaube ich zu dem ernstesten Problem zu kommen, das bisher noch nicht genügend beleuchtet worden ist. Freund Schröder hat heute von einer militärischen Lage gesprochen und hat von Panzern und ähnlichen Dinge geredet für den kommenden Aufmarsch der Dinge. Ich frage mich nur, ob wir uns hier noch in den alten Vorstellungen eines konventionellen Wahlkampfes für die Zukunft bewegen dürfen. Wir haben doch mal gesagt, wenn die dran bleiben, war das die letzte freie Wahl. Das war ein bißchen sehr hoch gegriffen, aber in der Richtung haben wir doch solche Befürchtungen gehabt, und müssen sie, glaube ich, auch heute noch haben. Da aufgrund dessen, was jetzt passiert ist, sich so weitläufige Veränderungen in den kommenden drei, vier Jahren vollziehen, müssen wir überlegen, ob ein bißchen mehr Öffnung in dieser oder jener Frage, etwas mehr auf die älteren Frauen achten, den Studenten da und dort etwas bieten, ob alle diese Mittel geeignet sind, einen Wahlkampf 1976 zu bestehen, der sich vielleicht unter ganz anderen Dingen und Bedingungen abspielt. Mich hat in diesen Befragungen am meisten erschreckt, daß eben nur noch 37 % unserer Bevölkerung für die Beibehaltung des Militärbündnisses mit Amerika sind und 43 % für eine Neutralisierung Deutschlands.<sup>59</sup> Eine Erkenntnis seit ungefähr einer Woche. Wer sich das vergegenwärtigt, daß es sich gar nicht mehr um Minderheitsgruppen handelt, die dafür kämpfen, sondern daß das Volk dafür innerlich bereitgemacht worden ist, erkennt eine solche Gefährdung des ganzen Bodens, auf dem wir stehen, daß wir uns vielleicht über die Tisch- und Stehkragediskussion hinaus Gedanken machen müssen, wie wir als Partei, als Kampfgemeinschaft zusammenhalten gegenüber den Gefahren, die sich hier auftun. Alle anderen Gefahren sind ja hier erwähnt worden, was sich an den Schulen vollzieht, daß die Lehrer in Niedersachsen und in Städten, in denen ich war, in die Schulen gehen konnten und mit dem SPD-Wahlkampfabzeichen Unterricht erteilen. Daß das in so offener Form gemacht wird, bereitet doch eine vollständige Wendung und Wandlung der Voraussetzung eines Wahlkampfes vor. Das muß mit hineingezogen werden in die Überlegungen.

Hier bleibt die Frage, wie wir erreichen, daß wir an neue Wähler herankommen, die

---

<sup>59</sup> Vgl. S. 1101. Allensbacher Berichte Nr. 30/1972 S. 7 (ACDP Dokumentation 13/1/4) sowie Tabelle 10 in KALTEFLEITER S. 17.

wir dafür brauchen. Der stärkste CDU-Wählerzuspruch ist bei denen zu finden, die am meisten in die Kirche gehen, ich weiß nicht, ob diese Relation heute dargestellt worden ist. Je mehr einer, besonders wenn er katholisch ist und in die Kirche geht, desto mehr wählt er noch CDU. Wer also noch jeden Sonntag in die Kirche geht, wählt zu 86 % CDU, eine Noelle-Neumann-Untersuchung.<sup>60</sup> Das stuft sich ab nach der Zahl der Kirchenbesuche, etwas auch nach dem Alter. Und hier kommt natürlich dann ein anderer Gesichtspunkt hinein in die Überlegungen über die Entwicklung in den Gewerkschaften. Das mag auf Fehlern bei uns beruhen. Die Hauptursache liegt doch darin, daß seit Jahren Herr Brandt mit Erfolg die katholischen Bischöfe um sich versammelt und mit ihnen in eine Richtung gewirkt hat, daß der katholische Arbeiter, der sich früher zur Sozialdemokratie gezogen fühlte, aber durch kirchliche Bindung doch CDU wählte, frei gemacht worden ist, SPD zu wählen. Das scheint mir der entscheidende Vorgang im Bereich der Gewerkschaften zu sein, und hier gibt es eine Verbindung, daß Sozialismus mit Religion verbindbar sei, im Gegensatz zu dem, was Mikat für die Vergangenheit feststellt. Heute sagen 68 % der Bevölkerung, christliche Vorstellungen werden auch mit der SPD verwirklicht. Also eine Zweidrittelmehrheit, die erklärt, christliche Vorstellungen lassen sich mit der SPD verwirklichen.

Und damit die Sorgen nicht noch kleiner werden, möchte ich einen ganz aktuellen Anlaß hier nennen. Wir wissen, daß wir insbesondere ein Augenmerk zu richten haben auf Bildung, auf Entwicklungspolitik. Sie müssen aber feststellen, daß sich unter unseren neuen Abgeordneten und den älteren Abgeordneten im Bundestag nicht genug Abgeordnete melden, um die Ausschüsse für Bildung und den Ausschuß für Entwicklungshilfe überhaupt zu besetzen. Nicht einmal die Hälfte der Plätze. (*Zwischenruf*) Also, ich gebe nur den Hinweis, was bei uns selber noch nötig ist, wenn sich nicht mal die Abgeordneten in der neuen Fraktion für diese wichtigsten Aufgaben bereit finden, sondern sich jeder davor drücken möchte.

Ich möchte abschließen mit einer Frage, die ich an Herrn von Weizsäcker habe. Herr von Weizsäcker hat gemeint, wir sollten nicht so sehr im Herumfahren im Lande an 25 Tagen im Jahre unsere Hauptaufgabe sehen, sondern mehr in der geistigen Durchdringung und Führung und Entwicklung dessen, was eine politische Partei zu tun hat. Damit das nicht so ganz allein im Raume steht, möchte ich sagen, wie ungeheuer wichtig das bleibt, in unsere eigenen Reihen hinein wirklich montäglich, wenn es geht, zu wirken, damit von dort aus mehr Wirkung ausgeht. Dann haben Sie gesagt, wir wollen der Geschäftsstelle Organisationsaufträge erteilen. Das habe ich nicht ganz verstanden, ob Sie damit meinen, Konzepte zu erarbeiten, die in einen geistigen Fächerschrank gehören, und die wir dann bereit haben für die Arbeit, oder ist mit Organisationsauftrag gemeint, was mir so wichtig erscheint, eine Art von Kaderarbeit, von kameradschaftlicher Zusammenarbeit im Lande, beim Volke, zu leisten. Hier scheint mir beinahe eben so viel Gewicht liegen zu müssen, wie bei der anderen Aufgabe, die Sie angesprochen haben.

*Barzel:* Ich habe Herrn Lampersbach jetzt gebeten, nicht mehr das Wort zu nehmen

---

60 Zur Häufigkeit des Kirchganges und des Wahlverhaltens EBD. S. 160 (Tabelle 169).

unter dem Druck, daß wir nur noch wenige Minuten haben. Ich hoffe, daß der Festakt<sup>61</sup> nicht länger dauert als eine Stunde, nicht pro Redner, sondern insgesamt, daß wir dann zum Büffet gehen, uns kümmern um unsere Gäste. Unter diesen Gästen werden 50 Journalisten sein, die sich natürlich nicht gerade für die Einweihung des Hauses besonders interessieren. Ich glaube, wir müssen uns miteinander einen Dienst tun, wenn wir das Klima, was hier unter uns war, auch sichtbar bei den Gesprächen mit den Journalisten werden lassen. (*Von Hassel: Was sagen wir denen denn?*) Wir sagen ihnen genau, was war. Es gab also zwei Berichte, dann gab es die Aussprache mit den Gutachtern, dann haben wir Mittag gegessen, und dann haben wir uns hier unterhalten. In dieser Unterhaltung hat der Kollege Kohl seine Kandidatur angemeldet und der Vorsitzende was dazu gesagt. Und dann haben wir gesagt, wir wollen jetzt keine Personaldebatte. Wir haben das zur Kenntnis genommen, und daß wir das Problem mit großem Ernst und großem Freimut behandeln. Und die Debatte ist nicht zu Ende. Sie geht morgen weiter. Die Debatte war sehr grundsätzlich, sie war sehr ernst, und ob man es glaubt oder nicht, eine persönliche Verletzung oder ein scharfer Ton ist nicht zu hören gewesen. Dies ist die Lage. Wer etwas anderes sagt, würde doch neben der Wirklichkeit liegen. Da kommt natürlich sofort die Frage, wer hat sich für oder gegen erklärt, wie sieht das da im Landesverband aus. Ich möchte dann die Sitzung unterbrechen.

---

61 Unterlagen zum Festakt wie auch zu den Besitzverhältnissen des Parteihauses in ACDP 07-001-11411. Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 29. Januar 1973 „Adenauers Sohn rügt Adenauers Erben“; „Die Welt“ vom 29. Januar 1973 „Adenauer-Memorial in Palisander“.

Bonn, 27./28. Januar 1973

*Sprecher: Amrehn, Barzel, Blüm, [Brauksiepe], Dregger, Echternach, Gradl, von Hassel, [Hasselmann], Hennig, [Kaase], [Kaltefleiter], Katzer, Köppler, Kohl, Kraske, Lampersbach, Langguth, Lemke, Lorenz, [Mikat], [Müller-Hermann], Rollmann, [Schäfer], Schwarz-Schilling, Seiders, Stingl, Stoltenberg, von Weizsäcker, Wex, [Windelen].*

*Beginn: Samstag, 27. Januar 1973*

*Ende: Sonntag, 28. Januar 1973*

*Sonntag, 28. Januar 1973*

*Barzel:* Meine Damen und Herren, wir eröffnen die Sitzung, die für 9.00 Uhr aufgrund eines Mehrheitsbeschlusses einberufen war und setzen zunächst die allgemeine Beratung fort mit der Debatte über die Berichte der Mitglieder des Präsidiums und über die Konsequenzen. – Der nächste Redner ist Herr Lampersbach.

*Lampersbach:* Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, es ist sicherlich etwas schwierig, nach dem gestrigen Abend heute morgen sofort wieder hier reinzufinden. Aber vielleicht gelingt es. (*Blüm:* Wir können ja rausgehen. – *Unruhe und Heiterkeit.*) Ich würde das bedauern, wenn Sie rausgingen, Herr Blüm, denn ich glaube, daß wir beide einiges noch zu reden haben. In keiner Weise kontrovers!

Unter dem Schock der Bundestagswahl, oder dem Ergebnis dieser Bundestagswahl, ist bei mir der Eindruck verstärkt worden, darüber nachzudenken, ob die Entscheidung eine rein zufällige Wahl war, oder ob es sich nicht doch um eine langfristige, d. h. um eine epochale Entwicklung in der Wählerentscheidung handelt. Ich habe mir darüber einmal Gedanken gemacht und glaube, die auch in den vorliegenden Analysen der Sachverständigen jedenfalls z. T. bestätigt gesehen zu haben. Aber auch das, was hier gestern an Diskussionsbeiträgen geleistet wurde, scheint mir zu bestätigen, daß hier nicht eine kurzfristige, rein auf Emotionen begründete Wählerentscheidung gefallen ist, sondern daß ein sehr langfristiger Trend festzustellen ist, der die Wähler veranlaßt hat, eben in der entscheidenden Größenordnung von 3 oder 4 % ihre Stimme nicht mehr der CDU, sondern diesmal einer anderen Partei zu geben. Ich bin daher den Herren hier, von Weizsäcker, Mikat und auch Herrn Schwarz-Schilling, sehr dankbar, die gestern einmal den Anfang oder den Versuch gemacht haben, darauf hinzuweisen, daß eine geistige Erneuerung stattzufinden habe. Ich würde dabei nicht sagen, daß geistige Erneuerung hier erforderlich ist, sondern sehr viel mehr darauf abheben, daß es sich darum handelt, die nach meiner Auffassung immer noch gültigen geistigen Grundlagen und Thesen der Christlich-Demokratischen Union, ich möchte sagen der Ur-CDU, wieder hervorzuheben, herauszustellen und auch zu interpretieren.

Im Laufe der letzten Jahre und gerade im Wahlkampf habe ich festgestellt, daß unsere Darstellung über unsere Grundwerte – und hier sagen wir einmal Soziale Marktwirtschaft – draußen in der breiten Öffentlichkeit völlig falsch verstanden wird und daß wir sehr häufig den Eindruck erweckt haben, als handele es sich dabei von unserer Seite her nur um die Darstellung eines Wirtschaftssystems. Während die Soziale Marktwirtschaft nach meiner Auffassung und Überzeugung nicht nur Wirtschaftssystem, sondern viel mehr Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in einem ist und auch mit allen Komponenten draußen praktiziert werden muß, d. h. in der Gesetzgebung als auch draußen in der Wirtschaft selbst und den gesellschaftspolitischen Gruppen, und hierbei eine Verdeutlichung sicherlich in dem Sinne erfolgen könnte, daß es der SPD, unserem Hauptgegner, nicht so leicht fällt, uns die Position dabei abzugraben.

Wenn ich hier noch an einen Punkt einmal erinnern darf, die vielfältigen Diskussionen um die Ausdehnung des Art. 14 im Grundgesetz über die Erhaltung und die Garantie des privaten Eigentums als auch die sozialen Bindungen, so ist mir immer wieder aufgefallen, daß gerade bei Jungsozialisten, aber – und das ist das Erschreckende dabei – auch in den eigenen Reihen sehr häufig gesagt wird, wir hätten Soziale Marktwirtschaft auch aus dem Gesichtswinkel des Art. 14 GG immer nur als reines Wirtschaftsgesetz verstanden, das sich um Fragen der Neuordnung im Bereich der Steuern, im Bereich des Wettbewerbsrechts und diesen Dingen bewegte, aber die soziale Bindung außer Betracht ließ. Hier müßte, Herr Vorsitzender, nach meiner Auffassung das, was Herr Dr. Schwarz-Schilling gestern gesagt hat in bezug auf seine schriftlichen Ausführungen, sicherlich verdeutlicht werden. Ich darf in ihre Erinnerung rufen, daß ich vor mehr als drei Jahren bei einem Gespräch mit Ihnen und Herrn Dr. Heck, einmal die Frage ventiliert habe, wie weit es möglich sein würde, bis in die Orts-Unionen hinein Rednerschulungen durchzuführen, weniger im Sinne der Redetechnik, als vielmehr in der Frage der geistigen Grundwerte und der Grundhaltung. Ich würde sagen, ob das, was diktatorische Staaten oder autoritäre Parteien machen, sogenannte Parteischulen oder Ordensburgen, nicht eine Frage ist, die man hier ernsthafter ventilieren müßte, (*Unruhe*) daß hier sicherlich sehr gute Ansatzpunkte wären, den sehr häufig aufkommenden Dissens von vornherein zu unterbinden. Ich meine, meine Damen und Herren, daß wir sehr häufig bei praktischen Gelegenheiten feststellen müssen, daß innerhalb unserer eigenen Reihen eine z. T., so möchte ich sagen, geistige Entfremdung festzustellen ist, die sicherlich von keiner Seite gewollt ist, die aber ganz zwangsläufig dazu führt, daß wir uns sehr, sehr viel mehr mit uns selbst beschäftigen müssen, statt auf dem Weg nach vorn zu marschieren, d. h. uns mit dem Gegner zu beschäftigen. Dadurch bleibt in der Verdeutlichung unserer Aussagen bei der Bevölkerung eben sehr viel freies Feld übrig, das wir sehr viel zweckmäßiger hätten besetzen können.

Es wird auch sicher nicht darum gehen, daß wir zu einem einheitlichen, aber nicht uniformierten, Sprachgebrauch kommen, für all die Dinge, die wir öffentlich auszusagen haben. Nun, Herr Vorsitzender, das sind Fragen, die man in einer auch zweitägigen Klausurtagung eines Vorstandes sicherlich nicht bis zur Reife diskutieren kann.

Die auch hier sicherlich nur so gedacht sind, Anregungen, Anmerkposten zu sein, damit sie dann wirklich werden können.

Ich möchte zum zweiten Punkt kommen, und das ist die praktische Arbeit, der wir ständig ausgesetzt sind. Das ist sicherlich auch eine Frage der Organisation. Ich würde aus meiner Kenntnis heraus sagen, daß die Partei als solche, was die Organisation betrifft, in allen Ansatzpunkten gut bis sehr gut organisiert ist. Was nicht ausschließt, daß sie verbesserungswürdig ist, daß sie ständig verbessert werden soll und auch muß. Aber wenn ich hier einmal den Bereich der Vereinigungen, für die ich hier mitsitze, anspreche, stellt sich natürlich immer wieder die Frage – auch für einen Vorsitzenden einer Vereinigung –, wie weit es sinnvoll und richtig ist, daß wir innerhalb einer Gesamtpartei Vereinigungen haben mit spezifischen Aufgaben. Und wie weit es die Arbeit der Partei in der Gesamtpolitik hemmt oder wie weit es ihr nützlich ist, diese Vereinigungen zu haben und zu betreiben. Bei allem Vorbehalt, den ich nach wie vor hier habe, glaube ich aber, daß das bis jetzt jedenfalls die einzig mögliche und richtige Form ist, unsere Aufgaben im Sachbereich als auch im allgemeinen politischen Bereich überhaupt durchführen zu können. Deswegen werden wir sicherlich auf diese Vereinigungen nicht verzichten können. Es wäre zu überlegen, wie weit sie auch hier einer Neuorganisation unterworfen werden sollten. Ich würde anregen, daß wir auch darüber einmal sehr ernsthaft und intensiv nachdenken. In keinem Fall darf es so sein, daß Vereinigungen zum Selbstzweck werden, was sehr häufig und sehr leicht der Fall sein kann und daß dabei die Interessen, sei es auch berechnigte Gruppeninteressen, Vorrang vor den Interessen der Gesamtpartei haben. Ich sage das hier mit allem Freimut. Gerade als Vorsitzender einer Vereinigung glaube ich, daß ich durchaus legitimiert bin, das einmal zu sagen. Denn, meine Damen und Herren, ich habe ja in der Vergangenheit sehr häufig festgestellt, wie leicht und wie schnell sich – gerade aus der Darstellung der einzelnen berechtigten Gruppeninteressen heraus – aus Parteifreunden Feinde entwickeln können über Sachaussagen, die sicherlich in der Zielsetzung gar nicht so abweichend voneinander sind, die aber dann eben in der ganzen Härte der Diskussion, wenn sie hochkommt, doch sehr leicht zu Verfremdungen führen können.

Ich halte daher auch sehr wenig davon, wenn innerhalb der einzelnen Gruppen Sprecher auftreten, die wegen des eigenen persönlichen Profils, oder auch des Profils der Vereinigung, oder auch aus der Überzeugung heraus die gesamte Parteilinie beeinflussen zu können und Dinge sagen, die einfach nicht stimmen und die Partei hinstellen unter Bezug darauf, daß z. B. seit 1965 oder 1969 überhaupt keine Sozialpolitik mehr betrieben worden sei, was ich für geradezu tödlich halte in unserer Aussage als sozialverpflichtete Partei. Sei es drum, bestimmte Gruppen der Bevölkerung so hinzustellen, als wenn sie – hier ist die Unternehmerschaft gemeint – Milliardengewinne nach wie vor einheimsten und dadurch Neidkomplexe erwecken, die ganz zwangsläufig zu Frustrationen führen. Ich halte es daher für absolut falsch, wenn auf Landesparteitagen die Christlich-Demokratische Union aus eigenen Reihen heraus als Arbeitgeberpartei apostrophiert wird und dann unsere Kollegen – wie Herr Dr. Dregger das gestern ja schon von sich aus zurückgewiesen hat, Dregger oder Strauß oder wer auch immer – hier als die Prototypen einer der CDU im Grunde feindlichen Politik hin-



gestellt und daher eliminiert werden müssen. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß das sicherlich nicht der Stil und der Ton ist, der in der Christlich-Demokratischen Union Platz greifen sollte und der auch gar nicht der eigentlichen politischen Arbeit der jüngsten oder auch der längeren Vergangenheit entspricht.

Hier werden wir, Herr Vorsitzender sicherlich, und das ist auch eine reine Führungsaufgabe des Vorsitzenden – ich habe mir erlaubt, Ihnen das auch einmal privat zu sagen –, dafür sorgen, daß hier die entsprechende Klarstellung kommt, daß derartigen Töne bei uns nicht einreißen dürfen. Wenn auf der einen Seite dargestellt wird, daß wir unsere sozialen Verpflichtungen in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt haben, wird natürlich zwangsläufig auf der anderen Seite der Eindruck widerspiegelt werden, als wenn diese Partei sich bemühte, den Marsch nach links anzutreten, wobei ich hier das einmal nur als Schlagwort nehme, und die Frage auftauchen, wie das innerhalb meiner Vereinigung ist, ob die CDU bereit sei, den Platz der Mitte, den sie über mehr als 20 Jahre gehalten hat, frei zu machen. Daran wird sich die Frage anschließen, für wen soll dieser Platz frei gemacht werden? Daß die FDP, das ist gestern hier auch gesagt worden, durchaus und sofort bereit ist, diese Mitte zu besetzen – und zwar nachhaltig und mit Erfolg –, brauche ich hier nicht erklären, das dürfte klar sein. Ich darf nur darauf hinweisen, wenn wir diese Mitte verlieren sollten, werden wir selbst unter Zurückgewinnung eines Teil der Arbeiterstimmen, die bei uns im Ruhrgebiet mit 15 % Verlust angegeben werden, die dann auch nicht ausreichen würden, dieser Partei nicht zur Majorität verhelfen, um wieder an die Führung zu kommen. Es ist sicherlich erforderlich, daß wir innerhalb der Arbeitnehmerschaft – und ich sitze in einem Wahlkreis, in dem auch sehr stark Bergbau betrieben wird – den engeren und besseren Kontakt mit der Arbeitnehmerschaft in den Betrieben erreichen müssen. Wie weit das möglich ist und durchführbar ist über unsere Freunde, die in Aufsichtsräten oder in Betriebsräten sitzen, ist eine Frage, die ich nicht beantworten kann, aber ich möchte sie anschnitten.

Ich möchte hier auch – und, Herr Blüm, Sie nehmen mir das nicht übel, wenn ich das in aller Offenheit sage, weil wir uns darüber ausgesprochen haben – darauf hinweisen, daß wir einmal darüber nachdenken, wie weit es nun unsere Freunde, die in Aufsichtsräten sitzen und Kenntnis von z. B. Stilllegungen erlangen, uns diese Dinge mitteilen. Ich bin mir der unter Umständen schwerwiegenden Bedeutung durchaus im klaren, daß hier keine Werkspionage betrieben oder organisiert werden soll. Aber ich glaube, und so verstehe ich die Mandate in den Aufsichtsräten – die politische Mandate sind –, daß hier sicherlich eine enge Koordinierung, ein Meinungsaustausch, über so schwerwiegende Vorgänge, die im Ruhrgebiet immer wieder zu Unruhen geführt haben, durchgeführt werden müssen, damit wir auch politisch, nicht nur in der Sache, sondern auch politisch die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen müssen. Ich bedauere außerordentlich, daß wir vor der Bundestagswahl die bereits beschlossene Stilllegung von Schachtanlagen nicht erfahrung haben, die uns sicherlich im Bundestagswahlkampf manches Gespräch mit Arbeitnehmern hätte erleichtern können. Und hier, Herr Vorsitzender, sollten wir sicherlich ebenfalls genauso viel Muße und Arbeit darauf verwenden wie auf viele der anderen Dinge, weil hier nach meiner Auffassung

ein sehr entscheidender Ansatzpunkt ist für den Dialog mit dem Arbeitnehmer, der uns bis heute nicht versteht oder nicht verstehen will. Oder der von unseren Informationen bewußt massiv abgehalten wird, daß wir in diesem Dialog die Verdeutlichung unserer Dinge erreichen können.

Lassen Sie mich ein vorletztes noch sagen, was mit dem Grundvertrag zusammenhängt. Herr Kiep, ich habe kein Verständnis dafür, wenn wir heute eine Entscheidung in dieser Sache erneut auf die lange Bank schieben, denn wir haben ja mit den Ostverträgen erlebt, wie selbst gutgemeinte Debatten um eine Meinungsbildung hinterher auslaufen, daß auch der Vorsitzende, der damals eine völlig klare Meinung dazu hatte, plötzlich als Fraktionsvorsitzender in eine Situation hineingebracht wird, wo er die Entscheidung der Fraktion jedenfalls nicht mehr so in der Hand hat, wie das dann bei den Ostverträgen der Fall war, und wir zu Entscheidungen gezwungen werden unter Umständen, die in keiner Weise als politische Entscheidungen zu werten sind und uns – ich wage das nicht zu beurteilen – vielleicht auch Abbruch getan haben.

Herr Vorsitzender, hier ist gestern viel von Solidarität und Loyalität gesprochen worden. Ich möchte das auch noch einmal aufgreifen. Ich habe es am 20. November hier in diesem Saal ebenfalls gesagt. Was uns not tut, ist sicherlich ein Höchstmaß an Solidarität, an Gemeinsamkeiten, die wir vom Grunde her haben. Und daß es uns darauf ankommen muß, diese Gemeinsamkeiten auch zu praktizieren. Und das ermutigt mich nach der gestrigen Diskussion um den Führungsanspruch von Herrn Kohl, der gestern angemeldet worden ist, und um Ihre Aussage, daß Sie selbstverständlich nach wie vor auch bereitstehen, dazu, die Frage aufzuwerfen – ich weiß nicht, ob es nachher noch mal diskutiert wird –, ob und wann der nächste Parteitag stattzufinden hat. (*Unruhe*) Bitte? Ob ist klar, aber wann. Ich glaube, daß das eine sehr wichtige und sehr entscheidende Frage ist, denn draußen wird natürlich auch nach der gestrigen und heutigen Sitzung und nach der heutigen Schlagzeile in der „Bild“-Zeitung<sup>1</sup>, die ich nur oberflächlich gesehen habe, sicherlich die Diskussion darüber ja nicht in Bahnen gelenkt werden – Herr Kohl, Sie werden sie sicherlich nicht so gesagt haben ... (*Kohl*: Ich habe überhaupt nichts ...) ja, das ist mir völlig klar –, die zu einer objektiven Beurteilung dieses absolut legitimen Vorgangs führen, sondern die ganz zwangsläufig zu Konfrontationen führen. Und wenn ich die Aussage von Herrn Dr. Kaase oder Herrn Professor Kaltefleiter von gestern noch richtig in Erinnerung habe, hat das ja auch keine Klarheit in dem Sinne gebracht, die wir eigentlich haben sollten und haben müßten. Ich war gestern eigentlich bereit, eine Zwischenfrage zu machen, ob Herr Kaase oder Herr Kaltefleiter denn etwa im Direktorium meinten, diese Frage der Führung sei völlig bedeutungslos. Hier sollten wir auch als Vorstand doch zu sehr klaren, nach außen unmißverständlichen Entscheidungen kommen, die aber auch gleichzeitig mit zur Beruhigung oder zur ruhigen Klärung und Diskussion des Themas mit beitragen.

*Blüm*: Zunächst noch eins, Herr Lampersbach, weil Sie die Begriffe „links“ und „rechts“ verwandt haben. Ich gebe zu, daß das Kurzfassungen sind und Chiffren. Nur

---

1 Vgl. „Bild am Sonntag“ vom 28. Januar 1973 „Kohl: ich will neuer CDU-Chef werden!“.

eine Gefahr scheint mir mit Linksbewegungen nicht vorhanden zu sein, jedenfalls nicht in unserer Partei, daß durch eine Linksbewegung die Mitte verlassen würde. Also die Gefahr – so weit links, daß wir außerhalb der Mitte geraten würden – scheint mir in unseren Reihen ausgeschlossen zu sein. Ja, wenn die Mitte verlassen wird, dann eher durch andere Bewegungen.

Aber doch zur Sache selbst: Ich halte nichts von Schicksalsglauben, und ich glaube, daß Fatalismus in der Politik ein schlechter Mobilisierungsfaktor ist. Deshalb sollten wir alle Sicherheiten verabschieden. Ich halte nichts von der Sicherheit, die man hier und dort schon gehört hat, es wäre aussichtslos 1976, wir müßten uns auf acht Jahre einrichten oder dies sei die letzte freie Wahl. Ich weiß gar nicht, wie man mit solchen Motiven überhaupt Parteimitglieder mobilisieren will. Ich halte allerdings auch nichts von der Sicherheit, wir hätten den Erfolg gemietet, von dem wir ja lange Zeit gelebt haben. Wir haben weder eine Erfolgsgarantie noch eine Überlebensgarantie. Es gibt in der Geschichte genügend Beispiele, wie große politische Bewegungen fast über Nacht bedeutungslos geworden sind. Das hat nichts mit Resignation zu tun. Ich meine, das sollte uns die Lage klarmachen, daß alles möglich ist, sowohl Sieg wie Verschwinden! Und daß alles von uns abhängt. Mir scheint nur eines unwahrscheinlich zu sein, daß wir so den Besitzstand wahren, das scheint mir unwahrscheinlich. Ich will nicht sagen, daß das sicher wäre, daß wir ihn nicht wahren können, aber eher gibt es eine Entwicklung nach oben oder nach unten als reine Besitzstandwahrung.

Nun werden wir ja bei all den Bewegungen nicht die nach unten anstreben. Wenn wir das verhindern wollen, dann muß etwas passieren. Und nur in dem Sinne, meine ich, kann von einem neuen Godesberg gesprochen werden, das die CDU notwendig hätte. Nicht im Sinne einer Programmdiskussion, da ist ein völliger Sättigungsgrad vorhanden. Sondern nur in dem Sinne, daß wir in der Tat ein Zeichen setzen müssen, einen Anfang anstreben müssen, uns einen Ruck geben müssen, nur im Sinne einer Bereitschaft. Ich habe ja nur das Wort, das gestern in der Diskussion war, aufgegriffen, und sage, in welchem Sinne ich ihm einen Sinn abgewinnen kann. Ich könnte für dieses Vorhaben ein anderes Firmenschild mir aussuchen. Ich habe es nur aufgegriffen, weil es gestern hier in der Debatte stand.

Nun meine ich, für diesen Beginn, für diese Bereitschaft, würde im Wege stehen eine Tradition, mit unionskonformen Lehrformeln die Konflikte zu vernebeln. Es tut mir leid, daß Herr Hahn nicht da ist, aber so ein Versuch, zu vorschnellen Verbal- und Selbsttröstungen beizutragen, Kontinuität bei Flexibilität, scheint mir beispielsweise die Formel, die gestern aus Baden-Württemberg geliefert wurde. Ich kann nur sagen, ja was denn jetzt? (*Unruhe und Heiterkeit.*) Ja, ich mache nur darauf aufmerksam, daß das Wortmusik ist, die wahrscheinlich ganz gut klingt, aber die nur heiße Luft ist. (*Diskussion.*) Ich mache darauf aufmerksam, ich möchte auch davor warnen, daß wir die Befriedigungen schon für ausreichend halten, die wir uns gestern wechselseitig bestätigt haben und daß diese Diskussionen erstens auf hohem Niveau und zweitens mit einem hohen Grad von Fairneß geführt wurden. Das ist sehr erfreulich, nur reicht das nicht aus. Die Erwartungen der Parteimitglieder wie der Öffentlichkeit werden nicht damit befriedigt, daß wir sagen, es war ein hervorragendes Klima und wir waren fairer,

als wir uns alle zugetraut haben. Vielleicht können wir einige Parteimitglieder damit zufriedenstellen, die Öffentlichkeit allerdings nicht. Wir sehen uns hier in diesem Kreise Erwartungen ausgesetzt, auch mit diesem Termin sind Erwartungen verknüpft, deshalb können wir das nicht mit ein paar Formeln abdecken, sondern es müssen Zeichen heute und hier am Schluß dieser Klausurtagung stehen.

Nun, wenn es darum geht, in der Zukunft glaubwürdig zu sein, wenn diese Zeichen glaubwürdig sein sollen, dann ist das nicht nur eine Frage der Schminke, sondern der Politik und dafür wollte ich drei Punkte zur Diskussion beitragen. Erstens, es darf in unserer Diskussion keine Tabus geben. Dafür einige Beispiele. Erste Beispielreihe aus der Gesellschaftspolitik. Wir haben sehr ausführlich die Mitbestimmung diskutiert. In dieser Mitbestimmungsdiskussion war in unserer Partei an einer Stelle eine Tabuzone, das war die Tabuzone Macht in der Wirtschaft. Wer den Terminus „Macht und Herrschaft“ im Zusammenhang mit der Mitbestimmungsdiskussion genannt hat, stand schon unter Verdacht, Systemveränderer zu sein. Ich gebe zu, daß Macht im Zusammenhang mit der Mitbestimmung nach keiner Seite hin tabuisiert werden kann. Auch nicht nach der Seite, daß wir anstelle alter Machtverfestigungen neue einführen. Aber das Machtproblem muß im Zusammenhang mit der Mitbestimmung diskutiert werden. Nur auf diese Weise lassen sich auch Unterscheidungen zwischen Mittelstand und Mitbestimmung erklären.

Zweitens: Sozialbindung des Eigentums. Das ist so formuliert noch recht kostenlos, eine recht schmerz- und kostenlose Formulierung. Die Nagelprobe und das Tabu liegt meines Erachtens nach in unserer Partei im Zusammenhang mit dem Bodenrecht. Wir suchen uns diese Prüfsteine nicht selber aus, die werden uns von der Gesellschaft geliefert. Dazu müssen wir etwas sagen. Das ist nicht eine Frage, daß wir nun wortreiche Systeme aufbauen, sondern daß wir die drängenden Fragen dieser Gesellschaft nicht sozusagen kunstreich umkurven, sondern dazu Stellung nehmen. Wie auch immer!

Drittens: Berufsausbildung. Es genügt nicht, daß wir alle bekennen, da müßte mehr getan werden. Da gibt es einen Prüfstein, der womöglich gar nicht entscheidend für die Weiterentwicklung unserer Berufsausbildung ist, den wir dennoch nicht tabuisieren können. Das ist die Stellung der Kammern. Da wird sehr viel von abhängen, ob wir glaubwürdig sind im Zusammenhang mit Berufsausbildung, ob wir uns diesem Problem stellen und es nicht umgehen, indem wir eine Reihe Vorschläge, die alle sehr gut sein mögen, im Nebenbereich haben. Zweites Tabu im Zusammenhang mit der Jugend: Ich glaube, ob wir bei der Jugend ankommen oder nicht, ist nicht eine Frage, wie hoch die Auflage unseres jugendpolitischen Propagandamaterials ist. Sondern ob wir uns Fragen stellen, die in der Jugend als drängende Fragen begriffen werden. Da ist beispielsweise das Thema „Vietnam“. Ich glaube, es genügt nicht zu sagen, daß die Vietnam-Demonstranten eine Sprache der Kommunisten gesprochen haben, daß die Jusos den Sprachgebrauch der Kommunisten übernommen haben. Ich habe zu dem Thema nichts gesagt, aber in sehr vielen Gesprächen mit jungen Gewerkschaftern und Schülern festgestellt, daß das ein Thema ist, zu dem auch die CDU hätte Stellung nehmen müssen. Wie auch immer, ich habe immer gehört: „Ihr nehmt ja nur Stellung,

wenn in Prag einmarschiert wird“, worauf ich antworten kann: „Und Ihr nehmt nur Stellung, wenn in Vietnam etwas passiert“. Aber was von uns verlangt wird, ist eine eigene Position, die sowohl Prag wie Vietnam umgreift. Nur dann ist nämlich auch der Prag-Protest glaubwürdig.

Weiterer Punkt: soziologische Gruppen. Ich beteilige mich gern und mit Engagement an der Kritik in Richtung Gewerkschaften. Diese Kritik wird nur dann glaubwürdig sein, wenn bei uns die Unternehmer nicht unter Tabu gestellt werden. Ich halte es für geradezu lebensgefährlich, wenn wir im Bundestag aufjaulen, wenn nur ein kritisches Wort in Richtung Unternehmer gesagt wird und rasenden Beifall spenden, wenn es ein kritisches Wort in Richtung Gewerkschaft gibt. Ich kann nur sagen, die Enttabuisierung geht nach allen Seiten.

Personalfragen: Ich glaube, dazu haben wir ja schon einen Beitrag geleistet, daß in dieser Partei Personalfragen enttabuisiert werden. Dazu haben wir einen Beitrag geleistet in Saarbrücken, und dazu leisten wir jetzt einen Beitrag. Ich glaube, daß dies hilfreich ist. Die Entwicklung in der SPD geht genau in die umgekehrte Richtung, nämlich zu einer Tabuisierung von Führungsfiguren, zu einer Mythologisierung ihres Parteiführers. Ich bin nicht sicher, ob das auf Dauer erfolgreich sein wird, diese Heldenverehrung und dieses Tabu Willy Brandt in dieser Partei. Ich weiß noch nicht mal, ob der charismatische Führer bei einem gestiegenen Grad der Politisierung auf Dauer ein attraktiver Parteiführer sein wird, ob er nicht sehr viel anfälliger ist gegen Kritik, die auch an ihm geäußert werden wird, als das bei Parteiführern ist, die durch das Fegefeuer der Diskussion gehen müssen.

Zum Thema „Grundvertrag“ und seiner Glaubwürdigkeit: Ich kann mich nur dem anschließen, was Herr Kiep hier vorgetragen hat. Ich glaube, es ist wichtig zu erkennen, daß unsere Argumentation jetzt im Zusammenhang mit dem Grundvertrag nicht die Aussicht hat, Mehrheiten zustandezubringen – im Unterschied zur Ostpolitik vergangener Zeiten wird der Grundvertrag angenommen, ob wir dafür oder dagegen sind –, sondern daß unsere Argumentation nur bedeutsam ist für die Zeit danach und daß wir in der Zeit danach ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit haben werden, haben müssen, weil in der Zeit danach auch außen- und ostpolitisch wichtige Entscheidungen fallen werden im Zusammenhang mit Neutralisierungstendenzen in Europa, im Zusammenhang mit Euphorien der Abrüstung. Ob wir da glaubwürdig sind mit einem jetzt ausgesprochenen Nein zum Grundvertrag, darüber werden wir ja sicherlich noch an anderer Stelle sprechen. Ich verweise auch in dem Zusammenhang auf das, was Herr Kiep gesagt hat.

Der zweite Bereich der Glaubwürdigkeit – immer zukunftsgerichtet und nicht im Sinne eines Nachkartens vergangener Zeiten – ist die Praxis. Nun gebe ich zu, das hat so seine Schwierigkeiten für eine Oppositionspartei mit der Praxis. Deshalb wird dieser Teil eine besondere Aufgabe unserer Kommunalpolitik sein und unserer Länder, in denen wir Praxis gestalten können, nämlich der Länder, in denen wir Mehrheiten haben. Da gibt es ja Beispiele aus der Opposition vergangener Zeiten. Die SPD hat dieses Instrument Kommune und Länder in den Zeiten, in denen sie in Bonn Opposition war, wie ich glaube, beispielhaft genutzt. Es kommt auf Modelle an, es kommt nicht

nur auf große Reden an, sondern es kommt auf eine Praxis an, in der wir uns profilieren. Was uns als Partei an Praxis bleibt in dem Zusammenhang ist – da mache ich noch einmal auf unser Problem aufmerksam –, ob diese Partei sich öffnet für Gastarbeiter. Ob wir uns Problemen der Randgruppen stellen. Denn es scheint mir notwendig zu werden, beispielhaft deutlich zu machen, daß es in der Sozial- und Gesellschaftspolitik nicht um die Selbstversorgung von Gruppen geht, die stark genug sind, um sich am Wahltag bemerkbar zu machen, und die deshalb abgefüttert werden müssen, sondern daß es in der Sozialpolitik in der Tat um Gerechtigkeit nicht nur für die eigene Gruppe geht, sondern auch für die Gruppen, die am Wahltag nicht in die Waagschale fallen. Ich habe das Stichwort „Gastarbeiter“ keineswegs genannt, um damit das Thema abgrast zu haben, das war nur ein Beispiel, Sie können auch andere Beispiele nehmen, Obdachlose, (*Zwischenruf*: Das sind Fremdarbeiter.) – ja gut, das will ich jetzt nicht ausdiskutieren – Strafgefangene, alle Außenseitergruppen.

Dritte Frage oder dritter Problemkreis ist der Problemkreis unseres Konzeptes. Wenn unsere sozialpolitischen Gesetze nicht so gut angekommen sind, wie sie waren, dann lag das meines Erachtens nach nicht an diesen Gesetzen, sondern das lag daran, daß uns so etwas wie der Hauptnenner gefehlt hat. Anspruchsvoll wird das oft formuliert als die Vision einer Gesellschaft, das Bild einer Gesellschaft. Ich will das ganz bescheiden als den Hauptnenner nennen, mit dessen Hilfe deutlich wird, daß all unsere konkreten Vorstellungen Teil eines Ganzen sind. In dem Zusammenhang ist gestern der Zeitgeist beschworen worden und etwas als modische Erscheinung apostrophiert worden. Ich meine, eine Partei, die auf das nicht hört, was in einer Zeit formuliert wird, die macht einen arroganten Eindruck in des Wortes mehrfacher Bedeutung. Das, was hier an Konzept formuliert wird, kann nur Antwort auf Fragen sein, die in der Gesellschaft gestellt werden. Es könnte nämlich sein, daß wir Antworten geben auf Fragen, die gar nicht gestellt werden. Und damit ist auch die Antwort entwertet.

Ich mache darauf aufmerksam, daß in dem Zusammenhang unsere Sprache nicht einfach eine Nebensächlichkeit ist. Es gibt Leute, die meinen, wenn sie ein Wort gefunden hätten, hätten sie das Problem schon gelöst. Das ist, würde ich sagen, der Glaube von Rumpelstilzchen gewesen. In der Politik relativ erfolglos. Nur umgekehrt – und auf diese Rückseite der Medaille müßte man auch mal eine Partei wie die unsere aufmerksam machen –, wenn man für ein neues Problem kein Wort hat, hat man auch das Problem nicht erkannt. Und wenn man auf ein neues Problem nur alte Antworten setzt, nur alte Worte, könnte man mißverstanden werden in dem Sinne, daß man auf neue Fragen nur alte Antworten gibt. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen, Freiheit. Freiheit ist sicherlich ein zeitlos gültiger Wert. Dennoch müßten wir deutlich machen, welcher besondere Akzent von Freiheit heute gefordert wird. Welcher gefordert wird, das entscheiden nicht wir, sondern die Gesellschaft entscheidet mit ihren Fragen. Ich habe dafür kein Patentrezept anzugeben. Mir scheint es nur, daß die ideologische Auseinandersetzung, die ideologische Wasserscheide womöglich auf einer anderen Stelle angesiedelt ist, nicht so zwischen Materialismus und Idealismus, sondern wo ganz anders, als wir es in unseren herkömmlichen Schlachten gesehen haben. Mir scheint eine Nachfrage dieser Gesellschaft zu sein, Freiheit in der Vielfalt zu erleben.

Jeder soll nach seiner Fassung selig werden. Das ist, glaube ich, eine geheime Sehnsucht dieser Gesellschaft. Akademisch drückt sich das aus in der gesellschaftspolitischen Konzeption des Pluralismus. Ich gebe zu, daß das zu anspruchsvoll formuliert ist. Aber für jenen Trend gegen Uniformierung, für jenen Trend, daß wir den Reichtum der Individualität auch in dieser Gesellschaft zum Vorschein bringen, ein Wort zu finden, Freiheit in diesen Kategorien anschaulich zu machen, das scheint mir eine Aufgabe zu sein. Wie Sie merken, habe ich dazu auch kein Wort zur Verfügung, aber auf die Suche muß man sich begeben anhand der Fragen, die in dieser Gesellschaft gestellt werden. (*Barzel*: Reale Freiheit im Alltag war genau unsere Formulierung.)

Ich will nur noch ein paar Fragezeichen hinter ein paar Begriffe setzen, die wir als Antworten begriffen haben. Und das meine ich nicht einfach in einem polemisch abwertenden Sinne. Ich frage mich, ob die Antwort Soziale Marktwirtschaft, ob die Antwort humane Leistungsgesellschaft wirklich die Antwort ist, auf die diese Zeit wartet angesichts der wirtschaftlichen Dominanz, die in diesen Begriffen steckt. Und mir scheinen die eigentlichen gesellschaftlichen Fragen jenseits der materiellen Versorgung zu liegen. In einer Wohlstandsgesellschaft entstehen Nachfragen nach Sinn. Nachfragen, die in einer Gesellschaft, die mit ihren knappen Mitteln haushalten mußte, nicht so gestellt wurden. Das ist nicht eine Abwertung der Sozialen Marktwirtschaft und all ihrer Fragen. Nur, wenn die SPD mit dem Begriff „Qualität des Lebens“ doch offenbar Absatz findet, dann weil dieser Begriff – ob er richtig ist oder falsch, sei dahingestellt – zumindest ein Signal setzt für eine Zone hinter dem Sozialprodukt. Ob wir dafür ein Zeichen haben und ob wir das ausreichend beantworten mit Sozialer Marktwirtschaft und humaner Leistungsgesellschaft, würde ich jedenfalls für meinen Teil für fraglich halten. Nun lassen Sie mich noch ein paar Sachen nachschieben, (*Unruhe*. – *Zwischenruf*: Eine wunderbare Formulierung, also wirklich.) ja, ich habe mich nicht gemeldet, um hier Lösungen anzubieten, sondern nur meinen Fragehorizont.

Noch ein paar Sachen im nachhinein zur gestrigen Diskussion, zu dieser Alternative, argumentativ, Herr Dregger, emotional, die bei Ihnen aufgetaucht ist. Auch ich glaube, daß der emotionale Anteil sehr wichtig ist bei der Mobilisierung von Wählermassen. Nur das Klima in dieser Gesellschaft und damit die Voraussetzung für emotionale Ansprache wird von den Leuten gemacht, die argumentativ erreichbar sind. Insofern ist der argumentative Wahlkampf kein Gegensatz zum Ziel emotionales Klima. Und noch etwas muß ich dazu sagen, Herr Dregger, ohne jeden polemischen Unterton, Sie haben Herrn Nickels attackiert, der nicht im Saal war und hätten mich ansprechen können, der im Saal war, auch Herr Lampersbach. Ich habe ja mehrfach auch das Wort „Dregger“ in den Mund genommen. (*Starke Unruhe*.) Das sind Abkürzungen, mit denen ich jetzt arbeite, aber ich glaube, daß wir in unserem Kreise so viel Konsens haben, daß wir mit Abkürzungen arbeiten können. Im Unterschied zu meinem Kollegen Katzer bin ich nämlich der Meinung, daß man politische Probleme auch personalisieren muß und zwar nicht im Sinne einer billigen Polemik. Aber Ihre Rede auf dem Parteitag in Düsseldorf hat eben vielen Leuten von uns weh getan. Ich kann das gerne noch einmal entfalten, wo die Wunden da liegen. Mir scheint es geradezu im Sinne einer Therapie notwendig zu sein, daß in dieser Partei diejenigen, die durch Sie

Wunden erhalten haben, auch sich artikulieren können, daß sie zur Sprache kommen. Das ist nicht der Versuch, einen Buhmann aufzubauen, weil ich gegen alle irrationalen Formen bin. Sondern das ist nur, daß man seine Verletzungen auch zur Sprache bringt. Ja, das ist eigentlich alles, was ich vorerst dazu zu sagen habe. (*Heiterkeit.*)

*Barzel:* Vielen Dank! Darf ich nur eine einzige Bitte äußern, und hier schließe ich an etwas an, was Herr Dregger gestern gesagt hat. Er hat gesagt, wir sollten diese Leute nicht sozialliberale Koalition nennen, das tut die Führung, das tut unser Schrifttum auch nicht.

Und nun, lieber Herr Blüm, was sind das eigentlich für arme Menschen, die uns gewählt haben? 45 % haben eine Partei gewählt, in deren Führung man auch draußen von sich selbst sagte, sie sei nicht glaubwürdig. Das ist ein Wort, das wir vom Gegner übernehmen. Verbannen wir das aus Sprachschatz und Bewußtsein. Machen Sie etwas Positives daraus, wir müssen besser werden, weiß ich was alles. Mir haben Wähler gesagt, ich habe Briefe darüber: „Wie doof war ich eigentlich, Euch zu wählen, wo Ihr mir jetzt selbst sagt, Ihr seid nicht glaubwürdig?“ Das ist jetzt etwas salopp ausgedrückt, aber ich wollte bewußt so salopp werden, weil ich jetzt nicht den Höhenflug hier beginnen wollte. Das ist eine Bitte an uns alle, ich hätte das schon gestern bei einem anderen Diskussionsbeitrag sagen können, als dieses Wort auch sehr häufig vorkam. Das ist eine Bitte an uns, klug zu sein.

*Gradl:* Ich beschränke mich auf ein paar Bemerkungen in Kürze, denn wir haben ja nicht viel Zeit nach der gestrigen Planung. Das erste, was mich sehr interessiert, wie werden wir denn der Partei und der Öffentlichkeit die nun entstandene neue Situation mitteilen, bekanntgeben und erläutern? Neu dadurch, daß wir gewissermaßen Saarbrücken, den Kampf von Saarbrücken um die Führungsposition in der Partei, wiederholen. Ich will hier zu der Sache nichts sagen. Warum nicht? Weil es ein Faktum ist, daß hier Kandidat gegen Kandidat steht. Dies muß man demokratisch und parteisolidarisch fair austragen. Dazu ist weiter nichts zu sagen. Was mich interessiert, ist etwas anderes. Der Parteitag kann, so wie ich die Dinge einschätze – und das ist jawohl nicht ganz falsch – nicht vor Oktober sein. Die Sommerpause scheidet aus, so schnell kann man es nicht machen, ganz abgesehen davon, daß wir in der Öffentlichkeit eine etwas schwierige Situation haben werden. Die ist beschäftigt mit den Auseinandersetzungen zum Grundvertrag, und mit der Ratifikation des Grundvertrages wird es noch einmal eine Welle von wirklichen oder scheinbaren Verbesserungen von der anderen Seite geben. Das hier ist alles kein politisches Thema, in das hinein eine solche Sache paßt. Das heißt mit anderen Worten, daß wir ein Dreivierteljahr vor uns haben, in dem über die Personenfrage diskutiert werden soll. Und da habe ich nun zwei Bitten: Erstens, daß schon in der Verlautbarung, die es ja offenbar schon gibt – die ich aber nicht kenne, und vielleicht sage ich also etwas, was schon beachtet ist –, ein Beitrag zur Versachlichung dieser Diskussion beinhaltet ist. Und zwar deshalb, weil in unserer Partei oft die Frage, ob man die beiden Ämter vereinen soll oder nicht, eine Rolle gespielt hat. Ich erinnere mich – ich gehöre diesem Gremium seit 1953 an, jetzt nicht mehr, aber doch immerhin sehr lange Zeit –, daß wir oft diese Auseinandersetzung hatten, ob man den Parteivorsitz und den Fraktionsvorsitz in eine Hand legen soll, oder ob man sie



trennen soll. In der letzten Phase Adenauer z. B. spielte das eine Rolle. Bei verschiedenen Gelegenheiten, die brauche ich ja hier nicht zu wiederholen.

Es ist also möglich, dieses Thema sehr sachlich zu akzentuieren. Da gibt es Gründe, die für die Trennung der beiden Positionen sprechen, angesichts der Fülle von Aufgaben, die auf uns zukommen, deren Bewältigung von uns verlangt wird, wenn wir bestehen wollen in den nächsten zehn Jahren und darüber hinaus. Da gibt es natürlich die Kehrseite, das Gegeneinanderstehen im Wettbewerb von zwei so bekannten und schon einmal im Ring nebeneinander gestandenen Persönlichkeiten, die immer wieder fasziniert und dazu führt, daß die Auseinandersetzung in Wahrheit mehr auf Gruppenbildung und alles Mögliche geführt wird, um schon möglichst frühzeitig die Position für den Endkampf günstig für die Beteiligten zu gestalten. Dies ist eine schwierige Situation für Sie, wenn auch klargemacht wird, daß es sich hier in der Tat, obwohl es sich konzentriert auf zwei Personen, um ein sehr seriöses Sachproblem handelt, das wir miteinander zu bewältigen haben. Wir sehen es heute in der „Welt am Sonntag“<sup>2</sup>. Der Mann, der das geschrieben hat, ist sowieso nicht pingelig in seinen Kennzeichnungen. Aber wenn der anfängt mit dem Satz in seinem Bericht, „In der Christenunion“ – rege ich mich schon auf. Ich weiß, Herr Schneider<sup>3</sup>, „Spiegel“, ja, „In der Christenunion blicken sich schon wieder die Diadochen an.“ Wir haben da eine wichtige Sache vor uns für die Gestaltung dieser Auseinandersetzung. (*Unruhe.*)

Die zweite Bemerkung, die ich machen wollte, bezieht sich auf Sachfragen. Ich glaube, daß wir herausgefordert sind, nicht über Grundsätze, aber über viele Positionen nachdenken zu müssen, die wir viele Jahre hindurch für beantwortet, oder viele Fragen, die wir über viele Jahre hindurch für beantwortet hielten – und für die Antworten hatten wir Formeln. Hier ist vorhin gesagt worden, das genügt nicht nach draußen, daß hier festgestellt wird, hier sei fair diskutiert worden miteinander. Natürlich genügt das nicht nach draußen. Aber nach drinnen will ich sagen, da ich ja so lange diesem erlauchten Gremium angehört habe, ich habe nicht mehr als zwei- oder dreimal erlebt, daß ich hinterher – vielleicht stelle ich zu hohe Ansprüche – sagen konnte, hier war eine Diskussion, die hat sich in der Sache gelohnt, denn sie suchte den Grund und versuchte vor allen Dingen, den jeweils anderen wirklich zu verstehen. Das war nicht so oft. Was wir hier gestern begonnen haben, das darf nur ein Anfang sein. Wir haben ja nur angekratzt. Wir müssen so viel neu durchdenken. Nehmen wir mal das Beispiel, Herr Blüm, Mitbestimmung. Da bin ich in der Tat der Überzeugung, daß alle hier Anlaß haben zu sehen, ob sie nicht ihren Standpunkt nicht nur überprüfen, sondern miteinander auch verändert gestalten müssen. Ich stehe nicht in dem Ruf, ein Revolutionär zu sein, deswegen darf ich das vielleicht sagen. (*Unruhe. – Barzel: Cum grano salis! – Heiterkeit.*) Ja gut, ich bin ja nicht das Thema hier erfreulicherweise. (*Unruhe und Heiterkeit. – Zwischenruf: Ein Mann mit Profil!*)

---

2 Vgl. „Welt am Sonntag“ vom 28. Januar 1973 „Kohl gab es Barzel schriftlich: Kandidatur um Parteivorsitz“.

3 Hans-Roderich Schneider (geb. 1926), Journalist; Leiter des Bonner Büro des „Spiegel“, 1969/70 Sprecher der FDP, ab Mai 1970 Leiter des Bonner Büros der „Welt am Sonntag“.

Ich glaube, daß hinter dem Problem Mitbestimmung sich eine ganz tiefe Auseinandersetzung in unserer Gesellschaft verbirgt, die vergleichbar ist mit großen gesellschaftlichen Themen der Vergangenheit. Daß es wirklich darum geht, den Menschen die Überzeugung zu vermitteln, daß sie nun nicht in dem billigen Worte jakobinischer Gleichmacherei, sondern im echten Sinne, sich als Gleiche in dieser neuen zukünftigen Gesellschaft in unserem Lande zumindest verstehen können. Dies hat mir niemand eindringlicher gesagt, oder jedenfalls verständlicher gemacht, als der alte Spennrath<sup>4</sup>, der für einige von Ihnen vielleicht noch ein Begriff sein mag. Der AEG-Chef und langjährige Chef des Gemeinschaftsausschusses der gewerblichen Wirtschaft – völlig unverdächtig, ein Revolutionär zu sein, genauso wie ich – hat mir in einer bestimmten Situation gesagt in Berlin, das war sehr früh, 1957 oder 1958, es gab harte Tarif-Verhandlungen, die Unternehmer und die Gewerkschaften haben sich in einer kleinen Gruppe – das hatten die damals, so eine Führungsgruppe – im „Excelsior“ in Köln getroffen, und am nächsten Tag erzählte er mir – das hatte ihn so angestrengt, er lag also etwas kränklich zu Hause, und ich war bei ihm, wir waren etwas befreundet über all die Unterschiede hinweg –, was ihn so erregt hatte: „Ich habe gestern versucht, den Gewerkschaften klarzumachen, daß ihre Forderungen zu weit gehen, daß dies wirtschaftlich nicht zu verkraften ist. Und dann haben mir die Gewerkschaften gesagt, hören Sie mal, vielleicht ist das so, aber gehen Sie mal raus an die Werkbank und bringen Sie den Leuten das bei. Wissen Sie, was die Ihnen entgegenhalten?“ Damals war eine Großindustriellenfrau, die die illustrierten Blätter verrückt machte mit ihren Eskapaden, Brillanten und Inselkäufen usw.<sup>5</sup> Wissen Sie, die Selbstdarstellung des Reichtums in unserem Lande multipliziert durch diese kapitalistischen Massen, das sind nämlich die wirklichen Profitkapitalisten, diese Illustriertenverleger, vom „Stern“ angefangen. Die, die sind das, die haben eine bestimmte Atmosphäre geschaffen, (*Unruhe*.) darüber können wir uns ja auch mal hier unterhalten über unser Verhältnis zu diesen Medien. Die Selbstdarstellung des Reichtums, das stark auch von uns entwickelte Verlangen der Menschen zu sehen, wo denn ihr Platz in der Gesellschaft ist, ob er ihrer würdig ist, dies ist eine Realität. Und diese Realität stellt Ansprüche an uns alle. Und nun muß ich wieder einen Alten zitieren, Konrad Adenauer, verehrte Freunde. 1955 gab es eine schwierige Situation, wir hatten diesen Erfolg von 1953 gehabt und 1955 war in Nordrhein-Westfalen – glaube ich – irgendeine Wahl<sup>6</sup>, die war gar nicht so einfach. (*Unruhe und Diskussion*.) Damals sagte er denen, die seinem bereits angedeuteten Gedanken von der Rentenreform kritisch gegenüberstanden – ich übrigens auch – in seiner von mir nicht nachahmbaren Sprache: „Ja, wir müssen doch wohl daran denken, in Nordrhein-Westfalen fällt immer die Entscheidung über die Bundesrepublik. Und in Nordrhein-Westfalen ist die ganz große Mehrheit der Bevölkerung Ar-

---

4 Friedrich Spennrath (1888–1959), Regierungsbaurat; 1949–1955 Vorsitzender des Vorstands der AEG (ab 1956 Mitglied im Aufsichtsrat), 1950–1957 Präsident der IHK Berlin.

5 Möglicherweise Anspielung auf die Eskapaden der Ehefrau des Finanzmaklers Rudolf Münnemann (vgl. Bernt ENGELMANN: *Meine Freunde – die Millionäre*. München 1966).

6 Gemeint ist wohl die Kommunalwahl von 1956. Ergebnis SPD 44,2 % (1952 36,1 %), CDU 38,2 % (35,6 %), FDP 9,6 % (12,6 %).

beitnehmerschaft. Und wenn wir“ – und dann hob er seinen Zeigefinger – „meine Freunde, wenn Sie es nicht fertigbekommen, diese Arbeitnehmerschaft für sich zu gewinnen, dann werden Sie die Position in diesem Lande nicht behaupten!“

Sehen Sie, dies alles, Taktisches und tief Sachliches spielt hinein in das Thema Mitbestimmung. Ich habe hier keine Sachlösungen anzubieten, aber es ernst muß man es nehmen, und da muß man eben bereit sein, auf allen Seiten seine bisher eingenommenen Positionen zu überprüfen. Herr Kollege Schäfer, ich bin sehr beeindruckt von dem gewesen, was Sie gestern gesagt haben über die Wahl der Bezeichnungen. Dies ist nicht eine Sache nur journalistischer Erfindungsgabe, da hat auch Herr Blüm recht. Wir haben leider nicht die Fähigkeit und das Glück gehabt, das, was wir ausdrücken wollen, in einer Weise zu formulieren, die werbend und wie ein Ohrwurm eindringend in das positive Unterbewußtsein der Masse gelangt. So was haben wir nicht gefunden. Ich nenne Ihnen ein Beispiel, den Begriff der Marktwirtschaft. Jeder von uns weiß, was das ist. Aber fragen Sie doch mal, was Marktwirtschaft ist, was sollen sich denn die Leute nun – wir wollen sie doch nicht überfordern – unter Marktwirtschaft vorstellen? Dies ist ein Blendwort, aber es besagt nichts. Ich habe keine Idee. Ich bin versucht, Leistungswirtschaft oder so etwas zu sagen. Dies wäre jedenfalls für jedermann klarer, worum es geht, und würde auch den eigenen Standpunkt besser zum Ausdruck bringen. Aber dies muß man suchen. Und dann müssen wir wissen, daß wir auf der Schattenseite dieses Lebens stehen in dieser Phase. Die anderen haben einige Ausdrücke, die sehr eingängig sind, nicht nur Friedenspolitik, sondern auch, ich habe das früher schon mal gesagt in der Fraktion, der Begriff Sozialismus erweckt in den Menschen sofort eine positive Assoziation. Bei der Mehrheit der Menschen! Weil in ihm so was liegt wie Hilfe für die Armen. Mitleiden und Unterstützung, Solidarität, alles das schwingt doch von vornherein mit. Wir können diesen Ausdruck nicht mehr übernehmen, weil er von der anderen Seite zu sehr okkupiert ist. Aber das heißt dann, wir müssen so darüber sprechen, daß das, was daran positiv ist, uns geglaubt wird, daß wir das auch zu eigen haben. Und dafür brauchen wir einen Ausdruck.

Und das wichtigste, Herr Vorsitzender, was ich für notwendig halte, rein taktisch, ist, solche Diskussionen, wie wir sie geführt haben, zusammenzufassen und dann zwei, drei Leuten zu geben – über die man sich verständigen muß – mit dem Auftrag, darüber nachzudenken, und zwar im stillen Kämmerlein. In vier Wochen oder sechs Wochen, solange wie Sie brauchen, aber bitte möglichst bald. Wie man das, was uns bewegt, denn in Formeln, in Aussagen bringt, die wirklich wirksam sind, die zugleich verständlich machen. Dies ist eine furchtbar schwierige Sache, aber eine unerhört notwendige, wenn wir die Auseinandersetzung bestehen wollen.

Letzte Bemerkung: Vieles könnte einen reizen, aber wenn das ein Anfang ist, dann wird man ja noch Gelegenheit haben, daß wir über Einzelthemen so gründlich sprechen, wie wir dieses Mal eine tour d'horizon gemacht haben. Als letztes möchte ich nur sagen, mich hat auch, genauso wie den Vorsitzenden, das Wort „Glaubwürdigkeit“ schrecklich betroffen gemacht. Worum geht es eigentlich? Uns ist es nicht gelungen, das wäre zu billig. Wir haben es unterlassen, die Politik, die wir gemacht haben – ich simplifiziere jetzt Ostverträge –, verständlich zu machen. Vor allem die Schwenkung –

wie Sie wollen, manche sagen Bruch, manche halt Schwenkung – verständlich zu machen draußen. Ich will dieses ganze Kapitel nicht wiederholen. Nur, Herr Lampersbach, es war nicht so, daß der Vorsitzende die Entwicklung nicht in der Hand hatte. Hier sage ich für mich persönlich mit aller Entschiedenheit und Verbindlichkeit: Die Politik, die der Vorsitzende in dieser kardinalen Auseinandersetzung um die Ostverträge versucht hat, war zwangsläufig durch die Entwicklung vorauszusehen in ihrem kritischen Weitergang mindestens seit dem Augenblick, seit dem die Berliner Regelung unterschrieben war. Von diesem Augenblick an mußten wir sehen, daß sich in der Bewertung der Verträge wesentliches verändern würde. Wir selber wußten auch, wir hatten dazu beigetragen zu dieser Berlin-Regelung. (*Barzel*: Ja, und ohne diese Politik nicht diese Berlin-Regelung mit diesem Inhalt.) Von diesem Augenblick an begann sich die Situation zu verändern. Hier sind ja auch einige andere, die dies alles miterlebt haben. Ich habe das bis in die letzten Fasern hinein miterlebt, und ich muß sagen, ich habe vor dem Vorsitzenden für die Art, wie er diese Politik betrieben hat – ob seine taktischen Züge immer glücklich waren, ist eine andere Sache und spielt keine Rolle –, höchsten Respekt. Das war eine der schwierigsten Entscheidungen für eine Opposition, die in Wahrheit Regierungsverantwortung zu tragen hatte, obwohl sie in der Regierung nicht war und nicht die Möglichkeit gehabt hat, diese Verträge wirklich zu gestalten, mit Ausnahme von Berlin. Dies war die ganz irrsinnige Situation, in der wir waren. Wo gibt es so etwas sonst? Dies haben wir alle miteinander zu bestehen versucht. Wir haben hier in zwei Vorstandssitzungen in der entscheidenden Phase im April zusammengessen, und wir wissen doch genau, warum wir das klare Wort, sich zu entscheiden, ja oder nein freizugeben, vermieden haben – mit zwei Ausnahmen, Franz Amrehn und Windelen. Wir wußten doch genau, wohin dies zwangsläufig führen muß, und wir wissen auch, warum wir dann nicht so klar nach draußen gesprochen haben. Die Einigkeit der Fraktion nämlich, um es sehr neutral auszudrücken, war der Grund. So war die Situation. Wir haben dann einen Fehler gemacht, einen entscheidenden Fehler, Herr von Weizsäcker. Wir haben nicht die Kraft gehabt. Ich sehe jetzt mal ab von dem Jein, das will ich hier nicht ausbreiten, da hatten die einen die Auffassung, die anderen jene. Warum wir uns auf die Zwischenlösung, auf die Enthaltung geeinigt haben, wissen wir alle. Es hat keinen Sinn, darüber nachzukarten, ob das richtig war oder nicht, und seine persönliche Meinung darüber jetzt zu sagen.

Nein, dies war das Problem nicht. Sondern leider haben wir nicht gewagt, als Partei aus einer Sache, die nun mal geschehen war und geschehen mußte, den Schluß zu ziehen, dies nun mit Energie draußen als eine positive Leistung dieser Partei zu vertreten. Wir haben es nicht gewagt, weil wir die Sorge hatten, daß darüber wieder innerhalb der Partei im Wahlkampf, im Vorwahlkampf, Spannungen entstehen, die wir nicht auflösen wollten. Das brauche ich ja wohl nicht zu präzisieren, was dies alles bedeutete. So ist es gekommen, daß wir so oft in den Wahlversammlungen und in den Medien dann dargestellt wurden als Leute, die als Jein-Politiker nicht entscheidungsfähig waren. Ich sage Ihnen, die Geschichte wird gar nicht lange brauchen, um nachzuweisen, welch großartige Kraft die CDU aufgebracht hat, um in dieser Frage, obwohl all ihr eigenes parteiliches Interesse dagegen sprach, sich zu dem Entschluß durchzuringen, zu dem

sie sich mit Mehrheit – ich respektiere die Minderheit, genauso wie ich auch respektiert sein will – durchgerungen hat. Daraus gibt es einen Schluß, mit dem schließe ich, für die Zukunft. Es gab einen alten Zentrums-Führer. Wahrscheinlich wird jetzt der eine oder andere sagen, „Der Gradl wird aber verdammt alt, der redet nur immer von den Alten“, aber der paßt nun mal hier, der alte Trimborn<sup>7</sup>. Der alte Trimborn hat in einer schwierigen Situation gesagt: „Was man nicht verändern kann, muß man mit Hurra machen!“ (*Wex*: Muß man mit ...?) Mit Hurra! Dies gilt nicht, wenn es um Grundsätze geht, da muß man stehen, das ist klar. Nicht? Zentrumsmann Kohl? (*Heiterkeit*.) Aber dies muß man für die Zukunft mit bedenken. Wir müssen lernen aus dem, was wir da erfahren haben, es können wieder solche Situationen eintreten. Mehr habe ich gar nicht vor, als ein paar, wie ich hoffe, freundlich aufgenommene Anregungen zum Nachdenken hier beizutragen.

*Echternach*: Meine Damen und Herren, es ist schon vieles zur Grundsatzdiskussion gesagt worden, deswegen dazu nur noch einen Gedanken. Ich glaube, daß die gestrigen Analyse deutlich ergeben hat, daß zwar der Zeitgeist ein wichtiger Faktor ist, daß aber der Zeitgeist mit allem, was darum herum rankt, die Wahl nicht entschieden hat. Anders wären die divergierenden Wahlergebnisse zwischen Landtagswahlen und Bundestagswahl nicht zu erklären. Anders ist es nicht zu erklären, daß die eigentlichen Träger des Zeitgeistes, nämlich die urbanisierten Mittelschichten, in diesem Falle uns die Stange gehalten haben und die Wahleinbrüche ganz woanders erzielt worden sind. Ich glaube, das, was viele Wählerschichten dazu geführt hat, uns nicht zu wählen, das ist dieses verhängnisvolle Bild der Partei des Geldes, der Partei der Unternehmer, der Partei, die im Grunde die Interessen vieler nicht mehr vertritt. Ein – wie wir wissen – völlig falsches Bild, aber ein Bild, was man uns angehängt hat und was leider durch die Wahlkampfstrategie, bezogen auf Stabilität, Preise, Inflation, eben nicht korrigiert wurde. Und wenn sich eben der Bundeskanzler hinstellt, von Barmherzigkeit, Konfession usw. spricht, dann vermittelt er das Bild einer Partei, die wir früher einmal dargestellt haben. Ich meine, daß man hier vor allem ansetzen muß, daß man durch die Politik glaubhaft machen muß, daß man eben auch die Interessen aller Gruppen, auch gerade der sozial schwächeren vertritt. Wir in Hamburg pflegen seit einiger Zeit immer davon zu sprechen, daß die Opposition die Aufgabe hat, Anwalt der Benachteiligten zu sein. Ich meine, daß hier in diesem Sinne auch Akzentsetzungen in der Oppositionsstrategie erfolgen sollen. Ansonsten darf ich mich auf viele andere wesentliche Beiträge hier beziehen, die gestern schon gekommen sind.

Nur noch zu drei aktuellen Fragen etwas, einmal zu der Bundespräsidenten-Frage. Ich bin ganz anderer Meinung, als sie hier bisher vertreten wurde. Sicher, wenn es uns gelänge, über diese Frage zu einer Koalition mit der FDP zu kommen oder dieser Koalition näher zu kommen, wäre das den Preis einer Kandidatur wert. Bloß halte ich das für eine völlige Illusion. Herr Wehner hat doch schon bei der Frage der Wiederwahl

---

7 Carl Trimborn (1854–1921), Rechtsanwalt; 1983–1918 Vorsitzender der Rheinischen Zentrumsparlei, 1896–1921 MdR, 1896–1918 MdA Preußen, 1920/21 Mitglied der Nationalversammlung, 1920/21 Vorsitzender des Zentrums. Vgl. LEXIKON S. 387.

von Herrn Lübke<sup>8</sup> vorexerziert, wie die Sozialdemokraten bereit sind, diese Frage zu behandeln, wenn es jeweils ihren strategischen Interessen so oder so entspricht. Und Herr Wehner und die SPD werden niemals daran interessiert sein, es etwa zu einer Kontroverse zwischen FDP und SPD in diesem Punkte kommenzulassen, die uns plötzlich zum Zünglein an der Waage werden läßt. Ich meine, daß dies eine kaum realistische Hoffnung ist. Und wenn sich FDP und SPD auf einen Kandidaten verständigen, dann ist es völlig ausgeschlossen, daß wir diesem Kandidaten, auch wenn es ein FDP-Mann ist, unsere Stimmen geben. Das würde nicht nur überall als ein Zuviel an Taktik empfunden werden, sondern würde auch von der Partei gar nicht getragen werden können, denn hier handelt es sich nicht nur um eine Aktion, die sich innerhalb der Parlamentssphäre abspielt und die man deswegen mit einem solchen Kunstgriff über die Bühne bringen kann, sondern eine solche Frage bewegt Wochen und Monate lang die ganze Partei und die deutsche Öffentlichkeit. Wenn wir als die größte Gruppe innerhalb der Bundesversammlung keinen eigenen Kandidaten aufstellen, sondern den FDP-Kandidaten akzeptieren, dann übersehen wir, daß wir ja nicht nur vielleicht Koalitionshoffnungen mit der FDP haben, sondern daß wir uns in einem harten Konkurrenzkampf mit der FDP um bestimmte Wählerschichten befinden. Und wenn wir der FDP hier eine Führungsrolle gleichsam öffentlich attestieren, indem wir ihren Kandidaten akzeptieren und den Eindruck erwecken, als hätten wir keinen gleichwertigen oder besseren Kandidaten, und es hätte die FDP den besten aller möglichen Kandidaten – denn mit taktischen Argumenten werden wir ja kaum in die Öffentlichkeit gehen dürfen –, dann meine ich, ist das bereits ein halbes Abdanken. Deswegen sollten wir in der Bundespräsidenten-Frage nur dann – aber ich sehe gar keine Chance dafür –, wenn hier wirklich sich Koalitionsfäden spinnen lassen, zurückstehen. Ansonsten sind wir einfach verpflichtet, auch im Interesse der Glaubwürdigkeit nach außen und gegenüber der Partei, mit einem eigenen Kandidaten aufzutreten. Das ist auch eine Chance. Auch die Sozialdemokraten haben immer dann, wenn sie gar keine Chance hatten, sich in der Bundesversammlung durchzusetzen, einen populären Kandidaten präsentiert. Ich meine, dies ist eine Zwangssituation, in der wir uns auch befinden, wo der Raum für große Koalitionshoffnungen weniger gegeben ist. Wenn wir schon wollen, daß wir der Koalition mit der FDP näher kommen, dann sollten wir vielleicht eher überlegen, ob das in der praktischen Politik möglich ist, dort gewisse Parallelen zu finden, vielleicht in der Mitbestimmungsfrage, vielleicht ist das Riemer-Modell<sup>9</sup> gar nicht so abwegig.

- 
- 8 Heinrich Lübke (1894–1972), Ingenieur; 1969–1969 Bundespräsident. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 14 Anm. 34. – Lübke wurde am 1. Juli 1964 von der Bundesversammlung in Berlin mit 710 von 1042 Stimmen erneut zum Bundespräsidenten gewählt, vgl. AdG 1964 S. 11298 f.
- 9 Dr. Horst-Ludwig Riemer (geb. 1933), Jurist; 1952 FDP, 1963–1967 Vorsitzender der Jungdemokraten Nordrhein-Westfalen, 1966–1980 und 1985–1995 MdL Nordrhein-Westfalen, 1970–1979 Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr, 1972–1979 Landesvorsitzender der FDP, 1980–1983 MdB. – Riemer hatte sich schon 1971 für ein Mitbestimmungsmodell ausgesprochen, das dem Vorschlag des CDU-Vorstands (6:4:2) entsprach, allerdings ein rein betriebliches Modell sein sollte („Die Zeit“ vom 19. Februar 1971).

Eine zweite Frage: Jugendarbeit. Ich habe mit Erstaunen das gelesen, was hier der Generalsekretär gestern gesagt und uns zu Papier gegeben hat. Ich weiß nicht, was die Intention ist, ob es sich hier um eine Disziplinierungsaktion à la Herbert Wehner handelt oder um einen Akt der Selbstkritik gegenüber Enthaltbarkeit im Wahlkampf. Ich hätte es für besser gehalten, Herr Dr. Kraske, Sie hätten es damals nicht abgelehnt, spezielle Jungwähler-Aktionen zu machen. Ich hatte das damals ja im Wahlkampfausschuß zur Diskussion gestellt. Sie haben es für wahlkampfschädlich gehalten, spezielle Gruppenansprachen zu treffen. Ich meine, daß die Jungsozialisten mit der vollen Rückendeckung natürlich – Finanzierung durch die Partei – für die Jungwähler einen durchaus wirksamen Wahlkampf betrieben haben. Aber darüber kann man natürlich immer unterschiedlicher Meinung sein. Auf keinen Fall aber kann man nun plötzlich, wie Sie es gestern gemacht haben, die Dieter-Thomas-Heck-Show<sup>10</sup> als eine Jungwähler-Aktion von irgendeinem Gewicht angeben. Ich glaube, es gibt keinen kritischen jungen Menschen, der sich durch diese Show in irgendeiner Weise für eine Stimmabgabe zur CDU bewegen läßt. Ich weiß, daß das vielleicht von manchem Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle anders gesehen sein mag, aber ich meine, daß man damit jedenfalls Jungwähler nicht überzeugen kann. Ich habe meine Bedenken damals auch schon hier im Wahlkampfausschuß artikuliert.

Meine Damen und Herren, ich meine jedenfalls, daß ich es für problematisch halte, nunmehr die Jugendarbeit in die Hände der Bundesgeschäftsstelle zu geben, jedenfalls machen mich die Erfahrungen der Wahlkampagne etwas skeptisch, ob nun bei Herrn Hennig und Herrn Kraske die Jugendarbeit besser aufgehoben ist als bei der Jungen Union. Ich meine, es wäre besser, die Partei würde der Jungen Union die Möglichkeiten geben, um die sie mehrmals, auch schriftlich, ersucht hat, nämlich ihr wissenschaftliche Mitarbeiter zur Verfügung zu geben, um in der Grundsatzdiskussion, in der wir uns in der jungen Generation befinden, fundiert arbeiten zu können und nun nicht etwa die Allheilmittel darin zu sehen, daß man an die Stelle der Jungen Union einen Jugendausschuß der Partei setzt. Jedenfalls möchte ich aber darum bitten, daß, bevor diese Ihre Rede-Passage an die Presse gegeben wird, darüber vorher der Bundesvorstand berät aufgrund einer konkreten Vorlage, mit der dann eine Meinungsbildung des Bundesvorstandes möglich ist.

Dritte Frage: Parteitag. Gestern ist mit Recht immer wieder von der Notwendigkeit der Basisarbeit gesprochen worden. Bloß, wenn wir Basisarbeit betreiben wollen, gerade in der jungen Generation, dann muß man eben auch die Frage stellen, womit Basisarbeit? Und da reicht es beileibe nicht aus, mit unserem Berliner Programm zu operieren. Es reicht auch nicht aus – auch wenn die Rede sehr gut war – mit der Rede von Herrn von Weizsäcker auf dem Wiesbadener Parteitag<sup>11</sup> zu operieren, sondern dazu braucht man eine formulierte Aussage der Partei gerade in dem grundsätzlichen Bereich, über den wir gestern Vieles gesagt haben. Deswegen wollte ich darum bitten,

---

10 Vgl. „Spiegel“ Nr. 51 vom 2. Oktober 1972 S. 44 „Schönen Dank“; „Die Zeit“ vom 13. Oktober 1972 „Tingeln für Rainer Barzel“. Vgl. auch Materialien in ACDP 07-001-5228.

11 Vgl. Nr. 32 Anm. 30.

daß wir die Grundsatzkommission ersuchen oder auffordern, bis zum Sommer etwas Schriftliches vorzulegen, sei es in Thesenform, sei es in der Form einer grundsätzlichen Plattform oder welchen Rahmen immer wir dem geben, damit die Partei dann noch zwei Monate Zeit hat, das zu diskutieren. Denn ich meine, daß wir das nicht nur brauchen für die Auseinandersetzung mit den meinungsbildenden Schichten und auch mit der jungen Generation, sondern ich glaube, daß das auch gut wäre, um die Diskussion auf dem Parteitag nicht nur auf das Personalproblem zu konzentrieren, sondern die ganze Diskussion in der Partei in den nächsten Monaten in eine andere Dimension zu rücken.

*Kraske:* Herr Echternach, darf ich zu den Punkten, bei denen Sie mich persönlich angesprochen haben, gleich eine Antwort geben? Erster Punkt: Ich glaube, eine zurückhaltendere und vorsichtigere Formulierung als die, es müsse mit der Jungen Union geprüft werden, ob es ausreiche, wenn die Partei die Jugendarbeit voll in die Junge Union delegiere, kann man für eine solche Sitzung nicht finden. Sie wissen, daß dieses Thema seit vielen Jahren in der Partei diskutiert wird, ob es richtig sei, zu sagen, den Bereich Jugend macht die Junge Union, das ist für die Partei damit erledigt. Die Mehrzahl der Stimmen, die ich gehört habe, und zwar Stimmen, die das gar nicht aus der Kritik an der Arbeit der Jungen Union heraus sagen, lautete immer dahingehend, Jugendarbeit ist nicht nur Junge Union, sondern Jugendarbeit ist Jugendpolitik und eine ganze Menge von anderen Dingen, und da kann die Partei nicht völlig enthalten sein. Wenn das so ist und wenn wir gemeinsam zu dem Ergebnis dieser Prüfung kommen, dann wird es sich sicher zwangsläufig, nach den Organisationsformen der CDU empfehlen, neben einer Vielzahl von Fachausschüssen, die wir haben, auch einen jugendpolitischen Ausschuß einzurichten. Und wenn dieses wiederum so ist, wird es in der Bundesgeschäftsstelle, wie immer Sie mich oder Herrn Hennig mögen, jemanden geben, der sich um die Arbeit dieses Ausschusses zu kümmern hat.

Im übrigen, Herr Echternach, wenn Sie nun also die Jugendarbeit im Wahlkampf anführen, dann will ich Ihnen sagen, die Junge Union hat insbesondere im Wahlkampf hervorragende Arbeit geleistet. Dieses ist meine Überzeugung. Das Engagement der Jungen Union in der ganzen Breite des Wahlkampfes war großartig, und dabei bleibe ich. Für mich, wenn Sie das exakt wissen wollen, ist in diesem Satz allerdings nicht die gleiche Zustimmung impliziert für die Unterstützung, die wir durch Initiativen und Aktivitäten der Bundesspitze der Jungen Union gerade für diese Jungwähler-Aktionen bekommen haben. Der Jungen Union war nämlich ein Etatanteil zugeteilt und angeboten. Auf dieser Basis sollte sie Vorschläge machen. Diese Vorschläge, die dann gekommen sind für eine Jungwähler-Publikation, die fand ich allerdings – und nicht nur ich – ziemlich unzulänglich. Und was die Dieter-Thomas-Heck-Show angeht, will ich wiederholen, was ich gestern gesagt habe, daß ich dem Unternehmen mit genau der gleichen Reserve gegenüber gestanden habe wie Sie, und Ihrer Formulierung, das spricht nicht kritische junge Leute allein an, durchaus zustimme. Aber, die Erfahrung aus einer Mehrzahl von Landtagswahlkämpfen – und nachdem ich gestern Baden-Württemberg zitiert habe, hat Herr Hasselmann, der jetzt, glaube ich, nicht mehr hier ist, von sich aus sich gemeldet und gesagt, „Nicht nur Baden-Württemberg, wir auch“ –



war so, daß sie uns dringend gebeten und empfohlen hatten, das zu machen. Ich kann nur sagen, in der Parteiorganisation hätten wir die doppelte Zahl dieser Veranstaltungen untergebracht, die Kreisverbände waren beleidigt, wenn sie es nicht bekamen. Und deswegen würde ich mir jedenfalls nicht erlauben, aus meiner persönlichen Einstellung heraus so mit der Handbewegung zu sagen, Dieter-Thomas-Heck-Show, das war wohl nichts, das spricht wohl die Jugend nicht an. Es spricht sicher nicht junge Studenten an, aber unsere Bevölkerung besteht eben nicht nur aus Studenten. (*Zwischenruf: Es gibt auch unkritische Jugend!*)

*Barzel:* Ja und das war sicher ein Punkt, der emotional günstig war. Einer der wenigen.

*Lorenz:* Also, Jugendpolitik, ein Fachausschuß für Jugendpolitik ist eine Sache. Der beschäftigt sich mit Fragen der Jugendgesetzgebung und der Ausbildungsförderung usw. Aber Jugendarbeit ist ja viel mehr! Jugendarbeit ist im Grunde doch der groß-angelegte Versuch unserer Partei, in allen ihren Bereichen wieder ins Gespräch zu kommen angesichts der Tatsache, daß Zweidrittel der Jugend uns nicht gewählt haben. Und da muß uns doch noch einmal klar sein, das wird kein jugendpolitischer Ausschuß leisten können. Daß die Arbeitsergebnisse dieses Ausschusses natürlich auch eine Rolle spielen bei dem Versuch, ist klar. Aber darüber hinaus müssen wir wieder die Faszinationskraft einer Partei bekommen. (*Starke Unruhe.*)

*Kraske:* Herr Lorenz, wir sind uns doch einig, daß auch dieses Problem nicht dadurch gelöst werden kann, daß ich dem Schatzmeister empfehle, den Zuschuß an die Junge Union umzuorganisieren. Das ist doch ein gemeinsames Problem zwischen Partei und Junger Union. Mehr soll ja hier gar nicht in Gang gebracht werden als diese neue Überlegung, Herr Echternach, ich nehme auf – das mag eine zu späte Erkenntnis sein, da schließe ich mich ein –, wir können nicht am Neuanfang einer neuen Arbeitsperiode wie bisher sagen, wir haben ja eine fabelhafte Junge Union und damit ist für uns als Partei das Problem abgehakt. Ich glaube, Ihre Erfahrungen in 20 Jahren sind nicht so, daß sie der Bundespartei im ganzen oder mir persönlich Begriffe wie „Disziplinierung“ unterschieben könnten, Herr Echternach. Für so dumm sollten Sie mich vor allem nicht halten, daß ich glaubte, das wäre in einer Partei wie der CDU möglich.

*Köpler:* Auch zu diesem Punkt, Herr Echternach, ich bekenne mich der Urheber-schaft zu diesem Vorschlag. Und zwar meine ich absolut nichts gegen die Junge Union damit. Ich meine auch, daß das unter gar keinen Umständen ohne die Junge Union und vor allen Dingen ohne den mitbestimmenden Einfluß der Jungen Union gemacht werden darf. Nur, was uns fehlt, ist etwas, was die Baracke längst hat, nämlich einen Runden Tisch all derjenigen Multiplikatoren im Jugendbereich. Die taufen das zwar auch „jugendpolitischen Ausschuß“ aus Tarnungsgründen, im Grunde befassen die sich gar nicht oder nur am Rande mit Jugendpolitik. Aber eine Absprache, eine parteipolitische Absprache mit den Leuten, die im Jugendbereich in Schlüsselstellungen stehend unserer Partei angehören, mit der Jungen Union zusammen an den Tisch zu bekommen, das brauchen wir. Das hatte ich vorgeschlagen, und das ist nicht gegen die

Junge Union, sondern ich glaube, das ist die Eröffnung eines neuen Einflußbereiches für die Junge Union.

*Rollmann:* Haargenau das, was Peter Lorenz gesagt hat, ist das Problem. Einmal die allgemeine Arbeit in der jungen Generation, die Herr Echternach auch hier angesprochen hat, und auf der anderen Seite, der sich damit teilweise überschneidende, aber bedeutend enger gefaßte, wiederum in andere Bereiche herüberreichende Bereich der Jugendpolitik. Mir ist es immer darum gegangen, in diesen ganzen Jahren einen jugendpolitischen Ausschuß zu kriegen, damit die Fragen der Jugendpolitik, der Jugendhilfe, Bundesjugendplan, Rechtsjugendschutz usw. hier mal auf der Ebene der Partei beraten werden kann mit den Leuten aus den freien Jugendwohlfahrtsverbänden, um die wir uns bisher nicht gekümmert haben. Das ist etwas anderes als das allgemeine Wiedergewinnen der jungen Generation für unsere Ziele. Ich bin der Meinung, Herr Dr. Barzel, daß man zu einem solchen jugendpolitischen Fachausschuß hier kommen sollte im Verlaufe dieser Sitzung und daß die anderen Fragen, wie kommen wir mit der jungen Generation wieder besser zu Rande, im Sinne Ihres Papiers mit der Jungen Union besprochen werden sollten. Das ist eine langfristige Angelegenheit. Wie kommt man da zu einer Konstruktion, zu einer besseren Organisation? Aber dieser jugendpolitische Fachausschuß, das ist etwas, was unsere Partei seit langem benötigt.

*Barzel:* Herr Echternach, darf ich fragen, ob – weil es ganz wichtig wäre auch für die Öffentlichkeit – Sie dem, was Rollmann jetzt gesagt hat, zustimmen können? Für die Junge Union?

*Echternach:* Gegen einen jugendpolitischen Fachausschuß habe ich gar keine Bedenken. Der hat ja mit der Jungen Union gar nichts zu tun.

*Barzel:* Gut, dann wollen wir dazu einen Vorschlag dem Präsidium geben. Das Präsidium kriegt hiermit den Auftrag, einen jugendpolitischen Fachausschuß vorzuschlagen, wie der installiert wird – natürlich nach einem Gespräch mit der Jungen Union. (*Zwischenruf:* Und der andere Punkt?) Das kommt jetzt, Herr Langguth. Der wird jetzt erst überhaupt eingebracht.

*Langguth:* Meinen Vorschlag in Sachen Jungwähler werde ich zum Schluß meiner Ausführungen bringen. Ich will als erstes sagen, daß ich mich zwar den Diskussionen von gestern anschließe oder den Beurteilungen der Diskussion von gestern, daß diese Diskussion auf einem hohen Niveau war. Ich habe aber bedauernd zur Kenntnis genommen, daß beispielsweise Mitarbeiter dieser Bundesgeschäftsstelle bestimmte Ergebnisse der Arbeit gestern aus der Zeitung entnehmen mußten und diese Diskussion nicht verfolgen können. Ich fand das nicht gut, denn wir waren in einem so großen Kreis, daß ich sagen muß, daß ich das nicht richtig gefunden habe. Punkt eins.

Punkt zwei: Herr Windelen, Sie hatten gestern eine Anmerkung gemacht, daß man doch die grundsätzliche Diskussion eher, wenn ich Sie richtig in Erinnerung habe, der Grundsatzkommission überlassen solle. Oder weiterführen. Ich muß sagen, wir haben gestern im Grunde genommen zum erstenmal in diesen 1½ Jahren, in denen ich diesem Bundesvorstand angehöre, überhaupt eine Grundsatzdiskussion geführt. Wir haben bisher in der ganzen Zeit in diesem Bundesvorstand nie die Möglichkeit dazu

gehabt. Ich gebe zu, daß das auch aufgrund aktueller Ereignisse immer so war, weil wir ja von einer politischen Ohnmacht in die andere fielen, wenn ich erinnere an Landtagswahlen usw. Trotzdem hatten wir ja nie die Möglichkeit, mal langfristig nachzudenken über das, was eigentlich mit der Union auch im Jahre 2000, wenn man so vordenkend sein will, geschehen soll. Das haben wir nicht gemacht. Ich muß sagen, wir haben es 1 ½ Jahre zu spät gemacht, und ich meine auch deswegen sagen zu müssen, daß wir das Papier, was von Herrn Dr. Schwarz-Schilling und mir hier vorgelegt wird, natürlich hier zur Diskussion stellen und auch hier zur Abstimmung stellen wollen, weil wir damit natürlich mit bewirken wollen, daß diese grundsätzliche Diskussion, wie sie notwendig ist, hier auch in diesem Bundesvorstand im einzelnen geführt wird. Ich möchte auch Herrn Echternach zustimmen, es wäre sinnvoll und notwendig, daß möglichst bald Ergebnisse dieser Grundsatzkommission vorgelegt werden, so schwierig diese grundsätzliche Arbeit ist, wie Herr Dr. Schwarz-Schilling und ich auch bei diesem Papier alleine haben merken können. Ich möchte aber insgesamt sagen, daß man gerade im Rahmen der Grundsatzdiskussion die langfristige Funktion des Bundesvorstands als eigenständigen Faktor gegenüber der Partei und Fraktion herausstellen müßte. Das nur zunächst dazu.

Nun zum Punkt 3, zu dem Papier Schwarz-Schilling/Langguth. Ich möchte nicht das wiederholen, was Dr. Schwarz-Schilling gestern hier im einzelnen ausgeführt hat. Ich möchte nur noch einmal in Erinnerung rufen, was die Kaltefleiter-Studie aussagt zur Frage „Qualität des Lebens“. Daß offensichtlich, wenn man den Begriff „Qualität des Lebens“ im materiellen Bereich ansieht, SPD und CDU gleichziehen. Das ist eine Erkenntnis, die man hier zur Kenntnis nehmen muß. Daß man aber noch weitersieht, daß bei der „Qualität des Lebens“ im moralisch-geistigen Sinne die SPD eindeutig im Vorsprung liegt. Ich glaube, wir sollten das zum Anlaß nehmen zu einer sehr viel tiefer gehenden, grundsätzlichen Besinnung hier der CDU, wenn ich mir in Erinnerung führe, allein wie die „C“-Diskussion in dieser Partei häufig abgewürgt wird. Ich sage abgewürgt. Wenn man da ein paar freundliche Worte zum „C“ vielleicht mal auf dem Parteitag sagt, dann wird zwar geklatscht, aber im Regelfalle muß ich sagen, mit dem „C“ kann man heutzutage vielfach nichts mehr anfangen, was ich bedauere. Weil dem wahrscheinlich, wenn ich das richtig sehe, auch von seiten der Parteiführung nie eine auf der Basis der Partei und allen Ebenen der Partei überzeugende Formulierung beigegeben wird. Auch das ist ein Punkt, wo Sie gerade die Frage stellen, was bedeutet „C“ heute noch. Herr Dr. Blüm hat das vorhin angesprochen. Ich würde es umfassen mit dem Wort „Solidarität“, mit den Schwachen beispielsweise, was das „C“ heute noch, auch langfristig, für unsere Partei zu bedeuten hat.

Nun müßte man zu einer ganzen Reihe von weiteren Punkten kommen, ich möchte ein paar kurze Anmerkungen noch machen. Wenn ich sehe, daß die FDP mit ihrem Freiburger Programm permanent arbeitet, die SPD mit ihrem Godesberger Programm, und keinem Menschen praktisch – ich übertreibe etwas zugegebenermaßen – das Berliner Programm der CDU innerhalb der CDU und außerhalb bekannt ist, muß ich sagen, wir müssen dazu kommen, daß auch die Parteiprogramme der CDU nicht etwa in einem dogmatischen Sinne, aber doch insgesamt eine stärkere Verbindlichkeit

erhalten. Auch hier, meine ich, hätte eine stärkere Funktion des Bundesvorstands der CDU liegen müssen, darauf mithinzuwirken. Ich will eines dankbar aufgreifen, was von Herrn Lampersbach heute morgen gesagt wurde. Man muß genauso auch in diesem Bundesvorstand überlegen, inwieweit die Rolle der Vereinigungen neu bestimmt und neu formuliert werden kann. Auch das ist ein Punkt, bei dem wir – das ist ja auch ein sehr gängiges Wort – uns selbst einer schonungslosen Kritik unterwerfen müssen. Und so kann man zu einer ganzen Reihe von weiteren Beispielen kommen. Wir müssen genauso überlegen, was können wir tun. Und deswegen auch meine Frage gestern an Herrn Kaltefleiter und andere, was können wir tun, hier eine stärkere Normenfindung vorzunehmen, Motivforschung vorzunehmen. Warum welche Leute welche Partei wählen. Auch solche Probleme müssen hier diskutiert werden.

Und so komme ich zu einem weiteren Punkt, der ganz wichtig ist, zur Frage der Schulungsarbeit. Ich kann nur sagen, wenn man sich einmal die Akademie Eichholz anschaut – und hier führe ich wieder auf das grundsätzliche Problem zurück – dann muß ich sagen, daß kaum jemand in dieser Partei die Existenz dieser Akademie – auch hier übertreibe ich bewußt etwas – bekannt ist. Obwohl dort insgesamt, wie ich meine, eine vorzügliche Arbeit geleistet wird. Und das hängt, wenn ich das richtig sehe, nicht zuletzt auch damit zusammen, daß sich führende Mitglieder dieser Partei kaum in der Akademie Eichholz oder in anderen Akademien der Partei sehen lassen. Oder kaum sehen lassen oder zu wenig sehen lassen. Es gibt sicherlich rühmliche Ausnahmen, Herr Dr. von Weizsäcker schüttelt den Kopf, aber ich bin der Auffassung. Ich habe gerade festgestellt, daß Mitarbeiter der Akademie Eichholz sich darüber beklagt haben. Wir müssen davon ausgehen, daß beispielsweise die Konrad-Adenauer-Stiftung sehr viel mehr auch zum geistigen Zentrum dieser Partei wird. Auch hier gibt es eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die wir längst noch nicht ausgeschöpft haben. Ja, das ist sicherlich auch ein Organisationsproblem, das sich insgesamt vielfach stellt. Aber nun komme ich zu dem nächsten Punkt, nämlich zur Frage des hier von mir vorgelegten Jugendpapiers.

Ich muß sagen, ich war mir vielleicht bei der Abfassung dieses Papiers nicht ganz bewußt, daß hier möglicherweise eine kontroverse Position zur Jungen Union vorkommen könnte, was nicht beabsichtigt war. Die CDU hat in der jungen Generation, bei den Jungwählern, im ganzen Jungwählerbereich dieses furchtbare und erschreckende Image. Hier kann ich sagen, das, was wir hier im Bereich der Jungwähler bei den Bundestagswahlen gesehen haben, ist ja im Hochschulbereich schon seit Jahren vorweg genommen. Ich will zwar keine ehernen Gesichtsgesetze ableiten, aber wir können davon ausgehen, daß gesamtgesellschaftliche Entwicklungen schon häufig im Bereich der Hochschulen vorgezeichnet wurden. Wenn man sich die einzelnen Ergebnisse anschaut, auch das Image, das die CDU hier im einzelnen besitzt, dann kann nicht die Konsequenz darin bestehen zu sagen, daß die Junge Union in der Vergangenheit vorzügliche Arbeit geleistet hat und vielleicht noch in einem Nebensatz der RCDS mit einem freundlichen Wort bedacht wird, sondern dann meine ich, müssen auch hier konkrete Maßnahmen ergriffen werden. Ich weiß natürlich nicht, ob die Fragen eines Jugendsekretärs, wie ich sie hier angesprochen habe, das nonplusultra ist. Auf der an-

deren Seite, Herr Dr. Kraske, würde es mir als Ergebnis der heutigen Diskussion zu wenig sein, wenn es heißt, Blatt 14: „Deswegen empfiehlt sich die Bildung eines Jugendausschusses und der Ausbau eines entsprechenden Referates in der Bundesgeschäftsstelle“. Ich wäre unter Umständen, um die Diskussion vielleicht zu erleichtern, bereit, statt Jugendsekretär eine andere Formulierung zu finden, daß man sich hier auf einen Kompromiß einigt. Ich bin aber der Auffassung, daß mein Papier, weil es auch eine ganze Reihe von Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Jugendarbeit konkret aufzeigt, ansonsten weitgehend unverändert verabschiedet werden muß. Und ein Hinweis auf die CSU, die wir ansonsten ja doch in diesem Kreise vielleicht etwas häufiger kritisieren müßten, sollte auch langen, denn in der CSU gibt es schon seit Jahren ein Jugendreferat. Ich muß sagen, was die CSU als regionale Partei leistet, das könnten wir eigentlich auch als CDU und als Bundespartei mitmachen.

Und einen letzten und siebten Punkt und das in Form einer Frage. Ich weiß, daß diese Frage schlecht zu beantworten ist auf Bundesebene, weil diese Frage im Grunde genommen von den Parteiorganisationen vor Ort beantwortet werden müßte. Dennoch stellt sich für mich die Frage, was ist mit den Leuten, die sich vor dem 19. November für die Partei engagiert haben, was ist gemacht worden, um diese Leute auch tatsächlich parteipolitisch bei der Stange zu halten? Ich habe nämlich die Befürchtung, daß viele dieser Leute, nicht nur im intellektuellen oder sonstigen Bereich, sondern gerade auch jüngere Leute, nicht bei der Stange bleiben, und hier müssen auch Möglichkeiten überprüft werden.

*Barzel:* Darf ich einen ganz kleinen Hinweis zu dem Programm geben, um eigentlich zu unterstützen, was Herr Langguth dazu gesagt hat. Es ist eine komische Geschichte, aber eigentlich eine etwas lustige. Ich hatte in Berlin eine große Rede gehalten, bevor ich nach Moskau fuhr, und gesagt, also jetzt muß ich eine Erklärung an die Sowjetunion abgeben von weittragender Bedeutung.<sup>12</sup> Am Tag darauf war ich in Bremen, im Soltauer Kreis.<sup>13</sup> Und dort sagten die, „Hör mal zu, Du hast ja prima Presse und das ist ja alles richtig, was Du da sagst. Aber vor Saarbrücken warst Du eigentlich kollegialer, da hast Du so was mit uns besprochen.“ Ich habe das eine Weile gehen lassen, dann habe ich ihnen mitgeteilt, daß das genau die Sätze aus unserem Berliner Programm waren, Wort für Wort, nicht ein Komma anders. Das ist ein hervorragendes Beispiel für das, was wir mit dem Programm gemacht haben. Ich bin ganz sicher, wenn uns hier in diesen Tagen – mit mir wäre das nicht gelungen, weil ich damit gerechnet habe – einer hätte aufs Kreuz legen wollen, der hätte ganz avantgardistisch daher geredet und hätte alles Mögliche gesagt, und das war dann irgendeine Stelle aus unserem Programm. Also, das sollten wir wirklich erst mal bei uns selbst ein bißchen beleben

---

12 Barzel hielt sich vom 9.–16. Dezember 1971 in Moskau auf, vgl. Nr. 20. Anm. 6. – Rede in der Berliner Hasenheide am 12. November 1971 in Pressereferat der CDU/CSU-Fraktion vom 12. November 1971.

13 Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 15. November 1971 „Barzel lehnt Neuordnung der Bundesländer ab“. Der Soltauer Kreis der norddeutschen CDU-Verbände sprach sich am 14. November 1971 gegen eine Zusammenlegung der vier norddeutschen Bundesländer aus („Die Welt“ vom 15. November 1971 „Soltauerkreis‘ der CDU gegen Nordweststaat“).

und unsere nächsten Reden ein bißchen damit anfüllen. Darf ich das als Nutzenwendung sagen, weil natürlich, wenn wir davon nicht reden, die anderen davon eigentlich auch nicht sprechen können.

*Kraske:* Noch einmal der Hinweis, wir haben an alle, die sich irgendwo an unseren Wählerinitiativen beteiligt haben, nach der Wahl geschrieben. Daraus hat sich teilweise – gerade mit Professoren inzwischen – ein sehr ausführlicher in die Sache gehender Briefwechsel ergeben, der weitergeführt wird. Ich stimme Ihnen zu, wir müssen diesen Kreis, gerade nachdem die Aktionen keinen sichtbaren Erfolg hatten, zusammenhalten und weiterführen.

*Wex:* Auf zwei Fragen von den vielen angeschnittenen des vorigen Tages möchte ich etwas, was sich speziell auch auf unsere Arbeit bezieht, herausgreifen. Erstens, die Frage von Herrn Lemke. Die geht ein bißchen in die grundsätzliche Lage, in der wir uns jetzt ja befinden. Die hieß, warum kommt das eigentlich alles, was wir hier diskutieren, nicht in die Partei? Dazu möchte ich sagen, diese Diskussion, vielleicht nicht auf diesem Niveau und nicht auf dem Erfahrungshintergrund, den wir haben, ist ja in dieser Partei an einigen Stellen schon etwas längere Zeit geführt worden. Es ist ja nicht so, als wenn dies alles neu wäre, so es jetzt auch einen Realitätsbezug hat. Also ist die Grundsatzfrage, wie kommt das eigentlich jetzt in die Partei? Ich glaube, einer der wichtigsten Punkte ist der, daß der Stellenwert der theoretischen Überzeugung und Überlegung in dieser Partei höher angesetzt werden muß im Vergleich zu dem, zu dem wir vielleicht aus mehreren Gründen verurteilt waren, nämlich zu Aktionen, so daß die pragmatische Überlegung in unserer Partei in den letzten Jahren einen weitaus höheren Stellenwert hatte. Das ging so weit, daß alles, was an theoretischen Überzeugungen irgendwo besprochen wurde, in einem großen Teil unter Lyrik lief. Und gerade diese Abqualifizierung ist das gewesen, warum die Leute nicht erreicht werden, die diese theoretischen Überzeugungen als Träger und Exponenten in dieser Partei hätten plazieren müssen. Ich glaube, daß das ein ganz wichtiger Realitätspunkt hier ist, um uns klar zu machen und auch nicht wieder anzufangen mit der Frustrierung. Deswegen möchte ich sagen, natürlich kann das hier nur ein Ansatzpunkt sein. Aber wir müssen wissen, daß die Diskussion über theoretische Fragen in dieser Partei eine Vorgeschichte hat. Wenn wir daraus nicht gelernt haben, werden wir auch diesen Stellenwert für die Diskussion in dieser Partei nicht so weit treiben können, wie wir es brauchen.

Die Verbindung zu der Basis. Ich glaube, da sollten wir die Leute suchen, die für diese theoretischen Diskussionen und Grundsatzdiskussionen und, sagen wir, visionären Diskussionen, eine besondere Antenne haben. Und dazu gehören genau die Bereiche, bei denen wir am meisten verloren haben. Das sind die Frauen, die Jugend und die Arbeitnehmer. Gerade diese Gruppen sollten wir ansprechen, nicht nur, weil wir sie verloren haben, sondern weil sie gerade für diese Dinge, die wir hier besprochen haben und die wir doch nun wohl wirklich alle für wichtig genommen haben, besonders sensibel sind. Da ist eine Bereitschaft da, weil es sich in diesen Gruppen nämlich wirklich um Menschen handelt, die von der Zukunft etwas erwarten. Und das ist das Tertium comparationis gerade dieser drei Gruppen, die etwas erwarten von der Zukunft. Und ich kann nur sagen, was wir da im Bereich der Frauen in der letzten Zeit

gesehen haben, ist – wenn ich das noch sagen kann – in der Qualifikation Unvergleichliches in der ganzen Partei.

Nur, was sich da zeigt, ist, daß die Frauen nicht durchkommen mit ihrer Möglichkeit, das wirklich zu artikulieren. Und ich meine, daß wir da gerade das tun müßten, was auf der einen Seite Herr Schwarz-Schilling gesagt hat. Da sind Ethik und Moral als Schwerpunkte sehr gefragt, gerade in bezug auf das, weil sie Kinder haben und im Bereich der Familie darüber sehr viel gefragt werden. Da wird nicht gefragt, „Was macht Ihr im einzelnen“, sondern, „Was habt Ihr für Grundüberzeugungen?“. Bei der Polarisierung, die im Augenblick eingetreten ist, sind diese Fragen ganz schnell auch aktuell. In der Frage, was macht die CDU im Vergleich zur SPD? Das braucht nicht erst gesunkenes Kulturgut zu werden, sondern das geht durch die Information und Polarisierung sehr viel schneller. Also aus der Erfahrung sehe ich das als sehr positiv an.

Und der zweite Punkt ist, warum ich das so wichtig finde für die Frauen, das, was Herr von Weizsäcker gesagt hat. Basisarbeit bedeutet, daß man sich mit den Dingen beschäftigt, was die Menschen wirklich als ihr eigentliches Interessengebiet verstehen. Und da sind gerade bei den Frauen bestimmte Fragen, die der Konkretisierung warten. Ich glaube, daß wir bei bestimmten Entwicklungen jetzt nicht lange warten dürfen, weil ein Trend eingetreten ist, und nichts ist so erfolgreich wie der Erfolg. Wenn wir sehen, in welchen Bereichen die größten Einbrüche passiert sind – das ist bei Frauen, Arbeitnehmern usw. – dann können wir uns ja nur wundern, daß da nicht mehr passiert ist. Denn das Reservoir für die Argumentation der SPD/FDP ist ja noch gar nicht ausgeschöpft. Wenn das richtig gemacht wird, geht da noch einiges verloren. Das kann aber auf unserer Seite mit bestimmten Signalwirkungen verhindert werden. Aber ich glaube, darauf dürfen wir nicht so lange warten. Und deswegen meine ich, zwei Vorschläge machen zu sollen.

Herr Hasselmann hat nach der Frage der Frauenvereinigung und dem Selbstverständnis gefragt. Erstens würde ich folgendes sagen, die Frauenvereinigung steckt in denselben Schwierigkeiten wie jede andere Vereinigung in dieser Partei, aber sie hat eine ganz andere Funktion, und nun verstehen Sie es richtig, was ich jetzt sage, sie ist kein Interessenverband. Sie hat eine andere Funktion, aber sie hat deswegen auch anderen Nachholbedarf in bezug auf die Fachlichkeit der Interessenvereinigung. Herr Echternach, ich verstehe, was Sie zweifelnd macht. Aber sie hat eine ganz andere Funktion und sie hat auch einen ganz anderen Nachholbedarf in der Partei. Herr Hasselmann hat nach den Vorstellungen der Frauenvereinigung und nach dem, was sie machen will, gefragt. Ich kann nur sagen, der erste Punkt ist, daß sie aus dem Ghetto der Partei herauskommen muß. Denn es ist ja innerhalb der Frauenvereinigung schon sehr vieles an dem drin, was wir gemeint haben an neuer Methodik, diese Gruppen anzusprechen. Was fehlt, ist der Durchbruch in der Integration in die Partei, was nur durch Sachaussagen geht. Davon bin ich fest überzeugt. Das können wir aber auch leisten. Für uns ist die Sache eine Frage der Integration in die Partei, denn wir haben ja vieles anzubieten. Die Sachbeiträge kann diese Partei von uns haben, wir haben eine Kommission eingesetzt für die Vorbereitung des nächsten Delegiertentages, wo wir

vor allem auch kritische Frauen, die gar nicht unserer Meinung sind, in diesen Bereich hineingebeten haben und in diesem Bereich arbeiten lassen können. Wir werden eben keine Themen, die nur sich auf Frauen beziehen, besprechen, sondern auch andere Themen, wie Wirtschaftspolitik, Bodenrecht, alle diese Dinge, von denen wir ja auch eine andere Vorstellung vielleicht haben. Wir haben genug Sachfrauen, die das machen können.

Um noch einmal darauf zurückzukommen, daß wir nicht so lange warten können, mache ich jetzt folgenden Vorschlag: Ich glaube, daß wir viele Frauen haben, die gar nichts anderes wollen, als an der Basis arbeiten. Und ich möchte mal sehen, wo in der Partei es ein solches Reservoir gibt von anderen Menschen, die nirgendwo anders als an der Basis arbeiten wollen und die keine andere Möglichkeit haben, sich zu artikulieren, irgendwo außerhalb, auch außerhalb ihrer Ortsverbände. Ich kann nur sagen, was den Frauen teilweise auf der Ebene der Kreisverbände angetan wird an Unverständnis, das ist so abenteuerlich, daß die wirklich ein unheimliches Stehvermögen haben müssen. Ich bitte, Herr Kraske, wenn wir die Diskussion über die materiellen Dinge in die Kreisparteien geben, den Vorschlag zu machen, daß die Kreisparteien selber auch über ihre eigenen Organisationsfragen und über ihre eigene Lage in den Kreisparteien berichten sollen, was da passiert an Abwürgen von ganz unglaublich guten Initiativen, einfach weil der Vorstand bestimmte Dinge an sich zieht und weil da die Frauen ja immer unterrepräsentiert sind.

Ich habe bei meinem Einsatz im Wahlkampf gesehen, daß manche verkrusteten Strukturen auf der Ebene der Kreisparteien nur aufzulösen sind durch eine aktive Frauenarbeit. In der Qualifikation waren die Frauen, die sich da gezeigt haben, in vielen Dingen, gerade an der Basis, unseren eigenen Leuten überlegen. Deswegen muß von der Basis her auch eine Artikulationsmöglichkeit kommen, damit das nachher nicht nur in den männlich bestimmten Vorständen der Kreisparteien untergeht. Und deswegen mache ich für die Bundespartei folgenden Vorschlag. Ein Vorspann: Sie wissen, daß ich damals ziemlich Schwierigkeiten hatte, unser eigenes Kapitel in das Parteiprogramm hineinzukriegen. Da haben die Leute mir gesagt, und auch ein Teil von unseren, nicht draußen, sondern drinnen: „Ach, wir sind doch so weit, was ist das eigentlich für eine rückschrittliche Form, wir brauchen keine eigene Frauenpolitik, ein eigenes Frauenkapitel, die sind total integriert in die Partei.“ Es hat sich gezeigt, daß dieses eigene Frauenkapitel im Laufe des Wahlkampfes eine ganz unglaubliche Wirkung hatte für unsere Argumentation. Und die Konkretisierung, und deswegen bitte ich, in die Themen der nächsten Zeit doch noch aufzunehmen ein paar Fragen der Frauen, § 1356<sup>14</sup> und bei den § 218-Diskussionen eine Konkretisierung der flankierenden Maßnahmen von uns aus. Das sind die zwei Punkte und für die Partei folgendes: Den Vorspann habe ich deswegen gemacht, weil es bestimmte Dinge gibt, einen Nachholbedarfskatalog für die Frauen, was man noch für sie tun muß.

Wir haben 1966 die Schutzklausel, Frau Brauksiepe, herausgenommen, daß eine

---

14 § 1356 BGB regelt Haushaltsführung und Erwerbstätigkeit der Ehegatten. Text im Internet: [http://www.buergerliches-gesetzbuch.info/\\_buch/bgb\\_familienrecht.htm](http://www.buergerliches-gesetzbuch.info/_buch/bgb_familienrecht.htm).



Frau irgendwo überall drin sein muß. Ich möchte jetzt den Vorschlag machen, daß wir eine Realitätsklausel einführen und zwar so, daß prozentual nach der Mitgliedschaft in der Partei die Delegierten festgesetzt werden müssen. Das käme bei uns darauf hinaus, daß jede 15. Delegierte eine Frau wäre. Wenn dann nicht genug Frauen für diese Sache zur Verfügung stehen, sind wir in einer ganz anderen Situation. Das halte ich für real, wenn wir das besetzen können, müssen wir entweder die Frauen wirklich präsentieren, oder die Frauen brauchen hier nicht mehr zu lamentieren, sie seien nicht genug repräsentiert. Ich glaube, so wäre das nach beiden Seiten eine Möglichkeit, einen Boden in der Frauenarbeit zu kriegen. § 1356! Darf ich mal eben sagen, 1356 BGB heißt, daß die Frauen nur soweit berufstätig sein dürfen, wie es ihrer Verpflichtung in Familie und Beruf vereinbar ist. Wenn wir das jetzt sagen können, daß wir das der Entscheidung der Ehepartner überlassen, wäre das eine Signalwirkung. Sie wissen ja, daß Herr Mischnick genau diese Passage aus meiner Rede aufgenommen hat, so daß ich auch da eine politische Wirkung finde.<sup>15</sup> Und das zweite ist, daß wir auf unserer Ebene diese Sache mit dem Delegiertenschlüssel überlegen und diskutieren sollten. Ich glaube, wenn alleine die Überlegung hier aus dem Kreise klar würde, daß das eine Signalwirkung hätte. Danke!

*Barzel:* Ich hoffe, diese letzte Anregung ist hier aufgenommen. Ich habe noch zwei Wortmeldungen, und dann würde ich zu einer gewissen Zusammenfassung kommen, weil wir ja die Zusammenfassung nicht unter Druck machen müssen, wir haben gegen 12.30 Uhr ungefähr den Pressetermin.

*Stingl:* Es ist draußen nicht deutlich genug geworden, daß das „C“ ein Anspruch ist, daß es eine Aufgabe ist. Das ist es, was wir draußen bringen müssen. Wir müssen sagen, daß es uns nicht erlaubt ist – auch wenn wir gelegentlich mit anderen genau dasselbe abstimmen können – wegzugehen von den beiden Komponenten Personalität und Solidarität. Das ist sehr verkürzt; es ist sicher klar, was damit gemeint ist – also kein Recht, sondern eine Pflicht aus dem „C“. Das müssen wir besonders den jungen Menschen verständlich machen, die uns ständig vorwerfen, ihr wollt uns ständig deutlich machen, wer ihr seid, aber es wird nicht deutlich, daß es eine Verpflichtung ist in dem Sinn, wie Herr Echternach gesagt hat, Anwalt der Benachteiligten zu sein. Wir müssen also menschlich packender sein, und auch wir – jeder einzelne von uns – muß sich menschlicher geben.

Für die Analyse der Wahl ist sicher alles Material ausgezeichnet, aber wir sollten in der Akademie einmal versuchen, Parallelen zu 1933 etwas mehr zu erforschen. Herr Langguth, Sie haben vorhin gesagt, daß sich sehr vieles zunächst in der Universität gezeigt hat. Genau dasselbe war vor 1933. Auch da hat sich zuerst vieles an Entwicklung an der Universität gezeigt, und wir sollten das auch nicht außer acht lassen.

Zu einigen praktischen Dingen. Ich bin Vorsitzender, wie Sie wissen, des Sozialpolitischen Ausschusses der Partei. Ich habe fast keine Lust mehr, diese Arbeit zu ma-

---

15 Mischnick ging in seinem Redebeitrag am 26. Januar 1973 (Sten.Ber. 7. WP 10. Sitzung S. 375) zur Aussprache über die Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 kurz auf die Erklärung von Wex am Vortag ein (Sten.Ber. 7. WP 9. Sitzung S. 280–283).

chen. Denn alles, was ich bisher dort gefertigt habe und dem Vorstand gegeben habe, ist nicht diskutiert worden. Und in der Fraktion ist es nur sehr spärlich zur Kenntnis genommen worden. Wir sind draußen ein bißchen in den Geruch gekommen, daß wir nur immer mehr etwas drauflegen und keine eigene Konzeption in den Dingen haben, obwohl wir sie vorzeigen können. Ich glaube, es hängt damit zusammen, daß wir in dem, was wir geschaffen haben, nicht mehr präsent sind. Ich will es an meiner Anstalt zeigen. Wir haben das AFG konsequent diskutiert und gemacht. Aber in den Selbstverwaltungsorganen bei mir sind prononcierte CDU-Leute mit der Lupe zu suchen. Unter den Arbeitgebern, die delegiert werden, ist kaum jemand, der in Parteigremien mitmacht. Ausnahmen bestätigen natürlich – wie überall – die Regel. Während auf der anderen Seite von den Gewerkschaften immer wieder prononcierte SPD-Leute geschickt werden, die die Politik der Partei in diesen Bereichen weiterführen.

Ich glaube, daß das für einige Aussagen wichtig ist, die gestern mitgetroffen wurden. Herr Kaltefleiter hat gestern gesagt, daß die Situation für uns etwa ein oder 1½ Jahre früher deshalb viel günstiger war, weil der Blick der Bevölkerung auf die wirtschaftliche Entwicklung ängstlicher geworden war, weil sie gesagt hat, das kommt jetzt möglicherweise zu schwierigen Verhältnissen. In meinem Bereich haben etwa vor einem Jahr alle etwas Angst vor Arbeitslosigkeit gehabt, und die CDU hat auch gesagt, das bringt Arbeitslosigkeit. In der Pressekonferenz hat die CDU leider etwas anderes gesagt.<sup>16</sup> Ich bin leider nicht gefragt worden, denn nach meinen Unterlagen sah das etwa gar nicht so aus. Das hat ja auch gestimmt. Ich bin hier anwesend, und ich habe bisher nicht ein einziges Mal im Vorstand zu Fragen der Arbeitsmarktlage Stellung nehmen können. Da habe ich mich vorher angemeldet, und als ich drankam, waren noch drei Leute da. Ich bin bereit, das jedesmal zu tun, schicke auch das Material, das ich habe, hierher. Aber man müßte sich doch dort, wo man noch jemanden hat, der Einblick hat, sich dieser Dinge bedienen. In die Akademie Eichholz bin ich überhaupt noch nie eingeladen worden. Jede Aufbereitung von mir geht an die Fraktion. Ich übertreibe es sogar, daß ich sie noch an die Ausschüsse schicke, aber ich kann natürlich nicht in meiner Anstalt die Weisung geben, alles an die CDU zu schicken und an die anderen nicht. Da muß schon Interesse spürbar sein.

In gleicher Weise mache ich jetzt aufmerksam, daß die Weggabe der Berufsbildung vom Arbeitsministerium zum Wissenschaftsministerium schwere Folgen haben kann, wenn wir nicht selber aufpassen und mindestens versuchen, in die Berufsbildungsausschüsse zu kommen, die nach dem Berufsbildungsgesetz gebildet sind. Wir sind drin als Bundesanstalt. Ich habe auch jemand drin, von dem ich glaube – man ist bei solchen Sachen nicht sicher, ich habe jetzt erfahren, daß Leute in die SPD eingetreten sind, die vor drei Wochen noch zu Arbeitsamtsdirektoren gemacht worden sind –, daß da nichts passiert. Aber wo hat die CDU einmal darüber nachgedacht und der BDA gesagt, ihr

---

16 Vgl. Stellungnahme von Ernst Müller-Hermann zur Pressekonferenz zum Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung vom 28. Januar 1972 in ACDP Dokumentation 0/063/12 sowie Bericht der Bundesanstalt für Arbeit zur Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in BULLETIN Nr. 10 vom 25. Januar 1972 S. 94.

müßt den oder jenen reinschicken? Es genügt uns schon immer, wenn es nicht ein DGB-Mann ist, aber ob die Arbeitgeber dann auf unserer Seite liegen, das überprüfen wir dann nicht. Man sollte auch nicht übersehen, daß die Synode von uns vernachlässigt wird. Heinrich Köppler, in meinem Arbeitskreis, Sachkommission V, wird ein Papier verfertigt über Demokratie, und wer macht es? Herr Risse<sup>17</sup>! Initiator der sozialdemokratischen Wählerinitiative, der übrigens einen Schreck gekriegt hat über das gute Wahlergebnis der SPD. Jetzt müssen sie nämlich dazu stehen, daß sie da auch als Katholiken etwas sagen können.

Und es ist einfach eine Überforderung. Herr Mikat – er ist nicht da, jetzt muß ich es also etwas weniger scharf sagen, als ich es vorhatte – ist nicht mehr in dieser Sachkommission. Ja, Herr Maier<sup>18</sup>, Kultusminister, ist überhaupt noch nie in der Sitzung gewesen, seit er das Programm entwickelt hat.<sup>19</sup> Das erstmal habe ich gestern geschwänzt, weil ich hier war, aber ich kann Ihnen sagen, das sind Arbeitsbelastungen, die man offenbar nicht sieht und wo die Arbeitsteilung von der CDU aus miserabel ist.

*Von Hassel:* Herr Vorsitzender, ich habe fünf Bemerkungen zu machen und möchte mich weniger auf die grundsätzlichen Dinge des gestrigen Tages beziehen, aber zu gestern noch zwei Unterbemerkungen zunächst einmal vorausschicken. Das eine schließt an an das, was unser Kollege Dr. Blüm sagt über die Frage des Niveaus und des Stils, die wir gestern so gepriesen hätten, und Sie sind der Meinung, daß sei eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Lieber Freund Blüm, ich bin also lange genug in diesem Beritt hier, um Ihnen sagen zu können, einmal aufgelistet, wie oft ich in früheren Zeiten aus dem Bundesvorstand oder dem Präsidium weggegangen bin mit der Überzeugung, ich sei eigentlich doch in diesem Kreise fehl am Platze, denn es sei die Art, der Stil, den wir dort gehabt haben, so deprimierend, daß ich eigentlich mir zu schade vorkäme, meine Zeit dort zu opfern. Es gab eine Zeit bei uns, Herr Kollege Dr. Blüm, wo man aus dem Präsidium das Gefühl hatte, daß, wenn es einem schlecht ging, einige sich ein bißchen die Hände reiben, weil sie dann den Eindruck haben, daß man dann selber im Ansehen der Bevölkerung steigt. Wir sollten aber davon ausgehen, daß – wie bei kommunizierenden Röhren – entweder viel Wasser drin ist für alle, oder wenig Wasser drin ist, aber für alle. Die vergangenen Jahre haben mich jedenfalls zur Überzeugung kommen lassen, daß in diesem Vorstand und Präsidium in einer ganz besonders guten Art und besonders guten Atmosphäre, frei von Stilett- und Diadochenkämpfen, gearbeitet worden ist. Und deshalb bin ich böse über den Artikel in der

---

17 Heinz-Theo Risse (geb. 1924), Journalist; 1952–1956 Redakteur des „Michael“ und der „Allgemeinen Sonntagszeitung“, Tätigkeit als freiberuflicher Journalist. Vgl. Volker RITTBERGER/Michael ZÜRN: Forschung für neue Friedensregeln. Rückblick auf zwei Jahrzehnte Friedensforschung. Für Heinz-Theo Risse. Stuttgart 1990.

18 Dr. Hans Maier (geb. 1931), Politologe; 1962 Professor für Politische Wissenschaften in München; 1970–1986 Staatsminister für Unterricht und Kultus Bayern, 1973 CSU, 1976–1988 Präsident des ZdK, 1978–1987 MdL Bayern, 1988–1999 Professor für Christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie München. Vgl. LEXIKON S. 320f.

19 Exposé der Sachkommission V „Der Dienst der Kirche für Entwicklung und Frieden“ in ACDP 01–451–042.

„Welt am Sonntag“ heute, in der also Roderich Schneider schreibt, es wären die Diadochen wieder im Gange und man schleife die Stiletts. Dieser Artikel ist typisch, am Freitag geschrieben und nicht etwa am gestrigen Abend.

Das zweite, was zu gestern, und was auch in Anschluß an das, was ich eben in der „Welt am Sonntag“ lese, zu sagen ist, ist dieses: Ein bißchen zu kurz gekommen scheint mir gestern, daß neben den Betrachtungen über die Wahl auch einmal ein Wort in zwei Richtungen gesagt wird: Nämlich einmal – ich bin frei von Byzantinismus, weiß Gott, dafür bin ich bekannt –, daß unser Vorsitzender in diesen Jahren eine wirklich ungewöhnliche Arbeit als Vorsitzender, als Fraktionsvorsitzender in der Politik, im Parlament und draußen geleistet hat, daß man das jedenfalls einmal mit einem Wort hier auch sagen sollte. Und daß man bei dem Vergleich früherer Organisation der Bundespartei und der heutigen bei aller Kritik, die hier oder dort ansetzen mag, einfach sagen muß, wir sind durch Generalsekretär und Bundesgeschäftsführer doch einen weiten Schritt vorangekommen. Herr Dr. Kraske weiß, daß ich an einigen Punkten Kritik übe, z. B. an der prinzipiellen Frage, soll man im Wahlkampf die FDP überhaupt angreifen oder nicht? Man war der Meinung, man solle sie verschweigen, ich hielt das persönlich für falsch, aber das ist eine Sachfrage in der Politik, über die man sicher diskutieren kann.

Das zweite, was ich sagen möchte, ist ein Wort zur Arbeit in der Partei, und das unterteilt sich in drei Bereiche. Zunächst einmal zur Jungen Union. Ich möchte meinem Nachbarn zur Linken und der Jungen Union dafür danken, daß sie uns so fabelhaft unterstützt hat. Aber das schließt nicht aus, daß es viele Lücken im Verhältnis Junge Union und Bundespartei gibt, die man einfach gemeinsam ausfüllen muß. Ich habe zuweilen bei der Jungen Union auszusetzen, Herr Echternach, daß sie sich zu sehr auf Akademiker konzentriert und dabei auch sehr stark das – ich möchte mal sagen – personalpolitische Ambiente des einzelnen zu stark in den Vordergrund stellt und man die Chance der Jungen Union dazu nutzen möchte, irgendwie weiterzukommen, aber nicht hineinsteigt in die Tiefenarbeit selber. Meine Bitte geht einfach dahin, daß wir in der Jungen Union mit Unterstützung durch die Partei uns Kreisen zuwenden, von denen ich während des Wahlkampfes einen ganz besonders guten Eindruck gehabt habe, das sind nämlich die jungen Leute unter 18 Jahren. Was ich dort gesehen habe an Bereitschaft, uns zu helfen, aber auch an Interesse und Kenntnis, möchte ich an zwei Beispielen erläutern, in der Hoffnung, daß das nicht zu sehr Ihre Zeit absorbiert.

Das eine war eine Veranstaltung bei Lenze<sup>20</sup> (Attendorf) in Schnee und Eis, wir kamen verspätet. Große Veranstaltung in der Aula nachmittags um 17.00 Uhr. Ich habe nicht geredet, sondern sofort die Diskussion eröffnet. Der letzte Diskussionsredner sagte mir: „Warum haben Sie denn vor 20 Jahren diese Verträge nicht abgeschlossen? Wie war der Preis, den Sie hätten zahlen müssen, und warum haben Sie den nicht ge-

---

20 Franz Lenze (1910–2005), Studienrat; 1945 CDU, 1946–1949 Vorsitzender der JU Olpe, 1953–1972 MdB, 1957–1972 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates und der WEU.

zahlt?“ Dieser Fragesteller war ein 11jähriger Junge, der mir auffiel, daß er also gebannt zugehört hatte die ganze Zeit vorher, wie ich mit diesen Leuten nun fertig wurde.

Das zweite war ausgerechnet einer meiner vielen Enkel – ich habe einen ganzen Haufen –, der mit mir politische Diskussionen führt, die geradezu ein Genuß sind. Und meine Frage ist, ob man nicht einmal ein Dutzend Jungs dieser Altersgruppe einlädt, um die zu befragen: „Was eigentlich hat Euch etwa an den großen Diskussionen mit Barzel gefallen?“ Es ist doch hoch interessant, daß mein Enkel sagt, „In Diskussion mit Barzel war aber Barzel mit Abstand der Beste, am nächsten Tag haben wir in der Schule darüber diskutiert, und ich habe in der Schule“ – als 12jähriger! – „Wahlreden gehalten und habe denen folgendes gesagt“. Und nun zählt der auf, wie er diese Kerle dort angeht: „Geht doch jetzt mal hin und kauft Euch da die kleinen Kuchen, die kosten nicht mehr 20 Pfennig sondern 25, und fragt mal Eure Mutter, Ihr müßt jetzt 20 Pfennig für den Liter Milch mehr bezahlen, bei einer vierköpfigen Familie macht das pro Tag 80 Pfennige“, so in dieser Art. Verehrte Freunde aus der Leitung und auch aus der Jungen Union, diese jungen Menschen kann man nicht alleine damit ansprechen, daß man etwa einen Informationsdienst für Schülerzeitungen herausgibt, denn die Schülerzeitungen, diese schrecklichen, sind z. T. eingegangen. Es gibt heute Schülerzeitungen, die woanders gemacht werden, die erreichen wir nicht mehr mit unserem Informationsdienst. Vielmehr müssen wir in einer plausiblen Sprache den jungen Leuten, und zwar ganz breit gestreut und nicht nur über Informationsdienste, klarmachen, was wir eigentlich wollen. Dann werden wir sehr viel weiter kommen. Meine Bitte ist, daß das irgendwie mit eingespeist wird.

Das zweite ist die Frage der Frauen. Frau Kollegin Wex, da Sie vor mir geredet haben, sieht es ein bißchen wie nachkarten aus. Ich will Ihnen mal eines sagen, gnädige Frau, und zwar ernsthaft. Ich suche eine Chance, in einer Versammlung der CDU den Männern die Leviten zu lesen über die Art, wie sie an den Möglichkeiten der Mitarbeit der Frau vorbeigehen. Wenn Sie das sagen als Frau, dann heißt es einfach nur: „Nun kommen die Frauen schon wieder, das ist die alte Platte seit 20 Jahren.“ Es hat keinen Zweck, daß Sie das sagen, Sie müssen uns vieles an die Hand geben. Es funktioniert nur, wenn wir Männer den Männern die Leviten lesen, wie sie nämlich mit dem Potential der Frauen umgehen. Die Frauen haben in einer Form heute nämlich Verantwortung zu übernehmen, die eigentlich den Männern klarmachen müßte, in welchem Ausmaß die Frauen sich beteiligen können. Bei der Großveranstaltung in Essen habe ich das gesagt. Die Frau ist heute weitgehend verantwortlich für die Erziehung der eigenen Kinder. Die Männer kommen abends nach Hause und haben keine Lust mehr, sich den bohrenden Fragen ihrer eigenen Kinder zu stellen. Das überlassen sie freudlichst der Frau. Die Frau muß besser informiert sein, sie muß drin sein, sie muß einfach die Möglichkeiten haben, und da schließe ich an an zwei Bemerkungen. Wenn Sie mal mit einem Personalchef reden, dann stellen Sie fest, wenn eine junge Frau, Referendarin, Assessorin oder Inspektorenanwärterin sich in einem Personalbüro meldet, und es melden sich auch einige junge Männer, nimmt der Personalchef erst einmal die jungen Männer und nicht die jungen Frauen, weil er meint, mit den Frauen hat er doch nachher Probleme.

Die Sozialdemokraten machen das ganz bewußt, sie tun nicht nur etwas für die Frauen, gnädige Frau, in dem Sinne, den Sie in der Gesetzgebung ansprechen, sie tun in der Praxis etwas. Und gucken Sie sich hier um in den Bonner Ministerien, in welch breiter Front dort Frauen gleichberechtigt in die Verwaltung auf allen Ebenen, vom gehobenen Dienst bis zum höheren Dienst, eingeordnet sind. Und nicht umsonst haben sie ja zum Präsidenten des Statistischen Amtes eine Frau<sup>21</sup> gemacht, die am Wahlsonntagabend im Fernsehen mehrfach auftrat und ihre Sache gut gemacht hat. Annemarie Renger<sup>22</sup> haben sie jetzt gewählt aus einer Reihe von Gründen, sie wollten den Schmitt-Vockenhausen<sup>23</sup> nicht, den mögen sie nicht, und sie wollten nicht weniger den Professor Schäfer<sup>24</sup>, das ist ein entsetzlicher Kerl. Und deshalb haben sie also, gleichzeitig dann, ich möchte mal sagen, ein bißchen das schlechte Gewissen kompensiert.

Verehrte Frau Dr. Wex, Ihr Vorschlag mit den 15 % hat eine Parallele. Ich weiß nicht, wer von Ihnen mal in London, Blackpool oder in Brighton war bei einem konservativen Parteitag. Die Konservativen haben eine Satzung, die bestimmt, daß jeder Wahlkreis fünf Delegierte hat. Sie haben 600 und einige Wahlkreise, sie haben über 3.000 Delegierte. Da muß jede fünfte eine Frau sein. Kommen Sie auf einen solchen Parteitag mit 4.000, 5.000 Menschen, dann ist mit dem ganzen Schlachtengefolge zunächst einmal das Bild, daß ein Drittel Frauen sind, die mit großem Engagement dabei sind. Und bei uns haben Sie jedesmal den Ärger, den Männern klar zu machen in einer Delegiertenveranstaltung, daß sie auch Frauen dorthin zu schicken haben. Nun gibt es, gnädige Frau, wenn ich so eine Rede halte, natürlich auch einiges den Frauen ins Stammbuch zu schreiben, also die kommen dann auch nicht ungeschoren davon. Aber Sie sollten ernsthaft überlegen, ob man durch die Satzung, wenn es die Herren der Schöpfung nicht freiwillig tun, dieses Element nicht vergrößert.

Das dritte bei der Arbeit der Partei ist die Frage der Mitarbeit. Meine Freunde, wir kriegen eine Menge neuer Mitglieder. Mancher geht enttäuscht weg, weil er nicht mitgespannt wird. Und wir haben, ob unten, Mitte oder oben, so entsetzlich viel Kontaktarbeit zu leisten, daß wir jeden einsetzen können, es bedarf dazu nur ein bißchen des Nachdenkens. Ich möchte Ihnen dazu doch eines sagen: Die Sozialdemokraten teilen ihre Stadt auf in Bezirke, und da kriegt jeder die Verantwortung und guckt nach und sagt, da oben im dritten Stock eines Altbaus oder des Neubaus da weiter oben ist eine Familie, die hat Probleme, die wir zwar nicht lösen können, aber wir gehen hin

---

21 Dr. Hildegard Bartels (1914–2008), Diplom-Volkswirtin; 1972–1980 Präsidentin des Statistischen Bundesamtes.

22 Annemarie Renger (1919–2008), Verlagskauffrau; 1945 SPD, 1945–1952 Privatsekretärin von Kurt Schumacher, 1953–1990 MdB (1969–1972 Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion), 1962–1973 Mitglied des SPD-Parteivorstands, 1972–1976 Präsidentin des Deutschen Bundestages, 1972–1976 Vorsitzende des Gemeinsamen Ausschusses von Bundesrat und Bundestag.

23 Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen (1923–1979), Jurist; 1953–1979 MdB (SPD, 1961–1969 Vorsitzender des Innenausschusses des Bundestages, 1972–1979 Mitglied des Außenpolitischen Ausschusses), 1970 Mitgründer des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“,

24 Friedrich Schäfer. Vgl. Nr. 27 Anm. 9.

und klären das mal und sprechen mal mit denen. Die CDU redet großartig über Europa. Alle können das. Die Sozialdemokraten gehen treppauf, treppab und kümmern sich darum und zeigen sich. Dort gibt es genügend Möglichkeiten für den kleinen Mann. Ein Beispiel haben wir gestern abend hier gesehen mit dem Mann, der 750 Bausteine für das Adenauer-Haus an den Mann gebracht hat. Er hat nachher lange mit mir gesprochen, ein Polier oder ein Putzer, wie er sich nennt, der mir schildert, wie der das macht. Die Mitarbeit ist also möglich.

Das zweite ist aber die Frage, wie kombiniert man miteinander den Zuwachs von Mitgliedern aus der intellektuellen Welt mit der breiten Mitgliederschaft bei uns? Wer die Ortsveranstaltungen kennt, der weiß, daß da mit Mini-Problemen der Tag und der Abend vertan wird, und da gibt es viele neue Mitglieder, die sagen, dazu habe ich nicht viel Lust, mich abends dahinzusetzen. Man muß also eine Möglichkeit schaffen, dieser geistigen Welt, die wir haben wollen, auch die Chance zu geben, zusätzlich in der Form einer vernünftigen Kooperation dort mitzuwirken, wo sie dann das Gefühl hat, daß sie dort das mit an den Mann bringen kann, was sie zu sagen hat.

Und das dritte: Alle Mitglieder müssen das Gefühl bekommen, daß das, was sie diskutieren und erarbeiten, auch weiter oben zur Kenntnis genommen wird und nicht einfach in den Papierkorb wandert, oder gesagt wird, das kennen wir seit 20 Jahren. Diese Mitglieder der bisherigen breiten Volksparteischicht waren übrigens nirgendwo so gut sichtbar, Herr Vorsitzender, wie damals in der „Neuen Welt“<sup>25</sup>. Wer oben auf der Tribüne saß, der sah, daß diese Partei eine Volkspartei ist. Da unten waren nämlich die kleinen Leute in einer Form vertreten, daß man einfach sagen kann, Hut ab vor dieser Volkspartei. Aber auch diese, genau wie neuzugewinnende Mitglieder wollen das Gefühl haben, daß das, was sie selbst durchdenken, was sie selbst erarbeiten, zur Kenntnis genommen und berücksichtigt wird oder man sie später wissen läßt, aus welchen Gründen etwa der Fachausschuß, der Bundesfachausschuß, der Landesfachausschuß oder Kreisfachausschuß, man diese Anregung nicht berücksichtigt hat.

Das fünfte und letzte ist dann die Frage im vorpolitischen Raum. Liebe Freunde, die Mitarbeit der neuen Mitglieder und vieler, vieler alter ist absolut möglich, wenn man ihnen die Aufgabe zuweist, sich zu kümmern um den vorpolitischen Raum. Ich habe mir einmal eine Liste geben lassen auf Bundesebene, was es für Vereinigungen gibt, die systematisch in die Hände der Sozialdemokraten gewandert sind, weil wir uns darum nicht gekümmert haben. Es gibt auf Bundesebene Hunderte von Gruppen, die von uns nicht betreut werden. Deshalb meine ich, daß zu der Aufgabe der Organisation gehört, zunächst überhaupt mal eine Sortierung vorzunehmen, was es alles auf Bundesebene, analog auf Landesebene gibt, und daß man dann eine Reihe von Freunden verpflichtet, sich um diese zu kümmern. Das kann nicht alles der Generalsekretär, der Bundesgeschäftsführer oder etwa der Parteivorsitzende selber machen. Meine Bitte geht dahin, daß man wirklich diesen Bereichen des vorpolitischen Raums nicht etwa nur hier ein Wort zuwendet, sondern daß man systematisch klärt, wo gibt es was, und

---

25 Kundgebung des LV Berlin in der „Neuen Welt“ in der Berliner Hasenheide (Bezirk Neukölln) am 6. November 1968, vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1269 Anm. 27.

was ist zu betreuen. Von Akademien der evangelischen, der katholischen Seite bis hin zu Organisationen aller, letztlich auch bis zu Karnevalsvereinigungen, da sind wir wahrscheinlich noch am allerbesten vertreten. Meine Bitte geht also dahin, daß wir das systematisieren.

Noch einmal zurück zu der Frage von Frau Dr. Wex mit den 15 %, das ist irgendwie komisch. Ich würde persönlich sagen, ein Fünftel sollte es wirklich sein. Das dürfen nicht die Frauen fordern und die Frauen vertreten, sondern die Männer müssen bereit sein, das zu ihrem Anliegen zu machen.

*Barzel:* Herzlichen Dank, das war eine sehr temperamentvolle Rede, der wir, wie ich hoffe, überwiegend zustimmen. Ich würde Ihnen vorschlagen, daß wir auf die Berichte der Mitglieder des Präsidiums über deren Sachbereiche heute verzichten, wir schaffen das nicht in vernünftiger Weise abzuhandeln. Da gibt es Medienpolitik, da gibt es Arbeitnehmerfragen und Frauen und weiß ich was. Das schaffen wir heute nicht, das müssen wir uns morgen anhören. Nun möchte ich versuchen, ein bißchen zusammenzufassen und das auch in einen Fahrplan zu bringen. Der Fahrplan ist für Gelernte ja immer das Wichtigste.

Wir haben also, um mit der Technik anzufangen, auch daran zu denken, daß wir durch das, was wir hier tun und verkünden, weder die Empfindlichkeiten des Bundesparteiausschusses noch der Fraktion stören und auch uns nicht übernehmen, d. h. konkret wird ein Arbeitsprogramm erst nach diesen beiden Sitzungen vorgelegt und dann auch publiziert werden können. Ich empfehle deshalb, daß wir außer den bekannten Sitzungen, der Fraktion in Berlin<sup>26</sup>, dann am 12. Februar Bundesparteiausschuß<sup>27</sup>, am 19. Februar eine zusätzliche Sitzung dieses Bundesvorstandes uns vornehmen mit ein bißchen mehr Zeit als drei oder vier Stunden und daß wir das Präsidium beauftragen, aus diesen Diskussionen das Arbeitsprogramm dann vorzulegen. Das zum Verfahren. Lassen Sie mich im Zusammenhang berichten, ich möchte auch von diesen Vorrechten Gebrauch machen.

Was nun unsere künftige Politik betrifft, war ja im wesentlichen mein Thema. Ich habe niemanden gehört – das hätte mich auch gewundert –, der der Formulierung unserer Ziele, wie ich sie vorgetragen habe oder unserer Prinzipien widersprochen hätte. Ich habe niemanden gehört, der widersprochen hätte, uns auf Schwerpunkte zu konzentrieren und die einzuteilen in mittelfristige und langfristige Schwerpunkte. Ich habe einen ganzen Katalog von Themen genannt für die mittelfristigen Schwerpunkte. Dazu ist von keinem dieser genannten Themen gesagt worden, die seien unsinnig oder überflüssig. Es ist auch kein zusätzliches hinzugekommen. Was wir nun machen müssen, ist, aus diesen ungefähr zwölf Themen, die ich nannte im innenpolitischen Bereich, daß wir auf Schwerpunkte kommen. Dazu werden wir noch einmal die Debatte von heute analysieren. Daß wir dann sehen, für welche Zwecke setzen wir nun Arbeitsgruppen der Partei, Arbeitsgruppen der Fraktion oder gemischte Gruppen ein.

---

26 Klausurtagung der CDU/CSU-Fraktion am 5./6. Februar 1973 in Berlin, vgl. Nr. 32 Anm. 7.  
27 Sitzungsunterlagen in ACDP 07–001–610.



Das muß sich nach dem Stand sowohl der Diskussion unter uns richten, wie auch nach dem Fristenkatalog, wo wir es einordnen.

Also, um das praktisch anzudeuten. Eine Frage wie diese Eigentumsgesetze ist weit gediehen, da haben wir fünf Gesetze im Programm gehabt, das sollte die Fraktion bekommen, um das fortzuschreiben und dann einzubringen, wann wir dies nach gemeinsamer Überlegung für richtig halten.

Dagegen sind die mehr grundsätzlichen Fragen wie z. B. Bodenrecht – eine Frage, die ganz dringend wird – in unserem Diskussionsstand fernab dessen, was heute notwendig wäre. Wir haben dies empfunden, als wir unser Programm für Wiesbaden machten und uns eigentlich einig waren, daß wir da wirklich eine Formel gefunden haben, mit der man arbeiten konnte. Sah auch ganz attraktiv aus, aber eine wirkliche Ahnung davon haben wir noch nicht. Da das die Grundsätze betrifft, scheint mir das keine Sache allein der Fraktion oder der Partei zu sein. Da wir auf der anderen Seite aber damit rechnen müssen, daß diese Regierung bald, also vielleicht im Herbst, mit einer Vorlage kommt, sollten wir da einen gemischten Ausschuß einsetzen. Diese beiden Beispiele einmal dafür. Ich habe auch keinen Widerspruch gefunden zu der Feststellung, daß wir die Deutschlandpolitik nach Ablehnung des Grundvertrages so formulieren müßten, daß wir dem UNO-Beitritt zustimmen sollten. Der einzige Punkt, wo es zwei Hinweise gab, das betraf die Bundesversammlung im Jahr 1974. Ich habe da ja auf Herrn Windelens Rede schon gesagt, daß wir darauf natürlich zurückkommen müssen, daß das nur für mich ein Posten ist, der aufrichtigerweise in eine Vorausschau hier aufgenommen werden sollte.

Ich glaube, daß wir im Grunde auch nach der Verdeutlichung, Herr Stoltenberg und Herr Rollmann, die ich gegeben habe auf die Frage, welchen Rat wir der Fraktion geben hinsichtlich der Geduld und der Frage, die Regierung kommen zu lassen, nicht so schrecklich auseinander sind. Es ist eine prinzipielle Frage, zunächst mal der Fraktion zu sagen, nun seid nicht hektisch, damit wir dann wirklich nur auf Schwerpunkte kommen und entweder ganz etwas Neues haben, was die Regierung nicht hat, oder einen Platz besetzen, den die Regierung nicht zu besetzen imstande ist, wie etwa die Eigentumsproblematik zeigt. Wir haben ein Kommuniqué entworfen, das der Generalsekretär Ihnen gleich verlesen wird. Diese Zusammenfassung sollten wir nicht erst am Schluß haben und dann aufstehen, sondern auch noch diskutieren. Wenn ich diese Diskussion immer nur mit dem Blick auf unsere künftige Politik – und daraus leitet sich dann ja Parteiarbeit und Fraktionsarbeit ab – betrachte, dann möchte ich eigentlich die Diskussion in fünf Punkten zusammenfassen.

Der erste: Als im Bundestag der Kanzler seine erste Regierungserklärung mit den lyrischen Teilen anfang, da riefen bei uns ihm sogar welche zu: „Poesie!“ Und als er dann das berühmte Zitat aus der Bibel brachte, auch wieder genau das, was ich in Siegen verwandt hatte, da gab es Gelächter und er hatte die Chance zu sagen, „Man wird doch einer christlichen Partei noch ein Bibel-Zitat sagen können“. Dieser Vorgang macht deutlicher als alle Untersuchungen, die uns hier vorliegen, daß wir die ideelle Komponente, unsere Ideale, unsere Grundsätze, unsere Ziele, unser Programm stärker betonen müssen. Das, glaube ich, ist übereinstimmende Auffassung hier bei

allen gewesen, sowohl in den Analysen wie Reden und ja auch des Stils dieser Debatte hier. Wobei ich eine ganz kleine Fußnote, Herr Schwarz-Schilling, gerne machen möchte, zu einer Formulierung. Ich weiß, was Sie meinen, aber diese Partei wird ein geistiges Zentrum, je nachdem, was man darunter versteht, wohl kaum je werden können. Das haben wir woanders. Aber daß sie ein Ort auch geistigerer Auseinandersetzung sein sollte, grundsätzlicherer Diskussion, das glaube ich gerne. Die Partei hat nachher aber mit sehr viel anderen Dingen zu tun. Ich sage dies deshalb, weil wir natürlich darauf achten müssen, daß wir bei aller Grundsatzdiskussion, die wir pflegen wollen und müssen – da ist Nachholbedarf, sonst hätte ich sie nicht vorgeschlagen – nicht vergessen dürfen, daß wir auch in der praktischen Politik uns jeden Tag in den Kommunen, in den Ländern und im Bund zu bewähren haben und daß wir neben der Grundsatzarbeit eben auch die Organisationsarbeit werden leisten müssen. Ich habe sehr wohl die offene Frage meines eigenen Landesvorsitzenden hinsichtlich der organisatorischen Konsequenzen im Ohr.

Der zweite Punkt, und das ist eigentlich ebenso erfreulich, das waren ja verschiedene Einlassungen. Manche waren geradezu avantgardistisch. Wenn ich mir überlege, wir hätten solche avantgardistischen, progressiven Einlassungen in Partei oder Fraktion vor zwei Jahren oder noch vor einem Jahr oder noch vor einem halben Jahr gehabt, dann hätte es in manchen Bereichen sicher leichter ausgesehen. Ich habe aus dieser Sache gelernt, daß wir die Volkspartei nicht so sehr begreifen dürfen dadurch, daß wir – ich überspitze wieder in der Formulierung – den kleinsten gemeinsamen Nenner der Gruppen suchen und nur das machen, was dann im Kompromißwege einstimmig möglich ist. Sondern ich glaube eigentlich, die nächste Stufe Volkspartei muß heißen, weniger Gruppenrücksicht, also nicht, was da sich addieren läßt, sondern was aus der Substanz richtig ist. Das ist dann noch ein bißchen zu applizieren aufgrund von Gruppenvorschlägen, aber das, glaube ich, sollte die zweite Etappe dieser Volkspartei sein. Und da sind wir ja doch in unserer Organisationsstruktur unserer politischen und gedanklichen Struktur vorweggeeilt. Dieser Vorstand, wie er hier sitzt, war ja eine Revolution in der Partei, als wir in Braunschweig die Satzung machten ohne Kooptation und geborene Mitglieder.<sup>28</sup> Eine Bundesvorstandssitzung früher hatte ungefähr 70 Mitglieder. Dann haben wir dies gemacht und dann hieß es, das schaffen wir eigentlich nicht, weil dann eine Gruppe nicht repräsentiert sein wird, eine konfessionelle, eine soziologische, eine altersmäßige Gruppe. Das haben wir also geschafft, d. h. hier regieren wir bereits im Organisatorischen mit dem Gesetz der Zahl. Wir müssen dazu kommen, auch den Mut zu haben, im Bereich der Inhalte mit dem Gesetz der Zahl zu regieren. Ich glaube, daß dies notwendig ist. Ohne Rücksichtslosigkeit, aber sonst werden wir keine Antworten finden.

Das dritte, was ich sagen möchte, schließt unmittelbar an beide Punkte an, die ich genannt habe. Wir wollen uns sicher mehr von unseren ordnungspolitischen Vorstellungen leiten lassen und das meint nicht nur da die Freiburger Schule, Ernst Müller-

---

28 Zu Diskussion über die Satzungsänderung vgl. CDU, 15. BUNDESPARTEITAG S. 61–109 sowie 148–176.

Hermann, da sind wir sicher einig. Mit Ordnungspolitik meinen wir mehr. Damit meinen wir auch den Staat und, wenn ich so sagen darf, mehr prinzipielle Radikalität aus unserer Substanz. Von daher dann einzelne Sachkonzeptionen herzuleiten, welche wir auf dem Parteitag schon zur Debatte oder gar zur Entscheidung stellen können, wird Gegenstand der Beratungen in der nächsten Sitzung sein, wenn wir das Arbeitsprogramm vorlegen. Ich fasse es als eine Pflicht auf, daß das Präsidium einmal versucht, aus den vielen Themen einige auszusuchen.

Das ist schon mein vierter Punkt, nämlich nicht multa, sondern multum. Wir sollten uns wirklich verständigen auf drei, vier, fünf Themen und an denen dann auch erbarmungslos festhalten, um uns – wie sagt man so schön – zu profilieren.

Und schließlich, fünftens und letztens. In der ganzen Methode nehme ich nur Bezug auf das, was ich am Beispiel der Sozialen Marktwirtschaft – Verteidigung hinten, Verteidigung vorne oder offensiv werden – gestern versucht habe darzutun. Wir müssen politisch und geistig in die Offensive kommen, wenn wir einen soliden und gesicherten Boden in einer Frage unter uns haben. Sonst wird dies nicht gutgehen. Und wir wollen uns auch den Begriff der „soliden Reformen“, der unser Begriff ist, den nun Brandt auch in seinem Vokabular hat, von ihm nicht stehlen lassen. Also auch in diesen Fragen des geistig und politisch Offensivwerdens nicht rumballern in der Luft, sondern diskutieren, einen Punkt finden. Erst wenn wir festen Grund und ein präzises, nachprüfbares, durchrechenbares Konzept haben, wollen wir damit auch offensiv werden.

Ich glaube, daß diese fünf Punkte sicherlich ziemlich allgemein sind. Aber sie bedeuten doch schon ein ganzes Stück – aus meiner Sicht wenigstens – Ansatz für mögliche Erneuerung. Diesem allgemeinen Teil wird man leichter zustimmen können als den Konsequenzen, die daraus zu ziehen sein werden. Aber darüber wollen wir dann auch unter uns ruhig heftig streiten in der Sache. Davon kann auch ruhig mal was öffentlich sichtbar werden, damit wir nicht als die Partei gelten, die nur Personalprobleme hat oder zu haben meint, sondern als die Partei, die ihre Energie der Lösung dieser Sachfragen zuwendet.

Das ist die kurze Zusammenfassung, die ich hier heute morgen geben wollte. Daß diese Debatte für uns alle sicher fruchtbar war und wir alle miteinander gelernt haben, ist klar. Das ist eine Ermütigung, so was wieder zu tun. Freilich nicht mehr mit dem Wort „Klausur“, weil das von den anderen als „Klausuritis“ der CDU/CSU bezeichnet wird. Aber wir müssen einfach Sitzungen machen, die halt eben einen Tag dauern, ohne daß wir da große Geschichten vorher ankündigen. Dann werden die Erwartungshorizonte zu groß. Zu häufige Klausuren verraten natürlich auch mangelnde Kursicherheit. Soweit diese Zusammenfassung. Ich würde gleich, damit das im Zusammenhang diskutiert werden kann wie gestern, den Generalsekretär bitten, uns doch hier das Kommuniké vielleicht vorzutragen.

*Kraske:* Bevor ich Ihnen das Kommuniké vortrage, muß ich zwei Vorfragen klären, denn die müssen in diesem Kommuniké berücksichtigt werden. Erstens, auf der Tagesordnung dieser Vorstandssitzung steht die Festlegung des Termins und des Orts für den nächsten Bundestag. Die Debatte darüber war dadurch belastet, daß aus technischen Gründen in Hamburg nur ein sehr später Novembertermin allein zur Ver-

fügung zu stehen schien. Inzwischen, vor vier Tagen, ist erfreulicherweise ein Mitbewerber ausgeschieden, indem er seine Reservierung freigegeben hat für die Zeit vom 5. bis 10. Oktober. Diese Zeit ist nunmehr frei in Hamburg, der 7. Oktober ist ein Sonntag. Wir können nicht heute entscheiden, ob dieser Parteitag zwei oder drei Tage lang ist. Ich würde Ihnen einen Entschluß empfehlen, daß der Parteitag der CDU 1973 in der Zeit zwischen 7. und 10. Oktober in Hamburg stattfindet. Herr Vorsitzender, ich würde vorschlagen, daß wir zuerst diesen Beschluß fassen oder darüber diskutieren. (*Barzel*: Entspricht dem Beschluß des Präsidiums.) Der 6. ist ein Samstag, wir sollten den Sonntag für die Gremien freihalten und am Montag mit der Arbeit beginnen. Das entspricht einem Schema, das sich eigentlich doch jetzt ganz gut eingeführt hat.

*Seiters*: Man müßte berücksichtigen – aber das ließe sich vielleicht mit Herrn von Hassel noch klären –, daß dies nach der jetzigen Parlamentsplanung eine Parlamentswoche ist. (*Unruhe und Diskussion*.)

*Barzel*: Ja, aber das wird dann sofort geändert.

*Kraske*: Dann darf das als einstimmig beschlossen so gelten und in das Kommuniké aufgenommen werden. Zweiter Punkt: Ich habe Ihnen den zweiten Teil meines gestrigen Berichts vorgelegt in der Hoffnung, daß wir heute dazu kommen würden, diese zehn konkreten Punkte zu diskutieren. Das ist nicht möglich. Das muß in die nächste Vorstandssitzung miteingehen. Aber ich habe mit Freude festgestellt, daß es nur zu einem dieser Punkte eine Kontroverse gegeben hat, die aber, wie ich meine, in dem Punkt „Jugendpolitischer Ausschuß“ auch sofort ausgeräumt ist. Das wird Gesprächsgegenstand zwischen der Jungen Union und der Partei sein müssen. Da sich die übrigen Punkte mit wesentlichen Beiträgen dieser Debatte, zuletzt mit dem von Herrn von Hassel, decken, hoffe ich, daß wir in der nächsten Vorstandssitzung zu diesen zehn Punkten womöglich mit Erweiterungen und jedenfalls Vertiefungen, auf die ich selber auch im Vortrag dann noch Wert legen würde, rechnen können.

Jetzt ist nur meine Bitte und meine Anregung, da wir hier nicht als Bundesvorstand beschließen können, jedenfalls würde ich uns das nicht empfehlen. Wir haben bei der Wahl aus den und den und den Gründen nicht das gesteckte Ziel erreicht. Da wir außerdem in dieses Kommuniké nach dem Gang der Debatte keine großen politischen Programme aufnehmen wollen und können, würde ich Ihnen vorschlagen, daß wir acht konkrete Punkte aus diesem Katalog stichwortartig herausnehmen, die die Partei betreffen, die also auch nicht die Fraktionsklausur präjudizieren, damit wir der Öffentlichkeit und der Parteiöffentlichkeit sagen können, wir haben hier nicht nur analysiert und getrauert, sondern wir haben den Blick in die Zukunft gerichtet und Vorschläge dafür gemacht.

Darf ich nach dieser Vorbemerkung bitten, den Entwurf zu verteilen, und ihn wie folgt vorlesen? (*Zwischenruf*: Erst mal gucken! – *Zwischenruf*: Erst mal verteilen!) Jawoll! So, ich glaube, inzwischen hat jeder ein Exemplar.

„Unter dem Vorsitz von Dr. Rainer Barzel trat der Bundesvorstand der CDU am 27. und 28. Januar“ – ich würde korrigieren, nachdem, was der Vorsitzende mit Recht gesagt hat – „zu einer zweitägigen Sitzung zusammen. Die Sitzung wurde durch ein-

gehende Berichte des Vorsitzenden und des Generalsekretärs eingeleitet, die eine offene Darstellung der Lage der Union nach der verlorenen Wahl von 19. November gaben und die erforderlichen politischen und ...“ (*Unruhe und Diskussion. – Zwischenruf: „Verloren“ streichen! – Diskussion.*) Ich nehme das gerne auf, obwohl für das „verloren“ auch manches spricht, „und die erforderlichen politischen und organisatorischen Konsequenzen ankündigte. Auf der Grundlage dieser Berichte ergab sich eine außerordentlich intensive mehrstündige Debatte“ ... (*Zwischenruf: „Mehrstündig“ streichen! – Unruhe und Diskussion.*) Darf ich dann vielleicht doch das Ganze im ganzen erst vorlesen? „Eine außerordentlich intensive Debatte, in der in allen wesentlichen Punkten Übereinstimmung erzielt wurde. Der Vorstand nahm von den vom Vorsitzenden und vom Generalsekretär vorgeschlagenen Maßnahmen zustimmend Kenntnis. Sie werden Grundlage der Beratungen des Bundesausschusses am 12. Februar sein und außerdem allen Kreisparteien zur Diskussion und Stellungnahme zugeleitet werden. Dazu gehören u. a.: 1. eine im Rahmen der vom Parteivorsitzenden angekündigten Aktion verstärkte Aktivität der gesamten Führungsspitze an der Basis der Partei sowie im vopolitischen Raum. 2. Bildung eines jugendpolitischen Ausschusses. 3. eine systematische Mitgliederwerbung. 4. ein verstärktes Engagement aller Parteimitglieder im kommunalen und sozialen Bereich. 5. eine intensive Schulung aller Mitarbeiter. 6. eine Intensivierung, Ausweitung der publizistischen Arbeit der Partei. 7. eine Förderung von Kontaktgesprächen mit den verschiedenen Fach-, Berufs- und Bevölkerungsgruppen. 8. eine Verstärkung der Auslandsarbeit der CDU. Der Bundesvorstand beschloß, den Bundesparteitag 1973 zwischen dem 7. und 10. Oktober 1973 in Hamburg zu veranstalten. Der stellvertretende Bundesvorsitzende, Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl, kündigte an, daß er sich auf dem Parteitag erneut um das Amt des Parteivorsitzenden bewerben werde. Dr. Barzel hatte schon vor einiger Zeit bekanntgegeben, daß er weiterhin für den Parteivorsitz zur Verfügung stehe. Der Bundesvorstand verzichtete auf eine Personaldebatte und war sich darin einig, daß die kommenden Monate der Partei entscheidende Sachfragen stellen, deren klare und überzeugende Beantwortung keinesfalls durch die unerläßliche Personaldebatte verdrängt, überlagert oder ersetzt werden darf.“

*Barzel:* Ich darf zunächst mitteilen, daß der Kollege Kohl mit diesem Text einverstanden ist.

*Stoltenberg:* Es gibt ein paar redaktionelle Anmerkungen, die sind an sich unerheblich. Ich nehme das eine Stichwort hier auf, „verloren“ ist gestrichen. Ich würde diese Sache mit dem „zustimmend Kenntnis nehmen“ überprüfen, da sonst nicht zum Ausdruck kommt die Solidarität mit den Berichten. Für die bin ich sehr, weil das auch für das menschliche Erscheinungsbild der Union wichtig ist. Andererseits finde ich „zustimmend Kenntnis“ paßt mehr in eine Regierungserklärung oder ein förmliches Verfahren untereinander. Ich würde hier sagen: „Auf der Grundlage dieser Berichte wurde in allen wesentlichen Punkten Übereinstimmung erzielt“, und würde dann sagen, „die Berichte und die Ergebnisse der Debatte werden Grundlage der Beratungen“. Dann ist in gewisser Weise die Übereinstimmung mit den Berichten deutlich geworden. Man kann sie noch etwas deutlicher machen, nur ich bin nicht ganz für die Formel

„zustimmend Kenntnis“. Man muß das aktiver ausdrücken und sagen: „Die Debatte erbrachte Übereinstimmung in den Berichten“ oder etwas Ähnliches. Das ist aber nur eine technische, redaktionelle Frage, keine materielle. Zum Schluß würde ich nicht sagen, die drei Punkte „verdrängt, überlagert oder ersetzt“, ich würde sagen „überlagert und ersetzt“, also drei ist ein bißchen viel. (*Barzel*: Bißchen viel, ja. – *Kraske*: Ich bin immer für eine Trias, aber ...)

Nun kommt es mir aber auf eine Sache an, die wichtiger ist. Dies ist sehr gut, dies wird aber nicht ganz den Erwartungen entsprechen, vor allem der aktiven und verantwortlichen Mitglieder der Gremien in den Landeskreisvorständen an diese Tagung, ich denke gar nicht an die Journalisten. Herr Kraske, so schwer es jetzt für Sie und uns ist, den Ertrag einer so weit gespannten Debatte – wie ich glaube insgesamt guten Debatte –, die aber natürlich von den philosophischen Grundlagenerörterungen bis zu den profanen Dingen der Organisation der Geschäftsstelle, Jugendreferat usw. reichte, in eine Fassung zu bringen und so sehr wir auch den Gesichtspunkt unseres Vorsitzenden hier berücksichtigen wollen, daß wir hier nicht anderen Gremien vorgreifen können, wir müssen ein Stück weitergehen und können das auch tun nach der Debatte, die wir geführt haben in der Frage der Vorbereitung des Parteitages, der Weiterführung unserer Arbeit. Rainer Barzel hat in seinem Resümee das noch einmal hervorgehoben als den Punkt der Übereinstimmung, den ich teile. Wir sollten deutlich machen, daß wir die Absicht haben in der Weiterentwicklung oder der Konkretisierung unseres Programms an den Punkten, in denen sich neue Aufgaben für uns stellen und in denen wir selbst diese Notwendigkeit erkennen, nicht in den nächsten Wochen, Entwürfe zu formulieren, die geeignet sind, eine breite Diskussion in der Partei einzuleiten mit einer Beschlußfassung im Herbst.

Ich bin mir darüber im klaren, daß wir heute das noch nicht nennen können, der Katalog bedarf einer sorgfältigen Überlegung aufgrund von Gesichtspunkten, die ja auch von unserem Vorsitzenden vorgetragen sind. Weil es natürlich auch Dinge geben kann – und das ist gestern in einer Zwischenbemerkung zu Müller-Hermann auch gesagt worden –, wo der zu große Ehrgeiz, schwierige Dinge unter uns hier schnell jetzt weiterzubringen, nicht zu einer Förderung, sondern unter Umständen zu einer neuen Belastung führen kann. Auch weil noch von Belastungen früherer Entscheidungen hier die Rede war. Wir wissen ja gar nicht, wie die Konstellationen und die Integrationskraft in der Mitbestimmungsfrage in wenigen Monaten sind. Das kann ein zweites Düsseldorf werden, vielleicht mit einer anderen Konstellation. Das heißt, wir müssen hier unterscheiden zwischen den Dingen, die wir uns bis zum Herbst vornehmen können, es sind Beispiele genannt, in denen wir relativ weit sind. Ich rechne das Bodenrecht dazu, ich rechne dazu berufliche Bildung. Der Katalog kann jetzt nicht genannt werden. Aber die Absicht, dies zu tun und die Punkte zu formulieren in den nächsten Wochen als Aufgabe für Präsidium und Vorstand muß deutlich werden. Die Tatsache, daß wir selbst der Partei diese Aufgabe stellen, halte ich für notwendig. Ich würde auch, lieber Herr Kraske, sagen – obwohl wir da nicht so sehr weit gekommen sind wie in dem ersten Punkt –, daß es vielleicht doch richtig wäre, daß der Bundesvorstand, der Vorsitzende und Generalsekretär gewillt sind, die wirksamere Reorganisa-

tion unsere Stäbe – das ist jetzt meine Sprache – und damit unserer ganzen Parteistruktur, unserer Parteiorganisation auf der Bundesorganisation im Lichte der Erfahrungen neu zu diskutieren und hier zu Ergebnissen zu kommen.

Zweiter Punkt, in dem sich Erwartungen an uns richten. Manches, sagt Rainer Barzel, wäre vor einem Jahr noch nicht möglich gewesen. Anderes, wie die optimale Reorganisation unserer Partei, Kontakte zu den sozialen Gruppen, um auch die drei berühmten Stichworte zu nennen, die wir heute auch z.T. zu Recht in den Zeitungen finden, Frauen, Arbeitnehmer und Junge Union, haben wir schon 1969 gesagt und gewollt. Wir wissen genau, daß diese ganzen richtigen Überschriften natürlich nur die Chance der Realisierung haben, wenn sich Konsequenzen für unsere eigene Organisation daraus ergeben. Deswegen glaube ich, daß wegen der Wirkung auf die Partei auch dieser zweite Punkt wichtig wäre, er kann natürlich nur in einer behutsamen Formulierung – wenn überhaupt – angesprochen werden. Das sind die beiden Punkte, an denen ich eine aktuelle Ergänzung vorschlage.

*Barzel:* Eine Sekunde! Ich hatte versucht, eine Zusammenfassung zu geben. Und das natürlich auch zu dem Zwecke, was sage ich nun also draußen und was berichte ich eigentlich der Fraktion und weiß ich sonst wo und was schreibe ich den hier nicht anwesenden Freunden, Herrn Filbinger usw. Ich denke, wir haben noch eine Pressekonferenz, da werde ich natürlich auch anfangs etwas zu sagen haben und nicht das Kommuniqué vorlesen. Da würde ich also sagen, wir haben einige Punkte Ihnen gleich mitzuteilen; an einigen Stellen ist das noch nicht konkret, weil wir noch diese Sitzungen haben und erst dann ein Arbeitsprogramm vorlegen, so wie ich das hier vorgetragen habe. Dann würde ich zu unserer Politik sagen – nicht so ausführlich und auch nicht so deutlich –, um den Erwartungshorizont etwas hochzuhalten, weiter sind wir hier nicht. Ich würde sagen, wir werden unsere Ideale, unsere Ziele, unsere Grundsätze stärker betonen. Die Grundsatzkommission wird ihre Arbeit fortsetzen und auf dem kommenden Parteitag erneut berichten. Ich lasse das mal offen, ob das dann ein Zwischenbericht oder zu einzelnen Punkten ein Endbericht ist. Wir werden Volkspartei immer mehr begreifen als die Chance, eine Politik zu entwerfen ohne falsche Rücksicht auf Interessen oder Gruppen. Das hört sich sehr gut an. Wir werden aus unseren ordnungspolitischen Vorstellungen mit prinzipieller Radikalität aus der Substanz zu einzelnen Sachbereichen Arbeitsgruppen einsetzen, die Konzepte zur Entscheidung vorlegen sollen. Der Themenkatalog wird später mitgeteilt werden können. Heute nenne ich „Berufliche Bildung“, „Eigentumsstreuung“, „Bodenrecht“. Das sind drei Punkte, denen hat hier keiner widersprochen. Und dann werde ich sagen, wir werden die Arbeit der Partei und der Fraktion auf Schwerpunkte konzentrieren und entsprechend dieser politischen Planung auch im organisatorischen Bereich Konsequenzen ziehen. Das ist selbstverständlich.

*Blüm:* Wir waren uns darüber einig, daß die Erwartungen an diese Klausurtagung sehr hoch sind. Wir haben damit drei Monate gewartet, dadurch sind die Erwartungen so hoch. Das ist Chance und Risiko. Das Risiko, daß die Leute enttäuscht sind, und die Chance, daß wir eine einmalige Aufmerksamkeit haben, sowohl bei unseren Parteimitgliedern als auch bei der Öffentlichkeit. Und diese Aufmerksamkeit, meine ich, könn-

ten wir nicht dadurch beantworten, daß wir achtmal sagen, seid fleißiger. Die Antwort dieses Kommuniqués heißt Betriebsamkeit. Ich meine, wir müßten in diesem Kommuniqué von diesem Vorstand auch etwas Inhaltliches sagen. Da genügt es nicht, daß der Vorsitzende die Sachbereiche erläuternd und interpretierend darstellt, sondern dieser Vorstand muß ein paar Punkte nennen, wo unsere Entschlossenheit auch zu Sachpunkten klarer wird. Ich zähle dazu auch Bodenrecht, berufliche Bildung, Eigentum, Mitbestimmung und die ordnungspolitischen Fragen. Das muß nicht umschrieben werden, sondern konkret in dieses Kommuniqué.

*Barzel:* Zur Geschäftsordnung Herr Katzer.

*Katzer:* Ich hatte genau den gleichen Ansatz. Ich würde nur fragen, kann man denn nicht das, was der Vorsitzende als seine Erklärung hier gebracht hat, (*Zwischenruf:* Das ist doch nicht zur Geschäftsordnung!) jetzt nicht abschreiben lassen und das als Inhalt unserer Publikation mitaufnehmen. Das ist doch dann der Erwartungshorizont, den wir machen können. Nicht mit so einem Papierchen, sondern diese Dinge voranstellen, das andere kann man hinterher erläutern. (*Unruhe und Diskussion.*)

*Von Weizsäcker:* Zwei Punkte, der erste ist jetzt von den beiden letzten Wortmeldungen schon präzisiert worden. Bei allem Verständnis für das Bedürfnis der Partei, wie auch der Parteiführung, diese acht Punkte zu nennen, sie stehen an dritter und nicht an erster Stelle. An erster Stelle steht die inhaltliche Auseinandersetzung, an zweiter Stelle steht die politische Schwerpunktbenennung, soweit wir es eben können. Ich finde, die fünf Punkte von Herrn Blüm kann man so nennen. An dritter Stelle – aber erst an dritter Stelle! – stehen dann die Maßnahmen zur Aktivierung. Und innerhalb dieser Aktivierungspunkte steht bei mir Punkt 1 nicht an erster Stelle, aber das ist eine untergeordnete Frage. Das war mein erster Punkt.

Mein zweiter Punkt ist mehr eine konkrete Sachfrage, die sich auf den letzten Absatz bezieht. Ich würde nicht davon sprechen, „der Bundesvorstand verzichtete auf eine Personaldebatte“, sondern ich würde eher sagen, „der Bundesvorstand war sich darin einig, daß die kommenden Monate der Partei entscheidende Sachfragen stellen. Die Personaldebatte tritt nicht an ihre Stelle, sondern wird sich aus ihr ergeben.“

*Barzel:* Das gibt natürlich alle Spekulationen. Weil dann ganz klar ist, das, was Helmut Kohl oder ich in den nächsten acht Monaten zu irgendeinem Sachbereich sagen, gilt dann als eine verstärkte Punktesammlung für die personelle Entscheidung. (*Unruhe und Diskussion.*)

*Von Weizsäcker:* Den Einwand erkenne ich natürlich an, obwohl ich nicht glaube, daß sich das ganz eliminieren läßt. Aber ich finde nicht, daß man sagen kann, wir verzichteten auf die Personaldebatte. Sondern wir müssen anfangen mit dem Positiven und sagen, daß die entscheidenden Sachfragen sich jetzt stellen. Das haben wir doch auch alle gesagt. (*Diskussion.* – *Barzel:* Darf ich mal sehen, wie das dann heißt, wenn der Verzicht wegkommt?) „War sich darin einig, daß“. (*Zwischenruf:* Dann so stehen lassen! – *Diskussion.*)

*Barzel:* Nein, das ist natürlich die Frage, die die Öffentlichkeit doch interessiert. Nachdem Herr Kohl und ich eine Erklärung abgegeben haben, hat Herr Köppler das Wort genommen und gesagt, „Also, nun wollen wir aber jetzt darüber nicht disku-



tieren“. Dann gab es andere Diskussionsbeiträge, die haben nur gesagt, hier steht ein Sachproblem und nicht nur ein Personalproblem zur Debatte, nämlich wie man am besten Führung organisiert. Weiter ist es doch hier nicht gegangen. Und wir haben ausdrücklich gesagt, wir verzichten jetzt auf die Personaldebatte. (Von Weizsäcker: Dann sagen wir „Er führte keine Personaldebatte“, aber nicht, „Er verzichtete“. – *Zwischenruf*: Das kann man machen.) Damit bin ich einverstanden.

*Kohl*: Ich bin sehr damit einverstanden, daß man das „verzichtete“ ersetzt. Das ist vielleicht nicht ganz glücklich und könnte mißverständlich interpretiert werden. (*Diskussion*.)

*Barzel*: Das eine ist eine Feststellung, das andere ist ein Willensakt. Das, was hier passiert ist, war ein Willensakt. (*Unruhe und Diskussion*.)

*Lorenz*: Das meiste ist schon gesagt worden. Ich bin also auch der Auffassung, daß die Einführung oder die Zusammenfassung des Vorsitzenden im wesentlichen hier an den Anfang in diese Resolution hereingenommen werden sollte. Ich bin auch der Meinung, es muß der Partei gegenüber deutlich werden, daß das nun die Meinung des gesamten Vorstandes ist und nicht nur des Vorsitzenden. Vielleicht sollte man noch eine Andeutung machen, daß wir mit dieser Sitzung begonnen haben, von unseren geistigen Grundlagen ausgehend die Neuformulierung unserer Prinzipien anzugehen. Im Grunde genommen ist es das, was die Grundsatzkommission ja bereits zu einem Teil gemacht hat und was wir noch fortführen müssen. Aber ich gebe zu, daß es schwer zu formulieren ist. Auf jeden Fall muß aber aus dem gesamten Duktus des Kommunikés deutlich werden, daß wir uns mit solchen Grundsatzfragen beschäftigt haben und nicht nur, daß wir uns mit der Frage beschäftigt haben, was für praktische Maßnahmen, organisatorische Maßnahmen und so weiter wir in Zukunft beabsichtigen.

*Dregger*: Ich möchte ebenfalls, daß hier ein Satz erweitert wird, inhaltlich. Die fünf Punkte des Vorsitzenden scheinen mir durchaus geeignet zu sein für eine Aufnahme. Ich wäre im übrigen dankbar dafür, wenn solche Zusammenfassungen auch für unsere Kenntnisnahme festgehalten würden. Das ist ja nicht nur für Sie interessant, sondern für uns alle, welches Ergebnis unsere Diskussionen gehabt haben (*Barzel*: Verzeihen Sie, daß ich Ihnen ins Wort falle, Herr Dregger. Das sind meine Notizen. Ich kann mich nach dem letzten Diskussionsbeitrag hinsetzen und die Diskussion zusammenfassen.) Später, ich meine als Unterlage für unsere Beratungen, die wir fortsetzen wollen, dann haben wir uns mißverstanden. (*Barzel*: Entschuldigung, dann haben wir uns wirklich mißverstanden, aber eine Zusammenfassung einer Diskussion ist immer freihändig.) Ich hätte nur gerne, daß wir das für uns alle festhalten, damit wir nachher die Diskussion fortsetzen können. Ich wäre aber auch dafür, unser Kommuniké auszuweiten, wie es auch Herr von Weizsäcker vorgeschlagen hat. Ich meine, daß einige Ihrer Punkte zumindest geeignet wären, darin aufgenommen zu werden.

Zweitens, ich bedaure eigentlich, daß über das Papier Schwarz-Schilling/Langguth hier nicht mehr diskutiert worden ist. Ich nehme an, wir haben es alle gelesen. Ich möchte die Frage stellen, ob wir es nicht wenigstens aufnehmen können als einen der Berichte, über den wir diskutiert haben oder ob wir es sogar im Grundsatz billigen könnten. Das sieht hier etwas sehr formal aus. Wir haben Berichte des Vorsitzenden,

des Generalsekretärs erhalten, dann haben wir heftig diskutiert und dann haben wir zustimmend Kenntnis genommen. Das macht also keinen sehr überzeugenden Eindruck auf die allgemeine Öffentlichkeit. Ich bäte also darum, doch zu erwägen, dieses Papier Schwarz-Schilling/Langguth aufzunehmen.

Und ein drittes, die Sprache ist so wichtig. Ich meine jetzt nicht dieses Papier. Ich möchte mir trotzdem erlauben, auf den ersten Entwurf zurückzugehen. Das steht auf Seite 2 unten: „Die systematische Veränderung des Images der CDU insbesondere im Hinblick auf eine moderne Volkspartei“. Ich würde sagen „die systematische Verdeutlichung“. Wir sind die Volkspartei, und wir müssen allenfalls unser Image verdeutlichen, aber nicht verändern. Ein zweites Beispiel. Auf Seite 15, „Politische Strategie“, Herr Kraske, „Auch die Einsicht, daß ein langfristiger Trend eher den Grundlinien der Regierungspolitik als den Prinzipien der Union zu entsprechen scheint“. Die anderen singen: „Mit uns zieht die neue Zeit“<sup>29</sup>. Wir sollten sehr vorsichtig sein mit der Behauptung, daß der Zeitgeist gegen uns stünde. Wenn das wirklich so wäre, würden wir ja keine Chancen haben. Das ist allenfalls ein augenblicklicher Modetrend, der gegen uns zu sprechen scheint. Aber im Grunde sind wir doch die Zukunft. Wir sollten in solchen Darstellungen nach außen sehr vorsichtig sein, weil es sehr defätistisch wirkt.

*Barzel:* Dies, glaube ich, hat der Herr Generalsekretär auf den Tisch gelegt, um für den jetzigen Augenblick die Diskussion zu erleichtern. Der Text ist ja doch etwas anders.

*Schwarz-Schilling:* Wir sind uns ja alle einig gewesen, daß wir die Diskussion draußen möglichst auf die Grundsätze führen sollten und nicht auf Personalfragen. Und insoweit möchte ich anmerken, daß in dem Kommuniké die Grundsatzdiskussion überhaupt nicht zum Ausdruck gekommen ist und daß das also entsprechend erweitert werden muß. Ich möchte mich also dem anschließen, was Herr von Weizsäcker und Herr Dregger gesagt haben.

Zum zweiten: Ich möchte auch sagen, daß es eigentlich sicherlich kein Fehler wäre, wenn diese Diskussion eine gewisse Richtung bekäme, nämlich auf die Grundwerte und nicht auf die schon konkreten politischen Fragen. Dann würde man nämlich wieder Positionen festlegen, die uns im späteren Parteitag zu sehr schwierigen Fragen führen könnten. Ich bin der Auffassung, daß die Grundwertediskussion vor den konkreten politischen Festlegungen liegen muß. Wenn hierzu nicht irgend etwas gesagt wird, wir nun also wieder darüber anfangen unter Umständen an dem Berliner Programm, dann müßte man das hier und dort ändern und ähnliches mehr, ohne daß diese Sonde, die wir uns erst schaffen müssen, überhaupt formuliert ist. Nur aus diesem Grunde möchte ich sagen, daß das Papier, was ich mit Herrn Langguth zusammen gemacht habe und was sich jetzt vielleicht ganz gut so liest – was uns sehr viel Arbeit gemacht hat – sicherlich in diese Grundrichtung hinzieht, in die sich die Diskussion bewegen sollte. Ob man dem jetzt voll zustimmt oder nicht, das scheint ja hier völlig dahingestellt. Nur ich würde es bedauern, wenn das jetzt total unterginge. Wir haben

---

29 Vers aus dem 1916 entstandenen Arbeiterlied „Wann wir schreiten Seit' an Seit'“ von Hermann Claudius (1878–1980).

es präsentiert, wir haben es Ihnen rechtzeitig zugesagt, wir haben uns diese Arbeit gemacht, und wir halten es dann auch für angebracht, daß dazu irgendwo hier bei dieser Tagung Stellung bezogen wird, ob es in die Unterlagen aufgenommen wird, ob es mit versandt wird zur Stellungnahme oder ähnliches.

*Barzel:* Das ist eine praktische Frage, Herr Schwarz-Schilling. Ich habe in meinem Bericht gesagt, gestern schon, daß ich diesem Papier zustimme, wie Sie sich erinnern. Da ist also für mich im Inhalt überhaupt keine Schwierigkeit. Nur, wenn Sie hier mit Zustimmung an einer Stelle kommen, dann kommt die zustimmende Kenntnisnahme bei Generalsekretär und bei dem Vorsitzenden. Ich habe absichtlich nicht, und ich nehme an, Franz Amrehn hat dies wohlwollend bemerkt, nicht irgendeine Formulierung gebracht, „Der Bericht wird gebilligt“. Das kann man ja gar nicht, weil er ja selbst auch oft nur Fragen stellt. Wie soll man die Fragestellung billigen? Auf der anderen Seite muß natürlich eine positive Aufnahme dieser Berichte, weil es ja so war, vermerkt werden. Ich könnte mir deshalb vorstellen, daß wir diesen Bericht von den beiden Kollegen den Mitgliedern des Bundesparteiausschusses übersenden zur Vorbereitung der Diskussion am 12. Februar. Das würde ich sehr gerne sehen. Aber ich weiß nicht, ob das ins Kommuniké kommt, denn dann haben wir nachher die Schwierigkeit mit den anderen Berichten. Dann heißt die erste Frage sofort: Was war mit dem Bericht von Kraske? (*Diskussion.* – *Zwischenruf:* Das kann man doch beifügen. Können wir das denn nicht beifügen?)

*Schwarz-Schilling:* Wir haben ja eine korrigierte Fassung, korrigiert nur in einzelnen Ausdrücken. Zum Beispiel haben wir die Parteihochschule weggenommen aufgrund uns einleuchtender Argumente. Wir haben also davon geschrieben, „Einrichtung und Ausbau von Akademien der Partei“, weil man etwas mehr dann hinterher interpretiert, weil es doch, sagen wir mal von der nationalsozialistischen Zeit in einen gewissen Klang kommen könnte, den wir ja nicht haben.

*Barzel:* Aber wenn wir das dem Bundesparteiausschuß schicken ... (*Zwischenruf:* Ja, finde ich auch richtig. – *Zwischenruf:* Ja, aber dann sollten Sie das wenigstens irgendwo in der Pressekonferenz vermerken, damit diese Grundsatzdiskussion als solche auch in Erscheinung tritt. – *Diskussion.*) Stellen wir uns mal vor, was die Schlagzeile dann ist. (*Zwischenruf:* Die CDU hat die geistige Führung verloren! So was.)

*Gradl:* Ich würde vorschlagen, jetzt die acht Punkte noch mal ein bißchen durchzusehen, ob man nicht auf den einen oder anderen verzichten kann. (*Unruhe.*) Wenn wir also unsere Mitarbeiter schulen, ist das zwar wichtig. Das kann man ihnen sagen in einer Parteimitteilung, aber für die Öffentlichkeit ist das gleichgültig, es gibt vielleicht auch anderes, was dahin gehört. Viel wichtiger ist, daß wir am Schluß, in dem letzten Absatz, etwas dazu sagen, daß wir die Herausforderung der modernen Gesellschaft und Technik kapiert haben und daß wir uns ihr stellen werden, daß wir die bereits geleistete Arbeit der Grundsatzkommission hoch bewerten, daß sie intensiviert, fortgesetzt werden muß, daß wir uns von ihr mancherlei versprechen.

Dann, Herr Vorsitzender, denn dies ist das eigentliche Problem, haben Sie Stoff genug, zusätzlich zu sagen, worum es geht. Denn Beispiele kann man liefern. Zum Beispiel würde ich dringend empfehlen, daß dieser Vorstand sich darüber klar war,

daß die Partei ihr Grundverhältnis zu den Organisationen der Arbeitnehmerschaft überprüfen muß. Dies ist so etwas. Ob da alle nun zustimmen, weiß ich nicht. Aber dies würde einmal einen Schwerpunkt setzen, der nicht nur Aufsehen erregt, was auch nicht schlecht wäre, sondern der zeigt, in welche Richtung hinaus wir denken.

*Barzel:* Das würde ich auf gar keinen Fall tun.

*Kraske:* Meine Damen und Herren, ich glaube die bisherige Debatte zeigt, was der Hintergrund, übrigens gar nicht meiner eigenen Überlegungen, sondern das Ergebnis eines Gespräches mit vielen in diesem Kreise und im Präsidium, war. Diese Debatte ist nicht abgeschlossen. Wenn wir jetzt in 20 Minuten zu formulierten Ergebnissen in den Grundsatz- und Sachfragen kommen wollen, dann sage ich Ihnen aus meiner Erfahrung, daß wir das nicht schaffen werden. Deswegen war die Vorstellung, die dieser Sache zugrunde liegt, daß wir uns in dem Kommuniké auf wenige Sätze beschränken, und zwar liegt der Schwerpunkt auf dem, was wir sagen müssen, nämlich den letzten beiden Absätzen. Dies wird ergänzt durch einen Bericht des Vorsitzenden vor der Presse, zu dem er als Vorsitzender nach einer Sitzung verpflichtet ist. Bitte sehen Sie dieses mit dieser Punktation von 1 bis 8, zu der ich gleich etwas sage, als eine Ergänzung dieses Berichtes an.

1. Ich lasse mich davon überzeugen, wenn dieses der einzige schriftliche Bericht ist, daß das einen falschen Eindruck gibt und daß man das deswegen nicht da reinschreiben sollte. 2. Man sollte es erst recht dann nicht reinschreiben, wenn wir aus der Zusammenfassung des Vorsitzenden die drei oder vier Stichpunkte, die hier aufgenommen worden sind, an den Anfang stellen. Aber dann würde ich gar nicht nur aus den Punkten 1 bis 8 etwas streichen oder zusammenfassen, sondern diesen Teil völlig rausnehmen und mich darauf beschränken, daß diese Diskussion im Bundesausschuß und mit den Kreisverbänden fortgesetzt wird. Wenn Fragen kommen, Worum geht es denn da?, kann der Generalsekretär auf einzelne Punkte verweisen, die hier in der Debatte sind.

*Echternach:* Ich meine auch, daß wir einmal aus dem Kommuniké-Entwurf den Passus „zustimmend Kenntnis“ rausnehmen sollten, so oder so. Denn wir haben über die Berichte im einzelnen hier gar nicht debattiert. Die waren für uns interessant, aber wenn man die Berichte jetzt im einzelnen durchgeht, wenn sie so stark in den Mittelpunkt gerückt werden, daß sie jetzt auch die Grundlage der weiteren Beratungen sein sollen, dann kann man hier den Bundesvorstand nicht automatisch mit in die Verantwortung nehmen. Herr Dregger hat schon auf ein, zwei Passagen hingewiesen, die über den kleinen Ausschnitt des Berichtes von Dr. Kraske problematisch sind und mit dem wir uns hier nicht automatisch identifizieren können. Ich meine zum anderen, daß mit Recht die Frage der weiteren Arbeit der Grundsatzkommission aufgeworfen ist. Ich weiß nicht – Herr Dr. Barzel, es solle wieder berichtet werden auf dem nächsten Parteitag, d. h., es wird eine zweite Grundsatzrede gehalten –, ob wir nicht zu einer Beschlußfassung kommen müssen, daß wir uns darauf verständigen können, daß dieses bis zum Sommer vorgelegt, in der Partei beraten und auf dem Parteitag beschlossen werden soll, um zu einer gemeinsamen Basis zu kommen, die auch dann in einer Beschlußfassung gipfelt und eben nicht nur in jeweils umformulierten Soloreden von Herrn von Weizsäcker.

*Barzel:* Ja, dies könnte sein, das war Ihre Anregung, die Sie jetzt gern durchsetzen wollen, Herr Echternach, und das versteht jeder. Aber, ob wir das schaffen, wissen wir nicht. Ich habe mit Herrn von Weizsäcker mich ausgiebig unterhalten. Und wenn Sie sich an meinen Bericht erinnern, habe ich die Aufgabenstellung der Grundsatzkommission sehr sorgfältig formuliert. Damit kann ein Schlußbericht, wenn der Auftrag so gegeben wird, wie ich ihn hier formuliert habe, unmöglich bis zum Sommer erstellt sein. Sie hätten gerne so eine Art Grundsatzklärung. Es kann ja sein, daß wir das schaffen und am 19. Februar in unserem Arbeitsprogramm festhalten. Wir haben das heute nicht weit genug diskutiert, das räume ich Ihnen ein. Ich hatte deshalb nur gesagt, die Grundsatzkommission wird ihre Arbeit fortsetzen und auf dem kommenden Parteitag erneut berichten. Das ist genau das, was jetzt klar ist. Alles, was weitergehend ist, ist nicht erörtert, nicht diskutiert und deshalb nicht beschlußfähig, fürchte ich. (*Diskussion.*)

*Von Weizsäcker:* Darf ich dazu noch sagen, wir haben uns – der Parteivorsitzende mit mir – darüber unterhalten über eine Anregung, die der Parteivorsitzende zu bedenken gegeben hatte mehr im Sinne Ihrer Anregung, nämlich den Abschlußbericht auch öffentlich zu machen. Ich habe dazu gesagt, ich könnte nach dem Stand unseres Verständnisses, unserer weiteren Arbeit in der Grundsatzkommission eine solche Zusage gar nicht übernehmen. Wir haben im Gegenteil die Vorstellung, daß wir in bezug auf sehr wichtige Grundsatzfragen viel länger Zeit brauchen. Wenn ein Bericht gewünscht wird, dann werden wir uns diesem Wunsch natürlich sofort stellen und sehen, was wir damit machen können. In einer anderen Phase der Diskussion haben Sie mal gesagt, wir sollten zum Thema – Sie haben nicht „Basisarbeit“ gesagt, aber es ging in diese Richtung – etwas Prinzipielles konkretisieren und das vorlegen. Also, das ist gewissermaßen ein Einzelauftrag. Dem ließe sich eher entsprechen. Aber eine formulierte Abschlußvorlage des Grundsatzberichtes im Sommer vorzulegen, mit zweimonatiger Diskussion und dann Beschlußfassung, ist etwas, was nach dem Verständnis der langfristigen Anlaufzeit und der Konsequenzen unserer Arbeit von uns nicht geleistet werden können, wenn es wirklich etwas Vernünftiges sein soll. Die Stimmung in der Grundsatzkommission war nicht nur, nicht hier mit einem Abschlußbericht aufzutreten, sondern auch gar nicht unbedingt überhaupt aufzutreten. Die Beschäftigung mit den Grundsatzfragen soll deswegen nicht an Intensität leiden, sondern eher zunehmen.

*Barzel:* Wir wollen uns ja das Leben nicht so schwer machen. Strittig ist das mit der zustimmenden Kenntnisnahme, das, was der Wahrheit entspricht, das ist eine positive Aufnahme und das ist auch nicht so bürokratisch formuliert. Was ich zu unserer Politik zu sagen die Absicht habe – also außer dem Verfahrenspunkt und den Themen usw., was da noch kommt –, das will ich nicht wiederholen, sondern unsere Ideale, Ziele und Grundsätze stärker betonen. Die Grundsatzkommission wird ihre Arbeit fortsetzen und auf dem kommenden Parteitag erneut berichten. Wir werden „Volkspartei“ immer mehr begreifen als die Chance, eine Politik zu entwerfen ohne falsche Rücksicht auf Interessen und Gruppen. Wir werden aus unseren ordnungspolitischen Vorstellungen mit prinzipieller Radikalität aus unserer Substanz zu einzelnen Sachbereichen

Arbeitsgruppen einsetzen, die Konzepte zur Diskussion in der Partei uns zur Entscheidung vorlegen sollen. Der Themenkatalog wird später mitgeteilt werden, heute nenne ich „Berufliche Bildung“, „Eigentumsstreuung“ und „Bodenrecht“. (*Zwischenruf*) Mitbestimmung möchte ich nicht nennen. Das gibt dann nur die Schlagzeile, „CDU nimmt Mitbestimmungsdiskussion wieder auf“, und dann sind wir in der Diskussion, bevor wir eine Antwort auch nur erahnen, dann kriegen wir die Enden nie mehr zusammen. Dann heißt es, die Diskussion ist frei, und dann fängt der eine an, „Ich bin hier für Parität“, und der andere sagt, „Ich bin für Riemer, ich bin für Maihofer<sup>30</sup>“, was soll das alles? Horn<sup>31</sup> haben wir eigentlich, Sozialausschüsse, Königswinter. Wer kriegt die Enden zusammen? Ich bin auch für Richtungsstreit in solchen Sachfragen. Aber bitte nach Diskussion und nicht vor Diskussion, denn dann kriegen wir die Enden nicht mehr zusammen.

Der Schlußsatz heißt dann: „Wir werden die Arbeit der Partei und der Fraktion auf Schwerpunkte konzentrieren und die Organisationsfragen in der Partei und der Fraktion entsprechend lösen“. Der Gang dieser Debatte, vor allen Dingen der Schluß, macht deutlich, daß hier organisatorische Konsequenzen zu ziehen sind. (*Unruhe und Diskussion.*)

*Stoltenberg:* Ich schlage vor, daß wir, da wir jetzt kein Redaktionskomitee hier bilden können und nur wieder in Sachdebatten hineinkommen, wir in Aussicht nehmen, auf der Basis dieser Zusammenfassung und des ersten Entwurfs, daß drei oder vier von uns gemeinsam mit dem Vorsitzenden und dem Generalsekretär noch einmal versuchen, einiges davon in ein Kommuniké hineinzubringen, das neu gefaßt werden muß. Das ist in der Form dann, die der Vorsitzende hier beschrieben hat und von ihm präsentiert wird. Denn sonst reduzieren wir das Ganze natürlich auf den mündlichen Bericht, dem ich inhaltlich zustimmen würde, mit ein, zwei Anmerkungen vielleicht. Das ist vielleicht auch dann nicht ganz glücklich.

Ein Punkt zum Inhaltlichen ist für mich, daß klar werden muß, daß wir, was Sie mit Kommissionen gemeint haben, Rainer Barzel, bestimmte Dinge, die wir nicht heute abschließend bestimmen können, definieren können, auch in der Partei zur Diskussion und Meinungsbildung bis zum Herbst stellen. Wir müssen die Aufgaben stellen. Nicht heute, aber wir müssen das heute ankündigen, damit wir im Parteitag ein Stück demokratischer Willensbildung haben. Hier wird nur von Kommissionen geredet. Das Ergebnis der Kommission muß sozusagen der Partei zur Diskussion gestellt werden, wie wir es früher mit Gesetzesvorgaben gemacht haben.

*Barzel:* Darf ich mal versuchen, hier einfach was ins Blaue vorzulesen: „Unter dem Vorsitz von ... trat der Bundesvorstand zu einer Tagung zusammen“. Klausur wollten wir streichen? „Die Sitzung wurde durch eingehende Berichte des Vorsitzenden und des Generalsekretärs eingeleitet, die eine offene Darstellung der Lage der Union nach

---

30 Dr. Werner Maihofer (1918–2009), Jurist; 1955–1969 Professor an der Universität Saarbrücken, 1972–1980 MdB (FDP), 1972–1974 Bundesminister für besondere Aufgaben. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1296 Anm. 14.

31 Zum Modell „Horn“ vgl. Nr. 7 Anm. 67.

der Wahl von 19. November gaben. Sie wurden positiv aufgenommen und führten zu einer außerordentlichen intensiven, vielstündigen Grundsatzdebatte, in der in allen wesentlichen Punkten Übereinstimmung erzielt wurde. Sie werden Grundlage der Beratungen des Bundesausschuß am 12. Februar sein und außerdem allen Kreisparteien zur Diskussion und Stellungnahme zugeleitet werden.“ Zu unserer künftigen Politik kommt also hier diese Passage.

Dann ist die Frage, ob wir hier das weglassen, „Der Bundesvorstand beschloß“, die Sache mit Hamburg und die Sache mit der Personaldebatte. (*Diskussion.* – *Stoltenberg*: Die Leute wollen doch wissen, was geschieht in Hamburg eigentlich außer der Personalfrage? Ich will nicht insistieren, aber ich halte das für wichtig.) Ja das ist sehr gut. Was haben wir? „Der Bundesvorstand beschloß, den Bundesparteitag in Hamburg zu veranstalten.“ (*Diskussion.*) „Zu veranstalten“, dann müssen wir dazwischen also erst mal die Probleme benennen, „auf diesem Parteitag sollen neben dem Bericht der Grundsatzkommission zu einzelnen Bereichen Entscheidungen herbeigeführt werden“. (*Diskussion.*) „Der politischen Aussagen“, nicht „des Programms“, sonst heißt es doch, daß wir am Programm rumfummeln.

*Stoltenberg*: Dann würde ich sagen, daß dazu rechtzeitig Entwürfe oder Vorlagen von Vorstand, von Kommissionen der Partei zur Diskussion zugesandt werden, daß die Leute wissen, daß ihnen eine Aufgabe zugeordnet ist. Also, für die psychologische Lage der Partei füge ich diesen Satz noch hinzu. Ich bitte um Entschuldigung.

*Lampersbach*: Ich habe nur eine Frage: Die acht Punkte sind damit gestrichen? (*Barzel*: Ja. – *Wex*: Gott sei Dank!)

*Lenke*: Nur zu meinem Wohl, das Wort „Programm“ erscheint nicht?

*Barzel*: Wir erwecken nicht den Eindruck, sonst ist das ja die Schlagzeile, die CDU macht neues Programm, die CDU macht Mitbestimmung usw. Obwohl uns das kaum gelingen wird. Die Öffentlichkeit ist an dem anderen Teil, vor allem die Journalisten, immer mehr interessiert. (*Unruhe und Diskussion.*) – Herr Schwarz-Schilling!

*Schwarz-Schilling*: Sollten wir nicht anmerken, daß wir eine eingehende Wahlanalyse diskutiert haben? (*Zwischenruf*: Das versteht sich doch von selbst.)

*Barzel*: Hat Herr Weiskirch, glaube ich, auch gestern den ganzen Tag den Journalisten schon gesagt.

*Langguth*: Dann ist natürlich noch die Frage zu klären, was geschieht mit dem Papier Schwarz-Schilling/Langguth und vor allem auch der Frage der Jungwählerangelegenheit? Ich muß sagen, daß wir beide etwas enttäuscht sind, daß man sich unserem Papier nicht mit der genügenden Zeit widmen konnte. (*Unruhe.*)

*Barzel*: Aber, lieber Herr Langguth, stellen Sie sich doch mal vor, wie meine Gefühle sind, wenn mein verehrter Kollege Echternach am Schluß einer so vielstündigen Debatte sagt, er könne den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen, weil er ihn gar nicht diskutiert habe. Wissen Sie, was das für einen Vorsitzenden heißt? (*Langguth*: Die Frage ist jetzt nur zu stellen, was geschieht mit diesen beiden Sachen, mit diesen beiden Papieren?) Also, das eine Papier kriegen die Mitglieder des Bundesparteiausschusses mit einem Anschreiben des Generalsekretärs zur Vorbereitung der Diskussion. Da werden auch andere Materialien übersandt. Der Vorschlag Langguth zur Ju-

gendpolitik geht ein in die vielen Vorschläge, die das Präsidium nun sortieren muß, um sein Arbeitsprogramm Ihnen vorzulegen zum 19. (*Diskussion. – Zwischenruf:* Ja, weil der Vorsitzende gesagt hat, wir stimmen zu. Das war mein Punkt, ich bin mit der Formulierung des „C“ noch nicht ganz glücklich.) Verzeihen Sie, wenn ich sage, ich stimme zu, heißt das nicht, daß ich hier jedem Wort da zustimme. Das ist ein Aufriß. Das ist ein Gedanke, dem man zustimmt, ein Appell, eine Leitlinie, wenn Sie so wollen.

Meine Damen und Herren, ich möchte dann pflichtgemäß den Punkt „Verschiedenes“ aufrufen. Bevor ich einen Schlußappell an Sie richte, möchte ich das doch gleich loswerden. Ich glaube, wir tun uns einen großen Gefallen, wenn wir wie gestern und heute auch draußen tätig sind. Wir werden nun alle gefragt, jetzt muß Du mal abzählen, nach den Personen, wer hat sich denn da wie bewegt? Das ist alles Quatsch! Wenn wir wirklich alle sagen, wir wollen nun den sachlichen Dingen Vorrang geben. (*Beifall.*) Wenn das wirklich alle sagen und das auch auf Anzapfen besonders vertrauter Journalisten durchhalten, dann wird das eine Wirkung haben. Dann entspricht es allein dieser Tagung. Ich möchte dann allen, die sie vorbereiten halfen, doch meinen herzlichen Dank sagen, denn ohne so viel Material wäre hier die Stimmung nicht aufgekommen. Da hätte es sich nämlich leichter reden lassen, wenn man weniger gewußt hätte. (*Heiterkeit.*)

*Lorenz:* Ich möchte sagen, ich finde es sehr gut, daß wir grundsätzlich beschlossen haben, im Vorstand gelegentlich auch länger zu tagen. Das heißt also, nicht nur drei Stunden zusammenzukommen, um ein paar anstehende Sachprobleme zu besprechen, sondern also vielleicht mal einen ganzen Tag, um uns wirklich auszusprechen. Eine solche Aussprache hat ja ihren Wert, wie wir jetzt alle gesehen haben. Man ist dann auch nicht so gehetzt. Ich wäre dankbar, wenn die Frage geprüft würde, ob man nicht in einer dieser längeren Aussprachen im Laufe der nächsten Monate eine Aussprache über das bisherige Ergebnis der Grundsatzkommission, wie das in Wiesbaden vorgetragen worden ist, einbeziehen könnte. Bei mir im Landesverband wird das diskutiert. In den Kreis- und Ortsverbänden, in den Arbeitskreisen. Ich nehme an, das wird woanders auch noch so sein, es wäre gut, wenn dann auch der Bundesvorstand es mal diskutieren würde. Ich bin mir darüber klar, daß man da keine Ergebnisse, die man also formulieren könnte, hervorbringt. Aber wir werden dann schon merken, wo wir übereinstimmen, wo wir Anmerkungen haben, wo wir abweichen. Ich finde, das wäre eine ganz gute Sache, ich bitte das in die Überlegungen einzubeziehen.

*Schwarz-Schilling:* Gibt es einen genauen Zeitplan für diese Vorstandssitzungen? Denn ich wußte z. B. bis heute nichts davon, wann die nächste ist. Und es ist natürlich sehr schlecht, gerade wenn man einen ganzen Tag macht, wenn man das nicht rechtzeitig in seinem Terminkalender hat, dann sind wir hier ja wieder nicht mehr präsent.

*Barzel:* Wir haben diese Sitzung eben jetzt erfunden wegen des Standes der Diskussion und mit dem Blick darauf, daß wir nicht bis zum März, wo wir die nächste Bundesvorstandssitzung haben, warten wollen. Herr Hennig, ist ein Terminkalender verschickt? (*Hennig:* Ja, bis Ostern. – *Diskussion.*) Bis Ostern. Weiter konnte man nicht planen, weil das Parlament noch – das muß ja abgestimmt werden – keine Planung hatte. Wir haben aber jetzt eine Parlamentsplanung, so daß wir einen Jahresplan näch-



ste Sitzung beschließen können. (*Zwischenruf:* Und die nächste Sitzung ist wann?) Jetzt am 19. Februar. Wieviel Uhr wollen wir machen? Das ist ein Montag? (*Dregger:* Darf ich mal etwas zum Montag sagen? Sie haben mal verkündet, Herr Vorsitzender, daß der Montag für die Basis da sei. Alle Montage werden jetzt laufend von Parteisitzungen belegt. Kann man das nicht am Freitagnachmittag machen?) Herr Dregger, dies macht eine Gefahr deutlich, die wir sehen müssen. Wir haben jetzt hervorragende Vorsätze für uns selber. Aber wir dürfen uns natürlich nicht nur mit uns selbst beschäftigen, sondern wir müssen Zeit für draußen haben. Das ist ein ganz wichtiger Punkt! Ich würde doch sagen, was ist denen, die von fern anreisen lieber, vormittags anzufangen oder nachmittags? (*Dregger:* Kann man das nicht am Freitagnachmittag z. B. machen? – *Diskussion.*) Also, für diese Sitzung sollten wir uns einen ganzen Tag nehmen, damit wir dann wirklich mal was haben. (*Diskussion.*) 10.00 Uhr? Da hat man gerade berichtet, da kommen drei aktuelle Sachen noch dazwischen und dann ist es Mittag und dann fängt nachmittags die eigentliche Diskussion an. (*Unruhe und Diskussion.*) 10.00 Uhr ja, 19. Februar. Dann danke ich sehr herzlich und schließe diese Sitzung.

Bonn, Montag 19. Februar 1973

*Sprecher: Amrehn, Barzel, Blüm, Dregger, [von Hassel], [Hennig], [Jäger], Katzer, Kiesinger, Köppler, Kohl, Kraske, Langguth, Lemke, Lorenz, Müller-Hermann, Schäfer, Schwarz-Schilling, Seitzers, Stoltenberg, von Weizsäcker, Wex.*

*Politische Lage. Berichte der Präsidiumsmitglieder über ihre Arbeitsbereiche. Schwerpunkte der künftigen politischen und organisatorischen Arbeit der Partei. Verschiedenes.*

#### POLITISCHE LAGE

*Barzel:* Ich eröffne die vorgezogene Sitzung des Bundespartei Vorstandes. Sinn dieser Sitzung ist, den konkreten Arbeitsplan für die Partei und an den notwendigen Stellen die Verzahnung mit der Fraktion zu beschließen, also in Fortsetzung unserer zweitägigen Klausurtagung. Ich möchte gerne deshalb auf einen langen und umfangreichen Bericht zur Einführung hier verzichten, schon deshalb, damit wir uns wirklich dem Thema und nicht der aktuellen Politik hingeben.

Es ist freilich erforderlich, ganz wenige Hinweise auf die aktuelle Situation zu machen. Das erste, und da nehme ich an, es wird ganz unstrittig unter uns sein: Das Präsidium hat zur Vorbereitung dieser Sitzung, die, wie sie wissen, verschoben werden mußte wegen der Beerdigung für den Staatssekretär Globke<sup>1</sup>, eine Stellungnahme vorbereitet zu der aktuellen Finanz- und Steuerpolitik der Regierung. Wir haben dies eben erörtert. Herr Stoltenberg arbeitet gerade an dem Entwurf. Ich hoffe, daß er nachher ohne allzu viel Filigranarbeit wird verabschiedet werden können. Wir müssen uns dazu äußern. Wir können diese Sache politisch nicht ernst genug nehmen, denn das wird alles verkauft unter der Überschrift „Stabilität“. In Wirklichkeit ist der Grund natürlich das Decken von Löchern. Helmut Schmidt hat im Wahlkampf gesagt: „Nicht 13 Pfennige fehlen.“ Und nun wird deutlich, es fehlen Milliarden. Den Spaß können wir der Regierung nicht erlauben. Wir können ihr auch nicht erlauben, sich durch die Gleichzeitigkeit der Rücknahme der Rentengesetze z. T. und dieser Steuerpolitik<sup>2</sup>

1 Globke war am 13. Februar 1973 verstorben. Die Trauerfeier fand am 19. Februar 1973 in der Kirche St. Winfried statt, die Beerdigung im Anschluß auf dem Bonn-Bad Godesberger Zentralfriedhof.

2 Im Dezember 1972 beriet der Bundestag über das 4. Rentenversicherungs-Änderungsgesetz (vgl. Nr. 32 Anm. 57). Die Rentenreform ging zur Beratung in den Vermittlungsausschuß, vgl. „General-Anzeiger Bonn“ vom 31. Januar 1973 „Mainz gegen Änderung der Rentenreform“. – Die Regierungskoalition legte einen Gesetzentwurf für ein Zweites Steuerreformgesetz (BT-Drs. 7/78) vor, der am 22. Februar 1973 im Bundestag erstmals beraten wurde

einen Turm von vier, sechs, acht Milliarden zu errichten, um – sei es vor Landtagswahlen oder sei es vor den nächsten Bundestagswahlen – mit Geschenken hervorzutreten. Wir werden deshalb sorgfältig zu erwägen haben, wie wir uns auf diese Sache einlassen. Ich persönlich neige dazu, daß wir, was Kinderreiche betrifft und was mindere, kleinere Einkommen betrifft, doch Entlastungen in der Besteuerung herbeiführen müssen, weil wir sonst sozial nicht gerecht sind. Wir können unmöglich der Regierung diese ganze Sache auf die hohe Kante geben und dürfen auf gar keinen Fall zulassen, daß sie ihre Defizitpolitik nun durch die Tugend der Stabilitätspolitik nach vorne zu überdecken versucht.

In diesem Zusammenhang ist ein Punkt, der sicherlich nicht nur mich, sondern Sie alle mit Ärger erfüllt hat: Es gab zu Beginn der vergangenen Woche eine Tagung der Landesfinanzminister mit den zuständigen Kollegen der Bundestagsfraktion.<sup>3</sup> Es ist ein lobenswertes Unternehmen, weil es der Versuch einer rechtzeitigen Abstimmung ist. Nicht lobenswert, sondern geradezu schädlich für uns alle war die Tatsache, daß das Ergebnis dieses Gremiums ausgerechnet zwei Tage vor den Beschlüssen der Regierung veröffentlicht worden ist, entgegen aller Absprachen, ohne daß dieser Parteivorstand, das Präsidium, oder der Fraktionsvorstand den Schatten einer Ahnung davon hat. Und ich glaube, Steuerpolitik gehört zu den vertraulichsten und politischsten Dingen; die gehören wirklich an die Spitze. Und ich rüge das nicht nur im Verfahren, sondern ich möchte ausdrücklich sagen, daß ich in der Sache der Beschlüsse, die dort gefaßt worden sind, zu einigen Punkten erhebliche Einwendungen habe. Es war sicher nicht gut, damit jetzt überzukommen.

Der dritte Punkt, der hier erwähnt werden muß: Damit die Koordinierung vollständig ist und hinterher nicht bestritten wird von jemandem, haben wir uns im Präsidium verständigt in der Frage, und ich denke, daß dies auch die gemeinsame Fraktion morgen machen wird, daß wir in der Frage der Rücknahme von Rentenversprechungen mit aller Energie kämpfen und versuchen, ein Vermittlungsergebnis zu erreichen, das unseren Essentials gerecht wird, und wenn dies nicht gelingt, wir mit allen Mitteln in der Tat hier in dieser Frage tätig werden. Ich möchte das jetzt nicht deutlicher übersetzen. Herr Blüm guckt mich an, Sie hatten einen Nachbarn im Bundesausschuß, der dazu eine Rede hielt in diesem Sinne<sup>4</sup>, ohne daß ich dies jetzt sagen möchte, weil ich glaube, wir sind dem Staatsoberhaupt schuldig, ihn vorher zu informieren, deshalb verhalte ich mich an dieser Stelle so in ungewisser Redeweise.

Vierter aktueller Punkt: Ich hoffe, daß das hier keine Rolle mehr spielt, es sei denn,

---

(Sten.Ber. 7. WP 17. Sitzung S. 799–816). Vgl. auch „Die Welt“ vom 5. Februar 1973 „Steuerreform im dichten Nebel“; „Handelsblatt“ vom 6. Februar 1973 „Steuererhöhungen statt Steuerreform“.

3 Ergebnis der Tagung der Länderfinanzminister mit Abgeordneten der Union über Fragen der Steuerpolitik am 12./13. Februar 1973 in Rottach-Egern (ACDP Dokumentation 0/069/0 Allgemeines). Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 16. Februar 1973 „Ein Vorschaltgesetz zur Überbrückung“.

4 Sitzung vom 12. Februar 1973 (Unterlagen in ACDP 07–001–610, ein Protokoll liegt nicht vor).

der Parteivorstand wünscht die Haltung der Bundestagsfraktion zu bestätigen, die diese am vorigen Dienstag entsprechend der Empfehlung des Bundesparteiausschusses eingenommen hat.<sup>5</sup> Ich möchte alle Versuche zurückweisen, nun noch immer wieder nachzukarten. Ich sehe mich unmittelbar vor der Notwendigkeit, eine Dokumentation über den Anfang Mai bis zum 17. Mai nicht nur schreiben zu lassen, sondern auch vorzulegen.<sup>6</sup> Wenn hier einige meinen, dies sei eigentlich eine Partei – ich bin jetzt sehr hart –, die gehört auf die Couch zum Psychiater wegen des Traumas vom 17. Mai, dann wollen wir das minutiös aufklären. Das sind wir auch diesem Vorstand schuldig, der sich ja wohl erinnert, mit welcher Mehrheit hier welcher Beschluß im Mai gefaßt worden ist. Ich verspreche mir davon nichts, aber wenn die Nachkarterei nicht aufhört, dann wird dies leider notwendig sein. Ich will mit folgendem Punkt eigentlich schon enden, weil heute Herr Kraske alles zusammenfassen soll, und es nicht gut ist, wenn ich irgend etwas davon vorwegnehme. Aber ich habe eine Bitte an uns alle. Wenn ich die verschiedensten Ereignisse der letzten 14 Tage in Partei und Fraktion mir ansehe, dann kann ich nur folgendes Ihnen sagen: Was immer wir im Oktober zur Sache und zur Person entscheiden mögen, wenn dieser Weg so weiter geht, wird es für diese Union und jedweden Vorsitzenden nicht sehr interessant sein im Oktober. Wir werden bis dahin als ein nicht handlungsfähiges Gremium erscheinen. Und deshalb die herzliche Bitte, was immer wir denken über den Oktober, nun doch die Autorität der Gewählten – das ist dieser Vorstand, das ist dieses Präsidium – nicht zu untergraben. Auch der Vorsitzende hat einen Anspruch darauf, daß er die Arbeit, die er jetzt tut, tun kann. Und ich bitte um Unterstützung gerade von denen, die in der Personenfrage für den Oktober anderer Meinung sind, indem sie sagen, so kann es nicht gehen, denn soll dann vielleicht nach dem Oktober irgendwo eine unterlegene Minderheit, wer immer dies sein wird, so weitermachen? Dies kann nicht sein. Und deshalb, die sehr herzliche Bitte: Tun wir hier unsere Pflicht und lassen wir uns nicht von allen möglichen Geschichten ablenken.

Letzter Punkt: Wir werden im Zusammenhang mit der Bildung der Kommission, aber auch aus anderen Gründen, natürlich das Gespräch mit der CSU zu führen haben. Dies Gespräch wird aus mehr als atmosphärischen Gründen sehr, sehr dringlich. Soweit die Einführung. Ich hoffe, daß Sie mir heute gleich erlauben Herrn Kraske das Wort zu geben, weil dies der Hauptpunkt unserer Arbeit heute ist. Ich werde, wenn der Bericht erstattet ist und Sie ungefähr eine Vorstellung haben, wie kontrovers einzelne Punkte sind, Sie fragen, wie lange Sie für die Sitzung ungefähr einrechnen müssen. Zwischendurch möchte ich gerne soweit kommen, daß nach dem Bericht von Kraske wir die Entschließung, die Stoltenberg gerade vorbereitet, hier verabschieden.

---

5 Der Bundesparteiausschuß hatte am 12. Februar 1973 beschlossen, in der Debatte um den Grundvertrag nicht das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Vgl. „Die Welt“ vom 13. Februar 1973 „CDU-Führung wendet sich gegen Gang nach Karlsruhe“. Vgl. auch Anm. 35. Die Fraktion stimmte mit 102:83 Stimmen am 13. Februar 1973 ebenfalls dagegen (Protokoll in ACDP 08–001–1031/2).

6 Eine detaillierte „Chronik der Ereignisse vom 24. April bis zum 17. Mai 1972“ findet sich in ACDP 07–001–1321. Vgl. auch die Niederschrift im NL Birrenbach (ACDP 01–433–135/4).

*Kohl:* Ich will die Debatte hier überhaupt nicht verlängern, bloß Sie haben eben ein paar Bemerkungen gemacht, wo ich einfach darum bitten möchte, daß Sie sie etwas spezifizieren, weil Sie die Personalfrage angesprochen haben. Ich kann nicht entnehmen aus dem, was in den letzten Tagen gelaufen ist, daß hier ein Zusammenhang mit der Personalfrage besteht. Was ich da zur Kenntnis genommen habe, sind scharfe Diskussionen in der Bundestagsfraktion. Dieser Bundesparteivorstand – Sie haben diese Formulierung vorhin nicht gebraucht im Präsidium, sonst hätte ich es natürlich im Präsidium gesagt – hat meines Erachtens in den letzten 14 Tagen seit unserer letzten Zusammenkunft auch nicht den geringsten Anlaß gegeben zu einer solchen Bemerkung, und deswegen will ich nur, weil ja diese Sitzungen durchlässig sind wie ein Sieb, hier präzise feststellen, daß ich – und soweit ich sehe niemand in dieser Runde – in den letzten 14 Tagen nicht anders gesprochen habe als in dieser Sitzung und daß ich sogar umgekehrt eher den Eindruck habe, daß die personale Frage öffentlich weit weniger diskutiert wurde wie bestimmte Sachfragen, und mir scheint, daß das Problem zur Diskussion der Sachfragen hier nicht im Vorstand blieb, sondern nach dem Ablauf der letzten 14 Tage in der Bundestagsfraktion. Dies muß festgestellt werden. Ich hätte zu diesem Thema überhaupt nicht gesprochen, aber einige Ihrer Bemerkungen – und ich hab sie so verstanden, wie sie hoffentlich gemeint sind – könnten bei dem einen oder anderen mißverständlich sein. Dies also nur von meiner Seite als ein kleiner Nachtrag.

*Barzel:* Na, dann ist ja gut, wenn keine Mißverständnisse entstehen. Ich habe von der Personalfrage gesprochen mit dem Blick auf den Oktober. Dies, glaube ich, war unmißverständlich. Und wenn Sie die Einzelheiten von Punkten, die uns sicher alle beschweren, erörtern wollen, ich denke, da fühlen wir uns alle beschwert. Wir haben im Parteipräsidium z.B. vorige Woche erneut gesagt<sup>7</sup>, wie im Dezember: Wir gehen nicht nach Karlsruhe. Wir waren alle einig, ich hab dies überall vorgetragen, Herr Kohl. Sie haben im Präsidium vorgetragen, dies ist abgestimmt mit dem Vorsitz der CSU, das hat nicht mehr gestimmt. Zum Beispiel ein Punkt, der uns beschwert. Und ich habe im Präsidium all die anderen Punkte, die uns miteinander beschwerten, widerspruchslos genannt. Ich habe also nicht den Eindruck, daß die Einlassung des Vorsitzenden irgend etwas zu tun hat mit der Personaldebatte. Es war nur meine herzliche Bitte, daran zu denken, daß, wenn wir hier nicht solidarisch Politik machen können, es völlig sinnlos wird, die Personalfrage so oder so zu lösen. Dies ist meine Meinung. Bei der bleibe ich. Und ich habe vorher im Präsidium ja eine Reihe weiterer sehr praktischer Punkte, sei es aus dem Spannungsfeld zur CSU, sei es aus anderen Gründen, von Durcheinander erwähnt, und zum Durcheinander gehört natürlich die Tagung, die die Landesfinanzminister abhalten mit unseren Kollegen und dann veröffentlichen, ohne daß die Ministerpräsidenten, ohne daß die Partei- oder Fraktionsspitzen dazu auch nur informiert sind. Und ich habe darauf verzichtet, damit das nun auch ganz klar ist, Herr Kohl, etwa zu sagen, weil dies Herr Gaddum war, läge da was drin. Es liegt überhaupt nichts drin, sondern ... (*Kohl:* Aber es stimmt. Genauso wie der Ludwig Huber<sup>8</sup> von

---

7 Protokoll der Sitzung vom 12. Februar 1973 in ACDP 07–001–1406.

8 Dr. Ludwig Huber (geb. 1928), Jurist; 1958–1977 MdL Bayern (CSU), 1972–1977 Finanz-

Bayern und der Finanzminister auch.) Aber ich sag dies ausdrücklich, daß da nichts drin liegt, damit wir uns hier wirklich gut verstehen. Das Wort hat Herr Kraske.

BERICHTE DER PRÄSIDIUMSMITGLIEDER ÜBER IHRE ARBEITSBEREICHE. SCHWERPUNKTE DER KÜNFTIGEN POLITISCHEN UND ORGANISATORISCHEN ARBEIT DER PARTEI.

*Kraske:* Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, hinter uns liegen wichtige Tagungen der Partei und der Fraktion, in der Partei nicht nur der Bundespartei, sondern vieler Landesverbände. Diese Tagungen waren nach dem Wahlergebnis vom 19. November unerläßlich für eine gründliche Analyse der Wahl, vielleicht auch für eine individuelle oder korporative Gewissenserforschung, aber ich meine, daß wir die Analyse, soweit sie rückwärts gewandt war, soweit sie sich mit der Vergangenheit beschäftigte, nunmehr so schnell wie möglich beenden sollten und uns dem Thema zuwenden sollten, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind.

Die Tagungen waren eine Quelle für viele wichtige Anregungen für unsere künftige Arbeit, aber wenn wir hier ehrlich miteinander sein wollen – und in diesem geschlossenen Kreise wird man das so deutlich sagen dürfen und sagen müssen – diese Tagungen waren doch weithin auch ein Ausdruck einer tiefgreifenden und weitverbreiteten Unsicherheit. Ich würde sagen, daß sich diese Unsicherheit, die ja nicht nur in den Diskussionen hier und in der Fraktion, sondern auch draußen im Lande zum Ausdruck gekommen ist und kommt, insbesondere auf drei Bereiche bezieht, nämlich zum ersten auf die Frage des Selbstverständnisses der Partei. Es besteht, wie mir scheint, volle Übereinstimmung darin, daß die CDU nicht, wie man uns gelegentlich von außen hat aufreden wollen, ein Godesberg brauchte, daß sie etwa an ihrer Grundorientierung etwas zu ändern hätte, wie sie sich im „C“ unseres Namens ausdrückt. Aber bei aller Übereinstimmung habe ich doch gleichzeitig immer wieder eine tiefe Skepsis, manchmal eine ausdrückliche Verdrossenheit gegenüber allen bisherigen Formeln, mit denen wir dieses Selbstverständnis ausgedrückt haben einschließlich der Formulierungen unseres geltenden Parteiprogramms, gefunden, die man weithin als unattraktiv, als abgegriffen, ja, als leere oder als entleerte Worthülsen versteht.

Der zweite Bereich ist die Grundorientierung unserer Partei im Bereich der Deutschlandpolitik. Die Auseinandersetzung um ein Verfahren in Karlsruhe und um die UNO-Mitgliedschaft ist sicher außerordentlich wichtig, aber ich habe den Eindruck, daß sie mehr die Oberfläche zeigt, daß es im Grunde – der Vorsitzende hat davon gesprochen – im Rückblick um das Trauma des 17. Mai ging und im Vorausblick um die eigene Orientierung in der Zukunft, um die Aufgabe, die Grundüberzeugung der Union vom Fortbestand Deutschlands – Rainer Barzel hat im Bundestag sicher mit aller Zustimmung gesagt, daß wir uns als Deutsche fühlten und auch in Zukunft nicht

---

minister in Bayern. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 36 Anm. 6. – Vgl. „Münchner Merkur“ vom 16. Februar 1973 „Huber drängt auf Steuerreform“.

als Bundesrepublikaner – zu verbinden mit einer realistischen Politik, die überall und die insbesondere auch in der jungen Generation verstanden wird.

Und der dritte Bereich der Unsicherheit scheint mir das künftige Konzept der CDU in der Gesellschaftspolitik zu sein. Diese Frage hat zwar in den letzten Wochen noch eher im Hintergrund gestanden, sie wird sich aber um so eindringlicher stellen, je konkreter die Diskussion über Bodenrecht oder Steuerpolitik über Mitbestimmung oder Vermögensstreuung beginnt.

Alle diese drei Probleme lassen sich ganz gewiß weder durch schnelle Fraktions- noch durch Vorstandsbeschlüsse aus der Welt schaffen, noch erst recht lassen sie sich durch schönformulierte *Kommuniqué*-Formulierungen lösen. Die Union wird sich, wie ich meine, darauf einzurichten haben, mit diesen Problemen für die nächste Zeit zu leben, und sie wird diese schwierige Phase desto besser überstehen und desto überzeugender überstehen, je offener und unvoreingenommener sie sich der Diskussion stellt, und zwar zunächst der Diskussion in ihren eigenen Reihen.

Deswegen ist meine erste These die: Die CDU muß noch mehr als bisher, mehr als in der Vergangenheit eine diskutierende Partei werden. Die Vorbereitung unserer Parteitage in Berlin und Düsseldorf war dafür ein Beispiel, an das wir anknüpfen müssen. Allerdings möchte ich auch in diesem Kreise ausdrücklich darauf hinweisen, ich habe das schon im Bundesausschuß getan, aber der Vorstand war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr sehr gut besetzt, daß Diskussion in der CDU nicht nur und vielleicht nicht einmal in erster Linie eine Frage von Diskussionsvorgaben der Bundespartei sein kann. Es gibt in der Partei weithin eine Stimmung, die etwa im Rückblick auf den Wiesbadener Parteitag, der ja nun unter besonderen Umständen stand als Wahlparteitag, formuliert: „Ihr habt einen großartigen Diskussionsprozeß in Gang gesetzt mit dem Parteiprogramm vor Berlin und Düsseldorf, und dann ist gar nichts mehr passiert.“ Meine lieben Kollegen, ich meine, die CDU kann erst eine wirklich diskutierende Partei sein und werden und das zu ihrem politischen Alltag machen, wenn diese Initiativen der Bundespartei, wie sie sich in der Zielrichtung auf programmatische Parteitage ergeben, ergänzt werden durch Diskussionsvorlagen der Landes- und der Kreisverbände für ihren Bereich, um die unmittelbare Beteiligung der Mitgliedschaft – eben auch Anfragen der Landespolitik in Regierung oder Opposition, und Anfragen der Kreisparteiarbeit – sicherzustellen. Es gibt, wie wir alle wissen, eine ganze Reihe von sehr ehrenwerten Kreisverbänden, Kreisvorsitzenden, die in ein und demselben Atemzuge darüber schimpfen, daß die Bundespartei die Mitgliedschaft nicht an der Diskussion beteiligt, aber sich entschieden dagegen wehren, etwa ihre eigenen kommunalpolitischen Pläne mit einem größeren Kreis als ihrem Kreisvorstand oder bestenfalls ihrem Kreisausschuß zu diskutieren, weil das sonst gefährlich und zu umständlich werden könnte.

Meine Damen und Herren, Partei und Fraktion haben für die nächste Zeit übereinstimmend zehn Schwerpunktthemen genannt, die in der Partei diskutiert werden müssen und die zunächst vorgeklärt, vorbereitet, vorgearbeitet werden müssen in Kommissionen, die in der Partei oder in der Fraktion oder zwischen Partei und Fraktion zu bilden sind. Das Präsidium wird sich mit dieser Frage im einzelnen auf seiner näch-

sten Sitzung beschäftigen. Ich möchte Ihnen aber schon heute ein Schema vorlegen, aus dem sich die Federführung für die einzelnen Kommissionen und die Fristen, mit denen wir vorerst zu rechnen haben, ergeben. Darf ich Sie vielleicht bitten, diese Drucksache<sup>9</sup> zur Hand zu nehmen, damit ich sie in einigen Worten erläutern kann.

Sie finden in der linken Spalte die zehn Schwerpunktthemen, die, ich wiederhole, übereinstimmend von der Bundestagsfraktion auf ihrer Sitzung in Berlin und vom Bundesausschuß auf seiner Sitzung vor einer Woche als erste Sammlung von vorrangigen Themenbereichen zusammengestellt und beschlossen worden sind. Ich beginne mit dem ersten Bereich, der Medienpolitik. Hier gilt gegenüber allen übrigen Bereichen etwas besonderes, indem nämlich die beiden Parteien, CDU und CSU bereits vor etwas über einem Jahr eine Kommission beauftragt haben, die unter dem Vorsitz unseres Freundes Fritz Zimmermann<sup>10</sup> von der CSU und für den Bereich der CDU von Arthur Rathke steht und die bis zum Frühjahr das Ergebnis ihrer Arbeit vorlegen soll. Der Bundesvorstand wird sich dann unmittelbar und als erster mit der Vorlage zu beschäftigen haben. Und wenn der Bundesvorstand in der Lage ist, sich diese Vorlage zu eigen zu machen, dann bin ich der Meinung, daß wir mit ihrer Diskussion und ihrer Verabschiedung nicht bis zum Bundesparteitag warten sollten, sondern daß wir die Berliner Sondersitzung des Bundesausschusses dafür benutzen sollten, zumal die zusätzliche Tagung des Bundesausschuß im April das Thema „Parteiarbeit“ auf den April verlegt ist, so daß die Sondersitzung für eine solche politisch-thematische Diskussion zur Verfügung steht. Der Vorstand aber wird darüber zu entscheiden haben, wenn die Vorlage dieser Kommission ihm zur Kenntnis gebracht wird.

Im Bereich der Steuerpolitik hat eine Kommission der Partei unter dem Vorsitz von Herrn Schäfer in der vergangenen Legislaturperiode eine sehr eingehende Arbeit geleistet. An dieser Kommission war die Fraktion, war über die Fraktion auch die CSU beteiligt. Wir meinen, daß es jetzt darum geht, in der Arbeit der Fraktion diese Ergebnisse endgültig abzustimmen. Deswegen sollte die Federführung für diese Kommission bei der Fraktion liegen, was, ich wiederhole das, jeweils eine Frage der Federführung ist, aber nicht etwa die Beteiligung der Partei und umgekehrt der Fraktion ausschließt. Im Gegenteil, jede dieser Kommissionen soll ein Maximum an Koordinierung zwischen Partei und Fraktion und zwischen CDU und CSU erbringen. Die Frist ist offen, die Ergebnisse dieser Kommission sollten in der Fraktion verabschiedet werden, es sei denn, daß sie über den Rahmen des Berliner Programms hinausgehen und eine Befassung der Partei erforderlich machen.

Gleiches gilt für das Thema Familienpolitik, das, wie Sie wissen, ja sehr unmittelbar in den Bereich der Steuerreform hineinragt. Deswegen meinen wir, auch hier sollte die Federführung bei der Fraktion liegen. Hier hat das Berliner Programm sehr klare Aussagen gemacht. Auch hier müssen diese Aussagen nun ausgefüllt werden. Sofern nur

---

<sup>9</sup> Auflistung der einzelnen Themen sowie Zuständigkeiten der Kommissionen und Fristsetzungen in ACDP 07-001-1406.

<sup>10</sup> Dr. Friedrich Zimmermann (geb. 1925), Rechtsanwalt; 1948 CSU, 1955-1983 Generalsekretär der CSU, 1957-1990 MdB, 1963-1967 Landesschatzmeister, 1982-1989 Bundesminister des Innern, 1989/90 Bundesminister für Verkehr. Vgl. LEXIKON S. 410.



das geschieht, kann die Entscheidung bei der Fraktion liegen. Wenn es darüber hinausgeht, müßte die Entscheidung in der Partei gefällt werden.

Nächstes Thema: Bodenrecht. Dieses ist eine politische Frage, die, wie wir meinen, weit über den Rahmen der Bundestagsarbeit hinausweist. Deswegen hier Federführung bei der Partei. Außerdem sind wir der Meinung, daß dies ein Thema ist, was ungewöhnlich aktuell ist, was die Partei auch draußen an der Basis schon jetzt erheblich beschäftigt. Deswegen Arbeitsziel: Vorlage im Vorstand ebenfalls bereits bis zum Mai und wenn möglich Verabschiedung durch den Vorstand, so daß die Frage im Sommer diskutiert werden und gegebenenfalls auf dem Bundesparteitag im kommenden Herbst zur Entscheidung gestellt werden kann.

Nächstes Thema: Mitbestimmung. Auch dies eine so allgemein wichtige, bedeutende Frage, daß die Federführung bei der Partei liegen sollte. Die Meinungsbildung über die Fristen dieses Prozesses ist nicht abgeschlossen, Sie wissen, daß es starke Kräfte in der Partei gibt, die eine Entscheidung auf dem Bundesparteitag 1973 bereits herbeiführen wollen. Das wird sich nach der Arbeit der dazu eingesetzten Kommission und nach einer Abstimmung über die Dringlichkeit und über das Programm des Bundesparteitages entscheiden müssen.

Die nächste Frage: Berufliche Bildung. Hier ist im Präsidium länger darüber gesprochen worden, ob dies in der Federführung bei der Fraktion oder bei der Partei liegen sollte. Der Vorschlag des Präsidiums ist, es bei der Fraktion, die hier in der vergangenen Legislaturperiode ja eine erhebliche Vorarbeit geleistet hat, zu belassen, wenn im Vorsitz ein Kollege gefunden wird, der eine enge Verbindung zu den Ländern, den Landesregierungen, sicherstellt. Auch hier sind wir der Meinung, daß wir im Jahre 1973 zu einem Ergebnis kommen sollen. Auch hier ist im Präsidium neben der Möglichkeit einer Entscheidung auf einem speziellen Kulturkongreß die Befassung des Parteitages mit der Frage mit ins Auge genommen worden.

Nächster Punkt: Eigentum. Hier liegen, wie Sie wissen, in der Fraktion sehr gründliche und sehr eingehende Vorarbeiten vor, die aktualisiert werden müssen. Wenn es um die Aktualisierung des Burgbacher-Plans<sup>11</sup>, des Plans des Beteiligungslohns geht, dann meinen wir, bewegt sich dies exakt im Rahmen des Berliner Programms, und auch die Entscheidung sollte dann bei der Fraktion liegen. Die nächsten drei Bereiche, Jugend, Frauen und Soziale Dienste sollen bei der Partei liegen. Die Fristen und die Form der Verabschiedung von Ergebnissen sollte sich aus der Arbeit dieser Kommission und aus ihren ersten Ergebnissen finden, wobei selbstverständlich darauf hingewiesen werden muß, daß bei der Kommission Jugend und bei der Kommission Frauen eine besonders enge Koordinierung im einen Fall mit der Jungen Union und dem RCDS, im anderen Falle mit der Frauenvereinigung selbstverständlich sein muß.

Meine Damen und Herren, daraus ergibt sich, daß nach diesem Zeitplan der Bundesparteitag in Hamburg sich außer den Wahlen zu beschäftigen hätte erstens mit dem bereits angekündigten zweiten Bericht oder der Fortschreibung des Berichts der Grundsatzkommission. Zweitens, ich komme darauf im einzelnen noch zu sprechen,

---

11 Vgl. Nr. 4 Anm. 27.

mit einigen Satzungsvorlagen der Organisationskommission, die nach der Bundestagswahl ihre Arbeit wiederaufgenommen hat. Und drittens mit folgenden möglichen Sachthemen: Bodenrecht, Berufliche Bildung, Mitbestimmung. Ich bin der Meinung, daß es selbst bei einem dreitägigen Parteitag völlig unmöglich ist, auch nur zwei dieser drei Themen so zu behandeln, wie es ihrem Umfang und ihrem Gewicht entspricht. Ich glaube nicht, daß es heute möglich sein wird, festzulegen, welches Thema behandelt wird und welches nicht, denn das hängt davon ab, was wir bis zum Frühjahr an ausgearbeiteten Vorlagen in die Partei zur Diskussion hineingeben könne. Die Grundsatzkommision hat für ihren Bereich eine solche Vorlage für den April zugesagt. Auf dieser Basis kann dann also in der ganzen Breite der Partei die Diskussion der Grundsatzproblematik erfolgen. Für die Sachthemen wird man das nach der Konstituierung der Kommissionen von dem Fortgang ihrer Arbeit abhängig machen. Die Entscheidung darüber sollte der Bundesvorstand auf einer Sitzung im Mai treffen.

An dieser Stelle ein paar Worte, weil auch dies den Bundesparteitag betrifft, über die Arbeit der Organisationskommission. Diese Kommission ist nach dem Bundesparteitag in Saarbrücken eingesetzt worden. Sie hat dann bis in den vergangenen Sommer hinein eine sehr fleißige und zügige Arbeit geleistet, in zwei Unterkommissionen, die unter dem Vorsitz von Herrn Göb, die eine, und von Herrn Hennig, die andere, stehen. Die Arbeit mußte dann wegen der Vorbereitung des Wahlkampfes unterbrochen werden, und sie ist jetzt wieder aufgenommen worden. Bis zum Frühjahr wird die Organisationskommission diejenigen Fragen abschließend behandelt haben, die eine Satzungsänderung erforderlich machen würden. Ich nenne dabei drei Punkte, die auch auf unseren Parteitagen schon eine Rolle gespielt haben, nämlich erstens die Frage des Delegiertenschlüssels für die Bundesparteitage, zweitens, die Frage des Stimmrechts des Bundesvorstands auf Bundesparteitag, drittens die Frage der Mitgliedschaft von Ausländern. In diesen drei Bereichen muß in jedem Falle mit einer Statutendebatte gerechnet werden. Wir wissen alle aus unseren Erfahrungen, wenn überhaupt Statutendebatten auf der Tagesordnung stehen, daß sich das möglicherweise ausweitet; Endgültiges wird man darüber nach Abschluß der Arbeit der Organisationskommission im Frühjahr sagen können.

Meine Damen und Herren, darf ich in diesem Zusammenhang noch in der Vorbereitung des Bundesparteitages auf folgenden Unterschied gegenüber früheren Parteitagen in Berlin und Düsseldorf aufmerksam machen: Das System der damaligen Parteitage war eine Diskussion in zwei Phasen. Es wurde in die Partei sozusagen eine offene Kommissionsvorlage hineingegeben, mit der sich die Bundespartei nicht identifiziert hatte. Dies wurde diskutiert, zurückgegeben an den Bundesvorstand, und unter Berücksichtigung der Meinung der Partei machte dann der Bundesvorstand seine Vorlage an den Bundesparteitag, die erneut in die Diskussion kam. Aus dieser Diskussion ergaben sich die Zusatzanträge auf dem Bundesparteitag, die Einlassung der Delegierten. Dies wird nach Lage der Dinge im Vorfeld des Hamburger Parteitages nicht möglich sein. Wenn Sie die Sommerferien abziehen, haben wir nicht genug Zeit, um eine Diskussion in zwei Wellen zu führen. Das heißt also, die Vorlagen des Bundesvorstands, die in der Partei diskutiert werden müssen, müssen spätestens bis Ende Mai

im Bundesvorstand als formelle Vorlage für den Bundesparteitag verabschiedet werden und dann herausgehen, so daß dann die Partei in ihren Kreisverbänden und Landesverbänden entsprechende Anträge an den Bundesparteitag stellen kann.

Ich komme damit zu meiner zweiten These, die Partei muß sich dem Bürger öffnen. Meine Damen und Herren, bitte lassen Sie mich für diese wie für alle weiteren Thesen sagen, daß es sich im folgenden bei einer grundlegenden Aktivierung und teilweise Neuorientierung der Arbeit unserer Partei erstens in den wenigsten Fällen um ganz neue Ideen handelt. Es gibt in diesem Bereich nicht mehr viele Dinge, mit denen man andere in große Überraschungen versetzen kann, aber es gibt eine Fülle von Modellen, die in der einen oder anderen Kreispartei, in der einen oder anderen Landespartei erprobt worden sind, sich bewährt haben, aber bis heute nicht das allgemeine Bild der Partei und den Alltag in allen Kreisparteien bestimmen. Und das zweite: Es geht im wesentlichen um Initiativen, die die Bundespartei bereits in den zurückliegenden Monaten aufgenommen hat, insbesondere in der Zeit zwischen dem Saarbrücker Parteitag und der Vorbereitung des baden-württembergischen Landtagswahlkampfes, die aber dann durch die Landtagswahlen, durch die beginnende Debatte um die vorgezogenen Bundestagswahlen und durch den Wahlkampf zurückgestellt werden mußten und nun wieder neu aufgenommen werden müssen.

Meine Damen und Herren, jeder von uns weiß, aber ich fürchte, nicht jeder Kreis- und Ortsverband realisiert, daß die Parteien für unsere Bürger da sind und nicht umgekehrt. Es gibt in unserer Arbeit, wie ich meine, immer noch viel zu viele Beispiele, in denen die CDU darauf wartet, daß die Bürger zu ihr kommen, statt ihrerseits den Bürger in seiner Umgebung zu treffen. Das erfordert erstens, gerade bei der Vorbereitung unseres Bundesparteitages und bei Sachdiskussionen, sehr viel mehr offene Veranstaltungen, Veranstaltungen, die über den Kreis der Mitglieder hinausgehen und die interessierte und sachverständige Mitbürger miteinschließen, ja geradezu miteinladen. Es bedeutet zweitens, die Organisation von Begegnungen aller Art bis hin zu der Selbstverständlichkeit von Sprechstunden auf allen Ebenen der parlamentarischen Vertretungen, die leider doch, wenn man das mal Wahlkreis für Wahlkreis durchnimmt, noch keineswegs die Regeln sind. Es bedeutet drittens, mehr Engagement und geplanteres Engagement im vopolitischen Raum, d. h. in allen gesellschaftlichen Bereichen. Und hierzu scheint es viertens dringend erforderlich, daß organisierte Kontaktgespräche nicht wie bisher in vielen Fällen der Bundespartei und den Landesverbänden überlassen bleiben, sondern daß das, was auf Bundes- und Landesebene geschieht, planmäßig in den Kreisverbänden aufgenommen und fortgeführt wird.

Das Präsidium wird seine Tagungsordnung in den nächsten Monaten so einrichten, daß im jährlichen Durchschnitt zwölf Kontaktgespräche des Präsidiums mit wichtigen Organisationen und Verbänden möglich sind, die ergänzt werden selbstverständlich durch andere Gespräche, an denen der Fraktionsvorstand, an denen einzelne Präsidiumsmitglieder beteiligt sind, vom Bauernverband bis zum Sportbund und von den Gewerkschaften bis zum Journalistenverband – quer durch also.<sup>12</sup> Aber ich meine, wir

---

12 Unterlagen zu den Präsidiumskontaktgesprächen 1973/74 in ACDP 07-001-1553.

sollten über die Landesverbände hinaus dieses Programm auf Landes- und auf Kreisebene ergänzen. Ein Leitfaden für die Kreisverbände, mit wem solche Gespräche zu führen sind, wie sie zu führen sind, ist zur Zeit in Vorbereitung. Wenn wir dies von unseren Kreisverbänden erwarten, dann müssen wir allerdings die Kreisverbände mit mehr und mit anderem Material ausrüsten als bisher. Unsere normalen Rednerdienste, unsere normalen Informationen sind zwar für den politischen Redner nützlich, sie sind sicher nicht geeignet, um einen Kreisvorstand in stand zu setzen, über irgendein wichtiges aktuelles Thema eingehende Diskussionen im vorpolitischen Raum mit interessierten Verbänden und Organisationen auf Kreisebene zu führen. Wir haben zum erstenmal versucht, die erste bis dritte Lesung des Grundvertrages mit einem solchen Rahmenprogramm an Publikationen der Bundespartei zu begleiten. Ich kann dazu nachher, wenn es gewünscht wird, Näheres im einzelnen sagen. Wir müssen sehr viel mehr als bisher die Erfahrungen ausnützen, die in anderen Bereichen, etwa in der Industrie, mit modernen Informationsmethoden wie dem programmierten Lernen gemacht werden. Wir müssen Diskussionen und Entscheidungen vorbereiten und das materialmäßig erleichtern.

Und wir müssen schließlich in unserem Einsatz die Kreisverbände nicht nur unterstützen in großen Parteiveranstaltungen, sondern in ihrer Arbeit im vorpolitischen Raum. Die Vorlage, die Ihnen vorliegt nach einer Ankündigung des Präsidiums, die die Mitglieder des Parteipräsidiums und die Landesvorsitzenden zu einem bestimmten zentral geplanten und vermittelten Einsatz verpflichten soll und die sich außerdem an alle Mitglieder des Bundesvorstands und der Bundestagsfraktion wendet, soll zwar auch den Kreisverbänden im Jahr eine öffentliche repräsentative Großveranstaltung ermöglichen, aber das Schwergewicht dieser Einsätze soll in der regionalen und der lokalen Pressearbeit, der Arbeit im vorpolitischen Raum liegen, weil wir meinen, daß es in der Vergangenheit hier mehr als an anderer Stelle gefehlt hat. Daß wir hier bis hin zu den kirchlichen Akademien, aber auch bei allen möglichen anderen Foren einfach nicht in dem Maße vertreten waren, wie das von der CDU gewünscht werden muß.

Damit komme ich zu dem dritten Punkt, der sich nun mit dem einzelnen Mitglied und seiner Aufgaben und seiner Rolle beschäftigt. Wir brauchen, wie wir meinen, ein neues Selbstverständnis, ein neues Rollenverständnis für die Mitglieder der CDU. Wir wissen, daß Mitgliedschaft in einer politischen Partei bisher weithin verstanden worden ist als Mitwirkung an politischen Entscheidungen in einer Ortspartei, in einer Kreispartei, maximal mit Wirkung in der Kommunalpolitik. Aber das Vorstellungsbild der CDU entsteht nicht allein durch ihre Politik in den Parlamenten; in der Opposition entsteht es vielleicht nicht einmal in erster Linie durch diese Politik in den Parlamenten. Nehmen Sie als Beispiel die Entwicklung der SPD in den 50er und 60er Jahren. Es läßt sich sicher die These wagen, daß das Erscheinungsbild der SPD gerade in seinen positiven Zügen, mit dem wir es heute, wie die langfristigen Analysen ergeben haben, zu tun haben, sehr viel mehr geprägt worden ist an der Basis, in der Kommunalpolitik, in der Präsentation der SPD vor Ort als etwa allein in ihren politisch-parlamentarischen Initiativen und Aktivitäten. Wenn die CDU als die freiheitliche und soziale Volkspartei ins Bewußtsein einer Mehrheit kommen will, dann muß sie sich eben des-

halb auch draußen als eine politische Gemeinschaft darstellen und bewähren, die überall im Alltag für Freiheit und für soziale Gerechtigkeit eintritt. Das erfordert, wie ich meine, zunächst einmal einen Umdenkungsprozeß für manche von uns, wenn es richtig ist, daß die CDU bisher ihre Aufgabe viel zu sehr darin gesehen hat, sich, wo sie auch stand mit dem Staat, wie er war, zu identifizieren. Die 50er und die 60er Jahre in der Auseinandersetzung mit der SPD haben innerhalb der CDU, wie ich meine, zu einem Verständnis der eigenen Aufgabe geführt, das mehr dazu half, die Verhältnisse zu verteidigen als etwa Mißstände zu kritisieren. Die Aufgabe der CDU in ihrer Oppositionsrolle im Bund aber bis hinein in ihre Arbeit an der Basis muß in Zukunft sehr viel mehr in einem kritischen Wächteramt liegen. Auch gerade gegenüber allen Mißständen in der Verwaltung, in der Öffentlichkeit, in den Betrieben, in den Schulen. Und dies gilt um so mehr, als wir in weiten Bereichen, auch in der Kommunalpolitik, die Oppositionspartei sind und deswegen keine falschen Rücksichten nehmen sollten.

Es kommt hinzu, daß Bürgerinitiativen – unabhängig von Wahlkämpfen – immer häufiger werden, eine immer üblichere Form des politischen Engagements werden, aber daß es bisher wohl eher mehr Beispiele gibt, an denen diese Bürgerinitiativen an der CDU vorbeigehen, als Beispiele, wo die CDU die führenden Mitglieder, die Initiatoren solcher Initiativen stellt. Dritter Bereich, ich meine wir sollten es unseren Kreisverbänden, Ortsverbänden, unseren Mitgliedern zu einer besonderen Aufgabe machen, sich der Randgruppen in unserer Gesellschaft anzunehmen. Ich nenne beispielsweise das Gastarbeiterproblem, das Problem der alten Menschen, das Problem der Behinderten. Und die CDU sollte hier sehr viel mehr als bisher die Gewährung und die Organisation konkreter Hilfen, wie es etwa Rentenberatung ist, bis hin zu Schularbeitszirkeln für Kinder berufstätiger Mütter, mit dem Begriff und dem Engagement der CDU assoziieren. Dies alles gibt es, aber das gibt es bisher viel zu wenig, es gibt es bisher viel zu wenig systematisch. Es wird bisher viel zu wenig mit der CDU identifiziert und assoziiert.

Und dies führt schließlich zu meinem letzten Punkt in diesem Bereich: Wenn wir in unserer Grundsatzkommission auf unserem Parteitag in der künftigen Arbeit von Sozialen Diensten sprechen, dann sollten wir uns nicht darauf verlassen, daß hier auf Landes- oder auf kommunaler Ebene manches zusätzlich geschehen kann, sondern dann sollten wir wiederum in unserer Mitgliedschaft beginnen, uns in diesen Sozialen Diensten beispielhaft zu engagieren. Das bedeutet nicht ihre Politisierung. Aber es bedeutet in einem mittelfristigen Prozeß, daß sich in der Öffentlichkeit das Bild einer Partei durchsetzt, die ein Anwalt derer ist, die Hilfe brauchen und die auf diese Hilfe anzusprechen sind.

Dies gibt, wie ich meine, nicht nur der CDU mehr Ausstrahlung, sondern wenn ich an all die vielen Diskussionen in unseren Kreis- und Ortsverbänden im Zusammenhang mit der Mitgliederwerbung denke, warum man denn eigentlich Mitglied in der CDU werden solle, was man denn tun könne in der CDU, dann meine ich, daß gerade für Frauen und für junge Menschen, aber nicht nur für diesen Bereich, soziales Engagement eine ganz wichtige Motivation für Mitgliedschaft in einer politischen Partei werden kann. Ich meine also, daß wir auch die Mitgliederwerbung der CDU und deren

Aktivierung auf diesem Wege erleichtern können. Die Bundesgeschäftsstelle wird für alle diese Bereiche bis zum Frühjahr entsprechende Anregungen und Leitfäden vorbereiten. Diese Leitfäden können sich fast überall auf bewährte Erfahrungen stützen. Sie können von Beispielen ausgehen; das Problem unserer praktischen Parteiarbeit bisher war, daß diese Beispiele zu wenig bekannt waren und daß ein zu geringer Erfahrungsaustausch zwischen einzelnen Wahlkreisen, zwischen einzelnen Kreis- und Ortsverbänden stattfand, daß es nicht möglich war, bewährte Modelle wirklich anderen zur Nachahmung anzubieten und zu empfehlen.

Daran schließt sich meine vierte These an. Wir brauchen in der CDU nicht nur mehr, sondern auch aktivere Mitglieder. Lassen Sie mich dazu viererlei sagen. Erstens: Mitgliederwerbung. Mitgliederwerbung ist eine laufende Arbeit, die wir in der Vergangenheit betrieben haben, im letzten Jahr – wie Sie wissen – mit großem Erfolg. Die wir immer zu betreiben haben, aber bei der wir mehr als bisher aus der bewährten Erfahrung und aus weniger bewährten Erfahrungen lernen sollten. Die Bundespartei hat vor der Bundestagswahl drei Modellversuche mit entsprechenden Landes- und Kreisverbänden durchgeführt und zwar in Bielefeld, in Heidelberg und im Rhein-Sieg-Kreis.<sup>13</sup> Das Ergebnis war, daß auch bei dem größtmöglichen Material- und Mitteleinsatz die Wirkung da am stärksten war, wo das persönliche Gespräch und der persönliche Kontakt am intensivsten geführt wurde. Dies also gilt es zu organisieren. Wir haben die Folgen aus den beiden Versuchen in Bielefeld und hier im Rhein-Sieg-Kreis in einem dritten Modell in Heidelberg eingesetzt. Das Ergebnis war dort innerhalb von sechs Wochen die Werbung von insgesamt 250 neuen Mitgliedern. Ich glaube, daß allein diese Zahl ein Anreiz ist, systematisch diese Modellversuche fortzusetzen.

Aber die Mitgliederwerbung – und damit der zweite Punkt – hat keinen Sinn, wenn die neuen Mitglieder in unserer Partei nicht wirklich in diese Partei aufgenommen und eingeführt werden. Die Schwierigkeit in einer Vielzahl unserer Kreis- und Ortsverbände ist die, daß neue Mitglieder von dem Augenblick an, wo sie ihr Beitragsformular unterschrieben haben, in dieser Partei über die Kartei genauso geführt werden wie diejenigen, die seit 20 oder seit 25 Jahren dabei sind. Es scheint mir, wie das in manchen Kreisverbänden geschieht, aber eben nur in sehr wenigen, dringend erforderlich, daß wir überall neue Mitglieder besonders betreuen, gesondert ansprechen, in ihrer Arbeit in die CDU einführen. Und ich glaube, daß unsere Kreisverbände nicht überfordert sind, wenn man jedem von ihnen zur Pflicht macht, etwa dreimal im Jahr die in diesem Zeitraum neu eingetretenen Mitglieder mit den Mandatsträgern, mit dem Vorstand einzuladen; und zwar nur die neu eingetretenen Mitglieder, um ihnen das Gefühl zu geben, daß sie hier nun wirklich willkommen sind und aufgenommen werden.

Dritter Punkt: Wir sind stolz darauf, daß die Union inzwischen 430.000 Mitglieder hat. Aber wir vergessen zu oft, daß diese 430.000 Mitglieder natürlich 430.000 ganz verschiedene Mitglieder sind. Von diesen 430.000 sind viele, für die die Mitgliedschaft

---

13 Unterlagen zum „Modell Bielefeld“ in ACDP 07–001–12178. Aus der Aktion hervorgegangen ist „Teil III: Leitfäden der CDU – Leitfäden für Mitgliederwerbung“. Eine Ausweitung der Aktion auf weitere KV war vorgesehen.

der CDU die Formalisierung eines politischen Bekenntnisses ist ohne die Bereitschaft oder die Möglichkeit zu irgendeiner besonderen Aktivität. Für manche ist es der Ausdruck der Bereitschaft, für diese Partei finanzielle Opfer zu bringen, durch sie informiert zu werden oder aber eben auch sich aktiv für sie einzusetzen. Wenn wir schon mit großer Mühe und mit nicht unerheblichen Kosten eine zentrale Mitgliederkartei aufgebaut haben, im Bund und in den Landesverbänden, sollten wir alles tun, um bis zu den nächsten Landtags- und erst recht zur nächsten Bundestagswahl zu wissen, welche dieser Mitglieder wir wirklich als aktive Helfer ansprechen können, weil wir uns dadurch die Vorbereitung von Wahlkämpfen sicher erheblich erleichtern.

Und schließlich der vierte Punkt: Die normale Struktur unserer Partei endet auf der Ortsebene. Der letzte Bundestagswahlkampf hat, wie ich meine, gezeigt, daß dies in der modernen Form von Wahlkampfführung, in der modernen Form von Public Relations von Organisationen nicht ausreicht. Das beste Beispiel dafür war, daß sich im Wahlkampf spontan innerhalb der Ortsverbände Untergliederungen gebildet haben, die entweder lokal orientiert waren bis hin zur Wohnblockorientierung oder die orientiert waren auf einzelne Schulen, auf einzelne Betriebe. Hier ist eine Menge geschehen, aber ich meine, dies muß in der organisatorischen Arbeit der Partei systematisiert werden. Wir müssen über das System der Ortsverbände hinaus differenzierter an die Bevölkerung und zwar als Wohnbevölkerung ebenso wie als arbeitende Bevölkerung herankommen. Und wir sollten um Himmels willen hier nicht die Scheu alter bürgerlicher Parteien haben, daß dies Organisationsformen wären, die zunächst in anderen Parteien entwickelt worden sind. Es darf für uns nicht darum gehen, wer solche Organisationsformen entwickelt hat, sondern wie effektiv sie sind. Und wir brauchen sie heute nicht nur im Hinblick auf Wahlen, sondern gerade im Hinblick auf eine laufende Öffentlichkeitsarbeit der Partei.

Fünftens, für die wichtigsten Zielgruppen ist die ganze Partei verantwortlich. Selbstverständlich kann niemand den Vereinigungen ihre entscheidende Rolle nehmen, aber die Partei kann sie nicht alleine lassen und kann nicht sagen, für die Frauen haben wir ja eine Frauenvereinigung, für die Arbeitnehmerschaft haben wir ja die Sozialausschüsse, für die Jugend, junge Generation haben wir ja die Junge Union. Ich habe mich sehr gefreut, nach einer Diskussion auf unserer letzten Vorstandssitzung, daß inzwischen sowohl der Vorsitzende wie auch der Generalsekretär einen Brief des Bundesgeschäftsführers<sup>14</sup> der Jungen Union Deutschlands bekommen haben, in dem dieser ausdrücklich darüber Klage führt, daß die Bundespartei bei der Bundesgeschäftsstelle noch immer keinen Jugendreferenten hätte, dies sei doch unbedingt erforderlich, um eine Anlaufstelle für Fragen der Jugendpolitik, aber auch der Jugendarbeit zu schaffen. Ich habe Ihnen bereits auf der Klausurtagung gesagt, daß das zu meinem Plan und meinen Zielen gehört, dies in Zusammenarbeit mit der Jungen Union und mit dem RCDS aufzubauen und einzurichten. Und ich brauche nur mit einem

---

14 Peter Helmes (geb. 1943), Volkswirt; 1972–1979 JU-Bundesgeschäftsführer, 1980–1989 Tätigkeit in der Wirtschaft, 1990–1996 Hauptgeschäftsführer der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, 1996 Gründer der Helmes Consulting. – Korrespondenz JU-CDU-Bundesgeschäftsstelle in ACDP 04-007-177/1, -177/2 und 07-001-11388, -11400.

Stichwort hinzuzufügen, daß in diesem Bereich natürlich auch das Thema der Universitäten etwas ist, was die Bundespartei im Zusammenhang mit Junger Union und RCDS stärker als bisher beschäftigen muß.

Wir werden zu prüfen haben, wie weit die beiden Kommissionen für die spezifischen Frauen- und Jugendthemen in diese Arbeit einbezogen werden können. Jedenfalls muß es darum gehen, ohne daß die Selbständigkeit der Vereinigungen im Rahmen des Statuts angetastet werden soll, daß die Bundespartei mit den Vereinigungen sich verantwortlich fühlt für diese Bevölkerungsgruppen und zwar in ihrer Politik wie in ihrer praktischen Arbeit, zumal wir ja erlebt haben, daß gerade diese drei Gruppen im Wahlkampf in den Analysen des Wahlergebnisses für uns die schwierigsten Bereiche waren, nämlich die Frauen und die Arbeitnehmerschaft und die junge Generation.

Damit komme ich zum sechsten Bereich, der unsere Informationsarbeit betrifft. Unsere Informationsarbeit muß einerseits gezielter, und sie muß andererseits breiter angelegt sein. Wir haben hierzu einen ersten Anlauf für eine wirkungsvollere Koordination zwischen Partei und Fraktion, zwischen Bund und Ländern und zwischen der Partei und ihren Vereinigungen bereits zu Beginn des vergangenen Jahres unternommen. Leider ist dieser Versuch im Vorfeld der Bundestagswahl steckengeblieben, denn vor einer Wahl ist es eine harte Sache, Publikationen zusammenzulegen, Publikationen, die sich nicht bewährt haben, einzustellen oder neue Versuche mit neuen Publikationen zu machen.

Die Bundespartei wird Ihnen bis zum Frühjahr ein Informationsprogramm vorlegen. Wenn das heute noch nicht möglich ist, liegt es daran, daß dies erhebliche finanzielle Implikationen hat. Dies ist wiederum auch ein Grund, warum der Haushalt für das Jahr 1973 Ihnen noch nicht vorliegt. In diesem Programm haben wir jede der bisher bestehenden Informationen auf Parteiebene, wie bei unseren Vereinigungen, daraufhin zu prüfen, ob sie ihre Aufgaben optimal erfüllen. Das wird für einige ganz sicher nicht der Fall sein. Dabei haben wir aber vor allem zu überlegen, daß nach dem bisherigen Stand der Arbeit der Bundespartei – Wahlkämpfe ausgeklammert – wir unsere Etatmittel zu 80 % einsetzen für die Informationen nach innen, in die Partei hinein und nur zu 20 % für die Information nach außen. In dem ersten Etatentwurf, der aufbaut auf dem bisherigen Informationssystem, gibt es insgesamt einen Titel für Informationsarbeit von 2,4 Mio. DM. Hiervon gehen lediglich 400.000 DM in die Öffentlichkeitsarbeit nach außen, und dies ist, wie ich meine, ein auf die Dauer unbefriedigendes Verhältnis. Damit wir uns das nicht im Vorhinein zu leicht machen, sage ich, der größte Posten ist dabei, wie Sie alle wissen, das „Deutsche Monatsblatt“. Nun sind wir alle sehr schnell bei der Hand zu sagen, das ist ja der erste Punkt, wo wir sehr schnell streichen können. Aber ich mache Sie auf folgendes aufmerksam: Es gibt eine Untersuchung, die eben auf den Tisch gekommen ist, über das Informationssystem innerhalb der Partei mit einer systematischen Befragung von Mandatsträgern, von hauptamtlichen Mitarbeitern und von Mitgliedern.<sup>15</sup> Das Ergebnis ist eine Bestäti-

---

15 Wolfgang FALKE: Partei und Führung. Zu den innerorganisatorischen Aufgaben der CDU (Konrad-Adenauer-Stiftung/SFK). Alfter 1972, hier S. 36–81.



gung meiner Vermutung. Das „Deutsche Monatsblatt“ wird von den Mandatsträgern und den hauptamtlichen Mitarbeitern praktisch vollständig abgelehnt beziehungsweise nicht beachtet. Was hier wichtig ist, sind die Informationen aus Partei und Fraktion und zwar mit Vorrang die nichtgedruckten Informationen mit einem gelben Strich durch, die dem Leser das Gefühl geben, er sei ein Eingeweihter und erfahre eine publizistische Sonderbehandlung (*Katzer*: Aber nicht lange!)

Bei dem „Monatsblatt“ sieht es immerhin so aus, daß auf einer Basis von 1.400 Befragten, also wirklich einem repräsentativen Querschnitt der Mitgliedschaft, 53 % der Mitglieder angeben, daß sie das „Monatsblatt“ regelmäßig lesen und 45 % ihm für ihre politische Information eine mittlere und 40 % eine hohe Bedeutung beimessen. Wenn Sie weitergehen würden, was diese Umfrage nicht zuläßt, dann würden Sie sicher zu dem Ergebnis kommen, daß die 40 %, die dem „Monatsblatt“ eine hohe Informationsbedeutung zumessen, diejenigen unserer Mitglieder sind, die außer ihrer Heimatzeitung keine andere politische Informationen bekommen. Und das ist ein beträchtlicher Teil unserer Mitgliedschaft. Und die Frage, die wir zu prüfen haben, ist, ob wir auf eine durchgehende politische Information aller unserer Mitglieder verzichten können. Wenn wir es nicht tun wollen, meine Damen und Herren, mache ich Sie darauf aufmerksam, es wird nie möglich sein, für 440.000 CDU-Mitglieder mit der unterschiedlichen Struktur, dem unterschiedlichen Informationsgrad, bei monatlichem Erscheinen eine Publikation zu schaffen, von der wir in diesem Kreise sagen, wenn sie auf den Tisch käme, sei sie die erste Lektüre, die wir begierig nähmen, weil wir selber glaubten, wir könnten davon noch etwas profitieren. Hier liegen also strukturelle Probleme, und ich hoffe, daß wir Ihnen bis zum Frühjahr hier einen ausgewogenen und dann auch finanziell kalkulierten Vorschlag machen können.

Unabhängig von dem schriftlichen Informationssystem gibt es im Bereich der Presseabteilung drei wichtige Aufgaben für die allgemeine Arbeit. Nämlich erstens, eine Intensivierung unserer Pressekontakte hier in Bonn durch häufigere, auch thematisch bestimmte Pressekonferenzen der Parteiführung und der Fraktion. Zweitens, mehr Pressekonferenzen auch der Bundespartei und ihrer führenden Repräsentanten der Fraktion draußen im Lande und drittens, mehr Redaktionsbesuche draußen im Lande. Ich habe das Gefühl, daß wir hier in der Vergangenheit unnötig eine ganze Menge von Lücken gelassen haben, die uns zusätzliche Öffentlichkeitswirkung bringen können, die uns im Grunde nichts kostet.

Neben dieser Intensivierung und Aktivierung der Pressearbeit kommt der Arbeit im Funk und im Fernsehen, wie wir alle wissen, fast noch größere Bedeutung zu. Das gilt zunächst für die Zusammenfassung unserer Aktivitäten unserer Freunde in den einzelnen Anstalten. Ich selber gehöre dem Fernsehrat des ZDF an, für mich war es mit unseren Freunden dort von Beginn der Gründung des ZDF an selbstverständlich, daß es unter den Fernseh- und Verwaltungsratsmitgliedern zuzusagen eine CDU/CSU-Fraktion gibt, wir nennen das höflicherweise „Freundeskreis“; es ist leider bisher noch keineswegs in allen Anstalten gelungen, unsere Freunde, die dort in den Aufsichtsgremien sitzen, zu ähnlichen Organisationsformen zu veranlassen. Dies ist sicher eine vorrangige Aufgabe. Wenn wir diese Aufgabe lösen, dann muß die zweite Aufgabe

sein, einen sehr viel engeren, systematischeren Informationsaustausch zwischen den CDU-Vertretern in den einzelnen Gremien herbeizuführen. Weil nämlich – wir haben aktuelle Erfahrungen aus dem ZDF – beispielsweise die SPD sich im einen Sender im Angriff auf bestimmte Dinge ganz anders einläßt als im anderen Sender in der Verteidigung bestimmter Dinge. Und dies kann nur ausgenützt werden, wenn unsere Freunde wechselseitig darüber informiert sind.

Drittens haben wir eine ständige Aufgabe, die Personalbetreuung in den Anstalten weiter erheblich zu intensivieren. Und viertens haben wir die Aufgabe, sehr viel mehr als bisher die Programme im Fernsehen und im Rundfunk aufzunehmen und auszuwerten, wobei ich hinzufüge, daß die Bundespartei selbst über ihre gegenwärtige finanzielle Besetzung hinaus nie in der Lage sein wird, das über die zentralen bundesweiten Fernsehprogramme hinaus zu machen. Dies wird eine Frage an unsere Landesverbände und vielleicht auch an unsere Landesregierungen sein, wie weit wir regionale Programme auch regional aufnehmen und auswerten können. Für eine geschlossene Medienpolitik der CDU scheint mir das aber unerläßlich zu sein.

Und schließlich, auch wenn die Erfahrungen in der Vergangenheit hier noch nicht zu besonders ermutigenden Erfolgen geführt haben, sollten wir erneut für Presse und Fernsehen die Frage zentral oder regional organisierter Leserbriefinitiativen beziehungsweise Zuschauerbriefinitiativen aufnehmen. Ich habe den Eindruck, daß wir uns auch hier um Wirkungen bringen, die sehr viel größer sind und mit geringeren Mitteln erreicht werden können, als wir das normalerweise glauben. Ich nenne in diesem Zusammenhang, ohne es hier vertiefen zu wollen, das Stichwort „Auslandsarbeit“. Dies ist nicht nur Aufgabe eines zusätzlichen Informationsdienstes, den wir zu schaffen haben, sondern einer Intensivierung unserer Kontakte. Ich habe darüber vor drei Wochen schon kurz gesprochen. Der Wahlkampf 1972 ist von der SPD ja in ungeheurer starker Weise unter Einschaltung des Auslands, der ausländischen Presse, geführt worden. Dies kann uns nur veranlassen, die Vertretung unserer eigenen Politik nicht nur gegenüber unseren Freunden, sondern auch gegenüber der ausländischen Presse im Laufe der nächsten vier Jahre sehr viel intensiver und systematischer zu betreiben.

Siebter Punkt: Wir müssen unsere politische und unsere publizistische Arbeit sehr viel systematischer, um nicht zu sagen, wissenschaftlicher planen, als wir das in der Vergangenheit getan haben. Wir haben im Zuge der Wahlanalysen sehr viel darüber gesprochen, welche Bedeutung Meinungsumfragen haben, ob man ihnen folgen soll oder nicht. In diesem Zusammenhang geht es mir weniger um Meinungsumfragen als um Motivationsanalysen. Gerade wenn wir der öffentlichen Meinung nicht folgen wollen und nicht folgen können, dann müssen wir die Motivstrukturen kennen, weil nur von daher sich unsere eigene Politik überzeugend vertreten läßt, und weil wir nur von daher die Möglichkeit schaffen, die öffentliche Meinung wirklich zu verändern. Das zweite ist, auch dieses Stichwort hat es in unserer Klausurtagung schon gegeben, eine planmäßigere Absicherung unserer politischen Sprache. Ich möchte das an einem Beispiel klarmachen, das wie alle diese Beispiele die Bundespartei und mich persönlich ganz unmittelbar betreffen, am Begriff der „humanen Leistungsgesellschaft“. Meine

Damen und Herren, dieser Begriff ist in der Diskussion um unser Wiesbadener Regierungsprogramm entstanden. Und wir haben alle mehr oder weniger diesen Begriff im Wahlkampf aufgenommen. Er kommt in diesem Regierungsprogramm vor. Wir haben nicht einmal systematisch untersucht, was dieser Begriff eigentlich an Assoziationen weckt, wie dieser Begriff verstanden wird. Es gibt Untersuchungsansätze, die zeigen, daß der Begriff der „Leistung“ mindestens in der Arbeitnehmerschaft alles andere als positiv, und zwar begrifflich, verstanden wird und daß der für uns zwingend ergänzende Begriff der „humanen“ Leistungsgesellschaft überhaupt nicht verstanden wird und deswegen nicht die Funktion hat, die wir ihm in dem abgewogenen Verhältnis des Gesamtbegriffs beigemessen haben. Wir werden also Formen finden müssen, um die Grundbegriffe unserer eigenen Sprache und unserer politischen Programme doch sehr viel gründlicher daraufhin zu untersuchen. Ich habe den Eindruck, daß die Bundesregierung und daß die SPD auf diesem Gebiet im Laufe der letzten nicht nur Monate, sondern bereits der letzten 1 ½ Jahre eine sehr planmäßige Arbeit leistet.

Dritter Punkt in diesem Zusammenhang: Wir haben in der Bundespartei, in der Bundesgeschäftsstelle immer wieder begonnen, ein Referat für das, früher nannte man es Ic-Wesen, also Feindbeobachtung, aufzubauen. Ausgereicht hat es nie, dies sollte uns nicht entmutigen, im Gegenteil, ich meine, daß wir auch unsere Feindbeobachtung verstärken und systematisieren müssen.

Und schließlich der vierte Punkt: Wir haben uns in allen Klausurtagungen darüber verständigt, daß wir in der Partei über die aktuellen politischen Fragen hinaus, wie sie etwa in diesen zehn Themen zum Ausdruck kommen, ein langfristiges Vordenken brauchen. Eine Basis dafür, ein Instrument dafür ist die Grundsatzkommission. Aber wir werden mit der Grundsatzkommission, wir werden zwischen Partei und Fraktion und Stiftungen hier Formen zu finden haben, die über diese Legislaturperiode bis in die 80er Jahre hinein reichen. Darf ich in diesem Zusammenhang zum Thema „Koordination“ ein Wort sozusagen unter dem Strich sagen: Diese Koordination muß natürlich, und hier im Vorstand sage ich das sehr offen, die Einrichtungen der uns befreundeten Stiftungen miteinschließen. Aber ich bitte Sie dringend, in Äußerungen vor größeren Kreisen und in Schriftstücken, die an 250 oder 300 Adressen herausgehen, nicht den Eindruck zu erwecken nach außen hin, als seien die Stiftungen eine Verfügungsmasse der Partei. Wer die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts kennt, kann nur dringend, dringendst davor warnen, und diese Warnung richtet sich auch ein bißchen an unsere Bundestagsfraktion. Ich bitte das gar nicht in der Sache, aber in der Sprache, zu berücksichtigen, weil wir sonst hier eines Tages sehr schlimme Folgen erleben könnten.

Schließlich, der achte Punkt: Wir brauchen informiertere und geschultere Mitarbeiter und Mitglieder. Dafür bietet sich vor allem jetzt, in dem fast wahlfreien Jahr 1973, aber auch am Beginn einer neuen Legislaturperiode, eine neue Chance. Hier liegt eine wichtige Aufgabe der Akademie in Eichholz<sup>16</sup>, die in diesem Jahr mit einem neuen

---

16 Institut der KAS bei Wesseling. Vgl. Günter BEAUGRAND: Die Konrad-Adenauer-Stiftung. Eine Chronik in Berichten und Interviews mit Zeitzeugen. Sankt Augustin 2003.

Lehrgangstyp für die hauptamtlichen Mitarbeiter anfängt. Aber ich meine, daß das nicht ausreicht, zumal wir uns nicht nur an unsere eigenen Mitarbeiter zu wenden haben, sondern ein lebhafter Bedarf auf diesem Gebiet auch bei unseren aktiveren Mitgliedern besteht. Das können wir nicht allein durch Lehrgänge, Seminare und Kurse erreichen. Auch nicht, wenn wir alle uns befreundeten Stiftungen und Institutionen dafür einsetzen. Ich meine, daß wir auch hier eine ganze Menge lernen können von dem, was in anderen Bereichen, ich nenne noch einmal die Industrie, auf dem Gebiet von Fernkursen und von programmiertem Lernen, entwickelt worden ist, was wir gar nicht etwa pauschal in die Parteiarbeit übernehmen können, aber was wir bisher viel zu sehr unbeachtet draußen vorgelassen haben. Immerhin gibt es hier eine Menge didaktische Erfahrungen, und wir sind dabei zu prüfen, was davon für die Partei übernommen werden kann.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich habe in meiner Eingangsbemerkung von der Unsicherheit in der Partei gesprochen. Andererseits gibt aber die gleiche Situation auch eine große Chance, wie wir sie kaum je vorher gehabt haben. Nämlich, ich glaube, daß es in der CDU noch nie mehr Bereitschaft gegeben hat, bis in unsere Kreisverbände hinein, eingefahrene Wege nicht einfach fortzusetzen, sondern sie kritisch und selbstkritisch zu überprüfen. Diese Chance, die sich jetzt bietet und die sich womöglich in einem Jahr schon nicht mehr bietet, müssen wir auf allen Bereichen wirklich jetzt nutzen. Und deswegen auch in diesem Zusammenhang meine herzliche Bitte an uns alle miteinander, daß wir dafür sorgen, daß die Personaldebatte im Blick auf den nächsten Parteitag, die natürlich die Partei im Ganzen beschäftigt und beschäftigen wird und beschäftigen muß, diese Arbeit und diese Aktivität nicht überlagert und nicht belastet. Das Jahr 1973 darf für diese Arbeit nicht verschenkt werden. Ich habe mich selber bemüht, für meine Person einen bescheidenen Beitrag zur Versachlichung dieser Arbeit gerade im Blick auf die nächsten Monate zu leisten. Ich kann nur Sie, gerade auch die Landesvorsitzenden, bitten, daß Sie alle Aktivitäten, alle Initiativen der Bundespartei unterstützen, aufnehmen, daß wir hier eine gemeinsame Arbeit leisten. Diese Arbeit ist kaum je wichtiger als im Augenblick gewesen und wenn ich die Aufgeschlossenheit der Partei für neue Ideen, für neue Wege, für mehr Aktivität sehe, dann meine ich, sie hat auch kaum je mehr Chancen gehabt. An uns liegt es, diese Chancen jetzt auszunützen. Herzlichen Dank! (*Beifall.*)

*Barzel:* Ich danke dem Herrn Generalsekretär für seinen guten und mit Recht umfassenden Bericht. Es stehen noch aus die Berichte der Präsidiumsmitglieder, die wir uns erstatten lassen wollten, insbesondere zur Gewerkschaftsfrage, zu Medien und Jugend und zu den Frauenfragen. Bevor wir die Diskussion über den Bericht des Generalsekretärs eröffnen, kriegt das Wort der Kollege Stoltenberg. Wir hatten das verabredet wegen der aktuellen Entschließung. Ich hoffe, wir haben sie bald verabschiedet.

*Stoltenberg:* Also, was hier kurz vorzutragen ist, gehört zu dem Thema 1c bei Herrn Kollegen Kraske, nämlich Feindbeobachtung und Feindbekämpfung. Wir sind uns ja darüber einig, daß wir bei aller Sorgfalt und Gründlichkeit, mit der wir unsere eigenen Konzepte erarbeiten, uns mit uns selbst im positiven Sinne beschäftigen, die politische Auseinandersetzung aufnehmen müssen. Wir haben das bei anderen Anlässen getan,

die Fraktion, die Partei. Und wir sind uns sicher darin einig, daß die Beschlüsse vom Wochenende der Bundesregierung<sup>17</sup> nun die Menschen wie nichts anderes beunruhigen und z.T. auch erregen, weil hier etwas geschieht, was jeder Einzelne, fast jeder Einzelne in seinem Geldbeutel spürt. Die vorhergehende Währungsdebatte hat die Menschen auch beunruhigt und bewegt, aber das war etwas oberhalb der Ebene des eigenen Lebens und der eigenen Einkommen und der eigenen konkreten Belastungen. Die Sache ist zunächst einmal zu einem überraschenden Ende gekommen durch die amerikanische Entscheidung.<sup>18</sup> Wir wissen, daß das natürlich noch weitergeht, vor allem im Feld der Handelspolitik. Aber was die Bundesregierung jetzt gemacht hat auf dem Gebiet der Steuererhöhung, ist nach den ersten Eindrücken, die wir im Präsidium ausgetauscht haben, etwas, was draußen lebhaft und auch kritisch debattiert wird.

Es hat gestern die ersten Stellungnahmen gegeben des Parteivorsitzenden, des Kollegen Strauß, einiger anderer.<sup>19</sup> Die stimmen, wenn man die Zeitungen heute liest, in der Gesamtrichtung überein. Ich glaube deshalb auch und kann das für das Präsidium sagen, daß wir heute ein Stück weitergehen sollen in der Verdeutlichung der Probleme, allerdings nur einen kleinen Schritt. Ich möchte gleich empfehlen, daß wir diese Stellungnahme, die wir so oder anders hier abgeben, nicht zu sehr mit der Einzelbewertung befrachten. Wir müssen hier für die Fraktion, für die Fachausschüsse der Partei – wir sind hier in besonderer Weise in einer schwierigen Lage oder in einer wichtigen Funktion –, auch für den Bundesrat noch ein Stück der Präzisierung offenlassen. Dazu brauchen wir noch etwas Zeit bis zum ersten Durchgang im Bundesrat und Bundestag. Auf der anderen Seite wäre es ganz falsch, wenn wir die Möglichkeit, heute vor dem Bundesvorstand etwas Weiterführendes zu sagen, nicht wahrnehmen. Daraus ergibt sich, daß der kurzen, ich will das mal so sagen, etwas summarischen und harten Verurteilung von gestern, die richtig war, jetzt eine Äußerung folgt, die etwas differenziert – unter Bekräftigung dessen, was gestern gesagt wurde –, aber nicht zu sehr ins Detail geht. Davon würde ich abraten. Ich habe diesen Text entworfen und nach der Erörterung im Präsidium ihn aufgrund der dortigen Debatte etwas geändert. Ich wäre nur dankbar – er kann natürlich hier verbessert werden wie alles –, wenn wir davon ausgehen, daß wir nicht zu sehr in Details hineingehen.

Die Sache ist folgendermaßen: Hier wird unter dem Motto „Stabilität“ etwas angekündigt, was teilweise Stabilitätspolitik sein kann von der Regierung, was auch auf der Linie dessen liegt – und das müssen wir beachten –, was vom Sachverständigenrat und von der Bundesbank noch mal sehr dramatisch gefordert wurde.<sup>20</sup> Aber die Bundes-

---

17 Beschlüsse der Bundesregierung zur Wirtschafts- und Finanzpolitik vom 17. Februar 1973 in BULLETIN Nr. 20 vom 20. Februar 1973 S. 173–178. Vgl. FAZ vom 19. Februar 1973 „Drastische Steuererhöhungen zur Jahresmitte“; NZZ vom 19. Februar 1973 „Steuererhöhungen und Stabilitätsanleihe in der Bundesrepublik“.

18 Eine Währungskrise in den USA führte zu einer erneuten Abwertung des US-Dollars, vgl. AdG 1973 S. 17661–17665.

19 Vgl. dpa vom 18. Februar 1973 „Strauß sieht Vorwand zur Beschwichtigung des Steuerzahlers“; „Barzel spricht von ‚erster Stufe des Offenbarungseides‘“; „Stoltenberg: Steuererhöhungen nicht nötig“; „Industrie vermißt Beitrag der öffentlichen Hand“.

20 Am 6. Dezember 1972 hatte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirt-

regierung hat sich ins Unrecht gesetzt und uns die Ablehnung erleichtert dadurch, daß sie auch etwas ganz anderes macht. Mit der Mineralölsteuer, wo ja auch die öffentliche Erregung natürlich am größten ist, weil das praktisch jeden trifft in breiten Schichten der Bevölkerung, will sie unter Stabilität etwas verkaufen, was nichts weiter ist als eine kräftige Finanzierung von Herrn Schmidt zur Lösung der unmittelbaren Haushaltsprobleme. Denn hier ist ja auch gesagt worden, daß man diese Mittel verwenden will zum Haushaltsausgleich. Und dies scheint mir der stärkste Anhaltspunkt, sowohl stabilitätspolitisch wie von der populären Wirkung, für den kritischen Einstieg zu sein. Wir müssen demgegenüber sagen, daß der Gedanke einer Stabilitätsanleihe, obwohl auch er einige Probleme aufwirft, nicht a limine abgelehnt werden kann. Der Gedanke, zu einer freiwilligen Abschöpfung von Kaufkraft zu kommen durch eine Anleihe, ist nicht von vornherein abzulehnen. Er bedarf zumindest noch einer gründlichen Prüfung. Das ist etwa auch das Kommentarbild in den qualifizierten Zeitungen heute. Das Mittelstück, die Sonderbelastung, vor allem für die Wirtschaft von 2,4 Mrd. ist natürlich sehr problematisch. Man ist hier aus sozialen Gründen auf die Firmen und die obersten Einkommensgruppen ausgewichen. Wir sollten uns auch nicht, das wäre unklug, hier zum Befürworter eines allgemeinen Konjunkturzuschlages machen, das ist nicht die Aufgabe der Opposition, obwohl natürlich die Konzentration auf die Wirtschaft die Gefahr der Überwälzung in dieser Konjunktursituation enorm vergrößert und damit also mögliche preistreibende Wirkungen kommen. Dann kommt diese sehr unschöne Sache mit der Verminderung der Investitionsförderung in den regional schwachen Gebieten, die genau das Gegenteil von dem ist, was wir für eine differenzierte Konjunkturpolitik – auch in der Initiative des Bundesrates – gefordert haben. Und es kommt der sehr unschöne Vorgang, den wir sehr herausarbeiten müssen. Das geschieht hier im vorletzten Absatz, daß die Bundesregierung dies alles macht in der Form im wesentlichen einer Vorfinanzierung für sich selbst, ohne daß die Gespräche über die anstehenden Fragen, etwa die großen Forderungen der Bildungsplaner – wir haben in dieser Woche eine Besprechung mit dem Bundeskanzler darüber, bei denen wir ja von der Bundesregierung sozusagen zu höheren Leistungen angehalten werden sollen – und ohne die ja nach den gesetzlichen Terminen anstehenden Verhandlungen zwischen Bund und Ländern auch für die Gemeinden über die Probleme der Steuerneuverteilung überhaupt begonnen haben.

Und dies weckt in der Tat die Befürchtung, die auch einige der intelligenten urteilsfähigen Wirtschaftsjournalisten haben, daß dies Ganze ein erster Schritt ist, um dann im weiteren Verlauf der Debatte mit der Länder- und Gemeindeseite oder über Bildungsfinanzierung im Grunde noch einmal kräftig zuzulangen und uns hier in eine Lage zu bringen, in der wir dann Schwierigkeiten bekommen. Ich würde mich im Au-

---

schaftlichen Entwicklung sein Jahresgutachten 1972 vorgelegt (BR-Drs. 612/72), in dem er für Steuererhöhungen eintrat. Vgl. „Die Welt“ vom 7. Dezember 1972 „Das Rezept der fünf Weisen: Gedämpfte Expansion“; „Rheinische Post“ vom 7. Dezember 1972 „Prof. Klotten mahnt Regierung und Wirtschaft: ‚Notfalls allein zur Stabilität‘“. – Vgl. „Hamburger Abendblatt“ vom 17. Februar 1973 „Bundesbank wirft das Handtuch“; „Frankfurter Rundschau“ vom 17. Februar 1973 „Bundesbank bittet Bundesregierung um Hilfe“.

genblick, wenn ich das empfehlen darf, auf diese etwa so kommentierten Bemerkungen, das ist der Inhalt dieser EntschlieÙung, beschränken. DaÙ das Ganze innerhalb der Koalitionsparteien auch noch Schwierigkeiten auslöst – auch in Verbindung mit den Berlin-Beschlüssen – wird vor allem an der Haltung der FDP sichtbar. Aber das sollte man vielleicht nicht in die EntschlieÙung hineinnehmen, das muß man nur einmal mündlich etwas deutlich machen. Sie können heute an den Kiosken die Montagsausgabe vom „Handelsblatt“ kaufen. Die hat immer einen frühen Redaktionsschluß. Und da hat doch unmittelbar vor den Beschlüssen der neue wirtschafts- und finanzpolitische Sprecher der FDP erklärt, das käme überhaupt nicht in Frage, daß irgendwelche Steuererhöhungen gemacht würden, die sich für die Bundeskasse auswirken.<sup>21</sup> Der hat genau das Gegenteil von dem gesagt, was geschieht. Das ist für die weitere Erörterung im Bundestag von Bedeutung. Dies hat also auch eine Perspektive. Das sollte man nicht in den Text hineinnehmen, der die Frage der Rolle der FDP beleuchtet und die Frage des Verhältnisses Friderichs/Schmidt. Das wäre ein Beitrag für die weitere Diskussion. Ich empfehle also im Einvernehmen mit dem Präsidium, es auf diese Bemerkungen zu beschränken, wäre dankbar, wenn wir die EntschlieÙung nach einer kurzen Debatte verabschieden können. Wenn wir lange debattieren, haben wir nämlich den Redaktionsschluß verpaßt.

*Barzel:* Nur zu dem Punkt Stoltenberg jetzt.

*Schäfer:* Ich teile Ihre Auffassung, daß man im Moment keinen sehr breiten, in die Sache gehenden Kommentar abgeben kann, aber ein bißchen mehr Linie, glaube ich, kann man durch wenige Änderungen hineinbringen. Was ja frappierend ist, ist, daß hier eine Bundesregierung Stabilitätspolitik betreiben will unter Umgehung des Stabilitätsgesetzes. Das muß man ja irgendwo anmerken. Wozu haben wir eigentlich ein Stabilitätsgesetz? Das läßt sich einfach unterbringen, wenn man sagt, die von der Bundesregierung unter Umgehung des Stabilitätsgesetzes beschlossenen Steuererhöhungen bringen erhebliche Mehrbelastungen. Ich glaube nicht, daß es dagegen grundsätzliche Bedenken gibt. Denn wer das Stabilitätsgesetz kennt, den Art. 26, der weiß, was dort an Maßnahmen vorgesehen ist, wenn man tatsächlich ein Stabilisierungsprogramm machen will. Hier geht es ja eigentlich gar nicht um ein Stabilisierungsprogramm. Dann heißt es unten im nächsten Absatz, nur einige Anmerkungen: „Der im Grundsatz richtige Vorschlag“. Ich hätte Bedenken zu sagen, „im Grundsatz richtige“. Ob eine freiwillige Stabilitätsanleihe richtig ist oder nicht, das hängt von der Abstimmung mit dem gesamten Kapitalmarkt ab. Das lieÙe sich aber auch im Text unterbringen. Der Vorschlag einer freiwilligen Stabilitätsanleihe wird in seinem Erfolg in Frage gestellt, weil er offensichtlich weder mit den Anleihewünschen der öffentlichen Hand, noch der Wirtschaft abzustimmen ist, und bestenfalls zu einer Erhöhung des Zins-

---

21 Vgl. „Handelsblatt“ vom 19. Februar 1973 „FDP: Kein Steuergeld für die Bundeskasse. Lambsdorff: Keine etatpolitischen Steuererhöhungen“. – Dr. Otto Graf Lambsdorff (geb. 1926), Jurist; 1951 FDP, 1955–1971 Tätigkeit im Kreditgewerbe, 1960 Zulassung als Rechtsanwalt, 1968–1978 Landesschatzmeister der FDP NRW, 1972–1998 MdB, 1977–1984 Bundesminister für Wirtschaft, 1988–1993 Bundesvorsitzender der FDP. Vgl. KEMPF/MERZ S. 404–409.

niveaus führen kann, was außenwirtschaftlich nicht erwünscht ist. Wir müssen ... (*Stoltenberg*: Dann würde ich sagen, „der im Grundsatz erwägenswerte oder diskutabile.“) Herr Stoltenberg, Sie brauchen mir nicht entgegenzukommen. Ich mache einen Vorschlag. Den braucht niemand zu akzeptieren.

Im nächsten Satz heißt es dann: „Sie kann vor allem für die von der jüngsten Abwertung des Dollar stark betroffenen Branchen zu erheblichen Härten führen“. Ich hätte keine Bedenken, diese Härten zu nennen. Es gibt ja zwei Möglichkeiten. Die erheblichen Steuerbelastungen führen entweder dazu, daß notwendige Investitionen zur Produktivitätserhöhung unterbleiben oder auf den Verbraucher abgewälzt werden. In beiden Fällen sind neue Preiserhöhungen zu erwarten. Scharf zu verurteilen ist die Mineralölsteuer. Ja, dann wird hier unten gesagt: „Die verkehrsfernen strukturschwachen Gebiete“. Ich würde „verkehrsfern“ rauslassen. Es gibt auch strukturschwache Gebiete, die durchaus mitten in gut strukturierten, also infrastrukturierten Gebieten liegen. „Im Gegensatz zu den Erfordernissen einer differenzierten modernen Konjunkturpolitik“, und jetzt würde ich das doch expressis verbis ansprechen, läuft den Zielen des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur zuwider. Warum soll man das nicht ansprechen? Man muß doch deutlich machen, daß dies kein konsistentes Programm ist, daß es überall aneckt und die Regierung selbst in Schwierigkeiten gerät mit bestehenden Gesetzen.

Auf Seite 2 oben ist von den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände eigentlich nur die konstruktive Lösung für den Nahverkehr angesprochen. Mir wäre das ein bißchen zu wenig. Ich würde es also bei den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände belassen, aber das kann man auch so lassen. Aber einen Satz, glaube ich, muß man sagen, ergänzend zu dem Text, der hier liegt. Die Beschlüsse des Kabinetts enthalten keine konkreten Maßnahmen der Geld- und Kreditpolitik. Das muß doch auffallen. In der Diskussion vorher ist die Rede davon gewesen, daß wir eigentlich nur über die Geld- und Kreditpolitik Stabilität hinbekommen. Jetzt kommt ein Stabilitätsprogramm – keine Maßnahme, keine konkrete zur Geld- und Kreditpolitik –, und wir sagen nichts über die künftige Sicherung der außenwirtschaftlichen Flanke, ohne die eine Stabilitätspolitik keine Chance hat. Warum schicken wir den Schmidt dann nicht ins Feuer zurück? Wir tun ja auch schon so, als ob die außenwirtschaftliche Flanke kein Problem mehr ist, als ob das alles wunderbar gelöst sei. Nichts ist doch gelöst. Keine Aussage darüber in diesem Programm. Es fehlt jede Aussage über die Intensivierung des Wettbewerbs von innen und außen, die mehr zur Preisstabilität beitragen kann als jede einzelne dieser Maßnahmen. Dies als Anmerkung für uns. Es fehlt jede Aussage darüber.

Insgesamt gesehen sind also die Beschlüsse eine Summierung von steuerpolitischen, gesellschaftspolitischen und stabilitätspolitisch motivierten Maßnahmen, ohne daß den wichtigsten Anliegen in diesen Bereichen wirksam Rechnung getragen würde. Es ist ein nicht konsistentes unausgeglichenes Programm.

*Müller-Hermann*: Ja, wir werden dann im Laufe dieser Woche von der Fraktion her sicherlich noch mal zu dem Thema Stellung nehmen müssen oder können, und insofern würde ich sagen, können wir dies hier so passieren lassen, obwohl meines Erachtens



dieses Papier etwas mehr in der Kraft und Deutlichkeit der Aussage hinter dem zurückbleibt, was unser Parteivorsitzender gestern im Fernsehen gesagt hat. Meines Erachtens müssen wir in vier Richtungen operieren. Erstens: Ohne ein globales Stabilitätsprogramm, in das die Ausgaben der öffentlichen Hand drastisch einbezogen sind, ist Stabilität nicht wiederzugewinnen. Dieses Thema, Ausgaben der öffentlichen Hand, wird in dem ganzen Stabilitätsprogramm überhaupt nicht berührt. Punkt 2: Die Bürger werden zur Kasse gebeten, während die öffentlichen Hände, allen voran der Bund, keinerlei Disziplin zeigt, sondern im Gegenteil die Ausweitung im Bundeshaushalt weit über das nominelle und doch noch viel weiter über das reale wirtschaftliche Wachstum hinausgeht. (*Barzel*: Das haben wir morgen in der Fraktion.) Punkt 3: Es wird für die Mehrbelastungen des Bürgers nicht ein Mehr an Leistungen der öffentlichen Hand bewirkt, sondern sie dienen nur dem Stopfen der Löcher. Und zum vierten: Die Steuererhöhungen, das steht auch hier drin, wenn auch meines Erachtens etwas zu verklausuliert, werden direkt über Abrechnungen in die Preise oder indirekt über zusätzliche Lohn- und Gehaltsforderungen erfolgen. Es ist also ein Irrtum zu meinen, daß mit diesem Programm über die sogenannte Kaufkraftabschöpfung ein Schritt in die Stabilität komme. Das sind auch die Themen, die der Bürger heute versteht, wenn man ihn nur richtig drauf anspricht.

Noch eine letzte Anmerkung: Ich glaube, wir müssen überlegen, wie wir uns gegenüber der FDP verhalten, die ja doch nicht nur durch Graf Lambsdorff, sondern in der Erklärung ihres Präsidiums erklärt hat, 1973 gibt es keine Steuererhöhung. Sie ist hier umgefallen, wie Sie wahrscheinlich auch in der Mitbestimmungsfrage wieder umfallen wird. Und zum zweiten sollte man auch etwas im Auge behalten das Verhalten des DGB, der in einer ersten Erklärung geprahlt hat, daß die Bürger wunderbar geschont würden<sup>22</sup>, die Arbeitnehmer haben hier kräftig auch in die Kasse zu zahlen. (*Lorenz*: Vorgestern hat er noch das Gegenteil gesagt, nicht? Kaum war es beschlossen ...) Ja, kaum war das beschlossen, hat sich der DGB schon wieder schützend vor die Regierung gestellt.<sup>23</sup> Ich muß sagen, das sollten wir in der geeigneten Form in den nächsten Tagen auch einmal zur Sprache bringen.

*Barzel*: Ich möchte Sie herzlich bitten, in Fragen FDP, Ernst Müller-Hermann, jetzt nicht zu variieren. Ich habe versucht, in den verschiedenen Klausuren die Begründung zu liefern, daß wir die Opposition ganz besetzen müssen und nicht zulassen dürfen, FDP ist ein Oppositionöchen neben uns. Die müssen jetzt gerade in dieser Frage mit den anderen mit in die Pfanne gehauen werden. Was Herr Schäfer sagt – gesellschaftspolitische Hintergründe –, würde ich heute noch nicht sagen, genauso, wie ich nicht sagen würde, die Wirtschaft kann dies nicht verkraften für die Mittelbetriebe. Wir müssen sagen, was wir – die politische Linie ist hier schon richtig – verdeutlichen können. Und was den DGB betrifft, so glaube ich, werden die Arbeitnehmer dies selber merken. Wie hier der DGB – Zuruf von Herrn Lorenz eben – in 48 Stunden zwei

---

22 „Die Welt“ vom 1. Dezember 1972 „DGB lehnt konjunkturbedingte Steuererhöhungen ab“.

23 dpa vom 18. Februar 1973 „DGB: größte Sorge genommen“.

Stellungnahmen abgegeben hat. Das kann im Bundestag eine Rolle spielen. Möglicherweise gibt es einen solchen Druck der Öffentlichkeit, daß wir Donnerstag eine Aktuelle Stunde haben, wenn auch „nur“ über die Berlin-Sache. Das muß angefangen werden, das Thema müssen wir jetzt besetzen.

*Köppler:* Ich habe nur drei Anmerkungen. Ich bin durchaus dafür, daß wir diesen – dem Rang des Bundesvorstands angemessenen staatsmännischen – Text hier verabschieden, nur was wir noch brauchen, Herr Vorsitzender, ist natürlich ein Flugblatt, das eine etwas andere Sprache spricht als die feierliche staatsmännische, die hier ist. Vielleicht könnten wir doch einen Satz noch reinbringen, wo hier sachlich richtig, aber zu vornehm von der Überwälzung auf die Verbraucher die Rede ist. Es muß deutlich gesagt werden, daß die Zeche die breite Arbeitnehmerschaft in diesem Lande bezahlt. Zweitens, ich würde vorschlagen, nicht von der Sonderbelastung von 2,4 Mrd. DM zu reden, dann ziehen wir uns sofort in der Polemik draußen wieder die 100.000-, 200.000-DM-Einkommensleute an, sondern ich würde stärker betonen die Körperschaftssteuer, auch wenn die sachliche Auswirkung wahrscheinlich dieselbe ist, was hier die Überweisung angeht. Hier dürfen wir nicht in die falsche Komplizenschaft gerückt werden. Der dritte Punkt hat sich erledigt, das „verkehrsferne“ muß raus bei den Strukturgebieten.

*Amrehn:* Ich möchte mit in die Kerbe von Herrn Köppler hauen. Wir machen wieder eine Entschließung, die verständlich ist für die Fachleute. Sie nimmt nicht genügend Rücksicht darauf, daß wir eigentlich solche Erklärungen für das Wählervolk draußen abgeben, das die Zusammenhänge wenig versteht. Es ist im Augenblick wieder die Zeit zu knapp, um das Ganze in eine solche Sprache zu bringen. Aber wenn hier beispielsweise die Rede ist von der Erhöhung der Mineralölsteuer, dann müßte meines Erachtens ein Satz drin sein: „Die Regierung betrachtet offenbar den Kraftwagen noch als einen Luxus, während heute der Arbeitnehmer gerade dies als Gebrauchsgegenstand ansieht.“ Solche viel leichter aufnehmbare Formulierungen schießen mir für eine Wirkung, die wir doch erzielen wollen, bedeutsamer als eine volle wissenschaftliche oder auch praktisch sinnvolle Ausgewogenheit einer solchen Erklärung. Das Ganze ist unausgegrenztes Stückwerk! Ein solcher Satz würde wahrscheinlich mehr zitiert werden.

Drittens, ich glaube, man kann das Ganze nun wirklich nicht abschließen, ohne daß wir wenigstens sagen – zum Schluß stehen ja lauter Feststellungen –, „Steuererhöhung zum Zwecke der Füllung inflationärer Lücken im Haushalt werden von der CDU abgelehnt“. Ich glaube, dieser Satz bleibt richtig. Wir haben ihn früher benutzt. Und dann kommt das Ganze erst zu einem Fazit. In dieser Richtung möchte ich also Herrn Köppler unterstützt haben, daß unsere Aussagen werbe- und wählerwirksam sein müssen. Sonst nichts gegen den Inhalt.

*Barzel:* Meine Damen und Herren, bevor ich jetzt Stoltenberg das Wort gebe: Ich habe den Eindruck nach der Diskussion, daß die Anregungen von Herrn Schäfer überwiegend positiv aufgenommen sind, weil sie einiges zur Sache verdeutlichen und damit das sachliche Gewicht verstärken, daß sicherlich Herr Schäfer und Herr Stoltenberg das zusammen hinkriegen, ohne daß wir das noch mal miteinander redigieren müssen.

*Kiesinger:* Ich wollte nur zu dem, was Herr Amrehn gesagt hat, folgendes sagen: Wir reden ja immer zwei verschiedene Adressen an. Wir wollen ernst genommen werden von den Journalisten, die von den Dingen etwas verstehen. Die sollen das, was wir sagen, nicht einfach als eine der üblichen Routineübungen der Opposition auffassen, sondern die Leute haben die Finger in die Wunde gelegt. Und dann muß man manchmal Dinge sagen, die tatsächlich der einfache Mann nicht versteht. Da kommt man nicht drum herum. Das ist das eine. Und das zweite ist, daß man tatsächlich den einfachen Mann anspricht. Manchmal kann man das nur so machen, daß man zwei Dinge macht: eine Resolution und dann etwas, was im Flugblatt oder (*Zwischenruf:* Das ist genau der Vorschlag.) in etwas Ähnlichem dann in den kommenden Wochen (*Zwischenruf:* Das Flugblatt soll gemacht werden.) verwendet werden kann, was also über den augenblicklichen Anlaß hinausgeht. Mein Rat wäre der, daß man beides versucht. Das bedeutet nicht, Herr Köppler, daß wir deswegen nur ganz ruhig staatsmännisch in diesem Beschluß sprechen sollten, lassen Sie mich das anfügen, sondern man kann auch jetzt schon deutlich werden. Trotzdem würde ich sagen, zwei Dinge. Das eine zum Anlaß, das andere für einen längeren Gebrauch im folgenden.

*Stoltenberg:* Ich bin unserem Ehrenvorsitzenden sehr dankbar. Ich bin sehr für das Flugblatt, das auf die Sprache des Arbeiters im Ruhrgebiet und des Mittelständlers überall in der Bundesrepublik abgestellt ist. Ich bin sehr dafür, daß wir das machen. Hier kommt es natürlich ein bißchen darauf an, daß wir von der nicht zu unterschätzenden Gruppe der Meinungsmacher unter den Journalisten, die gewisse Ansprüche an uns stellen, auch aufgenommen werden. Wir können uns, glaube ich, in der Tat, Herr Vorsitzender, mit Herrn Schäfer schnell auf einen Text einigen. Ich will hier nur sagen, die Sache mit der Umgehung des Stabilitätsgesetzes müssen wir uns etwas überlegen. Wenn wir das sagen, wird sofort gefragt, wolltet ihr den Konjunkturzuschlag und ähnliche Dinge? – Ja, das steht aber nicht im Stabilitätsgesetz, lieber Rainer Barzel. Ich meine, es ist die Frage, ob wir uns ausdrücklich auf das Stabilitätsgesetz hier beziehen, denn da sind lauter Maßnahmen vorgesehen, außerhalb der Mineralölsteuer, die unpopulärer sind. Und das ist der Punkt. Aber ich glaube, Herr Schäfer und ich werden uns einigen.

*Langguth:* Ich wollte nach diesem Vorschlag mit dem Flugblatt fragen. Ich glaube, (*Starke Unruhe und Diskussion.*) daß es tatsächlich innerhalb der nächsten 14 Tage unter den Leuten sein sollte. (*Zwischenruf:* Das ist alles utopisch. Erstens schafft man es nicht, und zweitens bringt uns das nicht an die Menschen.)

*Barzel:* Wir haben heute Montag. Wann geht der Uid raus? Donnerstag. Können wir nach bewährtem Muster die letzte Seite als ein Musterflugblatt zur Verfügung stellen? Das sollten wir schaffen. (*Amrehn:* Flugblätter erreichen nicht die Millionen! – *Starke Unruhe.*)

*Lemke:* Ich mache auf eines aufmerksam. Ich möchte nicht erleben, daß die Erklärung rausgeht und nachher im Bundesrat zurückgestellt wird. Dann haben wir den Fall, daß wir uns also selbst ohrfeigen. Ich wollte nur darauf hinweisen und das mal festhalten.

*Barzel:* Darüber haben wir uns im Präsidium geeinigt, ich habe dies vorhin in einem

kurzen Satz vorgetragen. Meine Damen und Herren, damit kommen wir zur Diskussion des Berichts des Generalsekretärs. Ich habe zwei Wortmeldungen, zunächst Herr Dregger.

Dregger: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich möchte zunächst etwas zu dem Bericht insgesamt sagen. Dann zu den zehn Schwerpunktthemen. Und dann zu den Themen für den Bundesparteitag. Herr Kraske hat vier Hauptthesen vorgetragen, die er mit vielen Unterthesen variiert hat, und denen wird man zustimmen können. Die Partei soll mehr diskutieren, sie soll sich mehr dem Bürger öffnen, obwohl man das ja vorsichtig nach außen formulieren muß, weil das ja so aufgenommen werden könnte, als wenn wir uns bisher nicht geöffnet hätten. Was Sie sicherlich nicht sagen wollen. Das ist gefährlich. Wir wollen ein neues Rollenverständnis für die Mitglieder. Wir wollen nicht nur mehr, sondern auch aktivere Mitglieder. Aber ich meine, eine These fehlt, die ich für die wichtigste halte, und die ich jetzt zweimal formulieren möchte mit unterschiedlicher Betonung, wobei beide Betonungen wichtig sind. Nämlich, die Partei muß den Gegner *angreifen*, und die Partei muß den *Gegner* angreifen. Das ist das Hauptgeschäft der Opposition. Selbst die Regierungspartei muß das, und die SPD tut es zur Zeit als Regierungspartei. Sie greift uns unaufhörlich an. Ich bin heute gefragt worden, welches Thema ich wählen wollte für einen Vortrag. Ich habe gesagt, die Opposition im Angriff. Ich wäre sehr glücklich, wenn alle Mitglieder und alle Mandatsträger und Funktionsträger der CDU den Gegner unaufhörlich angreifen würden, und zwar immer da, wo er schreit, denn da tut es weh. Und da immer wieder nachstoßen. Ich möchte also doch sehr bitten, daß diese These aufgenommen wird in den Katalog von Herrn Kraske.

Nun zu den zehn Schwerpunktthesen. Herr Kraske hat gesagt, die Fraktion habe sie beschlossen. Es ist richtig, daß nach der allgemeinen Diskussion in Berlin – ob von Ihnen Herr Vorsitzender oder von einem anderen Kollegen – diese zehn Themen genannt worden sind, und wir haben dem zugestimmt. Aber zustimmende Kenntnisnahme und formulierte Beschlüsse sollte man etwas unterscheiden. Ich sage das nicht nur wegen dieses Punktes. Ich bin mit all diesen Themen einverstanden. Aber nach näherer Prüfung fällt mir folgendes auf. Erstens, es sind nur innenpolitische Themen. Es fehlt jedes außenpolitische Thema. Ich meine, Außenpolitik findet weiterhin statt, und wir sollten außer innenpolitischen Themen auch wenigstens ein außen- und verteidigungspolitisches Thema wählen.

Zweitens, mir fällt auf, daß in der Innenpolitik ein Thema fehlt, was dem Gegner besonders weh tut. Nämlich „Innere Sicherheit“ mit den Unterthemen „Radikalismusabwehr“ und „Volksfrontpolitik“. Wenn man heute die Zeitungen liest, ergreift in allen Untergruppen der SPD die radikale Linke die Macht. In Frankfurt, in Franken, in Baden-Württemberg, in Ostwestfalen beschließt der Parteitag keine Vermögensbildung für den Arbeitnehmer, das wirke systemstabilisierend, statt dessen mehr Macht für die Funktionäre. Ich finde, das ist doch ein so wunderschönes Thema, daß wir es ständig behandeln sollten. Das sollte wenigstens ein Schwerpunktthema sein.

Nun zum Bundesparteitag. Wenn ich diese drei Themen sehe, die vorgeschlagen werden, „Mitbestimmung“, „Bodenrecht“, „Berufliche Bildung“, so fehlt auch dar-

unter wieder jedes Thema, das dem Gegner weh tut. Wir müssen doch auf dem Bundesparteitag etwas haben, wo wir uns nicht selber nur weh tun, sondern vor allem, wo wir vor allen Dingen dem Gegner wehtun, und deswegen möchte ich vorschlagen, daß dieses Thema „Innere Sicherheit, Volksfrontpolitik“ auch als Thema vorgesehen wird, eben mit der Zielrichtung, den Gegner anzugreifen. Ich glaube, daß das am besten auch die Partei integriert und nach vorne bringt.

*Barzel:* Nur zu den zehn Themen, Herr Dregger. Wir hatten am Schluß der Bundesvorstandssitzung das zusammengefaßt, das waren viel mehr als die zehn Themen, einschließlich außenpolitischer. Und wir haben dann gesagt, laßt uns mal drei heute nennen. Das war Eigentum, Berufliche Bildung und noch was. Mit dem Blick auf die Fraktion – wir wissen ja, welchen Ärger das gibt – haben wir dann der Fraktion die zehn genannt, unter der Mitteilung, dies ist keineswegs abschließend. Wenn Sie den hier vorliegenden schriftlichen Bericht von Seiters<sup>24</sup> gelesen haben, sehen Sie, daß da weitere Themen sind. Da ist sehr viel Platz für andere Dinge. Sie greifen, was Außenpolitik betrifft, einer Anregung von mir vor. Ich will mit Marx besprechen, ob wir nicht so sichtbar, wie wir eine hervorragende Ostkommission haben, eine Westkommission einsetzen, allein um dieses Thema mit einer Kommission zu belegen, die dann auch einen gewissen Rang bekommt. Da kommen sicherlich andere Themen noch dazu. Was zum Radikalismus zu sagen ist, das ist eine ständige Aufgabe. Sie haben ja auch den Beschluß gesehen der SPD in Baden-Württemberg.<sup>25</sup> Das ist ja noch viel mehr als der kleine ostwestfälische Verein, der da getagt hat – in der Radikalismussache ganz klar abgehend von den Ministerpräsidentenbeschlüssen. Ich glaube, dies alles werden wir tun, aber wir wollten ja nun gerade die etwas mittelfristigen Themen, die wir selbst zur Sache mit neuen Konzeptionen belegen wollen, pflegen. Ich finde es deshalb eine gute Vorarbeit. Uns liegt auch aus der Bundesgeschäftsstelle vor die Dokumentation zu den einzelnen Themen, d. h., haben wir dazu in den verschiedenen Programmen oder in anderen Wahlaussagen, die verpflichtend sind, schon etwas gesagt. Die Dokumentation dazu ist gut aufgearbeitet. Ich glaube, dabei kommt was raus. Zur Geschäftsordnung hat Frau Wex ums Wort gebeten.

*Wex:* Ich wollte nur fragen, in welcher Form die Ausführungen von Herrn Kraske uns zur Verfügung gestellt werden können, oder ob es überhaupt nicht gedacht ist, daß aus diesem ein Kurzprotokoll gemacht wird. Es war ja aufgelistet, so daß wir das unbedingt noch mal haben müssen.

*Kraske:* Ich würde zunächst eigentlich lieber, wenn es hier eine allgemeine Billigung dieser Aufgaben gibt, Ihnen in den nächsten zwei Monaten Ergebnisse dieser

---

24 Arbeitsvorlage von Seiters vom 19. Februar 1973 über die Ergebnisse der Klausurtagung der CDU/CSU-Fraktion in Berlin in ACDP 07–001–1322.

25 Baden-Württemberg hatte als letztes Bundesland Richtlinien für einen Radikalenerlaß festgelegt (vgl. „Südwest-Presse“ vom 15. Februar 1973 „Der liberale Südwesten gab klein bei“). Die SPD sprach sich auf ihrem Landesparteitag am 17./18. Februar 1973 in Stuttgart, auf dem Erhard Eppler zum neuen Landesvorsitzenden gewählt wurde, gegen den Richtlinienentwurf zur Überprüfung der Verfassungstreue aus (vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 19. Februar 1973 „Eppler neuer Landesvorsitzender der SPD“).

Aufgaben zur Verfügung stellen, nämlich, was sich hier heute ergibt an Plänen für die Bundespartei gegenüber den Landes-, den Kreisparteien. Aber ich kann gerne daraus ein Papier machen und Ihnen das zur Verfügung stellen. Das ist kein Problem.

*Amrehn:* Meine Freunde, dieser Anrede werde ich mich auch dann weiter bedienen, auch wenn das Bonmot in letzter Zeit aktiviert worden ist, daß die höchste Steigerung von Gegner der Todfeind sei und das identisch sei mit Parteifreund. Ich glaube, wir sollten das Wort des Vorsitzenden aufnehmen, solidarisch Politik zu machen. Daraus folgt, daß wir – wahrscheinlich mit der heutigen Sitzung – hoffentlich die Diskussion über die Gründe des Wahlverlustes beenden und auf diese Weise lernen, den Blick durch gemeinsame Entscheidungen nicht nur nach vorn zu richten, sondern auch nach vorn solidarisch Politik zu machen. Aber ich hatte das letzte Mal die Gelegenheit schon benutzt zu sagen, daß die Solidarität auch umfassend sein müsse, wenn jeder zu seinem Teil am Erfolg mitwirken will, und ohne daß also nachgekartet wird. Herr Vorsitzender, ich möchte doch auch einige Bemerkungen machen zu den Ausführungen, die heute denen von Freund Kraske vorausgegangen sind, weil sie ja damit zusammengehören und die Diskussion darüber ja auch zusammengebunden werden sollte.

Zunächst möchte ich auch von meiner Seite bestärken, was der Vorsitzende gesagt hat, daß also das Verfahren, wie es hier geübt worden ist von einer Gruppe der Finanzsachverständigen, so nicht fortgesetzt werden kann. Es ist nicht das erste Beispiel, aber es sollte doch das letzte sein – ich habe mir das eigens für den Vorstand mitgebracht –, daß wir hier wieder beinahe durch öffentliche Erklärungen der Experten festgelegt werden, sogar auf bestimmte Steuerarten und Steuersätze, ohne daß wir ein einziges Mal darüber in diesem Kreise diskutiert hätten. Hier wollte ich den Vorsitzenden nur unterstützen, und dann aber auf eine zweite Sorge zu sprechen kommen, die er selbst angedeutet hat. Diese Sorge, meine Freunde, betrifft heute stärker als früher die Frage des Verhältnisses zur CSU. Mir fällt wiederholt auf, daß wir gar keinen Abgesandten mehr der CSU in unserer Vorstandssitzung haben. Liegt dem etwas zugrunde? Ist darüber gesprochen worden? Aber wer die letzte Fraktionssitzung mitgemacht hat, muß doch auch fühlen, daß sich da nicht etwas geglättet hat, sondern daß da sich etwas neu spannt und daß da wirkliche Gefahren für unsere Zusammenarbeit schlummern.

Ich glaube, das sollte hier im Vorstand auch erörtert werden, und damit muß ich nun doch auch ein Wort der Kritik an dem Vorsitzenden verbinden. Auf der letzten Bundesparteiausschußsitzung<sup>26</sup> war eine solche Entwicklung fast vorhersehbar. Sie hat mich veranlaßt, dagegen zu sprechen, daß der Bundesparteiausschuß einen Beschluß faßt zur Verfassungsgerichtsklage, ohne daß die CSU im Augenblick der Entscheidung beteiligt war und wir sie vor vollendete Tatsachen insoweit stellen könnten. Die Quidung kam sehr schnell, daß dann also ein entgegengesetzter Beschluß gefaßt worden ist. Ich will nicht recht einsehen, daß das ausschließlich in den tieferen sachlichen Überzeugungen begründet ist, sondern daß hier gewisse Prestige-Gesichtspunkte eine Rolle gespielt haben. Nun bin ich wirklich der Meinung, der Vorsitzende hätte auf

---

26 Vgl. Anm. 4.

der Parteiausschußsitzung meinem Vorschlag folgen oder ihn unterstützen können, nach der Diskussion, die dort stattgefunden hat, einen förmlichen Beschluß zu verhindern. Ich habe in aller Vorsicht angedeutet, das stand nicht auf der Tagesordnung, wir können also nicht beschließen. Aber wenn das nicht genüge, fuhr ich fort, würde ich mich vielleicht auf etwas anderes berufen, daß wir nicht hinreichend vertreten seien auf dem Bundesparteiausschuß. Darauf kam die Antwort: „Wir sind beschlußfähig“. Womit ich der Zahl nach widerlegt zu sein schien, und ich wollte da ja auch nicht insistieren. Meine Freunde, es muß auch das gegenseitige Vertrauen beeinträchtigen, wenn hier gehandelt worden ist gegen die klaren Vorschriften unserer Satzung. Freund Kraske, das schließt Sie ein. Der Bundesparteiausschuß hat Entscheidungen zu treffen nach gehöriger Einladung von einer Woche unter Nennung der Tagesordnungspunkte auf der Tagesordnung. Er ist nur beschlußfähig, wenn wenigstens die Hälfte der Vertreter anwesend ist. Ich habe mir inzwischen sagen lassen, wir seien 128 Mitglieder. Ganz genau habe ich es von Herrn Kraske noch nicht erfahren können. Und bei der ersten Abstimmung 40:10 mußte festgestellt werden, daß wir gar nicht beschlußfähig sind. Ich habe das nicht im Bundesparteiausschuß aufgeworfen noch einmal, weil mir klar ist, welche zerstörerische Wirkung von solchen Auseinandersetzungen ausgehen kann. Aber wenn man sich nun immer beruft darauf, der Parteiausschuß hat beschlossen, dann muß ich hier sagen, dieser Beschluß ist nicht ordnungsgemäß zustande gekommen, er ist sogar nichtig. Wir sollten uns darauf also nicht mehr berufen.

Und ein letztes Wort in diesem Zusammenhang: Es kommt immer wieder zu einer Debatte über das Trauma, die Wunde des 17. Mai. Ich habe mich nach Möglichkeit mit Ausnahme dieser einen Feststellung in einem Satz auch schon in der letzten Vorstandssitzung an dieser Diskussion nicht beteiligt, weil sie uns nicht helfen kann. Weil sie uns zwar im Hintergrundbewußtsein doch auch Lehren erteilt, wie wir in Zukunft uns zu verhalten haben, obwohl wir aus dem einen oder anderen Dilemma, das vor uns steht, überhaupt nicht herauskommen mit Verfassungsgericht und UNO und ähnlichem, was wir jetzt zu entscheiden haben und wo wir durch müssen und wo wir uns mit jeder Entscheidung irgendeiner Kritik in der Partei oder von draußen aussetzen. Das können wir nicht verhindern. Aber wenn hier der Vorschlag gemacht worden ist, man sollte mal eine Dokumentation machen zur Befriedung der Atmosphäre gewissermaßen, dann habe ich gar nichts dagegen, aber ich verspreche mir auch nicht sehr viel Nützlichkeit für den innerparteilichen Frieden. Herr Vorsitzender, wenn das also nicht immer wieder zum Gegenstand der inneren Diskussion werden soll – und der Vorsitzende hat dem offenbar bedeutend mehr Wichtigkeit heute zugemessen, als ich das sonst tun würde –, dann darf die Meinungsbildung über die Vergangenheit nicht nur einseitig betrieben werden. Freund Gradl wird es mir nachsehen, ich habe ihn das letzte Mal schon darauf angesprochen. Er hat hier in der letzten Sitzung gesagt, es war doch klar, daß mit der Unterzeichnung der Berlin-Vereinbarung – und er sprach als einer, wie er sagte, der eng mit den Vorgängen vertraut war – die Frage des Moskauer Vertrages sich anders entwickeln würde, die Unterzeichnung des Berlin-Abkommens war am 3. September 1971, die andere Entscheidung im Mai 1972. Wenn das so zutrifft, daß die Kundigen gewissermaßen schon Monate vorher in einer anderen Richtung

gedacht haben, als wir sonst miteinander diskutiert haben, ist das auch etwas, was, wenn man es dokumentieren wollte, erneut Diskussionen hervorruft. Ich will es nicht. Aber ich möchte umgekehrt auch nicht, daß gewissermaßen nur in einer Richtung geprügelt wird. Ich darf das, glaube ich, sagen, weil ich immerhin auch sachliche wie persönliche Veranlassung hätte, die Entscheidung am Ende zu kritisieren. Ich fühle aber mittlerweile, daß man da auch noch in eine Ecke gedrängt wird, in die ich nicht gestellt werden möchte.

*Barzel:* Darf ich zu den zwei Fragen eben etwas sagen, Freund Amrehn? Was die Beschlußfähigkeit betrifft, so bin ich, glaube ich, 15 Jahre Mitglied des Bundesparteiausschusses. Als ich noch etwas jünger und stürmischer und drangvoller war, hatte ich auch manchmal das Bedürfnis, am Schluß zu sagen, wer sind wir eigentlich, können wir noch was machen? Ich bin dann belehrt worden von dem damaligen Vorsitzenden: „Also lieber Freund, tu das bitte nicht, denk mal an die Schlagzeilen, die das gibt.“ Seither habe ich mir abgewöhnt, im Bundesparteiausschuß oder auch im Bundesparteivorstand am Schluß der Sitzung über Beschlußfähigkeitsfragen nachzudenken, und finde es sehr klug, wenn das keiner tut, denn wo kommen wir dann hin? Und was die Fraktion betrifft, haben wir wegen dieser Erfahrungen vor langer Zeit einen Beschluß in der Satzung, daß wir immer beschlußfähig sind, weil das hilfreich ist. Was nun den Beschluß des Bundesparteiausschusses zur Sache und zum Verfahren betrifft, hat es keinen Zweck, dies erneut zu diskutieren. Wir haben im Bundesparteiausschuß einen ganz klaren Antrag gehabt, man wolle jetzt entscheiden. Da ist für und gegen gesprochen worden mit unterschiedlichen Argumenten. Der Bundesparteiausschuß wollte souverän sein, er wollte entscheiden, und der erste Beschluß hieß: Wir wollen heute eine Empfehlung beschließen. So war dies, und ich glaube, man soll also gerade wenn man Parteireformen – das ist ja eine ewige Aufgabe – will, dann muß man eben Parteigremien auch in ihren Souveränitätsentscheidungen ernst nehmen. Ich habe ja gewußt, was das bedeutet mit dem Blick auf die Fraktion. Wir haben ja den ersten Stoß auch dann gleich am Abend erlebt. Das gehört dazu. Ich glaube, es hat also keinen Zweck, in diesen beiden Fragen noch einmal die vergangene Woche zu diskutieren. Herr Kraske ist in der Frage der Beschlußfähigkeit auch noch angesprochen.

*Kraske:* Lieber Freund Amrehn! Meine Mitarbeiter haben während Ihres oder während des Jäger'schen<sup>27</sup> Diskussionsbeitrages erneut die stimmberechtigten Mitglieder gezählt und sind auf ein Ergebnis gekommen, das zwei über dem Quorum lag, bei 66. Sie haben dies dem Vorsitzenden gesagt und unter dieser Mitteilung stand seine Erklärung: Wir sind beschlußfähig. Meine Mitarbeiter sagen mir, daß bei der ersten Abstimmung sich mindestens drei Anwesende nicht an der Abstimmung beteiligt haben, die im Saal waren.

---

27 Claus Jäger (geb. 1931), Jurist; 1952 RCDS, 1953 CDU, 1969–1972 Leiter des Finanzamtes Wangen, 1972–1987 und 1988–1994 MdB, 1981–1987 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. – Jäger hatte im Bundesausschuß am 12. Februar 1973 aufgrund der schwachen Besetzung den Antrag auf Nichtbefassung der Frage gestellt, das Bundesverfassungsgericht anzurufen.



Zweiter Punkt: Dieser Beschluß ist in jedem Fall, wenn wir schon über Satzungen und über Formalien sprechen, formell rechtskräftig, denn im Unterschied zur Fraktion kann zwar im Bundesausschuß die Beschlußfähigkeit angezweifelt werden, aber sie muß ausdrücklich angezweifelt werden, und es hat lediglich zwei Wortmeldungen gegeben, nämlich von Ihnen und von Herrn Jäger, in denen ausdrücklich gesagt wurde – ich habe mir das Stenogramm noch einmal vorlegen lassen –, man wolle ja nicht die Beschlußfähigkeit anzweifeln. Unter diesen Umständen kann ich nur sagen, war nicht anders zu verfahren im formellen Sinne. Und, lieber Freund Amrehn, im politischen Sinne will ich Ihnen nun mal sagen, der Bundesausschuß hat in unserer Partei, wie Sie wissen, seit zehn Jahren, seit 15 Jahren, ohnehin schon eine schwierige Position und ist in seinem Selbstbewußtsein als Gremium, sagen wir mal, also sehr unterentwickelt.

Wenn Sie diesem Gremium, was aber gleichzeitig nach dem Statut auch noch das zweithöchste nach dem Parteitag ist, in einer Frage, die nun wirklich für die Öffentlichkeit eine große Bedeutung hat, dann auch noch sagen, du darfst nicht beschließen oder du sollst nicht beschließen, und das bei einem Vorstand, der selber nur noch zu etwa einem Viertel vertreten ist, damit begründen, wäre in meinen Augen der Schaden für die Partei größer als die Folge.

*Amrehn:* Aber es ist alles falsch, was Sie sagen. Ich möchte mich auf den Satz beschränken, bin im übrigen bereit, das zu erläutern und zu sagen, warum das so einfach gar nicht gehen kann. Darf ich in wenigen Sätzen?

*Barzel:* Ich würde sagen, es ist alles richtig, ich habe die Mehrheit dort auch zu vertreten und zu verteidigen.

*Amrehn:* Nein, der Vorsitzende hat bei Zettelwahl die Beschlußfähigkeit festzustellen, die ergab sich augenfällig. Dann hat er die Sitzung aufzuheben. Das habe ich vermeiden wollen. Aber man muß sich fragen, welchen Sinn Statuten überhaupt haben, wenn wir unsere eigenen Rechtsvorschriften nicht achten. Aber damit wollte ich das abgeschlossen haben von meiner Seite, ich möchte das nur nicht künftig weiter so hinnehmen.

*Kiesinger:* Herr Amrehn, ich möchte es auch nicht, aber ich kann Ihnen nur folgendes sagen: In den meisten Fällen habe ich selber feststellen müssen, daß der Parteiausschuß regelmäßig beschlußunfähig war, weil zu wenige Mitglieder anwesend waren. Das ist ein Problem gewesen, das haben wir seit vielen Jahren mit uns geschleppt. Ich will es nur erwähnen. Ich will daran erinnern. Es liegt – Sie wissen es doch – in der Institution. Deswegen würde ich vorschlagen – mit Ihnen bin ich der Meinung – man soll versuchen, das in Zukunft exakt zu machen, wenn es irgend geht. Aber ansonsten finde ich, hat das, was wir jetzt diskutieren, wenig Sinn. Wir verlieren unsere Zeit und sollten uns nicht weiter damit plagen. (*Unruhe.*)

*Von Weizsäcker:* Herr Vorsitzender, Herr Amrehn! Darf ich auch noch eine Bemerkung dazu machen? Ich glaube nicht, daß das Problem der Beschlußfähigkeit uns weiterhilft, und zwar weder in bezug auf die Vergangenheit noch in bezug auf die Zukunft. Aber das dahinterstehende sachliche Problem habe ich sehr ähnlich wie Sie beurteilt, Herr Vorsitzender, natürlich sollen wir hier nicht rumrühren in Sachen, die geschehen sind. Aber auf der anderen Seite ist doch ein Bundesvorstand auch dazu da, eine kriti-

sche Überlegung anzustellen in bezug auf die Art und Weise, wie Bundesvorstand und Bundesausschuß ihren eigentlichen Zielen gerecht werden können und sollen. Gerade weil ich mit großer Entschiedenheit, wie Sie wissen, Herr Amrehn, gegen Karlsruhe votiert habe, gerade deshalb habe ich auch – und das habe ich ja auch geäußert im Bundesparteiausschuß – vor der Beschlußfassung Sorge gehabt. Nun gut, das ist so gelaufen, denn es war ja ein wirklicher Konflikt, der vor uns lag und den ja keiner einfach mit seinem Standpunkt, den er dann nun hat, lösen kann, denn auf der einen Seite ist es eben praktisch nicht möglich und politisch auch nicht ratsam, einen Bundesausschuß an der Wahrnehmung seiner Rechte zu hindern. Auf der anderen Seite war die psychologische Rückwirkung jedenfalls bis zu einem gewissen Grade vorherzusehen und daher, also von meinem persönlichen politischen Blickpunkt aus, eine Gefahr. Nun, das ist so gelaufen, und ich glaube, wir können trotzdem mit dem, wie es dann schließlich gelaufen ist, auch ganz gut leben.

Herr Vorsitzender, darf ich zu den zehn Punkten noch eine Anmerkung machen? Ich möchte gar nicht eine kritische Bemerkung zu diesem Schema hier machen, was hier uns vorliegt. Da kann man das eine oder andere vielleicht noch daran ergänzen, aber so, wie die zehn Punkte hier verstanden sind als solche, für die die Federführung aufgeteilt und für die die Fristen und das Beschlußgremium ins Auge zu fassen sind, finde ich das eine gute und notwendige Arbeit. Die Schwierigkeit wird möglicherweise gar nicht hier im Bundesvorstand, sondern in der Fraktion dadurch auftreten, daß Herr Seiters wahrscheinlich ganz zu Recht hier zehn Punkte genannt und dann weitere Themen angefügt hat, aber wenn sich daraus so eine Art von Prioritätenbeschluß über Schwerpunkte einerseits und weitere Themen andererseits ergeben sollte, dann allerdings würde ich Bedenken haben. Herr Dregger hat zwei angemeldet. Ich würde das nicht unter das Thema Sicherheit bringen. Aber was er damit meint, finde ich in der Tat einen wichtigen Punkt. Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich von meinem Blickfeld daher, daß unter den sogenannten weiteren Themen nach meinem Verständnis eine ganze Reihe von Themen sind, die überhaupt nur verständlich werden im Zusammenhang mit denen, die unter den sogenannten innenpolitischen Schwerpunkten vorweggenommen sind. Also Freizeit und humane Arbeitswelt. Humane Arbeitswelt, das kann man gar nicht ohne Zusammenhang zum Mitbestimmungsthema sehen. Freizeit kann man nach meinem Verständnis gar nicht ohne Zusammenhang zum Thema Soziale Dienste sehen. Ähnliches gilt für Altenhilfe. Dann, Kommunalpolitik hat natürlich mit Bodenrecht unmittelbar etwas zu tun, das ist ja jedem von uns bewußt. Ich meine, daß das wohl nicht jetzt auszudiskutieren ist. Wir sollten, wenn wir etwas über dieses Papier beschließen, damit nicht vorwegnehmen, daß wir die zunächst einmal zur Diskussion gestellte Aufzählung von Herrn Seiters davon befreien, daß das eine Art von Prioritätenkatalog nach Schwerpunkten einerseits und weiteren Themen andererseits wird. Das glaube ich, müssen wir, wenn etwas Derartiges gemeint wäre, dann doch noch einmal in der Fraktion oder im Fraktionsvorstand durchprüfen. Denn das finde ich noch nicht ganz homogen, und auch nach dem Prioritätengesichtspunkt noch nicht ganz befriedigend, z.B. auch das Thema Kommunikation mit dem geistigen Deutschland. Das ist in gewisser Weise ja ein ganz übergreifendes Thema, nicht ein

auf die Fraktion beschränktes Thema. Also das paßt in das Schema nicht so ganz rein, das wollte ich nur anmerken zu diesen zehn Punkten.

*Barzel:* Ich habe zu den zehn Punkten in der Öffentlichkeit gesagt, sie seien weder vollständig, noch das Ganze, noch geben sie unsere Prioritätenliste wieder. Es sei der Teil, den wir der Öffentlichkeit zu dem Zeitpunkt, wie wir dies getan haben, mitzuteilen wünschten. Genau dieser Vorbehalt ist gemacht. Anders kann es auch gar nicht sein. Aber jetzt wollen wir versuchen, hier an die Arbeit zu gehen. Bei den anderen Dingen werden wir – ich habe das ja gesagt – einzelne Kollegen bitten, mal ein Papier zu machen, um zu sehen, wie tasten wir uns ran, brauchen wir eine Arbeitsgruppe oder sonst etwas.

*Von Weizsäcker:* Dann darf ich nur zur Präzisierung sagen, die Entschlußfassung für dieses Papier darf noch nicht zu einer Präjudizierung dessen, was unter Ziffer II in dem Papier Seiters steht, führen.

*Barzel:* Dies habe ich versucht zu sagen.

*Katzer:* Ich, Herr Kollege Amrehn, habe bei der letzten Sitzung im Parteiausschuß dafür gestimmt, erstens, daß wir darüber abstimmen, und zweitens auch, daß wir nicht nach Karlsruhe gehen. Es kommt immer das Argument, Herr Kollege Dregger ist im Augenblick nicht da, das stand nicht auf der Tagesordnung. Sie haben es auch gesagt. Ich will jetzt mal vom Selbstverständnis der Partei sprechen. Die währungs- und finanzpolitischen Probleme, die vorhin angesprochen sind, stehen auch nicht auf der Tagesordnung. Die sind von der Regierungspartei gestern auf die Tagesordnung der Politik gesetzt worden. Wenn wir ein politisches Gremium werden wollen, dann werden wir uns doch mit der Lage auseinandersetzen müssen, wie sie uns gegeben ist, und wenn da was nicht auf der Tagesordnung steht, dann können wir zu Beginn von mir aus sagen: Wollen wir das auf die Tagesordnung setzen? Und wenn dann die Mehrheit der Meinung ist, das wollen wir tun, dann sollten wir das tun.

Zweiter Punkt: Ich glaube, wir können nicht Wochen und Monate lang jetzt darum ringen, das Selbstverständnis der Partei anzusprechen und dann erstaunt sein, daß die Partei tatsächlich in Funktion tritt. Was ist denn nun eigentlich dagegen einzuwenden, wenn der Parteiausschuß der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands – ich lasse jetzt mal die Vollzähligkeit und dies da noch weg – zu einer Sache sagt: Ich empfehle der Fraktion, dies so und so zu tun. Das entspricht meinem Selbstverständnis von der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, daß wir mit einer gemeinsamen Fraktion dies so tun. Ich sage ganz ehrlich, eine der für mich unverständlichsten Einlassungen des Kollegen Marx in der letzten Sitzung war, daß er sagte, er fürchtete, daß die Entscheidung in der Sache beeinträchtigt würde, wenn wir jetzt so votierten und daß manch einer in der Sache vielleicht anders entscheiden würde, wenn wir nicht votierten. Da hört es bei mir auf. Da fängt bei mir der Punkt an, wo ich sage, was ist eigentlich mit der Sachentscheidung einer Kommission zu halten, wenn sie andere als Sachgründe mit für ihre Entscheidung geltend macht? Das war für mich eine der trübsten Erfahrungen, die ich in diesem Punkte da gemacht habe.

Der dritte Punkt: Wir hier, dieser Teil ist doch nicht der, der mit der CSU Konfrontation sucht. Doch wahr ist – wenn wir die Wahlnacht mal ausnehmen, wo es ja noch

halbwegs ging – zwei Tage später fing es doch an, nicht von uns, sondern von der CSU-Seite. Ich habe heute im Präsidium<sup>28</sup> gesagt, ich wiederhole es hier: Ich glaube, wir werden über den 17. Mai keine Ruhe und keine Befriedigung finden, wenn wir nicht für jedermann sichtbar die Dinge noch mal säuberlich nach allen Seiten nachzeichnen. Da gibt es ja hochinteressante Telegramme von Leuten, die uns heute Vorwürfe machen, die uns aber damals beglückwünscht haben, daß wir diesen Weg gegangen sind. Da gibt es ja hochinteressante Dokumente von Leuten, die heute sich auf ein Pferd setzen, auf das sie überhaupt nicht gehören. (*Unruhe.*) Ich sehe so, wie es jetzt steht, kein Ende der Diskussion. Bei irgendeiner Geschichte kommt es dann wieder; ja, am 17. Mai, dies sitzt tief, und da müssen wir noch mal drüber reden.

Dann wollen wir diese Punktationen lieber von uns aus machen. Das braucht nicht an die große Glocke und an die Öffentlichkeit gehängt werden, nur damit jeder von uns sich vollkommen darüber im klaren ist, was ist hier vorgegangen, wie ist die Einlassung wirklich gewesen. Ich fürchte, Herr Parteivorsitzender – das habe ich im Präsidium gesagt, ich wiederhole es –, wir kriegen sonst in unserem eigenen Laden keine Ordnung.

Deshalb ist mir lieber, daß wir den Stier bei den Hörnern packen, die Sache sauber bei uns aufhängen und dann wirklich den Schlußstrich ziehen, den wir brauchen. Der erste – Herr Dregger ist leider nicht da – der erste Satz heißt, also ich bin das jetzt leid mit dieser Analyse, ich will jetzt eine Überschrift setzen: Die Opposition im Angriff. Und der nächste Satz heißt, ja, aber der 17. Mai, und dieser Vorgang da. Und da sind wir genau wieder in der Sache drin. Deshalb meine Meinung: Wenn das nicht anders ist, lassen wir bitte diesen Schlußstrich ziehen, in fairer Weise, mit einem Ausleuchten der Argumente, wie sie damals gewesen sind. Mit den Unterlagen, wie wir sie haben. Und dann kann jeder sehen, wie er sich darauf einläßt, und dann sollte wirklich Schluß gemacht werden.

Letzter Satz, Herr Kollege Amrehn und Herr Dregger, obwohl er nicht hier ist: Ich hatte immer die Sorge, und die hat sich heute bei mir verstärkt, daß diese Wahlniederlage bei uns erst ein großes Aufrühren bringt, daß man dann in der Aufrührstimmung zu ganz mutigen Schritten und Bewegungen kommt. Die drei Punkte, die wir erst genannt haben, und dann noch die zehn, Herr von Weizsäcker, das war ja kein Zufall, sondern das war ja mitgeprägt unter dem Eindruck der Wahlniederlage. Das war nicht endgültig, aber man sagte, hier wollen wir rangehen, um überhaupt auch mal ans sachliche Arbeiten heranzukommen. Jetzt habe ich eine große Sorge: Die Fraktion, die etabliert sich, der eine zieht wieder in sein Zimmerchen, und dann richtet man sich ein, und dann kommt alles das, was wir hier mit mühsamen Wahlanalysen gemacht haben, wieder weg, und dann wird gearbeitet wie zuvor. Vorgestern haben wir uns noch ganz kräftig eingelassen zum Wettbewerbsrecht. Ich bin mal neugierig, wie das aussehen wird, wenn wir zur Abstimmung kommen. Jetzt bei den Steuern geht alles schon wie gehabt wieder los. Wenn ich heute noch dazu komme, meinen Bericht zu geben, Herr Vorsitzender, würde ich nicht nur über die gewerkschaftlichen Dinge, sondern über

---

28 Protokoll in ACDP 07–001–1406.

die Gesellschaftspolitik gerne sprechen, weil ich nicht haben will, daß wir jetzt so tun, als wenn die Abteilung „Selbstbuße“ abgeschlossen ist. Die hängen wir jetzt in den Kleiderschrank, und jetzt kommt die Abteilung „Nach Vorne“. Nur nach vorne wird gar nicht gegangen, sondern es wird alles wieder – so wie gehabt – wieder aufgeführt. Das halte ich nicht für gut, und deshalb bin ich der Meinung, Freund Amrehn, über Ihre Ausführungen, die ich vom Ton immer gerne höre, muß man diskutieren. Das ist mir viel lieber als das, was draußen passiert. Das habe ich sehr gerne. Aber da bin ich der Meinung, da müssen wir wirklich klaren Tisch schaffen, und zu diesem klaren Tisch gehört dann in der Tat, daß wir diese Dokumentation, für die ich schon von Anfang an plädiert habe, vorlegen. Dann sollten wir mit der CSU ein Gespräch führen, wie wir das ja schon mehrfach gehabt haben.

Aber ich sage noch einmal, wer die Ausführungen von Herrn Kollegen Strauß in der Fraktion noch einmal in Ruhe auf sich wirken läßt, fragt sich nach dem Selbstverständnis der Christlich-Demokratischen Union. Meines wird dadurch etwas lädiert werden. Das bin ich doch mir selbst und unserer Partei schuldig, daß man sich so nicht in eine Ecke stellen läßt. Ich habe das an dem Abend bewußt nicht getan, obwohl es mir schwer war, gerade, nachdem Blüm in dieser nicht gerade vornehmen Weise angegriffen wurde. Wir haben uns besprochen und haben gesagt, wir tun das jetzt nicht, denn was dann raus kommt, wissen wir ja überhaupt nicht mehr, wenn jetzt diese Holzerei in den ganzen Zeitungen steht. Aber leicht ist mir das nicht gefallen, und ich weiß heute noch nicht, warum es klug war, ob es nicht besser ist, wenn schon eine Wunde da ist, daß man die säubert, als daß man das schwelend hinzieht. Denn bei der nächsten Gelegenheit – wenn einem was nicht paßt, was aus einer ganz anderen Ecke kommt, – kommt der 17. Mai wieder hoch, und dann sagt man, das haben wir ja noch nicht vergessen. Deshalb bin ich dafür, wir wollen es aufarbeiten, wir wollen dieses Stück wirklich, sachlich, mit allen Positionsstellungen darstellen, und dann wird manch einer, der jetzt sehr laut da redet, etwas zurückhaltender in der Diskussion sein.

*Köppler:* Ich hätte zunächst eine Bitte an Freund Amrehn bei allem Verständnis. Ich habe das Verständnis für das, was er hier zum Bundesausschuß gesagt hat, aber ich glaube, das führt uns nicht weiter, wenn wir hier mit der Feststellung noch operieren, daß dieser Beschluß richtig ist. Das Problem der Beschlußfähigkeit, das ist wiederholt gesagt worden, ist ein altes, so lange es den Bundesausschuß gibt. Ich glaube, wir sollten jetzt auch diesen Beschluß des Bundesausschusses nicht erneut in die innerpolitische und die innerparteiliche Diskussion tragen. Diese Bitte hätte ich bei allem Verständnis dafür, daß hier im Bundesausschuß dazu auch noch einmal eine Art Manöverkritik stattfindet.

Ich möchte aber zu den zehn Punkten noch eine Anmerkung machen, den zehn Arbeitsthemen, die hier gestellt sind. Ich verstehe sie auch so, daß das einmal ein pragmatischer Anfang ist, nicht etwa ein komplexer Plan für die Arbeit der Partei. Insofern vermissem ich auch in diesen zehn Arbeitsbereichen nicht etwa das Thema Innere Sicherheit oder das Thema Angriff auf den politischen Gegner. Das zweite ist eine Selbstverständlichkeit, die wir vielleicht ein bißchen mehr jetzt draußen auch in den Reden, in den Versammlungen beherzigen sollten, statt uns immer nur mit uns selber

zu beschäftigen. Aber das ist kein Arbeitsthema für die Partei, das hier thematisch aufzuarbeiten wäre. Das gilt auch in der Frage der inneren Sicherheit. Ich wäre dankbar, wenn dazu irgendwem etwas Neues einfiel. Ich stoße immer wieder, wenn es zum Thema Innere Sicherheit geredet wird, an die Grenzen dessen, was unser Freund Schwarz als Vorsitzender der Innenministerkonferenz hier unter dem jubelnden Beifall der Sozialdemokraten zu Papier bringt, und das ist eigentlich optimal, was hier an Programm der inneren Sicherheit sachgerecht vorgelegt wird. Hier sollten wir ein bißchen vorsichtig sein, wenn wir hier glauben, wir könnten sachlich sehr viel Neues über das hinaus sagen, was an Kooperation auf der Länderebene mit dem Herrn Genscher und mit dem Bundesinnenministerium entwickelt wird.

Ich möchte aber noch mal meine Bedenken anmelden zu der Federführungs- und Verabschiedungsproblematik des Themas Berufliche Bildung. Wenn hier einfach steht, Herr Kollege Seiters, daß das in der Fraktion, oder möglicherweise, wie Herr Kraske sagte, durch einen Vorsitzenden, der persönlich dazu neigt, Verbindungen mit den Ländern zu halten, verabschiedet werden soll, dann geht die Sache schief. Das sage ich Ihnen mit tödlicher Sicherheit voraus. Zwar ist unser Bundeskulturausschuß nicht richtig zusammengesetzt, um genau dieses Thema der beruflichen Bildung auf die Hörner zu nehmen. Aber wir kommen wahrscheinlich nicht daran vorbei, hier eine speziell auf diese Thematik zugeschnittene Kommission zwischen der Bundestagsfraktion, zwischen den Landesparteien und den Regierungen bzw. Oppositionsfraktionen zu finden, sonst geht das thematisch für den Bundesparteitag schief. Bei allem Verständnis dafür, daß die Fraktion, die ja auch schon einiges Gute und Beherzigenswerte gesagt hat. Aber machen wir uns doch nichts vor, der eigentliche Schwerpunkt des Nachholbedarfs in der beruflichen Bildung liegt zur Zeit – bei aller Problematik auch im praktischen Bereich der Berufsbildung – im schulischen Bereich. Und hier ist nun mal Länderzuständigkeit gegeben, trotz Herrn von Dohnanyi. Und wenn wir hier mit den Ländern und dem, was in den Landtagsfraktionen, in unseren Landesregierungen zu diesen Dingen alles ins Laufen gebracht worden ist, nicht engste Verbindung halten, wird die Sache wahrscheinlich zu mehr Zerreißproben als zu einem guten Ende führen.

Zu dem anderen Punkt, praktisch Punkt 2 von Herrn Kraske, nur eine ganz konkrete Anmerkung. Das ist alles schön und gut, daß wir hier wieder groß organisieren, wie die Parteiprominenz übers Land verschickt wird. Aber wenn mir meine ostwestfälischen Freunde sagen, daß abgesehen von Herrn von Hassel und Frau Dr. Wex sämtliche Mitglieder dieses Bundesvorstandes die Bitte, im Kommunalwahlkampf in Ostwestfalen einzusteigen, abschlägig beschieden haben, dann nützen mir ... (*Zwischenruf*: Es ist keine Aufforderung gekommen bisher.) Aber die, die aufgefordert worden sind, haben abgesagt, so ist es mir gesagt worden. Unter diesem Gesichtspunkt, meine ich, sollten wir auch die Prioritäten richtig setzen. (*Zwischenruf*: Also, das würde ich trotzdem noch mal zu überprüfen bitten.)

*Barzel*: Wir haben vor 14 Tagen, in diesem Falle sogar auch noch durch einen Brief, gefragt, tun wir genügend? Was können wir noch tun?

*Köppler*: Herr Vorsitzender, das haben Sie getan, sogar einen Brief dazu geschrieben, aber Ihr Büro hat inzwischen erklärt, alles besetzt.

*Barzel:* Nein. Ich habe hier doch einen ganzen Haufen Termine dort. Lassen Sie sich das von Herrn Pürsten<sup>29</sup> sagen. (*Unruhe.*)

*Kraske:* Herr Köppler, ich sehe also nicht das Heil der Welt in einem Hyperzentralismus, aber wenn der Landesverband bilateral jeden Einzelnen anschreibt und Körbe bekommt, ist es natürlich für die Bundespartei völlig unkontrollierbar. Wenn wir einen solchen Beschluß haben, müssen solche Dinge – genauso wie der 8. April in Baden-Württemberg – selbstverständlich hier schwerpunktmäßig miteinbezogen werden. Aber dann gehört dazu, daß wir Kontakt aufnehmen und die Absagen auf Ihre Verpflichtung hin prüfen. Ich gebe mich nicht der Illusion hin, daß wir am Ende wirklich 30 mal 25 Termine nachweisen können, aber wir sollten mindestens so viele zentral vermittelte Termine erreichen, wie uns das bei Bundesrednereinsätzen in Wahlkämpfen gelungen ist, und das wäre für die laufende Arbeit schon ein Vielfaches von dem, was sich hier bisher in früheren Jahren getan hat. Das ist der Punkt.

*Lorenz:* Zunächst eine Bemerkung: Der Herr Vorsitzende hat vorhin darauf hingewiesen, daß er es aufgegeben habe, Beschlußfähigkeiten nachzuprüfen, sowohl im Bundesausschuß als auch im Bundesvorstand. Dazu möchte ich folgendes sagen: Ich wäre außerordentlich dankbar, wenn es möglich wäre, die Termine für den Bundesvorstand, was den zeitlichen Beginn betrifft, so zu legen, daß man einen Tag vor sich hat und ihn einhält. Ich weiß, daß das dieses Mal nicht ging. Ich bitte mich zu entschuldigen, natürlich wird es einige von uns geben, zu denen auch ich gehöre, die sich also nur, nachdem es ursprünglich um 10.00 Uhr anfangen sollte, terminlich für morgen früh festgelegt haben. Ich muß also heute abend weg. Ich bitte, in Zukunft möglichst darauf Rücksicht zu nehmen.

Zweitens: CSU. Vorhin sind so ein paar Andeutungen gemacht worden, daß im Präsidium über Schwierigkeiten gesprochen worden sei, die sich unter anderem wohl auch auf das Verhältnis zwischen CDU und CSU beziehen. Ich kenne nicht alle Fakten, aber ich weiß – ich sage das jetzt hier mal ganz offen –, daß mich bei der Fraktions-sitzung in Berlin z. B. der Richard Stücklen mit etwas merkwürdigen Äußerungen angesprochen hat, man müsse also rechts von der CDU eine neue Partei gründen. Und auf meine Frage – das hat ja inzwischen auch ein bißchen in der Öffentlichkeit nachgewirkt –, ob er denn damit meine, daß die CSU sich separieren solle und so eine Art Rechtspartei im Bundesmaßstab werden solle, sagte er, nein, das sei nicht gemeint, sondern man müsse gemeinsam bemüht sein, eine andere ins Leben zu rufen. Da muß ich ganz ehrlich sagen, das halte ich so ungefähr für das Letzte, was ich mir als Politiker in Deutschland vorgestellt habe, daß ich dazu mithilfe, eine Konkurrenzpartei hochzuzüchten. Wir haben dann keine Gelegenheit gehabt, uns darüber mehr auszusprechen, nur ist das natürlich nach meiner Auffassung hoch gefährlich für unsere gemeinsame politische Arbeit. Ich will nur sagen, ich hoffe, daß der Herr Vorsitzende – und alle sonst sich angesprochen Fühlenden oder Zuständigseienden – darauf achtet

---

29 Albert Pürsten (1923–1980), Lehrer; 1952 CDU, 1953–1958 Kreissprecher der JU Lübbecke, 1957–1962 Bezirkssprecher und 1958–1962 2. Landesvorsitzender der JU Westfalen-Lippe, 1958–1980 MdL Nordrhein-Westfalen.

und in den bevorstehenden Gesprächen mit der CSU auch diesen Punkt möglichst klärt und zur Sprache bringt und, falls Gefahr im Verzuge ist, den Bundesvorstand der CDU rechtzeitig unterrichtet.

Nun zu den zehn Punkten. Ich möchte mich ganz kurz fassen. Ich bin der Auffassung, daß man zunächst mal so anfangen sollte, wobei ich großen Wert darauf legen würde, daß bei der Bearbeitung solcher brisanten Themen wie beispielsweise Bodenrecht, Mitbestimmung usw., man sich nicht nur des Rates unserer bewährten Parteifreunde bedient, sondern auch womöglich alles ausschöpft, was an Sachkenntnis, Intelligenz und Rat in Deutschland sonst zu bekommen ist, um nach Möglichkeit auch – ohne großen Wert darauf zu legen, daß die Leute nun irgendwelche Ämter haben müssen oder sonstige ersessene Kompetenzen –, dann auch wirklich der Partei dazu etwas vorzulegen, was in die Zukunft weist und was nach allen möglichen Richtungen hin durchdacht, überlegt und abgesprochen ist.

Ich weiß jetzt nicht, Herr Vorsitzender, ob ich auch noch zu dem was sagen kann, was der Herr Generalsekretär sonst gesagt hat, aber ich nehme an, die Aussprache geht nicht nur über die zehn Punkte. Dann möchte ich zwei Dinge erwähnen und möchte da um Initiative bitten. Es ist sehr richtig gesagt worden, daß in einer Parteilbasis soziales Engagement notwendig sei. Ich kann das aus meiner Erfahrung nur außerordentlich unterstützen. Ich habe immer wieder festgestellt, daß die Bevölkerung uns in dem Maße unser politisches Engagement und unsere politischen Aussagen glaubt, in dem wir gleichzeitig durch persönliche praktische soziale Tat beweisen, daß wir uns ihrer alltäglichen Sorgen annehmen. Es ist also völlig illusionär anzunehmen, eine Partei hat das nicht zu tun. Diese Zeiten sind längst vorbei, falls sie jemals bestanden haben. Ich möchte ein Beispiel sagen. Wir haben einmal in Berlin großes Aufsehen damit erregt, als folgende Situation bestand. Es war plötzlich ein großer Kälteeinbruch im Winter, und zwar so frühzeitig, daß keiner daran gedacht hat, daß rechtzeitig Kohlen in die Wohnungen kommen mußten. Wir haben ja noch sehr viele Wohnungen mit Ofenheizung in Berlin. Die Kohlenhändler sahen sich aber außerstande, jetzt plötzlich in die vielen Rentnerwohnungen Kohlen hinzutransportieren, weil sie einfach keine Arbeitskräfte hatten. Da hat die CDU erklärt, wir machen das, und hat einen Kohlendienst für Rentner und alleinstehende alte Leute organisiert. Das hat so eingeschlagen, daß die SPD sofort, also binnen weniger Tage, nachziehen mußte, und hat lange durchgewirkt, weil viele gesagt haben, Donnerwetter, die Leute nehmen sich ja der praktischen täglichen Sorgen der Bürger an. Und immer dann, wenn wir dann gekommen sind – im übrigen meinen wir politisch das und das – waren die Leute geneigter, uns das auch abzunehmen, weil sie sagten: „Na wenn Ihr Euch so einsetzt, werdet Ihr Euch da vielleicht auch Gedanken gemacht haben.“ Wir haben das dann noch in einzelnen anderen Fällen gemacht. Immer noch zu wenig.

Aber ich möchte nun aus diesem Komplex eine Bitte anfügen. Wir haben fast seit Bestehen der CDU seit 1945, 1946 einen karitativen Verband, das Unionhilfswerk. Wir haben seinerzeit versucht, das auch über Berlin hinaus zu organisieren. Das ist uns nicht gelungen. Unter anderem deshalb – ich will gar nicht die Berechtigung solcher Einwände, mindestens für die damalige Zeit, nachprüfen –, weil uns gesagt wurde, das



geht nicht, wir machen damit Caritasverband und Innerer Mission Konkurrenz, und da arbeiten viele Leute von uns mit. Aber die Situation ist ja jetzt nach 25 Jahren doch durchaus noch mal überprüfbar, liebe Freunde. Unser Verhältnis zu den Kirchen ist ein anderes geworden. Und selbst solche Konkurrenzüberlegungen spielen möglicherweise heute in vielen Bereichen unseres Landes lange nicht mehr die Rolle, die sie noch vor 20 oder 25 Jahren gespielt haben. Auf der anderen Seite, dieses Unionhilfswerk ist in Berlin Mitglied des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, gelangt also auch in den Genuß öffentlicher Förderung und hat dadurch die Möglichkeit, einen nicht kleinen Prozentsatz von alten und bedürftigen Leuten zu erfassen und zu betreuen. Und wenn der Generalsekretär früher mal gefragt hat, wie es eigentlich möglich ist, daß in Berlin, immer noch viel zu wenig, aber prozentual mehr Mitglieder, wesentlich mehr Mitglieder der CDU angehören als beispielsweise in Hamburg und Bremen oder in anderen deutschen Großstädten, so möchte ich darauf hinweisen, daß vielleicht nicht zuletzt diese Tatsache dabei eine Rolle gespielt haben mag. Und dabei kommt außerdem noch dazu, daß man mehr Auswahl hat für Möglichkeiten für Leute, die in Sozialkommissionen arbeiten usw., und dann also die Möglichkeit hat, diesen Bevölkerungskreis besser zu bedienen. Ich will gar nicht sagen, daß das alles bei uns nun schon vorbildlich ist, ich will nur darauf hinweisen, daß es so was gibt, und bitte die CDU zu prüfen, ob nicht unter den heutigen Umständen das Ins-Leben-Rufen eines karitativen Verbandes, der der CDU nahesteht, eine zweckmäßige Form und vielleicht eine zeitgemäße Form auch der Parteiarbeit wäre.

Nächste Sache: Mitgliederarbeit. Sehr richtig hier angesprochen worden. Wir überlegen uns seit langem, wie wir folgendes Problem besser in den Griff bekommen können. Es gibt eben, besonders jetzt, nachdem wir einen Haufen Mitgliederzuwachs dankenswerterweise haben, auch noch lange nicht genug, aber eben doch ständig, eine Anzahl von Mitgliedern, die führende Funktionen in anderen Gesellschaftsbereichen bekleiden. Und die infolgedessen, erstens, weil sie zeitlich sehr beansprucht sind – und auch aus anderen Gründen – nicht geeignet sind, in Ortsverbänden oder auf der untersten Ebene Parteiarbeit zu leisten. Die aber andererseits mit der ihnen zur Verfügung stehenden Fachkenntnis und auch Zeit gerne der Partei helfen wollen, aus ihrer jeweiligen Situation herauszukommen und wieder die führende Kraft in Deutschland zu werden. Es hat sich gezeigt, daß unsere Organisation über Orts- und Kreisverbände nicht genügt, um eine vernünftige und sinnvolle Mitarbeit dieses Personenkreises für die Partei hervorzubringen. Wir haben schon im Lauf der Jahre ein paar Veranstaltungen überlegt, was man da machen kann, wir haben das aber niemals so richtig in den Griff bekommen. Auch hier würde es sich nach meiner Auffassung lohnen, mal Erfahrungen anderer Kreis- und Landesparteien zu vermitteln, die vielleicht besser dabei weggekommen sind, bessere Erfahrungen gemacht und bessere Erfolge erzielt haben, und auch mal diese Frage auf Bundesebene zu untersuchen und uns Vorschläge zu machen, wie man so was machen kann. Es gibt da eine Reihe von Problemen. Man kann es nicht nur mit Förderern machen; übrigens das ganze Problem derjenigen, die nun also Bekenntnisanzeigen für uns abgegeben haben, spielt ja dabei auch eine Rolle, wie man die nun auf die Dauer erfassen kann. Man darf auch nicht den Eindruck

erwecken, daß das nun Mitglieder etwa erster Güte sind und die armen, die da in den Ortsverbänden arbeiten, Mitglieder zweiter Güte, das geht auch nicht. Andererseits muß es auch so gemacht werden, daß man mal den einen oder anderen aus dem Kreise in irgendeine Funktion in einem Parlament hereinbringen kann, was wieder bedeutet, daß irgendeine Kommunikation mit den Orts- und Kreisparteien da sein muß, denn die stellen die ja nicht einfach aus dem Leeren auf, sondern die müssen die vorher kennen. Sie verstehen, ich habe das bloß angedeutet. Da gibt es noch mehr Probleme. Aber die Sache ist nach meiner Auffassung wichtig genug, um auch von einer Bundespartei untersucht und angefaßt zu werden, weil ich glaube, daß wir wesentlich effektiver werden können, wenn wir einen besonderen Kreis von Mitgliedern stärker für unsere Arbeit nutzbar machen.

*Barzel:* Ich will zu der ersten Frage ganz wenige Sätze sagen, weil ich sie nicht in meinem Bericht hatte. Neue Partei, Erklärung der CSU. Ich glaube, hier ist unsere Position so klar, daß ich das nicht erneut abzufragen und zu bestätigen brauche. Wir haben anlässlich des Bemühens, die Deutsche Union zu lancieren, die Frage oftmals erörtert und dann uns in dem Beschluß gefunden, wer im Gebiet der CDU kandidiert, kandidiert gegen uns. Das ist eine ganz klare Geschichte, die gilt für jeden anderen auch, wir können nicht eigene Kräfte verwenden, um andere zu pflanzen. Ich habe das auch zweimal in der letzten Woche im Fernsehen zurückgewiesen und glaubte mich dazu legitimiert, weil dies eine hier beschlossene grundsätzliche Linie ist.

*Langguth:* Ich will nur zwei Anmerkungen machen. Ich wußte nicht, daß Herr Dr. Dregger Marcuse<sup>30</sup> so gut gelesen hat, denn Marcuse sagt, in der Negation selbst steckt schon das Positive. Ich habe es vielleicht etwas übertrieben, dieses Marcuse-Zitat, wenn ich das direkt auf Herrn Dregger anwende. Ich sehe aber ganz ernsthafte Bedenken, wenn wir nur sagen, die CDU im Angriff auf den Gegner, daß wir dann nicht mehr in der Lage sind zu einer positiven Selbstdarstellung. (*Unruhe.*) Ich bin selbstverständlich für eine offensive Politik der CDU, bin aber der Auffassung, daß man diese offensive Politik nur dann machen kann, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind: a) im konkreten Sachproblem auch konkrete Sachaussagen. Und deswegen begrüße ich sehr, wenn es zur Bestimmung von Kongressen usw. kommt. Und b) – und da leite ich auf Punkt 2 über – mit den Fragen, wie kann man wiederum politisch inhaltlich, wie kann man in eine geistige Offensive kommen? Und hier, Herr Vorsitzender, habe ich an Sie die Frage, was Sie denn nun zu tun gedenken oder wie Sie vorschlagen, wie man mit dem Papier von Herrn Dr. Schwarz-Schilling und mir – Überlegungen zu einer langfristigen CDU-Politik – verfahren solle. Denn ich sehe nämlich, wenn ich ganz ernsthaft mir heute überlege, wie wir die Diskussion hier bereits wieder gemacht haben – abgesehen davon, daß sich auch hier die Reihen wieder zu lichten beginnen, was z. T. natürlich mit dem Todesfall zusammenhängt –, die große Gefahr, daß wir wieder sachhubern, um es

---

30 Dr. Herbert Marcuse (1898–1978), Philosoph; 1932/33 Mitarbeit im Institut für Sozialforschung Frankfurt/Main, 1934 Emigration in die USA, 1942–1951 Tätigkeit im Office for Strategic Services (OSS), 1954 Professor für Philosophie und Politologie Brandeis University, ab 1965 Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin.

so auszudrücken. (*Barzel*: Wie bitte?) Sachhubern, heißt das im studentischen Bereich, (*Köppler*: Hat aber mit Huber nichts zu tun? – *Heiterkeit*.) daß wir nicht in der Lage sind, hier als Bundesvorstand unserer langfristigen Aufgabe nachzukommen, nämlich langfristig bestimmte politische Akzente zu setzen. Da muß ich sagen, dieses Papier von Dr. Schwarz-Schilling und mir ist zumindest ein Versuch. Überhaupt habe ich die Frage, welche Funktion hat denn z. B. das Papier, das letztes Mal auch von Herrn Ministerpräsident Dr. Lemke vorgelegt wurde, und auch das andere zweite Papier von mir in Sachen CDU und Jungwähler? Ich möchte sagen – auch im Namen von Herrn Dr. Schwarz-Schilling –, daß wir unsererseits auf einer Behandlung dieses Papiers selbstverständlich bestehen, weil wir damit eine Initiative setzen wollen, wie man bestimmte Probleme angeht, die bisher übersehen wurden oder zumindest noch nicht die Gewichtung erhalten haben, wie wir sie für dringlich halten, weil hier der Bundesvorstand einen Beitrag zu einer längerfristigen Politik machen muß.

*Barzel*: Ich glaube, daß das zunächst im Bundesparteiausschuß, wo es ja hingehörte, noch eine Rolle spielen muß, daß ein Teil der jugendpolitischen Dinge entweder in die Grundsatzkommission oder in die Jugend-Kommission kommen muß. Das Papier Schwarz-Schilling und Langguth ist überhaupt noch nicht aufgearbeitet, und wenn ich mir den bescheidenen Hinweis erlauben darf, ein Großteil der theoretischen und allgemeinen und grundsätzlichen Ausführungen des Generalsekretärs und des Parteivorsitzenden sind auch noch nicht aufgearbeitet. Dies muß im Bundesparteiausschuß spätestens geschehen. Aber heute, so hatten wir uns verabredet, wollten wir diese Sachen auf den Weg geben, damit die praktische Parteiarbeit verzahnt mit der Fraktion laufen kann. Das war der Sinn der Sitzung heute. Für mich ist es aber nicht erledigt, sondern noch nicht fertig.

*Kraske*: Darf ich ein Wort hinzufügen, Herr Langguth. Es gab bei mir, wie Sie gehört haben, beide Stichworte. Nämlich erstens „Langfristige Planung“, zweitens „Jugendarbeit“. Über das Thema „Jugendarbeit“ hoffe ich in nächster Zeit mit Ihnen sprechen zu können. Daß dabei Ihr Papier eine Rolle spielt als Grundlage für die weitere Arbeit, ist völlig klar. Genauso wie aus dem anderen Papier wir das herausnehmen müssen, was an konkreten Hinweisen für die Organisation, die inhaltliche Bestimmung dieser langfristigen Arbeit notwendig und erforderlich ist. Diese Papiere sollen also wirklich in gar keiner Weise untergehen. Es ist nur schwierig, ein solches Papier nun in seinem ganzen Umfang formell zu verabschieden, was z. T. aus Analyse besteht, z. T. aus konkreten Arbeitsplanungen. Darüber muß man vielleicht noch mal jeweils sprechen, was dann in den Bundesausschuß auf dessen nächster Sitzung hereinkommen soll zur Verabschiedung.

*Langguth*: Ich bin nicht der Auffassung, daß man sagt, das ist zunächst Sache des Bundesausschusses. So wurde es, glaube ich, auch nicht direkt gesagt. Aber ich bin der Auffassung, daß wir hier im Bundesvorstand eine Vorklärung vornehmen sollten. Und daß wir dann – und das betrifft ja überhaupt wiederum die Frage des Rollenverständnisses dieses Gremiums – möglicherweise auch versuchen, sowohl im Bundesausschuß als auch auf dem nächsten Bundesparteitag hier zu einem möglichst – zumindest in bestimmten politischen Sachfragen – einheitlichen Auftreten zu kommen.

Und ich kann noch mal sagen, ich lege Wert darauf, daß wir nach Möglichkeit in diesem Bundesvorstand – und das ist ja zunächst auch als ein Papier für den Vorstand gedacht –, über diese Papiere sprechen. Wenn hier die Feststellung getroffen wurde, die CDU hat die geistige Führung verloren, dann kann man selbstverständlich darüber diskutieren, ob es sinnvoll ist, diesen Satz jetzt noch zu beschließen als Bundesvorstand. Ich bin der Auffassung, daß wir erst einmal über diese Papier diskutieren müssen, bevor Herr Dr. Schwarz-Schilling oder ich dann hier sagen, gut, wir sind eventuell bereit, da eine Formulierung möglicherweise so zu setzen, daß sie hier auch möglichst Zustimmung erhalten kann. Wir legen Wert darauf, daß eine bestimmte Priorität beim Parteivorstand liegt, bevor dann wieder eine beschlußunfähige Bundesausschußsitzung einberufen wird.

*Barzel:* Verzeihen Sie, es gab noch was anderes. Ich versuche unseren schönen Satz, „Nach den Wahlen bitte zahlen“ noch morgen in die „Bild-Zeitung“ zu bekommen.<sup>31</sup>

*Müller-Hermann:* Ich habe die Sorge, daß unser Verhältnis zur CSU in den vor uns liegenden Monaten noch eine Reihe von Belastungsproben erfahren wird. Und vielleicht hätten wir schon mal bei passender Gelegenheit in der Vergangenheit gut daran getan, in der Auseinandersetzung zwischen den beiden Parteien deutlich zu machen, daß wir uns nicht von der CSU majorisieren lassen, ebenso, wie wir ja ständig bemüht sind – ich glaube, das kann man uns da wirklich unterstellen –, immer wieder einen Konsensus mit der CSU herzustellen. Aber gerade einige Äußerungen von Herrn Strauß in den letzten Wochen lassen doch fast den Schluß zu, daß hier in einer mitunter fast provokatorischen Weise versucht wird, uns jetzt eine Auseinandersetzung aufzuzwingen. Gegen die müssen wir uns wappnen, und das können wir nur, Herr Kollege Amrehn, indem wir nun auch einmal versuchen, mit der Vergangenheit Schluß zu machen, und in größtmöglicher Solidarität nach vorne Politik zu machen, denn sonst werden wir gerade auch von der CSU auseinandermanövriert werden, und das würde ich also mit besonderem Bedenken beobachten. Aus diesem Grunde müssen wir verstehen, was Herr Dregger meines Erachtens meinte, daß wir bei der nötigen und unausweichlichen Selbstanalyse und bei der programmatischen Selbstausrichtung durch unsere Parteigremien nicht die politische Auseinandersetzung mit unserem Gegner vergessen. Das ist nämlich im Augenblick eine Gefahr, die auch an der Basis gesehen wird, daß wir soviel nur noch über uns selbst sprechen, daß wir die geistige Auseinandersetzung mit den Kräften, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen, nicht mehr wahrnehmen, aber die CSU das tut und uns damit wieder in eine falsche Ecke manövriert, als ob wir nicht in der Lage seien, diese geistige Auseinandersetzung zu bestreiten.

Die Frage der Kommissionen, Herr Vorsitzender, die muß noch einmal sorgfältig durchdacht werden. Das Thema Bodenrecht ist auch mir viel zu eng gefaßt. Und ich möchte einmal darauf hinweisen, was die meisten auch in diesem Kreise offenbar nicht

---

31 Nicht ermittelt. – Hintergrund war die geplante Erhöhung der Mineralölsteuer (vgl. ZDF-Sendung vom 22. Februar 1973 „Journalisten fragen – Politiker antworten“ BPA/Abt. Nachrichten Ref. II/4).

wissen, daß wir in der Frage des Bodenrechts in der Ausarbeitung unseres eigenen Standpunktes so weit sind, daß wir jederzeit ein ausgewogenes Programm vorlegen könnten. Das Thema ist meines Erachtens weitgehend vorgeklärt in den Kreisen der Fraktion, daß wir uns gar nicht so zu verstecken haben mit einer Meinungsäußerung, wie das mitunter als Eindruck erweckt wird. Bloß müssen wir sehen, daß das Thema Bodenrecht isoliert nicht ausreicht für eine Arbeitsgruppe, sondern daß das hineinreicht in die ganzen Fragen des Wohnungs- und Städtebaus, (*Barzel*: Ganz klar!) der Kommunalpolitik usw.

Den andern Punkt habe ich verschiedentlich angeschnitten. Ich muß das hier noch einmal aussprechen, Herr Vorsitzender. Es nützt nichts, wenn wir nachher zu einer Reihe von Sachthemen schöne Konzeptionen und Programme vorlegen und uns nachher die Frage stellen lassen müssen: „Wie wollt Ihr das alles finanzieren?“ Deswegen können wir dem Thema nicht ausweichen, wie wir uns den Umfang und die Ausgestaltung der öffentlichen Investitionen in der Zukunft vorstellen, welche Vorstellungen wir von einem ausgewogenen Wirtschaftswachstum in unserem Lande haben. Dieses Thema bitte ich also unter allen Umständen einer besonderen Arbeitsgruppe anzuvertrauen, weil wir sonst in Widerspruch geraten werden bei den schönen Erklärungen, die wir nachher als Konzeption für einzelne Sachgebiete anbieten. Dieses Thema, wie soll das im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Wachstums auch finanziell und wirtschaftlich dargestellt werden, ist ein so wichtiges Thema, daß wir unter keinen Umständen ihm ausweichen dürfen. (*Barzel*: Ich glaube, das letztere müssen wir aufnehmen.) Das muß alles unter Steuerpolitik betrachtet werden. Die Gestaltung unseres Steuersystems, aber nicht die Frage, was soll daraus aufgebracht werden.

*Seiters*: Ich würde mich zum Thema Bundesausschuß gar nicht mehr äußern, wenn ich nicht das Gefühl hätte, daß uns dieses Thema, Herr Amrehn, auch in den nächsten Wochen und Monaten noch beschäftigen wird, und zwar auch in den Gesprächen mit der CSU. Ich glaube nicht, daß dieser Eindruck trügt. Da muß man eben rechtzeitig wissen, wie es damals gelaufen ist in dieser Sitzung des Bundesausschusses.<sup>32</sup> Ich war dagegen, daß der Antrag überhaupt gestellt wurde. Aber nachdem er im Raume stand und die Gruppe um Breidbach<sup>33</sup> nicht bereit war, diesen Antrag zurückzuziehen – und es sind doch entsprechende Vorschläge erfolgt und es ist doch mit Breidbach besprochen worden, es gab eine Gruppe in der Bundesausschußsitzung, die unbedingt eine Entscheidung der Partei wollte –, wäre es meines Erachtens falsch gewesen, wenn der Bundesausschuß den Beschluß gefaßt hätte, er befaßt sich nicht mit dieser Frage. Denn ich darf einmal die Frage hier stellen, wie die Wirkung in der Partei und in der Öffentlichkeit gewesen wäre, wenn wir einen solchen Beschluß nicht gefaßt hätten? Ich glaube, das hätte uns nicht sehr gut getan. Und wenn man dann sich erinnert an die Rede

---

32 In der Sitzung am 12. Februar 1973 wurde beschlossen, das Bundesverfassungsgericht wegen des Grundvertrages nicht anzurufen. Gestellt wurde der Antrag von Ferdinand Breidbach. Vgl. Anm. 5.

33 Ferdinand Breidbach (geb. 1938), Schlosser; 1956 CDU, 1962 Tätigkeit als Gewerkschaftssekretär und Pressereferent beim DGB-Bundesvorstand, 1969–1980 MdB.

von Franz Josef Strauß<sup>34</sup>, und an die Reaktion der CSU zu diesem Punkte, dann möchte ich einmal folgendes sagen: Wir haben doch die Erfahrungen in der Fraktion in den letzten Jahren oftmals gehabt, daß die CSU, bevor die Fraktion Beschlüsse faßte zu Themen, Landesgruppensitzungen einberufen hatte und entsprechende Vorher-Beschlüsse gefaßt hatte. Auch in Fragen Ostpolitik. Und wir lasen am Dienstag dann in der Zeitung, wie die Haltung der CSU war. Ich kann mich an sehr viele Gespräche gerade mit jungen Kollegen erinnern, die immer wieder gesagt haben, wie sie sich beschwert fühlen davon, daß hier eine Präjudizierung bestimmter Fraktionsbeschlüsse erfolgt sei durch die CSU. Mit anderen Worten, die CSU ist nicht zimperlich gewesen, wenn es darum ging, ihre Haltung und ihre Meinung in der Fraktion durchzusetzen, und sie hat sich keineswegs zurückgehalten mit einer Festlegung ihrer Haltung bis zur Sitzung der Fraktion. Von daher glaube ich, sollte die Partei – ich gebe zu, daß das unglücklich gelaufen ist insofern, als der Antrag überhaupt gestellt wurde –, doch so selbstbewußt sein, daß wir auch sagen, daß hin und wieder auch der Bundesausschuß, nachdem die Dinge nun mal so waren, das Recht hatte, zu einer solchen Frage Stellung zu nehmen, zumal vorabgegangen waren die Erklärung der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge und die anschließende Replik des Fraktions- und Parteivorsitzenden<sup>35</sup>.

Das zweite zu den Schwerpunkten. Herr von Weizsäcker hat darauf hingewiesen und auch andere. Ich habe ausdrücklich in meinem Papier festgehalten auf der Grundlage dessen, was wir in Berlin gesagt haben bzw. was dort ohne Widerspruch zunächst einmal zustimmend zur Kenntnis genommen worden ist, daß es darum geht, vornehmlich aus diesen Bereichen Schwerpunkte zu setzen, daß das aber kein abgeschlossener Katalog ist, und ich habe, Herr Müller-Hermann, beispielsweise Ihr Thema ausdrücklich mitaufgenommen. Ich habe alle Themen genannt, die in Berlin genannt worden sind. Und jetzt wird es eben darauf ankommen, daß nach der Sitzung des Bundesvorstandes auch die Fraktion entsprechende Aufträge vergibt. Nur, ich möchte davor warnen, daß wir eine Ausuferung vornehmen bei der Einsetzung von Arbeitsgruppen. Ich würde es für falsch halten, wenn wir 20 oder 25 Arbeitsgruppen einsetzen. Wir können Aufträge vergeben an einzelne Kollegen in der Fraktion und im Bundesvorstand, damit sie uns ein Papier vorlegen. Aber die Zahl der Arbeitsgruppen – abgestimmt zwischen Partei und Fraktion – sollte beschränkt werden.

Und im übrigen darf ich darauf hinweisen, daß es das Anliegen der Fraktion war – das ging aus vielen Diskussionsbeiträgen in Berlin hervor –, daß die Arbeit der Fraktion sich nicht zersplittert, sondern daß sie zusammengefaßt wird in einem Koordinie-

---

34 Redebeitrag von Strauß in der Fraktionssitzung am 13. Februar 1973 (Protokoll in ACDP 08–001–1931/2).

35 Auf der Bundesdelegiertenversammlung der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Ost- und Mitteldeutschenvereinigung der CDU/CSU am 10. Februar 1973 kam es zu einer Auseinandersetzung über den Grundvertrag und die mögliche Anrufung des Bundesverfassungsgerichts. Vgl. FAZ vom 12. Februar 1973 „Kontroverse zwischen Barzel und den Vertriebenen“; „General-Anzeiger Bonn“ vom 12. Februar 1973 „Streit in der CDU um Grundvertrag“.

rungsgremium, Planungsstab und Planungsgruppe. Weil es ja nicht allein darauf ankommt, Beschlüsse zum Bodenrecht zu fassen oder zur beruflichen Bildung oder zu anderen Themen, sondern daß es darauf ankommt, in einem Gremium eine planerische Arbeit zu leisten, die gerichtet ist auf die Gesamtdarstellung der Union in einigen Jahren. Ich glaube, dieses Anliegen ist hier auch deutlich geworden, und darum wird es auch jetzt bei der Einsetzung dieser Gruppen in der Fraktion gehen.

*Schwarz-Schilling:* Ich möchte nur einige wenige Worte zum Bundesausschuß sagen. Ich stimme Herrn Katzer zu, daß ein solches Parteigremium aus seinem Selbstverständnis heraus Entschlüsse dieser Art fassen muß. Ich habe allerdings dagegen votiert, daß dieser Entschluß gefaßt wird. Aus dem einfachen Grunde, weil man die Vorbereitungen, die dafür erforderlich sind, nicht auf dem Tisch hatte. Ich muß sagen, wenn man einen solchen Entschluß faßt, dann muß auch der Vorsitzende der Kommission, Herr Dr. Marx, die Berechtigung oder die Legitimation erhalten, dann vor diesem Gremium auch die Ergebnisse der Kommission vorzutragen und nicht mit einem großen Geheimnis zu sagen, wir haben da eine Kommission. (*Unruhe.*) Ja, gut, aber dann hätte man ja zumindest die Problematik, auch den Stand der Kommissionsarbeit erläutern können, denn wozu ist sie dann da, wenn das zweithöchste Parteigremium nunmehr eine Empfehlung faßt. Dann sollte es zumindest den Informationsstand haben, die eine Kommission bis dahin hatte. Und da das nicht geschah und man eigentlich nicht wußte, was nun für Gesichtspunkte dafür und dagegen sprechen, sah ich mich zumindest überfordert, überhaupt zu dieser Frage verbindlich Stellung zu nehmen, wenn man das nicht aus einer Emotion heraus macht und aus einer oberflächlichen Beurteilung heraus. Jedenfalls ist das wohl für die Fraktionsmitglieder etwas anders, die sich ja auch etwas länger damit befaßt haben als für jemanden, der aus der Landespolitik kommt, vor diese Frage gestellt wird und nun abstimmen soll. Nun muß man ja zumindest mal das Für und Wider sachlich von irgendeinem vorgetragen bekommen, und da wäre Dr. Marx sicherlich in der Lage dazu gewesen, und es wäre eigentlich richtig gewesen, wenn er vor diesem Gremium, bevor eine solche Abstimmung stattfindet, das Für und Wider, wie es sich in der Kommission dargeboten hätte, darstellt.

Was Herr Kollege Köppler gesagt hat über die Berufsbildung, möchte ich weitgehend unterstreichen. Wir haben auch im hessischen Landesverband ein weitgehendes Berufsbildungsprogramm für die nächsten zwei, drei Jahre erarbeitet. Wir haben bereits ein Sofortprogramm, ein mittelfristiges Programm in den Landtag eingebracht. Da müssen die Dinge eng verzahnt werden, wenn wir nicht in große Schwierigkeiten geraten seitens der Bundesplanung. Wir hatten das bisher sehr gut abgestimmt, auch mit dem Berufsbildungsprogramm der Fraktion in der letzten Legislaturperiode, so daß da überhaupt keine Schwierigkeiten waren. Nur das muß dann auch jetzt sicher gestellt sein, es kann nicht nur eine Frage der Fraktion sein, sondern die Länderaspekte, die ja gerade auf das staatliche Berufsschulwesen den wesentlichen Akzent setzen, müssen hier berücksichtigt werden.

Das, was Herr Dr. Dregger gesagt hat, halte ich für richtig, daß wir nicht nur Probleme auf dem Parteitag besprechen dürfen, die nach innen auch auf unsere Partei

gerichtet sind, sondern die auch nach außen gerichtet sind. Ich möchte z. B. die Frage stellen, wie sieht das aus mit dem staatlichen Bildungsauftrag in einer von uns so aufgefaßten pluralistischen Gesellschaft, wenn wir heute in Hessen feststellen, daß dort Rahmenrichtlinien für den Deutsch- und Gesellschaftskundeunterricht erstellt werden, die meines Erachtens mit dem Selbstverständnis eines demokratischen Staatswesens schon nicht mehr in Übereinstimmung stehen, weil sie nämlich hier schon einer bestimmten Weltanschauung von Staats wegen eine Priorität einräumt. Ich weiß nicht, ob das auch legislative Reaktionen hervorrufen müßte, um so was zu verhindern. Aber ich bin der Auffassung, daß man sich mit diesem Problem mehr denn je befassen muß. Wir haben z. B. am nächsten Samstag in Gießen einen Kongreß über diese Rahmenrichtlinien<sup>36</sup>, wo die Staatssekretärin Laurien auch referieren wird und auch unsere Herren. Wir halten das für eine Katastrophe, was sich dort anbahnt. Wenn das in den sozialdemokratischen Ländern nun tatsächlich Usus wird, können wir gar nicht rechtzeitig genug gegen diese kalte Indoktrination unseres Schulwesens von einer Ideologie angehen, wenn – etwa aus freiem Entschluß – ein Lehrer seiner Weltanschauung entsprechend dort etwas vorträgt, was nunmehr bereits Richtlinie des Kultusministers ist. (*Zwischenruf*: Ja, das ist die Frage, das führt dazu, daß das Abitur in Hessen nicht überall anerkannt wird!) Da müßte meines Erachtens auf dem Bundesparteitag auch eine ganz klare Abgrenzung erfolgen, damit (*Unruhe*) wir auch wirklich ein offensives Thema haben gegen diese radikale Unterwanderung. Ich glaube, das ist auch wichtig, daß wir hier ein Thema haben, was uns sicherlich alle einigt und verbindet, damit wir nicht nur kontroverse Themen behandeln – ich nehme an, es sind nicht alles kontroverse Themen –, sondern damit auch hier ein klarer Akzent gesetzt wird.

Zu dem, was gesagt wurde, auch vom Kollegen Langguth und Dr. Dregger, möchte ich eines sagen. Ich glaube, wir sollten das eine tun und das andere nicht lassen. Wir müssen sowohl in die Offensive gehen wie auch natürlich unsere Analyse fortsetzen und nicht sagen, dieses Thema ist für uns beendet. Ich glaube, wir sollten hier in Toleranz eine gewisse Arbeitsteilung insoweit uns selbst auferlegen, als derjenige, der sich mehr für analytische Fragen und vielleicht für etwas tiefer gehende Begründungen eignet, dann auch diese Aufgabe vollziehen soll, und der andere, der sich mehr im normalen Angriff befindet, auch diese Aufgabe vollziehen muß. Unsere Partei erwartet beides, und insofern soll man auch beides tun. Nur man sollte es nicht so weit überziehen, daß die Tätigkeit des anderen in Mißkredit gerät. Daß man also nicht sagt, jetzt Schluß mit Analyse, nur noch Angriff. Das ist genauso falsch, als wenn man sagt, gar nichts mehr sagen und nur noch Selbsterkenntnis und Selbstmeditation. Ich glaube, diese Toleranz müssen alle haben, und wir müssen hier eine gewisse Arbeitsteilung haben, und dann wird dabei das Beste herauskommen.

---

36 Zur Fachtagung „Rahmenrichtlinien in der Diskussion“ am 24. Februar 1973 in Gießen vgl. Presseerklärung des CDU-Landesverbandes Hessen vom 24. Februar 1973 (ACDP Dokumentation 9/929/4 Hess) sowie FAZ vom 27. Februar 1973 „Kritik an hessischen Rahmenrichtlinien“. Zu den Rahmenrichtlinien des Kultusministers von Friedeburg vgl. „bildungspolitische informationen“ hg. vom Hessischen Kultusminister Nr. 1/73 „Zur Neuordnung der Zweiten Phase der Lehrerausbildung“ (ACDP Dokumentation 9/929/9–4 Hess).



Nun zunächst noch mal zu dem Vorschlag von Kollegen Lorenz. Was Sie gesagt haben, darüber haben wir uns auch in Hessen schon lange Gedanken gemacht. Sie sind sicherlich etwas in der Vorhand. Ich meine jetzt in den Fragen, wie Sie Parteimitglieder, die bestimmte Aufgaben in der Gesellschaft erfüllen, nun auch in die passenden Gremien unserer Partei einbeziehen können, weil die sich in einem Ortsverband verloren vorkommen. Das ist natürlich in einem Flächenstaat wie im Land Hessen noch viel, viel schwieriger. Das läßt sich in einer Stadt noch eher an Modellen zeigen als in einem Land. Die Konsequenz dieser Aufgabenstellung ist bei uns die, daß wir bei bestimmten mittleren Schichten, die bestimmte Sachfragen brennend interessieren, einen ungleich größeren Zulauf zu Ausschüssen auf Landesebene haben. Ich weiß mir gar nicht zu helfen, wieviele Leute ich in den wirtschaftspolitischen, in den gesellschaftspolitischen, in den kulturpolitischen Ausschuss alle hineinlasse, so daß diese Ausschüsse eigentlich nicht mehr arbeitsfähig sind. Auf der anderen Seite sind das hochinteressante Leute, die auch Multiplikatoren sind in ihrem Bereich, und die natürlich auf der Ortsebene bei der Mitgliederversammlung dort total daneben liegen und die sich nicht mit der Kommunalpolitik dieses einen Ortes befassen, wo sie nur zufällig wohnen, sondern irgendwelche wichtigen Funktionen in unserer Gesellschaft ausüben. Es muß tatsächlich ein Modell erreicht werden, daß diese Leute in einer Art von Beratergremien zu unseren Ausschüssen zugeordnet oder wie immer funktionsfähig eingesetzt werden. Also, ich würde dieses Anliegen von Herrn Lorenz sehr, sehr warm unterstützen. Wir haben uns auch viele Gedanken gemacht. Wir sind leider noch zu keinem guten Schluß gekommen. Das Problem brennt uns auf den Nägeln.

Als nächsten Punkt möchte ich noch sagen, daß auch meines Erachtens die Frage sehr wichtig ist, was für eine Dienstleistung wir in der Bundesgeschäftsstelle auf den verschiedensten Ebenen erwarten können. Das ist auch für verschiedene nicht bekannt. Zum Beispiel die Frage, wenn wir eben schnell irgendwo in einer Podiumsdiskussion zu einem Thema sprechen müssen, oder – wir wissen ja, wie das ist – an drei Tagen im Fernsehen mit dem und dem im Regionalprogramm. Dann saugen wir uns noch alles aus den Papieren, die wir irgendwo haben, heraus, und machen uns mühsam ein Konzept. Wahrscheinlich ist das in der Bundesgeschäftsstelle aufbereitet, dokumentarisch, was man in ein, zwei Tagen sofort zugeschickt bekäme, noch vielleicht ein Konzept mit der und der Fragestellung mit den wichtigsten aktuellen Fragen dazu. Das müßte man wissen, wie weit man darauf zurückgreifen kann, daß auch die Mitglieder einer Landtagsfraktion bei solchen Themenstellungen, die sie ja laufend mitzubehandeln haben, die bundesmäßig sind, auf diese Dinge effizient zurückgreifen können, und daß das auch den einzelnen Mitgliedern bekannt ist. Denn, ich glaube, hier wird riesige Doppel- und Dreifacharbeit geleistet, und die ist schlechter als eine gute Arbeit hier in der Geschäftsstelle.

Dann, Herr Vorsitzender, habe ich mit Befriedigung gehört, daß diese Papiere in irgendeiner Weise aufgearbeitet werden. Nur möchte ich wirklich darum bitten, daß, ehe jetzt irgendeine Beschlußvorlage in den Bundesausschuß geht, wir doch die Möglichkeit erhalten, auch über diese vielleicht nicht so hoch aktuellen Fragen, aber doch einmal nicht weniger wichtigen Fragen in diesem Vorstand eine echte Diskussion füh-

ren. Eben jetzt mal nicht über die Frage, wie sieht es in den nächsten Monaten mit der CSU aus, wie sieht jetzt unsere Position im Bodenrecht aus, sondern doch einmal wirklich die langfristige Entwicklung, die wir seit den 50er Jahren hatten, in den 60er Jahren hatten, was wir versäumt haben und was wir wirklich für eine langfristige Zukunftsentwicklung in die 80er Jahre hinein brauchen. Wo sind unsere Positionen? Welche Positionen hat die Gegenseite bereits besetzt? Wo sind die dünnsten Stellen in der Mauer, wo wir angreifen müssen? Wo sollten wir im Moment etwas zurückstrecken für die nächsten Jahre? Wo liegen die Dinge, die uns voranbringen, und vor allen Dingen, wie können wir auch wieder eine Vision einer Politik hervorbringen, die die Jugend begeistert? Das ist, glaube ich, eines der wichtigsten Probleme, denn wir haben sehr viele Leute 1972 wieder zu uns zurückgebracht – wie ja auch die Analysen zeigen –, die 1969 von uns weggegangen sind, aus den mittleren Angestellten- und aus den aufsteigenden Schichten. Deswegen waren wir auch alle so euphorisch, weil wir zu den Leuten den größeren Kontakt hatten und jeder sagte, ja, der hat mir auch gesagt, nie wieder SPD. 1969 haben wir sie noch gewählt, aber jetzt machen wir das nicht mehr. Und aus diesem Grunde gab es auch einen Eindruck – und ich war selbst der Meinung, ich gebe das ganz klar zu –, daß wir ein anderes Wahlergebnis haben werden. Aber was wir eben vergessen haben, ist, daß diese 69er-Entwicklung sich in den Arbeiterkreisen überhaupt erst fortgesetzt hat, daß die nämlich das nachvollzogen haben, was die mittleren und leitenden Leute 1969 glaubten, es sei schicker, moderner, vernünftiger, jetzt SPD zu wählen. Das hat sich also jetzt nach unten fortgesetzt, und zum zweiten auch bei der Jugend in ganz überwiegender Maße. Bei den Frauen ist es ja etwas anders, da sind es ja etwas die Älteren, das hängt natürlich auch mit den Schichtungen zusammen, ich möchte das jetzt nicht näher analysieren.

Ich glaube nur, daß diese Fragen für uns von wirklich so entscheidender Bedeutung sind, daß wir uns einmal einen Tag für diese Fragen reservieren sollten, fernab der aktuellen Politik. Diesen Wunsch hätte ich, und daß man dafür einige wirkliche Grundlagen hier erarbeitet, die uns auch dann für eine langfristige Strategie weiterbringen, und zwar ehe wir einen Bundesausschuß mit ein paar Formulierungen aus diesen Papieren befassen.

*Barzel:* Das würde praktisch bedeuten, daß wir noch einmal einen ganzen Tag im Bundesvorstand brauchen vor dem 2. April.

*Schwarz-Schilling:* Ja, oder Sie machen das noch nicht in dem Bundesausschuß, man kann das ja auch vielleicht zum Bundesparteitag machen. Daran sollte es nicht scheitern.

*Barzel:* Dann finde ich das eine gute Anregung.

*Kraske:* Herr Schwarz-Schilling, darf ich zu drei Punkten schnell was sagen. Erstens noch mal zum Bundesausschuß. Dieser Einwand, die Kommission hätte berichten müssen, ist ja viel auch in der Fraktion gemacht worden. Aber nachdem Sie selber, glaube ich, an der Fraktionssitzung teilgenommen haben, werden Sie mir bestätigen, daß sich zwar Herr Marx und Herr Jaeger<sup>37</sup> sehr redlich und objektiv bemüht haben,

---

37 Dr. Richard Jaeger (1913–1998), Jurist; 1946 CSU, 1949–1980 MdB, 1965/66 Bundesminister

auch die Minderheitenmeinung darzustellen, aber daß der persönliche Vortrag von dem Professor Klein<sup>38</sup> eine ganz andere Wirkung hatte. Da es sich hier um eine politische Entscheidung gehandelt hat, genügt es in meinen Augen nicht, nun formell den Bericht eines Kommissionsvorsitzenden zu hören, und zwar eines Vorsitzenden mit einer ausgeprägten politischen Meinung in der Sache, die sein gutes Recht ist, ohne dann eine lange Modelldiskussion des Für und Wider in den Parteiausschuß hereinzunehmen, und das ist, glaube ich, eine sehr schwierige Sache. Abgesehen davon, daß der Bericht der Marx-Kommission nach seinem eigenen Urteil ja eben erst an dem Abend abgeschlossen wurde, nach der Sitzung. Wir sind uns einig, wir hatten uns diesen Termin für den Ausschuß nicht freiwillig gesucht, sondern da hätte sich manches günstiger timen lassen. Aber nachdem er so lag, kann ich nur sagen, es hätte zu einer hoffnungslosen weiteren Frustration dieses Parteigremiums geführt, wenn man diese Beschlußfassung irgendwie verhindert hätte. Sie haben es ja schon gesehen. Es waren, glaube ich, 25 Wortmeldungen allein zu diesem Thema. Daran sah man ja das Interesse.

Zweiter Punkt: Ich nehme gerne die Anregung auf, daß die Bundespartei noch deutlicher machen muß, was sie anbieten kann. Aber erlauben Sie mir ein kritisches Wort. Es gibt einen in der Sache – ich bitte um Entschuldigung für ein partielles Eigenlob – vorzüglichsten, aber in der Partei wie ein Aschenputtel behandelten Dienst, das ist „Union in Deutschland“. Für „Union in Deutschland“ gilt typisch das, was ich vorhin über die Dienste mit dem Strich gesagt habe. Wenn Sie Inhalte von „Union in Deutschland“ im halben Aufguß auf Saugpost mit einem Strich drüber schreiben, dann kriegen Sie begeisterte Zuschriften. Wenn Sie den Leuten sagen: „Dasselbe habt Ihr bereits vor zwei Tagen in UiD bekommen“, sagen sie: „Ach, habe ich gar nicht gelesen, das lege ich immer gleich weg, weil es gedruckt ist.“ In dem UiD steht, wenn nicht Woche für Woche, dann in regelmäßigen Abständen, das exakte Angebot der Bundespartei drin, was als Rednerdienst vorliegt, als Argumentationskarte, als Broschüre, Argumente, Dokumente, Informationen. Und gerade für einen Generalsekretär und stellvertretenden Landesvorsitzenden auf einer Landesgeschäftsstelle müßte es nun wirklich möglich sein, bei einer nur geringfügigen – ich will gar nicht sagen, Auswertung – nur Aufbewahrung des UiD dies Angebot zu haben. Aber trotzdem, das soll wirklich gar keine Rechtfertigung sein, wir werden überlegen, ob man das unseren Freunden noch hilfreicher anbieten muß. Gehen tut das. Es muß nur offenbar die Präsentation noch eindringlicher sein. (*Schwarz-Schilling*: Darf ich noch etwas sagen, das ist, glaube ich, ein Mißverständnis. Ich meine nicht diese Information, die halte ich für ausgezeichnet. Ich meine, daß man wissen muß, wie schnell der einzelne, wenn er zu einer konkreten Veranstaltung gehen muß, in der Lage ist, zu einem bestimmten Thema von der Bundesgeschäftsstelle eine Unterlage oder ein Konzept zu erhalten. –

---

der Justiz, 1967–1976 Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Vgl. LEXIKON S. 286f. – Protokoll vom 13. Februar 1973 in ACDP 08–001–1031/2.

38 Dr. Hans Hugo Klein (geb. 1936), Jurist; 1969 Professor für öffentliches Recht in Göttingen, 1970 CDU, 1972–1983 MdB, 1982/83 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz, 1983–1996 Richter am Bundesverfassungsgericht.

*Unruhe und Diskussion.*) Hier geht es mehr um Ihre Frage, was er erhalten kann, das finden Sie nämlich darin, aber – ich wollte hier nicht in technische Einzelheiten gehen – wir haben während des Wahlkampfes über diesen Wahlkampfdienst, der sich ja sehr bewährt hat und den wir in irgendeiner Form auch fortsetzen wollen in Ergänzung oder teilweise anstelle von UiD, weil das eben wirklich gelesen wurde, eine sehr nützliche und sehr positiv aufgenommene Einrichtung, nämlich eine bestimmte Telefonnummer in der Bundespartei, die nur dazu da ist, um solche Auskünfte abzurufen. Überlegung in der Geschäftsstelle ist, wie kann man eine solche Telefonseelsorge, wenn Sie mir den saloppen Ausdruck erlauben, auch außerhalb von Wahlkämpfen für den Kontakt mit unseren Leuten draußen schaffen? Ich unterstütze das sehr, ich hoffe, daß wir es personell leisten können.

Letzter Punkt: Ich stimme Ihnen zu, Befassung des Vorstands, wenn wir es nicht so kurzfristig sehen, mit langfristiger Planung. Ich würde nur sagen, aufgrund der zu diesem Thema ja nicht nur von Ihnen vorliegenden Papiere, sondern dem Schlußkapitel meines eigenen Berichts und einer Reihe von Kapiteln aus dem Bericht des Vorsitzenden, wäre es gut, wenn wir bis dahin zusammen mit der Grundsatzkommission schon etwas weiter sind in einer für diesen Kreis etwas konkreteren Vorlage. Was haben wir denn zu tun in der langfristigen Planung, welche Instrumente bieten sich dafür an, wie soll das sich abbilden, um eine solche Diskussion dann wirklich hier fruchtbar zu machen? Also gerade wenn sie nicht in den nächsten 14 Tagen stattfindet, sollten wir im Ausschuß nur das Thema erwähnen, ohne es zu vertiefen, ohne Beschlüsse zu fassen, aber für eine Befassung hier im Vorstand miteinander überlegen, wie man sie wirklich so effektiv wie möglich machen kann.

Wex: Herr Vorsitzender, ich habe nur zwei Anmerkungen zu machen. Erstens glaube ich, nach langer Zeit der Angehörigkeit zu diesem Gremium, daß bestimmte Appelle an Solidarität überhaupt nichts nützen, daß diese Solidarität nur dann wirklich effektuiert werden kann, wenn die Positionen so klar sind, daß die ständigen Tests auf die Möglichkeit, uns auseinanderzuidividieren, nichts fruchten. Und gerade aus diesem Grunde glaube ich – und da möchte ich an Herrn Schwarz-Schilling anknüpfen –, daß wir nur dann, wenn wir Grundsatzdiskussionen nicht nur ad hoc führen, sondern kontinuierlich führen zur ständigen Überprüfung unserer Situation, und gleichzeitig Aussagen besetzen – meinetwegen Mitbestimmung, Bodenrecht, und ich komme gleich auf Frauenfragen und Jugend –, überhaupt dieser Diskussion standhalten können. Jede Partei muß wissen, was sie an Kraft hat. Ich bin fest überzeugt, daß bei einer solchen Situation auch unökonomische Dinge getan werden müssen, damit man weiß, wo man überhaupt ökonomisch arbeiten kann, daß man aber auch die Erfahrungen, die an der Basis ja vorhanden sind, so effektiv macht, daß sie an der Spitze auch verwertet werden können für alle.

Und da komme ich eben auf die Frage der Basis und vor allen Dingen auf die Frage des Reservoirs, das wir an der Basis haben. Und da gibt es kein so großes Reservoir wie die Frauen, die nämlich nichts wollen – zu einem großen Teil als auch nichts anderes können, nicht aus Intellektualität, sondern aus familiären und biographischen Gründen –, als an der Basis zu arbeiten. Und da sollten wir einen Teil dieser Erfahrungen,

die an der Basis vorhanden sind, doch wirklich auch nutzen. Deswegen habe ich auf dem Delegiertentag<sup>39</sup>, den wir vor uns haben, einen ganzen Arbeitskreis eingesetzt, Erfahrungen zusammenzustellen, die die einzelnen Frauen im Wahlkampf schon mitbringen, und die das ersetzen, was wir vielleicht sonst an theoretischen Überlegungen haben. Einen entscheidenden Punkt müssen wir dabei festhalten, daß junge verheiratete Frauen zwischen 25 und 35 mit einer erweiterten Bildung, also mit einem größeren Informationsgrad, zu 17 %, die 1969 abgewandert waren zur SPD, zu uns zurückgekommen sind. Das halte ich für einen guten Ausgangspunkt auch für die Frauen in anderen Bereichen, weil dann nämlich klar wird, daß die Frauen in Familie, Jugend und Bildung ihre Aussagen gerade im Erziehungsbereich in einem gesellschaftspolitischen Zusammenhang sehen. Wenn da unsere Information weitergeht, haben wir die Möglichkeit, hier neue Ansatzpunkte zu finden. Gerade über den Begriff der Erziehung wird da ein entscheidender Ansatzpunkt an der Basis sein, Herr Schwarz-Schilling, besteht doch bei den Rahmenvorschriften für die Frauen ein ganz besonders signalisierendes Element, als die einzige FDP-Abgeordnete in Hessen so intensiv, Frau Engel<sup>40</sup>, hat doch so intensiv dem Friedeburg<sup>41</sup> widersprochen in diesen Erziehungsaufgaben, daß wir da sehen, was es für einen entscheidenden Ansatzpunkt von weitergehender Zusammenarbeit gerade von der Seite informierter Frauen und damit auch der Basis gibt, den wir überhaupt nicht genug einschätzen können.

Herr Kraske, ich hätte noch vor einem halben Jahr widersprochen, wenn einer der Arbeitskreise „Frauen“ isoliert geheißen hätte, weil ich glaube, daß es gar keine einzelne Frauenpolitik geben kann, wenn die Partei im ganzen nicht überzeugend macht, daß sie die Fragen, die die Frauen speziell betreffen, in ihre Gesamtpolitik aufgenommen hat. Aber wenn Sie jetzt in den Ministerien sehen, was das Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit an Zuständigkeit und Koordinierungsfunktion für die Frauenarbeit zugeteilt bekommen hat, und mit welchem Stab sie da ausgerüstet werden, glaube ich, daß wir sehr wohl diese Sache aufnehmen sollten.

Ich habe noch zwei Vorschläge. Ich habe mit Herrn Vogel schon darüber gesprochen, bei der Frage § 218 haben wir den Beschluß gehabt des Bundesvorstands. Was jetzt ganz dringend notwendig wäre, ist am Anfang der Diskussion unsere flankierenden, vorbeugenden Maßnahmen mitvorzulegen. Ich habe gehört, daß der Begriff „flankierende Maßnahmen“, der bisher nur unserer war, schon jetzt im Justizministe-

---

39 8. Bundesdelegiertentagung der Frauenvereinigung vom 30. März bis 1. April 1973 in Kassel. Unterlagen zum Arbeitskreis II „Wirkungsmöglichkeiten der Frauenvereinigung“ in ACDP 04-003-069/2. Vgl. auch „Frau und Politik“ 19. Jg. Nr. 4/April 1973 S. 12f. „Bürger-nahe Politik“.

40 Dr. Eva Sibylle Engel (geb. 1920), Journalistin; 1969 FDP, 1970–1981 MdL Hessen (1974–1976 und 1978–1981 Vizepräsidentin), 1981–1983 MdB.

41 Dr. Ludwig von Friedeburg (geb. 1924), Soziologe; 1951–1954 Mitarbeiter im Institut für Demoskopie Allensbach, 1955–1962 Abteilungsleiter am Institut für Sozialforschung an der Universität Frankfurt am Main, 1962–1966 Professor für Soziologie und Direktor des Instituts für Soziologie an der FU Berlin, 1966 Universität Frankfurt/Main, 1969–1974 Kultusminister in Hessen (SPD), 1975–2001 Geschäftsführender Direktor des Instituts für Sozialforschung Frankfurt/Main.

rium und im Familien- und Gesundheitsministerium unter diesem Aspekt vorbereitet wird. Ich nehme noch etwas auf, Herr Vorsitzender. Sie haben bei dem Deutschen Frauenrat<sup>42</sup> eine Enquete angeregt. Das ist aber etwas, was wir im Bundestag und in der Fraktion besprechen sollten; aber wir werden auf dem Delegiertentag hier schon bestimmte Vorarbeiten leisten.

Dann möchte ich noch auf etwas eingehen, was Herr Lorenz gesagt hat. Es ist ein ganz wichtiges Problem, daß wir uns unterhalten müssen über den Stellenwert der Basisarbeit im vorpolitischen Raum. Es muß eine Möglichkeit geben, Basis und jede Stufe der Arbeit gleichmäßig anerkannt zu kriegen. Es muß eine Möglichkeit geben, die Gleichwertigkeit herzustellen. Ich glaube, daß da die Frauen bei uns einen großen Nachholbedarf haben in bezug darauf, was die Arbeit für sie bedeutet, aber auch für die gesamte Partei bedeuten muß. Und gerade die Fragen der Erziehung und Bildung, die in diesem Zusammenhang mit der Jugend stehen, werden an diesem Punkt am besten angesetzt. Meine Bitte also: Wenn wir einen eigenen Ausschuß Frauen machen, daß wir den ganz besonders ausstatten, weil wir ja wissen, daß auf der anderen Seite eine dreifache Ausstattung, gerade für diese speziellen Fragen, sich ergeben hat.

*Lemke:* Herr Vorsitzender, ich werde, da es schon weit fortgeschritten ist, mich auf einige Thesen beschränken müssen, da es ja unnötig ist, wenn ich es in der Breite wiederhole. Herr Schwarz-Schilling, ich pflichte Ihnen mal wieder bei. Darf ich aber noch eines sagen: Wenn Sie an die Aufsteiger denken, denken Sie daran, daß die Aufsteiger nur 10 % sind, und die anderen 90 %. Die stellen die Masse dar und sind ein sehr einfaches und treues Volk, was also der Betreuung noch mehr bedarf als dem Nachlaufen hinter den Aufsteigern her. Und, gnädige Frau, bei der Anerkennung der Basisarbeit, wissen Sie, was da hilft? Da müssen Sie dauernd selbst zu diesen Menschen hingehen, die da unten die Kleinarbeit machen und mit denen zusammensein und sie anerkennen. Das macht das aus. Wenn Sie natürlich nur mal einen Weihnachtsbrief schreiben oder sagen, das ist ja sehr schön, daß Sie so arbeiten, damit kommen wir nicht weiter. Denn die Menschen brauchen Anerkennung, wir brauchen auch mal ein Lob. Das ist nun mal so. Morgen sitze ich mit 60 Junge-Union-Leuten zusammen und trinke mit denen ein Glas Bier, weil die im Kreis Segeberg ein immerhin noch respektables Ergebnis herbeigeführt haben. Das ist eben sehr schwierig, sehr lästig. Wir müssen runter, wir selbst, ich meine uns hier auch, und den Landesvorstand. Diese, die nach außen hin einen Namen, irgendein Amt haben, bekannt sind, die müssen sich bei der Basis sehen lassen, und noch besser natürlich dann gleich auch in den vorpolitischen Raum gehen. Das tun viele, und ich empfehle das immer wieder.

Ich möchte dem Herrn Vorsitzenden voll und ganz beipflichten, daß er die Dokumentation machen will. Ich erlebe es nämlich immer, wie unsere Zuhörer, auch unsere Freunde, die sich ja sehr damit beschäftigen, Mitglieder gerade, einfache Mitglieder,

---

42 Barzel schlug in seinem Grußwort auf der Jubiläumsveranstaltung des Deutschen Frauenrates am 8. Februar 1973 die Einrichtung einer Expertenkommission vor (Pressereferat der CDU/CSU Fraktion des Deutschen Bundestages).

die nicht irgendein Amt haben, plötzlich staunen, wenn man sich auch heute noch zum 17. Mai bekennt und sagt, ich unterstütze unseren Bundesvorsitzenden, habe ihn damals unterstützt. Das war ein richtiger Weg, den er gegangen ist. Da sind die erst ganz sprachlos – man kriegt nicht gleich Buhrufe, aber man merkt, wie die stocken –, wenn man das in drei, vier oder fünf Sätzen dann vorträgt, wie es gewesen ist. Bei diesem Geheimnis, das Sie ansprachen, Herr Amrehn, daß es da irgendeine bessere Information gegeben habe für einige wenige, weiß ich nicht, ob etwas Wahres dran ist. (*Barzel*: Das ist eine der böswilligen Sachen, die immer verbreitet werden.) Deswegen spreche ich es an, weg damit, Ihre Dokumentation ist richtig.

Genauso finde ich es sehr gut, daß Sie – und das nenne ich Angriff, nun ist Herr Dregger nicht da, Angriff der Opposition – diese Westkommission einsetzen wollen, damit wir wieder in concreto und mit Fakten diese Politik in Bewegung setzen. Das ist etwas, was ich sehr unterstützen würde. Nun noch eins, Herr Kraske. Ich wollte gerade den UiD erheblich loben, und zwar aus den einfachen Mitgliederversammlungen heraus. Die sagen mir folgendes: „Macht doch irgendwie den Verteiler des UiD größer.“ Und zwar, sagen wir mal, für den Level der Mitglieder des Ortsvorstandes. In diese Ebene hinein muß der UiD mehr hinein. Der UiD wäre vorzüglich, um zu informieren. Ob das nun möglich ist und wie das gemacht wird oder wieviel Geld das kostet, weiß ich nicht, jedenfalls ist es für die gehobenen Mitglieder, die also unten in der Basis stehen, für die Ortsvorstandsmitglieder interessant. Das „Monatsblatt“ ist für die nicht interessant, trotzdem respektiere ich Ihr Ergebnis. Ich kann mir denken, daß für die, die nur die Heimatzeitung lesen, vielleicht das „Monatsblatt“ auch noch etwas ist. Sie wollen ja damit zu uns wieder kommen bei der nächsten Sitzung.

Nur noch ein Wort zu dieser Tabelle. Darf ich eine Bitte aussprechen? Ich habe meistens ein gutes Gespür für die politische Zukunft. Die Mitbestimmungserörterung muß zum nächsten Parteitag fertig sein, nicht erst zum übernächsten Parteitag. Wir kommen ins Hintertreffen. Wir müssen auf diesem Gebiet irgendwie uns erklären. Ich habe keine Vorschläge, das habe ich neulich schon gesagt. Ich weiß bloß, dieses Kapitel ist heiß, hier verlangt man von uns ein Exempel. Deshalb sollten wir uns die Mühe geben, in diesem Punkt bis zum nächsten Parteitag zu einer Erklärung zu kommen. Das Band ist aber breit zwischen der abzulehnenden paritätischen DGB-Mitbestimmung und dem alten Modell, das wir mal beschlossen haben. Da ist ein breites Band, viele Möglichkeiten. Und ich würde diejenigen, die es können, und die dazu viel mehr Zeug mitbringen, bitten, mit allem Eifer, allem Nachdruck, dieses Kapitel zu behandeln, damit das zum nächsten Parteitag was wird. Was nützt das, wenn wir hinterherlaufen, wenn wir es nicht fertig haben im Oktober? Es ist wirklich notwendig, daß dieses Kapitel schleunigst von uns angegangen wird, meinewegen mit einem von mir nicht als positiv zu bewertenden Ergebnis. Das wollte ich noch sagen, dann bin ich auch fertig.

*Barzel*: Ich habe eben zur Mitbestimmung schon ein paar Worte gesagt, doch möchte ich dazu noch zwei Dinge sagen. Einmal zum Verfahren, und zweitens ein paar Worte zur Sache: Ich habe die Absicht, dem Präsidium – Mitbestimmung steht ja hier unter Partei – und entsprechend auch der CSU zu sagen, hier setzen wir zu Anfang

keinen Vorsitzenden und keinen Ausschuß ein. Weil zunächst einmal das Präsidium und der Vorsitzende selbst einige Vorgespräche führen muß, um zu sehen, wie sieht das eigentlich zeitlich und sachlich aus. Wenn das geklärt ist, werden wir einen Ausschuß einsetzen.

Zur Sache selbst muß man natürlich, wenn man Lemkes Faden aufnimmt, wissen, daß so, wie es sich im Augenblick sich uns darstellt, wir mit allem, was wir sagen werden, natürlich auf die Koalitionsentscheidung keinen Einfluß nehmen werden. Daraus folgern einige: Also tun wir gar nichts, beziehen wir eine kontroverse Position. Ich kann dem nicht folgen. Ich kann nur sagen, wir müssen hier eine Position beziehen, und werden mit der Düsseldorfer Position weder in der Partei noch in der Öffentlichkeit auf die Dauer durchkommen. Das ist meine Meinung. Ich sage sie nicht laut, ich sage sie hier im Vorstand. Und dann gibt es natürlich große Strategen, die raten: Nun guck doch mal hin – ich spreche das jetzt sehr salopp aus, weil es dann leichter gesagt und nicht so kompliziert ist –, da ist doch die FDP in Not, und die signalisiert doch nun immer im Bundestag, nun macht doch das, mit denen willst du ja übermorgen doch regieren, hilf denen doch mit den leitenden Angestellten. Und dann kommst Du auch koalitionspolitisch in ein besseres Fahrwasser. Aus diesem Grunde dem zu folgen, kann ich auf gar keinen Fall empfehlen, denn dann würden wir ein Stück unseres Selbstverständnisses aufgeben, und das ist für mich immer noch, wir wollen eine Mehrheit alleine haben. Dann gibt es andere, die sagen, das hat gar keinen Zweck, sich in dieser Frage überhaupt zu bewegen, solange der DGB so feindselig ist. Darüber muß man auch nachdenken, und das ist heute nicht die Stunde, über einige Versuche, tastend sich wieder an den DGB von beiden Seiten heranzubewegen, zu berichten, und das machen wir, wenn es ein bißchen weitergediehen ist. Es ist wirklich nicht berichtenswert, weil es zu jung ist.

Ich persönlich habe ein Gefühl, daß wir in dieser Frage bleiben müssen bei dem, was wir mal gesagt haben. Diese leitenden Angestellten gehören auf die allgemeine Arbeitnehmerquote und haben dort natürlich, wenn nötig, Minderheitenrechte oder Präsentationsgeschichten. Das weiß ich nicht, aber dem Gedanken der Nichtspaltung der Arbeitnehmerschaft habe ich persönlich immer eine ziemliche Priorität eingeräumt. Eines muß ganz klar sein. Wenn wir dies etwa – und nur deshalb rede ich jetzt, weil Lemke natürlich den Finger in die Wunde gesteckt hat –, da wir eine Einigungsmöglichkeit als sehr schwer oder ausgeschlossen ansehen, sagen, das ist so geheim, darüber reden wir gar nicht, können wir uns das nicht erlauben. Wir müssen über 7:5 nachdenken, müssen über den Düsseldorfer Beschluß nachdenken. Bis dahin muß der erbarmungslos gelten. Und da rundet sich nun der Kreis. Sollten die anderen jetzt etwa in zwölf Monaten mit einem Modell kommen, werden wir im Bundestag nicht nur zu antworten haben, dann möchte ich nicht die Fraktion in einer Rolle sehen, daß sie etwa an einem Parteiprogramm vorbeimarschiert oder die Fraktion nicht mehr zusammenzuhalten ist. Die Sache ist so brenzlich und hochgradig für uns, daß ich glaube, wir müssen sie so anfangen, wie ich dies andeutete. Wobei wir – CSU kommt hinzu natürlich – uns über eins im klaren sein müssen, und das reinigt die Luft, wenn ich das noch mal sage: Ich kenne in dieser Partei keinen, der der Partei empfiehlt, das DGB-Modell



zu übernehmen. Das muß man wissen. Auch nicht in den Unterlagen, die uns in Düsseldorf vorlagen. Das ist ganz wichtig, damit nicht hier der eine oder andere schon schief angeguckt wird, ich ganz sicherlich auch nicht. Meine Haltung zum Problem ist bekannt genug. Ich wollte diese paar Sätze sagen, nachdem Herr Lemke diesen wichtigen Punkt aufgegriffen hat, und es nicht nachher heißt, im Vorstand hat der Vorsitzende was gedacht und nichts dazu gesagt. (*Unruhe.*)

*Müller-Hermann:* Wir werden aus einem ganz akutem Anlaß, nämlich dem Postverfassungsgesetz, sehr schnell genötigt sein, zu diesem Themenbereich, was aber dann präjudizierend ist, eine Meinung zu bilden. Ich weise nur darauf hin, die Regierungsvorlage läuft praktisch auf eine Überparität des DGB hinaus. Auch das müssen wir sehen. Ich will jetzt gar nicht zu dem Thema mich äußern, bloß sagen, diese Frage müssen wir in den nächsten Monaten auch bei uns intern abgeklärt haben.

*Barzel:* Ist das in Deinem Arbeitskreis?

*Müller-Hermann:* Das ist doch nicht klar. Die gehört zu den umstrittenen Zuständigkeiten.

*Barzel:* Du denkst daran, daß wir mal im Fraktionsvorstand darüber reden?

*Stoltenberg:* Ich wollte im Grunde nur, weil die Zeit vielleicht eine Konzentration erfordert, einen Punkt hier anschneiden und auch nur anmerken für eine spätere Erörterung, weil wir alle darüber nachdenken müssen. Zu dem entscheidenden Problem, das ja auch Herr Kraske in seinem Bericht behandelt hat, der Kommunikation einerseits und der Medienpolitik andererseits, Pressepolitik im engeren, Rundfunkpolitik im weiteren Sinne, gehört für mich eine intensive Bemühung der Union um das Thema der Förderung des journalistischen Nachwuchses. Wir können hier noch lange über Spitzenpositionen und Proporz und Intendanten und andere Tableaus reden. Wenn das so weiterläuft wie in den letzten Jahren, verlieren wir mehr, als wir im Kampf um andere Positionen gewinnen können. Ich glaube, daß wir – um nur einmal die Denkrichtung anzudeuten – uns ernsthaft damit befassen müssen, daß wir Fühlungnahme mit einer größeren Zahl von Verlegern aufnehmen. Da gibt es die Bereitschaft, weil die Leute das ständig spüren bei vielen größeren wie kleineren Verlegern. Das muß breit angelegt werden, aber auch zu denjenigen in den Anstalten, mit denen wir kooperieren können, nicht als eine Parteieinrichtung, das wäre ganz falsch, aber als eine Einrichtung, auf die wir personell und konzeptionell einen wesentlichen Einfluß gewinnen. Das wäre eine Sache, die man anlehnen könnte an die Adenauer-Akademie, wo wir aus unserem Nachwuchs, Junge Union, RCDS, Partei, Leute aufgreifen – und zwar im Alter von 20, wenn sie eine Berufsentscheidung treffen, die ein Interesse daran haben –, und sie planmäßig fördern. Wir haben hier Instrumente wie die Hochbegabtenstiftung, die man dazu entwickeln, aber auch fördern kann im Zugang zu der praktischen beruflichen Arbeit, und die wir dann weiter begleiten und damit das machen, was wir bisher auch nicht genug gemacht haben, nicht nur mit den Chefredakteuren und Intendanten mal zu reden, sondern mit den jungen Redakteuren auf der ganzen breiten Ebene. Ich würde also dieses Thema Förderung des journalistischen Nachwuchses mit einer Konzeption, ob es eine Stiftung wird, eine e. V., als eine Sache von absoluter Priorität ansehen. Ich wollte das hier nur anmerken, weil viele von uns

darüber nachdenken und wir dann mal im Präsidium darüber reden müssen, um dem Vorstand auch eine Konzeption vortragen zu können, wer das in die Hand nimmt bei uns – das müssen mehrere Leute in die Hand nehmen –, wer die Kontakte, Gespräche führt, wie wir gewisse Mittel dafür gewinnen. Dies ist alles nach meinem Eindruck machbar. Die Frage ist nur, wer aus unserem Kreis oder darüber hinaus wirklich die Zeit und die Kraft hat, das geistig-politisch zu führen, und wer dann von den Stäben daran mitwirken kann.

Weil nun die Mitbestimmung noch mal auftauchte, möchte ich folgendes sagen. Ich glaube auch, daß wir die Mitbestimmung, und so ist ja auch der Vorschlag hier des Vorsitzenden, des Generalsekretärs, diskutieren müssen. Die Tatsache, daß wir sie in der Liste haben, zeigt ja, daß wir dieses Thema neu diskutieren wollen. Die endgültige Bemessung des Zeitplans kann meines Erachtens heute noch nicht festgelegt werden, nicht nur, weil wir jetzt keine Zeit haben, sondern weil wir einige Tatbestände noch nicht genau kennen, bis wann wir glauben, eine beschlußreife Vorlage für den Parteitag zu bekommen. Die Frage kann heute nach meiner Auffassung nicht entschieden werden. Dabei müssen wir die von Herrn Kollegen Barzel zu Recht erwähnten Vorklärungen vornehmen bis in ein beginnendes Sachgespräch hinein, wo zumindest die Probleme umrissen werden und die Meinung der wesentlichen Gruppierungen oder auch Personen der Partei bekannt ist. Wir dürfen uns nicht auf einen Termin festlegen mit dem Ergebnis, daß das angekündigt wird, daß das auf einem Programm steht und wir nachher eine Wiederholung von Düsseldorf haben. Vielleicht mit anderen Mehrheitsverhältnissen, hinüber und herüber, wir können diesen Schritt nur endgültig fixieren, d. h. nicht am Beginn der Diskussion. Die sollte in der Art, wie Herr Barzel das gesagt hat, vorbereitet werden. Wir können das nur endgültig fixieren, wenn wir ein hohes Maß an Wahrscheinlichkeit haben, daß dieser Beschluß wirklich dann ein integrierender Beschluß ist, der sozusagen nicht nur in sachlichen Vorstellungen, über die wir uns heute noch alle gar nicht klar sind, sondern auch in der Integrationsfunktion für die Partei ein Stück weiterführt. Das würde ich dazu nur auch als eine Problemstellung sagen und meinen, daß wir dazu die von Herrn Kollegen Barzel vorgeschlagenen Gespräche führen und dann uns entscheiden müssen, welche Termine wir uns vornehmen können.

*Kraske:* Herr Stoltenberg, zum ersten nur folgendes. Ich habe auf der ersten Vorstandssitzung der Konrad-Adenauer-Stiftung nach der Wahl<sup>43</sup> genau in dieser Frage eine Bitte geäußert, und wir haben dann als Vorstand einen Auftrag erteilt, was in der Hochbegabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung allein finanziell und zahlenmäßig auf diesem Gebiet zu tun ist. Das reicht nicht, aber ich bin mit Ihnen der Meinung, hier muß ein Ansatz sein und den müssen wir dann verbreitern mit Interessierten, die es in großer Zahl in der Tat gibt.

*Katzer:* Herr Kollege Stoltenberg, zur Frage der Mitbestimmung, wenn ich dazu eine Bemerkung machen darf. Wir können ja nicht so tun, als wenn das ein ganz neues Problem wäre. Der Punkt ist doch der, die Partei hat sich mit der Frage der Mitbestim-

---

43 Protokoll der Sitzung am 10. Dezember 1972 in ACDP 12–001.

mung aktiv mehr als vier Jahre befaßt, wir hatten einen Parteitag in Berlin<sup>44</sup>, da haben wir einen ganzen Tag diskutiert, da kamen Parteifreunde zu uns und sagten, die Sache muß weg vom Tisch, das muß endgültig geklärt werden. Nun haben wir es in Berlin offengehalten, und das ist uns sehr gut bekommen, wenn man noch mal nachliest die Presse über den Berliner Parteitag, das war eine der besten Pressen, die wir überhaupt gehabt haben wegen der Diskussion usw. Die Sache blieb offen. Und so sind wir auch in den Wahlkampf gegangen, wir sind in der Sache offen. Dann kam der Düsseldorfer Parteitag, und in Düsseldorf waren dann, das will ich jetzt nicht wiederholen, im Grunde zwei Modelle. Eines der Modelle kommt wieder. Das ist das Modell der Sozialausschüsse, was wir vorgelegt haben und was in der breiten Öffentlichkeit mehr und mehr Zustimmung findet bis hinein in unsere Partei und Fraktion. Wenn ich Kollegen höre, die zu mir kommen und sagen, sie würden sich damit doch jetzt sehr befreunden, dann ermutigt mich das. Von der Sache her habe ich nie einen Zweifel daran gelassen, weder im Präsidium, noch im Vorstand, noch in der Öffentlichkeit, noch im Wahlkampf. In allen Wahlkampfreden haben wir gesagt, Modell von Düsseldorf – wir sind unterlegen –, aber das habe ich zu vertreten als Demokrat, ich kann nicht meine Minderheitsmeinung vertreten, aber die Sache kommt erneut auf den Tisch. Herr Kollege Stoltenberg, ich sehe die Zeitzwänge wie Sie. Nur werden Sie um Verständnis gebeten von mir, daß die Sozialausschüsse diesen Punkt erneut aufgreifen. Von daher ist ein Zeitdruck, die Uhr tickt. Und glaube keiner, also jetzt gibt es ganz schlaue Leute, die sagen, 7:5 ist vielleicht ein bißchen schlecht, kann man nicht 6:5 und so was machen. Das ist weiße Salbe, das schmiert uns überhaupt nichts vom Fenster. Wenn Sie entscheiden müssen, will die Partei noch mal dieses alte Modell vorlegen oder will sie da noch einen Zentimeter zulegen? Meine Auffassung ist, die Diskussion ist doch längst über diesen einen Punkt weggegangen, nämlich daß es heute keine ernsthafte politische Gruppierung in Deutschland gibt, die nicht ausginge von der Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit. (*Unruhe*) Ich will nur sagen, ich bin ein bescheidener Mensch, Kapital und Arbeit, das können Sie auch umgekehrt drehen. Ich bin sehr damit einverstanden. Das ist der Punkt. Die Diskussion verlagert sich jetzt, wenn man davon ausgeht, auf die dritte Bank, wie immer man die jetzt bezeichnet. Und der entscheidende Punkt, der Hauptstreitpunkt in der Regierungspartei ist ja mittlerweile der geworden: Wer entsendet? Das ist ja mittlerweile der Hauptstreitpunkt!

Ich bin traurig, daß ich heute wieder nicht dazu komme, meinen Bericht zu machen, aber ich sehe es ja ein. Ich wollte die Gesellschaftspolitik behandeln, vielleicht darf ich nachher nur noch mal die Gesetze, die wir hier eingebracht haben, bekanntgeben. Vielleicht kann man die mal veröffentlichen, denn ich habe den Eindruck, daß unsere eigenen Leute das gar nicht mehr wissen, was wir eigentlich da gemacht haben an parlamentarischen Initiativen nur der letzten drei Jahre. Wir werden von der Sache her uns über diese beiden Punkte klar werden müssen, und dann werden wir eine Entscheidung fassen müssen. Ich habe keine Angst vor einer Entscheidung. Ich weiß mich noch genau zu erinnern, Herr Bundeskanzler Kiesinger, als wir in Berlin waren, da

---

44 16. Bundesparteitag vom 4. bis 7. November 1968 (vgl. CDU, 16. BUNDESPARTEITAG).

riefen Sie mich zu sich. Da haben Sie mich gefragt: „Wie geht das mit der Mitbestimmung?“ Da habe ich gesagt: „Wenn Sie mich fragen, das kommt. So sicher wie das Amen in der Kirche. Dieser Punkt kommt nicht mehr von der Tagesordnung, und ich persönlich, ich bin überhaupt nicht nervös, ob das in zwei Jahren oder in drei oder in vier, oder was weiß ich, nur muß die Union wissen, sie kommt.“ Und ich habe damals fast wörtlich das gesagt, was Lemke hier gesagt hat: Wir können doch nicht hinter Entwicklungen herlaufen, sondern wir müssen die Entwicklung gestalten. So sehe ich den Punkt hier ziemlich klar. Ich sehe den Termindruck. Da kommen wir nicht raus. Den setzt nicht die Regierung, den haben wir. Und zweitens, wir müssen Farbe bekennen, und da muß entschieden werden, und da gibt es kein Jein, da ist nichts zu wollen, da muß klipp und klar entschieden werden. Wenn Sie gegen mich entscheiden, bedauere ich das für die Union, wenn Sie es für mich tun, dann bin ich glücklich für die Union, wenn wir dann die Führung nach vorne bekommen haben.

Wir haben innerhalb der Sozialausschüsse, wenn ich das noch zum Schluß sagen darf, unsere Kommission wieder eingesetzt. Die ist an der Arbeit. Wir werden das, was insbesondere auch von Biedenkopf auf dem Parteitag selbst gesagt worden ist<sup>45</sup> – an Einwänden sachlicher Art für die Praktikabilität usw. – erörtern und im Prinzip unseren Vorschlag beibehalten, weil wir ihn für den richtigen halten, sind aber selbstverständlich einer Diskussion offen gegenüber, die uns in dieser Frage, was die praktische Anwendbarkeit usw. anlangt weiterbringt.

Letzter Satz: Meine Damen und Herren, es hat damals, als wir in der Kommission saßen in Rheinland-Pfalz, Einwände gegeben. Die wurden begründet mit Europa. Insbesondere Professor Hallstein hat sehr eindrucksvoll gesagt: „Also liebe Leute, über das Modell kann man ja reden, aber Ihr müßt natürlich sehen, das ist gegen die ganze Richtung. In Europa hat man sich gerade in der Kommission darüber geeinigt, sich auf den Boden des deutschen Aktienrechts zu stellen, und Ihr geht jetzt ja im Grunde weg vom deutschen Aktienrecht hinüber ins angelsächsische Recht.“ Das war ein sehr gewichtiges Argument, was uns damals sehr zu schaffen gemacht hat. Nunmehr müssen die natürlich umgekehrt – Herr Hallstein und alle, die sich damals dieses Argument zu eigen gemacht haben, weil sie damit aus einer Klemme herauskamen – Gedanken darüber machen, daß durch den Beitritt Englands in der EWG der Boden für ein angelsächsisches Recht natürlich verstärkt wird. Denn wenn man mit den Freunden spricht, dann haben die sehr viel Sympathie für ihr eigenes Modell, und das würde also unseren Vorstellungen in den Sozialausschüssen erheblich entgegenkommen. Das hat damals gegen uns gewirkt. Jetzt wirkt es für uns. Das würde ich nur als Punkt für das Nachdenken in dieser Frage bitte noch mal mit auf den Weg geben.

Ich kann also im Grunde nur unterstützen, was der Vorsitzende sagt. Ich bin einverstanden, daß das sehr sorgfältig vorbereitet wird. Keinem von uns kann gelegen sein,

---

45 Das Gutachten der Biedenkopf-Kommission wurde auf dem Düsseldorfer Parteitag (25.–27. Januar 1971) ausgiebig diskutiert. Zum Redebeitrag Biedenkopfs vgl. CDU, 18. BUNDESPARTEITAG S. 288–293.

daß das eine große Kontroverse gibt und daß wir in der ganzen Öffentlichkeit nur noch drüber reden, wie zerstritten die CDU ist. Von der CSU will ich jetzt hier mal ganz schweigen, obwohl ich auch von der CSU, von Herrn Stücklen, Hinweise bekommen habe, das 7:5-Modell sei erledigt. Darüber können wir nicht mehr reden, da müssen wir etwas Neues finden. Also da ist auch der Denkprozeß im Gange. Die stehen vor wichtigen Landtagswahlen, die sie auch in den Städten führen müssen und nicht so sehr auf dem Lande, und von daher ist auch da die Landschaft etwas anders.

Ich bin also gerne bereit, in jedem Gremium mitzuwirken, wo wir über diese Frage leidenschaftslos nachdenken, nur möchte ich niemanden in Unkenntnis darüber lassen, daß dies eine große Entscheidung ist und daß der Entscheidungsspielraum, nach dem, wie es gelaufen ist – ich habe es dargestellt –, nicht so groß ist, wie der eine oder andere im Saal vielleicht meinen möchte.

*Barzel:* Gut, ich glaube, es war notwendig, diese paar Beiträge zu haben. Wir wollen das nicht im einzelnen diskutieren. Ich habe noch zwei Wortmeldungen, Herr Amrehn, Herr Dregger, und ich glaube, wir verzichten dann auf die vorgesehenen Berichte und kommen dann wahrscheinlich bald zum Schluß.

*Amrehn:* Vor einigen Wochen waren wir noch der Meinung, daß wir am besten gar nicht über dieses Thema sprechen, insoweit ist die Entwicklung über uns hinweggegangen. Ich entsinne mich noch sehr gut, daß Hans Katzer schon am Tage der Beschlüsse in Düsseldorf gesagt hat: Wir kommen in zwei Jahren damit wieder. Das habe ich gar nicht für gut gefunden, weil es die Ankündigung war, wir geben uns mit einem Parteitagbeschuß nicht zufrieden. Wir müssen heute aus ganz anderen Gründen darüber diskutieren. Dennoch frage ich mich, ob es gut ist, sich jetzt unter den Druck des Termins eines Parteitages bei uns zu stellen. Wir wissen doch noch gar nicht, wie die beiden anderen Parteien damit zu Rande kommen, ob die bis zum Herbst überhaupt schon was vorlegen. Und mir erscheint es zweifelhaft, ob es für uns nützlich ist, nun bis zum Parteitag, was ja sehr viel Arbeit erfordert, ein neues Modell, sagen wir meinetwegen Katzer-Modell, angelsächsisches Modell, zu erarbeiten und neu beschließen zu lassen, bevor die anderen was vorlegen.

Ich halte das also von heute aus gesehen nicht für nützlich, wohl aber für sehr notwendig, daß wir beizeiten darüber Diskussionen in dem Bereich führen, der möglicherweise nicht gleich wieder von der gesamten Straße oder Presse beobachtet werden kann, weil ich der Meinung bin, daß wir in diesen Dingen durchaus Veranlassung haben, das Ganze in einem größeren Zusammenhang zu sehen. Ich will Ihnen gleich auch sagen, was im Zusammenhang mit der Tabelle mir zu sehr auseinandergliedert zu sein scheint. Nämlich, hier werden selbstständig behandelt die Fragen des Eigentums, die Fragen des Bodenrechtes und die Fragen der Mitbestimmung. Das sind nicht völlig voneinander trennbare Gebiete. Und nun ist gerade der Oberbegriff der Eigentumsordnung allein der Fraktion zugeordnet, während die beiden anderen Gebiete, Mitbestimmung und Bodenrecht, der Partei zugeordnet sind. Ich glaube, so, wie es hier steht, Eigentum für die Fraktion, kann beinahe nur Vermögensbildung in der Hand des kleinen Mannes gemeint sein, während wir doch in unserer Grundsatzdiskussion mehr ausgehen müssen von einem veränderten Inhalt der sozialen Bindung

des Eigentums, und von daher die neue Diskussion eigentlich grundlegend geführt werden müßte.

Das bringt mich auf den nächsten Punkt, den ich nun hier anschließen muß, obwohl er nicht ganz dazu gehört. Ich unterstütze sehr, daß das Papier von Schwarz-Schilling und Langguth vorher diskutiert wird, ehe es auf den Bundesparteiausschuß kommt. Ich weiß nur nicht, ob wir den ganzen Vorstand immer dazu brauchen. Der Vorstand kann eingeladen werden, aber nicht unbedingt müßte jeder dazu kommen, weil ja nicht jeder so direkt interessiert ist an der Diskussion eines Papiers, zu dem ich neulich schon ein paar Anmerkungen den beiden Herren gemacht habe. Da wird die Frage des Inhaltes des „C“ in der CDU neu aufgeworfen. Und dies hat darin Inhalte bekommen, von denen ich behaupte, die können genauso gut teils von den Liberalen, teils von den Sozialdemokraten gesagt werden, und das kann nicht voll ausfüllen, was wir dazu zu sagen haben. Darüber müssen wir uns in der Tat unterhalten, bevor die Sache in den Bundesparteiausschuß kommt, und müssen uns auf Formulierungen verständigen, die man da auch annehmen kann. Man wird sowieso nicht das ganze Papier als einen Bundesausschußbeschuß verabschieden können, aber dazu ist unbedingt vorbereitende Arbeit nötig.

Letzter Punkt: Es ist vorhin beklagt worden, daß zu den Veranstaltungen, die die Frauen planen, lauter Absagen gekommen seien. Das stimmt gar nicht einmal, aber das ist vorhin zum Ausdruck gebracht worden. Ich möchte so viel sagen, ich habe auch abgesagt zu einem bestimmten Termin; zum 31. März waren wir eingeladen, ich habe für die Partei bereits eine andere Veranstaltung vorher übernommen. Es ist also keineswegs mangelnder Wille, sich daran zu beteiligen, sondern es hat Gründe. Und hier liegt ja noch ein Papier auf dem Tisch, worin wir uns heute verpflichten sollen, fünf Veranstaltungen, wenigstens für die einfachen Bundesvorstandsmitglieder, zu übernehmen. Ich bin gerne bereit dazu. Nur muß heißen auf Anfrage der Bundesgeschäftsstelle eben Anfrage, wenn man wirklich nicht anderweit belegt ist. Leider sind eine Menge von Terminen vorher schon vergeben und kommt manche Anfrage zu spät. Im übrigen völliges Einverständnis auch mit diesem Papier.

*Dregger:* Selbstverständlich ist Düsseldorf kein Dogma, und wir werden diese wie alle anderen Positionen überprüfen müssen. Ich halte es für gut, daß der Vorsitzende selbst und das Präsidium sich damit befassen wollen. Man sollte auch den Vorstand einschalten, vielleicht mehr als damals, weil das eine Führungsaufgabe der Partei ist. Er hat es ja offen gelassen, ich will das jetzt nicht weiter vertiefen. Ich möchte nur darum bitten, daß wir auch die taktische Position der Oppositionspartei zumindest mitbedenken. Wenn SPD und FDP sich einigen sollten, werden wir die Sache nicht beeinflussen können im Ergebnis. Wenn sie sich nicht einigen sollten, dann wäre es doch eigentlich interessant, den Streit, der dort stattfindet, nicht zu überdecken durch eigene Streitigkeiten, die möglicherweise bei uns entstünden. Und ich meine, wir sollten unsere endgültige Position nicht festlegen, ohne zu wissen oder abschätzen zu können, wie die Positionen der beiden Koalitionsparteien sein werden. Das muß, meine ich, bei einer Oppositionspartei mit ins Kalkül gezogen werden. Und deswegen bin ich auch dafür, daß wir darüber nachdenken, daß insbesondere im Führungsgremium dar-

über nachgedacht wird ohne große Erklärung nach außen. Aber daß wir uns nicht unter einen falschen Termindruck setzen lassen, sondern auch die taktische Position mit bedenken.

*Barzel:* Nur eine Bitte, nachdem wir hier ein paar Minuten, was ja notwendig war, über Mitbestimmung gesprochen haben, daß es uns weiter gelingen könnte, in dieser Frage nicht öffentliche Erklärungen zu haben, denn da kriegen wir die Enden überhaupt nicht mehr zusammen. Und das ist ja der Grund, warum ich jetzt nicht mit einer Kommission anfangen. Der kommt ja hier schon.

*Blüm:* Ich habe nur ein paar Bemerkungen zur Mitbestimmung. Wir haben zu Anfang unserer Beratungen, unseres Nachdenkens über das Wahlergebnis ja im Grunde ohne Widerspruch uns darauf geeinigt, daß die Opposition eine Opposition in Schwerpunkten ist, nicht eine Opposition, die zu jeder Vorlage der Regierung eine Alternative bietet. Dann gehört zu diesem Schwerpunkt – den suchen wir uns nicht aus, sondern das ist uns von der Öffentlichkeit vorgelegt – auch der Schwerpunkt Mitbestimmung. Das ist nicht das Ergebnis unseres Nachsuchens, sondern das ist das Ergebnis der Nachfrage. Herr Dregger, auch bei Vorlage einer Regierungskonzeption – wann die kommt, ich bin keiner, der im Kaffeesatz lesen kann, ich weiß nicht, ob das schnell oder lang geht – würde ich unabhängig von dem Zeitpunkt, in dem die Regierung ihre Vorlage zustande bringt, glauben, daß wir eine konkrete Alternative haben müssen. Und zu der konkreten Alternative – ich hoffe, daß die Übereinstimmung auch da ist – gehört nicht 7:5. Wir werden die Regierung nicht in Verlegenheit bringen können mit einem reinen Nein. Und wir werden auch keinen Angriff, von dem Sie gesprochen haben, führen können, indem wir einfach die Mitbestimmungskonzeption, wie immer sie aussieht, der Regierung einfach ablehnen. Sondern wir werden konkret unsere Alternative positiv bestimmen müssen. Ich glaube, die Mitbestimmung gehört zu den Fragen, wo wir im Modell unsere Alternative an die Seite stellen müssen.

Und wenn das so ist, daß der Parteitag im Oktober nicht nur ein Parteitag ist, auf dem Personalfragen zur Entscheidung stehen, sondern wenn das auch ein Parteitag ist, der sachlich-programmatische Erwartungen unserer Mitglieder erfüllen soll – und das ist ja auch wiederum eine Übereinstimmung bei uns –, dann gehört zu den sachlich-programmatischen Erwartungen unserer Mitglieder, daß wir auch zu dem heißen Eisen Mitbestimmung etwas sagen. Jedenfalls halte ich es für gänzlich unmöglich, das Thema Mitbestimmung auf dem kommenden Parteitag auszuklammern. Wir können nicht sagen, dieser Parteitag soll einen Ruck nach vorne unternehmen unter Ausschluß der Mitbestimmung. Auch das ist, wie ich glaube, nicht möglich, um der Glaubwürdigkeit dieses Parteitages willen und um der Erwartung willen, der dieser Parteitag von der Öffentlichkeit ausgesetzt ist.

*Barzel:* Aber bitte noch keinen Beschluß Mitbestimmung auf jeden Fall auf dem Parteitag. (*Unruhe.*) Ausklammern? Ich habe das doch in meinem ersten Referat hier gesagt, wir müssen darüber neu nachdenken, und das fangen wir nun an. Zunächst der Beschluß, der hier vorliegt hinsichtlich der Rednerdinge. Einverstanden? Danke schön. Bericht Kraske als Arbeitspapier, Arbeitsleitlinie? Gebilligt? Einverstanden.

Ich habe noch eins vergessen, Herr Kollege Dregger. Weil Sie vorher aus sicher

guten Gründen nicht da sein konnten. Erster Punkt, ein außenpolitisches Thema. Wir haben eine außenpolitische Kommission der Partei. Sie hat besondere Funktionen, anders als andere Ausschüsse. Ob es uns gelingt, ein Thema zu finden wie Europa und atlantische Gemeinschaft oder so etwas, das wollen wir erörtern, können wir vielleicht in der Fraktion sehen. Zweiter Punkt, Sicherheit. Dazu möchte ich folgendes sagen: Diese zehn Kommissionen haben sämtlich den Auftrag, neue Konzepte, z. T. über das Programm hinaus – deshalb Parteikommission – zu entwickeln. In der Frage der inneren Sicherheit kenne ich bei uns keine neue programmatische Aussage. Daß wir hier wahrscheinlich eine Clearing-Stelle schaffen müssen, die allein Informationen sammelt aus den Ländern, wo wir in der Opposition sind, oder von den Regierungen, wo wir sind, hier in der Partei oder der Fraktion, das ist sicherlich richtig. Aber ich sehe einen Auftrag programmatisch nicht. Ich sehe zur Verfolgung dieser aktuellen Politik eine Menge Punkte. Darüber wird zu sprechen sein. Aber ich sehe keine neue programmatische Aussage. Und daß wir auf dem Parteitag, wie ich hoffe, nicht nur in den Berichten des Vorsitzenden und des Generalsekretärs gegen andere angehen, und das nicht nur in tagespolitischen Fragen, dies ist ganz klar. Mir scheint sich heute doch ein Bild zu runden. Die drei ersten Themen, die wir nach der Sitzung herauszugreifen haben, werden im Grunde die Themen sein, die am ersten an den Parteitag herankommen. Wir sollten Herrn Katzer und Herrn Blüm bitten, noch mal mit uns auch vor der Bundestagung der Sozialausschüsse zu sprechen, um zu sehen, mit welcher Verdichtung dort zu Einzelfragen definitive Anträge an den Parteitag beschlossen werden. Wenn wir eine Situation haben wollen, daß wir alle uns aufeinander zubewegen können, da muß man sich überlegen, ob das dann richtig oder falsch ist. Das ist heute zu früh.

#### VERSCHIEDENES

Ich stelle fest, daß wir noch beschlußfähig sind, und schließe die Sitzung.



Bonn, Montag 2. April 1973

*Sprecher: [Amrehn], Barzel, Filbinger, Hasselmann, Katzer, Köppler, Kraske, Vogel, Wex.*

*Politische Lage. Vorbereitung der anschließenden Bundesausschußsitzung.*

*Beginn: 9.00 Uhr*

#### POLITISCHE LAGE

*Barzel:* Meine Damen und Herren! Wie immer, Herr Vetter<sup>1</sup>, waren Sie uns herzlich willkommen, und werden es bald wieder sein. Wir haben diesen Vorstand eingeladen, weil es, glaube ich, notwendig ist, daß der Vorstand tagt, bevor wir den Bundesparteiausschuß<sup>2</sup> haben. Der Bundesparteiausschuß heute ist außer der Reihe, weil wir bei der letzten Sitzung im Hinblick auf aktuelle Probleme nicht dazu kamen, auszusprechen oder auch nur anzuhören den vollständigen Bericht des Generalsekretärs. Dies wird heute im Mittelpunkt stehen. Aber natürlich wird der Vorsitzende zunächst einen politischen Bericht zu geben haben.

Ich möchte herzliche Glückwünsche sagen an unsere Freunde in Ostwestfalen und in Niedersachsen wegen hervorragender Kreistagswahlen.<sup>3</sup> Vielleicht nehmen Sie nachher Gelegenheit, ein paar Sätze dazu zu sagen. Ich hoffe, daß wir aus Baden-Württemberg am nächsten Sonntag ähnlich Gutes hören, wenngleich wir alle wissen müssen, daß dort natürlich die uns hilfreichen Wählervereinigungen, hilfreich bei Landtags- und Bundestagswahlen, nun allein in Erscheinung zu treten wünschen. Das muß man würdigen, wenn wir also Montag die Ergebnisse würdigen werden. Aber auch dort sieht es ja, wenigstens nach meinem Eindruck, gut aus.

Wenn ich hier ein paar Worte sagen darf zunächst über die anderen. Was in der Sozialdemokratie los ist, sehen Sie. Es wird sicher auf dem Parteitag trotz allem einen großen Jubel für Herrn Brandt geben.<sup>4</sup> Wir sollten uns nicht, wie leider die Öffentlichkeit, anstecken lassen von dieser Methode, die ja diabolisch ist, nach der Echternacher

1 Dr. h. c. Heinrich Vetter (1910–2003), Unternehmer aus Mannheim.

2 Protokoll in ACDP 07–001–612.

3 Vgl. zu den Teilkommunalwahlen am 25. März 1973 „Neue Osnabrücker Zeitung“ vom 26. März 1973 „Leichte Verluste für SPD. Gewinne für CDU und FDP“; Ergebnisse in „Süddeutsche Zeitung“ vom 27. März 1973.

4 Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.): Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1973. Vom 10. bis 14. April 1973, Stadthalle Hannover. 2 Bde. Bonn 1973.

SpringprozeSSION, drei Schritte vor und zwei zurück. So ist es doch. Und die Methode ist doch klar, da sagen die Jungsozialisten, die Amis sollen raus. Und dann sagen wir, das ist aber sehr gefährlich, dann sagt die SPD-Führung, das meinen wir nicht, dann ist die Bevölkerung beruhigt und sagt, die jungen Leute waren da temperamentvoll, und dann kommt acht Tage später der Antrag, der auf die Abschaffung der Wehrpflicht hinausläuft. Das ist so kompliziert, das nimmt keiner zur Kenntnis. Oder die Jusos sagen, Sozialisierung der Banken. Dann sagen wir, das ist aber gefährlich, dann sagt die SPD-Führung, das mögen wir eigentlich auch noch nicht, und dann sagen wieder alle, die jungen Leute sind zur Ordnung gerufen, und acht Tage später kommt dann der Antrag auf öffentliche Investitionskontrolle, und auch Abschiednehmen von der privaten Vermögensbildung und statt dessen der Sozialisierung der Produktionsmittel. Und alle nehmen dies nicht zur Kenntnis, da zu kompliziert. Das heißt, wir haben uns einzurichten auf einen Parteitag mit lauter Jubel für den Vorsitzenden, bei zugleich extrem sozialistischen Beschlüssen. Und es wird unserer Pressearbeit und unserer Aufklärungsarbeit bedürfen, das herauszustellen. Wir sollten nicht übersehen, daß die Jusos ganz deutlich erklären: Was heißt hier, wir sollten uns abspalten, das haben wir gar nicht nötig; wir können uns ja ausrechnen, wann wir die Mehrheit erobern.

Was die FDP betrifft, so ist es bemerkenswert genug, daß sie in großem Gleichklang auf dem Landesparteitag<sup>5</sup> nun das gesagt hat, was wir von ihr ohnehin wissen, nämlich die klare Abgrenzung nach beiden Seiten. Und dies ist doch immerhin bedeutsam und bemerkenswert. Sie geht eigentlich an einer Stelle ein auf unsere These, indem sie sagt, die CDU muß sich erst einmal selbst besinnen. Wir haben ja auch immer gesagt, wir machen nichts Kurzfristiges, sondern die Kraft muß aus uns selber kommen.

An dieser Stelle möchte ich uns aber alle einladen, nicht denen zu folgen, die auf unserer oder auf deren Seite mit dem Begriff der Demokratisierung der Gesellschaft einen künstlichen Graben errichten. Denn da muß man fragen, was ist eigentlich damit gemeint? Wenn damit gemeint ist die Übertragung des Mehrheitsprinzips auf die Familie, müssen wir das ablehnen. Wenn damit aber gemeint sind Transparenz und Mitbestimmung und Grundrechte und solche Sachen, dann können wir dem zustimmen. Und wir wollen uns hier nicht unnötig in Situationen begeben, die Gespräche unmöglich machen. Das scheint mir in dieser Sicht sehr, sehr wichtig.

Wir haben diese Woche entscheidende Debatten im Bundestag.<sup>6</sup> Es wird notwendig sein, die grundsätzliche Kontroverse mit der Regierung, der wir nun die 100 Tage ein-

---

5 Anspielung auf die Rede Genschers am 1. April 1973 auf dem Parteitag der nordrhein-westfälischen FDP in Siegen. Vgl. „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 2. April 1973 „Die FDP betont Unabhängigkeit“.

6 Am 3. April 1973 wurde der Entwurf des Haushaltsgesetzes 1973 in den Bundestag eingebracht, am 4. April 1973 folgte die Aussprache über das Haushaltsgesetz sowie die erste Beratung des 5. Gesetzes über die Anpassung der Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes. Die Aussprache über beide Gesetze wurde am 5. April 1973 fortgesetzt. Am 6. April 1973 Fortsetzung der Beratungen sowie erste Beratung über das Gesetz über die 16. Rentenanpassung begonnen (Sten.Ber. 7. WP 25. Sitzung S. 1205–1215, 26. Sitzung S. 1220–1269, 27. Sitzung S. 1274–1369).

geräumt haben, aufzunehmen. Sicher ist alles das schlimm, was von Steuern, Finanzen, Haushalt, Inflation zu sagen ist, aber ich glaube, es ist noch viel schlimmer, wie diese Leute mit den Grundwerten umgehen. Ob Sie die Sache mit der Wehrpflicht nehmen, ob Sie die oberflächliche Flatterhaftigkeit nehmen, mit der die plötzlich für die Fristenlösung eintreten, ob Sie die Auflösung praktisch des Eigentumsbegriffs nehmen, sei es durch die Dinge, die ich nannte, sei es durch die Aufteilung des Rechts und der Nutzungsgewalt. Wohin Sie da gucken, ist eigentlich Auflösung, und dies sollten wir auch sehr, sehr deutlich sagen. Und Sie merken ja, daß unsere These, daß hier Hand in Hand geht eine Verteufelung des Antikommunismus mit einem munteren Aufblühen des Antiamerikanismus, eine wirksame These ist, und wir sollten hier an ihr festhalten.

Was uns selbst betrifft, so habe ich die Runde der Gespräche mit den Bundesvorständen der Vereinigungen beendet. Es stehen zwei aus, das sind nicht Vereinigungen, Wirtschaftsrat und RCDS, das kommt noch. Daraus ergab sich ein interessantes Bild, nicht nur über die politischen Auffassungen, sondern auch über den organisatorischen Zustand dieser Vereinigungen. Ich glaube, daß es, und das ergibt sich aus diesen Gesprächen, notwendig sein wird, daß wir etwas deutlicher Pflöcke einrammen hinsichtlich der Vorhaben, die wir haben, damit hier keiner sich irritiert fühlt. Wir sollten deshalb zum Bodenrecht nachher etwas sagen, zur beruflichen Bildung, und natürlich auch zum Thema der Mitbestimmung, denn das werden die drei Fragen sein, die auf dem Parteitag eine Rolle spielen, wobei ich hoffe, daß wir zum Bodenrecht im Frühsommer das Kommissionsergebnis schon haben, damit dies ordnungsgemäß an die Partei gehen kann, an Kreisparteien und Delegierte. In der Sache berufliche Bildung werden wir nicht so weit kommen. Wir müssen hier ein bißchen Tempo machen, ohne daß wir nun etwa eine Bundeskompetenz für alles anstreben – das würde ja töricht sein, wenn man die Zeit verliert –, aber eine gemeinsame Konzeption als Partei für Bund und Länder. Ich glaube, daß Herr Gölter mit seinen Freunden da in einer guten Arbeit ist. Was die Mitbestimmung betrifft, so kriegen wir sie auf dem Parteitag ohnehin wegen der zu erwartenden Beschlüsse der Sozialausschüsse im Mai<sup>7</sup>, wegen der zu erwartenden Beschlüsse der Jungen Union im Juni<sup>8</sup>, und des Mittelstandes auch im Juni<sup>9</sup>. Wir werden vielleicht noch Gelegenheit haben, ein bißchen uns abzustimmen, damit nicht das nur apodiktisch ist und kosmetische Gesichtspunkte noch eine zusätzliche Rolle spielen außer den Schwierigkeiten in der Sache. Aber das sind die drei Fragen, die ich auf dem Parteitag kommen sehe außer den anderen.

Das Gesellschaftsspiel der Union, die Personalfrage, kann heute nicht stattfinden, weil Helmut Kohl verhindert ist. Er hat heute den Bundespräsidenten in Rheinland-Pfalz. Wir haben mit seinem Einverständnis trotzdem den Termin heute, und ich bitte

---

7 15. Bundestagung der CDA am 19./20. Mai 1973 in Bochum. Unterlagen in ACDP 04–013–121/2.

8 Außerordentlicher Deutschlandtag der JU vom 1. bis 3. Juni 1973 in Herford. Unterlagen in ACDP 04–007–027/2, –028/1+2, –029/1.

9 18. Bundeskongreß der Mittelstandsvereinigung am 17. Juni 1973 in Hannover. Unterlagen in ACDP 04–004–007/3.

alle Vorstandsmitglieder eventuellen Versuchen, nun dieses Spiel heute zu spielen, doch zu widerstehen.

Ich habe, wie Sie wissen, einen Besuch in Brüssel<sup>10</sup> gemacht, bewußt als ersten nach den Wahlen, bei der Gemeinschaft und beim Bündnis und werde den normalen Besuch in Washington<sup>11</sup> in der Woche vor Ostern drüben abhalten, wenn sich nicht Komplikationen wegen der Spannungen jetzt ergeben, an die ich aber nicht glaube.

Das, was sich in Brüssel abzeichnet bei der Gemeinschaft, ist auf der einen Seite ein erfreuliches Bild, weil die Kommission in einer Weise arbeitet, wie dies seit Hallsteins Zeiten nicht mehr war, kollegial, freundlich, arbeitsreich. Die Termine werden eingehalten, das klappt alles. Zur Sache selbst ist das Bild natürlich verheerend. Da hat man jetzt zu sechst eine gemeinsame Außenwährungspolitik. Man hat zu neunt eine gemeinsame Außenhandelspolitik, aber innerhalb der Gemeinschaft nicht den Ansatz einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik, das kann nicht funktionieren und muß von uns angemahnt werden, zumal der Sachverständigenrat auf diese empfindliche Lücke hingewiesen hat in seinem Dezembergutachten.<sup>12</sup> Da fehlte also der Bonner Motor, das ist unbestreitbar, und die Briten gehen mit voller Kraft dort ins Geschäft.

Und ein Blick auf das Bündnis ist besorgniserregend, wenn Sie mit den Herren sprechen, wegen der inneren Lage in verschiedenen Ländern der Gemeinschaft, im Süden und im Norden. Aber zunehmende Fragen bestehen auch wegen der inneren Lage in der Bundesrepublik Deutschland. Die Frage, die man vor einem Jahr beim Besuch bei jedem bekam hieß, warum sind Sie eigentlich gegen die Ostpolitik von Herrn Brandt? Heute heißt die Frage, was ist eigentlich dabei rausgekommen? Das ist schon eine fundamentale Veränderung, die man zur Kenntnis nehmen sollte.

Mit dem Blick auf Helsinki<sup>13</sup> und auch Wien<sup>14</sup> können wir nur sagen, daß der NATO-Beschluß vom Dezember<sup>15</sup>, dies beides gleichzeitig und parallel zu behandeln, in keiner Weise eingehalten wird. In Wien hat man noch nicht einmal angefangen, ist

---

10 Barzel hielt sich am 22./23. März zu Gesprächen in Brüssel auf. Vgl. „Die Welt“ vom 24. März 1973 „Barzel vermißt Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der EG“; FAZ vom 24. März 1973 „Barzel: Währungsunion zügig entwickeln“.

11 Barzel hielt sich vom 16. bis 21. April 1973 zu Gesprächen in Washington und New York auf. Vgl. „General-Anzeiger Bonn“ vom 17. April 1973 „Barzels Washington-Trip – oder: geschicktes Timing“; „Hamburger Abendblatt“ vom 19. April 1973 „Präsident Nixon bat Barzel zu sich“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 21. April 1973 „Barzel bei Waldheim: Schon immer ein Freund der UNO“.

12 Vgl. Nr. 33 Anm. 20.

13 In Helsinki fand vom 26. Februar bis 6. April 1973 die dritte Botschafterkonferenz zur Vorbereitung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa statt. Vgl. AdG 1973 S. 17803–17805.

14 In Wien wurden am 31. Januar 1973 vorbereitende Gespräche über Truppen- und Rüstungsverminderungen in Mitteleuropa (MBFR) begonnen. Vgl. AAPD 1973 Dok. 32; AdG 1973 S. 17680f. Vgl. dazu Reinhard MUTZ (Hg.): Die Wiener Verhandlungen über Truppenreduzierungen in Mitteleuropa (MBFR). Chronik, Glossar, Dokumentation, Bibliographie 1973–1982. Baden-Baden 1983.

15 Kommuniké der Ministertagung des Nordatlantikrates am 7./8. Dezember 1972 in Brüssel in BULLETIN Nr. 166 S. 1961–1964.

man in den Präliminarien. In Helsinki hofft man im Juni die zweite Etappe, d. h. die Minister, zusammenhaben zu können. Das ist ziemlich fortgeschritten unter den Botschaftern, am wenigsten fortgeschritten in der entscheidenden Frage der Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen. Sie wissen, daß unsere Formel, die wir vor Jahren brauchten, zum erstenmal in Rom<sup>16</sup>, ins NATO-Kommuniqué aufgenommen worden ist, dann wieder in Lissabon<sup>17</sup> und noch einmal in Brüssel<sup>18</sup>, und jetzt eben dort eine große Rolle spielt. Deshalb sind wir in einer guten Situation. Die Bundesregierung selbst hat eine eher schlappe Haltung in dieser Frage. Wenn Sie etwa die Berichterstattung der „Neuen Zürcher Zeitung“ regelmäßig dazu verfolgen, wozu ich Sie nur einladen kann, dann sind Sie über die Konferenz, soweit ich auch aus anderen Unterlagen sehe, im Grunde informiert. Wir müssen also damit rechnen, daß das zustandekommt, und das, was da noch auszubügeln ist, Herr Breschnew bei seinem bevorstehenden Besuch hier in Bonn<sup>19</sup> ausbügeln wird. Ich glaube über den Grundvertrag und diese Probleme brauchen wir heute nicht erneut etwas zu sagen.

Wir sollten aber eine Erklärung abgeben, so haben wir dies auch eben im Präsidium uns vorgenommen, hinsichtlich der Diskussion über den § 218.<sup>20</sup> Diese Erklärung muß auf unserer Linie bleiben, die wir nicht vernachlässigen dürfen, denn es ist für uns zwar nicht ein voller Triumph, indem alle Fraktionen und Parteien sagen, wir wollen dies nur den Kolleginnen und Kollegen überlassen zur Gewissensentscheidung. Aber immerhin ist in der SPD – und dies ist einmalig in ihrer Geschichte – es ausdrücklich erlaubt worden, neben dem Mehrheitsbeschluß doch einer Gruppe, die immerhin zwischen 20 und 30 Kollegen stark ist, eine Initiative zu erlauben, wobei wir da in der Sache nicht allzu sehr frohlocken dürfen, denn Indikationen ohne Fristen bedeuten natürlich die Chance, noch viel weiter zu gehen – wenn man nicht aufpaßt – als mit der Fristenlösung. Wir sollten hierzu heute ein Votum machen, das aus drei Punkten besteht:

1. Kritik an der Regierung, die bei den Wählern den Eindruck erweckt hat, als sei sie gegen die Fristenlösung und sei für die Fristenlösung nur eine kleine Gruppe dort.
2. Wir dagegen halten fest an der Linien, die die Partei im Dezember 1971 – Sie finden es in der Broschüre – eingenommen hat. Sie erinnern sich an unseren Vorstandsbeschluß.
3. Die Fraktion muß in dieser Frage entscheiden, und jeder soll so entscheiden, wie es ihm sein Gewissen aufgibt, und wir wollen auch an die anderen noch einmal appellieren, sich ebenso einzulassen.

---

16 Tagung des NATO-Ministerrates am 26./27. Mai 1970 in Rom. Vgl. Kommuniqué in EUROPA-ARCHIV 1970 D 315–318.

17 Vgl. Nr. 20 Anm. 38.

18 Vgl. Nr. 20 Anm. 33.

19 Breschnew hielt sich vom 18. bis 22. Mai 1973 in der Bundesrepublik auf. Vgl. AAPD 1973 Dok. 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152.

20 Das Präsidium hatte auf seiner Sitzung am 2. April 1972 beschlossen, den Bundesausschuß aufzufordern, „sich ausdrücklich die Entschließung des Bundesvorstandes vom 9. 12. 1971 zu eigen zu machen“. (Protokoll in ACDP 07–001–1406). Zur Diskussion in der CDU vgl. GANTE S. 138–143.

Ich glaube, dies wird auch dem gerecht, was unter Ihrem Vorsitz, Frau Wex – und wir gratulieren zu Ihrer Tagung und auch zu Ihrer Wiederwahl alle sehr herzlich (*Beifall.*) und freuen uns darüber – unsere Frauenvereinigung uns zu tun empfiehlt.<sup>21</sup> Wir sollten aber grundsätzlich uns an die Linie halten, die wir hier im Präsidium und auch in den Fraktionsgremien besprochen hatten, nämlich immer zu betonen, daß dies eine Frage der letzten Gewissensentscheidung eines jeden sei. Denn sonst kommen wir hier in eine große Schwierigkeit unter uns. Ich habe noch keinen Überblick über die Zahl der Kolleginnen und Kollegen der Bundestagsfraktion, die möglicherweise für eine Fristenlösung stimmen werden. Ich könnte durch einen Brief dies sehr schnell abfragen, möchte dies aber noch nicht tun, weil der Diskussionsstand nicht weit genug ist. Denn die Kollegen würden mich dann erst fragen, wo ist unser Antrag hinsichtlich der Indikation, denn davon mache ich meine Haltung abhängig. Ich habe den Eindruck, daß die Zahl derer, die für eine Fristenlösung sein könnten, nicht über zwei Händen ist, wahrscheinlich sehr viel darunter. Das aber wird abhängig sein von den Indikationsvorschlägen, die wir selber machen. Es gibt bei der medizinischen Indikation sicher eine Einstimmigkeit der Fraktion, in den anderen Fragen kommt es dann auf die Formulierung an, was man alles unter „kriminologisch“ unterbringt und wie weit die sozialen Tatbestände dabei gefaßt sein werden, auch nach unserer Formulierung vom Dezember 1971. Dazu sollten wir also auf jeden Fall heute etwas sagen und im übrigen vorwiegend den Bericht des Generalsekretärs und die praktischen Maßnahmen diskutieren, die notwendig sind, aber – wenn dies möglich ist und wenn die Herren können – natürlich auch noch einmal die Initiative Schwarz-Schilling/Langguth, die ja noch der Diskussion harrt. Wenn es dazu heute nicht kommen sollte, würde ich empfehlen, daß ich prophylaktisch hier einen Beschluß fassen darf, dieses Papier der Grundsatzkommission zuzuleiten.

So weit ein ganz geraffter Bericht, hier in dem Bundesvorstand. Nachher wird er etwas länger sein. Wir hielten es für notwendig, uns zu sehen, bevor wir in den Bundesausschuss gehen. Darf ich zunächst Herrn Kraske bitten um das, was hier gesagt sein muß, und dann zu einer kurzen Aussprache das Wort geben.

#### VORBEREITUNG DER ANSCHLIESSENDEN BUNDESAUSSCHUSSSITZUNG

*Kraske:* Darf ich Sie bitten, in dieser Vorstandssitzung zwei Beschlüsse zu fassen, die in die Zuständigkeit des Vorstandes fallen. Die eine Vorlage ist Ihnen von der Bundesgeschäftsstelle schriftlich übermittelt worden. Es handelt sich um die Gründung eines bisher nicht vorhandenen Fachausschusses der Partei. Die Partei hat, wie Sie wissen, zu einer ganzen Fülle von Fachbereichen Ausschüsse, zur Gesundheits-, zur

---

21 Wex war auf der Bundesdelegiertentagung in Kassel mit 120 von 135 Stimmen wiedergewählt worden (Protokoll in ACDP 04–003–068/4). – Die Frauenvereinigung hatte sich auf ihrer Tagung gegen die Fristenlösung ausgesprochen, vgl. „Die Welt“ vom 31. März 1973 „Frauenvereinigung der Union lehnt Fristenregelung scharf ab“.

Sozial-, zur Wirtschafts-, zur Kulturpolitik; sie hatte nur bisher keinerlei Ausschüsse zur Innenpolitik. Hier gab es lediglich in Fortführung einer uralten, im Jahre 1950 mit dem 131er-Problem<sup>22</sup> begonnenen Tradition einen Fachausschuß Öffentlicher Dienst, und es gibt daneben inzwischen den Bundesarbeitskreis Polizei, der aber eine andere Aufgabenstellung hat. Es hat sich gezeigt, daß damit eine wichtige Koordinationsmöglichkeit fehlt, insbesondere zwischen Bundespartei, Bundestagsfraktion, Landesregierungen, soweit wir sie stellen, und Landtagsfraktionen. Wir schlagen Ihnen vor, die Errichtung eines Bundesfachausschusses Innenpolitik zu beschließen<sup>23</sup>, zu dem der bisher bestehende Ausschuß Öffentlicher Dienst dann ein Unterausschuß werden soll, in den der Arbeitskreis Polizei verzahnt werden soll. Wir empfehlen weiterhin, diesen Bundesfachausschuß Innenpolitik ähnlich zusammensetzen wie den sehr fruchtbaren Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen<sup>24</sup>, wo im Bereich der Rechtspolitik diese Verzahnung zwischen Bund und Land, Fraktion und Partei hervorragend funktioniert. Ähnliches sollte hier für den Bereich der Innenpolitik gelten.

Der zweite Beschluß, um den wir Sie bitten, ist Ihre Zustimmung zur Aufnahme von Herrn Dr. Heck in die Grundsatzkommission. Herr Dr. Heck hat sich dazu bereit erklärt. Da der Bundesvorstand seinerzeit über die Zusammensetzung dieser Kommission beschlossen hat, muß diese Erweiterung hier formell ebenfalls beschlossen werden. Dies entspricht einem Wunsch der Grundsatzkommission, um über die Person von Herrn Heck auch eine engere Verbindung zur Konrad-Adenauer-Stiftung herzustellen. Dies sind die beiden Beschlüsse, um die ich Sie bitte. Außerdem wäre ich dankbar, wenn Sie mich ermächtigen würden, im Bundesausschuß zu erklären, daß der Bundesvorstand die Zustimmung zu der Vorlage zur Satzungsänderung der Bundesvereinigung der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge empfiehlt. Dies ist Ihnen ebenfalls schriftlich zugegangen, ist drüben verteilt worden. Hier geht es um die Erhöhung der Zahl der Stellvertreter von drei auf vier, und der Beisitzer von vier auf acht. Das ist eine reine Formalie, aber die muß beschlossen werden. Ich wäre dankbar, wenn Sie dies unterstützen würden.

*Barzel:* Danke für den auch hier sehr kurzen Bericht. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall, dann zum Nachbericht Frau Dr. Wex.

*Kraske:* Das ist so beschlossen damit.

*Wex:* Meine Herren, wir haben uns über die Frage § 218, Herr Vogel, in der letzten Zeit mehrere Male unterhalten. Wir haben die 218-Frage in einer Landschaft, die sehr schnell sich verändert. Nach dem, was ich höre, handelt es sich ja nicht nur darum zu sagen, bis wie weit gehen wir kriminologisch und eugenisch, sondern – wenn wir die Fristenlösung im Bundestag kriegen oder nicht, so weit kommt es ja jetzt –, es handelt

---

22 131er wurden die Beamten genannt, die aufgrund ihrer Betätigung im NS-Staat zunächst nicht wieder in den öffentlichen Dienst übernommen wurden. Ihre Wiedereinstellung wurde im Art. 131 GG geregelt. Vgl. auch Nr. 22 Anm. 61.

23 Die konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Innenpolitik fand am 16. Oktober 1973 in Bonn statt (Ergebnisprotokoll in ACDP 07–004–491/2).

24 Gegründet 1968. Selbstdarstellung „Der BACDJ stellt sich vor“ in ACDP 07–001 AO Justiciar/Rechtspolitischer Kongreß 1975 unverzeichnet.

sich darum zu wissen, nicht nur, wer bei uns für die Fristenlösung ist, sondern wer bei uns überhaupt gegen eine Reform des § 218 ist. So kann man abzählen die 20 oder 30 bei der SPD und die eventuell bei uns. Die Lage, von der ja Müller-Emmert<sup>25</sup> uns immer zwischendurch berichtet, ist ja so, – wenn wir in den Vermittlungsausschuß gehen und damit zurückkommen, und es steht zur Disposition oder zur Entscheidung – ob wir überhaupt keine Änderung des § 218 kriegen oder die Fristenlösung. Dann werden die Leute des Gruppenantrags der SPD wahrscheinlich gar nicht anders können, als der Fristenlösung zuzustimmen. Also es sieht so aus, es handelt sich „nur noch“ – in Anführungsstrichen – darum, wie weit wir in den Formulierungen sozial so relevanter Tatbestände gehen, daß es eine Möglichkeit gibt, miteinander darüber zu sprechen. Ich weiß ganz genau, was ich damit sage, nur wir sind vor der Wahl, Fristenlösung oder eines sehr genauen, aber immerhin doch erweiterten, Indikationskatalogs. Von mir aus, ich bin gar nicht sehr glücklich darüber, aber wenn ich gewissensmäßig gefragt werde, Indikationslösung – mit dem, was ich eben gesagt habe – oder Fristenlösung, dann wüßte ich, daß ich für die Indikationslösung wäre in diesem sogar erweiterten Sinne. Ich finde es ganz schrecklich, daß wir in diese Lage gekommen sind, aber so ist die politische Landschaft.

*Vogel:* Ich will das ganz kurz ergänzen. Ich glaube, daß es für uns notwendig ist, daß wir in den Vordergrund stellen, daß es uns um den Schutz, um mehr Schutz für das nicht geborene Leben geht. Deshalb stehen im Vordergrund all die anderen Maßnahmen außerhalb des Strafrechts. Daraus sollten wir also sehr klar betonen, das Strafrecht hat eine flankierende Bedeutung, keine andere. Auch das sollten wir also ganz klar sehen. Das, was für uns nicht möglich ist, ist die Fristenlösung und ist ein Indikationskatalog, der so ausgeweitet ist, daß er im Ergebnis mindestens so viel bringt wie die Fristenlösung – wenn nicht mehr. Das heißt also, ein echter Indikationskatalog ist die einzige Lösung, die von uns angeboten werden kann. Und hier stehen wir nun vor der politischen Situation, können wir die Fristenlösung noch verhindern mit einem Indikationskatalog, der etwas weiter geht als unsere bisherigen Beschlüsse? Ich glaube, das ist die Überlegung, vor der wir stehen. Das wird unter uns eine sehr schwierige Sache, das möchte ich hier betonen. Hier halte ich für notwendig, daß wir alles tun, daß, wenn es eine Initiative aus der Fraktion gibt, es nur eine gibt und nicht mehrere. Es gibt Andeutungen dafür, daß einige Kollegen sich mit dem Gedanken tragen, wenn wir einen etwas weiteren Indikationskatalog bringen, dann einen engeren Indikationskatalog als Gruppeninitiative einzubringen. Dann meine ich, sind wir politisch nicht mehr handlungsfähig. Ich glaube, das müssen wir sehr deutlich sehen. Das sind die Schwierigkeiten, die wir unter uns haben. Das ist auch der Grund, weshalb ich neulich im Fraktionsvorstand<sup>26</sup> etwas zurückhaltend bei der Frage Eigeninitiative gewesen bin. Ich hoffe aber, daß wir hier ein Stück weiter kommen können im Laufe dieser

---

25 Dr. Adolf Müller-Emmert (geb. 1922), Jurist; 1956 SPD, 1961–1987 MdB, 1965–1983 Mitglied im Landesvorstand Rheinland-Pfalz und im Parteirat, ab 1983 Tätigkeit als Rechtsanwalt. – Müller-Emmert hatte am 4. März 1973 zusammen mit anderen Abgeordneten einen Gesetzentwurf zur Reform des Strafrechts (5. StrRG) vorgelegt (BT-Drs. 7/443).

26 Protokolle des Fraktionsvorstands liegen nicht vor.



Woche. Ein Entwurf ist inzwischen durchformuliert und wird heute oder morgen vorliegen.

*Barzel:* Darf ich folgendes sagen. Die Position ist nicht die, die einige vielleicht auch für richtig halten, überhaupt nichts zu ändern: Die Position der Union ist die Reform. Zweitens, die Einlassung der Partei und der Fraktion sollte nicht so sehr darauf setzen, daß wir schlußendlich eine Mehrheit kriegen. Das ist ein Wunsch, das ist eine Bemühung wert, eine Hoffnung, eine Anstrengung, alles das ist richtig. Aber wir müssen damit rechnen, daß wir mit dieser Anstrengung nicht durchkommen. Und deshalb dürfen wir nicht hier so weit gehen, daß wir am Schluß dann mit einem Vorschlag dastehen, der in der Nähe der Fristenregelung ist. Wir müssen hier mehr auf unsere Prinzipien achten und auf der Linie bleiben, die im Dezember 1971 gesagt ist.<sup>27</sup> Das war ja schließlich sorgfältig vorbereitet von der Frauenvereinigung und von der Juristenvereinigung.

*Köppler:* Genau das muß beachtet werden. Es gibt im Grunde zwei Probleme. Es gibt das erste Problem, daß aus der Unionsfraktion jetzt Flagge gezeigt wird in dieser Frage. Und ich meine, das sollte man durch einen Gruppenantrag tun, der sich im wesentlichen auf der Linie bewegt, die damals in der Fraktion, in der alten Fraktion und in der Partei festgelegt worden war, was nicht daran hindert, daß man in der einen oder anderen Indikationsnuance noch einmal neu formuliert. Jedenfalls nicht auf der Linie des Gruppenantrags aus der Koalition, die ja einfach den Jahn-Entwurf<sup>28</sup> übernimmt. Das ist die erste Sache, das sind wir unseren Wählern schuldig, denn es gärt in diesem Punkt draußen, das müssen wir wissen.

Das zweite ist natürlich die schwierige Frage, wie dann nachher in der Ausschußberatung und in der Überlegung für die zweite und dritte Lesung die Fristenlösung verhindert werden kann. Hier bin ich allerdings der Meinung, man solle nicht zu früh die einzelnen fragen, das ist sicherlich taktisch richtig, und hier wird es auch nicht darauf ankommen können, dann in der letzten Phase der Entscheidung, die, wie Frau Wex mit Recht gesagt hat, eine Entscheidung Fristenlösung oder nicht sein wird im Bundestag, nun auseinanderzufallen in alle möglichen Bekenntnisgruppen dieser oder jener Stringenz. Nur eins müssen wir wissen, und das sollten wir auch den Kollegen in der Bundestagsfraktion sagen: Wenn an uns eine wie auch immer geartete Indikationslösung scheitert und damit die Fristenlösung durchkommt, dann bezieht die Prügel für dieses Ergebnis aus den Wählerschichten der CDU/CSU ausschließlich die CDU/CSU. Die 30 oder 35 Figuren der Koalition werden dann die Helden sein, während wir

---

27 Der Bundesvorstand hatte auf seiner Sitzung am 9. Dezember 1971 das Thema § 218 behandelt und sich für eine Indikationslösung und gegen die Freigabe der Abtreibung sowie die Fristenlösung ausgesprochen. Vgl. Nr. 20 S. 656–665; GANTE S. 141; Beschluß des CDU-Bundesausschusses vom 2. April 1973 in CDU Presse Mitteilungen vom 2. April 1973.

28 Jahn legte im Oktober 1971 einen Referentenentwurf zum Fünften Strafrechtsreformgesetz vor. Der Entwurf wurde am 9. Februar 1972 vom Kabinett beschlossen. Vgl. BULLETIN Nr. 158 vom 28. Oktober 1971 S. 1682f. sowie Nr. 22 vom 17. Februar 1972 S. 265 f.; „Frankfurter Rundschau“ vom 23. Oktober 1971 „Jahn legt seinen 218-Entwurf vor“; GANTE S. 134–137.

trotz unseres zahlenmäßig stärkeren Engagements für eine Indikationslösung ausschließlich die Prügel beziehen werden. Und deshalb muß irgendwann zu einem nicht zu späten Zeitpunkt auch klargemacht werden, daß die CDU/CSU – bei aller Freiheit der Gewissensentscheidung – jedenfalls in einer zahlenmäßigen Stärke für die Indikationslösung eintritt, daß nicht an ihr diese Lösung scheitert. Im Augenblick wird in der SPD wegen der Ungewißheit der Stimmenzahlen in der CDU/CSU-Fraktion damit Reklame gemacht, da seien inzwischen in der neuen Fraktion doch mehr als in der alten Fraktion, und deshalb habe es gar keinen Sinn, sich jetzt noch auch als Minderheit in der SPD gegen die Fristenlösung zu sperren. All das spielt zur Zeit in den Kulissen eine Rolle, und irgendwann nach der ersten Lesung<sup>29</sup>, meine ich, muß klar sein, daß es eben nicht mehr sind bei uns, als wir gerade noch vertragen können, um der Fristenlösung nicht zu einer Mehrheit zu verhelfen.

*Filbinger:* Ich möchte genau in der gleichen Richtung sprechen. Ein Erlebnis möchte ich Ihnen sagen, das ich in der letzten Woche hatte, wo mir ein früherer Landesvorsitzender sagte – emotional stark betont, das möchte ich vorausschicken –, daß, wenn die CDU- Bundestagsfraktion in der Frage §218 nicht zu einer einheitlichen Lösung käme im Sinne einer Ablehnung der Fristenlösung, er sich dann überlegen müsse, ob er aus der Partei austrete. Das war kein Mann, der unbesonnen ist, sondern ein Mann, der mir damit eine Stimmung übermittelte, die weit verbreitet ist. (*Diskussion.*) Er sprach nicht aus meinem Landesverband, aber ich kenne auch in meinem eigenen Landesverband entsprechende Einstellungen. Ich stelle daher die Frage, ob es nicht erreichbar sein müßte, ob man nicht alle Anstrengungen unternehmen sollte, doch in der Bundestagsfraktion zu einer absolut einheitlichen Regelung zu kommen. Denn ich glaube, die CDU wird schon gemessen hier an einer Grundsatzfestigkeit. Wenn wir dann aus dem Kalkül heraus, um noch etwas zu erreichen, das kleinere Übel wählen, auseinanderfallen und eine Gruppe haben, die dann gegen Grundsätze verstieße letzten Endes, würden wir wahrscheinlich die Zeche außerordentlich schwer zu bezahlen haben, zumal jetzt ja zu unseren Gunsten die Kirchen aufgewacht sind in einer Art und Weise, wie wir es in den letzten Jahren doch nie mehr gehabt haben. Ich würde also meinen, untergehen mit wehender Flagge, aber in Grundsatztreue und einheitlich, das wäre für die CDU eine Position, die würde ich überhaupt nicht fürchten. Dann soll eben die Fristenlösung von der Koalition durchgebracht werden. Aber dann hat die CDU einen blanken Schnitt und kann sagen, das ist unsere unverrückbare Einstellung, und dafür stehen wir und sind wir gestanden. Ich glaube, daß im Volk draußen und in der Partei sehr weit diese Auffassung verbreitet ist. Ich wollte dies als eine Anregung geben, ob nicht gerade diese Auffassung vieler Parteifreunde draußen doch ein Motiv sein könnte für Freunde in der Fraktion mitzuhelfen, daß wir eine Möglichkeit absolut geschlossener Einstimmigkeit erreichen können.

---

29 Die erste Beratung im Bundestag über die vier eingebrachten Gesetzesentwürfe (BT-Drs. 7/375: Fraktion der SPD und FDP; BT-Drs. 7/554 Fraktion der CDU/CSU; BT-Drs. 7/561 Gesetzesentwurf der Abgeordneten Dr. Heck und Genossen; BT-Drs. 7/443: Gesetzesentwurf der Abgeordneten Dr. Müller-Emmert und Genossen) begann am 17. Mai 1973. Vgl. GANTE S. 149–156.

*Barzel:* Ich möchte dazu noch folgendes sagen: Es ist natürlich erstaunlich, welcher Informationsmangel z. B. aus dem Gesprächspartner des Kollegen Filbinger spricht, oder welcher Informationsmangel der Kultusminister von Rheinland-Pfalz<sup>30</sup> hat, der sich im Fernsehen ähnlich hinstellt. Sie haben hier die Broschüren, darunter ist die Broschüre, die wir den Wählern gegeben haben. Da ist die dickste darunter über den § 218 mit der ganz klaren Entschließung dieses Vorstandes, und zwar nicht des alten, sondern dieses Vorstandes, des Nach-Saarbrücker-Vorstandes, wo er die Fristenlösung einstimmig abgelehnt hat.<sup>31</sup> Das ist doch klar genug. Ich glaube aber, wir müssen bei der Gewissensfreiheit hier bleiben. Ich würde einen Fehler machen im Interesse des Ziels, was Filbinger beschreibt, oder die Fraktion würde einen Fehler machen, wenn sie jetzt die Frage stellen würde: Seid Ihr auch alle gegen die Fristenlösung? Ich muß die Frage stellen, hier kommt Herr Vogel mit den Indikationen und ich hoffe, da seid Ihr alle dafür oder möglichst viele dafür. So herum muß ich die Frage stellen, um die Gefahr abzumildern, von der Frau Wex spricht, denn es kann uns ja auch passieren, daß bei uns einfach 20, 30 sagen, der § 218 darf überhaupt nicht geändert werden. Die kommen überhaupt nicht in die Debatte. Und dann ist alles das, was wir aufgebaut haben, für die Katz. Deshalb die herzliche Bitte an Herrn Vogel, doch as quick as possible mit diesem Antrag zu kommen, und den hinten nicht zu weit zu fassen, sondern den zu nehmen, um alles einzufangen zu können. Und wenn wir den positiven Beschluß haben, dann wird sich der Rest ja ergeben. Und es wird am Schluß – so nehme ich an – dann, wenn wir so richtig uns einlassen und die Entschließung heute fassen, wie ich sie vorher nach Beratung im Präsidium skizziert habe – das ist ja schon hilfreich, Herr Filbinger, wenn wir das so rum machen –, dann wird am Schluß, so nehme ich an, die Abstimmung im Plenum zu dieser Frage auf unserer Seite nicht anders sein als die zum Grundvertrag. Das heißt, es werden die Dissidenten unter einer Handvoll bleiben, die anwesend sind. Und darauf wird es dann ja ankommen. Ich glaube, dies ist richtig. Ich finde – ich bin ja nun viel unterwegs draußen –, daß, wenn man also sagt, wie flatterhaft und wie oberflächlich usw. die anderen das betreiben, das einen großen Jubel gibt. Es gab ja auch einen großen Jubel bei den Damen in Kassel<sup>32</sup> auf diese Passagen.

*Köppler:* Noch eine Bemerkung zu dem, was Sie sagten, Herr Ministerpräsident Filbinger. Das Argument, daß man jetzt eine geschlossene Haltung der CDU/CSU-Fraktion erwartet, spielt im katholischen Bereich eine verheerend große Rolle. Ich habe gesagt, wir müssen dem entgegentreten. Ich habe das auf der Sitzung des Zentralkomitees nur deshalb verhindert, weil ich damit gedroht habe, ich würde mich anheischig machen, ein zahlenmäßig mehrfaches als diese möglichen Dissidenten in der CDU-Fraktion unter katholischen Moraltheologen ausfindig und namhaft zu machen, die auch für die Fristenlösung eintreten. Wir dürfen uns diesen Schuh nicht anziehen

---

30 Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 24. März 1973 „Vogel: Freibrief zum Töten“.

31 CDU Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Argumente – Dokumente – Materialien. Thema: Dokumentation über den Stand der Diskussion um die Reform des § 218 StGB – Abtreibung. 3. neugefaßte Auflage Bonn 1972 (ACDP Dokumentation 0/068/33–7–CDU).

32 Vgl. Anm. 21.

lassen, daß hier bis auf den letzten Mann und die letzte Frau in der Fraktion in dieser Frage so bestimmt wird. Denn das erreichen wir nicht, und wir müssen gerade im katholisch-kirchlichen Bereich rechtzeitig klarmachen, daß es auf diese allerletzte zahlenmäßige Geschlossenheit auch nicht ankommen darf angesichts der inneren Situation, im kirchlichen Bereich selber.

*Wex:* Darf ich noch etwas Grundsätzliches sagen. Wir haben ja gerade die Diskussion unter den jungen Frauen drei Tage lang gehabt. Die Möglichkeit, zu Indikationslösungen zu kommen und auch ein paar von Fristenlösern zu überzeugen, daß das besser ist, für die Frauen eine Indikationslösung zu machen, ist doch der Ansatzpunkt, daß man das einfach in der Art der Indikationsbehandlung auch gerade jüngeren Frauen klarmacht. Herr Filbinger, ich bin völlig Ihrer Meinung, daß da Grundsätze von uns angesprochen sind. Aber was das bedeutet – auch wenn wir prinzipiell durchkommen mit unserer Ablehnung der Fristenlösung –, wenn die Fristenlösung hier in Deutschland praktiziert wird, das halten wir überhaupt nicht auf, was dann passiert an Entwicklung im Verhältnis zu Leben und all dem, was wir ja auch in unseren Prinzipien haben. Darüber müßte man noch mal nachdenken, was es wirklich bedeutet, Fristenlösung hier bei uns praktiziert zu sehen. Die ganzen Ärzte bis zu einem Riesenprozentsatz dagegen zu haben, d. h. einfach, daß wir alle Entwicklungen haben, die jetzt von den anderen europäischen Ländern als Korrektiv ja schon auf uns zurückschlagen und daß wir das hier erst durchmachen müssen. Die Tatsache, was dann läuft einfach dadurch, daß das erlaubt ist, können wir ja kaum aufhalten in der praktischen Entwicklung. Deswegen glaube ich, daß die Tatsache Fristenlösung oder nicht noch viel weitergehende, auch grundsätzliche Überlegungen von uns hervorrufen muß. Herr Filbinger, wirklich, es ist doch so, wo sollen wir dann unsere Prinzipien überhaupt in der Praxis noch durchsetzen, wenn hier einmal die Schleuse geöffnet wird? Ich sehe das wirklich an als eine Öffnung der Schleuse, denn viele sind ja einfach uninformiert, und wir wollen jetzt nicht die inhaltliche Diskussion –, was Sie auch gesagt haben, Herr Barzel – über die Unabgrenzbarkeit von drei Monaten führen. Ich will hier gar nicht mehr vom Inhalt reden, sondern einfach von der Entwicklung, die damit angefangen wird. Es gehört ja auch zu unseren Prinzipien, so etwas vorher aufzuhalten, weil wir es nahher nicht mehr in die Hand bekommen.

*Filbinger:* Frau Kollegin Wex, nur eine Informationsfrage, weil das, was wir jetzt sagen, nicht bedeutet, daß man, um das eine zu vermeiden, man bei der anderen Lösung, nämlich bei der Indikationslösung, so weit gehen sollte, um auch noch die SPD, die 30, einfangen zu können. (*Unruhe und Diskussion. – Zwischenruf:* Das heißt auf keinen Fall soziale Indikation, das heißt das.)

*Barzel:* Also, wir müssen davon ausgehen, daß wir in dem, was man soziale Indikation nennt, natürlich eine größere Zahl von eigenen Stimmen für die soziale Indikation haben werden als in den beiden anderen Fragen. Das ist überhaupt kein Punkt. Aber ich möchte gerne, nachdem hier natürlich unausgesprochen auch die Position der Kirchen eine Rolle spielt, folgendes sagen, das kann man öffentlich nicht sagen: Ich finde es eigentlich sehr traurig, daß wir hier im Grunde – das machen die Sozialdemokraten ja immer – ein Problem des vorigen Jahrhunderts diskutieren. Wir diskutieren über

Abtreibung, als gäbe es Empfängnisverhütung in der kompletten modernen Form überhaupt nicht. Das ist eigentlich ziemlich unerträglich. Und wenn die Kirchen sich auf diesem Gebiet einen Anstoß geben, und zugleich erklären würden, unsere Dienste stehen zur Verfügung für die Kinder, die an sich nicht gewünscht sind, wäre die ganze Position hier natürlich sowohl der Kirchen ... (*Köppler*: Einschließlich Geld, Institutionen usw.). Entschuldigung, ich kenne das alles auf dem Papier, aber wenn wir draußen im Lande sind, hören wir natürlich, daß das doch nicht überall so funktioniert. Ich war jetzt in solchen Heimen unterwegs im Ruhrgebiet. Es funktioniert nicht so. Es sollte deshalb sehr viel deutlicher werden, dann wären wir in einer sehr viel besseren Assiette. Und ich kann nur sagen, wo immer ich – und das soll ja gelegentlich geschehen, wie man hört – mit Vertretern beider Kirchen rede, komme ich auf den ersten Punkt zu sprechen, bitte uns dort zu helfen, denn in unserem Beschluß vom Dezember steht natürlich auch dazu etwas. Ich kann nur sagen, wir wissen ja aus dem Wahlverhalten von Frauen, daß katholische Frauen gesagt haben, also nach dem Konzil brauchen wir nicht mehr in die Kirche zu gehen. Mit der Pille haben wir sowieso Krach mit dem Papst, also warum nicht auch in der nächsten Frage. Das wird gar nicht differenziert, das ist ein allgemeines Emanzipationsbedürfnis. Aber davon wollen wir uns nicht leiten lassen. Hier geht es um eine ganz grundsätzliche Frage, die wir schlußendlich fast einstimmig beantworten werden, wie Herr Filbinger dies gesagt hat. Nur wenn wir jetzt versuchen würden, dies zu erstreiten, ohne unsere Indikationen vorliegen zu haben, dann würden wir wieder einmal Drittel, Drittel, Drittel haben, nämlich nicht in den Zahlen gleich eine Gruppe, die sagt gar nichts, eine Gruppe, die sagt Fristen, und eine Gruppe, die sagt Indikationen, und die zerfällt dann wieder noch, wobei es dort eine starke Minderheit gibt, die einer Indikationenlösung, die in der Sache sehr viel weitergehend ist als die Fristenlösung, zustimmen würde, vielleicht aus Unkenntnis. Wenn wir so verfahren wie vorgesehen, glaube ich, werden wir in der dritten Lesung<sup>33</sup> Mehrheitsverhältnisse haben, wie ich versucht habe, sie zu bezeichnen.

*Hasselmann*: Ich glaube, das Vorgehen ist absolut richtig. Am besten mit den Vorschlägen, wie Sie sie hier machen wollen. Warum ich mich gemeldet habe, ist, daß aus der Sicht der katholischen Kirche ja definitive Aussagen vorliegen. Aus der Sicht der evangelischen Kirche ist das nicht der Fall. (*Unruhe und Diskussion*.) Sie erinnern sich an die Wählerinitiative der 37 Vikare gegen uns in Niedersachsen.<sup>34</sup> Ich habe mich diesen 37 Vikaren gestellt in einer Diskussion mit dem Landesbischof Professor Lohse, mit einem Ergebnis, daß wir beide, der Bischof und ich, gesagt haben, wir müssen die neue Bekennende Kirche gründen. Das sind – nach dem Studium im Predigerseminar – zusammengefaßt 37 Vikare, meine Damen und Herren, Herr Vorsitzender, alle 37 für die Fristenlösung. Warum frage ich, wer ist denn hier evangelische Kirche? Das ist ja nicht klar. Ich weiß nicht, ob das in der katholischen Kirche ähnlich ist, aber mit

33 Die zweite und dritte Lesung erfolgten am 25./26. April 1974, vgl. GANTE S. 157–164.

34 Zur Diskussion in der evangelischen Kirche um den § 218 im Frühjahr 1973 SIMONE MANTEI: Nein und Ja zur Abtreibung. Die evangelische Kirche in der Reformdebatte um den § 218 StGB 1970–1976 (Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte. Reihe B: Darstellungen Bd. 38). Göttingen 2004 S. 224–263.

denen müßte man reden. Diese jungen Vikare sind sich ja überhaupt nicht im klaren, über was sie reden, weil sie nicht genug informiert sind nach meinem Dafürhalten. Deshalb würde ich die offiziellen Gespräche in dieser Frage unterstützen. Das sollten wir ihnen anempfehlen und das ruhig publizieren, daß sie hier zur Meinungsbildung die offizielle Meinung hören. Aber wir in den Ländern sollten das unterstützen.

*Katzer:* Ich wollte nur einen Satz noch sagen zu dem, was Köppler gesagt hat. Im Verfahren bin ich mit dem Vorsitzenden vollkommen einig. Wir müssen so schnell wie möglich einen Antrag vorlegen, dann werden wir sehen, daß das die ganz große Welt ist, dann ist der Punkt raus. Aber, Kollege Köppler, ich bin nicht der Meinung, daß die Kirchen, auch die katholische, deutlich genug nach draußen getreten sind, um die sozialen Hilfestellungen, die wir ja auch in unserem Antrag gefordert haben, zu vertreten. Ich weiß über alle Gespräche mit den katholischen Geistlichen, mit Laienorganisationen, daß immer gesagt wird, man gibt so schöne Papiere, aber in der Öffentlichkeit ist dieser Eindruck nicht. (*Unruhe.*) Darauf kommt es doch an, das ist ein ganz entscheidend wichtiger Punkt. Ich glaube, wir müßten aus der strafrechtlichen Ecke etwas heraus in diese positive Gestaltung. Das Strafrecht ist nur das letzte, das ist ja nicht der Inhalt unserer Sache (*Wex:* Das ist das Flankierende). Die Diskussion muß doch auf die positive Seite gerückt werden, und da können wir nicht leugnen, daß die Kirche, oder auch Kirchen, in der Vergangenheit nicht das getan haben, was zu tun nötig gewesen wäre. Das geben sie heute zu. Und ich wiederhole, es gibt hier Ansätze. Es muß doch nun möglich sein mit der Kirchensteuer, daß das ein Werk wird wie *Misereor*<sup>35</sup> oder wie *Adveniat*<sup>36</sup>, das hier jedermann bekannt ist. Jedermann weiß doch, wie die Kirche da ist für denjenigen, der in Not geraten ist. Dann ist die Rolle der Kirche auch wieder eine ganz andere und damit zwangsläufig auch – nebenbei bemerkt – für die Zukunft mit anderen Aspekten versehen. Ich darf unsere Freunde, die in den Gremien sitzen, wirklich nur noch mal ganz herzlich bitten, diesen Punkt nach vorne zu schieben, denn sonst kriegen wir eine Diskussion, die sich mit strafrechtlichen Dingen befaßt, die gar nicht so gut für uns aussieht, wie sie aussehen könnte, wenn wir nicht den anderen Aspekt nach vorne schieben.

*Kraske:* Meine Damen und Herren, darf ich noch eine satzungsrechtliche Frage klären. In der letzten Sitzung des Bundesausschusses hat es Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung der Frage der Beschlußfähigkeit gegeben. Sie wissen, daß der Bundesausschuß seit vielen Jahren – ich muß eigentlich sagen, seit zwei Jahrzehnten – darunter leidet, daß er fast immer sehr schlecht besetzt ist. Ich habe inzwischen festgestellt, daß nach dem Wortlaut unseres Statuts der Parteivorsitzende verpflichtet ist, bei Beginn der Sitzung die Beschlußfähigkeit festzustellen, andernfalls die Sitzung sofort aufzuheben. Und es kann dann nicht am gleichen Tag neu eingeladen werden, sondern es kann dann nur angekündigt werden, daß beim nächsten Mal entsprechend

---

35 Auf Initiative von Kardinal Frings 1959 gegründetes Hilfswerk der katholischen Kirche zur Unterstützung von Hilfsprojekten in der Dritten Welt.

36 Seit 1961 bestehendes Hilfswerk der deutschen Bischöfe zur Unterstützung von Hilfsprojekten in Lateinamerika.

sofort eingeladen werden könnte. Ich möchte wenigstens den Bundesvorstand, und zwar alle hier anwesenden Mitglieder, bitten, den Vorsitzenden von der Einhaltung dieser formalen Pflicht zu entbinden, die bisher in 20 Jahren CDU-Geschichte noch nie ein Vorsitzender wahrgenommen hat, weil wir sonst heute nicht zu einer Bundesausschußsitzung kommen werden. Wenn wir formelle Abstimmungen durchführen, werden wir natürlich vorher zählen, ob wir mehr als 65 sind, aber ich wäre sehr überrascht und Sie wahrscheinlich mit mir, wenn wir jetzt zu Beginn der Sitzung 66 Leute da hätten. Deswegen also meine Bitte, daß wir am Anfang schweigend über diese Frage hinweg gehen. Ich gucke insbesondere unseren Freund Amrehn an, auf dessen Zustimmung ich hier besonderen Wert lege, weil ich mit ihm einen sehr freundschaftlichen Diskurs in dieser Frage hatte.

*Barzel:* Danke herzlich. Herr Filbinger, und dann schließe ich die Sitzung.

*Filbinger:* Also ich bin mit dem einverstanden, was der Generalsekretär sagt, nur ist die Frage bezüglich der zeitlichen Ausdehnung unserer heutigen Sitzung und der künftigen Sitzung. Wir wissen ja alle, als Landesvorsitzende stehen wir in ähnlicher Situation. Alle Beschwörungen, die wir vornehmen, die Präsenz bis zum Schluß durchzuhalten, nutzen nichts. Wenn ein gewisses zeitliches Ausmaß überschritten ist – vier Stunden sind eigentlich das Maximale, wo man mit einer guten Besetzung rechnen kann, ja, steigern Sie ruhig noch, weil dies ein sehr hohes Gremium ist, auf fünf Stunden (*Unruhe.*) –, dann sind die Kapazitäten erschöpft.

*Kraske:* Ich stimme Ihnen zu, bei der letzten Sitzung hatte ich gedacht, die erste Sitzung nach einer Bundestagswahl könnte dieses zweithöchste Gremium der Partei auch über mehr als fünf Stunden durchhalten, aber auch dies war leider nicht der Fall.

*Barzel:* Aus demselben Grund werden wir nicht unterbrechen für Mittag, sondern hier den Barbarismus der Butterbrote machen. Vielen Dank! (*Beifall.*)

Bonn, Samstag 12. Mai 1973

*Sprecher: Amrehn, Barzel, [Bilke], Blüm, Dregger, Echternach, Filbinger, von Hassel, Haselmann, Katzer, Kiep, Kiesinger, Köppler, Kohl, Kraske, Langguth, Lorenz, Müller-Hermann, [Schäfer], Schröder, Schwarz-Schilling, Seiters, Stingl, Stoltenberg, Vogel, [Weiskirch], Wex, Windelen.*

*Rücktritt Barzels vom Fraktionsvorsitz. Festlegung der innen- und außenpolitischen Grundsätze der CDU. Verschiedenes.*

*Beginn: 10.00 Uhr*

*Ende: 20.30 Uhr*

#### RÜCKTRITT BARZELS VOM FRAKTIONSvorsITZ

*Barzel:* Wir haben es für notwendig gehalten aufgrund des Beschlusses des Präsidiums heute<sup>1</sup>, diese Sitzung einzurufen. Ich denke, ich brauche die Notwendigkeit nicht zu begründen, und ich hoffe, daß wir hier wenigstens in einer persönlichen Beziehung und freundlichen Stimmung sprechen miteinander, wie sie dem endlich besser gewordenen Wetter hier entspricht. Das betrifft allerdings nur die Sonne. Das Klima insgesamt in Bonn kühl, aber klar. Ich möchte gerne, und das werden Sie sicherlich verstehen, weil dies ja auch eine Lage ist, die für Ihren Vorsitzenden auch im persönlichen Bereich nicht ohne Fragen und Probleme ist, vier Vorbemerkungen, ganz persönliche Anmerkungen machen.

Zunächst möchte ich sagen, daß Sie mich als einen Mann kennen, der sich nicht dementiert, was viele kritisieren, der überlegt, was er sagt, der eher zu diszipliniert und zu kontrolliert ist.<sup>2</sup> Ich sage diesen einen Satz für die Freunde, die in der Woche nicht hier waren, weil sie nicht hier im Bundestag tätig sind oder im Parteipräsidium, damit keiner meint, hier hätte plötzlich vielleicht einer in dieser Woche sich in dem Kern seiner Anlage verändert. Ich möchte allerdings hinzufügen, daß nach dieser also wohl überlegten und gewissenhaften Entscheidung, die ich getroffen habe<sup>3</sup>, nun auch keiner meinen sollte, ich hätte mich in einer anderen Richtung etwa geändert. Mein

1 Protokoll der Sitzung vom 9. Mai 1973 in ACDP 07–001–1406.

2 Ein vorhandenes Transkript der Rede (ACDP 07–001–933) entspricht nicht in allen Teilen dem tatsächlich gesprochenen Wort.

3 Barzel hatte in der Fraktionssitzung am 9. Mai 1973 seinen Rücktritt vom Amt des Fraktionsvorsitzenden erklärt (Protokoll in ACDP 08–001–1032/1). Zu den Reaktionen in der Presse vgl. CDU Bundesgeschäftsstelle Presseschau 10. Mai, 11. Mai und 14. Mai 1973 (ACDP Dokumentation AO Barzel/Rücktritt).



Temperament erlaubt Resignation nicht, und meine politische Verantwortung gegenüber 45 % der Wähler erlaubt nichts anderes als Kampf für die Politik, für die ich in ihrem Auftrag angetreten bin.

Das zweite: Es soll niemand unterschätzen, und deshalb bitte ich das zu verstehen, wenn ich vielleicht in diesen Fragen etwas deutlicher reagiere, als ich dies sonst in zehn Jahren Amtszeit getan habe, daß mir dieser Rücktritt vom Fraktionsvorsitz, in dem ich immerhin zehn Jahre Arbeit geleistet habe, nicht leicht gefallen ist. Diese Arbeit ist mir ans Herz gewachsen, und alles, was in ungehöriger Weise nun etwa ohne die Kollegialität, die wir einander schuldig sind, jetzt gesagt, geschrieben, hintenrum gesagt wird, wird eine kämpferische Antwort bekommen. Ich habe bisher dazu den Mund gehalten. Wenn aber jemand öffentlich schweren Schaden für die Union zufügt, indem er behauptet, ich hätte den zugefügt, dann habe ich hier heute nicht die Absicht, mich dagegen zu verteidigen, weil meine Arbeit für sich spricht. Ich hoffe, daß andere mir dies abnehmen werden aus dem Kreis der Kollegen, denn sonst müßte ich es ja selber tun und da tun, wo dies – der Vorwurf von Herrn Dregger<sup>4</sup> – erhoben worden ist, nämlich in der Öffentlichkeit.

Das dritte: Das Präsidium war so freundlich festzustellen, daß der Vorsitzende der Fraktion die Interessen seiner Person hinter der Sache habe zurücktreten lassen. Ich glaube, dies war eine richtige Feststellung. Man hat erkannt, daß dieser Rücktritt ein Dienst an der Sache sein soll, und ich möchte hinzufügen: Ich will hier nichts für mich. Ich will hier aber alles für die Richtung und den Inhalt der Politik. Diese Union muß sich weiter zur Mitte hin entwickeln und für die Mitte öffnen, da liegt unsere Zukunft.

Das letzte aus dem persönlichen Bereich: Ich habe immer, wie jeder hier bezeugen kann, die persönlichen Beziehung getrennt von sachlichen Meinungsverschiedenheiten. Es hätte mir eigentlich mehr entsprochen auch der Art, in der ich die Geschäfte geführt habe und führe, wenn man etwa über Parteitagstermine mit mir zunächst gesprochen hätte. Ich habe von mir aus hierzu erklärt – nachzulesen in der „Saarbrücker Zeitung“<sup>5</sup> –, daß von mir aus ein Parteitag über Personalentscheidungen morgen stattfinden kann oder übermorgen, wenn die Technik dies ermöglicht, daß das aber auf gar keinen Fall ein Vorwand werden darf, den Herbstparteitag zu verschieben. Denn von diesem Parteitag in der Sache hängt die gesamte Oppositionsstrategie ab. Wir haben, um dies mit einem Satz zu wiederholen, die Bundestagsfraktion gebeten, von Alternativen wichtiger Art Abstand zu nehmen, sie erst im zweiten Jahr der Periode einzubringen, weil wir zuvor Parteitagsbeschlüsse bräuchten. Das heißt, dieser Sachparteitag muß auf jeden Fall stattfinden und darf nicht etwa durch andere Dinge verschoben werden. Wenn das klar ist, kann man mit mir, von mir aus, für einen Parteitag, wenn die Ladungsfristen das zulassen, am nächsten Samstag reden.

Ich würde es für falsch halten, obwohl das in solchen Situationen sehr üblich ist, jetzt nur lange über Verfahren zu sprechen, nicht weil ich da irgendwas nicht zu ver-

---

4 Vgl. „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 12. Mai 1973 „Dregger attackiert Barzel“.

5 Interview mit der „Saarbrücker Zeitung“ vom 12. Mai 1973 „Ich werde in der CDU für meine Prinzipien weiterkämpfen“.

teidigen bereit sei. Ich möchte gerne heute mit dieser Einführung in ein Gespräch in einer ernstesten Situation, wo wir uns hoffentlich alle auf der Höhe der Verantwortung zeigen werden, dartun – und das ist die Sachfrage, um die es ging und geht, weil der Bundesrat noch nicht votiert hat, weil das alles in den Zusammenhang gehört – und hinzufügen – und ich sage dies für mich wie für alle anderen –, wer jetzt glaubt, nur mit einer Personalentscheidung sei alles gelöst, der programmiert nicht nur die nächste Krise, sondern der initiiert sie geradezu. Wir haben Sachfragen zu lösen, ohne die wir nicht nach vorne kommen.

Nun zunächst zum Vorgang im engeren Sinne, nämlich dem Anlaß „UNO-Beitritt“. Nach der Bundestagswahl haben wir hier im Vorstand eine erste, eher flüchtige Diskussion gehabt über künftige Ostpolitik, Grundvertrag und damit zusammenhängende Fragen. Wir haben dann später im Präsidium, November und Dezember<sup>6</sup>, uns nach mehreren Debatten dahin verständigt, daß wir das machen wollten, was Herr Stoltenberg als er seine „Zwei-Phasen-Politik“ formulierte, nämlich einen ganz klaren und harten Kampf gegen den Grundvertrag ohne Karlsruhe zu führen, und wenn er gegen uns verabschiedet sei, dann möglichst – und wir hofften, es würden einige Wochen zwischen die beiden Termine treten – ein Ja zum UNO-Beitritt zu sagen, um deutlich zu machen, daß wir uns auf den Boden der gegen uns geschaffenen Tatsachen stellen, nicht um die für immer hinzunehmen, sondern um das zu machen, was in der Erschließung vom 17. Mai stand.

Dies ist nun wiederum nicht etwa eine Parteilinie oder eine Meinung des Vorsitzenden, wenn Sie das nun so formulieren wollen, die sich erst nach der verlorenen Wahl ergeben hat. Ich möchte in Erinnerung rufen, was ich erklärt habe am 12. Juni 1972 auf der Sitzung des Bundesparteiausschusses in Berlin.<sup>7</sup> Es war eine sehr wichtige Instanz zwischen Mißtrauensvotum, Ratifikation der Ostverträge, Parteitag und Neuwahl. Ich zitiere aus dem Protokoll: „Nun gelten die Verträge für und gegen uns alle. Sie stehen einer Politik, wie sie unser Berliner Programm vorsieht und wie sie von der NATO, die sich ja den Bundestagsbeschluß vom 17. Mai ausdrücklich zu eigen gemacht hat, gebilligt ist, nicht entgegen. Also dürfen wir, wenn wir unsere Pflicht verantwortlich tun wollen, unsere Kraft nicht verbrauchen, indem wir vergangenen Gefechten nachtrauern, die wir z. T. gewonnen und z. T. verloren haben. Wir sollten uns keine Kraft und keine Zeit stehlen für Beckmesserei oder für Schmollwinkel, sondern allein dafür müssen wir unsere ganze Kraft einsetzen, daß wir die künftige Deutschlandpolitik bis zu einem Wahlsieg beeinflussen, um sie danach in unserem Sinne führen.“ Ich möchte uns in Erinnerung rufen, daß es in Ziffer 8 unseres Parteiprogramms wie folgt heißt: „Wir bejahen Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands, die das Leben im geteilten Land erleichtern; sie sollen die Fundamente künftiger Einheit erhalten und den Weg zu einer friedlichen Ordnung in Europa ebnen.“<sup>8</sup>

6 Protokolle der Sitzungen am 4. und 11. Dezember 1972 in ACDP 07-001-1405.

7 Text der Rede Barzels vor dem Bundesausschuß in ACDP 07-001-609 (hier S. 12).

8 Auszug aus dem Berliner Programm 2. Fassung, Verabschiedet auf dem 18. Bundesparteitag vom 25. bis 27. Januar 1971 in Düsseldorf (CDU, 18. BUNDESPARTEITAG S. 551).

Ich für meinen Teil möchte uns einladen, der Rederei, die sich einzuschleichen beginnt von den beiden deutschen Staaten, entgegenzutreten, indem wir von den beiden Staaten in Deutschland sprechen. Das ist etwas fundamental anderes, weil das die Andersartigkeit betont. Wir sollten immer wieder auf die Vorläufigkeit des Vertragswerks – gestützt auf die NATO-Resolution<sup>9</sup> – hinweisen, wie auf das noch ausstehende Selbstbestimmungsrecht. Aber wir würden uns in die Tasche lügen und unserem eigenen Programm auch, wenn wir nicht sähen, daß die DDR natürlich ein Gegenspieler ist, daß sie aber ohne unser Dazutun durch die Regierung Brandt zu einem zweiten deutschen Staat geworden ist, den wir überwinden wollen. Aber wir können nicht so tun, als gäbe es ihn nicht. Täten wir dies, würden wir uns in die Ecke stellen und würden den Weg für den Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland öffnen. Das kann nicht unser Ziel sein.

Wir haben, meine Damen und Herren, um den Fahrplan hier fortzusetzen, im Bundesvorstand im Januar, in jener Sitzung, mit der wir die Klausurtagungen einleiteten, einen Bericht von mir von dieser Stelle gehört, in dem ich eine mittelfristige Vorausschau gab. Darin kam die Frage des Bundespräsidenten vor, dagegen gab es Widerspruch, z. B. vom Kollegen Windelen, da kam auch die Frage des UNO-Beitritts vor, dagegen gab es keinen Widerspruch. Ich habe dasselbe dann Anfang Februar wörtlich vor der Bundestagsfraktion anlässlich der Klausurtagung in Berlin gesagt.<sup>10</sup> Ich habe dies bei dem Bundesparteiausschuß am 12. Februar hier in Bonn gesagt.<sup>11</sup> Die Ministerpräsidenten haben im Bundesrat entsprechend votiert.<sup>12</sup> Das Präsidium hat mehrfach so votiert, wir haben uns in der ersten Lesung als Bundestagsfraktion entsprechend eingelassen<sup>13</sup>, die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses unserer Seite haben 9:6 votiert<sup>14</sup>. Die Ostkommission unter Vorsitz des Kollegen Marx empfahl uns mit einer überwältigenden Mehrheit von 8:2, dem UNO-Beitritt zuzustimmen. Das zur Vorgeschichte.

Es ist unbestritten das Recht und, wie ich glaube, die Pflicht all derer, die die Sorge vor einer „Fraktionspartei“ früher geäußert haben, dies besonders gut zu verstehen, daß die Pflicht einer politischen Parteiführung ist, ihre Meinung zu entwickeln und zu sagen. Und es ist das Recht und die Pflicht der Abgeordneten, das zu vollziehen oder nicht zu vollziehen. Das ist das Normale. Aber daraus einen Konflikt herzuleiten, das glaube ich, ist verkehrt. Aber das Ganze gehört in Zusammenhänge. Wie ich glaube, nicht in finstere Zusammenhänge – als ein personales Kesseltreiben betrieben, davon

---

9 Kommuniké der NATO-Ministertagung am 30./31. Mai 1972 in Bonn in Bulletin Nr. 81 vom 3. Juni 1972 S. 1117–1119. Vgl. auch AUSWÄRTIGER AUSSCHUSS S. 1714 Anm. 34.

10 Vgl. Nr. 32 Anm. 7.

11 Vgl. Nr. 33 Anm. 4.

12 Vgl. Sten.Ber. Bundesrat 389. Sitzung vom 2. Februar 1973 S. 18–20; dpa vom 2. Februar 1973 „Bundesrat befürwortet einstimmig UNO-Beitritt Bonns“.

13 Vgl. Sten.Ber. 7. WP 14. Sitzung vom 15. Februar 1973 S. 534–638; „Süddeutsche Zeitung“ vom 17. Februar 1973 „Bedingtes Ja der Union zum UNO-Beitritt“.

14 Vgl. BT-Drs. 7/502 vom 3. Mai 1973 „Bericht und Antrag des Auswärtigen Ausschusses zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Charta der Vereinten Nationen – Drucksache 7/154“.

bin ich nicht überzeugt –, sondern in sachliche Zusammenhänge. Davon muß hier gesprochen werden.

Wir haben nach all den Analysen, in Klausuren und in Diskussionen uns doch eigentlich verständigt, daß es drei Punkte gibt – wenn Sie wollen drei Linien der Rechte und der Entwicklung, mit dem Zwang zu einer Antwort –, ohne deren Antwort, und zwar richtige Antwort auf diese Punkte, wir glaubten, einen künftigen Wahlsieg weder für den Bundestag noch für die bevorstehenden Landtagswahlen erreichen zu können. Wir waren uns einig, daß wir in keiner dieser Landtagswahlen etwa anders abschneiden dürfen als bisher, weil ohne die Sperrminorität im Bundesrat die Systemsprenger sich in unserem Lande durchsetzen würden. Und ich möchte uns alle erinnern an jenen fortschrittlichen Geist, der für meine Gefühle an manchen Stellen geradezu schon überuferte, den wir hier im Februar und im Januar im Bundesvorstand hatten. Die drei Punkte betreffen einmal unser Verhältnis zur CSU, zum zweiten die Gesellschaftspolitik und zum dritten die Außen- und Deutschlandpolitik.

Nun zunächst CDU/CSU. An dieser Stelle darf ich sagen, daß es nicht mich schmerzt, sondern zu meiner Erheiterung führt, wenn ich jetzt höre, daß ausgerechnet der zehnjährige Vorsitzende – und solange war das niemand, es war niemals in der deutschen Parteiengeschichte einer so lange Fraktionsvorsitzender, mein Selbstbewußtsein der Frage ist nicht gebrochen –, in zehn Jahren bewiesen hat, vielleicht eher zu viel Kompromisse mit Gruppen und mit der CSU gemacht zu haben, nun als den Mann dargestellt wird, der dieses Miteinander nicht will. Darüber kann ich nur lachen. Außerdem haben Sie einen Parteivorsitzenden, der in dieser Frage vielleicht auch zu viel Rücksicht genommen hat. Wir hatten zum erstenmal ein gemeinsames Wahlprogramm, verabschiedet von zwei Parteien. Wir hatten ein Plakat zu viert, wir hatten die Viererkundgebungen. (*Zwischenrufe.*) Gut, wollen wir das nachher erörtern. Ich will nur denen, die glauben, ich sei hier also so ein ganz finsterer Spaltpilz<sup>15</sup>, das in Erinnerung rufen. Wir haben gesehen, daß dies alles nicht genügte, um die von uns erkannte Schwierigkeit im Verhältnis CDU/CSU mit dem Blick auf die Wahlen zu überbrücken. Wir haben dann nach den Wahlen eine CSU-Wahlanalyse gehört, die immerhin den Satz enthielt, auch mit einem anderen Spitzenkandidaten der CDU wäre ein Wahlsieg nicht erreichbar gewesen. Wir haben es als die größere Partei unterlassen, mit dem Blick auf die CSU die entsprechende Frage zu untersuchen und zu beantworten, obwohl das, wie wir alle wissen, im Wahlkampf und hinterher eine große Rolle gespielt hat. Wir forschen nur über uns und nicht über andere, und es gibt kein rundes Gesamtbild.

Nun ist die CDU unterwegs nach Hamburg mit Kommissionen und Vorbereitungen, an denen die CSU beteiligt ist. Aber, meine Freunde, diese CDU unterwegs nach Hamburg darf nicht – und ich spreche das sehr deutlich jetzt aus – in die Situation kommen, daß man draußen meint – auch bei unseren Mitgliedern in Mainz –, hier bestimme etwa die CSU unseren Kurs oder sie korrigiere ihn. Ebensowenig dürfen die beiden Parteien sich programmatisch so auseinanderleben, daß eine gemeinsame

---

15 „Bild am Sonntag“ vom 13. Mai 1973 „Barzel: ‚Ich bin kein finsterer Spaltpilz‘“.

Politik in einer gemeinsamen Fraktion von daher unmöglich wird. Beides darf nicht geschehen. Wer mich kennt, weiß, daß ich keinen Konflikt suche. Aber ich möchte der Partei empfehlen, auch keinem auszuweichen. Wir müssen unser Programm, wie wir dies wollen, weiterentwickeln und dem Eindruck widerstehen, wir seien etwa eine fremdbestimmte, von außen gesteuerte Partei. Auf diesem Wege ist eine Majorität dort, wo sie uns gefehlt hat, uns um das Ganze gebracht hat, nämlich in der jungen Generation, nicht zu bekommen.

Und nun möchte ich all denen, die Ursache und Wirkung gerecht würdigen wollen, in Erinnerung rufen, daß nicht wir von der vierten Partei angefangen haben zu sprechen, daß nicht wir die Auflösung der Fraktionsgemeinschaft in die Debatte geworfen haben, daß nicht wir die de-facto-Bestimmung der Führer der Schwesterpartei vorgenommen haben. Und deshalb, meine Freunde, brauchen wir vor der Wahl eines neuen Fraktionsvorsitzenden – und die Wahl sollte bald sein, ich gedenke das nicht zu verzögern, ich sehe die Lage der Union – ein sachliches Gespräch mit der CSU über sachliche Fragen, damit nicht ein neugewählter Vorsitzender jetzt schon weiß, daß die nächste Explosion aus der Sache bevorsteht.

Und ich füge hinzu, meine Freunde, es wird keine Wahl zu gewinnen sein – bestimmt nicht im Bund, wie in den Ländern –, wenn den Wählern die Lage der CDU und der CSU und ihrer Gemeinsamkeit weiterhin so erscheint, wie sie ihnen im Herbst 1972 erschienen ist. Wir würden dann selbst bei 12 % Inflation eine solche Chance nicht haben. Wem dies nicht genügt, der möchte einen sachpolitischen Zusatz mir noch erlauben an dieser Stelle. Es besteht doch die Gefahr, daß der CDU-Parteitag in irgendeiner der anstehenden Sachfragen mit 60:40 einer Mehrheit entscheidet. Daß das dann, ut exempla docent, in die Fraktion kommt zur Verwirklichung und es dort eine 40:60 Mehrheit gegen dieselbe Sache gibt. Das ist doch das, was sich jetzt abzeichnet, wenn wir die Zahlen der letzten Woche uns durchrechnen, und das wäre natürlich verheerend. Nun können Sie sagen, das kann nicht passieren, weil doch der Vorsitzende daran gedacht hat, indem er nicht nur die gemeinsame Fraktion beteiligt, sondern beide Parteien aufgefordert hat, diese Kommissionen zu machen. Dies ist ein Irrtum, weil erstens die Delegierten des Parteitages frei sind, beider Parteitage, und zweitens wir bei dem zweiten fertigen Bericht, nämlich dem der beruflichen Bildung, drei Alternativmodelle den Delegierten zuschicken sollen. Ob wir dies machen werden, werden wir Ende Mai, wenn wir uns in Ruhe über diese Frage unterhalten, entscheiden, aber ganz sicher wissen wir vorher nicht, für welches dieser Modelle der Parteitag sich entscheiden wird. Wenn wir dann nicht wissen, wie sieht das bei der CSU aus, meine Freunde, dann ist dieses Stück eines notwendigen Kernpunkts der Oppositionsstrategie obsolet, und ich nehme berufliche Bildung als Beispiel für alle Fragen. Ich nenne noch gar nicht die Mitbestimmung und die anderen Dinge.

Also das ist, persönlich und sachlich keinem Kollegen zuzumuten, jetzt für den Fraktionsvorsitz zu kandidieren und gewählt zu werden ohne hinlängliche Verständigung in den wichtigsten Punkten der Sache, weil wir sonst in drei oder vier Monaten oder in sechs Monaten in derselben Situation sind.

Der zweite Punkt, in dem wir uns vorwärts bewegen müssen, betrifft die Gesell-

schaftspolitik und dort den Fortschritt. Ich glaube, daß wir uns hier bewegen müssen. Ich weiß nicht, ob wir alle mit derselben Konsequenz die Erinnerung noch haben, als wir hier im Januar und Februar sprachen, wo ganz leicht aus manchem Munde kam, nun die Parität ist für uns kein Tabu. Ich weiß nicht, ob alle daran noch erinnert werden wollen. Ich habe damals eher etwas gebremst. Ich möchte hinzufügen, daß wir die junge Generation, und da haben wir ja die Wahl eben nicht gewonnen, mit dem Ausmaße gewinnen werden, wie wir eine reformerische Partei sind, reformerisch natürlich nicht im Sinne des Sozialismus, sondern aus unserer Substanz. Und dazu muß nun einiges gesagt werden.

Zunächst zur Mitbestimmung. Ich hatte, wie Sie wissen, ungefähr 30 Einzelgespräche mit führenden Männern der Arbeiterschaft, Wirtschaft, der Partei und von anderen Seiten. Niemand verkannte die Notwendigkeit, unseren Standpunkt zu überprüfen. Es gibt allerdings einige – mehr aus zweiten oder dritten Gliedern –, die meinen – die sagen dies nicht –, die CDU dürfe sich in dieser Frage auf gar keinen Fall bewegen, weil sie so eine Bremswirkung auf die FDP habe. Das Entscheidende sei ja, daß die FDP die SPD bremse. Ich hoffe nicht, daß irgend jemand unter uns sich von diesem Gedanken leiten läßt. Denn als zweiter Hilfsbremsen der gegenwärtigen Regierung ist eigentlich die Union zu schade. Ob die Koalition hier zu einem Entwurf kommt oder nicht, wissen wir nicht. Wir wissen nur, daß sie einheitlich handeln wird, weil sie eine Absprache hat: keine wechselnden Mehrheiten. Und jetzt gibt es so viele, die sagen, jetzt bräuchten wir uns nicht neu zu bewegen. Denen kann ich nur sagen: Laßt euch den Gedanken Mitbestimmung nicht stehlen. Dies ist unser Gedanke, wer dazu nicht mit einer neuen, passenden, richtigen, sachgerechten, die modernen Probleme aufarbeitenden Antwort kommt, ist aus der Diskussion, nicht nur in dieser Frage.

Ich will der Sitzung vom Ende des Monats nicht vorgreifen, ich werde Ihnen dann empfehlen, eine Kommission einzusetzen. Die neue Aussage, die wir suchen, muß ausgehen von den Grundsätzen unseres Programms, vom Gleichgewicht der Partner, von der Notwendigkeit, eine Antwort zu geben auch auf die Zusammenhänge zwischen Mitbestimmung und der von uns gleichfalls erstrebten Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital. Diese Kommission sollte auf der Grundlage der bisherigen Aussagen und der bisherigen Vorschläge, einschließlich des Vorschlags der Sozialausschüsse<sup>16</sup>, sich an die Arbeit zu machen, um einen neuen Vorschlag auszuarbeiten. Wir werden uns zu unterhalten haben, inwieweit wir – und da werden die Meinungen zunächst auseinandergehen, aber ich glaube, wir werden uns da auch finden – dem Parteitag einen richtungsweisenden Beschluß für diese Kommission geben. Eine bloße Vertagung an eine Kommission wäre ganz sicherlich unzureichend, würde dem Problem nicht entsprechen, da wir hier auch noch Empfehlungen der Mittelstandsvereini-

---

16 Beschluß der Sozialausschüsse auf ihrer 15. Bundestagung vom 19./20. Mai 1973 in Bochum in „Informationen der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft“ vom 28. Mai 1973; WAZ vom 21. Mai 1973 „CDU-Sozialausschüsse: Mitbestimmung künftig im „Unternehmensrat““. – Zusammenstellung der verschiedenen Vorlagen zur Mitbestimmung vom März 1973 in ACDP Dokumentation 23/01/6-1 (CDU Bundesgeschäftsstelle Dokumentation).

gung zu erwarten haben und der Jungen Union.<sup>17</sup> Ich würde Sie einladen, der Formel des „Gleichgewichts der Partner“ Ihr Augenmerk zuzuwenden. Sie ist aus meiner Sicht so erwogen wie damals die der „funktionsgerechten Mitbestimmung“, über die man zuerst lachte und die heute in allen Programmen steht.

Was das Bodenrecht betrifft, so will ich nicht wiederholen, was ich dazu vor dem Bundesparteiausschuß sagte.<sup>18</sup> Die Kommission steht unmittelbar vor dem Abschluß. Ich glaube, daß ihre Ergebnisse den Kreisparteien zugeleitet werden können, damit sich die Delegierten auf dem Parteitag, auch in Kenntnis der Meinung der Basis, orientieren können.

Dasselbe gilt für die berufliche Bildung. Auch dazu will ich nicht wiederholen, was ich vor dem Parteiausschuß sagte. Hier werden wir zu entscheiden haben, ob wir drei alternative Modelle den Kreisparteien geben oder nicht. Ich meine eigentlich, daß ein Vorstand – und ich habe nie einen Vorstand anders geführt – dazu eine Meinung haben sollte. Wir können zwar die alternativen Modelle herausgeben, aber gleichzeitig sagen, das ist das Modell, für das hat sich der Vorstand der CDU, mit welcher Mehrheit immer, entschieden hat. Das sollten die Delegierten wissen.

Und nun stellen sich noch einige grundsätzliche Fragen, weil ich natürlich spüre und auch mir habe sagen lassen, daß in der Fraktionsvorstandssitzung nach meinem Rücktritt, an der ich verständlicherweise nicht teilgenommen habe<sup>19</sup>, doch auch gleich gesprochen worden ist, nun müssen wir uns unterhalten, in welche Richtung gehen wir hier nun eigentlich. Also will ich dazu einige Worte mehr sagen. Und ich setze alles das voraus, was ich in letzter Zeit nach der Wahl in Bonn und in Kassel und an anderen Stellen vor Parteigremium, Bundesausschuß usw. dazu gesagt habe.

Wir bekennen uns – und ich sage dies noch mal, weil natürlich der Eindruck erweckt wird, als seien hier einige von uns dabei, Sozialisten zu werden – zu dem Leitbild der Gesellschaft, das geprägt ist von den Zielen der Freiheit des Einzelnen, der sozialen Gerechtigkeit, der Chancengerechtigkeit, der sozialen Partnerschaft und der Solidarität aller Bürger. Fundament für diese freie und partnerschaftliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie ist ein gesellschaftspolitisches Programm für alle. Ihre Grundlagen sind Leistung und soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb und Solidarität. Sie verfolgt das Ziel, dem einzelnen immer mehr Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt zu ermöglichen und damit seinen persönlichen Freiraum zu erweitern. Die Dynamik der Sozialen Marktwirt-

---

17 Der Mittelstandsvereinigung war es auf ihrem 18. Bundeskongreß nicht gelungen, sich in der Frage der Mitbestimmung zu einigen. Die Vorlage wurde nach Überarbeitung durch den Bundesvorstand erst am 4. Juli 1973 verabschiedet. Vgl. Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (Hg.): Dokumentation. 18. Bundeskongreß Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU. Hannover 17. Juni 1973. Bonn o. J. S. 56–58; „Süddeutsche Zeitung“ vom 19. Juni 1973 „Keine Einigung über Mitbestimmung“. – Die JU hat auf ihrem außerordentlichen Deutschlandtag in Herford (1. bis 3. Juni 1973) einen Beschluß zur „Mitbestimmung in der Wirtschaft“ gefaßt. Vgl. „JU informiert“; „Westfälische Nachrichten“ vom 4. Juni 1973 „Eigenes JU-Modell zur Mitbestimmung“.

18 Ergebnisprotokoll der Sitzung vom 2. April 1973 in ACDP 07–001–612.

19 Protokoll der Sitzung vom 10. Mai 1973 in ACDP 08–001–1032/1.

schaft beschränkt sich nicht auf die ordnungspolitische Regelung der Leistungsbeziehungen zwischen den einzelnen Wirtschaftssubjekten, sondern erstreckt sich in gleichem Maße auf die Sicherung und Weiterentwicklung des sozialen Fortschritts aus eben diesem Leistungsprogramm heraus. Wenn wir aber den Angriffen der Sozialisten und anderer erfolgreich widerstehen wollen, müssen wir die Soziale Marktwirtschaft ernst nehmen und zurückkehren zu einer prinzipiellen Radikalität aus unserer Substanz heraus. Wir müssen mit der Sozialen Marktwirtschaft wieder angreifen. Nicht warum Soziale Marktwirtschaft gut war, zählt heute, wichtig ist allein, ob es uns gelingt, für die Probleme von heute und morgen bessere Antworten zu finden und die Wirklichkeit der Sozialen Marktwirtschaft durch bessere Konzeptionen weiterzuentwickeln und humaner zu gestalten. Und dazu gehört, daß wir neben dem Blick auf die Zukunft, die Haut der Regierungspartei, die wir immer noch in uns tragen, abstreifen und endlich einmal sehen, daß 1976 die Sozialdemokraten zehn Jahre Regierungspartei sein werden. Also müssen wir wirklich erkennen und offen aussprechen, wo es heute Unzureichendes, Unmenschlichkeiten, Verkrustungen, Vorherrschaften, neue Obrigkeiten und Zwänge gibt. Die Kritik am Bestehenden dürfen wir nicht denen überlassen, die jetzt regieren, sondern das müssen wir tun, weil dies ja Widersprüche zu unseren Prinzipien und z. T. auch zu den Wirklichkeiten sind, die wir in 20 Jahren geschaffen haben.

Weil wir Soziale Marktwirtschaft auch morgen wollen, sind wir aufgerufen, die sozialen Ungerechtigkeiten, die einer vollen Verwirklichung der realen Freiheit und sozialen Partnerschaft entgegenstehen, zu beseitigen. Dieses Feld dürfen wir nicht anderen überlassen. Dabei müssen wir deutlich machen, daß im Mittelpunkt dieser freien und partnerschaftlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der einzelne Mensch steht. Wir wollen zugunsten des einzelnen Bürgers mehr Wettbewerb. Da dürfen wir uns nicht an einer falschen Seite verkämpfen. Also: Mehr Wettbewerb zur Sicherung der Freiheit des Bürgers gegen wirtschaftliche Marktmacht und autoritäre Vorausbestimmung seiner Bedürfnisse. Wir wollen für den arbeitenden Menschen mehr Mitbestimmung, mehr Teilhabe an den Entscheidungen der Wirtschaft, um seiner Würde, seinen Rechten und seiner Verantwortung gerecht zu werden. Wir wollen für jeden Bürger mehr privates, persönlich verfügbares Eigentum und mehr Teilhabe an Wachstum und Ertrag der Wirtschaft zur Sicherung und Erweiterung seines Freiheitsspielraums. Dabei muß deutlich sein, daß wir für das Eigentum in der Hand der Bürger sind, und zwar aller Bürger dieses Staates. Wir sind gegen eine Zusammenballung des Produktivkapitals in Händen weniger, seien es Private oder Funktionäre oder Beamte. Hierzu haben wir bisher als einzige Partei ein gesetzesreifes Konzept vorgelegt, den Beteiligungslohn, der das Fundament dieser Politik bleiben muß. Ich möchte aber hier heute einen Schritt weitergehen und sagen, daß es darauf ankommt, über die technische Ausgestaltung unserer vermögenspolitischen Gesetze hinaus klarzumachen, um was es im Kern geht. Und hier erwarte ich viel in der künftigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung. Wenn wir Vermögenspolitik der Sozialen Marktwirtschaft sagen, dann gehört dazu für uns zunächst das Bekenntnis zum privaten Eigentum, aber auch das Bekenntnis zum Gewinn, den wir brauchen. Allerdings halte ich es für den



Fortbestand unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für eine entscheidende Frage, ob wir bereit sind, auch bei der Zuordnung von Gewinnen und Eigentumstiteln in der Wirtschaft unsere Zielvorstellung von Sozialer Marktwirtschaft und Partnerschaft radikal zu verwirklichen. Gewinn und Kapital der Wirtschaft sind das Ergebnis partnerschaftlichen Zusammenwirkens von Arbeitnehmern, Unternehmern und Kapitaleignern. Deshalb soll jeder seinen gerechten Anteil am Erfolg, am Wachstum und Ertrag der Wirtschaft bekommen. Diese Maxime gilt es, viel stärker als bisher und überzeugender als bisher durch konkrete Lösungsvorschläge glaubhaft zu vertreten. Wir werden dabei, ich wiederhole dies, nicht nur unser Programm weiterzuführen haben, sondern den Zusammenhang zwischen Miteigentum, das wir wollen, und Mitbestimmung, die wir wollen, zu berücksichtigen haben. Dies zum gesellschaftspolitischen Punkt.

Der dritte Punkt, von dem wir überzeugt waren, daß er neue Antworten von uns verlangt, wenn wir in eine neue Zukunft wollen, ist die Außenpolitik. Und ich möchte hier, ohne auch dies zu verheimlichen, mit der Deutlichkeit wie in den anderen Punkten, sagen, wir müssen nach Verabschiedung des Grundvertrages gegen uns den Anschluß an die Weltpolitik finden. Wir werden, meine Freunde, so fürchte ich, keinen Wahlsieg erringen, und denken Sie an all diese Einwirkungen auf die letzte Bundestagswahl, wenn der Eindruck entsteht – ob der stimmt oder nicht, ist nicht wichtig –, die Union sei außenpolitisch isoliert. Die Deutschen wünschen – und wer ihre Geschichte und ihre Geographie kennt, kann das verstehen, ich verstehe dies und teile diese Meinung – sich anzulehnen, nicht isoliert im Herzen Mitteleuropas zu sein. Wir müssen sehen, daß in dem Ausmaß, in dem wir etwa auch noch nach den Verträgen vordringlich die Außenpolitik der Bundesregierung bekämpfen, dies aus der Sicht befreundeter Regierungen so aussehen könnte, als würden wir zugleich deren Politik bekämpfen. Wir können uns das mit Blick auf die Konferenzen in Wien und Helsinki und angesichts der Tatsache, daß unsere ausländischen Freunde und Partner mehr als früher mit uns zusammenzuarbeiten und uns zuzuhören bereit sind, auch im Interesse der Bundesrepublik Deutschland einfach nicht leisten.

Was die UNO betrifft, will ich nicht wiederholen. Ich kann es hier kurz machen, weil ich denke, wir verstehen uns da, da wir die Probleme kennen. Wir haben nicht nur ein multilaterales Unternehmen UNO, in dem die DDR nun ist, wir haben ein multilaterales Unternehmen Helsinki (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)<sup>20</sup>, bei dem die DDR ist, und wir haben ein multilaterales Unternehmen Wien (Abrüstung/MBFR)<sup>21</sup>, bei dem die DDR ist. Europäische Nachbarn fragen mich – ich habe denen natürlich widersprochen –, ob wir etwa prinzipiell nicht bereit seien, dort zu sein, wo multilateral auch die DDR aufträte, weil dann natürlich die Sorge nicht nur bestünde, wir träten nicht auf den Boden von Verträgen. Bei unseren Freunden entsteht die Sorge, ob sie Democrazia Cristiana oder sonst wen nehmen, als sei hier diese Union die einzige Gruppe in Europa, die diese Konferenzen prinzipiell

---

20 Vgl. Nr. 26 Anm. 9.

21 Vgl. Nr. 34 Anm. 14.

nicht wollte. Ich kann deshalb nur empfehlen, den Versuch zu machen, nicht durch lauthalse Interviews, sondern durch unser Verhalten und unsere Aussagen in der Außenpolitik, nach Verabschiedung des Grundvertrages, eine Kooperation mit der Regierung zu versuchen, um gestützt darauf mit Freunden im Ausland besser kooperieren zu können. Dies müssen wir tun, weil es drei Gefahren gibt. Die Hauptgefahr, die ich sehe, kommt aus Wien. Da ist nun der Kreis der Länder in Mitteleuropa, in denen Abrüstungsmaßnahmen durchgeführt werden sollen, bezeichnet worden. Alle Welt hofft, daß es da mindestens zu einer prozentualen Abrüstung kommt. Und die USA sind ja vital interessiert wegen des Drucks des Parlaments auf den Präsidenten. Das ist sicher gut, und das will jeder. Nur hier ist eine Gefahr involviert, die größer ist als die meisten, die wir bisher hatten. Wenn einmal dieser Kreis der Teilnehmer festgelegt ist und wir, wie die Polen und die DDR und die Tschechen, dazugehören, da können Sie mit der Automatik geschichtlicher Abläufe die Uhr danach stellen, wann die Frage auftaucht, nachdem nun die beiden Großen ihre Truppen verdünnt haben, warum geschehen nicht besondere Maßnahmen in dieser besonderen Zone. Das wäre das Ende der Sicherheits- und NATO-Politik, für die wir einstehen. Wenn wir in dieser Sache Einfluß nehmen wollen, müssen wir von dieser Sache sprechen können und nicht von Problemen, die andere gegen uns entschieden haben. Denn in dieser Sache finden Sie in allen Hauptstädten, vor allen Dingen in London und in Paris, volle Unterstützung.

Zweiter Punkt: Wir müssen darauf achten – und ich kann dies kurz machen, ich verzichte hier auf den Bericht, es sei denn, er ist gewünscht, über meine Reise in die USA<sup>22</sup> –, daß die Europäer sich nicht übernehmen, indem sie so tun, als könnten sie schon ein partnerschaftliches Verhältnis mit den USA, sei es Handel, sei es verteidigungspolitisch, begründen, ohne sich selbst instandgesetzt zu haben, dies auch zu tun. Der innere Ausbau der Gemeinschaft bleibt ja weit hinter den Notwendigkeiten zurück. Ich brauche dies nicht zu wiederholen. Dieser Runde Tisch ist notwendig. Und wenn Sie heute draußen das Wort „Westpolitik“ als unsere Marke sagen, finden Sie von höchsten Stellen offenen Beifall. Hier tragen wir eine besondere Verantwortung, denn hier sind die Erwartungen in besonderem Maße auf uns gerichtet.

Und das dritte ist Helsinki. Da besteht die Gefahr, daß schlußendlich Erklärungen abgegeben werden, die in Fragen von Grenzen, von Status, endgültigere Rechtstitel schaffen, als sie durch unsere Entschließung vom 17. Mai, die immer wichtiger wird, für die deutsche Seite möglich sind. Das werden wir nur verhindern können, wenn wir in diesen Fragen unsere Kraft aufwenden. Ich will mich nicht wiederholen, ich habe dazu vor dem Bundesparteiausschuß mehr gesagt.<sup>23</sup> Ich glaube deshalb, und ich möchte dies so deutlich sagen, daß es pflichtvergessen und unverantwortlich wäre, von gestern zu träumen und dadurch an falschen, verhinderbaren Entwicklungen für morgen mitschuldig zu werden. Ich warne, hinter unser Programm zurückzufallen. Wir haben die Konferenzen von Wien und Helsinki prinzipiell positiv gewürdigt. Wir haben uns bekannt zu Frieden und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen ost-

---

22 Vgl. Nr. 34 Anm. 11.

23 Vgl. Anm. 7, hier S. 5–10.

und südosteuropäischen Staaten, und wir haben Verträge mit der DDR ausdrücklich als erwünscht bezeichnet. Ich hoffe, daß niemand von uns versucht, sich eine Welt zu malen, die es nicht gibt. Das heißt nicht, daß ich Ihnen rate, sich einzurichten in der Welt, wie sie ist, denn sie ist voller Unrecht. Aber es heißt hier auch auf die Schwerpunkte abzuheben. Und da ich gerade so deutlich spreche, möchte ich hinzufügen, daß vor der Wahl mich ernsthafte Besucher aufsuchten und sagten, ich kann euch leider nicht wählen, denn ihr seid wegen eurer Außenpolitik nicht regierungsfähig wegen der mangelnden Anschlußfähigkeit an die Welt. Und ich möchte hinzufügen, daß in diesen Tagen das viel gesagt wird. Wir müssen diese Sachen, auch die personellen und die sachlichen, sehr schnell beenden, aber nicht um den Preis von Wunschvorstellungen oder von Beteuerungen, sondern um den Preis konkreter Aussagen. Und von Koalitionsfähigkeit will ich in diesem Augenblick dann auch gar nicht sprechen.

Das sind die drei Punkte. Ich möchte nun, damit sich der Kreis schließt, zu den Eingangsgedanken zurückkehren. Im Inland und im Ausland wird der Schritt, der mir schmerzlich war, der aber konsequent und notwendig war, verstanden als ein Signal. Genauso in der Partei, deren Basis gesund ist. In der Basis aber, und das geht uns alle an, gewinnt der Gedanke an Boden, daß die in Bonn uns um die Früchte unserer Arbeit bringen. So ist mein Schritt, meine Freunde, ein Schritt ohne persönliche Rücksichten, zugleich gemeint als ein Dienst an dieser Union. Es soll, um dies hier deutlich zu sagen, den Zwang verstärken, von Erneuerungen nicht nur zu reden, sondern sie zu vollziehen. Wir müssen uns entscheiden, ob wir recht behalten oder künftig bestimmen wollen.

Welche Gefahren innen- und außenpolitisch drohen, wie ernst und wie hochgradig abenteuerlich die Koalitionspolitik ist, brauche ich nicht erneut zu betonen. Vor dem Bundesparteiausschuß im April habe ich das ausgeführt und belegt, daß die Fundamente in Gefahr sind und habe dies im Bundestag am 6. April 1973 in einer freien Rede, von der ich nicht wußte, daß sie meine letzte als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion sein würde, erneut belegt.<sup>24</sup> In dieser Sicht sind wir einig. Aber die Frage ist, ob wir in der Konsequenz einig sind. Meine Freunde, wir wollen und dürfen nicht nur abwehren, verteidigen, bewahren, Prinzipien halten, recht haben, recht behalten wollen. Wir haben nämlich Deutschland verändert, den Staat und die Gesellschaft. Wir sind als eine reformerische Partei angetreten. Die Erneuerung tut not durch Wort und Tat. Die Jugend muß das sehen. Wir sind die einzige Volkspartei. Das „C“ verpflichtet nicht nur zum Antikommunismus und zu anderen Antis, sondern zunächst zu weiteren Pros, nämlich weitere Veränderung zu wollen. Das ist die Frage, um die es geht, dabei, ich wiederhole dies, nicht Veränderungen hin auf den Sozialismus. Und dazu gehört, erstens, mit mehr Geduld, mit mehr sichtbaren Grundsätzen, mit mehr Erkennbarkeit unserer großen Ziele und unserer Weltvorstellung. Aber all das dürfen wir nicht nur erklären, sondern müssen wir in praktischer Politik durch Konsequenz

---

<sup>24</sup> Rede zur ersten Beratung des 16. Rentenanpassungsgesetzes (Sten.Ber. 7. WP 28. Sitzung am 6. April 1973 S. 1405–1410).

bekunden. Zweitens gehört dazu, der Gesellschaftspolitik mit nachdrücklichem Ernst, mit den Inhalten unserer Volkspartei, Vorrang zu geben und die vor uns liegenden objektiven, von uns selbst formulierten, Fragen zu beantworten.

Wir müssen – und ich sage dies hier freimütig, weil ich dies spüre – der Tendenz rechthaberischen Beharrens, die sich wegen der so offenbaren, schnellen und fundamentalen Fehler der Koalition als leichtere Lösung so verführerisch anbietet, widersetzen und uns zu entschlossenen Schritten nach vorne entscheiden, d. h. Veränderungen herbeiführen.

Drittens, wir müssen, ausgehend von den gegen uns geschaffenen außen- und deutschlandpolitischen Realitäten, auch in diesen Fragen nicht mit verständlicher rückwärtsgewandter Bitternis, sondern mit dem aus der Geschichte geborenen Auftrag nach vorne gerichteter Entschlossenheit handeln. Es gilt die Realität dieses einen deutschen Volkes zu stärken, das Selbstbestimmungsrecht zu erstreben, durch Kontakte und Verträge zu mehr Austausch zwischen den Menschen und den Staaten in Deutschland, durch mehr Austausch zu mehr Freizügigkeit und durch mehr Freizügigkeit zu mehr Selbstbestimmung zu kommen. Es gilt weiter, der Westpolitik Vorrang einzuräumen, die europäische Vereinigung unter den veränderten Bedingungen zu vollziehen, den Runden Tisch mit den USA und Kanada zu schaffen, die Konferenzen in Wien und Helsinki positiv zu sehen und sie, was möglich ist, zu beeinflussen, wie ich dies verschiedentlich definierte, und der Sowjetunion und den Ländern Ost- und Mitteleuropas deutlich zu machen, daß Frieden und Zusammenarbeit unsere Ziele sind.

Viertens und letztens. Wir müssen über diese Prinzipien, Ansätze, Notwendigkeiten untereinander diskutieren und auch mit der CSU sprechen. Ich will diese gemeinsame Fraktion. Ich will die in unserer Satzung vorgesehene Arbeitsgemeinschaft beider Parteien. Nichts darf stärker sein als der Gedanke der Christlichen Union. Nur: Diese Christliche Union wird so stark sein, wie sie sich aus ihrer Substanz heraus zu einer klaren und zukunftsgerichteten Politik bekennt und keiner Minderheit das Recht gibt, allein den Kurs zu bestimmen. Mit allgemeinen Beteuerungen und lediglich der Wahl eines neuen Fraktionsvorsitzenden, dem ich helfen werde, wäre nur die nächste Krise und der nächste Konflikt vorprogrammiert. Das können wir keinem wünschen und auch keinem mehr zumuten.

Meine Freunde! Dies ist eine ernste Stunde für die Union. Es ist aber auch eine gute Gelegenheit, gute Worte durch konsequente Taten zu belegen und zur Wirklichkeit werden zu lassen. Wir müssen den Wettbewerb um die Mitte gewinnen. Da liegt das Problem. Und wenn wir den nicht gewinnen, werden wir auf die Dauer verlieren. Dann wird – vielleicht halten Sie dies für anmaßend, aber dies meine ich – Deutschland insgesamt auf Dauer verlieren.

Das ist die Einführung, die ich heute geben wollte. In einer besonderen Lage der Union hielte ich es für unter unserer Würde, uns nur zu unterhalten – was auch sein muß – über einen Mißklang hier, ein falsches Wort dort, ein Zunahetreten dort, über Verfahrensvorschläge. Auch das Wort wird nötig sein. Wir müssen sehen, daß wir aus der Lage, die entstanden ist, dadurch nicht herauskommen, daß wir vorhandene Probleme unter den Teppich kehren, sondern sie lösen, einvernehmlich lösen, mit der

CSU lösen, und dann zu neuen Ufern kommen, die ich auf der Basis, die ich vortrug, möglich halte, auf einer anderen nicht. Ich danke Ihnen. (*Beifall.*)

*Kohl:* Herr Vorsitzender, bevor wir jetzt in die Debatte kommen, dies ist ja ein in jeder Weise ungewöhnlicher Vorgang, ist es schon wichtig zu wissen, haben Sie die Absicht, diese Rede, die Sie eben gehalten haben, zu veröffentlichen? Denn dann wird auch die Einlassung, die einige hier zu machen haben, natürlich auch so zu sehen sein, daß sie auch veröffentlicht wird. Ich frage nicht gänzlich ohne Grund.

*Barzel:* Herr Kollege Kohl, es wird ganz sicherlich notwendig sein, eines auf jeden Fall zu machen, und das andere muß sich jeder frei lassen, je nach Entwicklung in den nächsten Wochen. Es wird ganz sicherlich notwendig sein, einen Presseauszug, der nicht erstellt ist – ich habe zwar nach Notizen, aber doch frei geredet – einen Presseauszug natürlich zur Verfügung zu stellen, einen Auszug, der irgendwann jetzt in den nächsten zwei Stunden erstellt wird, das ist sicherlich richtig. Im übrigen kann der so mager oder so reich ausfallen, wie Sie das für richtig halten. Machen wir uns nichts vor, in Verfahrensfragen sind die Punkte, um die es heute geht, nicht gelöst. Daß hier auch Meinungen eine Rolle spielen, die man soll sagen können, das, glaube ich, ist vernünftig. Wenn der Vorsitzende auf all die öffentlichen Einwürfe nicht geantwortet hat in der Öffentlichkeit, sondern sagt, hier haben wir jetzt einen Vorstand, der soll die Sachen entscheiden, und er kommt und sagt das, was er in diesem Augenblick mit dem Blick auf die Zukunft für fundamental hält, dann ist dies sein gutes Recht, und ich meine, man sollte eher sagen, es ist gut, daß Sie das hier gesagt haben. Ich würde mich eigentlich freuen, Herr Kohl, wenn Sie gleich sagten, ich stimme dem vollkommen zu, darüber brauchen wir gar nicht zu debattieren. Das wäre eigentlich doch die leichteste Lösung, würde ich sagen.<sup>25</sup>

*Kohl:* Darf ich aus Ihrer Antwort entnehmen, das klar jetzt auszuführen, weil das natürlich die Diskussion ganz erheblich beeinflussen muß? Ich glaube, darüber gibt es doch gar keinen Zweifel, das ist ja auch ein Novum in unseren Zusammenkünften, wenn dieser Text veröffentlicht wird.

*Barzel:* Aber ich habe das Gegenteil eben gesagt. Es wird einen Presseauszug geben, den ich mir hier gleich ansehen werde. Aber, lieber Herr Kohl, ich bin ja nun nicht erst seit heute in einem Amt. Ich weiß doch, wie dies geht. Ich erinnere, nehmen wir mal ein anderes Gremium, an die Berliner Fraktionssitzung. Da hielt ich meine Rede, und draußen standen die Journalisten, und es war nicht mehr so, daß die einzelnen Kollegen nur sagten, was sie erklärt haben. Sie brachten gleich die Zettel mit, mit all den Sachen, die dort gesagt worden sind.<sup>26</sup> Also, wenn ein Vorsitzender sagt, wir haben

---

25 Veröffentlichung als Broschüre „Rainer Barzel. Zur Sache“. Hg. von der CDU Bundesgeschäftsstelle. Bonn 1973.

26 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 5. Februar 1973 „CDU setzt Klausurtagung fort“; „Die Welt“ vom 6. Februar 1973 „CDU/CSU-Beratung überschattet durch Personaldiskussion“; NZZ vom 7. Februar 1973 „Die Selbstbesinnung bei der CDU/CSU“; „Die Welt“ vom 7. Februar 1973 „... aber der Hesse Dregger hielt die zündende Rede“. – Die Rede Barzels am 5. Februar 1973 wurde vom Pressereferat der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages noch am 5. Februar 1973 veröffentlicht.

eine Vorstandssitzung und er dann die Absicht hat, einen Teil seiner Ausführungen auch herauszugeben, dann ist das ein Verfahren, das, glaube ich, in keiner Weise beanstandet wird.

*Kohl:* Aber das hat doch auch gar niemand beanstandet. Ich habe danach gefragt, ob das beabsichtigt ist, denn das bedeutet doch für Diskussionsbeiträge, daß man auf Punkte eingeht, wo man kontrovers ist, und das bedeutet in anderen Punkten, daß man Punkte unterstreicht, die nicht kontrovers sind. In Ihren Ausführungen sind eine ganze Menge Punkte, die beispielsweise, was mich persönlich betrifft, was meine Ansichten betrifft, überhaupt nicht kontrovers sind. Da sind einige drin, die kontrovers sind, aber das muß man doch vorher wissen, wenn das veröffentlicht wird, weil es ja dann umgekehrt ein ganz falsches Bild wird. Nicht mehr und nicht weniger wollte ich wissen.

*Katzer:* Ich finde die Frage von dem Kollegen Kohl ganz vernünftig. Ich hoffe, daß das alles mit auf Band aufgenommen worden ist. Ich würde sagen, das ist eine bemerkenswerte Rede gewesen, die sollte doch bitte geschrieben werden, dann sollte sie uns hier ausgeteilt werden und wenn einer eine andere Auffassung hat, soll er sie dazu sagen. Das gehört doch zu dem, was wir jetzt brauchen. Ich würde also den Antrag stellen, daß das geschrieben wird, hier verteilt wird und daß wir darüber diskutieren können. (*Unruhe.*)

*Barzel:* Zur Geschäftsordnung Herr Müller-Hermann!

*Müller-Hermann:* Herr Bundesvorsitzender, ich bedaure eigentlich, daß wir in dieser schwierigen Situation öffentlich tagen. Nichts gegen die Mitarbeiter, aber daß wir hier in einem so großen Kreis völlig freimütig sprechen sollen, halte ich für etwas bedenklich und würde bitten, daraus Konsequenzen zu ziehen.

*Barzel:* Das können wir alles machen, Herr Müller-Hermann. Im Verfahren habe ich immer eine große Liebenswürdigkeit gehabt, aber es soll sich niemand täuschen, was diesen Text hier betrifft.

*Kraske:* Herr Langguth zur Geschäftsordnung?

*Langguth:* Ich bin nicht der Ansicht, daß hier führende Mitarbeiter dieser Bundesgeschäftsstelle ausgeschlossen sein sollten. Wir haben bei einer früheren Vorstandssitzung erlebt, daß dann diese führenden Mitarbeiter das, was hier gesagt wurde, der Presse entnehmen mußten, das halte ich nicht für würdig. (*Kohl:* Der hat ja keinen Antrag gestellt.)

*Schwarz-Schilling:* Ich würde den Antrag stellen, daß Veröffentlichungen dieser Sitzung nur Beschlüsse des Vorstands sein dürfen, keine Redebeiträge.

*Barzel:* Das würde auch bedeuten, daß Einleitungsworte des Vorsitzenden nicht veröffentlicht werden dürfen?

*Schwarz-Schilling:* Ich halte es für ein Novum, daß Redebeiträge seitens des Vorsitzenden und seitens des Vorstandes als Presseerklärung des Vorstandes herausgegeben werden. (*Zwischenruf:* Nicht als Presseerklärung!) Ich bin der Auffassung, daß ein Vorstand tagt, jeder seinen Redebeitrag hat, und dann kann ein Vorschlag des Pressesprechers herausgegeben werden, wobei selbstverständlich Teile von Reden enthalten sein können. Aber ich halte es für ein unmögliches Verfahren, daß ein Vorstand tagt und eine Rede als solche als Vorstandsbeschluß nach draußen gegeben wird.

*Barzel:* Das ist doch nicht die Absicht! (*Zwischenruf:* Das will doch keiner!) Das ist überhaupt nicht die Absicht, Herr Schwarz-Schilling.

*Echternach:* Ich möchte den Vorschlag von Herrn Dr. Schwarz-Schilling unterstützen. Ich meine, Herr Dr. Barzel, Sie sollten darauf verzichten, Ihre Rede zu veröffentlichen. Niemand kann Sie zwar hindern, das der Öffentlichkeit zu erklären, was Sie für richtig halten. Aber ich meine, wenn diese Rede veröffentlicht wird, würde die Führungskrise, die wir heute haben, nicht gelöst werden, sondern sie würde in ganz neue Dimensionen hineintreten und würde als ein Richtungskampf um alle möglichen Fragen gedeutet werden. Und das würde der Union nicht nützen, sondern nur weiter schaden.

Ich sehe diesen Antrag auch vor dem Hintergrund Ihrer Ausführungen. Sie hatten im Zusammenhang mit bestimmten Punkten gesagt, hierüber sei berichtet worden, auch im Vorstand, aber dem sei nicht ausdrücklich widersprochen worden und daraus wurde dann also Zustimmung geschlossen (*Barzel:* Nein, so weit bin ich nicht gegangen.) Sie haben gesagt, in der Bundespräsidenten-Frage hat Herr Windelen etwas gesagt, in der anderen nicht. Daraus muß man doch entnehmen, daß das als Zustimmung oder mindestens Tolerierung gewertet wird. Ich möchte an sich einer solchen Methode der Meinungsbildung doch widersprechen. Wenn das also impliziert ist, würde ich das auch nicht für gut halten.

*Barzel:* Das ist nicht die Absicht.

*Blüm:* Das sind doch formale Streitigkeiten. Eins ist klar, daß wir jetzt auch inhaltliche Festlegungen brauchen und ein Versuch gemacht wird, möglichst viele Positionen auch öffentlich deutlich zu machen. Auf welchem Wege dies wird, ist eine zweitrangige Frage, was von der Bedeutung her keinen Unterschied macht. Was anderes ist, was Herr Schwarz-Schilling sagt, ob diese Rede ein Vorstandsbeschluß gewesen ist. (*Barzel:* Nein, kein Vorstandsbeschluß!) Aber daß wir etwas öffentlich – auch an inhaltlichen Diskussionen – machen, das halte ich für unerläßlich.

*Kiesinger:* Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir als dem Ältesten in Ihrer Runde, Ihrem ehemaligen Bundeskanzler, Ehrenvorsitzenden und zur Zeit amtierenden Fraktionsvorsitzenden ein Wort. Ein Wort, das nicht dazu dienen soll, salbungsvoll Konflikte zu verkleistern, sondern mit dem ich versuchen will, dieser Partei in einer sehr schweren Krise weiterzuhelfen. Darf ich zunächst mit dem beginnen, was ich in der Fraktion gesagt habe.<sup>27</sup> Ich habe in der Fraktion Rainer Barzel, der glaubte, diesen schweren Schritt, ersten Schritt für ihn wie für uns alle, tun zu müssen, gedankt. Gedankt für eine zehnjährige hingebende Tätigkeit mit all seiner Kraft, d. h. seiner physischen Kraft, seiner intellektuellen Kraft, seiner Führungs- und Willenskraft. Ich wiederhole diesen Dank ausdrücklich hier, weil ich in der Fraktion gesagt habe, daß wir in der CDU bei allen Gegensätzen, die uns manchmal trennen mögen, uns daran gewöhnen müssen, Loyalität, Dankbarkeit und Respekt, auch in kritischen Stunden, einander zu bezeugen. (*Beifall.*)

Dies zum Zweck dieser Sitzung. Die Geschäftsordnungsdebatte, diese kurze, die

---

27 Protokoll der Fraktionssitzung vom 9. Mai 1973 in ACDP 08–001–1032/1.

wir eben gesehen haben, zeigt mir die Gefahr. Kohl hat recht! Wenn der Fraktionsvorsitzende seine Rede veröffentlichen würde, dann würde das doch wahrscheinlich ... (*Barzel*: Wollen Sie Ihre veröffentlichen) jedem Mitglied dieses Gremiums freistehen, auch die seinige zu veröffentlichen. Und das würde ein Tohuwabohu schaffen, welches für unsere Partei eine Katastrophe wäre. Das heißt nicht, Herr Blüm, daß selbstverständlich auch nach außen etwas vertuscht werden soll, wenn es Meinungsgegensätze gibt. Wir wollen ja das, was der Parteivorsitzende vorgetragen hat, diskutieren. Und das Ergebnis dieser Diskussion, und darin steckt ja dann auch sein Beitrag, das kann und soll hinaus. Auch unsere Mitglieder haben ein Recht darauf, das zu wissen. Ich würde Sie also bitten, finden wir ein Verfahren, das für uns alle und für diese Partei erträglich ist und das auch dem Interesse des Parteivorsitzenden gerecht wird, der natürlich nun vor der Öffentlichkeit die Gründe seiner Entscheidung deutlich machen will. Ich habe diese Parteivorstandssitzung wie alle Bemühungen, die wir jetzt miteinander machen, angesehen als einen Versuch zu verhindern, daß diese Partei sich auseinanderlebt. Es ist ja nicht ein Konflikt zwischen CDU und CSU. Da gibt es ja Gegensätze, natürlich, die hat es immer gegeben. Niemand weiß das besser als ich, denn niemand hat eine längere Erfahrung als ich. Sondern es handelt sich natürlich auch um Meinungsgegensätze innerhalb der CDU. Diese Entscheidung, an der zuletzt Rainer Barzel glaubte, sein Signal setzen zu sollen, diese Entscheidung ist ja gefällt worden von, glaube ich, 38 CSU-Mitgliedern und etwas über 60 CDU-Mitgliedern. Die Frage „Beitritt zur UNO oder nicht“, das ist etwas, was wir uns klarmachen müssen. Ich persönlich habe mir seit langem meine Gedanken gemacht darüber, wie schwer es ist, in der jetzigen Zeit gegenüber früheren Jahren eine große Volkspartei zusammenzuhalten. Das ist nicht nur die Frage, die an die CDU gestellt ist. Sie ist noch viel, viel radikaler, wie wir wissen, an die SPD gestellt worden. Es tut mir leid, daß gerade in einer Zeit, in der sich die SPD und ihre Regierung in wahrlich keiner beneidenswerten Situation befinden, wir nun diesen Konflikt bekommen haben. Damit mache ich niemandem einen Vorwurf.

Ich würde also meinen, daß wir, das sage ich ganz klar, die Pflicht haben – wir, die wir es gut mit der CDU meinen – zu verhindern, was da und dort ausgesprochen worden ist. In vergangenen Jahren gelegentlich aus den Reihen der CSU und anderen und nun von anderer Seite, daß die Fraktionsgemeinschaft CDU/CSU im Bundestag aufgelöst werden soll.<sup>28</sup> Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie erklärt haben, daß Sie diese Fraktionsgemeinschaft wollen, Herr Parteivorsitzender. (*Barzel*: Ist das eine Überraschung

---

28 Nach dem Rücktritt Barzels vom Fraktionsvorsitz wurden Stimmen von seiten der Sozialausschüsse laut, die sich für eine Trennung von der CSU aussprachen. Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 12. Mai 1973 „CDU-Sozialausschüsse für Trennung von der CSU“; „Mannheimer Morgen“ vom 12. Mai 1973 „Die CDU bleibt auf ihren Problemen sitzen“; „Kölnische Rundschau“ vom 14. Mai 1973 „Vor dem CDU-Vorstand wurde Barzel bitter“; DUD Nr. 91 vom 15. Mai 1973 S. 1. – Strauß hatte im März 1973 erklärt, er stünde für das Amt des Fraktionsvorsitzenden bereit. Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 5. März 1973 „CSU-Chef zur Führung bereit“; FAZ vom 6. März 1973 „CDU-Abgeordnete kritisieren Strauß“. – Vgl. auch Nr. 31 Anm. 5 sowie hier Anm. 55.



für Sie?) Natürlich nicht, sondern daß Sie das hier erklärt haben. Es ist sicher die Überzeugung von uns allen, die an die Zukunft der Union glauben, daß eine solche Auflösung keinem helfen würde, weder der CDU noch der CSU noch der Fraktion noch auch diesem Volk und diesem Land. Wenn nämlich das geschieht, dann erweist es sich, daß wir nicht mehr die Kraft haben, als eine integrierende Volkspartei dieser Komplexität der Problematik und der zunehmenden Komplexität der politischen Problematik unserer Zeit gerecht zu werden. Daß eben diese Komplexität uns in eine solche Lage gebracht hat, darüber gibt es keinen Zweifel. Und deswegen müssen wir das, was Rainer Barzel hier vorgetragen hat, sehr ernsthaft diskutieren. Das ist ganz selbstverständlich. Es fällt gelegentlich die Formel, der ich zustimme: „Man kann ein Bündnis nicht schlechthin um jeden Preis aufrecht erhalten.“ Nämlich nicht um den Preis der Selbstaufgabe. Das ist ganz selbstverständlich. Daran wird niemand zweifeln. Aber ich behaupte mit Entschiedenheit, daß diese Frage gar nicht gestellt ist, sondern daß es sich darum handelt, Klarheit zu schaffen. Wenn man nämlich nicht Klarheit schafft unter uns und zwischen uns und der CSU, dann haben solche Spekulationen überhaupt eine Chance, (*Beifall.*) nur dann können sie kommen. Und so sollte diese Parteivorstandssitzung dazu dienen, diese Klarheit anzubahnen. Wir werden dann ein Gespräch mit der CSU führen. Die Parteispitzen tun das schon am Montag. Wenn Sie mir das so abnehmen, wie ich es meine, ohne Pathos, aber mit der ganzen Leidenschaft, die ein Mann spürt, der nun ein Vierteljahrhundert seines Lebens in guten und in schlimmen Tagen dieser großen Partei gedient hat, und wenn Sie den Appell, den ich an Sie richte, diesen Appell so wie ich ihn meine, aufnehmen, dann wäre ich Ihnen tief von Herzen dankbar. (*Beifall.*)

*Barzel:* Meine Damen und Herren, es gibt also drei geschäftsordnungsmäßige Punkte. Der eine ist von Herrn Kohl hinsichtlich der Publizierung, der andere ist von Herrn Müller-Hermann hinsichtlich der Anwesenheit von Mitarbeitern, und der dritte – verzeihen Sie, die Reihenfolge war anders – von Herrn Katzer, den Text ausschreiben und allen geben zu lassen.

Wenn ich Ihnen einen Rat geben darf, dann verzichten wir in diesem Augenblick auf die weitere Verfolgung aller Geschäftsordnungsanträge, denn der Ausschluß von Mitarbeitern kann doch nur dann in Frage kommen, wenn es sich um delikate persönliche Dinge handelt. Das kann man dann immer noch machen. In der Frage der Veröffentlichung oder nicht wird doch alles vom sachlichen Konsensus, den wir finden, oder nicht finden, abhängen. Das ist doch ganz klar. Das wäre ein vernünftiger Rat, und ich würde deshalb empfehlen, daß wir in die sachliche Debatte eintreten. Das ist ein Versuch, eine sachliche Debatte zu eröffnen.

*Schwarz-Schilling:* Ich hatte den Antrag gestellt, daß aus dieser Sitzung nur Vorstandsbeschlüsse herausgehen, die hier von der Mehrheit des Vorstands beschlossen worden sind. Persönliche Erklärungen sind dann anschließend von jedem als seine Einzelerklärung – nicht hier als im Vorstand gemacht – nach draußen zu vertreten. Das war mein Antrag.

*Barzel:* Ich bin da vielleicht ein bißchen drüber weggegangen, weil ich den Eindruck hatte, es hatte jemand erwidert, daß Sie gegen eine Gefahr votiert haben, die es gar

nicht gibt, nämlich die Gefahr etwa, eine Rede zur Beschlußvorlage zu machen. Die Gefahr gibt es gar nicht. Ich würde in der Tat glauben – wir wissen ja nicht, wie das hier verläuft –, daß wir in ein, zwei Stunden uns über die Geschäftsordnungsfragen erneut unterhalten, das würde ich für richtig halten.

*Kohl:* Ich möchte diesem Verfahren ausdrücklich widersprechen. Ich muß noch einmal an das anschließen, was Kurt Georg Kiesinger hier gesagt hat. Ich habe volles Verständnis, gerade in der konkreten Situation, wenn ein jeder von uns und schon gar der Parteivorsitzende das, was er für Politik richtig hält, in dieser Situation draußen sagt. Es ist völlig klar, das ist nicht nur legitim, das ist selbstverständlich. Aber es ist doch eine andere Sache, wenn hier eine Rede gehalten wird und Rede erzeugt Gegenrede, erzeugt auch Zustimmung selbstverständlich, und dann ein Teil dessen hier herausgegeben wird. Ich bin mit Schwarz-Schilling der Meinung, daß das jetzt geklärt werden muß, denn die Diskussion verläuft doch ganz anders, ob die Diskussion sozusagen de facto öffentlich ist oder ob wir hier im Bundesvorstand tagen. Was die Mitarbeiter betrifft, bin ich ganz anderer Meinung. Man soll nicht glauben, daß Indiskretionen aus dem Bundesvorstand über die Mitarbeiter herauskommen. Das läuft doch ganz anders, und da haben wir so lange Erfahrungen, daß wir wirklich sagen können, dann können wir die Sitzung schließen, wenn wir Indiskretionen vermeiden wollen. Das ist, glaube ich, eine völlig andere Frage. Aber hier geht es konkret darum, daß vor Beginn der Generalaussprache klar sein muß, ob die Generalaussprache quasi öffentlich ist. Das ist doch der Punkt des Antrags Schwarz-Schilling, und das muß man jetzt entscheiden.

*Barzel:* Ich sehe zwar, ich will mich da gar nicht querlegen, den Punkt nicht, den Herr Kollege Kohl sagt, es sei jedem unbenommen, seine persönlichen Beiträge einschließlich derer, die der Parteivorsitzende für richtig hält, natürlich öffentlich zu sagen. Wenn das die Basis ist, können wir ruhig Kohl plus Schwarz-Schilling beschließen, weil es dann an den Fakten, die sich eingeschlichen haben, ohnehin nichts ändert. Also, wollen wir so verfahren? Von diesem Vorstand wird nur herausgegeben, was der Vorstand mit Mehrheit beschlossen hat. Natürlich sind, wie Herr Kohl gesagt hat, alle frei, vor allem der Vorsitzende selbst, auch ihre Auffassung zu begründen und darzutun, dies ist ganz selbstverständlich klar. Zur Frage des Ausschlusses ist kein Antrag vorgelegt, ich habe dazu eine Bemerkung gemacht, die dem Rang der Mitarbeiter, die ja auch sonst alles von uns hören, gerecht wird. Wenn hier das Bedürfnis besteht, in irgendeiner Frage mit kollegialer Offenheit etwas zu sagen, was wir wirklich nur unter Kollegen sagen, dann kann man das immer machen, sonst würde ich dies nicht machen. Die Anregung, daß der Text ausgeschrieben wird, ist selbstverständlich. Alle Vorstandssitzungen der Partei, so lange es sie gibt, sind mit Wortprotokollen gesegnet. Also, was hier gesagt wird, wissen Sie. Was jeder sagt, steht in Wortprotokollen, die übrigens sich erfreulicher Geheimhaltung bisher erfreuen, mit Ausnahme weniger Auszüge, die Konrad Adenauer allerdings spät genug in seinem Memoiren dann verwendet hat. Ich glaube, wenn wir uns so vertagen, können wir jetzt in der Tat in die sachliche Debatte einsteigen.

*Dregger:* Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, unser Vorsitzender hat zu

Beginn einige Sachüberlegungen vorgetragen zur Innen- und Außenpolitik, wie Herr Kohl teile ich sie weitgehend. Ich bin vor allem der Auffassung, daß Personalentscheidungen Sachentscheidungen nicht ersetzen können. Aber ich bin der Meinung, daß Sachentscheidungen um so besser vorbereitet werden können, wenn die Personalentscheidung gefallen ist. Wenn ich den Vorschlag, den Parteitag als Sonderparteitag einzuberufen, gemacht habe, dann deshalb, um deutlich zu machen, daß dieses Vorziehen nicht bewirken darf, daß bis dahin nicht vorbereitete Sachthemen nachher ausfallen und etwa nicht entschieden werden. Das muß auf einem weiteren Parteitag geschehen. Was das Verhältnis von CDU/CSU angeht, kann ich nur das unterstreichen, was unser Ehrenvorsitzender dazu ausgeführt hat. Es gibt keine festen Blöcke, die sich gegenüberstehen, sondern es gibt Meinungsunterschiede, die quer durch die Parteien gehen. Wenn die CSU solidarischer auftritt, dann liegt das einfach daran, daß dort ein besserer innerer Zusammenhang vorhanden ist, aber keineswegs etwa daran, daß dort die Meinungen nicht unterschiedlich seien. Das gilt auch für den UNO-Beitritt.

Nun muß man auch diese UNO-Frage erörtern, denn das war ja der auslösende Moment für den Rücktritt des Parteivorsitzenden vom Amt des Fraktionsvorsitzenden und die dadurch eingetretene Führungskrise in Fraktion und Partei. Ich meine, man muß zwei Dinge scharf trennen bei der Betrachtung. Einmal die Sachentscheidung. Und zum anderen die Methoden, wie es zu dieser Entscheidung kam und die Konsequenzen, die daraus gezogen wurden. Ich glaube, wir alle sind uns darüber einig, daß der UNO-Beitritt zumindest nicht ganz unproblematisch ist, weil er ja sachlich und taktisch eng mit der Deutschlandpolitik der Regierung verbunden war, die wir ablehnten. Taktisch insofern, als die Koalition im Bundestag darauf bestand, beide Themen nicht zu trennen, sondern in der Debatte und in der Abstimmung gemeinsam zu behandeln. Die damit verbundene taktische Absicht war ganz offensichtlich zu sagen: Die CDU ist unglaublich, die sagt zu der einen Sache nein und zu der anderen Sache ja, obwohl beide Dinge zusammenhängen. In der Fraktion hat es über die Frage des UNO-Beitritts eine sachliche und faire Debatte gegeben unter der fairen Leitung unseres Vorsitzenden, der zu Beginn einen Rat erteilte. Nicht mehr und nicht weniger. Die Debatte war fair, die Befürworter des Beitritts haben die anderen nicht als unredliche Ignoranten bezeichnet. Und die Gegner des Beitritts waren nicht der Meinung, daß die Befürworter in der Deutschlandpolitik Grundsätze aufgaben, sondern es war eine Wertung, eine Abwägung gegeneinander, und wir sind zu unterschiedlichen Ergebnissen gekommen. Nach der eingehenden und fairen Debatte in der Fraktion wurde die Sitzung eine Stunde unterbrochen bis zur Abstimmung. In dieser Zeit sind die Beratungen weitergegangen, teilweise in den Landesgruppen. Die hessische Landesgruppe hat mit einer einzigen Ausnahme einmütig den UNO-Beitritt abgelehnt. Und es wäre völlig absurd zu behaupten und zu meinen, daß die hessische Landesgruppe einmütig gegen unseren Vorsitzenden sei. Das gilt sogar für die Frage, Herr Dr. Barzel, der Wiederwahl zum Parteivorsitzenden. Und meine persönliche Entscheidung in dieser Frage war zumindest bis jetzt völlig offen, das weiß der Herr Hasselmann, mit dem ich mich darüber unterhalten habe, als ich kürzlich in Hannover gewesen bin. Davon kann keine Rede sein. Dann kam es zu einer Abstimmung. Unser Vorsitzender hat

erklärt, die Union müsse sich daran gewöhnen, Sachfragen streitig zu erörtern und dann mehrheitlich zu entscheiden. Das ist ein durchaus demokratisches Prinzip, das ich nur unterstreichen kann. Und diese Abstimmung kam dann zu einem Ergebnis, Mehrheit für nein, wobei es mehr CDU-Abgeordnete für ein Nein gab als CSU-Abgeordnete.

Das war an diesem Tag. Am nächsten Tag trat unser Vorsitzender vor die Fraktion, erklärte seinen Rücktritt und gab dabei eine Sacherklärung ab. Ich meine, daß die Entscheidung des Vorsitzenden zu respektieren ist, genauso wie seine Meinung zu respektieren ist. Keinen Respekt, meine Freunde, verdient aber der nachträgliche Versuch, eine Sachentscheidung in eine Personalentscheidung umzudeuten. Wenn der Vorsitzende eine Vertrauenserklärung von uns will, dann muß er eine Vertrauensfrage stellen. Entweder, und das ist das Beste, unabhängig von einer Sachfrage, oder im Zusammenhang mit einer Sachfrage, das ist auch üblich. Aber zu Beginn einen Rat zu erteilen, in die Debatte kaum noch einzugreifen und nachher zu sagen, das war eine Personalentscheidung, ist falsch und geht nicht. Dann haben es andere gesagt, insbesondere der Generalsekretär, das ist nämlich der nächste Punkt. Scharfe Kritik verdient der Brief, den der Generalsekretär an die Amts- und Mandatsträger unserer Partei bis herunter zum Kreisgeschäftsführer versandt hat.<sup>29</sup> In diesem Brief ist die Mehrheitsmeinung der Fraktion völlig verzeichnet worden. Ich möchte mich, wenn ich in meinen Landesverband zurückkomme, nicht vor meinen Kreisgeschäftsführern rechtfertigen. Ich möchte vor allem nicht, daß solche Briefe, die natürlich nicht vertraulich bleiben, von den sozialdemokratischen Gegnern in meinem Lande gegen die hessische CDU verwandt werden können, nicht nur gegen ihren Vorsitzenden, sondern gegen die hessische CDU, weil ja meine Landesgruppe einmütig, mit einer Ausnahme, diesen Beschluß gefaßt hat. Es geht nicht an, daß Querelen hier in Bonn sich auf die Landesverbände ausdehnen. Wir haben im nächsten Jahr Landtagswahl<sup>30</sup>, genauso wie Niedersachsen und Bayern, und wir möchten gesund in diese Wahl gehen und nicht mit diesen Belastungen, die hier aus Bonn kommen. Das also zu der Sachentscheidung. Ich betone also noch einmal, selbstverständlich respektiere ich die politische Auffassung derjenigen, die den Beitritt bejaht haben. Ich erwarte nur, daß auch meine Auffassung umgekehrt respektiert wird.

Nun zum Brief des Herrn Kraske, der ja in den Unterlagen liegt. Ich möchte zu einzelnen Punkten etwas sagen, da es ja auch mit der Methode der Entscheidungsfindung zusammenhängt. Vorweg eine Bemerkung zu der letzten Seite. Da schreibt er: „Der Entscheidung, die gestern in der Bundestagsfraktion zu treffen war, kam und kommt um so größere Bedeutung zu, als es hier nach den Erklärungen führender Repräsentanten unserer Partei“ – ich weiß nicht, wer das war, ich nehme an, daß der Herr Windelen, der mit mir nein gestimmt hat und Herr Amrehn und ich auch zu den führenden Repräsentanten gehören – „zum ersten Mal um die Frage ging, ob die Union

---

<sup>29</sup> Brief Kraskes vom 9. Mai 1973 in ACDP 01–347–267. Vgl. „Neue Osnabrücker Zeitung“ vom 11. Mai 1973 „Erhard schüttelt nur noch den Kopf“.

<sup>30</sup> Vgl. Nr. 30 Anm. 9.

nach ihrem Nein zum Grundvertrag bereit ist, die gegen ihren Willen geschaffenen Realitäten anzuerkennen und ihre künftige Politik daran zu orientieren“. Verehrter Herr Kraske, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß auch die Leute, die nein gesagt haben, selbstverständlich, wenn die Frage entschieden ist und wenn die Verträge rechtsverbindlich sind, sich auf den Boden dieser Tatsache stellen, das gilt übrigens auch für Franz Josef Strauß, der das bei jeder Gelegenheit deutlich gemacht hat. Ich bin allerdings der Meinung, daß man das tut, nachdem die Entscheidung gefallen ist und daß es die parlamentarische Pflicht der Opposition ist, die Gegenposition zu bilden, bis die Entscheidung gefallen ist, auch deshalb, damit Kritik sich nicht außerhalb der demokratischen Parteien ansiedelt und zu Neubildungen im Parteiwesen führt.

Nun das Entscheidende, auf Seite 2 unten beginnend. Herr Kraske schreibt: „Die Entscheidung, die die Bundestagsfraktion gestern abend mit knapper Mehrheit getroffen hat, widerspricht in der Tat der im Präsidium unserer Partei vereinbarten Politik der Union.“ Meine verehrten Mitglieder des Präsidiums, ich habe großen Respekt vor unserem Präsidium. Aber ich möchte doch feststellen, als Abgeordneter, daß die parlamentarische Verantwortung nicht vom Präsidium zu tragen ist, sondern von der Fraktion. Das Präsidium kann seine Politik mit der Fraktion vereinbaren. Aber das Präsidium kann es nicht unter sich vereinbaren und Vollstreckung von der Fraktion verlangen. Ich lehne das imperative Mandat ab, gleichgültig, ob die Jusos es in Anspruch nehmen oder das Präsidium unserer Partei. Erste Feststellung!

Ich habe ferner außerordentlichen Respekt vor unseren Ministerpräsidenten im Bundesrat.<sup>31</sup> Aber auch die Herren Ministerpräsidenten können uns nicht präjudizieren, genauso wenig wie wir die Herren Ministerpräsidenten präjudizieren können.

Das dritte: Auch der Vorsitzende kann die Fraktion nicht präjudizieren. Ich selbst bin Vorsitzender, es heißt hier nämlich weiter, „von unserem Vorsitzenden bei vielen Gelegenheiten im Inland wie vor allem auch im Ausland vertreten worden ist“. Ich selbst bin Vorsitzender eines Landesverbandes, ich war Vorsitzender einer Fraktion. Ich habe es mir nie erlaubt, meinen Landesvorstand oder meine Fraktion zu präjudizieren. Wenn ich es tun würde, würden die wahrscheinlich gegen mich Konsequenzen gezogen haben. Ich kann als Vorsitzender einen Rat erteilen, ich kann auch meine persönliche Auffassung mitteilen, aber ich muß meinen Kollegen im Vorstand und in der Fraktion ermöglichen, nach eigenem Wissen und Gewissen eine Entscheidung zu treffen. Ich möchte in diesem Zusammenhang bedauern, daß der Antrag meines Kollegen Pfeffermann<sup>32</sup> von den Sozialausschüssen, übrigens aus Hessen, vor Ihrer Amerikareise, daß die Fraktion nun eingehend den UNO-Beitritt debattiere und eine Entscheidung treffe, nicht angenommen worden ist. (*Barzel*: Von der Mehrheit nicht?) Von der Mehrheit nicht angenommen worden ist. Das Ganze hatte das Ergebnis – Sie haben es auch nicht unterstützt, Herr Vorsitzender –, daß die Fraktion einen Tag

31 Vgl. Anm. 12.

32 Gerhard O. Pfeffermann (geb. 1936), Ingenieur; 1955 CDU, 1969–1994 Vorsitzender des KV Darmstadt-Stadt, 1973–1993 MdB, 1993–1997 Staatssekretär im Bundesministerium für Post und Telekommunikation. – Pfeffermann stellte seinen Antrag in der Fraktionssitzung am 5. April 1973 (Protokoll in ACDP 08–001–1032/1, hier S. 5).

vor der Abstimmung im Bundestag erstmals diese Frage eingehend debattiert hat, um zu einer Entscheidung zu kommen.<sup>33</sup> Schließlich hat Herr Kraske hier hingewiesen auf die von unserem Sprecher<sup>34</sup> bei der ersten Lesung im Bundestag vorgetragenen Bedingungen: „Es ist richtig, daß unser Sprecher sechs Bedingungen vorgetragen hat, die erfüllt sein müßten, wenn die Union ja sagen soll.“ Ich darf dazu feststellen, daß unser Berichterstatter im Plenum, nämlich Professor Carstens, der selbst ein Befürworter des UNO-Beitritts ist, erklärt hat, die Bedingungen seien, soweit es Berlin angeht, zu 80 % erfüllt.<sup>35</sup> Und unsere Kollegen im Rechtsausschuß des Bundestages, zu dem solche Leute wie Carl Otto Lenz gehören, der ja kein Rechtsextremist ist, haben übereinstimmend erklärt, die Bedingungen sind nicht erfüllt und haben daher übereinstimmend im Rechtsausschuß gegen das Votum zum UNO-Beitritt gestimmt. Daraus geht eindeutig hervor, daß man zumindest unterschiedlicher Meinung sein kann, ob diese sechs Bedingungen erfüllt worden sind.<sup>36</sup>

Nun zu unserem Vorsitzenden selbst und zu seiner Erklärung. Herr Vorsitzender, bei allem schuldigen Respekt und bei aller schuldigen Hochachtung vor Ihrer Leistung, die ich immer anerkannt habe und auch immer anerkennen werde, bitte ich Sie doch, einmal mit uns gemeinsam diese Sätze auf Seite 2 oben zu überdenken. Sie schreiben: „Nachdem die Bedingungen erfüllt sind, die unser Sprecher in der ersten Lesung des Gesetzes über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen im Auftrag der Fraktion verbindlich im Deutschen Bundestag genannt hatte,“ – daß das nicht zutrifft oder daß man zumindest unterschiedlicher Meinung sein kann, habe ich dargelegt – „hielt ich es für ein Gebot der Redlichkeit“ – für ein Gebot der Redlichkeit, nicht der Zweckmäßigkeit, sondern für ein Gebot der Redlichkeit – „mit ja zu stimmen“. Das impliziert den Vorwurf, daß die Mehrheit der Fraktion das Gebot der Redlichkeit verletzt hat, und ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich ein redlicher Mensch bin und daß das sicherlich auch für Herrn Windelen und Herrn Amrehn und die anderen Kollegen im Deutschen Bundestag zutrifft, die mit nein gestimmt haben.

„Zumal“, geht es dann weiter, „ein Nein niemand in der Welt, schon gar nicht unsere Freunde verstehen würden.“ Da wir auch auf der Welt sind, darf ich versichern, daß ich es also verstehe, warum ich mich so entschieden habe und daß ich mit meiner Gewissensentscheidung durchaus bisher zufrieden bin. Im Zusammenhang bedeutet das ja praktisch, ihr seid unredliche Ignoranten. Und dann kommt ein ganz toller Satz: „Immerhin stand am Beginn der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland Konrad Adenauers feste Zusage, Inhalt und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen zu achten und zu befolgen.“ Ich frage, was soll dieser Satz hier in diesem Zusammen-

---

33 Protokoll der Fraktionsitzung vom 8. Mai 1973 in ACDP 08–001–1032/1.

34 Werner Marx in der Bundestagsdebatte am 16. Februar 1973 (Sten.Ber. 7. WP 15. Sitzung S. 671–678). Vgl. „Die Welt“ vom 17. Februar 1973 „CDU/CSU stellt Bedingungen für Zustimmung zum UNO-Beitritt“.

35 Vgl. Sten.Ber. 7. WP 29. Sitzung am 9. Mai 1973 S. 1439–1443.

36 Vgl. „Münchener Merkur“ vom 5. April 1973 „Ausschuß billigt UN-Beitritt. Ablehnung durch CDU/CSU-Mitglieder kein ‚grundsätzliches Votum‘“.

hang? Soll das etwa bedeuten, daß aus dieser Erklärung Konrad Adenauers und der Bereitschaft, die Prinzipien und den Inhalt der Charta der Vereinten Nationen zu achten, zwangsläufig die Zustimmung zum Beitritt zur UNO folgt? Ja, entschuldigen Sie mal, der Satz muß doch einen Sinn haben! Das kann doch nur sein einziger Sinn sein! Und er impliziert damit den Vorwurf, daß die Mehrheit der Fraktion offenbar Inhalte und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen nicht zu achten und zu befolgen bereit ist. Meine Damen und Herren, wir alle achten und befolgen sie, das ist die erklärte Politik nicht nur unserer Partei, sondern der Bundesrepublik Deutschland. Obwohl wir auch schon vor zehn Jahren der UNO beitreten konnten, wenn wir dem Beitritt der DDR zugestimmt hätten, hat doch wohl bisher, unter uns jedenfalls, niemand daran gezweifelt, daß wir die Charta und den Inhalt der UNO-Satzung bejahen. Meine Freunde, wenn das dann, versehen mit einem Kommentar des Generalsekretärs in unsere Kreisparteien, Vereinigungen, bis zum Kreisgeschäftsführer hin verschickt wird, ohne daß mit einem Wort die Mehrheitsmeinung der Fraktion dargestellt und erklärt wird, dann bin ich allerdings der Meinung, daß das schädlich ist, daß das nicht geht, daß das zu kritisieren ist und daß das in Zukunft anders werden muß, gleichgültig, wer Vorsitzender und Generalsekretär der Partei oder der Fraktion ist.

Ich möchte zusammenfassen: Was ich zu kritisieren habe, ist erstens die nachträgliche Umdeutung von Sachentscheidungen in Personalentscheidungen – ich darf noch einmal versichern, daß die hessische Landesgruppe nicht die Absicht hatte, sich einmütig gegen Dr. Barzel auszusprechen –, zweitens, gegen den ständigen Versuch, die Fraktion zu präjudizieren und sie damit vor die Alternative zu stellen, entweder auf eigenes Nachdenken und Entscheiden zu verzichten oder irgend jemanden zu desavouieren. Das ist nämlich die Alternative, wenn das geschieht. Und schließlich, was ich vermieden wissen möchte für die Zukunft, ist, daß die Mehrheitsmeinung der Fraktion nachträglich gescholten wird, insbesondere in Schreiben, die ins Land hinausgehen. Es ist ja übrigens so gewesen, daß bei der Abstimmung im Bundestag sich diese Mehrheitsmeinung erhöht hat von 101 auf 130, wenn man die Berliner Abgeordneten miteinbezieht. Das ist ja ein wunderbarer Stoff für unsere politischen Gegner, wenn mit den Worten des Vorsitzenden hier diese Mehrheitsmeinung in Frage gestellt werden kann. Daß mit den Worten des Vorsitzenden, des Generalsekretärs diese Mehrheitsmeinung politisch oder moralisch in Frage gestellt werden kann, das darf nicht sein!

Was ich für notwendig halte, ist erstens, daß die Führungsorgane der Partei und Fraktion besser koordiniert werden. Statt die Mehrheitsmeinung der Fraktion zu beschimpfen, wäre es Aufgabe des Generalsekretärs in Verbindung mit dem Vorsitzenden, dafür zu sorgen. Ich bin der Meinung, daß bei solchen fundamentalen Entscheidungen wie die, die hinter uns liegen, es notwendig gewesen wäre, daß Fraktion, Fraktionsvorstand und Bundesvorstand, nicht nur das Präsidium, sich so treffen und so aufeinander in einer Reihenfolge tagen, daß wirklich ein Konsensus in der Partei hergestellt wird. Ich bin der Letzte, der sich dann einer Mehrheitsmeinung nicht fügen würde. Dann ist klar, daß wir eine solche Mehrheitsmeinung mitzutragen haben. Je höher einer in der Hierarchie dieser Partei steht, um so mehr muß er Mehrheitsent-

scheidungen, sei es in der Partei oder in der Fraktion, respektieren. Und was ich zweitens für notwendig halte, ist, daß wir die Gewissensentscheidungen einzelner respektieren, wie z. B. die meines Kollegen Kiep. Ich hatte eine ganz andere Meinung, ich war gestern abend in seinem Wahlkreis, habe dort eine Rede gehalten und wurde von Journalisten gefragt, wie ich denn nun zu Herrn Kiep stünde. Da habe ich gesagt, es gibt hier bei uns keine Schelte hinsichtlich der Sachentscheidung einzelner Kollegen. Dann wurde ich gefragt nach den Konsequenzen. Ich sagte, ich habe keine politischen Konsequenzen daraus zu ziehen, das wird Herr Kiep mit seinen Delegierten zu besprechen haben. Wir müssen also die Gewissensentscheidung einzelner respektieren, wir müssen allerdings auch die Gewissensentscheidung vieler respektieren, nämlich der Mehrheit. Ich glaube, wenn wir diese Methode anwenden würden, dann wären alle diese Dinge zu ersparen gewesen, die uns jetzt nicht erspart worden sind. Und noch ein letztes: Daß gerade in diesem Augenblick die Sache ausgelöst worden ist, ist natürlich sehr traurig. Und unsere Freunde draußen, die an der Basis – wie das so schön heißt – arbeiten und etwas leisten, sind traurig über das, was hier geschieht. Ich möchte nur feststellen, wir, die Mehrheit der Fraktion, haben die Führungsfrage nicht aufgeworfen, sondern die Führungsfrage hat Herr Dr. Barzel aufgeworfen dadurch, daß er zurückgetreten ist. Wir, Herr Dr. Barzel, haben Sie nicht dazu gezwungen, wir wollten Sie nicht dazu zwingen. Wir respektieren nicht nur Ihre Meinung in dieser Sachfrage, sondern auch Ihren Entschluß. Aber bitte respektieren Sie auch unsere Überzeugungen, Gedanken und Entscheidungen als freie Abgeordnete, die einmal vor der Geschichte die Verantwortung für das zu übernehmen haben, was sie getan haben. Ich könnte mir vorstellen, daß über diese Entscheidung man noch in fünf oder zehn Jahren reden wird und auch über die Frage, wie wir uns entschieden haben. Danke, daß Sie mir die Zeit eingeräumt haben.

*Barzel:* Herr Kollege Dregger, ich werde darauf gleich etwas sagen. Mir tritt zu nah, wer auch nur andeutungsweise unterstellt, ich respektiere nicht abweichende Meinungen einzelner, von Minderheiten oder von der Mehrheit. Dafür steht als Ausweis meine politische Arbeit. Ich würde Sie bitten, wenn wir schon in einen sorgfältigen Gang der Hergänge eintreten wollen, dann auch hier mitzuteilen, und zwar anhand der – wie ich höre – vorbereiteten Texte von Ihnen, was Sie am Abend vor meinem Rücktritt in der hessischen Landesgruppe gesagt haben und was Sie nach meinem Rücktritt im Fraktionsvorstand anhand vorbereiteter Zettel gesagt haben.<sup>37</sup> Dann haben wir erst ein volles Bild. (*Dregger:* Darf ich?) Ich habe Sie in Ruhe angehört, der Vorsitzende spricht jetzt in Ruhe!

Erster Punkt: Mir zu unterstellen, ich hätte eine Sachentscheidung umgemünzt in eine Personalentscheidung, ist vollkommen falsch, durch keinen Text und durch keine Haltung gedeckt. Diese Fraktion weiß, vom ersten Tag an, daß der Vorsitzende immer erklärt hat, er führt gern, er arbeitet gern, daran hängt sein Herz, aber niemals so weit, daß, wenn er in einer wichtigen Frage keine Mehrheit findet, er verbleibt. Ich erinnere an einen Tatbestand: Zweimal in meiner zehnjährigen Amtszeit habe ich von mir aus

---

37 Protokolle des Fraktionsvorstands nicht vorhanden.



eine Wahl des Vorsitzenden auf die Tagesordnung gestellt, weil ich eine Gesamtpolitik zur Abstimmung zu stellen wünschte, die Einzelabstimmungen betraf; das war nicht ganz durchgängig. Ich bin gerne bereit, meinen ganzen Text hier erneut vorzulesen, ich denke, Sie kennen ihn. Er gibt zur Umdeutung überhaupt keinen Anlaß. Er gibt keinen Anlaß, hier etwas hineinzulesen, was nicht drin steht. Ich schildere doch im ersten Absatz den Vorgang. Im zweiten Absatz fasse ich in fünf Sätzen meine Meinung zusammen, die ich an vielen Stellen gesagt hatte. Ich sage immer „ich“, denn ich muß doch erklären, warum das für mich wichtig ist, wenn ich dann im dritten Absatz die Konsequenzen ziehe und im vierten Absatz erkläre, damit es gar keine Meinungsverschiedenheiten gibt, daß und wie ich im Kreis der Kollegen für Politik zu kämpfen die Absicht habe.

Ein zweiter Punkt, dem ich nicht folgen kann, und der, wenn dieser Vorstand ihm folgen würde, fundamentale Fragen aufwerfen würde: Wir haben vor Saarbrücken die Diskussion gehabt „Parteierteil/Fraktionspartei“. Jetzt sagt der Kollege Dregger: „Das Präsidium kann nur Politik mit der Fraktion vereinbaren“. Dem Satz kann keiner folgen. Jeder Abgeordnete ist frei, niemand hat ein imperatives Mandat versucht. Das Präsidium hat eine eigene Führungs- und auch Koordinierungsfunktion, insbesondere mit unseren Freunden in den Ländern. Wenn Sie sagen, der Vorsitzende kann nicht präjudizieren: Es gibt keinen Fall in zehn Jahren Fraktionsvorsitz und keinen Fall in 20 Monaten Parteivorsitz, in dem ich präjudiziert hätte. Es gibt im Gegenteil die Kritik von Kritikern von mir, daß ich zu viel mit Kommissionen, Gremien, Vorbereitungen usw. arbeite. Und wenn Sie diese Auffassung haben, Vorsitzende dürfen nicht präjudizieren, dann will ich Ihren hessischen Kollegen ja nicht vorgreifen. Aber ob Sie mit Ihrem Vorstand, Landesvorstand – der allein befugt ist nach der Satzung, einen Antrag zu formulieren für die Vorverlegung eines Parteitages oder die Einberufung eines Parteitages – auch nur gesprochen haben, das ist eine Frage, die von Ihren hessischen Kollegen mit Ihnen erörtert wird und nicht etwa ich hier zu erörtern habe. Der Vorwurf, die Fraktion habe erst einen Tag vor der Entscheidung schlußendlich votiert, ist unberechtigt. Aber es ist üblich, daß selbst dann, wenn wir ein Votum vorbereitet haben – Musterbeispiel Grundvertrag –, wir vor der Abstimmung eine schlußendliche Meinungsbildung herbeiführen. Es kann niemand übersehen, daß in dem Streit, den wir zuletzt aus vergleichbarem Zusammenhang hatten hinsichtlich des Gangs nach Karlsruhe oder nicht, die Ostkommission der Fraktion sich mit der Frage befaßt hat. Sie kam zu einer mehrheitlichen, oder starken Meinung für Karlsruhe und zu einem Ergebnis mit 8:2 in den Prozentsätzen hinsichtlich des UNO-Beitritts.

Wenn Sie sagen, Herr Kollege Dregger, die Gegner münzen meine Argumentation nun gegen die Union, ist das bisher nicht geschehen, weil ich alles unterlassen habe, was also etwa in der Presse diesen Eindruck hätte entstehen lassen können. Ich stehe zu der Politik, die ich hier gemacht habe im Einvernehmen mit dem Präsidium. Oft genug, nicht beschlossen, Herr Windelen, von mir vorgetragen. Kein Mensch tut etwas anderes, als die Meinung der Mehrheit zu respektieren, dies ist ganz selbstverständlich. Ich bitte Sie nur, auch zu respektieren – dies ist ein wichtiger Punkt –, wenn er dann sagt, ich ziehe daraus die Konsequenz. Und da Sie erst seit diesem Mal in der

Fraktion sind, möchte ich Sie an einen Satz erinnern: Hier und noch an einer anderen Stelle habe ich von mir aus gesagt, anders als was in der Presse gestanden hat, ich bin bereit, in dieser schwierigen Situation nicht zu kneifen, für ein Jahr mich wählen zu lassen zum Vorsitzenden der Fraktion, weil ich in beiden Ämtern ebenso frei sein will wie meine Kolleginnen und Kollegen zu entscheiden, wie die Frage weitergeht. Also das sollte hier, glaube ich, so nicht behandelt werden. Ich würde es für einen fundamentalen Fehler halten, wenn wir uns jetzt heute nur mit dieser Frage befassen, aber sie muß wohl vom Tisch. Denn der Vorwurf schädlichen Verhaltens an den Vorsitzenden kann so nicht bleiben. Das möchte ich hier mit aller Deutlichkeit sagen und appelliere in dieser Frage an die Solidarität der Mitglieder des Präsidiums, sich wenigstens hier zu äußern, wenn sich schon nicht alle – vor allen Dingen die, von denen man es erwarten mußte – im Plenum der Fraktion deutlich genug geäußert haben.<sup>38</sup>

*Kraske:* Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich neige nicht zu übertriebenen persönlichen Empfindlichkeiten, darum geht es auch gar nicht, aber Herr Dregger hat hier grundsätzliche Fragen aufgeworfen, die die Amtsführung des Generalsekretärs betreffen und die nicht nur seine Amtsführung in den letzten Tagen betreffen, sondern die, weil sie prinzipieller Natur sind, natürlich auch die Amtsführung in den wahrscheinlich gar nicht so vielen Wochen betreffen, die ihm für dieses Amt persönlich noch zugemessen sind. Und deswegen werden Sie es mir nicht verdenken, wenn ich in dieser Vorstandssitzung auf eine Klarstellung dieses Vorstands Wert lege. Aber bevor ich zu mir selber spreche, erlauben Sie mir, Sie zu verweisen auf den Ihnen vorliegenden Text einer von der hessischen CDU veröffentlichten Erklärung oder eines Briefes von Herrn Dregger an seine Mandatsträger, in dem wörtlich dem Parteivorsitzenden „Unverantwortlichkeit, Ungeheuerlichkeit und beträchtliche Parteischädigung“ vorgeworfen wird.<sup>39</sup> Nicht nur der persönlich betroffene Parteivorsitzende ist der Meinung – auch ich selbst –, daß, wenn wenige Stunden nach dem Brief eines Landesvorsitzenden ein Bundesvorstand tagt, er zu dieser Frage Stellung nehmen muß. Das kann nicht offen bleiben, wer hier recht hat oder nicht. Der Vorwurf eines Bundesvorstandsmitgliedes öffentlich erhoben an den Bundesvorsitzenden, er habe sich parteischädigendes Verhalten zu Schulden kommen lassen, ist etwas, was so oder so ausgeräumt werden muß.

Nun zu meinem Brief: Unsere Partei im Ganzen, Ihre Landesverbände, unsere Kreisverbände beklagen seit Jahr und Tag, und manchmal mit Recht, daß wir in wichtigen Entscheidungen hier in Bonn sie zu sehr alleine lassen, sie zu sehr auf die Mitteilungen der Presse verweisen. Deswegen habe ich es nicht nur für mein Recht, sondern sehr viel mehr für meine Pflicht gehalten, unmittelbar nach dem Rücktritt unseres Parteivorsitzenden als Fraktionsvorsitzender, und zwar in der nächsten Stunde, in einem Fernschreiben an die Landesvorsitzenden – was dann als Brief an die Kreisvor-

---

38 Anspielung auf die in der Fraktionssitzung am 10. Mai 1973 vorgetragene Kritik von Lieselotte Berger und weiteren Abgeordneten (Protokoll in ACDP 08–001–1032/1, hier S. 86–94).

39 Brief Dreggers vom 11. Mai 1973 in ACDP 01–347–275. Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 12. Mai 1973 „Schwere Differenzen in der CDU/CSU“.

sitzenden gegangen ist – folgendes zu tun: Erstens, die Erklärung unseres Parteivorsitzenden im vollen Wortlaut zur Kenntnis zu bringen, da zu dieser Stunde nicht abzu-sehen war, ob sie, wie es nachher der Fall war, in einigen Zeitungen im vollen Wortlaut abgedruckt würde. Zweitens, klarzumachen, daß nach seiner Meinung – und ich be-kenne mich dazu, daß ich mich dieser Meinung angeschlossen habe und anschließe – sein Rücktritt eine konsequente Haltung war, daß ihm nach seinem Verständnis keine andere Wahl blieb. Herr Dregger hat zu meinem Brief ein paar Behauptungen jetzt eben und in seinem Brief an die hessische Partei aufgestellt, die ich einfach zurück-weisen muß, weil sie nicht stimmen. In seinem Brief sagt er, es sei unverständlich, und es müsse zurückgewiesen werden, wenn ich behauptete, die Entscheidung der Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag für ein Nein zum UNO-Beitritt widerspreche der im Präsidium und von den Ministerpräsidenten regierten Bundesländern vereinbarten Politik der Union. Meine Damen und Herren, da kann man nicht widersprechen oder dafür sprechen, dies ist einfach eine Tatsache, die sich anhand dissentierender Voten im Präsidium, im Bundestag, Bundesrat einerseits und in der Bundestagsfraktion andererseits aktenkundig machen läßt. Ich frage also Herrn Dregger, wieso er es zurückweist, wenn der Generalsekretär der Partei Feststellungen trifft, die einfach nötig sind, um klarzumachen, welche Konsequenzen der Bundesvor-sitzende aus einer so entstandenen Situation dann gezogen hat.

Zweitens, Herr Dregger hat in seinem Brief an seine Kreisvorsitzenden sich gegen den Versuch von mir gewandt, im Nachhinein die Sachentscheidung in eine – wörtlich zitiert – „unfaire Personalentscheidung umzufälschen“. Und er hat hier gesagt, ich hätte die Mehrheitsmeinung beschimpft. Meine Damen und Herren, Ihnen allen liegt dieser Brief vor. Ich möchte Sie alle um ein Votum bitten, ob in diesem Brief ein ein-ziges Wort der Beschimpfung drin steht, ein einziges Wort, was anderen Kollegen un-ehrenhafte Motive unterstellt, ein einziges Wort, was auf ein imperatives Mandat hin-weist. Ich habe mich im Fraktionsvorstand unmittelbar nach dem Rücktritt von Herrn Barzel entschieden und entschlossen gegen die Mißdeutung von Motiven von Kolle-gen ausgesprochen. Ich stehe dazu, ich habe mich immer und zu allen Zeiten gegen ein imperatives Mandat ausgesprochen, und ich bin nicht der Meinung, daß der Präsi-diumsbeschluß etwa irgendeinen in der Fraktion hätte verpflichten können, aber es ist doch eines, eine solche Verpflichtung und ein imperatives Mandat zurückzuweisen und ein anderes festzustellen, daß sich aus einem solchen Dissens für Fraktion und Partei und damit auch für den Parteivorsitzenden die Frage nach Konsequenzen er-gibt.

Letzter Punkt in diesem Zusammenhang: Herr Dregger hat mir und anderen vor-geworfen, wir wollten die Fraktion präjudizieren. Meine Damen und Herren, ich finde es geradezu grotesk, daß der legitime Kampf gegen den Parteivorsitzenden im Vorfeld einer neuen Personalentscheidung von vielen unserer Freunde mit dem Argument ge-führt wurde und wird, er hätte die Partei zu einer Fraktionspartei degeneriert, und deswegen müsse es zu einer Ämtertrennung kommen. Und im selben Augenblick, nach derselben nachprüfbaren Amtstrecke dieses Vorsitzenden, dieses Präsidiums, wird jetzt darüber geklagt, daß das Präsidium selbständig politische Beschlüsse gefaßt

habe. Ich habe mich schon entsprechend gewundert über die Reaktion auf einen ähnlichen Beschluß im Bundesausschuß.<sup>40</sup> Ich meine, es geht nur das eine oder das andere. Der Entscheidung unseres Parteivorsitzenden kam und kommt, wie ich meine, in meinem Brief sehr deutlich zum Ausdruck, nicht, um irgend jemand anzugreifen, sondern um der Partei seine Motive klarzumachen.

Und zwei Dinge, von denen ich nicht weiß, ob wir sie alle eigentlich deutlich genug gesehen haben: Unser Parteivorsitzender ist nicht, um irgend jemanden zu präjudizieren, sondern in Ausübung seiner Pflichten unmittelbar vor dieser Entscheidung z. B. in Amerika gewesen und hat den führenden Repräsentanten der Vereinigten Staaten diese Politik klargemacht.<sup>41</sup> Daß ein abweichendes Votum der Fraktion, so berechtigt es ist, so wenig man die Legitimität bestreiten kann, für ihn die Frage ernster Konsequenzen aufwirft, daran kann niemand zweifeln. Und, Herr Dregger, was die führenden Repräsentanten angeht, so will ich dabei weder den Generalsekretär nehmen, der sich gar nicht so ernst nimmt, noch den Bundesschatzmeister, der, wie Sie dargestellt haben, in dieser Frage eine weitergehende eigene Meinung hat, sondern ich nenne den Parteivorsitzenden selber, ich nenne meinen Nachbarn, Herrn Katzer. Ich kann nur sagen, die Reaktion der Öffentlichkeit auf die Erklärung unserer Ministerpräsidenten im Bundesrat war die, nach dem Nein zum Grundvertrag ist das Ja zum UNO-Beitritt der erste Schritt einer konsequenten Politik, die sich nun auf diese Realitäten stellt.

Ich lasse wieder offen, Herr Dregger, und es ist Ihr gutes Recht, anderer Meinung zu sein, ob das so ist oder ob das nicht so ist. Ich verurteile keine andere Entscheidung und keine anderen Motive. Mir geht es darum, die Schlüssigkeit einer Entscheidung klarzumachen, und ich berufe mich dabei auf eine Erklärung, die in einer sehr eindrucksvollen und sehr würdigen Form unser amtierender Fraktionsvorsitzender unter großem Beifall der Fraktion, unmittelbar bevor ich dieses diktiert habe, abgegeben hat und die heißt: Die CDU/CSU-Fraktion und unsere Parteien sollten sich ein für alle Mal daran gewöhnen, den Männern, die sie führen und die sich für sie eingesetzt haben, im Glück und im Unglück, und ich meine, vor allem im Unglück, jene Loyalität und jenen Dank zu zollen, die sie verdienen. Dieser Brief war ein Stück Loyalität des Generalsekretärs gegenüber dem Parteivorsitzenden. Und ich wehre mich dagegen, wenn etwa, wie dies leider in der Fraktion geschehen ist, alleine die Tatsache, daß ich es gewagt habe, die Erklärung des Parteivorsitzenden im vollen Wortlaut der Partei zu übermitteln, zum Gegenstand eines Scherbengerichts gemacht wird. Herr Dregger, Sie waren bei der Diskussion nicht da, Sie konnten es nicht, das war ein Vorwurf! Mir wurden die Passagen aus der Barzelschen Erklärung persönlich vorgeworfen. Ich habe gar nichts dagegen, ich verteidige sie, soweit sie meiner Überzeugung entsprechen,

---

40 Der Bundesausschuß hatte in seiner Sitzung am 2. April 1973 beschlossen, den Bundesvorstand aufzufordern „vor jeder Sitzung des Bundesausschusses den Delegierten konkrete Beschlußvorlagen zuzustellen“. Allerdings sei dadurch nicht ausgeschlossen, „daß auf den Sitzungen des Bundesausschusses aktuelle Fragen diskutiert und entschieden werden“ könnten (Protokoll in ACDP 07-001-612).

41 Vgl. Nr. 34 Anm. 11.

aber die Tatsache, daß ich es gewagt habe, das an die Kreisvorsitzenden zu schicken, war ein Punkt in der Fraktion, und ich meine, das geht nicht.

Zum letzten: Meine Damen und Herren, ich bin für eine große Solidarität in unserer Partei und in unserer Fraktion, und das ist das Gegenstück zu der Loyalitätsforderung von Herrn Kiesinger. Deswegen kann niemand von uns daran liegen, unnötig Wunden aufzureißen oder zusätzliche Probleme zu erfinden. Aber wir werden über diese kritische Situation hinwegkommen, wenn wir jetzt wirklich über die Probleme diskutieren und wenn wir nichts unter den Teppich kehren. Und deswegen erlauben sie mir zum Schluß, auf einen Punkt von Herrn Dregger einzugehen, der ein solches Problem ist. Ich meine ein Problem, was uns nunmehr seit einem ganzen Jahr belastet. Herr Dregger schreibt nämlich in seinem Brief an seine Partei: Außerdem solle sich Kraske daran erinnern, in welchem Maße er selbst die Fraktion vor der Entscheidung des 17. Mai über die Ostverträge zu präjudizieren versucht habe, außerdem solle er daran denken, daß damals insbesondere die Ministerpräsidenten im Bundesrat ihr Votum gegen die Verträge abgegeben hätten, daß die Fraktion die Parteiführung nicht daran gehindert hätte, sich darüber hinwegzusetzen und zu einem anderen Ergebnis zu kommen. Herr Dregger: Nicht nur Fraktion und Partei, auch die Ministerpräsidenten sind in einer anderen Situation zu einem anderen Ergebnis gekommen miteinander, sonst wären nämlich die Verträge am Bundesrat damals gescheitert.

Aber zur Sache, meine Damen und Herren, ich finde es in unserem Verhältnis und im Verhältnis zur CSU eine unglückselige und eine gefährliche Entwicklung, wenn wir uns in jeder kommenden Meinungsverschiedenheit wieder wechselseitig irgendwelche Sünden aus den Tagen des 17. Mai vorhalten. Wir haben im Fraktionsvorstand durch ein sehr offenes Wort von unseren Kollegen Katzer und Kiep unsere Freunde von der CSU zu erstenmal nach einem Jahr – so zurückhaltend sind wir – daran erinnert, daß die Verhandlungen mit der Bundesregierung unter voller Zustimmung der CSU zustandekamen und daß die CSU daran maßgeblich in vorderster Front und aktiv beteiligt war. Wir haben sie daran erinnert, daß Herr Strauß der Fraktion die Stimmenthaltung empfohlen hat. Aber in diese Wahrheitsklärung gehört nun auch das hinein, zur Kenntnis zu nehmen, und wozu ich, nachdem Herr Dregger das jetzt wieder aufrührt, Sie bitten muß, was Ihre Meinung ist zu dieser Haltung Ihres Generalsekretärs.

Dieser Bundesvorstand hat am 8. Mai 1972 eine nahezu einstimmige Erklärung verabschiedet, in der die Verhandlungen von Rainer Barzel gebilligt wurden, in der er gebeten wurde, den eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen. 8. Mai! Am 10. Mai hat Herr Dregger an Herrn Barzel folgendes Telegramm gerichtet: „Der erzielte Resolutionstext kann die Verträge zwar nicht ungeschehen machen, das wäre auch bei einer Ablehnung nicht möglich, die Resolution verändert aber den politischen Charakter der Verträge grundlegend, sie ist nach Lage der Dinge optimal und ein ganz ungewöhnlicher Erfolg der Fraktion, ihrer Verhandlungskommission und ihres Vorsitzenden. Dieser Erfolg darf jetzt nicht Brandt, er muß der CDU zugute kommen, wenn wir die nächste Wahl gewinnen wollen. Der Vorsitzende und die Verhandlungskommission dürfen jetzt nicht desavouiert werden, die Fraktion muß sich geschlossen hinter sie stellen. Ich appelliere an alle Freunde, insbesondere aus den

Kreisen der Vertriebenen, denen ich meine volle Solidarität auch für die Zukunft zusichere, das bei ihrer Entscheidung zu bedenken. Vor einer definitiven Entscheidung der Fraktion sollte der Bundesvorstand gehört werden, ich beantrage seine sofortige Einberufung. Wenn es der Sache dient, bitte ich, diesen Text in der Fraktionssitzung zu verwenden.“<sup>42</sup> 10. Mai! Am 13. Mai habe ich in einer öffentlichen Rede, und dies war meine einzige Präjudizierung in dieser Frage, folgendes gesagt: „Wenn das schlimme Wehner-Wort vom Tisch kommt, wenn dagegen Brandts Erklärung, die Resolution werde ein Instrument der Vertragspolitik sein, Regierung und Koalition wirklich binde, wenn unsere sachverständigen Kollegen bei ihren Beratungen zu dem Ergebnis kommen usw., dann komme ich bei einem sorgfältigen Abwägen aller Umstände zu dem Ergebnis, daß unsere wesentlichen Bedingungen für ein Ja erfüllt sind und daß daher ein Scheitern der Verträge nicht mehr zu verantworten ist usw.“ Dann kam wiederum zwei Tage später, am 15. Mai eine Entschließung des Bundesvorstands, die ursprünglich eine klare Empfehlung an die Fraktion zum Ja enthalten sollte und wo auf Wunsch von einigen, der CSU und Helmut Kohl, aus guten Gründen eine Formulierung geändert wurde und es hieß, die CDU kennt weder ein imperatives Mandat noch einen Fraktionszwang, daher liegt die letzte Entscheidung bei der Bundestagsfraktion, aber – haben wir damals verabredet diese Formulierung hier – der Text ist ein klares Votum für diese Entscheidung. Meine Damen und Herren, ich möchte Sie fragen, ob der Generalsekretär dieser Partei es sich eigentlich ein Jahr danach gefallen lassen muß, daß er in einem solchen veröffentlichten Brief von einem Mitglied dieses Kreises, von einem Landesvorsitzenden, als ein Mann dargestellt wird, der entgegen Ihrer aller Meinung aus völlig eigenem Antrieb Fraktionen präjudizieren wollte und eine alleinige Politik gemacht hat, oder ob dieser Generalsekretär ein Mann ist, der sich bemüht in seiner Amtsführung, sicher mit allen Mängeln, die wir alle haben, die Entscheidungen und die Politik dieses Gremiums in der Partei zu vertreten.

*Von Hassel:* Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich bedauere, daß wir den größten Teil des Tages damit verbrauchen müssen, über Vergangenes zu reden und Vergangenes aufzuräumen. Ich möchte daher das Meine dazu beitragen, daß wir diesen Teil der heutigen Sitzung doch zeitlich etwas begrenzen können und möchte daher nur zwei Punkte aufnehmen. Das eine ist der Vorwurf, der Vorsitzende präjudiziere und habe das öfter getan. Herr Kollege Dr. Dregger, ich gehöre dem Präsidium seit 1956 ohne Pause an, habe sämtliche Organisationsformen, die die CDU erfunden hat, mit vier Stellvertretern, mit zwei, mit Geschäftsführern und einem Stellvertreter und, was weiß ich alles, erlebt. Ich kann Ihnen nur sagen, es gab eine einzige Zeit im Präsidium, in der der Vorsitzende uns zuweilen präjudizierte, das waren die Jahre mit Konrad Adenauer, der uns dann in seiner unnachahmlichen Form sagte, er habe folgendermaßen beschlossen, Doppelpunkt, und dann kam etwas, was er uns dort mitteilte. In den Jahren danach, und dazu zählt auch die dichte Folge der Sitzungen unter

---

<sup>42</sup> Vgl. dpa vom 13. Mai 1972 „Dregger: Ja zu den Verträgen ‚bei völkerrechtlicher Verbindlichkeit‘“; „General-Anzeiger Bonn“ vom 12. Mai 1972 „Doch breite Mehrheit für die Verträge?“.

diesem Vorsitzenden, unter Dr. Rainer Barzel, kenne ich keinen einzigen Punkt, an dem der Vorsitzende uns präjudizierte, in dem er sich nicht bemühte, mit uns gemeinsam Lösungen anzustreben. Und wenn wir feststellten, daß das irgendwie nicht nur das Präsidium tangierte, sondern auch andere Bereiche, dann wurden z.B. die Ministerpräsidenten hinzugebeten oder die Wirtschafts- und Finanzsachverständigen oder die Sozialpolitiker oder andere, um im Präsidium mit deren Sachverstand und deren Verantwortungsbereich, nämlich Bundesrat, eine Lösung zu finden.

Das zweite: Herr Kollege Dr. Dregger, Sie gehören dem Bundesvorstand auch seit längerem an und wissen, wie oft im Bundesvorstand und im Parteiausschuß der Partei, dem Vorstand und dem Parteiausschuß, wie lange und wie oft dort den führenden Damen und Herren der Fraktion der Vorwurf gemacht worden ist, daß die Fraktion entscheidet und die Partei praktisch selber nachher vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Ich glaube also, daß hier daran erinnert werden muß, daß die Mitglieder des Vorstandes oft genug selbst moniert hatten, daß nicht die Partei als solche eine stärkere Führungsfunktion übernahm, als sie es übernehmen konnte, angesichts der Tatsache, daß sie nicht alleine, sondern die Fraktion im Deutschen Bundestag gemeinsam mit der CSU zu entscheiden hat. Ich möchte auch erklären, daß auch im Vorstand gemeinsam mit Landesvorsitzenden, wenn es sich um besondere Bereiche handelte, immer ein einvernehmliches Votum zustande kam, bei dem vielleicht mal dieser oder jener anderer Meinung war. Ich erinnere nicht einen Fall im Bundesvorstand, in dem der Vorsitzende uns präjudizierte.

Das dritte: Niemand, der nicht im Präsidium bei Beschlüssen, die wir faßten und mit denen wir an die Fraktion herantraten, hat etwa die Meinung vertreten, es gäbe ein imperatives Mandat. Wir sind leidenschaftliche Kämpfer dagegen. Wir leiden aber, Herr Dr. Dregger, unter einem: Wenn Sie vorschlagen, die drei Gremien, nämlich Fraktion, Vorstand und Präsidium müßten mehr kooperieren, da kann ich Ihnen nur sagen, daß das sicher nicht am Präsidium liegt, sondern an der allgemeinen Terminalsituation, die entsetzlich ist und die vor allen Dingen auch, wenn man die Fraktionsseite sieht, dort zu jenen Schwierigkeiten führt, daß wochenlang einmal durch Pausen oder durch Arbeitspausen innerhalb der Parlamentszeit die Fraktion nicht zusammengerufen werden kann. Wenn in der Bundestagsfraktion z. B. ein Antrag gestellt wird, eine Frage gleich zu behandeln oder sie zu verschieben auf einen späteren Tag, dann ist leider die Art der Fraktion – und das würde ich in der Fraktion genauso deutlich sagen – die, es dann möglichst zu verschieben, weil man in der Zwischenzeit nämlich glaubt, Zeit zu gewinnen, um seine anderen Dinge in der Zwischenzeit zu erledigen. Zum ersten Mal, wo es ein musterhaftes Beispiel gegenteiliger Auffassung gab, war jetzt am vergangenen Dienstag, als wir abends um 17.00 Uhr darüber befanden, ob wir den § 218 weiter beraten oder ob wir uns vertagen.<sup>43</sup> Wir haben verlangt, daß weiter bera-

---

43 Im Fraktionsprotokoll für Dienstag, den 8. Mai 1973, ist eine Unterbrechung von 17.40 Uhr bis 19.30 Uhr vermerkt. Die Fraktionssitzung am 9. Mai 1973 ging mit Unterbrechung von 9.15 Uhr bis 12.50 Uhr und am Donnerstag, dem 10. Mai 1973, wurde von 19.15 Uhr bis 1.05 Uhr getagt (Protokolle in ACDP 08–001–1032/1).

ten wird und haben das zwei Stunden gemacht und haben uns dann am Donnerstagabend noch einmal zusammengesetzt und von 19.15 Uhr bis 1.15 Uhr zusammengesessen in erstaunlich starker Besetzung – zum erstenmal, daß einfach ein Antrag, sich zu vertagen, nicht durchging, weil man sagte, jetzt wird endlich mal gearbeitet. Aber das etwa dem Vorsitzenden oder dem Fraktionsvorsitzenden anzulasten, wenn draußen diese Stimmung sehr schnell vorhanden ist, etwas zu vertagen, weil man dann, ich wiederhole es, Zeit gewinnt für andere Dinge, das ist leider ein Vorgang und eine Eigenart der christlichen Demokraten aller Schattierungen. Die kann man uns nicht anlasten, wenn etwa eine solche Aussprache – wie von Ihrem Freund aus Hessen beantragt – zu dem Gesetz zum Vertrag zum Beitritt zur UNO nicht hat verabschiedet werden können. Man muß uns einmal das Kunststück zeigen, wie man genügend Zeit findet, um wirklich so miteinander zu kooperieren, daß Friktionen, wie wir sie gehabt haben, nicht entstehen können. Das ist eine Frage unserer Terminkalender und nicht des schlechten Willens etwa des Präsidiums oder seines Partei- oder Fraktionsvorsitzenden bisher.

Das letzte in dieser Folge ist dieses: Sie sprechen von der Frage, wie weit eigentlich wir isoliert wären in der Welt, wenn wir den bisherigen Kurs der Ablehnung, beispielsweise des Beitritts zur UNO, fortsetzen. Herr Dr. Dregger, diejenigen bei uns, die den Kontakt zu befreundeten Parteien halten – das ist bei mir zu den christlichen Parteien, als Vizepräsident der EUCD oder zu den Konservativen, siehe nächste Woche die Konferenz in Luxemburg<sup>44</sup> – oder die etwa in den Vereinigten Staaten, in Lateinamerika oder sonst wo sind, haben ungeheure Mühe, den eigenen Freunden unseren Standpunkt klarzumachen. Das ist gar kein Zweifel, daß das zwar gelingt, aber meistens nur acht Tage vorher. Die Situation, in der sich die CDU in der Welt befindet, ist leider genau so, wie sie der Fraktionsvorsitzende geschildert hat. Das kann Ihnen jeder bestätigen, der die Verhältnisse draußen kennt. Deshalb meine ich, daß diese Vorwürfe, die hier gegen die Führung erhoben worden sind, nicht zu Recht bestehen, und es hat mich tief getroffen, heute morgen die Nachrichten über die dpa-Verbreitung von Ihnen zu lesen.

Verehrter Herr Dr. Dregger, Sie kritisieren den Generalsekretär. Der ist, wie wir eben gehört haben, nun weiß Gott in der Lage darzustellen, was ihn eigentlich geleitet hat in diesem einen Jahr, und was er getan hat. Darf ich daran erinnern, Herr Dr. Dregger, daß wir, als wir in Braunschweig uns entschlossen, aus den Erfahrungen der Vergangenheit einen Generalsekretär als eine Institution einzurichten, wir diesem Generalsekretär große Vollmachten gegeben haben. Ganz bewußt größere Vollmachten als früher dem Bundesgeschäftsführer. Aus gutem Grund! Mir klingt noch im Gehör, wie Sie bei dieser Frage selber leidenschaftliche Plädoyers für den Generalsekretär gehalten haben. Und deshalb meine ich, daß Sie an diesem Punkte doch bitte auch einmal korrigieren, was Sie hier über die Arbeit des Generalsekretärs Dr. Kraske ausgeführt haben. Wenn wir dort nur Kreaturen haben wollen, die das tun, was vielleicht

---

44 Der Exekutivausschuß der EUCD traf sich am 24. Mai 1973 in Rom (DUD Nr. 97 vom 23. Mai 1973 S. 7).



den geometrischen Mittelpunkt sämtlicher Meinungen der CDU darstellen könnte, dann können wir uns nachher einen Mann nach BAT VI suchen, brauchen keinen Generalsekretär. Was dabei dann herauskommt, werden Sie verstehen. Ich bin deshalb sehr getroffen über das, was ich heute morgen, Herr Dr. Dregger, gelesen habe, und ich wäre sehr dankbar, wenn wir das heute hier bereinigen könnten, damit wir wirklich sowohl in der Fraktion als auch in der Partei nach vorne schauen können und uns mit der Vergangenheit, weder mit dem 17. Mai damals, noch mit dem 11. Mai jetzt, noch in Zukunft damit weiter zu befassen brauchen, sondern das ausräumen können.

*Lorenz:* Herr Vorsitzender, Sie haben zu Beginn in umfangreichen Ausführungen zu wesentlichen Punkten unserer auch künftigen Politik Stellung genommen. Ich habe volles Verständnis dafür angesichts der Tatsache, daß es auch, gerade in den Wochen, die vor uns liegen, aber auch in den Auseinandersetzungen der Fraktion, die unmittelbar hinter uns liegen, um wesentliche Sachprobleme geht bzw. gegangen ist. Aber ich bitte zu verstehen, daß wir nicht – mindestens ich nicht – in der Lage sind, nun zu dem ganzen Tableau hier abschließend Stellung zu nehmen. Ich stimme in vielem dem zu, was Sie hier gesagt haben, soweit ich es mir notieren konnte und noch im Ohr habe. Aber ich bin nicht in der Lage, nun die einzelnen Formulierung zu prüfen, von denen Sie ja selbst gesagt haben, daß sie ganz wesentlich seien für unsere künftige Marschroute. Ich möchte deshalb nur sagen, vieles von dem, was Sie z. B. zur Gesellschaftspolitik gesagt haben, findet nicht nur meine, sondern auch die Zustimmung des Landesverbandes Berlin. Beispielsweise was die Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit bei der Mitbestimmungsfrage betrifft. Aber ich kann mich abschließend erst äußern, wenn wir das Manuskript vorliegen haben. Ich glaube, daß das dann vielleicht nicht nur eine Angelegenheit dieses Vorstandes ist, sondern vielleicht des Bundesausschusses oder letzten Endes wahrscheinlich des Bundesparteitages in Hamburg, hier Antworten zu finden.

Das gilt auch für Ihre außenpolitischen Ausführungen. Hier möchte ich einen Moment verweilen. Sie wissen, daß die Berliner Ihre Politik in bezug auf die Ostverträge unterstützt haben. Ich bin auch der Auffassung, daß es notwendig ist, nachdem das alles abgeschlossen ist, auf den Boden der völkerrechtlich wirksamen Tatsachen zu treten und von da aus Politik nach vorn zu machen. Nur muß man natürlich sehen, daß das eine Erklärung ist, die im Detail zu Schwierigkeiten führen kann. Es gibt eben Probleme dabei, wie das zu machen ist und von wann ab das zu machen ist. Ich darf mal ein Beispiel sagen: Würde es bedeuten, daß zu dieser neu zu formulierenden Politik auch schon gehört, daß dem Atomsperrvertrag zugestimmt wird oder nicht? Darüber kann man mindestens unterschiedlicher Auffassung sein. Man konnte auch, Herr Dr. Barzel, in bezug auf den UN-Beitritt dazu unterschiedlicher Auffassung sein. Ich habe eigentlich immer zunächst den UN-Beitritt unmittelbar im Zusammenhang mit dem Grundvertrag gesehen. Und da es unser aller überwiegende Meinung war, den Grundvertrag abzulehnen, wäre es zunächst logisch erschienen, dann auch den UN-Beitritt abzulehnen, denn die Voraussetzungen für die Aufnahme zweier deutscher Staaten sollte ja eben der Grundlagenvertrag sein, und der genügte unserer Meinung nach nicht. Ich habe dann später eigentlich die Formulierung, daß dann der Grund-

vertrag schon angenommen und nun auf dieser Basis die Entscheidung neu zu fällen sei, mehr als taktische Hilfestellung empfunden, weil das UN-Gesetz ja auch zustimmungsbedürftig im Bundesrat ist und wir eigentlich nicht wollten – falls es uns gelingt, unsere sechs Bedingungen erfüllt zu sehen – nun eine neue Debatte, oder die Debatte vom Mai vorherigen Jahres erneut in der Öffentlichkeit zu führen. Das habe ich also auch verstanden. Aber ich habe immer als Voraussetzung betrachtet, daß wir eben die Bedingungen, die wir da trotzdem noch materiell an den Beitritt zu knüpfen hatten, auch als erfüllt ansehen.

Ich bitte folgendes zu verstehen und damit also auch das Votum meiner Parteifreunde in der Bundestagsfraktion: Nach unserer Auffassung waren eben – zwischen der Meinungsbildung hier im Vorstand, oder vielmehr im Präsidium, und auch mit den Ministerpräsidenten im ersten Durchgang im Bundesrat und schließlich der Abstimmung im Bundestag – bestimmte Ereignisse in Berlin geschehen, die in ihrer Summe deutlich machten, daß die Sowjetunion nach wie vor uneingeschränkt das Ziel verfolgt, Berlin von der Bundesrepublik Deutschland zu isolieren. Und es gab auch schon vor der Abstimmung über den UN-Beitritt Meinungsäußerungen in der deutschen Presse, die erklärten, es sei natürlich völlig klar, daß die Bundesrepublik Deutschland West-Berlin nicht vertreten könne. Unsere Freunde waren äußerst besorgt über die Stellung Berlins im Zusammenhang mit diesem Beitritt, was ja letzten Endes dann auch zu der Meinungsäußerung der meisten geführt hat. Es gab von vornherein welche, wie Dr. Gradl, die der Auffassung waren, daß man aus anderen, noch übergeordneten Gründen, nicht zustimmen könne. Und insofern, Herr Dr. Barzel, war natürlich der Passus in Ihrer Erklärung, es sei ein Gebot der Redlichkeit – Ihrer Auffassung nach –, nachdem die Bedingungen erfüllt waren, nun auch zuzustimmen, für viele problematisch, weil entweder die Auffassung bestand, daß die Bedingungen nicht erfüllt waren oder aber zumindest die Inanspruchnahme des Wortes „Redlichkeit“ bei der Komplexität der zu beurteilenden Gesamtlage eben doch eine starke Belastung für viele bedeutet. Ich halte mich für verpflichtet, das hier zu sagen. Daß der Herr Generalsekretär das dann mitgeteilt hat, kann ich ihm nicht übelnehmen. Man hätte möglicherweise die Gesamtdarstellung der Motive in geschickterer Form machen sollen.

Aber nun, lieber Herr Dr. Dregger, muß ich auch mal folgendes sagen: Wie Sie darauf reagiert haben, verstehe ich ehrlich gesagt nicht, und das findet auch nicht die Billigung meiner politischen Freunde. Ich habe volles Verständnis, wenn Sie das hier in der nötigen Deutlichkeit ausdrücken. Aber wir sind doch nun ohnehin schon in letzter Zeit belastet, übrigens leider auch durch die CSU, wie ich hier mal freimütig sagen will, durch öffentliche Erklärungen und Beurteilungen des Verhaltens des ein oder anderen von uns untereinander. Und viele von uns haben sich immer nur mühsam verkneifen müssen, Kommentare zu Meinungsäußerungen anderer abzugeben. Zum Beispiel, wenn ich das mal hier für meine Berliner Freunde und mich sagen darf, zu Meinungsäußerungen unseres Schatzmeisters Kiep, mit dem ich vielleicht in vielerlei Weise in der Beurteilung der zukünftigen Politik übereinstimmen mag. Bei dem habe ich aber nie verstanden, daß er formuliert hat, wir müssen umdenken, wir müssen unsere Politik völlig ändern, so daß viele unserer Leute der Meinung waren, wir müßten praktisch

alles, was wir von Adenauer an gemacht haben, nun verwerfen und eine völlig neue Basis unserer Politik finden, was wir natürlich nicht wollen.

Nun möchte ich bitte doch dringend empfehlen – und ich meine, auch die Wortwahl der Beurteilung der Meinungsäußerung des Vorsitzenden, dem man doch nun wirklich zubilligen muß, daß er einen solchen Schritt, der ihm, wie er selbst sagt, schwergefallen ist, auch in äußerster innerer Bewegung getan hat –, nicht jedes Wort, was er gesagt hat, auf die Goldwaage zu legen. Ich finde die Wortwahl nicht angemessen. Ich würde übrigens nun wirklich dringend bitten, meine Damen und Herren, liebe Freunde, daß wir von heute an auf eine Weiterverfolgung solcher öffentlichen Auseinandersetzungen des Verhaltens des einen oder anderen von uns verzichten. (*Beifall.*) Die ganze Partei ist ohnehin schon zutiefst aufgewühlt von den Vorgängen hier in Bonn und sehr betroffen aus vielerlei Gründen, daß das also weitergehen und zu einer langanhaltenden, ernsthaften Krise unserer Partei führen kann. Ich kann Ihnen deshalb nur zustimmen und allen denen, die auch dieser Auffassung sind. Es ist auch unsere Meinung, daß die weitere Diskussion und die weiteren Maßnahmen auf keinen Fall von uns aus zu einer Entwicklung führen dürfen, die etwa auf eine Trennung von der CSU in der Fraktion hinausläufe. Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß das eine historische Entscheidung wäre, die über Jahrzehnte nicht wiedergutzumachen ist. Es gibt, ich darf das hier noch mal sagen, viele verantwortliche Persönlichkeiten, die morgen vielleicht in der deutschen Politik nicht mehr da sind oder keine Rolle mehr spielen. Es muß aber weiterhin eine Aktions- und Zusammenarbeitsgemeinschaft der CDU und CSU geben, wenn unser Volk nicht großen Schaden nehmen soll.

Diese Worte richte ich natürlich nicht nur an uns, die wir hier beisammen sind, sondern auch mit demselben Nachdruck an alle Exponenten der CSU. Ich weiß, daß da manche Schwierigkeiten sind. Ich wende mich auch ausdrücklich gegen alle, die die Diskussion innerhalb der CDU so zu führen scheinen, als ob es auf die Spaltung nicht ankäme. Ich würde also bitten – es gibt auch bei uns in Berlin die eine oder andere Gruppe – mit allem Nachdruck in den Landesverbänden darauf hinzuwirken, daß das aufhört. Wir müssen die Diskussion offensiv führen, wir müssen auch unterschiedliche Meinungen offen austragen, aber wir müssen sie mit der Grundtendenz führen, daß wir unsere Partei nach vorne bringen und daß wir die Gemeinschaft mit der CSU erhalten und wieder die führende politische Kraft in Deutschland werden.

Nun möchte ich zum Schluß noch sagen, wir sind der Auffassung, daß wesentliche Sachfragen im Herbst in Hamburg entschieden werden sollen, daß aber die Personalfrage nicht mehr mit der Entscheidung bis Oktober warten kann. Wir glauben, daß es eine Zerreißprobe für die Partei wäre, die sie vermutlich nicht durchhält, wenn jetzt in den nächsten sechs Monaten mit gesteigerter Intensität Personalausinandersetzungen in der Öffentlichkeit diskutiert werden, durch Kommentatoren abgewogen wird, ob der ein oder andere der Kandidaten nun durch den Schritt Dr. Barzels eine bessere oder eine schlechtere Ausgangslage hat und insgesamt die Führung der Partei für lange Zeit wesentlich beeinträchtigt ist. Aus diesem Grunde sind wir der Auffassung, daß es gut wäre, die Personalentscheidung über den Bundesvorsitzenden, aber, wie ich meine auch über den Bundesvorstand – denn ich halte es für unzweckmäßig, nur einen

Bundesvorsitzenden neu zu wählen, sondern ich bin der Meinung, dann sollte dieser Vorstand zurücktreten und sollte insgesamt neu gewählt werden – möglichst schon vor der Sommerpause vorzunehmen. Wenn es also irgend technisch möglich ist – und es muß eigentlich technisch möglich sein –, dann sollte man, glaube ich doch, diese Entscheidung etwa in der zweiten Hälfte oder Mitte Juni fällen. Wir glauben, daß es zur Arbeitsfähigkeit der Partei beiträgt und daß wir vor allem dann einer Entwicklung Einhalt gebieten, die noch zu größeren Differenzen innerhalb der Partei und zu der Gefahr der Spaltung der Partei führen könnte.

*Köppler:* Ich hatte an sich die Hoffnung – aber es ist wohl unvermeidlich, daß die enttäuscht wird –, daß wir heute den Versuch machen könnten, uns möglichst wenig mit der Vergangenheit zu beschäftigen und den Blick nach vorn zu wenden. Ich sehe ein, daß natürlich, nachdem einige Dinge angesprochen worden sind zum Thema „Vergangenheit“, das Bedürfnis besteht, das zurechtzurücken und das klarzustellen. Aber ich möchte mich eigentlich dem Appell von Herrn von Hassel anschließen, daß wir das limitieren, denn ich glaube, daß die Partei heute von dieser Vorstandssitzung etwas anderes erwartet als das protokollarische Markieren von Denkpositionen zu dieser oder jener Entwicklung der letzten Woche oder des letzten Jahres. Dennoch, Sie haben hier einiges zu diesem Thema gesagt, Herr Kollege Dr. Dregger, und Sie haben auch einiges geschrieben. Lassen Sie mich sagen, ich würde Ihnen in einem entscheidenden Punkt – ich lasse vieles weg, wo ich meine, es wäre besser nicht gesagt und nicht geschrieben worden – nicht zustimmen. Und er führt nach vorn. Ich meine Ihr Verständnis von dem Mechanismus, von Führung und Kooperation in einer politischen Kampfgemeinschaft, die Fraktionen hat, eine Bundestagsfraktion hat, die zwei Parteien hat, die eine große CDU hat mit ihren Führungsgremien. Ich glaube, das halten wir nicht durch. Wir wissen, daß wir unterschiedliche Meinungen auszutragen haben, und ich brauche auch nicht zu wiederholen, daß hier niemand dem Gedanken an ein imperatives Mandat nachhängt. Ich will auch nicht untersuchen, ob hier das Optimale unternommen worden ist, in der Frage des UNO-Beitritts, die uns in diese kritische Situation geführt hat, alle Möglichkeiten der Kooperation auszuschöpfen. Nur, einfach zu sagen, hier muß jeder für sich Meinungen bilden und unabhängig voneinander werden diese Meinungen dann in die politische Realität übersetzt, geht nicht. Wir müssen der Partei und den Führungsorganen der Partei nicht nur das Recht, sondern die Pflicht zubilligen, dann, wenn politische Entscheidungen zu treffen sind, solche zu untersuchen, solche zu entscheiden für das Präsidium, aber damit auch nicht nur für einen Kreis von elf Mitgliedern der Partei, sondern für ein Führungsorgan, und zwar für das oberste Führungsorgan der Partei, zumal wenn – wie in diesem Fall – damit auch zusammenhängt die dringend notwendige Abstimmung in beiden Häusern des Parlaments. Und hier war der Bundesrat und waren die Ministerpräsidenten als erste am Zug.

Die tragische Situation – wegen der Sachüberzeugungen in der Bundestagsfraktion –, daß hier eine legitime Funktion des Parteipräsidiums nicht zum politischen Erfolg geführt hat, will ich wiederum nicht untersuchen, das ist eine Tatsache, vor der wir stehen. Nur aus dieser Tatsache heraus jetzt etwa die Maxime abzuleiten, daß dieses

Präsidium sich gefälligst in Zukunft in solchen schwierigen Fragen seiner Verantwortung zu enthalten habe, ich glaube, das geht – vielleicht habe ich Sie mißverstanden (*Dregger*: Jawohl!) – in einer politischen Kampfgemeinschaft, die auf so vielen Ebenen kooperieren muß, wo die Länderebene dazukommen, wo in anderen, in sozial- oder gesellschaftspolitischen Fragen noch ganz andere Ebenen dazukommen, einfach nicht, wenn wir uns nicht in einen Mandatsernennungsverein auflösen wollen, dem niemand mehr die Qualität einer führungsfähigen politischen Kraft in diesem Land zubilligt. Ich würde auch davon abraten – und ich habe auch das bedauert – den Brief von Konrad Kraske hier zum Hauptgegenstand der Diskussion in dieser Bundesvorstandssitzung zu machen. Ich muß ausdrücklich sagen, ich habe volles Verständnis dafür, daß der Generalsekretär in der Qualität, die wir nach unserer Satzung dem Generalsekretär institutionell gegeben haben, in einer solchen Lage sich veranlaßt sieht, der Partei, den Mandatsträgern in der Partei erstens einmal den Wortlaut der Erklärung mitzuteilen, die der Parteivorsitzende als Begründung für den Rücktritt vom Amt des Fraktionsvorsitzenden abgegeben hat. Und ich habe auch Verständnis dafür, daß der Text, in dem der Generalsekretär diesen Brief verfaßt hat, ein Ausdruck einer hohen Loyalität zu diesem Parteivorsitzenden war. Daß die eine oder andere Formulierung dann, wenn der Brief nicht der Brief des Generalsekretärs gewesen wäre, sondern eine Vorlage an das Parteipräsidium oder an den Bundesvorstand, zu Diskussionen Anlaß gegeben hätte, ich glaube, das ist selbstverständlich, aber das ist nicht der Punkt, um den es hier geht. Ich halte den Angriff auf den Generalsekretär wegen der Tatsache, daß er einen Brief geschrieben hat und daß er darin im wesentlichen die Erklärung des Parteivorsitzenden der Partei mitgeteilt hat, für nicht gerechtfertigt.

Aber ich hatte eigentlich vor – auch nach einer, zwar nicht allzu langen, aber doch sehr intensiven Diskussion, die wir gestern im rheinischen Landesvorstand hatten<sup>45</sup> – mehr den Blick nach vorn zu richten, auf die Situation, die vor uns liegt. Unsere Anhänger, unsere Parteifreunde draußen, das ist wiederholt gesagt worden, diese Basis ist gesund. Ich teile diese Auffassung. Sie ist dabei und war dabei mit Erfolg, sich aus der psychologischen Belastung des 19. November freizukämpfen. Die Mitgliederbewegung läuft positiv, nach wie vor positiv, in dem Ausmaß, in dem wir das im letzten Jahr erlebt haben, sie ist gesund. Aber die Basis ist natürlich nach dem 8. Mai zutiefst erschüttert, daß in einer Stunde, in der zum erstenmal breite Bereiche der öffentlichen Meinung im Punkte der Stabilität von der Bundesregierung, die sie bisher durch dick und dünn unterstützt haben, abzurücken beginnen, daß in dieser Situation die Alternative zu dieser Politik der Bundesregierung in eine so bedenkliche Kondition geraten ist.

Es kommt ein weiteres hinzu: Auch die öffentliche Diskussion über die Schwierigkeiten dieser unverantwortlichen Stabilitätspolitik dieser Regierung – nicht seit voriger Woche, sondern seit Jahr und Tag – wird natürlich überdeckt, überlagert von den

---

45 Der Landesvorstand drängte auf die Lösung der Personalfragen auf einem Sonderparteitag noch vor der Sommerpause („Kölnische Rundschau“ vom 12. Mai 1973 „Die Opposition sucht nach einem Ausweg aus der Krise“).

Vorgängen innerhalb der demokratischen Alternative. Das Gleiche gilt auch für die schwierigen Probleme der Deutschlandpolitik. Wir hatten ein lebenswichtiges Interesse daran, daß unsere Argumente zu dieser Deutschlandpolitik in all ihrer Differenziertheit – und wenn ich in Klammern etwas sagen darf, dann auch das, weil mich viele Parteifreunde darauf angesprochen haben, nämlich Dank und Hochachtung an den amtierenden Fraktionsvorsitzenden für seine Rede, die er im Bundestag zu diesem Thema gehalten hat<sup>46</sup> – (*Beifall.*), daß diese differenziert kritische Betrachtung dieser Ostpolitik jetzt mit aufmerksamen Ohren von unseren Mitbürgern angehört wird und erwogen wird. Aber wir wissen ja alle, daß kein Mensch mehr bereit war, überhaupt noch zuzuhören, was hier an Argumenten und an differenzierenden Argumenten zu dieser Ostpolitik zu sagen ist, insbesondere von unserer Seite. Kein Mensch ist übertrieben, aber jedenfalls viele, auf die diese Argumentation hätte wirken müssen. Ich beschränke mich auf die objektive Lage, mit der wir es zu tun haben.

Nun ist hier von Gegensätzen gesprochen worden. Und diese Gegensätze sind nicht neu, aber sie sind besonders brisant im Augenblick, und ich halte es in der Tat für notwendig, daß, wenn Gegensätze in der Partei und Gegensätze in der Fraktion da sind, wir sie nicht verkleistern sollen, sondern daß wir mit dem Ziel, wie das die Union immer getan hat, aus den Gegensätzen zu gemeinschaftlichem Handeln zu kommen und die Diskussion darüber führen. Es gibt Sachprobleme, und ich frage mich, ob es – die Frage ist allerdings berechtigt nach den Vorgängen dieser Woche – auch Gegensätze in der grundsätzlichen politischen Linie gibt. Was Sie, Herr Vorsitzender, heute früh zu Beginn der Sitzung noch einmal gesagt haben, die Notwendigkeit einer Zwei-Phasen-Politik der Union in der Außenpolitik, die Notwendigkeit, durch gesellschaftspolitische Veränderungen alter Positionen diese Union mehrheitsfähig in die Mitte hinein im Meinungsspektrum unserer Bevölkerung zu machen, das bestreitet niemand. Der Punkt ist, wie wir auf dieser Linie angesichts aktueller oder kommender Schwierigkeiten im außenpolitischen wie im gesellschaftspolitischen Bereich, wie wir die aktuellen Entscheidungen in dieser Linie miteinander durchringen können oder nicht. Das ist leider in einer schwierigen Situation nicht gelungen. Vor dieser Tatsache stehen wir, aber wir müssen aus diesem Vorfall, diesem Ereignis – dieser Tragödie muß ich sagen – doch nicht den Schluß ziehen, daß jetzt eine uferlose Grundsatzdiskussion unter uns ausbricht, sondern daß wir mit doppelter Energie daran gehen, aus der von uns gemeinsam beschworenen Linie außen- und innenpolitisch jetzt in den aktuellen Schwierigkeiten zu Rande zu kommen.

Es ist von der CDU und der CSU in diesem Zusammenhang leider mal wieder die Rede gewesen. Ich erinnere daran, daß nicht wir es waren, die die Fraktionsgemeinschaft in Frage gestellt haben und die auch das Thema von der Vierten Partei aufgebracht haben. Das ist nach wie vor so. Ich bedaure auch die ein oder andere öffent-

---

46 Rede Kiesingers (amtierender Fraktionsvorsitzender vom 9. bis 17. Mai 1973) am 11. Mai 1973 im Bundestag anlässlich der 2. Beratung und Schlußabstimmung über den Grundlagenvertrag und den Beitritt der Bundesrepublik zur Charta der Vereinten Nationen (Sten.Ber. 7. WP 31. Sitzung S. 1637–1641).

liche Äußerung, die man nicht zu schwer gewichten sollte, die jetzt mit der ultimativen Forderung an die Auflösung der Fraktionsgemeinschaft aus unseren eigenen Reihen heraus deutlich geworden ist. Ich gehe davon aus, daß wir in den aktuellen Schwierigkeiten, auch in den mittelfristig programmierten Schwierigkeiten entschlossen sind – auch in den Gesprächen mit unseren Partnern von der CSU –, in aller Deutlichkeit und in aller Härte unseren Standpunkt zu vertreten. Daß aber niemand in diesem Kreis auch nur als *dolus eventualis* die Auflösung der Union als Arbeitsgemeinschaft der Union und damit auch als Fraktionsgemeinschaft im Deutschen Bundestag mitbetreibt oder mit in Kauf zu nehmen bereit ist. Das ist auch die Meinung bei uns weit hin im Rheinland. Ich sage das deshalb, weil Pressemeldungen vielleicht einen anderen Eindruck haben erwecken können. Es wird Spannungen zwischen der Fraktion und der Partei geben, und es gibt sie im Augenblick, die müssen überwunden werden. Nicht dadurch, daß man verkleistert, sondern dadurch, daß man sachliche Probleme wieder in den Vordergrund der Auseinandersetzung bringt.

Die Auswirkungen in der Partei – der Situation, die in dieser Woche entstanden ist – sind so, daß natürlich diese viel beschworene Basis jetzt dabei ist, sich auf regionale Wahlen vorzubereiten. Wenn wir jetzt nicht den berechtigten Unmut aller im kommunalen Bereich, im landespolitischen Bereich stehenden Parteifreunde auf uns herabbeschwören wollen, müssen wir so schnell wie möglich die entstandene Kalamität hier in Bonn beenden. Das allein ist das Motiv für eine große Mehrheit meiner Freunde in der rheinischen CDU, im rheinischen Landesvorstand gestern gewesen, hier den Vorschlag zur Diskussion zu stellen, ob es nicht besser wäre, den Wahlteil des Hamburger Parteitages vorzuziehen, um zu vermeiden, daß eine ohnehin bei uns zur Vorbereitung auf den nächsten Parteitag gegebene Führungsdiskussion – jetzt mit den Schwierigkeiten, die in dieser Woche entstanden sind – uns fünf Monate lang in eine Situation bringt, die draußen den Eindruck vermittelt, hier ist ein Zerfaserungsprozeß im Gange. Der ganze Parteitag kann nach meiner Überzeugung nicht vorgezogen werden, weil wir die Sachentscheidungen für die Bestimmung der politischen Linie der Partei und dazu natürlich auch die Vorbereitung auf die Entscheidungen des Hamburger Parteitages brauchen. Das heißt, der Sachparteitag muß im Herbst bleiben und muß in Hamburg bleiben, aber der Wahlteil des Hamburger Parteitages kann technisch vorgezogen werden. Und nach der Mehrheit meiner Freunde im rheinischen Landesvorstand spricht dafür so viel, angesichts der schweren Besorgnisse, die wir für die Auswirkung der kritischen Lage in der Partei in den nächsten Monaten haben, daß wir bitten, diesem Gedanken näherzutreten und ihn hier in aller Freundschaft miteinander zu erörtern.

*Barzel:* Ich stehe dem positiv gegenüber. Zu einer technischen Anmerkung nun der Generalsekretär.

*Kraske:* Meine Damen und Herren, die Uhr zeigt 12.40 Uhr. Die Rednerliste sieht in diesem Augenblick wie folgt aus: Schröder, Kohl, Filbinger, Amrehn, Stoltenberg, Echternach, Blüm, Windelen, Dregger, Müller-Hermann, Langguth. Ich glaube nicht, daß ich Ihnen empfehlen kann, auch nur diese Rednerliste etwa vor der Mittagspause abzuschließen. Deswegen schlage ich vor, daß wir mittendrin unterbrechen. Es ist vor-

gesehen, daß wir um 13.00 Uhr zu Tisch gehen. Ich glaube, das tut uns allen ganz gut. Außerdem haben wir heute endlich mal nicht den Druck mit Redaktionsschlüssen, wir sind also völlig frei, eine Stunde lang für ein Essen drüben im Casino zu unterbrechen. Danach sollten wir an der gleichen Stelle mit der Rednerliste fortfahren.

*Barzel:* Zur Geschäftsordnung Herr Stoltenberg!

*Stoltenberg:* Ich bin dagegen, daß wir eine Stunde unterbrechen, man kann auch in einer halben Stunde essen. (*Unruhe und Diskussion.*)

*Barzel:* Also, wollen wir um 13.00 Uhr unterbrechen, pünktlich um 13.05 Uhr das Essen auf dem Tisch haben, um dann um 13.45 Uhr wieder zu beginnen. (*Starke Unruhe.*)

*Schröder:* Mit Rücksicht darauf, daß wir in Zeitbedrängnis geraten, werde ich versuchen, mich etwas telegrammstilartig auszudrücken, auch wenn das nicht ganz leicht fällt. In einem Punkt fällt es leicht. Ich kann mich dem anschließen, was der Kollege Köppler gerade als rheinischer Landesvorsitzender ausgeführt hat. Wir haben gestern über die Sache sehr lange gesprochen, und ich glaube, daß er alles, was dazu zu sagen war, vorgetragen hat. Ich möchte das jedenfalls nachdrücklich unterstützen. Sicher ist es richtig, wenn gesagt wird und wenn wir alle meinen, daß wir möglichst nach vorne sehen müssen. Nach vorne kann man dann am besten sehen, wenn man nicht allzu viel mitschleppt aus dem Vergangenen, und deswegen ist es notwendig – so sehr das die Debatte auch auseinanderzieht –, daß doch noch etwas zur Vergangenheitsbereinigung gesagt und getan wird. Über die Erklärungen, die abgegeben worden sind und die schriftlichen Stellungnahmen dazu, sollten wir über Mittag sprechen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir einen Weg fänden, nachdem nun Abstimmungen stattgefunden haben und das Ganze zu Ende ist, zu Erklärungen zu kommen, die uns in diesem Punkte nicht weiter behindern. Wir sollten mal versuchen, ob es dazu nicht eine Gelegenheit gibt.

Ich sage das deswegen: Wir sind nicht so reich, daß wir unsere Kräfte verschwenden könnten, und das gilt für jede einzelne Kraft, sondern wir müssen, wenn wir wieder erste in Deutschland werden wollen, dafür sorgen, daß unsere Kräfte zusammengehalten werden. Trotzdem glaube ich, daß zur Bereinigung und zur richtigen Betrachtung der Vergangenheit wir uns alle darüber klar sind, daß wir vielleicht – ich sage das jetzt ohne die individuelle Schuld dabei untersuchen oder ansprechen zu wollen – die Sache mit dem UNO-Beitritt nicht so gut behandelt haben, wie wir das vielleicht hätten machen können. Ich sage das eigentlich mehr, um daraus zu lernen, als um irgendeine Anklage dabei zu erheben. Es ist richtig, daß wir im Präsidium uns darauf geeinigt hatten, daß die Ministerpräsidenten eine entsprechende Linie im Bundesrat gehabt haben. Und ich habe bei der allerersten Gelegenheit, in der die Sache am Rande in der Fraktion zur Sprache kam, ausgesprochen, daß ich, um keinen Zweifel über meinen Standpunkt aufkommen zu lassen, für den UNO-Beitritt sei und daß ich ihn für gut hielte für unsere Partei, für CDU und CSU, für das Land und für unsere internationalen Bewegungsmöglichkeiten. Damit bestreite ich nicht, daß das Thema vielleicht etwas zu spröde war, um – wie ich das für möglich hielt – vom Grundvertrag getrennt werden zu können.



Der Vorsitzende hat, was den Auswärtigen Ausschuß angeht, von Anfang an diese bei uns festgelegte Linie behandelt und betrieben. Wir haben zum Schluß unter Mitwirkung des Vorsitzenden noch eine Besprechung gehabt. Wir haben dank seiner Unterstützung auch den Bundeskanzler in diese Schlußsitzung gebracht mit dem Ergebnis, daß wir dort bei unseren eigenen Leuten eine Abstimmung von 9:6 gehabt haben, im Auswärtigen Ausschuß. Und ich sage das mit einem gewissen Stolz, wenn Sie so wollen, denn es war keineswegs leicht, das zustandezubringen. Ich war stolz darauf, daß es möglich war, diesen Ausschußbericht zu machen<sup>47</sup>, den Corterier für die SPD, Carstens für uns unterschrieben haben. Ich habe mir vielleicht ein bißchen zu viel Wirkung von diesem Ausschußbericht versprochen, jedenfalls mehr Wirkung, als er dann gehabt hat. Aber ich meine, daß wir an dem letzten Tag, ab dem die Fraktionsentscheidung gefallen ist, vielleicht ein bißchen offener hätten sprechen können. Das gilt von dem Vormittag an, wo der Fraktionsvorstand tagte. Im Fraktionsvorstand – und ich bitte die Teilnehmer der Sitzung mir das zu bestätigen oder abweichende Meinungen zu äußern – ist diese Problematik, die sich am Nachmittag oder am Abend ereignen könnte, überhaupt nicht zur Sprache gekommen. Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn das geschehen wäre. Ich sage das ohne irgendeinen Vorwurf. Wenn das ein Vorwurf ist, dann ist es genauso gut ein Vorwurf an mich wie an irgendeinen der anderen Teilnehmer. Aber wir haben uns vielleicht ein bißchen zu sehr darauf verlassen, daß wir in der Sache eine Mehrheit haben würden, vielleicht nicht die Mehrheit im Auswärtigen Ausschuß, sondern eine Mehrheit überhaupt. Wir haben nachher vor der Abstimmung noch Schätzungen darüber abgegeben, wie hoch die Mehrheit ausfallen könnte. Das ist nun anders gelaufen. Danach sind Erklärungen abgegeben worden, über die viele hier schon gesprochen haben. Ich will das nicht weiter wiederholen. Ich habe ja schon angeregt, daß wir über Mittag versuchen, über den Weg nachzudenken, wie wir vielleicht aus diesem speziellen Punkt herauskommen.

Ich werde an späterer Stelle zu dem sprechen, was die anderen Sachfragen angeht, und zu den drei Punkten Stellung nehmen, die der Vorsitzende aufgeworfen hat. Ich möchte hier nur gerne auf zwei weitere Punkte aufmerksam machen, die wir bitte alle in den kommenden Wochen im Gedächtnis haben müssen, damit wir nicht an der nächsten oder übernächsten Ecke wieder größten Ärger bekommen. Wir müssen lernen aus dem, was passiert ist. Die zwei Dinge sind das Abkommen von Prag oder über Prag oder mit Prag<sup>48</sup>, was wir einstweilen noch nicht kennen, über das können wir nur relativ theoretisch sprechen. Wir sollten uns aber überlegen, wie es am besten behandelt wird. Und die Sache, die ich noch für viel wichtiger halte, ist die richtige Einstellung unsererseits zu dem Atomsperrvertrag, den die Regierung uns todsicher noch im Juni servieren wird.<sup>49</sup> Es müßte schon etwas Besonderes passieren, der Kollege Barzel

---

47 Vgl. Anm. 14.

48 Der Prager Vertrag wurde am 11. Dezember 1973 von Willy Brandt und Walter Scheel auf deutscher sowie Ministerpräsident Lubomír Štrougal und Außenminister Bohuslav Chňoupek auf tschechischer Seite in Prager Czernin Palast unterzeichnet. Druck: BGBI 1974 II S. 990–993.

49 Die erste Beratung eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 1. Juli 1968 über die Nichtverbrei-

schüttelt den Kopf, er glaubt es nicht. Na schön, wenn er etwas später kommt, ist die Sache eher leichter. Aber wir müssen uns darüber klar sein, daß wir nicht eine neue, harte, heftige Diskussion gebrauchen können um den Atomsperrvertrag. Mein Ausweg in dieser Sache ist der, daß es notwendig sein wird, gemeinsam natürlich, in den Wegen, die dafür am geeignetsten erscheinen, die deutsche Wirtschaft und Wissenschaft zu gewinnen und zwar eindrucksvoll. Ich sage noch einmal, wir müssen das irgendwie fertig bekommen, daß wir nicht diskriminiert sein werden in der Ausnutzung der zivilen Nuklearenergie. Herr Stoltenberg ist vielleicht der beste Kenner dieser Sache aus der Zeit der Großen Koalition gewesen. Ich habe mit ihm schon vor einiger Zeit darüber gesprochen. Ich hoffe, daß unsere Gedanken sich darin treffen. Wir haben einen Ausschuß beschlossen, der sich mit dieser Frage beschäftigen soll. Ich schneide sie heute nur deswegen an, weil Prag und Atomsperrvertrag sonst morgen oder übermorgen oder überübermorgen wieder Zerreißproben für uns bedeuten könnten, wenn wir uns nicht rechtzeitig auf sie einstellen. Das ist das, was ich zu diesem Teil der Sache sagen möchte.

*Barzel:* Ich möchte nur einen Satz zur Klärung des Tatbestandes sagen, weil das die Stelle war, an der ich anderer Auffassung war. Im Fraktionsvorstand bestand keine Zeit, den UNO-Beitritt ausgiebig zu behandeln. Im Vortrag des Vorsitzenden hat er seine gesamten Argumente vorgetragen, wie ausweislich klar ist. Als Herr Dregger, als er merkte, die Zeit wird knapp, sagte, „Wir müssen doch darüber noch sprechen“, habe ich gedacht, die Zeit wird wohl jetzt nicht langen. Das ist der Vorgang. Das ist keine bedeutende Sache, aber ich bin immer dafür, daß Tatbestände ganz deutlich auf dem Tisch liegen.

*Filbinger:* Ich stehe noch unter dem Eindruck einer Landesvorstandssitzung in Baden-Württemberg, die gestern abend stattgefunden hat.<sup>50</sup> Sie werden mir das abnehmen, daß die Freunde draußen natürlich über das, was sich hier in Bonn getan hat, außerordentlich erschrocken, ja, bestürzt sind. Und das gerade in der Situation, in der sich in unseren Landesverbänden eine Stimmung breitgemacht hatte, von der man sagen konnte, jetzt ist der 19. November bewältigt oder dabei bewältigt zu werden. Daß diese Stimmung nicht begrenzt war auf die Mitglieder unserer Partei, sondern auch getragen worden ist von der Volksschicht in ihrer Breite, das zeigen die Wahlen. Bei uns waren fünf Millionen wahlberechtigt am 8. April, wir haben noch nie eine so überwältigende Wahl zugunsten der CDU auf der kommunalen Basis gehabt wie gerade diese.<sup>51</sup> Sie wissen, diese Wahl steht auch nicht vereinzelt da, sondern sie ist im Gefolge eines Trends von derjenigen vom vergangenen Jahr, 23. April und auch am 19. November. Auch dieses Datum kann man nicht von dieser Serie ausschlie-

---

—  
tung von Kernwaffen (BT-Drs. 7/994) erfolgte am 8. November 1973 (Sten.Ber. 7. WP 64. Sitzung S. 3708–3724), die zweite Beratung und Schlußabstimmung am 20. April 1974 (Sten.Ber. 7. WP 81. Sitzung S. 5253–5293). Gesetz vom 4. Juni 1974 (BGBl. 1974 II S. 785, Inkrafttreten am 2. Mai 1975).

<sup>50</sup> Protokoll in ACDP 03–024–023/1.

<sup>51</sup> Vgl. dpa vom 9. April 1973 „CDU gewinnt Kreistagswahl in Baden-Württemberg“; Einzelergebnisse in ACDP Dokumentation 0/04/13.

Ben. Daß jetzt gerade, wo sich sicher nicht nur in Baden-Württemberg, das beweisen die Wahlergebnisse in Westfalen und in Niedersachsen<sup>52</sup>, eine solche Konsolidierung zu unseren Gunsten anbahnte, dieser Schock entsteht, der hier ausgelöst worden ist, ist in vieler Hinsicht bedauernswert. Und es ist schon angeklungen, daß jetzt eigentlich der ungünstigste Zeitpunkt deshalb war, weil wir ja gegenüber der Bundesregierung in einer einmaligen Situation waren, die von den Wogen der Inflation<sup>53</sup> zugedeckt worden ist. Die Angriffsmöglichkeit war für uns in einer so exzellenten Art und Weise wie noch nie seit dem 19. November und wie nur selten auch seit dem September 1969.

Dabei gestatten Sie mir als einem Nichtfachmann eine Bemerkung, die vielleicht ein bißchen salopp klingen mag: Ich habe den Eindruck, daß jetzt es gar nicht mehr so sehr „nötig“ war, nachdem wir im vergangenen Jahr um unserer Geschlossenheit willen hier in Bonn in den Fraktionen von CDU und CSU ganz außerordentliche Anstrengungen unternommen und auch außerordentliche Opfer auf uns genommen hatten. Damals war es gelungen, die Geschlossenheit der CDU darzustellen. Jetzt, wo wir im Grunde in einem auslaufenden Stadium gewesen sind, geht das auf einmal auseinander. Ich bin der Meinung, daß diese Situation von uns eine außerordentliche Kondition jetzt verlangt. Denn das, was wir machen, von Stund an, das, was insbesondere auch bei der heutigen Sitzung herauskommt, das steht – gestatten Sie mir dieses etwas übertriebene Wort – unter dem Diktat der Erwartung derjenigen, die uns das Vertrauen gegeben haben und die wir wieder brauchen, wenn wir weiterleben wollen als Partei. Was erwarten diese Menschen draußen von uns? Sie erwarten, daß wir diese außerordentlich schwierige Situation in einer Haltung meistern, die dieser Partei würdig ist und die ihre Glaubwürdigkeit für die Zukunft darstellt, die Möglichkeit überhaupt ihr geben kann, wieder attraktiv zu werden für Wähler, von Koalitionspartnern gar nicht zu sprechen.

Ich habe Verständnis dafür, daß es der Fraktion, Fraktionsgemeinschaft schwerer gefallen ist, die jüngere Vergangenheit aufzuarbeiten, als den Landesverbänden. Ich habe gerade auch den Konflikt durchaus vor Augen, der jetzt bei dieser Verabschiedung des Grundvertrags und des UNO-Beitritts zu meistern gewesen ist. Das war sicher nicht leicht, und ich möchte hier ausdrücklich sagen, ich habe mich nie anders ausgedrückt, daß ich auch Respekt vor denen habe, zu denen ich nicht gehöre, die nein gesagt haben zum UNO-Beitritt. Denn in der Tat ist es ja so, und das spricht für diese Freunde, die das Nein gesprochen haben, daß abgesehen von allen anderen Argumenten, Besiegelung der Teilung usw., ja tatsächlich der Vollzug der Ostpolitik Dinge offenbart hat, die unsere Warnungen vor diesen Gefahren voll rechtfertigen und die nicht der anderen Seite, der Koalition, recht gegeben haben.

Aber wenn ich mit einem Wort erwähnen darf, was das Motiv seinerzeit der Abstimmung der Ministerpräsidenten gewesen ist: Ich habe das in einer Regierungserklärung im Landtag von Baden-Württemberg am 25. Januar verlautbart<sup>54</sup> und habe es

52 Zum Ergebnis der Kreistagswahlen am 25. März 1973 vgl. Nr. 34 Anm. 3.

53 Die Inflationsrate erreichte 1973 die Sieben-Prozent-Marke.

54 Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 26. Januar 1973 „Die CDU-Landesregierung lehnt den Grundvertrag ab“.

einen Tag lang im Landtag zur Diskussion gestellt, damit dies im ganzen Lande begriffen wird. Daß wir nach wie vor an unserer Ablehnung der Ostpolitik dieser Koalitionsregierung keine Abstriche machen, daß wir aber der Meinung sind, daß bezüglich des UNO-Beitritts ein Ja uns leichter und eher handlungsfähig machen würde, nach innen und nach außen, als wenn wir dazu nein sagen würden. Wenn ich dem gegenüber mir die andere Position ansehe, Herr Kollege Dregger, die Sie heute verlautbart haben, dann muß ich sagen, so groß ist der Unterschied gar nicht. Denn Sie haben vorhin gesagt – ich habe das mit Befriedigung zur Kenntnis genommen –, auch wir sind natürlich der Meinung, wenn die Verträge gelaufen sind, dann ist das die Basis und dann muß man darauf Politik machen, und wir können auch nicht davon absehen. Nur, Herr Kollege Dregger – und da unterscheiden wir uns –, waren wir der Meinung, daß bei einem Nein eben die andere Seite, die Koalition, uns entgegenhalten kann, was wollt ihr eigentlich Einfluß nehmen, ihr habt doch zu allem nein gesagt, auch zum UNO-Beitritt. Während diejenigen, die sagen, schön, für uns gibt es eine Entkoppelung zwischen dem Nein zum Grundvertrag und dem UNO-Beitritt, der in 20jähriger Tradition von uns erstrebt worden ist, eine leichtere Position haben, insbesondere auch eine leichtere Position gegenüber unseren Wählern. Eine Position im Wahlkampf, die wir natürlich, und der nächste Wahlkampf kommt bestimmt, vor Augen haben müssen. Aber dieses ist Vergangenheit. Ich meine, die Diskussion, die wir heute früh hatten, die naturgemäß kontrovers sein mußte, sollte ein Schlußstrich unter diesen Kontroversitäten sein.

Jetzt interessiert uns in einer ganz entscheidenden Weise die Frage, wie es weitergeht. Auch hier sage ich, steht hinter uns wieder die Erwartung unserer Wähler und unserer Mitglieder. Gestatten Sie mir, daß ich hier ein, wenn Sie so wollen, etwas pathetisches Wort sage, es ist nicht pathetisch gemeint, sondern ganz schlicht. Ich meine, einer Partei verzeiht man eine Wahniederlage. Ihr wird auch verziehen, wenn sie in eine schwere Not mit sich selbst hineinkommt. Was ihr nicht verziehen wird und was hindern würde, daß sie wieder Vertrauen gewinnt, das wäre, wenn eine solche Partei sich dann in dieser Situation, die objektiv gesehen schwer ist, zerstritte, wenn sie nicht die Geschlossenheit wiederfände und damit ihre Handlungsfähigkeit herstellen würde. Das wäre tödlich und wir würden in den nächsten zehn Jahren wahrscheinlich vergeblich danach streben, durch Sachprogramme und durch Grundsatzserklärungen wieder Boden unter unsere Füße zu bekommen.

Deshalb ist es entscheidend, wie wir uns hier und heute verhalten und was für Entschlüsse wir fassen und wie das weitergeht. Das zum ersten Punkt, der nun gelöst werden muß, in der Reihe der Probleme. Ich erinnere mich, ich glaube es war am 2. oder am 3. Dezember<sup>55</sup>, wie wir in einer ähnlichen Situation über die Fraktionsgemeinschaft gesprochen haben, auch damals in einer äußerst schwierigen Lage. Was wir damals gesagt haben, möchte ich heute eigentlich mit dem gleichen Tenor wiederholen.

---

55 Am 1. Dezember 1972 fand die erste Verhandlungsrunde über die Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU statt, vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 2. Dezember 1972 „CDU und CSU betonen die Tendenz zur Einigung“. Vgl. auch Nr. 31 Anm. 5.

Wir können die Fraktionsgemeinschaft, ich möchte sagen, um fast keinen Preis aufgeben, wenn wir in der Zukunft die Erwartung haben wollen, daß die CDU noch ernst genommen wird. Denn auseinandergenommen werden CDU und CSU eine ganz leichte Beute für die anderen sein, haben wir keine Chance mehr. Deshalb werden wir genau die Anstrengungen unternehmen, die uns nicht zu viel gewesen sind aus der richtigen Erkenntnis vom 3. Dezember. Das, was damals Erkenntnis war, ist meines Erachtens auch das Gebot des Handelns, diktiert das Gebot des Handelns in der jetzigen Situation. Das bedeutet nicht Willfährigkeit und Weichheit gegenüber dem CSU-Partner in der Zukunft, sondern da bin ich der Meinung, daß dieses Gespräch geführt werden muß, vielleicht noch etwas deutlicher, wie es damals geführt worden ist. Vielleicht wäre es auch geboten, daß einige institutionelle Konsequenzen gezogen werden, und die Verklammerung zwischen den beiden Partnern noch stärker dargestellt werden muß, als wir das gehabt haben. Ich brauche wahrscheinlich hier an die Adresse unserer Freunde in der Fraktion nicht deutlicher zu werden. Das wäre die Numero 1.

Die Numero 2 wäre die Frage der Wahl, Interimssituation. Ich bin davon unterrichtet worden, daß die Fraktion beschlossen hat, das Interimsstadium nicht zu verlängern, sondern rasch, ja sofort, diese Wahl zu vollziehen des neuen Fraktionsvorsitzenden. Ich bin davon unterrichtet, daß es so ist, und ich bejahe diesen Beschluß, ich halte ihn für sehr glücklich, ein anderer Beschluß würde von mir und auch von meinem Landesverband nicht mitgetragen werden können.

Die dritte Frage ist die mit einem Sonderparteitag. Wir haben darüber gestern in meinem Landesverband auch gesprochen. Was ich in bezug auf dieses Thema bedauert habe, war, daß wir hier nicht zu der Methodik übergegangen sind, uns zu konsultieren und dann einen Konsens über das, was zu tun ist, herbeigeführt haben. Ich meine, wir sollten es jetzt rasch nachvollziehen. Mein Vorstand von Baden-Württemberg ist bereit, dabei mitzuwirken, einen Sonderparteitag vorzuziehen. Ich selbst habe diesen Vorschlag gestern abend so vertreten, aber ich trage diesen Vorschlag vor, auch mit der gleichen Einschränkung wie der Kollege Köppler, nicht apodiktisch und nicht als ein imperatives Mandat, sondern in der Bereitschaft, mit allen Freunden aus den anderen Landesverbänden einen Konsens zu erreichen. (*Beifall.*)

*Kohl:* Lassen Sie mich mit dem letzten Punkt des Kollegen Filbinger beginnen, mit dem Thema „Parteitag“. Ich meine, wir sollten, Herr Kollege Filbinger, so war es auch gar nicht bei Ihnen gemeint – nur es wird dann, wenn es geschrieben wird, leicht mißverstanden –, das, was wir diskutieren, nicht Sonderparteitag nennen. Das ist ein normaler Parteitag. Es ist völlig in der Autorität dieser Partei, daß, was genauso notwendig ist, wir jetzt vor der Sommerpause den Parteitag machen, auf dem Personalien stattfinden, und im Herbst den Parteitag in Hamburg machen, auf dem die Sachfragen, wie gehabt, entschieden werden. Bloß wenn wir zu Themen wie „Sonderparteitag“ kommen, besteht leicht die Gefahr, daß alles Mögliche da hineingeheimnist wird, was von der Satzung her gar nicht vorgesehen ist. Ich will also entschieden sagen, daß ich dafür bin, daß wir uns so verhalten, denn auch der heutige Morgen, und ich spreche das hier offen aus, das, was wir heute früh hier verspürt haben, hat doch gezeigt, daß hier

Entwicklungen in Gang gekommen sind, bei denen man jetzt ganz einfach sagen muß, wie immer sie ausgehen, wir müssen sie jetzt in einer nahen, überschaubaren Zukunft beenden.

Zum zweiten meine ich auch, daß dies notwendig ist, um die Autorität der Parteiführung – das ist nicht nur ein Problem des Vorsitzenden, sondern der ganzen Parteiführung – entsprechend draußen wiederzugewinnen. Den Eindruck, den wir machen – und das geht ja ein bißchen dann tiefenpsychologisch nach dem Motto „Die in Bonn“, da wird nicht genau geguckt, wer im Präsidium ist, wer im Vorstand ist oder sonst wo –, ist eben so, daß wir im Augenblick praktisch führungslos wirken. In der Partei und noch mehr bei unserer Anhängerschaft, die gar nicht so genau die Details versteht, geht eine Stimmung um, die CDU tritt selbst ab. Deshalb ist es lebensnotwendig, das schnell zu beenden, weil ja doch die Situation der Auseinandersetzung mit der SPD – das muß man klar aussprechen – die Präsenz der CDU/CSU in der Bundesrepublik als lebensnotwendig für die Bundesrepublik erscheinen läßt. Was mir im Augenblick Sorgen macht, ist nicht nur die tägliche politische Entscheidung etwa an der Preisfront oder so etwas. Das alles ist vorzüglich geeignet, für die CDU Position zu beziehen. Ich beobachte an einigen, sehr zentralen Punkten, die typischerweise in unserem Lande überhaupt nicht mehr diskutiert werden, daß langfristige Umstrukturierungen stattfinden, die viel gewichtiger sind – ich weiß, was ich sage, wenn ich das so hart formuliere – als beispielsweise speziell die Frage von Löhnen und Preisen, die doch wirklich ganz lebenswichtig sind.

Etwa die Politik der Bundesregierung, inspiriert vor allem von der SPD, jetzt die KPD/ML zu verbieten, ich bringe ein Beispiel, und damit die DKP quasi zu einer staatstragenden Partei im Umkehrschluß zu machen, bringt langfristige Entwicklungen in Gang, die wir kaum mehr reparieren können. Ich will also gar nicht auf das Thema „Radikalerlaß“<sup>56</sup> eingehen, wie der noch haltbar sein soll, bei einer praktisch schwarz-rot-gold umprägten Zulassungsurkunde für die DKP, ist ein Fall für sich. Die Lage in den Gewerkschaften wird durch diese Entscheidung unerträglich. Wie immer einer, der eine mehr oder der andere weniger kritisch, zu diesen Bereichen stehen mag, wir leben ja davon in diesem Staat, daß die Gewerkschaften demokratische Gewerkschaften sein können und daß sie nicht auch von der Seite her über die Betriebe ausgehöhlt werden. Man kann viele Beobachtungen machen, die dementsprechend sind. Wir stehen, darüber muß man sich im klaren sein, vor einer langfristigen Strategie der Sozialdemokraten oder Teilen der Sozialdemokraten, jetzt gar nicht mehr im offenen großen Clinch und Konflikt, sondern Punkt für Punkt Details in der Bundesrepublik umzustrukturieren. Herr Kollege Filbinger, denken Sie an die ganz unverständliche Diskussion, die wir in der letzten Besprechung mit Brandt über den deutsch-französischen Jugendaustausch hatten. Hier wird ein Kernstück der politi-

---

56 Beschluß der Regierungschefs der Länder und des Bundeskanzlers Willy Brandt vom 28. Januar 1972, wonach die Anstellung im öffentlichen Dienst abgelehnt werden kann, wenn Zweifel am Eintreten des Bewerbers für die freiheitlich-demokratischen Grundordnung bestehen. Vgl. Nr. 21 Anm. 7.

schen Grundlage, die die CDU gelegt hat in der Ära unserer drei Kanzler, im Austausch mit Frankreich ganz bewußt mit konjunkturpolitischen Mitteln – hier ist wirklich die Unangemessenheit der Mittel spürbar – umfunktioniert. Ich könnte die Liste, was auf dem bildungspolitischen Sektor sich abzeichnet, beliebig erweitern. Ich bin sicher, wir stehen noch in diesem Jahr in einer Reihe von Ländern, vor allem in den Nachbarländern vor der Frage, wie geht das weiter mit der Anerkennung des Abiturs in bestimmten Bundesländern. Das sind Dinge, die langfristig nicht mehr reparabel sind, wenn sie so umfunktioniert sind, wie sich das jetzt abzeichnet. Das heißt also ganz konkret, wir müssen uns hier in allen Ebenen stellen der Auseinandersetzung mit der Regierung und d. h. ganz konkret für uns, daß unsere ganze Politik nach vorne weisen muß.

Dabei ist klar, daß diese Politik auch im Sachbereich, das ist das Wesen einer Volkspartei, bei uns umstritten ist. Es ist einfach eine Fama, die in diesen Tagen allerdings sehr eifertig auch in der CDU verbreitet wird, als wären die Gegensätze zu Sachfragen primär ein Gegensatz CDU und CSU. Ich komme auf dieses Thema noch. Das ist es auch. Aber, meine Damen und Herren, der Spannungsbogen in der Mitbestimmungsfrage ist innerhalb der CDU genauso groß wie innerhalb der CSU oder zwischen CDU und CSU. Das ist vielleicht auch bei anderen Bereichen so. Hier zeigt sich, wie dumm diese alten Etikettierungen sind im Zusammenhang mit dem Thema „rechts oder links“. Ich habe mit großem Interesse vermerkt, daß beispielsweise in der Frage des § 218 die in der Deutschlandpolitik als rechts Verschiedenen – ich gehe jetzt gar nicht aufs Detail ein, wer das jeweils war – sich ganz links, „progressiv“ gebärden, und die Progressiven, die bei uns sich so etikettieren lassen, in der Frage des § 218 sich völlig integral im Sinne des Heiligen Officiums gebärden. Also man kann hier ein sehr breites Spektrum feststellen. Natürlich, das Heilige Officium ist immer das einfachste, Herr Kollege Kiesinger. Da sagt man, die Welt bewegt sich nicht, und dann ist das alles gelaufen. Bloß kann das – da stimme ich Rainer Barzel völlig zu – unsere Maxime natürlich in der CDU nicht sein, denn die Menschen bewegen sich ja doch weiter.

Ich meine also, wir sollten auch daraus eine andere wichtige Erkenntnis ziehen, auch an dem, was heute früh hier deutlich geworden ist: Daß man ganz einfach aufhört, daß das überall vorrückende Freund-Feind-Verhältnis, was schon eine Katastrophe für den demokratischen Staat an sich ist, auch in unserer Partei Platz greift. Und ich muß Ihnen sagen – ich blende jetzt auf eine Szene zurück, die ich in Erinnerung habe –, wie ich zutiefst betroffen war, als bei der Wahl Brandts dieser Abstimmungsfehler unterlaufen war.<sup>57</sup> Und wie in breiten Kreisen der CDU es selbstverständlich für möglich gehalten wurde, daß das nicht primär vielleicht ein Abstimmungsfehler ist, sondern daß bei uns, in einer so zentralen Frage so und so viele Leute aussteigen.

---

<sup>57</sup> Am 27. April 1972 beriet der Bundestag über den von der CDU/CSU-Fraktion eingebrachten Antrag nach Art. 67 GG (BT-Drs. VI/3380 vom 24. April 1972). Das konstruktive Mißtrauensvotum scheiterte, da der Antrag statt der erforderlichen Stimmenmehrheit von 249 nur 247 Stimmen erhielt (Sten.Ber. 6. WP 183. Sitzung S. 10697–10714).

Wie die Schuldigensuche in der Sekunde angefangen hat, wie die Telefone sofort losgingen und gesagt wurde, da war doch sicher der dabei und der dabei, und wie sofort der Scheiterhaufen aufgerichtet wurde. Wenn wir in der CDU nicht lernen, in solchen Fragen – das ist nicht ein billiger Appell an Solidarität, das ist das Austragen von Gegensätzen in der Sache bei Wahrung des Standpunkts, den man selbst hat und Respektierung des Standpunkts, den der andere hat – mit etwas Diskussionskultur miteinander umzugehen, wird diese Partei überhaupt nicht mehr und in gar keinem Fall zu einer bestimmenden politischen Macht in der Bundesrepublik werden. Das gilt für alle Fragen, die jetzt vor uns stehen. Das gilt für den § 218, wo es ja ganz naheliegt, daß man diese oder jene Position einnimmt und dabei sich sozusagen je nach Gusto und Laune ein Röckchen verdient oder eine bestimmte Grundhaltung einnimmt. Das gilt für die elementar wichtige Frage der Mitbestimmung, die nach meinem Dafürhalten in diesem Jahr entschieden werden muß in den Grundlinien, nicht in allen Details. Ich kann nicht erkennen, daß wir hier vor unüberwindlichen Schwierigkeiten stehen. Ich kenne keine Stimme in unserer Partei, die sagt, daß die Beschlüsse von Düsseldorf nicht reversibel sind und daß sie mehr oder weniger Ausgangspositionen sind. Ich weiß doch auch, wie jeder hier, daß eine Reihe der Argumente sich verändert hat. Wenn ich jetzt dazu rate – da ist kein Punkt, den Rainer Barzel in diesem Zusammenhang genannt hat, den ich nicht von mir aus durchaus auch so anspreche –, daß wir diese Frage in aller Ruhe und aller Bereitschaft, einander zuzuhören, besprechen, dann doch einfach deswegen, weil hier mehr auf dem Spiel steht, als nur die Frage der Zusammensetzung des Vorstands und des Aufsichtsrats, weil ja die Frage eines neuen Konzepts des Gesellschaftsrechts insgesamt mit diskutiert werden muß, mit allen Konsequenzen, die darin stecken.

Das Gleiche gilt für die Reform der Berufsausbildung. Die Kommission hat, wenn ich es recht sehe, drei Vorschläge gemacht.<sup>58</sup> (*Barzel*: An einer bestimmten Stelle drei Alternativen.) Ich glaube, hier ist es legitim, einmal im Bundesvorstand der CDU zu sagen, bei dieser einen Stelle, hier geht es praktisch um die Kontrolle der Kontrolleure. Wenn ich das einmal übertrieben formulieren darf, muß es möglich sein, einen sachgerechten Vorschlag zu finden, der auch parteipolitisch nützlich ist. Ich sage ganz klar, es kann unser Interesse nicht sein in der Berufsausbildung, einen Vorschlag zu machen, der sachgerecht ist und der praktisch die Roten in eine Position bringt, daß sie die ganze Lehrlingsausbildung umfunktionieren können. Nachdem, was bisher auf dem Markt ist in der CDU – etwa die Vorschläge aus den Sozialausschüssen, aus der Jungen Union<sup>59</sup> –, halte ich das für eine denkbare und machbare und verständliche Position, die wir hier finden können.

---

58 Vgl. das Papier der Kommission „Berufliche Bildung“ der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages und der CDU-Bundespartei zu „Reform der beruflichen Bildung“ vom 7. Mai 1973 (ACDP 07–001–934).

59 Beschluß der Sozialausschüsse der CDA vom 19./20. Mai 1973 zur beruflichen Bildung in „Informationen der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft“ vom 28. Mai 1973 S. 5f. – Zu den Beschlüssen der JU zur Mitbestimmung auf dem außerordentlichen Deutschlandtag in Herford vgl. Anm. 17.



Das Gleiche gilt für das Bodenrecht. Ich bin auch der Meinung, wir müssen nach dem Hamburger Parteitag und nicht auf dem Hamburger Parteitag, weil ihn das überfrachtet, in einem eigenen Fachkongreß<sup>60</sup> oder etwas ähnlichem in Zusammenhang mit der Medienpolitik wichtige Fragen stellen. Wobei ich sogar der Meinung bin, daß es auch deswegen richtig ist, weil aus der Mitbestimmungs-, Mitwirkungs-, Mitverantwortungsdiskussion sich auch Konsequenzen für Medienpapiere der CDU ergeben. Das heißt ganz konkret, die Partei muß jetzt ungeachtet dessen, was in den letzten Tagen und den letzten Monaten passierte, ganz klar nach vorne operieren. Aber d.h. nicht, daß wir Anpassungskosmetik betreiben dürfen, um etwa irgend jemand, sei es links oder rechts, zu überholen. Die CDU muß unverwechselbar ihr eigenes Profil auf diesem Weg haben und nicht ein von anderen abgeleitetes Profil.

Hier ist viel über die Soziale Marktwirtschaft, über die Ordnungspolitik gesprochen worden. Ich glaube, wir haben keinen Grund, Nachholbedarf zu artikulieren. Wir sollten nur einmal den Schutt wegräumen, den wir z. T. selbst über bestimmte prinzipielle Betrachtungen aufgebaut haben. Das sollte geschehen nicht unter dem Stichwort „Richtungskämpfe“. Tiefenpsychologisch heißt das Wort „Richtungskämpfe“ für den Bürger, der dies hört, daß die unter Brüdern zerstritten sind. Eine zerstrittene Familie macht im Privatleben einen miserablen Eindruck und eine politische Partei auch. Wir sollen harte Sachauseinandersetzungen führen und sollten auch Minderheiten in dieser Partei selbstverständlich das Recht zubilligen, radikal formulierte Thesen zu vertreten. Aber auch Minderheiten, das ist das Wesen von Minderheiten, müssen unter Umständen Ergebnisse des Gesamten entsprechend aufnehmen. Ich meine, wenn wir so das Stichwort der Erneuerung aufnehmen, vollzieht sich auch etwas anderes ganz automatisch, nämlich eine Normalisierung zwischen den einzelnen Bereichen der Partei, den Gruppierungen, wo wir ja zunehmend anfangen, die Rolle der einzelnen Gruppen der Democrazia Cristiana zu übernehmen. Das ist kein leuchtendes Beispiel. Was sich in Italien abspielt zwischen den einzelnen Gruppen, sollte bei uns auf gar keinen Fall in die CDU/CSU hineingenommen werden. Denn wer den Weg der italienischen Republik, und wer die Prognosen für diese Republik in den nächsten Jahren betrachtet, der kann hier nichts besonders Überzeugendes für uns gewinnen.

Dazu gehört auch unser Verhältnis, das muß klar angesprochen werden, zur CSU. Erstens einmal behaupte ich weiterhin – auch auf die Gefahr hin, daß der ein oder andere hinterher sagt, das ist ganz klar, er hat da einen Pakt mit dem Strauß –, daß es in Bayern nicht andere Menschen gibt als in anderen Teilbereichen der Bundesrepublik. Wobei übrigens diese These mit dem Pakt früher auch mal anders galt, man nimmt ja die Argumente immer so, wie man sie gerade braucht. Nur, wer sich ernsthaft mit dem Geschäft einer Strategie des begrenzten Konflikts beschäftigt, der muß wissen, daß Bruderkämpfe immer schrecklich sind. Daß aber Bruderkämpfe, die noch heuchlerisch im Namen Christi ausgeführt werden, zum Bittersten gehören, was über-

---

60 Kongreß der CDU und CSU zum Thema „Presse – Rundfunk – Neue Medien“ am 30./31. Mai 1974 in München (Tagungsbericht sowie Reden und Unterlagen der einzelnen Arbeitskreise in ACDP Dokumentation 2/201/3–2–17).

haupt möglich ist. Und ich sage Ihnen ganz klar, wer über Trennung von beiden Parteien in zwei Fraktionen spricht, muß wissen, daß zu Lebzeiten der hier am Tisch Sitzenden es keine Einigung mehr geben wird. Das heißt eine klare Absage der CDU und CSU auf die Chance, in diesem Lande je wieder bestimmende Kraft zu werden. Wir werden dann vielleicht gelegentlich, der ein oder andere auf dem Weg einer solchen Entwicklung, Partner eines viel Größeren sein. Aber sehen Sie, wie bestimmte Parteien sich in Holland entwickelt haben, wie denaturiert das Bild der holländischen Demokratie geworden ist. Dann haben Sie ein Beispiel, das für uns nicht verlockend sein kann. Das gilt auch für die Erfahrungen in unserem Lande. Wenn Sie mit unseren saarländischen Freunden einmal sprechen, was das für ein Prozeß war, bis die CDU und die CVP einigermaßen wieder zusammenkamen, welch menschliches Leid, es gibt kein besseres Wort dafür, auf diesem Wege zu beobachten war, dann haben Sie das Beispiel.

Ich selber komme aus einer Landschaft, wo man heute noch nach 40 Jahren bei den alten Mitgliedern der CDU spürt, ob einer bei der Bayerischen Volkspartei oder beim Zentrum war, spätestens bei der Beerdigung, so tief sitzen solche lächerlichen Gegensätze, lächerlich vom Ablauf der Geschichte. Das können Sie auch heute noch merken, wie hier feine Nuancen deutlich werden. Ich kann Ihnen nur sagen, ich warne. Aber – wenn ich das eine sage, muß ich das andere genauso sagen: Weder ist die CDU ein Wurmfortsatz der CSU, noch umgekehrt. Was wir brauchen, ist, ein ganz normales, auch im Menschlichen ordentliches Verhältnis, was voller Probleme ist, weil Menschen eben Menschen sind und sehr unterschiedlich in ihrer Struktur. Ich meine, es muß möglich sein, mit der CSU zu einer Lösung zu kommen, erstens im Stil der Arbeit, der Kooperation, und zum zweiten auch im Inhalt. Daß praktisch unter die Maxime gestellt wird, daß keiner von den beiden dem anderen etwas zumutet, was er selbst nicht zugemutet haben möchte. Dazu gehört, das lassen Sie mich ganz offen sagen, daß wir auch untereinander mit solchen Formulierungen aufhören sollten, daß in der einen Tagung einer aufsteht und sagt, so lange der und der in der CDU/CSU tätig ist, kann man in dieser Partei sich überhaupt nicht mehr zeigen, und in einer anderen Tagung – ich sage das jetzt ganz neutral, ich könnte aus den letzten zehn Tagen ein paar Dutzend Beispiele erwähnen –, so lange diese schwarzen Kommunisten bei uns rumlaufen, ist es überhaupt nicht mehr möglich, vernünftig miteinander umzugehen. Das ist ein Prozeß der Diffamierung. Eine solche Partei ist weder attraktiv, noch ist sie moralisch legitimiert, die Führung in unserem Lande zu übernehmen. Ich meine also, wir sollten die jetzt anstehenden Fragen mit unseren Freunden und Kollegen in der CSU besprechen. Wir sollten vor allem auch jetzt in den Sachfragen – Reform Berufsausbildung, § 218, Bodenrecht, Vermögensbildung, Mitbestimmung und Medienpolitik – als den wichtigsten Fragen in diesem Jahr oder in den nächsten 1 ½ Jahren klare Regelungen finden.

Dann ein letztes: Das Verhältnis der Partei zu der Fraktion oder den Fraktionen. Wer die Partei kennt, muß von vornherein sagen, dies ist kein Problem von heute. In jeder Kreispartei wiederholt sich alle zehn Jahre der Streit zwischen der Kreistagsfraktion oder Stadtratsfraktion und dem Kreisverband. Was wir hier machen müssen, ist,

daß die Parteiführung ganz klar ihren Führungsanspruch wahrnimmt. Insofern, Herr Kollege Dregger, kann man überhaupt nicht von einem imperativen Mandat sprechen. Natürlich hat das Präsidium das gute Recht, ich finde auch die Pflicht, in einer konkreten Frage einen konkreten Hinweis zu geben, wobei ja das Präsidium laut Satzung Empfehlungen gibt. Das Präsidium ist ja im Sinne unseres Parteiverständnisses und Satzungsverständnisses kein Beschlußorgan. Aber es ist natürlich das Präsidium der Partei, und es ist auch dazu da, die Koordination der Politik vorzunehmen, beispielsweise zwischen Bund und Ländern, zwischen Bund, Ländern und Gemeinden auch mal gelegentlich unter Ländern. Das müßte in diesem Zusammenhang möglich sein. Deswegen soll man nicht sagen, wenn die Parteiführung, wohl verstanden bei voller Wahrung der Gewissensentscheidung des einzelnen Abgeordneten, hier eine Vorlage macht, daß da eine Pression ausgeht. Das ist ein normaler Hinweis und ein normales Stück Führungskunst. Zusammenfassend meine ich, daß es jetzt vor allem wichtig ist, daß wir nicht in einen fortdauernden Prozeß der Vergangenheitsbewältigung eintreten. Dazu gehört für mich das ganze Jahr 1972, da gibt es eine Menge bitterer Erfahrungen im einzelnen und im allgemeinen. Ich sage Ihnen aber ganz klar, helfen tut es uns überhaupt nicht. Wenn ich bloß an den Mai 1972 denke, meine ich eben, daß das, was im Mai 1972 war, bei vielen unserer Mitbürger schneller ins Vergessen geraten wäre, wenn wir nicht selber fortdauernd dieses Thema wieder in Erinnerung rufen würden. Ob das sehr klug ist, ist eine andere Frage. Ich würde es sehr begrüßen, Herr Vorsitzender, wenn wir uns vor allem im Laufe dieses Nachmittags zu der Frage des Termins des Parteitages möglichst rasch verständigen könnten.

#### *Mittagspause.*

*Barzel:* Sicherlich hat hier keiner die Absicht, hieraus eine endlose Sitzung werden zu lassen. Dennoch sollten wir uns auf ein bißchen länger schon einrichten, wenn wir dem Erwartungshorizont, von dem Herr Filbinger gesprochen hat, entsprechen wollen.

Zweitens, in dem Bericht eingangs ist nicht mitgeteilt worden, daß der amtierende Fraktionsvorsitzende mit dem Generalsekretär eine Verabredung für den Montag getroffen hat. Das muß man wissen, weil man sonst hier etwas Falsches machen könnte. Am Montag sieht die, was uns anbetrifft, so aus: Es gibt morgens eine Sitzung des Präsidiums<sup>61</sup>, anschließend ein seit langem vorgesehenes Gespräch mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft<sup>62</sup>, das wir nicht vertagt haben, damit wir nicht in den Eindruck kommen, das ist ein Verein, der gar nicht mehr handlungsfähig ist. Wir haben dann um 15.00 Uhr eine Begegnung des Präsidiums mit Ministerpräsidenten und einigen Experten der Fraktion, weil wir um 16.00 Uhr ein Treffen haben der beiden Par-

---

61 Protokoll vom 14. Mai 1973 in ACDP 07-001-1406.

62 Vgl. zum Treffen Communiqué der CDU vom 14. Mai 1973 sowie Notizen zum Kontaktgespräch in ACDP 07-001-1553; DUD Nr. 91 vom 15. Mai 1973 „CDU-Präsidium und DAG-Bundesvorstand trafen sich“.

teispitzen CDU und CSU<sup>63</sup>, um Sachfragen zu erörtern und dadurch die sachliche Voraussetzung zu schaffen. Das ist ein Terminplan, der verabredet ist für alle beiden Fraktionsvorsitzenden. Der Fraktionsvorstand will am Montagabend zusammentreten, wie ich höre.<sup>64</sup> (*Zwischenruf*: 18.00 Uhr) Das wird sicherlich zu früh sein, das sollte man gleich auf ein bißchen später verschieben, sonst gibt es wieder Ärger. Das ist der Ablauf. Ich sagte das deshalb, weil wir uns schon – ob uns dies nun paßt oder nicht – ein bißchen von den Themen leiten lassen, die uns hier beschäftigt haben. Ich will auch gerne nicht nur meine Themenliste gelten lassen; ich sehe, daß Herr Schröder zwei andere Punkte für als mögliche Kontroverspunkte für die Zukunft bezeichnet hat, Herr Kohl hat ein paar dazu gefügt. Das kann man gerne aufnehmen. Aber das, was ich eingangs sagte, sind die Probleme, über die mit der CSU zu sprechen ist. Die kann man natürlich zu vertagen versuchen, aber dann man macht man einen fundamentalen Fehler.

Das dritte: Wenn sich hier, ich will es so formulieren, nicht etwa eine Meinung durchsetzt, einen Parteitag vorzuverlegen, um den anderen dann zu vertagen – ich nehme an, das hat keiner gewollt, weil das nicht geht aus den Gründen, die ich gesagt habe – möchte ich gerne uns allen den Vorschlag machen, daß wir einen Juni-Termin suchen. Wir müssen an die Kosten denken und an die Lokale und an die Satzung, ob die Delegierten schon alle gewählt sind, das muß die Organisationsabteilung feststellen. Bei dem Juni-Termin nehmen wir uns eigentlich nur einen Tag, um die Wahlen zu betreiben. (*Zwischenruf*: Genau so!) Für den Fall, daß wir dies tun, müssen wir uns auch über die Vokabeln einigen. Da muß nämlich der Parteitag, der wählt, zum ordentlichen Parteitag erklärt werden, wenn ich die Satzung richtig kenne, und der Sachparteitag zum außerordentlichen. (*Zwischenruf*: Nicht notwendig!) Na gut. Das erste ist entscheidend. Ich bitte natürlich auch dabei zu berücksichtigen, welche Erklärung dieser Vorstand abgeben will, ob er alle seiner Ämter zur Verfügung stellt. Das muß er nach der Satzung wohl ohnehin tun. Vielleicht wäre dies ein Punkt, der in der Öffentlichkeit gut ankäme. Ich erinnere an eine Situation, in der Herr Erhard in einer besonderen Situation war, wo ich damals das Präsidium gebeten habe zurückzutreten. Ich habe den Antrag selber gestellt, und das ist dann auch passiert, weil das die Geschäfte insgesamt erleichtert hat.<sup>65</sup> So sehr es naheläge, jetzt zunächst über das Verfahren zu beschließen – wann ist der Parteitag und treten wir alle zurück – so wenig kann ich dies befürworten. Ich würde es auch, soweit meine Kraft reicht, nicht zulassen. Denn es ist unmöglich für einen neuen Anfang, Herr Köppler, Vorwürfe hier stehen zu lassen, von denen ich eingangs sprach. Das geht ja nicht um Personen, sondern wenn das möglich sein soll in der Union, wird das ja auch für jeden anderen oder für den nächsten Vorsitzenden, ob er nun derselbe oder ein anderer sein wird, gelten. Das

---

63 Vgl. „Die Welt“ vom 15. Mai 1973 „Spitzen von CDU und CSU wollen künftig engeren Kontakt halten“.

64 Protokolle des Fraktionsvorstands nicht vorhanden.

65 Barzel hatte in der Sitzung des CDU-Präsidiums am 3. Februar 1967 vorgeschlagen, daß das Präsidium vor dem Parteitag geschlossen zurücktreten solle, da das Präsidium gemeinsam mit dem Vorsitzenden gewählt worden sei (Protokoll in ACDP 07-001-1401).

muß also weg. Und es muß etwas gesagt werden über die Sachpunkte, über die wir zu sprechen wünschen. Wenn wir nicht über Sachen sprechen wollen, würde ich das für falsch halten. Ich wollte dies zwischendurch sagen und dann in der Rednerliste fortfahren.

*Stoltenberg:* Ich möchte gerne zu dieser neuen Terminlage eine Vorbemerkung machen. Das muß dann am Montag so sein, ich will mich gegen die Veränderung nicht äußern. Nur, wir müssen heute hier noch für das Präsidium, die Kollegen Ministerpräsidenten und die Sachverständigen der Fraktion einen Termin finden, der es uns erlaubt, nun sehr bald zu einer gemeinsamen Sprache in der Stabilitätsdiskussion zu kommen und die nächste Sitzung des Bundesrates, wo wir das neue Paket bekommen, vorzubereiten.<sup>66</sup> Das gehört zur Generaldebatte, zur politischen Meinungsbildung unter uns. Es zeigt ja auch gleichzeitig die Schwierigkeiten, die es immer wieder geben wird. Aber wir dürfen hier nicht auseinandergehen, nachdem der Montagnachmittag-Termin jetzt verlegt wird, ohne einen neuen Termin zu finden. Ich mache im Augenblick keinen Vorschlag dazu. Zur Sache selbst will ich mich bemühen, Gesagtes nicht zu wiederholen.

Ich halte es auch für nötig, daß wir hier eine grundsätzliche Generaldebatte und eine tief angelegte Generaldebatte über die Lage der Partei führen. So wichtig die einzelnen Sachthemen sind – vom UNO-Beitritt bis zu denjenigen, die in Kommissionen behandelt werden –, wir müssen sie einordnen in die Frage der Lage der Partei und der Form, wie wir unabhängig jetzt von personellen Entscheidungen, die bevorstehen, eine wirksamere Kooperation zwischen den verschiedenen Bereichen finden. Ich sage gleich, daß dies schwierig sein wird, weil es hier gewisse Strukturprobleme gibt, die durch die Oppositionsrolle der Union nicht leichter werden. Daß dies eine tiefe Erschütterung für unsere Basis ist, will ich nur mit einem Satz unterstreichen, falls es darüber andere Meinungen im unserem Kreis geben sollte. Das mag örtlich unterschiedlich sein. Mein Eindruck ist nach den letzten Tagen, daß es uns zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt trifft.

Aber ich will jetzt eigentlich auf die Grundsatzfragen eingehen, die hier aufgeworfen sind. Es sind verschiedene Fragen, die wir gestreift haben und denen z. T. Verschiedenes gesagt worden ist, Sachfragen künftiger Politik, die Einordnung von Einzelentscheidungen, wie diese sehr wichtige, aber nach meiner Auffassung nicht unbedingt zentrale außenpolitische Frage des UNO-Beitritts, Einordnung in eine künftige Politik insgesamt. Denn ohne diese längerfristige Perspektive werden wir aus Gründen, auf die ich noch eingehen werde, uns nach meiner Auffassung auch bei vielen anderen Detailinzelfragen der Außenpolitik und vielleicht auch der Innenpolitik auseinanderbewegen, wenn es nicht gelingt, in der Arbeitsweise der Union, aber auch in der Erar-

---

<sup>66</sup> Am 16. Mai 1973 begannen im Haushaltssausschuß des Bundestages die Beratungen über die Stabilitätsprogramme der Bundesregierung vom Februar und Mai 1973. Die CDU/CSU lehnte das Programm vorläufig ab. Vom 23. bis 25. Mai 1973 fand die Debatte im Bundestag darüber statt, danach wurde es in den Vermittlungsausschuß von Bundesrat und Bundestag überwiesen. Der Vermittlungsausschuß erarbeitete einen Kompromiß, der am 1. Juli 1973 in Kraft trat.

beitung gemeinsamer insoweit verbindlicher Gesamtperspektiven, die immer komplexen und sehr oft kontroversen Einzelfragen, mit denen wir uns im Bundestag und Bundesrat auseinandersetzen müssen, einzuordnen. Das berührt das andere Thema „Formen der Meinungsbildung“, das für uns schon in den 60er Jahren als Regierungspartei oft schwierig war. Es ist in der Opposition, vor allem nach dem letzten Wahlergebnis und seinen psychologischen Folgen, offenbar noch schwieriger geworden. Wir haben es hier mit der Partei zu tun. Wir haben es mit der Fraktion zu tun. Es ist zu Recht darauf hingewiesen, daß wir eine andere gesetzgebende Körperschaft haben, die eine besondere Rolle hat, weil wir da eine Mehrheit haben, was für die fünf Kabinette, die diese Mehrheit bilden, nicht eine Freude, sondern eine Last ist in dieser politischen Lage. Das möchte ich noch einmal sehr deutlich – ich glaube mit dem Einverständnis mit den an- und abwesenden Kollegen – sagen. Und schließlich haben wir es natürlich als vierten Faktor mit der anderen Partei, der Schwesterpartei, der CSU, zu tun.

Nun möchte ich hier in aller Deutlichkeit sagen, daß wir, wenn wir zu einem größeren Maß an Homogenität kommen wollen im Abstimmungsverhalten und in den Äußerungen, nicht umhin kommen, klarer als bisher und klarer als in dieser Frage, zu unterscheiden zwischen Ermessensfragen und Gewissensfragen. Das mag der einzelne im Grenzbereich unterschiedlich definieren, und das kann man nicht ganz festschreiben. Aber jedermann, der in einer wichtigen Einzelfrage eine andere Auffassung vertritt, wie etwa in dieser UNO-Beitrittsfrage, muß in Zukunft als Abgeordneter, als Ministerpräsident, als Vorstandsmitglied gründlicher, als es bisher manchmal geschehen ist, wirklich sich noch einmal prüfen, ob seine „dissenting vote“ eine Ermessensfrage ist, die man zurückstellen kann, oder ob sie eine Gewissensfrage ist, die respektiert werden muß. Und da gibt es Themen wie § 218. Das sind eindeutig – jedenfalls für die meisten – fast alles Gewissensfragen. Es gibt aber einen breiten Bereich von Ermessensfragen. Offen gesagt ist – ich würde hier die besondere Situation unserer Berliner Kollegen ausdrücklich unterstreichen – jedenfalls für die große Mehrheit der Kollegen, die ich kenne und mit denen ich gesprochen habe, dies doch wohl eine Ermessensfrage und nicht eine Gewissensfrage gewesen. Und ich möchte, weil es hier um ein außenpolitisches Thema geht, eines gerne hier sagen. Im Rückblick, jetzt nicht im Rückblick auf die Kontroversen der letzten Tage – dazu ist einiges gesagt, ich will darauf nicht weiter eingehen – im Rückblick auf die historische Perspektive der Union möchte ich eines bemerken. Ich habe zu meiner Überraschung festgestellt – hier waren natürlich solche Vorgänge, die Erinnerungen wecken, die auch weiter zurückliegen, an außenpolitischer Auseinandersetzung unter uns –, daß ich mittlerweile eines der dienstältesten Mitglieder des Bundesvorstandes bin, so an zweiter, dritter Stelle. Ich war im Alter von 26 Jahren, lieber Heinrich Köppler, als Vorsitzender der Jungen Union in diesen Kreis gewählt worden und kann jetzt auf eine fast 18jährige Dienstzeit zurückblicken.

Die Außenpolitik war in den 60er Jahren unter Konrad Adenauer das große Thema, mit dem wir neben der Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards das Terrain gewonnen haben. Und die Außenpolitik ist in den 60er Jahren zunehmend eine Last für uns gewor-

den. Das muß man sehr klar und offen sagen. Veränderungen lagen nicht nur bei uns, sondern in den Verhältnissen in Europa und der Welt. Wenn ich an die vielen Debatten im Bundesvorstand und damals in der Fraktion zurückdenke, muß uns allen, die wir das erlebt haben und auch unseren Freunden, die hinzugekommen sind und es von außen erlebt haben, klar sein, daß viele Positionen, die damals von unseren führenden Politikern vertreten wurden, Spannungen verursacht haben. Ich nehme nur einmal das Stichwort Atlantiker und Gaullisten<sup>67</sup>, und wir wissen, was daraus an Belastung für die Union erwachsen ist, daß das ein Stück für unseren Machtverlust schließlich gewesen ist. Freunde von uns, ich brauche sie nicht zu nennen, haben aus diesen Spannungen sich dem Gedanken der Großen Koalition sehr früh schon geöffnet. Die SPD war eine Partei der 35 %. Wir wissen heute rückblickend, wie relativ das alles geworden ist. De Gaulle hat eine andere Politik betrieben, als die deutschen Gaullisten, wie man sie nannte, unter uns meinten, und Kennedy hat auch eine andere Politik betrieben, als in der klassischen Zeit die Atlantiker meinten. Das muß uns eine Lehre und Warnung sein auf dem Feld der Außenpolitik, wo unendlich viele sich berufen fühlen. Das gilt auch für Fraktions- und Parteigremien. Das ist immer ein interessantes und schönes Feld. Ich habe – wenn auch bescheidene – Erfahrungen auf diesem Gebiet gesammelt und halte gelegentlich eine Rede, aber die Zahl derer, die sich da berufen fühlen, ist sehr groß – eine alte Tradition der Union übrigens. Da muß man sich sehr fragen, wieweit eine Einzelfrage jetzt wie der UNO-Beitritt wirklich eine Kardinal- und Gewissensfrage ist. Daß das Nein zum Grundvertrag für viele, ich sage das übrigens für mich auch, mehr als eine Ermessensfrage war, möchte ich betonen, daß das Ja oder Nein zur UNO im wesentlichen aber eine Ermessensfrage war. Ich sage noch einmal, ich sehe hier ein besonderes Problem vor allem unserer Berliner Kollegen. Das ist nach meiner Überzeugung genauso wichtig. Unser zentrales Ziel muß ja sein, und das ist die Perspektive für die Strategie, der sich alles außer den Grundsätzen unterordnen muß, die Wiedergewinnung der politischen Macht. Das ist eine Aufgabe unserer Freunde in der Fraktion, der Landesvorsitzenden, der Bundesvorstandsmitglieder, der Fraktionsvorstandsmitglieder, zu denen ich nicht mehr gehöre. Aber ich werde mir erlauben, meinen schleswig-holsteinischen Abgeordneten das auch in einem sehr eindringlichen Gespräch noch einmal zu sagen. Ich würde sehr dringend empfehlen, daß jeder der anwesenden Landesvorsitzenden gerade mit seinen Bundestagsabgeordneten noch einmal diese Bilanz unserer heutigen Sitzung und der Überlegungen durchspricht. Wir müssen erkennen, daß die Frage der Wiedergewinnung der politischen Führung überhaupt das zentrale Thema ist und alles, außer den Grundsätzen, sich hier unterzuordnen hat. In diesem Zusammenhang halte ich nun in der Tat es sachlich, aber vor allem in den politischen Wirkungen – ich habe es nicht öffentlich gesagt, weil ich auch nichts von den öffentlichen Erklärungen der letzten Tage zu dieser Kontroverse gehalten habe, obwohl bei mir sicherlich nicht weniger Journalisten waren wie bei an-

---

67 Vgl. Tim GEIGER: Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969 (Studien zur Internationalen Geschichte 20). München 2008; Torsten OPPELLAND: Atlantiker und Gaullisten. In: SCHWARZ S. 67–84.

deren Anwesenden, die hier viele Erklärungen zu diesen Fragen ja nun hören wollten – für eine nicht richtige Entscheidung, gebe aber zu, daß man in der Argumentation des UNO-Beitritts auch andere Positionen vertreten kann. Nur hier geht es mir exemplarisch um die Frage, wie können wir zukunftspolitische Meinung bilden? Das ist das Problem. Hier habe ich ja ein Stück an der Meinungsbildung mitgewirkt.

Aber ich möchte noch einmal auf das Fundamentalproblem eingehen. Die Diskussion, der Beitrag von Herrn Dregger und auch die anders lautenden Beiträge haben ja eins klargemacht. Ich nehme nicht den anderen Punkt der Kontroverse, sondern nur einen hier. Es gibt hier ein fundamentales Spannungsverhältnis. Wir alle sind lange genug Abgeordnete im Bundestag – die einen kürzer, die anderen länger – oder in Landtagen oder sonst irgendwo. Natürlich ist jeder Abgeordnete ...

*Barzel:* Über den Gang dieser Debatte hier ist da also natürlich auszugsweise einiges von dem gesagt, was ich hier erklärt haben soll. Das ist fast alles korrekt. Nur es sind natürlich gerade die Punkte herausgenommen, die für eine bestimmte Interpretation des Vorgangs sehr wichtig sind. Das ist dann über den nächsten Ablauf der Debatte hier die Rede. Ich war nicht draußen, meine Mitarbeiter waren nicht draußen. Ich will hier niemand verdächtigen, vor allem nicht die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle.<sup>68</sup> Nur, meine Damen und Herren, daß Sie in dieser Lage den Vorsitzenden nicht als einen Mann darstellen können, der hier nur zur Verfahrensfragen des Verhältnisses zur CSU Stellung genommen hat, der überhaupt sich nur geäußert hat, wann ein Parteitag sein soll, daß er also wieder erscheint als ein Mann, der hier faktisch etwas sucht, während er eine inhaltliche Rede gehalten hat, das, meine Damen und Herren, ist doch eine Frage, die die Antragsteller von heute morgen bitte überlegen müssen. Entschuldigen Sie meine Erregung, aber das ist natürlich eine Sache, die einem die Hutschnur platzen läßt.

*Stoltenberg:* Ich glaube, wir sollten auf den Punkt vielleicht ... (*Barzel:* Entschuldigung, ich wollte ohnehin hier erklären, daß wir darüber eine kurze Geschäftsordnungsdebatte führen. Ich bin nämlich sachlich Ihrer Meinung, wenn solche Meldungen vorliegen, daß wir über die Form der Darstellung Ihrer Rede sprechen müssen.) Hier gibt es ein fundamentales Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch jedes Abgeordneten auch nach eigener Überzeugung, eigenem Ermessen zu entscheiden, in der Fraktion eine Meinung demokratisch zu bilden, und in Grenzen, die hier aus der Arbeit der Fraktion gesetzt sind, vor allem aber der Notwendigkeit, mindestens drei Partner Bundestag, Bundesrat und Partei miteinander zu koordinieren. Die Grenzen liegen in der Praxis der Fraktion. In der Zeit, in der ich ihr angehört habe – das sind immerhin 14 Jahre gewesen –, habe ich es nur bei bedeutenden Themen erlebt, daß die Fraktion pro Woche in ausreichender Präsenz länger als zwei bis drei Stunden beraten konnte. Dieser elementare Tatbestand darf aber bei einem bedeutenden Thema nicht durchbrochen werden. Dieser elementare Tatbestand langer parlamentarischer

---

68 Die Verärgerung Barzels beruhte auf den dpa-Meldungen über seine Ausführungen und den Verlauf der Diskussionen (u. a. dpa vom 12. Mai „CDU muß innenpolitisch wieder handlungsfähig werden“).



Wirklichkeit führt eben dazu, daß ein Plenum der Fraktion im Bundestag in der Regel gerade Mühe hat, die anstehenden politischen Dinge aus den Arbeitskreisen ordnungsgemäß zu behandeln. Sie werden oft schon bei unzureichender Präsenz behandelt, und deshalb muß ein Prinzip der Delegation von Entscheidung oder zumindest weitgehenden Entscheidungsvorbereitungen gewählt werden. Diese Sache wird verschärft dadurch, daß bei jeder Regierungsvorlage die fünf Länder der Union im Bundesrat vier Wochen vorher abstimmen müssen und daß deshalb ein Abstimmungsverfahren nur in wenigen Fällen aufgrund einer abgeschlossenen Meinung des Plenums der Fraktion erfolgen kann – in vielen Fällen dadurch, daß in Gremien Bundesvorstand, Präsidium unter Hinzuziehung der zuständigen Kollegen der Fraktion und der Benutzung der Arbeitskreisergebnisse eine gewisse Vorabstimmung erfolgt. Ich möchte dies nur sagen, weil ich auch der Meinung bin, daß von hierher gesehen es trotz der Grundrechte der Kollegen in der Fraktion, die niemand bestreiten kann, das Erfordernis eines gewissen Maßes an politischer Führung und Koordinierung geben muß, unabhängig von der Frage der satzungsmäßigen Stellung der Partei in ihrem Vorstand.

Ich hebe diesen praktischen Gesichtspunkt hervor, und unter diesem Gesichtspunkt würde ich sagen, daß vielleicht das eine oder andere noch besser hätte sein können, daß aber an sich zum Zeitpunkt des Votums im Bundesrat es eine, wenn auch auf schmalerer Ebene, erfolgte Abstimmung über das Thema des UNO-Beitritts gegeben hat, auch unter Mitwirkung von Sachverständigen der Fraktion, etwa des Kollegen Marx als Vorsitzendem des Auswärtigen Arbeitskreises. Ich möchte dafür plädieren, daß wir im Interesse der Schlagkraft und der Überzeugungskraft der Union in Zukunft intensiver als bisher den Versuch unternehmen und intensiver dafür werben, daß in solchen Fragen, in denen eine prinzipielle Abstimmung erfolgt ist, in denen es sich um Ermessensentscheidungen handelt, wirklich auch die Fraktion geschlossen und – wenn es nicht möglich ist – jedenfalls mit einer ganz großen Mehrheit dies als eine weitgehende Verpflichtung ansieht. Es sei denn, daß wirklich elementare bessere Überzeugungen oder gar Gewissensgründe dagegen sprechen. Dies scheint mir ein ganz entscheidender Vorgang zu sein. Es ist keine Theorie, meine Freunde.

Ich habe in der letzten Bundesratssitzung an sich gegen den Willen meines Kabinetts in einer Frage, die mir überhaupt nicht behagte, aus Solidarität meine Hand gehoben für den Antrag eines befreundeten Landes – in diesem Falle unserer bayerischen Freunde, die ja auch das bayerische Kabinett in der Frage des UNO-Beitritts mit uns konform bringen. Deswegen gibt es auch eine CSU-Diskussion und nicht nur eine CDU-Diskussion. Mit dem Antrag, der, wie ich höre auch in der Fraktion, starke Befürwortung fand – ich weiß nicht, ob es einen Beschluß gibt der bayerischen Staatsregierung zur vorgezogenen Kriegspopferversorgung – bin ich materiell vollkommen einverstanden, Herr Kollege Katzer. Ich war dagegen, ihn in dem Augenblick – um das offen zu sagen, das ist meine persönliche Meinung, auch die meines Kabinetts – zur Abstimmung zu bringen, in dem die Sprecher der Fraktion noch entschiedener als die der Partei oder wir Länder massiv die Senkung der Haushaltsausgaben in der Konjunkturdebatte fordern. Ich habe es (*Katzer*: Das ist ein Musterbeispiel dafür, wie es nicht gehen kann. Diesen Entwurf hat die CSU, ohne mit uns überhaupt zu sprechen,

nach einer Vorstandssitzung der Fraktion in die Presse<sup>69</sup> lanciert, ehe der Fraktionsvorstand überhaupt informiert war.) Die Einzelheiten waren mir nicht bekannt, aber er lag (*Katzer*: Das ist ein sehr gutes Beispiel.) als formeller Antrag vor, und ich nehme ihn deshalb als Beispiel dafür, wenn ich hier für Solidarität plädiere, um zu sagen, auch uns wird Solidarität abgefordert. Wenn wir die in dieser Wahlperiode ganz entscheidende Frage, ob die Bundesratsmehrheit bei behutsamer, aber wirksamer Handhabung eine Bedeutung hat, ob die fünf Länder solidarisch bleiben, ob wir jedenfalls in den wesentlichen Fragen im Bundestag und Bundesrat einvernehmlich abstimmen, als eine entscheidende Frage ansehen, dann stellt sich natürlich dieses Problem mit einer etwas anderen Gewichtung. Es ist ganz klar, daß wir Methoden weiterentwickeln müssen, vor allem aber eine Gesinnung entwickeln müssen, in der wir – wenn es nicht unüberwindbare Hindernisse gibt und Gründe – zunächst einmal bereit sind, das, was in einem dafür doch kompetenten Gremium – wenn auch nicht mit allen besprochen – zur Richtschnur gemeinsamen Handelns zu machen.

Meine Freunde, dies ist mehr als nur ein Appell auf Wohlverhalten, sondern der Versuch, einen gewissen Mechanismus aufzuweisen. Die Opposition hat es hier schwerer als eine Regierung. Eine Regierung handelt oft auch in einem Zwang und manchmal für das geringere Übel, aber sie kann ihre Vorlagen selbst bestimmen. Wir werden es vier Jahre erleben in der Außen- und in der Innenpolitik, daß wir permanent über Vorlagen abstimmen, die wir im Inhalt nicht bestimmt haben. Von denen wir eben sagen, 70 % sind gut, 30 % schlecht oder auch mal sagen, 51 % sind schlecht und 49 % sind gut. Das ist das Fatale einer Opposition. Und deshalb eröffnet sich auch in der Sachbewertung, weil es ja sich um nur gute oder nur schlechte Vorlagen handelt, bei uns natürlich nicht nur in der Außen-, sondern – dies sehe ich sehr deutlich, wenn sich das nicht fundamental ändert – auch in der Gesellschafts- und Innenpolitik, die Gefahr der permanenten Spaltung unserer Fraktion bei Abstimmungen. Das Feld der Außen-, Gesellschafts- und Innenpolitik wird natürlich eine wesentlich größere Rolle gewinnen in den kommenden Jahren als in der bisher von der Außenpolitik bestimmten Periode. Und deshalb ist das nicht nur eine Frage des Appells, das ist notwendig, das ist hier auch geschehen, sondern ich möchte einmal sagen des wirklichen Situationsverständnisses unserer Partei und der Dinge, die in den kommenden drei Jahren auf uns zukommen. Wenn wir aus noch so guten Gründen – wohl erwogen vom einzelnen Abgeordneten in seinem Wahlkreis im Für und Wider oder der Länder – permanent gegeneinander abstimmen, wenn das von der Ausnahme, wo es möglich wird, zur Regel wird, meine Freunde, dann haben wir nach meiner Auffassung keinerlei Ausgangsvoraussetzungen für eine Änderung der Mehrheit.

Dieses Bewußtsein der elementaren Solidarität im Verhalten müssen wir in unserer Partei wieder wecken, weil uns die institutionelle Klammer einer Regierung fehlt. Wir alle, die wir in Regierungen waren oder noch sind, wissen, daß natürlich eine Regierung in sich eine institutionelle Klammer darstellt. Es entscheidet das Kabinett. Die Minister sind daran gebunden. Es gibt jedenfalls in einer intakten Zeit ein gewisses

---

69 Vgl. dpa vom 13. März 1973 „CSU will auch Kriegsofferrenten zum 1. Juli anpassen“.

Maß an Solidarität von Fraktionen gegenüber der Regierung. Dies alles haben wir jetzt nicht. Das müssen wir vollkommen klar erkennen. Und dies wird in den kommenden vier Jahren, wie ich glaube, eher schwerer als in den letzten drei Jahren.

Nun sage ich dazu noch etwas Abschließendes. Es ist die Frage natürlich auch des Umgangs miteinander. Da gibt es in den 60er Jahren auch ein paar nicht sehr gute Vorgänge, die uns geschadet haben. Wir müssen diese Form der öffentlichen harten, zugespitzten Kontroverse unter uns wieder aufgeben. Das darf auf keinen Fall so weitergehen. Weil wir in einer Zeit, wo wir Vertrauen neu zurückgewinnen müssen, oder aber bei anderen erstmals gewinnen müssen – und hier sind gerade auch viele junge Menschen in ihrem Empfinden sehr sensibel –, nicht in dieser zugespitzten Form miteinander reden dürfen, wie das nun teilweise geschehen ist. Ein Problem unter uns, natürlich auch ein Problem der Diskussion mit der CSU. Ich stimme dem zu, was Helmut Kohl und andere sagten, daß das großenteils unsere Probleme sind und nicht Probleme an der Nahtstelle CDU-CSU. Einiges ist da auch in den Gewichtigungen dann unterschiedlich. Aber das möchte ich hier sehr deutlich sagen. Eine Frage muß, damit die Luft wieder klarer wird, jetzt auch mit der CSU wirklich ausdiskutiert werden. Das ist diese immer wieder aufkommende Debatte über die sogenannte vierte Partei. Ich sage das hier, was ich im Präsidium gesagt habe, was andere hier schon gesagt haben, mit allem Nachdruck: Mit dieser Hypothek können wir nicht weiterleben. Wir können auch nicht eine Konsolidierung der Union insgesamt erreichen, wenn das eine Unbekannte bleibt und man auf Anfragen allenfalls ausweichende Auskünfte bekommt. Ich will da jetzt nicht in die Einzelheiten hineingehen. Dies muß Gegenstand eines gründlichen, fundamentalen, freundschaftlichen, aber auch ganz offenen Gesprächs unter uns sein, weil dies aus der Welt kommen muß in einem Sinne, zu dem wir uns als Präsidium und Vorstand mehrfach hier ausgesprochen haben, wenn wir die klarere Luft haben und die ganze Verquickung von Sach- und Gruppen- und vielleicht auch Personalfragen, von denen hier teilweise gesprochen wird, wirklich endgültig überwinden wollen. Ich glaube, daß dies schlechthin der entscheidende Punkt ist, und ich möchte nur sagen, ich stimme dem Vorschlag des Vorsitzenden zu, einen Parteitag unter den hier genannten Voraussetzungen und nach der hier geführten Diskussion zur Frage der Neuwahl des Vorsitzenden, des Präsidiums, des Vorstandes jetzt im Juni durchzuführen.

Die Tatsache, daß der Vorsitzende hier den Vorschlag formell gemacht hat – vorher hat es Anregungen gegeben –, muß auch in der Berichterstattung festgehalten werden. Ich halte das für richtig, daß dies ein Vorschlag des Vorsitzenden ist. Dies führt dazu, daß wir eine Gesamtneuwahl des Vorstandes haben. Ich würde den Ausdruck Rücktritt allerdings auch vermeiden. Es handelt sich darum, daß wir bei einer Terminwahl die satzungsmäßige Periode um ein Vierteljahr abkürzen. Die satzungsmäßige Neuwahl erfolgt etwa ein Vierteljahr eher. Das ist, glaube ich, die richtige Form der Darstellung. Und ich unterstreiche als letztes, das wird uns dann am 19./20. hier beschäftigen, daß wir auf dem Parteitag in Hamburg wirklich eine weiterführende Diskussion über Sachfragen brauchen. Ich greife das noch mal auf aus folgendem Grunde, Herr Kollege Barzel: Zwischenbericht der Grundsatzkommission, Einzelfragen, Boden-

recht, Berufsbildung, Ankündigung über die Debatte über die Mitbestimmung, das zeichnet sich ab. Wir müssen aber bei aller Bedeutung dieser Einzelfragen und bei aller großen Bedeutung der Grundsatzkommission und ihres Berichts, uns noch einmal genau überlegen, ob wir in der programmatischen Konfrontation mit dem SPD-Parteitag in Hannover<sup>70</sup> nicht noch etwas stärker als nur mit Einzelthemen auch eine praktischere ordnungspolitische Diskussion über die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland führen müssen. Herr Kollege Schäfer, das scheint mir – nach der Art, wie Hannover diskutiert hat, und die Wirkungen, die ausgegangen sind, aber auch wegen bestimmter Strukturen und ordnungspolitischer Wirkungen dieser neuen Stabilitätspolitik und der Inflation nicht zuletzt – eine Sache zu sein, die wir nicht auf Einzelfragen reduzieren können, so wichtig sie sind, Bodenrecht, berufliche Bildung, Mitbestimmung. Wir müssen über diese Einzelthemen hinaus – und es ist vielleicht möglich, das in einer Einordnung dieser Einzelthemen zu tun – eine sehr konkrete anspruchsvolle, von der Bevölkerung als Alternative zu Hannover empfundene Aussage zu den ordnungspolitischen Fragen der Wirtschaftspolitik machen. Ich hebe dies als einen weiteren Punkt für die kommenden Überlegungen hervor und danke Ihnen. (*Beifall.*)

*Barzel:* Zur Geschäftslage Kollege Kiesinger!

*Kiesinger:* Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, es ist wirklich empörend, was wir hier wieder erleben mußten. Der Vorsitzende zeigt mir eine dpa-Meldung, in der nun in Auszügen wiedergegeben ist, was er gesagt bzw. gesagt haben soll. Er hat vollkommen recht, wenn er eben sagte, vorhin wird diskutiert, ob seine Rede publiziert werden soll. Und nun muß er zusehen, wie irgend jemand die Presse mit diesen Brocken gefüttert hat. Ich mache gleich darauf aufmerksam, in diesen dpa-Meldungen steht eine Sache – nicht in dieser, sondern eine andere, habe ich eben mit dabeiliegen sehen –, wo ich in meiner Eigenschaft als amtierender Fraktionsvorsitzender angesprochen worden bin und wo ich zu Dingen Stellung genommen habe, die mit dieser Vorstandssitzung überhaupt nichts zu tun haben und wo ich ausdrücklich gesagt habe zu den Journalisten, die etwas von mir wissen wollten, von dieser Vorstandssitzung erfahren Sie von mir kein einziges Wort. Herr Neusel<sup>71</sup> war dabei. Ich habe es nun satt, meine Damen und Herren, selbst wenn mich ein menschliches Rühren ankommen sollte, überlegen zu müssen, gehst nun raus oder bleibst du hier sitzen, damit du nicht in Verdacht kommst, aus diesem Gremium etwas auszuplaudern. Was sind das für Zustände? Ich kann nur sagen, der, der das gemacht hat, soll sich mal überlegen, ob das noch mit den Grundsätzen von Anständigkeit vereinbar ist. (*Beifall.*) Nun es sind einfach Auszüge, aber eben Auszüge. Es ist das Gesamtbild dessen, was der Vorsitzen-

---

<sup>70</sup> Vom 10. bis 14. April 1973. Vgl. Nr. 34 Anm. 4.

<sup>71</sup> Hans Neusel (geb. 1927), Jurist; 1958/59 Tätigkeit in der Montanindustrie, 1959–1963 Mitarbeiter im Bundesministerium für Wirtschaft, 1963–1973 Referent im Bundeskanzleramt (1969–1973 Leiter des Büros von Kurt Georg Kiesinger im Bundeshaus), 1973–1979 Leiter des Büros von Karl Carstens, 1979–1984 Staatssekretär und Chef des Bundespräsidialamtes, 1985–1992 Staatssekretär im Bundesministerium des Innern.

*Barzel:* Eben nicht das Gesamtbild, sondern alle Sachen, die mit Verfahren, mit Taktik, mit Terminen zusammenhängen und nichts von den Sorgen, die ich habe, nichts von der Politik, nichts von den Vorschlägen, überhaupt nichts. Ich bringe das schon in Ordnung, da können Sie sich drauf verlassen. Das ist ein unmöglicher Zustand, was hier passiert, meine Damen und Herren.

*Stoltenberg:* Herr Kollege Barzel, Sie haben doch die Möglichkeit – es ist jetzt 15.00 Uhr –, daß Sie, Herrn Weiskirch oder jemand, der Ihren Text schriftlich hat, die entscheidenden Dinge noch einmal herausholt. Die müssen dann eben, das ist meine Meinung, nach diesem Vorgang unter Ihrem Namen herausgehen, und es muß eine anständige Berichterstattung auch über Ihre Ausführungen gesichert sein.

*Barzel:* Also, Herr Weiskirch, machen Sie mal was zusammen.

*Katzer:* Gebt doch die ganze Rede raus. Sonst kommt doch wieder ein anderer Eindruck.

*Echternach:* Meine Damen und Herren, ich habe mich bisher in der Öffentlichkeit zurückgehalten, was die Bewertung des Schritts von Herrn Dr. Barzel vom letzten Mittwoch angeht. Ich fühle mich deswegen legitimiert, hier dazu einiges zu sagen. Ich glaube, daß Herr Dr. Barzel es ernst gemeint hat und insofern sein Entschluß zu respektieren ist, wenn er meint, mit seinem Entschluß der Union gedient zu haben. Ich bin aber der Auffassung, daß das im Ergebnis nicht richtig ist, daß im Ergebnis mit diesem Schritt der Union nicht gedient worden ist, sondern der Union geschadet worden ist. Aus der Führungsdiskussion mit dem Parteivorsitzenden ist eine chaotische Führungssituation draußen entstanden für diese Partei, und ich meine, daß der Fraktionsvorsitzende dazu auch nicht berechtigt gewesen ist. Man muß als Fraktionsvorsitzender auch hinnehmen, gerade wenn man offene Diskussionen und offene Abstimmungen will, daß man in der Minderheit bleibt. Und wenn man selbst eine Entscheidung für so gravierend hält, daß man meint, daraus Konsequenzen ziehen zu müssen, dann muß man vorher die Abgeordneten darauf hinweisen. Denn dann muß jeder Abgeordnete abwägen, ob er in diesem Fall seiner sachlichen Überzeugung in der zur Debatte stehenden Entscheidung den Vorrang gibt oder aber ein Führungsdesaster in Kauf nehmen will, was dann die Konsequenz des Rücktritts des Vorsitzenden wäre. Ich persönlich bin selbstverständlich immer für den UNO-Beitritt gewesen. Aber wenn ich ungeklärt vor eine solche Situation gestellt worden wäre, daß der Fraktionsvorsitzende ein umgekehrtes Votum verlangt hätte, nämlich gegen den UNO-Beitritt zu stimmen, andernfalls er zurückgetreten wäre, dann hätte ich jedenfalls angesichts der Dimension dieses Ergebnisses gegen den UNO-Beitritt gestimmt, weil ich meine, daß dies die nachrangige Frage ist gegenüber der Führungsfrage, die wir jetzt und heute haben.

Ich meine darüber hinaus, daß die Führung der Opposition eine so wichtige Frage ist, daß sie nicht allein in den persönlichen Aspekten gesehen werden kann, sondern daß man hierbei auch die Konsequenzen für die Union in der Öffentlichkeit sehen muß. Das Desaster ist vollkommen und gerade im gegenwärtigen Zustand doppelt schlimm, weil wir uns hier eben als besonders konstruktive Opposition erwiesen haben in einem Zeitpunkt, zu dem die Regierung im Grunde ihre schwärzeste Stunde hat,

nämlich das Eingeständnis des Scheiterns ihrer Wirtschafts- und Stabilitätspolitik. In einer solchen Situation spricht niemand über Stabilität und über das wirtschaftspolitische Desaster, sondern es spricht alles über die Ostpolitik, über die Haltung der CDU zur UNO und über die Führungsprobleme der Union. Ich meine aus diesem Grunde, daß wir schnellstens einen Sonderparteitag brauchen, der jetzt mit Recht als ordentlicher Parteitag bezeichnet worden ist, um die Führungsdiskussion zu beenden. Ich meine auch, daß man es hierbei nicht nur reduzieren kann auf eine Frage CDU-CSU, solange wir diese Konstruktion haben – wir haben sie immerhin seit 1949, und wir werden sie vermutlich noch länger haben –, solange kann es hier nicht nur darum gehen, dieses Verhältnis institutionell zu bereinigen und auch in Zukunft immer wieder auftauchende Sachfragen zu besprechen, sondern es muß dann darum gehen, die CDU mit der notwendigen Geschlossenheit in dieser Fraktionsgemeinschaft zu führen. Ich meine, daß es hier vor allem anzusetzen gilt, wenn wir hier als Bundesvorstand der CDU zusammen sind, dazu zu kommen, daß die CDU dann in der Fraktionsgemeinschaft als geschlossener Block auftritt, wie die CSU das tut, daß es hier darum gehen muß, die CDU geschlossen in diese Diskussion zu führen und daß wir hier vor allem anzusetzen haben. Ich meine darüber hinaus, daß wir sehen sollten, daß die Führungsdiskussion auch in der Fraktion möglichst bald beendet wird. Ich weiß nicht, wozu es führt. Der Fraktionsvorsitzende, der Parteivorsitzende hat wegen des Antrags kurz angesprochen, daß man erst einmal diverse Probleme klären müßte, bevor man den Fraktionsvorsitz neu besetzt. Ich weiß nicht, ob das dazu führen soll, daß die Wahl des Fraktionsvorsitzenden in der nächsten Woche abgesetzt werden soll. Offenbar nicht, dann ist das ein Mißverständnis. Ich meine, daß auch hier so schnell wie möglich eine Klärung erfolgen sollte. Es ist dann die Aufgabe des Parteivorsitzenden und auch des Generalsekretärs, nicht Öl ins Feuer zu gießen, sondern Öl auf die Wogen zu gießen. Das heißt, dazu beizutragen, daß auch abweichenden Meinungen Respekt gezollt wird, daß nicht Gegensätze neu aufgezeigt, in neue Dimensionen hineingezogen werden. Das war vor allem auch meine eingangs geäußerte Kritik an der Rede des Parteivorsitzenden, daß ich den Eindruck hatte, daß die Gräben nicht geglättet, sondern vertieft würden. Es sollte jetzt alles getan werden, um aus der Situation nicht mit neuen Grabenkämpfen herauszukommen, sondern mit eben einem größeren Maß an Geschlossenheit der Union.

*Blüm:* Ich habe auch heute hier den mehrfachen Aufruf zur Einheit gehört und gegen Spaltung. Ich muß sagen, mich berühren solche Appelle gegen die Spaltung etwas makaber. Denn das scheint mir ja die Schlacht im falschen Saale zu sein. Ich kenne niemand in diesen Raum, der von einer vierten Partei gesprochen hat. Ich kenne auch niemand, der die Fraktionsgemeinschaft auflösen wollte. Aber ich kenne sehr wohl jemand, der am Mittwochabend im Westdeutschen Fernsehen wieder das Modell der vierten Partei angeboten hat, der Vorsitzende der Christlich-Sozialen Union.<sup>72</sup> So et-

---

72 Interview am 9. Mai 1973 mit dem WDR-„Tagesmagazin“ (BPA Abt. Nachrichten Referat II/4).

was ist nicht auf einer Akademietagung als Beitrag zur Klärung des politischen Kräfteverhältnisses, sondern am Mittwochabend in einer ganz bestimmten Situation dieser Partei geschehen. Nur damit wir das klar haben und uns nicht nach der Melodie „Halte den Dieb“ den Problemen nähern. Das halte ich in der Tat für etwas makaber.

Zum zweiten, ich glaube nicht, daß wir die Situation, in der wir jetzt stehen, mit vordergründigen Einheitsappellen lösen. Auch nicht mit dem Appell, Herr Ministerpräsident Filbinger, Einheit fast um jeden Preis. Eine solche Einheit ist nicht glaubwürdig. Wenn wir uns in einer konzeptionellen Ratlosigkeit befinden, dann kann Integration nur durch Sachentscheidungen geschehen und nicht durch eine oberflächliche Integration, die nur formal ist. Das ist nicht die Lösung. Dann wird der Vorsitzende, wie immer er heißt, nach vier Wochen dort stehen, wo er vier Wochen früher gestanden hat, nur mit neuen Fragen. Das ist ja auswechselbar. Anstelle von UNO gibt es dann ein paar andere Fragen, die den gleichen Scherbenhaufen bedeuten. Wenn die Situation etwas Positives hat, dann daß wir jetzt die Chance haben, in der Tat prinzipiell auch mal nachzufragen, wie denn die Richtung weitergeht, an welcher Weggabelung wir uns befinden. Wir müssen dabei alle Risiken dieser Diskussion einkalkulieren. Alle Risiken, auch was das Verhältnis CDU-CSU anbetrifft, sonst ist diese Diskussion nicht glaubwürdig. Damit habe ich nicht das Modell einer Spaltung angeboten, sondern ich bin der Meinung, daß man nicht sich in die Position begeben darf, daß auf keinen Fall alles beim Alten bleiben müsse. Denn das gibt, wie die Erfahrungen zeigen, unseren Partnern immer einen Vorsprung.

Was den Parteitag anbelangt, Vorverlegung, nicht Vorverlegung, so warne ich nur vor einem, daß wir uns sozusagen darauf einigen, jetzt wählen wir eine Person und anschließend verpassen wir dem die notwendige Politik. Das wäre eine Mißachtung der Person, wie immer sie heißt. Es muß zumindest vor diesem Parteitag doch noch einiges programmatisch sachlich geklärt werden. Denn ich finde, daß Personen immer für eine Politik stehen und nicht umgekehrt, daß man nicht jemand wählt, der nachher mit einer bestimmten Politik ausgestattet wird. Dazu gehört – es sind ja schon einige Punkte genannt worden – Atomsperrvertrag, daß man mal an dieser Stelle klärt, wie es weitergeht. In der Gesellschaftspolitik, da brauchen wir keine neue Programmdiskussion, da müssen wir an ein paar Punkten sozusagen die Eckfahnen zeigen, wo das Spiel weitergeht. Wir werden das Spiel nicht vorwegnehmen für die nächsten zwei Jahre. Dazu gehört Mitbestimmung. Vielleicht können wir uns auch nach den Aussagen heute morgen darauf einigen, daß die Mitbestimmungslösung im Spielfeld des Gleichgewichts der Partner liegt, daß in der Mitbestimmungsdiskussion jener elende Vorwurf, daß die Mitbestimmungsanhänger Sozialisten seien, weggommt. Wenn die Mitbestimmungsdiskussion mit diesen Waffen geführt wird, kann ich nur sagen, steht am Ende – wie immer die Entscheidung ausgeht – ein Scherbenhaufen. Vielleicht können wir uns darauf verständigen, daß das ausscheidet. In der beruflichen Bildung weiß ich auch, daß wir jetzt nicht aus dem Handgelenk den Parteitag vorwegnehmen und ein perfektes Programm vorlegen können. Aber vielleicht müßte geklärt werden, ob wir so weit sind, daß wir die Kammern nicht tabuisieren und unter Naturschutz stellen. Wenn wir das tun, würde ich nämlich sagen, können wir uns die Anstrengung sparen, in der be-

rufflichen Bildung programmatisch uns festzulegen. Das wird uns nicht abgenommen werden. Das dazu.

Ich wollte keine weiteren Aufgaben nennen. Zukunftsbewältigung scheint mir die Hauptaufgabe zu sein. Nur eins hat mich heute morgen an der Diskussion doch etwas amüsiert, das will ich gerne mit Genugtuung feststellen. Was das Verhältnis Vorstand-Partei betrifft, so war ich immer der Meinung, wenn das Parteimitglied die Möglichkeit haben soll, sich an der Meinungsbildung zu beteiligen, nicht nur Plakate zu kleben, sondern auch an bundespolitischen Entscheidungen argumentativ teilzunehmen, dann müssen wir die Diskussion auch offen führen, bevor in diesem Vorstand Entscheidungen fallen. Ich habe mir von Ihnen, Herr Dregger, immer sagen lassen müssen, daß Vorstandsmitglieder zunächst ihre Meinung hier in diesem Vorstand zu sagen hätten, bevor sie auf den Marktplatz gehen. Ich muß sagen, ich habe mich dieser Empfehlung nie angeschlossen. Nur stelle ich jetzt fest, daß Sie nicht in diesem Vorstand, sondern in aller Öffentlichkeit, obwohl heute der Vorstand tagt, die Vorverlegung des Parteitages verlangt haben. (*Dregger*: Hat Herr Köppler auch getan.) Ja gut, auch Herr Köppler. (*Barzel*: Das ist nur intendiert worden vom Generalsekretär, im Gegensatz zu mir.) Ich habe nur jetzt festgestellt, daß Sie sich offensichtlich meiner Meinung anschließen, daß auch Parteivorstandsmitglieder in Vorvorstandssitzungen öffentlich auf den Marktplatz gehen dürfen. Ich wollte nur mal die Frontverschiebung hier begradien, was das Verhältnis Partei, Fraktion, Vorstand anbelangt. Wenn wir schon in institutionellen Kategorien denken – nur um da mal einen Fahrplan kundzumachen –, dann finde ich es etwas merkwürdig, daß ausgerechnet eine Landesgruppe, Herr Dregger, zur Vorverlegung des Parteitages Stellung nimmt. Auch das sind institutionelle Verwischungen. Ich wollte bloß, wenn wir das schon diskutieren, das Ganze auch auf das Schlachtfeld führen. Herr Kraske, Ihnen möchte ich Dank sagen, daß Sie diesen Brief geschrieben haben, denn auch das gehört zu meinem Verständnis von Partei, daß das ein Geben und Nehmen ist und daß das Parteimitglied aus erster Hand erfahren soll, wie die Fakten liegen, auch dann wenn diese Fakten im Gegensatz beispielsweise zur Schwesterpartei CSU stehen. Denn diese Schwesterpartei bevorzugt, solche Unterschiede nicht mit Briefen des Generalsekretärs zu klären, sondern mit hochnotpeinlichen Artikeln im „Bayernkurier“. Das ist noch eine sehr viel perfektere Bedienung der Mitglieder, als Sie es bevorzugt haben. Ich bedanke mich, daß Sie die dezentere Tour angesteuert haben. Aber notwendig war es, das wollte ich doch noch feststellen.

*Kraske*: Als ich meine Erklärung des Bedauerns abgegeben habe, war mir die Erklärung von Herrn Köppler nicht bekannt. Zweitens, Herr Dregger, Sie haben öffentlich bekanntgegeben einen Antrag, den Parteitag vorzuverlegen. Herr Köppler hat gesagt, dies müsse im Bundesvorstand erwogen werden. Ich glaube, auch dieses ist vor einer Bundesvorstandssitzung ein gewisser Unterschied.

*Windelen*: Diese Sitzung ist aufgelöst worden durch eine Mehrheitsentscheidung der Fraktion, die nach meiner Überzeugung sicher weit überwiegend aus sachlichen Erwägungen getroffen worden ist. Ich bin davon überzeugt, daß die weit überwiegende Mehrheit damit nur in einer Sache votieren, aber keinerlei darüber hinausgehenden Konsequenzen verbinden wollte. Ich habe diese meine Auffassung auch dem Vor-



sitzenden mitgeteilt. Ich habe ihn gebeten, ehe er einen weitergehenden Entschluß, eine weitergehende Konsequenz aus dieser Sachentscheidung trifft, doch die Vertrauensfrage zu stellen. Er hat aus seinen Gründen anderes entschieden. Wir haben das zu respektieren, und ich nehme das selbstverständlich auch so hin, wie es geschehen ist. Ich gehöre zu denen, die sich durch den Brief von Herrn Kraske und auch durch die Erklärung des Vorsitzenden beschwert gefühlt haben, und ich habe das beiden Beteiligten selbst mitgeteilt. Ich hätte es sonst hier zur Sprache gebracht, aber ich wäre, und das unterscheidet mich von Ihnen, Herr Dr. Dregger, damit nicht in die Öffentlichkeit gegangen, solange ich die Möglichkeiten eines internen Gesprächs nicht ausgeschöpft hätte. Ich meine, wir könnten es uns nicht leisten, solange wir die Möglichkeiten des internen Gesprächs und Ausgleichs nicht ausgeschöpft haben, an die Öffentlichkeit zu gehen mit so harten Vokabeln wie Unverantwortlichkeit, Ungeheuerlichkeit, schwerer Schaden. Denn bei aller Notwendigkeit sachlicher Klärung und auch bei aller Notwendigkeit sachlicher Entscheidungen steht im Vordergrund, daß wir uns gegenseitig bei aller Meinungsverschiedenheit achten und schonen sollten. Denn wir wissen heute nicht, wann wir uns noch einmal brauchen. Und ich muß sagen, das ist mir besonders deutlich geworden in dieser Woche bei dem großen Dienst, den uns Dr. Kiesinger in dieser Woche geleistet hat. Das war nur möglich dadurch, daß seine Position intakt geblieben und seine Autorität unangetastet geblieben war über alle personellen Entscheidungen, die wir in der Zwischenzeit getroffen hatten. Ich meine, wir sind uns diese Rücksicht auch besonders aus unserem Namen, aus dem „C“ in unserem Namen, gegenseitig schuldig. Ich möchte sehr herzlich an uns alle appellieren, daß wir diese Rücksicht in Zukunft mehr beachten als in der Vergangenheit. Wir werden es noch nötiger haben als in der Vergangenheit.

Ich bekenne mich nachdrücklich zur politischen Führungsrolle der Partei. Ich bin ein ganzes Stück länger in der Partei als in der Fraktion. Und ich bin selbst Vorsitzender einer Landespartei. Aber ich möchte das auch sehr deutlich sagen, das Präsidium ist nicht die Partei. Und, Herr Vorsitzender, nur der Klarheit wegen noch einmal, sie haben das interpretiert, aber am Anfang Ihrer Ausführungen war das wieder mißverständlich. Unwidersprochene Berichte des Vorsitzenden sind nicht mit Zustimmung oder auch nur Tolerierung oder auch nur Hinnahme gleichzusetzen. Ich warne sehr nachdrücklich vor einer solchen Interpretation. Das führt zu solchen Meinungsverschiedenheiten. Das führt dann zu den Folgerungen, die sich auch in diesem Fall ergeben haben. Ich unterstelle keinem eine Absicht, aber wir müssen erkennen, wenn wir nach vorne diskutieren, daß wir aus diesen Entwicklungen lernen müssen, damit sie sich nicht wiederholen. Der UNO-Beitritt, die Frage des UNO-Beitritts ist vom Vorsitzenden – das ist seine Entscheidung – als eine Frage angesehen worden, die so wichtig war, daß er deswegen seinen Rücktritt damit verbunden hat.

Auch die Fraktion konnte deswegen doch der Meinung sein, daß es eine so wichtige Frage sei, daß eine gründliche und rechtzeitige Meinungsbildung dazu hätte stattfinden müssen. Diese Haltung lag, meines Erachtens, auch der Entscheidung der Fraktion zugrunde, ob zu recht oder zu unrecht – Kollege Stoltenberg hat dazu ja einiges gesagt –, Gewissensentscheidung oder Sachentscheidung, in der das Gewissen nicht

gefordert ist. Ich möchte das von mir aus gern unterstreichen. Aber in diesen Tagen ging uns ja von der Bundesgeschäftsstelle zu das Interview des Vorsitzenden aus dem „Spiegel“ vom 7. Mai.<sup>73</sup> Ich bin hier auf eine Passage noch einmal hingewiesen worden, wo der Vorsitzende wörtlich, es ist sehr kurz, über die zweite Phase der Volkspartei folgendes mit meiner vollen Zustimmung – ich möchte das unterstreichen – ausgeführt hat: „Die zweite Phase der Volkspartei heißt für mich, ein Problem sachlich auf den Tisch legen, ohne Manipulation durch die Führung, dann sorgfältige Diskussion, am Schluß Mehrheitsentscheidung. Das will ich.“ Das heißt dann, das sei gefährlich für den Vorsitzenden oder für die Union. Ich sage Ihnen, es wäre gefährlicher für die Union und für den Vorsitzenden, wenn er diesen Weg nicht ginge. Wir haben gesehen, wie gefährlich das für den Vorsitzenden und die Union ist, wenn der Eindruck entsteht, daß dieser Weg in einer Einzelfrage nicht gegangen wird oder wenn man das unterstellt.

Ich möchte nicht länger bei der Vergangenheit verharren. Ich glaube, wir müssen jetzt wirklich nach vorn schauen. Ich brauche nach dem, was hier ausgeführt worden ist, nicht mehr sehr viel zu sagen und möchte nichts wiederholen. Wir haben, Kollege Köppler, uns in allen Phasen auch der Entscheidung der Landesverbände gegenseitig abgestimmt. Ich kann deswegen zum Sachlichen das unterstreichen und unterstützen, was er gesagt hat, was die Notwendigkeit einer inhaltlichen Standortbestimmung angeht. Aber ich warne auch hier, Kollege Blüm, davor, jetzt durch Entscheidungen der Spitzengremien in Einzelheiten Festlegungen zu treffen, ehe die Diskussion in der Partei darüber stattgefunden hat. Wir können Eckpunkte setzen. Ich meine, die hätten wir gesetzt. Ich meine, wir hätten ein Programm von Wiesbaden, wir hätten die Fraktionsbeschlüsse hinsichtlich der Richtung, wir hätten Beschlüsse auch über das Verfahren zwischen CDU und teilweise auch CSU. Dazu stehe ich. Das unterliegt bei mir keinem Zweifel. Wenn sich das noch etwas mehr konkretisieren läßt im Rahmen dieser unbestrittenen Grundsatzbeschlüsse, kämen wir einen Schritt weiter. Dagegen hätte ich nichts einzuwenden, aber ich warne davor, jetzt zu verlangen, daß wir die Diskussion und die Entscheidung vorwegnehmen, die durch die Diskussion in der Partei ja erst getroffen werden soll. Ich möchte das unterstreichen, was Köppler und andere zum Verhältnis zur CSU gesagt haben. Und ich möchte das unterstützen, was Herr Köppler und andere gesagt haben. Aber das ist inzwischen schon überholt durch den eigenen Vorschlag des Vorsitzenden zum Vorziehen der Wahlen zum Bundesvorstand. Wie gesagt, ich kann auf einen Landesparteivorstandsbeschluß nicht zurückgreifen, aber ich habe mit allen erreichbaren Vorstandsmitgliedern Verbindung aufgenommen. Die weit überwiegende Auffassung der für mich erreichbaren Freunde der westfälischen Landespartei geht auch in Übereinstimmung mit dem Vorsitzenden auf eine Verkürzung des Interregnums. Ich möchte das also auch von mir aus hier unterstützen.

*Dregger:* Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich kann nicht nur Kritik austeilen, sondern auch entgegennehmen. Ich möchte folgendes sagen: Ich habe meine Reaktion nicht als einen Akt des Angriffs angesehen, sondern als eine Gegenwehr. Ob

---

<sup>73</sup> Vgl. „Spiegel“ Nr. 19 S. 26–30 „Diese Union muß sich bewegen“.

man die Grenzen des Erforderlichen bei der Gegenwehr eingehalten hat, ist eine kritische Frage, die man sich als Jurist und als Betroffener stellen muß. Und ich stelle sie selbstverständlich auch mir. Und ich meine, jeder, der an dieser Diskussion beteiligt war, sollte sich die Frage stellen, ob alle seine Formulierungen glücklich und nützlich waren. Ich tue es auch. Ich will noch einmal sagen, ich bin wie die Mehrheit der Fraktion – und dazu gehört auch Herr Windelen, das klang eben an – betroffen worden durch die Feststellung in der Erklärung des Vorsitzenden, nachdem die Bedingungen erfüllt worden seien – das war streitig in der Fraktion –, sei es ein Gebot der Redlichkeit gewesen, zuzustimmen. Ich habe sicherlich viele Fehler, aber daß ich unredlich bin, wird niemand sagen können. Das war vielleicht auch nicht gewollt, aber es wirkte so. Und der Satz mit der UNO-Charta in diesem Zusammenhang, daß wir alle zusammen auf dem Boden der UNO-Charta stehen und ihre Grundsätze bejahen, soll nicht zweifelhaft sein. Ich hätte trotz dieser Erklärung und ihrer Veröffentlichung in allen deutschen Tageszeitungen geschwiegen, weil es ein Wort des Vorsitzenden war und dann noch in dieser Stunde.

Was meine Reaktion ausgelöst hat, Herr Kraske – ich sage das jetzt ohne Vorwurf gegen Sie –, war Ihr Brief. Nicht weil Sie die Erklärung des Vorsitzenden abgedruckt und sich hinter ihn gestellt haben, das ist selbstverständlich, sondern weil Sie es auch unterlassen haben, eine ausgewogene Darstellung der Mehrheitsmeinung der Fraktion zu geben. Und so mußte das ganze unausgewogen wirken, das ging draußen in meiner Landespartei bis zu den Kreisgeschäftsführern hin. Ich war der Meinung, das nicht so stehenlassen zu können. Und deswegen habe ich einen Brief an den gleichen Verteilerkreis begrenzt an meinen Landesverband geschrieben. Ich habe nun in diesem Brief auch geschrieben, daß ich diese Äußerung mit der Redlichkeit und mit der UNO-Satzung als schädlich empfunden habe. Nun, wenn man das durchdenkt nach allen Richtungen, dann ist die Assoziation zum parteischädigenden Verhalten nicht fern. Ich möchte das ganz ausdrücklich erklären. Ich habe auch eine Äußerung von Ihnen gelesen. Einige behaupten, Sie seien ein Spaltpilz. Ich möchte also ausdrücklich erklären, daß es unter uns weder Parteischädlinge oder parteischädigendes Verhalten gibt – noch Spaltpilze, noch Heckenschützen, noch sonst etwas. Wir sind alle christliche Demokraten, die das Beste für unsere Partei zu tun versuchen. Ich wäre dankbar, wenn man auch mir und mit mir der Mehrheit der Fraktion bestätigen würde, daß wir redlich gehandelt haben, versucht haben jedenfalls, vielleicht falsch, aber redlich, und daß wir alle auf dem Boden der UNO-Charta stehen und sie nie in Zweifel stellen wollten.

Das nächste, was ich sagen möchte, betrifft meine Ausführungen, Herr Vorsitzender, die Sie angesprochen haben, in der hessischen Landesgruppe und im Fraktionsvorstand. Ich kann Ihnen diese Ausführungen schriftlich geben, weil ich ein Manuskript zur Verfügung habe. Ich war entsetzt in der „Frankfurter Neuen Presse“, die für meinen Landesverband ja nicht gleichgültig ist, eine völlige verzerrte und diffamierende Darstellung darüber gelesen zu haben.<sup>74</sup> Ich weiß nicht, aus welcher Giftküche das gekommen ist. Ich habe überhaupt etwas gesagt vor meiner Landesgruppe und

---

74 „Frankfurter Neue Presse“ vom 12. Mai 1973 „Dregger im offenen Kampf gegen Barzel“.

dem Fraktionsvorstand, weil ich mir sagte, wenn du schon mit Nein gestimmt und sogar dafür plädiert hast, dann hast du auch eine gewisse Mitverantwortung, und jetzt mußt du dir doch Gedanken machen, wie diese Entscheidung der Fraktion nun einzuordnen ist in eine weitere Ostpolitik dieser Fraktion. Deshalb habe ich versucht, verschiedene politische Optionen, die sich daraus ergeben, verschiedene, zwischen denen man wählen kann, aufzuzeigen. Ich glaube, bei der Landesgruppe ist das begriffen worden. Im Vorstand habe ich weniger Interesse als Ablehnung gefunden. Das war der Sinn meiner Ausführungen. Vielleicht sollte man doch ab und zu doch mal politische Optionen durchdenken auf eine weitere Sicht und nicht meinen, wenn einer das tut, dann wollte er Führungsansprüche anmelden oder Kritik üben oder sonst etwas. Ich kann Ihnen das schriftlich zur Verfügung stellen, Herr Vorsitzender.

Dann die Frage mit dem Präjudizieren. Das ist eine Sachfrage der Fraktion. Ich schneide das jetzt an, um nicht erneut Kritik an Ihnen zu üben. Aber es hat natürlich Präjudizierungen gegeben, nicht nur beim UNO-Beitritt, sondern auch beim Gang nach Karlsruhe. Sie alle erinnern sich an die Sache auf der Vertriebenenkundgebung.<sup>75</sup> Ich sage es nicht im Hinblick auf die Vergangenheit, sondern auf die Zukunft, ob es wirklich zweckmäßig ist, daß der Vorsitzende, wer es auch immer sein mag, bevor in der Fraktion eine Position bezogen worden ist, seine Meinung in aller Öffentlichkeit ausdrückt. Je höher jemand steht in der Hierarchie, für um so mehr Leute spricht er, und um so größer muß die Disziplin sein in diesen Fragen. Ich meine, das wäre nicht besonders gut.

Das zweite – ich stimme Herrn Stoltenberg zu –, es ist sehr schwierig, die Koordination von Präsidium, Ministerpräsidenten und Fraktion herzustellen. Und bei der Fülle der politischen Themen kann das nicht bei allen Themen in der Weise geschehen, daß man ständig gleichzeitig tagt, bevor sie im Bundesrat votieren. Aber wenn es sich um Grundfragen handelt – und ich meine beim UNO-Beitritt, bei dem es ja gleichzeitig auch um die Einheit oder Teilung dieser Nation geht –, bei einer solchen Frage sollte man wirklich den Mechanismus verbessern, wie Sie sagen, und sollte solche Fragen in der Fraktion nicht erst am Tag vor der Abstimmung diskutieren oder entscheiden. Deswegen bin ich Herrn Schröder dankbar für seinen Vorschlag, daß wir doch sobald wie möglich einmal über den Atomsperrvertrag und über Prag reden – in der Fraktion jetzt schon, ehe sich unsere Freunde draußen im Lande äußern, ehe Meinungen festgelegt werden. Das müssen wir lernen, denn sonst kommen wir in diese Schwierigkeit, obwohl wir die parlamentarische Verantwortung tragen als Abgeordnete, entweder andere zu desavouieren, was wir nicht wollen, oder eben in einer Lage zu sein, die uns eigenes Denken und Entscheiden nicht ermöglicht.

Ich möchte ausdrücklich unterstreichen, das gilt jetzt für unseren Bundesvorstand, was Herr Windelen gesagt hat. Der Vortrag des Vorsitzenden, das Anhören dieses Vortrags ohne Widerspruch bedeutet keine Zustimmung, das ersetzt keine Beschlüsse. Ich möchte dringend darum bitten – ich habe es schon einmal gesagt, ich wiederhole das –, daß man, wenn man eine Tagesordnung verschickt, nach aller Möglichkeit auch

---

75 Vgl. Nr. 33 Anm. 35.

die verschiedenen Sachthemen dort nennt oder noch besser Vorlagen macht. In meinem hessischen Landesvorstand gibt es Vorlagen, die kann man vorher durchlesen, und Beschlußvorschläge. Das geht nicht immer, es geht aber weit häufiger, als es hier geschieht. Das meine ich, wäre wichtig, damit wir wissen, was wir eigentlich beschlossen haben. Wir sind ja doch ein Führungsorgan, habe ich immer gemeint, und nicht ein Akklamationsorgan, das irgendwelche Bekundungen nur entgegennimmt.

Nun noch eines, etwas Grundsätzliches, Gegensätze auszuräumen; besser ist es, Gegensätze gar nicht entstehen zu lassen. Ich stimme Ihnen zu, daß es keinen Richtungsstreit in der Union gibt, der alle Fragen umfaßt. Ich sage das, Herr Blüm, ganz offen. Sehen Sie mal, ich erlebe es seit meiner Düsseldorfer Rede – die ich Sie noch einmal nachzulesen bitte, da sie, glaube ich, fair war –, daß ich permanent als ein Gegner der Mitbestimmung der Gewerkschaften, der Sozialausschüsse, und was weiß ich, hingestellt werde, einmal von unseren politischen Gegnern außerhalb der Partei, aber das wirkt auch bis in diese Partei hinein. Ich habe mich ein einziges Mal zu diesem Thema geäußert, nämlich in Düsseldorf, und die Mehrheit des Parteitages hat dem zugestimmt, einschließlich des größten Teils dieser Runde. Der Vorsitzende hat dem zugestimmt, Herr Kohl hat dem zugestimmt und viele andere mehr. Das ist doch nicht so, daß hier ein Kreis von Leuten ist, da braucht der Dregger nur mal etwas zu sagen, dann stimmen die dem alle zu. Das ist doch sicherlich nicht der Fall. Ich meine, das sollte man doch nicht tun. Wenn Sie mal in meine Versammlungen kämen und mich hören würden zu Fragen der Gewerkschaften und des Streikrechts, dann würden Sie wahrscheinlich dieses Feindbild nicht haben und Sie würden es vielleicht abzubauen helfen.

Wenn wir nun weiterkommen wollen in der Gesellschaftspolitik, dann, glaube ich, dürfen wir uns nicht nur an Interessen orientieren. Denn eine Volkspartei, in der es viele Interessen gibt, kann sich nicht auf ein Interesse festlegen, weil es dann ein Teilinteresse ist und die Interessen der anderen mißachtet werden. Man muß in der Politik Interessen beachten, aber man muß Maßstäbe haben, die außerhalb der Interessen liegen oder jedenfalls nicht nur die Interessen beinhalten. Und diese Maßstäbe entstehen aus moralisch-politischen Wertentscheidungen und Sachgesetzlichkeiten. Und daraus ergeben sich Ordnungssysteme, und daran muß man Mitbestimmung, Vermögensbildung und alles andere messen. Mein Landesverband hat in 14 Tagen einen offenen Kongreß mit der Beteiligung von Wissenschaftlern, wo wir in vier Arbeitskreisen das Thema behandeln Freiheit und Demokratie in Staat und Gesellschaft, in der Wirtschaft, in der Bildung und für Gesamtdeutschland.<sup>76</sup> Das ist ein offener Kongreß, und ich glaube, die Partei – da stimme ich Ihnen auch völlig zu, das ist ja auch Ihre Auffassung – muß wieder die geistigen und politischen Hintergründe deutlich machen,

---

<sup>76</sup> Offener Kongreß der CDU Hessen zum Thema „Leben in Freiheit“ am 26. Mai 1973 in Rüsselsheim. Vgl. zum Verlauf Broschüre des Landesverbandes „Leben in Freiheit. Freiheit und Demokratie in der Gesellschaft-, Wirtschafts-, Bildungs- und Deutschlandpolitik“; „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ vom 28. Mai 1973 „Hessische CDU will Schrittmacher in der Union werden“.

damit wir Maßstäbe haben, auf die wir uns alle einigen können, die über Interessensbereiche hinausgehen. Also bitte reden wir nicht von Richtungsstreitigkeiten, die gibt es nicht, ich bin jedenfalls nicht ein Mann einer bestimmten Richtung, und mich schmerzt es immer, wenn ich dargestellt werde als jemand, der nun ausgerechnet Kapitalisteninteressen vertritt, mit denen ich überhaupt nichts zu tun habe. Ich habe in meinem ganzen Leben lang noch nicht für die Kapitalisten gearbeitet. Ich gehöre keinem Aufsichtsrat an, Sie vielleicht. Ich habe auch nichts dagegen. Ich distanziere mich von niemandem. Nicht wahr, ich bin Kleinstverdiener, mit 8.000 DM am Vermögen der deutschen Wirtschaft beteiligt. Also bitte, machen wir doch keine Feindbilder. Das ist doch völliger Unsinn. Wir wollen versuchen anhand von Wertentscheidungen, von Maßstäben nun zu einer gemeinsamen Auffassung zu kommen. Warten wir doch einmal ab, wenn wir das neue Mitbestimmungsmodell haben und das Wettbewerbsmodell, Kartellrechtsmodell, wie dann die Fronten verlaufen.

*Kraske:* Ich bin mit dem Kollegen Dregger der Meinung, daß dies nicht die Zeit ist, wo wir Streit untereinander brauchen. Ich bedanke mich für das, was er an meine Adresse gesagt hat. Ich bin bereit, das zu akzeptieren. Wenn er von vornherein seine Kritik darauf beschränkt hätte, daß ich mit meinen Brief ja offenbar die Motive der anderen in der Fraktion hätte darstellen sollen, hätte ich diese Kritik akzeptiert. Wogegen ich mich gewehrt habe und weiter wehren würde, ist die Art, wie er diesen Brief seiner Partei gegenüber dargestellt und qualifiziert hat. Ich denke sicher, Herr Dregger, daß Sie Mittel und Wege finden, um das, was in der Beurteilung dieses Briefes nicht zutrifft, richtigzustellen, so wie Sie das hier jetzt getan haben. Ich möchte jetzt ausdrücklich sagen, daß ich heute öffentlich in einem Rundfunkinterview folgendes gesagt habe: „Ich habe mich zu allen Zeiten, auch in diesen letzten Tagen, ganz entschieden gegen ein imperatives Mandat ausgesprochen. Das heißt, gegen den Versuch von Parteigremien, frei gewählte Abgeordnete in ihrer Entscheidung zu binden oder zu majorisieren. Ich habe nie irgendeinen Zweifel daran gelassen, daß unsere Kollegen in der Bundestagsfraktion, wie sie sich auch in der Abstimmung verhalten haben, aus der Überzeugung gestimmt haben, der Sache nach das Beste zu machen und daß sie zu dieser Abstimmung ein uneingeschränktes Recht haben, wann immer Gremien der es Partei festgelegt haben.“ Ich glaube, dies ist in der Sache und im Verhältnis von Partei und Fraktion genau die Klärung, um die es geht. Aber darf ich Sie dann auch bitten, Herr Dregger, das ist der einzige Punkt, auf den Sie nicht eingegangen sind, daß Sie in Zukunft intern und nach außen davon absehen, die auch heute in unserer Partei noch wichtigen Ereignisse vor einem Jahr anders darzustellen, als sie tatsächlich gewesen sind, so, als hätte es hier eine hessische CDU gegeben und deren Vorsitzenden, die immer auf einem ganz geraden Weg gewesen wären und andere, die hier Weichmänner gewesen wären. Dies vergiftet. Dies meine ich, sollte ganz klar sein, daß wir damals miteinander in sich verändernden Situationen um die beste Lösung gerungen haben und daß wir das auch in diesem Kreise getan haben. Ich meine, das sollten wir uns auch heute noch gegenseitig zugutehalten, ganz gleich zu welchen endgültigen Entscheidungen wir womöglich am Ende dieses Ringens unterschiedlich gekommen sind.

*Dregger:* Herr Kraske, ich habe nicht von Weichmännern gesprochen. Ich bitte, das

zur Kenntnis zu nehmen. Ich fragte, wer hat denn da gesagt, daß die Mitbestimmungsfreunde der Parität Sozialisten seien? Haben Sie das nicht gesagt? Ich habe es nie gesagt, dann hat es vielleicht Strauß gesagt. Meine Freunde, ich habe nie gesagt, daß die Anhänger der Parität Sozialisten seien, sondern ich habe in Düsseldorf gesagt, daß unsere Freunde von den Sozialausschüssen die Auseinandersetzung mit den Sozialisten zu führen haben, daß im Grunde an der Front diese Aufgabe zu behandeln sei. Wir sollten doch mit solchen Geschichten aufhören.

Nun ist heute morgen mein Telegramm erwähnt worden. Ich möchte noch kurz darauf eingehen. Ich habe, nachdem ich vorher als Zuhörer an den Beratungen teilgenommen habe, und als ich aus dem Rundfunk erfuhr, daß hier eine Entschließung erarbeitet war, geglaubt, dem Vorsitzenden, wenn eine kritische Situation das zweckmäßig erscheinen ließe, etwas an die Hand geben zu sollen, weil es mir zweckmäßig erschien, daß die Fraktion möglichst geschlossen sei. Ich habe das dem Herrn Kiep gegeben, und Herr Kiep hat es Ihnen oder Herrn Kraske gegeben, und dann wurde dieses Telegramm, das Herr Kraske vorhin richtig verlesen hat, einige Tage später veröffentlicht mit der Behauptung, ich hätte dem Vorsitzenden die Zustimmung empfohlen. Wenn Sie es noch mal durchlesen, das steht da nicht drin. Inzwischen war auch einiges passiert, nämlich es war die Wehner-Rede<sup>77</sup> gewesen, es war die Intervention des Herrn Falin<sup>78</sup> da gewesen und vieles andere mehr. Sie können überzeugt sein, daß ich jedem Vorsitzenden jede Hilfe gebe, um eine möglichst einheitliche und geschlossene Position zu ermöglichen. Aber das, was dann daraus gemacht worden ist einige Tage später, entsprach nicht den Tatsachen. Wollen wir die Sache abschließen mit der Vergangenheit. Ich glaube, daß ich Ihnen Genugtuung gegeben habe. Ich unterstelle dabei, daß Sie auch nicht daran zweifeln, daß die Mehrheit der Fraktion redlich war und auf dem Boden der UNO-Charta steht.

*Müller-Hermann:* Von verschiedenen Freunden ist heute, wie ich meine, mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die Situation makaber ist. Makaber nicht alleine, weil wir in einer Zeit, in der die Koalition sich in der schwersten Sachkrise seit ihrem Bestehen und in einer so desolaten Situation befindet, sondern weil wir uns in einer Zeit, in der es doch ernste Gefahren für unsere freiheitliche Grundordnung gibt, in den Fragen der Außen- und Deutschlandpolitik so auseinanderzumanövrieren suchen. Herr Vorsitzender, ich interpretiere Sie und all die, die jetzt bei der Frage des UNO-Beitritts mit ja gestimmt haben, so, daß wir zu irgendeinem Zeitpunkt bei einem eini-

---

77 Wehner hatte am 10. Mai 1972 vor der SPD-Bundestagsfraktion zum Charakter der gemeinsamen Entschließung erklärt, es handele sich um eine Stellungnahme des Deutschen Bundestages. Vgl. „Die Welt“ vom 13./14. Mai 1972 „Heute neues Gespräch Regierung – Opposition“; Rainer BARZEL: Die Tür blieb offen. Mein persönlicher Bericht über Ostverträge – Mißtrauensvotum – Kanzlersturz. Bonn 1998 S. 139.

78 Falin hatte zunächst am 9. Mai 1972 in einem Gespräch mit Brandt, Scheel, Barzel und Stücklen dem Text der gemeinsamen Entschließung des Bundestages zugestimmt und den Text nach Moskau übermittelt. Die sowjetische Regierung hatte kurz darauf gegen zwei Paragraphen Einwände erhoben. Vgl. AAPD 1972 Dok. 126; GRAU S. 325–333; Valentin FALIN: Politische Erinnerungen. München 1993 S. 197–200.

germaßen günstigen Anknüpfungspunkt den Versuch machen müssen, den Anschluß an die Realitäten zu finden, die ohne und oder gegen uns geschaffen worden sind. Dies Problem bleibt weiter bestehen. Ich finde, wir müssen uns um der größeren zentraleren Aufgabe willen, der wir als derzeitiger Opposition uns verpflichtet fühlen müssen, von dieser Last der kontroversen Auseinandersetzung in der Deutschland- und Außenpolitik befreien. Und je früher das gelingt – bei voller Respektierung der Meinungsverschiedenheiten und der Sorgen, die wir haben –, desto besser ist das für die zentrale Aufgabe, der wir uns gestellt sehen müssen. Herr Stoltenberg hat mit Recht darauf hingewiesen, daß wir beispielsweise in der Frage der Stabilitätspolitik nun sehr schnell zwischen Partei, Fraktion und Bundesrat ein gemeinsames Konzept entwickeln müssen, eine gemeinsame Haltung. Ich mache gar keinen Hehl daraus – Herr Vorsitzender, wir haben darüber verschiedentlich gesprochen –, daß ich es im Grunde bedauere, daß wir in den letzten Monaten nicht von uns aus ein alternatives Stabilitätskonzept auf den Tisch gelegt haben ohne Wenn und Aber, mit allen Konsequenzen, die von der Sache her geboten wären, an das sich die Regierungskoalition hätte anschließen müssen. Während wir heute genötigt sind mit einigen Vorbehalten, im Grunde uns an das anzuhängen, was die Koalition, was die Regierung jetzt vorbringt, obwohl wir alle wissen, daß das Thema Stabilitätspolitik noch lange auf dem Tisch bleiben wird, und auch das, was die Regierungskoalition jetzt ausgebrütet hat, das Problem nicht lösen wird. Um so dringender scheint mir, daß wir die Kraft und die Geschlossenheit und den Mut aufbringen, in dieser Frage wieder gemeinsam Tritt zu fassen und unsere ganze Kraft dareinzulegen.

Die Frage der Gemeinschaft, die wir als CDU und CSU im Bundestag pflegen und erhalten wollen, ist meines Erachtens deshalb ein so schwieriges und ernstzunehmendes Thema, weil wir aus den Erfahrungen nicht nur der letzten Monate, sondern der letzten Jahre wissen, daß eine geschlossene Minderheit in unserer Fraktion es fertigbringt, in den entscheidenden Fragen ihren Willen durchzusetzen, während es andere Minderheiten gibt, die sich fügen müssen. Das ist mit ein Grund des Ärgernisses, der in Teilen der Fraktion besteht. Das müssen wir sehr deutlich sehen. Es wird für die zukünftige Arbeit wirklich unbedingt nötig sein, daß wir für die Form und den Stil und die sachlichen Fragen des Abstimmens untereinander neue Wege gehen, vielleicht auch dadurch, daß wir eine noch stärkere Verzahnung in den Führungsgremien der Fraktion für die Zukunft sicherstellen. Die Kontroversen in den Sachfragen, die ja vorhanden sind – ich will hier durchaus nicht von Richtungskämpfen sprechen, aber es sind Kontroversen in bestimmten, sicherlich sehr schwierigen Themen – werden wir meines Erachtens um so eher ausräumen, wenn wir uns wieder – was Herr Dregger mit Recht gesagt hat, wie das auch vorher Stoltenberg gesagt hat – uns wieder zurückorientieren und zurückbesinnen auf unsere ordnungspolitischen Vorstellungen. Wenn wir hier einen klaren Weg haben, dann wird es auch um so leichter sein, nachher in diesen kontroversen Sachfragen zu einer vernünftigen Kooperation, zu einer vernünftigen Alternative und zu vernünftigen Lösungen zu kommen. Und deswegen möchte ich die Anregung unterstützen, die Stoltenberg hier vorgetragen hat, daß wir auf dem Parteitag neben der Grundsatzkommission auch diesem Thema unserer ordnungspoliti-



schen Vorstellungen in Wirtschaft und Gesellschaft ein besonderes Gewicht in Hamburg geben.

Eine letzte Anmerkung: Von den Vorsitzenden in der Fraktion und in der Partei haben wir vieles an Wünschen mit auf den Weg zu geben, aber ich möchte ganz gleich, wer die beiden lastenvollen Ämter tragen wird, eine Empfehlung mit auf den Weg geben, daß die Kandidaten als Hilfe für die Partei die Chance nutzen, bevor sie gewählt werden, sich nicht nur auf die Kraft ihrer künftigen Autorität zu verlassen, sondern gerade, was die Formen, den Stil und die sachlichen Themen der Zusammenarbeit anbetrifft, sehr klare Bedingungen zu stellen bzw. ihre Positionen sehr klar herauszuarbeiten. Es ist vielleicht eine einmalige, wer sehr pessimistisch ist, mag auch sagen, eine letztmalige Chance. Deshalb dieser Appell an alle, die wenigen, die sich um die eine oder andere Funktion bemühen oder für sie zur Verfügung stehen, daß sie die Chance im Interesse der Sache in unserer Parteiarbeit rechtzeitig nutzen.

*Langguth:* Ich möchte mich möglichst kurz fassen, damit ich noch zum Schluß meines Beitrages feststellen kann, daß die Beschlußfähigkeit dieses Gremiums noch vorhanden ist. Ich will auch nicht darauf hinweisen auf das unguete Bild, in das die CDU hier gekommen ist durch den Rücktritt des Fraktionsvorsitzenden, weil das andere in sehr viel plastischeren Worten haben machen können, auch nicht auf die Verschleierung der wirtschaftlichen Instabilität, wie sie ungewollt dadurch hervorgerufen wurde. Ich halte in der Tat den Rücktritt des Fraktionsvorsitzenden auf der einen Seite für konsequent, auf der anderen Seite, und das möchte ich doch hier noch pflichtgemäß gesagt haben, halte ich aber die Folgen für unabsehbar und von daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen solchen Rücktritt für nicht richtig. In diesem Zusammenhang möchte ich die Frage stellen – ich konnte leider nicht an der letzten Sitzung des Bundesvorstands teilnehmen –, ob denn z. B. diese Frage des UNO-Beitritts auf der letzten Bundesvorstandssitzung überhaupt in irgendeiner Form so behandelt worden ist, daß man hier von einem Beschluß auch des Bundesvorstands als solchem hätte sprechen können. Die zögernden Antworten, die mir gegeben wurden, deuten darauf hin, daß z. B. auch in dieser Frage der Bundesvorstand sich nicht genügend damit beschäftigt hat.

Ich möchte zweitens sagen, es ist dringend geboten, daß wir möglichst rasch zu einer Wahl eines neuen Fraktionsvorsitzenden und möglichst rasch auch zur Wahl eines Bundesparteiorgans kommen aus den verschiedensten Gründen. Ich bin überhaupt erstaunt, daß die CDU die miese Situation, die seit dem letzten Mittwoch entstanden ist, noch so gut hat überstehen können und das nicht zuletzt vielleicht mit Hilfe unseres Ehrenvorsitzenden Kiesinger.

Nun zur Frage der Grundsatzdiskussion: Es ist die Frage, wollen wir zuerst die Diskussion führen und dann den Parteivorsitzenden wählen oder umgekehrt? Es ist doch in diesem Raum uns allen in etwa klar, welcher mögliche Parteivorsitzende welchen politischen Standort besitzt. Es wird mir jeder abnehmen, daß ich für eine sehr ausführliche Grundsatzdiskussion bin. Aber ich habe eigene Erfahrungen auch in meinem eigenen Verband, was grundsätzliche Diskussionen angeht, wenn sie verbunden sind mit Personalentscheidungen und unter dem Eindruck solcher Personalentscheidungen

stehen. Hier möchte ich ganz offen folgendes sagen: Ich habe die Befürchtung, daß wir aus dem nächsten Bundesparteitag möglicherweise so herauskommen wie aus dem Mitbestimmungsparteitag im Januar 1971. Ich möchte eindeutig sagen, wenn wir z. B. in der Frage der Mitbestimmung das als eine Entscheidung zwischen Personen machen und das Ergebnis dann so ausschaut, der eine mögliche Vorsitzende vertritt das Modell und der andere vertritt jenes Modell, haben wir dann zum Schluß das Ergebnis, die CDU ist ja wieder eine Arbeitgeberpartei. Deshalb möchte ich darum bitten, daß wir uns alle sorgsam als Bundesvorstand überlegen, was wir tun können. Ich möchte sagen, daß wir alles tun müssen, eine solche kontroverse Diskussion, wie sie damals war, jedenfalls nicht zum Gegenstand personalpolitischer Erörterungen in dem Sinne zu machen, daß ein schiefes Bild der CDU herauskommen kann.

Nun noch ein allerletztes: Ich möchte darauf verweisen, wir haben ja auf einem solchen Parteitag das Mittel der Kandidatenbefragung. Hier wird sicherlich ein Gutteil der Grundsatzdiskussion vorweggenommen werden können. Insofern meine ich, steht eigentlich nichts einem rasch durchgeführten Parteitag im Wege.

Zur Frage der CSU: Jeder in dem Kreis wird zu Fragen der vierten Partei einer Meinung sein. Wir müssen als CDU hier künftig geschlossener und deutlicher auftreten. Wir müssen uns aber auch genauso auch die Frage stellen, wieso konnte denn jetzt in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, daß die CSU wieder diejenige sei, die die CDU lenkt. Nach meinem Dafürhalten nicht, weil die CSU eine so gute und vortreffliche Partei ist, oder weil gar Franz Josef Strauß über unabsehbare Führungsqualifikationen verfügt – auch er hat seine Probleme –, sondern weil die CDU ihrerseits derartig hemmungslos zerstritten ist. Deshalb ist auch aus diesem Grunde möglichst zwingend eine baldige Personalentscheidung nötig. Wenn eine solche Entscheidung getroffen ist, dann muß dieser Entscheidung auch entsprechende Autorität gezollt werden, denn wir können uns dann keine weitere Personaldiskussion erlauben. Unser Verhältnis zur CSU muß ein anderes, ein klareres werden als bisher. Nicht daß wir einen Anti-CSU-Kurs steuern, aber wenn ich z. B. sehe, wie die Ausschüsse des Bundestages besetzt wurden im Verhältnis CDU-CSU, daß beispielsweise in den wichtigen Ausschüssen, in denen man wirklich was machen kann, Bildung und Wissenschaft, eben nicht ein Vertreter der CDU, sondern der CSU sitzt, auch im Bereich des Städtebaus, dann frage ich mich, ob es, weil es hier sich um zwei besonders wichtige Bereiche handelt, klug war, hier nicht deutlicher die Position der CDU zu vertreten. Ich sage das, ohne daß ich hier jetzt eine Separierung der CDU von der CSU will.

*Katzer:* Wenn ich mich zurückerinnere an die Parteivorstandssitzungen, die wir gehabt haben unmittelbar nach dem Wahlergebnis des 19. November, und die heutige Aussprache damit vergleiche, dann ist genau das eingetreten, was ich damals befürchtet habe. Damals haben wir Wahlanalysen gehabt. Ich habe gesehen, daß wir ein beachtliches Wählerpotential noch haben mobilisieren können, daß uns aber der entscheidende Durchbruch nicht gelungen ist. Wir haben dann gesagt, wir müssen unsere Position neu überdenken, damit wir für 1976 antreten können. Wir haben folgerichtig gesagt, auf welchen Punkten sollte das geschehen, und sind zu zehn Punkten gekommen, die dann auch in einer Klausurtagung der CDU/CSU-Fraktion in Berlin

beschlossen worden sind, wo wir Aufträge erteilt haben, unsere Vorstellungen zu gewissen gesellschaftlichen Fragen – alle zehn Punkte sind gesellschaftspolitische Fragen – zu vertiefen und weiter zu erörtern. Ich damals gewarnt, Herr Kollege Echternach, vor vorzeitigen Personaldiskussionen, weil ich Sorge hatte, daß hinter dieser Personaldiskussion dann die Sachdiskussion zurücksteht. Jetzt sind wir nun leider in dieser Sache mittendrin. Der Vorsitzende konnte gar nicht anders entscheiden, und das Präsidium hat ja auch einstimmig diese Haltung begrüßt – einstimmig ohne Gegenstimme.

Kollege Windelen hat ja in der Vorbesprechung gesagt – Sie haben es jetzt etwas differenziert dargestellt, wenn ich das richtig im Ohr habe –, wenn es richtig wäre, daß bei dieser Entscheidung eben nicht nur die Sachfrage zur Entscheidung stünde, sondern auch personelle Dinge mitwirkten, dann müßten Sie Ihre Haltung davon abhängig machen. So war Ihre Einlassung vor der Abstimmung in der Fraktion, wenn ich das richtig im Gedächtnis behalten habe. Ich kann nur sagen, daß ich und niemand hier glücklich sein kann über diese Entwicklung. Das Ergebnis, das wir im Geschäftsführenden Vorstand der Sozialausschüsse lange erörtert haben, ist doch im Grunde dies: Es gibt zwei Meinungen, ob das Richtungen sind oder nicht. Es gibt zwei grundverschiedene Auffassungen über das, was zu tun ist. Die eine Auffassung ist die, daß man sagt, nun wir wählen eine neue Führungsspitze. Der Kollege Heck war es, der in einem beachtenswerten Interview/Artikel gesagt hat<sup>79</sup>, die CDU löst alle ihre Probleme immer dadurch, daß sie einen neuen Mann wählt und im Grunde alles beim alten läßt. Er hat das als das Kernübel für die Vergangenheit herausgestellt. Ich teile diese seine Auffassung und würde von daher meinen, wir sollten daraus etwas lernen. Ich bin nicht der Meinung, daß wir jetzt eine neue Führungsspitze wählen, und dann ist alles in Ordnung, sondern ich bin der anderen Auffassung, die sagt, wenn wir jetzt nicht uns über gewichtige Sachprobleme einig werden, dann werden die Probleme der neuen Führungsspitze – wie immer sie aussehen wird – schon vorprogrammiert sein. Dann kann es sehr leicht vorkommen, daß wir morgen, übermorgen wiederum über diesen Punkt oder jenen Punkt in eine solche Situation hineinstolpern. Davor möchte ich uns bewahren. Herr Kollege Schröder hat gesagt, im außenpolitischen Feld sind schon zwei Konfliktprobleme auf dem Tisch. Die Frage Atomsperrvertrag, die Frage Prag, von der er meinte, das ist schon entschieden mit Nein, obwohl noch nichts auf dem Tisch gelegen hat. Im Felde der Gesellschaftspolitik weiß jeder die Probleme, die vor uns stehen.

Zur Frage der Mitbestimmung<sup>80</sup> Herr Kollege Dregger, ich habe Ihre Rede von Düsseldorf genau im Ohr. Ich habe auch genau im Ohr, was ich Ihnen, als Sie herunterkamen unter sehr großem Beifall, gesagt habe. Ich habe gesagt, Herr Kollege Dregger, diese Rede werden wir alle noch einmal sehr bereuen. Denn diese Frage der Mitbestimmung hat uns doch im Wahlkampf und in der zugespitzten Auseinandersetzung

---

79 Interview mit der „Deutsche Zeitung/Christ und Welt“ vom 5. Januar 1973 „Warten bis die SPD sich verschlissen hat?“.

80 Zur Mitbestimmungsdiskussion auf dem Düsseldorfer Parteitag vgl. CDU, 18. BUNDESPARTEITAG S. 246–318.

Arbeitgeber-Gewerkschaften gerade an Rhein und Ruhr den Stimmenanteil versagt, den wir brauchten. Unsere Wahlanalyse hat doch gezeigt – darüber waren wir doch bis zur Stunde weitgehend wohl einig –, daß wir mit diesem Wahlergebnis nicht leben können, weil es gezeigt hat, daß wir überrepräsentiert sind in Bevölkerungsschichten, die abnehmen, und unterrepräsentiert sind in Bevölkerungsschichten, die zunehmen, daß wir uns also auf diese zunehmenden Bevölkerungsschichten einzustellen haben. Was die Frage UNO angeht, verehrter Herr Kollege Dregger, darf ich nur dies eine sagen, der CDU-Teil hat mit Mehrheit Ja votiert. Das Nein ist eine Mehrheitsentscheidung der CDU/CSU-Fraktion. Weil also die Mehrheit des CDU-Teiles der Fraktion mit Ja gestimmt hat, sind sie als CDU-Kollege hier in der Minderheitsposition, in der CDU/CSU-Position in einer Mehrheitsituation. Das ist ja wohl so, und das muß ja wohl klar so gesehen werden. Da läßt sich auch gar nicht drüber streiten.

Die zweite Bemerkung: Herr Kollege Stoltenberg hat, glaube ich, für mein Empfinden die weitestgehenden Aussagen für unser Verhältnis für die Zukunft gemacht. Denn wir haben doch festgestellt, daß, wenn wir einmal die Gesetze allein nur aufzählen, die wir vorgelegt haben, wir durchaus eine positive Bilanz hatten. Daß aber wir in der Bevölkerung nicht ankamen mit der Kraft, die wir brauchten, weil die Oberüberschrift nicht funktioniert hat. Darauf hat Herr Stoltenberg dankenswerterweise hingewiesen. Die rein negative verteidigende Position der Marktwirtschaft reicht nicht aus. Wahr ist doch, daß in der CDU gravierende Unterschiede über ganz gewichtige gesellschaftspolitische Fragen seit eh und je bestanden und daß wir sie immer wieder zugekleistert haben und daß wir jetzt diese offene Wunde haben. Das war doch ein Signal, wenn der Vorsitzende der Fraktion zurücktritt nach zehn Jahren. Dann tut er das doch nicht so aus leichter Hand. Er wollte ein Signal setzen und die Partei damit zwingen, sich geistig auseinanderzusetzen über die Position, die wir für die Zukunft einnehmen. Deshalb bedauere ich – ich bin nicht gegen einen vorgeschobenen Parteitag, das ist für mich sekundär –, daß wir die Sachfragen im Kern erst in Hamburg klären können. Aber vielleicht gelingt uns das nachher noch heute in der Sitzung, einige Positionen deutlicher zu zeichnen. Wir wählen also die Interpretation der Sozialen Marktwirtschaft, wir wählen soziale Partnerschaft, wir werden die Frage der Mitbestimmung aus der sozialen Partnerschaft ableiten. Dies Modell, das Sie vertreten haben, Herr Dregger, ist eben kein partnerschaftliches Modell. *(Zwischenruf.)* Ich vertrete ja hier meine und nicht Ihre Auffassung. Sie hatten ja länger Zeit gehabt zu reden als ich.

Was wir zur Vermögensbildung vorgelegt haben, langte bis dahin und hat uns sogar an die Spitze gebracht, reicht aber jetzt unter dem Parteitag der SPD überhaupt nicht mehr aus. Deshalb werden wir auch von Wurzel der partnerschaftlichen Lösung ausgehend die Frage angehen müssen, wie steht es mit dem Gewinn in einer Sozialen Marktwirtschaft, wem kommt dieser Gewinn zu. Von hier aus werden wir eine Verbindung zur Mitbestimmung schaffen und von hier aus, wenn Sie so wollen, eine radikale Position der Sozialen Marktwirtschaft sehen, die jeden Bürger überzeugt, daß das eine Alternative gegenüber dem Sozialismus ist. Das ist übrigens keine Aufgabe nur der Sozialausschüsse, den Sozialismus anzugehen, sondern ich glaube, das ist eine Aufgabe, die die gesamte Partei hat. Und in diesen Rahmen gehört natürlich die Frage

Problem des Wettbewerbs, die Frage Kartellgesetz, die Frage Preisbindung zweiter Hand.

Tun wir doch bitte nicht so, als wenn wir da größter Einigkeit seien. Wir tun jetzt hier so, wenn wir einen Parteitag machen, dann sind alle diese Probleme auf dem Tisch, und der neue Vorsitzende – wie immer er heißt – und der neue Vorstand wird mit diesen Problemen konfrontiert und wird von da aus vorprogrammiert in Schwierigkeiten hineinkommen. Von daher würde ich meinen, wir müssen versuchen, unsere Positionen wenigstens in grundsätzlichen Ansätzen weiter zu klären. Und dann müßte es doch eben auch möglich sein, über eine allgemeine Zustimmung zu reden, überwiegend wie es hier getan worden ist, zu dem Einführungsbericht des Vorsitzenden auch konkret zu sagen – er hat ja sehr konkrete Andeutungen gemacht zu den Positionen, die ich aufgezeigt habe –, wie wir konkret dazu stehen.

Damit komme ich zum dritten und letzten Teil: Die Frage der CSU. Es gibt da ein Interview des amtierenden Fraktionsvorsitzenden, wo Herr Dr. Kiesinger sagt – auf Aufspaltungstendenzen innerhalb der Union angesprochen –, Derartiges ginge nur von einer verschwindenden Minorität aus. Eine Spaltung sei absolut unsinnig und müsse verhindert werden. Ich kann nur sagen, in diesem Kreis ist eine solche Sache überhaupt nie angesprochen worden. (*Kiesinger*: Darf ich gleich korrigierend einsetzen? Damit Sie sehen, wie es ist. Ich habe gesagt, hier gar nicht und draußen gegebenenfalls ganz kleine Minoritäten, von denen ich höre, daß sie dafür plädieren, daß die Fraktionsgemeinschaft aufgehoben werden soll.) Ich weiß ja, wie mit solchen Dingen umgegangen wird. Aber umgekehrt, wenn der Vorsitzende etwas sagt, und es wird etwas herausgestrichen, das wird alles genauso gewertet, als wenn er es ganz gesagt hätte. Folglich muß, wenn wir schon Kommentare heranziehen und gegenseitig bescheinigen lassen, für jeden gelten, daß er nicht vollständig zitiert wird von den Leuten, die draußen sitzen und das Geschäft betreiben. Das sind ja nicht lauter Freunde der Union, sondern die haben ja was ganz anderes im Kopf mit ihrer Berichterstattung aus unserer Sitzung heraus. Ich kann nur sagen, niemand in diesem Kreis will die Spaltung der CDU/CSU-Fraktion. Herr Filbinger meinte, man müsse auch institutionell das Zusammenspiel besser sicherstellen. Ich wäre für eine konkrete Anregung sehr dankbar, wie man sich das vorzustellen hätte. Ich kann nur sagen aus leidvoller Erfahrung, nach dem 19. November war es doch der Kollege Strauß, der auf eine Trennung der Fraktionsgemeinschaft hingearbeitet hat. Wir wissen, daß er bei seinem Fußvolk keine Mehrheit gefunden hat. Dann hat er doch permanent, nachdem dies mißglückt war, von der vierten Partei gesprochen, zuletzt in der Tat am vergangenen Freitag in einem Fernsehinterview.<sup>81</sup> Er hat gesagt, als ihm die Frage vorgelegt wurde: „Wie sehen Sie die Frage des vierten Fraktionssystems?“ Er hat geantwortet: „Selbst wenn die kleine Partei ihre Gunst der einen oder anderen schenkt, dann erlangt die kleinere Partei immer einen politischen Einfluß, der mit dem Gesetz der Demokratie, nämlich der Ausgewogenheit und Verhältnismäßigkeit, nicht übereinstimmt.“ Das ist eine allgemeine Feststellung gewesen. Ob sich daraus in absehbarer Zeit Schlußfolgerungen ergeben, das

---

81 Vgl. Anm. 72.

ist eine andere Frage. Das ist geschehen am Mittwoch dieser Woche. Dann bin ich etwas erstaunt, daß wir uns Sorgen machen, ob da irgendein Kreisverband der Jungen Union oder der Sozialausschüsse mit diesen Gedanken spielt, und daß wir so tun, als wenn das unser Problem wäre. Dies ist unser Problem nicht. Wir gehen davon aus, daß wir zusammenbleiben, aber das kann doch nur funktionieren, wenn es hier wirklich so zugeht, daß man miteinander sich zusammenrauft und nicht – wie im Fall, Dr. Stoltenberg, Kriegsoffer, das ist ein Musterbeispiel, wie es nicht sein kann – an uns vorbei der Entwurf des bayerischen Arbeitsministeriums von der CSU-Fraktion, ohne Konsultation mit uns, einfach vorgelegt wird. In der Sache waren wir uns einig, in der Frage des Termins, das war die andere, sind wir überrollt worden.

Dann ist die Frage §218. Herr Kollege Kohl hat das als besondere Fortschrittlichkeit gepriesen, ich will jetzt zur Sache nicht darüber sprechen. (*Kohl*: Ich habe überhaupt nicht gepriesen, ich habe nur darauf hingewiesen.) Ich will nur darüber sprechen, daß ich es nicht als sehr angenehm empfinde, wenn die CSU hingeht in dem Augenblick, wo wir eine Fraktionssitzung vorbereiten über dieses Thema, und einen eigenen Gesetzentwurf vorlegt und damit die CDU/CSU-Fraktion präjudiziert, wie es ja in der Ankündigung dieses Entwurfes geschehen ist. Herr Kollege Vogel, das wissen Sie genauso wie ich. Es ließen sich diese Beispiele in einer Fülle weiterführen. Wir haben eine ganze Reihe von Fällen, nehmen wir mal an: Beteiligungslohngesetz. Wer die Diskussion in der Fraktion in Erinnerung hat: Ein Jahr lang hat die CSU das zu verhindern versucht, dann hat sie zugestimmt. Nehmen Sie das Krankenhaus-Papier: Ein Jahr lang hat es gedauert, und da wundern wir uns, wenn wir im Wahlkampf ausgelacht werden, wenn wir das als unsere Leistung darstellen, weil die Leute in der Öffentlichkeit nur die kontroverse Diskussion zwischen uns in Erinnerung haben, nicht aber nachher den Beschluß, den wir dann auch publizistisch gar nicht mehr in dieser Kraft haben durchsetzen können.

Jetzt stehen wir doch vor folgender Situation, Herr Vorsitzender, wir haben den ganzen Tag hier palavert, und jetzt geht das Präsidium am Montag in eine Diskussion mit der CSU. Die CSU sagt ihre Gremien ab. Das kann sie ja ganz bequem in Kenntnis der Diskussion, wie sie sich hier vollzieht. Dann Herr Kollege Filbinger, es ist doch einfach folgendes: Wer für die Einheit der Fraktion ist – und ich bin es, weiß Gott, aus der praktischen Erfahrung –, der kann aber nicht den Satz hinzufügen, um jeden Preis. Denn wenn man dies, wie Sie es getan haben, fast um jeden Preis zufügt, der sagt damit ja schon, ihr könnt ja machen, was ihr wollt, wir werden dann zugeben, denn diese Einheit steht uns über allem anderen. Und dann kommt – ich glaube das ist jetzt der Punkt, in dem wir doch mal leidenschaftslos sprechen müssen – ein Kompromiß heraus. Die Stärke der CSU liegt doch nicht nur in den zahlenmäßigen Dingen. Sie liegt doch darin, daß sie in der CDU, in Teilen der CDU, auch Unterstützung findet – trotz Parteitagsbeschlüssen, die wir gefaßt haben. Die Sozialausschüsse haben sich in der Mitbestimmungsentscheidung loyal zur Partei verhalten. Jedermann kennt die Auftritte, die wir gehabt haben, und unsere Aussagen dazu. Ich habe im Plenum und in der Öffentlichkeit das Modell vertreten, was gegen meinen Willen beschlossen worden ist. Wir haben auf dem Düsseldorfer Parteitag, wie es unter Demokraten üblich ist,

gesagt, das ist zu respektieren, aber wir ringen um unser Modell für die Zukunft, und so ist es ja für den nächsten Parteitag vorgesehen. Aber das muß doch für alle Gruppen der Union gelten. Ich habe die ganz große Sorge, lassen Sie mich das mit letztem Freimuth sagen, daß, wenn wir jetzt wieder anfangen, mit einem großen Kleistertopf zu arbeiten, dann haben wir das Wahlergebnis vergessen. Dann jubeln wir uns in Einheit – wir sind doch alle freundliche Leute, wir müssen das integrieren – und verlieren. Das ist der entscheidende Punkt. Wahlen werden doch nicht entschieden acht Tage oder 14 Tage vor der Wahl oder einem Wahlkampf acht Wochen vorher. Das weiß jeder. Ihre Wahl, Herr Stoltenberg, in Schleswig-Holstein oder in Rheinland-Pfalz oder Köppler in Nordrhein-Westfalen, die werden doch nicht entschieden in der Wahlkampagne, die wir vier Wochen oder acht Wochen vorher führen, sondern die werden heute und hier vorentschieden. (*Zwischenruf.*) Das war aber doch eine genaue Strategie, die wir hier besprochen und beschlossen haben, als wir sagten, wir machen das erste Jahr Aufarbeitung unserer Punkte, wo wir in Bevölkerungsschichten hinein müssen, das nächste Jahr werden dann, gestützt auf Beschlüsse des Bundesparteitages, konkrete Vorlagen sein im Plenum, und dann können wir uns in der Öffentlichkeit darstellen. Das war doch unsere Position, die beschlossen war und die nun jetzt leider gestört ist. Ich kann das Drängen verstehen, daß man sagt, man möchte über die Personalsache Einigung bekommen. Nur, hilfreich ist das nur für den Augenblick. Meine große Sorge ist, daß wir damit die Probleme nicht lösen, diese Konflikte umschreiben und daß wir damit einen erheblichen Rückschritt begehen und erheblich an Vertrauen verlieren, insbesondere in den Wählerschichten der Arbeitnehmerschaft.

Sie müssen sich doch im klaren darüber sein, wie immer wir jetzt hier votieren, ich glaube jetzt nicht, daß das jetzt hilfreich gerade für die breiten Schichten der Arbeiter- und Angestelltenschaft ist, in die wir hinein müssen. Insbesondere, ich sage das mit Bedacht und Nachdruck, in die katholische Arbeiterschaft, die einstmals unser ganz solides Fundament an Rhein und Ruhr war. Warum konnten wir die Sozialdemokraten ein Jahrzehnt lang überflügeln? Weil wir hier einen treuen Wählerstamm hatten, der jetzt von uns gegangen ist. Warum? Nicht, weil wir ihnen sagen konnten, wir haben doch dies und dies Gesetz gemacht – das haben sie akzeptiert –, sondern weil sie gesagt haben, in der Grundposition steht uns sozialdemokratische Politik näher als CDU-Politik. Das geht ja bis in den katholischen Klerus und heute nicht mehr nur den niederen, sondern den höheren hinein. Dies kann man nur überwinden, wenn sichtbar wird, daß wir aus dieser Wahniederlage Konsequenzen ziehen. Und das können nicht nur personelle Konsequenzen sein, sondern müssen Konsequenzen in der Sache sein, was Stoltenberg mit Recht als ordnungspolitischen Rahmen genannt hat. Wenn wir am Montag also mit der CSU sprechen, dann haben wir wieder nichts auf dem Tisch. Dann gehen wir hin, wir wollen die Einheit, und geht ihr hin und macht das. Dann wird wieder ein fauler Kompromiß gefunden, von dem ich fürchte, daß er uns nicht weiterbringt, sondern zurückbringt. Aber vielleicht ist es möglich, nachdem wir hier gehört haben, Herr Vorsitzender, daß Ihre Ausführungen im wesentlichen gebilligt worden sind von allen Beteiligten am Tisch. Sie haben einige wichtige konkrete Aussagen hier gemacht, nämlich die weitergehen über die Parteitagsbeschlüsse und unser Regie-

rungsprogramm von Wiesbaden. In der Frage der Mitbestimmung, daß wir ausbilden sollen zuerst auf dem Grundsatz der Gleichwertigkeit der Sozialpartner. Wenn das so ist hier allgemein geteilt, wird dann würde ich glauben, wäre das ein Sachergebnis, mit dem wir am Montag dann mit unseren Freunden der CSU sprechen können. (*Zwischenruf*)

Nach der bisherigen Diskussion gibt es doch Übereinstimmung, daß die Position von Düsseldorf nicht aufrechterhalten bleibt, sondern daß wir uns auf etwas Neues zubewegen. In Düsseldorf war die klare Begründung von Herrn Dregger, es muß ein Übergewicht der Kapitaleseite sein. Wenn wir von dieser Position abrücken – das ist hier allgemein gesagt worden –, dann würde ich sagen, dann ist es eine neue Position. Meine Formulierung, Herr Dr. Kiesinger, nach der Sie gefragt haben, lautete: Gleichwertigkeit von Kapital und Arbeit. Der Herr Vorsitzende hat gesagt, Gleichwertigkeit der Sozialpartner. Wenn das die Meinung dieses Vorstands ist, daß man sich in dieser Richtung bewegt, dann wird damit nicht präjudiziert das Modell der Sozialausschüsse, sondern ist nur ein Grundsatz aufgestellt. Wenn das die Meinung ist, dann wäre das immerhin ein Sachpunkt, den wir am Montagmittag dann erörtern können, gestützt auf ein Votum des Vorstands. Dann würde ich mich auf sehr viel sicherem Felde mit der CSU bewegen, als wenn wir in eine allgemeine Diskussion eintreten und dann wiederum drei Stunden Vergangenheitsbewältigung machen. Ich glaube, das alles kann doch nur einen Sinn haben – so habe ich den Rücktritt des Vorsitzenden verstanden –, daß wir freie Bahn bekommen für ein Überdenken unserer Positionen, daß wir uns selbst in Zugzwang setzen und von da aus neues Land anstreben. Ich habe deshalb die herzliche Bitte, daß wir uns über diesen Punkt und über den Punkt – wenn es geht heute – berufliche Bildung und über den Punkt Eigentum wenigstens im Ansatz verständigen. Und daß man von dieser Basis aus den ersten Einstieg macht auch in unsere Beratungen mit der CSU.

Im übrigen, Herr Kollege Filbinger, diese Verhandlungen mit der CSU, die ich im Auftrag des damals erkrankten Vorsitzenden geführt habe, waren nicht sehr leicht. Es nützt auch nicht sehr viel, mit Härte aufzutreten. Wenn der andere Partner einen Standpunkt hat, an dem er partout festhält, dann ist das sehr schwer; mit Härte allein ist nichts getan. Deshalb würde ich noch mal auf Sie zurückkommen. Ich bedanke mich, daß Sie zustimmen, vielleicht können wir nachher noch im persönlichen Gespräch, Herr Kollege Filbinger, klären, was Sie an Möglichkeiten institutioneller Art sehen. Denn ich wäre sehr interessiert, dies in ein solches Gespräch miteinzubringen.

Meine letzte Bemerkung ist, ich lasse mir nicht aufreden, daß hier irgendeiner eine Spaltung der Fraktion will. Wenn ich gefragt werde, und ich habe das heute in der „Kölnischen Rundschau“ auch klipp und klar und eindeutig für jedermann gesagt, das gibt es in Führungskreisen der Union überhaupt nicht. Wir waren es nicht und werden es nicht sein, die von der vierten Partei sprechen. Ich bin mit Kraske der Meinung, daß das natürlich Punkt eins sein muß, wenn man sich mit unseren Freunden der CSU zusammensetzt, zu sagen, das muß aufhören. Man kann nicht dauernd mit einem Partner zusammenarbeiten, der dieses Schwert hochzeit und sagt: Wenn Du nicht brav bist, dann mache ich doch eine vierte Partei, dann wirst Du schon mal sehen,



wie Du Dich zu fügen hast. Das geht nicht. Wir sind für eine partnerschaftliche Ordnung, aber das hat nichts damit zu tun, daß ich bereit wäre, mich jedem Votum, was von daher uns aufgezwungen wird, zu unterwerfen. Für uns entscheidend sind die Beschlüsse, die der Parteitag gemacht hat. Da müssen entscheidend sein die Beschlüsse des Vorstands der Partei und über den Teil der CDU-Fraktion eingehen in die Gesamtfraktion.

Wenn die CSU, wie in der Frage UNO, mitten in einer Debatte der Gesamtfraktion eine Sondersitzung des CSU-Teiles verlangt, dann würde ich meinen, wäre es angebracht, wenn auch der CDU-Teil dann zu einer Sondersitzung zusammenkommt. Denn sonst sind unsere Freunde heillos uninformiert in einer solchen Diskussionsrunde. Das wäre institutionell etwas. Der täuscht sich nämlich, der meint, derjenige ist der beste CDU-Mann, der um der Einheit willen allem nachgibt. Wie jeder von uns aus eigener Erfahrung weiß, derjenige, der bequem ist, der ist angenehm, aber bringt die Politik nicht weiter. Die Politik weiterbringen, das sind die unbequemen Leute, über die man sich ärgert. Ich bin dafür, daß dies nicht in der Öffentlichkeit, sondern hier passiert.

Und der letzte Punkt, Herr Kollege Dregger: Sie haben einen Ansatz gemacht zu sagen, ich will mich selbst überprüfen. Das wollen wir alle tun. Am Ende dieser Diskussion bleibt für mich nur eine einzige, allerdings schmerzliche und betrübliche Schlußerfahrung, daß es trotz aller Mahnungen des Vorsitzenden und des Ehrenvorsitzenden der Partei – jeder weiß, in welcher schwerer Situation wir stehen – möglich ist, daß aus dieser Sitzung heraus Dinge an die Presse gebracht werden, die ein Bild in Öffentlichkeit verbreiten, das weder dem Ablauf hier entspricht noch der Union dienlich ist. Ich kann beides von mir aus nur bedauern.

*Barzel:* Bevor ich das Wort weitergebe, möchte ich zwei Bemerkungen machen. Einmal mit dem Blick auf die Uhr, ohne jetzt zu drängen, sondern Herr Langguth hat die Beschlußfähigkeit am Schluß rechtzeitig auf den Tisch gelegt. Wir haben zehn Wortmeldungen und sollten einander nicht beschneiden. Es werden sicher mehr. Das ist das eine. Das zweite ist – nur damit wir das Bild immer haben – die deutsche Presseagentur meldet, daß der Kollege Strauß den allgemeinen Konjunkturzuschlag gefordert hat. Ich möchte sagen, daß dies ausdrücklich das Gegenteil dessen ist, was unser Wirtschaftsausschuß sagt, daß diese Frage am Montag in dem wirtschaftlichen Arbeitskreis auf der Tagesordnung steht und sie in dem Gespräch zwischen CDU und CSU und Ministerpräsidenten hätte beschlossen werden sollen. Das nur hier zwischendurch.

*Kiesinger:* Ich möchte es möglichst kurz machen. Ich will versuchen, einen Beitrag dazu zu geben, daß wir weiterkommen. Wenn gesagt worden ist in dem Beitrag von Herrn Kraske, eine Wahl des Fraktionsvorsitzenden könne erst nach gründlichen Beratungen erfolgen und unter diesen Beratungen programmatische Beratungen verstanden werden, habe ich mich sofort gefragt, wie sollen wir das fertigbringen. In der Fraktion ist die weit überwiegende Meinung, soweit ich es feststellen kann, die, daß der Fraktionsvorsitzende in der kommenden Woche gewählt werden soll. Sie möchte nicht gerne warten, und ich stimme dem nachdrücklich zu. Man kann das Ganze so

sehen, daß man sagt, bevor man eine Personalentscheidung trifft, müssen andere Dinge geklärt werden. Man kann aber auch sagen, triff eine gute Personalentscheidung, dann wird es dieser Mann sein, der – genauso wie wir – weiß, daß man nun wirklich sehen muß, daß man zusammenkommt. Dem letzteren würde ich zustimmen. Ich möchte aber fragen, wie weit können wir kommen. Was können wir denn Neues auf dem Gebiet der Außen- oder der Innenpolitik, der Gesellschaftspolitik usw. jetzt hier in diesem Gremium beschließen, was nun als verbindliche Grundlage dienen könnte? Wir haben ein Parteiprogramm, an das sind wir zunächst einmal gebunden. Ich würde sagen, wenn ich die Stimmung in diesem Kreis richtig einschätze, dann sind wir alle überzeugt davon, daß die immer mehr zunehmende Kompliziertheit der politischen Problematik und die Beschleunigung, mit der diese Kompliziertheit wächst, uns zwingt, sehr beweglich zu sein, sehr wach zu sein. Nichts könnte dabei schädlicher sein als das Auf-der-Stelle-Treten, was vielleicht in früheren Jahren sogar eine Tugend gewesen sein mag. (*Beifall.*) Wenn wir das schon festhalten, d. h., wenn wir entschlossen sind, auf allen Gebieten nach vorn zu gehen, dann werden wir eine Möglichkeit haben, miteinander zu beraten und dann auch zu entscheiden, wohin wir gehen, mit welchem Tempo wir gehen, in welchen Etappen wir nach vorne gehen. Mit anderen Worten, ich glaube nicht, daß wir mit ein paar Bruchstücken von Vorentscheidungen auf irgendeinem Gebiet jetzt unter Außerachtlassung der ganzen Palette dessen, was zu entscheiden ist, auch in die Gespräche mit der CSU gehen können.

Wenn wir am Montag mit der CSU sprechen, dann muß das mit folgendem Willen geschehen: Erstens der CSU muß tatsächlich klargemacht werden, wenn wir zusammenleben wollen, dann kann das nicht so geschehen, daß die eine oder andere Partei oder gar der eine oder andere Teil der Fraktion Sondertänze macht, ohne daß der andere etwas davon weiß. Es muß eine Solidarität sich entwickeln, die, das müssen wir alle zugeben, bisher nicht bestanden hat. Dasselbe gilt weniger stark, aber es gilt auch für die CSU in sich. Wenn Kollege Katzer gesagt hat, wir sollten auf dem Gebiet der Mitbestimmung schon jetzt eine konkrete Entscheidung treffen, dann warne ich auf das Dringendste davor. Das ist ein untauglicher Versuch, er muß untauglich erklärt werden, er kann nur schädlich wirken. Nach der Zeit der Düsseldorfer Entscheidung – das Wort von Katzer damals, wir kommen eines Tages doch zu unseren Vorschlägen zurück, ist mir noch deutlich im Ohr – habe ich mir gesagt, vielleicht hat er recht. Ich kann es nicht sagen. Man hat bei solchen Entscheidungen nicht einfach immer nur das Gefühl, nur das ist richtig, was du jetzt sagst, das andere ist falsch.

Wenn wir den Willen haben, miteinander zu prüfen, (*Zwischenruf.*) wie wir da vorwärts kommen können, dann ist es das, was wir heute beschließen können. Mehr ganz sicher nicht, sonst fassen wir wieder einen Beschluß, der wirklich was leistet oder der hinterher wieder von irgendwelchen anderen desavouiert wird. Daher würde ich sagen, überlegen wir uns die Punkte mit der CSU genau. Das sind zwei. Erstens: Dieses Liebäugeln mit einer vierten Partei mit dem Argument, das wird uns mehr Stimmen bringen, ohne werden wir niemals die absolute Mehrheit erringen können, muß endlich aufhören. Das muß durchgekämpft werden, das ist das erste. Das zweite ist, es muß aufhören mit Sondertänzen in entscheidenden Fragen. Das gilt für uns beide

und für uns alle. Da können wir uns zwei Dinge hier heute vornehmen. Nämlich erstens nichts mehr zu verkleistern, nicht versuchen, zu rasch einen faulen Kompromiß zu schließen, sondern so lange miteinander zu reden, bis wir sehen können, ohne Kompromisse – aber dann keinen faulen – geht es nicht, oder es setzt sich die eine oder andere Auffassung durch. Das heißt führen, das heißt wirklich führen und im Verhältnis der Parteigremien zur Fraktion mit Behutsamkeit zu verfahren. Das heißt, die Fraktion, die eine sehr gute Fraktion ist – nach meiner Meinung, die beste, die wir je im Bundestag hatten – daran zu gewöhnen, (*Zwischenruf*) der Fraktion das Gefühl zu nehmen, daß man Entscheidungen, die die Fraktion verantwortlich tragen muß, antizipiert. Das ist etwas, was wir tun können. Wenn wir uns etwas anderes vornehmen, dann können wir monatelang, mindestens aber wochenlang Tag um Tag hier sitzen und eine Art neues Parteiprogramm miteinander ausarbeiten. Das schaffen wir nicht. Wir sollten heute versuchen, das, was im Ergebnis aus der Diskussion schon vorliegt, zusammenzufassen. Wir sollten nicht so tun, als könnten wir mehr erreichen, als was zur Zeit in unserem Vermögen steht.

*Filbinger*: Ich möchte folgendes zur Klarstellung sagen. Ich habe hinzugefügt, keine Willfährigkeit von unserer Seite, keine Weichheit, sondern hart verhandeln. Kollege Katzer, nicht nur Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen wären genötigt, wegen der bevorstehenden Wahlen den Akkord wirklich in der Sache zu suchen, sondern auch und ganz besonders der Freistaat Bayern, der hat nämlich auch Wahlen<sup>82</sup>, und dem steht einiges bevor. Es ist also nicht so, daß irgendeiner aus der CSU, der es gerne möchte, diese Politik der Kontroverse fortsetzen könnte, sondern aus der CSU wissen wir, daß die Kräfte sehr stark sind, die sich dagegen verwehren und die verlangen, auch um dieser Wahl willen, daß man akkordiert. Deshalb haben wir gute Voraussetzungen, bessere vielleicht als im Dezember letzten Jahres, wenn wir jetzt verhandeln. Verhandlungsziel muß unter allen Umständen sein, daß das Wort von der vierten Partei aus dem Verkehr gezogen wird und zwar ausdrücklich und stark auch von der CSU. Das meine ich mit der Härte, die dabei angewandt werden muß. Da werden unsere Freunde den Rückhalt der gesamten Partei haben und den Rückhalt auch eines ganz großen Teils, wie ich weiß, der CSU.

Zum Institutionellen: Ich habe gehört, Sie sind ja viel sachkundiger als Mitglieder der Fraktion, daß es jetzt vorgekommen wäre, was nie üblich war, daß die CSU-Landesgruppe vor einer Fraktionssitzung zusammengekommen ist und dort beraten und beschlossen hat. Ich bin der Meinung, daß wir uns dagegen verwehren müßten und daß institutionell sichergestellt wird, daß jedenfalls zum Sinne der Vorberatung von Fraktionsgegenständen solche Sondersitzungen in der Fraktion nicht stattfinden sollen. Wenn es früher nicht der Fall gewesen ist ... (*Barzel*: Nie während der Fraktionssitzung unmittelbar vor der Abstimmung. Am 16. Mai des vergangenen Jahres wurde

---

82 Am 1. Juli 1973 fand ein Volksentscheid über das Dritte und Vierte Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern (Landtagswahlrecht und Rundfunkfreiheit) statt. Vgl. zum Ergebnis die Broschüre des Landeswahlleiters vom 12. Juli 1973; „Die Welt“ vom 3. Juli 1973 „Fünf-Prozent-Klausel jetzt in der Verfassung verankert“.

die Debatte um 10.00 Uhr auf Antrag der CSU beendet, obwohl es noch 20 Wortmeldungen gab, weil die CSU den Wunsch hatte, eine Sitzung zu haben.<sup>83</sup>) Ich meine, darüber müßte in allem Ernst gesprochen werden. Institutionell wäre ich der Meinung, daß die Spitze der Fraktion so organisiert werden müßte, daß der Vorsitzende der CSU erster stellvertretender Vorsitzender der Gesamtfraktion ist, daß mit ihm in Dauerkontakt die Führungsgeschäfte betrieben werden können. (*Beifall.*)

*Von Weizsäcker:* Ich möchte ein paar Bemerkungen machen, was am Montag eigentlich bei der CSU besprochen werden soll. Nur eine Vorbemerkung über das Verhältnis von Parteigremien und Fraktion. Natürlich können wir ein Parteigremium, z. B. den Vorstand oder den Bundesausschuß, nicht daran hindern, zu irgendeiner aktuellen Politikfrage Stellung zu nehmen, wenn er das will. Aber wenn ein solches Gremium eine solche Stellungnahme beschließt und zwar öffentlich, dann muß das Gremium natürlich auch wissen, welche Wirkungen es damit auslöst. Und, Herr Vorsitzender, wenn ich noch einmal an unsere berühmte Bundesausschußsitzung zum Thema Karlsruhe erinnern darf.<sup>84</sup> Sie wissen, wie entschieden ich gegen jede Erwägung des Ganges nach Karlsruhe war. Gerade deshalb bin ich dagegen gewesen, daß der Bundesausschuß so einen Beschluß faßt. Denn Beschlüsse dieser Art tragen dazu bei, daß sich eine Koalition in der Fraktion verstärkt, die dem Zusammenhalt nicht gut tut. Da ist einerseits die CSU, die sich nicht gerne von der CDU präjudizieren lassen möchte und andererseits diejenigen CDU-Kollegen von uns, die der Sache nach mit diesem Beschluß ihres eigenen Bundesausschusses nicht übereinstimmen. Das ist die Konstellation, die wir in der Fraktion dadurch natürlich nicht geschaffen, aber ohne jede Frage verstärkt haben.

Nun aber zu dem, was da am Montag behandelt werden soll. Wir müßten hier ja doch wohl wissen, wer da eigentlich verhandelt. Sie haben vorhin gesagt, das Präsidium und ein paar Sachverständige. Mit welchem Ziel und über welche Themen im Einzelnen? Ich möchte dazu nur ein paar Vorschläge machen und auch Stellung nehmen zu Vorschlägen, die inzwischen schon gemacht worden sind. Erstens die Rolle des CSU-Vorsitzenden: Herr Filbinger hat mir das Wort durchaus aus dem Mund genommen. Nicht die Verminderung, sondern die bessere formale Verantwortung für die Mitwirkung in der Fraktionsführung wäre meiner Meinung nach ein Punkt, der angesprochen werden muß. Im Zusammenhang damit ist aber dann auch die Frage anzusprechen, wie die Wirtschaftssprecherrolle ist. Das ist zwar eine Fraktionsmaßnahme im engeren Sinn. Aber der Eintritt in die Reihe der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden würde doch die Rolle des Wirtschaftssprechers tangieren.<sup>85</sup> Daß wir auf dem Gebiet nicht besonders glücklich sind in der Fraktion – ich lasse mal dahingestellt durch wessen Schuld –, darin sind wir ja wahrscheinlich alle einig.

---

83 Protokoll in ACDP 08–001–1030/1.

84 Am 12. Februar 1973. Vgl. Nr. 33 Anm. 5.

85 Franz Josef Strauß war in der Fraktionssitzung am 4. Mai 1971 zum wirtschaftspolitischen Sprecher der Fraktion berufen (Protokoll in ACDP 08–001–1025/2). Ab 1973 wurde Strauß als finanzpolitischer Sprecher bezeichnet, ein Beleg für die Umorganisation findet sich in den Akten nicht.

Es wäre auch zu erwägen die Frage, ob es wirklich richtig ist, daß nicht nur der Fraktionsvorsitzende und der erste stellvertretende Vorsitzende, sondern auch die stellvertretenden Vorsitzenden ihre Position zur Verfügung stellen sollten.<sup>86</sup> Ich behaupte nicht, daß das im jedem Fall nötig ist, aber in einem Gespräch wäre das durchaus mit zu erwägen. Die Rolle der eigenen Sitzung ist schon hinlänglich hier im Gespräch hin und her gegangen.

Ich möchte jetzt, was die Sachthemen betrifft, auch noch einmal auf das Thema Außenpolitik eingehen. Ich glaube, wir haben in den letzten sechs Monaten immer wieder den völlig untauglichen Versuch gehabt, nun endlich den Schuldigen oder die Schuldigen für den 17. Mai 1972 zu finden. Ereignisse dieser Art und Entwicklungen dieser Art, wie sie der 17. Mai 1972 gebracht hat, haben für uns große Probleme gemacht, die wir überleben, aber nicht nachträglich lösen können. Dagegen halte ich es für sehr wichtig, sich darüber klar zu werden, was eigentlich mit diesen Reizworten gemeint ist, die die einen vorbringen und denen andere gerne widersprechen – nämlich Anschluß an Realitäten, Anschluß an Weltpolitik oder Isolierung überwinden. Das muß möglichst präzise gefaßt werden, was man damit meint und was man damit nicht meint. Nach meinem Eindruck, nur um dazu einen Beitrag zu leisten, ist es so, daß unsere Alliierten sich entschlossen haben, die Verträge der Regierung sich zu eigen zu machen, unter Einschluß des Grundvertrages und des bevorstehenden Prager Vertrages. Dagegen ist bei den Alliierten eine wachsende Skepsis über diejenigen Folgen festzustellen, die wesentliche Teile der SPD diesen Verträgen zu geben im Begriff sind. Sie trauen uns eine größere Nüchternheit in der Analyse der welt-, europa- und ostpolitischen Lage zu und erwarten von uns, daß wir diese größere Nüchternheit nun einbringen in die kommende Politik. Das heißt, nicht wir müssen uns anpassen an die Realitäten, sondern wir müssen die von uns erkannten Realitäten auf die Verträge richtig anwenden. Wenn wir uns auf diesem Gebiet etwas genauer verständigten als nur mit diesem etwas mißverständlichen Begriff des Anschlusses an die Realitäten, dann ist ein Gespräch möglich, was dann aber auch gewisse konkrete Folgen hat. Das bedeutet eine Fortsetzung der außenpolitischen Beiträge der Opposition. Eine innenpolitische Debatte über die Verträge ist eben nicht der richtige außenpolitische Beitrag. Wenn der Prager Vertrag kommt – vorbehaltlich natürlich einer Prüfung dessen, was wirklich drin steht –, vermute ich jetzt schon, daß wir in bezug auf den Prager Vertrag nicht zu einem einheitlichen Votum kommen werden. Wenn das aber so ist, Herr Vorsitzender, dann sollten wir uns nicht vornehmen, nun über den Prager Vertrag dasselbe Geräusch, denselben großen Aufwand innerhalb der Fraktion und nach außen zu machen, den wir ja aus noch so verständlichen Gründen aus allen bisherigen Verträgen gemacht haben. Es liegt an uns und sonst an niemandem, ob eine letzten Endes unterschiedliche Bewertung des Prager Vertrags für die Union in ihrem Verhältnis zur Welt und zu den Alliierten eine Katastrophe ist oder nicht. Es liegt an uns

---

86 Die Neuwahl des Fraktionsvorstandes fand am 19. September 1973 statt. Vorsitzender war seit dem 17. Mai 1973 Karl Carstens, stv. Vorsitzender wurde Richard Stücklen, Parlamentarischer Geschäftsführer Leo Wagner (Protokolle in ACDP 08–001–1033/2, –1034/1).

und sonst an niemandem, ob wir eine solche Kontroverse gewissermaßen auf kleiner Flamme kochen oder daraus eine cause célèbre machen. Darüber können wir uns aber jetzt schon verständigen, das brauchen wir nicht auf später zu verschieben.

Und ein anderer Punkt, der auch immer eine große Rolle spielt: Natürlich wollen wir an unseren deutschlandpolitischen Prinzipien festhalten, aber das sollte nicht geschehen in dem gelegentlich auftauchenden Mißverständnis, als sei nun die SPD diejenige, die die Spaltung Deutschlands endgültig anerkannt habe und nun darauf zumarschiere, die Wiedervereinigung nach kommunistischem Muster demnächst zu ihrer eigenen politischen Marschlinie zu machen. Nein, das wird natürlich im Ausland insofern realistischer beurteilt, als man der SPD zwar vorwerfen kann, sie betreibe eine Politik, in deren Konsequenz Westverträge und Ostverträge nicht mehr vereinbar sind, aber es ist nicht vernünftig, ihr vorzuwerfen, ihr sei der Zusammenhalt der beiden deutschen Staaten egal. Die Gefahr ist für mein Gefühl vielmehr die, daß da so eine Art von deutsch-gaullistischem Neutralismus mit dem Ziel des Zusammenrückens der beiden deutschen Staaten kommt. Aber haben wir Aussicht auf großes Gehör, wenn wir immer sagen, wir sind nur die, die ein Zusammenrücken der beiden deutschen Staaten wollen und die anderen haben die Spaltung endgültig anerkannt? Ich glaube, diese Art von Differenzierung muß vorgenommen werden, wenn wir aus der Isolierung herauswollen, in die wir bis zu einem wesentlichen Grad hineingeraten sind. Insofern können wir uns auf die bessere Bewertung der Realitäten in der tatsächlichen Politik berufen.

Im übrigen gilt das natürlich auch für den Breschnew-Besuch, der jetzt bevorsteht.<sup>87</sup> Die CDU sollte natürlich nicht aus einem noch so wohlverstandenen Bedürfnis, daß die Wahrheit gegenüber der Sowjetregierung auch ausgesprochen wird, nun ihrerseits sich auf eine Linie begeben, es wegen Herrn Breschnew so heimzuzahlen, wie die Regierung Brandt gegenüber Thieu<sup>88</sup> gehandelt hat. Natürlich müssen wir auch unsererseits die Gespräche mit Breschnew begrüßen und das auch sagen. Bloß, was in den Gesprächen zu sagen ist, darauf kommt es an. Es gibt gewisse Teile in der Union, die aus einem verständlichen Gefühl eine falsche Reaktion ableiten in diesem Zusammenhang. Diese Dinge müssen besprochen werden, auch am kommenden Montag.

Insgesamt möchte ich sagen, zusammenbleiben ja natürlich, Bedingungen dafür stellen, ja natürlich auch. Aber um jeden Preis alles beides nicht. Wenn wir nicht zusammenbleiben, dann ist ja die Folge nicht nur bei uns, sondern für unsere Demokratie im ganzen gar nicht abzusehen. Sie wissen alle, wieviele vernünftige Sozialdemokraten Sorge haben, welche Rückwirkungen bei ihnen eintreten können, wenn bei uns diese Entwicklung so weitergeht. Der Integrationsprozeß unterschiedlicher Meinungen ist in jeder großen Partei etwas ungemein Mühsames, aber die Folgen einer Spaltung sind

---

<sup>87</sup> 18. bis 22. Mai 1973. Vgl. Nr. 34 Anm. 19.

<sup>88</sup> Nguyen Van Thieu (1923–2001), vietnamesischer Offizier und Politiker; 1967–1975 Staatspräsident von Süd-Vietnam. – Thieu hielt sich am 10. April 1973 in Bonn auf, vgl. AAPD 1973 Dok. 103 (hier insbes. S. 494 Anm. 5. Brandt soll gesagt haben: „Es gibt Besucher, die sieht man lieber gehen als kommen.“).

weit mühsamer als dieser Integrationsprozeß. Ich möchte im ganzen die Formel von Herrn Müller-Hermann aufnehmen: So wenig, Herr Fraktionsvorsitzender, wir am Montag, also vor der Wahl des Fraktionsvorsitzenden, nun alle Probleme vorher in Form eines Koalitionsvertrages lösen können und sollen, so sehr muß doch die Gelegenheit vor der Wahl dazu genutzt werden, um in ein paar Punkten deutlich zu sagen, wie wir uns die Zukunft vorstellen. Denn die Gelegenheit dazu vor der Wahl ist besser als danach.

*Vogel:* Da wir seit geraumer Zeit von der Zukunft sprechen, möchte ich mich auch daran halten. Ich möchte nicht etwas sagen zu der Klärung der Personalprobleme, die vor uns liegen, weil wir über das Verfahren weitgehendes Einverständnis haben; nur, was ich zum Komplex Klärung von Sachproblemen sagen möchte, hat auch etwas zu tun mit der Frage, wie Personalprobleme zu klären sind. Was in den letzten Tagen uns etwas Sorge bereitet hat, ist das aufkommende Wort „Konfliktstrategie“ gewesen. Oder Strategie eines begrenzten Konfliktes oder eines irgendwie begrenzten Konfliktes. Das ist hier verschiedentlich angeschnitten worden. Ich persönlich bin der Auffassung, daß aus unserem Sprachgebrauch dieses Wort „Konfliktstrategie“ verschwinden sollte, daß wir statt dessen von Integrationsstrategie sprechen sollten. Das bedeutet natürlich, daß wir es dabei auch mit der Bewältigung von Konflikten zu tun haben. Aber wenn wir von Konfliktstrategie sprechen, habe ich ein bißchen die Sorge, daß dabei auch an die Richtung gedacht werden kann und daß aus der Konfliktstrategie sehr schnell ein Richtungskampf wird. Und wenn wir in einem Richtungskampf sind und die eine Richtung versucht, sich über die andere Richtung hinwegzusetzen, dann allerdings brauchen wir uns über das Thema vierte Partei sehr wahrscheinlich nicht mehr zu unterhalten.

Ich möchte unterstreichen all das, was gesagt worden ist zu der Frage: Ist das nur ein Problem CDU-CSU? Es geht, darüber soll sich niemand täuschen, darüber hinaus. Es ist auch ein Problem der CDU in einigen Fragen sehr deutlich geworden. Ich habe das Gefühl, daß Fragen, die keine Richtungsfragen sind, zu Richtungsfragen hochstilisiert werden. Ich persönlich habe den Eindruck – ich möchte damit niemanden belasten –, daß die Frage UNO-Beitritt ja oder nein auch ein Stück als Richtungskampf hochstilisiert worden ist. Das können wir uns ganz sicher nicht leisten. Es ist völlig selbstverständlich, daß in einer Partei, die Volkspartei ist, bei den Sachproblemen, die zu lösen sind, die Kräfte in verschiedene Richtungen ziehen. Aber ich glaube, daß wir sehr aufpassen müssen, daß nicht durch Austragen von Richtungskämpfen hinterher das Ganze in die falsche Richtung gezogen wird. Das ist auch ein Punkt, den wir zu bedenken haben, wenn es um die Klärung von Personalproblemen geht. Wir können die Klärung um Sachprobleme nicht um jeden Preis herbeiführen, weil das bedeuten müßte, daß die eine Gruppe oder die andere in den Entscheidungen fundamental belastet ist.

Herr von Weizsäcker hat darauf hingewiesen, daß Integration etwas ungemein Schwieriges sei. Herr Kollege Katzer, im Gegensatz zu Ihnen bin ich der Auffassung, daß wir bei der Problematik § 218 durch die CSU und durch ihre Beschlüsse nicht beschwert worden sind. (*Zwischenruf.*) Nein, ich glaube, daß sogar in ihrer Tendenz diese

Beschlüsse hilfreich gewesen sind. Das ist vielleicht ein Beispiel bei einer Problematik, wo Konfliktstoff in jeder Menge vorhanden ist, daß es möglich ist, untereinander eine solche Frage zu klären, ohne daß es zu Brüchen kommt. Ich glaube, wir haben gezeigt, daß das Ganze auch eine Frage der Methode ist, wie man Sachprobleme klärt, daß das Ganze auch eine Frage eines Führungsmechanismus ist. Vielleicht sollten wir bei der einen oder anderen Frage dann auch einmal überdenken, ob der Führungsmechanismus in der Vergangenheit funktioniert hat. Das Problem Franz Josef Strauß ist hier angesprochen worden. Es gibt eine Reihe anderer solcher Probleme. Ich persönlich bin der Auffassung, daß wir hier aus Fehlern eine ganze Menge für die Zukunft lernen könnten. Ich bin nicht der Auffassung, daß es jetzt möglich wäre, bis in Detailfragen hinein Sachprobleme zu lösen, daß man aber sich einigen müßte darüber, wie künftig Konflikte ausgetragen werden sollen. Deshalb darf ich noch einmal sehr herzlich darum bitten, nicht mehr von Konfliktstrategie zu sprechen.

*Hasselmann:* Wir haben die Notwendigkeit des Zusammenhalts der Fraktionsgemeinschaft und damit der Partei hier zu Recht beschworen. Ich glaube, daß Zusammenhalt nicht von vornherein Selbstzweck ist. Es bedarf aus diesem Grunde der Basis verbindlicher gemeinsamer Standpunkte. Und solche Standpunkte sind nur in der Sache zu suchen und auch nur in der Sache zu finden. Deshalb möchte ich bitten, wenn Sie am Montag mit der CSU Gespräche führen, die auf der Fraktionsebene anberaumt sind, durch Gespräche unseres Präsidiums – das ist unser zuständiges Gremium – ergänzt, daß die wesentlichen Punkte vorher geklärt werden. Als erstes größeres Land haben wir in Niedersachsen Wahlen im Juni nächsten Jahres. Insoweit möchte ich all jenen beitreten, die das Ende des Redens von vierter Partei angekündigt haben. Wenn die Diskussion über die vierte Partei und auch die Drohung der CSU, in anderen Landesverbänden aufzukreuzen, nicht aufhört, dann kann das in einem Land wie unserem, in dem wir mit Mühe über Jahre die Fusion von DP zur CDU fertiggebracht haben, zu fünf Parteien kommen. Deshalb muß diese Debatte oder dieses Gerede von vier Parteien endgültig aufhören. Ich würde auch Herrn Strauß sagen, daß es einfach nicht geht. Denn sonst brauchen wir uns nichts einzubilden über die Wahlaussichten.

Natürlich gehören zu diesen Voraussetzungen, die noch erst erfüllt werden müssen, neben den Sachdiskussionen auch die Personalfragen. Bis Mittwoch haben wir gewußt, daß es nur um den Parteivorsitz geht. Jetzt wissen wir, es geht auch um den Fraktionsvorsitz. Wir sind uns im Vorstand der CDU in Niedersachsen<sup>89</sup> dahingehend einig geworden, die Fraktion zu bitten, möglichst schnell einen neuen Fraktionsvorsitzenden zu wählen. Und wir haben hinzugefügt, und ich möchte das gerne hier vortragen, daß wir der Ansicht sind, daß das nicht ein Fraktionsvorsitzender sein darf, der eine Gruppe oder einen Flügel repräsentiert, sondern der die Integrationsfähigkeit besitzt und die Gesamtfraktion und nichts anderes vertreten kann. Über die Person selbst sind keine Aussagen gemacht worden. Vielleicht haben wir bezüglich des Parteitagess uns

---

89 Ein Protokoll der Sitzung liegt im ACDP nicht vor.



selbst zu viel vorgenommen. Auch für die beiden Kandidaten ist es eine Überforderung, aber auch für die Partei, wenn wir geglaubt haben, daß das Ganze bis Oktober Zeit habe. Wir waren mehrheitlich gestern der Ansicht, nach diesem gegenwärtigen uns bekannten Diskussions- und Informationsstand, nein zu einer Vorverlegung zu sagen, im Gegensatz zu der Mehrheit, die sich hier zeigt. Wir sind aber so frei, wenn das hier so sein soll, dann auch ja. Deshalb müßten wir hierüber eine klare Entscheidung haben.

Der Rücktritt Dr. Barzels vom Fraktionsvorsitz, eine Position, auf der ich Herrn Dr. Barzel gerne gesehen habe und sehen würde, hat natürlich die Diskussion auch bei uns wieder angefacht, ob man zeitweilig sich von der CSU-Gruppe trennen soll. Diese Frage des Trennens ist ja hier verneint. Ich bin auch dieser Meinung. Aber wir haben doch festgestellt, daß zwei Dinge beachtet werden müssen. Erstens: Die Lösung liegt bestimmt anhand der Probleme nicht in einer Trennung, sondern im Versuch, die Gemeinsamkeiten wiederzufinden. Aber eins sollten wir wohl zweitens noch dazu sagen, daß diese CSU-Gruppe eine beachtliche Geschlossenheit mitbringt, die wir in der gleichen Weise nicht haben. Eine größere Gruppe hat diese Geschlossenheit immer viel schwieriger zu erstellen. Die CSU hat uns dies voraus. Dadurch wird das Kräfteverhältnis der Gesamtfraktion beeinflußt. Es hat den Anschein, als ob die CSU die eigentliche Richtung bestimmt.

Wir in Hannover sind der Ansicht, daß wir bei der Presse und bezüglich des Umgangs mit der Presse uns größerer Vorsicht befleißigen sollten. Wir selbst haben nichts veröffentlicht, auch nicht über die gestrige Sitzung. Daß die Presse interessiert ist, von uns einzelnen immer wieder etwas zu hören, haben wir hinreichend erfahren. Aber vielleicht ist gerade das für die nächsten Wochen von großer Wichtigkeit, hier uns größerer Zurückhaltung als bisher zu befleißigen und nicht landauf und landab in eigenen Erklärungen uns zu ergießen

Dann möchten wir gerne, daß wir in der Klausurtagung des Bundesvorstands anreißen, wie wir über die eine oder andere Sachfrage in diesem Vorstand denken, wenn das möglich ist und zeitlich eingeplant werden kann. Denn ich habe z. B. in der Frage der Mitbestimmung Sorge, daß wir in Hamburg ein zweites Düsseldorf erleben, nur mit anderen Mehrheiten. Deshalb müssen wir, glaube ich, früh genug, Herr Katzer, auch von unseren hier engagierten Gruppen hören, welche Lösungen stehen denn an. Oder ist es doch der gleiche Standpunkt, den wir schon in Düsseldorf vorfanden? Was hat sich denn auf allen Seiten in dieser Frage geändert? Oder hat sich nichts geändert? Wir sind nicht sicher, ob das so ist. Zum Teil wird in einer ungeheuren Unkenntnis der wirklichen Dinge diskutiert. Die ganze Diskussion scheint mir zu sehr emotional aufgeladen zu sein. Deshalb ist sicher hier ein klärendes Wort des Vorstandes notwendig, um eine gewisse Hilfestellung den Gremien zu geben und zu sagen, wie weit wir sind. Es kann doch nicht angehen, Herr Katzer, daß man mir sagt, wie Sie es im einzelnen sehen, aber solange Herr Katzer oder Dr. Blüm – ich nehme Sie mal stellvertretend für andere – nicht anders votieren als Herr Vetter, brauchen wir uns doch nicht zur CDU bewegen, dann können Sie sich ja auch zur SPD bewegen. (*Blüm*: Nur wer das sagt, der ...) Ja das ist eben nicht hinreichend. Eure Leute sind ja in dieser Frage überhaupt

nicht zu unterscheiden von den Vorstellungen von Vetter, Loderer<sup>90</sup> u. a. Deshalb müssen wir da eine Linie hineinbringen. Das wäre meine Bitte zu diesem Punkt.

Genauso wie wir vielleicht, Herr Dr. Kraske – ich weiß nicht, ob das geht –, als eine ausgezeichnete Grundlage für die Bodensachdiskussionen die von beiden Kirchen herausgegebene Broschüre sowie die „Beschlüsse zum Eigentum“ des Deutschen Bauernverbandes<sup>91</sup> verschicken müßten, um die Diskussion draußen zu versachlichen und die Emotionalität wieder herauszunehmen. Ich weiß nicht, ob wir das machen könnten oder ob wir die kirchlichen Gremien und den Deutschen Bauernverband bitten sollten, an unsere Entscheidungsträger die Broschüre zu verschicken, soweit wir sie nicht haben. Wenn Sie also heute einen Beschluß fassen wollen für die Vorverlegung eines Teils dieses Parteitages, weil der Sachparteitag durchgeführt werden muß, würde der niedersächsische Vorstand dazu ja sagen können, aber wir bitten in dieser Frage um Abstimmung, weil ich glaube, daß das mit den Sachfragen zusammenhängt.

*Barzel:* Bevor ich Frau Wex um Entschuldigung bitte und das Wort gebe, möchte ich nur die neuesten Nachrichten aus unserer Sitzung in wenigen Schlagzeilen bekanntgeben: „Hessens CDU-Chef und Barzel sagten sich die Meinung. Der hessische CDU-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Dregger sagte zur Entscheidung über den Fraktionsvorsitzenden im Hessischen Rundfunk am Samstag, er sehe den ehemaligen Außenminister Gerhard Schröder als einen guten Mann für die Nachfolge Rainer Barzels in der Fraktion an. Der Politiker sprach sich ferner gegen eine Trennung der Fraktionsgemeinschaft aus.“ Kaum Mitteilung darüber, daß wir uns hier die Meinung gesagt hätten usw. Nächste Meldung: „In einer Sitzungspause des in Bonn tagenden CDU-Bundesvorstands sagte Echternach, die Junge Union vertrete die Ansicht, daß der Bundesabgeordneten Richard von Weizsäcker als Nachfolger von Rainer Barzel zum neuen Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Bundestag gewählt wird.“<sup>92</sup> Und es wird dann aus Teilnehmerkreisen eine Mitteilung gemacht über das, was Herr Kohl mir gesagt haben soll. Die Mitteilung ist korrekt. Es ist aber ein völlig aus dem Zusammenhang gerissener Satz. Meine Damen und Herren, entweder stimmt das über den

---

90 Eugen Loderer (1920–1995), Metallgewebemacher; 1951 SPD, ab 1947 Tätigkeit als hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär, 1963–1968 Bezirksvorsitzender DGB Baden-Württemberg, 1968–1972 stv. und 1972–1983 Vorsitzender der IG Metall, Juli–Dezember 1979 MdEP. Vgl. Klaus KEMPTER: Eugen Loderer und die IG Metall. Biografie eines Gewerkschafters. Filderstadt 2003.

91 Zum Memorandum der beiden christlichen Kirchen vom Februar 1973 vgl. Hermann DIETZFELBINGER/Julius DÖPFNER: Soziale Ordnung des Baubodenrechts. Ein gemeinsames Memorandum der Kammer für soziale Ordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland und des Arbeitskreises „Kirche und Raumordnung“ beim Kommissariat der katholischen deutschen Bischöfe. In: „Die Neue Ordnung“ 27. Jg. Heft 2/1973 S. 81–95; „Rheinische Post“ vom 22. Februar 1973 „Eigentum ist nicht heilig und unantastbar“. – Der Deutsche Bauernverband hatte am 1. Februar 1973 seine „Thesen und Vorschläge zur Eigentums- und Baubodenordnung“ vorgelegt. Vgl. „DBV Informationen“ 7/31 vom 1. Februar 1973; „General-Anzeiger Bonn“ vom 2. Februar 1973 „Bauernverband-Thesen zum Bodenrecht“.

92 Zu den dpa-Meldungen vom 12. Mai 1973 vgl. Anm. 68. Vgl. auch dpa vom 13. Mai 1973 „Junge Union für von Weizsäcker als Fraktionsvorsitzenden“.

Ernst, von dem hier vorher gesprochen worden ist und die Notwendigkeit von Loyalität und Geschlossenheit, oder es stimmt nicht.

Wex: In dieser Lage ist ja wohl festzustellen und auch aus dem Gang der Diskussion zu fragen, woher nehmen wir denn eigentlich die Hoffnung, daß das anders weitergeht? Wenn Sie in den letzten Tagen doch alle gehört haben, daß gerade die Menschen, die nach der Wahl und kurz vor der Wahl als Mitglieder zu uns gestoßen sind, verzweifelt fragen, wozu sind wir denn eigentlich eingetreten? Dann kann man jetzt doch nur sagen, es gibt noch eine Hoffnung, wenn wir auch die Diskussionsbeiträge hören, wir wollen keine fremdbestimmte Partei. Wir wollen das sachliche Gespräch mit der CSU. Wir wollen im Grundsatz zusammenbleiben. Wir wollen uns nicht mit der Vergangenheit beschäftigen. Wir wollen den Blick nach vorne richten. Dann kann ich doch nur fragen, was ist das eigentlich Neue? So lange ich in dem Präsidium und so lange ich im Bundesvorstand bin, ist das die Feststellung. Es gibt doch jetzt nur die Frage, wie machen wir das denn eigentlich? Und ich möchte hier anregen, ohne noch lange zu reden, daß wir über die Punkte, die das Präsidium mit der CSU am Montag besprechen will, hier sprechen. Denn sonst gibt es überhaupt keine Chance weiterzukommen. Ich kann dazu nur feststellen, daß die Geltung des Präsidiums angegriffen ist, angeschlagen ist. Die Gründe will ich hier gar nicht untersuchen. In der Situation, die in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag in der Fraktion geherrscht hat, (*Zwischenruf*: Donnerstag auf Freitag.) war es kaum möglich, den Präsidiumsbeschluß, der ja einstimmig war, zu vertreten, ohne eine Abwehr all dieser Funktionen, die das Präsidium legalerweise ja akzeptiert hat. Außer Herrn Kraske habe ich alleine gesprochen, und Sie, Herr Kiesinger, haben ein sehr verbindliches Wort für die Entwicklung der Zusammenarbeit gefunden. Aber, Herr Kiesinger, Sie werden nicht verkennen, in welcher Erregung sich die Fraktion im Verhältnis zum Präsidium befunden hat. Ich will Ihnen gerne bestätigen, daß Sie einen Teil davon vorausgesagt haben, aber das ändert die Lage im Moment gar nicht. Ich kann nur sagen, das Verhältnis zwischen Präsidium, Bundesvorstand, also Partei und Fraktion, wird sich nur dann ändern, wenn das Gespräch am Montag mit der CSU ein Ergebnis aufgrund von konkreten Aussagen hat, daß es überhaupt eine Neuorientierung auf der Basis der Sache geben kann. Ich beantrage also, die Punkte von Herrn von Weizsäcker, die er vorgeschlagen hat, jetzt hier – soweit es möglich ist – zu besprechen und einen Teil der Aussagen von Herrn Barzel aus der Rede – das können wir ja besprechen – für unsere Beratung im Präsidium hier wenigstens soweit anzudiskutieren, daß das Präsidium am Montag mit der CSU wirklich eine Art von Marschrichtung festlegen kann. Denn bei dem Blick nach vorne – wir können das natürlich immer wieder sagen –, hat es überhaupt keinen Sinn zu sagen, wir wollen zwar einen Blick nach vorne, aber wohin denn? Die Wahl des Fraktionsvorsitzenden steht ja in der nächsten Woche wahrscheinlich an, und wenn wir den Parteitag vorverlegen, wird das noch alles viel drängender. Dieses alles wird niemals zu einer gründlichen Klärung führen, wenn nicht auch in kurzer Zeit über ein Teil der Sachfragen schon gesprochen werden kann. Wir wissen ja alle, was in dem nächsten halben Jahr oder im nächsten Jahr ansteht, darüber sind lange genug vorbereitende Gespräche geführt worden.

*Barzel:* Sie haben den Antrag gehört.

*Dregger:* Ich bin in einen Anklagezustand versetzt worden. Darf ich folgendes dazu bemerken. Ich habe ein Interview gegeben dem Hessischen Rundfunk, das gestern vereinbart worden war. Ich habe nur selten diesen Vorzug, im Hessischen Rundfunk zu Wort zu kommen, weil das eine besondere Rundfunkanstalt ist. In diesem Interview habe ich mich zum Fraktionsvorsitzenden geäußert auf Befragen. Das war kein Beratungsgegenstand der Bundesvorstandssitzung. Ich glaube, das kann man nicht beanstanden. Ich habe schließlich nach allem, was vorausgegangen ist – das will ich wieder aufgreifen – erklärt, Herr Barzel und ich haben die Lage besprochen. Wir haben uns die Meinung gesagt. *(Zwischenruf.)* Entschuldigen Sie mal, ich spreche jetzt nach Hessen. Jetzt ist die Atmosphäre bereinigt. Sie ist gut und aufgeschlossen. Ich glaube, daß das für unsere Freunde in Hessen sehr nützlich war. Sie sind ganz glücklich zu hören, daß der Bundesvorsitzende und der Landesvorsitzende jetzt in einer aufgeschlossenen Atmosphäre miteinander reden. *(Beifall.)*

*Echternach:* Ich möchte nur fragen, woher Sie den Vorwurf haben, daß ich der Presse den Beschluß des Bundesvorstandes der Jungen Union von gestern mitgeteilt habe, sich für Herrn von Weizsäcker als neuen Fraktionsvorsitzenden auszusprechen.

*Barzel:* Ich habe erstens keinen Vorwurf gemacht. Ich bitte nur, an folgendes zu denken: Jetzt werden wir also heute nach langen Bemühungen ein Kommuniqué haben, das möglicherweise – die Bemühungen sehen Sie ja – gerne einstimmig verabschiedet wird. In der Öffentlichkeit interessiert das überhaupt niemanden, weil wir nur diese beiden Namen haben. Ich habe niemandem einen Vorwurf gemacht, der sich dazu äußert. Überhaupt nicht. Dies möchte ich nur dazu sagen. Und wenn das ein Beschluß des Bundesvorstands der Jungen Union ist, dann will ich den gar nicht kritisieren. Was mich interessiert, ist, daß es während einer Sitzungspause gesagt worden ist.

*Schwarz-Schilling:* Ich möchte auf die verschiedenen Beiträge hier jetzt nicht näher eingehen, um die Zeit nicht zu verlängern. Ich möchte nur einige kurze Worte sagen. Es ist doch für einen Menschen, der aus der Landespolitik hierher kommt, schwer, dazu hier zu schweigen. Erstens: Wir sind alle mit großer Unruhe in den Landesverbänden und erwarten von diesem Bundesvorstand heute eine Entschließung nach draußen, die diese Unruhe einer gewissen Weise besänftigt. Zweitens: Fragen, die die Fraktion betreffen, sind zwar im Moment interessant, aber sollten in dieser Situation hier nicht Gegenstand ausführlicher Besprechungen sein. Ich glaube, es geht in diesem Moment wirklich nur um die Unruhe in der gesamten Partei. Also um die Frage, wie jetzt in der Fraktion in dem einen oder anderen Punkt hier auf lange Sicht taktiert werden sollte. Dazu müßte man dann eine entsprechende Unterlage haben als Beratungsgegenstand, wozu man sich dann auch vorbereiten könnte als Bundesvorstandsmitglied.

Um hier nur keine Fehlschlüsse aufkommen zu lassen, möchte ich doch folgendes sagen und das möchte ich gerade Ihnen, Herr Kollege Katzer, sagen. Ich glaube, wir sollten uns sehr vorsehen, eine monokausale Erklärung für die Niederlage vom 19. November hier zu verkünden. Man könnte genau umgekehrt die Meinung vertreten. Man

könnte sagen, es war dieser Grund oder jener Grund. Ich glaube, wir sollten alle etwas mehr Verständnis für geschichtliche Situationen haben. Die SPD hätte im Jahr 1957 oder im Jahre 1961 das beste Programm haben können, das hätte uns bei weitem überall überflügeln können in Vermögensbildung, in allen möglichen Dingen, und dennoch wäre Konrad Adenauer und niemand anders gewählt worden. Es gehören zu einem Wahlsieg mehrere Komponenten dazu. Dazu gehört die allgemeine politische Lage. Es gehört die Reputation derjenigen, die regieren, dazu. Es gehört der Erfahrungsstand der Bevölkerung dazu zu wissen, ob bestimmte Ereignisse tatsächlich eintreten oder nicht, und das dauert einige Jahre. Wir können feststellen, daß vieles, was wir am 19. November oder zum 19. November gesagt haben, mit einem gewissen Zeitverzug mehr und mehr Erfahrungsschatz der Bevölkerung wird. Es wäre geradezu verhängnisvoll, wenn wir diese Komponenten, die wir damals gelegt haben, nunmehr aus einer überstürzten Hektik, jetzt muß alles neu werden, jetzt muß alles verändert werden, in dem Moment hier vom Tisch wegziehen, wo die Bevölkerung mehr und mehr auf diese Dinge zu hören beginnt.

Die Regierung beginnt genau auf diesen Punkten mehr und mehr Nachteile und Prestigeverluste zu erleiden. Ich fürchte, daß eine Diskussion in diesem Vorstand in dieser Weise zu einer entsprechend gegenteiligen Wirkung führen kann und wir geradezu die Bevölkerung irritieren, die ja schließlich uns zum 19. November mit diesem Programm gewählt hat mit diesem hohen Prozentsatz. Ich möchte das hier deutlich sagen, weil Sie, Herr Kollege Katzer, jetzt einen Punkt vorwegnehmen wollen, ohne daß wir in der Lage sind, hier ganz konkret und sachlich über diese Dinge zu sprechen. Das hielte ich für ein sehr unfaires Verfahren. Ich glaube, wir stehen alle – und das möchte ich doch mit Deutlichkeit betonen, auf dem Boden der Partnerschaft in unserer Wirtschaft. Das ist in unserem Parteiprogramm bereits formuliert. Und wer sagt, wir müssen jetzt endlich Partnerschaft betreiben, und bestimmte neue Modelle vorschlägt, der unterstellt ja geradezu, als hätten wir 20 Jahre lang die Partnerschaft noch nicht entdeckt. Ich möchte also wirklich sagen, daß wir das doch nicht in einen Zusammenhang bringen müssen. Die Frage des Aufsichtsrates ist ja doch nur ein Teilproblem. Wir blicken auf diesen Aufsichtsrat geradezu wie das Kaninchen auf die Schlange. Wir müssen doch sehen, daß es hier um einen ganz breiten Komplex handelt. Ich könnte dann genauso sagen, so lange nicht Mitglieder der Unternehmer im Betriebsrat mit sitzen, handelt es sich hier nicht um Partnerschaft. Man kann immer solche Dinge konstruieren. Oder wenn wir sagen, wenn nicht in den Gewerkschaften entsprechend die Tarifpartner ebenfalls mitbestimmen, dann ist eben keine Partnerschaft da. Meine Damen und Herren, wenn wir so monokausal vorgehen, werden nie zu einer sachlichen Lösung kommen. (*Blüm*: Unternehmen der Gewerkschaften?) Entschuldigen Sie, wenn wir von den Tarifpartnern sprechen – und die Unternehmen sind ja auf der einen Seite Tarifpartner –, dann muß man sich auch überlegen, wenn diese Seite durch einen entsprechenden Abstimmungsmechanismus neutralisiert wird, dann gibt es nicht mehr den anderen Partner. Das sind alles Fragen, die wir jetzt hier nicht erörtern können, aber die man, glaube ich, doch in einem umfassenden Gespräch klären muß. Ich kann nur sagen, ich warne vor einer Entwicklung wie vor Düsseldorf, in der auch

mit gewissen Schlagworten und mit einer entsprechenden oberflächlichen Betrachtung in diesem Bundesvorstand die Diskussion in echter Weise hier nicht geführt wurde. Und man sich dann darüber beklagte, daß sie auch auf dem Bundesparteitag so geführt worden ist. Das möchte ich doch einmal mit aller Deutlichkeit hier sagen. Es gab hier einige, die sich bis zuletzt gewehrt haben, weil dieses Thema nicht auf der Klausurtagung damals echt behandelt worden ist. Und diese wurden damals mit Mehrheit überstimmt. Und die, die damals mit Mehrheit dagegen gestimmt haben, möchte ich bitten, doch ganz klar zu bekennen, daß Sie es dann auch zu vertreten haben, wenn diese Frage auf dem Bundesparteitag zu einer so kontroversen Auseinandersetzung geführt hat.

Ich möchte aber über diese vergangenen Fragen jetzt hier nicht weiter sprechen. Ich möchte nur darum bitten, daß wir jetzt den Blick nach vorne richten. Ich habe gehört, hier ist etwas vorbereitet worden, wie wir nach außen vorgehen. Zunächst nach innen: Ich glaube, wir sind uns alle einig, daß wir nicht von Richtungskämpfen sprechen, sondern von Sachauseinandersetzung. Ich würde es für unklug halten, in das Gespräch mit der CSU nun gerade mit den Fragen einzutreten, wo sicherlich die größten Sachauseinandersetzungen sind. Das kann man dann machen, wenn eine gewisse Vertrauensbasis wiederhergestellt ist. Das ist ein Gebot der politischen Klugheit. Oder man will die Auseinandersetzung so führen, daß sie zum Bruch führt? Dann möchte ich eigentlich sagen, was Herr Kollege Kohl vorhin angesprochen hat. Ich glaube nicht, daß wir als lebende aktive Politikergeneration noch in der Lage sein werden, diese beiden Parteien dann wieder zusammenzuführen. Wir werden in Geschichtsbüchern nachher nachlesen, was für Eigengesetzlichkeiten sich daraus entwickelt haben. In dieser Frage muß sich jeder selbst und ganz klar vor seinem Gewissen entscheiden, was er hier mit beschlossen oder was er gesagt hat.

Ich habe jetzt den Entwurf des Kommuniqués vorliegen und wollte nur von meiner Seite aus sagen, was in einem solchen Entwurf noch vorhanden sein sollte. Erstens, daß wir eine freimütige und offene Aussprache gehabt haben über die Situation, die durch den Rücktritt des Fraktionsvorsitzenden entstanden ist, Mißverständnisse, die durch verschiedene Rundschreiben und Presseerklärungen ausgelöst worden sind, konnten bereinigt werden. Und ich würde auch sagen, daß der Bundesvorstand mit Befriedigung zur Kenntnis genommen hat, daß die Fraktion in aller Kürze einen neuen Fraktionsvorsitzenden wählen wird. Zweitens: Der Bundesvorstand hat angesichts der entstandenen Situation beschlossen, bereits im Juni einen Bundesparteitag einzuberufen, um die satzungsmäßig für dieses Jahr vorgesehenen Personalwahlen vorzuziehen. Drittens: Die vom Bundesvorstand eingesetzten Kommissionen, welche die notwendigen Sachentscheidungen für den Parteitag im Herbst vorbereiten sollen, erhalten den Auftrag, ihre Arbeiten ohne Unterbrechung fortzusetzen. Die Ergebnisse werden nach ausreichender Diskussion auf allen Parteiebenen auf einem weiteren Bundesparteitag, der nach wie vor für diesen Herbst terminiert ist, zur Entscheidung gestellt werden. Das wäre mein Vorschlag nach vorn.

*Windelen:* Auch jetzt nur noch zur Zusammenfassung: Ich stimme den Vorschlägen und den Vorstellungen zu, die es für notwendig halten, im Gespräch mit der CSU

einen bestimmten Rahmen zu setzen, etwa so wie Dr. Kiesinger es formuliert hat. Das heißt also in Grundsätzen Vierte Partei usw. Ich würde aber sehr davor warnen, dieses Gespräch jetzt mit Dingen zu belasten, die bei uns nicht ausdiskutiert sind und heute und hier nicht mehr ausdiskutiert werden können. Das heißt also z.B. aufgrund des verständlichen Vorschlags von Herrn Katzer, jetzt durch die Einführung des Begriffes der Gleichgewichtigkeit der Partner eine Aussage zu treffen, die natürlich dann zu Reaktionen in der Partei führen müßte. Kollege Katzer beruft sich mit Recht auf eine Aussage des Parteivorsitzenden, die er ja auch heute und hier gemacht hat. Aber die Frage kam ja dann auch sofort auf das Wort Partnerschaft, ob das Parität bedeutet. Worauf der Vorsitzende gesagt hat, wenn er Parität gemeint hätte, hätte er Parität gesagt. Das heißt also, wir lösen doch hier nicht Fragen, sondern wir lösen neue Fragen aus. Das sollten wir nicht tun. Ich hatte damals in Düsseldorf bei dem Punkt Mitbestimmung das Präsidium des Parteitages inne. Deswegen ist mir der Verlauf dieser Debatte noch in lebhafter Erinnerung. Herr Kollege Katzer, Sie werden mir sicher nicht widersprechen, wenn es zur Abstimmung über das Biedenkopf-Modell hier gekommen wäre, hätte der Parteitag mit etwa 80 % dem zugestimmt. Es kam ja nur über die Alternative zu diesem knappen Ergebnis. Aber eine solche Grundlage kann man natürlich jetzt nicht dadurch aufheben, daß der Parteivorstand einen Beschluß faßt. Und das ist ja gesagt worden, wir wären dann also von Düsseldorf weg und hätten eine neue Grundlage. Ich glaube, daß das eher als Sprengstoff denn als Kitt wirkt.

Ein letztes: Wir würden damit am Ende der Sitzung den Parteivorsitzenden desavouieren, der am Anfang der Sitzung gesagt hat – und soweit ich höre, ist seine Rede inzwischen bei der Presse ja auch verteilt –, ich will der Sitzung vom Ende des Monats nicht vorgreifen. Ich werde Ihnen dann empfehlen, eine Kommission einzusetzen. Ich meine, daß diese neue Aussagen, die wir suchen, ausgehen muß von den Grundsätzen unseres Programms zum Gleichgewicht der Partner usw. Das heißt, das soll dann gemacht werden, dann können wir doch jetzt nicht am Ende der Sitzung dem vorgreifen, was der Vorsitzende am Anfang der Sitzung längst ausgeführt hat. Er sagt dann, ich möchte Sie einladen, der Formel des Gleichgewichts der Partner Ihr Augenmerk zuzuwenden. Er sagt dann weiter zum Bodenrecht, da ist eine Kommission. Sie steht unmittelbar vor dem Abschluß. Ich glaube, daß das auch den Kreisparteien zugeleitet werden kann. Wenn wir dem jetzt vorgreifen, desavouieren wir ihn doch. Das gleiche gilt für die berufliche Bildung, wo er ja auch Aussagen gemacht hat, was hier noch konkretisiert werden müßte. Ich glaube also, daß wir diesen Prozeß nur erschweren, wenn wir jetzt präjudizieren und in diese Diskussion eingreifen (*Zwischenruf*: Soll er denn beschlossen werden, dieser Redetext?) Nein, darüber haben wir doch ausreichend gesprochen, und das war jetzt klargestellt. Ich möchte also sehr herzlich bitten, daß wir im Sinne der Rede des Vorsitzenden vom Anfang der Sitzung nicht am Ende der Sitzung das Gegenteil von dem tun, was er uns am Anfang empfahl, d. h. also auf eine inhaltliche Beziehung von einzelnen Programmpunkten in dieser Stunde, zu verzichten.

*Blüm*: Ich bin sicher, daß heute abend meine Freunde mich in nicht weniger Zahl anrufen werden und fragen, was denn dabei herausgekommen sei, wenn wir hier heute

acht Stunden zusammen verbracht haben. Die werden sich nicht damit begnügen, wenn ich sage, wir hätten beschlossen, einiger zu sein und netter zueinander, auch gegenüber der CSU. Ich glaube, die werden auch weniger Interesse an der Vergangenheitsbewältigung haben, sondern die sind mehr interessiert an der Zukunft, an Integration durch Sachpositionen. Das scheint mir zum Thema Gesellschaftspolitik nicht mehr in dieser Entschließung zu stehen, als daß wir vor wichtigen Entscheidungen stehen. Auch das war schon bekannt. Das wird nicht sehr überraschend für die Betriebsräte seien, daß wir vor wichtigen Entscheidungen stehen, wie das ja meistens in der Politik ist. Ich würde aus diesem Grund dafür plädieren, Fahne zu zeigen und Signale zu setzen. Dazu gehört, das Gleichgewicht der Partner in der Mitbestimmung, zumal die beiden Kandidaten, wie ich mit Freuden festgestellt habe, in dieser Frage ja gar keinen Dissens haben. Warum wollen wir diese Einigkeit hier nicht auch dokumentieren? Im übrigen ist das noch keine Entscheidung, Herr Schwarz-Schilling, zu einem Modell. Gleichgewicht der Partner ist ja fast für mich eine Tautologie. Ich kenne nämlich keine Partner, die sich im Ungleichgewicht befinden. Dann sind es keine Partner mehr. Dann ist der schwächere im besten Fall der Empfänger von Wohltaten, aber immerhin würde das schon sehr hilfreich sein, wenn wir über diese Hürde kommen. Deshalb meine ich, wir hätten noch nicht zu viel vorweggenommen. Vor allen Dingen hätten wir zumindest einen Ansatz einer sachlichen Integration mit der CSU. Ich weiß nicht, wie lange das Gespräch mit der CSU dauern soll, wenn man sich nur den Willen der Zusammenarbeit wechselseitig bestätigt. Das kann man per Postkarte machen. Es wird doch wichtiger sein, daß wir ein paar Punkte nennen, mit denen diese Zusammenarbeit gefestigt wird. Zu diesen Punkten gehört eben auch, daß der Bundesvorstand das Spielfeld möglicher Entscheidungen eingrenzt, weil das ein Beitrag zur Integration durch Sachentscheidung ist. Und für die plädiere ich nachdrücklich.

*Dregger:* Herr Katzer, nur damit wir uns näherkommen. Lassen Sie mich das noch einmal aufgreifen. Sie haben gesagt: Herr Dregger, Ihre Rede in Düsseldorf hat uns Stimmen gekostet. Das haben Sie gesagt. Das wird häufig gesagt. (*Katzer:* Ich habe gesagt, das wird noch dauern.) Wenn das richtig wäre, dann hätte ich eine parteischädigende Rede gehalten. Ich glaube, daß eine Rede nicht parteischädigend wirken kann in einem solchen Ausmaß, sondern allenfalls die Entscheidung des Parteitages und die Rede, die diese Entscheidung begründet hat. Insofern hätten wir alle Verantwortung dafür, außer denen, die dagegen waren.

Und das zweite: Die Wahlanalyse weder nach Wahlkreisen noch nach Landesverbänden rechtfertigt eine solche Vermutung. Sie widerlegt sie auch nicht, meinerwegen. Ich bin also sehr zurückhaltend, aber man sollte doch wirklich solche Behauptungen nicht aufstellen. Wir haben nicht nur an Rhein und Ruhr Arbeiter, sondern auch im Untermain-Gebiet. Und eine Analyse der SPD hat ja ergeben, daß wir zwar 40.000 Stimmen dort an die SPD verloren, ihr aber 58.000 Stimmen abgenommen haben. Wir hatten die größten Gewinne im Untermain-Gebiet und in den kreisfreien Städten. Und wir sind heute in Hessen eine Stadtpartei und nicht eine Landkreispartei, denn wir sind in den kreisfreien Städten stärker. Bitte sagen Sie das nicht. Und sagen Sie bitte auch nicht, Sozialpartnerschaft ist erst dann verwirklicht, wenn Parität im Auf-



sichtsrat verwirklicht ist. (*Zwischenrufe Kater.*) Ich habe ja nur eine Bitte geäußert. In Form einer Bitte, denn diese Kampfbehauptung bedeutet doch, daß alle anderen, die nicht für die Parität sind, gegen die Sozialpartnerschaft sind. (*Kater: Meine Meinung!*) Das ist eine Aussage, die, wenn wir sie auch nach außen äußern, natürlich Munition für unsere Gegner ist. Und wenn die Mitbestimmungsrede überhaupt nur negative Wirkung gehabt haben sollte, dann allenfalls deshalb, weil man die Motive zu dieser Rede im Kreise der Partei nicht einheitlich verteidigt hat, die Motive, nicht die Ergebnisse. Ich habe mich immer vor Sie und Herrn Blüm gestellt.

Es war für mich interessant, daß Sie die Vermögensbeteiligung jetzt unter dem Gesichtspunkt des Gewinns sehen. Ich habe mich immer gefragt, warum bringen wir eigentlich das Investivlohngesetz nicht endlich wieder ein. Und zwar verbessert, indem man höhere Raten vorsieht im Hinblick auf die Inflation. Das ist doch stabilitätspolitisch und gesellschaftspolitisch notwendig. Ich wäre dafür, Herr Vorsitzender, wenn wir das so bald wie möglich tun würden. Oder ist das der Grund, daß wir die Sache neu überdenken? Denn es wäre doch wunderbar – ich versuche es in allen meinen Reden immer wieder –, wenn wir nach diesem Kollektiventwurf der SPD<sup>93</sup> nun endlich unseren konkreten Gesetzentwurf wieder vorlegen könnten. Mir scheint das eine wichtige politische Frage zu sein. Wenn Sie sagen, die Sozialpartner müssen im Gleichgewicht stehen, unterstreiche ich das völlig. Lieber Herr Windelen, das ist eine Voraussetzung der Tarifautonomie, die Frage ist nur, ob das Gleichgewicht der Sozialpartner dann gewahrt ist, wenn sie bei Tarifverhandlungen auf der einen Seite die Gewerkschaften haben und auf der anderen Seite Unternehmen, die paritätisch besetzt sind, auch in ihren Vorständen, und deren Vorstandsmitglieder vom Veto der anderen Seite abhängen bei ihrer Wiederbestellung, die alle fünf Jahre stattfinden soll. Das ist doch das Problem, daß das Gleichgewicht gewahrt werden muß. Das kann doch gar keine Frage sein. Schließlich meine ich, daß wir das Parteiprogramm überprüfen müssen. Das sollte so schnell wie möglich geschehen. Hoffentlich legen die bald mal was auf den Tisch zur Vermögensbildung, zur Mitbestimmung. Dann reden wir hier darüber, und dann versuchen wir nach Wertmaßstäben zu Entscheidungen zu kommen.

Wenn ich diesen letzten Punkt noch aufgegriffen habe, dann auch deshalb, weil beim Vergleich der beiden Entschließungsentwürfe der Entwurf Schwarz-Schilling konkreter gewesen ist. Ich würde ihm den Vorzug geben, weil dieser Entwurf, der hier vorgelegt wurde, in seinem zweiten Absatz von mir gar nicht gebilligt werden könnte. Dieser Entwurf, der mit dem imperativen Mandat beginnt, und dann sagt, die gewählten Abgeordneten sind frei, und dann sagt, die Tatsache, daß eine Mehrheit der Fraktion in der Frage des deutschen UNO-Beitritts anders entschieden hat als das Präsidium der Partei, wirft in Fraktion und Partei Fragen auf, die beantwortet werden

---

93 Die Kommission „Vermögensbildung“ beim Parteivorstand der SPD hatte auf dem Parteitag in Hannover (10. bis 14. April 1973) ihre „Leitsätze der SPD zur Beteiligung der Arbeitnehmer am wachsenden Produktivvermögen“ vorgelegt. Vgl. Parteivorstand der SPD, Abt. Öffentlichkeitsarbeit (Hg.): Vermögensbildung. Bonn o. J. (ACDP Dokumentation 0/060/25).

müssen. Wenn wir schon ein Kommuniké herausgeben, dann nicht, um zu sagen, daß wir Fragen haben, sondern wie wir sie beantworten. Wenn sie das schon behandeln wollen, dann würde ich sagen durch eine bessere Koordinierung der Gremien, von Führung und Partei. Lassen wir das weg. Ich meine, wir sollten den Entwurf von Schwarz-Schilling zugrundelegen.

*Barzel:* Ich sehe nicht genau, wie jetzt die Lage sich bei dieser Beratung entwickelt. Der Antrag der Kollegin Wex lautete, wenn ich ihn verkürzt wiedergeben darf, einzutreten in eine Beratung der Punkte und deren Konkretisierung, soweit dies möglich ist, die wir mit der CSU am Montag besprechen wollen. Wenn wir dies wollen, dann werden wir jetzt uns über die Punkte einigen. Ich versuche hier zu einem Beschluß zu kommen. In der Frage der CSU sind wir also einig. Man muß sprechen. Der Fahrplan, den der amtierende Fraktionsvorsitzende mit dem Generalsekretär ausgearbeitet hat, beinhaltet ja auch das Gespräch am Montag. Zu dem ist eingeladen, und es ist endlich akzeptiert. Wir bemühen uns ja seit fünf Monaten um ein Gespräch beider Parteipräsidien. Es wäre ein fundamentaler Fehler, das jetzt nicht zu machen.

Es stellt sich also die Frage, was soll dort besprochen werden? Wir können natürlich sagen, das brauchen wir jetzt nicht erörtern. Herr Kiesinger hat gesagt, keine Sonderzüge. Wir wollen keine vierte Partei. Und im übrigen müssen wir uns in all den Fragen, die da anstehen, finden und möglichst keine gegenteiligen Beschlüsse fassen. Gut, kann man machen. (*Kiesinger:* Schon viel, wenn wir das können.) Ob dies natürlich ausreicht, ist eine zweite Frage. Wenn wir dies machen wollen mit diesen drei Punkten – was hier bekannt geworden ist, wird ohnehin seine Wirkung haben –, könnten wir natürlich auch in den Entwurf des Kommunikés hier eintreten, wobei ich dazu einfach sagen möchte, ich bin überhaupt kein Entwurfsverfasser. Wenn wir möglichst nach vorn blicken, haben wir Sätze, wie wurde das und das bereinigt, eigentlich gar nicht nötig, Herr Schwarz-Schilling. Das ist selbstverständlich, wenn wir am Schluß ein solches Kommuniké verabschieden. Das ist meine Meinung dazu. Vielleicht halten Sie das nicht für besonders wichtig. Treten wir dann ein in eine Beratung der Punkte, die wir mit der CSU erörtern wollen, die wir möglichst konkret zu formulieren versuchen? Oder begnügen wir uns mit diesem Beschluß, der mehr Tendenz mit Ausnahme der Ziffern Parteitag usw. hier bezeichnet? Zu dieser Frage der Generalsekretär.

*Kraske:* Ich bin jederzeit für eine politische Debatte, und wenn der Vorstand zusammenbleibt, ist das sicher nützlich. Ich würde nur sagen, auch das Ergebnis dieser Debatte sollten wir nach dem Stand der Dinge nicht im einzelnen in dieses veröffentlichte Kommuniké hereinschreiben. Denn dann ist die Frage gleich wieder, ob damit die Gespräche erleichtert oder erschwert werden. Nach gemachten Erfahrungen sollte dieses etwas sein, was das Präsidium mit auf den Weg nimmt. Deswegen würde ich sagen, in jedem Falle sollten wir uns zunächst über dieses Kommuniké verständigen. Dazu möchte ich folgendes sagen: Herr Dregger, man mag zu den Rechten des Präsidiums stehen, wie man will, es hat mindestens ein paar Pflichten, und diese sind geschäftsleitender Art. Dieser Entwurf ist abgestimmt, was, wie Sie mir sicher glauben werden, nicht ganz leicht war zwischen dem Herrn amtierenden Fraktionsvorsitzen-

den und Herrn Kohl und Herrn Barzel und anderen. Was hier keinen verpflichtet, aber was ein Minimum an koordinierender Vorarbeit verrät. Zu dem Entwurf von Herrn Schwarz-Schilling sehe ich nur einen gravierenden Unterschied, nämlich daß er darauf verweist, daß Mißverständnisse über Rundschreiben ausgeräumt worden seien. Dagegen wehre ich mich überhaupt gar nicht, ob das aber herein soll oder nicht. Ich würde es nicht für so nötig halten, aber das kann man ergänzen. Was er über die Sachkommission sagt, dazu kann ich nur sagen, dies ist ein Beschluß der Fraktion und des Vorstands. Diese Sachkommissionen sind an der Arbeit. Der Bundesvorstand trifft sich in 14 Tagen wieder, um deren Ergebnisse zu prüfen für den Oktoberparteitag. Das ist, finde ich, eine bare Selbstverständlichkeit, die nicht in das Kommuniqué hineingehört. Das entscheidende ist, daß dieser Sachparteitag im Oktober stattfindet, und das wäre hier zu beschließen und ist hier vorgesehen. Und schließlich war es eine dritte Bemerkung, daß dieses eine gründliche Aussprache war. Auch da bin ich zu Ergänzungen bereit. Ich frage mich nur, ob dies nicht eigentlich auch eine Selbstverständlichkeit nach dem zeitlichen Ablauf ist. Deswegen meine herzliche Bitte, daß wir vielleicht doch zur Beratungsgrundlage den ihnen nach Abstimmung im Präsidium vorgelegten Entwurf machen und ihn dann streichen oder ergänzen. Das ist in Ihrer Souveränität.

*Barzel:* Darf ich, damit wir weiterkommen, zunächst nur das Wort erbitten zu der Frage, die der Generalsekretär jetzt wie folgt formuliert hat, wenn ich das richtig verstanden habe. Wie immer wir nachher entscheiden, ob wir mit den CSU-Fragen noch konkreter werden wollen, was auf keinen Fall zu veröffentlichen ist – müßten wir uns zunächst verständigen über ein Kommuniqué. Das war seine Haltung, glaube ich. Darf ich mit dem Blick darauf zunächst fragen, ob das so gemacht wird, und nur dazu um Wortmeldungen bitten. Also zunächst das Kommuniqué und dann die andere Frage.

*Stoltenberg:* Ich würde vorschlagen, daß auf der Basis der Gedanken, die von Herrn Schwarz-Schilling eingeführt werden, man einen vernünftigen Text erarbeiten könnte. Ich werde mir erlauben, auch selbst noch zwei, drei Änderungsvorschläge zu machen, aber ich glaube, das kann eine Grundlage sein.

*Müller-Hermann:* Ich wollte eigentlich zu der Frage CSU etwas sagen, und zwar, daß wir uns jetzt nicht festlegen in einzelnen Punkten. Aber das machen wir nachher.

*Kohl:* Ich meine, das was hier als Entwurf vorliegt, kann sicherlich noch Änderungen vertragen. Es kann die Grundlage sein. Nur darüber gibt es keinen Zweifel, wenn wir diesen Entwurf bejahen, ist indirekt die Frage der CSU mit angesprochen. Das ist ganz klar. Also man muß sich hier auch über den Ablauf der Geschäfte im klaren sein. Denn wenn wir dann ins Detail gehen, wenn wir beschließen würden, im zweiten Gang, wir gehen ins Detail, dann ist das natürlich nicht mehr tragfähig. Auch darüber muß man sich im klaren sein. (*Barzel:* Doch, was wir hinsichtlich der CSU vielleicht nachher noch verdichten, wenn wir uns nur über die Punkte verständigen, die wir besprechen sollten.) Ich glaube, psychologisch bei der politischen Lage ist das tatsächlich eine Alternative.

*Barzel:* Nein, dem vermag ich nicht zu folgen. Ich würde wirklich glauben, daß ich den Generalsekretär nicht zu wiederholen brauche.

*Von Weizsäcker:* Ich habe das eben nicht ganz verstanden, warum Sie beide nicht

einer Meinung waren. Ich finde, wenn wir über die Punkte für die Montagsbesprechung mit der CSU uns hier beraten wollen, dann gehört nach meinem Verständnis weder die Liste der Punkte noch überhaupt die Tatsache, daß wir hier ausführlich darüber beraten, in ein Kommuniké. Die Frage ist nur, ob wir der Meinung sind, daß wir bei einer Erörterung solcher Punkte auf einen konkreten Gegenstand kommen könnten, der hier schon enthalten ist und der jetzt im Rahmen eines solchen Gesprächs dann inhaltlich vielleicht verändert würde. (*Kohl*: Genau das ist die Frage.) Ich muß allerdings gestehen, daß ich so einen Punkt eigentlich kaum sehe. (*Kohl*: Ich auch nicht.) Das mit der vierten Partei werden wir ja hoffentlich nachher nicht anders beschließen.

*Köppler*: Ich wollte nur den Vorschlag des Generalsekretärs unter einem anderen Aspekt nochmal unterstützen. Wir müssen auch jetzt langsam mit dem Blick auf die Uhr uns davor hüten, daß über die Dauer unseres Beisammenseins Spekulationen angestellt werden, die das, was wir beabsichtigen mit dem Kommuniké, schon wieder in Frage stellen. Ich würde also dringend bitten, daß das Kommuniké jetzt vorgezogen und verabschiedet wird.

*Kraske*: Darf ich gerade nur einen Satz, wie ich glaube, zum Mißverständnis mit Herrn Kohl sagen. Was hier in der drittletzten Zeile heißt „grundlegende Sachgespräche“, ist die Frage, ob wir im Anschluß uns darüber noch ein bißchen aussprechen, was da drin stecken soll.

*Müller-Hermann*: Zum letzten Satz in dem Abs. 3, Seite 1, vor der Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden soll also in den Sachfragen eine Übereinstimmung erzielt werden. Das ist meines Erachtens zeitlich unrealistisch, wenn wir in der nächsten Woche wählen wollen. Das muß man sehen. Mir scheint viel wichtiger zu sein, daß man das Thema vierte Partei vom Tisch bekommt, daß man anstrebt – das braucht man im Kommuniké nicht zu sagen –, daß Herr Strauß eingebunden ist in der Fraktionsführung, und das dritte, daß man einen Modus vivendi oder eine Modalität findet, daß die Minderheit der CSU sich in einem bestimmten Rahmen halten muß, um nicht Entscheidungen der Fraktion in ihrer Majorität zu blockieren. Das ist der schwierige Punkt. Und über dieses Verfahren muß man sich verständigen, dann ist auch alles andere an Sachproblemen leichter zu lösen. Aber eine Verständigung in den kritischen Fragen zu erreichen in der nächsten Woche, das ist unmöglich.

*Stoltenberg*: Zur Geschäftsordnung, Herr Vorsitzender, wollte ich nur vorschlagen, wenn wir in die Beratung eintreten, dann abschnittsweise vorzugehen. Denn wir sind jetzt schon in der Sachberatung.

*Barzel*: Ich denke, wir nehmen den Entwurf zur Hand unter dem Vorbehalt, daß wir auf das Gespräch am Montag hinterher zurückkommen. Nehmen wir jetzt das zur Hand, was heute zu veröffentlichen ist. Ich rufe zunächst den ersten Absatz auf.

*Dregger*: Ich habe einen Einwand zu Satz zwei. Es heißt dort: „Er spricht ihm für seine Politik und für diese konsequente Haltung, mit der er die eigene Person hinter der Sache zurückgestellt hat ...“ Nach allem, was vorangegangen ist, klingt das so, als wenn der Fraktionsvorsitzende das Opfer einer Intrige der Mehrheit der Fraktion geworden sei und daß er daraufhin seine Person hinter die Sache zurückgestellt habe. Ich

meine, wir sollten die Sache jetzt abgeschlossen sein lassen nach der Diskussion. Wenn es hier heißt, „er spricht ihm für seine Politik seinen Respekt aus, er dankt ihm für die hingebungsvolle und erfolgreiche Arbeit, die er zehn Jahre lang geführt hat im Dienste der Union und als Fraktionsvorsitzender geleistet hat“, würde ich vorher sagen, daß wir seinen Rücktritt bedauern. Dann ist das doch, glaube ich, ein Ausdruck unseres Respekts und unserer Dankbarkeit. Ich bitte, das doch einmal zu erwägen.

*Barzel:* Meine Damen und Herren, Sie werden verstehen, daß ich diese Wortmeldung des Kollegen Dregger aufs beste verstehe, sie auch vollkommen zu würdigen weiß, aber nicht bereit bin, bei einem Absatz, der mich betrifft, selbst diese Sitzung zu leiten, sondern es Ihnen überlassen werde, hierzu eine Formulierung zu finden, die unzweideutig ist. Und nach der Intervention von Herrn Dregger würde ich bitten, daß der Generalsekretär, der nach der Satzung zuständig ist, den Vorsitz übernimmt.

*Dr. Kraske übernimmt den Vorsitz der Sitzung.*

*Köppler:* Ich habe eine Bitte an den Kollegen Dr. Dregger. Ich glaube, wenn man in Ruhe diese Passage, die hier vorformuliert worden ist, durchliest, dann ist das, glaube ich, das mindeste, was auch ein Parteivorstand unbeschadet der Vorgänge in der Fraktion seinem Parteivorsitzenden schuldet. Ich würde Sie bitten, das noch einmal ruhig zu überdenken, ob wirklich die Befürchtung, die Sie aus der Textanalyse gewonnen haben, zwingend ist oder ob die auch nur naheliegend ist. Ich glaube es nicht. Ich meine, wir sollten an diesem ersten Absatz, so wie er vorgeschlagen ist, festhalten.

*Kraske:* Meine Damen und Herren, darf ich Ihnen folgendes sagen, was vielleicht für den Gang der weiteren Beratung wichtig ist. In dem ersten Absatz steht keine Formulierung außer der technischen Einleitung drin, die im vollen Wortlaut dem veröffentlichten Beschluß des Parteipräsidiums entspricht mit Ausnahme dieses Zusatzes in der dritten Zeile „ihm für seine Politik“. Dies ist ein Zusatz. Dafür ist aus dem Präsidiumskommuniqué nicht übernommen die Entscheidung aus guten Gründen über den UN-Beitritt. Aber ich war der Meinung – und ich kann sagen, nicht nur ich war der Meinung –, wenn wir hier jeden politischen Bezug aus guten Gründen herausstreichen, dann sollten wir diese drei Worte, auf die Herr Barzel selber gar keinen ausdrücklichen Wert legt, wie ich von ihm gehört habe, hinzunehmen. Darüber hinaus aber aus der Respekt- und der Dankformulierung kann ich diesem Bundesvorstand nur empfehlen, daß wir die einstimmigen Formulierungen des Präsidiums übernehmen sollten, weil alles andere nun also wirklich Fragen aufwerfen würde, die wahrscheinlich nicht gestellt werden.

*Echternach:* Ich glaube, man sollte hier zwei Dinge auseinanderhalten. Die subjektive Überzeugung von Herrn Dr. Barzel für eine bestimmte Politik, eine bestimmte Konsequenz ziehen zu müssen, und objektiv die Divergenzen, die es in der Sache gegeben hat. Deswegen möchte ich den Abänderungsantrag stellen, die Worte „der Sache“ zu ersetzen durch die Worte „seine Überzeugung“. Dann wird klar, daß wir ihm Respekt bezeugen für seine persönliche Überzeugung und natürlich für die objektive Politik, die er geleistet hat. Und wenn wir sagen „der Sache“, dann könnte es eine

Identifikation mit seiner politischen Auffassung sein. Ich meine, daß man das so nicht tun kann.

*Kohl:* Herr Echternach, nehmen Sie es mir nicht übel. Ich halte es nicht für logisch richtig, diesen Einschub zu machen. Es wirkt meines Erachtens noch mehr. Ich bin der Meinung, daß dieser Text – wir haben in dieser Sache schon einmal im Präsidium gesprochen – besser ist wie der im Präsidium. Ich bin zum zweiten der Meinung, daß – ob man jetzt sagt, was interessiert mich das, was die im Präsidium gesagt haben oder nicht – der Vorgang in der Öffentlichkeit da ist. Und jetzt meine ich, wir sollten doch zu vorhandenen Schärfen nicht noch ein paar weitere auf den Tisch schichten. Deswegen meine herzliche Bitte, mehr will ich gar nicht sagen, hier das nicht mit der letzten Intuition des Tiefenpsychologen anzugehen, sondern mit dem normalen politischen Sachverstand auch eines politischen Pragmatikers. Es gibt den Vorgang der Präsidiumserklärung. Diese ist besser, ich sage das noch einmal, wie die Eingangsformel im Präsidium. Und Herr Dregger, meine Bitte, stellen Sie diese Bedenken an diesem Punkt zurück, zumal doch die Debatte ausdrücklich hier – auch das ist ein Aktivismus der Debatte – deutlich gemacht hat, daß das, was Sie befürchten, damit nicht gemeint sein kann.

*Dr. Barzel verläßt den Saal.*

*Dregger:* Ich bedauere, daß Herr Barzel rausgegangen ist. Ich hatte nicht die Absicht, einen Affront gegen ihn auszuüben, und ich glaubte auch nicht, daß das ein Affront sei. Mir lag nur daran, eine Bezugnahme auf die Entscheidung der Mehrheit der Fraktion auch nicht andeutungsweise hier zu haben. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich die Auffassung des Vorstands teile, daß er Dank, Respekt und Anerkennung nicht nur für seine Arbeit, sondern auch für seine Leistungen verdient, damit darüber kein Mißverständnis auftaucht. Wenn Sie mich bitten, in Gottes Namen, nehmen Sie es also weg.

*Stoltenberg:* Ja, die Sache ist erledigt. Hier handelt es sich um die Bekundung des Respekts, hier wird nicht eine materielle Übereinstimmung mit der Entscheidung gefordert. Und ich glaube, deshalb sollte jedermann nach dem, was gesagt ist, dem zustimmen.

*Kraske:* Vielen Dank, ich glaube, damit können wir über den Abs. 1 abstimmen. Wer für die Ihnen vorliegende Formulierung ist, bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimme? – Enthaltungen? Das ist einstimmig gebilligt. Darf ich bitten, Herrn Dr. Barzel zu unterrichten, daß das abgestimmt wäre und wir fortfahren. Ich rufe auf den Abs. 2.

*Dr. Barzel betritt wieder den Raum.*

*Stoltenberg:* Herr Kollege Kraske, Herr Vorsitzender, wenn ich mich an Sie wenden darf, wir sind gerade bei Abs. 2. Dies finde ich nun in der Tat nicht ganz glücklich formuliert, weil es in ein Problem hineinführt, das man mit wenigen Sätzen auch nach unserer Diskussion nicht beschreiben darf. Den ersten Satz halte ich für richtig. Aber

wenn man das fortsetzt mit der Entscheidungsfreiheit der Abgeordneten, dann wirft das eben nicht nur Fragen auf, sondern es besteht auf der anderen Seite auch die Notwendigkeit, die man dann ganz klar aussprechen muß, nämlich in einer Partei, in einer Fraktion sich um ein Maximum an Einvernehmen in politischen Handlungen zu bemühen. Ich glaube, daß wir in diese hier erörterte Problematik nicht so hineingehen sollten, sondern ich würde hier empfehlen, den ersten Satz kurz zu bekräftigen, den kann man so stehenlassen, aber das folgende so nicht weiterzubehandeln. Denn dieser letzte Satz mit den Fragen, die aufgeworfen werden, ist als Ergebnis einer achtstündigen Sitzung nicht sehr gut in einem ohnehin kurzen Communiqué. Ich würde nach dem ersten Satz etwas anderes sagen. Ich würde sagen: „Der Bundesvorstand unterstreicht die Notwendigkeit, zu wirksamen politischen Abstimmungen in der Meinungsbildung der Organe der Partei und Fraktion in allen wichtigen Gesetzgebungsfragen zu kommen.“ Das ist also das Korrelat dazu, daß wir kein imperatives Mandat haben. Eine weitergehende Behandlung dieser Problematik würde ich vermeiden, sonst müßte man vollkommen neu formulieren.

*Von Weizsäcker:* Herr Vorsitzender, ich empfinde, das, was Herr Stoltenberg vorgeschlagen hat, als eine entschiedene Verbesserung, aber ich bin doch nicht genügend davon überzeugt, daß wir den zweiten Absatz überhaupt brauchen. Also ich würde dem vorhin gemachten Vorschlag, den Absatz zu streichen, den Vorzug geben.

*Kraske:* Für mich steckt mit diesem zweiten Absatz in der Sache ein bißchen was drin, was der Kollege Schwarz-Schilling mit seiner Bemerkung zur Ausräumung der Mißverständnisse von Rundschreiben bezweckt hat. Denn das entscheidende Mißverständnis war doch, soweit es mir aus der Fraktion entgegengeschlagen ist, daß wir die freie Entscheidung von Abgeordneten bestritten haben und die Leute majorisieren wollten. Deswegen halte ich es für wichtig, daß das hier ausdrücklich steht. Gleichzeitig finde ich aber, daß wir den entstandenen Konflikt, der ja ein Faktum ist, nicht unter den Teppich kehren können. Wir haben zwar hier acht Stunden debattiert, aber über eine ganze Palette von Themen, und die Fragen, die hier aufgeworfen worden sind, müssen natürlich auch zwischen Fraktion und Partei erörtert werden, was hier heute gar nicht möglich war. Insofern muß diese Diskussion trotz allen Fleißes fortgesetzt werden, und das würde ich auf alle Fragen auch so beantworten. Auch diese von Ihnen genannte Koordinierung können wir ja nicht alleine hier besprechen.

*Barzel:* Darf ich Herrn Stoltenberg zunächst hören. Das ging ein bißchen schnell für einige.

*Stoltenberg:* Der erste Satz würde den Gedankengang von Herrn Kraske, wie ich glaube, decken. Aber nachdem nun dieses Rundschreiben in die öffentliche Debatte gekommen ist, sollte auch nicht der Eindruck entstehen, daß hier nun das Gegenteil gesagt wird. Es muß sozusagen die Modifikation erfolgen. Ich sage das auch im Interesse des Autors dieses zitierten Schreibens. Es muß also sozusagen die Modifikation erfolgen, aber nicht eine Interpretation zum Gegenteil. Ich würde also den ersten Satz in Ihrem Sinne für ausreichend halten. Und zweitens sagen: „Der Bundesvorstand unterstreicht die Notwendigkeit, zu wirksamen politischen Abstimmungen der Meinungsbildung der Organe von Partei und Fraktion in allen wichtigen Gesetzgebungs-

verfahren zu kommen.“ Das ist eine Feststellung, die nichts völlig Neues bedeutet, aber die, wie ich glaube, doch wichtig ist.

*Barzel:* Meine Damen und Herren, dies letztere ist natürlich doch ein bißchen selbstverständlich. Wenn ich ein Journalist wäre, würde ich den ersten Absatz und den zweiten doch in einen erheblichen Widerstand setzen. Was für den Vorstand gilt, ist sicher richtig. Nachdem gesagt wurde „die könnten sich in der Fraktion mal räuspern“, ist doch hier eine andere Stimmung entstanden, als sie vor vier Wochen noch war. Darf ich immer noch an den §29 des geltenden Parteistatuts<sup>94</sup> erinnern, wo der Bundesparteitag immerhin verbindliche Grundlagen für die Politik in Bund und Ländern bestimmt. Das ist also selbstverständlich in der Partei. Wir wollen doch die Verhältnisse jetzt hier nicht umdrehen, weil es hier eine Schwierigkeit gibt. Der Bundesparteitag hat Ansprüche auf Vorlagen und Entscheidungen des Bundesparteivorstands, Herr Kollege Dregger. Dies ist, glaube ich, bekannt. Ich glaube, wir sollten bei dem bleiben, was hier liegt. Es hat seinen guten Grund nach den Vorbereitungen, die hier gewesen sind.

*Stoltenberg:* Ich widerspreche Ihnen ungern. Ich bin auch mit der Streichung des Absatzes einverstanden. Ich habe keinen Autorenehrgeiz, aber die vorliegende Formulierung befriedigt mich auch im Licht unserer Diskussion nicht ganz, und diese von mir ist verbesserungsfähig. Sie ist, wie manches, was wir hier sagen, im Grunde eine Selbstverständlichkeit, aber in gewissen Situationen – vor allem, wenn es nicht funktioniert hat –, muß man Selbstverständlichkeiten unterstreichen. Ich habe hier alles vermieden – Herr Kollege Barzel, das habe ich mir sehr wohl überlegt –, was als eine Kritik an der bisherigen Praxis verstanden werden kann für die eine oder andere Seite. Es ist nicht von „wirksamer“ oder „besser“ die Rede, das wäre dann ein bißchen mehr, das würde aber falsch verstanden. Es ist die Unterstreichung eines Grundgebotes unseres Selbstverständnisses und der Arbeit unserer Organe. Aber von mir aus kann der ganze Absatz gestrichen werden. Daß wir kein imperatives Mandat kennen, ist auch eine Selbstverständlichkeit, genauso wie das zweite.

*Barzel:* Herr Stoltenberg, ob genau dieser Punkt, der Sie beschwert, durch den Satz da vorne dazu kommt oder verändert wird oder weggenommen wird, das weiß ich nicht ganz genau. Aber das ist eine Frage des Gefühls.

*Stoltenberg:* Dies wird doch in allen Kommentaren diskutiert, in allen Parteiversammlungen. Das hier ist ein Kommunikationsproblem – wie immer man die Ursachen sieht – das es gegeben hat. Das ist ein Problem der Meinungsbildung. Ich finde, daß das hier doch ein wichtiger Punkt ist, über den man noch einmal in einem solchen Satz klar sprechen sollte.

*Barzel:* Eine Sekunde. Ein Kommunikationsproblem war es nicht. Das ist eine mangelnde politische Übereinstimmung in der Sache, wenn wir bei dem bleiben. (*Stoltenberg:* Nicht nur.)

---

94 §29 beschreibt die Aufgaben des Bundesparteitages, die Wahlen der Mitglieder des Bundesvorstands und seine Zusammensetzung, das Bundesparteiengesetz usw.



Weitere Einwürfe von Filbinger, Müller-Hermann, Seiters, Stoltenberg, Schröder.

*Barzel:* Meine Damen und Herren, mir scheint, je länger wir darüber nachdenken, die Frage von Herrn von Weizsäcker, zu sein, sollen wir den Absatz überhaupt streichen. Darüber müßte zuerst als dem weitergehenden Antrag abgestimmt werden. Und dann wollen wir, je nach dem, wie entschieden wird, in den Absatz noch einmal eintreten. Wer dafür ist, diesen Absatz zu streichen, bitte ich um ein Zeichen. Neun Stimmen dafür. Meine Damen und Herren, ich stelle zuerst die Frage für Streichung – der Antrag von Herrn von Weizsäcker –, weil es der weitestgehende Antrag ist. Warum sollen wir uns sonst in Einzelformulierungen verlieren? Wer dafür ist, diesen Absatz ganz zu streichen, bitte ich um ein Zeichen. Neun Stimmen dafür. – Wer ist dagegen? – Zwölf Stimmen dagegen. Das letztere ist die Mehrheit bei einer Enthaltung in diesem wichtigen Fall. Das, was uns stört, sind die Fragen. Wir geben ja Antworten. Das ist der Punkt. Aber der Satz, der da vorgeschlagen ist, ist natürlich nicht so zutreffend, wie ich glaube. Das Wort wird nicht gewünscht. Dann darf ich zunächst fragen, wer diesem Absatz, ohne den Zusatz, so wie er jetzt erst mal steht, zuzustimmen bereit ist. Dann stellen wir die Frage, den Satz Stoltenberg hinzuzufügen. Es würde Satz zwei werden. Dann hieß es aber, es würde ein Zusatz an den vorhandenenen.

*Stoltenberg:* Ich bin ja, meine Damen und Herren, für alle Verbesserungen offen. Mein ursprünglicher Gedanke war in der Tat zu sagen, die CDU kennt kein imperatives Mandat. Das heißt ja nicht, daß es das bisher nicht gegeben hat, das möchte ich einmal ganz deutlich sagen. Aber es hat jetzt ein Problem gegeben, das haben wir nun alle erlebt. „Der Bundesvorstand unterstreicht die Notwendigkeit, zu einer wirksamen politischen Abstimmung der Meinungsbildung der Organe von Partei und Fraktion in allen wichtigen Gesetzgebungsfragen zu kommen.“ Das ist das generelle Problem, das mit einem kurzen Satz, vereinfacht natürlich, angesprochen werden soll. Als zweiter Satz nach dem ersten. Das war der Vorschlag. (*Barzel:* Und was wird mit dem Rest?) Der wird gestrichen. (*Gelächter.*)

*Hasselmann:* Ich möchte gerne, daß der zweite Satz stehenbleibt, und dann erst folgt der Vorschlag Stoltenberg.

*Stoltenberg:* Gut, ich mache den Kompromißvorschlag mit, wenn auch ein bißchen ungerne, weil der zweite Satz ja nur eine Wiederholung ist. Ich gehe also auf den Kompromißvorschlag ein, den zweiten Satz stehen zu lassen, und dann meinen Satz anzufügen.

*Barzel:* Also, meine Damen und Herren, hinsichtlich des Satzes eins, kein imperatives Mandat, einverstanden. Zweiter Satz, gewählte Abgeordnete, einverstanden. Dritter Satz, Stoltenberg, einverstanden. Letzte Frage, ob der vierte Satz dann wegfallen soll. Wird das auch einverständlich festgestellt. Damit ist der vierte Satz entfallen. Ich rufe den Abs. 3 auf.

*Stingl:* Ich habe Bedenken gegen den dritten Satz. Ich bin der Meinung, er sollte wegfallen. Er ist nach meiner Überzeugung, nach dem, was ich von Strauß gelesen habe, falsch. Er verlangte eine vierte Partei, eine vierte Fraktion, wenn schon eine fünfte Partei. Wenn das so stehenbleibt, heißt das, daß Strauß die Trennung der Frak-

tion verlangt hat, (*Zwischenruf*: Oder nicht.) und das habe ich nirgendwo gelesen. (*Zwischenruf*: Gelesen?)

*Stoltenberg*: Ich würde diesen Gedanken nicht gerne vollkommen rausnehmen, aber ich würde eine andere Formulierung vorschlagen, die ich selbst noch nicht ganz habe. Ich würde etwa so sagen: „Der Bundesvorstand spricht sich entschieden für eine Fortführung dieser Gemeinschaft aufgrund der gegebenen Strukturen der Partei und in einer Fraktion aus.“ Also ich würde eine Formulierung wählen, die dies Problem der vierten Partei anspricht, ohne zu sagen, daß von der immer wieder geredet wurde, was wir ablehnen.

*Kraske*: Meine Damen und Herren, erstens wird niemand leugnen, daß in den letzten Monaten diese Diskussion, an der Herr Strauß sehr maßgeblich beteiligt war, unter dem Stichwort vierte Partei geführt worden ist. Denn Herr Strauß hat auch in seinem Interview mit dem „Tagesmagazin“<sup>95</sup> am Mittwoch ausdrücklich gesagt, dies sei nicht die Frage des Bindestrichs zwischen CDU und CSU, sondern er hat impliziert, daß es eine Trennung quer durch gibt. Das ist eine ganz klare Sache, von der immer wieder geredet wird, es haben ja auch genug andere Leute geredet. Nur hier muß ich nun doch auch ein Minimum an Eigeninteresse geltend machen. Wir haben in einigen Zeitungen unter völliger Verdrehung aller Tatsachen gelesen, daß Herr Barzel und Herr Katzer und ich und ich weiß nicht wer noch, auf die Trennung dieser beiden Fraktionen zumarschierten und daß wir die Totengräber wären. Dann muß man doch mal sagen, was ja auch in dieser Diskussion immer wieder zum Ausdruck gekommen ist, daß seit dem 19. November über solche Trennungsideen nicht aus unseren Reihen gesprochen worden ist, sondern aus anderen. Ich muß nun sagen, diese Erinnerung ist so höflich, höflicher geht es nicht. Aber ein bißchen sollten wir auch mal in unserem eigenen Interesse deutlich sein.

*Barzel*: Ich möchte versuchen, einen Hinweis auf eine Lösung zu geben. Wenn wir das Wörtchen vierte Partei in Anführungszeichen setzen, weiß jeder, was gemeint ist, und es deutet an, daß das so nicht präzise definiert ist, wie wir uns sonst auszudrücken bemühen. Was uns nicht immer gelingt.

*Blüm*: Ich möchte mich nachdrücklich für die Beibehaltung dieses Satzes einsetzen, auch unter Hinziehung der Gänsefüßchen, und deshalb dafür einsetzen, weil wir keine Erklärung machen für irgendwelche Schriftgelehrten oder für Diplomaten, sondern das muß jeder draußen verstehen. Und wenn wir da implizieren und einschließen, dann wird das zu kunstvoll. Es muß klar gesagt werden, daß wir diesen Vorschlag, der nun mal in der Diskussion ist, oder diesen Gedanken, ablehnen ohne Umschweife.

*Seiters*: Ich möchte mich auch aussprechen für die vorsichtige Formulierung über die vierte Partei.

*Schröder*: Ich stimme dem zu, was Herr Dr. Blüm vorgeschlagen hat, gehe aber noch eine Kleinigkeit weiter. Ich glaube, eine vierte Partei in Anführungszeichen leh-

---

95 Vgl. Anm. 72.

nen wir ab. Wenn wir eine Parenthese einfügen und einen solchen Eklat schreiben, ist das viel eindrucksvoller.

*Dregger:* Das muß stehen bleiben. Die Frage ist nur, ob man in einem demokratischen Staat, wo Parteigründungen frei sind, eine neue Partei ablehnen kann. (*Unruhe.* – *Zwischenruf:* Die Einheit der Union muß gewahrt bleiben. Wir lehnen jede Sondergruppierung und die Auflösung der Fraktionsgemeinschaft ab.)

*Kohl:* Ich finde, wenn das jetzt so läuft, eine vierte Partei – und das in Anführungszeichen – lehnen wir ab, ist das optimal. (*Zwischenruf:* Gut, einverstanden.)

*Barzel:* Meine Damen und Herren, darf ich dann zunächst einmal feststellen: erster Satz zu beschlossen, zweiter Satz zu beschlossen, dritter Satz beschlossen. Zum fünften Satz Herr Müller-Hermann.

*Müller-Hermann:* Wenn ich als unbefangener Leser diesen Satz richtig interpretiere, heißt das, sie werden in der nächsten Woche nicht den Fraktionsvorsitzenden wählen. (*Unruhe.*)

*Kiesinger:* Ich habe Herrn Kraske empfohlen, er solle korrigieren, „der Bundesvorstand empfiehlt“. Vorher hieß es „der Fraktionsvorsitzende sollte nicht vorher gewählt werden“. Wir in der Fraktion können ja nur eine Empfehlung aussprechen. Ich gebe zu, Herr Müller-Hermann, es könnte Ärger geben, auch dann noch, weil in der Fraktion die Meinungen geteilt sind. Soweit ich es sehe, ist die Mehrheit der Fraktion dafür, daß es dabei bleibt, daß in der nächsten Woche der Fraktionsvorsitzende gewählt wird. Das ist auch meine eigene Meinung. Ein anderer Teil sagt, lassen wir das doch ruhig ein bißchen so weiter laufen, das kann man ruhig machen. Und es könnte Ärger geben, wenn die andere Gruppe meint, wir hätten uns auf die Seite derer gestellt, die meinen, man sollte ruhig noch ein bißchen zuwarten. Wenn das vermieden werden kann, dann bin ich allerdings auch für eine Verbesserung – es geht mir jetzt wie Herrn Stoltenberg vorher –, dann kann ich nur sagen, der Bundesvorstand empfiehlt, daß vor der in der kommenden Woche vorgesehenen Wahl die Gespräche geführt werden. Damit kein Irrtum mehr besteht.

*Katzer:* Mit dem was Herr Dr. Kiesinger sagt, könnte ich einverstanden sein.

*Dregger:* Ich habe den Text vor mir. Wenn man das durchliest, ist das sehr kompliziert. Da heißt es: „Der Bundesvorstand empfiehlt, daß vor der Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden in gründlichen Sachgesprächen Übereinstimmung in CDU und CSU über die Politik der Union nach Inkrafttreten des Grundvertrages“ – und jetzt scheint ein neuer Gedanke zu kommen – „und vor wichtigen gesellschaftspolitischen Entscheidungen herbeigeführt werden sollte.“ Die Einigung über die gesellschaftspolitischen Entscheidungen soll nicht vor der Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden herbeigeführt werden, sondern das soll wohl in Zukunft immer vorher geregelt werden. Aber das regelt doch die Fraktion. Das ist eine eigenartige Logik. Wir können kaum, wie die alten römischen Kaiser, eingehende Wahlkapitulation mit dem jeweiligen Fraktionsvorsitzenden schließen.

*Kraske:* Ich darf nur den Satz erklären und begründen, Herr Dregger. Ich fand es zu wenig, nur zu sagen, „in gründlichen Sachgesprächen Übereinstimmung zu erzielen“. Ich wollte hiermit andeuten, daß es in diesen Gesprächen zwei Kernprobleme gibt,

nämlich erstens, was verstehen wir unter der allgemeinen akzeptierten Formulierung. Durch die Annahme der Verträge, *pacta sunt servanda*, sind Realitäten geschaffen, die auch für unsere Politik von Bedeutung sind. Das meint der erste Satz.

Zweiter Punkt: Wir stehen mit den bevorstehenden Entscheidungen unserer Parteigremien und dieser Kommissionen vor wichtigen gesellschaftspolitischen Entscheidungen – Bodenrecht, berufliche Bildung –, die kann man nicht antizipieren. Aber ich finde, daß ein Vorgespräch über die Behandlung dieser Themen dringend erforderlich ist. Damit es nicht bei nächster Gelegenheit wieder einen Bruch gibt. (*Zwischenruf*) Darf ich mal ein ganz konkretes Beispiel nennen. Unser Wiesbadener Regierungsprogramm bezieht sich meines Wissens in der Mitbestimmungsfrage auf unseren Entwurf, den wir in der zweiten Lesung Betriebsverfassungsgesetz als Fraktion votiert haben.<sup>96</sup> Es könnte jemand herkommen und sagen, wir haben uns zu Beginn der Legislaturperiode immer auf dieses Wiesbadener Regierungsprogramm bezogen. Dabei sind wir aber einschließlich Herrn Strauß der Meinung, daß wir über diese Mitbestimmungsfrage neu nachdenken müssen und daß das auch in dieser Legislaturperiode eine Bedeutung hat. Dies ist eine Frage, die ich z. B. ganz gerne klären würde. Das ist eine Frage von sicher auch manchen anderen, weil nämlich theoretisch und formal heute jemand kommen und sagen könnte, das steht nicht im Wiesbadener Regierungsprogramm, also kommt das in dieser Legislaturperiode nicht in Frage.

*Stoltenberg*: Es ist ein bißchen kompliziert, aber ich glaube, mit dieser Formulierung geht es. Ich würde dann nur, damit es wieder keine Mißverständnisse gibt, empfehlen, daß bei der Veröffentlichung dieses Kommuniqués mündlich bekanntgegeben wird, daß darüber Einvernehmen mit der CSU besteht und daß Anfang der Woche ein solches Gespräch vorgesehen ist. (*Barzel*: Das ist bekannt, Herr Stoltenberg.)

*Echternach*: Ich habe noch Bedenken gegen diesen Satz. Ich halte das für unrealistisch, das kann zeitlich gar nicht geschafft werden, eine sachliche Übereinstimmung mit der CSU in Verbindung mit der Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden herbeizuführen.

*Dregger*: Ich schließe mich dem Einwand von Herrn Echternach voll und ganz an. Die Dinge können gar nicht gekoppelt werden. Man müßte die Frage stellen, wenn keine Erklärung herbeigeführt wird, was geschieht denn dann. Ganz abgesehen davon, daß wir ja selbst nicht klar sind in all diesen Fragen. Wie wollen wir denn den Partner veranlassen, mit uns eine Klärung herbeizuführen, wenn wir selbst nicht genau wissen, was wir wollen. Das kann doch nur in einem laufenden Prozeß geklärt und entschieden werden. Das hat mit der Wahl des Fraktionsvorsitzenden gar nichts zu tun, meine ich.

*Barzel*: Ich verstehe ja nicht sehr viel, aber eins kann ich Ihnen sagen. Wenn wir uns sechs Monate bemühen um ein Gespräch mit dem Präsidium der CSU über künftige Politik und die CSU endlich in dieser Lage dem zustimmt, dafür extra sich vorbereitet in einer Vorstandssitzung, am Montagvormittag dann hier dazu anreist und wir das nicht mit allem Gewicht aufnehmen würden als eine Chance in einer auch sachlichen

---

<sup>96</sup> Zur zweiten und dritten Beratung sowie zur Schlußabstimmung am 10. November 1971 vgl. Sten.Ber. 6. WP 150. Sitzung S. 8546–8685 (Gesetz vom 15. Januar 1973, BGBl. 1973 I S. 13).

besseren Atmosphäre, einen neuen Fraktionsvorsitzenden zu wählen, dann tun Sie dem neuen Mann den schlechtesten Dienst.

Zweiter Punkt: Vorige Woche, als noch nichts zu ahnen war von den Problemen, vor denen wir heute stehen, kommt Leo Wagner – Sie wissen, das ist der Parlamentarische Geschäftsführer der Gesamtfraktion – und sagt, wir haben ein Problem, durch einen Zufall, den wir nicht wollen, denn der CSU-Parteitag ist leider vierzehn Tage vor dem euren terminiert. Und wir haben natürlich die Fragen, die da sind, zusammen aufgegriffen. Also werden wir auch dazu beschließen müssen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn jetzt nicht zumindest ein verbindliches Verfahren erreicht wird mit den Themen und der Marschrichtung, dann kann ich Ihnen nur sagen, ist das Wort der Explosion, die sie nach drei Monaten dem neuen Fraktionsvorsitzenden ins Bett legen, ohne es zu wollen, ein ganz gelindes Wort. Dies sollte niemand sich für seine zukünftige Arbeit auferlegen. Deshalb sage ich schon jetzt an dieser Stelle, wenn dieses Kommuniqué fertig ist, werde ich, falls wir darüber abstimmen – ich will das jetzt, damit ich nachher nicht noch eine Rede darüber halten muß –, für den Antrag von Frau Wex stimmen, um in diesen Fragen Verfahren, Themen, Marschrichtung die hinlängliche Präzision zu finden. Sonst fürchte ich, daß sie sich an diese für die späte Stunde vergleichsweise temperamentvolle Wortmeldung noch eine ganze Weile später werden erinnern können. Ich habe dies hier vorgetragen aus Kenntnis auch der Schwierigkeiten in den Kommissionen, der Zusammenarbeit, der Gründung eigener Kommissionen in München und ähnlicher Probleme.

*Blüm:* Ich habe schon vorhin bei der Frage Parteitag gesagt, bei Personalwahlen gehört ein Mindestmaß von sachlicher Vorklärung dazu. Das ist ja schließlich kein Lotteriespiel. Was für den Parteivorsitzenden gilt, das gilt in verstärktem Maße für den Fraktionsvorsitzenden, da er so etwas Ähnliches wie eine Koalition zusammenhalten muß. Das werden Sie jetzt alle entrüstet ablehnen. Es ist aber so. Denn die CSU bereitet ja ihre Entschlüsse vor. Ich weiß nicht, wie man das machen will. Wenn gewählt ist, muß doch im Vorhinein das Sachliche geklärt sein. Denn sonst stehen wir in vier Wochen dort, wo wir fünf Wochen vorher gestanden haben. Wer das will, so eine Echternach-Prozession<sup>97</sup> der Fraktion, der soll wählen, ohne daß dieser Konsens zumindest versucht wird. Ich würde vorschlagen, daß wir auch die Themen nennen, die hier die heißen Eisen sind, die Mitbestimmung, das Bodenrecht und die berufliche Bildung, damit jeder weiß, was wir unter den wichtigen Fragen verstehen, die zu klären sind auch für die Fraktionsarbeit. Ich würde mir da ein Beispiel nehmen, Herr Dregger, an der CSU, die immer sehr lauthals sagt, was sie mit uns klären will. Und zwar sagt sie das nicht nach den Gesprächen, sondern meistens schon vor den Gesprächen. Da das sehr wirksam war, möchte ich an dieser Wirksamkeit partizipieren und das jetzt so machen wie die CSU, unsere Position gegenüber unseren Mitgliedern zumindest andeuten. Ich habe nicht gesagt, daß wir da alle Detailfragen klären können. Da sind wir überfordert, und das ist auch nicht unseres Amtes, aber das Spielfeld muß abgegrenzt werden.

---

97 Religiöse Prozession zum Dienstag nach Pfingsten in Echternach in Luxemburg in Tanzschritten, zwei Schritte vor, einen zurück.

*Müller-Hermann:* Ich wiederhole, was ich vorhin gesagt habe, vor der Wahl des Fraktionsvorsitzenden müssen wir die einmalige Chance nutzen, mit der CSU Klarheit über das Verfahren der Meinungsbildung in der Fraktion zu finden. Punkt zwei: das Verfahren. Eine sachliche Übereinstimmung in den beiden genannten, gewichtigen Themenkreisen innerhalb der nächsten Woche zu finden, halte ich für völlig illusionär. Deshalb möchte ich vorschlagen, etwa zu formulieren: „Der Bundesvorstand empfiehlt, daß vor der Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden in gründlichen Sachgesprächen der Weg zur Übereinstimmung usw. eindeutig geklärt werden soll.“ Es geht um das Verfahren. Wenn wir das klar haben, daß die Minderheit nicht die Mehrheit ständig majorisieren kann, (*Barzel:* Das geht doch gar nicht.) dann können wir weiterarbeiten.

*Katzer:* Es geht nicht um das Verfahren. Es geht auch um die Themen. Es geht auch darum, wie die Linie von uns sein wird. Deshalb muß das in der Tat geklärt werden mit dem Vorschlag von Frau Dr. Wex. Ich würde auch diesen Vorschlag unterstützen, daß wir uns anschließend darüber unterhalten, wie wir das praktisch am Montag angehen. Ich würde also vorschlagen, den Satz so zu lassen, wie er ist. Ich würde nicht sagen, daß wir die Themen jetzt reinschreiben. (*Beifall.*) Ich würde vorschlagen, daß wir uns intern klar werden über die Marschrichtung. (*Lebhafte Unruhe.*) Hinterher müssen wir uns über diese Punkte klarwerden. Ich würde dann vorschlagen, daß wir diesen Text so annehmen und in der Tat den Vorschlag des Vorsitzenden aufgreifen.

*Kiesinger:* In derselben Richtung wie Herr Müller-Hermann. Es ist doch unrealistisch, in einem Kommuniké anzunehmen, daß wir vor der Wahl des Fraktionsvorsitzenden Übereinstimmung erreichen. Wir selber stimmen ja nicht überein. Da hat doch Herr Dregger vollkommen recht in diesen Fragen. Aber was gemacht werden muß, sind die notwendigen Sachgespräche. Im übrigen will ich noch eine Formulierung vorschlagen, die ich für etwas besser halte als die Ihrige. Ich würde sagen, daß „vor der in der kommenden Woche stattfindenden Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden“, lassen wir doch das „gründlich“ weg, „die notwendigen Sachgespräche zwischen CDU und CSU über die Politik der Union“ usw. stattfinden. Damit haben wir das realistisch, (*Unruhe.*) das ist erreichbar.

*Barzel:* Würden Sie die Güte haben, das noch einmal vorzutragen.

*Kiesinger:* Meine Formulierung würde lauten: „Der Bundesvorstand empfiehlt, daß vor der in der kommenden Woche stattfindenden Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden die notwendigen Sachgespräche zwischen CDU und CSU über die Politik der Union nach Inkrafttreten des Grundvertrages und zu wichtigen gesellschaftspolitischen Entscheidungen geführt werden.“ (*Unruhe. – Barzel:* Nein! Nein!) Das ist doch gar kein Problem. (*Unruhe.*) Es ist doch kein Gespräch, in dem Übereinstimmung erzielt werden soll. (*Lebhafte Unruhe.*)

*Dregger:* Die Fraktion hat beschlossen, daß die Neuwahl in der kommenden Woche stattfinden sollte, wenn ich Sie jetzt so interpretieren darf, Herr Bundeskanzler, daß dieser Beschluß nicht etwa bedeutet, daß wir in allen Fragen Klärung herbeiführen. (*Kiesinger:* Das ist ja genau der Sinn meines Vorschlags.) Wenn das allgemein so interpretiert wird, habe ich keine Einwände.

*Kiesinger:* Herr Kollege Dregger, ich habe extra das Wort Übereinstimmung heraus genommen.

*Kraske:* Herr Barzel, darf ich den dritten Absatz, so wie er jetzt aussieht, noch einmal im ganzen vorlesen: „Die Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU war die Voraussetzung für die Erfolge der Union seit ihrer Gründung. Der Bundesvorstand spricht sich entschieden für eine Fortführung dieser Gemeinschaft aus. Eine vierte Partei lehnen wir ab. Der Bundesvorstand empfiehlt, daß vor der in der kommenden Woche stattfindenden Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden die notwendigen Sachgespräche zwischen CDU und CSU über die Politik der Union nach Inkrafttreten des Grundvertrages und zu wichtigen gesellschaftspolitischen Entscheidungen geführt werden.“ Einverstanden. (*Zwischenruf.*) Lehnen wir ab, das habe ich gesagt.

*Barzel:* Meine Damen und Herren, ich würde empfehlen, wenn wir das schaffen könnten, zu der aktuellen Kritik an der Regierung und der konjunkturpolitischen Lage vielleicht nachher Herrn Stoltenberg mit Müller-Hermann und drei, vier Wortmeldungen zu hören. Zum Abs. 3 liegen jetzt weitere Wortmeldungen nicht vor. Wer stimmt ihm zu? Die Gegenprobe? Ist eine Enthaltung? Einstimmige Annahme. – Abs. 4. (*Unruhe.*)

*Kraske:* Ich wußte, daß diese Frage eines Parteitages vor der Sommerpause natürlich sehr interessiert. Aber dies bedarf nun auch der Grundlage dieses heutigen Beschlusses und eines Minimums an organisatorischer Vorklärung. Meine dringende Bitte ist, daß Sie den Mitarbeitern am Wochenende Gelegenheit geben, das zu durchdenken, und das Präsidium beauftragen, am Montag das zu machen. Wir können nicht hier und heute über Montag oder Dienstag, Köln oder Godesberg, sprechen, weil dazu wirklich die nötigen Vorklärungen noch nicht abschließend da sind.

*Köppler:* Ich würde bitten, so zu verfahren, wie Herr Dr. Kraske vorgeschlagen hat. Das Wichtigste ist der Beschluß, den wir auf Vorschlag des Vorsitzenden hier gefaßt haben. (*Zwischenruf.*) Für Tag und Stunde sollten wir uns wirklich nicht stark machen, jetzt zu beschließen mit der Notwendigkeit, dann wieder zu korrigieren. Das soll das Präsidium nach Vorklärung machen.

*Kohl:* Herr Kraske, ich habe den Eindruck, daß hier schon viel gedient wäre, wenn Sie sagen würden, daß die Woche zwischen dem 12. und 15. Juni in Frage kommt.

*Barzel:* Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist nicht möglich, daß eine solche Entscheidung jetzt hier über die Hand gebrochen wird. Wir müssen zunächst alle Landesverbände fragen, ob alle Delegierten gewählt sind. Das müssen wir doch amtlich feststellen. Da müssen wir sehen, wie ist es mit Ladungsfristen, wann kriegen wir einen Tag. Das kann gar nicht anderes sein, als daß das Präsidium am Montag das festlegt und wir übers Wochenende versuchen, das herauszuarbeiten. Das kann hier gar nicht gelingen.

*Kraske:* Ich kann nur als Richtpunkt sagen für die, die nicht in dem bevölkerungsstärksten Bundesland wohnen, am Donnerstag, dem 14. Juni, ist in Nordrhein-Westfalen der letzte Schultag. Sie können sich denken, daß dies in unseren Überlegungen eine gewichtige Rolle spielt. Aber das muß nun im einzelnen auch anhand des Bundes-

tagsfahrplanes überlegt werden, und deswegen bitte Schonfrist bis Montag in dieser Frage.

*Stoltenberg:* Ich würde empfehlen, etwas kräftiger zu formulieren und zu sagen, daß „die programmatischen Aussagen der Union zu wichtigen Fragen der Innen- und Gesellschaftspolitik erarbeitet worden sind“. Wir werden über das Thema ja zu sprechen haben, daß es etwas mehr sein muß als die drei Kommissionsergebnisse, wozu hier in der Diskussion von vielen etwas gesagt worden ist. Das ist auch, wie ich meine, die Meinung des Generalsekretärs.

*Barzel:* Herr Kollege Stoltenberg, dem Wort „Aussagen“ begegnen Bedenken. *(Zwischenrufe.)* Sehr schön, nicht „Aussagen“, sondern „Beschlüsse“. Letzter Absatz ist so beschlossen. Wer dem Kommuniké zustimmen will, den bitte ich um Zeichen. Bitte um die Gegenprobe. Keine Enthaltungen? Ich habe mich beim ersten Absatz enthalten, das will ich natürlich auch mitteilen, sonst ist das einstimmig, wofür ich danke.

Wir kommen jetzt, wenn wir also hier noch weiter beraten, zum Antrag der Frau Kollegin Wex. Ich habe dazu meine Auffassung dazu. – Zur Geschäftsordnung, Herr Dregger.

*Dregger:* Es wäre gut, wenn das, was wir hier beschlossen haben, jetzt abgezogen und verteilt wird. Es ist ohnehin klar. Damit alle dasselbe sagen. *(Unruhe.)*

*Kraske:* Ich bin in einer seltenen Lage, darum zu bitten, für die nächste Debatte mich einige Augenblicke zu entschuldigen, um erstens dieses der Presse mitzuteilen, aber als zweites nun das anzufahren, was wichtig ist für Montag. *(Unruhe.)*

*Barzel:* Darf ich dann den Antrag von der Frau Kollegin Wex zur Debatte stellen. Ich habe vorgetragen, daß ich es begrüßen würde, sich jetzt über die Punkte des Verfahrens und das Marschziel noch zu verständigen. Ich glaube, daß dies in nicht zu langer Zeit möglich wäre und würde es für einen Fehler halten, das nicht zu versuchen.

*Kohl:* Ich glaube, bevor wir überhaupt abstimmen, ist mal die Frage wichtig, was wir dabei wollen. Darf ich fragen, ob ich es richtig verstanden habe: Ich habe den Termin am Montag mit der CSU bei unserem Präsidiumsgespräch so verstanden, daß wir reden müssen mit der CSU. Generalüberschrift: Gilt das Wiesbadener Regierungsprogramm der CDU/CSU noch? Das war die Arbeitsgrundlage, mit der wir in die Regierung gegangen wären. Dann ist dadrin aktualisiert – siehe auch die heutige Erklärung – eine Unterabteilung Stabilitätspolitik. Ich sage das jetzt ganz allgemein. Dann ist das die Frage der Themen, die heute schon den ganzen Tag hier genannt werden: Bodenrecht, berufliche Bildung, Mitbestimmung, Vermögensbildung und im Bereich der auswärtigen Politik Atomsperrvertrag und Abkommen über die ČSSR. Das ist, glaube ich, die Liste, die wir besprechen müssen. *(Zwischenruf.)* Es geht ja um Sachfragen aus der Politik. Ich glaube, das sind auch alle Themen. Wenn wir sagen, darüber müssen wir reden, dann ist es bei einer Reihe von Themen noch gar möglich, abschließend zu sagen, wie wir votieren. Denn das Abkommen über die ČSSR kenne ich nicht. Das liegt nicht vor im Text. Da muß man über die Modalitäten des späteren Verfahrens reden, wenn das Abkommen da ist. Eine ähnliche Situation ist beim Atomsperrvertrag. Das kann man auch nicht von jetzt auf nachher sagen. Wenn ich Sie also recht



verstehe, Frau Wex, geht es im wesentlichen doch darum, daß die Liste klar ist. Über die müssen wir mit der CSU reden. Wir sind uns auch darüber im klaren, daß das nicht in drei Stunden am Montagabend abzuhandeln ist. Da wird in der Praxis darauf hinauslaufen, wie wir das Verfahren sicherstellen, daß wir gemeinsam in der Zukunft die Entscheidungen treffen und nicht präjudiziert werden.

*Barzel:* Meine Damen und Herren, mir scheint die Frage, ob wir jetzt im Sinne des Antrages der Frau Kollegin Wex, den ich unterstütze, weiterdebattieren oder nicht, eigentlich eine Entscheidungsfreiheit zu sein. Wir brauchen nach den beiden Interventionen hier nicht erneut darüber zu sprechen, wenn ich das richtig verstehe. (*Zwischenruf:* Ja!) Also darf ich fragen, wer für den Antrag der Kollegin Wex ist? Ich bitte um ein Zeichen. (*Unruhe.*) Moment mal, eine Sekunde, wollen wir mal die Abstimmung? Wenn nun hier alles zugleich möglich ist, dann muß ich erst einmal Klarheit schaffen. Der Kollege Kohl hat einige Punkte genannt. Ich habe gesagt, ich würde es begrüßen, wenn wir uns über die Punkte, das Verfahren und das Marschziel aussprechen können. Hinsichtlich der Punkte scheint es keinen Streit zu geben oder keine Meinungsverschiedenheiten mehr. Aber ich hoffe, daß man sich dann auch noch unterhält, ob wir nicht doch noch trotz aller Aufbruchstimmung hinsichtlich des notwendigen Verfahrens und hinsichtlich der Marschrichtung noch eine Verständigung herbeiführen. Darf ich dann die Frage so stellen, ob das Verfahren verbindlich gemacht werden soll und wir hinsichtlich der Marschrichtung uns noch für geraume Zeit zusammenhalten sollen, um das auch noch festzulegen. Darf ich das zur Abstimmung stellen? (*Zustimmung.* – *Zwischenruf:* Marschrichtung ist inhaltlich. Das können wir nicht. – *Unruhe.*)

Meine Damen und Herren, nehmen wir also das britische Wort tentative line. Ohne tentative line werden wir natürlich auch gar nicht weiterkommen können. (*Beifall.*) Ich glaube, meine Damen und Herren, wir sollten versuchen, das jetzt durch eine Abstimmung zu klären, d. h., wer glaubt, daß das, was Kohl als Punktation gegeben hat, für diesen Augenblick genügt. Wer sagt schön, es genügt, wer sagt, es muß mehr sein, wie ich glaube, muß sagen weitermachen. Ist das zur Sache richtig formuliert? (*Zustimmung.*) Ich glaube, daß die Kollegen, die die Absicht haben, dann zu gehen, jetzt die Fairneß in der Abstimmung haben werden zu sagen, wir können nicht weitermachen. (*Zwischenruf:* Das muß man vorher fragen.)

Meine Damen und Herren, wir haben in einer besonderen Lage zu einer Sitzung eingeladen. Ich will nicht noch einmal alles das wiederholen. Ich glaube nicht, daß im Aufbruch jetzt hier noch irgend etwas sich ereignen sollte. Wer dafür ist, daß wir mit den beiden angegebenen Punkten diese Beratung hier noch fortsetzen, bitte ich um ein Zeichen. Das erstere war die Mehrheit. Ich darf noch einmal präzisieren, das, was wir abzustimmen haben: Antrag, die Beratungen fortzusetzen, um nicht nur die Punktation zu haben, sondern auch die Meinung des Bundesvorstands über das verbindliche Verfahren mit der CSU und über die Marschrichtung, die ich eben als tentative line verdeutscht habe. Das ist der Antrag. Ist das jetzt klar?

*Kohl:* Das sind im Prinzip drei Fragen. Bei den ersten zwei Fragen bin ich entschieden dafür, daß wir hier ja sagen und das heute erledigt wird. Bei der dritten Frage halte

ich es für völlig ausgeschlossen, daß wir bei der Liste, die ich vorgetragen habe, in allen Punkten die Marschrichtung der CDU bereits bestimmen können.

*Katzer:* Also, ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß wir in ein Gespräch mit der CSU gehen, ohne zu wissen, was wir denen eigentlich sagen wollen. Da muß sich doch drüber klar werden, und die Zeit werden wir jetzt ansetzen müssen.

*Kohl:* Wir können doch heute nicht über die Mitbestimmung hier beschließen.

*Müller-Hermann:* Lieber Hans Katzer, das wäre sehr schön, aber wir ringen ja selbst um diese schwierigen Positionen. Wir sind an ein Programm gebunden, das ein Parteitag uns als Pflicht aufgetragen hat. Mir scheint es wirklich das Allerwichtigste zu sein, daß wir ein Verfahren entwickeln, daß wir frei sind in unserer Entscheidung, ohne uns – will ich mal sagen – von einer Minderheit ständig blockieren zu lassen. Das ist in meinen Augen jetzt das zentrale Thema.

*Barzel:* Meine Damen und Herren, ich will meinen Satz nicht noch einmal wiederholen. Ich glaube der Abstimmungsinhalt ist jetzt klar. (*Kohl:* Das können wir natürlich machen.) Über die Punktation ist ja keine Frage mehr. Das haben wir eben erledigt. (*Unruhe.*) Also wer dafür ist, daß wir die Beratung fortsetzen, um ein verbindliches Verfahren und zu den genannten Punkten eine Marschrichtung noch hier festzulegen, den bitte ich um ein Zeichen. – Bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? Die Diskussion wird also fortgesetzt. Wir werden die Presse über den bisherigen Stand unterrichten und dann fortsetzen.

*Kohl:* Bevor Sie jetzt hier diesen Punkt aufheben, bitte ich, daß ich eine knappe Erklärung abgeben kann, die einfach hier nicht in den Duktus gehört, aber sie muß hier sein. Mit dem Beschluß, den wir gerade eben gefaßt haben, wird der Parteitag vorverlegt. Damit gehen auch die Personaldiskussion, was die Kandidaten betrifft, und bestimmte Fragen natürlich in eine heiße Zone. Ich gehe davon aus, daß beide Kandidaten dann auch gefragt werden, was ist ihr Vorschlag für den Fall ihrer Wahl zum Amt des Generalsekretärs? Das sind möglicherweise noch vier Wochen. Ich halte es für fair und will dies jetzt hier tun, daß ich das nicht irgendwann und irgendwo tue, sondern diesen Vorschlag, den ich im Fall einer Wahl zum Bundesparteitag machen werde, hier bekanntgebe. Ich werde Herr Professor Kurt Biedenkopf zum Generalsekretär für den Fall meiner Wahl vorschlagen.

*Barzel:* Das ist eine Mitteilung an den Vorstand.

*Kraske:* Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, es ist ja nie ausgeschlossen, klüger zu werden. Bevor wir vor die Presse gehen, möchte ich Sie bitten, einer kleinen Änderung zuzustimmen, die ich mit Herrn Stoltenberg verabredet habe. Er hatte in seinem Text vorgeschlagen „Parteitag soll programmatische Beschlüsse fassen zu wichtigen innen- und gesellschaftspolitischen Fragen“. Damit würden wir jetzt festlegen, daß alle außenpolitischen Fragen ausgeschlossen sind. Deswegen mein Vorschlag „Beschlüsse zu wichtigen politischen Fragen, insbesondere der Gesellschaftspolitik“. Auf Fragen der Presse, was heißt „insbesondere“, werde ich sagen, wir haben eine Ad-hoc-Kommission Bodenrecht, eine Ad-hoc-Kommission berufliche Bildung usw. Dann ist das, glaube ich, klar. Darf ich nur Ihre Zustimmung erbitten?

*Barzel:* Dann machen wir ein paar Minuten Pause. (*Unruhe.*)

*Kiesinger:* Darf ich nur eine Erklärung abgeben, sonst gibt es nachher Konfusion. Meine Damen und Herren, ich bin hierhergekommen, nachdem ich eine schwere Zahn- und Kieferoperation hatte. Ich sollte eigentlich schon nach zwei Tagen wieder zurück zu meinem Zahnarzt. Ich konnte das wegen der überraschenden Ereignisse hier nicht tun. Ich habe eine Zwischenbehandlung hier gemacht. Mein Zahnarzt hält sich in Tübingen bis heute Mitternacht mir zur Verfügung. Morgen geht er zum Segeln auf den Bodensee. Ich muß jetzt unbedingt zu ihm, sonst wird die Geschichte eine Katastrophe. Damit sich also nicht nachher jemand wundert, wenn ich weggehe. Es ist also wirklich höhere Gewalt. Ich werde dann so rausgehen, daß es sich nicht tatsächlich um eine Demonstration erscheint. Denn das, was Sie jetzt noch beraten wollen, wird ja dann in der Präsidiumssitzung am Montag berichtet werden. Und ich sehe keine Gefahr für Ihre Beratungen. Ich finde es schade, daß ich heute abend nicht dabei bin, aber es bleibt mir tatsächlich nichts anderes übrig. (*Kurze Unterbrechung.*)

#### FESTLEGUNG DER INNEN- UND AUSSENPOLITISCHEN GRUNDSÄTZE DER CDU

*Barzel:* Ich möchte gerne die Sitzung wieder fortsetzen können. Meine Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es ist ein Erfahrungssatz, daß es richtig ist, daß wir an der ersten Frage – und da nehmen wir uns am besten die schwierigste – gleich mal prüfen, wie können wir mit Verfahren und Marschzahl weiterkommen. Wenn ich den Katalog der Punkte, die Punkte, die ich nannte und die Ergänzungen, die Kohl – auch Schröder, wenn ich das richtig verstanden hatte – aufgenommen hat, richtig sehe, dann ist aus meiner Sicht der schwerste Punkt die Mitbestimmung. Wir haben eben mit Mehrheit entschieden zu versuchen, Verfahren und Marschzahl festzulegen. Ich habe mich dazu in meinem Einführungsreferat geäußert, das natürlich jetzt auch eine gewisse Rolle spielt, weil ich ja doch überwiegend gehört habe, daß eigentlich ganz vernünftige Formulierungen darin waren. Darüber muß man reden. Ich habe es nicht noch einmal jetzt gelesen. Da sind viele Hör- und Schreibfehler. Es bedarf also der Korrektur. Und es ist ja eine Fassung, wenn ich es richtig sehe, für die reifere Jugend, weil alles das, was Anstoß geben könnte – wie Regierungsfähigkeit und CSU – ja doch säuberlich eliminiert ist, jedenfalls im Augenblick. Ich würde also glauben, daß wir anfangen mit der Frage Mitbestimmung, weil wir dann gleich sehen, wie weit wir kommen; das ist vielleicht noch die beste Besetzung in diesem Augenblick. Ich habe mich also zur Sache und zum Verfahren geäußert; das ist – wie wir alle wissen – gewiß kein Dogma, es ist ein Vorschlag. Wird dazu das Wort gewünscht?

*Schröder:* Ich würde dem Thema zustimmen. Mir läge nur daran, daß jemand einmal darstellt, was gesagt werden könnte im Augenblick. Das muß, glaube ich, noch einmal dargestellt werden, wo man sagen kann, so sollten wir es auch am Montag machen.

*Barzel:* Ich will gerne mich noch einmal wiederholen oder besser präzisieren. Denn das, was ich gesagt habe, ist natürlich noch in Erinnerung. Wir hatten als einen der

zehn Punkte die Mitbestimmung genannt. Wir waren übereingekommen – ich weiß jetzt nicht, ob im Präsidium oder auch im Vorstand, da muß ich in den Akten nachsehen –, hierzu eine Kommission einzusetzen, aber zunächst dem Vorsitzenden den Auftrag für Vorgespräche zu geben – ich glaube, es war hier im Vorstand –, damit es nicht alle möglichen Festlegungen gibt, und wir kriegen die Enden nicht zusammen. Ich habe also gesprochen, nicht nur mit Herrn Biedenkopf und nicht nur mit Herrn Sohl<sup>98</sup> und mit Herrn Wolff von Amerongen, mit allen Herren, die es da gibt. Ich habe auch gesprochen mit Bekannten in der Wirtschaft, mit den Banken, mit Herrn Friedrich<sup>99</sup>, mit Herrn Eichler<sup>100</sup>. Ich habe ein noch Gespräch mit Herrn Schnitker<sup>101</sup> (*Zwischenruf*: Mit Horn!). Dann haben wir ein Gespräch gehabt mit Horn, wir hatten ein Gespräch, an dem auch Herr Stücklen, Herr von Bismarck, Herr Katzer, Herr von Wezsäcker und ich beteiligt waren – einmal mit Herrn Horn und ein anderes Mal eben mit Herrn Biedenkopf. Das ganze führte dazu, daß ich dann vor dem Bundesparteiausschuß zunächst die beiden Fragen, die der Sachverständigenrat dazu zusätzlich aufgeworfen hat, ja auch noch aufgegriffen habe, und ich bin dann einen Schritt weitergegangen, indem ich zuerst vor dem Bundesparteiausschuß dieses Wort von dem „Gleichgewicht der Partner“ gesagt habe.

Ich glaube, daß wir dann überlegen müssen – und das ist dieser Punkt, den wir mit der CSU besprechen müssen –, daß wir doch Ende des Monats, wenn wir den Parteitag vorbereiten, uns entscheiden müssen, wie weit kommen wir auf dem Parteitag, was schlägt dieser Vorstand dem Parteitag vor? Setzen wir vorher eine Kommission oder auf dem Parteitag eine Kommission ein? Mein Rat ist, vorher, weil eine gewisse Vorklärung auch der Vorschläge der Sozialausschüsse eine Rolle spielt. Dann müßten wir versuchen, mit der CSU zu klären, können wir das zusammen machen? Da haben wir z. B. eine Verfahrensfrage. In der Verfahrensfrage ist dann beantwortet, ob man die Notwendigkeit der Überprüfung der bisherigen gemeinsamen Aussage einbezieht, ob daß das beinhaltet oder nicht? Eine wichtige Verfahrensfrage. Da ist zweitens zum Verfahren zu klären, daß beide Parteien, bevor sie in die Parteitage gehen, sich nochmals, auch mit den Parteiführungen, darüber zusammensetzen.

Und nun der Inhalt der Sache und die Marschroute. Ich glaube, in der Tat können wir sagen, unsere Prinzipien plus „Gleichgewicht der Partner“ plus Prüfung der Vorschläge, wie ich das genannt habe, sind schon eine Tendenz, die wir versuchen, hier etwas deutlicher zu umschreiben. So ungefähr war mein Vortrag, wenn ich es richtig in Erinnerung habe.

*Schröder*: Vielen Dank, Herr Kollege Barzel. Ich würde Sie um eine einzige Ergän-

---

98 Hans-Günter Sohl (1906–1989), Industriemanager; 1953–1973 Vorstandsvorsitzender des Thyssen-Konzerns. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 182 Anm. 20.

99 Otto Andreas Friedrich (1902–1975), Kaufmann; 1969–1973 Präsident der BDA. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 960 Anm. 49. – Das Gespräch mit Barzel fand am 16. März 1973 statt, vgl. ACDP 01–093–109/1.

100 Dr. Wolfgang Eichler (1908–2005), Jurist; 1963–1974 Hauptgeschäftsführer der BDA.

101 Paul Schnitker (geb. 1927), Malermeister; 1973–1987 Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, 1979–1984 MdEP.

zung bitten, nämlich dahin, was liegt auf seiten der CSU bisher vor? Kommissionen oder dergleichen? Das muß man, glaube ich, wissen, um das abwägen zu können.

*Barzel:* Interviews, sonst habe ich nichts gesehen.

*Schröder:* Keine Kommissionen?

*Barzel:* Nein, Stücklen war in beiden Vorgesprächen mit dabei.

*Katzer:* Zu der Frage, was von seiten der CSU vorliegt: Da gibt es erstens ein Interview des Kollegen Strauß im „Stern“<sup>102</sup>, in dem ebenfalls von der Gleichgewichtigkeit ausgegangen wird, (*Zwischenruf:* Und „Board-Modell“.) und „Board-Modell“.<sup>103</sup> Und es gibt zweitens eine mir gegenüber gemachte Äußerung von Herrn Stücklen, in dem er mir sagte, also, bei dem Düsseldorfer Beschluß, den wir ja übernommen haben in das gemeinsame Regierungsprogramm in Wiesbaden, wird es nicht bleiben. Das sind die zwei Äußerungen, die bisher von der Seite vorliegen.

*Blüm:* Zu der Frage Mitbestimmung, und dann auch allgemein: Wir haben ja Kommissionen in anderen Bereichen. Ich habe gerade wiederum festgestellt, daß sich die CSU sehr engagiert auch an unserer Diskussion über die berufliche Bildung beteiligt mit Vertretern dieser Kommission, die auch dem Parteitag zuarbeitet, sich auch an den Abstimmungen beteiligt und da die Bestimmungen auch mittrifft. Wenn unsere Mitbestimmungskommission, um der Gemeinsamkeit mehr Raum zu geben, mit Vertretern der CSU besetzt wird, dann würde ich auch allerdings vorschlagen, daß CDU-Vertreter in die entsprechende Kommission der CSU gehen, die dort den Mitbestimmungsvorschlag für deren Parteitag vorbereitet. (*Kraske:* Verzeihen Sie, darf ich, weil es gar zu wichtig wird für Montag, Kollegen Seiters bitten. Wir kriegen sonst nämlich kein Protokoll mehr für die Sitzung am Montag. Da er Parlamentarischer Geschäftsführer und hier im Vorstand ist, sind Sie einverstanden, Herr Seiters, daß wir ein paar Notizen dann haben.) Um es kurz zu machen, mein Verfahrensvorschlag: Dort, wo die CSU bei den entsprechenden Themen mit Vertretern mitstimmt in unseren Kommissionen, mitarbeitet bei denselben Themen, müßte auch die CDU beteiligt werden, was die Vorbereitung des CSU-Parteitages betrifft, zumal er ja 14 Tage vor unserem stattfindet. Zur inhaltlichen Frage meine ich, würden wir uns die Diskussion sehr erleichtern, wenn wir uns auf den Hauptnenner einigen könnten: „Gleichgewicht der Partner“. Ich weiß, daß dieser Hauptnenner noch keine Festlegung im Modell ist, aber ich glaube, die Diskussion ist um vieles erleichtert, wenn das als Ausgangspunkt hier für die CDU und damit auch für das Gespräch mit der CSU akzeptiert wird.

*Köppler:* Ich würde in dieser Frage, die Linie, die Sie vorgetragen haben – heute morgen schon vorgetragen haben und jetzt nochmal zusammengefaßt haben – für richtig halten. Ich würde auch die Ergänzung zu dem Gespräch, den konkreten Punkt, den Herr Blüm angemeldet hat, unterstützen. Ich glaube, man sollte mit der CSU darüber offen reden, wie die CSU denkt, wenn die Meinung von Stücklen, was ich

---

102 Vgl. „Stern“ vom 1. März 1973 „Ich bin doch kein Polit-Mannequin“.

103 Vgl. dazu die Erläuterung im Protokoll des Düsseldorfer Parteitags (CDU, 18. BUNDESPARTEITAG S. 270): Statt des bisherigen Aufsichtsrats in einem Unternehmen wird ein mit Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern paritätisch besetzter Verwaltungsrat gebildet, der zur Verhinderung einer Pattstellung durch Vorstandsmitglieder ergänzt wird.

annehme, Meinung der CSU ist. (*Schröder*: Das war zwar die Privatmeinung, ich kann das nur hier lassen.) Es sollte geklärt werden, ob Übereinstimmung zwischen CDU und CSU darüber besteht, daß wir nicht einfach bei dem in Wiesbaden noch einmal notariell bestätigten Beschluß von Düsseldorf bleiben, sondern daß wir zu einer neuen Konzeption kommen wollen. (*Zwischenruf*: So ist es.) Ich unterstelle, auch die CSU wird sagen, ja. Denn wenn sie nein sagen würde, würde ich in der Tat dann nur ein getrenntes Vorgehen für möglich halten, und dann erübrigte sich die Frage mit der gegenseitigen Verschränkung der Kommissionen. Dann hat es nämlich keinen Sinn, wenn sie sagt nein, wir wollen nicht weiterdenken in der Sache, daß wir dann CSU-Leute in eine Parteikommission bringen, wo es dann ohnehin einen Zwei-Phasen-Arbeitsgang geben wird, wie erarbeitet die Partei ihr Konzept und wie wird das dann in der Fraktion in irgendeiner Form Politik oder nicht Politik. Ich unterstelle also: Die CSU will auch weiterdenken. Dann sollte man die Verschränkung der Kommissionen vornehmen. Ich würde nicht, wenn auch jetzt der Vorschlag käme, eine einzige Kommission für beide Parteitage für richtig halten, sondern den Vorschlag für besser halten, daß Freunde der CSU bei uns dabei sind und genau in demselben Maße auch CDU-Vertreter in der CSU-Kommission drin sind. Dann sollte man sich nur darüber verständigen, wie man – das ist ja nicht mehr allzu lange Zeit – die Aussage auf den Parteitag im Herbst, d. h. also, wie man auf dem September-Parteitag der CSU und dem Oktober-Parteitag der CDU miteinander – das sollte man heute schon durch Beschluß festlegen – den Redaktionsschluß und die Aussagen auf dem Parteitag, was da die Vorstände vorschlugen, nach dem Stand der Kommissionsberatungen miteinander berät. Nachdem wir die Erfahrung haben, wenn Sie mich den Satz noch sagen lassen, daß es so schwer ist, zu Terminen zu kommen, halte ich in dieser wichtigen Frage die Festlegung eines Termins, d. h. also, die Absicht, sich unter allen Umständen rechtzeitig vor den beiden Parteitagen zu treffen in den beiden Präsidien, nicht für nutzlos.

*Barzel*: Meine Damen und Herren, Ich sehe keine Wortmeldungen. Darf ich dann folgendes sagen. Dies ist also hier eine Zustimmung zu der Linie, wie ich sie heute morgen bezeichnet habe. Was für das Gespräch mit der CSU, um es zu präzisieren, bedeutet: 1. Wir wollen weiterentwickeln; 2. die Basis ist das „Gleichgewicht der Partner“; 3. Frage: Wollen wir eine gemeinsame Kommission einsetzen? Wenn ja, wann? Nämlich, wie ich empfehlen würde, vor beiden Parteitagen. Wenn nein, müssen wir das finden, wenn wir uns in der nächsten Vorstandssitzung treffen.

Ich glaube, das ist so präzise, wie man das jetzt überhaupt machen kann. Das ist ein Gespräch. Das ist ein Knochen mit ein bißchen Fleisch dran, noch nicht so viel wie bei Blüm, da kommt dann noch Fett und so etwas vielleicht, aber das sind Knochen zum Besprechen.

*Windelen*: Zur Geschäftsordnung: Wir werden ja hier keine Beschlüsse mehr fassen können, aus zweierlei Gründen, erstens weil nicht eingeladen ist satzungsgemäß mit den Punkten und zweitens, weil wir nicht mehr beschlußfähig sind. Aber ich bin sehr dafür, deswegen bin ich auch hier, daß wir uns darüber verständigen. Natürlich bin ich bereit dazu, das zu vertreten. Zur Sache selbst: Sie haben ja das Wort vom „Gleichge-

wicht der Partner“ draußen geprägt und sind dann auch danach gefragt worden, ob das Parität bedeutet. Sie haben dann erklärt, wenn Sie Parität hätten sagen wollen, dann hätten Sie Parität gesagt. Ich möchte nicht, daß das hier mit reingeht, aber ich wollte nur fragen, ob ich das korrekt wiedergegeben habe.

*Barzel:* Das war in diesem Zimmer hier bei einem Gespräch. Aber ich glaube, es ist immer falsch, für politische Aussagen die Vokabel – wenn es sich vermeiden läßt – des Gegners zu übernehmen. Das ist, glaube ich, nicht notwendig. Wir haben ja hier zunächst auch die Erklärung von anderen Freunden über die Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit. Dagegen habe ich in der bekannten Erklärung ja argumentiert. Aber nun hat der Kollege Windelen gesagt, wir könnten eigentlich keine Beschlüsse fassen, a) weil es nicht auf der Tagesordnung stand und b) weil wir nicht beschlußfähig seien. Wenn dies beides natürlich gilt, dann frage ich mich, ob es einen Sinn hat, ein Gespräch zu führen. (*Windelen:* Ich wollte nur Anfechtungen vorbeugen, Herr Vorsitzender.) Ja, ich rüge das überhaupt nicht. Ich habe noch gar nicht gezählt. Das müssen wir natürlich dann zur Kenntnis nehmen. Daß wir nicht etwa ins Blaue hier arbeiten.

*Katzer:* Das erste ist, daß wir selbstverständlich hierüber diskutieren können. Wir haben den Tagesordnungspunkt generell: Aussprache. Wir haben ja tausend Punkte hier behandelt. Es gibt ja keine dezidierte Tagesordnung. Und hier hatten wir mit Mehrheit beschlossen, bei voller Beschlußfähigkeit, daß wir dieses Gespräch mit der CSU vorbereiten wollen. Folglich ist dieser Einwand, glaube ich, nicht berechtigt, den Herr Kollege Windelen zur Sache gemacht hat. Was die Beschlußfähigkeit anlangt, stelle ich fest, daß wir beschlußfähig sind, wenn wir die Herren, die draußen augenblicklich noch Pressegespräche haben, hier hereinbitten, was man vielleicht veranlassen kann. Dann ist die Beschlußfähigkeit sofort da.

*Es wird die Beschlußfähigkeit der Sitzung überprüft.*

*Barzel:* Lassen Sie uns einen Augenblick warten. Wir wissen alle, was aus solchen Fragen sich entwickeln kann. (*Unruhe.*) Wollen wir mal eine Sekunde warten, ob wir mehr werden. (*Zwischenruf:* Siebzehn.) Wieviel müssen wir denn eigentlich sein? (*Zwischenruf:* Sechzehn oder siebzehn, zweiunddreißig hat der Vorstand. – *Wex:* Herr Kiesinger ist vorhin gegangen.) Jetzt haben wir fünfzehn. (*Kraske:* Herr Dregger gibt draußen eine Pressekonferenz.) Wieviel brauchen wir denn für die Beschlußfähigkeit jetzt? (*Unruhe.*)

*Kohl:* Wir machen jetzt weiter, wir können jetzt nicht nochmal anfangen.

*Barzel:* Verzeihen Sie, Herr Kollege Kohl, wir haben eben versucht, die Beschlußfähigkeit herzustellen. Wir waren soweit, daß wir abstimmen wollten, weil es zur Sache keine Wortmeldung mehr gab. Da hat der Kollege Windelen – ich sage dankenswerterweise – den Einwand erhoben, er sei dafür, daß wir uns weiter unterhalten, weil er es wichtig fände, aber verbindliche Beschlüsse könnten nicht gefaßt werden, weil die Beschlußfähigkeit nicht mehr stimme. Das ist natürlich ein wichtiger Hinweis in der gegenwärtigen Lage der Partei, bei allem, was sich da entwickeln kann. Ich habe extra

die wichtigste Frage zuerst genommen in der Hoffnung, diese noch beschlußfähig zu entscheiden. Wir waren in der Sache eigentlich vor einem sehr weitgehenden Votum mit einer großen Mehrheit. (*Unruhe.*) Die Frage ist, ob wir beschlußfähig sind. Unterhalten können wir uns ganz sicher, und verhandeln können wir auch ganz sicher. Machen wir mal fünf Minuten Pause.

*Katzer:* Ich bin hiermit einverstanden. Wenn wir beschlußfähig sind, können wir abstimmen.

*Barzel:* Sind wir ja eben nicht. Wir warten ja doch. Wenn ich jetzt abstimmen lasse, muß ich als Vorsitzender feststellen, wir sind nicht beschlußfähig.

*Katzer:* Kann man die Herren denn nicht hereinbitten?

*Kraske:* Ich habe Herrn Dregger gebeten, meine Damen und Herren. Er kommt. (*Barzel:* Das macht aber auch erst 16.) Wir brauchen 17, der Vorstand hat 32 Mitglieder. Unser Statut hat hier eine Unklarheit, die erst auf dem nächsten Parteitag beseitigt werden kann, nämlich, ob die Ehrenvorsitzenden bei Berechnung der Beschlußfähigkeit mitzählen. Ohne Ehrenvorsitzende, aber mit Herrn Dregger, sind wir 17.

*Barzel:* Natürlich sind die dabei. Konrad Adenauer hat gesagt, er nimmt das nur an, wenn er auch Stimmrecht hat. Sitz und Stimme. Da haben wir alle gesagt, warum stellen Sie die Frage, das ist doch selbstverständlich.

*Köppler:* Der Ehrenvorsitzende hat natürlich das Recht, an Sitzungen teilzunehmen und dann mit Stimme, aber doch nicht die Verpflichtung teilzunehmen. Folglich kann er nicht mitgezählt werden bei der Berechnung. (*Unruhe.*)

*Kraske:* Dann sind wir beschlußfähig. Meine Herren, darf ich folgendes sagen. Der Bundesvorstand hat nach der Satzung 30 Mitglieder. Das heißt, er ist bei 16 Anwesenden beschlußfähig. Sobald Herr Dregger meiner Bitte folgt, was er in kurzer Zeit in Aussicht gestellt hat, sind wir 16. Die Ehrenvorsitzenden sind im Statut bisher überhaupt nicht erwähnt. Ich würde deswegen Herrn Köppler in seiner Auslegung recht geben, wenn sie nicht teilnehmen, ist das Quorum 30.

*Blüm:* Aber wir haben doch jetzt die Wahl, ob wir die Bundesvorstandssitzung unterbrechen. (*Kraske:* Da kommt einer. – *Unruhe.*)

*Barzel:* Wieviel sind wir denn jetzt, Herr Kraske. (*Zwischenruf:* 17, nein Mikat nicht. 16.)

*Kraske:* 16 und es scheidet an Herrn Dregger. Ich habe ihn auf den Ernst der Lage hingewiesen und ihn gebeten hereinzukommen. Er hat mir das zugesagt.

*Blüm:* Wir stehen doch jetzt vor der Wahl, entweder die Bundesvorstandssitzung zu unterbrechen oder die Pressekonferenz.

*Katzer:* Es gibt noch eine dritte Möglichkeit. Wir können jetzt abstimmen. Denn wenn der Herr Dregger dagegen stimmt, wird das ja an dem Votum, je nachdem wie es ausfällt, nichts ändern, es sei denn wir würden pari abstimmen.

*Barzel:* Jetzt sind wir 17. Punkt 1 der Liste war Mitbestimmung, bisheriger Diskussionsstand: verfahren wie der Vorsitzende heute morgen vorgetragen hat. Das bedeutet für das Gespräch mit der CSU zur Präzision: 1. Wir wünschen weiterzuentwickeln, was in Wiesbaden und in Nürnberg beschlossen worden ist; 2. dies auf der Basis des „Gleichgewichts der Partner“; 3. wollen wir dazu eine gemeinsame Kommission ein-



setzen? Wenn ja, wann? Falls nein zur gemeinsamen Kommission, bleibt die Frage, wann wir für den CDU-Teil eine einsetzen.

Die Frage von Herrn Windelen, ob Gleichgewicht Parität hieße, hat der Vorsitzende aus seiner Sicht wie folgt beantwortet: Ich habe mich gewandt gegen das Wort. Und da habe ich eine Unterscheidung des Kollegen Katzer der Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit. Weil ich diese beiden nicht in einen solchen Bezug setze, da es verschiedene Größen sind, spreche ich vom „Gleichgewicht der Partner“. Ich nenne das nicht Parität, weil für die Öffentlichkeit Parität allein das Starren auf den Aufsichtsrat bedeutet. Ich habe oft genug dargetan, daß allein das Starren auf den Aufsichtsrat das Problem nicht löst, daß aber die Antwort im Aufsichtsrat dazu gehört und wir uns um die nicht herumdrücken dürfen. Das ist die verkürzte Ausführung der sachlichen Diskussion bisher.

*Kohl:* Bedeutet diese Interpretation auch den weiteren Gedanken, daß das beinhaltet – vor allem das letzte, was Sie gesagt haben –, daß da auch möglicherweise das Konzept eines völlig neuen Unternehmensrechts mitabgedeckt wird?

*Barzel:* Das deckt Horn und die Junge Union von früher ab<sup>104</sup>, die ja vor Riemer war.

*Kohl:* Dann habe ich keine Bedenken, alle drei Beschlüsse zu fassen.

*Barzel:* Das deckt alles ab. Das deckt ab, was jetzt im Montanbereich betrieben wird.

*Dregger:* Ich möchte unterscheiden, was Gleichgewicht der Sozialpartner bedeutet.

*Barzel:* Der Partner, „sozial“ lasse ich hier weg, aus meiner Sicht.

*Dregger:* Meine Frage war, ob das Gleichgewicht bedeutet, daß die Sozialpartner insgesamt im Gleichgewicht stehen müssen. Nicht bezogen auf einen Punkt, sondern insgesamt. Nicht nur auf das Unternehmen, sondern auf die Gewerkschaftsposition, die Arbeitgeberposition, auf das ganze Verhältnis der Partner. Dann stimme ich voll zu.

*Blüm:* Ich weiß nicht, welches Mitbestimmungsmodell Sie dabei im Kopf haben. Ich kenne kein Mitbestimmungsmodell, in dem die Sozialpartner verankert sind, nämlich der Arbeitgeberverband, die Gewerkschafter. Deshalb ist das Wort „Sozialpartner“ im Zusammenhang mit der Mitbestimmung – es sei denn, Sie hätten irgendein jugoslawisches Modell oder so etwas im Auge – terminologisch falsch. Wenn ich inhaltlich noch etwas nachschieben darf, zum Verfahren, weil das ja offenbar auch eine wichtige Sache ist. Wenn es keine gemeinsame Kommission gibt, die CDU-Kommission allerdings von CSU-Teilnehmern bereichert wird, dann verlange ich, daß das gleiche auf der Gegenseite geschieht, also auch für die CSU-Kommissionen CDU-Vertreter hingeschickt werden.

---

104 Zum Entwurf von Horn vgl. Nr. 7 Anm. 67; zum Entwurf von Riemer vgl. Nr. 32a Anm. 9. – Die JU hatte auf ihrem Deutschlandtag in Braunschweig (25.–27. September 1970) ein Konzept zur Mitbestimmung beschlossen, vgl. „Die Entscheidung“ Nr. 10 vom 10. Oktober 1970 S. 12–15.

*Barzel:* Die Entscheidung, Herr Kollege Blüm, was wir machen für den Fall einer negativen Antwort auf die Frage „gemeinsame Kommission“, können wir nur fassen in den nächsten Bundesvorständen.

*Katzer:* Der Vorschlag ist anders zu verstehen. Er meint, wenn es in der Mitbestimmungsfrage zu einer Beteiligung der CSU kommt, daß wir gemeinsam das machen, dann muß das auch in den anderen Kommissionen, den anderen zehn, passieren, wo wir umgekehrt von der CDU-Seite an CSU-Kommissionen beteiligt werden. Das ist doch der Vorschlag, oder?

*Blüm:* Nein, ich habe gemeint, wenn es in der Mitbestimmungsfrage eine CDU-Kommission gibt, so wie es in der beruflichen Bildung eine CDU-Kommission gibt, dann müssen wir im Falle, daß diese CDU-Kommission eine bzw. zwei Stimmen von der CSU noch dabei hat und die mitstimmen – wie in der CDU-Kommission berufliche Bildung – auch mitstimmen in den CSU-Kommissionen, die den Parteitag vorbereiten. Das halte ich für erforderlich.

*Barzel:* Meine Frage ist eine gemeinsame Kommission. Wenn das nicht zustande kommt, besteht eine neue Lage für uns.

*Kraske:* Darf ich, Herr Blüm, nur ein Mißverständnis ausräumen. Berufliche Bildung ist keine CDU-Kommission, sondern eine Fraktionskommission mit dem Vorsitzenden aus dem Bereich der CDU, Herrn Gölter. Die Wertung der Stimmergebnisse brauchen wir jetzt nicht hier zu vertiefen.

*Blüm:* Die macht aber Vorlagen für den CDU-Parteitag.

*Köppler:* Sie macht Vorarbeiten für Vorlagen des Bundesvorstands.

*Windelen:* Noch einmal zur Klarstellung, jetzt nicht inhaltlich, sondern formal. Und nicht nur für diesen Punkt, sondern auch für die anderen. Wir formulieren hier jetzt Grundlagen für das Gespräch am Montag. (*Zwischenruf:* So ist das.) Das ist eine Verhandlungsgrundlage oder eine *conditio sine qua non*. Das heißt, wenn das nicht vollinhaltlich erreicht wird, dann ist das Gespräch gescheitert oder unser Verhandlungsziel für eine gemeinsame Arbeit.

*Katzer:* Die lange Diskussion vorhin hat folgendes ergeben. Wir wollen jetzt hier den Antrag von Frau Dr. Wex vorbesprechen, mit welchen Intentionen wir in das Gespräch gehen. Dazu haben wir die Marschrichtung hier gesagt. In diesem Punkte würden wir das aufgreifen, was der Vorsitzende mehrfach und heute morgen wiederholt zu der Frage gesagt hat. Das werden wir behandeln. Dann werden wir ja sehen, wie wir herauskommen aus der Geschichte.

*Barzel:* Kann ich abstimmen lassen?

*Dregger:* Ich wollte nur deutlich machen, wenn ich von Sozialpartnern sprach, daß ich kein Modell vor Augen hatte. Ich habe noch keins, Herr Blüm. Ich wollte nur sagen, daß man bei der Regelung des Unternehmensrechts natürlich auch das Verhältnis der Sozialpartner zueinander sehen muß. Denn das kann man ja nicht isoliert sehen. Und indem man das Ganze sieht, bin ich sehr dafür, von Gleichgewicht zu reden.

*Katzer:* Das sind natürlich zwei Probleme. Man muß das erste nicht betriebsbezogen sehen. Und da bin ich für Gleichgewichtigkeit. Darüber hinaus stellt sich in der Tat auch noch das Problem der Sozialpartner, wie es vorhin von Schwarz-Schilling ange-

sprochen worden ist. Diese beiden Probleme muß man sehen. Ich verstehe darunter das eine und das andere.

*Barzel:* Meine Damen und Herren, damit ist die Diskussion beendet. Wer für diesen von mir formulierten Vorschlag zur Sache und zum Verfahren ist, bitte ich um ein Zeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen. – Ich stelle eine einstimmige Annahme fest.

Nächster Punkt, wie Herr Kohl möchte – ich wollte einen anderen Punkt aufrufen –, die berufliche Bildung. Dazu darf ich mich wie folgt kurz äußern, a) nehme ich Bezug auf das, was ich heute morgen gesagt habe, b) das Papier Gölter<sup>105</sup> habe ich gestern nachmittag, also nach Büroschluß – es konnte nicht mehr vervielfältigt werden – bekommen, c) dieses Papier, das ich insgesamt als gut qualifizieren möchte. Aber in der Sprache ist es noch ein bißchen von bildungspolitischen Experten gefaßt; selbst die des Latein und des Griechischen Kundigen und des Soziologismus nicht Unerfahrenen und auch der pädagogischen Diskussion nicht ganz Fernen bedürfen eines Wörterbuchs oder eines guten Gedächtnisses. Aber dies werden wir dann sicherlich überarbeiten. Zur Sache selbst, und das ist jetzt ebenso wichtig, auch für die CSU – nur darauf hebe ich jetzt immer ab, Herr Windelen – enthält der Gölter-Vorschlag (Kommission der Fraktion, also mit CSU) an einem Punkt drei Alternativen. Die freilich haben es in sich, weil bei ihnen der Rang von Schule und Betrieb, der Rang Kammern oder andere und der Rang der Staatsaufsicht – darf ich das so verkürzt formulieren – angesprochen sind. Das sind Fragen, wo ich nur jedem sagen kann, die werden sehr heiß und schwierig. Ich erinnere an das Vorgeplänkel von Düsseldorf zu diesem Punkte, einschließlich, wie ich glaube, des hervorragenden Beitrags des damaligen Fraktionsvorsitzenden zur Lösung dieses Programmproblems. Die Kommission Gölter empfiehlt, alle drei Alternativen über den Vorstand an die Parteien zu leiten. Ich würde von mir aus heute empfehlen – aber das ist eine Frage, die wir Ende Mai besprechen, das, was die CDU betrifft, falls wir mit der CSU eine andere Verständigung kriegen –, daß wir sagen sollten, der Vorschlag meint, man muß sich für eine der Alternativen entscheiden. Dann wollen wir die Mehrheit im Vorstand dazufügen und fair genug sein, die Minderheitenvoten, die das dann ja geworden wären, aus der Kommission auch mitzugeben. Wir haben eine Meinung, denke ich. Das ist jetzt ein Verfahrensvorschlag, der für die CSU zu hören wichtig ist. Nur erlaubt ein geschulter mittelfristiger Blick zu erkennen, daß gerade an dieser Stelle mit einer nicht unberechtigten Wahrscheinlichkeit der CDU-Parteitag leichter zu einer Mehrheit kommt, die anders ist in einer der Alternativen als der CSU-Parteitag. Deshalb wird das Verfahren hierzu wichtig sein. Ich würde empfehlen für das Gespräch am Montag, die Punkte a) im Verfahren wirklich zu klären, sonst kriegt der neue Fraktionsvorsitzende die Enden nicht zusammen, und b) in der Sache einmal festzustellen – und das ist ja bei uns noch lange nicht abgestimmt –, ob es da etwa für eine Partei „Dollpunkte“ gibt. Dann kann man gar nicht darüber reden. Soweit, glaube ich, kann man hier kommen. Wobei für den Fall, daß die Alternative – jetzt nehme ich Blüms Gedanken auf, wenn die CDU in der

---

105 Vgl. Anm. 58.

Kommission alleine gesessen hätte und eine Mehrheit gehabt hätte, von der CSU zum „Dollpunkt“ erklärt würde – eine schwierige Frage ist, die weiterer Verhandlungen bedarf. Ich glaube, jetzt haben wir den Punkt klar genug herausgeschält.

*Blüm:* Ich selbst weiß nicht, ob man die Klärung noch einen Schritt weiter treiben kann – zumindest in der Negation –, indem wir mal klarstellen, daß in diesen ganzen Diskussionen die Fragen nicht tabuisiert werden können. Ich will sogar die Lösung jenseits der Kammern sehen.

*Barzel:* Aber ich glaube, es ist deutlich genug, als ich sagte, daß, wenn die CDU allein gewesen wäre, ein Modell eine Mehrheit gefunden hätte. Es ist zu erwarten. Das Papier kennt eben keiner. Deshalb lege ich ja hier den Wert auf das Verfahren. *(Unruhe.)*

*Blüm:* Wir reden nicht um die Regelungen, sondern nur – und das versteht ja jeder – ob die Kammern weiterhin in der Kontrollfunktion bleiben oder nicht. Das ist die Entscheidungsfrage.

*Kohl:* In der Sache, damit das hier klar ist, ist das für mich gar kein „Dollpunkt“. Ich bin ganz entschieden der Meinung, daß das der eigentliche Punkt der Reform der Berufsausbildung wird und der andere Punkt in dem Ausräumen des Vorwurfs liegt, das duale System zu retten, in der Ausräumung des Vorwurfs, daß die Kontrolleure sich selbst kontrollieren. Und da ist die CDU weiter, wie wir hier unterstellen.

*Barzel:* Was wir für möglich halten.

*Katzer:* Ich würde vorschlagen, daß Herr Kollege Stingl zuerst spricht, weil er in der Kommission mit war und von der Sachverständigenseite noch sachverständiger etwas zum Thema sagen kann.

*Kraske:* Darf ich nur eine Bemerkung zum Verfahren machen? Ich halte es nicht für richtig, an der Frage, ob bei einer Kommissionsentscheidung mit CSU das Ergebnis 16:15 oder ohne CSU 15:16 wäre, etwas Entscheidendes aufzuhängen, denn die Zusammenstellung dieser Kommissionen, an der ich ein bißchen beteiligt war, war nicht so, daß man etwa sagen könnte, diese Kommissionen sind ein komplettes Spiegelbild der Kräfte. Wenn also hier 16:15 oder 15:16 vorliegt, ergibt sich klar, daß hier zwei wichtige Linien nebeneinanderstehen, die nachher abgestimmt werden müssen. Aber was da eine halbe Nase vor und zurück ist, das ist in der Kommission sicher nicht maßgeblich.

*Stingl:* Ich wollte eigentlich nur zum Verfahren etwas sagen, Herr Vorsitzender. Sie haben vorhin gesagt, wir müssen dann über das Verfahren einig werden. Da habe ich keine so rechte Vorstellung, was darunter gemeint ist. Soll dann noch eine Zwischenkommission hinterher eingesetzt werden, wenn man sich also da nicht einig ist vor dem Parteitag oder sollen dann zwei Vorstandsbeschlüsse nebeneinanderstehen? In der Sache geht es ja um mehrere Probleme. Es geht nicht nur um die Frage duales System oder nicht. Ich glaube durch den Zwischenbericht von Edding<sup>106</sup> ist das ausgeräumt.

---

106 Dr. Friedrich Edding (1909–2002), Erziehungswissenschaftler; 1936–1943 Mitarbeiter im Statistischen Reichsamte, 1943–1948 Militärdienst und Kriegsgefangenschaft, 1948–1959 Tätigkeit im Institut für Weltwirtschaft der Universität Kiel, 1959–1963 Professor für Bil-

Dohnanyi hat sich selber zum dualen System bekannt.<sup>107</sup> Es geht im Grunde genommen um die Frage, wie verteilt man die Lasten gerecht und wer verteilt dann das Geld. Ich sage ganz offen, wenn, dann muß man etwas nehmen, was darin schon Erfahrung hat, und das scheint am besten meine Verwaltung zu sein.

*Wex:* Darf ich jetzt zum Gang der Verhandlung noch folgendes sagen. Es ist doch sicher nicht beabsichtigt, eventuelle Punkte hier ganz eindeutig festzulegen. Da komme ich auf das, was Herr Windelen sagte, Dinge, die wir jetzt hier besprechen, können ja nicht gegen die Vernunft sein. Aber bei der beruflichen Bildung, Herr Barzel – was Sie beschrieben haben, was wir überhaupt in der Verhandlung mit der CSU, auch in anderen Themen, herauskriegen wollen –, sind doch die Schwierigkeiten und die Möglichkeiten der Abstimmung. Habe ich das falsch verstanden? Das wäre doch genau das Verfahren, was wir jetzt anwenden wollen. Gerade in diesem Fall wollte ich nur sagen, daß natürlich bei diesem ganzen Verfahren auch notwendig ist zu klären, ob wir zu einem regelmäßigen Rhythmus der Beratungen kommen können mit dem CSU-Präsidium. Denn dieses wird ja Folgen haben, auch in anderen Zusammenhängen. Das möchte ich hier nur schon anmerken.

*Barzel:* Dazu bedarf es einen neuen Beschlusses nicht, weil unser Partei-Statut die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft vorsieht. Ich habe vorher vorgetragen, daß wir uns erneut darum bemühen wollen, das zustandezubringen. Ich glaube, das ist so selbstverständlich, daß das unser aller Meinung ist.

*Köppler:* Ich habe den Eindruck, wir könnten diesen Punkt abhaken, indem wir dem zustimmen, was der Vorsitzende dazu von sich aus vorgeschlagen hat. Ich würde an den Kollegen Blüm die Bitte richten, seinen zusätzlichen Vorschlag für den Beschluß hier zurückzuziehen. Ich gehe davon aus, daß unsere Präsidiumsmitglieder diese wichtige Frage auch in diesem Gespräch stellen. Aber ich würde es nicht als eine Beschlußbefragung für richtig halten, wenn wir hier einstimmig oder mit Mehrheit beschließen. In dieser – und es gibt ja auch noch andere Fragen, die wichtig sind – speziellen Frage muß das Präsidium mit einem Beschluß in dieses Gespräch hineingehen. Ich würde also vorschlagen, stimmen wir dem zu, was Herr Barzel vorgeschlagen hat.

*Barzel:* Das Wort wird nicht gewünscht. Es ist so beschlossen.

Nächster Punkt Bodenrecht. Ich habe vorher Bezug genommen auf das, was ich vor dem Bundesparteiausschuß gesagt habe. Ich will das nicht wiederholen. Die Kommission „Bodenrecht“ ist noch nicht fertig, wird aber nach menschlichem Ermessen in diesem Monat fertig werden. Die Richtung ist unzweifelhaft erkennbar aus dem Vor-

---

dungsökonomie an der Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung Frankfurt/Main, 1964–1977 Direktor an Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, 1966–1972 Mitglied der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates. – Zum Bericht, der am 2. Februar 1972 vorgelegt wurde, vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 5. Februar 1973 „Unternehmer sollen Berufsausbildung finanzieren“; „Frankfurter Rundschau“ vom 9. Februar 1973 „CDU begrüßt Edding-Bericht“.

107 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 9. Mai 1973 „Dohnanyi fordert neues Konzept für die berufliche Ausbildung“.

trag, den Herr Göb anlässlich der Sitzung des Bundesparteiausschusses abgegeben hat.<sup>108</sup> Das heißt, es ist kein Zweifel, daß wir am sozialverpflichteten, breiter gestreuten privaten Eigentum auch des Grund und Bodens festhalten, daß wir Spekulationsgewinne erheblich besteuern, daß wir also hier die planerischen und städtebaulichen und sonstigen Dinge fördern wollen. Es gibt hierzu eine Erklärung des Kollegen Schneider<sup>109</sup>, Nürnberg, von der gesagt worden ist, ohne daß ich sachkundig genug bin, daß diese Erklärung, falls das die Meinung der CSU wäre, nicht ausreichend wäre, und dies sei eine wichtige Frage dann für die CDU. Das heißt, hier wäre, wenn ich es richtig sehe, am Montag, wenn wir den Beschluß der Kommission noch nicht haben, die CSU zu fragen, ob etwa das, was Herr Schneider da geschrieben hat, die verbindliche Meinung der CSU sei, weil wir in einigen Fragen etwas weiter zu gehen die Absicht hätten. Kurzfassung: Was die beiden Kirchen sagen, ist grundsätzlich unsere Richtung, aber es besteht die Befürchtung, daß hier in dem CSU-Teil man dahinter zurückbleiben wollte. Mein Eindruck: Für den, der an einer gemeinsamen Politik hier interessiert ist, ist dies eine Frage, in der wir einigen bei der CSU, die sich entwickeln wollen, einen Gefallen tun, wenn wir einen sehr strengen CDU-Standpunkt hier einnehmen. Weil es eine Minderheit ist, die dort überstimmt werden soll, auch wohl von der Führung, um hier zu der gemeinsamen Auffassung zu kommen.

*Kohl:* Ich muß sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin in der Frage nicht pessimistisch. Was wir tun müssen, ist natürlich auch bei unserem Gespräch das Potential der Kommunalpolitiker in der CSU nutzen. Und die sind überhaupt nicht von uns in dem Punkt entfernt, wenn Sie einmal mit den Leuten in der CSU-Stadtatsfraktion in München reden. Da werden Sie eine Reihe von Perspektiven sehen, die unterscheiden sich von denen in Frankfurt überhaupt nicht. Die wollen sowieso zur CDU. Es ist doch gar kein Unterschied. Ich schlage also vor, daß wir das so beschließen, wie Sie es vorgeschlagen haben. (*Unruhe.*)

*Dregger:* Ich meine, es ist schwer für uns zu beschließen. Herr Vorsitzender, Sie haben ausgeführt, es gibt da Gegensätze. Welche Gegensätze es gibt, ist nicht klar. Und da sollen die nicht weit genug gehen und sollen das machen. Ich bin für eine sehr gute Bodenrechtslösung, das ist entscheidend für die Stadt. Aber ich weiß jetzt gar nicht, was ich beschließen soll.

*Kohl:* Also, ich bin ganz sicher, daß das, was hier drin ist, so ist, daß Sie es nach dem, was Sie früher im Städtetag sagten, nach meiner Information voll abdecken können.

*Dregger:* Das sage ich doch.

*Kohl:* Das weiß ich doch, Herr Dregger. Deswegen ist ja hier eines der schönen Beispiele, wo Sie nach links gehen, und andere ganz rechts bleiben. Das finde ich doch prima.

*Dregger:* Das ist ein ganz neues Gefühl.

---

108 Vgl. Protokoll der Bundesausschußsitzung vom 2. April 1973 (ACDP 07-001-612).

109 Dr. Oscar Schneider (geb. 1927), Jurist; 1953 CSU, 1969-1994 MdB (1972-1982 Vorsitzender des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau), 1982-1989 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Vgl. KEMPF/MERZ S. 619-621. - Vgl. FAZ vom 26. April 1973 „Union: Eigentumsordnung gefährdet“.

*Katzer:* Wenn ich richtig informiert bin, war es so, daß der Kollege Schneider unserem Papier zugestimmt hat. Damit wäre ja unser Problem an sich erledigt. Dann ist er nach München gefahren zu der Pressekonferenz<sup>110</sup> mit Strauß und hat da eine andere Aussage gemacht als die, der er hier zugestimmt hat. Es käme für uns also jetzt darauf an, am Montag um 14.00 Uhr zu erfahren, welche Version gilt. Und dann ist es für uns relativ einfach. Wir bleiben bei der Version, der Herr Schneider ursprünglich zugestimmt hat und müssen dann nur über die Differenz mit der CSU uns unterhalten. Ich glaube, das ist eine ganz einfache und klare Position.

*Barzel:* Meine Damen und Herren, nachdem hier Übereinstimmung zwischen Herrn Dregger, Herrn Katzer, Herrn Kohl und mir besteht, und der sachkundige Herr Bilke das nicht also in Grund und Boden verdammt hat, was der Vorsitzende hierzu vorgetragen hat, würde ich empfehlen, dieser Linie zuzustimmen. Es ist so beschlossen.

Nächster Punkt: Medien. Es liegt ein gemeinsames Papier vor, das ist noch vertraulich gewesen, aber Herr Zimmermann hat dies heute veröffentlicht.<sup>111</sup> (*Zwischenruf:* Was war los?) Ich will das nicht rügen, um Gottes Willen, ich weiß nicht, wie das Verfahren beschlossen ist. (*Zwischenruf:* Was war das? –*Unruhe.* – *Zwischenruf:* Herr Vorsitzender, welches Thema?) Zu Medien, es gibt eine Kommission unter Vorsitz von Herrn Zimmermann. Die Kommission ist fertig. Das Papier habe ich am Donnerstagabend oder Freitagfrüh bekommen amtlich, vorher hatte ich natürlich Vorexemplare, aber es war kleiner Dienstweg. Heute hat Herr Zimmermann das Papier veröffentlicht. Ich weiß nicht, ob das verabredet ist oder nicht. Ich bin im Augenblick überfragt. Hier stellt sich zunächst im Verfahren eine Frage, nämlich die, wer kann für den Fall der Übereinstimmung – die ja noch nicht hergestellt ist, weil erst dieser Vorstand Ende Mai wird tagen müssen – dem dann Geltung verschaffen. Wir hatten einmal in Aussicht genommen, wenn ich die Arbeitsplanung von Herrn Kraske richtig im Kopf habe, das Medienpapier auf unserer Seite durch den Bundesparteiausschuß beschließen zu lassen, (*Zustimmung.*) weil das zu viel wird für den Bundesparteitag. Hier wäre also zu sprechen a) ob das auf beiden Seiten genügt mit Ausschüssen, oder ob die Parteitage daran müssen und b) ob es noch notwendig ist, wegen eventueller Streitpunkte später miteinander zu sprechen. Die Frage a) scheint mir im Augenblick die wichtigere zu sein. Ich weiß, wie schwierig das ist, jetzt darüber zu reden, wo keiner das Papier kennt. Ich verlange auch von niemandem hier etwa eine Zustimmung zur Sache, sondern hier rede ich ja ausschließlich vom Verfahren.

*Echternach:* Herr Dr. Barzel, ich meine, daß dieses Thema so gewichtig ist, auch angesichts der kontroversen Sache zur anderen Seite, daß ich meine, daß es vielleicht

---

110 Vgl. „Die Welt“ vom 8. Mai 1973 „CSU gegen das von der SPD angestrebte ‚Nutzungseigentum‘“.

111 Zimmermann legte das „Medienpapier der CDU/CSU 1973“ (ACDP 07–001–934) auf der Arbeitstagung des Arbeitskreises „Juristen der CSU“ in München vor. Vgl. „Welt am Sonntag“ vom 13. Mai 1973 „CDU/CSU gegen jede Art von Pressezensur“; „Münchener Merkur“ vom 14. Mai 1973 „Union lehnt Nachzensur-Presseausschüsse ab“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 14. Mai 1973 „Ein ‚Medienpapier‘ von CDU und CSU“.

etwas zu wenig wäre, wenn wir das nur im Bundesausschuß beschließen. Die Idee, die schon einmal hier und dort in der Öffentlichkeit diskutiert worden ist, das Ganze über einen medienpolitischen Kongreß zu verkaufen, wäre eine viel wirkungsvollere Art als eben nur über eine schlichte Pressemitteilung zum Anschluß an eine Bundesausschußsitzung.

*Barzel:* Es spricht manches dafür.

*Kraske:* Das Problem war bisher folgendes. Wir waren überzeugt, daß der Parteitag im Oktober überfrachtet wäre von der Sache her. Auf der anderen Seite brennt dieses Problem auf den Nägeln. Wir können nicht uferlos sagen, wir sind an der Arbeit. Deswegen dachten wir an den Bundesausschuß im Juni in Berlin, der aber nunmehr ausfallen muß. Denn man kann nicht zehn Tage vor dem Parteitag eine Bundesausschußsitzung am anderen Ort machen. Im übrigen bin ich in einem Vorgespräch mit Herrn Kohl nach dem Ende der Kommission – Sie wissen, daß Herr Kohl im Präsidium diesen Sachbereich vertritt – zu der Überlegung gekommen, ob man nicht den Bundesausschuß in irgendeiner prinzipiellen Form dazu ja sagen lassen kann, um es dann veröffentlichen zu können, aber unabhängig davon danach einen Medienkongreß mit Journalisten, mit Verlegern, mit Leuten der Öffentlichkeit zu machen, um das ganze Thema auf der Basis dieses Papiers noch einmal zu diskutieren. Diese Planung ist im Augenblick überholt wegen des Ausfalls der Bundesausschußsitzung. Im Oktober-Parteitag haben wir mittlerweile einen vollen Tag gewonnen, den ich vorgesehen hatte für Wahlen, Regularien usw., so daß nun auch für die Kapazität dieses Oktober-Parteitages in der Sache neue Überlegungen erforderlich sind. Deswegen würde ich hier offen sein. Und das sollte man erörtern.

*Echternach:* Ich würde das also gerne unterstützen, weil ich meine, daß gerade in Hamburg, der Pressestadt, sich das sehr gut machen würde, wenn wir dort auch das Medienpapier beschließen und verkaufen.

*Barzel:* Außerdem ist das auch ein hervorragender Punkt für Diskussionen der Basis und der Partei. Das können wir nicht anders machen, bei dieser Entwicklung ganz sicher nicht. Wir sollten im Grunde der CSU gleich sagen, wir brauchen einen Parteitag dazu. Das ist, glaube ich, die Intention hier.

*Wex:* Darf ich Herrn Kraske einmal fragen nach der leidvollen Vorarbeit oder Vorgeschichte dieses Medienpapiers. Ich weiß nur, daß wir beim Besprechen dieser Frage Medien – auch in Verfolgung des Saarbrücker Beschlusses<sup>112</sup> – gesagt hatten, das wird wichtig werden. Wir wollten es auf jeden Fall im Bundesvorstand, wenn die Kommissionsarbeit abgeschlossen ist, vor der Veröffentlichung sehen. Ist das durch die Absprache mit Herrn Kohl, der dafür zuständig ist, irrelevant, oder bekommen wir es noch? Denn wenn es jetzt veröffentlicht ist, müssen wir ja selber irgendeine Einstellung dazu haben.

*Kraske:* Frau Wex, ich zwingen Sie nun, freundlicher, als der Vorsitzende das getan

---

112 Auf dem Saarbrücker Bundesparteitag (4./5. Oktober 1971) wurde beschlossen, eine „Kommission Massenmedien“ beim Bundesvorstand zu bilden (CDU, 19. BUNDESPARTEITAG S. 235).



hat, zu sagen, daß das, was Herr Fritz Zimmermann gemacht hat, nicht mit den Verabredungen übereinstimmt. Denn der CDU-Teil hat sich daran gehalten und von diesem Papier bisher nur Kenntnis gegeben dem Parteivorsitzenden, dem zuständigen Präsidiumsmitglied und dem Generalsekretär, um es in der nächsten anstehenden Präsidiumssitzung zu behandeln zur Vorbereitung für den Bundesvorstand am 24. Mai. Nach meinen Plänen sollte es frühestens nach diesem 24. Mai veröffentlicht werden. Wenn die CSU sich an diese Verabredung nicht hält, bitte ich Klagen an die richtige Adresse zu richten. Das war nicht so vorgesehen.

*Barzel:* Meine Damen und Herren, dazu keine Wortmeldungen? Wir können so verfahren. Aus meiner Sicht der nächste – und glaube ich auch letzte – innenpolitische Punkt. Die Frage der Vermögensbildung. Hier geht es um zwei Punkte. Der eine ist konkret und der andere ist ein Grundsatz. Der konkrete Punkt heißt, wir halten als Ausgangspunkt fest an dem, was man „Burgbacher-Plan“<sup>113</sup> nennt. Daran sollte kein Streit sein, denn es gibt ja inzwischen nichts Besseres. Zum anderen habe ich heute ein paar weiterführende Sätze über die Notwendigkeit von Gewinn und der Ausdehnung der Programmdiskussion unter uns in dieser Frage gesagt. Ich will mich nicht wiederholen, das liegt ja vor. Ich glaube, daß es sehr wichtig ist – und ich hätte hier beinahe gesagt, fundamental, denn ich sehe uns in den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen hier wirklich einen Kontrapunkt setzen zu dem linken Lager –, daß Sie dieser Erweiterung des Gesichtskreises an dieser Stelle Ihre prinzipielle Zustimmung geben sollten, auch für das Gespräch am Montag. Da hat ja noch keiner ein Modell etwa in der Hand. Aber wir können nicht ohne die Ausweitung auf diesen Punkt am Schluß bestehen und sollten eigentlich, weil das bei uns eine Rolle spielt – wir bemühen uns, fair und sachlich mit der CSU umzugehen –, ihr das am kommenden Montag sagen. Weil es keinen Zweck hat, daß sich hier unsere Partei oder die Fraktion an die Arbeit gibt und wir nachher in eine Kontroverse kommen und sagen: Um Gottes willen, „Burgbacher“ haben wir eigentlich schon nicht gewollt, und jetzt kommt ihr noch mit etwas anderem? Wir müssen davon sprechen. Ich will das, was ich heute morgen ausgeführt habe, nicht wiederholen. Ich glaube, dies war klar genug. Ich spreche überhaupt nur so lange dazu, weil ich glaube, daß in dieser Frage wir mit dem Blick auf 1975/76 und den Landtagswahlen zu einem fundamentalen Kontrapunkt zur Regierung kommen.

*Katzer:* Ich bin in der Sache absolut einig mit dem, was der Vorsitzende hier vorgetragen hat. Ich würde nur eine andere Betrachtung noch hinzufügen dürfen. Wenn es mit der CSU darüber eine Einigung gäbe, wäre das natürlich glorreich. Denn das würde für 1976, wie ich glaube, die wirklich entscheidende Stoßrichtung sein. Wenn es mit der CSU da keine Übereinstimmung gibt, dann würde ich allerdings sagen, müßten wir auf dem Parteitag diesen Punkt mit in unsere Überlegungen einbeziehen, ohne daß wir gesetzgeberische Maßnahmen natürlich für diese Legislaturperiode ankündigen

---

113 Vgl. Nr. 4 Anm. 27. – Entwurf des „Vermögenspolitischen Grundsatzprogramms“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CDU-Bundespartei in UiD Nr. 23 vom 5. Juni 1973 S. 5–8 und 25–28.

können, sondern dann muß das eben in die nächste genommen werden. Aber ich würde diesen Punkt unter gar keinen Umständen aufgeben. Ich halte das, wenn wir die Soziale Marktwirtschaft wirklich nicht nur hinhaltend verteidigen, sondern ins Bewußtsein der Leute bringen wollen, für den entscheidenden, zentralen Punkt der Auseinandersetzung der Zukunft, zumal wenn wir ihn mit der Mitbestimmungsfrage koppeln können.

*Dregger:* Wir sind alle in einer guten Stimmung. Ich glaube, wir sind alle der Auffassung, daß die Vermögensbildung entscheidend ist für die Stabilisierung der Sozialen Marktwirtschaft. Aber was wir hier dazu hören, das sind ja immer nur ganz allgemeine Thesen. Mir ist nicht klar, was mit dem Gewinn geschieht. Sollen daraus Anteilsrechte entstehen am Unternehmen oder was denn geschehen? Da gibt es Unterschiede beim Investivlohn, das sind Kosten, die sind steuerlich wirksam, die sind abzugsfähig. Beim Gewinn ist es anders, und das Modell der SPD ist ja im Grunde ein Gewinnsystem, also hier ist kein Kontrapunkt. Die Gewinne sollen zu Kapitalerhöhungen benutzt werden, und diese Kapitalerhöhungen sollen dann in einen zentralen Fonds gehen. Das geht vom Gewinn aus, das ist der fundamentale Unterschied zum Burgbacher-Plan, der nicht vom Gewinn ausgeht, sondern einen Investivlohn zahlt, der Kostenbestandteil ist. Ich kann mich jetzt nur mal mit dem Gedanken befreunden, aber ich kann mir das noch nicht vorstellen im einzelnen.

*Barzel:* Herr Kollege Dregger, ich will noch einmal verdeutlichen, was ich hier meine. Die Meinung ist zunächst geboren aus einer ganz primitiven publizistischen und demoskopischen Erfahrung. Wir haben wieder einmal, auch für Herrn Burgbacher, die falsche Bezeichnung gefunden, nämlich Beteiligungslohn. Darunter verstehen die Mitbürger, weil sie uns nicht trauen, jetzt wollen die die auch noch beteiligen an unserem Lohn. In Wirklichkeit wollen wir die Arbeitnehmer beteiligen am Ertrag. Wenn ich jetzt von Gewinn in dieser Weise spreche, nach dem letzten Sachverständigengutachten, von dem ich oft genug hier geredet habe, ist dies nicht mehr und nicht weniger als der Gedanke, den wir eines Tages hatten, wir müssen breitere Eigentumsstreueung machen. Keiner wußte, was das ist. Ich erinnere mich genau, da kriegten Herr Arnold<sup>114</sup> und Herr Erhard Aufträge, die nahmen die an und wußten auch nicht, was das ist. Dann hatte ich das Vergnügen, mit Herrn Schiettinger<sup>115</sup> das zu definieren. Heute

---

114 Karl Arnold (1901–1958), Schuhmachermeister; 1947–1956 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 86 Anm. 30. – Zur Einsetzung eines Bundesausschusses der CDU für Eigentum auf dem Berliner CDU-Parteitag 1952 (Protokoll S. 90) vgl. PROTOKOLLE 2 S. 462f.

115 Dr. Fritz Schiettinger (1909–1984), Volkswirt; 1942–1945 Hauptgeschäftsführer der IHK Metz, 1952–1955 Bundesgeschäftsstelle der CDU, 1955–1957 Geschäftsführer der IHK Düsseldorf, 1958–1963 Bundesministerium der Finanzen (1958–1961 in der Finanzpolitischen und Volkswirtschaftlichen Gruppe Leiter des Referates 1/Finanz- und wirtschaftspolitische Grundsatzfragen in der Bundesrepublik, 1960–1963 Leiter der Finanzpolitischen und Volkswirtschaftlichen Gruppe), 1964–1970 Bundesministerium für Wirtschaft (1964–1966 Leiter der Abteilung II/Gewerblicher Mittelstand, Absatzwirtschaft, Leistungssteigerung, 1966/67 Leiter der Abteilung VI/Geld und Kredit, 1968–1970 Leiter der Abteilung V/Außenwirtschaft und Entwicklungshilfe), 1970–1972 Vorsitzender des Tür-

weiß keiner, was eine Methode sein kann, um diesen Gewinnpunkt so zu erreichen, wie ich ihn hier formuliert habe. Aber daß dies geschehen muß und ein Auftrag an beide Parteien ist, das ist das, was mir heute notwendig war zu sagen, und dem sollten eigentlich alle versuchen können zuzustimmen.

*Katzer:* Herr Kollege Dregger, ich kann Sie verstehen, daß Sie sagen, ich habe an sich ein Faible dafür, aber man müßte ein bißchen mehr wissen. Für dieses Mehr-Wissen möchte ich drei oder vier Sätze Ihnen sagen, zumal der Satz kam, das ist doch so ähnlich wie bei der SPD. Genau das Gegenteil ist der Fall. Bei der SPD bedeutet die Abgabe, die Zwangsabgabe in einen Fonds, der auch nicht ausgezahlt werden kann, sondern in Papieren gewährt werden muß, in Anteilsscheinen, auf Sicht das Ende dieser Eigentumpolitik überhaupt. Dagegen muß ein Kontrapunkt gesetzt werden. Dazu reicht Burgbacher nicht mehr aus. Weder in der Höhe noch der Konstruktion in dem Punkte, weil wir ja den stärksten Widerstand leider haben bei unseren Mittelstandsfreunden, die natürlich jetzt sagen, das ist Lohnbestandteil. Die wehren sich ja immer bei uns, das war der Streit der Sozialpolitik über zehn Jahre, daß der Lohnbestandteilpunkt zu groß würde, weil lohnintensiv. Und hier sagen wir – und hier gibt es bei den Sachverständigengutachten, der Vorsitzenden hat es vorhin gesagt, eine Reihe von Denkansätzen, denen sind wir nachgegangen, weil die Sachverständigen darauf gestoßen sind –, wie ist das eigentlich, derjenige der Kapital hat und dieses Kapital in ein Unternehmen gibt, der muß für dieses Kapital eine Verzinsung bekommen, und er muß eine Risikoprämie bekommen, wenn er es statt sicher woanders unsicher anlegt. Das ist klar. Das jetzt abgezogen, verbleibt ein Rest, der wird normalerweise investiert und der soll auch weiter investiert werden. Nur ist die Frage, wem gehört der Rest, neu zu überdenken. Und hier kann man sich eben vorstellen, daß dieser Rest verteilt wird auf beide Teile partnerschaftlich. Er bleibt im Unternehmen, wird dann auf sieben Jahre festgelegt für die Arbeitnehmer und das plausibel gemacht. Das ist der zentrale, entscheidende Unterschiedspunkt. Und ich sage ehrlich, lassen Sie uns das jetzt draußen nicht furchtbar zerreden, lassen Sie uns nur diese Idee einmal hereinbringen, das finde ich wirklich so gut, daß wir das mit der CSU besprechen. Ich habe das mit vielen Leuten besprochen, auch mit Müller-Armack<sup>116</sup> und den Herren, die sagten, das ist wirklich eine Geschichte, die man angehen kann, wenn die CSU es mitmacht. Es ist gerade für den kleinen Unternehmer, der keine Gewinne hat, besser als der Burgbacher-Plan, so sagen mir diese Leute, mit denen ich gesprochen habe. Aber das ist die Grundidee. Nicht mehr und nicht weniger können wir heute hier sagen. Denn das andere Detail habe ich auch nicht. Nur müssen wir an die Arbeit gehen. Und deshalb wäre es gut zu wissen, ob der Vorstand mit so einer Linie einverstanden ist, daß wir sie verfolgen. Wenn es die CSU überhaupt mitmacht, ist es großartig. Wenn sie es nicht

---

kei-Konsortiums der OECD, Paris, 1972–1976 Präsident der Landeszentralbank Baden-Württemberg.

116 Dr. Alfred Müller-Armack (1901–1978), Hochschullehrer; 1952–1958 Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik sowie der Grundsatzabteilung im Bundesministerium für Wirtschaft. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 621 Anm. 40.

mitmacht, würde ich der CDU dringend empfehlen, das für ihre Politik mit nach vorne zu schieben. Das ist also in ganz kurzen Sätzen der Hintergrund.

*Barzel:* Ich darf dazu noch aus meiner Kenntnis als früherer Fraktionsvorsitzender mitteilen, daß in der Fraktionskommission „Eigentum“ man bei einer Grundsatzdiskussion dieses Problems auf die Notwendigkeit gestoßen ist, diese Grenze zu überschreiten, die ich hier genannt habe, und das ist, glaube ich, auch ohne Widerspruch bisher.

*Köppler:* Also, ich teile die Auffassung, daß das angesprochen werden muß im Sinne der Überschreitung der bisherigen Festlegungen in dieser Richtung. Ich würde nur bitten sicherzustellen, daß auch die übrigen mit der CSU gemeinsam – neben dem Burgbacher-Plan – in Wiesbaden festgelegten eigentumspolitischen Dinge nach wie vor Bestandteil sind.

*Barzel:* Kolleginnen und Kollegen, können wir in diesem Punkt in der skizzierten, heute morgen vorgetragenen Richtung, verfahren? Danke schön. Damit sind wir fertig außer dem Punkt „Wettbewerbsrecht“, zu dem wir nichts Neues zu sagen brauchen, weil wir da die Düsseldorfer Leitsätze<sup>117</sup> haben. Da wird nur die Fraktion sich überlegen müssen, daß in dieser Programmklarheit auch bleibt an der Schwelle zu den außenpolitischen Punkten.

Hier darf ich mit dem verfahrensmäßig einfachsten, in der Sache nachher am schwersten Punkt beginnen. Das ist die Frage des Sperrvertrages. Hierzu hatten wir uns in der Vergangenheit überwiegend mit Bedenken geäußert, also mit eher negativer Tendenz. Inzwischen gibt es, was wir nicht erwartet haben, was einige von uns nicht erwartet haben, das Verifikationsabkommen<sup>118</sup> zwischen Brüssel und Wien, so daß sich auf dem Hintergrund dieses Abkommens die Frage stellt, ob der eine Einwand, den wir hatten, nämlich der Diskriminierung der deutschen zivilen atomaren Entwicklung, vielleicht überholt ist. Dazu hat der Kollege Schröder heute morgen etwas gesagt. Das war ein Vorschlag zur Sache und zum Verfahren, dem ich mich nur anschließen kann. Es bleiben dann, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, zwei weitere Einwände, die wir früher formuliert haben. Der eine betraf den Zusammenhang mit Ostpolitik, Aufwertung DDR usw.; das wird genau zu prüfen sein. Der dritte Einwand, es waren vier, betrifft das europäische Problem. Das ist der härteste. Der vierte Einwand betrifft die künftige verteidigungspolitische Entwicklung in Europa und der fünfte die Brennstoffversorgung.

Wir haben im Präsidium uns darüber unterhalten, nachdem ich mit dem Kollegen Schröder, der im Präsidium zuständig ist, das erörtert hatte. Er hat den Auftrag gerne

---

117 Vgl. „Düsseldorfer Leitsätze über Wirtschaftspolitik, Landwirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Wohnungsbau vom 15. Juli 1949“ (Text im Internet: [http://www.kas.de/upload/themen/programmatik\\_der\\_cdu/programme/1949\\_Duesseldorfer-Leitsaetze.pdf](http://www.kas.de/upload/themen/programmatik_der_cdu/programme/1949_Duesseldorfer-Leitsaetze.pdf)).

118 Übereinkommen vom 5. April 1973 zwischen Belgien, Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, der Europäischen Atomgemeinschaft und der Internationalen Atomenergie-Organisation in Ausführung von Art. III Abs. 1 und 4 des Vertrages vom 1. Juli 1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (BGBl. 1974 II S. 794). Vgl. AAPD 1973 S. 415 Anm. 12.

übernommen, in dieser Sache die besondere Federführung zu haben. Der Fraktionsvorstand hat bereits mit Zustimmung der CSU beschlossen, hier eine Kommission einzusetzen unter Beteiligung der Parteien, weil auch hier Bundesratsprobleme und Landesprobleme sich stellen. Ich kann uns nur raten, diese Linie am Montag zur Sprache zu bringen, weil das ganze Verfahren, das sich hier andeutet, und die sachliche Prüfung der fünf Punkte, die ich nannte, natürlich abhängig sind davon, ob hier nicht jemand aus allgemeinen, eher philosophisch-politischen Gründen sagt, das ist sowieso eine Kröte, die man nicht fressen darf. Das sollte besprochen werden mit dem Ziel, eine solche Position nicht zu haben, sondern in den Einzelheiten das zu prüfen unter dem Vorsitz des Kollegen Schröder. Ich glaube, daß das nur bedeutet, daß wir hier unsere bisherigen Einlassungen überprüfen aufgrund der bisher nun eingetretenen Wirklichkeiten. Und ich würde auch an dieser Stelle, wenn wir klug beraten sind, tentative line noch nicht sagen. Wir prüfen das mit einer Hoffnung auf positive und negative Entscheidung. Ich weiß zwar, daß die Auswärtige Kommission der Partei uns empfehlen würde, wenn sie jetzt – sie ist anwesend durch ihren Vorsitzenden<sup>119</sup> – mit einer positiven Tendenz an die schlußendliche Prüfung nach dem Wiener Abkommen nun heranzugehen. Wir sollten das zur Vermeidung von überflüssigem Streit offenlassen, aber hierbei, und deshalb rede ich so lange, natürlich die allgemeinen Punkte zur Außenpolitik, die ich versuchte zu sagen, nicht übersehen und nicht vergessen. Wenn wir das also mit der CSU erreichen – unter Vorsitz von Schröder prüft diese Kommission anhand der bisherigen Einlassungen von uns und von den Beteiligten Wissenschaft und Wirtschaft die Lage –, wäre dies gut. Ich würde nicht für Montag – ich weiß sehr gut, wovon ich rede – empfehlen, die Tendenz der schlußendlichen Abstimmung vorher deutlich zu machen. Und jeder von uns wird sagen, nun lassen wir das doch positiv jetzt auch entscheiden. Das wollen wir uns genau ansehen. Aber ebensowenig, dann höre ich auch auf, können wir die gegenteilige Tendenz a limine von der kleineren Partei entgegennehmen.

*Kiep:* Wir sind offen in dieser Frage.

*Barzel:* Aber beide Seiten offen. Es kann nicht sein, daß es in dem Gespräch heißt, ja gut, aber wir wollen das sowieso ablehnen oder sowieso zustimmen. Das wäre die verkürzte Darstellung.

*Kiep:* Ich weiß nicht, Herr Vorsitzender, ob wir vorhaben, etwas in die Details einzusteigen. Wahrscheinlich wäre es dazu zu spät. Ich möchte nur einen Gedanken noch hier anmelden, der in der Prüfung des Atomsperrvertrags natürlich eine besondere Rolle spielt. Das ist die Frage, inwieweit in Zukunft das Geschäft unserer englischen und unserer französischen Freunde – für die weitere Zukunft der englischen und französischen atomaren Kapazität – und im Hinblick auf mögliche Ergebnisse der zweiten oder dritten SALT-Runde<sup>120</sup> denkbare Entwicklungen die weitere finanzielle Betei-

---

119 Walther Leisler Kiep.

120 Die zweite Runde der zweiten SALT II-Gesprächsreihe zwischen den USA und der UdSSR fand vom 12. März bis 17. April 1973 in Genf statt. Die dritte Runde der zweiten Gesprächsphase begann am 4. Mai 1973 ebenfalls in Genf (vgl. AAPD 1973 S. 648 Anm. 3). Die vierte Runde der zweiten Gesprächsphase fand vom 18. bis 25. Juni 1973 in

ligung der Bundesrepublik Deutschland in diesem Zusammenhang mitüberlegt werden müssen. Das wollte ich nur einmal sagen. Im übrigen glaube ich, daß wir in den Gesprächen vielleicht auch zu allen außenpolitischen Fragen – und das war an sich auch die Meinung der Außenpolitischen Kommission – einen Punkt erreichen wollten oder erreicht haben, wie ich meine, wo wir weder unter einem Zwang zum Ja noch einer Verpflichtung zum Nein stehen, sondern wo wir eigentlich die kommenden außenpolitischen Fragen mit großer Offenheit prüfen sollten und wo wir nicht in irgendeiner Weise uns von vornherein in die eine oder andere Richtung festlegen sollten. Das scheint mir deshalb wichtig, damit wir Wiederholungen all der Dinge, die wir erlebt haben, und über die wir heute gesprochen haben, nicht erleben, sondern wenn wir Meinungsverschiedenheiten erkennen, dann eben die Dinge auf einer kleinen Flamme kochen können, und erst einmal untereinander besprechen.

*Vogel:* Ich kann vielleicht anschließen an das, was Herr Kiep gesagt hat. Wenn die Auffassung ist, wir sollten die Frage jetzt offenhalten, auch keine bestimmte Tendenz in dieses Gespräch einführen, kann ich das nicht beurteilen. Das ist eine Sache, die die Sachverständigen beurteilen können. Ich meine aber, daß dazu gehört, man sollte vor allen Dingen mit Herrn Strauß und einigen anderen aus der CSU besprechen, daß nicht durch den Gebrauch eines bestimmten Reizvokabulars Tendenzen in die Diskussion kommen, die sich hinterher wie eine Festlegung auf eine bestimmte Tendenz auswirken könnten. Ich halte das für eine ganz wichtige Sache. Wenn wir also offen in die Diskussionen gehen, dann auch ehrlich, dann auch im Gebrauch des Vokabulars. Ich will jetzt nicht sagen „Super-Versailles“, das wird vielleicht ein bißchen frech sein, aber ähnliches könnte ja wieder aufkommen.

*Schröder:* Ich möchte das unterstreichen, was Herr Vogel und vorher Herr Kiep ähnlich gesagt haben. Das wichtigste bei dieser Sache ist, daß wir nicht konfrontiert werden mit Äußerungen vorweg. Das muß natürlich auf beiden Seiten gelten. Das ist ja klar. Denn manche Schwierigkeiten haben wir nur deswegen, weil Kollegen sich vorher schon so dramatisch festgelegt haben, daß es eben nicht mehr auszuräumen war.

*Barzel:* Keine Einwendungen. Es wird so gemacht.

Nächster Punkt: Prag. Hier müssen wir, wenn ich jetzt mal vom eigenen Interesse der CDU spreche, vor einem Gespräch mit der CSU daran denken, daß die Fragen unserer sudetendeutschen Mitbürger, um die geht es ja im Grunde, keine Prämie für einen von uns beiden werden. Das ist nicht bei der CSU besser aufgehoben als bei der CDU, obwohl da viele Sudetendeutsche wohnen. Ich kann nur sagen, das kann überhaupt erst entschieden, geprüft werden, wenn der Text daliegt. Denn hier kennt jeder, daß es nicht nur aufs Wort, sondern auch aufs Komma und auf das Wort davor und dahinter, also auf das, was man im guten neuen Deutsch Kontext nennt, ankommt. Ich würde also auch hier sagen, wir werden dies prüfen anhand der Prinzipien unseres Programms. Da gibt es ja dazu einige Sachen im Berliner Programm, ohne vorher die Tendenz festzulegen, weil uns das nicht gerecht wird. Das wäre unsachlich, eine Ten-

---

Washington und die fünfte Runde vom 25. September bis 16. November 1973 in Genf statt (vgl. AAPD 1973 S. 1412 Anm. 3).

denz festzulegen, ohne den Text zu kennen. (*Zwischenruf.*) Der Text ist überhaupt nicht bekannt. Ich würde jede Information, die ich habe, geben, ich weiß nichts, außer dem, was ich in den Zeitungen lese, Gerüchte, die ich höre. Ich weiß nichts.

*Kiep:* Ich kann nur einen Bericht von Herrn Becher wiedergeben, mit dem ich darüber gesprochen habe. Herr Becher hat ein Gespräch mit Herrn Frank gehabt, und die Tendenz dieser Information, die er dort bekommen hat, von der er aber sagt, daß sie noch nicht den endgültigen Inhalt wiedergibt, ist, daß eine Art von „ex tunc“-Lösung für die Bundesrepublik Deutschland abgegeben wird. Ich habe Herrn Becher, glaube ich, richtig verstanden dahingehend, daß er sagt, wenn sich dies tatsächlich als wahr erweisen sollte, dann wäre das eine Grundlage der Diskussion, so etwa Becher.

*Barzel:* Wobei dann natürlich Herr Becher informiert worden ist oder konsultiert worden ist als Vorsitzender der Landsmannschaft. Für uns als Politiker bleibt selbst bei dieser Formel die fundamentale Frage zu lösen, zu beantworten, ob damit etwa in einem völkerrechtlichen Vertrag zum ersten Mal die Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches aufgegeben ist. (*Unruhe.*) Ich bin immer vorsichtig.

*Vogel:* Ich kann nur aus einem Gespräch, das ich mit dem Kollegen Bismarck<sup>121</sup> über diese Frage hatte, der bei dem Gespräch bei Herrn Frank wohl dabei war, entnehmen, daß sie beide unterschiedliche Auffassung sind in der Bewertung dessen, was Herr Frank dort als möglich vorgelegt hat. Das heißt also, bei denen, die hier unmittelbar betroffen sind und unmittelbar auch in der Materie stecken, gibt es bereits unterschiedliche Beurteilungen, ob man es machen kann oder nicht. Der eine neigt mehr dazu, man könne es machen, der andere, man könne es nicht machen. Deshalb auch hier wirklich Mahnung zur Vorsicht, wenn die Auseinandersetzung darüber beginnt.

*Schröder:* Ich möchte daran anknüpfen. Nach meiner Meinung ist es auf jeden Fall gut – mindestens sollten wir es erwägen –, ob man nicht doch ein Gremium zusammenbringt, so unzulänglich das im Augenblick erscheinen mag, das sich eben rechtzeitig mit der Frage beschäftigt hat. Wenn etwas passiert, wenn formuliert wird, publiziert wird, wenn dann die Äußerungen losgehen, können wir uns wieder unter Umständen schädlicher Weise festlegen. Deswegen würde ich im Grunde eine vorsichtig an die Sache herangehende Kommission ganz gut finden, wenn das möglich ist.

*Stingl:* Ich muß leider bestätigen, was der Herr Vorsitzende sagt – nicht aus der Information von Herrn Becher –, daß die Gefahr besteht, daß eine Formel gesucht wird, die die Rechtsnachfolge der Bundesrepublik für das Reich gefährdet. Da glaubt man am besten herauszukommen. Das hat im übrigen zur Folge, daß dann natürlich die Tschechoslowakei ihre Kontinuität damit wiederherstellen will, die sie selbst aufgegeben hat. Ich meine, es ist ja bekannt, daß sie selber z. B. Herrn Paul<sup>122</sup> einen Fremdenpaß ausgestellt hat in Prag nach der Besetzung des Sudetenlandes und ähnliches, wobei sie selber als für uns ihre Kontinuität bescheinigt bekommen, während unsere aufgelöst wird. Das ist die große Gefahr. Dies ist dann kein sudetendeutsches Problem mehr.

---

121 Philipp von Bismarck.

122 1938. – Vgl. S. 273 Anm. 100.

*Barzel:* Ich will einmal die Gefahr sagen: Die Sudetendeutschen kommen in Ordnung und die gesamtdeutschen Probleme gehen baden.

*Stingl:* Das ist genau der Stand, den ich einnehme.

*Barzel:* Völkerrechtlich, was wir bisher bei der Regierung gehört haben, sie könne das nicht, weil da die Alliierten angesiedelt seien.

*Stingl:* Die Information ist also nicht nur die von Herrn Becher und Wittmann<sup>123</sup>.

*Dregger:* Wir prüfen es offen, aber ich glaube, wir können doch sagen, daß man zurückhaltend offen das prüft. Wir haben keine besondere Verpflichtung gegenüber Herrn Husak<sup>124</sup> und gegenüber dieser Tschechoslowakei, die unsere Landsleute vertrieben hat. Beim Atomsperrevertrag konsolidieren, zurückhaltend offen. (*Unruhe.*)

*Barzel:* Keine Festlegung vorher, das hat gar keinen Zweck.

*Kraske:* Ich bin sehr für gründliche Prüfung, aber, Herr Dregger, die Formel „zurückhaltend offen“ geht wirklich in eine andere Richtung, als es meine Überzeugung ist. Ich sage Ihnen ganz offen: Die Tschechen haben sich verbrecherisch benommen bei der Austreibung unserer Landsleute. Die Nazis haben sich vorher mindestens so verbrecherisch benommen. Und deswegen ist dies für mich nicht eine Seite, sondern zwei Seiten, die sich gegenseitig aufheben. Und wir müssen jetzt, wenn die rechtlichen Voraussetzungen in einer anständigen Weise geklärt sind, auch hier nach vorne. Aber mit „zurückhaltend offen“ bin ich nicht der Meinung. Auch da würde ich – offen, gründliche Prüfung jawohl –, aber jetzt nicht hier programmatische Zurückhaltung vereinbaren.

*Barzel:* Meine Damen und Herren, ich habe ja gesagt, offen, und darauf hingewiesen – ich hätte es mir ja ganz leicht machen können, wenn ich etwas anderes wollte –, daß es nicht nur ein sudetendeutsches Problem ist.

*Stingl:* Ich will es noch einmal sagen, ich habe es unlängst schon geschrieben.<sup>125</sup> Gleichgültig wie übrigens eine Vertragsregelung für die Beziehungen kommt, muß ein Wort gesagt werden zur Frage Vertreibung. Ich habe vorigen Sonntag auch wieder vor Vertriebenen gesprochen. Es ist für die mindestens ebenso wichtig, daß man ihnen sagt, es wird euch nichts passieren, ihr werdet nicht eingesperrt, daß einmal auch gesagt wird, es bleibt ein Unrecht, daß die Vertreibung da ist. Also nach vorwärts etwas sagen, damit dies Schicksal Menetekel ist, daß nicht irgendwo wieder durch Vertreibung Regelungen erstrebt werden.

---

123 Dr. Fritz Wittmann (geb. 1933), Jurist; 1952 CSU, 1956–1959 Landessekretär der JU Bayern, 1961–1963 Richter am Landgericht München, 1963–1967 Referent im Bundesministerium der Justiz, 1967–1971 Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, 1971–1994 und 1996–1998 MdB.

124 Gustáv Husák (1913–1991), tschechoslowakischer Politiker; 1933 KP der Slowakei, 1946–1950 Chef der slowakischen Landesregierung, 1950 Enthebung aus allen Ämtern, Verhaftung und 1954 Verurteilung zu lebenslanger Haft, 1960 Amnestie, 1963 Rehabilitation, 1963–1968 Tätigkeit am Institut für Staat und Recht der Akademie der Wissenschaften, 1969–1987 Generalsekretär der KP, 1975–1989 Staatspräsident.

125 Stellungnahme der Ackermann-Gemeinde zu den deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen vom 24. Januar 1971 in ACDP Dokumentation 10/2.



*Dregger:* Ich will niemanden auf das „zurückhaltend“ verpflichten. Sagen Sie offen, für meine Person sage ich zurückhaltend offen.

*Barzel:* Also, gegen eine Stimme, offen.

*Dregger:* Noch nicht gegen eine Stimme. Das heißt kritisch. (*Unruhe.*)

*Barzel:* Wollen wir abstimmen? Es ist nicht nötig?

*Katzer:* Entweder die Sache ist offen oder sie ist nicht offen.

*Kiep:* Ich finde das auch.

*Dregger:* Einverstanden. Offen.

*Barzel:* Danke, meine Damen und Herren, damit kommt der Punkt, den ich kurz wie folgt ...

*Kiep:* Darf ich noch ein Wort sagen zur Außenpolitik? Ich wollte noch zu einem Punkt sagen, wo wir uns auch, glaube ich, vorbereiten müssen, daß die Regierung in nächster Zeit konfrontiert werden wird mit ganz erheblichen Forderungen auf Reparationen oder wie immer wir das nennen wollen. Vielleicht sollte das auch mit in die Überlegungen einbezogen werden.

*Barzel:* Das lehnen wir doch ab. Das ist bekannt. Meine Damen und Herren, ich bitte noch für wenige Minuten, weil das aus meiner, hier vorher abgestimmten Traktandenliste der letzte Punkt ist, und der umfaßt mehrere Probleme. Er umfaßt sowohl die Frage, die wir in dem Kommuniqué angesprochen haben, die Lage nach Grundvertrag UNO-Beitritt usw., wie das Problem sich stellt auf dem Boden von Realitäten, die gegen uns geschaffen sind, wie die Notwendigkeit, wenn wir klug sind in der nächsten Woche, die Frage, die ich wirklich von den westlichen Nachbarn nicht mehr hören kann: Was ist mit Helsinki und Wien?<sup>126</sup> Seid ihr auch da dagegen, weil da die DDR am Tisch sitzt? Kurzum, die Frage in einer ausgewogenen und nach vorgehenden Formulierung zu beantworten. Ich habe deshalb ja heute morgen aus dem Bundesparteiausschuß vom vergangenen Juni vorgelesen. Daß wir natürlich keinen Zweifel daran lassen können, *pacta sunt servanda*, unsere Politik, die wir wollen und die wir auch völkerrechtlich und politisch vertreten können, ist in dem 17. Mai 1972 formuliert. Auf diesem Standpunkt stehen wir, und wir stehen auf dem Standpunkt einer prinzipiell positiven Würdigung der Konferenzen in Helsinki und Wien, wie dies unser Wiesbadener Programm ja ausweist, und wie ich dies im einzelnen vor dem Bundesparteiausschuß am 2. April<sup>127</sup> ja vorgetragen habe, und das ist ja auch in dem Text von damals enthalten. Ich will dazu keinen Satz mehr sagen, weil das dann Mißverständnisse geben könnte. Aber hierüber müssen wir natürlich sprechen, weil wir sonst nicht wissen, wie wir uns irgendwann – was Partei und Fraktion betrifft, das sind Fragen des Zeitpunkts, der Taktik, der Formulierung – in dieser Frage einlassen können. Aber die Marschrichtung, die wir hier – mehr können wir ja nicht – besprechen wollen, sollte auch noch klar sein. Da ich zu dieser Frage – es gab ja vorher eine einzige Anmerkung des Kollegen Lorenz zu einem Unterpunkt einer Formulierung aus dem gesamten Bereich der Deutschland- und Ostpolitik – Anmerkungen nicht gehört habe, würde ich

---

126 Vgl. Nr. 34 Anm. 13 und 14.

127 Protokoll in ACDP 07-001-612.

glauben, daß wir das als einen Besprechungspunkt mit dieser Richtung am Montag ansprechen sollten. Wien, Helsinki, also einmal die Sorge, daß wir nicht gegen diese Konferenzen sind, weil da die DDR ist. Und zweitens, daß wir natürlich die Verträge halten, aber sie interpretieren in der Richtung vom 17. Mai, und z. B. deshalb den Leuten in Helsinki sagen, stop, wenn ihr hier versucht, aus Grenzen, die vorläufig beschrieben sind, endgültige Regelungen zu machen. Also wie am 2. April. Das hatte ich auch vor der Fraktion gesagt. Das ist derselbe Text, das ist sehr abgewogen und auch juristisch vorher geprüft. Sind wir damit einverstanden?

Meine Damen und Herren, ich habe jetzt nur noch einen einzigen Punkt, der damit zusammenhängt. Es ist sicherlich notwendig, dies hat das Präsidium aus klimatischen Gründen empfohlen, auch mit der CSU zu sprechen, nämlich, daß das nun aufhört, und zwar hin und her wegen des 17. Mai des vergangenen Jahres einander Vorwürfe zu machen. Man soll niemanden zwingen, vor allen Dingen nicht einen ausgeschiedenen Fraktionsvorsitzenden, der im Vollbesitz aller Akten ist, nun etwa öffentlich die Geschichte vom 17. Mai darzustellen, dies ist in der „Frankfurter Allgemeinen“ ja schon hinlänglich, aber keineswegs ausführlich genug und in den Tendenzen der Wirklichkeit keineswegs ausführlich genug geschildert.<sup>128</sup> Dies sollten wir auch zur Sprache bringen. Ich glaube, daß diese Bitte des Präsidiums vernünftig ist. Wenn die Führung geschlossen ist, entschlossen ist, selbst wenn es dort Eiterbeulen geben sollte, die müssen mal zuwachsen, muß man sich entschließen, sie zuwachsen zu lassen, und sie nicht immer wieder zum Aufplatzen freizugeben. Das ist der Punkt, der hier auch noch eine Rolle spielt.

Meine Damen und Herren, damit kann ich also nach den Erörterungen zur Sache feststellen, daß wir in der Tendenz der künftigen Politik übereinstimmen und daß damit auch all das, was ich heute morgen gesagt habe, schmückende Beiworte weggenommen, keinen Widerspruch gefunden hat. Das ist das Ergebnis der Beratungen von heute abend.

*Katzer:* Ich gehe jetzt von der Annahme aus, daß das, was heute im Verlauf des Tages dazu gesagt worden ist, Bestandteil des Gesprächs bleibt. Ich habe hier notiert: 1. vierte Partei muß weg, der Punkt ist klar. 2. Dann hat der Kollege Filbinger eine Reihe von Anregungen gemacht, werden die aufgenommen? Das ist also die Sonder-sitzung der CSU während der Tagung der Fraktion. Daß dann CDU-Tagungen auf der andren Seite stehen. (*Zwischenruf.*) Entschuldigung, wenn während einer Fraktionssitzung ein Teil der Fraktion herausgeht, dann stellt sich die Frage für mich, ob der andere Teil der Fraktion dann dasselbe tut. (*Unruhe. – Barzel:* Wenn der Landesvorsitzende der hessischen CDU damit andeuten will, daß er also auch eine selbständige Einheit will, dann muß er dies hier sagen.) Ich spreche von den Anregungen, die der Kollege Filbinger gegeben hat, die ja überhaupt nicht abgestimmt worden sind. Das waren Anregungen, und ich mache jetzt hier, so wie in anderem Punkten, den Versuch einer Verdeutlichung, was habe ich darunter zu verstehen. Er hat auf meine Bitte hin gesagt,

---

128 Vgl. die ausführlichen Berichte zur Haltung der Union in der FAZ vom 16., 17. und 18. Mai 1972.

wenn das da auf der einen Seite geschieht, dann muß das auch auf der CDU-Seite geschehen. Soll das angesprochen werden? Er hat dann gesagt, der erste Stellvertretende Vorsitzende sollte der CSU-Vorsitzende sein. Sollte das angesprochen werden? Das ist ja offengeblieben, das ist ja weder so noch so abgestimmt worden, und deshalb muß es hier erörtert werden. 3. Stoltenberg hat die Frage der Rolle des Wirtschaftssprechers/Finanzsprechers angesprochen. Wie steht dies? Oder es war von Weizsäcker. Das sind ja drei Punkte, die für die Fraktion von erheblicher Bedeutung sind. Ich würde also der Meinung sein, wir müssen uns darüber jetzt doch unterhalten dürfen. Sollen diese Anregungen, die ja auf meinen Zwischenruf von Filbinger erfolgt sind bzw. von von Weizsäcker, als Anregungen bleiben oder wollen wir die in irgendeiner Form, wie auch immer, aufgreifen?

*Windelen:* Ich bin in der Sache in allen drei Punkten gleicher Meinung. Wie Herr Filbinger, Herr von Weizsäcker und Hans Katzer halte ich es auch nicht für gut, wenn Fraktionssitzungen unterbrochen werden und Gruppenentscheidungen fallen. Gleichmaßen hielte ich es für nützlich, daß eine engere personelle Verklammerung bei der Partei und der Fraktion erfolgte. Das dritte war Wirtschaftssprecher. Aber ich würde sagen, wir sollten uns für das Gespräch am Montag auf die Beschlüsse konzentrieren. Daß über diese Dinge Anregungen an den Vorstand und an das Präsidium gehen, halte ich für nützlich und zweckmäßig. Aber ich würde hier einen Unterschied machen zwischen den Beschlüssen, die wir hier ausdrücklich gefaßt haben, und den weiteren Punkten, die erörtert werden müssen.

*Barzel:* Wobei das bis dahin Beschlüsse waren.

*Kraske:* Ich möchte nur zu dem ersten Punkt von Herrn Katzer etwas sagen. Ich finde es ein nahezu historisches Recht der CSU-Landesgruppe, daß sie an einem bestimmten Zeitpunkt – früher, glaube ich Montagabend, 18.00 Uhr – irgendwann tagt, um die Woche vorzubereiten. Aber, unser Vorsitzender hat, als der eigentlich auf diesem Feld Erfahrene, gesagt, es hätte zwei Sonderfälle gegeben, nämlich Unterbrechung einer Abstimmungsprozedur für Sondersitzung der CSU 16. Mai 1972 und jetzt also 8. Mai 1973<sup>129</sup>. Ich kann nur sagen, wir wären gut beraten, wenn wir sagen würden, wenn solche Anträge gestellt werden während einer Fraktionssitzung, bedeutet das in Zukunft automatisch, daß es eine CSU-Sondersitzung und eine CDU-Sondersitzung gibt. Und als Mitglied der nordrhein-westfälischen oder der rheinischen Landesgruppe würde ich sagen, wenn ich hier sagen wollte, daß es eine CSU-Sitzung und eine rheinische und eine westfälische und eine hessische Sitzung gibt, dann bedeutet das die Auflösung der CDU als Bundespartei. Hier geht es nun wirklich nicht um Bayern, Baden-Württemberg – das deutsche Volk vereinigt in seinen Stämmen –, sondern hier geht es um die CSU und die CDU und die CDU ist eine Partei für das Bundesgebiet außerhalb von Bayern. Ich sage allen, die die Ereignisse in dieser Woche beklagen und dabei ausgesprochen oder unausgesprochen den Rücktritt von Herrn Barzel – er hätte

---

129 Die Fraktionssitzung am 16. Mai 1972 wurde von 18.25 bis 19.32 Uhr unterbrochen (Protokoll in ACDP 08–001–1030/1). Zur Unterbrechung der Sitzung am 8. Mai 1973 vgl. Anm. 43.

uns das doch vorher sagen müssen –, und da gibt es ja einige: Wenn wir diese Praxis schon in dieser Woche gehabt hätten, und wir hätten während der CSU-Sitzung eine CDU-Sitzung gemacht, die wir allein aus Loyalität nicht gemacht haben, um nämlich unsererseits nicht der Spaltung der Fraktion Vorschub zu leisten, wäre vielleicht manches ein bißchen anders gelaufen. Das ist vergossene Milch, aber für die Zukunft kann ich nur sagen, wenn in solchen Situationen die CSU ausschert zu einer Sonderberatung, kann ihr das niemand abstreiten, aber das soll die automatische Folge haben, dann berät der CDU-Teil eben auch. Wir sollten uns nie danach drängen, aber dies muß die Konsequenz sein, und das muß feststehen.

*Köppler:* Zu der Frage Unterbrechung von Fraktionssitzungen auf Wunsch der CSU teile ich völlig die Meinung, die eben Konrad Kraske gesagt hat. Man sollte sich darüber einig sein, daß das nicht vorkommen sollte. Wenn es in gewichtigen Fragen wirklich einmal vorkommt, sollte Automatismus eintreten, daß dann die CDU, der Bestandteil CDU der Gesamtfraktion, tagt. Zu den anderen Vorschlägen, die Filbinger gemacht hat, also insbesondere die institutionelle Abrede, daß der Parteivorsitzende der CSU erster stellvertretender Fraktionsvorsitzender werden soll, da habe ich große Bedenken, das einzuführen. Ich denke auch an den Parteivorsitzenden der CDU dabei. Ich meine, man sollte sowohl diesen Punkt als auch den Punkt von Herrn von Weizsäcker, d. h. die Frage der Effizienz oder Nichteffizienz des Wirtschaftssprechers, jetzt nicht befrachten mit einem Beschluß des Bundesvorstands der CDU. Wenn ich richtig verstanden habe, sind wir uns alle darüber einig, daß im Grunde an den Anfang oder an passende Stelle des Montag-Gesprächs die Anregung von Herrn Kiesinger gehört, über den Umgang miteinander zu reden, über das Präjudizieren durch öffentliche Erklärungen, von denen der andere nichts weiß usw. Vielleicht sollte man, wenn dieses Thema läuft und der Verlauf der Diskussion das notwendig macht, auch auf das Thema Wirtschaftssprecher, auch auf die Frage der Einbindung – denn das war ja der Hintergrund von dem, was Herr Filbinger sagte, der Einbindung des Fraktionsmitgliedes, das zugleich Vorsitzender der CSU ist –, in die Solidarität der Fraktion dann ein offenes Wort reden. Aber ich warne davor, jetzt hier, wie wir zu allen anderen Punkten Marschrichtungen beschlossen haben, in dieser Frage dem Präsidium etwas mit in dieses schwierige Gespräch zu geben.

*Blüm:* Ich wollte nur auch der Vollständigkeit, der Information halber sagen: Wenn das Thema „selbständige Sitzungen der CDU“ nicht in dem Gespräch mit der CSU am Montag besprochen wird, wird es sicherlich in einer der nächsten Sitzungen der Fraktion besprochen werden, weil die Arbeitnehmergruppe in ihrer Sitzung in der vergangenen Woche sich sehr einmütig dazu entschlossen hat, dies der Fraktion vorzuschlagen, aus Gründen des Selbstbewußtseins dieser Partei. Denn es verschiebt ja völlig die Mehrheit und die Meinungsbildung in der Fraktion, wenn ein Teil auf Vordermann gebracht ist und dann sich mit der Minderheit des zweiten Teils verbündet, wenn der zweite Teil auf Vordermann gebracht ist – ich liebe es übrigens nicht, auf Vordermann gebracht zu werden. (*Unruhe.*) Ich bin für das Gleichgewicht der Partner auch in der Fraktion. (*Unruhe.*)

*Dregger:* Das sollte alles erörtert werden in der Fraktion, und die Anregungen dazu

heute abend waren interessant. Ich wollte nur hinzufügen, daß doch ein Bedürfnis dazu besteht, in einer kleineren Gruppe sich einmal zu unterhalten. Eine Diskussion ist schwierig, wenn sie in einem großen Kreis geschieht. Dieser Unterschied ist mir deutlich, weil ich aus einer Landtagsfraktion in die Bundestagsfraktion gegangen bin. Man erfährt sehr viel mehr, und man kann sich sehr viel besser aussprechen unter Kollegen, wenn man in einer kleineren Gruppe ist, und gerade auch in dieser letzten Frage, die wir erörtert haben, waren für mich Informationen (*Zwischenruf*) sehr interessant, die ich in der Gesamtfraktion nie bekommen habe, jedenfalls nicht bewußt, von meinen Kollegen von der Rechtsabteilung, die das beisteuern konnten. Aber das schließt sich ja nicht aus, die Gruppen können sich treffen.

*Windelen:* Ich wollte nur nachträglich sagen, daß meine Befürchtungen hinsichtlich dieses weiteren Ablaufs widerlegt worden sind. Ich wolle also nachträglich sagen, wenn ich das gewußt hätte, wie das hier läuft, hätte ich mit Ja gestimmt. (*Heiterkeit.*)

*Echternach:* Nachdem wir uns hier der Mühe unterzogen haben, die Marschroute für das Präsidiumsgespräch am Montag vorzubereiten, wäre es vielleicht sehr nett, wenn das Präsidium dann auch die nicht dem Präsidium angehörenden Vorstandsmitglieder vom Ergebnis informieren würde.

*Barzel:* Dies ist unser pleasure. Dankeschön.

#### VERSCHIEDENES

*Stingl:* Ich schließe mich Windelen an, ich habe ja auch dagegen gestimmt, bin ja auch wiedergekommen. Besteht die Gefahr oder – wie soll ich es nennen – die Überlegung, daß im Präsidiumsgespräch die Frage der ausländischen Arbeitnehmer drankommt? Die Bayern haben als einziges Land da eine Maßnahme ergriffen, die bayerische Staatsregierung, die anderen nicht.<sup>130</sup> In der öffentlichen Diskussion lag es nicht. Ich glaube, es wird nicht kommen. Dann eine Mitteilung mit der Bitte um Verständnis. Ich kann leider am 25. nicht hier sein, weil ich auf Einladung der türkischen Regierung in der Türkei bin.

*Barzel:* Die erstgenannte Frage, Kollege Stingl, werden wir behandeln. Ich weiß nicht, ob schon bei der nächsten Vorstandssitzung, es gibt dazu Empfehlungen unserer zuständigen Kommissionen, ich kenne sie auch noch nicht genau.

*Kraske:* Ich habe zum Punkt Verschiedenes nur folgende Bitte an den versammelten Rumpfvorstand. Wenn wir den Parteitag vom 7. bis 10. Oktober, zweiten Teil, so ernst nehmen, wie ich dies für nötig halte und wie wir dies beschlossen haben, kommt der Vorstandssitzung in 14 Tagen, und zwar der Klausursitzung von Freitagmittag bis einschließlich Samstag eine unvermindert große Bedeutung zu. Ich weiß von Anfang an, daß das für unsere hessischen Freunde ein Problem ist, das ließ sich nicht ausschlie-

---

130 Die bayerische Staatsregierung hatte beschlossen, ausländische Arbeitskräfte nur dann zu vermitteln, wenn inländische nicht zur Verfügung stünden, vgl. „Münchener Merkur“ vom 13. April 1973 „Opposition attackiert CSU-Konzept zur Ausländerbeschäftigungspolitik“.

ßen. Aber ich möchte für alle übrigen sagen, daß wir diesen Termin vor, glaube ich, drei Monaten festgelegt haben und daß ich deswegen sagen würde, auch wenn unmittelbar danach Personalentscheidungen stattfinden und dieser Vorstand sozusagen übergreifend nicht auf den Juni, sondern auf den Oktober zielt, daß dies wirklich eine allererste Priorität haben sollte. Denn wir haben hier eine Mehrzahl, eine Vielzahl von vorliegenden Papieren zu verabschieden, die dann nach diesem 25. Mai in die Partei hinausgehen sollen zur Diskussion, und deswegen bitte ich Sie also alle, dieses letzte Mal, ihr Mandat als gewählte Vorstandsmitglieder dieser Periode wahrzunehmen, auch wirklich voll wahrzunehmen, einschließlich der Präsidiumsmitglieder und -mitgliederinnen. (*Unruhe*)

*Barzel:* Meine Kolleginnen und Kollegen, dies war ein langer Tag, in der Sache ein guter Tag, alles andere wird man sehen. Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Bonn, Freitag 25. Mai 1973

*Sprecher: Amrehn, Barzel, Blüm, Carstens, Dregger, Echternach, Filbinger, Göb, Gölter, Hahn, Hasselmann, [Hennig], Katzer, Kiep, Köppler, Kohl, Kraske, Lampersbach, Langguth, Müller-Hermann, Pieroth, Stoltenberg, Vogel, von Weizsäcker, Wex, Windelen, Zimmermann.*

*Politische Lage. Beratung der Vorlagen zu den Themen: Medienpolitik, Eigentumspolitik, Bodenrecht, Berufliche Bildung, Grundsatzkommission. Bericht der Organisationskommission. Bundesparteitag 1973. Etat der Bundesgeschäftsstelle für 1973. Verschiedenes.*

*Beginn: 14.00 Uhr*

#### POLITISCHE LAGE

*Barzel:* Ich eröffne unsere Vorstandssitzung, heiße Sie herzlich willkommen und begrüße ganz besonders herzlich den Kollegen Carstens, den neuen Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, und wünsche ihm bei der wahrscheinlich einzigen Beratung, die er mit diesem auslaufenden Bundesparteivorstand hat, eine gute Zusammenarbeit. Aber ich denke, ich darf darüber hinaus ihm Glück und Gottes Segen und viel Kraft für dieses schwere Amt wünschen. (*Beifall.*)

Meine Damen und Herren, ich begrüße mit herzlichem Dank für termingerecht geleistete, überwiegend als hervorragend qualifiziert bezeichnete Arbeit den Kollegen Zimmermann, den Vorsitzenden der Medienkommission, Herrn Kollegen Gölter, berufliche Bildung, Herrn Göb, Bau- und Bodenrecht, und Herrn Pieroth, der zusammen mit Herrn Burgbacher der Eigentumskommission vorsitzt. Wir danken herzlich für die Arbeit und daß Sie so freundlich sind, hier heute zu uns zu kommen.

Ich möchte eigentlich, wenn Sie einverstanden sind, darauf verzichten, nun zur Lage, von Herrn Breschnew bis zu anderen Problemen, zu berichten. Wir stehen vor einem Parteitag, es wird der 21. sein und damit für mich der elfte. An diesem hatte ich die Ehre, persönlich durch ein großes Referat beteiligt zu sein. Vielleicht werden wir nachher, wenn wir etwas vollzähliger sein werden, noch über die aktuellen Fragen ein paar Worte verlieren, was sich im Bundesrat hinsichtlich der Renten, hinsichtlich des Grundvertrages, und was sich hinsichtlich des Bundesverfassungsgerichts ereignet hat.<sup>1</sup> Ich würde aber uns allen empfehlen, heute die Aktualität zurückzustellen unter

---

<sup>1</sup> Der Bundestag hatte am 17. Mai 1973 in zweiter und dritter Beratung gegen die Stimmen der CDU/CSU-Fraktion das 16. Renten Anpassungsgesetz (BT-Drs. 7/427) verabschiedet

dem zweiten Punkt, und zunächst unser Werk zu tun mit dem Blick auf Kommissionen, Parteitag usw.

Ich habe nun zunächst, und dies leitet dann über, diesen Vorstand daran zu erinnern – das war uns allen bei der letzten Sitzung nicht so bewußt, wie es uns hätte sein müssen –, daß dieser Vorstand für den Sachparteitag im Herbst ja nicht mehr antragsberechtigt ist. Er ist aber natürlich handlungsfähig mit dem Blick auf unseren Terminkalender, denn die Parteiorganisation wartet ja auf Vorlagen, so daß wir wegen dieser besonderen Situation dieses Bundesvorstands die Papiere – ich werde dazu nachher mehr sagen – herausgeben wollen an die Partei, aber hinzufügen müssen, das muß formell natürlich der nächste Bundesvorstand sich zu eigen machen, verwerfen oder verändern.

Wir waren übereingekommen, daß nichts durch die Vorwegnahme des Personalparteitages die sachliche Vorbereitung und Durchführung des Sachparteitages stören dürfte. Deshalb haben wir diese Sitzung gleichwohl einberufen, allerdings Ihnen gesagt, daß wir nicht zwei volle Tage brauchen werden, sondern die Hoffnung haben, heute fertig zu werden. Für morgen ist ein Gespräch von Herrn Carstens mit dem Vorsitzenden über die Koordinierung der Stabilitätspolitik vorgesehen. Das scheint mir dringend, denn da läuft ja manches auseinander.

Zur Überleitung in diese Themen möchte ich in kurzen Zügen berichten über die beiden Gespräche, die wir mit der CSU hatten. Ich brauche nicht zu wiederholen, warum wir sie erbeten hatten und was der Zweck sein sollte. Die Mehrheit dieses Vorstands – wir waren gerade noch beschlußfähig – erinnert sich an die Beschlüsse, die wir neulich gefaßt haben, an die Punkte, die wir zur Besprechung mit der CSU vorgesehen hatten. Es waren dies die Punkte Mitbestimmung, berufliche Bildung, Bodenrecht, Medien, Vermögensbildung, Atomsperrvertrag, Abkommen mit Prag, Verhalten nach dem Grundvertrag, Enthaltung vom 17. Mai 1972.

Wir haben zwei Gespräche mit der CSU gehabt, das letzte war gestern.<sup>2</sup> In der Frage, die in unserem Beschluß eine Rolle spielt, der Verstärkung der Zusammenarbeit beider Parteien, besteht Einverständnis in der Frage, ob dies geschehen solle, wie unsere Satzung das vorsieht, nämlich durch die Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft.

---

(Sten.Ber. 7. WP 33. Sitzung S. 1745–1760). Eine erwartete Blockade im Bundesrat blieb aus, er stimmte dem Gesetz am 25. Mai 1973 zu. – Der Bundesrat stimmte am 25. Mai 1973 dem Grundvertrag zu, die CDU-regierten Bundesländer Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz enthielten sich der Stimme, das Saarland, Baden-Württemberg und Bayern stimmten dagegen. Im Anschluß an die Abstimmung reichte die bayerische Staatsregierung Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht ein. Das Gericht fälltte seine Entscheidung am 31. Juli 1973 (2 BvF 1/1973). Vgl. auch Eve CIESLAR/Johannes HAMPEL/Franz-Christoph ZEITLER: Der Streit um den Grundvertrag. Eine Dokumentation (Berichte und Studien der Hanns-Seidel-Stiftung 4). München/Wien 1973.

2 Die Gespräche fanden am 14. und am 24. Mai 1973 statt. Vgl. Communiqué zum Gespräch vom 14. Mai 1973 sowie den Vermerk von Werner Brüssau an Kurt Biedenkopf vom 18. Juni 1973 zu den beiden Gesprächsterminen in ACDP 07–001–1555. Vgl. auch „Die Welt“ vom 15. Mai 1973 „Spitzen von CDU und CSU wollen künftig engeren Kontakt halten“; „Die Welt“ vom 26. Mai 1973 „Unionsparteien wünschen in Zukunft bessere Kooperation“.



Die CSU hat sich vorbehalten, diese Formalisierung zu überdenken. Der Punkt „mögliche Gründung einer vierten Partei“ bzw. Ausdehnung der CSU auf das Bundesgebiet wurde wie folgt beantwortet von der CSU, es gebe heute angesichts der bestehenden Lage in der CSU keine diesbezüglichen Pläne oder Absichten. Sollten in der Zukunft derartige Pläne erwogen werden, würde die CSU zunächst mit der CDU beraten. Wir haben den Wunsch hinzugefügt, von öffentlichen Erklärungen Abstand zu nehmen in dieser Frage, auch der Andeutung von Eventualitäten. Dies ist nicht zugesagt worden, aber ist auf volles Verständnis gestoßen.

In der Frage der Mitbestimmung wurde Übereinstimmung erzielt darüber, daß das Düsseldorfer Modell, das ja auch in dem gemeinsamen Wahlprogramm enthalten ist, weiterentwickelt werden soll auf der Basis des Gleichgewichts der Partner, wie dies hier in der letzten Bundesvorstandssitzung beschlossen worden ist. Es wurde gesehen, daß die Frage der Mitbestimmung im Zusammenhang mit der Vermögensbildung gesehen werden muß. Hinsichtlich des Verfahrens in dieser Frage ist offen – hier hat der CSU-Vorstand erklärt, er müsse eine Sitzung des Vorstands dazu haben –, ob man eine gemeinsame Kommission einsetzt oder wegen der Erfahrungen und der Möglichkeiten von Überstimmungen zwei getrennte Kommissionen der beiden Parteien, die aber vielleicht gemeinsam tagen. Wir haben nicht die Absicht, jetzt etwa für den Juni-Parteitag<sup>3</sup> die Einsätze einer Kommission zu empfehlen, so daß hier etwas Zeit ist. Inzwischen gibt es die Empfehlung der Sozialausschüsse<sup>4</sup>, die sicher einen Antrag in Hamburg stellen werden.

Die Frage der beruflichen Bildung haben wir in dem ersten Gespräch erörtert. Wir hatten ja die Absicht, mit der CSU zu klären, ob es hier etwas Schwergewichtiges gibt, das es unmöglich macht, nachher die Enden zusammenzukriegen, wenn beide Parteien beschlossen haben, also etwa die CDU die eine Alternative und die CSU eine andere. Dazu waren die Kollegen Katzer und Stücklen gebeten, in der Zwischenzeit ein Gespräch zu führen. Herr Stücklen hat gestern bei der zweiten Begegnung über dieses Gespräch berichtet. Er sieht eine große Spannung in der Sache, die er umschreibt mit der These „Selbstverwaltung hier, staatliche Organisation da“. Ich habe ihm gesagt, das sei eine Frontstellung, die gar nicht so stimme. (*Unruhe. – Katzer: Ich kann nur sagen, während der Sitzung der Fraktion kam er zu mir, wir sollten uns tags drauf treffen. Ich sagte, ich kann nicht, ich muß nach Bochum, also es geht gar nicht, ich muß weg. Und seitdem haben wir uns nicht mehr gesehen.*) Also, ich habe darauf hingewiesen, daß in dieser Frage sicherlich eine starke Spannung sein könnte, die quer durch beide Parteien geht. Ich habe darauf hingewiesen, daß man in Düsseldorf sich ja gefunden hatte. Dies sollte auch diesmal möglich sein. Vor allen Dingen dann, wenn man hier nicht von vornherein sagt, hier ist eine Polarisierung zwischen CDU und CSU, der eine ist

---

3 Der 21. Bundesparteitag fand am 12. Juni 1973 in Bonn statt. Druck: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): 21. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Bonn, 12. Juni 1973. Bonn o.J. (Protokoll im Internet: [http://www.kas.de/upload/themen/programmatik\\_der\\_cdu/protokolle/1973\\_Bonn\\_21\\_Bundesparteitag.pdf](http://www.kas.de/upload/themen/programmatik_der_cdu/protokolle/1973_Bonn_21_Bundesparteitag.pdf)).

4 Vgl. Nr. 35 Anm. 16.

für die Selbstverwaltung, der andere ist für die Verstaatlichung. Dies ist in dem Papier von Herrn Gölter überhaupt nicht enthalten, sondern es geht, wenn ich das richtig sehe, um die Organisation der staatlichen Aufsicht und deren Rang.<sup>5</sup> Das scheint mir eher das Problem zu sein und nichts anderes.

In der Frage von Medien und Bodenrecht sind wir gestern übereingekommen. Das war etwas schwierig, weil plötzlich der Rang der Kommissionen und deren Arbeit bestritten wurde, und der ganze Auftrag noch einmal in die Debatte kam. Es war etwas schwierig, aber es ist dann doch Übereinstimmung erzielt, daß das Medienpapier und die Vorlage Bodenrecht zur Diskussion in die Parteigliederungen gegeben werden sollen.<sup>6</sup> Das ist ein wichtiger Beschluß. Weil damit klar ist, hier steht nichts drin, was hinterher unauflösliche Kontroversen bringen könnte.

Hinsichtlich der beruflichen Bildung habe ich gesagt, dieser Vorstand ist nicht antragsberechtigt auf dem Hamburger Parteitag. Ich würde dem Vorstand empfehlen, das nicht heute zu tun, was ich das letzte Mal anregte, nämlich zu einer der Alternativen heute einen Beschluß zu fassen und zu sagen, „das meinen wir“. Das kann erst der neugewählte Bundesvorstand machen. Wir können uns, wenn wir wollen, eine Meinung bilden, aber als Antrag ist dies nicht zu verstehen. (*Kohl*: Aber das Papier soll raus?) Ich wollte dies gerade versuchen vorzutragen in der Darstellung der Vorgänge, die ich gebe. Es ist vorgeschlagen, daß beide Parteien dieses Papier mit den Alternativvorschlägen zur Diskussion an die Parteigremien geben.

Hinsichtlich einer Vorlage Vermögensbildung<sup>7</sup>, die Sie möglicherweise noch gar nicht gesehen haben, weil sie erst gestern abend auch bei mir eingegangen ist – dankenswerte Arbeit – sind wir übereingekommen, weil wir das nicht haben lesen können, dies nicht heute hier, wahrscheinlich auch noch nicht in dieser Form auf dem Parteitag zu behandeln. Hier muß erneut in der Kommission noch einmal gesprochen werden. Jedenfalls steht es hier nicht auf der Tagesordnung, ist auch noch nicht vorgesehen für die Befassung des Parteitages in Hamburg.

Wir sind übereingekommen, ein erneutes Gespräch zu führen nach dem Personalparteitag, vor dem Hamburger Parteitag, möglichst mit dem neugewählten Präsidium. Denn der ganze Punkt Außenpolitik, Deutschlandpolitik, Verteidigungspolitik, ist in den Gesprächen mit der CSU bis zu dieser Stunde ja noch nicht behandelt. Ich habe in diesen Bericht unter der Überschrift „Gespräch mit der CSU“ ein Stück auch von dem hineingenommen, was sich das Parteipräsidium am Montag überlegt hat<sup>8</sup>, und würde deshalb jetzt zunächst bitten, daß der Generalsekretär meinen Bericht ergänzt und wir uns dann in einer Aussprache verständigen, die alle diese Sachpunkte umfaßt, wie weit wir als amtierender Vorstand im Blick auf den übernächsten Parteitag in der Sache zu gehen bereit sind, weil davon auch die zeitlichen Dispositionen abhängen. Ich danke

---

5 Vgl. Nr. 35 Anm. 103.

6 Zum Papier der Medienkommission vgl. Nr. 35 Anm. 111. – Entwurf der Kommission „Bodenrecht“ in ACDP 07–001–934.

7 Text in UiD Nr. 23 vom 5. Juni 1973.

8 Protokoll vom 21. Mai 1973 in ACDP 07–001–1406.

nochmals unseren verehrten Kollegen und Gästen und all den Mitgliedern der Kommissionen für die Arbeit. Wir werden das auch noch in gebührender Form tun.

*Kraske:* Das Präsidium hat sich am Montag in einer längeren Aussprache mit der veränderten Situation befaßt, die sich ergibt aus der Vorverlegung des Parteitages auf den 12. Juni. Sie erinnern sich, unsere ursprüngliche Vorstellung war die, daß der Bundesvorstand auf dieser heutigen Tagung die ihm vorliegenden Kommissionsberichte als Anträge an den Bundesparteitag beschließen sollte, daß sie dann vor und nach der Sommerpause in den Kreisparteien diskutiert, durch Anträge der Kreisparteien oder der Vereinigungen ergänzt, verändert, bestätigt werden, und auf dem Herbstparteitag verabschiedet werden sollten.

Der Vorsitzende hat schon darauf hingewiesen, daß die Rechtsgrundlage dafür inzwischen weggefallen ist, weil dieser Vorstand nicht für den Herbstparteitag antragsberechtigt ist. Vorschlag des Präsidiums, man solle weder in die satzungsmäßigen Rechte des neuen Vorstandes eingreifen noch den Kreisparteien die ohnehin knappe Zeit für die Diskussion beschneiden. Daraus ergibt sich zwingend die Folgerung, daß wir heute möglichst viele der vorliegenden Papiere für die Diskussion in der Partei freigeben, daß der Vorstand aber formell nicht mehr tut, als daß er die Kommissionsergebnisse an die Partei weiterleitet.

Daraus ergibt sich dann die Möglichkeit, sozusagen aus der Not eine Tugend zu machen und doch wieder auf das vor dem Berliner Parteitag<sup>9</sup> sehr bewährte Verfahren zurückzukommen, in dem nämlich der am 12. Juni neu zu wählende Vorstand nach Meinung dieses Präsidiums nicht etwa am 13. Juni Beschluß fassen sollte über diese Vorlagen, sondern sozusagen die erste Runde dieser breiten Diskussion abwarten und seinen Beschluß erst Ende August oder Anfang September fassen sollte, um damit erste Diskussionsergebnisse mitaufzunehmen, aber gleichzeitig den Kreisverbänden die Möglichkeit zu geben, noch vier Wochen vor dem Herbstparteitag die Linie des Bundesvorstands zu kennen. Ich glaube, daß damit eine ganz gute Synthese zwischen der offenen Diskussion in der Partei einerseits und einer Vorstandslinie andererseits gefaßt wird – eine Synthese, wie sie sich in der Vorbereitung des Berliner und des Düsseldorfer Parteitages ja durchaus bewährt hat.

Von da aus ergeben sich auch für die heutige Tagesordnung einige Veränderungen. Darf ich Sie bitten, die Tagesordnung, wie sie Ihnen zugegangen ist unter dem Datum des 8. Mai, zur Hand zu nehmen und folgende Veränderungen zu vermerken, wenn Sie mit ihnen einverstanden sind: Punkt zwei, Beratung der Vorlagen zu den Themen Bodenrecht, berufliche Bildung, Medienpolitik. Herr Dr. Barzel hat die Vorsitzenden dieser Kommission schon begrüßt, der Kollege Gölter hat leider heute am späten Nachmittag eine andere Verpflichtung, deswegen unsere Bitte, daß die Reihenfolge umgestellt wird und wir mit dem Thema berufliche Bildung beginnen. Außerdem hat die Kommission Vermögensbildung im ersten Durchgang ihre Beratungen abgeschlossen. Herr Kollege Pieroth ist hier, deswegen wird man sicher den Punkt d) anführen

---

9 4. bis 7. November 1968 (vgl. CDU, 16. BUNDESPARTEITAG).

und ihn bitten können, über den Stand und das Ergebnis der Beratung in der Kommission Vermögensbildung zu berichten.

Um den Bericht unter Ziffer drei, Bericht der Organisationskommission, zu erleichtern und Ihre Zeit, die wir hoffentlich im Schwerpunkt auf die Sachdiskussion verwenden, so weit wie möglich zu schonen und so rationell wie möglich einzusetzen, wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie im Laufe der Beratung einen Blick auf die Ihnen vorliegenden Vorlagen<sup>10</sup> zur Vorbereitung des Bundesparteitages, Zusammensetzung der Gremien, Parteitagspräsidium, Mandatsprüfungskommission usw., zweitens auf die Ihnen von Organisationskommission und Präsidium vorgeschlagenen Statutenänderungen, drittens auf die Geschäftsordnung für den Bundesparteitag werfen könnten. Wir müssen aus zwingenden formellen Gründen darüber abstimmen. Ich glaube, daß keine dieser Vorlagen eine sehr lange und sehr ausgedehnte und vor allem keine kontroverse Diskussion erfordert. Es wäre hilfreich, wenn Sie auch von den Vorlagen, die erst heute auf dem Tisch liegen konnten, bis zur Aufrufung des Punktes drei Kenntnis genommen haben, damit wir dann darüber reden und abstimmen können.

Der Bundesschatzmeister und ich bitten außerdem darum, daß wir den Punkt fünf, Etat der Bundesgeschäftsstelle für 1973, von der heutigen Tagesordnung absetzen können. Herr Kiep und ich waren der Meinung, daß es eine unzulässige Präjudizierung des neu zu wählenden Präsidiums, des Vorsitzenden, des Generalsekretärs, der Vorstands wäre, wenn dieser Vorstand noch auf seiner letzten Sitzung einen Beschluß über den Etat für das ganze Jahr 1973 fassen würde. Nachdem wir bisher in den ersten fünf Monaten gezwungen waren, mit einer vorläufigen Etat-Bewirtschaftung zu arbeiten, sollten wir dies bis Mitte Juni noch weiterführen. Der neue Vorstand bzw. das neue Präsidium wird eine Etat-Vorlage vorfinden, aber wird noch die Möglichkeit haben, seine Vorstellungen gegebenenfalls dort einzuarbeiten und sie dann in seiner Fassung dem Vorstand auf dessen nächster Sitzung bzw. auf der ersten Sitzung des neuen Vorstands vorzulegen.

Dies wäre also der Ablauf der heutigen Beratung. Ich würde vorschlagen, daß wir nunmehr die einzelnen Punkte unter Ziffer zwei aufrufen und jeweils die Vorsitzenden der Kommission um einen kurzen einleitenden Bericht bitten. Die Papiere sind Ihnen mit Ausnahme Ziffer d) Vermögensbildung zugegangen und liegen Ihnen seit einigen Tagen vor.

*Barzel:* Ich danke dem Generalsekretär für diesen Bericht. Darf ich nach der Tagesordnung zunächst feststellen, daß damit die Ziffer eins nicht erledigt, aber an den Schluß gestellt ist hinsichtlich der Aktualitäten. Wir wollten ja nicht damit beginnen. – Zur Tagesordnung Herr von Weizsäcker!

*Von Weizsäcker:* Herr Vorsitzender, ich möchte nur bitten, daß, sei es im Rahmen der Ziffer zwei oder auch später bei Verschiedenes, noch einmal kurz zur Kenntnis genommen werden möge, wie es mit den Arbeiten der Grundsatzkommission steht.

*Barzel:* Wir machen eine Ziffer 2 e), Grundsatzkommission. Dies ist vergessen wor-

---

<sup>10</sup> Vorlagen in ACDP 07-001-934.

den. Dankeschön. Wenn Sie einverstanden sind, verfahren wir wie vorgetragen. Aus Zeitgründen zunächst Herr Kollege Gölder zur beruflichen Bildung.

BERATUNG DER VORLAGEN ZU DEN THEMEN: MEDIENPOLITIK, EIGENTUMSPOLITIK, BODENRECHT, BERUFLICHE BILDUNG, GRUNDSATZKOMMISSION

*Gölder:* Ich bin gerne bereit, Herrn Zimmermann den Vortritt zu lassen. Ich hatte lediglich Herrn Dr. Kraske gebeten, daß der Punkt nicht heute abend drankommt, sondern im Laufe des Nachmittags.

*Zimmermann:* Herr Vorsitzender, meine verehrten Damen und Herren, ich will zum Medienpapier selbst und seinem Inhalt überhaupt nichts sagen. Ich muß davon ausgehen, daß Sie es gelesen haben. Wenn nicht, würde ich bitten, das noch zu tun. Es ist keine Frage, daß die Diskussion sich auf einem gewissen Höhepunkt befindet, und dieser Höhepunkt wird so lange anhalten, bis das Bundespresserechtsrahmengesetz verabschiedet sein wird, bis Bestimmungen über die Fusionskontrolle von Zeitungen verabschiedet sein werden.<sup>11</sup> Lauter hochbrisante, hochwichtige Themen, die uns nach meiner Überzeugung bis in das Jahr 1974 hinein beschäftigen werden.

Das Medienpapier ist 1 ½ Jahre in Arbeit gewesen. Die beiden Kommissionsvorsitzenden – wir haben das geteilt – waren Staatssekretär Rathke aus Kiel, und Günter Triesch<sup>12</sup> aus Köln, die sich besonders verdient gemacht haben, was Zeitaufwand und Sachverstand anbetraf. Im übrigen hat die aus etwa 30 Personen bestehende Kommission, die berufen worden ist von den Vorsitzenden der beiden Parteien, eine Arbeitsweise sich angewöhnen müssen, die langes Tagen voraussetzt und häufiges Befassen mit der Sache. Das hatte zur Folge, daß nur ein bescheidener Teil der 30 jeweils anwesend gewesen ist.<sup>13</sup>

Wir haben eine ganze Reihe von Sachverständigen gehört: die deutschen Zeitungsverleger, die Zeitschriftenverleger, eine Reihe von leitenden Redakteuren aus Tageszeitungen, Zeitschriften, aus Hörfunk und Fernsehen. Wir haben den Deutschen Presserat gehört, mit ihm diskutiert, wir haben uns Verlagssyndici bestellt, und die Probleme sind nach allen Seiten ausgeleuchtet worden. Wir haben allein in vier Sitzungen ein bereits fertiges Papier redigiert. Wir haben dann noch einen Teil Film angehängt, weil eine Novellierung des Filmförderungsgesetzes vor der Türe steht. Wir sind auch dem Problem der Kassette nicht ausgewichen. Die Veröffentlichung ist jetzt schon deshalb notwendig, weil das Papier natürlich in der Welt ist. Im übrigen war die SPD über den Fortlauf unserer Beratungen ständig ausgezeichnet unterrichtet, das soll

---

11 Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 28. Juni 1976 (BGBl. 1976 I S. 1697).

12 Günter Triesch (1926–2006), Journalist; Leiter der Abteilung „Verbände, Parteien, Recht“ am Deutschen Industrieinstitut in Köln, 1965–1985 Mitglied und 1984/85 stv. Vorsitzender des WDR-Rundfunkrates.

13 Protokolle der Sitzungen der Fachkommission II der CDU/CSU-Medienkommission in ACDP 07–004–546/1.

an dieser Stelle ... (*Barzel*: Et vice versa?) Nicht vice versa. Nur sie war unterrichtet. Wir waren vom Fortlauf ihres Papiers nicht unterrichtet.<sup>14</sup>

Es liegt jetzt ein Papier vor, das natürlich ein Kompromiß ist. Den Verlegern haben die Formulierungen nicht voll entsprochen, die wir gewählt haben. Den Journalisten auch nicht. Wie groß die Kritikbreite ist, geht aus den Äußerungen von Herrn SPD-Bundestagsabgeordneten Björn Engholm<sup>15</sup> hervor, der sagte, das Ganze sei eine einzige Ergebnisadresse an die deutschen Zeitungsverleger, während ein bedeutender Verleger aus diesem Lande gewissen Herren, die hier am Tisch sitzen, in einem langen Brief dargetan hat, wie unmöglich dieses Papier sei. So meine ich, haben wir es nicht ganz schlecht getroffen, wenn ich diese Bandbreite mir ansehe.

Natürlich werden die einen oder anderen von Ihnen finden, daß das und jenes anders formuliert gehört. Ich möchte Ihnen hier nur eines dazu sagen. Es gibt keine Formulierung in diesen rund 30 Seiten, die wir nicht hin und her gewendet hätten wie einen Pfannkuchen, bis er auf beiden Seiten richtig braun ist. Ich bin ganz sicher, wenn das Papier nun hinuntergeht in die Diskussion, dann werden Formulierungen von unten wieder herauskommen, die wir alle schon einmal gedacht haben, aber das ist nun einmal so.

Vielleicht noch ein Wort zum Verfahren. Die CSU wird am nächsten Montag in ihrem Parteiausschuß, also dem etwas größeren Gremium, das Papier in einer geschlossenen Sitzung ganztags behandeln und es am nächsten Tag mittags in einer Pressekonzferenz vorstellen, und damit auch an die Journalisten, die es haben wollen, verteilen.<sup>16</sup> Das heißt, das Öffentlichwerden des Papiers ist auch von daher gesehen schon eine Zwangsläufigkeit. Im übrigen ist es ohnehin in der Welt.

Man könnte es nun in der Folge verschieden behandeln, nach dem, was für einen Rang man ihm geben will. Wenn man es hineingibt in die Partei, wozu Sie sich entschlossen haben, dann muß man, wenn man es wieder zurückholt, die Sache natürlich auch in der nötigen gewichtigen Form machen, und dafür würde sich, Helmut Kohl hat das gerade zu mir am Tisch gesagt, wohl ein gemeinsamer Parteitag, ein Sonderparteitag empfehlen. Ich will gerne diese Anregung, falls sie hier geteilt werden sollte, innerhalb der CSU vorbringen. Die Sache würde natürlich durch einen Fachkongreß, einen gemeinsamen Fachkongreß, ein besonderes Gewicht bekommen.

Damit ist meine Einleitung schon zu Ende. Es hätte keinen Sinn, wenn ich jetzt versuchen wollte, einzelne Formulierungen zu wichtigen Themen, z. B. der inneren

---

14 Vgl. „Die Welt“ vom 23. Mai 1973 „Das Medienpapier der Union – Zuviel der Anpassung“; FAZ vom 30. Mai 1973 „Status der Verleger soll erhalten bleiben“. – Medienpolitische Beschlüsse auf dem SPD-Parteitag vom 10.–14. April 1973 in Media Perspektiven 4/1973.

15 Björn Engholm (geb. 1939), Diplom-Politologe; 1962 SPD, 1969–1983 MdB, 1977–1981 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 1981/82 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 1983–1994 MdL Schleswig-Holstein, 1988–1993 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1991–1993 Bundesvorsitzender der SPD. Vgl. KEMPF/MERZ S. 223–227.

16 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 30. Mai 1973 „CSU diskutiert über Medienpapier“.

Pressefreiheit, hier herauszuheben. Ich möchte das der Diskussion überlassen, falls eine solche hier gewünscht wird.

*Barzel:* Wie wir zu verfahren gedenken, habe ich gesagt. Der Generalsekretär wird dies ausführen. Ich möchte nur der guten Ordnung wegen sagen, daß ich in drei Punkten Fragen bzw. Anmerkungen habe. Der eine ist gleich ganz vorne. Da ist zu sehr nur von der Informationsfreiheit die Rede, nicht genügend von der Meinungsfreiheit, der Druck- und Verlegerfreiheit.

Der zweite betrifft den Punkt, daß das Mitbestimmungsproblem nicht angesprochen ist. Wir sind sicher der Auffassung, daß es in Tendenzbetrieben – wie bei dem Professor, der die Wahrheit sagt, die findet er selbst – in solchen Fragen keine Mitbestimmung gibt. Aber in all den anderen Fragen, der Technik, der Organisation und des Personalwesens muß man die Frage sicher erörtern.

Und das dritte betrifft den Punkt, der ja in dem SPD-Papier eine große Rolle spielt und die Fraktion vor Schwierigkeiten stellen wird, der nicht beantwortete Punkt, wie ist das mit dem Wettbewerbsrecht und mit dem Pressewesen. Ich will nur diese drei Anmerkungen machen, damit sich hinterher keiner wundert, daß ich etwa dazu geschwiegen hätte.

*Kraske:* Ich bitte Sie, in die Diskussion dieses Punktes zugleich das Verfahren einzubeziehen. Unser Kollege Echternach – und ich glaube, noch ein oder zwei andere Kollegen – haben in der letzten Vorstandssitzung ausdrücklich darum gebeten, auf dem Herbstparteitag auch das Medienpapier dem Parteitag zur Entscheidung zu übertragen. Das Präsidium hat sich auf seiner letzten Sitzung damit befaßt<sup>17</sup> und ist zu einem anderen Vorschlag gekommen und zwar aus zwei Gründen: Erstens meinen wir, Fritz Zimmermann hat das angedeutet, daß es gut wäre, diese Diskussion zunächst in Form eines Sonderkongresses mit fachlich besonders interessierten und geeigneten Delegierten zu diskutieren, auch Gäste hinzuziehen, Fachleute hinzuzuziehen. Zweitens müssen wir davon ausgehen, daß nach dem heutigen Stand der Diskussion für den Herbstparteitag zwar die Wahlen wegfallen, weil sie vorgezogen werden, aber schon jetzt die Themen „Bodenrecht“, „Berufliche Bildung“, „Mitbestimmung“, „Vermögensbildung“ und ein Bericht der Grundsatzkommission, über den Herr von Weizsäcker nachher im einzelnen etwas sagen wird, anstehen. Außerdem bittet die Organisationskommission in der Ihnen schriftlich vorliegenden Vorlage dringend darum, auf diesem Bundesparteitag eine für die Bundespartei in allen Bereichen geltende und in der Tat sehr überfällige Verfahrensordnung zu verabschieden. Deswegen würde ich auch zeitlich sagen, daß ein dreitägiger Bundesparteitag hoffnungslos überfordert wäre, wenn er auch noch die Diskussion und Verabschiedung dieses Medienpapiers vornehmen sollte. Es sei denn, man würde einen der übrigen oder sogar zwei der übrigen Punkte streichen. Deswegen ist die Meinung des

---

17 Auf der Präsidiumssitzung am 21. Mai 1973 in Bonn wurde beschlossen, daß das Medienpapier „wegen der Vielzahl der zur Beratung und Beschlußfassung anstehenden Themen nicht behandelt“, sondern auf einem Fachkongreß beraten werden soll (Protokoll in ACDP 07–001–1406).

Präsidiums: Diskussion in der Partei ab sofort, Medienkongreß der Unionsparteien, wenn das möglich ist, nach dem Herbstparteitag und dann Entscheidung, ob die formelle Abstimmung auf einem nächsten Bundesparteitag oder im Bundesausschusses erfolgen soll.

*Stoltenberg:* Ich darf noch eine Bemerkung zu einem Problem machen. Ich glaube, daß das insgesamt ein sehr sorgfältig überlegter Versuch ist, die auseinanderstrebenden Meinungen und Kräfte einzubinden auf bestimmte Vorstellungen hin, die man grundsätzlich bejahen kann. Ich bin nur in den letzten Wochen, wie andere auch, in persönlichen Gesprächen angegangen worden, sowohl von Redakteuren, vor allem aber auch von den Verlegern. Und zwar hier zunächst mal von den Verlegern der Heimatzeitungen, wie wir sie in unserem Lande sehr stark haben, aber auch von Verlegern größerer Zeitungen und mit höheren Auflagen. Es gibt ja aus den Aspekten der verschiedenen Beteiligten – das muß man ernst nehmen –, die Frage, ob wir das Thema „Redaktionsausschüsse“ als eine Kann- oder eine Soll-Formulierung behandeln. Hier ist der Ausdruck „sollte“ gewählt worden. Der spricht schon ein bißchen die Komplexität des Problems und die nicht ganz endgültige Festlegung an. Wir haben eben doch – und man muß das hier auf die Realität hin sehen des Zeitungswesens – nach wie vor eine große Zahl von Zeitungen mit acht, zehn, 15 Redakteuren, die sind nach wie vor bis hin zu Vollredaktionen in der Größenordnung der Zeitungen von 20.000 bis 50.000 in sehr großer Zahl nicht nur in unserem Land, sondern darüber hinaus vorhanden. In diesen Zeitungen ist die sogenannte Statutenbewegung, die vor zwei Jahren mal überall herumlief, im Grunde real nicht vorhanden. Das muß man von der Situation der Verleger wie der Redakteure sehen. Das ist das eine, was hier zu sagen ist. Ich mache das als eine Anmerkung, weil ich weiß, daß auch dieser Passus relativ spät formuliert ist und eine Rolle in weiteren Erörterungen spielen wird.

Das zweite ist die politische Landschaft. Ich bin dafür, nachdem wir das Thema aufgenommen haben, daß wir es nicht wieder vertagen, daß wir es weiter behandeln bis hin zu einem Medienkongreß. Ich höre nur von namhaften Repräsentanten der Verleger – und dies muß man etwas bei der öffentlichen Behandlung sehen –, daß wir hier von uns initiativ werden für ein Presserechtsrahmengesetz. Ich höre zu meiner Überraschung, daß die Freien Demokraten – die hier ja ein sehr wichtiger Faktor sind, weil sie den zuständigen Bundesminister<sup>18</sup> stellen und auch ein wichtiger Faktor sind, weil sie sich hier um meinungsbildende Kräfte in unserem Lande offenbar wieder neuerdings sehr bemühen, nicht nur bei den Anstalten, sondern auch im Bereich der privatwirtschaftlich organisierten Presse – jetzt den Eindruck erwecken, daß sie aufgrund der außerordentlichen Komplexität der Probleme, die sie, wie sie sagen, jetzt erst voll erkannt haben, nicht in dieser Wahlperiode mehr tätig werden wollen. Man muß auch das politische Feld sehen, in dem man sich bewegt. Wir sollten nicht als sichere Prämisse einsetzen in unsere öffentlichen Äußerungen, daß in dieser Wahlperiode das wirklich im Bundestag zur Entscheidung kommt. Ich bin also dafür, daß wir weiter beraten, die angedeuteten Fragen – Herr Barzel hat einige genannt, ich

---

18 Bundesinnenminister war Hans-Dietrich Genscher.



nenne einige – in den Gremien unserer Partei, daß wir diesen Kongreß machen, uns aber nicht festlegen auf eine Initiative von uns, Gesetzgebungsinitiative, natürlich, wenn die andere Seite ihrerseits unter Umständen ein bestimmtes taktisches Spiel spielt. Das muß, glaube ich, in die Betrachtung mit einbezogen werden.

*Echternach:* Zu dem, was der Generalsekretär gesprochen hat, möchte ich sagen, daß das genau dem Vorschlag entspricht, den ich schon in der letzten Sitzung gemacht habe, erster Medienkongreß einverstanden.

*Wex:* Ich wollte nur noch auf ein paar Punkte hinweisen. Die Geschichte dieses Medienpapiers hat mit der Geschichte dessen zu tun, wie wir uns in dieser Diskussion über Redaktionsstatuten und Freiheit der Presse und Selbstbestimmung des Journalisten und der Redakteure im Vergleich zum Verleger eingelassen haben in der letzten Zeit. Es war nicht umsonst auf dem Saarbrücker Parteitag<sup>19</sup> schon angeregt worden, daß das den einzelnen Vorständen vorher vorgelegt werden sollte, eh wir zu einem Beschluß kommen. Ich bin natürlich auch der Meinung, daß man das gar nicht mehr zurückhalten kann, die SPD hat einen Medienkongreß selber auch schon angekündigt.<sup>20</sup> Es wird dringend Zeit, daß wir uns äußern. Nur, die Frage, dieses Medienpapier jetzt in die Kreisparteien zur Diskussion zu geben, hat natürlich zwei Seiten. Ich bin sehr dafür, daß wir das machen; aber ohne jeden Begleittext und ohne jede Begleitung dessen, worauf wir eigentlich hinaus wollen, halte ich es für ein ziemliches Wagnis. Auch wenn Herr Zimmermann mit Recht sagt, das ist jetzt in der Presse, und wir können hier nicht eine neue redaktionelle Änderung oder inhaltliche Änderung vornehmen, so gibt es doch einige Punkte, auf die jetzt schon gewartet wird. Es ist nicht zu erwarten, daß in der Öffentlichkeit etwa dieses Medienpapier so angenommen wird, daß es noch grundsätzlich geändert werden könnte durch bestimmte Vorstellungen in den Kreisparteien, sondern dieses wird hier das Medienpapier der CDU/CSU sein für eine ganze Zeit. Herr Zimmermann – das könnten Sie vielleicht hier auch beantworten und es sehr schnell ausräumen –, ich habe meine Zweifel am Abschnitt „Der Journalist“. Sie haben – was ich sehr begrüße – als ersten Satz: „Der Zugang zum Beruf der Journalisten ist frei.“ Ich weiß natürlich, warum Sie das in den ersten Satz genommen haben. Aber, das, was dann kommt, ist eine Frage der Berufsausbildung und auch eine Festlegung für den Journalistenberuf. Aus all Ihren Äußerungen habe ich entnommen – was ich sehr unterstütze, daß die beste Medienpolitik keine Medienpolitik ist, sondern die mögliche Freiheit all derer, die daran beteiligt sind. Aber ich meine, hier fehlt noch ein ganz wichtiger Satz, daß die Betätigung im Journalismus – und das sollte unser Interesse in der nächsten Zeit besonders sein – nicht davon abhängig ist, daß Berufskategorien von uns aus als wichtigste journalistische Ausgangspunkte bezeichnet werden. Sie wissen, Herr Zimmermann, daß das bei den ersten Verlautbarungen über unser Medienpapier auch in der Presse sehr angeklungen ist, gerade von den

---

19 Zum Redebeitrag von Wex auf dem Parteitag vgl. CDU, 19. BUNDESPARTEITAG S. 188–190.

20 Am 12. Oktober 1973 konstituierte sich die Kommission Massenmedien beim SPD-Parteivorstand unter dem Vorsitz von Diether Posser (funk-report Nr. 9 vom 12. Oktober 1973). Ein Kongreß wurde nicht abgehalten.

freien Journalisten, wo wir ja noch welche haben, bei denen wir hoffen, sie noch überzeugen zu können in der Zukunft. Was hier an Ausbildungsgängen besteht, ist ja zu einem großen Teil schon besetzt von Seiten, die wir für diese Ausbildung, wie wir sie in der freiheitlichen Form wollen, gar nicht nur begrüßen können. Aus diesem Grunde möchte ich gerne wissen, ob Sie zu diesem Passus der Journalisten noch etwas zu sagen haben.

*Zimmermann:* Der Teil über den Sie sprechen, gnädige Frau, gehört zum deskriptiven Teil. Wie Sie bei den einzelnen Kapiteln sehen, ist das, was mit der einen Schreibmaschine geschrieben worden ist, die Beschreibung des gegenwärtigen Zustandes. Das, was mit der anderen Schreibmaschine geschrieben ist, sind die Thesen. Wir haben lange überlegt, ob das beides in ein Papier hinein soll, ob wir den deskriptiven Teil weglassen sollen. Wir hielten es aber der besseren Verständlichkeit wegen für notwendig, einen solchen beschreibenden Teil voran zu stellen jedem Kapitel. Das ist selbstverständlich eine Anregung, die durchaus zu ergänzen ist, das kann auch aufgenommen werden, ist meiner Meinung nach ganz unstrittig, und es gibt überhaupt vieles natürlich, was änderbar ist. Es wäre ganz falsch, nun etwa erwarten zu wollen, daß das Papier so unverändert, wie nur gerade möglich, wieder zurückkommt und dann auf den Fachkongreß kommt. Da gibt es Themen, die absolut neuralgisch sind. Bei uns war lange umstritten, ob wir das Wort „Redaktionsstatut“ überhaupt verwenden sollen, es bei der „Redaktionsordnung“ belassen sollen usw. Auch im Kreise der Kommission und selbstverständlich der Sachverständigen hat es ganz diametrale Meinungen gegeben. Und wir müssen uns hier zusammenraufen in diesen Fragen.

*Wex:* Darf ich nochmal eine Frage stellen? Herr Zimmermann, sind Sie wirklich der Meinung, bei den Schwierigkeiten, die Sie ja schon bei den fachlich so vorgebildeten Leuten in Ihrem ziemlich kleinen Kreis, wie ich weiß, gehabt haben, daß dieses Papier, wenn es draußen diskutiert werden soll, überhaupt nur auf ein Minimum an Fachvoraussetzungen treffen wird, so daß Sie von da aus etwas erwarten? Ich will Ihnen auch sagen, warum ich das frage. Ich frage das deswegen, ob der Bundesvorstand und Ihr Landesausschuß, oder der Bundesausschuß, der Pflicht begegnen kann, hierzu wirklich etwas Substantielles zu sagen. Denn wenn das jetzt in die Kreisparteien kommt – Sie wissen, was für Emotionen auch in dieser Sache drinstehen – und wir das zurückbekommen und es dann auf den Medienkongreß geht, dann würde ich wenigstens einen Antrag hier stellen, daß es vorher in den Vorständen beraten werden muß. Denn mit all den Anregungen auf den Medienkongreß zu gehen, das halte ich wirklich von der Sache her für nicht möglich. (*Zimmermann:* Das ist ein Mißverständnis.) Gut!

*Katzer:* Wenn ich das Verfahren richtig verstanden habe, dann hat doch der Generalsekretär vorhin folgendes gesagt: Wir haben eine andere Situation als zu dem Zeitpunkt, wo dieser Bundesvorstand als Klausurtagung einberufen wurde. Wir sind gar nicht mehr antragsberechtigt für den Parteitag. Wir haben den Termin deshalb heute und haben doch im Grunde, wenn ich das richtig sehe, nur eine Möglichkeit, nämlich die vorgelegten Papiere jetzt in die Partei reinzugeben, damit man dort ohne Votum des Vorstandes diskutieren kann. Dann kommt es zu uns zurück mit all den Anmer-

kungen. Da haben wir ja Übung, das haben wir beim Berliner Parteitag doch bitte auch so gemacht. Die Lochmühle<sup>21</sup> stand ja nicht am Anfang der Beschlüsse des Vorstandes, sondern am Ende. Dann kann man so auch verfahren. Die Sache ist ohnehin in der Öffentlichkeit, wir brauchen nicht ewig lange zu diskutieren, sondern sagen: Also bitte, gebt das weiter. Und dieser Begleittext, Frau Dr. Wex, sollte ein Begleittext sein des Generalsekretärs oder Vorstandes, wie auch immer, der generell sagt, dies ist jetzt das Ergebnis der Kommission. Wir übergeben das der Diskussion in den Kreisparteien und Vereinigungen, und der Vorstand wird zu gegebener Zeit dazu Stellung nehmen und das weitergeben an den Parteitag. Ich glaube, anders können wir nicht verfahren. Ohnehin ist jetzt schon eine ganze Reihe von Veröffentlichungen erfolgt, wie wir wissen. Wir haben uns ja mit der Frage im Präsidium schon vor 14 Tagen befaßt.<sup>22</sup> Ich will jetzt keine Untersuchung, wo wer wie wann zuerst es in die Öffentlichkeit gegeben hat. Das führt ja meistens zu nichts. Wir werden uns also mit der Öffentlichkeit konfrontieren müssen, aber doch bitte nicht jetzt, sondern dann, wenn die Diskussion draußen im Lande stark ist. Ich habe mich an diesem Punkt gemeldet, obwohl ich hier gar nicht sachverständig bin, weil ich das vom Verfahren her für die anderen Punkte eigentlich ähnlich oder genauso vorschlagen würde.

*Barzel:* Also eine nochmalige Unterstützung des Vorschlags des Generalsekretärs!

*Zimmermann:* Ich möchte zu Frau Wex noch eine Bemerkung machen: Ich erwarte natürlich nicht allzu viel von den Kreisparteien. Das gilt für CDU und CSU gleichermaßen. (*Unruhe.*) Was sachverständige Beratung angeht von einzelnen Kapiteln – es sind ganz schwierige komplexe Dinge dabei –, erwarte ich nicht allzu viel. Aber ich erwarte mir natürlich schon etwas von den kleineren Verlegern, von denen Herr Stoltenberg gesprochen hat, die jetzt da mitdiskutieren werden auf diesen Ebenen. Ich erwarte mir, daß auch der Sachverstand unten lebendig wird, unabhängig von der einzelnen Kreispartei und wie sie strukturiert ist. Wenn der Bundesvorstand eine Empfehlung geben wollte, dieser Vorstand geben wollte, müssen Sie sich darüber im klaren sein, daß sie sich tagelang zusammensetzen müssen. Anders ist das nicht zu machen. Deswegen ist das andere Verfahren, es hinunterzugeben und dann die Anträge gefiltert am Parteitag abzustimmen, das auch von der Ökonomie her bei weitem Empfehlenswertere.

*Barzel:* Meine Damen und Herren, ich sehe also keinen Widerspruch. Wollen wir darüber abstimmen? Das ist nicht nötig, es wird so verfahren. Dankeschön! Aus Gründen der Terminökonomie rufen wir jetzt den Punkt d, Eigentum, auf. Das Wort hat der Kollege Pieroth. Auch ihm und seinen Freunden und Mitstreitern herzlichen Dank für die Arbeit.

*Pieroth:* Wenn ich für den Vorsitzenden, Professor Burgbacher, kurz erläutern darf, so habe ich wohl darauf hinzuweisen, daß eine Sonderkommission der Arbeitsgruppe Eigentum in den Monaten März und April, aufbauend auf den Überlegungen der letzten Jahre, insgesamt fünfmal über viele Stunden tätig war, um ein strategisches Kon-

---

21 Tagungsort der Vorstandsklausur am 26.–28. November 1970 (vgl. Nr. 11).

22 Vgl. Punkt 4 des Protokolls der Präsidiumssitzung vom 14. Mai 1973 in ACDP 07–001–1406.

zept für Hamburg in der Frage „Eigentum“ zu entwickeln.<sup>23</sup> Wir ließen uns beraten von Professor Engels<sup>24</sup>, Professor Biedenkopf und insbesondere durch das Signal, das das Sachverständigengutachten im Dezember 1972<sup>25</sup> für unsere Arbeit speziell gesetzt hat. Die Arbeit der Kommission wurde dann ins Plenum der Arbeitsgruppe Eigentum zurückgegeben und in zwei Sitzungen, die insgesamt über zehn Stunden liefen, am 16. und am 22. dieses Monats, abschließend behandelt. Bei der Schlußabstimmung gab es eine Enthaltung, eine Gegenstimme. Die Begründung des Nicht-Zustimmen-Könnens der beiden Mitstreiter müßte inzwischen hier vorliegen, sie wurde gestern jedenfalls abgegeben. Auch hier sind wir in einer ähnlichen Situation wie beim Medienpapier. Wenn Bilges<sup>26</sup> in der „Welt“ heute zwar mit der richtigen Überschrift, „Direkte Vermögensbildung als Trumpf gegen Fondspläne von SPD und DGB“ einiges schrieb, was von Sachkenntnis so wenig getrübt war, daß man davon ausgehen kann, daß er das Papier nicht hat, so weiß das „Handelsblatt“ exakt Bescheid in seiner heutigen Veröffentlichung.<sup>27</sup> Wir sind also nicht mehr allein im Besitz dessen, was wir uns ausgedacht haben.

Nun zum eigentlichen Kern: Die Kommission war bemüht, am Beispiel des privaten Eigentums den Versuch zu machen, unsere Grundwerte verständlich darzustellen. Deshalb haben wir in einem Teil A Zielvorstellungen von der Gesellschaft genannt, unsere Politik etwas näher definiert in diesem Zusammenhang, etwa schlagwortartig für eine Soziale Marktwirtschaft, gegen Planwirtschaft, für soziale Partnerschaft, gegen Klassenkampf und für persönliches Eigentum am Produktivvermögen, gegen Kollektivismus. Im Teil B, in den Leitsätzen, sind wir – und das ist entscheidend – über die bisherigen legislativen Vorhaben nicht hinausgegangen, wie sie im Regierungsprogramm von CDU/CSU in Wiesbaden verkündet worden waren.<sup>28</sup> Das ist wohlgermt der Beteiligungslohn. Das sind die Unternehmensbeteiligungsgesellschaften, das sind die Erleichterungen für freiwillige betriebliche Ertragsbeteiligungen. Alles Maßnahmen, die von der gesamten Fraktion CDU/CSU getragen waren und die auch speziell

---

23 Die ad-hoc-Arbeitsgruppen des Bundesausschusses Wirtschaftspolitik wurden am 6. Juli 1972 bestellt (Einladungen und Protokolle in ACDP 07-001 AO Bundesausschuß Wirtschaftspolitik unverzeichnet). „Eigentumspolitisches Programm der CDU“ und dessen Kurzfassung in ACDP 07-007-074/2.

24 Dr. Wolfram Engels (1933–1995), Wirtschaftswissenschaftler; 1961 Promotion, 1968 Habilitation, ab 1969 o. Professor für Betriebswirtschafts- und Bankbetriebslehre, ab 1984 Herausgeber der „Wirtschaftswoche“.

25 Vgl. Nr. 33 Anm. 20.

26 Hans-Erich Bilges (geb. 1944), Journalist; 1968 politischer Korrespondent „Die Welt“, 1972 Wechsel in das Bonner Büro, 1974–1976 Leiter der Bonner Büros von „Bild“ und „Bild am Sonntag“, 1976–1989 stv. Chefredakteur der „Bild“ sowie ab 1981 Entwicklungsbeauftragter für neue Projekte im Axel-Springer-Verlag, 1989–1998 Chefredakteur für Entwicklungs- und Planungsaufgaben beim Verlag Gruner + Jahr, 1998–2005 Mitgründer und Vorstandsmitglied der WMP Beratung AG, 2006 Gründer der CPM Consulting. – Vgl. „Die Welt“ vom 25. Mai 1973 „Direkte Vermögensbildung als Trumpf gegen die Fonds-Pläne von SPD und DGB“.

27 Vgl. „Handelsblatt“ vom 25. Mai 1973 „CDU ‚verbessert‘ den Burgbacher-Plan“.

28 Vgl. CDU, 20. BUNDESPARTEITAG S. 302–318.

mit den Namen Katzer und von Bismarck angeführt waren, Namen, die man ja nicht gerade aus Prinzip unisono für Vorhaben stehen hat. Das habe ich deshalb ausgeführt, weil ich gar nicht den Eindruck aufkommen lassen möchte, daß hier eine grundsätzliche Richtung in der Partei gegen unsere Vorstellung wäre. Der entscheidende Punkt – das ist das einzig Neue, aber darauf kam es uns an – ist, wir haben versucht, gewissermaßen jetzt nachträglich für die Gesetzesvorhaben aus dem 6. Deutschen Bundestag<sup>29</sup> so etwas wie eine theoretische Grundlage zu schaffen, um nicht das Wort „Vision“ zu gebrauchen. Wir haben also nicht erklärt, wir geben 20 DM im Monat. Oder wir wollen von den 1,7 %, die da so viel Produktivvermögen besitzen, abgehen. Das war uns zu sehr in Mark und Pfennig gerechnet. Wir sagen auch nicht lediglich, der Arbeitnehmer soll am wachsenden Produktivvermögen beteiligt werden, sondern wir sagen Partnerschaft, dann heißt Partnerschaft für den gemeinsam erwirtschafteten Gewinn, daß dieser Gewinn allen Dreien, der Arbeit, dem Kapital und den Unternehmern in gerechten Proportionen zuzustehen hat. Das ist das Neue an unserem Papier. Und wenn wir dann noch den Ansatz – und damit komme ich auch zum Schluß – des Sachverständigengutachtens einstimmig mithereinnehmen konnten, daß auch der Arbeitnehmer in Zukunft ertragsabhängige Entgelte haben könnte, was umgekehrt heißt, daß das Kapital nicht mehr allein auf das Residuum, auf den Gewinn, Anspruch erheben kann, dann glauben wir damit auch gleichzeitig eine gewisse Verbindung hin zur Mitbestimmung geliefert zu haben. Denn wenn bisher gegen die Mitbestimmung, gegen die Gleichgewichtigkeit insofern argumentiert werden konnte, daß das Kapital letztlich das Risiko allein trägt, so wird in Zukunft, wenn der Faktor Arbeit Anspruch auf Gewinn haben wird, das Risiko auch beim Faktor Arbeit liegen. Dann ist eine mögliche Verbindung, eine mögliche Brücke zur Mitbestimmung gefunden, wenn man die will.

Wir glauben also, um auch die Konfrontation zum Schluß noch genannt zu haben, daß wir hier eine konsequente Alternative zu marxistischen Vorstellungen erarbeitet haben. Nur drei von 13 Leitsätzen waren am Schluß strittig mit einer oder manchmal zwei Gegenstimmen. Interessierte, bis hin zur Wissenschaft, konnten monatelang mitdenken und mitgestalten. Ich kenne einige Präsidiumsmitglieder der CDU, die die Gedanken Vermögensbildung, Gewinn, Mitbestimmung und Verknüpfung dieser aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen in Richtung dieses unseres Papiers in den letzten Monaten verschiedentlich zum Ausdruck gebracht haben. Da ich und da die gesamte Kommission davon ausgeht, daß die Parteibasis nach den Ankündigungen der Präsidiumsmitglieder – und nachdem jetzt die Presse schon etwas hat – diese neue theoretische Grundlage zu diskutieren wünscht, wären wir sehr froh, wenn in der Frage Eigentum ähnlich verfahren würde wie im Medienpapier.

*Barzel:* Nochmals vielen herzlichen Dank!

*Katzer:* Können wir noch etwas über die Bedenken der Kollegen hören, die nicht zugestimmt haben?

---

<sup>29</sup> Zum Burgbacher-Plan vgl. Nr. 4 Anm. 27. Zum Vermögenspolitischen Grundsatzprogramm Nr. 35 Anm. 113.

*Kraske:* Das ist hier ausgelegt, weil es leider erst heute morgen bei uns eingegangen ist und Ihnen nicht vorher zugestellt werden konnte.

*Barzel:* Ich darf noch mal erinnern, was ich eingangs sagte, als ich diesen Punkt behandelte: Dieses Papier ist so spät uns allen zugegangen, daß es heute ganz sicher nicht mit irgend einem abschließenden oder auch nur geschäftsleitenden Votum hier versehen werden kann, weil das, glaube ich, dann mindestens eine Pause erfordert, daß jeder mal eine Stunde das liest, denn das ist ein schwerwiegendes Papier. Man sollte sich völlig klar sein, wo die Schwierigkeiten und die sachlichen Spannungen sein können. Vielleicht könnten Sie, Herr Pieroth, zu den dissenting votes noch ein paar Worte sagen, und dann fangen wir die Debatte an.

*Pieroth:* Strittig ist nur ein Grundgedanke, der allerdings in drei Leitsätzen erscheint, daß wir – ich möchte mal sagen anknüpfend an Ahlen<sup>30</sup> – zum Ausdruck bringen, daß der Gewinn nicht dem Kapital allein zuzufließen hat. Wir sind über diese grundsätzliche Erkenntnis schon lange hinaus, denn wir hätten sonst keine Vermögenspolitik in Angriff nehmen können. Auch wenn pro forma der Beteiligungslohn am Lohn anknüpft, so kann hier nur gezahlt werden, im Modell des Beteiligungslohns, aufgrund vorher gesamtwirtschaftlich erzielter Gewinne. Aber wir sagen ganz schlicht und ehrlich: Der Gewinn steht beiden, oder wenn wir auch wollen, allen drei Faktoren zu. Das ist das Neue, und dieser Gedanke ist strittig.

*Katzer:* Ich möchte darauf verweisen, daß ich in der letzten Vorstandssitzung schon zu diesem Thema kurz referiert habe, im ähnlichen Sinne wie Herr Pieroth das jetzt auch getan hat. Ich meine, daß wir auch das Minderheitsvotum unseren Freunden draußen im Lande zur Diskussion mitgeben. Das haben wir damals bei der Mitbestimmung so gemacht, das sollten wir hier auch tun. Dadurch bekommt man auch erst die richtige Diskussion. Das kann uns in der Situation nur wohl tun, wenn man draußen endlich über Sachpunkte diskutiert. Das würde in der Lage, in der die Partei sich befindet, ihr sehr wohl anstehen.

Zur Sache selbst will ich sagen: Ich las heute ein Interview, das Professor Biedenkopf in der „Rheinischen Post“ gegeben hat<sup>31</sup>, wo er ebenfalls eine Verbindung von Mitbestimmung und Vermögensbildung anspricht, genau in dem Sinne, wie ich das damals getan hatte, und wo er zweitens sagt, daß im kommenden Oktober nach seiner Meinung nicht mehr zu diskutieren wäre über die Parität. Davon geht er aus, daß das Grundlage ist, – wörtliches Zitat – „ob wir eine neue Unternehmensverfassung für die Großunternehmen brauchen. Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Gewinn und am Zuwachs wird in die Diskussion einbezogen“. Deshalb liegt das absolut in dieser Linie. Meine Meinung ist, wenn wir das Stück Faszination und Strahlkraft, was wir nach dem Wahltag alle miteinander vermißt haben, wieder zurückgewinnen wollen, dann wird das nur möglich sein unter der Marke Soziale Marktwirtschaft und soziale Partner-

---

30 Ahlener Programm der CDU der britischen Zone vom 3. Februar 1947 (Text im Internet: [http://www.kas.de/upload/themen/programm/programm\\_der\\_cdu/programme/1947\\_Ahlener-Programm.pdf](http://www.kas.de/upload/themen/programm/programm_der_cdu/programme/1947_Ahlener-Programm.pdf)).

31 Vgl. „Rheinische Post“ vom 25. Mai 1973 „Parität wird nicht mehr diskutiert“.

schaft. Bei der Diskussion in Bochum<sup>32</sup>, als die meisten der Gäste uns schon verlassen hatten, war eigentlich der interessanteste Teil für mich, und auch der ertragreichste, eine lange Diskussion mit Herrn Vetter. Es ging an sich um die Frage „Gewerkschaft und Sozialausschüsse“. Da gab es eine ganz harte Kontroverse, die will ich jetzt hier nicht erörtern, weil sie zu dem Thema nicht gehört. Aber es ging dann in eine ganz zentrale Frage der Eigentumsbildung, wo Vetter erstens in der Mitbestimmung bedauerte, daß wir nicht übereinstimmten. Unser Modell ist gegen sieben Stimmen nur verabschiedet worden, das waren hauptamtliche Gewerkschaftskollegen ausschließlich. Daß der Saal und die Delegierten und Vetter sehr betroffen waren – ich weiß nicht, ob Norbert Blüm das so empfunden hat –, das ist mir ganz bewußt geworden, als ich sagte, das werden sich die Gewerkschaften sehr überlegen müssen, ob sie auf die Dauer die Leute angehen können mit einem Mitbestimmungsmodell à la Montan, oder ob unser Vorschlag nicht besser ist. Vor allem aber auch, ob sie die Arbeitnehmer ansprechen mit einem anonymen Fonds, der noch nicht mal Zins und ihnen keinen Ertrag bringt. Das war ein Stück, da gingen die Leute vom Sessel. Herr Vetter machte ein sehr nachdenkliches Gesicht und bot im Anschluß daran spontan in einer sehr guten Rede an ein Gespräch über Personalfragen, was mich verwundert hat, aber auch über die Sachfrage dieser beiden Punkte, die wir herausgearbeitet haben.

Wir sollten also damit unten unsere Leute zurückgewinnen, das gilt für die Betriebe und für die Universitäten – wenn man mit Studenten spricht, da ist ja fast dasselbe –, denn unsere Leute verzweifeln fast und haben nicht mehr den Mut, Flagge zu zeigen für uns. Es ist ja vom RCDS uns oft hier in dieser Kreise gesagt worden und ähnlich von den Betriebsräten – in der letzten Betriebsrätekonferenz<sup>33</sup> hier im großen Saal –, ihr hinkt in dieser Diskussion etwas hinterher. Ich würde glauben, ohne jetzt den Ergebnissen vorzugreifen, wir sollten dies in die Partei hineingeben, es sollte dort diskutiert werden. Das sind zwei Punkte, mit denen wir unsere Freunde unten in die Lage versetzen, offensiv wieder anzutreten und nicht nur defensiv Verteidigungspositionen zu beziehen. Deshalb sage ich abschließend, Herr Vorsitzender, ich würde das Papier so, wie es von Pieroths Kommission verabschiedet ist plus dem Minderheitsvotum, auch wenn da einige unfreundliche Sätze drin sind – das ist ja gar nicht schlimm, das ist doch ganz gut –, beides in die Partei hineingeben. Dann würden wir so verfahren, wie wir vorhin in der Medienpolitik ebenfalls gesagt haben, daß eine Klausurtagung des Vorstandes sich mit der Sache noch einmal befaßt.

*Stoltenberg:* Ich bin mit dem Vorschlag einverstanden, daß hier eine breite Diskussion in der Partei einsetzen soll. Aber nachdem, was ich gehört habe – Herr Barzel hat auf das Problem hingewiesen –, Herr Kraske, ist es aus Zeitschwierigkeit so gewesen, daß die abschließende Beratung der Kommission parallel zur Fraktionsberatung und anderen Terminen stattfand und der Vorsitzende selbst wohl nicht in der Lage war, Herr Burgbacher, diese Beschlußfassung zum Schluß mitzumachen. Ich hörte gestern,

---

32 15. Bundestagung der CDA vom 19./20. Mai 1973. Vgl. Nr. 34 Anm. 7.

33 Am 7. Mai 1973 fand ein Kontaktgespräch des Präsidiums mit Betriebsräten der CDA statt (Unterlagen in ACDP 07-001-1463, -1553).

daß er auch den Wunsch hat – so habe ich Herrn Barzel eben verstanden –, daß das doch noch einmal beraten werden kann, bevor wir hier es – mit oder ohne einer Äußerung von uns, das ist ja ganz offen jetzt im Augenblick – als Bundesvorstand weitergeben.

Herr Pieroth, ich begrüße einen Punkt, den Sie, wenn ich das richtig verstanden habe, hervorgehoben haben, daß im Teil B – das war der Teil gesetzgeberische Vorschläge –, diese weitergehende, und zwar ganz erhebliche Problematik, die mit dem neuen Konzept verbunden ist, nicht dazu führt, daß wir für eine lange Zeit aktionsunfähig werden. Ich habe Sie so verstanden, daß es, vor einer abschließenden Meinungsbildung über den neuen Komplex, der hier aufgetaucht ist, nämlich eine institutionelle Beteiligung auch am Gewinn neben dem Beteiligungslohn, vor dem Ende der Diskussion möglich sein muß, parlamentarisch initiativ zu werden. Darauf lege ich persönlich entscheidenden Wert. Sie haben ja auch deshalb in den Vorüberlegungen des Präsidiums und des Vorstandes in diesem Fall die Bundestagsfraktion federführend gemacht und gesagt, es kommen hinzu Sachverständige aus der Partei. In dieser vom Bodenrecht und beruflichen Bildung etwas abweichenden Form der Gewichtung kam ja zum Ausdruck ein Gedanke, den ich hier noch einmal sehr unterstützen möchte. Daß wir doch versuchen, in den nächsten Monaten vor der Aufarbeitung der gesamten neuen Problematik auf der Basis unseres geltenden Düsseldorfer Programms – in diesem Punkt ja einmütig oder fast einstimmig verabschiedet – mit gewissen weiterführenden Überlegungen, die aber vom System ausgehen, das wir verabschiedet haben, auch parlamentarisch handlungsfähig zu werden. Nach meiner Auffassung brauchen wir für die parlamentarische Auseinandersetzung, auch für die stabilitätspolitische Auseinandersetzung, die ja noch mindestens ein, zwei Jahre weitergeht – aber, wenn ich das sagen darf, bei den großen Schwierigkeiten, die wir in anderen Bereichen, Mitbestimmung, ja noch unter uns haben, wir wollen das gar nicht überschauen, gar nicht bagatellisieren heute, daß das noch ein schwieriger Weg ist – relativ bald eine sichtbare Initiative im Deutschen Bundestag, die uns für die Profilierung, gerade auch gegenüber der Arbeitnehmerschaft, gegenüber denjenigen, die moderne Lösungen von uns verlangen, voranbringt. Ich sage das ganz offen, weil das auch wieder ein Stück Integration für die Union bedeutet. Integration wird ja in der Regel nicht erreicht – bei aller Bedeutung der Dinge – durch Kommissionsarbeiten, und ich habe selbst das ganze Verfahren mitgewünscht und mitempfohlen, nicht nur durch sehr abstrakte Grundsatzdebatten, sondern auch durch parlamentarisch-politische Aktionen. Daß man etwas hat, was im Parlament vertreten wird und dort erörtert wird. Deswegen ist es richtig, sich auf der Basis des geltenden Programms – in diesem Punkte ja nicht kontrovers, auf der Basis der Entwürfe der letzten Wahlperiode in einigen Punkten verbessert, aber ausgehend von diesem System – parlamentarisch handlungsfähig zu machen. Die wesentlich weitergehende Problematik dieses neuen Modells habe ich auch erst vor zwei, drei Tagen anhand einer Aufzeichnung gesehen. Das ist ein Problem des Informationsstandes unter uns, nicht nur der Kommission, dafür die nötige Zeit zu haben. Herr Pieroth, die Kombination von Beteiligungslohngehalt und Mitbestimmung, die wir alle bejahen – dazu haben wir uns als CDU/CSU klar bekannt



und ich habe selbst mich sehr dafür eingesetzt in den vergangenen Jahren, daß wir hier vorankommen, nur mit einem anderen System, in dem dann noch einmal vom Gewinn her ein Splitting erfolgt, um das einmal sehr einfach zu sagen – ist natürlich ein im Grunde neues Thema. Ich bin gar nicht so sicher, ob wir das in wenigen Monaten bis zum Oktober hin so verarbeitet haben, daß wir beschlußreife Vorschläge haben. Ich lasse das offen. Aber hier werden wir uns die nötige Zeit für die Überlegung aller Konsequenzen nehmen müssen.

*Kraske:* Ich stimme im letzten Punkt Herrn Stoltenberg nicht zu. Wenn wir im Bundestag in absehbarer Zeit einen – ich sage mal – aktualisierten Burgbacher-Plan einbringen würden, dann würde ich es für schwierig halten, daß wir ein Jahr später einen Reformschritt in diese Richtung Gewinnbeteiligung machen. Oder umgekehrt, wenn wir für diese jetzt begonnene Legislaturperiode den Reformschritt Gewinnbeteiligung nicht von vornherein ausschließen wollen, dann sollten wir uns lieber bis zum Herbstparteitag und notfalls bis ins Jahr 1974 dafür Zeit nehmen und nicht vorher eine halbe Sache machen mit einem reformierten Burgbacher-Plan.

In den Verfahrensvorschlägen stimme ich dagegen Herrn Stoltenberg zu. Nach dem wenigen, was ich gehört habe, Herr Kollege Pieroth, ist es doch nicht nur so, daß es nach dieser Nachtsitzung eine Frontstellung gibt zwischen denen, die zustimmen zur Gewinnbeteiligung und jenen, die beharren auf dem Grundsatz, nur der Kapitaleigner hat einen Anspruch auf den Gewinn. Sondern es gibt doch auch die Frage, ist das schon ausdiskutiert mit der Verteilung von Unternehmerlohn, von Risiko-Prämie, von Aufteilungskriterien. Das heißt also, nach dem, was ich gehört habe, gibt es durchaus Bereitschaft, dem prinzipiellen Ansatz zuzustimmen, aber auch das Bedürfnis, diesen Ansatz noch etwas genauer zu präzisieren. Deswegen würde ich vorschlagen, nachdem die Nachtsitzung mit der gleichzeitigen Fraktionssitzung wohl wirklich unter einer gewissen zeitlichen Bedrängnis stand<sup>34</sup>, daß wir die Kommission bitten, sich in der nächsten oder in der übernächsten Woche noch einmal mit dem Thema zu beschäftigen. Daß wir sie bitten, dieses Minderheitenvotum einzuarbeiten und daß dennoch – auf den Termin würde ich nun allerdings großen Wert legen – bis Mitte Juni die Sache herausgehen kann. Ich würde das für möglich halten, denn was nicht bis Mitte Juni herausgegangen ist, kann in der Partei auf den Herbstparteitag hin höchstens noch theoretisch diskutiert werden, weil es zu sehr in die Sommerpause fällt.

Was ich nicht gut fände, wäre, wenn wir jetzt das so vorliegende Papier nähmen und das ebenfalls formulierte Minderheitenvotum hinten anschlössen. Ich finde, in der Form der Präsentation hat die Gölter-Kommission hier einen vorbildlichen Weg gefunden, in dem bestimmte Varianten präsentiert werden. Da ich ein bißchen was zu tun gehabt habe mit der Zusammensetzung der Kommissionen, warne ich davor, von Mehrheits- und Minderheitsvoten zu sprechen, weil diese Kommission nicht unter po-

---

34 Am 22. Mai 1973 tagte die gemeinsame Kommission „Eigentum/Vermögensbildung“ der CDU/CSU-Fraktion und der CDU-Bundespartei von 18.00 bis 24.00 Uhr und verabschiedete das „Vermögenspolitische Grundsatzprogramm“ (Unterlagen in ACDP 07–001–1322). Die Fraktionssitzung fand gleichzeitig von 16.02 bis 20.45 Uhr statt (Protokoll in ACDP 08–001–1032/1).

litisch quantifizierten Gesichtspunkten gebildet worden sind. Es kann also nur darum gehen zu sagen, was sind die wichtigen und in der Sache womöglich zunächst noch unterschiedlichen Akzente. Ich würde die Diskussion nicht von vornherein – auch bei Ihrem Papier, Herr Gölter, wir kommen nachher darauf – bei der Herausgabe die Zahlenangaben weglassen, sondern würde sagen, dies sind die großen Linien, um die es geht, die in der Partei diskutiert werden müssen, wo sich nun die Partei und nachher der Parteitag eine dann auch quantitativ wichtige und entscheidende Meinung bilden muß. Also auch aus diesem Grunde fände ich es gut, wenn die Kommission das noch einmal aufnehme und diese dissenting votes als eine andere Variante mit in dieses sonst vorzügliche Papier mit hinein nähme.

*Carstens:* Vielen Dank, meine Damen und Herren, ich möchte die beiden Gedanken, die Herr Stoltenberg und Herr Kraske hier gerade eben ausgesprochen haben und die meiner Meinung nach in wesentlichen Punkten miteinander übereinstimmen, sehr unterstreichen. Ich möchte den dringenden Wunsch aus meiner Sicht anmelden, daß die Fraktion sobald wie möglich in den Stand gesetzt wird, auf diesem Gebiet eine Initiative zu ergreifen. Und deswegen würde ich großen Wert darauf legen, daß dieser Komplex auf dem Hamburger Parteitag erörtert wird. Denn wenn er da nicht erörtert wird, sehe ich nicht, wo er dann enden wird und wann wir ihn dann wieder so weit aufbereitet haben werden, daß wir ihn zum Gegenstand einer Initiative machen können. Ich sehe ein, daß das Papier, so wie es jetzt vorliegt, höchstwahrscheinlich nicht verschickt werden kann an die Parteigremien. Aber auch ich möchte Herrn Pieroth fragen, ob man nicht innerhalb der nächsten 14 Tage oder drei Wochen das Papier in einen Zustand versetzen kann, daß es an die Parteigremien verschickt werden kann und daß wir die Möglichkeit haben, es in Hamburg zu erörtern.

*Blüm:* Ich möchte dafür plädieren, daß dieses Papier wie alle anderen an die Partei weitergereicht wird. Einmal, weil ich glaube, es wäre ein Armutszeugnis, wenn die Partei, die das Privateigentum auf ihre Fahnen geschrieben hat, zu dem Hamburger Parteitag zwar Medienpapiere, zur beruflichen Bildung, zur Medienpolitik, zum Bodenrecht Papiere verschickt, aber ausgerechnet zur Eigentumspolitik nicht, obwohl dieses Papier vorliegt. Wenn dies zurückgehalten würde, wäre das gleichzeitig eine Qualifizierung der vorliegenden Papiere. (*Unruhe.*) Ich bin dafür, daß dieses Papier wie alle anderen versandt wird, zum gleichen Zeitpunkt wie alle anderen, weil unterschiedliche Versandtermine gleichzeitig eine politische Qualifizierung von Kommissionsarbeit wären. Ich halte dies auch deshalb für notwendig, weil ich nicht glaube, daß wir solide eine Mitbestimmungsdiskussion führen können, wenn wir nicht die Eigentumspolitik auf eine neue Ebene gebracht haben, nämlich die Eigentumspolitik im Zusammenhang mit einem neuen Gesellschaftsrecht diskutieren. Es geht in der Eigentumspolitik nicht um Verteilungsfragen allein, sondern um eine Transformation des schuldrechtlichen Arbeitsvertrages hin zu einer Mitgliedschaft der Arbeitnehmer am Unternehmen, auch mit Hilfe der Eigentumspolitik. Ein Gedanke, der im übrigen schon im Biedenkopf-Gutachten<sup>35</sup> enthalten war und damals nicht abgelehnt, sondern

---

35 Vgl. Nr. 5 Anm. 60.

nur als eine Alternative zum schuldrechtlichen Arbeitsvertrag hingestellt wurde. Wenn wir dieser Frage uns nicht stellen, welche Position der Arbeitnehmer im Unternehmen hat, können wir die Mitbestimmungsfrage nicht auf der Ebene diskutieren, auf der wir sie diskutieren wollen. Ich glaube im übrigen, daß sich anhand der eigentumspolitischen Frage auch ein gesellschaftspolitisches Konzept hinter den Verteilungsfragen deutlich machen läßt. Nämlich ein gesellschaftspolitisches Konzept des Pluralismus, in der der einzelne Bürger sowohl als Arbeitnehmer im Entscheidungsspiel ist wie als Eigentümer. Nur wenn er beide Rollen voll verantwortlich übernimmt, haben wir ein Gegenkonzept gegen die Klassengesellschaft. Dies werden wir nicht nur in Grundsätzen hier darlegen müssen, sondern anhand ausgewählter Beispiele. Und dazu zählt die Eigentumspolitik. Insofern stehen wir auch unter Zeitdruck angesichts der Diskussion anderer politischer Sachbereiche. Ich glaube, daß es wichtig ist, diesen Vorschlag weiterzugeben, weil ja die Eigentumspolitik in eine Dimension hinter der Verteilungspolitik drängt, und endlich dahin muß sie kommen.

*Lampersbach:* Herr Kollege Pieroth, das Papier aus Ihrer Kommission ist bei uns verständlicherweise sehr nachhaltig diskutiert worden, und ich hätte zunächst einige Fragen. Die Kommission tagt ja seit sehr, sehr langer Zeit. Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode uns verschiedentlich darüber unterhalten, das wurde dann unterbrochen. Nicht ganz verständlich, so will ich einmal sagen, war mir eine Bemerkung, daß die Kommission in einer permanent unterschiedlichen Besetzung von Personen und Stärke getagt hat. Das ist mir so gesagt worden. Wenn dem so wäre, könnte man natürlich sehr leicht ableiten, daß die Qualität des Papiers sicherlich darunter mitgelitten hätte.

Das zweite: Das Minderheitsgutachten soll nach meinen Informationen von Herrn Burgbacher ebenfalls mitunterschrieben worden sein. Also hier wären doch die Bedenken von Herrn Burgbacher zu dem Papier Ihrer Kommission sicherlich dann auch mitzubegründen und warum dem so ist. Er steht dann zwar nicht mit drunter, aber es ist mir so gesagt worden. Nun die Frage, wie verfahren wir damit? Ich will in der Sache selbst nichts sagen, Sie kennen meine Einstellung dazu. Vom Grundsatz her, Herr Dr. Blüm, sind wir uns ja alle einig, daß in der Frage Vermögensbildung etwas Neues, Weiterreichendes geschehen soll. Der Dissens besteht doch nur in exakt drei Punkten. Von den 13 Punkten sind zehn einvernehmlich in der Kommission entschieden worden. Bei drei Punkten waren unterschiedliche Auffassungen, und da haben die Herren, die dagegen votiert haben, darum gebeten, ob man die dann nicht alternativ, ohne ein Minderheitsgutachten zu erstellen, miteinbauen könnte, ähnlich wie bei dem Gölter-Papier. Ich würde das auch für richtig und für zweckmäßig halten. In Ihrem Papier selbst sind sicherlich vom Ansatz her bei grundsätzlichen Betrachtungen eine Reihe von Thesen aufgestellt worden, die, wenn das Papier vom Vorstand so herausgegeben wird, draußen zu einer Verwirrung in der Diskussion führen müssen. Ich glaube, das ist ganz unzweifelhaft. Daher begrüße ich den Vorschlag von Herrn Dr. Kraske, das Papier noch einmal an die Kommission zurückzugeben. Ich plädiere auch dafür, daß so verfahren wird. Bis Mitte Juni, Herr Vorsitzender, könnte das fertig sein, wenn wir uns in der kommenden oder übernächsten Woche daran setzen, intensiv zu beraten, um

dann ein einheitlich formuliertes Papier, von mir aus mit zwei oder auch drei Alternativen in den streitigen Punkten, herauszugeben. Wir selbst, Herr Vorsitzender, haben Ihnen mitgeteilt und Sie darum gebeten, das anzuerkennen, daß wir von der Vereinigung her eigene Papiere, die wir seit langem in Arbeit haben, dem Vorstand mit zur Verfügung stellen. Wir bäten dann darum, daß die miteingebaut werden könnten. Zum Teil, Herr Pieroth, ist das bei Ihnen miterfolgt, wie mir gesagt worden ist. Aber wir haben am 17. Juni Kongreß.<sup>36</sup> Der wird mit seinen Delegierten auch in diesen Fragen sicherlich ein entscheidendes Wort mitreden wollen. Das hat nichts damit zu tun, Herr Dr. Blüm, daß vorher, wenn das Papier einvernehmlich hier als abgerundet angesehen wird, die Dinge rausgehen können. Ich würde aber davor warnen, das in der jetzigen Fassung herauszugeben. Herr Pieroth, Sie täten sich selbst und auch der Arbeit Ihrer Kommission nach meiner Auffassung einen schlechten Dienst.

*Müller-Hermann:* Ich gehe zunächst einmal davon aus, daß wir uns einig sind, im Oktober auf dem Parteitag müssen wir zu der Vermögensbildungspolitik ein klares Konzept verabschieden. Wir haben etwas Zeit im Bundestag, weil die andere Seite sich sehr schwer nur zusammenraufen wird. Aber wir sollten das nicht als ein Alibi oder als ein Argument benutzen, um uns selbst einen zu großen Spielraum an Zeit zu geben. Wir müssen im Herbst dieses Jahres handlungsfähig werden, eine parlamentarische Initiative für das Vermögensbildungskonzept auf den Tisch zu legen. Ich bitte bloß auch um Verständnis dafür, daß wir möglicherweise – wir wissen ja nicht, was also in der Frage der Stabilitätspolitik im Herbst noch alles auf uns zu kommt – uns in der Fraktion einen gewissen Bewegungsspielraum vorbehalten müssen, unter stabilitätspolitischen Gesichtspunkten, auch wie wir das bei unseren Besprechungen in dieser Woche gesagt haben, einen Einstieg in die Vermögensbildung in Koppelung mit stabilitätspolitischen Erwägungen vorbehalten. Wobei wir davon ausgehen, daß ein solcher Einstieg natürlich auf der Richtung liegen muß, die unserem vermögenspolitischen Gesamtkonzept entspricht. Nur in der Frage des weiteren Prozedere, Herr Kollege Blüm, würde ich wirklich bitten, etwas über den Schatten zu springen. Jedermann ist sich darüber klar, die Partei muß die nötige Zeit haben für die Diskussion an der sogenannten Basis. Allein 14 Tage können wir uns Zeit lassen. Mir scheint es schon rein vom Technischen her nicht sehr schön, wenn ein Kommissionsbericht versandt wird, zu dem in einem Schreiben nun kritische Anmerkungen gemacht werden von Kommissionsmitgliedern. Meines Erachtens müssen diese Bedenken – wenn es nicht gelingt, innerhalb der nächsten 14 Tage einen Konsensus herbeizuführen, was meines Erachtens kaum möglich sein wird, aber nicht ausgeschlossen ist – in dem Kommissionsbericht die Mehrheits- und die Minderheitsmeinungen vielleicht ohne Stimmabgaben enthalten sein. Ich glaube, das gehört einfach zur Sauberkeit der Berichterstattung für unsere Mitglieder, die sich ein Urteil bilden wollen.

*Pieroth:* Zu Ihrer Frage, Herr Kollege Lampersbach: Die Kommission hat nicht in wechselnder Besetzung getagt, abgesehen davon, daß mal einer fehlt, es gab eine kleine Kommission, die fünfmal getagt hat, von der großen Kommission eingesetzt, zum

---

36 18. Bundeskongreß der Mittelstandsvereinigung. Vgl. Nr. 34 Anm. 9.

Schluß wurde im Plenum behandelt. Nicht daß hier ein Mißverständnis aufgetreten wäre. Ich möchte, bevor ich noch ganz kurz zur Sache etwas sage, ein zweites Mißverständnis gerne ausräumen, das mit der Nachtsitzung. Ich habe den Eindruck, es waren jeweils Nachtsitzungen, wenn es in den einzelnen Kommissionen dann zum Ende kam. Aber in dieser Nachtsitzung gab es nur eine Gegenstimme. Hier muß ich doch einmal deutlich sagen, diese Gegenstimme kommt von einem Fraktionskollegen, der auch gegen das Beteiligungslohngesetz ist. Deshalb sollten wir diese Gegenstimme von dem sehr geschätzten Kollegen Dr. Becker<sup>37</sup>, Mönchengladbach, vielleicht nicht so überbewerten. Kollege Ruf hatte sich in der Schlußabstimmung enthalten. Die Thematik ist ausdiskutiert. Ich könnte mir also auch eine andere Form der Alternativen vorstellen, insbesondere deshalb, weil wir kein Minderheitsvotum in der Nachtsitzung beschlossen hatten, sondern Herr Dr. Becker und Herr Ruf lediglich darum gebeten hatten, ihre Meinung und ihre Überlegungen, warum sie den drei Punkten nicht zustimmen können, in einem Brief niederzulegen. Daraus ist dann diese Minderheitsstellungnahme geworden. Damit ich also dieses Mißverständnis da etwas aufgeklärt hätte. Letztlich war nur einer dagegen und der war auch gegen das Beteiligungslohngesetz, das sollte gesagt werden.

Aber noch einmal zur Sache: Herr Dr. Stoltenberg, ich bin nicht davon überzeugt, daß wir aus vermögenspolitischen Gründen in den nächsten 1 ½ Jahren im Deutschen Bundestag initiativ werden. Wir sind letztes Mal gerade noch davon gekommen im 6. Bundestag durch unser Handeln, nicht die anderen in einen Handlungszwang zu begeben. Wenn wir konjunkturpolitisch handeln müßten, stände das auf einem anderen Blatt. Womit ich sagen will, auf die parlamentarischen Initiativen kommt es der Kommission überhaupt nicht an, es sei denn, im letzten Jahr müßten wir, um die Wahlkampfausegung zu verdeutlichen, handeln. Wir sind sicherlich klug beraten, die anderen, die jetzt weit auseinander sind, FDP und SPD, anders als es in den ersten Tagen nach Hannover<sup>38</sup> aussah, durch uns in einen Zugzwang zu setzen. Wenn aber die parlamentarische Initiative wegfällt, dann meine ich – um Ihren Gedanken aufzugreifen – kann die Profilierung gegenüber der Arbeitnehmerschaft nur dadurch hergestellt werden und erfolgen, daß wir das Wort „Gewinn“ in der CDU in den Mund nehmen. Ohne Herrn Professor Burgbacher zu nahe zu treten, „Beteiligungslohngesetz“ – das riß die Arbeiter nicht von den Stühlen. Wir sollten den Sozialisten nicht die Prärogative überlassen, über Gewinn allein reden zu dürfen. Wir, und zumindest drei Präsidiumsmitglieder haben das sehr deutlich in den letzten Wochen getan, wir müssen auch über Gewinn sprechen, und wenn wir Partnerschaft sagen, wenn wir der Ansicht sind, der Gewinn ist ein partnerschaftliches Ergebnis – und nur das haben wir reingeschrieben und ich weiß nicht, ob man da noch allzu viel Neues bringen und allzu vieles verbessern kann –, dann meinen wir, daß der Gewinn nicht ausschließlich dem Kapital zufließen sollte. Ich wäre also schon dankbar – ich bin gerne bereit, Herrn Professor

---

37 Dr. Curt Becker (1905–1987), Fabrikant; 1957–1961, 1964/65 und 1969–1976 MdB (CDU).  
Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 534 Anm. 29.

38 Parteitag der SPD. Vgl. Nr. 34 Anm. 4.

Burgbacher zu berichten, daß es anders formuliert werden sollte –, wenn man zumindest zu dem Grundsatz heute in dem Sinn Stellung nehmen könnte, wie zu den anderen Papieren Stellung genommen wird. Denn ich könnte wirklich verstehen, daß Herr Dr. Blüm recht hat, wenn er meint, eine verschiedenartige Behandlung der vier Papiere läßt auch draußen eine verschiedenartige Beurteilung nur allzu gern aufkommen.

*Barzel:* Ich möchte gern jetzt selbst noch ein paar Sätze sagen. Zunächst zur Sache selbst. In der Sitzung vom 12. Mai hat dieser Vorstand einstimmig, bei Beschlußfähigkeit, sich verständigt zu dem Punkt, den Herr Pieroth in den Mittelpunkt gesetzt hat. Das heißt, in dieser Sache, in diesem Grundsatz gibt es einen Beschluß des Parteivorstands vom 12. Mai. Und daran sollte man festhalten. Wenn wir nun den sehr dringenden Wunsch des Fraktionsvorsitzenden hören, daß er aus Gründen seiner Planung doch auf dem Parteitag eine grundsätzliche Beschlußfassung hierzu gerne hätte, wenn wir uns erinnern, an unsere eigenen Einlassungen über schlußendliche Zusammenhänge zwischen Mitbestimmung und Miteigentum, dann muß dieses Papier bald in die Partei. Da wir technisch nicht imstande sind und pressepolitisch töricht beraten wären, etwa alles am Montag auf den Markt zu geben, da geht alles unter, würde ich nachher empfehlen, daß Sie hier dem Generalsekretär Vollmacht geben zu sagen, in welcher Reihenfolge die Papiere hinausgehen. Das hängt ja auch mit DUD und Druckterminen und so was zusammen. Und daß wir Herrn Pieroth bitten, wie er es am Schluß selbst angeboten hat, mit Herrn Burgbacher zu sprechen mit dem Ziel, eine Präsentation dieses Gedankens vorzutragen, die an der ein oder anderen Stelle sehr wohl – analog wie Herr Gölter das für seine Kommission gemacht hat – Alternativen deutlich macht. Ich glaube, das kann geschehen, und das sollte geschehen, damit hier nicht irgendwelche falschen Interpretationen in der Öffentlichkeit eintreten. Darf ich das so zusammenfassen?

*Kraske:* Darf ich nur zur gewissen Beruhigung von Herrn Blüm noch sagen, eine Diskriminierung liegt insofern nicht vor, als auf der heutigen Tagesordnung nur drei Papiere stehen, nur diese drei Papiere sind vorher dem Vorstand zugeschickt worden. Dieses Papier ist schon heute anders behandelt worden, und wenn es mit einem zeitlichen Verzug von einer Woche herausgeht gegenüber den anderen Papieren, liegt das völlig in der gleichen Behandlung. Da würde ich also wirklich keine Bedenken sehen.

*Lampersbach:* Noch eine ganz kurze Bemerkung. Wenn es keine Gewinne gibt, muß man natürlich auch vom Verlust nicht sprechen, aber daran denken zumindest, (*Barzel:* Natürlich!) nur damit das hier ganz klar gesagt wird.

*Barzel:* Ich habe, Herr Lampersbach, damit ich mich hier noch einmal zu Protokoll festlege, hier ausdrücklich Bezug genommen auf meine Ausführungen dazu vor dem Bundesparteiausschuß<sup>39</sup>, wo ja auch das Risiko genau genannt ist. Aber mit dem Wort „Beteiligungslohn“ sind wir doch rein publizistisch nicht durchgekommen, weil die Arbeitnehmer dachten, jetzt wollen die sich auch noch an meinem Lohn beteiligen. Das Gegenteil ist unsere Absicht gewesen. (*Lampersbach:* Dann hätte es ja „Lohnbeteiligung“ geheißen.) Gut. Also, können wir so verfahren? Danke sehr.

---

39 Wortprotokolle aus diesem Zeitraum liegen nicht vor.

Nächster Punkt, Bodenrecht. Herr Göb, wir freuen uns, Sie mal wieder hier zu sehen. Wir danken Ihnen und einigen Kollegen für termingerechte Leistung einer gleichfalls schweren Arbeit.

*Göb:* In unserem Parteiprogramm steht in dem Bereich, der sich mit Raumordnung und Städtebaupolitik, mit Wohnungsbaupolitik befaßt, u. a. der Satz: „Planungen und Neuordnungen in Stadt und Land müssen von Verzögerungen und ungerechtfertigten Verteuerungen befreit werden, Spekulationsgewinne aus Bodengeschäften sind steuerlich stärker zu erfassen.“ Und wir haben unseren Auftrag in der von Ihnen eingesetzten Bodenkommission so gesehen, daß wir gesagt haben, wir wollen erklären, wie die CDU das machen will, um in der politischen Diskussion, die heute ja im Bereich der Bodenordnung äußerst stark geworden ist, bestehen zu können. Wir mußten also sehr kurzfristig eine Art politisches Aktionsprogramm aufstellen, was aber trotzdem möglich war, da wir auf eine ganze Fülle von Materialien zurückgreifen konnten, die in verschiedenen Parteigremien erarbeitet wurden. Wir konnten auch zurückgreifen auf wissenschaftliche Grundlagen, die insbesondere das Kommunalwissenschaftliche Institut der Konrad-Adenauer-Stiftung vorgelegt hat.<sup>40</sup> Wir haben aber trotzdem kein etwa vorformuliertes Arbeitsergebnis beraten, sondern wir haben ein ganze Reihe von Modellen, die es gibt, nebeneinander gestellt, aber sie beraten und uns dann für eins entschieden und dieses eine Modell weiterentwickelt. Wir haben also induktiv gearbeitet und haben insbesondere im Bereich des Abgabensystems eine Weiterentwicklung, nichts Neues, aber eine Weiterentwicklung, die nicht auf dem politischen Markt vorhanden ist, erarbeitet. Ich möchte sagen, daß das Vorschlagspapier, das Sie kennen, kein Kompromiß in der Linie ist, sondern die Linie, die wir uns vorgegeben haben und die uns auch aus den Parteiprogrammen vorgegeben ist, konsequent verfolgt. Diese Linie wird von der Gesamtkommission getragen, also der Duktus des Papiers wird von der Gesamtkommission einheitlich getragen. Es gibt eine Abweichung, die zahlenmäßig sehr gering ist, die sich findet im Bereich der abgabenrechtlichen Vorschläge und dort sich auch zuspitzt auf die Frage: Sollen wir die Grundsteuer weiterentwickeln zu einer Grundwertsteuer? Aber da ist eigentlich ein zahlenmäßig sehr geringes, man kann es fast kaum Minderheitenvotum nennen, vorhanden. Ansonsten werden die Vorschläge mit Abweichungen im Detail im einzelnen, die aber nicht wichtig sind, von der Gesamtkommission getragen. Die vorgegebenen Werte für dieses Papier, für diesen Vorschlag, beruhen auf unserem Eigentumsverständnis, das sich aus der Gesellschaftsordnung und aus unserer Wirtschaftsordnung ergibt, und das ja sehr ausdrücklich und ausführlich in unserem Parteiprogramm niedergelegt.

Wir haben kein Verteidigungspapier gemacht. Wir haben also bewußt darauf gesehen, daß wir nicht ein Papier gemacht haben, um uns gegen Vorschläge der SPD zu verteidigen, oder um in der Öffentlichkeit zu sagen, weil nun dort was auf dem Markt

---

40 Institut für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.: Vorschläge zur Reform der Bodenordnung. Eine Analyse und zusammenfassende Darstellung. Erarbeitet von einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von Dr. Rüdiger Göb. Vorläufige Fassung: 12. September 1972 (ACDP Dokumentation 2/201/25–3).

ist, müssen wir jetzt auch etwas liefern. Wir haben also kein Anpassungspapier gemacht, wie uns das kürzlich vorgeworfen worden ist, sondern sind einen konsequenten Weg gegangen. Wir legen nicht nur eine partielle Bodenbetrachtung zugrunde, wie das im Wahlkampf von den Sozialisten geschehen ist, nach dem Motto „Mit Steuern gegen Spekulanten“. Das war unser Thema nicht. Wir haben uns auch auf diese Redereien über die Makler nicht eingelassen, sondern haben gesagt, es geht darum, daß man die Bestrebungen zur Neuordnung, zur Weiterentwicklung des Bodenmarktes, der Baubodenordnung – denn darum geht es – hinführt zu einer Schaffung sozialen Eigentums. Wir wollten also nicht eine Verengung des Zugangs zum Eigentum, sondern eine Erweiterung des Zuganges aus sozialen Gründen zugrunde legen und haben schließlich auch als oberes Ordnungsziel nicht die steuerliche Gerechtigkeit – das war für uns nur eine Rahmenbedingung –, sondern eben die städtebaulichen Notwendigkeiten zugrunde gelegt. Wir haben schließlich in den Rahmenbedingungen herausgearbeitet, daß es notwendig ist, im Rahmen unserer Wirtschaftsordnung zu bleiben. Wir haben also ein bürokratisches Zwanglenkungssystem abgelehnt und deswegen auch gesagt, es genügt nicht, daß wir nur im Bereich der Nachfrage zur Steuerung des Bodenmarktes uns bewegen, man muß auch im Bereich des Angebotes etwas unternehmen.

Ich glaube, daß ich davon absehen kann, die Einzelheiten des Programms, das wir vorgelegt haben, vorzutragen. Es gibt im Maßnahmenkatalog vier große Bereiche, das eine ist der Bereich des Planungsprozeßinstrumentariums. Hier wird zur Zeit im Zusammenhang mit einer von dem Vogel-Ministerium vorgelegten Novelle zur Änderung des Bundesbaugesetzes<sup>41</sup> sehr viel beraten. Wir haben uns in diese Einzelberatungen nicht hineingemischt, weil es darum im Grunde nicht geht. Hier sind eine Fülle von Einzelheiten, die insbesondere aus dem Bereich der kommunalen Spitzenverbände, aus dem Deutschen Städtetag mit Perfektion diskutiert werden. Das gehört nicht in ein politisches Aktionsprogramm. Das gehört auch nicht in die Entscheidung eines Parteitages. Bei dem sogenannten planungsakzessorischen Instrumentarium, also dem Vollzugsinstrumentarium, d. h. also dem Instrumentarium, das man den Gemeinden geben will, um Planungen durchsetzen, sichern und durchsetzen zu können, da sieht es etwas anders aus. Da geht es dann um Modernisierungsgebote, um ein Vorkaufsrecht. Das sind Dinge, die, wenn man sie nicht richtig behandelt, allein oder in Kombination mit anderen Maßnahmen schärfer wirken können als die Enteignung. Das heißt, man kann hier, ohne daß das für den Unbefangenen zum Ausdruck kommt, soziale Wirkungen erzielen, die man eben erzielen will, ohne daß man das in einem Instrumentarium zum Ausdruck bringt. Und hier haben wir dann sehr deutlich gesagt, daß es ohne flankierende soziale Maßnahmen nicht geht.

Der dritte Bereich ist der des Bodenrechtes im eigentlichen Sinne des Wortes, hier ist insbesondere die Notwendigkeit der Enteignungsvoraussetzungen, das Enteignungsverfahren, zu verbessern. Hier besteht weitgehend Einigkeit, ich kann mich auf

---

41 BT-Drs. 7/577 vom 17. Mai 1973 („Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Wohnungseigentum und Wohnbesitz im sozialen Wohnungsbau“). Der Gesetzentwurf wurde am 24. Mai 1973 in den Bundestag eingebracht.



die Vorschläge, die wir hierzu aufgenommen haben, beziehen. Der kritische Punkt in der Diskussion, auch in der politischen Diskussion schwieriger Bereich, ist der des Abgabenrechtes. Hierzu haben wir Vorschläge gemacht. Sie müssen davon ausgehen, daß das, was wir hier vorgelegt haben, eigentlich nur die Spitze eines Eisbergs ist. Es gibt in der politischen Landschaft und vor allen Dingen im Bereich der Finanztheorie eine unübersichtbare Fülle von Vorschlägen, was man hier im einzelnen machen oder nicht machen könnte. Ich glaube, daß es niemanden gibt, der von sich sagen kann, daß er alle diese Vorschläge, die heute in diesem Instrumentenkasten angeboten werden, übersehen kann. Aber einig sind sich alle, ohne Maßnahmen im Abgabenrecht wird es nicht möglich sein, den Bodenmarkt zu steuern, wird es nicht möglich sein, die Funktionalität des Bodenmarktes und damit eben der Baubodenordnung wiederherzustellen. Wir, die CDU, haben bisher gesagt, wir machen das auf zweierlei Weise: Wir machen eine Einkommensteuer, die die sogenannten Spekulationsgewinne erfaßt unter dem – ich würde sagen falschen – Schlagwort der Nichtbesteuerung nichtrealisierter Gewinne. Wir wollten also, so haben wir gesagt, nichtrealisierte Gewinne eben nicht besteuern. Und wir haben gesagt, wir machen einen Planungswertausgleich, den wir aber nicht Planungswertausgleich genannt haben, sondern Infrastrukturkostenbeitrag. Wir haben also versucht, das, was in der Wissenschaft sich abspielt als eine Internalisierung der externen Kosten, in den Infrastrukturkostenbeitrag hineinzunehmen. Im Grunde ist das ein, wenn auch pauschalierter, Planungswertausgleichsverfahren. Wir müssen also festhalten, für Einkommensteuer und Planungswertausgleich haben wir uns bereits entschieden. Das haben wir im Wahlkampf gesagt, wenn es dazu auch keinen formalen Beschluß gibt eines Parteigremiums, aber das ist im Wahlkampf so vorgetragen worden, steht auch, Herr Vorsitzender, in dem damals in Wiesbaden verabschiedeten Regierungsprogramm.

Nun, ich darf das ganz offen sagen, die Einkommensteuer – und das ist ungefähr Neunzehntel der Finanztheorie, die das sagt – ist zur Steuerung des Bodenmarktes ungeeignet. Aus zwei Gründen: Der eine Grund ist, die Einkommensteuer ist eine einmalige Steuer, die, das ist ein Erfahrungssatz der Finanztheorie, abgewälzt wird. Das heißt, die trägt nicht der Verkäufer, sondern die trägt der Käufer. Der zweite Grund ist, eine einmalige Steuerleistung auf einen einmalig anfallenden Steuertatbestand führt zur Hemmung, zur Immobilität, also zu dem genauen Gegenteil dessen, was man will. Wir wollen ja auch eine Mobilität des Bodenmarktes, wir wollen ja die Bodenordnung steuerlich nicht mehr privilegieren, sondern die Bodenordnung durch steuerliche Maßnahmen auflockern. Wenn ich aber weiß, daß ich sehr hoch besteuert werde oder überhaupt nur stark besteuert werde, wenn ich verkaufe, werde ich, wenn ich es nicht unbedingt notwendig habe, nicht verkaufen. Das führt dazu, daß die Gemeinde dann über die Enteignung oder über eine im Endergebnis gleiche Maßnahme des Baugebotes, des Abbruchgebotes oder entweder schließlich eines Modernisierungsgebotes viel härter herangehen muß, als wenn man versucht, mit anderen steuerlichen Maßnahmen zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen. Wir haben deswegen gesagt, die Einkommensteuer, die Besteuerung von Spekulationsgewinnen, von Spekulationsspitzen in der Einkommensteuer, sollte man als einen komplementären Tat-

bestand dabei behalten, aber sie alleine genügt nicht. Und nun ist die Frage, wie kann man andere Maßnahmen neben einem Planungswertausgleich, den wir Planwertabgabe genannt haben, finden, um das, was die Einkommensbesteuerung nicht leisten kann, nämlich eine Steuergerechtigkeit bei gleichzeitiger Förderung der Mobilität, auf dem Bodenmarkt zu erreichen. Und hier ist die Überlegung, das über die Grundsteuer zu machen. Und in diesem Punkt gibt es das von mir vorhin dargestellte Minderheitenvotum von, soweit erkennbar, zwei Stimmen.

Wir haben gesagt, man kann es über die Grundsteuer machen, weil man die Grundsteuer ja über die Einheitswerte, wenn diese zeitnah, aktuell festgelegt werden, erkennen kann, wie der Wertzuwachs auf einem Grundstück ist. Also kann man über eine Grundsteuer den Wertzuwachs, die Wertsteigerung, zunächst mal erfassen. Aber dann war die Überlegung, daß, wenn man das tut, man doch sehen muß, daß die Grundsteuer erstens eine Steuer auf eine Substanz ist, also auf ein Vermögen, die noch mal in der Vermögenssteuer wiederkommt. Und zweitens, daß die Grundsteuer als Realsteuer sozialen Tatbeständen nicht zugänglich ist. Sie können also den Eigenheimer oder auch die Miettatbestände, also den gesamten Bereich der sozialen Tatbestände, nicht zugrundelegen. Die Grundsteuer ist eine Realsteuer ohne jede Möglichkeit, hier soziale Implikationen im Sinne von Ermäßigungs- oder Befreiungstatbeständen zugrundelegen zu können. Und deswegen sind wir zu dem Vorschlag gekommen, der in der politischen Landschaft einmalig ist und der nicht im Gegensatz zu dem steht, was wir bisher gesagt haben, sondern eine Weiterentwicklung dessen ist, was wir bisher gesagt haben, nämlich zu trennen in der Substanzbesteuerung und in der Wertbesteuerung. Wir sagen, man sollte in der Grundsteuer den Boden und das Gebäude allein besteuern. Das ist deswegen notwendig, weil der Wert am Boden sich anders entwickelt als der Wert am Gebäude. Oftmals nimmt der Wert am Gebäude ab durch Verschleiß usw., und der Wert am Boden nimmt stark zu aus Gründen des Planungsgewinns, der bekannt ist, weil die öffentliche Hand Leistungen erbringt, die nicht nur, wenn die Umwidmung geschieht, anfallen, sondern auch durch den Bau einer U-Bahn, durch den Bau von Sportanlagen usw. Tatbestände, die sich also über viele Jahre hinziehen und einen permanenten Wertzuwachs an Grundstücken bringen. Es ist also nur gerecht, wenn man über die Grundsteuer überhaupt etwas erfassen will, die Grundsteuer am Boden und die Grundsteuer am Gebäude zu trennen. Denn beide Werte entwickeln sich völlig unterschiedlich, also entgegengesetzt. Und wenn man das tut, dann hat man also eine Bodensteuer. Diese Bodensteuer, wenn man da nicht sehr hoch rangehen will, muß man dann trennen in eine Substanzsteuer, die eine Art Vermögenssteuer ist, eine Realsteuer, und in eine Wertzuwachssteuer. Man kann durch eine Feststellung, wie die Einheitswerte in verschiedenen Perioden aussehen, sehen, wie der Wert sich dann entwickelt hat dieses Grundstückes, und kann von einer bestimmten Höhe ab, nicht von jeden kleinen Prozentchen eines Wertzuwachses dann sagen, hier besteuere ich nun diesen Wertzuwachs progressiv.

Die Überlegung dagegen ist, es handelt sich damit um eine Besteuerung nichtrealisierter Gewinne. Dazu muß ich sagen, das ist eine falsche Sicht. Denn der Gewinn bei einem Grundstück besteht regelmäßig nicht in der Veräußerung, sondern in der Nut-

zung des Grundstückes. Man muß also nicht die Veräußerung besteuern, das ist nicht der Regelatbestand eines Gewinnes aus einem Grundstück, sondern die Nutzungsmöglichkeiten muß ich besteuern. Die Renditen, die sich aus der Nutzung des Grundstückes ergeben. Das ist der Tatbestand, um den es hier geht. Hier wird also mit dieser Argumentation jedenfalls falsch argumentiert.

Das zweite, was wir entgegengehalten bekommen, bei einer solchen Art von Steuer, ist ja, ich kann mir einen Picasso kaufen, der kann im Wert zuwachsen, wie er will, das besteuere ich nicht, aber hier soll nun der Wertzuwachs besteuert werden. Diese Argumentation ist aus zwei Gründen einfach politisch nicht haltbar: Der eine Grund ist, ich würde schon einen deutlichen Unterschied machen zwischen einem Picasso und einem Grundstück, einem Baugrundstück, das der besonderen Sozialbindung unterliegt. Und der zweite Grund ist, die Wertsteigerung an dem Picasso – oder wir können auch ein anderes Bild nehmen – beruht nicht auf Leistungen der öffentlichen Hand, während die Wertsteigerung an dem Grundstück zu großem Teil darauf beruht, daß die öffentliche Hand das, was den Bauboden überhaupt erst zum Bauboden macht, leistet. Sie kennen das mittlerweile auch zum Schlagwort gewordene Wort eben vom „leistungslosen Gewinn“. Das hat uns dazu geführt zu sagen, wir machen das über die Grundsteuer, und wir machen das über die Einheitsbewertung.

Es gibt noch einen anderen Grund: All das, was heute für den Planungswertausgleich technisch vorgelegt und was auch für eine besondere Bodenwertzuwachssteuer technisch zugrunde gelegt wird, geht nicht. Das ist nicht machbar. Bis zum heutigen Tage ist es nicht möglich, die ausgleichenden Beträge aus dem Städtebauförderungsgesetz technisch zu berechnen. Es fehlen einfach die Ausgangswerte. Das ist also nicht machbar. Deswegen ist auch ein Planungswertausgleich, wie er in der Novelle zum Bundesbaugesetz der Regierung zur Zeit zu finden ist, technisch nicht machbar. Und die Finanzleute in der Regierung raufen sich alle Haare, wenn das wirklich Gesetz werden würde, wie sie damit zurechtkommen soll. Das sollte unsere Sorge nicht sein, sollte Sorge der Regierung sein. Aber unsere Sorge könnte sein, ein Programm vorzulegen, daß einen solchen Planwert, Planwertabgabe im Rahmen dieses Systems der Einheitsbewertung machbar gestaltet.

Das war also die Überlegung, die wir dabei zugrunde gelegt haben. Aus gegebenem Anlaß will ich kurz darauf hinweisen, wie wir uns von der SPD abgrenzen. Das eine ist, wir legen den Akzent darauf, soziales Eigentum zu schaffen. Das heißt, unser Ziel ist nicht, wie das Ziel der SPD im Endergebnis, den Zugang zum Eigentum zu verengen bis hin in der Endstufe, das Eigentum soweit fortzuentwickeln, daß man Verfügungs- und Nutzungseigentum macht, wobei es nichts anderes bedeutet als eine Kollektivierung des Eigentums über die Enteignung. Verfügungseigentum ist das alte Eigentum, und Nutzungseigentum ist weniger als das heutige Erbbaurecht. Das heißt also eine starke Verengung der Zugangsmöglichkeiten zum Eigentum. Das zweite ist, wir haben in unseren Vorschlägen zu diesem gesamten Instrumentenkasten immer wieder darauf geachtet, daß soziale Maßnahmen eine Kombination oder Anwendung dieser Vorschläge im einzelnen nicht zu konfiskatorischer Wirkung führen. Das hat die SPD nicht getan. Das heißt, durch alle Maßnahmen, die wir vorschlagen, zieht sich dieser

Zug hin. Wir haben sogar ein Kapitel, obgleich es ein bißchen wesensfremd in diesem Zusammenhang ist, aufgenommen über flankierende Maßnahmen, damit das tatsächlich sozial sich ausgestaltet und nicht im Endergebnis dazu führt, daß – egal in welcher Hand – Eigentum monopolisiert wird. Und schließlich auch ist die Bodenzuwachsteuer der SPD technisch nicht machbar. Sie ist in ihrer Form, wie sie vorgelegt wird, unsozial, während wir die Grundsteuer als eine Grundwertsteuer weiterführen wollen mit einer ganzen Fülle von Möglichkeiten, hier soziale Tatbestände einzuführen. Es ist also ein ganz anderes, im Endergebnis ganz anderes System.

Ein letztes Wort dazu, wie wir zu den Vorstellungen stehen, oder wie sich das, was wir sagen, vereinbart mit dem, was in der CSU gedacht wird. Wenn ich richtig informiert bin, gibt es dort eine Bodenkommision, die noch nicht am Ende ihrer Beratungen ist. Nach meinen Kenntnissen, nach meiner Information soll am 28. noch einmal eine Sitzung sein, die sich offenbar just mit der Steuerfrage befaßt.<sup>42</sup> Die Frage des Planungswertausgleiches, wie ich sie Ihnen vorgetragen habe, wird in dieser Bodenkommision gedeckt. Wir sind also da nicht auseinander. Es ist nur die Frage, wie weit die Weiterentwicklung der Grundsteuer zu einer Grundwertsteuer dort mitgetragen wird. Ich beziehe mich hier auf einen Artikel, den ich dieser Tage in die Hand bekam, von Herrn Huber, dem bayerischen Staatsminister der Finanzen.<sup>43</sup> Er erklärt, daß es notwendig ist, den Wertzuwachs und den realen Bodenwert neben den außersteuerlichen Maßnahmen des Bodenrechts steuerlich zu erfassen durch eine zeitnahe Einheitsbewertung usw. Er erklärt weiterhin, das Bewertungsgesetz und das Grundsteuergesetz müssen so ausgebaut werden, daß eine gerechte und bodenpolitisch wirkungsvolle Besteuerung des Eigentums an Grund und Boden gewährleistet ist usw. Das zeigt in diese Richtung, ohne daß ich damit sagen will, daß es unbedingt dazu führen muß, dieses System der Weiterentwicklung der Grundsteuer wirklich auch so auszugestalten. Ich bin mir darüber im klaren, daß, wenn wir diese neue Überlegung in die Partei geben, wir eine Diskussion provozieren, die eben daraus entsteht, daß wir bisher gesagt haben, wir wollen überhaupt keine Besteuerung der Wertzuwächse, weil das eine Besteuerung nichtrealisierter Gewinne ist. Das haben wir gesagt, und darüber müssen wir also irgendwie, wenn wir zu diesem System kommen wollen, wegkommen. Mein Vorschlag wäre, daß wir sagen, daß wir uns nicht in Gegensatz zu unseren bisherigen Äußerungen stellen, wie wir das auch nicht tun. Es geht in diesem Vorschlag nicht um eine Besteuerung nichtrealisierter Gewinne, sondern es geht um eine Besteuerung von Nutzungsmöglichkeiten. Im übrigen kann man darstellen, daß man diese Frage ausdiskutieren müsse, ob man das im Rahmen der alten Grundsteuer macht – ob es also genügt, die Einheitswerte so zu gestalten, daß sie zeitnah festgestellt sind, und dann die bisherige Besteuerung der Einheitswerte zugrundelegen – oder ob man eben dies hier vorgeschlagene System macht, daß das eben ausdiskutiert werden muß und daß die Kommission, das kann man in einem Vorbericht sagen, zu diesem

---

42 Vgl. dpa vom 4. Juni 1973 „CSU legt Grundsätze zum Bodenrecht vor“.

43 Vgl. den Beitrag von Ludwig Huber im „Bayernkurier“ vom 10. März 1973 „Keine Spielweise für Ideologen!“.

System gekommen ist. Das würde ja auf die Problematik hindeuten und würde uns zu unseren bisherigen Äußerungen nicht in Widerspruch setzen.

Ich darf ein letztes persönliches Wort sagen: Ich bin im Wahlkampf insbesondere immer wieder angetreten in Fachveranstaltungen und habe mit den Vertretern der anderen Seite im Bodenrecht gekämpft. Ich bin, das darf ich Ihnen sagen, mit unserer Konzeption nirgendwo durchgekommen. Nirgendwo, obgleich ich schon ein bißchen gemogelt habe und manches gesagt habe, was eigentlich gar nicht so recht unsere Konzeption war. Ich habe also diese Grundsteuerdinge schon so ein bißchen dahin gebracht. Aber mit der Einkommensteuer allein, wie wir es bisher gesagt haben, meine Damen und Herren, bleibt man in jeder Fachdiskussion überall hängen. Da kann man sich drehen und wenden wie man will. Deswegen glaube ich, das ist mein persönlicher Eindruck, daß wir mit unseren bisherigen Vorstellungen die politische Diskussion um diese Frage nicht bestehen würden.

*Barzel:* Herr Göb, vielen herzlichen Dank für den Bericht, für die Arbeit und die spürbare Sachkunde.

*Kraske:* Ich muß Sie fairerweise von einem Briefwechsel in Kenntnis setzen<sup>44</sup>, vor Aufnahme der Diskussion, der für die Behandlung dieses Papiers von einiger Bedeutung ist. Unter den zehn ad-hoc-Kommissionen, die Fraktion und Parteien eingesetzt haben, gibt es, wie Sie wissen, auch eine Kommission Steuern, die unter dem Vorsitz von Herrn Höcherl steht. Herr Höcherl hat mich wissen lassen, daß seine Kommission sich mit der Frage der Besteuerung, soweit sie in dem Göb-Papier anfallt, befassen wolle, daß sie dies aber erst am 18. Juni tun könne und daß er deswegen bäte, die Verabschiedung dieses Papiers bis dahin zurückzustellen. Ich habe ihm zurückgeschrieben, daß es nach Lage der Dinge gar nicht darum ginge, dieses Göb-Papier hier heute zu verabschieden, und daß ich deswegen keine Bedenken hätte, es zur Diskussion freizugeben, denn die Ergebnisse seiner Kommission könnten ja auch nach dem 18. Juni mit in diese Diskussion einfließen. Er hat daraufhin sich nicht nur an mich, sondern auch an die Mitglieder des Parteipräsidiums gewendet unter dem gestrigen Datum und hat diesen Vermittlungsvorschlag ausdrücklich zurückgewiesen mit der Bemerkung, auch schon die Weitergabe als Diskussionspapier würde doch eine gefährlich präjudizierende Wirkung haben, und er bäte deswegen nochmals, bis zum 18. Juni darauf zu verzichten. Ich kann Ihnen nicht empfehlen, diesem Vorschlag zu folgen und zwar aus den gleichen Gründen, wie wir sie eben in der Diskussion mit dem Kollegen Pieroth berücksichtigt haben. Wenn wir bis zum 18. Juni abwarten, kommen wir mit der Diskussion Bodenrecht zu dicht in die Sommerpause. Ich glaube, daß wir uns das nicht leisten können. Überdies ist die Verabschiedung des Bodenrechtspapiers, und das war der Hinweis vorhin von dem Kollegen Blüm, nun wirklich seit Wochen auf diese heutige Sitzung fixiert worden.

Ich kann allerdings nicht leugnen, daß das Papier, so wie es Herr Göb und seine Kommission schriftlich vorgelegt haben, auch bei jemand, der es einigermaßen gründ-

---

<sup>44</sup> Materialien und personelle Zusammensetzung der Kommission „Steuerpolitik“ unter Vorsitz von Hermann Höcherl in ACDP 08-004-094/2.

lich liest, wenn er nicht ein hervorragender Sachverständiger ist, wenn er nicht an allen Beratungen der Kommission beteiligt war, auf den ersten Blick die Vermutung sehr nahelegt, daß es in einem klaren Widerspruch steht zu dem, was wir in unserem Wiesbadener Programm veröffentlicht haben, von dem wir ja auch gesagt haben, daß es für diese ganze Legislaturperiode gilt. Im Kampf gegen die Bodenspekulation müssen realisierte Veräußerungsgewinne steuerlich erfaßt werden. So Wiesbadener Programm! Der sehr eloquente und vor allem sehr sachverständige Vortrag von Herrn Göb hat mich ein Stück über meine Bedenken hinweggebracht. Aber ich kann nicht leugnen, daß sie bei vielen Leuten weiterbestehen werden. Deswegen würde ich sagen, daß dieses uns hier vorliegende Papier mindestens für seine Veröffentlichung einer solchen Erläuterung bedarf, wie sie der Vorsitzende der Kommission jetzt eben gegeben hat. Wenn es aber in der Kommission gerade in dieser strittigen Frage, und das wird der Kernpunkt der Diskussion sein, einen Gegenvorschlag – welcher Minderheit auch immer gibt –, frage ich mich, ob man nicht diese Fragestellung, die die Diskussion ohnehin beherrschen soll mit Ihrem Bericht, wie Sie es eben eigentlich auch schon angedeutet haben, sofort in die Diskussion hineingeben sollte. Also in ähnlicher Form wie Gölter, in ähnlicher Form wie Pieroth, von vornherein darauf hinweisen, hier sind die Alternativen, hier muß diskutiert werden, dies sind die Varianten. Unter dieser Voraussetzung sollte es ebenfalls in dieser oder der nächsten Woche herausgehen; unter dieser Voraussetzung würde ich sagen, wird man dem Petitum von dem Kollegen Höcherl nicht Rechnung tragen können, weil wir damit die breite Diskussion wirklich in einer unzulässigen Weise verkürzen würden.

*Amrehn:* Ohne Zweifel ist das Papier, das uns hier vorgelegt wird, eine geschlossene Konzeption, in der es kaum Unebenheiten gibt. Ich werde die eine oder andere nachher dennoch darzustellen versuchen. Ich bin daher auch der Meinung, daß es eine sehr gute Diskussionsgrundlage ist und daß man es also hinausgeben sollte. Ich gehe sogar davon aus, daß Gegenstimmen, die sich hierzu äußern werden, sich auch in der Form der Versendung von Briefen an alle Delegierten äußern werden und wir dann bis zum Parteitag genügend Diskussionsgrundlagen schriftlicher Art, auch des Widerspruches gegen diese Konzeption, besitzen.

Dennoch werfe ich jetzt die Frage auf, wie das auf dem Parteitag eigentlich laufen soll? Wir haben doch, eh das verschickt wird, Ferien. Heute haben wir Ende Mai, in 14 Tagen wird das alles erst in den Händen der Kreisverbände und wahrscheinlich erst Ende Juni in den Händen der einzelnen Delegierten sein, die dann diskutieren. Dann haben wir Juli und August bis Mitte September Ferien, da sind keine Parteiveranstaltungen. Und es bleiben zwei bis drei Wochen bis zum Parteitag. Ich fürchte also, daß die Diskussionszeit, die wir überhaupt haben für alle Fragen – für alle Fragen, es ist ja nicht nur der eine Punkt – bis zum Bundesparteitag mindestens sehr knapp bemessen ist und nach meiner Überzeugung auch tatsächlich nicht ausreicht, um eine gründliche Diskussion in der Partei herbeizuführen, besonders dann, wenn gewisse Grundpositionen sich stillschweigend gewissermaßen in dem Papier gewandelt haben. Ich überlege einfach mal vom Ergebnis des Parteitages her, wie läuft das da nun? Werden Grundentscheidungen, die wir z. B. zum Bodenrecht dann zu treffen haben, von Zufallsmehr-

heiten nach Stimmung zustande kommen? Denn, wie Kraske eben gesagt hat, hier einzusteigen, erfordert eine ganze Menge Sachkenntnis und Beurteilungskraft, und die fehlt sogar oft den Sachverständigen in allen Steuerfragen, um die es hier geht. Ich gebe das jetzt einfach nur zu bedenken, weil ich fürchte, daß wir hier ebenso wie bei den vermögenswirksamen Leistungen oder bei der Mitbestimmung möglicherweise sehr knappe Mehrheiten haben und das Ganze nachher als Grundsatzbeschluß der Partei hinausgeht und in der Diskussion dennoch umstritten bleibt. Nun, das ist ein Bedenken, das ich jetzt heute einfach mal anmelden will, von dem Gedanken getragen, was mache ich nach dem Parteitag und schlägt das dann durch?

Aber nun zur Sache selbst. Freund Göb, unter den Ordnungszielen, die hier genannt sind, vermisste ich einen Punkt, der allerdings ein negativer ist, die Abschaffung der Grunderwerbssteuer. Die Grunderwerbssteuer, die 7 % bei jedem Kauf oder Verkauf ausmacht, verteuert jedes Grundstück, ohne daß das Grundstück mehr wert ist. (*Unruhe.*) Ich sage, unter den Ordnungszielen fehlt es. An der Stelle, würde ich meinen, sollte man darauf kommen. Zweitens, Herr Göb hat es ja noch mal erläutert, verstehen wir jetzt recht, daß wir also übergegangen sind zu der Methode, Wertzuwachs, auch nichtrealisiert, zu besteuern, gemessen an der Ertragskraft oder der Nutzungskraft des Bodens. Dies, Freund Göb, haben wir ja schon bis zu einem gewissen Grade. Bei allen Mietwohngrundstücken wird ja für die Besteuerung zugrunde gelegt die Miete für die Grundsteuer. Und insoweit würde ich gern eine Bestätigung von Ihnen haben, daß in diesem Bereich das, was Sie heute Wertzuwachssteuer nennen, in der Tat auf dem Wege über die Grundsteuer schon verwirklicht ist.

Drittens, ich weiß nicht, ob es richtig ist, Wertzuwächse nur zu bemessen nach dem Maßstab der öffentlichen Verbesserungen oder Planungen. So steht es unter den Ordnungszielen, die Sie aufgestellt haben. Daß also der Wertzuwachs infolge öffentlicher Planungen und Investitionen ausgeglichen werden soll. Gemeint ist doch wahrscheinlich auch anderer Wertzuwachs, der sich allein aus der Marktlage auch ergeben könnte, wenn wir schon auf dieses System gehen. Im übrigen möchte ich anmelden, daß wir sonst immer bemüht sein wollen – wenn wir auch davon noch nie wirklich Gebrauch gemacht haben – Verwaltungen zu vereinfachen, insbesondere das Steuersystem zu vereinfachen. Als Sie vorhin vorgetragen haben, daß wir künftig Grundsteuern auch erheben wollen, nun noch geteilt nach wachsendem Bodenwert und sinkendem Gebäudewert, dann kommen wir jedes Jahr zu Neufeststellungen sehr verschiedener variabler Werte und zu neuen Steuerbescheiden mit einer unübersehbaren Anhebung der Steuerverwaltung und des Personals dazu. Ich bitte das einfach auch mal vom Standpunkt der Vereinfachung zu bedenken, ob nicht die Steuern, die da verursacht werden, durch Kosten hinterher wieder aufgefressen werden. Hier ist ja das beste Beispiel immer die Kraftfahrzeugsteuer, wo jedermann weiß, daß die Erhebung einer speziellen Steuer außerhalb der Mineralölsteuer unnötig viel Arbeit macht, oft nicht mal den Ertrag deckt, wir uns dann aber nicht entschließen können, das zu ändern, während wir es hier also dann erst neu einfügen müßten.

Nun glaube ich doch auch sagen zu können, Freund Göb, daß mindestens eine Unebenheit drin ist. An einer Stelle heißt es, wiederum unter den Ordnungszielen, daß

das Baulandangebot mobilisiert werden solle. Das wollen wir ja auch erreichen. An anderer Stelle sagen Sie dann aber wieder umgekehrt, daß also durch das Steuersystem, das wir hätten, zu viel steuerliche Anreize geschaffen würden und dadurch die Nachfrageanreize gefördert würden. Das wollten wir ja eigentlich erreichen, auch in diesem Bereich eben doch Nachfrageanreize für den kleinen Mann zu schaffen. Sie wollen das auch, indem Sie sagen, Baulandangebot mobilisieren, aber umgekehrt dann wieder sagen, die Steuern sollen die Nachfrage dämpfen. Das scheint mir sogar in gewissem Grade ein Widerspruch zu sein. Ich bin im übrigen der Meinung, daß wir uns nicht allzu sehr mit dem Gedanken beschäftigen sollten, daß Sie meinen, man dürfe bei der Grundsteuer nicht übersehen, daß sie eine Realsteuer sei und insoweit also Sozialatbestände nicht berücksichtigt werden könnten. Meine Freunde, wir haben Sozialatbestände zu berücksichtigen bereits bei der Einkommen-, Lohnsteuer und bei vielen anderen Steuern. Aber wenn wir dazu übergehen, bei jeder Steuerart immer wieder neu Familienstand, Kinderzahl oder sonstige Lasten zu berücksichtigen, dann verdoppelt, verdreifacht sich diese Berücksichtigung und vermehren wir wiederum die Steuerverwaltungsarbeit, weil ja der Steuerbescheid auf all diese Gesichtspunkte wieder neu Rücksicht nehmen soll. Ich bitte das auch einfach mitzubedenken.

Und nun möchte ich selber gewiß keinen eigenen Fetisch daraus machen, aber ich werfe wieder das Thema auf, ob wir den Satz durchhalten können, vor uns selbst, gegenüber unserem eigenen Programm und gegenüber der Diskussion mit der SPD, daß wir ständig sagen, wir wehren uns gegen die Aufspaltung des Eigentums in Verfügungseigentum und Nutzungseigentum. Ich erinnere daran, daß wir das selber seit Jahrhunderten haben im Erbbaurecht. (*Unruhe.*) Bitte? Ja, ich sage ja, wir haben es, da ist die Sache selbst verwirklicht, nicht nur dort. Und es ist nicht richtig, nachdem ich gestern den Minister Vogel gehört habe, zu sagen, was die SPD wolle, sei weniger als das Erbbaurecht. So haben Sie vorhin gesagt, Freund Göb. Der Herr Vogel hat gestern verkündet, daß das Nutzungsrecht – nenne ich es einmal – unbegrenzt unvererblich sein soll. Das bedeutet also zum praktischen Eigentum keinen Unterschied. Nur den einen, daß der Erwerber, der Heimstätter, der bauen will, den Boden fast umsonst bekommen kann. Nun muß ich sagen, auch in Berlin – ich muß da meine Beispiele immer herholen – läßt sich unsere Großindustrie heute den Boden von der Stadt geben im Erbbaurecht und kauft keineswegs für Millionen Riesengelände, sondern sie zahlt eine Nutzungsentschädigung je nach dem Erbbauzins. Also das ist das eine Beispiel. Wir haben das auch schon sehr alte Beispiel der Reichsheimstätte mit dem Rückfallrecht – wenn es nicht ein Berechtigter bekommt – hier zumeist an Kommune oder Staat. Ich habe schon mal daran erinnert, wir haben selber das Gesetz gemacht in Verbindung mit dem Wohnungseigentumsgesetz, ein Dauerwohnrecht zu begründen, das das Eigentum in der Hand irgendeines läßt, aber der Dauerwohnbenutzer genauso gestellt ist wie der Eigentümer, nur daß er nicht die große Kapitallast des Erwerbs hat, sondern eben das Dauerwohnrecht mit einer laufenden Rate bezahlt. Ich gebe es heute einfach nur noch einmal zu bedenken, daß gegenüber diesen schon vorhandenen Institutionen der Satz, den ich auch aus Bayern noch neulich kräftig gehört habe, man dürfe Verfügungs- und Nutzungseigentum nicht spalten, mindestens so überspitzt



ist. Ich bitte also auch darum zu überlegen, ob man vorbaut dagegen, daß alles Eigentum in die zentrale kommunale, in die zentrale staatliche Hand kommt. Aber ich kann mir ja auch andere Eigentümer vorstellen, die von anderen beherrscht werden.

Letzte Bemerkung hierzu: Die Abschaffung der Spekulationsteuer, wie wir sie heute schon haben, würde mir allerdings als ein Fehler erscheinen. Wir haben ja heute die Abschöpfung des Gewinnes, wenn der Gewinn innerhalb von zwei Jahren durch Weiterverkauf erzielt wird. Es gab mal eine Diskussion, vielleicht ist das sogar auch eine Idee der SPD, das weiß ich jetzt nicht, daß man den Gewinn abschöpfen wolle, der innerhalb von acht Jahren erzielt wird und das übrige dann steuerfrei zu lassen. Diesen Gedanken würde ich allerdings als einen Mindestgedanken noch beibehalten wollen und insoweit durchaus auch auf die Besteuerung von Wertzuwächsen gehen, die realisiert worden sind innerhalb relativ kurzer Zeit. Im übrigen möchte ich zu dem Punkt, den ich vorhin nannte, noch hinzufügen, daß wir zwar immer sagen, uneingeschränktes Eigentum des Eigentümers, sozial gebunden, und dann doch eine ganze Kette von staatlichen Einwirkungsmaßnahmen vorsehen. Zum Beispiel die Ausweitung der Bauleitplanung ist hier genannt. Die Ausweitung zu einer Stadtentwicklungsplanung mit Baubeschränkungen natürlich, die dem Eigentum auferlegt werden. Das Vorkaufsrecht soll erweitert werden. Es sollen Baugebote eingeführt werden können, die mit öffentlichen Finanzen zu unterstützen seien, wobei ich mich also wieder öffentlich abhängig mache. Es soll Abrißgebote geben, es soll Modernisierungsgebote mit temporären Eingriffen der Kommune oder des Staates geben, und es soll dann schließlich Erhaltungsgebote auch noch geben dürfen. Freund Göb hat das selber dargestellt, ich setze das jetzt nur an die Stelle, wo wir immer sagen, wir dürfen also das Eigentum nicht spalten, daß wir das zwar dann prinzipiell sagen, aber an anderer Stelle eine Fülle von Einwirkungsmöglichkeiten vermehren, wie sie heute in diesem Umfange noch gar nicht bestehen.

*Kraske:* Ich wollte zu der ersten Frage von Herrn Amrehn etwas sagen, was vielleicht die weitere Diskussion erleichtert. Erstens, die Veröffentlichung ist nicht so gedacht, daß sie erst von den Landesverbänden über die Kreisverbände an die Mitglieder gehen soll, sondern das soll in den nächsten Tagen fortlaufend im UiD als Beilage veröffentlicht werden. Damit kommt es in die Hand von 30.000 Mitgliedern, und das sind wohl auch die, die sich wirklich nachher an der Diskussion beteiligen.

Zweitens, nach meinen Erfahrungen müssen Sie von der Arbeitszeit unserer Kreisverbände im Grunde die sechs Wochen der jeweiligen Schulferien abziehen. Wenn wir denken, daß wir bis zum Parteitag etwa vier Monate Zeit haben, bedeutet das also doch, daß mindestens zwei Monate für die Diskussion zur Verfügung stehen, die in den einzelnen Bundesländern sich nicht decken. Im einen Falle fängt das noch im Juni an, aber im anderen Falle, etwa bei uns in Nordrhein-Westfalen, wird es eben im August beginnen, weil Anfang August die Schule wieder anfängt. Und das bedeutet auch, daß die Arbeit in der Partei dann wieder losgeht. Diese Zeit ist kurz, aber ich meine, daß sie unter den gegebenen Umständen durchaus ausreicht für die Kreisverbände, die sich hier wirklich aktiv daran beteiligen wollen.

*Dregger:* Das Papier ist sicherlich hoch interessant und wird in der Fachdiskussion,

Herr Göb, Beachtung finden. Es enthält auch sicherlich viele Vorschläge, die zum politischen Programm erhoben werden können. Aber soweit es sich um zusätzliche steuerliche Belastungen handelt, sollten wir natürlich als Oppositionspartei, die die Mehrheit haben will, überlegen, wie es auf Wähler wirken könnte. Wenn wir den Gewinn verteilen, was wir eben erörtert haben, dann werden wir sehr viel Sympathie finden bei denen, die an dieser Verteilung teilnehmen sollen. Wenn wir den Grundbesitz zusätzlich steuerlich belasten, werden die Grundbesitzer sich nicht freuen. Nun gibt es ja nicht nur die Häßlichen, die große Spekulationsgeschichten in den Innenstädten machen, sondern wenn überhaupt Vermögensbildung bisher stattgefunden hat in breiten Schichten, dann ja gerade eben im Grundeigentum. Und deswegen, Herr Göb, meine ich, sollten wir das sehr vorsichtig machen.

Das Problematischste scheint mir die Grundwertsteuer zu sein. Es kann meines Erachtens kein Zweifel sein, daß das eine Bodenwertzuwachssteuer auf nichtrealisierte Gewinne ist. Es ist sicherlich dringend notwendig im Gegensatz zu bisher, daß die Einheitsbewertung in kurzen Abständen stattfindet, um zu erreichen, daß der gestiegene Wert nun der Grundsteuer zeitnah unterliegt. Ich glaube, darüber sind wir alle einig. Und es ist sicherlich auch notwendig, daß, wenn ein Grundstückswert realisiert wird, dann der gesamte Veräußerungsgewinn besteuert wird, im Gegensatz zu bisher – bisher ja nur, wenn es in der Zweijahresfrist geschieht. Wenn man länger wartet, kann man einen Riesengewinn machen, ohne daß dieser Gewinn besteuert wird. Das geht nicht. Darüber sind wir uns auch einig. Aber wenn das geschieht, was hier mit der Grundwertsteuer vorgesehen ist, dann bedeutet das, daß zwischen zwei Einheitsbewertungen die Spanne, die dazwischen liegt, als Wertzuwachs besteuert wird, auch wenn keine Veräußerung stattfindet. Und die Frage ist, warum eigentlich? Was erreichen wir damit? Wofür ist es nützlich? Insbesondere wenn ich daran denke, daß es nicht nur für die Innenstädte gelten soll, sondern das soll ja für die gesamte Welt, also für das gesamte Land gelten, ganz allgemein. Es war doch bisher unsere Politik, dafür zu sorgen, daß möglichst viele Menschen Grundeigentum erwerben können, indem es relativ billig gehalten wird. Und daß sie dort einen Vermögenswert erhalten, der nicht der Inflation unterliegt, sondern der erhalten bleibt, der vererbt werden kann. Und wenn ich diesen Aspekt in den Vordergrund stelle, dann weiß ich nicht, ob eine solche Maßnahme diesen unseren Zielen entspricht. Es ist doch klar, wenn ich eine zusätzliche Besteuerung habe, dann wären zunächst einmal diejenigen davon betroffen, die Konsumenten sind. Denn das wird ja überwältigt werden. Soweit es keine Eigennutzung im Eigenheim ist, wird der Mieter das doch höchstwahrscheinlich bezahlen müssen. Ferner wird eine starke steuerliche Belastung einen Zwang ausüben, das Grundstück intensiver zu nutzen, also eine dichtere Bebauung herbeizuführen, als wir es wollen. Und schließlich könnte ein solcher Druck dazu führen, daß diejenigen, die vermögender sind, in der Lage sind, diesem Druck standzuhalten und zu erwerben, aber nicht diejenigen, die es eben nicht so gut können.

Ich will das nur mal als ersten Beitrag – vielleicht können Sie mich widerlegen, ich bin offen dafür selbstverständlich – hier reinbringen und bitten, das doch auch unter dem politischen Aspekt zu sehen, wen gewinnen wir eigentlich damit bei Wahlen? Bei

der Gewinnverteilung ist das sehr viel einfacher. Aber bei der zusätzlichen Besteuerung sollten wir es ein bißchen überlegt machen, denn wir wollen ja nicht nur für Fachdiskussionen etwas machen, sondern für politische, bei denen wir Wähler gewinnen und keine abschrecken wollen.

*Müller-Hermann:* Ich will jetzt hier nicht die Sachdiskussion vorwegnehmen, die wir ja später führen müssen. Aber der Hinweis von Herrn Kraske, daß in dem Wiesbadener Regierungsprogramm eine sehr dezidierte Aussage gemacht worden ist, die jetzt im Widerspruch steht zu dem, was die Göb-Kommission der Partei empfiehlt, macht es ja zumindest notwendig, daß man auf diesen Tatbestand hinweist schon in dem Bericht, denn das merkt ja doch jeder, und die Frage wird natürlich aufgeworfen werden. Ich würde auch nichts dagegen haben, daß wir abweichen von dem Wiesbadener Programm, wenn es vernünftig ist, denn man kann ja immer dazulernen. Der Herr Kollege Dregger hat einige der sachlichen Erwägungen hier vorgetragen, die wir uns auch schon durch den Kopf gehen ließen, als wir am Ende der vorigen Legislaturperiode versuchten, zu diesem Thema eigene Vorschläge der Fraktion zu erarbeiten.

Auf einen gedanklichen Widerspruch, Herr Göb, möchte ich Sie doch hier hinweisen, der auch bei unseren Erwägungen seinerzeit eine Rolle gespielt hat. Sie merken mit Recht an, die Gemeinden müßten mehr Bauland mobilisieren, um das Angebot zu verbreitern. Ihre Wertzuwachssteuer, die nicht mehr jetzt ausgerichtet ist an den Leistungen, die die Gemeinde bewirkt, also an der Verbesserung der Infrastruktur, die zu der Wertsteigerung des Grundstücks geführt hat, die läßt jetzt den Verdacht oder die Möglichkeit aufkommen, daß die Gemeinden daran interessiert sein könnten, das Bauland möglichst knapp zu halten, damit der Wert steigt und sie einen möglichst großen finanziellen Vorteil davon haben. Auch diese Erwägung muß meines Erachtens gründlich durchdiskutiert werden. Sie wird auf jeden Fall bei der Diskussion in den Parteigremien auf dem Parteitag eine ganz wesentliche Rolle spielen. Ich würde doch meinen, das sollte bei Ihnen auch noch einmal rechtzeitig durchdacht werden.

*Kohl:* Zunächst zur Prozedur, ich bin mit dem einverstanden, was Konrad Kraske hierzu vorgetragen hat. Ich mache darauf aufmerksam, daß das Papier ja überhaupt nicht als ein vertrauliches Papier zu behandeln ist. Wenn ich die Unterlagen aus der Bundestagung der Jungen Union vom nächsten Wochenende<sup>45</sup> zu diesem Punkt einigermaßen im Kopf habe – Herr Echternach, das wissen Sie wahrscheinlich besser –, bewegt sich das doch in einer ähnlichen Dimension, und so, wie ich den Deutschlandtag einschätze, wird auch ein ähnlicher Beschluß wahrscheinlich herauskommen. Das ist ja dann schon eine der großen Vereinigungen, die wahrscheinlich in diese Richtung ein Votum abgeben wird. Das heißt also eine Belebung der Diskussion an der Stelle. Wenn ganz klar charakterisiert ist, daß das eine Diskussionsgrundlage ist und gar keine Fixierung – davon gehen wir doch die ganze Zeit auch bei den anderen Papieren aus –, halte ich es für eine Diskussionsführung für sauberer, wenn hier das Votum –

---

45 Vgl. Punkt 5 „Menschenwürdige Lebensbedingungen“ im JU-Grundsatzprogramm „Für eine humane Gesellschaft“, das auf dem Außerordentlichen Deutschlandtag in Herford verabschiedet wurde (vgl. Nr. 34 Anm. 8).

meinetwegen auch das Minderheitenvotum natürlich wie anderswo auch – von uns hinausgegeben wird, als daß das so unter der Hand besorgt wird. In die Diskussion, das ist jetzt ein Faktum, fließt es ein. Ich glaube auch, daß wir dann, Kollege Kraske, das, was der Kollege Höcherl angekündigt hat, dann durchaus ja noch nachreichen können. Das gehört dann eben genauso dazu wie meinerwegen die Einlassung der Sozialausschüsse auf anderen Gebieten – als Beschlüsse von Bochum, die Einlassung der Jungen Union als Beschlüsse von Herford, die Einlassung des Mittelstands am 16. oder wann das ist, oder 17. in Hannover. Das bildet eben das Spektrum der Volkspartei CDU ab. Also ich würde da keine Bedenken haben, denn wir legen uns ja ähnlich – denken Sie an die Diskussion um das Medienpapier, die wir vorhin hatten – beileibe nicht fest. Und das ist ja ähnlich in der Berufsausbildung.

Mir scheint eines ganz klar zu sein: Ich fange mit dem letzten an, Herr Müller-Hermann, von dem ich nicht glaube, was Sie eben sagten, daß die Gemeinde das benutzen könnte. Der öffentliche Druck in den Gemeinden ist ein Punkt, der sehr breit diskutiert wird in den Gemeinden. Dafür sorgt schon die Berufskategorie der Architekten, die in den Gemeinderäten sehr stark vertreten sind, dafür, daß dieses Thema so nicht laufen kann. Also die Befürchtung ist aus der Natur der Sache heraus nach meinem Dafürhalten nicht gegeben. Nur, ich mache hier gar keinen Hehl daraus, in der Generaltendenz – vor allem, wenn wir dann noch Modifikationen finden etwa für das, was Eigenheimbesitzer oder Eigenwohnungsbesitz bedeutet, wenn wir hier eine Modifikation finden – wird die CDU sich in dieser Richtung, ich glaube, die CDU/CSU, bewegen müssen, denn die jetzige Situation ist z. T. unerträglich geworden. Ich kann nur Göb an einem Punkt zupflichten: Wenn Sie in einem irgendwie fachlich beratenden Gremium unsere bisherigen Fundierungen diskutieren, machen wir keinen sehr überzeugenden Eindruck. Ich warne auch aus bestimmten Erfahrungen, das jetzt auf die Finanzämter und etwa auf die neuen Einheitswerte abzuwälzen. Dann hängen wir einem Gedanken an, der sich nicht realisiert.

Nach meiner Information – wir hatten gerade dieser Tage in einem ganz anderen Zusammenhang ein Gespräch – ist ja im Augenblick eine Klage in Karlsruhe anhängig, die befürchten läßt – vielleicht wissen Sie das besser –, daß wir in der Einheitswertfrage noch mal auf den Status quo ante kommen, also daß das, was jüngst passiert ist, wieder gegenstandslos wird. Und das sind doch Prozeduren, die ungeheure Verwaltungsmittel kosten, die gar nicht realisierbar sind in einer absehbaren Zeit, und die das Problem, jedenfalls für die praktische Kommunalpolitik nicht erleichtern. Wir müssen hier bei der Frage – so wie ich es sehe – auch den Kommunalpolitikern der CDU/CSU, die in dieser Frage z. T. auch festgefahren sind auf der örtlichen Ebene, für ihre Diskussion eine Chance geben. Ich sehe die Chance darin, daß wir uns hier als diskussionsfähig erweisen. Deswegen meine ich, auch von der Prozedur her und von der Tendenz her sollten wir so verfahren.

*Lampersbach:* Herr Dr. Göb, zwei Fragen: Sie sprechen hier von Wertsteigerung beim Grundstück wie von Maßnahmen der Infrastrukturverbesserung. Wir müssen aber doch feststellen seit mehreren Jahren, daß Preissteigerungen oder Wertsteigerungen – so könnte man auch sagen – allein dadurch entstanden sind, daß die Inflation

immer mehr zunahm. Und daß hier aus völlig anderen Gründen eine Entwicklung eingetreten ist, die man sicherlich bei der weitgehenden Festlegung völlig neuer Gedanken von Ihnen mit in die Überlegungen einbezieht. Das ist ein Punkt, der sehr, sehr schwierig ist, insbesondere dann, wenn sie zu Sonderausnahmen kommen wollen oder müssen bei den sogenannten kleineren Werten oder bei den Werten für die schwächeren Bevölkerungskreise. Denn da würden Sie ja Dinge präjudizieren, die auf die Festlegung, auf die Fixierung von Inflationsdaten geradezu abheben muß. Das ist eine Frage.

Die zweite erscheint mir besonders wichtig. Haben Sie einmal eine Modellrechnung aufgemacht über die Entwicklung der steuerlichen Belastungen über einen längeren Zeitraum von Jahren? Und wie sieht es dann mit der Realisierungsmöglichkeit durch den Grundstückseigentümer aus? Ich glaube, daß das eine Frage ist, die nicht nur für die Frage der Belastung von Grund und Boden von Bedeutung ist, sondern auch weitgehend wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen kann. In dem Zusammenhang ist mir eines nicht ganz klar, wenn Sie sagen, daß hier die Nutzung die mehrsteuerliche Belastung auffangen soll. Das würde heißen, daß das, was jetzt mehr gefordert wird vom Grundstückseigentümer, automatisch in den Wirtschaftskreislauf mit hineinkommt und insofern auch dynamisierend für die anderen Bereiche ist, weitgehend gesagt im konjunkturellen oder im geldwertstabilen Bereich.

*Von Weizsäcker:* Herr Vorsitzender, es geht sehr schnell, ich mache eigentlich nur halb und halb eine Anmerkung zur Geschäftsordnung. Ich habe mir alle die Sachstellungen angehört unter der Fragestellung, handelt es sich hier um Punkte, über die man eben verschiedener Meinung sein kann. Diese Meinungsverschiedenheit muß dann entschieden werden. Oder handelt es sich um Punkte, die zur Vorbereitung des Papiers noch bearbeitet werden müssen, ehe das in die Diskussion an die Basis geht? Nach meinem Eindruck ist letzteres durchweg nicht der Fall, dagegen ersteres durchweg der Fall. Die Möglichkeit, die Meinungsverschiedenheiten zu entscheiden, ist zeitlich gegeben. Der Generalsekretär hat das Zutreffende dazu gesagt. In den Landesverbänden, in denen die Schulferien Anfang August zu Ende sind, sind ja bereits jetzt manche Termine für den August verabredet. Zwei Monate sind erstens objektiv ausreichend, und zweitens müssen sie in der politischen Landschaft, in der wir leben, bei diesen Themen unter allen Umständen ausreichen. Denn so wie die Diskussion steht, können wir – wie ich meine – weder für die Fraktionsarbeit noch für die bevorstehenden Landtagswahlkämpfe darum herumkommen, im Oktober die Entscheidungen zu treffen. Ich meine also, daß mit den Zusätzen, abweichenden Stellungnahmen und Erläuterungen, die hier in den verschiedenen Voten zum Ausdruck gekommen sind – zum Schluß in dem von Herrn Kohl –, das Papier auf jeden Fall heraus sollte, wir hier nicht zu lange Sachdiskussionen weiter führen, sondern die verschiedenen Standpunkte dann eben zur Entscheidung bringen sollten, dann, wenn es soweit ist, entweder im September im neuen Bundesvorstand oder in Hamburg auf dem Parteitag.

*Köppler:* Ich kann mich dem weitgehend anschließen, kann es also kurz machen. Ich meine, wir müssen uns darüber im klaren sein – das hat Herr Göb auch in seiner

Einführung deutlich gemacht –, daß insbesondere der Vorschlag einer Weiterentwicklung der Grundsteuer in eine Grundwertsteuer eine Modifizierung – ich will mich mal vornehm zurückhaltend ausdrücken – bedeutet, was viele von uns im Wahlkampf mit der Formel der steuerlichen Belastung nur des realisierten Gewinnes vertreten haben. Dennoch würde ich nicht soweit gehen und unsere Wiesbadener Aussage so interpretieren, daß ein solcher Vorschlag nahezu ausgeschlossen wäre. Und der Sinn des Unternehmens Hamburg ist ja auch gerade, in einigen wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen neue Pflöcke zu setzen. Insofern hätte ich gar keine Bedenken, die Diskussion über diese Vorschläge in der Partei jetzt stattfinden zu lassen. Daß die Generallinie sicher von der Partei voll bejaht wird, im breiten Sinne bejaht wird, scheint mir kein Zweifel zu sein. Über Einzelheiten wird es Meinungsverschiedenheiten geben, über die dann der Parteitag abstimmen sollte. Ich meine auch, das Papier sollte so, wie wir es zu den anderen beschlossen haben, in die Diskussion gegeben werden, ohne daß sich hier dieser Vorstand schon ein inhaltliches Votum dazu zu eigen macht. Die Partei wartet darauf, und ich glaube – weil hier immer die Zeitproblematik angesprochen worden ist –, die Partei wartet vor allen Dingen auf dieses Papier, auf das bodenpolitische Papier. Sie ist auf eine relativ kurze Diskussion vorbereitet. Ich glaube, daß die Kreisparteien keine Schwierigkeiten haben, bei dem flexiblen Ferienverlauf, den wir in diesem Sommer vor uns haben, in allen Landesverbänden das genügend zu diskutieren.

Nun gibt es natürlich noch den Einspruch von Herrn Höcherl und seiner Kommission. Ich meine, wir müssen uns auf den Standpunkt stellen, daß hier jede Kommission, die an der Sacharbeit ist, gleich behandelt werden muß. So sehr natürlich die steuerlichen Vorschläge in diesem Sachzusammenhang für eine Steuerkommission relevant und interessant sind, wir können unmöglich der Steuerkommission die Funktion einer Art Oberkommission über allen anderen Kommissionen einräumen, sondern wir sollten die Steuerkommission mit Herrn Höcherl bitten, ihre Vorstellungen baldmöglichst so zusammenzubinden, daß sie ebenfalls Gegenstand der Debatte in der Partei werden können und möglicherweise auch auf dem Parteitag in Hamburg dann für die Diskussion und für Entscheidungen zur Verfügung stehen. Aber jedenfalls nicht jetzt unter Hinweis darauf, daß hier Verflechtungsprobleme sind, ein Abstoppen. Ich würde hier den Vorschlag von Herrn Kraske voll unterstützen, das Papier jetzt raus, Herrn Höcherl bitten, seine Vorschläge – mögen sie kontrovers sein oder auch nicht –, dann so schnell wie möglich hinterher zu schicken.

*Dregger:* Ich möchte noch auf einen Punkt hinweisen, der in diesem Papier keinen Niederschlag gefunden hat, der in meiner kommunalen Praxis allerdings von größter Bedeutung war, und von dem ich weiß, daß unsere Partei dem immer sehr negativ gegenübergestanden hat, nämlich den, den man kommunale Bodenvorratspolitik nennt. In meiner Stadt war es so, daß die Stadt an allen Grundstückskäufen und Verkäufen zu über 50 % beteiligt war. Ich war der größte Grundstücksmakler meiner Stadt. Damit war es möglich, wirklich ein Bodenpreinsniveau zu erzielen, das sowohl für Industrieansiedlung wie insbesondere für Bodenerwerb für Eigenheimbauer in der Bundesrepublik einmalig war. Man muß nämlich Grundstücke dann kaufen, wenn

sie noch nicht interessant sind. Wir haben also ein Dutzend Höfe aus dem Stadtgebiet ausgesiedelt, ein Jahrzehnt, bevor das Gebiet bebaut wurde. Wir haben immer gemeint, das sind die roten Rathäuser, die dürfen keine Grundstücke sammeln und deswegen müssen sie, wenn sie schon Grundstücke erhalten – verpflichtet werden, sie gleich wieder zu veräußern. Aber es gibt doch keine bessere marktwirtschaftliche Methode, als zu handeln und im Handel auch in der Innenstadt Stadtsanierung zu betreiben. Ich habe in meiner ganzen Stadt die Innenstadt saniert, ohne einen Pfennig Steuergelder, nur mit Grundstücksverkäufen und -käufen, mit Kaufhäusern und anderem. Diese Partei sollte auch mal überlegen, ob sie den Kommunen dieses Instrument der Bodenvorratspolitik weiterhin verwehren sollte. Ich meine, das ist das beweglichste und wirksamste. Frage an Herrn Göb, ist das in der Kommission überhaupt einmal beraten worden? Und Frage an den Vorstand, ist das eine Todsünde oder dürfen wir weiterhin darüber nachdenken und das vielleicht doch einmal aufnehmen?

*Göb:* Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich bitte mir zu unterstellen, daß es mich sehr reizen würde, auf all die Sachfragen, die hier aufgeworfen sind, zu antworten. Ich will das nicht tun, weil das sehr lange dauern würde und länger dauern würde als mein einleitendes kurzes Referat, das dieses Papier in den politischen Akzenten vorgestellt hat. Ich darf also bitten, mir zu unterstellen, daß ich glaube, alle Einwände widerlegen zu können. Aber das sollte dann eben die Diskussion (*Barzel:* Hierorts unstrittig!) tun. Ich möchte nur gerne zwei Fragen, die Herr Lampersbach gestellt hat, beantworten und möchte dann zu zwei politischen Problemen noch ganz kurz etwas sagen, damit wir keinen falschen Akzent in diese Diskussion hinein bekommen.

Das eine ist, Herr Lampersbach: Die Inflationsquote ist ein allgemeines steuerliches Problem, nicht nur ein Problem in diesem Sachverhalt, um den es hier geht, also der Besteuerung aus Gründen des Bodenwertzuwachses. Da kann man sich auf verschiedene Standpunkte stellen. Man kann sagen, wir besteuern nirgendwo, wir berücksichtigen nirgendwo Inflationsquoten. Man kann aber auch sagen, wir berücksichtigen eine Inflationsquote, die im Durchschnitt festgesetzt wird auf fünf oder wieviel Prozent. Das allgemeine Steuerrecht kennt die Berücksichtigung einer Inflationsquote nicht, und deswegen haben wir es hier nicht aufgenommen.

Das zweite ist die Modellrechnung. Eine Modellrechnung ist deswegen nicht möglich, weil Sie die Steuerbelastung nur errechnen können, wenn Sie Hebelsätze und Messzahlen zugrunde legen. Das haben wir bewußt nicht getan, weil das ein Detail ist, das nachher in der politischen Transformation eines Aktionsprogramms, das ja nur Ziele aufstellt, das ja nur die Richtung aufzeigen soll, gemacht werden muß. Sie können hier zu einer Belastung der Wertsteigerung kommen, von 5, von 10, von 3 von 2 %, das liegt nachher an der politischen Entscheidung, wie weit man hineingehen will. Ich würde sagen, diese Entscheidung sollte sich orientieren an dem derzeitigen Stand der Preissteigerung, die sich ja feststellen läßt.

*Lampersbach:* Das habe ich nicht gemeint. Die Festsetzung der Hebesätze ist ein anderer Vorgang. Sie müssen ja davon ausgehen, bei der Dynamisierung des ganzen Vorgangs, wie die Entwicklung ist und in welche Dimensionen Sie reinkommen nach Ablauf, sagen wir, von zehn oder 15 Jahren.

*Göb:* Wir gehen davon aus, daß eine solche Steuer in Kombination mit vielen anderen Maßnahmen – so muß man es ja sehen – dazu führt, daß sie sich selbst überflüssig macht, daß sie nämlich diese erheblichen Preissteigerungen, wie wir sie im Augenblick haben, beseitigt. Wenn sie das nicht tut, hätten wir das falsche Instrument gewählt.

Nun zwei politische Bemerkungen. Das eine ist die Bemerkung der Wahlaussichten, Herr Dregger, darüber kann man sehr streiten, insbesondere wenn es um Wahlaussichten für 1976 geht. Ich gehe davon aus, auf der Basis meiner Erfahrungen, die andere vielleicht anders haben, daß es nicht so sehr durchschlagen wird, was wir hier wollen im Bereich der Landwirte oder der Haus- und Grundbesitzer. Wenn Sie da mal nachfragen, sind sehr wenige überhaupt nur im Endergebnis betroffen. Das muß man nur klarmachen. Wir müßten also eine ganze Reihe – und das ist in dem Papier angesprochen – von sozialen Tatbeständen berücksichtigen, und das muß man herausstellen. Was wir aber machen müssen, ist doch, den Bereich der Wechselwähler, den Bereich des Bildungsbürgertums, den Bereich der Architekten und all diese Leute zu sehen, die hier gucken, ob wir es wirklich ernst meinen, oder ob wir nur etwas sagen, was wir vorgeben und dann nachher nicht realisieren wollen. Bei all diesen Veranstaltungen, die ich mitgemacht habe, ist mir gesagt worden: „Ihr sagt zwar das Ziel, aber Ihr macht nichts, um es zu realisieren.“ Und das wird also in dem Bereich dann einfach dahingestellt, als seien unsere Bestrebungen nicht ernsthaft, insbesondere wenn wir nur Einkommensteuer machen, was wirklich sehr leicht zu widerlegen ist.

Und eine letzte politische Bemerkung: Ich warne davor, das, was Herr Vogel jetzt sagt zur Begründung, warum man Verfügungs- und Nutzungseigentum einführen will, ernst zu nehmen. Es ist doch so, wenn ich nur das Erbbaurecht anwenden will, dann frage ich Sie, warum muß ich dann Nutzungseigentum einführen? (*Zwischenruf:* Genau!) Punkt eins, Punkt zwei: Was die wirklich wollen, ist ja nirgendwo recht festgelegt, außer in einem Papier, das eine Bodenkommission der SPD gemacht hat. Dort ist eine Definition gegeben, die ungefähr mit dem übereinstimmt, was das Erbbaurecht bringt. Also Nutzungseigentum ist ungefähr Erbbaurecht, das kann man nachweisen. Dagegen gibt es eine ganze Fülle von Einwendungen, daß das nicht realisierbar ist. Dann hat man dort eine ganze Fülle von Modifikationen gemacht, u. a. Kündbarkeit, Stundung des Erwerbspreises usw., was also sehr deutlich die politische Richtung darstellt. Worum es hier geht, ist, eine Zonenenteignung durchzuführen, d. h. also, ganze weite städtische Gebiete einfach zu enteignen, den Kaufpreis zu stunden, und dann nachher zu sagen, ihr kriegt dann Nutzungseigentum, das nichts weiter ist als ein verkürztes Erbbaurecht. Das Ganze ist ein politischer Etikettenschwindel. Wenn Sie mich persönlich fragen, geht es einfach darum, politische Grundströmungen im Bereich der SPD aufzufangen mit einem solchen nach außen hin zu tarnenden Etikettenschwindel. Das läßt sich sehr einfach nachweisen. Im übrigen halte ich das für verfassungsrechtlich nicht machbar. Sie wissen auch, daß man auf dem Parteitag in Hannover gesagt hat, wir müssen eine Kommission einsetzen, die insbesondere diese Verfassungsfragen überprüft.

Wir sollten darauf bestehen, darauf hinzuweisen, daß die SPD hier eine Art Drei-Stufen-Rakete losläßt – das läßt sich im einzelnen belegen –, die im Endergebnis dazu



führt, daß eine Verengung des Zugangs zum Eigentum erfolgt und nicht das, was wir wollen: ein soziales Eigentum. Ich halte das für einen sehr wichtigen Tatbestand, in der politischen Propaganda, politischen Aufklärung. Wenn sie sagen, wir würden ja selber befürworten, daß es Baugebote und diese Dinge gibt, dann werden sie bei einem sehr gründlichen Studium unserer Papiere sehen, daß wir sagen, wo die Gemeinde eingreift, immer Re-Privatisierung oder sogar Privatisierungspflicht, immer die Möglichkeit, soziale Tatbestände zu schaffen, so daß derjenige, der von einem solchen Gebot betroffen wird, dann nachher das auch durchhalten kann. Wir sagen, daß das gesamte Wohnungsbauförderungsrecht auch harmonisiert werden muß, was man beispielsweise beim Städtebauförderungsgesetz unterlassen hat. Es ist heute ja ein offener Tatbestand, daß es sehr viele gibt, die das Städtebauförderungsgesetz gar nicht anwenden wollen, weil es viele Implikationen hat.

Ich meine also, und das hat diese Diskussion, glaube ich, sehr deutlich gezeigt, daß wir nicht nur diesen Vorbericht machen müssen, sondern daß wir ein Papier machen müßten doppelter Art. Wir müßten später, wenn der Parteitag das beschlossen hat, eine Art Verkaufspapier machen, ein politisches Papier machen, das politisch lesbar ist, und wir müßten zur Vorbereitung der Diskussion in der Partei eine über das, was wir jetzt hier hinausgeben, hinausgehende Schrift machen, in der die Probleme im einzelnen noch einmal dargestellt werden, weil sie hier ja doch nur im politischen Aktionsziel aufgeführt werden und der Gedankengang, der dazu geführt hat, ohne eine Aufklärung – das hat mir diese Diskussion gezeigt – nicht nachvollziehbar ist. Ich würde also meinen, daß etwa das Institut für Kommunalwissenschaften für die Diskussion auf der örtlichen Ebene ein solches Papier zur Vertiefung der sachlichen Diskussion liefern sollte.

*Barzel:* Vielen Dank, Herr Göb, wir haben weitere Wortmeldungen nicht. Können wir verfahren, wie Herr Kraske vorgetragen hat? Dankeschön! Nochmals, Herr Göb, vielen Dank! Der neue Vorstand wird Sie sicher bitten, bevor er dann seine Anträge an den Parteitag gibt, wie die anderen Herren auch, mitzuwirken. Wir kommen dann zum Punkt „Berufliche Bildung“. Herr Kollege Gölter, auch Ihnen nochmals herzlichen Dank, daß Sie den anderen den Vortritt gegeben haben und dieses hervorragende Papier uns auf den Tisch legen. Bitteschön!

*Gölter:* Die Zeit, die der Kommission „Berufliche Bildung“ zur Verfügung stand, war verhältnismäßig knapp bemessen. Wir konnten angesichts des Terminkalenders der meisten Beteiligten nicht mehr als vier, allerdings sehr ausführliche, Sitzungen durchführen. Die Abschlusssitzung am 7. Mai hat volle zehn Stunden gedauert. Der Kommission gehörten 35 Mitglieder an. Die Mitglieder haben sich insgesamt sehr intensiv, auch unter hoher Beteiligung, an der Diskussion in den einzelnen Sitzungen beteiligt. Wir sind dabei so vorgegangen, daß die Kollegen aus den Arbeitskreisen 2, 4 und 6 der Bundestagsfraktion, die sich im Laufe dieser Legislaturperiode vor allem an der Ausarbeitung des neuen Berufsbildungsgesetzes beteiligen wollen, insgesamt in dieser Kommission mitwirken konnten, weil wir glaubten, dadurch einiges an Doppeldiskussionen vermeiden und von vornherein einen gewissen gleichen Informationsstand herstellen zu können. Die Diskussion hat insgesamt in einem sehr erfreulichen

Stil stattgefunden. Sie mögen das auch der Tatsache entnehmen, daß ein Großteil der formulierten Fragen einstimmig verabschiedet worden ist. Schwierigkeiten gab es lediglich bezüglich des Themas „Zuständigkeit, Kontrolle, Finanzierung“, ich werde darauf gleich noch einmal eingehen.

Nach Rücksprache mit Herrn Dr. Kraske habe ich mich bemüht – das Papier liegt Ihnen vor – eine Art Vorblatt zu erstellen. Ein Vorblatt, das in dieses Thema einführen soll und das gleichsam, ohne irgendwie die Diskussion in den Parteigliederungen einzuschränken, die Diskussion um die Vorbereitung des Hamburger Parteitages auf die umstrittenen Punkte lenken soll. Dieses Vorblatt enthält die wichtigsten Fragen. Auf Seite 1 die Fragen 1 bis 6. Das Vorblatt erläutert die einzelnen Kapitel in ihren wesentlichsten Aussagen. Ich darf darauf hinweisen, daß wir alle in der Kommission der Auffassung waren, daß wir die Gleichwertigkeit der sogenannten allgemeinen und der beruflichen Bildung nicht nur konstatieren müssen, sondern daß das auch die Grundlage für die Durchformulierung der Kapitel sein muß. Die berufliche Bildung muß nach bildungspolitischen und pädagogischen Zielsetzungen gestaltet werden. Auf dieser Grundlage spricht sich die Kommission für eine sinnvolle funktionale Aufteilung des Bildungsganges berufliche Bildung auf die beiden Lernorte Schule und Betrieb aus. Wir haben hier einen klaren Akzent gesetzt gegen eine einseitige Tendenz der Verschulung, wie sie insbesondere in dem letzten Papier der SPD, dem sogenannten Kühn-Papier<sup>46</sup>, zum Ausdruck gekommen ist.

Wir haben im Kapitel 3 „Berufliche Bildung in Schule und Betrieb“ versucht, die sich ergebenden Konsequenzen im einzelnen auszuformulieren. Dabei war meines Erachtens sehr wichtig, daß wir hier Schule und Betrieb auch in den Formulierungen als Einheit gesehen haben, um die Einheit einer gestuften Bildung zu verdeutlichen. Ich darf besonders hinweisen auf den Abschnitt, der sich mit den besonderen Problemen der beruflichen Bildung der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß, ausländischer Jugendlicher, behinderter Jugendlicher und der Jugendlichen in Erziehungsheimen und im Strafvollzug beschäftigt. Ich meine, daß hier unsere Aussagen auch gegenüber früher erweitert und präzisiert werden sollten. Leider ist in diesem Kapitel 3 „Berufliche Bildung in Schule und Betrieb“ eine Frage kontrovers geblieben. Eine Frage, die auch nicht ohne weiteres zu beantworten ist und auch sicher vielen, die sich mit dem Problem nicht beschäftigt haben, im ersten Augenblick nicht besonders einsichtig erscheint. Trotzdem mußten wir hier zwei Alternativen aufzeigen. Es geht, um es kurz zu verdeutlichen, um folgendes Problem: Wir stimmen darin überein, daß berufliche Grundbildung als Anfangsphase der beruflichen Bildung wesentlich stärker schul- und theoriebezogen sein muß. Nun haben die Bildungspolitiker der CDU/CSU, alle Bildungspolitiker, insbesondere bei den Beratungen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung, die Auffassung vertreten, daß dieses Jahr der beruflichen Grundbil-

---

46 Beschluß des SPD-Vorstands „Berufsbildung: Ziele und Maßnahmen“, der mit einem Vorwort des Vorsitzenden des Bildungspolitischen Ausschusses beim SPD-Vorstand, Heinz Kühn, veröffentlicht wurde. Vgl. SPD-Pressemitteilung vom 2. April 1973 (ACDP Dokumentation 0/060/27).

derung in zwei Formen verwirklicht werden müsse. Einmal in der Form eines Vollzeit-schuljahres, ausschließlich in der Schule, aber zum anderen auch in der Form, die wir die kooperative Form genannt haben, eines Grundbildungsjahres in Schule und Betrieb. Wir sind, die Bildungspolitiker insgesamt, bislang davon ausgegangen, daß ungefähr für die Hälfte der Jugendlichen, die in der Ausbildung stehen, ein solches Vollzeitschuljahr geschaffen werden muß. Und daß ungefähr für eine Größenordnung von 40 % sich kooperative Formen anbieten. Kooperative Formen insbesondere in gewerblichen Fachrichtungen, weil sonst die Gefahr bestehen könnte, daß auch hier wieder vielleicht eine zu einseitige Theoretisierung eintreten könnte. Eine starke Minderheit in der Kommission hat sich demgegenüber dafür ausgesprochen, daß dieses erste Jahr der beruflichen Grundbildung sich in jedem Fall in schulischer Verantwortung vollziehen muß, auch dann, wenn Betrieb als Lernort bereits einbezogen ist. Zweifels-ohne ein bißchen eine differenzierte Sache, aber ich glaube, wir müssen das einfach austragen. Es wird in der Vorbereitung des Parteitages dann darauf ankommen, das noch ein bißchen aufzuarbeiten und die Anträge hier in einer verständlichen Alternative dann gegenüberzustellen.

Schwieriger waren die Beratungen, wie leicht verständlich, im Bereich Zuständigkeit, Kontrolle und Finanzierung der außerschulischen Berufsbildung. Ich darf hier die Diskussion so charakterisieren, daß bei diesem Thema die Bataillone ins Feld gezogen sind, wobei es den Bataillonen darauf angekommen ist, daß ihre Fahne bei der Schlußberatung wenigstens einen Meter vor der anderen Fahne in den Boden eingerammt werden kann. Es hat dann ein recht glücklicher Verlauf der Diskussion und vielleicht sogar auch ein klein wenig Nachhilfe durch die Regie dazu geführt, daß die beiden Bataillone plötzlich mit dem gleichen Ergebnis am Ziel angelangt waren. Ich halte dies nicht für einen Nachteil aus meiner Sicht, was die Diskussion in den nächsten Monaten betrifft. Ich sage das ganz offen, es gibt in dieser Frage im Augenblick weder Sieger noch Besiegte. Dies wird uns vielleicht ermöglichen, das Thema insgesamt doch noch ein wenig mehr in der Distanz abzuklopfen und ein klein wenig emotionsfreier zu diskutieren.

Es war sehr interessant, daß zu Beginn unserer Beratungen die Befürworter eines dritten Weges zunächst kaum vorhanden zu sein schienen. Lange sah es so aus, als würden allenfalls ein oder zwei Kommissionsmitglieder für einen dritten Weg votieren. Am 7. Mai waren es sechs. Wenn mich mein Eindruck nicht täuscht – dies ist jetzt aber eine persönliche Wertung, die ich auch ausdrücklich als solche kennzeichnen möchte –, ist die Zahl derjenigen, die über einen dritten Weg nachdenken, mittlerweile gewachsen. Ich weiß zumindest von manchen Kommissionsmitgliedern, die bei den Lagern 13:13 angesiedelt waren, daß sie im Augenblick sogar andere Abstimmungsergebnisse in der Fraktion für möglich hielten. Das auszuloten war auch angesichts des Zeitdrucks, unter dem wir standen, nicht mehr möglich. Ich habe den Auftrag der Kommission, den Bundesvorstand zu bitten – das ist mittlerweile aber ja hinfällig geworden –, daß alle Alternativen weitergegeben werden. Ich hatte auch den Auftrag, den Bundesvorstand zu bitten, die Abstimmungsergebnisse weiterzugeben. Dies würde allerdings der Behandlung der anderen Papiere widersprechen. Ich selbst bin damit

einverstanden, daß die Alternativen einfach nebeneinandergestellt werden. Ich wollte nur diesen Punkt noch einmal sagen, daß die Kommission der Auffassung war, daß man dieses damalige Bild mit weitergeben sollte.

Noch eine letzte Bemerkung. Das Kapitel 4, die drei Alternativen, sind sicher nicht so ausformuliert, wie sie vielleicht hätten ausformuliert sein können. Das lag z. T. an den Papieren, die vorlagen. Es lag aber auch z. T. daran, daß wir in der Kommission letztendlich der Meinung waren, daß wir diese heikle Frage jetzt nicht zu sehr präjudizieren sollten und daß wir jetzt mal abwarten sollten, wie die Diskussion auch beispielsweise bezüglich dieser dritten Möglichkeit abläuft, bei der das Wort „Berufsbildungskammer“ lediglich ein Arbeitstitel ist, bei dem auch noch Anderes konzipiert werden könnte. Wir meinen, daß es allerdings notwendig ist, rechtzeitig vor dem Hamburger Parteitag die Alternativen, die dann von den Delegierten und aus den Gliederungen der Partei hereinkommen, auch auf ihre Formulierbarkeit noch einmal genau zu überprüfen, damit im Endergebnis eine saubere Entscheidung zustande kommen kann.

*Barzel:* Vielen Dank, lieber Herr Gölter, auch für diesen einführenden Bericht: Ich eröffne die Diskussion.

*Stoltenberg:* Ich glaube auch, daß dieses Papier – ich hebe es hervor, weil ich es besonders sorgfältig mir angesehen habe – eine gute Basis für die weiteren Erörterungen ist. Und hier ist ja auch in einem sehr weiten Feld der wichtigen Fragen in der Kommission nach meiner Einschätzung – wahrscheinlich auch in den weiteren Diskussionen der Partei – Einvernehmen vorhanden oder jedenfalls zu erzielen. Es bleiben also die beiden neuralgischen Punkte. Zum ersten möchte ich noch einmal sehr nachdrücklich unterstreichen, daß diese Konzeption, daß berufliche Grundbildung in zwei Formen zu entwickeln sei, doch schon sehr weit fortgeschritten ist. Das ist keine rein theoretische Frage mehr. Die Diskussionen in der Bildungskommission und auch parallel dazu in den Parteigremien und Ländern haben ja dazu geführt, daß wir in den Ländern, in denen wir die Verantwortung haben – aber auch in anderen, wie ich glaube – dies weitgehend schon machen. Ich möchte das noch einmal sehr unterstreichen. Hier stehen wir nicht mehr vor einer theoretisch offenen Weggabelung, sondern hier wird in einer Reihe von Ländern – vor allem der von der Union regierten Ländern – dieser Weg bereits beschritten. Dies wollte ich nur einmal hier festhalten, weil das bei den weiteren Überlegungen eine Rolle spielen muß. Nachdem dies auch einer der Punkte ist, in denen wir durch einmütige Voten der Kultusminister in der Bildungskommission sehr weit gekommen sind, in denen die Modelle im Grunde laufen, in denen das auch sachgerecht ist, hätte ich Bedenken, daß wir da einen anderen Kurs einschlagen. Ich sage das nur als eine Bemerkung zu diesen beiden Voten.

Dies hängt natürlich ein bißchen zusammen mit der noch vielleicht gravierenderen Frage im letzten Kapitel. Der Gedanke einer Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung ist in der Diskussion nicht neu, er wird von Freunden von uns, vor allem vom Kollegen Katzer und anderen ja schon lange vertreten – auch vor Düsseldorf. Natürlich mit der Bemerkung „ergänzend“, das ist der wichtige Punkt. Das war die Ergänzung, die eben in Düsseldorf vorgenommen wurde. Dies würde ich gerne noch einmal

unterstreichen, daß hier der Begriff „ergänzend“ sehr wichtig ist. Denn wenn wir der Bundesanstalt eine Art Vollkompetenz geben wollten, und einige Bemerkungen in dem Papier deuten dies auch als eine neue Möglichkeit an, kommen wir in eine große sachliche Schwierigkeit, auf die ich einmal hinweisen muß. Das ist gar nicht jetzt nur das Problem der Kammern, das klammere ich im Augenblick einmal aus, obwohl das im Vordergrund für viele steht.

Das Problem liegt hier für uns im staatlichen Bereich. Heute ist es doch so, daß im staatlichen Bereich dessen Aufsichtsfunktionen verstärkt werden müssen. Ich bin vollkommen dafür, daß wir Methoden entwickeln, in denen wir ungeeignete Lehrbetriebe, die Nichteinhaltung der gesetzlichen Normen, auch weiterzuentwickelnder moderner gesetzlicher Normen nicht verfolgen, daß wir die wirksamer als bisher auf den richtigen Weg bringen oder aber sie ausschalten. Hier ist die Tendenz einer wirksamen Funktion des Staates richtig. Nur, wir machen das jetzt, wenn ich das richtig sehe, primär im Zusammenwirken des schulischen Bereichs und der staatlichen Zuständigkeiten in ein und derselben Regierung eines Landes. Die Tatsache, daß zwei Ressorts, drei Ressorts einer Landesregierung heute diese verschiedenen Funktionen ausüben, ist natürlich für die praktische Durchführung eine große Erleichterung, wie ich jetzt aus zweijähriger Erfahrung einer Landesregierung sagen kann. Die Verschränkung – gerade auch aufgrund dieses Papiers – zwischen schulischer und betrieblicher außerschulischer Ausbildung wird natürlich immer stärker werden, sie soll stärker werden nach unserer Reformkonzeption. Hier liegt, das muß man, glaube ich, deutlich sehen, die außerordentliche Problematik der Einführung einer neuen Institution, einer Bundesanstalt mit einer originären Sachkompetenz oder Aufsichtskompetenz. Daß wir den Begriff „ergänzend“, Herr Kollege Katzer, an dem ich ganz gerne festhalten würde – insofern plädiere ich für das Düsseldorfer Programm –, weiter konkretisieren müssen, daß wir die Frage, welche Funktion die Bundesanstalt in diesem Zusammenhang ohne Aufhebung der an sich funktionsfähigen Zusammenarbeit im Bereich der Länder, welche Kompetenzen wir hier sinnvoll ergänzend geben können, materiell weiterdiskutieren müssen, dafür bin ich sehr. Ich wollte aber gerne einmal auf diesen Sachzusammenhang hinweisen. Von der Wirksamkeit einer schon eingespielten und weiter zu verbessernden Kooperation der Ressorts der Landesregierungen, die die verschiedenen Aufgaben hier wahrnehmen.

*Blüm:* Der Streit über die Zuständigkeit ist in Sachen beruflicher Bildung kein Streit auf einem Nebenkriegsschauplatz. Ich glaube, daß anhand der Beantwortung dieser Frage die Glaubwürdigkeit unseres Konzeptes geprüft wird. Wobei wir uns gar nicht die Fragen ausgesucht haben und auch gar nicht hier zur Diskussion steht, ob das objektiv die wichtigste Frage ist, sondern das wird als Test für unser Konzept gelten. Ich halte es für unmöglich, daß die Kammern sich selber kontrollieren, daß im Rahmen der beruflichen Bildung die Unternehmer durch Institutionen sich überwatchen, die sie selber tragen. Dies ist mit keinen, wie ich glaube, sachlichen Gründen belegbar. Ich glaube auch nicht, daß berufliche Bildung, die den Namen Bildung zu Recht in Anspruch nimmt, eine Selbstverwaltungsaufgabe der Wirtschaft ist. Oder der Institutionen der Wirtschaft. Auch das wird Licht werfen auf den Stellenwert, den wir der

beruflichen Bildung geben. Da helfen uns noch so schöne Überschriften wie „Gleichwertigkeit von beruflicher und Allgemeinbildung“ nicht hinweg, wenn wir uns um diese Schlüsselfrage wie immer wortreich oder schweigsam herumogeln. Das scheint für mich jedenfalls festzustehen.

Schwieriger wird es, wer denn an die Stelle der Kammern treten soll. Da ist in der öffentlichen Diskussion keineswegs aus dem Spiel, wie manche glauben, daß der Staat an diese Stelle treten soll. Manche halten ja unsere Bundesanstalt für einen extremen Vorschlag. Das kann nur so bewertet werden in Unkenntnis der im Umlauf befindlichen Alternativvorschläge zu den Kammern. Da ist nämlich mit sehr viel Druck und öffentlicher Anerkennung – auch von Bildungsfachleuten – auch der Staat im Spiel. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die immer und sofort nach dem Staat rufen. Ich glaube, daß die Bundesanstalt eine Alternative bietet, einmal deshalb, weil sie einen Apparat bietet, der in diesem Bereich Erfahrungen hat, während die zweite Alternative, so etwas wie eine neue Berufsbildungskammer zu schaffen, nur zunächst mal auf dem Reißbrett steht. Das müßte man wieder neu aus dem Boden stampfen mit allen Notwendigkeiten, die eine solche Aufgabe dann nach sich zieht. Die Bundesanstalt hat heute weitgehende Kompetenzen auf dem Gebiet der beruflichen Umschulung, der beruflichen Fortbildung, Kompetenzen, die wir ihr selber gegeben haben, die wir jetzt auch unterstützen durch Berufsforschungsinstitute, die an diese Bundesanstalt angebunden sind. Ich vermag keinen systematischen Unterschied zu erkennen zwischen beruflicher Erwachsenenbildung und beruflicher Jugendbildung. Wer also die Bundesanstalt nicht für diese Aufgabe zuständig erklärt, der müßte sich überlegen, ob er ihr dann auch die Umschulung und Fortbildung wegnehmen will. Wenn er das nicht will, dann sehe ich einen großen Graben zwischen der Grundausbildung und der Fortbildung, einen Graben, der in der Sache nicht bestehen wird. Die Übergänge werden immer fließender werden, wenn es so wird, wie uns Fachleute sagen, daß der Arbeitnehmer ein ganzes Leben lang berufliche Bildung betreiben muß. Da werden Sie diesen Einschnitt nicht mehr so tätigen können wie bisher. Ich glaube, daß das Problem Bundesanstalt oder daß der Vorschlag Bundesanstalt auch Ansätze bietet für die Koordinierung mit der theoretischen Ausbildung. Denn diese Bundesanstalt wird ja getragen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zuzüglich des dritten Faktors öffentliche Hand. Und auf dieser dritten Bank können in Sachen berufliche Bildung gerade die Kultusbehörden und diejenigen, die in der Berufsschule Verantwortung haben, Platz nehmen. Wir leiden ja heute gerade darunter, daß die Berufsschule als fünftes Rad in der beruflichen Bildung mitläuft, auch keinerlei Zuständigkeiten hat bei den Prüfungen – ein Zustand, der wohl auch nicht haltbar ist.

Zu der zweiten Kontroverse, Berufsgrundbildungsjahr, möchte ich sagen, Herr Gölder, vielleicht ist das in der Hitze des Gefechtes etwas untergegangen: Diejenigen, die das Minderheitengutachten hier vorlegen, haben nicht bestritten, daß das Berufsgrundbildungsjahr in Kooperation zwischen Betrieb und Schule vorgenommen werden kann, sondern sie haben nur die Frage gestellt, wer die organisatorische Verantwortung trägt. Dieses Berufsgrundbildungsjahr kann durchaus auch im Sinn der Minderheit betriebliche Ausbildungsformen in Anspruch nehmen. Nur ist die Frage,

wer die Verantwortung hat. Wenn man das so läßt, wie die Mehrheit das vorschlägt, dann entsteht die Frage, wie das dann vertraglich geregelt wird, ob im Berufsgrundbildungsjahr die Auszubildenden Schüler sind oder bereits Lehrlinge im alten Terminus. Wenn sie das zweite schon sind, dann müssen ja Vorverträge getätigt werden, die die freie Berufswahl nach Ende des Berufsgrundbildungsjahres einschränken. Ein Vorzug des Berufsgrundbildungsjahres sollte ja sein, die Berufsfindung zu erleichtern, von einer absoluten Offenheit auch der Wahlchancen auszugehen. In dem zweiten Bereich besteht in der Tat eine Kontroverse. Diese Kontroverse hat allerdings nicht die Bedeutung, die die erste hat. Insofern stimmen wir überein, aber ich bekenne mich dann ausdrücklich noch mal zu denjenigen, die in der ersten Frage die Flagge in die Hand genommen haben und als Truppe marschiert sind. Und ich kann nur sagen, da muß jeder hier im Saal die Flagge in die Hand nehmen. Und das ist eine Frage, der wir nicht ausweichen können. (*Unruhe und Heiterkeit.*)

*Filbinger:* In dieser Frage „Berufliche Bildung“ sind wir in einer besseren Situation als in einer Reihe von anderen Reformbereichen, denn hier verfügen wir über Praxis. Und zwar eine relativ gesicherte Praxis. Wenn ich aus meinem Lande berichten darf, hier hat unter der Leitung des Kultusministers Hahn, der jetzt eingetroffen ist, nachdem ich mich schon zu Wort gemeldet habe, schon vor fünf Jahren die Arbeit an einem Schulentwicklungsplan für das berufliche Bildungswesen eingesetzt. Und seitdem wird hier mit dem doppelten Ziel Erhöhung der beruflichen Mobilität eine ganz intensive berufsspezifische Fachbildung gewährleistet. Es sind ja Herren des Kultusministeriums von Baden-Württemberg in der Kommission gewesen. Eine Reihe derjenigen Erfahrungen, die in der Praxis gemacht werden konnten, sind eingegangen in dieses Parteipapier. Ich kann und ich möchte Ihnen sagen, daß das, was das Papier enthält an Grundsätzen, den Vorzug hat, daß man es als praktisch bereits bewährt ansehen kann.

Das gilt einmal für die Gliederung des Berufsschulunterrichts in Stufen. Das gilt für die Vermehrung der Zahl der Lehrer an beruflichen Schulen; in der Praxis in Baden-Württemberg sind jetzt in diesem Jahre 1973 nicht ganz 1.000 neue Lehrerstellen gerade für das berufliche Schulwesen angesetzt worden. Wir machen damit die allerbesten Erfahrungen. Das zeigt die Ernsthaftigkeit der Reformbemühungen in diesem Bereich.

Es ist ein Aktionsprogramm für den Ausbau der beruflichen Schulen im Papier enthalten. Wir haben in der Praxis den Anteil der Berufsschulen und besonders der beruflichen Vollzeitschulen am Volumen des Schulausbaus spürbar steigern können. Und schließlich wäre die Institution eines Berufsgrundbildungsjahres ebenfalls eine Einrichtung, die aus einjährigen Berufsfachschulen durch eine Veränderung der Lehr- und Lerninhalte zu einem Grundbildungsjahr weiterentwickelt worden ist, in Baden-Württemberg mit guten Erfolgen. Mit Beginn des Schuljahres 1972/73 haben wir in einer Reihe von Berufsfeldern entsprechende Versuche durchgeführt.

Und schließlich noch, fünftens, ein Wort zum Akademie-Ring. Der baut ja auf auf dem mittleren Abschluß und nimmt eine zweijährige berufliche Ausbildung dann, Berufsfachschulen und Fachschulen, darüber. Auch hier großes Interesse und ich glaube große Chance, daß man damit weiterkommt. Allerdings hier nicht mit dem Ziel, die

auszubildenden Menschen in die Hochschulreife hineinzubefördern, sondern sie ganz speziell mit verbesserten Chancen in die berufliche Tätigkeit zu entlassen. Eine Nachricht, die vielleicht in dem Zusammenhang ganz wichtig ist: Wir haben kürzlich im Bundesrat einen Antrag gestellt, daß die Schüler der Berufsfachschulen in die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz aufgenommen werden mögen.<sup>47</sup> Das ist sicherlich eine wichtige Angelegenheit, denn wenn wir hier einen Akzent setzen, dann sollte der Staat mit seiner Förderung folgen.

Im Kommissionsentwurf sind einige Grundsatzthesen enthalten, die ich positiv bewerten möchte. Das gilt für die Gleichwertigkeit der allgemeinen und der beruflichen Bildung. Das gilt auch für die Lernmotivation, die aus dem konkreten Lebensbezug eines Bildungsbereiches entnommen ist und in den Vordergrund tritt. Das ist unter III, Ziffer 5, Seite 3 des Papiers enthalten. Positiv bewerten möchte ich auch das Zurückdrängen der betrieblichen Gesichtspunkte und der Interessen in der Ausbildung. Das ist unter II, Seite 4 und 7 enthalten. Schließlich sollte noch deutlich unterstrichen werden auch die Notwendigkeit einer besseren und engeren Verbindung von Theorie und Praxis, vor allem in den beiden Lernorten Schule und Betrieb. Hier werden dann gleichzeitig die Frage der Zuständigkeit und Kontrolle und auch die Frage eines Berufsgrundschuljahres oder Berufsgrundbildungsjahres angesprochen und dafür Alternativvorschläge gegeben. Diese Alternativen sind unter III 12, Seite 5 enthalten. Aus der Erfahrung in Baden-Württemberg würden wir die Alternative I nach unserer Praxis vorziehen. Ich möchte annehmen, daß aus seiner ganz konkreten Arbeit mein Kollege Hahn dazu genaueres noch sagen kann.

*Katzer:* Herr Kollege Filbinger, habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie dem Modell I den Vorzug geben? Dann bedanke ich mich sehr. Ich will jetzt nur in dem Augenblick zwei Bemerkungen machen, weil wir auf die Sachdiskussion ja hinterher noch mal zurückkommen, zu dem, was der Kollege Stoltenberg gesagt hat. Ich erinnere mich an lebhaft Diskussionen in der Lochmühle. Da haben wir uns ja sehr intensiv mit der Frage befaßt, und damals war der gesamte Vorstand der Meinung, wir müßten hier ein Stück weitermarschieren auf dem Wege, den wir mit Arbeitsförderungsgesetz, Berufsbildungsgesetz unter unserer Flagge eingeführt haben. Es war ein breites Plädoyer für die Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung. Ich halte dies nach wie vor für den einzig normalen und richtigen Weg. Wenn wir ausgehen von einem lebenslangen Lernprozeß, dann schicken wir den jungen Menschen von der Schule aus zur Berufsberatung, das ist der erste Kontakt mit dem Arbeitsamt. Wir wollten ja den Kontakt zum Arbeitsamt nicht beginnen lassen bei der Arbeitslosenunterstützung, sondern wir wollten das verhindern, indem wir eben die berufliche Bildung mit Ausbildung, Weiterbildung, Fortbildung bis hin zur Umschulung als letzte Alternative – wenn es anders nicht geht – dort anbinden. Da sind auch die fachlichen Voraussetzungen, das ist also ein geschlossenes, in sich tragendes Modell, von dem Herr Filbinger jetzt sagt, daß er dem zustimmt, das halte ich für sehr hilfreich.

---

<sup>47</sup> Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungs- und des Arbeitsförderungsgesetzes (BR-Drs. 276/73).



Herr Kollege Stoltenberg, wenn Sie jetzt der Meinung sind, ich hätte meine Auffassung geändert, dann täuschen Sie sich ganz gewaltig. Ich wollte das Ihnen nur sagen. Wenn Sie der Meinung sind, daß dieses Wörtchen „ergänzend“ meine Position umreißt, dann irren Sie sich. Diesem Wort „ergänzend“ habe ich schweren Herzens zugestimmt, nicht in der Lochmühle, da steht es nicht drin, sondern es ist reingekommen in Düsseldorf aufgrund eines Vorschlages des Vorsitzenden. Da ist meine Kompromißbereitschaft leider etwas weit gegangen, weil ich die Mitbestimmung noch vor mir sah. Das ist dann nicht honoriert worden, und von daher bin ich also jetzt doppelt vorsichtig. Sie müssen doch meine Position kennen. Die wollte ich hier sagen, daran hat sich also nichts, aber auch nicht ein Millimeter geändert. Im Gegenteil, ich bin felsenfest überzeugt davon – Herr Stoltenberg, nehmen Sie es so, wie ich es sage –, daß diese Geschlossenheit der Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung der richtige Weg ist, den wir beschreiten sollten.

Nun gibt es – und hier komme ich Ihnen entgegen – ein Problem der Länder. Und dieses Problem der Länder sehe ich und bin bereit, dies auszuräumen. Hier in dem Modell der Zuständigkeiten I sehe ich sehr wohl eine Chance, die Länder, die ja nebenbei ohnehin bei der Bundesanstalt mit einem Drittel beteiligt sind – das sind Arbeitgeber, Arbeitnehmer und öffentliche Hand, das kann doch niemand leugnen. Wenn sich die Ministerpräsidenten darum nicht gekümmert haben, bedaure ich das. Ich kenne doch nun die Selbstverwaltung der Bundesanstalt in Nürnberg. Ich bedaure, daß der Kollege Stingl nicht hier sein kann, der würde das aus seiner Praxis noch ergänzen können. Da gibt es ja sehr unterschiedliche Koalitionen. Bei Personalentscheidungen, die z. T. in Selbstverwaltung mit Arbeitgebern, dritter Bank mit Arbeitnehmern laufen, ist das ja ganz unterschiedlich, was auch gar nicht schlecht ist. Ich will nur sagen, dieses Problem läßt sich lösen.

Aber einen Fehler hat dies. In der Regel sitzen in der dritten Bank des Verwaltungsrates der Bundesanstalt die Länder, vertreten durch ihre Arbeitsminister oder die aus diesem Zweig Kommenden, während dies ein Bereich der Kultusminister ist. Hier würde ich sagen, kann man eine Konstruktion anbieten, indem man den Bereich der beruflichen Bildung zusätzlich mit Ausschüssen versieht, in denen von mir aus überwiegend die Kultusminister der Länder oder ihre Vertreter dabei sind. Denn mir liegt funktional daran, daß wir über diese Einrichtung endlich den Blick bekommen zur Berufsschule, die wir ja jetzt leider Gottes nur im Großbetrieb gelöst haben und nicht im Kleinbetrieb. Das ist ja eine der ganz großen entscheidenden Flächen. Ich bitte da einmal drüber nachzudenken, ob dies ein hilfreicher Vorschlag ist. Er würde die Bedenken der Länder voll und ganz berücksichtigen. Ich bin also hier, auch was Paritäten angeht, bereit, ganz große Überparitäten auf die Seite zu legen, weil ich diese Verzahnung zur beruflichen theoretischen Ausbildung als sehr wichtig ansehe. So glaube ich, daß der Streit mit den Ländern nicht geführt zu werden braucht, wenn man diesen Weg begeht. Wir sollten im übrigen uns auch – als letztes darf ich das sagen – hineinreden in unseren schlichten und einfachen Bürger, der mit diesem Bildungsangebot ja überhaupt gar nicht mehr zu Rande kommt, der ja gar nicht mehr weiß, wenn man die Bundeshaushalte ansieht, daß da in fast jedem Einzeletat irgendeine berufliche

Förderungsmaßnahme steckt. Sie finden beim Wirtschaftsminister einen Etat für die Bäcker, für die Seeschifffahrt und weiß der Kuckuck was, für die Landwirtschaft gibt es wieder ein Töpfchen. Das wissen wir doch alle, das müßten Sie, Herr Carstens, am besten wissen als Staatssekretär im Kanzleramt, wo dies alles durchlief. Das ist doch ein Durcheinander. Ich habe mal scherzhaft gesagt, wir sollten ein Lexikon anschaffen und sollten sagen, aus welchem Töpfchen jeder Mitbürger eigentlich noch was holen kann. Das ist eine interessante Aufgabe. Aber es ist natürlich eine Verwirrung. Wenn wir hier eine ganz klare Linie zeigen und sagen, hier bitteschön ist die Arbeitsverwaltung der Ansatzpunkt, der mit Beruf was zu tun hat, mit Bildung, Ausbildung, Weiterbildung, Fortbildung, Umschulung, dann kriegen wir schließlich mit den Berufsbildungsausschüssen, wenn wir sie an die örtlichen Arbeitsämter anbinden, eine ausgezeichnete Möglichkeit der wirklichen Kooperation zwischen theoretischer und praktischer Berufsbildung.

Ich wollte dies hier in diesem Augenblick nur zu dem Punkt sagen, weil ich glaube, dies wäre ein Zusatzelement, Herr Kollege Gölter, zu dem Modell I, was die Zuständigkeiten anlangt. Hier kann man also noch einmal sehr nachdenken. Mir liegt daran, diesen Punkt jedenfalls nicht zu einem Streitpunkt mit den Ländern werden zu lassen, denn das ist kein Streitpunkt mit den Ländern. Es gibt einen anderen Streitpunkt, den wir mit den Kammern haben. Das ist eine ganz andere Frage. Aber ich möchte nicht, daß Kammerargumente über die Länder hier hineingetragen werden, und deshalb sage ich ganz deutlich das Angebot, daß wir dieses Problem auf dem Wege, den ich angedeutet habe, ausgezeichnet lösen können und damit in der Lage wären, ein einfaches, überschauliches, vom Bürger her ganz klar greifendes Instrument zu schaffen.

*Hasselmann:* Ich glaube, wir müssen diese Frage noch gründlicher behandeln als bisher. Herr Katzer, wenn ich auf Sie direkt eingehe, habe ich das Gefühl, daß Sie durch Entgegenkommen gegenüber den Ländern einen gemeinsamen Angriff gegen die Kammern vorbereiten. Ich darf das mal so ganz offen aussprechen. (*Unruhe.*) Darum bin ich nicht sicher, wenn Sie zweitens die Bundesanstalt ins Gespräch bringen, ist damit die Frage der paritätischen Besetzung der Kammern erledigt oder stellt sie sich neu? Der Wert der Kammern, wenn ich aus einem Flächenland wie Niedersachsen berichten kann, liegt eben darin, daß wir mit den Arbeitnehmern in den Kammern solche Dinge im Rahmen der öffentlich rechtlichen Anstalten aufgrund gegebener Gesetze praktizieren und bisher nicht schlecht dabei gefahren sind.

Drittens – wir können da modifizieren – die Zuständigkeit liegt in diesem Bereich beim Wirtschaftsministerium und nicht beim Kultusministerium oder Sozialministerium. Es ist sowieso für uns aus unserer Sicht schon schlimm genug, daß ein Mann wie Herr von Oertzen<sup>48</sup> die Berufsschulen in seiner Hand hält. Es kommt eben darauf an, wer regiert. Wenn wir regieren, dann können Sie die Dinge anders sehen, dann

---

48 Dr. Peter von Oertzen (1924–2008), Politologe; 1946 SPD (2005 Austritt), 1963–1982 Professor für Politikwissenschaft an der TU Hannover, 1955–1959 und 1967–1982 MdL Niedersachsen, 1970–1974 Kultusminister in Niedersachsen, 1973–1993 Mitglied im SPD-Bundesvorstand.

können wir auch hier Entgegenkommen zeigen. Regieren wir nicht, müssen wir diese Dinge voll in unserer Hand behalten. Es gibt also einen Sturm der Entrüstung in unseren Ländern, und ich kann sehr wohl verstehen, was Herr Dr. Filbinger hier in der Sache sagt. Aber wenn Sie an unser Land denken, dann müssen wir die Positionen der Kammern mindestens so lange stärken und dürfen auch kein Jota davon abweichen, so lange wir einen Mann wie von Oertzen als den Chef eines Kultusressorts haben und die SPD-Politik sehen. (*Unruhe.*) Herr Dr. Blüm, darin liegt ja die Schwierigkeit, daß wir hier jetzt etwas finden, um den Druck auszuhalten in den Fragen der Ausbildung, sowohl für den Betrieb als auch für den Lehrling. Ich bin noch ein bißchen altmodisch.

Ich sehe im übrigen noch ein anderes, und das möchte ich Herrn Katzer ganz offen sagen. Wir sollten auch ein bißchen in die Betriebe hineingehen und uns mal fragen, weil es keine wertneutrale Bildung gibt, wie soll denn eigentlich für den Betrieb der Mann aussehen? Oder die Frau? Wir scheinen hier auf dem Weg im Bereich der beruflichen Bildung zu sein, das Theoretische überzubewerten auf Kosten der Praxis. Genau die aber wird gefordert. Wenn Sie in die Betriebe hineingehen, dann fehlt es dort. Theoretisch sind sie wesentlich besser ausgebildet, aber praxisbezogen – da fehlt es ungeheuerlich, und ich wüßte nicht, in welchem Berufszweig das nicht der Fall ist. Dafür, meine ich, sollten wir unsere Augen öffnen, um mindestens dort einen Kompromiß zu finden. Wir haben bei uns aus den Kammern, Herr Dr. Gölter, ganz erhebliche, ganz kritische Bemerkungen für das, was von der CDU bisher in diesem Bereich bekanntgeworden ist, bekommen. Genau den Bereich dürfen wir nicht aufs Spiel setzen. Das möchte ich nicht gerne aus der Sicht unseres Landes, jedenfalls ist das ganz deutlich anzumerken.

*Barzel:* Meine Damen und Herren, wir haben ja noch eine Reihe anderer Punkte. Wir sind hier besonders stark in die Sache eingestiegen, was sicherlich sehr gut ist. Aber ich würde doch bitten, daß wir die Rednerliste abschließen können.

*Hahn:* Ich gehöre zu den Verantwortlichen in einem Lande, in dem die CDU regiert. Dadurch sieht das etwas anders aus als da, wo die CDU in der Opposition ist. Da möchte ich sagen, daß ich Ihnen, Herr Katzer, doch sehr widersprechen muß, daß heute noch in unseren Ländern die Berufsausbildung sekundär wäre oder eigentlich ein Stiefkind. Wir haben vor mehreren Jahren in unserem Land, aber auch in den anderen CDU-Ländern, wirklich der Berufsbildung Priorität gegeben. Bei uns heißt das „Schulentwicklungsplan 2“, ich kann das nur ganz kurz andeuten, die Reform durch die Stufenbildung, durch einen differenzierten Unterricht, den wir darin haben, durch einen ganz starken Ausbau der beruflichen Vollzeitschulen und auch teilweise schon des Berufsgrundbildungsjahres, das wir eingeführt haben, aber noch nicht überall haben einführen können, aber auch durch eine ganz starke Verlagerung unserer Investitionen auf dieses Gebiet, Ausbau der entsprechenden Werkstätten und Schulen und des Personalbestandes, den wir sehr stark hier vermehren. Ich möchte nur sagen, daß tatsächlich hier gerade in den Ländern, in denen die CDU die Verantwortung trägt, sehr viel getan worden ist, was auch beachtet worden ist. Ich möchte allerdings meinen, daß das noch keineswegs im öffentlichen Bewußtsein, auch im Bewußtsein unserer eigenen Parteifreunde so sichtbar geworden ist. Es ist z.B. im Bundestagswahl-

kampf fast völlig unter den Tisch gefallen, was auf diesem Gebiet bisher geschehen ist. Das muß zunächst einmal gesagt werden.

Wir, die verantwortlichen CDU-Kultusminister, sind nun allerdings der Meinung, daß wir in der Frage des Berufsgrundbildungsjahres im allgemeinen der Alternative II zuneigen, wobei die Dinge etwas aufeinander abgewogen werden müssen. Im ganzen sind wir durchaus einverstanden mit den Vorlagen, die uns vorgelegt worden sind. Wir legen Wert auf eine ganz klare Entscheidung für das duale System, daß das duale System beibehalten wird. Wir sind der Meinung, daß das duale System sich bewährt hat. Wir arbeiten hervorragend mit den Kammern zusammen, aber im Grunde ist es auch bei uns da, wo wir mit ihnen zusammenarbeiten, gegenüber den Gewerkschaften durchaus möglich, sie dafür zu gewinnen, und sie wagen es – jedenfalls bei uns – auch nicht, klar dagegen aufzutreten.

Dagegen sind wir, Herr Kollege Katzer, deutlich für das Modell II bei der Frage der Trägerschaft. Wir glauben nicht, daß das Verhältnis wirklich in der richtigen Weise gestaltet werden könnte. Wir glauben, daß wir noch zu viel aus der Hand geben im Augenblick, in dem wir etwa auf eine Bundesanstalt für Arbeit gehen würden, bei der dann die Kompetenzen außerordentlich verteilt sind und es wahrscheinlich doch so sein wird, daß wir die Kontrolle aus der Hand verlieren. Das will ich in aller Kürze hierzu sagen.

Ich möchte aber folgendes hinzufügen: Wir haben in den letzten Wochen zusätzlich ein großes Programm erarbeitet – ich habe es gestern der Presse vorgestellt<sup>49</sup> –, das zu einem völlig neuen Ansatz in der Frage der Berufsbildung führt. Das geht unter dem Stichwort „Berufsakademie“. Ich würde bitten, daß wir das doch einführen in unser Programm für den Bundesparteitag. Es geht davon aus, daß wir vor der Schwierigkeit stehen – auch darüber sind im Augenblick in der Presse ja viele Berichte –, daß wir die Abiturienten der nächsten Jahre gar nicht unterbringen können. Wir müssen infolgedessen neben das bisherige Bildungsprinzip, um eine Durchlässigkeit im vertikalen Sinne nach oben zu haben, das Prinzip der Durchlässigkeit des gesamten Schul- und Bildungssystems in der Horizontale haben, nämlich zum Beruf. Wir schlagen von Baden-Württemberg in einem sehr detaillierten Programm, das sich jetzt im Augenblick nicht entwickeln kann, vor, Berufsakademien einzuführen, die mit einer ganz starken Betonung des dualen Systems eine Hineinführung in den Beruf frühzeitig ermöglichen. Ich bitte, daß ich das mal bei einer Gelegenheit, jedenfalls mit den entsprechend Interessierten diskutieren kann.

*Windelen:* Ich kann mich in dieser Situation und nach diesem Stand der Debatte auf eine kurze Bemerkung beschränken. Wir werden hier nichts beschließen. Die bisher diskutierten Alternativen sind in dem Papier ohnehin vorhanden. Sie werden also in die Diskussion gehen. Ich meine nur, wir sollten von vornherein davon ausgehen, daß alle drei Alternativen offen sein müssen. Und deswegen vermag ich nicht die Auffas-

---

49 Vgl. FAZ vom 25. Mai 1973 „CDU macht Vorschläge zur Reform der beruflichen Bildung“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 26. Mai 1973 „CDU uneins über berufliche Bildung“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 26. Mai 1973 „Reform der Berufsbildung in der CDU umstritten“.

sung von Herrn Blüm zu teilen, daß aus der Logik heraus eigentlich nur die Lösung 1 bei der Zuordnung möglich sei. Er hat das gesagt, und Herr Katzer, Sie haben das noch mal vertieft. Das entspräche der Logik, denn wir hätten ja auch die Berufsförderung dahingelegt, und dann müsse man auch die Ausbildung dahinglegen. Ich glaube, daß wir die Arbeitsförderung dahingelegt haben, das war systematisch völlig in Ordnung als Vorbeugung für Arbeitslosigkeit. Ich meine, das war eine großartige Sache, daß wir gesagt haben, die Bundesanstalt soll nicht erst dann tätig werden, wenn die Leute arbeitslos werden, sondern sie soll rechtzeitig strukturelle Veränderungen erkennen und hier vorbeugend wirksam werden. Das heißt, daß die Arbeitsförderung, die Berufsförderung, zur Bundesanstalt kam, war völlig systematisch. Es ist aber nicht zwingend und nicht notwendigerweise so, daß nun auch die berufliche Ausbildung ebenfalls aus dem gleichen Grund zur Bundesanstalt kommen müsse. Aber ich bestreite nicht, daß man sie natürlich dahinglegen kann, wenn man das will und wenn man das für zweckmäßig hält. Das heißt also – ich will hier gar kein Votum in der Sache aussprechen – man soll nicht von vornherein Konstruktionen schaffen, die sagen, nur das eine ist logisch und das andere ist unlogisch, sondern das ist eine Entscheidung, die man nach Zweckmäßigkeit oder Grundsätzen trifft, aber eine andere Entscheidung scheint mir gleichermaßen möglich, logisch und konsequent zu sein, wenn sie eine Mehrheit findet.

*Lampersbach:* Die mittelständische Wirtschaft ist an diesem Komplex natürlich in besonderer Weise interessiert. Ich bin Hans Katzer dankbar, daß er vorhin hier sagte, man muß Unterschiede machen bei Großbetrieben und bei den mittleren und kleineren. Hier ist exakt der Punkt, bei dem wir uns selbst sicherlich nicht sehr leicht tun. Wir suchen deshalb nach Modellen, die die Ausbildung oder die Chancen gleichstellen für Ausbildung in den großen als auch in den Klein- und Mittelbetrieben. Wir dürfen dabei nicht verkennen, daß gerade eine Vielzahl von Ausbildungsplätzen in den Klein- und Mittelbetrieben nach wie vor vorhanden sind und auch erhalten bleiben müssen, wenn wir nicht zu einer Verengung an Ausgebildeten kommen wollen.

Nun, Herr Dr. Blüm, möchte ich um folgendes nur bitten: Wenn Sie etwas apodiktisch sagen, die Ausbildung über die Zuständigkeit der Kammern hat versagt und ist schlecht – so sinngemäß, das hat nicht richtig funktioniert –, dann kann ich Ihnen nur sagen, wir können das Gleiche natürlich zurückgeben und sagen, dort wo der Staat die Aufsicht hat, nämlich im Berufsschulwesen, können wir Ihnen zig Beispiele aufführen, wo es auch nicht funktioniert. Also, wir würden von dem einen, ich will das mal negativ sagen, schlechten Modell zu dem anderen schlechten Modell hinkommen. Das kann und darf doch gerade nach der Diskussion in Düsseldorf nicht der Inhalt unserer Unterhaltung sein. Ich bemühe mich hier – das wissen Sie, Herr Katzer –, einen Ausweg zu finden, der den Vorstellungen der Sozialausschüsse, aber auch unseren Vorstellungen gerecht wird. Denn wir können nur in einer gemeinsamen Aktion diese Dinge lösen. Wir sind – ich will aber nicht viel in der Sache sagen – gegen die totale Verlagerung auf die Bundesanstalt für Arbeit, die die berufliche Bildung fördern soll. Das war Ihr Vorschlag seinerzeit, „ergänzend“. Ich habe diesmal den Vorsitzenden angesehen, den Vorsitzenden der Partei, nicht den der Sozialausschüsse. (*Heiterkeit.*) Da haben wir ein erhebliches Bedenken. Das ist die Frage der Finanzierung, die hier ja noch

nicht angesprochen ist, und über die wir, lieber Herr Katzer, uns sehr, sehr eingehend unterhalten müssen. Sie müssen die ganzen Konsequenzen, die bei einer Verlagerung hier total auf den Staat kommen, natürlich auch dann hinsichtlich des Systems sehen, was hier systemimmanent ist oder plötzlich völlig systemfremd wäre. Wir täten uns wirklich einen Gefallen, wenn wir ohne Emotionen an die Dinge herangehen und hier versuchen, zu einer Regelung zu kommen, die die Verbesserung der beruflichen Bildung, was erforderlich ist, im weitesten Sinne mitermöglich kann.

Ich darf einen letzten Satz sagen: Wir haben vor mehreren Jahren gesagt, daß die Frage der Verstärkung im letzten Schuljahr – ob das nun das neunte oder das zehnte ist – in diese Überlegungen miteinbezogen werden soll und muß. Das bedeutet, daß wir auch sektoral untersuchen müssen, wie weit das hier möglich ist und wo es eben völlig unmöglich ist. Denn wir können nicht die schulische oder die vorbereitende schulische berufliche Ausbildung auf Kosten der betrieblichen Ausbildung fortentwickeln. Das wäre sicherlich nicht im Sinne der Auszubildenden. Daher bin ich Herrn Hasselmann dankbar, der hier noch mal gesagt hat, daß das duale System – das ist im Gölter-Papier nicht „dual“ genannt worden, Gölter ist einverstanden so weit – auf jeden Fall erhalten bleibt, weil das mit die wichtigste Voraussetzung schafft für eine vernünftige Ausbildung.

*Gölter:* Eine kurze ergänzende Bemerkung zur Information: Die Kommission war bei der Bundestagsfraktion angesiedelt und dadurch haben auch CSU-Kollegen an der Kommission teilgenommen, allerdings keine Vertreter der CSU als Partei. Die beiden CSU-Kollegen, die in der Schlußabstimmung dabei waren, die Kollegen Waigel<sup>50</sup> und Schedl<sup>51</sup>, betrachten auch für ihre zukünftige Arbeit in der CSU-Landesgruppe das Papier als verbindlich, haben allerdings in der Frage der Zuständigkeit für das Kammer-System plädiert.

Ich will es ganz kurz machen. Die Beurteilung dieses Problems ist ja deshalb so schwierig und auch der Weg zu einer gerechten Lösung, weil die Verhältnisse so ungeheuer unterschiedlich sind. Es gibt zweifelsohne Bereiche der Wirtschaft, die so gut heute ausbilden, daß die Vorwürfe gegen die Schule gerichtet werden müssen. Das gibt es natürlich auch umgekehrt. Insofern, Herr Hasselmann, möchte ich doch sagen, daß das Papier, das wir hier vorlegen, draußen in einer Reihe von vorgezogenen Presseberichten etwas zu einseitig im Sinne der Verschulung gewertet worden ist, insbesondere in einem größeren Artikel in der „Hannoverschen Allgemeinen“<sup>52</sup>. Damals war bekannt geworden, daß wir eine Vorabstimmung durchgeführt haben, und diese Vor-

---

50 Dr. Theo Waigel (geb. 1939), Jurist; 1960 CSU, 1969–1972 persönlicher Referent von Anton Jaumann im bayerischen Finanz- bzw. Wirtschaftsministerium, 1971–1975 Landesvorsitzender der JU Bayern, 1972–2002 MdB (1982–1989 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe, 1988–1999 Vorsitzender CSU, 1989–1998 Bundesminister der Finanzen. Vgl. LEXIKON S. 391 f.; Peter RAMSAUER (Hg.): Weichenstellungen für Deutschland und Europa. Theo Waigel – Stationen eines Politikers. München 2009.

51 Albert Schedl (geb. 1936), Schreinermeister; 1956 CSU, 1971–1980 MdB.

52 Nicht ermittelt. – Vgl. FAZ vom 25. Mai 1973 „CDU macht Vorschläge zur Reform der beruflichen Bildung“.

abstimmung hat dann zu allen möglichen Reaktionen geführt. Wenn man das Papier aber sehr nüchtern durchliest, ist es wirklich ein Papier, das ein ausgewogenes Verhältnis der beiden Lernorte haben will.

Ein zweites: Das Problem der beruflichen Bildung ist zwar von der Nomenklatur heute auf die Auszubildenden beschränkt, aber ist natürlich wesentlich weitreichender. Das ist deutlich geworden durch das, was Herr Minister Hahn kurz angedeutet hat. Es stellt sich natürlich bei der Frage der Studienreform, bei der Frage, wie wir in Zukunft Regelstudienzeiten und Derartiges definieren wollen. Die Kommission hat darüber gesprochen und war der Auffassung, daß wir in der kurzen Zeit einfach überfordert sind, zu diesem wirklich ganz fundamentalen Problem der Bildungspolitik, zu diesem Kernproblem – wenn wir überhaupt eine Chance haben wollen, die Dinge in den Griff zu bekommen – jetzt eine saubere Sache vorzulegen. Das wird auch bis zum Hamburger Parteitag nicht möglich sein, weil das voraussetzen würde, daß wir in wenigen Wochen all die Schwierigkeiten in den Griff bekommen, die sich in den letzten Jahren aufgehäuft haben. Ich meine aber trotzdem, daß es möglich sein müßte – wenn das die CDU Baden-Württemberg formuliert – insbesondere die Überlegungen, wie sie im Bereich der Berufsakademien, insbesondere der Stufe, die Sie 1 nennen, hier in das Papier miteingebaut werden könnten.

Kurze dritte Bemerkung: Die Kommission hat in ihrer ganz überwältigenden Mehrheit einem Umlagesystem zugestimmt. Nur waren viele in der Kommission der Auffassung, daß die Frage der Finanzierung einfach vom methodischen Vorgehen her nicht an der Spitze stehen darf. Das ist auch mein Vorwurf gegen die sogenannte Edding-Kommission<sup>53</sup>, diese Kommission, die aufgrund eines einstimmigen Beschlusses des Deutschen Bundestages eingesetzt worden war. Damals hatten wir – und da haben auch wir einen Fehler gemacht – den Auftrag der Kommission mit Kosten und Finanzierung umschrieben. Die Kommission ist dann sehr schnell zu dem Ergebnis gekommen, daß sie kein vernünftiges Papier vorlegen kann, wenn sie nicht auch strukturelle Fragen aufgreift. Trotzdem hat sie in ihrer Arbeit – ein bißchen hart gesagt – den Fehler gemacht, die Finanzierung an die Spitze zu stellen und dann anhand der Antwort auf die Frage der Finanzierung die Strukturfrage lösen zu wollen. Ich meine, daß wir in unserem Vorgehen die strukturellen Probleme in den Vordergrund stellen müssen und dann bei jeder Antwort, wie wir sie auch finden, eben eine Antwort finden müssen bezüglich des Umlagesystems, das zu der Ausgangsposition dann paßt, weil es bei diesem Umlagesystem, wenn es nicht zur Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung kommen sollte, auch andere Formen gibt, die sehr wohl eine solche Umlage – und wir plädieren dafür –, auch der öffentlichen Arbeitgeber, eben möglich macht.

Wenn ich ganz kurz noch einmal das Wort „Flagge“ aufgreifen darf. Ich meine, daß es in einer solchen Kommission bei einem so heiklen Thema möglich sein muß, daß jeder sich von seinem eigenen Standpunkt zumindest um der Diskussion willen auch

---

53 Die sog. Edding-Kommission hatte im Februar 1973 einen Zwischenbericht vorgelegt (vgl. Nr. 35 Anm. 106). Der Abschlußbericht zu „Kosten und Finanzierung der außerschulischen Bildung“ wurde am 14. März 1974 vorgelegt (BT-Drs. 7/1811).

einmal distanziert. Und das war in der Kommission aus meiner Sicht nicht in genügendem Maße der Fall. Auch dann, wenn ich eine klare Meinung vertrete, glaube ich, muß man bereit sein – und das ist keine Bemerkung gegen eine Seite, sondern eine kritische Bemerkung zur gesamten Arbeit der Kommission –, daß wir bei diesem heiklen Thema eben wirklich in den nächsten Monaten dazu kommen sollten, Vor- und Nachteile noch einmal ganz nüchtern abzuwägen. Deshalb bin ich persönlich auch sehr froh darüber, daß dieses dritte Modell nach wie vor in der Diskussion ist. Es liefe nämlich im Grunde auf eine Verstärkung und Verselbständigung der Berufsbildungsausschüsse hinaus, in denen die Sozialpartner stärker verselbständigt als bisher zusammenwirken unter der Verantwortung der jeweiligen Landesregierung. Das ist durchaus ein Modell, dem als Alternative beide Seiten möglicherweise Geschmack abgewinnen können.

Und ein allerletzter Satz: Wenn ich die Diskussion in der Bundesregierung recht übersehe, dann gibt es hier auch unter den Verantwortlichen keine abgeschlossene Meinungsbildung. Es gibt Befürworter der Lösung Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung. Es gibt auch Befürworter der Lösung auf dem dritten Weg. Ich meine, wir wissen bis Hamburg ein bißchen mehr zu dieser Frage. Für eine Oppositionspartei wie die CDU, die ja für dieses Gesetz keine Mehrheit hat, müßte dann auch von den Verantwortlichen noch einmal überlegt werden, wie wir möglicherweise durch unsere Beschlüsse angesichts des Diskussionsstandes im Regierungslager eine uns genehmere Entscheidung möglicherweise beeinflussen können.

*Barzel:* Vielen herzlichen Dank nochmals, Herr Gölder. Meine Damen und Herren, ich habe zu dem Verfahrensvorschlag der Zuleitung dieser Alternativen dieses Papiers an die Parteorganisationen keine Einwände erhoben, es ist auch so besprochen. Wir kommen dann zu dem letzten Punkt unter Ziffer 2, einem Bericht des Kollegen von Weizsäcker über die grundsätzlichen Beratungen.

*Von Weizsäcker:* Herr Vorsitzender, ich knüpfe an an einen kurzen Bericht, den ich in der letzten Bundesausschußsitzung<sup>54</sup> dazu gegeben habe. Mit dem Stand der Grundsatzkommissionsarbeit ist es leichter, weil im Gegensatz zu den anderen Themen keine Unterlagen bisher vorliegen, aber insofern natürlich auch schwerer. (*Heiterkeit.*) Angekündigt ist sowohl durch den Vorsitzenden wie durch den Generalsekretär, wie wohl auch durch ein Kommuniké des Vorstandes, daß ein Tagesordnungspunkt in Hamburg sich mit der Thematik der Grundsatzkommission befassen soll. In welcher Form, ist noch nicht angekündigt. Anders als es bei den behandelten drei Themen – ich nehme jetzt mal das Medien-Thema heraus – wird die Grundsatzkommission keinen fertigen Text zu einer endgültigen Beschlußfassung über Grundsätze für den Hamburger Parteitag vorlegen. Ich sage das, weil, wie Sie wissen, es immerhin einige Stellen in der Partei gibt, die ein solches Verlangen schon öffentlich gestellt haben und vielleicht noch stellen werden, z. B. die Junge Union. Der Bundesausschuß der Partei aber nicht. (*Barzel:* Wir haben es heute nicht auf der Tagesordnung, weil wir nicht antragsberechtigt sind, das muß der neue Vorstand dann beschließen.) Auf der anderen Seite ist die

---

54 Ergebnisprotokoll der Sitzung vom 2. April 1973 in ACDP 07–001–612.



Grundsatzkommission selber der Meinung, daß ein bloßer Bericht II folgend einem Bericht I in Wiesbaden<sup>55</sup> nicht ausreichen würde. Das könnte interessant sein oder auch nicht, bliebe aber unverbindlich und würde die notwendige Verbindung von Prinzip und Praxis oder von Kommissionsarbeit und Basisrelevanz nicht herstellen können. Die Grundsatzkommission will daher nicht nur einen Bericht ausarbeiten und in Hamburg vortragen, sondern ein Papier über ihre derzeitigen Arbeitsthemen und über die Richtung der Bearbeitung dieser Themen zur Veröffentlichung und Versendung an die Basis der Partei vorlegen. Und zwar über drei Kapitel im wesentlichen, über das Thema „Ausbau der Freiheit“ erstens, über das Thema „Volkspartei“ zweitens und über das Thema „Staat“ drittens.

„Ausbau der Freiheit“ – dazu wird es zu wahrscheinlich drei Unterkapiteln kommen. Freiheit verstanden als Selbstbestimmung und Mitverantwortung in der Arbeitswelt einerseits und in der Freizeit andererseits, und drittens das Thema „Soziale Dienste“, was als solches im Wiesbadener Bericht ja schon enthalten war. Es werden Papiere sein, bei denen sich jeweils eine kurze Analyse des Sachverhaltes am Anfang finden wird und dann in Thesenform die Bearbeitungsrichtung in bezug auf die Formulierung solcher Grundsätze. Diese Papiere werden bis Mitte Juni vorliegen. Das ist die Verabredung, die wir auch mit dem Generalsekretär getroffen haben. Und dann sind die Papiere da, um versandt zu werden. Freilich ohne eine Stellungnahme von seiten des neuen Bundesvorstandes. Nichtsdestoweniger wird der Bundesvorsitzende oder der Generalsekretär oder das Präsidium diese Papiere erst einmal sehen und ihre Versendung an die Parteien als solche mittragen wollen, nicht ihren Inhalt.

Es bleibt dann für den Bundesparteitag selber nach Vorstellung der Grundsatzkommission zu beschließen durch den Bundesparteitag, daß der neue Bundesvorstand beauftragt wird, diese grundsätzlichen Arbeitsthemen im Sinne der Arbeitsrichtlinien, die wir uns selber bisher gegeben haben, für den übernächsten Parteitag zu einem beschlußfertigen Papier auszuarbeiten oder aber eben die Arbeitsrichtlinien zu verändern. Oder aber überhaupt auch vielleicht einen weitergehenden Antrag zu beschließen. Ich erwähne das nur deshalb, weil wir nach den Stimmen, die wir ja in der Grundsatzkommission immer wieder hören von ganz verschiedenen Vereinigungen, wie auch von regional unterschiedlichen Stellen, daß es vielleicht auf dem Bundesparteitag dazu kommen wird, daß jemand den Antrag stellt, es solle bis zum nächsten oder übernächsten Bundesparteitag ein neues Grundsatzprogramm vorgelegt werden. Ich will jetzt nicht vertiefen die Frage, wie ein solches Grundsatzprogramm sich eigentlich zum Berliner Programm verhält. Die Bedürfnisse nach einem solchen Grundsatzprogramm hängen einerseits zusammen mit der generellen Entwicklung der Diskussion von Grundsätzen oder von „weltanschaulichen Positionen“ und ähnlichem. Und zum anderen hängen sie natürlich auch etwas zusammen mit der Vorlage, die etwa die ÖVP auf diesem Gebiet ausgearbeitet hat.<sup>56</sup> Und die hängen drittens zusammen mit einem

---

55 Zum Bericht Weizsäcker auf dem Wiesbadener Parteitag über die Arbeit der Grundsatzkommission vgl. CDU, 20. BUNDESPARTEITAG S. 61–78.

56 Die ÖVP hatte nach der Wahlniederlage 1971 beschlossen, ein neues Grundsatzprogramm

Restbestand an Unbehagen über die Behandlung des Themas „Grundsätze“ in der Vorbereitung des Berliner Programms. Einige hier Anwesende kennen die Auseinandersetzung, die es darüber gegeben hat und wissen, daß das, was dann schließlich davon übriggeblieben ist, nämlich die – in sich zwar sehr sorgfältig ausgearbeitete, dennoch aber in sich etwas magere – Präambel, die Bedürfnisse damals nicht befriedigt hat.

Ich erwähne das alles nur deshalb, weil wir nicht ausschließen dürfen, daß es zu einem Antrag nach einem Grundsatzprogramm kommen wird in Hamburg. Die Grundsatzkommission selbst freilich fühlt sich nicht dazu berufen, in ihren Arbeiten einen solchen Antrag vorzubereiten oder gar zu stimulieren, sondern die Grundsatzkommission ihrerseits berät, wie von mir eben vorgetragen, diese drei bis fünf Arbeitsthemen, wird dazu ihre Arbeitsrichtlinien formulieren und im Juni dem Vorsitzenden, dem Generalsekretär, beziehungsweise dem Präsidium zur Verteilung übergeben. Und dann mag ebenso wie bei den anderen Papieren der neue Bundesvorstand in seiner Septembersitzung dazu auch inhaltlich Stellung nehmen, wenn er will.

*Barzel:* Vielen herzlichen Dank für Bericht, Arbeit, Vorschlag. Wird es gewünscht, dies zu diskutieren? Das ist nicht der Fall, dann werden wir entsprechend verfahren. Damit ist die Ziffer 2 der Tagesordnung erledigt. Wir kommen zu Ziffer 3.

#### BERICHT DER ORGANISATIONSKOMMISSION. BUNDESPARTEITAG 1973

*Kraske:* Darf ich Ihnen vorschlagen, daß wir die Ziffern 3 und 4 gemeinsam behandeln und daß ich im Grunde sogar mit der Ziffer 4 beginne? Es liegt Ihnen vor zunächst eine Vorlage für die Zusammensetzung des Tagungspräsidiums, der Stimmzählkommission und der Mandatsprüfungskommission. Wir sind bei der Zusammensetzung des Tagungspräsidiums, die wohl als einzige dieser drei Vorlagen Ihr gründlicheres Interesse finden dürfte, davon ausgegangen, daß dieser Parteitag nur einen Tag dauert und sich das auch ein bißchen abzeichnen sollte in der Größe des Tagungspräsidiums. Wir haben dennoch dabei den Wunsch der Jungen Union außer acht gelassen – einen, wie ich glaube, ganz legitimen Wunsch – auch in diesem verkleinerten Tagungspräsidium vertreten zu sein. Ich schlage Ihnen deshalb in Ergänzung der hier aufgeführten Namen noch Herrn Wissmann<sup>57</sup> aus Baden-Württemberg vor. Damit würde dieses Präsidium aus acht Mitgliedern bestehen. Ich glaube, daß das immer noch der Länge des Parteitages angemessen wäre. Darf ich fragen, ob zu diesem oder zu den beiden angefügten Vorschlägen Mandatsprüfungskommission unter dem Vor-

---

zu erarbeiten. Am 1. Dezember 1972 wurde das „Salzburger Programm“ auf einem außerordentlichen Parteitag verabschiedet. Vgl. STIFTER S. 54–60; Programm in ACDP Dokumentation 8/85.

<sup>57</sup> Matthias Wissmann (geb. 1949), Jurist; 1968 CDU, 1973–1983 Bundesvorsitzender der JU, 1976–2007 MdB, Januar bis Mai 1993 Bundesminister für Forschung und Technologie und 1993–1998 für Verkehr, 1998–2000, Schatzmeister der CDU, seit 2007 Präsident des Bundesverbandes der Automobilindustrie. Vgl. LEXIKON S. 405.

sitz des rheinischen Landesgeschäftsführers und Mandatsprüfungskommission mit ebenfalls drei bewährten hauptamtlichen Mitarbeitern, das Wort gewünscht wird, oder ob Sie bereit sind, diese Vorlage so zu übernehmen, daß sie dem Parteitag dann so präsentiert werden kann. Das scheint einstimmig der Fall zu sein.

Zweitens liegt Ihnen der Entwurf einer Verfahrensordnung für den 21. Bundesparteitag vor. Er entspricht bewährten Verfahrensordnungen früherer Parteitage. Es besteht der dringende Wunsch, die Grundsätze dieser Verfahrensordnung in die allgemeine Geschäftsordnung der Bundespartei aufzunehmen, damit wir nicht von Fall zu Fall immer neu darüber beschließen müssen. Dies ist Wunsch und Vorschlag der Organisationskommission für den Parteitag im Oktober. Ich würde diesen Vorschlag schon jetzt unterstützen, wenn es gelingt, eine solche Geschäftsordnung zwischen den Landesverbänden, den Landesvorsitzenden, den Landesgeschäftsführern so abzustimmen, daß es auf dem Herbstparteitag dafür keine große Diskussion gibt. Wenn das also verfahrensmäßig über die Bühne geht, sollte man das machen. Für eine längere Diskussion haben wir sicher auch im Oktober keine Zeit, weil wir die für die Sachthemen brauchen. Aber dieses muß jetzt ad hoc für den Bonner Parteitag beschlossen werden. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Ihre Zustimmung geben würden.

*Amrehn:* Es heißt da: „Auch bei einer Begrenzung der Zahl der Redner ist dem Bundesvorstand jederzeit das Wort zu geben.“ Heißt das, einem Mann, der für den Bundesvorstand spricht, (*Kraske:* Ja!) oder heißt das, den Mitgliedern?

*Kraske:* Nein! Dies heißt dem Bundesvorstand, wenn er seine Meinung äußern will. So ist das bisher auch immer gehandhabt worden. Es können also unter diesem Rubrum nur offizielle Sprecher für den Bundesvorstand auftreten.

*Hasselmann:* Ich habe noch eine Frage zu Ziffer 2: Können Sachanträge nur noch von Stimmenberechtigten mit 30 Unterschriften eingereicht werden? (*Unruhe und Diskussion.*)

*Kraske:* Auf dem Parteitag ja. Ebenfalls immer so gehandhabt worden, ich glaube, das ist auch vernünftig.

Damit komme ich zu dem Punkt 3, nämlich dem Bericht der Organisationskommission. Der Bundesparteitag in Saarbrücken hat Präsidium und Vorstand aufgefordert, eine Organisationskommission zu bilden, der eine Reihe von Anträgen des Saarbrücker Parteitages zugewiesen worden sind und die in dieser Organisationskommission langfristig überdacht, diskutiert und bearbeitet werden sollten. Die Organisationskommission hat im wesentlichen in zwei Unterkommissionen getagt, die eine stand unter dem Vorsitz von Herrn Göb, die andere unter dem Vorsitz von Herrn Hennig. Die beiden Unterkommissionen haben eine sehr intensive, sehr fleißige Arbeit geleistet, deren Niederschlag sie in diesem sehr ausführlichen schriftlichen Bericht finden. Die Organisationskommission hat ebenso wie die Gesamtpartei darunter gelitten, daß sich der Monat Mai für die CDU mehr und mehr als das Gegenteil eines Wonnemondes ausgewiesen hat. (*Heiterkeit.*) Die Gesamtkommission hat nämlich einmal im Mai 1972 getagt und einmal im Mai 1973. Für den Mai 1972 hatte sie ein langfristiges Programm für die Vorbereitung einer Wahl im Herbst 1973 vorgesehen und für die Mai-Tagung 1973 hatte sie ein langfristiges Programm für einen Herbstparteitag 1973 vor-

gesehen. Beide Sitzungen fanden unter dem Signum einer ganz anderen Entwicklung statt und zwingen die Organisationskommission, von ihren eigentlichen Plänen, weil sie eben mehr Beratungs- und mehr Diskussionszeit erfordert hätten, Abschied zu nehmen.

Die letzte Sitzung der Kommission vor wenigen Tagen hat sich darauf beschränkt zu prüfen, was kann und was muß die Bundespartei jetzt im Juni beschäftigen. Alles andere ist diesem Bundesvorstand in der Ihnen vorliegenden Vorlage schriftlich übermittelt worden. Mit dieser Vorlage gibt die Organisationskommission ihr Mandat in die Hände dieses Vorstandes zurück. Es wird dem neuen Präsidium, der neuen Parteiführung, dem neuen Vorstand überlassen bleiben, zu entscheiden, ob einzelne der hier verarbeiteten Vorlagen in einer neugebildeten Organisationskommission oder in der Landesgeschäftsführerkonferenz oder hier im Hause weiterbearbeitet werden sollen. Die Vorlagen, die die Organisationskommission diesem Parteitag zur Entscheidung empfiehlt, ergeben sich aus zwei Anträgen auf dem Bundesparteitag in Saarbrücken, nämlich erstens dem Antrag, die Position der Ehrenvorsitzenden im Parteistatut zu verankern. Das Stimmrecht unserer Ehrenvorsitzenden ist bisher in allen Gremien contra legem, weil es überhaupt nicht im Statut verankert ist. Hier muß also eine Änderung des Status dringend erfolgen.

Der zweite Antrag ist seinerzeit vom CDU-Landesverband Berlin gestellt worden und hatte zum Ziel, der Bundesvorstand solle sich eine Geschäftsordnung geben, durch die die Aufgabenverteilung zwischen seinen Mitgliedern geregelt würde. Die Organisationskommission hat dementsprechend eine Vorlage gemacht, die Ihnen schriftlich zugegangen ist und die außer den beiden genannten Punkten einen dritten Punkt enthält, der sich erst aus dem Wahlergebnis vom 19. November ergibt, nämlich daß in unserem Statut als satzungsmäßiges Mitglied nicht nur der Präsident des Deutschen Bundestages vorgesehen ist, sondern, wenn wir ihn nicht stellen, auch der Vize-Präsident der CDU. Das Parteipräsidium hat sich am vergangenen Montag mit dieser Vorlage der Organisationskommission beschäftigt und hat Ihnen in zwei Fällen eine Änderung dieser Vorlage empfohlen, die Sie aus der heutigen Tischvorlage bitte entnehmen wollen. Erstens, das Präsidium war einstimmig der Meinung, daß es gerade dem Begriff von Ehrenvorsitzenden widersprechen würde, wenn man hier eine zahlenmäßige Begrenzung ins Statut aufnehme. Deswegen soll dem Parteitag die Möglichkeit gegeben werden, Ehrenvorsitzende zu wählen, aber dies soll nicht – wie von der Organisationskommission vorgesehen – prinzipiell und für alle Zeiten auf zwei beschränkt werden. Daraus ergibt sich dann eine gewisse Umstellung, es soll nach Meinung des Präsidiums die Zahl der Beisitzer des Vorstands endgültig auf 20 fixiert werden, so daß lediglich die Gesamtzahl des Vorstands dann flexibel ist.

Das zweite ist, das Präsidium hat sich den Vorschlag der Organisationskommission, eine Geschäftsverteilung im Bundesvorstand vorzusehen, nicht zu eigen machen können. Und zwar erstens aus einem sachlichen Grund, zweitens aus einem Verfahrensgrund. Das Präsidium ist der Ansicht, daß bei der Aufgabenverteilung zwischen Präsidium einerseits und Bundesvorstand andererseits das Präsidium das Lenkungsgremium ist, in dem es Ressorts geben kann und nach der bisherigen Praxis ja auch

gibt, während der Bundesvorstand das politische Beschlußgremium ist, das im wesentlichen in pleno tagt und entscheidet. Der Verfahrensgrund ist aber der, daß der Vorstand im Unterschied zu den beiden ersten Satzungsänderungen nicht der Meinung ist, daß diese Frage ohne Debatte behandelt und entschieden werden könnte. Deswegen empfiehlt das Präsidium Ihnen, diese Satzungsänderung – selbst wenn Sie ihr zustimmen würden und wenn Sie sich dem Votum der Organisationskommission anschließen – nicht auf diesem Parteitag zur Abstimmung zu stellen, sondern sie in jedem Falle zurückzustellen, weil wir nach der Tagesordnung und dem Ablauf des Bundesparteitages am 12. Juni davon ausgehen, daß wir nur solche Satzungsänderungen dort zur Entscheidung stellen können, bei denen nach menschlichem Ermessen davon auszugehen ist, daß sie ohne lange Debatte über die Bühne gehen können. Die endgültige Formulierung des Präsidiums entnehmen Sie dem Ihnen vorliegenden Papier. Die Organisationsabteilung hat mich eben noch rechtzeitig auf zwei Schreibfehler aufmerksam gemacht. In diesem Papier muß es auf der ersten Seite Mitte zu 1 heißen: „Im Änderungsvorschlag zu § 29, Buchstabe b“, hier steht „28“, dies ist ein Schreibfehler. Und zweitens auf Seite 2, letzter Abschnitt b, heißt es: „Erstens: den Vorsitzenden, zweitens: Generalsekretär, drittens: fünf stellvertretende Vorsitzende“. Hier muß ergänzt werden: „Viertens: den Schatzmeister, fünftens: weitere 20 Mitglieder“. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mit dieser Veränderung beziehungsweise Ergänzung diesem Vorschlag des Präsidiums Ihre Zustimmung geben würden.

Zu der Frage „Geschäftsverteilung im Vorstand“ habe ich die Meinung, die ich dem Präsidium schon vorgetragen habe, schon in der Organisationskommission vertreten. Die Organisationskommission hat mich überstimmt. Es ist hier unter uns ein Mitglied der Organisationskommission anwesend, der Kollege Vogel, der in dieser Frage anderer Ansicht war, der die Meinung der Mehrheit der Organisationskommission vertreten hat. Und wenn diese Frage hier strittig sein sollte, kann er auch noch im einzelnen begründen, was die Organisationskommissionsmehrheit hier beabsichtigt hat.

*Vogel:* Ich würde lediglich zu erwägen bitten, ob wir diesen Punkt überhaupt auf dem Parteitag bringen sollen, wir müssen ja votieren zu dem Antrag, der damals vom Landesverband Berlin gestellt worden ist. Der noch darüber hinausging, in die Satzung die Geschäftsverteilung aufzunehmen, die Geschäftsordnung war ja insoweit ein Kompromiß. Ich meine, daß wir die Vorschrift insgesamt von diesem Parteitag weghalten sollten. Es bliebe dann übrig für den Herbst. Wir brauchen dazu jetzt nicht zu votieren, würden nur zu den anderen Punkten votieren.

*Blüm:* Wenn Satzungsfragen auch auf diesem Parteitag eine Rolle spielen, dann wird sich ja auch der alte Antrag der Sozialausschüsse nicht vermeiden lassen, die Mitgliedschaft der ausländischen Arbeitnehmer zu ermöglichen. Das steht ja schon seit dem Saarbrücker Parteitag auf unserer Warteliste.

*Kraske:* Die Meinung der Organisationskommission, die sich mit dieser Frage sehr ausführlich beschäftigt hat, finden Sie in dieser Vorlage. In der Vorlage finden Sie gleichzeitig die Begründung, warum die Organisationskommission nicht der Ansicht war, daß wir das jetzt am 12. Juni behandeln können, weil das wirklich eine lange und gründliche Debatte erfordert, für die am 12. Juni keine Zeit ist. Dieser Vorschlag sieht

zunächst eine Befassung des Bundesausschuß mit diesem Thema vor. Dafür gibt es hier eine formulierte Vorlage, die von dem neuen Präsidium jederzeit aufgerufen werden kann für die nächste Sitzung des Bundesausschusses. Ich meine, dann sollte es danach auf den nachfolgenden Bundesparteitag kommen. Es käme darauf an, diesem Bundesparteitag jetzt am 12. Juni in dem ihm schriftlich vorzulegenden Vorstandsbericht mitzuteilen, welche früheren Parteitagsanträge nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden, weil dazu jetzt die Zeit nicht ausreicht, und wie die Behandlung dieser Anträge, sei es für den Bundesausschuß, sei es für den Herbstparteitag, empfohlen und vorgeschlagen wird. Das nimmt dann auch die Anregung vom Kollegen Vogel zur Behandlung dieses Berliner Antrags auf und die Frage des Bundestagspräsidenten.

*Barzel:* Das Wort wird nicht gewünscht? Dann wollen wir das beschließen. Dies ist eine Vorlage des Bundesvorstandes an den kommenden Parteitag, die muß ja auch rechtzeitig herausgehen. Ich muß darüber abstimmen lassen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen. Die Gegenprobe. Enthaltung? Ich stelle eine einstimmige Annahme der Präsidiumsvorschläge fest. Ziffer 5, bitteschön!

*Kraske:* Ich habe bei meiner einleitenden Bemerkung soweit man das von hier durch Kopfnicken feststellen konnte, eigentlich allgemeine Zustimmung gefunden, daß wir hier nicht den neuen Vorstand im letzten Augenblick noch präjudizieren wollen. Zu diesem Punkt hat aber der Bundesschatzmeister eine kurze Bemerkung zu machen, die sich aus den Vorschriften unserer Geschäftsordnung ergibt.

*Barzel:* Zur Geschäftsordnung Herr Langguth!

*Langguth:* Bevor wir übersehen, daß wir damit auch schon gleich den Punkt Bundesparteitag abschließen, würde ich doch eines noch einmal zu bedenken geben. Wir haben auf der Tagesordnung hier stehen unter Punkt 7 „Bericht des Bundesvorstandes“. Wäre es nicht unter Umständen sinnvoll, auch hier einmal kurz darzutun, was denn in diesem Bericht des Bundesvorstandes auf dem Bundesparteitag stehen soll? Ich glaube, es ist sehr wichtig. Das ist hier die letzte Sitzung, und ich glaube, es wäre doch ganz gut, hier die Anregung aus diesem Kreise hier aufzunehmen, damit wir alle mit diesem Bericht, wie er vom Bundesvorstand gegeben wird, auch einverstanden sind. Sonst gibt das unnötige Kontroversen auf dem Bundesparteitag.

*Barzel:* Ich habe mich zwischendurch vergewissert, daß das bedeutet, daß nach den Übungen der Parteitage der Generalsekretär einen Bericht gibt über die Parteiapparate und der Vorsitzende einen Bericht gibt. Ich habe die Absicht, nicht unter drei Stunden zu sprechen, weil ich ja doch in würdiger Form, und so, wie ich das bisher gemacht habe, auch Abschied nehmen muß. Nein, ich möchte unter dem Soll von Breschnew bleiben. Ich glaube, daß sowohl Herr Kraske als auch ich in einer präzisen Weise berichten werden. Sie werden verstehen, daß ich mich nicht allein bei dem Bericht aufhalten werde, sondern daß ich, wenn ich nun elfmal auf Parteitag großen Referate zu halten die Ehre hatte und dies das letztmal sein wird, auch etwas sagen und nicht nur reden möchte. Und das möchte ich eigentlich in der Verantwortung des Vorsitzenden tun. Und dies war eigentlich auch nie anders. Es ist vielleicht unglücklich formuliert, Bericht des Bundesvorstandes. Aber ich glaube, so ist dies zu verstehen.

*Kraske:* Ich würde sagen, es ist nicht unglücklich, sondern satzungsgemäß formu-

liert worden. Im Statut der Partei, deren Vorsitzender Sie sind, (*Heiterkeit.*) heißt es nämlich, daß der Parteitag die Berichte des Bundesvorstands entgegenzunehmen hat, und unter dieser Formulierung haben alle Bundesvorsitzenden und haben alle Generalsekretäre ihre Berichte erstattet. In diesen Berichten ist, wie ich meine, nie in einer illegitimen Weise die Gesamtheit des Vorstandes in Anspruch genommen worden, da wo sie nicht durch Abstimmung sich geäußert hatte. Diese Berichte haben natürlich auch persönliche Meinungen beinhaltet. Ich glaube, daß das klar verstanden wird, wenn unter dieser Ziffer der Vorsitzende, der Generalsekretär über die Arbeit berichten.

*Barzel:* Dankeschön. Punkt 5 geht weiter:

#### ETAT DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE FÜR 1973

*Kiep:* Die Geschäftsordnung macht es notwendig, daß der Bericht des Bundesschatzmeisters, der auf dem Parteitag zu erstatten ist, dem Protokoll der Vorstandssitzung des Bundesvorstandes beigefügt wird, er kann selbstverständlich auf Wunsch auch vorgetragen werden. Ich möchte angesichts der fortgeschrittenen Zeit Sie damit aber nicht länger aufhalten, ich darf nur den Bericht dem Generalsekretär übergeben und bitten, ihn dem Protokoll anzufügen.<sup>58</sup> Der Bericht des Bundesschatzmeisters auf dem Bundesparteitag wird, nachdem hier schon die Länge von Reden besprochen wird, etwa fünf Minuten dauern, er wird also den Parteitag nicht ungebührlich belasten.

*Kraske:* Der Herr Kollege Kiep hat, wie wir wissen, schon gewisse Erfahrung darin, seine Reden zu Protokoll zu geben, deswegen hat er es eben auch hier wieder getan. (*Große Heiterkeit.* – *Kiep:* Unerhört!)

*Barzel:* Die Frage ist nur, was er diesmal sagt, wenn der Beifall kommt. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Bevor wir zum Punkt „Verschiedenes“ kommen, hatte ich gesagt, daß wir aus der Ziffer 1, „Politische Lage“, falls dies zwingend notwendig sei, auch noch aktuelle Fragen der Koordinierung besprechen können. Ich darf aber darauf hinweisen, daß morgen ein Gespräch ist. (*Zwischenruf:* Abgesagt!) Abgesagt mangels Masse? Ja. Ist der Wunsch, eine der aktuellen Fragen, ich habe die drei vorher genannt, jetzt noch zu erörtern? Das ist nicht der Fall. Punkt „Verschiedenes“, Herr Kraske!

#### VERSCHIEDENES

*Kraske:* Sie haben vor einiger Zeit wie viele andere Parteifreunde einen Brief bekommen, der Sie darauf hingewiesen hat, daß wir am 17. Juni eine gemeinsame Feierstunde aufgrund der 20. Wiederkehr des Volksaufstandes in Berlin und in der Zone für

---

<sup>58</sup> Bericht des Schatzmeisters in ACDP 07–001–934.

die Unionsparteien veranstalten wollten. Der Fraktionsvorsitzende hat an die Präsidentin des Deutschen Bundestages<sup>59</sup> geschrieben und sie um Überlassung des Plenarsaales im Berliner Reichstagsgebäude gebeten für eine Veranstaltung der Bundestagsfraktion und der Unionsparteien, da eine gemeinsame Veranstaltung aller Parteien am Widerspruch der SPD und der FDP gescheitert ist. Ich weiß nicht, ob dieser Brief schon formell beantwortet ist, aber es steht fest, daß die Präsidentin diesem Wunsch nicht zustimmen wird, sondern bestenfalls uns anbieten würde, diese Veranstaltung in unserem Fraktions Sitzungssaal abzuhalten. Wir sind mit unseren Freunden in der Berliner CDU zu dem Ergebnis gekommen, daß wir von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machen sollten, weil wir dies dann auf einen viel zu kleinen Kreis beschränken müßten. Deswegen ist vorsorglich für den Fall der Ablehnung, mit der wir rechnen, eine Sporthalle mit etwa 4.000 Plätzen in Charlottenburg gemietet worden. Die offizielle Veranstaltung der Unionsparteien, getragen und organisiert vom Berliner Landesverband der CDU, wird deswegen am 17. Juni um 11.00 Uhr in Charlottenburg stattfinden.<sup>60</sup> Sie bekommen noch eine formelle Einladung. Es werden sprechen der dann neugewählte Bundesvorsitzende der CDU, der Fraktionsvorsitzende und für die CSU Ministerpräsident Goppel, außerdem sicher auch unser Berliner Landesvorsitzender Peter Lorenz. Wir bitten natürlich, daß dieses – auch durch den Besuch deutlich – eine Veranstaltung der beiden Parteien, der Gesamtpartei wird und nicht nur eine Berliner Veranstaltung. Dies ist eine Vorankündigung, die genaueren Mitteilungen gehen Ihnen schriftlich noch zu.

*Carstens:* Die Frau Präsidentin hat mir inzwischen mitgeteilt, daß sie meinen Antrag auf Zurverfügungstellung des Plenarsaales des Reichstages ablehnen müsse und zwar mit der Begründung, daß der Plenarsaal ausschließlich für Sitzungen des gesamten Bundestages reserviert sei. (*Unruhe.*) Ich habe mir erlaubt, die Frau Präsidentin darauf hinzuweisen, daß Sitzungen des gesamten Bundestages in Berlin nach dem Vier-Mächte-Abkommen von 1971 unzulässig sind. Sie hat darauf hin nichts weiter gesagt. Aber es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Antrag abgelehnt wird. Ob sie an dieser Begründung festhalten wird, weiß ich nicht. Ich würde ihr davon abraten, das zu tun, weil es natürlich geradezu grotesk wirkt. So daß wir mit Sicherheit die Ausweichlösung realisieren müssen, von der Herr Kraske eben gesprochen hat.

*Barzel:* Dazu Herr Lampersbach!

*Lampersbach:* Nicht dazu, aber zu dem 17. Juni.

*Köpler:* Ich möchte auch zum 17. Juni und zu dem Thema von Herrn Lampersbach etwas sagen. Wir sind ja in der Schwierigkeit, daß bereits seit langer Zeit der Bundesmittelstandskongreß zu gleicher Zeit in Hannover angesetzt ist. Ich meine, wir müssen

---

<sup>59</sup> Annemarie Renger.

<sup>60</sup> Die Reden zur Veranstaltung finden sich in CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Der 17. Juni 1953 – 20 Jahre danach. Veranstaltung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands und der Christlich-Sozialen Union am 17. Juni 1973 in Berlin-Charlottenburg Sporthalle. Bonn o.J. Vgl. auch „Die Welt“ vom 18. Juni 1973 „CDU/CSU bekennt sich zum Fortbestand der Nation“; „General-Anzeiger Bonn“ vom 18. Juni 1973 „Brandt: 17. Juni eine ‚Herausforderung‘“.



überlegen, wie beides so über die Bühne gebracht wird, daß keine Veranstaltung unter der anderen so leidet, daß sie ins öffentliche Zwielficht gerät. Das könnte man ja auch untereinander absprechen. Ich habe zu einem Zeitpunkt, wo der 17. Juni in Berlin noch nicht am Horizont aufgetaucht war, an sich zugesagt, nach Hannover zu gehen. Man könnte aber auch nach Berlin gehen. Nur meine ich, wir müßten dann sicherstellen, weil ich Verständnis dafür habe, daß die Mittelständler ihren Kongreß nicht absagen können, daß dann der eine oder andere von der Partei auch dahin gehen darf.

*Kraske:* Fleißige Leute können sich ja ein Mittagsflugzeug von Berlin nach Hannover nehmen und sich dadurch keines der beiden Vergnügen entgehen lassen.

*Lampersbach:* Herr Vorsitzender, ich möchte doch aufgrund einer Vielzahl von Briefen gerade aus Berlin hier offiziell etwas dazu sagen. Wir hatten ursprünglich für heute und morgen den Kongreß geplant. Dann kam die zweitägige Klausurtagung dazwischen, wir mußten kurzfristig umdisponieren. Es blieb nur noch der 17. Juni übrig, auch im Hinblick auf Ferienbeginn. Ich wäre Ihnen dankbar, Herr Amrehn, wenn Sie das Ihren Berliner Freunden – ich habe alle Briefe beantwortet – doch noch einmal sagen würden. Weil, durchaus verständlich für mich, in Berlin eine gewisse Verärgerung aufgekommen ist, warum wir an diesem Tag nun in Hannover wären. Wir werden selbstverständlich zu Beginn unserer Veranstaltung in entsprechender Weise auf den 20. Jahrestag hinweisen und hoffen so, dann landesweit eine Unterstützung geben zu können.

*Carstens:* Vielleicht darf ich diese Gelegenheit benutzen, um mitzuteilen, daß Bundesminister Genscher mich vor wenigen Tagen davon in Kenntnis gesetzt hat, daß die Regierung die Einbringung eines Gesetzes plant, durch das der 17. Juni als gesetzlicher Feiertag aufgehoben werden soll.<sup>61</sup> Sie beruft sich dabei auf eine Gesetzesvorlage aus der Zeit der Großen Koalition, die ja in der Tat seinerzeit vorgelegt worden ist.<sup>62</sup> (*Barzel:* Die das Kabinett nie verlassen hat.) Doch, die ist an die gesetzgebenden Körperschaften geleitet worden. Aber da ist sie in der Tat nicht weiter behandelt worden. Anders allerdings als damals will das Kabinett jetzt einen anderen gesetzlichen Feiertag anstelle des 17. Juni vorschlagen und zwar den 24. Mai, den Tag des Inkrafttretens des Grundgesetzes. (*Unruhe.*) Ja, ich unterrichte zunächst hier den Vorstand davon. Ich denke, wir werden die Sache sowohl hier wie in der Fraktion besprechen müssen.

*Barzel:* Ich danke herzlich für diese Mitteilung und darf daran erinnern, daß zur Zeit der Großen Koalition es hier doch einen nahezu einmütigen Widerstand des damaligen Partei- und Fraktionsvorstandes gegen diesen Plan gab, der deshalb niemals eine erste Lesung erlebte. Ich glaube, ich brauche nicht weiter zu argumentieren. (*Unruhe und Diskussion.*)

---

61 Vgl. dazu Bernd EISENFELD/Ilko-Sascha KOWALCZUK/Ehrhart NEUBERT: Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte (Analysen und Dokumente 25). Bremen 2004 S. 405–411.

62 Am 17. Juni 1969 fand die erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Tag der Deutschen Einheit (BT-Drs. V/2818) statt. Der Entwurf wurde sofort an den Gesamtdeutschen Ausschuß verwiesen (Sten.Ber. 5. WP 239. Sitzung S. 13289).

Wird das Wort gewünscht? Da wir im Amt sind bis zum 12. Juni und wir nicht wissen, was noch zwischendurch passiert, werde ich „Auf Wiedersehen“ erst sagen, wenn wir uns in Bonn sehen. Vielleicht gibt es noch die Notwendigkeit einer Vorstandssitzung. Ich schließe die Sitzung, die ich für ertragreich hielt, und danke Ihnen.

## Abkürzungen und Zeichen

AA	Auswärtiges Amt
AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
ACSP	Archiv für Christlich-Soziale Politik
a. D.	außer Dienst
ADAP	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
AdG	(Keesing's) Archiv der Gegenwart
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
AK	Arbeitskreis
AO	Aktenordner
APO	Außerparlamentarische Opposition
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
Art.	Artikel
ASTa	Allgemeiner Studentenausschuß
BACDJ	Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen
Bd.	Band
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BdV	Bund der Vertriebenen
BGBI	Bundesgesetzblatt
BND	Bundesnachrichtendienst
BPA	Bundespresseamt
BR	Bundesrat
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BT	Bundestag
BV	Bezirksverband
BVerfGE	Bundesverfassungsgerichtsentscheid
BVG	Betriebsverfassungsgesetz
CDA	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CVP	Christliche Volkspartei (Saarland)
ČSSR	Československá Socialistická Republika (Tschechoslowakei)
CSU	Christlich-Soziale Union
CVP	Christliche Volkspartei
DAG	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
DC	Democrazia Cristiana
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFU	Deutsche Friedensunion
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund

## *Abkürzungen und Zeichen*

DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DM	Deutsche Mark
DP	Deutsche Partei
dpa	Deutsche Presse-Agentur
DU	Deutsche Union
DUD	Deutschland-Union-Dienst
DVP	Demokratische Volkspartei
DzD	Dokumente zur Deutschlandpolitik
EAK	Evangelischer Arbeitskreis
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EMNID	Erforschung, Meinung, Nachrichten, Informationsdienst
EUCD	Europäische Union Christlicher Demokraten
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
fdk	Freie Demokratische Korrespondenz
FDP	Freie Demokratische Partei
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FRUS	Foreign Relations of the United States
FU	Frauen-Union
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
GG	Grundgesetz
GVP	Gesamtdeutsche Volkspartei
HPM	Historisch-Politische Mitteilungen
IG	Industriegewerkschaft
IHK	Industrie- und Handelskammer
Infas	Institut für angewandte Sozialwissenschaft
IPU	Interparlamentarische Union
JU	Junge Union
Jusos	Jungsozialisten
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
KNA	Katholische Nachrichtenagentur
KP	Kommunistische Partei
KPI	Kommunistische Partei Italiens
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPD/ML	Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPV	Kommunalpolitische Vereinigung
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KV	Kreisverband
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LV	Landesverband

## *Abkürzungen und Zeichen*

MBFR	Mutual Balanced Force Reductions
MdA	Mitglied des Abgeordnetenhauses
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MdL	Mitglied des Landtags
Mio.	Million(en)
Mrd.	Milliarde(n)
MRP	Mouvement républicain populaire
MSB	Marxistischer Studentenbund
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NL	Nachlaß
NLA	Nationalliberale Aktion
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NRW	Nordrhein-Westfalen
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OMV	Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
ÖVP	Österreichische Volkspartei
ORB	Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg
ppp	Parlamentarisch-Politischer Pressedienst
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
RAF	Rote Armee Fraktion
RCDS	Ring Christlich-Demokratischer Studenten
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
SAJ	Sozialistische Arbeiter-Jugend
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SDR	Süddeutscher Rundfunk
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHB	Sozialistischer Hochschulbund
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
Sten.Ber.	Stenographische(r) Bericht(e)
TOP	Tagesordnungspunkt
UBG	Union Betriebs-GmbH
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UiD	Union in Deutschland
UNO	United Nations Organization
UNR	Union pour la Nouvelle République
USA	United States of America
VDS	Verband Deutscher Studentenschaften
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

## *Abkürzungen und Zeichen*

WAZ	Westdeutsche Allgemeine Zeitung
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WP	Wahlperiode (des Deutschen Bundestages)
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZK	Zentralkomitee
[ ]	Einfügung des Bearbeiters
[sic!]	tatsächlicher, aber befremdlicher Text

# Quellen und Literatur

## A) Quellen

### *Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP)*

Hellwig, Fritz	01-083
Friedrich, Otto Andreas	01-093
Rösing, Josef	01-113
Fay, Wilhelm	01-145
Stingl, Josef	01-168
Kiesinger, Kurt Georg	01-226
Lemmer, Ernst	01-280
Gradl, Johann Baptist	01-294
Amrehn, Franz	01-295
Dregger, Alfred	01-347
Marx, Werner	01-356
Langguth, Gerd	01-365
Berger, Hans	01-400
Birrenbach, Kurt	01-433
Vogel, Bernhard	01-451
Schröder, Gerhard	01-483
Stoltenberg, Gerhard	01-626
Kiep, Walther Leisler	01-867
KV Bonn	02-217
LV Westfalen-Lippe	03-002
BV Nordbaden	03-004
LV Baden-Württemberg	03-024
LV Rheinland	03-035
Evangelischer Arbeitskreis (EAK)	04-001
Frauenvereinigung (FU)	04-003
Mittelstandsvereinigung (MIT)	04-004
Junge Union (JU)	04-007
Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA)	04-013
CDU-Bundespartei	07-001
-Bundesgeschäftsstelle	07-004

## *Quellen und Literatur*

CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Büro des Fraktionsvorsitzenden	08-001
CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages AK I	08-002
CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages AK III	08-004
CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages AK V	08-006

Konrad-Adenauer-Stiftung 12-001

### Dokumentation

- Personenarchiv
- Sacharchiv
- Meinungsumfragen-Archiv

*Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP)*

Druckschriftensammlung



## B) Literatur

AAPD 1968–1973 s. Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland AdG: Archiv der Gegenwart. Bonn/Wien/Zürich 1956, 1969–1973.

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Wiss. Leiter Rainer

A. BLASIUS (Hg.: Institut für Zeitgeschichte im Auftrag des Auswärtigen Amts).

- 1968 Bd. I: 1. Januar bis 30. Juni; Bd. II: 1. Juli bis 31. Dezember. München 1999.
- 1969 Bd. I: 1. Januar bis 30. Juni; Bd. II: 1. Juli bis 31. Dezember. München 2000.
- 1970 Bd. I: Bd. I: 1. Januar bis 30. April 1970; Bd. II: 1. Mai bis 31. August 1970; Bd. III: 1. September bis 31. Dezember 1970. München 2001.
- 1971 Bd. I: 1. Januar bis 30. April 1971; Bd. II: 1. Mai bis 30. September 1971; Bd. III: 1. Oktober bis 31. Dezember 1971. München 2002.
- 1972 Bd. I: 1. Januar bis 31. Mai 1972; Bd. II: 1. Juni bis 30. September 1972; Bd. III: 1. Oktober bis 31. Dezember. München 2003.
- 1973 Bd. I: 1. Januar bis 30. April 1973; Bd. II: 1. Mai bis 30. September 1973; Bd. III: 1. Oktober bis 31. Dezember 1973. München 2004. *Zit.*: AAPD 1968–1973.

Aus den Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. 1970 Egon Bahr. Aufzeichnungen, Berichte Gespräche. Wissenschaftlicher Leiter Rainer A. BLASIUS. München 2001. *Zit.*: AAPD 1970 Egon Bahr.

Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002. Hg. von Rudolf VIERHAUS und Ludolf HERBST unter Mitarbeit von Bruno JAHN. 3 Bde. München 2002/2003.

BUCHSTAB, Günter (Bearb.): Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 16). Düsseldorf 1990. *Zit.*: PROTOKOLLE 2.

- Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 24). Düsseldorf 1994. *Zit.*: PROTOKOLLE 3.
- Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 32). Düsseldorf 1998. *Zit.*: PROTOKOLLE 4.
- Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965–1969 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 50). Düsseldorf 2005. *Zit.*: PROTOKOLLE 5.

BULLETIN des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Bonn 1967 ff.

BULLETIN der Europäischen Gemeinschaften. Luxemburg 1970.

CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): 12. Bundesparteitag der CDU. Hannover. 14.–17. März 1964. Bonn o.J. (Protokoll im Internet: [http://www.kas.de/upload/themen/programmatur\\_cdu/protokolle/1964\\_Hannover\\_12\\_Bundesparteitag.pdf](http://www.kas.de/upload/themen/programmatur_cdu/protokolle/1964_Hannover_12_Bundesparteitag.pdf)). *Zit.*: CDU, 12. BUNDESPARTEITAG.

- 15. CDU-Bundesparteitag. Braunschweig, 22./23. Mai 1967. Niederschrift. Bonn o.J. ([http://www.kas.de/upload/themen/programmatur\\_cdu/protokolle/1967\\_Braunschweig\\_15\\_Bundesparteitag](http://www.kas.de/upload/themen/programmatur_cdu/protokolle/1967_Braunschweig_15_Bundesparteitag)). *Zit.*: CDU, 15. BUNDESPARTEITAG.

## Quellen und Literatur

- 16. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Berlin, 4.–7. November 1968. 2 Bde. Bonn o.J. ([http://www.kas.de/upload/themen/programmatur\\_der\\_cdu/protokolle/1968\\_Berlin\\_16\\_Bundesparteitag.pdf](http://www.kas.de/upload/themen/programmatur_der_cdu/protokolle/1968_Berlin_16_Bundesparteitag.pdf)). *Zit.*: CDU, 16. Bundesparteitag.
  - 17. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift Mainz, 17./18. November 1969. Bonn o.J. ([http://www.kas.de/upload/themen/programmatur\\_der\\_cdu/protokolle/1969\\_Mainz\\_17\\_Bundesparteitag.pdf](http://www.kas.de/upload/themen/programmatur_der_cdu/protokolle/1969_Mainz_17_Bundesparteitag.pdf)). *Zit.*: CDU, 17. BUNDESPARTEITAG.
  - 18. CDU-Bundesparteitag Düsseldorf, 25.–27. Januar 1971. Niederschrift. Bonn o.J. ([http://www.kas.de/upload/themen/programmatur\\_der\\_cdu/protokolle/1971\\_Duesseldorf\\_18\\_Bundesparteitag.pdf](http://www.kas.de/upload/themen/programmatur_der_cdu/protokolle/1971_Duesseldorf_18_Bundesparteitag.pdf)). *Zit.*: CDU, 18. BUNDESPARTEITAG.
  - 19. Bundesparteitag Saarbrücken 4.–5. Oktober 1971. Niederschrift. Bonn o.J. ([http://www.kas.de/upload/themen/programmatur\\_der\\_cdu/protokolle/1971\\_Saarbruecken\\_19\\_Bundesparteitag.pdf](http://www.kas.de/upload/themen/programmatur_der_cdu/protokolle/1971_Saarbruecken_19_Bundesparteitag.pdf)). *Zit.*: CDU, 19. BUNDESPARTEITAG.
  - 20. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Wiesbaden, 9.–11. Oktober 1972. Bonn o.J. ([http://www.kas.de/upload/themen/programmatur\\_der\\_cdu/protokolle/1972\\_Wiesbaden\\_20\\_Bundesparteitag.pdf](http://www.kas.de/upload/themen/programmatur_der_cdu/protokolle/1972_Wiesbaden_20_Bundesparteitag.pdf)). *Zit.*: CDU, 20. BUNDESPARTEITAG.
- DATENHANDBUCH zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Bearb. von Peter SCHINDLER. 3 Bde. Berlin 1999. *Zit.*: DATENHANDBUCH 1–3.
- Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1969–1972 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 13/VI). Bearb. von Joachim WINTZER und Wolfgang HÖLSCHER. 2 Bde. Düsseldorf 2007. *Zit.*: AUSWÄRTIGER AUSSCHUSS.
- Deutschland-Union-Dienst. Pressedienst der CDU, CSU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Bonn 1970–1973. *Zit.*: DUD.
- Dokumente zur Deutschlandpolitik.
- Reihe III, Bd. 1: 5. Mai bis 31. Dezember 1955. Bearb. von Ernst DEUERLEIN (hg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen). Bonn/Berlin 1961.
  - Reihe III, Bd. 2: 1. Januar bis 31. Dezember 1956. Bearb. von Ernst DEUERLEIN/Hans-Jürgen SCHIERBAUM (hg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen). Frankfurt/Main 1963.
  - Reihe IV, Bd. 7, 2. Halbbd.: 2. Oktober bis 31. Dezember 1961. Bearb. von Gisela BIEWER (hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen). Frankfurt/Main. 1976.
  - Reihe IV, Bd. 8, 1. Halbbd.: 1. Januar bis 30. Juni 1962. Bearb. von Hannelore NATHAN (hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen). Frankfurt/Main 1977.
  - Reihe IV, Bd. 12, 1. Halbbd.: 1. Januar bis 31. Mai 1966. Bearb. von Gisela OBERLÄNDER (hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen). Frankfurt/Main 1981.
  - Reihe V, Bd. 1, 1. Halbbd.: 1. Dezember 1966 bis 31. Mai 1967, 2. Halbbd.: 1. Juni bis

31. Dezember 1967. Bearb. von Gisela OBERLÄNDER (hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen). Frankfurt/Main. 1984.
- Reihe V, Bd. 2: 1. Halbbd.: 1. Januar bis 31. Juni 1968, 2. Halbbd.: 1. Juli bis 31. Dezember 1967. Bearb. von Gisela OBERLÄNDER (hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen). Frankfurt/Main 1981.
  - Reihe VI, Bd. 1: 21. Oktober 1969 bis 31. Dezember 1970. Bearb. von Daniel HOFMANN (hg. vom Bundesministerium des Innern). München 2002.  
*Zit.: DzD III/1–VI/1*
- Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hg.): Europa-Archiv. Zeitschrift für internationale Politik. *Zit.: EUROPA-ARCHIV.*
- EMMINGER, Otmar: D-Mark, Dollar, Währungskrisen. Erinnerungen eines ehemaligen Bundesbankpräsidenten. Stuttgart 1986.
- Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Hg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts. Bde. 2, 12, 23, 30, 36. Tübingen 1953, 1962, 1968, 1970, 1974.
- FISCHER, Claus A. (Hg.): Wahlhandbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Daten zu Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in der Bundesrepublik Deutschland, in den Ländern und in den Kreisen 1946–1989. 2 Bde. Paderborn 1990.
- Foreign Relations of the United States. Foreign Relations Series. Volumes Online: Nixon-Ford Administrations 1969–1972 (Texte im Internet: <http://www.state.gov/r/pa/ho/frus/nixon/>). *Zit.: FRUS 1969–1972.*
- GANTE, Michael: § 218 in der Diskussion. Meinung- und Willensbildung 1945–1976 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 21). Düsseldorf 1991.
- GRAU, Andreas: Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 47). Düsseldorf 2005. *Zit.: GRAU.*
- DERS.: Zum Verhältnis von Union und FDP nach der Bundestagswahl 1969. In: HPM 13/2006 S. 77–92. *Zit.: GRAU, Verhältnis.*
- KALTFLEITER, Werner: Zwischen Konsens und Krise. Eine Analyse der Bundestagswahl 1972 (Sozialwissenschaftliche Studien zur Politik 2). Bonn 1973.
- KEMPF, Udo/MERZ, Hans-Georg (Hg.): Kanzler und Minister 1949–1998. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen. Opladen 2001.
- KILIAN, Werner: Adenauers Reise nach Moskau. Freiburg/Br. 2005.
- KLEINMANN, Hans-Otto: Geschichte der CDU 1945–1982. Stuttgart 1993.
- Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Hg. von Winfried BECKER/Günter BUCHSTAB/Anselm DOERING-MANTEUFFEL/Rudolf MORSEY. Paderborn u. a. 2002. *Zit.: LEXIKON.*
- MEISSNER, Boris: Moskau Bonn. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland 1955–1973. Dokumentation. Köln 1975.
- MAHNKE, Hans Heinrich (Hg.): Dokumente zur Berlin-Frage 1967–1986 (Schriften des Forschungsinstituts der deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Reihe: Internationale Politik und Wirtschaft 52/II). München 1987.
- MEHNERT, Klaus: Sicherheitskonferenzen für Europa. In: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens 20. Jg. Heft 10 (Oktober 1970) S. 657–678.

## *Quellen und Literatur*

- MÜCHLER, Günter: CDU/CSU. Das schwierige Bündnis. München 1976.
- PROTOKOLLE 2, 3, 4, 5 s. BUCHSTAB.
- ROIK, Michael: Die DKP und die demokratischen Parteien 1968–1984. Paderborn 2006.
- SCHÖNBOHM, Wulf: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 7). Stuttgart 1985.
- SCHRAMM, Friedrich-Karl/RIGGERT, Wolfram-Georg/FRIEDEL, Alois (Hg.): Sicherheitskonferenz in Europa. Dokumentation 1954–1972. Die Bemühungen um Entspannung und Annäherung im politischen, militärischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technologischen und kulturellen Bereich. Frankfurt/Main 1972. *Zit.: SICHERHEITSKONFERENZ IN EUROPA.*
- SCHWARZ Hans-Peter (Hg.): Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute. München 2009.
- STIFTER, Gerald: Die ÖVP in der Ära Kreisky 1970–1983. Innsbruck 2006.
- STÖSS, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. 4 Bde. Opladen 1986.
- Union in Deutschland. Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und der Christlich-Sozialen Union Deutschlands. Bonn 1971–1973. *Zit.: UiD.*
- VOGTMEIER, Andreas: Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung. Bonn 1996.
- Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.): Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1. Teil: Steuerreform – Massenmedien – §218 StGB. 18. bis 20. November 1971 Bonn Beethovenhalle. 2. Teil: Reform der Parteiorganisation. 17. und 18. Dezember 1971 Stadthalle Bad Godesberg. Bonn Bad-Godesberg o. J. *Zit.: SPD, PARTEITAG 1971.*
- ZEITGESCHICHTE IN LEBENSBILDERN. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Bd. 12. Hg. von Jürgen ARETZ/Rudolf MORSEY/Anton RAUSCHER. Münster 2007.
- ZICK, Rolf: Die CDU in Niedersachsen. Eine Chronik (Hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Sankt Augustin). Sankt Augustin 2008.

# Personenregister

Die fettgedruckten Ziffern weisen auf biographische Angaben hin; Zahlen mit \* verweisen auf die 2. Anmerkung der betreffenden Seite. Seitenzahlen in kursiv bezeichnen den Beginn der Redebeiträge der Sprecher.

- Abelein, Manfred **150**, 151, 170, 173  
Abrassimow, Pjotr **225**, 381, 492  
Achenbach, Ernst **631**  
Ackermann, Eduard 549, **587**, 796, 823, 835, 957  
Adenauer, Konrad **15**, 126, 128, 138, 222\*, 270, 288, 300, 313, 322, 337, 355, 398\*, 423\*, 440, 535, 553, 597, 622, 626, 644, 715, 742, 802\*, 821, 822, 829, 835, 1017\*, 1090, 1150, 1154, 1218 f., 1355, 1359, 1360, 1367, 1372, 1391, 1430, 1457  
Adorno, Eduard 58, 214, **257**, 257, 282 f., 299, 314, 339, 341, 366, 371, 375, 458, 516, 524, 695, 706, 846, 868  
Ahlers, Conrad 9, **16**, 306, 378, 480, 703, 824, 830  
Albers, Johannes **574**  
Albrecht, Ernst **557**, 577, 588, 649, 653, 655  
Allardt, Helmut 65, **353**  
Althammer, Walter **116**  
Amrehn, Franz **XX**, **XXIII**, **XXIX\***, 1, **5**, 5, 7, 13, 24 f., 58, 64, 73, 76, 77, 86, 88, 95, 98 f., 107, 116, 129, 132 f., 135, 138, 142, 154, 177, 201, 210–212, 316\*, 317, 329, 339, 341, 366, 381, 392, 397, 399, 410, 411, 458, 463, 464, 467, 486, 487, 491, 508, 547, 549, 561, 566 f., 570–573, 588 f., 592, 607, 671, 681, 682, 683, 688, 691, 695, 727, 748 f., 753, 772, 778, 789, 794, 796, 804, 809, 810, 834, 844\*, 846, 880, 881, 943, 958, 959, 981, 1001, 1026, 1028, 1031, 1034, 1046, 1052 f., 1056, 1064, 1068 f., 1071, 1080, 1086, 1105, 1201, 1207, 1221, 1252, 1259, 1283, 1284, 1287, 1289, 1290, 1291–1294, 1301 f., 1312, 1318, 1322, 1337, 1357, 1359, 1376, 1480, 1511, 1514, 1540, 1546  
André, Helmut **513**  
Andres, Karl **97**  
Appel, Reinhard 755\*, 763  
Arendt, Walter **168**, 235  
Arndt, Ernst Moritz **141**  
Arndt, Klaus Dieter **229**  
Arnim, Adolf-Heinrich von **98**, 99, 154  
Arnold, Karl **1467**  
Auerbach, Walter **51**  
Baader, Andreas **624**  
Bahner, Dietrich **438**, 440  
Bahner, Dietrich (Sohn) **453**  
Bahr, Egon **XX**, **16**, 17, 20 f., 123, 132, 135, 177, 220, 259, 266, 271, 274, 289 f., 295, 300, 379, 473–476, 480–482, 488, 492, 502, 551\*, 697, 773, 775, 784, 789, 849\*, 922, 1070, 1073, 1079  
Ball, George **222**, 274  
Bamm, Peter **977**  
Barschel, Uwe 947 f., **992**  
Bartels, Hildegard **1239**  
Barth, Heinrich **97**, 312, 337, 517–519, 990  
Barth, Heinz **226**  
Barzel, Rainer **VIII–XXV**, **XXVIII**, **XXIX\***, **XXXI–XXXIII**, **XXXIV\***, **XXXV**, 1, 3, 3, 5, 7–9, 22, 26\*, 30, 34, 47 f., 50, 58, 62, 64, 65, 70, 71, 72, 75, 79, 88\*, 102, 119\*, 129, 156 f., 177, 191, 194 f., 197, 199 f., 202, 203, 204, 212, 214, 219, 220\*, 234, 241, 243, 244, 245, 246, 248, 250 f., 252, 253 f., 256, 258, 260 f., 263, 265, 268, 272, 274, 280, 283, 287, 289, 292 f., 296\*, 298 f., 300, 302, 305\*, 308, 310, 311\*, 314, 316–318, 326, 329, 330, 339, 344, 346, 355, 356, 366, 369, 373, 377, 381, 382, 383 f., 391, 392, 393, 394, 405, 408, 421, 422–424, 425, 426, 428, 433, 434, 442, 444, 446, 449–451, 453, 458, 460, 462, 464 f., 466, 467, 476, 478, 480, 481, 482, 483, 486 f., 490, 494, 502, 505, 506, 507,

## Personenregister

- 508, 509, 510, 514, 519, 521, 522–524, 526 f., 547, 549, 558–560, 561, 562–564, 565, 567, 569, 570, 574–576, 577, 578, 579–582, 585, 586, 588\*, 589, 590 f., 592, 593, 595, 597 f., 599, 601, 602, 603, 605, 606, 607, 610\*, 613, 619, 620, 621–623, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 642 f., 655, 659, 666, 668, 671, 673, 674, 675, 676, 679, 680, 682, 686 f., 693–695, 700\*, 701, 703, 704, 705, 706, 708, 733, 734, 735–737, 738, 739, 742, 743, 746, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 758, 760, 763, 764\*, 765, 770, 772, 775, 776, 777, 778, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 792, 793, 794 f., 796, 809, 810, 811 f., 813, 814, 816–820, 821, 822, 823, 824, 825, 827, 829–831, 832, 833 f., 837, 838 f., 841 f., 845, 846, 856–859, 861 f., 864 f., 866, 868, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 883, 886, 887, 888–890, 893, 894, 895, 896, 898, 899, 901, 902, 903, 904, 905, 907, 909, 910, 912, 913, 914, 917, 918, 922, 924, 926–929, 933, 935, 938, 939, 940, 941, 943, 950, 953–956, 957, 958, 959, 960, 961, 963, 964, 966, 967, 968, 970, 971, 975, 976, 978 f., 980, 981, 982, 983, 984, 986, 987, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 996, 997, 999, 1001, 1003 f., 1006, 1007, 1009, 1012, 1013, 1014, 1017, 1018, 1021, 1030, 1031, 1036\*, 1042–1044, 1045, 1046–1049, 1050, 1053, 1054, 1057, 1058, 1059, 1060, 1061, 1062, 1063, 1065, 1066 f., 1069–1072, 1074 f., 1080, 1082 f., 1086, 1087\*, 1088\*, 1092\*, 1094, 1097, 1102, 1105, 1106, 1107, 1110, 1114, 1117, 1120, 1127, 1132, 1134, 1135, 1136, 1139, 1141–1151, 1153–1156, 1157, 1165, 1169, 1173, 1175, 1176, 1184, 1186, 1187, 1188, 1193, 1195, 1198, 1200, 1202 f., 1205, 1206, 1207, 1208, 1210 f., 1216, 1217, 1218, 1220 f., 1226, 1227, 1230, 1234, 1236–1238, 1240, 1241, 1245, 1246, 1247, 1248, 1249, 1250, 1251, 1252, 1253, 1254, 1255, 1256, 1257, 1259, 1262, 1263, 1277, 1280, 1282, 1283, 1284, 1285, 1286, 1287 f., 1289, 1290, 1291, 1292, 1293, 1295, 1296, 1297, 1299, 1300, 1301, 1302, 1306, 1307, 1309, 1311, 1312, 1314, 1315, 1317, 1318, 1319, 1320, 1322, 1328, 1330, 1332, 1333, 1334, 1336, 1337, 1350, 1351, 1352, 1353, 1354, 1355, 1356–1360, 1361, 1363–1366, 1368–1372, 1374 f., 1376, 1377, 1378, 1379, 1384 f., 1388, 1393, 1396, 1397, 1398, 1399, 1401–1406, 1408–1410, 1413–1417, 1418, 1420–1422, 1424, 1426, 1427, 1428, 1429, 1432, 1434, 1435, 1436, 1437, 1438, 1439, 1440, 1441, 1442, 1443, 1444, 1445, 1447, 1448, 1449, 1450, 1451, 1452, 1453, 1454, 1455, 1456, 1457, 1458, 1459, 1460, 1461, 1462, 1463, 1464, 1465, 1466, 1467, 1468, 1469, 1470, 1471, 1472, 1473, 1474, 1475, 1476, 1478, 1479, 1480, 1484, 1485, 1486 f., 1488, 1489, 1492, 1494, 1495, 1496 f., 1500 f., 1503, 1506, 1510, 1518, 1520, 1522, 1525, 1532, 1537, 1539, 1543, 1544, 1545, 1546
- Baselau, Walter **173**  
Bauer, Leo **16**  
Bauer, Wilhelm 229\*  
Becher, Paul **97**, 1472 f.  
Becher, Walter **196**  
Becker, Curt **1502**  
Becker-Döring, Ilse **346**, 518, 990  
Beckmann, Ruth **94**, 98, 316, 947, 948  
Benda, Ernst **31**, 96 f., 252, 346, 380, 554, 729\*, 747  
Benedix (verh. Benedix-Engler), Ursula **96**  
Berg, Fritz **215**, 216, 229, 370\*  
Berger, Hans **97**, 379\*  
Berger, Lieselotte 1363\*  
Berger, Ulrich **210**  
Berkhan, Karl Wilhelm **152**  
Beske, Fritz **884**  
Besson, Waldemar **152**  
Bewerunge, Karl **XIV**, **963**, 965, 983, 987, 995, 999, 1097  
Biedenkopf, Kurt **X**, **XXVIII**, **157**, 163, 237, 240, 556, 558, 600, 649, 653, 655, 1317, 1451, 1452, 1453, 1481\*, 1493, 1495  
Bilges, Hans-Erich **1493**  
Bilke, Karl-Heinz 114, 206\*, 214, **233**, 512 f., 607, 653, 691, 983, 991, 996, 1337, 1464  
Binder, Paul 888\*  
Birrenbach, Kurt **7**, **25**, 25, 43, 696\*, 796, 803 f., 813, 831, 835, 837, 839, 844  
Bismarck, Philipp von **43**, 44, 96, 162, 312, 334, 370\*, 1067, 1453, 1472, 1494

## Personenregister

- Bittelmann, Otto **1067**  
Blank, Theodor **44**, 156, 753, 796  
Blessing, Karl **63**, 64, 76, 215, 273  
Blohm, Irma **94**, 97, 346  
Blüm, Norbert **XX\***, **XXI**, **XXIX**, **31**, 45,  
58, 96, 116, *132*, *133*, 137, *138*, 145, 158, *160*,  
*163*, *176*, 177, 204, 214, 231, 235, 236 f., 240,  
*244*, 245, 268, 269, 270, 271, 283, 289, 299,  
304 f., 314, 337, 339, 341, 366, 371, 392, 400,  
*408*, 409, *414*, *444*, 446, 449, *456*, 457, 458,  
*465*, 486, *513*, 514, *519*, 520, 524, 547, 607,  
*631*, *634*, 655, 671, 674, 695, 717, 728, 729,  
733, 735, 753, 774, 775 f., 794, 796, 827, 830,  
832, 947 f., 983, 989, 1001, *1009*, 1011, 1015,  
1020, 1031, *1063*, 1081, 1084, 1175, 1207,  
1210, *1211*, 1217 f., 1220, 1228, 1236, *1248*,  
1249, 1259 f., 1294, *1320*, 1321, 1337, *1352*,  
1353, 1375, *1399*, 1403, 1406, 1426, 1430,  
*1432*, 1434, *1443*, *1446*, *1454*, 1455, *1457*,  
*1458*, *1459*, *1460*, *1461*, 1462, *1477*, 1480,  
1496, 1499, 1500 f., 1503, 1510, 1526, 1532,  
*1533*, *1542*  
Blumenfeld, Erik **7**, **27**, 28, 46, 226, 638  
Boehm, Hans Joachim **94**  
Böhme, Günter **93**, 96  
Böker, Alexander **9**, 121  
Böll, Heinrich **710**  
Böx, Heinrich **686**  
Bohl, Friedrich **883**  
Borch, Bodo **577**  
Bossmann, Gustav **175**  
Bourmer, Horst **210**  
Bräutigam, Hans Otto **466**  
Brandes, Bruno **175**  
Brandt, Willy **VII–IX**, **XII**, **XIV**, **XIX–XX**,  
**XXV**, **3**, **4**, **7\***, 10, 12 f., 15, 17, 19, 21 f., 24 f.,  
28, 59–62, 67, 71, 79, 88, 117\*, 118, 120–124,  
127 f., 130, 135, 140, 142, 176 f., 216, 220 f.,  
224\*, 225, 229, 230\*, 238 f., 246, 253, 260,  
263, 266–271, 273–275, 290–292, 294,  
295\*, 296, 298, 300, 302–305, 310\*, 315,  
318, 329\*, 351\*, 361, 364, 377 f., 381–383,  
420, 425 f., 440\*, 468–470, 476, 480, 553\*,  
555, 570, 572, 575 f., 584, 587–589, 610,  
613 f., 622, 631, 672 f., 697–699, 703, 705 f.,  
712, 714, 716, 718, 724, 754–756, 758 f., 768\*,  
773, 778 f., 780\*, 786, 790, 794\*, 797 f.,  
800 f., 803, 809 f., 815\*, 824, 828, 830, 835,  
841, 843, 849 f., 865, 873, 877, 883, 895\*,  
919, 922–924, 926 f., 944 f., 950, 959, 961,  
972\*, 980, 997 f., 1002, 1005, 1007 f., 1012,  
1016–1018, 1020, 1022 f., 1025–1027, 1030,  
1032, 1067, 1070, 1073, 1083, 1088, 1095,  
1097 f., 1100, 1104, 1115 f., 1127, 1129, 1133,  
1141, 1147, 1154 f., 1158, 1189 f., 1194, 1205,  
1214, 1222, 1242, 1244, 1322, 1325, 1340,  
1366 f., 1378, 1383 f., 1408\*, 1423  
Brauksiepe, Aenne **30**, **37**, 37, 38, 39, 41, 45,  
48, 97, 177, 339, 346, 547, 695, 707, 708, 794,  
980, 1086, *1121*, 1124, 1191, 1207, 1233  
Braun, Sigismund Freiherr von **490\***  
Braun, Walter **95**, 96, 346, 417, 418  
Braidbach, Ferdinand **1302**  
Brentano di Tremezzo, Heinrich von **1060**  
Breschnew, Leonid **8**, 60\*, 221, 294, 295\*,  
307, 348, 351\*, 352\*, 551, 552\*, 553\*, 610\*,  
716\*, 799, 1326, 1423, 1480, 1543  
Brillinger, Hermann **156**  
Brinkert, Bernhard **346**  
Broll, Werner **943**, **981**, **981**  
Brüssau, Werner **1481\***  
Bruhns, Wibke **995**, 996, 997  
Buckley, James **764**  
Bulganin, Nikolaj **490**, 802\*, 835  
Burchard-Motz, Heinrich **990**, 991  
Burgbacher, Fritz **XXVII**, **68**, 96, 155 f., 346,  
987, 1466–1468, 1480, 1492, 1496, 1500,  
1502 f.  
Burgemeister, Alfred **214**  
Carstens, Karl **XVI**, **95**, 511, 1359, 1378,  
1422\*, 1480 f., *1499*, 1531, *1545*, *1546*  
Cassens, Johann-Tönjes **518**  
Chaban-Delmas, Jacques **470**  
Chňoupek, Bohuslav **1378\***  
Chruschtschow, Nikita **354**, 490  
Churchill, Winston **355**  
Claudius, Hermann **1251**  
Cortier, Peter **228**, **714**, 1378  
Cyrankiewicz, Jozef **357**, 360, 363  
Czaja, Herbert **195**, 794, 796, 825, *831*, 839,  
993, 1097  
Dahlgrün, Rolf **164**

Personenregister

- Dahrendorf, Ralf **121**, 122 f., 125, 135, 655  
Dean, Jonathan **471**  
Degen, Alois **93**, 98  
Dehler, Thomas **1057**  
Deneke, J. F. Volrad **168**  
Dichgans, Hans **251**  
Diederichs, Georg **174**, 182\*, 412, 575  
Diemer-Nicolaus, Emmy **582**  
Dieppen, Eberhard **95**, 96  
Döring, K. 182  
Döring, Wolfgang **137**  
Dohnanyi, Klaus von **253**, 1295, 1462  
Dollinger, Werner 888, **910**, 910, 911, 912  
Domes, Alfred **152**, 153  
Dorn, Wolfram **867**  
Douglas-Home, Alec 292\*, **553**  
Drechsler, Hanno 199\*  
Dregger, Alfred X, XX, XXVIII, XXIX, XXX, **42**, 45, 58, 63, 73, 78, 81, 100, 104, 109, 110, 111, 113, 114, 115, 116, 129, 133, 134, 144, 148, 150, 153, 170, 177, 180, 181, 191, 201, 207, 214, 219, 265, 268, 269, 270, 275, 278, 283, 298 f., 302, 310, 314, 317, 330, 346, 366, 375, 381, 382, 392, 395, 433, 438, 439–442, 450, 453, 458, 490, 492 f., 522 f., 525 f., 527, 531, 541, 542, 547, 589, 607, 619, 626, 663, 671, 674, 692, 695, 708, 721\*, 722–724, 727, 731, 733, 737, 739, 744, 747 f., 749, 753, 786, 788, 792, 794, 796, 818, 824, 829, 833, 838 f., 846, 869, 873, 888, 904, 911, 918, 925, 926 f., 933, 943, 947, 953, 960, 961, 976, 978, 983, 985, 987, 1001, 1010, 1025, 1027, 1031, 1065, 1072, 1086, 1148, 1174, 1187, 1191, 1193\*, 1195\*, 1196, 1200, 1207, 1209, 1216 f., 1250, 1251, 1253, 1258 f., 1285, 1286, 1291–1293, 1299, 1301, 1304 f., 1312, 1318, 1319, 1320, 1337 f., 1355, 1361–1371, 1373 f., 1376, 1379, 1381, 1388, 1393, 1401 f., 1403, 1406, 1407, 1409, 1412 f., 1417 f., 1427, 1433, 1437, 1438, 1439, 1441, 1444, 1445, 1446, 1447, 1448, 1449, 1456 f., 1458, 1459, 1463, 1464, 1467, 1468, 1473, 1474, 1477, 1480, 1514, 1516, 1519, 1521  
Dreher, Klaus **192**, 609  
Dubček, Alexander **273**  
Duckwitz, Georg 177  
Dübel, Siegfried **948**  
Dufhues, Josef Hermann **4**, 30, 41 f., 45  
Dullenkopf, Otto 228\*  
Echternach, Jürgen XX\*, **31**, 32, 58, 98, 116, 149, 155, 163, 177, 181, 192, 197, 214, 227, 245, 262, 263, 265 f., 268, 271 f., 276, 278, 283, 286, 299, 305, 310, 339, 341, 343, 346, 377 f., 392, 444, 447, 458, 482, 483, 485, 494, 511, 516, 517, 527, 528, 531, 532, 534, 535, 549, 592, 607, 632, 645, 651, 653, 662, 666, 667, 690, 753, 784, 794, 870, 983, 989, 990, 991, 992, 1086, 1124, 1127, 1190, 1207, 1222, 1225 f., 1227, 1228, 1232, 1234, 1237, 1253, 1254, 1256, 1337, 1376, 1398, 1412, 1427, 1429, 1438, 1439, 1445, 1464, 1465, 1478, 1480, 1488, 1490, 1516  
Edding, Friedrich **1461**  
Edelhagen, Kurt **966**  
Ehmke, Horst XII, XXIII, **17**, 217, 253, 315, 380, 425\*, 427, 476, 587, 621, 699, 715, 779 f., 877  
Eich, Hermann **59**  
Eichengrün, Ernst 218  
Eichler, Wolfgang **1453**  
Elmendorff, Wilhelm **383**  
Elschner, Gerhard 177, **183**, 183, 190 f.  
Emmet, Evelyn **33**  
Emminger, Otmar **63**, 64  
Engel, Eva Sibylle **1310**  
Engels, Wolfram **1493**  
Engholm, Björn **1487**  
Ensslin, Gudrun 624\*  
Eppler, Erhard **699**, 759, 781, 877, 1197, 1286\*  
Erdmann, Karl Dietrich **558**, 653  
Erhard, Ludwig 8, **15**, 28, 58, 96, 102, 156, 194, 204, 307, 458, 508, 547, 753, 778, 794, 862, 888, 920, 943, 961, 967, 983, 993, 1031, 1051, 1072, 1086, 1122, 1127, 1136, 1145, 1150, 1174, 1184, 1389, 1391, 1467  
Ernst, Werner 895, **896**  
Erpenbeck, Ferdinand **906**, 907  
Ertl, Josef **5**, 867  
Eschenburg, Theodor **250**, 373 f., 762, 868  
Evers, Hans XV, **93**, 98, 210, 316  
Evertz, Klaus 1012\*  
Eyrich, Heinz 607, **656**, 656, 658, 661, 663



Personenregister

- Falin, Valentin **348**, 354, 377–379, 381 f., 610\*, 835, 1053, 1408
- Falk, Ludwig **19**, 20
- Falke, Wolfgang **341**
- Fay, Wilhelm **30**, 44
- Feddersen, Jens **36**
- Feller, Jakob **97**
- Fetscher, Iring **1163**
- Filbinger, Hans **XII**, 30, **42**, 53, 58, 68, 70, 71, 74, 77, 78, 80, 81, 95, 98, 214, 238, 240, 246 f., 248, 250, 251 f., 255, 256, 257, 258, 339, 392, 403, 405, 407, 409 f., 412, 413, 420, 427, 430, 432 f., 458, 500, 501, 503, 533, 534, 546, 547, 550 f., 586, 607, 609 f., 612, 617 f., 619, 620 f., 625 f., 628, 629, 634 f., 637, 695, 698, 701, 704, 733, 753 f., 757, 760, 769, 772, 773, 774, 776–778, 792, 794, 796, 804, 828, 857, 888, 898, 978, 987, 1001, 1013, 1023, 1106, 1155, 1248, 1322, 1331, 1332, 1333, 1334, 1336, 1337, 1376, 1379, 1382 f., 1388, 1400, 1414 f., 1417, 1420 f., 1442, 1475–1477, 1480, 1528, 1529, 1532
- Fircks, Otto von **1177**
- Fischer, Dirk **377\***
- Flach, Karl-Hermann **637**, 638, 1197
- Focke, Katharina **253**, 419, 427
- Franco, Francisco **223**
- Frank, Hans **905\***
- Frank, Henning **1115**, 1472
- Frank, Johann **96**, 233, 691
- Frank, Paul **831**
- Franke, Egon **173**, 492
- Frankenfeld, Peter **997**
- Fredersdorf, Hermann **207**, 872
- Frey, Gerhard **729**
- Fricke, Otto **30**, 44, 451\*
- Friderichs, Hans **1193**, 1280
- Friedeburg, Ludwig von **1305\***, **1310**
- Friedensburg, Ferdinand **695**
- Friedrich, Otto Andreas **1453**
- Friesenhahn, Ernst **729**
- Frings, Josef Kardinal **1335\***
- Fuchs, Jockel (Jakob) **33**, 152
- Gabert, Volkmar **1037\***
- Gablentz, Otto Heinrich von der **1203**
- Gaddum, Johann Wilhelm **944**, 1262
- Gandhi, Indira **124**
- Garbe, Karl **152**
- Gaßmanns, Georg **199\***
- Gaulle, Charles de **61**, 604, 1080, 1392
- Gaus, Günter **631**
- Gehlen, Arnold **1154\***
- Geißler, Heiner **97**, 346
- Genscher, Hans-Dietrich **XXIII**, **174**, 202 f., 231, 237, 241, 252, 273\*, 324, 618\*, 623, 632, 715, 723\*, 725, 727, 748 f., 816, 867, 964, 1295, 1323\*, 1489, 1546
- George, Haimo **335**
- Gerstenmaier, Eugen **86**, 156, 1154\*
- Gewandt, Heinrich **97**
- Gierek, Edward **357**, 360, 363
- Gleichauf, Robert **458**, **497**, 636
- Globke, Hans **1259**
- Glup, Gerhard **547**
- Göb, Rüdiger **XI**, **XVII**, **XXXII**, **97**, 98, 170, 177, 200 f., 205, 208 f., 211, 280 f., 282\*, 283, 309, 316\*, 339, 341, 346, 366, 374, 375, 392, 409, 454, 457, 458, 512, 513, 519, 522, 528, 529, 536 f., 538, 540–542, 547, 550, 559 f., 565, 607, 669, 1267, 1462, 1480, 1504, 1510–1518, 1520, 1521, 1522, 1540
- Gölter, Georg **XXVIII**, **346**, 1324, 1459 f., 1480, 1483 f., 1486, 1499 f., 1503, 1511, 1522, 1525, 1527, 1531 f., 1535, 1537
- Götz, Hermann **97**, 794
- Gomulka, Władysław **359\***
- Goppel, Alfons **12**, 70\*, 255 f., 419, 497, 503, 506, 888, 895, 899, 901, 913, 965, 1001, 1034, 1545
- Gossing, Hellmut **152**
- Grabowski, Rita **94**, 98
- Grادل, Johann Baptist **XIV\***, **XXI**, 30, **42**, 43, 49, 58, 85, 86, 95, 112, 113, 116, 135\*, 139, 142, 171, 177, 296, 339, 341, 346, 392, 448, 450, 458, 460, 461, 464, 465, 471, 475 f., 490, 493, 494, 547, 777, 779 f., 785, 796, 810, 814, 943, 948, 983, 988, 991, 993, 1086, 1114, 1207, 1217, 1221, 1252, 1288, 1371
- Grass, Günter **17**, 997
- Griesinger, Annemarie **31**, 93, 97, 343, 344, 346, 512 f., 695, 708, 794
- Gromyko, Andrei **65\***, 259\*, **290**, 295\*, 301,

Personenregister

- 349, 351, 354, 468\*, 773, 831, 836, 839, 844, 1079
- Grund, Walter **19**, 20
- Grundmann, Konrad **242**
- Gütt, Dieter **1027**
- Gumbel, Karl **57**, 312 f., 990
- Guttenberg, Karl Theodor von und zu **289\***, **468**
- Haas, Albrecht **5\***
- Haase, Winfried **96**
- Haaßengier, Dieter **513**
- Habermas, Jürgen **655**
- Häussler, Erwin **96**, 97
- Hahn, Wilhelm **30**, 82, 83, 87, 88, 93, 96, 177, 183, 253, 283, 299, 339, 341, 392, 396, 414, 416–418, 420, 422, 424, 426 f., 428, 429, 433, 458, 507, 508, 547, 549, 584, 585, 587, 589, 602, 603, 607, 651, 653, 695, 749, 750, 753, 774, 794, 1001, 1019, 1086, 1107, 1108, 1124, 1133, 1134, 1150, 1155, 1212, 1480, 1528 f., 1532, 1536
- Hájek, Jiri **274**
- Haller, Heinz **696\***
- Hallstein, Walter **95**, 1317, 1325
- Hamm-Brücher, Hildegard **416**, 424, 603, 674, 700\*
- Hammerschmidt, Wolfgang **193\***
- Harlander, Florian **341**, 392, **399**, 451, 452, 549, 586, 695
- Hasinger, Albrecht **558**, 577, 588, 649, 653, 655
- Hass, Helmut **173**, 175, 182\*, 275, 277, 450\*
- Hassel, Kai-Uwe von **30**, 41, 42, 44, 45, 48, 54, 55, 58, 79, 80, 116, 136, 138, 148, 149, 156, 283, 286, 299, 316, 339, 376, 547, 549, 561\*, 592, 607, 637, 638, 666, 669, 670, 671, 684, 687–689, 690, 695, 733\*, 743, 794, 796, 837, 841, 880, 888, 896, 943, 966, 970, 983, 984, 985, 993, 999, 1031, 1035, 1086, 1114, 1115, 1151, 1206 f., 1236, 1245, 1259, 1295, 1337, 1367, 1373
- Hasselmann, Wilfried **XXV**, **32**, 42, 58, 70\*, 75, 90, 116, 169, 173, 175, 176, 177, 181, 183, 275–277, 280, 299, 317, 325, 339, 341, 346, 366, 375, 376, 392, 412, 425, 432, 438, 439, 441–443, 446–448, 449, 451, 458, 508, 513, 547, 549, 567, 575, 587, 589, 606 f., 633, 639, 645, 753, 788, 789, 794, 796, 811, 829, 832, 842, 888, 896, 904, 905, 907, 916, 943, 965, 966, 970, 978, 980, 982, 983, 995, 996, 1001, 1014, 1031, 1066, 1069, 1076, 1086, 1128, 1166, 1176, 1207, 1225, 1232, 1322, 1334, 1337, 1356, 1425, 1442, 1480, 1531, 1535, 1540
- Heath, Edward **552**, 1045
- Heck, Bruno **X**, **XVII**, **XXX**, **1**, **2**, 30, 34, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 50, 51, 52, 54, 55, 56, 57, 58, 71, 72, 75, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 98, 100, 105, 107, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 144, 147, 148, 149, 150, 151, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 160, 161, 162, 163, 164, 167, 170, 171, 172, 173, 196, 200, 214, 218, 235, 237, 250, 257, 260, 271, 275, 277, 280 f., 283, 289, 306, 308\*, 311, 312, 313, 314, 315–317, 326\*, 331 f., 335, 338, 339, 341, 343\*, 346, 366, 370–373, 376, 392, 397, 400\*, 401, 433, 434, 435, 436, 449, 451, 452, 455, 456, 457, 458, 494, 495, 498, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 517, 518, 519, 520, 522, 527, 528, 529, 532, 533, 534, 535, 536, 538, 542, 544, 546, 547, 550, 578, 794, 796, 807, 843, 1188, 1285, 1328, 1331\*, 1412
- Heck, Dieter Thomas **997**
- Heereman von Zuydtwyck, Constantin Freiherr **90**
- Heinemann, Gustav **VII**, **1**, 2\*, 3, 198, 625, 627, 630, 633, 715, 806, 1173, 1340
- Held, Philipp **664**
- Helmes, Peter **1272**
- Helms, Wilhelm **XII\***, **756**, 830
- Henkelmann, Walter **196**
- Hennig, Ottfried 549, **550**, 559, 607, 653, 671, 675, 677, 681, 691, 794, 833, 846, 879, 943, 947, 960, 962, 967, 983, 992, 996, 1207, 1224 f., 1257, 1259, 1267, 1480, 1540
- Hennis, Wilhelm **649**, 653–655
- Hentig, Hartmut von **970\***
- Herberger, Sepp **967**
- Hermann, Harald O. **192**
- Hermisdorf, Hans **427**
- Herzog, Marianne **624\***
- Hesberg, Carl **98**

Personenregister

- Hess, Rudolf **905\***  
Hettlage, Karl-Maria **19**, 20, 168  
Heuss, Theodor **15**, 715  
Hillermeier, Karl **458**, **497**  
Hirsch, Martin **554\***  
Ho Chi Minh **843**  
Höcherl, Hermann **234**, 696\*, 888, 889, 892, 900, 907, 912, 1510, 1511, 1517, 1519  
Höhne, Heinz **379\***  
Höttges, Horst-Dieter **956**  
Holkenbrink, Heinrich **33**  
Holzamer, Karl **193\***, **997**  
Homeier, Willi **440**, 441  
Honecker, Erich **816**  
Horlacher, Wolfgang **998\***  
Horn, Heinz **240**, 1255, 1453, 1458  
Horten, Alphons **46**, 343, 638  
Huber, Ludwig **1262**, 1300, 1509  
Hubrig, Hans **1067**  
Hupka, Herbert **XII\***, 696\*, **697\***, 993, 1097  
Husák, Gustáv **1473**
- Ingensand, Harald **152**
- Jäger, Claus **1259**, **1289**, 1290  
Jaeger, Richard **1307**  
Jahn, Gerhard **26\***, 659 f., 719, 1038, 1330\*  
Jahn, Hans Edgar **547**  
Jahn, Wolfgang **515**  
Jaroszewicz, Piotr **357**, 359 f., 363  
Jaumann, Anton **888\***  
Jedrychowski, Stefan **357**, 363  
Jens, Walter **1154\***  
Jong, Piet de **274**
- Kaase, Max **1086**, **1094**, 1105, *1106*, *1107*, *1108*, *1109*, *1111*, *1113*, *1114*, 1118, *1120*, *1121*, *1122*, *1124*, *1126*, *1127*, *1128*, *1129*, *1130* f., *1132*, *1134*, 1174, 1207, 1211  
Kageneck, August Graf **672**, 675  
Kaisen, Wilhelm **600**  
Kalinke, Margot **440**, 981  
Kalisch, Joachim **33**  
Kaltefleiter, Werner **XXXI**, 317, **321**, *321*, 366, 384, 385, 549, 565, 570, 590, 593, *603*, *604*, *605*, 704, 743, 753, 757, 768, 772, 774, 778, 792, 834, 854, 856, 943, 952, 1001, *1002*, *1006*, 1007 f., 1015, 1024, *1025*, 1026 f., 1086, 1094, 1105, *1106*, *1108*, *1109*, *1110*, *1111*, *1112*, *1113*, *1114*, *1115*, *1118*, *1119*, 1120 f., *1122*, *1123*, *1124*, *1125*, 1128 f., *1130*, *1132*, *1133*, *1134*, 1146, 1207, 1210, 1229, 1235  
Kanka, Karl **519**, 990  
Katzner, Hans **X**, **XXI**, **XXVI**, **XXVIII–XXIX**, 30, **37**, 37, 38, 42, 58, 79–81, 92\*, 116, *138*, 139, 146, *148*, *153*, *155*, 156, *157*, *159*, *160*, *162*, *163*, 171, *176*, 196, 201, 214, 217, *231*, *237*, *238*, *240*, 241, *245*, 246, 248, 251, 283, 299, 304 f., 310, 312, *313*, 314, *317*, *333*, *334*, *335*, *336*, *337*, *339*, 341, 392, 395, *408*, *409*, 412, *413*, *435*, 436, 547, 549, 556, 561\*, 567, 570, 576, *577*, 578, 579–581, 584, 587 f., 598 f., 602, 607, 617, 626, *635*, *671*, 673 f., 735, 753, 755, 776, 783, 794, 846, 857, 871, 872, 874 f., 879, 883, 888, *891*, 892, *896*, *899*, *900*, *901*, *905*, *906*, *907*, *908*, 909, *910*, *911*, 912, *913*, *914*, *915*, *916*, *917*, *918*, 943, 953 f., 957, 960, 968, 970, 975, 1001, 1012, *1021*, 1022, 1024, 1026, 1031, 1035–1037, 1041, 1046, 1052, *1059*, 1086, *1112*, 1124, *1125*, *1132*, *1143*, 1152, 1155, 1156–1158, 1161, 1167 f., 1172 f., 1175, 1191–1198, 1200–1202, 1207, 1216, 1259, 1274, *1292*, 1304, *1315*, 1318, 1321 f., *1335*, 1337, *1351*, 1355, 1365 f., 1394 f., 1398, *1411*, 1419 f., 1424, 1426, 1429 f., 1432–1434, 1443, *1444*, *1447*, *1451*, 1453, *1454*, *1456*, *1457*, *1458*, *1459*, *1461*, *1463*, 1464, *1466*, *1468*, *1474*, *1475*, 1476, 1480, 1482, *1491*, *1494*, *1495*, 1525 f., 1531–1535  
Kempff, Günther **923\***  
Kennedy, John F. **64**, 1392  
Kesseler, Wolfram **991**  
Kettenbach, Hans Werner **232\***  
Kiep, Walther Leisler **XVIII**, **XXII\***, **XXIII\***, **43**, 93, 95, 346, 560, 561\*, 607, *638*, *645*, *646*, *647*, 671, 677, 679–681, *682*, 683, *684*, 689, 692, 733\*, 794, 796, *812*, 833, 943, 953, 962, 978, 983, 988, 999, 1001, *1020*, 1031, 1049, 1053–1055, 1060 f., 1168, 1172, *1179*, 1181, 1187 f., 1195 f., 1201, 1210, 1214, 1337, 1361, 1365 f., 1371, 1408, *1470*, 1471, *1472*, *1474*, 1480, 1485, 1544

Personenregister

- Kiesinger, Kurt Georg VII–XI, XV\*, XX–XXI, XXV, XXXII, 1, 1, 3, 4, 5, 6, 7, 14f., 17f., 20, 22–24, 25, 26f., 28, 30, 34, 41, 43, 47, 50, 52, 53, 55, 58, 64, 65f., 69, 71, 73, 74, 75, 76, 78, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 89, 90, 93, 94, 103, 104, 107, 109, 111, 112, 113, 115, 116, 117, 118\*, 125\*, 127, 129, 131, 132, 133, 135, 136, 137f., 139, 143, 146, 156, 164, 167, 169, 170, 171, 172, 173, 175, 176, 177f., 189, 191, 192, 194, 195–199, 200, 205, 208, 209, 212, 214, 228, 230f., 238, 240, 241, 245, 246, 247, 248, 253, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 262, 264, 265f., 267, 268, 269, 270, 272, 276f., 278, 280, 283, 286, 287f., 291, 293, 296, 298f., 306, 310, 311\*, 317, 321, 324, 325, 326\*, 329, 330, 334, 338, 339, 341–343, 356, 359, 366, 370, 379f., 381, 382, 384, 392, 393, 394, 395, 398, 399, 400, 401, 402, 404, 406, 407, 408, 409, 410, 412, 413, 414, 417, 420, 425, 426, 427, 429, 430, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 439, 441, 444, 445, 446, 447f., 449, 450, 451, 452, 453, 454, 458, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 467, 468, 477, 482, 490, 491f., 494, 502, 503, 504, 505, 506, 508, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 526, 527, 528, 529, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 540, 542, 543, 545, 546, 547, 549f., 554, 589, 603, 604, 607, 627, 631, 633, 663, 682, 753, 778f., 794, 796, 807, 813, 831, 838, 844, 846, 880, 881, 882\*, 923, 954, 967, 983, 984, 994, 1031, 1050, 1055, 1068, 1097, 1098, 1111, 1116, 1128, 1132, 1145, 1157, 1259, 1284, 1290, 1316, 1337, 1352, 1355f., 1366, 1375, 1384, 1388, 1397, 1402, 1410, 1414, 1417, 1418, 1428, 1432, 1435, 1444, 1447, 1448, 1452, 1456, 1477
- Kissinger, Henry 17, 18, 26, 64, 122, 382, 551\*, 671\*, 764, 940
- Kiwit, Walter 990
- Klasen, Karl 169, 216, 861
- Klein, Hans Hugo 1308
- Klepsch, Egon A. 53
- Kliesing, Georg 613
- Kloss, Hans Dieter 232
- Kloten, Norbert 229
- Kluncker, Heinz 73
- Knoop, Walter 955
- Koch, Dirk 214, 217
- Köppler, Heinrich 32, 98, 171, 192, 280, 346, 438f., 452, 458, 501, 514, 521, 525, 530, 532, 533, 534, 542, 543, 545, 547, 549, 565, 567, 573f., 577, 581, 587, 607, 635, 642, 645, 647, 658, 660, 661–663, 664, 665, 668, 670, 671, 673, 687, 693, 753, 757, 767, 772, 784, 785f., 790, 792, 794, 796, 813, 814f., 836f., 846, 848, 866, 875, 883, 886, 888, 893, 896, 897, 899, 902, 903, 920, 930, 933, 943, 947f., 960, 965f., 967, 978, 983, 993, 999, 1001, 1011, 1013, 1015, 1022, 1024, 1031, 1058, 1074, 1077, 1085f., 1141, 1142f., 1149, 1156, 1166, 1169, 1179, 1198, 1201, 1207, 1226, 1236, 1249, 1259, 1283, 1284, 1294, 1295, 1296, 1300, 1304, 1322, 1330, 1332, 1334f., 1337, 1373, 1377, 1382, 1389, 1391, 1401, 1403, 1416, 1437, 1438, 1448, 1454, 1457, 1459, 1462, 1469, 1477, 1480, 1518, 1545
- Kohl, Helmut X–XIII, XIV\*, XV–XVII, XXI\*, XXII, XXVIII, XXXIII, 1, 3, 3, 4, 5, 30f., 33, 42, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 53, 54, 55, 58, 70\*, 71, 72, 73, 75, 76, 79, 81, 91, 94, 98, 152, 156, 177, 178, 182, 193, 195, 197f., 200, 201, 202, 203, 214, 219, 236, 240f., 244, 245, 247f., 253, 257, 258, 314\*, 317, 318, 332, 333\*, 334, 339, 366, 369, 372, 373, 392, 395, 396, 399, 402, 404f., 412, 414, 416, 419, 420, 428, 429, 430, 431, 432, 458, 464, 465, 498, 500f., 503, 504, 505, 506, 512, 513, 520f., 522, 523, 524, 525, 528, 530, 531f., 535, 540, 542, 547, 549f., 554, 561\*, 581, 586, 589f., 594, 600f., 607, 618, 620, 621, 627, 630, 647, 648, 654, 655, 660, 695, 700, 707, 721, 730, 732, 733\*, 738, 749, 753, 756, 757, 760, 765, 767f., 772, 775–777, 792, 794, 846, 859, 866, 943, 954, 965, 967, 978, 983, 986, 987f., 993, 1001, 1005, 1015, 1020, 1022, 1031, 1058, 1078, 1086, 1097, 1135, 1139–1143, 1145–1147, 1149, 1156, 1157, 1166, 1168–1170, 1173, 1177–1179, 1184, 1193f., 1206f., 1210, 1222, 1246, 1249, 1250, 1259, 1262, 1324, 1337, 1350, 1351, 1353f., 1355, 1356, 1367, 1376, 1382, 1389, 1396, 1406, 1415, 1427, 1431, 1436, 1437, 1439, 1444, 1448, 1449, 1450, 1451, 1452,

## Personenregister

- 1456, 1458, 1460, 1461, 1463, 1464 f., 1480, 1483, 1487, 1516, 1518
- Kohl, Michael **475**, 476, 482, 815, 849\*, 1048
- Konstantin II. **222**\*
- Korczak, Janusz **970**\*
- Korff, Hans Clausen **19**, 20
- Koschnick, Hans 403, **404**, 430, 600 f., 713, 714\*
- Kossygin, Alexej **329**\*, 348, **349**, 351 f., 353\*, 354 f.
- Kostorz, Helmut **440**, 441
- Kraemer, Peter **56**
- Krämer-Badoni, Rudolf **977**
- Krakow, Karl Ludwig **513**, 796, 833, 846, 874, 877, 882, 883, 943, 953
- Kraske, Konrad **XI**, **XIII**, **XIV**, **XVIII**, **XIX**, **XXVII**, **XXIX**, **XXXIII**\*, 30, **31**, 34, 37, 38, 39, 40, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 51, 56, 58, 64, 76, 78, 80, 84, 98, 99, 100, 104, 105, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 116, 146, 147, 150, 151, 152, 153, 154, 156, 170, 172, 173, 177, 191, 200\*, 210, 212, 283, 310, 314, 339, 341, 346, 366, 374, 392, 397, 401, 411, 442, 444, 448, 456, 457 f., 511, 512 f., 542, 547, 549 f., 558, 561, 564, 566, 576, 586 f., 589, 590, 591, 592, 593, 603, 605, 607, 619, 633, 641, 645, 646, 647, 648, 651, 653, 654, 655, 658, 662, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 673, 676, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687 f., 689, 690, 691, 693, 695, 708, 722, 733\*, 743, 747, 749, 753, 757, 768, 778, 792, 794, 796, 808, 824, 829, 830, 833, 837, 841, 843, 844, 846, 852, 866, 869, 870, 871, 874 f., 877, 880, 881, 882, 883, 884, 886, 888, 900, 918, 943–945, 946, 948, 957, 958, 959, 960–965, 966, 969, 970, 974, 975, 976, 980, 983, 984, 985, 986, 987, 990, 991, 992, 993, 994, 996, 998, 999, 1001, 1017, 1031, 1039, 1068, 1077, 1079, 1082, 1084, 1085, 1086, 1094, 1095\*, 1105, 1106, 1107–1109, 1119, 1120, 1125, 1137, 1154 f., 1159, 1174, 1179, 1185, 1188, 1198, 1207, 1224, 1225, 1226, 1230, 1231, 1233, 1237, 1242, 1244, 1245, 1246 f., 1249, 1251 f., 1253, 1259, 1261, 1263, 1277, 1285, 1286, 1287 f., 1289, 1295, 1296, 1297, 1300, 1307, 1310 f., 1314, 1315, 1320, 1322, 1327, 1328, 1335, 1336, 1337, 1351, 1357–1360, 1363, 1366, 1369, 1371, 1374, 1376, 1388, 1401, 1404, 1407, 1408, 1417 f., 1427 f., 1435, 1436, 1437, 1438, 1439, 1440, 1443, 1444, 1448, 1449, 1451, 1454, 1456, 1457, 1459, 1461, 1464, 1465, 1473, 1476, 1477, 1478, 1480, 1483, 1484, 1486, 1488, 1490–1492, 1495, 1496, 1498, 1499 f., 1503, 1510, 1512, 1514, 1516–1519, 1522 f., 1537, 1539, 1540, 1542, 1543, 1544, 1545, 1546
- Krause, Alfred **207**
- Krause, Klaus **645**
- Krause, Walter **702**, 772
- Kreisky, Bruno **676**, 927, 1063
- Kremp, Herbert **1147**, 1168
- Kronawitter, Georg 714\*
- Krone, Heinrich **156**, 1060
- Kubel, Alfred **406**, 412
- Kühlmann-Stumm, Knut von **289**, 806, 827
- Kühn, Heinz 193\*, **256**, 618, 673, 1523\*
- Kulenkampff, Hans-Joachim **997**
- Kullack, Horst 1032\*
- Kusmin, Josif 220
- Lambsdorff, Otto Graf **1280**, 1282
- Lamers, Karl **95**
- Lampersbach, Egon **XXIX**, **32**, 92\*, 96, 214, 241, 244, 346, 549, 567, 578, 604, 671, 675, 678, 679, 680, 688, 689, 943, 947 f., 983, 995 f., 998, 1001, 1010, 1015, 1021, 1031, 1080, 1081, 1086, 1205, 1207, 1211, 1216, 1221, 1229, 1256, 1480, 1500, 1501, 1503, 1517, 1520, 1534, 1545, 1546
- Langeheine, Richard **547**
- Langguth, Gerd **XVIII**\*, **346**, 549, 567, 577 f., 587 f., 603, 607, 636, 654, 666, 671, 673, 674 f., 689, 690, 691, 693, 694 f., 714, 733 f., 738, 741, 743, 745, 749, 751, 786, 794, 846, 870, 886, 943, 970, 971, 973 f., 983, 988, 998, 999, 1001, 1006, 1017, 1031, 1053, 1054 f., 1057, 1061, 1079, 1082, 1084, 1086, 1110, 1111, 1124, 1134, 1137, 1165, 1190, 1197, 1207, 1227, 1228, 1230, 1234, 1250 f., 1256, 1259, 1284, 1299, 1300, 1305, 1319, 1327, 1337, 1351, 1376, 1410, 1418, 1480, 1543
- Laurien, Hanna-Renate **32**, 947 f., 1305

Personenregister

- Lauritzen, Lauritz **557**  
Lausen, Gerd **172**  
Leber, Georg **506, 935**  
Lehr, Robert **729\***  
Leicht, Albert **497, 499, 504, 794**  
Lemke, Helmut **1, 4, 4, 70\*, 95, 98, 339, 341, 384, 385, 392, 424, 458, 461, 462, 465, 525, 536, 547, 549, 581, 607, 630, 651, 652, 662, 695, 708, 750, 753, 774, 792, 794, 796, 808, 837, 840, 846, 875, 943, 968, 982, 983, 990, 1001, 1020, 1021, 1031, 1042f., 1045, 1047, 1068, 1082, 1086, 1168, 1179, 1207, 1231, 1256, 1259, 1284, 1300, 1311, 1313 f., 1317**  
Lemmer, Ernst **7, 28, 28, 30, 44, 296, 316\***  
Lenin, Wladimir **221, 225, 272**  
Lenz, Carl Otto **347, 607, 611, 789, 988, 1359**  
Lenz, Marlene **656, 658**  
Lenz, Wilhelm **2, 31, 41, 675**  
Lenze, Franz **1237**  
Lersner, Heinrich von **902**  
Leussink, Hans **239, 247 f., 251, 253, 415–422, 424, 426–429, 431, 700\***  
Lipfert, Helmut **515**  
Loderer, Eugen **1427**  
Löbe, Paul **715**  
Löns, Josef **273**  
Löwenthal, Gerhard **595**  
Lohmar, Ulrich **424**  
Lohse, Eduard **788, 1334**  
Lorenz, Peter **25, 44, 58, 84, 88, 91, 94, 98, 100, 102, 104, 110, 116, 135, 136 f., 139, 283, 296, 299 f., 327, 339, 346, 366, 372, 375, 392, 432, 458, 466, 470, 484, 486, 490, 513, 547, 607, 671, 672, 680 f., 684, 753, 786, 787, 794, 796, 822, 838, 888, 899, 942, 983, 988, 1001, 1008, 1031, 1054, 1057, 1064, 1068, 1086, 1120, 1128, 1131, 1153, 1207, 1226, 1227, 1250, 1257, 1259, 1282, 1296, 1306, 1311, 1337, 1370, 1474, 1545**  
Luchsinger, Fred **264, 781 f.**  
Luda, Manfred **96**  
Lübke, Heinrich **1223**  
Lücke, Paul **30, 41, 98, 230\*, 993**  
Luft, Friedrich **977**  
Lummer, Heinrich **32, 296, 327, 482**  
Luns, Joseph **274, 764**  
Luster, Rudolf **990**  
Mahlein, Leonhard **570**  
Mahler, Gerhard **695, 705, 707, 947 f.**  
Mahler, Horst **1020**  
Maier, Hans **1236**  
Maier, Reinhold **453**  
Maihofer, Werner **1255**  
Majonica, Ernst **95, 1079**  
Mann, Golo **402**  
Marchais, Georges **1039\***  
Marcuse, Herbert **1299**  
Martin, Berthold **68, 96, 150 f., 153, 170, 173, 246, 347, 745, 750**  
Marx, Karl **983, 1203**  
Marx, Werner **XXIII, XXXIV\*, 95, 289\*, 347, 455, 458 f., 462, 467, 469, 472, 474\*, 475, 476\*, 477, 482, 489, 490\*, 492, 494, 607 f., 613\*, 794, 796, 801, 809, 849, 888, 926, 927, 928, 930, 934 f., 939, 940, 987, 1038, 1286, 1292, 1304, 1307, 1340, 1359, 1394**  
McCloskey, Robert **9, 18**  
McCloy, John J. **118, 121, 129, 143**  
McGovern, George **1110**  
Meinhof, Ulrike **624**  
Meins, Holger **624\***  
Mende, Erich **VII, XII\*, 331, 439, 444\*, 473, 827**  
Mentzel, Walter **172\***  
Mertes, Alois **95, 794, 796**  
Meyer, Günter **513, 536, 846, 879, 882, 883, 943, 960, 967**  
Meyers, Franz **30, 44, 45, 46, 50, 56, 97**  
Mick, Josef **98**  
Mickler-Becker, Ingrid **967**  
Mikat, Paul **96, 193\*, 480, 512 f., 557, 649, 655, 794, 796, 825 f., 846 f., 888, 891, 894, 898, 903, 905, 906, 912, 914, 917\*, 927 f., 1049, 1086, 1154, 1161, 1165, 1170, 1177, 1203–1205, 1207, 1236, 1457**  
Mikojan, Anastas **348**  
Mischnick, Wolfgang **405, 1200, 1234**  
Mitterrand, François **1039\***  
Möller, Alex **XXV, 20, 117, 165–167, 248, 255, 415, 426, 572, 700, 860, 914**  
Moersch, Karl **302\*, 310\*, 867**  
Müller, Adolf **96, 346, 775, 1012\***  
Müller, Gebhard **250, 626**

Personenregister

- Müller, Günther **XII\***, **710**, **759**  
Müller-Armack, Alfred **1468**  
Müller-Emmert, Adolf **1329**, **1331\***  
Müller-Hermann, Ernst **72**, **384**, **385**, **430**,  
497, 511 f., 547, 549, 567, 569, 570, 595, 600,  
602, 607, 642, 794, 796, 812, 846, 870, 871,  
872, 888, 899, 901, 902, 943, 970, 983, 988,  
993, 995, 1031, 1065, 1066, 1074, 1082, 1086,  
1109, 1110, 1174, 1187, 1207, 1235\*, 1243 f.,  
1247, 1259, 1281, 1282, 1301, 1303, 1314,  
1337, 1351, 1354, 1376, 1408, 1424, 1436,  
1437, 1442, 1444, 1447, 1448, 1451, 1480,  
1501, 1516, 1517  
Müller-Zimmermann, Rolf **180\***  
Münemann, Rudolf **1219**  
Mußgnug, Martin **709\***, **919\***
- Narjes, Karl-Heinz **685**, **846**, **877**, **888**, **891**,  
893 f., **899**, **901**, **906**, **931**, **933**, **941**, **954**, **957**,  
966, 970, 986  
Nathan, Andreas **206\***, **671**, **683**, **684**  
Neckermann, Josef **21**  
Neef, Fritz **96**  
Nenni, Pietro **25**  
Neuber, Friedel **243**  
Neumann, Bernd **512**, **991** f.  
Neusel, Hans **1397**  
Nickels, Rudi **242**, **1195\***, **1196**, **1216**  
Niegel, Lorenz **723\***  
Niermann, Gustav **45**, **210**, **884**  
Nixon, Richard **18**, **64**, **118**, **221**, **224**, **288**,  
352\*, **470** f., **491** f., **552**, **938\***, **1071**, **1074**  
Noelle-Neumann, Elisabeth **XV**, **1027**,  
1094, 1097–1099, 1105, 1108, 1114, 1117,  
1119 f., 1132, 1165, 1205  
Nowotny, Friedrich **571**
- Oertzen, Peter von **1531**, **1532**  
Ollenhauer, Erich **622**  
Oncken, Dirck **65\***  
Ørnskov, Kai Age **984**  
Osswald, Albert **109**, **253**, **721\***, **1194**  
Osterheld, Horst **95**  
Oxford, Hermann **88**  
Ozga-Michalski, Jozef **357**
- Palme, Olof **676**
- Papadopulos, Giorgios **222\***  
Patolitschew, Nikolai **349**, **352–354**  
Paul, Ernst **273**, **1472**  
Pauls, Rolf **473**, **474\***  
Paulssen, Hans Constantin **762**, **868** f.  
Pechel, Peter **60**  
Pentzlin, Heinz **333\***  
Petersen, Peter **613\***  
Pettenberg, Heinz **156**  
Pfeffermann, Gerhard **1358**  
Pfeifer, Anton **512**  
Pieroth, Elmar **987**, **1480**, **1484**, **1492**, **1495**,  
1496–1500, **1501**, **1503**, **1510** f.  
Pieser, Liselotte **31**, **346**, **590**  
Pinger, Winfried **96**  
Pirkl, Fritz **97**  
Plett, Heinrich **407\***  
Pöhlmann, Siegfried **723**  
Pöppinghaus, Hannelore **214**, **265**, **265**  
Pohle, Wolfgang **504**, **888\***  
Pompidou, Georges **60**, **61**, **308**, **449**, **470**,  
764, **849**, **920**, **1045**  
Posser, Diether **1490\***  
Pougin, Erwin **383**  
Pürsten, Albert **1296**  
Pütz, Joseph **214**, **242**, **243**, **244**, **246**
- Qualen, Hans Hellmuth **450**
- Rasner, Will **289**, **290\***, **291\***, **315**, **574**  
Raspe, Jan Carl **624\***  
Rathke, Arthur **170**, **200\***, **206\***, **590**, **591\***,  
853, **1265**, **1486**  
Rau, Johannes **710**  
Rawe, Wilhelm **794**  
Reddemann, Gerhard **930**  
Rehlinger, Ludwig **794**  
Rehs, Reinhold **440**, **442**, **596**  
Reimann, Max **715**, **716\***  
Reischl, Gerhard **19**  
Remer, Otto Ernst **729\***  
Renger, Annemarie **1239**, **1545**  
Richardson, Elliot **226**  
Richter (Hoechst) **370\***  
Riedel, Clemens **195**, **196**  
Rieger, Jürgen **181**  
Riemer, Horst-Ludwig **1223**, **1255**, **1458**

Personenregister

- Riesenhuber, Heinz **96**, 347  
Rinsche, Günter **98**, 347  
Risse, Heinz Theo **1236**  
Ritz, Burkhard **31**, 347  
Rodenstock, Rolf **229**  
Röder, Franz Josef **3**, 30, 44, 45, 70\*, 280,  
419, 440, 497, 547, 813, 965, 1106  
Röpke, Wilhelm **1162**  
Rösing, Josef 243\*, **794**, 888\*  
Rogers, William **64**, 224  
Rollmann, Dietrich-Wilhelm **97**, 366, 372,  
374, 458, 516, 524, 888, 900, 995, 1086,  
1108, 1177, 1185, 1187–1190, 1207, 1227,  
1242  
Rosenberg, Martin **33**  
Rosenthal, Philipp **700\***  
Rossig, Alwin Johannes **107**  
Rubin, Berthold 178\*, 260  
Rühe, Volker 377\*  
Ruf, Thomas 92, 314\*, **347**, 1502  
Ruhnau, Heinz **618**, 633, 673  
Rummler, Gerold **33**, 58, 105, 206\*, 669, 879  
Rumor, Mariano **223**, 512, 984f.  
Rush, Kenneth **471**, 474f., 492  
Rusk, Dean **274**  
Russe, Hermann Josef **32**, 45, 92\*, 96, 347,  
377  
  
Sclaba, Mario **33\***  
Schädel, Walter **19**, 20  
Schäfer, Friedrich 895\*, **896**, 1239  
Schäfer, Hans **152**  
Schäfer, Manfred **32**, 45, 58, 96, 162, 177,  
210, 212, 339, 347, 377, 458, 495, 498, 502,  
505, 509f., 547, 846, 876, 884, 986, 1086,  
1113, 1162, 1164, 1181, 1188, 1190, 1207,  
1220, 1259, 1265, 1282–1284, 1337, 1397  
Scharnagl, Wilfried 399, 998\*, 1076\*  
Schedl, Albert **1535**  
Scheel, Walter **VII**, **1**, 2, 4f., 9f., 21, 25, 89,  
137, 186, 202, 273, 289f., 291\*, 295, 301,  
304, 306, 318, 325–327, 329, 356\*, 359, 363,  
378, 379\*, 381f., 385, 468, 471, 475f., 492,  
502, 585, 597, 610\*, 613, 631, 671, 699, 755\*,  
763, 773f., 780\*, 789, 801, 813, 831, 844,  
867, 921, 927, 1052, 1104, 1127, 1378\*, 1408\*  
Scheib, Peter 281\*, **312**, 458, 518, 658, 991  
Schellenberg, Ernst **580**, 636  
Schelsky, Helmut **711**, 712, 1089, 1154,  
1159f., 1166, 1174, 1197  
Scherer, Emil **990**  
Scherf, Henning 714\*  
Scheuch, Erwin **1105**  
Scheufelen, Klaus **30**, **43**, 43, 44, 54, 156,  
214, 248, 283, 299, 314, 337–339, 341, 366,  
373, 392, 396, 452, 453, 544, 545, 547  
Schiestl, Martin **33**  
Schiettinger, Fritz **1467**  
Schiller, Karl **XXV**, **18**, 63, 67, 117\*, 164f.,  
167, 188f., 215f., 228, 496–498, 500, 502f.,  
505, 509f., 570, 705, 731, 763, 847f., 860,  
863, 935\*, 943, 954, 975, 980, 1005, 1051,  
1096, 1108, 1126, 1183–1185  
Schlamm, William S. **930**  
Schlenker, Rudolf 370\*  
Schmeling, Max **967**  
Schmelzer, Horst **97**  
Schmidt, Helmut **167**, 198, 219, 235, 621,  
652, 871\*, 872, 876, 891, 935, 944, 961, 975,  
1007, 1259, 1279, 1280f.  
Schmidt, Herbert B. 333\*, **335**  
Schmitt-Vockenhausen, Hermann **1239**  
Schmitz, Karl-Heinz **518**, 884  
Schmöle, Hans Werner **825**  
Schmücker, Kurt **30**, **37**, 38, 43, 54, 55, 56,  
58, 98, 99, 105, 107, 116, 117, 154, 155f., 159,  
160, 164, 169, 175, 210f., 280f., 317, 330,  
337, 338f., 341, 366, 369, 370\*, 374, 375,  
384, 385, 386, 392, 436, 458, 514, 515, 542,  
543, 544, 545, 547, 550, 679  
Schneider, Hans-Roderich **1218**, 1237  
Schneider, Oscar 723\*, **1463**, 1464  
Schnitker, Paul **1453**  
Schnur, Ludwig **947**, 948  
Schöffberger, Rudolf 714\*, **783**  
Schönbohm, Wulf **92**, 95, 558\*, 651, 654f.,  
1012\*  
Schoenebeck, Aegidius von **20**  
Schoeps, Hans-Joachim **651**  
Schreiner, Hanns **150**, 170, 173  
Schröder, Gerhard **X**, **XX**, 2\*, 30, **48**, 48, 58,  
79, 93, 116, 120, 131, 132, 133, 136f., 139,  
143, 144, 156, 177, 178, 180, 181, 182, 183,  
191, 200, 277\*, 307, 339, 346, 347, 364,



Personenregister

- 392f., 433f., 435, 447, 458, 461, 463, 471, 475f., 490, 492, 524, 540, 547, 555, 561\*, 600, 613, 671f., 686, 695, 701, 753, 787, 794, 846, 857, 875, 888, 917, 918, 922, 925, 927, 928f., 931, 934, 943, 947, 953, 957, 960f., 975, 983, 988, 993, 1031, 1036, 1043, 1086, 1097, 1127, 1132, 1142, 1146, 1157, 1204, 1337, 1376, 1377, 1389, 1405, 1412, 1427, 1442, 1443, 1452, 1453, 1454, 1469f., 1471, 1472
- Schröder, Horst **96**
- Schütz, Hans **196**
- Schütz, Klaus **131**, 132, 135, 138, 297, 608
- Schütz, Wilhelm Wolfgang **131\***
- Schütze, Leo **333\***, 689
- Schukow, Juri **615**
- Schulte, Manfred **581**
- Schultz, Fritz-Rudolf **203**, 728\*
- Schulz, Klaus-Peter **XII\***, **696\***, 959\*, 993
- Schulze, Klaus **1032\***
- Schumacher, Kurt **15**, 849, 873
- Schumann, Maurice **327**, 328f., 780
- Schwab-Felisch, Hans **1154\***
- Schwarz, Heinz **726**, 1295
- Schwarzhaupt, Elisabeth **30**, **44**, **45**, **54**
- Schwarz-Schilling, Christian **XVIII**, **XXXII\***, **32**, 58, 72, 89, 91, 96, 104, 105, 111, 116, 142, 150f., 160, 161, 163, 170, 173, 177, 183, 204, 205, 283, 312, 317, 335, 336, 339, 347, 366, 372, 392, 422, 425, 453, 458, 512f., 536, 547, 607, 655, 666, 669, 671, 690, 692, 695, 750, 751, 753, 791, 794, 796, 818, 821, 827, 835, 846, 882, 883, 943, 968, 974–976, 1001, 1028, 1086, 1117, 1118, 1119, 1137, 1165, 1169f., 1175, 1179, 1190, 1195\*, 1196f., 1207f., 1228, 1232, 1243, 1250, 1251, 1252, 1256, 1257, 1259, 1299, 1300f., 1304, 1307, 1308–1311, 1319, 1327, 1337, 1351, 1352, 1354, 1355, 1429, 1433–1436, 1440, 1459
- Seidl, Alfred **888**, **904**, 905
- Seifriz, Adalbert **96**
- Seiters, Rudolf **98**, 99, 154, 182, 512, 794, 796, 837, 947f., 1031, 1060, 1086, 1178, 1190, 1207, 1245, 1259, 1286, 1291f., 1295, 1302, 1337, 1442, 1443, 1454
- Sékou Touré, Ahmed **356\***
- Semjonow, Wladimir **348**, 354
- Seume, Franz **XII\***, 696, **697\***
- Sevenich (verh. Meyer-Sevenich), Maria **176**
- Siebeke, Friedrich Wilhelm **519**, 990
- Simon, Uwe-Rainer **53**, 88, 96, 132
- Simpfendorfer, Wilhelm **551\***, **762**
- Smoydzin, Werner **710\***, 715
- Soeldner, Horst **152**
- Sohl, Hans-Günter **1453**
- Sonnenfeldt, Helmut **64\***
- Spennrath, Friedrich **1219**
- Springer, Axel **151**
- Stalin, Jossif **355\***
- Starke, Heinz **XII\***, **5**, 326, 444\*
- Steffen, Jochen **385**, 713, 828\*, 1194
- Steinbuch, Karl **711**, 712, 1154
- Stingl, Josef **30**, **32**, **48**, **51**, **58**, **77**, **93**, 96f., 103, 114, 116, 152, 153, 164, 168, 169, 170, 171, 177, 195, 208, 209, 210, 347, 392, 400, 402, 412, 454, 547, 549, 567, 570, 574, 607, 662, 663, 664, 667, 669, 671, 675, 794, 796, 837, 841, 884, 1031, 1053, 1064, 1068, 1086, 1134, 1207, 1234, 1337, 1442, 1461, 1472, 1478, 1530
- Stoltenberg, Gerhard **X**, **XXV**, **XXVI**, 1, **4**, 5, 6, 30f., 42, 51, 58, 67f., 79, 116, 127, 146, 151, 156–159, 161, 163, 164, 167, 168, 172, 200, 205\*, 214, 217, 226, 227, 231, 238, 240, 248, 250, 252, 257, 283, 299, 309, 312, 317, 334, 338, 339, 344, 366, 375, 384, 385, 388, 392, 396, 397–399, 406, 409, 411, 412, 413, 417, 419f., 423f., 425, 427, 429, 435, 441, 443, 444f., 449f., 458, 461, 462, 463, 465, 495, 498–501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 515, 519, 520, 525, 527, 528, 529, 535, 536, 537, 542, 543, 544, 545, 549, 561\*, 567, 570, 572–574, 577, 582, 601, 615, 618, 695, 704, 721, 743, 748, 751, 753, 778, 808f., 846, 866, 868f., 888, 889, 891, 892, 893, 894, 895, 897, 898, 902, 909, 911, 913, 914, 915, 916, 943f., 957, 962, 965, 967, 970f., 983, 986, 987, 991, 994, 1001, 1006, 1012, 1022, 1030f., 1042, 1046, 1049, 1070, 1086, 1097, 1113, 1125f., 1132, 1146, 1148, 1149, 1158, 1160, 1166, 1184f., 1187, 1200, 1207, 1242, 1246, 1255, 1256, 1259, 1261,

Personenregister

- 1277, 1280f., 1283, 1284, 1314, 1315 f., 1337, 1339, 1376, 1377, 1379, 1390, 1393, 1398, 1402, 1405, 1409, 1413, 1415 f., 1436, 1437, 1439, 1440, 1441, 1442, 1443, 1444, 1445, 1448, 1449, 1451, 1480, 1489, 1492, 1496, 1498 f., 1502, 1525, 1529f.
- Stoph, Willi **23**, 122, 177\*, 224\*, 303\*, 614\*, 816
- Strauß, Franz Josef **XIV, XX, XXII–XXIII, XXXI, 1, 2, 5, 6 f., 11 f., 14, 24 f., 27, 130, 133, 179, 182, 191, 195, 302\*, 306, 326\*, 399, 437–441, 443, 446, 451, 495 f., 502, 506, 509, 546, 549\*, 569, 574 f., 589, 610, 737, 753 f., 757 f., 774, 778, 779, 784, 786, 848, 851 f., 856 f., 875, 888, 889, 891, 892, 894, 896, 897, 898, 906, 907, 912, 917, 920, 922, 925, 926, 927, 928–931, 933, 934, 935, 940, 941, 945, 953, 960, 970, 975 f., 986, 997 f., 1002, 1031, 1033\*, 1034–1036, 1041, 1046, 1058, 1060 f., 1063, 1083, 1104, 1127, 1132, 1143, 1148, 1192, 1196, 1209, 1278, 1294, 1301, 1303, 1353\*, 1358, 1366, 1386, 1399, 1408, 1411, 1414, 1418, 1421\*, 1425, 1437, 1442 f., 1445, 1454, 1464, 1471**
- Strauß, Walter **93, 97**
- Strecker, Gabriele **150**
- Streibl, Max **33, 182, 497, 1037\***
- Stronk, Detlef **53**
- Štrougal, Lubomír **1378**
- Struve, Detlev **794**
- Stücklen, Richard **2, 289, 294, 305, 310\*, 394, 397–401, 476, 584, 753 f., 757, 778, 888, 892, 901, 905, 1031, 1034, 1036, 1041, 1097, 1296, 1318, 1408\*, 1422\*, 1453 f., 1482**
- Sychowski, Jürgen von **180\***
- Syren, Hans **97**
- Tacke, Bernhard **775\*, 1012\***
- Tandler, Gerold **458, 507, 509, 509, 510, 545, 753 f., 778, 846, 868, 870, 874, 875 f., 1083**
- Taylor, Maxwell **119**
- Thadden, Adolf von **277, 278, 451, 709**
- Thadden, Franz-Lorenz von **959**
- Thieu, Nguyen Van **1423**
- Tito, Josip Broz **223**
- Triesch, Günter **591\*, 1486**
- Trimborn, Carl **1222**
- Truman, Harry **222**
- Ulbricht, Walter **122, 123, 129, 141, 226, 265, 267, 269, 327, 329, 780, 1057**
- Vetter, Heinz-Oskar **410, 673, 775, 908, 1426 f., 1496**
- Vetter, Heinrich **1322**
- Veit, Hermann **617\***
- Vietor, Albert **407\***
- Vogel, Bernhard **32, 96, 257, 347, 432, 670, 988, 1332**
- Vogel, Friedrich **31, 93, 96, 198, 347, 512 f., 582, 607, 616, 630, 656, 658–661, 662, 663, 664, 665, 671, 673, 675, 695, 720, 722, 729, 745, 748, 750, 751, 794, 888, 898, 903, 943, 972 f., 983, 988, 1310, 1322, 1328, 1329, 1332, 1337, 1415, 1424, 1471, 1472, 1480, 1542**
- Vogel, Hans-Jochen **12, 713, 782, 1187, 1513, 1521**
- Vogel, Horst
- Vogt, Wolfgang **97, 347, 579**
- Voigt, Karsten **144, 219**
- Vring, Thomas von der **79, 429**
- Waffenschmidt, Horst **456**
- Wagemann, Eberhard **675**
- Wagner, Hans **97, 1195\***
- Wagner, Leo **298, 477, 801, 888, 903, 1422\*, 1445**
- Waigel, Theo **1535**
- Wallmann, Walter **199, 370\*, 1195\***
- Walser, Martin **1154\***
- Walz, Hanna **96, 150, 347, 1195\***
- Warnke, Jürgen **871\***
- Weber, Maria **775\***
- Wechmar, Rüdiger von **823**
- Wehner, Herbert **121, 122–124, 128 f., 134 f., 140 f., 174, 189, 220 f., 260, 270, 275, 278, 298, 302, 309, 383, 385, 397, 405 f., 408, 413 f., 470, 571, 575, 587, 613, 672–674, 676, 703\*, 719, 728, 809, 820, 945, 1008, 1145 f., 1222–1224, 1367, 1408**
- Weichmann, Herbert **432**
- Weiskirch, Willi **170, 200, 283, 392, 434, 435,**

## Personenregister

- 549, 557, 570, 585, 749, 753, 772, 1188, 1256, 1337, 1398
- Weizsäcker, Richard von **X**, **XVIII**, **XX\***, **XXI–XXII**, **30**, 32, 45, 58, 83, 86, 90, 91, 92, 93, 95, 116, 128, 130, 133, 134, 159, 170, 177, 214, 262, 263, 264, 283, 299, 300, 339, 341, 347, 392, 401, 451, 458, 462, 490, 544, 547, 557 f., 586, 588, 593, 600, 607, 628, 629, 632, 636, 648, 651, 652, 653, 654, 655, 665, 668, 669, 670, 695, 705, 706, 712, 749, 753, 776, 789, 794, 796, 799, 815, 822, 837, 846, 859, 866, 868, 884, 886, 888, 898, 900, 902, 909, 911, 943, 954, 958, 974, 975 f., 980, 983, 985, 1031, 1045, 1058, 1059, 1060, 1061, 1063, 1078, 1082, 1085 f., 1097, 1154, 1157, 1160\*, 1165 f., 1168–1170, 1177, 1205, 1207, 1221, 1224, 1229, 1232, 1249, 1250 f., 1253, 1254, 1259, 1290, 1292, 1293, 1303, 1421, 1424, 1427–1429, 1436, 1440, 1442, 1453, 1476 f., 1480, 1485, 1488, 1537, 1538\*
- Wessel, Gerhard **380**
- Westphal, Heinz **152**
- Wex, Helga **X**, **XXX**, **41**, 58, 79, 85, 94, 100, 104, 105, 150, 156 f., 170, 173, 201, 214, 240, 251, 252, 283, 299, 304, 339, 341, 392, 407, 424, 458, 526, 547, 549, 561\*, 585, 587, 590, 607, 617, 647, 658, 659, 665, 733\*, 794, 833, 846, 883, 888, 915, 916, 943, 966, 979, 981, 983, 993, 1001, 1018, 1086, 1123, 1148, 1185, 1207, 1222, 1231, 1234\*, 1238 f., 1241, 1256, 1259, 1286, 1295, 1309, 1322, 1327, 1328, 1330, 1332, 1333, 1335, 1337, 1427, 1428, 1435, 1446 f., 1449 f., 1456, 1459, 1462, 1465, 1480, 1490, 1491, 1492
- Weyer, Willi **137**, 218, 452
- Weyland, Manfred **1032\***
- Wiedemann, Lothar **93**, 96
- Wild, Joseph **7**, **13**
- Wildenmann, Rudolf **1004**, **1113**, 1139
- Wilder, Thornton **1031**
- Wilhelm II. **274**
- Willmann, Adam **357**, 359
- Wilson, Harold **612**
- Windelen, Heinrich **X**, **XXIII**, **45**, 58, 70, 92, 95, 116, 141, 145, 165, 171, 283, 299, 300 f., 339, 341, 346, 366, 376, 392, 406, 452, 457, 458, 499, 525, 547, 549, 566, 585, 607, 617, 621, 632, 644, 671, 675 f., 682, 794, 796, 824, 829 f., 888, 929, 930\*, 943, 960, 966, 978, 983, 988, 1001, 1022, 1031, 1049, 1060, 1064, 1077, 1082, 1086, 1170, 1171\*, 1178, 1180, 1190, 1195\*, 1207, 1221, 1227, 1242, 1337, 1340, 1352, 1357, 1359, 1362, 1401, 1404 f., 1412, 1431, 1434, 1455, 1456, 1458, 1459, 1460, 1462, 1476, 1478, 1480, 1533
- Winiewicz, Jozef **357**, 359
- Wischnewski, Hans-Jürgen **193**, 1022, 1028
- Wissmann, Matthias **1539**
- Wittmann, Fritz **1473**
- Wörner, Manfred **123**, 210, 316, 346, 794, 888, 935, 939, 940, 947, 954, 988
- Wohlrabe, Jürgen **98**, 343, 947 f.
- Wojna, Richard **362**
- Wolf, Erika **347**
- Wolf, Heinz **518**, 990
- Wolff von Amerongen, Otto **353**, 1453
- Woller, Rudolf **997**
- Wrangel, Olaf von **32**, 347, 794
- Wucherer, Gerhard **967**
- Zahn, Peter von **955**
- Zarapkin, Semjon **125**
- Zeitler, Gerhard **377**, 695, **749**, 749, 986
- Zemlin, Klaus-Dieter **145\***
- Ziesel, Kurt **1189**
- Zigan, Herbert **579\***
- Zimmermann, Friedrich **1265**, 1464 f., 1480, 1486, 1488, 1490, 1491, 1492
- Zingel, Rudolf **713**
- Zink, Otto **1195\***
- Zinn, Georg-August **109**, 1194
- Zoglmann, Siegfried **XII\***, **326**, 400\*, 440, 444, 446–448, 452 f., 930
- Zollig, Hermann **379\***

# Sachregister

- Aachen 355, 767 f., 1024  
Abrüstung 65, 119, 936, 939, 973, 1214, 1346 f.  
– Atomsperrvertrag (Non-Proliferation Treaty) XX, 9, 26 f., 59, 225, 271, 1370, 1378 f., 1400, 1405, 1412, 1449, 1469 f., 1473, 1481  
– Mutual and Balanced Force Reductions (MBFR) 922, 973, 1180, 1325\*, 1346 f., 1349, 1474  
– Strategic Arms Limitation Talks (SALT) 352, 1470  
„Agrarbrief“ 375  
Agrarpolitik 68, 90, 851, 986 f., 994 f.  
Altenahr 339  
Ankara 222  
Ansbach 330  
Arbeitsförderung 454 f., 1235, 1529, 1534  
– Ausbildungsförderung 354, 431, 455, 1226, 1491, 1529 f.  
– Berufliche Fortbildung 93, 855, 1527, 1529, 1531  
– Berufsbildungsförderung 340, 454 f., 890, 916, 1304, 1534  
– Bildungsurlaub 908 f., 913, 915 f.  
Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands (ARD) 111, 177, 648, 768\*, 1099, 1186  
Arbeitsmarktpolitik 168, 402, 454, 1235  
– Arbeitslosigkeit 454 f., 771, 1051, 1235, 1534  
– Ausländische Arbeitnehmer 168 f., 454 f., 530 f., 1478  
Attendorf 1237  
Außenpolitik VIII, XXII, 17, 59, 65 f., 82, 113, 120 f., 129, 188, 200, 218–221, 230, 238, 259, 261–265, 287, 305, 339, 576, 596, 604, 628, 758, 777, 785, 802, 812, 815, 829, 850, 854, 927 f., 934, 951, 986, 1020, 1027, 1051, 1062–1064, 1070, 1098 f., 1153, 1179 f., 1285 f., 1346–1349, 1356, 1359, 1375, 1390–1392, 1395, 1409, 1419, 1422 f., 1470, 1474, 1483  
– China 671, 875, 921 f., 927  
– Europäische Gemeinschaft s. dort  
– Frankreich 25, 287, 298, 308, 328–330, 470, 493, 552 f., 576, 700, 710, 804, 920, 1039, 1061, 1080, 1183, 1347, 1384  
– Großbritannien 18, 220, 287, 297 f., 308, 493, 552 f., 576, 804, 1061, 1347  
– Indien 124  
– Jugoslawien 123, 272, 298, 676  
– Polen XXII, 22, 60, 121, 125, 177, 292, 294, 301 f., 326 f., 343, 356–365, 780, 800, 827, 839 f.  
– Rumänien 9\*, 124, 361, 630  
– Schweden 25, 676  
– Sowjetunion XXII, 59 f., 65, 124, 126 f., 136, 138 f., 224 f., 289, 295, 329, 347, 349–356, 377 f., 468, 798, 818 f., 821–824, 827 f., 835, 839 f., 1230, 1326, 1408, 1423  
– – Treffen von Oreanda 553, 716\*, 724, 803  
– Tschechoslowakei 26, 60, 272 f., 301, 361, 468, 780, 1214, 1449, 1471–1473  
– Ungarn 60  
– Vereinigte Staaten von Amerika 9, 18, 64 f., 118 f., 121 f., 129, 143 f., 166, 221, 224, 226, 287, 292–294, 297 f., 308, 382, 391, 463, 470 f., 473, 481, 484, 493, 502, 552, 671, 763 f., 804, 931, 941, 1017\*, 1071, 1153, 1204, 1325, 1347, 1365  
– – Truppenpräsenz 144, 248 f., 266, 940, 1071  
– Vietnam 1423  
Außerparlamentarische Opposition (APO) 112, 148, 258, 843\*, 942\*  
Bad Godesberg 167\*, 646\*, 920\*, 1448  
Bad Krozingen 215\*  
Bad Tölz 1036  
Baden-Baden 602, 669\*  
Baden-Württemberg 71, 333, 407, 453, 584, 588, 634, 739, 779, 882, 929, 1007 f., 1016, 1110, 1135, 1212, 1285, 1296, 1380 f., 1481\*, 1528

- Hochschulpolitik 238 f., 249–251, 256 f., 414 f., 427, 431
- Kommunalwahl 1971 602 f.
- Kreistagswahl 1971 574\*
- Kreistagswahl 1973 1379
- Kreistagswahl 1974 1013\*
- Landtagswahl 1972 XII, 450\*, 551, 598, 604, 611 f., 620, 627, 630, 636 f., 668–670, 688, 692 f., 696\*, 697–699, 701–708, 734, 753 f., 758, 760–763, 765, 767–774, 776, 778 f., 781, 783, 785 f., 788 f., 791, 797, 805 f., 811, 816, 828, 832, 834, 842, 857, 866–868, 878, 880, 1015, 1107 f., 1124, 1129, 1131, 1157, 1225, 1268
- Schulpolitik 427, 1528 f., 1532, 1536
- Bayerische Volkspartei XV, 178, 1387
- Bayern 14, 16, 166, 257, 314, 412, 437, 439, 453, 472\*, 646, 784, 895, 901, 905, 975, 982, 1003, 1007 f., 1028, 1036, 1087, 1113, 1126, 1481\*
- Arbeitsmarktpolitik 1478
- Kreistagswahl 1974 1013\*
- Landtagswahl 1970 14\*, 116\*, 147–149, 179, 323, 325, 594, 599, 603, 770
- Landtagswahl 1974 1013\*, 1357
- Volksentscheid 1420\*
- „Bayernkurier“ 132, 138 f., 179 f., 209, 399, 998, 1401
- Beckum 1024
- Belgien 616, 936, 1080, 1469\*
- Belgrad 222
- Bergbau 1024, 1080, 1210
- Berlin 28, 53, 116, 300, 302, 305, 411, 608, 942, 960, 1012, 1057\*, 1091\*, 1230, 1241
- Berlin-Frage 131, 136 f., 139, 288, 293–296, 327–329, 349–352, 378–382, 458–495, 608 f., 754 f., 780 f., 807, 1038, 1371
- Bundespräsenz 136, 301, 328, 351 f., 378, 381–383, 470, 480, 484
- Hochschulpolitik 88, 174, 432 f., 746, 751
- Verhandlungen und Moskauer Vertrag 291, 296–299, 301–303, 327–330, 350–352, 380 f., 458–472, 476–495, 610, 614, 629, 706, 754, 780, 784, 786, 788–790, 799, 802 f., 807, 821–823, 835 f., 1048 f., 1221, 1545
- Wahl zum Abgeordnetenhaus 1971 285, 341, 343, 366, 470
- Berufliche Bildung (s. auch Arbeitsförderung, Bildungspolitik) XVIII, XXVII–XXVIII, 340, 855, 899, 916, 972, 1091, 1153, 1247–1249, 1255, 1266 f., 1285 f., 1295, 1304, 1324, 1342, 1344, 1385, 1397, 1400, 1417, 1432, 1445, 1449, 1451, 1454, 1459 f., 1462, 1480–1484, 1488, 1497, 1499, 1522–1530, 1532–1537
- Berufsausbildung 82, 239, 354, 1171, 1213, 1385, 1387, 1461 f., 1490, 1517, 1524, 1526–1528, 1531 f., 1535
- – Berufsausbildungsförderung XXVIII, 890, 1226
- Duales System 899, 1461 f., 1533
- Edding-Kommission 1461, 1536
- Betriebsratswahlen 1972 372, 530, 548, 573, 575, 581, 609, 634, 689, 692, 731–734, 775
- Betriebsverfassungsgesetz XXVIII, 22, 244, 556, 565, 567, 578–580, 585, 609, 634 f., 637, 645, 733 f., 968, 988, 996, 998, 1010, 1445
- Bielefeld 315
- Bildungspolitik VIII, XII, XVII, XXVI–XXVII, 67, 72, 188, 201, 238, 248, 252, 256, 339 f., 405, 414 f., 418, 423–426, 498–500, 585, 636, 855, 862, 867, 885 f., 898 f., 911, 949, 970, 972–974, 986, 988, 1029, 1091, 1105, 1118, 1138, 1205, 1310 f.
- Bildungsplanung, Bildungsgesamtplan 239, 252, 340, 401, 414–418, 422, 424, 431, 585\*, 1523
- Bundesausbildungsförderungsgesetz 431\*, 1529
- Blackpool 1239
- Bochum 961, 968, 1324\*, 1343\*, 1482, 1496, 1517
- Bodenrecht XII, XVIII, XXXI–XXXII, 906 f., 1091, 1152 f., 1164, 1171, 1175, 1200, 1213, 1233, 1242, 1247–1249, 1255, 1264, 1266 f., 1285, 1291, 1297, 1301 f., 1304, 1307, 1309, 1318, 1324, 1344, 1386 f., 1397, 1427\*, 1432, 1445 f., 1449, 1451, 1462 f., 1480 f., 1483, 1488, 1497, 1499, 1504–1522
- Böblingen 147
- Bonn 1, 7, 9, 13 f., 24, 29 f., 55 f., 58, 92\*, 114\*, 124\*, 155, 177, 206, 210 f., 214, 274\*, 280, 283, 292\*, 308, 310, 312, 317, 341, 348\*, 358, 366, 376, 383 f., 392, 449\*, 456\*, 458,

## Sachregister

- 460, 470\*, 549, 587\*, 591\*, 607, 639, 646\*,  
652, 671, 676\*, 693, 696, 734\*, 735\*, 743,  
778 f., 795 f., 825, 827, 846, 849\*, 853\*,  
883\*, 888, 926\*, 939, 943, 983, 992, 994,  
997\*, 1001, 1031, 1037\*, 1071, 1084, 1086,  
1207, 1259, 1274, 1322, 1326, 1328\*, 1337,  
1340, 1344, 1427, 1480, 1482\*, 1488\*,  
1547
- Bottrop 1024
- Braunschweig 147, 160\*, 1458\*
- Bremen 386, 549, 783, 970, 1110, 1230
- Bürgerschaftsfraktion 211, 404
  - Bürgerschaftswahl 1971 385, 429, 451,  
549 f., 573, 588 f., 594 f., 597–605, 633, 769
  - Universität 401, 403 f., 429–433, 1029
- Brighton 552\*, 1239
- Brüssel 27, 354, 551\*, 552\*, 563, 629\*,  
1325 f., 1469
- Bukarest 307\*
- Bund-Länder-Finanzausgleich XXV, 248,  
495–501, 503–506, 1014
- Bund-Länder-Kommission für Bildungspla-  
nung 239, 415 f., 424, 584, 893, 1523
- Bund der Mitteldeutschen 28\*
- Bund der Vertriebenen (BdV) 128, 152 f.,  
170, 195, 208, 441, 930
- Bundesamt für Verfassungsschutz 710, 715,  
726, 737, 742, 744
- Bundesanstalt für Arbeit 169, 196, 340,  
454 f., 455, 1235, 1531
- Bundesbank 63 f., 69, 165, 215–217, 232, 246,  
700, 1183, 1278
- Bundesbaudirektion 107
- Bundeskanzler 12, 17, 21, 24, 26, 40, 59, 118,  
189, 315, 382, 538, 575, 756, 759, 773, 792,  
797 f., 809, 856, 883, 885, 919, 944, 950, 989,  
1005, 1016, 1022, 1053, 1073, 1083, 1098,  
1100, 1115 f., 1132, 1190, 1222, 1384
- Konstruktives Mißtrauensvotum XIII,  
XXII, 697 f., 756–759, 774, 784–786, 790–  
792, 794, 798 f., 806, 811, 815 f., 842 f., 945,  
1035, 1088, 1107, 1129 f., 1132, 1146 f., 1157,  
1339, 1384
  - Vertrauensfrage 697, 756, 759, 790 f., 865,  
944 f.
- Bundeskanzleramt 122, 195, 419, 427, 968,  
1531
- Bundesministerien
- Arbeit und Sozialordnung 850\*, 1235
  - Auswärtiges Amt 5, 122, 138, 475, 476\*,  
941
  - Bildung und Wissenschaft 68\*, 1235
  - Finanzen 5, 19 f.
  - Gesamtdeutsche Fragen 608
  - Innern 57, 170, 1295
  - Jugend, Familie und Gesundheit 1310 f.
  - Justiz 847\*, 1310 f., 1505
  - Landwirtschaft 5, 963
  - Verteidigung 939
- Bundesnachrichtendienst (BND) 379 f.
- Bundespräsident 1, 3, 12, 394, 625, 630, 759,  
806, 1173, 1324, 1340, 1352
- Bundespräsidentenwahl 1959 400\*
  - Bundespräsidentenwahl 1964 1222 f.
  - Bundespräsidentenwahl 1969 2, 5, 137,  
276 f., 400
  - Bundespräsidentenwahl 1974 1091, 1169,  
1173, 1222 f.
- Bundesrat 7, 11, 67, 70–72, 74–79, 152, 174 f.,  
193, 200, 203, 254, 380, 397, 401–403, 405–  
407, 410–412, 417, 420, 422, 495, 497, 499,  
505 f., 562, 567 f., 570, 576, 582–584, 609–  
613, 620–622, 624, 626, 628, 634, 658,  
696, 705, 734, 747, 757, 763, 798, 848 f.,  
1024, 1038, 1043 f., 1050, 1056, 1078, 1092,  
1141, 1153, 1278, 1284, 1339–1341, 1358,  
1364–1366, 1368, 1371, 1373, 1377, 1390 f.,  
1393–1395, 1405, 1409, 1470, 1480, 1481\*,  
1529
- Vermittlungsausschuß von Bundestag  
und Bundesrat 70–79, 175, 401\*, 402 f.,  
406, 408, 411, 414, 431\*, 583, 585, 609,  
1259\*, 1329, 1390\*
- Bundesregierung
- Kabinettsitzung 6
  - Presse- und Informationsamt 205, 761,  
784
  - Regierungsbildung 1966 10
  - Regierungsbildung 1969 VII, VIII, IX, 3,  
4, 117, 595
  - Regierungserklärung 1966 8, 22, 122, 124,  
1145
  - Regierungserklärung 1969 XIX, 7–10,  
12–18, 22–28, 37, 67, 71\*, 119–122, 124,

- 134, 142, 239, 254 f., 263 f., 271, 500, 521, 1242
- Regierungserklärung 1973 1147, 1160\*, 1187, 1234\*
  - Regierungskrise 1966 842, 1145
- Bundestag
- Ältestenrat 24
  - Ausschuß für Arbeit und Soziales 579 f.
  - Auswärtiger Ausschuß 613, 638, 759, 810, 831, 836, 843, 844\*, 1340, 1378
  - Innerdeutscher Ausschuß 135\*, 1153
  - Präsident XL, 114, 591, 1074, 1545
  - Rechtsausschuß 760, 1359
- Bundestagswahl 1969 VII, 1–3, 10 f., 14 f., 183–190, 324, 325, 593, 596 f., 603 f., 1099
- Bundestagswahl 1972 VII, XI, XIII–XV, XIX, XXV, 851–883, 907 f., 945, 948, 952–957, 960–970, 974–981, 992–998, 1001–1030, 1034 f., 1051, 1063 f., 1075, 1086 f., 1094–1096, 1098–1100, 1105–1135, 1150 f., 1157, 1168 f., 1174 f., 1182 f., 1185–1191, 1201, 1224, 1433
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) 68, 868, 1235, 1453, 1458
- Bundesverfassungsgericht XVI, XXIV, 373 f., 472, 553 f., 581–583, 602, 611, 625–627, 630, 709, 715 f., 719–721, 725, 728\*, 729, 905, 1049, 1261\*, 1276, 1289\*, 1291 f., 1302, 1303\*, 1405, 1480
- Bundeswehr 674 f., 717, 728, 742, 935–940
- Castrop-Rauxel 1024
- China 368
- Christlich-Demokratische Union (CDU)
- Atlantiker/Gaullisten 1392
  - Bundesfachausschüsse und Kommissionen
    - Außenpolitische Kommission 1321, 1470 f.
    - Ballungsräume/Strukturpolitik 93, 100, 282, 377, 456
    - Baukommission 98 f., 154 f., 202, 210–212
    - Bau- und Bodenrecht 1396 f., 1432, 1451, 1462–1464, 1480, 1483, 1504–1511, 1516
    - Besetzung der Bundesfachausschüsse 209 f., 316, 455 f., 884
    - Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) 1328, 1330
    - Bundesfinanzkommission 332\*, 371, 374, 388, 390, 516 f.
    - Eigentum 1467\*
    - Grundsatzkommission XVIII, 557 f., 561, 563, 576, 593, 648–655, 669, 712, 853, 870, 884, 946, 985, 1040, 1046, 1089, 1091, 1093, 1103, 1154, 1159, 1165, 1169, 1197, 1225, 1227 f., 1248, 1250, 1252–1254, 1256 f., 1266 f., 1270, 1276, 1300, 1309, 1327 f., 1396 f., 1409, 1485–1488, 1537–1539
    - Innenpolitik 1328
    - Kulturpolitik (ad-hoc-Kommission) 417–419, 422, 425
    - Kulturpolitik (Bundesfachausschuß) 670
    - Medien 590, 647 f., 1265, 1464 f., 1480, 1483, 1486 f.
    - Mitbestimmung 91 f., 314\*, 1266, 1343, 1452, 1454, 1458
    - Organisationskommission 591, 668, 947, 1102, 1267, 1485, 1488, 1539–1543
    - Polizei 590, 884
    - Programmkommission (auch Reformkommission) X, XII, XVIII, XXIX, 16, 82–85, 90–98, 100, 114 f., 149, 158, 160–163, 167, 200, 204–206, 236, 241, 281, 283 f., 314, 339, 654
    - Sozialpolitik 210, 413, 884, 901, 1234 f., 1328
    - Steuerreform 377, 495
    - Vermögensbildung 1480, 1484 f., 1492, 1494, 1498\*, 1500
    - Wirtschaftspolitik 888\*, 1182, 1493\*
  - Bundesgeschäftsführer XI, XVII, 40 f., 172, 200, 519, 537–542, 550, 559 f., 565, 589, 1237, 1240, 1369
  - Bundesgeschäftsstelle XVII, 55, 105, 140, 149, 170, 172, 201, 205–207, 214, 216, 225, 281, 283, 314, 317, 367 f., 372, 376, 383, 389 f., 529, 532, 542 f., 545, 559 f., 590, 653, 668 f., 679, 687, 690, 720, 738, 833, 864 f.,

## Sachregister

- 873–875, 878–880, 882, 948, 958, 981, 993, 1102, 1104, 1110, 1199, 1224 f., 1227, 1230, 1271 f., 1276, 1286, 1306, 1308, 1327, 1351, 1393, 1485, 1544
- – Neubau Konrad-Adenauer-Haus 13 f., 36, 55–57, 98, 101, 105–107, 117, 154–156, 201 f., 210–213, 331 f., 385–387, 515, 559, 564, 639 f., 678 f., 1206
  - – – Baustein-Aktion 36, 56, 106, 154, 211, 640, 1240
  - Bundesparteiausschuß 31, 36, 39, 41, 43, 55, 281 f., 308\*, 311, 312\*, 343–345, 376, 383 f., 386, 390, 436\*, 449, 534–537, 550, 558 f., 665, 671, 676, 693 f., 1203, 1241, 1252 f., 1256, 1261, 1264 f., 1287–1291, 1294, 1296, 1300–1304, 1306 f., 1319, 1322, 1326\*, 1327 f., 1335 f., 1339 f., 1344, 1347 f., 1365, 1421, 1453, 1462, 1464 f., 1474, 1491, 1503, 1537, 1543
  - Bundesparteigericht 54, 312, 518 f., 548, 990 f.
  - Bundesparteitage
    - – Goslar 1950 398\*
    - – Berlin 1952 1467\*
    - – Hamburg 1953 1017
    - – Hamburg 1957 147
    - – Hannover 1964 1090, 1154
    - – Braunschweig 1967 34 f., 40, 44–47, 57, 109 f., 162, 201, 1243, 1369
    - – Berlin 1968 39 f., 35, 52, 54, 85, 109, 112, 162, 235, 244, 284, 314, 518, 942, 1101, 1264, 1267, 1316, 1484, 1492
    - – Mainz 1969 IX, X, XVII–XVIII, 31–57, 69, 82, 85, 87 f., 111, 113, 162, 197, 281, 316\*, 385, 386, 532
    - – Düsseldorf 1971 113, 236 f., 241, 243–245, 281, 283–286, 312, 314, 333 f., 340, 344, 346 f., 513, 522 f., 556, 563, 566, 572, 613, 912, 990, 1015, 1101, 1146, 1148, 1152, 1175 f., 1195 f., 1200 f., 1216, 1247, 1264, 1267, 1313–1319, 1406, 1408, 1411–1413, 1415–1417, 1419, 1426, 1430, 1432 f., 1454 f., 1460, 1482, 1484, 1525, 1534
    - – Saarbrücken 1971 XI, XVI, 281, 283–286, 368, 376, 387, 389–395, 397, 511–528, 530, 532–538, 540–543, 545–550,
  - 556–560, 563–566, 586, 590–593, 613, 637 f., 644, 646–648, 670, 682, 692, 856, 972, 984, 1089 f., 1136 f., 1142, 1145 f., 1156 f., 1166, 1214, 1217, 1267 f., 1332, 1362, 1465, 1490, 1541 f.
  - – Wiesbaden 1972 XVIII, 148, 691–693, 854, 859, 868, 878, 883–887, 939, 944–949, 952, 954–963, 968–971, 974, 976 f., 981, 983–992, 999, 1007, 1088, 1101, 1154, 1201, 1224, 1264, 1276, 1416 f., 1493, 1538
  - – Bonn 1973 1431, 1448, 1451, 1453, 1482, 1484, 1540, 1542 f.
  - – Hamburg 1973 XXVII, XXIX, 376 f., 1101, 1139 f., 1142, 1179, 1244–1247, 1256, 1266–1268, 1285 f., 1338, 1341, 1370, 1372, 1376, 1382, 1386, 1396, 1410, 1413, 1431, 1436, 1455, 1465, 1478, 1480–1484, 1488 f., 1498 f., 1501, 1518 f., 1523, 1525, 1536–1539
  - Bundesschatzmeister 41–44, 55, 98, 155, 157, 210, 281, 330, 371, 385, 387, 390, 436, 514, 537–545, 547, 558, 638, 642, 645, 677–679, 681, 862, 999, 1054, 1181, 1187 f., 1226, 1365, 1485, 1542, 1544
  - Bundesvorsitzender IX–XI, XV–XVII, XIX, 192, 194 f., 197, 199, 205, 212 f., 393, 522, 538, 1037, 1054, 1139 f., 1170–1172, 1217 f., 1246, 1350–1355, 1362, 1365, 1373, 1425
  - – Kandidatur für den Parteivorsitz IX–XI, XVI–XVII, 392 f., 395, 434 f., 513 f., 520–525, 527, 549, 1137–1146, 1149, 1156–1158, 1166–1173, 1177–1179, 1184, 1190 f., 1206, 1211, 1214, 1217 f., 1246, 1249 f., 1262, 1324 f., 1356, 1372 f., 1410 f., 1425 f., 1451
  - Bundesvorstand XIII, XX, XXIV, XXVI, 39–41, 58, 84, 100, 114, 145, 153, 155–157, 177, 206 f., 209, 231, 247, 281, 374–377, 382 f., 389, 390 f., 528 f., 534, 542, 547, 548 f., 559, 561, 577, 590 f., 637–639, 647, 659, 662, 666 f., 670, 690, 777, 792, 816, 830, 853, 1068, 1084, 1166, 1200, 1224, 1227–1229, 1265, 1268 f., 1290 f., 1296 f., 1300 f., 1303, 1328, 1351, 1355, 1360, 1363, 1366–1368, 1372, 1374, 1392, 1399, 1410 f., 1428,



- 1431, 1450, 1457, 1481–1484, 1491 f., 1538–1544
- Ehrenvorsitzender 547, 589, 753, 778, 983, 1541, 1547
- Finanzen und Finanzierung XVIII, 36, 98, 47, 54–57, 101, 105 f., 197, 154–156, 201 f., 281, 330–333, 366–376, 385–390, 436 f., 456 f., 514–516, 542–545, 559 f., 564, 580, 586, 638–647, 677–688, 690, 1181 f., 1201, 1206
- Finanz- und Beitragsordnung 33 f., 47 f., 51, 54 f., 155–157, 344, 689 f.
- Mitgliederbeitrag 102 f., 389 f., 516 f., 640, 677 f., 682 f., 688 f.
- Fraktion im Deutschen Bundestag IX, XII, XXIII–XXIV, XXVII, XXIX, XXXII–XXXIII, 2, 7, 10–12, 22, 35, 37, 42, 62 f., 67, 69–71, 73 f., 123 f., 139 f., 144 f., 158, 160 f., 165, 171, 191, 193, 196–206, 217, 228–235, 239–243, 251–253, 255, 272 f., 289–296, 305, 309–311, 326, 373, 391, 397 f., 403, 408–410, 421–424, 462–464, 467–469, 471, 482 f., 486, 495–499, 556 f., 565, 571–573, 579, 587, 591–593, 607 f., 612–616, 618–620, 658–661, 663, 665 f., 685–688, 725 f., 745–748, 760, 771–773, 787–789, 792, 796, 810, 812–814, 830–832, 847, 917, 989, 1002, 1012 f., 1033, 1093, 1158, 1161, 1180 f., 1202, 1205, 1235, 1260–1266, 1285–1287, 1289–1295, 1302–1304, 1313, 1326–1331, 1361–1371, 1394–1398, 1421 f., 1431, 1436–1438, 1444–1447, 1460, 1474–1476, 1497–1499, 1501, 1545 f.
- Arbeitskreise und Kommissionen
- – Arbeitskreis I 632, 656, 725, 900\*
- – – Arbeitskreis II 871\*
- – – Arbeitskreis IV 1522
- – – Arbeitskreis V 273\*, 477, 926 f.
- – – Arbeitskreis VI 251, 253, 257, 1522
- – Berufliche Bildung 1324, 1385, 1397, 1432, 1451, 1459–1461, 1483 f., 1522–1525, 1529, 1535–1537
- – – Mitbestimmung 92\*
- – – Ostkommission 296\*, 477, 490, 612, 828, 1049, 1050, 1054, 1083, 1085, 1285, 1304, 1307, 1340, 1398, 1362
- – – Steuerreform 504, 888–890, 1265, 1510, 1519
- – Elferrat 145, 158, 200, 205, 796, 963, 1035, 1068, 1191
- – Fraktionsgemeinschaft mit der CSU XV, 7, 11, 68, 305, 446–448, 453 f., 748, 934, 972, 1033 f., 1036 f., 1041 f., 1054 f., 1058–1060, 1065 f., 1068 f., 1076 f., 1083, 1341 f., 1349 f., 1353 f., 1356, 1372 f., 1375 f., 1380–1382, 1387, 1397, 1399, 1409 f., 1414 f., 1417–1420, 1424–1427, 1435, 1437, 1442–1450, 1476–1478
- – Fraktionsvorsitzender IX, X, XII, XV–XVI, 4, 139, 170 f., 200, 243, 405, 446 f., 510, 538, 559, 917, 1058, 1069, 1137, 1217 f., 1337 f., 1341 f., 1349, 1353, 1356, 1362–1364, 1369, 1374 f., 1382, 1389, 1399, 1410, 1418 f., 1421 f., 1424–1429, 1431, 1437 f., 1444–1448, 1475, 1477
- – – Rücktritt Barzels XV–XVII, 1337–1342, 1356 f., 1361–1366, 1374, 1397 f., 1403 f., 1410, 1426 f., 1437–1439
- – Fraktionsvorstand 7, 66, 128, 139, 153, 200, 272\*, 286, 291, 306, 309 f., 379 f., 458, 461, 469\*, 470 f., 474, 482, 572, 605, 673, 685, 693, 700\*, 757, 759 f., 817, 844\*, 878 f., 993, 1035, 1059\*, 1061, 1155, 1178, 1187, 1260, 1268, 1291, 1314, 1329, 1344, 1360 f., 1364, 1366, 1378 f., 1389, 1392, 1395, 1404 f., 1422\*, 1470, 1546
- – Landesgruppe Hessen 1356 f., 1360 f., 1401, 1404 f.
- – Verhältnis zur Partei XII, XXXII, 204 f., 496, 529, 560, 592, 641, 685–688, 691, 693, 777, 819, 1091 f., 1103 f., 1155, 1174 f., 1184, 1186, 1217 f., 1241–1243, 1248, 1255, 1259, 1262, 1264 f., 1273, 1276, 1300, 1349 f., 1360–1363, 1368, 1373, 1375, 1387–1389, 1401 f., 1407, 1409 f., 1420 f., 1428, 1440–1442
- Fraktionsvorsitzendenkonferenz 171–173, 302\*
- Generalsekretär X, XI, XIX, 4, 31, 34, 36, 40–42, 80 f., 98, 101, 116, 173, 200 f., 388, 390, 397, 513, 519, 522–524, 526–528, 537–543, 545, 547, 565, 589, 591, 670, 679, 693,

## Sachregister

- 884, 945, 948, 985, 1246–1248, 1256, 1357, 1360, 1363–1365, 1367, 1369 f., 1374, 1388, 1451, 1466, 1485, 1537–1539, 1542 f., 1545
- Hausverein 154–156
  - Kanzlerkandidatur X, XIV–XV, 192, 394–396, 398–401, 434–436, 538, 540, 545 f., 565 f., 586, 591, 610, 637 f., 855–860, 875, 884, 953 f., 1007, 1036, 1097 f., 1111, 1137, 1139 f., 1142, 1156, 1170 f.
  - Konfessionsfrage 186 f., 594, 740 f., 769 f., 1012, 1016, 1100, 1106, 1113 f., 1126, 1128, 1161, 1174, 1178, 1191, 1193, 1199, 1205, 1222, 1241, 1269, 1416
  - Kreisverbände 34–37, 83, 85, 87, 92, 100–104, 107, 112, 115, 149, 161, 283 f., 343, 516, 532–534, 560, 590 f., 640, 644, 646, 669, 677, 680, 685, 687, 689, 833, 864, 878, 880, 954–956, 967, 969, 977, 1020, 1060, 1076, 1077, 1102, 1149, 1159, 1226, 1233, 1253, 1264, 1268–1271, 1277, 1298, 1363, 1484, 1511, 1514
    - Bielefeld 1271
    - Bonn 56, 98 f., 542
    - Bühl 99, 532 f.
    - Fulda-Land 529
    - Frankfurt 99, 370
    - Kempen-Krefeld 539, 542
    - Köln 529, 590
    - Stockach 390
  - Landesgeschäftsführerkonferenz 46, 101, 172, 343\*, 669, 684, 883, 981, 1541
  - Landesverbände 35, 40 f., 44–46, 55, 79–81, 85, 93, 100–105, 168, 172, 237, 317, 332 f., 336 f., 340, 366, 368 f., 371–376, 385, 388–390, 396, 436\*, 438, 443, 457, 511, 515, 525, 529, 534, 536 f., 544, 559 f., 562, 564, 590 f., 640, 642–644, 654, 670, 676, 681, 684, 689, 691, 738, 853, 856, 863, 879–881, 883, 947, 977, 979 f., 983, 990, 994, 1013, 1076, 1103, 1151, 1201, 1263, 1268 f., 1272, 1275, 1296, 1363, 1380, 1403, 1429, 1433, 1448, 1514, 1518 f., 1540
    - Baden 669\*
    - Baden-Württemberg 282, 386, 668 f., 705, 707\*, 1331, 1379, 1382
    - Berlin 25 f., 44, 102 f., 386, 474, 482, 560, 786, 1055, 1240, 1257, 1370, 1372, 1541 f., 1545
      - Braunschweig 110
      - Bremen 385 f., 429, 642
      - Hamburg 100, 153, 372, 386, 389, 516, 989, 991
      - Hessen XVIII, 104 f., 146–151, 325, 372, 375, 386, 389, 438 f., 713, 882, 1195 f., 1304 f., 1357 f., 1404, 1406
      - Niedersachsen 75, 110, 275, 277, 283 f., 386, 389, 439, 788, 1425, 1427
      - Nordbaden 87, 669\*
      - Nordrhein-Westfalen 515
      - Nordwürttemberg 44, 669\*
      - Rheinland 45, 57, 209, 232, 334, 386, 529 f., 642, 882, 1154, 1201, 1374, 1376 f.
        - – – Wirtschaftsvereinigung 336 f.
      - Rheinland-Pfalz 55, 283 f., 333, 373, 386, 882
      - Saarland 209, 283 f., 535, 577
      - Schleswig-Holstein 172 f., 386
      - Westfalen-Lippe 35, 46, 209, 232, 262\*, 386, 580, 642, 801, 807 f., 814 f., 837, 1087, 1171, 1195, 1200 f.
    - Landesvorsitzende 93, 114, 171–173, 214, 306, 371, 525, 558 f., 561, 576 f., 587, 589, 643, 646, 667, 676\*, 682, 684, 846, 879, 944, 946, 966, 978 f., 994, 1198 f., 1269, 1277, 1336, 1363, 1368, 1392, 1540
    - Landesvorsitzendenkonferenz 46, 105, 114, 172, 576 f., 589, 667, 687
    - Medien (Verhältnis zu), Öffentlichkeitsarbeit, Medienpolitik XVII, 74, 128, 138, 170, 179, 189, 194, 205 f., 261, 368, 493, 529, 565–571, 576, 587, 590, 666–668, 681, 687 f., 746, 855–860, 886, 773, 781, 783 f., 853 f., 996, 1007, 1076 f., 1102 f., 1150, 1152, 1155, 1172, 1174, 1185 f., 1199, 1219, 1221, 1273–1275, 1426, 1489 f.
    - Mitglieder- und Wählerstruktur VIII, XI, 26, 59, 86–92, 185–187, 190, 319 f., 440, 442, 584, 576, 596, 690 f., 707 f., 740 f., 771 f., 882, 979, 1003 f., 1008 f., 1011, 1029 f., 1098–1102, 1105–1117, 1119–1123, 1125–1129, 1174 f., 1192 f., 1199 f., 1222, 1229–1233, 1276 f., 1285, 1297–1299, 1306 f., 1309–1311, 1379, 1387, 1433, 1521

- – Mitgliederkartei 207 f., 689, 691
- – Mitgliederwerbung XI, XVII–XVIII, 11 f., 26, 28, 100–105, 208 f., 647, 680, 687–690, 708, 738, 740 f., 863, 956, 969, 977, 980 f., 1011, 1017 f., 1022 f., 1040, 1076, 1087, 1093 f., 1102–1105, 1159 f., 1199 f., 1212, 1224, 1239–1241, 1246, 1269, 1274, 1298–1300, 1306, 1311 f., 1374
- – Mitgliedschaft von Ausländern 515, 529–532, 726, 730, 1215, 1267, 1270
- Ost- und deutschlandpolitische Initiativen 288–293, 326, 349, 460, 461–477, 485 f., 492 f., 629–632, 637 f., 744 f., 780 f., 787, 799 f., 807 f., 812, 820 f., 826 f., 831 f., 838 f., 850, 1221, 1366, 1367
- – Stufenplan 799, 850, 854 f., 973, 1091
- Parteireform und Strategiedebatte IX, X, XI, XII, XVII–XIX, XXXII–XXXIII, 27, 84–87, 149, 190–209, 258–260, 313, 370, 396, 519–529, 533, 536, 589, 651 f., 686 f., 740 f., 1066–1068, 1089–1091, 1101–1105, 1135–1140, 1144–1146, 1148–1152, 1154–1168, 1170–1172, 1175–1179, 1184, 1186 f., 1197, 1199, 1200–1205, 1207, 1209–1216, 1224–1234, 1239–1243, 1247–1257, 1263–1265, 1269 f., 1272, 1286, 1289, 1300 f., 1321, 1349 f., 1387, 1410–1412, 1414, 1431
- – „C“-Diskussion 58, 83, 85–87, 410, 442, 998, 1089, 1139, 1177, 1197, 1228, 1234, 1257, 1263, 1265, 1319, 1348, 1402
- – CDU als Volkspartei 167, 1015, 1102, 1154, 1167 f., 1179, 1240, 1243, 1248, 1251, 1254, 1269 f., 1348 f., 1353 f., 1384, 1403, 1406, 1424, 1517, 1538
- – Oppositionsrolle VIII, IX, X, XIV, XIX–XX, XXXII–XXXIII, 2, 4, 7, 11–15, 21–24, 36–38, 65–67, 72–74, 76, 78, 120, 129, 133, 141 f., 191–210, 235, 247–249, 256, 258–275, 291 f., 300 f., 322, 348, 373, 397, 401 f., 423, 538, 559–565, 571 f., 594–597, 609, 612–614, 792, 811 f., 847, 851 f., 889, 971, 1001 f., 1005 f., 1009–1014, 1041, 1043, 1065–1073, 1076 f., 1087 f., 1091 f., 1103 f., 1194, 1202, 1221 f., 1270, 1285, 1319 f.
- Präsidium XXIV, 2, 30–32, 38–46, 52, 58\*, 63, 79–82, 85, 98, 108, 111, 114, 117, 120, 128, 145–148, 150 f., 153–157, 163, 170, 177 f., 192, 200 f., 203, 206–208, 217, 228, 230, 232 f., 275, 281, 284–286, 291, 306, 309 f., 316, 325 f., 329, 336 f., 342 f., 346, 368 f., 371, 374–376, 380, 386 f., 392–395, 398, 403 f., 417, 437 f., 448 f., 457–460, 470 f., 474, 495–498, 500–503, 510, 520 f., 528 f., 534, 537 f., 541, 543, 545–547, 549, 553–556, 558–562, 565, 570, 572, 576 f., 582, 586 f., 591 f., 607, 615, 636, 640, 643, 647–649, 651, 656, 672, 676 f., 679, 684, 686 f., 690–694, 696, 698, 745 f., 750, 756 f., 759–762, 785, 792, 796 f., 807–809, 816, 842, 846, 848 f., 852 f., 879, 885 f., 939, 943, 947 f., 852 f., 879, 885 f., 939, 943, 947 f., 953 f., 963, 992, 1001 f., 1006 f., 1030, 1035, 1042, 1086, 1093, 1155, 1157, 1180, 1198, 1201 f., 1207, 1227, 1236, 1241, 1244 f., 1247, 1253, 1260–1264, 1266, 1268 f., 1277 f., 1293, 1296, 1312 f., 1315 f., 1319, 1326 f., 1337–1340, 1358, 1360, 1362–1364, 1367–1369, 1371, 1373 f., 1388–1390, 1394, 1396, 1402, 1405, 1415, 1425, 1428, 1434–1436, 1438 f., 1448, 1452, 1462, 1465, 1469, 1475 f., 1478 f., 1483–1485, 1488, 1492, 1496 f., 1532, 1538–1542
- – Aufgabenverteilung 79–81, 200 f., 561\*, 592
- – Kontaktgespräche 1102 f., 1246, 1268, 1388, 1496
- – Programmatik 112 f.
- – Ahlener Programm (1947) 1495
- – Berliner Programm (1968) XII, XVIII, 36, 39, 52, 67 f., 82, 84 f., 109, 148, 157, 232, 243, 283 f., 339, 650, 855, 908 f., 911, 1090, 1103, 1224, 1228, 1230, 1251, 1262, 1265 f., 1471, 1538 f.
- – Düsseldorfer Leitsätze (1949) 1469
- – Düsseldorfer Programm (1971) XVIII, 339 f., 556, 566, 572, 586, 636, 855, 889, 908 f., 973, 983, 1042, 1182, 1313, 1318 f., 1339, 1385, 1454, 1497, 1455, 1526
- – Wahl- und Regierungsprogramm (1972) XIII, 36, 610, 637, 649, 852, 855, 866, 868, 884 f., 922, 928, 933 f., 939, 942\*, 945 f., 954 f., 957 f., 970–974, 983,

## Sachregister

- 989, 1033, 1040–1042, 1054, 1065 f., 1077, 1087, 1090–1093, 1096, 1103, 1144, 1182 f., 1276, 1341, 1429 f., 1445, 1449, 1454, 1482, 1493, 1506, 1516
- Satzung, Statut 34–36, 39–41, 47 f., 50, 57, 99, 102, 114, 155–157, 170 f., 206, 281 f., 311–313, 335–338, 344, 369, 395–397, 399, 514 f., 517, 520 f., 528–533, 537–542, 548 f., 558 f., 564, 576, 591, 625, 691, 884, 947, 1202, 1239, 1243, 1267, 1273, 1288–1290, 1328, 1335 f., 1374, 1382, 1388 f., 1394, 1397, 1404, 1431, 1438, 1441, 1455, 1457, 1462, 1481, 1484 f., 1541–1544
- Union-Betriebs-GmbH (UBG) 154 f., 331, 388, 390, 544 f., 640 f., 999
- Vereinigungen bzw. Sondervereinigungen
  - Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA)/Sozialausschüsse 57, 92, 96, 145, 158, 161–163, 242, 260, 281, 312\*, 314, 334, 372, 435, 449, 456 f., 548, 588, 692, 733\*, 911, 965, 972, 981, 998, 1022, 1145, 1168, 1176, 1196, 1200, 1255, 1272, 1317, 1321, 1353\*, 1358, 1385, 1406, 1408, 1412 f., 1415, 1417, 1453, 1482, 1496, 1517, 1534, 1542
  - – Betriebsrätekonferenz 692, 733, 1496
  - – Bundestagungen 410, 456, 1324, 1343, 1496
  - – Satzung 312 f., 337, 344
  - – Evangelischer Arbeitskreis (EAK) 375\*, 585, 651–653, 668, 701, 965
  - – Frauenvereinigung 34 f., 39, 41, 45, 100, 313, 337, 345, 619, 656, 658 f., 979, 981, 1102, 1232, 1266, 1272, 1310, 1327, 1330
  - – Junge Union (JU) XXIX, 53 f., 98 f., 160\*, 161–163, 175, 182, 265, 267, 276, 284, 313 f., 337, 343 f., 454, 456, 512, 591, 601, 651, 653, 658, 690, 738, 745, 784, 825, 870, 879, 978, 991 f., 1012, 1015, 1022, 1044 f., 1049, 1094, 1102, 1171, 1224–1227, 1229, 1237 f., 1245, 1248, 1266, 1272, 1311, 1314, 1324, 1344, 1385\*, 1427, 1429, 1485\*, 1516, 1537
  - – Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) 313, 344
  - – Mittelstandsvereinigung (MIT) XXVII, XXIX, 57, 241, 281, 312 f., 330 f., 336–338, 344, 678–680, 912 f., 972, 995 f., 998, 1015, 1176, 1324, 1343 f., 1468, 1501, 1517, 1545 f.
  - – Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) XXIX, 52–54, 88 f., 95, 577 f., 654, 689 f., 694, 733, 735–738, 741, 745, 973, 1032, 1040, 1094, 1137, 1229, 1266, 1272 f., 1314, 1324, 1496
  - – Soltauer Kreis 1230
  - – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge 170 f., 196, 281, 312 f., 344, 1303, 1328
  - – Wirtschaftsrat der CDU e. V. XXVIII, 158 f., 162, 642, 1125, 1168, 1176, 1324
  - – – Rechtsstellung in der Partei 57, 162 f., 312–314, 334–338, 371, 456
  - – Wirtschaftsvereinigung 57, 312–314, 335 f.
  - – – Satzung 281, 312, 334
- Verhältnis zur CSU XV, XVII, 13–15, 27, 68 f., 80, 127, 179 f., 194, 237, 247, 252, 255, 260, 299, 305, 309, 325 f., 394–401, 412, 437 f., 440, 443 f., 446–448, 450–454, 506, 526, 562 f., 565–567, 573, 577, 581–584, 586, 590–592, 610, 612, 623, 628, 630, 636–638, 643–649, 663 f., 746, 748, 760, 807, 856 f., 868, 874 f., 886, 902, 934, 940, 945 f., 953, 959, 970, 974, 989, 1001 f., 1033–1037, 1039, 1043, 1047, 1052, 1054 f., 1058–1061, 1063–1069, 1074, 1076 f., 1083, 1096, 1129, 1144, 1148, 1152, 1198, 1230, 1261 f., 1265, 1287, 1292–1294, 1296 f., 1301–1303, 1312 f., 1317 f., 1341 f., 1349 f., 1353 f., 1365–1367, 1372, 1375 f., 1382, 1384, 1386–1389, 1391, 1393–1396, 1399–1401, 1403, 1411 f., 1414–1421, 1424 f., 1428, 1431–1433, 1435–1437, 1445 f., 1449–1451, 1453–1466, 1468–1471, 1475 f., 1481–1483, 1509, 1535
- Verhältnis zur FDP VII, 2–5, 10, 12–14, 21 f., 63, 65, 88, 99, 161, 202 f., 318, 320, 322 f., 325, 438 f., 450, 650, 756, 761 f., 855, 866–869, 949, 977, 1019 f., 1074, 1082, 1172 f., 1180, 1192 f., 1210, 1222 f., 1237, 1282, 1310
- Verhältnis zur SPD 4, 13, 15, 62, 87 f., 137,

- 276, 622, 650, 696, 847 f., 855, 944 f., 977, 1063, 1143, 1146, 1285
- Versorgungswerk 369\*, 373–376
  - Wahlkongreß in Essen 1969 36, 52
- Christlich-Soziale Union (CSU) XX, 578, 582 f., 612
- Freundeskreise XV, 178–183, 191, 193, 195, 198, 237, 260
  - Landesgruppe im Deutschen Bundestag XV, XVIII, XXIX, XXXIII, 2, 255, 777\*, 1035\*, 1059, 1420, 1476, 1535
  - Landesparteitag 1970 262\*
  - Landesparteitag 1971 586, 588\*
  - Landesparteitag 1972 884, 1036, 1446
  - Mitgliederwerbung, Entwicklung s. CDU
  - Präsidium 291, 452, 748, 1462
  - Verhältnis zur CDU s. CDU
  - „Vierte Partei“ XV, 1342, 1375 f., 1396, 1399, 1411, 1414, 1417–1419, 1425, 1432, 1435, 1437, 1442–1444, 1482
- Christliche Volkspartei (CVP) 440\*, 1387
- Dachau 1036
- Dänemark 744, 923 f., 926, 984, 1469\*
- Den Haag 60, 66
- Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) 208, 574, 1388
- Deutsche Demokratische Republik (DDR) XXIV, 23, 121, 131 f., 135, 272, 1056 f.
- Anerkennung allgemein 8–10, 62, 88, 118, 122, 124 f., 226, 616, 1032
  - Anerkennung durch die Bundesrepublik XIX–XX, 8 f., 21, 23, 26, 60, 62, 64 f., 88, 132, 144 f., 188, 198, 221, 263, 267, 271, 288, 291, 294, 473, 1056, 1099, 1340
  - Außenpolitik 927, 1346, 1474
  - Beziehungen zur Sowjetunion 226, 355 f., 617
  - CDU der DDR 1056
  - Grundlagenvertrag XIV, XXIV, 477, 849, 921, 925, 983, 1002, 1005, 1010 f., 1014–1017, 1022, 1024, 1027 f., 1030, 1034, 1038 f., 1043–1050, 1053–1055, 1061–1063, 1066–1082, 1089, 1091, 1098, 1104, 1114–1116, 1134, 1137, 1153, 1168 f., 1180 f., 1194 f., 1198, 1211, 1214, 1242, 1261\*, 1262, 1302, 1303\*, 1326, 1332, 1339 f., 1346 f., 1358, 1362, 1365, 1370, 1375\*, 1377, 1380 f., 1392, 1422, 1444, 1447 f., 1474, 1480 f.
  - Innerdeutsche Gespräche und Verhandlungen XX, 122 f., 139, 141 f., 177, 235 f., 238, 265–271, 461–466, 474–477, 551 f., 571
  - Passierscheinabkommen 760 f., 798
  - Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 716 f., 1010 f., 1039, 1062–1064, 1070, 1073
  - Transitverhandlungen und Verkehrsvertrag 139, 295, 327 f., 466, 473, 478, 488 f., 502, 760 f., 813, 815 f., 849, 921, 1038, 1044 f., 1062, 1070, 1072
  - Treffen von Erfurt und Kassel (1970) 177, 181, 197, 224, 227, 238, 265 f., 268 f., 271, 303, 461, 614
- Deutsche Frage (s. auch Wiedervereinigung, Selbstbestimmungsrecht) XIX, 9, 125 f., 131 f., 143, 267, 279, 288, 293, 363, 491, 794 f., 800, 802, 804, 807, 812, 815, 817 f., 822, 828, 832, 836–838, 842 f., 1057, 1061 f.
- Brief zur Deutschen Einheit 259, 798 f., 810, 831, 839
- Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 249, 601, 618, 623, 632, 634, 673, 675, 689, 709–711, 714–719, 722–725, 727 f., 730, 733–735, 737, 740, 742, 746, 748, 805, 832, 902, 1193, 1383
- Deutsche Partei (DP) 277, 440, 442, 1425
- Deutsche Postgewerkschaft (DPG) 15
- Deutsche Union (DU) 325\*, 400, 437–454, 766, 1148, 1192
- Deutscher Ärztetag 914
- Deutscher Bauernverband 90, 152, 405, 1268, 1427
- Deutscher Beamtenbund (DBB) 73, 207
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) 15, 68, 240, 407\*, 575, 584, 587\*, 635, 755, 775\*, 781, 893, 907 f., 916 f., 1007, 1012, 1015, 1021 f., 1087, 1089, 1091, 1114, 1146, 1169, 1176, 1195, 1236, 1282, 1312–1314, 1493
- Deutsches Industrieinstitut 229, 231
- „Deutsches Monatsblatt“ 209, 211, 375, 1094, 1103, 1187, 1273 f., 1312
- Deutschlandpolitik VIII, XII, XIV, XIX–

- XX, 8, 16 f., 22 f., 59, 62, 82, 88, 118, 122, 128–137, 143, 177 f., 198 f., 205, 220 f., 228, 235 f., 238, 258 f., 262–264, 270 f., 280, 285–287, 289, 296, 310, 384, 465, 485, 496, 569, 816, 818, 826, 850, 921 f., 925–927, 931, 947, 973, 1022–1024, 1043–1046, 1056 f., 1061, 1063, 1074, 1091–1093, 1104 f., 1129, 1152 f., 1180, 1242, 1263, 1266, 1339 f., 1349, 1356, 1375, 1384, 1408, 1423, 1474, 1483
- Alleinvertretungsanspruch 9, 124, 829, 835
  - Bericht zur Lage der Nation 69, 117, 122, 130, 136, 140, 462
  - 17. Juni 287, 1544–1546
- Deutschland-Stiftung 334, 1189\*
- „Deutschland-Union-Dienst“ (DUD) 368, 373, 387, 389, 729, 1094
- Deutschland-Vertrag 259, 802, 821
- „Dialog“ 332–335, 337
- Dinslaken 1024
- Dortmund 731\*, 908\*, 960\*, 967, 992, 1019
- Düren 767
- Düsseldorf 113\*, 147, 216\*, 236\*, 240, 285 f., 340, 346, 400\*, 519, 568, 574, 696, 710\*, 907\*, 1012\*, 1146, 1174\*
- Duisburg 147
- Eigentumspolitik s. Vermögenspolitik
- England s. Großbritannien
- Entspannungspolitik 119, 124, 144, 288, 293, 296, 300, 304 f., 341, 349, 363, 467, 569, 614, 620, 803, 822, 923, 939, 972, 1062
- Entwicklungspolitik 92 f., 941, 988, 1205
- Erbach 235\*
- Erfurt s. Deutsche Demokratische Republik
- Erster Weltkrieg 1081
- Essen 36, 52, 108, 111, 437, 579\*, 1238
- Europäische Gemeinschaft (EG) 66, 266, 354, 502, 509, 588, 615 f., 813, 890, 932, 940, 1081, 1325
- Agrarfinanzierung 66, 941
  - Beitritt Großbritanniens 60 f., 66, 355, 564, 612\*, 1317
  - Erweiterung 20, 25, 66\*, 340, 354 f., 563 f., 923–925, 984, 1317
  - Währungspolitik 37, 563, 1325
- Wirtschafts- und Währungsunion 61, 340, 923, 931
- Europäische Sicherheitskonferenz s. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
- Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD) 33, 343\*, 512, 984, 1369
- Europapolitik 25, 60, 62, 259, 464, 563, 628, 807, 854, 920, 922, 931 f., 947, 973, 1044, 1091, 1422, 1469
- Politische Union 25, 120, 130, 308, 340, 803, 812, 923 f., 931 f., 940, 1091, 1153, 1339, 1349
- Europarat 27
- Euskirchen 767
- „Evangelische Verantwortung“ 375
- Familienpolitik (s. auch Kindergeld) XXX, 78, 82, 899, 909, 912, 1019, 1091, 1265, 1310
- Ehe- und Familienrecht 405, 917 f., 1162, 1233 f.
  - Familienlastenausgleich XXX, 37, 78, 890, 911, 1513
- Finanzpolitik (s. auch Haushaltspolitik, Wirtschaftspolitik) 7, 11, 18 f., 116 f., 163, 165, 188, 258 f., 262, 305, 311, 377, 424, 495, 505, 508 f., 698–700, 758, 851, 885, 889–893, 908, 933 f., 943, 1014, 1155, 1259, 1278, 1292
- Mittelfristige Finanzplanung 69, 78, 416, 507 f., 588, 944, 972, 1187
- Finnland 927
- Föderalismus 82, 149, 851, 895–897, 974, 1133 f.
- Enquetekommission Verfassungsreform 895–897
  - Ernst-Kommission 895 f.
- Formierte Gesellschaft 1174
- Forschungs- und Technologiepolitik 167, 899, 911, 915
- Frankfurt/Main 104, 180, 312, 432, 585, 970, 1029, 1191, 1285, 1463
- „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ 139, 233, 1475
- Frankreich 20, 25, 60 f., 274, 297, 382, 490, 708, 804, 840, 920, 1045, 1080 f.
- Frauenpolitik XVII, 37, 340, 846, 909, 916,

- 979, 980f., 1019, 1123, 1178, 1231–1234, 1238f., 1241, 1248, 1266, 1273, 1309f.
- Freiburg 89\*, 597, 602, 754, 842, 965, 1052\*
- Freie Demokratische Partei (FDP) VII–VIII, XII, 65, 567, 578, 625, 637, 662, 704, 807, 830, 855, 948, 977, 1099, 1180, 1210, 1222f., 1228, 1280, 1282, 1319, 1343, 1489, 1545
- Bundesparteitage
  - – Freiburg 1969 89
  - – Freiburg 1971 572, 585, 1052\*
  - Dreikönigstreffen 1972 707\*
  - Fraktion im Deutschen Bundestag 4, 63, 271, 405, 408
  - Freiburger Programm 1052, 1228
  - Jungdemokraten 137, 249, 320, 341, 720
  - Koalition und Koalitionsverhandlungen VII–VIII, 4
  - Länder
    - – Bayern 5, 14
    - – Baden-Württemberg 705, 868f., 761f.
    - – Berlin 88
    - – Bremen 404
    - – Hessen 318, 322–324
    - – Niedersachsen 75, 174f., 259, 440f., 1015
    - – Nordrhein-Westfalen 3, 63, 161, 186, 217f., 242, 245, 259, 327, 441, 1323
    - – Rheinland-Pfalz 3, 319–321, 765f.
    - – Saarland 3, 161
    - – Schleswig-Holstein 3, 450
  - Mitglieder- und Wählerstruktur 89, 185–187, 202f., 231, 322–324, 597, 761f., 769f., 869, 1004, 1109, 1112, 1115–1120, 1123, 1128, 1192, 1200
  - Verhältnis zur SPD VII, VIII, 10, 168, 202f., 322f., 325, 597, 762, 867–869, 1022, 1052
- Freie Volkspartei (FVP) 442
- Friedensnobelpreis XIV, 555, 570, 575f., 584f., 587f., 755, 758, 773, 797, 977, 1133
- Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 970
- Fürth 603
- Geld- und Kreditpolitik 69, 1281
- Gelsenkirchen 1024
- „General-Anzeiger“ 59
- Genf 1470\*
- Gesellschaftspolitik VIII, XII, XXVI, 12, 28, 79, 88, 113, 133, 161, 163, 166, 168, 198, 201, 231f., 234, 237f., 241, 265, 271, 309, 530, 561, 571, 579, 607, 609, 634–636, 698, 703, 740, 762, 828, 875, 908–918, 972, 1046, 1057, 1062, 1092, 1100f., 1103, 1155, 1162f., 1175, 1213, 1215, 1264, 1281f., 1294, 1310, 1341, 1344–1347, 1370, 1374f., 1400, 1406, 1412f., 1419, 1433, 1444f., 1447–1449, 1466, 1494, 1500, 1519
- Gesundheitspolitik 895, 914, 950, 1148
- Gewaltverzicht XIX, 59f., 65, 126, 142, 224f., 269, 291, 296, 303f., 307, 329, 379, 643, 646, 773, 779f., 831f., 836, 927
- Gewerkschaft der Polizei 208
- Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) 73
- Gewerkschaften (s. auch Deutscher Gewerkschaftsbund, Einzelgewerkschaften) XXVII, 13, 79, 157, 159, 187, 233, 244, 305, 455, 561, 574f., 581, 634, 641, 645, 717, 729–732, 735, 739, 775f., 819, 907f., 916, 918, 1012, 1022, 1086, 1099f., 1114, 1124, 1146, 1148, 1196, 1200, 1205, 1213f., 1219, 1235, 1268, 1277, 1383, 1406, 1430, 1434, 1448, 1496, 1533
- Neue Heimat 407–409
- Gießen 1029, 1305
- Gladbeck 1024
- Goslar 398\*
- Griechenland 222f., 236
- Großbritannien 18, 26, 292, 361, 534, 957, 1045, 1080f., 1098, 1132, 1183
- Konservative Partei 292, 552\*, 1239
- Große Koalition VII, XX, XXVIII, 76f., 122, 158, 164, 188f., 227, 321, 394, 594, 598, 625, 747, 896, 1050, 1073, 1099, 1125, 1145, 1379, 1392, 1546
- Grundgesetz XXIV, 21, 23, 68, 249, 251, 256, 472, 474\*, 480, 484, 672\*, 697, 708f., 712, 715f., 718–721, 727–729, 802, 842, 895–897, 944\*, 945\*, 972\*, 1014, 1039, 1053, 1064, 1070, 1088, 1208, 1328, 1384\*, 1408, 1383\*, 1546
- Guam 1071\*

## Sachregister

- Guinea 356\*
- Hamburg 147–149, 181\*, 236, 376 f., 432, 574, 618, 632, 741, 970, 1040, 1110, 1465
- Bürgerschaftswahl 1970 14\*, 153, 179–181, 227 f., 598, 600, 1124
  - „Handelsblatt“ 1280, 1493
- Hannover 181 f., 400\*, 1015, 1021\*
- Haushaltspolitik (s. auch Finanzpolitik) 69, 72, 117, 165 f., 215, 311, 509, 885, 889, 893 f., 944
- Bundeshaushalt 63, 69, 165, 202, 311, 499, 575, 587, 756 f., 759, 781, 785, 790 f., 794\*, 797, 811, 833, 848, 871 f., 876, 883, 892, 903 f., 912–914, 1023 f., 1279, 1282 f., 1323, 1530
  - Haushaltssicherungsgesetz 24, 892 f.
- Heidelberg 432, 573\*, 602
- Heilbronn 602
- Heinsberg 767, 1024
- Helmstedt 1097
- Helsinki 20, 267, 352\*, 849\*, 923, 927\*, 1325 f., 1346, 1349, 1474 f.
- Herford 1324\*, 1344\*, 1385\*, 1516\*, 1517
- Herne 1024
- Hessen 104, 108–112, 423, 718, 721, 739, 770, 866 f., 1191
- Bildungspolitik XXVII, 423, 750, 751, 1010, 1029, 1197, 1305, 1310
  - Kommunalwahl 1970 199
  - Kommunalwahl 1972 966, 969, 1010
  - Kreistagswahl 1974 1013\*
  - Landtagswahl 1970 14\*, 146–149, 153, 179, 314, 317 f., 321–327, 439, 598 f.
  - Landtagswahl 1974 1013\*, 1357
- Hessischer Rundfunk 150, 1427, 1429
- Hochschulen XXVIII, 95, 238 f., 247–256, 340, 431 f., 577, 734, 738, 741, 936, 1015, 1152, 1229
- Hochschulbau 14, 68\*, 239, 254–257
  - Hochschulfinanzierung 14, 68\*, 239, 248–250, 254–257, 751
  - Hochschulrahmengesetz XXVIII, 68, 246 f., 251–253, 422 f., 425–427, 429, 745, 749–751, 1152
  - Hochschulreform XXVII, 82, 85, 149, 249–251, 711, 751 f.
- Numerus clausus 68, 239, 246–249, 252, 255
  - Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB) 709, 714, 734 f., 737
  - Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) 53, 618\*, 621, 623, 747
  - Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) 53, 734–736
- Holzminen 709\*
- Industriegewerkschaft Bau Steine Erden 947
- Industriegewerkschaft Bergbau 1021
- Industriegewerkschaft Chemie Papier Keramik 320, 908
- Industriegewerkschaft Druck und Papier 570, 574
- Industriegewerkschaft Metall 947
- Inflation (s. auch Preisentwicklung) 69, 169, 229, 280, 384, 499, 505–508, 551, 617, 699 f., 762, 855, 860 f., 877, 906, 912 f., 949, 952, 955, 978, 1023, 1027, 1051, 1119, 1182, 1222, 1283, 1324, 1342, 1380, 1397, 1434, 1515, 1517 f., 1520
- Innenministerkonferenz 623, 672, 674 f., 725, 748, 1295
- Innenpolitik VIII, 21, 28, 59, 62 f., 65, 120, 129, 133, 144, 217, 223, 232, 238, 244, 246, 261–265, 294, 298, 302, 364, 382, 418, 435, 563, 570 f., 576, 604, 622, 724, 762 f., 785, 797 f., 805, 807, 810, 822 f., 827, 834, 850, 855, 925 f., 1051, 1241, 1285, 1291, 1328, 1375, 1390 f., 1395, 1419, 1422, 1466
- Innere Reformen XXII, XXIV, XXV, 26, 133, 214–217, 228, 230 f., 238, 252, 262, 311, 384 f., 414, 699, 828
- Innere Sicherheit (s. auch Radikalismus) XII, XXVI, XXX–XXXI, 188, 478, 546, 710, 723, 738, 743 f., 747, 755, 771, 854 f., 895, 897 f., 902 f., 949, 950 f., 961 f., 970, 972, 985, 1187, 1285 f., 1294 f., 1321
- Kriminalität (auch Verbrechensbekämpfung) XXX, 188, 744, 747, 749, 762, 898, 950 f., 1005
  - – Baader-Meinhof-Gruppe 624, 710, 744, 964



- Interparlamentarische Union (IPU) 26, 1056
- Irland 1469\*
- Italien 223, 361, 710 f., 724, 744, 1058, 1080 f., 1131, 1386, 1469\*
- Democrazia Cristiana 1346, 1136, 1386
  - Kommunistische Partei (KPI) 223, 616\*, 710 f., 723–726, 1010, 1073
- Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 117\*, 165 f., 215\*, 1235\*
- Japan 18, 1131
- Jugendpolitik 900, 995, 1018 f., 1081, 1086, 1091, 1096, 1102, 1113, 1120–1122, 1178, 1185, 1190, 1196 f., 1213, 1224–1227, 1229–1231, 1245–1247, 1266, 1272 f., 1300, 1309–1311, 1523 f.
- Jugoslawien 222 f.
- Justizreform 976
- Kaiserslautern 766
- Kanada 1349
- Karlsbad 272\*, 307
- Karlsruhe 228, 602
- Kassel (s. auch Deutsche Demokratische Republik, Treffen) 28, 1327\*
- Katholische Soziallehre 1162 f., 1165
- Kiel 245, 599, 618, 684, 736, 745, 884, 906, 1042, 1110
- Kindergeld (s. auch Familienpolitik, Sozialgesetzgebung) XXX, 37, 62\*, 67, 72, 78, 318\*, 571, 890 f., 893, 911, 1187
- Kirchen und Konfessionen 184, 186, 320, 555, 577, 588, 594, 657, 661 f., 712, 741, 746, 1016, 1091, 1162, 1199, 1241, 1298, 1331, 1333–1335, 1427, 1463
- Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) 159, 246, 555, 585, 740, 788, 913, 970 f., 974 f., 1007, 1126, 1334 f.
  - Katholische Kirche 152, 584, 602, 660, 741, 913, 1012, 1024, 1114, 1163, 1165, 1199, 1205, 1332–1335
  - – Adveniat 1335
  - – Bund der Katholischen Deutschen Jugend 621 f.
  - – Misereor 1335
  - – Zweites Vatikanisches Konzil 17
- Koalitionsverhandlungen 1966 10
- Koalitionsverhandlungen 1969 VII, 1–5
- Koblenz 180\*, 319 f., 410\*, 456\*
- Köln 193, 577 f., 618, 624\*, 723\*, 736, 883, 967\*, 1022, 1031, 1110, 1132, 1219
- „Kölnische Rundschau“ 1417
- Kommunalpolitik 106, 199 f., 498 f., 896, 1093, 1139, 1154, 1175, 1214, 1246, 1264, 1269 f., 1291, 1302, 1306, 1463, 1517
- Kommunismus 124, 219, 225 f., 719, 724, 734 f., 742, 746, 779, 873, 1045
- Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 176, 278, 599, 675, 710, 715–718, 720, 724
- Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) 731, 1383
- Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) 20, 23, 25, 27 f., 221, 294, 352, 363, 553, 608, 610\*, 616, 632, 706, 708, 780, 787, 812, 849, 921–923, 973, 1180, 1325, 1346–1349, 1474 f.
- Konjunkturpolitik 63, 67, 78, 205\*, 229–231, 246, 261, 310, 340, 343, 455, 569, 932, 1279, 1281
- Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) 370, 387, 641 f., 1104, 1155, 1229, 1276, 1314 f., 1328
- Begabtenförderung 1314 f.
  - Institut für Kommunalwissenschaften 1504, 1522
  - Politische Akademie Eichholz 316\*, 518, 909\*, 1094, 1229, 1235, 1276, 1277
  - Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut 321, 529, 949
- Konvergenztheorie 123, 273, 1079
- Krankenversicherung (s. auch Sozialgesetzgebung) 69, 82, 163, 231, 235, 318\*, 426, 571, 579
- Kriegsopferfürsorge und Kriegsfolgelasten (s. auch Lastenausgleich) 24, 67 f., 70 f., 73–79, 426, 521, 572, 893, 1394, 1395, 1415
- Kulturpolitik 85, 150, 151, 201, 240, 419, 422 f., 601\*, 1160
- Kuratorium Unteilbares Deutschland 316
- Länderfinanzausgleich s. Bund-Länder Finanzausgleich
- Landtagswahlen (s. auch einzelne Bundes-

## Sachregister

- länder) 63, 65, 76, 116, 153, 167, 192, 204, 219, 227, 230 f., 237, 258, 260, 266, 275–279, 292, 299, 315, 324, 393 f., 407, 423, 438, 593–599, 778, 785, 791, 832, 855, 863, 867, 1003, 1008, 1016, 1025, 1029, 1102, 1107 f., 1110, 1113, 1121, 1124, 1129, 1130, 1133 f., 1138, 1140, 1151, 1181, 1202, 1222, 1225, 1228, 1260, 1268, 1318, 1341, 1466, 1518
- Landwirtschaft (s. auch Agrarpolitik) 67, 70, 90–92, 368, 572, 772, 777, 906, 941, 965, 987, 989, 995, 1128, 1531
- Lastenausgleich (s. auch Kriegsofferfürsorge und Kriegsfolgelasten) 62\*, 67, 611, 615, 893
- Lebenshaltungskosten (s. auch Inflation, Preisentwicklung) 215\*, 310, 384\*, 617, 700
- Leningrad 347\*, 352
- Leverkusen 232, 262
- Liberalismus 1159
- Lissabon 631\*, 1326
- London 130, 220, 287, 468\*, 552\*, 754\*, 1061, 1239
- Lübeck 619\*
- Lüdinghausen 1024
- Luxemburg 616, 1369, 1469\*
- Madrid 267
- Mainz 31, 46, 618, 783, 947\*
- Mannheim 602
- Marburg 199, 713, 751, 1029
- Max-Planck-Gesellschaft 899
- Medienpolitik XVIII, 590 f., 647 f., 746, 904 f., 973, 1086, 1241, 1265, 1275, 1314 f., 1386 f., 1464 f., 1483, 1486–1492, 1499, 1517, 1537
- Menschenrechte XX, 23, 614, 709\*, 854, 1053, 1089
- Miet- und Wohnrecht s. Wohnungsbau
- Ministerpräsidentenkonferenz 193, 254 f., 401–404, 419 f., 431, 672, 674, 728
- Mitbestimmung XII, XVII–XVIII, XXVI, XXVIII–XIX, 82, 149, 157, 159–161, 163, 198, 218, 231, 235 f., 240–245, 285, 312, 314, 333, 449, 628, 636, 750, 752, 905, 911, 928, 996, 998, 1089, 1091, 1093, 1146, 1148 f., 1152, 1159, 1164, 1166, 1169, 1173, 1175 f., 1178, 1195–1197, 1200, 1213, 1218–1220, 1223, 1247, 1249, 1255 f., 1264, 1266 f., 1282, 1285, 1291, 1297, 1309, 1312, 1315 f., 1318, 1320, 1324, 1342 f., 1345 f., 1370, 1384–1387, 1397, 1400, 1406 f., 1411 f., 1414 f., 1417, 1419, 1426, 1432–1434, 1445 f., 1449, 1451–1459, 1467, 1481 f., 1488, 1494–1497, 1499 f., 1512, 1530
- Biedenkopf-Kommission, -Modell XXVIII, 157–160, 163, 237, 240, 314, 333\*, 1317\*, 1432, 1499
- Modell Horn 240\*, 1255, 1458\*
- Modell JU 1344\*, 1385\*, 1458\*
- Modell MIT 1344\*
- Modell Riemer 556\*, 1223, 1255, 1458\*
- Modell Sozialausschüsse 314, 1316, 1343\*
- Personalvertretungsgesetz 905 f., 918
- Sparkassengesetz 241–245
- Mönchengladbach 334
- Moers 1024
- Moskau 25, 347\*, 352 f., 377, 940\*, 796, 799, 893, 1408\*
- Moskauer Vertrag s. Ostpolitik
- München (s. auch Olympische Spiele) 13 f., 29, 62\*, 68, 255, 262, 497, 584, 588, 599, 637, 713, 736, 782 f., 814, 850\*, 852, 884\*, 903, 940\*, 964, 1035\*, 1036, 1044, 1064, 1066, 1068, 1070, 1083, 1386\*, 1446, 1463 f.
- Münchener Abkommen 1938 9, 930
- Nahostkonflikt 222
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 173–176, 180, 182, 185–187, 190, 275–279, 318, 324, 325, 441, 450\*, 451, 593 f., 603, 626, 709 f., 712, 723, 727, 768, 770 f., 919 f., 926, 1003, 1107, 1126, 1130, 1193
- Nationalismus 292, 304, 751
- Nationalliberale Aktion (NLA) 259, 325 f., 400\*, 443, 452
- Nationalsozialismus 1081, 1147, 1161, 1252
- Neu Delhi 26
- Neumarkt 1036
- Neustadt/Saale 1185\*, 1189
- New York 17, 274, 1325\*
- Nichtverbreitungsvertrag s. Atomsperrvertrag

- Niederlande 536\*, 616, 744, 936, 1039, 1045, 1080, 1387, 1469\*
- Niedersachsen 75, 109, 147, 182 f., 193, 204, 275 f., 432, 439–441, 443, 496, 633, 905 f., 979, 981, 1066–1068, 1128, 1204
- Hochschulpolitik 174, 633
  - Kommunalwahl 1970 182
  - Kommunalwahl 1972 1027
  - Kommunalwahl 1973 1013\*, 1027, 1177, 1322\*, 1380
  - Landesregierung 173 f., 412, 575, 1178 f., 1531 f.
  - Landtag 173–176, 182, 241–243, 245, 575
  - Landtagsfraktion 106, 173, 175 f., 299
  - Landtagswahl 1970 14\*, 176, 204, 259, 278 f., 318
  - Landtagswahl 1974 1013\*, 1135, 1151, 1177, 1357, 1425
- Norddeutscher Rundfunk 997
- Nordrhein-Westfalen 1, 4, 108 f., 111 f., 146, 148 f., 171, 198, 211, 256, 496, 502, 617\*, 710, 717, 848, 895, 957, 966, 977, 1010–1012, 1024, 1200, 1219 f., 1420, 1514
- Kommunalwahl 1956 1219
  - Kommunalwahl 1969 1
  - Kommunalwahl 1970 228
  - Kommunalwahl 1972 668, 753, 767 f., 778
  - Kommunalwahl 1973 1013\*, 1295, 1322\*, 1380
  - Landtag 237, 242 f., 245
  - Landtagswahl 1970 2, 14\*, 153, 166, 179, 204, 209, 251, 259, 280, 318, 467, 468
- North Atlantic Treaty Organisation (NATO) 25, 27, 65, 119, 122, 130, 220, 222, 274, 299, 308, 355, 382, 551–553, 616, 629, 631, 637, 708, 937 f., 940, 1071, 1325 f., 1339 f., 1347
- Norwegen 923 f.
- Nürnberg 400, 570\*, 574\*, 603, 782, 1036, 1457
- Oder-Neiße-Linie XXI, 60, 118, 121, 125, 198, 288, 292 f., 343, 359, 464, 475, 622, 781 f., 831, 1099
- Öffentlicher Dienst 62\*, 67 f., 72–74, 903 f.
- Art. 131 GG 1328
  - Extremistenbeschluß s. Radikalismus
  - Personalvertretungsrecht 905 f.
- Österreich 936
- Österreichische Volkspartei (ÖVP) 1051, 1538 f.
  - Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) 1051\*
- Offenburg 277, 692, 733
- Oldenburg 996, 1015
- Olympische Spiele 1972 (München) 12–14, 23, 197, 621, 759, 850–852, 874
- Attentat 903\*, 964
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) 615
- Oslo 555\*
- Osnabrück 1015
- Ostpolitik VIII, XII–XIII, XVII, XIX–XX, XXIV, 16 f., 22–24, 65 f., 118, 129, 133, 143, 173, 176, 188, 220 f., 224, 228, 238, 259, 264, 270 f., 280, 285–289, 293, 299, 300 f., 310, 316, 341, 365, 379\*, 384, 391, 440\*, 460, 465, 485 f., 551–553, 614, 619 f., 627 f., 634, 696–698, 702, 705–707, 739, 762–764, 768, 771, 774–777, 781 f., 788–791, 794 f., 818, 826 f., 834, 919, 922, 924, 930, 933, 935, 950, 1022–1024, 1028, 1032, 1043 f., 1064, 1079 f., 1091, 1098–1100, 1106 f., 1116–1119, 1129–1133, 1136 f., 1148, 1156, 1172 f., 1195, 1214, 1303, 1339, 1375, 1380 f., 1399, 1405, 1422, 1474
- Friedensnote 1966 8, 15, 59
  - Gewaltverzichtsverhandlungen und Abkommen 59 f., 65\*, 126, 142, 224 f., 266, 269, 290 f., 296, 303–308, 329\*, 379, 773, 779 f., 831 f., 836, 927 f.
  - Ostverträge XIII, XXII–XXIV, 344, 378, 471, 554, 621 f., 630, 633, 696 f., 699, 703, 707, 728, 731, 756, 758, 764, 773–780, 783–791, 794 f., 799–814, 817–844, 846\*, 922, 924 f., 929, 933 f., 1034, 1048, 1064, 1105–1107, 1130, 1180, 1185\*, 1203, 1211, 1220, 1261, 1263, 1288, 1293 f., 1312, 1339, 1358, 1366, 1370, 1474 f., 1481
  - Gemeinsame Entschließung XXII, 795, 801–803, 806\*, 817–820, 833, 835–841, 844, 850, 919, 924–928, 931, 933, 1078, 1347, 1408

## Sachregister

- – Moskauer Vertrag XXI–XXIII, 286–288, 290, 295–297, 299–301, 308 f., 311, 343\*, 349, 460, 467 f., 486, 471 f., 491, 555, 607, 610–615, 621 f., 626, 630 f., 699, 802, 808–813, 826, 835–838, 841–844, 919, 922, 1048, 1078, 1104, 1288
- – Prager Vertrag 1378 f., 1405, 1412, 1422, 1449, 1471–1473, 1481
- – Warschauer Vertrag XXI, XXIII, 292–294, 343, 349, 460 f., 463, 474, 493, 614 f., 622, 626 f., 630–632, 696\*, 783, 787, 789\*, 801 f., 806\*, 815, 826 f., 839–841, 919, 922, 924 f., 1039, 1078, 1104
- Ost-West-Beziehungen s. North Atlantic Treaty Organisation, Sowjetunion, Vereinigte Staaten von Amerika
- Paderborn 733
- Paris 18, 130\*, 287, 382, 468\*, 551 f., 563, 672, 700, 706, 754\*, 1041
- Parteienfinanzierung 373–375, 388 f., 1181
- Parteiengesetz 47, 57, 99, 312, 373, 388 f., 398 f., 518, 531 f., 991, 1441
- Pforzheim 602, 701\*
- Pirmasens 766
- Polen 304, 307, 326, 481, 925, 1347
- Portugal 356\*
- Potsdamer Abkommen 843
- Prag 1378\*
- „Prager Frühling“ s. Tschechoslowakei
- Prager Vertrag s. Ostpolitik
- Preisentwicklung (s. auch Inflation) 164, 166, 189, 215 f., 227–230, 246, 310, 410, 421, 499, 609, 700, 705, 707 f., 758, 861, 872, 1021 f., 1028, 1095, 1111–1119, 1517, 1520 f.
- „Quick“ 710, 846\*, 852, 870, 876
- Radikalismus (s. auch Innere Sicherheit) XIII, XXX–XXXI, 343, 587, 602, 618, 632 f., 672, 698 f., 701, 707–712, 714, 721 f., 724, 726, 728, 738 f., 743, 744, 746–750, 756, 762, 797, 1032, 1051, 1285 f.
- Ausländerrecht 710, 722 f., 726, 729, 897 f., 902 f.
- Linksradikalismus (s. auch Deutsche Kommunistische Partei) 278, 618\*, 623, 672\*, 708–717, 723, 729–732, 734–740, 746 f.
- – Marxistischer Studentenbund (MSB) Spartakus 431, 618, 623, 674, 709, 713, 715, 719, 734–736, 740, 746
- – „Volksfront“ 713, 797, 805, 1039, 1045, 1070, 1080, 1082, 1285, 1286
- Radikale im öffentlichen Dienst („Radikalenerlaß“) 618, 623, 632\*, 672\*, 673–676, 710 f., 718–722, 726–728, 737–739, 742, 744, 951 f., 1286\*, 1383
- Rechtsradikalismus (s. auch Nationaldemokratische Partei Deutschlands) 181, 276, 325, 618\*, 672\*, 709, 711, 723, 727, 729 f., 738 f.
- Rapallo-Vertrag 1922 (auch Geist von Rapallo) 298, 1046, 1082
- Rechtspolitik XXIX, 897 f., 987 f., 1105, 1328
- Recklinghausen-Land 1024
- Regensburg 878
- Regierungsbildung s. Bundesregierung
- Rentenpolitik (auch Rentenversicherung, Rentenreformgesetz) XII, XVI, 163, 234, 340, 401–403, 409, 412–414, 571, 609, 700, 848–851, 855, 861 f., 883, 900, 954, 958, 972, 1010, 1015, 1021, 1027 f., 1088, 1092, 1111 f., 1124 f., 1137, 1146, 1151, 1182 f., 1202, 1259 f., 1323\*, 1348\*, 1480
- „Rheinische Post“ 1495
- Rheinland-Pfalz 178, 180, 256, 403 f., 429–431, 579, 739, 747, 859, 895, 957, 979, 1126, 1317, 1324, 1481\*
- Kommunalwahl- und Kreistagswahlen 317–321, 325, 584, 753, 765, 766–768, 1013\*
- Landtagsfraktion 106, 211, 684
- Landtagswahl 1971 285, 341, 366, 599
- Rom 222 f., 267, 616\*, 924, 1326\*, 1369\*
- Rothenburg 1036
- Rottach-Egern 1260\*
- Rüsselsheim 692, 739 f., 1406\*
- Saarbrücken 218, 235, 286, 376, 392, 523, 547
- „Saarbrücker Zeitung“ 1338
- Saarland 3, 63, 530, 739, 979, 1481
- Kreistagswahl 1974 1013\*

- Landtagsfraktion 106
- Landtagswahl 1970 14\*, 153, 193, 209, 280, 318
- Saarländische Volkspartei 440
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage 64, 72, 229, 230\*, 508\*, 1278, 1325, 1453
- Schleswig-Holstein 450, 684, 686, 747, 857, 916, 936, 938, 979, 1007, 1122, 1126, 1150, 1481\*
- Kommunalwahl 1970 227, 228
- Landtagswahl 1971 285, 341, 384 f., 507, 589, 599, 713\*, 882
- Schulpolitik (s. auch Bildungspolitik) 85, 424, 427 f., 751
- Schweden 25, 808
- Schweiz 226
- Selbstbestimmungsrecht XX, XXII, 8, 127, 130, 142, 177 f., 266, 270, 291, 460, 462, 464 f., 473, 485 f., 614 f., 628, 797, 802, 804 f., 807, 822 f., 828, 836, 843, 926, 1039, 1056, 1069, 1090 f., 1164, 1340, 1349, 1490, 1538
- Siegen 1087, 1139 f., 1156, 1171\*, 1172, 1195\*, 1242, 1323\*
- Sowjetunion 121, 124, 133, 223, 266 f., 489, 552, 632, 720, 799, 809, 811, 813–815, 818 f., 828, 925
- Außenpolitik 221, 225 f., 256 f., 489, 551 f., 571 f., 923
- Breschnew-Doktrin 60, 125, 223, 304
- Haltung zur EG/EWG 220 f., 353, 354, 615 f., 797, 799, 801–803
- Militärische Stärke 118 f., 222, 288
- Vereinigte Staaten von Amerika 118 f., 288
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) VII–VIII, XII–XIV, XVII, XXIX, 567, 634, 662, 704, 712, 834, 847, 855, 943, 948, 954, 970, 976 f., 1002, 1050, 1055, 1099, 1100 f., 1147, 1180, 1223, 1228, 1275, 1297, 1319, 1331, 1343, 1383, 1423, 1508, 1509, 1545
- Apparat 22, 201, 207, 368, 1239 f.
- Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD 579\*
- Bildungspolitik 1523
- Bundesparteitage
  - – Saarbrücken 1970 79\*, 218 f., 234 f., 266
  - – Bonn-Bad Godesberg 1971 646, 652, 658 f., 661, 714
  - – Dortmund 1972 1019
  - – Hannover 1972 998\*
  - – Hannover 1973 1322, 1397, 1434\*, 1487\*, 1502, 1521
- Finanzen und Finanzierung 370
- Fraktion im Deutschen Bundestag 128, 168, 405, 408, 658, 660, 696\*, 842
- Jungsozialisten (Jusos) 62, 79\*, 144, 198, 218 f., 235, 249, 265, 270, 341, 361, 713 f., 720, 729–731, 774, 782 f., 860 f., 865, 928, 976, 998, 1020, 1022, 1024, 1039, 1063, 1120, 1126, 1147, 1160, 1208, 1213, 1224, 1323, 1358
- Länder
  - – Baden-Württemberg 187, 249, 602 f., 703 f., 707, 762, 783, 1286
  - – Bayern 187, 713, 782 f., 1037
  - – Berlin 135
  - – Bremen 573, 594 f., 598–601, 603, 713, 714\*, 783
  - – Hessen 219, 249, 318, 320–322, 324, 713, 1010 f., 1433
  - – Niedersachsen 173–176, 182, 440, 1015
  - – Nordrhein-Westfalen 217, 219, 242 f.
  - – Rheinland-Pfalz 187, 319 f., 765 f.
  - – Schleswig-Holstein 270, 385, 713
  - – Saarland 187
- Medienpolitik 1490
- Mitglieder- und Wählerstruktur 11, 15 f., 59\*, 79, 185–188, 322 f., 579, 595–599, 603–605, 762, 771 f., 832, 854, 974 f., 1003 f., 1007 f., 1011, 1016, 1022, 1029 f., 1087 f., 1098–1101, 1106 f., 1109–1117, 1119–1121, 1123–1129, 1174 f., 1199, 1205, 1214 f., 1269 f., 1306 f., 1310, 1433
- – Mitgliedschaft von Ausländern 515, 530
- Programmatik 144
- – Godesberger Programm 1959 167, 423, 714, 782 f., 869, 1041, 1051, 1103, 1212, 1228, 1263
- – Langzeitprogramm/Orientierungsrahmen 652, 998

## Sachregister

- Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) 675, 709, 715
- Verhältnis zur FDP 3, 4, 10, 12 f., 18, 21 f., 217, 770, 1021, 1052, 1117, 1128, 1222 f.
- Soziale Dienste 900 f., 911, 972, 1091, 1102, 1160, 1266, 1270, 1291, 1538
- Soziale Marktwirtschaft VIII, 82, 90–92, 167, 204, 285, 340, 701, 756, 871 f., 914, 917, 943, 950 f., 971, 986 f., 1016, 1088, 1092, 1162, 1165, 1172, 1175, 1182 f., 1208, 1216, 1244, 1344–1346, 1413, 1467, 1493, 1495
- Sozialgesetzgebung und Sozialpolitik 116, 262, 597, 851, 908–918, 1209 f., 1215, 1374, 1468
- Lohnfortzahlung 579, 1010, 1182
- Sozialversicherung 234
- Sozialismus 60\*, 144, 197 f., 219, 225, 265, 271, 275, 442 f., 585, 717, 737, 805, 849 f., 854, 869, 873, 877, 885, 972, 1010, 1013, 1019, 1045–1047, 1051, 1079, 1147, 1162 f., 1197, 1203, 1205, 1220, 1340, 1343, 1348, 1413
- Sozialistische Reichspartei 709\*
- Spanien 223
- „Der Spiegel“ 179, 194, 199, 248, 267, 293, 321, 379, 407\*, 523, 631, 959, 997, 1218
- Sport 12, 184, 900
- Stabilitätspolitik (auch Preisstabilität, Geldwertstabilität) XII–XIII, XXV, XXXI, 69, 76–78, 117\*, 164–166, 188, 190, 215, 229 f., 246, 310 f., 340, 499, 563, 618, 699 f., 762, 771, 852, 854 f., 861 f., 864 f., 871, 874, 877, 885 f., 889–894, 897 f., 904, 915, 918, 920, 946, 949–953, 961, 971, 978, 981, 986 f., 1004–1006, 1013, 1016, 1024, 1088, 1095 f., 1111, 1151, 1182, 1184 f., 1188, 1222, 1259 f., 1278–1284, 1374, 1390, 1397, 1399, 1409 f., 1449, 1481, 1497, 1501
- Städtebau und Raumordnung XVII, XXXI, 82, 90, 93, 100, 340, 368, 872, 899, 1302, 1411, 1462, 1463, 1504 f.
- Städtebauförderungsgesetz XXXI, 397\*, 401–412, 421 f., 571, 871 f., 906 f., 1508, 1522
- Statistisches Bundesamt 169, 185, 1239
- Steinkohle s. Bergbau
- Steinstücken 488
- „Stern“ 1173, 1219, 1454
- Steuerpolitik (auch Steuerreform) XXV, 18, 68 f., 73, 75–78, 90, 164–166, 215 f., 231, 241, 310, 340, 377, 427, 506–510, 568 f., 617 f., 696 f., 701, 758, 851, 871 f., 976, 877, 888–893, 911–914, 951, 971, 1153, 1173, 1259, 1260, 1264 f., 1278–1283, 1301 f., 1505–1515, 1518, 1521
- Stolberg 767
- Strafrecht und Strafrechtsreform XXIX, 202, 720, 744 f., 747 f., 851, 897 f., 1162
- Paragraph 218 XXIX–XXX, 616, 619, 624, 656–665, 667, 851, 974, 1024, 1089, 1104, 1146, 1169, 1178, 1195, 1233, 1310 f., 1324, 1326–1335, 1368, 1384–1387, 1391, 1415, 1424 f.
- Straßburg 27, 563, 686
- Straubing 1036
- Strukturpolitik 67, 455, 899, 932
- Stuttgart 77, 147, 159\*, 273, 573\*, 602, 693, 695, 698, 723\*, 749, 783, 902, 1155, 1286\*  
„Stuttgarter Zeitung“ 214, 217, 232  
„Süddeutsche Zeitung“ 1043
- Tarifpolitik und Tarifverhandlungen 72 f., 617 f., 731
- Tecklenburg 1024
- „Time“ 631
- Togliatti (Stawropol) 353
- Tschechoslowakei 26, 301, 361, 1472
- „Prager Frühling“ 60\*, 125, 272–274, 287, 831
- Tutzing 271
- Übach-Palenberg 767
- Ulm 602
- Umweltbundesamt 902
- Umweltpolitik XVII, 339 f., 368, 899, 901 f., 911, 1091 f.
- Ungarn 287, 361, 616
- „Union in Deutschland“ (UiD) 102, 375, 529, 681, 1094, 1284, 1308 f., 1312, 1514
- Universitäten s. Hochschulen
- Unna 675\*
- Unternehmensrecht und Unternehmensverfassung 244, 556, 571, 1458 f.

- Vereinigte Staaten von Amerika 38, 217, 224, 355, 595, 1278, 1347, 1369
- Außenpolitik 26\*, 119, 221 f., 226, 300, 352, 1470
  - Haltung zu Europa 119
  - Nixon-Doktrin 1071
  - Truman-Doktrin 222
- Vereinte Nationen (UN/UNO) XVI, 9, 17\*, 121, 126, 275, 356, 615, 830, 921, 927, 951, 1400
- Beitritt beider deutscher Staaten 226, 474, 608 f., 851, 921, 927, 931, 951 f., 1032, 1044, 1054, 1056, 1070, 1091, 1242, 1263, 1288, 1339 f., 1346, 1353, 1356, 1358–1360, 1362, 1364 f., 1369–1371, 1373, 1375, 1377, 1379–1381, 1390–1394, 1398 f., 1402, 1405, 1408, 1410, 1413, 1418, 1424, 1434, 1438
  - Charta 126, 275, 290, 378, 381, 1039, 1359 f., 1404, 1408
- Verfassungsschutz 673, 719, 726, 742
- Verkehrspolitik 422, 949, 988, 995
- Vermögenspolitik (auch Vermögensbildung) XII, XVII, XXVI–XXVII, 68, 73 f., 82, 166, 198, 217, 229\*, 231–235, 238, 241, 339 f., 406 f., 571, 609, 701, 850, 855, 861, 865, 875, 890, 893, 910, 912–914, 949, 952, 955, 957, 986 f., 1010, 1016, 1024 f., 1091 f., 1124, 1149, 1152 f., 1159, 1164, 1171, 1173, 1187, 1195 f., 1200, 1203 f., 1208, 1213, 1242, 1248 f., 1255, 1264, 1266, 1285 f., 1318 f., 1323 f., 1345 f., 1387, 1406 f., 1413, 1417, 1427, 1430, 1434, 1449, 1462, 1466, 1467–1469, 1480–1485, 1488, 1493–1496, 1498–1505, 1508 f., 1512–1515, 1518, 1521 f.
- Beteiligungslohn 68, 231, 234, 260, 571, 777, 861, 1088, 1149, 1266, 1345, 1415, 1467 f., 1493–1495, 1497 f., 1502 f.
  - Burgbacher-Plan 68, 217, 1266, 1466–1469, 1493 f., 1498, 1502 f.
- Verteidigungs- und Sicherheitspolitik 259, 636, 918, 935–941, 1483
- Vertriebene und Flüchtlinge 103, 112, 148, 152 f., 170 f., 185, 196, 321, 440 f., 474\*, 596, 627, 704, 782, 825, 830, 841 f., 851, 919, 922, 924, 926, 929–931, 965, 1367, 1405, 1471–1473
- Vier-Mächte 473 f., 487, 489, 835–837, 1061
- Rechte 130, 294 f., 328 f., 472, 474 f., 487–489, 802, 836 f.
  - Verhandlungen und Abkommen über Berlin XXI, 295–297, 308, 349, 352, 359, 460, 463, 471–475, 480, 482, 614, 786 f., 803 f., 835–837, 1077, 1288, 1545
- Vietnam 119, 222, 1213 f.
- Villingen 732
- Vilshofen 784\*
- Währungspolitik 496, 508, 510, 563, 700, 771, 861, 1278, 1281, 1292
- Aufwertung der DM 18, 63 f., 69 f., 164, 166, 169, 188 f., 215 f., 226, 232
- Wahlkampfkostenerstattung s. Parteienfinanzierung
- Wahlrecht (a. Wahlalter, Wahlrechtsreform) 4, 16, 68, 759, 768, 1019, 1192
- Wanne-Eickel 1024
- Warschau 359\*, 362, 893
- Warschauer Pakt 21, 60\*, 290, 295, 303, 307\*, 362, 364, 780, 815, 843, 937
- Warschauer Vertrag s. Ostpolitik
- Washington 25, 118, 287, 293\*, 468\*, 470\*, 473, 754\*, 1325\*, 1470\*
- Weißenburg 1036, 1097
- „Welt am Sonntag“ 1237
- Wertheim 173
- Westdeutscher Rundfunk (WDR) 767, 1017
- Westerland 914
- Wiedervereinigung XVII, 118–121, 125, 127–130, 133, 141, 188, 221, 266, 288, 485 f., 615, 781 f., 837, 1056, 1079, 1423
- Wien 273, 352\*, 471\*, 1325, 1346 f., 1349, 1469, 1474
- Wiesbaden 104, 109, 111 f., 146–150, 692, 947, 966, 982
- „Wirtschaftsbild“ 368, 373, 376, 387, 389 f.
- Wirtschaftspolitik 117, 164–166, 168, 188, 217, 231, 241, 258–262, 300 f., 303, 309, 340, 495, 570, 576, 596, 617, 628, 705, 707, 775, 851, 865, 893 f., 908, 911, 918, 943, 978, 988, 1006, 1014, 1019, 1028, 1118 f., 1128, 1155, 1175, 1183, 1233, 1391, 1397, 1399
- Arbeitszeitregelung 37 f., 904

## *Sachregister*

- Jahreswirtschaftsbericht 117\*, 165 f., 215\*
- Ladenschlußgesetz 37 f., 345
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 64, 69, 72, 229 f., 508, 1023, 1080, 1229, 1325, 1467 f., 1493 f.
- Wohnungsbau und Wohnungspolitik (auch Miet- und Wohnrecht) XXXI, 227 f., 230, 232, 246, 259, 311, 340, 407–409, 556 f., 562, 581, 622, 870–872, 890, 913 f., 951, 979, 1204, 1503–1505, 1522
- Würzburg 709, 1036
- Zeitgeist 1039, 1047, 1087, 1089, 1104, 1110–1113, 1123 f., 1132–1134, 1137, 1159, 1192, 1215, 1222, 1251
- Zentralkomitee der deutschen Katholiken 658
- Zentralverband des Deutschen Handwerks 13
- Zentrumspartei XV, 178, 766, 1161, 1222, 1387
  - Fernsehrat 116, 150–153, 194, 1274 f.
- Zweiter Weltkrieg 8, 17, 126\*, 267, 300, 738, 940
- Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF) 111, 116, 177, 193, 593, 648, 768\*, 1099, 1186



# Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung

herausgegeben von

Günter Buchstab, Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts,  
Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz

- 1 Hans Günter Hockerts: *Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland*. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957. Stuttgart 1980, 463 S., ISBN 3-12-912910-3
- 2 *Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat*. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion. Eingeleitet und bearbeitet von Rainer Salzmänn. Stuttgart 1981, XLIV + 701 S., ISBN 3-12-912930-8
- 3 Franz J. Bauer: *Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1950*. Stuttgart 1982, 444 S., ISBN 3-608-91066-2
- 4 *Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1945–1980*. Erstellt von Gerhard Hahn. Stuttgart 1982, LXVIII + 961 S., ISBN 3-12-912940-5
- 5 Christian Hacke: *Die Ära Nixon–Kissinger 1969–1974*. Konservative Reform der Weltpolitik. Stuttgart 1983, 319 S., ISBN 3-608-91228-2
- 6 Ulrich Reusch: *Deutsches Berufsbeamtentum und britische Besatzung*. Planung und Politik 1943–1947. Stuttgart 1985, 419 S., ISBN 3-608-91231-2
- 7 Wulf Schönbohm: *Die CDU wird moderne Volkspartei*. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980. Stuttgart 1985, 343 S., ISBN 3-608-91233-9
- 8 *Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden.“* Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953. Bearbeitet von Günter Buchstab. Stuttgart 1986, 1. u. 2. Aufl., XXIX + 700 S., ISBN 3-608-91426-9
- 9 *Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft*. Referate, Protokolle, Gutachten der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath 1943–1947. Bearbeitet von Christine Blumenberg-Lampe. Stuttgart 1986, 633 S., ISBN 3-608-91399-8
- 10 Wolfgang Krieger: *General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949*. Stuttgart 1987, 560 S., ISBN 3-608-91443-9
- 11 *Im Zentrum der Macht*. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953. Bearbeitet von Klaus Gotto, Hans-Otto Kleinmann und Reinhard Schreiner. Düsseldorf 1989, XLIV + 757 S., ISBN 3-7700-0763-8
- 12 Horstwalter Heitzer: *Die CDU in der britischen Zone 1945–1949*. Gründung, Organisation, Programm und Politik. Düsseldorf 1988, 814 S., ISBN 3-7700-0755-7
- 13 *Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat*. Protokolle der Unionsfraktion 1947–1949. Bearbeitet von Rainer Salzmänn. Düsseldorf 1988, 481 S., ISBN 3-7700-0756-5
- 14 Margaret Lavinia Anderson: *Windthorst*. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks. Aus dem Amerikanischen von Christa Dericum und Hildegard Möller. Düsseldorf 1988, X + 466 S., ISBN 3-7700-0774-3
- 15 *Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1981–1986*. Mit Nachträgen 1945–1980. Erstellt von Brigitte Krahe und Michaela Seibel. Düsseldorf 1990, XIX + 687 S., ISBN 3-7700-0798-0
- 16 *Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“* Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953–1957. Bearbeitet von Günter Buchstab. Düsseldorf 1990, XXXVII + 1.380 S., ISBN 3-7700-0799-9

- 17 *Die Unionsparteien 1946–1950*. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden. Bearbeitet von Brigitte Kaff. Düsseldorf 1991, XXXII + 845 S., ISBN 3-7700-0796-4
- 18 Karl-Ulrich Gelberg: *Hans Ehard*. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946–1954. Düsseldorf 1992, XV + 600 S., ISBN 3-7700-0976-2
- 19 Michael Richter: *Die Ost-CDU 1948–1952*. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung. Düsseldorf 1991, 2. korrig. Aufl., 488 S., ISBN 3-7700-0916-9; Paperback, ISBN 3-7700-0917-7
- 20 Günther Schulz: *Wiederaufbau in Deutschland*. Die Wohnungsbaupolitik in den Westzonen und der Bundesrepublik von 1945 bis 1957. Düsseldorf 1994, 405 S., ISBN 3-7700-0975-4
- 21 Michael Gante: *§218 in der Diskussion*. Meinungs- und Willensbildung 1945–1976. Düsseldorf 1991, XIII + 417 S., ISBN 3-7700-0956-8; Paperback, ISBN 3-7700-0963-0
- 22 Günther Schulz (Hg.): *Wohnungspolitik im Sozialstaat*. Deutsche und europäische Lösungen 1918–1960. Düsseldorf 1993, 363 S., ISBN 3-7700-0974-6
- 23 Horst Osterheld: *Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966*. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt. Düsseldorf 1992, 421 S., ISBN 3-7700-0996-7
- 24 *Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“*. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961. Bearbeitet von Günter Buchstab. Düsseldorf 1994, XXVIII + 1.117 S., ISBN 3-7700-1870-2
- 25 *Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1987–1990*. Bearbeitet von Thomas Schaarschmidt und Hildegard Krengel. Düsseldorf 1994, 659 S., ISBN 3-7700-1873-7
- 26 Daniel Kosthorst: *Brentano und die deutsche Einheit*. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955–1961. Düsseldorf 1993, 463 S., ISBN 3-7700-1871-0
- 27 Martin Reißmann: *Kaderschulung in der Ost-CDU 1949–1971*. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei. Düsseldorf 1995, 350 S., ISBN 3-7700-1874-5
- 28 Heinrich Krone: *Tagebücher*. Erster Band 1945–1961. Bearbeitet von Hans-Otto Kleinmann. Düsseldorf 1995, XXVII + 600 S., ISBN 3-7700-1876-1
- 29 York Dietrich: *Eigentum für jeden*. Die vermögenspolitischen Initiativen der CDU und die Gesetzgebung 1950–1961. Düsseldorf 1996, 484 S., ISBN 3-7700-1877-X
- 30 Wilfried Mausbach: *Zwischen Morgenthau und Marshall*. Das wirtschaftspolitische Deutschlandkonzept der USA 1944–1947. Düsseldorf 1996, 438 S., ISBN 3-7700-1878-8
- 31 Ludger Gruber: *Die CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946–1980*. Eine parlamentarische Untersuchung. Düsseldorf 1998, 512 S., ISBN 3-7700-1879-6
- 32 *Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“*. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965. Bearbeitet von Günter Buchstab. Düsseldorf 1998, XXXIX + 1.011 S., ISBN 3-7700-1881-8
- 33 Sven Olaf Berggötz: *Nahostpolitik in der Ära Adenauer*. Möglichkeiten und Grenzen 1949–1963. Düsseldorf 1998, 528 S., ISBN 3-7700-1880-X
- 34 Ursula Reucher: *Reformen und Reformversuche in der gesetzlichen Krankenversicherung (1956–1965)*. Ein Beitrag zur Geschichte bundesdeutscher Sozialpolitik. Düsseldorf 1999, 287 S., ISBN 3-7700-1882-6
- 35 Michael Borchard: *Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion*. Zur politischen Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage 1949–1955. Düsseldorf 2000, 349 S., ISBN 3-7700-1883-4
- 36 Ralf Thomas Baus: *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948*. Gründung – Programm – Politik. Düsseldorf 2001, 590 S., ISBN 3-7700-1884-2
- 37 Alexander Troche: *„Berlin wird am Mekong verteidigt“*. Die Ostasienpolitik der Bundesrepublik in China, Taiwan und Süd-Vietnam 1954–1966. Düsseldorf 2001, 518 S., ISBN 3-7700-1885-0

- 38 Niels Hansen: *Aus dem Schatten der Katastrophe*. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben Gurion. Ein dokumentierter Bericht. Düsseldorf 2002, 891 S., ISBN 3-7700-1886-9
- 39 Torsten Oppelland: *Gerhard Schröder (1910–1989)*. Politik zwischen Staat, Partei und Konfession. Düsseldorf 2002, 797 S., ISBN 3-7700-1887-7
- 40 Guido Hitzte: *Carl Ulitzka (1873–1953) oder Oberschlesien zwischen den Weltkriegen*. Düsseldorf 2002, 1.439 S., ISBN 3-7700-1888-5
- 41 Bernhard Forster: *Adam Stegerwald (1874–1945)*. Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien. Düsseldorf 2003, 748 S., ISBN 3-7700-1889-3
- 42 Winfried Herbers: *Der Verlust der Hegemonie*. Die Kölner CDU 1945/46–1964. Düsseldorf 2003, 666 S., ISBN 3-7700-1890-7
- 43 Dagmar Nelleßen-Strauch: *Der Kampf um das Kindergeld*. Grundanschauungen, Konzeptionen und Gesetzgebung 1949–1964. Düsseldorf 2003, 317 S., ISBN 3-7700-1891-5
- 44 Heinrich Krone: *Tagebücher*. Zweiter Band 1961–1966. Bearbeitet von Hans-Otto Kleinmann. Düsseldorf 2003, XXX + 575 S., ISBN 3-7700-1892-3
- 45 Guido Hitzte: *Verlorene Jahre?* Die nordrhein-westfälische CDU in der Opposition 1975–1995. Teil I: 1975–1985; Teil II: 1985–1990; Teil III: 1990–1995. 3 Bde. Düsseldorf 2010 (im Druck), ca. 3.500 S., ISBN 978-3-7700-1893-2
- 46 Matthias Stickler: „*Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch*“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972. Düsseldorf 2004, 511 S., ISBN 3-7700-1896-6
- 47 Andreas Grau: *Gegen den Strom*. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973. Düsseldorf 2005, 556 S., ISBN 3-7700-1897-0
- 48 Rainer Moltmann: *Reinhold Heinen (1894–1969)*. Ein christlicher Politiker, Journalist und Verleger. Düsseldorf 2005, 373 S., ISBN 3-7700-1898-2
- 49 Birgit Ramscheid: *Herbert Blankenhorn (1904–1991)*. Adenauers außenpolitischer Berater. Düsseldorf 2006, 460 S., ISBN 3-7700-1901-6
- 50 Kiesinger: „*Wir leben in einer veränderten Welt*.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965–1969. Bearbeitet von Günter Buchstab unter Mitarbeit von Denise Lindsay. Düsseldorf 2005, XL + 1.566 S., ISBN 3-7700-1899-0
- 51 Stefan Marx: *Heinrich Köppler (1925–1980)*. Politik aus christlicher Verantwortung. Düsseldorf 2006, 348 S., ISBN 3-7700-1902-4
- 52 Peer Oliver Volkmann: *Heinrich Brüning (1885–1970)*. Nationalist ohne Heimat. Eine Teilbiographie. Düsseldorf 2007, 883 S., ISBN 978-3-7700-1903-8
- 53 Kordula Kühlem: *Hans Kroll (1898–1967)*. Eine diplomatische Karriere im 20. Jahrhundert. Düsseldorf 2008, 697 S., ISBN 978-3-7700-1904-5
- 54 Heinrich Küppers: *Johannes Hoffmann (1890–1967)*. Biographie eines Deutschen. Düsseldorf 2008, 603 S., ISBN 978-3-7700-1905-2
- 55 Ernst Majonica: *Das politische Tagebuch 1958–1972*. Bearbeitet von Hans-Otto Kleinmann/Christopher Beckmann. Düsseldorf 2010 (im Druck), LXXV + ca. 750 S., ISBN 978-3-7700-1906-9
- 56 Barzel: „*Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition*“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973. Bearbeitet von Günter Buchstab mit Denise Lindsay. Düsseldorf 2009, LII + 1.593 S., ISBN 978-3-7700-1907-6
- 57 Niels Hansen: *Franz Böhm mit Ricarda Huch*. Zwei wahre Patrioten. Düsseldorf 2009, 540 S., ISBN 978-3-7700-1908-3